

# Beteiligungssynopse: Öffentlichkeit

Bezirksregierung Köln



Erste Beteiligung (7.2.2022 - 31.8.2022)

Hinweise: Änderungen können mit Hilfe der ID-Nummer den Änderungskarten Entfallende Festlegungen bzw. Neue Festlegungen und der Änderungssynopse Textliche Festlegungen entnommen werden; Original-Stellungnahmen und Anhänge lagen dem Regionalrat zur Beschlussfassung vor; Abweichende Abwägungsentscheidungen des Regionalrats Köln s. Synopse Änderungsantrag Regionalrat; Nummerierung der Ziele und Grundsätze bezieht sich auf den Stand 1. Planentwurf (2021)

\* Exportbedingt werden Umlaute und Sonderzeichen in der pdf-Datei nicht korrekt dargestellt.

\* Änderungskarten und Änderungssynopse wurden in der 2. Beteiligung als zweckdienliche Unterlagen ausgelegt.

[www.brk.nrw.de](http://www.brk.nrw.de)



AZ: Ö-M-1	
1001121	
1001008	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit bitte ich, als Anwohnerin aus Bornheim, um die Aufnahme des Themas: Umgehungsstraße der L118/L300 in Bornheim-Hersel in die kommende Aufstellung des Regionalplans der Bezirksregierung Köln miteinzubeziehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

AZ: Ö-M-105	
1001293	
1010807	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>Der Gemeinderat Kreuzau hat in diversen Ratssitzungen beschlossen eine Vielzahl von Flächen in den Orten: Kreuzau (ca. 27 ha), Drove (ca.16 ha), Stockheim (ca.17 ha), Winden (ca. 8 ha) und weitere Ortschaften als ?Flächen für den Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB)? auszuweisen. Offensichtlich will der Rat der Gemeinde Kreuzau möglichst viele ?ASB ? Flächen? zur Bebauung von der Bezirksregierung genehmigen und im Regionalplan des Regierungsbezirks Köln ausweisen lassen. Mir liegen mehrere Kartenausschnitte des Gemeindegebietes vor, in der von der Verwaltung Flächen markiert wurden, die bebaut werden sollen (siehe Anhang: 1 [s. Anhang Abb. StnID_1010807_1] ). Diese Flächen kommen aber im Plankonzept der Bez.Reg. nicht vor! Im Regionalplan (Textliche Darstellung) geht es bisher lediglich um vier ?ASB-Flächen? in Kreuzau-Süd, Winden-Ruraue (Anhang: 2 [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt] ), Stockheim und Drove. Laut Verwaltung gibt es aber weitere von der Bezirksregierung für den ASB ?akzeptierte Flächen?. Diese werden im Regionalplanentwurf nicht ausgewiesen! Mir ist nicht klar, wieso von der Verwaltung behauptet wird die Flächen seien von der Bez.Reg. genehmigt, im Regionalplan werden sie jedoch nicht ausgezeichnet und im textlichen Gutachten (Bosch und Partner) finden sie keine Berücksichtigung! Deshalb sende ich ihnen als eventuelle Entscheidungshilfe diese Informationen: Viele dieser Flächen sind bisher noch in einem naturnahen unbedingt erhaltenswerten Zustand am Waldrand gelegen (z.B.: Marienstraße- Planungsfläche: Stockheim) oder in der Ruraue (Kreuzau Nord-West- Fa.Hoesch und Winden-Ost) nahe dem Rur-Flusslauf. Viele der Planungsgebiete befinden sich in oder am Rand von Landschaftsschutz- bzw. FFH-Gebieten oder sogar auf bereits ausgewiesenen Ausgleichsflächen für andere Baugebiete. Die Gemeinde Kreuzau ist bereits die am dichtesten besiedelte Gemeinde im Kreis Düren. Besonders auch die ansässige Industrie wurde in den letzten Jahren großzügig erweitert. Ich bin Mitglied der Grünen Partei in Kreuzau und sachkundiger Bürger. Grundsätzlich bin ich ? genauso wie viele weitere Bürger der Gemeinde - gegen eine weitere Bebauung und Versiegelung von Flächen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010807.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

1010809	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>Besonders wichtig ist mir aber die von der Gemeinde geplante ASB-Fläche: ?Bergstraße, Winden (Anhang: 3 [s. Anhang Abb. StnID_1010809_2]), an einem steilen Hang gelegen (Anhang-Fotos: 4 [Hinweis: der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] ), der früher einmal mit Weinstöcken bebaut wurde. Da ich Anwohner der Bergstraße bin, weiß ich hier natürlich auch am besten Bescheid: Die geplante Bebauungsfläche liegt unmittelbar an der Grenze des Landschaftsschutzgebietes, die im unteren Bereich des Berghanges(?) verläuft. (Genauer Verlauf der Grenze unklar, auf einer mir vorliegenden Karte liegt der Bereich sogar im Landschaftsschutzgebiet.) Der relativ steile Hang besteht aus teilweise verwilderten Streuobstwiesen und wird durch Schafbeweidung extensiv genutzt. Im oberen Bereich des Hanges haben wir ?Grünen? in Zusammenarbeit mit der ?Biostation Nideggen? vor einigen Jahren eine Streuobstwiese wieder ?hergerichtet?: Nistkästen und Niströhren angebracht, neue Obstbäume gesetzt, seit dem sorgen wir für die Pflege. (Anhang: 5 [Hinweis: der Originalstellungnahme liegt kein Anhang 5 bei] ) Auf den Hängen gedeihen seltene Blumen wie Himmelschlüssel, Herbstzeitlose, und ? laut Biostation Nideggen - sogar ?Knabenkräuter? (Orchideen). Leider immer seltener höre ich nachts den Waldkauz/Steinkauz rufen. Es befindet sich teilweise dichtes Gebüsch bestehend aus heimischen Gehölzen, wie Heckenrose, Weißdorn, Holunder auf den geplanten ASB-Flächen, das einer umfangreichen einheimischen Vogelwelt als Nahrungsgrundlage, Nistmöglichkeit und Unterschlupf dient. Beobachtet habe ich hier u.A. diverse Meisen, Rotkehlchen, Kuckuck, Rotschwanz, Dompfaff, Zaunkönig und sogar den seltenen Grünspecht. Der Lebensraum für unsere Vögel und damit die Nahrungsgrundlage wird immer knapper, die Zerstörung von Hecken oder gar von Gelegen wird mit hohen Geldstrafen geahndet, doch die Verantwortlichen in unserer Gemeinde scheint es nicht weiter zu stören, wenn weiterer Lebensraum verschwindet. Mein Hauptargument gegen eine Bebauung und einen Weiterausbau der Bergstraße ist aber die hier vorkommende ?Ringelnatter?. Ich habe in den vergangenen Jahren mehrere Exemplare gesehen und mehrere ?Ringelnatternester? mit kleinen Schlangen in einem Komposthaufen entdeckt unmittelbar im Planungsbereich. In NRW steht die ungiftige Schlange auf der ROTEN LISTE der gefährdeten Tierarten, sie darf nicht gefangen oder getötet werden, der Lebensraum soll erhalten bleiben. (Bundesnaturschutzgesetz) Ich vermute die Schlangen fühlen sich hier wohl, weil es viele Mäuse und Erdkröten gibt, die ihnen als Nahrung dienen. Die Bergstraße endet seit langer Zeit vor einer Schafwiese und verläuft von dort aus nur als Fußpfad weiter. Dieser wird von zahlreichen Spaziergängern als dorfnahes Natur-und Erholungsgebiet genutzt. Viele weitere Nachbarn und Anwohner in Winden sehen das genauso. Eine Unterschriftenliste kann</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>



ich gerne auf dem Postweg nachreichen. Ich kenne Ihre Meinung zu den oben behandelten Themen nicht, würde mich aber sehr freuen, wenn sie in unserem Sinne entscheiden und das geplante ASB-Baugebiet nicht zulassen, bzw. zurücknehmen oder vielleicht gegen andere weniger für die Natur wertvolle Flächen tauschen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010809.pdf](#)

**Inhalt**

Der Geltungsbereich der Neuaufstellung des Regionalplan Köln tangiert unsere bzw. die durch uns betreuten oben genannten Fernleitungen. Wir, die [anonymisiert] sind als Eigentümer der Fernleitungen bzw. von den jeweiligen Eigentümern mit der Betriebsführung der oben genannten Rohrfernleitungen beauftragt, im Zuge dessen nehmen wir wie folgt Stellung. Die oben genannten Fernleitungen verlaufen in einem jeweils 6 bis 10m breiten, rechtlich gesicherten Schutzstreifen, in dem ohne vorherige Abstimmung ein absolutes Bau- und Einwirkungsverbot besteht. Alle Maßnahmen, die den Schutzstreifen der Fernleitungen tangieren oder geeignet sind Einflüsse in diesen einzutragen, sind detailliert mit uns abzustimmen und schriftlich von uns zu genehmigen. Zur Information erhalten Sie daher einen DIN A3 Übersichtsplan, M 1 :250.000 mit dem Verlauf der durch uns betreuten Fernleitungen für den Geltungsbereich des Regionalplan Köln bzw. für den Regierungsbezirk Köln . Wir bitten die oben genannten Fernleitungen nebst Schutzstreifen im Regionalplan Köln nachrichtlich zu erwähnen und entsprechend im Regionalplan auszuweisen und konkurrierende Ausweisungen wie z.B. Vorranggebiete für Windenergieanlagen, Verkehrsinfrastruktur, Entsorgungsinfrastruktur, Rohstoffversorgung, Überschwemmungsgebiete, Naturschutz- oder Siedlungs- bzw. Bebauungsflächen für die rechtlich gesicherten Schutzstreifen der Fernleitungen nicht zuzulassen. Bei Planung und Ausführung sind die Auflagen des ebenfalls beiliegenden Freistellungsvermerkes sowie unsere ?Schutzanweisung für Arbeiten im Bereich von Rohrfernleitungen im Betreuungsbereich der Evonik Operations GmbH" zu beachten, die beide Bestandteil dieser Stellungnahme sind. Außerdem ist aufgrund der Vorschriften der TRFL und der Rohrfernleitungsverordnung sicherzustellen, dass im Bereich der Fernleitungstrassen jederzeit für Kontrolle und mit Tiefbau verbundener Wartung/Reparatur, mit PKW, LKW und Tief- und Rohrbaugerät gefahren und gearbeitet werden kann. Die Errichtung von Baulichkeiten und Anpflanzungen tiefwurzelnder Bäume und Sträucher im Schutzstreifen der Fernleitungen sind grundsätzlich nicht gestattet. Wir weisen zudem darauf hin, dass die Leitungsverläufe zur Erhaltung der Zugänglichkeit für Wartung und Kontrolle von dem entstandenen Bewuchs gesäubert werden und regelmäßig eine Streckenbegehung der Fernleitungstrassen erfolgt. Im übrigen regen wir an, sowohl für die erdgebundenen, als auch für die oberirdischen Leitungen zum Transport von Energie wie Strom und Gas, Öl und Produkte der chemischen Industrie Entwicklungskorridore auszuweisen in denen künftige Neubauprojekte vorzugsweise realisiert werden können. Solche Korridore, die dann bereits mit den Zielen der Landesplanung abgestimmt sind, würden erheblich zur Vereinfachung künftiger Trassierungen und den folgenden Genehmigungsverfahren

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW (Stand: Aufstellungsbeschluss). Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor.

Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

beitragen. Für die weitere Abstimmung mit den von uns zu vertretenden Fernleitungsbelangen stehen wir zur Verfügung . Abschließend bitten wir um weitere Beteiligung an o.g. Verfahren.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].

**Inhalt**

Die aktuelle zeichnerische Darstellung der Regionalplanentwurfs Köln vom Stand der öffentlichen Auslegung sieht für unsere Vorhabenfläche in Köln-Worringen an der Brombeergasse einen Allgemeinen Siedlungsbereich vor, der nach Süden und Osten an Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit den Funktionen "Schutz der Natur" und "Überschwemmungsbereiche" begrenzt. In Rücksprache mit der Stadt Köln löst die wohnbauliche Entwicklung unserer Vorhabenfläche, für die seitens der Stadt bereits Anfang 2021 ein Einleitungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Arbeitstitel "Brombeergasse" in Köln-Worringen 1284/2020 gefasst wurde, einen zusätzlichen Schulbedarf aus, der im Stadtteil nicht gedeckt werden kann. Es bedarf eines weiteren Grundschulstandortes im Stadtteil. Die Suche nach geeigneten Standorten innerhalb der Ortslage ist aufgrund der vorhandenen dichten Siedlungsstruktur nahezu ausgeschlossen. Demzufolge würde es sich aus der Sicht der Deutschen Reihenhaus AG anbieten angrenzend zum Plangebiet den Allgemeinen Siedlungsbereich in der Form auszuweiten, dass die erforderliche soziale Infrastruktur für die beabsichtigte wohnbauliche Entwicklung integriert werden kann. Die geplante und seitens der Stadt Köln beabsichtigte städtebauliche Arrondierung im Südosten des Stadtteils ermöglicht eine Realisierung von über 185 Wohneinheiten, die perspektivisch einen Beitrag zur Entspannung des Kölner Wohnungsmarkts leisten werden. Die Planung berücksichtigt gemischte Bautypologie (Reihen- sowie Mehrfamilienhäuser) sowie einen Anteil von 30 % im Bereich des geförderten Wohnungsbaus. Zudem wird eine Fläche für die Errichtung einer Kindertagesstätte vorgehalten. Aus Sicht der Deutschen Reihenhaus AG würde eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs nach Osten einen verantwortungsvollen Entwicklungsrahmen für die Stadt Köln auch unter Berücksichtigung der Belange von Grün- und Freiraumstrukturen sowie der Verkehrsinfrastruktur schaffen [s. Anhang Abb. StnID 1006836\_1]. Hierbei ist auch nochmals hervorzuheben, dass sich diese Grundstücksflächen im Eigentum der Stadt Köln befinden und die Entwicklung einer Schule an diesem Standort auch hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse zeitnah realisiert werden könnte [s. Anhang Abb. StnID 1006836\_2]. Eine Deckung des erforderlichen Wohnbedarfs in der Stadt Köln kann nur erreicht werden, wenn auch entsprechende Flächen für die soziale Infrastruktur berücksichtigten und weitsichtig gesichert werden. Im Falle des beschriebenen Vorhabens ist bereits zum heutigen Zeitpunkt absehbar, dass ein Schulstandort benötigt wird, jedoch eine solche Fläche in der angrenzenden Siedlungsstruktur nicht vorgehalten werden kann. Im Sinne einer integrierten räumlichen Stadtentwicklungsplanung sollte dieser bereits bestehende Bedarf bei der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, linienhafte Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Neuaufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden.

Die Deutsche Reihenhaus setzt sich für leistbaren Wohnraum ein. Nach vertraglicher Sicherung der Grundstücksflächen wird seitens der Deutschen Reihenhaus die Neuaufstellung des Regionalplans erwartet, um die planerischen Voraussetzungen für ein späteres Bauleitverfahren zu schaffen. Dementsprechend würden wir es begrüßen, wenn mit der Neuaufstellung des Regionalplans nun tatsächlich auch ein weitsichtiger Entwicklungsrahmen, der alle Belange gleichermaßen berücksichtigt, geschaffen werden kann.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006836\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006836\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-1105	
1002466	
1006515_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Von unserer Mandantin geplante Vorhaben</p> <p>Unsere Mandantin plant, im Grenzbereich der Städte Troisdorf (Gemarkung Sieglar, Flur [ANONYMISIERT]) und Niederkassel (Gemarkung Niederkassel, [ANONYMISIERT]) zwei Freiflächensolaranlagen mit einer Gesamtfläche von rund 20 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die im Vorfeld durch die Gewinnung von Sand und Kies bereits in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und die im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, zum Teil als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung dargestellt sind.</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p>1.1 Bereits abgeschlossene Abgrabung auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf, Gemarkung Sieglar, Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>Die eine Gesamtfläche von rund 5 ha umfassende Grube III wurde in der Vergangenheit auf der Grundlage abgrabungsrechtlicher Genehmigungen des Rhein-SiegKreises im Trockenschnitt ausgekiest, anschließend mit unbelastetem Bodenaushub wiederverfüllt und anschließend weit überwiegend als Grünlandfläche rekultiviert. Im Randbereich wurden darüber hinaus Gehölzpflanzungen angelegt (siehe nachfolgenden Auszug aus der amtlichen Basiskarte, Abbildung 1).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006515_1]</p> <p>Auf der als Grünland rekultivierten Teilfläche der Grube III beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von rund 4,2 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 2 durch eine rot strichpunktierte Linie gekennzeichnet.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006515_2]</p> <p>1.2 Abgrabungserweiterung auf dem Gebiet der Stadt Niederkassel. Gemarkung Niederkassel. Flur [ANONYMISIERT], Flurstücke [ANONYMISIERT]</p> <p>Zur Existenz- und Standortsicherung ihres Betriebes strebt unsere Mandantin eine Abgrabungserweiterung auf den eine Gesamtfläche von rund 16 ha umfassenden</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.</p>

Grundstücken in der Stadt Niederkassel, Gemarkung Niederkassel, Flur [ANONYMISIERT], Flurstücke [ANONYMISIERT], an, die sich unmittelbar südwestlich an den ebenfalls durch den Abbau von Sand und Kies entstandenen Eschmarer See anschließt (siehe nachfolgende Abbildung 3).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_3]

Aus der Grube VI stehen bei einem geplanten Trockenabbau bis 2 m über dem höchsten Grundwasserstand rund 700.000 m<sup>3</sup> Kies und Sand zur Verfügung, die eine Sicherung des Betriebsstandorts für weitere rund 14 Jahre ermöglichen.

Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung soll die Erweiterungsfläche vollständig verfüllt und anschließend weit überwiegend als landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) rekultiviert werden. Im Randbereich sind darüber hinaus Krautsäume mit Gehölzpflanzungen geplant.

Auf der für eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehenen Teilfläche beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr ebenfalls, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten (siehe nachfolgende Abbildung 4). Anstelle der Ackerfläche soll auf der betreffenden Teilfläche in diesem Fall eine extensive Grünlandfläche entstehen. Die betreffende Teilfläche weist eine Größe von rund 15,8 ha auf.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_4]

Insgesamt stünden danach im Grenzbereich von Niederkassel und Troisdorf südwestlich des Eschmarer Sees mittelfristig rund 20 ha bereits durch den geplanten Abgrabungsbetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt werden können.

Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB), überlagert mit der Freiraumfunktion Regionale Grünzüge, dargestellt werden (siehe nachfolgende Abbildung 5).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_5]

Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen im Bereich der Gruben III und VI planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag

unserer Mandantin, die in den Abbildungen 2 und 4 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln darüber hinaus als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.

Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den im Vorfeld bereits erfolgten bzw. geplanten Abbaubetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen - abgesehen von den randlichen Gehölzpflanzungen und Krautsäumen - keine besonders hochwertigen Biotopstrukturen vorhanden sind bzw. sein werden. Sie liegen außerhalb besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuften Biotope und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW - mit Ausnahme der Fläche der Grube III - auch nicht dem Biotopverbund. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind im Umfeld, und zwar im Bereich der Betriebsstandorte unserer Mandantin sowie eines Konkurrenzunternehmens unserer Mandantin zudem bereits teilweise Solarpotenzialflächen ausgewiesen (siehe nachfolgende Abbildung 6).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_6]

Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen.

Im Einzelnen:

## 2. Bedarf an Freiflächensolaranlagen

Der Bundestag hat am 07.07.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei



rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen.

Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 7), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_7]

Damit dies gelingt, wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG nunmehr:

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des neu gefassten § 2 des EEG weiter ausgeführt:

Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden.

Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.

Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in Nordrhein-Westfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte.

In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW.

Hiervon entfielen

- ? 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- ? 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- ? 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- ? 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- ? 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW)
- ? 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),
- ? 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und
- ? 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein.

Vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51.

Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte

Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen.

Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen.

Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrhein-westfälischen Durchschnitt.

Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen  
? 6,9 % auf Windenergie,  
? 2,2 % auf Solarenergie,  
? 1,2 % auf Bioenergie und  
? 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_8]

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um DachflächenPhotovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel (siehe nachfolgende Abbildung 8) .

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_9]

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben.

Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

? Modulfläche gesamt: 200.000 m<sup>2</sup>

? Ausrichtung: Süd

? Neigung der Module: 20°

? Mittlere Einstrahlung: 1.127 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr

? Leistung eines Moduls: 320 W

? Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 38.943,7 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 22.960.046 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 450.579.924 kWh.

Bei einem erwarteten Ertrag von 22.960.046 kWh pro Jahr emittieren die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin null t CO<sub>2</sub>. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenskraftwerk würden jährlich 26.358 t CO<sub>2</sub> entstehen. Das würde eine Einsparung von 26.358 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 8.771 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 11.227 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 19.172 t pro Jahr.

Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen.

Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit des Abgrabungsbetriebs in der geplanten Grube VI auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits abgebaute und rekultivierte Abgrabungsabschnitte und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Grube VI) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbaubetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen. Im Bereich der Grube III ist die Rekultivierung bereits abgeschlossen. Hier kann auf den als Grünland rekultivierten Flächen nach Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen und Zulassung des Vorhabens unmittelbar die Freiflächensolaranlage errichtet werden.

### 3. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen

#### 3.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen südwestlich des Eschmarer Sees sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 06.04.2022 vom Bundeskabinett geschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

##### 3.1.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies und die anschließende Verfüllung mit unbelasteten Fremdböden in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sind bzw. sein werden.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Grube VI für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.

#### 3.1.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)

Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Bonn/RheinSieg, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufrstellung des Regionalplans Köln (bislant) auch nicht für eine Darstellung als BSLE vorgesehen.

#### 3.1.3 Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

#### 3.1.4 Oberflächengewässer

Oberflächengewässer sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen.

#### 3.1.5 Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### 3.1.6 Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, sowie im in Neuaufrstellung befindlichen Regionalplan Köln dargestellten Standorten für Abfalldeponien.

#### 3.1.7 Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Die bereits rekultivierte Grube III ist im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, als BSAB dargestellt. Im 1. Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe ist die Grube III ebenfalls wieder für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Die geplante Grube VI ist im 1. Planentwurf dagegen bislang nicht für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Für die Grube VI wurde aber inzwischen seitens unserer Mandantin im Regionalplanverfahren ein Abgrabungsinteresse angemeldet. Da die Grube VI erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und der anschließenden Rekultivierung dauerhaft für die Nutzung von Solarenergie in Anspruch genommen werden soll, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung jedoch nicht zu erwarten.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Grube VI für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb der geplanten Erweiterung verlagert. Die bereits rekultivierten Grünlandflächen im Bereich der Grube III stehen bereits vollständig für die Errichtung einer Freiflächensolaranlage zur Verfügung.

#### 3.1.8 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB). Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

#### 3.1.9 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Bonn/RheinSieg, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

#### 3.1.10 Waldbereiche

Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen werden derzeit als Grünland (rekultivierte Grube III) bzw. intensiv ackerbaulich genutzt (geplante Grube VI, siehe nachfolgende Abbildung 9). Nach Beendigung der geplanten Rohstoffgewinnung wird die geplante Grube VI weit überwiegend wieder als landwirtschaftliche Nutzfläche rekultiviert. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung im Bereich der geplanten Anlagenflächen nicht erfolgt bzw. vorgesehen.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_10]

#### 3.1.11 Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen im Bereich der Grube III liegen außerhalb von RG.

Die Flächen der geplanten Grube VI sind im Regionalplan als RG ausgewiesen. Sie stellen sich derzeit jedoch vollständig als intensiv genutzte Ackerflächen dar, die keinerlei gliedernde und belebende Elemente aufweisen. Nach Beendigung der geplanten Rohstoffgewinnung sollen sie weit überwiegend wieder als landwirtschaftliche Nutzfläche rekultiviert werden. Lediglich im Randbereich sind Krautsäume mit Gehölzpflanzungen vorgesehen, in die im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen jedoch nicht eingegriffen werden soll. Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlage selbst sollen bei Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung des Vorhabens anstelle der geplanten Ackerflächen extensive Grünlandflächen entstehen, sodass sich keine relevanten Zielkonflikte mit der im Regionalplan erfolgten RG-Darstellung ergeben.

#### 3.1.12 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN.

#### 3.1.13 Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

#### 3.1.14 Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden.

### 3.2 Umweltverträglichkeit

Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich.

#### 3.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden.

Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden.

Die nächstgelegene Wohnnutzung befindet sich in den Ortslagen Kriegsdorf, Eschmar, Bergheim und Mondorf in einer Entfernung zu den Anlagenflächen von 550 m bis 1.500 m.

An Verkehrsinfrastruktur sind die Autobahnen BAB A 59, A 560 und A 565, die Landstraßen L 332/L 332N und L 269 vorhanden. Darüber hinaus besteht ein Netz aus befestigten und unbefestigten Wirtschaftswegen.

Für die Erholungsnutzung weist der Raum derzeit keine besonderen Funktionen auf. Regional bedeutsame Erholungseinrichtungen sind im Bereich und im Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Im Bereich des Eschmarer Sees befindet sich eine Kanu-Trainingsstrecke, die allerdings nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich ist. Ansonsten werden die umliegenden Wirtschaftswege zwar insbesondere durch Radfahrer zur (Nah-) Erholung genutzt. Im südöstlichen Sektor des Untersuchungsraums wird durch die L 332/L 332N mit ihrer hohen Verkehrsdichte allerdings eine erhebliche Zerschneidungswirkung erzeugt.

Durch die hiermit sowie durch den Betrieb der Abgrabungen zwischen dem Mondorfer und dem Eschmarer See und die landwirtschaftliche Intensivnutzung einhergehenden Vorbelastungen ist die Erholungseignung des Raumes insgesamt deutlich gemindert.

Während der Bauphase ist infolge der geplanten Errichtung der Freiflächensolaranlagen im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus.

Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer technischen Überprägung einer durch die südlich an den Anlagenflächen vorbeiführende L 332/L 32N sowie die landwirtschaftliche Intensivnutzung sowie die bestehenden Abgrabungsbetriebe vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen nach Beendigung des geplanten Abgrabungsbetriebs im Bereich der Grube VI umgeben werden, bleiben erhalten. Gleiches gilt für die im Bereich der Grube III bereits vorhandenen randlichen Gehölzstrukturen.

Diese Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf der südlich der Vorhabensflächen verlaufenden Landstraße L 332/L 332N werden durch die Gehölzpflanzungen vermieden.

Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.



### 3.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

#### 3.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.2 Nationalpark

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

#### 3.2.2.3 Naturschutzgebiet

Im Bereich der überplanten Flächen sind keine Naturschutzgebiete vorhanden. Die im Landschaftsplan Nr. 1 "Niederkassel" des Rhein-Sieg-Kreises ausgewiesenen Naturschutzgebiete "Fuchskaule" und "Mondorfer See" weisen eine Entfernung von rund 300 m bis 600 m zu den geplanten Anlagenflächen auf und werden deshalb durch die Errichtung und den Betrieb der Freiflächensolaranlagen weder unmittelbar, noch mittelbar tangiert.

#### 3.2.2.4 Planungsrelevante Arten

Im Rahmen der Planung diverser Abgrabungserweiterungen im unmittelbaren Umfeld des Eschmarer Sees wurden in jüngerer Zeit diverse faunistische Bestandsaufnahmen durchgeführt. Diese erstreckten sich auch auf die Gruben III und VI, im Bereich derer lediglich die bodenbrütende Feldlerche sowie der Feldschwirl nachgewiesen wurden.

Da die Flächen im Bereich der Grube VI nach der Inanspruchnahme für die Gewinnung von Sand und Kies als landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker bzw. Extensivgrünland) rekultiviert werden sollen, ist zu erwarten, dass sich die vorgenannten Arten nach der Rekultivierung wieder auf den Flächen ansiedeln.

Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die vorgenannten Arten daher folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der vorgenannten Arten die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitate eingegriffen wird, zwischen Mitte August und Ende März/Anfang April zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_11]

Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

? Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der vorgenannten Arten zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme der jeweiligen Teilfläche stattzufinden.

? Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.

? Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die vorgenannten planungsrelevanten Bodenbrüter festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten gewerblichen Nutzungen (Abgrabungs- und Verfüllbetriebe) sowie der Verkehrsdichte auf der im Süden der Vorhabensflächen verlaufenden L 332/L 332N bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Der durch den Verkehr auf der Landstraße verursachte Schallleistungspegel liegt zwischen 55 dB und 65 dB (siehe nachfolgende Abbildung 12). Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_12]

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächenzwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge,

Sperlinge, Goldammern u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten

wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden.

Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009; Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179.

Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen.

Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.;  
Trölzsch/Neuling, a. a. O.

Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. Fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt.

Vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew's Special 45/Dezember 2010;

Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013.

Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant

werden.

Vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV) , Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012).

Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaiken mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturarmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen.

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden.

So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen.

#### 3.2.2.5 Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotop

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotop sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

#### 3.2.2.7 Biotopverbundflächen

Die geplante Grube VI liegt außerhalb von Biotopverbundflächen.

Die Grube III wurde vom LANUV NRW als Biotopverbundfläche im Sinne des § 21 BNatSchG eingestuft (siehe nachfolgende Abbildung 13). Sie ist Bestandteil des unter der Kennung VB-K-5108-011 ausgewiesenen Biotopverbundkomplexes "Freiraumkorridor Stockumer-, Eschmarer-, Mondorfer-, Rotter See", der sich überwiegend als Ackerland genutzte Freifläche der rechtsrheinischen

Niederterrasse darstellt und durch die Bündelung von Kompensationsmaßnahmen in diesem Bereich mittelfristig eine funktionale Gliederung und artenschutzrechtlich bedeutsame Aufwertung erfahren soll.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_13]

Die räumliche Lage innerhalb einer Biotopverbundfläche steht der Nutzung der Grube III für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Grube III im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen extensiven Grünlandnutzung etc.) bleibt die im Bereich der Fläche bereits erfolgte ökologische Aufwertung im Wesentlichen erhalten.

Die räumliche Nähe der geplanten Grube VI zu der vorgenannten Biotopverbundfläche steht der Realisierung der dort geplanten Freiflächensolaranlage ebenfalls nicht entgegen. Durch die Umwandlung des dort im Zuge der Rekultivierung geplanten Ackerlands in Extensivgrünland und die randlichen Krautsäume mit Gehölzpflanzungen erfahren die dortigen Flächen eine ökologische Aufwertung, sodass tendenziell sogar eine Verbesserung des Biotopverbunds zu erwarten ist.

Insgesamt kann in jedem Fall davon ausgegangen werden, dass der Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines regionalen Biotopverbunds weiterhin gewährleistet bleibt.

#### 3.2.2.8 Schutzwürdige Biotope

Schutzwürdige Biotope sind im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Nordöstlich an die Gruben III und VI angrenzend befindet sich der schutzwürdige Biotop BK-SU-00048 ("Eschmarer See"). Unmittelbar südwestlich der geplanten Grube VI befindet sich darüber hinaus der schutzwürdige Biotop BK-5108-0010 ("Gehölzbestände in der Feldflur östlich von Niederkassel"). In einer Entfernung von rund 300 m befinden sich im Südwesten der Gruben III und VI schließlich die schutzwürdigen Biotope BK-5208-0005 ("Kiesgrube Mondorfer See") und BK-5208-0006 ("Trockenabgrabung Thomas östlich von Rheidt"). Die räumliche Lage der schutzwürdigen Biotope ist der nachfolgenden Abbildung 14 zu entnehmen.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_14]

Die räumliche Nähe zu diesen schutzwürdigen Biotopen steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. In die schutzwürdigen Biotopflächen wird im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Sie erfahren durch die geplanten Freiflächensolaranlagen auch keine mittelbare Beeinträchtigung. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die geplanten

randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Vorhabensflächen im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstandzwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen extensiven Grünlandnutzung, Umwandlung der temporär für die Solarenergieerzeugung genutzten unverritzten Flächen des Vorhabensgebiets von Intensivacker in extensive Grünlandflächen etc.) erfolgt darüber hinaus eine ökologische Aufwertung, sodass eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung der schutzwürdigen Biotope ausgeschlossen werden kann.

### 3.2.3 Boden

#### 3.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Die Grube III wird ausschließlich von Auftrags-Pararendzina (Z53) eingenommen, die ausweislich der Karte der schutzwürdigen Böden BK 50 (3. Auflage) nicht als schutzwürdig eingestuft wurde. Im Bereich der Grube VI kommen aktuell ebenfalls keine schutzwürdigen Böden vor. Sie wird ausschließlich von nicht schutzwürdigen Parabraunerden eingenommen (siehe nachfolgende Abbildung 15).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_15]

##### 3.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Die Böden im Bereich der geplanten Grube VI werden intensiv landwirtschaftlich genutzt und weisen überwiegend nur eine geringe Filterfähigkeit auf. Die mit der intensiven Nutzung verbundenen Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus.

Im Bereich der Grube III sind aufgrund des bereits abgeschlossenen Sand- und Kiesabbaus keine gewachsenen Böden mehr vorhanden.

Die bereits erfolgten sowie die geplanten Gewinnungstätigkeiten im Raum sind ebenfalls als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind bzw. werden nach Beendigung der Gewinnungstätigkeit keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen und Wege als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden.

##### 3.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich.

Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und

Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten. Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden.

Aufgrund des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach Beendigung des Abbaubetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sind bzw. sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind.

#### 3.2.4 Wasser

##### 3.2.4.1 Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet

Die geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld liegen zwar in der Schutzzone III B des festgesetzten Wasserschutzgebiets "Zündorf" (siehe nachfolgende Abbildung 16). Die Wasserschutzgebietsverordnung Ihres Hauses schließt die Errichtung von Freiflächensolaranlagen in der Wasserschutzzone III B aber nicht aus. Entsprechendes gilt für den Entwurf der landesweiten Wasserschutzgebietsverordnung. Dies steht im Einklang mit der Gefährdungseinschätzung im DVGW-Arbeitsblatt W 101, Stand. März 2021, welches der Errichtung von FreiflächenPhotovoltaikanlagen in der Schutzzone III B lediglich ein geringes Risiko beimisst (siehe Ziffer 8.2 des DVGW-Arbeitsblatts W 101).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_16]

##### 3.2.4.2 Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

##### 3.2.4.3 Grundwasserkörper

Der im Planungsraum vorliegende Grundwasserkörper "Niederung des Rheins (27 25)" wird laut Fachinformationssystem ELWAS (elektronisches wasserwirtschaftliches

Verbundsystem für die Wasserwirtschaftsverwaltung in NRW) von mächtigen quartären Terrassensedimenten (Sande und Kiese, silikatisch) gebildet und stellt somit einen gut durchlässigen und ergiebigen Porengrundwasserleiter dar. Er befindet sich in einem guten mengenmäßigen Zustand, d. h. es findet keine Übernutzung des Grundwassers statt. Der Grundwasserkörper befindet sich aufgrund von Grenzwertüberschreitungen unterschiedlicher Inhaltsstoffe in einem schlechten chemischen Zustand. Zu nennen sind hier insbesondere Belastungen mit Pflanzenschutzmitteln (PSM). Pflanzenschutzmittel kommen überwiegend in der Landwirtschaft zum Einsatz, Anwendungen finden sie aber auch in Siedlungsgebieten, wie z. B. auf Verkehrsflächen, in Gartenanlagen und auf Gleisanlagen.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen befinden sich - wie oben bereits dargelegt - in der Wasserschutzzone III B des Wasserschutzgebiets Zündorf. Zwischen der Geländeoberkante (ca. 57 m NHN) und dem höchsten Grundwasserstand (ca. 47,5 m NHN) besteht hier ein Abstand von rund 9,5 m. Dementsprechend erfolgte der Abbau im Bereich der Grube III nur bis zu einer Tiefe von 49,5 m NHN. Im Bereich der Grube VI ist ebenfalls nur ein Trockenabbau bis 49,5 m NHN vorgesehen. Ebenso wie die Grube III soll die Grube VI nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus wieder mit unbelastetem Boden bis zur ursprünglichen Geländeoberkante verfüllt werden, wobei zur Herstellung der durchwurzelbaren Bodenschicht grubeneigener Abraum und Oberboden (Gesamtmächtigkeit ca. 1 m) verwendet werden soll.

Im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Flächen ist dementsprechend von einem minimalen Grundwasserflurabstand von etwa 9,5 m auszugehen.

#### 3.2.4.4 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

Im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen erfolgen nur kleinflächige Eingriffe in den Boden (Fundamente der Modulstände), die weit oberhalb des höchsten Grundwasserstands enden.

Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen in diesem Bereich ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung.

Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers



sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach ebenfalls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen.

Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

#### 3.2.4.5 Oberflächenwasserkörper

Im Bereich der Vorhabensflächen selbst befindet sich kein Oberflächengewässer.

Nördlich an die Grube VI angrenzend befindet sich der durch den Nassabbau von Sand und Kies entstandene Eschmarer See. Etwa 300 m bis 500 m südwestlich der Gruben III und VI befindet sich mit dem Mondorfer See ein weiteres Abgrabungsgewässer.

Nach einer Auswertung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten für die Flussgebiete in NRW (MULNV NRW, Internet-Abfrage Juni 2022) für das Teileinzugsgebiet Rheingraben-Nord liegen für den Vorhabensbereich und das nähere Umfeld keine Gefahren oder Risiken, auch nicht für Extremhochwasser (HQ extrem) vor (siehe nachfolgende Abbildung 16).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_17]

Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

#### 3.2.5 Klima/Luft

##### 3.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW sind die Gruben III und VI als Grünflächen mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen (siehe nachfolgende Abbildung 17).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_18]

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten

Freiflächensolaranlagen

nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind .

#### 3.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die Flächen der Gruben III und VI ausschließlich von Auftrags-Pararendzina (Grube III) und Parabraunerde (Grube VI) eingenommen. Die betreffenden Böden sind nicht als klimarelevante Böden einzustufen.

Im Zuge der Realisierung der geplanten Abgrabungserweiterung im Bereich der Grube VI werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden.

Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind.

#### 3.2.5.3 Lufthygiene Belastungen, Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen

Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere geländeklimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu.

Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

#### 3.2.6 Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials. Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft.

Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität

unterschiedlich hoch sein.

Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen.

Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die unmittelbar benachbarten Abgrabungen sowie die im Nahbereich vorhandenen, stark frequentierten Verkehrswege (L 332/L 332N) und die intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist.

Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Im Bereich der Grube III wurden nach Beendigung des Abgrabungs- und Verfüllbetriebs im Randbereich Gehölzpflanzungen angelegt. Auch im Randbereich der Grube VI ist die Anlage entsprechender Gehölzpflanzungen geplant. Aufgrund der umgebenden Gehölzbestände werden die geplanten Freiflächensolaranlagen von außerhalb des Geländes kaum sichtbar sein, sodass keine das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen. Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf.

Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die Wohnnutzungen im Bereich der Ortslagen Kriegsdorf, Eschmar, Mandorf und Bergheim liegen in einer Mindestentfernung von ca. 550 m. Durch die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen und geplanten Gehölzpflanzungen wird von den Wohngebieten in den umliegenden Ortschaften kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen.

Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen landschaftlichen oder kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet eine geringe

Bedeutung für das Landschaftsbild.

Es ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen.

Im Einzelnen:

3.2.6.1 Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark. Landschaftsschutzgebiet.  
unzerschnittene  
verkehrsarme Räume)

Den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Verkehr) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten.

Der Landschaftsraum bietet keine bedeutsamen Erholungsqualitäten. Insbesondere die im Untersuchungsraum vorhandenen Verkehrswege (L 332/L 332N) führen zu einer starken Verlärmung des angrenzenden Landschaftsraumes. Dies führt insgesamt dazu, dass die landschaftsästhetische Wertigkeit und die Erholungseignung des Raumes als gering einzustufen sind.

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen zwar teilweise (Grube VI) in einem unzerschnittenen  
verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 18).

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_19]

Vorhabensbedingte erhebliche Umweltauswirkungen sind gleichwohl nicht zu erwarten. Im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens ist - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll über das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz (L 332/L 332N) und die hiervon abzweigende, südlich an den Abgrabungskomplex im Bereich und der Umgebung des Eschmarer Sees angrenzende Wegeverbindung (Im kleinen Feldehen), welche auch als Zufahrt zum Abgrabungs- und Betriebsgelände unserer Mandantin dient, erfolgen. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die Abgrabungen im Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben.

### 3.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden.

Unmittelbar südwestlich an die geplante Grube VI angrenzend ist unter Ziffer 2.4-20 des Landschaftsplans Nr. 1 "Niederkassel" des Rhein-Sieg-Kreises eine kleine Gehölzfläche als geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt. Die Gehölzfläche wird vom Vorhaben nicht berührt.

### 3.2.6.3 Landschaftsbild

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von sehr geringer/geringer Bedeutung (siehe nachfolgende Abbildung 19). Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung sind von dem geplanten Vorhaben dagegen nicht betroffen.

[s. Anhang Abb. StnID 1006515\_20]

### 3.2.6.4 Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Land-

Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen.

Aufgrund des eingeschränkten Sichttraums (randliche Gehölzpflanzungen), der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber Landschaftsbildbeeinträchtigungen. Erhebliche Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

### 3.2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor.

Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen.

Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erhebliche Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden.

Soweit unverritzte Teilflächen der Grube VI temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffenden Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und hierbei auftretende Funde bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben.

### 3.2.8 Schutzmaßnahmen

#### 3.2.8.1 Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen

##### 3.2.8.1.1 Schutzgut Boden

? Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten erhalten bleibt. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann.

? Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten) Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu vermeiden. Die DIN-Vorschrift 18916 (Landschaftsbauarbeiten), 18915 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten.

? Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

##### 3.2.8.1.2 Schutzgut Wasser

? Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere die

entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen.

#### 3.2.8.2 Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor anlagenbedingten Beeinträchtigungen

##### 3.2.8.2.1 Schutzgut Boden. Wasser und Fläche

? Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

? Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone zur Versickerung gebracht.

? Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist.

##### 3.2.8.2.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

? Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen.

? Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PV-Module und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden.

? Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden.

##### 3.2.8.2.3 Schutzgut Landschaft

? Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbaubetrieb sowie den Verkehr auf der L 332/L 332N bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist.

? Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultische auf maximal 4 m.

#### 4. Fazit

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen von unserer Mandantin in Aussicht

genommenen Flächen sind in besonderem Maße für eine Sicherung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung geeignet. Denn es sind weder unüberwindbare Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und die angrenzenden überörtlichen Verkehrswege bereits erheblich vorbelastet ist. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen wurden bzw. werden vorlaufend durch die Gewinnung von Kies und Sand in Anspruch genommen werden. Für ihre Nutzung zur Solarenergieerzeugung besteht ein erheblicher energiewirtschaftlicher Bedarf, der unter Zugrundelegung der vom Bund vorgegebenen Ausbauziele für die Solarenergie durch die in der Potenzialstudie des LANUV NRW ermittelten Flächen nicht gedeckt werden kann. An der Sicherung zusätzlicher Flächen besteht deshalb ein überragendes öffentliches Interesse.

Um die geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Troisdorf/Niederkassel planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus der obigen Abbildung 2, 4 und 6 ersichtlichen Flächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung zu sichern.

Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung [ANONYMISIERT].

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_18.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_19.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_20.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1006515\\_001\\_7.pdf](#)



<a href="#">Abb_ID_1006515_001_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1006515_001_9.pdf</a>	
--	--

AZ: Ö-M-1106	
1001900	
1006554_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Widerspruch gegen das beabsichtigte Bauvorhaben in Waldenrath Gibplus/Gibregional</p> <p>hiermit möchten wir zu dem oben erwähnten Bauvorhaben folgende Einwände erheben: Die noch sehr aktive Landwirtschaft verliert durch dieses Bauvorhaben wieder einiges an Fläche, was nicht in Einklang mit der Umwelt bzw mit der Versorgung der Menschen zu bringen ist. Durch die B56n haben wir schon einiges an Emission zu verkraften und es sollte durch dieses Bauvorhaben nicht noch verstärkt werden. Daraus ergeben sich erhebliche Einschränkungen in unserer Lebnes- und Wohnqualität. Auch sehen wir persönlich einen massiven Wertverlust unseres Hauses und im direkten Umfeld. Bei gleichzeitiger Planung eines Wohngebietes parallel zum Strauch sollte das aufgrund fehlender Baugrundstücke innerorts bevorzugt werden. Die Ansiedlung von Bürgern sollte doch Vorrang haben vor Gewerbe- und Industriebetrieben, da in Waldenrath dringend Baugrund benötigt wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Die Firma [ANONYMISIERTE] nimmt zu dem vorgelegten Planentwurf wie folgt Stellung:

Die durch den Russischen Angriffskrieg in der Ukraine hervorgerufene Energie-Krise Europas zeigt einen wachsenden Bedarf nach im Inland produziertem Strom und einer allgemeinen Versorgungsunabhängigkeit auf. Erneuerbare Energien leisten dabei einen immensen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am 07.07.2022 das sogenannte "Osterpaket" beschlossen (Deutscher Bundestag, 2022). Hierdurch wird das Ausbauziel der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von derzeit knapp 240 TWh auf 600 TWh im Jahr 2030 erhöht sodass erneuerbare Energien bis dahin 80 % der Stromerzeugung übernehmen sollen. Dadurch wird die Nutzung erneuerbarer Energien zum überragenden öffentlichen Interesse erklärt (BMWK, 2022). Photovoltaik (PV)-Anlagen liefern unter den erneuerbaren Energien seit 2021 deutschlandweit bereits den zweitgrößten Anteil am Bruttostromverbrauch (Fraunhofer ISE, 2022). Insofern kommt diesen bei der Erzielung der vorgenannten Ziele eine besondere Bedeutung zu.

In diesem Zusammenhang beabsichtigt die Firma [Abbildung] die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage (FFA) auf Flächen in der Gemarkung Aldenhoven. Die Gemeinde Aldenhoven steht der Planung wohlwollend gegenüber, sodass bereits der Rat der Gemeinde in seiner Sitzung am 03.03.2022 die Einleitung des Verfahrens zur 54. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes 90 A beschlossen hat.

Der vorliegende Standort [s. Anhang Abb. StnID 1006555\_001] entlang einer Bundesautobahntrasse auf der einen Seite und der Landstraße L 136 auf der anderen Seite ist im Hinblick auf die Flächenkulisse des Ziels 10.2-5 des Landesentwicklungsplans NRW ein Vorzugsstandort. Dementsprechend ist die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie möglich, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um

- die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen,
- Aufschüttungen oder
- Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung handelt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

Die beabsichtigte PV-Nutzung ist mit den Schutz- und Nutzfunktionen des Entwurfs des Regionalplanes vereinbar. In dem Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen wird für das Plangebiet ein "Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich" (AFAB) dargestellt. (Bezirksregierung Köln, 2022) Die AFAB dienen überwiegend den Funktionen der Landwirtschaft und des Freiraums sowie deren Sicherung. Hierzu gehören beispielsweise Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung, die aus agrarwirtschaftlichen oder ökologischen Gründen zu erhalten oder zu entwickeln sind oder Grün-, Sport- und sonstige Gemeinbedarfsflächen sowie Freizeit- und Erholungsflächen (Bezirksregierung Köln, 2016, S. 43ff.).

Vorliegend handelt es sich um einen Deponiekörper, sodass die im AFAB zu erhaltenden Funktionen bereits heute nicht mehr gegeben sind. Die derzeitigen landwirtschaftlichen Flächen auf der verfahrensgegenständlichen Fläche weisen hinsichtlich ihrer Lebensraumfunktion für Pflanzen keine besondere Bedeutung auf. Der Acker wird bisher intensiv genutzt.

Die Entwicklung entsprechender Funktionen ist bei Umsetzung der geplanten PV-Nutzung möglich. Denn diese Nutzung bietet die Möglichkeit, Lebensräume für verschiedene Tier- und Pflanzenarten aufzuwerten und artenreiches Grünland neu zu schaffen. Durch die Verschattung von Teilbereichen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung besonnener Bereiche wird sich das darunterliegende Grünland unterschiedlich ausbilden, was die Biodiversität, hierunter insbesondere die Vielfalt an Pflanzengesellschaften und Nahrungshabitaten begünstigen wird. Ein Konflikt mit der vorgenannten Darstellung ist insofern nicht ersichtlich.

Gleichwohl fällt die Fläche mit einer Größe von ca. 14,4 ha unter die Raumbedeutsamkeit gem. § 32 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetz NRW. Demnach sind Flächen mit einer Flächengröße von 10 ha in der Regel zeichnerisch im Regionalplan festzulegen. Mit dem Einschub "in der Regel" wird dargelegt, dass es Planungen in einer Flächengröße von 10 ha oder mehr geben kann, die kein Erfordernis einer zeichnerischen Festlegung im Regionalplan begründen. Vorliegend ist davon auszugehen, dass der Regelfall, wonach eine Darstellung ab einer Flächengröße von 10 ha gegeben ist, nicht vorliegt.

Hier ist zunächst darauf zu verweisen, dass die Belange der Regionalplanung auch im Zusammenhang mit den Zielen des derzeitigen Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2021) zu sehen sind. Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern. Seitens der Bundesregierung wurde zudem ein Ausbauziel für die

Photovoltaik definiert, um das vorgegebene Ziel, bis 2030 80 % des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, zu erreichen.

Gemäß § 37 Abs. 1 des derzeitigen EEG 2021 besitzen Flächen längs von Autobahnen oder Schienenwegen, die den Zielen der Regionalplanung nicht widersprechen, einen Vergütungsstatus bis zu einer Distanz von 200m vom äußeren Rand der Fahrbahn entfernt.

Durch das am 28.07.2022 veröffentlichte Bundesgesetzblatt wurde nun das EEG 2023 verabschiedet, sodass künftig sogar Flächen einen Vergütungsstatus bis zu einer Distanz von 500m vom äußeren Rand der Fahrbahn entfernt aufweisen. Der Vergütungsstatus wurde demnach um das 2,5-fache erhöht. Aufgrund dieser Gesetzesänderung werden künftige Vorhaben vermehrt die 10ha-Grenze überschreiten. Zudem werden bereits im Energieatlas NRW, der von dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, kurz LANUV, erstellt wurde, umfangreiche Informationen zu Erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

So werden im Solarkataster die Flächen dargestellt, die Potenziale aufweisen. Dies sind insbesondere Korridore entlang von Autobahn- oder Bahntrassen, da hier bereits eine Vorbelastung besteht, die u.a. folgende Aspekte aufweisen: Die Landschaft wird durch Autobahn- und Bahntrassen zerschnitten, ein Wildwechsel ist demnach nicht möglich, es kommt durch die Verkehrsimmissionen zu Meideverhalten der Tiere. Zudem ist eine anderweitige, bauliche Nutzung der Fläche aufgrund der Lage kaum realisierungsfähig und städtebaulich fragwürdig.

Vorliegend wird im Solarkataster NRW die verfahrensgegenständliche Fläche in Aldenhoven entlang der Bundesautobahntrasse als "Potenzialfläche" dargestellt.

Unter Berücksichtigung der bundesweiten Ausbauziele und den hierfür gesetzten, zeitlichen Zielen sowie der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung kann weder von Seiten des Gesetzgebers noch von Seiten der Bezirksregierung ein Interesse daran bestehen, die Zulässigkeit von PV-Freiflächenanlagen mit einer Flächengröße von mehr als 10 ha selbst dann an eine diesbezügliche Darstellung im Regionalplan zu binden, wenn in Summe so viele Aspekte für die PV-Nutzung sprechen, wie im vorliegenden Planungsfall.

Insbesondere im Hinblick auf die zeitnahen Ausbauziele kommt der zeitnahen Umsetzung des Planvorhabens eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund ist die Auffassung zu vertreten, dass die Umsetzung des zur Rede stehenden PV-Vorhabens nicht an die Darstellung eines "Vorranggebietes für die Solarenergie" gebunden ist.

Gleichwohl wird es als wünschenswert erachtet, wenn sich das Vorhaben auch

perspektivisch, jedenfalls über den nächsten 20 bis 30 Jahre, mithin den Geltungszeitraum des in Aufstellung befindlichen Regionalplanes, gegenüber anderen Flächennutzungen durchsetzt. Angesichts der vorgenannten Aspekte bittet die Firma [ANONYMISIERT] darum, die in der Abbildung 1 mit "Ergänzungswunsch" kenntlich gemachten Flächen im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln als "Vorranggebiet für die Solarenergie" darzustellen.

Im Weiteren wird angeregt, die Flächenkulissen gemäß Regionalplan, die mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar sind, bereits direkt als Vorranggebiete im Regionalplan festzulegen. Zudem sollte im Hinblick auf die Erneuerung des EEG 2023 die textliche Festlegung Z.39 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern des Entwurfs des Regionalplans in Bezug auf Photovoltaik dringend überdacht werden, sodass hier eine größtmögliche und zugleich raumverträgliche Ausweisung ohne zeichnerische Festlegung im Regionalplan möglich ist.

Im Namen der Firma [ANONYMISIERT] bedanken wir uns und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006555\\_001.pdf](#)

AZ: Ö-M-1108	
1002546	
1006773	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Entwurf des Regionalplans Köln weist auf der Karte für den Kreis Euskirchen in der Anlage "Zeichnerische_Festlegungen_Regplan_Koeln_Blatt10-11_Kreis_Euskirchen" u.a. Bereiche für den Natur- und Landschaftsschutz bzw. die landschaftsorientierte Erholung aus. Soweit dies für uns erkennbar ist, sind hier auch landwirtschaftlich genutzte Grundstücke betroffen, die sich seit vielen Jahren im Eigentum unserer Familien befinden. Wir besitzen in den Gemeinden Zül-pich (Gemarkungen Bürvenich-Eppenich,Hoven-Floren, Langendorf, Linzenich-Lövenich, Merzenich und Sinzenich) und Mechnich (Gemarkung Berg) Grundstücke, die wir an örtliche Landwirte verpachtet haben. Sofern es im Zuge der Umsetzung des Regionalplans zu Stilllegungen/Reduzierungen der landwirtschaftlichen Flächen oder zu Einschränkungen/Verboten beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (siehe auch Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln) kommen sollte, würde dies nicht nur die Existenzgrundlage der betroffenen Landwirte sowie die Versorgung der hier lebenden Menschen mit regionalen Nahrungsmitteln gefährden. Hieraus ergäben sich dann auch sehr negative Folgen für uns als Eigentümer, da zukünftig keine bzw. nur noch wesentlich geringere Pachterträge zu erzielen wären und sich der Wert der Grundstücke signifikant verschlechtern/reduzieren würde. Ohne die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes zu negieren, erachten wir einen derartigen gravierenden Eingriff in unsere Eigentumsverhältnisse als unverhältnismäßig und lehnen den Regionalplan im Hinblick auf etwaige Einschränkungen der ackerbaulichen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen in der vorliegenden Form ab. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die im Internet hinterlegte Karte "Zeichnerische_Festlegungen_Regplan_Koeln_Blatt10-11_Kreis_Euskirchen" aufgrund des gewählten Maßstabs nur eine grobe Zuordnung potenziell betroffener Grundstücke zulässt. Sofern Ihnen genauere Karten zur Verfügung stehen sollten, die eine unmittelbare Zuordnung von konkreten Flurstücken oder eine Suche über Gemarkung/Flur/Flurstück-Nr. ermöglichen, bitten wir Sie, uns diese zuzusenden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1109

1002547

1006557\_001

**Inhalt**

Stop GIB Püttstrasse Hatterath

hiermit erhebe ich Einspruch gegen das Bauvorhaben am Gewerbegebiet Püttstrasse Niederheid vehement ab! Die ungelöste Verkehrslage beeinträchtigt mich als Bürger Hatteraths massiv in meiner Lebensqualität. Ich bitte um eine Bestätigung des Erhalts dieses Einspruches.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentiale wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-1110	
1002548	
1006558_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zum Bauvorhaben: Gewerbe- und Industriegebiet zwischen Waldenrath und Birgden (Kreis Heinsberg)</p> <p>in Ihrer Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans, begrüßt die Stadt Heinsberg Flächen als Gewerbe- und Industriegebiet zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden. Unsere Einwendungen richten sich gegen die im <b>FNP, Seite 91 ?G-Wal-01-RP im Ortsteil Waldenrath</b> aufgeführten Flächen als Gewerbe- und Industriebereiche (GIB) auszubauen. Die hier genannte Fläche von ca. 22 ha grenzt unmittelbar an die Wohnnutzung des Ortrandes. Wir leben bewusst ?auf dem Land?. Wir möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Wir wollen die Vögel singen hören. Dafür nehmen wir gerne auch Nachteile des Landlebens in Kauf. Wir sind hier geboren und geblieben oder hierhergezogen, gerade wegen des Landes. Wir wollen nicht aus der Haustür hinaus unmittelbar in ein Gewerbegebiet gehen oder von Lärmschutzwällen im eigenen Garten eingeschlossen sein. Unsere Kinder sollen sich frei auf Feldern und Wiesen bewegen dürfen und nicht durch ein angrenzendes Gewerbegebiet in der Entwicklung gestört werden. Genau aus diesem Grund haben wir Waldenrath, vor fast 15 Jahren, zu unserer Heimat gewählt ! Die Ackerböden im Kreis Heinsberg gehören zu den besten Böden Deutschlands. Durch immer mehr Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete werden sie für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Aktuell zeigen die Entwicklungen rund um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, dass ein Umdenken zwingend erforderlich ist. Boden ist ein endliches Gut. Die Bezirksregierung sollte mit der Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten und dem ungebremsten Flächenverbrauch Einhalt gebieten. <b>Aus diesen und vielen weiteren Gründen sprechen wir uns ausdrücklich gegen die Ausweisung des von der Stadt Heinsberg geplanten Gewerbe- und Industriegebiets zwischen ?Waldenrath und Birgden? aus.</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1111

1002549

1006559\_001

#### Inhalt

Stellungnahme zum GIP Regional Heinsberg -Waldenrath

hiermit beziehe ich Stellung zum geplanten GIP Regional in Heinsberg-Waldenrath. Das Gewerbegebiet Heinsberg-Waldenrath schadet mit seinen Versiegelungen und Bauteilen unserem Klima. Die Gewerbebauten liegen in der Kaltluftschneise und sorgen dafür, dass die notwendige Kaltluft nicht mehr ausreichend in die Wohnbebauung strömen kann, dadurch werden sich unsere Häuser noch stärker aufheizen und unsere Wohnqualität wird ebenso negativ beeinflusst wie meine eigene Gesundheit. Schon aus meiner potentiellen beruflichen Perspektive liegt mir die sorgfältige Beanspruchung unserer geringen verfügbaren Freiflächen sehr am Herzen. Wenn diese einfach nur um der Ansiedlung nicht-regionaler großer Industrien willen, wahllos zugepflastert werden, erkenne ich nun wahrlich keinen Mehrwert an diesem geplanten GIP? Als angehender Wirtschaftsgeograph mit der Fachrichtung Mobilitätsmanagement spielt der Klimawandel eine mehr als große Rolle in meiner zukünftigen beruflichen Laufbahn. Daher würde ein solches Projekt schon meinen eigenen Grundprinzipien widersprechen. Damit möchte ich aber keinesfalls den Eindruck erwecken, dass ich für Stillstand in unserer dörflichen Umgebung bin. Ganz im Gegenteil, eine Fortentwicklung in einem modernen Dorf mit einem Mix aus Altbauten und Neubauten, ist vor allem allein schon aus der Perspektive eines Mitte 20-jährigen Mannes, von großem Interesse. Daher sollte man doch eher die Ausweisung eines Neubaugebietes forcieren, wovon auch die ganze Dorfbevölkerung profitiert. Ich hoffe, dass meine Stellungnahme Beachtung findet.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1112

1002550

1006560\_001

#### Inhalt

GIBregional Ausweisung für ein Gewerbegebiet Waldenrath/Birgden

Die Ausweisung und geplante Auslegung des o. g. Gewerbegebietes lehne ich ausdrücklich ab. Das geplante GIB Waldenrath/Birgden grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes und ich befürchte trotz des angedachten Abstands eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Zudem ist durch das dann stark erhöhte Verkehrsaufkommen die Gesundheit der Bewohner erheblich gefährdet. Außerdem schadet das geplante GIB u. a. durch die Versiegelung der Böden in extremem Maße der Natur und dem Klima.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1113	
1002551	
1006776	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen den Regionalplanentwurf im Bereich Städtregion Aachen, insbesondere im Bereich Stolberg-Donnerberg (siehe Anlage zur Kenntlichmachung) ein. Uns gehören Grünlandflächen, in dem Gebiet das zu Allgemeinem Siedlungsbereich ausgeweitet werden soll. Hiermit wird nicht einverstanden. Die Flächen werden landwirtschaftlich genutzt und dienen der Lebensmittelherstellung. Bitte geben Sie uns zu unserem Einspruch eine inhaltliche Rückmeldung [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p>

AZ: Ö-M-1115	
1002558	
1006777	
<b>Inhalt</b> <p>Hiermit erheben wir, [anonymisiert] und [anonymisiert] als Eigentümer fristgerecht Widerspruch gegen die geplante Neuaufstellung des Regionalplans auf folgendem Grundstück: Weyer Fl. 3 Nr. [anonymisiert].</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-M-1116	
1002559	
1006564_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bin in Herreshagen geboren und dort in meinem Elternhaus aufgewachsen. Mittlerweile bin ich Eigentümerin von einem Einfamilienhaus.</p> <p>Wir sind sehr aktiv und wir verbringen viel Zeit mit Wanderungen, Fahrrad fahren und Spaziergängen in der Natur.</p> <p>Bei dem Gedanken in der Zukunft gegen große Hallen eines Industrie-/Gewerbegebietes zu sehen, die Natur nicht mehr genießen zu können, blutet mir das Herz.</p> <p>Ich bin tief betroffen über unseren Bürgermeister und den Rat der Stadt Gummersbach, dass sie ein solches Vorhaben in unserem Dorf mit gerade einmal 400 Einwohnern durchziehen wollen.</p> <p>Mein Haus ist meine Rentenvorsorge. Ein solches Vorhaben bedeutet für mich auch einen Wertverlust.</p> <p>Es gibt so viele andere Orte, wo schon jetzt Flächen leer stehen. Es sollten doch erst einmal solche Flächen genutzt werden. Ich habe wirklich Angst, dass unser beschauliches Dorf durch dieses Bauvorhaben vollkommen unter geht, wir keine Freizeitaktivitäten in der Natur mehr machen können und uns der Lärm der Maschinen und Verkehr krank machen.</p> <p>Ich bitte Sie, dieses Bauvorhaben nicht umzusetzen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln

Bei der Bewertung der LEP Fläche Lindern stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die aus den 1970ern Jahren stammenden Planungen auch heute im Jahre 2022 noch die Grundlagen und Bedürfnisse der Wirtschaft aber auch der Menschen widerspiegeln.

1. Landwirtschaft: Für die LEP Fläche in Lindern liegt, wie für alle Flächen in Geilenkirchen, eine überaus hohe Bodengüte vor. Die Lage in der Köln-Aachener Bucht ist nur vergleichbar mit wenigen anderen Standorten weltweit. Im bundesweiten Vergleich sind die Böden Geilenkirchens in der Randlage zur Jülicher Börde fast einmalig in ihrer Qualität. Lediglich die Böden der Lösslandschaften der Magdeburger Börde und des Thüringer Beckens sind von vergleichbarer Bodengüte. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen schrieb 2016 dazu: „Die Börde - wertvoll wie Edelmetall“ ?Die höchste Einstufung erfahren im bundesweiten Vergleich die Böden der Lösslandschaften, z. B. der Magdeburger Börde, des Thüringer Beckens und der Kölner Bucht. An diesen Standorten wirken sich eine maximale Durchwurzelungstiefe und ein sehr hohes Speichervermögen für pflanzenverfügbares Bodenwasser positiv aus.“ Gerade jetzt in Krisenzeiten sollte uns bewusst sein, wie wichtig eine stabile Versorgung mit heimischen Lebensmitteln ist. Eine produktive und leistungsfähige Landwirtschaft, die weitmöglichst unsere Eigenversorgung sichert und die Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland reduziert, braucht gerade die besten Böden. Dies bestätigt auch der aktuelle Vorstoß von Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir, der für eine stabile Versorgung angesichts angespannter internationaler Agrarmärkte infolge des Ukraine-Kriegs mehr heimische Flächen zum Getreideanbau nutzen möchte. Am Standort Lindern sollen aber ca. 270 ha hochwertige Fläche für die Landwirtschaft verloren gehen. Hinzu kommen noch viele Hektar für die geplanten Straßenzuführungen. Daraus folgt, dass ca. 6 bis 10 landwirtschaftlichen Betrieben die Lebensgrundlagen entzogen werden. Zudem hat sich die neue Schwarz/Grüne Landesregierung im vorliegenden Koalitionsvertrag zum Flächenfraß eindeutig geäußert. Hier heißt es u.a.: ?Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein. Dazu gehören u. a. flächenschonendes Bauen, die Nutzbarhaltung vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen , Flächenrecycling, die bessere finanzielle Ausstattung des ?Verbands für Flächenrecycling und Altlastensanierung" ?landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und ein hohes Gut, dass es zu schützen gilt. Daher werden wir für alle Regional- und Flächennutzungspläne ein Planzeichen Landwirtschaft einführen ." Fazit - Landwirtschaft: Aufgrund der einmaligen Bodengüte, der Lage im ländlichen Raum,

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.



und der Wichtigkeit zur stabilen Versorgung mit ausreichend heimischen Lebensmitteln, ist ein Flächenfraß in dieser Größenordnung nicht zeitgemäß und abzulehnen und widerspricht den Zielen der neuen Landesregierung.

2. Verkehrsanbindung - Straße: Die Verkehrsanbindung des geplanten LEP Gebietes an die überregionalen Verkehrswege, gestaltet sich nach wie vor als überaus schwierig und nach ökologischen Kriterien fast unmöglich. Anbindungsmöglichkeiten an die ca. 6 km nördlich verlaufende A46 sowie die rund 12 km südlich- gelegene A44 sind nur mit erheblichem Aufwand und Flächenvernichtung zum großen Teil gegen massiven Bürger\* innenprotest möglich. Dies wird im vorliegenden Entwurf des Regionalplanes gänzlich ignoriert. Der geplante Neubau der L228 n muss alleine 3 Bahnstrecken kreuzen, um dann als Umgehung von Lindern zum Bestand geführt werden. Dies bedeutet einen massiven Einschnitt in das Landschaftsbild und erhebliche Kosten. Somit ist ein Anschluss an die L364 zur A 44 nicht realisierbar. Der Neubau der L364n als Umgehung für Hückelhoven ist sehr lang und erzeugt massive Problem. Das Naturschutzgebiet Kapbusch ist ebenso betroffen wie der Junkerwald. Die L 364n wird als Umgehungsstraße für Hückelhoven verkauft, wird aber vielmehr benötigt um den Schwerlastverkehr an das Industriegebiet Lindern, die Future Site InWest, anzubinden und vernichtet sehr viele hochwertige Flächen. Eine Verbesserung der Verkehrsanbindung, ist in den nächsten Jahren nicht abzusehen. Alle Überlegungen gehen mit unverhältnismäßiger Vernichtung von Wald und Ackerflächen und einen nicht zu rechtfertigen Kostenaufwand einher. Die angenommenen Ziel- und Quellverkehre, die das geplante Industriegebiet auslösen würde, sind bei der jetzigen Verkehrsanbindung nicht tragbar. Der Aufwand für die neuen Straßen und die Belastung der Anwohner sind nicht hinnehmbar.

3. Verkehrsanbindung - Gleisanschluss: Hin- und Rückfahrten von ca. 90 % des Gewerbeverkehrs und der Belegschaften gehen über die Straßen. Der Gleisanschluss in Lindern bringt zwar Vorteile, die aber nur wenig genutzt werden können . Leider ist die Schiene immer noch keine Alternative zum LKW-Verkehr. Ein Um und Ausbau der Schiene wird eine Aufgabe von Jahrzehnten bleiben. Die zwingend erforderliche Anbindung eines Industriegebietes dieser Größenordnung, ist bisher noch nicht fachlich geprüft worden. Im Perspektivbericht zur Entwicklung der LEP Fläche Lindern wird der Schienenverkehr nur am Rande erwähnt und unterfüttert mit mehr als unklaren Aussagen. So heißt es z. B. "Zur Schieneninfrastruktur liegen derzeit keine relevanten Planungsparameter vor." ?Im Falle einer Elektrifizierung muss die Gleisanlage voraussichtlich erweitert werden. Hierzu wäre konkret die Frage der Fahrleitung zu klären . Die Kosten für Bahnstrom sowie Fragen der Versorgung des restlichen Bahnverkehrs mit Strom können derzeit ebenfalls nicht beantwortet werden ." Die Verkehrsanbindung des geplanten LEP Gebietes an die überregionalen Verkehrswege ist bis heute noch nicht ansatzweise gesichert. Es gib erheblichen Klärungsbedarf sowohl bei den Straßen sowie bei der Gleisanbindung. Es gibt keine Möglichkeit eine konfliktarmen Verkehrserschließung herzustellen. Somit wird das LEP Gebiet die Akzeptanz der Bevölkerung und von uns jetzt und in Zukunft nicht haben. Es ist

vielmehr zu befürchten, dass mit zunehmenden Flächenverbrauch und mit zunehmender Zerstörung der Natur (Wald und Ackerfläche) der Unmut bei der Bevölkerung steigt.

4. Klimawandel: Die stattfindenden und weiterhin erwartbaren verheerenden Folgen des Klimawandels werden im vorliegenden Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln kaum berücksichtigt. So ist beim LEP Lindern die Sicherung des Grundwassers nicht ausreichend berücksichtigt. Es werden riesige Flächen versiegelt aber die Schmutzwasserentsorgung ist nur oberflächlich angesprochen und eine Übersicht der Auswirkungen auf das Klima gibt es nicht. Es gibt keine Klimaanpassungskonzepte auf Gemeinde und Kreisebene.

5. Naturschutz: Das LEP Gebiet Lindern wird von Naturschutzgebiete eingerahmt, für die somit ein extrem hohes Gefährdungspotenziale besteht. Die Trennung der Naturschutzgebiete und Grünzüge durch das LEP Gebiet steht im Widerspruch zu den eigenen Richtlinien zum Natur- und Landschaftsschutz z.B. zur Wald- und Biotopvernetzung des Regionalplans. Die bekannte Hochwasserproblematik an Wurm und Rur wird durch die riesige Versiegelung im LEP gebiet vergrößert. Die Kompensationsflächen für die 3 Bauabschnitte sind nicht ausreichend erläutert und nachgewiesen. Die Flächen nur zu kaufen reicht bei Weitem nicht, da diese auch entsprechend den Vorgaben gern. dem Punkte Katalog ökologisch aufgewertet werden müssen, was mit Investitionen und einer dauerhaften Pflege verbunden ist. Fazit - Klima- und Naturschutz Im vorliegenden Entwurf sind die Belange zum Klima- und Naturschutz unzureichend bis gar nicht berücksichtigt. Daher befürworte ich als Anwohner von Lindern auf dieses Industriegebiet zu verzichten und erst einmal die Brachliegenden Flächen anderer Industriegebiete zu nutzen. Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche - LEP Lindern

**Inhalt**

wir beantragen, das Plangebiet im Nordosten von Wachtberg-Villiprott (WAC\_ASB\_5) im neuen Regionalplan nicht als neues Siedlungsgebiet auszuweisen. Bereits vor 10 Jahren hat sich die Dorfgemeinschaft Villiprott und die Mehrheit der Grundstückseigentümer gegen die Ausweisung dieses Gebietes als neues Baugebiet ausgesprochen. Die Gründe, die damals zur Ablehnung geführt haben, gelten auch heute unverändert fort, besonders die unwiederbringliche Zerstörung des ursprünglichen Orts- und Landschaftsbildes. Das Plangebiet besteht aus Ackerflächen, Weideflächen und Streuobstwiesen, durch die die besondere Lage und der dörfliche Charakter von Villiprott entscheidend geprägt werden. Das Gebiet ist beliebtes Naherholungsgebiet für die örtliche Bevölkerung, idealer Abschluss des nordöstlichen Ortsrandes und Lebensraum vieler seltener Vögel, Insekten, Amphibien und Fledermäuse. Das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz bezeichnet aktuell die Fläche als "Biotop von besonderer Bedeutung". Villiprott verfügt über keine ausreichende Infrastruktur, es gibt keine örtlichen Einkaufsmöglichkeiten, keine Schule. Straßen- und Kanalnetz sind jetzt schon überlastet. Die zu erwartende Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern auf dem ca. 6 ha großen Plangebiet würde zu einem entsetzlichen "Flächenfraß" führen, durch den der Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht behoben würde. In einem Antrag an den Bürgermeister der Gemeinde Wachtberg für die Ratssitzung vom 21.06. 2022 hatte die Wählervereinigung "Unser Wachtberg" deshalb die Herausnahme des Plangebiets WAC- ASB-5 aus dem neuen Regionalplan gefordert. Als direkt betroffene Anwohner setzen wir uns ebenfalls dafür ein, das das umstrittene Plangebiet im neuen Regionalplan nicht als neues Siedlungsgebiet ausgewiesen wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.

Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verringern. Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen (s. auch Stn ID 1004320).

Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen

	Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.
--	--

AZ: Ö-M-1119	
1002562	
1010885	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Aus unserer Sicht wird der neue Regionalplan von 2023 bis 2043, für einen Zeitraum von ca. 20 Jahren, die Grundlage für mögliche Bebauungen von Flächen für den ASB und GIB in Burscheid bilden. Wenn wir den Entwurf des RNP richtig deuten, werden aus bestehenden Reserveflächen des derzeitigen Flächennutzungsplans (FNP) ASB-Flächen im Entwurf der Neuaufstellung des RNP gebildet, die aus unserer Sicht aber keine neuen zusätzlichen Entwicklungsflächen darstellen. Und das obwohl die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Burscheid im Zeitraum 2018-2040 um 7,2 Prozent steigen soll (2018=18196 Einwohner und 2040=19507 Einwohner). Diese Daten haben wir im Internet beim IT-Dienstleister des Landes NRW und des statistischen Landesamtes recherchiert.</p> <p>Deshalb sind wir u.a. der Auffassung, dass für den vor uns liegenden langfristigen Zeitraum von 20 Jahren (2023-2043) zusätzliche Potentialflächen notwendig sind, um bei entsprechender Nachfrage nach möglichen ASB und GIB-Flächen diese dann in Zukunft aktivieren zu können. Aus unserer Sicht sprechen folgende Gründe für eine massvolle Erweiterung der jetzigen in der Neuaufstellung des RNP dargestellten ASB / GIB Flächen.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. laut IT. NRW wird sich die Bevölkerung der Stadt Burscheid von 2018 bis 2040 um 7,2% erhöhen</li> <li>2. Flüchtlingsthema: aus möglichen Krisengebieten, ua. Kriegsgebieten (wie z.B. Ukraine) sowie politisch totalitär geführten Staaten und Gebieten die aufgrund des stattfindenden Klimawandels mittel- und langfristig nicht mehr oder nur unzureichend bewohnt werden können, werden deutlich mehr Menschen in Deutschland ihre zukünftige Heimat suchen und dafür entsprechenden Wohnraum benötigen.</li> <li>3. Zusätzlicher Arbeitskräftebedarf durch Zuwanderung wegen des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge.</li> </ol> <p>Mit dem Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge werden dem Arbeitsmarkt in Deutschland in den kommenden 15 Jahren ca. 13 Millionen Menschen verloren gehen. Bezogen auf das Jahr 2021 sind das knapp 30% der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen. Die nachfolgenden jüngeren Generationen reichen nicht aus, um diesen Abgang an Arbeitskräften des Arbeitsmarktes zu kompensieren. Letztendlich ist dieses Arbeitskräftedefizit nur durch Zuwanderung/Abwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu kompensieren. Diese brauchen dann natürlich entsprechenden</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche, so dass die veränderte Festlegung des ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Der Stellungnahme hinsichtlich einer veränderten Festlegung des Siedlungsbereiches in Neuenhaus ist insofern entsprochen.</p> <p>Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003888).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Wohnraum in Deutschland.

4. Um der Tendenz weiter steigender Miet- und Kaufpreise für Wohnungen, ETW sowie Ein- und Mehrfamilienhäusern entgegen zu wirken, sollte das Angebot für oben genannte Objekte erhöht werden. Hierfür sind entsprechende Flächenpotentiale notwendig.

5. Zu dem sollten für unvorhersehbare mittel- und langfristige Entwicklungen benötigte Reserveflächen geplant werden. Flächen die im neuen RNP nicht als ASB/GIB Flächen enthalten sind, können nach unserer Sicht der Dinge in den nächsten 20 Jahren nicht entwickelt werden. Von daher sehen wir es als sinnvolle Option an, mögliche Reserveflächen für solche unvorhersehbaren Entwicklungen vorzuhalten. Hiermit wird der Stadt Burscheid ein flexibles Handeln für solche Szenarien ermöglicht.

Aus vorgenannten Gründen möchten wir ihnen folgende Vorschläge für zusätzliche ASB/GIB-Flächen / Reserveflächen unterbreiten:

(A) Bereich Dierath

Im Bereich Dierath möchten wir ihnen auf nachfolgender Seite in der dargestellten Skizze die gelb markierte Fläche als mögliche Erweiterung vorschlagen. Diese Fläche liegt topografisch sehr günstig und ist leicht zu erschliessen.

[s. Anhang Abb. StnID 1010885\_1]

(B) Bereich Neuenhaus / Reserveflächen

Im Bereich Neuenhaus möchten wir ihnen die in unten stehender Skizze orange markierte Fläche als mögliche Reservefläche vorstellen. Auch diese Fläche ist topografisch günstig gelegen und leichter zu erschliessen als manche Potentialfläche im Entwurf des RNP.

[s. Anhang Abb. StnID1010885\_2]

Falls die Notwendigkeit bestehen sollte entsprechende Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen, so ist dieses aus unserer Sicht möglich.

Abschliessend möchten wir betonen, das aus unserer Sicht tendenziell mehr potentielle Flächen im neuen RNP für mehr Flexibilität der Stadt Burscheid im Baulandmanagement der nächsten 20 Jahre sorgen. Flächen die topografisch und von der Erschliessung her begünstigt sind, können dann eher bebaut werden, als Flächen die diese Eigenschaften nicht aufweisen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010885\\_1.pdf](#)



AZ: Ö-M-1120

1002563

1006987

#### Inhalt

**Betrifft:** Neuaufstellung des Regionalplans der Flurnr 8-808-006

Die Bebauung und Versiegelung von Flächen, welche der Frischluftzufuhr, der Nahrungsmittelgewinnung, Naherholung und dem Tierschutz dienen, halte ich nicht für sinnvoll. In Zeiten der Klimaerwärmung kann man in Ballungsgebieten wie Köln dankbar für jegliche Frischluftzufuhr sein. Auch sollte man den Natur- und Tierschutz nicht außer Acht lassen.

Jede "freie" Fläche wird zugebaut. Ich bin eindeutig gegen eine Bebauung dieser Flurstücke.

Diese Fläche ist wertvoll und sollte in ihrem Ursprung erhalten bleiben.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-1121

1002564

1010554

#### Inhalt

##### Zeichnerische Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis

Bergheim-Niederaußem - ehemalige BoAplus Kraftwerksfläche:

Gemäß der bisherigen zeichnerischen Darstellung im aktuell gültigen Regionalplan wird die für das BoAplus-Kraftwerk vorgesehene Kraftwerksanschlussfläche als GIB mit der Zweckbindung "Kraftwerk" ausgewiesen. Wir unterstützen den Vorschlag, diese Zweckbindung für die Kraftwerksanschlussfläche aufzuheben und diese als GIB auszuweisen. Ferner regen wir an, die nordwestlich angrenzenden Flächen des Kleinen Mönchhofes und der Hortitherm-Gartenbauanlagen sowie die südöstlich gelegenen Ackerflächen - im Plan hellgrau unterlegt und rot umrandet - arrondierend ebenfalls als GIB auszuweisen. Die Gartenbauanlagen werden seit dem Abschalten der 300 MW-Kraftwerksblöcke des Kraftwerkes Niederaußem bereits heute nicht mehr mit Abwärme versorgt.

Als PSW sind wir beauftragt, bereits frühzeitig Raum für Folgearbeitsplätze zu qualifizieren. Die vorgeschlagenen Flächen eignen sich beispielsweise aufgrund ihrer guten infrastrukturellen Anbindung durch die Nord-Süd-Bahn und diverser Medien als "Starterfläche" für die gewerblich-industrielle Nachnutzung des Kraftwerks- und Fabrikstandortes Niederaußem.

[s. Anhang Abb. StnID 1010554]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1010554.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Bezug auf die ehemalige BoAplus Kraftwerksfläche in Teilen entsprochen (s. StnID 1004931).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen (s. StnID 1011374).

1010556	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Tagebau Hambach - Tagesanlagen:</p> <p>Für die Tagesanlagen und den Kohlebunker des Tagebaus Hambach sollen in den kommenden Jahren Nachnutzungskonzeptionen durch die "Perspektive.Struktur.Wandel GmbH" in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Niederzier und der Neuland Hambach GmbH entwickelt werden. Da der Bereich hervorragend erschlossen und sehr gut an das Straßen- und Schienennetz angebunden ist, wird eine bauliche Folgenutzung des Bereichs, zumindest für Teilbereiche, aktuell als sehr realistisch eingeschätzt. Eine solche Entwicklung wird in der Region zudem breit befürwortet.</p> <p>In der Wiedernutzbarmachungsplanung des Tagebaus Hambach wird der Bereich deshalb nicht als land- oder forstwirtschaftlicher Rekultivierungsbereich sondern als "sonstige Fläche" dargestellt. Um eine bauliche Folgenutzung in diesem Bereich zu ermöglichen, regen wir deshalb an, die ca. 130 ha große Fläche im Regionalplan als ASB auszuweisen. Damit wären künftig gewerbliche Nutzungen und nicht emittierende industrielle Nutzungen aber auch aufgrund der direkten Nähe zum künftigen See Flächen für den Wohnungsbau, Gemeinbedarfsflächen sowie Sport-, Freizeit-, Erholungs- und sonstige Grünflächen möglich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1005215). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der benannte Bereich wird als GIBtransformation festgelegt, sodass eine Sicherung als Siedlungsraum gegeben ist. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p>

AZ: Ö-M-1122	
1002567	
1006570_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Betreff: Stellungnahme Neuaufstellung Regionalplan Köln Priorität: Hoch Sehr geehrte Damen und Herren, bitte leiten sie diese Mail an das Dezernat 32 (Regionalplanung) und an das Dezernat 54 (Wasserwirtschaft) weiter. Inhaltlich geht es um meine Stellungnahme zur "Neuaufstellung des Regionalplanes Köln".</p> <p>Ich bitte um eine Eingangsbestätigung meiner Stellungnahme.(Anonymisiert)[Anhang] (Anonymisiert)An regionalplanung@brk.nrw.de,Bezirksregierung Köln, Dezernat 32, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln Bezirksregierung Köln Dezernat 54 ? Wasserwirtschaft -einschl. anlagenbezogener Umweltschutz- 50606 Köln Neuaufstellung Regionalplan Köln ? Gemeinde Windeck -</p> <p>Hochwassergefahrenkarten Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit beantrage ich folgende Tatsachen mit in die Neuaufstellung des Regionalplans Köln im Bereich der Gemeinde Windeck zu berücksichtigen.</p> <p>? Die Hochwassergefahrenkarten für Windeck sind veraltet und geben nicht mehr den aktuellen Stand wieder. Die Überflutungsflächen der Sieg sind größer als in den Hochwassergefahrenkarten dokumentiert.</p> <p>? Um den Hochwasserschutz der Gemeinde Windeck grundsätzlich zu etablieren und den kommunalen Fachplanungen den Handlungsauftrag zu erteilen, in Hochwassergebieten dem vorsorgenden Hochwasserschutz das erforderliche Gewicht beizumessen und bei Planungen und Maßnahmen aufgrund des hohen Schadenpotenzials auf hochwasserangepasste Nutzungen und Bauweisen hinzuwirken, sollen alle Hochwassergebiete der Gemeinde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln daraufhin überprüft werden, ob Ausweisungen von Tabugebieten im Sinne der Nutzungen und Bauweisen erforderlich sind. Veraltete Hochwassergefahrenkarten für Windeck: Die Hochwassergefahrenkarten beziehen sich auf das Jahr 2019 und müssen aktualisiert werden. Dabei ist es entscheidend, dass auch Ereignisse wie die Hochwasser und Starkregen Katastrophe vom Juli 2021 berücksichtigt werden. Der aktuellen Dürreperiode werden intensive Starkregenperioden folgen. Und das mit massiven Auswirkungen für Wohn- oder Bebauungsgebiete. Die Bewertung nur für hohe- und niedrige Wahrscheinlichkeiten ist veraltet und wird den massiven klimatischen Änderungen nicht gerecht. Hier bitte ich darum, die Bewertung nach der Einstufung der geringen Wahrscheinlichkeiten anzusetzen und den Begriff ?geringe? zu streichen und die Bewertung nur noch in zwei Stufen vorzunehmen. Hier eine</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preußischer Aufnahme der Fachplanung mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) festgelegten Bereiche sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Eine Übersicht der RÜB im Regierungsbezirk Köln, auch an der Sieg, findet sich in der Erläuterungskarte F10 (Anhang A3). Die Darstellung der potentiellen Überflutungs- und Extremhochwasserbereiche sind in der Erläuterungskarte F8 dargestellt.</p> <p>In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW</p>

exemplarische Übersicht auf Basis der Ortslage Windeck-Dattenfeld: hohe Wahrscheinlichkeit niedrige Wahrscheinlichkeit geringe Wahrscheinlichkeit [Abbildungen] Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2/9.4 "Dattenfeld - Ortskern": Beschluss über die im Verfahren abgegebenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss ist sehr kritisch zu sehen, da sie nur auf Basis der veralteten Hochwassergefahrenkarten genehmigungsfähig ist. Dies ist einfach an dem folgenden Plan1 zu erkennen. [Abbildung] Die gesamte Bebauung wird bei aktuell zu erwartenden Hochwassersituationen der Einstufung ?geringe Wahrscheinlichkeit? überflutet. Das gilt im Gemeindegebiet für ca. 1650 betroffene Menschen. Hintergrund: Die Namen sind austauschbar. Im Hochwasser und Starkregen Katastrophengebiet vom Juli 2021 sind es die Ahr, die Ruhr, die Erft, Ahrweiler, Schuld, Erftstadt, Gemünd, Blessem, usw. In Windeck können es die Sieg, der Limbach, der Scheidsbach, der Gierzhagener Bach, der Rosbach, das alte Flussbett der Sieg, der Trimmbach, der Köttelbach, der Reutersbach, Opperzau, Au, Imhausen, Geilhausen, Rosbach, Schladern, Dattenfeld, Übersetzig, Wilberhofen, Hoppengarten, Röcklingen, Herchen, Stromberg, usw. sein. Windeck ist quasi nur durch Zufall der Hochwasser Katstrophe vom Juli 2021 entkommen. Das Schlechtwettergebiet war nur wenige Kilometer entfernt. Gerade deshalb muss hier dringend gehandelt werden. Vollversiegelte Flächen, Straßen und Radwege, große Agrarflächen, riesige forstliche Kahlschläge und zahlreiche Rückegassen sowie Schottergärten führen auf immer größerer Fläche Niederschläge immer schneller ab und belasten die Gewässer enorm. Große Waldflächen wurden mit Erntemaschinen geräumt und können gar nicht mehr als Wasserspeicher dienen. Wenn Starkregen auf solche Flächen trifft, rauscht das Wasser runter ins Tal. Niederschlagswasser wird weiterhin vorrangig in Siefen, Bäche und Flüsse abgeleitet. Die dann "unerwartet" hohen Wassermassen bewirken unvorstellbare Katastrophen. Auch in der Windecker Region mit teils steilen Hängen, engen Tälern mit oft dichter Bebauung sind diese Katastrophen möglich. Vorbeugender Klimaschutz ist wesentlich preiswerter als die Bewältigung der Folgen. Die Windecker Kommunalpolitik ist jetzt gefordert strukturelle Defizite zu beseitigen. 1. Betroffene Menschen in Windeck: Aktuell leben 1650 Windecker\*innen innerhalb der von der Bezirksregierung ausgewiesenen Hochwasser Risikogebieten. Bei weiter zunehmender Bebauung dieser Hochwasser Risikogebiete kommt es zwangsläufig zu einer immer stärkeren Gefährdung dieser 1650 Menschen und deren Immobilien. Das sind immerhin ca. 9% der Windecker Bevölkerung. Ein Extremhochwasser der Sieg wäre für die meisten dort lebenden Menschen mit dem wirtschaftlichen Ruin gleichzusetzen. **Die folgenden Darstellungen sind letztlich untertrieben, da dort keine Starkregenereignisse wie im Juli 2021 und auch keine klimabedingten forstlichen Kahlschläge aller Fichtenbestände berücksichtigt sind. Bei der Betrachtung ist also ein Sicherheitsaufschlag nach oben hin notwendig.** 1.1. Die Wetterlage vom 16.7.2021 Windeck liegt nur knapp außerhalb des Katastrophenwetters.[Abbildung] **2. Studie ?Rapid attribution of heavy rainfall events leading to the severe flooding in Western Europe during July 2021:** ? Die Studie der ?World Weather Attribution? WWA4 zum Starkregen in Westeuropa im Juli dieses Jahres kommt zu dem Schluss, dass sich die

bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

In Bezug auf die Aktualisierung der Überschwemmungsbereiche an der Sieg sowie der Hochwasserrisiko- und Gefahrenkarten ist der Regionalplanungsbehörde bekannt, dass sich diese in der Erstellung befinden. Eine Veröffentlichung ist in 2024 geplant und kann daher nicht mehr für die Neuaufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrekturen ID 1026247, ID 1026297 und ID 1026298 verwiesen.

Wahrscheinlichkeit für solche extremen Regenfälle durch den bisherigen menschengemachten Temperaturanstieg um das 1,2 bis 9-Fache erhöht hat. Auch die Intensität der extremen Niederschläge, also die Regenmenge, ist demnach zwischen 3 und 19 Prozent gestiegen. Die Forschenden warnen davor, sich von der großen Bandbreite ihrer Ergebnisse dazu verleiten zu lassen, die Folgen der Klimaerwärmung zu unterschätzen. Die Richtung sei eindeutig. Die Main findings der WWA6 Attributionsforschung bzw. Zuordnungsforschung, belegen eindeutig die kürzeren Wiederkehrzeiten und die höhere Intensität der zu erwartenden Niederschläge. Und das konkret auch in Windeck.

**3. Aussagen der Landesregierung NRW und des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG):**

Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen kommt 2014 in dem "Bericht zu den Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten im Rahmen der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (EG-HWRM-RL) in NRW" dem Ergebnis, dass Zitat: "Ein spezielles Szenario "Klimaänderung" wird somit für die Hochwassergefahrenkarten nicht betrachtet." "Deutschland braucht eine einheitliche Karte für ganz Deutschland, an der abzulesen ist, welche Folgen Starkregen haben kann", sagte der Präsident des BKG Paul Becker. Die Hochwasserkatastrophe im Juli habe das einmal mehr deutlich gemacht. Für das NRW-Umweltministerium ist die Karte ein "wichtiges Instrument, um durch Starkregen gefährdete Kommunen leichter identifizieren und auf besondere Gefahrenbereiche innerhalb der Kommunen hinweisen zu können". Leider ist Windeck, trotz hoher Gefahrenlage, nicht aufgeführt.

**4. Aussagen der Bezirksregierung Köln:** Die Bezirksregierung Köln ordnet das Hochwasserrisiko 2014 folgendermaßen ein: Da für die Hochwassergefahrenkarten aktuelle hydrologische Daten und Statistiken genutzt werden, ist der bis heute (2014) wirksam gewordene Einfluss der Klimaänderung in den Daten enthalten. Zukünftige Trends werden jeweils bei der Fortschreibung berücksichtigt. Das Szenario "Klimaänderung" fehlt also auch hier. Klimafolgen sind nicht eine nach vorne berechnete Basis in den Gefahrenflächenbewertungen. Bei 7% mehr Wasser in der Luft und bei 1 C° Erwärmung zeigt das, dass die Gefahrenkarten von 2014 weit hinter dem Risiko zurückliegen. Bei der Sitzung des Regionalrates vom 24.09.21 wurden keine Windecker HQextrem Hochwassergebiete berücksichtigt.

**5. Starkregen in Risikogebieten der Sieg und deren Zuflüsse:** Es fehlt die dringend erforderliche Festlegung Tabugebieten für die Siedlungsentwicklung. Solange es das nicht gibt, plant die Gemeinde Windeck weitere Baugebiete im Überschwemmungsgebiet.

**6. Bausünden im Kontext von Hochwasser und Starkregen in Windeck:** Es folgt eine exemplarische Auflistung von Bausünden, die der Katastrophenfall Vorsorge für Hochwasser und Starkregen entgegen stehen.

**6.1. Lidl Rosbach:** Hier sei auf das Gebäude des Lidl in Rosbach hingewiesen. Der Lidl ist auf Stelzen gebaut, um ansatzweise gering ansteigende Siegpegel zu überstehen. Die Baugenehmigung hätte nicht erteilt werden dürfen. [Abbildung] 6.2. Siegbogen in Rosbach der Sieg als Entwicklungsraum zurück geben: Die Gemeinde Windeck hält an den Plänen für eine

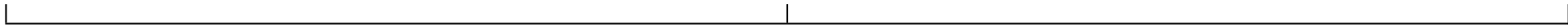
Neubebauung des ?Siegbogens? (Bebauungsplanes Nr. 1/32)11 in Rosbach fest, anstatt diese Fläche der Sieg vollständig als Entwicklungsraum zurück zu geben. ? Diese Planungen sind einzustellen. Stattdessen sollte den Auen mehr Raum gelassen werden und es müssen neue Ausdehnungsflächen (Schwammflächen) für die Sieg geschaffen werden. ? Die Überplanung der Industriebrache Hermesgelände ist einzustellen. Stattdessen sollte die Bewertung und die Entsorgung der Altlasten der Firma Hermes angegangen werden. Hier ein Zitat aus dem Vorentwurf zum Bebauungsplan ?Wohnquartier Siegbogen? vom Oktober 2017:

Der überwiegende Teil des Plangebietes wird durch das beräumte Gelände der ehemaligen Stahlbaufirma Hermes eingenommen. Das Gelände wird überwiegend durch das Lagern von Abbruchmaterial geprägt, das bis zu seiner weiteren Verwendung auf dem Gelände teilweise unter Planen liegt. Dazwischen hat sich eine ruderae Grünstruktur angesiedelt. Das Ufer der Siegaue wird durch die o.g., bestehenden Hallenkomplexe außerhalb des Plangebietes abgeriegelt. Die Hallen liegen auf dem angefüllten Plateau des ehemaligen Gewerbegebietes.[Abbildung] **6.3. Geplanter "Mehrgenerationen-Campus Rosbach" auf der Industriebrache an der Sieg als Entwicklungsraum zurück geben:** ? Der Siegbogen in Rosbach der Sieg sollte als Entwicklungsraum zurückgegeben werden. ? Diese Planungen sind einzustellen. Stattdessen sollte den Auen mehr Raum gelassen werden und es müssen neue Ausdehnungsflächen (Schwammflächen) für die Sieg geschaffen werden. ? Die Überplanung der Industriebrache Hermesgelände ist einzustellen. Stattdessen sollte die Bewertung und die Entsorgung der Altlasten angegangen werden. Hier ein Zitat aus dem Vorentwurf zum Bebauungsplan ?Wohnquartier Siegbogen? vom Oktober 2017: ?Der überwiegende Teil des Plangebietes wird durch das beräumte Gelände der ehemaligen Stahlbaufirma Hermes eingenommen. Das Gelände wird überwiegend durch das Lagern von Abbruchmaterial geprägt, das bis zu seiner weiteren Verwendung auf dem Gelände teilweise unter Planen liegt. Dazwischen hat sich eine ruderae Grünstruktur angesiedelt. Das Ufer der Siegaue wird durch die o.g., bestehenden Hallenkomplexe außerhalb des Plangebietes abgeriegelt. Die Hallen liegen auf dem angefüllten Plateau des ehemaligen Gewerbegebietes?. Hier die Planung und die HQ-10 Karte13:[Abbildung]**6.4. Dattenfeld Laurentiusstraße neu und Im Bungerts Weiher neu** Die Gemeinde plant die ?Laurentiusstraße neu? und ?Im Bungerts Weiher neu? im Hochwassergebiet. Diese Planungen müssen eingestellt werden und sind unter der Aspekt der Hochwasserrisiken (vermeidbare zusätzliche Versiegelung) nichtgenehmigungsfähig.[Abbildung] **6.5. Dattenfeld Siegpromenade und nicht genehmigter Radweg** Die Planungen zur Siegpromenade (Förderantrag ?drei Fenster zur Sieg?) sind aus Sicht der ?Hochwasserrisiko und Maßnahmenplanung Windeck? und der ?Katastrophenfall Vorsorge Planung für Hochwasser und Starkregen in Risikogebieten der Sieg? nicht umsetzbar und auch nicht förderungswürdig. Der Förderantrag basiert ? auch wenn das nicht ausgesprochen wird ? auf den Erhalt des Dattenfelder Wehres. Das Wehr soll

aber zurück gebaut werden. Der Bootshafen ist damit hinfällig. Auch sollen alle Bäume an der Siegpromenade gefällt werden, um die Promenade als Radweg auszubauen. Dieser Radweg hat aber kein Anbindung und ist somit unsinnig und überflüssig. [Abbildung] Die Themen sind stichpunktartig: ? Maßnahme D05-10 ? Rückstau beseitigen/minimieren ? Maßnahme G07-14 ? Anlage von Inseln? ? Absenkung der Wasserspiegellage oberhalb des Wehres ? Ziele der Wasserrahmenrichtlinie UND des europäischen Gebietsschutzes des Fauna- Flora-Habitat-Gebietes (FFH) der Sieg umsetzen. ? Wehre sind Barrieren, die den Transport von Geschiebe am Gewässergrund verhindern und damit die Entwicklung immer neuer Laichflächen im Kies des Flussbettes unterbinden. In den Staubereichen der Wehre sind Fließgewässerfischarten im besonderen Maße dem Fang durch fischfressende Vögel ausgesetzt. Der Rückbau der Wehranlagen ist in FFH-Gebieten wie der Sieg daher tatsächlich alternativlos und wird in keiner Weise durch den Bau von Fischtreppe entbehrlich. ? Gravierende Störungen in der Gewässerökologie, die durch ein Stauwehr ausgelöst werden, müssen nach und nach beendet und die Wehre dafür zurückgebaut werden. Eventuell entgegenstehende Freizeitinteressen wie Tretbootfahren müssen dann zurückstehen. ? Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis spätestens 2027 erfordert die Durchgängigkeit der Gewässer zur Erreichung des guten ökologischen Zustandes. Gerade an der Sieg als Zielartengewässer für Lachs und Aal ist das eine unbedingt einzuhaltende Verpflichtung. ? Durch den Rückbau des Wehres entstünden auch keine Defizite für den Denkmalschutz. Der Mühlengraben an der Übersetzer Mühle kann weiterhin mit Wasser bespannt bleiben. Dazu ist er entweder als Stillgewässer auszugestalten oder Wasser muss aus der fließenden Welle der Sieg ohne Anstau oberstromig abgeleitet werden, z.B. in einer in der Sieg liegenden Rohrleitung. **6.6. Bebauungsplan im Hochwassergebiet Dattenfeld:** Leider wurde der unmittelbar mit der Siegpromenade (Förderantrag ? drei Fenster zur Sieg?) korrespondierende Bebauungsplan 15 im Hochwassergebiet genehmigt. Der Bebauungsplan muss rückgängig gemacht werden, um weitere unnötige Versiegelungen im Hochwassergebiet zu vermeiden. Diese im Gemeindebesitz befindlichen Flächen sollten als Pufferfläche / Schwammfläche der Sieg eingeplant werden, da sie bei Hochwasser ohnehin überflutet werden. [Abbildung] **6.7. Schladener Wehr** Auch der teilweise Rückbau des Schladener Wehres muss untersucht und ggf. umgesetzt werden, da die angrenzenden Wohngebiete durch den Rückstau bei Hochwasser überflutet werden. [Abbildung] **6.8. Feuerwehrgerätehaus Herchen** Die Neuplanung und die Umsetzung des Feuerwehrstandortes Herchen sollte an das Extremhochwasser angepasst werden. Hier sieht sich der Rhein-Sieg-Kreis nicht zuständig, obwohl die Feuerwehr auch im Katastrophenfall tätig werden muss. Der Katastrophenfall liegt aber in der Zuständigkeit des Rhein-Sieg-Kreises. Der neue Standort sollte in einen vor Hochwasser sicheren Bereich verlegt werden. Und zwar unter Beibehaltung der dezentralen Strukturen der Feuerwehr in Windeck. Nur durch dezentrale Strukturen kann auch im Katastrophenfall geholfen werden. Nach den aktuellen Planungen liegt das neue Feuerwehrgerätehaus Herchen nur knapp außerhalb des HQ-extrem Hochwassers. [Abbildung] **7. Positives Beispiel von gelungenen Retentionsflächen:** Hier sei als positives Beispiel der Kerpener Bruch

und der Kerpener Parrig genannt, dessen Schwammgebiet am 16.07.21 eine Überflutung der Ortschaften unterhalb dieses Erftverlaufes verhindert hat. Hier die Meldung des Erftverbandes: Zitat: Die Lage entlang der Erft entspannt sich. Die Lage für den mittleren und unteren Verlauf der Erftschätzte der Erftverband am Freitagnachmittag als entspannt ein. **?Die Waldgebiete Kerpener Bruch und Parrig nehmen seit Mittwoch Unmengen an Wasser auf?**, sagte Ulrich Muris vom Erftverband. Das sei derart viel, dass das Hochwasserrückhaltebecken Kerpen-Mödrath - auf der Fläche des früheren Tagebaus - noch gar nicht geflutet worden sei. ?Die Mengen, die die Waldgebiete aufnehmen, haben uns überrascht.? Siehe auch Natura 2000 Region NRW in der Fußzeile. [Abbildung] **8. Betroffene Ortslagen in Windeck:** ? Nach den Risikokarten der Bezirksregierung sind folgende Windecker Ortslagen zumindest teilweise betroffen: Opperzau, Au, Geilhausen, Imhausen, Rosbach, Mael, Schladern, Dreisel, Dattenfeld, Übersetzig, Wilberhofen, Hoppengarten, Röcklingen, Herchen und Stromberg. ? Die folgenden Darstellungen sind letztlich untertrieben, da dort keine Starkregenereignisse wie im Juli 2021 und auch keine klimabedingten forstlichen Kahlschläge aller Fichtenbestände berücksichtigt sind. Bei der Betrachtung ist also ein Sicherheitsaufschlag nach oben hin notwendig. ? Siehe auch veraltete Hochwasserrisikomanagementplanung NRW, Kommunensteckbrief Windeck Stand März 2021, Seite 317. [Abbildung] **8.1. Opperzau, Au** Betroffen ist die Wohnbebauung und das Gewerbegebiet. [Abbildung] **8.2. Imhausen, Geilhausen** Betroffen ist die Wohnbebauung und der Sportplatz. [Abbildung] **8.3. Rosbach, Mael, Schladern** Betroffen ist die Wohnbebauung, das Gewerbegebiet und der Sportplatz. Hier sei exemplarisch auf das Gebäude des Lidl in Rosbach hingewiesen. Der Lidl ist auf Stelzen gebaut, um ansatzweise mittlere Hochwasser zu überstehen. Die Baugenehmigung hätte nicht erteilt werden dürfen. [Abbildung] [Abbildung] **8.4. Schladern, Dreisel, Dattenfeld, Übersetzig** Betroffen ist die Wohnbebauung, das Gewerbegebiet und die Kläranlage Dattenfeld. Hier sei auf drei Planungen im Hochwassergebiet hingewiesen. Die drei Planungen in Dattenfeld ?Laurentiusstraße neu? und ?Im Bungerts Weiher neu? und die Siegpromenade (Förderantrag ?drei Fenster zur Sieg?) und der Bebauungsplan im Hochwassergebiet ? unmittelbar angrenzend zum Bootshafen - sind nicht genehmigungsfähig. Sie liegen im Hochwassergebiet und führen zu nicht akzeptablen Bodenversiegelungen. [Abbildung] [Abbildung] [Abbildung] **8.5. Dattenfeld, Übersetzig, Wilberhofen, Hoppengarten, Röcklingen** Betroffen ist die Wohnbebauung, der Sportplatz und die Kläranlage Dattenfeld. [Abbildung] **8.6. Herchen** Betroffen ist die Wohnbebauung, das Feuerwehrgelände und die Kläranlage. [Abbildung] **8.7. Herchen, Stromberg** Betroffen ist die Wohnbebauung. [Abbildung] **Fazit: Das Katastrophen Wetter wird wieder passieren. Dann vielleicht in Windeck!** Die Hochwassergefahrenkarten für Windeck sind veraltet und geben nicht mehr den aktuellen Stand wieder. Die Überflutungsflächen der Sieg sind größer als in den Hochwassergefahrenkarten dokumentiert. Dies sollte im Regionalplan angepasst werden. Ich bitte um eine wohlwollende Umsetzung. (Anonymisiert)





AZ: Ö-M-1123	
1002568	
1006571_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Betreff:</b> Einspruch gegen das beabsichtige Bauvorhaben auf Waldenrather (Heinsberg) Seite in jeglicher gewerblicher und industrieller Form</p> <p>Ich lehne den Regionalplan im oben genannten Bereich ab und lege fristgerecht folgenden Einspruch ein: Die noch vorhandene und aktive Landwirtschaft in diesen Orten würde durch die fehlende Fläche weiter erheblich eingeschränkt und ein weiteres versiegeln der durchaus guten Bodenqualität ist nicht umweltverträglich. Bereits jetzt besteht eine erhebliche Lärm- und Geruchsbeeinträchtigung durch die B56n und dem hier fehlendem Lärmschutz. Unsere Wohnqualität ist bereits erheblich gestört. Das starke Verkehrsaufkommen auch des niederländischen Fernverkehr dürfte hier unterschätzt worden sein. Aus städtebaulicher Sicht stellen die ausgewiesenen Gewerbe- bzw. Industrieflächen zwischen den Dörfern eine schlecht gestaltete, ungesunde Lösung dar.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1125

1002572

1010605

#### Inhalt

##### Flächenbezeichnung:

Stadt Brühl, Gemarkung Kierberg betreffend

Gelände des Daberger Hanges zwischen Rodderweg im Süden und Willy-Brandtstraße im Westen, Am Daberger Hof (Norden) und das Biotop des ehemaligen Daberger Hofes und dem heute bestehenden Siedlungsbereich (Osten).

Darstellung im Aufstellungsbeschluss Regionalplan Köln 2021, zeichnerische Darstellung:

Hier ist das oben bezeichnete Gebiet als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) eingezeichnet.

[s. Anhang Abb. StnID 1010605\_1]

Im Ausschnitt der letzten Regionalplanung, Teilabschnitt Köln. [zd\\_ta\\_koeln.pdf\(nrw.de\)](#) war der oben bezeichnete Teilausschnitt noch als "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereich" (gelb) in einem Bereich "zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" (grüne, senkrechte Schraffur) eingezeichnet.

[s. Anhang Abb. StnID 1010605\_2]

Besagter Abschnitt befindet sich auch heute noch in einem Landschaftsschutzgebiet (LSG-5106-0008, LSG-Waldseengebiet Ville)

Dieser Bereich sollte aus Sicht des NABU Rhein-Erft auf keinen Fall zur Bebauung freigegeben werden. Er hat eine enorm wichtige klimatische Funktion.

Vgl. auch folgende Ausschnitte aus der Klimaanpassung-karte.nrw vom LANUV, [FIS Klimaanpassung \(nrw.de\)](#).

[s. Anhang Abb. StnID 1010605\_3]

Eine Bebauung dieser Kaltluftschneise und Kaltluftentstehungsgebietes würde eine Erhitzung der angrenzenden Innenstadt und zur weiteren Schädigung des klimatischen Gleichgewichtes in dem Gebiet führen.

Zudem dient das Gebiet der Aufnahme von Wasser bei Starkregen, was bei einer

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### **Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003956).

Flächenversiegelung wegfallen würde.

Eine Bebauung in diesem Gebiet würde eine Zunahme der eh schon hohen Verkehrsströme im Gebiet um den Heider Bergsee (Naturschutzgebiet) bedeuten.

Der Stadtrat von Brühl hatte am 15.12.20 die Bedeutung der Kaltluftentstehungszone verstanden und mehrheitlich den 2018 gefassten Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes zur Erweiterung der Hochschule des Bundes in besagtem Gebiet aufgehoben.

**Daher fordert der NABU Rhein-Erft-Kreis e.V. eine Rücknahme der letzten Regionalplanänderung.**

**Das oben beschriebene Gebiet "am Daberger Hang" sollte unseres Erachtens wieder zumindest als "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereich" geplant werden auf gar keinen Fall ASB.**

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010605\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1010605\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1010605\\_3.pdf](#)

AZ: Ö-M-1126	
1002573	
1006574_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Große Bereiche der Gemarkungen Buschhoven, Miel und Morenhoven sind im Entwurf des Regionalplans als Naturschutzgebiete oder BSLE ausgewiesen. Dies kann ich nicht nachvollziehen. Der Begriff BSLE umfasst lediglich den Zweck landschaftgebundene Erholung sowie Sport- und Freizeiterholung, zum Naturerlebnis und zur Naturwahrnehmung. Die Landwirtschaft bleibt nach dieser Definition außen vor. Bisher wurde dieser Bereich von vielen Akteuren gemeinsam genutzt. Die Landwirtschaft hat durch ihre Produktion zur Nahrungssicherheit beigetragen und die Erholungssuchenden hatten Raum für Spaziergänge mit und ohne Hunde sowie für Fahrradtouren und haben die landwirtschaftlichen Wege als kurze Verbindungsstrecken zwischen den Orten genutzt. Wieso muss sich das ändern? Durch die Einordnung der Flächen als Naturschutzgebiete, BSN und BSLE sind Landwirte in ihrer Existenz bedroht. Flächen werden der Landwirtschaft entzogen. Auch Erholungssuchende sind stark eingeschränkt in den Naturschutzgebieten, wie die stillgelegte Kiesgrube in Swisttal Dünstekoven zeigt. Die Umwandlung von Bereichen des Landschaftsschutzes in Bereiche des Naturschutz macht eine landwirtschaftliche Nutzung unwirtschaftlich und existenzbedrohend für die Landwirte. Zur charakteristischen Kulturlandschaft im ländlichen Raum gehört auch die Landwirtschaft, die Bewirtschaftung der Felder und die Erzeugung von Nahrungsmitteln.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1127	
1002578	
1010660	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Allgemein</b></p> <p>Regionalpläne setzen die Richtlinien für die Entwicklung und Sicherung von Flächen. Sie bieten den Rahmen für die kommunale Bauleitplanung. Unser Lebensraum wird somit für die kommenden 15 bis 20 Jahre entsprechend geprägt. Einige geplante Projekte ziehen die Entwicklung von Infrastruktur nach sich wie Flughäfen, Bergbau, Talsperren oder Freizeitparks. Die zunehmende Flächenversiegelung und Zersiedlung fordern ihren Tribut: Rekordhitze, Dürre, Waldbrände (allein 660 000 Waldbrände in Europa in 2022), Starkregen und Überflutungen.</p> <p>Nun wird der Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln neu aufgestellt. Wir sollten davon ausgehen, dass die politischen Entscheidungsträger aus der Vergangenheit gelernt haben und den neuen ökologischen Herausforderungen mit Weitsicht begegnen. Stattdessen wiederholen sie die Fehler der Vergangenheit. Größere Gebiete (auch Schutzgebiete) werden zerschnitten und zerstört, Böden versiegelt, der Wasserhaushalt beeinträchtigt, Frischluftschneisen gestört, Lebensräume wildlebender Tier- und Pflanzenarten vernichtet.</p> <p><b>Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Dezember 2021</b></p> <p>Laut Umweltbericht der Bezirksregierung Köln konnten von den 404 detailliert geprüften neuen Plangebieten (Gesamtfläche: etwa 7892 Hektar) für 286 (Gesamtfläche etwa 6058 Hektar) erhebliche Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden (s. Seite 148). Daraus lässt sich schließen, dass wir die ökologischen Folgen für 77 Prozent der neu geprüften Flächen nicht abschätzen können. Dabei berücksichtigen diese Angaben nur die neuen Planungen und nicht den Bestand der bereits festgelegten. Insgesamt beträgt die anvisierte Fläche fast 130 000 Hektar (s. Seite 152). Bei der neu geplanten Verkehrsinfrastruktur gehen die Autoren des Umweltberichts von wesentlichen negativen Auswirkungen für fast 100 Prozent der Streckenabschnitte aus (s. Seite 148).</p> <p>Im Bericht wird besonders auf die klimarelevanten Böden in 262 Plangebieten und schutzwürdigen in 237 hingewiesen, deren Funktionen durch die ins Auge gefassten Planungen massiv beeinträchtigt würden (s. Seite 148 f.).</p> <p>Darüber hinaus sind maßgeblich Naturschutzgebiete (110), Bereiche mit Bedeutung für die Klimafunktionen (95) und Wohnbereiche (89) durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln betroffen. Aber auch unzerschnittene verkehrsarme Räume</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Darüber hinaus wurden Hinweise zum im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln erarbeiteten Umweltbericht gegeben. Es wurde einzelne Ergebnisse aus dem Umweltbericht aufgezählt, unter anderem welche Umweltauswirkungen bezogen auf die neuen Festlegungen festgestellt wurden.</p>

(UZVR) (82) und Kulturlandschaftsbereiche (86) werden in Mitleidenschaft gezogen.

Im Umweltbericht wird auch die Umwidmung von Wald- und Offenlandflächen in ASB/ASBz und GIB/GIBz kritisch betrachtet, vor allem dann, wenn sich diese an den Rändern von vorhandenen Siedlungs- und Gewerbeflächen befinden. Diese Flächen erfüllen klimatisch wichtige Funktionen für Städte und Siedlungen, sei es als Luftregenerationsräume, Kaltluftentstehungsgebiete oder Frischluftschneisen. Wald- und Offenlandflächen dienen aber auch als Versickerungsbereiche bei Starkregen. Als Beispiel sei hier die geplante Erweiterung des Freizeitparks "Phantasialand" genannt.

#### **Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für zweckgebundene Nutzungen, Brühl/Phantasialand**

Der Freizeitpark ist eine der am stärksten versiegelten Flächen auf Brühler Stadtgebiet (s. Stadt Brühl - Umweltbericht, Teil 1, 1996) und liegt zusammen mit dem für die Erweiterung vorgesehen Naturschutzgebiet "Ententeich" auf dem höchsten Punkt von Brühl mit 125 bis 128 Meter über N.N. Es bedarf keiner großen Fantasie, sich die Folgen für die tiefer liegenden Wohnbebauungen bei Starkregen vorzustellen.

In der Hochsaison staut sich der Verkehr bereits jetzt bei An- und Abfahrt der Besucher des Freizeitparks. Laut Emissionskataster des LANUV lagen dort die Werte nach den letzten Messungen von 2013 für Kohlendioxid (1833 bis 2103 Tonnen pro Quadratkilometer), Feinstaub (1 bis 1,5 Tonnen pro Quadratkilometer) und Stickoxide (5 Tonnen pro Quadratkilometer) im kritischen Bereich. Eine Erweiterung des Vergnügungsparks auf Kosten des Naturschutzgebiets "Ententeich" wird die Verkehrssituation verschärfen.

Die Autoren des Umweltberichts kommentieren die 2013 erfolgte Umwidmung des Naturschutzgebiets auf Seite 81: „Inwiefern sich die Sicherung „Allgemeiner Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen“ (z.B. Freizeit-/ Vergnügungsparks) auf die Umweltschutzgüter auswirkt, kann nicht allgemeingültig beurteilt werden.“ Die Formulierung macht deutlich, dass keine komplexen Zukunftsbetrachtungen vorgenommen werden können.

Die damalige Planbegründung, der Freizeitpark brauche die Erweiterung, um im Konkurrenzkampf mit den in diesem Bereich vorhandenen Wettbewerbern bestehen zu können wird durch Marktanalysen widerlegt: „Die Marktkonzentration in der Branche ist gering, die vier größten Betreiber von Freizeitparks kommen gemeinsam auf einen Marktanteil von 27,9 %. [ ... ] Mit einem Marktanteil von 15,1 % ist der Europa-Park [ ... ] der nach Umsätzen größte Vergnügungspark Deutschlands. An zweiter Stelle folgt der Park Phantasialand der Schmidt-Löffelhardt GmbH & Co. KG mit einem Anteil von über 5,7 %.“ (IBIS-World, 27. August 2021).

Dieses vor zwei Jahrzehnten begonnene Verfahren passt nicht mehr in die heutige Zeit.

Wir fordern daher die Planänderung "Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) für zweckgebundene Nutzungen, Brühl/Phantasialand" zurückzunehmen.

Grundsätzlich stellt der Entwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans ein riskantes Unterfangen dar. Der Einsatz ist die Widerstandsfähigkeit unserer Umwelt. Es ist höchste Zeit, Klimaschutz und Klimaanpassung als zentrale Daseinsvorsorge zu sehen. Das sollte der Leitgedanke bei der Neuaufstellung des Regionalplans sein.



AZ: Ö-M-1130	
1002582	
1008489	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Anmerkung zum Regionalplan Pulheimer See</p> <p>im Blatt 4 der zeichnerischen Festlegung ist mir aufgefallen, dass der Pulheimer See noch als Auskiesungsgelände gekennzeichnet ist. Inzwischen ist die Auskiesung beendet und eine landschaftorientierte Erholung geplant. Hier sollte eine Korrektur vorgenommen werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die zeichnerische Darstellung des Regionalplans Köln beschränkt sich im Bereich des Pulheimer Sees auf die Festlegungen Oberflächengewässer und Regionaler Grünzug (RG).</p>

**Inhalt**

Zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Mutterkuhbetrieb im Gemeindegebiet Simmerath. Die hierfür bewirtschafteten Grünlandflächen befinden sich im nahe gelegenen Ortsteil Eicherscheid, Simmerath. Der Entwurf zum neuen Regionalplan stellt nun mehr eben dort nahezu sämtliche Flächen unter eine Gebietskulisse zur Neuausweisung von BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur). Diese Ausweisung bedeutet für mich eine ausgesprochene Belastung, befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt zu werden. Ich habe große Sorge, dass ich, etwa durch die künftige Ausweisung von neuen Schutzgebieten, die Bewirtschaftung meiner Grünlandflächen in der aktuellen Form nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Dies würde für mich eine erhebliche wirtschaftliche Härte bedeuten und für meinen Betrieb schlimmsten falls sogar das Aus bedeuten. Insbesondere der Umstand, dass es sich hierbei um ca. 100% meiner Betriebsflächen handelt, die ich zwingend sowohl als Schnittweiden zur Futtergewinnung als auch für die Weidehaltung meiner Tiere benötige, machen eine mögliche Änderung des bisherigen Schutzstatus für mich nicht akzeptabel. Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der geplanten Vergrößerung der BSN-Flächen unbedingt wieder Abstand zu nehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1133	
1002585	
1006822	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>bezüglich des in Planung befindlichen Regionalplans / Landschaftsplans für den Bereich Stolberg legen wir hiermit fristgerecht vor dem 31.08.2022 Einspruch ein.</p> <p>nach unserm bisherigen Kenntnisstand könnte unsere, an dem bisherigen Naturschutzgebiet angrenzende Reitanlage [anonymisiert] mit Pferdeoffenstall, Freiflächen, Reithalle, Wiesen usw., sowie das Wohnhaus, in dem neu geplanten Naturschutzgebiet einbezogen werden. Dieser gesamte Bereich diene in den vergangenen Jahrzehnten immer zur Viehhaltung, zuerst Kühe, dann Kühe und Pferde und seit mehr als 30 Jahre nun Pferde (also insgesamt seit mindestens mehr als 40 Jahre Pferdehaltung). Durch das Einbeziehen unserer vorstehenden Flächen als Naturschutzgebiet in den neuen Regionalplan müssten wir dann in Zukunft, mit u. U. teils erheblichen Einschränkungen für unser Objekt mit der Pferdenutzung rechnen, was zur Existenzgefährdung führen würde, wenn die Reitanlage mit dem Offenstall, Reithalle und allen Wiesen nicht wie bisher, sondern nur noch mit Einschränkungen weiter geführt werden dürfte. Das können wir daher, wir nehmen an auch für Sie verständlicherweise, nicht akzeptieren und legen hiermit ausdrücklich Einspruch gegen den Einbezug unserer vorstehenden Flächen in den neuen Regionalplan/ Landschaftsplan ein.</p> <p>Uns liegt stets das Tierwohl der Pferde sehr am Herzen und daher führen wir den Pferdestall artgerecht mit 24 stündigem Wiesenzugang der Tiere!</p> <p>Des Weiteren möchten wir nochmals auf unser Schreiben v.17.08.2020 verweisen, in dem wir für unseren Reitstall für eine Ausnahmegenehmigung mit Aufnahme in den Landschaftsplan plädieren den Branderwald benutzen zu dürfen, um den Bundeswehrtruppenübungsplatz umreiten zu können, damit die Reiter dann über diese Strecke als einzige Möglichkeit, ausser über teilweise stark befahren und somit für Reiter, Pferd auch Autoverkehr gefährdet, über die gefährliche Autostraßen, das (einzige) öffentliche Reitwegenetz (der Städteregion) erreichen können. Im Branderwald war früher jahrzehntelang auch Reiten erlaubt!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Wir schlagen vor, die Flächen südlich des Wiener Wegs bzw. der Erich-Deuser-Straße in 50858 Köln, von der Marsdorfer Straße im Westen bis zu den Stadionparkplätzen entlang des Salzburger Wegs im Osten, mit einer Tiefe von ca. 100 Metern als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) in den Regionalplan der Stadt Köln aufzunehmen. Somit lassen sich aus unserer Sicht die Potenziale einer möglichen Bebauung mit Schwerpunkt Wohnen auf diesen Flächen schon heute für die Zukunft sicherstellen.

Eigentümer der Flächen sind unseres Erachtens von Westen nach Osten die Familien [ANONYMISIERT], die Stadt Köln, die Familie [ANONYMISIERT] und wir, die Familie [ANONYMISIERT]. Konkret sind wir Eigentümer der Fläche südlich des Wiener Wegs, zwischen den Kunstrassenplätzen im Westen und den Stadionparkplätzen im Osten [ANONYMISIERT].

Als Familie beschäftigen wir uns nun schon seit geraumer Zeit mit den oben aufgeführten Flächen und haben daher am 14. Juni dieses Jahres auch mit großem Interesse an der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Köln teilgenommen, in welcher die Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf auf der Agenda stand. Die Diskussion unter den Anwesenden fokussierte sich dabei sehr schnell auch aus unserer Sicht sehr wichtige Themen wie den Wohnraumbedarf im Großraum Köln, die Minimierung der Flächenversiegelung, die Sicherstellung der Frischluftzufuhr oder die Umweltverträglichkeit von Bauvorhaben.

Genau hier sehen wir die wesentlichen, positiven Potenziale einer Bebauung auf den oben aufgeführten Flächen südlich des Wiener Wegs:

- Bestehende Erschließungssituation: Die Flächen werden heute schon durch den bestehenden Wiener Weg bzw. die Erich-Deuser-Straße erschlossen. Eine weitere Erschließung und somit Versiegelung sind somit höchstwahrscheinlich nicht notwendig.
- Hoher Wohnflächenertrag: Aufgrund der bestehenden Erschließung kann ein hoher Anteil von Wohnfläche zu gesamter Fläche realisiert werden. Dies zählt positiv auf die Wohnraumschaffung ein, während die Versiegelung weniger belastet wird.
- Grüner Übergang: Im Rahmen einer Wohnbebauung sind ausreichend Grün- und Freiflächen zu schaffen. Diese können einen positiven Beitrag zum Übergang zwischen der gegenüberliegenden Bebauung im Norden und dem Grünzug West leisten als auch besondere Formen des Übergangs der neuen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Bebauung in den Landschaftsraum entwickeln.

Die bestehende einseitige Erschließung des Wiener Wegs bzw. der Erich-Deuser-Straße an dieser Stelle erleichtert eine Bebauung der Flächen im Gegenüber der Bestandssiedlung und ermöglicht geringe Erschließungsflächen und die Verdichtung von vorhandenen Flächen. Gleichzeitig bietet sich durch eine Bebauung die Möglichkeit, das umliegende Gebiet mit den vorhandenen Sportflächen und dem neuen allgemeinen Siedlungsbereich bestehend aus den heutigen, anliegenden Stadionparkplätzen, besser in den Stadt- und Landschaftsraum zu integrieren. Aufgrund der Nähe zu unserem Wohnort, als auch aufgrund des aktuellen Wohnraumbedarfs der Stadt Köln haben wir deshalb gemeinsam mit unserem Planungsteam eine Grundidee für die oben genannten Flächen erarbeitet. Anbei finden Sie einen Auszug mit den Kerninhalten der von uns erarbeiteten Grundidee [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt] [s. Anhang Abb. StnID 1006989].

Eine Bebauung der Flächen südlich des Wiener Wegs würde somit auch im Kontext zu der existierenden Siedlung nördlich vom Wiener Weg stehen. In den 1970er Jahren haben wir, die Familie [ANONYMISIERT], die Hochhaussiedlung Wiener Weg in Köln Junkersdorf gemeinsam mit einem Partner entwickelt und gebaut. Einzelne Gebäude der Siedlung werden heute noch immer von der Familie im Bestand gehalten. Ein großer Teil unserer Familie ist zudem im Stüttgerhofweg in Köln Junkersdorf wohnhaft und wir fühlen uns dem Viertel nun schon in dritter Generation verbunden. Wir finden, dass die Siedlung ein gutes Beispiel für ein über die Jahre gewachsenes Quartier ist und das Zusammenleben aller Anwohner in der Nachbarschaft wunderbar funktioniert. Gleichzeitig ist uns jedoch der städtebauliche Handlungsbedarf hinsichtlich der bestehenden Hochhaussiedlung bewusst. Im Rahmen einer gesamthaften städtebaulichen Entwicklung der Flächen südlich des Wiener Weg zusammen mit der Familie [ANONYMISIERT] und der Stadt Köln sind wir bereit nachhaltige Veränderungen am Bestand der Hochhaussiedlung vorzunehmen. Ziel ist es, dass die Modernisierung des Bestands und eine mögliche Neubebauung möglichst gleiche Qualitäten in sich und im Verhältnis zur umgebenden Bebauung sowie Landschaftsraum ermöglichen.

Gerne möchten wir Ihnen anbieten sich bei jeglichen Fragen bei uns zu melden. Falls gewünscht, erklären wir uns gerne bereit, Ihnen unsere Grundidee bei einem persönlichen Gespräch gemeinsam mit Herrn [ANONYMISIERT] von ASTOC vorzustellen. Über eine Rückmeldung bzw. Bestätigung zum Eingang unseres Schreibens würden wir uns freuen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006989\\_Anlage.pdf](#)

AZ: Ö-M-1135	
1002587	
1006583_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Den LSV drängt seit langem die Sorge, dass in der Raumplanung ? sei es in der Landes- und Regionalplanung, im Besonderen aber in der kommunalen Bauleitplanung ? dem Aspekt der Ausweitung von Flächeninanspruchnahme für neue Wohnsiedlungsbereiche sowie für die Ansiedlung neuer oder die Ausweitung bestehender Gewerbebetriebe immer wieder einseitig zu Lasten des der Landwirtschaft, der Erholung und dem Natur- und Artenschutz dienenden Freiraums der Vorzug eingeräumt wird. Dies betrifft in besonderem Maße gerade auch die Stadt Bornheim, die geprägt ist durch den Zusammenschluss ehemals rein ländlicher Ortschaften mit bis heute eigenen Subzentren (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 2.2 Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung). Angesichts vermeintlicher Vorteile weiterer Flächeninanspruchnahmen durch immer mehr Wohn- und Gewerbegebiete, Straßenneubauten usw., die oftmals durch eine selektive Wahrnehmung der Vorteile eine positive Gesamtentwicklung suggerieren, werden die langfristigen, häufig deutlich schwerwiegenden Nachteile und Schäden für die Freiraumentwicklung vielfach nicht näher betrachtet und/oder unterbewertet (Bezug: Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln: 4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und ?entwicklung). Diese Aspekte sollen im Folgenden hinsichtlich der Neuaufstellung des Regionalplans und im Hinblick auf die Situation in Bornheim näher beleuchtet werden: <b>1. Kein weiterer Bedarf an Wohnbaufläche über die Ausweisungen im Flächennutzungsplan (FNP) hinaus.</b> Bornheim hat in den letzten Jahrzehnten ein enormes Wachstum an Einwohnern zu verzeichnen. Während 1971 in den Ortschaften der Stadt 31.000 Menschen wohnten, betrug die Einwohnerzahl Ende 2021 knapp 50.000. Entsprechend umfänglich war und ist auch die Zahl der in Bornheim vor allem in den letzten Jahren geschaffenen und im Planungsprozess befindlichen Wohnbauflächen und der Umfang an neuem Wohnraum. Kaum eine andere vergleichbare Kommune im Rhein-Sieg- Kreis hat einen so großen Zuwachs zu verzeichnen. Damit ist die gesetzte Zielvorgabe des Landes, Bornheim zu einem Mittelzentrum mit gut 50.000 Einwohnern zu entwickeln, erreicht. Der rechtskräftige FNP von Bornheim deckt mit derzeit noch ca. 126 ha Reserveflächen grundsätzlich den dafür erforderlichen Bedarf auch für die nächsten zwei Jahrzehnte voll ab. Gegen eine bedachtsame und moderate Weiterentwicklung im Rahmen des gültigen FNP ? bedarfsweise auch mit Flächentausch (Ersatz ungeeigneter Flächen im FNP durch geeignetere Bereiche des bisherigen Freiraums) - bestehen seitens des LSV keine Bedenken. <b>2. Zuzug weiterer Einwohner begrenzen.</b> Die Stadt Bornheim hat in jüngster Vergangenheit an Hand der tatsächlich vorhandenen Wohneinheiten</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> <b>Bedarf</b></p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des</p>

(WE) pro ha Bruttobaufläche (also Wohnbaufläche einschließlich innerörtlicher Straßen und Grünanteil) in den Ortsteilen eine Siedlungsdichte im Stadtgebiet von ca. 25 WE pro ha Bruttofläche errechnet. Demgegenüber errechnet der Landesentwicklungsplan NRW den Wohnflächenbedarf anhand sog. siedlungsstrukturtypischer Dichten. Dabei legt er z.B. bei einer Siedlungsdichte von über 2.000 Einwohnern/km<sup>2</sup> einen Bedarf an 40 ? 60 WE/ha zugrunde. Diese Berechnungsmethode wird unverändert im Regionalplanentwurf als Grundsatz übernommen. Da Bornheim eine Siedlungs- und Verkehrsdichte von ca. 2.420 Einwohnern/ km<sup>2</sup> aufweist, würde sich bei dieser Berechnungsmethode eine Siedlungsdichte in Bornheim von brutto ca. 40 WE/ha errechnen. Damit würde man jedoch die vorhandene z.T. noch ländlich geprägte Struktur noch stärker suburban überformen. Gegen eine angemessene Verdichtung der Wohnungsstruktur und damit einhergehend auch gegen einen überschaubaren Zuwachs an Einwohnern bestehen keine Bedenken, wenn dadurch der historisch gewachsene Charakter der Bornheimer Ortschaften nicht vollends verloren geht. Die in allen Ortschaften der Stadt mehr oder weniger noch vorhandene ländliche Struktur kennzeichnet den Charakter und die Identität der Stadt, und das soll auch so bleiben. Legt man für das Bornheimer Stadtgebiet eine an den Richtwerten des LEP ausgerichtete Anzahl von 40 WE/ha zugrunde, würde zukünftig die Gesamterscheinung der Stadt grundlegend verändert. Der bisher ländliche Charakter ginge nahezu völlig verloren. Raumplanung versteht sich jedoch nicht als starres Regelungswerk, sondern ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich geschützten Planungshoheit der Gemeinden u.a. gekennzeichnet durch das sog. Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG). Dieses verlangt, dass bei überörtlicher Planung alle Planungsträger in angemessener Weise beteiligt und berechnigte Interessen nachgeordneter Planungsträger, insbesondere von Kommunen, berücksichtigt werden. Dem trägt die Regelung im LEP Rechnung, wonach ?die Regionalplanungsbehörde in begründeten Fällen, z.B. auf der Grundlage empirischer Ermittlungen, von den genannten Richtwerten abweichen kann? (LEP NRW, S. 50). Diese Situation trifft für Bornheim zu. Der gewachsene Charakter der Stadt und ihre Identität als Kommune, welche die noch vorhandenen ländlichen Eigenschaften trotz der benachbarten Großstädte Bonn und Köln bewahrt hat und auch künftig bewahren sollte, begründen hier eine Abweichung von den Richtwerten des LEP hinsichtlich der Regelungen zur Schaffung bestimmter Siedlungsdichten. Die städtebaulich verträgliche Siedlungsdichte sollte für das Bornheimer Stadtgebiet deshalb bei ca. 25 WE/ha liegen. Spätestens dann, wenn Bornheim die Reserven an Wohnbauflächen im FNP ausgeschöpft haben wird und die Siedlungsdichte von ca. 25 WE/ha nicht überschritten wird, führt dies zu einer zwangsläufigen Begrenzung des Zuzugs von Menschen nach Bornheim. Der LEP und auch der darauf aufbauende Entwurf des Regionalplans vermitteln jedoch den Eindruck, dass die maßgebliche Größe für die Siedlungsplanung und den zu deckenden Bedarf allein oder vorwiegend die Nachfrage aus der Bevölkerung und dem Gewerbe vor allem der benachbarten Großstädten sei. Dies kann aber nicht richtig sein. Es erscheint nachvollziehbar, dass es viele Menschen und auch das Gewerbe vorziehen, sich in dem Ballungsraum zwischen Köln und Bonn anzusiedeln, weil sich dort bessere Bedingungen für Wohnen und Arbeiten als in ländlichen Regionen bieten.

Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

#### **Roisdorf südl. Schussgasse**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, die sich in der Wohnbauflächendarstellung im FNP verdeutlicht, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Würde man allein diesen Vorstellungen und Wünschen entsprechen, wäre eine verantwortungsvolle Raumplanung und Steuerung der vielfältigen für die Raumordnung relevanten Belange kaum mehr möglich. Insbesondere wäre das Bestreben der Landesplanung, in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern? (Grundsatz 2-2 LEP), praktisch nicht umzusetzen, wenn allein oder vorwiegend die Nachfrage aus benachbarten Großstädten der Maßstab für die Landes- und Raumplanung sein sollte. Ballungsräume würden suburban überfrachtet, ländliche Regionen veröden. Es muss deshalb von den angrenzenden Großstädten hingenommen werden, wenn auf Grund einer verantwortungsvollen Raumplanung die Möglichkeiten einer weiteren Ansiedlung von Menschen und Gewerbe ausgeschöpft sind und diesbezüglichen Nachfragen nicht (mehr) entsprochen werden kann. Für Bornheim ist diese Situation nach Einschätzung des LSV schon jetzt, jedenfalls aber in nächster Zukunft erreicht. **3. Korrekturen bei der Ausweisung von Allgemeinen Siedlungsbereichen ? ASB** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung, Erläuterungskarte S1): Nachfolgend werden beispielhaft einige in ihrer Ausdehnung durchaus bedeutsame Flächen näher betrachtet, die hinsichtlich des Kriteriums ASB nach Einschätzung des LSV andere Bewertungen erfordern, als diese bisher nach den zeichnerischen Festsetzungen im Entwurf des Regionalplans vorgesehen sind. **3.1 Ortschaft Bornheim-Roisdorf südöstlich der Schussgasse** Es war und ist das berechnete Anliegen der Kommune, die hier angesprochene gesamte Freifläche, die sich vom Ortsrand von Roisdorf in Richtung Alfter erstreckt und schon rein optisch gesehen eine Einheit zu der sich südlich anschließenden großen Agrarfläche bildet, nicht als ASB auszuweisen. Völlig unverständlich erscheint, dass die Regionalplanungsbehörde die Hälfte dieser zu Roisdorf gehörenden Fläche bis hin zur Südstraße einerseits richtigerweise nicht als ASB ausweist, andererseits für den südöstlichen Teil der Fläche aber die Ausweisung als ASB weiter vorsieht. Die Ortschaft Roisdorf ist mit der vorhandenen Bebauung an der Brunnenstraße, der Schussgasse und der Südstraße klar abgegrenzt. Eine Bebauung der hier in Rede stehenden Freifläche würde die Grenze zur Nachbarkommune Alfter weiter verwischen. Eben dies sollte jedoch vermieden werden. Deshalb regt der LSV an, die gesamte Fläche nicht als ASB auszuweisen. **3.2 Ortschaft Bornheim-Roisdorf, als ASB 3 ausgewiesene Fläche.** Auch hinsichtlich dieser Fläche hatte die Kommune die Herausnahme als ASB vorgeschlagen. Der zuständige Ausschuss im Rat der Stadt Bornheim hat sich dann aber offenbar der Argumentation der Regionalplanungsbehörde angeschlossen, dass diese Fläche als Innenbereichsfläche und wegen zu geringer Größe nicht separat als Agrarfläche dargestellt werden könne. Diese Argumentation überzeugt nicht. Es handelt sich hier um eine am Hang gelegene Fläche von ca. 6 ha. Sie ist damit durchaus groß genug, um z.B. als Frischluftinsel für die Ortschaft Roisdorf zu dienen. Die Schaffung klima relevanter Flächen ist ein nicht unwesentliches Ziel von Raumplanung überhaupt, also auch im Regionalplan. Das Vorhandensein von Freiflächen im ansonsten umbauten Innenbereich ist auch anderswo durchaus keine Seltenheit. Würde man solche Flächen

### ASB 3

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.



schlichtweg als ASB ausweisen, obwohl dort ein ASB gar nicht gewollt ist, wäre dies eine Falschdarstellung. Einen rechtlichen Zwang, so zu verfahren, gibt es nicht. Für Bornheim überhaupt, insbesondere aber für die Ortschaft Roisdorf, besteht überhaupt keine Notwendigkeit, über die in ausreichendem Maße im Stadtgebiet vorhandenen ASB gerade hier noch einen nicht erforderlichen weiteren ASB auszuweisen. Dies muss umso mehr gelten, als der LSV gegen die von der Regionalplanungsbehörde vorgeschlagene Ausweisung der Flächen ASB 2 und ASB 4 keine Bedenken hat. Der LSV regt an, die als ASB 3 gekennzeichnete Fläche nicht als ASB einzustufen, sondern dem Freiraum zuzuordnen.

## Inhalt

**4. Korrekturen bei der Ausweisung von Bereichen für Gewerbe und Industrie ?**

**GIB** (Bezug: Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln: 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung, Erläuterungskarte S1): Mit der Ausweisung von GIB an geeigneten Standorten soll insbesondere eine sinnvolle, gleichwohl aber auch nachbarverträgliche Entwicklung von immissionsintensivem Gewerbe gesichert und gefördert werden. Für Bornheim sieht der LSV jedoch hinsichtlich der Ausweisung von GIB und entsprechender Ansiedlung von Unternehmen schon jetzt eine Sättigung und standortbezogen teilweise eine Überfrachtung erreicht. **4.1 Ausweisung eines GIB zwischen Uedorfer Weg und Maarpfad.** Im unmittelbaren Anschluss an die Bahnstrecke der DB, dem Uedorfer Weg und dem Maarpfad soll ein neuer großer GIB ausgewiesen werden. Die Kommune zeigt sich damit zwar einverstanden, möchte jedoch eine leichte Verschiebung in Richtung Uedorfer Weg, um so einen gewissen Abstand zur Wohnbebauung am Maarpfad zu sichern. Der LSV lehnt eine solche Planung an diesem Standort aus nachfolgenden Gründen generell ab. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde in nur wenigen hundert Metern Entfernung das Gewerbegebiet ?Bornheim Süd? mit einer Gesamtfläche von ca. 54 ha geschaffen. Gegenwärtig wird ein weiteres sich daran unmittelbar anschließendes, interkommunales etwa gleich großes Gewerbegebiet ?Alfter Nord? geplant. Teilweise ist diese Planung schon realisiert. Nicht weit davon entfernt schließt sich das schon vorhandene Gewerbegebiet ?Bonn West? an. Zudem befinden sich auch im nahe gelegenen Bornheim-Hersel bereits jetzt große Gewerbegebiete, die ebenfalls noch ausgeweitet werden sollen. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, dass mit einer so umfänglichen Gewerbeansiedlung an der südöstlichen Grenze von Bornheim gleichsam ein Umzingelungsring durch Gewerbe entsteht, der lediglich durch einen Keil an Wohnbebauung von Roisdorf östlich der DB-Linie unterbrochen wird. Diese bedenkliche Wirkung einer Einkreisung wird auch nicht dadurch aufgehoben, wenn der geplante GIB zwischen Maarpfad und Uedorfer Weg leicht in Richtung Uedorfer Weg verschoben würde. Der Aspekt der ?Umzingelung? ist durchaus vergleichbar mit dem bei der Planung von Windenergieanlagen von der Rechtsprechung als rechtlich relevant bewertetem Kriterium der ?optischen Bedrängung?. Beide Gesichtspunkte sind Ausdruck des Übermaßverbotes und Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Zu alledem gehen mit dem geplanten GIB große Flächen wertvollen Ackerlandes für immer verloren, und dies in einer Zeit, in der die Notwendigkeit besteht, sich auf allen möglichen Gebieten von zu großer ausländischer Abhängigkeit zu befreien. Dies gilt gerade auch für landwirtschaftliche Produkte. Es ist nicht erkennbar, dass für die Ausweisung eines GIB an dieser Stelle eine zwingende kommunale Notwendigkeit besteht. Vielmehr soll wohl eher der Nachfrage von Interessenten Rechnung getragen werden. Die Aussicht auf weitere Gewerbesteuererinnahmen ist sicherlich verlockend für jede Kommune. Dieser sollte aber nicht der ausschlagende Grund der Planung sein. Im Übrigen zieht neues

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der angesprochene GIB Standort zwischen Uedorfer Weg und Maarpfad hat die Zweckbindung eines Regionalen Standortes, d.h. hier sind Gewerbeflächenbedarfe verortet worden, die über den kommunalen (endogenen) Bedarf hinausgehen. und sich aus dem gesamten Bedarf der region ergeben. Dies ist aufgrund des ausdrücklichen Willens der Stadt Bornheim erfolgt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die angesprochene Umzingelung der Wohnbauflächen war dabei kein Bewertungskriterium. Die landes- und regionalplanerischen Festlegungen gehen grundsätzlich davon aus, dass ASB und GIB aneinander grenzen können und das Rücksichtnahmegebot der § 50 BImSchG eingehalten werden kann. Entscheidend dabei ist die nachfolgende Bauleitplanung, die zwingend eine abgestufte Nutzungsintensität zu berücksichtigen hat.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

<p>Gewerbe wieder Menschen an, die hier arbeiten und wohnen wollen. Dies verlangt den weiteren Ausbau der Infrastruktur wie z.B. von Schulen, Kindergärten, Wasserver- und Abwasserentsorgung und Verkehrswegen. Die Folge: Bornheim wird immer städtischer überformt. Dagegen wendet sich der LSV mit aller Entschiedenheit. Der LSV regt an, den hier in Rede stehenden GIB ersatzlos zu streichen, einer weiteren Suburbanisierung Bornheims planungsrechtlich entgegen zu treten.</p>	
---	--

## Inhalt

**5. Anmerkungen zu den Regelungen zur Nutzung von Windenergie** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, 5.2.3 Erneuerbare Energien Erläuterungskarte K1): Die Regelungen zur Planung und Steuerung von Windenergiegebieten haben für Bornheim deshalb eine besondere Bedeutung, weil die Stadt schon seit langem ein Bauleitverfahren zur Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans (TFNP) für die Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen (WEA) betreibt. Dieses Verfahren gestaltet sich als äußerst schwierig, weil die rechtssichere Umsetzung von in der Rechtsprechung entwickelten Vorgaben ? so vor allem das Kriterium der ?substantiellen Raumgebung? für die Energiegewinnung bei einer Konzentrationsflächenplanung für WEA ? mangels näherer Eckwerte nur schwer in der Planungspraxis umsetzbar erscheint. Zunächst ist festzustellen, dass der Bundestag am 07.07.2022 das ?Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von WEA an Land? als Artikelgesetz verabschiedet hat. Der Bundesrat hat nur einen Tag später beschlossen, keinen Gebrauch von der in Artikel 77Abs.2 GG gegebenen Möglichkeit zu machen, den dort angesprochenen Ausschuss zur Überprüfung dieses Gesetzes einzuberufen. Deshalb ist davon auszugehen, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung unverändert bleibt und so Gesetz wird. Er enthält eine Vielzahl von Regelungen, welche die Probleme der bisherigen Planverfahren vereinfachen sollen. Mit diesem Artikelgesetz wird u.a. der Entwurf eines ?Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG)? vorgelegt. Der Regionalplan konnte diese erst jüngst geschaffenen bundesgesetzlichen Regelungen natürlich noch nicht aufgreifen. Mit der Neuaufstellung des Regionalplans sollte die Gelegenheit genutzt werden, den Kommunen zielführende Hilfestellung für ihre Windenergieflächenplanung zu geben und alle wesentlichen hierzu geschaffenen neuen gesetzlichen Regelungen in die Neuaufstellung des Regionalplans in geeigneter Weise zu transferieren. Der Entwurf des Regionalplans in seiner derzeitigen Fassung wird diesem Erfordernis nicht gerecht. Die neuen Regelungen selbst lassen allerdings einige wichtigen Fragen noch offen. So schreibt das WindBG erstmals verbindlich für jedes Bundesland die Ausweisung eines bestimmten prozentualen Anteils an Landesfläche für die Windenergie an Land aus. Für NRW beträgt dieser Anteil 1,8 Prozent der Landesfläche. Wie die Verteilung dieses Flächenanteils auf die einzelnen Regierungsbezirke und die einzelnen Kommunen erfolgen soll, erscheint jedoch unklar. Das WindBG sieht hierfür verschiedene Möglichkeiten vor, so u.a. auch, dass das Land die Verteilung der Windenergieflächen auf die kommunalen Bedarfsträger überträgt. Es ist jedoch nicht festgelegt, dass jede Kommune den jeweils selben Anteil an Windenergiefläche ausweisen muss. Dies wäre auch bei den Unterschiedlichkeiten in den Kommunen wenig sachgerecht. An welchem Maßstab aber sollen sich die Kommunen orientieren? Es wäre bedenklich, würde man den Kommunen abverlangen,

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

## Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

in jedem Falle so viel Windenergiefläche auszuweisen wie nur möglich. Das könnte im Ergebnis dazu führen, dass der verbindlich für das Land festgelegte Prozentanteil in großem Maße überzogen würde und möglicherweise andere wichtige Schutzgüter ? man denke nur an das Landschaftsbild und/oder den Artenschutz - vernachlässigt würden. Andererseits wäre es nicht zielführend, wenn Kommunen hinsichtlich der Flächenausweisung darauf warten, dass andere, wie z.B. die Regionalplanungsbehörde ihr den für sie verbindlichen Flächenanteil vorgibt. Die Wirksamkeit von kommunalen Flächenkonzentrationsplanungen setzt bei alledem voraus, dass der kommunal ausgewiesene Flächenanteil mit dem vom Land auszuweisenden Prozentanteil im Einklang steht. Ansonsten wird nach den neuen gesetzlichen Regelungen keine rechtswirksame Konzentrationswirkung erreicht. Der LSV regt an, das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans mit der Maßgabe zeitlich zu strecken, die zu erwartenden neuen bundesgesetzlichen Regelungen in geeigneter Weise für regionalplanerische, insbesondere aber für kommunale Planverfahren für die Errichtung von WEA in den Regionalplan zu transferieren.

**Inhalt**

**6. Verkehr** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuauftellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 5.1 Verkehrsinfrastruktur 5.1.1 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, 5.1.4 Straßennetz, 5.1.2 Radwegenetz, Erläuterungskarte 12): Das Bornheimer Straßennetz ist heute schon gekennzeichnet durch werktägliche Staus zu den Hauptverkehrszeiten auf der Autobahn A 555 und den Landstraßen L 118, L 182, L 192 und L 183. Ohne einen entsprechenden Ausbau droht z.B. auf der L 183 infolge des zusätzlichen Verkehrs aus rechtskräftigen, aber noch nicht umgesetzten sowie im Planverfahren befindlichen Baugebieten ohne Ausbau bis 2030 der Verkehrskollaps (Mobilitäts- u. Verkehrsausschuss des Bornheimer Rates, 16.08.2022 ? Vorlage 526/2021-7). Ein Verkehrsinfarkt droht ebenfalls anderen, Bornheim erschließenden Landstraßen, zumal wenn die im Bedarfsplan des Bundesverkehrsministeriums noch immer vorgesehene Autobahn-Querung des Rheins (Rheinspange A 553) als Verbindung der rechtsrheinischen A 59 mit der A 555 realisiert würde. Das Bornheimer Straßennetz müsste dann täglich 36.000 Kfz zusätzlich verkraften. Besonders betroffen wären die L 192 und die L 182, die als Abkürzungsstrecke zur A 61 genutzt würden, aber auch die L 183 als Verbindung zur A 553. Die Rheinspange ginge nicht nur zu Lasten des schrumpfenden Bornheimer Freiraums, sondern zöge wegen der vermeintlich günstigeren Verkehrserschließung weitere Baugebiete nach sich, aus denen sich eine weitere Zersiedlung sowie zusätzliche Verkehrsbelastungen für das Bornheimer Stadtgebiet ergäben.

Anregung des LSV: Der Regionalplan weist keine Vorranggebiete für die geplante Autobahnverbindung A 553 (Rheinspange) aus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

**Inhalt**

**7. Bodenschutz und Landwirtschaft** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.1.2, 4.4, Erläuterungskarten F2 u. F4): Besonders auf dem Ville-Rücken befinden sich weite Bereiche mit schützenswerten Böden, die eine hohe Funktion u.a. für den Biotop- und Klimaschutz sowie für die Wasserspeicherung haben. Böden mit besonders hoher Bodenfruchtbarkeit finden sich in Bornheim besonders im Bereich des Vorgebirges (Osthang der Ville) und der Rheinebene. Infolge der rasanten Ausdehnung von Baugebieten und wegen der Zerschneidung durch Verkehrsstrassen gingen diese Böden bereits in großem Maße unwiederbringlich verloren. Die noch existierenden landwirtschaftlichen Betriebe werden zunehmend durch den Verlust eigener und gepachteter Flächen in ihrer Existenz bedroht. Und diese für die Ernährungssicherheit so negative Entwicklung schreitet durch bereits im FNP Bornheim ausgewiesene und darüber hinausgehende Planungen weiter voran. Im Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird zwar gefordert: ?Bei Planungen und Maßnahmen soll darauf hingewirkt werden, den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit in einer möglichst günstigen Ausprägung zu erhalten, um dem anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegenzuwirken. Dies betrifft auch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen? (S. 106). Die bisherigen Erfahrungen mit der Bornheimer Stadtplanung belegen allerdings, dass dem Bodenschutz und dem Erhalt hochwertiger landwirtschaftlicher Agrarflächen bei der Abwägung mit Bebauungs- und Straßenplanungen häufig nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wird. Der LSV regt deshalb an: dem Bodenschutz und dem Erhalt landwirtschaftlicher Produktionsflächen in der Begründung des Regionalplans ein deutlich höheres Gewicht bei der Abwägung mit Bebauungs- und Straßenplanungen beizumessen. die im Entwurf des Regionalplans Köln ausgewiesenen, aber noch nicht rechtskräftigen Flächen von Bauleit- und Straßenplanungen darauf hin zu überprüfen, ob diese Vorhaben mit dem Schutz wichtiger und ertragreicher Böden kollidieren und Änderungen in den Darstellungen der ASB und der GIB des Regionalplans erfordern.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche , sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung des Siedlungsraums bzw. der Infrastruktureinrichtungen gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden

sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für den Regionalplanentwurf Köln dar. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.



Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige

	<p>raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	---

**Inhalt**

**8. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung:** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum, 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Erläuterungskarte F6): Bereits 1980 wurde in einem vom Land NRW und von der Bezirksregierung Köln in Auftrag gegebenen Gutachten ein massives Defizit an Erholungsfläche mit ?einem rechnerischen Fehlbetrag von ca. 70 % Erholungsfläche im Ballungsraum Köln- Bonn? festgestellt (Konrad Buchwald, Gutachten über die Nutzung und Nutzungsmöglichkeiten der natürlichen Ressourcen im Raum Kottenforst/Ville, Universität Hannover, 1980, S. 182). Dieses Defizit hat sich durch das rasante Einwohnerwachstum im Ballungsraum Köln-Bonn (Bornheim z.B. hat heute ca. 50.000 Einwohner) seitdem erheblich vergrößert. Hinsichtlich der Erholungsfunktion des Ville- Rückens weist der LSV darauf hin, dass dieser Bereich des Naturparks Rheinland nicht nur der Naherholung, sondern auch der Regionalerholung dient. Der LSV unterstützt deshalb nachdrücklich, dass der Ville- Rücken im vorliegenden Entwurf des Regionalplans als ?Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? ausgewiesen wurde und diesem ?bei der Abwägung mit konkurrierenden Funktionen und Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen? sei (Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 103).

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Zustimmung zur textlichen Festlegung BSLE erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

**Inhalt**

**9. Regionale Grünzüge, hier ?Grünes C?** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.2 Regionale Grünzüge, Erläuterungskarte F3): Die Bezirksregierung Köln führt zu den ?Regionalen Grünzügen? u.a. aus: ?Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der RG beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Von einer Beeinträchtigung ist in der Regel auszugehen, wenn die Durchgängigkeit des RG gemindert wird, eine Zerschneidung bestehender Freiraumverbindungen entsteht oder verstärkt wird, wenn räumliche Zusammenhänge oder ökologisch wirksame Verbindungen gestört werden ? oder die Nutzung und Erlebbarkeit der RG für die freiraumorientierte Erholungs- und Freizeitnutzung geschädigt wird? (Textliche Festlegungen, S. 97). Die Stadt Bornheim beschrieb 2018 die Funktion des auch für Bornheim bedeutsamen regionalen Grünzugs Grünes C: ?Sicherung des Freiraums ? vor weiterer baulicher Nutzung? ?durchgängige Ost-West-Verbindung ? für die Naherholung?. Das Grüne C verbindet vom Vorgebirge bis über den Rhein hinweg die sechs Kommunen Bornheim, Alfter, Bonn, Niederkassel, Troisdorf und Sankt Augustin. Der Grünzug sollte langfristig die verbliebenen Freiräume in der Landschaft sichern, um einer weiteren Zersiedlung unserer Natur- und Kulturlandschaft entgegen zu wirken. Ziel ist u.a. die Förderung einer ruhigen und landschaftsbezogenen Nah und Regionalerholung. In Bornheim verläuft das ?Grüne C? auf dem Villerücken oberhalb von Bornheim und Brenig sowie im südlichen Bereich der Rheinebene. Bedauerlicherweise konterkariert die Stadt Bornheim in einigen Bereichen die Ziele des Grünen C. So wird ein Teilstück zur Erschließung des Neubaugebietes Hersel He 31 genutzt, obwohl eine alternative Erschließung möglich gewesen wäre. Auf Teilen des Grünzugs bei Hersel finden Kiestransporte und Lkw-Verkehr aus dem dortigen Gewerbegebiet statt. Aus der Kommunalpolitik kommen Vorschläge, einen Bereich des Grünen C als Entlastungsstraße für die Bornheimer Ortschaft Hersel auszubauen. Der LSV regt deshalb an, im neuen Regionalplan textlich festzulegen, dass Funktionsbeeinträchtigungen der Ziele ?Regionaler Grünzüge? durch kommunale Planungen künftig einer Genehmigung durch die Bezirksregierung bedürfen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalplan Köln trifft als Raumordnungsplan gemäß § 7 Raumordnungsgesetz (ROG) Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Planungsraumes, welche zu beachten sind. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben. Zudem werden Grundsätze der Raumordnung festgelegt, die der nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidung unterliegen und zu berücksichtigen sind. Eine Rechtsgrundlage für die Festlegung einer separaten Genehmigungspflicht ist weder im ROG noch im Landesplanungsgesetz NRW (LPIG NRW) enthalten. Die Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dies bedeutet, dass diese Planungsebene besonders eng an die Vorgaben der Raumordnung gebunden ist. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung fragt die Gemeinde bei Beginn ihrer Arbeiten zur Aufstellung oder Änderung eines Bauleitplanes unter Vorlage der erforderlichen Planunterlagen bei der Regionalplanungsbehörde gemäß § 34 LPIG NRW an, welche Ziele der Raumordnung für den Planungsbereich bestehen.

## Inhalt

**10. Landschafts- und Naturschutz** (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.3 Schutz der Natur und Landschaft, 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur, 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Umweltbericht, Erläuterungskarten F5 u. F6): Der Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln stellt fest: ?Nach den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift-Artenschutz in NRW ? ist es auch auf der Ebene des Regionalplans sinnvoll, die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung zu berücksichtigen. Landesweit und regional bedeutsame Vorkommen von FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten sollen demnach bei raumwirksamen Planungen besonders berücksichtigt und nach Möglichkeit erhalten werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei verfahrenskritische Vorkommen` von planungsrelevanten Arten, für die in den späteren Planungs- und Zulassungsverfahren - auch unter Berücksichtigung möglicher Vermeidungs- oder vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen - möglicherweise keine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erteilt werden darf? (Bezirksregierung Köln [Herausgeber]: Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Bosch & Partner GmbH, Herne, Dezember 2021, S. 126). **a)** Zum Vorkommen planungsrelevanter Arten liegen neue Untersuchungen im Zusammenhang mit der Planung von Windenergie-Konzentrationszonen für den Bornheimer Ville-Rücken und die Rheinebene vor, die im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans noch keine Berücksichtigung finden konnten. Insbesondere auf dem **Ville-Rücken** wurde eine große Anzahl geschützter Vogel und Fledermausarten nachgewiesen (vgl. LSV e.V.: Stellungnahme zum ?Teilflächennutzungsplan Windenergie?, Bornheim, 30.08.2022, S. 18 ff, Dokumentation ?WEA-sensible, planungsrelevante Vogelarten auf dem Bornheimer Ville-Rücken unter besonderer Berücksichtigung des Rotmilans?, LSV e.V., Bornheim, 28.08.2021 und Dokumentation ?WEA-sensible Fledermausarten auf dem Bornheimer Ville-Rücken?, LSV e.V., Bornheim, 24.07.2021): siehe: <https://www.lsv-vorgebirge.de/projekte/windenergieanlagen/> **Anregungen des LSV:** Der BSLE Ville-Rücken (F6) wird im Bereich der offenen Agrarlandschaft als BSLE mit ?besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft? dargestellt. Der Ville-Rücken (Wald-Ville u. freie Landschaft) wird zwischen Römerhof und Bornheim-Merten als BSN (Bereich für den Schutz der Natur) ausgewiesen. Es wird geprüft, ob die im Bereich der Bornheimer Rheinebene nachgewiesenen planungsrelevanten Arten eine Modifikation der bisherigen Darstellungen im Entwurf des Regionalplans erforderlich machen. **b)** Die **Bornheimer Obstblütenlandschaft** auf der Ville oberhalb der Bornheime Ortschaften Roisdorf, Bornheim, Botzdorf, Brenig und dem Ville-Wald hat sich dank der langjährigen Pflege durch den BUND, den LSV und andere Vereine zu einem Hotspot

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1007706). Die Rheininsel Herseler Werth wurde entsprechend der Plankonzeption als BSN geändert.

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt.

der Artenvielfalt entwickelt. Dieser Bereich steht unter Landschaftsschutz und umfasst zusätzlich drei Naturschutzgebiete. Planungen des Rhein-Sieg-Kreises zu einer Erweiterung der unter Naturschutz stehenden Flächen haben zwar begonnen, sind aber durch die Corona-Pandemie ins Stocken geraten. Eine vom Kreis in Auftrag gegebene Kartierung 'Roisdorfer Hufebahn' angrenzend an die Naturschutzgebiete 'An der Roisdorfer Hufebahn' und 'Quarzsandgrube' bestätigte 2019 eindrucksvoll die hohe ökologische Wertigkeit des Gebietes: Die im Rahmen der Kartierung nachgewiesenen Vogel-, Reptilien- und Pflanzenarten sowie die erfassten Biotoptypen belegen auf Grund ihrer Schutzwürdigkeit den hohen Wert des Untersuchungsgebietes. Für große Teile des Untersuchungsgebietes ist daher die Ausweisung als Naturschutzgebiet gerechtfertigt. Als Besonderheiten der Avifauna sind als Brutvögel Bluthänfling, Girlitz, Neuntöter, Wendehals und Steinkauz und als Durchzügler Baumpieper, Braunkehlchen und Steinschmätzer aufzuführen. Als sich möglicherweise etablierende Art ist die Zauneidechse als bemerkenswerte Reptilienart zu erwähnen. Als besonders bemerkenswerte, seltene Pflanzenarten sind die Kleine Sommerwurz, der Zottige Klappertopf und der Gewöhnliche Wasserschlauch zu nennen. Weitere Vorkommen seltener Ackerwildkräuter sind durch Aussaat bedingt. Dazu kommen teilweise wärmeliebende Saumpflanzen an durch periodische Mahd erhaltenen grasig-krautigen Lößböschungen. Das Untersuchungsgebiet weist zahlreiche Flächen mit Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-Richtlinie sowie sonstige schutzwürdige Biotoptypen auf. Teilweise sind es aber nur noch Restflächen einer vormals größeren Extensivgrünlandfläche. Somit besteht Sicherungs- und Entwicklungsbedarf? (Auftraggeber: Rhein-Sieg-Kreis - Amt für Umwelt- und Naturschutz, Räumliche Planung, Naturschutzprojekte, Gutachter: weluga umweltschutzplanung, Bochum, Juni 2019, S. 72). Die Experten schlugen über die bereits in der Obstblütenlandschaft liegenden Naturschutzgebiete hinaus eine Ausweitung des Naturschutzes für das nebenstehend dargestellte Gebiet vor:

### Abbildung 1

Anregung des LSV: Den Empfehlungen zur Abgrenzung des Gebietes Bornheimer Obstblütenlandschaft wird gefolgt und die Obstblütenlandschaft innerhalb dieser Abgrenzung unter Einschluss der drei bereits vorhandenen Naturschutzgebiete Roisdorfer Hufebahn, Quarzsandgrube Brenig und Kiesgrube am Blutpfad als zusammenhängendes Naturschutzgebiet ausgewiesen. **c) Freiraum des Bornheimer Südens:** Im Freiraum zwischen dem Herseler See im Norden, dem Ortsrand von Bornheim- Roisdorf im Süden und den östlich angrenzenden Gewerbegebieten lebt die größte in NRW noch existierende Population an Wechselkröten. Ebenfalls kommen hier Kreuzkröten, Zauneidechsen, Uferschwalben und das Rebhuhn vor. Die Steinkauz-Population braucht den Verbund zum Steinkauzvorkommen in der Siegaue und im Ville-Bereich. Der LSV regt an, den gesamten Freiraum des Bornheimer Südens im Regionalplan als BSN darzustellen. **d) Rheininsel Herseler Werth und Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?:** Der vom FFH-Gebiet Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? umgebene

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Auenlebensraum Herseler Werth ist die einzige Rheininsel, die nur mit Ausnahmegenehmigung betreten werden darf. Auf der Insel konnten über 100 Vogelarten nachgewiesen werden, die dort brüten, Nahrung suchen oder während des Vogelzugs eine Zwischenrast einlegen. Hier brüten u.a. Schwarzmilan, Pirol und Nachtigall. Aufgrund dieses Vogelreichtums, der Insektenvielfalt und wegen des Vorkommens gefährdeter Pflanzenarten wurde die Insel 1993 unter Naturschutz gestellt. Die Insel weckt trotzdem immer wieder bei Erholungssuchenden und bei Bootsbesitzern, die im Rheinseitenarm zwischen Bornheim-Hersel und der Insel ihren Ankerplatz haben, Begehrlichkeiten. Deshalb rät der LSV davon ab, hier im Regionalplan ein BSLE auszuweisen. Die Uferzonen des Herseler Werth und des gegenüber liegenden Herseler Rheinufer gehören zwar zum Schutzbereich des FFH-Gebiets ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?. Dies ist aber kaum bekannt. Anregungen des LSV: Das Herseler Werth wird im Regionalplan nicht als BSLE, sondern nur als BSN ausgewiesen. Das FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? wird mit seinen Uferzonen im Regionalplan zusätzlich als BSN unter Schutz gestellt.

1006583\_009

#### Inhalt

Der Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans Köln weist in seiner Erläuterungskarte 12 die in Bornheim und in Bonn noch im Planungsstadium, in Alfter bereits im Ausbau befindliche RadPendlerRoute Bonn-Alfter-Bornheim als ?Radverbindung mit erhöhtem Ausbaustandard? aus. Diese Darstellung wird vom LSV unterstützt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.



**Inhalt**

Unsere Mandantinnen sind Eigentümerinnen von Grundstücken zwischen der Ginggasse und dem Holzweg in der Gemeinde Alfter im Rhein-Sieg- Kreis. Es handelt sich um die Grundstücke [ANONYMISIERT] Auf dem als Anlage 1 beigefügten Liegenschaftskartenauszug sind die Flächen unserer Mandantinnen zur besseren Übersichtlichkeit rot umrandet. Die Grundstücke liegen zurzeit brach.

Im derzeit noch Geltung beanspruchenden Regionalplan ist die Fläche, in der sich diese Grundstücke befinden, als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) dargestellt. Hierbei reicht der ASB bis zur im Westen liegenden und in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Straße, die in ihrem südlichen Bereich 'Steinstraße' und im nördlichen Bereich 'Waldstraße' heißt. In dem zurzeit offenliegenden Regionalplanentwurf soll der ASB in diesem Bereich deutlich reduziert werden. Mit Ausnahme der bereits jetzt bebauten Bereichen entlang der Straßen soll die innenliegende Fläche zwischen der Waldstraße und der Straße Auf dem Büchel im Norden, der Ginggasse im Westen und der Impekovener Straße im Süden vollständig in einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion 'Regionale Grünzüge' umgewandelt werden. Dies ergibt sich aus den Zeichnerischen Festlegungen, Regionalplan Köln, Bl. 12-13, Bonn, Rhein-Sieg-Kreis. Damit sind unsere Mandantinnen nicht einverstanden, weil dies die künftigen Entwicklungs- und Nutzungsmöglichkeiten ihrer Flächen gegenüber dem jetzigen Planungszustand empfindlich beschneiden würde. Wir beantragen daher namens und in Vollmacht unserer Mandantinnen, von der beabsichtigten Darstellung der in Rede stehenden Flächen als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich abzusehen und es bei der derzeitigen Darstellung als Allgemeiner Siedlungsbereich zu belassen. Im Einzelnen ist gegen die geplante Flächenumwandlung im Regionalplan Folgendes vorzubringen:

1.

a) Mit der angedachten Darstellung ihrer Grundstücke als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich sind unsere Mandantinnen keinesfalls einverstanden, da den Flächen dadurch die mittel- bis langfristige Entwicklungsperspektive genommen werden würde, die sie derzeit aber noch haben. Zwar existiert für die Flächen soweit wir wissen kein Bebauungsplan und soweit ersichtlich sind die Flächen im Flächennutzungsplan der Gemeinde Alfter auch nur als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt. Dadurch, dass die Flächen im derzeit noch geltung beanspruchenden Regionalplan aber als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt sind, besteht zumindest eine gewisse Perspektive, dass diese Flächen einmal Bauland werden könnten, sodass sie

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Darüber hinaus verfügt die Stadt Alfter über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der

momentan den Charakter von (zumindest schwachem) Bauerwartungsland haben. Durch die Änderung der Flächendarstellung im Regionalplan von ASB in Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich würde eine empfindliche Wertminderung der Grundstücke unserer Mandantinnen einhergehen. Unsere Mandantinnen würden daher in nicht hinnehmbarer Weise in ihren Eigentumsrechten, die durch Art. 14 des Grundgesetzes geschützt sind, verletzt werden.

b) Wir verkennen selbstverständlich nicht, dass der Regionalplan keine unmittelbaren rechtlichen Außenwirkungen gegenüber unseren Mandantinnen als Grundstückseigentümerinnen entfaltet. Indes gibt die Regionalplanung der gemeindlichen Bauleitplanung die räumlichen Entwicklungslinien vor. Denn die Gemeinde Alfter muss sich bei Flächennutzungsplanänderungen an den Vorgaben des Regionalplans orientieren. Dies ergibt sich aus dem Anpassungsgebot des § 1 Abs. 4 BauGB. Danach sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. In diesem Zusammenhang verkennen wir weiter nicht, dass der Flächennutzungsplan als bloßer vorbereitender Bauleitplan ebenfalls keine unmittelbaren Rechtswirkungen gegenüber unseren Mandantinnen entfaltet. Gleichwohl haben unsere Mandantinnen die Veranlassung, sich im Rahmen der übergeordneten Planungsebene des Regionalplans gegen die Absicht der Regionalplanungsbehörde, ihr Grundstück als Freiraumfläche zu überplanen, zur Wehr zu setzen. Denn Bebauungspläne werden infolge des im Baugesetzbuch geregelten sogenannten Entwicklungsgebotes aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Unsere Mandantinnen könnten daher nicht mehr damit rechnen, dass irgendwann einmal ein Bebauungsplan aufgestellt werden wird, der die derzeit brachliegenden Flächen beispielsweise als Reine oder Allgemeine Wohngebiete festsetzt. Denn dazu müsste wegen des Gebotes der Entwicklung der Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB) erst einmal der Flächennutzungsplan geändert und die Flächen müssten zuvor auf Flächennutzungsplanebene bereits als Wohnbauflächen dargestellt werden. Dies wäre aber wegen des Anpassungsgebots an die Regionalplanung nicht zulässig. Wie bereits erwähnt, würden daher die Entwicklungsmöglichkeiten für die Flächen unserer Mandantinnen auf unabsehbare Zeit empfindlich beschnitten werden. Dies ist für unsere Mandantinnen nicht akzeptabel, da dadurch ihre Flächen stark entwertet werden würden.

2.

Warum die derzeit noch als ASB dargestellten Flächen unserer Mandantinnen in Allgemeine Freiraum- und Agrarflächen umgewandelt werden sollen, ist für uns auch nicht wirklich nachvollziehbar. Werfen wir dazu einen Blick in die Tabelle 7 auf S. 55 ff. der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln. Diese Tabelle zeigt den Flächenbedarf und die -potenziale im Regierungsbezirk Köln auf. Auf S. 58 der Begründung; vergleiche auch S. 60 der textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln, finden wir sodann die Angabe, dass in der Gemeinde Alfter ein

Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine

Bedarf an Wohnen und Mischnutzung von 65 ha bestehen soll, wobei sich dies aufteilt in 50 ha 'kommunaler Bedarf' und 15 ha 'Regionaler Wohnbauflächenbedarf'. Zugleich zeigt die Tabelle 7 auf S. 58 an, dass die Gemeinde Alfter angeblich ein Potenzial an Wohnen und Mischnutzung von 118 ha hat, die sich wiederum laut Tabelle verteilen auf 49 ha 'Regionalplan inkl. regionaler Wohnbauflächenpotenziale' und 68 ha 'FNP innerhalb Siedlungsraum'. Ob insofern Bedarfe und Potenziale in der Gemeinde Alfter schlüssig und nachvollziehbar ermittelt worden sind, ist nicht ersichtlich. Unter der Überschrift 'Ermittlung der Siedlungsflächenreserven' heißt es auf S. 51 der Begründung, dem ermittelten Bedarf seien gemäß LEP NRW die vorhandene Siedlungsflächenreserven gegenüberzustellen. Hieraus ergäbe sich das Erfordernis für Neudarstellungen bzw. Neuabgrenzungen von Siedlungsbereichen bzw. Rücknahmen im Regionalplan Köln. Weiter heißt es, die Regionalplanungsbehörde Köln habe hierzu die Bedarfe den bis zum Zeitpunkt der Neuaufstellung aktuell gültigen Regionalplanreserven gegenübergestellt. Diese seien u. a. im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in kommunalen Einzelgesprächen überprüft und im Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert worden. Zusammen mit der Datenerfassung im 'sfm' seien diese in die Bilanzierung der zukünftigen Siedlungsflächenpotenziale eingeflossen. Wir fragen uns hierbei, was es mit diesen 'kommunalen Einzelgesprächen' auf sich hat. Sind diese protokolliert worden? Falls ja, sind die Protokolle einsehbar? Wer genau hat diese Gespräche aufseiten der Kommunen geführt und mit welcher Legitimation? Auch im Übrigen kann die Bedarfsermittlung nicht nachvollzogen werden. Unter 'C. Begründung zur Erläuterung', 'Zu 1 der Erläuterung' auf S. 53 der Begründung heißt es, der Flächenbedarf sei für alle Kommunen gemäß der in Kapitel B dargelegten Methodik für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Diese 'Methodik' in 'Kapitel B' finden wir auf Bl. 39 ff. der Begründung. Dort heißt es, der Bedarf für den Anteil der Wohnbauflächen in den Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) ergebe sich aus den Komponenten Neubedarf, Ersatzbedarf und Fluktuationsreserve. Für die Berechnung der Wohnbauflächenbedarfe im Regionalplan Köln sei der Berechnungszeitraum gemäß Erlass zur Konkretisierung des Landesentwicklungsplangesetzes Nordrhein-Westfalen-Wohnen, Gewerbe und Industrie des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie vom 17. April 2018 auf 25 Jahre festgelegt worden. Er werde für den gesamten Regierungsbezirk auf Ebene der Kreise ermittelt und auf die Kommunen gemäß ihrer Anteile an Einwohnern, Baufertigstellungen und Arbeitsplätzen verteilt. Weiter heißt es dort, der Neubedarf ergebe sich aus der Veränderung der Zahl der Haushalte in den Kreisen und kreisfreien Städten über einen Prognosezeitraum zwischen 2018 und 2043 auf Grundlage der Haushaltsprognose von IT. NRW (Stand 2018). Über Zuwachs oder Abnahme lasse sich die Zahl der benötigten Wohneinheiten ermitteln. Auf S. 40 der Begründung werden sodann 'Ersatzbedarf' und 'Fluktuationsreserve' näher erläutert. Aus diesen Komponenten, so heißt es dort weiter, ergäbe sich der Wohnbauflächenbedarf für die Kreise und kreisfreien Städte in Wohneinheiten. Für die Kreise solle der Bedarf an Wohnbauflächen auf Basis von drei Kriterien zu gleichen Teilen auf die Kommunen aufgeteilt werden: Dem Arbeitsplatzanteil der Kommune am Kreis, der Anteil der Kommune an der Zahl der

großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Baufertigstellungen und dem kommunalen Anteil an der Einwohnerzahl des Kreises. Schließlich heißt es dort, dass die Wohneinheiten anhand der Siedlungsdichte der jeweiligen Kommune gemäß LEP NRW in Fläche umgerechnet werde, wobei eine Siedlungsdichte von 4.000 und mehr Einwohnern je Quadratkilometer SuV (sogenannte Kategorie 'Metropol') 60 Wohneinheiten/Hektar entsprächen. Bei einer Siedlungsdichte von 2.050 bis 4.000 (sogenannte Kategorie 'hoch verdichtet') ergäben sich hiernach 40 Wohneinheiten je Hektar, bei einer solchen von 950 bis 2.050 (sogenannte Kategorie 'verdichtet') 30 Wohneinheiten je Hektar und bei einer solchen von kleiner als 950 (sogenannte Kategorie 'gering verdichtet') 20 Wohneinheiten je Hektar. Der so ermittelte Bedarf in Hektar erhalte, so heißt es auf S. 41 der Begründung, einen 'Planungszuschlag' von 20 %. Dieser sei für Nutzungen vorgesehen, die originär zum ASB gehörten, jedoch nicht direkt in der Zahl der WE/ha enthalten seien. Hierzu gehörten insbesondere Flächen für den Gemeinbedarf. Der Bedarf an Flächen für diese Nutzungen lasse sich, so heißt es dann, 'nur schwer ermitteln und wird daher pauschal angesetzt.' Der Bedarf an Wohnbauflächen sei, so heißt es auf S. 41 der Begründung weiter, sei im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung durch die Regionalplanungsbehörde Köln den vorhandenen Siedlungsflächenreserven gegenübergestellt worden. Die Notwendigkeit zur Neuerstellung von Siedlungsraum erfolge auf Basis einer Bilanzierung des prognostizierten Bedarfs mit noch vorhandenen Flächenreserven. Wie die Regionalplanungsbehörde nach dieser Methodik nun letztlich in Bezug auf die Gemeinde Alfter auf einen Bedarf von nur 65 ha Wohn- und Mischfläche bei einem Potenzial von angeblich 118 ha gekommen ist, ist aber nicht nachvollziehbar. Wir wollen hierzu im Folgenden nur einige Punkte herausgreifen: Die dargestellte Methodik ist aber von ihren Parametern her allenfalls ? wenn überhaupt ? dazu geeignet, den Bedarf an reiner Wohnfläche zu ermitteln. In der Tabelle ist aber von ?Wohnen & Mischnutzung? die Rede. ?Mischfläche? besteht aber nach herkömmlichem bauplanungsrechtlichem Verständnis nur zu 50 % aus Wohnfläche und zu den übrigen 50 % aus gewerblich genutzter Fläche. Die aufgezeigten Parameter sind aber überhaupt nicht dazu geeignet, etwas über den Bedarf an gewerblicher Fläche auszusagen. Die Nichtnachvollziehbarkeit des gewonnenen Ergebnisses ergibt sich überdies beispielsweise daraus, dass die 'Haushaltsprognose', die ja für die Ermittlung des 'Neubedarfs' herangezogen worden sein soll, im Rahmen der derzeitigen Offenlage nicht mit offengelegt und auch nicht als Anlage der Begründung beigelegt worden ist. Auf der Webseite von IT.NRW finden wir die Haushaltsprognose ebenfalls nicht. Dort gibt es lediglich eine Pressemitteilung und Zusammenfassungen. Auf Schlüssigkeit kann die Haushaltsprognose daher nicht überprüft werden. Ohnehin fehlt es in der Begründung zum Regionalplanentwurf an den konkreten Berechnungen für die jeweiligen Kommunen, sodass nicht nachvollzogen werden kann, ob das Ergebnis eines Bedarfs von 65 ha rechnerisch richtig ist. Auch ist nicht ersichtlich, welche Zahl an 'Arbeitsplätzen' zugrunde gelegt worden ist, obwohl die 'Arbeitsplätze' ja ebenfalls einer der Parameter zur Ermittlung des Bedarfs ist. Auf S. 43 der Begründung heißt es hierzu lapidar, die Zahl der Arbeitsplätze werde 'von der Arbeitsagentur zur Verfügung gestellt'. Welche Zahl die Arbeitsagentur in Bezug auf die Gemeinde Alfter konkret genannt hat, von wann diese Angaben stammen und wie

diese ermittelt worden sind, ist aber nirgendwo ersichtlich. Aufgrund welcher Überlegungen die jeweiligen Größen der jeweiligen Siedlungsstrukturtypen ('Metropol', 'hoch verdichtet', 'verdichtet' und 'gering verdichtet') gebildet worden sind, wird ebenfalls nirgendwo erläutert. Es wird auch nicht erläutert, aufgrund welcher Überlegungen in 'Metropol'-Regionen 60 Wohneinheiten je Hektar, in 'hoch verdichteten' Regionen 40 Wohneinheiten je Hektar, in 'verdichteten' Regionen 30 Wohneinheiten je Hektar und in 'gering verdichteten' Regionen 20 Wohneinheiten je Hektar anzusetzen sind. Mit frappierender Offenheit gesteht die Regionalplanungsbehörde schließlich auf zu, dass sie eigentlich selbst nicht wirklich weiß, wie sie auf den 'Planungszuschlag von 20 %' für 'Nutzungen' gekommen ist, 'die originär zum ASB gehören, jedoch nicht direkt in der Zahl der WE/ha enthalten' seien. Denn ganz unverblümt führt die Regionalplanungsbehörde dort aus, dass sich der Bedarf an diesen Flächen 'nur schwer ermitteln' lasse und 'daher pauschal angesetzt' werde. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bedarfsermittlung nur so vor Ungereimtheiten strotzt, sodass sie keine taugliche Grundlage für das gewonnene Ergebnis sein kann, wonach in der Gemeinde Alfter nur ein Bedarf an neuen Wohnbauflächen von 65 ha bestehe, dem angeblich ein Potenzial von 118 ha gegenüberstehen soll. Infolgedessen ist es auch nicht gerechtfertigt, bestehende ASB-Flächen in Freiraum- und Agrarflächen umzuwandeln, noch dazu wenn dadurch die Eigentümer von solchen Flächen ? wie unsere Mandantinnen ? in ihren rechtlich geschützten Interessen empfindlich beeinträchtigt werden.

3.

Schließlich verkennen wir nicht, dass die Gemeinde Alfter selbst in ihrer im Rahmen der Offenlage abgegebenen Stellungnahme (uns liegt insoweit die Beschlussvorlage für die Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses vom 11.08.2022 vor) die Änderung der ASB-Fläche in eine Freiraum- und Agrarfläche ausdrücklich gutgeheißen und lediglich einige marginale Änderungen angeregt hat. Wir verkennen insofern nicht, dass der Stimme der Gemeinde als der Trägerin der kommunalen Planungshoheit sicherlich ein besonderes Gewicht zukommt. Allerdings gilt auch bei der Aufstellung der Regionalpläne das Abwägungsgebot und es sind hierbei nicht nur die öffentlichen, sondern auch die privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen, § 7 Abs. 2 ROG. Unsere Mandantinnen waren daher gehalten, sich durch die vorliegende Stellungnahme Gehör zu verschaffen und ihre Belange im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans geltend zu machen. Soweit die Gemeinde Alfter in ihrer Stellungnahme die Reduzierung der ASB-Fläche in dem fraglichen Bereich und die Neuausweisung als Freiraum- und Agrarfläche mit dem Argument befürwortet, der Bereich erfülle eine wichtige Freiraum- und Klimafunktion und es handele sich um eine stadtklimarelevante Fläche, über die Frischluftzufuhr erfolgt, so fragen wir uns, auf welcher festgestellten Tatsachengrundlage dies beruht und ob diese Behauptungen überhaupt inhaltlich fundiert ermittelt worden sind.

AZ: Ö-M-1137	
1002590	
1006585_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Es wurde ausgewiesen das man in Zukunft in <i>51647 Gummersbach -Herreshagen</i> weitere Industriegebiete plant. Dagegen kann man nur ein Veto aussprechen.</p> <p>Es kann doch nicht sein, das man das ganze Dorf mit Industriegebiet einkesseln will.</p> <p>Was möchte man?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unsere Lebensqualität einschränken</li> <li>• Unsere Grundstücke und Häuser abwerten</li> <li>• Keine Spaziergänge mehr rund ums Dorf machen zu können</li> <li>• Mit Lärmbelästigung und Verkehr das Leben schwer machen</li> </ul> <p>Nur dreihundert Meter vor dem Dorf ist das Industriegebiet Sonnenberg. Da sind zirka 1-2 Jahre Raupen gefahren um alles gerade zu bekommen. Jetzt steht es seit Zwei Jahren und noch kein Unternehmen hat sich dort angesiedelt.</p> <p>Ein Dorf ist sich einig, das muss mit allen Mitteln verhindert werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1138	
1002591	
1006586_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Interkommunales Gewerbegebiet Birgden-Waldenrath</p> <p>Ich lehne das "Interkommunale Gewerbegebiet Birgden-Waldenrath" sowie jegliche Planungen bezüglich eines Industriegebietes zwischen den Ortschaften Birgden und Waldenrath entschieden ab. Dabei denke ich zunächst an meine persönliche Situation: Als heimatverbundene Einwohnerin der Ortschaft Waldenrath, die die umliegenden Felder bei Spaziergängen und Fahrradtouren gerne als "Naherholungsgebiet" nutzt, empfinde ich die Umwandlung von Feldern und Wiesen in eine Industrielandschaft als Einschränkung eines Bereiches, dessen Nutzung für mich Erholung und einen Ausgleich für berufliche Belastungen bedeutet. Darüber hinaus befürchte ich aufgrund der zu erwartenden Schadstoff-, Lärm- und Lichtemissionen eine erhebliche Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Neben meiner persönlichen Situation denke ich aber auch an die Folgen für die Umwelt. Ich frage mich, wie es sein kann, dass in Zeiten, in denen das Wort "Flächenversiegelung" in aller Munde ist, Projekte wie diese ernsthaft in Erwägung gezogen werden: Wo Flächen versiegelt werden, kann Wasser nicht versickern und können die Grundwasservorräte nicht aufgefüllt werden. Wo Flächen versiegelt werden, kann kein Wasser verdunsten und im Sommer keine Kühlung stattfinden. Die Folgen von Wassermangel und Hitze spüren wir aktuell so gravierend wie nie zuvor ... Aus diesen Gründen spreche mich ausdrücklich gegen das geplante Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet Birgden-Waldenrath aus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1139	
1002594	
1010679	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG</p> <p>Die Anregung betrifft die zeichnerische Darstellung einer Fläche in Erftstadt-Erp als Deponie, die in nord-nordöstlicher Richtung an einen im Regionalplan Köln bereits dargestellten Bereich für eine Deponie (28. Regionalplanänderung) anschließt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1010679_1]</p> <p>1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG</p> <p>1.1 Anlass und Gegenstand der Anregung</p> <p>Die Firma Rhiem &amp; Sohn Kies und Sand GmbH &amp; Co. KG (Firma Rhiem &amp; Sohn) regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie auf der gesamten Fläche des bestehenden BSAB darzustellen. Die Anregung im hier dargestellten Umfang wird von der Stadt Erftstadt unterstützt (Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Beschluss vom 14.09.2017; Az.:V 427/2017).</p> <p>Die Firma Rhiem &amp; Sohn Kies und Sand GmbH &amp; Co. KG betreibt am Ortsrand von Erftstadt-Erp (Rhein-Erft-Kreis) im Bereich einer ehemaligen Kiesgrube eine ursprünglich nach der TA-Siedlungsabfall zugelassene Mineralstoffdeponie mit einer Größe von insgesamt ca. 34 ha. Der nördliche Teilabschnitt verfügt aktuell bereits über eine Zulassung nach der Deponieverordnung 2009 für die Ablagerung von mineralischen Abfällen der Klasse I. Für den südlichen Teilabschnitt wurde ein entsprechender Antrag gestellt und befindet sich derzeit in der Endphase des Verfahrens, die Zulassung steht kurz bevor.</p> <p>Mit der 28. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Köln, wird die Fläche der bestehenden Mineralstoffdeponie als Deponiebereich/Abfalldeponie dargestellt. Im zentralen Bereich der Gesamtfläche, im derzeitigen BSAB, wird bereits eine Abfallbehandlungsanlage dargestellt, welche im Verbund (räumlich und funktional) mit der bestehenden Mineralstoffdeponie betrieben werden soll.</p> <p>Die Fa. Rhiem &amp; Sohn Kies und Sand GmbH &amp; Co. KG beabsichtigt, den Deponiestandort langfristig zu sichern und auszubauen. Zu diesem Zweck sollen auch die nordöstlich an die bestehende Mineralstoffdeponie angrenzenden</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Der Deponiestandort liegt innerhalb des Anwendungsbereichs von "G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen" bzw. "G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern". Auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen ist zu berücksichtigen, dass dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen.</p>



Abgrabungsflächen, die bereits als BSAB dargestellt sind, im Anschluss an die Rohstoffgewinnung im Regionalplan zeichnerisch für diese beabsichtigte Nutzung abgebildet werden. Die derzeitige Darstellung im Regionalplan als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)?, überlagert mit den Darstellungen ?Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze? (BSAB) und ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? soll durch die zweckgebundene Darstellung ?Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie? ergänzt werden.

Ziel der Regionalplanänderung ist die überlagernde Darstellung als Erweiterung des Deponiestandortes in Ertstadt-Erp auf der Fläche des heutigen BSAB. Die bereits dargestellte Deponie umfasst etwa 34 ha, die zusätzlich angeregte Darstellung umfasst ebenfalls etwa 34 ha. Mit Rand- und Restflächen beträgt die Flächengröße insgesamt etwa 70 ha.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_2]

## 1.2 Erfordernis der Anregung

Die langfristig geplante Weiterführung der Deponierung von Mineralstoffen bedarf der Planfeststellung nach § 35 Absatz 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt als Ziel fest, dass raumbedeutsame und für die Entsorgung von Abfällen erforderliche Deponien zu sichern sind. Der Regionalplan konkretisiert dieses Ziel indem festgelegt wird, dass regional bedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb der im Regionalplan dargestellten Standortbereiche zulässig sind. Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes NRW vom 11.03.2011 soll eine landesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen erreicht werden. Demnach sollen Deponien der DK III, II und I zeichnerisch dargestellt werden, da diese in der Regel einen Flächenbedarf von mehr als 10 ha aufweisen und somit als raumbedeutsam im Sinne des § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG gelten. Eine zeichnerische Darstellung der DK 0-Deponie ist aufgrund des begrenzten Einzugsgebietes und eines Flächenbedarfs von weniger als 10 ha in der Regel nicht erforderlich. Dennoch kann im begründeten Einzelfall eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie aufgrund ihrer Raumbedeutsamkeit geboten sein.

Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Aufgrund der am Standort Erftstadt-Erp bereits vorhandenen Deponie und der Flächengröße der vorgesehenen Erweiterung ist nicht auszuschließen, dass die zeichnerische Darstellung auch für eine DK 0-Deponie erforderlich sein könnte.

Vorhabengegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden.

Grundlage für die Bewertung der Erforderlichkeit weiterer gewerblicher DK I-Deponien auf Ebene der Regionalplanung ist der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) im Auftrag Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft (MULNV) zum Regionalplan Köln für den Regierungsbezirk Köln (Juli 2018). Demnach dient der Deponiestandort Erftstadt-Erp der mittel- und langfristigen Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für ablagerungsbedürftige Abfälle in der Planungsregion Köln. Es handelt sich demnach um einen abfallwirtschaftlich erforderlichen Standort, da der Bedarf an zusätzlichem Deponieraum durch die vorhandenen und geplanten Standorte an anderer Stelle im Regierungsbezirk nicht anderweitig gedeckt werden kann. Ein ebenso geeigneter Alternativstandort, durch den das Planungsziel erreicht werden kann, ist nicht vorhanden.

### 1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel verfolgen die Stadt Erftstadt und die Rhiem & Sohn Kies und Sand GmbH & Co. KG eine regionalplanerische Darstellung für eine spätere Erweiterung der bestehenden Deponie, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen.

Die am Standort Erftstadt-Erp bereits bestehende abfalltechnische Infrastruktur (u.a. die vorhandenen Anlagen und Einrichtungen sowie Erschließungen) soll genutzt werden. Erftstadt-Erp ist ein bereits etablierter Standort für die Abfallentsorgung (Mineralstoffdeponie; Entsorger-Nr.: E36238013), der gesamte Standort ist durch die Abgrabungsfläche vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort der Deponie der Fa. Rhiem & Sohn zu binden. Andere Standorte innerhalb der Gemeinde Erftstadt und der Region Köln bieten eine solche Standortgunst nicht. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen.

Vorhabensgegenstand ist eine gewerbliche, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden, und auf Werksdeponien bzw. Kraftwerksreststoffdeponien für industrielle Massenabfälle. Somit fällt die Deponie nicht unter das Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle), den das Ministerium für

Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW aufgestellt hat (Bekanntmachung am 26.04.2016, MBl. 2016, Seite 239).

In südlicher und westlicher Richtung stehen keine Deponien (DKI und II) zur Verfügung. Im Sinne der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgesehenen entstehungsornahmen Entsorgung und in Übereinstimmung mit dem gleich lautenden landesplanerischen Grundsatz (Plansatz 8.3-4 im neuen Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019; im Folgenden: LEP NRW 2019) sollten keine im weiteren Umkreis liegenden Orte betrachtet werden.

Zudem bietet sich nur am Standort selbst eine gute Kombination mit den im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie ohnehin erforderlichen technischen Anlagen und Prozessen an. Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Ertstadt etablierten Infrastruktur und der guten Verkehrsanbindung führt zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Es entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung der vorhandenen Anlagen, der geplante Standort der Deponie.

Ein Flächenverbrauch durch einen komplett neuen Abfallwirtschaftsbetrieb einschließlich der - parallel zu den am Standort der Firma Rhiem & Sohn ohnehin vorgehaltenen - zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann nicht planerisches Ziel sein. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3-1 "Ziel Standorte für Deponien" im LEP NRW 2019. Danach muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW 2019). Vorliegend kann dies auch für die "Aufstockung" von teilverfüllten Abgrabungen gelten. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort der Firma Rhiem & Sohn in Ertstadt-Erp offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" für den BSAB Nr. 21 steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den bereits bestehenden Entsorgungsstandort Deponie Ertstadt-Erp zu sichern und aufzuwerten.

Die vorhandenen bzw. geplanten Deponiestandorte und -erweiterungen in der Umgebung können die erforderlichen zusätzlichen Kapazitäten am Standort Erp nicht ersetzen, um den ermittelten Gesamtbedarf an Volumen für die Ablagerung von mineralischen Abfällen zu befriedigen.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass zurzeit keine vergleichbaren Standorte in der Region um Erftstadt-Erp verfügbar sind, die die oben genannten Bedingungen erfüllen.

## 2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

### 2.1 Infrastruktur / Entsorgung

Im Textteil und in den Erläuterungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in Kapitel 5.3.2, Deponien, Aussagen über neue Deponiestandorte (Standortkriterien) gemacht. Demnach sind bei Standortplanungen Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen.

Den Erläuterungen zu Ziel Z.42 sind die Kriterien für künftige Standorte zu entnehmen, die in der planerischen Abwägung des Regionalplanverfahrens bedeutsam sind.

In Ziff. 1 wird ab einer Flächengröße von 10 ha eine regionale Bedeutung festgelegt.

- Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 70 ha deutlich darüber.

In Ziff. 2 wird die Notwendigkeit beschrieben, die Deckung des Bedarfs darzulegen.

- Dass das Vorhaben zur Deckung des Bedarfs notwendig ist, ergibt sich einerseits aus der konkreten Nutzung der vorhandenen Deponie, andererseits aus der Auflistung und Berücksichtigung der Gewerbeabfallsdeponie Rhiem im Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (LANUV 2018) (Ablagerungsphase Tabelle 14 Nr. 5, Planung Tabelle 16 Nr. 6).

In Ziff. 3 wird dargelegt, dass neben den abfalltechnischen Anforderungen potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt.

- Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential der Gewerbeabfallsdeponie Rhiem am Standort Erftstadt-Erp äußerst gering ist und es werden Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung verbleibender Konflikte beschrieben. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem die

Anforderungen der Landschaftsentwicklung realisiert werden können.

- Der Standort der Deponie Rhiem in Ertstadt-Erp liegt nicht innerhalb eines im Entwurf dargestellten Bereichs für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) und kollidiert damit nicht mit dem Vorrang der Trinkwassergewinnung. Darüber hinaus wird das Thema vorsorgender Gewässerschutz / Trinkwassergewinnung im nachfolgenden Kap. 2.2 näher erläutert.

In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen.

- Bei dem Vorhaben wird mit Verfüllflächen von Material der Deponieklasse DK1 ein Mindestabstand von 300 m von Allgemeinen Siedlungsbereichen eingehalten, so dass die Anforderungen des Abstandserlasses erfüllt sind. Mit der geplanten Erweiterung wird ein noch deutlich grösserer Abstand von mehr als 700 m eingehalten.

Insgesamt wird deutlich, dass die Standorteignung für eine Mineralstoffdeponie am Standort Ertstadt-Erp hervorragend sind. Dies betrifft sowohl die Anforderungen aus dem Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan, die Kriterien der Regionalplanung selbst und die örtlichen Nutzungs- und Schutzansprüche. Der Grundsatz G.69 - vorrangige Nutzung bestehender Abfalldéponien und bereits (z.B. durch Rohstoffgewinnung oder Verfüllungen) vorbelasteter Flächen - kommt vollumfänglich zum Tragen. Ein ebenso geeigneter Alternativstandort, durch den die unterschiedlichen Planungsziele erreicht werden können, ist nicht vorhanden.

## 2.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz

Im Textteil und in den Erläuterungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in Kapitel 4.7.2, Deponien, Aussagen über die Belange des Gewässerschutzes gemacht. Demnach werden Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser dauerhaft gesichert ist. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen.

Der Standort der Deponie Rhiem in Ertstadt-Erp ist nicht als BGG Dirmerzheim dargestellt. Als BGG dürfen gemäß dem geltenden Landesentwicklungsplan (LEP) in den Regionalplänen nur die potenziellen Schutzzonen I bis III A dargestellt werden.

Der Bereich der potenziellen Wasserschutzzone III B des WW Dirmerzheim (Nr. 43) ist

gemäß dem Grundsatz G.46 deshalb nur in der Erläuterungskarte F9 (Trinkwasservorsorge) als sogenannter ?erweiterter Einzugsbereich? dargestellt. Der Standort der Deponie Rhien in Erftstadt-Erp liegt innerhalb dieses Bereichs, an dessen westlichem Rand.

Es handelt sich nicht wie bei einem BGG um ein strikt zu beachtendes Ziel, sondern lediglich um einen Grundsatz der Raumordnung, der in Abwägungen zu berücksichtigen ist und dem gemäß dem Grundsatz G. 46 dabei allerdings ein ?besonderes Gewicht? beigemessen werden soll. In den Erläuterungen zu dem Grundsatz G.46 heißt es, dass Planungen, die potenziell eine ?erhebliche Gefährdung der Trinkwassergewinnung? darstellen, aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden sollen. ?Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien ? sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen)?.

"Soweit wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen zulässigerweise bereits bestehen, wird über deren weitere Entwicklung, sofern nicht raumbedeutsam, auf fachplanerischer Ebene entschieden. Das Schadenspotential ist so weit zu verringern, dass Trinkwasserentnahmestellen weitestgehend geschützt werden".

"Für Planungen oder Maßnahmen gelten die Anforderungen der zugrundeliegenden Wasserschutzverordnungen und der darin enthaltenen Ge- und Verbote in den Wasserschutzzonen III B/III C. Sofern erforderlich oder wenn wasserrechtlich (noch) keine entsprechenden Planungsbeschränkungen festgelegt wurden (geplante oder in Aussicht genommene Wasserschutzgebiete sowie räumliche Abweichungen), ist das Gefährdungspotential unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde im Einzelfall zu ermitteln. Hierbei sind die erforderlichen Unterlagen vom Vorhabenträger vorzulegen".

Obgleich die Erläuterungen in Raumordnungsplänen generell keine rechtlichen Wirkungen entfalten, geht die vorliegende Anregung einer Deponie im Bereich einer geplanten Schutzzone III B mit den in den Erläuterungen zu G.46 dargelegten Kriterien konform. Die geplante Deponieerweiterung stellt nachweislich keine potenziell ?erhebliche Gefährdung für die Trinkwassergewinnung? dar. Ein Gefährdungspotenzial für die Trinkwassergewinnung Dirmerzheim aufgrund der geplanten Deponie besteht wegen der geologischen Besonderheiten bereits nicht. Die entsprechenden Unterlagen, die das belegen, sind u.a. für die zu beteiligende zuständige Wasserbehörde als

### **Anlagen 1 ? 3**

beigefügt.

Vorliegend existieren keine Planungsbeschränkungen aufgrund von Festlegungen in einer Wasserschutzgebietsverordnung. Eine Einzelfallprüfung des

Gefährdungspotenzials der angeregten Deponieerweiterung ist daher möglich und geboten.

Bereits im Rahmen des Planverfahrens zur 28. Änderung des Regionalplans zur Darstellung eines Deponiebereichs und eines Standortes für Abfallbehandlungsanlage wurde von der Bezirksregierung Köln ? Obere Wasserbehörde - ein Interessenkonflikt zwischen der langfristigen Wassergewinnung im Wasserwerk Dirmerzheim und der Deponieerweiterung gesehen. Deshalb ist die Anregung zur 28. Änderung des Regionalplans wegen der zu erwartenden längeren Dauer der durchzuführenden Prüfung des Gefährdungspotenzials auf die Bereiche der bereits zugelassenen DK I und der weitgehend unverfüllten Tagebaugrube im Süden des BSAB beschränkt worden. Die ausstehende Einzelfallprüfung zum Gefährdungspotenzial der nord-nordöstlichen Deponieerweiterung soll im Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplans vorgenommen werden.

Zur Klärung der Sachverhalte im Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplans wurden deshalb von der Vorhabenträgerin mehrere Gutachten erstellt, die es dem Regionalrat nunmehr im Rahmen einer Einzelfallprüfung ermöglichen, eine ?erhebliche Gefährdung? der geplanten Trinkwassergewinnung im Wasserwerk Dirmerzheim infolge der Deponieerweiterung sicher auszuschließen. Denn aus dem Bereich der angeregten Deponieerweiterung können selbst im unwahrscheinlichen Fall einer Havarie der Deponieabdichtung keine für die Trinkwasserförderung abträglichen gelösten Schadstoffe aus den deponierten mineralischen Abfällen in den für die derzeitige und zukünftige Trinkwasserförderung allein in Betracht kommenden Grundwasserstock eindringen.

Ein zentrales Gutachten stellt die Bestandsaufnahme der geologisch-wasserwirtschaftlichen Verhältnisse (?) des Ingenieurbüros Heitfeld - Schetelig GmbH, Aachen, von 25. Februar 2019 dar (Anlage 1). Hierin wird beschrieben, dass

*?"das theoretische Risiko eines Sickerwasseraustritts im Bereich der Deponie Erftstadt-Erp aus gutachterlicher Sicht im Rahmen des laufenden bzw. geplanten weiteren Deponiebetriebes (maximal bis 2059) durch die gemäß Deponieverordnung vorgesehenen Vorsorgemaßnahmen bei Errichtung und Betrieb sowie nach Stilllegung der Deponie durch die gesetzlich vorgeschriebenen Monitoringmaßnahmen beherrscht werden kann. Weiterhin wird in zeitlicher Kongruenz zur Erhöhung der Fördermenge das theoretische Risiko des Transports von Sickerwasser bis zu den Brunnen der WGA Dirmerzheim sukzessive bis auf Null abnehmen."*

Der zukünftige Anstieg des Grundwassers bewirkt, dass das hydraulische Gefälle zwischen den einzelnen Grundwasserhorizonten reduziert wird. Mit anderen Worten ist es dann ausgeschlossen, dass ein vertikaler Austausch mit durch den Braunkohletagebau belastetem Grundwasser aus den oberen Grundwasserschichten

mit dem für die Trinkwasserförderung genutzten Grundwasser stattfinden kann.

In einem Ergänzungsgutachten zu den geologisch-hydrogeologischen Verhältnissen (?) des Ingenieurbüros Heitfeld - Scheteling GmbH, Aachen, von 26. Juni 2020 werden weitere Daten, die im Mai 2020 durch den Ertverband zur Verfügung gestellt wurden, ausgewertet (**Anlage 2**). Es handelt sich um eine Überarbeitung der bisherigen geologischen Modellvorstellung des Geologischen Dienstes NRW und der RWE Power AG. Demnach zeigt sich, dass neben den oberen lückenhaften Tonhorizonten (13 und 11) zwei weitere darunter liegende flächenhafte und sehr mächtige Tonhorizonte (9C und 9A) vorhanden sind. **Der Rotton im Bereich Erp und Dirmerzheim (Ton-Horizont [9A]) weist im Allgemeinen Mächtigkeiten zwischen 15 und 30 m auf und bildet damit einen Schutz für den Grundwasserhorizont 8, aus welchem das Wasserwerk Dirmerzheim das Grundwasser fördert.** Nach der Auswertung der ?neuen Geologie? ist auszuschließen, dass auf der betrachteten Profillinie zwischen dem geplanten erweiterten Deponiestandort in Eftstadt-Erp und der Wasssergewinnungsanlage Dirmerzheim zwischen den Grundwasserleitern [8] und [9B] hydraulische Verbindungen auftreten können, weil in dem mächtigen Tonhorizont keine tektonischen Störungen bestehen. Die Betrachtung des Strömungspfad zwischen der Deponie Ertstadt-Erp und der Wasssergewinnungsanlage Dirmerzheim zeigt, dass aktuell ein angenommener ?Wassertropfen? aus dem Bereich der Deponie Ertstadt-Erp über dem Tonhorizont [9A] an der WGA Dirmerzheim einschließlich ihrem Fassungsgebiet in nördlicher Richtung vorbeiströmen würde. Es liegen damit ganz besondere geologische Bedingungen vor, die hier die in anderen Fällen womöglich zutreffende Annahme eines (erheblichen) Gefährdungspotenzials einer Mineralstoffdeponie im Anstrom einer Trinkwasserförderanlage klar widerlegen. Der oberirdische Bodenhorizont, der für die Deponie genutzt wird, ist hydraulisch ausreichend von dem Grundwasserhorizont, aus dem die Entnahme für die öffentliche Wasserversorgung stattfindet, durch eine mächtige natürliche geologische Barriere getrennt, so dass ein Eintrag möglicher Belastungen in den Entnahmehorizont selbst im Falle einer sehr unwahrscheinlichen Leckage der Deponiebasisabdichtung nicht zu besorgen ist (vgl. zu Abgrabungen in der Schutzzone III B die solchen geologischen Besonderheiten aus der Sicht des Landesgesetzgebers Rechnung tragende Ausnahmebestimmung in § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr.3 LwWSGVO-OB).

Demnach ist nichts dafür erkennbar, ob und mit welchen Folgen sich Einflüsse oberflächennaher Vorhaben auf eine Trinkwasserförderung "ab 2050" oder früher aus nicht oberflächennahen Grundwasserstockwerken ergeben könnten. Im Gegenteil erbringt die o.g. fachgutachterliche Untersuchung der konkreten Verhältnisse den Nachweis, dass das ? ohnehin ? "theoretische Risiko" des Transports von Sickerwasser bis zu den Brunnen einer Wasssergewinnungsanlage bei Dirmerzheim sukzessive "bis auf Null abnehmen" wird. Die zwischen 15 m und 30 m mächtige Tonschicht (Ton- Horizont 9A) überlagert das Grundwasserstockwerk, aus dem die Wasssergewinnungsanlage Dirmerzheim Rohwasser zur Trinkwasserversorgung fördert, und überdeckt sogar vollflächig das gesamte nähere Einzugsgebiet der



Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim. Wörtlich führt das Ergänzungsgutachten dazu aus (Seiten 17 f.):

*?Der Ton-Horizont [9A] weist im Allgemeinen im Bereich zwischen Erp und Dirmerzheim Mächtigkeiten zwischen 15 und 30 m auf und bildet somit einen Schutz für den Grundwasserhorizont [8], aus dem die WGA Dirmerzheim das Grundwasser fördert. Abgesehen davon läge die Brunnengalerie nicht im Abstrombereich des Standortes Erftstadt-Erp: Die Betrachtung des Strömungspfad zwischen der Deponie Erftstadt-Erp und der WGA Dirmerzheim zeigt, dass aktuell ein angenommener "Wassertropfen" aus dem Bereich der Deponie Erftstadt-Erp über dem Ton-Horizont [9A] an der WGA Dirmerzheim in nördlicher Richtung vorbeiströmt. Lediglich im Bereich einer Senke des Ton-Horizontes [9A] ist konstruktiv auch ein Strömungspfad in östlicher bis südöstlicher Richtung zwischen -72 und -72,5 mNHN möglich. Der nach Einstellung der bergbaubedingten Sümpfung einsetzende Grundwasserwiederanstieg wird zudem das hydraulische Gefälle zwischen den einzelnen Grundwasser-Horizonten reduzieren und damit einem Transport von Schadstoffen aus den oberen in die tieferen grundwasserführenden Schichten entgegenwirken und für die Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim eine Verbesserung im Vergleich zur derzeitigen Situation herbeiführen: Der zukünftige Anstieg des Grundwassers bewirkt, dass das hydraulische Gefälle zwischen den einzelnen Grundwasser-Horizonten reduziert wird; derzeit liegen somit im Hinblick auf die Sicherheit der WGA Dirmerzheim die ungünstigsten Verhältnisse vor. **Die Anlage 5 zum Ergänzungsgutachten zeigt die generelle Strömungslinie (blaue Linie mit Pfeil) auf der Oberfläche der mindestens 15 m mächtigen Tonschicht des Ton-Horizonts 9A, der über der grundwasserführenden Schicht liegt, auf welche die Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim zugreift, und diese gegen Einflüsse von höher gelegenen Schichten regelrecht abschirmt.** Ergänzt um die Grenzen eines etwaigen, skizzierten ? nicht festgesetzten ? Einzugsgebiets der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim ab dem Jahr 2050 zeigt sich, dass der Ton-Horizont 9A im Abstrombereich der Deponie sogar eine etwaige Schutzzone III B vollflächig abschirmt. ? [Hervorhebung nicht im Original]*

Der Geologische Dienst NRW hat die von dem Gutachter der IHS dargestellte Lage und die Ausbildung (Mächtigkeit) des Tonhorizonts als durchgängige Abschirmung des Entnahmehorizonts für die Trinkwasserförderung gegenüber dem Dezernat 54 der Bezirksregierung Köln bestätigt.

Nach alledem lassen sich wasserwirtschaftliche Bedenken fachgutachterlich entkräften, weil eine potenzielle, erst recht aber eine ?erhebliche Gefährdung? der Trinkwasserförderung infolge der geplanten Deponieerweiterung aufgrund der besonderen geologischen Verhältnisse konkret auszuschließen ist.

Das als **Anlage 3** beigefügte Gutachten zur ausführlichen ?Risikoanalyse in Bezug auf die mögliche Ausweitung des Einzugsgebietes des Wasserwerkes Dirmerzheim? von

Frau Prof. Dr. Ingrid Obernosterer (Geotechnisches Büro Prof. Dr. Ing. H. Düllmann GmbH) kommt vor diesem Hintergrund zu dem Ergebnis, dass sich für das Rohwasser an der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim infolge einer Erweiterung der Deponie Erftstadt-Erp nach Nordosten - wie angeregt ? ?praktisch keine Risiken? herleiten lassen.

Eine Abwägung des Regionalrats, die entgegen der gutachterlichen Feststellungen zur funktionierenden natürlichen hydraulischen Barriere über dem Grundwasserentnahmehorizont für die Trinkwassergewinnung dennoch von einer ?erheblichen Gefährdung der Trinkwassergewinnung? durch eine Deponieerweiterung ausgehen und die dem Belang des vorsorgenden Grundwasserschutzes deshalb gegenüber dem Belang der Sicherung einer geordneten Abfallentsorgung an dem besonders lagegünstigen Standort ein besonderes Gewicht beimessen würde, wäre nach den kohärent anzuwendenden Kriterien des Regionalplanentwurfs (einschließlich Erläuterungen) wegen eines evidenten Ermittlungsdefizits grob fehlerhaft. Wenn eine ?erhebliche? Gefährdung der Trinkwassergewinnung aufgrund der geologischen Besonderheiten objektiv nicht besteht, kann der konkret schon nicht beeinträchtigte Belang des vorsorgenden Gewässerschutzes nicht ausgleichsbedürftig und daher nicht abwägungserheblich sein. Erst recht dürfte dieser Belang nicht mit ?besonderem Gewicht? in eine Abwägung eingestellt werden.

Fehlerhaft wäre eine solche Abwägung auch dann, weil die Grundsätze G.46 und G.47 im Entwurf als solche raumordnungsrechtswidrig und damit auch deshalb für die Abwägung der Darstellung des Standorts als Deponie irrelevant sind. Siehe dazu die entsprechende Einwendung zum Regionalplanentwurf in einem gesonderten Schreiben.

### 3. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Die als Deponie darzustellende Fläche befindet sich im Rhein-Erft-Kreis auf Gebiet der Stadt Erftstadt.

Die gesamte Fläche der bestehenden Deponie und Abgrabung Erweiterung 1 ist überlagernd dargestellt als "Fläche für Renaturierungsmaßnahmen (nach Inanspruchnahme der Flächen für Abgrabungen)". Nachrichtlich aus dem Regionalplan übernommen ist die Darstellung der "Fläche[n] für die Gewinnung von Kies und Sand".

Die Stadt Erftstadt führt derzeit ein Verfahren zur 35. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 197 durch. Gegenstand ist die Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet für die Abfallbehandlungsanlage.

Die Verlagerung der derzeit betriebenen Abfallbehandlungsanlage am Standort Erftstadt-Erp von der bestehenden Deponie in den nördlichen Bereich ist vor dem

Hintergrund einer vorsorgenden und konfliktausgleichenden Planung sinnvoll, da sie sich insbesondere auf Belange des Immissionsschutzes und des Verkehrs positiv auswirkt.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_3]

#### 4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

##### 4.1 Lage

Aktuell betreibt die Firma Rhiem & Sohn Kies und Sand GmbH & Co. KG auf der südlichen Teilfläche bereits eine Mineralstoffdeponie. Die vorlaufende Abgrabung ist auf dieser Fläche vollständig abgeschlossen. Die Abgrabung findet derzeit weiter nördlich jenseits des Flurwegs statt, auf der Fläche der Erweiterung 1.

Die Fläche der Erweiterung 1 wird betrieben als Trockenabgrabung von Kies und Sand mit einer Grösse von etwa 18 ha. Im Anschluss an die Abgrabung werden die Flächen sukzessive wieder verfüllt. Gemäß der Abgrabungsgenehmigung ist eine Teilverfüllung mit Bodenaushub und Rekultivierung in Tieflage vorgesehen.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_4]

Daran nördlich anschließend liegt eine derzeit noch unverritzte Ackerfläche, die aufgrund ihrer Lage innerhalb eines BSAB zukünftig ebenfalls zu Zwecken der Rohstoffgewinnung genutzt werden kann. Weiter nördlich, außerhalb des BSAB, liegt die beantragte Abgrabungsfläche Erweiterung 2, für welche ein abgrabungsrechtlicher Vorbescheid vorliegt.

Die auf der Deponiefläche bestehenden Anlagen zur Kiesaufbereitung und zur Abfallbehandlung werden im Lauf der Jahre 2022 und 2023 in den Bereich der derzeitigen Rohstoffgewinnungsflächen der Erweiterung 1 mit einer deutlichen Vergrößerung der Distanz zur Wohnbebauung verlagert werden, damit der Deponiebau plangemäß weitergeführt werden kann. Verlagert werden auch Infrastruktureinrichtungen wie Zufahrt/Anschluß an die B265 und Waage.

Die Vorprägung der bestehenden Deponie wirkt auf die angrenzenden Gewinnungsflächen und legt nahe, die bestehenden Standortvorteile, insbesondere die vorhandene abfalltechnische Infrastruktur (Anlagen, Erschließung etc.) mittelfristig weiter zu nutzen. Vor dem Hintergrund des für den Regierungsbezirk Köln nachgewiesenen Deponiebedarfs ist ein Vorhaben zum Ausbau und der Erweiterung der Gewerbeabfalldeponie Rhiem innerhalb des BSAB Nr. 21 daher eine realistische Option.

Es ist geplant, im weiteren Verlauf von Abgrabung und Verfüllung auch die Ackerfläche

abzugraben und sukzessive die gesamte Abgrabungsfläche innerhalb des BSAB als Mineralstoffdeponie zu verfüllen.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_5]

#### 4.2 Betriebsablauf

Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 0 und/oder Deponieklasse I (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung DepV) - nach erfolgter Abgrabung und Teilverfüllung - auf der gesamten Fläche der bestehenden Abgrabung Erweiterung 1 sowie des derzeit bestehenden Ackerlands.

Gegenüber der heutigen Deponie und Abgrabung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie auf der gesamten als BSAB dargestellten Fläche / Errichtung und Betrieb einer Deponie der Deponieklasse DK1 und/oder Deponieklasse DK0 im Bereich der derzeitigen Abgrabungs- und Ackerfläche
- Anpassung des Reliefs für die Gestaltung der derzeitigen Abgrabungsfläche, Überhöhung anstelle der Teiltieflage.
- Anpassung des Ablaufes der genehmigten Rekultivierung der Abgrabung an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Insgesamt werden der Charakter des Standortes als Abbau- und Verfüllfläche sowie die grundsätzlichen Elemente der Rekultivierung beibehalten.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_6]

#### Betriebsbereiche

Am Standort Ertststadt-Erp sind die folgenden Betriebsbereiche vorhanden oder vorgesehen:

- Betriebshof mit Altstandort Waage und Büro
- Bestehende Deponiefläche einschließlich Altstandort der Aufbereitungsanlagen sowie rekultivierter Teilflächen - Entwicklung: Verfüllung als Deponie, Rekultivierung
- Bestehende Abgrabungsfläche Erweiterung 1 - Entwicklung: Teilverfüllung mit Boden, Neustandort von Aufbereitungsanlagen und Waage, Restverfüllung und Überhöhung als Deponie, Rekultivierung

- Ackerland - Entwicklung: Abgrabung, Teilverfüllung mit Boden, Restverfüllung und Überhöhung als Deponie, Rekultivierung

#### Basis- und Oberflächenabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung.

Nach Beendigung der Schüttstätigkeit wird auf dem Deponiekörper die für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebene Oberflächenabdichtung aufgebracht. Hierauf wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht.

Nach der Rekultivierung wird das auf der Oberfläche anfallende Regenwasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht.

Während des Betriebes und während eines begrenzten Zeitraumes nach Fertigstellung der Oberflächenabdichtung sammelt sich auf der abgedichteten Sohle das anfallende Oberflächenwasser als Sickerwasser. Es wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengelagert und entsorgt.

#### 4.3 Erschliessung

Derzeit befindet sich der Erfassungsbereich des derzeitigen Betriebsgeländes (Waage, Verwaltung) unmittelbar an der Luxemburger Straße. Die übrigen notwendigen Betriebseinrichtungen liegen innerhalb der Deponiefläche (Kieswäsche, Brechanlage).

Im Jahr 2022/2023 wird eine neue Zufahrt als Anbindung an die B265 gebaut werden. Sie liegt etwa 500 m weiter nördlich und weiter vom Ortsrand von Ertstadt-Erp entfernt.

Das Vorhabensgebiet ist über die B265 unmittelbar an das überregionale Verkehrsnetz angebunden. Etwa 80 % des Erschließungsverkehrs werden nach Norden über den Autobahnanschluss Ertstadt/Lechenich der A1/A61 abgewickelt. Zwischen Vorhabensgebiet und Autobahnanschluss liegen keine Ortsdurchfahrten.

#### 4.4 Verfüllmenge und Laufzeit

Nach langjähriger Erfahrung ist von einem Aufkommen an Deponat zwischen 150.000 bis 200.000 m<sup>3</sup> (im Mittel 180.000 m<sup>3</sup> pro Jahr) auszugehen.

Die Deponierung auf der Restfläche des BSAB würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von ca. 4 Mio. m<sup>3</sup> umfassen und bei Beibehaltung des derzeitigen jährlichen maximalen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa 20 Jahren

beanspruchen.

#### 4.5 Belastungen durch Lärm und Staub

Die Beurteilung der Immissionssituation erfolgte im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Errichtung der DKI Bereich Süd. Die angeregte Deponieerweiterung, die geplanten Aufbereitungsanlagen sowie die neue Zufahrt zur B265 liegen - von der Ortslage Ertstadt-Erp aus betrachtet - hinter der bestehenden Deponie, werden von dieser abgeschirmt und sind vom Ortsrand mehr als 700 m entfernt. Dies entspricht der höchsten Abstandsklasse für eine Abfallbehandlungslage nach Abstandserlass NRW und übersteigt bei weitem den für eine DKI notwendigen Abstand von 300 m.

##### Lärm

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Errichtung der DKI Bereich Süd wurde eine schalltechnische Untersuchung erstellt, um die akustischen Auswirkungen auf die Wohnnachbarschaft beurteilen zu können, die mit dem Deponiebetrieb verbunden sind.

Die Berechnung kam zu dem Ergebnis, dass beim Aufschluss und ordnungsgemäßen Betrieb und unter Einhaltung der angesetzten Leistungs- und Produktionsdaten der nach den Kriterien der TA-Lärm für den dortigen Gebietscharakter vorgeschriebene Immissionsrichtwert an den untersuchten Immissionsorten sicher eingehalten wird.

Auch für die Verkipfung/Rekultivierung auf den oberen Bermen wird nachgewiesen, dass der maximale Schallpegel am jeweiligen Immissionsort garantiert eingehalten wird.

Eine Abschätzung der Verkehrsräusche auf öffentlichen Straßen, die im Zusammenhang mit dem Deponiebetrieb entstehen, ist nicht durchzuführen, da eine Kapazitätserweiterung des Betriebes nicht vorgesehen ist und somit eine Erhöhung der betriebsbedingten Fahrzeuggeräusche auf öffentlichen Verkehrsflächen gegenüber dem heutigen Fahrzeugaufkommen nicht gegeben ist.

##### Staub

Bezüglich der Staubeinwirkungen der bestehenden Deponie am Standort Ertstadt-Erp zeigen die Ergebnisse einer ersten Grobeinschätzung sowie nachfolgend durchgeführter Staubbmessungen und Analysen der Schwermetallgehalte, dass die gemessenen Werte bei weitem unter den zulässigen Grenzen liegen (Messwerte geringer als die Hälfte, meist weniger als 10 % der zulässigen Werte).

#### 4.6 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus sollen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung mehrerer benachbarter Abgrabungen in einem dargestellten Bereich, unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs der Abgrabungen, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen.

Der Regionalplan Köln legt als Rekultivierungsziel für den bestehenden Abgrabungsbereich einen BSLE fest. Eine Festlegung des Deponiestandorts steht dem nicht entgegen, da die angestrebte Rekultivierungsplanung des Deponiekörpers die bereits im Rahmen der Abgrabung genehmigten Rekultivierungsabsichten übernimmt. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

Durch die Rekultivierung erfährt das Plangebiet, vor allem im Hinblick auf die weithin ausgeräumte Ackerlandschaft, eine ökologische Aufwertung. Es entstehen neue Habitate für Fauna und Flora, welche die Biodiversität in diesem Landschaftsraum potentiell steigern werden. Neben der Wiederherstellung von großen offenen Flächen als Grünland/Krautsaum für die Vögel der Agrarlandschaft bietet die Anreicherung der offenen Feldflur mit Gehölzinseln und Saumstrukturen weiteren Tierarten (z.B. Rebhuhn, Schwarzkehlchen) künftig verbesserte Lebensbedingungen. Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

#### 4.6.1 Rekultivierung wie genehmigt

Entsprechend des genehmigten Rekultivierungsplanes für die bestehende Deponie ist nach Abschluss des Betriebes die Anlage einer Magerwiese mit Feldgehölzinseln und Baumgruppen vorgesehen. Im Süden des Geländes liegt ein Teich, der als Absatzbecken für die Kieswäsche entstanden ist.

Das Maßnahmenkonzept für die Rekultivierung der bestehenden Abgrabung Erweiterung 1 nördlich des Flurwegs umfasst die Schaffung eines Mosaiks aus unterschiedlichen Lebensräumen mit Gehölzpflanzungen, Sukzessionsflächen und wechselfeuchten Flächen mit Kleingewässern.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_7]

#### 4.6.2 Rekultivierung wie genehmigt und beantragt

Die geplante Rekultivierung der beantragten Abgrabung Erweiterung 2 greift das Rekultivierungskonzept der genehmigten Abgrabung im Prinzip auf.

Um die Landschaft mit geeigneten Lebensräumen für die typischen Feldvogelarten weiter anzureichern, kann an der Sohle der teilverfüllten Abgrabung eine landwirtschaftliche Nutzung in Form von Grünland durchgeführt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass auch Flächen mit niedriger Vegetation in größerem Umfang verfügbar sind.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_8]

#### 4.6.3 Rekultivierung Gesamtkonzept

Die Gestaltung führt das Konzept der für die bestehende Deponie genehmigten Rekultivierungsplanung im Prinzip fort. Dabei sollen in den entstehenden Deponiekörpern die technischen Böschungen durch Modellierungen innerhalb der Rekultivierungsschicht aufgelöst werden, vor allem in den unteren Böschungsbereichen.

Ziel der Rekultivierung ist die Schaffung eines strukturreichen halboffenen Biotopkomplexes aus Magerwiesen mit eingestreuten Hecken und Feldgehölzen. Tümpel und Feuchtlebensräume können im Rahmen der Oberflächenentwässerung am Böschungsfuß angelegt werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_9]

### 5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

#### 5.1 Standortvoraussetzungen

Mit dem Vorhaben können erhebliche Umweltauswirkungen verbunden sein. Grundvoraussetzung für die Errichtung einer Deponie ist, dass die in Anhang I der DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte der DK I (vgl. DepV 2009 Anhang I) erfüllt sind:

*"Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 10 Absatz 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:*

- 1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstandes der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,*
- 2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und*



*Naturschutzgebiete, Biotopflächen,*

3. *ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,*
4. *Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,*
5. *Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."*

Diese Anforderungen sind am Standort Erftstadt-Erp grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum grundsätzlich positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist ausfolgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist. Die vorlaufenden Abgrabungen bieten zudem vermehrtes Verfüllvolumen.
- Durch die parallele Führung des Abgrabungsbetriebes über einen langen Zeitraum lässt sich der Synergieeffekt von Hin- und Rückfracht nutzen. Dies führt zu einer Reduktion der Verkehrsbelastungen.
- Es sind keine besonders geschützten oder schützenswerten Flächen betroffen. Der Standort befindet sich nicht in einem festgesetzten Trinkwasserschutzgebiet oder in einem Wasservorranggebiet.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist gewährleistet.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das in der Deponie gesammelte Sickerwasser wird während der Stilllegungs- und Nachsorgephase durch Pumpen gefördert. Da lediglich mineralische Abfälle und Deponiersatzbaustoffe zum Einsatz kommen, ist das Sickerwasservolumen jedoch sehr gering und wird nach vollendeter Abdeckung kurzfristig gänzlich versiegen.

Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verkehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort herausragende Eigenschaften.

## 5.2 NATURA 2000

Sowohl innerhalb des Vorhabensgebietes als auch im Umkreis von 7 km sind keine Fauna-Flora-Habitat- (FFH) oder Vogelschutzgebiete gemäß den EU-Richtlinien 92/43/Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und 79/409/EWG gemeldet.

[s. Anhang Abb. StnID 1010679\_10]

## 5.3 Schutzgebiete und Schutzansprüche

Die für die Deponierung vorgesehenen Flächen werden im Vorfeld der Deponierung bereits vollumfänglich durch Abgrabung und Teilverfüllung oder als Betriebsflächen genutzt. Die Inanspruchnahme der Landschaft und die Auswirkungen auf Schutzgebiete und Schutzgüter wurden im Rahmen der Darstellung des BSAB auf der Ebene des Regionalplans bereits geprüft und werden in den jeweiligen Genehmigungsverfahren der Abgrabungen im Detail abgearbeitet.

Die künftig vorgesehene Rekultivierungsplanung sieht im Sinne einer Aufstockung eine Verfüllung des angeregten Deponiebereichs in Hochlage vor. Sowohl für die Deponie im südlichen Bereich als auch für die Abgrabung im nördlichen Bereich sieht die derzeitige Genehmigungslage die Schaffung von Gehölzflächen und halboffenen Biotopkomplexen sowie Feuchtflächen vor. Diese grundsätzlichen Bestandteile der bereits genehmigten Rekultivierungsplanung bleiben unverändert.

Die Betriebsphase des Deponiestandortes wird sich verlängern. Die Rekultivierung wird später abgeschlossen sein. Während der Stilllegungsphase und der Nachsorgephase werden in Bezug auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen gegenüber der derzeitigen Plandarstellung (BSAB) keine wesentlichen Veränderungen stattfinden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1010679\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_8.pdf](#)

[Abb\\_ID1010679\\_9.pdf](#)

AZ: Ö-M-1140	
1002596	
1006588_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans - Gewerbefläche Gangelt/Heinsberg</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln möchte ich die Gelegenheit nutzen, und meine Ablehnung zur geplanten Ausweisung eines GiB zwischen Waldenrath und Birgden (Stadt Heinsberg und Gemeinde Gangelt) aussprechen. Meine Familie und ich leben in Heinsberg Pütt in unmittelbarer Nähe zum geplanten GiB und wir lehnen das geplante Gewerbegebiet aus vielen unterschiedlichen Gründen ab. Insbesondere die Emmisionsbelastung, die Lärmbelästigung und ein befürchteter Anstieg der Verkehrsbelastung lassen uns zu dieser Entscheidung kommen. Des weiteren sehen wir durch die geplanten Entwicklungen in Birgden und Waldenrath unser dörflich geprägtes Leben gefährdet. Wir sehen ebenfalls massive Einschränkungen bei der Chance weitere Wohngebiete in Waldenrath zu erschließen. Gerade im Hinblick auf die Zukunft unserer beiden Kinder, lehnen wir diese dornahen Industriegebiete ab und bitten Sie von den Plänen abzusehen. Ich bitte Sie, unsere Einwände zur Kenntnis zu nehmen und bedanke mich hierfür.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1141

1002597

1006589\_001

## Inhalt

Ausweislich verschiedener Medienberichterstattungen und Info Veranstaltungen soll eine Ausweisung eines inter-kommunalen Gewerbegebietes der Gemeinde Gangelt und der Stadt Heinsberg im Bereich zwischen Birgden und Waldenrath (Auffahrt B56n) stattfinden. Die Fläche soll eine Größe von ca. 24 ha umfassen. Diesbezüglich geben wir, die Ortslandwirte von Waldenrath und Pütt, eine Stellungnahme ab und bitten bei der weiteren Planung um Berücksichtigung folgender Aspekte: Selbstverständlich hat sowohl die Gemeinde Gangelt als auch die Stadt Heinsberg ein enormes Interesse am Wirtschaftswachstum. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass den Landwirten aller Produktionsrichtungen, vor allem vor dem Hintergrund europa- und weltpolitischer Entwicklungen, weiterhin schwierige Zeiten bevorstehen. Umso wichtiger ist es, dass auch die regionale Politik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärkt und nicht etwa abbaut. Hierzu gehört auch die Gewährleistung, dass ausreichend Ackerflächen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen. Der derzeitige Planungsstand sieht jedoch einen enormen Flächenverbrauch für die wirtschaftliche Entwicklung zu Lasten der Landwirtschaft vor. Im Rahmen des Flächenverbrauchs würden wertvolle Flächen mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit verloren gehen. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind jedoch dringend auf die landwirtschaftlichen Eigentums- und Pachtflächen angewiesen. Verminderungen der Betriebsfläche haben erhebliche Einschnitte in die Betriebsabläufe zur Folge und können bei einem hohen Flächenverlust zu einer Existenzbedrohung des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes führen. Bei anhaltendem Flächenverbrauch würden zudem die Pachtpreise weiter steigen. Dabei werden bereits heute horrenden Pachtpreise gefordert, so dass viele landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr kostendeckend produzieren können. Die Konsequenz des weiteren Flächenverbrauchs wäre der Rückgang der heimischen und regionalen Produktionen. Irgendwann werden unsere regionalen, hochwertigen Produkte zur Deckung des Lebensbedarfs nicht mehr ausreichen. Die Folge wäre ein Import von Lebensmitteln, meist zu geringerer Qualität. Weiterhin weisen wir darauf hin, dass Innenbereichsflächen stets vorrangig genutzt werden und damit ein sogenannter Lückenschluss erfolgen sollte (§ 34 BauGB). Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe bitten wir um achtsameren Umgang mit dem Gut "Boden" und möglichst geringfügigem Flächenverbrauch, denn Wirtschaftswachstum benötigt nicht immer frisches Ackerland. Vor diesem Hintergrund weisen wir auf die zusätzlich bestehenden Schwierigkeiten unserer Landwirte vor allem im Zusammenhang mit dem Flurbereinigungsverfahren Gangelt II hin. Alleine der Neubau der B56n verursachte einen Flächenverlust von 49 ha und die zusätzlichen Hamsterschutzmaßnahmen einen Flächenverlust von weiteren 22 ha. Um weitere unnötige Versiegelungen zu vermeiden

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

weisen wir darauf hin, dass in Birgden bereits ein Gewerbegebiet besteht. Aufgrund des bereits geplanten Ausbaus der EK3 besteht bei dem bereits vorhandenen Gewerbegebiet eine gleichermaßen gute Anbindung an die B56n. Der Ausbau des bereits bestehenden Gewerbegebietes in Birgden kann als ernsthafte Alternative in Betracht gezogen werden. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass sowohl beim interkommunalen Gewerbegebiet als auch bei dem Ausbau des bestehenden Gewerbegebietes in Birgden die Natur gleichermaßen betroffen wäre. Allerdings würde der Ausbau des bestehenden Gewerbegebietes in Birgden einen deutlich geringeren Verlust für die heimische Landwirtschaft darstellen, da der Wert des Ackerlandes in Birgden ca. 65 Bodenpunkte beträgt und zudem sehr kiesig und hängig ist, während die Ackerlandflächen zwischen Birgden und Waldenrath einen Wert von ca. 80 Bodenpunkten vorweisen. Im Übrigen könnte man sich bei dem Ausbau die bereits bestehende Infrastruktur zu Nutze machen und weitere Synergieeffekte bilden. Schließlich würde bei dem Ausbau des Gewerbegebietes in Birgden auch kein Problem mit der angrenzenden Wohnbebauung, wie es im Falle des interkommunalen Gewerbegebietes an der B56n zwischen Birgden und Waldenrath der Fall wäre, bestehen. Wir bitten um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphasen.

**Inhalt**

Mein Name ist [anonymisiert], ich bin Betriebsinhaberin des o. g. Reittherapiezentrams in [anonymisiert]. Das [anonymisiert] ist ein anerkanntes Reittherapiezentrum des Deutschen Kuratoriums für therapeutisches Reiten (DKThR) und eine 5 Sterne Islandpferde-Reiter und Züchterverband (IPZV)-geprüfte Anlage. Ziel des [anonymisiert] ist es Menschen, die durch Krankheit, Behinderung oder soziale Schwierigkeiten benachteiligt sind, insbesondere Kindern und Jugendlichen das therapeutische Zusammensein mit Pferden zu ermöglichen. Dabei werden die Bereiche Reittherapie, Hippotherapie, Reitpädagogik und Behindertenreitsport sowie integrative reittherapeutische Reit- und Voltigiergruppen abgedeckt. Erlebnispädagogische, integrative Ferienfreizeiten und Wochenendangebote runden das Jahresprogramm des Reittherapiezentrams ab. 2007 wurde der Förderverein [anonymisiert] gegründet. In Zeiten mangelnder Förderungsmöglichkeiten hat der Verein es sich zur Aufgabe gemacht, Spenden zu sammeln und Sponsoren zu suchen, um Menschen mit finanziell schwachem Hintergrund das therapeutische Reiten zu ermöglichen. Der Vereins-Vorstand, bzw. die Vereinsmitglieder ermöglichen durch ihre ehrenamtliche Arbeit aktuell wöchentlich mehr als 50 Patienten eine Teilnahme an reittherapeutischen Maßnahmen im [anonymisiert]. Vor 21 Jahren habe ich mich in Roetgen selbstständig gemacht und den Grundstein für das heutige Reittherapiezentrum gelegt. Seit Mai 2017 bin ich mit dem Betrieb in Stolberg in [anonymisiert] ansässig. Mein Betrieb umfasst 2 Reithallen, einen Reitplatz, ein Hofgelände und ist umgeben von Wiesen und Hecken. Ich (Dipl. Reittherapeutin, Dipl. Reitpädagogin SGTR, Ausbilderin für Behindertenreitsport DKThR, Trainerin CIPZV und Trainerin C Voltigieren FN) betreue mit einem Team von Trainern und Therapeuten unterschiedlichster reittherapeutischer Fachbereiche, festangestellten Mitarbeitern, Minijobbern, Praktikanten, ehrenamtlichen Helfern und unseren 34 Therapiepferden ca. 330 Klienten pro Woche. Das Betriebsgelände/-gebäude in der Haumühle wurde von mir zeitlich und finanziell aufwendig zu einem idealen Aufenthaltsort mit Offenstallhaltung für alle unsere Pferde, sowie Menschen mit und ohne Handicap umgebaut. Sollte das Reittherapiezentrum und die dazugehörigen Flächen wie Wiesen etc. durch die Ausweisung in der Neuaufstellung des Regionalplanes in ein Naturschutzgebiet eingegliedert werden, stellt dies für meinen Betrieb eine existentielle Bedrohung dar, welche eine Schließung zur Folge haben würde. Diese tragische Konsequenz werde ich Ihnen gerne im Folgenden erläutern: Eine Eingliederung meines Betriebes in ein Naturschutzgebiet zieht elementare Beschränkungen nicht nur in der Pferdehaltung, sondern auch in der Pflege der Wiesen und Weiden nach sich (z. B. Pferdeanzahl pro Hektar Weidefläche). Als Therapiezentrum arbeiten wir mit speziell ausgebildeten Therapiepferden. Diese

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

sind sowohl von der körperlichen als auch von der charakterlichen Konstitution besonders geeignet, die sehr anspruchsvolle Arbeit mit unseren Patienten zu absolvieren. Ein grundlegendes Prinzip ist jedoch, dass nur gesunde und artgerecht gehaltene Pferde diese sehr wichtige Therapiearbeit leisten können. Meine Therapiepferde können sich im Offenstall und auf großen Wiesen (24/7) ausreichend bewegen und haben durch die Herdenhaltung die Möglichkeit zur gegenseitigen Fellpflege, zum Toben und Entspannen. Ihre artgerechte Haltung ist grundlegende und unerlässliche Voraussetzung für ihren täglichen, qualifizierten und zuverlässigen Einsatz in der Reittherapie. Sollte mein Betrieb in ein Naturschutzgebiet eingegliedert werden, könnte ich meine Pferde weder in der bisherigen Anzahl noch in der bisherigen Art und Weise mit artgerechter Offenstall-Haltung halten. Folglich wäre mein Betrieb nicht mehr wirtschaftlich zu führen und wäre von einer Schließung bedroht. Ebenfalls gingen eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen verloren. Nicht zu vergessen, dass mir und meinem Sohn damit auch die Existenzgrundlage entzogen würde und wir vor Nichts außer meinen Schulden stünden. Ich bitte daher darum, meinen Betrieb aus den ausgewiesenen Flächen zum Schutze der Natur zu entfernen. Da wie bereits von mir erörtert die mir drohenden Konsequenzen sehr einschneidend für die reittherapeutische Patientenversorgung, für meine persönliche Existenz sowie für die Existenz meiner Mitarbeiter sind, hoffe ich sehr, dass sie meine Argumente zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen. Anbei ein Link zum Reittherapiezentrum [anonymisiert]. Bitte nehmen Sie sich die Zeit und sehen sich diesen an. Gerne dürfen Sie sich auch persönlich einen Eindruck von unserer Arbeit als auch von den örtlichen Gegebenheiten machen.

In meiner Verzweiflung sehe ich mich gezwungen ? bei Nicht-Berücksichtigung meines Vorbringens -rechtlichen Beistand in Anspruch zu nehmen bzw. auch notfalls Unterstützung durch die örtliche und überregionale Presse in Anspruch zu nehmen.

AZ: Ö-M-1144	
1002600	
1006596_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>wir beantragen, das Plangebiet im Nordosten von Wachtberg-Villiprott (WAC_ASB_5) im neuen Regionalplan nicht als neues Siedlungsgebiet auszuweisen. Bereits vor 10 Jahren hat sich die Dorfgemeinschaft Villiprott und die Mehrheit der Grundstückseigentümer gegen die Ausweisung dieses Gebietes als neues Baugebiet ausgesprochen. Die Gründe, die damals zur Ablehnung geführt haben, ^elten auch heute unverändert fort^ besonders die unwiederbringliche Zerstörung des ursprünglichen Orts- und Landschaftsbildes. Das Plangebiet besteht aus Ackerflächen, Weideflächen und Streuobstwiesen, durch die die besondere Lage und der dörfliche Charakter von Villiprott entscheidend geprägt werden. Das Gebiet ist beliebtes Naherholungsgebiet für die örtliche Bevölkerung, idealer Abschluss des nordöstlichen Ortsrandes und Lebensraum vieler seltener Vögel, Insekten, Amphibien und Fledermäuse. Das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz bezeichnet aktuell die Fläche als ,3iotop von besonderer Bedeutung?. Villiprott verfügt über keine ausreichende Infrastruktur, es gibt keine örtlichen Einkaufsmöglichkeiten, keine Schule. Straßen- und Kanalnetz sind jetzt schon überlastet. Die zu erwartende Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern auf dem ca. 6 ha großen Plangebiet würde zu einem entsetzlichen ?Flächenfraß? führen, durch den der Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht behoben würde. In einem Antrag an den Bürgermeister der Gemeinde Wachtberg für die Ratssitzung vom 21.06.2022 hatte die Wählervereinigung ?Unser Wachtberg? deshalb die Herausnahme des Plangebiets WAC- ASB-5 aus dem neuen Regionalplan gefordert. Als direkt betroffene Anwohner setzen wir uns ebenfalls dafür ein, das das umstrittene Plangebiet im neuen Regionalplan nicht als neues Siedlungsgebiet ausgewiesen wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung für die in Rede stehende ASB Fläche können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verringern. Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang für die Gemeinde Wachtberg ist dagegen abzuwägen (s. auch Stn ID 1004320).</p> <p>Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen</p>



	Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.
--	--

AZ: Ö-M-1145	
1002601	
1006601_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen Hückelhoven zur Regionalplanung 2022</p> <p>Als Ortsverband und Fraktion der Grünen in Hückelhoven lehnen wir grundsätzlich die Neuerschließung und Umwidmung von landwirtschaftlichen und sonstigen naturbelassenen Flächen ab. Unter den derzeitigen Umständen von Klimawandel, den damit verbundenen Schäden an der Pflanzen- und Tierwelt und den daraus resultierenden Engpässen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Nahrung halten wir es für unverantwortlich weitere Flächen zu versiegeln und Wald- und Ackerflächen unwiederbringlich zu vernichten. Daher fordern wir</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das Einstellen der Planung zur Durchführung der L364n und den sofortigen Stopp aller vorbereitenden Maßnahmen, insbesondere den Erhalt des Waldes am Junkerberg.</li> <li>• daraus resultierend das Einstellen der Planung einer Verkehrsanbindung zum geplanten Industriegebiet Geilenkirchen-Lindern, der das Stadtgebiet Hückelhoven in seiner Ost-West-Ausrichtung queren würde.</li> <li>• den Stopp sämtlicher Planungen zur Durchführung des Industriegebiets Geilenkirchen-Lindern mit der Option zur Versiegelung von 240 ha wertvoller Ackerfläche.</li> <li>• ein Brachflächenkataster (ungenutzte und ehemalige Fläche für Gewerbegebiete im Kreis Heinsberg) und Nutzung der Industriebrachen für die Neuerrichtung von Gewerbegebieten.</li> <li>• ein Stopp jeglicher Planungen zur Durchführung eines GIB+ in Hückelhoven-Baal und damit verbunden den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen auf diesem Gebiet (entgegen dem Vorschlag des Regionalplans).</li> <li>• den Stopp jeglicher Planungen für Gewerbeflächen an der A46 am Stadtrand zu Erkelenz-Houverath.</li> <li>• die Reaktivierung der Bahnstrecke von Hückelhoven-Baal nach Ratheim (über Doveren und Hückelhoven).</li> <li>• den Ausbau der Infrastruktur für Fahrradfahrer und die Priorisierung des Fahrradverkehrs- und der Fußgängerwege im Stadtgebiet.</li> <li>• das Überbauen mit Solaranlagen über die A46 im gesamten Kreisgebiet</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausweisung eines GIB in Hückelhoven-Houverath sowie eines GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme</p>

ID 1001810 sowie Stellungnahme ID 1001804).

Bezüglich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern wird der Stellungnahme hingegen nicht gefolgt. Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Diese sind entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Im Hinblick auf die L228n wird auf die Erläuterungen zu StnID 1003681 verwiesen. Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Es werden zudem Anregungen und Hinweise gegeben, die sich teilweise an vor- und nachgelagerte Fachplanungsverfahren richten. Festlegungen zur Dringlichkeit oder zur Umsetzung gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten.

Zur Anregung der Reaktivierung der Bahnstrecke von Hückelhoven-Baal nach Ratheim gilt, dass der vorhandene Schienenweg sowie die Schienenplanung bis nach Hückelhoven-Ratheim zeichnerisch festgelegt sind, um die Trasse planerisch zu sichern. Festlegungen zum Betrieb von Schienenwegen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten. Die Anregung richtet sich daher an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans

Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: Ö-M-1146	
1002602	
1006602_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lebe mit Ausbildungsunterbrechung mein Leben lang im landwirtschaftlich geprägten Kreis Heinsberg in Erkelenz. Mit erschrecken habe ich die zukünftigen Planungen im Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung Köln zur Kenntnis genommen. Es sollen gigantische Flächen für Gewerbe und Industrie, die überhaupt nicht benötigt werden, neu versiegelt werden. Hinzu kommen die dafür benötigten Flächen für die Verkehrsanbindungen.</p> <p>Es gibt aber keinen Bedarf - es geht um Neuansiedlungen, die ewiges Industriewachstum sicher stellen sollen. Die dringend für die Bevölkerung benötigte Landwirtschafts- und Naturfläche wird verdrängt. Und das in einer Gegend, in der durch den Tagebau stetig eh Flächen einfach enteignet und weggebaggert werden. Wir haben kein natürliches Grundwasser für Jahrhunderte mehr. Überall laufen Pumpen - nahezu für die Ewigkeit. Für Industrieansiedlungen gäbe es genug Platz auf den neuen, aufgeschütteten Gebieten des Tagebaus - leider können dort keine Gewerbesteuern für unsere nach Anerkennung und Wachstum strebenden Bürgermeister generiert werden. Besonders der Jahrzehnte lang regierende Bürgermeister der Stadt Hückelhoven fällt durch seine mit ?Chefsache, etc.? begründeten, populistisch aufgeladenen Aussagen und irrsinnigen Planungen auf und durch.</p> <p>Nahezu wöchentlich gibt es hier in der Gegend Protestaktionen gegen diesen unglaublichen Flächenfrass, die durch gigantische Polizeieinsätze begleitet werden. Im benachbarten Hambacher Forst ist ein Mensch - aufgehetzt durch die Polizei sogar gestorben. Bürgerkriegsähnliche Zustände.</p> <p>Autobahnen werden verschoben, ganze Dörfer enteignet, (Bio-) Bauern werden zur Aufgabe gezwungen, Flächen in zigfachen Fussballfeldgrößen für immer zerstört und versiegelt, Menschen durch Lärm und Luftverschmutzung zermüht.</p> <p>Es ist einfach auch mal genug.</p> <p>Hier meine Bitte: Streichen sie sämtliche Flächen für Gewerbe und Industrie auf unseren Acker- und Naturböden im Kreis Heinsberg. Lassen Sie der verbliebenen Natur und Landwirtschaft die letzte Luft und drücken Sie nicht zu.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1147	
1002606	
1006824	
<b>Inhalt</b> Anbei sende ich Ihnen mein Ablehnungsschreiben mit der Bitte um Eingangsbestätigung.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b>  <b>Ausgleichsvorschlag</b>  <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-M-1148	
1002607	
1006825	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen. Ich bewirtschafte mit meiner Familie incl. Hofnachfolger einen landw.Vollerwerbsbetrieb in Aachen Horbach. Wir betreiben Ackerfutterbau sowie Milchwirtschaft in intensiver Nutzung. Von dem geplanten Regionalplan sind wir an drei Stellen betroffen. Die Parzellen liegen in der Städtereion, hier, 1. Herzogenrath.[anobnymisiert], Grünland zum Teil schraffiert als Allgemeine Siedlungsbereiche. [anonymisier ] Grünland, Bereich zum Schutz der Natur bzw. BSN Neuausweisung 3. Berensberg [anonymisiert] Insgesamt handelt es sich um ca. 8 ha. Aus meiner Sicht besteht die Sorge, dass die Möglichkeit der lanw.Nutzung erheblich beeinträchtigt werden könnte. Ich beantrage von einer Auferlegung der Maßnahmen abzusehen, da dies eine erhebliche Existenzgefährdung bedeuten würde. Ich verweise auf die aktuelle Lebensmittelknappheit.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



**Inhalt**

Einspruch gegen die vorgesehen Ausweisung des Bereiches zwischen den Dörfern Gangelt-Birgden und Heinsberg-Waldenrath als möglicher Standort für ein Gewerbe/Industriegebiet

Vor ca. 11 Jahren erwarb ich ein Haus im Dorf Waldenrath, Ortsteil Pütt. Ich erwarb dieses Haus, weil mir an einem Leben in einer ländlichen und ruhigen Dorfgemeinschaft gelegen war.

- Ich begann unter anderem in den ersten Jahren damit, meinen gepflasterten Innenhof mit der Brechstange sukzessive von Verbundsteinen zu befreien und ihn zu begrünen. Mittlerweile begegnen mir dort kleine Wildbienen, Hummeln, viele Schmetterlingssorten (u.a. auch in diesem Jahr der sehr seltene große Schwalbenschwanz). Nachts fliegen Fledermäuse durch den Hof. In den Feldern treffe ich viele Greifvögel, unter anderem die seltene Kornweihe. Rehe bekommen dort ihre Rehkitze.
- Als zum ersten Mal nach dem Hauskauf ein wenig Geld übrig blieb, legte ich eine Photovoltaikanlage auf das Dach. Das war mir wichtig.
- Im Ort ist ein guter Zusammenhalt; die Menschen kennen sich und immer mehr Familien mit Kindern ziehen dorthin, weil es hier tatsächlich noch möglich ist, dass Kinder frei auf der Straße und in den umliegenden Feldern spielen können.
- Die Landwirte bewirtschaften erfolgreich einen sehr ertragreichen Boden. Letztendlich zeigt die aktuelle Situation, wie wichtig es ist, dass wir unabhängiger werden von der Nahrungsmittelerzeugung durch andere Länder....
- Die Region trägt bereits einige Altlasten und auch aktuell immer noch durch den nahe gelegenen ?Chemolot? in der Peripherie vom niederländischen Sittard, ebenso hat auch die 56n zwar das Leben erleichtert, bringt jedoch einiges an Lärm und Emissionen. Die Region weist bereits jetzt und auch schon seit längerem nicht umsonst eine hohe Zahl von Krebskranken auf.

Und nun sollen also 25 oder mehr Hektar (60?) Land versiegelt werden, eingequetscht zwischen zwei Dörfern, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen soll toleriert werden, weitere Emissionen und Lärmbelästigungen sollen selbstverständlich zugunsten eines viel zu nahe an den Dörfern liegenden Industriegebietes akzeptiert werden, wo es doch sicherlich irgendwo in der Region geeignetere Orte gibt, wo nicht so viel Schaden angerichtet wird?Ich habe genau Sie gewählt! Ich hoffe, dass Sie meine großen Bedenken nachvollziehen können. Ich weiß sehr sicher, dass viele Menschen in den

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

beiden Dörfern die gleichen Bedenken haben und bitte Sie dringend, von der Ausweisung des o.g. GIB im Flächennutzungsplan abzusehen.	
--	--

AZ: Ö-M-1150	
1002609	
1006616_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In unserm landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetrieb bewirtschaften wir ca 52 ha Acker und Grünland. Davon liegen 80 % in den geplanten Schutzzonen. (Swisttal / Vernich /Niederkastenholz) Sollten die Schutzzonen wie geplant ausgewiesen werden, sind die Flächen nicht mehr konventionell zu bewirtschaften. Mit den restlichen 20 % ist unser Betrieb nicht mehr wirtschaftsfähig. Der Hofnachfolger hat keine Existenz mehr.</p> <p>Im Bereich Swisttal östlich der A 61 sind <b>Schutzräume der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung</b> ausgewiesen dort liegen unsere meisten Flächen. Ebenso in der Gemeinde Weilerswist westlich der A 61 zwischen Metternich und Schwarzmaar liegt eine betroffene Fläche von 2,57 ha. Im Bereich der Stadt Euskirchen Stadtteil Niederkastenholz Richtung Kirchheim sind ebenfalls betroffene Flächen von ca 4,0 ha. Es ist nicht ersichtlich, weshalb genau an diese Stellen als Landschaftsschutzgebiet geplant sind. Da es einen Verordnungsentwurf der Eu Kommission, der eine Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht gibt, würden diese Gebiete massiv eingeschränkt. Selbst dann wenn auf Bio Betrieb umgestellt würde. Dadurch dass die Ernteerträge sinken, können weniger Produkte Regional erzeugt werden, auch in an betracht der Welternährungs Krise scheint es mir sehr bedenklich wenn die Ernteerträge sinken. Deutschland muss jetzt seine Selbstversorgung sichern. Es wäre für die Landwirtschaft verträglicher eines Schutzziele mittels Vertragsschutz</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

## Inhalt

Im Bereich Swisttal Heimerzheim Richtung Gut Vershoven ist ein **Überschwemmungsgebiet** geplant das selbe Gebiet ist auch zum **Schutz der Natur** geplant. dieses erscheint mir sehr großzügig nach Westen hin geplant. evtl.wäre eine Veränderung des Bachlaufes sinnvoll. Bei den betroffenen Freilandflächen handelt es sich um durch Landwirtschaftliche Bewirtschaftung entstandene Kulturlandschaft.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige

Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

**Inhalt**

Erweiterung der **Allgemeine Siedlungsbereiche** südlich von Swisttal Heimerzheim nahe Schäfers Kreuz. würde dort erweitert werden könnte es da zu Abwasser Problemen führen. Die bestehende Bebauung würde beeinträchtigt. Auch die der Landwirtschaft verbundenen Industriezweige haben weniger Einnahmen. Es könnte zu Schließungen der Landhandelsfilialen kommen, das würde weitere Transportwege des Erntegutes zur Folge haben was wiederum auch nicht gerade der Umwelt dient. Für die Besitzer der Acker und Grünflächen ist die Verpachtung sehr häufig eine zusätzliche Altersvorsorge zu Ihrer geringen landwirtschaftlichen Altersrente, auch diese Personengruppe ist von den Auflagen betroffen da sie nicht mehr so gute Pachterlöse bzw Verkaufserlöse erzielen kann. Viele werden dadurch auf staatliche Hilfen angewiesen sein. Angesichts meiner Stellungnahme fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Bedenken. Ich sehe Ihrer Rückantwort mit Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

---

AZ: Ö-M-1151	
1002610	
1008030	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen für den Kreis Düren ?Blatt 02-03-Kreis Düren? sowie der textlichen Festlegungen ?Anhang A3 ? Erläuterungskarte F05? ist in der Gemeinde Kreuzau zwischen Bundesstraße 56 und südlichem Ortsrand von Stockheim ein Gebiet zum Schutz der Landschaft vorgesehen. Unmittelbar westlich angrenzend ist darüber hinaus sowohl in der Gemarkung Stockheim als auch in der Gemarkung Soller (Gemeinde Vettweiß) die Einbeziehung von Waldflächen in ein Gebiet zum Schutz der Natur vorgesehen. Mit Blick auf die gegenwärtige Ernährungskrise und die Bemühungen zum Erhalt der Ernährungssicherheit Deutschlands halte ich die o.g. Einbeziehung wertvoller Ackerflächen in den Landschaftsschutz für aus der Zeit gefallen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass der aktuelle Entwurf der EU-Kommission zur Einschränkung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete umfasst und damit zu befürchten steht, dass die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung der Flächen und der Erzeugung von Lebensmitteln durch die im Entwurf des Regionalplans vorgeschlagene Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet erheblich beeinträchtigt würde. Zugleich sollte von der im Entwurf anvisierten Überplanung von Waldflächen für Zwecke des Naturschutzes abgesehen werden. In Zeiten des Klimawandels und der Energiewende ist eine nachhaltige Nutzung von Waldflächen im Sinne nachwachsender Rohstoffe dringend geboten - diese würde durch den vorgesehenen Schutzstatus konterkariert und unmöglich gemacht. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe einer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-1152	
1002611	
1006826	
<b>Inhalt</b> In der Anlage übersende ich Ihnen als Bevollmächtigter der Erbgemeinschaft [anonymisiert] unsere Stellungnahme zu dem von Ihnen aufgestellten Regionalplan Köln. Für den mit der Erbgemeinschaft genutzten Schrift- oder Mailverkehr nutzen Sie bitte meine Adresse oder Mailkontakt [Anhang mit Stellungnahme fehlt].	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b>  <b>Ausgleichsvorschlag</b>  <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich

AZ: Ö-M-1154	
1002613	
1006620_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Gewerbe- und Industriegebiet zwischen 52525 Heinsberg-Waldenrath und Gangelt-Birgden</p> <p>Ich lehne das o.g. Gewerbe- und Industriegebiet entschieden ab, da dies in meiner direkten Nachbarschaft entstehen würde und ich dadurch eine erhebliche Minderung meiner Wohn- und Lebensqualität hinnehmen müsste. Der ländliche Charakter unseres Dorfes würde dadurch komplett zerstört und eine Erholung durch tägliche Spaziergänge wären auch nicht mehr möglich. Unser idyllischer Dorfcharakter soll auch für unsere Kinder und Enkelkinder erhalten bleiben. Es wäre ein großer Einschnitt in der Wohnqualität des ganzen Dorfes und des angrenzenden Altenheimes. Durch Lärm-, Emission- und Geruchsbelästigung, sowie erhöhtes Verkehrsaufkommen würden unser Dorf Waldenrath, Pütt und das Nachbardorf Birgden leiden. In unserer heutigen Situation durch den Klimawandel, kann ich die Planung eines solchen Gebietes, welches große Flächen von fruchtbaren Ackerlandes in versiegelten Flächen verwandelt, nicht nach vollziehen. Die Stellungnahme der Stadt Heinsberg hat mich sehr verwundert und stößt auf großes Unverständnis, nicht nur meinerseits (sh. Bürgerinfoveranstaltung am 24.08.2022) sondern auch der Großteil der hiesigen Bevölkerung. Ich hoffe doch sehr, dass meine Stellungnahme Beachtung findet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1156

1002615

1006622\_001

## Inhalt

Betreff: Öff Neuaufstellung Regionalplan - GIB regional Waldenrath/Birgden

Ich möchte mich hiermit mit meiner Familie ganz klar gegen ein GIB Regional (und GIB PLUS) zwischen Waldenrath und Birgden aussprechen. Wir sind vor sechs Jahren von Köln zurück in die Heimat ?aufs Land? gezogen und das ganz bewusst. Mit unserem Grundstück würden wir direkt an das GIB angrenzen, was wir in keinster Weise wollen. Wir haben nach einigen sehr unruhigen Jahren durch eine sehr schwere Krebserkrankung meines Mannes gehofft, endlich ein wenig Ruhe in unserem Leben zu finden. Wenn das GIB kommen würde, wollen wir auf keinen Fall hier wohnen bleiben und da sind wir mit Sicherheit nicht die einzigen. Waldenrath hat seit Jahren weder einen Bäcker, einen Metzger, einen kleinen Einkaufsladen oder ähnliches. Man hat sich arrangiert und der älteren Bevölkerung wird der Einkauf durch Bäcker, Metzger und Gemüsewagen auf Rädern ermöglicht. Zudem liegen Einkaufsmöglichkeiten im angrenzenden Nachbarort Birgden. Das was Waldenrath ausmacht - das kann ich als alte Waldenratherin sagen - sind der Zusammenhalt und das Vereinsleben. Viele junge Leute fühlen sich dem Ort sehr verbunden und bleiben ortsansäßig, was nicht üblich ist hier auf dem Lande. Bis auf ein paar wenige Stimmen wollen WIR WALDENRATHER das GIB nicht und wir hoffen das dies Gehör findet. Wir in Waldenrath BRAUCHEN BAUGEBIETE und keine Gewerbe- & Industrieflächen! Junge Leute ziehen weg, weil es keine verfügbaren Baustellen gibt. Und jetzt soll ein GIB kommen was zudem noch eine potzenzielle Baufläche, die im neuen Flächennutzungsplan vorgesehen ist, gefährdet wird? Fraglich ist auch, ob Baustellen die in direkter Nachbarschaft zu einem Gewerbe- und Industriegebiet attraktiv sind? Ganz ehrlich wie groß muss meine Not sein, hier bauen zu wollen? Das besagte Vereinsleben lebt durch das Zusammenspiel aller Altersgruppen, was aktuell in anderen Orten seines Gleichen sucht. Wenn ein GIB kommen wird, wird Waldenrath über kurz oder lang seine Attraktivität für die jungen Leute verlieren (fehlende Baustellen, Lärm, Emissionen, andere Lebensvorstellungen als in einem kleinen Ort mit großem Gewerbe- und Industriegebiet zu wohnen) und das Vereinsleben wird aussterben und eine Negativspirale losgetreten. WARUM MUSS ein GIB örtlich angebunden werden? Vor allem an einem kleinen Ort, wo später ein Ungleichgewicht vorprogrammiert ist? Wir sehen das GIB Regional prädestiniert für Donselen, dort gibt es kaum angrenzende Haushalte und die Verkehrsanbindung ist gleichwertig zu Waldenrath/Birgden. WIR HOFFEN die Stimmen der Bürger finden Gehör! Wir wollen kein GIB PLUS und auch kein GIB REGIONAL als Gartennachbarn!

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1157

1002616

1006623\_001

#### Inhalt

Mit Wurzeln in Waldenrath und meinen Waldenrather Enkelkindern möchte ich mich ganz klar dem geplanten GIB in Waldenrath (und Birgden) widersprechen. Unser Sohn ist mit seiner Familie vor Jahren aus der Stadt aufs Land gezogen. Er hat meinen elterlichen Bauernhof entkernt, abgerissen, um anschließend ein Einfamilienhaus zu bauen, wo sie bisher glücklich leben. In Waldenrath und Pütt sind die Menschen zufrieden auch wenn es viele Einschränkungen gibt. In den Medien überschlagen sich die Zeitungsartikel zum ?geplanten? GIB und das verunsichert die Menschen. In manchen Artikeln steht, es sei schon entschieden, in anderen scheinbar noch nicht. Der Unmut in Waldenrath ist groß und ich hoffe sehr das dies Gehör findet. Wir wollen das unsere Kinder und Enkelkinder in Waldenrath bleiben, dies sehen wir durch die Planungen eines GIB PLUS genauso wie durch ein GIB REGIONAL gefährdet.

Bitte nehmen Sie Abstand von den Plänen zwischen Waldenrath und Birgden!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1159	
1002618	
1006625_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Betreff:</b> Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan - Kreis Heinsberg - Stellungnahme gegen die Pläne für ein GIB regional zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden</p> <p>Ich lehne als Bewohnerin von Waldenrath das geplante GIB regional zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden ab!!!</p> <p>Die Feldwege im betroffenen Gebiet nutze ich regelmäßig, um zu meinem Training beim TUS Birgden zu kommen und mich mit meinen Freunden in Pütt und Birgden zu treffen.</p> <p>Durch den Bau eines Gewerb- und Industriegebietes kann ich nicht mehr gefahrlos diese Wege nutzen und nicht mehr uneingeschränkt am Sport- und Vereinsleben teilnehmen oder meine Freunde und Klassenkameraden treffen.</p> <p>Es geht hier um unsere Zukunft und eine Lebensqualität, die ich gerne weiterhin behalten möchte!!!</p> <p>Außerdem sollte der Erhalt der Natur und das Erreichen der Klimaziele bei derartigen Entscheidungen ebenfalls eine Rolle spielen!!!</p> <p>Ich bitte um kurze Eingangsbestätigung meiner Stellungnahme.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1160	
1002619	
1006626_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öffentliche Neuaufstellung Regionalplan - GIB regional Waldenrath/Birgden</p> <p>Zur potentiellen Gewerbefläche in Waldenrath/Birgden/Pütt als ?GIB? PLUS oder REGIONAL</p> <p>Wir möchten dem geplanten Gewerbegebiet widersprechen, da dieses aus unserer Sicht aus folgenden Gründen nicht umgesetzt werden sollte und wir dem Vorhaben aufgrund des ?i? in dem Wort widersprechen. Wir wollen keine Industrie!</p> <p>1. Gefährdetes Wachstum durch Nichtausweis von Wohngebieten</p> <p>Es besteht aus unserer Sicht die Gefahr, dass der Ausweis von weiteren Wohngebieten durch die Ansiedlung des Gewerbegebiets regelrecht gefährdet ist, da dieser Bereich der einzig potentiell vorhandene Bereich ist, in den Waldenrath entwickelt werden kann, da alle anderen Richtungen aus unterschiedlichen Gründen nicht in Betracht kommen. Waldenrath mit seinen starken traditionellen Wurzeln und einem mittlerweile auf Seltenheit beruhendem hervorragendem Vereinsleben, hat in diesen Bereichen in den vergangenen Jahren aufgrund von Wegzug seiner Mitglieder und Bewohner extrem gelitten. Viele, gerade Jugendliche und junge Familien versuchen seit Jahren vergebens Grundstücke zu erwerben. Die Folge: Wegzug. Diesem Trend muss dringendst entgegen gewirkt werden.</p> <p>2. Emissionen und Lärm</p> <p>Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie eine Fläche mit einer derartigen Nähe zu einem Dorf und einem Altenheim bei Betrachtung der bekannten Windrichtung als Potentialfläche für ein Gewerbegebiet in Betracht gezogen werden kann. Die verunreinigten Luftmassen und der Lärm ziehen bei einer prozentualen Windrichtung von über 80% in Richtung Waldenrath ungehindert ins Dorf und zum Altenheim. Gerade für alte Menschen ist die Nähe zu solchen Gebieten eine zusätzliche gesundheitliche Herausforderung. Auch potentiell mögliche Lärmschutzwände würden weder die Emissionen bremsen, noch den Lärm in einer erträglichen Weise reduzieren. Dafür gibt es genügend Beispiele. Ich kann da nur dem Heinsberger Bürgermeister beipflichten, dass Donselen bei all diesen Kriterien eindeutig der bessere Standort ist, auch wenn bestimmte Statuten etwas anderes vorgeben. Das gilt allerdings für das GIB PLUS genauso wie für das GIB REGIONAL!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Warum muss in Deutschland alles immer so verkompliziert werden? Natürlich können wir nachvollziehen, dass es Synergien mit dem Gangelter Gewerbegebiet auf Birgdener Seite geben würde, dafür gibt es aber auch mindestens genauso viele gute Gründe dagegen. Birgden hat keinen wirklich eigenen Charakter mehr. Kein organisches Dorfwachstum, sondern ein exponentielles. Die Dorfkultur ist mehr oder weniger tot. Die Lärmbelästigung in Waldenrath hat durch die B56n bereits enorm zugenommen, hinter dem Sportplatz werden wir durch die neue Erweiterung von einer weiteren Schnellstraße eingeschnürt und lärmtechnisch belastet, wie viel sollen wir noch tragen?

Wir bitten Sie eindringlich für uns und unsere beiden Kinder dieses Vorhaben (GIB regional oder GIB plus) zu überdenken und für das Gebiet zwischen Waldenrath und Birgden aufzubeugen. Selbst ein kleines Gewerbegebiet birgt Gefahren, das es keine Wohnraumerweiterung gibt oder zu einem späteren Zeitpunkt eine Erweiterung eines kleinen Gewerbegebietes in ein größeres stattfindet. Über 95% der Bewohner möchte das nicht. Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Bedenken ernst nehmen und in Ihre weiteren Überlegungen und Entscheidungen miteinfließen lassen. Herzlichen Dank!

AZ: Ö-M-1161	
1002623	
1006627_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Gewerbe-/Industriegebiet zwischen Birgden und Waldenrath</p> <p>Hiermit möchte ich zu dem geplanten Gewerbe-/Industriegebiet Stellung nehmen.</p> <p>Ich bin gegen das geplante Gewerbe-/Industriegebiet, da ich möchte, dass die landwirtschaftlichen Flächen erhalten bleiben. Außerdem bin ich gegen die Lärm- und Geruchsbelästigung, die durch ein solches Gebiet entstehen würde.</p> <p>Der dörfliche Charakter von Waldenrath soll erhalten bleiben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-1163	
1002625	
1006629_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan - Industriegebiet Waldenrath/Birgden</p> <p>hiermit möchte ich Stellung beziehen zum geplanten Industriegebiet zwischen Waldenrath und Birgden, da ich direkt betroffen bin. Mein Name ist [Anonymisiert], ich betreibe eine Biogasanlage in Birgden und bewirtschafte fünf Flächen, die für das geplante Industriegebiet wegfallen würden. Meine persönliche Sorge ist, dass es zu landesweiten Engpässen der Energie- und Nahrungsmittelversorgung kommen wird. Die Flächen auf denen aktuell Nahrungsmittel, bzw. Energiepflanzen von uns angebaut werden, fallen ersatzlos weg. Da nicht nur ich persönlich, sondern auch andere Landwirte betroffen sind, stellt sich die Frage, wie wir landesweit zukünftig Energie herstellen wollen, bzw. für genug Nahrungsmittel sorgen möchten. Zudem hat ein Industriegebiet einen erheblichen Einfluss aufs Mikroklima. Die zusätzlich großen Dachflächen erhitzen sich und geben keinen Wasserdampf an die Luft ab. Somit wird es in den umliegenden Dörfern und Feldern noch heißer und trockener. Auch sehe ich keinen wirtschaftlichen Mehrwert in dem geplanten internationalen Industriegebiet, da durch Kommissionsabgaben ins Ausland der Gewinn so verringert wird, dass die zukünftigen Gewerbebetriebe kaum Gewerbesteuer zahlen müssen. Ein Vorschlag meinerseits ist, zuerst ältere bestehende Gewerbegebiete auf Leerstand zu überprüfen, bevor neue Ackerflächen versiegelt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1164	
1002628	
1010421	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zum Waldstück ("Fläche R27" nach FNP VIII B genannt) entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst Widerspruch zum Plan der Stadt auf Umwidmung in ein Gewerbegebiet</p> <p>Zum Plan der Stadt Bergisch Gladbach, das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L 358), das laut dem Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung ?Waldfläche? ist, als Gewerbegebiet (?Fläche R27?) auszuweisen, nehme ich mit der beiliegenden Anlage Stellung. Es ist wirklich ein demokratisches Armutszeugnis, dass knapp 3 Jahre nach Feststellung der Rechtswirksamkeit des FNP dieser durch die Bezirksregierung in seinen Aussagen in Frage gestellt wird. Als Bürger, der sich aktiv in den politischen Meinungsbildungsprozess im Vorfeld der Beschlussfassung im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten eingesetzt hat, empfinde ich ein erneutes Aufgreifen und Infragestellen mühsam errungener Entscheidungen als respektlos, nicht zuletzt gegenüber den Bürger*innen, die für den Erhalt des Waldes über Jahre gekämpft haben. Es zeigt gegenüber politischen Entscheidungen eine Halbwertszeit, die diese weder verlässlich noch glaubwürdig machen.</p> <p>...</p> <p>Hiermit möchte ich zum Plan der Stadt Bergisch Gladbach, das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L 358), das laut dem Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung ?Waldfläche? ist, als Gewerbegebiet (?Fläche R27?) auszuweisen, wie folgt Stellung nehmen: Vorab zitiere ich von der aktuellen Homepage der Stadt Bergisch Gladbach und habe mir erlaubt, die aus meinem Verständnis relevanten Stellen hervorzuheben: ?Der Flächennutzungsplan 2035 ist rechtswirksam Der Flächennutzungsplan 2035 der Stadt Bergisch Gladbach ist mit der amtlichen Bekanntmachung über die Genehmigung vom 01.10.2019 rechtswirksam und löst somit seinen Vorgänger aus dem Jahr 1978 ab. Den Flächennutzungsplan 2035 mit allen Bestandteilen (Zeichnerische Darstellung, Begründung, Umweltbericht, Anlagenband, zusammenfassende Erklärung) können Sie rechts im Downloadkasten herunterladen.</p> <p>Was ist ein Flächennutzungsplan?</p> <p>Der Flächennutzungsplan 2035 ist ein Handlungsrahmen für die Entwicklung von Bergisch Gladbach bis ins Jahr 2035. Er konkretisiert die Planungen des Landes (Landesentwicklungsplan) und der Region (Regionalplan). Von den Regelungen im</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

Flächennutzungsplan ist jeder betroffen, auch wenn er noch keine verbindlichen Regelungen für jedermann und für einzelne Grundstücke trifft. Da die Stadtverwaltung bei ihren Entscheidungen zu Bauanträgen im Außenbereich oder bei der Aufstellung von Bebauungsplänen an den Flächennutzungsplan gebunden ist, sind die Bürgerinnen und Bürger indirekt betroffen. Der Flächennutzungsplan ist nicht parzellenscharf, das bedeutet, dass grundsätzlich ein planerischer Spielraum von rund einer Grundstückstiefe besteht. Er ist ein ?vorbereitender Bauleitplan?, das heißt, der Flächennutzungsplan regelt lediglich, wo beispielsweise ein neues Wohngebiet entstehen soll, legt aber noch nicht fest, ob dort Einfamilienhäuser oder Mehrfamilienhäuser gebaut werden sollen. Die für jedermann verbindlichen Regelungen sind den Bebauungsplänen vorbehalten. Deshalb werden die Bebauungspläne ?verbindliche Bauleitpläne? genannt. Verbindlich ist der Flächennutzungsplan hingegen für alle Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind. So soll sichergestellt werden, dass sämtliche öffentlichen Stellen einer einheitlichen Strategie folgen. Im Flächennutzungsplan wird nicht entschieden, ob und wann eine Fläche tatsächlich bebaut wird. Der Flächennutzungsplan ist ein gesetzlich geregeltes Instrument. Seine Funktion, seine Inhalte und auch das Verfahren seiner Erarbeitung sind im Baugesetzbuch, insbesondere in den Paragraphen 1 bis 7, geregelt. Bestandteile des Flächennutzungsplans 2035

Was gehört zum Flächennutzungsplan 2035? Zunächst der Plan selbst, der stets das gesamte Stadtgebiet umfasst. Die unterschiedlichen Nutzungen sind dabei durch Farben gekennzeichnet, zum Beispiel Wohnbauflächen in (blassem) rot, gewerbliche Bauflächen in grau, landwirtschaftliche Flächen in hellgrün, Wald in dunkelgrün. Flächen für Versorgungsanlagen (zum Beispiel Kläranlage) sind in hellgelb, Verkehrsflächen in dunklem gelb (Straßen) oder kräftigem violett (Bahnflächen) dargestellt. Auch Sondergebiete (zum Beispiel für großflächigen Einzelhandel oder Krankenhäuser) werden in orange und Gemeinbedarfsflächen (unter anderem für Schulen oder Sportanlagen) in hellem violett dargestellt. Zudem werden zum Beispiel Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete und Überschwemmungsgebiete gekennzeichnet. Dies alles ist sinnvoll, um einen umfassenden Eindruck aller für ein bestimmtes Gebiet relevanten Nutzungsregelungen, Ziele und Beschränkungen zu gewinnen.

??

1. Das besagte Waldstück entlang der Brüderstraße ist im zum 1.1.2019 rechtswirksam verabschiedeten Flächennutzungsplan 2035 (FNP) als Waldfläche gekennzeichnet. Diese Entscheidung der Stadt wurde nach langen und in der Öffentlichkeit intensiv geführten Diskussionen getroffen; im aktuell geltenden FNP ist das Waldgebiet Brüderstraße nord-östlich der AS Bensberg als ?W III B? gekennzeichnet.

[s. Anhang Abb. StnID 1010421\_1]

Wie kann bereits nach 3 Jahren die Rechtswirksamkeit des FNP in Frage gestellt werden? Seit wann muss sich Politik bzw. die Bezirksregierung nicht mehr an

Ergebnisse eines von der Stadt Bergisch Gladbach eingeleiteten und zur Rechtswirksamkeit gebrachten FNP halten? Der für viele Bürger\*innen schmerzliche Prozess, der zum FNP führte (23 Bürgerinitiativen haben sich eingebracht), wird durch den Entwurf des Regionalplans reinszeniert. Damit wird zu meinem größten Bedauern politisches Handeln mit Bürgerbeteiligung grundsätzlich in Frage gestellt, weil weder eine Verlässlichkeit noch eine Akzeptanz bezüglich getroffener Entscheidungen erkennbar ist. Es ist schon aus diesen hier benannten Gründen nicht nachzuvollziehen, warum die rechtswirksame Entscheidung, das Flächenstück WIII B als Waldstück auszuweisen, in Frage gestellt wurde?

2. Es ist noch schwieriger nachzuvollziehen, dass nach einem weiteren Extremsommer mit extremer Hitze und extremen Wetterereignissen, die Bedeutung des Waldes als wichtiger Faktor für ein funktionierendes Binnenklima nicht erkannt wird. Jede noch so kleine Waldfläche, bildet einen Starkregenschutz, verhindert eine zu starke Verdunstung, trägt zur Temperatursenkung bei, ist Wasserspeicher, Frischluftreservoir u.v.m. Das heißt, o die Umwidmung des Waldgebiets Brüderstraße widerspricht fundamental der Bedeutung des Waldes für den unstreitig bereits stattfindenden Klimawandel.

o Das Waldstück Brüderstraße ist als Hochwasser- und Überschwemmungsschutz unverzichtbar. Dies gilt insbesondere angesichts des hohen Grundwasserspiegels in Frankenforst und die prognostiziert steigenden Niederschlags- bzw. Starkregemengen.

3. Damit sind die Waldflächen entlang der A4 von zentraler Bedeutung für den Lebensraum Frankenforst ? für Mensch, Tier- und Pflanzenarten

o Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt in unmittelbarer Nähe zum FFH-Gebiet Königsforst und hat damit eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund.

o Es gibt im Waldstück Brüderstraße zwei stark gefährdete Fledermausarten, nämlich die stark gefährdete Mückenfledermaus sowie ebenfalls gefährdete Zwergfledermaus.

o Das Waldgebiet Brüderstraße ist ein wesentlicher Bestandteil des Netzes von Flächen für die Frischluftversorgung von Bergisch Gladbach.

o Das Waldstück Brüderstraße ist als Lärmschutz zwingend erforderlich für die angrenzende Wohnbebauung.

4. So bezeichnet der Lärmaktionsplan 2022 der Stadt Bergisch Gladbach das Waldgebiet Brüderstraße als städtischen Rückzugsort, der der Erholung und Freizeitgestaltung vor Ort dient. Es ist zudem sehr verwunderlich, dass dieses kleine, aber wie oben beschrieben, für Mensch und Natur sehr wichtige Waldgebiet überhaupt attraktiv für Gewerbeflächen ist. Die Zerstörung vom Lebensraum Wald steht m.E. in keinem Verhältnis zu einer möglichen eingeschränkten gewerblichen Nutzung.

Fazit:

Unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte erwarte ich eine Anerkennung der

rechtswirksamen Entscheidung, dass die oben genannte Waldfläche ?Waldfläche?  
bleibt, das heißt: Der Wald muss zwingend bestehen bleiben und darf keinesfalls für ein  
Gewerbegebiet geopfert werden! Ich fordere daher, dass im Regionalplan das  
Waldstück entlang der Brüderstraße als Wald erhalten bleibt.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010421.pdf](#)

AZ: Ö-M-1165	
1002626	
1006827	
<b>Inhalt</b> Wir sind nicht damit einverstanden, dass Naturschutzgebiete aus unseren Grundstücken werden. Wir wollen Einspruch einreichen.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b>  <b>Ausgleichsvorschlag</b>  <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einer konkreten Festlegung ist nicht möglich

AZ: Ö-M-1166

1002627

1006631\_001

#### Inhalt

Stellungnahme gegen ein Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt/Birgden und einer möglichen Erweiterung

hiermit spreche ich mich gegen ein Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt/Birgden aus weil es baulich zu nahe an den Ort grenzt und die Wohnqualität gefährdet wäre. Ferner würde das Dorfbild zerstört, da nicht klar ist, bis zu welche Bauhöhe erlaubt ist. Das Verkehrsaufkommen würde steigen. Schon heute wird man durch den Lärm auf der nahegelegenen Autoschnellstraße belästigt. Es würde fruchtbares Ackerland zerstört. Ferner sind hier viele Greifvögel angesiedelt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1167	
1002630	
1006641_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zum GIBregional/Gib plus zwischen Waldenrath und Birgden</p> <p>hiermit möchte ich meine Einwände gegen die Planung eines Gibregional/Gib plus (interkommunales Gewerbegebiet) zwischen den Orten Gangelt-Birgden und Heinsberg-Waldenrath kurz beschreiben: Eine Versiegelung von gutem fruchtbarem Ackerland zugunsten eines Gewerbegebietes ist nicht tolerierbar. Die ohnehin schon durch den Straßenbau der B56n reduzierte Natur- und Ackerfläche würde ein noch größeres Sterben der Tier- und Pflanzenwelt nach sich ziehen. Mit der Durchführung des Vorhabens würde eine gravierende Verkleinerung des Naherholungsraumes einhergehen sowie das heimatliche Landschaftsbild zerstört werden. Für das Alten- und Pflegeheim St.Josef, das sich in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten Gewerbegebiet befindet, wären ebenso negative Folgen absehbar. Hierbei sind vor allem die Lärm- und Geräuschemissionen und damit einhergehend eine Minderung der Lebensqualität zu nennen. Aus den oben genannten Gründen möchte ich meine Ablehnung gegenüber dem Projekt zum Ausdruck bringen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-1168	
1002631	
1006640_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu den verschiedenen Planungen von Industriegebieten in den Städten und Gemeinden des Kreises Heinsberg nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Geprägt durch ein Konkurrenzgebahren der Städte und Gemeinden des Kreises Heinsberg scheint mir hier ein wildes Wünschen, Planen und Beantragen von neuen Industriegebieten entstanden zu sein. Dazu geht es den Akteuren natürlich um die zu erzielenden Gewerbesteuern. Dabei scheint mir in den entsprechenden Gremien der Verwaltung der Blick für die Zukunft unseres Landes und hier besonders unseres Kreises verloren zu gehen. Wie schon bei Entscheidungen von früheren Bundesregierungen, bei denen es um billig-billig ging, siehe Gasabhängigkeit, Abhängigkeit von chinesischen Billigprodukten, sind die Risiken der Abhängigkeiten nicht bedacht worden. Dafür zahlen wir heute den Preis.Bei der Planung von Industriegebieten, Baugebieten und Straßen sieht das ähnlich aus. Wir stoßen an die Grenzen der Landversiegelung auch hier im Kreis Heinsberg. Jede neue Versiegelung kostet Ackerflächen und Natur. Hier stellt sich zum einen die Frage: Ist die zukünftige Eigenversorgung mit Lebensmitteln noch gewährleistet? Denn der Klimawandel fordert seine Tribut, durch die geringeren Regenmengen fallen die landwirtschaftlichen Erträge bei gleichzeitig wegfallender landwirtschaftlicher Fläche. Durch versiegelte Flächen kann nicht mehr genügend Regenwasser in die Böden einsickern und tragen somit nicht mehr zur Neubildung von Grundwasser bei. Auch das allseits öffentliche Bedauern von Politikern und Personen der öffentlichen Verwaltung über das Schwinden der Artenvielfalt unserer Flora und Fauna wird sich fortsetzen. Und nicht zuletzt wird der notwendige Erholungsraum der Bevölkerung schwinden.</p> <p>Ich bin kein Gegner unseres Wirtschaftssystems und leite selber einen Betrieb. Es muß doch möglich sein intelligentere Lösungen für Industrieflächen zu finden, ohne das Landschaftsbild zu zerstückeln. Z.B. liegt in Heinsberg-Oberbruch eine große Industriebrache die noch ungenutzt ist. Hier muß zwar vieles Abgerissen und entsorgt werden, aber hier werden keine landwirtschaftlichen Nutzflächen, keine Naturflächen und keine Erholungsmöglichkeiten für die Bürger geopfert. Vielleicht sollte man mal über eine neue Konstruktion der Gewerbesteuer nachdenken, damit sich nicht jede kleine Gemeinde um ein Indudtriegebiet bewirbt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. W eitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese</p>

wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im

Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereiche besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig sind und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Als direkt Betroffene melde ich mich hiermit zu Wort und möchte einige von vielen Gründen nennen, die gegen die Entstehung eines Gewerbegebietes hier vor Ort sprechen:

? Laut dem Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises sind Gewerbegebiete, und zwar umfangreiche Flächen, genügend vorhanden (s. 7. Resümee und Empfehlung S. 81). Herreshagen soll nun trotzdem im Regionalplan als potentiell Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Warum? Weil es für vorhandene kein Geld gibt, für neue aber schon?

? Darum dringend der Aufruf, schon existierende Flächen überhaupt zu nutzen oder besser und sinnvoller zu nutzen!

? Zudem ist vermerkt, dass das genannte Gebiet schwer zu erschließen ist. Warum schlägt man es trotzdem vor? Weil es für die Kommune Geld dafür gibt?

? Die Entwicklung zeigt, dass wir anders wirtschaften müssen. Die Grenzen des Wachstums sind lange erreicht.

? Ständig neue Firmen treiben alte in den Ruin.

? Nachhaltigkeit ist schon lange dringendstes Gebot und ist bei der Bevölkerung schon angekommen. Wann aber bei den Planern? Darum nochmals dringend der Aufruf, existierende Flächen besser und sinnvoller zu nutzen!

? Wir brauchen nicht ständig neue Produkte, Güter, sonstiges. Sparsamkeit und langwährender Gebrauch sind dringend geboten.

? Ja, Handwerker werden gebraucht! Aber die Flächen für entsprechendes Gewerbe sind einerseits vorhanden! Und andererseits besteht ein solcher Fachkräftemangel, der nicht durch neu ausgewiesene Gebiete behoben werden kann. Das Argument, diese würden neue Arbeitsplätze schaffen, stimmt schon seit langem nicht mehr! Arbeitskräfte sind nicht vorhanden und können diese angeblichen Plätze also auch gar nicht füllen!

? Und: Landwirte werden gebraucht! Dieses Gebiet wird noch landwirtschaftlich genutzt. Soll diese Nutzung sterben?

? Die aktuellen Entwicklungen haben gezeigt, dass jedes Land für sich mehr autark werden muss. Hier ist (bisher noch!) Fläche, um z.B. eigenes Getreide anzubauen.

? Ebenso gibt uns der Klimawandel klare Handlungsanweisungen:

? so z.B. keine weitere Flächenversiegelung! Private Einfamilienhäuser dürfen hier in manchen Kommunen keine Vorgärten mehr versiegeln. In dem betreffenden Gewerbegebiet würden 22 Hektar Fläche versiegelt.

? Der Klimawandel hat hier in den letzten zwei Jahren schon Wald sterben lassen. Die

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Besitzer haben schon wieder aufgeforstet, weil sie sich der Wichtigkeit bewusst sind: Wir brauchen nämlich Wald. Am besten noch viel mehr als zur Zeit vorhanden. Sollen statt dessen hier der zum Glück noch vorhandene und der wieder aufgeforstete Wald wirklich sterben?

? Der Wald, der nicht nur unsere Lunge sondern auch Lebensraum für viele Arten ist, und zwar Flora und Fauna!

? Zur Zeit wird hier Mais angebaut, und zwar als Nahrung für Nutztiere, die hier in unserer Umgebung im Sommer über sogar noch auf Weiden leben. Sollen unsere Landwirte sich zur Ernährung ihrer Tiere doch lieber abhängig von der Landwirtschaft in anderen Ländern machen? Deren Produktion kann es vlt auch bald nicht mehr geben oder deren Lieferungen bleiben wie zur Zeit plötzlich aus. Wir dürfen uns nicht noch abhängiger machen als wir sowieso schon sind und müssen im Gegensatz dazu besser auf gute eigene Versorgungsmöglichkeit achten!

? Wir Menschen in unserer heute schnelllebigen Zeit und Leistungsgesellschaft benötigen zudem dringend Erholung, und zwar Naherholung, die hier bisher noch gegeben ist. Nehmt sie uns nicht!

? Die Kinder können sich hier nach hinten raus noch frei bewegen. Nehmt Ihnen das nicht! Nach vorne raus befindet sich die Hauptstraße durch den Ort, die jetzt schon zu viel und schnell befahren ist. Der Verkehr wird mit Gewerbegebiet viel größer und gefährlicher, und zwar dann nach allen Seiten.

? In dem geplanten Gebiet liegt der einzige für Kinder geeignete Schlittenberg. Nehmt ihnen diesen nicht!

? Des Weiteren schließe ich mich der ganz anders gelagerten Stellungnahme meines Mannes [ANONYMISIERT] an.

**Inhalt**

Stellungnahme gegen das geplante interkommunale Gewerbegebiet Birgden Waldenrath, genannt GIBregional, sowie jegliche andere Form eines Industrie- oder Gewerbegebietes in der Nähe der genannten Ortschaften

Hiermit möchte ich Stellung nehmen zu Ihrem geplanten Projekt GIBregional zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden einschließlich allen Erweiterungen, die eventuell von Ihrer Seite her noch zukünftig geplant werden. Ich bin gegen den Bau eines solchen Gewerbe- und Industriegebietes.

Es steht außer Frage, dass das von Ihnen geplante Gewerbe- und Industriegebiet nicht nur für die Bevölkerung der umliegenden Dörfer mehr Nachteile als Vorteile bringen würde. Aus Anwohnersicht würde zum einen die Verkehrsbelastung enorm ansteigen, was eine viel höhere Lärmbelastung und eine viel schlechtere Luftqualität nach sich ziehen würde. Außerdem würde der Bau des Gebiets, der sich mit Sicherheit über Jahre hinziehen würde, nicht nur täglich mindestens acht Stunden Baustellenlärm mit sich bringen, sondern auch, je nach Windlage, für eine hohe Verschmutzung der umliegenden Dörfer sorgen, was ebenfalls ein Stück Lebensqualität einbüßen würde. Zum anderen würde die bauliche Entwicklung Waldenraths völlig eingedämmt werden, da selbst wenn

dafür Fläche zurückgehalten würde, diese erheblich an Attraktivität verlieren würde, denn wer würde sich freiwillig entscheiden, seine Heimat neben einem Gewerbe- und Industriegebiet aufzubauen? Nicht mal ein Klein- oder Großunternehmer würde sein Wohnhaus neben seiner Lagerhalle errichten. Allgemein würde dem Kreis Heinsberg der ländliche Charakter verloren gehen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf das viele Grün, dass sich doch immer wieder zwischen besiedelteren Flächen zeigt. Ich befürchte, dass dieses grüne Bild, dass ich als meine Heimat im Kopf habe, in einigen Jahren Geschichte sein wird, denn wenn ein Gebiet einmal als vorbelastet gilt, scheint es in der Politik ein Leichtes zu sein, es immer mehr für wirtschaftlich profitreiche Zwecke auszubeuten. Wenn ich in diesem Zusammenhang an die Bewohner des Altenheims in Waldenrath denke, werde ich traurig. Ihnen wird zugemutet, Ihren Lebensabend mit Baustellenlärm, hohen Abgasen und schlechter Luft zu verbringen. Dafür haben sie mit ihrem ganzen Hab und Gut gezahlt und ein ganzes Leben gearbeitet.

Ein weiteres Argument, dass dagegen spricht, ist die allgemeine Belastung der Umwelt. Wieso braucht der Kreis Heinsberg noch ein Industriegebiet? Wieso muss noch mehr fruchtbarer Ackerboden versiegelt werden, noch mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden? Wäre es nicht gerade in Anbetracht des Krieges in der Ukraine schlauer, den fruchtbaren

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Boden, den wir haben, weiter zu bebauen? Ich werfe in diesem Zusammenhang die Stichworte ?Lieferengpässe? ?Lebensmittelknappheit? und ?Preiserhöhung? in den Raum. Aber auch die Luftverschmutzung spielt für mich eine große Rolle. Vor einem Jahr wurde von jeder Partei in ihrem Wahlprogramm gepredigt, dass es fünf nach zwölf sei, dass wir mehr für die Umwelt tun müssen, weil es sie sonst nicht mehr lange gäbe. Es gibt von oben festgelegte Klimaziele. Mir scheint es, dass man nun, statt froh zu sein, dass die Klimaziele zurzeit übertroffen werden, denkt, man könne sich dann ja noch mal wie vorher die Taschen voll machen, auf Kosten des Klimas, auf Kosten der Bevölkerung, auf Kosten des ganzen betroffenen Umlandes. Am wichtigsten für mich persönlich ist, dass meine Heimat ein anderes Gesicht bekommt. Es ist als würde einem etwas genommen werden, dass man liebt, dass man sich aufgebaut hat mit viel Kraft und Schweiß und das nun auf Kosten eines GIBregional einfach verschwinden soll. Deshalb bin ich dagegen, dass im Umfeld von Waldenrath, Birgden und Pütt ein Gewerbe- oder Industriegebiet entsteht. Ich denke, dass ich hier den meisten Bürgern der betroffenen Gebiete aus der Seele spreche und bitte Sie daher, Ihr Vorhaben noch einmal zu überdenken. Fragen Sie sich doch einmal selbst, welcher Ausblick Ihnen lieber wäre, der auf weite Wiesen und Felder so weit das Auge reicht, oder der auf den nächsten Penny, Action oder Plus?

AZ: Ö-M-1171

1002633

1010409

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich Einspruch, die unten gezeigten Fläche R27 an der Autobahn A4 im Bereich Frankenforst (Brüderstrasse) im Regionalplanentwurf Köln als potenzielles Gewerbegebiet auszuweisen. Die Gründe lauten wie folgt:

1. Im Neuentwurf des Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach (Stand 2018) war die oben genannte Fläche R27, die im FNP mit G-Fr 3 bezeichnet wird, nicht mehr als potentielle Gewerbefläche ausgewiesen worden, nachdem es unzählige Einsprüche und Bürgerproteste gab. Diese bei der FNP Evaluierung erreichten Ergebnisse, die durch eingesetzte demokratischen Instrumente herbeigeführt worden sind (im konkrete Fall, d.h. die Fläche R27 an der Brüderstrasse als ?Wald? definiert wird), würden dann durch den neuen Regionalplanentwurf Köln unzulässig missachtet werden. Absichtserklärungen aus 2018-2020 der verantwortlichen Gremien aus Bergisch Gladbach würden dadurch zu 100% ins Gegenteil konvertiert.
2. Durch die Umwandlung des Waldes in ein Gewerbegebiet oder Mischgebiet, wird der angrenzende Wohngebieten eine signifikante natürliche Kühlung von einigen tausend kW (Kilowatt) entzogen, die durch sogenannte Ausgleichspflanzungen an anderer Stelle nicht ersetzt werden kann, im Sinne von ?nutzbar für die Brüderstrasse?. Auf Wunsch kann jederzeit hierfür eine physikalisch-technische Herleitung geliefert werden. Der notwendige Kühlungsbedarf der Wohngebiete durch die Waldrandzonen wird im Zuge des Klimawandels stetig steigen. Diese Zusammenhänge werden durch die Vorschläge im Regionalplanentwurf fahrlässig missachtet.
3. Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sogenannten FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund.
4. Im Waldstück entlang der Brüderstraße siedeln zwei stark gefährdete Fledermausarten (Mückenfledermaus und Zwergfledermaus).
5. Der Wegfall des Waldes entlang der Brüderstraße würde zu unzumutbarem Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung führen.

[s. Anhang Abb. StnID1010409\_1]

#### Anhänge

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).





AZ: Ö-M-1172	
1002634	
1006828	
<b>Inhalt</b> Durch dieses Vorhaben werden unsere Felder im Wert gemindert, daher widerspreche ich diesem Vorhaben.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b>  <b>Ausgleichsvorschlag</b>  <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich

AZ: Ö-M-1173	
1002635	
1006647_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Industriegebiet LEP Lindern</p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um das Industriegebiet Lindern mit den vielen LKW's, welche dann durch unseren hübschen Ort fahren werden, erheblich beeinträchtigt wird. Meine Gesundheit wird durch die zu erwartenden Abgase und den Lärm erheblich gefährdet !</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

AZ: Ö-M-1174

1002636

1006843

#### Inhalt

##### **Einwendung zur Regionalplanaufstellung Köln Optionsflächenvorschläge der Stadt Köln (Modul III) im Regionalplanentwurf zu Flächenkennziffer 7-702-013, Stadtteil Westhoven**

In der Beschlussvorlage im Rat der Stadt Köln (Nr. 1159/2022, Regionalplanaufstellung, Anlage 3 B ?Optionsflächenvorschläge der Stadt Köln (sog. Modul III) im Regionalplanentwurf?, Stand 28.04.2022) ist die Absicht, die Flächenkennziffer 7-702-013, Stadtteil Westhoven als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) festzulegen, nicht mehr enthalten.

Wir bitten den Regionalrat des Regierungsbezirks Köln darum, die genannte Fläche bei der Regionalplanneuaufstellung - wie ursprünglich auch von der Stadt Köln empfohlen (siehe Beschlussvorlage Rat Nr. 2289/2019 ?Regionalplanüberarbeitung, Modul III - Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt?) - als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) zu berücksichtigen.

Die vorgeschlagene ASB-Optionsfläche in Porz-Westhoven wurde seitens der Stadt Köln insbesondere wegen ihrer hervorragenden Anbindung an den schienengebundenen ÖPNV (Stadtbahnhaltestelle Kölner Straße) in die Vorschlags-Liste aufgenommen. Die ehemals militärische genutzte Fläche ist damit als neuer Siedlungsstandort sehr gut geeignet und kann zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in Köln beitragen.

Darüber hinaus könnte sich der Standort auch für die Errichtung einer weiterführenden Schule ? vorzugsweise einer Gesamtschule ? anbieten (vgl. hierzu Beschluss BV Köln-Porz am 02.09.21). Die aktualisierte Schulentwicklungsplanung 2020 unterstreicht die dringende Notwendigkeit, alle Optionen auszuschöpfen, um zusätzliche Schulplätze in Köln zu schaffen. Der Standort an der Porzer Ringstraße eignet sich aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zur Stadtbahnhaltestelle ?Westhoven ? Kölner Straße? hierfür hervorragend.

Wir bitten um Wiederaufnahme der Fläche in den Katalog der zukünftigen Siedlungsflächen.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### **Erläuterung**

Siehe Erläuterungen zu StnID 1003613.

AZ: Ö-M-1175	
1002638	
1006649_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>Hiermit legen wir Widerspruch zum Verbleib der Grundstücke in der Hardtstraße: Hausnummern [ANONYMISIERT] und der Straße: Auf den Bruchswiesen, Hausnummern [ANONYMISIERT], in der infrastrukturellen Planung des Gewerbe- und Industriegebiets für Rospe - Hardt -Hanfgarten ein.</p> <p>Die Ratsmitglieder der Stadt Gummersbach und Vertreter der Verwaltung, Bürgermeister Frank Heimenstein, sowie Beigeordneter Jürgen Hefner haben in der 12. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung vom 24.08.2022 bekundet, dass diese ausgewiesenen Flächen lediglich als Tauschoption dienen sollen. Eine entsprechende Tauschfläche ist jedoch offensichtlich nicht vorhanden.</p> <p>Wir befürchten erhebliche Wertverluste für unsere Immobilien und Grundstücke und das über Jahrzehnte. Individuelle Pläne zur Altersvorsorge werden somit größtenteils hinfällig und sind, in Teilen, von den Betroffenen finanziell rechtzeitig nicht mehr aufzufangen. Durch diese möglicherweise langfristig offene Situation ergibt sich für die Immobilienbesitzer keinerlei Planungssicherheit.</p> <p>Aus oben genannten Gründen fordern wir die sofortige Herausnahme der Flächen aus der Neuaufstellung des Regionalplans.</p> <p>In Erwartung Ihrer verantwortungsvollen Berücksichtigung und Bearbeitung dieses Anliegens</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

**Inhalt**

Einspruch gegen Wunschplanflächen Rösrath-Hoffnungsthal Regionalplan 2035

Wir wenden uns an Ihr Gremium aufgrund der künftigen Festlegung des Regionalplans Köln 2035. Da der Stand der Planungen Ihrerseits Dezember 2021 entspricht, sind die Planungswünsche der Stadt Rösrath (Beschlussvorlage vom 14.03.2022), welche der Stadtrat am 20.06.2022 mehrheitlich beschlossen hat, noch nicht explizit in Ihrer Planung (weder textlich noch zeichnerisch) erfasst, sondern sollen Ihnen wohl im Rahmen der öffentlichen Beteiligung zugestellt werden. Da wir aber im Nachgang keinen weiteren Möglichkeit sehen, uns hierzu noch detailliert zu äußern, finden Sie im Anhang die verabschiedete Beschlussvorlage und die zugehörigen Lagepläne, welche die Wunschplanflächen auf die sich unser Schreiben bezieht, ausweisen.

[s. Anhang Abb. StnID1010330\_1]

Somit sollten Sie unseren Einspruch inhaltlich zuordnen und in Ihrer Planung berücksichtigen können. Ganz allgemein sollte unser nachfolgender Einspruch wohl am ehesten im textlichen Teil der Festlegung des Regionalplans 2035 dem Punkt "3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung" gelten, solange hier nichts konkreteres für Rösrath erfasst ist.

Wir möchten hiermit nachdrücklich unsere begründeten Einwände gegen den seitens der Stadt Rösrath eingebrachten Vorschlag zur zukünftig möglichen Bebauung der Fläche ASB R64 geltend machen. Wir wohnen in [ANONYMISIERT] und sind als direkte Grenzanlieger zum vorgeschlagenen Bauabschnitt ASB R64 unmittelbar von den nachstehend angeführten Auswirkungen betroffen. Die angedachte Fläche des ASB R64 ist ein steiles, unwegsames Stück Land in Rösrath Hoffnungsthal, welches aufgrund der Hangneigung nur kostenintensiv bebauen lassen würde. Die Fläche von rund 15.000 qm ist jahrzehntelang nicht mehr bewirtschaftet worden und schon seit vielen Jahren temporäres Landschaftsschutzgebiet. Dementsprechend hat sich hier eine ganz einzigartige Naturlandschaft mit starker Artenvielfalt gebildet. Kernstück dieser grünen Oase ist eine große alte Streuobstwiese mit alten, schützenswerten Apfelsorten. Hier herum hat sich den vergangenen Jahrzehnten in aller Ruhe und ungestört ein natürliches Kleinod entwickelt.

Der Bereich ist Heimat, Brut- und Jagdgebiet von Mäusebussarden, Steinkäuzchen, Grünspecht und weiteren geschützten sowie schützenswerten Vogelarten. In den Höhlen der Apfelbäume nisten und leben zudem Fledermäuse. Der befahrbare Teil der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Gemäß Ziel 18 im Regionalplanentwurf Köln dürfen RG ausnahmsweise für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Im Bereich der vorhandenen rechtskräftigen und verbindlichen Bauleitplanung sowie im Bereich der ausgeübten und bestandsgeschützten Befugnisse bzw. Rechte des Friedhofs erfolgt zwecks Klarstellung eine veränderte Festlegung des ASB sowie die Rücknahme des RG in dem betreffenden Bereich..

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Auf die Ausführungen zu den Anregungen StnID 1004583 und StnID 1004584 wird hierzu verwiesen.

Wiese/Streuobstwiese wird lediglich einmal jährlich gemäht, ist jedes Jahr die Kinderstube der Rehkitz und es gibt jede Menge Erdhummeln, Wildbienen und Schmetterlinge. Über diese Wiese findet zudem aktiver Wildwechsel von und zum Königsforst statt. (Wildschweine, Rehe, Füchse). Innerhalb des vorgeschlagenen Areals leben natürlich auch einige Maulwürfe und auch zumindest eine Fuchsfamilie hat hier seine Heimat gefunden. Nicht umsonst haben diverse Bergische Wandervereine oberhalb der ausgewiesenen Fläche auf dem Höhenzug offiziell markiert einen Wanderweg ausgewiesen, um in gebotenem Abstand einen Ausblick auf dieses Naturschauspiel zu erlangen und Erholung zu finden. (Wanderweg Hoffnungsthal - Forsbach - Sülze).

All dies würde durch eine Bebauung von ASB Rö4 zunichte gemacht. Zudem ist nicht erst seit dem Jahrhundertregen des letzten Jahres festzustellen das in Hoffnungsthal bekanntermaßen aufgrund der Hanglage starke Probleme mit Starkregenereignissen bestehen. Es kam in der Vergangenheit mehrfach zu Abbrüchen/Absenkungen von Straßen im Ortsgebiet und Zerstörungen durch Muren in Privatgärten.

Das Ganze gipfelte dann im Starkregenereignis 2021 mit der damit verbundenen Flutkatastrophe - gerade einmal 10 m quer über den Bücheler Weg von der untersten Zuführung zum ASB Rö4 entfernt - unten im Tal. Die Fläche ASB RÖ3 war im Übrigen nahezu komplett überflutet und wird nun ebenfalls als Baugebiet zur Nachverdichtung ausgewiesen?! Durch die geplante zusätzliche Bebauung und der damit einhergehenden weiteren Flächenversiegelung der jetzt noch offenen Grasflächen würde diese Problematik unweigerlich weiter verstärkt werden. Nicht nur wir als unmittelbar hangunterliegende Anwohner, sondern auch das ganze Tal wäre davon betroffen, weil die zusätzlichen durch die Bauversiegelung abzuleitenden Wassermassen nicht mehr versickern können, somit die Wasserableitung nicht mehr gepuffert wird und sich bei überfordertem Kanalsystem zwangsweise den kürzesten Weg den Berg hinab, dann durch unsere Gärten und Häuser in die Sülz suchen und das Tal zusätzlich vollläuft. Zum Beispiel ist das Rückhaltebecken am Friedhof Bücheler Weg allein vom Volumen her nicht auf den Zuwachs an Häusern auf den Planflächen ASB Rö4 mit rund 15.000 qm ausgelegt. Und bereits jetzt ist der ganze Vorderste- und Hinterste Büchel stundenlang ohne Strom, sobald die Pumpanlage eingeschaltet werden muss, um das Rückhaltebecken nach Starkregenereignissen zu leeren, was in den letzten Jahren mehrfach passiert ist. Dies betrifft bereits jetzt um die 50 Häuser.

Hier müsste also bei einer solch, im Verhältnis zum jetzigen Zustand, sehr umfangreichen Flächenbebauung technisch massiv aufgerüstet werden, um die Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur (Rückhaltebecken, Kanalisation, Stromnetz) in ausreichendem Umfang zu erweitern, was zu entsprechenden Kostensteigerungen führen wird. Hinsichtlich der straßentechnischen Erschließung befinden sich die vorhandenen Zuwegungen vom Vordersten Büchel aus zudem komplett in Privatbesitz und die Eigentümer, unter anderem wir, haben keinerlei Interesse eine Erschließung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Zudem werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.



über ihre Grundstücke zu ermöglichen.

Des Weiteren sind auch die von der Hauptstraße im Tal zuführenden Anliegerstraßen verkehrsberuhigt und in weiten Teilen einspurig! Die Straßenführung lässt keinen jahrelangen Bauverkehr mit großen Lastern, Kränen etc. zu.

Hier zu nennen sind die Zuführungen von der Hauptstraße L284 (alles Anliegerstraßen):

--> Volberg: größtenteils einspurig, im historisch bebauten Teil entlang der Kirche und der größten Kindertagesstätte Hoffnungsthal lediglich einspurige Pflasterstraße, aufgrund der Enge der Straße und mangelnder Tragfähigkeit nicht für Schwerlastverkehr geeignet

--> Volberger Straße: Sülzrücke lediglich einspurig befahrbar, aufgrund der Parksituation faktisch aber die ganze Volberger Straße nur einspurig nutzbar

--> Bücheler Weg bis zum untersten Punkt ASB Rö4 zweispurig befahrbar, aber ab dort bis zum Vordersten Büchel den ganzen Hang hinauf nur einspurig befahrbar; die Ausweichfläche für Gegenverkehr reicht nicht für größere Baufahrzeuge aus; der gesamte einspurige Abschnitt hat massive Senkschäden im Straßenbelag welche jährlich aufs Neue beigeputzt werden müssen.

--> Vordersten Büchel: Richtung Forsbach hinauf komplett nur einspurig befahrbar, sehr enge Kurven und nicht für Fahrzeuge über 7,5t zugelassen

Wie also sollen später die Neu-Anwohner der rund 15.000 qm Bebauung ASB Rö4 und zusätzlich auch noch Rö3 hier ohne erhebliche Beeinträchtigung der bisherigen Anlieger verkehrstechnisch integriert werden? Von dem jahrelangen Schwerlast-Bauverkehr, bis alles fertiggestellt wäre, ganz zu schweigen. Des Weiteren liegt der städtische Friedhof direkt anliegend zur Planfläche ASB Rö4. Über den Wunsch direkt neben einem Friedhof leben zu wollen, oder lieber nicht, kann man schlecht diskutieren, das ist Geschmackssache. Aber die Angehörigen der bereits Verstorbenen schätzen allesamt die Ruhe und Abgeschiedenheit des Hoffnungsthaler Friedhofs ohne erhöhtes Verkehrsaufkommen und die Geräuschkulisse eines großen Neubaugebiets welches direkt auf einen herunterschaut.

Zu guter Letzt ist Rösrath im Allgemeinen und speziell Hoffnungsthal in keiner Weise auf die anstehende Kinderbetreuung bei dem avisierten Zuzug solcher Zahlen an jungen Familien, welche sich naturgemäß bevorzugt in solchen Neubaugebieten niederlassen, ausgelegt sondern bereits jetzt überfordert.

Unsere ortseigene Grundschule platzt schon jetzt aus allen Nähten und ist auch bautechnisch laut der Stadt nicht so zu erweitern, dass man hier mehr Züge im Unterricht, geschweige denn in der OGS-Betreuung bewältigen könnte. Die Grundschule Hoffnungsthal soll also perspektivisch nicht erweitert werden und auch bei den Kindertagesstätten ist die Situation vergleichbar. Wie soll dies mit dem gesetzlichen Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung Ihrer Kinder in Einklang gebracht werden? Den Frust darüber darf die Stadtverwaltung Rösrath sich jetzt schon

lautstark anhören, weil bereits im letzten Planungsabschnitt bei der Neubebauung im Tal hier nicht weitreichend genug vorausgeplant wurde. Diese Situation würde sich somit nur noch deutlich verschärfen.

...

Wir hoffen mit dieser Einbringung unserer Bedenken in Ihren Planungsvorgang inständig, im Sinne der Natur (mit ihren klar erwartbaren, gehäuften Extremwetterlagen) der bereits hier lebenden sowie der zukünftig anzusiedelnden Menschen, auf eine Streichung des ASB Rö4 aus dem Regionalplan Köln und der Berücksichtigung besser geeigneter Alternativflächen, die ja auch bereits von der Stadt Rösrath als Wunschflächen ausgewiesen wurden. Wir bedanken uns vorab dafür, dass Sie sich Zeit für unser Anliegen, unsere Argumente und Sorgen genommen haben.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1010330\\_1.pdf](#)

1010331	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>...</p> <p>Tatsächlich gibt es genügend besser geeignete Flächen in Rösrath die leichter, kostengünstiger und vor allem lebenswerter bebaut werden können.</p> <p>Hier zu nennen ist der seitens des Rösrather Stadtrats eingegebene Vorschlagsbereich Rösrath-Mitte ASB Rö6 Paffrather Hof mit deutlich größerer Baugrundfläche als ASB Rö4 zu benennen. Unabhängig von der seitens der Stadt avisierten Nutzung als allgemeine öffentliche Flächen wäre auch dieser Bereich ideal nutzbar um zentrumsnahes Wohnen mit Anschluss an die vorhandene Infrastruktur zu ermöglichen. Das Areal liegt fußläufig zum Rösrather Regionalbahn- und Busbahnhof, sowie dem im Moment in Vergrößerung befindlichen Gebäudekomplexes der weiterführenden Rösrather Schulen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID1010331_1]</p> <p>ASB Rö6 ist eine weitgehend ebene Fläche mit nur vereinzelter Nachbarschaftsbebauung, die bisher lediglich landwirtschaftlich genutzt ist und bei weitem nicht so viel Artenvielfalt bietet wie ASB Rö3/Rö4. Des Weiteren könnte hier mit deutlich geringerem bautechnischem Aufwand das Areal mit einer Ringstraße erschlossen werden und man wäre besser mit ordentlich ausgebauten, zweispurigen befahrbaren Straßen in Richtung der Autobahnanschlüsse, speziell an die A3, angebunden.</p> <p>...</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb. ID_1010331_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass der Anregung insofern entsprochen ist, als dass die Festlegung der hier benannten Rö6 als ASB in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPiG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung der Kommune bezieht sich auf die Erweiterung eines ASB (s. StnID 1004586).</p> <p>Zudem werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p>

1010333	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bitten um Bestätigung des Eingangs dieses Schreibens und freuen uns über eine Rückmeldunghinsichtlich Ihres weiteren Vorgehens.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)</p>

AZ: Ö-M-1177

1002641

1006651\_001

#### Inhalt

Betreff: Einspruch gegen Neuaufstellung des Regionalplans Industriegebiet LEP Lindern (Geilenkirchen, Kreis Heinsberg)

Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern. Da das Industriegebiet Lindern an die Wohnbebauung meines Heimatortes grenzt, befürchte ich durch die räumliche Nähe eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Außerdem gehe ich in diesem Bereich regelmäßig walken. Durch die dort zu errichtenden Gebäude wird mir diese Erholung genommen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-M-1178

1002642

1006652\_001

## Inhalt

Betreff: Beabsichtigtes Bauvorhaben eines GIB plus / regional zwischen den Dörfern Waldenrath und Birgden (Stadt Heinsberg / Gemeinde Gangelt)

Hiermit möchte ich zum oben genannten Vorhaben Stellung nehmen, da ich einige Bedenken hinsichtlich der Errichtung eines Gewerbe- oder Industriegebietes jedweder Form habe. Zunächst einmal finde ich es befremdlich, dass ein GIB von solcher Größe ohne nennenswerte Abstände direkt an vorhandene Wohnbebauung geplant wird. Hier wird es zu erheblichen Einschränkungen für die direkt angrenzenden Bewohner beider Dörfer kommen. Des Weiteren ist dazu auch zu beachten, dass in Waldenrath ein großes Altenheim direkt an die geplante Fläche angrenzt. Die Bewohner dieses Altenheims haben sich ihren Lebensabend sicherlich anders vorgestellt. Zunächst würde über Jahre hinweg Baulärm- und -schmutz, später Produktions- und Verkehrslärm, sowie Licht- und Schadstoffemissionen die Wohnqualität dieses Heims beeinträchtigen. Womit wir zum nächsten Punkt kämen: Die Emissionen dieses GIB würden zu einem besonderen Maße die Orte Waldenrath und Pütt beeinträchtigen, da sie durch den zu 80% vorherrschenden Westwind vorrangig in diese Dörfer getragen würden. Die jetzt schon vorhandenen starken Lärmbelästigungen und Schadstoffemissionen durch die NATO Airbase und die B56n würden für die umliegenden Dörfer noch durch Produktions- und Verkehrslärm durch Schwerlastfahrzeuge verstärkt. (viele Bewohner gerade der Neubaugebiete haben sich wegen der dörflichen Ruhe hier niedergelassen). Zusätzlich wird durch ein GIB vor allem auf der Heinsberger Seite die Ausdehnung der Wohnbebauung in Waldenrath zum Erliegen kommen. Das einzige mögliche Wohnbaugebiet für Waldenrath befindet sich angrenzend an die geplante Gewerbefläche parallel zur Straße ?Am Strauch? und könnte somit nie realisiert werden. Die geographischen und topographischen Gegebenheiten lassen eine Ausdehnung des Ortes in andere Richtungen nicht mehr zu. Durch die Realisierung eines GIB regional / plus würden bis zu 60ha fruchtbarstes Ackerland für immer versiegelt und dem landwirtschaftlichen Produktionsprozess entzogen. Die Bodenqualität entspricht hier 80 Bodenpunkten, was bedeutet, dass es sich um einen mehr als hochwertigen Boden für die Landwirtschaft handelt. Gerade in Zeiten von Klimakrise und Lebensmittelknappheit darf ein Boden von solcher Qualität dem Produktionskreislauf nicht entzogen werden. Im Umweltbericht des Regionalplans Köln (HS\_GIBz\_3 Seite) wird bereits darauf eingegangen, dass es zu einer Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bedeutung, von klimarelevanten Böden und unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen von mindestens 10-50 km<sup>2</sup> kommt. Zitat: ?Hinsichtlich der schutzbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei drei Kriterien (Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, klimarelevante Böden, landschaftsgebundene Erholung) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.) Angesichts einer allseits gegenwärtig drohenden Klimakatastrophe bleibt zu hinterfragen, ob der Mensch sich diesen Raubbau an der Umwelt überhaupt noch leisten kann. Die Versiegelung dieser Fläche würde in den zunehmend heißen Sommern weiter zur Wasserverknappung beitragen. Betrachtet man die infrastrukturelle Seite, so möchte ich Bedenken aus der Sicht des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes äußern: Laut Industriebaurichtlinie ist bei industriellen Bauten von einem Löschwasserbedarf von bis zu 192 m<sup>3</sup>/h über einen Zeitraum von zwei Stunden auszugehen. Dieser Löschwasserbedarf ist meines Erachtens mit Betracht auf die vorhandenen Kapazitäten in diesem Bereich nicht zu realisieren ohne eine enorme Ertüchtigung des Versorgungsnetzes vorzunehmen. Gerade wenn die gewerbliche Bebauung bis direkt an die Wohnbebauung heranreicht, sollte man sich nicht mit dem Erreichen der Mindestanforderung zufriedengeben, sondern sollte mit Betracht auf eine mögliche gefährdete Personenzahl die Maximalforderung als Voraussetzung ansehen und Redundanzen schaffen. Zudem stellt sich für mich die Frage, ob die anfallende Abwassermenge aus den Gewerbebetrieben von den kommunalen Kläranlagen aufgefangen und verarbeitet werden kann, ohne dass diese ertüchtigt und die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Ich möchte Sie bitten, meine Bedenken kritisch zu betrachten und zu prüfen, ob mit diesem Hintergrund die Planung und Errichtung eines Gewerbe- / und Industriegebietes zwischen Waldenrath und Birgden sinnvoll ist, oder ob sich nicht bereits vorhandene und erschlossene Standorte besser dafür eignen.

AZ: Ö-M-1179	
1002644	
1006653_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Mutter und ihr Mann (mein Stiefvater) wohnen in Herreshagen. Der Blick aus dem Haus, von der Terrasse und dem Garten aus, geht in die schöne ruhige Natur. Doch diese Fläche soll Gewerbegebiet werden.</p> <p>Sowohl die bisher ruhige Lage des Hauses als auch die Möglichkeit in fußläufiger Nähe Spaziergänge in der Natur zu machen sind für mich ein wertvoller Zufluchtsort, wenn ich mich erholen möchte. Um die geplante Gewerbegebietsfläche machen wir unsere Familienspaziergänge, genießen dabei die Nähe zu Wald und Wiesen, lassen die Gedanken schweifen, kommen zur Ruhe und erkunden den Wald und möchten dies in naher Zukunft auch mit den gerade heranwachsenden Enkelkindern tun. Meine Mutter und mein Stiefvater, sowie viele andere Bewohner des Dorfes, spazieren dort täglich und schätzen dies sehr. Die direkte Umgebung der geplanten Gewerbegebietsfläche gehört somit zu unserem Zuhause und ermöglicht uns das Ausleben unserer Hobbies und Erholung von alltäglichen und anderen Herausforderungen.</p> <p>Mir vorzustellen, dass mir diese Zuflucht genommen werden soll, und vor allem meiner Mutter und meinem Stiefvater, bringt mich in Wut, Trauer und Ungläubigkeit. Vor allem in heutigen Zeiten, in denen die Natur, auch der Umwelt und unserer zukünftigen Lebensbedingungen zu Liebe, dringend erhalten werden muss.</p> <p>Erholungsmöglichkeiten werden auch immer knapper.</p> <p>Wirtschaftliche Ziele dürfen nicht über das Wohl von Menschen und über die Zukunft unseres Lebensraums gestellt werden. Gegensätzliches Handeln ist nicht mehr zeitgemäß.</p> <p>Daher appelliere ich dafür: Stellen Sie die Planung des Gewerbegebiets in Herreshagen den Bewohnern, den Besuchern, die dieses Gebiet genau so schätzen wie wir, der Umwelt und einer besseren Zukunft zu Liebe, ein!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-118

1001331

1001327

#### Inhalt

Hiermit lege ich Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes im Bereich Leverkusen Leimbachtales Höfen ein (wegen möglichen Naturschutzgebiet). Betroffen sind wahrscheinlich meine Grundstücke. Bei den von Ihnen zur Verfügung gestellten Plänen erkennt man die Grenzen nicht. Ich bitte um eine detaillierte Darstellung des Bereiches.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1180	
1002645	
1006830	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte eine landwirtschaftlichen Vollerwerbs Betrieb in der Städteregion Aachen. Der Entwurf des neuen Regionalplans sieht die Ausweisung meiner Eigentumsflächen und gepachteten Nutzflächen um die Betriebsstätten [anonymisiert] 52249 Eschweiler (17,5 ha Acker, 15 ha Grünland und 5 ha Wald)? und [anonymisiert] 52224 Stolberg (19,5 ha Acker und 39,7 ha Grünland)? zu Vorranggebiete im Freiraum nach DVO zum LPIG NRW ?Regionale Grünzüge?, ?Schutz der Natur? und Vorbehaltsgebiete im Freiraum nach DVO zum LPIG NRW ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientier Erholung? vor. Im Anhang befindet sich ein Kartenausschnitt mit den betroffenen Gebieten. Durch die geplante Gebietsausweisungen auf meinen bewirtschafteten Flächen, sehe ich die zukünftige Flächenbewirtschaftung und bauliche Entwicklung meines landwirtschaftlichen Betriebes stark gefährdet. Gleichzeitig entsteht durch die o.g. Gebiete ein großer Wertverlust meiner Eigentumsfläche. Des Weiteren ist das Grundstück ?Gemarkung Eschweiler, Flur 94, [anonymisiert] als Photovoltaik- Potenzialfreifläche ausgewiesen und soll in Zukunft der Stromproduktion dienen. Somit widerspreche ich der Ausweisung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientier Erholung?, ?Regionale Grünzüge? und ?Schutz der Natur? auf meinen bewirtschafteten Flächen. Ich beantrage, meine Flächen nicht mit einem Schutzstatus zu belegen und die derzeit geplanten Beschränkungen aufzuheben. [Der Stellungnahme sind weitere Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-1181	
1002646	
1006829	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Pächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ich wende mich dagegen, dass etwa 3 Hektar meiner Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) / + Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden sollen. Dazu gehören unter anderm folgende Flächen: Dicker Broich Gemarkung Udenbreth [anonymisiert], Gemarkung Frauenkron [anonymisiert]. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, Befahr,- und Beweidung eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Desweiteren ist mit einer erheblichen Ertrags und Wertminderung zu rechnen. Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-1182	
1002648	
1008468	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Elsdorf/Widdendorf?????????. einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund ?117?. ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ?2?. ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Schutz der Landschaft und landwirtschaftsorientierter Erholung im Bereich Wiebach /Mannheimer Flies/ Widdendorf Richtung Heppendorf und Thorr [Abbildung] [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich wohne seit 40 Jahren in der Gemeinde Simmerath im Ortsteil Steckenborn. Mit Sorge betrachte ich als ehemalige Ratsfrau die ehrgeizigen Pläne der Gemeinde, weitere zusätzliche Gewerbegebiete und auch Wohngebiete auszuweisen, was mit einem überproportionalen Flächenverbrauch verbunden ist. In meiner Stellungnahme beziehe ich mich auf die ausführliche Begründung der Bezirksregierung zur Aufstellung des Regionalplanes und zitiere hier besonders Kapitel 4, Freiraum (Seite 128): ?Der Sicherung und Entwicklung des Freiraums soll besondere Bedeutung beigemessen werden. Grundsätzlich ist der Freiraum zu erhalten und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend zu entwickeln, sodass natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden können.? Das von der Gemeinde Simmerath angedachte Gewerbegebiet widerspricht den oben zitierten Ausführungen. Ich unterstütze voll und ganz die Einschätzung der Planer Bosch und Partner im Umweltbericht. SIM\_GIBz\_1, Seite 4 (Prüfbögen). Sie erwarten erhebliche Umweltauswirkungen. Ich möchte folgende Ergänzungen anführen: 1. Der Flächenverbrauch des Plangebiets wird mit 27,3 ha angegeben. In Planung befindet sich bereits heute ein kleineres Gewerbegebiet südwestlich des neuen Plangebiets. Es ist auf den vorliegenden Zeichnungen noch nicht eingetragen. (siehe die von mir per Hand eingezeichneten blauen Flächen in der angehängten Karte) Zählt man dieses Gebiet hinzu und auch die in Planung befindliche neue Straße (Kn9) zwecks Erschließung, so ergibt sich ein deutlich größerer Flächenverbrauch. Da die Gemeinde bereits über zwei große bestehende Gewerbegebiete verfügt, die es zu optimieren gilt, ist die zusätzliche Planung im Regionalplan nicht verhältnismäßig. 2. Das Plangebiet liegt etwa mittig in einem Dreieck, an dessen ? Spitzen? sich Naturschutzflächen befinden: Weidenbach (südöstlich), Tiefenbach (südwestlich), Fischbach (nordwestlich) mit den jeweiligen geschützten Quellgebieten der Bäche. Eine großflächige Versiegelung durch das geplante Gewerbegebiet wird sich meiner Meinung nach negativ auf den Wasserhaushalt dieser Bäche auswirken. (Siehe hierzu auch den von mir ergänzten Kartenausschnitt! Die Naturschutzflächen habe ich grün umrandet.) 3. Besonders das Gebiet des Fischbaches zwischen Simmerath und Witzerath (auf der im Plan vorliegenden Karte noch nicht eingezeichnet!) weist eine hohe Artenvielfalt auf. Nachgewiesen ist seit Jahren der Blauschillernde Feuerfalter. Vögel, u.a. die geschützte Waldohreule nisten dort und nutzen mit andere Vögeln (Sperber, Bussard usw.) das offene Grasland des Planungsgebiets als Habitat. Selbst ein Vorkommen des Kiebitz kann nicht ausgeschlossen werden. 4. Bereits jetzt ist der Bau einer zusätzlichen Straße (Kn9) für das Gewerbegebiet in der Offenlage.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der geplante GIBz ist gemäß dem städteregionalen Gewerbeflächenkonzept der zentral bedeutsame Standort für die Eifelgemeinden.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Diese würde die noch zusammenhängende Hochfläche im Landschaftsschutzgebiet fast mittig durchschneiden. Diese Straße ist politisch umstritten und wegen der bereits vorliegenden artenschutzrechtlichen Untersuchungen anfechtbar.

Diese geplante Straße und ggf. das zusätzliche Gewerbegebiet bedeuten einen erheblichen Eingriff in die bestehenden Heckenlandschaftreste (schutzwürdiges Biotop!) und sind eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme. Ebenso kann für die bereits nachgewiesenen Fledermausbestände der Bau der Straße und des Gewerbegebiets der Tötungstatbestand bedeuten. 5. In einem aktuellen Fachbeitrag des LANUV.NRW (Mai 2020) hinsichtlich der Nutzungen im Raum wird der Reduzierung des Flächenverbrauchs eine zentrale Bedeutung zugeschrieben , u.a. bezüglich des Wasserhaushaltes , des regionalen Klimas und der Beeinträchtigung bzw. Zerstörung der Lebensräume von Flora und Fauna. Im Hinblick auf Klimawandel und Artensterben ist demnach unbebauter Boden als endliche Ressource zu schützen. In dem Fachbeitrag wird als Ergebnis der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung unzerschnittenen verkehrsarmen Räume (UZVR) eine besondere Bedeutung zugesprochen. Explizit kommt der Städteregion Aachen (u.a.) für den Bereich Eifel ?eine besondere Verantwortung bei der Bewahrung dieser Flächen vor Zerscheidung? zu. (S. 39) Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege NRW - Fachbeiträge - koeln Ich schließe daraus, dass es im dringenden öffentlichen Interesse liegt, diese Hochfläche bei Simmerath zu erhalten und nicht große Teile davon zu verbrauchen und zu versiegeln. Im Abwägungsprozess zwischen den Interessen des Naturschutzes und dem Interesse, neue Gewerbegebiete zu erschließen, sind aus meiner Sicht die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege gewichtiger und drängender . Die zu erwartenden Umweltauswirkungen laufen den immer drängender werdenden Herausforderungen bezüglich Klimaveränderungen und Artenschwund entgegen. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].



**Inhalt****1. Allgemein:**

Wir kritisieren, dass es für uns kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) unsere Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass wir als Betroffene derart suchen müssen, um an zuverlässige Informationen zu kommen.

**2. Persönliche Betroffenheit:**

Nach Sichtung der Karten sind wir wie folgt (auch mit Pachtflächen) betroffen:

- a. Gemarkung Berghausen Flur 5 Flurstücke: [ANONYMISIERT]
- b. Gemarkung Hasenpohl Flur 6 Flurstücke: [ANONYMISIERT]
- c. Gemarkung Hasenpohl Flur 9 Flurstück: [ANONYMISIERT]
- d. Gemarkung Ittenbach Flur 2 Flurstücke: [ANONYMISIERT]
- e. Gemarkung Ittenbach Flur 8 Flurstück: [ANONYMISIERT]
- f. Gemarkung Berghausen Flur 5 Flurstücke [ANONYMISIERT]

Diese Grundstücke stellen unseren Forstbetrieb / landwirtschaftlichen Betrieb dar, den wir seit über 175 Jahren führen. Nun möchten Sie Teile unserer Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) // als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Dieser Planung widersprechen wir und erwarten, dass diese Planung zurückgenommen wird!

Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung unseres kleinen Betriebes existenziell gefährden. Wir wollen z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, und Boden bewirtschaften dürfen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bin Eigentümer eines Betriebes der Land- und Forstwirtschaft bei Eitorf im Siegtal. Daher bin ich durch die Festsetzungen des Regionalplanentwurfs hinsichtlich Einschränkungen in der Flächenbewirtschaftung und der Flächenentwicklung betroffen. Der Plan ist ein direkter Eingriff in mein Eigentum. Ich beziehe Stellung zu diesem Entwurf zudem als Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft Eitorf ([www.fbgeitorf.de](http://www.fbgeitorf.de)), einem Zusammenschluß von etwa 300 regionalen Waldbauern im Gebiet der Gemeinde Eitorf, die ebenfalls von den Festsetzungen und Einschränkungen des Entwurfs betroffen sind. Der Bezirksregierung liegen die ausführlichen Stellungnahmen des Waldbauernverbandes NRW e.V. vom 23.8.2022 und der Gräflich Nesselrodeschen Zentralverwaltung/Forstbetrieb Herrnstein vor. Diesen Stellungnahmen schließe ich mich mit der Aufforderung zu konkreten Änderungen am Planentwurf an. Ich verzichte insofern hier auf eine Wiederholung der einzelnen Textbeispiele und Änderungsvorschläge und halte meine kritischen Eindrücke bei der Lektüre allgemein: - Der grundsätzlich begrüßenswerte Ansatz einer Aufwertung des ländlichen Raums durch Vertragskooperationen zwischen Land-/Forstwirtschaft und Naturschutz, das Ziel eines Ausgleichs von Eigentums,- Wirtschafts- und Erholungsinteressen wird durch diesen Entwurf nicht erreicht: Der Entwurf stärkt eine einseitige, wissenschaftlich sehr angreifbare Sichtweise von Ökologie und Klimaschutz. Er schwächt alle diejenigen, die Land und Wald bewirtschaften und damit die natürlichen Ressourcen für alle bereitstellen. Das ?Land? soll noch stärker zum guten Gewissen und Diener städtischer Bedürfnisse und Fehlentwicklungen werden: ?Die Nordeifel und das Bergische Land mit dem Siegtal dienen mit ihrem hohen Freiraumanteil, insbesondere den Wäldern, [?] den Einwohnern der Agglomerationen zur landschaftsorientierten Erholung und als Ausgleich innerstädtischer Hitzebelastungen? (S. 25). - Der neue Entwurf ist ein planwirtschaftliches Instrument, dass unzulässigerweise in Grund-/Eigentumsrechte eingreift: Basis ist ein planerisch-statisches Verständnis von Ökologie. Abgrenzungen etwa beliebig großer Schutzflächen gegenüber Nichtschutzflächen sind ökologisch unsinnig - die Umwelt interessiert sich nicht für planerische Abgrenzungen. Konsequenz dieses statischen Verständnisses ist eine nahezu flächendeckende und daher willkürliche BSN...-Gebietsausweisung zu Lasten der Land und Forstwirtschaft. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und die Spezifikationen des Schützenswerten sind fraglich bis unzureichend, Maßnahmen/Einschränkungen werden zudem in ihren rechtlichen Auswirkungen für den Eigentümer nicht klar präzisiert. Zu dieser gesinnungsgetriebenen Sichtweise gehört auch die Auswahl wissenschaftlich einseitiger, schwer zugänglicher Fachbeiträge wie der der LANUV als wichtiger Plan-

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Basis für die BSN-Ausweisung. Dieses Vorgehen ermöglicht keine Prämissendiskussion, es widerspricht wissenschaftlicher und planungsrechtlicher Sorgfaltspflicht und lässt die Landnutzer oder Eigentümer stattdessen auch kommunikativ außen vor. - Ein Eingriff in Eigentumsrechte bzgl. Bodennutzungen, Nutzung, Pflege und Waldentwicklung/Baumartenfestsetzungen (S. 58) darf nicht auf einer schwer einsehbaren, intransparenten ?Fachbeitragsbasis? erfolgen. Er ist nicht durch pauschale, beliebige Ziele wie ?bessere Luftqualität? oder bessere Erholungs- und Freizeitoptionen etc. von Menschen aus Ballungsräumen legitimiert. Mein Fazit: Der angestrebte kooperative Ansatz und die Bereitstellung gewünschter und dringend benötigter Ressourcen (Holz/Getreide/Feldfrüchte) wird samt Klimaschutz scheitern, wenn immer mehr Flächen aus der Bewirtschaftung genommen werden, wenn wie hier flächendeckend ganze Gebiete durch immer weitere BSN-BSL-Ausweitungen überplant werden. Die Frage stellt sich, wieso das nachhaltige, generationenübergreifende Wirtschaften von Landwirten und Waldbauern überhaupt in diesem Maße überplant werden muss - ordnungsgemäße Waldwirtschaft etwa ist per se aktiver Klimaschutz! Wir alle erleben zunehmend, wie sich Globalisierung neu aufstellt und Deutschland aktuell dabei verliert. Rohstoffe sind knapp, Energiepreise explodieren, Versorgungsengpässe sind an der Tagesordnung ? dieser Entwurf hilft auch im Rhein-Sieg-Kreis weder der Versorgungssicherheit noch dem Klima und den Menschen.

AZ: Ö-M-1186	
1002653	
1008472	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Stommeln?????????. einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 95? ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 95?. ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1187	
1002654	
1008477	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümerin mehrerer Grundstücke, welche ackerbaulich genutzt werden. Von dem neuen Regionalplan liegen diese verpachteten Grundstücke im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008477]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für den landwirtschaftlichen Betrieb meines Pächters existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008477_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1188	
1002656	
1006662_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Betreff: Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan - Kreis Heinsberg - Stellungnahme gegen die Pläne für ein GIB regional zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden</p> <p>Ich spreche mich gegen die im neuen Regionalplan enthaltenen Pläne für die Erschließung eines GIB regional im Kreis Heinsberg, konkret zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden aus. Begründung: Als Bewohnerin der Ortschaft Waldenrath bin ich unmittelbar von den Plänen betroffen. Ich lebe hier seit vielen Jahren mit meiner Frau und meinen beiden Kindern. Meine Schwiegereltern sind ebenfalls ortsansässig. Waldenrath weist in seiner dörflichen Struktur ein gerade für junge Familien sehr attraktives und sehr aktives Vereinsleben auf. Diese Strukturen können nur weiter funktionieren, indem sie gepflegt und fortgeführt werden. Bislang ist das Leben hier auf dem Land mit seinem ländlichen Charakter und der unmittelbaren Nähe zur Natur sehr attraktiv auch für junge Familien.</p> <p>Gerade in Waldenrath möchten sich auch weiterhin viele junge Leute ansiedeln, die die gute Verkehrsanbindung zu den nächstgrößeren Städten schätzen, aber gleichzeitig die Vorzüge des Landlebens für ihre Familien, sowie das breitaufgestellte Freizeitangebot in Anspruch nehmen möchten. Dies stellt sich in der letzten Vergangenheit als schwierig dar, da es an Baugrund fehlt und die Erschließung neuer Baugrundstücke unbedingt notwendig macht. Fehlende Bauflächen führen zu weniger Ansiedlung und stellen damit eine Gefahr für das ?Aussterben? eines Dorfes wie Waldenrath dar. Anstelle neuer Bauflächen soll nun eine Gewerbe- und Industriegebiet regional in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung entstehen. Durch die zusätzlichen Emissionen, sowie Lärm- und Geruchsbelästigung würde die Lebensqualität deutlich minimiert. Für unsere Wohnimmobilien kann uns eine deutliche Wertminderung erwarten. Wie sind durch die B56n und die NATO Airbase bereits in unserer Lebensqualität eingeschränkt. Eine zusätzliche Belastung würde junge Leute davon abhalten, sich in den betroffenen Orten anzusiedeln. Das für das GIB regional geplante Gebiet liegt westlich der Dörfer Waldenrath und Pütt. Durch den überwiegend aus westlicher Richtung kommenden Wind wären diese beiden Ortschaften in besonderer Weise von den damit einhergehenden Belästigungen betroffen. Es geht hier um unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder, den Erhalt eines Stückchens Natur und das Erreichen der Klimaziele!!!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-1189	
1002657	
1006663_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: öffentliche Neuauftellung Regionalplan, GIB Regional Waldenrath/Birgden</p> <p>Wir als Waldenrather wollen uns ganz klar gegen ein GIB positionieren. Wir wollen das unsere Kinder und auch Enkel und Enkelkinder in einem Dorf leben, so wie es aus sich heraus gewachsen ist und nicht wie es künstlich durch ein Gewerbe- und Industriegebiet ausgeweitet wird. Wir wollen keinen Lärm, keine Emissionen, nicht noch mehr Verkehr und auch nicht noch mehr neue Schnellstraßen! Wir wollen ein DORF bleiben, sonst wären wir in die Stadt gezogen! Wir sind froh, dass unsere Kinder das Glück hatten eine Baustelle zu finden. Sie wohnen alle seit knappen 6 Jahren wieder in Waldenrath und haben noch ihre Kredite abzuzahlen. Wir wollen das Waldenrath weiterhin für sie attraktiv bleibt. Wir wollen einfach nur ein Dorf bleiben. Das GIB mag für den Verkehr strategisch günstig liegen, für Lärm, Emissionen etc. für die Waldenrather leider ganz ungünstig, da der Wind fast immer vom GIB in den Ort wehen wird. Wir wollen kein GIB weder Plus noch Regional. Schlimm genug, wenn es auf Birgdener Seite realisiert wird, weil wir keinen Einfluss darauf nehmen können. Wir hoffen das die vielzähligen Gegenstimmen zum geplanten Projekt Gehör finden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-119	
1001325	
1005649	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln hat der Rat der Stadt Rösrath in seiner Sitzung am 20.06.2022 beschlossen, den Bereich "Paffrather Hof" in Rösrath-Mitte für Erweiterungsflächen des Schulbergs Freiherr-vom-Stein als Allgemeines Siedlungsgebiet (ASB-Fläche) festzulegen. Ich rege an, diesen Änderungsvorschlag der Stadt Rösrath abzulehnen.</p> <p>Bei der Fläche handelt es sich um ein ökologisch wertvolles Mischwaldstück mit altem Baumbestand sowie um eine landwirtschaftlich genutzte Wiese im Randbereich des Naherholungsgebietes Königsforst. Eine Rodung des Waldes zum Zwecke der Bebauung und eine Bodenversiegelung des auf dem Plateau eines Hügels gelegenen Areals würde der Natur nachhaltig schaden. Die Versickerungsfläche in der Höhenlage trägt dazu bei, die Überschwemmungsgefahr für die Bebauung im Sülztal, die im Sommer 2021 in katastrophaler in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt ist, zu reduzieren.</p> <p>Eine bauliche Erweiterung des Schulgeländes, die nach dem Willen des Stadtrates auf den Naturflächen erfolgen soll, kann auf dem bereits genutzten Gelände des Schul- und Sportzentrums realisiert werden. Lückenschlüsse innerhalb des schon bestehenden Allgemeinen Siedlungsgebiets sind somit möglich. So könnten die großen Parkplatzflächen besser ausgenutzt oder die derzeit nicht für den Schulbetrieb verwendeten Bereiche des bereits vor wenigen Jahren gerodeten Schulwaldes in geeigneter Weise bebaut werden. Auch Aufstockungen der bestehenden Gebäude sind denkbar. Dadurch würden zusätzliche Eingriffe in natürliche Böden und eine Flächenausdehnung der Bebauung zu Lasten der Umwelt vermieden.</p> <p>Wie sich die Schülerzahlen und der Raumbedarf der Rösrather Schulen in den nächsten Jahren entwickeln werden, ist der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik gar nicht genau bekannt; eine entsprechende Untersuchung bleibt abzuwarten. Auf dieser unklaren Grundlage die Beseitigung wichtiger Naturräume für eine Erweiterungsbebauung des Schulzentrums ins Auge zu fassen und diese Absicht im Regionalplan festzulegen, erscheint voreilig.</p> <p>Ich wende mich deshalb gegen eine Ausweitung des Allgemeinen Siedlungsgebiets in Rösrath-Mitte (Paffrather Hof, Erweiterung Schulberg Freiherr-vom-Stein, Rö6), wie sie</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung der Kommune bezieht sich auf die Erweiterung eines ASB (s. StnID 1004586).</p> <p>Zudem werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der</p>

die Stadt Rösrath in ihrer Stellungnahme zum Regionalplan beantragt.

[s. Anhang Abb StnID\_1005649]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1005649.pdf](#)

Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.

## Inhalt

### Erweiterung Gewerbegebiet Herreshagen

Wir haben Ende Juli 2022 erstmals erfahren, dass eine Erweiterung des Gewerbegebiets Herreshagen in Planung ist, und wir nehmen die vorerst letzte Möglichkeit wahr, unsere Stellungnahme hierzu abzugeben.

Zunächst waren wir sehr betroffen und entsetzt, dass man in Betracht zieht, dieses schöne Fleckchen Natur mit seiner einzigartigen Weitsicht, wo es u.a. auch noch seltene Vogelarten wie den Rotmilan zu bewundern gibt, zu zerstören und als Gewerbegebiet in Anspruch zu nehmen.

Unsere Gegend wird gerne als Naherholungsgebiet für Familienausflüge, Spaziergänge mit und ohne Hund, zum Joggen, Ausritte zu Pferde, Pilze und Beeren sammeln, Drachen steigen lassen etc. genutzt. Man braucht nicht erst weit mit dem Auto zu fahren, um in seiner Freizeit mal abzuschalten und sich zu erholen.

Dies wird dann alles nicht mehr möglich sein, und die Menschen, die hier leben oder auch Besucher würden einer enormen Ruhestörung ausgesetzt. Wobei wir jetzt schon einem erheblichen Verkehrslärm durch den Berufsverkehr auf der L 306, beginnend schon morgens ab 5.30 Uhr und teilweise auch früher ausgesetzt sind. Obwohl die Durchfahrt für Schwerlastverkehr untersagt ist, fahren die Lkw's hier durch (und die Anhänger scheppern sehr laut bedingt durch Absätze in der Fahrbahndecke/Spurrillen). Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf max. 50 km halten im übrigen die wenigsten ein.

Nicht nur der Lärm, auch die Sicherheit vor allem der Kinder, die zu und von den Bushaltestellen unterwegs sind, würden, die Probleme noch vergrößern, wenn die Pläne einer Erweiterung des Gewerbegebiets umgesetzt würden.

Wie wir gehört haben, soll es außerdem genug Gewerbegebiet geben und eigentlich kein weiterer Bedarf bestehen?!

Also warum dann unnötigerweise Land und Natur zerstören und zubetonieren, was noch zusätzlich unsere Klimaprobleme verstärken würde (u.a. auch die Folgen durch Starkregen).

Das sind nur einige Aspekte, die wir hier anmerken wollen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Wir hoffen, dass die Pläne noch einmal überdacht werden, zumal bekannt ist, dass die Landbesitzer die hier mit größeren Flächen betroffen wären, gar nicht verkaufen wollen.

Bedenken Sie das und vor allem denken Sie an die Menschen und zerstören Sie nicht ohne Not die ohnehin schon durch Umwelteinflüsse geschundene Natur.

**Inhalt**

Als Betreiberin einer Glasschmelzanlage in Stolberg regen wir hiermit höflichst an, für den in Stolberg gelegenen Bereich der sogenannten Vegla-Polder die bisher vorgesehene zeichnerische Festlegung als allgemeiner Freiraumbereich sowie (teilweise) als Gebiet für den Schutz der Natur und als Waldbereich zu ändern. Stattdessen sollte der Bereich der Vegla-Polder in den im Entwurf des Regionalplans benachbart für die Fläche einer ehemaligen militärischen Liegenschaft vorgesehenen Bereich für gewerblich und industrielle Nutzungen (GIB) einbezogen werden. Alternativ kommt eine zeichnerische Festlegung des Bereichs der Vegla-Polder als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie in Betracht.

Die angesprochenen Bereiche der Stadt Stolberg sind im nachfolgenden Auszug aus den vorgesehenen zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans (Blatt 08-09 - Stadteregion Aachen) in roter Farbe umrundet. Nähe Informationen zu diesen Flächen und den weiteren Hintergründen können Ihnen auch das Umweltamt der Städteregion Aachen und deren Leiterin, [anonymisiert] erteilen [s.Anhang Abb. 1006833\_1].

Zur Begründung unserer Anregung ist auf folgendes hinzuweisen: Die Vegla-Polder sind ehemalige Auflandungsflächen, die als "Altablagerung VEGLA-Polder" unter der Kataster-Nr. 5203-0361 bei der Städteregion Aachen als Altlast geführt werden. Sie weisen eine Größe von ca. 18,6 ha aus. Der Name stammt von der Abkürzung VEGLA des Unternehmens Vereinigte Glaswerke GmbH, dessen Rechtsnachfolgerin unser Unternehmen ist. Die Vereinigten Glaswerke benutzten zur Herstellung von planen Glasoberflächen bis 1973 ein Verfahren, in dem Glas geschliffen und poliert werden musste. Dazu wurde Quarzsand mit Wasser verwendet, das anschließend mit dem Glasabrieb über Rohrleitungen in künstlich angelegte Auflandungsflächen gepumpt und aufgespült wurde. Dieses Verfahren ist seit mehreren Jahrzehnten eingestellt. Die Vegla-Polder sind nunmehr trocken und der Natur überlassen; sie sind inzwischen überwiegend bewaldet. Jedoch durchdringt Regenwasser den Boden und löst aus darunter liegenden, braunkohlehaltigen Erdschichten Huminsäure aus. Die austretende schwarze Flüssigkeit gelangt in den hier in östlicher Richtung verlaufenden Saubach und verschlechtert dessen Wasserqualität.

Vor diesem Hintergrund geht das Umweltamt der Städteregion Aachen von einem Sanierungsbedarf und dem Erfordernis einer Abdichtung der Polder aus. Hierzu laufen bereits langjährig Untersuchungen und darauf beruhende Gespräche mit uns. Die Sanierung der Vegla-Polder ist bei jeder in Betracht kommenden Sanierungsvariante mit Eingriffen in den Naturhaushalt, einer Betroffenheit des Artenschutzes und einer

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Im Übrigen gilt in Bezug auf die Festlegung eines GIB: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen

Entwaldung des Gebiets verbunden. Ohne derartige Eingriffe ist eine Sanierung ausgeschlossen. Es werden eine Vielzahl von Genehmigungen, Erlaubnisse und Befreiungen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und ggf. auch ein Bebauungsplan erforderlich sein.

Aktuell sind wir mit der Städtereion Aachen zu der von uns bevorzugten Sanierungsvariante einer Trapezblechabdeckung mit Solardach im Gespräch. Diese hätte den Vorteil, auf umfangreiche Erdarbeiten zur ansonsten erforderlichen Profilierung des Geländes verzichten zu können. Auch Standsicherheitsprobleme durch ansonsten erforderliche Erdarbeiten an Dämmen ließen sich so vermeiden. Zudem könnten wir durch diese Freiflächensolaranlage in der räumlichen Nähe zu unserem Glaswerk in Stolberg Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, der im Glaswerk unter Nutzung eines Elektrolyseurs in Wasserstoff für die zukünftig klimaneutrale Beheizung der Glaswanne zum Schmelzen von Glas eingesetzt werden soll. Es handelt sich hierbei um ein wichtiges Projekt zur Sicherung der industriellen Arbeitsplätze in der Region und zur Transformation hin zu einer klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft.

Die im bisherigen Entwurf des neuen Regionalplans für den Bereich der Vegla-Polder vorgesehenen zeichnerischen Festlegungen könnten dieser Sanierungsvariante möglicherweise entgegenstehen. Denn sie sind auf Zielfestlegungen gerichtet, die in Verbindung mit den vorgesehenen textlichen Festlegungen des Ziels 19 (Gebiete für den Schutz der Natur als Vorranggebiete) und des Ziel 22 (Waldbereiche als Vorranggebiete) sowie der vorgesehenen textlichen Festlegung des Ziels 38 (grundsätzliche Unzulässigkeit von Solaranlagen in Vorranggebieten) möglicherweise raumordnungsrechtlich dem Vorhaben einer Sanierung der Vegla-Polder durch eine Abdeckung mit Solardach entgegenstehen.

Die von uns angeregte Entwurfsänderung wäre mit der Grundkonzeption des neu aufzustellenden Regionalplans vereinbar. Sie wurde planerisch unter Berücksichtigung der Flächengröße des Polder-Bereichs lediglich eine Arrondierung der ohnehin für den Bereich der ehemaligen militärischen Liegenschaft vorgesehenen zeichnerischen Festlegung eines GIB-Bereichs darstellen, ohne die für die Stadt Stolberg regionalplanerisch vorgesehene Planungskonzeption grundlegend zu verändern. Mit der angeregten Entwurfsänderung wäre im Zusammenhang mit einer Umsetzung der Planung auch keine Eingriffe in den Naturhaushalt und den Wald verbunden, die nicht ohnehin im Sanierungsfall erfolgen und ausgeglichen werden müssen. Der Polder-Bereich ist eine vorbelastete Fläche und eine Aufschüttung, die nach erfolgter Sanierung versiegelt sein muss, um die bisherigen Versickerungen von Niederschlagswasser und die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zu verhindern. Die angeregte Entwurfsänderung stünde daher auch mit der beabsichtigten textlichen Festlegung des Grundsatzes 67 zum flächensparenden Ausbau der Solarenergie in Übereinstimmung. Danach kommen

Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist (s. Stellungnahme der Stadt Stolberg, Stn ID 1003451).

gerade ehemalige Halden und Deponien als Standorte für Freiflächensolaranlagen in Betracht. Die Polder-Fläche hat schließlich unter Berücksichtigung der Erläuterung 1 zur vorgesehenen textlichen Festsetzung des Ziels 39 eine ausreichende Größe zur Festlegung im Regionalplan.

Die angeregte Entwurfsänderung stünde auch in Übereinstimmung mit dem Landesplanungsrecht. Zeichnerische Zielfestlegungen auf Landesebene gehen von einer Darstellungsschwelle von 150 ha aus werden dem Regionalplaner zur Konkretisierung überlassen. Damit ist es im Sinne einer Arrondierung statthaft, die angeregte Änderung noch im Siedlungsraum zu verorten. Die Nutzung von Aufschüttungen als Standort für Solaranlagen und damit einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden sieht das Ziel 10.2-5 des Landesentwicklungsplans NRW ausdrücklich vor.

Schließlich steht unsere Anregung auch in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Landesregierung. Die diese tragenden politischen Parteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich dafür ausgesprochen, Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie zu Reduzierung des Flächenverbrauchs vorrangig auf belasteten oder versiegelten Flächen zu errichten. Derartige Flächen sollen möglichst unbürokratisch nutzbar gemacht werden. Die Vegla-Polder bieten insofern eine gute Chance und Gelegenheit, eine bodenschutzrechtlich erforderliche Sanierung dazu zu nutzen, die Solarenergie verstärkt zu nutzen und hierdurch auch den Übergang zu einer Wasserstoffwirtschaft zu fördern.

Wir bitten höflichst, unsere Anregung zu berücksichtigen. Für Rückfragen und weitere Erläuterungen stehen wir gerne zur Verfügung.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006833\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-1192	
1002659	
1006835	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen -sowohl Eigentums- als auch Pachfflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN-oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen waren dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-1194	
1002660	
1006837	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] Weilerswist [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Anhand der Karte habe ich festgestellt, das rd. 3 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen und 22 Hektar gepachtete Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Zudem sollen in meinem Eigentum stehende 13 Hektar Ackerflächen sowie 56,5 Hektar gepachtete Ackerflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweisung von BSN-Flächen als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann mit der bereits oben beschriebenen Konsequenz. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten flächenmäßigen Umfang der Betroffenheit die Existenzfähigkeit meines landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1195

1002661

1006669\_001

#### Inhalt

zu dem Entwurf eines Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung : Ich bewirtschafte in 53859 Niederkassel-Ranze! einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Intensiver ackerbaulichen Nutzung. In dem neuen Regionalplan ist das Flurstück, Gemarkung [ANONYMISIERT] mit einer Größe von 32 ha als Fläche zur gewerblichen und industriellen Nutzung dargestellt. Den größten Teil dieser Parzelle hat meine Familie nun schon über 90 Jahre in Pachtung und Bewirtschaftung. Ein Verlust wäre für meinen Betrieb existenzbedrohend.

Aufgrund der Größe und der Bodengüte handelt es sich bei der obigen Parzelle um eine überaus ertragreiche und für die weitere landwirtschaftliche Nutzung und die Versorgung mit Nahrungsmitteln wichtige Parzelle. Die ständig zunehmende Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen sollte unterbleiben. Gerade auch im Hinblick auf die Klimaveränderung leisten landw.Flächen einen Beitrag zur Grundwasserneubildung, zur Luftreinhaltung und zu Abmilderung der Temperaturextreme. Industrielle und Gewerbliche Nutzungen sollten auf die Flächen mit industrieller Vorbelastung konzentriert werden. Hier ist in unmittelbarer Nähe das Werksgelände der Evonik zu nennen, die Ihre Tätigkeit dort einstellen will. Es deutet sich die Entstehung einer Industriebrache mit größtem Flächenpotential an. Aus den vorgenannten Gründen sollte auf die geplante Ausweisung obiger Fläche zur gewerblichen Nutzung verzichtet werden. Ich bitte um die Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wurde aufgrund der Anregung der Stadt Niederkassel bereits geändert d.h. das angesprochene GIBreg aus dem Plan gestrichen. (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1196

1002662

1006670\_001

#### Inhalt

Stellungnahme zur Neuauflistung des Regionalplans Köln hier: GIBplus bzw. GIBregional zwischen Heinsberg-Waldenrath und Gangelt-Birgden

Bei der Neuauflistung des Regionalplans Köln soll u.a. beiderseits der zwischen Waldenrath und Birgden vorhandenen Zufahrt zur B 56 n entweder ein GIBplus mit mehr als 40 ha für Großunternehmen mit einem Flächenbedarf von mindestens 5 ha oder ein GIBregional mit 24 ha für regionale Gewerbeansiedlungen dargestellt werden. Ich bin gegen die Darstellung eines GIBplus, weil durch diese Darstellung und künftige Verwirklichung für die Wohnbebauung der angrenzenden Ortslagen Waldenrath und Pütt aufgrund der regionalplanerischen Vorgaben mit einer deutlich hohen Belastung durch stark emittierende Unternehmen zu rechnen ist. Dagegen befürworte ich den Antrag der Stadt Heinsberg, im Bereich des Stadtteils Donselen in unmittelbarer Nähe der A 46 ein GIBplus im Regionalplan Köln auszuweisen. Die Darstellung und künftige Verwirklichung eines GIBregional zwischen Waldenrath und Birgden ist für mich nur dann akzeptabel, wenn im von der Stadt Heinsberg und der Gemeinde Gangelt demnächst gemeinsam aufzustellenden Bebauungsplan festgesetzt und von der zuständigen Aufsichtsbehörde gebilligt wird, dass Gewerbeansiedlungen, die z.B. Staub, Lärm und/oder Geruch an die Umgebung abgeben, unzulässig sind, so dass Belastungen für die Ortslagen Waldenrath und Pütt nicht zu befürchten sind. Wie erst jetzt zu erfahren war, beantragt die Gemeinde Gangelt den ihr zustehenden Bedarf an Gewerbeflächen von rund 14 ha auf Gangeiter Gebiet an den vorgenannten GIBregional anzuschließen, und zwar unmittelbar südlich der Ortslage Waldenrath, so dass hier möglicherweise ein 38 ha großer Gewerbe- und Industriebereich die Ortslage ständig belasten würde. Aus diesem Grunde bin ich gegen diese Erweiterung des GIBregional unmittelbar südlich von Waldenrath.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1197	
1002663	
1006671_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>A. MANAGEMENT SUMMARY</p> <p>1. Individuelle betriebliche Betroffenheit: Der forstwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb (15 Mitarbeiter zzgl. externe Unternehmer) des Unterzeichners wird durch die planerischen Festsetzungen des Regionalplanentwurfes (BSN) mit etwa 75% seiner gesamten Betriebsfläche betroffen. Nach den Festsetzungen im Entwurf sind "Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen." Damit ist Betrieb zu 75% von einer forstwirtschaftlichen und ggf. einer betrieblichen Entwicklung jenseits der Forstwirtschaft (z.B. erneuerbare Energien) ausgeschlossen. Hier muss planerisch erheblich korrigiert werden, um die Überlebensfähigkeit unseres mittelständischen Forstbetriebs zu gewährleisten.</p> <p>2. Ländlicher Raum als "ökologischer Sündenbock": Bei der Lektüre des Entwurfes muss mehr Ausgewogenheit angemahnt werden. Ein Eindruck, dass der ländliche Raum durch erhebliche Einschränkungen ökologisch für schwerwiegende Entwicklungen des urbanen Raumes haftet, muss unbedingt vermieden werden. An dieser Stelle ist wenig Raum für Romantik. Eine ernsthafte Sicherung der zwingend nötigen (Ukraine-Krieg) natürlichen Ressourcen (Getreide, Holz, Hülsenfrüchte, Gemüse etc.) erfolgt nicht durch Stilllegungen und die fortwährende Fortsetzung der Vorbereitung von Schutzgebietsausweisungen (über BSN, BSLE). Die Urproduktion braucht Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen, um lebens- und konkurrenzfähig zu bleiben und Versorgungssicherheit zu gewährleisten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Es werden darüber hinaus allgemeine Informationen zur Thematik der Holzproduktion gegeben.</p>

--	--

**Inhalt****B. ABSTRAKTE ANMERKUNGEN**

1. Regionalplan-Entwurf - Zusammenfassung: Die Bezirksregierung Köln hat den Entwurf eines neuen Regionalplanes als Nachfolgeplanung des 2003 verabschiedeten und 2009 aktualisierten bestehenden Regionalplans vorgelegt. Dieser Entwurf - als Versuch - die Interessen aller Beteiligten Akteure sinnvoll zu versöhnen - weicht in einseitiger und erheblicher Weise zu Lasten des ländlichen Raumes, insbesondere zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft, von dem derzeit geltenden Planungswerk ab. Diese Abweichungen sind in ihrer Massivität weder sinnvoll noch begründbar und führen zum Gegenteil dessen, was der Regionalplan erreichen soll - einer Versöhnung der unterschiedlichen Interessen. Vielmehr zeichnet sich im jetzigen Entwurf ab, dass dem Planungsträger an mehreren Stellen praktischer Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten im ländlichen Raum abhandengekommen ist. Dies trifft insbesondere die private und kommunale Land- und Forstwirtschaft mit ihren nachgelagerten Betrieben, die nach wie vor die Lebensader des ländlichen Raumes bilden. Es bedarf einer Korrektur dieser Entwicklung, um den schwerwiegenden Eindruck auszuräumen, dass die zunehmende Begrenzung und "Ökologisierung" des ländlichen Raumes als romantischer Ausgleich für die ökologischen Sünden des städtisch-urbanen Raumes herzuhalten hat. Der ländliche Raum mit seinen Entwicklungsmöglichkeiten und mit seinen Herausforderungen muss planungsrechtlich als gleichwertiger und gleichberechtigter Stakeholder in den Regionalplan Eingang finden. Auch verkennt der neue Entwurf Ursache und Wirkung. Nicht durch die weitere Ausweisung von Schutzgebietstypen durch den Planungsträger (BSN/BSL) wird schutzwürdige Fläche geschaffen. Die zurückhaltende, nachhaltige Bewirtschaftung von Flächen in der privaten und kommunalen Land- und Forstwirtschaft haben schützenswerte Bereiche erst entstehen lassen! Diese positive Leistung darf nicht planerisch falsch zugeordnet und vereinnahmt werden.

2. Rechtliche Grundlagen/allgemeine Prinzipien: Verfassungsrechtliches Bestimmtheitsgebot: Grundsatz einer öffentlichen Planung muss die Möglichkeit sein, die individuelle Betroffenheit als Kommune, Verein oder privater Eigentümer präzise aus den Planungsunterlagen zu ersehen. Die - zumindest für den einzelnen Betroffenen - digital beim Planungsträger einzusehenden Unterlagen (PDFDokumente) sind dafür nicht geeignet und kommen der rechtstaatlichen Anforderung an die Bestimmtheit nicht nach. Hier besteht grundsätzlich Bedarf für bessere und präzisere Planunterlagen. Mit Blick auf das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot ist dabei auch deutlich zu kritisieren, dass viele "Begründungen" (z.B. Fachbeitrag LANUV) dem planungsrechtlich betroffenen Individuum bzw. der Kommune nur durch persönliche Zuhilfenahme von Mitgliedern des Regionalrates überhaupt zugänglich gemacht wurden. Nicht abschließende Stellungnahme: Vor

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt - von Ausnahmen abgesehen - bei einer Größenordnung von 10 ha.

Darüber hinaus werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

diesem Hintergrund muss die Stellungnahme zum Thema in Bezug auf Abgrenzungsfragen wie auch in Bezug auf mögliche Kritik an Begründungen aus den Fachbeiträgen als vorläufig bezeichnet werden. Dies gilt entsprechend auch für die nachfolgenden Angaben zu den kartographischen Darstellungen. Frist: Um eine Präklusion zu vermeiden muss gleichwohl fristgemäß auf die offengelegten Planungsunterlagen eingegangen werden. Dass der Planungsträger die Offenlagefrist trotz der Tatsache, dass diverse Kommunen und Individuen eine Fristverlängerung angefragt haben, nicht verlängert hat, muss vor dem Hintergrund einer sechsjährigen Vorbereitungsfrist des Planungsträgers selbst zu Unverständnis führen. (Weiter auf S. 4)

**Inhalt****C. KONKRETE ANMERKUNGEN (Individuelle Betroffenheit im Einzelnen)****1. Kartographische Darstellungen:****ABBILDUNG 1**

Nahezu sämtliche Waldflächen, die gelb umrandet (KARTE 1) sind, gehören zum forstwirtschaftlichen Familienbetrieb des Unterzeichners, etwa 2.950 ha Waldbodenfläche. Der gesamte Betrieb liegt im Landschaftsschutzgebiet, was bereits mit erheblichen Einschränkungen verbunden ist. Weitere gut 650 ha liegen im FFR-Gebiet 'Brölbach' und sind als Naturschutzgebiet ausgewiesen und damit der betrieblichen Entwicklung faktisch entzogen - 20% der Fläche. Nun werden in erheblichem Maße BSN geplant, sodass nach dem jetzigen Entwurf geschätzt über 75% der Betriebsfläche betroffen und damit einer forstwirtschaftlich betrieblichen Entwicklung entzogen würden (gelbe Flächen - vgl. nachfolgend KARTE 2).

**ABBILDUNG 2**

Juristisch sind derartige umfassende Festsetzungen als unverhältnismäßige "Sonderopfer" anzusehen, die nur ausnahmsweise statthaft und jedenfalls als enteignungsgleicher Eingriff entschädigungspflichtig wären. Am Betrieb selbst hängen unmittelbar und mittelbar diverse Arbeitsplätze, die bei einer derartigen Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu gewährleisten sind. Weiter führt eine Planung nach dem jetzt vorliegenden Entwurf mit einer derartigen Inanspruchnahme der Flächen des Unterzeichners zu einer Einschränkung der Berufsfreiheit nach Artikel 12 GG. Auch inhaltlich sind die planerischen Festsetzungen zu kritisieren. Ohne örtlichen Bezug und auf dem Reißbrett wurde die Fläche überplant, ein anderer Begriff als "BSN nach dem Gießkannenprinzip" fällt dem Verfasser nicht ein. Inhaltliche Feststellungen einer wie auch immer gearteten - individuellen und konkret nachvollziehbaren Schutzwürdigkeit der betroffenen Gebiete bleiben völlig außer Acht. Verkehrung des Regel-/Ausnahmeverhältnisses: Der Blick auf die obige Karte ist beispielhaft für das gesamte Plangeschehen. Die Überplanungen mit BSN, BSLE oder mit Regionalen Grünzügen sind nicht mehr die Ausnahme, sie sind die Regel. Damit verkehrt der Planungsträger das Verhältnis von Regel und Ausnahme, welche aus den grundrechtlich geschützten Freiheitsrechten ergeben: Die Einschränkung muss die Ausnahme sein, die freie Nutzung die Regel. Insbesondere darf ich freiheitliche Nutzung von Eigentumsrechten durch diese Planung nicht in einen Rechtfertigungszwang geraten. Vielmehr muss der Planungsträger das Ausnahme-/Regelverhältnis wiederherstellen und die Planung von BSN, BSLE und RG erheblich

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume



reduzieren.

Im Einzelnen: Der gesamte Betriebssitz [ANONYMISIERT] mit sämtlichen Betriebsgebäuden, befestigten Flächen und Nebengebäuden unterfällt dem BSN. Hiergegen widerspreche ich ausdrücklich. Es werden befestigte Flächen, intensiv genutzte Grünlandflächen, Gebäude und Scheunen mit einem Federstrich als BSN ausgewiesen. Diese Ausweisung ist zurückzunehmen. Der Betriebssitz [ANONYMISIERT] ist Dreh- und Angelpunkt der unternehmerischen Aktivitäten des Forstbetriebs. Hier müssen die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten gewährleistet werden. Der nördliche Brölhang und der angrenzende Beierter Wald (alle betrieblichen Flächen nördlich der B478), hauptsächlich buchendominierte Mischwaldbestände mit Anteilen stärkerer Eiche, werden umfassend BSN. Hiergegen widerspreche ich ausdrücklich. Die Ausweisung ist zurückzunehmen. Die betroffenen Bestände bilden die betriebliche "Kornkammer" und stellen die Vorräte des Betriebs dar, die in jahrzehntelanger Arbeit vorbereitet und gepflegt worden sind. Sämtliche nach Norden führende Stichtäler („Siefen“) nördlich der Sieg von Bülgenuel bis Eitorf wurden auf unseren Betriebsflächen pauschal als BSN ausgewiesen, vielfach ohne Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten (z.B. intensiv genutzte Grünlandflächen oder Fichtenkahlhiebe). Hiergegen widerspreche ich ausdrücklich. Die Ausweisungen sind zurückzunehmen. Weder sind diese fachlich zu rechtfertigen (z.B. einfache Buchenbestände oder Fichtenkalamitätsflächen), noch darf ein einzelner Betrieb derart stark betroffen werden. Sämtliche Betriebsflächen unterliegen bereits dem Verdikt des "Landschaftsschutzes". Eine zusätzliche Ausweisung ist unverhältnismäßig.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006671\\_003\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006671\\_003\\_2.pdf](#)

und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

1006671\_004

#### Inhalt

Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen: Im Entwurf (S.94) wird festgesetzt, dass bei der Umsetzung von Planungen und Maßnahmen darauf "geachtet werden" muss, „Konflikte mit anderen Nutzungen (z.B. der Land- und Forstwirtschaft)" zu vermeiden. Hilfreich wäre hier ein weitergehender Hinweis, dass die Land- und Forstwirtschaft als Primärproduktion von lebensnotwendigen Gütern im besonderen öffentlichen Interesse arbeitet und planerischen Vorrang genießt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Einzelfallbetrachtung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung. Weiterführende textliche Festlegungen zum Thema Nutzungskonflikte mit der Landwirtschaft wurden in den Grundsätzen: G. 32 "Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten", G. 33 "Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen" und G. 34 "Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten" geregelt.

1006671\_005

#### Inhalt

Landwirtschaft: Im Entwurf (S.107) wird in den Erläuterungen festgesetzt, dass die „Beeinträchtigung der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange“ durch die Regionalplanung vermieden werden soll, um „die Existenz der Betriebe dauerhaft zu gewährleisten“. Es kann als Land- und Forstwirt nicht allein um die Existenz gehen. Hier ist zwingend konsequenterweise der Begriff „Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe“ zu ergänzen, nachdem er bereits zuvor unter G.34 eingeführt wird. Denn in einem dynamischen Umfeld kann der reine Erhalt des Status quo nicht planerisch zukunftsweisend sein.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

In G. 34 des Regionalplanentwurfs wird geregelt, dass Landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden sollen. Die Schaffung neuer Potenziale wurde nicht eingeführt, dies kann die Regionalplanung nicht leisten. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung des vorgenannten Grundsatzes ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Wald: Auf (S.107) im Entwurf heißt es: „Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen.“ Dieser Satz schließt die gesamte Forstwirtschaft- und damit u.a. den gesamten Betrieb des Unterzeichners - pauschal von jeder (unternehmerischen) Entwicklung jenseits der durch Landschaftschutz und BSN eingeschränkten Holzproduktion aus. Vor dem Hintergrund der für Deutschland herausragend wichtigen Entwicklungen z.B. rund um erneuerbare Energien („herausragendes öffentliches Interesse“) im Wald ist der Satz zu streichen oder so umzuformulieren, dass er eine betriebliche Entwicklung zulässt. Die pauschale Aussparung sämtlicher Waldflächen ist planerisch inakzeptabel, die reine Beschränkung auf einen absoluten Ausnahmecharakter (S.108 Entwurf) nicht ausreichend. Der Entwurf (S.110) setzt fest, dass einzelne Waldfunktionen lokal vorrangig sein können, z.B. eine Einschränkung der ökonomischen Funktion durch Baumartenfestsetzungen in Naturschutzgebieten. Grundrechtlich ist das Fruchtziehungs- und damit das Wahlrecht, welche Frucht der Eigentümer auf seinem (Wald-)Boden zieht, geschützt. Es gehört zum Wesensgehalt des Eigentumsrechtes und darf nicht über die Sozialpflichtigkeit abgewogen werden. Entsprechend ist dieser Beispiel-Passus zu streichen. Vorrangig kann nur die Nutzung sein, die der Eigentümer anstrebt. Die Festsetzung, dass eine naturverträgliche Erholung ermöglicht werden soll, ist zu begrüßen. (S.111 Entwurf) Die Praxis zeigt, dass die Mittel, mit denen diese naturverträgliche Erholung erreicht werden soll (Besucherlenkung und Öffentlichkeitsarbeit), allein untauglich sind. Die stete Vermüllung des Waldes und des Offenlandes nimmt zu; dies gilt auch und in erheblichem Umfang für Schutzgebiete. Hier ist dringend zu ergänzen, dass in enger Abstimmung mit dem örtlichen Eigentümer auch ordnungsrechtliche Maßnahmen als Mittel einzuplanen sind, um rechtsfreie Räume zu vermeiden. Unter Ziff. 4.5.3 Waldbewirtschaftung (S.112 Entwurf) wird festgesetzt, dass die „Waldbewirtschaftung dem Klimaschutz“ dienen soll. Der Klimaschutz ist lediglich ein Aspekt der Waldbewirtschaftung und darf nicht alleine stehen. Wichtigster Aspekt bleibt analog zu den Festsetzungen im Kapitel „Landwirtschaft“ die Erhaltung der forstwirtschaftlichen Betriebe - egal, ob kommunal, staatlich oder privat - in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten. Dieser Aspekt fehlt gänzlich und ist dringend zu ergänzen. Wald ist kein Allgemeingut, auch wenn es von der Allgemeinheit zu Erholungszwecken betreten werden darf. Mehr als 80% des Waldes in NRW liegt im Eigentum von Kommunen (ca. 21 %) oder Privatleuten (ca.63%), die mit viel Engagement versuchen, ihren Wald zu pflegen, zu erhalten und zu entwickeln. Weiter ist anzumerken, dass der zweite Satz der 2. Erläuterung ersatzlos gestrichen werden sollte. Die hier getroffene Aussage ist zum einen redundant und sollte zum anderen forstfachlichem Sachverstand auf der ausführenden Ebene überlassen werden. Als übergeordnetes Planungsinstrument schlägt der Entwurf lediglich eine Grobplanung vor.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Waldbereich dient unter anderem der nachhaltigen Holzproduktion und schließt sie nicht aus. Die ordnungsgemäße Forstwirtschaft fällt folglich nicht unter ausgeschlossene Planungen und Maßnahmen. Gemäß Grundsatz 7.3-2 LEP NRW soll die nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft ökologisch intakte, leistungsstarke Waldbestände erhalten, vermehren und entwickeln. Dabei soll darauf geachtet werden, die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig zu sichern. Die Funktionen sind grundsätzlich gleichrangig, es kann aber im Einzelfall erforderlich sein, mittels fachgesetzlicher Regelungen Prioritätensetzungen vorzunehmen. Dies ist auch im Grundsatz 38 verankert.

Der Regionalplan Köln trifft als Raumordnungsplan gemäß § 7 Raumordnungsgesetz (ROG) Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Planungsraumes, welche zu beachten sind. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben für die Bauleitplanung. Zudem werden Grundsätze der Raumordnung festgelegt, die der nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidung unterliegen und zu berücksichtigen sind. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Regelungen der Raumordnung treffen keine fachlichen Entscheidungen mit unmittelbarer Verbindlichkeit für jedermann, d.h. für den Bürger als Grundrechtsträger, und unter Ausschluss weiterer Verwaltungsverfahren. Sie bilden nur den Rahmen und die Grundlage für die weiteren Entscheidungen der zuständigen Verwaltungsbehörden nach den jeweiligen Fachgesetzen. (vgl. VerfGH Bayern Entscheidung v. 14.2.2008 ? Vf. 1-VII-07, BeckRS 2008, 33624, beck-online)

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den

	vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.
--	---

**Inhalt**

BSN/BSLE: Mit dem Entwurf erweitert der Planungsträger die Schutz-Gebietstypen - BSN und BSLE. Beide Gebietstypen dürften Kommunen wie private Individuen an die Einführung von FFH erinnern und erhebliches Misstrauen verursachen. (Anm.: FFH, in seinem Kern ein dynamisches und sehr sinnvolles Instrument, hat sich in seiner deutschen, statischen Umsetzung zu einem der größten Hemmschuhe des ländlichen Raumes entwickelt.) Die Funktionsweise der BSN und die dahinterliegenden Gründe sind intransparent und nicht greifbar. Präzise Rechtsfolgen einer Ausweisung als BSN/BSL sind nicht klar erkennbar - lediglich der Allgemeinplatz "Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen." (S.99 Z.19 Entwurf) Dieser Satz ist zu streichen und kann in seiner Offenheit weder von einer Kommune noch von Individuen wie dem Unterzeichner als akzeptabler Versuch anerkannt werden, Interessen zu versöhnen. Dagegen ist der ursprüngliche Satz, der ernsthaft auf Ausgleich abzielte, wieder aufzunehmen, nachdem er grundlos gestrichen wurde: „Bei der Umsetzung der Ziele für BSN in der Fachplanung muss diese den konkreten lokalen Bedingungen - insbesondere gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Betrieben - Rechnung tragen." (S.47 aktueller Regionalplan)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative

Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

**Inhalt**

Vertragsnaturschutz/Kooperationsprinzip: Unterstützenswert ist, dass der Regionalplanentwurf (S.102 Z.20 u.a. Entwurf) wieder „... auch vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern ...“ in Aussicht stellt. Hier zeigt die Praxis, dass diese Formulierungen nicht als Basis für eine konsequente Anwendung des Kooperationsprinzips durch Vertragsnaturschutz ausreichen. Die diesbezüglichen Passagen sind dergestalt zu ergänzen, dass als planerische Prärogative der Vertragsnaturschutz vor den Instrumenten der gesetzlichen Fachplanung anzuwenden ist und damit eine klare Richtung für Behörden aufgezeigt wird. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus dem grundrechtlichen Freiheitsprinzip mit seiner Verhältnismäßigkeit, welches den Staat und seine Institutionen dazu anhält, jeden Eingriff - und sei er vorerst nur planerisch - minimalinvasiv umzusetzen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Regelungen der Raumordnung treffen keine fachlichen Entscheidungen mit unmittelbarer Verbindlichkeit für jedermann, d.h. für den Bürger als Grundrechtsträger und unter Ausschluss weiterer Verwaltungsverfahren. Sie bilden nur den Rahmen und die Grundlage für die weiteren Entscheidungen der zuständigen Verwaltungsbehörden nach den jeweiligen Fachgesetzen (vgl. VerfGH Bayern Entscheidung v. 14.2.2008 ? Vf. 1-VII-07, BeckRS 2008, 33624, beck-online). Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Die weitere Differenzierung erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.



**Inhalt**

Festlegung BSN - Gebiete der Stufe 1 (herausragende Bedeutung): Auf S.140 des Entwurfs wird erläutert, dass der Planungsträger die BSN-Gebiete "zu wesentlichen Teilen auf Grundlage des Fachbeitrags" (LANUV 2019) ausweist. Eine Möglichkeit, diesen Fachbeitrag einer individuellen Prüfung zu unterziehen, besteht nicht. Damit gibt der Planungsträger planungswesentliche Aspekte aus der Hand und entzieht sie einer Kontrolle. Eine Beteiligung der betroffenen Kommunen oder Eigentümer bereits bei Erstellung des Fachbeitrages wäre zwingend gewesen. Diese ist nachzuholen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LnatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Unteren Naturschutzbehörden hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Der Fachbeitrag wird auf dem Internetauftritt der Birkzsregierung Köln sowie des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt.

AZ: Ö-M-1199

1002665

1006673\_001

#### Inhalt

GIB regional Waldenrath Birgden, öffentliche Neuaufstellung

Hiermit möchte ich Einspruch erheben gegen eine Ansiedlung von Industrie in Waldenrath. Durch die bei uns vorwiegend herrschende Westwindlage würden alle Emissionen gerade in Richtung Dorf getragen. Ein Gebiet in der unmittelbaren Nähe des Altenheims halte ich auch für nicht zumutbar.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1200

1002666

1008327

#### Inhalt

Mit Sorge erleben wir Anwohner der Diepenbeekallee in Köln-Weiden die rasanten Veränderungen der letzten Jahre im Viertel: die stetige Abnahme von Grün und stetige Zunahme von Beton und Straßenbelag.

Geplagt von ständigen Baustellen (Hausbau und Straßenbau) und von der drastischen Verkleinerung des ehemaligen Landschaftsschutzgebietes, nun "Grünzug Köln West" genannt, müssen wir erfahren, dass weitere Eingriffe in die verbliebenen grünen Bereiche vorbereitet werden sollen.

Dies passt in keiner Weise zur gegenwärtigen Lage ("Klimanotstand" laut Beschluss des Stadtrats vom 9. Juli 2019). Als Naherholungsgebiet für die stark gewachsene Anzahl der Einwohner, als Frischluftschneise für die Stadt hat der Grüngürtel unersetzliche Funktionen. Zudem trägt der Baumbestand zur Senkung der Temperatur bei.

Wir appellieren an Sie, bei der Planung Ihren Grundsätzen zu folgen, indem Sie den Schutz des Grüngürtels durch eine Entscheidung für einen "Allgemeinen Freiraum - und Agrarbereich"(AFAB) sichern.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1201	
1002667	
1006675_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>GIB regional Waldenrath/Birgden</p> <p>Meine Frau ist in Waldenrath geboren und wir haben hier gemeinsam vor dreißig Jahren unser Haus gebaut.</p> <p>Wir (unsere Kinder und wir) haben uns hier immer sehr wohl gefühlt. Durch ein GIB PLUS oder REGIONAL würde sich alles ändern.</p> <p>Wir wollen keine erhöhten Emissionen, mehr Verkehr oder Lärm. Der landwirtschaftliche Charakter soll erhalten bleiben.</p> <p>Es wird so oft von ökologischem Fortschritt, Probleme der Landwirtschaft durch Klimaveränderung etc. gesprochen.</p> <p>Jetzt soll fruchtbarster Boden mit besten Bodenpunkten versiegelt werden und wäre für immer verloren.</p> <p>Bitte prüfen Sie ihr Vorhaben noch einmal eindringlich und berücksichtigen Sie die Interessen der Bevölkerung.</p> <p>Der Prozess ist sehr "leise" vorangeschritten und von der Politik auch auf dörflicher Ebene nicht offen kommuniziert worden.</p> <p>Erst jetzt, sieben Tage vor Fristende, wurde das Ganze öffentlich und weit über 95% der Bevölkerung sind ausdrücklich dagegen.</p> <p>Handeln Sie daher demokratisch und berücksichtigen Sie die Meinung der direkt betroffenen Bürger, denn Sie würden mit Sicherheit auch keine Industriefläche an ihrem Selbstversorgergarten liegen haben wollen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Zur Regionalplanänderung des Regierungsbezirks Köln möchten wir hiermit Stellung beziehen. Wenn wir es richtig erkannt haben, ist geplant, sämtliche Flächen rund um die Sindorfer Mühle in 50170 Kerpen, incl. der bebauten Hofflächen, in Naturschutzgebiet umzuwandeln. Wir möchten Ihnen hiermit Kenntnis davon geben, dass wir die Umwandlung der Flächen in Naturschutzgebiet, auf welchen sich unser Betrieb Sindorfer Mühle mit einem Großteil der bewirtschafteten Flächen und sämtlichen Wirtschafts- und Wohngebäuden befindet, ablehnen. Wir legen hiermit Widerspruch / Einspruch ein gegen die Planung, in der Gemarkung Sindorf, Flur [ANONYMISIERTE], die Flurstücke [ANONYMISIERTE] in Naturschutzgebiet umzuwandeln. Es ist für uns unannehmbar, dass selbst Wohngebäude, Wirtschaftsgebäude und die direkten umliegenden Flächen in Naturschutzgebiet überführt werden sollen. Dies entzieht dem Betrieb durch die damit verbundenen Restriktionen die komplette wirtschaftliche Grundlage und damit die Existenzfähigkeit.

Genau wie vor einigen Jahren bei der Aberkennung der Wasserrechte von Mühlenbesitzern, sind auch dieses Mal die Betroffenen nicht persönlich informiert worden. Es dürfte Ihnen nur zu klar sein, dass in der Fülle der täglichen zu verrichtenden Arbeiten, zu beachtenden Vorschriften und zu leistenden Dokumentationspflichten niemand die Zeit aufbringen kann, sich noch zusätzlich mit den Plänen der Bezirksregierung zu befassen. Leider haben wir erst jetzt, kurz vor Ablauf der Fristen zur Stellungnahme und nur durch Zufall, Kenntnis von den geplanten umfassenden Änderungen erhalten.

Es erschließt sich uns nicht, weshalb sämtliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude des jahrhundertealten Hofes sowie die seit einem Jahrhundert bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen direkt am Hof sämtlich in Naturschutzgebiet überführt werden sollen. Genau gegenüber den Flächen des Gutshofes des Sindorfer Mühle, stellenweise nur durch die vielbefahrene L 277 von diesen getrennt, befinden sich das Schulzentrum Horrem-Sindorf, das Freizeitbad Erftlagune, der Tennisverein Sindorf sowie zusätzlich die Flüchtlingsunterkunft mit entsprechendem Verkehrsaufkommen und Lärmpegel im gleichen ökologischen Raum. Gerade die Schüler des Schulzentrums verschmutzen die Umwelt seit Jahren mit Unmengen Müll entlang der Schulwege, welche achtlos weggeworfen werden.

Die von uns vom LVR gepachteten Grünlandflächen zwischen großer Erft und Erftflutkanal, welche vom Hof aus gesehen jenseits der großen Erft liegen, werden von uns seit über 25 Jahren extensiv und damit düngereif und herbizidfrei bewirtschaftet.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Sie dienen als Ausgleichsflächen für Straßenbaumaßnahmen. Auf unseren im Eigentum stehenden Flächen wirtschaften wir seit Jahrzehnten nach ökologischen Gesichtspunkten. Wir haben bereits mit Begrünung und Anpflanzung von Bäumen begonnen, als der grüne Gedanke noch nicht mal ansatzweise in der Politik angekommen war. Bodenproben der von uns bewirtschafteten Flächen haben bislang keinerlei erhöhten Nitratgehalt oder sonstige Auffälligkeiten aufgewiesen, so dass auch nicht mit einem erhöhten Eintrag dieser Substanzen in die Erft argumentiert werden kann.

Das Flurstück [ANONYMISIERT] ist mehr als 7 ha groß, teilt sich in viele verschiedene Bereiche auf, welche keine eigenen Flurstücknummern haben. Auf dem Flurstück [ANONYMISIERT] finden sich 2 ha Ackerland, welche von uns derzeit als Mähwiese genutzt werden. Trotzdem müssen wir die Option erhalten, diese Stück auch weiterhin als Ackerland nutzen zu können. Die gesamte Hofstelle mit fast allen Wirtschaftsgebäuden findet sich ebenfalls auf diesem Flurstück.

Eine Umwandlung der gesamten Flächen incl. der bebauten Flächen (Wirtschaft- und Wohngebäude) in Naturschutzgebiet ist für unseren Betrieb nicht nur existenzgefährdend, sondern aufgrund der Fülle der Auflagen, v.a. auch in baulicher Hinsicht, existenzvernichtend und verhindert eine mögliche betriebliche Weiterentwicklung und Nutzung in jeglicher Richtung.

Zur gleichen Zeit, wo auf unseren Flächen Gebiete zum ?Schutz der Natur? geplant werden, entstanden am anderen Ende von Sindorf riesige Gewerbegebiete und großflächige Baugebiete mit der entsprechenden Bodenversiegelung und Vernichtung jeglicher Natur - bei der entstandenen Wohnbebauung häufig mit der Anlage moderner Steingärten, in welchen keinerlei Tier oder Pflanze mehr eine Lebensgrundlage findet und welche dennoch nicht verboten werden. Es kann nicht sein, dass der gesamte Ort Sindorf sich in fast alle Richtungen baulich entwickelt, Gewerbegebiete, Wohnbebauung, Straßen etc. ohne jegliche Rücksicht auf Natur errichtet werden, auf unseren Flächen dann allerdings ein Alibi-Naturschutzgebiet errichtet werden soll.

Eine Umwandlung der Flächen des Betriebes Sindorfer Mühle in Naturschutzgebiet in dem von Ihnen geplanten Rahmen incl. Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und der zur Existenzfähigkeit des Betriebes nötigen Flächen direkt am Hof kommt einer Enteignung gleich, der Nutzen für die Allgemeinheit steht in keinem Verhältnis zu dem dadurch hervorgerufenen existenzgefährdenden Schaden für uns, ist damit unverhältnismäßig und wird von uns auf keinen Fall akzeptiert. Aufgrund der besonderen Bedeutung der anstehenden Entscheidungen und einer möglichen Gefährdung unserer Existenz werden wir umgehend einen Rechtsbeistand konsultieren.

AZ: Ö-M-1203

1002669

1006677\_001

#### Inhalt

Ich lehne den Regionalplan der Bezirksregierung Köln in der vorliegenden Form ab.  
Zur Begründung verweise ich auf die Eingabe der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung Köln vom 25. August 2022

(<https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fgrueneerkelenz.de%2Ffoekologie%2Feingabe-zum-regionalplan-der-bezirksregierungkoeln%2F&data=05%7C01%7C%7Cf9e80226791e4502968608da89b419ce%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637973703872193155%7CUnknown%7CTWFPbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBTiI6IklhaWwiLCJXVCi6Mn%3D%7C3000%7C%7C%7C&sdata=FEL6Zn3vO7pHXt0YO7TUNgu%2Br4yreTiCvwSHw8kxI8%3D&reserved=0>)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1204

1002670

1006838

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich [anonymisiert] für die Parzelle Gemarkung Kinzweiler [anonymisiert], Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln für die Städteregion Aachen und das in Eschweiler geplante GIBinterkommunal bzw. nehme wie folgt Stellung: Die Neuaufstellung des Regionalplans greift erheblich in das Familieneigentum und in meinen langfristig bestehenden Pachtvertrag für die Bewirtschaftung der Parzelle ein, da diese im Regionalplan als Gebiet zum Schutz der Natur /Grünzunge (siehe zeichnerische Festlegung des Regionalplan Blatt 8) kenntlich gemacht ist und somit die bisherige Nutzung der landwirtschaftlich genutzten Fläche stark eingeschränkt wird und/oder mit zusätzlichen Auflagen verbunden sein wird. Die Parzelle ist seit der Rekultivierung durch die Rheinbraun in unserem Familienbesitz und sollte diese Fläche nicht mehr von mir wie im bisherigen Umfang genutzt werden können, sehe ich die Existenz meines landwirtschaftlichen Betriebs als gefährdet an, da diese Parzelle Hauptbestandteil meines Betriebs ist.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung des GIBinterkommunal im Bereich der Stadt Eschweiler ist eine Festlegung des geltenden Regionalplans, die als Ergebnis eines vorgezogenen Änderungsverfahrens aus Anlass des Strukturwandels erfolgte. Das Erfordernis einer vorgezogenen Änderung leitet sich aus einem in Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde NRW entwickelten Gutachtens zur kurzfristigen Gewerbeflächenentwicklung im Rheinischen Revier ab. Die geplante gewerbliche Entwicklung entspricht dem Auftrag der Landesentwicklungsplanung zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung und ist vor dem Hintergrund der Erfordernisse des Strukturwandels erforderlich.



AZ: Ö-M-1205	
1002671	
1006839	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen östlich von Fronhoven Neu Lohn wie folgt Stellung. Wir wenden uns dagegen, dass etwa 16 Hektar unserer verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Wir befürchten, dass mit einer später tatsächlich erfolgten Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungs einschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr Ackerland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Wir beantragen daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1206

1002672

1008326

#### Inhalt

Mit Sorge erlebe ich als Anwohner der Diepenbeekallee in Köln-Weiden die rasanten Veränderungen der letzten Jahre im Viertel: die stetige Abnahme von Grün und stetige Zunahme von Beton und Straßenbelag.

Geplagt von ständigen Baustellen (Haus- und Straßenbau) und von der drastischen Verkleinerung des ehemaligen Landschaftsschutzgebietes, nun "Grünzug Köln West" genannt, müssen wir erfahren, dass weitere Eingriffe in die verbliebenen grünen Bereiche vorbereitet werden sollen.

Hier in Weiden geht es wieder bzw. immer noch um das Grundstück Ignystraße 93 - 95 ('Garten Müller'). Dieses wird auch im neuen Regionalplan wieder als ASB ausgewiesen, obwohl dieser Bereich gemäß Landschaftsplan Köln zum Grünzug West gehört und geschützte Landschaftsbestandteile enthält. Zusätzlich sind nun auch noch Bereiche südlich der 'Jungbluthgassen-Brücke' als ASB markiert, auf denen zur Zeit wieder Container als Notunterkünfte aufgebaut sind, die aber eindeutig zur Parkanlage gehören und die letzte Grün-Verbindung in das stark verdichtete Gebiet im südlichen Weiden bilden. Dies alles passt in keiner Weise zur gegenwärtigen Lage ("Klimanotstand" laut Beschluss des Stadtrats vom 9. Juli 2019). Als Naherholungsgebiet für die stark gewachsene Anzahl der Einwohner, als Frischluftschneise für die Stadt hat der Grüngürtel unersetzliche Funktionen. Zudem trägt der Baumbestand zur Senkung der Temperatur bei.

Ich appelliere an Sie, bei der Planung Ihren Grundsätzen zu folgen, indem Sie den Schutz des Grüngürtels durch eine Entscheidung für einen "Allgemeinen Freiraum - und Agrarbereich" (AFAB) sichern.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1207

1002673

1006681\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Ich lehne das Gewerbegebiet Niederheid an der Püttstraße ab, da ich in diesem Bereich regelmäßig spazieren gehe und mir diese Erholung durch die dort zu errichtenden Gebäude genommen wird.

Zu dem kann ich nicht verstehen wie gutes Bioland für eines Asphaltwüste weichen soll.

Die aktuelle Bundesregierung/das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft will bis 2030 den ökologisch bewirtschafteten Flächenanteil um 30% steigern !! und bei uns soll der ökologisch bewirtschaftete Flächenanteil vernichtet werden !?!?!?

Durch meine Spaziergänge konnte ich mich bisher an der intakte Natur erfreuen; Feldlerche, diverse andere Vogelarten, Kreuzkröte, Igel usw. usw., was geschieht mit den Tieren/Lebensräumen und Pflanzen? Ich wohne in Hatterath und befürchte trotz des Abstandes eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität; Lärm, Gestank, Dreck, versiegelte tote Flächen, Schwerlastverkehr, Wertverlust meiner Immobilie und den Verlust der Lebens-/Wohnqualität!

Zudem stehen genügend andere Gewerbeflächen zur Verfügung, diese sollten erst mal genutzt werden, und nicht weiter Leer stände produziert werden.

Bitte senden Sie mir eine Eingangsbestätigung meines Widerrufs zu.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1208	
1002674	
1006682_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sie erwägen das Industriegebiet ?Sonnenberg? weiter in den Ort Herreshagen zu erschließen.</p> <p>Ich lebe seit über 20 Jahren mit meiner Lebenspartnerin in Herreshagen.</p> <p>Es ist eine ruhige kleine Siedlung, bei der man sich untereinander kennt.</p> <p>Wir können nach Belieben durch die Wälder spazieren gehen, entspannen oder einfach Spaß an der Natur haben.</p> <p>Es gibt hier zahlreiche Sing- und Greifvögel.</p> <p>Singvögel füttern wir das ganze Jahr durch an unserer ?Station? am etwas entfernten Gartenhaus. Es wäre schade, wenn diese Tiere wegziehen würden.</p> <p>In der Dämmerung kreisen die Fledermäuse vor unseren Fenstern.</p> <p>In den letzten Jahren bekamen neue Nachbarn hinzu, die sich einen Kinderwunsch erfüllt haben.</p> <p>Unsere Straße ist jetzt eine Art ?Spielstrasse? geworden, in der wir als Anwohner langsam fahren, da die Kinder (1-7 Jahre) mit Dreirad, Tretroller, Laufrad, ect. die Straße beherrschen.</p> <p>Es wird bei einem Industrie-/Gewerbegebiet zwangsläufig mehr Fahrzeugverkehr auftreten. Falls auf dem nahegelegenen Gebiet ein Industrie-/Gewerbegebiet entstehen sollte, verirrt sich garantiert der ein oder andere PKW/LKW in unsere Straße, die abgesehen von den Kindern ohnehin recht schmal gebaut wurde.</p> <p>Ich möchte sie bitten, von dem Bauvorhaben Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1209

1002687

1006999

## Inhalt

I.

Die Instone Real Estate Development GmbH strebt eine wohnbauliche Entwicklung unter Einhaltung des Kooperativen Baulandmodells von Köln, einschließlich ergänzender Nutzungen, wie beispielsweise einer Kindertagesstätte, einer weiterführenden Schule, mit der Wohnnutzung verträglicher Einzelhandelsnutzungen oder gewerblicher Nutzungen in Köln-Bickendorf an. Konkret geht es um die Grundstücke [ANONYMISIERT], die nördlich der Wilhelm-Mauser-Straße, südlich des Akazienwegs, östlich des Goldfasanenwegs und süd-westlich der Venloer Straße gelegen sind. Die Gesamtfläche des Vorhabengrundstücks beträgt 168.467 qm. Während die Wohnnutzung mit etwa 80 % im Vordergrund stehen soll, sind etwa 20 % das Wohnen ergänzende Nutzungen geplant. Der geplante Nutzungsmix sorgt für eine wohnortnahe Versorgung und führt dazu, dass sich der Bereich optimal in den bereits umliegend vorhandenen zentralörtlich bedeutsamen allgemeine Siedlungsbereich integrieren lässt. Durch Workshops soll ermittelt werden, welche konkreten Nutzungen in der näheren Umgebung bisher fehlen bzw. gewünscht sind. Mit der überwiegend angestrebten wohnbaulichen Entwicklung kann dringend benötigter Wohnraum geschaffen und damit der angespannte Wohnungsmarkt in Köln entlastet werden.

Nachdem die ursprünglich gewerbliche Nutzung auf dem Vorhabengrundstück endgültig aufgegeben wurde, entstand die Idee zur Entwicklung des beschriebenen gemischten Quartiers im Rahmen der Überlegungen, wie eine Nachnutzung des Vorhabengrundstücks am sinnvollsten ausgestaltet werden kann.

Eine Realisierung der beschriebenen wohnbaulichen Entwicklung setzt voraussichtlich die Aufstellung eines Bebauungsplans voraus, der gemäß § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung und damit auch dem Regionalplan anzupassen ist.

Gegenwärtig liegen die genannten Grundstücke nach den zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans, wie auch in dem öffentlich ausgelegten Entwurf des neuen Regionalplans, jedoch in einem Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB). Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen dienen der Ansiedlung, dem Ausbau und der Bestandssicherung solcher gewerblichen Betriebe, die wegen ihres großen Flächenbedarfs, ihrer Emissionen oder ihrer besonderen Standortanforderungen nicht in ein allgemeines Siedlungsgebiet (ASB) integriert werden können. Eine Wohnnutzung ist in einem GIB grundsätzlich nicht vorgesehen. Wohnnutzungen sind vielmehr allgemeinen Siedlungsbereichen vorbehalten.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Da im Rahmen der öffentlichen Auslegung von Seiten der Kommune keine Umwandlung der Festlegung in ASB angeregt wurde, ist die Beibehaltung der Festlegung GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Die Realisierung einer Wohnbauentwicklung auf den genannten Grundstücken setzt daher die Änderung des Regionalplans dahingehend voraus, dass in dem betreffenden Bereich ein ASB anstelle eines GIB zeichnerisch dargestellt wird.

Dem Regionalplan entsprechend ist das Vorhabengrundstück derzeit auch im Flächennutzungsplan, der ebenfalls gemäß § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen ist, teilweise als Industriefläche und teilweise als Gewerbefläche dargestellt.

Die Realisierung des angestrebten Vorhabens erfordert mithin eine Planänderung auf verschiedenen Planungsebenen. Insofern bietet sich das derzeitige Aufstellungsverfahren für den neuen Regionalplan an, zunächst die Voraussetzungen für die Realisierung einer wohnbaulichen Entwicklung auf regionaler Ebene für die genannten Grundstücke zu schaffen.

II.

Es sprechen überwiegende Gründe dafür, die vorgenannten Grundstücke im neuen Regionalplan als ASB und nicht ? wie ursprünglich und auch nach dem derzeitigen Entwurf ? als GIB festzulegen.

1.

Zunächst liegen die Voraussetzungen für die Darstellung als ASB für das betreffende Grundstück vor. Gemäß § 32 Abs. 2 LPlG NRW DVO sind zeichnerische Festlegungen im Regionalplan in der Regel ab einer Flächengröße von 10 Hektar vorzunehmen. Wohnplätze mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als etwa 2.000 Einwohnern sind zudem nach § 32 Abs. 5 LPlG NRW DVO nicht als Siedlungsbereiche festzulegen. Unabhängig davon, dass das Vorhabengrundstück mit einer Flächengröße von 168.467 qm eine Größe von 10 ha überschreitet, würde mit der Ausweisung des Vorhabengrundstücks nicht etwa ein vollständig neuer ASB entstehen. Vielmehr würde das Vorhabengrundstück einen einheitlichen ASB mit dem bereits derzeit unmittelbar nördlich, östlich und westlich angrenzenden ASB bilden, sodass es auf die Anzahl der auf dem Vorhabengrundstück unterzubringenden Anwohner nicht ankommt.

2.

Zudem besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, das betreffende Grundstück in dem neuen Regionalplan als ASB darzustellen.

a)

Grundsätzlich besteht ein großes öffentliches Interesse an der Schaffung neuen Wohnraums im Kölner Stadtgebiet.

Denn bereits derzeit übersteigt der Wohnraumbedarf der Bevölkerung den tatsächlich

vorhandenen Wohnraum im Kölner Stadtgebiet bekanntermaßen erheblich. Nicht nur § 1 Abs. 1 der Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum (Wohnraumschutzsatzung) der Stadt Köln vom 30.06.2021 hebt die Dringlichkeit der Situation hervor, indem ausdrücklich festgehalten wird, dass die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen im gesamten Gebiet der Stadt Köln besonders gefährdet ist. Anders als in anderen Gemeinden, ist im Kölner Stadtgebiet zudem ein weiterer Bevölkerungswachstum zu erwarten. So ist bis zum Jahr 2040 mit einem Bevölkerungsanstieg um 15,8 % zu rechnen.

Auch die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens veröffentlichte Begründung zur Aufstellung des neuen Regionalplans weist ausdrücklich darauf hin, dass insbesondere in den Ballungsräumen Rheinschiene ? hierzu gehört auch das Kölner Stadtgebiet ? nicht ausreichend geeignete Flächen zur Verfügung stehen, um die kommunalen Wohnraumbedarfe innerhalb der Gemeindegrenzen abzubilden. Zur Deckung des kommunalen Bedarfs werden daher regionale Lösungsansätze gesucht.

Ebenfalls lässt sich der Begründung jedoch ein Vorrang der Deckung der Wohnraumbedarfe innerhalb des Gemeindegebietes entnehmen. Die Erweiterung der Suchräume für geeignete Flächen außerhalb des jeweiligen Gemeindegebietes stellt lediglich eine nachrangige Notlösung dar. Vorrangig sind daher sämtliche geeignete Flächen, die ? wie das Vorhabengrundstück ? innerhalb des Gemeindegebietes liegen, zu mobilisieren.

Auf dem Vorhabengrundstück, welches eine Größe von 168.467 qm aufweist, könnte mithin ein erheblicher Wohnraumbedarf innerhalb des Gemeindegebietes gedeckt werden. Die Umsetzung des Kooperativen Baulandmodells von Köln und die damit verbundene Realisierung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau führt insbesondere dazu, dass bezahlbarer Wohnraum auf dem betreffenden Grundstück geschaffen werden kann.

b)

Das Vorhabengrundstück ist auch konkret in besonderem Maße für die Darstellung als ASB und für eine wohnbauliche Entwicklung geeignet.

Denn nach dem Grundsatz 16 des offengelegten Regionalplanentwurfes ist die Siedlungsentwicklung vorrangig auf zentralörtlich bedeutsame allgemeine Siedlungsbereiche (ZASB) auszurichten. ZASB sind ASB mit einem räumlich gebündelten Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen. Dazu zählen auch beispielsweise Angebote der Bildung, der Kultur, der Freizeit, der medizinischen und sozialen Betreuung oder des Einzelhandels. Die ZASB haben mithin eine wesentliche Bedeutung für die Sicherung und den Ausbau der Daseinsvorsorge (siehe auch Seite 68 der textlichen Festlegungen des

Regionalplanentwurfes). Die Umsetzung von Wohnbaubedarken sollen daher vorrangig in die zASB integriert oder an den zASB festgelegt werden (siehe Seite 79 der Begründung des Regionalplanentwurfes).

Das Vorhabengrundstück ist derzeit als GIB dargestellt. Dieses GIB liegt zusammen mit den südlich angrenzenden Grundstücken, die ebenfalls dem GIB angehören, gewissermaßen als ?GIB-Insel? innerhalb eines von allen Seiten unmittelbar angrenzenden zASB (siehe Erläuterungskarte S1). Damit stellt es einen optimalen Standort für die Umsetzung von Wohnbedarfen dar, da die betreffenden Flächen in ein bereits bestehendes zASB integriert werden können. Mit der auf dem Vorhabengrundstück anvisierten Nutzung würde das bereits bestehende zASB zudem um weitere zASB-typische Nutzungen ergänzt und somit ein weiterer Schritt in die Richtung der angestrebten kompakten Siedlungsstruktur und der Verkehrsminderung durch kurze Wege getan.

Auch mit Blick auf die bereits bestehende ÖPNV-Anbindung ist der betreffende Standort für die wohnbauliche Nutzung und damit die Darstellung als ASB in besonderem Maße geeignet. So finden sich im Umkreis von einem Kilometer des Vorhabengrundstücks bereits drei Haltestellen der Stadtbahn (Rochusplatz, Akazienweg und Wolfssohnstraße) sowie zahlreiche Bushaltestellen des ÖPNV. Der Kölner Hauptbahnhof ist von vorgenannten Haltestellen mit der Stadtbahn in nur 14 bis 17 Minuten erreichbar.

Ebenfalls finden sich bereits derzeit in genanntem Umkreis zahlreiche Kindertagesstätten, Schulen.

c)

Die Darstellung des betreffenden Grundstücks als ASB trägt ferner dem Grundsatz des Vorrangs der Innenentwicklung vor der Inanspruchnahme des Außenbereichs Rechnung, der nicht nur erst 2021 mit dem Baulandmobilisierungsgesetz erneut gesetzlich manifestiert wurde. Vielmehr ist dieser zudem als Grundsatz 6.1-6 ausdrücklich in den Landesentwicklungsplan NRW aufgenommen worden, woran sich auch der neue Regionalplan orientiert (siehe beispielsweise Seite 73 der Begründung des Regionalplanentwurfes).

Denn Wohnraumbedarf, der auf dem betreffenden Grundstück im Gemeindegebiet und unmittelbar angrenzend an ein bereits bestehendes zASB umgesetzt werden wird, muss gerade nicht im Freiraumbereich umgesetzt werden.

Im konkreten Fall geht es gerade nicht darum, ein ASB für einen Bereich festzulegen, der derzeit etwa als Freiraumbereich dargestellt ist. Vielmehr soll lediglich ein bereits bestehender Siedlungsraum, der derzeit in Form eines GIB existiert, in einen Siedlungsraum in Form eines ASB geändert werden.



3.

Der Erhalt des GIB auf der betreffenden Fläche ist zudem nicht erforderlich und wenig sinnvoll.

a)

GIB dienen der Ansiedlung, dem Ausbau und der Bestandssicherung solcher gewerblichen Betriebe, die wegen ihres großen Flächenbedarfs, ihrer Emissionen oder ihrer besonderen Standortanforderungen nicht in ein allgemeines Siedlungsgebiet (ASB) integriert werden können.

Ursprünglich befand sich auf dem Vorhabengrundstück die Produktion des Kosmetikkonzerns Coty, die jedoch inzwischen an diesem Standort aufgegeben und in das europäische Ausland verlegt wurde. Insbesondere ist daher der Erhalt des GIB zum Zwecke der Bestandssicherung und zur Sicherung des Ausbaus und der Erweiterung von Bestandsbetrieben nicht mehr erforderlich.

Der Instone Real Estate Development GmbH ist bekannt, dass sich insbesondere südlich des Vorhabengrundstücks noch aktive Gewerbebetriebe befinden. Auf diese würde bei der Realisierung des geplanten Vorhabens selbstverständlich Rücksicht genommen, sodass Beeinträchtigungen dieser Gewerbebetriebe nicht entstehen. Insoweit besteht beispielsweise die Möglichkeit, als Lärmschutzmaßnahme den geplanten Anteil von 20 % des Wohnen ergänzender Nutzungen zwischen den bestehenden Gewerbebetrieben und der geplanten Wohnnutzung zu realisieren. Zugleich würde so der Abstand zwischen Wohnnutzung und GIB vergrößert.

b)

Zudem grenzt das Vorhabengrundstück, das derzeit als GIB dargestellt ist, nördlich, östlich und westlich unmittelbar an ein ASB an und ist umringt von Wohnnutzungen, sodass die Ansiedlung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben aus Immissionsschutzgründen ohnehin nur in gewissen Grenzen in Betracht kommt. Das betreffende Grundstück ist mithin kaum als Fläche für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe geeignet, die gerade aufgrund ihrer Emissionen nicht in einem ASB untergebracht werden können, deren Unterbringung GIB aber insbesondere dienen sollen.

Die Unterbringung nicht wesentlich störender gewerblicher Betriebe ist hingegen auch in ASB möglich.

III.

Zusammenfassend bleibt mithin festzuhalten, dass die Instone Real Estate Development GmbH auf vorgenannten Grundstücken eine wohnbauliche Entwicklung unter Einhaltung des Kooperativen Baulandmodells von Köln plant. Das Vorhaben setzt voraussichtlich die Aufstellung eines Bebauungsplans voraus.

Für das Vorhabengrundstück ist derzeit im Regionalplan, sowie auch im Entwurf des neuen Regionalplans, ein GIB dargestellt. Die Aufstellung eines Bebauungsplans, der u.a. Wohnnutzungen auf dem betreffenden Grundstück vorsehen soll, setzt mithin zunächst eine Änderung des Regionalplans (und des Flächennutzungsplans) voraus. Das Vorhabengrundstück müsste im Regionalplan als ASB dargestellt werden.

Für eine Darstellung des betreffenden Grundstücks im Regionalplan als ASB spricht insbesondere das erhebliche öffentliche Interesse an der Schaffung neuen Wohnraums im Kölner Stadtgebiet. Bereits derzeit fehlt es an geeigneten Flächen innerhalb des Stadtgebietes zur Deckung der Wohnraumbedarfe. Zudem wird es auch weiterhin einen erheblichen Bevölkerungszuwachs im Stadtgebiet geben.

Da das betreffende Grundstück unmittelbar an einen zASB angrenzt, in welches es integriert werden könnte, und ferner über eine ausgezeichnete ÖPNV- sowie Fernverkehrsanbindung verfügt, eignet es sich auch im Konkreten optimal zur Umsetzung der bisher nicht gedeckten Wohnraumbedarfe. Ein Grund, warum an betreffender Stelle der bestehende Siedlungsraum in Form eines GIB erhalten bleiben sollte, ist nicht ersichtlich. Insbesondere ist die Produktion des Kosmetikkonzerns Coty an diesem Standort bereits aufgeben und ins Ausland verlegt worden, sodass insbesondere der Erhalt des GIB aus Gründen des Bestandsschutzes oder zum Zwecke einer möglichen Erweiterung von Bestandsbetrieben nicht in Betracht kommt. Die betreffenden Flächen eignen sich aufgrund der in der unmittelbaren Umgebung befindlichen Wohnnutzungen ohnehin lediglich begrenzt für die Ansiedlung emittierender Industrie- und Gewerbebetriebe.

**Inhalt**

Wir vertreten die rechtlichen Interessen von [anonymisiert]. Eine Vollmacht liegt diesem Schreiben bei. Der Mandant ist Inhaber eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs in Dahlem-Schmidtheim. Die Betriebsflächen, die im Eigentum des Mandanten stehen, erstrecken sich auf die Gebiete der Gemeinden Dahlem und Blankenheim; sie sind in der anliegenden Übersicht dargestellt [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt]. Namens und im Auftrag des Mandanten geben wir im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Neuaufstellung des Regionalplans Köln folgende Stellungnahme zum Planentwurf ab: Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) Eigentumsflächen des Mandanten sind in erheblichem Maße von der beabsichtigten Ausweisung von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) betroffen. Wir regen an, auf eine Festlegung von BSN für Flächen, die landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder (wie das Kieswerk [anonymisiert]) zur Rohstoffgewinnung genutzt werden, zu verzichten. Im Einzelnen: Nach Plansatz Z.19 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbundes. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu bewahren. (?) Planungen und Maßnahmen, die die Funktion der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. (?) Die großflächige Ausweisung von BSN im Entwurf des Regionalplans, denen die Wirkung von Vorranggebieten nach § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG zukommt, erweist sich als rechtswidrig, soweit in die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung Flächen einbezogen werden, die land- und forstwirtschaftlich genutzt werden und absehbar nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Biotopen zur Verfügung stehen. Die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN entfaltet die Rechtswirkungen von Vorranggebieten für den Naturschutz im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG. Dies sind Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Der Ausweisung von Vorranggebieten kommt nach ständiger Rechtsprechung die Wirkung von Zielen der Raumordnung zu. In den BSN haben die Ziele des Naturschutzes daher Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Festlegung ?BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.

und Sicherung des Raums. Hieraus und aus den Bindungswirkungen von Zielen der Raumordnung, die nach § 4 ROG in nachfolgenden Planungen zu beachten und keiner weiteren Abwägung mehr zugänglich sind, ergeben sich strenge Anforderungen an ihre rechtmäßige Festlegung. Insbesondere sind bei der Aufstellung von Zielen der Raumordnung die Anforderungen des Abwägungsgebots (§ 7 Abs. 2 S. 1 ROG) einzuhalten, weil diese eine vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegung erfordern. Soll nach Raumordnungsrecht eine Unterschutzstellung als Vorranggebiet für Natur und Landschaft im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG erfolgen, bedarf es einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung. Eine solche Festlegung setzt auch die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus. (vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62). In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Vor diesem Hintergrund ist es im Hinblick auf das rechtsstaatliche Abwägungsgebot nicht zu beanstanden, wenn die Maßstäbe der Abwägung ebenenspezifisch bestimmt werden und dem Plangeber einer höherstufigen Planung ein größerer administrativer Gestaltungsraum eingeräumt wird. Die an die Abwägung zu stellenden Anforderungen werden dadurch begrenzt, dass es sich bei den Raumordnungsplänen lediglich um rahmensetzende Planungen handelt; die detailscharfe Maßnahmeplanung ist der Fachplanung vorbehalten. Abschließend abgewogen muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische ?Zielkern? sein, während der ?Zielrahmen? der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Die raumordnerische Abwägung ist deshalb keine ?erschöpfende? Abwägung. OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 ? 11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 110 ff. Vorliegend genügt die bereichsscharfe Ausweisung von BSN im Regionalplanentwurf, die mit der dieser zeichnerischen Festlegung zukommenden Vorrangwirkung zum ?Zielkern? der raumordnerischen Vorgabe gehört, erkennbar nicht den Anforderungen an eine raumordnerische Abwägung der betroffenen (Eigentümer-)Belange. Dies gilt im besonderen Maße, soweit in die vorgesehenen BSN Flächen einbezogen werden, die aufgrund der ausgeübten land- und forstwirtschaftlichen Nutzung absehbar nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Biotopen zur Verfügung stehen.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzung für den Biotopschutz an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Flächen des Mandanten stehen auf absehbare Zeit dem Biotopschutz nicht zur Verfügung. Daran ändert auch nichts, dass die raumordnerischen Vorgaben zum Schutz der Natur gegenüber privaten Nutzungen des Freiraums, wie etwa der flächengebundenen Land- und Forstwirtschaft, keine unmittelbare bodenrechtliche Bindungswirkung im Sinne der §§ 4 und 5 ROG entfalten. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Landschaftsplanung, die aus den Vorgaben des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan zu entwickeln ist, werden rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen werden, die unmittelbare Nutzungseinschränkungen gegenüber dem Eigentümer bewirken. Angesichts der geplanten großflächigen Ausweisung von BSN, die sowohl im Wald als auch auf landwirtschaftlichen Flächen des Mandanten erfolgt, ist auch nicht erkennbar, dass der Plangeber sich mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen auseinandergesetzt hat, wie dies für die raumordnerische Abwägung bei konkreten raumordnerischen Festlegungen mit Zielqualität erforderlich ist. Vielmehr besteht der Eindruck, dass die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV nahezu 1:1 in die planerischen Ausweisungen übernommen wurden. Die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des LANUV können aber im Rahmen der räumlichen Gesamtplanung, wie sie durch die Regionalplanung erfolgt, nur einen ? wenn auch gewichtigen ? Abwägungsbelang bilden. Dieser ist mit weiteren abwägungserheblichen Belangen, insbesondere den durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentümerbelangen, in einen verhältnismäßigen Ausgleich zu bringen. Der Planentwurf hingegen, der den auszuweisenden BSN in Anwendung der DVO zum LPIG die Wirkung von Vorranggebieten beimisst, räumt damit den Belangen des Arten- und Biotopschutzes innerhalb der BSN vorbehaltlos ?Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen? ein (Ziff. 5 der Erläuterungen zu Kap. 4.3.1). Damit werden in Verkennung der grundgesetzlich geschützten Eigentümerbelange und der erheblichen öffentlichen Belange an einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen vorweggenommen, ohne dass die konkurrierenden Nutzungsansprüche, die nach dem Planentwurf hinter die Belange des Arten- und Biotopschutzes zurückzutreten haben, sachgerecht in die regionalplanerische Abwägung eingeflossen sind. Der land- und forstwirtschaftliche Betrieb des Mandanten ist dabei weit über Gebühr von der beabsichtigten Festlegung der BSN betroffen. Dieser Umstand zieht besondere Anforderungen an die regionalplanerische Abwägung nach sich und führt vorliegend zu einem unverhältnismäßigen Abwägungsergebnis, sofern es bei den im Planentwurf vorgesehenen BSN verbleibt. Dies folgt aus einem Vergleich mit der enteignungsrechtlichen Rechtsprechung im Fachplanungsrecht. Macht ein von der enteignungsrechtlichen Vorwirkung eines Planfeststellungsbeschlusses Betroffener geltend, durch das Vorhaben werde sein landwirtschaftlicher Betrieb in seiner Existenz gefährdet oder gar vernichtet, gehört dieser Einwand zu den Belangen, mit denen sich

die Planfeststellungsbehörde im Rahmen der Abwägung der von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange grundsätzlich auseinander setzen muss. Zeichnet sich eine solche Gefährdung ernsthaft ab, darf die Planfeststellungsbehörde nicht die Augen vor der Tragweite ihrer Entscheidung verschließen. Ist die Frage der Existenzgefährdung oder -vernichtung für das Abwägungsergebnis der konkreten Planung ausschlaggebend, muss sich die Planfeststellungsbehörde Klarheit darüber verschaffen, ob geeignetes Ersatzland zur Verfügung steht, um die Gefährdung oder Vernichtung des Betriebs zu vermeiden. Zur Klärung der Frage, ob ein landwirtschaftlicher Betrieb infolge des planfestzustellenden Vorhabens in seiner Existenz gefährdet oder gar vernichtet zu werden droht, werden Vorhabenträger oder Planfeststellungsbehörde regelmäßig einer Begutachtung des Betriebs durch einen landwirtschaftlichen Sachverständigen bedürfen. Nach allgemeiner, durch solche Sachverständigengutachten belegter Erfahrung kann dabei ein Verlust an Eigentumsflächen oder von langfristig gesicherten Pachtflächen in einer Größenordnung von bis zu 5 % der Betriebsfläche einen gesunden landwirtschaftlichen (Vollerwerbs-) Betrieb in der Regel nicht gefährden. Vgl. BVerwG, Urteil vom 14.04.2010 ? 9 A 13/08 ?, BVerwGE 136, 332-345. Durch eine Festlegung von BSN im Regionalplan werden die betroffenen Flächen dem Mandanten zwar nicht im enteignungsrechtlichen Sinne entzogen. Es kommt aber unmittelbar oder zumindest mittelbar (durch die nachfolgende Landschaftsplanung) zu gravierenden Restriktionen für deren ordnungsgemäße Bewirtschaftung. Der Forstbetrieb des Mandanten ist mit deutlich mehr als 5 % seiner Betriebsfläche, nämlich mit künftig 43 % von der vorgesehenen Ausweisung von BSN betroffen. Die landwirtschaftlichen Parzellen des Mandanten lägen künftig zu über 50 % in BSN. Der Betrieb würde hierdurch ein Sonderopfer erbringen, welches in keinem Verhältnis zu den damit bezweckten Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege steht. Eine rechtmäßige Planung, welcher auch die einzelbetrieblichen Belange des Mandanten berücksichtigt, kann daher nur in einer deutlichen Reduzierung der Ausweisung an vorgesehenen BSN bestehen.

Die großflächige Ausweisung von BSN und die ihnen nach den Festlegungen im Planentwurf zukommenden Rechtswirkungen stehen auch den Zielen des Mandanten entgegen, geeignete Betriebsflächen dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien zur Verfügung zu stellen. Dies gilt insbesondere für die Nutzung von Brachflächen im Kieswerk Schmidtheim (Kies Bandemer) für Solarenergie als auch von Wald- und Offenlandstandorten für die Errichtung und den Betrieb zusätzlicher Windenergieanlagen. Dem allerdings stünde die Vorrangwirkung der BSN für den Arten- und Biotopschutz entgegen. Zwar erfüllt das Kieswerk Schmidtheim mit den darin befindlichen bergbaulichen Brachflächen und Aufschüttungen grundsätzlich die Standortvorgaben von Plansatz 10.2-5 des LEP NRW für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie. Allerdings muss der Standort hiernach mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar sein, was bei BSN regelmäßig nicht der Fall ist. So werden für die Solarenergie in hohem Maße geeignete Standorte, die den landesplanerischen Vorgaben entsprechen, wegen ihrer Festlegung als BSN im Regionalplan von der Erzeugung erneuerbarer Energien ausgeschlossen

(vgl. Plansatz Z.38 in Kap. 5.2.3.3 des Planentwurfs). Auf das Kieswerk Schmidtheim, welches abwägungsgerecht nicht in den BSN einbezogen werden kann, gehen wir unten näher ein (A.III.1). Aber auch Windenergienutzung wird innerhalb der BSN regelmäßig nicht möglich sein (vgl. Plansatz Z.37 in Kap. 5.2.3.2 des Planentwurfs). Damit allerdings werden ohne eine notwendige Einzelfallbetrachtung der infrage kommenden Standorte weite Bereiche für die Windenergienutzung ausgeschlossen, was den gesetzlichen Vorgaben in § 2 S. 1 und 2 EEG in der Fassung des Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom 20.07.2022, in Kraft getreten am 29.07.2022, zuwiderläuft. Nach diesen gesetzlichen Vorgaben liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Ferner sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Diese gesetzliche Abwägungsvorgabe muss auch bei der räumlichen Festlegung von BSN im vorliegenden Planentwurf und den zugehörigen textlichen Festlegungen Berücksichtigung finden. Aus rechtlicher Sicht sollte eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN daher nur auf solchen Flächen erfolgen, die für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope und den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei den Flächen des Mandanten, die land- und forstwirtschaftlich genutzt werden und weit überwiegend keine FFH-Lebensraumtypen aufweisen, ist das nicht der Fall. Wir regen an, diese nicht in die vorgesehenen BSN einzubeziehen. Der Mandant ist, wie an dieser Stelle ausdrücklich bekräftigt werden soll, hingegen bereit, mit der zuständigen Naturschutzbehörde Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes zu vereinbaren und diese auf geeigneten Flächen umzusetzen.

**Inhalt**

Nach Plansatz Z.20 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. (?) Mit dieser raumordnerischen Vorgabe, innerhalb der BSN bestimmte Schutzgebietskategorien ? Naturschutzgebiete ? festzusetzen, überschreitet der Regionalplanentwurf die kompetenziellen Schranken der Regionalplanung im Verhältnis zu den Naturschutzfachbehörden und den ihnen im BNatSchG sowie im LNatSchG NRW zugewiesenen Befugnissen; der Regionalplanentwurf erweist sich insoweit als rechtswidrig. Aufgabe des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan ist die Darstellung der regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 18 Abs. 2 LPiG). Hierzu hat der Regionalplan die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den Raum sachgerecht gegeneinander abzuwägen und einen konzeptionellen Rahmen für die örtliche Landschaftsplanung zu schaffen, nicht aber diesen Rahmen durch die raumordnerische Vorgabe, bestimmte Schutzgebietskategorien festzusetzen, selbst auszuschöpfen. Die Entscheidung, inwieweit Teile von Natur und Landschaft als Schutzgebiet nach Maßgabe der Gebietskategorien der §§ 23-29 BNatSchG ausgewiesen werden, steht hingegen nach § 20 Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 BNatSchG im planerischen Ermessen des Trägers der Landschaftsplanung. Danach steht sowohl die Entscheidung über das ?Ob? einer Unterschutzstellung wie auch über ihr ?Wie? im pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen Trägers der Landschaftsplanung. Er verfügt über ein Entschließungs- und Auswahlermessen auch dann, wenn Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit eines Teils von Natur und Landschaft gegeben sind. Er ist mithin trotz Vorliegens der Voraussetzungen einer Unterschutzstellung nicht gezwungen, bestimmte Flächen unter Schutz zu stellen. vgl. BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008 ? 4 B 15/08, juris; BayVerfGH, Entscheidung vom 27.09.2013 ? Vf. 15-VII-12, juris: Heugel, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2011, § 22 Rn. 4. Eine raumordnerische Vorgabe an den Träger der Landschaftsplanung, in bestimmten Bereichen Naturschutzgebiete festzusetzen, kann sich auch nicht aus der damit bezweckten Sicherung von Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen des Biotopverbundes ergeben. Denn zur rechtlichen Absicherung der Kern- und Verbindungsflächen sowie der Verbindungselemente des Biotopverbundes stehen der Naturschutzbehörde nach § 21 Abs. 3 und 4 BNatSchG eine Vielzahl geeigneter Instrumente zur Verfügung. Nach dieser Vorschrift sind zur dauerhaften Gewährleistung des Biotopverbunds die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Formulierungen entsprechen dem Charakter des Regionalplans als Landschaftsrahmenplans. Die Sicherung wertvoller Bereiche als Naturschutzgebiet basiert auf den fachgesetzlichen Regelungen und stellt die Umsetzung eines funktionalen Verbunds sicher.



Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern. Zulässig ist daher ein ?Mosaik? unterschiedlich gesicherter Bereiche (Instrumentenmix). vgl. Bundestags-Drucksache 14/6378, S. 38. Selbst wenn von der Möglichkeit einer förmlichen Unterschutzstellung Gebrauch gemacht werden soll, kommen, wie der umfassend angelegte Verweis in § 21 Abs. 4 BNatSchG auf § 20 Abs. 2 BNatSchG zeigt, sämtliche der dort genannten Schutzgebietskategorien in Betracht. vgl. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Band II, § 21 BNatSchG, Rn. 12. Der Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs mit der Vorgabe, innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) wertvolle Flächen gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern, steht damit in Widerspruch zu dem der Landschaftsplanung bei der Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft eingeräumten planerischen Ermessen und der ihr bei der rechtlichen Sicherung des Biotopverbundes eingeräumten Formenwahlfreiheit. Die im Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs enthaltene raumordnerische Vorgabe widerspricht auch den Zielen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW), der in Ziel 7.2-2 ?Gebiete für den Schutz der Natur? klarstellt, dass die Bereiche zum Schutz der Natur durch (auf eine Vielzahl möglicher Instrumente zu stützende) ?Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege? zu erhalten und zu entwickeln sind. Der LEP NRW verzichtet hier bewusst darauf, bestimmte naturschutzrechtliche Instrumente oder gar Schutzgebietskategorien vorzugeben, sondern überlässt die Entscheidung hierüber den dafür zuständigen Naturschutzfachbehörden. So wird in den Erläuterungen zu Ziel 7.2-2 des LEP ausgeführt, dass andere Raumnutzungsansprüche weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierung von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt werden. Über die Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft werde nicht im LEP, sondern im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch die für Naturschutz zuständigen Behörden entschieden.

Aus rechtlicher Sicht sollte es daher bei der in Plansatz Z.20 Satz 1 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs angelegten Konzeption verbleiben, wonach innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln sind. Die Unterschutzstellung der schutzwürdigen und entwicklungsbedürftigen Landschaftsteile bleibt damit der Konkretisierungsbefugnis der Landschaftsplanung vorbehalten. Der Satz 2 in Plansatz Z.20 sollte gestrichen werden.

**Inhalt**

Wir führen nachstehend exemplarisch Flächen Mandanten auf, die im Planentwurf als BSN vorgesehen sind, obwohl die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind bzw. sich die betreffende Festlegung als abwägungsfehlerhaft erweisen würde:

1. Kieswerk [anonymisiert] Der Mandant ist Eigentümer der Flächen des Kieswerks [anonymisiert]. Dort erfolgt seit Jahrzehnten eine Rohstoffgewinnung nach AbgrG NRW. Der Planentwurf sieht nunmehr eine Ausweisung des gesamten Abgrabungsbereiches als BSN vor. Die von der vorgesehenen Festlegung als BSN betroffenen Flächen des Kieswerks sind im anliegenden Luftbild rot unterlegt, [Abb.]. Damit tritt der Planentwurf in Widerspruch zur bestandskräftigen Abgrabungsgenehmigung. Dies stellt einen unzulässigen Eingriff in die Eigentumsfreiheit sowie in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb dar. Die vorgesehene Festlegung als BSN allein auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege zum Regionalplan zu stützen, wäre abwägungsfehlerhaft. Vielmehr hat die Regionalplanung als räumliche Gesamtplanung alle im Einzelfall abwägungserheblichen öffentlichen und privaten Belange zu berücksichtigen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind (§ 7 Abs. 2 S. 1 ROG). Von einer Ausweisung der Flächen des Kieswerks als BSN ist daher abzusehen.

2. Nadelholzreinbestände sowie nicht schutzwürdige Laubholzreinbestände Der Planentwurf sieht eine Festlegung von BSN auch für reine Nadelholzbestände sowie für angepflanzte Laubholzreinbestände vor, welche die Voraussetzungen dieser Gebietskategorie mit einer Vorrangwirkung für den Naturschutz nicht erfüllen. Im Forstbetrieb des Mandanten sind allein 50 % der vom vorgesehenen BSN erfassten Fläche Fichten- und Douglasienbestände. Diese wurden durch Pflanzung angelegt und werden nachhaltig bewirtschaftet. Die bestehenden und im künftigen Regionalplan vorgesehenen BSN-Flächen mit den darin gelegenen reinen Nadelholzbeständen sind in der anliegenden Karte dargestellt, [Abb.]. Darüber hinaus sind auch angepflanzte Laubholzreinbestände, die keinen FFHLebensraumtyp bilden und auch nicht anderweitig schutzwürdig sind, zur Ausweisung als BSN vorgesehen. Die geplante Festlegung als BSN, der eine konservierende Wirkung zukommt, wirkt in Zeiten des Klimawandels in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Sie steht einem Waldbau zu klimabeständigen Wäldern potentiell entgegen. Die dem Planentwurf zugrunde liegenden Fachbeiträge, der forstliche Fachbeitrag von 2018 und der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege von 2019, konnten die mitunter dramatische Entwicklung im Wald aufgrund der langanhaltenden Trockenperioden der vergangenen Jahre noch nicht berücksichtigen und die daraus folgenden Schlüsse ziehen. So haben sich die Waldschäden seit Erstellung des forstlichen Fachbeitrags von 2018 massivst ausgeweitet, und zwar über alle Baumarten hinweg. Die genannten Fachbeiträge stellen daher keine geeignete Abwägungsgrundlage für die Festlegung von BSN im

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe trifft im textlichen Ziel *Bestandsschutz für zugelassene Abgrabungen* regionalplanerische Vorgaben zu bestehenden Abgrabungen, die zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe über eine Zulassung verfügen und sich außerhalb eines BSAB befinden. Diese Abgrabungen unterliegen dem Bestandsschutz, sofern die entsprechende Zulassung zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe rechtswirksam war bzw. ist. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden somit nicht berührt.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen im Übrigen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bestandskräftige Abgrabungsgenehmigungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht

Wald dar. Auf eine Ausweisung von BSN auf Waldflächen des Mandanten sollte daher in Gänze verzichtet werden.

regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Das bestandskräftig genehmigte Kieswerk Schmidtheim ist zudem im rechtswirksamen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen zeichnerisch als BSAB (BSAB Nr. 33 in Dahlem-Schmidtheim) mit dem Rekultivierungsziel Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) festgelegt. Der Regionalplanentwurf bestätigt insofern die bereits bestehenden Freiraumfestlegungen für den Bereich der bestandsgeschützten Abgrabung. Die Festlegung eines BSN steht der genehmigten Rohstoffgewinnung am Standort folglich nicht entgegen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von

den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Um den Anforderungen des Klimawandels in der Bewirtschaftung der Wälder gerecht zu werden, wurde der Grundsatz 42 "Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen" in Punkt 2 seit der ersten Offenlag des Regionalplanentwurfs dahin gehend verschärft, dass die Ergänzung "Eine besondere Herausforderung stellt dabei u.a. die durch klimatische Veränderungen ausgelöste erhöhte Gefahr von Kalamitäten in den Waldflächen dar." vorgenommen wurde. Darüber hinaus sollen als waldbauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz sich die Erweiterung des Baumartenspektrums eignen und der Struktur, die Förderung von Beständen ungleichen Alters oder die Diversifikation der Mischung von Baumarten. Der Schwerpunkt sollte dabei auf standortheimische Baumarten gelegt werden, die unter Berücksichtigung der zu erwartenden klimatischen Veränderungen Bestandteil der natürlichen Vegetation wären.

**Inhalt****Wald**

Die Eigentumsflächen des Mandanten sind im Planentwurf zu großen Teilen als Waldbereiche vorgesehen. Wir regen an, 1. klarzustellen, dass die Windenergienutzung nicht zu den Planungen und Maßnahmen zählt, die in weiten Bereichen ausgeschlossen sind, und 2. die Flächen des Kieswerks [anonymisiert] von der Festlegung als Waldbereich auszunehmen oder zumindest eine bedingte Festlegung zu treffen, wonach die Wirkung der Festlegung als Waldbereich nur bis zu einer Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung gilt, [...] Im Einzelnen: I. Nach Plansatz Z.22 in Kap. 4.5.1 des Planentwurfes sind Waldbereiche als Vorranggebiete festgelegt. (?) Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen Waldbereiche bestehen und die Inanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Diese textlichen Festlegungen erschweren ? für sich genommen ? eine Zulassung von Windenergieanlagen an Waldstandorten erheblich. Gleichzeitig entspricht es allerdings dem Plankonzept, neue Standorte für Windenergieanlagen auch in Waldbereichen zu ermöglichen. Nach Plansatz Z.37 in Kapitel 5.2.3.2 des Planentwurfs sind Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich auch in Waldbereiche in möglich. Die Flächen des Kieswerk [anonymisiert] im Planentwurf als Waldbereiche vorgesehen. Damit würden die verbindlichen Vorgaben in Plansatz Z.22 greifen, wonach Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, ausgeschlossen sind. Dies schließt eine Rohstoffgewinnung in den betroffenen Bereichen aus. Damit tritt Planentwurf in Widerspruch zur bestandskräftigen Abgrabungsgenehmigung für das Kieswerk. Um einen solchen Widerspruch zu vermeiden, hat der Regionalplanungsträger die Möglichkeit, bedingte Festlegungen nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG zu treffen, um die Konflikte bei der Inanspruchnahme des Freiraums für verschiedene Nutzungen, welche zeitlich hintereinander realisiert werden können, einer Lösung zuführen. Dies kommt insbesondere bei einer mittel- bis langfristigen Sicherung für Zwecke der Rohstoffgewinnung in Betracht, wenn eine Zwischennutzung bis zur bergbaulichen Inanspruchnahme (hier als Waldbereich) vorgesehen werden soll. vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 21. Der Entwurf des Regionalplans macht von der Möglichkeit bedingter Festlegungen auch an anderer Stelle (etwa bei geplanten Talsperren, Seite 118 oben) Gebrauch. Um ein rechtmäßiges Abwägungsergebnis zu erzielen, ist es daher erforderlich, die Flächen des Kieswerks [anonymisiert] von der Festlegung als Waldbereiche auszunehmen oder nur mit einer bedingten Festlegung als Waldbereich zu versehen, wonach bis zu einer Inanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung die Festlegung als Waldbereiche zu beachten ist. Die spätere Rohstoffgewinnung bleibt davon unberührt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe trifft im textlichen Ziel *Bestandsschutz für zugelassene Abgrabungen* regionalplanerische Vorgaben zu bestehenden Abgrabungen, die zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische

Rohstoffe über eine Zulassung verfügen und sich außerhalb eines BSAB befinden. Diese Abgrabungen unterliegen dem Bestandsschutz, sofern die entsprechende Zulassung zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe rechtswirksam war bzw. ist. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden somit nicht berührt.

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk, sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

1007183

#### Inhalt

...die Erläuterung zu Plansatz G.39 dahingehend zu ergänzen, dass die Fachplanung im Rahmen der Besucherlenkung verstärkt von Wegegeboten Gebrauch machen soll. Der Mandant begrüßt ausdrücklich, dass nach Plansatz G.39 verstärkt Möglichkeiten der Besucherlenkung genutzt werden sollen, Konflikte mit den Waldfunktionen zu vermeiden. In den vergangenen Jahren hat, verstärkt durch das geänderte Freizeitverhalten während der Pandemie, der Besucherdruck auf den Wald im Allgemeinen, aber auch die nahe dem Ballungsraum Köln/Bonn gelegenen Waldbestände des Mandanten erheblich zugenommen. Dies führt zu erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Schutz- und Nutzungsfunktionen des Waldes. Der Plangeber hat dies erkannt und Möglichkeiten der Besucherlenkung als ein geeignetes Mittel zur Konfliktvermeidung vorgesehen. Diese muss aber einhergehen mit der Aussprache verbindlicher Wegegebote, jedenfalls in Bereichen, in denen die ökologischen Funktionen des Waldes ansonsten erheblich gefährdet wären. Solche Wegegebote können im Rahmen der Landschaftsplanung festgesetzt und in der Örtlichkeit durch entsprechende Beschilderung kenntlich gemacht werden. Es wird angeregt, in den Erläuterungen zu Grundsatz G.39 ausdrücklich auf die Möglichkeit des Einsatzes von Wegegeboten im Wald hinzuweisen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Anregung richtet sich an die konkrete Umsetzung auf nachfolgenden Planungsebenen.

AZ: Ö-M-1213	
1002678	
1006873	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der von Ihnen neu aufgestellte Regionalplan sieht für das Grundstück Gemarkung Euskirchen Flur 46, [anonymisiert] den Schutz der Landschaft und landwirtschaftsorientierter Erholung vor. Dieses Grundstück wird nicht nur als Acker ca. 7 ha sondern auch als Hofstelle genutzt. Auf einer Hofstelle wird bekanntlich gearbeitet, von Erholung kann da keine Rede sein. Einzelne Bäume, Allee, Hecken, Obstbäume und mehr sind von meiner Familie nach der Verwüstung des zweiten Weltkriegs in Eigenleistung angelegt und bis heute gepflegt, ergänzt und erneuert worden. Wir haben ein persönliches Interesse dieses Ambiente zu erhalten und bedroht durch den Klimawandel anzupassen. Ein unter Schutz stellen würde uns die Motivation nehmen, diesen Prozess positiv fortzuführen. Schutz ist immer mit Einschränkungen und Bevormundung verbunden - das Gegenteil brauchen wir, nämlich Kreativität und Tatkraft. An dieser Stelle sei zur Verdeutlichung ein Beispiel gebracht: Die Zufahrt zur Hofstelle wird gesäumt von einer historischen Rosskastanienallee. Wie sie bekanntlich wissen, leiden die Rosskastanien gravierend unter der Meniermotte. Wir haben eine Strategie entwickelt, wie wir diese tödlichen Schädlinge von den Bäumen weitestgehend fernhalten. Wir konnten die Allee sogar erweitern. Mir ist kein Rosskastanienbaum im Kreis Euskirchen bekannt, der nicht massiv von der Motte befallen ist, auch in den schon ausgewiesenen Schutzgebieten. Fazit: Die Rosskastanie, als frühe Bienenweide, wird bald nicht mehr im Kreis Euskirchen blühen! Worin genau besteht da der von Ihnen ausgesprochene Schutz? Ebenfalls betroffen von Ihren Planungen ist das Grundstück Flur 23, [anonymisiert]-Gemarkung Euskirchen, ca. 6.000 m<sup>2</sup> groß. Auf diesem Grundstück befindet sich eine landwirtschaftlich genutzte Halle, die auch, genehmigt durch die Stadt Euskirchen, gewerblich genutzt werden darf. Diese Fläche wird von Ihnen als Naturschutzgebiet und Überschwemmungsgebiet ausgewiesen. Warum hier Naturschutz von Nöten ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Das Grundstück liegt an einer viel befahrenen Landstraße, der L 182, Von-Binsfeld-Straße. Die Von-Binsfeldstraße begrenzt das Grundstück nach Norden. Diese Straße befindet sich in einer ca. 2 m hohen Dammlage. Die Flut von 2021 ließ somit das Wasser im Bereich der Halle bis auf ca. 1,80 m Höhe für etwas 5 Tage ansteigen. Wie erlebt und belegt, handelt es sich hier nicht um ein Überflutungsgebiet, sondern um ein durch den Straßendamm verursachtes Staugebiet, was alles Leben durch das über Tage stehende Wasser erstickte ! Westlich des Hallengeländes wurde der Erftuferweg mit Asphalt befestigt. Dieser Weg ist heute ein vielbefahrener Weg, da am Ende eine Kleingartenanlage mit etwas 200</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers</p>



Einzelparzellen und Tennisplätzen liegen, die nur über diesen Weg zu erreichen sind. Warum man diesen Weg mit Naturschutz überzieht, entzieht sich meines Verständnisses. Ein weiteres Grundstück in meinem Besitz befindet sich ebenfalls in der Gemarkung Euskirchen, Flur 23, [anonymisiert]. Diese soll nach Ihrem Willen ebenfalls mit Naturschutz belegt werden. Ich bitte hiervon Abstand zu nehmen, da es sich um einen hervorragenden Ackerstandort handelt. Naturschutz heißt Einschränkungen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmöglichkeiten. Diese Parzelle liegt, wie die vorher schon beschriebene Halle, an der viel befahrenen Straße entlang des Erftufers. Die Ausweisung des Schutzes der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung für das Grundstück „Auf dem Krümeling“, Flur 6, [anonymisiert] in der Gemarkung Mutscheid, [anonymisiert] bitte ich aufzuheben. Bitte nehmen Sie Ihre Planungen von den genannten Grundstücken und lassen Sie uns in Frieden unsere Arbeit erledigen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-1214

1002679

1006874

#### Inhalt

In unserem Verbandgebiet haben Sie Überschwemmungsflächen und Naturschutzflächen ausgewiesen. Die Naturschutzflächen verlaufen am östlichen Ufer der Erft von Euskirchen bis auf die Höhe der Kläranlage in Kessenich. Fast alle Drainagen entwässern in Ost-West-Richtung und münden am östlichen Ufer der Erft in dieselbige. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass jede Maßnahme die aus Naturschutzgründen in diesem Bereich erfolgt, mit dem Verband abgesprochen wird. Die Funktionstüchtigkeit der Drainagen muss erhalten werden! Wie wichtig dies ist, hat sich während der Flut 2021 gezeigt. Große Teile der Erftaue nördlich von Euskirchen haben bis zu 1,20 m über Tage unter Wasser gestanden. Als der Erftpegel sank, haben die Drainagen hervorragende Arbeit geleistet und die Böden in der Aue entwässert! Anschließend, binnen weniger Tage, konnten die Landwirte die Böden befahren und eine erste Bearbeitung durchführen. Die Belüftung der Böden führte zur Vernichtung von Parasiten (z.B. Mücken). Das Bodenleben (Würmer, Bakterien, Asseln usw.), das sich bei solchen Ereignissen in tiefere Schichten zurückzieht, kehrte sichtbar in den A-Horizont zurück. Große Sorgen bereitet uns, dass weitere Hochwasserereignisse über der Veybach (nicht der Erft) große Mengen an metallhaltigen Sedimenten in die Aue spült. Aus unserer Sicht sind ausgewiesene Überflutungs- und Überschwemmungsgebiete in der nördlichen Erftaue nur möglich, wenn der Veybach metallfrei wird!!! Wir lehnen die Neuaufstellung Schutz der Natur und Überschwemmungsgebiete in der Erftaue entschieden ab. Für Fragen und Vertiefung der Begründung unserer ablehnenden Haltung stehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Stellungnahme richtet sich an die Umsetzung auf fachplanerischer Ebene.

AZ: Ö-M-1215	
1002680	
1006689_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezugnehmend auf die Bekanntmachung vom 10.04.21 in der Geilenkirchener Zeitung; Bebauungsplan Nr.118-Niederheid-Erweiterung des GIB "Püttstraße", im Stadtteil Niederheid der Stadt Geilenkirchen; 24. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Aachen- Festlegung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsgebietes, Stadt Geilenkirchen</p> <p>Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung bekunden wir hiermit unseren Unmut über dieses geplante Gewerbe- und Industrieansiedlungsgebiet (GIB). Dieses geplante Gebiet besteht zu 70% aus einem Industrieansiedlungsbereich.</p> <p>Ein Gewerbegebiet (GE) in diesen aufgeführten Grenzen wäre gerade noch tolerierbar. Aber aus den Plänen geht hervor, dass sowohl nach Norden, Süden, als auch nach Westen sich die Optionen einer Erweiterung dieses Gebietes offengehalten werden. Hierzu sind in diesen Richtungen Schneisen in der Bebauung eingeplant, die eine neue Straßenführung in diese Richtungen ermöglichen. Die Unterschreitung der jetzt geplanten Distanz (400m) zwischen den Wohnhäusern und dem neuen GE ist den Anwohnern nicht zuzumuten.</p> <p>Nach § 1 BImSchG sind Menschen, Tiere und Pflanzen vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und ein Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen ist vorzubeugen.</p> <p>Der Schutzbereich nach BImSchG umfasst das Leben und die Gesundheit der Menschen i.S.d. Freiseins von Krankheiten und des psychischen, physischen und sozialen Wohlbefindens (vgl. BeckOK UmweltR/Schulte/Michalk, 58. Ed 1. 4. 2021 Rn.3, BImSchG § 1 Rn.3).</p> <p>Somit muss genügend Platz für einen umlaufenden Schallschutzwall (Erdwall) mit einer Hochstammbeepflanzung mit dichtem Unterholz eingeplant werden. Dieser ist dem derzeitigen Bebauungsplan leider noch nicht zu entnehmen.</p> <p>?Im Forschungsprojekt "Epidemiologische Untersuchungen zum Einfluss von Lärmstress auf das Immunsystem und die Entstehung von Arteriosklerose" untersuchte das Umweltbundesamt über 1.700 vorwiegend ältere Menschen aus Berlin. Die Auswertung ergab, dass Menschen in lauten Wohngebieten häufiger wegen Bluthochdrucks in ärztlicher Behandlung waren als diejenigen in weniger</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

lärmbelasteten Gebieten. So hatten Menschen, die nachts vor ihrem Schlafzimmerfenster einen mittleren Schallpegel von 55 dB(A) oder mehr hatten, ein fast doppelt so hohes Risiko, wegen Bluthochdrucks in ärztlicher Behandlung zu sein, als diejenigen, bei denen der Pegel unter 50 dB(A) lag." (vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herzKreislauf-erkrankungen#hoheres-risiko-fur-bluthochdruck>)

Bitte sorgen Sie dafür, dass eine Schallemission von 50 db(A) nicht überschritten wird. Auch ein Nachtarbeitsverbot (Nachtruhe zwischen 20Uhr und 6Uhr) und ein Arbeitsverbot an Sonn- und Fereitagen muss für diese Fläche festgeschrieben werden, damit dieses erhöhte Gesundheitsrisiko minimiert wird.

Eine Gebäudehöhe von 20 m muss unbedingt verhindert werden. Hier könnte die maximale Bauhöhe von 12m, die es auf der anderen Seite der 8221 einzuhalten gilt, auch auf dieses Gebiet ausgeweitet werden.

Auflagen zum Einsatz von zusätzlichen Luftwäschern und Filterationsanlagen könnten die Emissionen dieses geplanten Gebietes erträglich machen und Gesundheitsschäden der Anwohner vorbeugen.

Bitte berücksichtigen Sie unsere Vorschläge!

AZ: Ö-M-1216

1002682

1006691\_001

#### Inhalt

Hiermit lehne ich den Regionalplan Entwurf für das GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße ab, da die Wohn- und Lebensqualität durch eine extrem erhöhte Lärm- und Umweltbelastung beeinträchtigt wird.

Es gibt in der Stadt Geilenkirchen (eine 83 km<sup>2</sup> großen und mit einer Bevölkerung von ca. 28.000 Einwohner) schon ein vorhandenes 100ha großes Gewerbegebiet. Zusätzlich ist in Geilenkirchen-Lindern ein neues riesiges 240ha großes Industriegebiet geplant und schon weit fortgeschritten. Die Lage dieses Industriegebietes ist auch viel günstiger gelegen als, dass Neu geplante in Niederheid. Es ist mir unerklärlich, dass ein 240ha großes Industriegebiet noch nicht bebaut ist und ein weiteres schon in Planung ist in einer Verhältnis mäßig so kleinen Stadt wie Geilenkirchen. Es besteht kein Mehrbedarf für dieses verhältnismäßig kleine Industrie- und Gewerbegebiet, für den Schaden welches dieses in naher Wohnbebauung auslöst. Wenn es in nur wenigen Kilometern( Geilenkirchen-Lindern) ausreichend Fläche für Gewerbe- und Industriebauten geschaffen wird.

Bitte erklären Sie mir Ihre Planung im Verhältnis der Stadt Planung Geilenkirchen.

Ich lehne somit den Regionalplanungsentwurf der Bezirksregierung Köln ab!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1218	
1002689	
1008028	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit widerspreche ich der Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Unsere Parzellen liegen im Kreis Düren bzw. in der Gemeinde Niederzier. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln würden unsere Parzellen im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Regionale Grünzüge sowie Überschwemmungsbereiche und Grund-/Gewässerschutz liegen. Dem widerspreche ich ausdrücklich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer einschließlich der im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren. Entsprechend der Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis IIIa. Detaillierte Vorgaben welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Trinkwasserverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, die geplant und noch nicht durch Trinkwasserverordnungen reglementiert werden, erfolgt die vorsorgende regionalplanerische Festlegung, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. bauliche Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Die textlichen Regelungen des Kapitels 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und wurden einerseits auf Grundlage der Bemessung eines mindestens 100-jährlichen Hochwasserereignisse festgelegt, andererseits die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. Für potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) erfolgt die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche um diese vor entgegenstehende Nutzungen (z.B. bauliche Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Aus Maßstabs- bzw. Generalisierungsgründen, wegen der fachplanerischen Neuermittlung von Überschwemmungsgebieten oder durch den Vollzug konstruktiver Hochwasserschutzmaßnahmen können die zeichnerisch festgelegten ÜB auch Flächen enthalten, die bei HQ100 nicht überflutet bzw. nicht mehr überflutet werden. Planungen und Maßnahmen in diesen Bereichen sind grundsätzlich zulässig, wenn der Vorhabenträger unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde nachweist, dass keine Beeinträchtigungen des Hochwasserschutzes zu erwarten sind (siehe hierzu Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz). Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß (G. 20), Waldbereichen gemäß (Z. 22) und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

---



AZ: Ö-M-1219	
1002691	
1010479	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Parzelle liegt im Kreis Düren bzw. in der Gemeinde Niederzier. Durch die Neuauftellung des Regionalplans Köln würde unsere Parzelle im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Regionale Grünzüge sowie Überschwemmungsbereiche und Grund-/Gewässerschutz liegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte</p>

bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-122

1001333

1005815

#### Inhalt

Auf Blatt 05 zum Betreff ist im Stadtgebiet Burscheid das Gebiet in etwa zwischen der Quelle des Bornheimer Baches bis zur Stadtgrenze Leverkusen als Gebiet zum Schutz der Natur bzw. Landschaft vorgesehen. In diesem Bereich liegen die beiden Siedlungsgebiete Bornheim und Hamberg. In beiden Ortsteilen hat es Neubauaktivitäten gegeben bzw. sind in Planung, insbesondere vermehrt im Bereich Hamberg. Hierzu sollte auch die entsprechende Infrastruktur im Plan vorgesehen werden. So endet z.B. der ÖPNV an der Stadtgrenze Leverkusen ca. 700m vor Hamberg, also kein attraktives Angebot.

Es wird daher vorgeschlagen:

- Darstellung der beiden Ortsteile als allgemeiner Siedlungsbereich.
- Abrundung von Siedlungsmöglichkeiten im Bereich vorhandener Infrastruktur wie z.B. Fläche an der Kreisstraße 2 zwischen Kleinhamberg und der vorhandenen zentralen Abwassersammelstelle.
- Darstellung von notwendigen Flächen für die Anbindung zumindestens von Hamberg an den ÖPNV.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

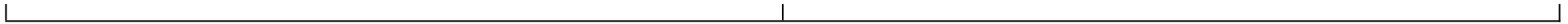
Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

AZ: Ö-M-1220	
1002692	
1007002	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Stadt Köln beschreibt ihre Ausbauplanung für Maßnahmen für den Stadtbahnausbau und -neubau in einer sogenannten ÖPNV-Roadmap</p> <p><a href="https://www.stadt-koeln.de/artikel/67960/index.html">https://www.stadt-koeln.de/artikel/67960/index.html</a>  <a href="https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=650626&amp;type=do">https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=650626&amp;type=do</a></p> <p>Die dort dargestellten Netzerweiterung sind nur teilweise in Ihrem Plankonzept - Blatt 5 Köln, Leverkusen und Rheinisch-Bergischer Kreis - übernommen worden.</p> <p>So fehlen in Ihrem Plankonzept gegenüber der ÖPNV-Roadmap die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• rechtsrheinische Gürtelstrecke sowohl als Lückenschluss zu der linksrheinischen Gürtelstrecke als auch in der Darstellung entlang der Frankfurter Straße</li> <li>• Stadtbahnanbindung Neubrück</li> </ul> <p>Notwendige Betriebsanlagen für den Stadtbahnbetrieb fehlen in der Darstellung.</p> <p>So sind die Infrastrukturen der Betriebshöfe West, Wesseling und Merheim sowie die Hauptwerkstatt und die Abstellung in Weidenpesch nicht dargestellt, sondern gehen in der Darstellung ?Allgemeiner Siedlungsbereich? unter.</p> <p>Die vorhandenen Betriebsstrecken zu deren Anbindung sind ebenfalls nicht ausgewiesen ? auch eine Abweichung zum bestehenden Regionalplan.</p> <p>Hier wird weiterhin angeregt, die im aktuellen Regionalplan enthalten Nordanbindung des Betriebshofes Merheim auch in den neu aufzustellenden zu übernehmen. Diese ist sowohl aus Gründen der Leistungsfähigkeit/Abstellkapazität wie auch auf Grund ihrer Resilenzfunktion zur Umgehung der Bestandsstrecke weiterhin vorzusehen.</p> <p>Für mehr Linien mit mehr Linienlänge und teilweise dichterem Taktfolge müssen zukünftig auch mehr Bahnen abgestellt / gewartet werden können, so dass landesplanerisch erweiterte Abstellflächen / Wartungsflächen auszuweisen sind ? Stichworte Brikettfabrik Wartberg in Frechen und Erweiterung des Bahnhofs Wesseling. Stadtbahninfrastrukturen brauchen einen Netzzugang und eine kurze Anbindung an das Netz und unterscheiden sich somit von Infrastrukturen von Verkehrsmitteln, die nicht spurgeführt sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege oder Bahnbetriebsflächen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahmen nicht der Fall. Eine Sicherung der Maßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung bleibt davon ebenso unberührt wie die weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger.</p>



AZ: Ö-M-1221

1001854

1006695\_001

## Inhalt

hiermit möchten wir als Anwohner der Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs im Höhenweg, 53721 Siegburg-Kaldauen widersprechen. Es gibt ein Gerichtsurteil (s.A.), das dem entgegensteht. Es hätte eine Wohnbebauung im Landschaftsschutzgebiet zur Folge. Der inzwischen leider berühmt berüchtigte Herr Esch plant dort mit der Stadt Siegburg aktuell eine Wohnsiedlung mit 72 Wohneinheiten, die in den Kaldauer Wald gesetzt werden soll. Bei dem Hotel Grunze, das seit 2003 leer steht, handelt es um einen Schwarzbau mitten im Natur- und Landschaftsschutzgebiet (damals im Geklängel mit CDU-Bürgermeister Hr. Krieger und seinem Nachfolger Hr. Huhn), wie das beigegefügte Urteil aus 1998 des OVG Münster belegt (s.A.). Nachdem die SPD die letzte Kommunalwahl 2020 für sich entschieden hat, geht Herr Esch jetzt mit seinem Immobilienfonds\* von einer Nachnutzung mit sieben Wohnblöcken und rund 72 Wohneinheiten aus. Das Gebiet ist nach wie vor kein Bauland, müsste umgewidmet werden (SO Touristisches Sondergebiet, da dort eine Sommerrodelbahn ebenfalls ohne Genehmigung war und Landschafts- und Naturschutzgebiet ist), es gibt keinen zweiten Rettungsweg (hohe Waldbrandgefahr) und die verkehrstechnische Anbindung (inkl. Parkraum) für derart viele Bewohner ist auf dem verkehrsberuhigten Buchenweg überhaupt nicht gegeben. Dies wurde bereits im damaligen Urteil festgehalten, weil sich Busladungen aus Holland zum ehemaligen Hotel hochgequält hatten, bis die Anwohner geklagt haben (Werner u. Ulla Niemzik, Gottfried-Kinkel-Str.). Auch die Fußballnationalmannschaft war seinerzeit zu Gast.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die in Rede stehende Fläche ist im FNP der Stadt Siegburg als Sonderbaufläche dargestellt. Die Abgrenzungen der ASB orientieren sich an den bereits rechtskräftigen Bauflächendarstellungen der kommunalen FNP.

Grundsätzlich gilt für die zeichnerischen Festlegungen im vorliegenden Entwurf, dass diese dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, d.h. unabhängig davon, ob die ASB Grenze die Sonderbaufläche noch integriert oder nicht, entscheidet die Stadt Siegburg über die Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Hotels. Hier werden auch die forstrechtlich notwendigen Abstände zwischen Bebauung und Waldnutzung und die landschaftsrechtlichen Voraussetzung geprüft. Es ist nicht erkennbar, dass einer solchen Umnutzung der in Rede stehenden Fläche ein landesplanerisches Ziel entgegensteht. Die naturschutzrechtliche Bewertung der unteren Naturschutzbehörde ist davon unabhängig.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht

Nun tat man in der Stadtverwaltung noch im Mai 2022 so, als wisse man von diesem Urteil und damit einzuhaltenden Maßnahmen nichts... den Zuschnitt des Natur- und Landschaftsschutzgebiets will man kurzerhand ändern, wie man im Planungsausschuss hört.

SPD, Grüne, FDP, SBU und Linke haben die "Wohnanlage Höhenweg" bei Enthaltung der CDU (die die Pläne für zu massiv hält) am Donnerstag, 19.05.2022, im Planungsausschuss der Stadt Siegburg unter Vorsitz der CDU, Hr. Becker, (und im Beisein des SPD-Bürgermeisters Stefan Rosemann) zum Planfeststellungsverfahren durchgewunken. Niemand hat auf die Probleme im Hinblick auf die Umsetzung hingewiesen. Die Anwohner hatten ihre Bedenken bereits im September 2021, nachdem erste Pläne im Siegburg Newsletter veröffentlicht worden sind, geäußert (siehe Bonner General-Anzeiger 13.10.2021). Aufzeichnung der Planungsausschuttsitzung, Tagesordnungspunkt 7.6: <https://vimeo.com/711516301>

Nun holt Esch die Gutachten zur Umsetzung ein... die Bürgerbeteiligung startet am 30.08.2022, 18:00 Uhr im Hotel Grunge, Höhenweg 1, Siegburg-Kaldauen. Das Landschaftsschutzgebiet soll weiter beschnitten werden.

Da Hr. Esch damals - wie später herauskam - (ehemalige) Anwohner am Höhenweg "bezahlt" hatte (er übernahm deren Kanalerschließungsgebühren), steht jetzt zu befürchten, dass ihm ein weiteres Mal "alle Mittel recht sind", um seine Pläne umzusetzen. Hinter vorgehaltener Hand sagt Stefan Rosemann, dass Hr. Esch ihn verklagen könnte, wenn er das Projekt nicht prüfen lässt. Sein Gesichtsausdruck dabei verrät, dass er mehr als Respekt vor Hr. Esch und seinen Methoden / Anwälten etc. hat. Er ist selbst in Siegburg-Kaldauen aufgewachsen und kennt die Örtlichkeit daher sehr gut... Auf der anderen Seite will er Sozialwohnungen schaffen, wer also auf wen zugegangen ist, wird am Dienstag in der Informationsveranstaltung explizit gefragt, bisher war keine Antwort zu hören... Der Kreis, der laut Rosemann über die Gutachten entscheidet, nimmt es

berührt..

mit Landschaftsschutzgebieten augenscheinlich leider nicht so genau, daher sind wir Anwohner der Gottfried-Kinkel-Str., dem Buchenweg und dem Höhenweg höchst alarmiert. Der neue Zuschnitt im Regionalplan konterkariert das OVG-Urteil und ist sicher nicht zulässig!

Die Natur hat sich in diesem Naherholungsgebiet in den vergangenen mehr als 20 Jahren insbesondere den rückwärtigen Bereich des Hotelgeländes wieder zurückerobert - Fledermäuse und Feuersalamander sind dort neben zahlreichen Vogelarten gesichtet worden. Man kann oben vom Hang gut Einblick in das Gelände nehmen. Die Anwohner des Höhenwegs werden durch die Pläne vollkommen abgeschnitten und befürchten, dass nicht einmal mehr Rettungs-, Müll- oder Lieferfahrzeuge zu ihnen durchkommen. Es steht auch zu befürchten, dass der Höhenweg ausgebaut wird... das würde noch mehr Wald kaputtmachen. Die Waldbrandgefahr würde mit heißen Autos auf/am Waldboden immens steigen.



AZ: Ö-M-1222

1002695

1008291

#### Inhalt

Mit Blick auf die Erstellung eines neuen Regionalplans für Köln gehe ich davon aus, dass die Felder im Bereich südlich der Potsdamer Str. und des Frechener Wegs, weiterhin nicht bebaut werden dürfen und geschützt werden. Eine Bebauung mit Wohngebäuden oder mit landwirtschaftlichen Gebäuden (auch nur von Teilen dieser Felder) ist meiner Ansicht nach mit Blick auf den Klimawandel und die Auswirkungen auch für die Stadt Köln nicht akzeptabel.

Vielmehr gehe ich davon aus, dass die im Rahmen der "Kölner Perspektiven 2030+ - Die Stadträumliche Perspektive" erstellte "Zielkarte Grün und Klima: Sicherung und Qualifizierung der Grünsysteme und Vorsorge für den Klimawandel", die den Erhalt und Schutz der durch die Felder im Bereich südlich der Potsdamer Str. und des Frechener Wegs existierenden Kaltluftschneise vorsehen, auch bei der Erstellung des neuen Regionalplans mit einfließen und damit der Erhalt und Schutz dieser Kaltluftschneise garantiert wird.

Neben diesen Aspekten, gehe ich auch davon aus, dass die Grundstück Ignystraße 93 - 95 ('Garten Müller') und die Bereiche südlich der 'Jungbluthgassen-Brücke' nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich vorgesehen werden, sondern weiterhin zu dem Grünzug Köln-West gehören und es hier keine weitere Bebauung geben wird. Vielmehr sollte eine weitere Begrünung und mögliche Entsiegelungen im Bereich Köln-Weiden in Betracht gezogen werden und weitere Nachverdichtungen in diesem Stadtteil grundsätzlich ausgeschlossen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1224

1002696

1006876

#### Inhalt

Sie erhalten Bedenken und Hinweise zur geplanten Neuaufstellung des Regionalplans Köln mit der Bitte um Berücksichtigung. Sie betreffen den Siedlungsbereich in Euskirchen-Weidesheim, den Sie auf dem folgenden Kartenmaterial definiert sehen [s. Anhang Abb. StnID 1006876\_1]. Sie bewerben die Neuaufstellung des Regionalplans mit der "Sicherung der Lebensgrundlagen". Im letzten Punkt Ihres Leitbildes heißt es "Gewässer- und vorbeugender Hochwasserschutz". Dem entgegen steht, dass die kommunale Bauleitplanung der Stadt Euskirchen als Trägerin der Planungshoheit, die Neuaufstellung der Siedlungsbereiche in Weidesheim vor diesem Hintergrund völlig auf den Kopf stellt: Alter Regionalplan: hochwasserfreie höhergelegene Siedlungsfläche im nördlichen Anschlussgebiet Allemannenstraße (nordöstlich der Weidesheimer Straße) Neuer Regionalplan: stark hochwassergefährdete Siedlungsfläche (südwestlich der Weidesheimer Straße) auf der tiefer gelegenen Retentionsfläche eines Gärtneireigelandes im Außenbereich. (siehe Seite 5, Hochwasserkarte Stadt Euskirchen) [Anlage]. Sicherheitsrelevante Aspekte sollten bei der Neuausweisung von Siedlungsflächen im Vordergrund stehen, oder? Die neu ausgewiesene Siedlungsfläche wird von stadtbekannten Euskirchener Investoren projektiert. Diese bestimmen, wo was und wie gebaut wird. Die Bürgerversammlung am 17.11.2021 der Stadt Euskirchen nutzten die Investoren geschickt, um für das Baugebiet Reklame zu machen. Baupläne wurden gezeigt und die ersten Reservierungen getätigt. Die dort vom technischen Beigeordneten der Stadt Euskirchen gezeigte städtische Hochwassergefahrenkarte zeigte erstaunlicherweise keine Überflutungsgefahr: [Abbildung] Hochwassergefahrenkarte der Stadt Euskirchen/ Bürgerversammlung 17.11.2021 In der Hochwassernacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 stand das gesamte Gelände südwestlich der Weidesheimer Straße unter Wasser. Das Gärtneireigelande und die Straße "Zur Kleeburg" waren vollständig überflutet. Wir, die Bewohner der Kleeburger Mühle waren von der Außenwelt abgeschnitten. Kein Feuerwehrfahrzeug hat sich zu uns vorgewagt, da die Straße nicht mehr zu erkennen war! Die höhergelegenen Äcker nordöstlich der Weidesheimer Straße konnten das Oberflächenwasser nicht weiter aufnehmen und gaben das Wasser in Richtung Niederkastenholzer Fließ weiter. Jedoch war der Flutgraben des Niederkastenholzer Fließ bereits beidseitig über die Ufer getreten und zu einem breiten Fluss geworden. Somit verwandelte sich binnen kurzer Zeit, die gesamte Region hier in eine riesige Seenlandschaft: Pegelhöchststand war in den Morgenstunden des 15. Juli zwischen 03:00 - 04:00 Uhr. Wir hatten alle Hände voll zu tun, unser Hab und Gut zu sichern und kamen nur kurz dazu Fotos zu machen. Dieses Foto hier entstand vom Dach der Kleeburger Mühle um ca. 09:00 Uhr morgens. Der Pegel war da zum Glück schon

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Auf Regionalplan-Ebene besteht kein Konflikt zu den Belangen des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Inwieweit bei Umsetzung des ASB örtliche Maßnahmen, z.B. zur Starkregenvorsorge zu ergreifen sind oder Teilflächen für eine Retention freigehalten werden sollten, ist auf Ebene der Bauleitplanung zu konkretisieren.

erheblich gefallen: [Abbildung] Im Bildhintergrund (Einfahrtsbereich Kleeburger Mühle) sieht man im oberen Drittel das Wasser links und rechts des Niederkastenholzer Fließ stehen, was rechts davon im Dunst wie Boden aussieht, ist im Wasser stehendes Getreide. Das Wasser rechts hinten im Bild, stand bis ins Gewerbegebiet Grondahls Mühle in Kuchenheim. Hier ist gut zu erkennen, dass der Boden des Gärtneriegeländes das Wasser noch gut gespeichert hat, während ein Teil der Straße längst trocken ist. Das Gärtneriegelände ist somit eine hervorragende Retentionsfläche. Die Verrohrung unter der Straße ist immer noch nicht zu erkennen. Der Strudel kennzeichnet die Lage des Rohreinlaufes unter der Wasserdecke:[Abbildung] Kreuzungsbereich der Straße ?Zur Kleeburg? / Niederkastenholzer Fließ am späten Nachmittag des 15. Juli, ca. 17:00 Uhr. 13 (!) Stunden nach Pegelhöchststand Die betroffene und traumatisierte Bürgerschaft wurde nach der Katastrophe aufgefordert, der Stadt Euskirchen zu melden, wo das Wasser gestanden hat. Das haben wir und viele andere Betroffene aus der Nachbarschaft gemacht. Interessanterweise wurden dann die Karten von der Stadt Euskirchen mehrfach abgeändert. Es gibt eine offizielle Karte vom 10.08.2021, die die tatsächliche Überflutung am besten abbildet. Die blaue Fläche ergänzt die offizielle Flutfläche aus unseren Beobachtungen während der Flutnacht: [Abbildung] Überflutungskarte der Stadt Euskirchen: Auf dieser wird es deutlich: das Siedlungsgebiet des alten Regionalplan ist hochwasserfrei, während das Siedlungsgebiet des neuen Regionalplans überflutet ist. Auf der Bürgerversammlung vom 17.11.2021 wurde von der Stadt Euskirchen bekannt gegeben, dass gesamte Niederschlagswasser des Neubaugebietes Gärtnerei in das Niederkastenholzer Fließ eingeleitet wird. Dies wird zusätzlich das Hochwasserrisiko für alle Um- und Unterlieger bei Starkregen drastisch erhöhen. Mit dem Aufstellen des neuen Regionalplans wird in unserem Fall weder eine Sicherung unserer Lebensgrundlagen noch ein vorbeugender Hochwasserschutz seitens aller am Entscheidungsprozess beteiligter Behörden gewährleistet. Ich erbitte Ihre Stellungnahme bis zum 31.10.2022, da sich Ihre Behörde, bzw. die Dezernate 32 (Regionalentwicklung), 35 (Städtebau und Bauaufsicht) und 54 (Wasserwirtschaft und Umweltschutz) nach genauer Prüfung aller eingegangenen Hinweise und Bedenken, hoffentlich gegen den neuen Siedlungsbereich in Weidesheim aussprechen werden, und somit das neue Siedlungsvorhaben der Stadt Euskirchen nach den Hinweisen aus der Bürgerschaft nicht mehr unterstützen werden. Shortlist : Klimawandelfolgen: Hochwasserrisiko bei Starkregenereignis: Extreme Gefährdung der An- und Unterlieger Die auf der Bürgerversammlung präsentierte Hochwassergefahrenkarte der Stadt Euskirchen stimmt nicht mit der tatsächlichen Hochwassergefahr überein, obwohl die Informationen aus der betroffenen Bürgerschaft zur Risikobewertung den Beamten vorgelegen haben. Investoreninteresse vor Anwohnerinteresse: Gewinne der Investoren werden privatisiert und das Hochwasserrisiko auf die Anlieger und Unterlieger des Niederkastenholzer Fließ vergesellschaftet: 2ha Bauland am Stück lassen sich hervorragend projektieren und dabei Millionengewinne realisieren. Profit vor Sicherheit. Die Verantwortung liegt bei den Genehmigungsbehörden, oder? Risikolandschaft als Folge des Klimawandels wird von der Stadt Euskirchen nicht thematisiert, sondern bagatellisiert und ausgeblendet (siehe präsentierte Hochwasserkarte der Bürgerversammlung am 17.11.2021) ? nur 4

Monate nach der Hochwasserkatastrophe in Euskirchen mit 4 Toten, unzähligen Verletzten und immer noch schwersttraumatisierten Betroffenen und deren Kinder! Die große Mehrheit der Bürgerschaft in Euskirchen versteht nicht, warum die Stadt Euskirchen an Bauvorhaben in Flutgebieten bzw. Risikolandschaften nach wie vor festhält. NRW-weit gab und gibt es vom WDR hierzu Berichterstattungen. Auch über Euskirchen ? die Stadt steht mittlerweile im Focus der Öffentlichkeit ? und erntet weiterhin öffentlich Unverständnis für derlei Bauvorhaben. Das ist Stadtgespräch und ständig Thema. Die meisten Betroffenen beheben immer noch Wasserschäden! Dennoch, nach dem Willen der Mehrheit im Euskirchener Stadtrates wird das Baugebiet ?Gärtnerei Weidesheim? realisiert werden. Die Folgen: Erweiterung des Areals einer Risikolandschaft durch Entfernung einer 2ha großen Retentionsfläche bei Starkregenereignissen. Behördlich genehmigte Entstehung einer 2 ha großen Hitzeinsel durch moderne Maximalbebauung Zersiedelung einer erhaltenswürdigen alten landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft (Kleeburg, Kleeburger Mühle, historischer Zehntscheune und umliegender Acker-, Wiesen- und Gartenflächen), die sich übergangslos an den Erftmühlenbach anschließen und sinnvollerweise mit in den Landschaftsschutz gehören. Ein modernes Neubaugebiet als Fremdkörper in der letzten verbliebenen historischen Kulturlandschaft in Euskirchen. Es nützt hier nur wenig, allein den Erftmühlenbach unter Landschaftsschutz zu stellen. Bitte stellen Sie den Zustand des alten Regionalplans wieder her! Eine Belassung der landwirtschaftlichen Fläche der Gärtnerei (z.B. zur nachhaltigen Nutzung und regionalen Nahrungsproduktion eines Permakultur Gartens für Euskirchener Bürger) ist für die Stadt Euskirchen undenkbar. Vielleicht ist es für die Bezirksregierung endlich eine Möglichkeit ihr Leitbild mit Leben zu füllen und hier diese alte Kulturlandschaft zu erhalten und die ?Sicherung der Lebensgrundlagen mit vorbeugendem Hochwasserschutz? für ihre Bürger und nachfolgenden Generationen zu ermöglichen?? Mein Vorschlag: Das Gärtnereigelände möge als Retentionsfläche weiterhin zur Verfügung stehen. Auf Grund des Klimawandels werden sich die Starkregenereignisse häufen. Überflutungen in unserer Region werden in Zukunft in immer kürzeren Zyklen auftreten.Ich bitte um Ihre Stellungnahme bis zum 31.10.2022..

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006876\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-1226	
1002700	
1006878	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Eigentümer der Grundstücke: Gemarkung Hellenthal, Flur 50, [anonymisiert] Gemarkung Udenbreth, Flur 2, [anonymisiert] erhebe ich hiermit Bedenken gegen die Ausweisung als BSN Gebiete im o. a. Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln. Die Ausweisung als BSN Gebiet kann zu einer Beeinträchtigung der Nutzung führen und somit eine Wertminderung bedeuten. Die Verpachtung dieser Flächen wird dadurch erschwert.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1227	
1002698	
1006840	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung möchten wir die beigefügten Bedenken und Hinweise zur Änderung des Regionalplans Köln geben. Wir bitten Sie diese im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Die Bedenken und Hinweise betreffen die beabsichtigte Änderung des Regionalplanes im Gebiet der Stadt Euskirchen im Ortsteil Weidesheim und dort am nordwestlichen Ortsrand im Bereich zwischen den Straßen ?Dadenbergring?, ?K21? (?Weidesheimer Straße?) ?Zur Kleeburg? sowie dem Gewässer ?Niederkastenholzer Fließ?. Im alten Regionalplan war dieser Bereich nur partiell als allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesen. Der nordöstliche, bereits heute mit den Gebäuden eines Gartenbaubetriebes bebaute Bereich war im alten Regionalplan als ASB ausgewiesen, während die westliche Hälfte des Bereiches als ?allgemeiner Freiraum und Agrarbereich? ausgewiesen war. (im Folgenden als ?Rot markierte Fläche ? Regionalplan alt? bezeichnet) Im neuen Regionalplan ist die Fläche hingegen in Gänze als ASB ausgewiesen. (im Folgenden als ?rot markierte Fläche ? Regionalplan neu? bezeichnet) Zudem soll der Bereich östlich der L210, der bislang als ASB dargestellt war (im folgenden ?gelb markierte Fläche ? Regionalplan alt?), nunmehr fast vollständig als allgemeiner ?Freiraum und Agrarbereich? ausgewiesen werden. (im Folgenden als ?gelb markierte Fläche ? Regionalplan neu?) bezeichnet. Wir wenden uns mit dieser Stellungnahme gegen die beabsichtigte Änderung und bitten Sie den Zustand im alten Regionalplan wiederherzustellen oder die Fläche südwestlich der K21 (rot markierte Fläche) vollständig als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich auszuweisen [s. Anlage Abb. Stn. ID 100680_1]. [Der Stellungnahme wurden weiter Informationen als Anlage beigefügt].</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1006840_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Im betreffenden Bereich besteht auf Regionalplan-Ebene kein Konflikt zu den Belangen des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Inwieweit bei Umsetzung des ASB örtliche Maßnahmen, z.B. zur Starkregenvorsorge zu ergreifen sind oder Teilflächen für eine Retention freigehalten werden sollten, ist auf Ebene der Bauleitplanung durch die planende Kommune zu konkretisieren.</p>

AZ: Ö-M-1229	
1002701	
1006880	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53902 Bad Münstereifel einen landwirtschaftlichen 0Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Zu dem Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 3 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie 15 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Weiterhin sollen 5 Hektar des in meinem Eigentum stehenden Ackerlandes und 20 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden. Sämtliche Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb nicht tragbar. Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei Landschaftsschutzgebieten auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Hierdurch wäre eine weitere Nutzung als Ackerland vom Arbeitsaufwand und Ertrag unwirtschaftlich und bei Grünlandflächen würde dies einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.[Der Stellungnahme wurde weitergehende Informationen als Anlage beigelegt].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1230	
1002702	
1006721_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir möchten Stellung nehmen zum geplanten Gewerbe-und Industriegebiet auf Heinsberger und Gangelter Seite.</p> <p>Mit großer Sorge sehen wir unsere dörflichen und landwirtschaftlichen Strukturen schwinden.</p> <p>Weiterhin sind besonders die angrenzenden Häuser und das Altenheim von Lärm und Abgasen in besonderer Weise betroffen.</p> <p>Die Umweltbelastung für nachfolgende Generationen wird hoch sein. Wertvolle Ackerfläche für regionale Produkte fallen dem Industriegebiet zum Opfer!</p> <p>Unsere Dörfer werden ihr Gesicht verlieren und sich nicht mehr attraktiv als Wohngebiet darstellen.</p> <p>Durch die Umgehungsstraße wurde schon wertvolles Ackerland geopfert und beide Dörfer sind von vermehrtem Verkehrslärm betroffen.</p> <p>Wir möchten uns nicht ausmalen, welche Lärm- und Schadstoffbelastung auf uns und unsere Kinder zukommen würde.</p> <p>Wir bitten dringlichst von diesem Standort Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-1231

1002703

1006723\_001

#### Inhalt

Hiermit möchte ich eindringlich gegen das geplante Industriegebiet in Erkelenz - Neuhaus warnen und widersprechen.  
Bitte verhindern Sie die immer weiter fortschreitende Flächenversiegelung.  
In einem Gebiet mit guten, ertragreichen Böden ist es unverantwortlich große Flächen zu zubetonieren.  
Unsere Flora und Fauna ist in Gefahr!

In der Hoffnung auf eine neue Prüfung bzw. Absage

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1233	
1002704	
1008328	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte, nein ich muss eine Stellungnahme abgegeben zu einer Fläche, die in Ihrem Vorschlag des Regionalplans als allgemeines Siedlungsgebiet ausgewiesen werden soll.</p> <p>Es handelt sich in Köln-Neubrück um die Fläche 8-809-010, wo dereinst die tolle Baumschule von Dr. Madaus war. Meines Wissens ist im Flächennutzungsplan auch noch immer Baumschule eingetragen.</p> <p>Als ich vor gut 15 Jahren eine Immobilie in einem Hochhaus gegenüber erwarb, war auch die Auskunft der Stadt Köln, dass auf der Fläche 8-809-010 nicht gebaut werden solle, sondern eine Art Park und Grünerholung entstehen solle.</p> <p>Sie müssten, wenn Sie der GAG ihr unbebaubares Grundstück nun in Siedlungsbereich umwandeln und damit aufwerten, eigentlich kräftig die Hand aufhalten, damit wir Nachbarn durch diesen dort für die GAG geschaffenen Mehrwert entschädigt werden für die dadurch bei uns erfolgende Wertminderung unserer Immobilien.</p> <p>Aber mit allem Geld der Welt lässt sich die frische und kühlere Luft, die von dort in die Siedlung weht nicht ersetzen. Wenn Sie dort, wie es gerüchteweise immer hies einen Bürgerpark anlegten und Klein- und Gemeinschaftsgärten, sowie Wasserflächen und Kleinstgewässer, dass könnte gegenüber heute eine unbezahlbare Aufwertung und Anpassung an den Klimawandel sein.</p> <p>Eine weitere Versiegelung und damit auch Verstärkung der Aufheizung hilft absolut niemandem. Die neue Siedlung bliebe auch ewig ein Fremdkörper und würde nie ein Teil Neubrücks werden, da es von Neubrücker Ring und zukünftig einer Straßenbahnlinie abgeteilt wird.</p> <p>Ein Teil der zur Rede stehenden Fläche wird derzeit landwirtschaftlich genutzt und könnte als regionale Landwirtschaftsfläche gerade in Zeiten in denen über kurze Wege und Versorgungsmangel diskutiert wird, eine zukünftig noch viel wichtigere Bedeutung haben.</p> <p>Kurzum gibt es folgende Gründe, die es zu bedenken gilt.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vermeidung zusätzlicher Versiegelung in der Nähe von Hochwassergebieten</li> <li>2. Keine Vernichtung von kühlendem Grün.</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

3. Kein Zubau der Frisch- und Kaltluftschneise aus dem Bergischen Land
4. Durch Verschieben der Bebauung wird der überhitzte bebaute städtische Kern noch vergrößert
5. Keine Vernichtung regionaler Landwirtschaftsfläche
6. Vermeidung der Entwicklung einer Ghettosiedlung
7. Verhinderung der Zerstörung eines Kulturraums.

Vielen Dank für die Möglichkeit der Beteiligung. Ich hoffe, dass es nicht pures Partizipation ist, sondern ernsthaft geprüft und abgewogen wird. Auch über parteiideologische Grenzen hinweg. Es ist eine Planung für unsere Kinder und Enkel. Dieser Verantwortung müssen wir uns bewusst sein.

AZ: Ö-M-1235	
1002707	
1006882	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Kartierung haben wir festgestellt, dass wir ca. 24.000 qm Eigentums-Grünlandflächen als Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Dieser Planung möchten wir aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen.</p> <p>Ich bitte daher von einer Überplanung der Flächen Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der Landwirtschaft Vorrang zu gewähren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1236	
1002708	
1008329	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Vielen Dank für die Möglichkeit der Beteiligung für mich als einfacher Bürgerin. Es ist allerdings etwas schade, dass ich davon erst über die Zeitung unseres Bürgervereins Neubrück erfahren musste. Dennoch möchte ich diese Gelegenheit beim Schopf ergreifen, wenn es so noch möglich sein sollte, sinnlose Naturvernichtung zu verhindern, schließlich planen wir heute für das Morgen unserer Kinder und Enkel. Dieser Verantwortung müssen wir annehmen und uns vom bisherigen Denken, Planen und Handeln verabschieden.</p> <p>In den letzten Wochen durfte man der Presse entnehmen, dass wir derzeit die heftigste Dürre seit 500 Jahren erleben.</p> <p>Gleichzeitig sind fast flächendeckend in Nordrhein-Westfalen die Grundwasserspiegel auf einem historisch niedrigen Stand. Überall wird geplant Versiegelung aufzubrechen oder ganz zu vermeiden. Die Landesbauministerin will gegen Schottergärten vorgehen und es sollen Regenwasserabführungen nicht mehr in den Kanal, sondern zum Versickern abgeleitet werden. All das sind aber nur kleine Reparaturen eines großen Eingriffs in die Natur und die natürliche Kulturlandschaft.</p> <p>Das beste, was dem Boden passieren kann, ist dass man ihn in Ruhe lässt. Wenn man eine Fläche nicht bebaut, muss man keinen Ausgleich machen und keine Verrenkungen um Versickerungen zu ermöglichen.</p> <p>Neubrück ist eine dichtbebaute Hochhaussiedlung und lebt unter anderem von den Feldern und Grünflächen bis Rath/Heumar und Brück. Neubrück hat keinen Park und keine Kleingärten. Die Grünbeete innerhalb der Siedlung lässt die Stadt verwahrlosen. Der Glanz der siebziger Jahre, als Neubrück noch eine Vorzeigesiedlung war, ist verflogen. Sie wollen mit einer weiteren Bebauung sicherlich kein zweites Finkenbergring oder Chorweiler kreieren.</p> <p>Daher bitte ich Sie von der Umwandlung der Flächen zwischen Neubrück, Brück und Rath/Heumar abzusehen.</p> <p>Insbesondere, weil die GAG auf ihrem Grundstück am Neubrücker Ring/Rather Kirchweg/Hüttenweg (8-809-010), dass eigentlich auch mal als Ausgleichsfläche vorgesehen war, schon mit den Füßen scharrt und unter dem Deckmantel des ?Aufräumens? und der vorgeblichen ?Verkehrssicherheit? in jeder Fäll- und Rodungssaison bereits Tatsachen schafft und immer mehr Natur vernichtet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Die völlig sinnfreie und umweltschädliche Wasserskibahn, die man uns vor die Tür baut ist bereits Belastung genug. Wohnen muss auch was mit Wohnqualität zu tun haben und nicht nur für die Reichen und Schönen im Hahnwald oder in Lindenthal, sondern auch in Neubrück.

AZ: Ö-M-1238	
1002710	
1006729_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Das Gewerbegebiet Plangebiet A 46 der Stadt Hückelhoven grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes an und ich befürchte trotz des Abstands von 350 Metern eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität.</p> <p>Ich bitte Sie, den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung über meine Einwendung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).</p>

AZ: Ö-M-1239

1002714

1007013

#### Inhalt

##### **Betr. Überplanung des Hafen-Gebietes zwischen B9 und Rhein in Höhe des Chempark Dormagen/Standort INEOS (Plangebiet Worringen)**

##### Sachverhalt:

Die Neuaufstellung des Regionalplans sieht eine Überplanung des im Ausschnitt gezeigten bestehenden Industrie-Hafen-Bereichs östlich der B9 vor [s. Anhang Abb. StnID 1007013\_1]: es soll hier -neben dem bestehenden Überschwemmungsgebiet- eine allgemeine Freiraum-Fläche mit der Funktion eines regionalen Grünzugs geplant werden.

Die bisherige Planung [s. Anhang Abb. StnID 1007013\_2] legt dort ein GIB-Gebiet fest, was der rein industriellen Nutzung eines Industrie-Hafens entspricht. Ein Überschwemmungsgebiet ist auch hier schon vorhanden:

##### VCI NRW Position:

Wir plädieren dafür, dass die Überplanung als Freiraumfläche (i.V.m. der Funktion als regionaler Grünzug) in diesem Bereich NICHT erfolgt.

##### Begründung:

Standortversorgung und -entwicklung: Das gesamte Areal als Industrie-Hafen-Anlage dient dem Umschlag von Gütern, die für den Chempark und den INEOS-Standort essenziell sind.

Wir unterstützen die im LEP-NRW hinterlegten Festsetzungen zur industriellen Weiterentwicklung, die gerade für die Zukunft einer Industrieregion wie Nordrhein-Westfalen entscheidend sind. Sie ermöglichen die notwendige Entwicklung der Industrie. Eine Überplanung des bestehenden Industrie-Hafens würde diese Entwicklung des Standortes Dormagen und der dort ansässigen Firmen gefährden.

Nachhaltige Industrielogistik: Die hier im Entwurf vorgesehene Neu-Ausweisung einer Industrie-Hafen-Anlage, die einen der größten Standorte der chemischen Industrie in NRW darstellt, als Freiraumfläche läuft zudem den Bestrebungen zuwider, die für die Transformation zur Treibhausgasneutralität notwendige Infrastruktur bereitstellen zu können. Hier würde ohne Not eine neue Gemengelage von Industrie/Gewerbe und Natur geschaffen, die die künftige Entwicklung des Hafens als essenziellen Bestandteil des Chemparks und des INEOS-Standortes massiv erschweren würde.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).



Widerspruch zu politischen Ansätzen und Zielsetzungen: In diesem Zusammenhang möchten wir auf folgende politische Entscheidungen verweisen, die im Konflikt mit der beabsichtigten Überplanung stehen:

- LEP (vgl. aktuelle Lesefassung unter [https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/documents/20201104\\_druckversion\\_lep.pdf](https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/documents/20201104_druckversion_lep.pdf))
  - Zu 8.1-9, S. 122-123 ?? Die Regionalplanung sollte dort, wo es erforderlich ist, auch weitere Häfen ? seien es die weiteren im Hafenkonzept erwähnten öffentlichen Häfen, sonstige für den Güterverkehr bedeutsame öffentlich zugängliche Häfen oder auch die für NRW wichtigen Industriehäfen ? vor heranrückenden Nutzungen schützen (s. dazu auch Grundsatz 6.3-2). Dieser Grundsatz richtet sich im Übrigen auch an die kommunale Bauleitplanung. Landesbedeutsame Häfen werden im Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen nach folgenden Kriterien bestimmt:
    - \* das Umschlagvolumen (> 2 Mio.t/Jahr),
    - \* der wasserseitige Containerumschlag (> 50.000 TEU/Jahr), oder die besondere standortpolitische Bedeutung
- Koalitionsvertrag 2022 für das Land NRW:
  - S. 23: ??Die Logistikbranche gewinnt mit zunehmender Digitalisierung, internationaler Vernetzung und aus Klimaschutzgründen immer weiter an Bedeutung. Wir wollen den Logistikstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig und langfristig stärken und hierbei gezielt Innovationen, Kooperationen und Netzwerke weiterentwickeln. Dazu gehört eine gut ausgebaute Infrastruktur. Häfen haben eine hervorgehobene Stellung für die Schaffung einer klimaneutralen Industrie und für den Import etwa von Wasserstoff. Deshalb unterstützen wir insbesondere den bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Pipelines sowie der für die Wasserstoffwirtschaft notwendigen Infrastruktur. Wir setzen auf den Ausbau intermodaler bzw. kombinierter Verkehre und intensivieren in den Ausbau der Schienen und Schifffahrtslogistik.?
  - S. 39 f: ??Der erfolgreiche Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen benötigt ein belastbares und flexibles Logistiknetz. Um Klima und Umwelt zu schützen und den Straßenverkehr zu entlasten, werden wir mehr Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße verlagern.?

Fazit:

Aus den vorgenannten Gründen halten wir eine Beibehaltung des in Rede stehenden Gebietes als GIB für dringend geboten.

**Anhänge**[Abb\\_ID\\_1007013\\_1.pdf](#)[Abb\\_ID\\_1007013\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-124	
1001335	
1001578	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Argumente gegen die Planung und Verwirklichung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen-Lindern und die Planung der Stadt Geilenkirchen zum ASB, Lindern:</p> <p>Gute Ackerböden werden geopfert, dafür unsere Eigenversorgung bei den Nahrungsmitteln dringend benötigt werden. Landwirtschaftliche Betriebe verlieren ihre Existenz. Bei uns gibt es junge, aktive Landwirte. Es gibt genug Industriebrachen, die aktiviert werden können und sollten. Flächenversiegelungen müssen unbedingt vermieden werden, wegen des erhöhten Niederschlages und der Klimaveränderung. Abwasserprobleme und höhere Kosten für die Bevölkerung durch den Neubau einer Kläranlage. Dieses Gebiet ist unser Naherholungsgebiet mit Radwegen für Ausflüge in die Umgebung. Die Tierwelt wird gestört, noch haben wir viele Vögel, Rehe, Fasane, Insekten und Hasen usw. Der Verkehr, der dadurch in unser und die umliegenden Dörfer kommt, muss verhindert werden. Sollten neue Wohngebiete entstehen, werden die verbleibenden Böden dafür geopfert? Die Natur für uns und unsere Kinder erhalten. Der Standort ist falsch gewählt, da bisher eine verkehrliche Anbindung fehlt. Die guten Ackerböden rund um Lindern tragen zur Sicherung unseres Bedarfs an Lebensmitteln in Deutschland bei. Die noch aktiven Landwirte wollen ihre Betriebe an ihre Kinder übergeben. Ohne Ackerboden ist dies nicht möglich. Guter Ackerboden benötigt 100 Jahre, um guter Ackerboden zu sein. Angebaut werden Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterrüben, Gemüse, Sonnenblumen, Gartenkulturen, Mais. Die Abhängigkeiten von Exporten lebensnotwendiger Erzeugnisse ist doch gerade jetzt nicht mehr zeitgemäß. Die ländliche Struktur und die Landwirtschaft müssen unbedingt erhalten, damit die Bevölkerung die Lebensqualität behält, für die sie sich doch ganz bewusst entschieden hat. Bebauung wie Wohnraum/Wohnblocks, Hotels, Tankstelle uvm., verschlingen weiteren sehr guten Ackerboden. Ich hoffe, meine Argumente regen zum Neudenken über unsere Kulturlandschaft an.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich (s. Stellungnahme ID 1003678) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Im Hinblick auf die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern gilt, dass der LEP</p>

NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im

Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: Ö-M-1240	
1001335	
1006731_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Standort 52511 Lindern ist flasch gewählt.</p> <p>Jegliche Anbindung an ein leistungsstrakes Straßennetz fehlt. Die Straßen/Zubringer zu den Autobahnen bzw. Schnellstraßen müssen erst noch gebaut werden. Für diese Straßen wird weiterer Ackerboden benötigt. Die Akzeptans dazu ist in der Bevölkerung nicht vorhanden. Die Rodung des Junkerwald, Hückelhoven ist heute schon ein Zangapfel zwischen Bevölkerung und der Politik. Durch die benachbarten Dörfer und Lindern darf der Verkehr nicht fließen. Bei geschätzten 10.000 Arbeitsplätzen wird es zu einer enormen Verkehrsentwicklung/belastung kommen.</p> <p>Die Bahn ist doch heute schon am Limit. Hier wird man zeitnah nicht mit Entlastung rechnen können. Zudem werden die Arbeitnehmer aus dem Umkreis das Auto nutzen um zu Ihrer Arbeitsstelle zu kommen, nur sehr wenige Orte im Kreis Heinsberg haben einen Bahnanschluss.</p> <p>Weitere großflächige Versiegelung darf es nicht geben. Dazu kommt das Abwasserproblem. Welcher Großinvestor lässt sich vorschreiben, wie er sein Werk errichtet.</p> <p><b>Natur erhalten</b> Die Ackerböden werden von den ortsansässigen Landwirten bearbeitet. Diese Landwirte möchten ihre Betriebe an ihre Kinder übergeben. Diese wertvollen Ackerböden werden benötigt, um es nicht zu Abhängigkeiten in der Nahrungsmittelbeschaffung kommen zu lassen. Die heutige Zeit zeigt uns doch deutlich wie erspressbar man sich durch Abhängigkeiten macht.</p> <p><b>Neu denken</b> Ich persönlich glaube, es ist ein neues Denken von Nöten. Bitte denken sie an die zu erhaltende Natur und die Menschen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

**Inhalt****Unser Dorfleben erhalten**

Durch die Ausweisung eines ASB bleibt unser Dorf kein Dorf. Bisher zählen wir 1300 Einwohner. Wir haben uns hier ganz bewusst für das dörfliche Leben entschieden. Ein moderater Wohnungsbau innerhalb unseres Dorfes ist wünschenswert und auch möglich. Die Ausdehnung an den Rändern des Ortes ist für eine Dorfgemeinschaft nicht förderlich. Dazu werden dann unsere einzigen naturbelassenen Freizeitwege zerstört.

Wissen müssen Sie, dass Lindern zu einer Seite einen riesigen Windpark hat. Auf der anderen Seite ein riesiges Industriegebiet geplant ist und der Rest dann durch Wohnbebauung und der nötigen Nahversorgung auch versiegelt wird.

Die Stadt Geilenkirchen erhofft sich hiervon Einnahmen. Da Gewerbesteuererinnahmen überhaupt nicht kalkulierbar sind, hoffen sie auf einen Teil der Einkommenssteuer. Das heißt, viele der zukünftigen Arbeitnehmer sollen ihren Wohnsitz in Lindern bzw. Geilenkirchen nehmen. Die anderen Dörfer haben bis auf sehr wenige keinen ASB.

**Neu denken**

Ich persönlich glaube, es ist ein neues Denken von Nöten. Bitte denken sie an die zu erhaltende Natur und die Menschen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich (s. Stellungnahme ID 1003678) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1241	
1002718	
1006883	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Siedlungsgebiet Die im Regionalplan ausgewiesenen Potentialflächen sind im Verhältnis zum rechnerischen Bedarf zu groß. Die dadurch geweckten Begehrlichkeiten sind angesichts immer weiter fortschreitendem Flächenverbrauch ein falsches, nicht mehr zeitgemäßes Signal.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die im Regionalplan für die Siedlungsentwicklung festgelegten Bereiche entsprechen den Vorgaben des LEP NRW, der den Auftrag zu einer bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung beinhaltet.</p>



1006884	
<b>Inhalt</b> Gewerbeflächen Entgegen der Mehrheitsmeinung im Rat und der Verwaltung erscheinen uns die ausgewiesenen Gewerbeflächen ausreichend ? insbesondere mit Blick auf die zukünftig voraussichtlich nutzbare anteilige LEP-Fläche.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> <b>Ausgleichsvorschlag</b>  <b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

**Inhalt**

Naturschutzflächen: Bezüglich der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Rohstoffe fällt auf, dass diese teilweise deckungsgleich mit Flächen zum Schutz der Natur sind. Dies erscheint widersprüchlich, wodurch Zielkonflikte vorprogrammiert sind. Zudem wäre es sinnvoll, die unterschiedlichen Naturschutzflächen spezifischer zu illustrieren. Es fehlt definitiv ein Ausweis von Biotopverbundflächen. Der Planentwurf lässt zu viel Interpretationsspielraum, stattdessen sollte ihm eine wegweisende Bedeutung in Richtung Naturschutz zukommen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufrstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung

	schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.
--	--

1006886

#### Inhalt

Verkehrsinfrastruktur Weilerswist liegt eingekeilt zwischen den Autobahnen A1 und A61. Das Verkehrsaufkommen ist allein deshalb schon enorm. Den Lückenschluss im Bereich der A1 lehnen wir deshalb ab, weil hierdurch der Verkehr noch dichter werden wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Bundesverkehrswegeplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1006887

#### Inhalt

Erneuerbare Energien Im Regionalplan sollten mögliche Standorte zur Erzeugung erneuerbarer Energien ausgewiesen werden. Dabei sollten reine Photovoltaik-Anlagen in der Fläche auf Böden beschränkt werden, die unter 60 Bodempunkte vorweisen, auf höherwertigen Flächen sollte Agrivoltaik zur Bedingung gemacht werden. Unter Berücksichtigung der Gebietskulisse sollten im Gegenzug aber auch Flächen außerhalb der Vorrangzonen entlang von Autobahnen oder Bahntrassen berücksichtigt werden können.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1011525

**Inhalt**

Im Regionalplan vermissen wir außerdem die Berücksichtigung des Ausbaus der A61:  
Sollte dieser stattfinden, werden die unmittelbaren Auswirkungen eines erhöhten Verkehrsaufkommens mit zusätzlichen Belastungen im mittelbaren Bereich (Oberflächenwasser, Emissionen etc.) einhergehen.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden generelle Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1011527	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ein Bau einer seit Jahren in Weilerswist geforderten Osttangente sollte zwar eingeplant, aber nicht mit einer Trassenführung versehen werden: Bei einer Neubewertung des Kiesabbaus dürfte die Tangente auf eine Funktion als Erschließungsstraße für ein Neubaugebiet Vernich-Ost bzw. eine dringend notwendige zweite Zufahrtstraße für den (Erweiterungs-)Bereich Weilerswist-Süd reduziert werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

AZ: Ö-M-1243	
1002734	
1006888	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit setzen wir Sie darüber in Kenntnis, dass wir die rechtlichen Interessen der [anonymisiert] vertreten. Eine Vollmacht ist anliegend beigelegt. Unsere Mandantin ist Eigentümerin des Grundbesitzes am Standort [anonymisiert] in Würselen [anonymisiert] Gemarkung 4253 Broichweiden). Sie hat den Grundbesitz an [anonymisiert] zum Betrieb von Einzelhandel und Dienstleistungen vermietet. Namens und im Auftrag unserer Mandantin beantragen wir, die Darstellung ?ASB? im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln für den oben angegebenen Grundbesitz [anonymisiert] in Würselen unserer Mandantin beizubehalten. I. Sachverhalt [Abbildung]</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln wird für das Plangebiet ein Bereich für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) dargestellt. Hierzu wird im Entwurf des Regionalplans Köln folgendes ausgeführt: Gemäß Ziel 7 sollen ASB gesichert und entwickelt werden. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Die ASB umfassen neben Wohnbauflächen auch alle mit dieser Funktion zusammenhängenden Nutzungen sowie Flächen für wohnverträgliches Gewerbe. Wohnfolgeeinrichtungen sind beispielsweise Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen zur medizinischen Versorgung, Sport- und Freizeiteinrichtungen oder Einkaufsmöglichkeiten. Wohnverträgliches Gewerbe ist nicht störendes Gewerbe, das der Funktion Wohnen nicht entgegensteht. Gemischte und gewerbliche Bauflächen sowie nutzungskonforme Sonderbauflächen, z. B. für den großflächigen Einzelhandel (Hervorhebung durch Unterzeichner), können innerhalb der ASB geplant werden. Großflächiger Einzelhandel ist somit im ASB allgemein zulässig. Die Darstellung im Entwurf des Regionalplans entspricht daher der derzeitigen tatsächlichen Nutzung und den aktuellen planungsrechtlichen Regelungen gemäß Bebauungsplan Nr. 143, 2. Änderung, der Stadt Würselen vom 30.09.2005. Dieser setzt für das Vorhabengrundstück ein Sondergebiet ?SB Warenhandel? (SO 6) fest. Demnach sind dort Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, nach näherer Bestimmung sowie gastronomische Dienstleistungen zulässig. II. Rechtliche Beurteilung Eine Stellungnahme erfolgt, da die Stadt Würselen beantragt hat, für den o.a. Grundbesitz unserer Mandantin im Regionalplanentwurf ein ?GIB? darzustellen. Dieser Antrag der Stadt Würselen ist abzuweisen. Gemäß Zielfestlegung des Entwurfes des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln sind GIB Flächen insbesondere für</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Sie enthält keine Anregungen oder Bedenken zu den Festlegungen des Planentwurfs.</p>



emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe vorzuhalten sowie Nutzungen auszuschließen, die mit gewerblich-industriellen Nutzungen nicht vereinbar sind. Um beste-hende emittierende Betriebe im GIB in ihrer zugelassenen Nutzung nicht einzuschränken bzw. in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken, soll insbesondere wohnverträgliches Gewerbe wie Einzelhandel oder großflächige Büronutzungen innerhalb der ASB realisiert werden. Aufgrund der tatsächlich vorhandenen Nutzungen sowie der derzeitigen planungsrechtlichen Aus-weisung gemäß Bebauungsplan Nr. 143, 2. Änderung, handelt es sich bei dem Grundbesitz unserer Mandantin an der Schumanstraße um ein ASB, an das zudem unmittelbar westlich, nördlich und östlich ein ASB angrenzt. Aufgrund der vorhandenen Nutzungen sind für den Grundbesitz unserer Mandantin keine emittierenden Gewerbebetriebe zulässig, da dies dem Schutz der nördlich angrenzenden Wohnbebauung widerspräche. Der Grundbesitz unserer Mandantin ist mit ? nicht emittierenden ? Gewerbebetrieben des großflä-chigen Einzelhandels bereits entwickelt, der zudem Bestandsschutz genießt. Auch im Umkreis der vorhandenen Einzelhandelsflächen sind keine freien Flächen mehr für die Ansiedlung emittierender Industrie- und Gewerbebetriebe vorhanden. Ebenfalls ist absehbar, dass langfristig keine freien Flä-chen verfügbar werden. Es ist daher zurzeit nicht erkennbar, dass in diesem Gebiet in der Zukunft Flächen für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe zur Verfügung stehen werden. Daher wird im aktuellen Entwurf des Regionalplanentwurfs der Bezirksregierung Köln der Grundbesitz unserer Mandantin zutreffend als ASB dargestellt. Soweit die Stadt in ihrer Stellungnahme von August 2022 (TOP 3) darauf verweist, dass für die Sonder- und Mischgebiete im Gewerbegebiet Aachener Kreuz ?die Bauleitplanung in Aufstellung? sei, ändert dies nicht an der rechtlich gebotenen und zutreffenden Darstellung eines ASB für den Standort. Denn der Standort ist bereits planungs-rechtlich als Sondergebiet durch Bebauungsplan festgesetzt und entsprechend bebaut. Sollte die Stadt beabsichtigen für diesen Standort das Planungsrecht zu ändern und die bestehenden Betriebe auf den Bestandsschutz zu reduzieren, würde dies einen Eingriff in die ausgeübten und eingerichteten Gewerbebetriebe darstellen. Entsprechende Planungsabsichten der Stadt Würselen werden wir mit Einwendungen und Normenkontrollklagen begegnen, so dass in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, dass sich das Planungsrecht für den Standort ändern wird. Die Darstellung eines GIB im Regionalplanentwurf für den Grundbesitz unserer Mandantin wäre daher rechtlich unzulässig und angreifbar. Um die Wirksamkeit des Regionalplanentwurfs nicht zu beeinträchtigen, wird diesseits beantragt, den Grundbesitz unserer Mandantin ? wie von der Regionalplanung zutreffend vorgnesehen ? als ASB darzustellen.

AZ: Ö-M-1244	
1002737	
1006736_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bedauerlicher Weise sind wir von unseren Gemeinderatsmitgliedern nicht ausreichend über die Neuaufstellung des Regionalplans unterrichtet worden.</p> <p>Unter einigen Bürgern ist die Befürchtung aufgekommen, dass die in der Rahmenplanung der Gemeinde Gangelt im Plan-1- dargestellten grau gestrichelten Flächen ?Neue Entwicklung? in die Neuaufstellung des Regionalplans einbezogen werden [s. Anhang Abb. StnID 1006736_001_1]. Wir verlangen, dass diese Flächen mit Ausnahme der als GIB Regional ausgewiesenen Fläche im Plan 2 und der von der Gemeinde Gangelt vorgeschlagenen Erweiterung bis an die B56 unverändert bleiben.</p> <p>Kultur- und Heimatlandschaften sollen nicht grenzenlos zerstört werden. Die ausgewiesenen Flächen ?Neue Entwicklung? Plan-1- zwischen den nur 1000 m entfernt liegenden Ortschaften Heinsberg-Waldenrath und Gangelt-Birgden wären bei einer Nutzungsänderung mit Flächenversiegelungen eine katastrophale Fehlentscheidung im Hinblick auf den ländlichen Raum. Hochwertige Ackerböden müssen mit Blick auf die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln vorrangig der Landwirtschaft erhalten bleiben.</p> <p>Wir befürchten, dass der Gemeinderat der Gemeinde Gangelt mit der ?Neue Entwicklung? ein GIB plus Gebiet anstrebt ohne die zuvor beschriebenen Aspekte zu berücksichtigen.</p> <p>Als Bewohner eines Wohn-Gewerbe-Mischgebietes in Gangelt-Birgden sehen wir einen großen Vorteil, Gewerbebetriebe in der Nachbarschaft zu haben. Kurze Wege zu den Handwerkern und Dienstleister wissen wir zu schätzen und halten die in der Neuaufstellung des Regionalplan vorgesehene GIB regional Fläche -Plan2- für zukunftsorientiert, wenn dort gewerbliche Klein- und Handwerksbetriebe angesiedelt werden [s. Anhang Abb. StnID 1006736_001_2]. Große Industrieanlagen wie in Gib plus Gebieten würden die Infrastruktur der Region überfordern und die ländliche Struktur zerstören. Fraglich ist, ob die erforderlichen Abstände zur bereits bestehenden Wohnbebauung der Orte Birgden und Waldenrath eingehalten werden können. Wir erwarten große Beeinträchtigung durch die Nähe zu Wohnbebauung, wie auch für die Nutzung der Flächen als Freizeit- und Naherholungsflächen. Wir nutzen die grünen Wege um Birgden für ausgedehnte Spaziergänge und treffen immer auf Gleichgesinnte, auf Sportler, Radfahrer etc.. Ist es für das entwickelte Radfahrnetz der Gemeinden erträglich, wenn die Bebauung, Besiedelung und Industrialisierung hier zunimmt?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.</p> <p>Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.</p>

Zur von der Gemeinde Gangelt angeregten Entwicklung der Siedlungsstruktur haben wir Bedenken. Sie ist nicht mit der Dorfstruktur vereinbar. Innerörtliche Verbindungen zu Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Kirche und dem im Zentrum liegenden ?Großen Pley? sind unbedingt zu ertüchtigen.

Die Beseitigung der städtebaulichen Missstände, verursacht durch nicht angepasste Baugebiete im Hinblick auf die innerörtlichen Verkehrsverbindungen, darf nicht durch Erweiterung der Siedlungsgebiete und Änderung rechtskräftiger Bebauungspläne erfolgen.

Erheblich mehr Ansiedlung von Wohnen und Industrie führt zu erheblich größeren Abwassermengen, die die Kanalisation ?Altbestand?, auf die zurückgegriffen werden muss, schon jetzt nicht tragen kann. Mehrkosten für Abwasserbeseitigung und Kläranlagen die erforderlich werden, werden uns Bürger mehr belasten und sich deutlich in den Abwassergebühren zeigen. Durch diese Erweiterung wird die Trasse der historischen Sefkantbahn auf tragische Weise ?eingemauert?. Die letzte Schmalspurbahn in NRW ist als eine touristische Attraktion weit über die Gemeinde- und Landesgrenzen hinaus bekannt und muss weiter durch die unbebaute heimische Landschaft fahren können. Es handelt sich hier nicht um eine S (Stadt) Bahn! Ein größtmöglicher Abstand der Bebauung mit Grünflächen zur Bahntrasse ist zu erhalten.

Die bisherige Festlegung der ABS Flächen sind für unseren Dorfcharakter schon jetzt nicht angemessen und dürfen auf keinen Fall verändert werden.

Schon in einer Dorfwerkstatt aus dem Jahre 2010 wurde mit großer Bürgerbeteiligung darauf hingewiesen, dass Förderungen und Beratungen zu Gebäudeleerstände, Baulücken und Altbausanierungen notwendig sind. Diese Empfehlung wurde nicht genutzt vielmehr sind weitere Baugebiete mit noch mehr Baulücken entstanden.

Wir bitten die Hinweise unserer Stellungnahme bei der Neuaufstellung des Regionalplan zu werten.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006736\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006736\\_001\\_2.pdf](#)

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Im Hinblick auf die angesprochene Abgrenzung eines GIBregional zwischen Gangelt-Birgden und Heinsberg-Waldenrath wird der Stellungnahme teilweise gefolgt (s. Stellungnahme ID 1005765). Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des GIBregional im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Hinblick auf die angesprochene Erweiterung der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) in Gangelt-Birgden wird der Stellungnahme nicht entsprochen (s. Stellungnahme ID 1005762). Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Gangelt besteht noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (ASBflex). Aufgrund des zusätzlichen Flex-Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASBflex.

AZ: Ö-M-1245

1002739

1007003

#### Inhalt

Bitte fokussieren Sie die weitere Planung auf folgende Aspekte:

- die Veränderung des Klimas und der Klimaschutz müssen die ausschlaggebenden Aspekte bei der weiteren Planung sein. Bei zunehmenden Temperaturen (siehe diesen Sommer) ist Grünflächen, Baumbestand, Frischluftschneisen allerhöchste Priorität einzuräumen. Besonders auch für ältere Menschen muss alles getan werden, um ein weiteres Aufheizen der Städte zu verhindern.
- Alle bisherigen Planungen sollten von Ihnen nochmals darauf überprüft werden, ob sie wirklich hinsichtlich der Klimafunktionalität für Köln die beste Lösung sind, oder hier nicht noch nachgebessert werden kann.
- Die Planungen sollten so ausgestaltet sein, dass Baumfällungen bis auf sehr wenige sehr gut begründete Ausnahmen unterbleiben. Bei Fällungen müssen im Stadtgebiet (keine Kompensation) unter Klimaaspekten adäquate Pflanzungen geplant werden.
- Bei Versiegelungen muss eine auch hinsichtlich der Klimafunktionalität gleichwertige Ausgleichsfläche ausgewiesen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-M-1246	
1002740	
1006889	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch gegen den Regionalplan ein. Meine Ländereien befinden sich im Kreis EU, Gemeinde Hellenthal, Ortsteil Udenbreth. Aufgrund von Klima, Vegetation und Bodenbeschaffenheit zählt das Höhengebiet schon zu den benachteiligten Gebieten. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans wird unser Wirken nur noch mehr eingeschränkt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1248	
1002745	
1006743_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Ich bin Eigentümer von ca. 32 ha hochwertigem Ackerland im Bereich von Vettweiß und Zülpich. Die Flächen sind verpachtet und werden intensiv ackerbaulich genutzt. Nach dem neuen Regionalplan liegen diese Flächen im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig mit diesen Flächen einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Zudem würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten. Für mich ist schließlich nicht nachvollziehbar, warum die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Kreis Düren wirtschaftenden Betrieben.</p> <p>Abschließend möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung dieser Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1249

1002741

1006739\_001

#### Inhalt

die Pläne zur Ausweisung weiterer allgemeinen Siedlungsbereiche (ASBs) im Ennert und Pleiser Ländchen über den Baubestand hinaus unter Bezugnahme auf zahlreiche problematische Ausnahmen lehne ich ab. Ich unterstütze die in der Anlage beigefügten Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region BonnSiebengebirge e.V./LRBS". [Hinweis: Die Stellungnahme unterstützt die als Anlage beigefügte Stellungnahme]

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Es wird die Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region BonnSiebengebirge e.V./LRBS" (Stn. ID ) unterstützt.

AZ: Ö-M-1250

1002744

1008026

#### Inhalt

Auf diesem Weg widerspreche ich Frist gerecht pauschal gegen alle Änderung von denen mein Eigentum betroffen ist! Hier die Auflistung meiner Flächen und Grundstücke: [ANONYMISIERT]. An dieser Stelle möchte ich Anmerken, dass die Kommunikation und Information völlig inakzeptable ist. Ich habe nur zufällig über Mund zu Mund Information, davon erfahren, dass meine Grundstück möglicherweise Von der Neuplanung betroffen sind. Auf den im Internet befindlichen Seiten ([https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionalplanung/index.html](https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionalplanung/index.html)) ist es für privat Personen kaum möglich heraus zu finden ,ob das Eigentum möglicherweise betroffen ist, deswegen habe ich pauschal gegen jede Änderung meines Eigentums Widersprochen!

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.



AZ: Ö-M-1252	
1002746	
1006744_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehmen wir Stellung und teilen Ihnen unsere Bedenken und Anregungen für den Regionalplan Köln (Troisdorf und Niederkassel) mit. Wir sind selbstständige konventionell wirtschaftende Landwirte im Vollerwerb in Troisdorf und Niederkassel. Wir bewirtschaften einen Ackerbaubetrieb mit circa 70 Hektar Betriebsfläche und bauen Gerste, Weizen, Zuckerrüben, Raps, Erbsen, Mais und spezialisiert ist unser Betrieb auf den Kartoffelanbau in der Direktvermarktung. Der Kartoffelanbau stellt die Existenz unseres Betriebes dar. Der Kartoffelanbau erfordert einen erhöhten Pflanzenschutz, da Kraut- und Knollenfäule zum Totalverlust der Ernte führen kann (2021 Ertragsverluste im Bioanbau bis zu 90%). Darüber hinaus ist die Beregnung für den erfolgreichen Kartoffelanbau ein entscheidender Baustein. Wir sehen unseren Fortbestand als selbstständigen landwirtschaftlichen Betrieb durch Verbote/Einschränkungen im Pflanzenschutz und Bewässerung bedroht. Gerade die Flächen in der Siegaue sind für den Kartoffelanbau bestens geeignet (Sandige milde Böden). Daher steht die Arbeit und die Investitionen(Brunnenbauten) der letzten 40 Jahre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb auf dem Spiel. Durch die Beschränkungen und Verbote in der gesamten Ackerbaulichen Nutzung ist darüber hinaus ein Wertverlust der betroffenen Flächen und der betrieblichen Investition zu erwarten. Des weiteren haben wir in der Vergangenheit herbe Verluste an Ackerflächen durch städtische Planungen hinnehmen müssen. Daher möchten wir Sie, eindringlich bitten im Regionalplan unseren Betrieblichen fortbestand nicht zu gefährden und Vermögensschäden zu vermeiden. Unser Betrieb in der Direktvermarktung sichert im übrigen auch die Regionale Versorgung der Bevölkerung. Sollten Sie detaillierte Informationen zum Betrieb oder einzelner Flächen benötigen, sprechen sie uns bitte an. Über eine Rückantwort/Stellungnahme würden wir uns freuen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1253	
1002747	
1006745_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Rheinbach/Swisttal. Die Flächen soll laut Neuaufstellung des Regionalplans zum Teil als Gebiet ?Schutz der Natur? bzw. ?Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerlandflächen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1254	
1002748	
1007034	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Neuaufstellung des Regionalplans für die Flurnummern 8-809-010, 8-807-005, 8-807-004 und 8-808-006 (Anmerkung: gemeint sind die Flächenkennziffern in der Stn der Stadt Köln)</p> <p>Stellungnahme:</p> <p>Die Menschen benötigen nicht nur Wohnungen, sondern auch Erholungsgebiete, Frischluftschneisen, die zum Temperatenausgleich benötigt werden, bedrohte Tierarten, die auf den Schutz durch den Menschen angewiesen sind. Jede Versiegelung der Böden führt unweigerlich zu einem weiteren Anstieg der Temperaturen. Eine Neubebauung von Naturflächen sollte die letzte Option sein. Vorrang sollte das Schließen von Baulücken und die Aufstockung von Gebäuden sein.</p> <p>Die Bewohner sind schon den nächtlichen Fluglärm geplagt, umso wichtiger sind freie zusammenhängende Flächen für die Erholung, zum Stressabbau.</p> <p>Es wurden bereits Flüchtlingsunterkünfte in Neubrück gebaut, für die geplante Wasserskianlage auf dem Baggersee werden noch Parkplätze benötigt, auf der Rösrather Str. wurden Containerboxen gebaut, alles versiegelte Flächen, die unwiderruflich verloren sind.</p> <p>Übernehmen Sie Verantwortung, jede weitere Versiegelung von Flächen, sollte gerade in Zeiten des Klimawandels, weitestgehend vermieden werden. Es gibt genug einstöckige Gebäude, die aufgestockt werden können, es gibt jede Menge Baulücken, die man schließen kann. Es gibt auch leerstehende oder zweckentfremdete Wohnungen.</p> <p>Es gibt gerade in Kalk, Deutz und Mülheim große Brachflächen mit zerfallenen Fabrikgebäuden, die für Wohnraum genutzt werden können ohne dass dafür Naturflächen mit bedrohten Tierarten zerstört werden müssen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Auch ich möchte zum geplanten Industriegebiet in Herreshagen Stellung nehmen, denn dieses Industriegebiet soll auch direkt hinter dem Haus errichtet werden, wo ich aufgewachsen bin und ich eine tolle Kindheit hatte. Gerne fahre ich immer noch wieder zu meinen Eltern und genieße die tolle Aussicht, denn dort fühlt es sich nach Urlaub und Erholung an. Damals haben sich meine Eltern bewusst für diese ruhige und wunderschöne Lage in Herreshagen entschieden, denn hier strahlt die Natur eine gewisse Ruhe und Geborgenheit aus. Die Vorstellung, dass man aus dem Haus guckt und auf eine zugebaute Fläche und ein Industriegebiet schauen wird, stimmt mich sehr traurig. Denn ich möchte auch für meine Tochter diesen tollen Ort zum spielen bei Oma & Opa haben, ohne dass Sie auf ein Industriegebiet blicken muss.

Ich erinnere mich selber sehr gerne an meine Kindheit zurück. Wir waren viele Kinder im gleichen Alter in der Nachbarschaft und haben uns jeden Tag draußen zum Spielen getroffen. Wir haben im ganzen Dorf gespielt, sind in die Wälder gelaufen, haben dort Buden gebaut, haben in der Tannenschonung von meinem Papa übernachtet, wir haben etliche Dinge gemacht, die nicht viele Kinder machen können. Denn viele Kinder sind nicht von dieser Möglichkeit der Natur umgeben. Aber ich bin bis heute so unfassbar dankbar, dass alles erlebt zu haben und habe mich schon darauf gefreut, dass auch meine Tochter dort spielen und die Natur entdecken kann.

Das sind bspw. auch Gründe, warum mein Mann und ich gesagt haben, wenn die Möglichkeit besteht, da wir aktuell auf Haussuche sind, dann kaufen wir auch ein Haus in Herreshagen. Der einzige Ort, der für uns in Gummersbach in Ordnung ist, weil der Ort noch so schön abgelegen ist und nur Wälder und Felder darum herum liegen, um eben meiner Tochter auch diese Kindheit zu ermöglichen, für die ich so dankbar bin. Ansonsten würden wir in keinem anderen Stadtgebiet in Gummersbach ein Haus kaufen und wir kommen beide aus Gummersbach.

Warum schaffen Sie nicht lieber mal an geeigneten Stellen Bauland für Familien?

Ein Industriegebiet macht das alles kaputt, denn auch das letzte Stückchen friedliche Natur wird so von der Industrie platt gemacht. Von einer Welt, die von Geld und Macht geprägt ist. Sollte man nicht langsam anfangen damit aufzuhören, dass überall gebaut wird und es immer mehr und mehr gibt. Alle sprechen von Klima-, Tier-, Umwelt- und Naturschutz, insbesondere die amtierende Regierung von NRW, denen diese Punkte so wichtig sind und was machen Sie...genau das Gegenteil, Sie bauen diesen Planeten und dieses Bundesland noch mehr zu.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Es ist irgendwann auch genug und meistens haben diese Unternehmen bereits Flächen, es muss aber wie schon gesagt immer nur noch mehr sein.

Die Frage ist, warum machen Sie damit?

Egal wo man hinfährt in Deutschland aber vorallem fällt es im Norden und Süden auf, sind die Städte und Orte viel schöner als bei uns. Warum muss im bevölkerungsreichsten Bundesland noch mehr gebaut werden?

Reicht es nicht, dass es tlw. schön echt hässlich in den Städten geworden ist?

Ich bitte Sie wirklich, dass Sie sich nochmal darüber beraten, ob es wirklich Sinn macht diesen Planeten noch mehr bebauen zu müssen mit Industrie und Gewerbe. Da gibt es doch mittlerweile genug und dass Sie Herreshagen wieder aus der Festlegung herausnehmen.

Denken Sie daran, wie es jedem einzelnen von Ihnen gehen würde, wenn Sie betroffen wären. Sie würden das gar nicht erst zulassen!

Bitte nehmen Sie nicht den Menschen vor Ort die Lebensqualität, die Ihnen das Zuhause bietet und auch nicht den Tieren Ihren Lebensraum. Dort wo sich wirklich Fuchs und Hase noch gute Nacht sagen. Es gibt Momente im Leben, da sollte man die Menschlichkeit siegen lassen und für die Menschen entscheiden, die in Ihrem Regierungsbezirk leben. Denn das ist doch Ihre Aufgabe als Bezirksregierung.

AZ: Ö-M-1256	
1002750	
1006890	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Da mein landwirtschaftlicher Betrieb betroffen ist lege Ich [anonymisiert] Einspruch gegen den geplanten Regionalplan ein. In meinem Betrieb sind folgende Flächen betroffen</p> <p>Gemarkung Frauenberg Flur anonymisiert Gemarkung Euskirchen Flur [anonymisiert] Gemarkung Ülpenich Flur 001 anonymisiert] Gemarkung Enzen Flur 019 [anonymisiert] Diesen Flächen machen 1/3 meiner gesamten Ackerfläche im Betrieb aus. Auf Hinsicht steigender Weltbevölkerung und Nahrungsmittelknappheit würde ich Sie bitten den Regionalplan hinsichtlich Einsparung von Pflanzenschutzmittel nochmal zu überdenken und zu überarbeiten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1257	
1002751	
1008435	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim Glessen einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan ist ein Großteil der Flächen betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1259	
1002753	
1007049	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften in Roggendorf-Thenhoven in Köln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung und betreiben am Hofstandort (Mottenkaul 22) einen Pferdepensionstall. Den Betrieb soll mein Sohn (26 Jahre alt) in den nächsten Jahren übernehmen, um seinen Lebensunterhalt bis zu seiner Rente zu verdienen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 12 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet mit einer ASB-Neuausweisung. Dass soviel Fläche dem Betrieb verloren geht, gefährdet leider erheblich die Existenz des gesamten Betriebes. Zudem geht auch noch die gesamte Hoffläche verloren und damit wäre ein Fortbestehen der Pferdepension unmöglich und müsste aufgegeben werden. Dies würde aus mehreren Gründen geschehen. Zum einen haben die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt, dass mit zunehmender Bebauung in direkter Nähe zum Hof, sowohl das Arbeiten mit großen landwirtschaftlichen Maschinen, als auch die landwirtschaftliche Pferdepensionshaltung unmöglich gemacht wird. Zum anderen sind die um den Hof liegenden Wiesen als Auslauf für die Pferde essenziell. Denn ohne Wiesen werden wir keine Pferdepension mehr betreiben können. Außerdem wäre mit Umsetzung der ASB-Neuausweisungsgebiete ein Erreichen unserer bewirtschafteten Flächen über die beiden bestehenden Wirtschaftswege nicht mehr möglich. Da die bisher genutzten Wirtschaftswege jeweils durch Neubaugebiete führen würden.</p> <p>Ein Neubaugebiet direkt am Hof würde also nicht nur das Ende für die Pferdepension bedeuten, sondern auch für den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [s. Anhang Abb. StnID 1007049]</p> <p>Daher bitten wir Sie entweder die Ausweisung von Neubaugebieten in direkter Hofnähe (näher als 1 km) zu stoppen oder den gesamten Betrieb zu bebauen und uns an einem anderen Ort neue Perspektiven aufzuzeigen.</p> <p>Aus unsere Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1002904).</p>



nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1007049\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-126	
1001337	
1001105_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Aufgrund der Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird mit diesem Schreiben eine Stellungnahme aus Sicht eines landwirtschaftlichen Betriebes geboten.</p> <p>Unser landwirtschaftlicher Betrieb in 41836 Hückelhoven betreibt intensiven Ackerbau. Die Betriebsstätte sowie der Hof liegen im Stadtteil Millich. Ein Großteil der zu bewirtschaftenden Flächen liegen in unmittelbarer Umgebung angrenzend zur Rur. Ein Auszug aus der betriebsinternen Ackerschlagkartei zeigt die Flächen auf.</p> <p>[Abb. 1] [ANONYMISIERT]</p> <p>Der Landschaftsplan III/8 Baaler Riedelland und obere Rurniederung erlangte am 14.05.2016 Rechtskraft und brachte nach jahrelanger Konzeption einige Änderungen hervor, welche aktive Einflüsse auf die landwirtschaftlichen Flächen und deren Bewirtschaftung hervorbringt [s. Anhang Abb. StnID 1001105_001_1].</p> <p>Mit der Neuaufstellung des Regionalplans sollen zwischen der Ortslage und dem Rurverlauf für den Betrieb massive existenzielle Ackerbauflächen in der Planung zum Naturschutz zugefügt werden. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Regionalplanung des betreffenden Gebietes auf [s. Anhang Abb. StnID 1001105_001_2].</p> <p>Eine Gesamtfläche von über 20 Hektar (Abb.1) unseres Betriebes sollen somit zum Naturschutz im Flächennutzungsplan abgeändert werden. Die Zukunft des Betriebes hängt mit von diesen Flächen ab. Eine Weiterführung des Betriebes ist durch diese Maßnahmen gefährdet. Als Folgen der Planung der Bezirksregierung ist festzustellen, dass eine herkömmliche Bewirtschaftung der Flächen nicht mehr möglich ist. Für eine Umstellung und die angemessene Bewirtschaftung sind hohe Investitionen mit gleichzeitig minderen Erträgen zu erwarten. Zudem droht ein massiver Werteverlust dieser teils Eigentumsflächen. Diese Folgen sind finanziell und betriebswirtschaftlich für unseren Betrieb ohne Ausgleich langfristig nicht akzeptabel.</p> <p>Die Maßnahmen mit schwerwiegenden Folgen für unseren Betrieb werden hiermit vorerst abgelehnt. Für eine Planänderung und Konfliktlösung steht unser Betrieb gerne jederzeit bereit!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1261	
1002755	
1007050	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die Neuaufstellung Regionalplan Köln, ? im Besonderen gegen die Pläne auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen -, ein!</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die ausgelegten Pläne lassen eine Bebauung/Versiegelung von klimaaktiven Flächen/Bereichen im Stadtgebiet Leverkusen zu.</p> <p>Vor allem die Bereiche, im Osten der Stadt Leverkusen sind für das Stadtklima äußerst wichtig und für die Gesundheit der Bevölkerung extrem notwendig. Hier befinden sich nicht nur sehr wertvolle und ökologisch bedeutende Böden (Parabraunerde), sondern lebenswichtige Kaltluftentstehungszonen, sowie Kaltluftschneisen. Es handelt sich bei diesen Flächen eindeutig um ?klimaaktive Flächen?.</p> <p>Siehe dazu auch ?Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV <a href="http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/">http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/</a>, hier die Karte ?Klimaanalyse/Parameter Klimaanalysekarte (nachts)?. Hier wird dargestellt wie die Richtungen und Stärke der Kaltluftströme zurzeit sind. Klimaaktive Flächen sind für das Stadtklima lebensnotwendig und dürfen nicht versiegelt und vernichtet werden!</p> <p>Eine weitere Versiegelung dieser für das Stadtklima wichtigen Gebiete, würde mein (und das von allen anderen Bürgern) Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (§2 GG) missachten. Siehe dazu auch die Publikationen zum Thema u.a. <a href="https://www.bmu.de/themen/gesundheit-chemikalien/gesundheit/gesundheit-im-klimawandel">https://www.bmu.de/themen/gesundheit-chemikalien/gesundheit/gesundheit-im-klimawandel</a></p> <p>Im Sinne des Klimaschutzes und der notwendigen Klimaanpassungskonzepte ? siehe auch ?Klimaanpassungskonzept der Stadt Leverkusen -Endbericht 2020- dürfen klimaaktive Gebiete nicht durch Neuversiegelung vernichtet werden. Das Gebot: zum Schutz vor allem der nachkommenden Generationen müssen klimaaktive Gebiete als BAUVERBOTSZONEN deklariert werden und so ein für alle Mal vor einer Versiegelung geschützt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen</p>

AZ: Ö-M-1263	
1002756	
1007052	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich spreche mich gegen den Regionalplan in der jetzigen Form aus.</p> <p>Gründe:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Stadt Köln sollte nicht weiter wachsen, solange die entsprechenden Infrastrukturelemente wie Schulen, Kitas, ÖPNV, Brücken, Umgehungsstrassen etc. nicht verfügbar sind.</li> <li>2. Ökologisch wichtige Flächen sollten nicht Bauerwartungsland werden. Beispiel: Zündorf Süd Bebauung zerstört ein für die Stadt Köln sehr wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet und führt zum Hitzetod in Köln Zentrum.</li> <li>3. Die drohende Klimakatastrophe gestattet es nicht, Großstädte wie Köln großflächig siedlungsmässig zu erweitern oder zu verdichten, weil dann die Ausstoßung der Treibhausgase noch weiter nichtlinear zunimmt.</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1264	
1002758	
1006891	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich für die Möglichkeit, zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln, Plan-Entwurf Stand November 2021, Stellung nehmen zu können und machen davon gerne Gebrauch. Als in der Region in der Rohstoffgewinnung tätiges Unternehmen sind wir nicht direkt von dem Planentwurf betroffen, da sich der gesonderte Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe weiterhin in Aufstellung befindet. Dennoch enthält der vorliegende Planentwurf einige kritische Passagen und Darstellungen, zu denen wir an dieser Stelle Stellung nehmen.</p> <p>A) Zum textlichen Teil G.46 und G.47 zurücknehmen bzw. überarbeiten Mit den Grundsätzen G.46 und G.47 werden im vorliegenden Regionalplan-Entwurf BGG auch für die erweiterten Einzugsgebiete (Zone IIIb) von Wasserschutzgebieten sowie für geplante Wasserschutzgebiete festgesetzt. Mit dieser Festsetzung sollen innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trink- und Heilwassergewinnungsanlagen dem vorsorgenden Grundwasserschutz und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Dabei werden Planungen und Maßnahmen, die potenziell eine erhebliche Beeinträchtigung der Trink-/Heilwassergewinnung darstellen, ausgeschlossen. Zu den ausgeschlossenen Planungen und Maßnahmen gehören nach G.46, Erläuterung Nr. 2 (S. 122) bzw. G.47, Erläuterung Nr. 2 (S.123) ausdrücklich auch Nass- und Trockenabgrabungen. Innerhalb festgesetzter Wasserschutzzonen sollen die Ge- und Verbote der jeweiligen Schutzgebietsverordnungen gelten. Darüber hinaus soll G.46 für geplante Wasserschutzzonen eine Einzelfallprüfung ermöglichen. Für geplante Wasserschutzzonen im Braunkohlengebiet ist gemäß G.47 eine Einzelfallprüfung sogar ausgeschlossen. Diese Formulierungen sind bedenklich, da die Grundsätze G.46 und G.47 eine verbindliche Vorgabe an die Genehmigungsbehörden darstellen, die Belange der Trinkwassergewinnung mit einem erhöhten Gewicht in die Abwägung einzustellen. Dies allein mit einer abstrakt potenziellen Gefahr für das Grundwasser zu begründen, geht zumindest für Abgrabungen an den Erkenntnissen aus Forschung und Realität vorbei: Bundesweit ist kein einziger Fall bekannt, bei dem der genehmigungskonforme Betrieb einer Abgrabung zu einer Verunreinigung des Grundwassers geführt hätte. Das in diesem Zusammenhang zitierte DWA-Merkblatt W101 erscheint hier veraltet und entspricht nach den Erkenntnissen der Branche nicht dem Stand der praktischen Erfahrung. Darüber hinaus stehen die Regelungen in den Grundsätzen G.46 und G.47 im</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und die Grundsätze 46 und 47 werden angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p>

Widerspruch zum Fachrecht: So ist nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Landesweiten Wasserschutzgebietsverordnung vom 21.09.2021 (LwWSGVO-OB) die oberirdische Bodenschatzgewinnung in den Schutzzonen I bis III in Trinkwasserschutzgebieten oberhalb des höchsten zu erwartenden Grundwasserstandes nicht nur nicht verboten, sondern sogar genehmigungspflichtig. Ferner erscheint der pauschale Ausschluss von Abgrabungen zumindest für die geplante Wasserschutzzone der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim auch vor dem Hintergrund der tatsächlichen geologischen / hydrogeologischen Situation fragwürdig. Zwischen der Oberfläche und dem hydrogeologischen Stockwerk, aus dem die Trinkwassergewinnung erfolgt, befindet sich eine mindestens 20 m mächtige, flächig ausgebildete Tonschicht, die den Trinkwasserkörper vor dem vertikalen Eindringen von Schadstoffen abschirmt. Nähere Ausführungen dazu, warum Abgrabungen unter Würdigung der besonderen geologischen Verhältnisse eine konkrete Gefahr für die geplante Trinkwasserförderung darstellen, sind dem Entwurf des Regionalplans nicht zu entnehmen und auch nicht bekannt. Wenn es aber schon die behauptete Gefährdung der Trinkwassergewinnung aufgrund der örtlichen Besonderheiten konkret nicht gibt, besteht auch kein planerisches Erfordernis für eine im Regionalplan an die Zulassungsbehörden adressierte besondere Gewichtung der Belange der Trinkwassergewinnung, die auf der Ebene der Vorhabenzulassung berücksichtigt werden müsste. Vielmehr wäre eine regionalplanerische Gewichtungsvorgabe des Belangs der Trinkwassergewinnung, die von den Behörden im Rahmen der Zulassung solcher Erweiterungen zu berücksichtigen wäre, im Ergebnis unzulässig, wenn sie aus tatsächlichen Gründen nicht erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund sind aus unserer Sicht die Grundsätze G.46 und G.47 ersatzlos zu streichen. Alternativ ist die Begründung zu den Grundsätzen G.46 und G.47 insoweit anzupassen, dass Abgrabungen aus dem Katalog der potenziell gefährdenden Maßnahmen gestrichen werden. Hilfsweise ist zumindest G.47 so an G.46 anzupassen, als dass die Einzelfallprüfung für Abgrabungsvorhaben zugelassen wird. Eine Absenkung des Schutzniveaus für die künftige Trinkwasserförderung ist mit der Streichung der Grundsätze G.46 und G.47 im Regionalplanentwurf nicht verbunden. Der erforderliche Schutz der künftigen Trinkwassergewinnung ist durch die vorhandenen fachrechtlichen Instrumente des Grund und Trinkwasserschutzes bereits gewährleistet, ohne dass es der raumordnungsrechtswidrigen Grundsätze G.46 und G.47 im Regionalplan bedarf. Auch die LwWSGVO-OB stellt zustimmungswürdig auf den jeweiligen Einzelfall ab. Etwaige Sonderfälle lassen sich zielgenau durch entsprechende Nebenbestimmungen in den Späteren Genehmigungen bzw. wasserrechtlichen Erlaubnissen pp.adressieren. Hierfür sprechen auch die Erfahrungen aus der Vergangenheit, in der es bislang auch stets in Zusammenarbeit mit dem Erftverband gelungen ist, Rohstoffgewinnung und Grundwasserschutz miteinander zu vereinbaren.

## Inhalt

Zu den zeichnerischen Darstellungen: BSN Darstellung in Weilerswist, Groß-Vernich ändern Südlich der Ortschaft Weilerswist, Groß-Vernich im Kreis Euskirchen ist direkt südlich der Ortschaft Groß-Vernich ein BSN dargestellt [Abb.]. Dieses BSN liegt innerhalb des durch die Bezirksregierung Arnsberg bestandskräftig genehmigten Tagebau Vernich.[Abb.]. Die BSN-Darstellung geht offensichtlich auf die ursprünglich genehmigte Rekultivierungs-Planung für den Tagebau Vernich zurück, die im markierten Bereich einen Schwerpunktbereich für Biotop- und Artenschutz vorsah. Mit Planfeststellungsbeschluss vom 25.04.2019 wurde durch die Bezirksregierung Arnsberg ein geänderter Rekultivierungsplan bestandskräftig genehmigt, der den Schwerpunktbereich für Biotop- und Artenschutz an anderer Stelle vorsieht [Abb.]. Biotop- und Artenschutz ist nun vornehmlich im Süden des Tagebaus, direkt angrenzend an ein Naturschutzgebiet (NSG 2.1-6, ?Straßfelder Fließ?) vorgesehen [Abb.] Wir schlagen daher vor, die BSN-Darstellung entsprechend Abb. 3 zugunsten von BSLE zurückzunehmen und stattdessen im Westen die BSN-Darstellung zu ergänzen.[s. Anhang Abb. Stn ID 1006892\_1].

## Anhänge

[Abb. ID 1006892\\_1.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflistung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsf lächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Die in Rede stehenden, Flächen des Tagebau Vernichs sind im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfallen damit dessen Regelungsregime.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* sicherstellen gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender

	<p>Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Der Fachbeitrag stellt für den angesprochenen Bereich eine Biotopverbundfläche herausragender Bedeutung sowie für den Bereich des Wunsches nach Verlagerung des BSN eine Biotopverbundfläche besonderer Bedeutung dar. Somit kann dem Vorschlag nicht entsprochen werden.</p>
--	--



AZ: Ö-M-1265

1002759

1006756\_001

#### Inhalt

Wir beziehen uns in unserem Schreiben auf die Anlage 3 "Rahmenplanung Gangelt Birgden" und auf die Anlage 4, Variante 2.4 "Neuaufstellung des Regionalplanes".  
Abrufbar sind beide Dokumente unter

<https://sessionnet.krz.de/gangeltbils0057.asp?ksinr=2489>

Dort sind nun einige Änderungen im derzeit gültigen Bebauungsplan "Jankersfeld 3" vorgesehen, die uns betreffen.

An unser Haus (Flurstück [ANONYMISIERT]) grenzt im Süden das Flurstück [ANONYMISIERT] und im Osten das Flurstück [ANONYMISIERT]. Über das Flurstück [ANONYMISIERT] soll nun gemäß Gestaltungsplan eine Straße verlaufen, sodass unser Grundstück sowohl auf der West- als auch von der Südseite von verkehrsbelasteter und versiegelter Fläche umschlossen ist.

Das Vorhaben hat negative Auswirkungen auf unsere Wohnsituation, welche wir nachfolgend erläutern möchten:

#### Verkehrssituation/Versiegelung

Die geplante Straße, die südlich unseres Grundstückes vorbeiführen soll, wird nicht nur durch die Anwohner der neu geplanten Grundstücke von Jankersfeld IV verkehrsbelastet, sondern auch von einem Großteil der Anwohner des gesamten Baugebiets, welches zwischen den Straßen

"Am Schützenheim", "Im Jankersfeld", "Geilenkirchener Straße" und "Paulssträßchen" liegt. Die Verkehrszusatzbelastung ist nicht vernachlässigbar. Für uns als direkt Betroffene wird diese Straße folgende jetzt absehbare negative Auswirkungen haben:

? Steigerung der verkehrsbedingten Unfallgefahr

? Erhöhtes Aufkommen von Lärm zu Tages- und Nachtzeiten

? Lokal erhöhte Bodentrockenheit durch die angrenzende versiegelte Fläche

#### Sozial

Durch die geplante Straße wird uns die Möglichkeit genommen einen direkten Nachbar südlich unseres Hauses zu bekommen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

#### Mehraufwand

Durch die geplante Straße erhöhen sich unsere Straßenreinigungsgebühren. Wir stimmen einer durch den Straßenbau entstehenden finanziellen Mehrbelastung nicht zu.

Der geltende Bebauungsplan war die rechtliche Grundlage für unsere Kaufentscheidung. Wir haben unser Haus in der Planung an diesen Bebauungsplan angepasst und stellen nun fest, dass sich unsere Wohnsituation durch die angestrebten Änderungen negativ verändern wird. Diese Einwendung richtet sich primär nicht gegen die Bebauung bzw. die Planung von Jankersfeld IV sondern in erster Linie gegen die oben beschriebene Realisierung der Verbindungsstraße, die südlich unseres Grundstückes verläuft.

Wir fordern daher eine Überarbeitung der Gestaltungsplanung, in welcher keine Verbindungsstraße direkt südlich angrenzend an unser Grundstück vorgesehen wird. Diese Verbindungsstraße ist nicht zwingend notwendig, da das geplante Baugebiet ebenfalls über den geplanten Kreisverkehr im Paulssträßchen erreichbar ist.

AZ: Ö-M-1266	
1002760	
1006758_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Einspruch gegen das beabsichtigte Bauvorhaben auf Waldenrather (Heinsberg) sowie auf Birgdener (Gangelt) Seite in jeglicher gewerblicher und industrieller Form.</p> <p>Ich lehne den Regionalplan im oben genannten Bereich ab und lege fristgerecht folgenden Einspruch ein:</p> <p>Die noch vorhandene und aktive Landwirtschaft in diesen Orten würde durch die fehlende Fläche weiter erheblich eingeschränkt und ein weiteres versiegeln der durchaus guten Bodenqualität ist nicht umweltverträglich. Durch das Zerstören dieser fruchtbaren Ackerflächen würde zur weltweiten Nahrungsmittel- und Getreideknappheit beigetragen. Das ist in den ohnehin schon durch Kriege und Hungersnöte geprägten Zeiten nicht vertretbar.</p> <p>Baugrund in Waldenrath ist knapp und eine Möglichkeit der Bebauung parallel der Straße Am Strauch und des Gibregional oder sogar Gibplus würde diese Möglichkeit zur Erweiterung unseres intakten Dorflebens zerstören. Mit dem Bau der B56n haben wir eine sehr gute Anbindung, was auch zur Folge hatte, dass viele neue Bürger bewusst als Pendler nach Waldenrath und Pütt gezogen sind. Auch diese Strecke bringt uns schon vermehrten Lärm und auch CO2- Belastungen.</p> <p>Weitere Belastungen hat unser Gebiet bereits durch den Flugverkehr der Awacs, es ist eine erhöhte Zahl an Krebserkrankungen zu notieren.</p> <p>Ich bin extra vor einigen Jahren nach Pütt und Waldenrath gezogen, um auf dem Dorf zu leben, das Dorfleben bereichern zu können und die Natur zu genießen. Viele Wege zwischen den Dörfern sind mit dem Fahrrad zurückzulegen, die Geschäfte in Birgden sind sehr gut zu erreichen, auch für ältere Leute. Diese werden nicht mehr mit dem Fahrrad oder auch E- Mobil über die Wege fahren können, wenn durch das Gewerbe- und Industriegebiet noch mehr LKW- Verkehr entsteht.</p> <p>In beiden Dörfern herrscht ein gutes Klima, hier hören und sehen wir täglich viele Singvögel- sehr viele Schwalben bauen hier ihre Nester und kommen Jahr für Jahr wieder. Eine große Anzahl Greifvögel lebt auf unseren Feldern, Rehe, Füchse und Fasane. Das alles wird vorbei sein, wenn es zum Bau des Gewerbe- und Industriegebiets kommt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Ich fordere den Erhalt unseres ländlichen Charakters und den Schutz der Natur!

**Inhalt**

Auf diesem Weg widerspreche fristrecht pauschal gegen alle Änderungen, von denen mein Eigentum betroffen ist! Hier die Auflistung meiner Flächen und Grundstücke: [ANONYMISIERTE]. An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass die Kommunikation und Information völlig inakzeptabel ist. Ich habe nur zufällig davon erfahren, dass meine Grundstücke möglicherweise von der Neuplanung betroffen sind. Auf denen im Internet befindlichen Seiten ([https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionalplanung/index.html](https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionalplanung/index.html)) ist es für Privatpersonen kaum möglich heraus zu finden, ob eigene Eigentum möglicherweise betroffen ist, deswegen widerspreche ich pauschal gegen jede Änderung meines Eigentums.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE

	<p>liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

AZ: Ö-M-1268	
1002763	
1010623	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch gegen den aktuellen Regionalplan (Landschaftsschutzplan) der Gemarkung Heimbach/Hausen ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-1269	
1002764	
1010362	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind ein parteiunabhängiger Verein für bürgerschaftliches Engagement mit Sitz in Rösrath im Bergischen Land. Vor elf Jahren von 16 Mitgliedern gegründet, heute über 130 Mitglieder, engagieren wir uns seit Jahren für Umwelt-, Natur- und Hochwasserschutz, Nachhaltigkeit, eine fahrradfreundliche Stadt, klimaangepasste Stadtentwicklung und Bürgerengagement. Wir sind Mitglied im Hochwasser-Kompetenz-Centrum (HKC) und setzen uns seit 2011 kontinuierlich für den Hochwasserschutz ein. Unsere Warnungen wurden jahrelang von der Politik wenig beachtet.</p> <p>Wir konstatieren beim Hochwasserschutz weiter großen Handlungsbedarf, der durch den Klimawandel noch wachsen wird - die Bilanz ein Jahr nach dem Starkregen vom 14./15.07.2021 ist sehr ernüchternd. Aus diesem Grund wenden wir uns an sie, da wir auch im vorliegenden Regionalplanentwurf die Relevanz von Hochwasserschutz und die Gefahren durch Starkregenereignisse nicht in ausreichendem Maß berücksichtigt sehen. Wir halten es für dringend notwendig, dass der Regionalplan dahingehend überarbeitet/ ergänzt wird, um präzisere Vorgaben für später zu entwickelnde Flächennutzungspläne zu liefern. In den Anhängen übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zum Regionalplanentwurf. Zur Erläuterung unserer Stellungnahme haben wir zusätzlich aussagekräftige Karten bzw. Kartenausschnitte angehängt. Wir hoffen, dass die identifizierten Defizite bei der Überarbeitung des Regionalplans berücksichtigt werden. Über eine Rückmeldung würden wir uns freuen und bedanken uns im Voraus.</p> <p>Der Verein Lebenswertes Sülztal e.V. - vor elf Jahren von 16 Mitgliedern gegründet, heute über 130 Mitglieder - engagiert sich seit Jahren für Umwelt-, Natur- und Hochwasserschutz, Nachhaltigkeit, eine fahrradfreundliche Stadt, klimaangepasste Stadtentwicklung und Bürgerengagement. Von uns wurden u.a. Idee und Konzept des Agger-Sülz-Radweges entwickelt, der mittlerweile als Gemeinschaftsprojekt dreier Kreise und mehrerer Kommunen schon teilweise realisiert wurde. Als parteiunabhängiger Verein sind wir Mitglied im Hochwasser-Kompetenz-Centrum (HKC) und setzen uns seit 2011 kontinuierlich für den Hochwasserschutz ein - unsere Warnungen wurden jahrelang von der Politik wenig beachtet. Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 organisierten wir eine open-air-Veranstaltung mit Fachleuten vom HKC, Kreis, Betroffenen und mit eigenen Beiträgen mit über 300 Besuchern, und starteten danach eine Vielzahl weiterer Initiativen. Wir konstatieren beim Hochwasserschutz weiter großen Handlungsbedarf, der durch den Klimawandel noch wachsen wird - die Bilanz ein Jahr nach dem Starkregen vom 14./15.07.2021 ist sehr ernüchternd.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise vorgebracht.</p>



Außerdem setzt sich unser Verein intensiv für mehr Grün in der Stadt ein, insbesondere für Dach- und Fassadenbegrünung im Bestand und bei öffentlichen Gebäuden und Räumen.	
---	--

**Inhalt**

Bei intensiver Betrachtung des Entwurfes zum Regionalplan 2022 für den Bereich des Regierungsbezirkes Köln fällt auf, dass den im Rahmen des Klimawandels besonders bedeutsamen Punkten des vorbeugenden Hochwasserschutzes sowie der Betrachtung von Starkregenereignissen aus unserer Sicht nicht in genügendem Umfang Rechnung getragen wird. Wir sind sehr besorgt, dass wegen ungenauer textlicher Festlegungen und lückenhafter Kartendarstellungen keine präzisen Leitlinien für die später durch die Städte und Gemeinden zu erstellenden Flächennutzungspläne vorgegeben werden und damit die Intention eines Regionalplanes verfehlt wird.

Im Einzelnen: In Kapitel 2 / Gesamträumliche Aspekte, Seite 44 unter Z2 sowie G48/49 wird der vorbeugende Hochwasserschutz angesprochen: Erwähnt wird die Rücknahme von Bauflächen (soweit noch nicht in rechtswirksamen Bauordnungsverfahren beschlossen). Durch den Erhalt (bzw. die Ertüchtigung) von Retentionsflächen sollen Hochwassergefahren gemindert bzw. der Gefahr durch potentielle Extremhochwässer vorgebeugt werden. Die zunehmende Problematik von Starkregenereignissen wird nahezu überhaupt nicht thematisiert! Karten hierzu sind zwar vorhanden, aber es fehlt eine nachvollziehbare, detailliertere Darstellung. Auf Seite 123, unter Punkt 4.7.3 wird der vorbeugende Hochwasserschutz nochmals erwähnt. So sollen sog. ÜB ?erhalten und entwickelt? werden. Diese ÜB sind als sog. ?Vorranggebiete? ausgewiesen. ?Maßnahmen und Planungen, die mit dem Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.? Unter Z28, Seite 125 ff. wird nochmals betont, dass Bauflächen im ÜB, sofern noch nicht in BL-Plänen festgeschrieben, zurückzunehmen sind. Zur Darstellung der ÜB und der Retentionsflächen (sowohl vorhandener als auch zu entwickelnder) ist der textlichen Festlegung die Erläuterungskarte F10 beigelegt. Mit Erstaunen haben wir hier festgestellt, dass das vom letztjährigen Starkregenereignis, welches in einem Extremhochwasser mündete, besonders betroffene Sülztal im Bereich der Städte Overath und Rösrath im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht in den Erläuterungskarten erfasst ist. Hier wurden Tausende von Wohn- und Geschäftsgebäuden schwerst beschädigt, ein Jahr nach der Flut sind noch lange nicht alle Schäden behoben.

Daher bitten wir um Ihre Beantwortung der Frage, auf welcher Grundlage die ÜB bzw. Retentionsflächen zum vorbeugenden Hochwasserschutz festgelegt und entwickelt werden sollen, wenn diese in den Karten nicht dargestellt wurden? In diesem Zusammenhang muss zudem angemerkt werden, dass die Karten, die der HQ100 Darstellung zugrunde liegen, nicht den neuesten Erkenntnissen in Hinblick auf einen dringend erforderlichen Klimazuschlag entsprechen. Hier gibt es bei den Kreisen und Gemeinden bereits teilweise deutlich zeitgemässere Kartendarstellungen. Die aus den veralteten Karten zu ziehenden Konsequenzen sind

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung. Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) (einschl. der Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der Zukünftigen Überschwemmungsbereiche an der Erft (ZÜB) wurde entsprechend anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden Datengrundlage zu Überschwemmungsgebieten aktualisiert. Aufgrund dieser neu ermittelten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung werden die Überschwemmungsbereiche (ÜB) im Entwurf des Regionalplans festgelegt, sofern die Flächen über 2 ha groß sind. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, ist zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

längst nicht mehr ausreichend für den vorbeugenden Hochwasserschutz. Auch die Karte zum Extremhochwasser (F8) entspricht nicht den tatsächlich deutlich höheren Wasserständen im Juli 2021!

Fazit: Aus den oben genannten Gründen halten wir es für zwingend erforderlich, den Regionalplanentwurf dahingehend zu überarbeiten und insbesondere auch die fehlenden Erläuterungskarten zum Overrather und Rösrather Sülztal zu ergänzen. Dem fortschreitenden Klimawandel muss dringend mehr Rechnung getragen werden! Zur Verdeutlichung unserer Kritik hängen wir einige der uns (und auch den entsprechenden Kreisbehörden und Gemeinden) zur Verfügung stehenden Karten an.

Karte 1: Hochwassergefahrenkarte Sülz HQextrem / Bez. Reg. Köln [s. Anhang Abb. 1010400\_1]

Karte 2: Teilbereichskarte Hoffnungsthal/Lehmbach Nord HQextrem mit den ermittelten darüberhinausgehenden Überflutungen (violett markiert) [s. Anhang Abb. 1010400\_2]

Karten 3-5: Starkregenkarten Rösrath-Hoffnungsthal (Süd,Mitte,Nord) 90 mm

Blockregen [s. Anhang Abb. 1010400\_3, 1010400\_4, 1010400\_5]

Karten 6-8: Starkregensimulationskarten Rösrath-Hoffnungsthal (Süd, Mitte, Nord) mit Abflussrichtungen [s. Anhang Abb. 1010400\_6, 1010400\_7, 1010400\_8]

Karten 9-11: Kartenausschnitte HQextrem Rösrath-Hoffnungsthal (Süd, Mitte, Nord);

Der Kartenausschnitt Süd zeigt bei HQextrem einen Pegelstand von 3,96 m. Der tatsächliche Pegelstand am 14./15.07.2021 betrug ca. 4,30m. Dies belegt, ebenso wie die beiliegende Karte 2, anschaulich, dass diese Karten nicht mehr der Realität entsprechen. [s. Anhang Abb. 1010400\_9, 1010400\_10, 1010400\_11]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1010400\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_8.pdf](#)

[Abb\\_ID1010400\\_9.pdf](#)

1010401	
<b>Inhalt</b> Wir bitten um Antwort, wie Sie unsere Stellungnahme weiterbearbeiten und wann wir ggfs. mit einer Reaktion von Ihrer Seite rechnen können.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)

1011644

## Inhalt

Zum Regionalplanentwurf:

Bei intensiver Betrachtung des Entwurfes zum Regionalplan 2022 für den Bereich des Regierungsbezirkes Köln fällt auf, dass den im Rahmen des Klimawandels besonders bedeutsamen Punkten des vorbeugenden Hochwasserschutzes sowie der Betrachtung von Starkregenereignissen aus unserer Sicht nicht in genügendem Umfang Rechnung getragen wird.

Wir sind sehr besorgt, dass wegen ungenauer textlicher Festlegungen und lückenhafter Kartendarstellungen keine präzisen Leitlinien für die später durch die Städte und Gemeinden zu erstellenden Flächennutzungspläne vorgegeben werden und damit die Intention eines Regionalplanes verfehlt wird.

Im Einzelnen:

...

In diesem Zusammenhang muss zudem angemerkt werden, dass die Karten, die der HQ100 Darstellung zugrunde liegen, nicht den neuesten Erkenntnissen in Hinblick auf einen dringend erforderlichen Klimazuschlag entsprechen. Hier gibt es bei den Kreisen und Gemeinden bereits teilweise deutlich zeitgemässere Kartendarstellungen. Die aus den veralteten Karten zu ziehenden Konsequenzen sind längst nicht mehr ausreichend für den vorbeugenden Hochwasserschutz.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung. Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) (einschl. der Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der Zukünftigen Überschwemmungsbereiche an der Erft (ZÜB) wurde entsprechend anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden Datengrundlagen zu Überschwemmungsgebieten aktualisiert. Aufgrund dieser neu ermittelten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung werden die Überschwemmungsbereiche (ÜB) im Entwurf des Regionalplans festgelegt, sofern die Flächen über 2 ha groß sind. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, ist zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.

Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

1011645	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Auch die Karte zum Extremhochwasser (F8) entspricht nicht den tatsächlich deutlich höheren Wasserständen im Juli 2021!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Ermittlung der Flächen für ein HQextrem ist Sache der Fachplanung. Die Grundlage zur Darstellung der Flächen HQextrem in der Erläuterungskarte F8 wurde auf Grundlage der in der Fachplanung ermittelten Daten mit Stand Juni 2023 aktualisiert.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026298 verwiesen.</p>

1011646	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bei intensiver Betrachtung des Entwurfes zum Regionalplan 2022 für den Bereich des Regierungsbezirkes Köln fällt auf, dass den im Rahmen des Klimawandels besonders bedeutsamen Punkten des vorbeugenden Hochwasserschutzes sowie der Betrachtung von Starkregenereignissen aus unserer Sicht nicht in genügendem Umfang Rechnung getragen wird.</p> <p>Wir sind sehr besorgt, dass wegen ungenauer textlicher Festlegungen und lückenhafter Kartendarstellungen keine präzisen Leitlinien für die später durch die Städte und Gemeinden zu erstellenden Flächennutzungspläne vorgegeben werden und damit die Intention eines Regionalplanes verfehlt wird. Im Einzelnen: Auf Seite 123, unter Punkt 4.7.3 wird der vorbeugende Hochwasserschutz nochmals erwähnt. So sollen sog. ÜB ?erhalten und entwickelt? werden. Diese ÜB sind als sog. ?Vorranggebiete? ausgewiesen. ?Maßnahmen und Planungen, die mit dem Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.? Unter Z28, Seite 125 ff. wird nochmals betont, dass Bauflächen im ÜB, sofern noch nicht in BL-Plänen festgeschrieben, zurückzunehmen sind. Zur Darstellung der ÜB und der Retentionsflächen (sowohl vorhandener als auch zu entwickelnder) ist der textlichen Festlegung die Erläuterungskarte F10 beigelegt. Mit Erstaunen haben wir hier festgestellt, dass das vom letztjährigen Starkregenereignis, welches in einem Extremhochwasser mündete, besonders betroffene Sülztal im Bereich der Städte Overath und Rösrath im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht in den Erläuterungskarten erfasst ist. Hier wurden Tausende von Wohn- und Geschäftsgebäuden schwerst beschädigt, ein Jahr nach der Flut sind noch lange nicht alle Schäden behoben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung. Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) (einschl. der Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der Zukünftigen Überschwemmungsbereiche an der Erft (ZÜB) wurde entsprechend anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden Datengrundlage zu Überschwemmungsgebieten aktualisiert. Aufgrund dieser neu ermittelten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung werden die Überschwemmungsbereiche (ÜB) im Entwurf des Regionalplans festgelegt, sofern die Flächen über 2 ha groß sind. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, ist zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-127	
1001338	
1001580	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lehne das geplante Gewerbegebiet Hückelhoven/Doveren ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher? Ich bitte Sie meinen Einwand zu folgen und von einer Umsetzung des Regionalplanentwurf abzusehen bzw. diesen entsprechend anzupassen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).</p>



AZ: Ö-M-1270

1002768

1006763\_001

#### Inhalt

Mit Erschrecken haben wir aus der Tagespresse erfahren, dass direkt angrenzend an unser Dorf Houverath ein Gewerbegebiet geplant ist. Wir wohnen auf der Straße Heiderbusch, wäre also unmittelbar betroffen.

Wir, dass sind mein Mann und ich und unsere beiden Mädels, Rieke (8 Jahre) und Hanne (6 Jahre).

Schon heute ist es oft nicht möglich, das Fenster in den Kinderzimmern und im Schlafzimmer zu öffnen, da der Lautstärkepegel durch die angrenzende Autobahn A46 und die L227 teilweise enorm ist.

Auf der Terrasse zu sitzen ist auch nicht immer angenehm.... Wie soll es erst werden, wenn wir nun noch durch ein Gewerbegebiet belastet werden.

Schon heute fahren unzählige Paketdienstfahrer in einem Tempo durch das Dorf, welches völlig unangemessen ist.  
Wir möchten nicht noch mehr Verkehrsaufkommen haben. Weder im Ort noch unmittelbar davor.

Wir lehnen den Regionalplanentwurf ab, da wir befürchten, dass wir und vor allem unsere Kinder und in Zukunft auch deren Familien dadurch enorm beeinträchtigt werden: Lautstärke, Verkehrsaufkommen, Luftverschmutzung, zerstörte Optik. Eine völlig verbaute Landschaft.

Gerade im Hinblick auf die aktuelle Situation kann es nicht zielführend sein, immer weitere Gewerbegebiete zu erschließen und Ackerflächen stillzulegen. Warum werden nicht alte, leerstehende Gebäude genutzt?

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

AZ: Ö-M-1271

1002769

1010583

#### Inhalt

Ich bewirtschafte in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 337 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 218 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1272

1002770

1006893

**Inhalt**

Unser Sohn beabsichtigt unseren landw. Betrieb in der 7. Generation fortzuführen. Durch den Regionalplan wird es zu erheblichen Bewirtschaftungseinschränkungen kommen, das eine Bewirtschaftung fast nicht mehr möglich ist. Es werden alle Grundlagen zur Fortführung des Betriebes beeinträchtigt.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalplan Köln trifft keine Festlegungen zu Bewirtschaftungseinschränkungen.

AZ: Ö-M-1273

1002771

1006766\_001

## Inhalt

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in Hückeswagen-Schückhausen und bin von Ihrer Neuplanung betroffen.

Leider gibt es keine detaillierten Karten, auf denen genau zu erkennen ist, welche Flächen von meinem Betrieb mit Ihren Vorstellungen kollidieren. Erkenntnisse brachten mir jedoch Vergleiche mit dem Landschaftsplan von 2008, in dem sehr ähnliche Zielvorgaben gegeben waren. Schon zu der Zeit befanden sich beispielsweise mein Güllebehälter und Fahriloanlagen im geplanten Naturschutzgebiet. Daher kann ich nur vermuten, dass Sie diese Zielvorgaben aus 2008 wieder aufgegriffen haben. Auch damals hat es im Berufsstand vielfachen Widerspruch gegeben.

Dem Anschein nach, greift die derzeitige Planung massiv in die landwirtschaftliche Betriebsstruktur ein, mit existentiell gefährdeten Einschränkungen für mich als Landwirt. Alle meine im Eigentum bzw. im Pachtbesitz stehenden Flächen der Land- und Forstwirtschaft werden zielführend zur bestmöglichen Wirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung der topographischen Gegebenheiten sowie zum Erhalt der Nachhaltigkeit und dem Erhalt der Landschaft und Natur bewirtschaftet.

Unser Betrieb hat seit Generationen von und mit der Natur gelebt. Wir wirtschaften nach bestem Wissen und Gewissen nach guter fachlicher Praxis, um für nachfolgende Generationen die Existenz zu sichern. Grünland bleibt erhalten, Ackerflächen wird im Fruchtfolgesystem bewirtschaftet, Waldflächen werden wieder aufgeforstet, gepflegt und als Lebensraum für Mensch und Natur erhalten. Vor diesem Hintergrund sehe ich keinen Bedarf, das Dritte über meine Flächen mit anschließenden Bewirtschaftungseinschränkungen bestimmen. Vielmehr sehe ich einer Wertminderung meiner land- und forstwirtschaftlichen Flächen und einer schleichenden Enteignung entgegen. Denn der derzeitige Stand der Regionalplanung weist enorme Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sowie Bereiche für den Schutz der Landwirtschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus. Zwar sind bei der Planung die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) berücksichtigt, jedoch ist davon auszugehen, dass mit den BSN und den BSLE gravierende Einschränkungen und Auflagen auf mich als Bewirtschafter zukommen werden, die einer vernünftigen langfristigen Betriebsplanung geradezu entgegenstehen. Die Ausweisungen der BSN und BSLE wird im Lichte der Novellierung des EU-Pflanzenschutzes zudem zu weiteren

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen führen.

Nicht zuletzt aus vorgenannten Gründen kann ich der Planung nur ablehnend gegenüberstehen und hoffen, dass meine Einwendungen als Eigentümer und Bewirtschafter der land- und forstwirtschaftlichen Flächen in den folgenden Planphasen hinreichend berücksichtigt werden.

AZ: Ö-M-1274

1002772

1006767\_001

#### Inhalt

##### Punkt 1:

Gewerbefläche (GIB), Oberbergischer Kreis, Gemeinde Gummersbach, Gemarkung Gimborn, Flur [ANONYMISIERT], (Gummersbach Herreshagen)

Aufgrund der Neuauftellung des Regionalplans und der damit verbundener Ausweisung der Gewerbefläche (GIB) in Gummersbach Herreshagen , würde ich als kleiner landwirtschaftlicher Milchviehbetrieb über 10% meiner Betriebsfläche verlieren. Dieser Verlust ist nicht zu kompensieren, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels, der durch solche Baumaßnahmen noch forciert wird und damit verbundener Ernteaufälle. Somit wäre diese GIB Ausweisung existenzgefährdend.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1006767\_002

**Inhalt**

Punkt 2:

Regionalplan Köln, Umweltbericht, Bezug 5.2.4 Landwirtschaft

Die dort aufgeführten Textpassagen über Landwirtschaft, sind weder sachlich noch fachlich korrekt. Es handelt sich vielmehr um eine willkürliche Diskreditierung der konventionellen landwirtschaftlichen Betriebe, die jedweder wissenschaftlichen Basis entbehrt. Die Rechtsicherheit des Regionalplans wird durch solch eine Diskriminierung in Gefahr gebracht.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-M-1275

1002774

1006768\_001

#### Inhalt

Ich lehne das geplante Gewerbegebiet Houverath/Doveren ab, da der maßlose Flächenfraß ein Ende haben muss ...das "weiter so " immer größer immer mehr muss ein Ende haben. Unser Ackerland ist fruchtbar und lebenswichtig. Bestehende Gewerbegebiete mit Leerstand müssen attraktiver werden und wieder mit Leben gefüllt werden. Davon ist genügend vorhanden. Noch mehr Flächen zu betonieren ist nicht mehr zeitgerecht auch und gerade im Hinblick auf Umweltkatastrophen und Klimawandel... Nein zum Gewerbegebiet in der Nähe meines Wohnortes .

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Im Hinblick auf die Darstellung eines GIBplus in Hückelhoven-Baal sowie eines GIB bei Erkelenz-Houverath gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahmen ID 1001804 und ID 1001810).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.



Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

**Inhalt**

Der Regionalplan trifft wichtige Festlegung für die Entwicklungen im Regierungsbezirk Köln für die nächsten zwei Jahrzehnte. Im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung stellt sich mit diesem Regionalplan die Aufgabe, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel zu berücksichtigen sowie Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion zu sichern und zu entwickeln sind wichtige Grundsätze der Regionalplanung, von denen sich auch wir uns in unseren Eingaben leiten lassen. Allerdings empfinden wir es mehr als Ziel, als lediglich einen Grundsatz, darum muss: (Unsere Eingabe zur Neuaufstellung erfolgt in Absätzen, wobei jeder Absatz als eigenständige Eingabe zu verstehen ist.)

- G.1  
Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel zu berücksichtigen  
Muss als Ziel festgelegt werden
- G.2  
Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung zu sichern und zu entwickeln  
Muss als Ziel festgelegt werden
- G.3  
Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion zu sichern und zu entwickeln  
Muss als Ziel festgelegt werden
- G.4  
Thermische Belastungen abbauen  
Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

1007061

## Inhalt

Für die ?Stadt der Zukunft? zeichnet sich in den Diskursen zu Nachhaltigkeit, Stadtentwicklung, Klimawandelanpassung, in der Pandemiebekämpfung und leider auch in Kriegszeiten, ein immer komplexer werdendes Anforderungsspektrum ab. Um souverän mit den Herausforderungen umgehen zu können, braucht es sowohl die Widerstands- als auch die Veränderungsfähigkeit der Räume und Akteur\*innen. Ein ?Weiter so? wie bisher darf durch den kommenden Regionalplan nicht für die nächsten 25 Jahre festgeschrieben werden.

Wäre Köln eine Insel, dann gäbe es am Rand keine bebaubaren Flächen zur Erweiterung; man müsste mit dem Platz auf der Insel auskommen.

Köln ist eine Insel ? und zwar eine Hitzeinsel, die am Rand bis zu 10 Grad kühler ist als im Zentrum (?zwischen der Kernstadt und den klimatisch günstigeren äußeren Stadtteilen wurden bereits heute Temperaturdifferenzen von über zehn Grad Celsius gemessen?; Quelle: <https://www.stadt-koeln.de/artikel/03279/index.html>)

Die Zahl der Sommertage wird nach konservativen Prognosen bis Mitte des Jahrhunderts für das Stadtgebiet Köln im Vergleich zu den derzeitigen klimatischen Verhältnissen um 30 bis 70 Prozent zunehmen und für die heißen Tage um 60 bis 150 Prozent.

Durch eine weitere Bebauung in den bisher klimatisch günstigeren äußeren Stadtteilen wird der Bereich der überhitzten Kernstadt weiter vordringen. Es bleibt langfristig nur die Möglichkeit, dass Baumaßnahmen nicht mehr auf dem begrenzten Kölner Stadtgebiet stattfinden können, sondern in die Region verlagert werden müssen. Bereits die vorliegenden Pläne zeigen, dass mehr als zwei Drittel des wahrscheinlich benötigten Allgemeinen Siedlungsbereichs in der Region entstehen müssen.

Um dies wirklich gut zu gewährleisten, sind bestimmte Voraussetzungen notwendig, die teilweise nur über Regelungen und Förderungen des Landes zu erreichen sind.

Nicht nur unter klimatischen Gesichtspunkten betrachtet zeigt sich, dass der (über)regionalen Zusammenarbeit eine größere Rolle zukommen muss. Ganz grundsätzlich stellt sich die Situation so dar, dass der endogene Flächenbedarf für allgemeine Siedlungsbereiche bzw. Gewerbe- und Industrieflächen nur zu einem Bruchteil in Köln abgedeckt werden kann.

Da sich die Geltungsdauer des Regionalplans über einen besonders langen Zeitraum erstreckt, ist darauf zu achten, dass gefasste Beschlüsse aller involvierten Gremien, sowie deren Begründungen transparent festgehalten und öffentlich zugänglich gemacht werden. Damit sie jederzeit nachgeschlagen werden können.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen und stadtklimatischen Entwicklung vorgebracht.

1007062

## Inhalt

Die Bezirksvertretung Kalk hatte bei der Beratung der Vorlage der städtischen 2887/2019 ?Regionalplanüberarbeitung Modul III (?)? die Optionsflächen 8-807-004, 8-807-005 und 8-809-010

für neue Flächenfestlegungen am 23.01.2020 bereits mehrheitlich abgelehnt. Da sich der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 18.06.2020 auf keinen abschließenden Beschluss über die vorgeschlagenen Optionsflächen einigen konnte, welcher die Voten der Bezirksvertretungen aufnahm, wurden alle ? also auch die durch die Bezirksvertretungen abgelehnten - Optionsflächen der Bezirksregierung Köln gemeldet, mit dem Ziel, sie in der Umweltprüfung prüfen zu lassen. Eine solche Umweltprüfung hat aber nicht für alle Flächen stattgefunden!

In seiner Beschlussfassung wies der Rat zwar lapidar auf die besondere Bedeutsamkeit der Voten der Bezirksvertretungen hin, aber lediglich in Form einer unverbindlichen Bitte an die Bezirksregierung: ?Die Bezirksregierung wird gebeten, die lokale Expertise der Bezirksvertretungen zu würdigen.? Dass dies nicht erfolgen würde, war für uns allerdings absehbar. Im anschließenden Planerarbeitungsprozess oblag es nun ganz allein Ihnen, der Bezirksplanungsbehörde zu prüfen und zu entscheiden, ob sie die Aufnahme von Flächen in den Regionalplanentwurf als planerisch geboten halten oder nicht. Eine Würdigung der lokalen Expertise der Bezirksvertretungen ist durchgängig nicht erkennbar. Deshalb sind wir als Fraktion der Kalker Bezirksfraktion auch zu den folgenden Eingaben gezwungen:

Wir sind stolz auf das fundierte, von Ortskenntnis geprägte Ergebnis unserer Zusammenarbeit und Beschlüsse in der Bezirksvertretung Kalk. An den eingangs geschilderten Leitgedanken und Zielen orientierend, haben wir uns mit jeder Teilfläche intensiv und dezidiert auseinandergesetzt. Wir hätten kein Verständnis dafür, dass der Rat Stadt Köln dieses nicht hinreichend berücksichtigt hat und die für diese langfristige Entscheidung zwingenden erforderlichen Ortskenntnisse und Abwägungsgründe unberücksichtigt lässt.

Diese teilweise Nichtberücksichtigung muss als Affront gegenüber der Arbeit und der Institution der Bezirksvertretung angesehen werden. Insoweit bitten wir die folgenden Ergänzungen die bereits mehrfach in der Bezirksvertretung Kalk beschlossen wurden ? also kein Abbild zufälliger politischer Mehrheiten sind ? bei der Aufstellung zu berücksichtigen. Daher listen wir als Einzelfraktion diese hier auf:  
Die in der vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Variante 2 genannten Flächen, welche als Siedlungsflächen (ASB/GIB) ablehnt werden, werden um die folgenden drei Flächen ergänzt:  
a. 8-807-005

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

b. 8-808-006 (nördlich der Rösrather Straße) c. 8-809-010	
--	--

1007063	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Flächen</p> <p>a. 3-306-001B, b. 3-308-002, c. 7-713-007, d. 7-713-008B, e. 7-713-009, f. 8-807-004, g. 8-807-005, h. 8-808-006 (nördlich der Rösrather Straße) und i. 8-809-010</p> <p>werden als Siedlungsflächen (ASB/GIB) ablehnt.</p> <p>Bei den meisten der von der Bezirksvertretung abgelehnten und oben aufgelisteten Flächen handelt sich um solche mit landwirtschaftlicher Nutzung. Neben der klima- und umweltschützenden regionalen Produktion von Lebensmitteln gehört auch dazu, Abhängigkeiten von Importen so gering wie möglich zu halten. Wenn wir aber einen bisherigen Acker mit Bungalows bebauen statt mit Weizen oder Raps verstärken wir diesen Effekt nur noch.</p> <p>Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass sich Fläche 8-809-010 im Privatbesitz der GAG Immobilien AG befindet. Diese hatte es zwar ursprünglich erworben, um Ausgleichsmaßnahmen für andere Bauprojekte durchzuführen (was bisher nicht geschah), aber diese Immobilien AG hat zwischenzeitlich auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen, wie selbstverständlich propagiert, statt der Ausgleichsmaßnahmen lieber mehrstöckig zu bebauen und eine Siedlung mit rund 1.500 Wohneinheiten zu realisieren. Die GAG kann sich natürlich der Unterstützung ihres Aufsichtsratsvorsitzenden, der gleichzeitig Geschäftsführer der Rats-SPD ist (und nach 17 Jahren den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Jochen Ott ablöste) bei den Rats-Entscheidungen sicher sein.</p> <p>Seine erste Stellvertreterin ist gleichzeitig die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Ratsfraktion der Grünen mit entsprechendem Einfluss dort.</p> <p>Wir bitten auch diese Bevorzugung eines quasi städtischen Unternehmens entgegen jeder logischen Argumentation bei Ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1002702, Stn ID 1002714, Stn ID 1003018, Stn ID 1003024, Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Gemäß dem Entwurf des neuen Regionalplans Blatt 02 Kreis Düren\_01 sind nördlich des Betriebsgeländes des Unternehmens beidseits des Kreuzau-Niederau-Dürener Mühlenteichs Neuausweisungen von Flächen zum ?Schutz der Natur? vorgesehen. Außerdem ist dort erstmals ein regionaler Grünzug dargestellt. Durch die neue Festlegung würde das Betriebsgelände erstmals auch am nördlichen Rand des Betriebsgeländes von Schutzgebietsflächen eingefasst. Der fragliche Bereich ist im folgenden Auszug aus den zeichnerischen Festlegungen des Entwurfs rot eingekreist [ANONYMISIERT]. Zum Vergleich nachstehend ein Auszug aus dem aktuell geltenden Regionalplan, der dem Unternehmen nach Norden hin Raum für eine weitere Entwicklung ? entsprechend den Festsetzungen des gültigen Bebauungsplans ? lässt. Die beabsichtigte neue Darstellung von Flächen zum Schutz der Natur betrifft zum Teil Flächen, die im Flächennutzungsplan der Stadt Düren als gewerbliche Bauflächen dargestellt und für die im gültigen Bebauungsplan [ANONYMISIERT] der Stadt Düren vom [ANONYMISIERT] Festsetzungen getroffen sind. Betroffen ist hier der Bereich zwischen Mühlenteich und Kreuzauer Straße, für den der geltende Bebauungsplan der Stadt Düren ein Industriegebiet festsetzt. Hier stehen die zeichnerischen Festlegungen des Entwurfs im Widerspruch zur kommunalen Bauleitplanung. Diese Fläche steht im Eigentum des Unternehmens und wird von diesem zwingend für seine weitere Entwicklung benötigt. Angesichts der Eigentumsverhältnisse und der bauleitplanerischen Festsetzungen steht die Fläche dem Unternehmen hierfür nach aktueller Lage der Dinge auch jederzeit zur Verfügung. Zudem ist die kommunale Bauleitplanung bei der Aufstellung der Regionalpläne im Rahmen der planerischen Abwägung zu berücksichtigen, § 13 Abs. 2 Satz 2 ROG. Weiterhin betroffen von der Neuausweisung ist die Fläche westlich des Mühlenteichs und östlich des bisher entlang der Rur festgesetzten Bereichs zum Schutz der Natur. Auch diese Fläche steht im Eigentum der [ANONYMISIERT]. Sie ist gegenwärtig als Grünland und Weidefläche an einen Reitverein verpachtet. Für die Zukunft plant das Unternehmen hier ? ggf. nach Schaffung etwaig erforderlicher baurechtlicher Voraussetzungen ? die Errichtung einer Freiflächensolaranlage, um die Abhängigkeit der werkseigenen Energieversorgung von fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Die beiden Flächen sind im nachstehenden Kartenausschnitt näher dargestellt [ANONYMISIERT]. Aus Sicht des Unternehmens ist es höchst problematisch, dass der Entwurf des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln eine Ausweitung der Schutzgebietsflächen im Umfeld dieser Unternehmen bis auf wenige Meter an den Werkszaun heran vorsieht. Schutzgebiete und andere Freiraumfestsetzungen im Umfeld eines Unternehmens können die Entwicklung eines Standorts unmittelbar und mittelbar erheblich einschränken.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind daher nicht erfolgt.

Der Festlegung ?Bereiche zum Schutz der Natur? und "Regionaler Grünzu" ist hier, entsprechend der Plankonzeption ein Vorrang einzuräumen.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Abgesehen davon, dass im gegenständlichen Fall auch in der Bauleitplanung der Stadt Düren vorgesehene Erweiterungsflächen des Unternehmens direkt betroffen sind, resultieren je nach Schutzgebietscharakter in immissionsschutzrechtlich relevanten Genehmigungsverfahren erhebliche Risiken und Einschränkungen durch im Umfeld eines Standortes bestehende Schutzgebiete. Durch die zusätzlichen Schutzgebietsflächen würde die Lage am Standort der Fa. [ANONYMISIERT], der bereits durch entsprechende Flächen im Osten und Westen betroffen ist, in dieser Hinsicht weiter verschärft. In der Strukturwandelregion, in der wir unbedingt auf den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen angewiesen sind, dürfen grundsätzlich keine neuen Einschränkungen für bestehende Unternehmen durch die Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln entstehen.



AZ: Ö-M-1279	
1002777	
1007286	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Neuaufstellung des Regionalplans Köln; Ignenstr. 93-95 u. Bereiche südlich der Jungbluthgassen-Brücke in 50858 Köln</p> <p>Die v.g. Flächen sollen lt. Ihrer Planung für eine Besiedlung - ASB - genutzt werden.</p> <p>In Anbetracht des Klimanotstandes sowie der verkehrlichen Situation in dem näheren Umfeld protestiere ich gegen diese Planung.</p> <p>Als Grenzanlieger der BAB A1 habe ich erlebt, wie zu beiden Richtungen wertvolle Bäume für die Verbreiterung des Kölner Autobahnringes gefällt werden mussten. Ich habe bis heute nicht erfahren, wo und auf welche Art und Weise für eine Entsiegelung als Ersatz in diesem Umfeld gesorgt wurde.</p> <p>Zudem wurde mit der Lärmschutzeinhausung keine Filterung der Abgase und des Feinstaubes installiert.</p> <p>Eine Bebauung mit Hochhäusern ist auch hier ohne Versiegelung in großem Umfang nicht möglich. Tiefgaragen, Versorgungstechnik, Kellerräume pro Wohnung müssen massiv versiegelt werden. Die Oberfläche der Tiefgaragen sowie der Flachdächer wird mitunter begrünt, was aber kein Ersatz für offene Grünfläche sein kann.</p> <p>Ich sehe in Junkersdorf immer mehr neu bebaute Grundstücke, wo die gesamte Fläche zu 100% versiegelt wurde. Immer höhere Wohnblöcke bedeutet also nicht wie oft erklärt, auch weniger Grundfläche. Im Gegenteil: Die komplette Versiegelung von 90-100% dieser Grundstücke zeigt, dass es ohne Versiegelung nicht geht oder hingenommen wird. Wie kann es sein, dass das Bauamt der Stadt Köln Bauprojekte genehmigt die in großem Widerspruch zu dem erklärten Klimanotstand stehen.</p> <p>Ich kritisiere auch, dass bei Großprojekten das Bauamt anscheinend nicht beauftragt wird, die Verkehrssituation in dem direkten Umfeld mit einzubeziehen.</p> <p>Ich habe zu dem Ausbau des Klosters Vogelsangerweg /Eifelallee die Baufirma gefragt, ob es eine Beteiligung des Verkehrsamtes (Verkehrssicherheit) bei dem Genehmigungsverfahren durch das Bauamt gegeben hätte. Aussage: "Die Stadt hat sich da zurückgelehnt".</p> <p>Wir stellen jetzt schon fest, dass es größere Probleme besonders in der Eifelallee nach Fertigstellung der Bauarbeit geben wird.</p> <p>Obwohl jedem klar ist, dass mit der Jungbluthgassen-Brücke niemals eine ordentliche Verkehrsregelung zu erreichen ist, wird es anscheinend ignoriert.</p> <p>Eine Bebauung an dieser Stelle und der Ignenstr.93-95 ist aus vielen Gründen nicht zu</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

akzeptieren.

Es geht um die Bewahrung des Grünzugs West als fester Bestandteil des Äußeren Grüngürtels.

AZ: Ö-M-1281

1002780

1010591

#### Inhalt

Zu den textlichen Festlegungen: Kapitel 4.7.1, Z.25, Tabelle 2: Für die Talsperre ?Staubecken Obermaubach? muss die Zweckbestimmung ?T? ergänzt werden.  
Erläuterung: Aus dem Staubecken wird Rohwasser entnommen und zu Trinkwasser aufbereitet. Für die Talsperre ?Wehebach-Talsperre? muss die Zweckbestimmung ?T? ergänzt werden.  
Erläuterung: Aus dieser Talsperre werden große Mengen Trinkwasser u.a. für die Versorgung von Düren bereitgestellt.  
Zudem besteht für diese Anlage ein festgesetztes Wasserschutzgebiet  
Zu den Zeichnerischen Darstellungen: Erläuterungskarte F9 (Anhang A3); Beiblatt zur Erläuterungskarte: Für die Talsperre ?Staubecken Obermaubach? (Nr. 19) muss die Zweckbestimmung ?T? ergänzt werden.  
Erläuterung: Aus dem Staubecken wird Rohwasser entnommen und zu Trinkwasser aufbereitet. Für die Talsperre ?Wehebach-Talsperre? (Nr. 24) muss die Zweckbestimmung ?T? ergänzt werden.  
Erläuterung: Aus dieser Talsperre werden große Mengen an Trinkwasser u.a. für die Versorgung von Düren bereitgestellt.  
Zudem besteht für diese Anlage ein festgesetztes Wasserschutzgebiet

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Anregung, für die Stauanlage Obermaubach wird die Funktion Trinkwasserwassergewinnung (T) zu ergänzen, wird nicht gefolgt. Für die Wehebach-Talsperre wird dagegen die Funktion Trinkwassergewinnung (T) sowohl in der Tab. 2 der Erläuterung 7 des Z.25 als auch im Beiblatt der Erläuterungskarte F9 ergänzt. Es wird zur Begründung zusätzlich auf die Autorenkorrektur 1016477 verwiesen.

1010593

#### Inhalt

Zeichnerische\_Festlegungen\_Regplan\_Koeln\_Blatt08-09\_Stadteregion\_Aachen.pdf:  
Für die Grundwassergewinnungen Niederzier-Ellen, sowie Düren-Dr.-Overhues-Allee  
ist die Darstellung der Schutzzonen unvollständig.  
Soweit erkennbar sind nur Teile der Schutzzone III abgebildet. Eine Ergänzung der  
vollständigen Schutzzone ist notwendig.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

In der zeichnerischen Festlegung des Regionalplans werden gemäß des  
Planzeichverzeichnis der Regionalpläne (Anlage 3 zur LplG DVO) und der  
Erläuterung<sup>1</sup>, Ziel 26 des Entwurfes des Regionalplanes die Wasserschutzzonen I - III  
A als BGG dargestellt. Die Wasserschutzzonen III B und III C sind in der  
Erläuterungskarte F9 als Erweiterte Einzugsgebiete dargestellt.

AZ: Ö-M-1282

1002785

1011117

#### Inhalt

Stellungnahme des Naturschutzbeirats bei der Unteren Naturschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises zum Entwurf des Regionalplans für den Bezirks Köln

Der Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde schließt sich im Wesentlichen der von der Kreisverwaltung des Rheinisch-Bergischen Kreises erstellten Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans an.

Darüber hinaus macht der Beirat folgende Klarstellungen bzw. Forderungen geltend:

- Im Bereich des Neuborner Busches (Stadt Bergisch Gladbach ? Gewerbegebiet Zinkhütte) lehnt der Beirat jeglichen Verlust des bestehenden Waldes zugunsten einer baulichen Nutzung ab. Vielmehr muss der regionale Grünzug eher erweitert denn geschmälert werden als klimatisch hoch bedeutsamer Korridor sowie Verbindungs-Grünzug zwischen den Naturschutzgebieten Schluchter Heide und Grube Cox und weiter Richtung NSG Hardt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004668 und 1004680).

1011118

#### Inhalt

- Der ehemalige Bahndamm zwischen Bensberg und Bergisch Gladbach soll nur für den ÖPNV nutzbar sein ? eine Nutzung als Landesstraße und damit als L 286n lehnt der Beirat aus ökologischen Gründen mit einem nicht ausgleichbaren Verlust an Lebensräumen insbesondere für Fledermäuse ab.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3) (vgl. STN ID 1004750).

Die Festlegung der L286n als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr ohne räumliche Festlegung bleibt bestehen. Bei der weiteren Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme ist künftig die Funktion des festgelegten Schienenwegs (*Z. 29 Bestehendes Schienennetz erhalten*) zu beachten.

**Inhalt**

- Der Beirat regt an, den regionalen Grünzug über Herkenrath/Moitzfeld (Stadt Bergisch Gladbach) hinaus zu erweitern, um eine klare Verbindung zu den östlich angrenzenden Naturschutzgebieten sicherzustellen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerische Festlegung wird teilweise geändert (s. Änderungskarten).

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Eine westliche Erweiterung ist für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet und entspricht den vorgenannten Kriterien.. Eine drüber hinausgehende Erweiterung des RG entspricht nicht den zuvor genannten Kriterien.

**Inhalt**

- Der Beirat lehnt eine gewerbliche Nutzung des Ginsterfelds nördlich der A4 (Stadt Overath) ab. Bereits früheren Planungen hat der Beirat aufgrund der Topographie, des ökologischen Eingriffs und der Bedeutung der Flächen für eine auch agrarische landwirtschaftliche Nutzung einstimmig widersprochen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der



landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1011124

**Inhalt**

- Gleichfalls lehnt der Beirat die Trassierung der B484n zwischen dem Aggertal und der A 4 (Stadt Overath) aufgrund der erheblichen Eingriffe in die Topographie und wertvollen Lebensräume ab.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1011126

**Inhalt**

- Skeptisch beurteilt der Beirat die Einstufung der L 304 (Gemeinde Kürten) als ?regional bedeutsam?. Die Straße ist aufgrund der Enge des Kürtener Sülztals nicht erweiterbar, ohne in massivem Maße in die vorhandene Natur und Landschaft einzugreifen. Demgegenüber ist die erheblich breitere und schon heute stärker genutzte L 286 von Spitze über Dürscheid, Biesfeld, Eichhof bis Kürten und weiter nach Wipperfürth nicht als ?regional bedeutsam? eingestuft.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Skepsis gegenüber einer konkreten Festlegung geäußert, darüber hinaus aber weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1011127

#### Inhalt

Im Bereich des NSG Ziegeleier Loch (Stadt Wermelskirchen) lehnt der Beirat die im nördlichen Bereich vorgesehene Umwandlung von Wald in ASB ab. Der Waldbereich erfüllt hier die wichtige Funktion einer notwendigen Pufferzone des NSG zur offenen Landschaft und zur nahe gelegenen Bahntrasse. Weiterhin ist diese Waldzone mit der vorliegenden Bestockung als uneingeschränkte Wohnstätte für die dort vorkommenden, anzunehmenden planungsrelevanten Arten (Spechte, Fledermäuse) anzusehen und essentiell.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die ASB-Festlegung nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte, z.B. aus ökologischen oder forstlichen Gründen erforderliche Abstände zum Waldgebiet, sind Gegenstand der bauleitplanerischen Umsetzung,

AZ: Ö-M-1284	
1002790	
1008433	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meines Grundstücks.</p> <p>Laut der Planunterlage soll meine Fläche, Gemarkung Vernich, Flur [ANONYMISIERT], Flurstück [ANONYMISIERT] als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch und möchte Sie bitten, diese Fläche auszuklammern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Anregung bezieht sich nicht auf der Ebene des Regionalplans, sondern auf die fachplanerische Umsetzung.</p>

AZ: Ö-M-1285	
1002791	
1006894	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neben verschiedenen Mitgliedern der [anonymisiert], die eigene betrieblich bezogene Stellungnahmen im Rahmen der Offenlegung des Regionalplans Köln abgegeben haben, möchte die [anonymisiert] für ihre Mitglieder wir folgt zu der Offenlegung des Regionalplans Köln Stellung beziehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die zeichnerische Darstellung von BSN entlang der Bachläufe und Riefen und auf angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen im Eigentum der Forstbetriebe der Forstgemeinschaft überfordert den Planungsmaßstab des Regionalplans in der von LPIG DVO vorgegebenen Maßstäblichkeit. Eine Biotopvernetzung kleinteiliger Bachläufe und Siefen muss der Landschaftsplanung vorbehalten bleiben und kann allenfalls durch einen Raumordnungsgrundsatz zum Biotopschutz bzw. durch eine BSLE-Festlegung im Regionalplan beeinflusst werden.</li> <li>2. Angesichts des Maßstabs der zeichnerischen Darstellung, der Strichbreite der Festlegung und der mangelnden Nachvollziehbarkeit des konkreten Umfangs der zeichnerischen Festlegungen bestehen durchgreifende Zweifel an einer hinreichenden Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit der BSN-Festlegungen. Da von diesen jedoch im Geltungsbereich des § 35 BauGB unmittelbare Rechtswirkungen für die Grundstückseigentümer ausgehen, muss auf die angesprochenen BSN-Festlegungen verzichtet und der Biotopschutz, soweit erforderlich, durch die Landschaftsplanung ergänzt werden. Dabei kann wiederum der Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 herangezogen werden, der nach § 8 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW als Grundlage nicht nur für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan, sondern eben auch für die Landschaftsplanung dient.</li> <li>3. Zweifel an der Wirksamkeit der zeichnerischen Festlegungen ergeben sich auch daraus, dass keine aktuellen Untersuchungen zum ökologischen Zustand der in Aussicht genommenen BSN-Flächen durchgeführt worden sind, und das es auch hinsichtlich der Erforderlichkeit und Angemessenheit der räumlichen Ausdehnung der gesicherten Flächen weder konkrete Sachverhaltsermittlungen gegeben noch eine entsprechende Abwägung widerstreitender Belange stattgefunden hat.</li> <li>4. In weiten Teilen sind als BSN vorgesehene Flächen für einen Biotopverbund ungeeignet. Es fehlt an einem kontinuierlichen Wasserzufluss und an einer für den Biotopschutz in Betracht zu ziehenden Fauna und Flora.</li> </ol> <p>Die Mitglieder der [anonymisiert] verfügen alle über Waldbesitz im</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Flamersheimer Wald zwischen den Orten Queckenberg, Kirchheim, Bad Münstereifel und Scheuren.

Weitere Erläuterungen zu dieser Stellungnahme entnehmen Sie bitte dem beigefügten Rechtsgutachten von [anonymisiert] zu dem Entwurf des Regionalplans Köln.[Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt, siehe hierzu StnID 1002666 und StnID 1002670].

AZ: Ö-M-1286	
1002792	
1007122	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Widerspruch gegen die Neuaufstellung des "Regionalplans Köln" (8-809-10, 8-807-005,8-807004,8-808-010) (Anmerkung: gemeint sind Flächenkennziffern der Stadt Köln)</p> <p>als langjährige Anwohner von Neubrück [ANONYMISIERT] sind wir entsetzt über Ihre Bebauungspläne und lehnen sie ab.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Unsere Siedlung ist jetzt schon von drei Seiten von Autobahnen umgeben, die je nach Windrichtung für eine Beeinträchtigung der Luftqualität und vor allem für störenden Lärm sorgen.</p> <p>Hinzu kommt die massive Beeinträchtigung durch den nächtlichen Fluglärm, dem zu begegnen und die Bürger zu schützen weder Stadt noch Land ein Interesse haben. In der ehemaligen Kiesgrube wird anstelle eines Naherholungsgebiets für die umliegenden Ortsteile eine Wasserski-Freizeitanlage entstehen, die zu einer weiteren erheblichen Mehrbelastung des Autoverkehrs und Lärms führen wird.</p> <p>Die Flüchtlingsunterkunft auf dem (ehemaligen?) Madausgelände am Neubrücker Ring sollte zeitlich begrenzt bestehen, aber da das Gelände ja schon teilweise erschlossen ist, scheint es zu verlockend, es großflächig zu bebauen, mit der Folge von noch mehr Verkehr und Lärm auf dem Rather Kirchweg und dem Neubrücker Ring.</p> <p>Die freien Felder zwischen Neubrück, Brück und Rath sind die einzige lärmfreie Zone unseres Viertels. Sie sind zugleich eine unverzichtbare Frischluftschneise, durch die kühle Luft in das rechtsrheinische Köln strömt, in Zeiten des Klimawandels Teile der Stadt kühlt und auch ein unverzichtbares Reservoir für Regenwasser darstellt, was versiegelte Flächen nicht können. Mit dem Ackerland wären diese lebenswichtigen Funktionen dauerhaft zerstört, ganz zu schweigen von dem Naherholungswert für Mensch und Tier der angrenzenden Viertel.</p> <p>Vor Jahren wurde eine alte Allee am Rather Kirchweg gefällt. Auf Anfrage wurde uns damals mitgeteilt, dass erst ein Baumbestand von mindestens 100 Metern Tiefe eine messbare Lärminderung bewirke, mithin das Fällen dieser Bäume darauf keinen Einfluss hätte.</p> <p>Nach dieser Logik lässt sich leicht jeder Eingriff rechtfertigen: Es muss das Gesamte nur geschickt aufgeteilt werden, so dass weder dem betrachteten Teil noch im Endeffekt dem verbleibenden eine Funktion zukommt. So wie der einzelne Baum</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



obsolet ist, ist auch ein einzelnes Grundstück für sich betrachtet vielleicht nicht ökologisch relevant, doch führt die von Ihnen geplante Arrondierung (ein rein ästhetisches Moment) der Stadtteile dazu, dass die verbleibenden Freiflächen sukzessive ihrer Funktion beraubt werden und deshalb wohl in einem nächsten Schritt ebenfalls zugebaut werden.

Kommunalpolitisch verhalten Sie Sich mit den jetzt vorgestellten Plänen so, als wäre grenzenloses Wachstum immer noch eine Handlungsoption für Sie - und Umwelt- und Klimaschutz Sache der Anderen. Aber bei dieser Denkungsart wird irgendwann das gesamte Stadtgebiet bebaut sein. Was dann? ? Stellen Sie sich einfach vor, diese Situation träfe schon heute zu: Wenn man nicht mehr räumlich expandieren kann, muss man umdenken! Entwickeln Sie doch jetzt schon zukunftsweisende Lösungen, anstatt an einem phantasielosen und klimapolitisch unvertretbaren "Weiter so" krampfhaft festhalten zu wollen ? nur weil es vielleicht kurzfristig bequemer erscheint. Sapere aude!

Wo soll der Mehrbedarf an Wasser her kommen, wo wir schon jetzt Wasser sparen sollen, wenn wertvolle Felder und Wiesen als Versickerungsfläche entfallen? Wie wollen Sie der zunehmenden Aufheizung der Stadt begegnen, wenn Sie die Frischluftschneisen immer weiter einschränken. Auf eine Diskussion darüber, wer ?an? und wer ?mit? Hitze verstorben ist, würde ich gerne verzichten.

Und wie sieht die CO2-Bilanz bei einer verdichteten Bebauung aus, die sich ja kaum aus nachwachsenden Rohstoffen errichten lässt?

Geht es tatsächlich um fehlenden Wohnraum an sich oder eher um bezahlbaren Wohnraum? Ersteren werden Sie kaum mittels Neubau begegnen können, denn dies führt zu einer vermehrten Zuwanderung, sowie der Ausbau einer Straße nur kurzfristig Entlastung bringt, letztlich aber zu mehr Verkehr führt (siehe A3). Letzteres ist Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik. (Jenseits von Applaus für Pflegekräfte)

Wie sieht es mit Industriebrachen im Stadtgebiet aus? Man kann ja nicht gleich der Wanderheuschrecken ein Fleckchen Erde nach dem anderen verwüsten.

Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sprechen uns klar dafür aus, dass der Bebauungsplan zurückgenommen bzw. abgelehnt wird und die zur Diskussion stehenden Flächen dauerhaft unbebaut bleiben. Natur ist kein Luxus, sondern überlebensnotwendig!

AZ: Ö-M-1289	
1002794	
1007146	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Neuaufstellung des Regionalplans; hier: Stellungnahme gegen die Bebauung der Felder zwischen Köln-Brück, -Rath und -Neubrück</p> <p>Ich bin gegen einer Bebauung folgender Flächen:  Köln Rath-Heumar ? Flurnummer 8-808-006  Köln Brück ? Flurnummern 8-807-004 und 8-807-005  Köln Neubrück ? Flurnummer 8-809-010</p> <p>Meine Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Flächen sind Bestandteil einer Kaltluftschneise von wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt.</li> <li>▪ Es handelt sich um für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit bedeutsame landwirtschaftliche Nutzflächen.</li> <li>▪ Mögliche Überschwemmungsflächen bei Hochwasser.</li> <li>▪ Naherholung / Gemeinschaft erleben. Z.B. spazieren an der frischen Luft, Gespräche auf der Parkbank, wären -besonders für die Bürgerinnen und Bürger von Neubrück- nur noch eingeschränkt möglich).</li> <li>▪ Nach Untersuchungen des BUND e.V. leben in den Flächen einige bedrohte Tierarten denen man Lebensraum wegnehmen würde.</li> <li>▪ Man würde Flächen in einer Wasserschutzzone für die Trinkwassergewinnung versiegeln.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-129	
1001340	
1001382	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Neubrückerbürger sei 1969 habe ich die Felder und Wiesen um den Baggersee bis zum Leimbacher Friedhof als Naherholungsgebiet Lieben und schätzen gelernt. Daher bin ich grundsätzlich dagegen auch diese Flächen zuzubauen. Eine Ausnahme könnte für das ehemalige Madausgebiet und den Streifen südlich des Rathen Kirchwegs gemacht werden. Für die Menschen in Neubrück und Rath Heumar haben die Freiflächen eine große Lebensqualität, die durch die Bebauung zunichte gemacht würde, BAUEN SIE UNS NICHT ZU !!!</p> <p>Es gibt im Kölner Stadtgebiet soviel Leerstand an Wohnungen und Häusern, die stattdessen dem Wohnungsmarkt zugeführt werden könnten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p>

AZ: Ö-M-1290

1002797

1006789\_001

**Inhalt**

Betreff: Stellungnahme/Ablehnung Gewerbegebiet A46 an Houverath

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchtete, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um Gewerbegebiet an der A46 erheblich beeinträchtigt wird und meine Gesundheit gefährdet.--Das Gewerbegebiet an der A46 grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes an und ich befürchte trotz des Abstands von wenigen Metern eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität.

Des weiteren lehne ich das Gewerbegebiet an der A46 ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört werden. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen des Landes. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

AZ: Ö-M-1291

1002796

1006786\_001

## Inhalt

Ich lebe nunmehr seit 53 Jahren in Erkelenz-Hetzerath.  
Meine Frau hat sich vor rund 4 Jahren für das Leben auf dem Land entschieden und ist von Mönchengladbach zu mir gezogen. Wir beide lieben die Natur und genießen ausgiebige Spaziergänge hier in der Region. Auch die Anbindungen zu den größeren Städten der Umgebung ist optimal. Also erfahren wir in unserer Stadt bzw. in unserem Kreis Heinsberg eine hohe Lebensqualität.

Mit großer Sorge beobachten wir allerdings die zunehmende Bebauung in unserer Region, wie zb. das Erkelenzer Gewerbegebiet Gipco, das sich weiter gen Westen "frisst" und unserem Dorf, sowie den angrenzenden Ortschaften Genehen, Scheidt und Granterath immer näher kommt. Zudem wird immer wieder in der lokalen Presse von neu geplanten, bzw. seit Jahrzehnten im Planungskonzept schlummernden neuen Gewerbeflächen wie das GIB Plus zwischen den Orten Hetzerath und dem benachbarten Baal berichtet.

Wir fragen uns allerdings, ob diese Flächen wirklich notwendig sind. Unter dem Deckmantel eines durch die RWE verursachten Strukturwandels werden nun alte Planungen aus den 70er / 80 iger Jahren aktiviert, die im Zeichen des Klimawandels nicht mehr zeitgemäß sein können und dürfen.

Wertvolle Ackerflächen, Natur- und Kulturlandschaften werden geopfert und mit Beton und Asphalt versiegelt.

Ist es denn im Rahmen eines Klimawandels nicht sinnvoller Ackerflächen zur Versorgung der Bevölkerung zu bewahren anstatt zu zerstören?

Ist es nicht sinnvoller Waldgebiete zur Sauerstoffgewinnung zu erhalten anstelle Industrieflächen zu schaffen, die den Menschen aus jetziger Sicht mehr schaden als nutzen?

Es gibt doch im Kreisgebiet als auch überregional etliche Industriebrachen, die man stattdessen aktivieren könnte mit einem Konzept der Nachhaltigkeit, anstelle der Bevölkerung neue Gewerbeflächen aufzubürden.

Für uns zählt auch das Argument nicht, durch Ansiedelung neuer Gewerbeflächen mehr Arbeitsplätze zu schaffen. In diese Gewerbegebiete werden doch lediglich bereits bestehende Firmen aus anderen Regionen gelockt oder von anderen Standorten im Stadtgebiet abgezogen, was wiederum Leerflächen / Gebäude erzeugt. Was wollen wir unseren Nachkommen hinterlassen?

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese

Aus jetziger Planung doch nur eine Einöde, ohne Wasser , ohne den noch vorhandenen wertvollen Ackerboden und ohne die Klima schützenden Waldgebiete hier im Kreis.

Aus oben genannten Gedankengängen sind wir strikt gegen eine weitere Flächenversiegelung durch Gewerbegebiete und Straßenbau und fordern ein rasches Umdenken dieses Planungsirrsinns!

wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Hinblick auf die Ausweisung eines GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen

negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde mitunter im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

**Inhalt**

Als Vorsitzender des [anonymisiert] nehme ich zum Entwurf des Regionalplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Der Vorstand des Wasser- und Bodenverbandes hat festgestellt, dass viele der im Verbandsgebiet gelegenen Flächen entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Namens und im Auftrage des Wasser- und Bodenverbandes wende ich mich hiermit gegen die Überplanung der verbandszugehörigen Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche. Da die im Verbandsgebiet gelegenen Flächen über zu Staunässe neigende Böden verfügen, wurde dort in der Vergangenheit ein umfangreiches Drainagesystem verlegt, um die Flächen in einen für eine ackerbauliche Nutzung erforderlichen Zustand zu versetzen. Um die Drainage in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten, bedarf es deren ständiger Pflege und Instandhaltung. Vor diesem Hintergrund können wir keine naturschutzbedingten Einschränkungen bei der Erhaltung der bestehenden Drainage hinnehmen. Auch würden Anpflanzungen in unserem Verbandsgebiet die Funktionsfähigkeit der Drainage beseitigen, da die Drainagestränge durch eindringendes Wurzelwerk zugesetzt und die anliegenden Flächenvernässen würden. Ich beantrage daher, die Flächen im Bereich des Wasser- und Bodenverbandes Lommersum-Derkum aus den BSN- oder BSLE-Kulissen herauszunehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-1293	
1002799	
1006790_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Entwurf zur Neuauftellung des Regionalplans Köln verletzt meine Rechte nach Art. 2 Abs. 2 und Art. 20 a des Grundgesetzes. Ich sehe mich insbesondere durch die Neubau- und Ausbau-Planungen der Autobahnen und Bundesstraßen im Regierungsbezirk Köln dauerhaft mittelbar und unmittelbar betroffen. Ich fordere deshalb, dass im Regionalplan aus Gründen des Klimaschutzes (Bezug: Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.04.2021) folgende Planungen gestoppt werden: Ausbau der A59 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren, Ausbau der A565 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren, Neubau einer neuen Rheinspange A553 mit 4-6 Spuren, Ausbau der A61 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren, Ausbau der A4 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren, Einplanung B56N in Bonn, Abriss und auf 8 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Friedrich-Ebert-Brücke (Nordbrücke Bonn A565), Abriss und auf 10 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Rodenkirchener Autobahnbrücke im Zuge der A4. Ich fordere, dass der Regionalplan / der Regionalrat / die Bezirksregierung Köln auf den zurzeit laufenden Prozess der Überarbeitung des BVWP und des FStrAG mit dem Ziel Einfluss nimmt, die massiven Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen für Autobahnkreuze und Autobahndreiecke, (u. a. AK Köln- Süd und AK Bonn-Nord) zu stoppen. Angesichts der sich beschleunigenden Klimakrise mit Extremwetterlagen wie etwa der Überhitzung der Städte sind diese Planungen nicht mehr zeitgemäß. Außerdem ist nicht einmal im Ansatz der Versuch zu erkennen, den Verkehr auf umweltverträglichere Verkehrsträger zu verlagern. Der Regionalplan ist zu wenig konkret und voller Allgemeinplätze. Er widerspricht den Zielen des Klimaurteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.04.2021</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten in und um Bonn geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

AZ: Ö-M-1294	
1002800	
1006791_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich Frau [ANONYMISIERT] (61 Jahre), Mutter von 3 Söhnen und Oma von 4 Enkelkindern meine grundsätzlichen Bedenken gegen die Durchführung des Baus eines derart flächen intensiven Industriegebietes vor allem im Hinblick auf die uns nachfolgenden Generationen äußern.</p> <p>Meine Bedenken möchte ich wie folgt aufführen:</p> <p><b>1. Klimawandel</b></p> <p>Bei der immensen Flächenversiegelung, alleine für das Industriegebiet 270 ha, bei der es ja nicht bleiben wird, da für den Straßen- und Wohnungsbau noch weitere, jetzt noch nicht einzuschätzende Flächenversiegelung dazu kommt, wird es in Zukunft zu schrecklichen Folgen des Klimawandels kommen.</p> <p>Bei dem verheerenden Hochwasserereignis im Jahr 2021 kam es besonders in den Orten Randerath und Brachelen (liegt tiefer als Lindern) zu enormen Überflutungen. Nicht auszudenken, was passiert, wenn das Industriegebiet GK-lindern mit einer Flächenversiegelung von 270 ha gebaut wird. Die Hochwasserproblematik wird durch die Versiegelung noch vergrößert.</p> <p>Desweiteren stellen sich mir folgende Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist bei dem Projekt die Sicherung des Grundwassers gewährleistet?</li> <li>2. Gibt es eine Aufstellung über die Auswirkungen des IG GK-lindern auf das Klima?</li> <li>3. Gebt es Klimaanpassungskonzepte auf Gemeinde- und Kreisebene?</li> </ol> <p>Bei uns in Deutschland werden täglich 52 ha (= Verkaufsfläche von 29 Ikeamärkten) für Verkehr, Gewerbe+ Wohnungen zubetoniert. Wann hört dieser Wahnsinn auf? Stattdessen sollte der Nahverkehr ausgebaut und bezahlbar (nicht nur 3 Monate lang) gemacht werden und der Radverkehr ausgebaut werden.</p> <p><b>2. Naturschutz</b></p> <p>Ich möchte erwähnen, dass im Kreis Heinsberg in den letzten Jahrzehnten intensiv in Natur und Landschaft eingegriffen wurde, im Besonderen</p> <p>-durch überdurchschnittlich hohe Ausweisung von Baugebieten und Gewerbeflächen -durch überproportional viele Gewinnungsstätten für Rohstoffe der Bauindustrie+</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

Energiegewinnung  
-der Bau von vielen Straßen

Dem gegenüber ist zu erwähnen, dass der Kreis Heinsberg arm an naturnahen Strukturen ist, der Waldanteil beträgt nur ca. 11 % und artenreiches Grünland ist ebenfalls unterrepräsentiert.

Nun soll auch noch für die Ortsumgehung L364n (Hilfarth) die Zerstörung des Junkerwaldes von den Bürgern in Kauf genommen werden.

Meiner Meinung nach wurde der Natur in unserer Heimat durch den Braunkohletagebau schon genug angetan, muss nun auch noch so ein sinnlos großes Industriegebiet gegen den Willen dem Großteil der Bürger zum Schaden von Menschen, Natur, Umwelt und Klima durchgesetzt werden?

Zusätzlich sollen zum IG GK-Ündern auch Ausgleichsflächen entstehen (70 ha). Woher sollen diese denn noch kommen? Dann bleibt ja noch weniger landwirtschaftliche Fläche.

Wahrscheinlich wird dann der Ausgleich über Ökopunkte laufen, dadurch profitieren viele Menschen in Deutschland, die ein schönes Naturschutzgebiet bekommen, nur nicht wir betroffene Bürger.

### **3. Landwirtschaft**

Bei den Böden des geplanten IG GK-lindern handelt es sich um Böden mit einer überaus hohen Bodengüte, wovon es weltweit nur wenige andere Standorte gibt. Bundesweit sind die Böden Geilenkirchens in der Randlage zur Jülicher Börde fast einmalig in ihrer Qualität.

Noch besonders zu erwähnen ist, dass sie über ein hohes Speichervermögen von Wasser verfügen.

Besonders seit dem Ukraine-Krieg sollte es uns sehr wichtig sein, dass eine stabile Versorgung mit heimischen Lebensmitteln gewährleistet ist. Aber dafür brauchen wir keine zusätzlichen Flächenversiegelungen sondern unsere wertvollen Böden, damit die Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln gesichert ist, um nicht von Importen aus dem Ausland abhängig zu sein.

Bedenken Sie: landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und sollte geschützt werden, stattdessen sollte Flächenrecycling in z.B. bestehenden Industriegebieten bzw. Nutzung von Baulücken oder Nutzung von Leerständen in Betracht gezogen werden.

### **4. Verantwortung für nachfolgende Generationen**

Dieser Punkt ist mir sehr wichtig. Wollen wir wirklich unsere Umwelt und Natur so derartig zerstören, dass für die nachfolgenden Generationen das Leben hier nicht mehr

lebenswert ist? Wer vertritt denn unsere Kinder und Enkel? Leider gibt es hier in Deutschland noch keinen Beauftragten bzw. Beauftragte, der/die sich, im Hinblick auch auf solch immense Eingriffe in die Natur, für die Interessen der nachfolgenden Generationen einsetzt und auch bei der Bundesregierung Gehör findet.

Bisher einmalig gibt es dies nur in Wales. Dort ist Sophie Howe, die weltweit einzige Beauftragte für die junge Generation und für die, die noch gar nicht geboren sind. Seit Frau Howe im Amt ist, denkt das Land nachhaltiger und langfristiger. Jede Entscheidung sollte auch für künftige Generationen passen.

Bei jeder Entscheidung sollte geprüft werden, ist diese Entscheidung gut für die Natur und wird sie die Artenvielfalt wiederherstellen? Wenn nicht, sollte diese Entscheidung nicht getroffen werden.

Das würde ich mir bei der Entscheidung für oder gegen das Industriegebiet auch wünschen.

Leider denken wir hier in Deutschland immer nur bis zur nächsten Wahl, aber man muss langfristiger denken. Gerade junge Menschen müssen mitentscheiden dürfen, es betrifft ihr Leben am meisten. Es sollte ein Zukunftsgesetz geschaffen werden.

## **5. Verkehrsanbindung**

### **a. Straßen**

Die Verkehrsanbindung zum IG GK-Lindern ist meines Erachtens nur mit Zerstörung von schützenswürdigen Flächen und somit weiterer zusätzlicher Versiegelung von Flächen auf Kosten von Mensch und Natur möglich.

Die L 364 soll von Lindern durch Brachelen und dann über die geplante Ortsumgehung Hilfarth + Hückelhoven an die A 46 angeschlossen werden. Somit fährt dann der gesamte Verkehr des IG GK-Lindern über diese Straße.

Dies bedeutet, dass dieser Schwerlastverkehr durch den Ortsteil Brachelen fahren wird. Das Erholungsgebiet Baggersee am Kapbusch (Freibad, Restaurant, Wald usw.) ist nicht mehr gefahrlos zu erreichen.

Meines Erachtens kann hier weder eine Ampelanlage noch eine andere Maßnahme für die Sicherheit der Brachelener Bevölkerung beitragen. Jetzt ist die Situation in diesem Bereich schon kritisch zu betrachten und bei Realisierung des IG GK-Lindern unzumutbar.

Außerdem wird durch diese geplante Ortsumgehung von Hilfarth+ Hückelhoven L364 n der Junkerwald bei Doveren zerstört.

Auch die anderen Verkehrsanbindungen des IG GK-Lindern an die A44 und A46 sind meiner Ansicht nach mit Natur-, Klima- und Umweltschutz nicht vereinbar und somit nicht realisierbar.

#### **b. Bahnausbau**

Die Planer des IG GK-Lindern sprechen von einem geplanten Anteil von 50 % des Gewerbeverkehrs über die Schiene. Das wäre ja an sich wunderbar, nur das der momentane Gleisanschluss in Lindern bei weitem noch nicht dafür ausgelegt ist.

Der Einbau eines Fahrstuhl im Bahnhof Lindern hat ja bereits ca. 5 Jahre gedauert. Wie lange soll denn dieses Großprojekt mitten im kleinen Ort Lindern dauern?

Zudem schafft es die deutsche Bahn heute noch nicht, den Personenverkehr ohne Probleme und Verspätungen auf der Strecke Aachen-Düsseldorf+ Duisburg zu bedienen. Es halten in Lindern 4 Züge in der Stunde. (Bin leidgeprüft, da jahrelange Pendlerin) Sollte in Zukunft auch der Güterverkehr über den Gleisanschluss gehen, kommt es zu noch größeren Problemen. Zudem fahren die Züge durch den Ort, bei zunehmendem Schienengüterverkehr kommt es besonders auch nachts zu einer erheblichen Lärmbelästigung der Anwohner.

Auch die Kosten sind für diesen Ausbau nicht überschaubar und die Dauer des Ausbaus der Bevölkerung nicht zumutbar.

Der Plan für das IG GK-Lindern sollte aufgegeben werden, da der Großteil der betroffenen Bürger dieses Industriegebiet, welches ihre Heimat zerstört gar nicht wollen und weil die Verkehrsanbindungen für das Industriegebiet nicht ortsdurchfahrtfrei zu realisieren sind. Nicht zu vergessen die enormen Eingriffe und Schädigungen von Natur und Umwelt.

Ich appelliere an alle dafür Verantwortlichen, überdenken Sie diesen Plan.

Ich bitte Sie, meine Bedenken und Argumente gegen das IG GK-Lindern ernst zu nehmen und hoffe, dass Sie im Sinne unserer Kinder und Enkel entscheiden. Wir haben nur einen Planeten Erde.

AZ: Ö-M-1295	
1002801	
1006792_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Vielen Dank für die Vorlage der Planunterlagen zum Aufstellungsverfahren des Regionalplans Köln und die Gelegenheit der Stellungnahme.</p> <p>Aus hiesiger Sicht ist anzumerken, dass die Forstbetriebe vor großen Herausforderungen stehen und auf alternative Ertragsmöglichkeiten angewiesen sind. Damit die Betriebe ihre Rolle als Landschaftspfleger und vielseitiger Akteur im ländlichen Raum weiter auch zum Wohle der Öffentlichkeit wahrnehmen können und die wirtschaftlichen Folgen des Fichtensterbens abpuffern können, wäre es fahrlässig, alternative Einkommenschancen schon auf RP-Ebene zu beschränken. Langfristige (Wind im Wald) oder auch zeitlich befristete Lösungen (wie PV im Wald für 30 Jahre, aber auch Vertragsnaturschutz), die zur Kostendeckung von Aufforstungsaufwendungen beitragen können, sind hierbei nur erste Anregungen.</p> <p>Konkret lässt sich daher erklären, dass wir als Forstbetrieb keine Schlechterstellung im Vergleich zum aktuellen Regionalplan akzeptieren können. Eine Ausweisung von BSN-Fläche ist folglich nicht gewünscht. Konkret widersprechen wir den Plänen die Ausweisung der ASB-Flächen in Engelskirchen-Loope (Bergsiefen) und Engelskirchen-Ründeroth (Wiehlmünden) - vgl. Anhang - zu verkleinern. Vielmehr sollten die Flächen wie im aktuellen Plan als ASB-Fläche erhalten bleiben.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Vorab zur Klarstellung: In den in Rede stehenden Bereichen in Engelskirchen erfolgt keine BSN Festlegung. Der Bereich in Loope ist als AFAB festgelegt, überlagert durch BSLE. In Wiehlmünden ist ein Waldbereich mit einer BSLE Überlagerung festgelegt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Engelskirchen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Zudem besteht aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel &lt; 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (&lt; 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum. Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen,</p>

greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum. r den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

AZ: Ö-M-1296	
1002802	
1008496	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nimmt die [ANONYMISIERT] als Betreiber von Produktions- und Forschungsanlagen und anderer Betriebseinrichtungen an den CHEMPARKStandorten Dormagen und Leverkusen sowie im Auftrag der Grundstückseigentümer [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT] (gemeinsam im Folgenden "[ANONYMISIERT]?") im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (Stand: Dezember 2021) wie folgt Stellung.</p> <p>[ANONYMISIERT] gehört zu den weltweit größten Polymer-Unternehmen. Geschäftsschwerpunkte sind die Herstellung von Hightech-Polymerwerkstoffen und die Entwicklung innovativer Lösungen für Produkte, die in vielen Bereichen des täglichen Lebens Verwendung finden. Die CHEMPARK's Dormagen und Leverkusen stellen wichtige Produktions- und Forschungsstandorte des Unternehmens dar. [ANONYMISIERT] beschäftigt in den CHEMPARK's Dormagen und Leverkusen ca. 5.750 Mitarbeiter.</p> <p>Eine Sicherung des Bestandes und der Entwicklungsfähigkeit unserer Produktions- und Forschungsanlagen und anderer Betriebseinrichtungen der CHEMPARK-Standorte Dormagen und Leverkusen durch entsprechende Festlegungen in den Regionalplänen ist eine absolute Notwendigkeit.</p> <p>Mit dieser Stellungnahme verweisen wir auf die Stellungnahme des CHEMPARKBetreibers [ANONYMISIERT] vom 30.08.2022, in der unter anderem auch unsere Belange mit vertreten werden, und schließen uns dieser vollumfänglich an.</p> <p>Aufgrund der umfangreichen geschilderten Betroffenheit bitten wir Sie ausdrücklich, [ANONYMISIERT] (hier stellvertretend die [ANONYMISIERT]) im weiteren Verfahren zu beteiligen und in die Liste der Beteiligten zum Regionalplan Köln mit aufzunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben. Zu weitergehenden Anregungen wird auf die Stellungnahme mit der ID 1003256 verwiesen.</p>



AZ: Ö-M-1298

1002804

1006795\_001

#### Inhalt

Hiermit legen wir fristgerecht Einspruch gegen eine industrielle Nutzung dieses Bereiches (Waldenrath/Birgden an der B56) aufgrund der Nähe zu den Dorflagen Pütt und Waldenrath und der vorherrschenden westlichen Windrichtung und damit zukünftig zu erwartenden Immissionen ein. Eine Ausweisung eines normalen Gewerbegebietes für ortsansässige Betriebe wäre wünschenswert und eher vertretbar.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1299	
1002805	
1006796_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Die im Eigentum von [ANONYMISIERT] befindlichen Grundstücke in der Stadt Bornheim (53332): Gemarkung [ANONYMISIERT] werden landwirtschaftlich genutzt. Es wird davon ausgegangen, dass die landwirtschaftliche Nutzung auch nach Neufeststellung des Regionalplans in der heutigen Form weitergeführt werden kann und keine Veränderungen vorgenommen werden, die eine Wertminderung zur Folge hätte. Sollte dies jedoch der Fall sein, wird eine entsprechende Ausgleichsleistung vorausgesetzt. Das Grundstück Gemarkung [ANONYMISIERT] und andere in dieser Gemarkung liegende Grundstücke sollten aus der Festlegung als Landschaftsschutzgebiet ausgenommen werden, da sie für eine weitere städtebauliche Entwicklung in Anspruch genommen werden könnten. Die im Eigentum von [ANONYMISIERT] stehenden Grundstücke in der Gemeinde Alfter (53347): Gemarkung [ANONYMISIERT] werden landwirtschaftlich genutzt. Auch hier wird davon ausgegangen, dass die landwirtschaftliche Nutzung auch nach Neufeststellung des Regionalplans in der heutigen Form weitergeführt werden kann und keine Veränderungen vorgenommen werden, die eine Wertminderung zur Folge hätte. Sollte dies jedoch der Fall sein, wird eine entsprechende Ausgleichsleistung vorausgesetzt. Die Grundstücke Gemarkung [ANONYMISERT]. Hierbei handelt es sich um ein bebautes Grundstück, das derzeit im Landschaftsschutzgebiet liegt. Wir bitten um Änderung der Grenzen des Landschaftsschutzgebietes unter Herausnahme dieser Grundstücke.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-130

1001341

1001109

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren vom Regierungspräsidium des Regierungsbezirkes Köln,

dieses Schreiben richtet sich an Ihre Fachabteilung "Umweltprüfung", Hierarchie lt. Eingangsseite "Regionalplan Köln - Beteiligung":

#### LEISTUNGEN - ABTEILUNG 3 - DEZERNAT 32 - REGIONALPLANUNG - BETEILIGUNG NEUAUFSTELLUNG REGIONALPLAN KÖLN - UMWELTPRÜFUNG

Ich bitte Sie hiermit, diese Nachricht an die zuständige Stelle hausintern zuzustellen, vielleicht ist sie aber auch von übergeordnetem Interesse, da der Vorgang aus meiner Sicht geeignet erscheint als eines von vielen Beispielen, an welchen Widerständen eine naturtolerante Regionalplanung heutzutage immer noch scheitern könnte/zu scheitern droht.

Ich bitte Sie hiermit ebenfalls um eine kurze Nachricht, ob es sich bei der "Öffentlichkeits- beteiligung vom 7. Februar 22 bis 31.08.22" um eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach allgemeiner Rechtsauffassung handelt oder um eine "eingeschränkte Öffentlichkeitsbeteiligung", an der ausschließlich kommunale Parlamente teilnehmen dürfen. Für den Fall, dass es sich um eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach allgemeiner Rechtsauffassung handelt, bitte nehmen Sie diese Nachricht entsprechend als meinen persönlichen Beitrag zur Öffentlichkeitsbeteiligung in die Unterlagen auf, eine kürzestmögliche Bestätigung fände ich sehr nett!

Zum dritten bitte ich Sie hiermit, ggf. eine Stellungnahme Ihres Hauses zum Vorhaben der Stadt Wiehl bestenfalls noch vor der betreffenden Sitzung des Rates der Stadt Wiehl am 14. Juni zur Aufklärung über die bestehenden/nicht bestehenden Möglichkeiten der Überbauung des Areals zuzusenden. Oder sollte es Ihre Zeit und Ihr Personalstand zulassen, sogar eine/-n Vertreter/-in des Umweltreferates zur Ratssitzung zu entsenden, der/die die Mitglieder des Rates unserer Stadt vor Ort während der Sitzung über die Regelwerke der Regionalplanung aufklärt, sollte Ihnen dies sinnvoll erscheinen.

----

Link zur TO der Sitzung des Rates der Stadt Wiehl, bitte beachten Sie TOP "Ö 4 -

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Neuaufstellung Regionalplanung Stellungnahme der Stadt Wiehl im Rahmen der Offenlage":

( Anm.: Es handelt sich nicht wie beschrieben um eine "Stellungnahme", sondern um einen Beschlussvorschlag, siehe Anlage/Tischvorlage aus dem Ratsinfosystem der Stadt Wiehl):

<http://www.wiehl.sitzung-online.de/bi/to010.asp>

( Anmerkung: In 2019 gab es Demonstrationen und wurde ein Aktionsbündnis begründet, welche sich gegen das damalige Vorhaben der Verwaltung der Stadt Wiehl richteten, ein Gewerbegebiet im Bereich zu errichten ( "Nein zum Hallenwahn", habe noch Unterlagen darüber). Nun hat die Verwaltung diese damalige "Drohkulisse" dahingehend m.E. zu nutzen verstanden, als dass aktuell ( 8. Juni 22) den damaligen Gegnern einer Überbauung ein Wohngebiet selbstverständlich besser zu verkaufen ist, als ein Gewerbegebiet das war.

Die Verwaltung hat das naturbelassene Gebiet für ca. 2 Mio. Euro ( in 2019, m.W., lässt sich noch prüfen) von den vorherigen Eigentümern erworben, und hat ein starkes kommerzielles Interesse an einer Überbauung, um das Geld nicht abschreiben oder keine Glückwünsche zum Erwerb eines zukunftssichernden naturbelassenen Areals entgegen nehmen zu müssen.)

Das ff. Material soll Ihnen Einblick geben in den Vorgang, mit dem ich mich seit dem Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung bereits beschäftige und der nun vor der Rats-Sommerpause der Stadt Wiehl noch wieder eine Wendung erfahren hat, mit der vorher so nicht zu rechnen war. Insofern sehen Sie diese Nachricht als meine Reaktion auf diese aus der Sicht eines naturaffinen Bürgers denkbar unerfreuliche neue Situation, und als meinen hoffentlich gelingenden Versuch, die Bezirksregierung zuallermindest so rechtzeitig über die kommunalen Vorgänge aufzuklären, dass eine Korrektur gegebenenfalls noch rechtzeitig durch die RegionalplanerInnen erfolgen kann.

Mit den allerbesten Grüßen

[ANONYMISIERT]

[ANONYMISIERT]

51674 Wiehl

[ANONYMISIERT]

[ANONYMISIERT]

---

**Gesendet:** Dienstag, 07. Juni 2022 um 18:18 Uhr

**Von:** [ANONYMISIERT]

**An**

**Betreff:** Es gibt KEINE ASB Brächen im Regionalplan!!!!!! Brächen am 14. Juni, weitere Erläuterung

Sehr geehrter Herr ,

anbei zwei eingekürzte Mails von mir an ich sage mal eine Fraktion des Rates der Stadt Wiehl, die mich angesichts der vorhersehbaren Ratsentscheidung am 14. Juni praktisch zwingen zu erwägen, ob ich ff. an die Bezirksregierung bzw. das betreffende Planungsreferat einsenden soll bzw. ich werde es wohl einsenden, und das möglichst bald vor dem 14. Juni. Denn ich halte es für möglich, dass ein Mitarbeiter der Bezirksregierung am 14. Juni vielleicht bereit sein könnte, den EhrenamtlerInnen unseres Stadtrats an diesem Tag mit Rat, Hilfe und Aufklärung zur Seite zu stehen. Es ist immer so, dass "irgendwo" dann "Renaturierungsmaßnahmen angedacht" sind/seine sollen/seine könnten/möglich wären etc., aber in der Realität solche löblichen Erwägungen heute in schöner Regelmäßigkeit dazu führen, dass hier vor Ort und heute in dieser Zeit immer noch Flächenfraß und Naturvernichtung vorgenommen werden. Mit einem das Gewissen beruhigenden Deckmäntelchen, man werde woanders oder in Zukunft dann schon irgendwie irgendwo einen Ausgleich hinbekommen, vielleicht.

Mir reicht das nicht aus, bzw. die Bauwut reicht mir.

Ich denke so wie ich in diesen Sekunden hier in die Tasten haue, daran selbst diesen Text an das Planungsreferat sowie an die Bezirksregierung abzusenden mit der zusätzlichen Bitte, am 14. einen Fachmann nach Wiehl zu schicken oder zumindest eine schriftliche Klarstellung darüber einzusenden vor der Ratssitzung, was geht und was nicht. Ich war bei der Anti-"Hallenwahn"-Demo damals im Areal selbst dabei, und kam voller Matsch nach Hause.

Da mir aber die unzähligen Mauselöcher auf den Wiesen aufgefallen waren, gehe ich davon aus, dass diese ungespritzte und ungegüllte (hoffentlich gilt das heute noch)( seien Sie diskret, sonst holt irgendein Investor das eventuell noch nach!) Wiese dazu geeignet sein könnte, unseren Greifvögeln als Vogelschutzgebiet für ihren Erhalt dienlich zu sein, und einen dahingehenden Antrag für potenziell erfolgreich!

Meine Bitte an Sie wäre, mir zu schreiben, ob der NABU oder Vergleichbare Institutionen Interesse hätten, sich an der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Regionalplanung für dieses Areal einzusetzen durch eine eigene Beteiligung. Begründung: die APU-Sitzung vom 2. Juni 2022 hat vorentschieden, dass der Vorschlag der ( siehe Anlage) Ratsmitglieder div. Fraktionen das Areal überbauen soll,

obwohl es in der Regionalplanung bislang nicht vorkommt bzw. somit als schützenswert gilt.

Nach heutigem Kenntnisstand und einem Telefonat resultierend aus der Mail von heute gehe ich davon aus, dass die "Überbauungswunsch-Entscheidung" steht und auch so am 14. Juni vom Rat der Stadt Wiehl mehrheitlich entschieden werden wird. Meine Hoffnung ist, dass die Bezirksregierung hier nicht nur das letzte Wort haben wird, sondern die Hintergründe der Ratsentscheidung kennen sollte und einschreiten wird zwecks Grenzziehung.

Wenn das hier in Wiehl durchgeht, geht es auch in allen 10000+ bundesdeutschen anderen Kommunen durch. Neverending Flächenfraß...

Mit den allerbesten Grüßen

[ANONYMISIERT]

51674 Wiehl

[ANONYMISIERT]

---

**Gesendet:** Dienstag, 07. Juni 2022 um 13:47 Uhr

**Von:** [ANONYMISIERT]

**Betreff:** Brächen am 14. Juni, weitere Erläuterung

Liebe sehr geehrte TeilnehmerInnen jetzt schreibe ich ff. Text schon zum zweiten Mal, da mich mein Webmailer aus dem System geworfen hat ( Logout), d.h. der bis dahin geschriebene

Text ist verloren. Also auf ein Neues:

Bitte schreibt mir kurz auf die Schnelle, wenn ich heute abend in Persona vorbeikommen soll, um selbst noch Fragen zu beantworten.

Auch wenn es Stress am Abend für mich ist, bin ich dazu bereit.

Vorab aber noch, was erläuterungshalber vielleicht noch zu ergänzen sein könnte:

- je nachdem, wo genau das nördliche Ortsschild von D`höhe steht, könnte es vielleicht sein, dass die Regelungen des BauGB vorsehen, innerorts entlang von vorhandenen Straßen ( also die nach Forst) mit der Tiefe von 1 Parzelle bauen zu dürfen. Die Ableitung der Verwaltung, es handle sich um eine "ASB- Zone ( Brächen)", halte ich

hingegen für nicht zulässig ohne einen solchen

Hinweis. Die ASB ( "Allgemeiner Siedlungsbereich") und ASBz sind alle in der Regionalplanung 2018-2043 bereits festgelegt, und einen "ASB Brächen" gibt es dort nicht. SICHERHEITSHALBER sollte aber zur Bestätigung unbedingt vor dem 14. Juni die Bezirksregierung oder das Planungsreferat kontaktiert werden, um dies zu verifizieren! Das sollte vom 8. Juni bis 14. Juni noch möglich sein, um die allerletzte Klarheit zu gewinnen. Vielleicht ist sogar jemand von der Bezirksregierung bereit, am 14. vor Ort teilzunehmen und die Sache klarzustellen!!!!

- ich bin bis hierhin fest davon überzeugt, dass die Verwaltung hier den Versuch macht, über eine auf gelinde gesagt unsoliden Voraussetzungen beruhende Entscheidung des aus EhrenamtlerInnen bestehenden Stadtrats die Bezirks- regierung dahingehend zu beeinflussen, dass das gekaufte, **tendenziell vogelschutzgebietstaugliche Areal** ent gegen der Planungen der Bezirksregierung überbaut werden soll, um jeden Preis.

Der Betrug würde m.E. darin bestehen, dass die Bezirksregierung glauben soll, dass mit der Ratsentscheidung die ganze Stadt im Sinne einer hier mißverstandenen "Öffentlichkeitsbeteiligung" sich hinter dem Gedanken einer Überbauung des Loopebach-Quellgebiets versammle, was m.E. nicht der Fall ist.

**- ich ermutige euch als Adressaten hiermit ausdrücklich, diese Nachricht an diejenigen SitzungsteilnehmerInnen noch per Mail zu verteilen, die euch derzeit bekannt sind. Und ich bin persönlich je nachdem wie ihr die Angelegenheit beurteilt, diese Nachricht gekürzt oder ungekürzt an die Bezirksregierung zu versenden, mit Rückschein, als meine Auffassung davon, was eine "Öffentlichkeitsbeteiligung" sein sollte, vielleicht mag sich dann noch jemand anschließen per Liste oder wie auch immer.**

Anmerkung:

zur Zeit werden/wurden bereits vor dem Rathaus etliche Tonnen Asphalt abgekippt, zur Unterfütterung und zur Nivellierung des darauf zu verlegenden Natursteinpflasters. Für mich heißt dieser umwelt- und vielleicht gar kostentreibende Arbeitsgang, dass "guten Teilen" unserer Verwaltung der Emissions-, der Umwelt- und Naturschutz völlig egal ist, unbeachtlich aller werbetechnisch gedachten anderen Lippenbekenntnisse!

Am 14. ist die letzte Ratssitzung, auf der noch eine Sonderratssitzung VOR dem Ende der Öffentlichkeitsbeteiligung am 31.August 2022 zur Regionalplanung von 2018-2043 anberaumbar ist, diese Gelegenheit bitte ich auch zu beachten, oder sie ggf. zu nutzen. Ich bin auch keine "1-Mann/W/D - Öffentlichkeitsbeteiligung".... Vom weltweiten Trend, dass letztlich 1 Person den Ausschlag für was auch immer gibt, halte ich ohnehin gelinde gesagt wenig, ach Unsinn, gar nichts. Galt schon für Merkel.

Mit den allerbesten Grüßen

[ANONYMISIERT]

---

**Gesendet:** Sonntag, 05. Juni 2022 um 01:39 Uhr

**Von:** [ANONYMISIERT]

**Betreff:** Rats-Forensik: Es gibt KEINE ASB Brächen im Regionalplan!!!!!!

Liebe

trotz später Stunde ( war noch an was anderem eigentlich dran, und die Nacht ist ruhig genug, um sich gut zu konzentrieren) habe ich mir die Unterlagen der Regionalplanung 2018-2043

noch einmal angeschaut:

UND EINE ASB BRÄCHEN IST DORT NICHT ZU FINDEN! AUCH NICHT DER SCHMALE STREIFEN, der von der Verwaltung als zu knapp bemessen bemängelt wird, nichts, absolut nichts. Ich sage es mal so, und bitte recherchiert auch noch mal sicherheitshalber: dann gibt es auch keinen ASB BRÄCHEN und gab nie einen, und: DIE IM ANHANG VORGELEGTE BEHAUPTUNG, ES GÄBE EINEN ASB BRÄCHEN, IST FALSCH, BEWUSST FALSCH, wenn meine Recherche stimmt.

Zumal nach der Offenlage der Regionalplanung am 7. Februar die Unterlagen auch nicht mehr abgeändert sein worden dürften! Da haben der FB 6 und der BM mal richtig dafür gesorgt, dass sie aus dem Fenster hängen, in der Gier nach immer neuen Bauprojekten und Umsätzen für die Bauindustrie zu Lasten unserer öffentlichen Kasse.

Der Rat soll dann am 14. irgendwas beschließen, was von der Verwaltung dann der Bezirksregierung gegenüber als "Öffentlichkeitsbeteiligung" verkauft wird. Und mit einer Ratsentscheidung der Bezirksregierung suggerieren, dass ganz Wiehl danach giere, in diesem naturbelassenen und - sensiblen Bereich auch noch möglichst mehr zu bauen, als man "beantragt". Ich denke, dass dies nicht der Fall ist, und die Öffentlichkeit der Wiehler Bürgerschaft dort überhaupt keine Rolle spielen SOLL. Taktisch. ( ich denke bereits jetzt daran, dieses Schreiben für den Fall rechtzeitig als meine eigene, dann aber echte Öffentlichkeitsbeteiligung an die Bezirksregierung zu versenden. Allerdings gedenke ich mich vorher bei der Bez.Reg. rückzuversichern, ob ich mit meiner Recherche, es gäbe kein "ASB Brächen", auch 100%ig richtig liege. Vielleicht ruft von euch einer mal da an oder schreibt hin, als Partei wird man euch vielleicht auch eher Auskunft zeitnah geben können oder müssen!



Der 14. Juni ist der letzte Tag vor der Sommerpause, der vor dem Ende der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Regionalplanung eine Ratsentscheidung unter m.E. Zuhilfenahme eines dann wohl "taktischen Verhältnisses zur Wahrheit" ( 24.5.22, Wiehltalhalle, ihr erinnert euch) irgendwas irgendwo hin bringen soll, wo es nicht hingehört. Insbesondere halte ich das Bestehen darauf, man wolle ein "Mischgebiet" bauen, für einen Versuch, die Kategorisierung der Regionalregierung zu unterlaufen.

Es gibt zwei Kategorien:

- ASB, ASBz und ASBF sind Siedlungsbereiche
- GIB, GIBz ( und GIBF?) sind Gewerbeflächen

Ein "Mischgebiet" dient m.E. allein dem Zweck, aus dieser sinnvollen Kategorisierung auszubrechen, Punkt. Den NABU, dem ich hier ausdrücklich danke, dass mich jemand im Januar bereits auf die Regionalplanung aufmerksam gemacht hat, dürfte zudem brennend interessieren, dass das Loopebach-Quellgebiet zuallermindest **an das NATURA 2000 - Gebiet DE-5010-302 "Loopebach" angrenzt. Ich halte es für umso verwerflicher, das oberhalb gelegene Gelände "Brächen" unbeachtlich irgendwelcher Auswirkungen auf das NATURA 2000 - Gebiet mit was auch immer überbauen zu wollen.**

Darüber hinaus wird auch klar, wie schwach die städtische Argumentation für das GIB/GIBz "Dahl" ist ( Anbindung mit Durchfahrt D'höhe zu schlecht, über Bielstein an die A 4 desgleichen ( Argumentation FB 6/BM)), wenn man das mit Brächen abzutauschen gedenkt. Der Arbeitsplatz-Überhang zuungunsten der wirtschaftlich schwächeren Nachbargemeinden Reichshof und Nümbrecht ist ein weiteres Argument, dass Wiehl nur einen begrenzten Bedarf an neuen Gewerbegebieten hat, und Bomig ( bestens angebunden) gibt es ja nun auch noch. Die Umweltprüfung der Bezirksregierung läßt ja noch nicht einmal ein gutes Haar am ASB "Hohe Fahr" ( ragt in Naturschutzgebiet/-bereich hinein).

Auch steht noch lange nicht fest, dass sich jemals Investoren finden werden, die das "Seequartier" bebauen werden ( Bebauung in überschwemmungs- bedrohten Tallagen ist verboten). Zur Zeit wird auf dem Rathausvorplatz jede Menge ( mehrere LKW-Ladungen) Teer verteilt, anscheinend hat man Schwierigkeiten, den Platz für das vorgesehene "Natursteinpflaster" zu nivellieren. D.h. das Natursteinpflaster kaschiert dann die darunterliegenden Massen an Teer - ich kann nur staunen, "wo hier der Schotter bleibt".. Ich wünsche euch allen frohe und erholsame ( angebrochene) Pfingsten, und verbleibe mit den allerbesten Grüßen

[ANONYMISIERT]

[Anlage]

Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln

Hier: Öffentliche Auslegung

Der Rat der Stadt Wiehl hat in seiner Sitzung am 14.06.2022 folgende Stellungnahme beschlossen und die Stadtverwaltung beauftragt, diese im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Regionalplanentwurfs vorzubringen:

[Abbildung]

Anregungen

1. Kreis: Oberbergischer Kreis

Kommune: Stadt Wiehl

Lage: Drabenderhöhe

Anregung: Der ASB Brächen nördlich von Drabenderhöhe ist siedlungsstrukturell richtig, aber zu gering dimensioniert. Der vorgesehene Erweiterungsbereich des ASB bei Brächen ist in seiner Dimension entlang der B 56 sehr schmal geschnitten. Es wird angeregt, die Dimension der Darstellung angemessen zu verbreitern. Die Umsetzbarkeit des ASB Brächen ist schon allein auf Grund der Flächenverfügbarkeit gegeben. Die Flächen befinden sich im Eigentum der Stadt Wiehl. Die Darstellung kann sich daher an der tatsächlichen Verfügbarkeit orientieren. Ggf. kann nord-östlich der Ortslage Drabenderhöhe in beiliegendem Kartenblatt 1:50.000 markierte GIB Dahl als Tauschfläche fungieren. Dieser lässt sich auf Grund verkehrlicher Problematiken schwer umsetzen.

2. Kreis: Oberbergischer Kreis

Kommune: Stadt Wiehl

Lage: Oberbantenberg

Anregung: Der südlich des Ortsteils Oberbantenberg gelegene Bereich zwischen der Straße ?Am Hofacker? und ?Dreibholzer Straße? sollte auf den ursprünglichen im bestehenden Regionalplan dargestellten Bereich zurückgeführt werden und so in den Regionalplansentwurf überführt werden. Dieser Bereich ist in dem anliegenden Kartenausschnitt 1:50.000 gekennzeichnet und trägt die Codierung ASB-143-02 aus den Regionalgesprächen.

[2 Abbildungen]

Weitergehende Anregungen werden nicht vorgebracht. Ansonsten bildet der Regionalplansentwurf die für die nächste Zeit vorgesehen

Siedlungsflächenentwicklung der Stadt Wiehl ab.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[ANONYMISIERT]

**Anhänge**

[Stellungnahme v11052022NeuaufstellungdesRegiona.pdf](#)

AZ: Ö-M-1301	
1002807	
1007287	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan; betrifft 8-809-010</p> <p>Ich bin gegen die Änderungen des Regionalplanes (8-809-010), welche die Stadtteile Köln-Neubrück, Köln-Brück und Köln-Rath betreffen. Da ich selber in Neubrück wohne, sehe ich es besonders aus diesem Blickwinkel.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p><b>01 Ökologisch:</b></p> <p>Bei der jetzt noch freien Fläche zwischen den 3 Stadtteilen handelt es sich um ein Naherholungsgebiet. Es wird ausgiebig von allen Bewohnern der Stadtteile zum Spazieren und Radfahren genutzt. Gerade auch Bewohner aus Neubrück, die in einem der Mehrfamilienhäuser wohnen und keinen eigenen Garten haben, gehen dort spazieren und nutzen die Parkbänke.</p> <p>Nach meiner Kenntnis handelt es sich bei der Fläche um eine Frischluftschneise von Köln. Im Rechtsrheinischen gibt es eh nur noch eine weitere Schneise entlang des Strudener Baches. Im Angesicht der Tatsache, dass die Sommer immer heißer werden und in den Stadtteilen viele Flächen versiegelt sind, wird diese Kaltluftschneise unbedingt benötigt. Eine weitere Versiegelung durch Bebauung erhitzt die Stadtteile zusätzlich.</p> <p>Des Weiteren sollten schon seit 20 Jahren auf dem zu bebauenden ?Madaus-Gelände? am Neubrücker Ring (jetzt der GAG gehörig) Ausgleichspflanzungen mit Obstbäumen stattfinden für die bebauten Merheimer Gärten. Dies hat bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht stattgefunden, weil letzte Restflächen der Merheimer Gärten noch nicht fertig bebaut sind.</p> <p>Demnach dürfte das Gelände am Neubrücker Ring gar nicht mehr zu vollständigen Bebauung zur Verfügung stehen.</p> <p>Da stellt sich mir die Frage, ob es eine Kontrollinstanz gibt, die überprüft, ob Ausgleichspflanzungen auch durchgeführt werden.</p> <p>Hier gibt es auf jeden Fall noch Klärungsbedarf.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

## 02 Soziales

Der Stadtteil Neubrück hat um die 9000 Einwohner.

Dabei hat er einen Ausländeranteil von über 30% und einen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund von um die 60%.

Die Arbeitslosenquote lag 2019 bei 13,8%.

Das ist weit mehr, als in anderen Stadtteilen Kölns.

Das Zusammenleben in unserem Stadtteil klappt im Moment noch, mit einigen Einschränkungen, ganz gut. Dies ist aber vor allem der, schon fast aufopfernden, ehrenamtlichen Tätigkeit einiger Bewohner unseres Stadtteils geschuldet.

Diese sind aber am Rande ihrer Belastbarkeit.

**Der Stadtteil benötigt viel, aber auf keinen Fall eine viergeschossige Bebauung mit Sozialwohnungen auf der anderen Straßenseite des Neubrücker Ringes.**

An den Stadtteilen Chorweiler, Bocklemünd und Meschenich gibt es anschauliche Beispiele, dass zu viel Sozialbau schädlich ist und irgendwann der Stadtteil ?kippt?.

Ich bitte Sie inständig das nicht mit Köln-Neubrück zu machen.

Ich sehe das aus Sicht einer Polizeibeamtin aus Köln, die jetzt seit 29 Jahren ihren Dienst versieht.

Erstaunlicherweise sind für die Bebauung von Brück und Rath keine viergeschossigen Häuser mit Sozialwohnungen vorgesehen.

Was Neubrück gebrauchen könnte, wären Schulen, Kindergärten und Lebensmittelgeschäfte, aber keine weiteren Sozialwohnungen.

AZ: Ö-M-1304

1002812

1006801\_001

## Inhalt

A. BSN im Tagebaubereich

Der Regionalplanentwurf setzt im genehmigten Tagebau der Quarzwerke Witterschlick einen Bereich für den Schutz der Natur (BSN) fest.

## ABBILDUNG 1

Dieses BSN wurde aufgrund der Einstufung des LANUV-Fachbeitrags als Biotopverbundfläche u.a. wegen der besonderen Bedeutung für eutrophe Stillgewässer aufgenommen. In Z.19 sieht der Entwurf vor: [ . . . ] Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. [ . . . ] Der Quarzkiestagebau ist in diesem Bereich bestandskräftig über eine Planfeststellung genehmigt und dementsprechend als BSAB ausgewiesen. Die bergbaulichen Genehmigungen sehen vor, dass der Tagebausee für weitere Jahrzehnte (Geltungszeitraum des Rahmenbetriebsplan läuft bis 2063) bergbaulich genutzt wird. Die Festsetzung des Gewinnungssees als BSN, der laut Z.19 für die ökologische Zwecke entwickelt und erhalten werden soll, steht im Widerspruch zu den bestandskräftigen Genehmigungen und der regionalplanerischen Ausweisung als BSAB. Das BSN sollte daher im Bereich des genehmigten Tagebaus gestrichen werden.

## Anhänge

[Abb\\_ID\\_1006801\\_001.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln (hier: Bereiche zum Schutz der Natur) innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

--	--

**Inhalt**

B. Festsetzung eines Regionalen Grünzugs im Tagebaubereich  
 Im Bereich des Quarzkiestagebaus wird zudem ein regionaler Grünzug neu festgelegt. Diese Festsetzung verletzt wie auch die Festsetzung des BSN (siehe oben) das Abwägungsgebot, da sie mit den bestandskräftigen Genehmigungen für die bergbauliche Nutzung nicht vereinbar ist. Z.18 des Regionalplanentwurfs sieht vor: [ . .. ] Planungen und Maßnahmen, die diese Funktionen der RG beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen sind RG insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen.[. .. ] Regionale Grünzüge dienen der siedlungsräumlichen Gliederung und sind als siedlungsnaher Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, als Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten. Diese Zwecke sind im bestandskräftig genehmigten Tagebau nicht umsetzbar, da der Tagebaubereich nicht hinsichtlich der Erholungs- und Freizeitnutzung erhalten werden kann. Der Tagebaubereich ist vielmehr dynamisch, da der Abbau durch die Landschaft "wandert". Wegen seiner Gefährlichkeit kann der Tagebau auch keine Erholungsfunktion bieten, der Zutritt ist vielmehr streng untersagt. Die Festsetzung würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Auf die vorstehenden Ausführungen zum geplanten BSN, die gleichermaßen auch für den im Planentwurf vorgesehenen Regionalen Grünzug gelten, wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen. Der Regionale Grünzug sollte daher im Bereich des genehmigten Tagebaus gestrichen werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflistung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsf lächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln (hier: Regionaler Grünzug) innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.



**Inhalt**

C. Trink- und Heilwasserschutz in Grundsätzen 46 und 47 des Regionalplanentwurfs  
Der Tagebau der Quarzwerke Witterschlick (siehe Abb. unten die Rahmenbetriebsplangrenze in grün) befindet sich in der geplanten Zone III B des Wasserwerks Dirmerzheim und damit im erweiterten Einzugsbereich gern.  
Erläuterungskarte A3 - F9 Trinkwasservorsorge.

**ABBILDUNG 2**

Für erweiterte Einzugsbereiche sieht G.46 des Regionalplanentwurfs (ähnlich G 47) vor: G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen.  
Innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trink und Heilwassergewinnung soll dem vorsorgenden Grundwasserschutz und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden sollen vermieden werden.

Hier nach sollen also Planungen und Maßnahmen im erweiterten Einzugsbereich, die potenziell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden. [ ... ]

In der Erläuterung (Rn. 2, siehe auch gleichlautend zu G47) werden diese Planungen und Maßnahmen näher konkretisiert: ?Im Rahmen der Fachplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung sollen innerhalb des Braunkohlenplangebiets die durch die Wasserhaltungsmaßnahmen des Braunkohletagebaus verursachten Veränderungen der Einzugsgebiete öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen vor Planungen und Maßnahmen geschützt werden, die negative Auswirkungen auf die Gewässer- und Grundwasserqualität haben können. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen) [Hervorhebung durch Unterz.]."

Als Bergbauunternehmen kennen wir die Grundwasserschutzvorgaben genau und sehen durch die Abgrabungstätigkeit keine Gefahr für den Gewässerschutz. Gefahren für das Grundwasser sind in der Praxis des Abbaus nicht bekannt. Darüber besteht weitgehende Einigkeit, insbesondere stimmt auch der Erftverband dieser Einschätzung zu. Die Einschränkung von Bodenschatzgewinnungen ist inhaltlich nicht zu rechtfertigen, weil Fälle von Gewässerverunreinigungen durch den Gewinnungsbetrieb in der Vergangenheit nicht vorgekommen und auch zukünftig wegen strengerer Vorgaben in den betrieblichen Genehmigungen erst recht nicht zu erwarten sind. Die

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und die Grundsätze 46 und 47 werden angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ist an rechtliche Voraussetzungen geknüpft, deren Vorliegen bei lediglich geplanten Schutzgebieten nicht nachgewiesen ist. Wenn der Regionalplan nach seiner Konzeption ähnlich prohibitive Auswirkungen wie ein Trinkwasserschutzgebiet festlegt, ohne dass deren rechtlichen Voraussetzungen nachgewiesen sind, werden diese Voraussetzungen umgangen und die Rechte der Betroffenen unterlaufen. Der Regionalplanung fehlt die Zuständigkeit für die Festsetzung derart weitreichender Regelungen. Neben den vorgenannten rechtlichen Bedenken konterkarieren die Regelungen auch die Bemühungen der Regionalplanung, den Herausforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden und adäquaten Ersatz für die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird nur gelingen, wenn auch Industrieunternehmen weiterhin die Möglichkeit zu Ansiedlung und Betrieb im Regierungsbezirk haben und die Vorgaben des Regionalplanes dies nicht von vornherein verhindern. Die Begründung zu den Grundsätzen 46 und 47 muss gestrichen werden soweit auf den Abbau oberflächennaher Rohstoffe abgestellt wird. Gleiches gilt auch für die Nennung von Versiegelungen und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in der vorgenannten Begründung.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006801\\_003.pdf](#)

AZ: Ö-M-1305	
1002057	
1006802_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln.</p> <p>2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten ist mein forstwirtschaftlicher Betrieb der Auer Wald in der Gemarkung Geilhausen betroffen. Die betroffenen Grundstücke stellen meinen Forstbetrieb dar, den ich seit 10 Jahren führe. Nun möchten Sie meine sämtlichen Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen.(anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1006802\_003

**Inhalt**

(anonymisiert) Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln. 1. Allgemein: Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suche muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen. (anonymisiert)

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000).

AZ: Ö-M-1306	
1002813	
1006803_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG<sup>1,2,3</sup></p> <p>Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Kreis Düren, Gemeinde Aldenhoven, Gemarkung Aldenhoven Flur [ANONYMISIERT] und Flur [ANONYMISIERT], innerhalb der geplanten Flächen zur Abgrabungserweiterung ("Abgrabung Aldenhoven IV und V") eine Mineralstoffdeponie darzustellen. Die Festlegung der Deponieklasse soll unter Berücksichtigung der aktuellen Situation am Markt erfolgen. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist die Errichtung einer DK0-Deponie vorgesehen, als Ergänzung zu der bereits genehmigten DK1-Deponie am Standort Aldenhoven.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006803_001_1]</p> <p><b>1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG</b></p> <p>Die Firma [ANONYMISIERT] aus Geilenkirchen regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln weitere Flächen als Mineralstoffdeponie am bestehenden Abgrabungs- und Deponiestandort Aldenhoven darzustellen.</p> <p>Die Vorhabensträgerin betreibt nördlich von Aldenhoven (Kreis Düren) auf bereits ausgeklasten Abgrabungsflächen eine planfestgestellte Mineralstoffdeponie mit einer Größe von insgesamt ca. 26 ha. Mit der 17. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Köln, wird die Fläche der bestehenden Mineralstoffdeponie als Deponiebereich/Abfalldeponie dargestellt.</p> <p>Der Standort Aldenhoven befindet sich nördlich von Aldenhoven und unmittelbar nördlich der Autobahn A 44. Entlang der westlichen Grenze des Vorhabensgebiets verläuft die L 228, ca. 200 m weiter östlich des Vorhabensgebiets verläuft die K 15 "Koslarer Straße". Etwa 700 m westlich des Vorhabensgebiets verläuft die B 56 mit Anschluss an die A 44. Der Standort Aldenhoven ist bereits heute hervorragend an das regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden.</p> <p>Vorhabensgegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden. Zur optimalen Nutzung der Deponie wird in Ergänzung hierzu angeregt, innerhalb der angeregten Deponiefläche eine zeitlich befristete Fläche zur</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen darzustellen. Hierzu wird voraussichtlich eine Fläche von etwa 3 ha benötigt [s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_1].

Zur maximalen Ausnutzung des Deponievolumens und unter dem Aspekt der Flächensparnis sollen die angelieferten Abfälle vor Ort aufbereitet und wenn möglich recycelt werden. Die verwertbaren Bestandteile sollen nach der Aufbereitung wiederverwendet und vermarktet werden. Die nicht verwertbaren Feinbestandteile sollen auf der Deponie abgelagert werden. Es wäre denkbar, die Abfallbehandlungsanlagen in Tieflage zu errichten. Hierdurch können Emissionen deutlich verringert werden.

Die Firma [ANONYMISIERT] gehört der [ANONYMISIERT]-Firmengruppe an, welche allein vier Unternehmen im Bereich Erdbau an den Standorten Geilenkirchen-Frelenberg, Aldenhoven, Gangelt-Hohenbusch und Geilenkirchen-Beeck betreibt. Die Tätigkeiten der Firma Davids im Bereich des Erdbaus umfassen den Sand- und Kiesabbau, den Tonabbau, die Aufbereitung und Veredelung der gewonnenen Rohstoffe, das Bauschutt-Recycling, den Betrieb von Bauschutt- und Bodendeponien sowie Erd- und Abbrucharbeiten.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_2]

Zur langfristigen Sicherung des bestehenden Betriebs beabsichtigt die [ANONYMISIERT] neben dem Ausbau der Rohstoffgewinnung am Standort Aldenhoven, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle langfristig zu konzipieren und zu planen. Im Zuge der 1. Offenlage des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe, wurde der Standort Aldenhoven bereits auf großen Flächen als zukünftiges BSAB dargestellt. Die BSAB-Darstellung im Regionalplanentwurf deutet bereits auf die hervorragende Eignung des Standorts Aldenhoven zur Rohstoffgewinnung und Verfüllung hin.

Um den etablierten Betriebsstandort langfristig zu sichern und weiter auszubauen, sollen die Flächen Aldenhoven IV und V im Anschluss an die Rohstoffgewinnung im Regionalplan zeichnerisch als Mineralstoffdeponie abgebildet werden. Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form etwa 33 ha.

#### 1.1 Anlass der Anregung

Am Standort Aldenhoven erfolgt eine Rohstoffgewinnung mit anschließender Verfüllung auf den Flächen Aldenhoven II und III in der Gemeinde Aldenhoven, Gemarkung Aldenhoven Flur [ANONYMISIERT] (Aldenhoven II) und Gemarkung Engelsdorf, Flur [ANONYMISIERT] (Aldenhoven III). Auf einer großen Teilfläche erfolgt die Verfüllung in Form einer qualifizierten Deponie der Klasse I.

Der westliche Teil (Aldenhoven II) wurde bereits verfüllt und teilweise rekultiviert. Im

östlichen Teil (Aldenhoven III) schreitet der Materialabbau von Kies und Sand in Richtung Norden fort, die Verfüllung in Form einer DKI-Deponie folgt dem Abbau sukzessive nach. Die Flächen Aldenhoven II und Aldenhoven III stellen die Bestandsfläche dar und umfassen eine Gesamtgröße von etwa 37 ha. Davon entfallen etwa 26 ha auf die genehmigte Deponie DKI<sup>4</sup>.

Südlich der Bestandsflächen Aldenhoven II und III grenzen die Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung Aldenhoven IV und V an. Die Erweiterungsflächen umfassen eine Flächengröße von etwa 33 ha.

Die Fläche Aldenhoven IV wurde im derzeit gültigen Regionalplan fast vollständig als zukünftiges BSAB dargestellt. Die Fläche Aldenhoven V wurde bisher nicht als zukünftiges BSAB dargestellt. Zur Überprüfung der Genehmigungsfähigkeit wurde im Vorfeld von aufwendigen Detailplanungen ein abgrabungsrechtlicher Vorbescheid für die Fläche Aldenhoven V beantragt. Der Vorbescheid wurde am 12.12.2019 erteilt.

Am 30. Januar 2019 wurde der Antrag auf Erweiterung der Trockenabgrabung für die Flächen Aldenhoven IV und V beim Kreis Düren eingereicht. Der Antrag auf Erweiterung wurde innerhalb der im Vorbescheid aufgeführten Frist bei der Genehmigungsbehörde eingereicht und zwischenzeitlich modifiziert. Er liegt jetzt in der Fassung von September 2021 vor. Der Antrag wurde bereits im Detail mit den Fachbehörden und der Genehmigungsbehörde abgestimmt. Es ist absehbar, dass der Genehmigungsbescheid kurzfristig erteilt wird. Nach Auskunft des Kreis Düren soll der Genehmigungsbescheid noch im Jahr 2022 erteilt werden.

Zur vorzeitigen Gewinnung des lehmigen Abraums auf einer Teilfläche der Erweiterung Aldenhoven IV wurde am 16.09.2020 eine Teilgenehmigung erlassen. Die Teilgenehmigung 1 war erforderlich, da der Vollertrag noch nicht genehmigt wurde, der lehmige Abraum aber kurzfristig für den Weiterbau der werkseigenen DKI-Deponie benötigt wurde. Am 04.08.2022 wurde eine weitere Teilgenehmigung (Teilgenehmigung 2) erlassen.

Es ist geplant, im Anschluss an die geplante Abgrabungstätigkeit auf den Erweiterungsflächen Aldenhoven IV und V bautechnisch nicht verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich abzulagern. Die geplante DK0-Deponie soll die bereits bestehende DKI-Deponie zunächst ergänzen und dann langfristig den Deponiestandort Aldenhoven sichern. Aufgrund langjähriger Genehmigungsverfahren soll frühzeitig der Grundstein für den Fortbestand des Unternehmens am Standort Aldenhoven gelegt werden.

Im Rahmen eines Parallelbetriebs der DKI und der DK0-Deponie können Synergieeffekte ausgenutzt werden. Angelieferte Abfälle könne vor Ort aufbereitet und recycelt werden. Nichtverwertbare Feinbestandteile könnten entsprechend ihrer Materialqualität/Zuordnung auf der jeweiligen Deponie abgelagert werden. Der DKI

Deponieraum braucht dann nicht mit Material verfüllt werden, welches auch auf einer DK0-Deponie abgelagert werden kann. Hierdurch kann im Sinne der Flächeneinsparnis wertvoller DKI-Deponieraum freigehalten werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_3]

Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll, organischen Stoffen (Bio-Abfälle) oder Sondermüll soll nicht erfolgen. Ein Teil der ohnehin geplanten Verfüllung auf den Erweiterungsflächen könnte dann in Form einer Mineralstoffdeponie erfolgen.

#### 1.2 Stand der Regionalplanung am Standort Aldenhoven

Im Entwurf des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe (Stand Juni 2020), werden die Bestandsflächen Aldenhoven II und III nicht mehr als BSAB dargestellt. Die Fläche Aldenhoven IV wird mit Ausnahme des südöstlichen Eckbereichs fast vollständig als BSAB dargestellt. Darüber hinaus wird eine große Fläche westlich der L 228 als BSAB dargestellt. Die Fläche Aldenhoven V wird nicht als BSAB dargestellt.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_4]

Um den Betriebsstandort langfristig zu sichern und weiter auszubauen, sollen die Erweiterungsflächen Aldenhoven IV und V, welche im Teilplan nichtenergetische Rohstoffe bereits zu einem großen Teil als BSAB dargestellt werden, im Anschluss an die Rohstoffgewinnung im Regionalplan zeichnerisch als Mineralstoffdeponie abgebildet werden. Die derzeitige Darstellung im Planentwurf des Gesamt-Regionalplans als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)?, auf Teilflächen überlagert von der Darstellung ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? soll durch die zweckgebundene Darstellung ?Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie? ergänzt werden.

#### 1.2 Erfordernis der Anregung

Die langfristig geplante Deponierung von Mineralstoffen bedarf der Planfeststellung nach § 35 Absatz 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.



Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt als Ziel fest, dass raumbedeutsame und für die Entsorgung von Abfällen erforderliche Deponien zu sichern sind. Der Regionalplan konkretisiert dieses Ziel indem festgelegt wird, dass regional bedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb der im Regionalplan dargestellten Standortbereiche zulässig sind. Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes NRW vom 11.03.2011 soll eine landesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in

Regionalplänen erreicht werden. Demnach sollen Deponien der DK III, II und I zeichnerisch dargestellt werden, da diese in der Regel einen Flächenbedarf von mehr als 10 ha aufweisen und somit als raumbedeutsam im Sinne des § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG gelten. Eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie ist aufgrund des begrenzten Einzugsgebietes und eines Flächenbedarfs von weniger als 10 ha in der Regel nicht erforderlich. Dennoch kann im begründeten Einzelfall eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie aufgrund ihrer Raumbedeutsamkeit geboten sein.

Vorhabengegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden.

Die Rohstoffgewinnung, die Verfüllung von Bodenaushub und der Betrieb von Mineralstoffdeponien gehört seit vielen Jahren zum Kerngeschäft der [ANONYMISIERT] Gruppe. Nach Einschätzung der Vorhabensträgerin besteht eine sehr hohe Nachfrage nach Deponieraum zur Ablagerung mineralischer Abfälle. Die Einschätzung erfolgt auf Grundlage des bereits seit vielen Jahren bestehenden Deponiebetriebs am Standort Aldenhoven.

Aufgrund von Anpassungen und Verschärfungen der gesetzlichen Regelwerke im Bereich der Verfüllung von Bodenmaterial geht die Vorhabensträgerin davon aus, dass die Nachfrage nach zusätzlichem Deponieraum, insbesondere im DK0-Bereich, zukünftig weiter zunimmt. In den letzten Jahren erfolgte bereits sukzessive eine Anpassung und Verschärfung der gesetzlichen Regelwerke hinsichtlich der Einhaltung von Zuordnungswerten im Rahmen der Verfüllung von Bodenmaterial. Die damals zur Verfüllung zulässigen Böden gemäß der Zuordnung Z 1.1 nach LAGA TR Boden werden nicht mehr zur Verfüllung zugelassen. Bestehende Genehmigungsbescheide werden fortlaufend von den Genehmigungsbehörden an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst. Derzeit ist die Verfüllung im Wiederanstiegsbereich des Grundwassers einschließlich Sicherheitsabstand mit Boden gemäß der Zuordnung Z0 und darüber mit Boden gemäß der Zuordnung Z0\* zulässig. Durch die zukünftig in Kraft tretende Mantelverodnung wird in Bezug auf die Verfüllung mit Bodenmaterial eine weitere Anpassung/Verschärfung von einzuhaltenden Grenzwerten für Abfälle zur Verwertung erfolgen. Demnach ist es absehbar, dass die ohnehin bereits hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle weiter zunimmt und ein erheblicher zusätzlicher Bedarf zur Ablagerung entsteht.

Demnach dient der Deponiestandort Aldenhoven der mittel- und langfristigen Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für ablagerungsbedürftige Abfälle in der Planungsregion Köln. Es handelt sich demnach um einen abfallwirtschaftlich erforderlichen Standort, da der Bedarf an zusätzlichem Deponieraum durch die vorhandenen und geplanten Standorte an anderer Stelle in der Region nicht anderweitig gedeckt werden kann.

### 1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel strebt die Davids GmbH eine regionalplanerische Darstellung für eine Abfalldeponie an, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen.

Die am Standort Aldenhoven bereits bestehende abfalltechnische Infrastruktur (u.a. die vorhandenen Anlagen und Einrichtungen sowie Erschließungen) soll genutzt werden. Aldenhoven ist ein bereits etablierter Standort für die Abfallentsorgung, der gesamte Standort ist durch die Abgrabungs- und Deponiefläche vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort der Deponie der Firma [ANONYMISIERTE] zu binden. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen.

Neben der Gewinnung von Sand und Kies wird auch der mehrere Meter unter Geländeoberkante anstehende Lehm zur Weiterverarbeitung abgebaut. Die bestehende Abgrabung hat gezeigt, dass ein Großteil des Lehms zur Weiterverarbeitung geeignet ist. Das Material wird bereits heute für den Deponiebau (z.B. geotechnische Barriere, Abdichtungen etc.) aber auch zur Herstellung von Keramikprodukten genutzt. Der bereits im großen Umfang vor Ort vorhandene Lehm stellt in Bezug auf den geplanten Deponiebau einen weiteren Standortvorteil da, da dieses Material bereits in der erforderlichen Qualität und Menge vor Ort vorhanden ist und nicht mehr extern beschafft und antransportiert werden muss.

Vorhabensgegenstand ist eine gewerbliche, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden. Somit fällt die Deponie nicht unter das Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle), den das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW aufgestellt hat (Bekanntmachung am 26.04.2016, MBl. 2016, Seite 239).

Im Umfeld des Standorts Aldenhoven stehen neben der werkseigenen DKI-Deponie und der benachbarten DK0-Deponie der Firma [ANONYMISIERTE] derzeit keine anderen Entsorgungseinrichtungen von Deponien (DK0, DKI oder II) zur Verfügung. Im Sinne der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgesehenen

entstehungsortnahen Entsorgung und in Übereinstimmung mit dem gleich lautenden landesplanerischen Grundsatz (Plansatz 8.3-4 im neuen Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019; im Folgenden: LEP NRW 2019) sollten keine im weiteren Umkreis liegenden Orte betrachtet werden.

Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Aldenhoven etablierten Infrastruktur und der hervorragenden Verkehrsanbindung führt zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Es entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung von ausgekieseten Abgrabungsflächen, welche im Nachgang ohnehin zur Verfüllung genutzt werden sollen. Weitere Vorteile entstehen, wenn im Rahmen des parallel betriebenen Abgrabungsbetriebs und Deponiebetriebs kombinierte Hin-Rückfahrten realisiert werden können.

Ein Flächenverbrauch durch einen komplett neuen Abfallwirtschaftsbetrieb einschließlich der zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann nicht planerisches Ziel sein. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3-1 "Ziel Standorte für Deponien" LEP NRW 2019. Danach muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW 2019). Vorliegend kann dies auch für die "Aufstockung" von verfüllten Abgrabungen gelten. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Aldenhoven offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen des voraussichtlichen BSAB bzw. auf den Erweiterungsflächen steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den Entsorgungsstandort zu sichern.

## 2 STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Im Textteil und in den Erläuterungen Gesamt-Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in Kapitel 5.3.2, Deponien, Aussagen über neue Deponiestandorte (Standortkriterien) gemacht. Demnach sind bei Standortplanungen Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen.

Den Erläuterungen zu Ziel Z.42 sind die Kriterien für künftige Standorte zu entnehmen, die in der planerischen Abwägung des Regionalplanverfahrens bedeutsam sind.

In Ziff. 1 wird ab einer Flächengröße von 10 ha eine regionale Bedeutung festgelegt.

- Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 33 ha deutlich darüber.

In Ziff. 2 wird die Notwendigkeit beschrieben, die Deckung des Bedarfs darzulegen.

- Dass das Vorhaben zur Deckung des Bedarfs notwendig ist, ergibt sich einerseits aus der konkreten Nutzung der genehmigten Abgrabung durch Verfüllung mit Boden, andererseits aus der stetigen Anpassung/Verschärfung von einzuhaltenden Grenzwerten, was dazu führen könnte, dass die bereits heute hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle weiter zunimmt und ein erheblicher zusätzlicher Bedarf zur Ablagerung entsteht.

In Ziff. 3 wird dargelegt, dass neben den abfalltechnischen Anforderungen potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt.

- Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Aldenhoven äußerst gering ist. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem den Anforderungen der Landschaftsentwicklung Rechnung getragen wird.

In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen.

- Beeinträchtigungen von gegenüber Immissionen empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen" sind ausgeschlossen, da zwischen den Wohngebieten von Aldenhoven und der Vorhabensfläche die A 44 auf einem bis zu 10 m hohen und mit Gehölzen bewachsenen Damm verläuft, welche die Abgrabung effektiv abschirmt. Anlässlich der Abgrabungserweiterung wurden Emissionsprognosen betreffend Lärm und Staub erstellt, welche belegen, dass die gesetzlichen Grenzwerte im Rahmen der Abgrabung und Verfüllung vollumfänglich eingehalten werden können.

Insgesamt wird deutlich, dass die Standorteignung für eine Mineralstoffdeponie am Standort Aldenhoven hervorragend ist. Dies betrifft die Kriterien der Regionalplanung selbst und die örtlichen Nutzungs- und Schutzansprüche. Der Grundsatz G.69 - vorrangige Nutzung bestehender Abfalldeponien und bereits (z.B. durch Rohstoffgewinnung oder Verfüllungen) vorbelasteter Flächen - kommt vollumfänglich zum Tragen.

### 3. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN<sup>5</sup>

Das Vorhabensgebiet befindet sich auf Gebiet der Gemeinde Aldenhoven.

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven wird das Vorhabensgebiet vollumfänglich als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt.

Im Rahmen der 45. Änderung des Flächennutzungsplans werden auf den Flächen der bestehenden Abgrabung/Verfüllung "Flächen für die Abfallentsorgung" anstelle von "Fläche für die Landwirtschaft" dargestellt.

Die "Flächen für die Landwirtschaft" bzw. die "Flächen für die Abfallentsorgung" innerhalb Aldenhoven II+III, Aldenhoven IV sowie deren westliche und östliche Randbereiche werden überlagert von der Darstellung "Flächen für die Gewinnung von Kies und Sand" (Übernahme aus Regionalplan).

Im nördlichen Untersuchungsraum, entlang der nördlichen Grenze der bestehenden Abgrabung/Verfüllung sowie im Süden von Aldenhoven V, verlaufen unterirdische Hauptversorgungsleitungen.

Im Untersuchungsraum ist die L228 als "Verkehrsfläche(n)" und die Kläranlage als "Fläche(n) für Ver- und Entsorgung" dargestellt. Ein kleinflächiger Bereich westlich der Altgrabung am Hoengener Fließ ist als "Fläche(n) für Wald und Sukzession" dargestellt.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_5]

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_6]

### 4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

#### 4.1 Aktueller Zustand und Erschließung

Die bestehende Abgrabung und Verfüllung befindet sich derzeit in Arbeit. Der westliche Teil (Aldenhoven II) wurde bereits verfüllt und teilweise rekultiviert. Im östlichen Teil (Aldenhoven III) schreitet der Materialabbau in Richtung Norden fort, die Verfüllung folgt dem Abbau sukzessive nach. Die weitere Verfüllung erfolgt bereits in Form einer Mineralstoffdeponie DK1.

Auf der geplanten Erweiterungsfläche Aldenhoven IV und V sollen Abgrabung, Verfüllung und Rekultivierung in ähnlicher Art weitergeführt werden wie in der bestehenden Abgrabung.

Vorhabensgegenstand ist die Anregung einer DK0-Deponie auf den Erweiterungsflächen, um die weitere Verfüllung mit mineralischen Abfällen auch zukünftig zu ermöglichen. Ein Teil der ohnehin geplanten Verfüllung mit Abfällen zur Verwertung soll dann durch mineralische Abfälle zur Beseitigung ersetzt werden.

Die bestehende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz kann weiterhin genutzt werden. Die notwendigen Betriebseinrichtungen liegen derzeit überwiegend auf der Fläche Aldenhoven II, von hier aus ist das Gelände unmittelbar an die L 228 angebunden, die Autobahn A 44 wird weiter über die L 136 und die B 56 ohne Ortsdurchfahrten in gut 1 km Entfernung erreicht.

Die bestehende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ist hervorragend.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_7]

#### 4.2 Betriebsablauf

Das Vorhabensgebiet befindet sich im Einflussbereich der Sumpfungmaßnahmen durch den Braunkohlen-Tagebaubetrieb Inden der RWE Power AG. Das erste Grundwasserstockwerk unter dem Vorhabensgebiet wurde im Zuge von Sumpfungmaßnahmen um mehrere Meter abgesenkt. Nach Einstellung der Sumpfungmaßnahmen wird es zu einem allmählichen Wiederanstieg des Grundwassers bis auf das vorbergbauliche Niveau kommen.

Die Abbausohle liegt im unteren Teil innerhalb des Wiederanstiegsbereich des Grundwassers. Nach der Abgrabung sollen die Bereiche innerhalb des Wiederanstiegsbereich (höchster zu erwartender Grundwasserstand + Sicherheitsabstand) mit sauberen Bodenmaterial verfüllt werden. Darüber könnte zukünftig eine Ablagerung mineralischer Abfälle erfolgen.

Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 0 (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung (DepV) - nach erfolgter Abgrabung und Teilverfüllung im Wiederanstiegsbereich - auf der gesamten Erweiterungsfläche Aldenhoven IV und V.

Die Einrichtung der Mineralstoffverfüllung nach Deponieverordnung erfordert zuvor eine Teil-Entlassung der Abgrabung aus dem Abgrabungsrecht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponietechnischen Einrichtungen (u.a. Basisabdichtung, Sickerwassererfassung, und Oberflächenentwässerung). Eine Oberflächenabdichtung ist gemäß DepV bei einer DK0-Deponie nicht erforderlich.

Gegenüber der heutigen Abgrabung und der geplanten Erweiterung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie innerhalb einer abgegrabenen Fläche
- Anpassung des Ablaufes der genehmigten Rekultivierung der Abgrabung an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Insgesamt können der Charakter des Standortes als Abbau- und Verfüllfläche sowie die grundsätzlichen Elemente der Rekultivierung beibehalten werden.

#### Basisabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung.

Auf der Sohle auftretendes Deponiesickerwasser wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengelagert und fachgerecht entsorgt.

Als oberste Bodenschicht wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht.

Nach der Rekultivierung wird das auf der Oberfläche anfallende Regenwasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht.

#### 4.3 Verfüllmenge

Nach vorläufiger grober Abschätzung ist davon auszugehen, dass mit einem Aufkommen an Deponat von etwa 200.000 m³ pro Jahr zu rechnen ist.

Die Deponierung würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von ca. 2,5 bis 3 Mio. m³ umfassen und entsprechend des prognostizierten jährlichen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa 13 bis 15 Jahren beanspruchen. Die exakte Berechnung kann erst erfolgen, wenn die Höhenlage des Planums und die Gestaltung des Endreliefs festgelegt wurden.

#### 4.4 Belastungen von Wohngebieten

Südlich des Vorhabensgebiets befindet sich die Ortschaft Aldenhoven. Zwischen der geplanten Abgrabung und der Ortschaft Aldenhoven verläuft die A 44 auf einem etwa 10 m höher gelegenen Damm, welcher größtenteils auch mit Gehölzen bestanden ist. Der Damm der Autobahn schirmt den Standort Aldenhoven von der Ortschaft Aldenhoven ab.

Innerhalb von Aldenhoven V liegen der Hof Küpper sowie teilweise Gebäude der

Köttenicher Mühle. Die Gebäude sollen vor Durchführung des Rohstoffabbaus entfernt werden. Bis zur tatsächlichen Beanspruchung der Gebäude sollen sie erhalten und wie bisher genutzt werden. Da der Abbau bis zur Beanspruchung der Gebäude immer weiter an die Gebäude heranrückt, war es erforderlich, die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte in Bezug auf Lärm und Staub gutachterlich zu überprüfen.

Darüber hinaus wurde eine gutachterliche Stellungnahme angefertigt, um nachzuweisen, dass eine Beeinträchtigung der Gebäude durch mögliche Erschütterungen aus dem Vorhabensgebiet nicht zu besorgen ist.

#### Lärm<sup>6</sup>

Im Zuge des Erweiterungsverfahrens der Abgrabung Aldenhoven IV und V wurde eine schalltechnische Prognose erstellt. Es wurde nachgewiesen, dass die erforderlichen Grenzwerte an allen Immissionsorten eingehalten werden.

Solange die Gebäude genutzt werden, sind Maßnahmen zur Lärminderung in Form von Wällen erforderlich. Nach dem Rückbau der Gebäude sind keine Maßnahmen mehr erforderlich.

Im Rahmen der geplanten Deponierung soll ein Teil der ohnehin vorgesehene Verfüllung mit Bodenmaterial durch mineralische Abfälle ersetzt werden. Dieser Arbeitsschritt wurde im Rahmen der Lärmprognose bereits betrachtet. Im Zuge des Betriebs der geplanten Mineralstoffdeponie wäre es denkbar, weitere Aufbereitungsanlagen auf der Anregungsfläche zu errichten, welche im Rahmen des Deponiebetriebs genutzt werden. In der Lärmprognose zur Abgrabungserweiterung wurde vorsorglich bereits ein Brecher berücksichtigt.

Im Rahmen des Erweiterungsverfahrens wurde auch eine Staubprognose erstellt. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Immissionswerte sicher eingehalten werden. In der Zeit vom Juli 2015 bis Januar 2016 hat die ANECO Institut für Umweltschutz GmbH & Co. Vorbelastungsmessungen von Schwebstaub und Staubniederschlag durchgeführt. Die Messungen fanden an der Kläranlage in direkter Nähe der Köttenicher Mühle und an drei weiteren Standorten statt. Während der Messzeit wurden die genehmigte Deponie sowie der Brecher betrieben. Die Beiträge dieser Quellen an der Staubimmissionssituation wurden somit in den Vorbelastungsmessungen erfasst. Unter Berücksichtigung der Vorbelastung und den bereits vorliegenden Informationen wurde dann eine Staubprognose für die geplante Abgrabungserweiterung Aldenhoven IV und V erstellt. Im Rahmen des geplanten Vorhabens soll ein Teil der ohnehin zur Verfüllung vorgesehenen Bodenmassen durch mineralische Abfälle ersetzt werden. Die Verfüllung wurde bereits als Arbeitsschritt berücksichtigt.

#### Erschütterungen<sup>8</sup>



Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Erweiterung wurde überprüft, ob Erschütterungen zu einer Beeinträchtigung bzw. zu Schäden an den beiden Gebäuden führen könnten. Es wurde gutachterlich belebt, dass Schäden durch Erschütterung nicht zu besorgen sind.

#### Zusammenfassung

Es ist es derzeit nicht absehbar, dass das geplante Vorhaben zu einer Überschreitung von Grenzwerten führt. Der Nachweis über die Einhaltung der Grenzwerte kann in dem nachfolgenden Genehmigungsverfahren erbracht werden.

#### 4.5 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus sollen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs der Abgrabungen, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen.

Für den angeregten Deponiebereich legt der Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) auf kleinen Teilflächen im Südwesten als Rekultivierungsziel einen BSLE fest. Eine Festlegung des Deponiestandorts würde dem Rekultivierungsziel nicht entgegen stehen, da die angestrebte Rekultivierung des Deponiekörpers die im Rahmen der geplanten Abgrabungsflächen festgelegten Rekultivierungsabsichten übernehmen kann. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

##### 4.5.1 Rekultivierung wie genehmigt

Entsprechend des genehmigten Rekultivierungsplanes für die bestehende Abgrabung und die Deponie DKI soll an den steiler abfallenden Rändern ein strukturreicher halboffener Biotopkomplex aus Feldgehölzen und Krautsäumen erstellt werden. Das Zentrum der Deponie soll als extensives Wirtschaftsgrünland genutzt werden.

Durch die Rekultivierung erfahren die in Arbeit befindlichen Flächen, vor allem im Hinblick auf die weithin ausgeräumte Ackerlandschaft, eine ökologische Aufwertung. Es entstehen neue Habitate für Fauna und Flora, welche die Biodiversität in diesem Landschaftsraum potentiell steigern werden.

Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_8]

#### 4.5.2. Rekultivierung wie geplant

Die geplante Rekultivierung der geplanten Erweiterung greift das Rekultivierungskonzept der genehmigten Abgrabung im Prinzip auf.

Nach Abschluss des Abbaus soll das wiederhergestellte Relief in Anlehnung an die vorhandene Geländeform modelliert und an die bestehende Geländeoberkante angeschlossen werden. Die Verfüllung erfolgt sukzessive dem Abbau folgend mit Bodenaushub.

Die Rekultivierung umfasst die Wiederherstellung von Ackerflächen und Extensivgrünland sowie die Schaffung von flächigen und linearen Gehölzelementen, verbunden mit vorgelagerten Krautsäumen und Tümpeln.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_9]

Ziel ist es, die Biotopvernetzung weiter zu stärken, indem die Strukturvielfalt in der Landschaft durch landschaftstypische Gehölz- und Offenlandbiotope weiter erhöht wird.

#### 4.5.3 Gesamtkonzept der Rekultivierung unter Berücksichtigung einer Mineralstoffdeponie

Die genehmigte Rekultivierungsplanung kann grundsätzlich auch im Rahmen der Deponierekultivierung beibehalten werden. Das Endrelief könnte ebenfalls erhöht werden, um einen landschaftsgerechten Übergang zu der genehmigten DKI-Deponie herzustellen und eine ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers im Endzustand gewährleistet ist. Tümpel und Feuchtlebensräume könnten wie bereits geplant im Rahmen der Oberflächenentwässerung am Böschungsfuß angelegt werden.

Die geplanten Gehölzpflanzung sollen hauptsächlich auf den Randflächen angelegt werden. Mögliche schädliche Einflüsse durch tieferreichende Wurzeln auf die Deponieoberfläche können so vermieden werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Anpassung der Gehölze im Deponiebereich vorzunehmen und ausgewählte flachwurzelden Gehölzen zu verwenden.

### 5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

#### 5.1 Standortvoraussetzungen

Mit dem Vorhaben können erhebliche Umweltauswirkungen verbunden sein.

Grundvoraussetzung für die Errichtung einer Deponie ist, dass die in Anhang I der DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte (vgl. DepV 2009 Anhang I) erfüllt sind:

"Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 10 Absatz 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:

1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstandes der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,
2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,
3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,
4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,
5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."

Diese Anforderungen sind am Standort Aldenhoven grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum grundsätzlich positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist aus den folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Es sind - mit Ausnahme des Biotopverbunds - keine geschützten oder schützenswerten Flächen betroffen.
- Ein fachgerechter Umgang mit schutzwürdigen Böden kann im Rahmen der Abgrabungstätigkeit geregelt werden.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist gegeben.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und entsorgt werden.

Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verkehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort hervorragende Eigenschaften.

## 5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden. Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht betroffen:

kein Wasserschutzgebiet  
kein Überschwemmungsgebiet  
kein FFH-Gebiet  
kein EU-Vogelschutzgebiet  
keine Alleen  
keine Naturschutzgebiet  
keine eingetragenen Bau- und/oder Bodendenkmäler  
keine Biotopkatasterflächen  
keine Naturdenkmäler  
keine gesetzlich geschützte Biotope

## 5.3 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche

Im Untersuchungsraum, jedoch nicht im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Landschaftsschutzgebiet
- Geschützte Landschaftsbestandteile
- Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

Falls die auf den Bestandflächen als Ausgleichsmaßnahme angelegten Gehölzpflanzungen bzw. die Gehölzpflanzungen der Höfe im Kompensationsflächenkataster des Kreises Düren aufgeführt sind, dann gelten sie als gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile.

Im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Biotopverbund
- Schutzwürdige Böden bezüglich Fruchtbarkeit  
Einstufung "hoch" und "sehr hoch"

### 5.3.1 Landschaftsschutzgebiete<sup>9</sup>

Der zentrale, nördliche und westliche Bereich des Untersuchungsraums einschließlich des Erweiterung Aldenhoven IV und V sowie der bestehenden Abgrabung/Verfüllung liegen nicht in einem Landschaftsschutzgebiet.

Im Osten des Untersuchungsraums ist im Bereich des Merzbaches das Landschaftsschutzgebiet "L 2.2.2 Merzbach und Freialdenhovener Fließ" dargestellt.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_10]

Die Festsetzung erfolgt gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG insbesondere:

- für die Erhaltung und Wiederherstellung des Fließgewässers und der angrenzenden, teilweise grünlandgeprägten Auebereiche für den Biotopverbund und den Arten- und Biotopschutz;
- wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Bachlaufs mit seiner Aue und des hohen Anteils gliedernder und belebender Landschaftselemente;
- wegen der kulturhistorischen Bedeutung des Römerparks und der Landschaft als Ergebnis des Landschaftswandels und der erkennbaren Landschaftsstrukturen als Zeugen dieser kulturhistorischen Entwicklung;
- für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gewässerstrukturen mit ihren Auenbereichen sowie der Gehölzstrukturen und Landschaftselemente in einer offenen, agrarisch geprägten Kulturlandschaft für den Biotopverbund und den Arten- und Biotopschutz;
- für die Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes;
- wegen der besonderen Bedeutung für die ortsnahe, ruhige, landschaftsbezogene Erholung.

Das Landschaftsschutzgebiet umfasst den Verlauf des Merzbachs zwischen Linnich und Welz, bei Merzenhausen sowie zwischen Engelsdorf und Niedermerz. Die Abschnitte des Freialdenhovener Fließ liegen nördlich von Freialdenhoven bis zur Mündung in den Merzbach sowie südlich von Freialdenhoven und westlich bzw. nordwestlich von Siersdorf. Das Schutzgebiet umfasst neben dem Gewässerlauf auch die angrenzenden Auenbereiche und Talhänge mit landwirtschaftlich genutzten Bereichen. Im Schutzgebiet liegen Abschnitte des Merzbachs und des Freialdenhovener Fließ, für die im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch den Umsetzungsfahrplan Maßnahmen konzipiert wurden.

### 5.3.2 Biotopverbund<sup>10</sup>

Teile des Untersuchungsraums und des Vorhabensgebietes sind von der Biotopverbundsfläche VB-K-5003-001 "Bördendörfer zwischen Linnich und Aldenhoven" erfasst.

Im Untersuchungsraum gehören die Talräume des Hoengener Fließ, des Lahngraben und des Merzbachs zur Biotopverbundsfläche VB-K-5003-001. Außerdem erfasst ist das Wirtschaftsgrünland rund um einen landwirtschaftlichen Betrieb am südwestlichen Rand

des Vorhabensgebietes.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_11]

#### **VB-K-5003-001 "Bördendörfer zwischen Linnich und Aldenhoven"**

##### Schutzziel:

- Erhalt der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage der Bördendörfer mit strukturreichen Gärten, Gehölz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden
- Erhalt der Gräben und Fließe mit einzelnen begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystems.

##### Entwicklungsziel:

- Optimierung der Fließe und Gräben durch Schaffung einer beidseitig 5-10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichen, ungespritzten Ackerrandstreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung
- Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung
- Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen
- Optimierung der Still- und Kleingewässer.

#### 5.3.3 Geschützte Landschaftsbestandteile<sup>11</sup>

Innerhalb des Vorhabensgebiets sowie der bestehenden Abgrabung/Verfüllung bestehen keine geschützten Landschaftsbestandteile. Im weiteren Untersuchungsraum sind die folgenden geschützten Landschaftsbestandteile dargestellt:

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_12]

##### LB-2.4.2-5 Gehölzgeprägte Fläche westlich von Engelsdorf

Überwiegend grünlandgeprägte Fläche mit unterschiedlichen Gehölzen, die angrenzend an einer Grabenstruktur verläuft.

##### LB-2.4.3-16 Feldgehölz westlich von Engelsdorf

Die Fläche ist von Nadelbäumen bestanden.

##### LB-2.4.3-17 Feldgehölz ca. 1 km östlich von Dürboslar

Die Fläche liegt zwischen einer Kiesgrube und dem Hoengener Fließ. Neben Laubgehölzen sind teilweise auch Nadelgehölze vorhanden.

##### LB-2.4.4-2 Hoengener Fließ

Maßnahmen sind im Rahmen der WRRL durch den Umsetzungsfahrplan konzipiert

LB-2.4-6 Einzelbäume, Baumreihen und Baumgruppen  
Lineare oder punktuelle Gehölzstrukturen

#### 5.3.4 Landschaftsplan<sup>12</sup>

Die bestehende Abgrabung/Verfüllung, das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum liegen vollständig im Geltungsbereich des rechtskräftigen Landschaftsplans 5 "Aldenhoven / Linnich West" des Kreises Düren.

Für den östlichen Teil der bestehenden Abgrabung/Verfüllung sowie für das Vorhabensgebiet wird vollständig das Entwicklungsziel 2 dargestellt.

##### Entwicklungsziel 2:

Anreicherung einer Landschaft mit naturnahen Lebensräumen und mit gliedernden und belebenden Elementen unter besonderer Berücksichtigung der Lebensraumfunktionen der offenen, unzersiedelten Bördelandschaft und Erhalt der vorhandenen Strukturelemente.

Für die bestehende Abgrabung/Verfüllung stellt der Landschaftsplan zusätzlich das Entwicklungsziel 3 dar:

##### Entwicklungsziel 3:

Wiederherstellung von in ihrem Wirkungsgefüge, ihrem Erscheinungsbild oder ihrer Oberflächenstruktur geschädigten oder erheblich veränderten Bereichen und Eingliederung in die umgebende Landschaft.

[s. Anhang Abb. StnID 1006803\_001\_13]

Im Westen und Osten des Untersuchungsraums, entlang der Bachniederungen, wird außerdem das Entwicklungsziel 1 dargestellt:

##### Entwicklungsziel 1:

Erhaltung der Naturraumpotentiale einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen naturnahen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft.

<sup>1</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt - Region Aachen, 1. Auflage 2003 mit Ergänzungen (Informationsstand: August 2022)

<sup>2</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Erster

Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Stand Juni 2020

<sup>3</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Entwurf von Dezember 2021

<sup>4</sup>Kreis Düren, Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung einer Deponie der Deponieklasse I in dem Abgrabungsgelände in Aldenhoven, Gemarkung Aldenhoven, Flur [ANONYMISIERT] und Gemarkung Engelsdorf Flur [ANONYMISIERT] vom 15.03.2019

<sup>5</sup>Gemeinde Aldenhoven (Hrsg.) (2017): Flächennutzungsplan. 38. Änderung, Bekanntmachung vom 26.05.2012, Download aus dem Internet: <http://gis.kreis-dueren.de/inkasportal/>, Download am 16.01.2017 sowie: 45. Änderung, Bekanntmachung der Gemeinde Aldenhoven vom 13.04.2017, Download aus dem Internet: <https://www.aldenhoven.de/rathaus/veroeffentlichungen/bekanntmachungen/2017/45.Aend.FNP.php>, Download am 03.09.2017, Informationsstand 25.08.2022

<sup>6</sup>Michael Mück, Büro für Schallschutz, Umweltmessungen, Umweltkonzepte, Herzogenrath (Datum der Berichterstellung: 31.07.2020/Revision 0-4): Schalltechnische Prognose zur geplanten Erweiterung einer bestehenden Abgrabung der [ANONYMISIERT] in 52457 Aldenhoven an der L 288, ?Prüfung Minderungsmaßnahmen?

<sup>7</sup>Aneco, Institut für Umweltschutz GmbH & Co., Mönchengladbach (17.12.2020): Prognose der Immissionen von Schwebstaub (PM-10) und Staubbiederschlag ausgehend von der Abgrabungserweiterung Aldenhoven IV und V der [ANONYMISIERT]

<sup>8</sup>Geotechnisches Büro Prof. Dr.-Ing. H. Düllmann GmbH (24.06.2020): Erweiterung der Kiesabgrabung Aldenhoven IV + V, Einschätzung zu einer möglichen Einwirkung von Erschütterungen durch den Einsatz von Erdbaugeräten im Zuge der Abgrabung auf die Bestandsbebauung

<sup>9</sup>Kreis Düren (Hrsg.): Landschaftsplan 5 Aldenhoven/Linnich-West, rechtskräftig seit dem 14.05.2014, Informationsstand 25.08.2022

<sup>10</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 23.08.2022



Kreis Düren (Hrsg.): Landschaftsplan 5 Aldenhoven / Linnich-West, rechtskräftig  
14.05.2014, Informationsstand 25.08.2022

<sup>12</sup>Kreis Düren (Hrsg.): Landschaftsplan 5 Aldenhoven / Linnich-West, rechtskräftig  
14.05.2014, Stand: 25.08.2022

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_8.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006803\\_001\\_9.pdf](#)

AZ: Ö-M-1307	
1002814	
1008376	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Festsetzung eines BSN im Bereich des Buschbeller Waldes in Frechen</b></p> <p>Der Regionalplanentwurf setzt nunmehr in einem Bereich des Buschbeller Waldes, der im Tagebauvorfeld des Quarzsandtagebaus Frechen liegt, ein BSN fest.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008376]</p> <p>Dieses BSN wurde aufgrund der Einstufung des LANUV-Fachbeitrags als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung (Verbundschwerpunkt Wald) eingefügt.</p> <p>In Z.19 sieht der Entwurf vor:</p> <p><i>[ ... ] Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. [ . . . ]</i></p> <p>Der Quarzsandtagebau ist in diesem Bereich <b>bestandskräftig über eine Planfeststellung genehmigt und bereits seit Jahrzehnten als BSAB</b> ausgewiesen. Die genehmigte bergbauliche Inanspruchnahme sieht vor, dass der Wald in diesem Bereich zunächst gerodet und nach der bergbaulichen Inanspruchnahme gemäß den Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses rekultiviert wird.</p> <p>Die Ausweisung als BSN und die mit dieser Festsetzung im Regionalplanentwurf einhergehenden Festsetzungen widersprechen dieser Genehmigungssituation und der Ausweisung als BSAB, weil das verfolgte Ziel der Sicherung dieser Waldbereiche wegen des vorrangigen und endabgewogenen Zieles der bergbaulichen Nutzung nicht erreicht werden kann. Das vorgesehene BSN steht dem bereits seit vielen Jahrzehnten festgesetzten BSAB diametral entgegen. Beide Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar.</p> <p>Die Festsetzung <b>würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen</b>, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtäumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsfächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamtäumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.</p> <p>Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung <i>Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)</i> <i>sicherstellen</i> gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (vgl. OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 -11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 112). Mit Blick auf den Konkretisierungsgrad der raumordnerischen Zielbestimmung des Bereichs als BSN, der textlichen Festlegungen in Plansatz Z.19 und des Umstandes, dass mit diesen strikten Vorgaben eine raumordnungsrechtliche Letztentscheidung getroffen werden soll, hat den Festlegungen eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der davon berührten Belange mit der erforderlichen Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte vorauszugehen. Diesen Maßgaben wird der vorliegende Planentwurf nicht gerecht, denn er stützt sich einseitig auf die allein an naturschutzfachlichen Erkenntnissen orientierten Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes, ohne die gegenläufigen öffentlichen und privaten Belange an der Rohstoffgewinnung im bestandskräftig zugelassenen Abbaufeld zu berücksichtigen und entsprechend dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen. Denn dem überragenden Gewicht der Belange der Rohstoffsicherung an dieser Stelle wird erkennbar nicht entsprochen, wenn für das Abbaufeld ein BSN festgelegt wird, dem die Wirkung eines Vorranggebiets für den Naturschutz zukommt und das nach den textlichen Festlegungen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des Biotopverbundes dient. Damit verfehlt der Planentwurf aber die Anforderungen, die an eine räumliche Gesamtplanung zu stellen sind. Er setzt sich in Widerspruch nicht nur bestandskräftigen bergrechtlichen Zulassung, sondern auch zu dem eigenen, in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplan "Nichtenergetische Rohstoffe" und den derzeit gültigen Festlegungen.

Die Stadt Frechen und der Rhein-Erft-Kreis haben diesen Punkt ebenfalls aufgegriffen und beantragen die Streichung des BSN bzw. sehen die Ausweisung des BSN im Tagebauvorfeld ebenfalls als unzulässig an.

**Der Bereich für den Schutz der Natur (BSN) im Tagebauvorfeld des zugelassenen Quarzsandabbaus muss daher aus dem Planentwurf gestrichen werden.**

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008376.pdf](#)

1008377

## Inhalt

### **Festsetzung eines Regionalen Grünzuges im Bereich des Quarzsandtagebaus**

Im Bereich des Quarzsandtagebaus wird zudem ein regionaler Grünzug neu festgelegt. Diese Festsetzung verletzt wie auch die Festsetzung des BSN ( siehe oben) das Abwägungsgebot, da sie mit den bestandskräftigen Genehmigungen für die bergbauliche Nutzung nicht vereinbar ist.

Z.18 des Regionalplanentwurfs sieht vor:

*[...] Planungen und Maßnahmen, die diese Funktionen der RG beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Wegen ihrer Freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen sind RG insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. [...]*

RG dienen der siedlungsräumlichen Gliederung und sind als siedlungsnaher Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, als Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten. Diese Zwecke sind im bestandskräftig genehmigten Tagebau nicht umsetzbar, da der Tagebaubereich nicht hinsichtlich der Erholungs- und Freizeitnutzung erhalten werden kann. Der Tagebaubereich ist vielmehr dynamisch, da der Abbau durch die Landschaft "wandert". Wegen seiner Gefährlichkeit kann der Tagebau auch keine Erholungsfunktion bieten, der Zutritt ist vielmehr streng untersagt.

Die Festsetzung würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Auf die vorstehenden Ausführungen zum geplanten BSN, die gleichermaßen auch für den im Planentwurf vorgesehenen Regionalen Grünzug gelten, wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen.

**Der Regionale Grünzug im Bereich des zugelassenen Quarzsandtagebaus sollte daher gestrichen werden.**

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### **Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsf lächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1008378	
<p>Inhalt</p> <p><b>Trink- und Heilwasserschutz in Grundsätzen 46 und 47 des Regionalplanentwurfs</b></p> <p>G. 47 des Regionalplanentwurfs sieht (ähnlich G 46) vor:</p> <p><b>G. 47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichen</b>  Innerhalb des Braunkohlenplangebiets sollen den in Folge der Beendigung des Braunkohlebergbaus auftretenden Veränderungen der Grundwasser- und Gewässerverhältnisse, insbesondere in Bezug auf die Trinkwassergewinnung, ein besonderes Gewicht beigemessen werden.  Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser und Heilwasser erheblich gefährden, sollen vermieden werden.</p> <p>Hier nach sollen also Planungen und Maßnahmen im Braunkohlenplangebiet, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden. [ ... ]</p> <p>In der Erläuterung (Rn. 2, siehe auch gleichlautend zu G46) werden diese Planungen und Maßnahmen näher konkretisiert:  <i>„Im Rahmen der Fachplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung sollen innerhalb des Braunkohlenplangebiets die durch die Wasserhaltungsmaßnahmen des Braunkohletagebaus verursachten Veränderungen der Einzugsgebiete öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen vor Planungen und Maßnahmen geschützt werden, die negative Auswirkungen auf die Gewässer- und Grundwasserqualität haben können. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen) [Hevorhebung durch Unterz.].“</i></p> <p>Das Braunkohlenplangebiet erstreckt sich nach der Karte Anhang A3 Erläuterungskarte F9 auf den gesamten Rhein-Erft-Kreis:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008378]</p> <p>Damit wird gewerbliche Tätigkeit, die regelmäßig mit großflächigen Versiegelungen oder dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen verbunden ist, im Kreisgebiet perspektivisch ausgeschlossen (auch wenn es sich ?nur" um einen Grundsatz handelt). Dies dürfte den angestrebten Strukturwandel konterkarieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und der Grundsatz 46 sowie der Grundsatz 47 werden angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p> <p>Im Hinblick auf den Abbau von nichtenergetischen Rohstoffen (Lockergesteine) gilt, dass diesbezügliche regionalplanerische Vorgaben dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden können, der parallel zur Neuauftellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.</p> <p>Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung <i>Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)</i> sicherstellen gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Regionalplanerische Vorgaben zur Rohstoffgewinnung innerhalb der BSAB ? auch im Hinblick auf die Anforderungen des Grundwasser- und Gewässerschutzes ? sind somit nicht Gegenstand der Neuauftellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.</p>

Als Bergbauunternehmen kennen wir die Grundwasserschutzvorgaben genau und sehen durch die Abgrabungstätigkeit keine Gefahr für den Gewässerschutz, zumal die Gewinnung in unserem Quarzsandtagebau oberhalb des Grundwassers erfolgt. Gefahren für das Grundwasser sind in der Praxis des Abbaus nicht bekannt. Darüber besteht weitgehende Einigkeit, insbesondere stimmt auch der Erftverband dieser Einschätzung zu.

Die Einschränkung von Bodenschatzgewinnungen ist inhaltlich nicht zu rechtfertigen, weil Fälle von Gewässerverunreinigungen durch den Gewinnungsbetrieb in der Vergangenheit nicht vorgekommen und auch zukünftig wegen strengerer Vorgaben in den betrieblichen Genehmigungen erst recht nicht zu erwarten sind.

Die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ist an **rechtliche Voraussetzungen** geknüpft, deren Vorliegen bei lediglich geplanten Schutzgebieten nicht nachgewiesen ist. Wenn der Regionalplan nach seiner Konzeption ähnlich prohibitive Auswirkungen wie ein Trinkwasserschutzgebiet festlegt, ohne dass deren rechtlichen Voraussetzungen nachgewiesen sind, werden diese Voraussetzungen umgangen und die Rechte der Betroffenen unterlaufen. Der Regionalplanung fehlt die Zuständigkeit für die Festsetzung derart weitreichender Regelungen.

Neben den vorgenannten rechtlichen Bedenken konterkarieren die Regelungen auch die Bemühungen der Regionalplanung, den Herausforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden und adäquaten Ersatz für die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird nur gelingen, wenn auch Industrieunternehmen weiterhin die Möglichkeit zu Ansiedlung und Betrieb im Regierungsbezirk haben und die Vorgaben des Regionalplanes dies nicht von vornherein verhindern.

**Die Begründung zu den Grundsätzen 46 und 47 muss gestrichen werden soweit auf den Abbau oberflächennaher Rohstoffe abgestellt wird. Gleiches gilt auch für die Nennung von Versiegelungen und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in der vorgenannten Begründung.**

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008378.pdf](#)

1008379	
<p>Inhalt</p> <p><b>Ausweisung der Werks- und Hauptverwaltungsflächen der Quarzwerke GmbH in Frechen als GIB bzw. GIBZ (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich)</b></p> <p><b>Die Quarzwerke GmbH beantragt die Ausweisung der Werksflächen und der Hauptverwaltung am Standort Frechen als Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich.</b></p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplans der Stadt Frechen haben die Quarzwerke beantragt, die Hauptverwaltung und die heutigen Werksanlagen mit einer Fläche von ca. 10 ha als gewerbliche Bauflächen darzustellen, um die Weiterverarbeitung und Veredelung von Quarzsanden und anderen Industriemineralien auch außerhalb der engen Vorgaben des Bergrechts am bestehenden Unternehmensstandort zu ermöglichen. Aktuell gibt es nur Nutzungen im Außenbereich unter der Regie des Bundesberggesetzes (BBergG). Im Hinblick auf bereits vor Ort ablaufende Prozesse, die noch unter dem BBergG zulässig sind, aber auch unter den Aspekten des Strukturwandels und der Lieferketten technologisch für Frechen und die Region zukunftsorientiert erhalten bleiben sollten, unterstützt auch die Stadt Frechen dieses Vorhaben.</p> <p>Die Darstellung im Flächennutzungsplan setzt jedoch eine entsprechende Abstimmung mit der Regionalplanung und deren Zustimmung voraus. Die Festlegung eines GIB war deshalb bereits Gegenstand der Abstimmung zwischen der Stadt und den Quarzwerken einerseits und der Regionalplanung andererseits.</p> <p>Zur <b>Begründung</b> im Einzelnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Ausweisung der Werksflächen/ Tagesanlagen als GIB (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich)</b></li> </ul> <p>Die Bereiche, auf denen die heutigen Tagesanlagen stehen, sollten als GIB (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich), ggf. mit Zweckbestimmung, ausgewiesen werden.</p> <p>Der Werksbereich ist von einer industrietypischen Bebauung mit verschiedenen Werksanlagen, Mühlen, dem Zentrallabor der Quarzwerke Gruppe, einem BHKW-Kraftwerk, Lagerhallen sowie Parkplätzen geprägt und verfügt über die für Industrienutzungen notwendige Infrastruktur. Neben der Aufbereitung der vor Ort gewonnenen Quarzsandrohstoffe werden in den Anlagen, insbesondere in der sog. HPF (High Performance Filler)-Produktion auch andere Mineralien mit besonders innovativen Techniken wie etwa einer Luftstrahlmühle behandelt.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Siehe Erläuterungen zu StnID 1003659.</p>

Bereits unsere tradierten Quarzsandprodukte sind wichtig für die Energiewende. Sie dienen der Herstellung von Windkraftanlagen als Grundstoff für die Rotoren und als feuerfeste Formsande für das Gießen von Turbinenteilen. Darüber hinaus sind aber gerade die weiteren innovativen Produkte Garant für die Stromversorgung der Zukunft und für die Energiewende unverzichtbar. Die hierfür erforderlichen weiteren Rohstoffe, die zugekauft und am Standort verarbeitet werden, eröffnen etwa neue Möglichkeiten für die E-Mobilität, indem sie den Bau leichter Karosserieteile ermöglichen, die Wärmeableitung von Elektromotoren fördern und helfen, die Batterietechnik zu verbessern. Unsere innovativen Produkte sind auch für den Netzausbau wichtig, so optimieren unsere Produkte etwa die Eigenschaften von Isolatoren, die für den Ausbau des Stromnetzes wichtig sind.

Eine solche Produktion ist unter Bergrecht nur zulässig, sofern der Schwerpunkt der betrieblichen Tätigkeit bei der Aufbereitung (Mahlen, Waschen und Klassieren) von Bodenschätzen liegt. Verlagert sich der Schwerpunkt einer Anlage hin zu einer Aufbereitung von standortfremden Rohstoffen oder zu einer sonstigen Verarbeitung von Bodenschätzen (sog. Weiterverarbeitung), besteht die Gefahr, dass Genehmigungsbehörden diese Produktion als nicht mehr von den bergrechtlichen Genehmigungen erfasst ansehen.

Die Ausweisung als GIB - mit Zweckbestimmung - soll dazu dienen, den Standort mit seinen Arbeitsplätzen zu sichern und auch in Zukunft eine zuverlässige Versorgung der Kunden der Quarzwerke GmbH mit den eigenen Produkten aufrecht erhalten zu können. Durch die Lage im Außenbereich können grundsätzlich nur Nutzungen unter dem Geltungsbereich des BBergG ausgeübt werden. Es ist aber von großer Wichtigkeit, auch Anlagen außerhalb des BBergG am Standort zu genehmigen:

- Die Anlagen am Standort Frechen, insbesondere in der HPF, ermöglichen hoch spezialisierte Produktionsprozesse, die laufend nach den Anforderungen der Kunden angepasst und erweitert werden. Unter dem Bergrecht sind grundsätzlich jedoch nur eingeschränkte Produktionsschritte (Aufbereitung) möglich. Um zukünftig auch Weiterverarbeitungen der Produkte in größerem Umfang oder in neuen Anlagen zu ermöglichen, ist die Festlegung als GIB im Regionalplan erforderlich. Anderenfalls müsste für diese Weiterverarbeitungsschritte eigens eine Anlage in einem Industriegebiet errichtet werden. Dies ginge mit hohen zusätzlichen Investitionskosten u.a. für Grundstücke und Infrastruktur sowie zusätzlichen Betriebskosten (Transport, Unterhaltung eines weiteren Standorts, Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte etc.) einher. Solche zusätzlichen Kosten haben in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass Projekte nicht wirtschaftlich waren und im Ergebnis nicht umgesetzt wurden.



- Um den Standort und damit auch die Lieferketten (Quarzsand ist mit seiner Bedeutung für die Glas- und Gießereiindustrie insbesondere für die Automobilindustrie relevant) für die Zukunft zu sichern, ist eine Ausweisung als GIB geboten.
- Die Errichtung von weitergehenden außerhalb des Bergrechts stehenden Produktionsanlagen im Werksbereich ist örtlich gut verträglich, da der Werksbereich eindeutig einen industriellen Charakter aufweist, sich die Anlagen daher unproblematisch einfügen würden und sich angesichts der bereits bestehenden Nutzung keine weitergehenden nachteiligen Auswirkungen für Umwelt und Anwohner (insbesondere Emissionen und Verkehr) ergäben. Auch das Gepräge der Firsthöhe von Gebäuden würde nicht verändert.
- Die Einbindung weiterer Produktionsschritte vor Ort würde eine Vielzahl zusätzlicher Transportfahrten entbehrlich machen und eine beträchtliche Ressourceneinsparung bedeuten. Das ist insbesondere in der gegenwärtigen geopolitischen Situation, in der die Energieversorgung unsicher ist, und zum Klimaschutz von großer Bedeutung.
- Zukünftig sollen Rohstoffe (noch mehr als in der Vergangenheit bereits praktiziert) durch die Aufarbeitung von Recyclingstoffen substituiert werden. Die hochreinen Quarzsande der Lagerstätte Frechen werden weit überwiegend in die Gießerei- und in die Glasindustrie geliefert. Die Produktionsvorgänge in diesen Industrien sind bereits durch eine hohe Recyclingquote gekennzeichnet, da der Einsatz von Glasscherben und die mehrfache Verwendung der Gießereisande in der Produktion Standard sind. Eine weitere Erhöhung der ohnehin bereits sehr hohen Recyclingquoten setzt weitere Forschungen an innovativen Aufbereitungstechniken voraus, für die neue Anlagen gebaut werden müssten. Für den Bau von solchen Anlagen, die nicht unter das BBergG fallen, ist eine Ausweisung des Bereichs als GIB notwendig.

Der Festlegung des Werksbereichs (s.a. nachfolgende Abb.) als GIBZ - mit Zweckbestimmung "Weiterverarbeitung und Veredelung Quarzsande und andere Industriemineralien" - stehen keine landesplanerischen Vorgaben entgegen. Denn der LEP NRW ermöglicht in Ziel 2-3 mit dem zweiten Spiegelstrich der Ausnahmetatbestände die Ausweisung von Bauflächen im Freiraum, wenn es sich um angemessene Erweiterungen oder Nachfolgenutzungen vorhandener Betriebsstandorte handelt. Vorliegend ist zusätzlich beachtlich, dass hier hochtechnologische Prozesse und entsprechend qualifizierte Arbeitsplätze gerade im Strukturwandelprozess erhalten und ggfs. neue geschaffen werden können. Gleichzeitig kann hierdurch aktuellen internationalen Produktions- und Lieferkettenproblemen begegnet werden. CO<sub>2</sub>-

Einsparungen würden sich durch Verkürzung der Transportwege im Rahmen der innerregionalen Produktion ergeben.

Vorliegend steht eine **Erweiterung des Nutzungsspektrums innerhalb des bestehenden Werksbereichs** in Rede, die auch die Errichtung und Inbetriebnahme solcher Anlagen ermöglicht, die nicht unmittelbar dem örtlichen Bergbaubetrieb dienen und damit nicht unter das BBergG fallen, aber in einem betrieblichen Zusammenhang mit der dort stattfindenden Gewinnung und Aufbereitung von Rohstoffen stehen. Es geht uns nicht darum, eine dauerhafte (allgemeine) gewerbliche Nachfolgenutzung vorzubereiten, sondern um die Möglichkeit, neben den unmittelbar dem Bergbaubetrieb dienenden Anlagen und Einrichtungen auch komplementäre industrielle Nutzungen ansiedeln zu können, die in einem betrieblichen Zusammenhang stehen, aber nach den Vorgaben des BBergG nicht oder nicht ohne Weiteres zugelassen werden könnten.

[s. Anhang Abb. StnID 1008379]

Der Ausnahmetatbestand des landesplanerischen Ziels 2-3, zweiter Spiegelstrich im LEP NRW ist hier nicht deshalb ausgeschlossen, weil die vorhandenen bergbaulichen Tagesanlagen im Werksbereich überwiegend an eine bestehende Rohstoffgewinnung geknüpft sind. Denn die Gewinnung von Quarzsand am Standort Frechen wird noch über viele Jahrzehnte erfolgen, so dass von einer nur temporären Nutzung nicht gesprochen werden kann. Der geltende Rahmenbetriebsplan allein sieht eine Laufzeit bis in das Jahr 2061 vor, wobei die vor Ort verfügbare Lagerstätte damit noch nicht ausgeschöpft sein wird. Eine durch den genannten Ausnahmetatbestand ermöglichte angemessene Erweiterung vorhandener Betriebsstandorte liegt nach dem Verständnis der Verwaltung und der Quarzwerke aber auch vor, wenn vorhandene Betriebe, die funktional an eine langfristige Rohstoffgewinnung geknüpft sind, um komplementär zu nutzende Industrieanlagen ergänzt/ erweitert werden sollen. Eine sachgerechte Begrenzung der zulässigen Nutzungen innerhalb des GIB kann durch die Aufnahme einer entsprechenden Zweckbestimmung sichergestellt werden. Eine andere Lesart des betreffenden Ausnahmetatbestandes zu Ziel 2-3 des LEP NRW wäre nicht praxisgerecht und würde an Sinn und Zweck der landesplanerischen Festlegung vorbeigehen.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen soll (§ 38a LPlG). Die bevorstehende Schließung der Brikettfabrik der RWE Power AG in Frechen führt die Notwendigkeit einer regionalplanerischen Flächenvorsorge für die wirtschaftliche Entwicklung im Rheinischen Revier besonders deutlich vor Augen. Die Quarzwerke GmbH sind bereit, ihren Teil zum Strukturwandel beizutragen und innovative Arbeitsplätze am Standort Frechen zu schaffen und zu sichern, sind dafür aber auf die dies ermöglichenden planerischen Rahmenbedingungen angewiesen.

Sollte bei Anwendung eines strengen Maßstabes davon ausgegangen werden, der in Rede stehende Ausnahmetatbestand zu Ziel 2-3 des LEP NRW stehe der Festlegung eines GIB - mit Zweckbestimmung - am Standort des Werksbereichs der Quarzwerke GmbH entgegen, wird im Rahmen der Regionalplanaufstellung die (vorsorgliche) Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens vom LEP NRW (§ 16 Abs. 2 LPIG) für geboten gehalten und beantragt.

- **Ausweisung der Hauptverwaltung als GIB im Regionalplan**

Zusätzlich sollte auch der **Bereich der Hauptverwaltung** als GIB - ggfs. mit Zweckbestimmung - im Regionalplan dargestellt werden (siehe hierzu nachfolgende Nutzungsbeschreibung). Die Hauptverwaltung der Quarzwerke GmbH beherbergt die Büroarbeitsplätze der Geschäftsführung sowie von zentralen Abteilungen des Quarzwerke Konzerns. Neben den Büros gibt es Besprechungsräume und eine Kantine in dem Gebäude. Nord-nord-westlich des Gebäudes befinden sich auf drei Ebenen Parkplätze für Mitarbeiter und Besucher der Hauptverwaltung, die auch von der Öffentlichkeit bei der Anreise für Spaziergänge genutzt werden. Von der Hauptverwaltung führt ein kurzer Fußweg in westliche Richtung zu den Parkplätzen an der am Rande des Werkes gelegenen Forsthalle, die ebenfalls als Parkplätze von den Mitarbeitern der Hauptverwaltung genutzt werden.

Die Regionalplanung hat zuletzt für den Bereich der Hauptverwaltung auf die bauleitplanerische Möglichkeit hingewiesen, im Rahmen des Ziels 2-3 (Ausnahme 2. Spiegelstrich) ausnahmsweise die angemessene Erweiterung oder Nachfolgenutzung von vorhandenen Betriebsstandorten zu sichern. In der Auslegung des o.g. LEP Ziels 2-3 gilt ein Betriebsstandort grundsätzlich dann als vorhanden, wenn er über eine selbstständige und dauerhafte Zulassung verfügt. Unter den im Ziel genannten Voraussetzungen ist die Sicherung über eine Sonderbaufläche regionalplanerisch möglich. Quarzwerke und die Stadt Frechen sehen dies jedoch auch für die Festlegung der Werksanlagen als möglich an, insbesondere unter den genannten Aspekten des Strukturwandels und der Lieferketten auch als zweckgebundener GIB.

Wir bitten um Aufnahme der oben dargestellten Punkte in den Regionalplan und wären für ein gemeinsames Gespräch mit der Regionalplanung ggfs. im Beisein des Rhein-Erft-Kreises und der Stadt Frechen dankbar.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008379.pdf](#)

AZ: Ö-M-1308

1002815

1006805\_001

#### Inhalt

Fristgerecht nehme ich wie folgt Stellung: Durch die ungenaue zeichnerische Festlegung Ihrer Vorhaben, ist meine/unsere Betroffenheit nicht eindeutig erkennbar. Durch die sehr umfangreiche und in Teilen verworrene textliche Festlegung Ihrer Vorhaben, ist nicht erkennbar, welche Nachteile mir/uns als Eigentümer, Pächter und Bewirtschafter durch den neuen Regionalplan entstehen. Daher widerspreche/n ich /wir der Planung, meine / unsere Flächen oder deren Teilbereiche, als Bereich zum Schutze der Natur (BSN) oder Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) auszuweisen.

Betroffene Flächen: [ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

AZ: Ö-M-1309

1002817

1006806\_001

#### Inhalt

Ich möchte / muss mich auch noch einmal dem vmtl. bei Ihnen schon angekommenen Missmut anschließen.

Dieser richtet sich gegen ein solches Gewerbe-Bauprojekt zu Lasten der durch Garzweiler-Grubenrand und die damit einhergehenden, künftig fortschreitenden Einschränkungen schon genug gebeutelten Klein-Dörfer

Neuhaus  
Terheeg  
Kaulhausen  
Venrath.

Als Kaulhausener weiß man schon künftig nicht mehr, in welche Richtung man schauen oder gehen soll, um ein letztes Stück dieser erhaltenswürdigen Ländlichkeit zu nutzen.. Man läuft vor einen hässlichen Grubenrand-Wall, darf künftig eine oder mehrere Trassen einer Umgehungsstraße kreuzen, sieht statt Bewuchs von Nahrungsmitteln auf den Feldern immer mehr die Spitzen der RWE-Bagger und jetzt soll auch noch ein Gewerbegebiet die Ecke im Erkelenz belasten, die keine Belastung mehr trägt.

Das halte ich für unverantwortlich und grundlos, denn ich sehe nicht, warum sich es gerade dort eignet, wo sich soviele Probleme schon ballen.

Ich hoffe, dass sich Ihre Planung auch an menschlichen Bedürfnissen ausrichtet, hier wäre mehr als eines zu bedenken!

Vielen Dank für Ihre generelle Mühe, ich hoffe, Sie haben aus Ihrer Erfahrung heraus auch Verständnis für den aus viel bisheriger Missachtung und Ignoranz der Politik und Wirtschaft geborenen Erhaltungsdrang der Erkelenzer Dörfler:innen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1311	
1002819	
1008019	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind eindeutig gegen den Regionalplan Entwurf, weil in den Schutzgebieten keine konventionelle Landbewirtschaftung mehr möglich ist, sobald auf EU-Ebene das PSM Verbot kommt. Das kommt einer Enteignung gleich und die Existenz des landwirtschaftlichen Betriebes ist gefährdet. Im Stadtgebiet Heimbach stehen schon jetzt 50% der Flächen unter Schutz (Nationalpark, Naturschutz, Landschaftsschutz). Es kann nicht sein, dass wir bei einem Selbstversorgungsgrad bei Weizen von weniger als 100% die deutsche Landwirtschaft abschaffen und im Gegenzug in Südamerika Regenwald abgebrannt wird, um uns hier mit genmanipulierten Lebensmitteln zu versorgen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Hiermit beziehe ich Stellung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln und der darin enthaltenen Erweiterung des Industriegebietes Gummersbach, Ortsteil Herreshagen. Die geplante Erweiterung des Industriegebietes Herreshagen würde mich und meine Familie in direktester Weise beeinflussen, denn das Grundstück, auf dem ich lebe, liegt nur ca. 75 m (Luftlinie) vom besagten Gebiet entfernt.

Laut Abstandserlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Stand 19.08.2022), darf sich allein schon wegen des zu geringen Abstandes kaum eine gewerbe- oder sogar industriebetriebende Firma niederlassen.

Neben dem starken Wertverlust aller anliegenden, umliegenden aber auch aller Grundstücke im gesamten Dorf käme eine enorme Lärmbelästigung für die Anwohner hinzu. Große Teile des beplanten Gebietes liegen weit über 20 m höher als die Siedlung. Schon jetzt sind Traktoren, Hunde und selbst Gespräche von Spaziergängern gut hörbar, da sie vom Berg ins Tal schallen. Sowohl die Bauphase, als auch der spätere Betrieb (Zweischichtbetrieb?) und Verkehr würden das Leben der Anwohner stark beeinträchtigen und ihnen den Schlaf rauben.

Der zusätzliche Verkehr würde die Straßen unseres kleinen Dorfes verstopfen, die schon jetzt ausgelastet sind. Oft genug stecken LKWs im Dorfkern fest, da sie mal wieder falsch abgebogen sind und kaum noch wenden können.

Bei fast allen Flächen, die für die Errichtung eines weiteren Gewerbegebietes vernichtet werden sollen, handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Flächen. Das Wegfallen dieser Flächen als Mähwiesen, Äcker, Ausbringungsflächen und Weiden würde die Existenz, der mittlerweile sowieso schon immer weniger werdenden Kleinbauern gefährden. Die Verringerung ihrer Flächen würde zwangsläufig zu überhöhten Ausbringungsmengen von Gülle führen, wodurch die Nitratbelastung des Grundwassers erhöht wird.

Neben den landwirtschaftlichen Flächen würden aber auch Streuobstwiesen vernichtet, welche eindeutig laut §30 Abs.7 des BNatSchG als besondere Biotope ausgewiesen sind und damit als geschützt gelten. Außerdem dienen diese Flächen dem Biotopverbund und sind daher wie alle nach §30 geschützten Biotope laut §21 Abs.3 Nr.3 BNatSchG zu erhalten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



Im östlichen Bereich des geplanten Gewerbe-/Industriegebietes befindet sich ein aktiv genutzter Reiterhof. Viele Kinder unseres Dorfes haben dort das Reiten gelernt oder lernen es immer noch. Doch auch von außerhalb, teilweise von weit her, kommen Kinder und Interessierte, die ihr Hobby in Herreshagen ausüben wollen. Die Vernichtung des Reiterhofes würde das Leben vieler Menschen beeinträchtigen und das gesamte Dorf abwerten.

Herreshagen hat bereits ein angrenzendes Gewerbe-/Industriegebiet, welches durch starke Lichtverschmutzung, Umweltverschmutzung und hin und wieder auch durch Brände auffällt. Nicht selten weht Müll durch die Straßen oder hängt in den Bäumen neben der in das Dorf führenden Hauptstraße. Wir brauchen kein weiteres Gebiet, welches Herreshagen derart belastet.

Das besagte Gebiet wird derzeit von vielen Wegen und einigen Straßen durchzogen. Bei gutem Wetter sind dort täglich dutzende Menschen zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs. Es kommen Menschen aus der Stadt um sich bei uns, an unseren Feldern und in unseren Wäldern zu erholen.

Auf den Wiesen spielen Kinder, sie klettern auf Heuballen und streicheln Pferde. Viele Rentner drehen dort täglich ihre Runden, schauen von den Ruhebänken über das Dorf und oben auf der Kuppe lassen Eltern mit ihren Kindern Drachen steigen. Auch ich stand als Kind dort oben ließ meinen Drachen steigen. Doch auch im Winter sind die Flächen nicht ungenutzt, mehrere im Dorf berühmten Schlittenwiesen befindet sich auf der Fläche und würden vielen Kindern schmerzlich fehlen. In der heutigen Zeit, in der viele Kindern nur noch vor dem Handy oder dem PC sitzen, würden einige der besten Flächen, die das Dorf zu bieten hat vernichtet!

Die überplanten Flächen dienen also eindeutig der Erholung sehr vieler Menschen und sind klar durch §1 Abs. 4 Nr.3 BNatSchG zu schützen!

Doch nicht nur die Anwohner, die Landwirte und die Kinder werden beeinträchtigt. Auch auf die Pflanzen und Tiere kämen schwerwiegende Folgen zu.

Neben den Nutztieren, die auf den Flächen weiden sind dutzende Vogelarten anzutreffen, viele Zugvögel machen auf ihrem Weg in den Süden oder von dort zurück, Halt auf den weitläufigen Feldern. Es gibt viele Greifvögel, wie den Rotmilan welcher auf der Roten Liste steht und sowohl durch die Vogelschutzrichtlinie Anhang I, als auch Sinne des §7 Abs. 2 Nr13-14 BNatSchG zu den streng geschützten Vogelarten zählt.

Die Vernichtung der Felder und Wiesen, aber auch der wertvollen Säume und Bäume würde das Insektensterben nur noch weiter vorantreiben und dadurch zur Verringerung der Vogelpopulationen beitragen. Erst seit diesem Sommer sind wieder Glühwürmchen in Herreshagen zu sehen gewesen, welche sich viele Jahre nicht gezeigt haben. Die mit dem Gewerbegebiet einhergehende Lichtverschmutzung würde neben dutzenden anderen Insekten auch besonders stark die Glühwürmchen beeinträchtigen, da diese durch das viele Licht in ihrem Paarungsverhalten gestört werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass die geplante Gewerbegebieteerweiterung Gummersbach, im Ortsteil Herreshagen sehr starke negative Folgen für die Menschen, die Nutztiere, die wild lebenden Tiere, die Landwirte, die Pflanzen und den Erholungswert des Dorfes haben wird!

Es besteht laut Stadtvertretern kein akuter Bedarf an noch mehr Gewerbe- und Industrieflächen und es gibt eindeutig bessere, abgelegenere Gebiete mit weniger wertvollen Flächen, die sich um einiges besser eignen würden. Die bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete sind noch nicht vollständig bebaut, und bieten ausreichend Potential, um Gummersbach über viele Jahrzehnte zu versorgen. Außerdem sind Flächen im Innenbereich laut §1 Abs. 5 BNatSchG für eine derartige Bebauung, den Flächen im Außenbereich, wie es in Herreshagen der Fall wäre klar vorzuziehen.

Es würden zu viele ökologisch wertvolle, aber auch für den Menschen als Erholungsraum wertvolle Flächen zerstört. Nicht nur die Größe, sondern auch die exponierte Lage des Gebietes ist mehr als schlecht gewählt worden. Es werden Existenzen und geschützte Biotope vernichtet.

Daher bitte ich Sie die wunderschönen Flächen in und um Herreshagen nicht als Gewerbe- und Industrieflächen auszuweisen. Ich bitte Sie unser kleines Dorf nicht zu zerstören.

AZ: Ö-M-1314	
1002823	
1008903	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wie ich erst heute - 2. Tage vor Ablauf der Einspruchsfrist erfahren habe - vielleicht sollte es der dem Großteil der Betroffenen erst garnicht bekannt werden, ist im neuen Regionalplan eine erhebliche Ausdehnung der Schutzflächen in der Region Düren beabsichtigt. Diese Flächenerweiterung betrifft meine gesamte verpachtete Ackerfläche in der Gemarkung [ANONYMISIERT]. Sollte es zu dieser Erweiterung kommen, würde dies für uns so gut wie eine Enteignung bedeuten. Mit den weiteren Flächen, die von dieser Planung betroffen sind, würde den noch verbliebenen 2 Vollerwerbslandwirtschaftlichen Betrieben die Existenzgrundlage entzogen. Gute Böden in der hiesigen Börde sollten nicht zur Erfüllung einer Schreibtischplanung einer übergeordneten Behörde geopfert werden, sonst haben wir in 10 Jahren jede Menge Fläche zur Erholung und suchen weltweit nach Lieferanten für Grundnahrungsmittel.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1315

1002828

1006815\_001

#### Inhalt

Mit Erschrecken haben wir aus der Tagespresse erfahren, dass direkt angrenzend an unser Dorf Houverath ein Gewerbegebiet geplant ist. Wir wohnen auf der Straße Heiderbusch, wären also unmittelbar betroffen.

Wir, dass sind meine Frau und ich und unsere beiden Töchter, [ANONYMISIERT] (8 Jahre) und [ANONYMISIERT] (6 Jahre).

Wie meine Frau in ihrer email schon ausgeführt hat, ist es schon heute oft nicht möglich, das Fenster in den Kinderzimmern und im Schlafzimmer zu öffnen, da der Lautstärkepegel durch die angrenzende Autobahn A46 und die L227 teilweise enorm ist.

Auf der Terrasse zu sitzen ist auch nicht immer angenehm....

Wie soll es erst werden, wenn wir nun noch durch ein Gewerbegebiet belastet werden.

Schon heute fahren unzählige Paketdienstfahrer in einem Tempo durch das Dorf, welches völlig unangemessen ist. Der Schulweg zur Grundschule unserer Kinder ist kaum für Kinder alleine zu bewältigen. Wir möchten nicht noch mehr Verkehrsaufkommen haben. Weder im Ort noch unmittelbar davor.

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass wir und vor allem unsere Kinder und in Zukunft auch deren Familien dadurch enorm beeinträchtigt werden: Lautstärke, Verkehrsaufkommen, Luftverschmutzung, zerstörte Optik. Eine völlig verbaute Landschaft.

Ich bin selber gelernter Landwirt und für mich ist es unverständlich, dass fruchtbares Ackerland versiegelt werden.

Gerade im Hinblick auf die aktuelle Situation kann es nicht zielführend sein, immer weitere Gewerbegebiete zu erschließen und Ackerflächen stillzulegen. Warum werden nicht alte, leerstehende Gebäude genutzt?

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

AZ: Ö-M-1317	
1002825	
1008261	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin der Fläche: [ANONYMISIERT] in Vettweiß-Soller, Kreis Düren. Diese Parzelle würde im Regionalplan als Fläche ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? ausgewiesen. Ich bin in großer Sorge, dass diese Ausweisung in Zukunft die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche erheblich beeinträchtigen wird. Deshalb beantrage ich, dass diese Fläche nicht mit einem solchen Vermerk belegt wird. Das Ackerland wurde von mir an einen Landwirt verpachtet. Die Pachteinkünfte sind für mich eine zusätzliche Alterssicherung. Falls Ihrerseits an der Ausweisung der Fläche wie vorgesehen festgehalten wird gleich das, was meine Person angeht einer schleichenden Enteignung, d. h. ich als Eigentümer darf nicht mehr über die Nutzung meines Eigentums entscheiden. Für mich persönlich bedeutet das, dass ich in Zukunft weniger bzw. überhaupt keine Pachteinkünfte mehr bekomme.</p> <p>Das ist jedoch nur ein Aspekt, ein anderer ist: der gesamte Kreis Düren gehört zur Zülpicher Börde, das bedeutet bestes Ackerland. Sie schränken mit Ihrem Vorhaben unverhältnismäßig den Anbau von notwendigen Feldfrüchten ein und das obwohl wir tagtäglich aus den Medien erfahren welche Hungersnöte weltweit herrschen. Diese werden auch ohne Ukrainekrieg weiterhin bestehen. Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden mit den Landwirten ernsthaft ins Gespräch zu kommen, dann würden Sie feststellen, dass die Landwirte (Ausnahmen gibt es immer) selber darauf bedacht sind sorgfältig, zum Schutz von Umwelt und Natur mit Dünge- und Pflanzenschutzmittel umgehen. Auch den Landwirten ist bewusst, dass es nur diese eine Erde gibt und dass mit dieser verantwortungsvoll umgegangen werden muss.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Die Abstimmung der vielfältigen Raumansprüche in unserer dicht besiedelten Region stellt eine der großen, aktuellen Herausforderungen dar: Wie können wirtschaftliche und soziale Interessen mit der Notwendigkeit des Erhalts der ökologischen Funktionalität, der Bewahrung der Biodiversität und der Lebensqualität bei gleichzeitiger Minimierung der Klimaänderungsfolgen vereint werden?

Sowohl als Vertretung regionaler Gruppen von BUND, NABU, LNU, der NaturFreunde und weiterer Interessensgruppen wie der lokal tätigen Offenland Stiftung als auch Einzelpersonen möchten wir einen Beitrag zur Bewertung des Regionalplanentwurfs Köln für die Region Leverkusen, Leichlingen und Umgebung leisten.

**Unsere Motivation**

- Bewahrung einer abwechslungsreichen, ländlichen Kulturlandschaft, Bewahrung gewachsener Böden, der Regenerationsfähigkeit des Grundwassers.
- Abwendung zumindest aber Minimierung von Klimafolgeerscheinungen wie extreme Hitze und Trockenheit (Erhalt von Kaltluftentstehungsgebieten, Kaltluftkorridoren, Erhalt bzw. idealerweise deutliche Ausweitung städtischen Grüns), dadurch Schädigung der Vegetation z. B. des Waldes, Brände, aber auch von Sturmschäden und Überflutungen in Folge von Regenereignissen (durch immer weniger Retentionsfläche, Bodenversiegelung, Nichtbeachtung der natürlichen Dynamik von Gewässern und der landschaftlichen Topografie und Bodeneigenschaften allgemein).
- Bewahrung einer artenreichen Landschaft mit dem Ziel mindestens das heutige Arteninventar und die gegenwärtige Lebensraumvielfalt für zukünftige Generationen zu bewahren. Hinreichende Einrichtung und Pflege von Schutzgebieten, Einrichtung notwendiger Korridore zur Ausbreitung und Austausch der Arten und Populationen, aber auch durch umsichtigen Umgang mit allen Landschaftsschutzgebieten und allen Grünflächen und Kleinsthabitaten, die nicht unbedingt unter ein derzeitiges Schutzkonzept fallen.
- Im Bereich Artenschutz sollte bedacht werden, dass der reine Verweis auf planungsrelevante Arten und die FFH-Richtlinie alleine in unserer bereits stark geschädigten Region nur bedingt greifen kann: Vielfach müssen wir

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Naturschützer und dem Natur- und Artenschutz verpflichtete Behörden und Gremien bereits um den Erhalt des aus funktionsökologischer Sicht minimalen Artenspektrums kämpfen. So müssen für unsere Region sogar allgemein in Zentraleuropa noch als häufig und ungefährdet betrachtete Arten als Leitarten für unsere Region herangezogen werden. Dazu gehören zum Beispiel Traubeneichenwälder, Wiesenschmetterlinge wie Brauner Waldvogel und Ochsenauge, Amphibien wie Grasfrosch und Erdkröte ? allesamt Arten bei denen wir ein merklich lückenhaftes Vorkommen selbst in geeignet erscheinenden Habitaten verzeichnen und sogar von deutlichen Rückgängen ausgehen müssen.

**Inhalt**

Wir finden im vorliegenden Regionalplanentwurf keine wesentlichen, praktischen Ansätze und Anzeichen für ein deutliches Umdenken zur Begegnung der zukünftigen Herausforderungen Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Biodiversitätserhalt in unseren Kommunen, Landschaften, Natur- und Kulturräumen. Wir fordern:

- Siedlungsdruck verringern: keine neuen Siedlungsflächen, sondern nachhaltiges Wachstum und Verdichtung im bereits vorhandenen Siedlungsraum (Status letzter Regionalplan).
- Notwendig i. R. d. Klimafolgenanpassung: Herausnahme von ausgewiesenen Siedlungs-/ Gewerbeflächen, wo dies aus Hochwasser- oder Grundwasserschutz bzw. als Retentionsflächenerhalt geboten ist.
- Bevölkerungsentwicklungsprognosen sind als Argumentationsgrundlage zu nutzen und der Flächenverbrauch ist nach Bevölkerungsentwicklung sparsam vorzunehmen (es ist nicht ersichtlich, warum in Gebieten des Regionalplans, von denen das statistische Bundesamt in einer aktuellen Untersuchung von einer Stagnation der Bevölkerungsentwicklung ausgeht, neue Siedlungsflächen ausgewiesen werden müssen).
- Begrenzung des Zuzugs: Neue Konzepte für Siedlung, Gewerbe und Mischgebiete sind gefragt: Leverkusen und Leichlingen sind nicht nur als Schaf- und Pendlerstädte zu entwickeln. Dies ist auch kontraproduktiv für Verkehrsentwicklung (Klimaschutz!). Die Pandemie hat uns gelehrt, dass das Arbeitsverhalten der Zukunft ganz andere Ansprüche stellt.
- Der Regionalplan reflektiert bezüglich Gewerbe- und Siedlungsflächenplanung nicht die Erfordernisse und Ansprüche an eine zukünftige, nachhaltige und regionale Lebensweise mit minimalem Klima-Fußabdruck.
- Innerstädtische Grünflächen sind nicht explizit im Regionalplan ausgewiesen: Diese Flächen müssen aber mindestens unverändert erhalten bleiben, wenn nicht im Rahmen der Klimafolgenanpassung ausgeweitet werden. Beispiel: Aussparung des FFH-Gebiets Wupper im Stadtgebiet Leichlingen; Wohnraumverdichtung darf nicht auf Kosten des Stadtgrüns und damit Stadtklimas erfolgen.
- Biotopverbund als eine grundlegende Argumentationsgrundlage für ?Schutz der Natur?-Gebietsvorschläge als Platz für Wildnis und Naturwaldzellen. Die (neue) Landesregierung und die Kommunen sind zu motivieren, neue echte

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.



Naturschutzgebiete und großflächige Biotopverbünde/Korridore sind auszuweisen.

- Schutzkonzept für ?Schutz der Natur?-Flächen: Wie kann der Freizeitdruck reduziert werden? Der schädliche Einfluss von mehr Bevölkerung im Umfeld von FFH-Gebieten, NSGs etc. ist als nicht zu vermeidende Umweltgefährdung zu berücksichtigen.
- Grundwasserschutz bedeutet auch keine Versiegelung mehr; Bebauungsnahe Versickerung von Regenwasser ist zwingend zu berücksichtigen.
- Wetteranomalien und Bevölkerungsschutz: Hier ist nicht erkennbar, dass der Regionalplanentwurf potenziell wirkungsvoll Erfahrungen durch Extremwetterereignisse der letzten Jahre berücksichtigt. Ausführliches Kartenmaterial mit Kaltluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten, Hochwasserkarten, Bodengutachten (auch in Hinblick auf Wasserhaltekapazität u.v.a.) liegen vor und sollten aus Gründen des Bevölkerungsschutzes unbedingt mit deutlichem Sicherheitspuffer berücksichtigt werden.

Wir mussten bei der Beschäftigung mit dem vorliegenden Regionalplanentwurf Köln feststellen, dass all die hier aufgeführten Punkte und viele weitere Details nicht oder unzureichend berücksichtigt werden. Ausweitung der Siedlungsflächen, der Gewerbegebiete und damit primär wirtschaftliche Interessen scheinen von vorrangiger Bedeutung gewesen zu sein, als die Sicherstellung einer auch für zukünftigen Generationen lebenswerten, artenreichen und eine, dem Klimawandel gegenüber resilienten Landschaft und Umwelt.

Der Erhalt des heutigen Minimums von Naturräumen und Arteninventar bedarf eines weitsichtigen und tiefgreifenden strategischen Wandels im Denken: Wir müssen akzeptieren, dass Bevölkerungsdichte, Industrie und Gewerbe, Siedlungsflächen und Infrastruktur nicht weiter anwachsen dürfen. Neue und unlängst bekannte Lösungsansätze müssen konsequent für die heute bereits erschlossenen Flächen erarbeitet und angewandt werden. Das führt idealerweise sogar zu einem Rückbau von Infrastruktur und einer Ausweitung von Renaturierung. Auch die wesentlich stärkere Umwidmung bzw. andersartige Nutzung von Gebäuden ist zu bedenken: Aus leerstehenden Industrie- und Bürogebäuden muss Wohnraum entstehen.

Im Hinblick auf die Stellungnahme zu den allgemeinen textlichen Abschnitten des Regionalplans schließen wir uns daher im vollen Umfang der ausführlichen Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW an. Wir hoffen sehr, dass der neue Regionalplan Köln nach Überarbeitung und Berücksichtigung der Stellungnahmen ein wirksames Instrument einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und umweltverträglichen Flächennutzung wird.

Im Folgenden gehen wir kurz und spezifisch auf die konkreten, einzelnen Gebiete ein, zu denen wir Stellung nehmen wollen.

1007511	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><u>Murbachtal</u> Ort: Leverkusen/Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Neue NSG: Schutz der Natur ausgehend von Diepental, Murbachtal: Waldhänge, Pattscheid, NaturFreundehaus und Neuenkamp-Leichlingen-Balken auf Seite des Murbachtals [s. Anhang Abb. StnID 1007511]. Habitat-Typen: Totholzreiche Traubeneichenbestände, atlantische Stechpalmen-Rotbuchenwald, Waldmeister-Rotbuchenwald; relevante Arten: Regional bedeutendes Vorkommen des Hirschkäfers, Spanische Flagge, Uhu, Schwarzstorch, Feuersalamander, diverse Fledermausarten, etc.; Charakteristische Eichen-Lebensgemeinschaft (Hirschkäfer und andere spezialisierte Käfer, Blauer Eichenzipfelfalter und viele weitere auf Eichen spezialisierte Falter- und weitere Insektenarten); Biodiversitätsmonitorings laufen derzeit als ?Citizen Science?-Projekte über die Plattform Observation.org und sind dort auch einsehbar.</p> <p>Kritikpunkt: Ausweitung des Gebietes als NSG ist essentiell für Artenschutz in der Region; Interessen die forstwirtschaftliche Nutzung betreffend sind als zweitrangig zu bewerten. Angrenzende potenzielle Bauflächen (wie in der Straße Neuenkamp oder entlang des Murbachs in Wietsche) sollten nicht mehr erschlossen werden. Hier sollten strenge Abstandsregelungen angewandt werden.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Sollte aufgrund der Habitatstruktur und des bedeutsamen Arteninventars als NSG oder FFH-Gebiet ausgewiesen werden. Wichtig ist der Erhalt und ein naturnaher Charakter des Landschaftsschutzgebietes zwischen Murbach und Weltersbach als notwendiger Korridor (Hindernis Gewerbegebiet Nordwestlich der Ortslage Wietsche). Wünschenswert ist auch die Etablierung weiterer Korridore zu benachbarten Gebieten wie dem Ölbachtal.</p> <p><b>Anhänge</b> <a href="#">Abb_ID1007511_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

**Inhalt****Spezifische Stellungnahme Fledermausschutz Murbachtal**

von [ANONYMISIERT]

**Ort** Leichlingen/Leverkusen, **Gebiet** Murbachtal

**Beschreibung**

Das Gebiet umfasst ausgehend von Diepental das Murbachtal bis Balken mit Waldhängen bei Pattscheid, Neuenkamp, Stöcken, Holz und Wietsche. An die Wälder schließen auf Leverkusener und Leichlinger Seite landwirtschaftlich genutzte Flächen und dörflich geprägte Siedlungen an. Der namensgebende Bach durchzieht das Tal mit seinen bewaldeten Hängen und mündet bei Balken (Leichlingen) in die Wupper. Die ehemaligen Aufstauungen des Murbachs (Talsperre Diepental und westlich gelegenes Staugewässer) werden bzw. sind bereits abgelassen. Geplant ist den Lauf des Murbachs naturnah zu entwickeln. In Teilen werden die trocken gefallen Flächen entlang des Bachs einer natürlichen Sukzession (Neubewachsung) überlassen. Die Hangwälder setzen sich aus Fichten (sind zum großen Anteil wegen Hitzesommern und Borkenkäferbefall abgestorben und gerodet), Rotbuchen, Trauben- und Stieleichen u.a. Baumarten zusammen. Höhlen- und Totholzbäume, z.B. Im Bereich des Naturfreundehauses Neuenkamp und anderen Bereichen, bieten Lebensraum für Insekten, viele Vogelarten (Spechte, Waldkauz) und Quartiermöglichkeiten für streng geschützte Fledermausarten. Vorkommen von Braunen Langohren, Fransen-, Wasserfledermaus, Abendsegler, Kleinabendsegler, Zwerg-, Rohhautfledermaus, Große/Kleine Bartfledermaus sind nachgewiesen; Nahrungshabitate und Quartiermöglichkeiten in Höhlenbäumen und in Anliegerhäusern sind vorhanden. Das Murbachtal im Zusammenhang mit der Wupper kann als Korridor von Fledermäusen bei ihren saisonalen Wanderungen genutzt werden.

**Kritikpunkte**

- Ausweisung eines Gewerbegebiets Nordwestlich der Ortslage Wietsche, erhöhtes Verkehrsaufkommen.
- Intensive forstliche Nutzung der Hangwälder

**Vorschläge**

- Gewerbegebiete: Verzicht auf die Planung des Gewerbegebiets nordwestlich der Ortslage Wietsche, um den ruhigen Charakter des Landschaftsraum zu erhalten.
- Artenschutz: Ausweitung des Schutzes des Gebietes ist essentiell für den

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Artenschutz in der Region. Beispiel Artengruppe Chiroptera (Fledermäuse).

- Wälder: Erhaltung von Habitatbäumen, (Höhlenbäume, Totholz, Bäume mit Totholzanteil) zur Förderung von Fledermäusen und höhlenbrütenden Vogelarten, Wespen, Hornissen, Wildbienen u.a. Umbau von Nadelwäldern in Laubmischwäldern. Nachhaltige forstwirtschaftliche Nutzung, kein Einsatz von Pestiziden.
- Windwurfflächen und anderen Freiflächen (Fichtenrodungen) in den Wäldern der natürlichen Sukzession überlassen: Aufwuchs aus Baumsämlingen, Strauchwerk, Stauden, Wildgräsern. Es entstehen Nahrungshabitate für Fledermäuse, Vögel, Insekten sowie Fortpflanzungsmöglichkeiten für Insekten und Gebüschbrüter.
- Bei Neuanpflanzungen entlang des Bachs heimische, blütenreiche und damit insektenreiche Gehölze wählen.
- Besucherlenkung, um ruhige Uferbereiche als Rückzugsorte für Vögel und Insekten u.a. zu schaffen.
- An und auf den Hängen des Tals **KEINE Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen** (Gefahr von Fledermaus- und Vogelschlag).

1007513	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Wupperschleife</b></p> <p>Ort: Leverkusen/Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Wupperschleife zwischen Imbach, Hülser Hof, Opladen: Ausweitung des NSGs [s. Anhang Abb. StnID 1007513] über die bisherigen Grenzen hinaus; alle Waldflächen plus alle Dauergrünlandflächen. Letzte Waldgebiete mit artenreicher Geophyten-Vegetation; vergleichbare Flächen sind erst wieder in Bergisch Gladbach oder der Eifel zu finden. Neben den Frühblühern sind Schwarzspecht, Eisvogel und Wasseramsel im Gebiet zu finden und erwähnenswert.</p> <p>Kritikpunkt: Ausweitung des Schutzes des Gebietes ist essentiell für Artenschutz in der Region.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Sollte aufgrund der Habitatstruktur und des bedeutsamen Arteninventars als NSG oder FFH-Gebiet ausgewiesen werden (heute nur in kleinen Teilen). Wünschenswert wäre die Einrichtung von Naturwaldzellen in den das Gebiet einschließenden Waldflächen und eine weitere Beruhigung durch Sperrung wilder Trampelpfade - besonders entlang der Wupper. Wünschenswert wäre dafür eine ganzjährige extensive Beweidung des Grünlands in Abstimmung mit den Landwirten. Hauptgefährdungsfaktor heute ist der zunehmende Druck und Schaden durch Freizeitgestaltung im Gebiet. Eine Überarbeitung des Wegekonzepts ist daher auf kommunaler Ebene notwendig. Das neue Wegekonzept sollte dabei primär die Anforderungen aus der FFH-Richtlinie und Naturschutzaspekte berücksichtigen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007513_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1007514	
<p>Inhalt</p> <p><b>Wupperhänge</b></p> <p>Ort: Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Kradepuhl, Nesselrath, Rödel, Büscherhof, Wolfstall; relevante Arten: u. a. Feuersalamander; wahrscheinlich sind hier auch Hirschkäfer zu finden.</p> <p>Kritikpunkt: Ausweitung des Schutzes des Gebietes [s. Anhang Abb. StnID 1007514] ist essentiell für Artenschutz in der Region</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Sollte aufgrund der Habitatstruktur und des bedeutsamen Arteninventars als NSG oder FFH-Gebiet ausgewiesen werden.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007514_1.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1007515	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Weltersbach und Roderbirken</b></p> <p>Ort: Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Roderbirken, Roderhof, Weltersbachtal; kleinräumig abwechslungsreiche Habitatstruktur mit Vorkommen des Feuersalamanders, des Großen Schillerfalters und der Nesselblättrigen Glockenblume; wahrscheinlich sind hier auch Hirschkäfer zu finden.</p> <p>Kritikpunkt: Ausweitung des Schutzes des Gebietes [s. Anhang Abb. StnID 1007515] ist essentiell für Artenschutz in der Region.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Sollte aufgrund der Habitatstruktur und des bedeutsamen Arteninventars als NSG oder FFH-Gebiet ausgewiesen werden.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007515_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>



1007516	
<p>Inhalt</p> <p><b>Unterwietsche</b></p> <p>Ort: Leverkusen/Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Eichen / Unterwietsche, naturnahe Bachaue mit Weichholz, kleinräumig abwechslungsreiche Habitatstruktur</p> <p>Kritikpunkt: Ausweitung des Schutzes des Gebietes [s. Anhang Abb. StnID 1007516] ist essentiell für Artenschutz in der Region.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Sollte aufgrund der Habitatstruktur und des bedeutsamen Arteninventars als NSG oder FFH-Gebiet ausgewiesen werden.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007516_1.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1007517	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Ölbach und Wiembach</b></p> <p>Ort: Leverkusen/Burscheid</p> <p>Beschreibung: Ölbach und Wiembach; Restvorkommen Helleborus viridis, Cardamine bulbifera, Calla palustris (ob noch?); Bachauen, Weichholz wie Hartholzaue</p> <p>Kritikpunkt: Großflächigere Unterschutznahme auch des gesamten Wassereinzugsgebiets (Hochwasser bei Starkregen); kritische Betrachtung der Ausweisung der Siedlungsflächen Bergisch-Neukirchen, Schöne Aussicht, Dierath/Neuenhaus und Südwest-Burscheid (Hofen), Quettingen, Lützenkirchen; Kaltluftentstehungsgebiet und Kaltluftquelle für Opladen. Hauptgefährdungsfaktor heute ist der zunehmende Druck und Schaden durch Freizeitgestaltung im Gebiet. Durch Ausweitung der Besiedlung in den aufgeführten Gebieten, wird sich dieser schädigende Einfluss verstärken.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Sollte aufgrund der Habitatstruktur und des bedeutsamen Arteninventars als NSG oder FFH-Gebiet ausgewiesen werden (heute nur in kleinen Teilen) [s. Anhang Abb. StnID 1007517]; Gleichzeitig plädieren wir dafür, keine weitere Verdichtung der Siedlung in den anliegenden Siedlungsbereichen zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heutige Niveau zu begrenzen bzw. durch kommunale Maßnahmen (neues Wegekonzept) sogar zu verringern.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007517_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1007518	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Leimbachtal</b></p> <p>Gebiet ?Wupperschleife?</p> <p>Ort: Leverkusen/Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Wupperschleife zwischen Imbach, Hülser Hof, Opladen: Ausweitung des NSGs über die bisherigen Grenzen hinaus [s. Anhang Abb. StnID 1007518]; alle Waldflächen plus alle Dauergrünlandflächen. Letzte Waldgebiete mit artenreicher Geophyten-Vegetation; vergleichbare Flächen sind erst wieder in Bergisch Gladbach oder der Eifel zu finden.</p> <p>Kritikpunkt: Ausweitung des Schutzes des Gebietes ist essentiell für Artenschutz in der Region.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wünschenswert wäre die Einrichtung von Naturwaldzellen in den das Gebiet einschließenden Waldflächen und eine weitere Beruhigung durch Sperrung wilder Trampelpfade - besonders entlang der Wupper. Wünschenswert wäre dafür eine ganzjährige extensive Beweidung des Grünlands.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007518_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1007519	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Großer Laacher See und Buschbergsee</b></p> <p>Ort: Leverkusen-Hitdorf</p> <p>Beschreibung: Hitdorf, Großer Laacher See, Buschbergsee; artenreiche Baggerseen, Umgebung mit schützenswerten Eichenbeständen z. B. am Laacher See; reiche Avifauna; Wildrückzugsgebiet (Feldhase, Fasan).</p> <p>Kritikpunkt: Die Einrichtung eines "Schutz der Natur"-Gebietes innerhalb des großflächigen Landschaftsschutzgebietes ist unbedingt zu befürworten. Kritisch zu sehen ist die potentielle Zerschneidung des Gebiets mit der hier rot gestrichelt eingezeichneten, geplanten Umgehungsstr. L43n [s. Anhang Abb. StnID 1007519].</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Planung für die Umgehungsstr. L43n beenden. Das Schutzgebiet sollte nicht durchschnitten werden, um Wildtierschutz zu gewährleisten und Ruhebereiche nicht zu gefährden.</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007519_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird korrigiert (s. Änderungskarten) (vgl. STN ID 1004881).</p> <p>Die Festlegung der Bedarfsplanmaßnahme L 43 bleibt bestehen. Außerdem wird die bestehende Straße nach Monheim aufgrund ihrer Anschlussfunktion als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße festgelegt.</p>

1007520	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Hitdorfer Seenplatte und Dehlenwald</b></p> <p>Ort: Leverkusen-Hitdorf</p> <p>Beschreibung: Die Hitdorfer Kiesgruben wurden vor ca. 20 Jahren renaturiert und naturnah gestaltet und bepflanzt. Sie sind von Gehölzstreifen gesäumt, mit Verbindung zum Dehlenwald. Extensiv landwirtschaftlich als Grünland genutzte Flächen schließen nach Osten hin an. Im Laufe der Jahre hat sich der gesamte Bereich zu einem wertvollen Biotop, insbesondere für Fledermäuse, entwickelt: Der Dehlenwald besteht aus fast ausschließlich einheimischen Laubgehölzen unterschiedlichen Alters (Rotbuche, Eiche, Ahorn, Kirsche, Hainbuche u. a.), darunter einige abgestorbene Bäume mit loser Rinde. Im nördlichen Zipfel befinden sich mindestens zwei abgestorbene Buchen mit vielen Ast- und Spechtlöchern. Bei einer abendlichen Begehung von Martina Schultze, Leverkusen, und der Diplom-Biologin und Fledermausspezialistin Mechtild Höller, Leverkusen, am 16.06.21 konnten im Gebiet des Dehlenwaldes und des angrenzenden Stöckenbergsees drei Fledermausarten nachgewiesen werden: Die Zwergfledermaus, der Abendsegler und die Mückenfledermaus sowie 2 nicht determinierte Myotisarten. Frau Höller schätzt den gesamten Landschaftsraum östlich von Hitdorf aufgrund der vorgefundenen Strukturen ? Wald-/Gehölzränder als Nahrungshabitat und Leitstruktur, Totholz mit abgelöster Rinde und Höhlenbäume mit Quartiermöglichkeiten für Fledermäuse (Abendsegler, Wasserfledermaus, Zwerg- und Mückenfledermaus), Kiesgruben als Nahrungshabitate ? aus fledermauskundlicher Sicht als hochwertigen Lebensraum ein. Darüber hinaus finden sich in dem Gebiet zahlreiche Vogelarten (u. a. Wasservogel, mehrere Spechtarten und Kernbeißer) und Säugetiere (Feldhase, Fuchs u. a.). Relevant ist auch die Nähe des Gebietes zu den NSG Großer und Kleiner Laacher See und Krapuhlsee. Der Buschbergsee hat ebenfalls das Potential, zu einem NSG erklärt zu werden.</p> <p><b>Kritikpunkt:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die derzeitige forstliche Nutzung des Dehlenwaldes wird dem Wert des Waldes als Habitat für Fledermäuse nicht gerecht.</li> <li>2. Die Ausweitung des Schutzes des Gebietes ist essenziell für Artenschutz ? insbesondere in Bezug auf Fledermäuse - in der Region.</li> </ol> <p><b>Vorschlag / Kommentar:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Zur Erhaltung des Fledermaus-Lebensraums bedarf es einer nachhaltigen Pflege des Wäldchens: Erhaltung der Höhlen- und Totholzbäume, Kennzeichnen als Habitatbäume. Erhaltung und Entwicklung von Saumstrukturen entlang der Waldränder und Wege. Nach Holzentnahme ist es wünschenswert, auf Naturverjüngung zu setzen. Sollten Nachpflanzungen erforderlich sein, müssen einheimische Baumarten gewählt</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p> <p>Es werden darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

werden. Der Einsatz von Pestiziden in/an Gehölzen ist zu vermeiden. Die östlich angrenzenden, derzeit extensiv genutzten Grünlandflächen sind in ihrer derzeitigen Nutzung zu erhalten.

2. Bei überregionalen Planungen hier und im weiteren Umfeld dürfen keine Vorrangflächen für Windenergie- und Photovoltaikanlagen auszuweisen.

3. Eine Erhöhung des Schutzstatus des Gebietes ist sehr wünschenswert: Wir empfehlen daher eine Deklaration als Gebiet "Schutz der Natur" für die Hitdorfer Seenplatte und den Dehlenwald [s. Anhang Abb. StnID 1007520].

#### **Anhänge**

[Abb. ID1007520\\_1.pdf](#)

1007521	
<p>Inhalt</p> <p><b>Bewertung des Bereichs Hitdorfer Kiesgruben mit Gehölzen im Umfeld Grünstraße als Lebensraum von Fledermäusen (In den Dehlen/Dehlenwald)</b></p> <p>Im Kartenausschnitt sind einiger der Hitdorfer Kiesgruben zu erkennen, die sich im Osten von Hitdorf aneinanderreihen [s. Anhang Abb. StnID 1007521]. Die Kiesgruben sind von Gehölzstreifen gesäumt, mit Verbindung zu einem Wäldchen an der Grünstraße. Landwirtschaftlich genutzte Flächen schließen nach Osten hin an, die von der A59 durchschnitten werden. Am 16.06.2022 erfolgte eine Begehung mit Frau [ANONYMISIERT] durch das Wäldchen. Das Wäldchen besteht aus Laubgehölzen (Rotbuche, Eiche u.a.). Darunter einige abgestorbenen Bäume mit loser Rinde. Im nördlichen Zipfel (roter Punkt in Karte) machte Frau [ANONYMISIERT] auf einen Baum mit vielen Ast- und Spechtlöchern aufmerksam, der in der zweiten Reihe steht. Ein weiterer Höhlenbaum steht etwas tiefer im Bestand und wurde an dem Tag nicht aufgesucht. Auf meinen Vorschlag hin planten wir am o.g. Höhlenbaum eine Beobachtung auf ausfliegende Fledermäuse bis gegen 22:15 Uhr. Ein Nachweis gelang nicht. Eine Besiedlung des Höhlenbaums zu einem anderen Zeitpunkt kann nicht ausgeschlossen werden (Fledermäuse wechseln ihre Quartiere regelmäßig).</p> <p>Ein kurzer Kartiergang wurde angeschlossen. Direkt außerhalb des Wäldchen wurde beobachtet:</p> <p>? 22:18 Uhr zwei am Waldrand entlang fliegende und jagende Zwergfledermäuse</p> <p>? 22:20 Uhr ein jagender Abendsegler über der angrenzenden Wiese</p> <p>? 22:24 Uhr auf dem Weg entlang Stöckenbergsee eine durchfliegende Mückenfledermaus</p> <p>? 22:30 bis 22:50 Uhr Beobachtung oberhalb der Uferböschung des Stöckenbergsees: 2 durchfliegende Zwergfledermäuse, 2 nicht determinierte Myotis-Arten und eine noch zu bestimmende Art (wird nachgeliefert).</p> <p>Anmerkung: Die Kartierdaten geben einen ersten Einblick in die Fledermausfauna in/um Hitdorf. Vorkommen weitere Fledermausarten sind wahrscheinlich. Am Krapuhlsee wurde in der Vergangenheit die Wasserfledermaus nachgewiesen. Die auch an den anderen Kiesgruben zu erwarten ist. Auf dem Rückweg wurde gegen 23:00 Uhr auf dem Waldweg Grünstraße eine durchfliegende Zwergfledermaus detektiert. Aufgrund der vorgefunden Strukturen ? Wald-/Gehölzränder als Nahrungshabitat und Leitstruktur, Totholz mit abgelöster Rinde und Höhlenbäume im Wäldchen Grünstraße mit Quartiermöglichkeiten für Fledermäuse (Abendsegler, Wasserfledermaus, Zwerg- und Mückenfledermaus), Kiesgruben als Nahrungshabitate ? wird der gesamte Landschaftsraum östlich von Hitdorf aus fledermauskundlicher Sicht als hochwertiger Lebensraum bewertet.</p> <p>Hinweise zur Erhaltung des Fledermauslebensraums:</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

? Nachhaltige Pflege des Wäldchens mit Erhaltung der Höhlen- und Totholzbäume, Kennzeichnen als Habitatbäume (Totholz- und Höhlenbäume bieten Fledermäusen, Vögeln und Insekten Lebensraum).

- Erhaltung und Entwicklung von Saumstrukturen entlang der Waldränder und -wege. – Bei Nachpflanzungen im Wäldchen heimische Baumarten wählen.

? Einsatz von Pestiziden in/an den Gehölzen vermeiden.

? Bei überregionalen Planungen hier und im weiteren Umfeld keine Vorrangflächen für Windenergie- und Photovoltaikanlagen ausweisen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007521\\_1.pdf](#)



1007522	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zur Anlage Natura-2000</b></p> <p>Gebiet ?LEI_ASB_1: DE-4808-301: FFH-Gebiet ?Wupper von Leverkusen bis Solingen?</p> <p>Ort: Leichlingen, Ziegwebersberg</p> <p>Beschreibung: Auszug</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007522_1]</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Eine Siedlungsplanung im Überschwemmung- und Retentionsbereich der Wupper halten wir aus heutiger Sicht für absolut fahrlässig; Forderungen: Bisherige Nutzung erhalten oder extensive landwirtschaftliche Nutzung. Optimal: Wiederherstellung eines flussnahen Auenabschnitts.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007522_2]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007522_1.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID1007522_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007523	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zur Anlage Natura-2000</b></p> <p>Gebiet ?LEI_ASB_2: DE-4808-301: FFH-Gebiet ?Wupper von Leverkusen bis Solingen?</p> <p>Ort: Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Auszug</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007523_1]</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; Überschwemmungsgebiet der Wupper; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet und Landschaftsschutzgebietes durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen bzw. durch kommunale Maßnahmen (neues Wegekonzept) sogar zu verringern. Forderung: Bisherige (landwirtschaftliche) Nutzung erhalten Optimal: Wiederherstellung eines flussnahen Auenabschnitts oder (in Planung) Extensivierungsprojekt unter Beteiligung der Offenland Stiftung: Habitatgestaltung durch Acker-Spontanvegetation und Brache, artenreiche Blühwiese (Mahd), Agrarumweltmischung mit heimischen Ackerpflanzen (Mellifera-Mischung), Sukzession; artenreiche Hecke.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007523_2]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007523_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1007523_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID1003555).</p>

1007524	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zur Anlage Natura-2000</b></p> <p>Gebiet ?BUR_GIB_2: DE-4809-301: FFH-Gebiet ?Dhünn und Eifgenbach??</p> <p>Ort: Burscheid</p> <p>Beschreibung: Auszug</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007524_1]</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung, Verlust von Retentionsflächen</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, kein weiteres GIB zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und landwirtschaftliche Flächen zu erhalten. Alternativvorschlag: Neues GIB für Sondernutzung ausweisen: Die Fläche ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Wind, bevorzugt aber Photovoltaik; Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann relativ gutes Offenland geschaffen werden - trotz Nutzung für PV oder WK.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007524_2]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007524_1.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID1007524_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007591	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASB ? Allgemeine Siedlungsflächen</b></p> <p>Gebiet ?BUR_ASB_1?</p> <p>Ort: Burscheid</p> <p>Beschreibung: Grünland, Acker, Gehölze</p> <p>Kritikpunkt: Landwirtschaft, Bodenschutz, Retentionsflächen  Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen bzw. durch kommunale Maßnahmen (neues Wegekonzept) sogar zu verringern.  Forderung: bisherige (landwirtschaftliche) Nutzung erhalten</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007591]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007591_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007592	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASB ? Allgemeine Siedlungsflächen</b></p> <p>Gebiet ?LEI_ASB_1?</p> <p>Ort: Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Landwirtschaftlich genutzte Fläche</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Eine Siedlungsplanung im Überschwemmungs- und Retentionsbereich der Wupper halten wir aus heutiger Sicht für absolut fahrlässig. Forderungen: Bisherige Nutzung erhalten oder extensive landwirtschaftliche Nutzung. Optimal: Wiederherstellung eines flussnahen Auenabschnitts.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007592]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007592_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und die Entwicklung des Siedlungsbereichs unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p> <p>In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 und Ziel 28 wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007598	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASB ? Allgemeine Siedlungsflächen</b></p> <p>Gebiet ?LEI_ASB_2?</p> <p>Ort: Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Landwirtschaftlich genutzte Fläche</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; Überschwemmungsgebiet der Wupper; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet und Landschaftsschutzgebietes durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen bzw. durch kommunale Maßnahmen (neues Wegekonzept) sogar zu verringern.</p> <p>Forderung: Bisherige (landwirtschaftliche) Nutzung erhalten</p> <p>Optimal: Wiederherstellung eines flussnahen Auenabschnitts oder (in Planung) Extensivierungsprojekt unter Beteiligung der Offenland Stiftung durch Habitatgestaltung: Acker-Spontanvegetation und Brache, artenreiche Blühwiese (Mahd), Agrarumweltmischung mit heimischen Ackerpflanzen (Mellifera-Mischung), Sukzession; artenreiche Hecken.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007598]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007598_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003555).</p>

1007599	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASB ? Allgemeine Siedlungsflächen</b></p> <p>Gebiet ?LEV_ASB_4?</p> <p>Ort: Leverkusen</p> <p>Beschreibung: heutiger Zustand ist eine abwechslungsreiche Kulturlandschaft mit Grünland, Streuobstwiesen, Gehölzen und im geringeren Maße ländliche Besiedlung.</p> <p>Kritikpunkt: Bodenschutz, Retention, Klimaschutz, Erhalt ländlicher Landschaft und dörflicher Charakter, Streuobstwiesen und Hecken, Potential der Entwicklung artenreichen Offenlands, Artschutz, Artenschutzgutachten notwendig.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Erhebliche Problematik der Bodenversiegelung im gesamten Gebiet Hüscheid/Atzlenbach und Bergisch Neukirchen; negative Effekte auf die unmittelbaren schutzwürdigen Gebiete am Ölbach. Bodenversiegelung und Wassereinzugsgebiet Ölbach. Wir plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007599]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007599_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1001469).</p>

1007601	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASB ? Allgemeine Siedlungsflächen</b></p> <p>Gebiet ?LEV_ASB_6?</p> <p>Ort: Leverkusen</p> <p>Beschreibung: Grünbereich im Siedlungsbereich; Acker, Grünland, Gehölze</p> <p>Kritikpunkt: Bodenschutz, Retention, Klimaschutz, Erhalt ländlicher Landschaft und dörflicher Charakter und Hecken, Potential der Entwicklung artenreichen Offenlands, Artschutz, Artenschutzgutachten notwendig (Fledermäuse).</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Betroffen: Einzugsgebiet Leimbachtal; Verlust ländlicher Strukturen, Ackerland, Grünland, Kleingärten. Wir plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007601]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007601_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1001469).</p>



1007605	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASB ? Allgemeine Siedlungsflächen</b></p> <p>Gebiet ?LEV_ASB_7?</p> <p>Ort: Leverkusen/Leichlingen</p> <p>Beschreibung: Am Köllerweg, Flabbenhäuschen, Zum Claashäuschen bis Ölbachstr. Grünland und Wald.</p> <p>Kritikpunkt: Bodenschutz, Retention, Klimaschutz, Erhalt ländlicher Landschaft und dörflicher Charakter, Wald, Grünland, Kleingehölze; Bebauung wird bis an die Grenze von Schutzgebieten herangeführt ? keine Pufferzonen mehr, Erhöhung des Freizeitdrucks und damit Schädigung des Schutzgebietes.</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Erhebliches Potential der Bodenversiegelung im gesamten Gebiet Bergisch Neukirchen; negative Effekte auf die unmittelbaren schutzwürdigen Gebiete am Ölbach/Wiembach. Bodenversiegelung und Wassereinzugsgebiet Ölbach/Wiembach. Eine räumlich nahe Kompensation von Wald ist sehr zweifelhaft. Wir plädieren dafür, keine weitere Siedlung zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und um den Druck durch Freizeitgestaltung auf das heute Niveau zu begrenzen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007605]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007605_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1001469).</p>

1007609	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu ASBF ? Allgemeine Siedlungsflächen Flex</b></p> <p>? keine Fälle für Leichlingen, Leverkusen und Umgebung benannt ?</p> <p>Es gelten auch hier die eingangs formulierten allgemeinen Forderungen [s. Stn 1007461].</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p>

1007617	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu GIB ? Gewerbe, Industrie</b></p> <p>Gebiet ?BUR_GIB_1?</p> <p>Ort: Burscheid</p> <p>Beschreibung: Auszug</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>Kritikpunkt: Großfläche Bodenversiegelung in einem landwirtschaftlich gut nutzbaren Gebiet</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Alternativvorschlag: Neues GIB für Sondernutzung ausweisen: Die Fläche für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Wind, bevorzugt Photovoltaik. Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann relativ gutes Offenland geschaffen werden - trotz Nutzung für PV oder WK.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_2]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007617_1.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID1007617_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007623	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkungen zu GIB ? Gewerbe, Industrie</b></p> <p>Gebiet ?BUR_GIB_2?</p> <p>Ort: Burscheid</p> <p>Beschreibung: Landwirtschaftliche Nutzung und Forschung; Versuchsflächen Bayer: Bienenstudien</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007623_1]</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung, Verlust von Retentionsflächen</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, kein weiteres GIB zu erlauben, um den dörflich-ländlichen Charakter der Kulturlandschaft nicht zu zerstören und landwirtschaftliche Flächen zu erhalten. Alternativvorschlag: Neues GIB für Sondernutzung ausweisen: Die Fläche ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Wind, bevorzugt aber Photovoltaik</p> <p>Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann relativ gutes Offenland geschaffen werden - trotz Nutzung für PV oder WK.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007623_2]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007623_1.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID1007623_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007627	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anmerkungen zu GIB ? Gewerbe, Industrie</p> <p>Gebiet ?LEV_GIB_1?</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007627]</p> <p>Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung, Verlust von Retentionsflächen</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, kein weiteres GIB zu erlauben, um landwirtschaftliche Flächen und Retentionsflächen zu erhalten. Alternativvorschlag: Neues GIB für Sondernutzung ausweisen: Die Fläche ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Wind, bevorzugt aber Photovoltaik</p> <p>Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann relativ gutes Offenland geschaffen werden - trotz Nutzung für PV oder WK.</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007627_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007628	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anmerkungen zu GIB ? Gewerbe, Industrie</p> <p>Gebiet ?LEV_GIB_2?</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1007628]</p> <p>Kritikpunkt: Versiegelung von Flächen, Verlust von Retentionsflächen</p> <p>Vorschlag / Kommentar: Wir plädieren dafür, kein weiteres GIB zu erlauben, um landwirtschaftliche Flächen und Retentionsflächen zu erhalten. Die Fläche ist zu renaturieren.</p> <p>Alternativvorschlag: Neues GIB für Sondernutzung ausweisen: Die Fläche ausschließlich für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Wind, bevorzugt aber Photovoltaik</p> <p>Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schafbeweidung kann relativ gutes Offenland geschaffen werden - trotz Nutzung für PV oder WK.</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007628_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1007629

## Inhalt

### Anmerkungen zu GIB ? Gewerbe, Industrie

Gebiet ?LEI\_GIBz\_1?

Ort: Leichlingen

Beschreibung: Auszug

[s. Anhang Abb. StnID 1007629\_1]

Kritikpunkt: Bodenversiegelung wertvoller Böden, Verlust Retentionsflächen und Beeinflussung der hochgradig Schutzwürdigen Gebiete im Umfeld: Habitate: Totholzreiche Traubeneichenbestände, atlantische Stechpalmen-Rotbuchenwald, Feuersalamander, Hirschkäfer, Spanische Flagge, Uhu, Schwarzstorch, diverse Fledermausarten, etc. Biodiversitätsmonitorings laufen derzeit als ?Citizen Science?- Projekte über die Plattform Observation.org und sind dort auch einsehbar.

Vorschlag / Kommentar: Bisherige Nutzung (landwirtschaftliche Nutzung) zum Zwecke Klimaschutz, Bodenschutz, Retentionsflächen beibehalten. Alternativvorschlag: Neues GIB für Sondernutzung ausweisen: Die Fläche für den Ausbau erneuerbarer Energien reservieren: Photovoltaik; Vorteil: Bodenversiegelung kann minimiert werden; durch Schaffbeweidung kann relativ gutes Offenland geschaffen werden - trotz Nutzung für PV; Anbindung an Hochspannungsnetz gegeben. Windkraft muss aus Gründen des Vogel- und Fledermausschutzes ausgeschlossen werden (Siehe anschließende Stellungnahme). Dies sollte jedoch nur ermöglicht werden, wenn Umweltgutachten ergeben, dass der Korridor zwischen Murbachtal und Weltersbach nicht durch entsprechende Anlagen geschädigt wird.

[s. Anhang Abb. StnID 1007629\_2]

### Anhänge

[Abb\\_ID1007629\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1007629\\_2.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

	<p>Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.</p>
--	---



**Inhalt****Spezifische Stellungnahme Fledermausschutz Murbachtal ?LEI\_GIBz\_1?**

von [ANONYMISIERT]

**Ort** Leverkusen/Leichlingen, **Gebiet** Murbachtal

**Beschreibung**

Das Gebiet umfasst ausgehend von Diepental das Murbachtal bis Balken mit Waldhängen bei Pattscheid, Neuenkamp, Stöcken, Holz und Wietsche. An die Wälder schließen auf Leverkusener und Leichlinger Seite landwirtschaftlich genutzte Flächen und dörflich geprägte Siedlungen an. Der namensgebende Bach durchzieht das Tal mit seinen bewaldeten Hängen und mündet bei Balken (Leichlingen) in die Wupper. Die ehemaligen Aufstauungen des Murbachs (Talsperre Diepental und westlich gelegenes Staugewässer) werden bzw. sind bereits abgelassen. Geplant ist den Lauf des Murbachs naturnah zu entwickeln. In Teilen werden die trocken gefallen Flächen entlang des Bachs einer natürlichen Sukzession (Neubewachsung) überlassen. Die Hangwälder setzen sich aus Fichten (sind zum großen Anteil wegen Hitzesommern und Borkenkäferbefall abgestorben und gerodet), Rotbuchen, Trauben- und Stieleichen u.a. Baumarten zusammen. Höhlen- und Totholzbäume, z.B. Im Bereich des Naturfreundehauses Neuenkamp und anderen Bereichen, bieten Lebensraum für Insekten, viele Vogelarten (Spechte, Waldkauz) und Quartiermöglichkeiten für streng geschützte Fledermausarten. Vorkommen von Braunen Langohren, Fransen-, Wasserfledermaus, Abendsegler, Kleinabendsegler, Zwerg-, Rohrfledermaus, Große/Kleine Bartfledermaus sind nachgewiesen; Nahrungshabitate und Quartiermöglichkeiten in Höhlenbäumen und in Anliegerhäusern sind vorhanden. Das Murbachtal im Zusammenhang mit der Wupper kann als Korridor von Fledermäusen bei ihren saisonalen Wanderungen genutzt werden.

**Kritikpunkte**

- Ausweisung eines Gewerbegebiets Nordwestlich der Ortslage Wietsche, erhöhtes Verkehrsaufkommen
- Intensive forstliche Nutzung der Hangwälder

**Vorschläge**

- Gewerbegebiete: Verzicht auf die Planung des Gewerbegebiets nordwestlich der Ortslage Wietsche, um den ruhigen Charakter des Landschaftsraum zu erhalten.
- Artenschutz: Ausweitung des Schutzes des Gebietes ist essentiell für den

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

- Artenschutz in der Region. Beispiel Artengruppe Chiroptera (Fledermäuse).
- Wälder: Erhaltung von Habitatbäumen, (Höhlenbäume, Totholz, Bäume mit Totholzanteil) zur Förderung von Fledermäusen und höhlenbrütenden Vogelarten, Wespen, Hornissen, Wildbienen u.a. Umbau von Nadelwäldern in Laubmischwäldern. Nachhaltige forstwirtschaftliche Nutzung, kein Einsatz von Pestiziden.
- Windwurfflächen und anderen Freiflächen (Fichtenrodungen) in den Wäldern der natürlichen Sukzession überlassen: Aufwuchs aus Baumsämlingen, Strauchwerk, Stauden, Wildgräsern. Es entstehen Nahrungshabitate für Fledermäuse, Vögel, Insekten sowie Fortpflanzungsmöglichkeiten für Insekten und Gebüschbrüter.
- Bei Neuanpflanzungen entlang des Bachs heimische, blütenreiche und damit insektenreiche Gehölze wählen.
- Besucherlenkung, um ruhige Uferbereiche als Rückzugsorte für Vögel und Insekten u.a. zu schaffen.
- An und auf den Hängen des Tals KEINE Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen (Gefahr von Fledermaus- und Vogelschlag).

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

1008479	
<p>Inhalt</p> <p><b>Stellungnahme des BUND zum Bebauungsplan Nr. 109 ?Hochwassergebiet Wupper?</b></p> <p>An die Stadt Leichlingen,  An das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW (internes Aktenzeichen: RBK-305/22) An den BUND Kreisgruppe Rhein-Berg  Stellungnahme zu  Bebauungsplan Nr. 109 ?Hochwassergebiet Wupper?  22.06.2022</p> <p>Aus Umwelt- und Naturschutzgründen sind Bebauungen in Talauen grundsätzlich in Frage zu stellen. Naturgegebene Ufer- und Talbeschaffenheiten, die Wasser aufnehmen, zeitweise halten und wieder zügig abgeben können, sind in fast allen Fällen der sicherste Garant vor Hochwasserfolgeschäden und grundsätzlich zielführend.</p> <p>Das Planungsgebiet ist bereits in wesentlichen Bereichen besiedelt und bebaut. Wir vermuten, dass eine Entsiedelung mit wesentlichem Gebäuderückbau nicht in Betracht gezogen werden soll. Darum gehen wir in der Betrachtung von der bestehenden baulichen Situation aus.</p> <p>Dies bedeutet im Kern, dass alle jetzt im Plangebiet bestehenden Frei-, Grün-, Brachflächen von Bebauung und Versiegelung zukünftig freigelassen werden.</p> <p>Weiterhin bedeutet es, dass der natürliche Durchfluss des Wupperwassers und des Wassers des Weltersbaches wieder zugelassen wird und nicht mehr durch den ?künstlichen Staudamm? der L 294 aufgehalten werden darf. Nur dann kann eine Entwässerung schnell und zügig in Fließrichtung Wupper erfolgen. Die südlichen Bereiche (Grundflächen: Lidl, LVR-Paul-Klee-Schule, Wupperbogen und Teile der Siedlung Büscherhöfen) würden vom stauenden Hochwasser befreit.</p> <p>Für alle anderen Frei-, Grün- und Brachflächen könnten entgegen aber Ziele der verstärkten Retention, also das Zurückhalten und der verlangsamte Rückfluss des Wassers maßgeblich und wünschenswert sein.</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p><b>1.</b></p> <p><b>Westlicher Bereich des Überflutungsgebietes der Wupper.</b></p> <p>Die in der Simulation blau gekennzeichneten, überfluteten Uferbereiche westlich der Wupper, beginnend Staderhof bis L294 sollten von jeglicher Bebauung und Wasser verdrängenden Veränderung, auch von Versiegelung jeglicher Art freigehalten werden. Jede Einengung der westlichen Überflutungsfläche entlang der Wupper würde auf der östlichen Seite, die stärker bebaut und mit Mauern ?gesichert? ist, eine höhere</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b>  Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Überflutung zur Folge haben. Die Strömungsgeschwindigkeit und damit die Zerstörungskraft würden sich durch eine erweiterte Bebauung erhöhen. Retentions- und Ausdehnungsflächen würden verloren gehen.

Ergänzend sollten Flächen nördlich des Plangebietes als Retentionsflächen einbezogen und erweitert werden. Dies führt auch zu einer Reduzierung der Wassermenge im Plangebiet der Innenstadt.

## **2.**

### **Sperrdamm der Straße L294**

Der Geltungsbereich des B-Plans muss den Bereich der Straße L294 mit einbeziehen. Diese Straßenaufschüttung ist in besonderem Maße für den nicht- und verlangsamen - Abfluss des Wassers sowohl des Weltersbaches als auch der Wupper verantwortlich. Bestehende besiedelte Flächen sind dadurch verstärkt von Überflutung und Zerstörung in den letzten zwei Überflutungen betroffen gewesen.

Die Aufschüttung bewirkt einen unerwünschten Stau und bildet ein Überflutungsbecken. Dieses Becken erstreckt sich auf die Flächen Lidl, LVR-Paul-Klee-Schule, Besiedlungsbereiche des Wupperbogens und Teile der Siedlung Büscherhöfen.

Bei einem Hochwasser, ausschließlich vom Weltersbach, wirken die entlang der Wupper befindlichen Hochwasserschutzwälle zusätzlich begrenzend und verstärken die Beckenlage der Flächen.

Eine Entwässerung der Siedlung Büscherhöfen ist wegen der leichten Hanglage zur Wupper und nur durch den bestehenden Straßentunnel unter dem Kreisverkehr nicht möglich.

Ein Rückbau der die Flussaue querenden Straßenaufschüttung, also des ?künstlichen Staudamms?, ist angezeigt. Der alte Zustand, ein freier/offener Auenbereich, der die Öffnung zu den Flächen der Büscher Aue und der Balcker Aue zulässt, verringert die Überflutung.

Da Lösungs-Varianten wie z.B. Stelzenlage der Straße oder größere Untertunnelungen Einfluss auf den südlich entlang des Straßendamms verlaufenden Bachlaufs und dessen Flora und Fauna haben können, würden wir hierzu gerne zu gegebener Zeit detailliert Stellung beziehen.

## **3.**

### **Bauliche Verdichtung im Überflutungsbereich**

Die blau gekennzeichneten Flächen im süd/östlichen Bereich zwischen L359 und Wupper sind teilweise bereits bebaut. Hier sollte auf eine weitere Verdichtung der Bebauung verzichtet werden.

## **4.**

**Die Grünanlagen rechts und links der Wupper**

dürfen nicht weiter eingeschränkt werden und sollten in der Gänze unversiegelt als Überflutungsflächen und gleichzeitig als ökologische Pufferzonen zum schützenswürdigen Flusslauf bestehen bleiben. Eine natürliche und ökologische Gestaltung der Flussufer sollte im B-Plan festgeschrieben werden.

**5.****Dachwasserverrieselung**

Im gesamten Plangebiet, auch bei bestehender flussnaher Bebauung, sollte auf eine Verrieselung des Dachwassers ins Erdreich geachtet werden. Dies würde eine Verzögerung und das Rückhalten der Einleitung in den Fluss bewirken.

Bei der relativ engen Bebauung könnten sich auch gemeinschaftlich genutzte Verrieselungsmulden, Tümpel und Gräben anbieten. Diese sich ergebenden Bereiche sind möglichst naturnah zu gestalten. Somit könnten diese neben einem Erholungseffekt für die Bevölkerung auch Rückzugsorte für Pflanzen und Tiere sein und Pflanzen- und Wasserstellen können das Klein-Klima der Innenstadt positiv beeinflussen.

**6.**

Eine für Neubauten im B-Plan fest zu schreibenden Dachbegrünung muss den Kriterien einer verstärkten Retention von Regenwasser standhalten.

**7.**

Der Straßenbelag, gepflasterte Flächen etc. müssen wasserdurchlässig sein. Die gesamte Straßenentwässerung, mindestens der Nebenstraßen, muss in die Verrieselungen laufen.

**8.**

Auf eine dichte und verstärkte Bepflanzung sowohl auf privaten als auch öffentlichen Flächen muss bestanden werden. Die Wurzeln halten das Wasser im Erdreich und lassen es langsamer abfließen.

Der Boden bleibt offener für die Wasseraufnahme bei Niederschlägen. Die schnellere Aufnahme und Speicherung des Wassers im Erdreich wird gefördert und somit der schnelle oberflächliche Abfluss des Regenwassers reduziert - vom grundsätzlichen positiven klimatischen Einfluss einmal abgesehen.

1008485	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Stellungnahme [ANONYMISIERT] zu Leichlingen</b></p> <p>1. <u>Zum FFH Gebiet der Wupper</u></p> <p>Leider ist z.Zt. das FFH Gebiet (Naturschutzgebiet nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) der Wupper in Leichlingen unterbrochen.</p> <p>Die Unterbrechung im Siedlungsbereich der Stadt Leichlingen entspricht nicht dem Ansinnen für die europaweiten Natura 2000-Gebiete. Eine Vernetzung und verbundene Einheit der naturschutzwürdigen Flächen für Pflanzen, Tiere und andere Organismen mit Ihren Lebensbereichen sowohl auf Land wie im Wasser sollte möglich sein und möglich bleiben.</p> <p>Die im Landschaftsplan festgehaltenen Grenzen sowie die Bereiche des Landschaftsschutzes entlang der Wupper müssen auch im Bereich der Innenstadt frei von Besiedlung gehalten werden. Hier müssen die Besiedlungsflächen grafisch und faktisch unterbrochen werden. Ein Schutzstreifen entlang der Wupper ist dringend erforderlich und muss erkennbar markiert werden.</p> <p>Das Ziel, zukünftig auch eine Erweiterung des FFH Gebietes im Bereich der Innenstadt fest zu legen darf nicht vom Regionalplan blockiert werden. Dazu gehört der Fluss als Wasserlauf und ein Uferstreifen, sämtliche Überflutungsflächen und bestehende Grünzonen als Pufferbereiche.</p> <p>In den Entwicklungskarten zum Naturschutzrecht des Rheinisch-Bergischen Kreises sind einige für den Natur- und Landschaftsschutz wichtige Bereiche bereits enthalten und sollten sich auch im Regionalplan wiederfinden. Der Fluss- und Uferbereich muss ergänzend im Regionalplan aus dem Besiedlungsbereich herausgenommen werden.</p> <p>Hierzu gehört auch Flur [ANONYMISIERT] (Wupperufer westlich zwischen Montanus Brücke und L294) und muss in der Gänze als Pufferzone für den Naturschutz der Wupper gekennzeichnet werden.</p> <p>Auch gegenüber auf der östlichen Flussseite ist das Überflutungsgebiet bis zum Hanskarl-Rodenkirchen-Weg als Grünfläche zu kennzeichnen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1008486	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Anmerkung zum Landschaftsplan</b></p> <p>Einhergehen mit der Vorbereitung des Regionalplanentwurfes muss in Leverkusen auch die sachgerechte und vollständige Durchführung der Planungen zum neuen Leverkusener Landschaftsplan.</p> <p>Die Beteiligung der Bürger am Verfahren begann am 04.09.2012 mit der Vorstellung des Planentwurfes durch den damaligen Oberbürgermeister Buchhorn im Forum.</p> <p>Wie man dem beiliegenden Zeitungsartikel entnehmen kann, verlief die Veranstaltung recht turbulent. Der vorgestellte Plan wurde von den Bürgern äußerst kritisch aufgenommen. Die Kritik daran gipfelte in der Feststellung eines sachkundigen Städteplaners, der Landschaftsplanentwurf sei insgesamt rechtswidrig.</p> <p>Anstatt inhaltlich auf dieses Urteil zu reagieren, hüllte sich das verantwortliche Planungsbüro in Schweigen und der Oberbürgermeister weigerte sich aufgebracht, Stellung zu beziehen. Die passende Antwort würde die Verwaltung schriftlich geben.</p> <p>Bei dieser Ankündigung ist es bis heute, fast 10 Jahre später, geblieben und mir ist nicht bekannt, dass irgendein Einwänder jemals eine Reaktion auf seine Beteiligung im offiziellen Verfahren erhalten hat.</p> <p>Der kundige Städteplaner hatte seinen Vorwurf auf großen Plänen an über 100 Flächen im Stadtbereich konkret belegt und das Interesse der anwesenden Bürger daran war riesengroß.</p> <p>Hier stellt sich die Frage, ob das Aussitzen von Seiten der Stadt rechtlich überhaupt zulässig ist und ob die Bürger ein derartiges Versandenlassen hinnehmen müssen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen zur Freiraumentwicklung vorgebracht und Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

**Inhalt****Forderungen zum Regionalplanentwurf**

1. Im neuen Regionalplan wird, bezogen auf den noch gültigen Regionalplan, auf jede zusätzliche Umwidmung von Grünflächen in Flächen für Wohnungsbau, Verkehr, Gewerbe u.ä. verzichtet. Die Umwidmung von versiegelten Flächen in Grünflächen wird begrüßt.
  2. Die Ausweisung von zusätzlichen Landschafts- bzw. Naturschutzgebieten wird begrüßt, jedoch nur, wenn sie nicht zu einer ?ausgleichenden? zusätzlichen Versiegelung sogenannter ?nicht schützenswerter Grünflächen? führt.
  3. Die Herausnahme von Siedlungs- bzw. Gewerbeflächen in Überschwemmungsgebieten wird begrüßt, jedoch darf es auch hier nicht zur ?ausgleichenden? zusätzlichen Umwidmung von Grünflächen kommen.
- Die im Wohnungsbauprogramm 2030+ der Leverkusener Bauverwaltung angestrebte Umwandlung von Grünflächen in Siedlungsbereiche berücksichtigt in keiner Weise die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse in den Bereichen Klima-, Hochwasser-, Grundwasser- und Artenschutz. Daher sind alle, dort als ?Wohnbaupotentialflächen innerhalb der Freiflächendarstellung? bezeichnete und von der Verwaltung für die Erstellung des Regionalplanes gemeldeten Grünflächen, aus der Planung herauszunehmen und auch die Versiegelung der im gültigen Flächennutzungsplan als ?Wohnbaupotentialflächen innerhalb der Bauflächendarstellung? sowie die sogenannten Baulücken auf ihre schädlichen Auswirkungen hin zu prüfen.

Dies betrifft im Einzelnen und ohne Anspruch auf Vollständigkeit folgende Flächen:

?Wohnbaupotentialflächen innerhalb der Freiflächendarstellung?

- BG-02 Bürrig
- BG-07 Bürrig
- BG-08-A Bürrig
- BN-02 Bergisch Neukirchen
- BN-09 Bergisch Neukirchen
- BN-10-A Bergisch Neukirchen
- BN-14 Bergisch Neukirchen
- HI-04 Hitdorf
- KG-04-A Küppersteg
- KG-05 Küppersteg
- LK-01 Lützenkirchen
- LK-06 Lützenkirchen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



- LK-07-A Lützenkirchen
- OP-08-A Opladen
- QU-06-A Quettingen
- QU-08-A Quettingen
- QU-10 Quettingen
- RD-04-A Rheindorf
- RD-05 Rheindorf
- SCH-S-05 Schlebusch-Süd
- ST-03-A Steinbüchel
- ST-15 Steinbüchel
- ST-16 Steinbüchel
- ST-22-A Steinbüchel
- WD-O-04 Wiesdorf-Ost
- WD-O-07 Wiesdorf-Ost

?Wohnbaupotentialflächen innerhalb der Bauflächendarstellung? (beispielhaft)

Nummer im Textteil / FNP Bezeichnung der Fläche in der Bürgerbeteiligung

5 Hüscheider Str. - Plantage / BN 08

3 Wuppertalstr. / BN 17 (bebaut im Widerspruch zum Text)

Ende Hüscheider Str. BN 06

6 St. Engelbert / BN 02

Platanenweg / BN 15 ( gerodet - Ausgleichsfläche ?)

1 Knechtsgraben / OP 14

Fester Weg B-Plan 203/III / ST 03

5. Veröffentlichung und Berücksichtigung der digitalen Bürgerbeteiligung zur Bewertung und Beurteilung der Leverkusener Grünflächen.

AZ: Ö-M-1320	
1002831	
1008362	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg-Königshoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. - ha im Gebiet Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Es handelt sich hierbei um die rekultivierten Flächen des Tagebaus Garzweiler, die als Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" ausgewiesen sind [Abbildung] [ANONYMISIERT].</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

im Rahmen der öffentlichen Auslegung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln habe ich mir den Bereich Bonn-Oberkassel in der Nähe zur Stadtgrenze ?Bonn-Königswinter? genauer angeschaut und möchte nachfolgend dazu Stellung nehmen. Meines Erachtens sind in diesem Bereich die Ziele, die ein Regionalplan verfolgen sollte, nicht umgesetzt/ erreicht. Ich bitte daher um Prüfung der zeichnerischen Festsetzungen für diesen Bereich. Hinweis: Die zeichnerischen Festlegungen aus dem aktuell rechtskräftigen Regionalplan von 2004 entsprechen hier vielmehr den Zielen, die eine Regionalplanung verfolgen sollte.

**Detailbetrachtung****1 Grundlagen/Ziele****1.1 Ziel des Regionalplanes**

Die Regionalplanung ist die Zwischenstufe zwischen Landesentwicklungsplanung und der gemeindlichen Bauleitplanung. Die Regionalplanung konkretisiert die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans NRW für die einzelnen regionalen Teilräume/Planungsregionen in NRW. Die zeichnerischen Festlegungen der Regionalpläne werden auf Basis einer Karte im Maßstab 1:50.000 erstellt. Sie sind nicht an Parzellen orientiert, sondern geben eine eher grobe Festlegung der Flächen wieder. [Quelle: <https://landesplanung.nrw.de/regionalplanung>]

**1.2 Darstellung im Landesentwicklungsplanes (LEP)**

Die zeichnerischen Gebietsfestlegungen des LEP erfolgen als Vorranggebiete im Maßstab 1: 300.000 mit einer maßstabsbedingten Darstellungsschwelle von 150 ha. Dadurch haben die der Landesplanung nachgeordneten Ebenen (Regionalplanung, Bauleitplanung und Fachplanungen) Gestaltungsmöglichkeiten, die zeichnerischen Festlegungen des LEP eigenverantwortlich zu konkretisieren. Dabei können die im LEP zeichnerisch dargestellten Vorranggebiete in den Regionalplänen um weitere entsprechende Vorranggebiete ergänzt werden ? auch um einzelne zusätzliche Gebiete > 150 ha. [Quelle: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)]

**2 Betrachtung Bonn-Oberkassel (Nähe zur Stadtgrenze ?Bonn-Königswinter?)****2.1 Planung vs. Realweltsituation**

In den folgenden Screenshots ist ein Auszug aus den Regionalplanversionen gegenübergestellt, auf die ich nachfolgend näher eingehe.

**[Abbildung 1]** Abb.: Gegenüberstellung: Auszug - Regionalplan Köln (stark vergrößerte Darstellung)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

(vgl. ID 1011584 und ID 101158478)

Die zeichnerischen Darstellungen in Regionalplänen erfolgen im Maßstab 1:50.000. Betrachtet man nun die Bereiche im Regionalplanentwurf im Vergleich zur Realweltsituation, stellen sich bezüglich des Entwurfes mehrere Fragen. Zuvor hier jedoch noch der Blick auf die Realweltsituation (3D Ansicht):

#### **[Abbildung 2]**

[Quelle: Stadt Bonn; Link:  
[https://bonn.k.geoplex.de/v/bonn3d/?35mrBQ64Kgnb72\\_O6Ta3\\_QjqC4cf6J000000000000](https://bonn.k.geoplex.de/v/bonn3d/?35mrBQ64Kgnb72_O6Ta3_QjqC4cf6J000000000000)]

2.2 Fragen zu den zeichnerischen Festlegungen im Regionalplanentwurf:

**[Abbildung 3]** Abb.: Neuaufstellung Regionalplan Köln - Auszug aus dem Entwurf (stark vergrößerte Darstellung)

[Quelle: [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionalplanung/offenlage\\_zeichnerische\\_festlegungen/blatt\\_12-13.pdf](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionalplanung/offenlage_zeichnerische_festlegungen/blatt_12-13.pdf)]

2.2.1 Situation 1:

Der Planentwurf weist an der Stadtgrenze von Bonn im Vergleich zum aktuellen Regionalplan (2004) eine Fläche ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Freiraumfunktion ?Regionale Grünzüge? aus. Diese Fläche hat im Bereich der ?Situation 1? eine Größe von ca. 2,5 ha. Die Flächengröße wurde aus TIM-Online auf der Basis der DTK50 ermittelt (siehe nachfolgender Screenshot).

#### **[Abbildung 4]**

Hier stellt sich die Frage, warum in dem Regionalplanentwurf eine Fläche klassifiziert wird, die im Zielmaßstab der Darstellung (Maßstab 1:50.000) eine Größe von ca. 3 mm<sup>2</sup> hat. Eine generalisierte Darstellung, wie sie im Regionalplan von 2004 enthalten ist entspricht, wie eingangs erwähnt, m.E. viel mehr den Zielen eines Regionalplanes. Die Festlegung solch kleinteiliger Klassifizierung von Flächen sollte im Flächennutzungsplan (FNP) erfolgen. Eine solche ist aktuell auch schon im FNP der Stadt Bonn enthalten.

Mein Vorschlag: Anpassung der Darstellung im Planentwurf; generalisiere Darstellung der Situation 1 als ?Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)?.

2.2.2 Situation 2:

Der Planentwurf im Bereich der ?Situation 2? ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Auch

hier wird im Entwurf eine Fläche ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? mit der Freiraumfunktion ?Regionale Grünzüge? ausgewiesen. Da fast der gesamte Bereich bebaut ist, ist auch hier eine Anpassung der Regionalplanung im Vergleich zum Regionalplan von 2004 fragwürdig. Im Plan von 2004 ist der Bereich als ?Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)? ausgewiesen, was der Realweltsituation damals wie heute entspricht. Hier stellt sich dem Betrachter die Frage, welches Ziel mit dieser neuen Festlegung im Regionalplan verfolgt wird. Es entsteht der Eindruck, dass künstlich Flächen als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ausgewiesen werden, damit eine vermeintlich zusammenhängende Flächengröße entsteht, die eine Darstellung im Regionalplanentwurf rechtfertigt. Wie auch den Geobasisdaten (Gebäudebestand im Liegenschaftskataster und Darstellung der Topographie in den DTK) entnommen werden kann ist der größte Teil der ausgewiesenen Fläche ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? schon seit Jahren bebaut!

Mein Vorschlag: Anpassung der Darstellung im Planentwurf. Einbeziehung der bebauten Gebiete in die Fläche ?Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB).  
Ich bitte um Prüfung der aufgezeigten Sachverhalte und freue mich über eine Rückmeldung.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006818\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006818\\_001\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006818\\_001\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006818\\_001\\_4.pdf](#)

AZ: Ö-M-1322

1002834

1010290

#### Inhalt

Hiermit möchte ich zum Plan der Stadt Bergisch Gladbach, das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L358), das laut dem Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung ?Waldfläche? ist, als Gewerbegebiet (?Fläche R27?) auszuweisen, wie folgt Stellung nehmen:

Die oben genannte Fläche muss weiter Waldfläche bleiben, dafür gib es sehr viele Gründe. Das Waldstück an der A4 ist nämlich nicht nur eine natürliche Lärmschutzwand, sondern es beherbergt zahlreiche Flora und Fauna, unter anderem die stark gefährdeten Fledermausarten Mückenfledermaus und Zwergfledermaus. Durch ein Gewerbegebiet würde erheblich Lebensraum für Tiere und Pflanzen zerstört werden. Doch das Waldstück hat nicht nur eine essenzielle Bedeutung für Tiere und Pflanzen, es bietet außerdem einen Erholungs- und Freizeitort für uns Bürger. Gerade in der aktuellen Zeit, in der wir alle die Auswirkungen des Klimawandel zu spüren bekommen, finde ich es verwerflich, eine Waldfläche roden zu wollen, um ein Gewerbegebiet zu erbauen. Der Wald hat eine enorm wichtige Bedeutung, vor allem im Hinblick auf Hochwasser- und Überschwemmungsschutz sowie die Luftverschmutzung. Durch eine Rodung des Waldes käme es besonders in Frankenforst und Refrath zu einem massiven Anstieg an Schadstoffbelastung. Klar gegen ein Gewerbegebiet spricht außerdem die Feststellung des oben genannten Gebietes als Wald im erst kürzlich beschlossenen Flächennutzungsplan.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-M-1323	
1002835	
1007170	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als betroffene Bürger in Weiden möchten wir zu den Planunterlagen wie folgt Stellung nehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Grünzug West hat, als fester Bestandteil des Äußeren Grüngürtels, eine wichtige Funktion als Naherholungsraum für die Einwohner Weidens.</li> <li>• Grünflächen, vor allem solche mit Baumbestand, bewirken Kühlungseffekte und können die Temperatur in bebauten Bereichen um mehrere Grad verringern.</li> <li>• Der Grünzug West dient, durch die vorwiegend westliche Windrichtung, als wichtige Frischluftschneise bis in die Kölner Innenstadt und darf daher nicht durch Bebauung blockiert werden.</li> <li>• Der Rat der Stadt Köln hat am 9. Juli 2019 den "Klimanotstand" erklärt und damit bestätigt, dass die Eindämmung des Klimawandels in der städtischen Politik zukünftig bei allen Entscheidungen, also auch bei der Regionalplanung, grundsätzlich zu beachten ist.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>



**Inhalt**

Gegen die Planung und Umsetzung des vorgenannten Gewerbegebietes erhebe ich als unmittelbar betroffener Anwohner Einwendungen. Die nachstehend aufgelisteten Einwendungen werden kurz geschildert, ohne diese im Detail weiter auszuarbeiten:

Negative Auswirkungen auf die Lebensqualität

Die Lebensqualität wird durch die zu erwartenden Emissionen in erheblichem Maße negativ belastet werden.

Die steigende Verkehrsbelastung und der Betrieb der gewerblichen Anlagen werden erhebliche Lärmemissionen verursachen. Lärmemissionen in erheblichem Maße verursacht bereits der Verkehr auf der B56n. Wenn weitere Emissionen dazu kommen, die z.B. durch das ständige An- und Abfahren von LKW zu erwarten sind, wird die Lärmemission insgesamt nicht zumutbar sein. Je nach Gewerbe sind darüber hinaus stark belastende Geruchsemissionen zu erwarten.

Negative Auswirkungen auf den Boden

- Versiegelung, die besonders hoch in Gewerbegebieten ist
- Veränderung der Oberbodenstruktur
- Verlust ertragreicher Böden für die Landwirtschaft
- Veränderung der Speicher- und Filterfunktion des Bodens sowie veränderte Abflussverhältnisse

Negative Auswirkungen auf das Wasser

- Erhöhung des oberflächlichen Abflusses (siehe Boden) und damit verbundene Erhöhung der Vorflut (insb. bei Starkregen, Unwettern)
- Veränderung natürlicher Abflussverhältnisse
- Verringerte Grundwasserneubildung

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

#### Negative Auswirkungen auf Luft und Klima

- Verstärkung von Hitzestressphänomenen durch die Versiegelung (Kreislaufbelastung in Hitzephasen insb. für ältere Menschen - Stichwort: Alten- und Pflegeheim Waldenrath)
- Verminderung der Kaltluftproduktion durch Überbauung der bisherigen Offenlandbereiche

#### Negative Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen

- Verlust oder Beeinträchtigung von Lebensräumen
- Weitere Verringerung der biologischen Vielfalt (Beispiel: seit dem Betrieb der B56n sind bei uns weniger Fledermäuse und weniger verschiedene Vogelarten zu sichten)
- Störung der Tierwelt durch die betriebsbedingten Emissionen (s.o.)
- Zerstörung des Lebensraumes durch Versiegelung

#### Negative Auswirkungen auf das Zusammenleben

Das Dorf Pütt ist mit dem Dorf Waldenrath, die beide zu einer Pfarrei gehören, eng verbunden. Diese enge Verbindung ist geprägt durch die traditionellen gemeinsamen religiösen und kulturellen Feste und Feiern, die dank eines besonders intensiven Vereinslebens regelmäßig stattfinden. Bereits durch den Bau der B56n erfolgte ein Einschnitt, der die beiden Orte voneinander getrennt hat. Die Errichtung des Gewerbegebietes würde diese Trennung weiter vertiefen.

#### Negative Auswirkungen auf den Wert der Immobilie

Bereits der Bau der B56n hat den Wert unserer Immobilie erheblich gemindert. Die einst idyllische Lage auf dem Land wurde dadurch zerstört. Durch das geplante Gewerbegebiet würde die Lebens- und Wohnqualität weiter sinken, damit die Wohnlage noch unattraktiver werden und den Wert der Immobilie weiter mindern.

AZ: Ö-M-1326	
1002839	
1006841_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Neuer Flächennutzungsplan "Interkommunales Gewerbegebiet Birgden-Waldenrath"</p> <p>Gegen die Planung und Umsetzung des vorgenannten Gewerbegebietes erhebe ich als unmittelbar betroffener geschildert, ohne diese im Detail weiter auszuarbeiten:</p> <p><b>Negative Auswirkungen auf die Lebensqualität</b></p> <p>Die Lebensqualität wird durch die zu erwartenden Emissionen in erheblichem Maße negativ belastet werden.</p> <p>Die steigende Verkehrsbelastung und der Betrieb der gewerblichen Anlagen werden erhebliche Lärmemissionen der B56n. Wenn weitere Emissionen dazu kommen, die z.B. durch das ständige An- und Abfahren von LKW sind darüber hinaus stark belastende Geruchsemissionen zu erwarten.</p> <p><b>Negative Auswirkungen auf den Boden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Versiegelung, die besonders hoch in Gewerbegebieten ist</li> <li>- Veränderung der Oberbodenstruktur</li> <li>- Verlust ertragreicher Böden für die Landwirtschaft</li> <li>- Veränderung der Speicher- und Filterfunktion des Bodens sowie veränderte Abflussverhältnisse</li> </ul> <p><b>Negative Auswirkungen auf das Wasser</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhöhung des oberflächlichen Abflusses (siehe Boden) und damit verbundene Erhöhung der Vorflut (insb. - Veränderung natürlicher Abflussverhältnisse</li> <li>- Verringerte Grundwasserneubildung</li> </ul> <p><b>Negative Auswirkungen auf Luft und Klima</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verstärkung von Hitzestressphänomenen durch die Versiegelung (Kreislaufbelastung in Hitzephase insb. - Verminderung der Kaltluftproduktion durch Überbauung der</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

bisherigen Offenlandbereiche

#### Negative Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen

- Verlust oder Beeinträchtigung von Lebensräumen
- Weitere Verringerung der biologischen Vielfalt (Beispiel: seit dem Betrieb der B56n sind bei uns weniger
- Störung der Tierwelt durch die betriebsbedingten Emissionen (s.o.)
- Zerstörung des Lebensraumes durch Versiegelung

#### Negative Auswirkungen auf das Zusammenleben

Das Dorf Pütt ist mit dem Dorf Waldenrath, die beide zu einer Pfarrei gehören, eng verbunden. Diese enge und Feiern, die dank eines besonders intensiven Vereinslebens regelmäßig stattfinden. Bereits durch den Errichtung des Gewerbegebietes würde diese Trennung weiter vertiefen.

#### Negative Auswirkungen auf den Wert der Immobilie

Bereits der Bau der B56n hat den Wert unserer Immobilie erheblich gemindert. Die einst idyllische Lage Lage Lebens- und Wohnqualität weiter sinken, damit die Wohnlage noch unattraktiver werden und den Wert der

AZ: Ö-M-1327	
1002840	
1006896	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wie aus der Anlage durch eine pinkfarbene Kennzeichnung ersichtlich, enthält der Entwurf des neuen Regionalplans Köln im Aachener Stadtteil Beverau einen ? im Gegensatz zum bisherigen Regionalplan - neuen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB). Wir bitten darum, diese ASB-Darstellung zurückzunehmen und in diesem Bereich stattdessen Folgendes festzusetzen: Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, regionaler Grünzug und Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Hierfür spricht maßgeblich, dass der in Rede stehende ASB ein bedeutsamer Teil eines Kaltluftentstehungsgebietes ist. Diesem kommt aufgrund seiner Stadtnähe für den Aachener Innenstadtkessel eine herausragende Bedeutung zu. Wegen aller Einzelheiten verweisen wir auf die anliegende Stellungnahme der LNU zum Entwurf des neuen Aachener Flächennutzungsplans [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt]. Auch aus dem nachfolgend eingefügten Ausschnitt aus der Klimaanalysekarte ergibt sich, dass es sich um eine Freifläche mit einem sehr hohen Kaltluftvolumenstrom handelt: [Abb.]. Die geringe Größe der in Rede stehenden ASB-Ausweisung steht der vorstehend skizzierten Bedeutung dieser Fläche nicht entgegen. Dies belegt auch eine aktuelle Veröffentlichung von [anonymisiert] von der RWTH Aachen, die wir auf Nachfrage gerne nachreichen. So hat sich [anonymisiert] allgemein (an einem Beispiel außerhalb von Aachen) mit der Frage beschäftigt, wie die durch die nächtliche Kaltluft erzeugten Ökosystemdienstleistungen in puncto Abkühlung im Fall ihrer Herkunft aus verschiedenen Teilgebieten genauer bewertet werden können, also wie fundiert einzelne Flächen eines Kaltlufteinzugsgebiets gewichtet werden können und - konkret - ob auch eine kleine stadtnahe Fläche ausreichend sicher hervorgehoben werden kann gegenüber anderen, entfernteren Flächen. Dies hat sich nun als allgemeine Regel bestätigt. Uns ist bewusst, dass ein Regionalplan nicht parzellenscharf ist und eine Fläche in der Größe der in Rede stehenden ASB-Ausweisung insoweit einer üblichen Generalisierung und Abrundung entsprechen dürfte. Hier müssen aber die Besonderheiten des Einzelfalls mitberücksichtigt werden. Denn über die in Rede stehende Fläche wurde im Zusammenhang mit dem neuen Aachener Flächennutzungsplan seit 2014 heftig gestritten. Es war die Prüffläche, für die mit Abstand die meisten Eingaben vorgelegt haben. Nach jahrelangen Diskussionen hat sich die politische Mehrheit (nahezu einhellig) dafür ausgesprochen, dass auf der Bever-Aue keine Bebauungsmöglichkeit geschaffen werden soll, diese also ?grün? bleiben soll. Gleichwohl hat die Aachener Stadtverwaltung die in Rede stehende ASB-Ausweisung in den Regionalplanentwurf gelangen lassen. Allerdings hat sie in Bezug auf die von der Stadt Aachen abzugebende und in den Ausschüssen und im Rat abgestimmte Stellungnahme zu diesem Entwurf nunmehr ausdrücklich vorgeschlagen,</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Stadt Aachen (siehe Stn. Nr. ID 1003929) verwiesen.</p>

dass die ASB-Ausweisung in der Beverau zurückgenommen wird und stattdessen in diesem Bereich folgendes festgesetzt wird: Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, regionaler Grünzug und Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung [Anlage]. Dem hat sich die Politik einstimmig angeschlossen ! Wir bitten Sie daher nochmals, diese Korrektur umzusetzen. Anderenfalls, so unsere Befürchtung, würde es sich um eine raumordnerische Letztentscheidung handeln, die auf nachgeordneten Planungsstufen nicht im Wege der Abwägung überwunden werden könnte. Sie würde als schlussabgewogen gelten und einen Verbindlichkeitsanspruch auslösen. Einem erneuten Ersuchen einzelner, den Flächennutzungsplan bzgl. der Beverau zugunsten einer Baulandschaffung in dem Bereich einer solchen ASB-Festsetzung zu ändern, könnte dann vermutlich nichts mehr entgegengehalten werden ? obwohl die politischen Entscheidungsgremien der Stadt Aachen Bauland im Bereich der Beverau nicht für sinnvoll halten. [Der. Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]-

AZ: Ö-M-1328

1002842

1006844\_001

**Inhalt**

Zum o.a. Regionalplanentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:  
Wir unterstützen und schließen uns zu 100 % der Stellungnahme der Dorfgemeinschaft Houverath, [ANONYMISIERT] 41812 Erkelenz an.

Zudem möchten wir erwähnen, dass wir ?In Houverath [ANONYMISIERT]? ein 3-Familienhaus, weniger als 200 m von dem geplanten Gewerbegebiet besitzen. Schon jetzt haben wir Probleme Wohnungen zu vermieten, da 3 extrem hohe Windräder mehr oder weniger in einer Entfernung von 500 m stehen. Die Mieter fühlen sich durch Geräusche und Schattenschlag sehr gestört. Sollte jetzt das Gewerbegebiet Wirklichkeit werden, werden die Vermietungsprobleme extrem steigen.

Wir bitten Sie unseren Einwänden zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

Bitte übersenden Sie uns eine Empfangsbestätigung unserer Einwände.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

AZ: Ö-M-1330	
1002844	
1006846_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lehne das geplante Gewerbegebiet ab!</p> <p>Die Feldwege im betroffenen Gebiet nutze ich regelmäßig, um zu meinem Fußballtraining zu kommen und mich mit meinen Freunden in Waldenrath und Birgden zu treffen. Durch den Bau eines Gewerbegebiets kann ich nicht mehr gefahrlos diese Wege nutzen und nicht mehr uneingeschränkt am Sport- und Vereinsleben teilnehmen.</p> <p>Es geht hier um unsere Zukunft, den Erhalt eines Stückchens Natur und das Erreichen unserer Klimaziele.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p>



AZ: Ö-M-1331

1002845

1006847\_001

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Hiermit erhebe ich, [ANONYMISIERT], Einspruch gegen die Regionalplanung LEP Linder.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Linder mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Linder führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-M-1332	
1002846	
1006897	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zu Ihrem Schreiben vom 08.08.22 und möchte mitteilen, dass wir gegen eine Wandlung in Naturschutzgebiete auf unseren Grundstücken sind, da wir diese zur Tierhaltung und Futtergewinnung benötigen!!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1333	
1002847	
1006849_001	
<b>Inhalt</b> <p>Zum o.a. Regionalplanentwurf nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Ich lehne den Regionalplanentwurf ab und unterstütze und schließe mich zu 100 % der Stellungnahme der Dorfgemeinschaft Houverath, [ANONYMISIERT], 41812 Erkelenz an.</p> <p>Ich bitte Sie unseren Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.</p> <p>Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwende.</p>	<b>Abwägung</b> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).</p>

AZ: Ö-M-1334	
1002848	
1007288	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zunächst: Der zugrunde liegende - im Internet einsehbare - zeichnerische Teil der Planunterlage ist m.E. für alle Beteiligten eine Zumutung. Es fehlen z.B. Koordinaten, die zu einer einfacheren Bezeichnung notwendig wären. Es entsteht der Eindruck, als wolle man es allen, die eine Stellungnahme abgeben möchten, so schwer wie möglich machen, in den inhaltlichen Stoff einzusteigen. Die angegebenen Links sind für mich keinerlei Hilfe.</p> <p>Ich beziehe mich auf meinen Wohnort Leverkusen, bin jedoch sicher, dass meine Überlegungen auch für andere Orte Gültigkeit haben. In Leverkusen sind bisher als meist landwirtschaftlich genutzte Flächen als mögliche Siedlungsflächen im neuen Entwurf des Regionalplans eingezeichnet, z.B. in den Stadtteilen Steinbüchel (Berliner Str., Engstenberger Weg, Am Thelenhof), Lützenkirchen (u.a. Altenberger Str., Friedhof, Kliep, Gierlichshof), Quettingen (Holzer Wiesen, Blankenburg), Bergisch Neukirchen und Opladen (Elsbachstr., Am Hang, Imbacher Weg, Am Wasserturm) und Hitdorf (u.a. Ringstr.).</p> <p>Ich frage mich ernsthaft, wie man im Angesicht der aktuellen klimatischen Lage auf solche "Umwidmungsgedanken" kommen kann? Was muss noch passieren, um zu begreifen, dass es für uns Bürgerinnen und Bürger aus vielerlei Gründen in Zukunft überlebenswichtig und -notwendig ist, diese Flächen als Grünflächen zu behalten (G25 und G32).</p> <p>KLIMAWANDEL MIT DEN FOLGEN HITZE, DÜRRE, WASSERKNAPPHEIT. Auf der anderen Seite: HOCHWASSERKATASTROPHE, STARKREGEN. Dazu KRIEG IN DER UKRAINE MIT DEN FOLGEN FÜR DIE LEBENSMITTELVERSORGUNG</p> <p>Wer kommt - allein mit Blick auf diese Schlagwörter - auf den Gedanken, in Zukunft auch nur einen Quadratmeter Grünfläche zu versiegeln oder zu bebauen? Ich begreife diese Gedanken nicht. Sie machen mich wütend und fassungslos. Ich plädiere umgekehrt für eine Überprüfung zur Entsiegelung versiegelter Flächen.</p> <p>Die vielzähligen Eingriffe des Menschen in natürliche Abläufe sind an Grenzen gekommen. Wir alle spüren dies. Wir benötigen diese Flächen z.B. zur Kühlung unseres Lebensraumes, Auslaufflächen für überflutete Bäche und Flüsse (G48) Sie sind zudem Lebensraum zahlloser Tiere, z.B. Vögel, Insekten usw.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Ich plädiere dafür, im nächsten Entwurf von der Umwidmung dieser Grünflächen in Siedlungsflächen grundsätzlich abzusehen. Die Natur muss endlich eindeutig vor wirtschaftliche Interessen gestellt werden. Ich zitiere Ralf Kriegers Kommentar im Leverkusener Anzeiger vom 21.03.2022, S.23: "Dass man sich in der Bauverwaltung immer noch vorstellen kann, Felder, womöglich auch noch Baumbestände für Neubaugebiete zu opfern, ist korrekturbedürftig. Weder ist es zukunftsgerichtet, noch nachhaltig, noch vernünftig, landwirtschaftliche Flächen zu opfern." Dem schließe ich mich an.

AZ: Ö-M-1335	
1002851	
1006851_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir reichen hiermit als Stellungnahme zum Regionalplan Köln die Unterschriften zur Petition ?Nein zum Gewerbe- und Industriegebiet Gummersbach-Rospe? ein. Es befinden sich unter folgend Link</p> <p><a href="https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fseafile.juhefa.de%2F%2F0c6e99530e92453a943d%2F&amp;data=05%7C01%7C%7C778fcadb34e94dfceadb08da8b1b7727%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637975247334356098%7CUnknown%7CTWFPbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBtIl6lk1haWwiLCJXVCI6Mn0%3D%7C3000%7C%7C%7C&amp;sdata=bWuf3F6hKToPXYWn%2BkR4MdBpA4VUBeNw8BaojqKM2jw%3D&amp;reserved=0">https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fseafile.juhefa.de%2F%2F0c6e99530e92453a943d%2F&amp;data=05%7C01%7C%7C778fcadb34e94dfceadb08da8b1b7727%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637975247334356098%7CUnknown%7CTWFPbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBtIl6lk1haWwiLCJXVCI6Mn0%3D%7C3000%7C%7C%7C&amp;sdata=bWuf3F6hKToPXYWn%2BkR4MdBpA4VUBeNw8BaojqKM2jw%3D&amp;reserved=0</a></p> <p>drei PDFs mit eingescannten Unterschriftenbögen und eine CSV mit einem Extrakt der Unterschriften von Openpetition (Link:</p> <p><a href="https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fwww.openpetition.de%2Fpetition%2Fonline%2Fnein-zum-gewerbe-und-industriegebiet-gummersbachrospe&amp;data=05%7C01%7C%7C778fcadb34e94dfceadb08da8b1b7727%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637975247334356098%7CUnknown%7CTWFPbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBtIl6lk1haWwiLCJXVCI6Mn0%3D%7C3000%7C%7C%7C&amp;sdata=YgW0uimLZCdI7IcgosleFFSnJW%2Fd2xIs7dQ9InmFS0%3D&amp;reserved=0">https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fwww.openpetition.de%2Fpetition%2Fonline%2Fnein-zum-gewerbe-und-industriegebiet-gummersbachrospe&amp;data=05%7C01%7C%7C778fcadb34e94dfceadb08da8b1b7727%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637975247334356098%7CUnknown%7CTWFPbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBtIl6lk1haWwiLCJXVCI6Mn0%3D%7C3000%7C%7C%7C&amp;sdata=YgW0uimLZCdI7IcgosleFFSnJW%2Fd2xIs7dQ9InmFS0%3D&amp;reserved=0</a></p> <p>) vom 30.08.2022 um 16:55.</p> <p>Insgesamt beläuft sich die Zahl der Unterschriften auf etwa 6000, abzüglich ungültiger und ggf. doppelter Unterschriften. Eine große Zahl ? nämlich mehr als 10% der gesamten Gummersbacher Bevölkerung - bemessen an der Einwohnerzahl von 53.004 der Kreisstadt Gummersbach.</p> <p>Die etwa 6000 Unterschriften zeigen auch, dass das Thema nicht nur von Relevanz für die direkten Anwohner der Flächen des geplanten Industrie- und Gewerbegebiets ist, sondern darüber hinaus auch große Wichtigkeit für gesamte Gummersbach (57% der Unterschriften) und den Oberbergischen Kreis (80% der Unterschriften) hat.</p> <p>Viele Aspekte spielen da eine Rolle. Es werden 3 landwirtschaftliche Betriebe zerstört und es wird Natur zerstört. All das können Sie in den Petitionstexten nachlesen. Deswegen wollen wir den Fokus in dieser Stellungnahme zur Petition auf den Verlauf</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

der letzten Wochen legen und unsere Absichten dieser Petition begründen.

In der von uns initiierten Kommunikation mit der Stadt Gummersbach ist klar geworden, dass die Stadt Gummersbach an ihren Plänen zum Gewerbe- /Industriegebiet Gummersbach-Rospe festhalten wird. In diesem Zuge wird der bestehende Umweltbericht (

[https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fwww.bezregkoeln.nrw.de%2Fbrk\\_internet%2Fleistungen%2Fabteilung03%2F32%2Fregionalplanung%2Fbeteiligung\\_regionalplanung%2Foffenlage\\_umweltpruefung%2Findex.html&data=05%7C01%7C%7C778fcadb34e94dfceadb08da8b1b7727%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637975247334356098%7CUnknown%7CTWfpbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBTiI6IklhaWwiLCJXVCi6Mn0%3D%7C3000%7C%7C&reserved=0](https://eur03.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fwww.bezregkoeln.nrw.de%2Fbrk_internet%2Fleistungen%2Fabteilung03%2F32%2Fregionalplanung%2Fbeteiligung_regionalplanung%2Foffenlage_umweltpruefung%2Findex.html&data=05%7C01%7C%7C778fcadb34e94dfceadb08da8b1b7727%7C40aeb486ebe24e589f1ccaedc86481e4%7C0%7C0%7C637975247334356098%7CUnknown%7CTWfpbGZsb3d8eyJWljojMC4wLjAwMDAiLCJQIjoiV2luMzliLCJBTiI6IklhaWwiLCJXVCi6Mn0%3D%7C3000%7C%7C&reserved=0);

Anhang E), komplett unter den Tisch gekehrt. Die bestehende, aber unvollständige Umweltprüfung zeigt aber in unseren Augen jetzt schon, dass dieses Gewerbe-/Industriegebiet nie dort gebaut werden kann. Dann gehört es aber nicht in den Regionalplan.

Ein weiterer Aspekt ist Folgender: In nicht einer klaren Linie folgenden Aussagen wird das Festhalten an dem Gewerbe-/Industriegebiet seitens der Stadt auch damit begründet, Tauschflächen für Gewerbe- /Industrieflächen an anderer Stelle zu haben und es gar keine Pläne zur Umsetzung gibt. Auch hier stellen wir klar und deutlich in Frage, ob so eine Intention Sinn des Regionalplans ist. Schon alleine durch die Ausschreibung des Gebietes im Regionalplan werden Vermögenswerte, Altersvorsorgen und Sicherheiten der Anwohner geschmälert. Und das anscheinend nicht in der Absicht die entsprechenden Flächen auch so umzunutzen, sondern nur um Tauschflächen in der Hinterhand zu haben.

Bei einer Umnutzung wäre man wieder bei angesprochenen Umweltproblemen und der - wenn notwendig auch schriftlich und notariell beglaubigten - Bestätigung der Eigentümer, dass weder aktuelle Eigentümer noch Erben die Flächen veräußern (so wie es der Stadt schon 2018 mitgeteilt wurde). Auch mit diesem Hintergrund hat die geplante Flächenausschreibung keine Zukunft und gehört nicht in den Regionalplan.

Wir bitten den Erhalt der Mail zu bestätigen.

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

**Inhalt**

Betreff: ?Öff Neuaufstellung Regionalplan?

Ich schließe mich folgender Petition an:

Wir fordern: Keine Bahn durch Brauweiler - Die Streckenführung durch den Park entlang der Helmholtzstraße ist keine Option!

Die Vorstudie lässt viele Fragen offen, die vor der Beauftragung der Machbarkeitsstudie zu beantworten sind:

1. Wir fordern die Offenlegung der Gründe, warum keine alternativen Routen für Brauweiler in der Vorstudie gezeigt werden und welche Möglichkeiten eines Bahnanschlusses für Brauweiler in der Vorbereitung der Vorstudie geprüft wurden. Für Glessen gibt es drei Alternativen, aber für Brauweiler nur eine einzige Streckenführung.

2. Wir fordern, dass die Option, die Bahnlinie in Brauweiler über die Bonnstraße zu führen, ebenfalls geprüft und als Option in die Vorstudie aufgenommen wird. Dies wäre für eine Verlängerung der Bahnlinie nach Glessen und Niederaußem die verkehrstechnisch naheliegendste Lösung. Gegebenenfalls müssten Versorgungsleitungen verlegt, ein effektiver Lärmschutz errichtet und eine Geschwindigkeitsbeschränkung für den Verkehr eingeführt werden. Die weitere Streckenführung soll entlang der L213 fortgeführt werden. All das ist machbar!

3. Wir fordern, dass die Option, die Bahnlinie in Brauweiler am Schulzentrum bzw. an der Bonnstraße enden zu lassen, ebenfalls geprüft und als Alternative in die Vorstudie aufgenommen wird. Es gibt nur die Varianten A1 bis Widdersdorf und Variante A2 bis Glessen. Die Option, lediglich Brauweiler und das Schulzentrum anzuschließen, wäre u.a. aus Kosten-/Nutzensicht vernünftig. Durch die Schaffung eines P&R bzw. B&R Parkplatzes sowie eines guten Radwegenetzes wären auch die Bewohner von Glessen und Sinthern besser angebunden als heute. Für Niederaußem und Oberaßem gibt es Optionen eines Bahnanschlusses über Bergheim.

4. Wir fordern, dass die Option, die Linie 1 bis zum Schulzentrum in Brauweiler zu verlängern, ebenfalls geprüft und in die Vorstudie einbezogen wird. Eine neue Strecke zum Anschluss an die Linie 1 in Weiden West ist nahezu gleich lang als ein Anschluss nach Widdersdorf. In Weiden West gäbe es sogar Zugang zur S-Bahn, d.h. auch eine schnelle Verbindung zum Hauptbahnhof und zum Flughafen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.



5. Wir fordern eine Erklärung, warum die geplante Route durch den Park an der Helmholtzstraße außerhalb des für die Streckenführung definierten Bereichs liegt - siehe Seite 11 der Vorstudie. Es hat den Anschein, dass diese Streckenführung vernünftigerweise zu Beginn nicht vorgesehen war und jetzt als Notlösung verwendet wird, um die Realisierung der Bahnstrecke nicht zu verhindern bzw. zu gefährden.

6. Wir fordern, dass die für die Bürger Brauweilers negativen Effekte der geplanten Routenführung wie die Zerstörung des Naturraums, Erholungsraums und Ortsbildes, die Lärmbelästigung der Anwohner, die willkürliche Teilung des Ortes durch die Bahntrasse sowie die erhöhte Gefahr für die Kinder der Kita und Schulen ermittelt werden und in die Bewertung der Optionen mit einfließen.

7. Wir fordern eine aktualisierte Bewertung der geplanten Nutzerzahlen. Inwiefern sind die Planungen zu den Nutzungszahlen in Zukunft noch realistisch? Durch Corona wird sich die Anzahl der Berufspendler nachhaltig reduzieren. Viele Unternehmen, z.B. die Rewe Group erarbeiten gerade Konzepte dafür. Die Verfügbarkeit von Breitbandinternet in den betroffenen Orten muss mit hoher Priorität umgesetzt werden und erhöht ebenfalls die Standortattraktivität. Ob die Innenstädte zukünftig noch die Anziehungskraft besitzen werden, ist ebenso fraglich. Die Schaffung des Schnellradweges wird ebenfalls Berufspendler auf den Straßen bzw. dann auch im ÖPNV reduzieren.

8. Wir fordern, die Bürger final abstimmen zu lassen: (1) Welche Alternativen sollen nach einer aktualisierten Vorstudie später in einer Machbarkeitsstudie weiterverfolgt werden? (2) Soll die favorisierte Alternative nach der Machbarkeitsstudie tatsächlich umgesetzt werden?

#### Begründung

Am 17.02.21 stellten der Rhein-Erft-Kreis und die Projektpartner die Vorstudie zum Stadtbahnvorhaben Widdersdorf ? Brauweiler -Niederaußem vor.

Die Ergebnisse sind vor allem für die Bürger von Brauweiler verheerend, da die geplante Streckenführung unter anderem direkt durch den Park entlang der Helmholtzstraße führen soll, der als Ausläufer des Abteiparks sowohl als Verkehrsweg für unsere Kinder (Kita, Grundschule, Gymnasium) als auch für sehr viele Bürger als Erholungsraum dient. Mit den unzähligen alten Bäumen und der Vielzahl von Tierarten ist dieser Parkstreifen auch ein schützenswertes Stückchen Natur.

Die geplante Bahnstrecke würde unseren schönen Ort durch 1,5 Meter hohe Mauern in zwei Hälften teilen und den Weg in die kleinen Sträßchen verhindern oder gefährden. Gerade diese Durchlässigkeit der Besiedelung macht den Charakter von Brauweiler

aus, entdeckt man so immer wieder schöne neue Ecken und Plätzchen.

Unabhängig davon scheint die Streckenführung durch die Helmholtzstraße für die Politik und die Planer alternativlos, um das Vorhaben nicht zu gefährden. So wird zum Beispiel die im Planungskorridor gelegene Route über die Bonnstraße kommentarlos nicht weiter verfolgt. Wo es in Glessen wenigstens drei Alternativen gibt, sind diese für Brauweiler anscheinend nicht vorhanden, zum Leidwesen der Bürger und der Natur. Aber auch die ortsnahe Streckenführung am Wohngebiet um die Erfurter Straße kann man durchaus kritisch sehen. Auch hier gibt es anscheinend keine alternativen Strecken oder besondere Lärmschutzmaßnahmen.

AZ: Ö-M-1337

1002852

1006854\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Hiermit spreche ich mich gegen das Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt - Birgden. Dieses Gewerbegebiet wird die Lebensqualität vieler Meschen stark verschlechtern, durch Lärmemission, Luft- und Wasserverschmutzung, Versiegelung wertvoller Ackerflächen, erhöhtes Verkehrsaufkommen und durch Zerstörung des ländlich geprägten Bildes.

Zusätzlich wird es zur Landflucht beitragen. Junge Menschen werden wegziehen (müssen), da es kein Bauland gibt.

Somit werden die betroffenen Orte mit der Zeit aussterben.

Ich arbeite in der Reittherapie mit teils schwer erkrankten, behinderten und schwer verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen.

Natur soll entschleunigen und den Kindern die Möglichkeit geben zu entspannen? Sehr gut möglich mit einer Schnellstraße sofort an unseren Feldwegen, aber wenigstens noch eine Weitsicht in die Natur ist möglich. Nicht mal das wäre noch möglich, sondern ein Blick gegen riesige Gebäude und noch mehr Lärm wie jetzt schon.

Wow, das nennt man Landleben.

Was wird konkret gegen Lärmemission, Luft- und Wasserverschmutzung, Versiegelung wertvoller Ackerflächen und der Zerstörung des ländlich geprägten Bildes unternommen?

Warum werden keine bereits bestehenden Flächen bspw. im Industriepark Oberbruch genutzt?

Warum wird die Alternativfläche bei Donseln nicht mehr näher in Betracht gezogen, obwohl dort keine Wohnbebauung vorhanden ist?

Warum muss überhaupt ein neues Gewerbegebiet erschlossen werden?

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Fragen beantworten würden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1338	
1002853	
1010559	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Durch Zufall, habe ich von der Entscheidung, des Regionalrates Köln, das Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan durchzuführen, erfahren. Ich habe daraufhin versucht, mir das Vorhaben im Internet anzusehen und festgestellt, dass nur sehr ungenau zu erkennen ist, welche Ausmaße für das Vorhaben vorgesehen sind. Da ich und meine Eltern, die direkt das Grundstück neben mir besitzen, Anlieger und Betroffene sind, bitte ich um genauere Angaben (zeichnerisch) dieses Vorhaben. Vorsorglich legen wir Widerspruch ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-1339	
1002855	
1006856_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>mein Verständnis von der Aufstellung eines Regionalplans besteht darin, einen Wildwuchs von ausufernden baulichen Nutzungen in Form von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen zu verhindern. Keinesfalls darf das Ziel darin bestehen, mehr und mehr allgemeine Freiraumflächen, landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder als Oberflächengewässer genutzte Flächen zu vernichten, um einem weiteren Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum Rechnung zu tragen. Vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe, die sich zunehmend auch in Deutschland in Form von Flutkatastrophen und Dürrezeiten realisiert, muß das oberste Ziel darin bestehen, den weiteren Flächenverbrauch zu stoppen. Hier ist ein Umdenken unausweichlich! Dies gilt im Allgemeinen wie auch in Bezug auf die Planungen, das Gebiet der Gemeinde Wachtberg betreffend. Den Ihnen sicherlich bereits vorliegenden Mehrheitsbeschluß des Rates der Gemeinde Wachtberg, ein ASB-Gebiet Gimmersdorf-Oberbachem auszuweisen, halte ich für eine Fehlentscheidung. Bei der Gemeinde Wachtberg handelt es sich um eine Flächengemeinde mit dörflichen Strukturen, wobei die Ortsteile in eine wertvolle Kulturlandschaft eingebettet sind. Eine ausufernde Besiedlung über die Grenzen von Dörfern, also einzelnen Ortsteilen Wachtbergs, hinaus, die zu einem Zusammenwachsen von Ortsteilen, hier Gimmersdorf und Oberbachem, führt, ist nicht vereinbar mit dem Bild von einer landschaftlich reizvollen Gemeinde im Grünen zwischen Rhein und Eifel mit hohem Naherholungswert, den es zu erhalten gilt. Ich hoffe, die Beteiligung der Öffentlichkeit, führt dazu, Ihre Entscheidungen im Sinne einer nachhaltigen und klimafreundlichen Gestaltung unseres Lebensraums zu treffen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Gemeinde Wachtberg hat angeregt, Gimmersdorf und Oberbachem als ASB festzulegen (s. ID 1004846).</p> <p>Dies entspricht nicht den landesplanungsrechtlichen Vorgaben.</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

AZ: Ö-M-1340	
1002856	
1006858_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Ich lehne das "Interkommunale Gewerbegebiet Birgden-Waldenrath" sowie jegliche Planungen bezüglich eines Industriegebietes zwischen den Ortschaften Birgden und Waldenrath entschieden ab.</p> <p>Ich plane mit meiner Frau im nächsten Jahr in Waldenrath ein Haus zu bauen. Der Bau eines Gewerbe- bzw. Industriegebietes bedeutet für uns die Zerstörung der angrenzenden Natur. Wir haben uns ganz bewusst entschieden, nicht in eine Stadt/Großstadt zu ziehen, weil wir naturnah wohnen und keinesfalls Industrieanlagen unmittelbar vor der Haustür haben wollen.</p> <p>Aufgrund der zu erwartenden Schadstoff-, Lärm- und Lichtemissionen befürchten wir außerdem eine erhebliche Beeinträchtigung unserer Wohn- und Lebensqualität, sodass wir beim Bau dieses Industrieparkes in Erwägung ziehen, unser Bauvorhaben zu stoppen.</p> <p>Des Weiteren denken wir an die Folgen für die Umwelt. Wie kann es sein, dass in Zeiten, in denen das Wort "Flächenversiegelung" in aller Munde ist, Projekte wie diese ernsthaft in Erwägung gezogen werden: Wo Flächen versiegelt werden, kann Wasser nicht versickern und können die Grundwasservorräte nicht aufgefüllt werden. Wo Flächen versiegelt werden, kann kein Wasser verdunsten und im Sommer keine Kühlung stattfinden. Die Folgen von Wassermangel und Hitze spüren wir aktuell so gravierend wie nie zuvor.</p> <p>Aus diesen Gründen spreche ich mich ausdrücklich gegen das geplante Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet Birgden-Waldenrath aus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1341	
1002858	
1008475	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan</p> <p>Mit großer Sorge haben wir von dem Plan erfahren, eine Stadtbahn mit Streckenführung durch die Helmholtzstraße zu führen. In Zeiten der Klima-Krise scheint uns dieser Plan zur Bewältigung der Erderwärmung vollkommen kontraproduktiv zu sein.</p> <p>Wir, [ANONYMISIERT], erheben deshalb vehement Einspruch gegen den Plan, das wenige Grün, das den Ort Brauweiler umgibt, durch eine solche Streckenführung zu eliminieren. Es gibt doch immerhin die Bonnstraße, über die die Bahn gelegt werden könnte.</p> <p>Für uns bedeutet die Grünanlage entlang der Helmholtzstraße und in Richtung der Abtei eine absolute natürliche Bereicherung für Brauweiler, die auf keinen Fall einer Regionalbahn-Trasse geopfert werden darf.</p> <p>Wir: [ANONYMISIERT], wohnen in Brauweiler, [ANONYMISIERT], die Grünanlage im Schatten der Abtei ist ein hervorstechendes positives Element der Wohnlage Brauweiler.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Zum Regionalplanentwurf nehme ich hiermit Stellung und teile Ihnen mit, dass ich ihn in vollem Umfang ablehne.

Dies sind die Gründe:

- Mehrere bestehende und geplante Gewerbegebiete grenzen an die Wohnbebauung meines Heimatortes Erkelenz-Hetzerath an und ich befürchte eine erhebliche Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Es geht konkret um die Gewerbegebiete
- 1. der Stadt Erkelenz Gipco, dessen im Bau befindlicher Teil bereits jetzt beeinträchtigt
- 2. sowie um dessen weiteren Ausbau an der B 57 Richtung Granterath
- 3. und um die drei von der Stadt Hückelhoven geplanten Gebiete entlang der B 57 Richtung Granterath,
- 4. entlang der B 57 Richtung Hetzerath vor dem historischen ?Marienhof?
- 5. sowie um das Gebiet im Norden meines Dorfes bei Houverath.
- Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört werden. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen der Landschaft. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren. Genau so wird es aber sein, wenn die geplanten Gebiete neben den jetzt schon bestehenden gebaut werden.
- Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und die Lebensqualität und Gesundheit der Hetzerather, vor allem aber der Baaler und Granterather Bürger und Bürgerinnen bereits jetzt durch das bestehende Baaler Gewerbegebiet beeinträchtigt ist. Der Verkehrslärm und das Verkehrsaufkommen an Lastern ist zu hoch für ein Wohngebiet. Die von der Stadt Hückelhoven geplante Umlegung der B 57 ist keine Lösung, da dadurch dieselben Einschränkungen (Zerschneiden der Felder am Marienhof, Zerstörung fruchtbaren Ackerlandes, größere Beeinträchtigung der Hetzerather (Stadt Erkelenz)) wie durch den Bau eines Gewerbegebietes an selber Stelle

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese



hervorgerufen würden.

- Deshalb muss für das bestehende Baaler Gewerbegebiet auch ohne seine Erweiterung entlang der B 57 eine Verkehrslösung gefunden werden. Mehrere Bürger wünschen sich die Verlagerung der Schwerlastverkehrs auf die am Gewerbegebiet ohnehin vorhandenen Schienen. Sie wünschen keine Verlegung der B 57, was zudem den Granterather Teil (Stadt Erkelenz) der B 57 nicht entlasten würde.
  - Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil Scheid, Commerden und Genehen bereits jetzt durch das ständig wachsende Gipco-Gebiet komplett vereinnahmt sind. Im letzten Ausbau würden an der B57 entlang bis zum Kreisverkehr kurz vor Granterath Gewerbeflächen entstehen. Das nahe gelegene Wäldchen wäre spätestens dann kein Rückzugsort für Tiere mehr und die Feldwege würden endgültig als Straßen genutzt.
  - Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil die Frage, wo die für Gewerbegebietserweiterungen gesetzlich erforderlichen Ausgleichsflächen (Eingriffs-Ausgleichs-Regelung) in den Stadtgebieten Erkelenz und Hückelhoven hergenommen werden sollen, ungelöst ist. Es gibt keine Flächen, die zum Ausgleich renaturiert werden könnten.
  - Ich lehne den gesamten Regionplanentwurf ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar.
    - Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt, sondern weitergemacht wie bisher?
  - Ich lehne den gesamten Regionplanentwurf ab, weil damit die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt werden. Strukturwandel scheint für unsere regionalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren. Alternativen zu neuen Gewerbegebieten:
1. die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
  2. die Nutzung innerstädtischer Flächen,
  3. die Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,
  4. die Umnutzung alter Gebäude,
  5. die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,
  6. eine Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs. Am Beispiel der Erkelenzer Planungen:

wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Hinblick auf die Festlegung

- eines GIBplus in Hückelhoven-Baal (s. Stellungnahme ID 1001804),
- eines GIB in Hückelhoven-Baal entlang der B57 (s. Stellungnahme ID 1001806) sowie
- eines GIB bei Erkelenz-Houverath (s. Stellungnahmen ID 1001810)

gilt, der Stellungnahme ist entsprochen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)

- Im Fachgutachten des Kölner Stadtplanerbüros Jansen fällt auf, dass die Ermittlung des Flächenbedarfs auf Basis der historischen Entwicklung erfolgt und linear in die Zukunft projiziert wird. Entwicklungen beispielsweise durch die fortschreitende Digitalisierung, Home Office, Industrie 4.0 und Corona wurden gar nicht einbezogen.
- Dies bedeutet ein Weitermachen wie bisher ohne Konsequenzen und Umdenken auf der Grundlage von Statistik und Erfahrung aus den letzten Jahrzehnten.
- Auch ist auffallend, dass die Bevölkerungszahl in Erkelenz in den vergangenen Jahren eher stagniert bzw. leicht sinkt. Dennoch gab es stetigen Zuwachs bei der Gewerbeflächenansiedlung. Das heißt, Erkelenz wächst in Bezug auf Gewerbe quantitativ aber nicht qualitativ - und dies auf Kosten von wertvollen Ackerflächen.
- Ich lehne den gesamten Regionalplanentwurf ab, weil der maßlose Flächenfraß ein Ende haben muss. Es darf kein ?Weiter-so? mehr geben. Die Erweiterung bestehender Gewerbegebiete und die Schaffung neuer Gewerbegebiete ist gedanken- und maßlos, weil sie die Praxis der letzten Jahrzehnte sind. Sie sind aber keine Antworten auf unsere heutigen Probleme. Es muss ein Umdenken in der Regionalplanung geben hin zu Nachhaltigkeit und kluger städtischer Entwicklung. Flächenfraß darf keine Option der Stadtentwicklung mehr sein.

Ich bitte Sie, meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwendung.

nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen von Siedlungsraumfestlegungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren (insbesondere auch im Rahmen der Eingriffsregelung). Die potentiellen Umweltauswirkungen können hier vertiefend betrachtet und ggfs. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Kreis Heinsberg (B57) geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte

	Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.
--	--

AZ: Ö-M-1343	
1002862	
1006864_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Über die Medien und meiner Familie bin ich auf die Pläne eines möglichen Gewerbegebietes in meiner Heimat aufmerksam geworden.</p> <p>Ich bin 27 Jahre alt wohne in Pütt und bin dort aufgewachsen. Über mehrere Generationen bewirtschaftet meine Familie nun schon die Felder in dieser Region, dadurch weiß ich als Sohn eines Landwirtes, wie wertvoll fruchtbares Ackerland ist. Diese nahezu unberührte Landschaft, die Ruhe und das Dorfleben waren nun ein Grund, warum meine Frau, welche mein Kind im nächsten Jahr erwartet, auch nach Pütt ziehen wird und wir unser Kind dort großziehen wollen. Ich durfte meine Kindheit dort erleben und kann deshalb aus eigener Erfahrung sagen, dass es nichts Schöneres gibt, als auf dem Land aufzuwachsen.</p> <p>Durch ein Gewerbegebiet würde nicht nur bezahlbarer Wohnraum genommen werden, es würde sich der Straßenverkehr deutlich erhöhen, was eine Gefahr für unsere Familien sowie für die Natur und die Landwirtschaft darstellt. Es würde vielen landwirtschaftlichen Betrieben durch dieses Gebiet geschädigt werden, Arbeitsplätze könnten nicht mehr gesichert werden und traditionelle Familienbetriebe könnten nicht mehr weitergeführt werden.</p> <p>Hiermit spreche ich mich gegen ein Gewerbegebiet aus und bin für den Erhalt der Natur und der Landwirtschaft in dieser Region.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine eindeutige Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Stellungnahme auf die zeichnerische Darstellung eines GIBRegional in Gangelt-Birgden bzw. Heinsberg-Waldenrath bezieht.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den</p>

Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für den bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten GIBRegional bestehen kommunale Entwicklungsabsichten (s. Stellungnahmen ID 1005765 und ID 1005871), die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund

	<p>der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	--

AZ: Ö-M-1344	
1002859	
1006862_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich sehe die grundsätzlichen Bestrebungen der Gemeinde Wachtberg weiterhin massiv Flächen zu versiegeln als absolut konträr zu den gebotenen Maßnahmen gegen die Bekämpfung des Klimawandels an. Zwei Flächen sehe ich als besonders kritisch.</p> <p>Zum einen die Fläche in Villiprott. Aus Ökologischen Gründen ist diese Fläche unbedingt aus dem Verfahren herauszunehmen, begründet ist dies ebenfalls durch die Gutachten der Bezirksregierung. Besonders negativ zu bewerten ist die direkte Nähe der Fläche zum Wald, sowie die schlechte verkehrliche Anbindungsmöglichkeiten.</p> <p>Die Zweite besonders kritische Fläche ist der Bereich zwischen Oberbachem und Gimmersdorf. Eine Bebauung würde die Identität der beiden Dörfer aufheben und negative Auswirkungen auf die soziale sowie kulturelle Struktur der beiden Dörfer haben. Auch die Topografie kann bei Versiegelung besonders bei Starkregen erheblichen Schaden im Unterdorf verursachen. Ich bitte Sie die Flächen aus dem Regionalplan herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> ASB Darstellung in Villiprott: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verringern. Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen (s. auch Stn ID 1004320).</p> <p>Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung</p>

der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.

ASB Darstellung Gimmersdorf und Oberbachem:

Die Gemeinde Wachtberg hat angeregt, Gimmersdorf und Oberbachem als ASB festzulegen (s. ID 1004846).

Dies entspricht nicht den landesplanungsrechtlichen Vorgaben.

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Nach den Festlegungen des Ziels 2-3 LEP NRW können Ortslagen mit weniger Einwohnern bedarfsgerecht als ASB dargestellt werden, wenn sie eine entsprechende Entwicklungsperspektive (vorhandene FNP- bzw. Regionalplan-Reserven) aufweisen und eine Weiterentwicklung bereits regionalplanerisch festgelegter Siedlungsbereiche nicht möglich ist. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum. Die Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW sind nicht erfüllt.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.



AZ: Ö-M-1345	
1002861	
1006863_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: L 364n Gewerbegebiet Future site inwest</p> <p>Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchtete, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um Gewerbegebiet Lindern erheblich beeinträchtigt wird und meine Gesundheit gefährdet.</p> <p>Als wir das Haus kauften, wurde uns seitens der Hückelhovener Stadtverwaltung 2 mal bestätigt, es wird nur eine normale Straße L 364n zwischen Hückelhoven und Doveren gebaut. Dies erhielten wir auch schriftlich vom Makler der CDU Mitglied ist. Ferner bestätigten dies in persönlichen Gesprächen der Fraktionsvorsitzender der CDU Herr Kreuzer, die Stadtverordneten Herr Niehsen und Herr Tetz, der den Auftrag ausführte, die Luftschleusenmessung im Auftrag der Stadt zu berechnen.</p> <p>Von einer sieben Meter hohen Trasse mit 2 Kreisverkehren, der erste auf der Ebene der L 117 und der zweite oben auf der Trasse. Können Sie sich vorstellen, was da ein Lärm verursacht wird, wenn die Fahrzeuge auf die Höhe von 7 Meter fahren. Dann ist für diese Trasse keine Lärmschutzwand vorgesehen. Das wird nichts anderes wie eine Stummeltrasse. Die einzige Möglichkeit, wie auch mir Prof. Jahn anlässlich der Veranstaltung am 15.8.22 in Lindern sagte; Tunnel unter dem Junkerberg. Zumal der Verkehrsminister Herr Kriescher vor 2 Jahren sagte, mit mir wird es diese Strasse nicht geben und hat dies jetzt auch wiederholt.</p> <p>Niemand würde auf Grundlage einer Planung von 1970, so alt ist der Gedanke Lindern, dass Objekt jetzt bauen.</p> <p>Warum rekultiviert Rheinbraun nicht wie früher, dann stände genug Fläche zur Verfügung und die Fahrwege wären auch vorhanden. Dann bräuchten nicht wie geplant 10000 Mitarbeiter jeden Tag in das neue Industriegebiet Future site inwest zu fahren. Das Objekt ist wahnsinnig. Aber Politiker die potentiell am golden Kettchen von Rheinbraun hängen, werden wegen dem schnöden Mammon nie zustimmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

AZ: Ö-M-1346	
1002863	
1008020	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hierdurch melde ich - auch Interesse während für meinen Bruder, [ANONYMISIERT], der Miteigentümer der Parzelle ist - Bedenken gegen den Regionalplanentwurf zu meinem Grundstück in der Gemarkung Derichsweiler, [ANONYMISIERT] an, um eine Schutzgebietsausweitung zu verhindern und die bisherige Nutzung zu sichern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p>

AZ: Ö-M-1347	
1002864	
1006868_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich Sie bitten, ihre Pläne nochmal zu überdenken und möchte offiziell Einspruch gegen Ihr Vorhaben eines Gewerbe- und Industriegebiets in Waldenrath/Birgden einlegen.</p> <p>Als ich gestern von dem Vorhaben der Ansiedlung von Gewerbe- und auch INDUSTRIE in dem Bereich Waldenrath/ Birgden hörte, war ich entsetzt und fassungslos. Mein Bruder und seine Frau sind vor Stress, Lautstärke und "verdreckerter" Luft durch städtische Emissionen aus der Großstadt geflohen, nachdem mein Bruder eine schwere Krebserkrankung nur ganz knapp überlebt hat und noch heute schwere Schäden davon trägt. Sie entschieden sich mit ihren beiden kleinen Kindern, die meine Patenkinder sind, auf das "Land" zu ziehen, um sich dort niederzulassen und zu bauen, obwohl dies beruflich viele Nachteile mit sich brachte. Es wird immer wieder seitens der Politik drauf hingewiesen, dass doch mehr junge Menschen sich wieder fernab der Städte ansiedeln möchten, doch statt Baustellen für diese zu schaffen und auszuweisen, stellen Sie diese Flächen für Gewerbe und Industrie zur Verfügung. Sie haben Probleme Hausärzte in diese Regionen zu bekommen u.v.m., doch wenn sie nicht mal mehr mit dem Idyll der Natur locken können, womit dann? Es gibt reichlich freie Industrieflächen, die erschlossen sind, die man noch bebauen könnte in unmittelbarer Nähe. Sowohl in der Bundesregierung als auch mittlerweile in der NRW Regierung sitzen Politiker der GRÜNEN Fraktion und es fallen solche Entscheidungen? Neben der Haustür junger Familien und direkt benachbart zu einem Altenheim soll Industrie angesiedelt werden. Das hat auch diesen alten Menschen gegenüber etwas respektloses und zeigt, wie sehr man die Menschen (nicht) achtet. Es gibt Probleme Windräder zu genehmigen, es gehen dafür jahrelange Prüf- und Genehmigungsverfahren voraus, der NABU wird zu Rate gezogen wg. geschützter Vogelarten u.s.w. und die Ansiedlung von Industrie geht dann so schnell? Hat sich in diesem Fall jemand mit den Windrichtungen beschäftigt und wohin die Abgase/Emissionen getragen werden, gibt es Gutachten, die man einsehen kann und warum wurden diese nicht offen und transparent vorgelegt, um den Bewohnern Ängste zu nehmen und eine anständige Diskussion darüber zu ermöglichen? Wie sieht es mit der Lärmbelästigung der ansässigen Bewohner aus? Welche Form der Industrie soll angesiedelt werden? Welche Schutzmaßnahmen gegen Lärm sollen ergriffen werden? Gibt es dafür Konzepte, werden diese beim Bau mit inbegriffen sein? Es gibt Grünflächenamtsverordnungen, die Einen jahrelang auf Fällgenehmigungen warten lassen und Neuanpflanzungen im Gegenzug verlangen, Flächen müssen entsiegelt werden, Überflutungsflächen geschaffen und so weiter, aber hier, wo es eine der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

wenigen unverbauten Flächen noch gibt, wollen Sie hingehen und diese mit Industrie versiegeln. Das ist kaum zu vermitteln. Permanent geht es um Umweltschutz, Renaturierungsmaßnahmen u. ä. und jetzt ein Gewerbe- und Industriegebiet in einer ländlichen Region mit fruchtbaren Bodenwerten. Völlig unverständlich... . Vielleicht sollten Sie den Menschen vor Ort einige dieser Fragen mit entsprechenden Maßnahmen zumindest einmal vorstellen oder diese, falls noch nicht geschehen vorher für sich klären und berücksichtigen.

AZ: Ö-M-1348	
1002870	
1010557	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Auftrag meiner Geschwister, [ANONYMISIERT], die Eigentümer der Grundstücke in der Gemarkung [ANONYMISIERT] sind, melde ich hierdurch Bedenken gegen den Regionalplanentwurf an, um eine Schutzgebietsausweitung zu verhindern und die bisherige Nutzung zu sichern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1349	
1002871	
1010558	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Eigentümer der Grundstücke in der Gemarkung Nideggen [ANONYMISIERT] melde ich hierdurch Bedenken gegen den Regionalplanentwurf an, um eine Schutzgebietsausweitung zu verhindern und die bisherige Nutzung zu sichern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1350	
1002872	
1006881_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG<sup>1,2,3</sup></p> <p>Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Stadt Geilenkirchen, Gemarkung Beeck, Flur [ANONYMISIERT] und Gemarkung Immendorf, Flur [ANONYMISIERT] innerhalb des vorgesehenen BSAB eine Mineralstoffdeponie der Klasse DK 0 darzustellen. Die Ausweisung ist erforderlich, weil die Deponienutzung auf einer Fläche erfolgen soll, die größer als 10 ha ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006881_001_1]</p> <p>1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG</p> <p>Die Firma [ANONYMISIERT] aus Geilenkirchen regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie am Standort Beeck darzustellen.</p> <p>Die Firma [ANONYMISIERT] gehört der [ANONYMISIERT]-Firmengruppe an, welche allein vier Unternehmen im Bereich Erdbau an den Standorten Geilenkirchen-Frelenberg, Aldenhoven, Gangelt-Hohenbusch und Geilenkirchen-Beeck betreibt. Die Tätigkeiten der Firma [ANONYMISIERT] im Bereich des Erdbaus umfassen den Sand- und Kiesabbau, den Tonabbau, die Aufbereitung und Veredelung der gewonnenen Rohstoffe, das Bauschutt-Recycling, den Betrieb von Bauschutt- und Bodendeponien sowie Erdarbeiten und Abbruch. Am Standort Aldenhoven wird bereits eine DK0-Deponie und eine DKI-Deponie betrieben.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006881_001_2]</p> <p>Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form etwa 40 ha. Sie setzt sich zusammen aus Teilflächen der bestehenden Abgrabung und der gesamten genehmigten Erweiterung. Im Norden der bestehenden Abgrabung wurde ein kleiner Teil im Eckbereich ausgespart, um einen Mindestabstand der geplanten Deponie von 300 m zu den im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnflächen der Ortschaft Beeck zu gewährleisten.</p> <p>Zur langfristigen Sicherung des Fortbestands beabsichtigt die [ANONYMISIERT] Gruppe, neben der Rohstoffgewinnung mit anschließender Wiederverfüllung am</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Standort Beeck, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle langfristig zu konzipieren und zu planen.

Im Zuge der 1. Offenlage des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe, wurde der Standort Beeck bereits fast vollständig als zukünftiges BSAB dargestellt. Die BSAB-Darstellung umfasst die Fläche der bestehenden Abgrabung und einen großen Teil der genehmigten Abgrabungserweiterung.

Im Anschluss an die Abgrabungstätigkeit sollen zukünftig neben der Verfüllung von Bodenaushub auch bautechnisch nicht verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich am Standort Beeck abgelagert werden. Ein Teil der ohnehin geplanten Verfüllung könnte dann in Form einer Mineralstoffdeponie erfolgen.

Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll, organischen Stoffen (Bio-Abfälle) oder Sondermüll soll nicht erfolgen.

#### 1.1 Lage, Genehmigungen und Sachstand BSAB

Die Standort Beeck befindet sich in der landwirtschaftlichen Flur zwischen den Städten Geilenkirchen und Linnich, südlich der Ortschaft Beeck. Über die unmittelbar benachbarte Kreisstraße K 24 sowie die Bundesstraße B 56 im Süden ist das Vorhabensgebiet hervorragend an das regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden.

Die genehmigte Trockenabgrabung Beeck mit anschließender Verfüllung liegt im Kreis Heinsberg, Stadt Geilenkirchen, Gemarkung Beeck, Flur [ANONYMISIERT]. Für den Abbau und die Verfüllung der bestehenden Abgrabung liegt ein Bescheid mit dem Geschäftszeichen 70 80 63/So/Schu vom 22.08.2002 in der derzeit genehmigten Fassung des 1. Änderungsbescheides vom 16.11.2011 vor.

Die genehmigte Erweiterung der Abgrabung Beeck mit anschließender Verfüllung liegt im Heinsberg, Stadt Geilenkirchen, Gemarkung Beeck, Flur [ANONYMISIERT] und Gemarkung Immendorf, Flur [ANONYMISIERT]. Für den Abbau und die Verfüllung liegt ein Bescheid mit dem Geschäftszeichen 70 80 84/Te vom 14.12.2021 vor. Dieser Bescheid umfasst auch eine Anpassung der genehmigten Abgrabung (Neuaufteilung der Abbauabschnitte, Vertiefung der Sohle, Zeitplanung). Die Erweiterung grenzt südlich an die bestehende Abgrabung an und umfasst eine Flächengröße von etwa 31,4 ha.

Die BSAB Darstellung im Entwurf des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe, deutet bereits auf die hervorragende Eignung des Standorts Beeck zur Rohstoffgewinnung und Verfüllung hin. Um den Betriebsstandort langfristig zu sichern und weiter auszubauen, sollen ein Großteil der bestehenden Abgrabung und die gesamte Erweiterung im Anschluss an die Rohstoffgewinnung im Regionalplan zeichnerisch als Mineralstoffdeponie abgebildet werden.



[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_3]

Der im Planentwurf des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe dargestellte BSAB (lila Abgrenzung in Abbildung 2) [s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_3] umfasst die bestehende Abgrabung und einen Großteil der Erweiterung. Im derzeitigen Planentwurf wird ein Teil der südlichen Erweiterungsfläche nicht als BSAB dargestellt. Damals befand sich die Erweiterung noch im Verfahren. Die Darstellung des BSAB im Rahmen der 1. Offenlage erfolgte mit einer reduzierten Fläche, da rechnerisch die erforderliche Ergiebigkeit, welche zur Ausweisung der gesamten Fläche erforderlich gewesen wäre, sehr knapp unterschritten wurde.

Da die Erweiterung mittlerweile genehmigt ist, kann davon ausgegangen werden, dass zukünftig die bestehende Abgrabung und die gesamte Erweiterung als zukünftiges BSAB dargestellt werden. Demnach würden alle genehmigten Flächen als zukünftiges BSAB dargestellt werden.

Die derzeitige Darstellung im Planentwurf des Gesamt-Regionalplans als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)?, auf Teilflächen entlang des Immendorfer Fließes überlagert von der Darstellung ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? soll zusätzlich zu der Darstellung als zukünftiges BSAB durch die zweckgebundene Darstellung ?Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie? ergänzt werden.

## 1.2. Erfordernis der Anregung

Die langfristig geplante Deponierung von Mineralstoffen bedarf der Planfeststellung nach § 35 Absatz 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt als Ziel fest, dass raumbedeutsame und für die Entsorgung von Abfällen erforderliche Deponien zu sichern sind. Der Regionalplan konkretisiert dieses Ziel indem festgelegt wird, dass regional bedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb der im Regionalplan dargestellten Standortbereiche zulässig sind. Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes NRW vom 11.03.2011 soll eine landesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen erreicht werden. Demnach sollen Deponien der DK III, II und I zeichnerisch dargestellt werden, da diese in der Regel

einen Flächenbedarf von mehr als 10 ha aufweisen und somit als raumbedeutsam im Sinne des § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG gelten. Eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie ist aufgrund des begrenzten Einzugsgebietes und eines Flächenbedarfs von weniger als 10 ha in der Regel nicht erforderlich. Dennoch kann im begründeten Einzelfall eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie aufgrund ihrer Raumbedeutsamkeit geboten sein.

Vorhabengegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden. Ausgehend von den bisherigen Anforderungen an die Verfüllung wird von der Firma [ANONYMISIERT] aus Geilenkirchen die Errichtung und der Betrieb einer Mineralstoffdeponie der Klasse 0 angestrebt.

Die Rohstoffgewinnung, die Verfüllung von Bodenaushub und der Betrieb von Mineralstoffdeponien gehört seit vielen Jahren zum Kerngeschäft der [ANONYMISIERT]. Nach Einschätzung der Vorhabensträgerin besteht eine sehr hohe Nachfrage nach Deponieraum zur Ablagerung mineralischer Abfälle. Die Einschätzung erfolgt auf Grundlage des bereits seit vielen Jahren bestehenden Deponiebetriebs am Standort

Aldenhoven und aufgrund von Anpassungen und Verschärfungen der gesetzlichen Regelwerke in Bezug im Bereich der Verfüllung.

Nach Ansicht der Vorhabensträgerin ist es absehbar, dass zukünftig ein zusätzlicher erhöhter Bedarf nach Deponieraum entstehen wird. In den letzten Jahren erfolgte bereits sukzessive eine Anpassung und Verschärfung der gesetzlichen Regelwerke hinsichtlich der Einhaltung von Zuordnungswerten im Rahmen der Verfüllung von Bodenmaterial. Die damals zur Verfüllung zulässigen Böden gemäß der Zuordnung Z 1.1 nach LAGA TR Boden werden nicht mehr zur Verfüllung zugelassen. Bestehende Genehmigungsbescheide werden fortlaufend von den Genehmigungsbehörden an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst. Derzeit ist die Verfüllung im Wiederanstiegsbereich des Grundwassers einschließlich Sicherheitsabstand mit Boden gemäß der Zuordnung Z0 und darüber mit Boden gemäß der Zuordnung Z0\* zulässig. Durch die zukünftig in Kraft tretende Mantelverodnung wird in Bezug auf die Verwertung von Bodenmaterial eine weitere Anpassung/Verschärfung von einzuhaltenden Grenzwerte erfolgen. Demnach ist es absehbar, dass die ohnehin bereits hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle weiter zunimmt und ein erheblicher zusätzlicher Bedarf zur Ablagerung entsteht.

Bei dem Standort Beeck handelt sich demnach um einen abfallwirtschaftlich erforderlichen und geeigneten Standort. Ein ebenso geeigneter Alternativstandort, durch den das Planungsziel erreicht werden kann, ist in der Region derzeit nicht vorhanden.

### 1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel strebt die Martens infra Deutschland GmbH eine regionalplanerische Darstellung für eine Abfalldeponie an, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen.

Die am Standort Beeck bereits bestehende Infrastruktur soll weiterhin genutzt werden. Die Abgrabung Beeck ist bereits heute ein etablierter Standort für die Verfüllung von Bodenmaterial, der gesamte Standort ist durch die derzeitige Tätigkeit vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort Beeck zu binden. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen.

Neben der Gewinnung von Sand und Kies wird auch der zu ca. 6 m unter Geländeoberkante anstehende Lehm zur Weiterverarbeitung abgebaut. Die bestehende Abgrabung hat gezeigt, dass ein Großteil des Abraums zur Weiterverarbeitung geeignet sind. Das Material kann für den Deponiebau oder auch zur Herstellung von Keramikprodukten genutzt werden. Der bereits im großen Umfang vor Ort vorhandene Lehm stellt in Bezug auf den geplanten Deponiebau einen weiteren Standortvorteil dar, da dieses Material nicht mehr extern beschafft und antransportiert werden muss.

Vorhabensgegenstand ist eine gewerbliche, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden. Somit fällt die Deponie nicht unter das Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle), den das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW aufgestellt hat (Bekanntmachung am 26.04.2016, MBl. 2016, Seite 239).

Im Umfeld des Standorts Beeck (Kreis Heinsberg) stehen derzeit keine anderen Entsorgungseinrichtungen von Deponien (DK0, DK1 oder II) zur Verfügung. Die werkseigene DK1 bei Aldenhoven befindet sich im Kreis Düren. Im Sinne der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgesehenen entstehungsortnahen Entsorgung und in Übereinstimmung mit dem gleich lautenden landesplanerischen Grundsatz (Plansatz 8.3-4 im neuen Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019; im Folgenden: LEP NRW 2019) sollten keine im weiteren Umkreis liegenden Orte betrachtet werden.

Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Beeck etablierten Infrastruktur und der hervorragenden Verkehrsanbindung führt zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Es entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung von Abgrabungsflächen, welche im Nachgang ohnehin zur Verfüllung genutzt werden. Weitere Vorteile entstehen, wenn im Rahmen des parallel betriebenen

Abgrabungsbetriebs und Deponiebetriebs kombinierte Hin-Rückfahrten realisiert werden können.

Ein Flächenverbrauch durch einen komplett neuen Abfallwirtschaftsbetrieb einschließlich der zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann nicht planerisches Ziel sein. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3-1 "Ziel Standorte für Deponien" LEP NRW 2019. Danach muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW 2019). Vorliegend kann dies auch für die "Aufstockung" von verfüllten Abgrabungen gelten. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Beeck offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen des voraussichtlichen BSAB steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den Entsorgungsstandort zu sichern.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass zurzeit keine vergleichbaren Standorte in der Region um Beeck verfügbar sind, welche die oben genannten Bedingungen erfüllen.

## 2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Im Textteil und in den Erläuterungen Gesamt-Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in Kapitel 5.3.2, Deponien, Aussagen über neue Deponiestandorte (Standortkriterien) gemacht. Demnach sind bei Standortplanungen Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen.

Den Erläuterungen zu Ziel Z.42 sind die Kriterien für künftige Standorte zu entnehmen, die in der planerischen Abwägung des Regionalplanverfahrens bedeutsam sind.

In Ziff. 1 wird ab einer Flächengröße von 10 ha eine regionale Bedeutung festgelegt.

- Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 40 ha deutlich darüber.

In Ziff. 2 wird die Notwendigkeit beschrieben, die Deckung des Bedarfs darzulegen.

Dass das Vorhaben zur Deckung des Bedarfs notwendig ist, ergibt sich einerseits aus der konkreten Nutzung der genehmigten Abgrabung durch Verfüllung mit Boden, andererseits aus der Anpassung/Verschärfung von zukünftig einzuhaltenden Grenzwerten, was dazu führen könnte, dass die bereits heute hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle weiter zunimmt und ein erheblicher zusätzlicher Bedarf zur Ablagerung entsteht. Im Kreis Heinsberg gibt es bisher keine andere bestehende Deponie der Deponieklassen 0 oder I.

In Ziff. 3 wird dargelegt, dass neben den abfalltechnischen Anforderungen potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt.

- Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Beeck äußerst gering ist. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem den Anforderungen der Landschaftsentwicklung Rechnung getragen wird.

In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen.

- Mit dem Vorhaben wird ein Mindestabstand von 300 m von der nächstgelegenen Wohnbebauung eingehalten, so dass die Anforderungen des Abstandserlasses erfüllt sind. Von im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereichen wird ein noch deutlich größerer Abstand eingehalten.

Insgesamt wird deutlich, dass die Standorteignung für eine Mineralstoffdeponie am Standort Beeck hervorragend ist. Dies betrifft die Kriterien der Regionalplanung selbst und die örtlichen Nutzungs- und Schutzansprüche. Der Grundsatz G.69 - vorrangige Nutzung bestehender Abfalldeponien und bereits (z.B. durch Rohstoffgewinnung oder Verfüllungen) vorbelasteter Flächen - kommt vollumfänglich zum Tragen.

### 3. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN<sup>4</sup>

Das Vorhabensgebiet befindet sich vollständig auf Gebiet der Stadt Geilenkirchen.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen wird das Vorhabensgebiet vollumfänglich als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt. Im südlichen Bereich quert eine "oberirdische Leitung" das Gebiet. Westlich des Vorhabensgebiets liegen

ebenfalls ausgedehnte "Flächen für die Landwirtschaft".

Im Norden wird Beeck, im Südosten Prummern als "Dorfgebiet" dargestellt.

Die K 24 und die Straße zwischen Beeck und Prummern sind als "Überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen" bzw. als "Sonstige Straßen" ausgewiesen.

Der Abstand des Vorhabensgebiets zu den nächstgelegenen gemischten Bauflächen beträgt mindestens 300 m.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_4]

#### 4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

##### 4.1 Aktueller Zustand und Erschließung

Derzeit erfolgt der Restabbau auf der Fläche der bestehenden Abgrabung. Auf der Erweiterungsfläche wurde bereits mit der Baufeldräumung und dem Abbau in Abschnitt 1 begonnen. Während der Abgrabung, dieser sukzessive folgend, erfolgt eine Verfüllung auf Ursprungsniveau mit geeignetem Bodenaushub.

Die Erschließung des Vorhabensgebiets erfolgt über die bestehende asphaltierte Zufahrt auf die Prof. Schröder Straße. Über die K 24 wird die B 56 nach ca. 2,5 km in südlicher Richtung erreicht. Bis zur Anschlussstelle Aldenhoven der Autobahn A 44 beträgt die Entfernung ca. 13 km, zum Autobahnanschluss der A 46 in Heinsberg / Donselen beträgt die Entfernung ca. 17 km. Die bestehende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ist hervorragend.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_5]

##### 4.2 Betriebsablauf

Das Vorhabensgebiet befindet sich im Einflussbereich der Sumpfungmaßnahmen durch den Braunkohlen-Tagebaubetrieb Inden der RWE Power AG. Das erste Grundwasserstockwerk unter dem Vorhabensgebiet wurde im Zuge von Sumpfungmaßnahmen um mehrere Meter abgesenkt. Nach Einstellung der Sumpfungmaßnahmen wird es zu einem allmählichen Wiederanstieg des Grundwassers bis auf das vorbergbauliche Niveau kommen.

Die Abbausohle liegt im unteren Teil innerhalb des Wiederanstiegsbereich des Grundwassers. Nach der Abgrabung sollen die Bereiche innerhalb des Wiederanstiegsbereich (höchster zu erwartender Grundwasserstand + Sicherheitsabstand) mit sauberem Bodenmaterial verfüllt werden. Darüber könnte zukünftig eine Ablagerung mineralischer Abfälle erfolgen.

Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 0 (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung (DepV) - nach erfolgter Abgrabung und Teilverfüllung im Wiederanstiegsbereich - auf einer Teilfläche der bestehenden Abgrabung und der gesamten Erweiterungsfläche.

Die Einrichtung der Mineralstoffverfüllung nach Deponieverordnung erfordert zuvor eine Teil-Entlassung der Abgrabung aus dem Abgrabungsrecht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponietechnischen Einrichtungen (u.a. Basisabdichtung, Sickerwassererfassung, und Oberflächenentwässerung). Eine Oberflächenabdichtung ist gemäß DepV bei einer DK0-Deponie nicht erforderlich.

Gegenüber der heutigen Abgrabung und der Erweiterung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie innerhalb einer abgegrabenen Fläche
- Anpassung des Ablaufes der genehmigten Rekultivierung der Abgrabung an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Insgesamt können der Charakter des Standortes als Abbau- und Verfüllfläche sowie die grundsätzlichen Elemente der Rekultivierung beibehalten werden.

#### Basisabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung.

Auf der Sohle auftretendes Deponiesickerwasser wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengelagert und fachgerecht entsorgt.

Als oberste Bodenschicht wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht.

Nach der Rekultivierung wird das auf der Oberfläche anfallende Regenwasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht.

#### 4.3 Verfüllmenge

Nach vorläufiger grober Abschätzung ist davon auszugehen, dass mit einem Aufkommen an Deponat von etwa 200.000 m³ pro Jahr zu rechnen ist.

Die Deponierung würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von ca. 3,5 bis 4 Mio. m<sup>3</sup> umfassen und entsprechend des prognostizierten jährlichen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa 20 Jahren beanspruchen. Die exakte Berechnung kann erst erfolgen, wenn die Höhenlage des Planums und die Gestaltung des Endreliefs festgelegt wurden.

#### 4.4 Belastungen von Wohngebieten

Die angeregte Mineralstoffdeponie wurde so arrondiert, dass ein Abstand zu den nächstgelegenen Wohnbauflächen in Beeck und Prummern von mindestens 300 m gewährleistet ist. Dies entspricht der höchsten Abstandsklasse für eine Abfallbehandlungslage nach Abstandserlass NRW.

Da genehmigte Abgrabungen im Regionalplan als zukünftige BSAB dargestellt werden, unterschreiten die als BSAB dargestellten Abgrabungsflächen den Abstand von 300 m in Richtung der Ortlage Beeck. Im Rahmen des Verfahrens zur Genehmigung der bestehenden Abgrabung wurde jedoch gutachterlich nachgewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden können.

#### Lärm

Nördlich des Vorhabensgebietes befindet sich die Ortschaft Beeck. Zwischen der Abgrabung und der Ortschaft Beeck verläuft die Prof. Schröder Straße. Im Rahmen des damaligen Genehmigungsverfahrens (bestehende Abgrabung) wurde ein Lärmgutachten erstellt. Es wurde ermittelt, dass im Nordosten eine Lärmschutzmaßnahme in Form eines Lärmschutzwalls angelegt werden muss. Der Lärmschutzwall wurde damals wie genehmigt gebaut und bepflanzt.

Im Zuge des Erweiterungsverfahrens wurde eine weitere Schalltechnische Prognose für die Beurteilung der Erweiterung erstellt. Es wurde nachgewiesen, dass die erforderlichen Grenzwerte bei weitem eingehalten werden.

Im Rahmen der geplanten Deponierung soll die ohnehin bereits genehmigte Verfüllung mit Bodenmaterial auf Teilflächen durch Deponat ersetzt werden. Dieser Arbeitsschritt wurde im Rahmen der Lärmprognose bereits berücksichtigt. Im Rahmen des Betriebs einer Mineralstoffdeponie wäre es denkbar, Aufbereitungsanlagen zu errichten, welche dem Depoiebetrieb dienlich sind. Der Nachweis über die Einhaltung der Grenzwerte kann in dem nachfolgenden Genehmigungsverfahren geprüft und erbracht werden. Aufgrund der Entfernung und der Möglichkeit, die Anlagen in Tieflage zu errichten, ist es derzeit nicht absehbar, dass ein Betrieb von Aufbereitungsanlagen zu einer Überschreitung von Grenzwerten führt.

#### Staub



Die nächstgelegene Wohnbebauung (Ortsrand von Beeck) liegt in einer Entfernung von mindestens 300 m zu der geplanten Mineralstoffdeponie. Der Ortsrand von Prummern liegt in einer Entfernung von etwa 400 m zu der geplanten Deponie.

Zwischen der bestehenden Abgrabung und der Ortsschaft Beeck wurde bereits ein Lärmschutzwall geschüttet und bepflanzt, welche die Abgrabung effektiv abschirmt. Darüber hinaus wurden die Randflächen der bestehenden Abgrabung angepflanzt, die Randflächen der Erweiterung sollen ebenfalls angepflanzt werden. Die Bepflanzung schirmt die Betriebsflächen zusätzlich ab und ist in der Lage Emissionen zu mindern.

#### 4.5 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus sollen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs der Abgrabungen, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen.

Für den angeregten Deponiebereich legt der Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) auf kleinen Teilflächen im Süden als Rekultivierungsziel einen BSLE fest. Eine Festlegung des Deponiestandorts würde dem Rekultivierungsziel nicht entgegen stehen, da die angestrebte Rekultivierung des Deponiekörpers die im Rahmen der bereits genehmigten Abgrabungsflächen festgelegten Rekultivierungsabsichten übernehmen kann. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

##### 4.5.1 Rekultivierung wie genehmigt

Entsprechend des genehmigten Rekultivierungsplanes für die bestehende Abgrabung und die Erweiterung ist nach Abschluss des Betriebes die Anlage von hauptsächlich Ackerland vorgesehen. Darüber hinaus sind die Herrichtung von Grünland, Obstbaumwiesen sowie flächigen und linearen Gehölzelementen, verbunden mit vorgelagerten Krautsäumen, vorgesehen.

Durch die Rekultivierung erfährt das Vorhabensgebiet, vor allem im Hinblick auf die weithin ausgeräumte Ackerlandschaft, eine ökologische Aufwertung. Es entstehen neue Habitate für Fauna und Flora, welche die Biodiversität in diesem Landschaftsraum potentiell steigern werden.

Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_6]

Die genehmigten Abgrabungsflächen sollen nach Abschluss der Abgrabung bis zur ursprünglichen Geländeoberkante mit geeignetem Bodenmaterial verfüllt werden. Der Schwerpunkt des landschaftsökologischen Ausgleichs soll entlang des Immendorfer Fließes im südlichen Teil des Vorhabensgebietes liegen. Im Regionalplan (Gesamtplan mit Stand Dezember 2021) werden die Flächen um den Immendorfer Fieß bereits als BSLE festgelegt.

Die geplanten Biotopkomplexe schließen an die Verbindungsachsen des Biotopverbundes an, welche entlang der Niederungsflächen des Immendorfer Fließes und am östlichen Rand der bestehenden Abgrabung verlaufen und somit zur Stärkung des Biotopverbund beitragen. Durch die Weiterführung des Biotopkomplexes in Richtung Osten kann auch eine Verbindung zu den östlich gelegenen Biotopverbundflächen zu den eher feuchtegrprägten Flächen des Beeckfließ geschaffen werden.

#### 4.5.2 Gesamtkonzept der Rekultivierung unter Berücksichtigung einer Mineralstoffdeponie

Die genehmigte Rekultivierungsplanung kann grundsätzlich auch im Rahmen der Deponierekultivierung beibehalten werden.

Die geplanten Gehölzpflanzung sollen hauptsächlich auf den Randflächen angelegt werden. Mögliche schädliche Einflüsse durch tiefreichende Wurzeln auf die Deponieoberfläche können so vermieden werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Anpassung der Gehölze im Deponiebereich vorzunehmen und ausgewählte flachwurzelden Gehölzen zu verwenden.

Das Ziel der der Rekultivierung, die Schaffung eines strukturreichen offenen und halboffenen Biotopkomplexes aus Ackerflächen, Grünland, Obstbaumwiesen und Gehölzpflanzungen kann auch im Rahmen der Deponierekultivierung beigehalten werden. Gegebenenfalls ist es erforderlich, das Endrelief anzupassen, um eine ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers im Endzustand zu gewährleisten. Tümpel und Feuchtlebensräume könnten zusätzlich im Rahmen der Oberflächenentwässerung am Böschungsfuß angelegt werden.

## 5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

### 5.1 Standortvoraussetzungen

Mit dem Vorhaben können erhebliche Umweltauswirkungen verbunden sein.

Grundvoraussetzung für die Errichtung einer Deponie ist, dass die in Anhang I der DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte (vgl. DepV 2009 Anhang I) erfüllt sind:

*"Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 10 Absatz 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:*

- 1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstandes der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,*
- 2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,*
- 3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,*
- 4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,*
- 5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."*

Diese Anforderungen sind am Standort Beeck grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum grundsätzlich positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist aus folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Es sind - mit Ausnahme des Biotopverbunds - keine geschützten oder schützenswerten Flächen betroffen.
- Ein fachgerechter Umgang mit (Schutzwürdigen) Böden wird bereits im Rahmen der Abgrabungstätigkeit geregelt.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist gegeben.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und entsorgt werden.

Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verkehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort hervorragende Eigenschaften.

## 5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden. Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht betroffen:

kein Wasserschutzgebiet  
kein Überschwemmungsgebiet  
kein FFH-Gebiet  
kein EU-Vogelschutzgebiet  
keine Alleen  
keine Naturschutzgebiet  
keine eingetragenen Bau- und/oder Bodendenkmäler

## 5.3 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche

Im Untersuchungsraum, jedoch nicht im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Biotopkataster
- Naturdenkmäler
- Landschaftsschutzgebiet
- Geschützte Landschaftsbestandteile
- Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile
- Gesetzlich geschützte Biotope

Im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Biotopverbund
- Schutzwürdige Böden bezüglich Fruchtbarkeit  
Einstufung "hoch" und "sehr hoch"

### 5.3.1 Landschaftsschutzgebiete und Naturdenkmäler<sup>5</sup>

#### Landschaftsschutzgebiete

Innerhalb des Vorhabensgebiets besteht keine Schutzausweisung als Landschaftsschutzgebiet.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_7]

Innerhalb des östlichen und westlichen Untersuchungsraums besteht für die im Osten und Westen verlaufenden Talräume eine Schutzausweisung als

Landschaftsschutzgebiet (2.2-1 "Wurmtal mit Tal des Beeckfließ, Immendorfer Fließ, Gereonsweiler Fließ und Kötteler Schar sowie Leerodter Wald und Hover Busch").

#### Naturdenkmäler

Innerhalb des Vorhabensgebiets bestehen keine Schutzausweisungen als Naturdenkmal.

Innerhalb des Untersuchungsraums befinden sich mehrere Naturdenkmäler. Im Südwesten, östlich des Immendorfer Fließ, sind eine Eiche und eine Esche (ND 2.3-63) als Naturdenkmal ausgewiesen. Im Nordosten des Untersuchungsraum, am Südrand von Beeck, sind eine Linde (ND 2.3-59) und eine Baumreihe aus 14 Linden (ND 2.3-60) als Naturdenkmal geschützt.

#### 5.3.2 Biotopverbund<sup>6</sup>

Im Vorhabensgebiet und Untersuchungsraum befinden sich keine Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung.

Im nördlichen und östlichen Untersuchungsraum liegt die Biotopverbundfläche VB-K-5003-002 "Leffarth, Beeck mit Beeckfließ und Börden Strukturen nördlich Brachelen". Ein Teil des Biotopverbunds erstreckt sich bis in die Fläche der bestehenden Abgrabung, welche sich derzeit vollständig in Betrieb befindet.

Im westlichen Untersuchungsraum sind die Streuobstwiesen um Prümmern sowie der Talraum des Immendorfer Fließ Bestandteile der Biotopverbundfläche VB-K-5002-018 "Bördendörfer Prümmern, Immendorf, Waurichen und Einzelhöfe?.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_8]

#### **VB-K-5003-002 "Leffarth, Beeck mit Beeckfließ und Börden Strukturen nördlich Brachelen"**

Bewertung: besondere Bedeutung

#### Schutzziele:

- Erhalt der Grüngürtel in Ortsrandlage der Dörfer der Selfkant-Terrassenplatte mit strukturreichen Gärten, Gehölz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden
- Erhalt des Teverener Baches mit begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystemes sowie aller übrigen strukturierenden und kulturhistorisch wertvollen Landschaftselemente wie Feldgehölze, Hecken, Lösshohlwege und Baumreihen
- Erhalt und Entwicklung der für die Börde seltenen Stillgewässer

Entwicklungsziele:

- Optimierung des Bachlaufes durch Schaffung einer beidseitig 5 bis 10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichem, ungespritzten Ackerrandsreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung
- Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung
- Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen
- Optimierung der Still- und Kleingewässer

**VB-K-5002-018 "Bördendörfer Prummern, Immendorf, Waurichen und Einzelhöfe?"**

Bewertung: besondere Bedeutung

Schutzziele:

- Erhalt der Grüngürtel in Ortsrandlage der Dörfer der Selfkant- Terrassenplatte mit strukturreichen Gärten, Gehölz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden
- Erhalt des Teverener Baches mit begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystems sowie aller übrigen strukturierenden und kulturhistorisch wertvollen Landschaftselemente wie Feldgehölze, Hecken, Lösshohlwege und Baumreihen
- Erhalt und Entwicklung der für die Börde seltenen Stillgewässer

Entwicklungsziele:

- Optimierung des Bachlaufes durch Schaffung einer beidseitig 5 bis 10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichen, ungespritzten Ackerrandstreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung
- Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung
- Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen
- Optimierung der Still- und Kleingewässer

*Hinweis:*

*Die Beschreibung wurden den Gebietsinformationen (Internetseite der LANUV) entnommen. Die dort aufgeführten Schutzziele und Entwicklungsziele der Biotopverbundflächen 5003-002 und 5002-018 sind identisch.*

5.3.3 Biotopkataster<sup>7</sup>

Innerhalb des Vorhabensgebiets befinden sich keine Flächen, die vom Biotopkataster erfasst sind.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_9]

Innerhalb des Untersuchungsraums befinden sich die folgenden vom Biotopkataster erfassten Flächen:

#### Im östlichen Untersuchungsraum

- BK-5003-0045 "Beeckfliess zwischen Beeck und Apweiler"
- BK-5003-0058 "Hänge zum Beekfliess am Lamers- und Schlackenbergr östlich von Beek"

#### Im westlichen Untersuchungsraum

- BK-5003-0044 "Hangwiesen Beeck"
- BK-5003-0042 "Eichengruppe und Gebüsch nördlich von Prummern"
- BK-5002-087 "Obstwiesen um Prummern"

#### 5.3.4 Gesetzlich Geschützte Biotope, geschützte Landschaftsbestandteile und gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

##### Gesetzlich geschützte Biotope<sup>8</sup>

Innerhalb des Vorhabensgebiets bestehen keine Schutzausweisungen nach §42 LNatSchG NRW als gesetzlich geschütztes Biotop.

Im nordwestlichen Untersuchungsraum werden Magerwiesen als gesetzlich geschützte Biotop BT-5003-0201 ausgewiesen.

##### Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile und geschützte Landschaftsbestandteile<sup>9,10</sup>

Innerhalb des Vorhabensgebiets bestehen keine Schutzausweisungen als geschützte Landschaftsbestandteile oder gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteil.

Die Streuobstwiesen, welche den östlichen Ortsrand von Prummern umgeben, sind als geschützter Landschaftsbestandteil LB 2.4-13 "Ortseingrünung von Prummern" ausgewiesen. Innerhalb der Fläche des geschützten Landschaftsbestandteils werden einige lockere Gehölze an der K24, östlich von Prummern, im Komensationsflächenkataster des Kreises Heinsberg zusätzlich als gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil ausgewiesen.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_10]

### 5.3.5 Landschaftsplan<sup>11</sup>

Der Untersuchungsraum liegt innerhalb des Geltungsbereichs des rechtskräftigen Landschaftsplans I/3 "Geilenkirchener Wurmatal?".

Für das Vorhabensgebiet stellt der Landschaftsplan zum Großteil das Entwicklungsziel 2, "Anreicherung einer im Ganzen erhaltungswürdigen Landschaft mit gliedernden und belebenden Elementen" dar. Für den südwestlichen Teil der Vorhabensfläche, den Talraum des Immendorfer Fließ, wird das Entwicklungsziel 7, "Erhaltung von geomorphologisch prägenden Landschaftsteilen und ihre Hervorhebung sowie ökologische Aufwertung durch Anreicherung mit gliedernden und belebenden Elemente", dargestellt.

Im Untersuchungsraum sind außerdem folgende Entwicklungsziele dargestellt:

kleinflächig am Ortsrand von Prummern Entwicklungsziel 1 "Erhaltung einer mit natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft" und entlang der K24 Entwicklungsziel 6 "Schaffung von Ausgleich oder Ersatz für Eingriffe in Natur und Landschaft unter Berücksichtigung der von diesem Entwicklungsziel überlagerten anderen Entwicklungsziele".

Zur Erreichung der Ziele führt der Landschaftsplan innerhalb des Vorhabensgebiets und des Untersuchungsraums keine Pflege- oder Pflanzmaßnahmen auf.

[s. Anhang Abb. StnID 1006881\_001\_11]

<sup>1</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt - Region Aachen, 1. Auflage 2003 mit Ergänzungen (Informationsstand: August 2022)

<sup>2</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Erster Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Stand Juni 2020

<sup>3</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Entwurf von Dezember 2021

<sup>4</sup>Stadt Geilenkirchen (Hrsg.): Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen von Januar 2005, in der Fassung der 81. Änderung vom 25.11.2020 (Informationsstand 29.08.2022).

<sup>5</sup>Kreis Heinsberg, Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal, 1983, in der aktuell gültigen Fassung

<sup>6</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):



Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 23.08.2022

<sup>7</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):

Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 23.08.2022

<sup>8</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):

Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 23.08.2022

<sup>9</sup>Kreis Heinsberg, Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal, 1983, in der aktuell gültigen Fassung

<sup>10</sup>Kreis Heinsberg, Digitale Daten Gesetzlich Geschützte Landschaftsbestandteile, Mitteilung vom 13.07.2020

<sup>11</sup>Kreis Heinsberg, Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal, 1983, in der derzeit gültigen Fassung

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_8.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006881\\_001\\_9.pdf](#)

AZ: Ö-M-1351

1002873

1007133

## Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Mit großer Sorge haben wir davon erfahren, dass bei der Neuaufstellung des Regionalplans für den Bereich Köln-Weiden-Süd erneut das **Grundstück Ignystraße 93 - 95 ('Garten Müller')** wieder als **"Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)"** ausgewiesen wird, obwohl dieser Bereich gemäß Landschaftsplan Köln zum Grünzug West gehört und geschützte Landschaftsbestandteile enthält.

Zusätzlich sind nun auch noch die **Bereiche südlich der 'Jungbluthgassen-Brücke'** als ASB markiert, auf denen zur Zeit noch Container als Notunterkünfte aufgebaut sind, die aber eindeutig zur Parkanlage des Grünzuges West gehören.

Auch wenn es sich hierbei nur um Darstellungsirrtümer handeln sollte, müssen diese unbedingt und umgehend korrigiert werden, um keine Grundlage für die weitere schleichende Bebauung des Grünzuges West zu werden.

Folgende Gründe sprechen gegen eine weitere Bebauung:

- Als fester Bestandteil des Äußeren Grüngürtels besitzt der Grünzug West eine wichtige Funktion als Naherholungsraum für die in den letzten Jahren stetig gewachsene Einwohnerzahl Weidens.
- Die wenigen Ausfahrten aus Weiden-Süd (Jungbluth-Brücke, Breslauerstraße) sind schon jetzt zu Stoßzeiten komplett vom ständig steigenden Berufsverkehr blockiert und verkraften schwerlich einen weiteren Zuwachs von PKW neuer Anwohner. Besonders brisant ist die Situation vor dem Eingang der Albert-Schweitzer-Schule, wo tagtäglich für die Grundschüler gefährliche Verkehrssituationen entstehen.
- Eine Umwidmung des Grünzugs zum ASB konterkariert die Erklärung des Klimanotstandes durch die Stadt Köln am 9. Juli 2019. Demnach ist die Eindämmung des Klimawandels bei allen Entscheidungen in der städtischen Politik grundsätzlich zu beachten. Durch eine Bebauung würde eine essentielle Frischluftschneise der Kölner Innenstadt vernichtet.
- Ebenso wird eine weitere Bebauung zwangsläufig zu einem weiteren Temperaturanstieg im umgebenden Viertel führen. Nur durch möglichst bewaldete Grünflächen lässt sich ein Kühlungseffekt von mehreren Grad erreichen. Angesichts künftig häufigerer Hitzeperioden gewinnt dieser Effekt rasant zunehmend an Bedeutung.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Wir möchten Sie daher eindringlich bitten, die o. g. Grundstücke / Bereiche keinesfalls als ASB auszuweisen, sondern klar gekennzeichnet dem Grünzug West zuzuordnen.

AZ: Ö-M-1352	
1002874	
1006898_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung trage ich Ihnen hiermit meine Bedenken zur geplanten Neuaufstellung des Regionalplans Köln vor. Sie betreffen den Siedlungsbereich in Euskirchen-Weidesheim (siehe folgende Kartenausschnitte) im Bereich der Stadt Euskirchen im Ortsteil Weidesheim und dort am nordwestlichen Ortsrand im Bereich zwischen den Straßen ?Dadenbergring?, ?K21? (?Weidesheimer Straße?) ?Zur Kleeburg? sowie dem Gewässer ?Niederkastenholzer Fließ?</p> <p>Regionalplan alt:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006898_001_1]</p> <p>Regionalplan neu:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1006898_001_2]</p> <p>Mit dem neuen Regionalplan wird Hochwasserschutz vor dem Hintergrund der letzten Flut-Eeignisse in der Nacht vom 14. auf den 15.07.2021 komplett auf den Kopf gestellt:</p> <p>Im neuen Regionalplan ist, entgegen des alten Regionalplans, genau diejenige niedriger gelegene Fläche (südwestlich der Weidesheimer Straße/K21) als Siedlungsfläche ausgewiesen, die in der Hochwassernacht völlig überflutet war. Schon damals waren auch bereits alle nordwestlich gelegenen Grundstücke des Dadenbergring überflutet. Die neue ausgewiesene Siedlungsfläche (größtenteils bisheriges Ackergelände einer Gärtnerei) liegt sogar noch tiefer.</p> <p>Um die gesamte Situation deutlicher zu machen, als es lediglich eine Karte darstellen kann, liegt diesem Schreiben als Anlage 1 ein Foto bei. Es zeigt die Fläche nordwestlich der Straße ?Dadenbergring?, bzw. südöstlich der Straße ?Zur Kleeburg?.</p> <p>Die gesamte Freifläche der Gärtnerei (innerhalb der Hecke), sowie die 4 Felder zwischen Niederkastenholzer Flies und Hecke der Gärtnerei wirkten in der Hochwasser-Situation als Retentionsfläche, als das Niederkastenholzer Flies die Wassermassen nicht mehr aufnehmen konnte. Die rechts im Bild sichtbaren Häuser des ?Dadenbergring? waren ebenfalls einschließlich der Gärten überflutet.</p> <p>Andererseits sieht man aber auch deutlich, dass der Bereich auf dem Foto oberhalb der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Im Juni 2023 wurde die bestehende Abgrenzung der von der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) vorläufig gesicherten und festgesetzten Überschwemmungsgebiete und HQextrem-Gebiete aktualisiert. Die mit Stand Juli 2023 vorläufig gesicherten und festgesetzten Überschwemmungsgebiete sind als Überschwemmungsbereiche (ÜB) mit festgelegt worden. Zudem wird die zu demselben Zeitpunkt aktuelle Abgrenzung der potentiellen Überflutungsgebiete der wasserwirtschaftlichen Fachplanung (HQ100 geschützt) in einer zusätzlichen Erläuterungskarte F 11 im Anhang abgebildet. Die aktualisierten Gebiete der HQ-</p>

Gärtnerei (hinter der ?Weidesheimer Straße?) deutlich höher liegt.

Das ausgerechnet diese Fläche aus dem alten Regionalplan herausgenommen wurde und stattdessen die viel tiefer gelegene Fläche (Gärtnerei ab ?Weidesheimer Straße? bis ?Niederkastenholzer Fließ?) als Siedlungsfläche in den neuen Regionalplan aufgenommen wurde, ist im Hinblick auf ?Gewässer und vorbeugenden Hochwasserschutz? absolut nicht nachvollziehbar. Anstatt sicher auf höherem Grund zu bauen wird Siedlungsgebiet nun direkt bis an einen Hochwassergraben (Niederkastenholzer Fließ) ausgewiesen.

Im Übrigen:

Das Niederkastenholzer Fließ mündet (auf dem Foto betrachtet) links nach ca. 150 m in den Erftmühlenbach, der in der Flutnacht ebenfalls massiv über seine Ufer getreten war.

Bis zur Flutnacht 14.15. Juli 2021 hätte ich nie daran geglaubt, dass unsere Häuser im Dadenbergring so niedrig liegen, dass sie irgendwann einmal von einer Flut betroffen sein werden. Nun waren unsere Keller komplett vollgelaufen, weil das nordwestlich unserer Straße vorbeiführende ?Niederkastenholzer Flies? eine Regenmenge von 106 Liter/qm innerhalb 24 Stunden nicht aufnehmen, bzw. abtransportieren konnte. Mit einer Freigabe als Siedlungsfläche würde die zwangsläufig dadurch entstehende zusätzliche Versiegelung des Bodens auf dem bisher als Ackerland ausgewiesenen Bereich gleich neben unseren Häusern dazu führen, dass das Wasser bei künftigen Starkregen oder Gewitterereignissen noch schneller ansteigt.

Ich werde das Gefühl nicht los, dass für die Änderung der Siedlungsflächen im neuen gegenüber dem alten Regionalplan stark von in Euskirchen stadtbekannten Investoren im Zusammenwirken mit der Verwaltung angestoßen wurde, um auf diesem Gelände ein Bauprojekt voran zu treiben, für das bereits kräftig die Werbetrommeln gerührt wurden. Dabei scheint es den Beteiligten relativ egal zu sein, was mit den bereits bisher schon von der Flut betroffenen Bürgern künftig passiert, bzw. wie es denen bei künftigen häufiger auftretenden Starkregen ergeht.

Interessant in dem Zusammenhang ist auch, dass die von der Stadt Euskirchen herausgegebenen Überflutungskarten je nach Ausgabedatum deutliche Unterschiede aufweisen. Es existiert noch eine Karte vom 18.08.2021 (sie wurde leider aus der Internetseite der Stadt entfernt). Diese weist ein noch größeres Gebiet als von der Überflutung betroffen aus. Bereits weniger umfasst die Karte vom 02.09.2021. In der Karte vom 16.09.2021 ist das überschwemmte Areal wiederum kleiner ausgefallen. In alle 3 Karten ist jedoch genau das neu als Siedlungsfläche ausgewiesene Areal als Flutgebiet eingezeichnet (was es tatsächlich auch war).

Und nun soll genau das, unterstützt vom neuen Regionalplan, Siedlungsgebiet werden, obwohl es beispielsweise auf der anderen Seite der Weidesheimer Straße, nordwestlich der Alemannenstraße höher gelegene Flächen gibt (siehe alter Regionalplan.

extrem-Flächen sind in der Erläuterungskarte F8 dargestellt. Für die aktualisierten Abgrenzungen gelten die textlichen Festlegungen des Kapitels 4.7. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, so wäre zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW ?Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale. Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Außerdem gibt es in anderen Bereichen des Ortsteils ?Weidesheim? durchaus höher gelegene Stellen, die sogar teilweise bereits als Siedlungsgebiete ausgewiesen, aber nur noch nicht bebaut wurden.

Mit Blick auf für die Zukunft prognostizierte Häufigkeiten von Starkregen und damit einhergehenden Hochwasserereignissen bitte ich darum, die vorgebrachten Bedenken stärker in Ihre Planungen einzubeziehen.

Ich bitte Sie deshalb, den Zustand entsprechend des alten Regionalplanes wiederherzustellen, bzw. die niedrig liegende Fläche zwischen ?Weidesheimer Straße? und ?Niederkastenholzer Flies? einerseits, und zwischen den Straßen ?Dadenbergring? und ?Zur Kleeburg? andererseits vollständig als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich auszuweisen.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung, gerne telefonisch oder auch persönlich, beispielsweise anlässlich eines Ortstermins.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006898\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006898\\_001\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-1353

1002876

1011068

#### Inhalt

Frankenwald in Bergisch Gladbach Refrath

*Aktuell wird diskutiert, dass der GESAMTE Wald entlang der A4 in den Stadtteilen Frankenforst/ Lustheide im neuen Regionalplan den Status ?potentielles Gewerbegebiet? erhält. Sie werden also nicht nur 8.000 qm gesunden Wald für eine Feuerwache roden, sondern geben auch noch den restlichen Wald zur möglichen zukünftigen Umwandlung frei. Auch wenn Sie nun behaupten, es sei in dieser Wahlperiode keine Umwandlung des Waldes in Gewerbe geplant, so ebnen Sie mit dieser weitreichenden, auf Jahre gültigen Entscheidung allen kommenden Regierungen den Weg für eine weitere Waldvernichtung.*

*Im Hinblick auf die für alle sichtbaren drastischen Folgen der Waldvernichtung für unsere Stadt ist dies eine dramatisch schlechte Entscheidung und nebenbei ein Verrat an der Wählerschaft, die in Bergisch Gladbach ganz klar eine ?grüne Wende? wollte. Der Wald an der A4 bildet einen wichtigen Lärm- und Schutzwall gegen die A4, spendet uns im Sommer Feuchtigkeit und Kühle und nimmt Wasser auf, wenn es wieder zu starken Regenfällen kommt.*

*Wenn selbst die Grünen dieser verheerenden Entscheidung zustimmen, sind wir einfach nur fassungslos. Wir fordern Sie daher auf, dass Sie sich an ihr Versprechen halten und die Waldflächen an der A4 als Gewerbegebiet aus dem Regionalplan herausnehmen und langfristig den Wald für unsere Stadt sichern!*

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-M-1354	
1002880	
1008330	
<p>Inhalt</p> <p><b>Stellungnahme ?Ententeich?</b></p> <p><b>Rücknahme der Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) mit Zweckbindung, Brühl/Phantasialand</b></p> <p>Die Bezirksregierung Köln wird aufgefordert, die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) mit Zweckbindung, Brühl/Phantasialand, zurückzunehmen.</p> <p>Gründe:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Planbegründung fußt auf einer Anregung aus dem Jahr 2003. Hier wird auf einen wirtschaftlichen Zwang der Erweiterung für den Freizeitpark abgestellt. Dieses kann heute, nach 19 Jahren, nicht mehr vertreten werden. Der Freizeitpark hat seine wirtschaftliche Position ausbauen können und hat sich zudem über erträgliche Nebengeschäfte, insbesondere im stark ausgeweiteten Hotel- und Gastronomiebereich, mittlerweile ein weiteres Standbein aufbauen können. Eine ?notwendige Ausweitung? hat sich in diesem Zeitraum nicht ergeben und kann auch nicht für den Folgezeitraum unterstellt werden. Die Wirtschaftsdaten der Betreibergesellschaft, sofern direkt öffentlich einsehbar, sind in den letzten Jahren durchweg positiv ausgewiesen.</li> <li>2. Geforderte Parkflächen können anderweitig bereitgestellt werden. Es sollte zudem, der politischen Maßgabe der Klimawende folgend, zunehmend die Nutzung anderer Verkehrsträger unterstellt werden. Es gilt ansonsten auch für die Parkflächen, dass sich eine Notwendigkeit in den letzten 19 Jahren nicht erwiesen hat und sie entsprechend realistischerweise auch nicht zukünftig unterstellt werden kann.</li> <li>3. Den Belangen des Naturschutzes ist zunehmend Rechnung zu tragen. ?Erhebliche Auswirkungen? wurden bereits im Jahr 2013 festgestellt. Die Versiegelung und die Auflösung eines ehemaligen und de facto noch bestehenden Naturschutzgebietes und geschützten Biotops einschließlich der Abholzung von Wäldern ist strikt zu vermeiden. Das Gebiet wird laut LANUV wegen seines Wertes für den Naturhaushalt und als Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten, insbesondere als Brutgebiet für Wasservögel, geschützt. Weiterhin ist nach Artikel 29 Absatz 3 der Landesverfassung in Nordrhein-Westfalen das ggf. betroffene Kleingartenwesen zu fördern und damit</li> </ol>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



nicht zu überplanen.

AZ: Ö-M-1356

1002881

1008374

#### Inhalt

Öff Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung  
K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 / PUL\_ASB\_2

ich lehne den o.a. Regionalplanentwurf ab, da klimatisch-ökologische, sicherheitsrelevante und logistisch/wirtschaftliche Aspekte in nicht unerheblichem Maße missachtet werden. Das betrifft die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da in diesem Bereich (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße) durch die geplante Stadtbahn die Anbindungs- und Erholungsfunktion des Abteiparks genommen wird.

Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park.

Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird die Wohn- und Aufenthaltsqualität erheblich beeinträchtigt.

Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem ?Masterplan Stadtnatur? des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

**Inhalt**

Der oben genannte, familiengeführte Forstbetrieb wird seit 1965 durch die [ANONYMISIERT] als Eigentümer verwaltet und betreibt auf ca 1.100 ha Wirtschaftswald Forstwirtschaft im [ANONYMISIERT] Wald. Der Forstbetrieb ist PEFC zertifiziert und bewirtschaftet den Wald nach den Kriterien einer nachhaltigen Forstwirtschaft.

Die Flurstücke des Forstbetriebes liegen in der Gemarkung Bad Münstereifel und sind in die Reviere [ANONYMISIERT] aufgegliedert.

Die [ANONYMISIERT] verwaltet den Forstbetrieb für die Destinatäre der Stiftung mit dem Auftrag, den Nachlass des Stiftungsgründers [ANONYMISIERT] nachhaltig zu bewirtschaften und im Sinne der nachfolgenden Generationen im Erbstamm [ANONYMISIERT] weiterzuführen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die in den zeichnerischen Festlegungen des Entwurfs zum Regionalplan Köln, Blatt 11, Kreis Euskirchen-02 dokumentierten BSN-Ausweisungen in den drei Teilbereichen des stiftungseigenen Forstbetriebes ([ANONYMISIERT]). Aus dem Blatt 11 der zeichnerischen Festlegungen lassen sich die genauen Abgrenzungen der ausgewiesenen Flächen aufgrund des gewählten Maßstabs (1:50.000) nicht exakt auf die Revierkarten übertragen. Hinzu kommt, dass die Karte mit den zeichnerischen Festlegungen derart ungenau ist, dass die Art der Vegetation (Wald, Grünland etc.) nicht erkennbar ist.

Der Entwurf des Regionalplans Köln greift durch die Ausweisung von insgesamt 380 ha (35% der Gesamtfläche des Forstbetriebes) als BSN-Gebiet in ganz erheblichem und aus Sicht der Eigentümer unverhältnismäßig großem Umfang in die Eigentumsrechte der Stiftung und ihrer Destinatäre ein.

Zum einen erweitert der Entwurf zum Regionalplan Köln vom Dezember 2021 die bisher als FFH-Gebiet ausgewiesene Fläche des stiftungseigenen Forstbetriebs von etwa 55 ha (Hainsimsen Buchen Altholz im Gebiet [ANONYMISIERT]) um 180 ha BSN Fläche. Offensichtlich wurde hier das im Stadtwald bereits bestehende FFH-Gebiet nun als BSN-Gebiet weit in den Forstbetrieb der [ANONYMISIERT] hinein ausgeweitet. Darüber hinaus werden im Regionalplan der Bachlauf des [ANONYMISIERT] und seiner Nebenbäche (mit 84 ha) sowie sämtliche im Forstbetrieb der Stiftung befindlichen Siefen (mit insgesamt 130 ha) großräumig als BSN Flächen ausgewiesen.

Diese überdimensionierte und undifferenzierte BSN-Ausweisung erscheint im Hinblick auf den bereits bestehenden Landschaftsschutz überflüssig. Darüber hinaus gefährden die aus der BSN-Ausweisung und möglichen späteren Ausweisungen von Biotopverbundflächen als Naturschutzgebiet resultierenden Einschränkungen in ganz erheblichem Maße die Wirtschaftlichkeit und somit auch die Existenz des

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

stiftungseigenen Forstbetriebes.

Die aus Sturmschäden und Borkenkäferbefall entstandenen Kalamitäten haben bereits zu einem erheblichen Wertverlust im stiftungseigenen Forstbetrieb geführt. Zusätzlich stellt der Aufwand für eine nachhaltige Wiederbewaldung der riesigen Kahlfächen eine große finanzielle Herausforderung für die [ANONYMISIERT] dar.

Die folgenden Beispiele verdeutlichen die Unangemessenheit und das undifferenzierte Vorgehen bei der im Regionalplan Köln festgelegten BSN-Ausweisung im Forstbetrieb der [ANONYMISIERT]. Die besprochenen Flächen sind in der Anlage markiert.

[ANONYMISIERT]: Im Bereich [ANONYMISIERT] des stiftungseigenen Forstbetriebes weisen die zeichnerischen Festlegungen auf Blatt 11 ein von der Ahrstrasse ausgehendes etwa 160m breites und sich nach Süden hin auf über 250 m verbreiterndes BSN-Gebiet aus, das im Süden in das BSN-Gebiet des Geissenbaches münden soll. In der BSN-Fläche [ANONYMISIERT] befinden sich eine nasse Wiese und ein paar kleinere Feuchtgebiete um den von Nord nach Süd verlaufenden Siefen. Der übrige Teil dieser Fläche besteht aus Fichtenaltholz, Kalamitätsflächen, Laubwald (Buche und Eiche), zwei Wildwiesen, von denen eine erst vor zwei Jahren angelegt wurde, sowie Flächen mit Naturverjüngung. Es erscheint aus unserer Sicht äußerst zweifelhaft, dass dieses sehr heterogene Gebiet einen über den bereits bestehenden Landschaftsschutz hinausgehenden Biotopschutz benötigt.

[ANONYMISIERT]: Die BSN-Ausweisung im Blatt 11 der zeichnerischen Festlegungen erstreckt sich im Umfeld des [ANONYMISIERT] über eine großräumige Fläche, die das Grünland um den Bach, ein neu angelegtes Eichen-Kulturgatter sowie einen Erlenbruch mit einbezieht. Auch hier erscheint die BSN-Ausweisung im Hinblick auf den bereits bestehenden Landschaftsschutz überflüssig.

[ANONYMISIERT]: Das gesamte Gebiet um den [ANONYMISIERT] wurde im Regionalplanentwurf neu als BSN-Fläche ausgewiesen. In diesem Gebiet liegen Fichtennaturverjüngungen, Fichtenaltholz, das bereits teilweise wegen Käferbefalls und Sturmschäden geräumt werden musste, eine zur Entlastung der Einstände und Naturverjüngung neu angelegte Äsungsfläche sowie vereinzelte Laubwaldstreifen bzw. -inseln. Auch dieses Gebiet ist im Hinblick auf den vorhandenen Bewuchs und die dortigen Bodenverhältnisse ein sehr heterogenes Gebiet, für das die BSN-Ausweisung bei dem bereits bestehenden Landschaftsschutz überflüssig erscheint.

[Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].

AZ: Ö-M-1357

1002882

1006902\_001

#### Inhalt

Zum Regionalplanentwurf ?Entwicklung Plangebiet A46? nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir lehnen das Gewerbegebiet an der A46, Stadtgrenze Hückelhoven ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher?

Die Dorfstrukturen unseres Dorfes und der umliegenden Dörfer werden mit einem direkt angrenzenden Gewerbegebiet zerstört. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen des Landes. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren.

Mit dem Gewerbegebiet werden die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt. Strukturwandel scheint für unsere lokalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren. Alternative zum neuen Gewerbegebiet ist die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes in bereits bestehenden Gewerbegebieten. Dort ist an einigen Stellen Leerstand zu sehen.

Wir bitten Sie unseren Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Wir erbitten eine Eingangsbestätigung unserer Einwendung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

AZ: Ö-M-1358	
1002883	
1007173	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bitte Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen.</p> <p>Zündorf-Süd alleine reicht schon, um das Dorf vorsätzlich und nachhaltig zu zerstören. Der Charakter und der Charme, eben nicht in einer "Stadt" zu leben, wird sterben. Die komplette Infrastruktur über Kindergärten, Schulen, Sportvereine, Ärzte, Lebensmittel etc. die ohnehin schon extrem angespannte Verkehrssituation sind überhaupt nicht dafür ausgelegt und stoßen bereits jetzt an jegliche Grenze und können nicht mal eben auf Knopfdruck erweitert werden.</p> <p>Die erneute Versiegelung von Flächen, die Funktion der Kühlung der Stadt Köln sowie das bebauen in einem ausgewiesenem Vogelschutzgebiet sind Vorhaben, die im Jahr 2022 eigentlich doch nicht mehr diskussionswürdig sein sollten oder wie weit von der Realität und Sensibilität hat sich das Planungsgremium entfernt?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1360

1002885

1010466

#### Inhalt

Hiermit bitten wir Sie, auf diesem Wege, in Ihrer neuen Regionalplanung einen Wohnmobilstellplatz im Kreis Langerwehe mit einzubeziehen. Die Gemeinde ist darüber in Kenntnis gesetzt. Ein sehr guter Standort wäre in der Nähe des Schlosses in Merode. Da dieser Standort einige attraktive Vorteile bringt. Ein genauerer Plan besteht noch nicht, da es durch die Gemeinde noch nicht verifiziert wurde.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zu einer räumlichen Entwicklungsüberlegung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1361	
1002890	
1007174	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bitte Sie um die dringliche Überarbeitung der Flächenvorschläge für Zündorf in der Beschlussvorlage für die neuen Siedlungsbereiche im entsprechenden Regionalplan.</p> <p>Ich fordere Sie auf, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf; 7-714-011-A+B? und ?Langel; 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen bzw. als Siedlungsflächen auszuweisen.</p> <p>Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen unbedingt beibehalten werden. Ich bitte Sie so auszuschließen, dass diese weiteren Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.</p> <p>Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet. Besonders Hinblick auf den Klimawandel und den gerade erlebten extremen Dürresommer 2022 wäre das geplante Vorgehen völlig verantwortungslos! Diese Flächen erfüllen ganz besondere ökologischer Funktionen. Zudem sollte mit Blick auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung verhindert werden, dass weitere wertvolle Agrarflächen versiegelt werden.</p> <p>Die Erweiterungsfläche in Langel würde zudem die insgesamt schon jetzt unerträgliche Verkehrsproblematik noch weiter verschärfen.</p> <p>Meine Familie und ich, als Bürgerinnen und Bürger von Köln-Zündorf, lehnen aus den vorgenannten Gründen schon die Umsetzung der im aktuell noch gültigen Regionalplan/dem hieraus entwickelten Flächennutzungsplan der Stadt Köln vorgesehenen Bebauung der ca. 100 ha großen Fläche ?Zündorf-Süd? ab. Auch hier wäre eine Revision der Pläne notwendig! Eine jetzt geplante zusätzliche Erweiterung der Flächen ist gerade in Bezug auf den ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln geradezu grob fahrlässig und nicht vermittelbar. Ich bitte Sie daher dringend um Überarbeitung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



**Inhalt****1. Allgemein:**

Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suche muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen.

**2. Persönliche Betroffenheit:**

Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen:

Gemarkung: Berghausen

a. Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT]

b. Flur 5. Flurstücke [ANONYMISIERT]

Diese Grundstücke stellen meinen forstwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Betrieb dar, den ich seit 1993 in meinem Namen führe. Die Flächen befinden sich seit Generationen in Familienbesitz.

Nun möchten Sie ca. ein Drittel meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) // als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen.

Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird!

Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf.

Wie bisher möchte ich im Sinne einer ordnungsgemäßen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft wirtschaften und so meine Flächen auch meinen Kindern als Existenzgrundlage übergeben können.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1363	
1002887	
1007291	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Neuaufstellung Regionalplan Köln</p> <p>Der Bau von mehrgeschossigen Häusern in den Bereichen 8-809-010, 8-807-005, 8-807-004 würde Flächen versiegeln, die bisher im oder an einem Naturschutzgebiet liegen. Rückzugsflächen für Tiere und Pflanzen werden drastisch reduziert.</p> <p>Im Bereich Brück /Neubrück sind in den letzten Jahrzehnten schon sehr viele Flächen "zugebaut" worden.</p> <p>Im Zuge der allgemeinen Erwärmung würde dies eine zusätzliche Erwärmung dieser Bereiche bedeuten.</p> <p>Das kann nicht Sinn einer Politik sein, die jetzt endlich auf die Veränderung des Klimas eingeht.</p> <p>Zudem ist das Gebiet Neubrück -Brück jetzt schon teilweise schlecht an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Mehr Häuser bedeuten auch ein erhöhtes Verkehrsvorkommen.</p> <p>Der Naherholungswert dieses Gebietes wird durch eine Bebauung sehr eingeschränkt.</p> <p>In Köln gibt es versiegelte Flächen oder sogar mehrstöckige Gebäudekomplexe, die leerstehen bzw. nicht genutzt werden.</p> <p>Im Gebiet 8-808-006 und 8-8809-010 nahe des Rather Sees wird - mit mehr Sportstätten als sowieso schon geplant - wird auch noch mehr Verkehr angezogen. Durch Parkplätze würden auch noch mehr Flächen versiegelt. Die Sportstätten selbst sind ebenfalls Tier- und Pflanzenfeindlich, da im besten Fall eine Nutzung durch die Monokultur Rasen stattfindet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Wir fordern auf die eingezeichnete L257n OU Düren-Arnoldsweiler zu verzichten. Begründung: In der Gemarkung Arnoldsweiler gibt es zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung nur noch wenige sehr hochwertige Ackerparzellen (ca. 240 ha eingeschlossen durch B56, Thomas-Mann-Straße, südliche Bebauungsgrenze von Arnoldsweiler, Straße ?Im Obererz?, Bahnstrecke Aachen-Köln, Bebauung ?Im Jagdfeld).

Ein Straßenneubau der L257n würde diese besten Ackerböden betreffen. Es würden wieder Ackerflächen versiegelt werden und somit der Lebensmittelproduktion entzogen. Begleitende Ausgleichmaßnahmen würden weiteres Ackerland kosten. Mit viel Mühe wurden in den letzten Jahren in diesem Bereich durch Flurbereinigung und freiwillige Landtäusche überwiegend akzeptable arrondierte Bewirtschaftungseinheiten geschaffen. Ein Straßenneubau würde diese Einheiten durchschneiden und vielfach zu unwirtschaftlichen Parzellenformen führen ? wie wir das aus der Vergangenheit bei anderen Straßenneubauprojekten erleben durften (z. B. B56n). In der Vergangenheit hat die Gemarkung Arnoldsweiler stark unter dem Ausbau des Braunkohlentagebaus gelitten, indem viele Flächen für Ausgleichmaßnahmen oder Naturschutzprojekte aus der Produktion genommen werden mussten. Weiterhin führte der Tagebau zu einem vorher nicht gekannten Konkurrenzdruck durch Berufskollegen, die in der Gemarkung Arnoldsweiler Ersatzflächen für ihre verlorenen Grundstücke suchten. Im Rahmen der Verlegung der A4 haben die Arnoldsweiler Landwirte vorgeschlagen im Norden des Dorfes entlang der A4 eine OU zu bauen. Dies hätte zu einer Straßenbündelung geführt und auch meist nur geringwertige Böden betroffen. Diese Chance wurde bewusst nicht wahrgenommen!

Einen Straßenneubau der L257n würde die Ortslage völlig mit Straßen, Bahnkörpern und Industriebauten einschließen:

- westlich von den Gleisanlagen der Rurtalbahn und dem Industriegebiet ?Im großen Tal? (kleinster Abstand zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) ca. 600m,
  - nördlich von der BAB A4 (kleinster Abstand zum ASB ca. 250m,
  - östlich von der L264 (kleinster Abstand zum ASB ca. 1300m (von Haus Rath nur ca. 400m),
  - und südlich von der L257n (kleinster Abstand gestrichelte rote Linie zum jetzigen ASB geschätzte 150m, nach neuem Regionalplan kleinster Abstand zum ASB 0m).
- Das kann doch keiner wirklich wollen! Nach langer Vorlaufzeit wurde die B56n als Umgehungsstraße von Düren fertig gestellt. Bei der damaligen Diskussion um die nördliche OU Arnoldsweiler war immer wieder das Argument zu hören, dass durch den

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Bau der B56n eine zusätzliche OU Arnoldsweiler nicht mehr nötig sei, da u. a. der LKW-Verkehr durch Arnoldsweiler dadurch praktisch entfallen würde. Wir denken, dass das heute noch gilt und durch Verkehrszählungen untermauert werden könnte. In der Begründung zur Neuaufrstellung des Regionalplans heißt es: ?So kann anhand der Begründung nachvollzogen werden, aus welchen planerischen Erwägungen heraus eine Festlegung getroffen wurde.? Wir können jedoch im gesamten zugehörigen Text keine Begründung zum Bedarf einer OU Arnoldsweiler (L257n) finden.

Zusammenfassend dürfen wir Sie daher unter Berücksichtigung unserer Ausführungen eindringlich darum bitten, die vorgelegten Planungen in Bezug auf den Bau einer L257n OU Düren-Arnoldsweiler nochmals zu überdenken und darauf zu verzichten.

1008269

## Inhalt

Der im Nordosten von Arnoldsweiler geplante Bereich ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? muss entfallen. Begründung: Der im Nordosten von Arnoldsweiler geplante Bereich ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? betrifft im Wesentlichen reine Ackerflächen und würde die landwirtschaftliche Nutzung in der Gemarkung Arnoldsweiler auf geschätzt einem Drittel der aller Flächen erschweren. Es gibt in diesem Bereich sicherlich einige schützenswerte Objekte (Grünzüge, Bäume, Gewässer, ?), aber eine generelle Mindernutzung des gesamten Areals ist nicht hinnehmbar. Erfahrungsgemäß ist eine Ausweisung als schützenswerte Landschaft der Türöffner für weitere einschränkende Maßnahmen für die Landwirtschaft. Bedenkt man zusätzlich die zukünftig zu erwartende Knappheit bei der Produktion von Lebensmitteln, so ist eine solche Ausweisung unverantwortbar. Hiermit bitten wir deshalb darum, den angeführten Bereich nicht generell als schützenswert auszuweisen, sondern einzelne schützenswerte Objekte auszuweisen. Als Minimalforderung jedoch müssen in diesem Bereich die reinen Ackerflächen von Auflagen freigestellt werden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1367	
1002891	
1009011	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Vorschlag zum Regionalplan hat der Stadtrat von Bergisch Gladbach gerade beschlossen, Gebiete als mögliche Gewerbeflächen aufzunehmen, die heute bewaldet sind und entsprechende wichtige Funktionen für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Die Aufgaben solcher Gebiete sind hinreichend bekannt und ich möchte sie deshalb nicht wiederholen. Es handelt sich um ein Gebiet an der A4 in Lustheide, das auch die Feuerwehr teilweise beansprucht und ein Gebiet in Kürten Spitze. Auf Grund der Klima- und Wasserkrise darf es zu keiner weiteren Versiegelung von Flächen kommen. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Die Bezirksregierung kann das mit dem neuen Regionalplan bewirken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

AZ: Ö-M-1369

1002894

1006914\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Ich lehne das Gewerbegebiet Plangebiet A46 ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört werden. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen des Landes. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1370	
1002896	
1010550	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich davon Gebrauch machen gegen die im Regionalplanentwurf geplante Ausweitung der Ziele auf Naturschutzgebiet auf meinen Flächen Einspruch zu erheben und eine Stellungnahme abzugeben.</p> <p>Mein Name ist [ANONYMISIERT]. Ich bin Eigentümer folgender von den geplanten Änderungen betroffener Flächen: [ANONYMISIERT]. In dem Bereich Links und Rechts vom Malefinkbach ist eine Erweiterung der Ziele auf Naturschutzgebiet angedacht. Hiervon sind auch meine oben benannten Flächen betroffen. Der Name Malefinkbach lässt zwar vermuten, dass es sich um einen fließenden Bach handelt, dies ist aber nicht der Fall. Es handelt sich schon seit Jahrzehnten um einen gelegentlich wasserführenden Graben ohne eigene Quelle. Es fließt dort nur kurzfristig Wasser bei Starkregenereignissen. Die Pflanzen die dort wachsen sind nur Gras und Brennesseln bis runter zur Grabensole. Dieser Bewuchs wird einmal im Jahr gemäht und entfernt um die Funktion des (Ab-)Wassergrabens zu erhalten. Die Tierwelt ist auch entsprechend. Es gibt dort keine Tierarten die einen besonderen Schutz durch ein Naturschutzgebiet bedürfen. Die (sinvolle) Erhaltung des Landschaftsbereichs ist bis jetzt durch die Auflage Landschaftsschutz abgedeckt sind. Dies halte ich auch für die absehbare Zukunft für vollkommen ausreichend. Die Ausweitung der Auflagen auf Naturschutzgebiet im Bereich meiner landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen würde für mich nur erhebliche Einschränkung der Bewirtschaftung und Entwicklung meines landwirtschaftlichen Betriebes bedeuten ohne Mehrwert für die Natur. Deshalb möchte ich Sie bitten ihre Planung zu überdenken und Abstand von diesem Vorhaben zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

hiermit möchten wir, als Grundstückseigentümer und kommunale Tochter der Stadt Troisdorf zur Überarbeitung des Regionalplan Kölns Stellung nehmen: Bereich Sieglar / Friedrich-Wilhelms-Hütte. Die in den folgenden Darstellungen angesprochenen Flächen entlang der Bundesautobahn 59 waren bereits Gegenstand eines vorliegenden Antrages der Stadt Troisdorf auf Änderung des Regionalplanes vom 10.02.2016. Damals wurde auf die ausstehende Regionalplanüberarbeitung verwiesen, so dass wir gerne die Gelegenheit ergreifen wollen und unser Interesse hiermit erneut vorbringen möchten. Der Vollständigkeit halber haben wir Ihnen den Antrag nochmal in Kopie beigelegt, da er aus unserer Sicht klar und deutlich die Verhältnisse darlegt und eine Anpassung rechtfertigt. Im folgenden Vorschlag mit Gelb gekennzeichnet, sind Flächen mit großem Wohnbauflächenpotential. Der Landschaftsplan trifft für die Flächen keine Aussagen. Die klimatischen Bedenken sind im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes untersucht worden. Insgesamt bestehen keine fachlichen Bedenken gegen eine Realisierung weiterer Wohnbauflächen. Weiterhin hat das Gelände einen bestehenden Schallschutz (Lärmschutzwall) der ausreichend für zukünftige Bebauungen wäre und ein bestehendes Geothermienetz welches auf die besagten Flächen leicht erweitert werden könnte. Wir schlagen hier somit eine Erweiterung des ASB Richtung Süden vor.

**Abbildung 1****Abbildung 2**

Die Kennzeichnung des nördlich angrenzenden ASB (hier mit Troisdorf WW hinterlegt) möchten wir ausdrücklich begrüßen. Die Flächen werden derzeit zum Großteil als Solarpark genutzt. Der Betrieb der Anlage ist aber endlich und man geht von einer Laufzeit bis max. 2029 aus. Die Darstellung als ASB lässt auch zukünftige Entwicklungen des Gebietes zu. Dies sollte unbedingt so beibehalten werden.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006916\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006916\\_001\\_2.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände und Umweltauswirkungen des Klima- und Hochwasserschutzes entgegen. Die angesprochene Fläche hat einen hohen lokalklimatischen Wert und ebenfalls Bedeutung für die siedlungsnaher Erholung. Da die Stadt Troisdorf nach wie vor einen hohen noch nicht planerischen gesicherten Bedarf an Wohnbauflächen hat und im Stadtgebiet sehr wenig Potenzialflächen vorzufinden sind hat sich die Regionalplanungsbehörde mit der Stadt Troisdorf darauf verständigt zunächst einmal die Fläche nördlich der Roncallistr. in den ASB zu integrieren.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikoversorgung in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage

hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

(s. Stellungnahme der Stadt Troisdorf ID 1004800)

**Inhalt**

Bereich ? Spich (Camp Spich). Hierbei handelt es sich um stark vorbelastete und stets militärisch genutzte Fläche, die nach Aufgabe der belgischen Kaserne und Sanierung der Fläche (ehemaliges Tanklager und Deponie) einer neuen Nutzung zugeführt werden könnte. Durch die ?Öffnung? in Richtung Köln könnte mit einer zukünftigen Nutzung (GIB) auch eine überregionale Verbindung für Rad- und Fußverkehr ermöglicht werden.

**Abbildung 3****Abbildung 4**

Im Zuge der Flächennutzungsplanneuaufstellung der Stadt Troisdorf wurden bereits größtmöglich zukünftige Potentiale berücksichtigt. Eine langfristige Ausrichtung wird durch den Regionalplan limitiert, wobei aus unserer Sicht die Festsetzungen zum Teil nicht mehr den Gegebenheiten entsprechen und einer zukunftsorientierten Entwicklung Troisdorfs entgegenstehen. Wir bitten im Zuge der Regionalplanüberarbeitung die aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die Festsetzungen entsprechend anzupassen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006916\\_002\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006916\\_002\\_2.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB stehen Raumwiderstände und Umweltauswirkungen entgegen. Der Ökologische Fachbeitrag der LANUV bestätigt hier eine Biotopverbundfläche der 1. Stufe d.h. von herausragender Bedeutung. Der Landschaftsplan Nr. 15 Wahnerheide setzt hier ein Naturschutzgebiet fest. Die Festlegung eines BSN in diesem Bereich ist folgerichtig, eine bauliche Nutzung entspricht weder den naturschutzrechtlichen Vorgaben noch den raumordnerischen Zielen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1372	
1002898	
1007374	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die YNCORIS wendet sich gegen den Neubau der K 25n zwischen dem Ausbauende Einmündung Industriestraße (L103) in Alt-Hürth und der Luxemburger Straße (B 265) ab [s. Anhang Abb. StnID 1007374]. Die geplante Tangente berührt den südlichen Bereich des Chemiepark Knapsack. Für das fragliche Areal besteht seit dem 14. Juli 2021 der bestandskräftige Bebauungsplan 512b "Chemiepark Knapsack Süderweiterung" der Stadt Hürth. Dieser ist in der Planung zu berücksichtigen. Die K25n ist nicht Bestandteil dieses rechtskräftigen Bebauungsplanes, der dort Baufelder für industrielle Nutzung festsetzt. Eine industrielle Entwicklung steht aus Immissionsschutzgründen in Konflikt mit den Planungen der Kreisstraße K 25n. Für die K 25n wurden die Vorentwurfsplanung für insgesamt fünf Verlaufvarianten sowie eine Umweltverträglichkeitsstudie erstellt. Die Untersuchungen haben ergeben, dass sämtliche entwickelten Trassenalternativen aufgrund der Natur- und Artenschutzbelange sowie aus Immissionsschutzsicht, insbesondere aufgrund der Vorgaben der Störfallverordnung, problematisch sind. Angesichts dieser erheblichen Konflikte hinsichtlich der Immissionsschutzthematik sowie der Natur-, Umwelt- und Artenschutzbelange wäre eine rechtssichere Abwägung in den folgenden Planverfahren äußerst problematisch. Seit der Rechtskraft des Bebauungsplans 512b "Chemiepark Knapsack Süderweiterung" kann die im Regionalplan eingezeichnete Trasse nicht mehr umgesetzt werden.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007374.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>          Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung der L103n ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Die Festlegung steht einer weiteren Konkretisierung im Rahmen der Fachplanung nicht entgegen. Sie entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.</p> <p>Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können.</p>

1007375	
<p>Inhalt</p> <p><b>Umweltbericht - Anhang E - Prüfbogen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz) - HÜR_GIB_I- S. 187 [s. Anhang Abb. StnID 1007375]</b></p> <p>Für die dargestellte Fläche besteht seit dem 14. Juli 2021 der bestandskräftige Bebauungsplan 512b "Chemiepark Knapsack Süderweiterung" der Stadt Hürth (s. StnID 1007374). Dieser wurde im vorliegenden Entwurf des Regionalplans nicht berücksichtigt. Die Festlegungen und Erwägungen des Bebauungsplanes sind auch in der Ermittlung der Auswirkungen entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007375.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Anregung geht über die Differenzierung im Rahmen der regionalplanerischen Umweltprüfung hinaus.</p>

AZ: Ö-M-1374	
1002900	
1006933	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Die [anonymisiert] ist Eigentümerin einer ca. 4 ha großen Ackerparzelle in der Gemarkung Herzogenrath Wurbenden. Diese genannte Fläche ist vom Regionalplan Köln zu 100% im Naturschutz erfasst. Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngemitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, unsere Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas sichern zu können. Gerade sie aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel doch erheblich widersprechen. Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der Eu-Kommission zur nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse, für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln und wahrscheinlich auch Düngemitteln in Landschaftsschutzgebieten zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Die Naturschutzbindung mit ihren Auflagen, insbesondere Düngung und Pflanzenschutz, wird eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung unmöglich machen. Die Folge ist eine erhebliche Minderung des Verkehrswertes und unmögliche Verpachtung des Grundstückes. Das jahrhunderte alte Grundstück im Besitz der Gesellschaft aus dem Jahre 1250 wäre dazu ein historischer Bruch.</p> <p>Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1375

1002901

1006920\_001

#### Inhalt

Wie kann es sein das ich als Bürger auf diesem Grundstück nicht bauen darf, aber das Land NRW ein Gewerbegebiet errichten will. Abgesehen von einem enormen Verkehrsaufkommen sowie einer Lärm und Geruchsbelästigung auf unserer stark maroden Straßen. Viele der Kinder im Ort benutzen diesen Hang im Winter als Schlittenbahn der dann wegfallen würde. Auch würden den einheimischen Tieren ihr Lebensraum genommen. Wir haben im Umfeld doch schon einige Gewerbegebiete die bis jetzt noch nicht ausgelastet sind. Durch den dadurch steigenden Verkehr, werden unsere Kinder hier auch sehr stark gefährdet, die Ortsdurchfahrt ist ja jetzt schon eine Rennstrecke.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1376

1002902

1006921\_001

#### Inhalt

Das geplante Gewerbegebiet, dass die Stadt Hückelhoven südlich der Ortschaft Houverath errichten will, lehne ich ab.

#### Begründung:

Der Abstand zur Wohnbebauung der Ortschaft Houverath beträgt keine 100 m. Ich befürchte, dass meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit gefährdet wird.

Anmerken möchte ich noch folgendes:

Keine 100 m vor unserem Dorf verläuft die Umgehungsstraße L 227.

In ca. 300 m Entfernung wurde vor einigen Jahren die Autobahn A 46 gebaut. Diese wurde unverständlicher Weise ca. 20 m über Erboden gebaut und ohne jeglichen Lärmschutz. Der Verkehrslärm der Autobahn ist unerträglich.

Weiter südlich der A 46, ca. 510 m vor der Ortsbebauung Houverath, wurden im Jahre 2021 neue Windräder gebaut.

Der nächtliche Lärm ist unerträglich. Der Schattenwurf, von über 3 Monaten am Jahresende ist nicht zu ertragen.

Was wird uns Menschen ist Ortsteil Houverath noch alles zugemutet?

Wie sagte doch der Bürgermeister der Stadt Hückelhoven: Wir bauen Windräder und legen Gewerbegebiete am Rande unseres Stadtgebiets, d.h. vor den Ortschaften der Nachbargemeinden u.a. der Ortschaft Houverath.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).



AZ: Ö-M-1377	
1002905	
1006923_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Nach den zeichnerischen Festlegungen zum Regionalplan ist vorgesehen, sämtliche Ackerflächen in der Gemarkung Buschhoven unter Natur- und Landschaftsschutz zu stellen. Ebenso sollen Ackerflächen in der Gemarkung Miel unter Landschaftsschutz gestellt werden. Auf diesen Ackerflächen werden fast ausschließlich Getreide, Zuckerrüben, Raps und Kartoffeln angebaut. Die Produkte tragen dementsprechend erheblich zur Versorgung der Bevölkerung mit regional angebauten Lebensmitteln bei und sichern die Existenzgrundlage sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der ortsansässigen Landwirte.</p> <p>Diese geplanten Festlegungen widersprechen zum Teil den textlichen Vorgaben des Regionalplanentwurfs sowie gesetzlicher Vorschriften:</p> <p>Kap. 4.4 (Landwirtschaft) enthält unter den Punkten G.32 bis G.34 folgende Vorgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhaltung Landwirtschaftlicher Nutzflächen</li> <li>• Berücksichtigung agrarstrukturell bedeutsamer Flächen</li> <li>• Berücksichtigung agrarstruktureller Belange und Erhalt landwirtschaftlicher Betriebe</li> </ul> <p>Insbesondere sollen dabei landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. In diesem Zusammenhang ist auch § 5 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes mit einzubeziehen, wonach die besondere Bedeutung einer natur- und landschaftsverträglichen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft zu berücksichtigen ist. Ferner stellt auch der Landesentwicklungsplan NRW im Kapitel 7.5 darauf ab, die räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft in allen Landesteilen zu sichern und deren Entwicklung zu ermöglichen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Werden die gesamten Ackerflächen in den Gemarkungen Buschhoven und Miel unter Natur- bzw. Landschaftsschutz gestellt, ist dies mit erheblichen Einschränkungen durch Ge- und Verbote unterschiedlichster Art für die Bewirtschaftung verbunden. Die Flächen wären nicht mehr zu bewirtschaften wie bisher, da der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in diesen Gebieten stark eingeschränkt wird. In Naturschutzgebieten dürfen sowohl keine Herbizide als auch keine Insektizide ausgebracht werden. Die Flächen wären nicht mehr geeignet, um nachhaltigen Ackerbau zu betreiben und somit die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln nicht mehr möglich. Bereits jetzt setzen die Landwirte äußerst sparsam die unbedingt notwendigen Pflanzenschutzmittel ein. Es besteht auch große Sorge, dass künftig in den als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Flächen die landwirtschaftliche Nutzung erheblich beeinträchtigt wird, insbesondere den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betreffend. Hier weise ich auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hin. Dieser sieht auch in Landschaftsschutzgebieten ein Verbot der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln vor. Die Ausweisung von weiteren Schutzgebieten würde das Ziel einer Selbstversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln in einem hohen Maße gefährden. Besonders eine regionale Versorgung der hiesigen Bevölkerung ist nach diesem Entwurf des Regionalplanes nicht mehr zu gewährleisten. Wenn die o.g. Restriktionen in Kraft treten, können die Landwirte keine Erträge mehr erwirtschaften, die den Fortbestand und die Entwicklung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe ermöglichen und sicherstellen mit der Folge, dass diesen Betrieben die Existenzgrundlage entzogen wird. Im jetzigen Zustand gewährleistet unsere Region ein Zusammenspiel von Produktion hochwertiger Lebensmittel zur regionalen Versorgung der Bevölkerung, einem Naherholungsgebiet vor den Toren von Bonn (Radfahrer, Spaziergänger und Reiter) und einem ausgewogenen Gebiet für Flora und Fauna. Ich bin Eigentümer der nachstehend aufgeführten Grundstücksflächen im Plangebiet, die für die Landwirtschaft genutzt werden und die ich an einen ortsansässigen Landwirt verpachtet habe:

Gemarkung Buschhoven: [ANONYMISIERT]

Gemarkung Miel: [ANONYMISIERT]

Diese Grundstücke liegen sowohl in dem geplanten Naturschutzgebiet als auch in den geplanten Landschaftsschutzgebieten. Sollte die Einstufung als Natur- und Landschaftsschutzgebiet entgegen den o.g. gesetzlichen Regelungen sowie weiterer

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Vorgaben realisiert werden, werden die landwirtschaftlichen Grundflächen entwertet und für Zwecke der Landwirtschaft nicht mehr nutzbar. Deshalb ist von der geplanten Ausweitung der Gebiete für Landschafts- und Naturschutz aus den v.g. Gründen abzusehen. Rechtliche Schritte gegen die Umsetzung des Regionalplans in dieser Fassung behalte ich mir vor.

AZ: Ö-M-1378	
1002906	
1006934	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Planentwurf lege ich mit folgender Begründung Widerspruch ein: Ich bin Eigentümer folgender Flurstücke in Herzogenrath - Hofstadt:  Gemarkung : Merkstein [anonymisiert] Flur 38 [anonymisiert] Flur 2, [anonymisiert] Flur 8 [anonymisiert] Flur 9 [anonymisiert]</p> <p>Im Vergleich zu dem rechtswirksamen Regionalplan [Abb.] wurde der westliche Teil der Ortslage Hofstadt (südlich der Finkenrather Straße) in dem in Aufstellung befindlichen Regionalplan [Abb.] als ein ?Bereich zum Schutz der Natur? (BSN) festgesetzt. Aus folgenden Gründen ist dies aus meiner Sicht nicht sinnvoll und sollte im Rahmen des weiteren Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans ? in Anlehnung an den Inhalten des rechtswirksamen Regionalplans ? angepasst werden. Gemäß den textlichen Ausführungen wird unter anderem ausgeführt, dass mit den Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) Fläche gesichert werden sollen, die für den regionalen Biotopverbund von sehr großer Bedeutung sind. Die Festlegung dient dem dauerhaften Erhalt der biologischen Vielfalt des Regierungsbezirks Köln. Die BSN sind ab einer Größenordnung von 10 ha festgelegt. Wesentliche Grundlage für die Darstellung des BSN ist der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirkes Köln (LANUV 2019). Die Festlegung der BSN beinhaltet die Konkretisierung des landesweiten Biotopverbundsystems. Die landesbedeutsamen Gebiete für den Schutz der Natur (GSN) des LEP NRW bilden das Grundgerüst des regionalen Biotopverbunds, das um aus Sicht des Arten- und Biotopschutzes regionalbedeutsame Landschaftselemente ergänzt wird. Innerhalb der BSN liegen weiterhin festgesetzt und geplante Naturschutzgebiete, Natura 2000-Flächen und Wildnisgebiete. Bei Durchsicht des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirkes Köln (LANUV 2019) fällt jedoch auch, dass der in Rede stehende Teil nicht im besonderen Maße geschützt wird. Die in Rede stehenden Flächen sind weder als Biotopverbundfläche aller Verbundschwerpunkte mit herausragender Bedeutung (Stufe 1) noch mit besonderer Bedeutung (Stufe 2) gekennzeichnet. Der GSN setzt deutlich weiter im Westen an und tangiert die bestehende Bebauung bei weitem nicht. Ganz im Gegenteil: es wird deutlich, dass sich zwischen dem GSN und der bestehenden Bebauung im westlichen Teil der Ortslage ein Abstand von ca. 150 - 200 m befindet. Aufgrund der fehlenden Schutzwürdigkeit auf übergeordneter Ebene fehlt es der Festsetzung des Regionalplanentwurfes an einer städtebaulichen Erforderlichkeit. [Abb.]. Darüber hinaus wird in den textlichen Ausführungen zum Planentwurf des Regionalplans aufgeführt, dass in den BSN Flächen einbezogen worden, die unter landesweiten und/oder</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Der BSN schließt in generalsierter Form die regionalbedeutsamen Biotopverbundflächen ein. Dabei wurden auch die im räumlichen Kontext befindlichen Festlegungen auf örtlicher Ebene berücksichtigt (hier u.a. als geschützte Landschaftsbestandteile im Landschaftsplan festgesetzte Flächen oder Flächen für die gemäß Landschaftsplan die Anlage, Wiederherstellung oder Pflege naturnaher Lebensräume vorgesehen ist) . Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die differenzierte örtliche Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen.</p>

regionalen Aspekten (z.B. repräsentativ für die Region oder sehr selten in der Region) in der Regel als Kernbereiche des Biotopverbunds mit einer hohen Schutzwürdigkeit bewertet wurden und denen aus fachlicher Sicht im regionalen Biotopverbund eine herausragende Bedeutung zukommt. Zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität sind in den BSN auch Bereiche einbezogen, die einer Vernetzung dieser Kernbereiche dienen und dauerhaft einen funktionsräumlichen Austausch zwischen besonders wertvollen Lebensräumen ermöglichen. Eine Prüfung der Flächen mit Hilfe der NRW Umweltdaten vor Ort (UVO NRW) zeigt, dass sich die Flächen sowie die unmittelbare Umgebung nicht innerhalb von Wildnisgebieten, Nationalparke sowie Naturparke befinden. Außerdem befinden sich die Flächen nicht innerhalb von Vogelschutzgebieten, FFH-Gebieten (Natura2000) sowie Landschaftsschutzgebiete. Nördlich der Finkenrather Straße grenzt hinter der bestehenden Bebauung ein Naturschutzgebiet an. Diesbezüglich fungiert die Straße jedoch als anthropogene Zäsur. Die in Rede stehenden Flächen werden lediglich von einem Grünkomplex (BK-5002-049) überplant. Hinsichtlich der Objektbeschreibung wird im Portal UVO NRW aufgeführt, dass die Flächen intensiv beweidet und zumindest teilweise durch Hecken, Einzelbäume und Baumreihen oder Obstbaumbestände gegliedert werden. Die Erhaltung und Optimierung von durch Gehölze strukturiertem Grünland in der ansonsten verarmten Siedlungs-Ackerlandschaft wird gleichzeitig als Schutzziel aufgeführt. Dies führt jedoch nicht dazu, dass der Bereich dem BSN zugeordnet werden sollte. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass keine weiteren Schutzgebiete existieren. [Abb.]. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die o.g. Aspekte keine Festsetzung der in Rede stehenden Flächen als BSN rechtfertigen und somit im Rahmen der weiteren Planung zurückzunehmen sind. Denkbar ist es die Abgrenzung des BSN an den Verlauf der Finkenrather Straße zu orientieren und somit nach Norden einzukürzen. Ich bitte Sie meine Interessen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans angemessen zu berücksichtigen und verbleibe,

AZ: Ö-M-1379	
1002907	
1006935	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit der Neuaufstellung des Regionalplans schränken Sie meine grundgesetzlich geschützten Eigentumsrechte ein. Ich bin Eigentümer der Flurstücke: [Tabelle] [anonymisiert] Diese Flurstücke werden landwirtschaftlich genutzt. Sie überlagern diese Flächen mit einer BSLE Darstellung. Ihre Planung wird der Auslöser für eine weiterhin geltende Unterschutzstellung durch die UNB des Kreises Euskirchen sein. Der von der Kommission der europäischen Union in den letzten Tagen vorgelegte Verordnungsentwurf zum Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelanwendungsstopp in Schutzgebieten träge mich über die Sozialpflichtigkeit hinausgehend. Ich fordere daher, dass Sie die BSLE - Darstellung für meine Flächen aufheben. Selbst das Argument, dass auch bisher schon eine entsprechende Darstellung im Regionalplan vorhanden war, entlastet Sie nicht. Die sich bisher aus der BSLE-Darstellung (und in der Folge durch die Landschaftsschutzgebiete) abgeleiteten Einschränkungen waren für mich umsetzbar und betrafen nicht die landwirtschaftliche Nutzung. Der von der EU-Kommission eingebrachte Verordnungsentwurf erschließt eine völlig neue Belastungssituation, die von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht mehr gedeckt ist.</p> <p>?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1380

1002908

1011097

### Inhalt

Vor einiger Zeit gab es schon einmal Bestrebungen den Wald an der Brüderstraße zu einem Gewerbegebiet umzuwandeln. Im Flächennutzungsplan wurde aus guten Gründen der Wald als Grünfläche beibehalten. Jetzt scheint es wieder Bestrebungen zu geben, die Waldfläche im Regionalplan als Gewerbegebiet einzuplanen. Aus den bekannten folgenden Gründen wäre eine Umwandlung in ein Gewerbegebiet falsch:

? Klare Festlegung unseres Gebietes als Wald im erst kürzlich beschlossenen Flächennutzungsplan.  
? Besondere Bedeutung von Waldflächen angesichts des Klimawandels und zunehmender Extremwetter-Ereignisse  
? Wichtige Bedeutung des Waldes als Hochwasser- und Überschwemmungsschutz  
? In unserem Wald siedeln zwei stark gefährdete Fledermausarten (Mückenfledermaus und Zwergfledermaus)  
? Qualifikation ?unseres? Waldes im städtischen Lärmaktionsplan von Juni 2022 (!!!) als städtischer Rückzugsort und ?Achse mit Erholungs- und Verbindungsfunktion? zum Königsforst  
? Es gibt keine neueren Argumente/Erkenntnisse zur (behaupteten) Erforderlichkeit eines Gewerbegebietes statt der Waldfläche entlang der Brüderstraße.

- Potentialfläche Zanders;
- auch gibt es seit der Diskussion um den Flächennutzungsplan in 2016/17 kein neues Gewerbeflächenkonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis ? woher da die neuen Forderungen nach Gewerbeflächen???

? Bedeutung unseres Waldes als zentraler Lebensraum Frankenforst für Mensch, Tier- und Pflanzenarten  
? Waldfläche dient als Lärmschutzwand  
? Wegfall des Waldes führt zu unzumutbarem Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung  
? Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sog. FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund.  
? Unser Wald gehört zum Netz an Flächen für die Frischluftversorgung von Bergisch Gladbach - Klimabedeutung dieses Freiraums für den Luftaustausch

Aus diesen Gründen sollte die Waldfläche erhalten bleiben.

### Abwägung

#### Typ

Anregung/Bedenken

#### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

#### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

--	--	--



AZ: Ö-M-1381

1002909

1006930\_001

**Inhalt**

Hiermit lege ich als Bürgerin der Stadt Erkelenz EINSPRUCH gegen das in Erkelenz OST geplante Gewerbegebiet ein.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1382

1002910

1006936

#### Inhalt

Von der Stadt Eschweiler soll ein Gewerbegebiet von ca. 200 ha nördlich der Gemeinde Eschweiler- Kinzweiler an der L240 ausgewiesen werden. Das Gebiet liegt zwar an einer verkehrsgünstigen Landstraße ist aber an sonst von 3 Seiten von weiter Feldflur umgeben. Es würde zwei wichtige Biotopverbindungen zwischen dem NSG Kinzweiler Kieswäsche und Blausteinsee unterbrechen. Das NSG Kinzweiler-Kieswäsche hat sich in den letzten Jahren zu einem Juwel entwickelt. Kreuzkröte, Waldeidechse, Biber, geflecktes Knabenkraut, Sumpforchidee sind hier zu Hause, um einige zu nennen. Die eingeplante Feldflur ist ein Brutgebiet von Feldlerche und Rebhuhn. Deswegen ist ein Biotopverbund zum Blausteinsee für das NSG existenziell. Von der Notwendigkeit einer Grünbrücke über die L240 kann der Artenschutz sicher nur träumen. Durch die Aufgabe der Braunkohleförderung und die zu erwartende allgemeine Rezession dürfte ausreichend Industriegebiet vorhanden sein, so dass eine Notwendigkeit derart riesige Flächen zu zerstören nicht besteht.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Eine 200ha umfassende gewerbliche Festlegung ist im Regionalplan-Entwurf in diesem Bereich nicht vorgesehen. Im Rahmen eines vorgezogenen Änderungsverfahrens besteht bereits im geltenden Regionalplan eine GIB-Festlegung in der Größenordnung von 70ha. Diese wurde aufgrund der Erfordernisse des Strukturwandels und in Umsetzung der Zielvorgaben des LEP NRW zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung vorgenommen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Gegenüber der geltenden Regionalplanung sind seitens der Stadt Eschweiler keine zusätzlichen Festlegungen gewerblicher Entwicklungen in dem angesprochenen Raum vorgesehen (vgl. auch Stellungnahmen zu Erweiterung des bestehenden Standorts; Erläuterungen zu ID Nr. 1004428 und ID Nr. 1005771).

AZ: Ö-M-1383

1002911

1008497

#### Inhalt

Als Vorhabenträger bitten wir um Berücksichtigung der aktuellen Planung für die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage südöstlich der Bundesautobahn A44 im Nordwesten des Stadtgebietes Bedburg.  
Das Plangebiet umfasst eine Größe von ca. 20.5 ha mit einer Länge von ca. 1.200 m und einer Breite von ca. 185 m und soll als Sonstiges Sondergebiet (SO) Photovoltaik ausgewiesen werden.

Aktuell läuft bereits die frühzeitige Beteiligung im Rahmen des Bauleitplanverfahrens der Stadt Bedburg. Im Parallelverfahren wird derzeit der FNP angepasst sowie der Bebauungsplan aufgestellt.

Anbei finden Sie die Planzeichnung der FNP Änderung, die Planzeichnung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sowie die jeweiligen Begründungen [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].

Die vollständigen Planunterlagen sind der Homepage der Stadt Bedburg (Bauleitpläne (bedburg.de)) zu entnehmen und werden unter den folgenden Bezeichnungen geführt:

- ?59. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bedburg ? Photovoltaik-Freiflächenanlage entlang der BAB 44?
- ?Bebauungsplan Nr. 37/ Kaster ? Photovoltaik-Freiflächenanlage entlang der BAB 44?

Wir bitten Sie diese laufenden Planungen entsprechend bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln zu berücksichtigen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. StnID 1005145).

AZ: Ö-M-1384	
1002913	
1007185	
<b>Inhalt</b> <p>Für die Neuaufstellung des Regionalplans möchte ich Ihnen das Hornbachtal inkl. Üsselbach, Nebentälern und Talhängen zwischen Nettersheim-Pesch und Bad Münstereifel-Gilsdorf als naturschutzwürdige Fläche vorschlagen. Das Gebiet ist ein wunderschönes, naturnahes Bachtal mit weiträumigen angrenzenden Laubwaldflächen. Es bildet einen Eckpfeiler für Arten- und Biotopschutz und somit einen Rückzugsort für gefährdete und bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Es hat ein einzigartiges Relief und ist überaus beliebt zur naturnahen Erholung. Da es südlich an das Naturschutzgebiet Eschweiler Tal und Kalkuppen anschließt, könnte hier ein Verbund entstehen.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der räumlich nicht näher konkretisierten Anregung ist im Planentwurf durch Festlegung von BSN in diesem Bereich entsprechend der planerischen Konzeption (siehe Planbegründung) weitgehend entsprochen.

**Inhalt**

Im Zuge des Engagements zum Ausbau der erneuerbaren Energien wurden die Grundsätze und Festsetzungen bewertet und in der beigefügten Tabelle zusammengefasst [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt] [s. Anhang Abb. StnID 1007681\_1-4]. Da die RheinEnergie eine nachhaltige Energiegewinnung, z.B. die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen entlang von Trassen und Windenergieanlagen, umsetzen möchte, halten wir es für geboten, im Regionalplan die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

**- Solarthermie-Anlage in Köln-Merheim:**

Die RheinEnergie beabsichtigt eine Solarthermie-Freiflächenanlage auf einem Grundstück mit einer Größe von rund 3 ha in Köln-Merheim zu realisieren. Die unmittelbare Nähe zum bestehenden Heizkraftwerk und dem bereits bestehenden Fernwärmenetz in Merheim bieten hierfür ideale Voraussetzungen. Zur Umsetzung einer klimaneutralen Energieversorgung in Köln bildet das Vorhaben einen Baustein zur Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung in Köln und soll die Integration von erneuerbaren Energien in der Fernwärmversorgung im verdichteten Ballungsraum aufzeigen.

Ziel 39 legt fest, dass Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung ab einer Größe von 10 ha als Vorranggebiete festgesetzt werden. Aufgrund der geringen Größe von rund 3 ha handelt es sich bei dem Vorhaben um keine raumbedeutsame Anlage, die den Zielen der Raumordnung widerspricht.

Im konkreten Fall befindet sich die Fläche im Grenzbereich zwischen dem ASB und dem Freiraum östlich der Ostmerheimer Straße [s. Anhang Abb. StnID 1007681\_5]. Im Zuge der Abstimmungen für des Projekt wurde deutlich, dass es keine schlüssige Abgrenzung des ASB gibt. Da die Fläche für die Solarthermie-Anlage nur geringfügig in den Freiraum (Regionaler Grünzug) hineinreicht, wurde mit der Bezirksregierung, Dez. 32 vereinbart, dass sie dem ASB zugeschlagen wird, zumal keine Merkmale für die Rechtfertigung dieser Abgrenzung festzustellen sind. Da die Gebietsabgrenzungen in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes durchaus Interpretationsspielraum zulassen ist eine Zuordnung der Lage der gesamten Solarthermie-Freianlage zum ASB vertretbar. Wir bitten daher um entsprechende Anpassung der ASB-Abgrenzung.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007681\\_1.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

<a href="#">Abb_ID1007681_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007681_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007681_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007681_5.pdf</a>	
--	--

1007682	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>- Heizkraftwerk Merkenich</b></p> <p>Im Kölner Norden betreibt die RheinEnergie das Heizkraftwerk Merkenich, das im Regionalplan als GIB für zweckgebundene Nutzung festgesetzt und mit den Signets ?Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe? und ?Standort des kombinierten Güterverkehrs? gekennzeichnet ist [s. Anhang Abb. StnID 1007682]. Da vorgesehen ist, bis 2029 auf dem Betriebsgelände eine Klärschlammverbrennungsanlage zu errichten, bitten wir die Nutzung auf ?Abfallbehandlungsanlagen? auszuweiten. Im Flächennutzungsplan der Stadt Köln ist der Standort als Fläche für die Ver- und Entsorgung ausgewiesen. Wir bitten daher die beabsichtigte Änderung für das Betriebsgelände des HKW Merkenich in den Regionalplan aufzunehmen und entsprechend darzustellen.</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1007682.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Textliche Festlegung Z. 44 und deren Erläuterung sowie die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungssynopse und Änderungskarten).</p> <p>Die Plankonzeption wird insofern angepasst, dass raumbedeutsame Abfallbehandlungsanlagen nur dann zeichnerisch festgelegt werden, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Sie sind aus Gründen des Freiraumschutzes als zweckgebundene GIB festgelegt. Auf diese Weise wird eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke vermieden. Auf eine regionalplanerische Bestandssicherung von Abfallbehandlungsanlagen innerhalb von GIB (inkl. GIBmZ) mit Zweckbindung wird aus Gründen der Flexibilisierung verzichtet.</p> <p>Neuplanungen oder wesentliche Erweiterungen von Abfallbehandlungslagen richten sich nach (Z. 45) Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträgliche steuern sowie den Vorgaben des LEP NRW und sind insofern innerhalb von GIB regionalplanerisch grundsätzlich zulässig.</p>

1007707	
<p>Inhalt</p> <p><b>Rheinische NETZGesellschaft mbH (RNG)</b></p> <p>Die RNG sieht keine Bedenken oder Anregungen zum Regionalplan und hat auch keine anzumeldenden raumbedeutsame Flächenbedarfe vor dem Hintergrund, dass diese nur übergeordnete Großanlagen umfassen, aber nicht in Zusammenhang mit den netzbetrieblichen Anlagen stehen, welche die RNG als Verteilnetzbetreiber bewirtschaftet.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>



1007708	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB)</p> <p>Seitens der KVB bitten wir nach Durchsicht der Unterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln um die Berücksichtigung und Aufnahme von zwei Ergänzungen:</p> <p>Sowohl die rechtsrheinische Gürtelverlängerung als auch die Stadtbahnanbindung Neubrück sind im Unterschied zu den übrigen geplanten Stadtbahnerweiterungen im Großraum Köln nicht im Regionalplan enthalten und sollten noch aufgenommen werden. Beide Maßnahmen sind Bestandteil des ÖPVN-Bedarfsplans NRW.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Dies ist bei den in Rede stehenden Planungen nicht der Fall. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahmen ebenfalls nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

1007709	
<p>Inhalt</p> <p><b>Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)</b></p> <p>Von der HGK werden keine Bedenken oder Anregungen zum Regionalplan vorgetragen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1007710	
<p>Inhalt</p> <p><b>AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH</b></p> <p>Aus Sicht der AWB gibt es keine raumbedeutsamen Wirkungen im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplanes. Es muss sichergestellt werden, dass bei einer weiterhin wachsenden Stadt Köln auch zukünftig für die Belange der Daseinsvorsorge im Kontext der AWB-Leistungen stadtnahe Flächen zur Verfügung stehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

**Inhalt****Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln****5.2.3 Erneuerbare Energien  
Vorgaben der Raumordnung**

- Das ROG legt fest, dass die Grundsätze der Raumordnung aus dem § 2 ROG im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung anzuwenden und durch Festlegungen in Raumordnungsplänen zu konkretisieren sind. Dazu zählen insbesondere die räumliche(n) Erfordernisse für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung einschließlich des Ausbaus von Energienetzen [...].? Rechnung zu tragen ist auch den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes [...], sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen. Dabei sind die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, für eine sparsame Energienutzung sowie für den Erhalt und die Entwicklung natürlicher Senken für klimaschädliche Stoffe und für die Einlagerung dieser Stoffe zu schaffen [...].? (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 ROG). Die raumordnerischen Festlegungen des Kapitels Erneuerbare Energien stehen mit diesen Grundsatzvorgaben des ROG im Einklang und sollen sie darüber hinaus konkretisieren und im Regionalplan Köln als Grundsätze und Ziele umsetzen.
- Das ROG fordert die Aufstellung von Raumordnungsplänen sowohl auf Landes- als regionaler Ebene (§ 13 Abs.1 ROG). Darin sind Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, insbesondere zu den Nutzungen und Funktionen des Raums, zu treffen. Diese Festlegungen sollen Aussagen zur Raumstruktur und hier insbesondere auch zu Ver- und Entsorgungsinfrastruktur einschließlich Energieleitungen und -anlagen beinhalten (§ 13 Abs. 3 ROG). Der Regelungsinhalt des ROG bezieht sich dabei auf raumbedeutsame Nutzungen. Aufgrund der Größe und Raumwirkung ist diese Voraussetzung in der Regel bei den Energieträgern Wind- und Solarenergie und mit Abstrichen bei der Bioenergie gegeben.  
Im LEP NRW erfolgt die entsprechende Umsetzung zum Themenbereich Erneuerbare Energien im Kapitel 10 (Energieversorgung). Im Unterkapitel 10.1 (Energiestruktur) werden vier Grundsätze zur Förderung erneuerbarer Energien festgelegt. Diese sollen allgemein und fachübergreifend dafür sorgen, dass die nachhaltige Energieversorgung bei der räumlichen Planung und Entwicklung zu berücksichtigen ist (Grundsatz 10.1-1 LEP NRW). Es sollen auf allen Ebenen die räumlichen Voraussetzungen für die Energieversorgung einschließlich

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

notwendiger Standorte zur Erzeugung und Speicherung von Energie geschaffen werden (Grundsätze 10.1-2 und 10.1-3 LEP NRW). Das gilt auch für eine stärkere Berücksichtigung der Kraft-Wärme-Kopplung in der räumlichen Planung (Grundsatz 10.1-4 LEP NRW). Die (G. 63) Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern und (G. 64) Energieoptimierte Siedlungsentwicklung umsetzen konkretisieren diese Grundsätze für die Ebene der regionalen und kommunalen Planung und Entwicklung.

Das Unterkapitel 10.2 des LEP NRW trifft Festlegungen zu geeigneten Standorten für die Erzeugung von erneuerbaren Energien (Grundsatz 10.2-1 LEP NRW). Hier werden explizit Festlegungen für die Wind- und Solarenergie getroffen (vgl. Grundsätze 10.2-2 (Vorranggebiete für die Windenergie), 10.2-3 (Abstände zu Windenergieanlagen) und 10.2-4 (Repowering von Windenergieanlagen) sowie Ziel 10.2-5 (Solarenergienutzung) LEP NRW). Die Nutzung der anderen erneuerbaren Energiequellen wie Geothermie oder Wasserkraft ist in der Regel nicht raumbedeutsam.

- Das Ziel (Z. 37) Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern und die (G. 65) Windenergieanlagen räumlich konzentrieren und (G. 66) Windenergieanlagen repowern setzen die Festlegungen zur Nutzung der Windenergie für die regionale und kommunale Planungsebene um. Festlegungen zu Vorranggebieten sieht der Regionalplan Köln nicht vor. Im Regierungsbezirk Köln haben in den Kreisen, in denen die Nutzung der Windenergie aufgrund der örtlichen Gegebenheiten möglich ist, nahezu alle Kommunen in ihren Flächennutzungsplänen bereits Konzentrationszonen für die Windenergie dargestellt. Dies ermöglicht sowohl die planerische Sicherung der für die Windenergienutzung notwendigen Flächen als auch die räumliche Steuerung und Konzentration dieser Nutzung. Den Kommunen in Nordrhein-Westfalen kommt daher bei der Förderung der Windenergie eine entscheidende Rolle zu.  
Die Regelungen des (Z. 37) Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern dienen demnach nicht der eigentlichen Flächensicherung, sondern vielmehr der Konfliktbewältigung bei der Planung kommunaler Konzentrationszonen für die Windenergie.  
Die Festlegungen (G. 67) Solarenergie flächensparend ausbauen, (Z. 38) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern und (Z. 39) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern konkretisieren die landesplanerischen Vorgaben des Ziels 10.2-5 LEP NRW (Solarenergie) soweit, dass es möglich ist, die raumbedeutsame Nutzung durch Freiflächsolaranlagen regional und kommunal konfliktfrei steuern und sichern zu können.

- **Auszug aus dem aktuellen Windenergiehandbuch von Monika Agatz (Seite 326f):**

Die Regionalplanung hat sich in NRW in der Vergangenheit nur wenig mit der Windenergie beschäftigt. Lediglich für das Münsterland gab es bereits seit 1999 eine Steuerung mittels Eignungsgebieten mit Ausschlusswirkung, welche im Sachlichen Teilflächennutzungsplan Energie 2016 des Regionalplans Münster durch eine reine Vorranggebietsausweisung entsprechend dem LEP 2017 ersetzt wurde. Im April 2018 ist auch der neue REP Düsseldorf in Kraft getreten, der Vorranggebiete für die Windenergie enthält, die jedoch deutlich hinter den Flächenzielvorgaben des LEP 2017 zurückbleiben. Die anderen GEP/REP haben sich bisher darauf beschränkt, bestimmte Gebietskategorien, wie z.B. Wald oder Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) für die Windenergienutzung zu sperren. Das OVG Münster hat hierzu festgestellt, dass derartige reine ?Negativ-Ziele? zum Ausschluss von WEA in bestimmten Gebieten unwirksam sind und somit die gemeindliche Planung nicht im Sinne einer harten Tabuzone binden [OVG Münster 10 D 82/13.NE, OVG Münster 2 D 95/15.NE, OVG Münster 2 D 63/17.NE]. Würde man der Regionalplanung zugestehen, dass sie reine Negativ- Festlegungen treffen könnte, könnten damit weite Teile des Außenbereichs von Gemeinden der bundesrechtlich privilegierten Windenergienutzung entzogen werden. Dies wäre nicht mit der gesetzlichen Privilegierung der Windenergie und den rechtlichen Anforderungen an eine Steuerung, wie sie § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB fordert, zu vereinbaren [OVG Münster 10 D 82/13.NE, OVG Münster 2 D 95/15.NE]. Das OVG Lüneburg macht sehr deutlich, dass der pauschale Ausschluss von Gebietskategorien für die Windenergienutzung (sowohl für sich selbst genommen als auch in Kombination mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie) ein unzulässige Umgehung der Erfüllung der Anforderungen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt und somit als Ewigkeitsfehler zu werten sind, der eine solche Planung rechtswidrig und unwirksam macht [OVG Lüneburg 12 KN 159/18]. Mit ähnlichem Ergebnis hatte auch bereits zuvor das OVG Schleswig entsprechende Negativ-Ziele im LEP Schleswig-Holstein für unwirksam erklärt [OVG Schleswig 1 KN 7/13]. In einer aktuellen Entscheidung bestätigt auch der VGH Kassel, dass Negativ-Ziele - im vorliegenden Fall in Form von Mindestabständen zu Wohngebieten - die Bauleitplanung nicht im Sinne einer harten Tabuzone binden, sondern nur indirekt Bedeutung für die Bauleitplanung haben, wenn die Regionalplanung diesen Mindestabstand bei der Ausweisung von Eignungsgebieten ansetzt, welche dann den Gemeinden insgesamt (nicht nur in Bezug auf den Bereich der Wohnabstände) eine eigene, abweichende Planung unmöglich macht [VGH Kassel 4 A 2426/17]. Die Gerichtsentscheidungen sind also nicht auf die Unwirksamkeit der Sperrung des Waldes beschränkt, sondern betreffen systematisch alle Gebietskategorien und Abstandsvorgaben.

Das Ausmaß und die Bedeutung dieser Grundsatzentscheidungen ist allerdings

nach wie vor noch nicht ausreichend im Bewusstsein der Planungspraxis angekommen. Der WEA-Erl. 15 wies in Ziffer 3.2.4 lediglich in Bezug auf Wald auf das Urteil des OVG Münster hin und arbeitet die Konsequenzen für die anderen Gebietskategorien nicht weiter aus [zum Umgang in der gemeindlichen Planung siehe unter ?Methodik der Konzentrationszonenausweisung? und ?Anpassung an höherrangige Planung?]; im WEA-Erl. 18 wird die Thematik der unzulässigen reinen ?Negativ-Ziele? komplett übergangen. Aus der klaren Rechtsprechungslage ergibt sich allerdings unmittelbar und eindeutig, dass sich die Sperrung von Gebieten und die Etablierung von Mindestabständen über die Raumordnungsplanung der Länder rechtlich nicht umsetzen lässt. Die Rechtswidrigkeit und Unwirksamkeit dieser Negativ-Ziele bedeutet selbstverständlich auch, dass diese Ziele ebenfalls auf der Genehmigungsebene unbeachtlich sind und somit einer Genehmigungserteilung nicht entgegenstehen.

- Die RheinEnergie AG regt an, diese Passagen auf die aktuelle Gesetzesänderungen des ROG anzupassen.  
Die Aufstellung von Regionalplänen mit Vorranggebieten Windenergienutzung gewährleistet die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien innerhalb der Region Köln. Somit sollte eine Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung ohne Ausschlusswirkung (LEP 2019, 10.2-2, S. 148) auf der Ebene des Regionalplans Köln erfolgen. Darüber hinaus hätten die Gemeinden im Zuge der kommunalen Bauleitplanung die Möglichkeit zusätzliche Flächen für die Windenergie zur Verfügung zu stellen. Damit könnten die Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien eher erreicht werden und auch die Wünsche der Kommunen beachtet bzw. umgesetzt werden.
- Das 2% Flächenziel sollte im Regionalplan als absolutes Minimum übernommen werden. Mehr Fläche wäre anzustreben, um einen Ausgleich für Gebiete zu schaffen, die voraussichtlich nicht 2 % ihrer Fläche bereitstellen können (z.B. Rhein-Ruhr-Metropolregion).  
Um die Ziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG, BGBl. I S. 1353, Nr. 28 > gilt ab 01.02.2023) zu erfüllen, sollte sich die Regionalplanung frühzeitig am Flächenbeitragswert für Nordrhein-Westfalen orientieren (bis 31.Dez. 2027 1,1 % und min. 1,8 % bis 31. Dez. 2032) und Vorranggebiete Windenergienutzung rechtswirksam ausweisen. Die Flächenbeitragswerte sind als Minimalziele zu verstehen und können überschritten werden. Sollte das Ziel nicht erfüllt werden, treten etwaige landesspezifische Abstandsregeln außer Kraft. Zudem kann die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung der Zulässigkeit von Windenergieanlagen an anderer Stelle nur entgegengehalten werden, wenn die Flächenbeitragswerte erreicht werden. Im LEP 2019 (10.2-3, S. 149) wird aufgeführt, dass für die kommunale Bauleitplanung ein pauschaler Vorsorgeabstand von 1.500 m zur

Wohnbebauung in Abwägungsentscheidungen zu berücksichtigen ist. Mit diesem Abstand ist der Flächenbeitragswert für NRW höchstwahrscheinlich nicht zu erreichen. Aus diesem Grund sollten Siedlungsabstände und andere Restriktionskriterien so gewählt werden, dass die notwendigen Vorranggebietsausweisungen Windenergie schnellstmöglich erfolgen können.

- Explizit sollte auch von Regionalen und Erneuerbaren Energie gesprochen werden.
- Über den Regelungsgehalt des ROG hinaus, sollten rechtliche Neuerungen des Gesetzgebers bei der Fortschreibung des Regionalplans Köln Berücksichtigung finden. Dies betrifft bspw. § 249 BauGB (indirekter Bezug zu LEP NRW 2020 Punkt 10.2-3 Absatz 1 und 3, S. 143).
- Eine Festlegung von Vorranggebieten wird auch seitens der RheinEnergie AG als entbehrlich betrachtet.  
Wenn das Flächenpotential ausgeschöpft ist, wäre es inhaltlich nachvollziehbar. Hier besteht ggf. ein juristisches Problem, ob die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie nicht eine verpflichtende Aufgabe der Bezirksregierung/Raumplanung ist. Darüber hinaus gehen Kommunen i. d. R. restriktiv mit dem Thema Windenergie um, wodurch die Möglichkeit nicht berücksichtigten Potentials besteht. Hier gilt es unter Betrachtung der zu erfüllenden Flächenbeitragswerte die Ausweisungen der Kommunen zu prüfen und wenn ggf. darüber hinauszugehen. So könnten nicht ausgewiesene Flächen (trotz Eignung) der Windenergie zugänglich gemacht werden. Fraglich ist auch, ob alle Kommunen die fachliche Kompetenz aufweisen, um alle windkraftrelevanten fachlichen Kriterien zu prüfen und zu bewerten.



## Inhalt

**Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln****5.2.3.1 Nutzung erneuerbarer Energien****Zu G.63 Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern**

- Eine der aktuell wichtigsten Säulen der europäischen, nationalen und nordrhein-westfälischen Klimapolitik ist der prioritäre Ausbau erneuerbarer Energien. Dieser trägt wesentlich zur Erreichung des Klimaschutzziels ?Reduzierung von klimaschädlichen Treibhausgasen? bei.  
Die Möglichkeiten für die Erzeugung erneuerbarer Energien sollen auch im Regierungsbezirk Köln verstärkt genutzt werden, damit ein angemessener regionaler Beitrag zu der sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene beschlossenen Energiewende geleistet werden kann. Aufgrund der im Regierungsbezirk Köln vorzufindenden natur- und siedlungsräumlichen Voraussetzungen sind die Wind-, Solar- und mit Einschränkungen auch die Bioenergie die regional maßgeblichen Träger der nachhaltigen Energieerzeugung.  
Wasserkraft und Geothermie haben im Regierungsbezirk eine deutlich geringere Erzeugungskapazität. Dennoch gibt es auch hier ein Ausbaupotential. Darüber hinaus ist festzustellen, dass diese Energiequellen keine hohen Raumansprüche haben, d. h. damit nicht raumbedeutsam sein werden. Die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zur genehmigungsrechtlichen Umsetzung erneuerbaren Energiequellen sind unterschiedlich. Die Windenergie gehört zu den privilegierten Nutzungen im baurechtlichen Außenbereich der Kommunen. Ihre Zulässigkeit steht demnach lediglich unter dem Vorbehalt des Entgegenstehens öffentlicher Belange und einer ausreichenden Erschließung. In dieser Konstellation ist der Einfluss der Kommune auf den Standort der Windenergieanlagen gering. Das Baurecht stellt die Privilegierung der Windenergie aber unter einen Planungsvorbehalt. Die Kommunen oder regionale Planungsträger können unter bestimmten Vorgaben die Nutzung räumlich steuern und in ihren Flächennutzungsplänen Konzentrationszonen bzw. in Raumordnungsplänen Vorrang- /Eignungsgebiete für die Windenergie darstellen.
- Im Regierungsbezirk Köln haben in den Kreisen, in denen die Nutzung der Windenergie aufgrund der örtlichen Gegebenheiten möglich ist, nahezu alle Kommunen in ihren Flächennutzungsplänen Konzentrationszonen für die Windenergie dargestellt. Die Notwendigkeit von zusätzlichen Festlegungen von Vorranggebieten für die

## Abwägung

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Windenergie im Regionalplan wird daher zur Zeit nicht für erforderlich gehalten, um den Ausbau der Windenergie zu fördern.

Ein anderes Bild ergibt sich bei den bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen der Solar- und Bioenergie. Solaranlagen in oder an Gebäuden müssen keine gesonderten planungsrechtlichen Vorgaben erfüllen, große eigenständige raumbedeutende Freiflächensolaranlagen benötigen hingegen für eine Baugenehmigung entsprechende Darstellungen und Festlegungen in der kommunalen Bauleitplanung.

Der kommunalen Bauleitplanung kommt daher auch bei der räumlichen Sicherung von Standorten von gebäudeunabhängigen Freiflächensolaranlagen eine wichtige Rolle zu. In der dicht besiedelten Region konkurriert der Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer Vielzahl anderer Raumnutzungen und dem Schutz wertvoller Landschaftsteile. Aufgabe der Regional- und insbesondere der Bauleitplanung ist es hierbei, die Standorte der raumbeanspruchenden Nutzungen von erneuerbarer Energiequellen und gegebenenfalls deren Speicherung in der räumlichen Gesamtplanung zu sichern. Voraussetzung für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sind daher abgestimmte Vorgaben in den Raumordnungs- und Bauleitplänen.

Diese Funktionen übernehmen die Festlegungen des Kapitels 5.2.3 Erneuerbare Energien im Regionalplan Köln. Somit werden die bundes- und landesrechtlichen Regelungen der Raumordnung, die für die bauleitplanerische Sicherung der Standorte für erneuerbare Energien zu beachten und zu berücksichtigen sind, für die nachfolgenden Planungsstufen anwendbar ausgelegt und definiert.

#### **Zu G.64 Energieoptimierte Siedlungsentwicklung umsetzen**

- Der Grundsatz legt die Regelungen des Grundsatzes 10.1-4 LEP NRW für die nachfolgende Bauleit- und Fachplanung aus. Über die Aufforderung an die Regional- und Bauleitplanung zur verstärkten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung hinaus soll die Siedlungsplanung auch die Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien allein wird nicht ausreichen, um die Ziele der Energiewende zu erreichen. Der Grundsatz richtet sich insbesondere an die Kommunen. Auf Ebene der Bauleitplanung ist es möglich, Festsetzungen für eine energieoptimierte Siedlungsplanung zu treffen (z. B. Ausrichtung der Gebäude, lokale Energieversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung, Solardächer usw.). Darüber hinaus können die Kommunen die Möglichkeiten weiterer energiepolitischer Möglichkeiten nutzen (z. B. kommunale Energiekonzepte, Fördermöglichkeiten).

usw.). Auch über fachgesetzliche Regelungen, z. B. das Gebäudeenergiegesetz (GEG) kann der Grundsatz einer energieoptimierten Siedlungsplanung umgesetzt werden. Steuerungsmöglichkeiten über die Regionalplanung sind aufgrund des Maßstabes hier nicht gegeben.

#### **Eingabe der RheinEnergie AG**

- Eine Festlegung von Vorranggebieten wird auch seitens der RheinEnergie AG als entbehrlich betrachtet.  
Siehe vorstehenden Kommentar (s. StnID 1007711).
- Dies ist keine fachliche Bewertung, ob die Kommunen den Ausbau der Windenergie in der Art und Weise gestalten, wie es der Gesetzgeber für die Raumplanung vorsieht. Darüber hinaus erfolgt keine Flächenbilanzierung ("Weißflächenanalyse" notwendig), ob innerhalb der Planungsregion Köln für die Windenergie ausreichend Raum geschaffen wurde. Die Festlegung von Flächen für die Windenergie auf Raumordnungsebene bietet zudem die Möglichkeit, anhand eines Kriterienkataloges und Einzelfallentscheidungen, eine für die Bevölkerung verträgliche und möglichst konfliktarme Windenergiesteuerung durchzuführen. Aufgrund der regional unterschiedlichen Gegebenheiten können manche Kommunen u. U. wenig bis gar nicht und andere mehr Flächen für die Windenergie zur Verfügung stellen. Dies wird womöglich auf der ausschließlichen Ebene der Bauleitplanung nicht zur Erfüllung der benötigten Flächenziele führen.  
Es ist die Aufgabe der Raumordnung das Windflächenpotential in der Planungsregion zu analysieren und eine den Zielvorgaben entsprechende Vorranggebietsausweisung vorzunehmen. Dies ist insofern auch notwendig, da Kommunen mitunter nicht über die benötigten finanziellen Mittel, personellen Kapazitäten und das fachliche Know-How verfügen, um diese Aufgaben zu erfüllen. Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren bundesweit teilweise gut vernetzte Gegenbewegungen entwickelten, die regional den Ausbau der Windkraft massiv verzögert bzw. verhindert. Mitunter geben die (oft ehrenamtlich handelnden) Gemeindevertreter dem öffentlichen Druck nach oder ziehen sich aus der Politik zurück. Dies ist auf Ebene der Raumplanung so nicht möglich und erleichtert in bestimmten Regionen den Windenergieausbau.

## Inhalt

**Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln****5.2.3.2 Nutzung von Windenergie****Zu Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern**

- Windenergieanlagen sind gemäß des § 35 Abs.1 BauGB privilegierte Bauvorhaben. Demnach können diese überall im baurechtlichen Außenbereich errichtet werden, wenn dem Vorhaben keine weiteren öffentlichen Belange entgegenstehen; raumbedeutsam sind sie ab einer Gesamthöhe von 100 m. Eine räumliche Steuerung kann durch den sogenannten Planvorbehalt gemäß § 35 Abs. 3 BauGB erfolgen. Diese Regelung zielt darauf ab, durch positive Standortzuweisungen für privilegierte Nutzungen an einer oder mehreren Stellen im Plangebiet den übrigen Planungsraum von den durch den Gesetzgeber privilegierten Anlagen freizuhalten. Grundsätzlich ist diese Steuerung entweder in den Flächennutzungsplänen der Kommunen (Konzentrationszonen) oder in Vorrang-/Eignungsgebieten der Regional- bzw. Raumordnungspläne möglich. Grundsatz 10.2-2 LEP NRW legt fest, dass in Regionalplänen Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden können. Eine Funktion als Eignungsgebiet gemäß § 7 Abs. 3 ROG ist hingegen nicht vorgesehen. Dies bedeutet eine Steuerung nach außen. Die räumliche Konzentration ist mit dieser Regelung nicht möglich. Um diese zu erreichen, bedarf es in jedem Fall zusätzlich einer kommunalen Konzentrationsflächenplanung. Im Regierungsbezirk Köln ist die kommunale Steuerung der Windenergieanlagen seit 1998 fest etabliert, was vor Ort zur Akzeptanz der Windenergieanlagen und damit auch zu einer Umsetzung der Planungen führt. In den Kreisen, in denen die Nutzung der Windenergie aufgrund der örtlichen Gegebenheiten möglich ist, haben nahezu alle Kommunen in ihren Flächennutzungsplänen Konzentrationszonen für die Windenergie dargestellt. Die Notwendigkeit von zusätzlichen Festlegungen von Vorranggebieten für die Windenergie im Regionalplan Köln (vgl. Grundsatz 10.2-2 LEP NRW) wird daher zur Zeit nicht für erforderlich gehalten, um den Ausbau der Windenergie zu fördern.
- Voraussetzung für die verstärkte Nutzung der Windenergie sind abgestimmte Vorgaben in den Raumordnungs- und Bauleitplänen. Diese Funktionen übernehmen die Festlegungen des (Z. 37). Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern. Die textlichen Zielfestlegungen definieren Bereiche, innerhalb derer Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich möglich sind (Gunstbereiche) sowie Bereiche, innerhalb derer

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen nur ausnahmsweise möglich sein können (Ausnahmebereiche).

Von der grundsätzlichen raumordnerischen Zielausrichtung und regionalplanerischen Funktionszuweisung sind die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche ohne weitere Überlagernde, das heißt zusätzliche regionalplanerische Funktionen, für die Nutzung durch Windenergieanlagen besonders geeignet.

- **Gunstbereiche**

In den folgenden Gunstbereichen sind raumbedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich möglich, wenn in der lokalen Betrachtung der jeweiligen regionalplanerischen Festlegung die Schutz- und Nutzfunktionen gewahrt bleiben können. Dabei kann es sich beispielsweise um folgende regionalplanerischen Prüfkriterien handeln (nicht abschließende Aufzählung):

- **(Z. 18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen**

Regionale Grünzüge (RG) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie sind als siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismusnutzungen, als Biotopverbindungen und in ihren klimatisch und lufthygienischen Funktionen zu erhalten.

Windenergieanlagen, die diese Funktionen der RG aufgrund ihrer Lage oder Ausprägung beeinträchtigen, widersprechen der raumordnerischen Zielsetzung.

- **(Z. 23) Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär sichern**

Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär sind als Vorranggebiete festgelegt. Windenergieanlagen, die aufgrund ihrer Lage oder Ausprägung mit den unterschiedlichen militärischen Nutzungen (Flughäfen, Kasernen, Truppenübungsplätze usw.) nicht vereinbar sind, sind hier ausgeschlossen.

- **(Z. 26) BGG sichern**

Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser dauerhaft gesichert wird. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar sind, sind nicht zielkonform.

Die BGG überlagern die Trinkwasserschutzzonen I, II, III, IIIa. Die Trinkwasserschutzzonen I und II sind für die Nutzung durch Windenergieanlagen nicht geeignet, in der Trinkwasserschutzzone IIIa/III ist die Überplanung mit Windenergieanlagen im Einvernehmen mit

der zuständigen Wasserbehörde möglich.

- **(Z. 22) Waldbereiche erhalten und entwickeln**

Waldbereiche sind als Vorranggebiete festgelegt. Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche von Windenergieanlagen in Anspruch genommen werden, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen Waldbereiches bestehen und die Inanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.

- **(G. 30) BSLE erhalten und entwickeln**

Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind als Vorbehaltsgebiete festgelegt. Planungen und Maßnahmen, die mit den in (G. 30) aufgeführten Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. Hier gilt es zu prüfen, ob rechtskräftig festgesetzte/verordnete Landschaftsschutzgebiete betroffen sind und ob ? im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde ? für den betroffenen Bereich die Möglichkeit einer Herausnahme aus dem Landschaftsschutz gegeben sein könnte. Die Prüfung der Vereinbarkeit geplanter Windenergieanlagen mit den betroffenen vorgenannten Schutz- und Nutzungsfunktionen der regionalplanerischen Festlegungen erfolgt im Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPlG NRW.

- **Prüfbereiche**

Innerhalb der Bereiche, in denen Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen ausnahmsweise möglich sind, ist im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemeinsam mit den zuständigen Fachbehörden die Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben zu prüfen. Die Vereinbarkeit mit den betroffenen Schutz- und Nutzungsfunktionen der regionalplanerischen Festlegung bemisst sich beispielsweise an folgenden regionalplanerischen Prüfkriterien (nicht abschließende Aufzählung):

- (Z. 7) ASB sichern und entwickeln und (Z. 10) GIB sichern und entwickeln  
Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen unter anderem der Wohnnutzung. Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind ebenfalls als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben. Windenergieanlagen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind in diesen Bereichen ausgeschlossen. Wenn die Siedlungsbereiche noch nicht durch Bauleitplanung überplant

sind, kann im Einzelfall und im Einvernehmen mit der betroffenen Kommune geprüft werden, ob eine Nutzung durch Windenergieanlagen doch möglich ist. Die bau- und immissions-schutzrechtlichen Vorgaben sind dabei zwingend zu beachten.

- (Z. 19) Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern  
Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung eines regionalen Biotopverbundes und sind für diese Zwecke zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Windenergieanlagen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind hier ausgeschlossen. Ob im Einzelfall in diesen Bereichen Windenergieanlagen die naturschutzfachlichen Funktionen nicht beeinträchtigen und eine Nutzung der Bereiche ausnahmsweise möglich ist, ist im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde zu klären.
- (Z. 24) Oberflächengewässer sichern  
Oberflächengewässer sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der jeweiligen wasserwirtschaftlichen Funktion. Windenergieanlagen, die mit der Funktion nicht vereinbar sind, sind hier ausgeschlossen. Das WHG gibt ein striktes Gewässerbenutzungsverbot vor. Lediglich für genau beschriebene Tatbestände kann die zuständige Wasserbehörde in Einzelfällen eine Ausnahme von den Verboten erteilen.
- (Z. 27) ÜB erhalten und entwickeln  
Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Windenergieanlagen, die mit der Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind hier ausgeschlossen. Inwieweit in Überschwemmungsgebieten im Einzelfall die Nutzung durch Windenergieanlagen möglich ist, ist im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde zu klären.
- (Z. 34) Flugplätze sichern und Verkehrsinfrastruktur gemäß Kapitel 5.1.1 (Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur)  
Diese sind im Regionalplan Köln als Vorranggebiete festgelegt. Windenergienutzungen sind auf diesen Flächen ausgeschlossen.

Beim Umgebungsschutz sind die entsprechenden fachrechtlichen Vorgaben zu beachten.

- (Z. 2) (Teilplan) Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)  
Die im Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch dargestellten BSAB (Vorranggebiete) sind für die Sicherung und den Abbau der dort lagernden Rohstoffe vorgesehen. Ihre Inanspruchnahme durch andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen, wie z.B. Windenergie, ist hier ausgeschlossen, soweit diese mit der Lagerstättensicherung oder dem Rohstoffabbau nicht vereinbar sind. Inwieweit hier im Einzelfall die Nutzung durch Windenergieanlagen möglich ist, ist im Einvernehmen mit der zuständigen Genehmigungsbehörde zu klären.
- Standorte für Windenergieanlagen sollen in den kommunalen Flächennutzungsplänen als Konzentrationszonen für die Windenergie räumlich zusammengefasst werden (vgl. (G. 65) Windenergieanlagen räumlich konzentrieren). Die raumordnerische Bewertung dieser Zonen bzw. Flächen gemäß der festgelegten Kriterien erfolgt im Rahmen des bauleitplanerischen Erarbeitungsverfahrens im Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPlG NRW. Bei der Zulassung von privilegierten Einzelanlagen sind die raumordnerischen Vorgaben im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens abzu prüfen.

#### **Eingabe der RheinEnergie AG**

- Eine Festlegung von Vorranggebieten wird auch seitens der RheinEnergie AG als entbehrlich betrachtet.
- (Konzentrationswirkung auch mit Windeignungsgebieten = Ausschlusswirkung theoretisch möglich) Gerade aufgrund Grundsatz 10.2-2 LEP 2019 (S. 148) sollten Vorranggebiete Windenergie ohne die Wirkung von Eignungsgebieten im Regionalplan festgelegt werden. Darüber hinaus sollen die Kommunen mittels Bauleitplanung weitere Flächen für die Windenergie zur Verfügung stellen. Die Möglichkeiten zur gemeindlichen Konzentration der Windenergie bleibt infolge einer Raumordnungsplanung gewahrt. Praktisch würde der Regionalplan die rechtswirksamen kommunalen Sondergebiete Windenergie übernehmen und könnte zusätzliche Flächen ausweisen.



- Windenergieanlagen widersprechen nicht generell der raumordnerischen Zielsetzung von Regionalen Grünzügen (RG). Ein vorweggenommener Ausschluss sollte daher nicht erfolgen. Dies sollte im Einzelfall betrachtet oder als Restriktionskriterium festgelegt werden.
- Windenergieanlagen widersprechen nicht generell der raumordnerischen Zielsetzung von Militärisch genutzten Flächen. Ein vorweggenommener Ausschluss sollte daher nicht erfolgen.
- Dem Gewässer- und Grundwasserschutz (Trinkwasserschutzzonen I und II) muss Vorrang eingeräumt werden. Jedoch sollten Trinkwasserschutzzonen III und IIIa prinzipiell für die Windenergie nutzbar sein. WEA stellen i. d. R. kein Gefährdungsrisiko für den Gewässer- und Grundwasserschutz dar. Unterliegt die Zustimmung der Wasserbehörde der Einschätzungsprärogative des zuständigen Sachbearbeiters oder gibt es eine fachliche Bewertungsmatrix?
- Die Inanspruchnahme von Wald sollte nicht auf den Fall reduziert werden, dass es keine Alternativen gibt! Grundsätzlich sollten Windenergie im Wald ermöglicht werden. Waldbereiche sind prinzipiell für die Windenergie bereit zu stellen. Die Inanspruchnahme kann an Restriktionskriterien geknüpft werden wie bspw. regionale Schutz- und Erholungsfunktionen. Die geringe Flächeninanspruchnahme von Wald je WEA wird mittels Ausgleichsbilanzierung umfangreich kompensiert. Eingriffe in den Wald werden allein aus Kostengründen immer auf das notwendige Maß beschränkt. Wie in den meisten Bundesländern üblich, kann die Windenergieentwicklung auf Wirtschaftswälder begrenzt werden. Dies kann aufgrund der aktuellen klimatischen Entwicklungen und des meist nicht stressresilienten Forstes (Hitze und Dürre) auch eine Chance sein. Durch den notwendigen Holzeinschlag erfolgen Ersatzaufforstungen bspw. mittels dürretoleranter Baumarten als Laubmischwälder. Aufgrund der enormen finanziellen Kosten, würde sich mancherorts der klimatisch bedingte Waldumbau in Wirtschaftswäldern mindestens verzögern. Wie sind die Ausnahmen konkret definiert? Werden Alternativen flächenmäßig bilanziert, Abstände festgelegt, bestehen Unterschiede zwischen Forst und Wald?
- BSLE sollten nicht als Vorbehaltsgebiete festgelegt werden. BSLE sollten unabhängig von ihrer raumplanerischen Einstufung keinen Einfluss auf die Windflächenfindung haben. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme von WEA haben diese nur geringe Auswirkungen auf bspw. extensiv genutzte Landwirtschaftsflächen. (Im Einzelfall ist eine Überprüfung der Vereinbarkeit durchzuführen, z. B. wenn sich Landschaftsbestandteile im LSG-Ausweisungsverfahren befinden.)

- GIB sollten grundsätzlich für die Windenergienutzung ermöglicht werden. Dies gilt erst recht und besonders für WEA in GIB, die örtlich ansässigen Firmen Strom liefern. Andererseits ist zu beachten, dass kleiner dimensionierte WEA bald nicht mehr lieferbar sind, sodass WEA mit hoher Leistung realisiert werden sollten (mit anteiliger Nutzung durch örtlich ansässige Firmen und Einspeisung des restlichen Stroms ins Netz der öffentlichen Versorgung). In Industrie-, Gewerbe- und Sondergebieten (bspw. Hamburg und Magdeburg) ist die Windenergie nicht von vorneherein auszuschließen. Aufgrund des begrenzten Flächenangebotes sollte jegliches Potential geprüft werden.
- BSN sollten kein Ausschlusskriterium für WEA darstellen. Die Argumentation bzw. die "Beweislast" sollte umgekehrt werden. BSN sollten für die Inanspruchnahme durch Windenergieanlagen prinzipiell zur Verfügung stehen. Die Entwicklung von WEA ist an den Schutzstatus des jeweiligen Gebietes und an das Gefährdungspotentials des Schutzzwecks zu binden.
- ÜB sollten kein Ausschlusskriterium für WEA darstellen. Die Argumentation bzw. die "Beweislast" sollte umgekehrt werden. Überschwemmungsbereiche sind der Windenergie zuzuführen, wenn diese die Wasserrückhaltung, den Wasserstand bzw. -abfluss nicht gefährden, den Hochwasserschutz nicht beeinträchtigen und etwaige Auswirkungen ausgeglichen werden können (Energieatlas NRW).
- BSAB sollten kein Ausschlusskriterium für WEA darstellen. Die Argumentation bzw. die "Beweislast" sollte umgekehrt werden.

**Inhalt****Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln****5.2.3.2 Nutzung von Windenergie****Zu G.65 Windenergieanlagen räumlich konzentrieren**

- Windenergieanlagen sind gemäß § 35 Abs.1 BauGB privilegierte Bauvorhaben. Eine räumliche Steuerung kann durch den sogenannten Planvorbehalt gemäß § 35 Abs. 3 BauGB erfolgen. Diese Regelung zielt darauf ab, durch positive Standortzuweisungen für privilegierte Nutzungen an einer oder mehreren Stellen im Plangebiet den übrigen Planungsraum von den durch den Gesetzgeber privilegierten Anlagen freizuhalten. Grundsätzlich ist diese Steuerung entweder in den Flächennutzungsplänen der Kommunen (Konzentrationszonen) oder in Vorrang- /Eignungsgebieten der Regional- bzw. Raumordnungspläne möglich. Warum dies im Regierungsbezirk Köln effizienter in den Bauleitplänen erfolgt, ist bereits ausgeführt worden (s. o.) (s. StnID 1007714).

Diese räumliche Steuerung mit Planungsinstrumenten verfolgt in erster Linie die Koordination bestehender fachplanerischer und kommunaler Nutzungsansprüche. Insbesondere die vielfältigen aus dem Immissionsschutz und der Landschaftspflege resultierenden Anforderungen an die Errichtung von Windenergieanlagen haben einen Bedarf nach räumlicher Steuerung der Windenergienutzung erzeugt. Würden die privilegierten Windenergieanlagen ohne Steuerung gleichmäßig im baurechtlichen Außenbereich bzw. regionalplanerisch festgelegten Freiraum errichtet, wären die negativen Wirkungen für Mensch, Natur und Landschaft ungleich höher. Die Folgen wären unter anderem eine höhere Lärmbelastung und optisch bedrängende Wirkung in der Fläche, eine deutlich stärkere ästhetische Belastung des Landschafts- und Ortsbildes sowie vermehrte Barrierewirkungen für die Avifauna.

**Eingabe der RheinEnergie AG**

- s.o. (s. StnID 1007714)
- Die Windenergie ist aufgrund des notwendigen Ausbaus der erneuerbaren Energien und der seitens der Bundesregierung festgelegten Flächenbeitragswerte durch die Regionalplanung/Raumplanung zu steuern. Dafür könnte der fortzuschreibende Regionalplan Köln Vorranggebiete Windenergienutzungen ohne Ausschlusswirkung ausweisen. Die Flächenkulisse sollte zusätzlich durch die kommunale Bauleitplanung ergänzt werden und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

<p>Sondergebiete Windenergie unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten ausweisen. Eine Regionalplanerische Steuerung ist insofern zielführend, dass der Gefährdung durch "Wildwuchs" begegnet wird.</p>	
---	--

**Inhalt****Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln****5.2.3.2 Nutzung von Windenergie****Zu G.66 Windenergieanlagen repowern**

- In § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG und in Grundsatz 10.2-4 LEP NRW wird darauf hingewiesen, dass die Raumordnung das Repowering unterstützen soll. Die eigentlichen Handlungsmöglichkeiten dazu haben aber die kommunalen Planungsträger und die Genehmigungsbehörden. Unter Repowering wird allgemein der Austausch alter Windenergieanlagen durch neue, moderne Windenergieanlagen verstanden. Neben einem höherem Ertrag verfügen diese in der Regel auch über eine größere Bauhöhe und größere Rotoren. Dadurch kann die Effektivität und die Ausbeute der Windenergienutzung erheblich gesteigert werden und Windenergieanlagenstandorte erhalten bleiben, für die eine langjährige Akzeptanz gegeben ist. Repowering wird in den kommenden Jahren zunehmend wichtiger, da für viele Windenergieanlagen kontinuierlich die erstmals ab dem Jahr 2000 einsetzende, 20-jährige Förderungsdauer gemäß EEG dieser Anlagen endet ? und damit meist auch deren Rentabilität. Um die Ausbauziele der Windenergie zu erreichen, ist die Möglichkeit des Ersatzes dieser Altanlagen zwingend erforderlich. Das Repowering bietet den Kommunen auch die Möglichkeit, durch Zusammenfassung von Bestandsanlagen in Konzentrationszonen die Windenergienutzung im Gemeindegebiet neu zu ordnen. Dafür gelten die gleichen planungsrechtlichen Anforderungen wie für die Neuerrichtung von Windenergieanlagen. Sind im Flächennutzungsplan Konzentrationszonen für die Windenergie dargestellt, setzt die Zulässigkeit der neuen Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich grundsätzlich voraus, dass die Standorte für die neuen Windenergieanlagen auch innerhalb einer Konzentrationszone für die Windenergie liegen. Begrenzt wird das Repowering zumeist durch einschränkende Festlegungen in den Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen, wie z. B. Höhenbegrenzungen, Standortfestlegungen oder Abstandsregelungen.

**Eingabe der RheinEnergie AG**

- s.o. (s. StnID 1007714)

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

- Ein Repowering sollte unter den Gesichtspunkten der max. energetischen Gebietsausnutzung und der Wirtschaftlichkeit (leistungsstarke WEA) erfolgen. Regelungen der Raumordnung, die eine einschränkende Wirkung auf die Modernisierung haben, sind zu vermeiden. Die Einhaltung von gesetzlichen Festlegungen und Richtwerten (wie z. B. Immissionschutzvorgaben gemäß TA-Lärm) ist durch das Genehmigungsverfahren gewährleistet. So sollten sich bspw. Vorsorgeabstände zur Wohnbebauung an der Rechtsprechung orientieren oder artenschutzrechtliche Untersuchungserfordernisse bzw. Ausschlusskriterien auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gründen. Aus planerischer Sicht ist es nicht zielführend und fachlich nicht zu begründen, warum beim Repowering die gleichen Anforderungen wie bei der Neuerrichtung gelten sollen. Ursprüngliche Festlegungen der Bauleitplanung (bspw. Höhenbeschränkungen im B-Plan) müssen aufgehoben bzw. aktualisiert werden. Aufgrund des Gewöhnungseffektes der Anwohner und der bestehenden Infrastruktur, sollten beschränkende bzw. verhindernde Restriktionen nicht beim Repowering zur Anwendung kommen.

1007717	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln</u></b></p> <p><b>5.2.3.1 Nutzung erneuerbarer Energien</b>  <b>G.63 Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine der aktuell wichtigsten Säulen der europäischen, nationalen und nordrhein-westfälischen Klimapolitik ist der prioritäre Ausbau erneuerbarer Energien. Dieser trägt wesentlich zur Erreichung des Klimaschutzziels ?Reduzierung von klimaschädlichen Treibhausgasen? bei. [...]</li> </ul> <p><b><u>Eingabe der RheinEnergie AG</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hier sollte eine Ergänzung aus dem neuen EEG erfolgen, in dem der Ausbau der EE als ?herausragendes öffentliches Interesse? und ?der Sicherheit dienend? deklariert wird.</li> </ul>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007718

## Inhalt

### Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln

#### 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie

##### G.67 Solaranlagen flächensparend ausbauen

- Die Nutzung der Solarenergie auf und an vorhandenen baulichen Anlagen ist der Errichtung von großflächigen Solarenergieanlagen auf Freiflächen (Freiflächensolaranlagen) vorzuziehen. [...]

### Eingabe der RheinEnergie AG

- Der Ausschluss von PVA aus landwirtschaftlichen Nutzflächen sollte gestrichen bzw. abgemildert werden, da zur Zielerreichung auch solche Flächen genutzt werden sollen. Hier sollte eine Öffnung dahingehend erfolgen, dass Flächen beispielsweise ab einer Bodenwertzahl von 50 nicht genutzt werden dürfen, darunter aber sowohl für FF-PVA als auch für Agri-PV nutzbar sind. So werden wertvolle Flächen geschützt und ausgelaugte Böden können durch eine vorübergehend extensive Nutzung zur Stromerzeugung aufgewertet werden. -> hier Schlußschluss zur Öffnungsklausel hins. zeitlicher Befristung unter Z.38 letzter Absatz (Seite 193) möglich. Zudem ggf. Bezug zu EEG § 37 herstellen, damit eindeutig ist, in welchen Korridoren die eingeschränkte Nutzung gilt.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.



**Inhalt****Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln****5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie****Z.38 Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern**

- [?] dass eine Freiflächensolaranlage im Regelfall bereits ab einer Größe von etwa 2 ha raumbedeutsam ist. [?]
- [...] Weiterhin wird davon ausgegangen, dass die Freiflächensolaranlagen nicht selten mit den Zielen wertvoller Schutzgebiete des Fachplanungsrechts (unter anderem in Bereichen für den Schutz der Natur (BSN), mit Naturschutzgebieten, in Bereichen für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG), mit Wasserschutzgebieten oder Überschwemmungsgebieten (ÜB)) kollidieren. [...]
- Z.26 BGG sichern  
[?] Trinkwasserschutzzonen I und II sind für die Nutzung durch Solarenergieanlagen ausgeschlossen,[?]

**Eingabe der RheinEnergie AG**

- Der Status der Raumbedeutsamkeit sollte möglichst erst ab 5 ha bzw. 10 ha greifen. Das würde die Entwicklung kleinerer Anlagen (weniger wirtschaftlich da verhältnismäßig höhere Fixkosten) unterstützen und auf G.67 einzahlen.
- Dieser Satz sollte gestrichen werden. Es wurde in zahlreichen Studien bewiesen, dass FF-PVA dem Naturschutz sehr wohl dienlich sind; nicht nur durch die Vermeidung von CO<sub>2</sub> bei der Stromproduktion sondern auch durch die Steigerung der Biodiversität in den abgeschlossenen, extensiv bewirtschafteten Bereichen innerhalb eines Solarparks.  
Auch enthalten FF-PVA in der Regel keine Wassergewärdenden Stoffe und behindern aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht den Zu- und Abfluss von Wasser im  
Fall einer Überschwemmung. Letzteres kann bspw. durch eine Ergänzung dahingehend geregelt werden, dann in Überschwemmungsgebieten die Höhe der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Aufständigung in Abstimmung mit den zuständigen Behörden anzupassen ist.

- In Trinkwasserschutzzonen I und II sollte möglichst kein Ausschluss erfolgen, sondern am Erfordernis zur Prüfung und Abstimmung mit der uWB (Einzelfallprüfung) festgehalten werden (s.o).

AZ: Ö-M-1386	
1002915	
1006941_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan  Ausweis von Gewerbeflächen A4 Frankenforst, durch A4 abgetrennte Waldfläche des Königsforsts entlang der Brüderstraße  Sehr geehrte Damen und Herren,  bedauerlicherweise beabsichtigt die Stadt Bergisch Gladbach nunmehr bei der Aufstellung des Regionalplanes die oben genannte Waldfläche erneut als Gewerbegebiet ausweisen zu lassen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt; ist dieses Vorhaben vor Jahren bereits bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans an massivem Bürgerprotest gescheitert, versuchen wir es halt? erneut beim Regionalplan. Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, wenn sich Städte und Gemeinden Gedanken über eine bedarfsgerechte Planung und Entwicklung machen. Solche Planungen haben aber ebenso grundsätzlich frei zu sein von persönlichen Interessen oder anderweitiger Einflussnahme. Daran mag man im gegenständlichen Sachverhalt zweifeln.  Unabhängig von formellen Nachlässigkeiten sind es die gleichen fachlichen Feststellungen, welche das Vorhaben bereits im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans haben scheitern lassen. Diese haben weiterhin Bestand. Vielmehr noch, gerade in Zeiten des unbestreitbaren Klimawandels, anhaltender extremer Hitze- und Dürreperioden sowie extremer Starkregenereignisse (auch hier standen die Keller am 14. Juli 2021 unter Wasser) erscheint es gerade zu, nein ist es schlichtweg ?hirnverbrannt? vorhandene Grünflächen zugunsten strategisch günstig gelegener Gewerbeflächen zu roden und zu versiegeln. Ein solches Vorhaben hat massive Auswirkungen auf das gesamte in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche Wohnumfeld. Das dort befindliche Wohnumfeld ist ohnehin seit Jahren zunehmender Belastungen ausgesetzt. Nachdem die Autobahnmeisterei vor einigen Jahren das gesamte Altgehölz an der Autobahnauffahrt Bensberg entfernt hat, ist die Lärmbelästigungen durch die Autobahn massiv gestiegen. Offensichtlich ist hier aber noch niemand auf die Idee gekommen, auch in diesem Bereich zumindest für den Zeitraum von 22:00 bis 6:00 Uhr ein Geschwindigkeitsbegrenzung vorzusehen. Aber an eine Nachtruhe ohne geschlossene Fenster und Ohrstöpsel ist in der Zeit von ca. 3:00 bis ca. 5:30 Uhr ohnehin kaum zu denken. Der nächtliche Lärm durch startende, zum Teil alte Frachtmaschinen im 90 Sekunden Takt verhindert jeden gesunden Schlaf. Die Geräuschkulisse kann hier auch schon einmal bis 70 Dezibel ansteigen. Wer das Pech hat, in diesem Zeitraum wach zu werden, ist ohnehin chancenlos wieder in den Schlaf zu kommen. Welche Belastungen will die Stadt Bergisch Gladbach eigentlich den dort lebenden Anwohnern noch zumuten. Dort mag</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

man sich zunächst mit bereits vorhandenen Gewerbeflächen auseinandersetzen und für eine kompetente Verkehrsplanung Sorge tragen. Oder ist seitens der Stadt nunmehr beabsichtigt, das neue DHL Logistik Center dort unterzubringen, nachdem entsprechende Planungen im Gewerbegebiet am Gierather Wald offensichtlich gescheitert sind. Auf eine konkrete Inaugenscheinnahme des gegenständlichen Geländes wurde verzichtet. Denn andernfalls hätte man erkannt, dass es sich hierbei um den letzten Filter gegen die von der A4 ausgehende Feinstaub- und Stickoxidbelastung handelt. Die hiermit einhergehenden Gesundheitsrisiken sind bekannt und bedürfen an dieser Stelle keiner weiteren Erläuterungen. Die hieraus folgenden Allgemeinkosten übersteigen bei weitem die mit einer solchen Fläche generierten die Gewerbesteuerereinnahmen. Hat eigentlich jemand mal darüber nachgedacht, dass Menschen dann hier nicht mehr wohnen wollen, dann fehlt das Einkommensteueraufkommen. An dieser Stelle sei zudem festgehalten, dass es sich nicht um bewirtschaftete Waldfläche, wie der restliche Königsforst, handelt, sondern hier schreibt die Natur noch ihr Lehrbuch. Im Bereich der gegenständlichen Fläche sind außerdem schützenswerte Böden ausgewiesen. Wer erlaubt uns diese Böden zu planieren? Eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten ist dort heimisch. So findet Rehwild regelmäßig den Weg durch zwei unter der Autobahn vorhandene Röhren. Habichte sind dort häufig anzutreffen. Dort siedelt die stark gefährdete Mückenfledermaus und Zwergfledermaus. Darüber hinaus dient diese Fläche als Korridor für zwischenzeitlich auch in den anliegenden Gärten und Flächen anzutreffende Tiere wie Eisvogel, Salamander, Kröte und viele mehr. Das gegenständliche Waldstück liegt im FFH-Puffergebiet und erfüllt somit eine besondere Funktion für den Klimaschutz, Bodenschutz, Artenschutz und Biotopenverbund. Ein Eingriff in diese Fläche hat schlichtweg im Interesse der Allgemeinheit zu unterbleiben.

AZ: Ö-M-1387	
1002916	
1007187	
<b>Inhalt</b> Mein Name ist [anonymisiert], und ich bin Eigentümerin der Flurstücke [anonymisiert] Gemarkung Dürscheven . Mit dieser Email möchte ich bezüglich der geplanten Neuaufstellung des Regionalplanes Widerspruch einlegen .Da die Neuaufstellung genau meine Grundstücke betrifft [anonymisiert]. Wir haben vor in naher Zukunft dort neuen Wohnraum für uns / oder ein Mietobjekt zu bauen . Somit lege ich hiermit Fristgerecht zur weiteren Klärung Widerspruch ein .	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-M-1388

1002919

1006944\_001

#### Inhalt

Hiermit möchte ich meine Bedenken zu den geplanten GIB Flächen im Bereich Heinsberg und Gangelt, im speziellen zwischen Waldenrath und Birgden, aussprechen.

Ich bin nicht generell gegen ein Gewerbegebiet in diesem Bereich.

Sollten dort kleinere Lagerhallen für innerörtliche Betriebe entstehen, damit diese Fuhrpark und Material aus den Dörfern verlagern können, wäre dies für mich kein Problem.

Sollten dort jedoch Produktionshallen entstehen, welche das friedliche Dorfleben stören, oder die Luft durch Abgase verschlechtern sollten, spreche ich mich definitiv dagegen aus.

Zudem darf das mögliche Gewerbegebiet der Weiterentwicklung des Dorfes nicht im Wege stehen. Da ein mögliches Wohngebiet im Bereich ?Am Strauch? in Betracht gezogen wird, sehe ich da Probleme bei der Einhaltung der Abstandsrichtwerte. Ein dorfverträgliches Gewerbegebiet und kein Industriegebiet ist für mich demnach kein Problem.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1389	
1002918	
1007175	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Durch einen Bericht im Leverkusener Anzeiger bin ich auf die anstehende Neuauftellung Regionalplan, u.a. für Leverkusen, aufmerksam geworden. Auf der Seite der Stadt Leverkusen findet man nur bei gezielter Suche etwas, was den Eindruck verstärkt, dass die bis heute vorgesehene Stellungnahmemöglichkeit der Öffentlichkeit eigentlich überhaupt nicht gewollt ist und ihr wohl auch keine wirkliche Bedeutung zugemessen wird.</p> <p>Dennoch:</p> <p>Generell erstaunt, dass auch im Jahr 2022 so zahlreiche Flächen neu versiegelt werden sollen, als Allgemeine Siedlungsflächen oder aber Gewerbegebiete, teilweise finden sich auch noch neue Straßen (!). Auch wenn Einigkeit zu bestehen scheint, dass der Klimawandel und die Lösung der damit verbundenen Probleme, vor allem auch für die Städte, die größte und wichtigste Aufgabe JETZT ist, sieht Stadt- und Landesentwicklung letztlich aus wie immer.</p> <p>Da ich nicht den gesamten Plan durcharbeiten kann, beschränke ich mich für einzelne Punkte auf die Planung für Leverkusen, und hier insbesondere, als direkt betroffene Anwohnerin, auf die geplante Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen in der Siedlung rund um die Elsbachstraße, nämlich nördlich der Straße "Am Hang" und neben der Straße "Am Knechtsgraben".</p> <p>Hier sollen Allgemeine Siedlungsflächen entstehen, also eine Bebauung, also eine Versiegelung der Flächen erfolgen.</p> <p>Dies halte ich für falsch und lehne es ab.</p> <p>Ganz generell stellen diese Flächen wichtige CO2-Speicher dar, die verloren gingen, wenn sie nicht mehr landwirtschaftlich genutzt würden. Eher sollte man darüber nachdenken, sie durch die Anpflanzung von Bäumen aufzuwerten, dies würde auch dem Weidevieh auf der Wiese Am Knechtsgraben zugute kommen, das im Sommer sehr nach einigen schattigen Ecken sucht.</p> <p>Diese Wiese dient darüber hinaus als Lebensraum für verschiedene Tiere: Rotmilan, Zugvögel, Igel sollen hier als besonders schützenswert hervorgehoben werden. Beide Flächen werden als Frisch-/Kalt-Luftschneisen für das angrenzende Wohngebiet benötigt.</p> <p>Aus eigenem Erleben kann ich berichten, dass es an warmen Tagen, deren Häufigkeit nach derzeitigem Stand der Wissenschaft weiter steigen werden, sehr bis kaum erträglich heiß in der Siedlung wird, ich empfehle einen Fussweg im Sommer von der Ruhlach Richtung "Am Wasserturm" zur Überprüfung meiner Angaben, die sich allerdings auch bereits in der Hitzekarte für Lev. wiederfinden lassen. Nachts findet</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

(meist) noch eine Abkühlung statt, was vor allem auf die Flächen, die nun auch noch bebaut werden sollen, zurückzuführen ist, denn dies sind quasi die einzigen größeren unbebauten Flächen in der Siedlung. Diese Funktion kann auch nur vor Ort wahrgenommen werden, es nützt den Anwohnern nichts, wenn an anderer Stelle, in anderen Stadtteilen oder sogar Orten Ausgleichsflächen geschaffen würden. Auch hier wäre zu überlegen, ob durch eine Bepflanzung die Frischluft-/Kühlfunktion weiter erhöht werden könnte.

Die unversiegelten Flächen dienen auch dazu, Regenwasser aufzunehmen, was zum einen wichtig ist, um die auch in Leverkusen immer weiter absinkenden Grundwasserspiegel wenigstens in jetziger Form zu erhalten. Würden die Flächen versiegelt, liefe das Wasser in den Kanal, der Grundwasserspiegel würde noch weiter sinken. "NRW droht Dürre" möchte ich den amtierenden Umweltminister zitieren. Soll der Eintritt dieser Bedrohung beschleunigt werden? Bei dem Starkregenereignis im Juli 2021 konnte am Weg unterhalb der Wiese Am Knechtsgraben Richtung Imbach eindrücklich beobachtet werden, dass bereits jetzt für solche Fälle nicht genügend Versickerungsfläche vorhanden ist: Auf dem Weg entstanden teilweise metertiefe, - lange, -breite Löcher. Wie wären die Schäden, auch anderer Stelle, ausgefallen, wenn die große Wiese versiegelt gewesen wäre? Statt weitere Flächen zu bebauen, sollte geschaut werden, wo Flächen entsiegelt und durch Bepflanzung aufgewertet werden könnten.



AZ: Ö-M-1390	
1002920	
1007200	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Regionalplanänderung für das Stadtgebiet Köln unterstützen wir den Beschluss der Bezirksvertretung 3 und des Rates der Stadt Köln, Flächenumwidmungen in Köln Junkersdorf abzulehnen.</p> <p>Es handelt sich dabei um folgende Flächen aus dem Regionalplanentwurf von Dezember 2021:</p> <p>ASB 3-309-005 Darstellung nun als AFAB erwünscht  ASB 3-306-001B Variante2 - Darstellung als AFAB erwünscht  ASB 3-308-002 Variante2 - Darstellung als AFAB erwünscht  ASB 3-308-B02 - Darstellung als AFAB erwünscht  ASB 3-309-003 - Darstellung als AFAB erwünscht  ASB 3-309-006 - Darstellung als AFAB erwünscht  ASB 3-309-B03 - Darstellung als AFAB erwünscht</p> <p>Zu den Maßnahmen im betroffenen Stadtteil Junkersdorf nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Umwidmung von Flächen von Grün- oder Agrarflächen in allgemeine Siedlungsflächen lehnen wir vehement ab. Fast alle Flächen sind Landschaftsschutzgebiete, d.h. Lebensräume für Flora, Fauna und Menschen. Eine Umwandlung in Siedlungsflächen verschlimmert dramatisch die Folgen des Klimawandels. Die Flächen sind weit überwiegend bereits Ausgleichsflächen.</p> <p>Die betroffenen Flächen sind Frischluftschneisen. Von der Ville fließt kühle Luft in den Kölner Westen und in die Kernstadt. Diese Frischluftschneisen für Durchlüftung und Abkühlung dürfen nicht blockiert werden.</p> <p>Der Zielkonflikt zwischen Wachstum der Stadt und Klimaschutz soll im vorliegenden Entwurf zum Regionalplan einseitig zulasten des Klimaschutzes gelöst werden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung werden missachtet (warum macht man überhaupt eine Umweltprüfung, wenn diese keine Beachtung findet?).</p> <p>Im bereits beschlossenen Grünzug West müssen aus unserer Sicht alle weiteren Optionen einer anderen Nutzung entfallen (Beethovenstraße). Hier wundert uns, dass das Grundstück Garten Müller, (s. Abb. 1, Ziff. 1b) [s. Anhang Abb. StnID 1007200] das</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Stellungnahme ist zum Teil entsprochen (s. Stn ID 1002702, Stn ID 1002714 und Stn ID 1002717).</p> <p>Im Übrigen sichert der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

nachweislich zum Grünzug West gehört, immer noch als bebaut ausgewiesen wird. Wir wünschen uns, dass dieser Teil weiter als Grünzug West dargestellt wird. Der in der 9. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes NRW als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch den nördlich der Dürener Straße gelegenen Teil des Gewerbegebietes Marsdorf festgesetzte Grünzug West, muss in Gänze ohne weitere Reduzierung der vorgesehenen Flächen realisiert und im Regionalplan langfristig vor weiteren Eingriffen geschützt werden.

Für das oben genannte Grundstück wurde seinerzeit eine Sondergenehmigung für einen Gartenbaubetrieb erteilt. ( VEP Nr. 59441/02 ? Östlich Ignystr. In Köln-Weiden. Nur eine solche Nutzung ist ausnahmsweise im Landschaftsschutzgebiet erlaubt. Entstanden ist ein Gartencenter zur kommerziellen Nutzung! In der Bürgerbeteiligung wurde damals zugesichert, dass das Grundstück bei Aufgabe des Betriebes wieder in das Landschaftsschutzgebiet zurück geführt wird. Auch der FNP der Stadt Köln weist den Bereich als Grünfläche aus.

Aus diesem Grund regen wir dringend an, das im Regionalplan fälschlich als ASB ausgewiesene Grundstück im neu aufzustellenden Regionalplan als AFAB auszuweisen, um sicher zu stellen, dass diese langfristig nicht bebaut und versiegelt wird und damit dem Grünzug West entzogen wird. Es kann nicht hingenommen werden, dass ein widerrechtlich bebautes Grundstück im Nachhinein legalisiert wird.

Der Kölner Westen hat in den letzten Jahren überproportional stark zum Wohnungsbau beigetragen, ohne dass ein adäquater Flächenausgleich und ein Ausbau der Infrastruktur stattgefunden hätte. Die Belastung durch neue Wohngebiete, durch weiteren Flächenverbrauch und Nachverdichtung kann nicht vorrangig im Kölner Westen wegen begehrten Luxuswohnbauinteressen der Investoren stattfinden.

Die Freiflächen im Kölner Westen haben wichtige Funktionen: Naherholung, Kaltluftbildung und Belüftung des Kölner Westens und der Kölner Innenstadt. Zudem handelt es sich bei den Flächen, deren Nutzung im Regionalplan verändert werden sollen, um Ackerland der höchsten Güteklasse, Ernährung der Bevölkerung hat und nicht leichtsinnig zur Besiedlung freigegeben werden soll (vgl. UVP in der Anlage). [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

In einer Stadt, in der offiziell der Klimanotstand ausgerufen wurde, kann eine Flächenumwandlung, die ein solches Ausmaß auf die klimatischen Gegebenheiten haben könnte, nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Am 23.08.2022 wurde an der Wetterstation Köln- Bonn der Rekordwert von 2018 mit 23 extrem heißen Tagen geknackt. So viele extrem heiße Tage gab es seit Beginn der Aufzeichnung nicht.

Der Kölner Westen weist zudem eine erhebliche, verkehrsbedingte Umweltbelastung auf. Die Luftbelastung überschreitet bereits seit 2008 nachweislich EU-weit gültige

Grenzwerte, weshalb das Junkersdorfer Stadtgebiet zur Kölner Umweltzone gehört. Vor allem entlang der Autobahnen, aber auch entlang aller übrigen größeren Straßen in Köln Junkersdorf herrschen Lärm- und Luftbelastungen, die der Nutzung als Wohngebiete explizit entgegenstehen. Diese Gebiete müssen deshalb auch weiterhin als Waldbereiche gekennzeichnet bleiben und dürfen nicht ?Allgemeine Siedlungsbereiche? werden.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007200.pdf](#)

AZ: Ö-M-1391	
1002286	
1010469	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In der Gemeinde Langerwehe befindet sich die sogenannte [ANONYMISIERT] erstmalig urkundlich erwähnt wurde. Die geschichtliche Bindung zwischen den Dörfern Geich, Obergeich, D?horn, Schlich und Merode ist heute noch sehr stark ausgeprägt. Ganz besonders spiegelt sich das in den Freizeit- und Vereinsaktivitäten wieder. Aufgrund des Strukturwandels und des Klimawandels steht auch die Gemeinde Langerwehe vor großen Aufgaben. Ganz konkrete Lösungsansätze, die zeitnah umgesetzt werden können, sollten auch im Regionalplan aufgenommen werden. Tourismus: Die Gemeinde Langerwehe ist bestrebt, für Touristen attraktiver zu werden. Einer der großen Anziehungspunkte ist das Schloss Merode mit seinem Park und Wald. Im Regionalplan sollte die Freizeit- und Touristische Entwicklungsziele aufgenommen werden [Abbildung1].</p> <p>1) Schlosspark und Parkplätze: Der Schlosspark soll seine Funktion als Eventlocation für Tagestouristen ausweiten, inbegriffen die notwendige Infrastruktur. Im Regionalplan sollte die Freizeit- und Touristische Entwicklung aufgenommen werden. Inbegriffen die notwendige Infrastruktur wie die Schaffung von Parkplätzen und Ausbau der Zufahrten.</p> <p>2) Da die Nachfrage nach Wohnmobilstellplätzen in unserer Region steigt und es zur Zeit in Langerwehe keine Antwort hierzu gibt, empfehlen wir, die Nutzung von Teilbereichen des vorhandenen Parkplatzes von Schloss Merode, der sich auf den landwirtschaftlichen Flächen befindet, für Wohnmobilstellplätze zu erweitern [Abbildung 2].</p> <p>3) Immer mehr Personen suchen nach Erholung und Aktivitäten im Wald. Um die vielen Besucher zu lenken ist es notwendig, in einem Teil des Waldes mehr Angebote zu schaffen und andere zu entlasten. Hierfür ist das Waldstück hinter den beiden Forsthäusern Jüngersdorf und Merode durch seine Lage prädestiniert. Die bereits vorhandene Infrastruktur in den Forsthäusern kann erweitert werden. Die Ablenkung wird mit verschiedenen Aktivitäten erreicht (Bogenparcours, Lehrpfad, künstlerische Inszenierungen usw.) [Abbildung 3].</p> <p>4) Glamping: In der Gegend fehlt es an Übernachtungsmöglichkeiten für Touristen. Der Trend zu CO2-neutralen und naturnahen Übernachtungen steigt. Die Fläche 4 ist der ehemalige Sportplatz. Durch das Schaffen von Angeboten wird auch das jetzige wilde Zelten im Wald reduziert werden.</p> <p>5) Die Klosterruine im Wald befindet sich im Naturschutzgebiet. Die Zielsetzung ist leider gescheitert. Der Andrang des Bereiches der Ruine durch Spaziergänger ist so hoch, dass die Sperrung kontraproduktiv ist. Hier ist die Idee, durch eine Kombination von gezielten Führungen und teilweise Renovierungen der Mauerreste, die beiden Interessen von Naturschutz auf der einen und Interesse der Bevölkerung auf</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in <i>Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum</i> grundsätzlich im Freiraum möglich und bedarf keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen. Die Vereinbarkeit der Funktionen des Regionalen Grünzugs bzw. der Bereiche zum Schutz der Natur mit touristischen Angeboten können im Einzelfall lösbar sein und sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch</p>

der anderen Seite in Einklang zu bringen. Das Konzept liegt der ULB Düren bereits vor [Abbildung 4+5].

[s. Anhang Abb. StnID\_1010469\_Abbildung 1]

[s. Anhang Abb. StnID\_1010469\_Abbildung 2]

[s. Anhang Abb. StnID\_1010469\_Abbildung 3]

[s. Anhang Abb. StnID\_1010469\_Abbildung 4]

[s. Anhang Abb. StnID\_1010469\_Abbildung 5]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1010469\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1010469\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1010469\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1010469\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1010469\\_5.pdf](#)

Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Neuaufstellung des Regionalplans bietet den Kommunen die Gelegenheit, für die Kommunen ihre Planungsabsichten -soweit regionalplanerisch relevant- einzubringen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1010470	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Energie: Der Klimawandel hat das Waldsterben beschleunigt. Mit zwei Projekten wäre kurzfristig eine signifikative CO2-Reduzierung bis hin zur CO2-Neutralität in der Bilanz der Gemeinde möglich.</p> <p>Windkraft: Damit die Gemeinde Langerwehe ihren Beitrag zu erneuerbaren Energien leisten kann, muss der Wald einbezogen werden. Dieser ist in großen Teilen durch die Zerstörung im 2. Weltkrieg mit Fichten aufgeforstet worden. Seit 2019 mussten im Gemeindegebiet über 450 ha Wald aufgrund des Borkenkäfers kahl geschlagen werden. Diese Kahlfächen bieten auch für die Windkraft ein großes Potential. Anbei ein Kartenausschnitt mit "Windvorrangzone_Langerwehe", die theoretisch möglichen Zonen nach Abzug der harten Kriterien [Abbildung 6].</p> <p>Solarpark: Entlang der Bahn zwischen Merode und Pier befinden sich Agrarflächen mit mäßiger Bodenqualität in einer Größe von +/- 20ha. Diese eignen sich sehr gut für einen Agro-Solarpark [Abbildung 7].</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1010470_Abbildung 6]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1010470_Abbildung 7]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010470_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1010470_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p>

1010472

#### Inhalt

Infrastruktur: Bahnanschluss: Bereits heute kommen bis zu mehr als 70.000 Tagestouristen nur für die Events zum [ANONYMISIERT]. Das Angebot von Bus und Bahn sollte erhöht werden. Der Punkt für eine weitere Haltestelle inklusive Park-and-Ride-Parkplätzen sollte aufgenommen werden. Hierfür ist eine Haltestelle in Höhe von D'horn optimal. So ist die Haltestelle auch von den Ortschaften Geich und Obergeich zu Fuss oder mit dem Rad erreichbar. Eine Haltestelle am Ort ist für die Sicherheit der Bahnfahrer einfacher zu gewährleisten als eine Haltestelle mitten in der Landschaft.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung und die Begründung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarten).

1010473	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gewerbegebiete: Das aktuelle Gewerbegebiet sollte vergrößert werden in Richtung Autobahn. Mit dem Zuwachs an Bewohnern ist es wichtig, weitere Arbeitsplätze in der Gemeinde anzusiedeln. Viele SpinOffs aus Jülich und Aachen suchen Freiflächen für Produktionsstandorte [Abbildung 8].</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_ 1010473_Abbildung 8]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010473.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die Gemeinde Langerwehe hat ebenfalls eine Anregung zur Erweiterung des Gewerbegebiets an der L12 abgegeben. Hierzu wird auf die Erläuterungen zur StnID 1001340 verwiesen.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Langerwehe verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich wurden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.</p>



1010474	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Schutz der Natur: Im Landschaftschutzplan der Gemeinde Langerwehe wurden bereits viele Ziele eingearbeitet. Aufgrund des Waldsterbens sind viele Waldflächen in den letzten Jahren verschwunden. Die jetzigen Naturschutzgebiete auf diese Flächen zu erweitern steht im Gegensatz zum Ziel der Wiederaufforstung von klimastabilen Wäldern. Desweiteren werden durch das Fehlen von Lenkungen der Spaziergänger, Fahrradfahrer, Reiter, Geotracking, usw. die Naturschutzgebiete regelrecht überlaufen. Die Problematik ist dem Kreis Düren und der ULB seit Jahren bekannt. Eine Hilfestellung der Eigentümer durch Kontrollen und Prävention seitens der zuständigen Ämter war bis heute nicht möglich. Hier sollten die Grenzen, die im Landschaftschutzplan festgelegt worden sind, in den Regionalplan übernommen und nicht erweitert werden. Besonders gilt dies in dem Bereich des Knosterbergs und der Klosterruine Schwarzenbroich [Abbildung 9].</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1010474_Abbildung 9]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010474.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1392	
1002921	
1006948_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezugnehmend auf den Bericht: Klimaausblick NRW des "Climate Service Center Germany (GERICS) Eine Einrichtung des Helmholtz-Zentrum Geestacht, <a href="https://www.gerics.de/products_and_publications/fact_sheets/landkreise/index.php.de">https://www.gerics.de/products_and_publications/fact_sheets/landkreise/index.php.de</a> U.a. für den Kreis Heinsberg.</p> <p>Es reicht eigentlich schon wenn man die betreffende Einleitung "kurz und knapp" liest.</p> <p>Es sollte doch jedem bewusst werden und die Wetterzenarien der letzten 3 Jahr nur in NRW weisen ja auch darauf hin. Man sollte tunlichst vermeiden , solch große Bauvorhaben, ohne diese Prognosen gelesen zu haben, zu genehmigen, somit verwirklichen zu wollen. Die Wetterextreme werden kontinuierlich zunehmen, bis auf den Winter.</p> <p>Bei allen gutgemeinten Planungsansätzen zu Umwelt, Klimaschutz und Ressourcenschonung bei der Arbeitsplatz.- und Wohnraumschaffung bleibt doch nur eins: Es wird überproportional viel Landschaft für lange Zeit zerstört, Versiegelung betrieben und somit Einfluß auf unser Klima genommen. Die Klimaauswirkungen werden wir ja wohl erstmal nicht stoppen können, solche Großvorhaben werden aber sicherlich keine positiven Einfluß auf sie haben.</p> <p>Stattdessen könnte man doch vorhandene Ressourcen anders nutzen. Zu einem, könnte man Industriebrachen reaktivieren. Ein zusätzlicher Effekt wäre Altlasten zu beseitigen und dabei die vorhandene Verkehrsinfrastruktur zu nutzen.</p> <p>Im Raum Gk. Lindern erfüllt nicht eine Straße annähernd die Voraussetzungen zur Anbindung an ein Industriegebiet b.z.w. dessen Schaffung. Bis zu 15km Straße zusätzliche Versiegelung. Für eine Wohnraumbeschaffung betreffend wären innerörtliche Freiflächen und Baulücken zu nutzen.</p> <p>Die dem Land NRW gehörenden betreffenden Flächen in Geilenkirchen Lindern könnten dann alternativ für den Bau von 6 bis 8 Windrädern genutzt werden. Die Lage bietet sich dafür an.</p> <p>Mein Fazit: Anstatt für Jahrzehnte Geld auf Risiko zu invertieren und dabei Natur und Klima zu schädigen. A: 6 bis 8 Windräder stehen in ca 2 max. 3 Jahren. B: 70000 bis 90000 €/Jahr pro Windrad Pachteinnahmen kommen dem Land zugute.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

<p>C. Den Landwirten wird ermöglicht die Felder weiter zu bestellen. Der Ertrag würde einen kleinen Beitrag zu der Nahrungsmittelversorgung leisten.</p> <p>D: Der Stromertrag der Windräder ist dann ein Beitrag zu der angestrebten Energiewende, weg von fossilen Energieträgern.</p>	
--	--

AZ: Ö-M-1393

1002924

1007188

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren, das von ihnen geplante Industriegebiet ist nicht förderlich und verschandelt unsere Umwelt und die Dorfgemeinschaft. Auch wird der Regel Industrieverkehr nicht gut sein. Die Umweltbelastung ist schon hoch genug nun und dieser noch mehr aus zu setzen kann ich so nicht verstehen. Sie nehmen unserer Ortschaft schon den Namen weg ( Neuhausen Richtungsschilder entfernt). Nun wird unsere Lebensqualität auch noch durch ein nicht durchdachtes Industriegebiet geschmälert. Der Verdacht liegt nahe das hier andere Interessen im Spiele sind. Aus diesen und noch mehr Gründen bin ich gegen dieses Projekt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1394

1002922

1006950\_001

#### Inhalt

Die Tagesanlagen Hambach und die Kohlebunker des Tagebaus Hambach werden wahrscheinlich nur noch bis 2029 von RWE genutzt, sodass ab dem Jahr 2030 nach kommunaler Bauleitplanung und Entlassung aus der Bergaufsicht eine Folgenutzung des rd. 130 ha großen Bereichs möglich erscheint. Grundlage für die kommunale Bauleitplanung und für Folgenutzungen ist eine Aufstellung eines Regionalplans für die Tagebaurandzone und das Gebiet der Gemeinde Niederzier. Durch die sehr gute Anbindung an das vorhandene Verkehrsnetz (Straßen- und Schienennetz) drängt sich eine bauliche Folgenutzung des Bereichs förmlich auf. Mögliche Standortrestriktionen werden aktuell von der Perspektive.Struktur.Wandel GmbH untersucht und in den Folgejahren sollen Nachnutzungsszenarien für den Bereich in Abstimmung mit der Gemeinde Niederzier, der Tagebaumfeldinitiative Neuland Hambach, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem aktuellen Grundstückseigentümer RWE entwickelt werden.

Im Wiedernutzbarmachungsplan des Tagebaus Hambach wird der Bereich aufgrund der bisherigen gewerblich/industriellen Nutzung und der sehr guten Erschließungssituation als Sonstige Fläche und nicht als land- oder forstwirtschaftliche Rekultivierungsfläche dargestellt. Die Gemeinde Niederzier- als Partner der Starke Projekte GmbH - verliert durch den Wegfall der Tagebaunutzung ein größeres Volumen an Gewerbesteuererinnahmen, sodass dort Interesse an einer gewerblichen Nutzung eines größeren Bereichs der Tagesanlagen besteht.

Gleichzeitig besteht bei der Gemeinde Interesse, einen Zugang zum zukünftigen Hambachsee zu schaffen und dort in Teilen attraktive Nutzungen für Niederzierer Bürger und Touristen zu schaffen. Dies kann bspw. durch Freizeit-, Sport- und Erholungsangebote und Gemeinbedarfsnutzungen sowie auch durch Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen erfolgen.

Da eine konkrete Verortung sowohl einer möglichen gewerblich/industriellen Nutzung als auch einer ASB-Nutzung derzeit auch aufgrund der noch laufenden Prüfung für Nachnutzungsszenarien noch nicht möglich ist, regen wir daher an, für das Gebiet der rd. 130 ha großen Tagesanlagen eine neue Kategorie im Regionalplan zuzulassen. Passend wäre eine Ausweisung als Mischfläche ASB/GIB. Durch planerische Festsetzungen im Bauleitplanverfahren könnte dann die Gemeinde durch Einschränkungen in den Festsetzungen gemäß Abstandflächenerlass NRW die Nutzungen soweit einschränken, dass sowohl gewerblich/industrielle als auch Wohn- und sonstige Nutzungen im Bereich der bisherigen Tagesanlagen realisierbar sind. Eine Beschränkung auf ausschließlich GIB-Darstellungen, wie von der Gemeinde Niederzier auch diskutiert, halten wir nicht für zielführend. Eine Darstellung der

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005215 sowie StnID 1005216) durch die Festlegung eines GIBtransformation, eines ASBz Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus sowie eines Allgemeinen Siedlungsbereiches in Teilen der Tagesanlagen (s. Änderungskarten und Änderungssynopsen).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der benannte Bereich wird als GIBtransformation festgelegt, sodass eine Sicherung als Siedlungsraum gegeben ist. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

gesamten Fläche als ASB, wodurch nur nicht emittierende gewerbliche Nutzungen zulässig wären, würde u.E. die Gemeinde in ihrer zukünftigen Entwicklung sowohl stadtplanerisch als auch wirtschaftlich ggf. einschränken.	
--	--

1011938

#### Inhalt

Die derzeitige zeichnerische Darstellung weist die für das BoAplus-Kraftwerk vorgesehene Kraftwerksanschlussfläche (ca. 40 ha) als GIB mit der Zweckbindung ?Kraftwerk? aus. Da diese Fläche für eine Kraftwerksnutzung nicht mehr in Anspruch genommen werden wird und die Kreisstadt Bergheim dringend gewerblich/industriell nutzbare Flächen benötigt, ist aus Sicht der Starke Projekte GmbH eine künftige Darstellung der BoAplus-Fläche als GIB ohne Zweckbindung wünschenswert. Die kurzfristige Verfügbarkeit der BoAplus-Fläche ist ? unabhängig von der Kraftwerksstilllegung ? gegeben.

Im Hinblick auf eine überregional bedeutsame Gewerbeflächenentwicklung (Aufnahme des Flächendrucks aus der Metropolregion Düsseldorf/Köln) bewerten wir auch eine Ausweisung der derzeit als Acker genutzten Arrondierungsflächen nordwestlich (ca. 40 ha) und südöstlich (ca. 40 ha) der derzeitigen BoAplus-Fläche als sinnvoll. Die Starke Projekte GmbH wird in enger Abstimmung mit der Stadt (Gremien, Bürgerschaft) und der PSW GmbH eine umfassende und strategisch übergreifende Entwicklungsperspektive (Masterplan) für den Siedlungsraum Bergheim-Nord erarbeiten, in die diese Flächen sowie die des derzeitigen Kraftwerksstandortes einbezogen werden. Damit werden frühzeitig Funktionen, Nutzungen und Raumbezüge für die zukünftige Siedlungsentwicklung miteinander verknüpft und verortet.

[Abbildung]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1011938.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1004931)

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für weitergehende Festlegung von Siedlungsraum stehen keine kommunalen oder regionalen Bedarfe, noch Bedarfe gemäß § 38 LPlG NRW zur Verfügung (s. StnID 1011374). Darüber hinaus ist entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht für die nordwestlich angrenze Fläche besteht außerdem kein Sicherungserfordernis, sodass die Abgrenzung des Siedlungsraums gemäß der Änderungskarte im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

AZ: Ö-M-1395

1002923

1006957

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Die geplante südliche Erweiterung (Ergänzungsfläche Meschenich-Süd) des o.g. Bereiches ist aus folgenden Gründen unserer Sicht nicht zu befürworten.

In der Zusammenfassung der Regionalentwicklungsgesellschaft Köln wird für diesen Bereich eine Siedlungsempfehlung für den Regionalplan **nicht ausgesprochen** und dies u.a. mit einem hohen ökologischen Konfliktpotential begründet.

Wir schließen uns dieser Auffassung an und begründen dies u.a. mit folgenden Punkten:

1. Der geplante Bereich liegt z.Zt. in einem **Landschaftsschutzgebiet** mit einer schützenswerten Baumreihe.
2. Ferner ist der südliche Teil dieser Fläche **Grüngürtel** und eine **Biotopverbundfläche** von besonderer Bedeutung (Stufe 2). Sie ist auch Bestandteil der **Regionale 2010**. Deren Ziel ist es langfristig u.a. wichtige Klimaachsen durch landschaftsplanerische Maßnahmen aufzuwerten und zu erhalten.
3. Die geplante Erweiterung beeinträchtigt auch die bestehenden Kaltluftströme, die nachts einen Luftaustausch gewährleisten. Gerade nachdem die letzten Jahre immer höhere Sommertemperaturen aufweisen, ist verstärkt darauf zu achten, diese Kaltluftströme nicht zu behindern. Eine Bebauung dieses Gebietes würde zwangsläufig dazu führen, dass große Teile Meschenichs höheren Temperaturen ausgesetzt ist. (vgl. auch Klimawandelgerechte Metropole Köln, LANUV Fachbericht 50 [https://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuvpubl/3\\_fachberichte/30050.pdf](https://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuvpubl/3_fachberichte/30050.pdf))
4. An 6 unterschiedlichen Stellen besteht eine Starkregengefahr mit einer Höhe von bis zu 50 cm. Starkregenereignisse haben in den letzten Jahren zugenommen und werden weiterhin zunehmen.
5. Im Norden südlich der Weststr. umfasst der geplante Bereich komplett eine städtische Ausgleichsfläche.
6. Im südöstlichen Bereich wird eine bestehende Ausgleichsfläche beschnitten.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1007868).



7. Mangels anderer Möglichkeiten dient der komplette Bereich mit den darin verlaufenden Feldwegen der örtlichen Naherholung was im Bericht der Regionalentwicklungsgesellschaft weitgehend unbeachtet bleibt.

8. Die zu erwartende Rheinquerung ?Rheinspange? wird zu einer deutlichen Zunahme des Verkehrs auf der L150 führen. Damit einhergehend wird es zu einer deutlichen höheren Emission von Lärm kommen.

9. Ebenfalls im Bericht der Regionalentwicklungsgesellschaft kam nicht vor, dass die betroffenen Flächen von Feldhasen besiedelt sind, die auch auf der Roten Liste stehen.

10. Bei einem Abstand von 20-30 Metern zur 110KV-Hochspannungsleitung würde wahrscheinlich ein derzeit noch geltender Vorsorgewert eingehalten. Doch das Umweltamt hatte bereits im Jahr 2011 dazu das Bundesamt für Strahlenschutz zitiert und schon relativ gering erscheinende Dauerbelastungen für Anwohner von 0,3 ? 0,4 Mikrotelsa als gesundheitlich problematisch eingestuft: Gefahren von Leukämie und neurodegenerativen Erkrankungen (Alzheimer, Parkinson) wurden benannt. Diese Werte können bei dem geplanten Abstand nicht eingehalten werden. Der Vorsorgewert liegt derzeit ca. 30 mal höher.

Alles in allem erscheint die Fläche auf keinen Fall geeignet in Gänze als Baugebiet ausgewiesen zu werden. Was an Fläche noch verbleibt, würde die ökologisch zusammenhängenden und -wachsenden Flächen stark beeinträchtigen und das örtliche Klima nachhaltig zum Schaden der Bewohner verändern.

Wir lehnen deshalb eine Besiedlung der Fläche ab.

**Inhalt**

Zu der Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehmen wir wie folgt Stellung: Der angedachte Planungsstand im Kreis Euskirchen und Düren, sieht eine deutliche Ausweitung der Gebiete ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung? (BSLE) vor. Schätzungsweise liegt die ausgewiesene Fläche in den beiden Kreisen bei über 80%. Auch unser eigener Betrieb ist mit knapp 90% der Flächen von der Ausweisung des Gebietes betroffen. Hiervon liegen wiederum knapp 20% der Fläche im Gebiet zum ?Schutz der Natur? (BSN) Hierdurch sehen wir unsere landwirtschaftliche Produktion und die Existenz unseres gesamten Betriebes mehr als gefährdet! Insbesondere vor den europa- und weltpolitischen Entwicklungen ist es wichtiger denn je, dass die heimische Landwirtschaft und die Betriebe vor Ort durch regionale Politik gestärkt und nicht weiter eingeschränkt werden. Wir als landwirtschaftliche Betriebe brauchen eine Gewährleistung, dass unsere Ackerflächen weiterhin zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen. Dies ist durch die Ausweitung der Gebiete (BSN & BSLE) nicht der mehr gegeben, denn mit dem aktuellen Gesetzentwurf der EU, soll zukünftig auf jeglichen Flächen die in einem Schutzgebiet liegen (Wasserschutz, FFH-Gebiete, Naturschutz, Vogelschutz, Landschaftsschutz etc.) der chemisch-synthetische Pflanzenschutz verboten werden. Das hat zur Folge, dass wir die Flächen nicht mehr produktiv und wirtschaftlich bewirtschaften können. Für unseren Betrieb speziell würde das bedeuten, dass wir über 90 Prozent der Flächen nicht mehr für den Anbau von Nahrungsmitteln verwendet können, wenn die BSLE-Gebiete hier mit hineinfallen würden. Definitiv würden aber die knapp 20% in den BSN Gebieten zum Anbau von Nahrungsmitteln wegfallen. Des Weiteren führt die Ausweitung der Gebiete zu einem deutlichen finanziellen Wertverlust der Flächen! Denn viele Standorte sind ohne chemischen Pflanzenschutz einfach nicht zu bewirtschaften. Wir haben zum Teil Problemunkräuter die unsere kultivierte Pflanze unterdrücken würden, wenn wir auf den chemisch-synthetischen Pflanzenschutz verzichten müssten. Außerdem kann auch bei weitem nicht jede Bodenart mit einer maschinellen Unkrautbekämpfung (Striegel oder Hacke) sauber gehalten werden. Je nach Bodenbeschaffenheit, ist der Wirkungsgrad deutlich reduziert. Hinzu kommt, dass diese Flächen dann biologisch zu bewirtschaften wären und ein solch großen Markt für Bioprodukte wird es in Deutschland oder auch in Europa niemals geben. Das hat zur Folge, dass die Wirtschaftlichkeit der Flächen ebenfalls nicht mehr gegeben ist und die Flächen somit nicht mehr zur Nahrungsmittelproduktion genutzt werden. Ein weiteres deutliches Problem was uns in der Landwirtschaft zu schaffen macht, ist der starke Flächenverlust durch Bebauung und Besiedlung. Durch die Versiegelung gehen der Landwirtschaft in Deutschland täglich etwas mehr als 50 ha verloren und stehen somit nicht mehr der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

<p>Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung. Auch hier sehe ich in der Ausweisung der Gebiete im Regionalplan noch ein deutliches Verbesserungspotential. Statt einer Neuausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen, ist es dringend an der Zeit alte brachliegende Gewerbeflächen aber auch Wohnflächen wieder in die Neubebauung mit aufzunehmen und das zu attraktiven Konditionen. Hierdurch kann der Flächenverbrauch deutlich reduziert werden. Grundsätzlich sehen wir als Landwirt, jegliche Fläche als schützenswert und bewirtschaften unsere Flächen auch so. Wir bieten der Landschaft eine hohe Artenvielfalt und erhalten den Naturraum mehr denn je! In unserem Betrieb bauen wir 10 verschiedene Kulturen an, wodurch wir der Natur ein hohes Artenspektrum bieten und die Biodiversität in unserem Naturraum fördern</p> <p>Aus den vorweg genannten Gründen müssen die beabsichtigten Planungen zur Ausweisung von Gebieten zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? und zum ?Schutz der Natur? zwingend abgelehnt werden. Wird die Ausweisung nicht abgelehnt, wird dies zu katastrophalen Folgen in der regionalen Landwirtschaft führen und ein massives Höfe sterben hervorrufen, wenn die ausgewiesenen Schutzgebiete anschließend durch Verordnungen der EU, weiterer Einschränkungen wie zum Beispiel das aktuell diskutierte Pflanzenschutzverbot erhalten. Aus diesem Grund bitten wir Sie drin glichst um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphase.</p>	<p>abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	--

AZ: Ö-M-1399	
1002961	
1006963_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich beziehe Stellung zur Neuauufstellung des Regionalplanes Köln, im Namen meiner Mutter, [ANONYMISIERT], 41849 Wassenberg/Effeld. Eine entsprechende Vollmacht liegt diesem Schreiben bei.</p> <p>Meine Mutter ist Eigentümerin eines Grundstücks im Stadtgebiet Wassenberg, Kreis Heinsberg.</p> <p>Im Konkreten handelt es sich um folgendes Grundstück:</p> <p>Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]; Gebäude- und Freifläche, landwirtschaftliches Weideland, Wasserfläche; Größe: 3,4357 ha</p> <p>Dieses Grundstück ist von der beabsichtigten Festlegung von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) im Entwurf des Regionalplans betroffen. Meine Mutter wendet sich gegen die großflächige Festlegung von BSN auf Ihrem Grundstück. Ich gebe hierzu namens und im Auftrag meiner Mutter folgende Stellungnahme zur Neuauufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ab:</p> <p>Das oben benannte Grundstück, "[ANONYMISIERT]", ist ein kleines Schloß nebst Park, Vorburg und einem Weiherlauf um Schloß sowie das Grundstück, aus dem 15. Jahrhundert, und im Privatbesitz befindlich. Das Schloß ist seit über einem Jahrhundert im Besitz meiner Familie und wurde von dieser nach schweren Beschädigungen im zweiten Weltkrieg nahezu originalgetreu wiederaufgebaut.</p> <p>Aktuell leben dort meine Mutter, Eigentümerin des Schloßes und folglich auch des gesamten Grundstückes, und regelmäßig auch meine Frau und ich, und weder das Schloß noch sonstige Gebäude und Bereiche des Grundstücks sind der breiten Öffentlichkeit zugänglich, was bedeutet,dass das Anwesen rein privat als Familienwohnsitz der Familie [ANONYMISIERT] genutzt wird, wie es immer schon der Fall war. Das wird auch in Zukunft so sein, wenn meine Frau und ich, als Erbe des Schloßes, nach meiner Mutter ständig dort leben werden, sowie nach uns unsere Kinder und deren Kinder.</p> <p>Das wiederum bedeutet, [ANONYMISIERT] und das dazugehörnde Grundstück mit Nebengebäuden, Park und Wiesenland stehen nicht für die Pläne einer Einbeziehung des Grundstückes in den BSN zur Verfügung, das die dortigen Bedingungen als privat geführter Wohnsitz diesen Plänen, wie etwa der Errichtung von Biotopen, vollends widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Als privater Wohnsitz im Eigentum einer Privatperson, nämlich meiner Mutter und irgendwann in Zukunft mir sowie in der Folge meinen Erben, sollte Schloß Effeld keinesfalls von öffentlichem Interesse, sprich nicht interessant für die Pläne zur Einbeziehung in den BSN sein, da das gesamte Grundstück privat, von der Eigentümerin bewohnt wird sowie der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, und auch in Zukunft der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein wird.

Im Übrigen verweise ich, selbst vom neuen Regionalplan betroffen, auf die ebenfalls bei Ihnen eingegangene Stellungnahme meines Anwaltes [ANONYMISIERT], in meinem Namen und Auftrag, vom 24. August 2022, in welcher auch das hier behandelte Grundstück meiner Mutter "Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]" mit aufgeführt wird. Besagte Stellungnahme füge ich anbei.

Abschliessend rege ich, im Namen meiner Mutter, [ANONYMISIERT], handelnd, aus dargelegten Gründen an, das Grundstück "Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]" nicht in den vorgesehenen BSN einzubeziehen.

Ich darf Sie höflich bitten, mir den Eingang dieser Stellungnahme zu bestätigen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Als vom oben angeführten Großvorhaben betroffener Bewohner des Ortsteiles Geilenkirchen-Würm möchte ich mit diesem Schreiben meine nachfolgend angeführten Bedenken äußern und bitte die für dieses Vorhaben verantwortlichen Entscheidungsträger das Großvorhaben aus den nachfolgend angeführten Gründen einzustellen.

**1. Klima**

Die aktuelle Klimasituation und die Klimaentwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass auch Flächenversiegelungen in großem Maße dazu beitragen, dass Überschwemmungen nie dagewesene Ausmaße annehmen. Das Hochwasserereignis aus 2021 ist sicher noch jedem in Erinnerung und zeigt zweifelsfrei, dass die ständige Versiegelung weiterer Flächen falsch ist. Eine derart große Fläche von 250 ha plus Flächen für den Straßenbau etc. darf nicht umgewandelt werden.

**2. Grundwassersicherung**

Siedelt sich in dem Maße Industrie an, wie prognostiziert, wird die Grundwassersicherung nicht mehr gewährleistet werden können. Der derzeit andauernde trockene Sommer zeigt doch eindrücklich, dass wir uns dies nicht erlauben können.

3. Durch das Großprojekt gehen 250 ha landwirtschaftliche Fläche plus ca. 150 - 200 ha Fläche für die Verkehrsanbindungen verloren. Können wir uns das wirklich erlauben? Der Krieg in der Ukraine zeigt doch eindrücklich, wie wichtig diese Flächen für die Versorgung der Bevölkerung ist.

**4. Verkehrsanbindung:**

Die vorgesehene Fläche in Lindern befindet sich fern ab jedweder Autobahnverbindungen. Es bedarf vieler weiterer Flächen, die für den Ausbau des Straßennetzes ebenfalls versiegelt werden müssen. Hierfür müssen Teile unserer Wälder (Junkewald) und Naturschutzgebiete gerodet werden. Da wir hier in unserer Gegend sowieso schon nicht sehr viele dieser schützenswerten Gebiete besitzen, ist das für uns als betroffene Bürger nicht hinnehmbar.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

##### 5. Naturschutz:

Im Kreis Heinsberg wurde in den letzten Jahrzehnten intensiv in Natur und Landwirtschaft eingegriffen und zwar durch überdurchschnittlich hohe Ausweisung von Gewerbeflächen und Baugebieten sowie durch einen großen Anteil an Gewinnungsstätten für Rohstoffe der Bauindustrie und Energiegewinnung - Braunkohletagebau Garzweiler etc.

##### 6. Verantwortung für die nächsten Generationen:

Es darf nicht sein, dass auf dem Rücken meiner und meiner Kinder Großprojekte beschlossen werden, die uns die Möglichkeit nehmen, ein würdevolles Leben in einer intakten Umwelt zu leben.

Auch kann und darf es nicht sein, dass jeder diesbezügliche Einspruch mit dem Argument der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ gerechtfertigt wird.

Was nutzen Arbeitsplätze, wenn die Umwelt und damit auch die Menschheit zugrunde geht? Außerdem finden Arbeitgeber in unserer Region keinerlei Arbeitnehmer. Woher sollen denn dann Arbeitnehmer für das Großvorhaben kommen und wo sollen diese Menschen wohnen usw.?

Wir sind eine ländlich geprägte Region und werden durch das geplante Vorhaben mit 10.000 Arbeitnehmern (plus Familien!) in kürzester Zeit einwohner technisch extrem überfordert werden.

Warum werden nicht erst einmal geeignetere freie Flächen für solch ein Vorhaben genutzt.

Eignet sich nicht eventuell der ehemalige Bundeswehrstandort in Geilenkirchen für solch ein Projekt? Die Straßenanbindungen zu den notwendigen Autobahnen sind bereits ausreichend vorhanden.

Leider musste ich auf mehreren Informationsveranstaltungen der Stadt Geilenkirchen die Erfahrung machen, dass die Verantwortlichen der Städte Geilenkirchen und Hückelhoven sowie des Kreises Heinsberg sich über die Einwände der Bürgerinnen und Bürger hinwegsetzen und dass die Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht am eigentlichen Entscheidungsprozess für oder gegen das Großvorhaben beteiligt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass das geplante Industriegebiet Lindern unverantwortlich ist und dass die Auswirkungen des Klimawandels endlich ernst genommen werden müssen!! Dies sind wir den nächsten Generationen schuldig.

Ich hoffe, Sie entscheiden im Sinne meiner Generation und der Generation meiner Kinder, das Projekt aus Gründen der Vernunft zu stoppen.

AZ: Ö-M-1402	
1002973	
1006967_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zur Neuauufstellung des Regionalplans Öff Neuauufstellung Regionalplan</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wie wir aus den Veröffentlichungen der Bezirksregierung im Zusammenhang mit der Neuauufstellung des Regionalplans Köln entnehmen können, werden Veränderungen der Flächenkennzeichnung in unserer unmittelbaren Nachbarschaft vorgenommen. Hier handelt es sich um die ?Kerberg-Wiese?, 51643 Gummersbach, die oberhalb der Strassen ?Am Kerberg? und ?Bornerhof? und bis an das ?Kriegerdenkmal? am höchsten Punkt des Kerbergs reicht.</p> <p>Auf der beigegeführten Karte des Geoviewers ist die Fläche gelb markiert. Auf den ebenso beigegeführten Kartenausschnitten des aktuellen und des neuen Regionalplans können Sie Unterschiede erkennen: im aktuellen Regionalplan ist diese Kerberg-Wiese als ?Allgemeiner Siedlungsbereich? (in Ocker), ein Streifen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? (in Hellgelb) sowie ?Waldbereich? (in Hellgrün) dargestellt. Im neuen Regionalplan entfällt die Fläche ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? zugunsten eines erweiterten ?Allgemeinen Siedlungsbereich?.</p> <p>Diese Flächenentwicklung ? also der Ausweitung von Siedlungsbereichen zu Ungunsten von Freiraum- und Agrarbereichen ? steht im Konflikt mit zahlreichen Zielen der aktuellen Trends und Vorgaben in der Raumordnung. Diese möchten wir folgend nennen:</p> <p>Zielsetzung des Regionalplans ist es eine nachhaltige Raumentwicklung zu gestalten, die gleichermaßen ökonomische, soziale und ökologische Gesichtspunkte verfolgt.</p> <p>In §12 Landesplanungsgesetz NRW wird festgelegt, dass vorliegende Fachbeiträge und Konzepte (z. B. Klimaschutzkonzepte) bei der Erarbeitung von Raumordnungsplänen zu</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



berücksichtigen sind. Vorliegende Fachbeiträge sind u.a. zu dem Thema Klima, Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Naturschutz- und Landschaftspflege und Forstwirtschaft vorhanden.

Im Landentwicklungsplan NRW wird in Kapitel 4 die Bedeutung des Klimaschutzes für die Raumordnung unterstrichen und der Auftrag erteilt, den Klimawandel miteinzubeziehen und vorliegende Klimaschutzkonzepte zu berücksichtigen.

In der Veröffentlichung 'Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplan' in der Entwurf-Fassung 2021 sind folgende Begründungen zu den Festlegungen beschrieben:

? G1: Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen (S.25 )

? G2: Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln (S. 26-27)  
?Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln dient dem Schutz des Freiraums mit überörtlich bedeutsamer klimaökologischer Bedeutung und damit der Anpassung an den Klimawandel. Kaltluftentstehungsgebiete und ihre Leitbahnen sind sowohl für das Mikro- als auch das Makroklima relevant, indem sie kalte Luft in thermisch belastete Bereiche transportieren (LANUV 2018a, S. 103). Gunsträume bieten Ausgleichsflächen zur Belastungsminderung der betroffenen Einwohner (LANUV 2018a, S. 113). Als Ausgleichsräume haben die Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung einen großen Einfluss auf die Lebensqualität der Bevölkerung.?

? G3: Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln (S.27) ?Grün und Freiflächen stellen klimaökologische Ausgleichsräume dar und können über Flurwinde die Wärmebelastung in den Siedlungsflächen verringern (LANUV 2018a, S. 105). Durch (G. 3) Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln wird an die nachgelagerte Planungsebene der Handlungsauftrag erteilt, das Freifächensystem von Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion zu sichern und zu entwickeln, um den Erfordernissen zur Anpassung an den Klimawandel gerecht zu werden und zu einer Verbesserung der klimaökologischen Situation im Siedlungsraum beizutragen. Durch die Festlegung wird ein vernetztes örtliches und überörtliches klimabedeutsames Freiraumsystem angestrebt, welches den Luftaustausch und den thermischen Ausgleich durch die Sicherung und Entwicklung neuer Grün- und Freiräume fördert. Zudem ermöglichen die Grün- und Freiflächen der Bevölkerung, vor starken oder extremen Hitzebelastungen am Tage auszuweichen und sich dort von bestehenden Hitzebelastungen zu erholen. Außerdem soll durch (G3) Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln sichergestellt werden, dass auf kommunaler Planungsebene die im Siedlungsraum bestehenden Freiräume mit den überörtlich bedeutsamen klimaökologischen Bereichen gemäß (G. 2) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln vernetzt werden und ein weiträumig zusammenhängendes Netz für den Kaltlufttransport geschaffen wird.?

? G4: Thermische Belastungen abbauen (S.27-28) ?Durch den Klimawandel kommt es zu einer verstärkten Bildung von Wärmeinseln, insbesondere in dicht bebauten innerstädtischen Siedlungsräumen. In diesen Belastungsräumen mit einem Mangel an Durchlüftung können sich besonders hohe Temperaturen negativ auf das Wohlbefinden oder die Gesundheit von Menschen auswirken (LANUV 2018a, S. 92).

Da im Vergleich zur thermischen Belastung am Tage die Anpassungskapazität der Bevölkerung an Hitzestress in der Nacht grundsätzlich niedriger einzustufen ist (LANUV 2018a, S. 107), besteht insbesondere in den Siedlungsräumen mit nächtlicher Überwärmung ein sehr hoher Handlungsbedarf. ?.. Thermische Belastungen abbauen soll den bestehenden Belastungen entgegengewirkt werden. Hierzu sollen insbesondere Grün- und Freiflächen gesichert und entwickelt werden. Diese können das lokale Klima positiv beeinflussen, da hierdurch nachts eine stärkere Abkühlung begünstigt wird und durch die somit entstehende Kaltluft die Wärmebelastung in den bebauten Siedlungsbereichen ausgeglichen werden kann. ? Zugleich können Grün- und Freiräume an Hitzetagen mit ihrem Kühlungseffekt als Erholungs- und Regenerationsräume für die Bevölkerung dienen. Ebenfalls sollten in der kommunalen Bauleitplanung entsprechende klimawirksame Festsetzungsinstrumente und Darstellungsmöglichkeiten geprüft werden, um einer weiteren thermischen Belastung in bereits belasteten Räumen bei Nachverdichtungen zu begegnen.?

? G5: Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen (S.28)  
?Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen zielt darauf ab, dass die zunehmend an Bedeutung gewinnende klimatische Funktion innerörtlicher Grün- und Freiflächen bei der Abwägung im Rahmen der Siedlungsentwicklung berücksichtigt wird. Die Festlegung trägt somit zu einer klimagerechten Steuerung der bauleitplanerischen Siedlungsentwicklung bei. Vor dem Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels soll daher vor allem bei der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung die Klimaausgleichsfunktion von Freiflächen besonders berücksichtigt werden, um im Sinne der Anpassung an den Klimawandel den Kaltluftaustausch zu fördern und die thermische Belastung der Einwohner zu reduzieren. Im Rahmen eines erforderlichen Flächentauschs kann so Vorsorge hinsichtlich des klimabedeutsamen innerstädtischen Freiflächensystems betrieben werden.

? G19: Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln (S.130 ? 131) ?Mit dem vorliegenden Grundsatz wird dem Auftrag an die Raumordnung Rechnung getragen, den Freiraum durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen und ein großräumig übergreifendes ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen (§ 2 Abs. 2 ROG).?

? G20: AFAB sichern und entwickeln (S.131) ?Allgemeine Freiraum und Agrarbereiche (AFAB) sind gemäß Anlage 3b Nr. 2.a) LPIG DVO Vorbehaltsgebiete. Dies

unterscheidet sie von den übrigen flächig festgelegten Freiraumfestlegungen (Oberflächengewässer und Waldbereiche), für die in den entsprechenden Sachkapiteln Ziele im Sinne von Vorranggebieten formuliert sind. Der Grundsatz dient der räumlichen Zuordnung der im Regionalplan zeichnerisch festgelegten AFAB zu den Regelungen, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auf den Erhalt und die Verbesserung von Freiraumfunktionen abzielen.?

? G24: Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten (S.133) ?Die vorliegende Festlegung konkretisiert die Vorgaben des Grundsatz 7.1-4 LEP NRW auf regionaler Ebene. Der Grundsatz dient dazu, in Umsetzung der Vorgaben der Landesentwicklungsplanung schutzwürdige Böden vor dem Verlust von Bodenfunktionen oder schädlichen Veränderungen zu bewahren. Zudem soll der räumlichen Diversität der Böden Rechnung getragen werden. Entsprechend dem regionalplanerischen Vorsorgeprinzip kommt dem Bodenschutz über die bestehenden fachrechtlichen Regelungen hinaus eine wichtige Bedeutung zu. Der Boden ist ein bedeutender Bestandteil des Naturhaushaltes dessen Zerstörung in der Regel nicht reversibel ist. ?. Als Teilfunktionen werden neben der Funktion als Archiv der Natur und Kulturgeschichte verschiedene natürliche Bodenfunktionen benannt. Dies sind das Biotopentwicklungspotential, die Funktion als Regler und Puffer/die natürliche Bodenfruchtbarkeit sowie die Funktion als Regler für den Wasserhaushalt im 2-Meter-Raum.?

? G26: Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen (S. 134) ?Der Grundsatz konkretisiert Regelungen zur landschaftsgebundenen Erholung des LEP NRW auf regionalplanerischer Ebene. Nach Grundsatz 7.1-1 LEP NRW soll Freiraum unter anderem für seine Erholungsfunktion gesichert und entwickelt werden. Gemäß Grundsatz 7.1-8 LEP NRW sollen Bereiche, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die naturverträgliche und landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung besonders eignen, für diese Nutzungen gesichert und weiterentwickelt werden. Die regionalplanerische Festlegung soll dazu beitragen, besonders für landschaftsgebundene Erholungs- und Freizeitnutzungen geeignete Bereiche zu sichern, zu entwickeln und vor Beeinträchtigungen zu bewahren.?

? Schutz der Natur und Landschaft (S. 139 ff) ?Auch außerhalb der Gebiete für den Schutz der Natur soll Freiraum, der sich durch eine hohe Dichte an natürlichen oder kulturlandschaftlich bedeutsamen Elementen, an für gefährdete Arten und Lebensräumen bedeutsamen Landschaftsstrukturen oder durch besondere Eigenart und Schönheit auszeichnet, vor Inanspruchnahme bewahrt werden (Grundsatz 7.2-5 LEP NRW).?

? G32: Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten (S.144) ?Der Grundsatz ist die regionalplanerische Konkretisierung der Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW. Er stellt darauf ab, landwirtschaftliche Flächen im Freiraum als wesentliche

Produktionsgrundlage für Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten.?

? Grundwasserschutz und Gewässerschutz: BGG sichern (S.153) ?Durch das Ziel wird das Ziel 7.4-3 LEP NRW räumlich konkretisiert und der Sicherungsauftrag für Bereiche, die aufgrund der Trink- und Heilwassergewinnung besonders zu schützen sind, umgesetzt.

? Vorbeugender Hochwasserschutz: ÜB erhalten und entwickeln (S. 154-155) ?Durch das Ziel werden die Ziele 7.4-6 und 7.4-7 LEP NRW räumlich konkretisiert und der Sicherungsauftrag für durch Hochwasser gefährdete Bereiche umgesetzt. Dabei werden die im LEP NRW zeichnerisch festgelegten Überschwemmungsbereiche beachtet. Hochwasser sind natürliche Ereignisse, mit denen immer wieder gerechnet werden muss. Höhe und zeitlicher Ablauf der Hochwasser wurden durch die Flächennutzung im Einzugsgebiet, durch Gewässerausbau und Verkleinerung der natürlichen Retentionsräume bereits ungünstig verändert; es muss davon ausgegangen werden, dass sich das Ausmaß der Hochwasser im Zuge der Klimaveränderung und einer fortschreitenden Flächenversiegelung im Einzugsgebiet der Gewässer weiter verschärft. ?.. Die Raumordnung hat die Aufgabe, vor allem durch die Sicherung von Auen, Rückhalteflächen und Entlastungsflächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu sorgen. Neben der Sicherung bestehender Überschwemmungsgebiete ist auch die Rückgewinnung von Retentionsraum zur Vergrößerung des Rückhaltevermögens von Bedeutung, um die Hochwasserrisiken zu minimieren. Vordringliches Ziel ist die Erhaltung und Vergrößerung der noch bestehenden Abfluss- und Retentionsbereiche für Hochwasserereignisse und ihre Freihaltung von entgegenstehenden Nutzungen, um das Schadensrisiko nachhaltig zu reduzieren.?

? G 49: Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern (S. 156 ? 157) ?Der Grundsatz stellt neben der Sicherung von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gemäß (Z. 27) ÜB erhalten und entwickeln und der Berücksichtigung von Überflutungsgefahren und extremen Hochwasserereignissen gemäß (G. 46) Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen einen weiteren Beitrag zur Verminderung von Hochwasserrisiken dar. Er zielt darauf ab, das natürliche Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen von Böden zu erhalten, um bestehende Hochwasserrisiken nicht weiter zu verschärfen. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der klimawandelbedingten Zunahme von Extremereignissen angezeigt.?

? Allgemeine Siedlungsentwicklung: Vorgaben der Raumordnung (S. 73 ff) In der Tabelle 9 sind die Harten Restriktionen für eine zukünftige siedlungsräumliche Entwicklung aufgeführt, die Entwicklungshemmnisse darstellen. Dazu zählt unter anderem:

o Natur- und Artenschutz (Naturschutzgebiet, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Verbundstufe I, Geschützter Landschaftsbestandteil, Naturdenkmal, besonders geschützte Biotope gemäß § 42 Landesnaturschutzgesetz NRW, verfahrenskritische Arten)

o Wasserrecht (Vorsorgebereich für geplante Talsperre, Festgesetzte und vorläufig gesicherte: Überschwemmungsgebiete, Trinkwasserschutzzonen I + II, Heilquellen)

Mit der Veranstaltung ?Vorrang Grün? am 14.5.2019 hat die Regionalplanungsbehörde über das Thema Freiraum im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Regionalplans informiert ?Die Sicherung des Freiraums mit seinen vielfältigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen ist eine der zentralen Aufgaben für eine nachhaltige räumliche Entwicklung unserer Region, die mit dem neuen Regionalplan verfolgt wird.? (siehe:

[https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/ueberarbeitung/regionalplan/vorrang\\_gruen/index.html](https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/ueberarbeitung/regionalplan/vorrang_gruen/index.html)). In der Handreichung ?Freiraum? von Marco Schläger, Bezirksregierung Köln wird die Plankonzeption für die Vorranggebiete Freiraum dargestellt.

Hier sind zahlreiche ökologische Handlungsfelder skizziert und deren gegenseitige Einflussnahme dargestellt. Besondere Bedeutung haben hier:

Vorbeugender Hochwasserschutz, Grundwasser- und Gewässerschutz, Landwirtschaft, Wald/Forstwirtschaft, Regionale Grünzüge, Regionaler Biotopverbund und Schutz der Landschaft, Erholung

Wie sie aus den oben genannten Quellen erkennen können, ergeben sich zahlreiche Aspekte, die uns (die Unterzeichner ? siehe Anlage Unterschriftenliste) zu dieser Stellungnahme veranlassen. Die markierte Fläche in der heutigen Form hat einen enorm hohen ökologischen und kulturlandschaftlichen Wert für den Siedlungsbereich von Gummersbach. Neben der Funktion als Naherholungsgebiet der Stadt (das Denkmal an den 1. und 2. Weltkrieg ?Kriegerdenkmal? ist ein beliebtes Wanderziel), hat dieser Freiraum enorme klimaökologische Auswirkungen auf das Stadtklima von Gummersbach, da die nächtlichen Fallwinde die Innenstadt umfangreich belüften und erfrischen. Daneben ist dieser Bereich boden- und wasserökologisch von Bedeutung, da die Wasserwirtschaft (Wasserwerk unweit dieser Fläche) eine Rolle spielt und die Böden eine große Menge Wasser speichern können. Diese Fläche ist nicht unerheblich als Retentionsbereich für die Stadt Gummersbach, um vor Hochwassern zu schützen. Dies ist vor allem auch dahingehend von Bedeutung, da die Kessellage von Gummersbach an den anderen topographischen Erhebungen stark flächenversiegelt ist. Ebenso darf die Fähigkeit der hier anstehenden Böden zur Wasserspeicherung nicht vernachlässigt werden, da diese Eigenschaft in eine einwandfreie Grundwasser- und Trinkwasserversorgung einzahl.

Im Hinblick auf Natur- und Artenschutz stellt diese Fläche einen schützenswerten Bereich dar, da die Flora und Fauna in anzunehmender Weise über ein hohes Aufkommen schützenswerter und hoch-schützenswerter Arten (Rote-Liste-Arten)

verfügt. Das Vorkommen von Tierarten wie Uhu, Kiebitz, Fledermäusen und weitere können wir Anwohner bestätigen.

Für uns als Anwohner in topologisch niedriger gelegenen Straßen als die ?Kerberg-Wiese? ist das Aufrechterhalten dieser Freiraum Fläche insbesondere daher von Bedeutung, dass durch die zunehmende Wahrscheinlichkeit von Starkregenereignisse eine Versickerungsfläche vorgehalten werden muss. Die Problematik trifft darüber hinaus das gesamte Stadtgebiet von Gummersbach, welches sich in einer Kessellage befindet. Video-Material ist vorhanden, welches den Abfluss von Starkregen in der Straße Bornerhof dokumentiert. Daher irritiert uns die Vergrößerung einer Siedlungsfläche für Neubebauung an höherer Stelle, da dadurch die Starkregenproblematik für darunter liegende Flächen ungemein verstärkt wird. Der verheerende Starkregen im Ahrtal im Jahr 2021 hat gezeigt, dass sich die Anforderungen an eine (Neu-)Bebauung verändern müssen und extreme Szenarien nicht ausgeschlossen werden können.

Da eine Neubebauung auf die vorhandene Bebauung Rücksicht nehmen muss, dürfte die Entwicklung eines Siedlungsgebiet in topographisch höher gelegenen Flächen durch die Starkregenproblematik bedenklich sein und hätte zusätzliche Anforderungen durch Sicherungsmaßnahmen zu erfüllen.

Auch nach umfangreicher Recherche sind keine Unterlagen auffindbar, die zeigen, dass Bestrebungen erfolgt sind, eine alternative Fläche im Zuge der Abwägung des Für oder Wider einer Ausweitung des Siedlungsraums an dieser Stelle zu finden.

Ebenso möchten wir auf die bundesweite Raumordnung verweisen, die besagt, dass bei der Bauentwicklung vorgenutzte Flächen bevorzugt genutzt werden müssen. Bei der besagten Fläche handelt es sich um keine Brachfläche oder Fläche mit industrieller Vornutzung sondern eine unberührte Freiraumfläche.

Wir weisen darauf hin, dass die Prinzipien der städtebaulichen Planung folgenden Prinzipien folgt, die an dieser Stelle leider nicht berücksichtigt wurden:

1. Alternative Flächen müssen für die Schaffung von Siedlungsflächen ausfindig gemacht werden
2. Vorgenutzte Flächen müssen vorrangig für eine Siedlungsbebauung genutzt werden
3. Die Klimaresilienz der Städte muss gefördert werden
4. Eine Neubebauung muss auf die vorhandene Bebauung Rücksicht nehmen

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme in die Gestaltung des neuen Regionalplans mit einfließen zu lassen und den Wegfall der Freiraum Fläche rückgängig zu machen.

Bei Bedarf kann weiteres Foto- und Filmmittel vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

[s. Anhang Abb. 1006967\_001]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006967\\_001.pdf](#)

AZ: Ö-M-1403	
1002972	
1008361	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke.  Laut ihrer Karte sollen meine Flächen  Gemarkung Lechenich , Fl.4 Flurstück [ANONYMISIERT] und  Gemarkung Lechenich, Fl. 4, Flurstück [ANONYMISIERT] als Naturschutzgebiet  ausgewiesen werden.  Gegen eine Änderung erhebe ich vorsorglich Einspruch und möchte sie bitten diese  Flächen auszukammern.</p> <p>Ich bitte sie mir diesbzgl. weitere Informationen zukommen zu lassen, da ich  nicht vorort wohne und keinerlei Info hierzu erhalten habe.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-1405	
1002877	
1007431	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der oben genannte, in der fünften Generation familiengeführte Forstbetrieb betreibt auf ca. 190 ha Wirtschaftswald Forstwirtschaft im Flamersheimer Wald. Der Forstbetrieb ist PEFC zertifiziert und bewirtschaftet den Wald nach den Kriterien einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Die Flurstücke des Forstbetriebes liegen in der Gemarkung Bad Münstereifel Flur 16. Der Forstbetrieb grenzt im Norden an die [anonymisiert] zwischen dem Ort Scheuren und der Stadt Bad Münstereifel und hat grob die Form eines Rechtecks, das im Westen bei der Wäldertrift [anonymisiert] beginnt. Die Nordostgrenze des Forstbetriebes Gut Unterdrick bilden die Flurstücke [anonymisiert]. Richtung Osten enden die Eigentumsflächen des Forstbetriebes [anonymisiert] mit den ebenfalls in Flur 16 verorteten Flurstücken [anonymisiert] sowie [anonymisiert]. Etwa in seiner Mitte wird der Forstbetrieb durch den von West nach Ost verlaufenden und in Teilstrecken mäandernden Geissenbach geteilt. Der Bach verläuft von Westen her zunächst durch einen Fichtenwaldstreifen, der inzwischen aufgrund Käferbefalls und Sturmschäden weitgehend geräumt werden musste. Danach führt der Bach durch ein langes Wiesental (Bachwiese) in das Flurstück [anonymisiert] zur Außengrenze am Feld. Das letzte Teilstück des Baches vor der Außengrenze war ursprünglich bis an die Ufer des Geissenbachs mit Fichten bestockt, die aufgrund von Sturmschäden und Käferbefalls ebenfalls nach und nach entfernt werden mussten. Inzwischen hat sich auf den letzten 150 Metern des Geissenbaches vor der Außengrenze am Bach entlang ein natürlicher Bewuchs aus Erlen und Büschen gebildet. Mit dem Eigentümer von [anonymisiert] wurden im Jahr 2008 im Rahmen der Festsetzung des Landschaftsplans für das Landschaftsschutzgebiet Geissenbach die folgenden Maßnahmen vereinbart: 5.1/ 2.2-9-2 – Auszäunung der Uferstrandstreifen bei Beweidung naturnaher Uferbereiche, 5.1/ 2.2-9-7 – Beseitigung von gewässerbegleitenden standortfremden Gehölzen (Entfichtung) (ist bereits erfolgt), 5.1/ 2.2-10-1 – biotoptypabhängige, extensive Bewirtschaftung bzw. Pflege der Magerwiesen und – weiden und des Nass- und Feuchtgrünlandes in den Auenbereichen und Bachtälern. Das Grünland im Forstbetrieb [anonymisiert] wurde bis gegen Mitte der 1960'ger Jahre durch eigenes Vieh und später über die Verpachtung an Bauern von Rindern beweidet. Aktuell werden die Wiesen regelmäßig gepflegt; durch Schwarzwild verursachte Wildschäden werden mit einem Wiesenstriegel behoben. Die laufende Pflege der Wiesen leistet einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Äsung für das Rotwild und trägt somit im Zusammenwirken mit der seit 10 Jahren verschärften Rotwildbejagung maßgeblich zur Vermeidung von Verbissschäden im Wald bei. In dem Entwurf des Regionalplans Köln werden der Geissenbach, dessen Nebenbäche und umliegenden Siefen sowie ein großer Teil der an den Bachlauf angrenzenden Wiesen und Grünlandflächen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen des Regionalplans fußen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Der Fachbeitrag stellt die gesetzlich vorgesehene Grundlage für den Regionalplan dar. Die textlichen Festlegungen bieten sowohl für BSN als auch für BSLE einen breiten Raum für die fachplanerische Umsetzung und beinhalten weder eine Verpflichtung zur Festlegung von Schutzgebieten noch einen direkten Eingriff in die Nutzung einzelner Flächen oder in betriebliche Prozesse. Die planerische Abwägung erfolgt im laufenden Planverfahren entsprechend der auf der Planungsebene der Regionalplans erkennbaren und relevanten Belange. Bereits im geltenden Regionalplan finden sich vergleichbare Festlegungen in diesem Raum, die im örtlichen Landschaftsplan entsprechend differenziert umgesetzt wurden. Die Bedenken richten sich an die Umsetzung auf nachfolgender Ebene und können ggf. dort platziert werden, sofern auf Ebene der Landschaftsplanung die Festlegung von Naturschutzgebieten vorgesehen werden sollte.</p>

weiträumig als BSN-Bereiche ausgewiesen. Diese Ausweisung als BSN erscheint im Hinblick auf die bereits bestehende Ausweisung des gesamten Forstbetriebs [anonymisiert] als Landschaftsschutzgebiet sowie die oben erwähnten vertraglichen Vereinbarungen zum Schutz des Bachlaufes überflüssig und nicht sachgerecht. Die Ausweisung dieses in Relation zur Betriebsgröße relativ großen Bereiches als BSN stellt für unseren familiengeführten Betrieb aus den folgenden Gründen eine erhebliche finanzielle Belastung dar: 1. Der durch die umfangreichen Kalamitäten der letzten Jahre entstandene Wertverlust wird durch die geplante BSN-Ausweisung noch deutlich erhöht. 2. Zusätzlich zu den hohen Kosten der notwendigen klimaresilienten Wiederbewaldung treten die finanziellen Auswirkungen aus einer potentiellen Ausweisung der BSN Flächen als Naturschutzgebiet mit den daraus folgenden erheblichen Einschränkungen für die Bewirtschaftung. Die Bewirtschaftung der Wiesen und Grünlandflächen ist zur Verbesserung der Äsungsverhältnisse für das Rotwild und zur Vermeidung von Verbiss- und Schälsschäden unabdingbar. Unter Einbeziehung der rechtlichen Stellungnahme von Herrn [anonymisiert] Münster vom 22.08.2022 zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans (siehe Anlage) und den darin aufgeführten Mängeln in diesem Entwurf sowie den in diesem Schreiben aufgeführten inhaltlichen Argumenten beantragen wir daher die ersatzlose Streichung sämtlicher BSN Bereiche für unseren Forstbetrieb. Wir verweisen auf die umfangreichen Vorgaben an das Landschaftsschutzgebiet im Landschaftsplan Kreis Euskirchen, die zusätzliche Einschränkungen aus naturschutzfachlichen Gründen nicht zielführend machen. Sollten BSN-Bereiche für den Forstbetrieb [anonymisiert] im Regionalplan Köln aufrecht erhalten bleiben, werden wir ernsthaft in Betracht ziehen, diesen Regionalplan zu beklagen, da der Plan und die daraus folgenden Einschränkungen die wirtschaftliche Existenz des familiengeführten Forstbetriebes gefährden. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt].

AZ: Ö-M-1406	
1002983	
1007436	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der oben genannte, familiengeführte Forstbetrieb wird seit 1965 durch die [anonymisiert] Stiftung als Eigentümer verwaltet und betreibt auf ca 1.100 ha Wirtschaftswald Forstwirtschaft im Flamersheimer Wald. Der Forstbetrieb ist PEFC zertifiziert und bewirtschaftet den Wald nach den Kriterien einer nachhaltigen Forstwirtschaft.</p> <p>Die Flurstücke des Forstbetriebes liegen in der Gemarkung Bad Münstereifel und sind in die Reviere [ANONYMISIERT] aufgegliedert.</p> <p>Die [anonymisiert] verwaltet den Forstbetrieb für die Destinatäre der Stiftung mit dem Auftrag, den Nachlass des Stiftungsgründers [ANONYMISIERT] nachhaltig zu bewirtschaften und im Sinne der nachfolgenden Generationen im Erbstamm [anonymisiert] weiterzuführen.</p> <p>Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die in den zeichnerischen Festlegungen des Entwurfs zum Regionalplan Köln, Blatt 11, Kreis Euskirchen-02 dokumentierten BSN-Ausweisungen in den drei Teilbereichen des stiftungseigenen Forstbetriebes ([ANONYMISIERT]). Aus dem Blatt 11 der zeichnerischen Festlegungen lassen sich die genauen Abgrenzungen der ausgewiesenen Flächen aufgrund des gewählten Maßstabs (1:50.000) nicht exakt auf die Revierkarten übertragen. Hinzu kommt, dass die Karte mit den zeichnerischen Festlegungen derart ungenau ist, dass die Art der Vegetation (Wald, Grünland etc.) nicht erkennbar ist.</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans Köln greift durch die Ausweisung von insgesamt 380 ha (35% der Gesamtfläche des Forstbetriebes) als BSN-Gebiet in ganz erheblichem und aus Sicht der Eigentümer unverhältnismäßig großem Umfang in die Eigentumsrechte der Stiftung und ihrer Destinatäre ein.</p> <p>Zum einen erweitert der Entwurf zum Regionalplan Köln vom Dezember 2021 die bisher als FFH-Gebiet ausgewiesene Fläche des stiftungseigenen Forstbetriebs von etwa 55 ha (Hainsimsen Buchen Altholz im Gebiet [ANONYMISIERT]) um 180 ha BSN Fläche. Offensichtlich wurde hier das im Stadtwald bereits bestehende FFH-Gebiet nun als BSN-Gebiet weit in den Forstbetrieb der [ANONYMISIERT] hinein ausgeweitet. Darüber hinaus werden im Regionalplan der Bachlauf des Geissenbachs und seiner Nebenbäche (mit 84 ha) sowie sämtliche im Forstbetrieb der Stiftung befindlichen Siefen (mit insgesamt 130 ha) großräumig als BSN Flächen ausgewiesen.</p> <p>Diese überdimensionierte und undifferenzierte BSN-Ausweisung erscheint im Hinblick</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

auf den bereits bestehenden Landschaftsschutz überflüssig. Darüber hinaus gefährden die aus der BSN-Ausweisung und möglichen späteren Ausweisungen von Biotopverbundflächen als Naturschutzgebiet resultierenden Einschränkungen in ganz erheblichem Maße die Wirtschaftlichkeit und somit auch die Existenz des stiftungseigenen Forstbetriebes.

Die aus Sturmschäden und Borkenkäferbefall entstandenen Kalamitäten haben bereits zu einem erheblichen Wertverlust im stiftungseigenen Forstbetrieb geführt. Zusätzlich stellt der Aufwand für eine nachhaltige Wiederbewaldung der riesigen Kahlfächen eine große finanzielle Herausforderung für die [ANONYMISIERT] dar.

Die folgenden Beispiele verdeutlichen die Unangemessenheit und das undifferenzierte Vorgehen bei der im Regionalplan Köln festgelegten BSN-Ausweisung im Forstbetrieb der [ANONYMISIERT]. Die besprochenen Flächen sind in der Anlage markiert.

[ANONYMISIERT]: Im Bereich [ANONYMISIERT] des stiftungseigenen Forstbetriebes weisen die zeichnerischen Festlegungen auf Blatt 11 ein von der Ahrstrasse ausgehendes etwa 160m breites und sich nach Süden hin auf über 250 m verbreiterndes BSN-Gebiet aus, das im Süden in das BSN-Gebiet des Geissenbaches münden soll. In der BSN-Fläche [ANONYMISIERT] befinden sich eine nasse Wiese und ein paar kleinere Feuchtgebiete um den von Nord nach Süd verlaufenden Siefen. Der übrige Teil dieser Fläche besteht aus Fichtenaltholz, Kalamitätsflächen, Laubwald (Buche und Eiche), zwei Wildwiesen, von denen eine erst vor zwei Jahren angelegt wurde, sowie Flächen mit Naturverjüngung. Es erscheint aus unserer Sicht äußerst zweifelhaft, dass dieses sehr heterogene Gebiet einen über den bereits bestehenden Landschaftsschutz hinausgehenden Biotopschutz benötigt.

[ANONYMISIERT]: Die BSN-Ausweisung im Blatt 11 der zeichnerischen Festlegungen erstreckt sich im Umfeld des [ANONYMISIERT] über eine großräumige Fläche, die das Grünland um den Bach, ein neu angelegtes Eichen-Kulturgatter sowie einen Erlenbruch mit einbezieht. Auch hier erscheint die BSN-Ausweisung im Hinblick auf den bereits bestehenden Landschaftsschutz überflüssig.

[ANONYMISIERT]: Das gesamte Gebiet um den [ANONYMISIERT] wurde im Regionalplanentwurf neu als BSN-Fläche ausgewiesen. In diesem Gebiet liegen Fichtennaturverjüngungen, Fichtenaltholz, das bereits teilweise wegen Käferbefalls und Sturmschäden geräumt werden musste, eine zur Entlastung der Einstände und Naturverjüngung neu angelegte Äsungsfläche sowie vereinzelte Laubwaldstreifen bzw. -inseln. Auch dieses Gebiet ist im Hinblick auf den vorhandenen Bewuchs und die dortigen Bodenverhältnisse ein sehr heterogenes Gebiet, für das die BSN-Ausweisung bei dem bereits bestehenden Landschaftsschutz überflüssig erscheint.

[ANONYMISIERT]: Die Ausweisung des gesamten [ANONYMISIERT] als BSN-Fläche könnte die forstwirtschaftliche Nutzung dieses Bereichs erheblich einschränken. Der

durch den [ANONYMISIERT] führende Bach hat bei dem Starkregen im Juli 2021 den seit 1938 bestehenden Forstweg, der vom Forsthaus Hülloch bis zum Forsthaus Steinbach führt, teilweise unterspült und weggeschwemmt. Da dieser Forstweg zur Erschließung der forstlichen Flächen unerlässlich ist, wird es erforderlich sein, Wegebauarbeiten am Bach entlang durchzuführen, um den Weg wieder als befahrbaren Holzabfuhrweg zu befestigen.

Unter Einbeziehung der rechtlichen Stellungnahme von Herrn [ANONYMISIERT], Münster vom 22.08.2022 zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans (s. Anlage) und den darin aufgeführten Mängeln in diesem Entwurf sowie den in diesem Schreiben aufgeführten inhaltlichen Argumenten beantragen wir die ersatzlose Streichung sämtlicher BSN Bereiche für den Forstbetrieb der [ANONYMISIERT]. Wir verweisen auf die umfangreichen Vorgaben an das Landschaftsschutzgebiet im Landschaftsplan Kreis Euskirchen die weitere Einschränkungen aus naturschutzfachlichen Gründen nicht zielführend machen.

Sollten BSN-Bereiche für den Forstbetrieb der [ANONYMISIERT] im Regionalplan Köln aufrecht erhalten bleiben, werden wir ernsthaft in Betracht ziehen, diesen Regionalplan zu beklagen, da der Plan und die daraus folgenden Einschränkungen die wirtschaftliche Existenz des stiftungseigenen Forstbetriebes gefährden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Inhalt**

Sollte der Entwurf des Regionalplans Köln gem. Bezug so umgesetzt werden, so sehe ich meine Belange insbesondere durch die maßlosen Neubau- und Ausbau- Planungen der Autobahnen und Bundesstraßen im Regierungsbezirk Köln durch das Ausbauvorhaben sowohl dauerhaft als auch vorübergehend, mittelbar und unmittelbar betroffen. Die Verletzung meiner Grundrechte, insbesondere: Art 2 Abs. 2 S. 1 (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit) mache ich geltend. Zudem verweise ich auf Art 20 a GG (Generationengerechtigkeit): ?Der Staat schützt auch die Verantwortung für die künftigen Generationen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsgemäßen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.? Die genannten Grundsätze der Art 2 und Art 20 werden durch den Entwurf des Regionalplans Köln nicht eingehalten und massiv verletzt. Insgesamt ist der Regionalplan zu wenig konkret, voller Allgemeinplätze und letztendlich widersprüchlich, unkonkret. Er widerspricht den Zielen des Klimaurteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.04.2021 (<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> ) So taucht in den ?Textlichen Festlegungen? das Wort ?Kaltluft? 15 mal auf. Kaltluft scheint etwas ganz Bedeutsames zu sein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es wird Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllen nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen

Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Klimaschutzkonzepten. Es verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um den örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Es werden keine Einschränkungen vorgegeben, die den Aufstellungsprozess von lokalen Konzepten einschränkt.

Die Ermittlung und Bewertung der Kaltluftleitbahnen basiert auf dem Fachbeitrag Klima des LANUV (2018) zum Regionalplanentwurf Köln. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in diesem dezidiert erläutert. Der Fachbeitrag bietet die Grundlage für eine einheitliche Bewertung der Bereiche im Regierungsbezirk. Das Kriterium der Kaltluftleitbahnen ermöglicht eine Steuerung auf regionalplanerischer Ebene. Durch die Berücksichtigung der Erfordernisse in den nachfolgenden Planungsebenen können lokale Überhitzungseffekte vermieden bzw. gemindert werden.

1006970\_002

#### Inhalt

So heißt es beispielsweise auf S. 24: ?Das Umland verfügt über Flächen, die sich als Ausgleichsräume zur Erholung von urbanen Hitzewellen und zur Aufrechterhaltung der Kaltluftversorgung der Innenstädte eignen. Die Gratwanderung zwischen Innenverdichtung und einer klimaanpassungsfreundlichen Flächennutzung könnte mit einer Flächenentwicklung im Umland entschärft werden.? Ich fordere deshalb, dass der Regionalplan deutlich und konkret wird, um diesem o.g. Ziel von Seite 24 gerecht zu werden. Ich fordere, dass der Regionalplan / der Regionalrat / die Bezirksregierung Köln den Zielen der Bundesregierung und des Bundestages von 2016, die im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) und dem Fernstraßenausbaugesetz (FStrAG / Sechstes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes 6. FstrAbÄndG vom 23.12.2016 / BGBl.I 2016,Nr.67 30.12.2016 [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xavstartbk=Bundesanzeiger\\_BGBl&start=//%5b@attr\\_id=%27bgbl116s3354.pdf%27%5d#\\_\\_bgbl\\_\\_%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D%27bgbl116s3354.pdf%27%5D\\_\\_1661261435835](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xavstartbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//%5b@attr_id=%27bgbl116s3354.pdf%27%5d#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl116s3354.pdf%27%5D__1661261435835) ) festgelegt sind, widersprechen und auf den zurzeit laufenden Prozess der Überarbeitung des BVWP und des FStrAG in folgendem Sinn Einfluß nimmt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

i



**Inhalt**

Ich fordere, dass im Regionalplan textlich und in den Karten festgelegt wird, dass aus den Gründen des ?Klimaurteils? des Bundesverfassungsgerichts und den vielen sich widersprechenden Festlegungen des Regionalplans zum Schutz der landwirtschaftlichen Flächen, der Kaltluftbahnen, Biotope, Biotopverbünde, der Biodiversität, etc. auf folgende Planungen und Baudurchführungen verzichtet wird bzw. gestoppt werden:

--- Stopp folgender Neu- und Erweiterungsbaumaßnahmen an den Autobahnen: ---

Stopp Ausbau der A59 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren

--- Stopp Ausbau der A565 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren

--- Stopp Neubau einer neuen Rheinspange A553 mit 4-6 Spuren

--- Stopp Ausbau der A61 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren

--- Stopp Ausbau der A4 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren

--- Stopp Einplanung B56N in Bonn

--- Stopp Abriß und auf 8 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Friedrich-Ebert-Brücke (Nordbrücke Bonn A565) (siehe auch Ziffer 427 im Bericht ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung)

--- Stopp Abriß und auf 10 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Rodenkirchener Autobahnbrücke im Zuge der A4 (dem steht auch entgegen Ziffer 367 im Bericht ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung)

--- Stopp der massiven Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen für Autobahnkreuze und Autobahndreiecke,

unter Anderem: -- massive Erweiterung AK Köln-Süd -- massive Erweiterung AK Bonn-Nord

Allein durch diese Planungen werden, allein zwischen Bonn und Köln, werden auf einer Streckenlänge von ca. 95 km ca. 300 km neue Autobahn- Fahr- und Standstreifen unterstützt/gefordert, mit einer Versiegelung von ca. 2 Quadratkilometern und Abholzung von ca. 1.000.000 Bäumen: 1 Million Bäume werden allein durch diese Autobahnbaumaßnahmen abgeholzt !! <https://www.moratorium-a565.de/wp-content/uploads/2022/03/220308-BVWP-BAB-suedl.-Koeln-Bonn-Rhein-Sieg-Kreis-pdf.pdf> Zusätzlich kommt die temporäre zerstörende Versiegelung während der Baumaßnahmen. Dies ist nicht mehr hinnehmbar! Der Regionalplan darf dies nicht unterstützen! Ich fordere, dass im Regionalplan diese Planungen ausgeschlossen werden oder verurteilt werden, falls der Regionalrat nicht zuständig ist.

Gem. G.50 auf Seite 130 heißt es:

?G.50 Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern

Die bestehende Verkehrsinfrastruktur soll leistungsfähig erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Dabei sollen Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung aufeinander abgestimmt und Verkehre möglichst auf umweltverträgliche Verkehrsträger verlagert werden.?

Ich kann nicht erkennen, dass im Regionalplan für den Bereich zwischen Köln und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es werden generelle Hinweise gegeben und Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Großraum Köln und Bonn geäußert. Sie richten sich an vorgelagerte Fachplanungsverfahren.

Bonn durch den Regionalplan alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, dass ?Verkehr möglichst auf umweltverträglichere Verkehre verlagert werden.? Dies schließe ich auf die höchst umfangreichen o.g. Neu- oder Erweiterungsbaumaßnahmen für Autobahnen, die eingeplant sind. Wieso nimmt der Regionalplan zu diesen umwelt- und klimatefeindlichen Planungen nicht Stellung?

Ich fordere, dass im Regionalplan Stellung genommen wird zu den massiven Straßenplanungen, die u.a. im Bundesverkehrswegeplan und dem Fernstraßenausbaugesetz verankert sind.

Mehr Straßen bedeuten mehr Straßenverkehr und der Straßenverkehr ist der am Wenigsten umweltfreundliche Verkehrsträger.

ollten aus mir nicht bekannten Gründen die Entscheidung über die o.g. Maßnahmen aus Bundesverkehrswegplan und dem Fernstraßenausbaugesetz nicht in der Entscheidungsbefugnis des Regierungsbezirks und seiner Entitäten liegen, so fordere ich, dass o.g. Planungen deutlichst in Text und Plänen / zeichnerischen Darstellungen in den Regionalplan einfließen.

Die Trasse der B56n ist gänzlich aus klima- / umwelt- / städtebaulichen Gründen aus dem Regionalplan gänzlich zu streichen. Die / eine B56 N von Bonn-Hardtberg nach A3/Bonn-Rauschendorf ist nicht gewollt. Forderung: Streiche B56N ersatzlos aus dem Regionalplan

Oben die jetzige Planung de Autobahnkreuzes Nord, die aus dem Bundesverkehrswegplan herrührt: unmäßig, umwelt- und klimaschädlich, verkehrserhöhend: Ich fordere, dass diese Riesenplanung im Regionalplan im Text und in den Karten deutlich gemacht wird (so wie es die unmäßige Planungen der A553N oder A56N auch sind). Solch große Planungen sind bisher nicht im Regionalplan deutlich gemacht und müssen deutlich gemacht werden und sind durch Regionalplanung zu stoppen !!! Weite Teile des Regierungsbezirks Köln werden durch solche Planungen und Baumaßnahmen und Erweiterungen der Verkehrswege ? die in der Regel umweltschädlichen, klimaschädlichen Einfluss haben, durchzogen. Sie sind auch im Regionalplan textlich und zeichnerisch darzustellen.

Für den neuen Regionalplan fordere ich, dass ausdrücklich vermerkt wird Im neuen Regionalplan L103n ist aus dem Regionalplan herauszunehmen aus Gründen der Flächenversiegelung; Außerdem wird die durchgehende Verbindung zu A553n entfallen, weil diese woanders, weiter im Süden, gebaut werden soll (bei WIDDIG). Bisher gibt es im Regionalplan Köln keine Freihaltung und Sicherstellung von Flächen für die Erweiterung des RRX von Köln in Richtung Bonn-Koblenz. Ich fordere, diesen Mangel zu beseitigen: In den Regionalplan sind Flächen für die Freihaltung für die Infrastruktur des RRX einzuplanen.

Die gepunktete Linie für die A553 n ist gem. Autobahn GmbH nicht durchführbar. Die A553n ist deshalb gänzlich aus dem Regionalplan zu streichen, unter Streichung aus Karte

Zeichnerische\_Festlegungen\_Regplan\_Koeln\_Blatt12-13\_Bonn\_Rhein\_Sieg\_Kreis Die A553n Rheinspange ist aus dem Regionalplan herauszunehmen aus Gründen der Flächenversiegelung und sonstigen Umweltgründen aber auch deshalb, weil die eingezeichnete Linie gem. mehreren Veröffentlichungen der Autobahn GmbH gar nicht

durchführbar ist. Im Übrigen widersprechen die o.g. zeichnerische Festlegung für die A553n , aber auch ausnahmslos ALLE bisher bekannten Varianten der Autobahn GmbH dem Ziel ?G21 Zerschneidung vermeiden?. Schon aus diesem Grunde ist die A553 n aus dem Regionalplan ersatzlos zu entfernen. Grundsätzlich sind die Baumaßnahmen und Planungen des BVWP und des FStrAG nicht aus dem Entwurf des Regionalplans zu erkennen, weder aus den Texten noch aus den Plänen. Einzig kann man sehen die komplette neue Planung der A553 als strichpunktierte Linie. Nicht zu sehen sind die massiven Planungen für die Erweiterungen der aller anderen Autobahnen oder Bundesfernstraßen.

Ich fordere, dass die massiven Planungen des Bundesverkehrswegeplans und des gültigen Fernstraßenausbaugesetzes in den Regionalplan textlich und zeichnerisch aufgenommen werden. Ich fordere weiter den Stopp der o.g. Autobahnplanungen, weil es auf S.107 und S. 150 des ?Umweltberichtes? sogar 2 mal wiederholt wird: ?Die Betroffenheit ergibt sich überwiegend aus der dichten Besiedlung in der Planungsregion Köln mit der guten Erschließung durch zahlreiche Autobahnen und der daraus resultierenden Nähe der Plangebiete zu den stark emittierenden Autobahnen?. Wenn also die Planungsregion Köln durch Autobahnen gut erschlossen ist, dann braucht es keine weitere Flächenversiegelung durch den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen mehr.

Ich fordere, dass dies so im Regionalplan textlich und in den Kartenwerken gefaßt wird.

Ich fordere, dass die durch den Bundesverkehrswegplan und das Fernstraßenausbaugesetz vom Bund gesetzlich verankerten Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen im Regionalplan textlich beschrieben und in den Karten deutlich gemacht werden. Ich fordere, dass im Regionalplan Stellung dazu genommen wird, wenn die durch den Bundesverkehrswegplan und das Fernstraßenausbaugesetz vom Bund gesetzlich verankerten Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen vom Regionalrat NICHT unterstützt werden. Keine Entfernung von Grünstreifen entlang der Autobahnen zugunsten von Erweiterungen Dieser Entwurf des Regionalplans berücksichtigt nicht die gesundheitsschädigenden Wirkungen des Autobahnaus- und Neubaus; deshalb ist ein umweltmedizinisches Gutachten bzw. eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Ich fordere deshalb Umweltverträglichkeitsgutachten im Regionalplan für diese Autobahnbaumaßnahmen. Begründung: Die Autobahnen wurden in Planung und Bau in weiten Teilen mit einem Grünstreifen zum Schutze der Anwohner bzw. der Umwelt gebaut. Diese Grünstreifen sollen jetzt im Zuge der massiven Autobahnverbreiterungen entfernt und mit neuen Fahr- oder Standstreifen bebaut werden. Damit entfällt der bestehende Schutz für Mensch und Tier in der Umgebung der Autobahn und die Umweltbelastung wird durch die Versiegelung erheblich erhöht. Die zusätzliche Luftverschmutzung wird vorhersehbar zu einem Anstieg von vorzeitig Toten in der weiteren Umgebung der Autobahn führen und die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen verschlechtern.

Ich fordere deshalb: Stopp der Neu- und Erweiterungsbaumaßnahmen der Autobahnen, u.a. an den

--- Ausbau der A59 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren

<p>--- Ausbau der A565 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren</p> <p>--- Neubau einer neuen Rheinspange A553 mit 4-6 Spuren</p> <p>--- Ausbau der A61 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren</p> <p>--- Ausbau der A4 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren</p> <p>--- Einplanung B56N in Bonn</p> <p>--- Abriß und auf 8 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Friedrich-Ebert-Brücke (Nordbrücke Bonn A565) (siehe auch Ziffer 427 im Bericht ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung)</p> <p>--- Abriß und auf 10 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Rodenkirchener Autobahnbrücke im Zuge der A4 (siehe auch Ziffer 367 im Bericht ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung)</p> <p>--- massiven Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen für Autobahnkreuze und Autobahndreiecke, unter Anderem: -- massive Erweiterung AK Köln-Süd -- massive Erweiterung AK Bonn-Nord</p>	
---	--

**Inhalt**

S. 105/106 / G.32: ?Bei Planungen und Maßnahmen sollen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden.???Die landwirtschaftliche Nutzung in den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) dient der Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Sie erfüllt sowohl im ländlichen als auch im urbanen Raum wichtige ökologische, soziale und wirtschaftliche Funktionen.?

Was soll dieser Allgemeinplatz? Der Schutz der Landwirtschaft gilt nur für die AFAB??? Dort, wo keine AFAB festgelegt ist, hat die Landwirtschaft keinen Schutz? Und wo es keine AFAB gibt, kann die maßlose Erweiterung des Straßennetzes (u.a. A565, A59, A61, A4, A553 Rheinspange, B56N, Ausbau und Neubau von Autobahnkreuzen und Autobahndreiecken beliebig erfolgen?

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB oder GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde in den im Regionalplan dargestellten Umfang im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Regionalplan Köln trifft als Raumordnungsplan gemäß § 7 Raumordnungsgesetz (ROG) Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Planungsraumes, welche zu beachten sind. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben für die Bauleitplanung. Zudem werden Grundsätze der Raumordnung festgelegt, die der nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidung unterliegen und zu berücksichtigen sind. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Regelungen der Raumordnung treffen keine fachlichen Entscheidungen mit unmittelbarer Verbindlichkeit für jedermann, d.h. für den Bürger als Grundrechtsträger, und unter Ausschluss weiterer Verwaltungsverfahren. Sie bilden nur den Rahmen und die Grundlage für die weiteren Entscheidungen der zuständigen Verwaltungsbehörden nach den jeweiligen Fachgesetzen. (vgl. VerfGH Bayern Entscheidung v. 14.2.2008 ? Vf. 1-VII-07, BeckRS 2008, 33624, beck-online)

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus dem Landesstraßenbedarfsplan keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.

**Inhalt**

Auf S.22 heißt es: ?Die Industrie- und Gewerbeflächen konzentrieren sich vor allem im Großraum Köln, aber auch in Aachen und entlang der Autobahn A4 zwischen Aachen und Köln, in geringerer Ausprägung zudem im Nordwesten der Planungsregion. Gerade in der Rheinebene treffen Wohn- und Industrie- bzw. Gewerbeansiedlungen unmittelbar aufeinander.? Offensichtlich hat man den Bereich der Rheinschiene zwischen Bonn und Köln entlang der A555 vergessen:  
Dort ist ein Großteil der Fläche entlang der Autobahn zugemüllt mit Gewerbeflächen. Ich fordere, dass der Zumüllung mit Gewerbeflächen aufhört auch durch Kennzeichnung im Regionalplan ein Ende bereitet wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Es ist absolut unverständlich, wie wenig konkret der Regionalplan auf die Erfordernisse des Aus- und Neubaus der Schienenverkehrswege im Regierungsbezirk Köln eingeht. Zum Teil ?Begründung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln? Bei 5.1.3 heißt es als Überschrift: ?zu Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten? Bei 5.1.4 heißt es als Überschrift: ?zu Z.30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern? Ich fordere eine Zielangleichung des Regionalplans für die Schiene. Die Überschrift bei 5.1.3 ist zu ändern auf: ?zu Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten und Trassen für künftige Schienen sichern?.

Im Text G.55 S.136 heißt es: ?Für das Rheinische Revier sind vom Nahverkehr Rheinland (NVR) Machbarkeitsstudien zur Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur im Rheinischen Revier in Auftrag gegeben worden. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden diese im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Dies gilt auch für weitere Machbarkeitsstudien zum ÖPNV/SPNV wie z. B. einen möglichen zweiten S-Bahn Ring um Köln.?

In keinster Weise ist hingewiesen auf die dringlichst erforderlichen Ausbaumaßnahmen und bestehenden Machbarkeitsstudien des Kölner S-Bahn-Netzes.

Ich fordere, dass in Text und Plänen des neuen Regionalplans auf die erforderlichen Ausbaumaßnahmen und Machbarkeitsstudien des Kölner S-Bahn-Netzes hingewiesen wird. (Im Übrigen ist auch die A553n in die Planung eingezeichnet, obwohl die Linie bei Weitem nicht festliegt!!)

Unten ein Ausschnitt des Vortrages aus der Bahnknotenkonferenz Köln 2019: Hier wird gezeigt, dass mindestens 19 große Baumaßnahmen im Rahmen des S-Bahn-Liniennetzes Köln bedarf, die auch zur Verkehrswende beitragen. Ich fordere, dass diese im Regionalplan benannt und deutlich gemacht werden!! :

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungsbereich und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung hinaus.

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).



**Inhalt**

Ich fordere die Aufnahme des Lenné-Parks Bonn ?Auf dem Hügel 6? unter ?Regional bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente und ihre prägenden Merkmale?

Begründung: Der Lenné-Park in Endenich (Auf dem Hügel 6, 53121 Bonn-Endenich) wurde 1859 von Peter Joseph Lenné für seinen Freund Peter Michels geplant und geschaffen. Der Park weist heute noch einen schönen alten Baumbestand auf und ist von der Universität (Landwirtschaftliche Fakultät) vom BLB (Bau- und

Liegenschaftsbetrieb NRW) gemietet. Ein Drittel dieses Grundstücks soll in naher Zukunft für der Ausbau der angrenzenden Autobahn A565 auf 6 bis 8 Spuren und für ein Rückhaltebecken am ?Endenicher Ei? benutzt werden. Dieser Lenné-Garten, der einzige Park, der von Peter Joseph Lenné in seiner Geburtsstadt Bonn geschaffen wurde, sollte erhalten und zu einem öffentlichen Park ausgebaut werden. Der Park wurde von Peter Joseph Lenné, dem bekannten Gartenbaudirektor Preußens, nach 1859 geschaffen. Er ist ein Unikat und sollte unter Denkmalschutz gestellt werden.

? Es existieren noch Bäume aus der Zeit von Lenné.

? Die alte Wegeführung ist z. T. noch vorhanden und kann wiederhergestellt werden.

? Schon 1824 hat Peter Joseph Lenné für die Stadt Magdeburg einen ähnlichen Park, den er ?Volkspark? nannte, geplant und dem Stadtrat zur Gesundung der Einwohner empfohlen. P. J. Lenné ist also ein Vorreiter einer ?grünen? Stadtplanung.

? Der Park stellt heute eine GRÜNE OASE in einem stark besiedelten Stadtgebiet dar.

? Solche GRÜNEN OASEN erhöhen signifikant die Lebensdauer der Bewohner in einem Umkreis von 500 m.

? Öffentliche Grün-Räume haben eine messbare Bedeutung für die psychische Gesundheit der Bewohner.

? Der Ausbau der A565 besonders am ?Endenicher Ei? widerspricht in vielen Punkten dem MASTERPLAN STADTNATUR des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).

Siehe auch <https://www.lenne-bonn.de/>

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche. Diese wurden auf der Grundlage des Fachbeitrags "Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln" vom Landschaftsverband Rheinland (LVR 2016) erarbeitet. Auf Grundlage einheitlicher Bewertungsmaßstäbe wurden unter Zusammenarbeit der LVR-Ämter der Bodendenkmalpflege und Denkmalpflege der Abteilung Landschaftliche Kulturpflege, dem Römisch-Germanisches Museum und der Archäologische Denkmalpflege der Stadt Köln die Regionalbedeutsamen Kulturlandschaften und Archäologischen Bereiche für den gesamten Regierungsbezirk Köln identifiziert. Die Fortschreibung der Daten findet fortlaufend auf dem Internetauftritt des LVR unter: <https://www.kuladig.de/> statt.

Eine Aktualisierung der vom LVR-erarbeiteten Daten in der Erläuterungskarte B 2 findet im Rahmen der 2. Offenlage auf Anregung des LVR (siehe StN-ID ID 1007977 und 1007901) statt. Darüberhinausgehende Informationen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Dieser Entwurf des Regionalplans Köln begünstigt Klimawandel, Erhitzung, Dürre, Verhinderung einer Verkehrswende, die massive Zunahme des Autoverkehrs, Versiegelung durch die Erweiterung/Neubau von Straßen, Zerstörung von Wasserschutzgebieten. Zerstörung von Biodiversität, städtebauliche Zerschneidung. Ich bitte Sie und fordere Sie, noch einmal, auf , die folgenden Paragraphen des Grundgesetzes auch bei der Neuaufstellung des Regionalplans Regierungsbezirk Köln zu berücksichtigen:

Art 2 Abs. 2 S. 1 (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit) und Art 20 a GG (Generationengerechtigkeit):

?Der Staat schützt auch die Verantwortung für die künftigen Generationen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsgemäßen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.?

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche , sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum

Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden

die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung

im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

AZ: Ö-M-1408

1002987

1007243

#### Inhalt

Wir sind Eigentümer des Grundbesitzes Weißer Straße [ANONYMISIERT], 50999 Köln-Rodenkirchen.

Im Rahmen der Auslegung des Entwurfes für die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln nehmen wir zu der beabsichtigten Darstellung unseres Grundbesitzes und der angrenzenden Grundstücke Weißer Straße [ANONYMISIERT] sowie Fuchskaulenweg [ANONYMISIERT] als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) form- und fristgerecht wie folgt Stellung:

1.

Wir haben das Grundstück Weißer Straße [ANONYMISIERT] im Oktober 2019 von der [ANONYMISIERT] erworben, die dort vor der Schließung des Standortes Druckfarben hergestellt hat.

Das Grundstück befindet sich innerhalb der ausgewiesenen Schutzzone III des Wasserwerks Weißer Bogen. Im Zuge der Voruntersuchungen zum Erwerb des Grundstücks wurde ein Grundwasserschaden festgestellt, durch den Mineralkohlenwasserstoffe und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in das Grundwasser gelangen. Die Bezirksregierung Köln hatte deshalb von der [ANONYMISIERT] eine Bodensanierung als Quellsanierung gefordert, die eine weitgehende Beseitigung der Bebauung auf dem Grundstück Weißer Straße [ANONYMISIERT] sowie weitergehend die Entsiegelung von Grundstücksflächen umfasst. Wir sind als Grundstückserwerber in die Sanierungsverpflichtung der [ANONYMISIERT] eingetreten und konnten mit der Bezirksregierung abstimmen, dass mit der bestandskräftig angeordneten Quellsanierung zugewartet wird, damit die Sanierung im Zuge der Baureifmachung des gesamten Anlagengrundstückes durchgeführt werden kann. Derzeit duldet die Bezirksregierung die Rückhaltung des Grundwassereintrags durch eine installierte Abstomsicherung, bis die Sanierung im Zuge des Abbruchs der darüber liegenden Gebäude erfolgen kann .

Aufgrund der bestehenden Sanierungsverpflichtung steht danach bereits heute fest, dass der Gebäudebestand auf dem Grundstück Weißer Straße [ANONYMISIERT] weitgehend beseitigt werden muss, um die vorgenannten Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Im August 2020 haben wir zusätzlich das benachbarte Grundstück Weißer Straße [ANONYMISIERT] erworben.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002532.

2.

Aufgrund der sehr speziellen Vornutzung sowie der direkt angrenzenden Wohnbebauung ist es praktisch ausgeschlossen, den vorhandenen Bestand einer vergleichbaren gewerblichen Nutzung zuzuführen. Die Gebäude stehen bereits seit mehreren Jahren leer.

Angrenzende Unternehmen wie der Aufzugshersteller [ANONYMISIERT] werden den Standort ebenfalls kurzfristig im 4. Quartal 2022 aufgeben. Neben der nachbarschaftlichen Wohnbebauung ist es regelmäßig zu beobachten, dass für die An- und Ablieferung der großen Aufzugsteile die Weißer Straße blockiert werden muss, um entsprechend rangieren zu können. Die Köln Business Wirtschaftsförderung hat aus diesem Grund der Firma [ANONYMISIERT] ein Grundstück der Stadt Köln in Immendorf zum Kauf vermittelt, das diese erworben hat und dort derzeit ein neues Betriebsgebäude errichtet, so dass auch dieses Areal spätestens im kommenden Jahr leer stehen wird.

Es liegt in dem hier interessierenden Bereich also bereits seit Jahren ein nennenswerter Leerstand vor, der sich in den nächsten Jahren noch vergrößern wird. Eine Anschlussnutzung im Bestand - so er denn erhalten bleibt - ist kaum denkbar.

3.

Als Projektentwickler und Bauträger, der in Köln und bundesweit für die zügige Umsetzung seiner Projekte bekannt ist, beabsichtigen wir, das Areal im Rahmen eines Vorhaben bezogenem Bebauungsplans einer neuen Nutzung zuzuführen. Es soll in dem gesamten Bereich zwischen dem Grundstück Weißer Straße [ANONYMISIERT] und dem Fuchskaulenweg ein gemischt genutztes Quartier aus Gewerbe und Wohnen mit einem entsprechenden Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum entstehen. In diesem Zuge würde eine Entsiegelung des Bereiches erfolgen können, zumal jedenfalls die beiden Grundstücke, die heute bereits in unserem Eigentum stehen, derzeit fast zu 100% versiegelt sind. Eine Neubebauung würde an diesem Standort deshalb zu einer deutlichen Entsiegelung von Flächen sowie der entsprechenden Berücksichtigung der klimaökologischen Zielsetzungen der Stadt Köln führen können. Demgegenüber wäre zu befürchten, dass eine Beibehaltung bzw. Wiederherstellung einer gewerblich-industriellen Nutzung die abermalige flächendeckende Versiegelung voraussichtlich schon aus logistischen und wasserrechtlichen Gründen erfordern würde.

Gemeinsam mit den Büros molestina architekten + stadtplaner und RMP SL Landschaftsarchitekten haben wir als planerische Grundlage für unsere Entwicklungsabsicht den Standort städtebaulich untersucht und planerische Varianten für ein gemischt genutztes Quartier mit Schwerpunkt Wohnen entwickelt. Die Planung betrachtet in mehreren Szenarien über unseren heutigen Grundbesitz hinaus den insgesamt bebaubaren Bereich. Die Varianten bilden für das Gebiet eine Kubatur für ca. 300 Wohneinheiten sowie ca. 10.000 m<sup>2</sup> gewerblich genutzter Flächen ab.



Ein Mischungsverhältnis von 50/50 Gewerbe zu Wohnen wäre in gleicher Qualität umsetzbar.

4.

Bereits im aktuellen Regionalplan ist der gesamte Bereich zwischen den Grundstück Weißer Straße [ANONYMISIERT] und dem Fuchskaulenweg als ASB ausgewiesen. Da sowohl in dem betrachteten Bereich selbst als auch beiderseits des Fuchskaulenweg und jenseits der Weißer Straße diverse Wohngebäude angrenzen, erscheint die Ausweisung des Bereiches als ASB perspektivisch als sachgerecht, um die regionalplanerischen Grundlagen für die Beendigung eines Nebeneinanders von Wohnen und damit nicht zu vereinbarenden gewerblich-industriellen Nutzungen zu schaffen.

Auch in dem nun ausgelegten Entwurf für den künftigen Regionalplan ist das gesamte Areal als ASB ausgewiesen. Hiergegen wendet sich im Rahmen der Auslegung des Entwurfes die Stadt Köln mit ihrer Stellungnahme gemäß Ratsbeschluss vom 20.06.2022. Gemäß Kennziffer 2-208-007 der Anlagen 1A und 1B dieser Stellungnahme soll die Fläche mit Blick auf die bestehende Nutzungssituation des Standortes als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) ausgewiesen werden.

Wir halten den Änderungsvorschlag der Stadt Köln raumplanerisch für nicht sachgerecht, da durch die Ausweisung als GIB Nutzungskonflikte festgeschrieben und ggfs. verschärft würden, ohne dass dies durch die von der Stadt Köln unterstellte Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme von tatsächlich nicht bestehenden Nutzungen gerechtfertigt würde. Der Bestand steht leer, der Leerstand wird sich vergrößern und weite Teile des Bestandes werden abgerissen. Durch die Ausweisung als GIB würde die Basis für ein gewerblich-industrielles Gebiet in einer Art "Insellage" geschaffen. Das macht ein schlichter Blick auf den Regionalplan für den Kölner Süden deutlich.

Die Homepage der Bezirksregierung gibt demgemäß zutreffend folgende Auskünfte:

„Im Regionalplan sind folgende Festlegungen von Siedlungsbereichen zu unterscheiden:

- Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), die "allgemeinen siedlungsbezogenen" Nutzungen dienen (z.B. Wohnen, Dienstleistungen, Großflächiger Einzelhandel oder wohnverträgliches Gewerbe),
- Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), die der Unterbringung (stark) emittierender und sonstiger nicht wohnverträglicher Industrie- und Gewerbenutzungen dienen, ... "

Bereits die unmittelbare Nachbarschaft des fraglichen Bereiches zu bestehenden Wohnnutzungen steht deshalb der künftigen Ausweisung als GIB entgegen. Mit dem

planerischen Gebot der Konfliktvermeidung lässt sich die Ausweisung als GIB ebenso wenig vereinbaren wie mit dem Trennungsgrundsatz gemäß § 50 BImSchG. Die Ausweisung als GIB wäre deshalb als planerischer Fehlgriff einzustufen.

5.

Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn im Regionalplan entsprechend unserem Planungskonzept die Chance zur Schaffung von Wohnraum in nennenswertem Umfang sowie mischgebietsverträglichen gewerblichen Nutzungen bei gleichzeitiger Teilentsiegelung des Gebietes erhalten bzw. geschaffen würde. Aus den aufgezeigten Gründen sollte diese Perspektive nicht durch den aktuellen Änderungsantrag der Stadt zum Entwurf des Regionalplanes vereitelt werden. Ausdrücklich würden wir es deshalb unterstützen, wenn bei der Neuaufrstellung des Regionalplanes für unseren Grundbesitz nebst angrenzenden Flächen an der heutigen und im aktuellen Entwurf vorgesehenen Ausweisung eines ASB festgehalten würde.

Für eine Erörterung der vorliegenden Stellungnahme stehen wir jederzeit zur Verfügung.

AZ: Ö-M-1409

1002991

1008016

#### Inhalt

Die Familie unserer Mandanten ist Eigentümer der Grundstücke im Bereich [ANONYMISIERT] in Kreuzau, und zwar im Einzelnen: [ANONYMISIERT]. In seiner fünften Sitzung am 10.12.2021 hat der Regionalrat Köln beschlossen, das Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan durchzuführen. Die Öffentlichkeit sowie die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen haben innerhalb der Auslegungsfrist vom 07.02.2022 bis zum 31.08.2022 die Gelegenheit zu Stellungnahmen. Den öffentlich ausgelegten Festlegungen des Entwurfs ist zu entnehmen, dass das Areal [ANONYMISIERT] in Kreuzau nicht in einem Allgemeinen Siedlungsbereich liegt, sondern in einem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich. Die Familie unserer Mandantin ist grundsätzlich bereit, Eigentumsflächen für eine städtebauliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen und möchte hiermit eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches anregen. In dem beigefügten Flurkartenauszug ist der Grundbesitz unserer Mandanten entsprechend rot umrandet dargestellt. Wir dürfen Sie höflich bitten, diese Stellungnahme in die weiteren Beratungen miteinzubringen und für die Siedlungsentwicklung der Gemeinde Kreuzau mit zu berücksichtigen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Anregung wird nicht gefolgt. Siehe Erläuterungen zur StnID ID 1005447.

AZ: Ö-M-1410	
1002989	
1006973_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Einspruch gegen das beabsichtigte Bauvorhaben "GIB plus - Birgden-Waldenrath"</p> <p>Ich lehne den Regionalplan für das o.g. Bauvorhaben ab und lege fristgerecht folgenden Einspruch ein.</p> <p>Die Dörfer Birgden und Waldenrath sind ländlich geprägte Ortschaften und schon jetzt durch den Verlauf der B56n erheblichen Emissionen ausgesetzt.</p> <p>Um weiteren gesundheitlichen Einschränkungen sowie der Zerstörung des Landschaftsbildes entgegenzuwirken, spreche ich mich gegen die Realisierung des Regionalplanes in jeglicher Form aus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1411	
1003009	
1007203	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Hiermit nehmen wir Stellung zu der Neuaufstellung des Regionalplans Köln für die StädteRegion Aachen besonders für die Stadt Monschau. Die Stellungnahme bzw. der Widerspruch bezieht sich auf die Festlegung des Grundwasser- und Gewässerschutzgebietes/ Trinkwasserschutzgebiet zu der Perlachtalsperre sowie dem Obersee. Unseres Erachtens ist es aus Sicht der Landwirtschaft nicht notwendig ein Gebiet, welches die besten Trinkwasserwerte hat unter weitere Schutzmaßnahmen stellen zu müssen. Dies wird weder von den Wasserverbänden noch von den Landwirten gefordert. Mit beiden Talsperren bestehen zwischen Landwirten und Wasserverband bestens funktionierende Kooperation, die zum Schutz der Gewässer beitragen und dies mit Erfolg, ansonsten könnte keine so gute Trinkwasserqualität für das Gebiet gegeben sein. Würde eine solches Grundwasser- und Gewässerschutzgebiet kommen, wären erstens diese Verträge hinfällig und zweitens werden damit weitere Einschränkungen auf die heimischen Landwirte zukommen (z.B. bei der Ausbringung von tierischem Dünger (Gülle, Mist), und auch Beweidung von Hangflächen (meistens nicht befahrbar)), dadurch würde das bewirtschaftete Grünland/Acker erheblich in seiner Wirtschaftlichkeit eingeschränkt und würde nicht mehr den Ertrag (Futter) bringen, der benötigt würde, daher wäre eine Ausweisung eines Grundwasser- und Gewässerschutzgebietes unseres Erachtens Existenzgefährdend für Landwirte und kann nicht geduldet werden. Da sich aus der Kooperationsarbeit bereits kristallisiert hat, dass Abwässer aus den Kläranlagen größere Probleme darstellen als die Landwirtschaft, sollten die Einschränkungen auch nur für diesen Bereich gelten. Mit weiteren Einschränkungen für die Landwirtschaft werden sicherlich einige Landwirte ihren Betrieb aufgeben müssen und dadurch wird eine regionale Lebensmittelherstellung immer unsicherer und schwieriger diese sicherzustellen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.</p>

AZ: Ö-M-1412	
1003012	
1007204	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen folgende Änderung meiner Grundstücke Laut der mir vorliegenden Karte sollen meine Flächen:</p> <p>1. Gemarkung Lommersum, Flur 16, [anonymisiert], 2. Gemarkung Lommersum, Flur 17 [anonymisiert] 3. Gemarkung Lommersum, Flur 11 [anonymisiert]</p> <p>4. Gemarkung Wichterich, Flur 6 [anonymisiert] als Naturschutzgebiet bzw. als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1414	
1003017	
1007611	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu 4. 7 .2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen</p> <p>Der Regionalplan-Entwurf sieht unter 2.26 "BGG sichern" vor, Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) als Vorranggebiete festzulegen. "Der Festlegung liegen dabei die Wasserschutzzonen (Trinkwasserschutzzonen, Heilque/lenschutzzonen) Ibis III A zugrunde." "Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser dauerhaft gesichert wird." Zusätzlich zu diesen Vorranggebieten sollen sogenannte erweiterte Einzugsbereiche, mit einem Vorbehalt für wasserwirtschaftliche Funktionen oder Nutzungen aufgenommen werden (G.46 "Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen"). "Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung oder für eine zukünftige Trink- und Heilwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III BI III C der jeweiligen Wasserschutzgebiete ... ". "Innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trink- und Heilwassergewinnung soll dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. "Planungen und Maßnahmen, die potentiell eine erhebliche Gefährdung der Trink-/Heilwassergewinnung darstellen, sollen aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen). Soweit wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen zulässigerweise bereits bestehen, wird über deren weitere Entwicklung, sofern nicht raum bedeutsam, auf fach planerischer Ebene entschieden. Stellungnahme: Für das Wasserwerk Dirmmerzheim ist die Ausweisung eines erweiterten Einzugsbereiches für den Grundwasser- und Gewässerschutz wasserwirtschaftlich nicht begründbar. Eine Ausweisung von Wasserschutzgebieten erfordert die Untersuchung und Erfassung der wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten zur Festlegung des tatsächlichen Einzugsgebietes eines Wasserwerkes. Diese Voraussetzungen werden, wie nachfolgend dargelegt, nicht erfüllt. Die Grundwasserfließrichtung in der Erftscholle wird durch die Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlentagebaus Harnbach bestimmt. Das Wasserwerk Dirmmerzheim liegt im Bereich der Sumpfungmaßnahmen. Die mit</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und der Grundsatz 46 wird angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p> <p>Gemäß Ziel 7.4-3 LEP NRW sind Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer, die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Entsprechende festgesetzte und geplante Bereiche sind als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) festzulegen und für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen zu sichern. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen zu schützen und zu sichern. BGG überlagern zum Teil andere Festlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Z.26 setzt diesen Schutz der Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer</p>

Beendigung des Braunkohlentagebaus Harnbach einsetzende Regeneration des Grundwassers führt wiederum zu einer Veränderung der Grundwasserfließrichtung. Die Regeneration des Grundwassers wird zudem bestimmt vom Zeitpunkt der Beendigung des Braunkohlentagebaus Harnbach und von der aktiven oder passiven Bewirtschaftung des Grundwassers im Zuge der geplanten Wiedernutzbarmachung. Diese Unwägbarkeiten können zum jetzigen Zeitpunkt durch keine Untersuchungen der wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten beurteilt werden, und können lediglich durch Annahmen in einer Modellberechnung ersetzt werden. Diese Vorgehensweise wird nicht den Anforderungen des WHG gerecht. Die Ausweisung einer Wasserschutzzone kann gern. § 52 WHG zu Einschränkungen bzw. zur Untersagung von Nutzungen von Grundstücken führen. Dieser Eingriff in die Grundrechte erfordert bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten die Untersuchung und Erfassung der tatsächlichen wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten. Bei Vorliegen dieser Daten ermöglicht das WHG gern. § 52 Abs. 2 zudem eine vorläufige Unterschutzstellung von Gebieten für einen Zeitraum von max. 3 Jahren. Mit dieser zeitlichen engen Begrenzung nimmt der Gesetzgeber Rücksicht auf die Wahrung der Grundrechte der innerhalb der geplanten Schutzzone gelegenen Betriebe und Grundstückseigentümer. Der Entwurf des Regionalplans stützt sich jedoch nur auf eine Modellrechnung für die Ausweisung eines erweiterten Einzugsbereiches zur Verankerung der geplanten Wasserschutzzone 111 B für das gesamte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim ab 2050. Von der Ausweisung einer geplanten Wasserschutzzone III B im Regionalplanungs-Entwurf wären unsere im Kreis Euskirchen gelegenen Betriebe betroffen. Die beantragte Erweiterung der Sand- und Kiesabgrabung in Schneppenheim würde verhindert werden. Für den Standort der Bauschutt-Recyclinganlage in der Abgrabung in Kleinbüllesheim wird in Abstimmung mit dem Kreis Euskirchen und der Stadtverwaltung Euskirchen ein dauerhafter, rechtssicherer Betrieb der bisher zeitlich begrenzten BImSchG Anlage angestrebt. Hierzu ist es zwingend erforderlich, dass die dafür bisher genutzte Fläche als GI-Gebiet ausgewiesen wird. Eine Wasserschutzzone III B würde der angestrebten Nutzung entgegenstehen und den langfristigen Betrieb der für die Region bedeutenden Recyclinganlage künftig verhindern.

entsprechend gemäß LEP NRW um.



1007612

#### Inhalt

zu 4.3 Schutz der Natur und Landschaft 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern  
Die vorgesehenen Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) werden als Vorranggebiete festgelegt zum Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Stellungnahme: Die im Regionalplan-Entwurf vorgesehenen BSN berücksichtigen nur teilweise die in den rechtskräftigen Genehmigungen enthaltenen Rekultivierungsmaßnahmen. Die bestandskräftigen Genehmigungen enthalten im Sinne des Biotopverbunds Bereiche für den Arten- und Biotopschutz entsprechend den naturschutzrechtlichen Vorgaben. Als weitere Ausgleichsmaßnahmen sind landwirtschaftliche Nutzflächen festgelegt. Der Regionalplan-Entwurf sollte diese bestehenden Rekultivierungsverpflichtungen vollumfänglich berücksichtigen. 1.) Festsetzung eines BSN im Bereich der Deponie [anonymisiert] in Swisttal-Straßfeld Der Regionalplanentwurf setzt im Bereich der Deponie ein BSN fest. Die in diesem Bereich betriebene Deponie ist bestandskräftig durch die Bezirksregierung genehmigt. Die Genehmigung sieht vor, dass bis auf eine Baumreihe entlang der alten Kreisstraße die gesamte Fläche einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zugeführt werden soll. Dies steht somit im Widerspruch der regionalplanerischen Ausweisung als BSN. Der BSN im Bereich der Deponie sollte daher gestrichen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen und ausgeübte bestandsgeschützte Befugnisse) ein. Die Ziele und Grundsätze der BSN geben im vorgenannten Bereich den Rahmen für die anschließende Nutzung der rekultivierten Fläche vor.

Die Festlegung der BSN sichert und schützt zudem den Bereich als Vorranggebiet gegen eine möglich bauliche Inanspruchnahme.

**Inhalt**

2.) Festsetzung eines BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung in Euskirchen-Kleinbüllesheim. Der Regionalplanentwurf setzt auch hier im Bereich der Abgrabung ein BSN fest. Auch diese Planung steht im Widerspruch zu der Abgrabungsgenehmigung, die im Zuge der Rekultivierung ca. 2/3 der Fläche wieder eine landwirtschaftliche Nutzung vorsieht und lediglich ca. 1/3 der Fläche als dauerhafte Gehölz- und Sukzessionsfläche ausweist. Der BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung sollte hier zumindest an den rechtskräftigen Genehmigungsbescheid angepasst werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe trifft im textlichen Ziel *Bestandsschutz für zugelassene Abgrabungen* regionalplanerische Vorgaben zu bestehenden Abgrabungen, die zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe über eine Zulassung verfügen und sich außerhalb eines BSAB befinden. Diese Abgrabungen unterliegen dem Bestandsschutz, sofern die entsprechende Zulassung zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe rechtswirksam war bzw. ist. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden somit nicht berührt. Änderungen an bestandskräftigen Zulassungen für Abgrabungen außerhalb eines BSAB gemäß Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe müssen hingegen die jeweils einschlägigen Erfordernisse der Raumordnung beachten bzw. berücksichtigen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bestandskräftige Abgrabungsgenehmigungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1007614

## Inhalt

Festsetzung eines BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung in Weilerswist-Schneppenheim Der Regionalplanentwurf setzt wie bei der Abgrabung zuvor auch hier ein BSN fest. Dies steht im Widerspruch zu der rechtskräftigen Abbaugenehmigung. Der landschaftspflegerische Begleitplan der Genehmigung sieht auch in diesem Fall nur einen Teilbereich als Ausgleichsfläche für Landschaft und Natur vor. Der überwiegende Teil der Fläche ist später einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zu zuführen. Der BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung sollte auch hier die rechtskräftige Genehmigung berücksichtigen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln (hier: Regionaler Grünzug) innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

**Inhalt**

5.3 Entsorgungsinfrastruktur 5.3.3 Abfallbehandlung Z.44 Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern

Z.45 Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträglich steuern  
Stellungnahme: Der Regionalplan-Entwurf enthält für den Großraum Euskirchen keine Abfallbehandlungsanlage. Mit der Bauschutt-Recyclinganlage in der Abgrabung in Kleinbüllesheim haben Kreis und Stadt Euskirchen seit Jahrzehnten für Industrie, Handwerk und Gewerbe, aber auch für die Bevölkerung einen ortsnahen Standort sowohl zur Entsorgung von Bauschutt als auch für den Bezug von RCLBaustoffen. Da der Standort an der Kreisgrenze zum Rhein-Sieg-Kreis liegt, gilt dies auch für einen großen Teil der linksrheinischen Kommunen. Die zur Entsorgung angelieferten Mengen haben im Jahr 2021 über 200.000 Tonnen betragen, mit entsprechenden Mengen-Output an RCLBaustoffen. Für den Standort der Bauschutt-Recyclinganlage in der Abgrabung in Kleinbüllesheim wird in Abstimmung mit dem Kreis Euskirchen und der Stadtverwaltung Euskirchen ein dauerhafter, rechtssicherer Betrieb der bisher zeitlich begrenzten BImSchG Anlage angestrebt. Hierzu ist es zwingend erforderlich, dass die dafür bisher genutzte Fläche im Regionalplan als GI-Gebiet und als Vorranggebiet für Abfallbehandlungsanlagen ausgewiesen wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es handelt sich um einen befristet zugelassenen Betriebsstandort für Abfallbehandlungsanlagen im Rahmen einer Deponie- bzw. Abgrabungsnutzung im regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Regionalplanerisch zulässig sind solche Abfallbehandlungsanlagen nur im Verbund mit der jeweiligen Deponie- bzw. Abgrabungsnutzungen. (vgl. Ziel 8.3-2 LEP NRW)

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum (GIB) stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Befristete Betriebsstandorte im regionalplanerisch festgelegten Freiraum stellen keinen vorhandenen Siedlungsansatz im i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW bzw. 2-3 LEP NRW dar. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Die Festlegung eines isoliert im Freiraum liegenden GIB leistet der Zersiedlung der Landschaft Vorschub und steht dem Anliegen des LEP entgegen, die weitere Siedlungsentwicklung u.a. an den vorhandenen Infrastrukturen auszurichten. Auch handelt es sich nicht um eine Brache bzw. künftige Brache i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW, da die Rekultivierungsziele bereits festgelegt sind und die im Verbund mit der Abgrabung- bzw. Deponienutzung zugelassenen Anlagen auf die Dauer dieser Nutzungen beschränkt ist. Zudem liegt die Flächengröße des vorhandenen Betriebsstandort unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (<10 ha). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus ist der Bereich als BSN festgelegt. Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Die vorgeschlagene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.

---

AZ: Ö-M-1415

1003020

1010456

## Inhalt

Gemäß dem Entwurf des neuen Regionalplans Blatt 02 Kreis Düren\_01 sind nördlich des Betriebsgeländes des Unternehmens Neuausweisungen von Flächen zum ?Schutz der Natur? vorgesehen. Außerdem ist dort erstmals ein regionaler Grünzug dargestellt. Durch die neue Festlegung würden Schutzgebietsflächen erstmals auch nördlich des Betriebsgeländes vorgesehen. Der fragliche Bereich ist im folgenden Auszug aus den zeichnerischen Festlegungen des Entwurfs rot eingekreist [ANONYMISIERT]. Aus Sicht des Unternehmens ist es höchst problematisch, dass der Entwurf des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln eine Ausweitung der Schutzgebietsflächen im Umfeld bis auf ca. 120 Meter an das Betriebsgelände heran vorsieht. Schutzgebiete und andere Freiraumfestsetzungen im Umfeld eines Unternehmens können die Entwicklung eines Standorts unmittelbar und mittelbar erheblich einschränken. Je nach Schutzgebietscharakter resultieren aus im Umfeld eines Standortes bestehenden Schutzgebieten erhebliche Risiken und Einschränkungen in immissionsschutzrechtlich relevanten Genehmigungsverfahren. Durch die zusätzlichen Schutzgebietsflächen würde die Lage am Standort der [ANONYMISIERT], der schon heute durch die unmittelbare Nachbarschaft zum bereits existierenden Bereich zum Schutz der Natur östlich des Betriebsgeländes und die entsprechenden Schutzgebietsausweisungen erheblich betroffen ist, in dieser Hinsicht weiter verschärft. In der Strukturwandelregion, in der wir unbedingt auf den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen angewiesen sind, dürfen grundsätzlich keine neuen Einschränkungen für bestehende Unternehmen durch die Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln entstehen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "ausgeweitet". Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder

Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt. Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.



**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

**Betreff:**

Stellungnahme gegen den Regionalplan im Bereich der Orte Heinsberg-Waldenrath und Gangelt-Birgden durch die Ausweisung eines GIB mit zweckgebundener Nutzung, GIB Regional im Rahmen der Bürgerbeteiligung

Hiermit spreche ich mich gegen den Regionalplan im o.a. Bereich aus und lege hiermit fristgerecht gemäß den folgenden Begründungen Einspruch ein:

- Ein geplantes Gewerbegebiet grenzt unmittelbar an die Wohnbebauung Waldenraths sowie dem dortigen Pflegeheim und verhindert die wohnbauliche Entwicklung. Ebenso ist die Wohnbebauung Birgdens nah gelegen. Ein Wohngebiet könnte ich mir hier sehr gut vorstellen, da es hierfür erheblichen Bedarf für meine Generation im Ort gibt. Dagegen passt ein Gewerbegebiet von seiner Art und in dieser Lage nicht in die Dorfstruktur zwischen den Orten Waldenrath, Birgden und Pütt; Eine räumliche Trennung der Orte durch hohe Hallengebäude finde ich verwerflich und kann stadtplanerisch nicht gewollt sein. Der geplante Abstand eines Gewerbegebiets zu den Wohnbebauungen Waldenraths ist deutlich zu gering.
- die Lärm-, Geruchs- und Staubimmissionen wirken störend auf die Wohnnutzung und meine Wohn- und Erhol- bzw. Freizeitqualität wird erheblich beeinträchtigt.
- Es werden mit dem Gewerbegebiet zusätzliche Verkehrsimmissionen entstehen; zumal die B 56n und die Zufahrt bereits heute schon vielbefahren und extrem laut ist. Darüberhinaus ist nicht durchdacht, dass die verkehrliche Erschließung des geplanten Gewerbe-/ Industriegebiets der umliegenden Orte nicht über die B 56n erfolgen wird, sondern der Verkehr durch den Ort Waldenrath geführt wird, der damit überlastet wird.
- Das Gewerbegebiet schadet unserer Umwelt und die Politik vergisst unsere junge Generation. Es entstehen erhebliche Bebauungen und Versiegelungen, welche den klimapolitischen Zielen insgesamt entgegenstehen, zumal die örtlichen Betriebe keinen derartig großen Bedarf an Gewerbeflächen benötigen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

- Das Gebiet dient mir bei Spaziergängen und Freizeitaktivitäten als Erholungsfläche; Ich fürchte um meine Wohn- und Lebensqualität.
- Durch die Versiegelung wird unseren Landwirten wird weitere wertvolle Ackerfläche und Existenzgrundlagen genommen.
- Der Lebensraum von Wildtieren wie Rehen, Füchsen, Fasanen, Greifvögeln etc. wird zerstört.
- Bereits weitere Aufstockungen / Erweiterungen der Gebietsfläche ist gern.Tagespresse geplant.  
Lt. Veröffentlichung der Gemeinde Gangelt vom 22.06.2022 ist im Anschluss an das Altenheim und den Sportplatz Richtung Birgden eine gewerbebauliche Entwicklung westlich des Pflegeheims sowie Sportgebiets Waldenrath (Ortsausgang Birgden) geplant, was mir völlig unverständlich ist.
- Widerspruch zum Landschaftsplan  
Das Gebiet liegt teilweise im Landschaftsschutzgebiet und bzw. ist ausgewiesen als Anlage/ Wiederherstellung naturnaher Lebensraum.

Ich bin der Ansicht, dass der Standort Waldenrath, Birgden für ein Gewerbegebiet verfehlt und völlig ungeeignet ist und lehne den Regionalplan Entwurf ab, da ich eine deutliche Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität befürchte.  
Ich fordere den Erhalt des ländlichen Charakters und den Schutz der Natur.  
Mit der Inbetriebnahme der B 56 n und dem Zubringer sind erhebliche Lärm- und Staubbeeinträchtigungen entstanden. Hierauf hatte ich aufgrund meines Alters noch keinen Einfluss, dennoch gehört hier gegenüber der Straße ein wirksamer Lärmschutz hin.

Ich meine, dass man zunächst einmal diese Probleme lösen sollte, bevor man hier neue Dinge entstehen lässt.

**Inhalt**

Einwendungsschreiben bzgl. der Regionalplanänderung betreffend die intendierte ASB-Neuausweisung in Burscheid-Dierath

[ANONYMISIERT] hat uns mit der Vertretung seiner Interessen bezüglich der anstehenden Regionalplanänderung beauftragt. Eine entsprechende auf uns lautende Vollmacht wird anwaltlich versichert und kann bei Bedarf nachgereicht werden. Das nachfolgende Einwendungsschreiben nimmt textlich vereinzelt Bezug auf ein Antwortschreiben der Stadt Burscheid auf eine diesseitige Informationsanfrage. Das städtische Schreiben ist als Anlage 1 beigelegt.

**1. Betroffene Planfläche**

Aus den regionalplanerischen zeichnerischen Festlegungen für den Bereich Leverkusen, Köln sowie Rheinisch-Bergischer Kreis (Blatt 05 der Unterlagen) geht hervor, dass für den Stadtteil Burscheid-Dierath zukünftig eine Neuausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches geplant ist. Derzeit handelt es sich bei diesem Bereich um einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich. Nach unserer bisherigen Kenntnis handelt es sich bei der hier in Rede stehenden Ausweisfläche um das Landschaftsschutzgebiet ?Bergische Hochflächen?.

vgl. Ziffer BU\_2.2-01 des Landschaftsplanes Burscheid - Leichlingen Ausweislich der entsprechenden Ausführungen zu diesem Schutzgebiet erfolgt die Ausweisung zur Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft, für die Land- und Forstwirtschaft, als ökologischer Ausgleichsraum, als ländlicher Erlebnisraum sowie zur Erhaltung wichtiger Biotopverbund- und Vernetzungsräume.

Der Landschaftsplan hebt insbesondere die besondere Bedeutung für die Erholung in dem ansonsten dicht besiedelten Gebiet hervor. Zudem bilden vereinzelt vorhandene Obstwiesen und -weiden einen besonders wertvollen Lebensraum für Höhlenbrüter und Insekten. vgl. Ziffer BU\_2.2-01 des Landschaftsplanes ?Burscheid ? Leichlingen? Darüber hinaus legt der Landschaftsplan für die hier in Rede stehende Fläche unterschiedliche Entwicklungsziele fest.

Ausweislich des vorliegenden Kartenwerks verfolgt die Landschaftsplanung bezüglich des Ölbachs das Entwicklungsziel 1.1.1 ?Erhaltung Gewässersysteme?. Durch die neue ASB-Ausweisung werden darüber hinaus die Entwicklungsziele 1.1.2 ?Erhaltung naturnaher Lebensräume? sowie 1.1.5 ?Erhaltung der Ortsränder? betroffen.vgl. S. 6 des Umweltberichts zum Landschaftsplan ?Burscheid - Leichlingen?, Oktober 2013:

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und

?EWTZ 1.1: Erhaltung und Entwicklung von Gewässersystemen mit Auenlandschaft sowie von Landschaftsräumen mit Vorkommen seltener und gefährdeter naturraumtypischer Pflanzen und Tiere, deren Lebensräumen, sowie von Gebieten mit seltenen Böden und als bedeutsamer Biotopverbundraum. EWTZ 1.2: Erhaltung von Biotopverbundstrukturen, Trittsteinbiotopen und einem reich gegliederten Landschaftsbild, der naturnahen Laubwälder und Mischwaldbestände in Hangbereichen und Siefentälern, Au- und Bruchwäldern sowie Feucht- und Nassgrünland mit Vorkommen seltener und gefährdeter, naturraumtypischer Pflanzen- und Tierarten. EWTZ 1.5: Erhaltung gut ausgebildeter mit Landschaftselementen reich und vielfältig ausgestatteter Ortsränder.?

Ferner sind durch die ASB-Ausweisung ein Biotop (BK-4908-023) sowie eine Biotopverbundfläche (VB-K-4908-111) betroffen.

vgl. zur Objektbeschreibung des Biotops: ?Der Biotop umfasst den Quellbereich und den Oberlauf des Ölbachs sowie einen weiteren Quellbach, der westlich der Kreisgrenze außerhalb dieses Biotopes in den Ölbach mündet. Die Flachmuldentäler werden von einem Grünlandkomplex aus überwiegend intensiv genutzten Wiesen und teilweise feuchten Weiden sowie kleinflächig von hochstaudenreichen, von Brennesseln dominierten Feuchtgrünlandbrachen eingenommen. Die Bäche sind begradigt, Ufergehölze sind nicht vorhanden. Lediglich am nördlichen Quellbach befindet sich ein kleines Erlenwäldchen. An einer Geländekante stockt ein dichter, alter Gehölzstreifen. Der südliche Quellbach hat seinen Ursprung in einem ehemaligen, nun verlandenden Waschteich, der von Obstweiden umgeben ist. Im weiteren Verlauf durchfließt er - ebenfalls begradigt - eine Fettwiese sowie eine kleine Fichten- und Pappelaufforstung. Die Eintragung eines Biotops ist durch eine Planungsbehörde grundsätzlich zu beachten.

vgl. zur Bedeutung des Biotopkatasters in NRW bereits die Mitteilungen Nr. 4 der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnungen und Forsten NRW, 2005, S. 25: ?Die Ergebnisse der Biotopkartierung besitzen keine Rechtsverbindlichkeit. Das Biotopkataster der LÖBF zeigt den Handlungsbedarf zur Ausweisung von Schutzgebieten nach dem Landschaftsgesetz NRW auf. Es ist eine zu beachtende Grundlage der Gebietsentwicklungsplanung, der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung und zudem eine zentrale Entscheidungshilfe bei behördeninternen Beurteilungen von Planungen, die zu Eingriffen in Natur und Landschaft führen, wie zum Beispiel bei Straßenplanungen oder Abgrabungsanträgen.?

## 2. Grundsätzliche Anforderungen aus dem LEP NRW an eine ASB Neuausweisung

Grundsätzlich sind Regionalpläne aus dem Raumordnungsplan für das jeweilige Bundesland zu entwickeln (§ 13 Abs. 2 S. 1 ROG). Dementsprechend muss der Regionalplanentwurf die Anforderungen aus dem LEP NRW achten. Gleichzeitig sind die Grundsätze der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen, die durch

Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Burscheid.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung

den LEP NRW konkretisiert werden. Zu beachten ist ferner, dass es sich bei den Regionalplänen um Landschaftsrahmenpläne handelt (vgl. §§ 10 BNatSchG, 6 LNatSchG NRW sowie 18 Abs. 2 LPlG NRW). Diese Landschaftsrahmenpläne fungieren als Vorlage für die örtliche Landschaftsplanung.

Nach unserem Verständnis soll der Allgemeine Siedlungsbereich für die hier in Rede stehende Fläche in Burscheid-Dierath neu/erstmalig ausgewiesen werden. Daher darf zunächst auf die Ausführungen in § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG verwiesen werden: [?] Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist zu verringern, insbesondere durch quantifizierte Vorgaben zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme sowie durch die vorrangige Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden sowie zur Entwicklung vorhandener Verkehrsflächen. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sind auszugleichen, den Erfordernissen des Biotopverbundes ist Rechnung zu tragen. [?]

Dieser Grundsatz der Raumordnung ist durch den LEP NRW in den Abschnitten sechs (?Siedlungsraum?) sowie sieben (?Freiraum?) näher konkretisiert worden. Nur überblicksartig soll an dieser Stelle auf die Zielsetzung unter Ziffer 6.1-1 (bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung) und den Grundsatz in Ziffer 6.1-6 (Vorrang der Innenentwicklung) hingewiesen werden. vgl. S. 44 ff. LEP NRW, 2019

Planerisch ist bei der Neuausweisung von ASB-Bereichen zu beachten, dass die Inanspruchnahme des Freiraums auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt und nur erfolgen darf, sofern diese erforderlich ist. vgl. u.a. S. 46 und 47 LEP NRW, 2019

Nach den landesplanerischen Zielen hat die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht zu erfolgen. Bedarfsgerecht bedeutet dabei einerseits, ausreichende Flächen für eine entsprechende Entwicklung zur Verfügung zu stellen, andererseits aber die Neudarstellung von Flächen auf das erforderliche Maß zu beschränken. Dabei kommt der sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für die Siedlungsentwicklung eine zentrale Rolle zu. vgl. S. 49 LEP NRW, 2019

Der LEP NRW erläutert schließlich auf Seite 51 zusammenfassend wie folgt: [?] Im Ergebnis sind drei grundsätzliche Fälle denkbar: - der prognostizierte Bedarf übersteigt die Flächenreserven => Neudarstellung von Siedlungsraum; - der prognostizierte Bedarf entspricht dem Umfang der Flächenreserven => ggf. Flächentausch, um Qualitäten zu verbessern; - die Flächenreserven übersteigen den prognostizierten Bedarf => Rücknahmen von Flächen. Sofern im Regionalplan aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsentwicklung ein zusätzlicher Bedarf an Bauflächen nachgewiesen wird, kann der Siedlungsraum zu Lasten des Freiraums grundsätzlich nur erweitert werden, wenn auf Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings im bisher festgelegten Siedlungsraum für den

Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem wird im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung sowie u.a. gemäß den Zielfestlegungen *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* und *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und dem Grundsatz Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren.

Für die veränderte Festlegung des ASB gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Aufgrund der faktischen Umstände im Bestand, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung in Dierath im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum in Dierath ist teilweise entsprochen. Der Stellungnahme hinsichtlich einer Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).

Planungszeitraum keine geeigneten Flächen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. [?]. Wird unter der Voraussetzung des Ziels 6.1.1 der Siedlungsraum zu Lasten des Freiraums erweitert, sind die Belange des Freiraumschutzes (vgl. Kapitel 7) bei der Abwägung besonders zu berücksichtigen. Dies gilt auch mit Blick auf das Leitbild der ?flächensparenden Siedlungsentwicklung?. (Hervorhebung erfolgte durch den Unterzeichner)

Ferner finden sich vereinzelte Grundsätze und Ziele in Kapitel 7 zum Freiraum des LEP NRW. Grundsätzlich soll der Freiraum erhalten werden und seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Ausgleichsfunktion gesichert und entwickelt werden. vgl. Grundsatz 7.1-1 des LEP NRW, 2019, S. 88

Die Regionalplanung hat den Freiraum insbesondere durch Festlegung von Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen, Waldbereichen und Oberflächengewässern zu sichern. vgl. Ziel 7.1-2 des LEP NRW, 2019, S. 88

Schließlich wird seitens der Landesplanung der Grundsatz gefasst, dass Bereiche, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die naturverträgliche und landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung besonders eignen, für diese Nutzungen gesichert und weiterentwickelt werden sollen. Im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen sind ausreichende Angebote und Möglichkeiten sowohl für die Naherholung im näheren Umfeld von Siedlungsbereichen als auch attraktive Flächen im Freiraum für Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung von besonderer Bedeutung. vgl. Grundsatz 7.1-8 des LEP NRW, 2019, S. 89 sowie die Erläuterungen auf S. 93

Die Anforderungen des LEP NRW zugrunde gelegt, sind grundsätzlich folgende (verkürzte/ vereinfachte) Prüfungsschritte bei der Neuausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches zu beachten:

- ? Durchführung einer methodisch ordnungsgemäßen Bedarfsermittlung,
- ? Feststellung, dass die Bedarfsflächengröße die vorhandenen Flächenreserven übersteigt,
- ? Durchführung einer Abwägungsentscheidung, welche Freiraumflächen geeignet sind, zukünftig als ASB ausgewiesen zu werden (hierbei sind insbesondere die Ziele und Grundsätze des Freiraumschutzes zu beachten).

### 3. Übersteigender Flächenbedarf

Der derzeitige Regionalplanentwurf sieht für die Stadt Burscheid einen Flächenbedarf von 46 ha vor. Hierbei entfallen 27 ha auf den kommunalen sowie 18 ha auf den regionalen Bedarf. Gleichzeitig sind im Rahmen des bisherigen Aufstellungsverfahrens bereits 39 ha ?Flächenpotenzial? in bestehenden Flächennutzungsplänen verortet worden. Mit den zukünftigen ASB-Ausweisungen im Regionalplan sollen weitere 31 ha hinzukommen.

Augenscheinlich wird der Bedarf damit deutlich überschritten. Es liegen uns keine Unterlagen vor, aus denen sich eine Begründung bzw. konkrete Nachvollziehbarkeit

einer solchen Überschreitung ergibt. Die Ausführungen der Stadt beschränken sich auf den Hinweis, dass die Mischgebietsdarstellungen im Flächennutzungsplan bei der Potenzialberechnung nur anteilig Berücksichtigung finden konnten. Weitere Ausführungen hierzu sind nicht erfolgt.

Im weiteren Regionalplanaufstellungsverfahren wird auf die zwingend erforderliche bedarfsgerechte Flächenausweisung zu achten sein. Der LEP NRW legt für eine Neudarstellung von Siedlungsflächen fest, dass ein die Reserveflächen übersteigender Bedarf nachgewiesen sein muss.

#### 4. Geeignete Alternativflächen

Nach Auskunft der Stadt Burscheid bieten sich keine geeigneten Alternativflächen zu der Neuausweisung in Burscheid-Dierath. Die ebenfalls betrachteten Flächen in Benninghausen, Büchel, Kretzheide und Linde sollen sich schon nicht eignen, da mit ihrer Ausweisung der Flächenbedarf deutlich überschritten werden würde.

Zudem knüpfe die ASB-Ausweisung in Dierath an die bestehende Bebauung an und runde diese ab. Schließlich habe sich die Stadt aufgrund anderer im Regionalplan vorhandener Flächen und dem Wunsch der räumlichen Verteilung bei vergleichbaren Parametern für die Flächenausweisung in Dierath entschieden. Diese Ausführungen der Stadt Burscheid können diesseits mit den derzeit vorliegenden Unterlagen nicht vollumfänglich nachvollzogen werden.

Auf den ersten Blick sind jedoch die nachfolgenden Erwägungen im weiteren Aufstellungsverfahren bezüglich des Regionalplans Köln zu bedenken: Die großflächigen ASB-Neuausweisungen in Dierath runden die bestehende Bebauung nicht ab. Vielmehr erweitert diese Ausweisung die grundsätzliche Möglichkeit, einen weiträumigen Teilbereich des derzeitigen Freiraums zukünftig einer Mischnutzung aus Wohnen und wohnverträglichem Gewerbe zuzuführen. Eine solche Erweiterungsmöglichkeit kann schwerlich unter die Begrifflichkeit des 'Abrundens' gefasst werden. Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, aus welchem Grund die Flächen in Benninghausen, Büchel, Kretzheide und Linde aus der Betrachtung ausgeschlossen worden sind. Sofern deren gänzliche ASB-Ausweisung die Bedarfsermittlung deutlich überschritten hat, wäre nach hiesigem Verständnis eine Teilausweisung möglich gewesen.

Vor diesem Hintergrund ist zweifelhaft, dass es sich bei diesem Flächenauswahlkriterium um ein legitimes Unterscheidungsmerkmal handeln kann. Schließlich ist diesseits anhand der vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich, nach welchen konkreten Kriterien seitens der Stadt Burscheid die Priorisierung der Flächen vorgenommen worden ist. Das uns vorliegende Schreiben spricht insofern von 'anderen bereits im Regionalplan vorhandenen Flächen und dem Wunsch der räumlichen Verteilung bei vergleichbaren Parametern'. Um welche Flächen es sich hierbei handeln soll bzw. welche räumliche Verteilung oder Parameter gemeint sind,

wird nicht ausdrücklich benannt und ist auf den ersten Blick auch nicht offensichtlich erkennbar.

Zusammenfassend wird im weiteren Regionalplanaufstellungsverfahren auf eine ordnungsgemäße Alternativflächenprüfung zu achten sein. Dies ist aus unserer Sicht bislang nicht nachvollziehbar erfolgt.

#### 5. Abwägungsprozess ASB-Ausweisung/Zurückstellung Freiraumbereich

Seitens der Stadt Burscheid wird angegeben, dass die infrastrukturelle Ausstattung sowie die überörtliche Anbindung des Stadtteils Dierath insgesamt gut sind. Die Fläche diene als Lückenschluss und städtebauliche Verbindung. Zusätzlich sei sie aufgrund der topografischen Lage, der einfachen Eigentumsverhältnisse (wenige Vertragspartner) und ihrer generellen Eignung für eine dichtere Bebauung geeignet. Die Bezirksregierung habe diese Fläche im Rahmen der Umweltprüfung nicht eingehender prüfen müssen. Zwar läge eine Flächengröße von insgesamt 11 ha vor. Hiervon seien aber nur 7,5 ha unbebaut, sodass eine eingehendere umweltrechtliche Prüfung nicht notwendig gewesen sei. Bei Flächen kleiner als 10 ha finde eine solche Prüfung nur statt, wenn es sich um ein Natura-2000-Gebiet, Naturschutzgebiet, Wasserschutzgebiet, Überschwemmungsgebiet oder Kurgelände handele. Da auch keine planungsrelevante Art nachgewiesen sei, müsse keine eingehendere Umweltprüfung erbracht werden. Dies gelte auch mit Blick auf die bestehenden Quellbereiche, die nunmehr überplant werden sollen. vgl. u.a. S. 100 des Umweltberichts zum Regionalplanentwurf, 2021

Unabhängig von der Frage, ob für die ASB-Neuausweisung der Fläche in Burscheid-Dierath eine vertiefende Umweltprüfung anhand der entsprechenden Prüfbögen notwendig ist, müssen jedenfalls die Belange des Natur-, Landschafts- und Freiraumschutzes bei einer solchen Neuausweisung Berücksichtigung finden. Dies ergibt sich bereits aus den oben aufgeführten Zielen und Grundsätzen des LEP NRW. Im weiteren Regionalplanaufstellungsverfahren werden daher die nachfolgenden Belange zu berücksichtigen sein: a) Widerspruch zu Erhaltungsziel 1.1 aus dem Landschaftsplan Burscheid ? Leichlingen (Erhaltung und Entwicklung von Gewässersystemen)

Die ASB-Neuausweisung betrifft eine wesentliche Fläche, für die im Landschaftsplan Burscheid ? Leichlingen das Erhaltungsziel 1.1 festgesetzt worden ist. Hierbei handelt es sich vorwiegend um den Bereich des Ölbachs. Aus den Erläuterungen zu diesem Erhaltungsziel ergibt sich u.a., dass dieses Entwicklungsteilziel für Bereiche dargestellt worden ist, in denen schutzwürdige Biotop vorliegen. vgl. S. 17 des Landschaftsplanes Burscheid ? Leichlingen, 2014. Diese Zielrichtung bedeutet insbesondere die Erhaltung naturnaher Gewässerränder und Quellbereiche. Naturnahe Gewässer sind ausdrücklich zu erhalten.

Aus dem vorliegenden Kartenmaterial ergibt sich, dass die ASB-Neuausweisung in



Dierath auch den Ölbach und die unmittelbar angrenzenden Flächen beinhaltet. Hier sind zukünftig erhebliche Konflikte zwischen der vorgesehenen Nutzung (Wohnen, wohnverträgliches Gewerbe) sowie des Natur- und Landschaftsschutzes nach dem Landschaftsschutzplan zu erwarten. Diese grundsätzlichen Nutzungskonflikte sind im weiteren Verfahren bei der Ausweisung zu berücksichtigen. Ein vollumfänglicher Verweis auf nachgelagerte Planungsebenen überzeugt nicht.

Die Neuausweisung dient der Deckung des Wohn- und Gewerbeflächenbedarfs der Stadt Burscheid. Inwieweit die hier in Rede stehende Fläche geeignet ist, richtet sich auch nach der Frage der Schutzwürdigkeit der Quellbereiche. Dies kann schon jetzt für die nachgelagerten Planungsebenen einen deutlichen Flächenverlust zur Ausweisung von Wohn- und Mischgebieten bedeuten.

Darüber hinaus legt der LEP NRW fest, dass der Freiraumschutz bei ASBNeuausweisungen abwägungsrelevant zu berücksichtigen ist. Mit welchem Gewicht dieser Belang einzustellen ist, richtet sich maßgeblich nach den natur- sowie landschaftsschutzrechtlichen Implikationen. Vor diesem Hintergrund ist der Ölbach mit seinen Quellbereichen im Rahmen der ASB-Neuausweisung unbedingt zu beachten.

b) Widerspruch zu Entwicklungsteilziel 1.2 (Erhaltung von Biotopverbundstrukturen, Trittsteinbiotopen und einem reich gegliederten Landschaftsbild) Die ASB-Neuausweisung betrifft eine wesentliche Fläche, für die im Landschaftsplan Burscheid ? Leichlingen das Erhaltungsziel 1.2 festgesetzt worden ist. Ausweislich der Ausführungen aus dem Landschaftsplan, ist das Entwicklungsteilziel 1.2 in gut strukturierten Bereichen dargestellt, in denen wertvolle Biotopstrukturen und Trittsteinbiotope (vorwiegend lineare und kleinflächige Gehölzstrukturen, extensiv bewirtschaftete oder brachliegende Nutzflächen) vorhanden sind.vgl. S. 25 des Landschaftsplanes Burscheid ? Leichlingen, 2014

Die neue ASB-Ausweisung betrifft großflächig einen solchen Bereich. Dies wird im weiteren Verfahren unbedingt zu berücksichtigen sein. Die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen ist nicht mit den Erhaltungszielen aus dem Landschaftsplan in Einklang zu bringen.

c) Widerspruch zum Entwicklungsteilziel 1.5 (Erhaltung gut ausgebildeter mit Landschaftselementen reich und vielfältig ausgestatteter Ortsränder) Die ASB-Neuausweisung betrifft großflächig Bereiche, für die im Landschaftsplan Burscheid ? Leichlingen das Erhaltungsziel 1.5 vorgesehen ist. Dieses Teilziel wird in Ortsrandbereichen dargestellt, die aufgrund ihrer Ausstattung mit wertvollen Biotopen, Biotopverbundstrukturen, naturnahen Gewässerstrukturen oder des Struktureichtums einen harmonischen Übergang von den Siedlungsgebieten zur freien Landschaft darstellen. Da diese Strukturen oft durch die Siedlungsentwicklung verloren gehen,

sollen die noch vorhandenen Strukturen eine besondere Aufmerksamkeit durch die Berücksichtigung im Landschaftsplan Burscheid ? Leichlingen erhalten. vgl. S. 27 des Landschaftsplanes Burscheid ? Leichlingen, 2014

Durch die ASB-Neuausweisung steht zu befürchten, dass die derzeitigen Randbereiche vollständig verloren gehen, sofern zukünftig nachrangig entsprechende Flächennutzungs- und Bauleitplanungen durchgeführt werden. Dementsprechend ist auch dieser Belang bereits in einer Abwägungsentscheidung bezüglich einer ASB-Neuausweisung zu berücksichtigen.

d) Kultur- und Erholungslandschaft Dierath Schließlich ist die besondere Kultur- und Erholungsfunktion der hier in Rede stehenden Landschaft in Burscheid-Dierath hervorzuheben. Der LEP NRW betont die besondere Bedeutung bestehender Freiraumstrukturen in seiner Erholungsfunktion für die dicht besiedelten Gebiete in NRW. Der Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln (?Erhaltene Kulturlandschaftsentwicklung?) aus dem Jahr 2016 hat jedenfalls Teilbereiche der hier in Rede stehenden ASB-Ausweisung als bestehende Kulturlandschaft erfasst, die es zu sichern und zu bewahren gilt. vgl. KLB Nr. 323, S. 228 des Fachbeitrags Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln, 2016, ?Bergisch Neukirchen / Wiembach ? und Ölbachau (Burscheid, Leverkusen)

Die besondere Erholungsfunktion des hier vorgesehenen Gebiets ergibt sich ferner aus den dort bestehenden Naturwanderwegen. Insgesamt bildet das Landschaftsschutzgebiet ein schützenswertes Naherholungsgebiet für die Bürger der umliegenden Städte und Gemeinden.

#### e) Zusammenfassung

Im weiteren Verfahren wird die grundsätzliche ASB-Neuausweisung mit dem Freiraumschutz abzuwägen sein. Hierbei werden konkretisierend die bestehenden Darstellungen aus dem Landschaftsplan einzubeziehen sein.

#### 6. Schlussbetrachtung

Die Raumordnung sowie der LEP NRW stellen hohe Anforderungen an die Neuausweisung von Allgemeinen Siedlungsbereichen, wenn hierzu Freiraum aufgegeben werden muss. Diese sind im weiteren Verfahren vollumfänglicher als bisher erfolgt zu beachten.

Vor diesem Hintergrund ist die Bedarfsberechnung ein weiteres Mal nachzuvollziehen. Derzeit stehen Flächenpotenziale von 70 ha für die Stadt Burscheid im Raum, obwohl der Bedarf bei 46 ha liegt. Aus diesem Grund scheint eine Neuausweisung nicht erforderlich zu sein. Sofern eine ordnungsgemäße Bedarfsanalyse ergibt, dass ASB-Neuausweisungen vorzunehmen sind, wird ein besonderes Augenmerk auf der Prüfung

alternativ in Betracht zu ziehender Flächen liegen müssen. Hierbei wird der Landschaftsplan Burscheid ? Leichlingen mit seinen festgelegten Zielvorstellungen in den Blick zu nehmen sein.

Die hier geplante Neuausweisung betrifft die dortigen Entwicklungsziele erheblich. Dies wird zugunsten des Freiraums gegenüber der Ausweisung neuer Siedlungsbereiche zu berücksichtigen sein. Es ist daher umfänglich zu prüfen, ob sich nicht andere Flächen zur Siedlungsentwicklung aufdrängen.

Anlage: Schreiben der Stadt Burscheid vom 25.08.2022

Neuaufstellung Regionalplan Köln, Stadtgebiet Burscheid - Ihr Zeichen: 01894/22  
18/nh

[ANONYMISIERT]

mit E-Mail vom 19. August 2022 baten Sie um Stellungnahme bzgl. des Entwurfs des neuen Regionalplans der Bezirksregierung Köln für das Stadtgebiet Burscheid, hier insbesondere zur ASB Neuausweisung im Ortsteil Dierath. Hierzu möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Bedarfsermittlung ASB-Neuausweisung

Der Stadt Burscheid wird von der Bezirksregierung Köln ein Flächenbedarf für Wohn- und Mischnutzung von insgesamt 46 ha zugeschrieben. Dieser gliedert sich in den endogenen Bedarf der Kommune (27 ha) sowie den regionalen, exogenen Wohnflächenbedarf (18 ha) auf. Die regionalen Bedarfe entstehen in den Ballungsräumen und werden regional, im Fall von Burscheid in der Teilregion Köln, verteilt. Potentiale für Wohnen und Mischnutzung für die Stadt Burscheid hat die Bezirksregierung in Höhe von insgesamt 70 ha identifizieren können. Hiervon werden 39 ha im bestehenden Flächennutzungsplan (FNP) verortet. Die übrigen 31 ha sind neue Flächen im Regionalplan, beinhalten aber gleichzeitig den regionalen Wohnraumbedarf. Bezüglich der genauen Berechnungsgrundlage verweise ich auf die Homepage der Bezirksregierung Köln, der die Grundlagen der Bedarfsermittlung zu entnehmen sind. Aktuell liegt der Fokus der Stadt Burscheid bzw. seiner politischen Gremien auf der Innenstadtentwicklung und damit der Entwicklung möglichst zentral liegender Flächen. Langfristig müssen jedoch auch darüber hinaus weitere Reserveflächen zur Verfügung stehen. Diese sind nicht nur allein in den Siedlungsschwerpunkten Burscheid und Hilgen möglich, sodass auch dezentral liegendere Fläche aufgenommen werden müssen. Nur so kann die Überbelastung einzelner Stadtteile verhindert werden. Die Bezirksregierung stimmt diesem Planungsansatz grundsätzlich zu.

Da die Stadt Burscheid den Bedarf an Flächen vor allem im Bereich des Wohnungsbaus sieht, sind Flächen, welche bereits im FNP als Mischgebietsflächen dargestellt sind, bei der Potenzialdarstellung nur anteilig zu berücksichtigen. Darüber hinaus kann nicht angenommen werden, dass die angegebenen Potenzialflächen in

Gänze einer baulichen Entwicklung zugeführt werden können. Aufgrund der Unschärfe des Regionalplans kann dessen Aufgabe nur sein, Handlungsoptionen der städtebaulichen Entwicklung zu bieten. Die tatsächliche Entwicklung ist dann abhängig von weiteren Faktoren wie z.B. der späteren Flächenverfügbarkeit oder natürlichen Gegebenheiten. Auf dieser Grundlage hat die Bezirksregierung im Rahmen der Regionalplanneuaufstellung der Ausweisung zusätzlicher Flächen und damit der Erweiterung der Potenzialflächen für das Stadtgebiet Burscheid grundsätzlich zugestimmt.

## 2. Geeignete Alternativflächen

Die ASB-Neuausweisungen im Regionalplan erfolgen im Stadtgebiet Burscheid vor allem für Flächen, welche bereits als Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan vorgesehen sind. Hier erfolgt also nur eine Anpassung an bereits vorhandene Darstellungen bzw. den baulichen Bestand. Darüber hinaus ergeben sich lediglich in zwei größeren Bereichen Neuausweisungen: ASS-Fläche Bellinghausen Nord (11 ha) und Dierath (11 ha). Erstere eignet sich aufgrund der guten überörtlichen Erreichbarkeit und Infrastrukturausstattung vor allem für den exogenen Wohnungsbau. Der ausgewiesene ASB Dierath hingegen ist grundsätzlich eher für endogene Bedarfe geeignet. Beide Bereiche schließen an bereits vorhandene, gefestigte Bebauung an und runden diese ab. Dies entspricht auch dem Ziel des Regionalplans, welcher gerade verhindern soll, dass eine zersplitterte Siedlungsstruktur entsteht. Seitens der Stadt Burscheid wurden der Bezirksregierung neben den oben genannten auch weitere Flächen genannt (Benninghausen, Büchel, Kretzheide, Linde). Diese konnten jedoch nach

Rückmeldung der Bezirksregierung aufgrund der dann deutlichen Übersteigung des Flächenbedarfs nicht in den neuen Regionalplan aufgenommen werden. Die Stadt Burscheid war daher gezwungen eine Priorisierung der gemeldeten Flächen vorzunehmen. Aufgrund anderer bereits im Regionalplan vorhandener Flächen und dem Wunsch der räumlichen Verteilung bei vergleichbaren Parametern, entfiel die Entscheidung auf die oben genannten Flächen.

## 3. Abwägungsprozess ASS-Ausweisung/Zurückstellung Freiraumbereich

Wie bereits beschrieben, ist es Ziel der zukünftigen Entwicklung der Stadt Burscheid die zusätzliche Belastung durch die Entwicklung weiterer Flächen auf das Stadtgebiet zu verteilen. Grundsätzlich geeignete Flächen sollten daher verteilt auf das gesamte Stadtgebiet identifiziert und die einzelnen Ortsteile bei der Potenzialflächenstellung gleichartig berücksichtigt werden. Dierath als einer der vier großen Burscheider Ortsteile (darüber hinaus Innenstadt, Hilgen, Ösinghausen), war daher Bestandteil einer genaueren Prüfung. Die in Rede stehende Fläche "Dierath" schließt unmittelbar an einen bestehenden ASB an, die infrastrukturelle Ausstattung sowie die überörtliche Anbindung sind insgesamt gut. Die Fläche dient als Lückenschluss und städtebauliche Verbindung (bauliche Erweiterung) innerhalb des neuen ASB. Darüber hinaus ist die Fläche auch topographisch für eine bauliche Entwicklung geeignet. Die einfachen Grundstücksverhältnisse (wenige Verhandlungspartner) und generelle Eignung für eine

dichtere Bebauung sind weitere Gründe für den Entscheid für die genannte Fläche.

Im Rahmen der Umweltprüfung zum Regionalplan werden nur unbebaute Flächen über 10 ha eingehender untersucht. Da die durch die Stadt Burscheid genannte Dierather Fläche (11 ha) zum Teil bereits bebaut ist, und nur ein Teilbereich von ca. 7,5 ha ungenutzt ist, wurde diese durch die Bezirksregierung nicht eingehender geprüft. Ausnahmen für kleinere Flächen sind vorgesehen, wenn es sich um ein Naturata-2000-Gebiet oder Naturschutzgebiet, ein Wasserschutzgebiet oder Überschwemmungsgebiet sowie ein Kurgebiet handelt. Zusätzliche Untersuchungen sind außerdem bei Erbringung des Nachweises einer planungsrelevanten Art vorgesehen. All diese Punkte treffen hier jedoch nicht zu. Zwar befinden sich auf der Fläche Quellbereiche, hierbei handelt es sich jedoch nicht um ein generelles Ausschlusskriterium für die gesamte Fläche. Wie schon beschrieben, müsste im weiteren Verfahren geprüft werden, wie hiermit umzugehen ist. Im Zweifel kann dies auch bedeuten, Teilflächen nicht zu entwickeln (vgl. Ausführungen unter Punkt 1 ). Darüber hinaus müssten Eingriffe in Natur und Landschaft im weiteren Verfahren selbstverständlich entsprechend der rechtlichen Vorgaben ausgeglichen werden.

#### 4. Landschaftsplan Burscheid-Leichlingen

Der Landschaftsplan ist über das Geoportal des Rheinisch-Bergischen-Kreises öffentlich einsehbar.

[Unterschrift]

AZ: Ö-M-1418	
1003025	
1007205	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich verpachte zwischen Weiler in der Ebene und Mülheim Wichterich insg. 39 ha zur ackerbaulichen Nutzung. Von dem Regionalplan liegen 39 ha der Fläche im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" und ca. 5 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Es handelt sich um die folgenden Flurstücke: [anonymisiert]</p> <p>Weiterhin wären unsere Flächen in Gänze von Ihren willkürlichen neuen Bestimmungen betroffen und man müsse von einem hohen unverschuldeten Wertverlust unseres Eigentums ausgehen.</p> <p>Dies kommt theoretisch einer Enteignung seitens des Staates gleich. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendung und sehe Ihre Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1419	
1003032	
1007417	
<p>Inhalt</p> <p>Neuer Regionalplan des Regierungsbezirks Köln Gemarkung Glesch, Flur 16, Flurstück [ANONYMISIERT]</p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen den o. a. Regionalplan ein.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-1420	
1003034	
1007618	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen Der Regionalplan-Entwurf sieht unter Z.26 "BGG sichern" vor, Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) als Vorranggebiete festzulegen. "Der Festlegung liegen dabei die Wasserschutzzonen Trinkwasserschutzzonen, Heilquellenschutzzonen) Ibis III A zugrunde. " "Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser dauerhaft gesichert wird." Zusätzlich zu diesen Vorranggebieten sollen sogenannte erweiterte Einzugsbereiche, mit einem Vorbehalt für wasserwirtschaftliche Funktionen oder Nutzungen aufgenommen werden (G.46 "Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen"). "Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung oder für eine zukünftige Trink- und Heilwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III BI III C der jeweiligen Wasserschutzzonen ... ". "Innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trink- und Heilwassergewinnung soll dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. " "Planungen und Maßnahmen, die potentiell eine erhebliche Gefährdung der Trink-/Heilwassergewinnung darstellen, sollen aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen). Soweit wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen zulässigerweise bereits bestehen, wird über deren weitere Entwicklung, sofern nicht raum bedeutsam, auf fachplanerischer Ebene entschieden." Stellungnahme: Für das Wasserwerk Dirmersheim ist die Ausweisung eines erweiterten Einzugsbereiches für den Grundwasser- und Gewässerschutz wasserwirtschaftlich nicht begründbar. Eine Ausweisung von Wasserschutzzonen erfordert die Untersuchung und Erfassung der wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten zur Festlegung des tatsächlichen Einzugsgebietes eines Wasserwerkes. Diese Voraussetzungen werden, wie nachfolgend dargelegt, nicht erfüllt. Die Grundwasserfließrichtung in der Erftscholle wird durch die Sumpfungsmaßnahmen des Braunkohlentagebaus Harnbach bestimmt. Das Wasserwerk Dirmersheim liegt im</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und der Grundsatz 46 wird angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.</p> <p>Gemäß Ziel 7.4-3 LEP NRW sind Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer, die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Entsprechende festgesetzte und geplante Bereiche sind als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) festzulegen und für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen zu sichern. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben werden in den Wasserschutzzonenverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzzonenverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen zu schützen und zu sichern. BGG überlagern zum Teil andere Festlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzzonenverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Z.26 setzt diesen Schutz der Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer</p>



Bereich der Sumpfungsmaßnahmen. Die mit Beendigung des Braunkohlentagebaus Harnbach einsetzende Regeneration des Grundwassers führt wiederum zu einer Veränderung der Grundwasserfließrichtung. Die Regeneration des Grundwassers wird zudem bestimmt vom Zeitpunkt der Beendigung des Braunkohlentagebaus Harnbach und von der aktiven oder passiven Bewirtschaftung des Grundwassers im Zuge der geplanten Wiedernutzbarmachung. Diese Unwägbarkeiten können zum jetzigen Zeitpunkt durch keine Untersuchungen der wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten beurteilt werden, und können lediglich durch Annahmen in einer Modellberechnung ersetzt werden. Diese Vorgehensweise wird nicht den Anforderungen des WHG gerecht. Die Ausweisung einer Wasserschutzzone kann gem. § 52 WHG zu Einschränkungen bzw. zur Untersagung von Nutzungen von Grundstücken führen. Dieser Eingriff in die Grundrechte erfordert bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten die Untersuchung und Erfassung der tatsächlichen wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten. Bei Vorliegen dieser Daten ermöglicht das WHG gem. § 52 Abs. 2 zudem eine vorläufige Unterschutzstellung von Gebieten für einen Zeitraum von max. 3 Jahren. Mit dieser zeitlichen engen Begrenzung nimmt der Gesetzgeber Rücksicht auf die Wahrung der Grundrechte der innerhalb der geplanten Schutzzone gelegenen Betriebe und Grundstückseigentümer. Der Entwurf des Regionalplans stützt sich jedoch nur auf eine Modellrechnung für die Ausweisung eines erweiterten Einzugsbereiches zur Verankerung der geplanten Wasserschutzzone III B für das gesamte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmersheim ab 2050.

Von der Ausweisung einer geplanten Wasserschutzzone III B im Regionalplanungs-Entwurf wären unsere im Kreis Euskirchen und im Rhein-Sieg-Kreis gelegenen Betriebe betroffen.

Der Betrieb der Quarzsand- und Quarzkiestagebaue "Sandersmaar" und "Am Neukircher Weg" einschließlich der angrenzenden Abgrabung Ollheim sowie deren geplante Erweiterungen würden erheblich beeinträchtigt bzw. verhindert werden. Dies betrifft insbesondere die Aufbereitung der gewonnenen Rohstoffe und die Wiedernutzbarmachung. Für den Tagebau "Am Neukircher Weg" würde zudem die geplante DK0-Deponie nicht mehr realisierbar sein. Die geplante Verlängerung der Laufzeit des Tagebaus "Straßfeld" und die geplante Folgenutzung als DK0-Deponie würden ebenfalls betroffen sein.

entsprechend gemäß LEP NRW um.

1007619

#### Inhalt

zu 4.3 Schutz der Natur und Landschaft 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern Die vorgesehenen Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) werden als Vorranggebiete festgelegt zum Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Stellungnahme: Die im Regionalplan-Entwurf vorgesehenen BSN berücksichtigen nur teilweise die in der rechtskräftigen Genehmigung für die Deponie DKO "Straßfeld" enthaltenen Rekultivierungsmaßnahmen. Die bestandskräftige Genehmigung enthält im Sinne des Biotopverbunds Bereiche für den Arten- und Biotopschutz entsprechend den naturschutzrechtlichen Vorgaben. Als weitere Ausgleichsmaßnahmen sind landwirtschaftliche Nutzflächen festgelegt. Der Regionalplan Entwurf sollte diese bestehenden Rekultivierungsverpflichtungen vollumfänglich berücksichtigen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen und ausgeübte bestandsgeschützte Befugnisse) ein. Die Ziele und Grundsätze der BSN geben im vorgenannten Bereich den Rahmen für die anschließende Nutzung der rekultivierten Fläche vor.

Die Festlegung der BSN sichert und schützt zudem den Bereich als Vorranggebiet gegen eine möglich bauliche Inanspruchnahme.

**Inhalt**

zu 5.3 Entsorgungsinfrastruktur 5.3.2 Deponien Z.42 Neue Standorte für Deponien raumverträglich steuern G.69 Flächeninanspruchnahme für neue Standorte für Deponien reduzieren Stellungnahme: Der Regionalplan-Entwurf enthält für den Großraum Euskirchen nur die bis 2025 genehmigte Boden und Bauschuttdeponie DKO der Firma [anonymisiert]. Diese Deponie wird von Industrie, Handwerk und Gewerbe, wie auch von der Bevölkerung als ortsnaher Standort zur Entsorgung von DKO-Material genutzt. Für die zukünftige, ordnungsgemäße Entsorgung von Boden und Bauschutt ist nach der Schließung der Deponie [anonymisiert] ein weiterer Standort im Großraum Euskirchen und dem angrenzenden RheinSieg-Kreis erforderlich. Die Entsorgung von DKO-Material steht im öffentlichen Interesse, da die RSAG als Entsorgungsunternehmen des Rhein-Sieg-Kreises dringend nach Einlagerungsmöglichkeiten für DKO-Material sucht. Der Tagebau "Straßfeld" kann parallel zur Tongewinnung als DKO-Deponie betrieben werden. Dies gilt auch für den Tagebau "Am Neukircher Weg". Nach Auskiesung eines geeigneten Teilbereiches soll parallel zum Weiterbetrieb der Kiesgrube eine DKO-Deponie errichtet werden. Beide Tagebaue so llen daher als Stando11e für eine DKO-Deponie im Regionalplan Berücksichtigung finden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.

Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.

Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.

Der Deponiestandort liegt innerhalb des Anwendungsbereichs von "G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen" bzw. "G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern". Auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen ist zu berücksichtigen, dass dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen.

Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

--	--

AZ: Ö-M-1421	
1003039	
1007206	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung. Ich wende mich dagegen, dass Teile meiner Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) / + Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden sollen. Dazu gehören unter anderem folgende Flächen: Gemarkung Berk Flur 9 [anonymisiert] Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, Befahr,- und Beweidung eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Desweitern ist mit einer erheblichen Ertrags und Wertminderung zu rechnen. Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-1422	
1003042	
1006986_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zu der geplanten Neuaufstellung des Regionalplans für die Bez.Reg. Köln. In meiner Stellungnahme habe ich den alten Regionalplan (Bild links) mit dem geplanten Regionalplan (Bild rechts) verglichen und erhebliche Beeinträchtigungen für meinen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb gefunden. Desweiteren werden, ohne Not, Landschaften mit zusätzlichen Unterschutzstellungen überzogen, obwohl es bei den Flächen oft fraglich ist, ob dort die Voraussetzungen für NSG gemäß §23 Abs. 1 BNatSchG gegeben sind.</p> <p><u>Bereich: Klaerbusch ? Halde ? Faulendriesch</u></p> <p>Vormals nur LSG heute als BSN vorgesehen.</p> <p>- Die Flächen, die in Altmyhl anschließen, ca. 8 ha, sind ein geschütztes Biotop, vgl. § 42 BNatSchG NRW. Dabei handelt es sich um den Kleebruch ? Naße Erlenbruchflächen, die zusätzlich als Regenrückhaltebecken genutzt werden. Der Damm des Regenrückhaltebeckens muss dringend erneuert werden. Entsprechende Planungen sind durch den WVER bereits gemacht worden.</p> <p>Bei den restlichen 25 ha, die in das neue BSN aufgenommen werden sollen, handelt es sich um ehem. Fichtenflächen ohne Bestockung, da dort der Borkenkäfer zugeschlagen hat. Versuche der Aufforstung werden dort unternommen. Insgesamt ist festzustellen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Naturschutzgebiet gemäß § 23 Abs. 1 BNatSchG nicht gegeben sind.</p> <p><u>Bereich: Halde</u></p> <p>- Die Bergehalde Schacht 4/6 (Hallerberg) unterliegt weiterhin der Bergaufsicht. Diese wird voraussichtlich in den nächsten 5 Jahren enden. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Stadt Hückelhoven ist dies eine Fläche für eine große Freifläche PV-Anlage, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Die Fläche erfüllt die Kriterien ? Konversionsfläche (ehem. Industriefläche).</p> <p>- Wiedernutzbarmachung für die sanfte Erholung (touristische Erschließung). Bei der Halde handelt es sich um die höchste Erhebung bis zur Nordsee. Sie übt eine starke</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der</p>

Anziehungskraft auf Radfahrer und Spaziergänger aus. Faktisch ist eine Nutzung durch diese Personen nicht zu verhindern.

#### Bereich: Faulendriesch Südlich der Bergehalde

- Neues BSN ohne wirkliche Begründung, denn bei den Flächen handelt es sich um schlechten Wald, großer Schadholzanteil (Fichte). In der Senke sind Buchenaltbestände, die zusammenbrechen, da sich diese auf die geänderten Klimabedingungen nicht einstellen können.

- Im BSN liegt der Landwirtschaftliche Betrieb von der Familie [ANONYMISIERT], er hat vor keinen 10 Jahren dort erheblich investiert und hätte somit keine Erweiterungsmöglichkeit mit seinem Sonderkulturanbau. Auch hier sind die rechtlichen Voraussetzungen für ein Naturschutzgebiet gemäß § 23 Abs. 1 BNatSchG nicht gegeben.

[s. Anhang Abb. StnID 1006986\_001\_1]

#### Bereich Adolfosee ? Ratheim ? Rur

Hier ist das BSN erheblich ausgeweitet worden. Über eine ?normale Ackerfläche?, durch den Park von Haus Hall / Neuhaus und schließt des NSG Hallerbruch mit ein. Die Ausweisung dieser Flächen als BSN ist unnötig, da alle Flächen heute schon einen Schutz vor Veränderung haben.

- NSG Hallerbruch ist durch den Landschaftsplan geschützt.  
- Die historischen Gartenanlagen von Haus Hall und Neuhaus sind durch den Denkmalschutz / Bodendenkmalschutz vor Veränderungen geschützt.  
- Die Ackerfläche ist Teil des Hochwasserschutzes ? im Sommer 2021 ist das Wasser der Rur über diesen Acker (Ecke Mahrweg/Oberbrucherstraße/Hagbrucher Str.) in die Burgstraße abgefließen. Hier gibt es Überlegungen seitens des Eigentümers, der Stadt Hückelhoven und des WVER, einen Schutz für die Ortslage Ratheim zu erstellen. Diese Gespräche sind noch ganz am Anfang und könnten über eine solche Ausweisung erschwert werden.

Somit ist die Ausweisung des BSN aus Sicht einer Biotopvernetzung nicht notwendig. Außerdem können ganz normale Ackerflächen gemäß § 23 Abs. 1 BNatSchG nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1006986\_001\_2]

#### Bereich Abgrabung Gut Kaphof ? Hilfarth

Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.



Hier ist das BSN erheblich ausgeweitet worden. Es umfasst eine aktive Abgrabung auf der zukünftig eine Floating Solaranlage - entsprechend den gesetzlichen Vorgaben - errichtet werden soll. Diese Ausweisung wird im Genehmigungsverfahren zu Problemen führen und dem Klimaschutzkonzept der Stadt Hückelhoven entgegenstehen.

Die Betonwerke Bieren und Dyckerhoff liegen mit ihren Produktionsstätten im BSN (entlang der K22 ? Ratheim ? Hilfarth). Eine Veränderung der Produktion wäre über eine solche Ausweisung zukünftig nicht mehr möglich.

Zwischen der K22 und Rur sind ca. 20 ha zusätzlich Teil des BSN geworden, die vom Hochwasser im Sommer 2021 nicht betroffen waren. Hierbei handelt es sich um normale Ackerflächen die sich zwischen den Betriebsstandorten von Mollshof, Rurtal Ei (Hermanns) und der Gutsverwaltung Haus Hall befinden. Normale Ackerflächen können, worauf ich bereits mehrfach hingewiesen habe, bekanntlich nicht gemäß § 23 Abs. 1 BNatSchG als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Diese sind außerdem betriebsnotwendige Flächen für den Anbau von Lebensmitteln. Eine Erweiterung / Umstellung der Betriebe auf Sonderkulturen etc. würde über eine solche Ausweisung zukünftig ausgeschlossen. Die landwirtschaftlichen Betriebe in der Stadt Hückelhoven haben keine große Flächenausstattung und sind somit auf Sonderkulturen o.ä. angewiesen. Durch die Flächenstruktur in der Stadt Hückelhoven verlieren diese Betriebe immer mehr ihre Grundlage zur Einkommenssicherung.

Die Biotopvernetzung ist mit der heutigen Ausweisung des BSN gegeben und wird sich nach Abschluss der Abgrabung erheblich verbessern. Somit ist eine zusätzliche Ausweisung des BSN nicht notwendig.

[s. Anhang Abb. StnID 1006986\_001\_3]

#### Bereich Südlich Hilfarth ? Gut Wedau

Hier ist das BSN erheblich ausgeweitet worden. Das BSN hat sich im Bereich Gut Wedau um ca. 60 ha erweitert. Bei den dort vorhandenen Flächen handelt es sich um intensiv genutzte Ackerflächen mit entsprechenden Intensivkulturen, Gurken, Kartoffeln etc. Auch hier liegen die gesetzlichen Voraussetzungen des § 23 BNatSchG demgemäß nicht vor.

Warum demgegenüber die Flächen rechts der Rur (Rurich) weiterhin als LSG gelten sollen, ist nicht nachvollziehbar und zeigt, dass keine qualitative Abwägung vorgenommen worden ist.

[s. Anhang Abb. StnID 1006986\_001\_4]

Abschließend muss man feststellen, dass die Stadt Hückelhoven in besonders hohen Maßen durch die Ausweisung von BSN getroffen wird. Es hat den Anschein, dass die gesamten Naturschutzmaßnahmen des Kreises Heinsberg auf die Stadt Hückelhoven und die Stadt Wassenberg konzentriert werden und die Eigentümer / Pächter dieser Flächen erheblich durch die zusätzliche Ausweisung von Schutzflächen benachteiligt werden. Vor einigen Jahren ist ein Landschaftsplan für die Untere Ruraue und das Baaler Riedeland erstellt worden. In diesen Plänen sind die Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes definiert worden, die aufgrund der kurzen Zeitspanne noch nicht umgesetzt worden sind. Hier wäre es geboten, sich mit der Regionalplanung auf die damals gesetzten Planungsziele zu beschränken.

1.) Für meine Flächen erhebe ich somit Einspruch gegen die Ausweisung von BSN Gebiete:

- Südlich der L46 ([ANONYMISIERT])
- Nördlich der L227 ([ANONYMISIERT])

2.) Für meine Flächen erhebe ich somit Einspruch gegen die Erweiterung der BSN Gebiete:

- Entlang der K 22 ([ANONYMISIERT])
- Nördlich der Rur im Bereich [ANONYMISIERT]
- Nördlich der Bahntrasse im Bereich [ANONYMISIERT]

3.) Hiermit beantrage ich, dass auf der Fläche Halde Schacht 4/6 Haller Berg eine Fläche von ca. 20 ha als Fläche für Öko / Agri PV ausgewiesen wird. (SW Flanke)

4.) Hiermit beantrage ich die Rücknahme des BSN um ca. 6 ha im Bereich Doveracker Absetzteiche und Ausweisung des Bereiches Doveracker Absetzteiche als Fläche für Öko/Agri PV.

5.) Hiermit beantrage ich die Rücknahme des BSN um 15 ha im Bereich der Abgrabung Kaphof und dort eine Ausweisung der Fläche als Floating PV

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006986\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006986\\_001\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006986\\_001\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1006986\\_001\\_4.pdf](#)

AZ: Ö-M-1423	
1003237	
1010454	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [ANONYMISIERT] ist ein seit vielen Generationen bestehendes Familienunternehmen und produziert an ihrem Standort in Düren [ANONYMISIERT] unter sehr hohen Umweltstandards. Als mittelständisches Familienunternehmen ist die Firma auf weitere Entwicklungsmöglichkeiten an dem Standort in [ANONYMISIERT] zwingend angewiesen. Einschränkungen jeglicher Art, die die Entwicklung des Unternehmens direkt oder indirekt hindern können, müssen vermieden werden. Dies gilt umso mehr, als dass sich der Standort in unmittelbarer Nähe zum Tagebau Inden befindet und in der Strukturwandelregion Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen erhalten sowie neu geschaffen werden müssen. Der Regionalplan sieht im Entwurf neue Flächen zum ?Schutz der Natur? vor, die nordöstlich, östlich und bis in den südlichen Bereich hinein direkt an das Unternehmensgelände angrenzen sollen. Diese werden wie folgt dargestellt: [ANONYMISIERT]. Diese Planung entspricht nicht der Landschaftsplanung des Kreises Düren, die zur Sicherung und Entwicklung des Firmengeländes einen Freiraum ohne Schutzgebiete um den Firmenstandort herum vorsieht. Aus Schutzgebietsausweisungen im unmittelbaren Umfeld einer Firma können insbesondere in immissionsschutzrechtlich und störfallrechtlich relevanten Verfahren erhebliche Einschränkungen und Risiken mit Blick auf die Unternehmensentwicklung entstehen. Zudem werden Firmen aufgrund von Schutzgebieten regelmäßig mit Restriktionen bezogen auf den Bau und die Unterhaltung von Versorgungsleitungen konfrontiert. Um den Erhalt und die Entwicklung der [ANONYMISIERT] am Standort in Düren [ANONYMISIERT] zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, dass keine Schutzgebietsausweisungen zwischen dem Firmengelände und der Rur in nordöstlicher, östlicher und südlicher Richtung erfolgen. Es muss mindestens ein Radius von 500 m ab der Grenze des Firmengeländes freigehalten werden, in dem keine Schutzgebiete vorgesehen werden. Man muss an dieser Stelle auch deutlich zum Ausdruck bringen, dass diese Planung im Regierungsbezirk Köln aus Sicht eines mittelständischen Unternehmens höchst ernüchternd und enttäuschend ist. Bestehende mittelständische Firmen sollen maßgeblich den Wegfall von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft in der Strukturuwandelregion kompensieren. Dennoch sieht die Entwurfsplanung des Regionalplans neue Hürden für Investitionen und die unternehmerische Entwicklung in wirtschaftlich höchst riskanten Zeiten vor. Entscheidende wirtschaftsfreundliche Signale sind dieser Regionalplanung aus Sicht betroffener Firmen nicht zu entnehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Da der Regionalplan keine Fortschreibung eines Regionalplanes ist, werden auch keine Festlegungen "zurückgenommen". Den Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende</p>

	<p>Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht.</p>
--	--

AZ: Ö-M-1424

1003239

1010452

#### Inhalt

Die [ANONYMISIERT] in Kreuzau [ANONYMISIERT] befindet sich an einem der traditionsreichsten Industriestandorte im Raum Düren. Derzeit wird ein umfassendes Projekt zur zukünftigen Entwicklung des Standorts erarbeitet. Dieses Projekt ist für die Gesamtentwicklung von Kreuzau auch unter Berücksichtigung des Unternehmens als bedeutsamen Arbeitgeber in der Gemeinde von herausragender Bedeutung. Einschränkungen jeglicher Art, die die Entwicklung des Unternehmens direkt oder indirekt hindern können, müssen vermieden werden. Dies gilt umso mehr, als dass in der Strukturwandelregion Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen erhalten sowie neu geschaffen werden müssen. Der Regionalplan sieht im Entwurf neue Flächen zum ?Schutz der Natur? vor, die direkt an das Unternehmensgelände angrenzen und sich in weiten Teilen zudem auf das Betriebsgelände erstrecken sollen. Diese werden wie folgt dargestellt: [ANONYMISIERT]. Im geltenden Regionalplan sind derartige Flächen zum ?Schutz der Natur? nicht vorgesehen. Hier beschränken sich die Schutzgebietsflächen auf den Bereich der Rur: [ANONYMISIERT]. Aus Schutzgebietsausweisungen im unmittelbaren Umfeld einer Firma können insbesondere in immissionsschutzrechtlich relevanten Verfahren erhebliche Einschränkungen und Risiken mit Blick auf die Unternehmensentwicklung entstehen. Zudem werden Firmen aufgrund von Schutzgebieten regelmäßig mit Restriktionen bezogen auf den Bau und die Unterhaltung von Versorgungsleitungen konfrontiert. Um den Erhalt und die Entwicklung der [ANONYMISIERT] am Standort in Kreuzau zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, dass keine neuen Schutzgebietsausweisungen auf dem Firmengelände und in seinem Umfeld erfolgen. Es muss mindestens ein Radius von 500 m ab der Grenze des Firmengeländes freigehalten werden, in dem keine neuen Schutzgebiete vorgesehen werden. Man muss an dieser Stelle auch deutlich zum Ausdruck bringen, dass diese Planung im Regierungsbezirk Köln aus Sicht eines mittelständischen Unternehmens höchst ernüchternd und enttäuschend ist. Bestehende mittelständische Firmen sollen maßgeblich den Wegfall von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft in der Strukturwandelregion kompensieren. Dennoch sieht die Entwurfsplanung des Regionalplans neue Hürden für Investitionen und die unternehmerische Entwicklung in wirtschaftlich höchst riskanten Zeiten vor. Entscheidende wirtschaftsfreundliche Signale sind dieser Regionalplanung aus Sicht betroffener Firmen nicht zu entnehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Rücknahmen gegenüber einem Regionalplan.

Die Zeichnerische Festlegung wird auf Grund der Stellungnahme ID 1005446 geändert (s. Änderungskarten).

AZ: Ö-M-1425	
1003240	
1010448	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In dem Entwurf des neuen Regionalplans, Blatt 02, Kreis Düren_01, sind Flächen im Bereich zwischen der Rur und den Produktionshallen dargestellt, die mit den Freiraumfunktionen ?Schutz der Natur? und ?Regionale Grünzüge? sowie ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? belegt werden sollen. Es ist ein Schutzgebietsbereich und ein Bereich für regionale Grünzüge dargestellt, der weit über die Darstellung im geltenden Regionalplan hinausgeht. Insbesondere sollen ausweislich des Entwurfs des Regionalplans Flächen, die im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Düren als gewerbliche Bauflächen festgesetzt sind, mit den vorgenannten Freiraumfunktionen überplant werden. Der Entwurf des Regionalplans kollidiert folglich mit den Festsetzungen des Flächennutzungsplans der Stadt Düren in diesem Bereich. In dem nachfolgenden Kartenausschnitt sind die betreffenden Bereiche gekennzeichnet: [ANONYMISIERT]. Zum Teil stehen die betreffenden Grundstücke im Eigentum der besagten Unternehmen. Zum Teil stellen diese Flächen Erweiterungsflächen der Unternehmen dar, die den Firmen auch entsprechend der Bauleitplanung der Stadt Düren unzweifelhaft als gewerblich bzw. industriell nutzbare Flächen zur Verfügung stehen. Insbesondere werden die Flächen zur Rur hin für bestehende Versorgungsleitungen und ihre Unterhaltung genutzt und müssen weiterhin für den Bau neuer Versorgungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Besonders betrifft dies Wassergewinnungsanlagen der Unternehmen an der Rur und die zugehörigen Versorgungsleitungen zu den Betriebsstätten der Firmen. Zum Vergleich folgen Kartenausschnitte aus dem geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Düren und dem geltenden Regionalplan, die die erheblichen Eingriffe der Planung in die Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen verdeutlichen: [ANONYMISIERT]. Unschwer ist zu erkennen, dass Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen im Umfeld der Unternehmen durch die neue Regionalplanung erheblich eingeschränkt werden sollen. Aus Sicht der Wirtschaft ist es erschreckend, dass der Entwurf des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln eine Ausweitung der Schutzgebietsflächen im Umfeld dieser Unternehmen bis unmittelbar an zeichnerisch dargestellte Betriebsgebäude heran vorsieht. Schutzgebiete und andere Freiraumfestsetzungen im Umfeld eines Unternehmens können die Entwicklung eines Standorts unmittelbar und mittelbar erheblich einschränken. Abgesehen davon, dass im gegenständlichen Fall auch in der Bauleitplanung der Stadt Düren vorgesehene Erweiterungsflächen der Unternehmen direkt betroffen sind, resultieren je nach Schutzgebietscharakter in immissionsschutzrechtlich relevanten Genehmigungsverfahren erhebliche Risiken und Einschränkungen durch im Umfeld eines Standorts bestehende Schutzgebiete. In der Strukturwandelregion, in der sehr</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor</p>

viele Arbeitsplätze verloren gehen werden, sind wir unbedingt auf den Erhalt bestehender Arbeitsplätze und die Schaffung neuer angewiesen. Einen besonderen Beitrag zum Erhalt der Wirtschaftskraft und des Wohlstands in unserer Region muss der Mittelstand leisten. Insbesondere aus Sicht international tätiger Unternehmen, die über viele Standorte verfügen, ist es unverständlich, dass die Standortbedingungen im Regierungsbezirk Köln durch öffentliche Planungen verschlechtert werden. Wir müssen dringend dafür Sorge tragen, dass auch in Zusammenschau mit immens gestiegenen Energiepreisen und derzeitigen Risiken hinsichtlich der Versorgungssicherheit Standorte in unserer Region erhalten bleiben. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, dass eine Ausweisung neuer Gebiete zum Schutz der Natur und für regionale Grünzüge sowie alle anderen Formen von Gebietsausweisungen, die den Interessen der Unternehmen entgegenstehen, in dem dargestellten Bereich unterbleibt. Schutzgebietsdarstellungen, Darstellungen für regionale Grünzüge und Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung im Umfeld und auf den Eigentumsflächen der Firmen müssen in der neuen Regionalplanung bitte unbedingt zurückgenommen werden. Der Regionalplan muss hinsichtlich der Darstellung gewerblich und industriell nutzbarer Flächen mindestens dem Flächennutzungsplan der Stadt Düren entsprechen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1426	
1003241	
1007293	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die für den Bereich Heidberg/Heiligeneiche vorgesehene Fläche GiB-interkommunal sollte ausschließlich im Ausmaß der bisher bereits erfolgten Bebauung durch die Städte Burscheid und Leverkusen festgesetzt werden und die bisherige kommunale Planung nicht erweitert werden. Alleinig die bereits und in Zukunft weiterhin interkommunal genutzte Fläche des Entsorgungsbetriebes als Kompostieranlage und Wertstoffhof sollte als interkommunal festgesetzt werden.</p> <p>Eine Ausdehnung der Gewerbe- und Entsorgungsbetriebsflächen sind, insbesondere auf Grund der zu erwartenden Intensivierung der Emissionen durch Gewerbe und des Entsorgungsbetriebes, für die Anwohner und Eigentümer unzumutbar und daher bereits im jetzigen Planungsstadium vorbereitend auszuschließen. Ebenso muss aus Gründen des Naturschutzes eine weiterer Eingriff in die Flora und Fauna der Umgebung, insbesondere durch Abholzungen und starken Beschnitt sowie geringwüchsiger Ersatzbepflanzung, verhindert werden.</p> <p>Gegen den für diesen Teilbereich bisher als Entwurf veröffentlichten Regionalplan sprechen insbesondere folgende Punkte:</p> <p>Im Umweltbericht Anhang E BUR-GIB-1 zum gegenständlichen Bereich ist unstreitig aufgeführt, dass die umliegenden Wohnbereiche bereits jetzt und im bisherigen Plan nicht unerheblich betroffen und weitere Planungen und Prüfungen notwendig sind. ( Punkt 2.03) Gleiches gilt für den Grundwasserkörper des Umfeldes, welcher eine weitere besonders schützungspflichtige Funktion nicht nur für die Anwohner, sondern vielmehr auch für die beteiligten Kommunen, aufweist. ( Punkt 2.15)</p> <p>Naturschutztechnisch noch relevanter und erheblicher ist jedoch das Vorliegen und die Inanspruchnahme von klimarelevanten Böden in Form von absolut schutzpflichtiger Pseudogley-Braunerde ( Punkt 2.18). Ein unnötiger Eingriff in diese Böden würden nicht nur einen irreversiblen Eingriff in die vorhandene Vegetation bewirken, sondern auch zukünftige Natur- und Umweltschutzprojekte durch Kultivierung stark beeinträchtigen bzw. unter Umständen sogar unmöglich machen, sofern dann nicht weitere Bodenaustausche durchgeführt werden.</p> <p>Weiterhin liegt das Plangebiet innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches in Form der KLB-Nr. 359: Optisch-mechanische Telegraphenlinie Berlin-Koblenz sowie KLB-Nr. 329: Alte Höhenstraße von Mülheim nach Lennep (Burscheid, Leverkusen, Wermelskirchen).</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (s. Stn ID 1001464, STN ID 1003560) sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



Unter anderem aus diesen Punkten hat die Stadt Burscheid in ihrer Stellungnahme zum aufzustellenden Regionalplan angeregt, eine Beschränkung der GiB-interkommunal-Fläche auf das Entsorgungszentrum vorzunehmen und die sonstigen GiB-Flächen, insbesondere die neue Fläche auf Leverkusener Stadtgebiet, herauszunehmen.

AZ: Ö-M-1427

1003243

1007376

#### Inhalt

Der Standort unseres Mitgliedsunternehmens in Elsdorf befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Abbruchkante des Tagebaus Hambach. Über Jahrzehnte hinweg musste das Unternehmen wegen der Nähe zum Tagebau besondere Schwierigkeiten hinsichtlich der Unterhaltung und Entwicklung des Standorts in Kauf nehmen. Dennoch wurde der Standort entwickelt. Aktuell werden Planungen zur Entwicklung eines Food Campus mit innovativen Unternehmen aus der Lebensmittelbranche umgesetzt. In besonderer Weise kann dieser Food Campus zur Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels mit dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Für das Gelände unseres Mitgliedsunternehmens existiert der Bebauungsplan Nr. 116 der Stadt Elsdorf ?Elsdorf, Betriebsgelände der Firma Pfeifer & Langen?. Dieser enthält in seinem südlichen Bereich folgende Festsetzungen, die bis an die Abbaugrenze des Tagebaus heranreichen [s. Anhang Abb. StnID 1007376\_1].

Der Entwurf des neuen Regionalplans, Blatt 04, Rhein-Erft-Kreis, orientiert sich in diesem Bereich an den Darstellungen des jetzt geltenden Regionalplans. Die geltende Bauleitplanung der Stadt Elsdorf insbesondere mit der Festsetzung von Industriegebietsflächen wird in dem Entwurf nicht berücksichtigt, was besonders am Straßenverlauf als Orientierungshilfe erkennbar ist [s. Anhang Abb. StnID 1007376\_2].

Wir bitten darum, die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 116 der Stadt Elsdorf, im neuen Regionalplan zu berücksichtigen und insbesondere die Darstellung der Fläche für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung den Festsetzungen von Gewerbe- bzw. Industriegebietsflächen in dem Bebauungsplan anzupassen.

Es muss allen Akteuren ein besonderes Anliegen sein, die Standortentwicklung durch konsistente Planungsinstrumente sicherzustellen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007376\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1007376\\_2.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der betroffene Bereich ist während des Planungszeitraums des Regionalplan Köln 2043 innerhalb des bergrechtlichen Sicherheitsbereiches des Tagebaus Hambach gelegen. Vor dem Hintergrund der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von voraussichtlich 40-60 Jahren und der diesbezüglichen bergrechtlichen Erfordernisse sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für diesen Bereich nicht möglich.

**Inhalt**

Wir begrüßen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Die Region besitzt aufgrund ihrer Windhöflichkeit und des großen Flächenpotentials eine besondere Verantwortung bei dem Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung des Regionalplans Köln möchten wir wie folgt Stellung nehmen: Windenergie

Allgemein Die Neuaufstellung des Regionalplans Köln begrüßen wir ausdrücklich, aber den Verzicht auf die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen sehen wir äußerst kritisch. Unserer Erfahrung nach ist die Steuerung allein über den Flächennutzungsplan oft sehr langwierig und nicht zielführend. Die Gründe hierfür sind vielfältig, aber des Öfteren spielen dabei Personalmangel und die sich schnell ändernde Gesetzeslage bei langen Planungsprozessen eine Rolle. Darüber hinaus sind viele der bestehenden Flächennutzungspläne veraltet und entsprechen nicht mehr den heutigen Vorgaben und aktuellen Rechtsprechungen und verfehlen somit komplett die planerischen Ziele und Gegebenheiten der Gegenwart. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht ein Konzept für Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie ähnlich wie es die Regionalpläne der Regierungsbezirke Münster und Düsseldorf vorsehen. Des Weiteren bitten wir zu beachten, dass seit der Veröffentlichung des Entwurfs des Regionalplan Kölns die welt- und bundespolitische Lage sich stark verändert hat, wodurch der Windenergie eine noch wichtigere Rolle zugeschrieben wurde. Aus diesem Grund liegen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Dies führt aus unserer Sicht dazu, dass es nicht nur in vereinzelten Ausnahmefällen Flächen für Windenergieanlagen im Wald, in Wasserschutzgebieten Zone III (siehe unser Beispiel zur Gemeinde Hellenthal) oder Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen werden sollten. Auch die in diesem Jahr beschlossene Novellierung des BNatSchG sieht z. B. eine grundsätzliche Befreiung aus dem Landschaftsschutz für Windenergieanlagen vor. Besonders zu berücksichtigen sind die aktuellen Entwicklungen und Flächenziele, welche über das Wind an Land Gesetz definiert werden. Nordrhein Westfalen muss demnach 1,8 % der Landesfläche bis 2032 für Windenergie zur Verfügung stellen. Um dieses Ziel zu erreichen zeigt bereits die Potentialstudie Windenergie NRW des LANUV, dass dies nur durch Hinzunahme der Wirtschaftsforst-Flächen zu verwirklichen ist. Unter diesem Gesichtspunkt hat der Kreis Euskirchen mit seinen zahlreichen großen Waldflächen eine besondere Bedeutung und Verantwortung. Damit landesweit die Vorgaben aus dem Wind an Land Gesetz eingehalten werden können, bedarf es einer Steuerung über die Landes- bzw. die Regionalplanungen. Die Kommunen mit dieser Mammutaufgabe alleine zu lassen ist aus unserer Sicht der falsche Weg die

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Vorgaben des Bundes umzusetzen und birgt das größtmögliche Risiko die Flächenziele nicht zu erreichen. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].	
---	--

AZ: Ö-M-1429	
1003244	
1007227	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß dem Entwurf des neuen Regionalplans ist westlich des Betriebsgeländes der [anonymisiert] in Euskirchen die Neuausweisung einer Fläche zum Schutz der Natur vorgesehen. Der Bereich ist im folgenden Planausschnitt Blatt 10, Kreis Euskirchen_01, gekennzeichnet. [s. Anlage Abb. Stn. ID 1007227_1]. Zum einen darf diese beabsichtigte Neuausweisung in keiner Weise die Betriebsflächen unseres Mitgliedsunternehmens tangieren. Die Nutzungsmöglichkeiten, die dem Unternehmen durch den geltenden Bebauungsplan Nr. 84 der Stadt Euskirchen für das Betriebsgelände in Euskirchen eingeräumt wurden, müssen vollumfänglich erhalten bleiben und dürfen der Bauleitplanung der Stadt mithin nicht widersprechen. Die zeichnerischen Festsetzungen sind im Folgenden dargestellt: [Abb.] Zum anderen wird die Festsetzung der Fläche zum Schutz der Natur im Regionalpla mit einer vorgesehenen neuen Werksausfahrt kollidieren. Zudem befürchtet unser Mitgliedsunternehmen mittelbare Einschränkungen durch eine neue Naturschutzgebietsausweisung beispielsweise in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Risiken für die Standortentwicklung können mithin bis zur Frage der Genehmigungsfähigkeit von Investitionsvorhaben wegen Schutzgebietsausweisungen im Unternehmensumfeld gegeben sein. Demgegenüber erschließt sich nicht der Grund und der besondere Nutzen einer Ausweisung einer neuen, derart schmalen Schutzgebietsfläche im Standortumfeld. In der Strukturwandelregion, in der wir unbedingt auf den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen angewiesen sind, dürfen grundsätzlich keine neuen Einschränkungen für bestehende Unternehmen durch die Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln entstehen. Wir bitten, im Rahmen der gegenständlichen Planung hierauf besonders Bedacht zu nehmen. Deshalb halten wir es für erforderlich, dass auf die gegenständliche Ausweisung der Fläche zum Schutz der Natur verzichtet wird. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007227.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Bei der geplanten Festlegung handelt es sich um einen Teilbereich, der gemäß dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege Teil des regionalen Biotopverbunds (heruasragende Bedeutung) ist. Die geplanten Festlegungen greifen nicht in bestehende Rechte ein. Die textlichen Festlegungen zu den BSN bieten einen breiten Spielraum für die örtliche Umsetzung und sehen Ausnahmen für erforderliche Planungen und Maßnahmen vor.</p>

**Inhalt**

Grundsätzliches ? Festlegungen zu Trink- und Heilwasserschutz in Grundsätzen 46 und 47 des Regionalplanentwurfs.) G. 46 der Regionalplanentwurfs sieht im Einzelnen vor [Abb.]. Nach der zugehörigen Erläuterung (Textliche Festlegungen, S. 121, Rn. 1) gehen die erweiterten Einzugsbereiche über die festgelegten BGG hinaus. Im Rahmen der weiteren Konkretisierung (Textliche Festlegungen, Erläuterung zu G. 46, S. 121 f., Rn. 2), wird festgelegt, dass bei der Abwägung dem Grundwasser- und Gewässerschutz besonderes Gewicht beizumessen sein soll. Wörtlich heißt es weiter: ?Planungen und Maßnahmen, die potentiell eine erhebliche Gefährdung der Trink-/Heilwassergewinnung darstellen, sollen aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen)? [Abbildung] II.) Hierzu ähnlich ist nach G. 47 des Regionalplanentwurfs folgendes geplant: [Abbildung] Nach dieser Aussage sollen also u.a. Planungen und Maßnahmen im Braunkohlenplangebiet vermieden werden, die schon rein potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden. In der zugehörigen Erläuterung (Textliche Festlegungen, S. 122 f., Rn. 2) werden diese Planungen und Maßnahmen näher konkretisiert: ?Im Rahmen der Fachplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung sollen innerhalb des Braunkohlenplangebiets die durch die Wasserhaltungsmaßnahmen des Braunkohletagebaus verursachten Veränderungen der Einzugsgebiete öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen vor Planungen und Maßnahmen geschützt werden, die negative Auswirkungen auf die Gewässer- und Grundwasserqualität haben können. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen).? Als Verband der Bau- und Rohstoffindustrie begrüßen und unterstützen wir das übergeordnete Regelungsziel eines nachhaltigen Schutzes von Grund- und Oberflächengewässern, in ihrer ökologischen Funktion sowie insbesondere zur Gewährleistung der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Eine gesicherte Trinkwasserversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und schon daher von überragender Bedeutung für Bevölkerung und Wirtschaft. Ausreichend verfügbares und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und die Grundsätze 46 und 47 werden angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

sauberes Wasser ist für den Menschen ein unverzichtbares Lebensmittel und für unterschiedliche gewerblich-industrielle Produktionsprozesse und Dienstleistungen von zentraler Bedeutung. Die regulatorische Ausgestaltung dieses Ziels darf jedoch nicht bedeuten, dass pauschal jede andere Nutzung auszuschließen ist. Denn auch die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist eine unverzichtbare Grundlage unserer Industriegesellschaft. Wirtschaft und Bevölkerung sind auf eine sichere und bedarfsgerechte Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Die Nutzung von heimischen Rohstoffen trägt wesentlich zu Erhalt und weiterer Entwicklung der Lebensqualität bei. Auch Rohstoffsicherung ist somit Daseinsvorsorge. Diese wird geleistet durch gewachsene, vielgliedrig verflochtene Strukturen der gewerblichen Wirtschaft, angefangen von Betrieben zur Gewinnung von Rohstoffen über alle Stufen der Wertschöpfungsketten wie Weiterverarbeitung und Produktion, bis hin zur Anwendung. Gleiches gilt sinngemäß auch für die Gewährleistung einer gesicherten Entsorgung, wie sie über die Deponien gewährleistet wird.

Unsere Mitgliedsunternehmen, gerade auch im Regierungsbezirk Köln, begreifen sich sowohl bei der Ver- als auch bei der Entsorgung als Teil der Lösung. Aus Sicht von [anonymisiert] sind die oben dargelegten Festlegungen daher in rechtlicher wie tatsächlicher Sicht kritisch. Das Braunkohlenplangebiet erstreckt sich nach der Karte [Abb.]. Bereits die räumliche Dimension ist also beträchtlich. Auch wenn es sich bei den vorstehenden Festlegungen ?lediglich? um Grundsätze handelt, wird hierdurch doch für das gesamte räumlich betroffene Gebiet jegliche gewerbliche Tätigkeit, die regelmäßig mit großflächigen Versiegelungen oder dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen verbunden ist, perspektivisch pauschal und vollständig ausgeschlossen. Das erscheint schon für sich als fragwürdig. Kritisch ist diese Vorgabe aber insbesondere materiell mit Blick auf jegliche Bodenschatzgewinnung sowie auf Betrieb und Erweiterung des im Regionalplan ausgewiesenen Deponiestandorts in Erp. Betroffen sind damit sowohl die Versorgungs- als auch die Entsorgungssicherheit der gesamten Region. Nach jüngster Rechtsprechung des OVG NRW gilt insoweit, dass je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer auch die Anforderungen sind, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind (vgl. OVG NRW Urteil vom 03.05.2022 - 11 D 109/19.NE, Rn. 210 ff.). Indes fehlen im Planentwurf schon wesentliche Aussagen. Die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ist an rechtliche Voraussetzungen geknüpft, deren Vorliegen bei lediglich geplanten Schutzgebieten nicht nachgewiesen ist. Wenn der Regionalplan nach seiner Konzeption ähnlich prohibitive Auswirkungen wie ein Trinkwasserschutzgebiet festlegt, ohne dass deren rechtlichen Voraussetzungen nachgewiesen sind, werden diese Voraussetzungen umgangen und die Rechte der Betroffenen unterlaufen. Der Regionalplanung fehlt schon die Zuständigkeit für die Festsetzung derart weitreichender Regelungen. Fraglich ist zudem die Ermittlung der relevanten Belange. Es scheint zumindest zweifelhaft, ob der vorliegende Planentwurf den oben skizzierten Vorgaben gerecht wird, wenn er pauschal und einseitig eine bestimmte Ergebnisausrichtung befördert, ohne zugleich die ebenfalls gegebenen Interessen der Ver- und Entsorgungssicherheit der Bevölkerung entsprechend einzustellen. Damit verfehlt der Entwurf aber auch die

Anforderungen, die an eine umfassende räumliche Gesamtplanung zu stellen sind. Daneben ist die zugrundeliegende Abwägung zumindest bedenklich. In rechtlicher Hinsicht enthalten die Grundsätze G. 46 und G. 47 eine verbindliche Vorgabe an die Fachbehörden, die Belange der Trinkwassergewinnung bei einer Vorhabenzulassung wegen ihres Gefährdungspotenzials immer mit einem besonderen Gewicht in der vorzunehmenden Abwägung zu berücksichtigen. Dies bedeutet gleichzeitig eine immanente Übergewichtung zulasten der bestehenden Betriebe der Rohstoffbranche. Bestandskräftige Genehmigungen würden bei einer Abwägung nicht oder zumindest nicht hinreichend berücksichtigt. Darüber hinaus mag das Vorliegen einer abstrakten, potenziellen Gefahr für das Grundwasser im Rahmen der fachrechtlichen Festsetzung von Nutzungsverbieten in einer Wasserschutzgebietsverordnung (die der Gefahrenabwehr dient) ausreichen, um Nutzungen zu beschränken. Ohne Ermittlung einer konkreten Gefährdung ist ein mit besonderer Gewichtung versehener Belang des Gewässerschutzes im Regionalplan, der im Gegensatz zu einer Trinkwasserschutzverordnung das Produkt sorgsamer Abwägung ist, allerdings nicht darstellbar und daher in der Vorhabenzulassung nicht berücksichtigungsfähig.

4.) Die Vorgabe steht darüber hinaus im Widerspruch zum geltenden Fachrecht. So ist nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 LwWSGVO-OB eine oberirdische Bodenschatzgewinnung in den Schutzzonen I bis III in Trinkwasserschutzgebieten oberhalb des höchsten zu erwartenden Grundwasserstandes nicht nur nicht verboten, sondern sogar genehmigungspflichtig

5.) Diese Einschränkung von Bodenschatzgewinnungen ist des Weiteren sachlich nicht zu rechtfertigen. Gefahren für das Grundwasser sind in der Gewinnungspraxis unserer Mitgliedsunternehmen nicht bekannt. Im langjährigen Betrieb sind Fälle von Gewässerverunreinigungen durch die Rohstoffgewinnung in der Vergangenheit nicht vorgekommen und auch zukünftig schon wegen strengerer fachrechtlicher Vorgaben in den betrieblichen Genehmigungen nicht zu erwarten. Darüber besteht fachlich weitgehende Einigkeit, insbesondere stimmt auch der Erftverband dieser Einschätzung zu. Es ist daneben nicht erkennbar, dass im vergrößerten Einzugsbereich des gesamten Rhein-Erft-Kreises die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen das zukünftig zu fördernde Grundwasser in Qualität und Menge beeinträchtigen könnte. Dazu finden sich weder im Planentwurf noch in seiner Begründung auf die örtlichen Verhältnisse bezogene konkrete sachliche Anknüpfungspunkte. Aus hydrogeologischer Sicht stellt es sich viel mehr so dar, dass der tiefe Grundwasserhorizont, aus dem das Grundwasser in der insbesondere zu berücksichtigenden Gewinnungsanlage Dirmierzheim gefördert werden soll, nach den neueren Erkenntnissen u.a. des Geologischen Dienstes NRW im Bereich des Stadtgebiets von Erftstadt flächig durch eine 15 m bis 30 m starke Tonschicht vor dem vertikalen Eindringen von Schadstoffen abgeschirmt ist. Vor diesem Hintergrund ist der pauschale Ansatz, dass von Abgrabungen und Deponien in der (bisher nur geplanten) Schutzzone III B ausgerechnet hier eine erhebliche Gefährdung der Trinkwassergewinnung ausgehen soll, zumindest fragwürdig. Nähere Ausführungen dazu, dass solche Nutzungen vor



diesem Hintergrund besonderer geologischer Verhältnisse konkret eine Gefahr für die geplante Trinkwasserrförderung darstellen, sind dem Entwurf des Regionalplans nicht zu entnehmen und auch ansonsten nicht bekannt. Wenn es aber schon die behauptete Gefährdung der Trinkwassergewinnung aufgrund der örtlichen Besonderheiten konkret nicht gibt, besteht auch kein planerisches Erfordernis für eine im Regionalplan an die Zulassungsbehörden adressierte besondere Gewichtung der Belange der Trinkwassergewinnung, die auf der Ebene der Vorhabenzulassung berücksichtigt werden müsste. Viel mehr wäre eine regionalplanerische Gewichtungsvorgabe des Belangs der Trinkwassergewinnung, die von den Behörden im Rahmen der Zulassung solcher Erweiterungen zu berücksichtigen wäre, im Ergebnis unzulässig, wenn sie aus tatsächlichen Gründen nicht erforderlich ist.

6.) Vor diesem Hintergrund erscheint die im Grundsatz G. 46 angeordnete Berücksichtigung eines besonders zu gewichtenden Belangs der Trinkwassergewinnung in der Vorhabenzulassung einer Deponie, um eine solche in der Schutzzone III B auszuschließen, mit dem Raumordnungsrecht nicht vereinbar. Denn hier fehlt es ebenso wie bei den Abgrabungen zur oberirdischen Rohstoffgewinnung an einem konkreten sachlichen Anknüpfungspunkt für die pauschal behauptete Gefährdung der Trinkwasserversorgung. Eine regionalplanerische Anweisung an die nachgeordneten Fachbehörden, diese pauschal behauptete Gefährdung bei der Vorhabenzulassung in die Abwägung einzustellen, um jedwede Deponie versagen zu müssen, erscheint schon deshalb als nicht gerechtfertigt. Anders als bei der Bodenschatzgewinnung verzichtet die LwWSGVO-OB auf eine gesetzliche Vorgabe zur Zulassung von Deponien in den durch Verordnung festgesetzten Wasserschutz zonen III B. Das deutet darauf hin, dass hier in Bezug auf Deponien ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf zum pauschalen Schutz der Trinkwasserrförderung nicht gesehen wird. Erst recht fehlt es daher in nicht durch Verordnung festgesetzten Wasserschutzgebieten außerhalb von Vorranggebieten zum Gewässerschutz (BGG) an einem planerischen Erfordernis zu dem regionalplanerischen pauschalen Verbot von Deponiestandorten. Darüber hinaus ist die mit dem Grundsatz G. 46 intendierte pauschale Verhinderung von jeglichen Deponien angesichts der fehlenden Differenzierung nach Deponieklassen auch sachwidrig. Denn es wird nicht unterschieden, von welchen Deponien eine irgendwie geartete Gefährdung für die Trinkwassergewinnung ausgehen soll. Indes unterscheidet schon die hier einschlägige Deponieverordnung etwa Deponien der Klassen 0, I, II und III, in denen jeweils die Ablagerung von ganz unterschiedlich belasteten Abfällen zugelassen werden kann (vgl. § 2 Nr. 6 ? 9 DepV). Mineralische Bauabfälle wie Böden und nicht recycelbarer Bauschutt sowie weitgehend inerte mineralische Reststoffe, die in den Deponien der Klassen 0 und I entsorgt werden können, werden im vorliegenden Regionalplanentwurf mit der Ablagerung von weitaus gefährlicheren Abfällen in Deponien der Klassen II und III gleichgesetzt, obwohl das jeweils einzuhaltende Schutzniveau dieser Deponieklassen keineswegs vergleichbar ist. Selbst eine Deponie der Klasse 0 für ungefährliche mineralische Abfälle, die nach der Deponieverordnung über Sicherungsvorrichtungen verfügt, um eine Versickerung von Oberflächenwasser in den

Untergrund zu verhindern, wäre danach mit der künftigen Trinkwassergewinnung nicht zu vereinbaren. Da der Betrieb einer DK 0- oder DK I-Deponie sich im Ergebnis nur unwesentlich von einer Verfüllung von Abgrabungen mit Bodenmaterial unterscheidet, ist die behauptete Gefährdung der Trinkwassergewinnung im Hinblick auf eine solche Deponie nicht nachvollziehbar. Auf der anderen Seite sind die infolge der geologischen Gegebenheiten zwangsläufig standortgebundenen Mitgliedsunternehmen auf die Erweiterung ihrer bestehenden Vorhaben angewiesen. Die oben skizzierten Planaussagen würden diese Unternehmen nicht nur mittelfristig existenziell betreffen, sie würden darüber hinaus auch drohen, die Ver- und Entsorgungssicherheit der Region auszuhebeln.

7.) Neben den vorgenannten Bedenken aus Sicht der Rohstoffgewinnung konterkarieren die Regelungen auch die Bemühungen der Regionalplanung, den Herausforderungen des Strukturwandels insgesamt gerecht zu werden und adäquaten Ersatz für die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird nur gelingen, wenn auch Industrieunternehmen weiterhin die Möglichkeit zu Ansiedlung und Betrieb im Planbereich haben und die Vorgaben des Regionalplanes dies nicht von vornherein verhindern.

8.) Aus unserer Sicht muss daher zumindest die Begründung zu den Grundsätzen 46 und 47 insoweit gestrichen werden, soweit auf den Betrieb und die Weiterentwicklung von Deponien sowie die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe abgestellt wird. Gleiches gilt auch für die Nennung von Versiegelungen und den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in der vorgenannten Begründung. Eine Absenkung des Schutzniveaus für die künftige Trinkwasserförderung ist mit der Streichung der Grundsätze G. 46 und G. 47 im Regionalplanentwurf nicht verbunden. Der erforderliche Schutz der künftigen Trinkwassergewinnung ist durch die vorhandenen fachrechtlichen Instrumente des Grund- und Trinkwasserschutzes bereits gewährleistet, ohne dass es der raumordnungsrechtswidrigen Grundsätze G. 46 und G. 47 im Regionalplan bedarf. Auch die LwWSGVO-OB stellt zustimmungswürdig auf den jeweiligen Einzelfall ab. Etwaige Sonderfälle lassen sich zielgenau durch entsprechende Nebenbestimmungen in den späteren Genehmigungen bzw. wasserrechtlichen Erlaubnissen pp. adressieren. Hierfür sprechen nicht zuletzt die Erfahrungen aus der Vergangenheit, in der es bislang auch stets in Zusammenarbeit mit dem Ertverband gelungen ist, Rohstoffgewinnung und Grundwasserschutz miteinander zu vereinbaren. In der Vorhabenzulassung von Deponien (Planfeststellung) ist der Grund- und Trinkwasserschutz immer in der Abwägung zu berücksichtigen und - sofern nach Ermittlung einer etwaigen Beeinträchtigung abwägungsrelevant - bei der Herbeiführung eines Ausgleichs konfligierender Belange entsprechend zu gewichten. Mit den Grundsätzen G. 46 und G. 47 im Regionalplan-Entwurf wird indes der raumordnungsrechtswidrige Versuch unternommen, eine solche ergebnisoffene Prüfung und Abwägung aller Belange in der Vorhabenzulassung insbesondere von Deponien zu unterlaufen bzw. zu unterbinden, indem der Trinkwasserschutz pauschal über alle anderen Belange zu stellen ist.



**Inhalt**

Zum Plankonzept Darüber hinaus möchten wir uns wie folgt zu einzelnen Festsetzungen des Plankonzepts äußern. Insoweit machen wir uns auch die in weiterführenden Stellungnahmen geäußerten Positionen unserer Mitgliedsunternehmen zu eigen. Für die näheren Details verweisen wir daneben auf die dort separat geäußerten Argumentationen.

I.) Festsetzung eines BSN im Bereich des Buschbeller Waldes in Frechen Der Regionalplanentwurf setzt nunmehr in einem Bereich des Buschbeller Waldes, der im Tagebauvorfeld des Quarzsandtagebaus Frechen liegt, ein BSN fest. [Abb.] Dieses BSN wurde aufgrund der Einstufung des LANUV-Fachbeitrags als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung (Verbundschwerpunkt Wald) eingefügt. In Z. 19 sieht der Entwurf vor: [?] Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. [?] Die in diesem Bereich liegende Rohstoffgewinnung ist bestandskräftig über eine Planfeststellung genehmigt und bereits seit Jahrzehnten als BSAB ausgewiesen. Die genehmigte bergbauliche Inanspruchnahme sieht vor, dass der Wald in diesem Bereich zunächst gerodet und nach der bergbaulichen Inanspruchnahme gemäß den Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses rekultiviert wird. Die Ausweisung als BSN und die mit dieser Festsetzung im Regionalplanentwurf einhergehenden Festsetzungen widersprechen dieser Genehmigungssituation und der Ausweisung als BSAB, weil das verfolgte Ziel der Sicherung dieser Waldbereiche wegen des vorrangigen und endabgewogenen Zieles der bergbaulichen Nutzung nicht erreicht werden kann. Das vorgesehene BSN steht dem bereits seit vielen Jahrzehnten festgesetzten BSAB diametral entgegen. Beide Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar. Die Festsetzung würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Wie bereits oben ausgeführt gilt nach der Rechtsprechung des OVG NRW, dass je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer auch die Anforderungen sind, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Mit Blick auf den Konkretisierungsgrad der raumordnerischen Zielbestimmung des Bereichs als BSN, der textlichen Festlegungen in Plansatz Z. 19 und des Umstandes, dass mit diesen strikten Vorgaben eine raumordnungsrechtliche Letztentscheidung getroffen werden soll, hat den Festlegungen eine umfassende Abwägung im Sinne der Ermittlung und Bewertung der davon berührten Belange mit der erforderlichen Ermittlungstiefe und Abwägungsdichte vorauszugehen. Diesen Maßgaben wird der vorliegende Planentwurf nicht gerecht, denn er stützt sich einseitig auf die allein an naturschutzfachlichen Erkenntnissen orientierten Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes, ohne die gegenläufigen öffentlichen und privaten Belange an der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflistung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Rohstoffgewinnung im bestandskräftig zugelassenen Gewinnungsfeld zu berücksichtigen und entsprechend dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen. Denn dem überragenden Gewicht der Belange der Rohstoffsicherung an dieser Stelle wird erkennbar nicht entsprochen, wenn für das Gewinnungsfeld ein BSN festgelegt wird, dem die Wirkung eines Vorranggebiets für den Naturschutz zukommt und das nach den textlichen Festlegungen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des Biotopverbundes dient. Damit verfehlt der Planentwurf aber die Anforderungen, die an eine räumliche Gesamtplanung zu stellen sind. Er setzt sich in Widerspruch nicht nur bestandskräftigen bergrechtlichen Zulassung, sondern auch zu dem eigenen, in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplan ?Nichtenergetische Rohstoffe? und den derzeit gültigen Festlegungen. Die Stadt Frechen und der Rhein-Erft-Kreis haben diesen Punkt ebenfalls aufgegriffen und beantragen die Streichung des BSN bzw. sehen die Ausweisung des BSN im Tagebauvorfeld ebenfalls als unzulässig an. Der Bereich für den Schutz der Natur (BSN) im Tagebauvorfeld der zugelassenen Rohstoffgewinnung muss daher aus dem Planentwurf gestrichen werden.

**Inhalt**

Festsetzung eines BSN im Tagebaubereich Witterschlick Der Regionalplanentwurf setzt im genehmigten Tagebau im Bereich Witterschlick einen Bereich für den Schutz der Natur (BSN) fest.[Abb.] Dieses BSN wurde aufgrund der Einstufung des LANUV-Fachbeitrags als Biotopverbundfläche u.a. wegen der besonderen Bedeutung für eutrophe Stillgewässer aufgenommen. In Z. 19 sieht der Entwurf vor: [?] Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. [?] Die Rohstoffgewinnung ist in diesem Bereich bestandskräftig über eine Planfeststellung genehmigt und dementsprechend als BSAB ausgewiesen. Die bergbaulichen Genehmigungen sehen vor, dass der Tagebausee für mehrere weitere Jahrzehnte (der Geltungszeitraum des Rahmenbetriebsplan läuft bis 2063) bergbaulich genutzt wird. Die Festsetzung des Gewinnungssees als BSN, der laut Z. 19 für die ökologische Zwecke entwickelt und erhalten werden soll, steht im Widerspruch zu den bestandskräftigen Genehmigungen und der regionalplanerischen Ausweisung als BSAB. Das BSN sollte daher im Bereich des genehmigten Tagebaus gestrichen werden.

III.) Festsetzung eines Regionalen Grünzuges im Rohstoffgewinnungs-Bereich Im fraglichen Rohstoffgewinnungs-Bereich wird zudem ein regionaler Grünzug neu festgelegt. Diese Festsetzung verletzt wie auch die Festsetzung des BSN (siehe oben) das Abwägungsgebot, da sie mit den bestandskräftigen Genehmigungen für die bergbauliche Nutzung nicht vereinbar ist. Z. 18 des Regionalplanentwurfs sieht vor: [...] Planungen und Maßnahmen, die diese Funktionen der RG beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen sind RG insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. [?] RG dienen der siedlungsräumlichen Gliederung und sind als siedlungsnaher Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, als Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten. Diese Zwecke sind in einem bestandskräftig genehmigten Tagebau nicht umsetzbar, da der Tagebaubereich gerade nicht hinsichtlich der Erholungs- und Freizeitnutzung erhalten werden kann. Der Tagebaubereich ist vielmehr dynamisch, da die konkrete Gewinnung durch die Landschaft wandert?. Wegen seiner Gefährlichkeit kann der Tagebau auch keine Erholungsfunktion bieten, der Zutritt ist vielmehr streng untersagt. Die Festsetzung würde gegen das Abwägungsgebot verstoßen, da die bestandskräftigen bergbaulichen Genehmigungen für die Bodenschatzgewinnung nicht bei der Abwägung berücksichtigt wurden. Auf die vorstehenden Ausführungen zum geplanten BSN, die gleichermaßen auch für den im Planentwurf vorgesehenen Regionalen Grünzug gelten, wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen. Der Regionale Grünzug im Bereich der zugelassenen Rohstoffgewinnung sollte daher gestrichen werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsf lächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

<b>Anhänge</b>	
----------------	--

<a href="#">Abb_ID_1007231_1.pdf</a>	
--------------------------------------	--

1007232

## Inhalt

Festsetzung eines BSN im Bereich der Deponie [anonymisiert] in Swisttal-Straßfeld  
Der Regionalplanentwurf setzt im Bereich der Deponie ein BSN fest. Die in diesem Bereich betriebene Deponie ist bestandskräftig durch die Bezirksregierung genehmigt. Die Genehmigung sieht vor, dass bis auf eine Baumreihe entlang der alten Kreisstraße die gesamte Fläche einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zugeführt werden soll. Dies steht somit im Widerspruch zu der regionalplanerischen Ausweisung als BSN. Der BSN im Bereich der Deponie sollte daher gestrichen werden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Festsetzung eines BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung in Euskirchen-Kleinbüllesheim. Der Regionalplanentwurf setzt auch hier im Bereich der Abgrabung ein BSN fest. Auch diese Planung steht im Widerspruch zu der Abgrabungsgenehmigung, die im Zuge der Rekultivierung ca. 2/3 der Fläche wieder eine landwirtschaftliche Nutzung vorsieht und lediglich ca. 1/3 der Fläche als dauerhafte Gehölz und Sukzessionsfläche ausweist. Der BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung sollte hier zumindest an den rechtskräftigen Genehmigungsbescheid angepasst werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Eine eindeutige Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Stellungnahme auf die genehmigte Abgrabung im Bereich des BSAB-L-40 gem. Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe bezieht.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauflistung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln (hier: Bereiche zum Schutz der Natur) innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Übrigen greifen die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) im Regionalplan Köln nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bestandskräftige Abgrabungsgenehmigungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Festsetzung eines BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung in Weilerswist-Schneppenheim. Der Regionalplanentwurf setzt wie bei der Abgrabung zuvor auch hier ein BSN fest. Dies steht im Widerspruch zu der rechtskräftigen Abbaugenehmigung. Der landschaftspflegerische Begleitplan der Genehmigung sieht auch in diesem Fall nur einen Teilbereich als Ausgleichsfläche für Landschaft und Natur vor. Der überwiegende Teil der Fläche ist später einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zu zuführen. Der BSN im Bereich der genehmigten Abgrabung sollte auch hier die rechtskräftige Genehmigung berücksichtigen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln (hier: Bereiche zum Schutz der Natur) innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Übrigen greifen die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) im Regionalplan Köln nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bestandskräftige

Abgrabungsgenehmigungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1007235

## Inhalt

BSN in Weilerswist / Groß-Vernich Südlich der Ortschaft Weilerswist, Groß-Vernich im Kreis Euskirchen ist direkt südlich der Ortschaft Groß-Vernich ein BSN dargestellt [Abb.] Dieses BSN liegt innerhalb des durch die Bezirksregierung Arnsberg bestandskräftig genehmigten Tagebau Vernich. Die BSN-Darstellung geht offensichtlich auf die ursprünglich genehmigte

Rekultivierungs-Planung für den Tagebau Vernich zurück, die im markierten Bereich einen Schwerpunktbereich für Biotop- und Artenschutz vorsah. Mit Planfeststellungsbeschluss vom 25.04.2019 wurde durch die Bezirksregierung Arnsberg ein geänderter Rekultivierungsplan bestandskräftig genehmigt, der den Schwerpunktbereich für Biotop- und Artenschutz an anderer Stelle vorsieht (vgl. Abb. V. 2). Biotop- und Artenschutz ist nun vornehmlich im Süden des Tagebaus, direkt angrenzend an ein Naturschutzgebiet (NSG 2.1-6, ?Straßfelder Fließ?) vorgesehen. Wir schlagen daher vor, die BSN-Darstellung entsprechend der Abb. [s. Anlage Abb. Stn ID 1007235\_1] zugunsten von BSLE zurückzunehmen und stattdessen im Westen die BSN-Darstellung zu ergänzen.

## Anhänge

[Abb\\_ID\\_1007235\\_1.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrichtung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtäumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsfächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamtäumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* *sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln (hier: Regionaler Grünzug) innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) im Regionalplan Köln greifen im Übrigen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bestandskräftige

Abgrabungsgenehmigungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

BSN in Niederzier-Ellen Gegenstand ist hier ein Betriebsgrundstück zum Betrieb einer Asphaltmischanlage. Im derzeit geltenden Regionalplan, Teilabschnitt Region Aachen ist dieses Grundstück als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der überlagernden Zweckbestimmung BSAB dargestellt. Der Entwurf des neuen Regionalplans Köln stellt den südlichen Teil des derzeitigen BSAB als allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? dar, während der nördliche Teil des ehemaligen BSAB mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? dargestellt wird. Die Darstellung ?Schutz der Natur? verknüpft den teilweise mit Wald bestandenen Bereich zwischen der Hambach-Bahn im Osten und der L 264 im Südwesten mit der östlich der Hambach-Bahn gelegenen Waldfläche zwischen den Orten Ellen und Morschenich. An dem Standort wird seit 1987 ein Kiesabbau und zur Wiederverfüllung des Geländes eine Deponie der Deponieklasse DK0 betrieben. Hierzu gehört auch eine Aufbereitungsanlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial. Die diesbezüglichen Genehmigungen sehen vor, dass der Kiesabbau bis zum 31.12.2014 und die Verfüllung der Deponie bis zum 31.12.2024 abzuschließen ist und die endgültige Rekultivierung bis zum 31.12.2025 erfolgt sein muss. Die Gültigkeitsdauer der Genehmigung für die Aufbereitungsanlage ist ebenfalls bis zum 31.12.2025 befristet. Die Rekultivierungsplanung der Deponie sieht vor, die letzten Deponieabschnitte bis auf ebenerdiges Niveau anzufüllen und sodann durch die Aufbringung einer Asphaltschicht zu versiegeln. Sodann sollen sämtliche Anlagen entfernt sowie die Rekultivierungsschicht auf der gesamten Asphaltoberfläche aufgebracht werden. Im Zuge der Verlegung der Bundesautobahn A 4 zwischen den Anschlussstellen Kerpen und Düren erfolgten Errichtung und der Betrieb der Asphaltmischanlage. Hintergrund waren neben der ortsnahen Möglichkeit von Materiallieferungen für den Neubau auch die Wiederverwertung des beim Rückbau des alten Autobahnabschnittes anfallenden Ausbauasphaltes. Der anfallende Ausbauasphalt konnte in der Anlage angenommen, aufbereitet und wiederverwertet werden. Dieser Produktions- und Wiederaufbereitungsprozess ist ein wichtiger und grundlegender Baustein in der Kreislaufwirtschaft am Standort und für die Umgebung. Er gewährleistet die Versorgungs- und die Entsorgungssicherheit für die Region. Es ist angezeigt, den Betriebsstandort auch über 2024 hinaus für den Betrieb der Asphaltmischanlage sowie der Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial weiter zu nutzen. Für beide Anlagen gibt es im näheren Umfeld keine geeigneten Alternativstandorte. Beide Anlagen sind naturgemäß mit Lärm-, Staub- und Geruchsimmissionen verbunden, die selbst im Gewerbe- und Industriegebiet Konflikte mit sich bringen. Gleichzeitig werden die Asphaltmischanlage und die Aufbereitungsanlage vom Markt dringend benötigt. Beide Anlagen sind in einem technischen einwandfreien Zustand, der einen längeren Weiterbetrieb noch zulässt. Sie entsprechen dem derzeitigen Stand der Technik. Der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstütze sollen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche entsprechend der Plankonzeption als BSN festgelegt.

Bedarf an einer durchgängigen und qualitativen Versorgung mit Baustoffen ist aktuell und absehbar gegeben. Zu den noch bestehenden Infrastrukturprojekten, die auch in der mittel- und langfristigen Bedarfsplanung der Verkehrsministerien auf Bundes- und Landesebene konkret benannt sind, werden in Folge des Strukturwandels in der Region, insbesondere durch die vorzeitige Beendigung der Braunkohlegewinnung, zukünftig zahlreiche weitere Projekte hinzukommen, die wegen ihres Standortvorteils durch den Weiterbetrieb der Asphaltmischanlage sowie der Aufbereitungsanlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial konkret bedient werden können. Durch die Nähe zu den zukünftigen Projekten werden Fahrwege verkürzt, was zu niedrigeren Transportkosten, geringeren Emissionen und einem geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß führt.

Auch ist davon auszugehen, dass die Beseitigung der Schäden und der infrastrukturelle Wiederaufbau in Folge der verheerenden Flutkatastrophe im Jahr 2021 noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen werden. Die Anlage steht insofern an strategisch günstiger und unmittelbar an das Bundesautobahnnetz angebundener Lage zur Verfügung. Von hier aus kann Material schnellstmöglich an die entsprechenden Baustellen geliefert werden, ohne dass kleinere oder größere Ortschaften durchfahren werden müssen. Die Anlage am konkreten Standort Ellen garantiert darüber hinaus den mittelständischen Baubetrieben der Region Versorgungssicherheit. Somit wird die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen gegenüber den Straßenbaukonzernen, die über eigene Asphaltmischanlagen verfügen, aufrechterhalten. Die Standortgemeinde Niederzier als Träger der örtlichen Planungshoheit unterstützt den Weiterbetrieb der Asphaltmischanlage und der Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial nicht nur über 2025 hinaus, sondern auf Dauer. Daher ist die Abänderung des Planentwurfes angezeigt. Diese gibt der Gemeinde Niederzier die Möglichkeit, auf der Ebene der örtlichen Bauleitplanung eine dauerhafte oder weitere temporäre Folgenutzung des ehemaligen Kiesgrubengeländes zu ermöglichen. Bei der Darstellung eines allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs handelt es sich lediglich um einen Grundsatz der Raumordnung, der im Rahmen der Bauleitplanung mit dem ihm zuzumessenden Gewicht einer Einzelabwägung zugänglich ist.

Dies gilt entsprechend, wenn der vorgeschlagene Bereich stattdessen mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? überplant wird. Auch dieser Belang wäre einer Abwägung zugänglich. Dies gilt allerdings nicht für die Darstellung einer Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? die im Entwurf als Ziel der Raumordnung bezeichnet ist. Wir sprechen uns daher dafür aus, die vorgesehene Darstellung der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? für den Bereich zwischen der L 264 und der Hambach-Bahn, zumindest für den Bereich zwischen der südlich des Betriebsgeländes gelegenen Zufahrtsstraße zur L 257, der östlich an das Betriebsgelände angrenzenden Gemeindegrenze, die zugleich Grenze zum angrenzenden Wald ist und der ehemaligen Trasse der BAB A 4, aufzuheben und lediglich einen allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich darzustellen.



AZ: Ö-M-1431	
1003247	
1008036	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[ANONYMISIERT] ist Eigentümer folgender land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen: [ANONYMISIERT]. Die Flächen werden aktuell land- und forstwirtschaftlich bewirtschaftet. Es werden mit Ihnen Erträge erzielt. Die Bewirtschaftung der Flächen wird zum Teil noch nicht durch naturschutzrechtliche Restriktionen eingeschränkt (außer Teilstücke von [ANONYMISIERT]). Die Flächen [ANONYMISIERT] stehen bereits ganzflächig unter Naturschutz. Der Entwurf des Regionalplans sieht im Bereich der vorgenannten Flächen gemäß dem nachfolgend dargestellten Planausschnitt von Blatt 02, Kreis Düren_01, neue Bereiche zum ?Schutz der Natur? vor. Dadurch würde die planungsrechtliche Grundlage geschaffen, folgende im Eigentum des [ANONYMISIERT] stehende Flächen mit einer Größe von 0,14 km<sup>2</sup> mit neuen naturschutzrechtlichen Einschränkungen, die sich negativ auf die Möglichkeit ihrer Bewirtschaftung, ihren Ertrag und ihren Wert auswirken würden, zu belegen. Bereits jetzt stehen rund 5 ha Acker, 1 ha Grünland und 7 ha Wald, insgesamt also ca. 13 ha und somit 15% der Eigentumsflächen des [ANONYMISIERT], unter Naturschutz. Für das Ackerland müssen Ausnahmegenehmigungen erwirkt werden, damit diese Flächen weiter bewirtschaftet werden können. Dies bedeutet erhebliche Planungsunsicherheiten, weil ja nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine Ausnahmegenehmigung erteilt wird und langfristig Bestand hat. Mit der beabsichtigten Regionalplanung würde der Anstoß gegeben, ca. weitere 1 ha Grünland, 1 ha Ackerland, und weitere 13 ha Forstfläche unter Naturschutz zu stellen. Sollten die Flächen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, stünden differenziert nach Forst-, Acker- und Grünlandflächen zwischen 25 % und 50 % der Flächen des [ANONYMISIERT] unter Naturschutz. Bei dem Betrieb des [ANONYMISIERT] handelt sich um einen arrondierten landwirtschaftlichen Betrieb. Durch diese zusätzliche Ausweisung würde der Betrieb zerschnitten. Die Ausweisung der Fläche zum Schutz der Natur im Bereich des oben dargestellten Ackers würde einen bestehenden Acker diagonal teilen und damit seine Bewirtschaftung unmöglich machen. Die Ackerfläche ist in keiner Weise ökologisch hochwertiger als andere Flächen in der Region. Eine Begründung der Unterschutzstellung ist nicht erkennbar. Die betreffenden Flächen sind in keiner Weise ökologisch hochwertiger als andere Flächen in der Region. Im Wald soll ein normaler Eichenbaumbestand, der in keiner Weise eines besonderen Schutzes bedarf, als Schutzgebiet vorgesehen werden. Grünland, welches seit Jahrzehnten konventionell genutzt wird, soll nun ebenfalls unter Schutz gestellt werden. Dieses Grünland weist keine besondere ökologische Bedeutung oder prädestinierte Lage für irgendeine Form des Naturschutzes auf. Die Entwicklung des Betriebs würde durch die Unterschutzstellung erheblich eingeschränkt. Die bisherige Wirtschaftsweise, wobei</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

jetzt schon nur noch Dreiviertel des Ackers konventionell bewirtschaftet werden dürfen, könnte nicht mehr aufrecht erhalten bleiben. Es entstünde ein Wertverlust in Höhe von rund 30% des Vermögens verbunden mit Einbußen hinsichtlich der jagdlichen Nutzbarkeit. Im schlimmsten Falle droht der Wegfall des Eigenjagdbezirks wegen zu geringer bejagbarer Flächen. Beispielsweise dürften keine neuen jagdlichen Einrichtungen aufgestellt oder Gesellschaftsjagden abgehalten werden. Zudem muss [ANONYMISIERT] weitere Einschränkungen durch Gesetzgebung, die mittelbar unabhängig von den direkten Vorgaben des Naturschutzrechts die Bewirtschaftung der Flächen beeinflusst wie z.B. die Düngeverordnung, Pflanzenschutzverordnung und das Bundeswaldgesetz, fürchten. Insbesondere birgt die EU-Gesetzgebung bezogen auf Naturschutzstandards und das Risiko einer FFH-Gebietsausweisung existenzgefährdende Risiken für den Betrieb. So dürfen beispielsweise Pflanzenschutzmittel gemäß der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV) in Naturschutzgebieten, Nationalparks und gesetzlich geschützten Biotopen nicht angewendet werden. All dies bedeutet auch einen erheblich erhöhten Aufwand aufgrund der eingeschränkten Bewirtschaftungsmöglichkeiten und einen deutlich erhöhten Aufwand an Bürokratie z.B. durch das Erfordernis der Beantragung von Ausnahmegenehmigungen und den damit verbunden Bearbeitungsgebühren der Ämter. Die Landwirtschaftskammer spricht offiziell schon von einer Existenzgefährdung, wenn nur 10 % der bewirtschafteten Fläche aus der Produktion genommen werden müssen. Dies wäre bei [ANONYMISIERT] der Fall. Wir bitten nachdrücklich, dies im Rahmen der Planung zu berücksichtigen und keine neuen Bereiche für den Schutz der Natur bezogen auf das Grundeigentum des [ANONYMISIERT] auszuweisen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

[s. Anhang Abb. StnID\_1008036]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008036\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-1432	
1003248	
1010445	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß dem Entwurf des neuen Regionalplans Blatt 02 Kreis Düren_01 sind westlich und teils nördlich der B56 im Bereich Jülich [ANONYMISIERT] Neuausweisungen von Flächen zum ?Schutz der Natur? vorgesehen. Zudem ist im Bereich von aktiv genutzten Betriebsflächen des Unternehmens die Festsetzung ?Regionaler Grünzüge? geplant. Die beabsichtigte neue Darstellung von Flächen zum Schutz der Natur betrifft Flächen unseres Mitgliedsunternehmens. Westlich der B56 liegen ehemalige Polder, die von der Biologischen Station im Kreis Düren gepflegt werden. Östlich der B56 im Bereich [ANONYMISIERT] betreibt die Firma aktiv [ANONYMISIERT]. Die Flächen werden im Folgenden dargestellt: [ANONYMISIERT]. Die Grundstücke, die sich im Eigentum der Firma [ANONYMISIERT] befinden und für das Unternehmen eine besondere Bedeutung haben, sind auf der folgenden Karte rot umrandet dargestellt: [ANONYMISIERT] Die dargestellten Flächen eignen sich nicht als Schutzgebietsflächen oder als Bereiche für ?Regionaler Grünzüge?. Auch wenn das Unternehmen derzeit stillgelegte Bereiche von der Biologischen Station im Kreis Düren pflegen lässt, so bedeutet dies nicht, dass die Flächen zwangsläufig in irgendeiner Form als Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen. Es kann auch hochwertige Natur geben und Bestand haben, ohne dass diese sogleich einen Schutzgebietscharakter erhält, der anderweitig zu mittelbaren und unmittelbaren Restriktionen und Risiken für Unternehmen führt. Soweit aktiv genutzte Flächen des Unternehmens betroffen sind, müssen diese bitte zwingend aus Darstellungen jeglicher Form, die der Nutzung der Flächen für betriebliche Zwecke entgegensteht, entnommen werden. Im Bereich der aktiv genutzten Polder sind die Flächen für den laufenden Betrieb unbedingt erforderlich. Zudem muss das Unternehmen Versorgungsleitungen in diesen Bereichen verlegen und unterhalten. Das äußere Erscheinungsbild der Flächen entspricht darüber hinaus auch nicht dem von regionalen Grünzügen und wird diesem absehbar auch nicht entsprechen. In der Strukturwandelregion, in der wir unbedingt auf den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen angewiesen sind, dürfen grundsätzlich keine neuen Einschränkungen für bestehende Unternehmen durch die Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln entstehen. Wir bitten, im Rahmen der gegenständlichen Planung hierauf besonders Bedacht zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.</p> <p>In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 <i>RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen</i>). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig</p>

bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1433

1003249

1008713

#### Inhalt

Hiermit spreche ich mich gegen das Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt- Birgden aus, da es unmittelbar an die Wohnbebauung grenzt.

Nah an dem geplanten Gewerbegebiet befinden sich zahlreiche Wohnhäuser, welche durch die Lärm-, Geruchsbelästigung und Emissionen erheblich an Wohn- und Lebensqualität verlieren.

Das geplante Gebiet schadet unserer Umwelt und unserem Klima. Lebensräume von Flora und Fauna werden durch die Flächenversiegelung zerstört und wichtige sowie fruchtbare Ackerflächen fallen in Zeiten von Nahrungs- und Getreideknappheit ebenso zu Opfer.

Ich lehne das geplante Gewerbegebiet ab und bin für den Erhalt der Natur, der Landwirtschaft und des ländlichen Charakters.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1435

1003250

1007322

#### Inhalt

GO\_ASB\_K-Worringen/ Bebauung Brombeergasse: Ecke Schmalen Wall/Senfweg

Die vorgesehene Bebauung bzw. der in der Regionalplanung markierte Bereich zur vorgesehenen Bebauung befindet sich in extremer Nähe zu meiner landwirtschaftlichen Betriebsstätte am Senfweg. Hier sind die für einen landwirtschaftlichen Betrieb üblichen Geruchs- und Lärmemissionen zu verzeichnen. Außerdem wird sämtlicher landwirtschaftlicher Verkehr mit entsprechenden Großmaschinen über den Senfweg als Wirtschaftsweg und die umliegenden Wirtschaftswege abgewickelt. Dies ist für die Existenz meines Betriebes unabdingbar.

Aus den genannten Gründen habe ich die Betriebsstätte vor vielen Jahren aus dem besiedelten Bereich Worringens in diesen Außenbereich verlagert.

Die dort angedachte Bebauung stellt eine erhebliche Beeinträchtigung meines Betriebsgeschehens dar und gefährdet meinen landwirtschaftlichen Betrieb eindeutig in der Existenz. Meinem Hofnachfolger wird die Grundlage entzogen den Familienbetrieb in der 5. Generation fortzuführen.

Hiermit steht der Plan in Widerspruch zur Textlichen Erläuterung des Planentwurfes S. 106f unter

#### 4.4 Landwirtschaft

G.34 Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten

Hier heißt es in der Erläuterung auf S. 106 unter Punkt 1 explizit:

..."Auch andere Wirkungen, z.B. die Zerschneidung eines Raumes durch Verkehrsstrasse, Veränderungen des landschaftlichen Umfelds, das Heranrücken von Nutzungen oder eine Änderung der Erschließungssituation der bewirtschafteten Flächen können den Erhalt oder die Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produktionsstandorte beeinträchtigen."...

Und unter Punkt 2 weiter:

„Bei Planungen und Maßnahmen sollen derartige Wirkungen berücksichtigt und ... vermieden werden, um die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe einschließlich der notwendigen Grundlagen dauerhaft zu gewährleisten.“

Als notwendige Grundlage ist in dem Fall meine Betriebsstätte anzusehen, welche in ihrer adäquaten Fortführung durch die heranrückende Siedlungsbebauung existentiell bedroht ist.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1007323

## Inhalt

ASB\_ K-Blumenberg bzw. Bebauungsgebiet K-Kreuzfeld (in Planung)

Ich bin Pächter der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die zur Realisierung des neuen Stadtteiles K-Kreuzfeld herangezogen werden sollen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um landwirtschaftliche Nutzflächen, wertvolles Ackerland, welches sich in einem für die Stadt Köln sensiblen Bereich einer Kaltluftzone befindet.

Mit der im Planungsentwurf des Regionalplanes dargestellte Erweiterung des bisherigen angegebenen Siedlungsbereichs wird weiter in das bestehende und über Jahre gepflegte Ökosystem eingegriffen. Jede weitere Bebauung trägt zur Zerstörung des Systems, zur weiteren Erhitzung der innenstädtischen Wohngebiete und ebenso der sehr hoch hitzebelasteten Stadtteile Worringen, Roggendorf-Thenhoven und Chorweiler bei. Außerdem rückt die Bebauung nördlich in Richtung Blumenbergsweg an das FFU- und Naturschutzgebiet Worringer-Bruch so weit heran, dass die Abstandsflächen von mindestens 600 Metern nicht eingehalten werden können. Generell wird durch den geplanten neuen Stadttell ein enormer Druck auf dieses Schutzgebiet ausgeübt. Es ist nötig, auch und insbesondere bei lange geplanten Bauvorhaben, den immer deutlicher werdenden klimatischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Solange Planungen sich noch nicht in der Realisierungsphase befinden, sind Überprüfungen bezüglich der sich dramatisch auftuenden Veränderungen vorausschauend eine Notwendigkeit, der sich niemand verschließen darf.

## Allgemein

Für Bebauungsflächen diesen Ausmaßes müssen entsprechende Ausgleichflächen vorgehalten bzw. ausgewiesen werden. Bestehen mit den Kommunen, in diesem Falle der Stadt Köln, Vereinbarungen, diese Flächen ebenso in die Vorplanung einzubeziehen? Finden diese Flächen im Regionalplan ebenso Berücksichtigung bzw. gelten hierfür dieselben Kriterien für die Landwirtschaft d.h. die Sorge um den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe? Ich rege an dies zu berücksichtigen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1007324

## Inhalt

Aussage zur Landwirtschaft (Umweltbericht: KP 5.2.4)

Der benannte angebliche generelle „Zielkonflikt mit dem Schutz des Naturhaushaltes“ mit der gegenwärtig überwiegend konventionell betriebenen Landwirtschaft ist ein Schlag ins Gesicht der Landwirte, die gewissenhaft, verantwortungsbewusst und umweltschonend arbeiten und sich in vielfältiger Weise an Umweltschutz- und Artenschutzprogrammen beteiligen und sogar sehr häufig deutlich weitergehende Maßnahmen selber betreiben und finanzieren und die täglich ihren unverzichtbaren Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung leisten.

Dies wird uns aufgrund der dramatischen Veränderungen der politischen Weltlage drastisch vor Augen geführt und ist allgemeiner Konsens.

Der Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 hat diesen Aspekt noch nicht berücksichtigen können. Auch aus diesem Grund rege ich dringend an, solche, wie oben zitierten Aussagen, zu reflektieren.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Dem Hinweis wird gefolgt. Das Kap. 5.2.4 des Umweltberichtes wird für die 2. Offenlage geprüft und die Formulierungen angepasst.



**Inhalt**

Zu der oben genannten Planung zum Regionalplan Köln nehmen wir im Folgenden Stellung und legen, sofern dieses Rechtsinstrument zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich ist, gleichzeitig Widerspruch gegen diese Planung ein. Wir sind die [ANONYMISIERT] und zu unseren Liegenschaften gehören neben [ANONYMISIERT] und dem dazugehörenden Anwesen, Acker- und Waldflächen innerhalb der Gemarkung Hemmerich-Kardorf. Von dem neuen Regionalplan sind insbesondere folgende Flächen betroffen: Rhein-Sieg-Kreis [ANONYMISIERT] von 58,3 ha, Rhein-Sieg-Kreis, [ANONYMISIERT] von 24,6 ha aus der Gesamtfläche von 32,2 ha. Die Unterhaltung unseres Betriebes mit allen dazugehörenden Liegenschaften ist durch die geplante Änderung und Ausweisung als Gebiete "Schutz der Natur" und ggfs. „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erhaltung" nachhaltig betroffen und erheblich gefährdet. Zu dem Betrieb zählen auch die denkmalgeschützten Betriebsteile, deren Unterhaltung daraus folgend nicht mehr möglich ist. Eine substanzhaltige Beleihung im Falle einer Kreditaufnahme wird durch die erhebliche Wertreduzierung darüber hinaus nahezu unmöglich gemacht. Die aktuelle Verpachtung der Ackerflächen zur landwirtschaftlichen Nutzung ist aufgrund der daraus resultierenden Einschränkungen, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft, stark reduziert und nur noch im sehr eingeschränkten Maße möglich. Unsere landwirtschaftliche Produktionsgrundlage wird erheblich dadurch geschwächt, die Nutzungsformen werden unverhältnismäßig eingeschränkt und der regionale Gemüseanbau auf einem klimatisch und ackerbaulich begünstigtem Standort wird erheblich gefährdet. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass eine ausreichende Eigenversorgung, wie auch mit Getreide, zur Ernährungssicherheit Deutschlands unbedingt zu gewährleisten und nicht durch neue Planungen zu widersprechen ist. Für die Forstflächen bzw. Waldflächen folgen erhebliche Einschränkungen in der Bewirtschaftung und darüber hinaus in der Nutzung des verpachteten Jagdbezirks. Dies gefährdet ebenso die Unterhaltung und Existenz unseres gesamten Betriebs. Wir weisen darauf hin, dass weitergehende schutzwürdige Landschaftselemente und Biotop nicht vorhanden sind und eine Vernetzungs- bzw. Trittsteinfunktion der betroffenen Flächen nicht vorliegt. Die bestehenden landwirtschaftlichen rechtlichen Vorgaben, wie z.B. Düngeverordnung, Wasserhaushaltsgesetz und Pflanzenschutzmittelverordnung gewährleisten einen umfänglichen Schutz für die durch die Neuregelung betroffenen Flächen. An dieser Stelle verweisen wir auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, der unter anderem vorsieht, auch Landschaftsschutzgebiete als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

und mit dem neuen Regionalplan verstärkt ausgewiesen werden. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer gesamten Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Die geplante Abgrenzung der in der Neuaufstellung des Regionalplans ausgewiesenen Flächen zum "Schutz der Natur", die auch unsere Flächen betreffen, ist willkürlich und unbegründet. Auch die greifbare Unverhältnismäßigkeit lässt die Vermutung eines Grundrechtsverstoß zu. Für alle Flächen gilt ein Bestandsschutz, auf den wir zusätzlich verweisen. Bei der weiteren Betrachtung dieses Planverfahrens bitten wir, unsere Argumente (für die Stellungnahme bzw. Widerspruch) zu berücksichtigen, die Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen und eine Korrektur in der weiteren Planungs-Ausführung vorzunehmen.

AZ: Ö-M-1437

1003257

1007032\_001

## Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Hiermit spreche ich mich gegen das Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt - Birgden aus, da es unmittelbar an die Wohnbebauung grenzt und die bauliche Weiterentwicklung insbesondere des Ortes Waldenrath gefährdet.

Das geplante Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt - Birgden schadet unserer Umwelt und unserem Klima. Durch die Versiegelung wichtiger und fruchtbarer Ackerflächen zerstören wir nicht nur wichtige Lebensräume unserer Wildtiere wie Rehe, Fuchse, Fasane und Greifvögel, sondern tragen auch zur weltweiten Nahrungs- und Getreideknappheit bei. In Zeiten des Krieges und weltweiter Hungersnöte ist dies nicht zu vertreten.

Ich lehne daher den Regionalplan Entwurf ab.

Mit meiner Stellungnahme spreche ich mich gegen das geplante Gewerbegebiet aus.

In unmittelbarer Nähe zur geplanten Gewerbegebietsfläche befinden sich zahlreiche Wohnhäuser sowie ein Altenheim, die durch die Lärm-, Geruchsbelästigung und Emissionen erheblich an Wohn- und Lebensqualität verlieren werden.

Ich unterstütze die Forderung nach eine Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt - Birgden nicht!

Die umliegenden Orte Birgden, Waldenrath und Pütt sind ohnehin schon durch ein hohes Verkehrsaufkommen belastet. Durch ein Gewerbegebiet in dieser Größenordnung wird dieses weiter verstärkt. CO2-Belastungen und weitere Emissionen kommen hinzu und schränken unsere Lebens- und Wohnqualität stark ein.

Ich fordere den Erhalt des ländlichen Charakters und den Schutz der Natur.

Ich spreche mich hiermit gegen ein Gewerbegebiet aus und bin für den Erhalt der Natur, der Landwirtschaft und eines grünen Fleckchens Erde.

Weil ich dort gerne spazieren gehe und des öfteren joggen gehe.

Wir sagen "NEIN" zu einem Gewerbegebiet zwischen den Orten Birgden, Waldenrath

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

und Pütt.

Die zusätzlich zu erwartende Lärm- und Emissionsbelästigung ist nicht zumutbar. Wir sind durch die B56n und den Fluglärm der NATO Airbase bereits in unserer Lebensqualität eingeschränkt. Eine weitere Belastung nehmen wir nicht hin und legen hiermit Widerspruch ein.

Ich lehne das geplante Gewerbegebiet ab!

Die Feldwege im betroffenen Gebiet nutze ich regelmäßig, um zu meinem Fußballtraining zu kommen und mich mit meinen Freunden in Waldenrath und Birgden. zu treffen. Durch den Bau eines Gewerbegebiets kann ich nicht mehr gefahrlos diese Wege nutzen und nicht mehr uneingeschränkt am Sport- und Vereinsleben teilnehmen.

Es geht hier um unsere Zukunft, den Erhalt eines Stückchens Natur und das Erreichen unserer Klimaziele.

AZ: Ö-M-1438	
1003258	
1007223	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Eigentümer folgender Grundstücke sind wir von der Neuaufstellung des Regionalplanes NRW betroffen: Kreis Euskirchen, Gemeinde Blankenheim Gemarkung Lommersdorf, Flur 8, [anonymisiert] Gemarkung Lommersdorf, Flur 5, [anonymisiert] Gemarkung Freilingen, Flur 1, [anonymisiert] Die großflächigen Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur führen zu erheblichen Einschränkungen für die Bewirtschaftung der v.g. Grundstücke, die jeweils an bäuerliche Betriebe verpachtet sind/werden. Einer weiteren Ausweisung von BSN Gebieten widersprechen wir hiermit ausdrücklich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1440	
1003261	
1007044_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Entwurf des o.a. Regionalplanes weist neue Flächen zum "Schutz der Natur" im Lennefetal und im Bereich der Ortslage Velling, Gemeinde Lindlar Oberbergischer Kreis, aus. Im dargestellten Bereich liegt die Hofstelle meines landwirtschaftlichen Vollerwerbbetriebes mit Milchviehhaltung und Futterbau.</p> <p>Aufgrund von gestiegenen Anforderungen im Bereich der Tierhaltung, der Futter- und der Güllelagerung planen wir umfangreiche Ersatz- und Neuinvestitionen um auch in Zukunft nachhaltige und umweltgerechte Landwirtschaft am vorhandenen Standort zu betreiben.</p> <p>Mit Sorge betrachte ich die im Regionalplan vorgesehenen Erweiterungen, die meinen Betrieb in seinen Entwicklungsmöglichkeiten doch evtl. erheblich beschränken könnten. Deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meines Betriebsstandortes mit einem, wie auch immer definierten, Schutzstatus.</p> <p>Das rote Kreuz in der angehängten Karte markiert meinen Betriebsstandort.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1441	
1003263	
1010866	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir, die [ANONYMISIERT], betreiben in Niederzier [ANONYMISIERT] auf dem Grundstück [ANONYMISIERT] eine Asphaltmischanlage. 1. Bei diesem Grundstück handelt es sich um das Betriebsgelände der [ANONYMISIERT], die an diesem Standort [ANONYMISIERT] einen Kiesabbau und zur Wiederverfüllung des Geländes eine Deponie der Deponieklasse DK0 betreibt. Hierzu gehört auch eine von der Firma Collers betriebene Aufbereitungsanlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial. Die diesbezüglichen Genehmigungen sehen vor, dass der Kiesabbau bis zum [ANONYMISIERT] und die Verfüllung der Deponie bis zum [ANONYMISIERT] abzuschließen ist und die endgültige Rekultivierung bis zum [ANONYMISIERT] erfolgt sein muss. Die Gültigkeitsdauer der Genehmigung für die Aufbereitungsanlage ist ebenfalls bis zum [ANONYMISIERT] befristet. Die Rekultivierungsplanung der Deponie sieht vor, die letzten Deponieabschnitte bis auf ebenerdiges Niveau anzufüllen und sodann durch die Aufbringung einer Asphaltschicht zu versiegeln. Sodann sollen sämtliche Anlagen entfernt sowie die Rekultivierungsschicht auf der gesamten Asphaltoberfläche aufgebracht werden. Die Errichtung und der Betrieb unserer Asphaltmischanlage erfolgten im Zuge der Verlegung der Bundesautobahn A 4 zwischen den Anschlussstellen Kerpen und Düren. Neben der ortsnahen Möglichkeit von Materiallieferungen für den Neubau der Autobahn sollte die Asphaltmischanlage zudem der Wiederverwertung des beim Rückbau des alten Autobahnabschnittes anfallenden Ausbauasphaltes dienen. Der anfallende Ausbauasphalt konnte in der Anlage angenommen, aufbereitet und wiederverwertet werden. Dieser Produktions- und Wiederaufbereitungsprozess ist bis zum heutigen Tag ein wichtiger und grundlegender Baustein in der Kreislaufwirtschaft am Standort [ANONYMISIERT]. Die Baukundschaft transportiert Erdmassen zur Verfüllung der Deponie und bringt Altasphalt in Form von Schollen sowie Fräsgut zur Wiederaufbereitung und Wiederverwertung in der Asphaltmischanlage an den Standort Ellen. Davon profitieren die Deponie, die Bauschutt- und Asphaltaufbereitungsanlage sowie das örtliche und regionale Baugewerbe und die Umwelt. Planungsrechtliche Grundlage für die Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zum Betrieb der Asphaltmischanlage- und Brech- und Klassieranlage im Jahre 2011 war der im Jahre 2011 als Satzung beschlossene vorhabenbezogene Bebauungsplan D6 "Asphaltmischanlage mit Brech- und Klassieranlage" der Gemeinde Niederzier. Parallel hierzu erfolgte die 50. Änderung des Flächennutzungsplans. Der Bebauungsplan sah eine befristete Nutzung bis zum 31.12.2020 als Fläche mit besonderem Nutzungszweck</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstütze sollen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des</p>

(Asphaltnischanlage mit Brech- und Klassieranlage) vor. Die 50. Änderung des Flächennutzungsplanes stellt an diesem Standort eine Asphaltnischanlage mit Brech- und Klassieranlage dar. Durch die erste Änderung des Bebauungsplans wurde die Befristung bis zum 31.12.2025 verlängert. Hierdurch wurde die zeitliche Nutzung an die Befristungen der Firma [ANONYMISIERT] erteilt. Deponiegenehmigung und Genehmigung zum Betrieb einer Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial angepasst. Sodann konnte die Kreisverwaltung Düren die Befristung der Genehmigung der Asphaltnischanlage bis zum [ANONYMISIERT] verlängern. Demnach ist der Betrieb der Asphaltnischanlage spätestens am [ANONYMISIERT] einzustellen und die Anlage nebst Nebenanlagen bis zum [ANONYMISIERT] vollständig zurückzubauen, so dass die Rekultivierung des Geländes bis zum [ANONYMISIERT] insgesamt abgeschlossen werden kann. Ob dieser Zeitplan umgesetzt werden kann, hängt maßgeblich von der Massenverfügbarkeit für die Verfüllung der Deponie ab.

Im derzeit geltenden Regionalplan, Teilabschnitt Region Aachen ist das Grundstück, auf dem die Asphaltnischanlage betrieben wird, als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der überlagernden Zweckbestimmung "Bereich für Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB)" dargestellt. Der Entwurf des neuen Regionalplans Köln stellt den südlichen Teil des derzeitigen BSAB als allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" dar, während der nördliche Teil des ehemaligen BSAB mit der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" dargestellt wird. Die Darstellung "Schutz der Natur" verknüpft den teilweise mit Wald bestandenen Bereich zwischen der Hambach-Bahn im Osten und der L 264 im Südwesten mit der östlich der Hambach-Bahn gelegenen Waldfläche zwischen den Orten Ellen und Morschenich. Wir beantragen hiermit, die vorgesehene Darstellung der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" für den Bereich zwischen der L 264 und der Hambachbahn oder doch zumindest für den Bereich zwischen der südlich des Betriebsgeländes gelegenen Zufahrtsstraße zur L 257, der östlich an das Betriebsgelände angrenzenden Gemeindegrenze, die zugleich Grenze zum angrenzenden Wald ist und der ehemaligen Trasse der BAB A 4, aufzuheben und lediglich einen allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich darzustellen. Wir möchten die Betriebsfläche auch über 2024 hinaus für den Betrieb der Asphaltnischanlage weiter nutzen. Ebenso möchte die Firma [ANONYMISIERT] die Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial weiter betreiben. Insofern könnte das derzeit vorgesehene Rekultivierungskonzept im Grundsatz bestehen bleiben. Lediglich der Auftrag des Geländes mit natürlichem Bodenmaterial nach vorheriger Herstellung der Asphaltdeckschicht müsste zunächst oder gegebenenfalls auch endgültig unterbleiben können, um einen Fortbestand dieses Standorts sicherzustellen. Für beide Anlagen gibt es im näheren Umfeld keine geeigneten Alternativstandorte. Beide Anlagen sind naturgemäß mit Lärm-, Staub- und Geruchsimmissionen verbunden, die selbst im Gewerbe- und Industriegebiet Konflikte mit sich bringen. Gleichzeitig werden die Asphaltnischanlage und die Aufbereitungsanlage vom Markt dringend benötigt. Beide Anlagen sind in einem technischen einwandfreien Zustand, der einen längeren

Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche entsprechend der Plankonzeption als BSN festgelegt.



Weiterbetrieb noch zulässt. Sie entsprechen dem derzeitigen Stand der Technik. Auch nachdem die Umlegung der BAB A 4 zwischenzeitlich abgeschlossen ist, besteht in der Region in den kommenden Jahren ein erheblicher Bedarf an der Versorgung mit Baustoffen. Zu den bereits bestehenden Infrastrukturprojekten werden in Folge des Strukturwandels in der Region, insbesondere durch die vorzeitige Beendigung des Braunkohletagebaus im Tagebau Hambach, in der Zukunft zahlreiche weitere Projekte hinzukommen, die wegen ihres Standortvorteils durch den Weiterbetrieb der Asphaltmischanlage sowie der Aufbereitungsanlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial durch die Firma [ANONYMISIERT] konkret bedient werden kann. Durch die Nähe zu den zukünftigen Projekten werden Fahrwege verkürzt, was zu niedrigeren Transportkosten, geringeren Emissionen und einem geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß führt. Die Umstände, die damals angesichts der Verlegung der BAB A 4 für einen nahegelegenen Standort einer Asphaltmischanlage sprachen, gelten heute unverändert fort. In der mittel- und langfristigen Bedarfsplanung der Verkehrsministerien auf Bundes- und Landesebene sind für den relevanten Marktraum der Asphaltmischanlage Ellen diverse Infrastrukturprojekte konkret benannt. Im Zusammenhang mit dem vorzeitigen Kohleausstieg und der erwarteten regionalgeographischen Veränderung im Bereich des heutigen Tagebaus Hambach ist mit einer Vielzahl von kleineren und größeren Umland Neubauprojekten und damit einhergehend mit der Schaffung neuer Infrastruktur zu rechnen. Auch der Ausbau des Glasfasernetzes im Kreis Düren sowie die Sanierung diverser umliegender Bundesautobahnen und Bundesstraßen birgt ein erhebliches Potential an entsprechenden Aufträgen. Auch ist davon auszugehen, dass die Beseitigung der Schäden und der infrastrukturelle Wiederaufbau in Folge der verheerenden Flutkatastrophe im Jahr 2021 noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen werden. Auch hier steht mit dem Asphaltmischwerk [ANONYMISIERT] an strategisch günstiger und unmittelbar an das Bundesautobahnnetz angebundener Betrieb zur Verfügung, von dem aus das Material schnellstmöglich an die entsprechenden Baustellen geliefert werden kann, ohne dass kleinere oder größere Ortschaften durchfahren werden müssen. Der Standort der Asphaltmischanlage ist etabliert. Bereits jahrelang bestehende Geschäftsbeziehungen zu Kunden im Großraum Aachen sowie insbesondere zu Kleinunternehmern aus der näheren Region Düren können auf diese Weise erhalten werden. Besonders hervorzuheben ist zudem das von uns entwickelte Spezialprodukt "Deuseal", das insbesondere bei der Errichtung und der Sanierung von Jauche-, Gülle- und Silagesickersaftanlagen eingesetzt wird. Dieses Produkt wird von uns u.a. im Asphaltmischwerk [ANONYMISIERT] hergestellt. Wir können über das Asphaltmischwerk [ANONYMISIERT] als erster Asphaltmischguthersteller in Deutschland ein Produkt in der Region anbieten, das eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung zur Verwendung in Lager- und Abfüllanlagen sowie in Biogasanlagen besitzt und somit die wasserrechtlichen Anforderungen der AwSV erfüllt. Das Asphaltmischwerk [ANONYMISIERT] ist keinem konkreten Bauunternehmer "verpflichtet" und steht daher allen Kunden als Lieferant zur Verfügung. Der Standort [ANONYMISIERT] garantiert den mittelständischen Baubetrieben der Region Versorgungssicherheit. Somit wird die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen

gegenüber den Straßenbaukonzernen, die über eigene Asphaltmischanlagen verfügen, aufrechterhalten. Wir gehen davon aus, dass am Standort [ANONYMISIERT] auch in den kommenden Jahren mindestens 100.000 Tonnen Asphalt pro Jahr produziert werden können. Neben der Sicherstellung der langjährigen Arbeitsplätze unserer am Asphaltmischwerk eingesetzten eigenen Mitarbeiter ([ANONYMISIERT]) sichert das Asphaltmischwerk auch durch die Zusammenarbeit mit regionalen Firmen bei der Unterhaltung der Asphaltmischanlage Arbeitsplätze. Die Zusammenarbeit mit regionalen Handwerksbetrieben hat sich bis heute bewährt. Die Anlage weist einen ausreichenden Abstand zu Wohngebieten auf. Es gibt keine Beschwerden von Anwohnern bezüglich Lärms, Staub oder Gerüchen. Die Anbindung an das überörtliche Straßennetz ist optimal; die BAB 4 ist in wenigen Minuten erreichbar. Auch die Standortgemeinde Niederzier als Träger der örtlichen Planungshoheit unterstützt den Weiterbetrieb der Asphaltmischanlage und der Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial nicht nur über 2025 hinaus, sondern auch auf Dauer. Die von uns beantragte Abänderung des Entwurfes gibt der Gemeinde Niederzier die Möglichkeit, auf der Ebene der örtlichen Bauleitplanung eine dauerhafte oder weitere temporäre Folgenutzung des ehemaligen Kiesgrubengeländes zu ermöglichen. Bei der Darstellung eines allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs handelt es sich lediglich um einen Grundsatz der Raumordnung, der im Rahmen der Bauleitplanung mit dem ihm zuzumessenden Gewicht einer Einzelabwägung zugänglich ist. Dies gilt entsprechend, wenn der von uns vorgeschlagene Bereich stattdessen mit der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" überplant wird. Auch dieser Belang wäre einer Abwägung zugänglich. Dies gilt allerdings nicht für die Darstellung einer Freiraumfunktion "Schutz der Natur" die im Entwurf als Ziel der Raumordnung bezeichnet ist.

AZ: Ö-M-1442	
1003262	
1007439	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neben verschiedenen Mitgliedern der [anonymisiert], die eigene betrieblich bezogene Stellungnahmen im Rahmen der Offenlegung des Regionalplans Köln abgegeben haben, möchte die Forstbetriebsgemeinschaft [anonymisiert] für ihre Mitglieder wir folgt zu der Offenlegung des Regionalplans Köln Stellung beziehen: 1. Die zeichnerische Darstellung von BSN entlang der Bachläufe und Riefen und auf angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen im Eigentum der Forstbetriebe der Forstgemeinschaft überfordert den Planungsmaßstab des Regionalplans in der von LPIG DVO vorgegebenen Maßstäblichkeit. Eine Biotopvernetzung kleinteiliger Bachläufe und Siefen muss der Landschaftsplanung vorbehalten bleiben und kann allenfalls durch einen Raumordnungsgrundsatz zum Biotopschutz bzw. durch eine BSLE-Festlegung im Regionalplan beeinflusst werden. 2. Angesichts des Maßstabs der zeichnerischen Darstellung, der Strichbreite der Festlegung und der mangelnden Nachvollziehbarkeit des konkreten Umfangs der zeichnerischen Festlegungen bestehen durchgreifende Zweifel an einer hinreichenden Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit der BSN-Festlegungen. Da von diesen jedoch im Geltungsbereich des § 35 BauGB unmittelbare Rechtswirkungen für die Grundstückseigentümer ausgehen, muss auf die angesprochenen BSN-Festlegungen verzichtet und der Biotopschutz, soweit erforderlich, durch die Landschaftsplanung ergänzt werden. Dabei kann wiederum der Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 herangezogen werden, der nach § 8 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW als Grundlage nicht nur für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan, sondern eben auch für die Landschaftsplanung dient. 3. Zweifel an der Wirksamkeit der zeichnerischen Festlegungen ergeben sich auch daraus, dass keine aktuellen Untersuchungen zum ökologischen Zustand der in Aussicht genommenen BSN-Flächen durchgeführt worden sind, und das es auch hinsichtlich der Erforderlichkeit und Angemessenheit der räumlichen Ausdehnung der gesicherten Flächen weder konkrete Sachverhaltsermittlungen gegeben noch eine entsprechende Abwägung widerstreitender Belange stattgefunden hat. 4. In weiten Teilen sind als BSN vorgesehene Flächen für einen Biotopverbund ungeeignet. Es fehlt an einem kontinuierlichen Wasserzufluss und an einer für den Biotopschutz in Betracht zu ziehenden Fauna und Flora. Die Mitglieder der [anonymisiert] verfügen alle über Waldbesitz im Flamersheimer Wald zwischen den Orten Queckenberg, Kircheim, Bad Münstereifel und Scheuren. Weitere Erläuterungen zu dieser Stellungnahme entnehmen Sie bitte dem beigefügten Rechtsgutachten von [anonymisiert] zu dem Entwurf des Regionalplans Köln.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen des Regionalplans fußen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Der Fachbeitrag stellt die gesetzlich vorgesehene Grundlage für den Regionalplan dar. Die textlichen Festlegungen bieten sowohl für BSN als auch für BSLE einen breiten Raum für die fachplanerische Umsetzung und beinhalten weder eine Verpflichtung zur Festlegung von Schutzgebieten noch einen direkten Eingriff in die Nutzung einzelner Flächen oder in betriebliche Prozesse. Die planerische Abwägung erfolgt im laufenden Planverfahren entsprechend der auf der Planungsebene der Regionalplans erkennbaren und relevanten Belange. Bereits im geltenden Regionalplan finden sich vergleichbare Festlegungen in diesem Raum, die im örtlichen Landschaftsplan entsprechend differenziert umgesetzt wurden. Die Bedenken richten sich insofern an die Umsetzung auf nachfolgender Ebene und können ggf. dort platziert werden.</p>

AZ: Ö-M-1443	
1003266	
1007224	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geben wir namens und im Auftrag unserer Mandanten folgende Stellungnahme ab: 0. Unsere Mandanten sind Eigentümer und Verpächter zahlreicher landwirtschaftlich genutzter Grundstücke im Gebiet der Stadt Euskirchen, Kreis Euskirchen, mit einer Gesamtfläche von ca. 60 ha. Im Einzelnen handelt es sich um die Grundstücke Gemarkung Euskirchen, Flur 14, [anonymisiert] Gemarkung Euskirchen, Flur 46 [anonymisiert] Gemarkung Euskirchen, Flur 46 [anonymisiert] Gemarkung Euskirchen, Flur 22, [anonymisiert]. Für diese zuvor genannten, als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegte Flächen werden (teilweise) zusätzlich Bereiche für den Schutz der Natur sowie den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung sowie Überschwemmungsbereiche festgelegt. Diese Festlegungen können nicht in rechtmäßiger Weise erfolgen, da die derzeitige Planung an diversen Mängeln leidet. Zu den mit diesen zeichnerischen Festlegungen verbundenen Plansätzen nehmen wir wie folgt Stellung: 1. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) Nach Plansatz Z.19 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbundes. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu bewahren. Die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems soll, soweit möglich, auch zum vorbeugenden Hochwasserschutz beitragen. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Nur ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme von BSN erfolgen, nämlich dann, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Die Ausweisung von BSN im Entwurf des Regionalplans, denen die Wirkung von Vorranggebieten nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG zukommt, erweist sich als rechtswidrig, soweit in die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung auch Flächen einbezogen werden, die insbesondere landwirtschaftlich genutzt werden und absehbar nicht für den Schutz, -die Pflege und die Entwicklung von wertvollen Lebensräumen, Lebensgemeinschaften und Biotopen zur Verfügung stehen. a) Die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN entfaltet die Rechtswirkungen von Vorranggebieten gern. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG. Vorranggebiete sind solche Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Das Vorranggebiet BSN ist im</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers</p>

Planentwurf ausdrücklich als Ziel der Raumordnung festgelegt. Auch nach der ständigen Rechtsprechung kommt Vorranggebieten die rechtliche Wirkung von Zielen der Raumordnung zu. Rechtsfolge der Festlegung eines Vorranggebiets ist nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG, dass andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen werden, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Nicht vereinbar i.S.d. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG ist eine Funktion oder Nutzung, die die vorrangige Funktion oder Nutzung in dem betroffenen Gebiet verhindern oder zumindest behindern würde. Grotefels, in: Kment, Raumordnungsgesetz. 1. Auflage 2019, § 7 Rn. 51 In den als BSN festgelegten Flächen hat der Naturschutz damit nicht nur Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Vielmehr sind Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen könnten, ausgeschlossen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Daraus und aus den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG sowie § 1 Abs. 4 BauGB folgt, dass Ziele der Raumordnung zwingend in nachfolgenden Planungsverfahren zu beachten sind. Denn Ziele der Raumordnung sind als räumliche und sachliche Konkretisierung der Entwicklung des Planungsraumes das Ergebnis landesplanerischer Abwägung. Einer weiteren Abwägung auf einer nachgeordneten Planungsstufe sind sie nicht zugänglich. BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 -, NVwZ 2011, 821 m.w.N

= BeckRS 2011, 46815 Rn. 7 Aus diesen Gründen ergeben sich strenge Anforderungen an die Rechtmäßigkeit von Zielen der Raumordnung. Aus bundesrechtlicher Sicht müssen Ziele der Raumordnung insbesondere von einer landesrechtlichen Ermächtigungsgrundlage gedeckt sowie verhältnismäßig, d.h. geeignet, erforderlich und angemessen sein. BVerwG, Urt. v. 10.11.2011 - 4 CN 9/10 -, NVwZ 2012, 15 m.w.N = BeckRS 2011, 56701 Rn. 5 Entscheidend ist daneben, dass Ziele der Raumordnung hinreichend bestimmt und aufgrund ihrer Verbindlichkeit abschließend abgewogen sind. Dabei können auch Plansätze, die -wie Plansatz Z.19- eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, die Merkmale einer "verbindlichen Vorgabe" oder einer "landesplanerischen Letztentscheidung" bzw. einer "abschließenden landesplanerischen Abwägung" erfüllen, wenn der Plangeber neben der Regel auch die Voraussetzungen der Ausnahme mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit selbst festlegt. BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 -, NVwZ 2011, 821 m.w.N = BeckRS 2011, 46815 Rn. 8 Ob ein Ziel oder eine Ausnahme hinreichend bestimmt ist, hängt davon ab, welchen materiellen Gehalt sie haben. Bereits aus der Formulierung muss sich ergeben, dass es sich um eine die gesetzliche Anpassungspflicht gem. § 1 Abs. 4 BauGB begründende Handlungsanweisung mit Letztentscheidungscharakter und nicht um eine Anregung oder Abwägungsdirektive handelt, die einer weiteren abwägenden Konkretisierung und Ausformung durch die untere Planungsebene zugänglich ist. Maßgeblich sind dabei die Umstände des jeweiligen Einzelfalles. b) BVerwG, Beschl. v. 09.04.2014 - 4 BN 3.14 -, ZfBR 2014, 479 (479 f) m.w.N = BeckRS 2014, 50982 Rn. 5. Bei der

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Festlegung von Zielen der Raumordnung sind aufgrund der abschließenden Abgewogenheit die Voraussetzungen des Abwägungsgebotes gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 ROG in besonderem Maße zu beachten, da es hinsichtlich der Festlegung eines Vorranggebiets einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bedarf. Dabei sind gem. § 7 Abs. 2 ROG die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Auch das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Die Festlegung eines Vorranggebiets setzt zudem die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus. 'vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnung- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62. Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Vor diesem Hintergrund ist es im Hinblick auf das rechtsstaatliche Abwägungsgebot nicht zu beanstanden, wenn die Maßstäbe der Abwägung ebenenspezifisch bestimmt werden und dem Plangeber einer höherstufigen Planung ein größerer administrativer Gestaltungsraum eingeräumt wird. Die an die Abwägung zu stellenden Anforderungen werden dadurch begrenzt, dass es sich bei den Raumordnungsplänen lediglich um rahmensetzende Planungen handelt; die detailscharfe Maßnahmenplanung ist der Fachplanung vorbehalten. Abschließend abgewogen muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische "Zielkern" sein, während der "Zielrahmen" der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Die raumordnerische Abwägung ist deshalb keine "erschöpfende" Abwägung. aa) OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 -11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 110 ff In dem hier maßgeblichen Bereich genügt die erweiterte Ausweisung von BSN im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung der betroffenen (Eigentümer-)Belange. Dies gilt im besonderen Maße, soweit in den vorgesehenen BSN Flächen einbezogen werden, die aufgrund der ausgeübten landwirtschaftlichen Nutzung in absehbarer Zeit nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Biotopen zur Verfügung

stehen. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorranggebieten für den Schutz der Natur als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Geeignetheit und Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzung für den Biotopschutz an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit dem Schutz und der Entwicklung von wertvollen Lebensräumen, Lebensgemeinschaften und Biotopen nicht zur Verfügung. Daran ändert auch nichts, dass die raumordnerischen Vorgaben zum Schutz der Natur gegenüber privaten Nutzungen des Freiraums, wie etwa der flächengebundenen Landwirtschaft, keine unmittelbare bodenrechtliche Bindungswirkung im Sinne der §§ 4 und 5 ROG entfalten. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Landschaftsplanung, die aus den Vorgaben des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan (vgl. § 6 LNatSchG NRW) zu entwickeln ist, werden rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen, die unmittelbare Nutzungseinschränkungen bewirken. Zudem ist nicht erkennbar, dass sich der Plangeber mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen auseinandergesetzt hat, wie dies für die umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung erforderlich ist. Vielmehr besteht der Eindruck, dass die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV, insbesondere zu den Biotopverbunden, schlicht in die planerischen Ausweisungen übernommen wurden. Die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des LANUV können aber im Rahmen der räumlichen Gesamtplanung, wie sie durch die Regionalplanung erfolgt, nur einen - wenn auch gewichtigen Abwägungsbelang bilden. Dieser ist mit weiteren abwägungserheblichen Belangen, insbesondere den durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentümerbelangen unserer Mandanten und den nach Art. 12 GG betrieblich und landwirtschaftlich geschützten Interessen der Pächter unserer Mandanten, in einen verhältnismäßigen Ausgleich zu bringen. Aus rechtlicher Sicht darf eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN daher nur auf solchen Flächen erfolgen, die für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope und den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei den genannten Flächen unserer Mandanten, die seit Jahrzehnten landwirtschaftlich genutzt werden, ist und wird das nicht der Fall sein. Wir regen daher an, den vorgesehenen BSN auf einen Bereich zu beschränken, der auch im derzeit geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen als BSN dargestellt ist. Das gilt insbesondere für die im Eigentum unserer Mandanten stehenden Grundstücke in der Gemarkung Euskirchen, Flur 46, deren Wertzahl der Bodenschätzung und ihre nutzbare Feldkapazität mit "hoch" bewertet wird, sodass die Flächen eine für die Region sehr gute Bonität aufweisen und für die landwirtschaftliche Erzeugung von äußerst hohem Wert sind. Die nachhaltige Lebensmittelproduktion aus heimischer Landwirtschaft stellt ein zunehmend bedeutsames öffentliches Gut dar. Die dafür zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Produktionsfläche ist naturgemäß begrenzt und sollte nicht durch zusätzliche Restriktionen und Bewirtschaftungserschwernisse entwertet werden. Nur eine derartige Zurücknahme steht im Einklang mit den Plansätzen G.32 bis G.34.

Danach sollen bei nachfolgenden Planungen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten, agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen sowie landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. Damit im Einklang steht auch stehen auch die Ausführungen unter Ziff. 1.1, nach denen sich mit dem Regionalplan die Aufgabe stellt, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Die genannten raumordnerischen Grundsätze und Aufgaben des Regionalplans laufen durch die Ausweisung von BSN auf den Flächen unserer Mandanten und die entsprechende Zielbestimmung in Plansatz Z.19 völlig leer, sodass die vermeintlich bezweckte Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe geradezu konterkariert wird. bb) Darüber hinaus erweist sich der Plansatz jedenfalls mit Blick auf die Ausnahme als unbestimmt, was ebenfalls zur Unverhältnismäßigkeit des gesamten Plansatzes führt. Denn es bleibt völlig offen, in welchen Fällen "die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar" sein soll und wann "die Bedeutung des Bereichs dies zulässt". Die in der Erläuterung zu Plansatz Z.19 vertretene Auffassung, dass die Ausnahme nicht greift, wenn für den mit der Planung oder Maßnahme verfolgten Zweck eine zumutbare Alternative besteht, konkretisiert die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung ebenfalls nicht (hinreichend). Damit bleibt im Ergebnis offen, in welchen Fällen die Ausnahmeregelung überhaupt greifen kann. Selbst wenn die Regelung nicht unbestimmt ist, sind die Voraussetzungen derart restriktiv gefasst, dass die Ausnahmebestimmung insgesamt leerläuft. Aufgrund der Unbestimmtheit, jedenfalls aber der restriktiven Fassung erweist sich Plansatz Z.19 zugleich als unverhältnismäßig, da Ausnahmemöglichkeiten von Z.19 in sachgerechten und nachvollziehbaren Fällen nicht vorgesehen sind. c) Nach Plansatz Z.20 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. mit dieser raumordnerischen Vorgabe, innerhalb der BSN bestimmte Schutzgebietskategorien - Naturschutzgebiete - festzusetzen, überschreitet der Regionalplanentwurf die kompetenziellen Schranken der Regionalplanung im Verhältnis zu den Naturschutzfachbehörden und den ihnen im BNatSchG sowie im LNatSchG NRW zugewiesenen Befugnissen; der Regionalplanentwurf erweist sich insoweit als rechtswidrig. Aufgabe des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan ist die Darstellung der regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, § 18 Abs. 2 Satz 2 LPIG NRW. Hierzu hat der Regionalplan die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den Raum sachgerecht gegeneinander abzuwägen und einen konzeptionellen Rahmen für die örtliche Landschaftsplanung zu schaffen, nicht aber diesen Rahmen durch die raumordnerische Vorgabe, bestimmte



Schutzgebietskategorien festzusetzen, selbst auszuschöpfen. Die Entscheidung, inwieweit Teile von Natur und Landschaft als Schutzgebiet nach Maßgabe der Gebietskategorien der §§ 23-29 BNatSchG ausgewiesen werden, steht hingegen nach § 20 Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 BNatSchG ausschließlich im planerischen Ermessen des Trägers der Landschaftsplanung. Danach steht sowohl die Entscheidung über das "Ob" einer Unterschutzstellung wie auch über ihr "Wie" im pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen Trägers der Landschaftsplanung. Er verfügt über ein Entschließungs- und Auswahlermessen auch dann, wenn Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit eines Teils von Natur und Landschaft gegeben sind. Er ist mithin trotz Vorliegens der Voraussetzungen einer Unterschutzstellung nicht gezwungen, bestimmte Flächen unter Schutz zu stellen. Vgl. BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008 - 4 B 15/08, juris; BayVerfGH, Entscheidung vom 27.09.2013 - Vf 15-VII-12, juris; Heugel, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2. Aufl. 2018, § 22 Rn. 4 Eine raumordnerische Vorgabe an den Träger der Landschaftsplanung, in bestimmten Bereichen Naturschutzgebiete festzusetzen, kann sich auch nicht aus der damit bezweckten Sicherung von Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen des Biotopverbundes ergeben. Denn zur rechtlichen Absicherung der Kern- und Verbindungsflächen sowie der Verbindungselemente des Biotopverbundes stehen der Landschaftsbehörde nach § 21 Abs. 3 und 4 BNatSchG eine Vielzahl geeigneter Instrumente zur Verfügung. Nach dieser Vorschrift sind zur dauerhaften Gewährleistung des Biotopverbunds die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern. Zulässig ist daher ein "Mosaik" unterschiedlich gesicherter Bereiche (Instrumentenmix). Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf, BT-Drs. 14/63 78, S. 38

Selbst wenn von der Möglichkeit einer förmlichen Unterschutzstellung Gebrauch gemacht werden soll, kommen, wie der umfassend angelegte Verweis in § 21 Abs. 4 BNatSchG auf § 20 Abs. 2 BNatSchG zeigt, sämtliche der dort genannten Schutzgebietskategorien in Betracht. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Werkstand: 97. EL Dezember 2021, BNatSchG, § 21 Rn. 12 Der Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs mit der Vorgabe, innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) wertvolle Flächen gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern, steht damit in Widerspruch zu dem der Landschaftsplanung bei der Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft eingeräumten planerischen Ermessen und der ihr bei der rechtlichen Sicherung des Biotopverbundes eingeräumten Formenwahlfreiheit. Die im Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs enthaltene raumordnerische Vorgabe widerspricht auch den Zielen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW), der in Ziel 7.2-2 "Gebiete für den Schutz der Natur" klarstellt, dass die Bereiche zum Schutz der Natur durch (auf eine Vielzahl möglicher Instrumente zu stützende) „Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ zu erhalten und zu entwickeln sind. Der LEP NRW verzichtet hier bewusst darauf, bestimmte naturschutzrechtliche Instrumente oder gar Schutzgebietskategorien vorzugeben, sondern überlässt die Entscheidung hierüber den

dafür zuständigen Naturschutzfachbehörden. So wird in den Erläuterungen zu Ziel 7.2-2 des LEP ausgeführt, dass andere Raumnutzungsansprüche weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierung von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt werden. Über die Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft werde nicht im LEP, sondern im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch die für Naturschutz zuständigen Behörden entschieden. d) Zusammengefasst sollte daher aus rechtlicher Sicht für die Grundstücke unserer Mandanten die Ausweisung einer BSN-Fläche zurückgenommen werden.

2. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) Nach Plansatz G.30 in Kapitel 4.3.2 des Planentwurfs sind Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) als Vorbehaltsgebiete festgelegt. In den BSLE sollen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter, Landschaftsräume mit besonderer Eigenart, Vielfalt und Schönheit und/oder von kulturhistorischer Bedeutung, wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen einschließlich für den Biotopverbund bedeutsamer Elemente und die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen gesichert und entwickelt werden. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. Gern. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ROG sind Vorbehaltsgebiete Gebiete, die bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben sollen, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Entsprechend Plansatz G.30 sollen Planungen und Maßnahmen, die mit den in G.30 genannten Nutzungen und Funktionen nicht vereinbar sind, vermeiden werden. Das Vorbehaltsgebiet BSLE ist im Planentwurf als Grundsatz der Raumordnung ausgestaltet. Grundsätze der Raumordnung sind gern. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Ihre Bindungswirkung besteht auch § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG dahingehend, dass sie im Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen der nachfolgenden Planung zu berücksichtigen sind. Nach Plansatz Z.21 im Kapitel 4.3.2 des Planentwurfs hat die Fachplanung die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutz- und Entwicklungsfähigkeit durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Wesentliche Teile für die Funktionen und Nutzungen gemäß (G. 30) BSLE erhalten und entwickeln sind entsprechend den fachgesetzlichen Regelungen als Landschaftsschutzgebiete auszuweisen. Plansatz Z.21 hat die rechtliche Wirkung eines Ziels der Raumordnung (vgl. zur Zielqualität oben unter 1.). Da Z.21 Satz 2 als Ziel der Raumordnung ausdrücklich die Funktionen und Nutzung des Grundsatzes G.30 in Bezug nimmt, stuft Z.21 auch den Grundsatz G.30 zu einem Ziel der Raumordnung mit der entsprechenden Bindungswirkung hoch. Auch Plansatz G.30 hat kommt dann insoweit Zielqualität zu. Unter Berücksichtigung der oben unter 1. erläuterten rechtlichen Anforderungen erweist sich die Festlegung des

Vorbehaltsgebiets für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung sowie seine Sicherung als rechtswidrig. Vorliegend genügt die großflächige Ausweisung von BSLE im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine raumordnerische Abwägung der betroffenen (Eigentümer-)Belange. Dies gilt im besonderen Maße, da in den vorgesehenen BSLE Flächen einbezogen werden, die aufgrund der ausgeübten landwirtschaftlichen Nutzung auf Dauer und absehbar nicht für den Landschaftsschutz und erst recht nicht für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen zur Verfügung stehen werden. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorbehaltsgebieten für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzungen an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit dem Biotopschutz nicht zur Verfügung. Dass der Plangeber sich hier mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen und den damit betroffenen Belangen auseinandergesetzt hat, wie dies für eine rechtmäßige Abwägung erforderlich wäre, ist nicht erkennbar. Dafür spricht auch, dass die BSLE-Flächen großräumig angelegt sind und sich weit über die Flächen unserer Mandanten hinaus erstrecken. Mit der zwingend vorgesehenen Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten in Plansatz Z.21 Satz 2 überschreitet der Regionalplanentwurf ebenfalls die kompetenziellen Schranken der Regionalplanung im Verhältnis zu den Behörden des Natur- und Landschaftsschutzes und den ihnen im BNatSchG sowie im LNatSchG NRW zugewiesenen Befugnissen; der Regionalplanentwurf erweist sich insoweit als rechtswidrig. Hierzu verweisen wir auf die oben unter 1. c) dargelegten Gründe, die insoweit entsprechend gelten. Aus rechtlicher Sicht sollte daher für die Grundstücke unserer Mandanten die Ausweisung einer BSLE-Fläche zurückgenommen werden, zumal es sich bei den festgelegten BSLE-Flächen ohnehin um ein schwaches Instrument des Umweltschutzes handelt (S. 93 des Umweltberichts). Darüber hinaus sollte mangels regionalplanerischer Kompetenz Satz 2 des Plansatzes Z.21 gestrichen werden. 3. Vorbeugender Hochwasserschutz / Überschwemmungsbereich (ÜB) Nach Plansatz Z.27 in Kapitel 4.7.3 des Planentwurfs sind Überschwemmungsbereiche als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen. Nach Plansatz Z. 28 sind innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen und bevorzugt als natürlicher Retentionsraum zu sichern. Auch die Festlegung dieser Ziele der Raumordnung ist rechtswidrig, da die konkreten örtlichen Verhältnisse auf den Flächen unserer Mandanten in der zwingend erforderlichen umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bislang nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Denn insoweit wird zu den hier maßgeblichen Flächen nicht berücksichtigt, dass die umliegenden Straßen auf Dämmen gebaut sind. Das hat zur Folge, dass im Falle einer

Überschwemmung das Wasser aus dem als Überschwemmungsgebiet festgelegten Bereich gerade nicht natürlich ablaufen kann. Dem mit Plansatz Z.27 verbundenen Zweck, dass die Überschwemmungsbereiche dem Abfluss und der Retention von Hochwasser dienen, erfüllen die Flächen unserer Mandanten daher ganz offensichtlich nicht, da sie - entgegengesetzt zum verfolgten Zweck- einen Abfluss geradezu verhindern. Auch insoweit sind die Festlegungen im Regionalplanentwurf daher zurückzunehmen. Diese nur cursorisch aufgezeigten Mängel belegen, dass die Erweiterung der Bereiche für den Schutz der Natur sowie den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung und die Überschwemmungsbereiche nicht rechtmäßig festgelegt werden können und die Planung insoweit zu ändern ist.

AZ: Ö-M-1444

1003265

1007047\_001

#### Inhalt

Betreff: Einspruch gegen geplantes Gewerbegebiet Erkelenz Ost

Ich lehne das Gewerbegebiet ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört werden. Und die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar.

Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher?

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1445	
1003278	
1007056_001	
<b>Inhalt</b> ich vertrete die Eigentümer der im Regionalplan erfassten Parzelle Gemarkung Lülsdorf [ANONYMISIERT], die GbR [ANONYMISIERT]. Die Adresse der GbR ist [ANONYMISIERT], mein privater Wohnsitz. Die Eigentümer sind grundsätzlich mit einer Erschließung der Parzelle einverstanden. Sie bitten darum, an dem anstehenden Planungsverfahren beteiligt zu werden und stehen zu einer Abstimmung zur Verfügung.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerte Planungsebene gegeben.

**Inhalt**

Unser Mandant ist Eigentümer, Pächter und Bewirtschafter zahlreicher landwirtschaftlich genutzter Grundstücke im Gebiet der Stadt Euskirchen, Kreis Euskirchen, die innerhalb der Gemarkung Euskirchen, Flure 22, 23 und 46 liegen, mit einer Gesamtfläche von ca. 225 ha. Diese zuvor genannten Flächen, insbesondere die in der Flur 46 liegenden Grundstücke, sind im aktuell geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt, die nur teilweise mit Bereichen für den Schutz der Natur sowie den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung überlagert sind, wie sich dem folgenden Auszug aus der zeichnerischen Darstellung entnehmen lässt:[Abb.] Mit der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ist zwar weiterhin vorgesehen, die Flächen als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festzulegen. Damit verbunden ist allerdings eine Erweiterung der Bereiche für den Schutz der Natur sowie den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Außerdem werden Überschwemmungsbereiche festgelegt, wie dem folgenden Auszug aus der geplanten Darstellung zu entnehmen ist: [Abb. anonymisiert] Diese Festlegungen können nicht in rechtmäßiger Weise erfolgen, da die derzeitige Planung an diversen Mängeln leidet. Zu den mit diesen zeichnerischen Festlegungen verbundenen Plansätzen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) Nach Plansatz Z.19 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbundes. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu bewahren. Die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems soll, soweit möglich, auch zum vorbeugenden Hochwasserschutz beitragen. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Nur ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme von BSN erfolgen, nämlich dann, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Die Ausweisung von BSN im Entwurf des Regionalplans, denen die Wirkung von Vorranggebieten nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG zukommt, erweist sich als rechtswidrig, soweit in die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung auch Flächen einbezogen werden, die insbesondere landwirtschaftlich genutzt werden und absehbar nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von wertvollen Lebensräumen, Lebensgemeinschaften und Biotopen zur Verfügung stehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers

a) Die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN entfaltet die Rechtswirkungen von Vorranggebieten gem. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG. Vorranggebiete sind solche Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Das Vorranggebiet BSN ist im Planentwurf ausdrücklich als Ziel der Raumordnung festgelegt. Auch nach der ständigen Rechtsprechung kommt Vorranggebieten die rechtliche Wirkung von Zielen der Raumordnung zu. Rechtsfolge der Festlegung eines Vorranggebiets ist nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG, dass andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen werden, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Nicht vereinbar i.S.d. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG ist eine Funktion oder Nutzung, die die vorrangige Funktion oder Nutzung in dem betroffenen Gebiet verhindern oder zumindest behindern würde. Grotefels, in: Kment, Raumordnungsgesetz. 1. Auflage 2019, § 7 Rn. 51 In den als BSN festgelegten Flächen hat der Naturschutz damit nicht nur Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Vielmehr sind Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen könnten, ausgeschlossen. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Daraus und aus den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG sowie § 1 Abs. 4 BauGB folgt, dass Ziele der Raumordnung zwingend in nachfolgenden Planungsverfahren zu beachten sind. Denn Ziele der Raumordnung sind als räumliche und sachliche Konkretisierung der Entwicklung des Planungsraumes das Ergebnis landesplanerischer Abwägung. Einer weiteren Abwägung auf einer nachgeordneten Planungsstufe sind sie nicht zugänglich. BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10, NVwZ 2011, 821 m.w.N = BeckRS 2011, 46815 Rn. 7

Aus diesen Gründen ergeben sich strenge Anforderungen an die Rechtmäßigkeit von Zielen der Raumordnung. Aus bundesrechtlicher Sicht müssen Ziele der Raumordnung insbesondere von einer landesrechtlichen Ermächtigungsgrundlage gedeckt sowie verhältnismäßig, d.h. geeignet, erforderlich und angemessen sein. BVerwG, Urt. v. 10.11.2011 - 4 CN 9/10 -, NVwZ 2012, 315 m.w.N = BeckRS 2011, 56701 Rn. 5

Entscheidend ist daneben, dass Ziele der Raumordnung hinreichend bestimmt und aufgrund ihrer Verbindlichkeit abschließend abgewogen sind. Dabei können auch Plansätze, die -wie Plansatz Z.19- eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, die Merkmale einer "verbindlichen Vorgabe" oder einer "landesplanerischen Letztentscheidung" bzw. einer "abschließenden landesplanerischen Abwägung" erfüllen, wenn der Plangeber neben der Regel auch die Voraussetzungen der Ausnahme mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit selbst festlegt. BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 -, NVwZ 2011, 821 m.w.N = BeckRS 2011, 46815 Rn. 8 Ob ein Ziel oder eine Ausnahme hinreichend bestimmt ist, hängt davon ab, welchen materiellen Gehalt sie haben. Bereits aus der Formulierung muss sich ergeben, dass es sich um eine die gesetzliche

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.



Anpassungspflicht gern. § 1 Abs. 4 BauGB begründende Handlungsanweisung mit Letztentscheidungscharakter und nicht um eine Anregung oder Abwägungsdirektive handelt, die einer weiteren abwägenden Konkretisierung und Ausformung durch die untere Planungsebene zugänglich ist. Maßgeblich sind dabei die Umstände des jeweiligen Einzelfalles. b) BVerwG, Beseht. v. 09.04.2014 - 4 BN 3.14 -, ~R 2014, 479 (479 f) m.w.N = BeckRS 2014, 50982 Rn. 5.

Bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung sind aufgrund der abschließenden Abgewogenheit die Voraussetzungen des Abwägungsgebotes gern. § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 ROG in besonderem Maße zu beachten, da es hinsichtlich der Festlegung eines Vorranggebiets einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bedarf. Dabei sind gern. § 7 Abs. 2 ROG die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Auch das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG sind in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Festlegung eines Vorranggebiets setzt zudem die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus. vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnung- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62. Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind.

Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus en Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Vor diesem Hintergrund ist es im Hinblick auf das rechtsstaatliche Abwägungsgebot nicht zu beanstanden, wenn die Maßstäbe der Abwägung ebenenspezifisch bestimmt werden und dem Plangeber einer höherstufigen Planung ein größerer administrativer Gestaltungsraum eingeräumt wird. Die an die Abwägung zu stellenden Anforderungen werden dadurch begrenzt, dass es sich bei den Raumordnungsplänen lediglich um rahmensetzende Planungen handelt; die detailscharfe Maßnahmenplanung ist der Fachplanung vorbehalten. Abschließend abgewogen muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische "Zielkern" sein, während der "Zielrahmen" der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Die raumordnerische Abwägung ist deshalb keine "erschöpfende" Abwägung. aa) OVG Münster, Urteil vom

03.05.2022 -11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 110 ff

In dem hier maßgeblichen Bereich genügt die erweiterte Ausweisung von BSN im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung der betroffenen (Eigentümer-)Belange. Dies gilt im besonderen Maße, soweit in den vorgesehenen BSN Flächen einbezogen werden, die aufgrund der ausgeübten landwirtschaftlichen Nutzung in absehbarer Zeit nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Biotopen zur Verfügung stehen. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorranggebieten für den Schutz der Natur als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Geeignetheit und Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzung für den Biotopschutz an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit dem Schutz und der Entwicklung von wertvollen Lebensräumen, Lebensgemeinschaften und Biotopen nicht zur Verfügung. Daran ändert auch nichts, dass die raumordnerischen Vorgaben zum Schutz der Natur gegenüber privaten Nutzungen des Freiraums, wie etwa der flächengebundenen Landwirtschaft, keine unmittelbare bodenrechtliche Bindungswirkung im Sinne der §§ 4 und 5 ROG entfalten. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Landschaftsplanung, die aus den Vorgaben des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan (vgl. § 6 LNatSchG NRW) zu entwickeln ist, werden rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen, die unmittelbare Nutzungseinschränkungen bewirken. Zudem ist nicht erkennbar, dass sich der Plangeber mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen auseinandergesetzt hat, wie dies für die umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung erforderlich ist. Vielmehr besteht der Eindruck, dass die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV, insbesondere zu den Biotopverbunden, schlicht in die planerischen Ausweisungen übernommen wurden. Die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des LANUV können aber im Rahmen der räumlichen Gesamtplanung, wie sie durch die Regionalplanung erfolgt, nur einen - wenn auch gewichtigen Abwägungsbelang bilden. Dieser ist mit weiteren abwägungserheblichen Belangen, insbesondere den durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentümerbelangen und den nach Art. 12 GG betrieblich und landwirtschaftlich geschützten Interessen unseres Mandanten, in einen verhältnismäßigen Ausgleich zu bringen. Aus rechtlicher Sicht darf eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN daher nur auf solchen Flächen erfolgen, die für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope und den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei den genannten Flächen unseres Mandanten, die seit Jahrzehnten landwirtschaftlich genutzt werden, ist und wird das nicht der Fall sein. Wir regen daher an, den vorgesehenen BSN auf einen Bereich zu beschränken, der auch im derzeit geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen als BSN dargestellt ist. Das gilt insbesondere für die im Eigentum unseres Mandanten stehenden Grundstück in der Gemarkung Euskirchen, Flur 46, deren Wertzahl der Bodenschätzung und ihre nutzbare Feldkapazität mit "hoch" bewertet wird, sodass die Flächen eine für die Region sehr gute Bonität aufweisen und für die landwirtschaftliche Erzeugung von

äußerst hohem Wert sind. Die nachhaltige Lebensmittelproduktion aus heimischer Landwirtschaft stellt ein zunehmend bedeutsames öffentliches Gut dar. Die dafür zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Produktionsfläche ist naturgemäß begrenzt und sollte nicht durch zusätzliche Restriktionen und Bewirtschaftungserschwernisse entwertet werden. Nur eine derartige Zurücknahme steht im Einklang mit den Plansätzen G.32 bis G.34. Danach sollen bei nachfolgenden Planungen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AF AB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten, agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen sowie landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. Damit im Einklang steht auch stehen auch die Ausführungen unter Ziff. 1.1, nach denen sich mit dem Regionalplan die Aufgabe stellt, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Die genannten raumordnerischen Grundsätze und Aufgaben des Regionalplans laufen durch die Ausweisung von BSN auf den Flächen unseres Mandanten und die entsprechende Zielbestimmung in Plansatz Z.19 völlig leer, sodass die vermeintlich bezweckte Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe geradezu konterkariert wird. bb) Darüber hinaus erweist sich der Plansatz jedenfalls mit Blick auf die Ausnahme als unbestimmt, was ebenfalls zur Unverhältnismäßigkeit des gesamten Plansatzes führt. Denn es bleibt völlig offen, in welchen Fällen "die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar" sein soll und wann "die Bedeutung des Bereichs dies zulässt". Die in der Erläuterung zu Plansatz Z.19 vertretene Auffassung, dass die Ausnahme nicht greift, wenn für den mit der Planung oder Maßnahme verfolgten Zweck eine zumutbare Alternative besteht, konkretisiert die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung ebenfalls nicht (hinreichend). Damit bleibt im Ergebnis offen, in welchen Fällen die Ausnahmeregelung überhaupt greifen kann. Selbst wenn die Regelung nicht unbestimmt ist, sind die Voraussetzungen derart restriktiv gefasst, dass die Ausnahmebestimmung insgesamt leerläuft. Aufgrund der Unbestimmtheit, jedenfalls aber der restriktiven Fassung erweist sich Plansatz Z.19 zugleich als unverhältnismäßig, da Ausnahmemöglichkeiten von Z.19 in sachgerechten und nachvollziehbaren Fällen nicht vorgesehen sind. c) Nach Plansatz Z.20 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. Mit dieser raumordnerischen Vorgabe, innerhalb der BSN bestimmte Schutzgebietskategorien - Naturschutzgebiete - festzusetzen, überschreitet der Regionalplanentwurf die kompetenziellen Schranken der Regionalplanung im Verhältnis zu den Naturschutzfachbehörden und den ihnen im BNatSchG sowie im LNatSchG NRW zugewiesenen Befugnissen; der Regionalplanentwurf erweist sich insoweit als rechtswidrig. Aufgabe des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan ist die Darstellung der regionalen

Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, § 18 Abs. 2 Satz 2 LPIG NRW. Hierzu hat der Regionalplan die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den Raum sachgerecht gegeneinander abzuwägen und einen konzeptionellen Rahmen für die örtliche Landschaftsplanung zu schaffen, nicht aber diesen Rahmen durch die raumordnerische Vorgabe, bestimmte Schutzgebietskategorien festzusetzen, selbst auszuschöpfen. Die Entscheidung, inwieweit Teile von Natur und Landschaft als Schutzgebiet nach Maßgabe der Gebietskategorien der §§ 23-29 BNatSchG ausgewiesen werden, steht hingegen nach § 20 Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 BNatSchG ausschließlich im planerischen Ermessen des Trägers der Landschaftsplanung. Danach steht sowohl die Entscheidung über das "Ob" einer Unterschutzstellung wie auch über ihr "Wie" im pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen Trägers der Landschaftsplanung. Er verfügt über ein Entschließungs- und Auswahlermessen auch dann, wenn Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit eines Teils von Natur und Landschaft gegeben sind. Er ist mithin trotz Vorliegens der Voraussetzungen einer Unterschutzstellung nicht gezwungen, bestimmte Flächen unter Schutz zu stellen. Vgl. BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008 - 4 B 15/08, juris; BayVerfGH, Entscheidung vom 27.09.2013 - Vf 15-VII-12, juris; Heugel, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2. Aufl. 2018, § 22 Rn. 4. Eine raumordnerische Vorgabe an den Träger der Landschaftsplanung, in bestimmten Bereichen Naturschutzgebiete festzusetzen, kann sich auch nicht aus der damit bezweckten Sicherung von Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen des Biotopverbundes ergeben. Denn zur rechtlichen Absicherung der Kern- und Verbindungsflächen sowie der Verbindungselemente des Biotopverbundes stehen der Landschaftsbehörde nach § 21 Abs. 3 und 4 BNatSchG eine Vielzahl geeigneter Instrumente zur Verfügung. Nach dieser Vorschrift sind zur dauerhaften Gewährleistung des Biotopverbunds die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern. Zulässig ist daher ein "Mosaik" unterschiedlich gesicherter Bereiche (Instrumentenmix). Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf BT-Drs. 14/6378, S. 38. Selbst wenn von der Möglichkeit einer förmlichen Unterschutzstellung Gebrauch gemacht werden soll, kommen, wie der umfassend angelegte Verweis in § 21 Abs. 4 BNatSchG auf § 20 Abs. 2 BNatSchG zeigt, sämtliche der dort genannten Schutzgebietskategorien in Betracht. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Werkstand: 97. EL Dezember 2021, BNatSchG, § 21 Rn. 12.

Der Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs mit der Vorgabe, innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) wertvolle Flächen gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern, steht damit in Widerspruch zu dem der Landschaftsplanung bei der Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft eingeräumten planerischen Ermessen und der ihr bei der rechtlichen Sicherung des Biotopverbundes eingeräumten Formenwahlfreiheit. Die im Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs enthaltene raumordnerische Vorgabe widerspricht auch den Zielen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW), der

in Ziel 7.2-2 "Gebiete für den Schutz der Natur" klarstellt, dass die Bereiche zum Schutz der Natur durch (auf eine Vielzahl möglicher Instrumente zu stützende) „Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ zu erhalten und zu entwickeln sind. Der LEP NRW verzichtet hier bewusst darauf, bestimmte naturschutzrechtliche Instrumente oder gar Schutzgebietskategorien vorzugeben, sondern überlässt die Entscheidung hierüber den dafür zuständigen Naturschutzfachbehörden. So wird in den Erläuterungen zu Ziel 7.2-2 des LEP ausgeführt, dass andere Raumnutzungsansprüche weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierung von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt werden. Über die Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft werde nicht im LEP, sondern im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch die für Naturschutz zuständigen Behörden entschieden. d) Zusammengefasst sollte daher aus rechtlicher Sicht für die Grundstücke unseres Mandanten die Ausweisung einer BSN-Fläche zurückgenommen werden.

2. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE). Nach Plansatz G.30 in Kapitel 4.3.2 des Planentwurfs sind Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) als Vorbehaltsgebiete festgelegt. In den BSLE sollen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter, Landschaftsräume mit besonderer Eigenart, Vielfalt und Schönheit und/oder von kulturhistorischer Bedeutung, wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen einschließlich für den Biotopverbund bedeutsamer Elemente und die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholung, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen gesichert und entwickelt werden. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. Gern. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ROG sind Vorbehaltsgebiete Gebiete, die bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben sollen, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Entsprechend Plansatz G.30 sollen Planungen und Maßnahmen, die mit den in G.30 genannten Nutzungen und Funktionen nicht vereinbar sind, vermieden werden. Das Vorbehaltsgebiet BSLE ist im Planentwurf als Grundsatz der Raumordnung ausgestaltet. Grundsätze der Raumordnung sind gern. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Ihre Bindungswirkung besteht auch § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG dahingehend, dass sie in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen der nachfolgenden Planung zu berücksichtigen sind. Nach Plansatz Z.21 im Kapitel 4.3.2 des Planentwurfs hat die Fachplanung die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutz- und Entwicklungsfähigkeit durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Wesentliche Teile für die Funktionen und Nutzungen gemäß (G. 30) BSLE erhalten und entwickeln sind entsprechend den fachgesetzlichen Regelungen als Landschaftsschutzgebiete auszuweisen. Plansatz Z.21 hat die rechtliche Wirkung eines Ziels der Raumordnung

(vgl. zur Zielqualität oben unter 1. ). Da Z.21 Satz 2 als Ziel der Raumordnung ausdrücklich die Funktionen und Nutzung des Grundsatzes G.30 in Bezug nimmt, stuft Z.21 auch den Grundsatz G.30 zu einem Ziel der Raumordnung mit der entsprechenden Bindungswirkung hoch. Auch Plansatz G.30 hat kommt dann insoweit Zielqualität zu. Unter Berücksichtigung der oben unter 1. erläuterten rechtlichen Anforderungen erweist sich die Festlegung des Vorbehaltsgebiets für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung sowie seine Sicherung als rechtswidrig. Vorliegend genügt die großflächige Ausweisung von BSLE im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine raumordnerische Abwägung der betroffenen (Eigentümer-)Belange. Dies gilt im besonderen Maße, da in den vorgesehenen BSLE Flächen einbezogen werden, die aufgrund der ausgeübten landwirtschaftlichen Nutzung auf Dauer und absehbar nicht für den Landschaftsschutz und erst recht nicht für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen zur Verfügung stehen werden. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorbehaltsgebieten für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzungen an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit dem Biotopschutz nicht zur Verfügung. Dass der Plangeber sich hier mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen und den damit betroffenen Belangen auseinandergesetzt hat, wie dies für eine rechtmäßige Abwägung erforderlich wäre, ist nicht erkennbar. Dafür spricht auch, dass die BSLE-Flächen großräumig angelegt sind und sich weit über die Flächen unseres Mandanten hinaus Richtung Osten und Westen erstrecken. Mit der zwingend vorgesehenen Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten in Plansatz Z.21 Satz 2 überschreitet der Regionalplanentwurf ebenfalls die kompetenziellen Schranken der Regionalplanung im Verhältnis zu den Behörden des Natur- und Landschaftsschutzes und den ihnen im BNatSchG sowie im LNatSchG NRW zugewiesenen Befugnissen; der Regionalplanentwurf erweist sich insoweit als rechtswidrig. Hierzu verweisen wir auf die oben unter 1. c) dargelegten Gründe, die insoweit entsprechend gelten. Aus rechtlicher Sicht sollte daher für die Grundstücke unseres Mandanten die Ausweisung einer BSLE-Fläche zurückgenommen werden, zumal es sich bei den festgelegten BSLE-Flächen ohnehin um ein schwaches Instrument des Umweltschutzes handelt (S. 93 des Umweltberichts). Darüber hinaus sollte mangels regionalplanerischer Kompetenz Satz 2 des Plansatzes Z.21 gestrichen werden. Vorbeugender Hochwasserschutz/Überschwemmungsbereich (ÜB) Nach Plansatz Z.27 in Kapitel 4.7.3 des Planentwurfs sind Überschwemmungsbereiche als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen. Nach Plansatz Z. 28 sind innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen und bevorzugt als natürlicher Retentionsraum zu sichern. Auch die

Festlegung dieser Ziele der Raumordnung ist rechtswidrig, da die konkreten örtlichen Verhältnisse auf den Flächen unseres Mandanten in der zwingend erforderlichen umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bislang nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Denn insoweit wird zu den hier maßgeblichen Flächen nicht berücksichtigt, dass die umliegenden Straßen auf Dämmen gebaut sind. Das hat zur Folge, dass im Falle einer Überschwemmung das Wasser aus dem als Überschwemmungsgebiet festgelegten Bereich gerade nicht natürlich ablaufen kann. Dem mit Plansatz Z.27 verbundenen Zweck, dass die Überschwemmungsbereiche dem Abfluss und der Retention von Hochwasser dienen, erfüllen die Flächen unseres Mandanten daher ganz offensichtlich nicht, da sie -entgegengesetzt zum verfolgten Zweck- einen Abfluss geradezu verhindern. Auch insoweit sind die Festlegungen im Regionalplanentwurf daher zurückzunehmen. Diese nur cursorisch aufgezeigten Mängel belegen, dass die Erweiterung der Bereiche für den Schutz der Natur sowie den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung und die Überschwemmungsbereiche nicht rechtmäßig festgelegt werden können und die Planung insoweit zu ändern ist.

AZ: Ö-M-1447	
1003281	
1007058_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In der vorbezeichneten Angelegenheit zeigen wir unter Vorlage emer uns legitimierenden Vollmacht an, dass Frau [ANONYMISIERT] und Herr [ANONYMISIERT], Auf den Bruchswiesen [ANONYMISIERT]", 51643 Gummersbach von uns anwaltlich beraten und vertreten werden.</p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geben wir namens und im. Auftrag unserer Mandanten folgende</p> <p><b>Stellungnahme</b></p> <p>ab:</p> <p>I.</p> <p>Unsere Mandantin Frau [ANONYMISIERT] ist Bewirtschafterin, unser Mandant Herr [ANONYMISIERT] Eigentümer des landwirtschaftlichen Betriebs ?Auf den Bruchswiesen [ANONYMISIERT]" in 51643 Gummersbach sowie des angrenzenden Wohngebäudes, das von unseren Mandanten und ihrer Familie bewohnt wird. Mit dem Betrieb des Hofes wirdeine ca. 20 ha große landwirtschaftliche Fläche bewirtschaftet. Von dieser Fläche umfasst sind auch Grundstücke in der Stadt Gummersbach, Oberbergischer Kreis, die im Eigentum unseres Mandanten stehen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Grundstücke Gemarkung Gummersbach, Flur 45, Flurstücke [ANONYMISIERT] sowie Gemarkung Gummersbach, Flur 47, Flurstücke [ANONYMISIERT], mit einer Gesamtfläche von ca. 6 ha landwirtschaftlicher Fläche und ca. 1 ha Waldfläche.</p> <p>Diese zuvor genannten Flächen sind im aktuell geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche und als Waldbereiche festgelegt, die mit Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung überlagert sind.</p> <p>Mit der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ist vorgesehen, die Flächen als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Diese Festlegung kann nicht in rechtmäßiger Weise erfolgen, da die derzeitige Planung an diversen Mängeln leidet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>



II.

Zu dem mit dieser Festlegung verbundenen Plansatz nehmen wir wie folgt Stellung:  
Nach Plansatz Z.10 in Kapitel 3 .3 .1 des Planentwurfs sind Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise zu lässig sind gewerbliche Nutzungen mit geringeren Emissionen, soweit sie aus städtebaulichen Gründen, insbesondere aus Gründen des Umgebungsschutzes gemäß (G. 18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen, zur Gliederung der Baugebiete untereinander erforderlich sind oder der Bestandssicherung oder Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen.

Die Ausweisung eines GIB im Entwurf des Regionalplans, dem die Wirkung von Vorranggebieten nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG zukommt, erweist sich als rechtswidrig, da in die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung Flächen einbezogen werden, die insbesondere landwirtschaftlich genutzt werden und absehbar nicht für gewerbliche und industrielle Nutzungen zur Verfügung stehen.

1.

Die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von GIB entfaltet die Rechtswirkungen von Vorranggebieten gern. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG. Vorranggebiete sind solche Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Das Vorranggebiet GIB ist im Planentwurf ausdrücklich als Ziel der Raumordnung festgelegt. Auch nach der ständigen Rechtsprechung kommt Vorranggebieten die rechtliche Wirkung von Zielen der Raumordnung zu. Rechtsfolge der Festlegung eines Vorranggebiets ist nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG, dass andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen werden, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Nicht vereinbar i.S.d. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG ist eine Funktion oder Nutzung, die die vorrangige Funktion oder Nutzung in dem betroffenen Gebiet verhindern oder zumindest behindern würde.

Grotefels, in: Kment, Raumordnungsgesetz. 1. Auflage 2019, § 7 Rn. 51

In den als GIB festgelegten Flächen hat die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben damit nicht nur Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Vielmehr sind Planungen und Maßnahmen, die die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, ausgeschlossen.

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Daraus und aus den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG sowie § 1 Abs. 4 BauGB folgt, dass Ziele der Raumordnung zwingend in nachfolgenden Planungsverfahren zu beachten sind. Denn Ziele der Raumordnung sind als räumliche und sachliche Konkretisierung der Entwicklung des Planungsraum.es das Ergebnis landesplanerischer Abwägung. Einer weiteren Abwägung auf einer nachgeordneten Planungsstufe sind sie nicht zugänglich.

BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 , NVwZ 2011, 821 m.w.N  
= BeckRS 2011, 46815 Rn. 7

Aus diesen Gründen ergeben sich strenge Anforderungen an die Rechtmäßigkeit von Zielen der Raumordnung. Aus bundesrechtlicher Sicht müssen Ziele der Raumordnung insbesondere von einer landesrechtlichen Ermächtigungsgrundlage gedeckt sowie verhältnismäßig, d.h. geeignet, erforderlich und angemessen sein.

BVerwG, Urt. v. 10.11.2011 - 4 CN 9/10-, NVwZ 2012, 315 m.w.N =  
BeckRS 2011, 56701 Rn. 5

Entscheidend ist daneben, dass Ziele der Raumordnung himeichend bestimmt und aufgrund ihrer Verbindlichkeit abschließend abgewogen sind. Dabei können auch Plansätze, die -wie Plansatz Z.10- eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, die Merkmale einer ?verbindlichen Vorgabet' oder einer ?landesplanerischen Letztentscheidung" bzw. einer ?abschließenden landesplanerischen Abwägung" erfüllen, wenn der Plangeber neben der Regel auch die Voraussetzungen der Ausnahme mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit selbst festlegt.

BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 -, NVwZ 2011, 821 m.w.N  
= BeckRS 2011, 46815 Rn. 8

b)

Bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung sind aufgrund der abschließenden Abgewogenheit die Voraussetzungen des Abwägungsgebotes gern. § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 ROG in besonderem Maße zu beachten, da es hinsichtlich der Festlegung eines Vorranggebiets einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bedarf. Dabei sind gern. § 7 Abs. 2 ROG die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung

sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Auch das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG sind in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Festlegung eines Vorranggebiets setzt zudem die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus.

vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnung- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62.

Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Vor diesem Hintergrund ist es im Hinblick auf das rechtsstaatliche Abwägungsgebot nicht zu beanstanden, wenn die Maßstäbe der Abwägung ebenenspezifisch bestimmt werden und dem Plangeber einer höherstufigen Planung ein größerer administrativer Gestaltungsraum eingeräumt wird. Die an die Abwägung zu stellenden Anforderungen werden dadurch begrenzt, dass es sich bei den Raumordnungsplänen lediglich um rahmensetzende Planungen handelt; die detailscharfe Maßnahmenplanung ist der Fachplanung vorbehalten. Abschließend abgewogen muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische "Zielkern" sein, während der "Zielrahmen" der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Die raumordnerische Abwägung ist deshalb keine "erschöpfende" Abwägung.

OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 -11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 110 ff

In dem hier maßgeblichen Bereich genügt die Ausweisung eines GIB im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung der betroffenen Belange.

2.

Insbesondere der Umstand, dass die hier maßgeblichen Flächen der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Nutzung dienen und aufgrund dieser Nutzungsausübung in absehbarer Zeit nicht für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben zur Verfügung stehen, spricht gegen eine rechtmäßige Abwägung. Insoweit ist auch beachtlich, dass unser Mandant zusammen mit den Eigentümern der angrenzenden Flächen gegenüber der Stadt Gummersbach bereits am 03.10.2018 schriftlich bestätigt hat, dass die Eigentümer und Verfügungsberechtigten der Grundstücke, die im Bereich des geplanten GIB liegen, nachdrücklich und verbindlich erklären, auch zukünftig die Grundstücke in diesem Bereich nicht zu veräußern. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorranggebieten für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Geeignetheit und Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzungen an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit der Gewerbe- und Industrieansiedlung nicht zur Verfügung. Aus rechtlicher Sicht darf eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von GIB nur auf solchen Flächen erfolgen, die für eine entsprechende Ansiedlung auch tatsächlich zur Verfügung stehen, was bei den genannten Flächen unserer Mandanten, die seit Jahrzehnten landwirtschaftlich genutzt werden, nicht der Fall ist und auch nicht sein wird. Daran ändert auch nichts, dass die raumordnerischen Vorgaben gegenüber rechtmäßig bestehenden und ausgeübten Nutzungen, wie der flächengebundenen Landwirtschaft, keine unmittelbare bodenrechtliche Bindungswirkung im Sinne der §§ 4 und 5 ROG entfalten. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung, die die Ziele der Raumordnung und damit des Regionalplans zu beachten hat, werden rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen, die zukünftige Nutzungseinschränkungen bewirken.

Zudem ist nicht erkennbar, dass sich der Plangeber mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen auseinandergesetzt hat, wie dies für die umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung erforderlich ist. Vielmehr besteht der Eindruck, dass sich der Plangeber auf eine pauschale Bestandsbeschreibung beschränkt hat, wie dem Umweltbericht und dem ihm zugrundeliegenden Prüfbogen zum GM\_GIB\_2 zu entnehmen ist. Denn über eine Grünlandnutzung hinaus werden die Flächen landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich bewirtschaftet, als Weidefläche genutzt und dienen dem Zugang zu weiterer Weidefläche. Insoweit wird den nach Art. 12, 13 und 14 Abs. 1 GG grundrechtlich geschützten Belangen unserer Mandanten im Rahmen der bisherigen Planung nicht, jedenfalls aber nur in unzureichendem Maße Rechnung getragen. Unsere Mandanten nutzen ihre Grundstücke und die aufstehenden Gebäude einerseits zum (landwirtschaftlichen) Wohnen, andererseits aber großflächig auch zur Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebs. Die Flächen, die nunmehr als GIB vorgesehen werden, sind zum Betrieb ihres Hofes zwingend erforderlich, sodass sie

weiterhin für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung stehen müssen. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde bislang, dass der landwirtschaftliche Betrieb im Prozess der Erweiterung ist (Umstellung auf biologische Direkt- und Regionalvermarktung) und zeitnah durch die Tochter unserer Mandanten mitgeführt und zukünftig übernommen und alleingeführt werden soll. Insofern wurde den zukünftigen Erweiterungsprozessen und der auch zukünftig noch bestehenden Wohnnutzung bislang nicht Rechnung getragen. Insofern ist auch die im Umweltbericht und im zugrundeliegenden Prüfbogen (GM\_GIB\_2) vorgeschlagene Prüfungsverlagerung des Schutzguts "Wohnen" auf nachfolgende Planungen unzulässig und fehlerhaft. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung sind die Ziele der Raumordnung und damit des Regionalplans Köln zwingend zu beachten, sodass in der Bauleitplanung rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen werden müssen, die zukünftige Nutzungseinschränkungen bewirken.

In der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zum Planungsrecht ist anerkannt, dass die Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit überschritten sind, wenn einer der betroffenen Belange in geradezu unvertretbarer Weise zu kurz kommt, d.h. wenn sein Gewicht verkannt wird und deshalb das Verhältnis zwischen ihm und dem Planungsinhalt auch bei Berücksichtigung der Planungshoheit nicht mehr aufgeht. Vgl. z.B. BVerwG, Urteil vom 5.7.1974 - IV C 50. 72, juris Das Bundesverwaltungsgericht betont, dass die privaten Belange der von der Planung betroffenen Grundstückseigentümer beachtliches Gewicht haben. Das durch Art. 14 GG geschützte Eigentum ist bei der planerischen Abwägung in hervorgehobener Weise zu berücksichtigen, wobei insbesondere das Verhältnismäßigkeitsprinzip zu beachten ist.

Vgl. z.B. BVerwG, Beschluss vom 6.10.1992- 4 NB 36.92,juris

Auch das private Interesse am Fortbestand der bisherigen (planungsrechtlichen) Situation ist ein in der Abwägung zu berücksichtigender Belang.

BVerwG, Beschluss vom 07. 01. 2010 - 4 BN 36/09, juris Rn. 9

Gemessen an diesen, auch im Raumordnungsrecht entsprechend geltenden Grundsätzen wurden die Belange unseres Mandanten als betroffener Grundstückseigentümer bislang nicht hinreichend berücksichtigt. Den Planunterlagen, insbesondere der Begründung, ist eine Auseinandersetzung mit den besonders zu beachtenden Belangen unserer Mandanten bislang nicht zu entnehmen.

In besonders schwerwiegender Weise kommt hier hinzu, dass Flächen in Anspruch genommen werden sollen, deren Böden eine sehr hohe Funktionserfüllung haben und deren nutzbare Feldkapazität daher mit sehr hoch zu bewerten ist. Die Flächen weisen eine sehr gute Bonität auf und sind für die landwirtschaftliche Nutzung von äußerst hohem Wert. Die nachhaltige Lebensmittelproduktion aus heimischer Landwirtschaft stellt ein zunehmend bedeutsames öffentliches Gut dar. Die dafür zur Verfügung

stehende

landwirtschaftliche Produktionsfläche ist naturgemäß begrenzt. Die Fläche sollte daher nicht durch zusätzliche Restriktionen und Bewirtschaftungserschwerisse entwertet und erst recht nicht -wie hier- durch anderweitige raumordnerische Planungen vollständig entzogen werden. Insoweit wird auch den grundrechtlich geschützten Belangen unserer Mandantin nach Art. 12 GG nicht mit dem erforderlichen Gewicht Rechnung getragen.

Wir regen daher an, die Ausweisung des vorgesehenen GIB zurückzunehmen und die ursprüngliche Festlegung aus dem derzeit geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, entsprechend zu übernehmen. Nur eine Zurücknahme des GIB steht im Einklang mit den Plansätzen G.32 bis G.34. Denn in seiner Grundaussage sollen danach die bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten, agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen sowie landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. Mit diesen Grundsätzen im Einklang stehen auch die Ausführungen unter Ziff. 1.1, nach denen sich mit dem Regionalplan die Aufgabe stellt, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Die genannten raumordnerischen Grundsätze und Aufgaben des Regionalplans laufen durch die Ausweisung eines GIB auf den Flächen unserer Mandanten und die entsprechende Zielbestimmung in Plansatz Z.10 völlig leer, sodass die mit dem Regionalplan vermeintlich bezweckte Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe geradezu konterkariert wird.

Darüber hinaus erweist sich der Plansatz jedenfalls mit Blick auf die Ausnahme als unverhältnismäßig. Denn eine verhältnismäßige Festlegung eines Vorranggebiets für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben unter gleichzeitiger Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen setzt jedenfalls voraus, dass eine bestandssichernde Festlegung mit zukunftsorientierten Erweiterungsmöglichkeiten zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe -wie von unserer Mandantin geplant- in den Plansatz aufgenommen wird.

### III.

Auch der Umweltbericht und der zugrundeliegende Prüfbogen sind fehlerhaft bzw. unzureichend.

#### 1.

Nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht zunächst die im Umweltbericht und im zugrundeliegenden Prüfbogen enthaltene Alternativenprüfung.

Bei der Umweltprüfung nach § 8 ROG sind die voraussichtlichen erheblichen

Auswirkungen des Raumordnungsplans auf bestimmte Schutzgüter und die Wechselwirkungen zwischen diesen Schutzgütern zu ermitteln und in einem Umweltbericht frühzeitig zu beschreiben und zu bewerten. Der Umweltbericht muss die Angaben nach der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG enthalten. Nach Nr. 2 lit. d der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG gehört dazu auch die Angabe der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten, wobei die Ziele und der räumliche Geltungsbereich des Raumordnungsplans zu berücksichtigen sind. Dabei enthält der Umweltbericht jedoch nur die Angaben, die vernünftigerweise verlangt werden können, und berücksichtigt den gegenwärtigen Wissensstand und aktuelle Prüfmethoden, Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans oder Programms, dessen Stellung im Entscheidungsprozess sowie das Ausmaß, in dem bestimmte Aspekte zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen auf den unterschiedlichen Ebenen dieses Prozesses am besten geprüft werden können. Was im Einzelfall "vernünftig" ist, richtet sich vor allem nach den voraussichtlichen Auswirkungen der Planung auf die Umwelt, denn bei der Umweltprüfung, zu der die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung anderweitiger Planungsmöglichkeiten gehört, steht gerade die Umweltvorsorge im Vordergrund. Es hängt also von den Umständen des Einzelfalls ab, welche planbedingten Auswirkungen auf die Umwelt "vernünftigerweise" in den Umweltbericht aufgenommen werden müssen und als erheblich anzusehen sind.

Vgl. BVerwG, Beseht. v. 24.05.2011 - 4 BN 45.10, juris Rn. 5; BVerwG, Beseht. v. 18.01.2011 - 7 B 19.10, juris Rn. 64

Je erheblicher die Auswirkungen der Planung auf die Umwelt und je dringender die sich daraus ergebenden Bedürfnisse nach planerischer Konfliktbewältigung voraussichtlich sind, desto eher sind folgerichtig umfängliche beziehungsweise detaillierte Untersuchungen zur Ermittlung von Alternativen zu der ursprünglich in den Blick genommenen Planung verhältnismäßig und dem Plangeber zumutbar. Auch wenn Nr. 2 lit. d der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG nicht ausdrücklich verlangt, besonders umweltschonende anderweitige Planungsmöglichkeiten zu entwickeln und zu prüfen, sollen die "vernünftigen" Alternativen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen vergleichend dargestellt werden, damit die Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Entscheidung für die letztlich zu verfolgende Planung nachvollziehbar wird. Bei Festlegungen, die voraussichtlich mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sein werden, drängt es sich aber auf, eine gegenüber dem ursprünglichen Planentwurf weniger belastende Alternative zu entwickeln, soweit dies möglich ist.

Vgl. OVG NRW, Urteil vom 26.08.2021 - 10 D 106/14.NE, juris Rn. 94.ff.

Diesen Maßstäben genügt die Alternativenprüfung nicht. Die vorgesehene Festlegung des GIB (GM\_GIB\_2) führt zu erheblichen Umweltauswirkungen. Der von der Festlegung betroffene Bereich hat besonders schutzwürdige Böden mit einer sehr hohen Funktionserfüllung, die zugleich klimarelevant sind. Das führt auch zu weiteren,

nicht berücksichtigen Auswirkungen (vgl. dazu unten unter 2. und 3.). Gleichwohl wird in dem Prüfbogen zum GM\_ GIB\_ 2 lediglich ausgeführt, dass mit Blick auf die besondere Berücksichtigung der Belange der Umwelt die relevanten Umweltinformationen frühzeitig in die planerische Entscheidung einbezogen wurden, um möglichst verträgliche Standorte zu identifizieren. Ob und welche Alternativen mit welcher Bewertung geprüft wurden, ist insoweit jedoch nicht erkennbar.

2.

Unzureichend ist auch die Bewertung im Umweltbericht und im Prüfbogen, dass das Schutzgut "Erholen (lärmarme Räume)" nicht betroffen sei, obwohl die Flächen derzeit im Regionalplan Köln als Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung festgelegt sind. Auch in tatsächlicher Hinsicht ist das Gebiet von Ruhe und Naherholung geprägt.

Fehlerhaft geht der Umweltbericht zudem davon aus, dass planungsrelevante Arten nicht betroffen seien. Auf den betroffenen und den angrenzenden Flächen sind tatsächlich folgende planungsrelevante Arten anzutreffen:

- ? Graureiher (*Ardea cinerea*),
- ? Schwarzstorch (*Ciconia nigra*),
- ? Habicht (*Accipiter gentilis*),
- ? Rotmilan (*Milvus milvus*),
- ? Turmfalke (*Falco tinnunculus*),
- ? Schleiereule (*Tyto alba*),
- ? Uhu (*Bubo bubo*),
- ? Grünspecht (*Picus viridis*),
- ? Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*),
- ? diverse Fledermausarten.

Diese Vorkommen stehen im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang mit dem in der GIB-Fläche vorhandenen 200 Jahre alten und naturbelassenen Mischwald sowie der Vielzahl der angrenzenden Biotope, Biotopverbunde, Fließgewässer, offenen Grünlandflächen und weiteren Waldgebieten in naher Umgebung. Insoweit leidet der Umweltbericht an beachtlichen Ermittlungs- und Bewertungsfehlern.

3.

Außerdem wurde die Klimarelevanz der Böden und die damit positive Auswirkung auf das Schutzgut Klima und Luft nicht mit dem erforderlichen Gewicht in die bisherige Planung eingestellt; die Relevanz des Waldes wurde völlig vernachlässigt. Unter Berücksichtigung des sog. Klimaschutzbeschlusses des Bundesverfassungsgerichts,

BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 - 1 BvR 2656/18, 1 BvR 78120, 1 BvR 96/20, 1 BvR 288/20, NJW 2021, 1723,



ergibt sich für den Staat die Pflicht zum Klimaschutz und zur Herstellung von Klimaneutralität. Diese Pflicht ist auch bei allen Entscheidungen der Exekutive, bei denen Gestaltungs-, Abwägungs- und Beurteilungsspielräume bestehen, zu berücksichtigen. Denn der besondere Schutz des Klimas folgt nicht nur aus Art. 20a GG, sondern ist einfachgesetzlich auch in § 13 Abs. 1 Satz 1 Klimaschutzgesetz -KSG- niedergelegt. Diese Vorschrift verpflichtet sämtliche Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck des KSG und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen. Insbesondere ist diese Vorgabe auch auf vorgelagerten Planungsstufen - wie bei der Aufstellung eines Regionalplans - zu beachten, wobei das Gewicht des Klimaschutzgebots aufgrund des Klimaschutzbeschlusses des Bundesverfassungsgerichts eine hervorgehobene Stellung eingenommen hat.

Vgl. Faßbender, Der Klima-Beschluss des BVerfG, Inhalte, Folgen und offene Fragen, NJW 2021, 2085

Diese Grundsätze wurden hier nicht beachtet. Der Planung wurde ohne Begründung Vorrang vor den klimaökologischen Funktionen des Bereichs eingeräumt, obwohl die klimatischen Funktionen der Böden und damit die klimatischen Auswirkungen im Bereich GM\_ GIB\_ 2 signifikant sind.

Diese nur cursorisch aufgezeigten Mängel belegen, dass der GIB (GM\_ GIB\_ 2) nicht rechtmäßig festgelegt werden kann und die Planung insoweit zu ändern ist.

Abschließend bitten wir höflich um Bestätigung des Eingangs dieser Stellungnahme.

AZ: Ö-M-1448	
1003282	
1007060_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>in der vorbezeichneten Angelegenheit zeigen wir unter Vorlage emer uns legitimierenden Vollmacht an, dass Herr [ANONYMISIERT], 51643 Gummersbach und Herr [ANONYMISIERT], 51643 Gummersbach von uns anwaltlich beraten und vertreten werden.</p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geben wir namens und im Auftrag unserer Mandanten folgende</p> <p>Stellungnahme</p> <p>ab:</p> <p>I.</p> <p>Unser Mandant Herr [ANONYMISIERT] ist Pächter und Bewirtschafter, unser Mandant Herr [ANONYMISIERT] Eigentümer des landwirtschaftlichen Betriebs auf der Hardtstraße [ANONYMISIERT] in 51643 Gummersbach. Mit dem Betrieb des Hofes werden insgesamt ca. 90 ha landwirtschaftliche Fläche bewirtschaftet. Von der gepachteten und bewirtschafteten Fläche umfasst sind auch Grundstücke in der Stadt Gummersbach, Oberbergischer Kreis, die im Eigentum unseres Mandanten Herrn stehen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Grundstücke Gemarkung Gummersbach, Flur 46, Flurstücke [ANONYMISIERT] sowie Gemarkung Gummersbach, Flur 47, Flurstücke [ANONYMISIERT] mit einer Gesamtfläche von ca. 7 ha.</p> <p>Diese zuvor genannten Flächen sind im aktuell geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt, die mit Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung überlagert sind.</p> <p>Mit der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ist vorgesehen, die Flächen als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.</p> <p>Diese Festlegung kann nicht in rechtmäßiger Weise erfolgen, da die derzeitige Planung an diversen Mängeln leidet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse &gt; 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.</p> <p>Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. W eitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p>

## II.

Zu dem mit dieser Festlegung verbundenen Plansatz nehmen wir wie folgt Stellung:

Nach Plansatz Z.10 in Kapitel 3.3.1 des Planentwurfs sind Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise zulässig sind gewerbliche Nutzungen mit geringeren Emissionen, soweit sie aus städtebaulichen Gründen, insbesondere aus Gründen des Umgebungsschutzes gemäß (G. 18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen, zur Gliederung der Baugebiete untereinander erforderlich sind oder der Bestandssicherung oder Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen.

Die Ausweisung eines GIB im Entwurf des Regionalplans, dem die Wirkung von Vorranggebieten nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG zukommt, erweist sich als rechtswidrig, da in die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung Flächen einbezogen werden, die insbesondere landwirtschaftlich genutzt werden und absehbar nicht für gewerbliche und industrielle Nutzungen zur Verfügung stehen.

### 1.

Die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von GIB entfaltet die Rechtswirkungen von Vorranggebieten gem. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG. Vorranggebiete sind solche Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Das Vorranggebiet GIB ist im Planentwurf ausdrücklich als Ziel der Raumordnung festgelegt. Auch nach der ständigen Rechtsprechung kommt Vorranggebieten die rechtliche Wirkung von Zielen der Raumordnung zu. Rechtsfolge der Festlegung eines Vorranggebiets ist nach § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG, dass andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen werden, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Nicht vereinbar i.S.d. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG ist eine Funktion oder Nutzung, die die vorrangige Funktion oder Nutzung in dem betroffenen Gebiet verhindern oder zumindest behindern würde.

Grottel, in: Kment, Raumordnungsgesetz. 1. Auflage 2019, § 7 Rn. 51

In den als GIB festgelegten Flächen hat die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben damit nicht nur Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Vielmehr sind Planungen und Maßnahmen, die die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, ausgeschlossen.

Für die so ermittelten Siedlungsraumpotentiale - hier konkret in Gummersbach - bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden.

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Hierbei gilt, dass sofern zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der planerischen Abwägung gem. § 3 Abs. 1 ROG ggf. ASB bzw. GIB Festlegungen Vorrang vor den angesprochenen natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums erfolgt.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Der bedarfsgerechten Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde in diesem Fall im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. (Eigentums-) Rechte werden nicht berührt.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Daraus und aus den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG sowie § 1 Abs. 4 BauGB folgt, dass Ziele der Raumordnung zwingend in nachfolgenden Planungsverfahren zu beachten sind. Denn Ziele der Raumordnung sind als räumliche und sachliche Konkretisierung der Entwicklung des Planungsraumes das Ergebnis landesplanerischer Abwägung. Einer weiteren Abwägung auf einer nachgeordneten Planungsstufe sind sie nicht zugänglich.

BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 -, NVwZ 2011, 821 m.w.N  
= BeckRS 2011, 46815 Rn. 7

Aus diesen Gründen ergeben sich strenge Anforderungen an die Rechtmäßigkeit von Zielen der Raumordnung. Aus bundesrechtlicher Sicht müssen Ziele der Raumordnung insbesondere von einer landesrechtlichen Ermächtigungsgrundlage gedeckt sowie verhältnismäßig, d.h. geeignet, erforderlich und angemessen sein.

BVerwG, Urt. v. 10.11.2011 - 4 CN 9/10 -, NVwZ 2012, 315 m.w.N = BeckRS 2011, 56701 Rn. 5

Entscheidend ist daneben, dass Ziele der Raumordnung himeichend bestimmt und aufgrund ihrer Verbindlichkeit abschließend abgewogen sind. Dabei können auch Plansätze, die -wie Plansatz Z.10- eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, die Merkmale einer "verbindlichen Vorgabe" oder einer "landesplanerischen Letztentscheidung" bzw. einer "abschließenden landesplanerischen Abwägung" erfüllen, wenn der Plangeber neben der Regel auch die Voraussetzungen der Ausnahme mit himeichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit selbst festlegt.

BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 - 4 C 8.10 -, NVwZ 2011, 821 m.w.N  
= BeckRS 2011, 46815 Rn. 8

b)

Bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung sind aufgrund der abschließenden Abgewogenheit die Voraussetzungen des Abwägungsgebotes gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 ROG in besonderem Maße zu beachten, da es hinsichtlich der Festlegung eines Vorranggebiets einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bedarf. Dabei sind gem. § 7 Abs. 2 ROG die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Auch das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG sind

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurden die Datengrundlagen der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für den Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante

in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Festlegung eines Vorranggebiets setzt zudem die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus.

vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnung- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62.

Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Vor diesem Hintergrund ist es im Hinblick auf das rechtsstaatliche Abwägungsgebot nicht zu beanstanden, wenn die Maßstäbe der Abwägung ebenenspezifisch bestimmt werden und dem Plangeber einer höherstufigen Planung ein größerer administrativer Gestaltungsraum eingeräumt wird. Die an die Abwägung zu stellenden Anforderungen werden dadurch begrenzt, dass es sich bei den Raumordnungsplänen lediglich um rahmensetzende Planungen handelt; die detailscharfe Maßnahmenplanung ist der Fachplanung vorbehalten. Abschließend abgewogen muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische "Zielkern" sein, während der "Zielrahmen" der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Die raumordnerische Abwägung ist deshalb keine "erschöpfende" Abwägung.

OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 -11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 110 ff

In dem hier maßgeblichen Bereich genügt die Ausweisung eines GIB im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung der betroffenen Belange.

2.

Insbesondere der Umstand, dass die hier maßgeblichen Flächen der

Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese schutzgutbezogen von einer erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Insgesamt wird die Umweltauswirkung der zeichnerischen Festlegung im Regionalplan nicht als erheblich bewertet. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung sowie klimarelevante Böden werden im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Das hat zur Folge, dass eine Festlegung als BSLE nicht zwangsläufig das Vorliegen von lärmarmen Räumen beinhaltet.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf

landwirtschaftlichen Nutzung dienen und aufgrund dieser Nutzungsausübung in absehbarer Zeit nicht für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben zur Verfügung stehen, spricht gegen eine rechtmäßige Abwägung. Insoweit ist auch beachtlich, dass unser Mandant Herr [ANONYMISIERT] zusammen mit den Eigentümern der angrenzenden Flächen gegenüber der Stadt Gummersbach bereits am 03.10.2018 schriftlich bestätigt hat, dass die Eigentümer und Verfügungsberechtigten der Grundstücke, die im Bereich des geplanten GIB liegen, nachdrücklich und verbindlich erklären, auch zukünftig die Grundstücke in diesem Bereich nicht zu veräußern. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorranggebieten für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Geeignetheit und Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzungen an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit der Gewerbe- und Industrieansiedlung nicht zur Verfügung. Aus rechtlicher Sicht darf eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von GIB nur auf solchen Flächen erfolgen, die für eine entsprechende Ansiedlung auch tatsächlich zur Verfügung stehen, was bei den genannten Flächen unserer Mandanten, die seit Jahrzehnten landwirtschaftlich genutzt werden, nicht der Fall ist und auch nicht sein wird. Daran ändert auch nichts, dass die raumordnerischen Vorgaben gegenüber rechtmäßig bestehenden und ausgeübten Nutzungen, wie der flächengebundenen Landwirtschaft, keine unmittelbare bodenrechtliche Bindungswirkung im Sinne der §§ 4 und 5 ROG entfalten. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung, die die Ziele der Raumordnung und damit des Regionalplans zu beachten hat, werden rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen, die zukünftige Nutzungseinschränkungen bewirken. Zudem ist nicht erkennbar, dass sich der Plangeber mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen auseinandergesetzt hat, wie dies für die umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung erforderlich ist. Vielmehr besteht der Eindruck, dass sich der Plangeber auf eine pauschale Bestandsbeschreibung beschränkt hat, wie dem Umweltbericht und dem ihm zugrundeliegenden Prüfbogen zum GM\_GIB\_2 zu entnehmen ist. Denn über eine Grünlandnutzung hinaus werden die Flächen landwirtschaftlich bewirtschaftet, als Weidefläche genutzt und dienen dem Zugang zu weiterer Weidefläche, der durch eine Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben ebenfalls entfielen. Insoweit wird den nach Art. 12, 13 und 14 Abs. 1 GG grundrechtlich geschützten Belangen unserer Mandanten im Rahmen der bisherigen Planung nicht, jedenfalls aber nur in unzureichendem Maße Rechnung getragen. Unsere Mandanten nutzen ihre Grundstücke und die aufstehenden Gebäude einerseits zum (landwirtschaftlichen) Wohnen, andererseits aber großflächig auch zur Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebs. Die Flächen, die nunmehr als GIB vorgesehen werden, sind zum Betrieb des Hofes zwingend erforderlich, sodass sie weiterhin für landwirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung stehen müssen. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde bislang, dass der landwirtschaftliche Betrieb im Prozess der Erweiterung ist und zeitnah durch unseren Mandanten Herrn [ANONYMISIERT]

eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe der Umweltprüfung des Regionalplans Köln wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen.

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt).

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im

übernommen und im Vollerwerb geführt werden soll. Insofern wurde den zukünftigen Erweiterungsprozessen, für die die Flächen unabdingbar sind, bislang nicht Rechnung getragen.

In der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zum Planungsrecht ist anerkannt, dass die Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit überschritten sind, wenn einer der betroffenen Belange in geradezu unvertretbarer Weise zu kurz kommt, d.h. wenn sein Gewicht verkannt wird und deshalb das Verhältnis zwischen ihm und dem Planungsinhalt auch bei Berücksichtigung der Planungshoheit nicht mehr aufgeht.

Vgl. z.B. BVerwG, Urteil vom 5. 7.1974 - IV C 5 0. 7 2, juris

Das Bundesverwaltungsgericht betont, dass die privaten Belange der von der Planung betroffenen Grundstückseigentümer beachtliches Gewicht haben. Das durch Art. 14 GG geschützte Eigentum ist bei der planerischen Abwägung in hervorgehobener Weise zu berücksichtigen, wobei insbesondere das Verhältnismäßigkeitsprinzip zu beachten ist.

Vgl. z.B. BVerwG, Beschluss vom 6.10.1992 - 4 NB 36.92, juris

Auch das private Interesse am Fortbestand der bisherigen (planungsrechtlichen) Situation ist ein in der Abwägung zu berücksichtigender Belang.

BVerwG, Beschluss vom 07.01.2010 - 4 BN 36/09, juris Rn. 9

Gemessen an diesen, auch im Raumordnungsrecht entsprechend geltenden Grundsätzen wurden die Belange unseres Mandanten Herrn [ANONYMISIERT] als betroffener Grundstückseigentümer bislang nicht hinreichend berücksichtigt. Den Planunterlagen, insbesondere der Begründung, ist eine Auseinandersetzung mit den besonders zu beachtenden Belangen unserer Mandanten bislang nicht zu entnehmen. In besonders schwerwiegender Weise kommt hier hinzu, dass Flächen in Anspruch genommen werden sollen, deren Böden eine sehr hohe Funktionserfüllung haben und deren nutzbare Feldkapazität daher mit sehr hoch zu bewerten ist. Die Flächen weisen eine sehr gute Bonität auf und sind für die landwirtschaftliche Nutzung von äußerst hohem Wert. Die nachhaltige Lebensmittelproduktion aus heimischer Landwirtschaft stellt ein zunehmend bedeutsames öffentliches Gut dar. Die dafür zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Produktionsfläche ist naturgemäß begrenzt. Die Fläche sollte daher nicht durch zusätzliche Restriktionen und Bewirtschaftungerschwernisse entwertet und erst recht nicht -wie hier- durch anderweitige raumordnerische Planungen vollständig entzogen werden. Insoweit wird auch den grundrechtlich geschützten Belangen unseres Mandanten nach Art. 12 GG nicht mit dem erforderlichen Gewicht Rechnung getragen.

Wir regen daher an, die Ausweisung des vorgesehenen GIB zurückzunehmen und die ursprüngliche Festlegung aus dem derzeit geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt

Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Im Rahmen der Umweltprüfung wurden insbesondere bei den Plangebieten, bei denen erhebliche Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend nicht auszuschließen sind, konkrete Standortalternativen geprüft (siehe detaillierte Darlegung in Kap. 7 des Umweltberichtes). Plangebiete, die schutzgutübergreifend nicht zu voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen führen, müssen keiner Alternativenprüfung unterzogen werden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden.

Region Köln, entsprechend zu übernehmen. Nur eine Zurücknahme des GIB steht im Einklang mit den Plansätzen G.32 bis G.34. Denn in seiner Grundaussage sollen danach die bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten, agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen sowie landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. Mit diesen Grundsätzen im Einklang stehen auch die Ausführungen unter Ziff. 1.1, nach denen sich mit dem Regionalplan die Aufgabe stellt, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Die genannten raumordnerischen Grundsätze und Aufgaben des Regionalplans laufen durch die Ausweisung eines GIB auf den Flächen unserer Mandanten und die entsprechende Zielbestimmung in Plansatz Z.10 völlig leer, sodass die mit dem Regionalplan vermeintlich bezweckte Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe geradezu konterkariert wird.

Darüber hinaus erweist sich der Plansatz jedenfalls mit Blick auf die Ausnahme als unverhältnismäßig. Denn eine verhältnismäßige Festlegung eines Vorranggebiets für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben unter gleichzeitiger Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen setzt jedenfalls voraus, dass eine bestandssichernde Festlegung mit zukunftsorientierten Erweiterungsmöglichkeiten zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe in den Plansatz aufgenommen wird.

Dass insoweit eine rechtmäßige Abwägung nicht möglich sein kann, belegen auch dieregionalplanerisch nicht berücksichtigten, aber bereits getätigten Investitionen unseres Mandanten Herrn [ANONYMISIERTE] in Höhe von über 50.000 Euro, um den Hof und sein Fortbestehen zu sichern. Die getätigten Investitionen dienen auch dazu, den Hof zukunftsfähig aufzustellen und als Vollbetrieb zu betreiben. Das setzt jedoch zwingend voraus, dass die maßgeblichen Flächen weiterhin für landwirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung stehen.

### III.

Auch der Umweltbericht und der zugrundeliegende Prüfbogen sind fehlerhaft bzw. unzureichend.

#### 1.

Nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht zunächst die im Umweltbericht und im zugrundeliegenden Prüfbogen enthaltene Alternativenprüfung.

Bei der Umweltprüfung nach § 8 ROG sind die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Raumordnungsplans auf bestimmte Schutzgüter und die Wechselwirkungen zwischen diesen Schutzgütern zu ermitteln und in einem Umweltbericht frühzeitig zu beschreiben und zu bewerten. Der Umweltbericht muss die



Angaben nach der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG enthalten. Nach Nr. 2 lit. d der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG gehört dazu auch die Angabe der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten, wobei die Ziele und der räumliche Geltungsbereich des Raumordnungsplans zu berücksichtigen sind. Dabei enthält der Umweltbericht jedoch nur die Angaben, die vernünftigerweise verlangt werden können, und berücksichtigt den gegenwärtigen Wissensstand und aktuelle Prüfmethoden, Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans oder Programms, dessen Stellung im Entscheidungsprozess sowie das Ausmaß, in dem bestimmte Aspekte zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen auf den unterschiedlichen Ebenen dieses Prozesses am besten geprüft werden können. Was im Einzelfall "vernünftig" ist, richtet sich vor allem nach den voraussichtlichen Auswirkungen der Planung auf die Umwelt, denn bei der Umweltprüfung, zu der die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung anderweitiger Planungsmöglichkeiten gehört, steht gerade die Umweltvorsorge im Vordergrund. Es hängt also von den Umständen des Einzelfalls ab, welche planbedingten Auswirkungen auf die Umwelt "vernünftigerweise" in den Umweltbericht aufgenommen werden müssen und als erheblich anzusehen sind.

Vgl. BVerwG, Beschl. v. 24.05.2011 - 4 BN 45.10, juris Rn. 5; BVerwG, Beschl. v. 18.01.2011 - 7 B 19.10, juris Rn. 64

Je erheblicher die Auswirkungen der Planung auf die Umwelt und je dringender die sich daraus ergebenden Bedürfnisse nach planerischer Konfliktbewältigung voraussichtlich sind, desto eher sind folgerichtig umfängliche beziehungsweise detaillierte Untersuchungen zur Ermittlung von Alternativen zu der ursprünglich in den Blick genommenen Planung verhältnismäßig und dem Plangeber zumutbar. Auch wenn Nr. 2 lit. d der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG nicht ausdrücklich verlangt, besonders umweltschonende anderweitige Planungsmöglichkeiten zu entwickeln und zu prüfen, sollen die "vernünftigen" Alternativen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen vergleichend dargestellt werden, damit die Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Entscheidung für die letztlich zu verfolgende Planung nachvollziehbar wird. Bei Festlegungen, die voraussichtlich mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sein werden, drängt es sich aber auf, eine gegenüber dem ursprünglichen Planentwurf weniger belastende Alternative zu entwickeln, soweit dies möglich ist.

Vgl. OVG NRW, Urteil vom 26.08.2021 - 10 D 106/14.NE, Juris Rn. 94 ff

Diesen Maßstäben genügt die Alternativenprüfung nicht. Die vorgesehene Festlegung des GIB (GM\_GIB\_2) führt zu, erheblichen Umweltauswirkungen. Der von der Festlegung betroffene Bereich hat besonders schutzwürdige Böden mit einer sehr hohen Funktionserfüllung, die zugleich klimarelevant sind. Das führt auch zu weiteren, nicht berücksichtigten Auswirkungen (vgl. dazu unten unter 2. und 3.). Gleichwohl wird in dem Prüfbogen zum GM\_GIB\_2 lediglich ausgeführt, dass mit Blick auf die

besondere Berücksichtigung der Belange der Umwelt die relevanten Umweltinformationen frühzeitig in die planerische Entscheidung einbezogen wurden, um möglichst verträgliche Standorte zu identifizieren. Ob und welche Alternativen mit welcher Bewertung geprüft wurden, ist insoweit jedoch nicht erkennbar.

2.

Unzureichend ist auch die Bewertung im Umweltbericht und im Prüfbogen, dass das Schutzgut "Erholen (lärmarme Räume)" nicht betroffen sei, obwohl die Flächen derzeit im Regionalplan Köln als Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung festgelegt sind. Auch in tatsächlicher Hinsicht ist das Gebiet von Ruhe und Naherholung geprägt.

Fehlerhaft geht der Umweltbericht zudem davon aus, dass planungsrelevante Arten nicht betroffen seien. Auf den betroffenen und den angrenzenden Flächen sind tatsächlich folgende planungsrelevante Arten anzutreffen:

- ? Graureiher (*Ardea cinerea*),
- ? Schwarzstorch (*Ciconia nigra*),
- ? Habicht (*Accipiter gentilis*),
- ? Rotmilan (*Milvus milvus*),
- ? Turmfalke (*Falco tinnunculus*),
- ? Schleiereule (*Tyto alba*),
- ? Uhu (*Bubo bubo*),
- ? Grünspecht (*Picus viridis*),
- ? Rauchschnalze (*Hirundo rustica*),
- ? diverse Fledermausarten.

Diese Vorkommen stehen im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang mit dem in der GIB-Fläche vorhandenen 200 Jahre alten und naturbelassenen Mischwald sowie der Vielzahl der angrenzenden Biotopverbünde, Fließgewässer, offenen Grünlandflächen und weiteren Waldgebieten in naher Umgebung. Insoweit leidet der Umweltbericht an beachtlichen Ermittlungs- und Bewertungsfehlern.

3.

Außerdem wurde die Klimarelevanz der Böden und die damit positive Auswirkung auf das Schutzgut Klima und Luft nicht mit dem erforderlichen Gewicht in die bisherige Planung eingestellt. Unter Berücksichtigung des sog. Klimaschutzbeschlusses des Bundesverfassungsgerichts,

BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 - 1 BvR 2656/18, 1 BvR 78/20, 1 BvR 96/20, 1 BvR 288/20, NJW 2021, 1723,

ergibt sich für den Staat die Pflicht zum Klimaschutz und zur Herstellung von

Klimaneutralität. Diese Pflicht ist auch bei allen Entscheidungen der Exekutive, bei denen Gestaltungs-, Abwägungs- und Beurteilungsspielräume bestehen, zu berücksichtigen.

Denn der besondere Schutz des Klimas folgt nicht nur aus Art. 20a GG, sondern ist einfachgesetzlich auch in § 13 Abs. 1 Satz 1 Klimaschutzgesetz -KSG- niedergelegt. Diese Vorschrift verpflichtet sämtliche Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck des KSG und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen. Insbesondere ist diese Vorgabe auch auf vorgelagerten Planungsstufen - wie bei der Aufstellung eines Regionalplans -zu beachten, wobei das Gewicht des Klimaschutzgebots aufgrund des Klimaschutzbeschlusses des Bundesverfassungsgerichts eine hervorgehobene Stellung eingenommen hat.

Vgl. Faßbender, Der Klima-Beschluss des BVerfG, Inhalte, Folgen und offene Fragen, NJW 2021, 2085

Diese Grundsätze wurden hier nicht beachtet. Der Planung wurde ohne Begründung Vorrang vor den klimaökologischen Funktionen des Bereichs eingeräumt, obwohl die klimatischen Funktionen der Böden und damit die klimatischen Auswirkungen im Bereich GM\_ GIB\_ 2 signifikant sind.

Diese nur cursorisch aufgezeigten Mängel belegen, dass der GIB (GM\_ GIB\_ 2) nicht rechtmäßig festgelegt werden kann und die Planung insoweit zu ändern ist.

Abschließend bitten wir höflich um Bestätigung des Eingangs dieser Stellungnahme.

AZ: Ö-M-1449	
1003283	
1010444	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In meiner Stellungnahme habe ich den Regionalplan (Bild 1) mit dem geplanten (Bild 2) verglichen und erhebliche Beeinträchtigungen für den Ort Gevenich festgestellt. Des Weiteren werden, ohne Not, Landschaften mit zusätzlichen Unterschutzstellungen überzogen, obwohl es bei den Flächen oft fraglich ist, ob dort die Voraussetzungen für NSG gemäß §23 Abs. 1 BNatSchG gegeben sind.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan setzt keine Naturschutzgebiete fest. Dies erfolgt durch die örtliche Landschaftsplanung. Zu diesem Verfahren kann die Öffentlichkeit ggf. Stellung nehmen.</p>

AZ: Ö-M-1450	
1003288	
1007442	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der oben genannte familiengeführte Ackerbaubetrieb (alleiniger Eigentümer ist der Unterzeichner) betreibt aktiv auf ca. 150 ha nachhaltigen Ackerbau. Die Bewirtschaftung der Flächen erfolgt gemeinsam mit den Flächen zweier benachbarter Betriebe in Form einer GbR. Ein großer Block mit Ackerflächen des Betriebs liegt zusammenhängend rund um die Burg Ringsheim entlang des Orbachs in den Gemarkungen Palmersheim Flur 4 und Sehweinheim Fluren 1, 2, 3, 8, 10 usw. In dem Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans Köln liegen folgende Flächen unseres Ackerbaubetriebs in Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) und tlw. in Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE): ? Ackerflächen Palmersheim Flur 4, [anonymisiert] Acker- und Grünlandflächen Schweinheim Flur 1, Flurstücke [anonymisiert] Auf diesen Flurstücken sind zeichnerisch sehr großzügig BSN-Bereiche ausgewiesen worden, so dass dadurch ca. 30 % der Betriebsfläche (etwa 50 ha) betroffen wären. [Abb. anonymisiert] Aktuell sieht die Situation auf den Ackerflächen rund um den Betriebsstandort [anonymisiert] entlang des Orbachs wie folgt aus: intensiv genutzte Ackerbauflächen mit hohen Erträgen, die alle in die regionale Vermarktung (Bäckereien; Zuckerfabrik; Ölmühle) gehen, entlang des Orbachs ist bereits das Landschaftsschutzgebiet "Bäche und Auen bei Flamersheim" (s. 2.2-11 Landschaftsplan ?Euskirchen") mit Vorgaben zur Bewirtschaftung festgesetzt, rund um die denkmalgeschützte Gutshofanlage ?Burg Ringsheim" ist die Festsetzung eines geschützten Landschaftsbestandteils ?Baumbestände an Burgen und Höfen (s. 2.4-1 Landschaftsplan ?Euskirchen") erfolgt, seit vielen Jahren werden auf freiwilliger Basis Agrarumweltmaßnahmen entlang des Orbachs (Ufer-Randstreifenprogramm) umgesetzt, für einen Putenstall auf dem Flurstück Palmersheim Flur 4, [anonymisiert] gibt es einen eingereichten Bauantrag, im Sommer fällt der Orbach zu manchen Zeiten insgesamt trocken, was seine ökologische Wertigkeit stark reduziert, es sind keine besonders wertvollen Biotope auf den Ackerflächen entlang des Orbachs vorhanden. Gegen die geplante Neuausweisung von BSN-Bereichen sowie von BSLE-Bereichen entlang des Orbachs sprechen die folgenden Argumente: 1. Der Entwurf des Regionalplans Köln erhält eine Reihe formaler Mängel (s. Gutachten Prof. Beckmann, Münster für die [anonymisiert], [s. Stn ID 1002666 und Stn ID 1002670]). Die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten werden unverhältnismäßig eingeschränkt (Vermögenswerte; Kreditaufnahme; bauliche Maßnahmen, Flächennachweis Tierhaltung usw.). 3. Die Entwicklung neuer Betriebszweige z.B. Tierhaltung oder Energie vom Acker ist weitgehend ausgeschlossen. 4. Die Produktion regional vermarkteter Lebensmittel wird eingeschränkt, dies geht zu Lasten der Nahrungsmittelversorgung und ist der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Wertschöpfung in der Region abträglich. 5. Es besteht bereits eine hohe finanzielle Überlast und Sozialpflichtigkeit (keine PV-Nutzung der Dächer usw.) durch den Unterhalt des denkmalgeschützten Ensembles "Burg Ringsheim" für den Betrieb. 6. Das landwirtschaftliche Fachrecht (DüngeVO; Wasserhaushaltsgesetz, Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung etc.) gewährleistet bereits umfänglich den Schutz von Gewässern und begleitenden Saumbiotopen. 7. Die von der EU-Kommission geplante Ausdehnung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung auf Landschaftsschutzgebiete (auf Grundlage der BSLE-Ausweisungen) beeinträchtigt in erheblichem Maße die Nahrungsmittelproduktion auf den Ackerflächen bzw. macht diese unwirtschaftlich. 8. Die Bewirtschaftung (z. B. Einsatz organischer Dünger; Pflanzenschutzmittel) der Ackerflächen und damit die Wirtschaftlichkeit werden durch die Neuausweisung unverhältnismäßig stark eingeschränkt. 9. Insgesamt werden durch die geplanten BSN- und BSLE-Ausweisungen die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt und die Zukunftsfähigkeit unseres Ackerbaubetriebs in Frage gestellt. Unter Einbeziehung der in diesem Schreiben aufgeführten inhaltlichen Argumente fordern wir somit die ersatzlose Streichung sämtlicher BSN- sowie BSLE-Neuausweisungen entlang des Orbachs für unseren Ackerbaubetrieb. Sie sind für den beabsichtigten Biotopverbund weder geeignet, noch in dem dargestellten Umfang erforderlich und führen über ihre unmittelbar verbindliche Zielbindungspflicht des § 35 BauGB zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung des Grundeigentums. Angesichts des für den Regionalplan vorgesehenen Flächenmaßstabs fehlt es auch an einer hinreichenden Bestimmtheit der Festlegungen. Wir verweisen auf die umfangreichen Vorgaben der festgesetzten LandschaftsschutzgebietsVO "Bäche und Auen bei Flammersheim" (s. . Landschaftsplan Kreis Euskirchen), die weitere Einschränkungen aus naturschutzfachlichen Gründen überflüssig machen. Wie in der Vergangenheit praktiziert, beteiligen wir uns auch zukünftig gerne auf freiwilliger Basis an zielführenden Agrarumweltmaßnahmen für den Bereich entlang des Orbachs. Sollten die BSN-Neuausweisungen für unseren Ackerbaubetrieb im Regionalplan Köln beschlossen werden, sehen wir uns gezwungen diesen zu beklagen, da es für uns um die wirtschaftliche Existenz unseres Betriebs geht. [Abb. anonymisiert]

AZ: Ö-M-1451	
1003291	
1010432	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Ausweisung weiterer Schutzflächen führt unweigerlich dazu, dass diese Flächen für die Land- und Forstwirtschaft weitgehend verloren sind. Vor der aktuellen Lage mit einem Krieg in Europa und dem insgesamt recht fragilem Netz der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung muss ein besonderes Augenmerk auf die verbleibenden Flächen gelegt werden. Im Kreis Düren stehen nach Angabe der Biologischen Station des Kreises Düren bereits 1.900 ha unter Vertragsnaturschutz, d.h. ohne Bewirtschaftung. Diese Flächen leisten bereits einen hohen Beitrag zum Umweltschutz. Im Bereich des Ortes Birgel, südwestlich von Düren gelegen, sind Teile der bestehenden landwirtschaftlich genutzten Flächen drainiert. Anfallendes Sickerwasser wird den bestehenden Gräben zum Großteil durch Sammelleitungen zugeführt. Eine Unterschutzstellung von Gebieten würde stellenweise zu Versumpfungen führen. Diese hat auch Auswirkungen auf oberhalb-liegende drainierten Flächen. Insbesondere im Bereich des Regenrückhaltebeckens Birgel, im Beybach zwischen der B399 und der Ortslage Birgel gelegen, ist der Zustand bereits heute kritisch, da Flächenteile bereits deutlich zur Versumpfung neigen. Aus unserer Sicht hat dieses, wenn auch nur im geringem Maße, auch Auswirkungen auf das Fassungs-/Rückhaltevermögen des Regenrückhaltebeckens, dass zum Hochwasserschutz der Ortslage Birgel angelegt ist. Von daher bitte ich, die geplanten Ausweitungen gerade im Bereich der Ortslage Birgel zu überdenken, zumal weiter westlich unmittelbar sowohl der Meroder Wald als auch der Hürtgenwald als bereits zum Großteil geschützte forstwirtschaftliche Flächen angrenzen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1452

1003292

1007067\_001

#### Inhalt

Ich sage NEIN zur Erweiterung des Industriegebietes in Herreshagen im Oberbayerischen Kreis!

Die Aussicht aus meinem Küchenfenster ist derzeit auf eine Weide und ein Feld, auf dem jedes Jahr Mais oder Getreide wächst.

Über mir kreisen die Bussarde und Milane und brühten in den Baumwipfeln im Wald. Abends sehe ich ein Reh oder Wildschweine aus dem Wald kommen.

Möchte ich darauf verzichten und auf Bürohäuser, Hallen oder Parkplätze schauen? Mit Sicherheit nicht, deshalb sage ich nein zur Erweiterung des Industriegebietes in Herreshagen und Kotthausen!

Es gibt genügend brachliegende Industriegebiete, die reaktiviert werden können, in ganz NRW bestimmt genug. Wir brauchen unsere Äcker, Felder und Wiesen um die Lebensmittel für die Menschen zu sichern und Beton kann man nicht essen!

Es fehlen schon Arbeitskräfte in allen Branchen also warum noch mehr Arbeitsplätze schaffen, die nicht besetzt werden können.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-1453

1003296

1007347

#### Inhalt

Wir regen an, im Stadtteil Weiß des Stadtbezirks Rodenkirchen die Flächen nordöstlich der Weißer Hauptstraße ausgehend vom "Malerviertel" über "Am Weißer Bogen" hinaus bis zur "Ludwigstraße" durchgängig als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) auszuweisen.

Die Fläche ist im Kartenausschnitt in der Anlage rot umkreist [s. Anhang Abb. StnID 1007347].

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007347.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

AZ: Ö-M-1454

1003294

1007239

#### Inhalt

Hiermit beantrage wir, bei der Neuaufstellung des Regionalplans Bereich Bad Münstereifel die Planungsbereiche ?Zingsheimer Wald?, ?Waldgebiet Am Pfaffenbusch?, ?Hornbachtal? mit Nebentälern und ?Üsselsbach? unter Naturschutz zu stellen. Begründung: 1. Durch die Vernetzung der Naturschutzgebiete /FFH-Gebiete Eschweiler Tal, Kalkkuppen mit dem Zingsheimer Wald, Hornbachtal würde ein großes zusammenhängendes Naturschutzgebiet entstehen. 2. In dem Gebiet befinden sich eine Vielzahl kleiner, ökologisch wertvoller Bächlein und Flüsschen nebst Auenlandschaften. Somit kommt dem Gebiet auch eine herausragende Bedeutung für den Hochwasserschutz zu.

3. Des Weiteren erachten wir die höchst interessante Fauna für schützenswert. Hier wäre insbesondere das hohe Vorkommen seltener, schützenswerter Arten wie Feldhase, Schwarzstorch, Rotmilan, Wespenbussard, einige seltene Eulenarten, Wildkatze, bedrohte bodenbrütende Vogelarten sowie eine große Anzahl unterschiedlichster Fledermausarten zu nennen. 4. Die Landschaft ist gekennzeichnet durch weitestgehend intakten, sehr alten, auf die teilweise sehr mageren, trockenen Böden optimal angepassten Laubwaldbestand, der sich mit vornehmlich extensiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen, die zum Teil schon jetzt unter Vertragsnaturschutz stehen, abwechselt. Wir würde es begrüßen, wenn unser Vorschlag berücksichtigt würde.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Anregung ist teilweise auf Grundlage der Bewertungen des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege entsprochen.

AZ: Ö-M-1457	
1003298	
1008714	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anlass unserer Stellungnahme ist, dass die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln die mit 27. Änderung des Regionalplanes Köln, Teilabschnitt Region Köln auf dem Gebiet der Stadt Köln vorgenommenen Änderungen unverändert fortführt.</p> <p>Unsere Mandantin ist Eigentümerin des mit einem Bürogebäude bebauten Grundstücks am Gustav-Heinemann-Ufer [ANONYMISIERT] in 50968 Köln, Grundbuchblatt 11628 beim Amtsgericht Köln, Gemarkung Köln-Rondorf, Flur 51, Flurstück [ANONYMISIERT] (nachfolgend als GHU [ANONYMISIERT] bezeichnet). Das Objekt weist weder Substanz- noch Funktionsmängel auf. Es ist saniert und vollständig vermietet. Der aktuelle Verkehrswert liegt im zweistelligen Millionenbereich. Bei dem Gebäude handelt es sich um einen Hauptstandort der Technischen Hochschule Köln.</p> <p>Die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln weist in den zeichnerischen Festlegungen der Planunterlage u.a. für das Grundstück GHU [ANONYMISIERT] Grünflächen für einen Regionalen Grünzug aus. In den zeichnerischen Festlegungen der Planunterlage, Blatt 5 (Leverkusen, Köln, Rheinisch Bergischer Kreis) stellt sich dies wie folgt dar:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008714_1]</p> <p>Der Bereich des Grundstücks GHU [ANONYMISIERT] wurde von uns entsprechend farblich gelb hervorgehoben. Der folgende Auszug zeigt einen vergrößerten Ausschnitt, auf diesem ist der Bereich besser erkennbar.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008714_2]</p> <p>Die Neuaufstellung führt die planerischen Anpassungen, die mit der 27. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln beschlossen wurden, fort. Der Bereich von GHU [ANONYMISIERT] war bis dahin als Allgemeiner Siedlungsbereich im Regionalplan ausgewiesen. Das gewerbliche und im öffentlichen Interesse genutzte Gebäude wird damit auch in der Neuaufstellung dem Bereich eines Regionalen Grünzuges zugewiesen.</p> <p>Weder in der Begründung noch in den textlichen Feststellungen werden die privaten Belange der betroffenen Eigentümer und Mieter sowie sonstigen Betroffenen wie Studierenden, Unternehmen und Betriebsangehörigen berücksichtigt. Diese sind auf</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden.</p> <p>Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

der hier gegebenen Planungsebene jedoch klar erkennbar, da sie der Planungsbehörde bereits aus dem Verfahren zur 27. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln bekannt sind. Daneben lassen die zeichnerischen Festlegungen erkennen, dass der Planungsbörde das Bestehen der Bebauung am Ende des Regionalen Grünzuges bewusst ist. Die Gebäude sind in den zeichnerischen Festlegungen dargestellt (siehe oben der zweite Auszug). Eine vollkommen intakte Gewerbefläche/-bebauung soll mit einem Regionalen Grünzug überplant werden. Auf die damit verbundenen Abwägungsfehler gemäß § 7 Abs. 2 ROG sowie Verstöße gegen die Grundsätze der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ? 4 ROG weisen wir insbesondere hin.

Weiterhin steht die Neuaufstellung des Regionalplans nicht im Einklang mit dem Landesentwicklungsplan. Durch die Überplanung von GHU [ANONYMISIERT] bzw. der Technischen Hochschule Köln mit einer öffentlichen Grünfläche wird insbesondere das Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen erheblich beeinträchtigt, Ziel 2-2 LEP. Dieses Ziel hebt dezidiert die Bedeutung des Zugangs zu Bildungseinrichtungen für die Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse hervor. Durch die Überplanung des an die Technische Hochschule Köln vermieteten Grundstücks mit einem Regionalen Grünzug wird diese Bildungseinrichtung verdrängt und somit das Ziel des LEP negiert.

Zudem wird der erforderliche Siedlungsraum an dieser Stelle nicht gewahrt, Ziel 2-3 LEP. Nach der Landesplanung steht das betroffene Gebiet vorrangig Siedlungsfunktionen zur Verfügung. Außerdem darf der Bereich nicht wieder dem Freiraum zugeführt werden, weil dies nur für Flächen gilt, für die ? anders als hier ? kein Bedarf mehr besteht, Ziel 6.1-1 LEP.

Von der Ausweisung des Bereichs von GHU [ANONYMISIERT] als Regionaler Grünzug sollte Abstand genommen werden.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008714\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1008714\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-1458

1003299

1008222

#### Inhalt

hier: RBK (Blatt 05) Fläche R 27 Bei der Fläche R 27 handelt es sich um ein Waldstück zwischen der A4 und der Brüderstraße in Bergisch Gladbach.

Das betreffende Waldstück ist ökologisch zu wertvoll, um es in den Flächennutzungsplan als ?Potentialfläche? aufzunehmen. Angesichts der sich verschärfenden Klimabedingungen ist jeder Baum wichtig und erhaltenswert. Das betreffende Waldstück wird überwiegend von Laubbäumen (insbesondere Buchen) bewachsen, die eine besonders klimaschützende Funktion haben. Der Wald wird von den Anwohnern als ?Klimaoase? ganzjährig, intensiv aber in den Sommermonaten, genutzt. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, solch wertvolle Flächen zu versiegeln. Die Argumente für den Erhalt des Waldes und des Waldstücks R 27 im Speziellen liegen auf der Hand und mittlerweile jedem Kind bekannt. Alle Anwohner und Bürgerinitiativen werden sich dauerhaft für den Erhalt des Waldstücks einsetzen. Ein Verwaltungshandeln am erklärten Bürgerwillen vorbei ist zudem nicht erfolversprechend und bindet viele Ressourcen. Abgesehen von Wählerstimmen geht es um sehr viel mehr als die potentielle Sicherung einer möglichen Gewerbegebietsfläche.

Die Bevölkerung wird zunehmend sensibler hinsichtlich der Versiegelung von neuen Flächen ? insbesondere bei dazu erforderlicher, vorheriger Abholzung von Waldflächen - und auch zunehmend willens, sich hiergegen durch alle (auch gerichtlichen) Instanzen hinweg hartnäckig einzusetzen. Daher gilt es, über den lokalen Tellerrand hinauszuschauen und auch bezüglich der Fläche R 27 nachhaltig Ruhe für die Bevölkerung zu bringen.

Fazit: Die Fläche R 27 (Blatt 05, RBK) ist nicht in den Regionalplan als ?Potentialfläche? (für ein Gewerbegebiet) aufzunehmen.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008222.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-M-1459	
1001538	
1007333	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Planer und Betreiber von Windenergie- und Photovoltaikanlagen verfolgen wir die Neuaufstellung des Regionalplans Köln mit großer Aufmerksamkeit. Aufgrund der aktuellen politischen Lage sowie der Energie- und Klimakrise ist der Ausbau erneuerbarer Energie zwingend erforderlich. Es ist daher die Aufgabe des Regionalplans ausreichend Flächen für erneuerbare Energien zu ermöglichen. Zu den Planunterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>(G.63) Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern Gemäß dem Grundsatz G.63 sollen für die verstärkte Nutzung sowie den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Im klaren Widerspruch dazu steht jedoch die großflächige Ausweisung der Bereiche für den Schutz der Natur (kurz: BSN), welche viele Projekte unnötig blockieren und den Ausbau hemmen anstatt verstärken würden (siehe hierzu die Ausführungen unter Nr. 8)</p> <p>Wenn darüber hinaus in der Begründung zu G.63 erklärt wird, man hielte die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergie im Regionalplan zum aktuellen Zeitpunkt für nicht erforderlich, da im Regierungsbezirks Köln in nahezu allen Kommunen, in denen Windenergie genutzt werden kann, Konzentrationszonen ausgewiesen sind, wird die tatsächliche planungsrechtliche Situation in vielen Kommunen verkannt. Die angesprochenen Flächennutzungspläne sind meist mehrere Jahre bis Jahrzehnte alt und in den meisten Fällen nicht ausreichend, um der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Aus diesem Grund befinden sich viele Kommunen in der Neuaufstellung oder Teilfortschreibung ihrer Flächennutzungspläne. Diese sind in der Regel langwierig und kompliziert. Mit der Festsetzung von zusätzlichen Vorranggebieten auf Regionalplanebene hätten die Kommunen ein Hilfswerk-zeug an der Hand, um ihre Bauleitplanung rechtssicherer umzusetzen. Der Grundsatz G.63 sollte angesichts der politischen Lage und dem verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien als Ziel festgesetzt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1007334

#### Inhalt

(Z.37) Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Die textliche Festlegung sieht die Einteilung der Standorte in grundsätzlich mögliche und nur ausnahmsweise möglich Bereiche vor. Für die sogenannten Ausnahme- bzw. Prüfbereiche, in denen Windenergieanlagen nur ausnahmsweise möglich sind, ist gemeinsam mit den zu-ständigen Fachbehörden die Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben zu prüfen. Da auch die grundsätzlich möglichen Standorte mit den jeweiligen regionalplanerischen Festlegungen vereinbar sein müssen und diese Bereiche hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den betroffenen Schutz- und Nutzungsfunktionen zu überprüfen sind, ist die Aufteilung überflüssig. Zudem wird die Vereinbarkeit mit den Schutz- und Nutzungsfunktionen von Gebieten auch im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchgeführt. Die Ausweisung von Konzentrationszonen wird durch die Kategorisierung also bereits in einem frühen Stadium unnötig eingeschränkt. Darüber hinaus wird die Kategorisierung auch in Genehmigungsverfahren zu Hemmnissen führen, da auf Basis von Gebietsabgrenzungen auch unabhängig von Untersuchungsergebnissen Standorte ausgeschlossen werden könnten, wenn die Fachbehörde eine restriktive Haltung gegenüber dem Ausbau der Windenergie aufweist. Wir fordern daher, die genannten Bereiche allesamt grundsätzlich zu ermöglichen, insbesondere aber Bereiche für den Schutz der Natur (BSN, siehe unten).

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1007335

#### Inhalt

(G.65) Windenergieanlagen räumlich konzentrieren

Der Grundsatz, dass Standorte für Windenergieanlagen in Konzentrationszonen der kommunalen Bauleitpläne zusammengefasst werden sollen, wird grundsätzlich begrüßt, da dies der Akzeptanzsteigerung in der Bevölkerung dient. Leider sind jedoch in den meisten Fällen gerade die Bauleitverfahren diejenigen, welche die Umsetzung von Windenergieprojekten deutlich verzögern. Hier wäre es wünschenswert, wenn den Kommunen seitens der Bezirksregierung Instrumente und Hilfsmittel für eine rechtssichere und zügige Ausweisung von Konzentrationszonen mitgegeben würden. Dies wurde jedoch wie oben bereits erwähnt mit dem neuen Regionalplanentwurf weitestgehend verpasst.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.



1007336	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>4. (G.66) Windenergieanlagen repowern          Gemäß dem Grundsatz G.66 sollen Voraussetzungen für das Repowering von Windenergieanlagen geschaffen werden. Die Festlegung als Grundsatzes ist begrüßenswert aber aus un-serer Sicht nicht weitreichend genug. Die Förderung von Repoweringvorhaben sollte zwingend als Ziel des Regionalplans verankert werden, da in den nächsten Jahren eine Viel-zahl an Altanlagen ihre technische Lebensdauer erreichen werden und das Repowering einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Energiegewinnung aus Windenergie leisten wird. Dies liegt insbesondere daran, dass jahrzehntelang bestehende Windparks in der Bevölkerung in der Regel akzeptiert und weniger kritisch gesehen werden. Zudem sind die Standorte in der Regel auch aus artenschutzfachlicher Sicht weniger kritisch, da sie bereits vorbelastet sind. Mit dem Repowering ließe sich also in zügigen Verfahren die Erzeugungskapazität von Windenergieanlagen vervielfachen. In der Begründung wird erläutert, dass die Handlungsmöglichkeit bei den kommunalen Planungsträgern und der Genehmigungsbehörde liegt. Gerade aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Bezirksregierung ein noch deutlicheres Zeichen für das Repowering setzt und dies als Ziel des Regionalplans ausweist. Des Weiteren wird begrüßt, dass im Zuge dessen bestehende Höhenbeschränkungen auf ihre aktuelle städtebauliche Erforderlichkeit hin überprüft werden sollen. Es wird angemerkt, dass bei dieser Überprüfung vor allem eine effiziente Ausnutzung der Konzentrationszonen im Vordergrund stehen sollte. Diesbezüglich spielen der aktuelle Stand der Technik und die Wirtschaftlichkeit von möglichen Windparks innerhalb dieser Zonen eine wesentliche Rolle.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>          Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>          Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>          Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

**Inhalt**

## 5. (G.67) Solarenergie flächensparend ausbauen

Mit der Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in benachteiligten Gebieten (Photovoltaik-Freiflächenverordnung ? PVFVO) hat die Landesregierung am 27.08.2022 von der Länderöffnungsklausel im Erneuerbaren-Energien-Gesetz gebraucht gemacht. Somit erweitert sich die förderfähige Flächenkulisse für PV-Anlagen in NRW um Grün- und Ackerlandflächen, die einen deutlich unterdurchschnittlichen Ertrag in benachteiligten Gebieten aufweisen. Der Grundsatz, dass Solarenergie flächensparend ausgebaut werden soll, wird begrüßt. Jedoch ist zu bedenken, dass die Erzeugung von erneuerbaren Energien laut § 2 EEG 2023 im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Damit die Photovoltaikanlagen dieser übergeordneten Stellung gerecht werden, muss die Flächenkulisse, in der Freiflächenanlagen realisiert werden können, angepasst werden. Die Landesregierung hat dies bereits durch die genannte Photovoltaik-Freiflächenverordnung getan. Diese muss zwingend in den Regionalplan integriert werden. Es ist daher äußerst restriktiv lediglich wiedergenutzte Brachflächen, Deponien, Halden sowie Korridore entlang von überregionaler Verkehrsinfrastruktur für Solarenergie freizugeben. Es wird ein grundsätzliches Umdenken gefordert, damit nicht nur wenige Standorte für Solarenergie überhaupt in Frage kommen, sondern lediglich bestimmte Gebiete ausgeschlossen werden. Mithilfe des Ziels Z.38 ? Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern? werden bereits Bereiche definiert, in denen Solar-energie raumverträglich ermöglicht werden soll. Als mögliche Standorte werden unter anderem die Bereiche entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung genannt. Dies wird dahingehend konkretisiert, dass ein Korridor entlang dieser linienhaften Infrastruktur gebildet wird. Die Größe des Korridors ergibt sich aus den Fördervoraussetzung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Im EEG werden jedoch sämtliche Schienenwege als förderfähig deklariert. Wir fordern daher die Worte ? mit überregionaler Bedeutung? zu streichen. Neben der genannten fehlenden Berücksichtigung ertragsschwacher Flächen ist dies ein weiterer restriktiver Ansatz. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz bestimmt mit diesem Korridor einen Bereich, in dem Förderung erhalten werden kann. Dies kann dazu führen, dass bei manchen Grundstücke der Bereich außerhalb des Korridors für Solaranlagen nicht mehr sinnvoll landwirtschaftlich zu bewirtschaften ist. Wir fordern daher, dass auch die vom Korridor angeschnittene Grundstücke für Solaranlagen genutzt werden können. Aus unserer Sicht wäre ein besonders flächensparender Ausbau der Solarenergie vor allem auch in Windparks gegeben. Durch die vorhandene Vorprägung kann sich eine Freiflächen-Photovoltaikanlage harmonisch in einen Energiepark integrieren. Zusätzliche Synergien ergeben sich durch die Nutzung eines gemeinsamen Netzanschlusses. Wir halten es daher für sinnvoll, die Errichtung von Photovoltaikanlagen in Windparks zu ermöglichen, ohne dass dadurch die konzentrierende Wirkung eines

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Flächennutzungsplanes für die Windenergie verloren geht.

1007338

## Inhalt

6. (Z.38) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern

Das Ziel Z.38 gibt Bereiche an, in denen Solarenergie grundsätzlich möglich ist, wenn sie mit den jeweiligen überlagernden Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar ist. Außerdem werden in dem Ziel auch Ausschlussgebiete definiert. In Zusammenhang mit den wenigen Gebieten, in denen laut Grundsatz G.67 generell Solar-energie genehmigt werden soll, werden Standorte für Solarenergie festgelegt. Da bereits über das Ziel Z.38 die raumverträgliche Nutzung von Solarenergie ausreichend gesteuert wird, empfehlen wir den Grundsatz G.67 vollständig zu streichen. Das Ziel Z.38 sieht vor, dass Solarenergieanlagen in BSN in der Regel ausgeschlossen sind. Durch die massive Ausweitung der BSN im aktuellen Regionalplanentwurf würde die für Solarenergie verbleibende Fläche massiv beschränkt. Dabei führt die extensive Bewirtschaftungsform des unterliegenden Grünlandes von Solarenergieparks zu einer Verbesserung für den Arten- und Naturschutz, unter anderem weil keine Pestizide oder Düngemittel eingesetzt werden und die Mahd deutlich seltener erfolgt. Insofern fordern wir, BSN nicht für Solarenergieanlagen auszuschließen. Alternativ sollen die BSN auf die tatsächlich schutzwürdigen Bereiche (Nationalparke, Naturschutzgebiete & Natura 2000-Gebiete) beschränkt werden. In der Begründung zum Ziel Z.38 werden Prüf- und Ausschlussbereiche definiert. Ein solcher Prüfbereich wird mit dem Grundsatz G.20 ?AFAB sichern und entwickeln in Verbindung mit G.33 Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen? definiert. Hier wird festgelegt, dass im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Frage kommen. Eine Definition, wann im AFAB von einer agrarstrukturell bedeutsamen Fläche gesprochen werden kann, wird nicht gegeben. Aufgrund der Unbestimmtheit dieses Begriffes fehlt es Kommunen, Bürgern und Planern an Planungssicherheit. Eine Definition von agrarstrukturell bedeutsamen Flächen über einen festgelegten Indikator oder zeichnerisch wird begrüßt. Abweichend hiervon sollte Agri-Photovoltaik auf allen Flächen möglich sein, um diese Form der doppelten Bodennutzung zu fördern. Um eine Überlastung des Stromnetzes zu vermeiden und auch die Nutzung dessen zu optimieren, macht es oftmals Sinn, die Erzeugungseinheit räumlich möglichst nah an die Verbraucher zu ordnen. Es sollten daher Photovoltaikfreiflächenanlagen angrenzend an Gewerbe- und Industriegebiete (GIB) berücksichtigt werden. Die erzeugte Energie kann über kurze Kabelwege ressourcenschonend direkt an Großverbraucher geliefert werden. Durch den direkten Zugang zu günstiger und nachhaltiger Energie ergibt sich auch eine Stärkung der Gewerbe- und Industriebetriebe am Standort. Leider sind oftmals keine Flächen innerhalb der GIB für Solarenergie vorgesehen. Wir schlagen daher vor, dass an GIB mit energieintensiven Nutzungen Gebiete für Solarenergie angegliedert werden dürfen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1007339

#### Inhalt

7. (Z.39) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern

Das Ziel Z.39 gibt an, dass Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie als Vorranggebiete festzulegen sind. Darüber sollen die Gebiete gesichert und gesteuert werden, sowie alle gegenläufigen Planungen oder Maßnahmen ausgeschlossen werden. Jedoch werden in der zeichnerischen Festlegung keine Vorranggebiete definiert, sodass unklar bleibt, wo und in welcher Form Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen. Außerdem kann bei der Ausweisung von Vorranggebieten nicht davon ausgegangen werden, dass die Flächeneigentümer der Errichtung einer Solaranlage zustimmen. Insofern empfehlen wir dieses Ziel zu streichen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

**Inhalt**

8. (Z.19) Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern  
In Kapitel 4.3.1. der textlichen Festlegung werden die sogenannten Bereiche für den Schutz der Natur (kurz: BSN) als Vorranggebiete festgesetzt. Auf Basis dessen sei das Ziel

Seite 6 von 8 ?konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern? (Z.19) zu beachten. Dieses besagt, dass Planungen und Maßnahmen, welche die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Eine Beeinträchtigung werde insbesondere durch Flächenverluste oder Zerschneidungswirkungen hervorgerufen. Dies könnte unter Umständen auch auf Wind- und Solarparks zutreffen, wodurch diese in BSN ausgeschlossen wären. BSN-Flächen entsprechen also nicht zwangsläufig einem Ausschlusskriterium, können aber im Zweifel mehr oder weniger willkürlich als solches gehandhabt werden. Hierdurch wird der Ausbau erneuerbarer Energien enorm eingeschränkt, da gerade im ländlichen Raum viele BSN zu finden sind. Dem wird auch die definierte Ausnahmeregelung, dass BSN ausnahmsweise in Anspruch genommen werden können, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird, nicht entgegenwirken können. Alleine der Begriff ?Schutz der Natur? wird von Kommunen, Behörden und Bürgerinitiativen instrumentalisiert werden, um Erneuerbare Energieprojekte zu verhindern. Die Ausweisung des Ziels ergibt sich aus dem LEP NRW, welcher jedoch die aktuellen politischen Entwicklungen nicht berücksichtigt. Mit dem Beschluss zum Osterpaket hat der Bundestag am 07.07.2022 die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energie für die Energieerzeugung unterstrichen und die Weichen für einen verstärkten Ausbau gestellt. So liegt die Sache gemäß § 2 EEG 2023 nun im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit. Diese neue politische Ausrichtung hat im Regionalplanentwurf bisher keinen Einzug gefunden. Insbesondere die Regelungen zu BSN stehen dieser Ausrichtung entgegen. Wir fordern deshalb die BSN-Flächen als Vorbehaltsgebiete (also nicht als Vorranggebiete) festzusetzen und begründen dies wie folgt: Bestandteile der BSN sind der Nationalpark Eifel, die festgesetzten und geplanten Naturschutzgebiete, Natura 2000-Flächen sowie die Wildnisgebiete im Regierungsbezirk Köln. Darüber hinaus werden auch landesweite und/oder regional bedeutsame Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung als BSN definiert. Eine Biotopverbundfläche besteht aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Sie beinhaltet neben den Schutzgebieten also auch Flächen, welche eine Funktion für den Verbund bestehender Biotope erfüllen, jedoch oftmals weitergehend landwirtschaftlich genutzt werden können. Auf Grund der landwirtschaftlichen Nutzung ist bei diesen Flächen in der Regel keine gesonderte Schutzfunktion gegeben, weshalb der Bau eines Solar- oder Windparks keinen Schutzzwecken entgegenstehen würde. Es ist aber zu befürchten, dass die pauschale Festsetzung auch dieser Flächen als BSN in Zukunft zu Problemen bei der Umsetzung

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Thema Erneuerbare Energien werden aus dem Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans ausgeklammert und in einem separaten Teilplan behandelt. Maßgebliche Grundlagen werden sich aus den Festlegungen der in 2023 auf den Weg gebrachten Änderungen des Landesentwicklungsplans ergeben. Eine Beschränkung der BSN auf die naturschutzwürdigen bzw. FFH-würdigen Bereiche wird dem Auftrag der Landesentwicklungsplanung zum Aufbau eines regionalen Biotopverbundsystems und der rechtlich definierten Funktion des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan nicht gerecht.

neuer Projekte zur Erzeugung regenerativer Energien führen wird. Von dieser Problematik wären konkret einige unserer Projekte betroffen, obwohl nach gutachterlicher Prüfung keine negativen Auswirkungen auf den Naturschutz zu erwarten sind. Abhilfe könnte durch die Festsetzung der BSN als Vorbehaltsgebiete geschaffen werden. In Vorbehaltsgebieten sollen Planungen vermieden werden, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, so beispielsweise in den Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE). Die Festsetzung der BSN als Vorbehaltsgebiete ist aus unserer Sicht völlig ausreichend, da spätestens im Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Solaranlagen eine detaillierte Standortprüfung durchgeführt wird und insbesondere eine Prüfung der Vereinbarkeit der Nutzung mit den Schutzziele des Gebietes erfolgt. Eine Umsetzung in gesetzlich geschützten Gebieten ist so hinreichend ausgeschlossen. Gebiete, die nicht pauschal gesetzlich geschützt werden, erfahren dann eine gesonderte Prüfung. Dies erfolgt in der Regel auch auf der Grundlage von örtlich durchgeführten (Arten-schutz-)Untersuchungen. Im Übrigen werden so auch aktuelle politische Entwicklungen (wie das im Rahmen des Osterpakets novellierte Bundesnaturschutzgesetz) erfasst, ohne dass ein Regionalplan aufwendig überarbeitet werden muss. Die in der Begründung beschriebene Ausnahmeregelung für Windenergieanlagen wird in der Realität zu großen Schwierigkeiten führen, weil zum einen der aktuelle Windenergieerlass den Bau von Windenergieanlagen in BSN als Tabubereiche ausschließt (Nr. 3.2.4.1). Zum anderen werden Gebiet mit unterschiedlicher Schutzwürdigkeit miteinander vermischt. So werden auf Bundesebene gesetzlich festgesetzte Schutzgebiete mit einer hohen Schutzwürdigkeit (bspw. Nationalpark und Naturschutzgebiete) einem auf Landesebene ausgewiesenen Biotopverbund gleichgestellt. Die Beweisführung, dass die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, ist in der Praxis regelmäßig nur schwer möglich. In der Methodik zur zeichnerischen Festlegung der BSN-Flächen wird erläutert, dass maßstabsbedingt bei der Zusammenfassung von schutzwürdigen Biotopen und Landschaftselementen auch Flächen einbezogen sein können, die keine besondere Wertigkeit für den regionalen Biotopverbund aufweisen. Da die ausgewiesenen Flächen bei der Genehmigung von Vorhaben zu Grunde gelegt werden, könnte eine fehlerhafte Ausweisung zu unnötigen Ablehnung führen. Wir bitten entsprechend darum, die tatsächliche Abgrenzung der Gebiete zu berücksichtigen und falls notwendig den Kartenmaßstab zu vergrößern. Insgesamt ist festzustellen, dass eine massige Ausweitung der BSN im neuen Regionalplan stattfinden soll. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass auch Biotopverbundflächen etc. mit einbezogen wurden. Wir fordern, dass die BSN auf dem Stand des alten Regionalplanes lediglich ergänzt werden um die zwischenzeitlich hinzugekommenen, tatsächlich schutzwürdigen Naturschutzgebiete und Natur 2000-Gebiete.

1007341

#### Inhalt

9. (Z.20) Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern  
Gemäß dem Ziel Z.20 sollen wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch gesichert werden. Sollten die BSN wie geplant im Regionalplan und ein Großteil der Flächen in einem nächsten Schritt von den Fachbehörden der nachgeordneten Ebenen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, würde diesen den Ausbau der erneuerbaren Energien in den ländlichen Region des Regierungsbezirkes zum Erliegen bringen. Wir bitten eindringlich darum, dass eine sorgfältige Ermittlung der wertvollen Flächen zu erfolgen hat, damit eben nicht (wie auch selbst in Nr. 2 der Erläuterung klargestellt) eine vollständige oder überwiegende Ausweisung der BSN als Naturschutzgebiete erfolgt. Hierbei ist insbesondere auch auf die in Nr. 4 der Erläuterung angemerkte Darstellungsproblematik zu achten. Für die Erreichung der politisch gesetzten Energie- und Ausbauziele wäre es fatal, wenn fälschlicherweise weniger schutzwürdige Bereiche aufgrund der großflächigen Ausweisung als BSN im Regionalplan zu Ausschlussbereichen für Wind- und Solarparks gemacht würden.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zu Erneuerbaren Energien werden aus dem Verfahren zur Neuaufstellung ausgeklammert und in einem eigenständigen Teilplan behandelt. Der Hinweis richtet sich an die weitere Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen. Der Anliegen, dass dort eine sorgfältige Ermittlung der wertvollen Flächen erfolgen muss, wird zugestimmt. Im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Beteiligung besteht die Möglichkeit an der fachplanerischen Umsetzung mitzuwirken.



1007342

#### Inhalt

10. (G.29) Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen  
Gemäß dem Grundsatz G.29 sollen auch außerhalb der BSN für den Biotopverbund bedeutsame Flächen gesichert und entwickelt werden. Gemäß der Begründung bezieht dies unter anderem auch die weniger schutzwürdigen bzw. weniger bedeutsamen Flächen im Freiraum mit ein. Dieser Grundsatz bestätigt unsere Befürchtungen, dass als BSN festgesetzte Bereiche in einigen Teilen nicht die Schutzwürdigkeit zum Beispiel wie die eines Naturschutzgebietes aufweisen, sondern beispielsweise als Biotopverbundfläche weniger schutzwürdig sind. Eine Ausweisung in einer Gebietskategorie führt zu erheblichem Konfliktpotenzial bei der Festsetzung von Regelungen innerhalb dieser Gebiete. Wir bekräftigen aus diesem Grund unsere Forderung, dass die BSN auf dem Stand des alten Regionalplanes lediglich ergänzt werden um die zwischenzeitlich hinzugekommenen, tatsächlich schutzwürdigen Naturschutzgebiete und Natura 2000-Gebiete.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Es wird auf die Erläuterung zu ID 1007340 verwiesen.

AZ: Ö-M-1460	
1002878	
1007076_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>Als Tochter eines hiesigen Landwirts habe ich meine gesamte Kindheit und Jugend auf den im neuaufgestellten Regionalplan genannten Flächen gespielt, hart gearbeitet und Natur, Klima, Tiere und Pflanzen kennen, schätzen und schützen gelernt. Seit 2003 leben wir im eigenen Wohnhaus, Flur 46 Gemarkung Gummersbach, Flurstücke [ANONYMISIERT], in der Hardtstraße [ANONYMISIERT], um unseren Kindern und mir das Zuhause in der Rospe, das Leben mit und in der oberbergischen Natur als Heimat und Erbe zu erhalten.</p> <p>Das oben genannte Grundstück liegt nordöstlich des im Regionalplan Köln projektierten Gewerbe- und Industriegebiets.</p> <p>Mit der Neuauufstellung des Regionalplans Köln wird wohl auch die Straßenführung vor dem Objekt für die gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) komplett verbreitert und der bald 10jährige Streckenabschnitt der Westtangente/ B 256 im Kreuzungsbereich Hardtstraße/ Westtangente großräumig überarbeitet werden müssen.</p> <p>Dieses Vorhaben ist rechtlich nicht haltbar, da die Anwohner ihre Grundstücke oder Grundstücksteile gar nicht veräußern wollen und diesen Plan nicht befürworten, da zu viele Nachteile entstehen. Weiterhin wurden relevante Daten für die bisher vorgelegten Planungen nicht erhoben oder veröffentlicht und sind daher für eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung nachlässig, lückenhaft, nicht zu bewerten und daher nicht in rechtmäßiger Weise umsetzbar.</p> <p>Im folgenden nehme ich Stellung zu verschiedenen Teilen des neuaufgestellten Plans:</p> <p><b>1. Wie wurde die Partizipation bisher umgesetzt?</b></p> <p>In der Textlichen Festlegung des Regionalplans Köln wird auf S. 26 unter Punkt 1.3 der Erarbeitungsprozess erläutert. Insbesondere soll die Partizipation der Betroffenen herbeigeführt werden. ?In Abstimmung mit dem Regionalrat wurden durch die Regionalplanungsbehörde daher umfangreiche weitere Schritte als die rechtlich geforderten unternommen, um einen transparenten Partizipations- und Moderationsprozess und einen<sup>1</sup> frühzeitigen, umfangreichen und ergebnisoffenen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

Dialogprozess anzustoßen?  
(1) *Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2021, www.bzrk.nrw.de; S. 26, 1.3 Informeller Planungsprozess-Partizipation der Akteure)*

Tatsächlich geschah folgendes:

Raumrelevante Akteure (Landwirte) wurden zunächst nicht befragt. Dann wurde ihre schriftliche Bestätigung der Nicht-Verkaufs- Absicht vom 03.10.2018 an die Stadt Gummersbach dauerhaft ignoriert.

Im Dezember 2021 wurde nach Beschlussfassung beider Gremien (Stadt/ Bezirksregierung) anscheinend auch bestimmt, dass die Informationen dazu nur im Internet verfügbar sein würden und zwar ab Februar 2022. Betroffene Verbände haben daher auch versäumt ihre Mitglieder zu informieren.

Die Stadt Gummersbach hat keine Informationsgespräche mit den Betroffenen geführt, sondern in den Amtlichen Bekanntmachungen die Tatsachen veröffentlicht. Am 20. Mai 2022 trotz fehlender Grundlage (keine Zustimmung zu einem Verkauf durch die Eigentümer) an den Flächen festgehalten und die Beschlussfassung an den Regionalrat weitergereicht.

Der Begriff der ?Partizipation? wurde hier schon in der Planungsvorbereitung ad absurdum geführt, da drei intakte, florierende Landwirtschaftsbetriebe nicht schutzwürdig erschienen und die Meinung ihrer Eigentümer als obsolet betrachtet wurde.

## **2. Bewertungsmaßstäbe für Schutzgüter und die Kartenmaßstäbe des Regionalplans**

Auf der Planungsebene könnte sich diese Art der Bewertung so auswirken, dass weiterhin Ziele der Walderhaltung und Waldvermehrung, des Klimaschutzes, des Gewässerschutzes, des Naturschutzes/ Biotopschutzes, des Tierschutzes und der Erholung hintenangestellt werden, weil sie als nicht schutzwürdig gelten, wenn Kriterien zusammengefasst werden, infolgedessen unterrepräsentiert in der Bewertung erscheinen und sich in der Planung nicht mehr nachteilig auswirken können. Anders ist die Deklaration in Anhang E des Regionalplans GIB\_GIBz nicht zu verstehen dass, obwohl viele schutzwürdige Kriterien für die Flächen des projektierten GIB offen sind, am Plan festgehalten wird.

?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/ Klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen auf Grund der geringeren Gewichtung des Kriteriums schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.<sup>2</sup>

(2 Umweltbericht GM\_GIB\_2 Zusammenfass. Einschätzung der Erheblichkeit der

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Der Regionalplan wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen für einzelne Schutzgüter ermittelt, beschrieben und bewertet. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Kompensationsmaßnahmen) die konkrete nachteiligen Umweltauswirkung gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des betroffenen Schutzgutes vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Regionalplanneuaufstellung ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Dabei ermöglichen die im Maßstab 1: 200.000 eingestellten Erläuterungskarten<sup>3</sup> keine genaue Ermittlung der Flächenposition und sind für den Laien daher ungenau und kaum aussagekräftig, um eine räumliche Situation daraus zu spezifizieren. Besonders die Karte K1 enthält in unserem Raum weiße, nicht deklarierte Fläche, die eine Interpretation unmöglich macht und nur benachbarte Zonen, die hoch relevant sind, ausweist. Hier besteht eine große Informationslücke, falls die Aussage nicht darin besteht, dass diese Flächen gar keine Auswirkungen auf das Klima haben.

Erstgenanntes gilt für die A3 Erläuterungskarten F4 Landwirtschaft, F5 Regionaler Biotopverbund, F6 BSLE (Bereiche für den Schutz der Landschaft) 1:400.000, F7 Wald, K1 Klima und Anpassung an den Klimawandel 1:400.000.

Die in den Hinweisen zum Verfassen von Stellungnahmen<sup>4</sup> enthaltene Bitte, die den Stellungnahmen eventuell angehängten Karten/ Kartierungen doch im Maßstab 1:50.000 einzureichen, können die Betroffenen auch nicht besser ausdrücken.  
(3 Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Anhang A; 4 [https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionalplanung/stellungnahmen.pdf](https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionalplanung/stellungnahmen.pdf), zuletzt gesehen am 30.08.2022)

### 3. Inwiefern wird der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel für das GIB mitgedacht?

Im Umweltbericht<sup>5</sup> GM\_GIB\_2 Seiten 1-4 wurde die Inanspruchnahme von Biotopverbundflächen durch die Klassifizierung als ?nein, keine Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung?<sup>6</sup> vorgenommen.

Das Wort herausragend suggeriert, dass alle anderen Biotopflächen auch in der aktuellen Zeit des verschärften Klimawandels nicht wert sind, geschützt zu werden. Die Nutzung von Superlativen unterstellt hier Bedeutungslosigkeit, die erforderlich sind, um heute noch Flächen nach ROG umzuwandeln. Leider ist dies eine nicht zeitgemäße Betrachtungs- und Beurteilungsweise. Hier wird mit alten Maßstäben eine völlig veränderte Umweltsituation bewertet. Und als Schutzgut 2.17 Klima/ Luft: ?nein,-keine Flächeninanspruchnahme von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung?<sup>7</sup>

Daher konnte ohne weitere Prüfung auch die Wirkung der Flächen als Überschwemmungsgebiet/ Grundwasserkörper und Oberflächenwasserkörper in die nachgeordnete Planungs- und Zulassungsebene verschoben werden, desgleichen die Überprüfung als Erholungsort/ Wohnort.

(5 Textliche Festlegungen des neu aufgestellten Regionalplans Köln, Entwurf

2021, [www.bzrk.nrw.de](http://www.bzrk.nrw.de) Umweltbericht GM\_GIB\_2, S. 1-4; 6 Ebenda, S. 2; 7 Ebenda, S. 3)

Unter 3.04 des GM\_GIB\_2, S. 4:

?Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 8 Ab. 1 ROG ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren (insbesondere im Rahmen der UVP und Eingriffsregelung). Es sind insbesondere die Auswirkungen auf die folgenden schutzgutbezogenen Kriterien zu berücksichtigen:

- Wohnen
- Biotopverbundfläche
- schutzwürdige Biotope
- schutzwürdige Böden
- Grundwasserkörper
- Oberflächenwasserkörper
- klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume
- klimarelevante Böden
- Landschaftsgebundene Erholung.?

Diese in der Summe ?erheblich? benannten Umweltauswirkungen lassen die Frage aufkommen, warum diese Fläche dennoch in die Planung genommen wurde.

?Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel sollen bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden.<sup>8</sup> (8 Textliche Festlegungen des neu aufgestellten Regionalplans Köln, Entwurf 2021, [www.bzrk.nrw.de](http://www.bzrk.nrw.de) S. 42ff)

Um Hitzefolgen zu mindern, werden u.a. folgende Maßnahmen im Plan empfohlen:

- ? Z.18 Regionale Grünzüge sichern und schützen,
- ? Z.20 Biotopverbundflächen sichern
- ? Z.24 Oberflächenwasser sichern
- ? G.49 Retentionsfunktion erhalten
- ? G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen

All dies sind klimazuträgliche, proaktive Möglichkeiten, die auch tatsächlich auf den von der Stadt/ Bezirksregierung beanspruchten Flächen mit intakter Natur stattfinden bis sie versiegelt werden.

#### **4. Welchen Wert hat die Landwirtschaft bisher im Planungsprozess?**

Die Textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sehen unter 4.4 Landwirtschaft folgendes vor:

**? G.32 | Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten**

Bei Planungen und Maßnahmen sollen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden.?

*?Erläuterung*

*1 | Eine Beeinträchtigung der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange kann nicht nur durch die Inanspruchnahme von Flächen (vgl. (G. 33) Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen und (G. 34) Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten) hervorgerufen werden. Auch andere Wirkungen, z. B. die Zerschneidung eines Raumes durch Verkehrsstrassen, Veränderungen des landschaftlichen Umfelds, das Heranrücken von Nutzungen oder eine Änderung der Erschließungssituation der bewirtschafteten Flächen können den Erhalt oder die Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produktionsstandorte beeinträchtigen.*

*2| Bei Planungen und Maßnahmen sollen derartige Wirkungen berücksichtigt und soweit möglich vermieden werden, um die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe einschließlich der notwendigen Grundlagen dauerhaft zu gewährleisten.<sup>9</sup>*

(9 Textliche Festlegungen des neu aufgestellten Regionalplans Köln, Entwurf 2021, [www.bzrk.nrw.de](http://www.bzrk.nrw.de) S.106)

**?G.34 Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten**

Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden.

Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten  
Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden.?

*?Erläuterung*

*1| Agrarstrukturell bedeutsame Flächen sind gemäß Landwirtschaftlicher Fachbeitrag zur Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln ? Daten, Fakten und Perspektiven zur Landwirtschaft im ländlichen, suburbanen und urbanen Raum (LWK 2020) durch verschiedene Kriterien wie Sonderkultureignung, Bodenwert/Bodenschutzwürdigkeit, Feldblockgröße, Umsatz und Hangneigung*

definiert. Die agrarstrukturell bedeutsamen Flächen in den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) sind in der Erläuterungskarte F4 (Anhang A3) dargestellt.  
2| Bei Planungen und Maßnahmen sollen diese in besonderem Maße berücksichtigt werden. Es soll darauf hingewirkt werden, den Verlust von agrarstrukturell bedeutsamen Flächen zu vermeiden. Dies betrifft auch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.  
Bei der Wahl von Standortalternativen soll die Schutzwürdigkeit der agrarstrukturell bedeutsamen Flächen im Rahmen von Abwägungsentscheidungen einbezogen werden.<sup>10</sup>  
(10 Textliche Festlegungen, S. 106, 107)

Dies nicht zu berücksichtigen, wurde in der Planung für Stadtnahe GIB Flächen hingenommen. Und dies für drei, örtlich seit Generationen verankerte, Landwirte und ihre Familien. Das kann nicht rechtmäßig sein.

Die betroffenen Flächen liegen in der nahen Umgebung einer potenten dienstleistungsorientierten Mittelstadt?<sup>11</sup>. Unklar bleibt, warum eine potente dienstleistungsorientierte Mittelstadt in einer kaum detailliert vorhersehbaren Zukunft Flächen in Anspruch nimmt, die perspektivisch als Klima-, Nahrungs- und Erholungsrelevant zu bezeichnen sind und für die, laut Ratssitzung<sup>12</sup> vom 24.08.2022 der Stadt Gummersbach, gar keine Tauschflächen mehr ausgemacht werden konnten. In schon sehr naher Zukunft könnten diese Flächen sehr notwendig sein, um die Bevölkerung unter veränderten Lebensbedingungen mit einer ackerbaulichen Nutzung noch stärker und essenzieller zu versorgen. Und im Fall einer Umsetzung des Plans ist dies nicht mehr reversibel, wenn die Industriedächer nicht als Weide- und Ackerflächen genutzt werden können.  
(11 Textliche Festlegungen, S. 21; 12 12. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung der Stadt Gummersbach am Mittwoch, dem 24.08.2022, 18:00 (unter Öffentlichkeitsbeteiligung))

Unter Punkt 3.3<sup>13</sup> wird die Zielsetzung für die GIB beschrieben:

#### **?Z.10 GIB sichern und entwickeln**

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt.

Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.

Ausnahmsweise zulässig sind gewerbliche Nutzungen mit geringeren Emissionen, soweit sie aus städtebaulichen Gründen, insbesondere aus Gründen des Umgebungsschutzes gemäß (G. 18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen, zur

Gliederung der Baugebiete untereinander erforderlich sind oder der Bestandssicherung oder Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen.?

*?Erläuterung*

*1| Bereiche für gewerblich und industrielle Nutzungen (GIB) sind in der Regel ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionaplanerischen Bedeutung festgelegt.*

*Gewerbliche und industrielle Nutzungen unter 10 ha können durch die kommunale Bauleitplanung sowohl innerhalb der ASB als auch im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zugeordnet sein und dienen vorrangig der Sicherung bestehender oder der Unterbringung kleinerer, ortsansässiger Betriebe.*

*2| GIB sind gemäß LPIG DVO als Vorranggebiete festgelegt. Im Sinne des ROG sind Vorranggebiete für bestimmte Nutzungen und Funktionen vorgesehen. Es handelt sich um Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten. Dies bedeutet, dass der Vorrang nur innerhalb der festgelegten GIB gilt. Innerhalb der festgelegten GIB sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die nicht mit der vorrangigen Funktion vereinbar sind. Die landesplanerischen Regelungen zur Siedlungsentwicklung im regionalplanerisch festgelegten Freiraum sowie die Möglichkeit zur Darstellung gewerblicher Bauflächen im ASB bleiben unberührt.*

*3| Die GIB umfassen Flächen für die Ansiedlung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen (z. B. Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen).*

*Emittierende Betriebe und Einrichtungen sind Nutzungen, von denen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) (Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht und Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) auf schutzbedürftige Nutzung ausgehen und/oder die wegen ihres großen Flächenbedarfs, ihrer Emissionen oder ihrer besonderen Standortanforderungen nicht in die ASB integriert werden können.*

*4| Innerhalb der GIB sind Planungen und Maßnahmen, die nicht mit der vorrangigen Funktion der gewerblichen und industriellen Nutzung vereinbar sind und diese erheblich einschränken, durch die kommunale Bauleitplanung ausgeschlossen. Hierzu zählen auch Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, Flächen für Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen. Solaranlagen an oder auf Gebäuden oder als Nebenanlagen im Sinne der BauNVO sowie Windenergieanlagen als Nebenanlagen im Sinne der BauNVO fallen nicht unter die Ausschlussregelung.*

*5| Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist die Umsetzung der Siedlungsflächenentwicklung für die Neuansiedlung, Verlagerung oder Erweiterung gewerblich industrieller Nutzungen in der Regel als Gewerbe- und Industriegebiete sowie in Einzelfällen auch durch Sonderbauflächen zu sichern. Sie sind in der Regel*



nicht wohnverträglich und daher in den GIB unterzubringen.

6| Ausnahmsweise kann es zur Gliederung der Baugebiete und zur Umsetzung von bereits bestehenden Abstandserfordernissen im Einzelfall erforderlich sein, zur Umsetzung des (G. 18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen oder zur Sicherung eines bestehen- den Betriebes verbindliche Bauleitplanung für Gewerbegebiete durchzuführen, die der Unterbringung von nicht wesentlich störenden und nicht störenden Gewerbebetrieben dient. Diese ist nur dann zulässig, wenn sie die Rücksichtnahmepflicht zu bestehenden Emittenten (z. B. Industriebetriebe und insbesondere Betriebsbereiche nach Störfall-VO) nicht beeinträchtigt und geplante oder bestehende gewerblich-industrielle Nutzungen nicht erheblich eingeschränkt werden. Dies hat die Kommune im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW darzulegen.

7| Die Erfassung der bauleitplanerischen Inanspruchnahme im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW richtet sich nach den Festlegungen in (Z. 3) Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten und (Z. 4) Flächenüberhänge vermeiden und abbauen.

Im Umweltbericht Anhang E GM\_GIB\_2 S. 1 wird als Vorbelastung ein Industriegebiet in 3,8 km Entfernung genannt, dass an der K 41 liegt! Diese Fläche gehört mitnichten in die Nachbarschaft unserer Flächen. Und die Bereiche an der B 256 sind eine Wäscherei direkt an der Straße (Luftlinie 400 m von uns aus). Dann kommt Siedlung von einem Kilometer Länge und dann mehrere Gewerbebetriebe direkt an der B 256. Diese gehören ebenso nicht in die benachbarte Flächen Klassifikation, da ein ganzer Hügel von 200m Ausbreitung und 30m Höhenunterschied, sowie der Siedlungsbereich an der B256 die Flächen trennt.

Da es schon keine Tauschflächen mehr gibt, die die Stadt den Landwirten zukünftig anbieten könnte<sup>14</sup>, entsteht eine gewisse Neugier, welche GIB dann im Regionalplan von 2050 ausgemacht sein werden. Erlaubt das ROG dann die Holzung des Waldes, insofern er wieder aufgewachsen ist, um neue GIB als Vorranggebiete auszuweisen, oder konnten neue Flächen auf gut erreichbaren Planeten gefunden werden, wo unsere GIBliche Produktion dann von Robotern für die Bewohner der Stadt Gummersbach erledigt wird und auf den die Landwirtschaft ausgelagert wurde?

Jede Industrieanlage bedeutet eine Einschränkung für die Umwelt, genau wie jedes Fahrzeug, jede Straße und jede Flächeninanspruchnahme. Und jede Einheit davon emittiert in die Umwelt, auf die Pflanzen, in den Boden, in das Wasser, in die Atemluft. Aus diesem Grund ist es wünschenswert davon abzusehen diese wichtigen Flächen für ein GIB in Anspruch zu nehmen und die Pläne noch einmal zu überdenken.

(14 Siehe Fußnote 6, Ratssitzung vom 24.08.2022)

##### **5. Die Nähe des im neu aufgestellten Regionalplan Köln projektierten GIBs zu einem Biotop und weiteren Bereichen unberührter Natur**

Im Umweltbericht GM\_GIB\_2 wird kein Biotop genannt. Insgesamt gibt es fünf Bereiche innerhalb des

[Abbildung 1]

geplanten Gebietes, die von der Landwirtschaft unberührt sind (Flächen 2-4 )in der Karte 1. Das öffentlich so eingetragene Biotop ist mit der Nr. 1 auf der Karte markiert. Dort gibt es eine Quelle, die ihr Wasser bis zur Hardtstraße und dann in den Rospebach führt. Hier mündet auch das Oberflächenwasser (gelb markiert Karte 2) der beanspruchten Flächen (Bereich 4 Karte 1)

[Abbildung 2]

Karte 2: Die gelbe Markierung zeigt den Bereich, wo Oberflächenwasser des gesamten Reliefs mündet. Die rote Markierung zeigt die Biotopfläche und mit schwarz ist das geplante GIB umkreist und schraffiert.

In Karte 3 sind die Verlaufsrichtungen der Bäche ersichtlich und ein größerer Wasserspeicher auf der Fläche zu erkennen. Das Biotop 1 aus den vorherigen Karten, das durch das GIB in der Nähe (15 Meter) einen großen Störfaktor bekommt. Mit der Zahl 5 ist ein weiteres, in den Plänen nicht genanntes Biotop markiert, das als solches am Rand der geplanten Fläche liegt.

[Abbildung 3]

Bei einer Ortsbegehung kann man erkennen, dass hier mehr als nur ein Bereich einen Biotopstatus hat. Die Flächen 1-5 in Karte 1 sind alle mit Zäunen abgegrenzt. Das heißt kein landwirtschaftliches Nutztier dringt hier ein, kein Traktor befährt diese Räume und niemand mäht oder wirtschaftet dort. Somit sind es Bereiche unberührter Natur.

## **6. Abschließende Worte**

Die oben angeführten Tatsachen, Sachverhalte, Gründe und Bedenken mögen zum Nachdenken darüber anregen, wie der Naturraum durch die expansive Industrie auf ein irreversibles Maß eingegrenzt wird.

Wer Renaturierungsgebiete kennt, weiß, wie lange es dauert, bis die Natur sich wieder in ein Landschaftsbild wandelt, was lebenswert ist. Wie dramatisch kann diese Situation sich auswirken, wenn die letzten wenigen Naturräume und landwirtschaftlichen Nutzflächen geopfert werden.

Deutschland verfügt jetzt schon über zu wenig Landwirtschaftlich nutzbare Flächen, um seine Bevölkerung zu versorgen. Wie soll auf diesem Weg bei rasanten politischen Umwälzungen, sich jährlich stärker verändernden Niederschlägen, dem globalen Waldabbau etc. jemals wieder ein Zustand herbeigeführt werden, der den Menschen eine Lebensgrundlage bietet.

Auch wenn die beanspruchten Flächen nur 22 ha betragen, sind sie doch ein Teil der Zukunft unseres Klimas, des Lebensraums für Wildtiere und landwirtschaftliche Nutztiere, für die Erholung des Menschen, den Hochwasserschutz, den Schutz des Grundwassers, den Klimaschutz.

Mit der innigen Bitte diese Flächen herauszunehmen, damit dort Wald, Wiesen und Freiflächen/ Biotopie bleiben können und unsere Nachkommen eine lebenswerte Umgebung vorfinden.

**Inhalt**

Das Erzbistum Köln bzw. der Erzbischöfliche Stuhl zu Köln sowie das Priesterseminar in Köln sind an verschiedenen Stellen von den Festsetzungen in der Neuaufstellung des Regionalplan Köln betroffen. Es gibt keine grundsätzliche Ablehnung von unserer Seite den Landschaftsschutz in der Fläche um Köln zu definieren und festzulegen, jedoch können wir nicht die Wahl der Kriterien für die Festsetzung erkennen. Wären zukünftig fast alle Flächen dem Landschaftsschutz unterstellt, würden auch wir nicht der jetzigen Vorstellung des neu aufzulegenden Regionalplans widersprechen.

Ganz konkret ist für uns unverständlich, warum zum Beispiel die von unserem Pächter [ANONYMISIERT] gepachtete und bewohnte Hofstelle ([ANONYMISIERT] in Ertstadt-Erp, [ANONYMISIERT]) sowie die umliegenden Pacht-/Ackerflächen zukünftig dem Landschaftsschutz unterliegen soll, wenn wenige hundert Meter weiter westlich, nördlich und südlich die Zone bereits endet und viele tausend Hektar unberücksichtigt bleiben. Hier wird einzig und allein der [ANONYMISIERT] mit seinen Flächen zukünftig mit Auflagen betroffen sein und das, obwohl die Hofstelle [ANONYMISIERT] noch vollständig der Landwirtschaft und zum Wohnen dem Pächter dient. Die Unterstellung unter den Landschaftsschutz hätte deutliche Auswirkungen auf zukünftige bauliche Veränderungen, evtl. auch bei der Nutzungsart, z.B. einer möglichen Tierhaltung. Außerdem liegt die Hofstelle bzw. die angrenzenden Flächen in einer Windkraftvorrangzone. Die Planung für weitere Windkraftanlagen ist bereits vorangeschritten. Die Windkraftanlagen im Norden des [ANONYMISIERT] sind dagegen ausgenommen.

Da für uns nicht erkennbar ist, warum der [ANONYMISIERT] und unsere Ackerflächen sowie die angrenzenden der Kirchengemeinden dem Landschaftsschutz unterstellt werden sollen, riesige Flächen nördlich, westlich und südlich aber nicht, zeigt sich eine gewisse Willkür in der Planung bzw. Festsetzung, weshalb wir hiermit Widerspruch gegen die aktuelle Neuaufstellung des Regionalplan Köln einlegen, insbesondere aber für den Bereich des [ANONYMISIERT] in Ertstadt-Erp.

Unser Pächter [ANONYMISIERT] wird auf dem direkten Weg ebenfalls Stellung zur vorliegenden Planung beziehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1462

1003302

1007447

#### Inhalt

Ich schreibe Ihnen, um mich gegen den neuen Regionalplan und die Bebauung in Köln-Weiden an der Ignenstr. und der Jungbluthgassen-Brücke auszusprechen. Obwohl diese Gebiete laut Landschaftsplan Köln zum Grünzug West gehören, warten wir Bürger:innen noch immer auf eine offizielle Anerkennung. Leider tritt das Gegenteil ein und der Regionalplan weist diese Gebiete als ASB aus.

Gerade die letzten Wochen haben uns vor Augen geführt, wie gefährlich Hitze und die fortschreitende Klimakrise ist. Hitzewellen werden länger und regelmäßiger, mit entscheidenden Folgen für Menschen und Tiere. Der Rat der Stadt Köln hat 2019 offiziell den Klimanotstand ausgerufen. Dennoch wird in Bebauungsmaßnahmen auf Hitzestau wenig bis keine Rücksicht genommen. Entgegen des Ratsbeschluss, dass Klimapolitik in sämtlichen stadtpolitischen Maßnahmen Relevanz hat.

Mit einer Neubebauung dieser oben genannten Flächen und dem Verlust der Grünfläche sorgen Sie für ein weiteres Aufheizen der gesamten Siedlung und senken damit maßgeblich die Lebensqualität der Anwohner:innen. Hinzu kommt, dass der Grünzug West ein wichtiger Freiluftkorridor bis in die Innenstadt darstellt. Darüber hinaus verkleinern Sie das Naherholungsgebiet maßgeblich. Ich bitte Sie, die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Weidener:innen im Blick zu haben - und sich an dem ursprünglichen Landschaftsplan Köln zu halten. Es ist auf Dauer durchaus belastend, in diesem Bereich regelmäßig damit rechnen zu müssen, dass die Politik entgegen früherer Vorgaben und entgegen des Interesses der Anwohner:innen handeln könnte.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1463	
1003303	
1007633	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Ausgangslage</b></p> <p>Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die für das Stadtgebiet Köln im ausgelegten Entwurf zur Regionalplanung ausgewiesenen Flächenbedarfe für Allgemeine Siedlungsgebiete und Industrieansiedlungen.</p> <p>Die Stadt Köln braucht deutlich mehr Wohnungen, wenn sie als lebendige Wirtschafts-, - Wissenschafts- und Kulturmétropole gleichermaßen für ihre Bewohner wie auch für neu Hinzuziehende attraktiv bleiben möchte. Köln ist also darauf angelegt, zu wachsen. Der Bedarf an neuen Wohnungen liegt in Köln gemäß Stadtentwicklungskonzept Wohnen insgesamt bei 5.700 Wohnungen/Jahr bis 2025. Die Realisierung neuer Wohnungen in Köln ist jedoch seit Jahren rückläufig, zuletzt lag sie laut dem Institut der deutschen Wirtschaft 60 % unter dem jährlichen Neubaubedarf (IW-Wohnungsbedarfsmodell, 2021). Hierdurch entsteht neben dem Bedarf pro Jahr ein immer größer werdender Nachholbedarf (?Bugwelle?).</p> <p>Die Leerstandsquote liegt in Köln zudem bei unter 1%. Um angemessene Möglichkeiten zum Wohnungswechsel zu bieten, wird eine Quote von etwa 3 % benötigt. Die Konsequenzen tragen die Mieterinnen und Mieter unmittelbar. Die Preise für Wohnen sind in wenigen Jahren deutlich gestiegen. Weitere Folge sind rasant steigende Bodenpreise, die die Schaffung von Privateigentum erschwert und aufgrund der verstärkten Preisspirale dem Markt Entwicklungsflächen entzieht.</p> <p>Die aktuellen Miet- und Kaufpreisentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt betreffen die gesamte Bevölkerung, vor allem aber Menschen mit einem geringen bis inzwischen auch mittleren Einkommen, wie Rentner, Studierende, Alleinerziehende und in vielen Fällen Angestellte systemrelevanter Berufe.</p> <p>Längst beschränkt sich der Zugriff auf geförderten Wohnraum nicht nur auf gering Verdienende; mehr als 40 % der Kölner Bevölkerung haben heute Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Damit steigt der Druck auf dieses Segment zusätzlich.</p> <p>Die realen Flächenbedarfe zur Schaffung von mehr Wohnungsbau werden durch den</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.</p> <p>Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i>, Ziel <i>Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen</i> sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel <i>GIB regional sichern und umsetzen</i> und Ziel <i>GIBpl us sichern und umsetzen</i> im gesamten Planungsraum.</p> <p>Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.</p>

aktuellen Regionalplanentwurf nicht ansatzweise gedeckt.

Im Rahmen der Erstellung des Regionalplans hatte die Stadt Köln bereits vor zwei Jahren die Möglichkeit, bei der Bezirksregierung Köln Optionsflächen anzumelden. Diese damals übermittelten Flächen deckten den Bedarf für Köln nicht einmal zu einem Viertel. Die Bezirksregierung reduzierte diesen Vorschlag noch einmal auf 16 % (allgemeiner Siedlungsbereich, ASB) bzw. 9 % (Gewerbe- und Industriebereich, GIB) des ursprünglichen Bedarfs. Diese durch die Stadt Köln angemeldeten Bedarfe waren und sind für die Kölner Bürgerinnen und Bürger, aber auch für den Wirtschaftsstandort Köln völlig unzureichend. Der zurzeit gültige Regionalplanentwurf deckt noch nicht einmal den Flächenbedarf, der heute schon für Wohnen, Gewerbe und Industrie besteht.

### **Unzureichende Flächenausweisungen schädlich für den Wirtschafts- und Wissensstandort Köln**

Zum einen werden junge Familien durch fehlende Angebote von bezahlbarem Mietraum und Möglichkeiten zur Eigentumsbildung (große Wohnungen, Reihen- und Einfamilienhäuser) in die Nachbargemeinden und das weiter entfernte Umland getrieben. 2021 sind über 7000 Personen aus den familienrelevanten Jahrgängen aus Köln abgewandert. Die oft medienwirksam angesprochene Krankenschwester, der Feuerwehrmann oder die Polizistin sind direkt betroffen. Der Traum vom Eigenheim, egal ob Wohnung oder Haus, ist für diese Berufsgruppen in Metropolen wie Köln oder Bonn und zunehmend auch in ihren Nachbargemeinden utopisch. Eine großflächige Verdrängung weiter Teile der Bevölkerung und des Gewerbes ins Umland hat negative Folgen für die soziale Durchmischung der Stadtbevölkerung. Es droht eine dauerhafte Abwanderung von Arbeitskräften und Fachkompetenz in andere Kommunen.

Die unzureichende Flächenverfügbarkeit für neue Gewerbeentwicklungen erhöht zudem den Preis- und Nutzungsdruck auf die verbleibenden Flächen. Dort lassen sich nur noch hochpreisige Bürobauten entwickeln und werden damit unzugänglich für kleine und mittelständische Betriebe. Konsequenz einer solchen Entwicklung ist die dauerhafte Abwanderung von Gewerbe und damit einhergehende sinkende Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Köln. Des Weiteren sind in diesem Zusammenhang massiv erhöhte Pendlerströme zu erwarten. Der Pendlerverkehr wird deutlich zunehmen. Die derzeitige Infrastruktur ist diesen Herausforderungen nicht gewachsen.

### **Reindustrialisierung als Zukunftsprojekt**

Die Corona-Krise und nun auch der Ukraine-Krieg haben die Verletzlichkeit globalisierter Lieferketten sehr deutlich herausgestellt. Es entstehen zunehmend

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

geopolitische Unsicherheiten, die gerade eine Unabhängigkeit von autokratischen Ländern notwendig machen. Das bedeutet zwangsläufig eine Reindustrialisierung, indem wieder ein größerer Teil der Produktion von Produkten in die Region zurückgeholt wird. Die Verkürzung von Lieferketten unter hohen europäischen Produktionsstandards ist aus Nachhaltigkeitssicht dazu überaus begrüßenswert, kann aber nur unter lokaler Flächeninanspruchnahme geschehen. Hierfür müssen zusätzliche gewerbliche Bauflächen bereitgestellt werden.

### **Sinnvolle Flächennutzung ist der beste Klimaschutz**

Mit einer solchen, offensichtlich politisch getriebenen Verknappung der Flächen werden einer sinnvollen Stadtentwicklungspolitik über Jahre die Hände gebunden. Steigende Pendlerverkehre werden sich nachteilig auf das Klima in der Region auswirken. Der ÖPNV ist nicht auf eine stetig steigende Einpendlerquote ausgerichtet, die das Resultat einer solchen Flächenpolitik wäre. So würden noch mehr Menschen zum Umstieg aufs Auto gezwungen.

Wir sind der Meinung, dass der Klimaschutz in Köln nicht an der Stadtgrenze aufhören darf. Für ein nachhaltig wachsendes Köln müssen Standorte gefunden werden, die gesellschaftliche Bedarfe und Klimaschutzziele vor Ort vereinen. Dieser Auswahlprozess braucht einen Regionalplan mit vielen Flächenpotenzialen, die Platz für Wohnungssuchende aller Einkommensschichten, Gewerbetreibende, Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik bieten. Untätigkeit im Wohnungsbau aus vorgeschobenen Nachhaltigkeitszielen führt zu den beschriebenen Folgen für Verkehr und Flächenverbrauch.

### **Heute entscheidet sich, wie wir in 20 Jahren leben werden**

Die Metropole Köln benötigt ein größeres Angebot an Wohnraum, damit Mietpreise bezahlbar bleiben. Der Wirtschaftsstandort Köln hat einen enormen Bedarf an Gewerbe- und Industrieimmobilien. Und die familienfreundliche Stadt Köln braucht dringend dutzende Schulen. Statt nur auf das zu schauen was nicht geht, fordern wir die Kölner Politik und die Verwaltung auf, in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung eine Flächennutzung und -entwicklung in Köln zu ermöglichen, in der Wachstum und Nachhaltigkeit kein Widerspruch sind, sondern zusammengeführt werden. Den Raum dafür bietet Köln.

Jetzt werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Nur wenn die Stadt alle ihre Handlungsspielräume nutzt, um in den nächsten zwei Dekaden angemessen auf Herausforderungen reagieren zu können, werden die Kölnerinnen und Kölner auch 2046 noch gerne in ihrer Stadt leben.



**Unsere Forderung: Potentiale für künftiges nachhaltiges Wachstum der Stadt sichern!**

Der Regionalplan zeigt lediglich Siedlungspotentiale auf. Erst später entscheidet der Kölner Rat durch die Aufstellung von Bebauungsplänen, ob und wo diese genutzt werden sollen. Deshalb geht es jetzt um die Sicherung zukünftiger Chancen für die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Stadt. Der aktuelle Regionalplanentwurf bietet hierfür ein viel zu geringes Flächenvolumen, welches die tatsächlichen Bedarfe in den Segmenten Wohnen und Gewerbe nicht annähernd deckt. Bislang decken die für das Kölner Stadtgebiet dargestellten Erweiterungsflächen der sog. ?Allgemeinen Siedlungsbereiche? lediglich 16% des hierfür vom Land NRW für die Stadt Köln errechneten Bedarfs und die Erweiterungsflächen der sog. ?Gewerbe- und Industriebereiche? nur 12% des hierfür errechneten Bedarfs bis 2040.

Wir fordern daher die Bezirksregierung Köln auf, den Regionalplan den vom Land NRW festgestellten Flächenbedarfen zu 100 Prozent anzupassen. Andernfalls liegt es in der Verantwortung des Landes, den Bürgerinnen und Bürgern schon heute mitzuteilen, dass eine zeitgemäße Entwicklung und Modernisierung der einwohnerstärksten Stadt Nordrhein-Westfalens politisch nicht mehr angestrebt wird. Faktisch ist sie jedenfalls mit diesem Regionalplanentwurf nicht mehr realisierbar.

AZ: Ö-M-1466	
1003317	
1007420	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Vorlage 1159/2022 Regionalplanneuaufstellung, hier: Stellungnahme der Stadt Koeln zum Regionalplanentwurf Koeln:</p> <p>Der Abschnitt des Grüngürtels zwischen Venloerstraße und Subbelratherstraße ist ein wichtiger Teil der Grünflächenstruktur Kölns. Er ist nicht nur für das Stadtklima von großer Wichtigkeit, sondern auch als Freizeitfläche für das stark besiedelte Ehrenfeld von zentraler Bedeutung. Die Bebauung dieser Fläche, würde die Menschen wichtigen Freizeitraum nehmen (wenn Sie an Sommerwochenenden in diesem Jahr den Grüngürtel jemals besucht haben, wissen Sie wie extrem hoch die Auslastung der Flächen ist).</p> <p>Zudem würde Baumbestand und klimatisch wichtige Parkfläche verschwinden. Das kann nicht im Sinne der Stadt köln sein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).</p>

AZ: Ö-M-1467	
1003318	
1007240	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes möchte ich hiermit Beschwerde einlegen. Das von Ihnen zur Verfügung gestellte Kartenmaterial ist nicht aufschlussreich.</p> <p>Mein Betrieb fällt in weiten Teilen in den Freiraum ?Schutz der Natur?. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Bewirtschaftung und Entwicklung meines Betriebes.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1468	
1003319	
1007448	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich schreibe Ihnen, um mich gegen den neuen Regionalplan und die Bebauung in Köln-Weiden an der Ignenstr. / Jungbluthgasse (Brücke) auszusprechen. Obwohl diese Gebiete laut Landschaftsplan Köln zum Grünzug West gehört, warten wir Bürger immer noch auf eine offizielle Anerkennung. Leider tritt das Gegenteil ein und der Regionalplan weist diese Gebiete als ASB aus.</p> <p>Gerade die letzten Wochen haben uns vor Augen geführt, wie gefährlich Hitze und die fortschreitende Klimakrise ist. Hitzewellen werden länger und regelmäßiger, mit entscheidenden Folgen für Menschen und Tiere. Der Rat der Stadt Köln hat 2019 offiziell den Klimanotstand ausgerufen. Dennoch wird in Bebauungsmaßnahmen auf Hitzestau wenig bis keine Rücksicht genommen. Entgegen des Ratsbeschluss, dass Klimapolitik in sämtlichen stadtpolitischen Maßnahmen Relevanz hat.</p> <p>Mit einer Neubebauung dieser oben genannten Flächen und dem Verlust der Grünfläche sorgen Sie für ein weiteres Aufheizen der gesamten Siedlung und senken damit maßgeblich die Lebensqualität der Anwohner. Hinzu kommt, dass der Grünzug West ein wichtiger Freiluftkorridor bis in die Innenstadt darstellt.</p> <p>Ich bitte Sie, den ursprünglichen Landschaftsplan Köln beizubehalten. Es ist auf Dauer durchaus belastend, in diesem Bereich regelmäßig damit rechnen zu müssen, dass die Politik entgegen früherer Versprechen und gegen die Interessen der Anwohner handeln könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-M-1469	
1003320	
1007449	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich mich mit aller Deutlichkeit gegen die geplante Umwandlung des Colonius Grüngürtels in berodbare Baufläche aussprechen. Ich kann gleichzeitig nicht glauben, dass ich das überhaupt tun muss in Zeiten der Klimakatastrophe. Der Grüngürtel ist einer der wenigen erreichbaren Grünflächen in meinem Wohnviertel. Vor drei Monaten wurde unsere Tochter geboren und schon jetzt denke ich an vielen Tagen dreimal darüber nach, ob ich ihr in der Hitze einen Spaziergang zumuten kann und wo es ausreichend Schatten gibt. Das ist natürlich nur ein (auch noch sehr privilegiertes) Einzelbeispiel. Dass die 63 Bäume am Grüngürtel gefällt werden sollen, weil es scheinbar keine andere Möglichkeit der Beschulung während der Sanierung der Schulen in der Könnern Innenstadt gibt, finde ich ebenfalls unfassbar. Das Dürre und Hitze in den Städten auch in Deutschland in den nächsten Jahren drastisch zunehmen werden, steht fest. Es ist beängstigend zu sehen, wie sehr die Stadtplanung derweil an dieser Realität vorbeigeht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).</p>

**Inhalt**

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab und erhebe hiermit Einspruch gegen die Regionalplanung aus folgenden Gründen:

- Die Lebensqualität für mich und meine Familie wird durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und entspricht damit einer Gesundheitsgefährdung.
- Die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler mit einer geplanten Trassenführung durch ein Wohngebiet birgt große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg. Der jetzige Fahrradweg zur Schule würde wegfallen, bereits jetzt ist die Straße zu schmal für alle Schüler, ohne Fahrradweg und Fußgängerweg sehe ich Gefahr für viele Unfälle.
- Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem ?Masterplan Stadtnatur? des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.
- Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.
- In Zeiten von zunehmender E-Mobilität bzw. Antrieb durch Wasserstoff kommt die Planung einer Straßenbahn einem Rückschritt ins Postkutschenzeitalter gleich.
- Außerdem ist nicht überprüft worden, ob der Bedarf für die weiter auswärts gelegenen Ortschaften in Zeiten des Strukturwandels überhaupt noch gegeben ist.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

- Nicht Bocklemünd sondern WeidenWest sollte mit einer höheren Taktung an Bussen ausgebaut werden.

**Inhalt**

Unsere betroffenen Mitglieder kritisieren, dass es für sie kaum möglich war, aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) die neuen Festlegungen von Natur- und Landschaftsschutz zu erkennen. Diese Planungen werden die Bewirtschaftung und Entwicklung der forstwirtschaftlichen Flächen u.U. existenziell gefährden. Es soll auch in Zukunft jeder Waldbesitzer selbst entscheiden, wie sein Grund und Boden bewirtschaftet wird. In den textlichen Festsetzungen zum Wald findet sich ? im Gegensatz zur Landwirtschaft ? kein einziger Hinweis darauf, dass in NRW mehr als die Hälfte des Waldes im privaten Eigentum liegt und Menschen mit dem Wald vollständig oder teilweise ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. Die Bewirtschaftung der Wälder soll den Wald als wesentliche Produktionsgrundlage für den nachhaltigen Rohstoff Holz dauerhaft erhalten und als Lebensgrundlage für eine nachhaltige Forstwirtschaft sichern. Deshalb sollen die forstwirtschaftlichen Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und unterstützt werden, aber nicht eingeschränkt werden. Bei Planungen und Maßnahmen sind Beeinträchtigungen der forststrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange zu vermeiden. Im Namen unserer Mitglieder widersprechen wir jeglichen BSN-Festlegungen im Wald und erwarten, dass diese Planungen, die auf ein überholtes Gutachten aus dem Jahr 2018 basieren, auf die aktuellen Klimaveränderungen neu abgestimmt werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-1472

1003324

1007344

#### Inhalt

Unser Waldbesitz liegt in Stolberg-Schevenhütte zwischen der Wehebachtalsperre und der Laufenburg und dem Ort Schevenhütte Richtung Gürzenich rechts und links der L 25 bis kurz vor dem Parkplatz Drei Eichen an der L 25. Der Wald ist von der Entwicklung der letzten Jahre sehr stark betroffen, damit meinen wir insbesondere Schäden durch Trockenheit, Käferbefall und Sturm. Aufgrund dieser Umstände waren wir gezwungen, einen erheblich größeren Einschlag zu tätigen und wir forsten die entstandenen Kahlschläge nunmehr sukzessive auf und wandeln den Wald durch die Wiederaufforstung insbes. mit Laubholz und klimaresistenten Baumarten um. Die oben geschilderten Umstände setzen sich jedoch fort und wir müssen daher heute davon ausgehen, dass die geschilderte Umwandlung des Waldes sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortsetzt. Unseren in der Städteregion Aachen liegenden Waldbestand weisen Sie als „Schutz der Natur“ aus; gemäß Rücksprache mit [anonymisiert] von der Bezirksregierung Köln hat diese Ausweisung keine Auswirkung auf den Wald. Vorsorglich widersprechen wir hiermit jeglicher Änderung der Nutzung aufgrund der oben geschilderten Umstände.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die regionalplanerischen Festlegungen dienen dazu unterschiedliche Raumnutzungsansprüche auszugleichen und Raumnutzungen und -funktionen auf Ebene der Regionalplanung zu definieren. Sie greifen nicht in die bestehende Bewirtschaftung von Flächen ein. Die Konkretisierung obliegt nachfolgenden Planungsebenen.

AZ: Ö-M-1473	
1003326	
1008715	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Firma [ANONYMISIERT] betreibt am Standort [ANONYMISIERT] in 53913 Swisttal-Ollheim einen Recyclingpark u.a. auch zur Lagerung und Behandlung von Abfällen. Hierzu gehört u.a. auch eine der modernsten LVP-Sortieranlage, eine Kunststoffrecyclinganlage trocken, eine Kunststoffrecyclinganlage nass als Joint Venture [ANONYMISIERT], sowie Aufbereitungsanlagen zur Herstellung von hochwertigen Ersatzbrennstoffen und RC ? Baustoffen. Dadurch sind Kooperationen mit Hochschulen und Bildungseinrichtungen entstanden. Der Betrieb entwickelt sich dynamisch im Themenfeld der Kreislaufwirtschaft unter Einbeziehung der Themen Entsorgung, Energie und Land-/Forstwirtschaft/Biomasse. Dies wurde auch nach der Flutkatastrophe unter Beweis gestellt.</p> <p>In Ergänzung zum Betrieb der zuvor genannten Entsorgungs- und Recyclingfirma besteht aufgrund von Anfragen der Gedanke, in unmittelbarer Nachbarschaft einen Gewerbepark für Firmen der Kreislauf-, Energie- und Land-/Forstwirtschaft anzusiedeln. Dieses kann als eigenes Ökosystem in Ergänzung zur Firma Hündgen Entsorgung in vor-, neben- und nachgelagerten Arbeitsschritten die Entwicklung von neuen kreislaufwirtschaftlichen Produkten (urban mining) ermöglichen. Das Zusammenwachsen und die gemeinsame Betrachtung der 3 Themenfelder ermöglichen innovative Lösungen. Bereits heute werden Biomasse-(Reste)-Produkte und Kunststoffabfälle für neuartige Energie- und Biokunststoffprodukte genutzt und die Entwicklung ? auch vom Gesetzgeber gewünscht - geht dynamisch weiter. Die Einbeziehung der Land-/Forstwirtschaft in der Zülpicher Börde/Ville eignet sich bei der Entwicklung neuartiger Produkte besonders.</p> <p>Dazu passend soll ein Zentrum für Innovation und Nachhaltigkeit (ZIN) errichtet werden, dass die Entwicklung und Ansiedlung von jungen Firmen und neuen Produkten ermöglichen oder unterstützen soll. Daher will der Investor die bestehenden Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten weiter ausbauen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008715_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008715_2]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008715_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008715_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis.</p> <p>Darüber hinaus werden regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> (GIBflex). Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB bzw. GIBflex ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-M-1474	
1003325	
1008371	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan. Einspruch gegen die Regionalplanung</p> <p>ich lehne den Regionalplanentwurf ab und erhebe hiermit Einspruch gegen die Regionalplanung aus folgenden Gründen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Lebensqualität für mich und meine Familie wird durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und entspricht damit einer Gesundheitsgefährdung.</li> <li>2. Die Planung K_PUL_BM_Schiene_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler mit einer geplanten Trassenführung durch ein Wohngebiet birgt große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg. Der jetzige Fahrradweg zur Schule würde wegfallen, bereits jetzt ist die Straße zu schmal für alle Schüler, ohne Fahrradweg und Fußgängerweg sehe ich Gefahr für viele Unfälle.</li> <li>3. Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem ?Masterplan Stadtnatur? des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.</li> <li>4. Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.</li> </ol> <p>[...]</p> <p>6.In Zeiten von zunehmender E-Mobilität bzw. Antrieb durch Wasserstoff kommt die Planung einer Straßenbahn einem Rückschritt ins Postkutschenzeitalter gleich.</p> <p>7. Außerdem ist nicht überprüft worden, ob der Bedarf für die weiter auswärts gelegenen Ortschaften in Zeiten des Strukturwandels überhaupt noch gegeben ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

1008373	
<b>Inhalt</b> 8. Nicht Bocklemünd sondern Weiden West sollte mit einer höheren Taktung an Bussen ausgebaut werden.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-M-1475

1003332

1007094\_001

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich Einspruch gegen das geplante Gewerbegebiet in Erkelenz Neuhaus.

Es ist ein kleines Dorf mit Flüchtlingsunterkünften und mehreren Einfamilienhäusern es passt da kein Gewerbegebiet hin weil es die Lebensqualität der Bewohner erheblich einschränken würde. Es passt optisch als auch Gesundheitlich nicht zu Neuhaus da Neuhaus schon durch die Anliegende Autobahn und die Grünannahmestelle stark beeinträchtigt wird. Ich hoffe mein Anliegen kann dazu beitragen einen anderen Standort für das geplante Gewerbegebiet zu finden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1477

1003329

1007745

#### Inhalt

Betreff: Stellungnahme zum Regionalplan-Entwurf "Fläche R27" - Stellungnahme zum Regionalplan-Entwurf: Zum Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst - Widerspruch zum Plan der Stadt auf Umwidmung in ein Gewerbegebiet

Hiermit möchte ich zum Plan der Stadt Bergisch Gladbach, das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L 358), das laut dem Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung ?Waldfläche? ist, als Gewerbegebiet (?Fläche R27?) auszuweisen, wie folgt Stellung nehmen:

1. Das besagte Waldstück entlang der Brüderstraße ist im erst kürzlich verabschiedeten Flächennutzungsplan 2035 (FNP) als Waldfläche gekennzeichnet. Diese Entscheidung der Stadt wurde nach einer langen und in der Öffentlichkeit intensiv geführten Diskussionen getroffen; im aktuell geltenden FNP ist das Waldgebiet Brüderstraße nord-östlich der AS Bensberg als ?W III B? gekennzeichnet.

[Abb. StnID 1007745\_1]

Ich verstehe nicht, warum diese Wertung der Stadt nach nur kurzer Zeit ins Gegenteil verkehrt werden soll.

2. Die Umwidmung des Waldgebiets Brüderstraße widerspricht der Bedeutung des Waldes für den unstreitig bereits stattfindenden Klimawandel. Eine Zerstörung des Waldes und des Feuchtgebietes würde riesige Mengen gebundenes CO2 freigeben.

3. Das Waldgebiet Brüderstraße ist angesichts zunehmender Extremwetter-Ereignisse von fundamentaler Bedeutung.

4. Das Waldstück Brüderstraße ist als Hochwasser- und Überschwemmungsschutz unverzichtbar. Dies gilt insbesondere angesichts des hohen Grundwasserspiegels in Frankenforst und die prognostiziert steigenden Niederschlags- bzw. Starkregensmengen.

5. Die Waldflächen entlang der A4 sind von zentraler Bedeutung für den Lebensraum Frankenforst ? für Mensch, Tier- und Pflanzenarten

6. Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt in unmittelbarer Nähe zum FFH-Gebiet Königsforst und hat damit eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und dem Biotopverbund.

7. Es gibt im Waldstück Brüderstraße zwei stark gefährdete Fledermausarten, nämlich die stark gefährdete Mückenfledermaus sowie ebenfalls gefährdete

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

Zwergfledermaus.

8. Das Waldstück Brüderstraße ist als Lärmschutz zwingend erforderlich für die angrenzende Wohnbebauung.

9. Das Waldgebiet Brüderstraße ist nach dem Lärmaktionsplan 2022 der Stadt Bergisch Gladbach städtischer Rückzugsort und dient der Erholung und zur Freizeitgestaltung vor Ort.

10. Das Waldgebiet Brüderstraße ist ein wesentlicher Bestandteil des Netzes von Flächen für die Frischluftversorgung von Bergisch Gladbach.

11. Es gibt, insbesondere nach der Insolvenz der Zanders-Werke in der Stadt hinreichend viele, jetzt erst frei gewordenen Gewerbeflächen.

Fazit: Ich habe große Zweifel, dass der wirtschaftliche Nutzen dieses Projekts rechtfertigt, hier derart in das Ökosystem einzugreifen, nachdem das Ausmaß des Klimawandels durch Starkregen, Hitzewellen, etc. noch nicht ansatzweise absehbar ist und die wirtschaftlich schwerwiegenden Folgen für die Region unbestreitbar sind. Es enttäuscht mich, dass die Stadt Bergisch Gladbach die soziale und insbesondere die ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit ökonomischen Begierden unterordnet. Ich fordere daher, dass im Regionalplan das Waldstück entlang der Brüderstraße als Wald erhalten bleibt.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1007745.pdf](#)

**Inhalt**

Hiermit möchte ich die Möglichkeit nutzen, zur Neuauftellung des Regionalplans Köln Stellung zu nehmen (Zeichnerischer Teil der Planunterlage). Im Raum Köln-West in den Randbereichen von Widdersdorf-Süd und Lövenich sind bereits Erweiterungen des ASB eingeplant. In diesem Zuge möchte ich darauf hinweisen, dass auch im Osten von Widdersdorf im Bereich um den [ANONYMISIERT] am Freimersdorfer Weg, Handlungsbedarf besteht, den ASB anzupassen.

Im Detail handelt es sich um das Grundstück [ANONYMISIERT] und die umliegenden hofnahen Flurstücke [ANONYMISIERT] sowie ein Streifen am Ortsrand zu Widdersdorf-Ost.

Folgende Flurstücke sollten als ?ASB? ausgewiesen werden (Grundbuch von Lövenich, Amtsgericht Köln)

- Flurstücke [ANONYMISIERT] (Hoffläche)
- Flurstücke [ANONYMISIERT] (Tennishalle und Tennisplätze)
- Flurstück [ANONYMISIERT] (Hof-nahe Fläche)
- Flurstück [ANONYMISIERT] (Nachbarfläche zu Widdersdorf)

Als Eigentümer des [ANONYMISIERT] kümmere ich mich bereits in 4. Generation um den Erhalt der denkmalgeschützten Hofstätte, die den landwirtschaftlich geprägten Ortsteil maßgeblich prägt. Wir teilen das Anliegen der Bezirksregierung, den strukturellen Änderungen der letzten Jahrzehnte gerecht zu werden und die Bewirtschaftung und Nutzung der Flächen auch in der Zukunft sicherzustellen. Wünschenswert wäre daher der planerische Miteinbezug unserer Interessen zur Neuauftellung des Regionalplans und der einhergehenden Anpassung des ASBs.

Aktuell gibt es den Zielkonflikt, dass der Hof einerseits planungstechnisch dem ?Außenbereich? zugeordnet ist, aber de facto bereits von Bebauungsplänen auf beiden Seiten eingeschlossen ist. (Golfplatz und Baugebiet Widdersdorf-Ost). Selbst das Ortseingangsschild von Köln-Widdersdorf, welches bereits seit Jahren vor dem Hof in Richtung Köln-Bocklemünd steht, lässt darauf hindeuten, dass es sich um ein innerörtliches Grundstück handelt, was allerdings laut Regionalplan sowie Bebauungsplan nicht der Fall ist. Die Einstufung als Außenbereich hat als Folge, dass nur sehr begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten für den Hof und die umliegenden Flächen bestehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.



Auf dem [ANONYMISIERT] beschränken sich die landwirtschaftlichen Aktivitäten inzwischen auf den hobbymäßigen Anbau von Obst und Gemüse und die kleinteilige Geflügelhaltung. Aus wirtschaftlicher Sicht, bedingt durch den Strukturwandel im Kölner Westen, ist es nicht mehr möglich, den Hof durch rein landwirtschaftliche Einkünfte zu erhalten.

Unser Konzept sieht es vor, dass sich die Hofstätte auch ohne die Bewirtschaftung von signifikanter landwirtschaftlicher Fläche trägt. Dazu sollen nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten geschaffen werden, die den landwirtschaftlichen Charakter der Umgebung aufgreifen und untermalen. Zudem wollen wir die Anforderungen der lokalen Mitbürger in Köln-Widdersdorf miteinbeziehen.

Geplant ist eine Kombination von Wohnen, Sport, Kultur- und Freizeitangeboten, die auch die Partizipation der lokalen Bevölkerung an den Angeboten ermöglicht. Um dies umzusetzen, besteht über die kommenden Jahre Handlungsbedarf. Gewisse Teile der Hofstätte, sowie die dahinterliegenden Sportstätten (Tennishalle, Tennisplätze, Gymnastikhalle) müssen grundlegend saniert werden. Diese Investitionen sind notwendig, damit sich die denkmalgeschützte Anlage auch über die kommenden Jahrzehnte selber tragen kann.

Denkbar für eine zukunftsgerichtete Entwicklung wären folgende Angebote, die allesamt nur durch die Miteinbeziehung der Flächen in den ASB umsetzbar wären:

- Modernisierung und Ausbau des im Hofkomplex vorhandenen Sport- und Freizeitangebots. Wir sehen eine hohe Nachfrage der stark gewachsenen Bevölkerung in Widdersdorf für solche Angebote. Gleichzeitig sollte das Angebot den Ansprüchen an moderne Sportstätten gerecht werden und im Wettbewerb mit anderen Angeboten in der Umgebung bestehen können.
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Kultur und Unterhaltung. In Widdersdorf und Umgebung gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten für Künstler und Kulturschaffende. Uns erreichen regelmäßig Anfragen von Künstlern nach Raum für kreative Tätigkeiten sowie von Galerien, die nicht erfüllt werden können. Der Hof bietet hier ein enormes Potenzial.
- Möglichkeit des Ausbaus der Scheune zur Vermietung für Veranstaltungen und als "Konzert-Scheune"
- Schaffung von attraktivem Wohnraum mit ländlichem Charakter
- Einrichtung eines "Co-working space" für Menschen aus der Umgebung, die kein eigenes Homeoffice haben, oder junge Unternehmen
- Einrichtung von Räumen zur Kinderbetreuung
- Angebot der gemeinsamen Nutzung der bestehenden Obstwiesen und Gemüseärten für die Hof-Anwohner und Dorfgemeinschaft in Form eines Vereins. Ein solches Modell ist auf einem Feld zwischen Widdersdorf und Lövenich bereits erfolgreich im Einsatz und könnte daher auch auf dem [ANONYMISIERT] zum Einsatz kommen.

Diese Möglichkeiten stünden über das oben bereits genannte hinaus im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen des Regionalplans:

- Erhaltung der denkmalgeschützten Hofstätte mit ihrem ländlichen Charakter, inkl. der Streuobstwiesen, der Baumschule und anliegenden Sportstätten.
- Zudem sähe die weitere Nutzung der hofnahen Flächen eine vorwiegend landwirtschaftliche Nutzung mit der traditionell auf dem Hof ansässigen Obst- und Gemüseanbau vor. Diese könnte in Form eines Garten-Vereins weiterleben.
- Der Bereich um den Hof ist schon jetzt eingeschlossen zwischen zwei Bebauungsplänen (Golfplatz auf der östlichen Seite und Siedlung Widdersdorf Ost im Westen des Hofes). Somit wäre durch die Ausweisung als ASB dem Ziel (Z2) der Vermeidung von weiterer Zersiedelung Rechnung getragen, da hier lediglich eine Lücke geschlossen würde.
- Diese Änderung stünde auch nicht mit dem Grundsatz G32 in Konflikt, da lediglich landwirtschaftliche Nutzflächen unwesentlicher Größe zu ASB umgewidmet werden sollten.

Der Stellungnahme sind folgende Anlagen beigefügt um die Situation anhand der Pläne zu erläutern:

**Anlage 01: Aktueller Planungsstand Bereiche um Köln-Widdersdorf**

- Diese Übersicht enthält den Ausschnitt aus der zeichnerischen Planunterlage für Köln und den Rhein-Erft-Kreis, um die Lage des betreffenden Gebietes aufzuzeigen [s. Anhang Abb. StnID 1007634\_1].

**Anlage 02: Detailausschnitt inkl. Markierung mit Vorschlag für Änderungen am ASB**

- Die Karte enthält einen vergrößerten Ausschnitt von Anlage 01. In Gelb wurden die vorgeschlagenen Änderungen bzw. konkreten Erweiterungen des ASB von Widdersdorf in Richtung Osten eingetragen.  
Zum einen handelt es sich um einen Streifen entlang der derzeitigen Bebauungsgrenze von Widdersdorf-Ost. Es wäre zu befürworten, dass hier mit minimalem Aufwand der Ortsteil um eine Reihe von Häusern leicht vergrößert und somit Wohnraum geschaffen werden könnte, ohne das Ensemble des [ANONYMISIERT] und seiner rückwärtigen Freifläche zu beeinträchtigen.  
Zum anderen handelt es sich um die angrenzenden Flächen des [ANONYMISIERT], der Sportstätten, sowie der hofnahen Flurstücke, die in dieser Stellungnahme (s.o.) beschrieben wurden [s. Anhang Abb. StnID 1007634\_2].

**Anlage 03:** [ANONYMISIERT]

**Anlage 04:** [ANONYMISIERT]

Ich hoffe, dass meine Anregungen und Impulse aus dieser Stellungnahme für die Neuaufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden können. Durch die Umwidmung der Flächen in ASB werden den Anwohnern von und über Widdersdorf hinaus neue Möglichkeiten gegeben, das Landleben in der Region mitzugestalten.

Bei weiteren Fragen stehe ich gern zur Verfügung!

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb. ID1007634\\_1.pdf](#)

[Abb. ID1007634\\_2.pdf](#)

**Inhalt**

I. Keine Einstufung des Bonner Hafens als ?landesbedeutsamer Hafen?  
 Textlicher Teil der Planunterlagen Seite 140 im textlichen Teil zur Neuauaufstellung des Regionalplans Köln (Regio Bonn) ?Landesbedeutsame Häfen sichern?  
 Ich wende mich gegen die Einstufung des Bonner Hafens in Graurheindorf als vollwertigen Hafen bzw. als landesbedeutsamen Hafen.

1. Der Bonner Hafen erfüllt die Voraussetzungen eines Hafens nicht Lt. Wikipedia [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hafen\\_Bonn](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hafen_Bonn) gehört der Bonner Hafen ?mit 65000 Quadratmetern zu den kleineren Häfen entlang des Rheins?. Der Hafentyp wird mit ?Länden? angegeben. Diese Bezeichnung ist auch sachgerecht. Beim Bonner Hafen handelt es sich tatsächlich nur um einen Anlandeplatz am Rhein und damit um die ?einfachste Form eines Binnenhafens?. <https://de.m.wikipedia.org/wiki/L%C3%A4nde> Eine Hafengebühr/ein Hafengeld wird nicht erhoben. Einer bloßen Anlandestelle die Funktion eines ?landesbedeutsamen Hafens? zuzuschreiben, ist völlig übertrieben und verbietet sich von daher.

2. Flächenverfügbarkeit Keine! Der sog. landesbedeutsame Bonner Hafen befindet sich in einer prekären Lage. Er besitzt keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten. Freie Flächen stehen weder im Hafen noch in der unmittelbaren Umgebung des Hafens zur Verfügung. Ein Wohngebiet umschließt das Gelände vollständig. Um eine Umladestelle zu errichten, musste die BHB GmbH bereits in den Rhein-Sieg Kreis ausweichen. Am Zehnhoff Söns/Bonner Hafen GmbH Verwaltung und Zentrallager Bornheim Logistikzentrum Bornheim Marie-Curie-Strasse 2-10 5332 Bornheim <https://azs-group.com/de/unternehmensgruppe/verwaltung-und-zentrallager-bornheim>

3. Standortpolitische Bedeutung Gegen die standortpolitische Bedeutung des Bonner Hafens spricht, dass er nicht der einzige Hafen im Umkreis von 100 Kilometer ist. Im nahegelegenen Köln befinden sich gleich mehrere deutlich leistungsfähigere Häfen. Sie erfüllen (im Gegensatz zu Bonn) sämtliche Anforderungen, um als landesbedeutsame Häfen anerkannt zu werden.

4. Infrastruktur Ein Modal Split von Hafen und Schiene bzw. Schiene-Hafen hinterlandverkehr ist nicht möglich. Der Graurheindorfer Hafen besaß in früheren Zeiten eine Schienenanbindung. Sie wurde aufgegeben und kann auch nicht mehr eingerichtet werden. Den Bau einer Ortsumgehung über den Lausacker hat die Kommunalpolitik seinerzeit verhindert. Und ein Schulneubau am Wendehammer

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung als landesbedeutsamer Hafen ist sachgerecht. Im Regionalplan werden solche Häfen als landesbedeutsame Häfen festgelegt, die im Ziel 8.1-9 LEP NRW in Verbindung mit dem Wasserstraßen-, Hafen und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen als landesbedeutsam eingestuft worden sind (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).

Herseler Straße sollte wohl vollendete Fakten schaffen. Ein Verlagerungspotenzial auf die Schiene wäre für einen ?landesbedeutsamen Hafen? gerade in Zeiten des Klimawandels unabdingbar. In Bonn findet aber nur reiner Straßenumschlag per Diesel-Lkw statt. Ein modernes Binnenschiff verursacht 140 -150 LKW-Fahrten.

5. Nutzungskonflikte Es bestehen gravierende Nutzungskonflikte. Die Anfahrt zum Hafen ist nur mithilfe einer Durchquerung von Wohngebieten entlang der Werft- und Herseler Straße möglich. Gegen den Planfeststellungsbeschluss aus 2009 (s. u.) verstößend werden auch die Straßen ?An der Josefshöhe? und Kölnstraße befahren. Zu den Nutzungskonflikten im Stadtteil Graurheindorf: Dat Blättche ? Nachrichten aus Auerberg und Graurheindorf Frühjahr 2008 [https://www.bonn-auerberg.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Dat\\_Blaettche/ DatBlaettche\\_Ausgabe039\\_2008\\_01\\_Fruehjahr.pdf](https://www.bonn-auerberg.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Dat_Blaettche/ DatBlaettche_Ausgabe039_2008_01_Fruehjahr.pdf) "Kleine Lösung" bei der Entlastungsstraße - weiterer Hafenausbau geplant? Seite 1-3 ?- Nach dem Gutachten zum Planfeststellungsverfahren werden dazu täglich bis zu 700 LKWBewegungen (tags und nachts) erforderlich sein. Außerdem rechnet man mit täglich 150 sonstigen PKW-Bewegungen. Bezogen auf 1 Jahr bei 240 Arbeitstagen werden 204.000 Fahrzeugbewegungen mit steigender Tendenz zu befürchten sein. - Die Beeinträchtigung der Anwohner hinsichtlich der Lärm- und Schadstoffimmissionen ist enorm. Auch das Unfallrisiko wird bei dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen erheblich zunehmen. Zudem die Berufsschulen an der Herseler Straße und die Jahnschule an der Kreuzung Josefshöhe von dem Verkehr berührt werden. Eine geänderte Vorfahrtsregelung soll die Ein- und Ausfahrt zum Hafen erleichtern. Die Festlegung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h soll den Verkehrslärm mindern. - Eines scheint jetzt schon vorprogrammiert zu sein: Tägliches Verkehrschaos und -Staus werden die Regel werden. Die Zufahrt zur Estermannstraße über die Römerstraße oder Werftstraße wird für Anwohner erschwert...- Durch die Verlängerung der Spundwand wird das Fließwasser an dem Hafen vorbei an das Ufer des Unterdorfes geführt. Das aber könnte zu einer Verschärfung der Hochwassergefährdung führen. Die als Ausgleich vorgesehene Retentionsfläche wird vom Fließwasser des Rheins kaum erreicht werden können. - Zum Schluss noch einen Blick auf den Rhein. Der wird uns weitgehend durch ankernde Containerschiffe im linken Uferbereich verstellt. Frachtschiffe können nicht immer planmäßig fahren und zum festgelegten Zeitpunkt ankommen. Es ergibt sich zwangsmäßig, dass die Schiffe vor Graurheindorf ankern müssen, bis sie ent- oder beladen werden können... Der Lärm der rasselnden Ankerketten und der vermehrte Ausstoß von Schadstoffen aus den Schiffsmotoren, wird uns noch so manche schlaflose Nacht bescheren und uns gesundheitlich beeinträchtigen. Ein ?Bad Graurheindorf? wird es nicht geben, obwohl die Planer behaupten, durch die Vorsorgemaßnahmen wäre die zusätzliche Belastung der Umwelt kaum bemerkbar. Karl Dieter Stüve, Ortsausschuss Graurheindorf?

6. Verstoß der BHB GmbH gegen den Planfeststellungsbeschluss für die Optimierung der Hafenanlagen im Hafen Bonn 22. Juni 2009 541.16.2 (i. d. Anlage zu meiner Mail)

(Anlage 2)

Zitate aus dem 64-seitigen Planfeststellungsbeschluss ? und damit zum Sollzustand: Seite 11 und 12 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die Josefshöhe nicht). Auf der gesamten Betriebsfläche (Hafengelände) der Bonner Hafenbetriebe GmbH sind in der Nachtzeit (22:00 - 06:00 Uhr) Tätigkeiten, außer Belade- und Entladetätigkeiten mittels der beiden Containerbrücken nicht zulässig. Somit sind LKW- und Staplerbewegungen in den Nachtstunden (22:00 - 06:00 Uhr) nicht erlaubt. In dieser Betriebseinschränkung sind auch nächtliche Hafenein- und Hafenausfahrten mittels LKW oder Stapler eingeschlossen. Seite 31 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die Josefshöhe nicht). 4.1.1 Mensch ?Weiter ergibt sich zusätzlicher Verkehrslärm auf der Werftstraße und der Herseler Straße. ? ? Aufgrund der durch die Erweiterung der Container-Flächen größeren Verkehrsmengen ist im direkten Umfeld des Hafens mit einer Erhöhung der Luftschadstoffe zu rechnen. ? Seite 39 ?,so dass eine Planrechtfertigung für Kapazitätserhöhung auf 160.000 TEU gegeben ist?. Seite 47 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die (anonymisiert) nicht). ?5.4.1 Lärmschutz a. Anlagenbezogener Lärm

[Abbildung]

Betriebseinschränkung sind auch nächtliche Hafenein- und Hafenausfahrten mittels LKW oder Stapler eingeschlossen. ? Seite 48 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die Josefshöhe nicht). ?Der TÜV Rheinland führte auf der Basis der RLS-90 (Bericht-Nr.: 933/- 21206972/1) eine Berechnung der Verkehrslärmimmission bei Höchstgeschwindigkeit 30 km/h (PKW und LKW) auf der Werftstraße sowie Höchstgeschwindigkeit 30 km/h (nur für LKW) auf der Herseler Straße durch. Unter Zugrundelegung dieser Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h auf 30 km/h wird der Verkehrslärmpegel(s) um ca. 3 dB (A) vermindert. Dadurch wird die durch die zusätzlichen LKW-Bewegungen verursachte Erhöhung des Lärmpegels kompensiert bzw. überkompensiert. ? ?Die Stadt Bonn hat inzwischen folgende Höchstgeschwindigkeiten angeordnet: - Herseler Straße zwischen Werftstraße und BAB-Auffahrt Auerberg: 30 km/h für LKW ?Werftstraße zwischen Hafen und Herseler Straße: 30 km/h für alle motorisierten Verkehrsteilnehmer. Hierzu wird auf das Schreiben der Stadt Bonn vom 14.04.2009 verwiesen, dass Bestandteil der Planunterlagen unter Ziffer A 5 ist. ? Bezirksregierung Köln Planfeststellungsbeschluss für die Optimierung der Hafenanlagen im Hafen Bonn 22. Juni 2009 54.1.16.2 [www.brk.nrw.de](http://www.brk.nrw.de) Seite 49 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die (anonymisiert) nicht). ?5.4.2 Schadstoffbelastung Für die relevanten Straßenabschnitte der Verkehrsflächen in der Herseler Straße und Werftstraße (Abschnitt zwischen Herseler Straße und Römerstraße sowie Abschnitt zwischen Römerstraße und Karl-Legien-Straße) wurden Prognosen für die Immissionsbelastung durch die Luftschadstoffe Feinstaub PM10, Benzol und Stickstoffdioxid vorgenommen. Auf der Grundlage der Berechnungen, die mit den

verkehrsspezifischen Kenndaten durchgeführt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass im Umfeld der genannten Straßenabschnitte keine Grenzwertüberschreitungen bei den o. a. Luftschadstoffkomponenten auftreten werden. Diese Auffassung zur Luftqualitätssituation ist das LANUV nach Prüfung der Berechnungen gefolgt (s. E-Mail LANUV vom 04.08.2008).? Seite 47 Auf der gesamten Betriebsfläche (Hafengelände) der Bonner Hafenbetriebe GmbH (BHB GmbH) sind in der Nachtzeit (22:00 - 06:00 Uhr) Tätigkeiten, außer Belade- und Entladetätigkeiten mittels der beiden Containerbrücken nicht zulässig. Somit sind LKW- und Staplerbewegungen in den Nachtstunden (22:00 - 06:00 Uhr) nicht erlaubt. In dieser Betriebseinschränkung sind auch nächtliche Hafenein- und Hafenausfahrten mittels LKW oder Stapler eingeschlossen. Seite 58 bis Seite 60 (Anmerkung: Die Ausführungen zur Wertminderung berücksichtigen die (anonymisiert) nicht). ?7.2 Wertminderung der Grundstücke? ? eine enteignungsrechtliche Unzumutbarkeit liegt nicht vor, da die immissionsrechtliche Situation für die Betroffenen durch die Maßnahme nicht verschlechtert wird. Insbesondere wird der Verkehrslärmpegel unter Zugrundelegung der Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h auf 30 km/h um ca. 3 dB (A ) vermindert. Dadurch wird die durch die zusätzlichen Lkw-Bewegungen verursachte Erhöhung des Lärmpegels kompensiert bzw. überkompensiert. Auch werden die übrigen immissionsrechtlichen Grenzwerte - siehe oben - unter den mit diesem Beschluss verbundenen Nebenbestimmungen eingehalten.? Seite 60 und Seite 61 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die (anonymisiert) nicht). 7.3 Einzeleinwendungen ?Dabei beschränkt sich das Gebot der Bewältigung nicht allein auf unzumutbaren Lärm der Maßnahme; vielmehr ist als abwägungserheblicher Belang jede Lärmbelastung anzusehen, die nicht lediglich nur als geringfügig einzustufen ist. Hierunter fällt einmal die schwere und unerträgliche Lärmbetroffenheit i. S. der enteignungsgleichen Betroffenheit, weiterhin die unzumutbare Lärmbelastung, wie sie für Schutzaufgaben an den Vorhabenträger gem. § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG NRW Voraussetzung ist und schließlich der unterhalb der Zumutbarkeitsschwelle liegende, aber nicht unerhebliche Lärm (BVerwG, Urteil vom 29.01.1991 ? 4C 51.89).? Durch die in diesen Bescheid aufgenommenen Nebenbestimmungen (Ziffer A 6.29 und 6.30) sowie unter Zugrundelegung der von der Stadt Bonn mit Datum vom 27.01.2008 angeordneten Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h auf 30 km/h für LKW (Herseier Straße) bzw. für alle motorisierten Verkehrsteilnehmer in der Werftstraße wird der Verkehrslärmpegel um ca. 3 dB (A) vermindert. Dadurch wird die durch die zusätzlichen LKWBewegungen verursachte Erhöhung des Lärmpegels kompensiert bzw. überkompensiert. Eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Situation tritt somit nicht ein.? Seite 63 (Anmerkung: Die Ausführungen berücksichtigen die Josefshöhe nicht). ?Durch die von der Stadt Bonn angeordneten Geschwindigkeitsreduzierungen wird der Verkehrslärmpegel um ca. 3 dB (A) vermindert. Dadurch wird der durch die zusätzlichen LKWBewegungen verursachten Erhöhung Lärmpegels durch die Maßnahme wieder kompensiert bzw. überkompensiert.\* Eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Situation tritt somit nicht ein.? Soweit der Planfeststellungsbeschluss. Festzustellen bleibt: Im seinerzeitigen Planfeststellungsbeschluss wird die Straße (anonymisiert) an keiner

Stelle erwähnt. Ich habe seinerzeit keine Einwendung in Planfeststellungsverfahren formuliert, weil ich mich leider auf die ausgelegten Planunterlagen verlassen habe, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wurde: Der Hafenverkehr wird ausschließlich über die Werftstrasse, Herseler Str. und Autobahn abgewickelt. Ich fühle mich getäuscht! Die Stadt Bonn wäre (zumal als Miteigentümerin der Hafen GmbH) längst verpflichtet gewesen, Verstöße gegen den Planfeststellungsbeschluss zu unterbinden. Traurig ist: Beschwerden ignoriert die Stadt Bonn aktuell immer noch. Selbst eine Große Anfrage des Bürgerbunds blieb ohne Konsequenzen. Die Stadt ?als Miteigentümerin des Hafens? mauerte auch hier:<https://bonn-archiv.sitzung-online.de/public/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1156699.pdf>

Auszüge: Frage: ?Liegen der Verwaltung Erkenntnisse vor, wie sich die Verkehrsbelastung, insbesondere aber auch der LKW-Verkehr aus dem Bereich des Hafens auf diesem Straßenzug (Anmerkung: gemeint ist die Josefshöhe) verändert/erhöht hat?? ?Antwort: ?Der Verwaltung liegen keine Erkenntnisse über die Entwicklung der Verkehrsbelastung in diesem Bereich vor. Hierfür fehlen Verkehrserhebungsdaten.?<https://bonn-archiv.sitzung-online.de/public/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1157140.pdf>?Frage: ?Demnach muss eine beachtliche Steigerung und damit auch eine beachtliche Zunahme der LKW An- und Abtransporte stattgefunden haben. Die Fahrstrecke vom Hafen Bonn-Rheindorf Richtung Norden in die überwiegend mit Containern versorgten Industriegebiete von Wesseling und Köln-Süd sind über die Straße ?An der Josefshöhe? und L300 (Kölnstraße) von den Entfernungs-Kilometern, die für Spediteure wesentlich sind, kürzer als über eine Nutzung der Autobahnen 565 / 555 über den Anschluss Bonn-Auerberg.?<https://bonn-archiv.sitzung-online.de/public/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1158037.pdf> ?Antwort: ?Da für die Anzahl an Lkw-Fahrten keine exakten Daten vorliegen, teilte der Hafenbetreiber mit, dass eine Schätzung der Fahrten unter Berücksichtigung Abholungen/Anlieferungen bei Fremdterminals durchgeführt werden könne, indem die Anzahl der umgeschlagenen Container mit dem Faktor 1,7 gerechnet wird. Somit ergeben sich folgende Daten...??An der Lichtsignalanlage (LSA) (anonymisiert) liegen an den entsprechenden Haltelinien Schleifen für die Steuerung der LSA, mit denen die Grünzeiten der Zufahrten beeinflusst werden. Auch Zählungen zur Erfassung der Gesamtverkehrsbelastung können mit diesen Schleifen durchgeführt werden, jedoch ohne Unterscheidung zwischen Fahrzeugklassen/Gewichtsklassen.?<https://bonn-archiv.sitzung-online.de/public/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1158408.pdf> Und ein Zeitungsartikel des Bonner General-Anzeigers vom 28.02.2008 ?Bonner Hafen wird für zehn Millionen Euro ausgebaut? "Die Lkw-Bewegungen werden zunehmen." ?Allerdings gebe es entlang der gesamten Rheinschiene keinen Hafen, der besser an das öffentliche Straßennetz angebunden sei. Söns: "Denn bis zur Autobahn sind es nur 700 Meter. ?Die Stadt will dem Ruhebedürfnis der Anwohner dadurch Rechnung tragen, indem sie die Geschwindigkeitsbegrenzung für die Werft- und die Herseler Straße auf Tempo 30 verringert. ? (Anmerkung: ?Herr Söns? ist Teilhaber an der Hafen GmbH.) <https://ga.de/bonn/stadt-bonn/bonner-hafen-wird-fuer-zehn-millionen->



euroausgebaut\_aid-40260491?Peter Hawlitzky, Leiter des Kataster- und Vermessungsamtes, gibt an, dass es unter anderem geplant sei, das Tempo bis zur 700 Meter entfernten Autobahnauffahrt auf 30 Stundenkilometer zu reduzieren. So werde auch der Lärm geringer.? ?Gasten ärgert sich besonders über den "größeren Zusammenhang", in dem der Hafenausbau zu sehen sei." ?Wir kämpfen seit mehr als 30 Jahren für eine Umgehungsstraße. Und der Hafenausbau soll jetzt im Schnelldurchlauf durchgewunken werden noch bevor die Umgehungsstraße steht. So etwas kann ich nicht verstehen.?

Zusammenfassend lässt sich feststellen, der Hafenverkehr soll (über Werftstraße und Herseler Straße) auf die A565 geleitet werden. Zu den Stärken des Hafens gehört eigentlich, dass er über einen direkten Autobahnanschluss (quasi vor der eigenen Haustür) verfügt. Zu den Schwächen des Hafens zählt, ? dass er diesen (konträr zum Planfeststellungsbeschluss) völlig unzureichend nutzt ? um Kosten zu sparen. Die Situation der Wohnbevölkerung und der Kinder spielt dabei keine Rolle.? Müsste die Hafen GmbH Mautgebühren bezahlen, wäre sie wohl nicht mehr konkurrenzfähig.? Da ein Gleisanschluss fehlt und dieser nicht realisierbar ist, sind (im Gegensatz zu den Kölner Häfen) keine intermodalen Verknüpfungen zu den Seehäfen betr. den Containerverkehr möglich. Flächenpotenziale existieren nicht. Die Kölner Häfen wären dagegen in der Lage, den Bedarf im Bereich Containerumschlag der Region Köln/Bonn vollständig zu decken. Die Anwohner der Werft- und der Herseler Straße sollten lt. Planfeststellungsbeschluss mit zeitlichen Beschränkungen vor einer unzumutbaren Lärmbelastung geschützt werden. Der Hafenverkehr hält sich selbst dann nicht daran, wenn er abweichend vom Planfeststellungsbeschluss die Josefshöhe befährt und deren Anwohner belastet. Als Anwohnerin der Straße (anonymisiert)?, im reinen Wohngebiet, endet meine Nachtruhe bereits um 05:30 Uhr. Dann passieren die ersten Hafen-LKW mein Haus. Am Tag und in der Nacht bin ich Lärmwerten im Bereich der Enteignung ausgesetzt. Hafenverkehr findet aber auch am Wochenende statt. Vermutlich wird auch Gefahrgut vom Hafen durch mein reines Wohngebiet transportiert. Gefahrgut gehört auf die Autobahn und nicht in ein Wohngebiet mit Schulen und Kitas. Die Straße ?An der Josefshöhe? und die ?Kölnerstrasse? werden im Planfeststellungsbeschluss an KEINER Stelle genannt. Die Befahrung dieser Wohnstraßen zwecks Ersparnis von Mautgebühren stellt folglich einen Verstoß gegen den Planfeststellungsbeschluss dar. Die zwischenzeitlich errichtete Umladestation der BHB ist ebenfalls direkt über den Autobahnanschluss Bornheim-Hersel zu erreichen. Wie der Hafenbetreiber auf seiner Homepage sogar selbst ausführt: ?mit direktem Autobahnanschluss an die A555?. Die Einhaltung der Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses wird leider weder von der Kommune noch von der Bezirksregierung Köln überwacht.

7. Der Hauptkunde des Bonner Hafens befindet sich am Hafenstandort Köln Der Hauptkunde des Bonner Hafens ist ?LyondellBassell? in Köln.  
[https://www.lyondellbasell.com/globalassets/lyb-around-the-world/plant-sites/eai/wesseling/german/lyondellbasell\\_corporate-brochure.pdf](https://www.lyondellbasell.com/globalassets/lyb-around-the-world/plant-sites/eai/wesseling/german/lyondellbasell_corporate-brochure.pdf) Auch LyondellBasell/Wesseling ist über die Autobahn (A555) bestens zu erreichen. Die

Befahrung der Autobahn kostet halt Mautgebühren, die andere Unternehmen aber auch zahlen müssen. Die Bonner Hafenspedition möchte diese hohen Kosten offensichtlich nicht übernehmen. Güter, die für Köln bestimmt sind, in Bonn anzulanden und dann mit dem Lkw über Wohnstraßen (entlang der Autobahn) nach Köln zu befördern, weil so Kosten gespart werden können, darf nicht auch noch per Regionalplan alimentiert werden. Ich bezweifle, dass der Hafen ohne die Kölner Kundschaft, der es vermutlich einerlei ist, wie ihre Güter nach Köln transportiert werden, noch existieren würde. Bonn ist zudem kein klassischer Industriestandort. Die größten Arbeitgeber in Bonn sind die Telekom, die Post und die Postbank. Diese Unternehmen benötigen keine Hafenstruktur.

8. Der Bonner Hafen als Wirtschaftsunternehmen Die Stadt Bonn ist mit 49,00 % an der BHB GmbH beteiligt. Die Beteiligungsberichte der Stadt Bonn enthalten auch die Bilanzen. Sie sind auf der Homepage der Stadt Bonn abrufbar und liegen bis zum Jahr 2020 vor. Es ist den Bonner Bürgern nicht zuzumuten, Unternehmen mit Steuergeldern künstlich am Leben zu erhalten. Der kleine Bonner Hafen steht im Wettbewerb zu den Kölner Häfen. Er verfügt lediglich über eine Fläche von 65000 Quadratmetern. Im Vergleich dazu: ? Hafen Godorf: 3 Hafenbecken mit einer Wasserfläche von 192900 Quadratmetern und einer Landfläche von 170200 Quadratmetern. ? Hafen Niehl I: 4 Hafenbecken mit einer Wasserfläche 472700 Quadratmetern und einer Landfläche von 837300 Quadratmetern. Niehl I ist folglich mit einer Gesamtfläche von 1,4 Millionen Quadratmetern der flächenmäßig größte der Kölner Häfen. ? Hafen Niehl II: Wasserfläche 87900 Quadratmeter, Landfläche 59700 Quadratmeter. In einem Gutachten zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Binnenhäfen (im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr aus 2013) wird der Bonner Hafen nicht einmal erwähnt. [https://havens.binnenvaart.nl/component/docman/doc\\_download/121-studie\\_concurrentievermogen\\_duitse\\_binnenhavens?Itemid=](https://havens.binnenvaart.nl/component/docman/doc_download/121-studie_concurrentievermogen_duitse_binnenhavens?Itemid=) Seite 15: ?Von den 21 grundsätzlich für die Übernahme von Hub-Funktionen geeigneten Standorte erreichen 7 die höchste Bewertungsstufe A. ?Darunter ist auch Köln! Seite 15: ?Für diese 21 Häfen wird im Jahr 2025 ein wasser- und schienenseitiger Umschlag von bis zu 115 Mio. t im konventionellen Verkehr und von 11 Mio. TEU im Containerverkehr erwartet. Von den 115 Mio. t konventionellem Umschlag entfallen 75 Mio. t auf die 3 aufkommensstärksten Standorte Duisburg, Köln und Neuss-Düsseldorf. ? Und auf Seite 18: ?Die Standorte Braunschweig, Dörpen, Dortmund, Duisburg, Germersheim, Hannover, Köln, Krefeld, Magdeburg, Minden, Neuss-Düsseldorf und Nürnberg zeichnen sich durch sehr gute Flächenpotenziale aus. An den Standorten Köln, Krefeld, Minden und Neuss-Düsseldorf gibt es bereits konkrete Planungen zur Entwicklung der Potenzialflächen (in Köln der Ausbau des Hafens Godorf...)? Ich gehe davon aus, dass bei zu erwartendem Niedrigwasser eine reduzierte Containerlagigkeit auch in den kommenden Jahren den Ertrag des Bonner Hafens schmälern wird. Angepasste Binnenschiffe müssen erst gebaut werden. Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen und der Klimawandel werden die Wirtschaftlichkeit des Hafens weiterhin negativ beeinflussen. Hinzu kommen z. B. Einschränkungen bei den Betriebszeiten (aufgrund schutzwürdiger Anlieger). Duisburg und Köln sind

dagegen umsatzstarke und finanziell gesunde Häfen. Bundesstadt Bonn ?  
Beteiligungsbericht 2020 [https://www.bonn.de/medien-global/amt-20-und-21/beteiligungsbericht/Beteiligungsbericht\\_2020.pdf](https://www.bonn.de/medien-global/amt-20-und-21/beteiligungsbericht/Beteiligungsbericht_2020.pdf) <https://www.bonn.sitzung-online.de/vo020?1--attachments-expandedPanel-content-bodyrows-1-cells-2-cell-ink&VOLFDNR=2007041&refresh=false> Als Begründung zu den bescheidenen Finanzdaten der Bonner Hafenbetriebe wird ausgeführt: Seite 17 und Seite 110: ?Weitere Einzelrisiken, die sich durch größere Schadenshöhen oder hohe Erwartungswerte hervorheben, liegen unter anderem in einer drohenden Rückzahlung der Hafenförderung, sofern die Auflagen des Zuwendungsbescheids nicht erfüllt werden.? (Ebenso schon im Beteiligungsbericht 2019 auf Seite 66). Seite 266: ?Nach Einschätzungen der Logistikweisen wird erst Mitte 2022 das Niveau von 2019 für den Wirtschaftsbereich Logistik wieder erreicht sein.? Seite 269 ?Letztlich soll über eine marktgerechte Vermietung der Flächen und sonstige Hafeninfrastruktureinrichtungen eine höhere Wertschöpfung erfolgen. ?<https://www.bonn.sitzung-online.de/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc2299492.pdf>

9. Klimawandel Am 09.08.2022 fiel der Bonner Pegel auf 97 Zentimeter. Eine vierlagige Befahrbarkeit des Rheins mit Containern dürfte in Zeiten des Klimawandels nicht mehr möglich sein. Lt. einem Artikel des Bonner General-Anzeigers vom 22.08.2022 ?steht der Bonner Hafen ?erneut vor einem Desaster. Dort können Schiffe derzeit nur in geringem Ausmaß beladen werden, weil der niedrige Rheinpegel neue Rekorde bricht.? Wie geht man in der Region mit dem Thema um?? ?Die Am Zehnhoff-Söns-Group verneint die Frage danach ob aktuell Vorbereitungen auf mehr Niedrigwassertage getroffen werden ? obwohl sie gleichzeitig von ?dramatischen Folgen? in Situationen wie in diesem August spricht. Man berechne solche Szenarien ein, indem man in eine Kasse einzahle, die mögliche Folgen der zunehmenden Niedrigwasserlage im Rhein abfedern soll.?Spätestens bei vorhergesagten Temperaturen von 40 ? 45 Grad wird der Arbeitsschutz der Lkw-Fahrer greifen. Die Transportdauer von Gütern (ob auf dem Rhein oder auf der Straße) ließe sich nicht mehr verlässlich kalkulieren. Und die im Zeitungsartikel angesprochenen Zusatzkosten für den Schifftransport dürften eher den Güterverkehr auf der Schiene prosperieren lassen. Die Kasse für die Zusatzkosten bliebe leer. Und ein Hafen ohne Schienenanschluss wäre von vornherein abgehängt.

10. Hoch- und Niedrig-/Kleinwasser Die verheerende Hochwasserlage im Juli 2021 an der Ahr mit vielen Toten zeigte die Verwundbarkeit von Regionen. Aber auch das derzeitige Niedrigwasser des Rheins lässt Probleme nur zu deutlich werden: Pegelstand Bonn 101 cm am 21.08.2022 um 18:45 Uhr. Der Rhein verliert pro Jahr 1,2 Gigatonnen Wasser. 60% des Rheinwassers stammen aus den Alpen (aus Gletschern und Niederschlagswasser). Bei niedrigen Wasserständen kann weniger Fracht befördert werden. Ein Transport ist dann kaum wirtschaftlich darstellbar. Wirtschaftswoche vom 19.08.2022 (Ausgabe 34) Artikel ?Das schwierige Comeback?, Seite 44 ff. ?In Hitzeperioden werden wohl zukünftig nur noch sogenannte Schubboote eingesetzt werden können die Kapazitäten werden sinken. Dann wird die

Bahn einspringen müssen. Die Zukunft der Binnenschifffahrt ist fraglich. Ich vermisse Lösungen und Strategien. Die Klimaanfälligkeit der Ballungsgebiete ist hoch. Auch wenn keine perfekte Lösung existiert, so müssen doch Anstrengungen unternommen werden, um die Auswirkungen kleinzuhalten. Ein *laissez-faire* verbietet sich.

11. Mautgebühren Wie bereits ausgeführt: Lt. Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln aus 2009 hat der Hafenverkehr über Werftstraße und Herseler Straße den Autobahnanschluss der A565 ?Bonn-Auerberg? anzufahren. Eine Lkw-Maut auf Autobahnen existiert bereits seit dem Jahr 2005. Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss verstößt die Hafenspedition schon seit vielen Jahren. Die Route der Hafen-Lkw mit ihrer Containerladung führt durch die Auerberger Wohngebiete ?An der Josefshöhe? und ?Kölustraße? ? entlang und quasi in Sichtweite von A565 und A555. Ich gehe davon aus, dass diese Umfahrung der Autobahn der Ersparnis von Mautgebühren dienen soll. Die Kosten dürften beträchtlich sein. Kann sich die BHB GmbH diese Bereits zum 01.01.2023 wird eine neuerliche Mauterhöhung angekündigt. Ein Hafen, dessen Wettbewerbsfähigkeit nur dann gewährleistet ist, wenn Mautgebühren nicht gezahlt werden, qualifiziert sich nicht als landesbedeutsamer Hafen.

12. Schwergut- und Gefahrguttransporte Die umliegenden Straßen weisen eine dichte Wohnbebauung auf. Zudem befinden sich etliche soziale Einrichtungen in unmittelbarer Nähe des Hafens: 1. Jahnschule (Grundschule) 2. Heinrich-Hertz-Berufskolleg 3. Kita Rheindorfer Burg 4. Hedwigschule (Hauptschule) 5. Seniorenheim Josefshöhe 6. Josefinum (Realschule und Gymnasium) Schwergut- und Gefahrguttransporte sind in Wohngebieten (mit einer hohen Anzahl an sozialen Einrichtungen) fehl am Platz.

13. Wasserstoffherzeugung im Hafen Bonn In einer aktuellen Mitteilungsvorlage zum Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Bonn GmbH (SWB) wird ausgeführt, der Hafen soll zukünftig als ?Infrastrukturknotenpunkt für Wasserstoff? eine ?Schlüsselrolle? einnehmen. ?So lässt die EnW die Möglichkeit der Wasserstoffherzeugung sowie die Errichtung einer Wasserstofftankstelle am Bonner Hafen 2022 mittels einer Machbarkeitsstudie prüfen.? ?Neben der Frage der Herstellung und Beschaffung von Wasserstoff werden auch Transportoptionen untersucht. Dafür könnte der Bonner Hafen als Infrastrukturknotenpunkt für Wasserstoff eine Schlüsselrolle einnehmen. Im Jahr 2022 wird die Analyse zur Erzeugung, Verteilung und Anwendung von Wasserstoff an diesen drei Standorten vertieft.? Die Erzeugung von Wasserstoff und das Betreiben einer Tankstelle sind (ich gehe auch von einer Nutzung durch Externe aus) keine hafenbezogenen Aufgaben. Sie würde einen erheblichen Anteil des klein dimensionierten Hafengeländes beanspruchen. Diese Vorgehensweise der Stadt Bonn käme einer Nutzungsänderung gleich. Der Hafen verlöre seine Hafenfunktion. Zudem geht die Wasserstoffherzeugung nicht aus dem Regionalplan hervor. Das Planfeststellungsverfahren aus 2009 enthielt diesbezüglich ebenfalls keine Angaben. Die Errichtung und der Betrieb von Elektrolyseuren zur Wasserstoffherzeugung verbieten sich am Standort Bonn. Die Rahmenbedingungen bei der Planung und Genehmigung solcher Anlagen sind nicht gegeben. § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB setzt

?Ortsgebundenheit? voraus. Eine in der Nähe befindliche Anlage zur Stromerzeugung oder zur Speicherung wäre zwingend erforderlich ? ist am Standort Graurheindorf aber nicht gegeben. Ein Windpark existiert ebenfalls nicht. Elektrolyseure sind zudem nicht hafenimmanent ? zumal (lt. KPMG: ?aus wirtschaftlichen Bedenken?) wasserstoffgetriebene Binnenschiffe es bislang nicht über den Status von Pilotprojekten hinausgebracht haben. In der Schifffahrt wird weiterhin Flüssigerdgas (LNG) als Antrieb favorisiert. Der Hafen ist (wie bereits ausgeführt) von Wohngebieten und sozialen Einrichtungen umgeben. In unmittelbarer Nähe befinden sich (neben der Wohnbevölkerung) eine Grundschule, eine Kita und eine Berufsschule. Ein solches Vorhaben dürfte immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsfähig sein. Platz für eine Erweiterung des Hafengeländes ist, wie bereits ausgeführt, am Standort Bonn nicht vorhanden.

14. Lärmbelastung, Luftbelastung/Staubentwicklung, Erschütterungen Die Regionalplanung vergisst das Schutzgut Mensch. Der Bonner Hafen liegt in einem schutzwürdigen Bereich. Ein landesbedeutsamer Hafen sollte überdies alle umweltrechtlichen Vorgaben einhalten. Obwohl mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind, werden keine Daten erhoben. Eine Berücksichtigung im Umweltbericht zum Regionalplan Köln findet ebenfalls nicht statt. Der Green Deal der EU sieht u. a. die Verbesserung der Luftqualität vor (um die Zahl der durch Schadstoffe in der Luft verursachten vorzeitigen Todesfälle um 55 % zu verringern), sowie die Reduktion der Lärmbelastung (um die Zahl der Menschen, die unter einer chronischen Belastung durch Verkehrslärm leiden, um 30% zu verringern). Weiterhin lassen die Luftqualitätsleitlinien 2021 der WHO eine drastische Absenkung der Grenzwerte zu PM<sub>2,5</sub>, NO<sub>2</sub> und O<sub>3</sub> erwarten. <https://apps.who.int/iris/handle/10665/345329>  
<https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/345329/9789240034228-eng.pdf?sequence=1&isAllowed=y> Mangels Schienenanschluss bestehen keine Verlagerungspotenziale von der Straße auf die Schiene. Der Bonner Hafen wird mit seiner Flotte an Diesel-Lkw die absehbar schärferen Umweltvorgaben nicht einhalten können. Ein Hafen ohne Gleisanschluss befindet sich zudem in einer Kostenspirale, da ein Wachstum des Containerumschlags zwangsläufig mit einem Wachstum der Lkw-Flotte einhergeht. Die teure Umrüstung (falls überhaupt möglich) auf emissionsarme Motoren würde einen erheblichen Rentabilitätsverlust bedingen. Dem Steuerzahler ist es nicht zumutbar, prekäre Wirtschaftsunternehmen zu subventionieren. Die Neuaufstellung des vorgelegten Regionalplans ist insoweit überholt, als sie absehbare Entwicklungen im Bereich des Umweltrechts nicht berücksichtigt. 15. Kaltluft Heiß, heißer, Bonn! Der Hafen mit seinem Gebirge aus Containern stellt eine Beeinträchtigung der Kaltluftströme in Richtung Auerberg und Tannenbusch dar. Die A 565 ist ein weiterer Hitze-Hotspot. [https://www.bonn.de/medien-global/amt-67/klimaschutz/Klimaanalysekarte\\_Tag.pdf](https://www.bonn.de/medien-global/amt-67/klimaschutz/Klimaanalysekarte_Tag.pdf) Die aktuelle Hitze- und Dürreperiode verdeutlicht die hohe Relevanz von Kaltluftströmungen. Jeder Eingriff bedeutet eine Zunahme von Hitzetoten. 16. Städtebauliche Umnutzung Nicht jede größere Stadt in NRW besitzt einen Hafen. Bonn gehört zu den Städten, deren

Wachstum vorrangig die Ausweisung von Wohngebieten erfordert. Eine städtebauliche Umnutzung des Hafens für Wohnzwecke und evtl. nicht störendes Gewerbe würde die vernachlässigten Stadtteile im Bonner Norden (Auerberg und Graurheindorf) aufwerten. Die Freigabe der Hafenflächen zur Stadtentwicklung wäre die bessere Option. Die gravierenden Defizite bei Infrastruktur und Leistungsfähigkeit sprechen gegen eine Anerkennung als ?landesbedeutsamer Hafen?. Nicht einmal die Mindestvoraussetzungen sind erfüllt. Die vorgelegte Regionalplanung verspricht: Die Bezirksregierung Köln formuliert als Antwort auf die wichtigsten Fragen zur Neuaufstellung der Regionalplanung unter der Fragestellung: ?Worum geht es?? [https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/experiencebuilder/template/?id=a0e76e7cbf3346a2a62f5a786d53bdba&page=page\\_13](https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/experiencebuilder/template/?id=a0e76e7cbf3346a2a62f5a786d53bdba&page=page_13) ?Seine Aufgabe ist es, die unterschiedlichen Raumnutzungen so anzuordnen, dass sie sich möglichst wenig stören und idealerweise sinnvoll ergänzen. Dabei auftretende Konflikte werden ausgeglichen.? Und auch die Einleitung (auf Seite 20) der ?Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021)? stellt auf die Konfliktvermeidung ab: Gemäß § 1 Abs. 1 ROG ist es Aufgabe der Raumordnung, den Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Dabei sind unterschiedliche Ansprüche an den Raum aufeinander abzustimmen, Konflikte auszugleichen und Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen des Raums zu treffen. Leitvorstellung bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist nach § 1 Abs. 2 ROG eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt.? Potentielle Konflikte sollen vermieden und vorhandene Konflikte nicht verschärft werden. Es sollen frühzeitig Lösungen für Nutzungskonflikte identifiziert werden: Seite 5: ?Zum anderen wird geprüft ob vorgesehene Planfestlegungen mit Beeinträchtigungspotenzial auf bestehende Wohnsiedlungsbereiche einwirken.? Seite 140 im textlichen Teil zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Regio Bonn) ?Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion als Güterumschlaghafen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.? Seite 141 Rn. 5 im textlichen Teil zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Regio Bonn) ?Im Rahmen der Fachplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung sind innerhalb der festgelegten landesbedeutsamen Güterumschlaghäfen Flächen für die Hafenanlagen- und einrichtungen vorzuhalten. Ihre Umschlagmöglichkeiten sind zu optimieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.? Erläuterungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Regio Bonn) Seite 143/Seite 144 ?Das Heranrücken von gegenüber Immissionen empfindlichen Nutzungen, die die Funktion der GIBz und Oberflächengewässer mit der Zweckbestimmung multimodaler Güterverkehr Wasser-Land und GIBz Güterumschlagplätze für den kombinierten Güterverkehr Schiene-Straße einschränken können, soll gemäß (G. 18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen durch entsprechende Schutzabstände ausgeschlossen werden.? Von einer ?wenig störenden? Raumnutzung des sog. Hafens kann ebenso wenig die Rede sein, wie von einem ?Ausgleich von Konflikten?. Beides findet (in Zusammenhang mit dem Bonner Hafen aktuell nicht statt. Seit etlichen Jahren sind tagtäglich und zunehmend gravierende Konflikte an der Tagesordnung, die der

?Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln v. 22. Juni 2009/54.1.16.2 mit seinen konkreten Vorgaben (zum Schutz der anliegenden Wohngebiete) eigentlich gerade verhindern wollte. Der Regionalplan zeigt keine Lösungswege auf, er verschärft bestehende Konflikte noch. Anträge: Ich beantrage, eine Änderung des Planentwurfs dahingehend vorzunehmen, den nicht zukunftsfähigen Bonner Mini-Hafen nicht in die Liste der ?landesbedeutsamen Häfen? aufzunehmen. Er erfüllt (im Gegensatz zu den Häfen: Köln-Niehl I, Köln-Niehl II und Köln-Godorf ) nicht einmal die Mindeststandards. Den Hafen auf Kosten von Wohngebieten zu ertüchtigen bzw. Lkw-Transporte der in Bonn angelandeten Hafencontainer zum Hafen- und Gewerbestandort Köln (abseits der im Planfeststellungsbeschluss von 2009 festgelegten Routen), sind rechtswidrig. Es liegen u. a. Verstöße gegen das Schutzgut Mensch und die menschliche Gesundheit sowie Klima und Luft vor. Häfen sollen die Straßen ja gerade vom Verkehr entlasten ? besonders in Zeiten des Klimawandels. Ich bitte die Bezirksregierung Köln dringend darum, die Stadt Bonn (auch in ihrer Funktion als Mitgesellschafterin des Hafens) anzuweisen, die Einhaltung des Planfeststellungsbeschlusses umgehend sicherzustellen. Die Hafenentwicklung halte ich für ausgeschlossen. Es bedürfte schon eines Standortwechsels in das Bonner Umland, damit ein vollwertiger, landesbedeutsamer und klimaschonender Hafen entstehen kann. Hilfsweise beantrage ich: ? Aktuelle Gutachten zum Bonner Hafen und zur Belastung umliegender Wohngebiete zu erstellen. Eine Prüfung, ob ?vorgesehene Planfestlegungen mit Beeinträchtigungspotenzial auf bestehende Wohnsiedlungsbereiche einwirken?, ist offensichtlich unterblieben. Ich beantrage, diese Prüfung durchzuführen. ? Das letzte (mir bekannte) Gutachten wurde im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsbeschluss v. 22. Juni 2009/54.1.16.2 erstellt. Ich bitte die Bezirksregierung Köln, einen Gutachter damit zu beauftragen, die Eignung des Bonner Hafens als ?landesbedeutsamer Hafen? zu beurteilen. Dabei ist der Bonner Hafen mit den Kölner Häfen in den Vergleich zu setzen und zu prüfen, in welchem Umfang Fracht für den Großraum Köln in Bonn angelandet wird, sowie die Anzahl der Lkw-Transporte mit Hafengut vom Hafen Bonn für die Region Köln zu bestimmen. ? Die wirtschaftliche Ertragsstärke des Hafens ist zu prüfen ? mit und ohne die städtische Beteiligung. ? Die Feststellungsbehörde sollte sich vor Ort ein Bild machen. Zu diesem Zweck ist eine Ortsbesichtigung (am Hafen und ?An der Josefshöhe?) durchzuführen. ? Daten zur Umweltverträglichkeit des Hafens sind zu erheben. Die Lärm-, Luft- und Staubbelastung (auf dem Hafengelände und in den angrenzenden Wohngebieten) ist zu begutachten. ?An der Josefshöhe? sind zusätzlich Erschütterungsmessungen durch den Schwergut- und Containertransport durchzuführen. Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Hafens ist zu errechnen. ? Alternative Nutzungen des Bonner Hafens sind zu prüfen, z. B. Wohnen und Arbeiten am Fluss.

[Anlage 2:]

Abb 1

**Anhänge**

<a href="#">Anhang des Planfeststellungsbeschlusses .pdf</a> <a href="#">Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Koeln vom 22.Juni.2009 .pdf</a>	
---	--



**Inhalt**

II. Belastung des südlichen Auerbergs mit Fluglärm vom Flugplatz Hangelar und fehlende luftrechtliche Genehmigung des bestehenden Hubschrauber-Sonderlandeplatzes

Seite 144 Textliche Festlegung 5.16 Flugplätze/Z34 Flugplätze sichern ?Bonn/Hangelar (St.Augustin) Seite 145 Textliche Festlegung G.61 ?Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen? 5.16 Flugplätze sichern Bonn/Hangelar (St. Augustin)

Die Bundespolizei beabsichtigt die luftrechtliche Genehmigung des bestehenden Hubschrauber-Sonderlandeplatzes in Sankt Augustin zu beantragen. In Bezug auf das Vorhaben hat die Bundespolizei im Jahr 2020 die Beratung über den Untersuchungsrahmen für den zu erstellenden UVP-Bericht nach § 15 UVPG bei der Bezirksregierung beantragt. Das sogenannte Scoping-Verfahren wurde nach Beteiligung der Träger öffentlicher Belange am 23.08.2021 abgeschlossen. Unstreitig ist, dass die Bundespolizei in der Lage sein muss, Einsatzflüge durchzuführen. Warum aber ein Hubschrauber-Sonderlandeplatz seit 1969 ohne luftrechtliche Genehmigung betrieben werden darf und (mit diesem ungenehmigten Status) im Rahmen eines Regionalplans gesichert werden soll, erschließt sich mir nicht. Zu klären gewesen wären, der Schutz vor Fluglärm, der Natur- und Landschaftsschutz, Erfordernisse des Städtebaus, die Eignung des Geländes, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Fragen der Raumordnung und Landesplanung. Diese Prüfung zugunsten der Fluglärm-Betroffenen fand offensichtlich nicht statt. Zudem wäre (lt. einem Urteil der EU) die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, ?die rechtswidrigen Folgen eines solchen Verstoßes zu beheben?. Dazu hat (meines Wissens nach) bislang keine Behörde informiert.

Da sich das Scoping-Verfahren nur auf ein Gebiet nördlich des Mondorfer Hafens und den nördlichen Zipfel der Estermannstraße in Grau-Rheindorf bezieht, wird Fluglärm-Betroffenen ? zu denen auch ich gehöre ? wiederholt der Fluglärmschutz versagt. Enden die Hubschrauberflüge etwa am nördlichen Zipfel der Estermannstraße? Mit Sicherheit nicht! Ansonsten wäre es in meinem Wohngebiet nicht so laut. Anscheinend sollen mal wieder (auf Veranlassung eines Trägers öffentlicher Belange) nur der nördliche Teil von Graurheindorf und der nördliche Teil des Auerbergs vor (Flug-) Lärm geschützt werden. Der nördliche Auerberg ist (im Gegensatz zum südlichen Auerberg) überdies kaum vom Fluglärm betroffen. Hubschrauberflüge finden im Bereich ?An der Josefshöhe? und ?Seehausstraße? bei jeder Tageszeit und auch an den Wochenenden statt. Die nahegelegene A565 dient dabei als Landmarke. Auf meine hohe Lärmbelastung habe ich bereits eingangs hingewiesen. Lt. einem Zeitungsartikel des Bonner General-Anzeigers vom 17.05.22 hat die Anzahl der Flugbewegungen sogar noch um 33 % zugenommen. Ich beantrage, den Hubschrauber-

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Flugplätze werden im Regionalplan entsprechend den Vorgaben des LEP NRW festgelegt, um sie langfristig für den Luftverkehr zu sichern. Dies schließt alle für die Flughafenaufbau erforderlichen Flächen mit ein. Der in Rede stehende Verkehrslandeplatz Bonn-Hangelar ist regionalbedeutsam. Die Festlegung als Vorranggebiet ist somit sachgerecht.

Sonderlandeplatz zum Flughafen Hangelar nicht in die Regionalplanung einzubeziehen, solange der Fluglärm im südlichen Auerberg nicht begutachtet und eine Lärmschutzregelung gefunden wurde. Wenn die Regionalplanung dazu dienen soll: ?Potentielle Konflikte sollen vermieden und vorhandene Konflikte nicht verschärft werden?, bitte ich die Bezirksregierung Köln darum, die Gesundheit der Bürger in den Fokus zu stellen, keine vollendeten Fakten zu schaffen und sich für die lärm betroffenen Bürger einzusetzen. I

**Inhalt****III. Nichtberücksichtigung der Fußgänger Textliche**

Fassung 5.1 Verkehrsinfrastruktur Unter 5.1.2 Radwegenetz G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln

Fast jeder Mensch ist Fußgänger. Dass die Fußgänger die Verlierer der Verkehrswende sind, belegt die Regionalplanung nur zu deutlich. Der Radverkehr wird in der textlichen Fassung gleich 46 x genannt. Der Einfluss des Adfc ist deutlich erkennbar. Die lobbyarmen Fußgänger (und damit auch die Schwerbehinderten, Senioren und Kleinkinder) wurden im vorgelegten Regionalplan dagegen komplett ausgespart. Ich bitte dies zu begründen. Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG: ?Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.?

Ich beantrage den Fußgängerverkehr dem Radverkehr gleichzustellen und eine ebenfalls ?qualitativ hochwertige? flächendeckende Infrastruktur auch für Fußgänger zu entwickeln. Bislang wird dem fließenden und dem ruhenden MIV, die mit Abstand größte Verkehrsfläche eingeräumt. Um den Autoverkehr zu schonen, müssen sich die Fußgänger die verbliebene Restfläche mit den Radfahrern teilen. Das führt zunehmend zu Konflikten. Verbesserungen sind dringend geboten. Beispiele: ? Fußgängern sind umwegfreie, komfortable, barrierefreie und möglichst beschattete Bürgersteige zur Verfügung zu stellen. ? Rad- und Fußverkehr sind getrennt zu führen. ? Bürgersteige sind von Parkplätzen freizuhalten. ? Die Mindestbreite der Bürgersteige sollte 2,50 m betragen. ? Tempo 30 ist innerorts flächendeckend einzuführen. ? Die Wartezeit auf die Grünphase dauert zu lange und die Räumzeit für Fußgänger ist zu kurz bemessen. Grüne Welle für Fußgänger. ? Die Anzahl der Querungsmöglichkeiten ist zu erhöhen. ? ÖPNV-Haltestellen müssen in die Fußwegeplanung einbezogen werden.

Der Klimawandel und die anstehende Verschärfung der Grenzwerte zur Luftreinhaltung (siehe den Green Deal der EU und die aktuellen WHO-Vorgaben) werden Einschnitte beim MIV bedingen. Derzeit hält nur eine einzige Messstation in Deutschland die WHO-Vorgaben zu PM 2,5 ein.

Antrag: Fußgängern sind gem. Art. 3 GG die gleichen Rechte einzuräumen wie dem MIV und dem Radverkehr. Wo Radschnellwege möglich sind, sollten auch Fußgängerboulevards ihren Platz finden.

Ich beantrage den Regionalplan um den Fußverkehr wie folgt zu ergänzen: Flächendeckende Fußgängerboulevards sind zu entwickeln. Die bestehenden Fußgängerwege sollen zu einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur für Fußgänger weiterentwickelt werden. Konflikte mit dem Radverkehr sind zu vermeiden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die angeregten Änderungen sind innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Spielräume umzusetzen.

Darüber hinaus wird auf G.50 *Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern* verwiesen.

IV. Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur nicht auf Kosten der Fußgänger und des Landschaftsschutzes entwickeln

Textliche Fassung 5.1 Verkehrsinfrastruktur Unter 5.1.2 Radwegenetz G.52

Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln Unstrittig sind Rad- und Fußgängerverkehr Teil der Verkehrswende. Sie helfen, dem Klimawandel zu begegnen und bedürfen der Förderung. Ich wende mich aber gegen eine Förderung des Radverkehrs auf Kosten der Fußgänger sowie des Landschaftsschutzes. In der rechtsrheinischen (Beueler) Rheinaue wurden leider vollendete Tatsachen geschaffen. Der Adfc (als starke Lobby der Radfahrer) konnte seine Wünsche ? im Gegensatz zu den lobbyarmen Fußgängern ? durchsetzen. Die Belange der vulnerablen Gruppen wurden nicht gehört. In der linksrheinischen (Bonner) Rheinaue droht sich das Debakel zu verdoppeln. Schon im Oktober sind neuerliche Rodungen zur Errichtung einer weiteren Radschnellroute in einem denkmalgeschützten Landschaftsschutzgebiet möglich. Über Monate hat die Diskussion um die Radschnellrouten in der Bonner Rheinaue u. a. die Bezirksregierung Köln beschäftigt. Ich führe den Sachverhalt deshalb nicht weiter aus/setze ihn als bekannt voraus. Die Rheinauen werden nicht aus den Schlagzeilen kommen. Bonn verfügt über 2242 Straßen und Plätze. Fahrräder sind Fahrzeuge i. S. d. StVO. Die

autogerechte Stadt ist Politik von gestern für die Generation von morgen. Der MIV hat noch keinen Beitrag zur Minderung der Folgen des Klimawandels geleistet. Warum der Radverkehr nicht sicher über Bonner Straßen geführt werden kann, erschließt sich mir nicht. Anträge: Ich beantrage die Formulierungen im Regionalplan wie folgt anzupassen: Das bestehende regionale Radwegenetz soll erhalten und zu einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen Radverkehrsstruktur für den Alltags- und Freizeitverkehr weiterentwickelt werden. Planungen und Maßnahmen sollen die Belange des Fuß- und Radverkehrs gleichermaßen berücksichtigen. Fahrräder sind Fahrzeuge i.S. der StVO. Der Radverkehr soll vorrangig und sicher über vorhandene Straßen geführt werden. Eingriffe in den Natur- und Landschaftsschutz sind zu vermeiden.

**Inhalt**

V. Aufnahme des Landschaftsparks ?Rheinaue? im Landschaftsschutzgebiet ?Rheinufer? in die Erläuterungskarte B zum Regionalplan Köln (2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften) G 2 Bereiche mit klimatologischer Bedeutung sichern und entwickeln (Seite 45) Erläuterungskarte A1 (K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel Der denkmalgeschützte Landschaftspark Bonner Rheinaue im Landschaftsschutzgebiet ?Rheinufer? ist ein Wahrzeichen der Stadt Bonn und Kaltluftentstehungsgebiet In den textlichen Festlegungen ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? wird die Bonner/Beueler Rheinaue zwar erwähnt, aber leider nicht entsprechend ihrer Bedeutung gewichtet. Die Stadt Bonn erhielt seinerzeit immerhin öffentliche Fördergelder aus Mitteln der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel, um den Landschaftspark Rheinaue zu verwirklichen. Im Jahr 2017 wurde ihm dann sogar die Denkmaleigenschaft verliehen.

Siehe dazu das Gutachten zum ?Denkmalwert Rheinauenpark? (Bezirksregierung Köln Az: 35.4.16-02.91). Es findet sich in der Anlage zu dieser Mail. [Abbildung]

(Abb.)

(Anlage 3)

Der Denkmalwertes gem. § 2 DSchG NW wird (auf den Seiten 7- 11) wie folgt begründet:

?Der Rheinauenpark ist bedeutend für die Geschichte des Menschen, insbesondere für die Geschichte der Stadt Bonn und für die Geschichte der Bundesrepublik, für die Geschichte der Gartenarchitektur, der Gartenkunst, der Stadtbaugeschichte von Bonn und für die Geschichte der Kulturlandschaft am Rhein.? ?Der Park ist bedeutend für die Geschichte der Stadt Bonn und für die Geschichte der Bundesrepublik: Ab 1949 war Bonn provisorischer Sitz der Bundesregierung. Die Einrichtung der zentralen Regierungsorgane war durch Funktion und zweckmäßige Organisation bestimmt, ihre Unterbringung erfolgte überwiegend in vorhandenen Bauten, bewusst, auf jegliche Geste der Repräsentation verzichtend, zurückhaltend.?

Siehe dazu das Jahrbuch für Denkmalpflege, Autorinnen: Elke Janßen-Schnabel und Kerstin Walter DENKMALSCHUTZ FÜR DEN BONNER RHEINAUENPARK

?Denkmalwert des Rheinauenparks Der Rheinauenpark ist in seiner Konzeption aus Geländemodellierung, Struktur, Bewuchs, Auensee, den gebauten und gestalteten Elementen insgesamt, einschließlich der Architektur, der eingepassten Kunstwerke und der eingebundenen bestehenden baulichen Anlagen, ein Baudenkmal. Er ist ?

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche. Diese wurden auf der Grundlage des Fachbeitrags "Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln" vom Landschaftsverband Rheinland (LVR 2016) erarbeitet. Auf Grundlage einheitlicher Bewertungsmaßstäbe wurden unter Zusammenarbeit der LVR-Ämter der Bodendenkmalpflege und Denkmalpflege der Abteilung Landschaftliche Kulturpflege, dem Römisch-Germanisches Museum und der Archäologische Denkmalpflege der Stadt Köln die Regionalbedeutsamen Kulturlandschaften und Archäologischen Bereiche für den gesamten Regierungsbezirk Köln identifiziert. Die Fortschreibung der Daten findet fortlaufend auf dem Internetauftritt des LVR unter: <https://www.kuladig.de/> statt.

Eine Aktualisierung der vom LVR-erarbeiteten Daten in der Erläuterungskarte B 2 findet im Rahmen der 2. Offenlage auf Anregung des LVR (siehe StN-ID ID 1007977 und 1007901) statt. Darüberhinausgehende Informationen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

zwischen Wasser und städtischer Struktur ? eine in sich gestaltete Anlage, die planerisch in das Grünflächenkonzept der Stadt eingebunden ist. Innerhalb des ehem. Regierungsviertels ist der Park ein wichtiges Merkmal, bezogen auf die städtische Struktur ist er ? neben dem Kernbereich des Regierungsviertels mit den Sitzen der Bundesorgane, neben der Stadterweiterung des ausgehenden 19. Jahrhunderts entlang der Adenauerallee und neben den in sich geschlossenen reinen Wohngebieten (wie im Bereich Kurt-Schumacher-, Coburger- oder Zitelmannstraße) ? ein tragender funktionaler Teil der Gronau zwischen Bonn und Bad Godesberg. Auch ist er die zentrale gestaltete Freifläche, die das Gebiet zusammenhält und im Zusammenhang mit den übrigen historischen Parkanlagen und den Villengärten, den Freiflächen und Plätzen das Viertel als Raum zwischen den verdichteten Ortskernen von Bonn und Bad Godesberg wesentlich prägt.?

Siehe dazu die Pressemitteilung der Bezirksregierung Köln vom 15.12.2017 ?Das Baudenkmal ?Rheinauenpark? umfasst die Fläche des ehemaligen Bundesgartenschaugeländes von 1979 sowie die Anbindungen an die angrenzenden Uferpromenaden und Stadtviertel. Als einer der größten Landschaftsgärten Deutschlands ist er bedeutend für die Geschichte der Gartenarchitektur und der Gartenkunst sowie für die Geschichte der Stadt Bonn. Der Park wurde zur zentralen und verbindenden Grünfläche zwischen den bis 1969 selbständigen Städten Bonn und Bad Godesberg und besitzt für die städtebauliche Entwicklung der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn einen hohen Zeugniswert.?

Antrag: Die obigen Begründungen zur Denkmaleigenschaft des Rheinauenparks könnten nicht eindrucksvoller sein. Ich beantrage die Aufnahme des Landschaftsparks ?Rheinaue?/ Landschaftsschutzgebiet ?Rheinufer? in die Erläuterungskarte B zum Regionalplan Köln (2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften).

#### **Anhänge**

[Gutachten zum Denkmalwert Rheinauenpark.pdf](#)

**Inhalt**

VI. Rheinaue als Kaltluftentstehungsgebiet Lt. der Erläuterungskarte A1 (K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) zum Regionalplan Köln ist Bonn eine Kommune mit überörtlich bedeutender Überhitzung am Tag sowie mit überörtlich bedeutender Überwärmung in der Nacht. Bei hoher Priorität besteht Handlungsbedarf. Ich bitte darum, auf Rodungen, Versiegelungen und jegliche Bautätigkeit zu verzichten, um dieses Kaltluftentstehungsgebiets nicht zu beeinträchtigen. VII. Aufnahme des Lennéparks in die Erläuterungskarte B zum Regionalplan Köln (2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften) aufzunehmen G 2 Bereiche mit klimatologischer Bedeutung sichern und entwickeln (Seite 45) Erläuterungskarte A1 (K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) Der Lennépark ist der einzige Park, den der berühmte preußische General-Gartendirektor Peter Joseph Lenné in seiner Geburtsstadt Bonn geplant und errichtet hat. In den textlichen Festlegungen ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung? wird der Bonner Lennépark leider nicht einmal erwähnt. Ich verweise auf den Artikel des Historikers Gisbert Knopp auf der Homepage der Stadt Bonn mit einem historischen Plan des Lennéparks: Peter Joseph Lenné Der berühmte königlich-preußische Generalgartendirektor und seine vielgeliebte Vaterstadt Bonn [https://www.bonn.de/medien-global/amt-41/stadtmuseum/Peter\\_Joseph\\_Lenn\\_.pdf](https://www.bonn.de/medien-global/amt-41/stadtmuseum/Peter_Joseph_Lenn_.pdf) ?Gottes Natur ? mein Meister. Sein Himmel - meine Heimat, und meine Wekstatt ? Seine weite, schöne Erde. ?Dieses Bekenntnis hat Lenné am 12. Oktober 1862 in Endenich verfasst und der befreundeten Familie Michels hinterlassen. ?Vom Oktober 1859 datiert ein Plan Lennés ?Project zur Garten-Anlage des Hrn. Michels zu Endenich bei Bonn?, also die Anlage eines parkartigen Hausgartens, was nicht verwundert, handelt es sich bei den Eigentümern doch um Verwandtschaft des Oberbürgermeisters Leopold Kaufmann. Der Großvater seiner Frau Mathias Michels, hatte 1818 das Landgut Zum Kreuz gekauft und sein Sohn Peter Michels, Kölner Kaufmann, hatte im Jahre 1860 dort eine stattliche Villa, als Landhaus der Familie, errichtet. Paul Kaufmann, der älteste Sohn des Oberbürgermeisters, berichtet darüber in seinen Jugenderinnerungen: Es lag auf einer Anhöhe inmitten eines großen Parks, dem sich ein Obst- und Gemüsegarten anschloß, und eröffnete einen weiten Blick über blühendes rheinisches Land. Der Plan Lennés zeigt am unteren Rand die stattliche Villa mit einer Vorfahrt von der Straße nach Endenich. Von hier aus führen geschwungene Wege entlang der Grundstücksgrenzen und erschließen das gesamte Gelände. Seitlich des Wohnhauses liegt inmitten eines Ziergartens etwas erhöht ein Sitzplatz mit Wasserbecken und Fontäne, das ganze von einer breiten Pergola umzogen. Der Hauptblick des Hauses ist nach Nordosten zum Siebengebirge ausgerichtet, wobei je drei kräftige Baumgruppen und dazugehörnde Vorpflanzungen den Blick führen. Auch seitlich fügen sich längliche Gartenräume ein, die von einem Gartenhaus bzw. von einer Rundbank mit Brunnenbecken ausgehen, In einem vorspringenden Grundstücksteil war eine Reitbahn, ein hippodromartiger Garten mit Einzelbäumen geplant. ? 1862 war Lenné zu

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche. Diese wurden auf der Grundlage des Fachbeitrags "Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln" vom Landschaftsverband Rheinland (LVR 2016) erarbeitet. Auf Grundlage einheitlicher Bewertungsmaßstäbe wurden unter Zusammenarbeit der LVR-Ämter der Bodendenkmalpflege und Denkmalpflege der Abteilung Landschaftliche Kulturpflege, dem Römisch-Germanisches Museum und der Archäologische Denkmalpflege der Stadt Köln die Regionalbedeutsamen Kulturlandschaften und Archäologischen Bereiche für den gesamten Regierungsbezirk Köln identifiziert. Die Fortschreibung der Daten findet fortlaufend auf dem Internetauftritt des LVR unter: <https://www.kuladig.de/> statt.

Eine Aktualisierung der vom LVR-erarbeiteten Daten in der Erläuterungskarte B 2 findet im Rahmen der 2. Offenlage auf Anregung des LVR (siehe StN-ID ID 1007977 und 1007901) statt. Darüberhinausgehende Informationen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei

Besuch in Eendenich und hat sein Werk? in Augenschein genommen. Die für Lenné typische Wegeführung und ein imposanter Baumbestand sind noch erhalten. Dieser Park ? mit etlichen Baumdenkmälern ? soll durch Bebauung unwiederbringlich zerstört werden ? obwohl er von der Lennéforschung bislang nicht einmal begutachtet werden konnte. Die Universität Bonn hat zudem den Zutritt zur Parkanlage untersagt, Baumdenkmale im Bonner Lennépark. Bei den angesprochenen Baumdenkmälern handelt es sich (lt. der Liste der Naturdenkmale der Stadt Bonn) um 3 Mammutbäume (*Sequoia gigantea*) im Lennépark an der Straße ?Auf dem Hügel?. Weitere wertvolle Altbaumbestände sind ebenfalls unmittelbar gefährdet. Der Lennépark ist Landschaftsschutzgebiet. Die Kartierung weist den Lennépark als Landschaftsschutzgebiet aus. Eine Aufhebung des Landschaftsschutzes konnte (auf Nachfrage der Bonner Lennégesellschaft bei der Bezirksregierung Köln und NRW-Ministerien) behördlicherseits nicht nachgewiesen werden. Der Lennépark ist Kaltluftentstehungsgebiet lt. der Erläuterungskarte A1 (K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) zum Regionalplan Köln ist Bonn eine Kommune mit überörtlich bedeutender Überhitzung am Tag sowie mit überörtlich bedeutender Überwärmung in der Nacht. Bei hoher Priorität besteht Handlungsbedarf. Ich bitte darum, auf jegliche Bautätigkeit zu verzichten, die die Kaltluftentstehungsgebiete beeinträchtigt. Der Lennépark ist Biotop (5208-016). Siehe dazu den Stadtplan Bonn [https://stadtplan.bonn.de/cms/cms.pl?Amt=Stadtplan&set=0\\_0\\_0\\_0&act=0](https://stadtplan.bonn.de/cms/cms.pl?Amt=Stadtplan&set=0_0_0_0&act=0) Das Kataster schutzwürdiger Biotope (BK) weist zum Biotop 5208-016 (Parkanlage, Stadtpark, Schlosspark ?Auf dem Hügel? mit einer Fläche von fast 9 ha) Altholzbestand im Park aus. Die Parkanlage ist mit einer Vielzahl interessanter, vor allem fremdländischer Baumarten ausgestattet. ? Als Schutzziel werden genannt: Erhalt und Optimierung einer Parkanlage mit Althölzern und Mauerfugengesellschaften. Folgende Pflanzenarten werden aufgelistet: Weißes Straußgras, Gemeiner Beifuss, Mauerraute, Braunstieliger Streifenfarn, Land-Reitgras, Ackerwinde, Berg- Weidenröschen, Echte Nelkenwurz, Efeu, Kleinblütiges Springkraut, Gemeiner Rainkohl, Deutsches Weidelgras, Floh-Knöterich, Einjähriges Rispengras, Wiesen-Rispengras, Klebriges Greiskraut, Wiesen-Löwenzahn, Grosse Brennessel, Eschen-Ahorn, Spitz- Ahorn, Berg-Ahorn, Rosskastanie, Chinesischer Götterbaum, Schwarz-Erle, Strauch- Birke, Hainbuche, Esskastanie, Trompetenbaum, Blutbuche, Esche, Efeu, Schwarznuss, Walnuss, Kaiser-Paulownie, Stiel-Eiche, Robinie, Schwarzer Holunder, Mammutbaum, Gewöhnlicher Flieder, Eibe, Winter-Linde, Berg-Ulme. Folgende Tierarten werden verzeichnet: Bluthänfling, Buntspecht, Gartenbaumläufer, Buchfink, Girlitz, Grünfink, Kleinspecht, Kleiber, Blaumeise, Kohlmeise, Amsel, Gelbspötter, Grauschnäpper, Singdrossel. Angaben zur Gefährdung: Wegebau (Schaden), Biozideinsatz (Schaden, Gefährdung), Freizeitaktivitäten (Sport, Erholung), (Gefährdung). Massnahmevorschläge: Keine Biozidanwendung, Mauervegetation erhalten, Erhaltung der Laubholzbestockung, Altholz erhalten, Beschränkung der Freizeitaktivitäten. Der WWF konstatiert: ?Der Verlust der Artenvielfalt stellt heute eine der schlimmsten Katastrophen weltweit dar. ? Tiere und Pflanzen haben neben ihrem Eigenwert eine Funktion im Ökosystem. Gerät dieses Artensterben durcheinander ? so

einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wicDer Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Die Ermittlung und Bewertung der Kaltluftleitbahnen basiert auf dem Fachbeitrag Klima des LANUV (2018) zum Regionalplanentwurf Köln. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in diesem dezidiert erläutert. Der Fachbeitrag bietet die Grundlage für eine einheitliche Bewertung der Flächen im Regierungsbezirk. Das Kriterium der Kaltluftleitbahnen ermöglicht eine Steuerung auf regionalplanerischer Ebene. Durch die Berücksichtigung der Erfordernisse in den nachfolgenden Planungsebenen können lokale Überhitzungseffekte vermieden bzw. gemindert werden.



wird dies auch Folgen für den Menschen haben.? Dennoch fehlt es an einer Bewertung der Parkanlage beim Klima- und Artenschutz. Ich lege Wert auf den Erhalt von Kultur und Historie in dieser Stadt. Lenné gehört, ähnlich wie Beethoven, zu den bedeutenden Bonner Persönlichkeiten. Die Bebauung mit einem Retentionsbodenfilterbecken und die Nutzung als Baueinrichtungsfläche verbieten sich. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Land NRW und die Bezirksregierung Köln tatenlos zusehen, wenn das Erbe des weltberühmten Gartenarchitekten Lenné (ausgerechnet in seiner Geburtsstadt Bonn) ausradiert wird. Sein Geburtshaus steht in Bonn ? in der Nähe des Alten Zolls am Rheinufer. Sein Werk steht in Bonn vor dem Abriss. Antrag: Ich bitte darum, den Lennépark in Bonn-Endenich (Auf dem Hügel 6) in die Erläuterungskarte B zum Regionalplan Köln (2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften) aufzunehmen. Der Bebauungsplan 7522-4 aus dem Jahr 1966 ist mit dem handschriftlichen Hinweis ?Landschaftsschutzgebiet? versehen. Der Plan findet sich hier: [https://stadtplan.bonn.de/mapbender/daten/images/Bebauungsplaene/plan\\_internet/7522-4.pdf](https://stadtplan.bonn.de/mapbender/daten/images/Bebauungsplaene/plan_internet/7522-4.pdf) +Der Lennépark unterliegt zudem dem Biotopschutz.

**Inhalt**

VIII. Autobahnausbau in Zeiten des Klimawandels Textliche Fassung 5.14 Z. 30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern (Seite 137) bzw. G. 57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen (Seite 137 und Seite 138). Der 8-spurige Ausbau der Bonner Stadtautobahn 565 sowie der Neubau des Tausendfüßlers sind Gegenstand eines Planfeststellungsverfahrens. Zwei weitere Abschnitte der A565 sowie die Sanierung, der Abriss und Neubau der Bonner Nordbrücke befinden sich in der Planung. Die Verbreiterung der A 59 unterliegt ebenfalls einem Planfeststellungsverfahren. Leider wird keine dieser geplanten Infrastrukturmaßnahmen in der textlichen Fassung ausdrücklich erwähnt. Den Bonner Bürgern stehen folglich Jahrzehnte an klimaschädlichen Baumaßnahmen ins Haus. Die Folgen des Klimawandels sind im derzeitigen Hitze- und Dürresommer besonders deutlich geworden. Unstrittig ist, dass Sanierungsmaßnahmen am Tausendfüßler erforderlich sind. Flächen, die wir aktuell zum Ausbau des Fernstraßennetzes verbrauchen, sie könnten uns zukünftig (z. B. für den Ausbau des ÖPNV) schmerzlich fehlen. Ich möchte nur an das Ahr-Hochwasser erinnern. Allein dessen finanzielle Folgen liegen bei 30 Milliarden €. Ich verweise insoweit auf meine Einwendung zum Planfeststellungsverfahren ?Ausbau der A565?. Sie liegt der Bezirksregierung Köln vor. U. a. verstößt das Ausbauvorhaben gegen Art. 20 a GG (Generationengerechtigkeit). Ich halte den Ausbau von Autobahnen aufgrund einer zeitweiligen Stauanfälligkeit für verzichtbar. in der derzeitigen Krisen- und Haushaltslage sind weitaus gravierendere Probleme zu finanzieren. Antrag: Auch wenn die Straßenbaulast für die Bundesfernstraßen dem Bund obliegt und Entwicklungen, die der Klimawandel mit sich bringt, nicht planbar sind, beantrage ich folgenden Vorbehalt einzufügen: Alle Planungen und Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt aktueller Entwicklungen im Zuge des Klimawandels. Die Generationengerechtigkeit sowie die ökologische Gerechtigkeit und das Abwägungsgebot sind zwingend zu berücksichtigen. IX. Berücksichtigung von Klima- und Artenschutz Textliche Fassung 2. 1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel G. 1Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimawandel sollen bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden. Eine bloße Soll-Bestimmung ist nicht ausreichend. Antrag ? Ich bitte um folgende textliche Änderung: Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimawandel müssen bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden. ? NRW sollte eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. Ich bitte darum, die vorgelegte Regionalplanung Klimaforschern vorzulegen und mit diesen externen Fachleuten Maßnahmen zur Beschränkung der Treibhausgasemissionen abzustimmen. ? Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ist jeweils zu berechnen. ? Aber auch der Verzicht hätte Eingang in die vorgelegte Planung finden müssen. Z. B., der mutige Verzicht auf den klimaschädlichen Ausbau von Autobahnen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es werden generelle Hinweise gegeben und Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten in und um Bonn geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

Es werden generelle Hinweise gegeben und Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten in und um Bonn geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf

Der Autobahnausbau dient nicht der ?Anpassung an den Klimawandel?. Er verursacht genau das Gegenteil: CO<sub>2</sub>, Hitze, Luftschadstoffe und Lärm. Der vorgelegte Entwurf eines in die Zukunft gerichteten Regionalplans unterscheidet sich nur unwesentlich von denen, die bislang Vorlage fanden. Zwar wird der Klimawandel in der textlichen Fassung 13x erwähnt ? er bleibt aber dennoch außen vor. Fehlentwicklungen, die den Klimawandel noch befeuern, hat er nicht erkannt ? er zementiert diese eher noch. Die Neuaufstellung ist bereits jetzt veraltet, weil sie absehbare Gesetzesnovellen im Bereich des Umwelt- und Gesundheitsschutzes nicht berücksichtigt. Eingang in die Neufassung finden Mensch, Natur und die Rechte kommender Generationen nicht. Die Überschreitung der Jahresemissionsmengen bleibt ohne Konsequenzen. Dabei hätten die Defizite im Verkehrssektor auch im Regionalplan ihren Widerhall finden müssen. Rückwärts gewandt ist es, Hafenanlagen ohne Schienenanschluss zu priorisieren und Autobahnen zu verbreitern. Der Güterverkehr per Diesel-LKW wirkt dem Verkehrsinfarkt nicht entgegen. Er ist der Verkehrsinfarkt. Der Artenschutz wird lediglich ein einziges Mal erwähnt. Dabei ist Artenschutz Biotopschutz. Allein die wirtschaftliche Entwicklung steht im Vordergrund und die Neufassung unterscheidet sich nicht von den vorangegangenen Regionalplanungen ? trotz der aktuell dramatischen Entwicklungen betreffend Hitze und Dürre. Was heute beschlossen wird, sollte morgen nicht zum Problem werden. Eine Regionalplanung ohne tiefgreifende und schmerzliche Reformen lässt gegenwärtige, aber auch kommende Generationen im Stich und stellt insoweit einen Verstoß gegen Art. 20 a GG dar. Es bedarf einer mutigen Umsetzung. NRW muss fit gemacht werden für den Klimawandel. Bitte geben Sie der Bekämpfung des Klimawandels mehr Gewicht.

den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die Steuerung nachteiliger Entwicklungen gegenüber klimaökologischen Funktionen wird auf regionalplanerischer Ebene insbesondere durch die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung vollzogen. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. W

itere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Der Grundsatz 2 des Regionalplanentwurfs Köln erteilt den Auftrag an die nachfolgende Planungsebene, auf Grundlage des vom LANUV erarbeiteten Fachbeitrags Klima für die Planungsregion Köln (2018) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung zu sichern und zu entwickeln, siehe hierzu die Erläuterung zu G.2. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in dem Fachbeitrag dezidiert erläutert. Dieser bietet die eine einheitliche Grundlage für den Regierungsbezirk, mit dezidierter Modellierung der vorliegenden Daten.

**Inhalt**

IV. Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur nicht auf Kosten der Fußgänger und des Landschaftsschutzes entwickeln  
Textliche Fassung 5.1 Verkehrsinfrastruktur Unter 5.1.2 Radwegenetz G.52  
Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln Unstrittig sind Rad- und Fußgängerverkehr Teil der Verkehrswende. Sie helfen, dem Klimawandel zu begegnen und bedürfen der Förderung. Ich wende mich aber gegen eine Förderung des Radverkehrs auf Kosten der Fußgänger sowie des Landschaftsschutzes. In der rechtsrheinischen (Beueler) Rheinaue wurden leider vollendete Tatsachen geschaffen. Der Adfc (als starke Lobby der Radfahrer) konnte seine Wünsche ? im Gegensatz zu den lobbyarmen Fußgängern ? durchsetzen. Die Belange der vulnerablen Gruppen wurden nicht gehört. In der linksrheinischen (Bonner) Rheinaue droht sich das Debakel zu verdoppeln. Schon im Oktober sind neuerliche Rodungen zur Errichtung einer weiteren Radschnellroute in einem denkmalgeschützten Landschaftsschutzgebiet möglich. Über Monate hat die Diskussion um die Radschnellrouten in der Bonner Rheinaue u. a. die Bezirksregierung Köln beschäftigt. Ich führe den Sachverhalt deshalb nicht weiter aus/setze ihn als bekannt voraus. Die Rheinauen werden nicht aus den Schlagzeilen kommen. Bonn verfügt über 2242 Straßen und Plätze. Fahrräder sind Fahrzeuge i. S. d. StVO. Die autogerechte Stadt ist Politik von gestern für die Generation von morgen. Der MIV hat noch keinen Beitrag zur Minderung der Folgen des Klimawandels geleistet. Warum der Radverkehr nicht sicher über Bonner Straßen geführt werden kann, erschließt sich mir nicht. Anträge: Ich beantrage die Formulierungen im Regionalplan wie folgt anzupassen: Das bestehende regionale Radwegenetz soll erhalten und zu einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen Radverkehrsstruktur für den Alltags- und Freizeitverkehr weiterentwickelt werden. Planungen und Maßnahmen sollen die Belange des Fuß- und Radverkehrs gleichermaßen berücksichtigen. Fahrräder sind Fahrzeuge i.S. der StVO. Der Radverkehr soll vorrangig und sicher über vorhandene Straßen geführt werden. Eingriffe in den Natur- und Landschaftsschutz sind zu vermeiden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die angeregten Änderungen sind innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Spielräume umzusetzen.

Darüber hinaus wird auf G.50 *Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern* verwiesen.

**Inhalt**

zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (betreffend die Region Bonn) möchte ich folgende Stellungnahme abgeben:

Als Einwohnerin der Stadt Bonn und Miteigentümerin des Grundstücks (anonymisiert) sind meine Belange durch das Vorhaben ?Neuaufstellung eines Regionalplans? sowohl dauerhaft als auch vorübergehend, mittelbar und unmittelbar betroffen.

Die Verletzung meiner Grundrechte, insbesondere: Art 2 Abs. 2 S. 1 (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit), Art. 3 Abs. 1, Abs. 3 Abs. 3 S. 2 (Gleichheit, Benachteiligung wegen einer Behinderung), Art. 11 Abs. 1 (Freizügigkeit), Art. 14 Abs. 1 GG (Grundrecht auf Eigentum), mache ich geltend.

Zudem verweise ich auf Verstöße gegen Art 20 a GG (Generationengerechtigkeit):

Vorbemerkung: Meine Wohnsituation wird längst durch eine dreifache Belastung (Straßen-/Autobahn- und Fluglärm) unzumutbar beeinträchtigt. Trotz einer inzwischen von der Stadt Bonn (auf meinen Bürgerantrag hin) angeordneten ?Tempo 30-Regelung aus Lärmschutzgründen? in der Straße (anonymisiert) kommt es immer noch zu Lärmpegeln, die im Bereich der Enteignung liegen. Das Außengelände des Kindergartens (anonymisiert) grenzt unmittelbar an die Straße (anonymisiert). Ein Gutachter hat (unter! der bereits bestehenden Tempo 30 Anordnung (aber noch ohne die Ausweisung als Lkw-Vorrangroute) festgestellt, dass die Lärmwerte trotzdem immer noch so hoch sind, dass den 133 Kindern im Außengelände lediglich eine ?Einwirkzeit? von 2,5 Stunden zugestanden werden kann. D. h., die Kinder müssen nach 2,5 Stunden ihr Spiel im Außengelände beenden während die Hafen-Lkw ?weilerspielen? dürfen. Siehe das Lärm-Gutachten (dort auf Seite. 20) in der Anlagen zu meiner Mail.

(Anlage1) (Abb.)

Ebenfalls per Bürgerantrag konnte ich erreichen, dass eine kleine, lärmärmere Zusatzfläche den Kindern als Spielgelände (auf der Rückseite des Kita-Gebäudes) zur Verfügung gestellt wurde. Zwischenzeitlich ist die Stadt Bonn allerdings auf die Idee gekommen, die gesamte Straße (anonymisiert) , d. h. mein reines Wohngebiet und auch die sozialen Einrichtungen, unter SEVAS als ?Lkw-Vorrangroute? auszuweisen. D. h., für die Straße (anonymisiert) wurde neben der Anordnung auf ?Tempo 30 aus Lärmschutzgründen? eine ?Vorrangroute für Lkw? ohne jegliche Tonnagebegrenzung angeordnet. So etwas ist mir aus keiner anderen Stadt bekannt! Seither sparen sich die Bonner Hafenspedition und auch der überregionale Lkw-Verkehr die lästigen Mautgebühren für die A565 und die A555. Ich gehe davon aus, dass sich die Kindergartenkinder (aufgrund der Lkw-Vorrangroute) nunmehr überhaupt nicht mehr auf ihrem Spielgelände ?An der Josefhöhe? aufhalten dürften. Es müsste vermutlich gesperrt werden. Eine Messung der Luftbelastung an der

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Kita verweigert die Stadt Bonn seit gut drei Jahren, trotz eines rechtmäßigen Beschlusses der Bezirksvertretung Bonn (siehe im Ratsinformationssystem ?Allris? die Drucksache 1910617 vom 09.07.2019). Bei bestehender Schwerbehinderung ist Erholung für mich nicht möglich ? leider auch nicht nach stationären Krankenhausaufenthalten und Eingriffen. Rehamaßnahmen als Hausbesuch sind nicht durchführbar. Aufgrund der hohen Lärmbelastung verstehe ich die Anweisungen der Therapeuten nicht. Für die Anwohner bedeuten diese zusätzlichen Lkw-Verkehre eine Enteignung. Die Stadt Bonn wird vornehmlich als Unternehmerin/Hafen-Gesellschafterin tätig. Ihre Vorgehensweise werte ich als? einen Verstoß gegen die Lärmaktionsplanung und damit gegen EU-Recht,? einen Verstoß gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln aus 2009 (siehe dazu die ausführliche Begründung weiter unten).? Und sie steht wohl auch offenkundig im Zusammenhang mit der vorgelegten Regionalplanung.

Eine Lkw-Vorrangroute vom und zum Hafen soll anscheinend die Chancen des Bonner Hafens deutlich erhöhen, als ?landesbedeutsamer Hafen? anerkannt zu werden ? auf Kosten meiner Gesundheit, der Gesundheit meiner Nachbarn und der vielen Kinder in mehreren sozialen Einrichtungen. Lärmbelastet sind allerdings auch, die von der Straßenseite abgewandten Wohnbereiche meines Hauses - incl. der Außenwohnbereiche und des Gartens. Der Lärm stammt von der nahegelegenen Autobahn A565. Dem Autobahnlärm bin ich immer ausgesetzt. Bei Tag und Nacht ? 24/7. Die im Planfeststellungsverfahren befindliche Verbreiterung der A565 und der Bonner Nordbrücke wird im textlichen Teil der Regionalplanung leider nicht explizit erwähnt, obwohl diese Maßnahme Biotope zerstört, Kaltluftschneisen behindert, der Hitzeentwicklung in den Wohngebieten Vorschub leistet, die Lärm- und Abgasbelastung erhöht und vor allem: dem Klimawandel Vorschub leistet. Hinzu kommt der Fluglärm (bei Tag und Nacht) von Flugzeugen, die vom Flugplatz Hangelar/St.Augustin aus starten und die Autobahn 565 als Landmarke nutzen. Der Flugplatz ist Teil der Regionalplanung. Die Bundespolizei besitzt aktuell noch nicht einmal eine luftrechtliche Genehmigung für den bestehenden Hubschrauber-Sonderlandeplatz in St. Augustin. Ist-Zustand: Meine Gesundheit und die Nutzung meines Wohnhauses incl. der Außenwohnbereiche (Terrasse, Balkon und Gartengrundstück) werden längst durch die Lärm- und Abgasbelastung 24/7 schwerwiegend beeinträchtigt ? ebenso mein Eigentum und meine Privatsphäre. Soll-Zustand: Zusätzlich verletzt nunmehr auch die vorgelegte Regionalplanung meine oben aufgeführten Grundrechte in erheblicher Weise. Rechtliche Schritte behalte ich mir vor.

(Anhang)

(Abb.)

#### **Anhänge**

[Messbericht ueber die Laermimmissionen aus dem Strassen- und Schienenverkehr bei der KITA.pdf](#)

**Inhalt**

VII. Aufnahme des Lennéparks in die Erläuterungskarte B zum Regionalplan Köln (2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften) aufzunehmen  
 G 2 Bereiche mit klimatologischer Bedeutung sichern und entwickeln (Seite 45)  
 Erläuterungskarte A1 (K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel)  
 Der Lennépark ist der einzige Park, den der berühmte preußische General-Gartendirektor Peter Joseph Lenné in seiner Geburtsstadt Bonn geplant und errichtet hat. In den textlichen Festlegungen "Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung" wird der Bonner Lennépark leider nicht einmal erwähnt.  
 Ich verweise auf den Artikel des Historikers Gisbert Knopp auf der Homepage der Stadt Bonn mit einem historischen Plan des Lennéparks:  
 Peter Joseph Lenné Der berühmte königlich-preußische Generalgartendirektor und seine vielgeliebte Vaterstadt Bonn [https://www.bonn.de/medien-global/amt-41/stadtmuseum/Peter\\_Joseph\\_Lenn\\_.pdf](https://www.bonn.de/medien-global/amt-41/stadtmuseum/Peter_Joseph_Lenn_.pdf) "Gottes Natur ? mein Meister. Sein Himmel - meine Heimat, und meine Wekstatt ? Seine weite, schöne Erde." Dieses Bekenntnis hat Lenné am 12. Oktober 1862 in Endenich verfasst und der befreundeten Familie Michels hinterlassen.  
 "Vom Oktober 1859 datiert ein Plan Lennés "Project zur Garten-Anlage des Hrn. Michels zu Endenich bei Bonn", also die Anlage eines parkartigen Hausgartens, was nicht verwundert, handelt es sich bei den Eigentümern doch um Verwandtschaft des Oberbürgermeisters Leopold Kaufmann. Der Großvater seiner Frau Mathias Michels, hatte 1818 das Landgut Zum Kreuz gekauft und sein Sohn Peter Michels, Kölner Kaufmann, hatte im Jahre 1860 dort eine stattliche Villa, als Landhaus der Familie, errichtet. Paul Kaufmann, der älteste Sohn des Oberbürgermeisters, berichtet darüber in seinen Jugenderinnerungen: Es lag auf einer Anhöhe inmitten eines großen Parks, dem sich ein Obst- und Gemüsegarten anschloß, und eröffnete einen weiten Blick über blühendes rheinisches Land. Der Plan Lennés zeigt am unteren Rand die stattliche Villa mit einer Vorfahrt von der Straße nach Endenich. Von hier aus führen geschwungene Wege entlang der Grundstücksgrenzen und erschließen das gesamte Gelände. Seitlich des Wohnhauses liegt inmitten eines Ziergartens etwas erhöht ein Sitzplatz mit Wasserbecken und Fontäne, das ganze von einer breiten Pergola umzogen. Der Hauptblick des Hauses ist nach Nordosten zum Siebengebirge ausgerichtet, wobei je drei kräftige Baumgruppen und dazugehörnde Vorpflanzungen den Blick führen. Auch seitlich fügen sich längliche Gartenräume ein, die von einem Gartenhaus bzw. von einer Rundbank mit Brunnenbecken ausgehen, In einem vorspringenden Grundstücksteil war eine Reitbahn, ein hippodromartiger Garten mit Einzelbäumen geplant. 1862 war Lenné zu Besuch in Endenich und hat "sein Werk" in Augenschein genommen. Die für Lenné typische Wegeführung und ein imposanter Baumbestand sind noch erhalten. Dieser Park "mit etlichen Baumdenkmälern" soll durch Bebauung unwiederbringlich zerstört werden ?

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen



obwohl er von der Lennéforschung bislang nicht einmal begutachtet werden konnte. Die Universität Bonn hat zudem den Zutritt zur Parkanlage untersagt, Baumdenkmale im Bonner Lennépark. Bei den angesprochenen Baumdenkmälern handelt es sich (lt. der Liste der Naturdenkmale der Stadt Bonn) um 3 Mammutbäume (*Sequoia gigantea*) im Lennépark an der Straße ?Auf dem Hügel?. Weitere wertvolle Altbaumbestände sind ebenfalls unmittelbar gefährdet.

Der Lennépark ist Landschaftsschutzgebiet

Die Kartierung weist den Lennépark als Landschaftsschutzgebiet aus. Eine Aufhebung des Landschaftsschutzes konnte (auf Nachfrage der Bonner Lennégesellschaft bei der Bezirksregierung Köln und NRW-Ministerien) behördlicherseits nicht nachgewiesen werden.

Der Lennépark ist Kaltluftentstehungsgebiet

Lt. der Erläuterungskarte A1 (K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) zum Regionalplan Köln ist Bonn eine Kommune mit überörtlich bedeutender Überhitzung am Tag sowie mit überörtlich bedeutender Überwärmung in der Nacht. Bei hoher Priorität besteht Handlungsbedarf.

Ich bitte darum, auf jegliche Bautätigkeit zu verzichten, die die Kaltluftentstehungsgebiete beeinträchtigt. Der Lennépark ist Biotop (5208-016). Siehe dazu den Stadtplan

Bonn [https://stadtplan.bonn.de/cms/cms.pl?Amt=Stadtplan&set=0\\_0\\_0\\_0&act=0](https://stadtplan.bonn.de/cms/cms.pl?Amt=Stadtplan&set=0_0_0_0&act=0) Das Kataster schutzwürdiger Biotope (BK) weist zum Biotop 5208-016 (Parkanlage, Stadtpark, Schlosspark ?Auf dem Hügel? mit einer Fläche von fast 9 ha) Altholzbestand im Park aus. Die Parkanlage ist mit einer Vielzahl interessanter, vor allem fremdländischer Baumarten ausgestattet. ? Als Schutzziel werden genannt: Erhalt und Optimierung einer Parkanlage mit Althölzern und Mauerfugengesellschaften.

Folgende Pflanzenarten werden aufgelistet: Weißes Straußgras, Gemeiner Beifuss, Mauerraute, Braunstieler Streifenfarn, Land-Reitgras, Ackerwinde, Berg-Weidenröschen, Echte Nelkenwurz, Efeu, Kleinblütiges Springkraut, Gemeiner Rainkohl, Deutsches Weidelgras, Floh-Knöterich, Einjähriges Rispengras, Wiesen-Rispengras, Klebriges Greiskraut, Wiesen-Löwenzahn, Grosse Brennnessel, Eschen-Ahorn, Spitz-Ahorn, Berg-Ahorn, Rosskastanie, Chinesischer Götterbaum, Schwarz-Erle, Strauch-Birke, Hainbuche, Esskastanie, Trompetenbaum, Blutbuche, Esche, Efeu, Schwarznuss, Walnuss, Kaiser-Paulownie, Stiel-Eiche, Robinie, Schwarzer Holunder, Mammutbaum, Gewöhnlicher Flieder, Eibe, Winter-Linde, Berg-Ulme.

Folgende Tierarten werden verzeichnet: Bluthänfling, Buntspecht, Gartenbaumläufer, Buchfink, Girlitz, Grünfink, Kleinspecht, Kleiber, Blaumeise, Kohlmeise, Amsel, Gelbspötter, Grauschnäpper, Singdrossel

Angaben zur Gefährdung: Wegebau (Schaden), Biozideinsatz (Schaden, Gefährdung), Freizeitaktivitäten (Sport, Erholung),(Gefährdung).

Massnahmevorschläge: Keine Biozidanwendung, Mauervegetation erhalten, Erhaltung

Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum, die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Die Ermittlung und Bewertung der Kaltluftleitbahnen basiert auf dem Fachbeitrag Klima des LANUV (2018) zum Regionalplanentwurf Köln. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in diesem dezidiert erläutert. Der Fachbeitrag bietet die Grundlage für eine einheitliche Bewertung der Flächen im Regierungsbezirk.

Darüber hinaus werden die Daten zu den Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung parallel zum Neuaufstellungsverfahren des Regionalplans Köln überarbeitet. Die neuen Datengrundlagen, die zu einer neuen Bewertung der Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung führen, werden auf Grund des zeitlichen Horizontes der beiden Prozesse nicht im laufenden Verfahren des Regionalplanentwurfs Berücksichtigung finden können. Diese werden für die nachfolgenden Planungsebenen online zur Verfügung gestellt.

der Laubholzbestockung, Altholz erhalten, Beschränkung der Freizeitaktivitäten.  
Der WWF konstatiert: ?Der Verlust der Artenvielfalt stellt heute eine der schlimmsten Katastrophen weltweit dar.? ?Tiere und Pflanzen haben neben ihrem Eigenwert eine Funktion im Ökosystem. Gerät dieses Artensterben durcheinander ? so wird dies auch Folgen für den Menschen haben.?

Dennoch fehlt es an einer Bewertung der Parkanlage beim Klima- und Artenschutz.  
Ich lege Wert auf den Erhalt von Kultur und Historie in dieser Stadt. Lenné gehört, ähnlich wie Beethoven, zu den bedeutenden Bonner Persönlichkeiten.

Die Bebauung mit einem Retentionsbodenfilterbecken und die Nutzung als Baueinrichtungsfläche verbieten sich. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Land NRW und die Bezirksregierung Köln tatenlos zusehen, wenn das Erbe des weltberühmten Gartenarchitekten Lenné (ausgerechnet in seiner Geburtsstadt Bonn) ausradiert wird. Sein Geburtshaus steht in Bonn ? in der Nähe des Alten Zolls am Rheinufer. Sein Werk steht in Bonn vor dem Abriss.

Antrag:

Ich bitte darum, den Lennépark in Bonn-Endenich (Auf dem Hügel 6) in die Erläuterungskarte B zum Regionalplan Köln (2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften) aufzunehmen. Der Bebauungsplan 7522-4 aus dem Jahr 1966 ist mit dem handschriftlichen Hinweis ?Landschaftsschutzgebiet? versehen. Der Plan findet sich

hier: [https://stadtplan.bonn.de/mapbender/daten/images/Bebauungsplaene/plan\\_internet/7522-4.pdf](https://stadtplan.bonn.de/mapbender/daten/images/Bebauungsplaene/plan_internet/7522-4.pdf)

Der Lennépark unterliegt zudem dem Biotopschutz

AZ: Ö-M-1481

1003335

1007096\_001

#### Inhalt

Im Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz wird ein neues Industriegebiet zwischen den Dörfern Neuhaus und Terheeg geplant.

Als ehemalige Bewohnerin bin ich mit den beiden Dörfern tief verwurzelt und habe starke Bedenken, was dieses Konzept angeht.

##### 1. Infrastruktur

Die Infrastruktur der Autobahnabfahrt ist nicht für ein hohes Verkehrsaufkommen ausgelegt. Schon jetzt kommt es dort zu Stoßzeiten zu Stau und vor allem in Brückenbereich kommt es durch LKWs und die schlechte Einsicht dort häufig zu gefährlichen Situationen oder sogar Unfällen. Auch ist das Radnetz in diesem Bereich nicht sicher ausgebaut.

##### 2. Klima / Nachhaltigkeit / CSR

Die Ackerböden im Erkelenzer Umland sind von hervorragender Bodenqualität, fruchtbar und ertragsreich. Anstelle dieses wunderbare Land zu bebauen, sollte hier besser darüber nachgedacht werden in Klimaschutzprojekte zu investieren. Es gibt einen kleinen Wald neben Neuhaus, um dessen Spielplatz sich nicht gekümmert wird, hier liese sich wunderbar Naturschutz umsetzen (Artenerhalt von Flora und Fauna). Die Felder sind ein großartiger CO2 Ausgleich, bzw. Kompensator. Die Wald- und Agrarflächen im Bereich Erkelenz Ost könnten also besser genutzt werden, um einen Carbon Credit aufzubauen.

Ergänzend dazu die soziale Verantwortung den Anwohner:innen gegenüber: die Altersstruktur der umliegenden Dörfer ist sehr breit. Von ganz jung bis alt - hier leben alle sehr harmonisch im Dorfverbund miteinander. Es wäre wichtiger, diese Strukturen zu stärken, als durch ein Industriegebiet zu trennen.

In Erkelenz gibt es bereits das GIPCO, hier gibt es sicherlich Möglichkeiten, dieses bestehende Industriegebiet noch weiter nach Westen auszubauen, da sowohl die Autobahnabfahrt Erkelenz-Süd, als auch die B57 bereits eine gute Infrastruktur bieten und keine Dorfgemeinschaften getrennt würden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1482

1003338

1007097\_001

## Inhalt

Einer Neu-Ausweisung eines Gewerbegebiets Erkelenz-Ost (zwischen A 46 und den Dörfern Terheeg, Neuhaus, Venrath und Kaulhausen) auf fruchtbaren Böden widerspreche ich ausdrücklich und unterstütze die Stellungnahme der Grünen Erkelenz: <https://grueneerkelenz.de/oekologie/eingabe-zum-regionalplan-der-bezirksregierung-koeln/>

Mir ist die Bedeutung von Stadtentwicklung und Gewerbeflächen zwecks Firmenerweiterungen, -neuansiedlung sowie zur Generierung von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen bewusst. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig reines Wachstum. Wichtig sind auch Qualitätsansprüche, weiche Standortfaktoren, Image, Lebensqualität, eine vorausschauende Gesamtstrategie und eine gute Prozesssteuerung mit Monitoring.

Als Anwohnerin aus dem benachbarten Dorf Kaulhausen und als interdisziplinär tätige Landschaftsarchitektin mit Erfahrung im Strukturwandel fallen mir im Erkelenzer Gewerbeflächenkonzept von Planungsbüro Jansen folgende Widersprüche auf:

1. Die Bevölkerungszahl hat sich im Betrachtungszeitraum trotz großer Gewerbeansiedlungen (und Neubaugebieten) nicht gesteigert. D.h. das oft herangezogene Argument, dass hier Arbeitsplätze für Erkelenzer geschaffen werden, ist nicht zutreffend. Stattdessen entstehen eher mehr Pendlerströme und Belastungen der Straßen und Anwohner sowie mehr Flächenversiegelung und ?verbrauch pro Kopf. Auch die beabsichtigte Schaffung von Flächen im Tertiärsektor und für produzierendes Gewerbe garantiert keine signifikante Zunahme an Arbeitsplätzen für Erkelenzer, zumal die Gewebekategorie C d.h. (innovative) Produktion i.d.R. große Maschinen mit wenig Personal bedeutet.

2. Weitere renommierte Stadtplaner mit Ortskenntnis urteilen unabhängig: Das Gutachten hat zwar einen guten Standard, aber geht von Daten vor 2020 aus und verfolgt einen sehr stetigen linearen Ansatz in die Zukunft, der vor aktuellsten Ereignissen sehr kritisch gesehen werden kann. Langfristige Auswirkungen der globalen Pandemie, des Klimawandels und des Strukturwandels sind noch unberücksichtigt. Der jüngste, sehr wahrscheinlich bleibende Trend zu einem großen Anteil homeoffice und damit verbundene Run auf ländliche Wohngegenden, steigende Grundstückspreise, starke Verluste landwirtschaftlicher Flächen durch den Tagebau auf Erkelenzer Gebiet mit gleichzeitig zunehmender Nachfrage nach gesunden, regionalen

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Lebensmitteln sind hier dringend einzubeziehen.

3. Auch andere Kommunen haben Gewerbeflächenkonzepte in dieser stetig linearen Form erstellen lassen (s. z.B. Referenzseite Büro Dr. Jansen) und nutzen den Strukturwandel, um teils sehr großzügig bemessene Gewerbestandorte anzumelden. Dabei will die Bundesregierung in einer verschärften Nachhaltigkeitsstrategie den Flächenverbrauch von 52 ha auf 30 ha bis 2030 reduzieren und strebt bis 2050 sogar das Ziel Netto-Null (Flächenkreislaufwirtschaft) an. Auch hier gilt, dass eine rein quantitative Flächenausweisung in diesen Zeiten (Pandemie, Klima-, Strukturwandel) nicht angezeigt ist. Unter den aktuellen Gegebenheiten erwarte ich, dass die Kommunen sich gebietsübergreifend, mithilfe und unter zentraler Steuerung der Bezirksregierung(en), mit nachhaltigen Zielen abstimmen. Sonst sind auch Konflikte zulasten der Anwohner vorprogrammiert siehe Erkelenz - benachbartes Hückelhoven mit einer Neuausweisung eines 130.000 m<sup>2</sup> umfassenden Gewerbestandorts zwischen Baal und Granterath östlich der B57. Dies droht zu ortsübergreifendem verstärktem Straßenverkehr und weiterer Belastung der Anwohner zu führen.

4. RIO/Flächenrecycling in Verbindung mit einer Forschungseinrichtung Ernährung und Landwirtschaft (Kernkompetenzen in der Erkelenzer Börde) sind gute zukunftsweisende Ansätze für unsre ländliche Gegend und daher als Flächenkonversion in der Nähe des Bahnhofes zu begrüßen. Im Gutachten klang an, dass das Gewerbegebiet Ost auch in Bezug mit dieser Einrichtung stünde. Es muss aber auch sichergestellt sein, dass lokale Landwirte, deren Wirtschaftsbedingungen immer weiter erschwert sind, auch eingebunden werden und von dieser Einrichtung profitieren oder wenigstens nicht zusätzlich belastet werden z.B. durch Flächenkonkurrenz o.ä.. Gerade das Stadtgebiet von Erkelenz wird nur Landwirtschaftsflächen durch den Tagebau verlieren, statt neue renaturierte Bereiche als Anbauflächen wieder zu bekommen. Die bestehenden Landwirtschaftsbetriebe leiden bereits erheblich unter steigenden Pachten und mangelnden Anbauflächen. Dabei kommt ihnen eine herausragende Rolle der Bevölkerungsernährung zu. Sie gehören ebenso zur lokalen Wirtschaft, die hier laut Gutachten gestärkt werden soll.

5. Das Schutzgut Mensch sollte im Zentrum der Betrachtung wahrgenommen werden ? nicht nur der vermeintlich wirtschaftliche Nutzen. Arbeitsplatzzahl und ?intensität soll in Erkelenz bei der Firmenauswahl eine große Rolle spielen. Forschungszentren und emittierendes und somit wenig sozialverträgliches Gewerbe Kategorie der C erzeugen i.d.R. jedoch nicht besonders viele Arbeitsplätze vor Ort. Auch wenn die Stadt Erkelenz Logistik mündlich verneint und diese in der Vergangenheit kaum angesiedelt hat, ist Verkehr und Störung rund um die Uhr im Gewerbeareal Ost nicht ausgeschlossen. Die hohe Belastung für Anwohner durch einen solchen Gewerbebezweig ist in anderen Kommunen zu sehen. Bereits jetzt sind wir durch nächtlichen Vandalismus, wilde Müllablagerungen, Autobahnemissionen, die benachbarte Grünabfallverwertung und den Tagebau mit seinen 24h-Emissionen und baulichen Beeinträchtigungen stark belastet.

Gewerbe der Kategorie C würde das steigern. Es bedeutet große Gebäudekubaturen, hohe Flächenversiegelung, LKW-Verkehr und störende bis schädliche Emissionen für den Menschen (auch nachts; s. S. 22 Absatz 5.4 im Gewerbekonzept).

Bei Betrachtung des Lageplans fällt nicht nur Stadtplanern, sondern auch Ortskundigen sofort der Stil- und Tabubruch der Überschreitung der A46 auf und die unmittelbare Nähe zu ohnehin beeinträchtigten ländlich geprägten Wohngebieten. ?Erkelenz Ost? wäre ein Gewerbegebiet auf der ?grünen Wiese?. Unmittelbar betroffen sind die Wohnsiedlung Neuhaus mit bald sogar vergrößerter Asylunterkunft, Dörfer wie Terheeg, Wockerath und mit explizit im Konzept hervorgehobener Ausweitungsoption des Gewerbes Richtung Osten die Orte Etgenbusch, Venrath und Kaulhausen. Kategorie C bedeutet laut Gutachten ?erhöhtes Gefährdungspotenzial für empfindliche Nutzungen wie z.B. Wohnen oder soziale Infrastruktureinrichtungen? und ist sozialunverträglich. Dabei erleben o.g. Dörfer schon von der südöstlichen (und Neuhaus von der nördlichen Seite) Wert- und Qualitätsverlust, unbeeinflussbare Zwänge, Landnahme und jahrzehntelange Belastung durch den Braunkohletagebau und Einschränkungen durch die teils zwangsweise verlegte Gaspipeline Zeelink, in deren Umfeld die Besitzer nicht mehr frei über ihr Land verfügen dürfen.

6. Nach rasanter Entwicklung der Klimakrise und Bewertung durch Verfassungsgericht, EU und Bundesregierung werden zukünftig Umsiedlungsdörfer erhalten bleiben und zu Gebietsveränderungen führen (größtenteils Mischgebiet z.B. für Handwerk, Dienstleistung mit gehobener Qualität in Kombination mit Wohnen geeignet). Diese sind in der gutachterlichen und regionalplanerischen Betrachtung noch völlig außen vor gelassen, müssten aber beizeiten mit einbezogen werden. Zudem ist Erkelenz u.a. an einem interkommunalen Gewerbegebiet Jackerath beteiligt, das ebenfalls Gewerbeansiedlung aufnehmen kann.

7. Wie im Gutachten nachzulesen sind verschiedene Berechnungsarten möglich. Demnach könnten die von der Stadt Erkelenz bevorzugten 29ha noch deutlich reduziert werden um min. 1/3 und die Stadt kann auch andere Flächen bei Bedarf als Alternative in Betracht ziehen (nördlich von Autobahnauffahrt ERK Süd; mit Anschluss an Autobahnzufahrt, an bestehende Gewerbefläche und vor allem mit Abstand zu bestehender Wohnbebauung und Naturflächen). Zunächst sollten so wenig wie möglich Fläche neu beansprucht werden. In folgenden Regionalplanänderungen können noch später neue Flächen beantragt werden.

8. Problem: nicht im Regionalplan, erst auf unterster Ebene Bebauungsplan werden die wichtige Dinge wie Auswahl der Firmen (Arbeitsplatzzahl), Emissionen, Verkehrsbelastungen und -anbindungen, Artenschutzprüfung, Ausgestaltung der Flächen usw. erst spät geregelt. Dies muss jedoch schon weit vorab bei der Flächenvorauswahl vorausschauend und im Gesamtkontext betrachtet werden, auch wenn die Planungsschritte aktuell erst auf regionalplanerischer Ebene aus FNP bis Bebauungsplanebene herunter gebrochen werden müssen. Zwar existiert die Nähe zur Autobahnauffahrt A 46, doch bei genauer Betrachtung herrscht im Erkelenzer Osten ein

Verkehrschaos. An Erkelenz Ost häufen sich auffallend mitunter tödliche Verkehrsunfälle mit Beteiligung von LKW. Durch den Tagebau sind bereits wichtige Straßen entfallen. Mit stetigem Flächenverbrauch intensiviert sich Straßenverkehr in den nicht hierfür vorgesehenen Dörfern und schränkt die Lebensqualität der Anwohner im Erkelenzer Osten immer mehr ein. Nachhaltige Gesamtstrategien mit gutem Monitoring werden immer wichtiger und sind gefordert. Die Erkelenzer Innenstadt scheint sich kaum von strategischen Fehlern in der Stadtentwicklung aus den 70er/80er Jahren zu erholen. Eine Evaluierung in kurzen Intervallen - z.B. alle 5 Jahre ? ist ein probates Mittel, um Fehler zu vermeiden.

9. Weiche Standortfaktoren werden immer wichtiger, insbesondere wenn im Erkelenzer Osten Wohnen, Freizeit am See, Tourismus angesiedelt werden soll. Auf Freizeit-, Landschafts- und Ökologieaspekte wird im Gutachten verzichtet. So flankiert das Gewerbegebiet primär den 2003 aufwendig hergerichteten und als ökologische Ausgleichsfläche fungierenden ?Mennekrather Baumschulpark? sowie die landwirtschaftlichen Felder mit Gehölzstrukturen.

Wie im Pressearchiv nachzulesen, wurde der 23 ha große Park mit 100.000 Bäumen in der Rheinischen Post unter den Top 10 der Sehenswürdigkeiten im Rheinland gewürdigt. ?Wir haben feststellen können, dass Erkelenz ein wunderschönes Stückchen Land besitzt.? Es wäre schade, den wertvollen Baumbestand nicht sinnvoll zu nutzen?. Die Expertise des technischen Beigeordneten in der Aachener Zeitung: ?Wir wollen einen respektvollen Umgang mit Natur und Tierwelt.? Das Gelände sei eine ökologische Nische. Auch soll der Park noch ausgedehnt und ?Hauptwanderweg A1 und der Hauptradbweg EK am Baumschulpark angebunden werden?. Das Gewerbekonzept steht jedoch im absoluten Widerspruch zu diesen hohen Zielen, die heute wichtiger denn je wären. Müssten in diesem Fall verwendete Fördermittel zurückgegeben werden? Erkelenz ist eine der waldärmsten Städte NRWs (unter 2%). Der ökologische Wert des Parks hat bis dato noch zugenommen. Ein versiegeltes Gewerbegebiet mit seinen Emissionen ist den zahlreichen Tier- und Pflanzenarten gerade nach den letzten Dürre Jahren nicht zuträglich. Durch die noch jahrzehntelangen tagebaubedingten Umwälzungen im Osten ist dieser Bereich ? u.a. die kürzeste Strecke zwischen Venrath - Erkelenz City für Radverkehr, den Land und Bund derzeit besonders pushen wollen - wichtig als Freizeit- und Erholungsraum. Auch die ?Radroute Nysterbachtal? quert dieses Areal.

Quelle: [https://www.aachener-zeitung.de/allgemeines/in-etappen-zum-ziel-baumschulpark\\_aid-28723855](https://www.aachener-zeitung.de/allgemeines/in-etappen-zum-ziel-baumschulpark_aid-28723855)

Lösungsansatz: Als oberste Instanz sollte die Bezirksregierung eine Gesamtstrategie und ein Brachflächenkataster entwickeln unter Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten

- Neuberechnungen mit nachhaltigem, flächenschonenden Ansatz - Reduzierung der veranschlagten ha-Zahl um min. 10 ha möglich - auf Qualität statt Quantität

setzen

- Keine Ausweitung über die BAB 46 hinaus Richtung Osten - kein sozialunverträgliches Gewerbegebiet direkt an Wohnbebauung Neuhaus, Terheeg, Venrath, Kaulhausen
- Zuerst Flächenrecycling alter und bodenunfruchtbaren Standorte, Lücken schließen - noch lange nicht gefüllte GIPCO-Flächen besetzen, bevor neue Areale in den Fokus kommen
- (Wohn- und Misch-)Flächen in den Umsiedlungsdörfern mit bedenken, könnten demnächst wieder z.B. für kleinteiligeres Handwerk mit genutzt werden
- Gemeinsame Abstimmungen: interkommunales Gewerbegebiet Jackerath ebenfalls mit Erkelenzer Beteiligung -> es gibt genug Alternativen ohne Ausweitung ERK Ost und Gipco
- Kurzfristigere Zeitabstände in weniger als 20 Jahren bedenken -> Evaluierung und Nachjustierung z.B. alle 5 Jahre
- Zusammenhängende Flächen von global herausragender Bodengüteklasse nicht weiter zerstören (Zitat Erkelenzer Baudezernent: Erkelenz bekommt keinerlei Rekultivierungsflächen zurück, nur See d.h. Erkelenz verliert nur Flächen an den Tagebau)
- Weitergehende ?echte? Beteiligung der Bevölkerung für bessere Akzeptanz und Synergieeffekte

Daher bitte ich Sie dringend, die o.g. Punkte zu berücksichtigen. Vielen Dank.



AZ: Ö-M-1483	
1003339	
1007466	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der oben genannte familiengeführte Forstbetrieb (Eigentümer [ANONYMISIERT] als ungeteilte Erbgemeinschaft) betreibt auf ca. 400 ha Wirtschaftswald Forstwirtschaft im [ANONYMISIERT] Wald. Der Forstbetrieb ist PEFC zertifiziert und bewirtschaftet den Wald nach den Kriterien einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Die Flurstücke des Forstbetriebs liegen zusammenhängend in der Gemarkung Flamersheim, Flur [ANONYMISIERT] und Flur [ANONYMISIERT]. Namens und kraft Vollmacht der Eigentümer dieser Flächen erheben wir gegen die Neuaufstellung des Regionalplans die folgenden Einwendungen:</p> <p>In dem Entwurf des Regionalplans Köln sind die folgenden Flächen in unserem Forstbetrieb als BSN-Bereiche vermerkt worden:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Diese drei Siefen sind zeichnerisch sehr großzügig als BSN-Flächen ausgewiesen worden, so daß dadurch ca. 15 % der Betriebsfläche (ca. 60 ha) betroffen wären. In der Realität sehen die drei Grabenläufe wie folgt aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• tlw. tief eingeschnittene Siefen mit einer Breite von 5 mtr. bis 15 mtr daraus ergibt sich eine "Siefenfläche" von ca. 5 ha,</li> <li>• nicht ganzjährig wasserführend; inzwischen häufiger trockenfallend,</li> <li>• Baumbewuchs fast durchgängig mit mittelalter Eiche, Buche, Erle und Birke,</li> <li>• durch die Baumbeschattung kaum eine Begleitvegetation vorhanden,</li> <li>• keine Merkmale schützenswerter Biotope erkennbar.</li> </ul> <p>In einem Nachbarbetrieb ist im Jahr 2015 ein ökologisches Gutachten u.a. zu den Siefen von Herrn [ANONYMISIERT] erstellt worden. In diesem Gutachten konnte keine schützenswerte ökologische Wertigkeit für diese Flächen festgestellt werden. Somit bestätigt dieses Gutachten die oben gemachten Aussagen.</p> <p>Die Ausweisung der genannten drei Siefen als BSN-Flächen in dem geplanten Umfang hätte zur Folge, dass diese unverhältnismäßig umfangreich geplanten Bereiche entsprechend dem textlich formulierten Ziel der Raumordnung für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotenziale, zu bewahren wären. Es stünde zu befürchten, dass daraus für unseren Familienbetrieb betriebliche und insbesondere finanziellen Aufwendungen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Festlegung ?BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.</p>

folgen, die neben den schon durch die klimabedingten Veränderungen notwendig werdenden Maßnahmen zur Wiederbewaldung eine zusätzliche wirtschaftliche Herausforderung bedeuten, die so für uns nicht zu tragen wäre.

Diese wirtschaftliche Belastung resultiert vorrangig daraus, daß mit der weitflächigen, überdimensionierten Ausweisung von BSN-Flächen die schon stark reduzierten Vermögenswerte des Betriebs weiter reduziert und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten des Forstbetriebs weiter gefährdet werden. So wäre aufgrund der geringeren Flächenwerte eine Kreditaufnahme zur Finanzierung der Wiederbewaldung noch schwieriger möglich.

Weiterhin liegen zwei denkmalgeschützte Gebäude ([ANONYMISIERT]) aus dem 19. Jahrhundert im Forstbetrieb, die ohne jegliche wirtschaftliche Nutzung sind. Diese Gebäude sind entsprechend der denkmalrechtlichen Vorgaben zu unterhalten und belasten ebenfalls die Wirtschaftlichkeit des Forstbetriebs. Weiterhin würden betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten wie z.B. "Windenergie aus dem Wald" kaum noch realisierbar sein, wenn der Betrieb linienförmig von BSN-Bereichen durchzogen wäre.

Der aktuell gültige Landschaftsplan des Kreises Euskirchen mit dem Landschaftsschutzgebiet "Flamersheimer Wald" ( s. Nr. 2.2-10) ist für die Flächen unseres Forstbetriebs relevant und aus unserer Sicht vollkommen ausreichend, um die Ziele des Naturschutzes zu berücksichtigen. Unter Einbeziehung der rechtlichen Stellungnahme von Herrn [ANONYMISIERT] zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans (s. Anlage) und den darin aufgeführten Mängeln in diesem Entwurf sowie den in diesem Schreiben aufgeführten inhaltlichen Argumenten beantragen wir die ersatzlose Streichung sämtlicher BSN-Bereiche für unseren Forstbetrieb. Sie sind für den beabsichtigten Biotopverbund weder geeignet, noch in dem dargestellten Umfang erforderlich und führen über ihre unmittelbar verbindliche Zielbindungspflicht des § 35 BauGB zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung des Grundeigentums. Angesichts des für den Regionalplan vorgesehenen Flächenmaßstabs fehlt es auch an einer hinreichenden Bestimmtheit der Festlegungen. Wir verweisen auf die umfangreichen Vorgaben an das Landschaftsschutzgebiet Flamersheimer Wald (s. Landschaftsplan Kreis Euskirchen), die weitere Einschränkungen aus naturschutzfachlichen Gründen überflüssig machen.

Sollten die BSN-Bereiche für unseren Forstbetrieb im Regionalplan Köln aufrecht erhalten bleiben, werden wir diesen beklagen, da es für uns um die wirtschaftliche Existenz unseres Forstbetriebs geht.

Anlage: Rechtsgutachten Prof. [ANONYMISIERT], Münster

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPiG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

---

AZ: Ö-M-1484	
1003341	
1007241	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit der Offenlegung des Regionalplans Köln geben Sie u.a. der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme. Vorab legen wir Wert darauf, deutlich zu machen, dass wir nicht generell gegen die Ausweisung von Gewerbegebieten sind. Uns ist bewusst, dass jede Kommune auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zur Finanzierung ihres Haushalts angewiesen ist und dass Unternehmen einen Standort für die Realisierung ihres Betriebszwecks benötigen. Andererseits steht auch fest, dass sich die Ausweisung neuer Gewerbegebiete automatisch mit den Zielen des Naturschutzes in einem natürlichen Konflikt befindet. So verhält es sich auch hier. In dem Umweltbericht kommt der Gutachter "Bosch &amp; Partner" zusammenfassend zu der Einschätzung, dass "hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich bei drei Kriterien (schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind". Neben diesen besorgniserregenden Feststellungen lässt sich zweifelsohne auch anführen, dass es in Anbetracht der globalen Erwärmung und der negativen Folgen auf jeden Quadratmeter nicht versiegelten Boden ankommt. Aus Sicht des Naturschutzes möchten wir darauf hinweisen, dass die in Rede stehende Fläche der Lebensraum einer großen Anzahl Vögeln und Tieren und Pflanzen (z.T. geschützt) ist: Feldlerche, Goldammer, Krähen und Greifvögel, wie Bussard, Habicht, Sperber, Falken, Rotmilan, auch Graureiher sind häufige Gäste. Auf den Acker- und Wiesenflächen finden Rehe, Füchse, Feldhasen und Kaninchen ihre Nahrungsquellen. Fledermäuse und Eulen haben ihre Quartiere direkt in unmittelbare Nähe zu unserem Haus. Außerdem entsprechen die von Ihnen vorgestellten Pläne, in denen in grober Skizze die zukünftig zu erwartende Gelände Nutzungsmöglichkeit abgebildet wird, nicht den zu diesem zukünftigen Zeitpunkt bestehenden örtlichen Gegebenheiten: keineswegs ist - wie von Ihnen dargestellt - im Umland weiterhin mit einer reinen Grünflächenausweisung zu rechnen, vielmehr sind zur betroffenen vorgesehen Kreisstraße K 9n eine weiteres Gewerbegebiet zwischen Simmerath und Kesternich sowie eine umfangreiche Ausweitung des bebaubaren Innenraumes der Ortschaft Kesternich durch eine Ausdehnung der Baugrenze zu der von Ihnen beplanten Fläche hin vorgesehen und bereits genehmigt - allerdings aktuell noch nicht bebaut und damit unauffällig. Durch diese Addition von versiegelten Flächen und den jetzt bereits absehbaren Folgen der Nutzungsänderungen weg vom offenen Weideland verstärken sich die Konsequenzen für uns Anwohner weiter. Abschließend möchten wir auch noch einige persönliche Gründe der Betroffenheit anführen: Mit der Erweiterung des Gewerbegebietes Simmerath bis unmittelbar an den nördlichen Ortsrand von Kesternich erwarten wir zum</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Zu der vorliegenden Festlegung und dem hier angesprochenen Standort am Gericht wird ferner auf die Erläuterung zur der entsprechenden Stellungnahme der Städteregion Aachen (Stn. ID Nr. 1003952) verwiesen.</p>

einen eine erhebliche Lärmbelästigung durch die Betriebe des Gewerbegebietes und durch den Verkehr bzw. Schwerlastverkehr auf der oben genannten Kreisstraße. Weiterhin sehen wir eine beträchtliche gesundheitliche Beeinträchtigung durch Schadstoffemissionen, Feinstaub und Abgase sowie eine Belästigung durch Lichtemissionen. Im Ergebnis steht auch ein erheblicher Verlust an Lebens- und Wohnqualität, ein erheblicher Wertverlust unserer Immobilie und unserer Grundstücke. Diese negativen Auswirkungen werden wir nicht klaglos hinnehmen. Alle Bewohner wohnen absichtlich in ländlich geprägtem Umfeld und haben durch die Wohnsitznahme bewusst ein mögliches Fehlen an Infrastruktur um den Mehrwert des ländlichen Lebens in Kauf genommen. Die jetzt geplanten Maßnahmen laufen dem zuwider. Eine gute und leicht umsetzbare Alternative ließe sich unter Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur leicht zwischen Simmerath und Am Gericht finden . Mit der vorgesehenen Planung sind wir daher nicht einverstanden.

AZ: Ö-M-1485

1003342

1010428

#### Inhalt

Wir planen mit der Stadt Jülich eine Ressourcenschutzsiedlung auf unseren unten aufgeführten Flächen und sind dort schon im Gespräch mit diversen Vertretern der Stadt Jülich. Nachfolgend sind die Flächen dort aufgelistet [ANONYMISIERT]. Zum Hintergrund der Stellungnahme. Die Stadt Jülich ist eine der betroffenen Städte durch den zukünftigen Ausstieg aus der Braunkohle liegt im Gebiet des Strukturwandel. In Verbindung mit dem in der Nähe liegenden Brainergy Park sollen auch die dort qualifizierten Arbeitnehmer einen angemessenen Wohnraum angeboten bekommen in Verbindung mit dem zukünftigen Naherholungsgebiet Sophienhöhe und Tagebau Hambach.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

AZ: Ö-M-1486	
1003345	
1007120_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien enthält das Kapitel 5.2.3 Vorgaben, welche geeignet sind, mittelbar eine steuernde Wirkung für die Windenergie zu besitzen. Bewertung des Planentwurfs unter materiellen Gesichtspunkten In Bezug auf Windenergienutzung lassen sich im Entwurf des ROP Köln zum einen direkte Festlegungen finden, welche unmittelbar die Auswahl von potenziellen Standorten bestimmen bzw. beeinflussen sollen. Daneben gibt es zum anderen jedoch auch noch eine ganze Reihe von Zielaussagen im Entwurf des Regionalplans, die auf den ersten Blick zwar nicht direkt erkennbar, bei genauerer Betrachtung aber dennoch wahrnehmbar die Ausweisung von Windenergiefläche auf der Ebene eines Flächennutzungsplans beeinflussen können oder zum Teil auch unmittelbar eine Wirkung auf die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagenstandorten besitzen. Die unmittelbar erkennbaren steuernden Vorgaben für die Windenergienutzung sind in 2.37 und G.65 enthalten. Hierzu haben wir folgende Anmerkungen: Zu Z.37: Gemäß diesem Ziel der Raumordnung hat die Planung von Standorten für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorrangig innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiches (AFAB) zu erfolgen. Daneben sollen in Regionalen Grünzügen, Waldbereichen, Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen, Bereichen für Grundwasserschutz und Gewässerschutz und Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich möglich sein, wenn sie mit den jeweiligen regionalplanerischen Festlegungen vereinbar sind. Nur ausnahmsweise können in den regionalplanerisch festgelegten Vorranggebieten für Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB), Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), Oberflächengewässer, Überschwemmungsbereiche (ÜB), Flugplätze, Bereiche der Verkehrsinfrastruktur, Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) Standorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorgesehen werden. Ausschlussflächen definiert dieses Ziel der Raumordnung 2.37 hingegen nicht. Unserer Auffassung nach erscheint es mehr als zweifelhaft zu sein, dass der Plangeber mittels der gewählten Systematik in der Lage ist, einen Beitrag für die Erreichung der bundesrechtlich vorgegebenen Klimaschutzziele, der Zielvorgaben zum Ausbau der Windenergie aus dem EEG und der Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zu leisten. Außerdem setzt sich eine solche Zielvorgabe in Widerspruch zum Windenergieflächenbedarfsgesetz. Dort ist verankert, dass das dem Land Nordrhein-Westfalen vorgegebene Ausbauziel für die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken in Bezug auf Festlegungen zu Erneuerbaren Energien kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.</p>

Windenergie an Land durch Festlegungen von Windvorranggebieten erreicht werden muss. Genau dies möchte auch die Landesregierung Nordrhein- Westfalen gemäß Koalitionsvertrag, die ja bereits angekündigt hat, den Landesentwicklungsplan entsprechend zu ändern und den Regionalen Planungsverbänden konkrete Zielvorgaben für die Erreichung der Ausbauziele zu machen. Wir empfehlen daher dringend, das Ziel 2.37 zur Windenergienutzung und mit der Windenergienutzung ggfs. kollidierende Zielfestlegungen, wie Ziel Z 22 (Vorranggebiet Wald), Ziel Z 19120 (Vorranggebiet Bereiche für den Schutz der Natur), Ziel Z 18 (Vorranggebiet Grünzug) und weitere, insbesondere nachfolgend, aufgeführte Zielfestlegungen aus diesem Regionalplanverfahren herauszunehmen und ein neues Regionalplanverfahren einzuleiten, in dem die Windenergienutzung mit den vorstehenden Zielfestlegungen abgestimmt festgelegt werden. Alternativ kann gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 ROG festgelegt werden, dass bestimmte Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum tt bestimmter Umstände vorgesehen sind. (Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG S 7) In diesem Regionalplanentwurf könnte festgelegt werden, dass die Ziele des Regionalplans nur so lange gelten, bis und soweit der Regionalplan zur Ausweisung von Windenergiegebieten gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz in Kraft getreten ist und diese Ziele mit der Ausweisung der Windenergiegebiete nicht in Einklang zu bringen sind. Sollte dies nicht geschehen, ist zu befürchten, dass der Windenergieausbau nicht wie vom Bundesgesetzgeber (siehe Windenergieflächenbedarfsgesetz) und der Landesregierung gewünscht voranschreitet. Zum einen sollen in diesem Regionalplanentwurf keine Gebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden, was aber zum Beispiel problematisch im Zusammenhang mit Änderungen der Regelung zum Landschaftsschutzgebiet und zur Ausnahme vom Tötungsverbot nach Bundesnaturschutzgesetz ist, da dort Anknüpfungspunkt das Gebiet für die Windenergienutzung ist. Zum anderen kann mit dem Plan mittelbar ein Ausschluss der Windenergienutzung verbunden sein, wenn andere Zielfestlegungen der Windenergienutzung entgegenstehen, was insbesondere bei einem Vorranggebiet Wald und Vorranggebiet Bereiche für den Schutz der Natur der Fall sein dürfte. Die vorgesehene vorrangige Unterbringung von Windenergieanlagen innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Freiraum und Agrarbereiches erscheint nicht ausreichend zu sein, um substantiell Fläche zur Verfügung zu stellen. Diese Wahrnehmung wird durch den Verzicht auf eine eigene zeichnerische Festlegung von Vorrangflächen für die Windenergie noch weiter unterstrichen. In den Erläuterungen zu den textlichen Festlegungen des ROP-Entwurfs wird dazu ausgeführt, dass gemäß dem LEP NRW von einer Ausweisung abgesehen werde. Dabei enthält der Landesentwicklungsplan unter 10.2-2 einen Grundsatz der Raumordnung, welcher es den regionalen Planungsträgern explizit ermöglicht, Vorranggebiete für die Windenergienutzung in den Regionalplänen festzulegen. Der Verzicht auf die Ausweisung kommt daher einer Absage an die nachhaltige Sicherung von Standorten auf regionalplanerischer Ebene gleich. Daneben ist aber auch bei den textlich geregelten Bereichen, in denen Windenergie noch grundsätzlich

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Der Regionalplan legt zudem Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG ) gemäß den Vorgaben des LEP NRW für von der Fachplanung geplante und festgesetzte Wasserschutzgebiete fest. Die Ge- und Verbote in Wasserschutzgebieten richten sich nach den entsprechenden Wasserschutzgebietsverordnungen, welche von der nachgeordneten Fachplanung festgelegt werden. Vergleiche hierzu auch die Ausführungen zu Z.26 sowie die entsprechende Begründung dazu.



möglich bleiben soll, sofern sie mit den betroffenen Schutz- und Nutzungsfunktionen der jeweiligen Bereiche noch vereinbar ist, unklar, unter welchen genauen Voraussetzungen eine Zulässigkeit mit der Windenergienutzung bestehen kann. Nach dem Willen des Plangebers sollen hier die Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung selbst entscheiden und würden damit faktisch die Sicherung von Windenergieflächen ganz allein schultern müssen. Gleiches gilt auch für die Bereiche, in denen Windenergiestandorte nur ausnahmsweise zulässig sein sollen, wenngleich hier die zuständigen Fachbehörden verstärkt mit in die Prüfpflicht genommen werden. Es ist nicht erkennbar warum beispielsweise für die Vorranggebiete Regionaler Grünzug oder Waldbereiche noch eine grundsätzliche Vereinbarkeit mit der Windenergie gesehen wird, in den Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) jedoch nur ausnahmsweise Windenergieanlagen aufgenommen werden sollen. Diese Ungleichbehandlung entsteht unserer Auffassung nach aufgrund einer unsachgemäßen Abwägung der einzelnen Belange gegeneinander und untereinander. Es liegt ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG) vor. Somit bleibt es völlig offen, wie viel Potenzial für die Windenergienutzung überhaupt zur Verfügung stehen kann und ob sich mit dem Planentwurf ein substanzieller Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Ziele, bzw. der Ausbauziele nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz leisten lässt. Unter Beibehaltung dieses geplanten Ziels droht somit eine Aushöhlung der gesetzlich vorgegebenen Außenbereichsprivilegierung („der Windenergie muss danach im Außenbereich substanziell Raum gegeben werden“). Wir kommen daher zu dem Ergebnis, dass das geplante Ziel<sup>2.37</sup>, mit seinen direkten steuernden Aussagen in Bezug auf die Windenergienutzung, rechtswidrig ist, da es nicht endabgewogen ist.

Zu G.65 Der Grundsatz der Raumordnung, demnach Standorte für Windenergieanlagen in Konzentrationszonen der kommunalen Bauleitpläne zusammengefasst werden sollen, beinhaltet eigentlich lediglich einen Planungsauftrag für die Gemeinden. Denn die Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung stellt das Planungsinstrument der Kommunen dar wenn es darum geht, die Ansiedlung von Windenergieanlagen innerhalb ihres Gemeindegebiets zu steuern. Dies geht deutlich über den Aspekt des Schutzes des Freiraums vor erheblichen Beeinträchtigungen hinaus, wie ihn die Erläuterung zu den textlichen Festlegungen des ROP Entwurfs anführt. Vielmehr muss im Rahmen der Ausweisung von Konzentrationszonen sichergestellt werden, dass trotz der Einschränkungen der Ausnutzbarkeit der Windenergie im planungsrechtlichen Außenbereich noch ein substanzieller Raum übrig bleibt, der es ermöglicht Windenergie so umzusetzen, dass sich energiepolitische Ziele auch tatsächlich umsetzen lassen. Über die aktive Ausweisung von Vorrangflächen in einem Regionalplan, welcher eine Abwägung der verschiedenen Belange mit den übrigen regionalplanerischen Zielsetzungen vorausgeht, kann bereits auf der Ebene der Raumordnung eine nachhaltige Sicherung von Windenergieflächen erfolgen. Es wäre dann darüber hinaus die Aufgabe der Kommunen zu überprüfen, ob nicht noch weitere Flächen für die Windenergie in Frage kämen bzw. konkrete Ausschlüsse für sensible Bereiche zu formulieren. Stattdessen lässt der Plangeber des ROP Köln die Gemeinden mit allen Entscheidungen alleine,

insbesondere wie die Gewichtung von fachlichen Belangen gegenüber der Windenergie innerhalb von Gebieten zu erfolgen hat, in denen eine Windenergienutzung aufgrund der erfolgten Festlegungen für das Gebiet praktisch ausgeschlossen oder stark erschwert wird und nur unter Erfüllung von Ausnahmetatbeständen möglich erscheint. Indirekt steuernde Vorhaben aufgrund sonstiger regionalplanerischer Zielfestlegungen Im Planentwurf sind eine Reihe von Gebietskategorien als Ziele der Raumordnungen festgelegt worden, in denen nicht oder nur in Ausnahmefällen Windenergieanlagen zulässig sein soll. Dadurch wird die tatsächlich Ausnutzbarkeit des zur Verfügung stehenden Raums in Bezug auf das Windenergiepotenzial weiter stark geschmälert. Dies betrifft die folgenden Ziele des ROP-Entwurfs: Vorranggebiet Grünzug (Ziel 18) Bei der Ausweisung werden auch Flächen des Grünzugs miteingefasst, und dies nach erstem Augenschein sehr großflächig Die Möglichkeiten für die Erlangung einer ausnahmsweisen Zulässigkeit von Windenergiestandorten sind als sehr gering einzuschätzen, da hier hohe fachliche Hürden bestehen. Für eine Endabwägung des Belangs der Windenergienutzung gegenüber den naturschutzfachlichen Belangen ist daher davon auszugehen, dass sich die Windenergie hierbei nur in seltenen Fällen durchsetzen kann, so dass hier bei den Grünzügen faktisch eher von Ausschlussflächen auszugehen sein wird.

Bereiche für den Schutz der Natur (Ziel 19) Bei der Festlegung der BfN ist leider davon auszugehen, dass unter dem Blickwinkel der Windenergienutzung ebenfalls zu großflächig abgegrenzt wurde. So wurden hierbei nicht nur Flächen für den Biotopverbund miteingefasst, sondern auch FFH- und Vogelschutzgebiete, festgesetzte und geplante Naturschutzgebiete, der Nationalpark Eifel und sogenannte Wildnisgebiete sowie Flächen, die unter landesweiten und/oder regionalen Aspekten in der Regel als Kernbereiche des Biotopverbunds mit einer hohen Schutzwürdigkeit bewertet wurden. Auch hier lässt sich die Windenergienutzung nur ausnahmsweise unter stark erschwerten Bedingungen umsetzen.

Vorranggebiet Wald (Ziel 22) Dieses Ziel ist nicht endabgewogen. Es ist nicht klar und auch nicht vom Plangeber untersucht, ob das Ziel nicht der Windenergienutzung zuwiderläuft, insbesondere unter zu Grundelegung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes.

Vorranggebiete Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär (Ziel 23) Dieses Ziel ist auch nicht endabgewogen. Es ist nicht klar, wieso es hier eines über den fachgesetzlichen Schutz hinausgehenden Schutzes bedarf.

Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (Ziel 26) Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Grundwasser und Gewässerschutz nicht vereinbar sind, sollen innerhalb der im ROP-Entwurf festgehaltenen Flächen ausgeschlossen sein. Nur ausnahmsweise sind hier noch Planungen und Maßnahmen bei der Erfüllung wasserrechtlicher Ausnahmetatbestände möglich. Nach den Erläuterungen und der Begründung des Ziels sollen hier auch geplante Wasserschutzgebiete erfasst sein.

Dies würde über das Fachrecht hinausgehen. Ein sachlicher Grund ist nicht ersichtlich. Insbesondere wäre in einem solchen Fall keine Ausnahme zulässig, was eine Ungleichbehandlung und Schlechterstellung mit festgesetzten Wasserschutzgebieten bedeuten würde. Es ist auch nicht klar, inwieweit bei dieser Ausdehnung der Windenergienutzung ausreichend Raum gegeben werden kann, damit die Klimaschutzziele erfüllt werden können.

Fazit: Dem Planentwurf mangelt es an einer sachgerechten Abwägung in Bezug auf die Vereinbarkeit der Belange der Windenergienutzung und einzelner fachlicher Zielsetzungen, die als Ziele der Raumordnung zwar ihren Eingang in den Planentwurf fanden, jedoch nicht ins richtige Verhältnis zum Windenergiepotenzial gesetzt werden. Auch wenn der Regionalplan im Entwurf keine abschließende Flächenkulisse schafft, die über die Zulässigkeit und Nicht-Zulässigkeit von WEA-Standorten bestimmt, kommt der Plangeber nicht seiner Aufgabe nach zu überprüfen, ob unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Raumordnung G 10.2-2 aus dem LEP NRW nicht doch eine Planung und Ausweisung von Gebieten für die Windenergienutzung hätte durchgeführt werden müssen. Denn die im Plan erfolgten Festlegungen der aufgezählten regionalplanerischen Gebiete, mit ihren restriktiven Wirkungen auf die Ausnutzbarkeit der Windenergie innerhalb des Gebietes lassen starke Zweifel daran aufkommen, dass für die Windenergienutzung in der Planungsregion noch genügend Raum zur Verfügung steht. Dies gefährdet die klimapolitischen Zielsetzungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und steht nicht im Einklang mit den rechtlichen Anforderungen an eine sachgerechte Abwägung. Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) ist geändert worden und dabei wurde der Ausbau der Windenergienutzung zum überwiegenden öffentlichen Interesse und zum Interesse der öffentlichen Sicherheit erklärt. Ebenso gibt es nun ein neues Windenergieflächenbedarfsgesetz mit konkreten Zielvorgaben an die Bundesländer: Diese Aspekte haben noch keinen Eingang in die Erstellung des Planentwurfs gefunden, so dass auch hier ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Planentwurfs bestehen.

AZ: Ö-M-1487	
1003347	
1007121_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mein Name ist [ANONYMISIERT]. Ich bin am [ANONYMISIERT] 1997 in Geilenkirchen geboren und wohne seitdem ? nun also schon fast 25 Jahre ? im Ortsteil Lindern. Auch meine Familie und meine Freunde wohnen hier und in der unmittelbaren Umgebung (z.B. in Randerath, Brachelen, etc.).</p> <p>Ich schreibe nun diese Stellungnahme, um einmal deutlich zu machen, mit welchen Gedanken ich mich rund um die Neuaufstellung des Regionalplanes und den möglichen Konsequenzen für meine Heimat-Region beschäftige.</p> <p>Zunächst denke ich an die Aspekte, die mich, meine Familie, meine Kinder, meine Freunde und alle Bewohner unseres Dorfes wohl zukünftig betreffen werden: der Verkehr. Unser Dorf hat einen ländlichen Charakter: er ist nicht sehr groß, jeder kennt jeden und wir haben in der Nähe alles, was wir im Alltag brauchen. Aktuell gibt es jedoch schon zwei Hauptstraßen und eine große Kreuzung, die zu fast jeder Tageszeit sehr stark befahren sind. Das weiß ich aus meiner persönlichen Erfahrung, denn ich wohne genau auf einem Eckgrundstück an dieser Kreuzung beider Straßen.</p> <p>Ich frage mich nun, wie soll die Verkehrsanbindung hier in Zukunft ablaufen? Weniger Verkehr wird es mit Sicherheit nicht geben ? im Gegenteil. In meinen Augen geht die Tendenz zu einem noch viel größeren Verkehrsaufkommen in unserem Ort und um unseren Ort herum. Auch die umliegenden Dörfer würden durch den Durchfahrtsverkehr stark betroffen sein. Die Lärm- und Abgasemissionen würden das ruhige Leben, wie wir es gewohnt sind und wie wir es auch lieben, definitiv beeinträchtigen. Auch für unsere Kinder stellt ein noch stärkeres Verkehrsaufkommen ein größeres Risiko im Straßenverkehr dar. Ich kann mir kaum vorstellen, meine Kinder später allein eine viel befahrene Straße ? wie sie hier zu erwarten wäre ? überqueren zu lassen. Und ich finde, solche Sorgen sollten nicht zu einem Leben auf dem Land gehören.</p> <p>Weiterhin denke ich an ein Thema, was aktueller kaum sein könnte: die Landwirtschaft. Wir merken aktuell stärken denn je, wie angewiesen wir auf andere Länder sind, wenn es um die Grundversorgung unserer eigenen Bevölkerung geht. Nun sollen hier Flächen mit einer überaus hohen Bodengüte bebaut und versiegelt, anstatt landwirtschaftlich genutzt werden. Das ist ein kompletter Widerspruch zu dem, was wir meiner Ansicht nach eigentlich tun sollten, nämlich: eine stabile Versorgung mit heimischen, regionalen Lebensmitteln schaffen.</p> <p>Die bestehenden Krisenzeiten sollten doch wohl Hinweis genug darauf sein, dass es wichtig ist, eine funktionierende Landwirtschaft zu haben, die unsere Eigenversorgung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine eindeutige Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Sofern sich die Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern richten, gilt Folgendes: Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p> <p>Im Hinblick auf die Berücksichtigung der Aspekte des Natur- und Umweltschutzes sowie der Landwirtschaft gilt Folgendes: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)</p>

sichert und uns unabhängiger von Auslandsimporten macht.

Auch der letzte Punkt, den ich anführe, ist an Aktualität kaum zu übertreffen. Es geht um den Natur- und Umweltschutz. Umliegend befinden sich verschiedene Naturschutzgebiete, die in ihrer Gänze so nicht weiter bestehen könnten. Auch das Risiko von Überschwemmungen sehe ich in den an Wurm und Rur gelegenen Orten zukünftig wachsen, wenn wir noch größere Flächen als bisher versiegeln.

Vielen Menschen scheint die Brisanz der Umweltdebatte leider noch nicht klar zu sein. Dieses Thema ist von allerhöchster Wichtigkeit für uns alle und ich hoffe, dass es langsam auch mehr Mitmenschen begreifen und aktiv anpacken möchten. Und das passiert sicherlich nicht, indem wir freie Wald- und Naturflächen mit Industriebauten zupflastern.

Ich möchte hiermit die Bezirksregierung Köln bitten, die angebrachten Punkte bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen.

nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Die geäußerten Bedenken hinsichtlich des Verkehrsaufkommens richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Sie gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.

AZ: Ö-M-1488

1003348

1007123\_001

#### Inhalt

Hiermit nehmen wir unsere Möglichkeit zur Stellungnahme zum Regionalplan Birgden vom 21.06.2022 wahr.

#### Flächenversiegelung

Anhand des neuen Baugebietes ?Gelindchen III? konnten wir feststellen, welche dramatischen Auswirkungen eine weitere Versiegelung der Flächen hat. In den Monaten nach Baubeginn gab es schon mehrfach Überflutungen im Bereich Paulssträßchen, wo Keller und Garagen vollliefen. Aber auch das neue Wasserrückhaltebecken wurde überflutet, obwohl erst ca. 20% Bebauung stattgefunden hat. Es muss schon jetzt befürchtet werden, dass es in den kommenden Jahren immer wieder zu Überflutungen kommen wird, erst recht wenn die Bebauung zu 100% abgeschlossen sein wird.

Was wird sein, wenn ein weiteres Baugebiet aus dem Boden gestampft und angehängt wird? Eine weitere Versiegelung des kostbaren Ackerbodens wollen wir nicht hinnehmen.

#### Naturschutz

Bei der Umsetzung des Baugebietes ?Jankerfeld 4? müsste aufgrund der vorliegenden Planung jahrzehntealter Baumbestand (u. a. eine Rotbuche) weichen. Dieser Baumbestand ist nicht nur klimatechnisch wertvoll, sondern auch aus ökologischer Sicht sehr wichtig, denn er ist Heimat von Fledermäusen, verschiedenen Vogelarten wie z. B. Bussarde Falken, Grünspechte, aber auch Fasane, Rebhühner und Wachteln. Einige dieser Tiere stehen bereits auf der ?Roten Liste? und müssen unbedingt geschützt werden müssen. Der Lebensraum für diese Tiere wird auch hier aufgrund der Baugebiete in Birgden immer kleiner, sie sorgen aber für ein ökologisches Gleichgewicht auf den angrenzenden Acker-, Wald- und Wiesenflächen.

Weiterhin sieht die Planung ?Jankerfeld 4? vor, dass eine Verbindung/Straße aus dem Gewerbegebiet ?Alte Fabrik? in das neue Baugebiet führen soll. Dies wäre dann eine Durchgangsstraße und eine erhebliche Belastung für die Anrainer des jetzigen Feldweges, die schon bei der Bebauung des ?Jankerfeld 3? einen Lärmschutzwall akzeptieren mußten, um die Lärmbelastung des Gewerbegebietes abzumildern. Eine Durchgangsstraße aus und in das Gewerbegebiet ist nicht hinnehmbar.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

#### Verkehrsführung

Birgden ist mit dem aktuellen Straßennetz und dem derzeitigen Verkehrsaufkommen völlig überlastet. Zu den Stoßzeiten führt das dazu, dass viele die verkehrsberuhigten Nebenstraßen nutzen, um dem Verkehrsaufkommen auszuweichen. Die geplante Ortsumgehung (Anbindung an die K3) kann dieses Problem nicht wirklich lösen, da die gesamte Infrastruktur im alten Ortskern liegt und die Einwohner durch den Ort zur Schule, Kindergarten, Bäcker, Kiosk etc. fahren werden/müssen, um ihre Erledigungen zu tätigen. Die Belastung wird mit dem Erschließen weiterer Baugebiete drastisch steigen.

#### Infrastruktur

Wenn es nach der Vision unseres Bürgermeisters "unser Dorf wird rund" geht, hätten wir demnächst genug Bauland, um junge Familien anzusiedeln. Es fehlen aber jetzt schon ca. 200 Kindergartenplätze in der Gemeinde Gangelt, wobei die Bewohner der neuen Baugebiete noch nicht berücksichtigt wurden. Auch unsere Grundschule wird trotz des geplanten Ausbaus nicht ausreichen, alle Kinder aufzunehmen. Damit wäre das nächste Verkehrsaufkommen vorprogrammiert, denn die Kinder werden woanders hinchauftiert werden müssen. Auch weitere Einkaufsmöglichkeiten werden fehlen, Gangelt selbst ist ohne Auto nicht zu erreichen.

Bei der Vielzahl der Birgdener Bürger ist diese Planung auf großen Unmut gestoßen. Die Bürger wünschen sich eine aktive Beteiligung an den Entwicklungsplänen des Dorfes und möchten gehört und ernst genommen werden, auch wenn es um Bedenken und Einwände geht.

AZ: Ö-M-1489

1003349

1008264

#### Inhalt

ASB Kreuzau (Ortsteil Schneidhausen): Neuentwicklung des Gebiets der ehemaligen Hoesch-Fabrik bei Kreuzau-Schneidhausen, westlich der Rur. Ich habe große Bedenken gegen die neu vorgelegten Pläne der Firma Hoesch (Inh. [ANONYMISIERT]) zur neuen Hoesch-Aue. Diese Pläne wurden Ihnen durch die Stellungnahme der Gemeinde Kreuzau zum Regionalplanentwurf zugestellt. Siehe hierzu auch unten stehenden Link, hierin besonders BF 6 auf Seite 9. Ich finde, dass das gesamte Gebiet zu nah an der Rur liegt. Es sollte darauf geachtet werden, möglichst weit vom NSG Rur wegzubleiben. Zumal die Fa. beabsichtigt, dort ein Zentrum mit erlebnisreichem Eventcharakter zu errichten. So etwas gehört nicht neben ein Naturschutzgebiet. Besonders aber richte ich mich gegen die Einbeziehung der Pflegebrache (BF6, S. 9) ganz im Süden des Hoesch-Gebietes. Pflegebrachen sollen der Pflege dienen und nicht der Bebauung. [https://ratsinfo.kreuzau.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZdTbgO6UtbJMa1eoBDEBrQRXUMWEclkez0SODB4n1g5E/Anl.\\_1\\_HOESCH-Aue\\_Projektbeschreibung.pdf](https://ratsinfo.kreuzau.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZdTbgO6UtbJMa1eoBDEBrQRXUMWEclkez0SODB4n1g5E/Anl._1_HOESCH-Aue_Projektbeschreibung.pdf)

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Bedenken gegen eine städtebauliche Projektentwicklung hervorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird.

Zur Anregung der Gemeinde Kreuzau wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme mit der ID 1005446 verwiesen.



1008265

#### Inhalt

ASB Kreuzau: Entwicklungsfläche nördliche Ortslage / An der alten Malzfabrik  
Hier wende ich mich dagegen, dass die von Ihnen vorgeschlagene Erweiterungsfläche so groß ist. Auch ist mir zu Ohren gekommen, dass die Gemeinde Kreuzau diese Fläche im neuen Regionalplan noch in Richtung Rur vergrößern lassen will. Aber sie läge dann zu nah an der Rur und der dort notwendige Naturschutz wäre nicht mehr gewährleistet. Die Fläche ist verwildert, von daher ökologisch wertvoll und schützenswert. Auch müssten erhebliche Rodungsarbeiten stattfinden. Ich bitte von daher, allenfalls im Osten einen Streifen zur Bebauung freizugeben.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich der Erweiterungswünsche der Gemeinde Kreuzau siehe Erläuterungen zur StnID 1005447.

1008266

## Inhalt

ASB Stockheim (Süden), Verlängerung der Marienstraße  
Ich widerspreche der Ausweisung der vollständigen, aber auch der teilweisen Fläche als ASB. Sie stellt eine wichtige Pufferzone zwischen bereits bebautem Gebiet und unmittelbar angrenzendem Naturschutzgebiet dar; es handelt sich um ein schützenswertes (Feucht)Biotop, ist vom LANUV als BSLE kartiert; in unmittelbarer Nähe befindet sich ein Naturdenkmal (der "Decke Boom"); die derzeitige in diesem Gebiet ohnehin schon problematische Entwässerungssituation würde sich durch die Versiegelung noch verschlimmern; dort kommen auch planungsrelevante Arten vor. Außerdem haben Sie selbst in Ihrem Umweltbericht (KRE\_ASB\_3) erhebliche Umweltschäden befürchtet und das Gebiet als NSG-würdig eingestuft. Zudem haben sich inzwischen mehr als 1000 BürgerInnen gegen die Ausweisung als Baugebiet ausgesprochen. [https://ratsinfo.kreuzau.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZazne5M4--3KFLJoN4-IE2F8vy\\_nv7AH51\\_ogd9eto8y/Anlage\\_TOP\\_5.pdf](https://ratsinfo.kreuzau.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZazne5M4--3KFLJoN4-IE2F8vy_nv7AH51_ogd9eto8y/Anlage_TOP_5.pdf) , S.20-26

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen sowie Naturschutzgebieten wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Im Prüfbogen wurde das sich im Umfeld befindliche Naturschutzgebiet "DN-057: NSG Drover Heide LP" und daraus resultierende erhebliche Umweltauswirkung beschrieben sowie in der Bewertung des Prüfbogens berücksichtigt. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die weiteren angesprochenen Aspekte gehen über die Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und werden innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Verfahren geregelt.

1008267

#### Inhalt

ASB Winden, Nordwestlicher Teil der Bergtraße (westliche Straßenseite)  
Dieser noch nicht bebaute, aber im bisherigen Regionalplan als ASB ausgewiesene Straßenteil sollte unbedingt aus dem ASB herausgenommen werden, damit eine weitere Bebauung dort zukünftig nicht mehr möglich ist. Es handelt sich um ein hoch wertvolles ökologisches Gebiet, das nahe an einem LSG liegt, möglicherweise sogar selbst Teil des LSG ist. Dort gedeihen Himmelsschlüssel, Herbstzeitlose und sogar Knabenkräuter (Orchideen), heimische Gehölze wie Heckenrose, Weißdorn, Holunder. Man hört dort den Waldkauz/Steinkauz und den Kuckuck. Man sieht Meisen, Rotkehlchen, Rotschwanz, Dompfaff, Zaunkönig und Grünspecht. Vor allem aber lebt dort die Ringelnatter, die auf der Roten Liste steht. Bitte schützen Sie diesen wertvollen Bereich, indem Sie ihn aus dem ASB herausnehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1490	
1003352	
1009378	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Gewerbeverein Swisttal nimmt wie folgt Stellung zum Regionalplan.</p> <p>In der Gemeinde Swisttal gibt es für sich dynamisch entwickelnde Unternehmen kaum frei verfügbare Gewerbe- und Industrieflächen. Verschiedene Unternehmen haben aufgrund des zu geringen bzw. fehlenden Flächenausweis Swisttal in den letzten Jahren verlassen. Damit gingen Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze vor Ort verloren. Da der Regionalplan den Rahmen für die nächsten 20 Jahre absteckt, muss dem Bestands- und Entwicklungsbedarf der Swisttaler Unternehmen und der Region Rechnung getragen werden. Gleichzeitig sollen die Gewerbeflächen nach neusten Erkenntnissen möglichst klimaneutral und qualitativ hochwertig, d. h. in ökonomischer und ökologischer Hinsicht, entwickelt werden. Entsprechend flächeneffizient soll die Entwicklung der Gewerbegebiete sein. Wir schlagen vor:</p> <p>1) die bereits eingezeichnete Fläche in Heimerzheim Nord Richtung Metternich ? jetzt als GIBregional bezeichnet - künftig als GIB ? Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) ? zuzulassen. Die Auflage einer interkommunalen Entwicklung hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass das Gewerbe- und Industriegebiet nicht entwickelt wurde und Unternehmen in die umliegenden Kommunen abgewandert sind.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID1009378_1]</p> <p>Bild 1 Regionalplan - Swisttal, D-53913 Swisttal, Kartenausschnitt, Maßstab 1: 50:000, Quelle: © Bez.-Reg.Köln Regionalplan Blatt 12 Rhein-Sieg-Kreis, 2021 Zusätzlich vorgeschlagene Gewerbe- und Industriegebiete in Swisttal (gelb markiert)</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1009378_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Auch stehen keine weiteren Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung.</p>

1009379	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>2) Die nördlich (in der Graphik gelb markiert) an das unter 1) bezeichnete Gebiet soll bei Bedarf direkt erweitert werden, um die noch unter 1) zu errichtende Infrastruktur besser auszunutzen. Der Standort von 1) und 2) unmittelbar westlich der Autobahn A61 bietet sich für eine gewerbliche Entwicklung an.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1009379_1]</p> <p>Bild 1 Regionalplan - Swisttal, D-53913 Swisttal, Kartenausschnitt, Maßstab 1: 50:000, Quelle: © Bez.-Reg.Köln Regionalplan Blatt 12 Rhein-Sieg-Kreis, 2021 Zusätzlich vorgeschlagene Gewerbe- und Industriegebiete in Swisttal (gelb markiert)</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1009379_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine weiteren Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1009380	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>3) Als weitere Potentialfläche schlagen wir als Gewerbefläche das Gebiet südwestlich der Autobahnauffahrt Swisttal/A61 Richtung Kiesgrube/Straßfeld vor. Diese Fläche wäre am weitesten von der Wohnbebauung entfernt und könnte über die L182 erschlossen werden (gelb markiert).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1009380_1]</p> <p><i>Bild 1 Regionalplan - Swisttal, D-53913 Swisttal, Kartenausschnitt, Maßstab 1: 50:000, Quelle: © Bez.-Reg.Köln Regionalplan Blatt 12 Rhein-Sieg-Kreis, 2021</i>  <i>Zusätzlich vorgeschlagene Gewerbe- und Industriegebiete in Swisttal (gelb markiert)</i></p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1009380_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.] Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Zudem stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.</p>

1009381	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>4) Ein besonders thematisch gebundener Gewerbepark  ?Kreislaufwirtschaft/Energie/Land-/Forstwirtschaft? nördlich der Stichstraße  Peterstraße 70 / Hündgen Entsorgung GmbH &amp; Co. KG, Swisttal-Ollheim, befürworten  wir. Der Gewerbepark würde insbesondere Unternehmen (auch Start-ups) der  Kreislaufwirtschaft mit der Anbindung an den Entwicklungspartner Hündgen Entsorgung  und an das ebenfalls noch zu errichtende ?Zentrum für Innovation und Nachhaltigkeit?  ein Platz bieten (gelb markiert).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1009381_1]</p> <p>Bild 1 Regionalplan - Swisttal, D-53913 Swisttal, Kartenausschnitt, Maßstab 1: 50:000,  Quelle: © Bez.-Reg.Köln Regionalplan Blatt 12 Rhein-Sieg-Kreis, 2021  Zusätzlich vorgeschlagene Gewerbe- und Industriegebiete in Swisttal (gelb markiert)</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1009381_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Swisttal ID 1005042 werden die  angeregten GIB Darstellung teilweise in den Entwurf übernommen.</p>



1009382

#### Inhalt

5) In den anderen Ortschaften müssen für das lokale Gewerbe Flächen vorgehalten bzw. geschaffen werden. So z.B. in Buschhoven an der B56/gegenüber Ausfahrt ?Alte Poststr.? neben der alten Tankstelle oder in der Verlängerung der bestehenden Gewerbezeile ?Fienacker? Richtung Süden. Eine Zweckentfremdung der gewerblich nutzbaren Flächen sollte vermieden werden, da ansonsten umständlich und langwierig neue Gewerbeflächen entwickelt werden müssen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

1009383	
<b>Inhalt</b> 6) Über die Autobahnvollanschlüsse A61 Miel (künftig) und Swisttal (Heimerzheim), die beiden Bundesstraßen B56 und B266 sowie L182 lassen sich die gewerblichen Verkehrsströme regional und überregional steuern.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise gegeben zur verkehrlichen Anbindung und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1009384	
<b>Inhalt</b> 7) Ebenfalls soll beim Neubau des Autobahnvollanschlusses A61 Miel der Hochwasserschutz berücksichtigt werden. Der Hochwasserschutz soll berücksichtigen, dass insbesondere in Heimerzheim die innerörtlich getätigten Investitionen vom Gewerbe (auch Privat in allen von dem Starkregenereignis 14.07.2021 betroffenen Orten) vor einem Wiederholungsereignis ?Starkregen? geschützt werden.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. <b>Erläuterung</b> Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können Maßnahmen ergriffen werden, diese sind jedoch nicht von der Regionalplanung, sondern auch in Bezug auf Bauvorhaben auf der Ebene der jeweils zuständigen Fachplanung zu planen.

AZ: Ö-M-1491

1003356

1007722

#### Inhalt

In Zeiten des Klimawandels mit extremen Wetterunterschieden, Trocken/Hitze/Dürre wechselt sich mit Dauer- und Starkregen ab, gilt es robust zu werden und schnell und durch Neuaufstellung im Regionalplan klare Position zu beziehen.

Ich fordere Sie auf,

- in ganz NRW überall dort Retentionsraum für Bäche, Flüsse zu schaffen, wo es sinnvoll und geboten ist
- diese Retentionsflächen auszuweisen und mit klaren Regeln zu belegen
- Entsiegelungen vorzunehmen wo es sinnvoll und geboten ist
- bereits bestehende Flächen an den neuen Überschwemmungskarten nach dem Starkregenereignis vom 14.7.21 vorbeizuführen und verbindlichen baulichen Schutz gesetzlich zu regeln
- im Neubau wie im Bestand
- diesen Schutz entsprechend über die KfW zu fördern
- Kaltluftschneisen für den urbanen Raum verbindlich zu machen und entsprechende Flächen anzukaufen und renaturieren
- das Modell Schwammstadt auf alle Kreise, Bezirke, Kommunen auszurollen und zu fördern
- Grüne Fassaden, Dächer sollten das Stadtbild prägen
- Es gilt, sich sofort dieser Generationenaufgabe anzunehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

AZ: Ö-M-1492	
1003357	
1007131_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Einspruchserklärung</p> <p>Hiermit lehne ich die Öffentliche Auslegung und Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab.</p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] in Hellenthal einen forstwirtschaftlichen Betrieb. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:</p> <p>In dem mir vorliegenden Kartenmaterial habe ich festgestellt, dass der Großteil meiner landwirtschaftlichen Nutzflächen (98%) von den Maßnahmen zum Schutz der Natur (DSN) und dem Schutz der Landschaft und landschaftlichen Erholung (BSLE) betroffen ist. Dadurch sehe ich eine große Benachteiligung in der Entwicklung und Fortführung meines Betriebes. Die betriebene Land- und Forstwirtschaft sowie naturschützende Maßnahmen entsprechen meiner Ansicht nach ausreichenden Standards. So sind die im aktuellen Regionalplan für den Naturschutz ausgewiesenen Flächen anhand der ökologischen Standards erhalten und die weitere Bewirtschaftung entspricht den ausgewiesenen ökologischen Normen. Somit wird dafür Sorge getragen, dass das ökologische System sowie die vorherrschende Artenvielfalt nachhaltig erhalten bleibt, sodass eine Erweiterung nicht notwendig erscheint.</p> <p>Aus den oben genannten Gründen lehne ich somit eine Vergrößerung und Ausweitung der Flächen ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Stellungnahme zum Regionalplanentwurf der Bez. Reg. Köln vom 10.12.21

Der guten Ordnung halber sei vorweg geschickt, dass ich in der Reihenfolge ihres Auftretens in den textlichen Festlegungen und der Begründung speziell zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen Stellung nehmen werde, deren Inhalt bzw. deren Umsetzungsvorschläge ich mit Blick auf die völkerrechtlich verbindlichen Beschlüsse der Weltklimakonferenz ?COP 21? vom 12.12.22 sowie dem u.a. darauf beruhenden Urteils des 1. Senats des BVerfG vom 24.3.21 für rechtlich problematisch und zugleich für inhaltlich nicht angemessen bzw. falsch halte.

Darüber hinaus möchte ich feststellen, dass ich neben den o.g. rechtlichen auch gravierende fachliche Bedenken zum Aufstellungsprozedere und zu den Ergebnissen dieses Regionalplanes zu Protokoll geben möchte, da die dort angewandte und zugegebenermaßen über Jahrzehnte erprobte Systematik der überwiegend isolierten, ?einzelthemenbezogenen Bearbeitung? von Planungsbereichen (Siedlungsraum, Freiraum, Infrastruktur) - für jedermann und ?frau aufgrund auch der aktuellen Klimaveränderungen erkennbar - schon in den nächsten 10 ? 20 Jahren den komplexen Herausforderungen einer zukünftig unabdingbaren stofflichen Kreislaufwirtschaft in Verbindung mit einer durch energetische Sektorenkopplung geprägten, bodenschonenden Raumentwicklung nicht mehr genügen kann.

Es wäre deshalb die unbedingte Aufgabe der planenden Behörde gewesen, weit über den in der Einführung genannten Erarbeitungsprozess sowie den angeblich berücksichtigten gesamtträumlichen Aspekten hinaus Sorge dafür zu tragen, dass die vom Gesetzgeber geforderte Lösung der sich aus der dargestellten Raumnutzung ergebenden gravierenden umweltrelevanten Konflikte nicht nur - wie in diesem Planentwurf - ?angesprochen? und dann weitestgehend der kommunalen Planungshoheit überlassen werden, sondern dass bereits auf der regionalen Ebene integrierte konkrete Lösungsvorschläge von der Planungsbehörde entwickelt werden, die - natürlich im ?Gegenstromverfahren? - dann mit der weiterhin hoch zu bewertenden kommunalen Souveränität in einem ggf. höherrangigen und existentiellen gesamtgesellschaftlichen Zielen dienenden Verfahren in Einklang gebracht werden müssen.

Zugleich muß damit anhand dieses Regionalplanes - der in einer Phase einer bekanntlich einmaligen gesellschaftlichen, klimatischen und politischen ?Zeitenwende? entsteht und seine Wirkung entfalten soll - deutlich werden, dass das individuelle Recht des Einzelnen und damit u.a. auch der selbstverwalteten Kommune - als unterster Einheit der staatlichen Verwaltung - definitiv dort endet, wo die existentiellen Rechte der

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

Gemeinschaft gestört oder nicht beachtet werden.

Mit einem Wort:

Diesem Plan fehlt das Wesentliche, nämlich ein klares inhaltliches und mit konkreten Umsetzungsstrategien untermauertes und priorisiertes ?Nachhaltigkeits - Leitbild? insbesondere für die vom Strukturwandel betroffenen Kommunen des Rheinischen Reviers, z.B. auch auf der Basis diverser parallel zu seiner Erarbeitung entstandener Konzepte der Landesgesellschaft ZRR oder von hervorragenden Fachgutachten zu relevanten und dringenden Einzelthemen sowie einzelnen Vorschlägen von innovativen Kommunen des Rheinischen Reviers (s.u.).

Damit genügt er seiner eigentlichen Aufgabe, nämlich der einer regional gesteuerten und geordneten sowie den hinlänglich bekannten und umweltrelevanten Ansprüchen einer zukünftigen Raum- und Ressourcenplanung auf der Basis des - eingangs zitierten Völkerrechts und der höchstrichterlichen Rechtsprechung - gerecht werdenden Auflösung von inzwischen existentiellen planerischen Konflikten und Widersprüchen, keinesfalls.

Das formulierte Ziel der ?Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsaufgabe in allen Planinhalten? ist keinesfalls erreicht bzw. es wird an keiner Stelle dazu ein konkret überprüfbarer Nachweis erbracht. Vielmehr hat es den Eindruck, als sei die ?Rechtssicherheit des Planes? bei seiner Erarbeitung weit höher bewertet worden als seine vielfältigen neuen, inhaltlich dringend gebotenen Aufgaben.

Dies läßt sich besonders gut deutlich machen an den Ausführungen des Plans zu seinem ?Verhältnis zur Braunkohleplanung? im Kapitel 1.5.

Die hierzu konstatierte ?neue strategische Ausrichtung des Regionalplans und räumliche Verzahnung mit der Braunkohleplanung? ist insbesondere hinsichtlich des Tagebaus Hambach in keiner Weise gelungen.

Alle relevanten energiewirtschaftlichen und damit inhaltlich verbundenen kurz -, mittel und ? langfristigen wasserwirtschaftlichen Themen der Tagebaufläche Hambach (und auch Garzweiler) werden wider besseres Wissen aus dem aktuellen Regionalplanentwurf ausgeklammert, obwohl - auch aufgrund von Gutachten der Landesregierung - fachlich längst klar ist, dass bereits während des noch andauernden Kohleabbauprozess bis 2030 neben der klassischen Rekultivierungsplanung bereits mit der Planung und Ausführung von Massnahmen zur regenerativen energetischen Nachnutzung dieser ca. 80 km<sup>2</sup> (!) großen Fläche in Hambach (regeneratives Energiepotential ca. 10 GW/p) und des zukünftigen Restsees als PSKW in einer konzertierten Aktion zwischen Kommunen, Land und Industrie bzw. Handwerk sowie Gewerkschaften dringend begonnen werden muß.

Ein Verweis - wie er sinngemäß auf Seite 37 ff. der textlichen Festsetzungen zu finden ist - auf die ?jahrelange Dynamik der anstehenden Planungsprozesse mit vielfältigen Beteiligten und Gutachten? - kann hier nicht darüber hinwegtäuschen, dass der aktuelle Regionalplanentwurf, insbesondere in den Themenfeldern ?Strukturwandel? und dessen Schnittstelle zur ?Braunkohleplanung?, sich seiner gesetzlichen Pflicht und inhaltlichen Notwendigkeit, nämlich ?Ansprüche an den Raum abzustimmen, inhaltliche

Konflikte auszugleichen und Vorsorge für die Funktionen des Raumes zu treffen? im Sinne der gebotenen nachhaltigen Planung des § 1, Abs. 2 ROG gänzlich entzieht. Insbesondere den Grundsätzen 3 und 4 des § 2, Abs. 2 ROG wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet bzw. werden die sich speziell im Rheinischen Revier daraus ergebenden Spannungen nicht ausreichend thematisiert, geschweige denn ausgeglichen. Beispielhaft soll die vorgenannte grundsätzliche Stellungnahme an folgenden Grundsätzen und Zielen des Regionalplans in den Kapiteln

- ?2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel?
- ?5.2.3 Erneuerbare Energien?
- ?5.3.1 Festlegung zur Entsorgungsinfrastruktur?

durch begründete Kritik belegt werden.



**Inhalt**

Im Einzelnen sind davon betroffen die ?Grundsätze?:

- G 1
- G 17
- G 22
- G 63 ? 67
- G 69

Konkrete Stellungnahme Nr. 1:

Alle o.g. ?Grundsätze? haben eine solch fundamentale Bedeutung im Sinne des ROG für den hier behandelten Regionalplan, dass eine Einstufung als, keiner Abwägung mehr unterliegendes ?Ziel? erforderlich scheint.

Es wird deshalb die Einstufung der o.g. ?Grundsätze? als verbindliche ?Ziele? erbeten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

In Bezug auf G.17 gilt: Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1021205).

In Bezug auf G. 1 und G. 22 gilt: Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Im Übrigen gilt: Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

	Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.
--	---

**Inhalt**

Konkrete Stellungnahme Nr. 2 zu G1 und G 64 sowie Z 1 ? 3 :

Im aktuellen Regionalplanentwurf werden keine konkreten energiesparenden Siedlungs- und Verkehrsmodelle entwickelt, die damit zugleich räumliche Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung treffen. Insbesondere den aktuell sich dramatisch verschärfenden - aber zugleich schon längerfristig absehbaren - energiepolitischen und rechtlichen Entwicklungen und Problemen im Zusammenhang mit dem knappen und klimaschädlichen Energieträger Gas als temporärem Ersatz für die heimische Braunkohle und der sich darauf basierend nunmehr disruptiv vollziehende bundesrechtlich erzwungene Wechsel zur ?strombasierten Wärmeerzeugung über Wärmepumpen? und der damit notwendigerweise verbundenen groß ? und kleinräumlichen Wärmenetzplanung incl. Speicherpotentialen, z.B. in Form von großmaßstäblichen, erdgebundenen saisonalen Wasser - Wärmespeichern, wird nicht Rechnung getragen. (siehe:

[https://www.dena.de/fileadmin/dena/Dokumente/Themen\\_und\\_Projekte/Gebaeude/Rahmenvertrag\\_BMWi/Studie\\_Umsetzung\\_Modellvorhaben\\_erneuerbare\\_Energien\\_hocheffiziente\\_saisonalspeichergestuetzte\\_Niedertemperaturwaermenetze.pdf](https://www.dena.de/fileadmin/dena/Dokumente/Themen_und_Projekte/Gebaeude/Rahmenvertrag_BMWi/Studie_Umsetzung_Modellvorhaben_erneuerbare_Energien_hocheffiziente_saisonalspeichergestuetzte_Niedertemperaturwaermenetze.pdf) )

Zudem wird den Potentialen und Zwängen einer notwendigerweise zukünftig mehr und mehr dezentral und bürgerschaftlich zu organisierenden, regenerativen Stromerzeugung, - speicherung und ? versorgung , z. B. in ?Energy ? Sharing ? Gemeinschaften? (siehe:

<https://www.ioew.de/presse/pressemitteilungen/energysaving-wie-buergerinnen-die-energie-wende-beschleunigen-koennen> +

[https://www.ioew.de/projekt/energy\\_sharing\\_eine\\_potenzialanalyse](https://www.ioew.de/projekt/energy_sharing_eine_potenzialanalyse) ) keine Beachtung geschenkt und die sich daraus ergebenden klima- und siedlungspolitischen Notwendigkeiten in der Regionalplanung völlig unbeachtet gelassen.

Beispielhaft für eine solche, tatsächlich CO<sup>2</sup> - neutrale und durch die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ?energieorientierte Siedlungsentwicklung? kann das im Sofortprogramm plus des Landes NRW inzwischen mit einem 3. Stern ausgezeichnete integrierte Stadtentwicklungskonzept ?SpeicherStadt\_Kerpen? genannt werden. Siehe:

- <https://press.siemens.com/global/de/pressemitteilung/die-kolpingstadt-kerpen-und-ihrepartner-vereinbaren-langfristige-kooperation-auf>

- <https://www.50komma2.de/?p=17826>

- <https://www.pv-magazine.de/2020/08/25/kerpen-will-sich-mit-gruenem-wasserstoff-zurspeicherstadt-entwickeln/>

- <https://www.stadt-kerpen.de/speicherstadt>

- <https://www.rheinisches-revier.de/055a-tp-0-pmo>

-

[https://www.rheinischesrevier.de/media/20220603\\_sofortprogrammplus\\_gesamtliste\\_fin\\_al.pdf](https://www.rheinischesrevier.de/media/20220603_sofortprogrammplus_gesamtliste_fin_al.pdf)

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur wurde bei der Plankonzeption soweit möglich berücksichtigt. Insbesondere im Rahmen der den Region+-Prozesse war das Kriterium gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte SPNV/ÖPNV-Anbindung von besonderer Bedeutung. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz 6.2-2 LEP NRW, demnach bestehende Haltepunkte des SPNV bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden sollen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

Im Übrigen werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen

- <https://www.neuland-hambach.de/planung/projekte#c119>

Am Beispiel der größten Stadt des Rhein ? Erft ? Kreises wird hier von einer typischen Revierkommune in Zusammenarbeit mit Energieunternehmen und dem FZ Jülich dargelegt, wie zukünftig auch in weiten Teilen des Geltungsbereichs des Regionalplanes - ausgehend von den jeweils individuellen CO<sup>2</sup> - neutralen Erzeugungs- und Verbrauchspotentialen der einzelnen Kommunen - systematisch und Modul für Modul, deren energetische Optimierung und klimafreundliche räumliche Entwicklung erreicht werden kann.

Es wird deshalb eine diesbezügliche ?netz- und potentialorientierte? Überarbeitung aller Grundsätze und Ziele der nachhaltigen Energieversorgung der ASBs und GIBs im Geltungsbereich des Regionalplans erbeten.

Entwicklung der Stadt Kerpen vorgebracht.

1008366

## Inhalt

Konkrete Stellungnahme Nr. 3 zu G 17 und 22 i.V. m. Z 15:

Die ?Ausklammerung? eines Großteils der Flächen der Tagebaue Garzweiler und insbesondere Hambach aus dem aktuellen Regionalplanentwurf ist inhaltlich ? fachlich nicht überzeugend begründet bzw. falsch und rechtlich - insbesondere aufgrund des aktuellen bundesweiten und höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahren kontinuierlich anhaltenden ?Energienotstandes? - im Sinne des § 1 und 2 ROG höchst angreifbar.

Beide Flächen mit zusammen annähernd 180 km² (!) ?energetischem Potentialland? und einer geschätzten regenerativen Erzeugungskapazität von zusammen >20 GW/p wären - natürlich in Verbindung mit adäquaten Speicherpotentialen (siehe Stellungnahme Nr. 4) - wären geeignet, nahezu die gesamte bisher fossil befeuerte Energieerzeugung des Reviers bzw. ggf. sogar NRWs klimaneutral zu ersetzen und zugleich eine Gründungsinitiative von Unternehmen der klimafreundlichen neuen Kreislaufwirtschaft in NRW auszulösen.

Hinzu käme ein so positives Wissenschafts-, Wirtschafts-, und Arbeitsmarktpotential basierend auf der energetischen Erschließung dieser Flächen für das Land NRW, das mit einer ungeahnten ?regenerativen Gründerzeit? im Sinne des ?Green Deal? zu rechnen ist.

Sehr viele der Ziele und Strategien des WSP 1.1 der ZRR und der Landesregierung erscheinen unter dieser Vorraussetzung erstmalig erreichbar und das Rheinische Revier wäre mit dieser Vorgehensweise definitiv in der Lage, zu einem europäischen Vorreiter des ?Nachhaltigen Wirtschaftens? zu werden.

Es wird deshalb eine diesbezügliche Überarbeitung der Darstellungen des Tagebaus Hambach (und ggf. auch des TB Garzweiler) im Regionalplan als ?Eignungsgebiet? bzw. ggf. auch ?Vorranggebiet? für eine sogenannte ?EnergieLandschaft? bzw. ?Energie\_Arena? (siehe u.a. :

[https://www.stadtkerpen.de/media/custom/1708\\_13893\\_1.PDF?1595338110](https://www.stadtkerpen.de/media/custom/1708_13893_1.PDF?1595338110) + [https://www.neulandhambach.de/fileadmin/04\\_Downloads/Energiewirtschaftliche-Kurzstudie-Neuland-Hambach.pdf](https://www.neulandhambach.de/fileadmin/04_Downloads/Energiewirtschaftliche-Kurzstudie-Neuland-Hambach.pdf) ) erbeten.

Dies soll mit dem Ziel geschehen, das parallel zum weiterhin stattfindenden Braunkohleabbau alle planerischen und umweltpolitisch sowie baulich sinnvollen Möglichkeiten der zukünftigen regenerativen Energieerzeugung und -speicherung dort jetzt schon auszuschöpfen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Durch das Zusammenspiel von Braunkohle- und Regionalplanung wird ein konfliktfreier Rahmen für das Rheinische Revier gewährleistet. Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Die Braunkohlepläne legen auf Grundlage des LEP NRW und in Abstimmung mit dem Regionalplan im Braunkohleplangebiet die Ziele und Grundsätze der Raumordnung fest, soweit dies für eine geordnete Braunkohleplanung erforderlich ist. Diese Gebiete obliegen vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regeleungskompetenz des Braunkohleausschusses. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind und der Bergaufsicht unterliegen, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein. Dabei kann der Regionalplan nur Endnutzungen festlegen. Zwischennutzungen und Bereiche hinter der Sicherheitszone obliegen der Braunkohleplanung und Bergaufsicht sowie der Abstimmung mit der RWE AG als Bergbaubetreiberin. Hier sind sicherheitsrechtliche Anforderungen zu prüfen und erfüllen, die nicht im Rahmen einer Regionalplanfestsetzung geregelt werden können. Dies eröffnet vielfältige Möglichkeiten für Zwischennutzungen, die mit den bergbaulichen Tätigkeiten vereinbar sind, so auch zur Erzeugung regenerativer Energien.

**Inhalt**

Konkrete Stellungnahme Nr. 4 zu G 63 ? 67 und Z 35

In den Erläuterungen zu G 63 im Zusammenhang mit der Verpflichtung des Regionalplanes zur Schaffung von ?Speichermöglichkeiten für (regenerative) Energie heißt es fälschlicherweise, dass ?die Wasserkraft ? im Regierungsbezirk mit ihren potentiellen Erzeugungskapazität eher geringere Bedeutung hat. Für ihre Nutzung müssen keine großen Flächenpotentiale planungsrechtlich gesichert werden.? Diese Feststellung ist dem Ergebnis eines von der Landesregierung in 2019 in Auftrag gegebenen Gutachtens (siehe insbes. S. 155 ff) diametral entgegengesetzt. (siehe: [https://broschuerenservice.land.nrw/files/download/pdf/20191216-endbericht-tagebaunrw-pdf\\_von\\_konzepte-zur-energetischen-nachnutzung-von-tagebaurestloechern-in-nordrheinwestfalen\\_vom\\_mwide\\_3213.pdf](https://broschuerenservice.land.nrw/files/download/pdf/20191216-endbericht-tagebaunrw-pdf_von_konzepte-zur-energetischen-nachnutzung-von-tagebaurestloechern-in-nordrheinwestfalen_vom_mwide_3213.pdf) )

Aufgrund des genannten Gutachtens sowie weiterer renommierter wissenschaftlicher Studien und diverser Pressemitteilungen wäre der zukünftige Restsee Hambach - würde man unverzüglich mit den planerischen und baulich notwendigen Massnahmen parallel zum aktuellen Kohleabbau beginnen - sehr wohl und wegen seiner enormen Tiefe von max. 400 m ganz besonders als sogenannte ?Wasserbatterie?, einer neuartigen und insofern besonderen Form eines Pumpspeicherkraftwerks - bei dem Ober- und Untersee direkt und ?platzsparend? übereinander liegen - geeignet. Siehe:

- <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/technik/stromspeicher-fuer-wind-undsolarstrom-bau-einer-wasserbatterie-16328424.html>
- <https://www.heise.de/tp/features/Anschlussverwendung-fuer-das-Hambacher-Loch-4512000.html>
- [https://rp-online.de/nrw/panorama/energiewende-hambacher-tagebau-soll-super-batteriewerden\\_aid-46780389](https://rp-online.de/nrw/panorama/energiewende-hambacher-tagebau-soll-super-batteriewerden_aid-46780389)
- <https://edison.media/energie/seen-koennten-gigantische-oeko-stromspeicherwerden/25214080/>
- [https://www.wz.de/nrw/rwe-plant-mit-zwei-wissenschaftlern-eine-riesige-wasserbatterieim-kuenftigen-tagebausee-in-hambach\\_aid-46783371](https://www.wz.de/nrw/rwe-plant-mit-zwei-wissenschaftlern-eine-riesige-wasserbatterieim-kuenftigen-tagebausee-in-hambach_aid-46783371)
- <https://www.hessischer-staatspreis-energie.de/preistraeger/2018/stensea-stored-energy-inthe-sea/>
- <https://www.iee.fraunhofer.de/de/projekte/suche/laufende/stensea-storing-energy-atsea.html>
- u.v.a.m.

Mit dieser ?Wasserbatterie? wäre es möglich - ohne die Landschafts- und Freizeitnutzung des See zu schmälern - zukünftig die o.g. > 20 GW/p an, im Revier erzeugter regenerativer Energie - auch und insbesondere auf den Flächen der ehemaligen Tagebaue und Restseen, den sogenannten ?Energie\_Arenen? - so zu speichern, dass diese sowohl netzdienlich (Vermeidung von ?black outs?) und als hochlukrative Regelenergie, als auch zur Überbrückung von Dunkel- und Windflauten bei PV und Windenergie sowie zum notwendigen gleichmäßigen und kontinuierlichen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

Betrieb von Elektrolyseuren zur Erzeugung von Grünem H<sub>2</sub> im Revier (siehe z.B.: <https://revg.de/aktuelles-komplettansicht/1157.html> ) genutzt werden könnten.  
Es wird deshalb eine diesbezügliche Überarbeitung des Regionalplans für das Gebiet des Tagebaus Hambach insoweit erbeten, als diese notwendig ist, um jetzt schon die zukünftige Eignung der Gesamtfläche und des Restsees für ein Pumpspeicherkraftwerk in der speziellen o.g. Form - möglichst im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ?EnergieArena\_Hambach?- erbeten.

1008368	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Konkrete Stellungnahme Nr. 5 zu Z 37 ? 39 und G 65</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans Köln wird grundsätzlich leider von einer räumlichen Steuerung der Windenergie und der Solarenergie auf dieser Ebene der Raumplanung abgesehen und die konkrete Verantwortung und Planung auf die kommunale Ebene delegiert, obwohl sich zukünftig mit den o.g. Tagebauflächen - analog zu den Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben - hervorragende ?Eignungs- und Vorranggebiete? befinden bzw. entwickeln lassen, die einen vollständigen Ersatz der wegfallenden fossilen Energieerzeugung, allein durch konzentrierte regenerative Erzeugungspotentiale in und auf ehemaligen Tagebauen, möglich erscheinen lassen.</p> <p>Zudem ist die offensichtlich gegebene Eignung des Luftraums über bzw. von überregionalen Straßen und BAB (siehe: <a href="https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2021/046-bilger-solardachueber-der-autobahn.html">https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2021/046-bilger-solardachueber-der-autobahn.html</a> + <a href="https://www.ksta.de/region/rhein-erft/kerpen/sotelarmschutz-a4-oeko-strom-22676364">https://www.ksta.de/region/rhein-erft/kerpen/sotelarmschutz-a4-oeko-strom-22676364</a> ) als ?lineare Solarerzeugungsflächen? eindeutig gegeben, sodaß hier eine Darstellung von Eignungs- und Vorrangflächen auf der Basis und Ebene des Regionalplans dringend notwendig wäre.</p> <p>Es wird deshalb eine diesbezügliche Überarbeitung des Regionalplans für das Gebiet des Tagebaus Hambach insoweit erbeten, als diese notwendig ist, um jetzt schon die zukünftige Eignung der Gesamtfläche für ein ?Eignungsgebiet EnergieArena?- zu prüfen und festzustellen und zugleich die Eignung insbesondere der BABs 4 und 61 als sogenannte ?Energie- bzw. Solar_Alleen? auf der Basis der o.g. laufenden gleichartigen Untersuchungen des BMVI und des Fraunhofer Institutes im Land BW an der BAB 81 zu dokumentieren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>



1008369	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Konkrete Stellungnahme Nr. 6 zu G 69 und Z 41 ? 46</p> <p>Die aktuelle Regionalplanentwurf läßt in und zu o.g. Grundsätzen und Zielen nicht erkennen, dass er die zukünftig sich zügig vollziehende ?Umdeutung von Abfällen? zu wertvollen ?Rohstoffen und Kohlenstoff ? Lieferanten? und deren Auswirkung auf die Definition der neuen Standort- und Anforderungskriterien solcher innovativen Anlagen - nennen wir sie in diesem Zusammenhang ?Bio_Raffinerien? - vollständig erkannt hat. Die optimale künstliche und nachhaltige Erzeugung von kohlenstoffbasierten Rohstoffen z.B. mittels CCU aus Reststoffen (ehemaligen ?Abfällen? und ?Abwässern?) und Industrieprozessen und deren möglichst in unmittelbarer Nachbarschaft platzierte Umwandlung in synthetische Kraft- und Grundstoffe für die chemische Industrie in Verbindung mit Grünem H2 wird zukünftig das wichtigste raumrelevante Entscheidungskriterium für die Standortfindung und Neuausweisung von Abfall- und Abwasserbehandlungsanlagen und Deponien sein.</p> <p>Da es das langfristige Ziel dieser Anlagen sein muß bzw. ist, den Regeln der Kreislaufwirtschaft zu genügen und immer weniger bis hin zu keine Abfälle mehr zu produzieren, müssen jetzt schon - insbesondere dezentrale - Planungs- und Standortfindungsverfahren im Rahmen des Regionalplanes entwickelt werden, zukünftige ?Bio_Raffinerien? (siehe: <a href="https://iwo-austria.at/blogs/bio-raffinerie/">https://iwo-austria.at/blogs/bio-raffinerie/</a> + <a href="https://www.carmen-ev.de/2020/12/09/bioraffinerie-rohstofflieferant-fuer-diebiooekonomie/">https://www.carmen-ev.de/2020/12/09/bioraffinerie-rohstofflieferant-fuer-diebiooekonomie/</a> ) den direkten ?kommunalen Verursachern? in einer solchen räumlichen Nähe zuzuordnen, die einen zusätzlichen Reiz für die individuelle und kommunale Abfallvermeidung bietet bei gleichzeitigem notwendigem Schutz der Bevölkerung.</p> <p>Es wird deshalb eine Überarbeitung des Regionalplans insoweit erbeten, als diese notwendig ist, um jetzt schon - ggf. alternativ, zusätzlich oder ergänzend zu den derzeit geplant oder bestehenden Standorten - zukünftig geeignete Flächen für kreislaufwirtschaftliche ?Bio_Raffinerien? zu identifizieren, die sich insbesondere durch ihre kommunale Dezentralität und die räumliche oder die funktionale ? durch geeignete Leitungsinfrastrukturen - bedingte ?Nähe? zu H2 ? Produktionsstätten auszeichnen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Im Rahmen der Regionalplanung findet keine selbständige, aktive Standortplanung hinsichtlich für die Kreislaufwirtschaft erforderlicher Infrastrukturen statt.</p>

1008370	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Abschliessende Zusammenfassung und Fazit meiner o.g. Stellungnahme:  Ich bitte die Planungsbehörde der Bez. Reg. Köln, Dez. 32 dafür Sorge zu tragen, dass dieser Regionalplan - der übrigens der definitiv der letzte sein wird, in dem auch mit raumplanerischen Mitteln die Erreichung des Pariser Klimaziels zumindest theoretisch überhaupt noch möglich ist - statt einer klassischen, rein politisch dominierten räumlichen ?Wunsch- und Empfehlungsplanung? ohne wirklich konkreten Bezug zu den existentiellen Problemen auch im Reg. Bez. Köln zu Ende gehenden Wegwerfgesellschaft in allen bearbeiteten Bereichen den aktuellen Stand der Umwelt- und Energietechnik sowie der Sektorenkopplung in Verbindung mit der Raumentwicklung insoweit zu berücksichtigen und den Kommunen zur Beachtung vorzugeben, als dies erforderlich ist, um nicht sehenden Auges - z.B. durch kommunale Ausweisung weiterer unnötiger Flächenversiegelung unter dem Vorwand der erforderlichen quantitativen Wirtschaftsentwicklung - definitiv in eine planerische und damit umweltpolitische Katastrophe zu schlittern.</p> <p>Deshalb gilt:  Jetzt ist - auch für die Raumplanung und den Städtebau sowie die Landschaftsentwicklung - nur noch konsequente ?intelligente Qualität? gefordert durch, falls notwendig auch restriktive und direktive Anwendung der längst bekannten Fakten und Ergebnisse der Umwelt- und Energieforschung und auf keinen Fall durch eine weitere ?Mehrung einer sinnentleerten Quantität? nach dem altbekannten und politisch absolut kurzsichtigen Motto ?schneller, weiter, höher?. Nur so können wir unserem Anspruch als der am besten informierten und gebildeten Generation seit der Entwicklung des ?Homo Sapiens? überhaupt noch einmal gerecht werden und ansonsten wäre es tatsächlich die ?tragische Dialektik der Aufklärung?, dass sie und ihre ?Fürsprecher? - also WIR alle - trotz besserem Wissen letztlich doch am unseligen ?Mythos des unbegrenzten Wachstum? zu Grunde gehen werden und müssen?</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>P.S.: Ich bitte um Zusendung einer kurzen Eingangsbestätigung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p> <p>Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt).</p>

AZ: Ö-M-1494

1003360

1008723

#### Inhalt

##### **Ausreichende Flächenbereitstellung auf dem Weg zur Klimaneutralität unverzichtbar**

Eine ausreichende Flächenbereitstellung ist auf dem Weg zur Klimaneutralität unverzichtbar. Sie nimmt im Rahmen der Transformation als Jahrhundertherausforderung eine entscheidende Rolle ein. Mit Blick auf die Verflechtungen, wird die ?Rheinschiene [inkl. des näheren und weiteren Umlands] als Teil der Metropolregion Rheinland? im vorliegenden Regionalplan vor allem mit ?hochspezialisierten Arbeitsplätzen? in Verbindung gebracht (siehe S. 24). Insb. die rund 549.000 Unternehmen (siehe S. 21, Datenatlas 2020 der MRR e.V.), das wirtschaftliche Rückgrat der gesamten Metropolregion, benötigen jetzt Flächen für den Umbau zur klimaneutralen Produktion, während in den Bestandsflächen der Betrieb zur Sicherung des wettbewerbsfähigen Standorts weiterlaufen muss (Bestandsnutzung der bestehenden Flächen). Zeitnah bereitgestellte, zusammenhängende, gut erschlossene und mit einer garantierten Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen ausgestattete Industrieflächen für Neuansiedlungen sind der Schlüssel für ein Gelingen des Strukturwandels und der Klimatransformation. In diesem Zusammenhang sind insb. die raumordnerischen Leitvorstellungen für Bereiche der gewerblichen und industriellen Nutzungen (Abk. GIB) relevant.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### **Erläuterung**

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich wurden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Darüberhinaus werden allgemeine Informationen und Hinweise zur wirtschaftlichen Entwicklung vorgebracht.

## Inhalt

**Mengengerüst der Flächenpotentiale an aktuellen Bedarfen ausrichten**

Die Siedlungsentwicklung soll, gemäß Zielvorgabe 3 in der textlichen Festlegung des Regionalplans, ?bedarfsgerecht? erfolgen. Auf der kommunalen Ebene ziehen die betroffenen Mitgliedsstädte und -kreise der MRR jedoch das Mengengerüst, auf dem die Darstellungen des Regionalplans basiert in Zweifel. Die fehlende Aktualität der Planungsgrundlagen bzw. die hierfür verwendeten veralteten Daten aus Dezember 2019 haben eine fehlerhafte Bedarfsermittlung der Flächen sowie falsche Bevölkerungsprognosen zur Folge.

Die betroffenen Kommunen der MRR haben hinsichtlich der prognostizierten Bedarfe (für allg. Siedlungsbereiche, Abk. ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen ein Flächendefizit im Planentwurf für ihre Region festgestellt. So weist bspw. die Gegenüberstellung von Bedarfen und Potentialen für die Stadt Bonn und den umgebenden Rhein-Sieg-Kreis eine Unterdeckung aus. Dieser Teilregion fehlen somit in der Berechnung des Regionalplans erhebliche Flächenpotentiale. Auch die Stadt Köln sowie weiterer Kommunen stellen eine Unterdeckung des Siedlungsflächenbedarfs fest und gehen von einer räumlichen Distanz zwischen Bedarfsquelle und tatsächlichem Flächenangebot aus.

Des Weiteren weisen die Mitglieder der MRR beim Siedlungsflächenmonitoring auf eine weitere bedeutsame Diskrepanz hin. Bereits bebaute bzw. nicht entwickelbare Flächen werden im aktuellen Entwurf weiter als noch verfügbare Reserveflächen geführt. Zudem sollten Flächen, bei denen aufgrund der Umweltprüfung bereits mit erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist, für die Siedlungsentwicklung ausgeschlossen werden.

Entsprechend wäre aus Sicht der Metropolregion Rheinland das dem Planungsentwurf zugrunde liegende Mengengerüst an aktuelleren Daten und Bedarfen neu auszurichten.

Den Kommunen muss darüber hinaus mehr Flexibilität eingeräumt werden. Mit ASB- und GIB-flex wurde ein wirksames Instrument entwickelt, da durch diese Flächenkategorie Flächenbedarfe dort umgesetzt werden können, wo eine Entwicklung möglich ist. Bei Umsetzungshindernissen können die jeweiligen Kommunen auf diese Flächen ausweichen, ohne ein aufwändiges Regionalplanänderungsverfahren anstrengen zu müssen. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass nicht über den Bedarf hinaus entwickelt wird. Wünschenswert wäre, wenn dieses Instrument seitens der Bezirksregierung noch stärker eingesetzt werden würde.

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde ist an die methodischen Vorgaben des LEP NRW für die Bedarfsermittlung gebunden. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den

Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die ASBflex und GIBflex werden als zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* als Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsichten besteht in diesem Fall kein weiteres Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

**Inhalt****Strukturwandel ? Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen erweitern (GIB)**

Die Mehrheit der im Regionalplan betroffenen Verbandsmitglieder sind ? über die aktuellen geopolitischen Herausforderungen hinaus ? zusätzlich vom Strukturwandel und dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung betroffen. Das Einzugsgebiet der MRR weist dabei Regionen auf, die nicht zum ersten Mal einen Strukturwandel und die damit verbunden Umstrukturierungsprozesse vollziehen.

Vor diesem Hintergrund müssen die raumordnerischen Leitvorstellungen den Sonderbedarfen und großen Anforderungen an die zukünftige Gestaltung des Rheinischen Reviers in besonderer Weise Rechnung tragen. Daher widmet der Regionalplan bereits in der Ausgangslage und Einführung ein Augenmerk auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier, der als fortlaufender und dynamischer Prozess auf allen Ebenen forciert werden soll. Demnach sollen ?Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) mit der Zweckbestimmung Starterstandorte Struktur-wandel dem Strukturwandel im Rheinischen Revier dienen? (S. 81).

Es ist grundsätzlich begrüßenswert, dass die Ziele 14 ?GIB sichern und umsetzen? in Verbindung mit dem Grundsatz 17 ?Chancen für den Strukturwandel nutzen? im Regionalplan der Bezirksregierung Köln berücksichtigt werden.

Gleichwohl regen die vom Kohlestrukturwandel besonders betroffenen Mitglieder der MRR eine ?deutliche Ausweitung der GIB-Flächen mit interkommunaler bzw. strukturwandelrelevanter Zweckbindung? an. Für die StädteRegion Aachen wären dies bspw. die Standorte Würselen-Merzbrück und Eschweiler-Kinzweiler. Die angeregte Ausweitung der GIB-Flächen würde dadurch der Entwicklung eines erfolgreich vollzogenen Strukturwandels mittels ?dringend benötigter marktfähiger und qualitativ hochwertiger Gewerbeflächen? gerecht werden. Zudem könnte die Deklaration herausragender Strukturwandelprojekte ebenfalls der herausfordernden Perspektive entgegenkommen.

Zwecks Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen hin zur Marktreife, besteht die allgemeine Forderung nach einer Verfahrensbeschleunigung. In diesem Zusammenhang erachten es einige Mitglieder als sinnvoll, das gesamte Rheinische Revier als ?räumlich und zeitlich begrenzte Sonderwirtschaftszone? zu definieren, um staatliche Förderungen und die damit verbundenen Prozesse deutlich zu vereinfachen. Zudem besteht die Anregung zur Einführung einer neuen (noch nicht im Regionalplan enthaltenen) Flächenkategorie, GIB Transformationsstandorte Rheinisches Revier, um die Sonderbedarfe dieser Region abzudecken.

Um die interkommunale Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen zu stärken, fordern einige Mitglieder der MRR konkret ?mehr GIB regional (?) auch in gut erschlossenen, ländlichen Räumen? auszuweisen und diese ebenfalls stärker in den Fokus zu nehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen als GIBtransformation zeichnerisch und textlich festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind (s. Änderungssynopsen und Änderungskarten). Diese werden entsprechend der Vorgaben des § 38 Landesplanungsgesetz NRW bedarfsgerecht festgelegt (s. Änderungssynopsen und Änderungskarten). Im Rahmen der erfolgten bedarfsgerechten Festlegung regionaler Flächenbedarfe sowie von GIBtransformation ist eine weiteregehende Festlegung über die bereits festgelegten GIB in Würselen-Merzbrück und Eschweiler-Kinzweiler nicht möglich. In Würselen-Merzbrück erfolgt jedoch eine zusätzliche Festlegung eines über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehenden und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneten Bereiches gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* als GIBflex (s. StnID 1003639 und 1003949).

Die Starterstandorte Strukturwandel gemäß Z.14 GIBz sichern und umsetzen werden auf Grundlage von § 38 Landesplanungsgesetz NRW in GIBtransformation überführt (s. StnID 1021205).

Die Festlegung einer Sonderwirtschaftszone obliegt nicht der Regelungskompetenz der Regionalplanung, sondern der für die Landesplanung und den Landesentwicklungsplan NRW zuständigen Landesplanungsbehörde und parlamentarischen Gremien auf Landesebene. Die Regionalplanung ist an die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes und Landesplanungsgesetzes NRW gebunden.

1008728

## Inhalt

### **Umgang mit Tagebau- und Kraftwerksflächen flexibel regeln**

Der Entwurf des Regionalplans widmet sich im Rahmen der Versorgungsinfrastruktur auch den Flächen der Braunkohlekraftwerke, deren Standorte gemäß Z. 36 "flexibel nachgenutzt" werden sollen. Nach der gesetzlich vorgesehenen Stilllegung der Standorte Bergheim-Niederaußem und Eschweiler-Weisweiler sollen diese anschließend für eine gewerblich-industrielle Folgenutzung zur Verfügung stehen. Daher finden im vorgesehenen Regionalplan die noch aktiven Braunkohlekraftwerke Niederaußem und Weisweiler im Einzugsgebiet der MRR besondere Beachtung. Die künftige Gestaltung dieser Standorte steht auch in den individuellen Stellungnahmen der Mitglieder für spezifische Inhalte des Strukturwandels und werden im Zusammenhang mit der "Energie der Zukunft" gesehen. Eine besondere Betroffenheit drückt hierbei die Städteregion Aachen aus. "Nur 40 Jahre nach dem ersten energiepolitisch bedingten Strukturwandel im Aachener Revier [ist man] in besonderem Maße vom Auslaufen des Braunkohletagebaus mit dem regionalen Kraftwerksstandort Weisweiler" getroffen.

Der Regionalplan widmet sich auch der perspektivischen Siedlungsentwicklung am See des Tagebau-bereichs Hambach und des Tagebaus Inden. Gemäß G. 10 sollen hier Entwicklungsperspektiven durch die Festlegung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) sowie für Elsdorf in Teilbereichen auch von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) ermöglicht werden. So begrüßt bspw. der Rhein-Erft-Kreis grundsätzlich, dass im Planentwurf für Teilbereiche des Tagebaus Hambach erstmalig regionalplanerische Festlegungen getroffen werden. Dadurch können wichtige Themen wie z. B. der Freiraumschutz und die Grünvernetzung in diesem Bereich zukunftssicher festgelegt werden.

## Abwägung

### **Typ**

Hinweis

### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1008729

#### Inhalt

##### **Rahmenbedingungen für Freiflächen-Photovoltaik (PV) definieren**

Neben der zukünftigen Nutzung der Kraftwerksflächen wird auch die Errichtung von Freiflächen-PV eine wichtige Bedeutung bei der Energiewende einnehmen. Für die planungsrechtliche Zulassung von entsprechenden Anlagen müssen auf Landesebene Regelungen gefunden werden, die eine Balance zwischen den Bedarfen für die Energieversorgung und der landwirtschaftlichen Produktion sicherstellen. Gemeinsam mit der Landwirtschaft muss entsprechend definiert werden, unter welchen Voraussetzungen nur Agri-PV-Anlagen zugelassen werden. Die bisherige hilfsweise Heranziehung der Regelungen des EEG für Freiflächen-PV-Anlagen ist planungsrechtlich nicht hinreichend und muss entsprechend geregelt werden. Gleichzeitig sei der Hinweis erlaubt, dass grundsätzlich die Bemühungen zur Nutzung von Dachflächen für die Einrichtung von PV-Anlagen intensiviert werden sollten.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### **Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.



1008730

## Inhalt

### **Chancen für eine konsistente Strategie ?nachhaltige Mobilität? nutzen**

Der Regionalplan bietet die Chance, auf Grundlage der Fachplanungen aller Aufgabenträger im Bereich der Mobilität, eine konsistente Strategie für die nachhaltige Mobilität den Regierungsbezirk Köln aufzuzeigen, welche die unterschiedlichen Verkehrsträger zusammenführt und den Raum sinnvoll gliedert.

In den Festlegungen zur Verkehrsinfrastruktur im vorliegenden Planentwurf ist in Teilräumen eine summarische Darstellung der Inhalte von einzelnen Fachplanungen enthalten, ohne einer entsprechenden konzeptionellen bzw. strategischen Setzung. Eine nochmalige Betrachtung im Zuge der Planüberarbeitung mit dem Ziel, ein klar gegliedertes, regional bedeutsames Verkehrsinfrastrukturnetz aufzuzeigen, welches zum einen die Synchronisation der Siedlungsentwicklung mit Verkehrsinfrastrukturen und damit eine integrierte Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung ermöglicht und zum anderen dringende Ausbaubedarfe kennzeichnet, wäre wünschenswert. Hierbei sind auch die sog. Radschnellwege entsprechend mit darzustellen, da der (elektrifizierte) Radverkehr ein an Bedeutung wachsendes und im Rahmen der Mobilitätswende begrüßenswertes Verkehrsmittel ist.

## Abwägung

### **Typ**

Hinweis

### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **Erläuterung**

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch in Hinblick auf die Entwicklung eines integrierten Siedlungs- und Verkehrsnetzes. Andere als die im Regionalplan getroffenen Festlegungen gehen über den Regelungs- und Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Eine Zuordnung der Anregung zu einem konkreten Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1008734	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In Z.31 weist der Regionalplan auf die Wichtigkeit des Erhalts und der Entwicklung des Rheins als Bundeswasserstraße hin. Die Bedeutung des Rheins in seinen vielfältigen Nutzungen ist auch für die Metropolregion Rheinland von besonderer Bedeutung. Dabei ist vor allem eine gute Balance zwischen einer Ausweisung besonders schützenswerter Naturflächen auf der einen Seite und der Ausweisung von GIB-Flächen auf der anderen Seite herzustellen. Exemplarisch kann hier auf die nordwestliche Hafenerweiterung des Godorfer Hafens in Köln hingewiesen werden. In diesem Zusammenhang ergibt sich für den Uferbereich, an dem sich der Hafen des Chemparks Dormagen in Worringen befindet, die Herausforderung, dass im Entwurf dieser Bereich als besonders schützenswerte Naturfläche ausgewiesen wird. Erwägenswert wäre an dieser Stelle, diesen Bereich ggf. im Tausch für einen anderen Uferbereich wieder als GIB-Fläche auszuweisen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).</p>

1008735

## Inhalt

### Differenzierte Betrachtung der Standorte ?Hochwasser-Flächen? (HQ)

Geleitet von dem Grundsatz 48, ?potentielle Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser? vorzubeugen, berücksichtigt der vorliegende Regionalplan in den künftigen Siedlungsraumdarstellungen keine potentiellen Siedlungsflächen, für die eine HQextrem-Einstufung (d.h. ?Pegelhöhe bzw. Abflussmenge mit geringer Wahrscheinlichkeit, welche seltener als alle 100 Jahre auftritt?) vorliegt.

In diesem Zusammenhang bedauern einige Mitglieder, dass die ?Prüfung der Empfindlichkeiten?, die für eine vollständige Risikoabschätzung notwendig gewesen wäre, im Regionalplan nicht vorgenommen wurde. Im Einzelfall nimmt das den betroffenen Kommunen den notwendigen Handlungsspielraum, um im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung zu reagieren.

Auch die Stadt Köln weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine ?pauschale Streichung? vorgenommen wurde und eine differenzierte, standortspezifische und die Steuerungsmöglichkeiten der Bauleitplanung berücksichtigende Vorgehensweise bei der planerischen Beurteilung entsprechender Lagen wünschenswert wäre, um in der wachsenden Region die notwendigen Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen.

Textliche Änderungen am Entwurf hat er jedoch nicht beschlossen, da das Kapitel 4.7 "Wasser", insbesondere das Kapitel 4.7.3 "Vorbeugender Hochwasserschutz", alle textlichen Festlegungen für einen erfolgreichen vorbeugenden Hochwasserschutz enthält, unabhängig von bestimmten Hochwasserereignissen.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf für das geplante Gewerbe- und Industriegebiet Rospe, als betroffener Landwirt, wie folgt Stellung:

Alle Flächen die für das geplante Gewerbe und Industriegebiet Rospe vorgesehen sind, sind zum heutigen Zeitpunkt sowie auch in der Zukunft von allen drei ansässigen Landwirten landwirtschaftlich genutzt. Diese Flächen sind wichtig für den Bestand der Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Die Flächen unseres Betriebs dienen zur wesentlichen Produktionsgrundlage von Lebensmitteln. Es werden die Eier von Freilandhühnern aus der Mobilstallhaltung erzeugt sowie Milch von unseren Milchkühen. Diese Produkte werden in der Hofeigenen Direktvermarktung dem Verbraucher angeboten.

Der Betrieb [ANONYMISIERT] bestehend aus einem Wohnhaus Stallungen und Scheune sowie eine Holz Blockhütte zur regionalen Direktvermarktung. Des Weiteren befinden sich zwei mobile Hühnerställe, ausgelegt für je 450 Legehennen, im Betrieb. Der Betrieb bewirtschaftet insgesamt 30 ha landwirtschaftliche Flächen welche als Weideflächen und Mähflächen genutzt werden, welche zur Versorgung der 22 Milchkühe dienen.

Hinzukommend Nachzucht und angegliederter Bullenmast für die Direktvermarktung. Durch das Industriegebiet würden 6 ha Fläche Eigentum versiegelt und für die landwirtschaftliche Nutzung wegfallen, wozu auch die Hauptstandflächen für die Hühnermobile wegfallen würden. Hierbei besteht die Herausforderung diese stehts in Waage zu stellen das ihre optimale Funktionalität gewährleistet wird. In den letzten Jahren (2020 ? 2022) wurde in den Geschäftszweig der Regionalvermarktung mit rund 400.000 ? investiert, um eigene Produkte regional zu vermarkten. Konkret ist in den nächsten drei Jahren außerdem eine Umstellung auf biologische Direkt- und Regionalvermarktung zusammen mit den Betrieben [ANONYMISIERT] geplant. In diesem Rahmen gab es auch schon vor Gespräche im Biokreis zur gemeinsamen Planung Anfang 2021. Es besteht außerdem schon die notwendige Infrastruktur in den Betrieben. Damit soll für Gummersbach und Umgebung ein größeres Spektrum an regionalen Produkten geboten werden, um auch Langfristig einen Beitrag zur regionalen Ernährungssicherheit beitragen zu können. Desweiteren ist ein Umbau des Stallgebäudes geplant für mehr Kuhkomfort und Tierwohl, hierbei soll den Milchkühen ein Bewegungsstall ermöglichen auch in den Wintermonaten ausreichen Bewegung zu bekommen, welches in den Sommermonaten durch Weidegang ermöglicht wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht

Durch das geplante Industrie und Gewerbegebiet Rospe würden wirtschaftlich wichtige Flächen aus unserer Nutzung weg fallen, welche essentiell für uns sind. Somit wäre eine weitere Nutzung des Betriebs in Gefahr.

Auch die landwirtschaftliche Direktvermarktung könnte in diesem Maße nicht mehr aufrecht erhalten bleiben.

Am 31.10.2018 wurde bereits ein Brief von den Haupteigentümern der entsprechenden Flächen an das Bauamt Gummersbach gesendet, z.Hd. Herrn Hefner. In diesem Brief wird bestätigt, dass keine Flächen zum Verkauf stehen und auch in Zukunft nicht der Fall sein wird. Es sind alles drei Höfe, welche eine Zukunftsperspektive haben, da sie bereits von einem Hofnachfolger geführt werden bzw. vor dessen Einstieg stehen. Dementsprechend wurden sowohl zahlreiche Investitionen als auch Genehmigungen und Anstrengungen für die Zukunft getätigt. Zudem möchte ich auch noch einmal betonen, dass es sich hierbei um Betriebe handelt, die nicht nur die Existenzgrundlage für die Familien darstellt, sondern auch regionale Lebensmittel für die Region produzieren.

Wie abhängig die Gesellschaft von der Landwirtschaft ist, wird besonders in dieser Zeit deutlich. Die Landwirtschaft dient der Ernährungssicherheit des Landes ohne sich von anderen Ländern und deren Export abhängig zu machen. Dies ist essentiell wichtig und sollte nicht durch die Zerstörung der Betriebe und Versiegelung der Flächen gefährdet werden. Vielmehr sollte hier die Nutzung schon versiegelter Flächen überdacht werden.

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1496	
1003363	
1007136_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel  G.1 Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen  Der LSK begrüßt ausdrücklich, dass die Bezirksplanungsbehörde Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsaufgabe für alle relevanten Planinhalte formuliert. Um diesem enormen Anspruch und der überragenden Bedeutung dieses Themas, gerade auch für den Freiraum, gerecht zu werden, halten wir es aber für erforderlich, dass im neuen Regional-plan Klimaschutz und Klimawandelvorsorge auf der verbindlicheren Ebene von Festsetzungen mit Zielcharakter verankert werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.</p> <p>Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig.</p> <p>Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.</p>

1007136\_002

#### Inhalt

##### 4. Freiraum

##### 4.3 Schutz der Natur und Landschaft

Der LSK unterstützt die im Entwurf des Regionalplans getroffenen Festsetzungen zum Themenkomplex Schutz der Natur und Landschaft. Die geplanten Erweiterungen der Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) sowie von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) tragen der gestiegenen Bedeutung und den mannigfaltigen Funktionen des Freiraums Rechnung. Dies vor dem Hintergrund, dass der Regionalplan einen verbindlichen Planungsrahmen für die Kreise und Kommunen vorgeben soll.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### **Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1007136\_003

#### Inhalt

##### 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur

In diesem Zusammenhang ist auf die besondere Bedeutung des Biotopverbunds, bestehend aus den Flächen Stufe I und Stufe II hinzuweisen. In ihrer Gesamtheit schaffen diese Flächen wichtige Voraussetzungen für Artenvielfalt, Artenschutz aber auch für Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der Region. Um Biotopverbundsysteme funktionsfähig zu erhalten/zu entwickeln müssen Lücken und Engstellen vermieden/beseitigt werden. Der LSK schießt sich daher der Anregung der Landesbüros der Naturschutzverbände an, die Lücke in der Darstellung des BSN-SU-4 nördlich im Wehrbusch und um Lüftelberg herum zu schließen (s. zeichnerische Darstellung).

[Abbildung]

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Hinweise zur Funktion der BSN werden zur Kenntnis genommen. Auf den Ausgleichsvorschlag der Stn.ID 1004504 wird verwiesen.



1007136\_004

#### Inhalt

4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung  
Der LSK unterstützt die Ausweisung von BSLE auf, dem Waldgebiet Kottenforst/ Ville vorgelagerten, Grünland- und Ackerflächen im Geltungsbereich des LP 4 ? RSK sowie des Ville-Rückens im Bereich der Stadt Bornheim. Angesichts der bekannten konkurrierenden Nutzungsansprüche an den landschaftlichen Freiraum wird die Bezirksplanungsbehörde gebeten, die Begründungen und Erläuterungen zu den jeweiligen Flächenausweisungen zu präzisieren.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Es wird Zustimmung zur zeichnerischen Festlegung BSLE Kottenforst/Ville erklärt.

Dem Präzisierungswunsch kann an dieser Stelle nicht gefolgt werden. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

**Inhalt****5.4 Nicht energetische Rohstoffe****5.4.1. Lockergesteine**

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Lockergesteinen sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Dazu wird im Entwurfstext ausgeführt, dass ?parallel und in enger Abstimmung? in einem eigenen Verfahren der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe erarbeitet werde. Der vorliegende Entwurf bleibt aber Aussagen darüber schuldig, wie der Regionalplan und der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe letztlich zusammen geführt werden sollen, wie insbesondere kumulierende Wirkungen erfasst und et-waige konkurrierende Raumansprüche rechtssicher gegeneinander abgewogen werden sollen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-1497	
1003365	
1007137_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Industriegebiet Geilenkirchen-Lindern, Future Site in West</p> <p>Das hier eine große Fläche Ackerland vernichtet wird, dürfte ja allgemein bekannt sein. Ebenso die klimatische Entwicklung auf der wir ungebremst zu steuern.</p> <p>Mit Ihrer Entscheidung, das Industriegebiet zu erschließen, tragen Sie mit dazu bei, den Klimawandel zu beschleunigen.</p> <p>Wie wollen Sie Ihren Kindern bzw. Enkelkindern erklären, das Sie mit Ihrer falschen Entscheidung dazu beigetragen haben, das für die nachfolgende Generation ein Leben auf unseren Planeten so gut wie nicht mehr möglich ist.</p> <p>Dadurch gibt es Alternativen : Agri- Photovoltaik, auf Ackerflächen Ökostrom und Gemüse ernten.</p> <p>Ich bitte Sie, denken Sie noch einmal intensiv darüber nach, ob uns die Versiegelung weitere fruchtbarer Ackerflächen helfen, den Klimawandel zu verhindern. Denken Sie an Ihre Kinder und Enkelkinder</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

AZ: Ö-M-1498	
1003366	
1007345	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Darstellung der Flächen ist unglücklich und auf normalen Endgerät kaum lesbar. Eine solche DarStellung sollte Parzellenbezogen erfolgen, sodass die Betroffenen Parteien ihre Grundstücke genau einsehen können. Veränderte Gebiete sollten hervorgehoben und markiert sein. In besondere Zeiten wie den jetzigen ist es wichtig, dass Landwirte von der Politik und Regierung unterstützt werden und somit die Diversität in unserer Region erhalten bleibt. Die Schaffung und Erweiterung von Schutzgebieten schränkt die Bewirtschaftung durch konventionelle Landwirtschaft langfristig ein und bringt uns in eine Hungerkrise. Die Stille Erweiterung von Schutzgebieten bringt uns Landwirte in eine Krise. Die ständige Vergrößerung der Schutzgebiete ist kein Erhalt der Landschaft, sondern ein `Schlag ins Gesicht` der noch bestehenden Landwirte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-1499

1003367

1007139\_001

#### Inhalt

Betreff: Gewerbegebiet Waldenrath-Birgden

Zum Schutz der Natur und unserer Umwelt spreche ich mich gegen das geplante Gewerbegebiet aus! Die Lebensräume für viele zu schützende Tierarten wie Wildvögel, Rehe, Fledermäuse und Insekten müssen erhalten bleiben und dürfen nicht weiter zerstört und zubetoniert werden.

Weiterhin nutze ich regelmäßig die Feldwege, um dort mit meinem Hund spazieren zu gehen oder mit dem Fahrrad zu meinen Freunden zu fahren. Da dies wenn das Gewerbegebiet kommt, nicht mehr gefahrlos möglich ist, spreche ich mich hiermit dagegen aus.

Ich möchte, dass wir unsere Natur erhalten und schützen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-15	
1001135	
1000957	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Mandantin betreibt in der Gemeinde Titz südlich der Ortslage Titz auf den Grundstücken Gemarkung Titz, Flur 48, Flurstücke 98-100 und 119-122, auf der Grundla- ge bergrechtlicher Betriebspläne den Quarzkies- und Quarzsandtagebau Noah</p> <p>(siehe nachfolgende Abbildung 1). [Abbildung]</p> <p>Die eine Fläche von insgesamt rund 15,3 ha umfassende Tagebaufläche soll nach Beendigung der Rohstoffgewinnung zur Ablagerung von Intertabfällen genutzt werden. Unter dem 08.06.2016 hat unsere Mandantin daher bei der Bezirksregierung Arnsberg einen Antrag auf Planfeststellung einer DK 0-Deponie innerhalb der räumlichen Grenzen des Tagebaus Noah gestellt (Deponie Noah).</p> <p>Die geplante Deponie Noah soll ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Standort für Abfalldeponien dargestellt werden</p> <p>(siehe nachfolgende Abbildung 2). [Abbildung]</p> <p>Da diese als Anschlusskonzept für die benachbarte, im Regionalplanentwurf ebenfalls als Deponiestandort dargestellte, inzwischen bereits ausgeschöpfte Deponie "Polder 3" konzipiert war, wurde der Planfeststellungsantrag für die Deponie Noah im Oktober 2019 zur Vermeidung eines Zielkonflikts mit den regionalplanerischen Darstellungen und zur Schaffung der planungsrechtlichen Zulassungsvoraussetzungen zunächst auf eine Flächengröße von 9,99 ha begrenzt (siehe nachfolgende Abbildung 3). Im Übrigen wurde das Planfeststellungsverfahren ausgesetzt, bis eine Darstellung der Deponie Noah als Deponiestandort im Regionalplan Köln erfolgt ist.</p> <p>Gegen die Zulassung der verkleinerten Deponie Noah wurden seitens der von der Bezirksregierung Arnsberg beteiligten Träger öffentlicher Belange sowie von privater Seite keine durchgreifenden Bedenken vorgetragen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass das Zulassungsverfahren - nach Durchführung der lediglich noch ausstehenden Online-Konsultation gemäß § 5 Abs. 4 PlanSiG - kurzfristig zu einem positiven Abschluss gebracht werden kann.</p> <p>Die verkleinerte Deponie Noah verfügt über eine Ablagerungskapazität von 1,2 Mio. m2 und ermöglicht unserer Mandantin einen Deponiebetrieb über einen Zeitraum von rund</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

12 Jahren.

[Abbildung]

Aus der Restfläche, für die das Planfeststellungsverfahren bis zur Darstellung der Tagebaufäche Noah als Deponiestandort im Regionalplan Köln ausgesetzt wurde, steht ein Ablagerungsvolumen von weiteren rund 0,9 Mio. m<sup>3</sup> zur Verfügung, welches - ausgehend von einem durchschnittlichen jährlichen Ablagerungsrate von 100.000 m<sup>3</sup>/a - eine Laufzeit der Deponie Noah von voraussichtlich weiteren 9 Jahren ermöglicht.

Zur Standortsicherung ihres Bergbaubetriebes strebt unsere Mandantin darüber hinaus eine Tagebauerweiterung in südlicher und südöstlicher Richtung auf einer Fläche von insgesamt rund 26 ha an, die von der mit unserer Mandantin verbundenen Tholen Vermögensverwaltung GmbH unter dem 18.12.2017 in dem die Aufstellung der regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe betreffenden Verfahren gegenüber Ihrem Hause als Abgrabungsinteresse angemeldet wurde und dort unter dem Aktenzeichen 028-DN geführt wird und im 1. Planentwurf vollständig für eine BSABDarstellung vorgesehen ist. Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung sollen die geplanten Erweiterungsflächen, die in der nachfolgenden Abbildung 4 rot hinterlegt sind, ebenfalls für die Ablagerung von Inertabfällen der Deponieklasse DK O genutzt werden.

[Abbildung]

Namens und im Auftrag unserer Mandantin bitten wir Sie daher, die vorbeschriebenen Erweiterungsflächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ebenfalls als Standort für Abfalldeponien festzulegen.

Da die aus dem laufenden Tagebau Noah zur Verfügung stehenden Rohstoffvorräte Ende 2022 erschöpft sein werden, hat unsere Mandantin der Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 14.06.2019 einen obligatorischen Rahmenbetriebsplan vorgelegt, der eine erste Erweiterung des Tagebaus in südlicher Richtung vorsieht und mit Planfeststellungsbeschluss vom 18.05.2021, Az.: 62.05.2-2019-2, zugelassen wurde. Die erste südliche Erweiterungsfläche hat eine Größe von etwa 7,5 ha und erstreckt sich auf das Grundstück Gemarkung Titz, Flur 24, Flurstück 106.

Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung soll die Erweiterungsfläche - ebenso wie der bestehende Tagebau - als DK O-Deponie zur Ablagerung von Inertabfällen genutzt werden. Deshalb wurde im Rahmenbetriebsplan für die Tagebauerweiterung auch lediglich eine Teilverfüllung bis 1 m über dem höchsten, nach Einstellung der Sumpfungsmaßnahmen im Rheinischen Revier zu erwartenden Grundwasserspiegel (81,50 m NHN) vorgesehen.

Die von der genehmigten Süderweiterung des Tagebaus Noah und der innerhalb der

räumlichen Grenzen der Süderweiterung geplanten Deponie umfassten Flächen sind in der nachfolgenden Abbildung 5 dargestellt.

[Abbildung]

Um die geplante Süderweiterung der Deponie zu verwirklichen, ist unsere Mandantin auf die Darstellung der hiervon umfassten Fläche als Standort für Abfalldeponien im Regionalplan Köln angewiesen. Gleiches gilt für die über die bereits zugelassene erste Süderweiterung des Tagebaus Noah hinausgehenden Erweiterungsflächen Gemessen an den dem 1. Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zugrunde gelegten Kriterien für die Festlegung von Standorten für Abfalldeponien sind die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Erweiterungsflächen in besonderem Maße für eine entsprechende Darstellung geeignet. Denn für die Erweiterungen der kurz vor der Zulassung stehenden DK 0-Deponie Noah besteht ein langfristiger abfallwirtschaftlicher Bedarf. Infolge der geplanten Erweiterungen, die - ebenso wie die kurz vor der Zulassung stehende Deponie - selbstverständlich entsprechend der abfalltechnischen Anforderungen errichtet und betrieben werden sollen, sind darüber hinaus keine relevanten Konflikte mit anderen Raumnutzungen und -funktionen zu erwarten. Sie können raum- und umweltverträglich realisiert werden und auch raum- und umweltverträglich an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden werden.

Im Einzelnen:

### **1. Abfallwirtschaftlicher Bedarf**

Mineralische Abfälle stellen mit rund 257 Mio. t die mit Abstand größte Abfallart in Deutschland dar.

Vgl. Statisches Bundesamt, Abfallbilanz 2018 (Abfallaufkommen/-verbleib, Abfallintensität, Abfallaufkommen nach Wirtschaftszweigen).

Daran haben Bau- und Abbruchabfälle mit rund 228 Mio. t und daran wiederum Boden und Steine mit rund 133 Mio. t die größten Anteile. Hinzu kommen 55 Mio. t Aschen und Schlacken aus thermischen Prozessen und industriellen Produktionsprozessen. In der Vergangenheit wurde nur ein kleinerer Teil der mineralischen Abfälle einer hochwertigen Wiederverwertung zugeführt, beispielsweise als Recyclingbaustoff. Der überwiegende Teil wurde im Rahmen von Tagebauverfüllungen verwertet. Im September 2014 hat das Land Nordrhein-Westfalen unter Vorgriff auf die im August 2023 in Kraft tretende Mantelverordnung bodenschutz- und wasserrechtlich begründete Anforderungen an dieses Verfüllmaterial gestellt, die im Kern darauf hinauslaufen, dass Tagebauverfüllungen nur noch dann als Verwertungsmaßnahmen anerkannt und zugelassen werden können, wenn dafür weitgehend schadstofffreie Böden eingesetzt werden. Vgl. MKUNLV NRW, Auf- und Einbringen von Materialien unterhalb oder



außerhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht - Runderlass vom 17.09.2014, Az.: IV-4-547-02-05. Da Bau- und Abbruchabfälle nicht als schadstofffrei gelten können, jedoch weiterhin in der vorgenannten Größenordnung anfallen, müssen sie vermehrt auf Deponien entsorgt werden. Daraus resultiert ein erheblicher Bedarf an hierfür geeignetem Deponieraum, der weder im Kreis Düren, noch in den Nachbarkreisen gedeckt werden kann. In den Kreisen Heinsberg, Viersen und Euskirchen sowie im Rhein-Erft-Kreis wurden ausweislich der Daten aus dem elektronischen Abfalldeponiedateninformationssystem für NRW (ADDISweb) zum 19.08.2020 keine Deponien der Klasse DK 0 betrieben. Im Rhein-Sieg- Kreis, im Kreis Aachen sowie im Rhein-Kreis Neuss bestanden insgesamt zehn DK 0-Deponien, von denen jedoch acht bereits in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase waren. Die beiden übrigen Deponien werden ausschließlich als Bodendeponien geführt.

Im Kreis Düren selbst waren zum gleichen Datum neben der am Standort Titz bereits bestehenden Inerstoffdeponie "Polder 3" lediglich drei weitere DK 0-Deponien in Betrieb, nämlich die Deponie "Julia" in Aldenhoven, die Boden- und Bauschuttdeponie "Aldenhoven Jungbluth" und die Inertstoffdeponie "DK 0 Alt-Lich". Die Kapazität der von unserer Mandantin betriebenen Deponie "Polder 3" ist inzwischen vollständig ausgeschöpft; sie befindet sich bereits in der Stilllegungsphase. Die von unserer Mandantin als Anschlussprojekt für die Deponie "Polder 3" in Titz geplante Deponie "Noah" steht kurz vor der Zulassung und wird ihren Betrieb voraussichtlich in diesem Jahr aufnehmen. Sie verfügt über ein Ablagerungsvolumen von rund 1,2 Mio. m<sup>3</sup>, das voraussichtlich in 12 Jahren erschöpft sein wird. Die ebenfalls von unserer Mandantin betriebene Deponie "Julia" in Aldenhoven hat ihren Betrieb am 01.09.2016 aufgenommen. Dort werden die Ablagerungskapazitäten voraussichtlich zum 30.06.2025 erschöpft sein. Die Boden- und Bauschuttdeponie "Aldenhoven Jungbluth" ist seit dem 01.10.1997 in Betrieb und verfügte anfänglich über ein Ablagerungsvolumen von 3 Mio. m<sup>3</sup>, welches inzwischen - soweit ersichtlich - ebenfalls ausgeschöpft ist. Seitens des Betreibers wurde zwischenzeitlich zwar eine Erweiterung der Deponie um 26 ha mit einem Ablagerungsvolumen von 3,5 Mio. m<sup>3</sup> und einer Betriebszeit von 20 Jahren beantragt und im März 2019 genehmigt. Seit Ende 2020 werden dort jedoch primär höher belastete Abfallstoffe der Klasse DK I abgelagert. Nach einer früheren Auswertung des Abfalldeponiedaten-Informationssystems durch die Bezirksregierung Köln, Dezernat 52, stand zum 31.12.2010 in den im Regierungsbezirk bestehenden DK 0-Deponien noch ein Volumen von rund 4. 734.000 m<sup>3</sup> zur Verfügung. Da seither ausweislich des Informationssystems nur wenige zusätzliche Ablagerungskapazitäten geschaffen wurden, ist davon auszugehen, dass auch zukünftig ein erheblicher Bedarf an Deponieraum besteht. Vgl. Gillessen, Bedarfsanalyse für DK 0- und DK I-Deponien im südlichen NRW und den angrenzenden Bundesländern, Meldearbeit der RWTH Aachen, Institut BBK III, 2011.

Das gilt im südlichen Nordrhein-Westfalen insbesondere unter den Gesichtspunkten einer ortsnahen Entsorgung (Grundsatz der Nähe) im Land der Abfallerzeugung (Grundsatz der Autarkie), wie es der am 26.04.2016 veröffentlichte

Abfallwirtschaftsplan NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, als Ziel vorgibt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Bau- und Abbruchabfallmassen aufgeführt, die den öffentlichen Entsorgungsträgern im Umfeld der geplanten Deponierweiterung Noah zwischen 2012 und 2017 zur Entsorgung überlassen wurden. Aus den Zahlen wird der erhebliche Bedarf an DK 0-Deponien in der Region deutlich. Die Interessengemeinschaft der Deponiebetreiber in NRW (InwesD) geht jedoch davon aus, dass der tatsächliche jährliche Volumenverbrauch im Zuge der Ablagerung von Bau- und Abbruchabfällen mindestens um das Drei- bis Vierfache höher ist, als die im Abfallwirtschaftsplan erfassten Abfallmengen. Vgl. Bezirksregierung Köln, Vorlage für die 2. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrats am 20.02.2015, Drucksache Nr. KRS 3/2015. Demnach kann das tatsächliche Aufkommen an Bau- und Abbruchabfällen während des genannten Zeitraums mit durchschnittlich rund 834.500 t/a abgeschätzt werden. Ausgehend von einer Dichte von 1,6 t/m<sup>3</sup> wäre dafür ein Ablagerungsvolumen von rund 522.000 m<sup>3</sup>/a erforderlich.

[Abbildung]

Vgl. MKULNV NRW, Abfallbilanz Nordrhein-Westfalen für Siedlungsabfälle 2017, 165 Seiten .

Um im Kreis Düren sowie den oben genannten Nachbarkreisen auch weiterhin eine ordnungsgemäße und umweltverträgliche Entsorgung von Inertabfällen der Deponieklasse DK 0 gewährleisten zu können, ist die Schaffung zusätzlicher Ablagerungskapazitäten durch die geplanten Erweiterungen der bestehenden Deponie "Noah" objektiv erforderlich und vernünftigerweise geboten. Alternative Ablagerungsmöglichkeiten bestehen nicht, da in der gesamten Region keine ausreichende Deponiekapazität besteht.

Entsprechend der Zielbestimmung von § 15 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) muss eine gemeinwohlverträgliche Beseitigung der zur Ablagerung vorgesehenen Inertabfälle erfolgen. Für die geplanten Deponieerweiterungen besteht somit gemessen auch an den Zielsetzungen des maßgeblichen Fachplanungsgesetzes ein Bedarf. Mit den Erweiterungen der Deponie "Noah" wird gewährleistet, dass die anfallenden Inertabfälle entsprechend dem Stand der Technik und den Anforderungen der DepV entsorgt und somit Gefahren für die in § 15 Abs. 2 KrWG genannten Schutzgüter vermieden werden. Der Standort ermöglicht langfristig eine umweltgerechte Entsorgung von Inertabfällen aus der dicht besiedelten Region ohne lange Transportwege. Die Flächeninanspruchnahme bzw. der Flächenverbrauch werden konzentriert und die durch die geplante vorlaufende Rohstoffgewinnung in Anspruch genommenen Flächen zugleich einer im öffentlichen Interesse stehenden sinnvollen Folgenutzung zugeführt. Aus den geplanten Erweiterungen steht ein Ablagerungsvolumen von insgesamt rund 4,2 Mio. m<sup>3</sup> zur Verfügung, von denen rund 1,05 Mio. m<sup>3</sup> auf die geplante erste Süderweiterung der Deponie Noah entfallen.

## 2. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Deponieerweiterung

### 2.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Deponieerweiterungen sind keine relevanten Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten.

#### 2.1.1 Siedlungsbereiche (ASB)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen (ASB).

#### 2.1.2 Bauflächen (W. M. Gemeinbedarf)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Bauflächen (W, M, Gemeinbedarf).

#### 2.1.3 Infrastrukturen (regionale und überregionale Straßen und Schienenwege, militärische Nutzungen, Flughäfen)

Von den geplanten Deponieerweiterungen sind keine Infrastrukturen betroffen.

#### 2.1.4 Wald

Von den geplanten Deponieerweiterungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Deponieerweiterungen in Aussicht genommenen Flächen stellen sich weit überwiegend als Intensivacker dar. Darüber hinaus sind diverse Wirtschaftswege von den geplanten Deponieerweiterungen betroffen (siehe nachfolgende Abbildung 6). [Abbildung]

#### 2.1.5 Grundwasser-, Gewässer- und Hochwasserschutz (Gewässer 1. + II. Ordnung: festgesetzte WSZ, geplante WSZ: festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete: Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikogebiete)

Von den geplanten Deponieerweiterungen sind keine Gewässer 1. und II. Ordnung betroffen. Die für die Deponieerweiterungen in Aussicht genommenen Flächen liegen ferner außerhalb von festgesetzten Wasserschutzzonen, geplanten Wasserschutzzonen (1 -111 B) sowie festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten. Hochwassergefahren- sowie Hochwasserrisikogebiete sind von den geplanten Deponieerweiterungen ebenfalls nicht betroffen.

#### 2.1.6 Natur- und Artenschutz (NSG, Natura 2000)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-Gebieten. Innerhalb eines Umkreises von 300 m um die geplanten Deponieerweiterungen sind ebenfalls keine Natura 2000-Gebiete vorhanden.

#### 2.1.7 Kur- und Erholungsgebiete

Kur- und Erholungsgebiete werden von den geplanten Deponieerweiterungen nicht tangiert.

#### 2.1.8 Schutzabstand zu ASB, Bauflächen und Ortslagen

Die geplanten Deponieerweiterungen halten einen Mindestschutzabstand von 520 m zu ASB, Bauflächen und Ortslagen ein.

#### 2.1.9 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen zwar teilweise in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN (siehe nachfolgende Abbildung 7). Das steht einer Festlegung als Standort für Abfalldeponien aber nicht entgegen, da die Erweiterungsflächen - ebenso wie die kurz vor der Zulassung stehende Deponie Noah - im Zuge der Oberflächenrekultivierung nach Abschluss des Deponiebetriebs zu einer naturschutzwürdigen Fläche mit extensiven Grünlandflächen, Sukzessionsflächen, temporären Kleingewässern und randlichen Gehölzflächen entwickelt werden können und sollen.

[Abbildung]

#### 2.1.10 Landschaftsschutzgebiete und Ersatz- und Ausgleichsflächen

Landschaftsschutzgebiete sowie Ersatz- und Ausgleichsflächen werden durch die geplanten Deponieerweiterungen nicht in Anspruch genommen.

#### 2.1.11 Widersprechende Darstellungen des Flächennutzungsplans

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Titz enthält keine den geplanten Deponieerweiterungen widersprechenden Darstellungen. Er weist die geplanten Erweiterungsflächen als Fläche für die Landwirtschaft aus. Die Darstellung als Fläche für die Landwirtschaft stellt keine qualifizierte Standortzuweisung dar.

#### 2.1.12 Eingetragene Bau- und Bodendenkmäler

Durch die geplanten Deponieerweiterungen werden keine eingetragenen Bau- und Bodendenkmäler in Anspruch genommen.

#### 2.1.13 Entgegenstehende zeichnerische Festlegungen der Regionalplanüberarbeitung

Entgegenstehende zeichnerische Festlegungen der Regionalplanüberarbeitung liegen für die geplanten Deponieerweiterungen nicht vor. Sie sind für eine Darstellung als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich vorgesehen.

Im regionalen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe sollen die Erweiterungen ferner als BSAB dargestellt werden. Für die Erweiterungsflächen sollen ausweislich der Karte 3 zum 1. Planentwurf (siehe nachfolgende Abbildung 8) als Rekultivierungsziele BSN (Bereich für den Schutz der Natur) und Wald dargestellt werden.

[Abbildung]

Gegen das dargestellte Rekultivierungsziel "Wald" haben wir wegen der angestrebten Nachfolgenutzung als DK 0-Deponie mit Schreiben vom 02.11.2020 Bedenken geltend gemacht, da die geplanten Deponieerweiterungen - ebenso wie die Deponie im Polder 3 und im Tagebau Noah - mit einer Oberflächenabdichtung versehen werden sollen, die nicht durchwurzelt werden darf. Das steht einer künftigen Bepflanzung der Flächen im zentralen Bereich mit tiefwurzelnden Bäumen und Sträuchern entgegen. Lediglich im Randbereich können Gehölzpflanzungen vorgenommen werden, wobei allerdings auf die Verwendung von tiefwurzelnden Bäumen und Sträuchern verzichtet werden muss.

Im Übrigen sieht der bestandskräftig zugelassene Wiedernutzbarmachungsplan für die Süderweiterung des Tagebaus Noah die Herstellung einer landwirtschaftlichen Nutzfläche (Acker) vor.

Mit der geplanten überlagernden Darstellung als BSN kollidieren die geplanten Deponieerweiterungen nicht, da die hierdurch beanspruchten Flächen nach Abschluss des Deponiebetriebs für Zwecke- des Biotop- und Artenschutzes gestaltet werden können und sollen. Allerdings können wegen der geplanten Oberflächenabdichtung primär nur Offenlandbiotope angelegt werden.

## 2.2 Umweltverträglichkeit

Die nachfolgende Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen der geplanten Deponieerweiterung folgt den in Kapitel 5.3.1 des Umweltberichts zum 1. Planentwurf sowie in Anhang G zum Umweltbericht niedergelegten Prüfkriterien.

### 2.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

#### 2.2.1.1 Kurorte/-gebiete und Erholungsorte/-gebiete

Im Plangebiet und seinem Umfeld sind keine Kurorte/-gebiete und Erholungsorte/-gebiete vorhanden.

#### 2.2.1.2 Erholen (lärmmarme Räume)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen ausweislich des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (2019) außerhalb von lärmmarmen Räumen (siehe nachfolgende Abbildung 8).

[Abbildung]

Abbildung 8: Auszug aus der Karte 5.2, Blatt a, zum Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln

#### 2.2.1.3 Wohnen

Weder im Plangebiet, noch in dessen näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden. Die nächstgelegenen, einzelnen Wohngebäude liegen nördlich der Erweiterungsflächen an der Straße "Zur Düppelsmühle" und südwestlich an der L 12, jeweils in einer Entfernung von mindestens 550 m zu den Erweiterungsflächen. Die zusammenhängenden Wohnbauflächen von Titz beginnen erst in mindestens 900 m Entfernung. Dazwischen liegen Sportanlagen, eine Schule und gewerbliche Nutzflächen (Supermärkte).

Unmittelbar westlich grenzt an die Erweiterungsflächen eine Biogasanlage an, weiter westlich befindet sich das Beton- und Asphaltwerk der Tholen-Unternehmensgruppe, südlich davon befinden sich weitere Industrie- und Gewerbeflächen. Jenseits davon beginnen die zusammenhängenden Siedlungsflächen von Ameln in einer Entfernung von mindestens 600 m zu den Erweiterungsflächen. Die Ortslage Kalrath liegt erst in 1,2 km Entfernung südöstlich der Erweiterungsflächen.

#### 2.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

##### 2.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der Deponieerweiterungen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

##### 2.2.2.2 Nationalpark

Die geplanten Deponieerweiterungsflächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

##### 2.2.2.3 Naturschutzgebiet

Im Bereich der Deponieerweiterungsflächen und deren Umfeld sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

##### 2.2.2.4 Planungsrelevante Arten

Im Rahmen der Planung der kurz vor der Zulassung stehenden Deponie Noah wurde im Bereich des bestehenden Tagebaus sowie in dessen Umgebung eine faunistische Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese erstreckte sich auch auf die geplanten Deponieerweiterungsflächen, im Bereich derer aufgrund der strukturarmen Ausstattung lediglich die bodenbrütende Feldlerche nachgewiesen wurde.

Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die Feldlerche folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine Gefährdung durch die dem geplanten Deponiebetrieb vorausgehenden Tagebauerweiterungen nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der Feldlerche die Arbeiten, bei denen in

Bodenhabitate eingegriffen wird, zwischen Mitte August und Ende März zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

- Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der Feldlerche zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme eines neuen Abbauabschnitts stattzufinden.
- Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.
- Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die Feldlerche festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Erweiterungen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

#### 2.2.2.5 Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

#### 2.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotope

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotope sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen nicht vorhanden. Etwa 130 m westlich der Erweiterungsflächen wurde in 2014 ein etwa 0,3 ha großer Schilfröhrichtkomplex in einem ehemaligen Klärbecken der Zuckerfabrik Ameln (Hochpolder) als gesetzlich geschützter Biotop kartiert (BT-5004-001-2014, Abbildung 9), der inzwischen jedoch nicht mehr vorhanden ist. Zur Vorbereitung der im Bebauungsplan Nr. 17, Ortslage Ameln, vorgesehenen gewerblichen Nutzung wurden die ehemaligen Hochpolderflächen der Zuckerfabrik inzwischen vollständig beräumt. Bereits vorher war der ehemalige Teich vollständig abgetrocknet und wurde zuletzt von Brennesseln dominiert, sodass der in 2014 kartierte gesetzlich geschützte Biotop schon vor der Beräumung die hierfür geltenden Kriterien nicht mehr erfüllte. Auf der beräumten Fläche soll in Kürze ein Logistikzentrum entstehen, welches nach unserer Kenntnis kurz vor der Baugenehmigung steht.

[Abbildung]

Abbildung 9: Gesetzlich geschützte Biotope in der Umgebung der Deponieerweiterungsflächen

#### 2.2.2.7 Biotopverbundfläche

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Biotopverbundflächen. Lediglich nördlich und westlich an die Erweiterungsflächen angrenzend wurden vom LANUV NRW Biotopverbundflächen im Sinne des § 21 BNatSchG dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 10). Hierbei handelt es sich um die Biotopverbundflächen mit der Kennung VB-K-4904-005 und VB-K-4904-006.

[Abbildung]

Abbildung 10: Biotopverbund-Flächen in der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen

Die Biotopverbundflächen mit der Kennung VB-K-4904-005 wurden vom LANUV NRW mit der Bezeichnung "Stillgelegte Bahnlinie zwischen Jackerath und Welldorf" erfasst und wie folgt beschrieben:

#### GEBIETSBESCHREIBUNG

- stillgelegte Bahnstrecke zwischen Jackerath und Welldorf. Die Gleiskörper wurden entfernt, der Damm ist noch vorhanden und wird größtenteils von dichtem Gebüsch bewachsen, vereinzelt Einzelbäume, Baumgruppen, kleine Feldgehölze an gehölzfreien Bereichen ausgedehnte grasreiche wärmeliebende Ruderalfluren
- Bahnlinie wird von zahlreichen Straßen zerschnitten
- die setzt sich im Kreis Heinsberg fort

#### WERTBESTIMMENDE MERKMALE / BEDEUTUNG IM BIOTOPVERBUND

- der ehemaligen Bahntrasse kommt als Vernetzungs- und strukturierendes Landschaftselement eine besondere Bedeutung in der sonst weitgehend ausgeräumten, intensiv genutzten Bördelandschaft zu

#### KLIMASENSITIVE ARTEN UND LEBENSRAÜME

- keine

#### SCHUTZZIEL

- Schutzziel:
  - Erhalt der stillgelegten Bahnstrecke und der Bahnböschung mit Gehölzen, krautreichen Grassäumen und Kleingewässern als wichtige Strukturelemente in der intensiv genutzten, ausgeräumten Bördelandschaft
- Entwicklungsziel:
  - Offenhalten krautreicher Säume
  - Optimierung der Kleingewässer



- Erhalt und Ergänzung der Gehölzstrukturen zu einem Liniennetz
- Bedeutung im Biotopverbundsystem:
  - Entwicklungsraum für Arten der vielfältigen, kleinstrukturierten Kulturlandschaft (EntR Art. d. Kulturlandschaft)
- Verbundschwerpunkte:
  - Gehölz-Grünland-Acker Komplex (x)
- Landschaftsraum:
  - IrS

Die Biotopverbundflächen VB-K-4904-006 wurden vom LANUV NRW unter der Bezeichnung "Klärbecken und Kiesabgrabung bei Ameln" erfasst und wie folgt beschrieben:

#### GEBIETSBESCHREIBUNG

- mehrere Klärbecken der Pfeifer & Zuckerrübenfabrik bei Ameln
- Becken sind von steilen Böschungen umgeben, die dicht mit Gebüsch bewachsen sind
- Klärbecken weisen größere Röhrichte auf
- im nordöstlichen Teil Kiesabgrabung mit offenen Sand- und Kiesflächen, die von Steilwänden umgeben sind, teils hier Pionier- und Ruderalfluren sowie mehrere Kleingewässer

#### WERTBESTIMMENDE MERKMALE / BEDEUTUNG IM BIOTOPVERBUND

- Kiesgruben, Gewässer und Gehölze haben in der an solchen Biotopstrukturen armen Jülicher Börde eine wichtige Trittstein- und Lebensraumfunktion, unter anderem für Wasservögel, Libellen und Amphibien
- Vorkommen an Zielarten der Stillgewässer (Kleine Pechlibelle, Kreuzkröte)

#### KLIMASENSITIVE ARTEN UND LEBENSRAÜME

- Stillgewässer

#### SCHUTZZIEL

- Schutzziel:
  - Erhalt des ökologisch wertvollen Sekundärbiotops mit ausgedehnten Wasserflächen, Röhrichte, Gebüsch, Ruderalfluren, offenen Sand- und Kiesflächen, Kleingewässern und Steilwänden
- Entwicklungsziel:
  - naturnahe Gewässergestaltung der Klärbecken und der Kleingewässer

- Offenhalten der Steilwände, Vermeiden zu starker Verbuschung
- Bedeutung im Biotopverbundsystem:
  - Entwicklungsraum für Arten der Stillgewässer (EntR Art. d. Stillgewässer)
- Verbundschwerpunkte:
  - kleine und mittlere Stillgewässer (x)
- Landschaftsraum:
  - IrS
- Zielarten:
  - Kreuzkröte (*Bufo calamita*) (Bem.:Fundortkataster (1998))
  - Kleine Pechlibelle (*Ischnura pumilio*) (Bem.:Fundortkataster (2000))
  - Uhu (*Bubo bubo*) (Bem.:Fundortkataster (2013))

Die von der Biotopverbundfläche VB-K4904-005 umfassten ehemaligen Klärbecken der Zuckerfabrik Ameln (so genannte Hochpolderflächen) existieren nicht mehr. Die betreffenden Flächen wurden inzwischen vollständig beräumt und werden entsprechend der Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 17, Ortslage Ameln, bereits gewerblich genutzt bzw. für eine gewerbliche Nutzung vorbereitet. Im Bereich der Polder 4 und 5 (siehe obige Abbildung 10) findet derzeit noch eine Verfüllung mit Bodenaushub statt, die teilweise über die ursprüngliche Geländeoberkante hinausreicht. Neben randlichen Gehölzpflanzungen sowie Sukzessionsflächen und Kleingewässern sollen dort nach derzeitiger Genehmigungslage wieder landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker) entstehen. Offene Sand- und Kiesflächen sowie Steilböschungen sind dort nicht mehr vorhanden. Gleiches gilt für den Polder 3. Dort wurde bis vor kurzem eine DK 0-Deponie betrieben, die sich inzwischen in der Stilllegungsphase befindet. Nach Auftrag der Oberflächenabdichtung und Rekultivierungsschicht soll dort nach bestehender Genehmigungslage wieder eine landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) entstehen.

Im Tagebau Noah ist die Rohstoffgewinnung weitestgehend abgeschlossen. Derzeit findet dort auf der Grundlage der bestandskräftigen Abschlussbetriebsplanzulassung der Bezirksregierung Arnsberg vom 01.04.2020, Az.: 62.qu 105-1.4-2017-1, eine Bodenumlagerung und Fremdverfüllung mit unbelastetem Bodenaushub zur Herstellung der Deponieaufstandsfläche für die kurz vor der Zulassung stehende gleichnamige DK 0-Deponie statt. Nach Beendigung des Deponiebetriebs soll die Fläche im zentralen Bereich als extensive Grünlandfläche hergestellt werden. Im Randbereich sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen, Sukzessionsflächen und temporäre Kleingewässer vorgesehen. Im Bereich der ehemaligen Polder 1 und 2 wurden inzwischen Ersatzlebensräume für die durch den Betrieb der DK 0-Deponie im Polder 3 sowie im Tagebau Noah sowie die Beseitigung der ehemaligen Hochpolder (Klärbecken) entfallenen Lebensräume diverser planungsrelevanter Arten geschaffen. Sie dienen heute ausschließlich dem Biotop- und Artenschutz. Die räumliche Nähe der

Deponieerweiterungsflächen zu diesen Biotopverbundflächen steht der Realisierung einer Trockenabgrabung mit nachfolgendem Deponiebetrieb nicht entgegen. Durch die Gestaltung der Deponieflächen im Zuge der Herrichtung sowie gezielte ökologische Aufwertungsmaßnahmen im Bereich der Abstandsflächen kann der Biotopverbund im Gegenteil sogar gefördert werden.

#### 2.2.2.8 Schutzwürdige Biotope

Schutzwürdige Biotope sind im Bereich der geplanten Deponieerweiterungen nicht vorhanden. Nördlich und westlich angrenzend sind im Biotopkataster des LANUV NRW zwei schutzwürdige Biotope verzeichnet (siehe nachfolgende Abbildung 11). Hierbei handelt es sich zum einen um den schutzwürdigen Biotop BK-4904-006 "Stillgelegte Bahntrasse östlich von Titz zwischen Jackerath und Ameln" und zum anderen um den schutzwürdigen Biotop BK-4904-0018 "Ehemalige Klärbecken der Pfeifer & Langen Zuckerrübenfabrik nördlich von Ameln", der allerdings - wie oben bereits dargelegt - nicht mehr vorhanden ist. In den schutzwürdigen Biotop BK-4904-006 wird im Zuge der Tagebauerweiterung und nachfolgenden Deponienutzung selbst nicht eingegriffen. Durch die bergrechtlich bereits zugelassene Anlage einer neuen Zufahrt zum Erweiterungsgelände wird der schutzwürdige Biotop nur randlich tangiert. Lebensräume planungsrelevanter Arten werden hierbei nicht in Anspruch genommen, weshalb gegen die inzwischen bestandskräftige Planfeststellung der südlichen Tagebauerweiterung seitens der Naturschutzbehörden auch keine Bedenken geltend gemacht wurden.

[Abbildung]

Abbildung 11: Schutzwürdige Biotope im Umfeld der Erweiterungsflächen

#### 2.2.3 Boden

##### 2.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Im Untersuchungsraum herrschen gemäß der digitalen Bodenkarte 1: 50.000 (IS BK 50, Geologischer Dienst NRW, siehe Ausschnitt, Abbildung 12) als Hauptbodentypen Typische Parabraunerde, vereinzelt pseudovergleyt, vereinzelt mit Tschernosem-Relikten (L 35) und Typisches Kolluvil;lm (K 34) vor, die auch die beiden Bodentypen im Bereich der geplanten Erweiterungsflächen darstellen. Beide weisen bei Bodenwertzahlen von 75-85 (Parabraunerde) und 80-90 (Kolluvium) eine sehr hohe Ertragsfähigkeit auf. Die Böden sind weder grund-, noch staunass und besitzen neben einer hohen Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine sehr hohe nutzbare Feldkapazität.

[Abbildung]

Abbildung 11: Auszug digitale Bodenkarte, Bodentypen (Quelle: [/www.elwasweb.nrw.de](http://www.elwasweb.nrw.de))

Beide Bodentypen sind in der Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1: 50.000

(Geologischer Dienst NRW) als fruchtbare Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit bezeichnet und somit als schutzwürdige fruchtbare Böden ausgewiesen. Sie sind im Landschaftsraum jedoch weit verbreitet und weisen keine hohe Dokumentationsfunktion oder besondere Schutzwürdigkeit als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte auf. Auch zeigen sie keine besondere Naturnähe und keine extremen Standortbedingungen, haben demnach keine besondere Bedeutung für die Lebensraumfunktion und das Biotopentwicklungspotenzial.

#### 2.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Aufgrund ihrer Fruchtbarkeit werden die Böden des Untersuchungsraumes und der Erweiterungsflächen intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die damit verbundenen nutzungsbedingten Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus. Insbesondere auch die bereits erfolgten Gewinnungs- und Verfülltätigkeiten im Norden und Westen sind als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden. Es finden auch weiterhin noch Umlagerungen statt.

Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen sowie Siedlungs- und Gewerbeflächen als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden.

Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Untersuchungsraum nicht bekannt.

#### 2.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

##### 2.2.3.1.2.1 Vermeidungsmaßnahmen Schutzgut Boden

Zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen des Bodens werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Getrennte Abtragung von Oberboden und Abraum
- Wiederverwendung des anstehenden Oberbodens und nicht verwertbaren Abraums für die Wiedernutzbarmachung und die spätere Rekultivierung der nachfolgenden Deponieerweiterungen
- Lagerung des Oberbodens - soweit erforderlich - getrennt von dem anstehenden Abraum bis zur endgültigen Verwendung im Bereich der Erweiterungsflächen entsprechend den Vorgaben der DIN 18.300 (Erdarbeiten) und 18.915, Teil 3 (Landschaftsbau, Bodenarbeiten) Schutz und Erhaltung des Oberbodens während der Zwischenlagerung durch geeignete Maßnahmen (Leguminoseneinsaat)
- Überwachung der zur Verfüllung vorgesehenen Böden
- Erfüllung der Anforderungen an eine geologische Barriere gem. DepV durch

Einbau einer Ausgleichsschicht bis 1 m über dem künftigen Grundwasserspiegel

- Abschnittsweise Verfüllung und Deponierung, sodass ein zeitnahes Aufbringen der Oberflächenabdichtung gewährleistet ist
- Eingangs- und Abfallüberwachung der zur Deponierung vorgesehenen Inertabfälle und der Böden für die Rekultivierungsschicht
- Wiederherstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht aus kulturfähigem Unterboden (0,7 m) und Oberboden (0,3 m)
- Beseitigung von Bodenverdichtungen durch abschließende Tiefenlockerung

#### 2.2.3.1.2.2 Verbleibende Auswirkungen Schutzgut Boden

Bei den geplanten Tagebauerweiterungen werden bau- und betriebsbedingt auf einer Nettoabbaufäche von insgesamt etwa 29,3 ha zunächst die Deckschichten und die darunter anstehenden Quarzsande und -kiese bis auf eine Tiefe von 1 m über dem derzeitigen höchsten Grundwasserspiegel (unter Sumpfungseinfluss) vollständig entnommen. Mit der Entfernung natürlich gewachsener Bodenhorizonte verliert der Bodenkörper innerhalb der Erweiterungsflächen temporär seine Funktionen (z. B. Filterfunktion, Pflanzenstandort, landwirtschaftliche Produktionsstätte). Durch den Abtrag natürlicher Deckschichten und die sich zeitlich anschließende Rohstoffentnahme kommt es zu einem dauerhaften Verlust der natürlichen Bodenprofile und einer Veränderung der gewachsenen Bodenstruktur.

Außerhalb der Abbaugrenze (= Abstandsstreifen) bleibt die natürlich gewachsene Bodenabfolge weitestgehend erhalten. Durch Befahren mit Radladern und LKW, Lagerung von Bodenmieten etc. können jedoch Bodenverdichtungen auftreten, die nach Abschluss der Tätigkeiten durch tiefgründiges Auflockern beseitigt werden.

Die betroffenen Böden sind zwar (nach Auskunftssystem BK 50) als fruchtbare Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit bezeichnet und somit als schutzwürdig eingestuft, sind jedoch im Landschaftsraum weder selten, noch zeichnen sie sich durch eine besondere Naturnähe aus und haben somit keine besondere Bedeutung für die Lebensraumfunktion und das Biotopentwicklungspotenzial. Auch natur- oder kulturhistorisch wertvolle Ausprägungen der Geologie oder Morphologie liegen nicht vor.

Bau- und betriebsbedingt sind daher zunächst mittlere Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.

Durch die anschließende Verfüllung und das Aufbringen einer Rekultivierungsschicht im Anschluss an den sukzessive nachfolgenden Deponiebetrieb wird die Ausbildung natürlicher Bodenfunktionen im belebten Teil des Bodens nach der Rekultivierung teilweise wieder ermöglicht. Insbesondere die Funktionen "Standort für die Vegetation

und Tierwelt" und "landwirtschaftliche Produktionsfläche" werden wiederhergestellt. Die Grundwasserschutzfunktion der ursprünglich am Deponiestandort vorhandenen Deckschichten wird durch das geplante Abdichtungs- und Versickerungssystem übernommen. Vorhabenbedingt auftretende Verdichtungen werden durch nachfolgende Lockerung beseitigt.

Wenngleich die Böden durch die Verlagerung eine anthropogene Prägung erhalten und sich die bodenkundlichen Standortfaktoren und Funktionen gegenüber der heutigen Situation verändern, stellt die beschriebene Umlagerung des Bodens bei einer Sicherung der Bodenqualität eine vergleichsweise geringe Belastung dar. Im Randbereich wird es durch die dort geplante Nutzungsextensivierung (Gehölze, Krautsäume) zu einer Verminderung des Nähr- und Schadstoffeintrages in den Boden kommen.

Nach Stilllegung und abgeschlossener Rekultivierung werden somit insgesamt geringe negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden verbleiben.

#### 2.2.4 Wasser

##### 2.2.4.1 Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet

Im Bereich der geplanten Deponieerweiterungen und deren näherem Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete vorhanden. Das nächstgelegene Wasserschutzgebiet "Titz" (Schutzzone III) liegt nordwestlich der Erweiterungsflächen in etwa 600 m Entfernung.

##### 2.2.4.2 Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Deponieerweiterungen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

##### 2.2.4.3 Grundwasserkörper

Die Erweiterungsflächen gehören zum Grundwasserkörper 282\_05 "Hauptterrassen des Rheinlands" im Teileinzugsgebiet Maas-Süd, dessen mengenmäßiger und chemischer Zustand als schlecht eingestuft ist. Die Qualität und Quantität des Grundwassers sind hauptsächlich von landwirtschaftlich bedingten Stoffeinträgen und durch die Grundwasserabsenkungen für den im Südosten in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Braunkohletagebau "Harnbach" beeinflusst.

Die für den außerhalb des Grundwasserkörpers stattfindenden Braunkohlen-Bergbau erforderlichen weitreichenden Grundwasserabsenkungen umfassen in ihrer horizontalen Ausdehnung auch diesen Grundwasserkörper. Im Untersuchungsraum sind alle Grundwasserstockwerke stark beeinflusst. Derzeit liegt der Grundwasserstand im Bereich der geplanten Erweiterungsflächen bei rund 48 m NHN (HW 1). Es wird davon ausgegangen, dass der Grundwasserspiegel nach Einstellung der Sumpfungsmaßnahmen langfristig wieder sein vorbergbauliches Ausgangsniveau von

80,5 m NHN (HGW 2) erreichen kann. Der Grundwasserwiederanstieg im ersten Grundwasserstockwerk wird nach Berechnungen des Erftverbandes um das Jahr 2030 beginnen und um das Jahr 2200 abgeschlossen sein.

Der Abbau soll im Bereich der Erweiterungsflächen bis zu einer Tiefe von 58 m NHN erfolgen, sodass zum HGW 1 noch ein Schutzabstand von rund 10 m verbleibt. Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung sollen die Erweiterungsflächen bis zu einer Geländehöhe von 81,5 m NHN (= 1 m über HGW 2) mit unbelastetem Bodenaushub wiederverfüllt werden (Ausgleichsschicht), sodass die Sohle der geplanten Deponieerweiterungen mindestens 1 m oberhalb des HGW 2 liegen wird.

#### 2.2.4.3.1 Vorbelastung Schutzgut Wasser

Das Grundwasser ist im Bereich der Erweiterungsflächen durch die Sumpfungmaßnahmen für den Braunkohlentagebau großflächig abgesenkt, es herrschen somit anthropogen überprägte Grundwasserverhältnisse im gesamten Untersuchungsraum vor. Die heute anzutreffenden Grundwasserstände entsprechen daher nicht den natürlichen Verhältnissen. Nach aktuellen Modellprognosen wird das vorbergbauliche Ausgangsniveau von etwa 80,5 m NHN (HGW 2), ausgehend von einem Grundwasserwiederanstieg ab 2030, erst im Jahr 2200 wieder erreicht sein.

Aufgrund der intensiven Bewirtschaftung der Erweiterungsflächen im Zusammenhang mit Düngemaßnahmen ist von erhöhten Stoffkonzentrationen bei einigen Parametern (Nitrat, Sulfat, Ammonium) im Grundwasser auszugehen. Konkrete Angaben hierzu liegen nicht vor.

#### 2.2.4.3.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

##### 2.2.4.3.2.1 Vermeidungsmaßnahmen Schutzgut Wasser

Die bereits für den bestehenden Tagebau/die kurz vor der Zulassung stehende Deponie Noah festgeschriebenen bzw. vorgesehenen Anforderungen eines vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes werden im Zuge der Realisierung der geplanten Erweiterungen ebenfalls erfüllt. Zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen des Grund- und Oberflächenwassers werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Einhalten eines ausreichenden Abstandes der Abbausohle zum Grundwasser
- Errichtung eines Oberflächenabdichtungs- und Versickerungssystems zur Verhinderung des Eindringens von möglicherweise schadstoffbelastetem Sickerwasser in das Grundwasser
- Versickerung des über die Oberflächenabdichtung abgeleiteten Niederschlagswassers in randlichen Rigolen
- Erfüllung der Anforderungen an eine geologische Barriere gem. DepV durch

Einbau einer Ausgleichsschicht

- Grundwasserüberwachung im An- und Abstrom der Erweiterungen oder - falls dies nicht möglich sein sollte - Schurfbeprobung der zur Ablagerung gelangenden Inertabfälle
- Überwachung der zur Herstellung der Ausgleichsschicht vorgesehenen Fremdböden
- Abschnittsweise Verfüllung der Inertabfälle, sodass ein zeitnahes Aufbringen der Oberflächenabdichtung gewährleistet ist
- Eingangs- und Abfallüberwachung der zur Deponierung vorgesehenen Inertabfälle und der Böden für die Rekultivierungsschicht
- Verwendung von Ladegeräten mit Panzerwannen (Stahlbodenblech unter Treibstofftanks und Motor), Prüfung der Fahrzeuge auf Dichtigkeit (Schmier- und Treibstoffverluste) und erforderlichenfalls Ergreifung von Maßnahmen zum Auffangen
- Bereithalten von Öl-Bindepräparaten
- Betanken, Reparieren, Abfetten ausschließlich in dafür genehmigten Bereichen  
? Fahrzeugwäsche und Lagerung wassergefährdender Stoffe nur außerhalb des Tagebau- und Deponiegeländes

Im Falle einer Verunreinigung des Untergrunds oder des Grundwassers unverzügliche Benachrichtigung der Bergbehörde sowie der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren, Veranlassung von Gegenmaßnahmen

#### 2.2.4.3.2.2 Verbleibende Auswirkungen Schutzgut Wasser

Es wird bau- und betriebsbedingt kein Grundwasser freigelegt, und entsprechend ist durch die dem geplanten Deponiebetrieb vorausgehende Rohstoffgewinnung keine negative Beeinflussung des Grundwasserdargebots oder des Grundwasserstandes zu besorgen. Zum höchsten zu erwartenden Grundwasserstand unter Einfluss der Sümpfungsmaßnahmen, der im Bereich der Erweiterungsflächen bei rund 48 m NHN liegt, wird ein Abstand von rund 10 m eingehalten. Auch sind zusätzliche Grundwasserentnahmen im Rahmen der geplanten Erweiterungen nicht geplant, die Einfluss auf die Menge des Grundwassers haben könnten.

Mit der Errichtung des Oberflächenabdichtungssystems der DK 0-Deponie wird der Wasserzutritt zum Abfallkörper weitestgehend verhindert, sodass von dort kein möglicherweise schadstoffbelastetes Sickerwasser in das Grundwasser gelangen kann. Das auf dieser Fläche niedergehende Niederschlagswasser wird über die Dränageschicht gefasst und in Randrigolen abgeleitet, von wo aus das Niederschlagswasser ortsnah (außerhalb des Deponiekörpers) versickert und damit dem Grundwasser im Untersuchungsgebiet wieder zugeführt wird. Die nach Stilllegung und abgeschlossener Rekultivierung lokal sehr begrenzte Reduzierung der Grundwasserneubildung im Bereich der Oberflächenabdichtung der Deponieerweiterungen wird somit in unmittelbarer Nähe wieder ausgeglichen. Die Gesamtgröße der Erweiterungen von ca. 29,3 ha ist darüber hinaus im Vergleich zur



Größe des Grundwasserkörpers, der rund 11.857 ha umfasst, sehr gering. Angesichts der Größe des betroffenen Grundwasserkörpers im Vergleich zur Fläche der geplanten Erweiterungen sind die möglichen Veränderungen der Grundwasserneubildung während und nach der Gewinnung aus hydrogeologischer und wasserwirtschaftlicher Sicht folglich unbedeutend und zu vernachlässigen.

Bei Einhaltung der Maßnahmen zum vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutz ist auch eine nachteilige Veränderung der Grundwasserqualität nicht zu besorgen. Auch die bisherigen Gewinnungs-, Verfüll- und Deponietätigkeiten lassen keine relevanten qualitativen und quantitativen Beeinflussungen des Grundwassers erkennen. Dem künftigen Wiederanstieg des Grundwassers nach Einstellung der bergbaubedingten Sumpfungmaßnahmen wird darüber hinaus durch die Qualität des Verfüllmaterials Rechnung getragen. Der Deponiekörper wird auch nach Wiederanstieg des Grundwasserspiegels durch Einbau einer Ausgleichsschicht außerhalb des Grundwassers liegen. Zur Ablagerung gelangen ausschließlich Inertabfälle der Deponieklasse DK O. Das sind Abfälle, die keinen wesentlichen physikalischen, chemischen oder biologischen Veränderungen unterliegen. Inertabfälle lösen sich nicht auf, brennen nicht und reagieren nicht in anderer Weise physikalisch oder chemisch, sie bauen sich nicht biologisch ab. Sie beeinträchtigen andere Materialien, mit denen sie in Berührung kommen, nicht in einer Weise, die zur Umweltverschmutzung führt oder sich negativ auf die menschliche Gesundheit auswirken könnte. Ihre Auslaugbarkeit ist gering, der Schadstoffgehalt sowie die Ökotoxizität des Sickerwassers unerheblich.

Auch werden zum Einbau als DK 0-Material erfahrungsgemäß überwiegend bindige Böden gelangen, die über ein erhöhtes Wasserrückhaltevermögen verfügen.

Negative Auswirkungen durch die geplanten Erweiterungen auf das Grundwasser sind weder qualitativ, noch quantitativ zu erwarten.

Insgesamt sind demnach für das Schutzgut Wasser durch die geplanten Tagebauerweiterungen und die nachfolgende Nutzung als DK 0-Deponien keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

#### 2.2.4.4 Oberflächenwasserkörper

Im Bereich der Erweiterungsflächen selbst befindet sich kein Oberflächengewässer.

Im südöstlichen Teil des Polders 1 befindet sich ein Ersatzgewässer mit Verlandungs- und Röhrichtvegetation. Es weist eine dauerhafte Wasserführung auf.

Darüber hinaus finden sich diverse temporäre Kleinstgewässer im Bereich der nordwestlich gelegenen Abbau- und Verfüllflächen (Polder 4 und 5) sowie ein Regenrückhaltebecken auf dem Betriebsgelände des Asphalt- und Betonwerkes der Tholen-Unternehmensgruppe.

Oberflächengewässer sind von den geplanten Erweiterungen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben

#### 2.2.5 Klima/Luft

##### 2.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW sind die für Deponieerweiterungen vorgesehenen Flächen als Grünflächen mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion zu qualifizieren (siehe nachfolgende Abbildung 12).

[Abbildung]

Abbildung 12: Auszug aus dem Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV NRW

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Erweiterungen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind-

##### 2.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die Erweiterungsflächen überwiegend von Parabraunerde eingenommen. Darüber hinaus kommt im Bereich der Erweiterungsflächen Kolluvisol vor. Die genannten Bodenarten sind aufgrund ihres Wasserspeichervermögens im 2 m-Raum als klimarelevante Böden einzustufen.

Im Zuge der Realisierung der geplanten Erweiterungen werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden, sodass erhebliche Umwelteinwirkungen infolge der Inanspruchnahme der Böden nicht zu erwarten sind.

#### 2.2.6 Landschaft

##### 2.2.6.1 Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den geplanten Erweiterungsflächen kommt durch die intensive Nutzung des Untersuchungsraums (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Deponiebetriebe, Verkehr, sonstige gewerblich-industrielle Nutzungen) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden. Ebenso sind im Bereich und der Umgebung der Erweiterungsflächen keine Naturparke vorhanden.

Die bestehende Tagebaufläche Noah ist eingezäunt und nicht zugänglich, durch die

bestehende randliche Verwallung und Bepflanzung ist das Gelände zudem nicht von außen einsehbar. Die bestehende Tagebaufläche sowie die benachbarten Polderflächen, in denen noch Verfülltätigkeiten stattfinden, stehen derzeit der Erholungsnutzung nicht zur Verfügung. Insgesamt ist die Freizeit- und Erholungsnutzung im Untersuchungsgebiet von geringer Bedeutung. Die geplanten Erweiterungen liegen zwar in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 13). Ob daraus erweiterungsbedingte erhebliche Umweltauswirkungen abgeleitet werden können, ist aus unserer Sicht aber höchst zweifelhaft, da im Zuge der Realisierung der geplanten Erweiterungsvorhaben die Infrastruktur des vorhandenen Betriebsstandorts weiter genutzt werden kann, sodass mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum nicht zu rechnen ist. Denn die Erschließung der Erweiterungsflächen soll ausschließlich über den vorhandenen Betriebsstandort erfolgen.

[Abbildung]

Abbildung 13: Darstellung der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume im Bereich und der Umgebung der Vorhabensfläche (Quelle: Naturschutzinformationen NRW)

#### 2.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der Erweiterungsflächen sowie in deren näherer Umgebung sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 14).

[Abbildung]

Abbildung 14: Geschützte Landschaftsbestandteile in der Umgebung der Erweiterungsflächen

Unmittelbar nördlich des bestehenden Abgrabungskomplexes ist unter Ziffer 2.4.11 des Landschaftsplans der geschützte Landschaftsbestandteil "Ehemalige Bahntrasse" ausgewiesen .

#### 2.2.6.3 Landschaftsbild

Die geplanten Erweiterungen liegen ausweislich der Karte der Landschaftsbildeinheiten des LANUV NRW (Stand : 26.10.2016) nicht im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von herausragender Bedeutung. Der betreffenden Landschaftsbildeinheit wurde vielmehr nur eine mittlere Bedeutung beigemessen. Im Umfeld der Erweiterungsflächen sind ebenfalls keine Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 15).

[Abbildung]

Abbildung 15: Auszug aus der Karte der Landschaftsbildeinheiten in NRW des LANUV NRW

## 2.2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

### 2.2.7.1 Kulturlandschaft (regional bedeutsam) inklusive Denkmälern und Denkmalbereichen

Die geplanten Erweiterungen liegen ausweislich des Fachbeitrags Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln des Landschaftsverband Rheinland (2016) außerhalb von Kulturlandschaftsbereichen von historischer Bedeutung (siehe nachfolgende Abbildung 16).

[Abbildung]

Abbildung 16: Auszug aus der Darstellung der Kulturlandschaftsbereiche im Fachbeitrag Kulturlandschaft des LVR

Wie oben bereits dargelegt, sind im Bereich der Erweiterungen auch keine in die Denkmalliste eingetragenen Bau- und Bodendenkmäler vorhanden.

### 2.2.7.2 Archäologische Bereiche

Die geplanten Erweiterungen liegen außerhalb archäologischer Bereiche (siehe nachfolgende Abbildung 17).

[Abbildung]

Abbildung 17: Auszug aus der Darstellung der archäologischen Bereiche im Fachbeitrag Kulturlandschaft des LVR

## 2.3 Raum- und umweltverträgliche Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz

Die geplanten Erweiterungsflächen werden über eine bergrechtlich bereits zugelassene neue Zufahrt von Westen her erschlossen. Dazu wird zunächst im Bereich der Grundstücke Gemarkung Titz, Flur 22, Flurstück 559 tlw., und Flur 22, Flurstück 84 tlw., eine asphaltierte Zufahrt angelegt. Die Erweiterungsflächen werden über diese Zufahrt an die bestehende Betriebszufahrt angeschlossen, die ausgehend von der L 12 (Prämienstraße) zum Beton- und Asphaltmischwerk und weiter bis zur Biogasanlage verläuft (siehe nachfolgende Abbildung 18).

[Abbildung]

Abbildung 18: Erschließung der geplanten Deponieerweiterungen

Die Entfernung zur nächstgelegenen Anschlussstelle der BAB A 44 (AS Titz) beträgt etwa 2,5 km Luftlinie. Sie ist - von der Betriebszufahrt aus - über die L 12 in Richtung Norden ortsdurchfahrtsfrei zu erreichen. Die Einfahrt in die bestehende Betriebsstraße erfolgt über eine von der Tholen-Unternehmensgruppe auf der Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung mit der Gemeinde Titz und in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW auf der L 12 errichtete Linksabbiegespur. Eine raum- und umweltverträgliche Anbindung der geplanten Erweiterungen an das überörtliche

Verkehrsnetz ist demnach gegeben.

### 3. Fazit

Die für die geplanten Deponieerweiterungen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind - ebenso wie die kurz vor der Zulassung stehende, im 1. Planentwurf Ihres Hauses als Deponiestandort dargestellte Deponie Noah - in besonderem Maße für eine Festlegung als Standort für Abfalldeponien geeignet. Denn es sind weder Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Deponieerweiterungen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant; der durch Abgrabungen und Deponien sowie weitere gewerblich-industrielle Nutzungen bereits erheblich vorbelastet ist. Die Erweiterungsflächen sollen - ebenso wie die Fläche der kurz vor der Zulassung stehenden Deponie Noah - vortaufend durch die Gewinnung von Quarzkies und Quarzsand in Anspruch genommen werden. Für ihre Nutzung als OK 0-Deponie besteht ein abfallwirtschaftlicher Bedarf, der durch die bereits vorhandenen Deponien mittel- bis langfristig nicht gedeckt werden kann.

Um die geplanten Erweiterungen der kurz vor der Zulassung stehenden Deponie Noah planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus der obigen Abbildung 4 ersichtlichen Erweiterungsflächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns ebenfalls als Standort für Abfalldeponien festzulegen.

[s. Anhang Abb. 1000957\_1] PDF S. 3

[s. Anhang Abb. 1000957\_2] PDF S. 4

[s. Anhang Abb. 1000957\_3] PDF S. 5

[s. Anhang Abb. 1000957\_4] PDF S. 6

[s. Anhang Abb. 1000957\_5] PDF S. 7

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1000957\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_14.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_15.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000957\\_16.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID_1000957_17.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_18.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_19.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_20.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_21.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000957_9.pdf</a>	
---	--

AZ: Ö-M-1500	
1003368	
1007140_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Änderungsvorschläge zum Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln von [ANONYMISIERTE], Wassernetz NRW Flussgebietskoordinator für die Agger 31. August 2022</p> <p><b>4.7 Wasser</b>  <b>4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren</b>  <b>Z.24 (Entwurf BezReg. Köln)</b>  Oberflächengewässer sichern  Oberflächengewässer sind als Vorranggebiete festgelegt.  Sie dienen der jeweiligen wasserwirtschaftlichen Funktion.  Planungen und Maßnahmen, die mit den Funktionen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.</p> <p><b>Z.24 (Vorschlag [ANONYMISIERTE])</b>  <b>Oberflächengewässer sichern</b>  Oberflächengewässer sind als Vorranggebiete festgelegt.  Sie dienen einem nachhaltigen und naturnahen Landschaftswasserhaushalt.  Die verschiedenen wasserwirtschaftlichen Funktionen der Oberflächengewässer müssen im Einklang mit einem nachhaltigen Landschaftswasserhaushalt stehen.</p> <p><b>Begründung.</b>  Der Klimawandel verlangt im Bereich Wasser Klimawandelvorsorge. Der Entwurf des Aktionsprogramms natürlicher Klimaschutz der Bundesregierung fordert eine grundsätzliche Neuausrichtung von Zielen für den Wasserhaushalt:  " 2. Naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen</p> <p><i>Intakte Gewässer ? Flüsse und Seen ? sowie ihre Auen sind Zentren der biologischen Vielfalt. Besonders Fließgewässer und ihre Auen können einen großen Beitrag zum Biotopverbund leisten.</i>  <i>Viele Flüsse sind jedoch begradigt und kaum noch mit ihren Auen verbunden. Zu gut einem Drittel werden überflutbare Auen heute als Ackerflächen sowie als Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen genutzt. Nur noch neun Prozent der Auen sind ökologisch weitestgehend intakt.</i>  <i>Beim Schutz von Gewässern lassen sich Synergien des Natürlichen Klimaschutzes in</i></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.</p> <p>Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.</p> <p>Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen</p>

*besonderer Weise nutzen: Die Renaturierung von Gewässersystemen und die Wiederanbindung von Auen sichert Rückzugsgebiete für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt. Gleichzeitig filtern Auen das Oberflächenwasser, halten es in der Landschaft, beugen dadurch Dürren vor und bieten Rückhalteräume als vorbeugenden Hochwasserschutz.*

*Mit der fortschreitenden Klimakrise neigt die Verfügbarkeit von Wasser sich mehr und mehr den Extremen zu: Die Sommer werden trockener, es kommt vermehrt zu Dürren. Auf der anderen Seite treten lokale Starkregenereignisse häufiger und stärker auf, was zu katastrophalen Überschwemmungen wie im Juli 2021 führen kann. Diese vielfältigen Verbindungen zeigen, dass wir Ziele für den Wasserhaushalt grundsätzlich neu ausrichten müssen.*

*Ziel ist es, das Wasser wieder stärker in der Landschaft zu halten und die schnelle Entwässerung großer Flächen zurückzufahren. Dies kann nicht nur lokalen Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden vorbeugen. Ein größeres und gleichmäßigeres Wasserangebot in der Fläche macht auch die dort bestehenden Ökosysteme widerstandsfähiger. Häufig ist es sogar die Grundvoraussetzung für weitergehende Renaturierungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, z.B. die Wiedervernässung von Moorböden.*

## *Maßnahmen*

### *2.1. Nachhaltiger und naturnaher Landschaftswasserhaushalt*

*Ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt (z. B. von Gewässern, Wäldern oder großen Feuchtgebieten/Mooren) gewährleistet, dass die Böden, Feuchtgebiete und Gewässer auch in länger anhaltenden Trockenperioden ausreichend Wasser enthalten oder führen. Zum Erhalt oder zur Wiederherstellung eines naturnahen Landschaftswasserhaushalts ist das Wassermanagement des gesamten Einzugsgebiets zu betrachten und so anzupassen, dass Treibhausgasemissionen dabei vermieden werden. Auch die Funktionen des Bodens sind mit Blick auf den Wasserhaushalt zu sichern oder wiederherzustellen. Leitbilder für den regionalen, naturnahen Wasserhaushalt sind als Richtschnur und Zielsetzung für Umsetzungsstrategien z.B. für regionale Wasserversorgungskonzepte, von ausschlaggebender Bedeutung. ..."*

*Die gegenwärtigen wasserwirtschaftlichen Funktionen der Oberflächengewässer müssen auf dem Hintergrund der grundsätzlichen Neuausrichtung der Ziele für den Wasserhaushalt im Sinne eines nachhaltigen und naturnahen Landschaftswasserhaushalts hinterfragt werden.*

Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Entsprechend der Plankonzeption werden stehende Gewässer ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha sowie alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km<sup>2</sup> gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere, nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Die Festlegung umfasst neben dem jeweiligen Gewässer auch die Uferbereiche und orientiert sich an den bestehenden Gewässerflächen. Sofern die Kriterien auf die genannten Fließgewässer zutreffen, werden diese im Regionalplan festgelegt.

Nach Kapitel 7.4 LEP NRW (Wasser) sollen raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen grundsätzlich dazu beitragen, die Gewässer mit ihren vielfältigen Leistungen und Funktionen nachhaltig zu sichern und zu entwickeln (vgl. Grundsatz 7.4-1 LEP NRW). Insbesondere die Fließgewässer haben mehrere Bedeutungen. Aufzuzählen sind hierbei neben der grundsätzlichen Bedeutung zur Sicherung und Gewährleistung eines möglichst natürlichen und schadlosen Wasserabflusses, die unterschiedlichen Gewässerbenutzungen, die Nutzung als Wasserstraße und zur Energiegewinnung. Die Abstimmung dieser unterschiedlichen Nutzungen im Rahmen der Gewässerbewirtschaftung hat unter Berücksichtigung Vorgaben der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) und dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und somit auch unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit (vgl. § 1 WHG) zu erfolgen. Dem Vorschlag zur Änderung der Zielformulierung wird daher nicht gefolgt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Grundsatz 45 - Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln -, der dazu beitragen soll, Oberflächengewässer in ihrer Struktur und Qualität entsprechend den Bewirtschaftungszielen zu erhalten, naturnah und ökologisch zu entwickeln und landschaftsgerecht in die sie umgebenden Bereiche einzubinden. Umfasst werden hiervon auch die Ufer, Auen und Entwicklungskorridore. Aufgrund der im Bereich von Siedlungen und Ortsteilen vorhandenen Strukturen ist eine Sicherung eines Entwicklungskorridors dort nur bedingt umsetzbar und in erster Linie im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zu berücksichtigen. Regelungen zum Erhalt naturnaher Gewässerzustände oder deren Wiederherstellung sind im WHG enthalten. Im Bewirtschaftungsplan wird dargelegt, welche Maßnahmen zur Verbesserung der berichtspflichtigen Oberflächengewässer durchgeführt werden sollen. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die genaue Ausgestaltung obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.





**Inhalt****G.45 (Entwurf BezReg.)****Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln**

Bei Planungen und Maßnahmen soll auf eine Verbesserung des ökologischen Zustandes der Oberflächengewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und Quellbereiche hingewirkt werden.  
Entlang der Oberflächengewässer sollen ausreichende Korridore für die naturnahe Gewässerentwicklung erhalten bleiben.

**G.45 (Vorschlag Ergänzung [ANONYMISIERT])**

Bei Planungen und Maßnahmen soll auf eine Verbesserung des ökologischen Zustandes der Oberflächengewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und Quellbereiche hingewirkt werden.

(Neu) Hindernisse, die der ökologischen Durchgängigkeit von Fließgewässern entgegenstehen, sollen beseitigt werden.

Entlang der Oberflächengewässer sollen ausreichende Korridore für die naturnahe Gewässerentwicklung erhalten bleiben.

**Begründung:**

Der Grundsatz 45 wird begrüßt. Aus Sicht der Verhältnisse an der Oberen Agger lässt sich der G 45 nicht verwirklichen, solange die sechs Stauanlagen in Engelskirchen weiterexistieren.

Diese Anlagen mit ihren langen Rückstaubereichen bedeuten für das Gewässer eine enorme Belastung, die durch den relativ geringen Ertrag von, nach der Potentialstudie Wasserkraft von 2017, etwa 8000 MWh Strom im Jahr, nicht zu rechtfertigen ist. Die dringend notwendige Versorgung durch regenerative Energie kann und muss mit Wind- und Solarenergie günstiger hergestellt werden. Gründe für die Beibehaltung der Stauanlagen, wie die Kosten für die Entsorgung der belasteten Sedimente, dürfen eine nachhaltige naturnahe und ökologische Entwicklung nicht verunmöglichen.

Die Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit durch Rückbau würde zudem die fortgesetzte Produktion großer Mengen von klimaschädlichem Methan in den

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Planung von zum Beispiel dem Rückbau von Staustufen erfolgt nicht auf Ebene der Regionalplanung und kann dort nicht festgelegt werden. Die Anregung richtet sich demnach an die zuständige Fachplanung bzw. nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Stauanlagen beenden und die Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen für den Hochwasserschutz ermöglichen.

Auch in vergleichbaren Fällen anderer NRW-Flusseinzugsgebiete wird eine Niederlegung der Stauanlagen, der Rückbau und wenn notwendig, die Sanierung belasteter Gebiete, strukturreiche und ökologisch hochwertige natürliche Oberflächengewässer und wertvolle Auen auf dem Gebiet der ehemaligen Stauanlagen hervorbringen. Am Beispiel der wegen Gefahr im Verzug niedergelegten Stauanlage Ohl-Grünscheid in der Agger ist die erfolgreiche Renaturierung, ohne Renaturierungsmaßnahmen sondern ausschließlich durch die Dynamik der Hochwässer, zu besichtigen.

Der Bundestag hat anlässlich der Verabschiedung des Erneuerbaren Energien Gesetzes 2023 eine Entschließung gefasst, die die Bundesregierung auffordert, "im Rahmen des Aktionsprogramms natürlicher Klimaschutz ein Förderprogramm für den Rückbau von Querbauwerken in Fließgewässern aufzulegen, als Unterstützung für Betreiber\*innen kleiner Wasserkraftwerke, die die Energiewende ökologisch und umweltschonend voranbringen;..." In den kommenden Jahren wird dieses Förderprogramm wohl vor allem von den Betreibern Kleiner Wasserkraft in Anspruch genommen werden, die nach Maßgabe des Wasserhaushaltsgesetzes und dem 3. Bewirtschaftungsplans von den Wasserbehörden Anordnungen erhalten, ihre Anlagen entsprechend den gesetzlichen Auflagen für die Mindestwasserführung, die Durchgängigkeit und den Fischschutz nachzurüsten. Dies wird das Ende vieler Anlagen bedeuten, weil der Aufwand für diese Nachrüstungen in keinem Verhältnis zu den Erträgen steht. Die Wasserbehörden sind gefordert, die sich abzeichnende Situation durch Verhandlungen im Sinne einer fairen Ablöse für die Betreiber unter zu Hilfenahme des Förderprogramms und einer naturnahen und ökologisch wertvollen Entwicklung aufzulösen. Der Rückbau der Querbauwerke ist für die Gewässerökologie um ein Vielfaches wertvoller als die Weiterführung der Stromproduktion mit Durchgängigkeitshilfen und einer Festlegung der Mindestwasserführung.

Eine abgestimmte Strategie für alle die Gewässer belastenden Stauanlagen im Regierungsbezirk Köln zur Erreichung eines guten Zustandes ist notwendig.

## Inhalt

**Z.25 (Entwurf BezReg.)****Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern**

Bestehende und geplante Talsperren sind als Vorranggebiete Oberflächengewässer festgelegt.

...

**Z.25 (Vorschlag [ANONYMISIERT])****Standorte für bestehende und geplante Talsperren für die Niedrigwasseraufhöhung, den Hochwasserschutz und die Trinkwassergewinnung sichern**

Bestehende und geplante Talsperren sind als Vorranggebiete Oberflächengewässer festgelegt. Die Sicherung dieser Oberflächengewässer als Standorte für Talsperren erfolgt, wenn sie der Niedrigwasseraufhöhung, dem Hochwasserschutz und der Trinkwassergewinnung dienen.

## Begründung:

Die von der Bundesregierung verlangte grundsätzliche Neuausrichtung der Ziele für den Wasserhaushalt muss auch die Sicherung von Standorten für bestehende und geplante Talsperren einbeziehen. Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz und Trinkwassergewinnung sind in ihrer Bedeutung anders zu behandeln, als Brauchwassergewinnung, Erholung und Krafterzeugung. Letztere können begleitend zu den drei Hauptfunktionen eine Rolle spielen. Eigene Rechtfertigungen für künstliche Gewässer bilden sie aber nicht. So ist die begleitende Krafterzeugung bei den großen Talsperren in jedem Falle angebracht. Talsperren, die keine andere Zweckbestimmung als die Krafterzeugung und ggf. die Erholung haben, können dagegen nicht den gleichen Schutzstatus haben wie Talsperren, deren Hauptzweckbestimmung Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz oder Trinkwassergewinnung ist.

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Viele Stellungnahmen beziehen sich auf Talsperrenfunktionen. Da Z.24 festlegt, dass Planungen und Maßnahmen im Vorranggebiet "Oberflächengewässer", zu denen auch die Talsperren und Stauanlagen gehören, ausgeschlossen sind, die mit den wasserwirtschaftlichen Funktionen nicht vereinbar sind, hat die Ergänzung der Funktionen weitreichende Folgen für die Raumnutzung. Da die Festlegung der wasserwirtschaftlichen Funktionen Sache der Fachplanung ist, wurde diese um Aktualisierung gebeten. Die Regionalplanungsbehörde hat daraufhin im Einvernehmen mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung entschieden, dass für bestehende Talsperren/Stauanlagen nur die Funktionen in Tab. 2 in E 7 zu Z.25 und entsprechend in das Beiblatt zu Erläuterungskarte F 9 Trinkwasservorsorge aufgenommen werden bzw. verbleiben, die im Rahmen der Betriebserlaubnis der Talsperre/Stauanlage von der Fachplanung behördlich genehmigt wurden.

Anders als bei bestehenden Talsperren und Stauanlagen liegen für die im Entwurf des Regionalplans festgelegten Vorsorgebereiche als Standortoptionen für zukünftige Talsperren keine wasserwirtschaftlichen Betriebsgenehmigungen vor. In seinem Schreiben vom 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen unter anderem, dass der im aktuell rechtskräftigen Regionalplan dargelegte funktionale Zusammenhang der Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre mit dem Vorsorgebereich Naafbachtalsperre weiter fort gilt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wird die Wichtigkeit ihrer wasserwirtschaftlichen Funktionen bekräftigt. Daher werden in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 für die Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre die bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten Funktionen "Niedrigwasseraufhöhung" und "Hochwasserschutz" wiederaufgenommen, die Funktion "Trinkwassergewinnung" wird ergänzt. Für die Vorsorgebereiche Naafbachtalsperre und Prether-/Platißtalsperre wird die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung", wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten, für die Naafbachtalsperre wird die im rechtskräftigen Regionalplan festgelegte Funktion "Hochwasserschutz" ergänzt.

Es wird zur weiteren Begründung zusätzlich auf die Autorenkorrektur 1016477 verwiesen.

---

AZ: Ö-M-1501	
1003370	
1010425	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir nehmen hiermit Stellung zur Nauaufstellung des Regionalplanes im Kreis Düren, hier im Besonderen der Bereich Stadt Düren, Stadtteile Gürzenich, Derichsweiler, Birgel und der Bereich des Badesees Düren.</p> <p>Unser landwirtschaftlicher Betrieb liegt komplett im Bereich der regionale Grünzüge (RG) und in großen Teilen in Bereichen für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE).</p> <p>Wir betreiben Landwirtschaft im Vollerwerb. Unser Betrieb umfasst klassischen Ackerbau und Sonderkulturen sowie in kleinerem Umfang Viehhaltung. Wir betreiben außerdem einen Hofladen mit Vollsortiment, in dem wir das von uns angebaute Obst und Gemüse sowie Produkte anderer regionaler Erzeuger zur lokalen Versorgung anbieten. Unser Betrieb ist zukunftsorientiert aufgestellt. Im Rahmen unseres landwirtschaftlichen Betriebes sind wir Arbeitgeber für ca. [ANONYMISIERT] ganzjährige (deutsche) Beschäftigte und ca. [ANONYMISIERT] aus- und inländische Saisonarbeitskräfte. Wir leben mit unserem Betrieb bereits jetzt das Modell der regionalen Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln, ressourcenschonend und nachhaltig produziert und vertrieben, wie im Rahmen des Strukturwandels immer wieder gefordert und auch gefördert. Betrachtet man die Herausforderungen des Klimawandels und die dringend erforderlichen Veränderungen in der Gesellschaft und in der Gestaltung unseres Lebens, so ist unsere Art der regionalen Erzeugung und der Direktvermarktung einer von vielen Bausteinen für mehr Nachhaltigkeit und Naturschutz. Wir sehen hinsichtlich der Ausweisung der Flächen als RG und BSLE Schwierigkeiten, weiterhin wirtschaftlich Landwirtschaft zur Erzeugung von Lebensmitteln zu betreiben, um damit sowohl die Arbeitsplätze zu sichern als auch die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sicherzustellen. So können wir in den Erläuterungen zwar Hinweise auf die Nutzung als Erholungsgebiet und zur Freizeitgestaltung finden, erkennen aber keine Aussagen zur uneingeschränkten landwirtschaftlichen Nutzung. Wir erwarten, dass die Bedürfnisse der Landwirtschaft berücksichtigt werden und die Landwirtschaft gestärkt wird. Schließlich geht Landwirtschaft uns alle an. Denn Lebensmittel wachsen nicht im Supermarkt, sondern auf dem Acker! Wir erwarten, dass in diesem Sinne die Gebietsausweisungen in Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung (AFAB) geändert werden und es in den Gebieten der RG und BSLE keine Einschränkungen der Landwirtschaft geben wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-1502	
1003372	
1007739	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit dem Entwurf des Regionalplanes Köln bin ich einverstanden. Die Stadt Rösrath beabsichtigt eine Ergänzung zu diesem Regionalplan vorzuschlagen. Dieser beinhaltet eine Ausweisung der Sülzau nahe dem Bahnhof und direkt neben einem denkmalgeschützten alten Gutsensemble: Haus Stade (Rö2 im zeichnerischen Teil der Gemeinde). Mit dieser geplante Änderung des Regionalplans bin ich aus folgenden Gründen nicht einverstanden:</p> <p>Erhaltung der Siedlungsstruktur - Es entsteht eine bandartige Zersiedelung entlang der vorhandenen Straße, wo jetzt noch klar unterscheidbare Ortsteile sind, Lüghausen und Hoffnungsthal.</p> <p>Denkmalschutz - Der glücklicherweise hier noch erhalten gebliebene Charakter eines landwirtschaftlichen Gutes (Haus Stade) wird zerstört</p> <p>Umweltschutz - Die Versiegelung der ca. 7 ha großen Fläche hat irreparable Auswirkungen auf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- den Grundwasserspiegel (Regenwasser gelangt auf versiegelten Flächen nicht mehr ins Grundwasser)</li> <li>- das Mikroklima (bodennahe Luftschichten werden negativ verändert)</li> <li>- den Klimawandel (Verlust der CO2-Speicherfähigkeiten der Böden)</li> <li>- die Entstehung weiterer Flutkatastrophen und Überschwemmungen in Hoffnungsthal, den direkt anliegenden Ortschaften und der darunterliegenden Auenlandschaft</li> <li>- Grün- und Freiflächen sind existentiell für die Kaltluftlieferungen (steigende Erderwärmung)</li> <li>- In Anbetracht der heutigen klimatischen Verhältnisse muss eine Bebauung von schützenswerten Landschaften unbedingt vermieden werden.</li> </ul> <p>Ich bitte um Berücksichtigung meiner Stellungnahme im Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsräumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. (s. StnID 1004582)</p>



AZ: Ö-M-1503

1003373

1007733

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich Einspruch, die unten gezeigten Fläche R27 an der Autobahn A4 im Bereich Frankenforst (Brüderstrasse) als potenzielles Gewerbegebiet auszuweisen. Die Gründe lauten wie folgt:

- 1.) Es gibt eine eindeutige Festlegung des Gebietes R27 an der Brüderstrasse als ?Wald? im erst kürzlich beschlossenen Flächennutzungsplan. Diese Festlegung wurde nun im Regionalplan entgegen den Absichtserklärungen der verantwortlichen Gremien nicht mehr berücksichtigt.
- 2.) Durch die Umwandlung des Waldes in ein Gewerbegebiet oder Mischgebiet, wird der angrenzende Wohngebieten eine signifikante natürliche Kühlung von einigen tausend kW entzogen, die durch sogenannte Ausgleichspflanzungen an anderer Stelle nicht ersetzt werden kann, im Sinne von ?nutzbar für die Brüderstrasse?. Auf Wunsch kann jederzeit hierfür eine physikalisch-technische Herleitung geliefert werden. Der notwendige Kühlungsbedarf der Wohngebiete durch die Waldrandzonen wird im Zuge des Klimawandels stetig steigen. Diese Zusammenhänge werden durch die Vorschläge im Regionalplan fahrlässig missachtet.
- 3.) Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sogenannten FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund.
- 4.) Im Waldstück entlang der Brüderstraße siedeln zwei stark gefährdete Fledermausarten (Mückenfledermaus und Zwergfledermaus).
- 5.) Der Wegfall des Waldes entlang der Brüderstraße würde zu unzumutbarem Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung führen.
- 6.) Durch Wegfall des Waldes entlang der Brüderstraße würde eine signifikanter natürlicher Wasserspeicher entfallen. Durch die von diversen Experten prognostizierten künftigen längeren Trocknerperioden ist die Zerstörung dieses natürlichen Wasser-Puffers keinem Bürger mehr vermittelbar. Wenn die Befürworter dieses fragwürdigen Konzeptes auf der anderen Seite zum Wasser sparen aufrufen, ist das exorbitant unglaubwürdig und widersprüchlich.

[s. Anhang Abb. StnID 1007733\_1]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007733\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1007733\\_2.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).



AZ: Ö-M-1504

1003374

1008292

#### Inhalt

Betreff: Beteiligung Regionalplan Köln, hier: Grüngürtel, insbesondere am  
Colonius/Venloer Wall

Bitte fokussieren Sie die weitere Planung auf folgende Aspekte:

- die Veränderung des Klimas und der Klimaschutz müssen die ausschlaggebenden Aspekte bei der weiteren Planung sein. Bei zunehmenden Temperaturen (siehe diesen Sommer) ist Grünflächen, Baumbestand, Frischluftschneisen allerhöchste Priorität einzuräumen.

Dies bedeutet:

keine Umwandlung von Elementen des Grünsystems von AFAB in ASB!

Das Grünsystem darf nicht für die Besiedlung angetastet werden.

Besonders auch für ältere Menschen muss alles getan werden, um ein weiteres Aufheizen der Städte zu verhindern.

- Alle bisherigen Planungen sollten von Ihnen nochmals darauf überprüft werden, ob sie wirklich hinsichtlich der Klimafunktionalität für Köln die beste Lösung sind, oder hier nicht noch nachgebessert werden kann.

- Die Planungen sollten so ausgestaltet sein, dass Baumfällungen bis auf sehr wenige sehr gut begründete Ausnahmen unterbleiben. Bei Fällungen müssen im Stadtgebiet (keine Kompensation) unter Klimaaspekten adäquate Pflanzungen geplant werden.

- Bei Versiegelungen muss eine auch hinsichtlich der Klimafunktionalität gleichwertige Ausgleichsfläche ausgewiesen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).

Darüber hinaus gilt, dass die Regionalplanung eine rahmensetzende Planung ist. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-M-1505

1003375

1007145\_001

#### Inhalt

Stellungnahme Neuauflistung Regionalplan Köln

...

in Bergisch Gladbach soll in den Stadtteilen Frankenforst/ Lustheide der gesamte Wald entlang der A4 im neuen Regionalplan den Status ?potentielles Gewerbegebiet? erhalten. Wir möchten Sie bitten, diese Waldstücke zu erhalten und nicht als potentielles Gewerbegebiet in den Regionalplan aufzunehmen. Begründung: Es sollen schon 8.000 qm gesunder Wald für eine Feuerwache an der Ecke Frankenforster Str./Kölner Str. gerodet werden, und jetzt soll auch noch der restliche Wald zur möglichen zukünftigen Umwandlung und Vernichtung freigegeben werden. Im Hinblick auf die für alle sichtbaren drastischen Folgen der Waldvernichtung für unsere Stadt ist dies eine dramatische Entwicklung und eine schlechte Entscheidung. Der Wald an der A4 bildet einen wichtigen Lärm- und Schutzwall gegen die A4, spendet uns im Sommer Feuchtigkeit und Kühle und nimmt Wasser auf, wenn es wieder zu starken Regenfällen kommt. Der Wald schenkt uns und unseren Kindern Lebensqualität, schirmt uns ab vor Wärme, Flug- und Autolärm, Stickoxiden und Feinstaub. Der Wald dient uns als natürlicher Schutz zwischen der viel befahrenen Autobahn A4. Angesichts der Tatsache, dass sich in den letzten zwei Jahren der Zustand unserer Wälder u.a. durch Trockenheit und den Borkenkäfer dramatisch verschlechtert hat, bitten wir Sie, die Waldflächen entlang der A4 an der Frankenforster Str. und Brüderstr. zu erhalten und nicht als potentielles Gewerbegebiet in den Regionalplan aufzunehmen. Der Wald sollte für unsere Stadt langfristig gesichert werden, und es sollte keine weitere unnötige Flächenversiegelung stattfinden. Vielen Dank.  
Mit freundlichen Grüßen [ANONYMISIERTE]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-M-1506

1002624

1010887

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich Einspruch, die unten gezeigten Fläche R27 an der Autobahn A4 im Bereich Frankenforst (Brüderstrasse) im Regionalplanentwurf Köln als potenzielles Gewerbegebiet auszuweisen. Die Gründe lauten wie folgt:

1.) Im Neuentwurf des Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach (Stand 2018) war die oben genannte Fläche R27, die im FNP mit G-Fr 3 bezeichnet wird, nicht mehr als potentielle Gewerbefläche ausgewiesen worden, nachdem es unzählige Einsprüche und Bürgerproteste gab. Diese bei der FNP Evaluierung erreichten Ergebnisse, die durch eingesetzte demokratischen Instrumente herbeigeführt worden sind (im konkrete Fall, d.h. die Fläche R27 an der Brüderstrasse als ?Wald? definiert wird), würden dann durch den neuen Regionalplanentwurf Köln unzulässig missachtet werden. Absichtserklärungen aus 2018-2020 der verantwortlichen Gremien aus Bergisch Gladbach würden dadurch zu 100% ins Gegenteil konvertiert.

2.) Durch die Umwandlung des Waldes in ein Gewerbegebiet oder Mischgebiet, wird der angrenzende Wohngebieten eine signifikante natürliche Kühlung von einigen tausend kW (Kilowatt) entzogen, die durch sogenannte Ausgleichspflanzungen an anderer Stelle nicht ersetzt werden kann, im Sinne von ?nutzbar für die Brüderstrasse?. Auf Wunsch kann jederzeit hierfür eine physikalisch-technische Herleitung geliefert werden. Der notwendige Kühlungsbedarf der Wohngebiete durch die Waldrandzonen wird im Zuge des Klimawandels stetig steigen. Diese Zusammenhänge werden durch die Vorschläge im Regionalplanentwurf fahrlässig missachtet.

3.) Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sogenannten FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund.

4.) Im Waldstück entlang der Brüderstraße siedeln zwei stark gefährdete Fledermausarten (Mückenfledermaus und Zwergfledermaus).

5.) Der Wegfall des Waldes entlang der Brüderstraße würde zu unzumutbarem Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung führen.

[s. Anhang Abb. StnID1010887\_1]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

**Anhänge**[Abb\\_ID1010887.pdf](#)

AZ: Ö-M-1507

1003380

1007147\_001

#### Inhalt

Betreff: Industriegebiet Erkelenz AS Ost

Aus meiner Sicht (subjektiv und etweligen finanziellen Vorteilen der Stadt ausenvorgenommen) als ehemaliger Anwohner in Neuhaus, denke ich, dass für die Anwohner der umliegenden Dörfer ein weiteres Industiegebiet bzw. die Ausweitung selbigen nicht gut zu heissen ist. Der laufende LKW verkehr in der Gegend ist bereits unmöglich zu ertragen und belastet die an der Straße liegenden Häuser bereits jetzt. Die Lautstärke der naheliegenden Bahn und Autobahn ist ebenfalls bereits sehr groß und weitere Industrie würde das Bewohnen unmöglich machen, sowohl in als auch außerhalb der Arbeitstage. Desweiteren sind die bereits vorhanden industrien ebenfalls für ein sehr schlechte Luft verantwortlich. Es wurden berteis mehrfach beschwerden deshalb abgegeben. Die Straßen in der Umgegebung sind bereits jetzt nicht geeignet für unsere Kinder und die Kinder der nachbar Dörfer, viel zu schneller verkehr, viel zu viele LKWs und keine Fußgängerwege. Der Umstand das eine nahegelegene Siedlung am Erkelenzer Rand liegt und hierbei selbige Menschen die unsere Stadt aufnimmt an den Rand von Erkelenz in ein angehendes Industriegebiet verfrachtet werden, ist ebefalls nicht außer acht zu lassen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1508

1003381

1007149\_028

#### Inhalt

Folgende Grundsätze des Entwurfs des Regionalplans Köln werden wegen des massiven Autobahnbaus, oder der Planung zum Bau von Autobahnen im Regierungsbezirk Köln, die in der hier als Anlage beigefügten Stellungnahme von Herrn Raimund Gerber dargestellt sind, NICHT in den textlichen Festlegungen oder den Festlegungen auf den Plänen eingehalten:

- (G. 1) Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen 42
- (G. 2) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln 45
- (G. 3) Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln 46
- (G. 4) Thermische Belastungen abbauen 46
- (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen 47
- (G. 6) Kulturlandschaften erhalten und entwickeln 47
- (G. 7) Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente erhalten und entwickeln 48
- (G. 21) Zerschneidung vermeiden 90
- (G. 22) Entwicklung der Landschaft an Leitbildern für Landschaftsräume ausrichten 91
- (G. 23) Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensations-Maßnahmen stärken 91
- (G. 24) Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten 92
- (G. 25) Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen 93
- (Z. 19) Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern 99
- (Z. 20) Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern 101
- (G. 32) Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten 105
- (G. 33) Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen 106
- (Z. 24) Oberflächengewässer sichern 114
- (G. 45) Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln 115
- (G. 46) Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen 121

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Es werden generelle Hinweise gegeben und Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Großraum Köln und Bonn geäußert. Sie richten sich an vorgelagerte Fachplanungsverfahren.



(G. 50) Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern 130

(G. 51) Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen 130

(Z. 29) Bestehendes Schienennetz erhalten 132

(G. 53) Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten 133

(G. 54) Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen 133

(G. 55) Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen 135

Alleine die Tatsache des Verbrauchs von irrsinnigen Mengen an Baumaterialien, die für diese massiven Autobahnbaumaßnahmen benötigt werden, paßt nicht mehr in unsere Zeit.

U.a. der CO<sub>2</sub> ? Ausstoß bei Produktion und Bau der neuen, und Verbreiterung der bestehenden Autobahnen läßt die Klimabilanz unsres Regierungsbezirks dermaßen verschlechtern, dass wahrscheinlich noch nicht einmal die Klimaziele der Bundesregierung, heruntergebrochen auf den Geltungsbereich des Regionalplans Köln, erreicht werden.

Ich fordere, dass die Einhaltung der Klimaziele der Bundesregierung durch den Regionalplan gestützt wird und dies auch im Regionalplan nachgewiesen wird.

Der Neubau der geplanten Rheinspange A553n sowie der Neubau der Südtangente in Bonn B56 n sind , neben den anderen in Anlage 1 meiner Mail genannten Autobahnplanungen, ist aus o.g Grund UNVERANTWORTLICH.

Ich fordere, diese Autobahnplanungen (inklusive der in Anlage 1 meiner Mail genannten), aus dem Regionalplan zu entfernen, auch aus ?Zeichnerische Festlegung Blatt 12/13 Bonn ? Rhein-Sieg-Kreis. Deswegen verlange ich den Stopp und die Herausnahme der folgenden Autobahnplanungen / aus dem Regionalplan:

--- Stopp folgender Neu- und Erweiterungsbaumaßnahmen an den Autobahnen:

--- Stopp Ausbau der A59 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren

--- Stopp Ausbau der A565 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren

--- Stopp Neubau einer neuen Rheinspange A553 mit 4-6 Spuren

--- Stopp Ausbau der A61 auf (mit Standstreifen) 8 Spuren

--- Stopp Ausbau der A4 auf (mit Standstreifen) 10 Spuren

--- Stopp Einplanung B56N in Bonn

--- Stopp Abriß und auf 8 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der Friedrich-Ebert-Brücke (Nordbrücke Bonn A565) (siehe auch Ziffer 427 im Bericht ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung) der Anlage meiner Mail ("220831 [ANONYMISIERT] Stellungnahme zum Regionalplan Köln zum 31.8.2022") S. 3 von 12

--- Stopp Abriß und auf 10 Spuren (mit Standstreifen) erweiterter Neubau der

Rodenkirchener Autobahnbrücke im Zuge der A4 (dem steht auch entgegen Ziffer 367 im Bericht ?Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung)

--- Stopp der massiven Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen für Autobahnkreuze und Autobahndreiecke, unter Anderem: STOPP -- massive Erweiterung AK Köln-Süd -- massive Erweiterung AK Bonn-Nord. Offensichtlich nimmt der Regionalplan auch keinerlei Rücksicht auf die verfügbaren Haushaltsmittel, sei es Bund, Land oder Kommune. Schon deshalb sind die o,g. Maßnahmen aus dem Regionalplan zu streichen.

**Inhalt**

Forderung nach "Mehr Scheine":

Ich fordere aus Gründen des Klimas, der Umwelt, der Verkehrswende nunmehr den Schwerpunkt der Planungen auf den Neu- und Ausbau der Schiene zu legen. Dieser Schwerpunkt kommt im jetzigen Entwurf textlich und in der Darstellung zu kurz.

Begründung zu meiner o.g. Forderung "mehr Schiene" Unter Anderem stelle ich immer wieder / täglich mehrmals (!) Staus bzw. den Zusammenbruch des Güter- und Personen-Schienen-Verkehrs auf der nur ZWEI-gleisigen Schienenstrecke zwischen Bonn und Köln fest: Güterzüge müssen sehr häufig bremsen, stoppen, wiederanfahren, weil es keine separaten Fahrweg für diese Züge gibt. Dies ist ein ungeheure Energieverschwendung, heutzutage absolut inakzeptabel. Ich fordere, dass im Regionalplan die Sicherung des benötigten Stroms für die Bahn festgestellt und gefordert wird.

Begründung:

Letztens fuhr ich in der Regionalbahn morgens nach Köln. Wegen der Tatsache, dass zu wenig Strom bereitgestellt wurde, mußte der 3-gliedrige Zug langsamer fahren, und hatte deswegen Verspätung. Ich fordere, dass in den Regionalplan die Erweiterung der Kapazität und der Neubau von Gleisen zwischen Bonn und Köln aufgenommen wird. Dann kann ich als Pendlerin zwischen Bonn und Köln endlich auf pünktliche Nah- und Fernverkehrszüge hoffen, die durch den jetzigen katastrophalen Ausbauzustand der Schiene zwischen Bonn und Köln die Ausnahme sind. Und der Güterverkehr auf der Schiene kann rollen!

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

**Inhalt**

zu ?Erhaltende Kulturlandschafts-Entwicklung? Anhang B:  
Ich fordere die Aufnahme des Lenné-Parks Bonn ?Auf dem Hügel 6? unter ?Regional bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente und ihre prägenden Merkmale? z.B unter Ziffer 429. Begründung: siehe Seiten 11 und 12 der meiner Mail beigefügten Anlage [ANONYMISERT], die von mir unterstützt wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurde vom Landschaftsverband Rheinland der Fachbeitrag Kulturlandschaft erarbeitet, indem regional bedeutsame Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche für den Regierungsbezirk Köln definiert wurden. Die Bewertung, Ermittlung und Untersuchung dieser regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche obliegt dem LVR. Es wurden raumwirksame Bau- und Bodendenkmäler, ebenso wie historische Freiräume oder auch bäuerliche Kulturlandschaften erfasst. Darüber hinaus wurden 43 Archäologische Bereiche dargestellt, die paläontologische und geoarchäologische Relikte enthalten und innerhalb derer weitere Funde erwartet werden können. Eine Aktualisierung bzw. Ergänzung der Daten erfolgt durch die Experten des LVR, somit kann der Anregung nicht entsprochen werden.

**Inhalt**

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 29.04.21 klargestellt, dass die deutsche Politik zu wenig für Klimaschutz und damit für den Schutz kommender Generationen tut.

Anbei meine Stellungnahme zur Regionalplanung 2018-2043 für die Stadt Wiehl.

Ich lehne eine Ausweitung des von der Stadtverwaltung Wiehl als "ASB (Allgemeiner Siedlungsbereich) Brächen" bezeichneten Siedlungsbereiches ab, der über die bereits bestehenden Siedlungsmöglichkeiten nach den derzeit gültigen Regelungen des BauGB hinausgeht. Diese geplante Ausweitung widerspricht den Zielsetzungen und Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29.04.21 ("Klimaschutz-Urteil").

**Begründung:**

Ich bin in der Gemeinde Wiehl aufgewachsen, weiterhin Steuerzahlerin in dieser Gemeinde und beobachte mit Sorge, wie sich meine Heimat nicht nur durch den fortschreitenden Klimawandel verändert.

Man hat in den letzten zwei Jahren den Eindruck gewonnen, dass mit der propagierten "Entwicklung" der Stadt

Wiehl immer mehr die Interessen der Bau- und Immobilienbranche die Oberhand gewonnen haben auf Kosten von Bürgerinteressen, die Heimat und Natur schützen und nicht dem Ausverkauf preis geben wollen.

Die Sendung "Die große Dürre" im ZDF am 29.08.22 zeigte nochmals eindringlich, wie stark die Dürre auch in Deutschland auf dem Vormarsch ist:

die Gletscher schmelzen heute schon in Rekordzeit und können sich durch den Klimawandel nicht wieder regenerieren. Dem Rhein wird der Zulauf abgedreht, denn 60% seines Wassers kommen aus den Alpen.

Mit Hilfe eines Spezialprogramms der NASA hat man festgestellt, dass Deutschland in den letzten 20 Jahren durch den fortschreitenden Klimawandel bereits die unvorstellbare Menge von 1,2 Gigatonnen Wasser eingebüßt hat!

Ausgetrocknete Bäche/Flüsse und der Zustand der Wälder sind ein Frühwarnsystem

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

der Natur und  
nach vier Dürrejahre längst im Oberbergischen Land als meiner Heimat angekommen  
- dabei war Oberberg als  
eines der regenreichsten Gebiete Deutschlands bekannt.  
Vor diesem Hintergrund darf die von der Stadt Wiehl geplante Errichtung eines  
Siedlungsgebietes in  
Drabenderhöhe-Brächen und damit eine weitere Versiegelung von mehreren Hektar  
Land aus folgenden  
Gründen nicht genehmigt werden:

#### Notwendiger Wohnungsbau?

Die Bundesregierung hat das Ziel formuliert, pro Jahr 400.000 Wohnungen zu schaffen.

In den letzten drei Jahren konnte man eine rege Bautätigkeit in der Stadt Wiehl  
beobachten, befeuert  
durch den § 13 BauGB und die Investitionsfreudigkeit einiger finanzstarker Investoren -  
sei es durch  
Innenverdichtung (ohne Rücksicht, ob z.B. eine Wohnanlage mit Tiefgaragenplätzen  
mitten in ein über Jahrzehnte  
gewachsenes Dorf aus Einfamilienhäusern passt), sei es durch geplante, groß  
angelegte Siedlungsbereiche in  
Ortsrandlagen (z.B. in der "Hohen Fuhr").  
Der aufmerksame Beobachter gelangt zu dem Ergebnis, dass die Stadt Wiehl im  
bundesweiten Vergleich sein Soll  
an Wohnbebauung bereits erfüllt haben könnte.  
Eine entsprechende Anfrage eines Wiehler Bürgers wurde seitens der Stadtverwaltung  
auch dahingehend  
bestätigt.  
(Randbemerkung: unter dem von der Stadt Wiehl geschaffenen Wohnraum befindet  
sich meines Wissens nach so  
gut wie kein Wohnraum für sozial schwächere Bevölkerungsschichten!)

#### Fehlende Transparenz in der Offenlage des ASB Brächen

Die Stadt Wiehl hat 2019 für die ursprünglich geplante Schaffung eines  
Gewerbegebietes ein ca. 8 ha großes Areal  
entlang der Bundesstraße B 56 gekauft.  
Nun ist an gleicher Stelle das "ASB Brächen" geplant.  
Auf den veröffentlichten Plänen wird den Bürgern aber nur ein schmaler Streifen an  
Bebauung entlang der B 56  
präsentiert, der über die tatsächliche Größe des gekauften Geländes und damit über  
das mögliche Ausmaß der Überbauung durch die Siedlung hinwegtäuscht.  
Das Wiehler Kataster- / Grundbuchamt wäre zu einer Offenlage des gesamten

Bebauungsbereiches sicherlich imstande. Transparenz und damit Fairness gegenüber den Bürgern sieht anders aus.

#### Bodenversiegelung

70% des Trinkwassers (unsere Lebensgrundlage!) wird aus Grundwasser gewonnen. In bebauten und damit versiegelten Bereichen wird Regenwasser kanalisiert und abgeführt, d.h. es hat keine

Chance, zu versickern und damit den Grundwasserspiegel anzureichern.

Boden-Versiegelung schränkt also die lebenswichtige Grundwasser-Neubildung zur Trinkwassergewinnung ein.

Da der Zufluss aus vielen kleinen Bächen und Flüssen nun schon zum vierten Mal in fünf Jahren versiegt, wird in

Hessen mittlerweile das Wasser des Rheins als Oberflächenwasser aufwändig, d.h. teuer gereinigt und

weitergeleitet. Anschließend lässt man es KÜNSTLICH in den Untergrund einsickern, um den Grundwasserspiegel aufzubauen.

Das Unternehmen "Hessenwasser" hat verstanden, was für die Bevölkerung auf dem Spiel steht, wenn die

Trinkwasserversorgung nicht mehr gewährleistet werden kann!

Flächenfraß und die daraus resultierende Versiegelung unserer Böden muss sooft wie möglich vermieden und die

Möglichkeit eingeräumt werden, Wasser auf NATÜRLICHEM Wege versickern zu lassen.

#### Überbauung eines Quellgebietes

Unmittelbar an das von der Stadt Wiehl gekaufte Areal von ca. 8 ha, das möglicherweise auch komplett be- bzw.

überbaut werden könnte, grenzt das Quellgebiet des Loopebaches.

Der Oberlauf des Baches verläuft weiter in die Nachbarkommune Engelskirchen und ist im Rahmen der "Natura

2000" sogar als Schutzgebiet ausgewiesen.

Hier gilt es, einem weiteren Flächenfraß Einhalt zu gebieten. Durch das Versiegen von Bächen und Flüssen

sind vielerorts bereits unter Schutz stehende Amphibien und Reptilien noch stärker in ihrem Bestand gefährdet.

Warum hier dem Verlust von Flora und Fauna weiter Vorschub leisten?

Hiermit möchte ich eindringlich darum bitten, das Siedlungsprojekt Drabenderhöhe-Brächen nicht zu genehmigen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gilt es, viele Projekte auf den Prüfstand zu stellen - gerade

deshalb, weil wir in den letzten fünf Jahren bereits vier Dürrejahre erlebt haben.  
Ich möchte Sie bitten, mir eine Eingangsbestätigung dieser Mail zukommen zu lassen.



**Inhalt**

Beide Verbände betreuen in den Kreisen Düren und Euskirchen sowie teilweise auch im übrigen Regierungsbezirk Köln mehr als 150 Mitgliedsunternehmen mit rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Unternehmen gehören insbesondere der Papier erzeugenden Industrie, der Papier verarbeitenden Industrie, der Metallindustrie, der Textilindustrie, der chemischen Industrie sowie der Lebensmittelindustrie an. Diese Branchen bieten zum Teil seit mehreren hundert Jahren Arbeitsplätze in unserer Region, die zudem ein bundesweites Zentrum der Papierindustrie darstellt. Unser rheinisches Papiercluster zeichnet sich auch dadurch aus, dass Unternehmen der heimischen Textil-, Metall- und Chemieindustrie als Zulieferer für die zahlreichen Papierfabriken im Düren-Euskirchener Raum tätig sind. Die Bedeutung der Papierbranche als Auftraggeberin und für den Erhalt von Arbeitsplätzen reicht bis in viele Handwerksbetriebe hinein.

Deshalb haben wir bei der Bewertung des Entwurfs des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ein besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen der Planung auf bestehende Betriebsstandorte gerichtet.

Im Rahmen des Strukturwandels ist zum Erhalt der Wirtschaftskraft der Tagebauregion und somit zum Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen sicherlich auch die Neuausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten als Grundlage für die Ansiedlung neuer Unternehmen von großer Bedeutung. Es wäre jedoch ein fataler Fehler, wenn eine aktuelle Regionalplanung nicht zugleich und mit mindestens gleich hoher Bedeutung den Erhalt und die Entwicklung bestehender Produktionsstandorte verfolgen würde. Es sind die Stärken der Traditionsunternehmen, die vielfach dem Mittelstand angehören, ihre über Jahrzehnte entwickelten Kompetenzen und besonders auch die vielen Hidden Champions unserer Region, die das Fundament für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wohlstand gerade in Zeiten des Strukturwandels bilden. Genau diese Unternehmen sind in unseren Verbänden organisiert. Wir haben die Auswirkungen der beabsichtigten Regionalplanung auf einige dieser Traditionsstandorte geprüft ? mit ernüchternden und zum Teil schockierenden Ergebnissen.

Für betroffene Standorte reichen wir parallel individuelle Stellungnahmen ein. Wir weisen darauf hin, dass wir selbstverständlich nicht alle bestehenden Industrie- und Gewerbestandorte in unserem Verbandsgebiet prüfen konnten. Wir sehen es auch als eine Aufgabe der Kommunen, Landkreise und ihrer Wirtschaftsförderungen an, den Entwurf des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln hinsichtlich seiner

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der Bereiche für den Schutz der Natur basiert i.W. entsprechend der gesetzlichen Regelungen auf dem Fachbeitrag des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Bei den Festlegungen werden entgegenstehende Belange der Ebene entsprechend in die Abwägung eingestellt. Insbesondere den Belangen der Siedlungsentwicklung wird in enger Abstimmung mit den Kommunen im Planungs- und Beteiligungsprozess eine große Bedeutung zuteil. Soweit auf Ebene der Regionalplanung Konflikte mit vorhandenen Betrieben oder geplanten betrieblichen Entwicklungen erkennbar werden, ist dies Gegenstand der Abwägung im Rahmen des Regionalplanverfahrens. Weiterhin wird auf die textlichen Regelungen zu den BSN verwiesen, die einen breiten Spielraum für die fachplanerische Umsetzung belassen und auch spezifische Ausnahmetatbestände beinhalten.

Konsequenzen in Bezug auf existierende Unternehmensstandorte zu würdigen und sich für den Erhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Betriebe im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplans einzusetzen.

I. Unzureichende Berücksichtigung bestehender Produktionsstandorte und Schaffung erheblicher Risiken für die Entwicklung von Betrieben

Es ist festzustellen, dass im Umfeld von vielen Betriebsstandorten neue Flächen mit den Freiraumfunktionen ?Schutz der Natur?, ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? sowie ?Regionale Grünzüge? festgesetzt werden sollen. Vorab möchten wir betonen, dass der Schutz von Natur und Landschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auch ein wichtiges Anliegen der Wirtschaft ist. Nachhaltige Entwicklung bedeutet aber auch die gleichwertige Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Belange neben denen der Ökologie.

Im gegenständlichen Entwurf des neuen Regionalplans werden vor allem neue Flächen zum Schutz der Natur unmittelbar an Firmengelände herangezogen. In einigen Fällen überlagern Bereiche zum Schutz der Natur sogar bestehende Betriebsgelände und Erweiterungsflächen. In einem Fall im Stadtgebiet von Düren sollen sogar Flächen mehrerer Firmen, die im geltenden Flächennutzungsplan der Stadt als gewerbliche Bauflächen festgesetzt sind, mit den Freiraumfunktionen ?Schutz der Natur?, ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? sowie ?Regionale Grünzüge? überplant werden.

Eine derartige Planung birgt Risiken für die Entwicklung von Firmenstandorten, verhindert Investitionen, schränkt Unternehmen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten ein, entwertet Sachwerte und beinhaltet am Ende des Tages Gefahren für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie vereitelt die Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels und ist insbesondere mit Blick auf die gegenwärtige wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Situation aufgrund des Ukraine-Kriegs und einer noch nicht bewältigten Coronapandemie unangemessen. Neue Bereiche mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? im unmittelbaren Umfeld von Produktionsstandorten oder gar auf Erweiterungsflächen von Unternehmen, die mit untergeordneten Instrumenten nachfolgend als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, sind für Firmen kritisch, weil

? sie der Europäischen Kommission als FFH-Gebiete gemeldet werden können und umweltrelevante Investitionsvorhaben an den Restriktionen des FFH-Regimes scheitern können,

? unmittelbare und mittelbare Auswirkungen von Erweiterungsvorhaben auf Schutzgebiete geprüft werden müssen und sich aus ihnen Ausgleichsverpflichtungen, Auflagen, Grenzen einer Erweiterung oder sogar die Versagung eines Vorhabens ergeben können,

? sich Versorgungsinfrastrukturen wie Versorgungsleitungen und Entnahmebauwerke für die Betriebswasserversorgung im Umfeld von Betriebsstandorten befinden, die unterhalten und unter Umständen erweitert oder neu errichtet werden müssen.

Genehmigungsrechtlich und tatsächlich werden diese Erfordernisse durch Schutzgebietsausweisungen erschwert oder vereitelt. Demgegenüber sind keine Gründe dafür ersichtlich, warum neue Risiken durch Neuausweisungen von Freiraumfunktionen und sogar Schutzgebieten entstehen müssen. Denn im Entwurf des Regionalplans wird nicht dargestellt, warum die entsprechenden neu beanspruchten Gebiete im Firmenumfeld und auf Firmengeländen eine besondere naturschutzfachliche Qualität besitzen sollen, aufgrund derer sie für diese Raumfunktionen besonders prädestiniert wären. Zudem lässt der Entwurf des Regionalplans zumindest für die Kreise Düren und Euskirchen erkennen, dass ohnehin weite Bereiche der Kreisgebiete mit den Freiraumfunktionen ?Schutz der Natur?, ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? sowie ?Regionale Grünzüge? belegt werden sollen. Sollten diese nicht ausreichend sein, so dürften hinreichend weitere Flächen für entsprechende Ausweisungen zu finden sein, mit deren Inanspruchnahme keine Risiken für Industrie- bzw. Wirtschaftsunternehmen verbunden sind.

Deshalb müssen wir ganz klare und aus Sicht der Wirtschaft gewichtige Forderungen an die an der Planung Beteiligten und besonders an die politischen Entscheidungsträger adressieren:

? Die Auswirkungen und Risiken der beabsichtigten Regionalplanung auf bestehende Unternehmensstandorte sollten mit Blick auf die Herausforderungen des Strukturwandels, die Entwicklungsmöglichkeiten betroffener Unternehmen sowie den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen standortbezogen dargestellt werden.

? Die Festsetzungen der kommunalen Bauleitplanungen von Gewerbe- und Industriegebieten sollten mit den Festsetzungen im Entwurf des Regionalplans abgeglichen werden.

? Mit dem neuen Regionalplan dürfen bestehende Ausweisungen von Gewerbe- und Industriegebieten, die bereits als solche genutzt werden oder Erweiterungsflächen existierender Betriebe darstellen, nicht reduziert werden.

? Im Umfeld und auf dem Gelände von bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten darf keine Neuausweisung von Bereichen mit den Freiraumfunktionen ?Schutz der Natur?, ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? sowie ?Regionale Grünzüge? erfolgen.

? Der Entwurf des Regionalplans ist dementsprechend dringend zu überarbeiten.

In dieser Stellungnahme sowie ergänzend mit den individuellen Stellungnahmen der Mitgliedsunternehmen unserer Verbände wurden schwerpunktmäßig eine Auswahl von Betriebsstandorten in den Kreisen Düren und Euskirchen und angrenzender Gebiete

sowie die Themenfelder Risiken für bestehende Unternehmen durch neue Schutzgebietsflächen und Sicherstellung der Betriebswasserversorgung von Unternehmen

in der Strukturwandelregion geprüft. Dabei sind aus Sicht der Wirtschaft gewichtige Defizite im Entwurf des neuen Regionalplans aufgefallen. Der Regionalplan würde in dieser Form den Herausforderungen des Strukturwandels und unserer Zeit angesichts der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Coronapandemie nicht gerecht. Wir halten eine eingehende Überprüfung des Entwurfs des Regionalplans mit der schwerpunktmäßigen Betrachtung des Erhalts und der nachhaltigen Entwicklung bestehender Betriebsstandorte für erforderlich. Ferner sollte nach einer Überarbeitung eine erneute Offenlage und Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1008431]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008431.pdf](#)

[StID1008431\\_Abbildung.PNG](#)

**Inhalt**

Funktionen der Talsperren in der Eifel ? unzureichende Berücksichtigung der Belange der Industrie In Kapitel 4.7.1 ? Oberflächengewässer und Talsperren - der textlichen Festlegungen des Entwurfs des Regionalplans sollen neben allgemeinen Ausführungen der Funktion von Oberflächengewässern die auf der folgenden Seite dargestellten Zweckbestimmungen für bestehende und geplante Talsperren festgelegt werden. Die Brauchwasserversorgung, also die Wasserversorgung von Industriebetrieben für die Produktion, spielt hierbei im Entwurf nur eine untergeordnete Rolle. Dies gilt auch bezogen auf Talsperren, die ursprünglich sowie nachweislich zur Sicherstellung der Wasserversorgung von Produktionsbetrieben errichtet wurden. Speziell betrifft das die Rurtalsperre, die Stauanlage Heimbach und die Stauanlage Obermaubach. Die Erholungsfunktion, die für alle vorgenannten Talsperren dargestellt wird, war ursprünglich lediglich ein Nebeneffekt.

Nach wie vor sind die Talsperren im Gewässersystem der Rur mit wenigen Ausnahmen von elementarer Bedeutung für die Sicherstellung der Betriebswasserversorgung zahlreicher Unternehmen in der Region Düren und Jülich. Besonders die Papierindustrie ist auf ein kontinuierliches und ausreichendes Wasserdargebot in den Oberflächengewässern angewiesen. Rund 7.000 Arbeitsplätze sind unmittelbar in den betreffenden Firmen von der Verfügbarkeit von Wasser abhängig, ca. weitere 3.000 kommen indirekt durch Zuliefererbetriebe hinzu. Angesichts der historischen Bedeutung der Talsperren für die Industrie und die Bedeutung der bestehenden Betriebe für die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels ist es nicht nachvollziehbar, dass die Zweckbestimmung der Brauchwasserversorgung bezogen auf Eifeltalsperren, bei denen dies selbstverständlich ist, im Entwurf des Regionalplans keine Berücksichtigung findet. Zudem lässt der Entwurf des Regionalplans unberücksichtigt, dass die Talsperre Obermaubach auch der Trinkwassergewinnung dient. Direkt unterhalb der Talsperre befindet sich eine Entnahmestelle des örtlichen Trinkwasserversorgers. Alle Talsperren im Gewässersystem der Rur können ferner dem Zweck des Hochwasserschutzes dienen bzw. dienen diesem. Bezogen auf den Hochwasserschutz regen wir an, Rücksprache mit dem Wasserverband Eifel-Rur zu halten. Die immense Bedeutung der Talsperren für den Hochwasserschutz und damit für den Schutz der Bevölkerung wurde beim Hochwasserereignis im Juli 2021 deutlich. Dank der Eifeltalsperren im Rursystem wurden größere Schäden im Raum Düren und Jülich verhindert. Soweit für die geplante Prether-Platißbachtalsperre lediglich die Zweckbestimmung Trinkwassergewinnung vorgesehen ist, ist dies in Zeiten größerer Hochwasserrisiken, längerer und intensiverer Trockenphasen sowie der zu bewerkstellenden Energiewende zu kurz gegriffen. Diese Talsperre kann eine Brauchwasserfunktion für die heimische Industrie, die Funktion des Hochwasserschutzes und durch den Bau einer Wasserkraftanlage die der Krafterzeugung wirksam erfüllen. Es wäre zu kurz gesprungen, wenn die potenzielle Multifunktionalität der Talsperre gemessen an den aktuellen Erfordernissen im

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Anregung, die Funktion "Brauchwasser" für die Rurtalsperre und die Stauanlagen Heimbach und Obermaubach zu ergänzen, wird nicht gefolgt. Auch wird den Anregungen nicht gefolgt, der Kalltalsperre die Funktion "Hochwasserschutz" zuzuweisen und Prether-Platißbachtalsperre zusätzlich die Funktionen "Brauchwasser", "Hochwasserschutz" und "Krafterzeugung". Zur weiteren Begründung wird auf die Autorenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

Auf die Anregung hin, die grundsätzliche Bedeutung der Talsperren für die Betriebswasserversorgung der Industrie in den Regionalplan einzuarbeiten, wird in Kap. 1.2 "Vorstellung des Planungsraums ? Perspektiven für die Region", der entsprechende Absatz ergänzt. Zudem wird in Kap. 4.7.1 "Oberflächengewässer und Talsperren" in Erläuterung 3 zu Z.24 die Betriebswasserversorgung der Industrie ergänzt. Für Details wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen. Im Übrigen wird in Erläuterung 3 zu Z.25 die Funktion "Brauchwasser" bereits ausdrücklich genannt. Daher wird im Kapitel 4.7.1 keine weitere textliche Änderung vorgenommen.

Gemäß den Vorgaben des LEP in Ziel 7.4.3 "Sicherung von Trinkwasservorkommen" stellt die Regionalplanung im Kap. 4.7.2 "Grundwasserschutz und Gewässerschutz" mittels der Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung in den Mittelpunkt. Daher wird in 4.7.2 keine Ergänzung zur Betriebswasserversorgung vorgenommen.

Regionalplan nicht berücksichtigt würde. Deshalb halten wir es für erforderlich, dass  
? für die Rurtalsperre, die Stauanlage Heimbach und die Stauanlage Obermaubach die  
Zweckbestimmung ?Brauchwasser? festgesetzt wird,  
? für die Kalltalsperre die Zweckbestimmung ?Hochwasserschutz? festgesetzt wird,  
? für die geplante Prether-Platißbachtalsperre zusätzlich die Zweckbestimmungen  
?Brauchwasser?, ?Hochwasserschutz? und ?Krafterzeugung? festgesetzt  
werden,  
? grundsätzlich im Text von Kapitel 4.7.1 und 4.7.2 der Bedeutung der Gewässer für  
die Betriebswasserversorgung der Industrie und damit für den Erhalt von Arbeitsplätzen  
besonders in der Strukturwandelregion Rechnung getragen wird.

[s. Anhang Abb. StnID\_1008432]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008431\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1008432\\_1.pdf](#)

[StID1008432\\_Abbildung.PNG](#)

1012218	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>III. Schlussbetrachtung</p> <p>In dieser Stellungnahme sowie ergänzend mit den individuellen Stellungnahmen der Mitgliedsunternehmen unserer Verbände wurden schwerpunktmäßig eine Auswahl von Betriebsstandorten in den Kreisen Düren und Euskirchen und angrenzender Gebiete</p> <p>sowie die Themenfelder Risiken für bestehende Unternehmen durch neue Schutzgebietsflächen und Sicherstellung der Betriebswasserversorgung von Unternehmen</p> <p>in der Strukturwandelregion geprüft. Dabei sind aus Sicht der Wirtschaft gewichtige Defizite im Entwurf des neuen Regionalplans aufgefallen. Der Regionalplan würde in dieser Form den Herausforderungen des Strukturwandels und unserer Zeit angesichts der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Coronapandemie nicht gerecht. Wir halten eine eingehende Überprüfung des Entwurfs des Regionalplans mit der schwerpunktmäßigen Betrachtung des Erhalts und der nachhaltigen Entwicklung bestehender Betriebsstandorte für erforderlich. Ferner sollte nach einer Überarbeitung</p> <p>eine erneute Offenlage und Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Dem Entwurf des Regionalplans liegen eingehende Betrachtungen von Siedlungsbedarfen, nachhaltigen und allen Ansprüchen an den Raum abwägenden Belangen sowie der besonderen Herausforderungen des Strukturwandels im Rheinischen Revier zugrunde. Der Entwurf enthält auf regionalplanerischer Gestaltungsebene umfangreiche Grundlagen für den Erhalt und die nachhaltige Entwicklung von Betriebsstandorten; weitergehende Regelungen obliegen den nachfolgenden Planungsebenen.</p> <p>Das Erfordernis der Überarbeitung und erneuten Offenlage des Planentwurfes obliegt der finalen Entscheidungskompetenz des Regionalrates Köln und der rechtlichen Vorgaben des Landesentwicklungsplanes NRW.</p>

AZ: Ö-M-1512

1003385

1007153\_001

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern.

Gründe hierfür sind:

- Das Industriegebiet vernichtet sehr viel wertvolles Ackerland, welches insbesondere in Zeiten des Klimawandels und der sich anbahnenden Welternährungskrise sinnvoller zur Produktion von Lebensmitteln als zur Erstellung oder Verarbeitung von Industriegütern genutzt werden kann.
- Es ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen. Dieses wird - zusammen mit der Belastung durch das Industriegebiet selbst - die Lärm- und Umweltbelastung an meinem Wohnort sowie die Stausituation voraussichtlich erheblich verschlechtern.
- Durch die Nähe des Industriegebiets zu unserem Wohnhaus ([ANONYMISIERT], Geilenkirchen-Leiffarth) ist mit einem erheblichen Wertverlust unserer Immobilie zu rechnen, die Teil unserer Altersvorsorge ist.
- Wie die Starkregenereignisse des vergangenen Jahres gezeigt haben, kommt der Vermeidung von Flächenversiegelung insbesondere vor der Aussicht auf ein zukünftig vermehrtes Auftreten solcher Ereignisse eine besondere Bedeutung zu. Da die Planfläche auf einem seitlich abfallenden Hügel liegt ist zu befürchten, dass Wasser im Fall eines Starkregenereignisses ungebrems in die umliegenden Dörfer abfließt und die dort liegenden Immobilien und Straßen beschädigt. Außerdem können die Gewässer im Umfeld, z. B. der Beeckfließ und die Rur, durch Schmutzwasser aus den angesiedelten Industrieanlagen gefährdet werden.

Ich bitte um die Bestätigung des Eingangs meines Einspruchs. Bei Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.



AZ: Ö-M-1513

1003386

1007720

#### Inhalt

RBK (Blatt 05) Fläche R 27

Bei der Fläche R 27 handelt es sich um ein Waldstück zwischen der A4 und der Brüderstraße in Bergisch Gladbach. Das betreffende Waldstück ist ökologisch zu wertvoll, um es in den Flächennutzungsplan als ?Potentialfläche? aufzunehmen. Angesichts der sich verschärfenden Klimabedingungen ist jeder Baum wichtig und erhaltenswert. Das betreffende Waldstück wird überwiegend von Laubbäumen (insbesondere Buchen) bewachsen, die eine besonders klimaschützende Funktion haben. Der Wald wird von den Anwohnern als ?Klimaoase? ganzjährig, intensiv aber in den Sommermonaten, genutzt. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, solch wertvolle Flächen zu versiegeln. Die Argumente für den Erhalt des Waldes und des Waldstücks R 27 im Speziellen liegen auf der Hand und mittlerweile jedem Kind bekannt. Alle Anwohner und Bürgerinitiativen werden sich dauerhaft für den Erhalt des Waldstücks einsetzen. Ein Verwaltungshandeln am erklärten Bürgerwillen vorbei ist zudem nicht erfolgversprechend und bindet viele Ressourcen.

Abgesehen von Wählerstimmen geht es um sehr viel mehr als die potentielle Sicherung einer möglichen Gewerbegebietsfläche. Die Bevölkerung wird zunehmend sensibler hinsichtlich der Versiegelung von neuen Flächen ? insbesondere bei dazu erforderlicher, vorheriger Abholzung von Waldflächen - und auch zunehmend willens, sich hiergegen durch alle (auch gerichtlichen) Instanzen hinweg hartnäckig einzusetzen. Daher gilt es, über den lokalen Tellerrand hinauszuschauen und auch bezüglich der Fläche R 27 nachhaltig Ruhe für die Bevölkerung zu bringen.

Fazit: Die Fläche R 27 (Blatt 05, RBK) ist nicht in den Regionalplan als ?Potenzialfläche? (für ein Gewerbegebiet) aufzunehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-M-1514	
1003387	
1007155_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir möchten Sie hiermit bitten, im Rahmen des anstehenden Rückbaus des Waldhotel Grunge, das entsprechende Teilgrundstück wieder als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen.</p> <p>Begründung: Das entsprechende Teilgrundstück ist für den Bau des Waldhotels Grunge in ein Sondergebiet umgewidmet worden. Nach Auskunft der Stadt Siegburg war dies damals wohl rechtswirksam, da ein Einspruch der verantwortlichen Behörde ausblieb. Unserer Meinung nach war das ein Fehler. Der Bau des Hotels stellte zu keiner Zeit eine begründbare Voraussetzung für Ausnahmen dar, wie sie in den Regelungen der Naturschutzziele nach 7.2-3 LEP NRW formuliert sind. Dies kann nun im Rahmen des Rückbaus korrigiert werden. Der Kaldauer Stadtwald (Staatsforst Sieg) ist Landschaftsschutzgebiet und Naherholungsgebiet für die umliegende Bevölkerung, vor allem für die Anwohner Siegburg Kaldauens. Viele schützenswerte Tier- und Pflanzenarten leben im Schutzgebiet, welches in der Südausrichtung direkt am Ende des Buchenweges beginnt. Mit der Ausweisung als ASG zusammen mit dem geplanten Rückbau/Abriss des Hotels und dem Neubau einer Mehrfamilienhaus-Anlage (mit geplanten 50-60 Wohneinheiten) besteht die Gefahr einer erneuten, dauerhaften Flächenversiegelung. Mit der Einordnung des Gebietes des Waldhotels Grunge als ASG werden unserer Einschätzung nach die Weichen entgegen einer Erhaltung des Landschaftsschutzgebietes in der ursprünglichen Ausdehnung gestellt. Ziel des LEP NRW (Punkt 7.1-4) für den Bodenschutz ist es, dass geschädigte Böden, so auch durch Versiegelung geschädigte Flächen auch im Freiraum (hier Wald/Staatsforst Sieg) saniert und angemessenen Nutzungen und Freiraumfunktionen zugeführt werden. Die Ermöglichung der Errichtung eines solchen Gebäudekomplexes steht unserer Meinung nach stark im Widerspruch zu den genannten Stellen im LEP NRW sowie zum Naturschutz, Nachhaltigkeit und Lebensqualität der Anwohner (die umliegenden Grundstücke sind ausschließlich mit freistehenden Einzelhäusern bebaut).</p> <p>Durch die Korrektur des Status des Grundstücks ? als Landschaftsschutzgebiet ? haben Sie die Möglichkeit, das Gebiet in seiner ursprünglichen Form wiederherzustellen. Mit dem Rückbau des Hotels unter diesen Voraussetzungen besteht die Chance, den nördlichen Teil des Grundstücks (welcher unmittelbar an den Wald grenzt) wieder in das Landschaftsschutzgebiet zu integrieren. Der südliche Teil könnte dann mit Ein-/Mehrfamilienhäusern entsprechend der Nachbarbebauung versehen werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die in Rede stehende Fläche ist im FNP der Stadt Siegburg als Sonderbaufläche dargestellt. Die Abgrenzungen der ASB orientieren sich an den bereits rechtskräftigen Bauflächendarstellungen der kommunalen FNP.</p> <p>Grundsätzlich gilt für die zeichnerischen Festlegungen im vorliegenden Entwurf, dass diese dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, d.h. unabhängig davon, ob die ASB Grenze die Sonderbaufläche noch integriert oder nicht, entscheidet die Stadt Siegburg über die Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Hotels. Hier werden auch die forstrechtlich notwendigen Abstände zwischen Bebauung und Waldnutzung und die landschaftsrechtlichen Voraussetzung geprüft.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt..</p>

AZ: Ö-M-1515	
1003388	
1008169	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung</p> <p>ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.</p> <p>Das betrifft die Planung K_PUL_BM_Schiene_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da ich in diesem Bereich (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße) regelmäßig spazieren gehe und mir durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird. Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park.</p> <p>Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.</p> <p>Als Anwohner wäre ich massiv von Lärmbelästigung durch die Bahn betroffen. Die geplante Trasse wird von Kindern aus Brauweiler, Sinthern und Geyen für den Schulweg genutzt - all diese Kinder müssten dann mit dem Fahrrad die Straße nutzen, was sicherlich zu einer deutlichen Erhöhung der Unfallzahlen führen würde. Auf dem Feld leben außerdem auch viele Tiere wie Fasane, Greifvögel, Spechte, Fledermäuse.</p> <p>Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

AZ: Ö-M-1516

1003389

1007156\_001

#### Inhalt

Hiermit widerspreche ich der Planung zur Erweiterung des Gewerbegebietes Herreshagen aus folgenden Gründen:

- Keine direkte Autobahnanbindung  
Brücke Lüdenscheid erst in ca. 10 Jahren befahrbar, damit keine Anbindung an Dortmund und Umgebung  
12 km Anfahrt bis zur Autobahnauffahrt A4 in Wiehl
- Bei den Flächen handelt es sich um schwerzugängliche Hangflächen.
- unnötige Versiegelung  
Brachliegende Industrieflächen in Gummersbach und Umgebung, im Ruhrgebiet und im Aachener Grenzgebiet wie z.B. Kamp Hitfeld zuerst nutzen

Bitte schließen Sie sich bei Ihren Planungen mit anderen Regierungsbezirken kurz, um die Effizienz der Fächennutzung zu steigern und um die Schönheit unseres Landes und die Natur zu erhalten.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1517

1003390

1008168

#### Inhalt

Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener  
Ich bin Eigentümer und Pächter von landwirtschaftlichen Flächen in Erftstadt Gymnich. Von dem neuen Regionalplan liegen auch unsere Flächen im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.  
Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies führt zum einen zu einer Existenzgefährdung für den landwirtschaftlichen Betrieb des Bewirtschafters/Pächters und zum anderen zu einer Entwertung meiner Ackerflächen. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.  
Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.  
Weiterhin möchte ich sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Eigentumsflächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.  
Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1518

1003391

1007159\_001

#### Inhalt

Hier mit legen wir Einspruch ein gegen die Schaffung, bzw. Errichtung des geplanten Industriegebiet zwischen Erkelenz-Terheeg und Erkelenz-Neuhaus.

Wir begründen dies wie folgt:

Ackerflächen im Erkelenzer Land gehören zu den besten Böden in Europa. Die Bewirtschaftung durch hier ansässige Landwirte ist für die Nahrungsproduktion ist enorm wichtig. Die Schaffung neuer Industriestandorte begünstig weiter die Veränderung des Klimas. Oberflächen werden versiegelt und vorhandene Natur wird unwiderruflich zerstört.

Das in den 90er Jahren übernommene Baumschulgelände der Baumschule Gerards hat sich zu einem wertvollen Wald entwickelt. Hier gibt es zahlreiche Arten von Tieren, die hier eine Heimat gefunden haben. Die Schaffung eines Industriegebietes würden diese Lebensräume nachhaltig stören und zerstören. Wir wohnen hier auf dem Land und nicht im Industriegebiet.

Die folgen Tiere werden regelmäßig auf den Feldern und im Wald gesichtet: Feldhühner, Rebhühner, Fuchs, Rehe, Enten, Gänse, Igel, Feldhamster

Wir hoffen, dass dieser Irrsinn gestoppt wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1519

1003394

1007162\_001

#### Inhalt

Hiermit will ich mich gegen das Gewerbegebiet Gummersbach Herreshagen ausdrücken.

Wir sind aus der Stadt aufs Land gezogen, um ein Stück weit in der Natur zu leben und diese auch zu genießen. In der heutigen dynamischen Zeit braucht man ein Rückzugsort, wo man von dem Alltag abschalten kann und ein Stück weit Natur genießen kann. Genau das finden wir in unserer Natur und unserem Dorf.

Die frische Luft bei den Spaziergängen und das Ziel unserer Kinder bei einem abenteuerlichem Ausflug in die Wälder, würde mit dem Gewerbegebiet auf ein Minimum beschränkt werden, wenn nicht sogar wegfallen.

Geschweige den von den Tieren die in den Wäldern zu Ruhe kommen und die man mit den Kindern bei Nachtwanderungen beobachtet. Diese werden mit dem Gewerbegebiet vertrieben.

Ich bitte um Berücksichtigung aller genannten Punkte.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1520	
1003392	
1007160_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern.</p> <p>Gründe hierfür sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Industriegebiet ist auf momentan landwirtschaftlich intensiv genutzter, großer Fläche geplant. Durch die Anlage des Industriegebietes würde wertvolles Ackerland vernichtet, welches dann nicht mehr zur Produktion von Nahrungsmitteln genutzt werden könnte. Bereits jetzt sind die Auswirkungen von erwarteten Nahrungsmittelengpässen zu spüren, zu deren Ausweitung das geplante Industriegebiet beitrüge.</li> <li>• Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen ist zu erwarten. Dieses wird - in Kombination mit der Belastung durch das Industriegebiet selbst - die Lärm- und Umweltbelastung an meinem Wohnort sowie die Stausituation voraussichtlich erheblich verschlechtern.</li> <li>• Durch die Nähe des Industriegebiets zu unserem Wohnhaus ([ANONYMISIERT], Geilenkirchen- Leiffarth) ist mit einem erheblichen Wertverlust unserer Immobilie zu rechnen, die Teil unserer Altersvorsorge ist.</li> <li>• Wie die Starkregenereignisse des vergangenen Jahres gezeigt haben, kommt der Vermeidung von Flächenversiegelung eine besondere Bedeutung zu, insbesondere vor der Aussicht auf ein zukünftig vermehrtes Auftreten solcher Ereignisse. Da die Planfläche auf einer Erhebung liegt, ist zu befürchten, dass Wasser im Fall eines Starkregenereignisses ungebrems in die umliegenden Dörfer abfließt und die dort liegenden Immobilien und Straßen beschädigt. Die Lagen, die ich als Helfer im KatS im vergangenen Jahr an verschiedenen Einsatzorten gesehen habe, lassen Maßnahmen, die die Entstehung solcher Lagen begünstigen, bedrohlich erscheinen. Ferner können die Gewässer im Umfeld, z. B. der Beeckfließ und die Rur, durch Schmutzwasser aus den angesiedelten Industrieanlagen gefährdet werden.</li> </ul> <p>Ich bitte um die Bestätigung des Eingangs meines Einspruchs. Bei Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>



AZ: Ö-M-1521	
1003393	
1007161_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im folgenden erhalten Sie meine Einwände gegen den aktuellen Entwurf des Regionalplans. Sie beziehen sich auf das Gebiet ?Erkelenz AS Ost? der Gewerbeflächenkonzeption der Stadt Erkelenz.</p> <p><b>Flora und Fauna</b>  <b>Beteiligung</b>  Das Gewerbeflächenkonzept wurde von einem Planungsbüro ohne jegliche öffentliche Beteiligung verfasst. Wir Bürgerinnen und Bürger oder Zweitmeinungen von anderen Fachleuten wurden nicht berücksichtigt.  Etliche Zuschriften (sog. Eingaben) aus der Bürger*innenschaft gingen im Jahr 2021 an den Stadtrat der Stadt Erkelenz ein und forderten aus unterschiedlichsten Gründen den Stopp des Gewerbeflächenkonzepts. Unsere gewählten Politiker*innen haben dies mehr oder weniger ignoriert und damit den Willen der Bürgerinnen und Bürger nach Beteiligung missachtet.  Politiker*innen des Erkelenzer Stadtrats haben mündlich zugesichert, dass es keine emissionsstarken Ansiedlungen (Industrie, Logistik) geben wird, wollten dies aber nicht im Konzept verschriftlichen. Dies lässt uns an der Glaubhaftigkeit des Konzeptes (oder der lokalen Politik) zweifeln.</p> <p><b>Wohnen</b>  In Neuhaus (ca. 140 Einwohner) wurde vor wenigen Jahren von der Stadt Erkelenz ein Mehrfamilienwohnkomplex errichtet. Ein weiterer Wohnkomplex ist in Planung. Hier wohnen vor allem geflüchtete Menschen mit vielen kleinen Kindern, die ein sicheres Wohnumfeld benötigen. Diese beiden Wohnbebauungen liegen mit zwei weiteren Wohnanlagen der Stadt Erkelenz auf Flächen die im Gewerbeflächenkonzept als neue Gewerbe- bzw. Industriefläche vorgesehen sind. Das Vorgehen der Stadt Erkelenz Wohngebäude dort zu errichten, wo in naher Zukunft Gewerbe angesiedelt werden soll, stellt unserer Auffassung nach die Glaubhaftigkeit des Gewerbeflächenkonzepts in Frage oder offenbart eine immense Steuerverschwendung.  In den Ortschaften Neuhaus und Terheeg leben ca. 400 Menschen, die von dem Industriegebiet durch unterschiedlichste Emissionen (Lärm, Abgase, Licht) direkt betroffen wären. Auch die Ortschaften Kaulhausen und Venrath mit vielen hundert Einwohner*innen wären durch gestiegenen Verkehrsaufkommen belastet. Es gilt gesetzlich vorgegebene Abstandsflächen von Gewerbe- und Industriegebieten zu bestehender Wohnbebauung einzuhalten. Für das angestrebte Industriegebiet in Neuhaus wurden diese Grenzen nicht im Gewerbeflächenkonzept visualisiert. Die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Einhaltung gesetzlicher Grenzen würde bedeutet, dass ein "Anschluss" an bestehende gewerbliche Strukturen an der Ferdinand-Clasen-Straße nicht möglich wären.

Das Industriegebiet würde große Teile einer alten und wertvollen Ackerlandschaft zerstören. Dabei ist unklar, wo die gesetzlich vorgeschriebenen Kompensationsflächen geschaffen werden. Die Ackerböden in unserer Region gehören zu den Besten in Europa. Sie sollten nicht für das Profitstreben einer politischen Elite geopfert werden, wenn eine zunehmend instabile Weltlage eine zukünftige Nahrungsmittelknappheit erkennen lässt.

In den 1990er Jahren ist bei Neuhaus eine ehemalige Baumschule von der Stadt Erkelenz zu einem Reservat gemacht worden. Heute ist diese ehemalige Baumschule ein Wald in dem viele Tiere wie Rehe, Füchse und viele heimische Vögel ein wertvolles Refugium gefunden haben. Durch die Entwicklung eines Gewerbegebiets "auf der anderen Straßenseite" ist diese erfreuliche Entwicklung in großer Gefahr.

#### Infrastruktur und Lage

Das Gewerbeflächenkonzept hebt die hervorragende Lage der Entwicklungsfläche neben Neuhaus in direkter Lage neben der Autobahn hervor. Fakt ist jedoch, dass die Anschlussstelle Erkelenz Ost bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen stößt und sich der motorisierte Verkehr auf der Abfahrt zu Stoßzeiten teilweise bis auf die Standspur der Autobahn staut. Die Straßen ins Zentrum in Richtung Bahnhof verfügen überwiegend über keine ausgebauten Radwege und stellen ein großes Sicherheitsrisiko dar. Sie sind nicht geeignet um Pendlerströme aufzunehmen.

Die Entwicklung von Gewerbeflächen kann nicht "auf der grünen Wiese" geschehen, sondern muss in Anschluss an bestehende Gebiete passieren. Dies sehen wir in Neuhaus nicht gegeben, da die Autobahn und die Düsseldorfer Straße eine Städtebauliche Zäsur darstellen. Die Autobahn liegt erhöht auf einem Damm und ist mit Büschen und Bäumen bewachsen. Sie stellt eine eindeutige Grenze zwischen Stadt und Land dar.

<p><b>Inhalt</b></p> <p>die "grüne Lunge Kaldauens" muss für die Pflanzen- und Artenvielfalt erhalten werden!</p> <p>Der damalige Bau des Waldhotels Grunge am Buchenweg / Ecke Höhenweg in Siegburg-Kaldauen war ein städtebaulicher Fehler. Der Bau erfolgte innerhalb des Landschaftsschutzgebietes des Landschaftsplanes Nr. 6. Ob das Landschaftsschutzgebiet damit nun an der Stelle zurücktritt oder noch besteht, kann hier offenbleiben. Ich rege an, den anstehenden Hotelrückbau planerisch für eine Korrektur zu nutzen und wichtige raumplanerische Vorgaben zu beachten und den Bereich des ehemaligen Waldhotels Grunge aus der ASB-Abgrenzung im Entwurf des Regionalplanes wieder herauszunehmen. Das Ziel muss sein, die Mindestabstände zwischen Wald und Siedlungsflächen wieder zu vergrößern, um die steigenden Risiken aus Waldbrand und Windwurf zu mindern. Hierzu fehlt es übrigens an einer planerischen Ziel- bzw. Grundsatzbestimmung, die auf die steigende Waldbrandgefahr mit neuen Abstandsvorgaben Rücksicht nähme.</p> <p>Gebäude mit Glasflächen lösen walddnah besonders viele Artenschutzkonflikte aus, da gerade Spechtarten ein hohes Glaskollisionsrisiko haben. Die Lockwirkung des Lichts von Gebäuden in Waldnähe wirkt sich zusätzlich besonders negativ auf die Tierwelt aus.</p> <p>Ich rege daher an, die Fläche des ehemaligen Waldhotels Grunge wieder dem angrenzenden Bereich für die Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung zuzuschlagen, um die Pflanzen- und Artenvielfalt sowie die "grüne Lunge Kaldauens" zu erhalten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die in Rede stehende Fläche ist im FNP der Stadt Siegburg als Sonderbaufläche dargestellt. Die Abgrenzungen der ASB orientieren sich an den bereits rechtskräftigen Bauflächendarstellungen der kommunalen FNP.</p> <p>Grundsätzlich gilt für die zeichnerischen Festlegungen im vorliegenden Entwurf, dass diese dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, d.h. unabhängig davon, ob die ASB Grenze die Sonderbaufläche noch integriert oder nicht, entscheidet die Stadt Siegburg über die Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Hotels. Hier werden auch die forstrechtlich notwendigen Abstände zwischen Bebauung und Waldnutzung und die landschaftsrechtlichen Voraussetzung geprüft.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt..</p>
--	--

AZ: Ö-M-1524

1003422

1007752

#### Inhalt

Bitte fokussieren Sie die weitere Planung auf folgende Aspekte:

- die Veränderung des Klimas und der Klimaschutz müssen die ausschlaggebenden Aspekte bei der weiteren Planung sein. Bei zunehmenden Temperaturen (siehe diesen Sommer) ist Grünflächen, Baumbestand, Frischluftschneisen allerhöchste Priorität einzuräumen. Dies bedeutet keine Umwandlung von Elementen des Grünsystems von AFAB in ASB. Das Grünsystem darf nicht für die Besiedlung angetastet werden. Besonders auch für ältere Menschen muss alles getan werden, um ein weiteres Aufheizen der Städte zu verhindern. Da verbietet der gesunde Menschenverstand und eine verantwortungsvolle Politik mit heutigem Kenntnisstand jede Form der Umwidmung von Grünschnitten. Ich jedenfalls finde dafür keine Rechtfertigung, schon gar nicht meinen 4 Kindern gegenüber.
- Alle bisherigen Planungen sollten von Ihnen nochmals darauf überprüft werden, ob sie wirklich hinsichtlich der Klimafunktionalität für Köln die beste Lösung sind, oder hier nicht noch nachgebessert werden kann.
- Die Planungen sollten so ausgestaltet sein, dass Baumfällungen bis auf sehr wenige sehr gut begründete Ausnahmen unterbleiben. Bei Fällungen müssen im Stadtgebiet (keine Kompensation) unter Klimaaspekten adäquate Pflanzungen geplant werden.
- Bei Versiegelungen muss eine auch hinsichtlich der Klimafunktionalität gleichwertige Ausgleichsfläche ausgewiesen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung, insbesondere zu den Belangen Freiraum und Klima vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-M-1525	
1003425	
1007167_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zur Neuaufstellung des Regionalplans möchte ich wie folgt Stellung nehmen:</p> <p><b>Betrifft: hen_ASB 1 (Edgoven-Süd)</b></p> <p><b>ASB zurücknehmen</b></p> <p>Gemäß ROG soll die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke möglichst vermieden werden. Es soll vorrangig die Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden erfolgen. Die vorgeschlagene ASB-Erweiterung ?Edgoven-Süd? läuft diesem Grundsatz zuwider. Sie geht stattdessen zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzung und des Naturhaushaltes. Insbesondere mit Blick auf ihre klimaökologische Bedeutung ist die Freihaltung der Flächen ?Oben auf dem Ränzels?, ?Unten am Ränzels? und ?Am Rentmeisterberg? geboten.</p> <p>Das Gebiet ?Am Rentmeisterberg? eignet sich schon wegen der Niederschlagsproblematik und der Siefenlage am Lüppichsbach in keiner Weise für eine Bebauung. Aus diesem Grund wurde der Bereich bei der Neuaufstellung des FNP der Stadt Hennef (2018) auch aus der zunächst vorgesehen Baunutzung wieder herausgenommen. Der ebenfalls für eine Bebauung vorgesehene Bereich ?Oben am Ränzels? und ?Unten am Ränzels? wurde gegenüber der ursprünglichen Planung deutlich verkleinert.</p> <p>Wie von der Stadt Hennef in ihrer Stellungnahme ausgeführt, ist das Gebiet Steimelsberg von den Starkregenereignissen 2021 stark betroffen gewesen. Eine weitere Versiegelung würde die Gefahren von Überschwemmungen bei Starkregen um ein Vielfaches vergrößern. Dies beträfe dann v. a. die unterhalb liegenden Ortsbereiche.</p> <p>Eine bauliche Erweiterung ?Edgoven Süd? würde zudem tief in die Ortstruktur von Edgoven eingreifen mit den absehbaren negativen Folgen einer zukünftig immer weiter ausufernden Bebauung.</p> <p>Der ASB sollte nicht nur nicht erweitert werden. Er sollte auf die Bebauungsgrenzen des aktuellen FNP der Stadt Hennef verkleinert werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Dies gilt auch für die angesprochenen Starkregenereignisse.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Bei der bauleitplanerischen Umsetzung muss sich die Stadt Hennef auch die angesprochene Starkregenproblematik in ihrer Abwägung berücksichtigen.</p>

Diese Stellungnahme finden Sie auch ? ergänzt um eine graphische Darstellung ? in der Anlage beigefügt.

[Anhang 1]

AZ: Ö-M-1526	
1003424	
1008294	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Hiermit spreche ich mich gegen die Bebauung der Felder in Köln-Brück, vor allem gegen die Bebauung (Eiskaulenweg / Flehbachaue) aus [s. Anhang Abb. StnID 1008294].</p> <p><b>Flächenbezeichnungen:</b></p> <p>K_ASB-Brück ? (Eiskaulenweg / Flehbachaue) -&gt; <b><u>Ablehnung</u></b></p> <p><b>Begründung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasserschutzzone.</li> <li>• Zersplitterung der Auenlandschaft und Abspaltung der Flehbachaue. Abschirmung der Flehbachaue für Tiere.</li> <li>• Der Raum für Tiere darf nicht weiter eingeschränkt werden ? (Füchse, Eichhörnchen, Enten, usw.).</li> <li>• Zahlreichen wertgebenden, in NRW gefährdeten/streng geschützten Arten der Agrarlandschaft: Feldlerche, Wachtel, Feldhase, Bluthänfling.</li> <li>• Überschwemmung- und Hochwasserschutz.</li> <li>• Nicht berücksichtigte, wertgebende Biotope/Arten: historische strukturreiche Kulturlandschaft</li> <li>• Die Felder sind Ausgleichsflächen.</li> <li>• Köln braucht Grünflächen.</li> <li>• Für die Ernährung- und Versorgungssicherheit bedeutsame landwirtschaftliche Nutzflächen.</li> <li>• Klimazone - Die heiße Luft kann auf den Feldern besser zirkulieren, als wenn mit die Felder mit Asphalt und Dächern ausgebaut werden.</li> <li>• Lärmschutzzone des Flughafen Köln/Bonn.</li> <li>• Infrastruktur funktioniert nicht. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es ist jetzt schon immer Stau.</li> <li>• Zu wenig Schulen / Kindergärten.</li> </ul> </li> <li>• Artenschutz.</li> <li>• Bestandteil einer Kaltluftschneise von wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt.</li> <li>• Es sind genügend Alternativflächen im bestehenden allgemeinen</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Siedlungsbereich von Rath-Heumar, Brück, Neubrück vorhanden.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008294\\_1.pdf](#)



AZ: Ö-M-1527

1003430

1007168\_001

**Inhalt**

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab. Hierin ist nördlich von Hückelhoven-Baal östlich und westlich der B57 vorgesehen, bis zu 50 ha hochwertiges Ackerland - darunter ca. 30 ha, die seit vielen Jahren entsprechend den Vorgaben der Bio-Landwirtschaft bewirtschaftet werden - in ein Gewerbe- und Industriegebiet umzuwandeln.

Solch nachhaltig bewirtschaftete Ackerflächen leisten auf vielfältige Weise einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, fördern die Artenvielfalt und dienen der regionalen Versorgung. Der Kreis Heinsberg und die Stadt Hückelhoven können stolz auf die bio-landwirtschaftlich genutzten Flächen sein und sollten nachhaltige Landwirtschaft nach Kräften fördern. Von dem geplanten Forschungscampus für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung, der im benachbarten Erkelenz entstehen soll, könnten hierzu bedeutende Impulse für unsere in weiten Teilen landwirtschaftlich strukturierte Region ausgehen. Ich halte es nicht für klug und verantwortungsbewusst, weitere hochwertige Böden zu versiegeln.

Ich bitte Sie den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.  
Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Stellungnahme.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

**Inhalt**

Die [anonymisiert] mit Sitz in Zülpich-Schwerfen betreibt den [anonymisiert] [Abb.]. Als betroffenes Unternehmen nehmen wir hiermit Stellung zu dem Entwurf des Regionalplans Köln. zu 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen Der Regionalplan-Entwurf sieht unter Z.26 "BGG sichern" vor, Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) als Vorranggebiete festzulegen. "Der Festlegung liegen dabei die Wasserschutzzonen (Trinkwasserschutzzonen, Heilquel/enschutzzonen) Ibis III A zugrunde." "Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser dauerhaft gesichert wird." "Zusätzlich zu diesen Vorranggebieten sollen sogenannte erweiterte Einzugsbereiche, mit einem Vorbehalt für wasserwirtschaftliche Funktionen oder Nutzungen aufgenommen werden (G.46 "Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen"). "Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung oder für eine zukünftige Trink- und Heilwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III BI III C der jeweiligen Wasserschutzzonen ... ". "Innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trink- und Heilwassergewinnung soll dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden." "Planungen und Maßnahmen, die potentiell eine erhebliche Gefährdung der Trink/ Heilwassergewinnung darstellen, sollen aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen). Soweit wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen zulässigerweise bereits bestehen, wird über deren weitere Entwicklung, sofern nicht raumbedeutsam, auf fachplanerischer Ebene entschieden." Stellungnahme: Die Ausweisung einer Wasserschutzzone kann gern. § 52 WHG zu Einschränkungen bzw. zur Untersagung von Nutzungen von Grundstücken führen. Dieser Eingriff in die Grundrechte erfordert bei der Ausweisung von Wasserschutzzonen die Untersuchung und Erfassung der tatsächlichen wasserwirtschaftlichen und hydrogeologischen Gegebenheiten. Bei Vorliegen dieser Daten ermöglicht das WHG gern. § 52 Abs. 2 zudem eine vorläufige Unterschutzstellung von Gebieten für einen Zeitraum von max. 3 Jahren. Mit dieser

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und der Grundsatz 46 wird angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

Gemäß Ziel 7.4-3 LEP NRW sind Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer, die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Entsprechende festgesetzte und geplante Bereiche sind als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) festzulegen und für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen zu sichern. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben werden in den Wasserschutzzonenverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzzonenverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen zu schützen und zu sichern. BGG überlagern zum Teil andere Festlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzzonenverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Z.26 setzt diesen Schutz der Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer

zeitlichen engen Begrenzung nimmt der Gesetzgeber Rücksicht auf die Wahrung der Grundrechte der innerhalb der geplanten Schutzzone gelegenen Betriebe und Grundstückseigentümer. Durch die geplante Ausweisung eines erweiterten Einzugsbereiches zur Verankerung der geplanten Wasserschutzzone III B für das gesamte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage "Oberelvenich" werden bereits auf der Ebene der Regionalplanung Betriebe eingeschränkt bzw. Vorhaben verhindert, obwohl das Wasserschutzgebietsverfahren für das schon seit betriebene Wasserwerk "Oberelvenich" erst noch in der Vorbereitung ist. Von der Ausweisung eines erweiterten Einzugsbereiches für eine geplante Wasserschutzzone III B im Regionalplan-Entwurf wäre unser im Kreis Euskirchen gelegene Tagebau betroffen. Der Betrieb des Klebsand- und Tontagebaus sowie die geplante parallele Nutzung als Deponiestandort für Böden der Bleibelastungszone würde erheblich beeinträchtigt bzw. verhindert werden.

entsprechend gemäß LEP NRW um.

1007422

## Inhalt

zu 4.3 Schutz der Natur und Landschaft 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur 2.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern  
Die vorgesehenen Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) werden als Vorranggebiete festgelegt zum Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Stellungnahme: Das im Regionalplan-Entwurf vorgesehene BSN berücksichtigt nur teilweise die in der bestandskräftigen Genehmigung für den Tontagebau [anonymisiert] enthaltenen Rekultivierungsmaßnahmen. Die Genehmigung enthält im Sinne des Biotopverbunds Bereiche für den Arten- und Biotopschutz entsprechend den naturschutzrechtlichen Vorgaben. Als weitere Ausgleichsmaßnahmen sind landwirtschaftliche Nutzflächen festgelegt. Der Regionalplan-Entwurf sollte diese bestehenden Rekultivierungsverpflichtungen vollumfänglich berücksichtigen.

## Anhänge

[Abb\\_ID\\_1007422.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrichtung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtäumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsfächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nach den Regeln des gesamtäumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Der Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe trifft im textlichen Ziel *Bestandsschutz für zugelassene Abtragungen* regionalplanerische Vorgaben zu bestehenden Abtragungen, die zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe über eine Zulassung verfügen und sich außerhalb eines BSAB befinden. Diese Abtragungen unterliegen dem Bestandsschutz, sofern die entsprechende Zulassung zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe rechtswirksam war bzw. ist. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden somit nicht berührt. Änderungen an bestandskräftigen Zulassungen für Abtragungen außerhalb eines BSAB gemäß Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe müssen hingegen die jeweils einschlägigen Erfordernisse der Raumordnung beachten bzw. berücksichtigen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bestandskräftige Abtragungsgenehmigungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1007423	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu 5.3 Entsorgungsinfrastruktur 5.3.2 Deponien Z.42 Neue Standorte für Deponien raumverträglich steuern G.69 Flächeninanspruchnahme für neue Standorte für Deponien reduzieren Stellungnahme: Der Regionalplan-Entwurf enthält für den Bereich der Bleibelastungszone nur die in der Stilllegungsphase befindliche Zentrale Mülldeponie Mechernich. Diese Deponie wird als ortsnahe Standort zur Entsorgung von Bodenmaterial aus der Bleibelastungszone genutzt. Für die zukünftige, ordnungsgemäße Entsorgung von Böden der Bleibelastungszone ist nach der Schließung der Deponie Mechernich ein weiterer Standort in diesem Raum erforderlich. Der Klebsand- und Tontagebau "Karl" kann parallel zur Tongewinnung als Deponie betrieben werden. Der Tagebau soll daher als Standort für eine Deponie für Böden der Bleibelastungszone im Regionalplan Berücksichtigung finden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Der Deponiestandort liegt innerhalb des Anwendungsbereichs von "G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen" bzw. "G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern". Auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen ist zu berücksichtigen, dass dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

--	--

AZ: Ö-M-1529	
1003433	
1007171_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu Z.19</p> <p>a) Auf Basis des Vorgenannten regen wir an, die Bereiche für den Schutz der Natur nicht als Ziele der Raumordnung auszuweisen.</p> <p>Begründung: Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Landes- oder Regionalplanung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 ROG).</p> <p>Voraussetzung ist damit, dass die Aussage der Raumordnung eine strikte inhaltliche Vorgabe enthält. Die Zielvorgabe muss eine abschließende Abwägung enthalten. Dem ist erst dann genügt, wenn die Planaussage auf Ebene der Raumordnung keiner Ergänzung mehr bedarf. Soweit Ziele verbindliche Aussagen treffen, darf den nachgeordneten Planungsträgern nicht die Möglichkeit eingeräumt werden, sich durch eine eigene Abwägungsentscheidung über die landesplanerische Abwägung hinwegzusetzen, <i>vgl. hierzu ausführlich Hessischer VGH, Urteil vom 29.06.2016 - 4 C 1140/14.N, juris Rn. 141 ff., vgl. aus der Rechtsprechung aus NRW auch z.B. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 28.01.2005 - 7 D 35/03, ZUR 2005, 324.</i></p> <p>Die materiellen Anforderungen an das Vorliegen eines Ziels der Raumordnung sind damit hoch: insbesondere gehen ernstzunehmende Zweifel hinsichtlich der räumlichen und sachlichen Bestimmbarkeit zulasten der Zielqualität, <i>vgl. Hessischer VGH, ebd.</i></p> <p>Das OVG Nordrhein-Westfalen hatte bereits im Hinblick auf die Programmsätze eines anderen Regionalplans, der ebenfalls Bereiche zum Schutz der Natur festlegt, Erwägungen zur Zielqualität angestellt. Nach den dort betrachteten Programmsätzen sind die BSN von Nutzungen freizuhalten, die mit dem Schutzstatus unvereinbar sind („Schutzbedürftigkeit angepasste Nutzung“) und als Naturschutzgebiete auszuweisen. Zudem beinhalten diese die Aussagen, dass dem Arten- und Biotopschutz Vorrang vor beeinträchtigenden raumbedeutsamen Maßnahmen und Planungen zu gewähren und Nutzungen nach Art und Intensität den jeweiligen standörtlichen Erfordernissen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Biotope anzupassen sind. Das OVG Nordrhein-Westfalen hatte im dort zu entscheidenden Fall offengelassen, ob die vorstehenden Planaussagen wegen ihrer offenen Formulierungen als verbindliche und abschließend abgewogene Ziele der Raumordnung angesehen werden könnten, <i>OVG Nordrhein-</i></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Der Regionalplan Köln trifft als Raumordnungsplan gemäß § 7 Raumordnungsgesetz (ROG) Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Planungsraumes, welche zu beachten sind. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben für die Bauleitplanung. Zudem werden Grundsätze der Raumordnung festgelegt, die der nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidung unterliegen und zu berücksichtigen sind. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Regelungen der Raumordnung treffen keine fachlichen Entscheidungen mit unmittelbarer Verbindlichkeit für jedermann, d.h. für den Bürger als Grundrechtsträger und unter Ausschluss weiterer Verwaltungsverfahren. Sie bilden nur den Rahmen und die Grundlage für die weiteren Entscheidungen der zuständigen Verwaltungsbehörden nach den jeweiligen Fachgesetzen. (vgl. VerfGH Bayern Entscheidung v. 14.2.2008 ? Vf. 1-VII-07, BeckRS 2008, 33624, beck-online)</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen daher nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Diese werden durch Grundsätze, die nicht abschließend örtlich oder sachlich endabgewogen sind, ergänzt. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen.</p> <p>Das Ziel 22 ist wie folgt geändert worden: Waldbereiche sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Sicherung und Entwicklung von Wald und dessen für die nachhaltige Holzproduktion, für den Arten- und Biotopschutz, die Kulturlandschaft, die landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung, den Klimaschutz und des</p>



*Westfalen, Urteil vom 20.01.2020-2 D 100/17, BeckRS 2020, 3062 Rn. 109.*

Diese Voraussetzungen erfüllen die Bereiche für den Schutz der Natur nicht. Dies ergibt sich bereits daraus, dass die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems lediglich als "Soll-Vorschrift" formuliert ist und zugleich noch unter einem Möglichkeitsvorbehalt für den Hochwasserschutz steht. Darüber hinaus ist die Ausweisung als Vorranggebiet hier auch nicht sachgerecht. Hierbei handelt es sich um die strengste Festlegung im Instrumentarium des Regionalplans. Ein Rückgriff hierauf ist - wie sich aus den unter Ziffer 2 stehenden Ausführungen zu den zeichnerischen Festlegungen ergibt - nicht erforderlich.

b) Sofern entgegen unserer Anregung die Zielqualität in Bezug auf BSN beibehalten werden soll, bitten wir um Klarstellung, dass die ordnungsgemäße Forstwirtschaft als solche generell mit der Ausweisung als BSN vereinbar ist. Gleiches gilt für die ausnahmsweise Zulassung von Windenergieanlagen insofern, als diese jedenfalls nicht mit der Einschränkung versehen werden sollte, dass eine Realisierung an anderer Stelle nicht möglich ist.

Begründung:

Zu den grundsätzlichen Bedenken gegen die Ausweisung von BSN s.o. zu Ziff. 2.

Hilfsweise, für den Fall, dass gleichwohl BSN festgelegt werden, muss sichergestellt sein, dass dort wie bisher ordnungsgemäße Forstwirtschaft betrieben werden kann. Dies ist auch im allgemeinen Interesse: Bewirtschafteter Wald bindet mehr CO<sub>2</sub> als nicht bewirtschafteter Wald, er weist eine höhere Artenvielfalt auf, sichert außerdem Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung, und er liefert nachhaltig heimische Rohstoffe und schafft so Unabhängigkeit von Holzimporten.

Es wäre eine bedenkliche Entwicklung, auf regionale Holzerzeugung zu verzichten oder Maßnahmen zu ergreifen, die die regionale Holzerzeugung unverhältnismäßig erschweren. Denn im Gegenzug müsste Holz aus solchen Ländern bezogen werden müsste, in denen dieser Rohstoff mit wesentlich weniger Rücksicht auf die Umwelt gewonnen wird (so auch BMEL s.o.). Denn dass das Holz gebraucht wird, steht ja außer Frage. Nur wäre es widersinnig, Holz, was in heimischen Wäldern wächst, dort nicht zu bewirtschaften, um es gleichzeitig mehrere tausend Kilometer zu transportieren.

Landschafts- und Naturhaushalts. Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, sind in der Regel ausgeschlossen. Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt wird, dass für die in Anspruch genommenen Waldflächen neue Waldflächen in mindestens gleichem Flächenumfang geschaffen werden und diese grundsätzlich geeignet sind, die betroffenen Waldfunktionen zu ersetzen.

Der Waldbereich dient somit unter anderem der nachhaltigen Holzproduktion und schließt sie nicht aus. Die ordnungsgemäße Forstwirtschaft fällt folglich nicht unter die ausgeschlossenen Planungen und Maßnahmen. Gemäß Grundsatz 7.3-2 LEP NRW soll die nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft ökologisch intakte, leistungsstarke Waldbestände erhalten, vermehren und entwickeln. Dabei soll darauf geachtet werden, die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig zu sichern. Die Funktionen sind grundsätzlich gleichrangig, es kann aber im Einzelfall erforderlich sein, mittels fachgesetzlicher Regelungen Prioritätensetzungen vorzunehmen. Dies ist auch im Grundsatz 38 verankert.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

1007470

## Inhalt

Zu der öffentlichen Bekanntmachung Vorliegend erweist sich die öffentliche Bekanntmachung zum Beteiligungsverfahren als fehlerhaft. Begründung: a) Durch verschiedene Formulierungen besteht die Gefahr, dass interessierte Bürgerinnen und Bürger von einer Stellungnahme abgehalten werden. In der Rechtsprechung des BVerwG ist geklärt, dass die öffentliche Bekanntmachung keine Zusätze oder Einschränkungen enthalten darf, die geeignet sein könnten, auch nur einzelne an der Bauleitplanung interessierte Bürgerinnen und Bürger von der Erhebung von Stellungnahmen abzuhalten. Diese Rechtssätze sind auf § 9 Abs. 2 ROG übertragbar. Daran gemessen stellt etwa der Hinweis, es könnten "schriftliche Hinweise, Anregungen und Bedenken" abgegeben werden, eine unzulässige Einschränkung dar, vgl. BVerwG, Beschluss vom 10. Juni 2020 - 4 BN 55.19 - juris, Rn. 5 f. Vorliegend heißt es in der Bekanntmachung wörtlich: „Die Stellungnahmen per Post oder E-Mail sollen unter Angabe des vollständigen Namens und der Anschrift des Stellungnehmenden abgegeben werden " Im Weiteren wird angegeben, dass die Stellungnahme nur auf drei Wegen eingehen kann: Elektronisch über das Portal, elektronisch per Mail oder postalisch. Damit wird der Eindruck vermittelt, dass eine Beteiligung nur in dieser Form erfolgen kann. Das birgt die Gefahr, dass eine interessierte Bürgerin oder ein interessierter Bürger, die oder der zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme nicht in der Lage ist, andere Möglichkeiten der Beteiligung, etwa eine Stellungnahme zur Niederschrift bei der zuständigen Stelle, von vornherein nicht in Erwägung zieht, vgl. OVG NordrheinWestfalen, Urteil vom 11.06.2021 - 11 D 106/19.NE, juris Rn. 72, mit Verweis auf BVerwG, Beschluss vom 10. Juni 2020 - 4 BN 55.19 - juris, Rn. 5 f. Dies stellt eine unzulässige Einschränkung dar, denn eine Stellungnahme "zur Niederschrift" ist in der Bekanntmachung nicht enthalten. Ein verständiger Leser muss das Erfordernis der Schriftlichkeit auf alle Formen möglicher Stellungnahmen beziehen. Der Umstand, dass die Besucheranschrift und nicht lediglich ein Postfach angegeben worden ist, macht ebenfalls nicht deutlich, dass Einwendungen auch persönlich zur Niederschrift vorgetragen werden können, denn dies wird einem Bürger mit durchschnittlichen Kenntnissen kaum auffallen. b) Die Bekanntmachungen sind zudem nicht geeignet, die mit der Auslegung gemäß § 9 ROG bezweckte Anstoßfunktion auszulösen. Nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG soll die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung eines Bauleitplans gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB eine Anstoßwirkung auslösen. Die Öffentlichkeit soll dazu bewegt werden, sich über die gemeindlichen Planungsabsichten zu informieren und gegebenenfalls mit Anregungen und Bedenken zu der Planung beitragen (vgl. § 3 Abs. 2 Satz 2, HS 2 BauGB). Die Bekanntmachung muss demnach in einer Weise geschehen, die geeignet ist, dem an der beabsichtigten Planung interessierten Bürger sein Interesse an Information und Beteiligung durch Abgabe einer Stellungnahme bewusst zu machen. Hierfür ist erforderlich, dass erkennbar ist, welches Planungsvorhaben betrieben wird. Diese ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung im Baugesetzbuch von der

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

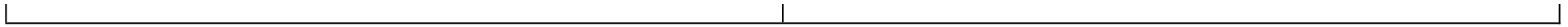
### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln erfolgte gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG NRW) i.V.m. § 3 Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG). Diese Form der Bekanntmachung und der Möglichkeiten zur Abgabe von Stellungnahmen entsprechen den rechtlichen Vorgaben und sind rechtlich nicht zu beanstanden.

Rechtsprechung entwickelten Grundsätze sind auf Bekanntmachungen öffentlicher Auslegungen eines Regionalplanentwurfs zu übertragen, vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23.05.2019 - OVG 2 A 4.19, juris Rn. 48. Auch mit ihnen soll die interessierte Öffentlichkeit dazu angeregt werden, sich mit dem Planentwurf auseinanderzusetzen und Stellungnahmen abzugeben. Dem steht nicht entgegen, dass nicht alle Festlegungen eines derartigen Plans anders als die Festsetzungen eines Bebauungsplans - unmittelbar auf die Ebene der Öffentlichkeit durchschlagen. Während Ziele der Raumordnung bei Planungen, Maßnahmen und Entscheidungen zwingend zu beachten sind, sind Grundsätze der Raumordnung lediglich in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung ist aber unabhängig davon erforderlich, ob der Regionalplan Ziele oder lediglich Grundsätze der Raumordnung festlegt, mit der Folge, dass Fehler bei der Auslegungsbekanntmachung nicht nur die Zielfestlegungen des Plans, sondern auch die Grundsätze der Raumordnung erfassen. Eine Übertragung der an die Bekanntmachung der Auslegung von Bauleitplänen zu stellenden Anforderungen hinsichtlich der Kennzeichnung des überplanten Gebiets auf einen Regionalplan scheitert zudem nicht an dessen sehr viel größerem Maßstab und Geltungsbereich. Das Plangebiet kann etwa durch Angabe der betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte in ausreichender Erkennbarkeit umrissen werden, ohne die Bekanntmachung zu überfrachten und damit ihren Hinweiszweck zu konterkarieren. Insoweit ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die in der Rechtsprechung des BVerwG aufgestellten Anforderungen an die erforderlichen Angaben zu den Arten verfügbarer Umweltinformationen in der Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 BauGB im Verfahren zur Aufstellung eines Raumordnungsplans entsprechende Anwendung finden dürften. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB bestimmt ausdrücklich, dass in der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung von Bauleitplänen Angaben dazu gemacht werden müssen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind. Daraus hat das BVerwG gefolgert, dass die in den vorhandenen Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren sind. Eine dem § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB entsprechende Regelung findet sich zwar weder im ROG noch im LPlG NRW, es spricht jedoch viel dafür und ist höchststrichterlich auch noch nicht geklärt, dass die in der Rechtsprechung zu § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB entwickelten Anforderungen auf das Verfahren nach dem Raumordnungsgesetz übertragen werden können. Darüber hinaus fordert die Bekanntmachung von der Öffentlichkeit, dass die Stellungnahme "im Hinblick auf die weitere Verarbeitung möglichst eine Zuordnung zu den einzelnen Teilen der Planunterlage enthalten" soll. Damit werden die Bürgerinnen und Bürger davon abgehalten, eine Stellungnahme abzuhalten, weil ihnen eine entsprechende Zuordnung letztlich nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Diese hohen Hürden werden auch nicht dadurch abgemildert, dass das Wort "möglichst" in die Bekanntmachung aufgenommen worden ist. Letztlich hat die gesamte Formulierung eine extrem abschreckende Wirkung und führt im Ergebnis dazu, dass viele Bürgerinnen und Bürger keine Stellungnahme abgeben.



1007472	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu den zeichnerischen Festlegungen, Blatt 11 der Festlegungskarte (Kreis Euskirchen)</p> <p>Rund um die Oleftalsperre wie auch um die geplante Platiß- und Pretherbachtalsperre einschließlich der jeweiligen Zuläufe sind Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) festgelegt. Wir bitten Sie, diese Festlegungen zurückzunehmen.</p> <p>Gleiches gilt für die Festlegung von BSN südlich von Bronsfeld sowie nördlich und südlich von Kerperscheid (beide Schleiden), ferner nördlich und südlich der Verbindungsstraße zwischen Olefund Wintzen (ebenfalls Schleiden).</p> <p><b>Begründung:</b>  Das [ANONYMISIERT] Forstamt betreibt in dieser Region seit langer Zeit ordnungsgemäße Forstwirtschaft. Die Gesellschaft ist "PEFC"-zertifiziert, was garantiert, dass Holz- und Papierprodukte aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammen. Nicht zuletzt dank der nachhaltigen Bewirtschaftung durch unser Forstamt konnten sich die im Forst [ANONYMISIERT] vorhandenen Waldstrukturen erst entwickeln.</p> <p>Die Notwendigkeit zu Schutzgebietsausweisungen besteht daher nicht. Es ist auch nicht erforderlich: Der Eigentümer einer Waldfläche hat ein ureigenes Interesse daran, dass die Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden. Unternehmerische Entscheidungen, die "gegen die Natur" getroffen werden, führen unweigerlich dazu, dass die unternehmerische Substanz über die Jahre verschwindet. Schutzgebietsausweisungen, die aufgrund der Festlegung von BSN geboten wären, können vielmehr zu erheblichen Eingriffen in den ausgeübten und eingerichteten forstwirtschaftlichen Betrieb führen. Denn der Klimawandel schafft Herausforderungen, denen z.B. auch durch die Wahl nicht heimischer Baumarten begegnet werden muss. Dem können Ausweisungen als BSN entgegenstehen. Der Ausschluss bestimmter Baumarten reduziert erheblich die Flexibilität bei der waldbaulichen Gestaltung. Dies aber hat unweigerlich Auswirkungen auf die Fähigkeit der Gesellschaft, mit neuen Lösungen flexibel auf die Herausforderungen zu reagieren, konkret: den Wald klimastabil zu entwickeln. Die Patentlösung zu den gegenwärtigen Herausforderungen liegt nicht auf der Hand. In dieser Situation ist es geboten, der Kreativität der Privatinitiative den Raum zu geben, der erforderlich ist.</p> <p>Gleiches gilt für die Anlage von Löschteichen oder Nasslagerplätzen. Beides sind wesentliche Elemente bei der Schaffung von resilienten Strukturen.</p> <p>Insgesamt steht hinter den Ausweisungen als BSN und dadurch veranlassten Unterschutzstellungen die Hoffnung, einen bestimmten Zustand der Natur zu konservieren. Dies kann indes nicht gelingen. Es ist vielmehr zu erwarten, dass die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Festlegung ?BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer</p>

Ausweisung das Gegenteil des eigentlich von ihr verfolgten Zweckes befördert, nämlich, dass sie den Zustand der Natur verschlechtert. Wenn man den Wald als Wald erhalten will muss die Möglichkeit bestehen, flexibel auf diese Änderungen zu reagieren, muss man auch neue Wege beschreiten können. Dem Wandel lässt sich nur durch einen Wandel der Methoden begegnen, nicht aber durch den Versuch einer Konservierung. Dies sieht auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in seiner Broschüre "Waldpflege - Ziele, Maßnahmen, Wirtschaftlichkeit" so: So heißt es dort auf Seite 1

"An unsere Wälder werden vielfältige Ansprüche gestellt: Die Gesellschaft verlangt Leistung für die Umwelt und den Naturhaushalt sowie für die Erholung. Die Volkswirtschaft muss mit dem wertvollen, umweltfreundlich erzeugten und CO<sub>2</sub>-bindenden Rohstoff Holz versorgt werden. Und natürlich muss der Waldeigentümer finanzielle Erträge aus dem Wald erwirtschaften, ohne die die Pflege des Waldes und die Erfüllung dieser Funktionen gar nicht erst möglich wäre ... ",

und weiter auf Seite 7:

"Ohne Eingriffe des Menschen entwickeln sich die Wälder selten so wie dies von der Gesellschaft erwünscht ist. So sind Qualität, Mischung, hohe Produktivität und auch Stabilität nicht unbedingt Ziele der Natur. Waldbewirtschaftung ist deshalb unverzichtbar."

Hinzu kommt, dass die Ausweisung von BSN mit der in diesen Gebieten - insbesondere im Hellenthaler Wald und in Hollerath - vorgesehenen Flächennutzungen für Energieprojekte (u. a. Windkraft) in Konflikt gerät (näher hierzu s.u. Ziff. 8). Schließlich muss die Prüfung der Schutzwürdigkeit eines Gebietes den örtlichen Fachbehörden überlassen bleiben. Die Ausweisung als BSN greift dieser Prüfung vor.

Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

**Inhalt**

Wie sich zudem aus Z.37 ergibt, soll die Realisierung von Windenergieanlagen ausnahmsweise auch in BSN zulässig sein. Z.37 enthält keine mit Z.19 vergleichbare Einschränkung in Bezug auf die Realisierung an anderer Stelle. 4. Zu Z.20 "Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern" Z.20 erhält die verbindliche Vorgabe, innerhalb von BSN für den regionalen Biotopverbund bedeutsame Flächen zu sichern und zu entwickeln, ferner, wertvolle Flächen als NSG zu sichern. Wir bitten, die verbindliche Vorgabe in eine "Kann-Regelung" zu ändern, ferner die Worte „und zu entwickeln" sowie den zweiten Satz "Wertvolle Flächen ... als NSG zu sichern." ganz zu streichen. Begründung: a) Auf Ebene des Regionalplans ist es zwar möglich, die raumbedeutsamen Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Landschaftsprogrammen und Landschaftsrahmenplänen zu koordinieren und durch Ziele der Raumordnung zu sichern. Gebiete mit besonderer Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege werden in der Landschaftsplanung dargestellt; das gilt auch für Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Sie sind bei der Aufstellung von Regionalplänen zu berücksichtigen. Der Raumordnung bleibt es unbenommen, aus den Vorgaben der informellen Landschaftsplanung und den rechtsverbindlich festgesetzten Schutzgebieten eine gesamträumlich integrierende Konzeption zu entwickeln. Es ist dem Träger der Raumordnung jedoch verwehrt, im Gewande überörtlicher Gesamtplanung auf der Grundlage des Naturschutzrechts zulässigerweise getroffene verbindliche fachliche Regelungen, wie sie Natur- und Landschaftsschutzverordnungen enthalten, durch eigene (gleichlautende oder abweichende) Zielfestlegungen zu überlagern oder zu ersetzen. Wie weit Schutzverordnungen Ausnahmen von den Verbotsregelungen zulassen, bestimmt sich ausschließlich nach den Erlaubnisvorbehalten der jeweiligen Verordnung. Die Landesplanungsbehörde darf die Wertungen, die dem verordnungsrechtlichen Schutzsystem zu Grunde liegen, nicht beiseiteschieben und ein eigenes Schutzregime aufrichten, vgl. BVerwG, Urteil vom 30.01.2003 -4 CN 14/01 NVwZ 2003, 742, juris Rn. 27; vgl. auch aktuell Niedersächsisches OVG, Urteil vom 12.04.2021 -12 KN 159/18, BeckRS 2021, 8419 Rn. 110. Die vorstehenden Erwägungen zeigen, dass die Ausweisung von Schutzgebieten der Regionalplanung letztlich vorgelagert ist und hieraus ein gesamträumliches Konzept entwickelt werden kann. Vorliegend wird der umgekehrte Weg gegangen, indem auf übergeordneter Ebene letztlich eine Pflicht zur Ausweisung von NSG geschaffen wird, die aber eine konkrete Betrachtung der Einzelstandorte erforderlich macht. Hierdurch wird das Schutzregime des Naturschutzrechts letztlich umgangen. Zwischen Festlegung als BSN und Sicherung durch fachplanerische Instrumente darf kein Automatismus bestehen. Denn je nach Grund für die Festlegung als BSN kann die Umsetzung mittels fachplanerischer Instrumente nicht erforderlich oder unverhältnismäßig sein. b) Die "Entwicklung" - d.h. insbesondere: Veränderung - privater Flächen kann nicht ohne den Eigentümer der Flächen erfolgen. Eigentums- und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen in Bezug auf die Realisierung von Windenergieanlagen werden aus dem Prozess der Regionalplan-Neuaufstellung ausgeklammert und in einem separaten Verfahren behandelt. Maßgebliche Vorgaben werden sich aus dem in 2023 in Aufstellung befindlichen LEP (Änderung) ergeben. Die in Ziel 20 gewählte Formulierung stellt einen verbindlichen Auftrag für die nachfolgende Ebene dar, der auf fachplanerischer Ebene in Bezug auf die räumliche Differenzierung zu konkretisieren ist und einen breiten Korridor für die Umsetzung beinhaltet. Die Bedenken richten sich insofern i.W. an nachfolgende Planungsebenen.

allgemeine Handlungsfreiheit überlassen dem Eigentümer die Entscheidung darüber, ob und wie er im Rahmen der Gesetze mit seinem Eigentum umgeht, ob er dieses "entwickelt" oder nicht, und ggf. wie. Das muss auch so sein, denn der Eigentümer trägt auch das Risiko. Das gilt selbstverständlich auch für Waldeigentum, wo sich die relevanten Entwicklungs-Entscheidungen beispielsweise an der Frage der Baumartenwahl bei Pflanzungen oder an der Planung des Holzeinschlags festmachen lassen. Der Eigentümer trägt Chancen und Risiken von "Entwicklungen", muss daher auch in eigener Verantwortung darüber entscheiden können. Die Entwicklung kann deshalb kein Handlungsauftrag an die staatlichen Planungsbehörden und deren nachgeordnete Behörden sein. Denn damit wäre ein erheblicher Eingriff in die Eigentumsfreiheit verbunden.

c) Die verbindliche Vorgabe, „wertvolle Flächen“ als NSG zu sichern, ist zu unbestimmt und zu eng. Zum einen bleibt unklar, was mit "wertvoll" gemeint ist. Zum anderen ist die Beschränkung auf eine Sicherung als NSG zu eng. Auch andere Instrumente können geeignet sein, die einen geringeren Eingriff in das Privateigentum bedeuten, insbesondere auch Instrumente des kooperativen Naturschutzes (Vertragsnaturschutz), wie es ja auch bei den Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen vorgesehen ist (Erläuterung 2 zu Z.20). Aus diesem Grund ist auch entsprechend der obigen Ausführungen bereits die Zielqualität gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 ROG zweifelhaft. Grundsätzlich ist es mehr als bedenklich, wenn Flächen, die durch Generationen von Förstern in einen aus heutiger Sicht erhaltenswerten Zustand gebracht worden sind, vor den heute im Wald tätigen Menschen ordnungsbehördlich geschützt werden.



1007474

## Inhalt

Zu Z.22 Nach Z.22 sind Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, ausgeschlossen. Hier bitten wir eine Bereichsausnahme für die Gewinnung von erneuerbaren Energien vorzusehen. Begründung: Gerade Gegenden wie die ausgedehnten Nadelwälder an der belgischen Grenze in der Gemeinde Hellenthal eignen sich ganz hervorragend für die Windkraft. Zum ersten ist die Windhöflichkeit hervorragend, zum zweiten sind die Siedlungsabstände ausreichend und zum dritten haben Nadelwälder ohnehin erheblichen Anpassungsbedarf mit Blick auf die gebotene Erhöhung des Mischungsgrads bei Baumarten. Diesen Gegebenheiten muss durch eine entsprechende Bereichsausnahme Rechnung getragen werden. Es kommt hinzu, dass nach Z.37 raumbedeutsame Windenergieanlagen in Waldbereichen grundsätzlich zulässig sein sollen. Damit ist gerade nicht die Verpflichtung zum Nachweis verbunden, dass die Inanspruchnahme von Waldbereichen "unvermeidlich" ist. Dieser Widerspruch ist aufzulösen. Zwischen der Windkraft und der Forstwirtschaft besteht auch ein nicht zu unterschätzender Zusammenhang dergestalt, dass die Erträge aus der Windkraft den erforderlichen Umbau in klimastabilen Mischwald erst finanzieren können. Die Erträge aus der an den Nadelbäumen fokussierten Holzwirtschaft leiden massiv unter den Zerstörungen, die klimatische Veränderungen mit sich bringen. Bis ein umgebauter Wald neue Erträge bringt, vergehen Jahrzehnte. Am Anfang aber stehen Investitionen, und Gelder hierfür können aus der Ausnutzung erneuerbarer Energiequellen stammen. Im Wald ist dies aber ganz überwiegend die Windkraft. Wasserkraft und Solarkraft kommen nur in Ausnahmefällen zum Tragen. Will man erreichen, dass privates Kapital eingesetzt wird, um den Umbau der Wälder zu finanzieren, so muss man dem privaten Eigentümer auch Gelegenheit geben, mittels Windkraft eben dieses Geld zu verdienen. Windkraft hat überdies den Vorzug, dass es nicht auf Dauer angelegt ist, denn sobald die Windenergieanlagen nach Auslaufen der Verträge abgebaut werden, kann dort wieder Wald entstehen, zumal die für eine einzelne Windenergieanlage benötigte Fläche deutlich weniger als 1 ha beträgt. In diesem Zusammenhang ist auch bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass durch eine einzelne Windenergieanlage deutlich mehr CO<sub>2</sub> eingespart wird, als von einem Wald auf gleicher Fläche gespeichert werden kann.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zu erneuerbaren Energien werden aus dem Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans ausgeklammert und in einem eigenständigen Teilplan behandelt werden. Maßgebliche Grundlage bilden die in 2023 auf den Weg gebrachten Änderungen des Landesentwicklungsplans. Diese beinhalten auch Festlegungen für die Windenergienutzung in Waldbereichen.

1007475

#### Inhalt

Zu G.38 und G.42 Wir bitten Sie, die Nutzfunktion des Waldes als nachhaltiger Rohstofflieferant und die damit zusammenhängenden Anforderungen - z. B. Holzlagerplätze, Löschteiche, Baumartenwahl - stärker in den Vordergrund zu stellen. Begründung: Die nachhaltige Nutzung von Holz ist in Zeiten des Klimawandels von noch größerer Bedeutung als bisher. Holz bindet CO<sub>2</sub>. Im Hinblick auf das Klima ist damit Holz anderen Baustoffen wie z. B. Zement oder Beton deutlich überlegen. Gleichzeitig sind unsere heimischen Wälder in der Lage, die Bauwirtschaft nachhaltig mit Holz zu versorgen. Dafür müssen die strukturellen Grundlagen der Holzproduktion gesichert werden. Dies betrifft sowohl den Waldbau als auch die zugehörige Infrastruktur (Wege, Holzlagerplätze, Löschteiche).

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die im Entwurf enthaltenen Festlegungen und Erläuterungen beinhalten die angesprochenen Aspekte für die raumordnerische Ebene in ausreichendem Maße. Die vorgeschlagenen Punkte gehen i.W. über den Regelungsgehalt raumordnerischer Festlegungen hinaus.

**Inhalt**

Zu Z.25 Die Festlegung von Flächen für die geplante Prether- und Platißbachtalsperre begrüßen wir grundsätzlich. Allerdings bitten wir die funktionale Festlegung des Trinkwasserschutzes aufzuheben. Hierzu besteht kein Bedürfnis. Jedenfalls wird darum gebeten, die diesbezügliche Zweckbestimmung um weitere Nutzungen - namentlich die in Erläuterung 3 genannten Zwecke Brauchwasser, Krafterzeugung, Erholung, Hochwasserschutz - zu ergänzen. Begründung: a) Eine Beschränkung der Zweckbestimmung ist nach den Vorgaben des LEP NRW nicht geboten. Dessen Z.7.4-4 verlangt lediglich die zeichnerisch festgelegten Standorte geplanter Talsperren in den Regionalplänen einschließlich bei geplanten Trinkwassertalsperren schutzbedürftigen Einzugsbereichen zeichnerisch festzulegen und als langfristige Option für ggf. künftig notwendige Talsperren zu sichern. Es ist daher nicht zwingend bereits im aktuellen Regionalplan eine konkrete Zweckbestimmung vorzusehen. Es ist ausreichend, wenn sichergestellt wird, dass keine Nutzungen zulässig sind, die der Nutzung als Talsperre generell entgegenstehen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Realisierung Prether- und Platißbachtalsperre bereits nach den Erläuterungen zu Z.7.4.4 (wenn überhaupt) erst nach 2025 erfolgen könnte. Es geht hier lediglich darum, dass die Standorte nicht für ggf. notwendig werdende zusätzliche Trinkwassergewinnungen und Abflussregulierungen unumkehrbar verloren gehen. b) Z.25 der Entwurfsfassung zur Regionalplanung regelt im Grundsatz lediglich, dass bestehende und geplante Talsperren als Vorranggebiete Oberflächengewässer festgelegt sind. Die Festlegung dient für geplante Talsperren dazu, den dafür erforderlichen Raum von allen Nutzungen freizuhalten, die deren Realisierung entgegenstehen könnten. Vor diesem Hintergrund ist jedenfalls für geplante Talsperren keine Zuordnung zu bestimmten in Erläuterung 3 genannten wasserwirtschaftlichen Zwecken geboten. Inwieweit diese vorliegen, ist erst im Rahmen des für die geplanten Talsperren noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahrens zu prüfen. Hier ist der Nachweis zu führen, dass diese zur Sicherung der Wasserversorgung oder anderer wasserwirtschaftlicher Zwecke unverzichtbar sind. Eine Vorfestlegung auf Ebene der Regionalplanung würde diese Prüfung vorliegend von vornherein beschränken. c) Darüber hinaus ergibt sich aus Erläuterung 3, dass Talsperren verschiedenen wasserwirtschaftlichen Zwecken gleichzeitig dienen können. Aus den Unterlagen ist nicht ersichtlich, warum für die Prether- und Platißbachtalsperre eine Beschränkung auf den Trinkwasserschutz notwendig sein soll. Eine solche ist auch für die Leppetalsperre und die Steinaggertalsperre nicht erfolgt. d) Sofern eine Zuordnung zur Zweckbestimmung Trinkwasser zwingend beibehalten werden sollte, bitten wir jedenfalls darum, diese um weitere Zweckbestimmungen (Brauchwasser, Krafterzeugung, Erholung, Hochwasserschutz) zu ergänzen. Diese werden auch in der Presse unter Verweis auf Herrn Dr. Gerd Demmy, Dezernent Gewässer und Investitionsprojekte beim WVER, bereits in Bezug auf die Prether- und Platißbachtalsperre genannt, wobei hier sogar vorrangig auf den Hochwasserschutz abgestellt worden ist

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Wie Sie richtig schreiben, gibt der LEP NRW der Regionalplanung in Ziel 7.4-4 die zeichnerische Festlegung von Standorten für geplante Talsperren zwingend vor. Daher besteht kein Abwägungsspielraum für eine Streichung. Der Erläuterungstext dazu (Tabelle 2 in Erläuterung 7 zu Z.25) informiert zur Übersicht über die entsprechende wasserwirtschaftliche Zweckbestimmung. Dass es, wie Sie ebenfalls schreiben, hier "lediglich" darum geht, dass die Standorte nicht für ggf. notwendig werdende zusätzliche Trinkwassergewinnungen und Abflussregulierungen unumkehrbar verloren gehen, ist genau der Sinn von Z.25 und seiner Erläuterung.

Für den "Vorsorgebereich Steinaggertalsperre" und den "Vorsorgebereich Leppetalsperre" hat das Ministerium für Natur, Umweltschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in seinem Schreiben vom 11.08.2022 den funktionalen Zusammenhang zum "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" bekräftigt. Um diesen für die Nutzer des Regionalplans deutlicher zu machen, wird für die beiden erstgenannten Vorsorgebereiche "N" für Niedrigwasseraufhöhung in Tabelle 2 in Erläuterung 7 zu Z.25 ergänzt. Diese Funktion ist bereits im rechtskräftigen Regionalplan Köln festgelegt. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse ID 1016477 verwiesen.

Den Grundsatz 7.4-5 LEP NRW zu Talsperren als Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie konkretisiert Z.25 im Regionalplan. Wie in der Begründung dazu ausgeführt, erfolgt keine regionalplanerische Angebotsplanung für Pumpspeicherkraftwerke, da keine geeigneten Standorte mit bereits hinreichend konkreten Planungen bekannt sind.

Zum Thema Windkraftanlagen: Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des

(<http://www.wochenspiegellive.de/schleiden/artikel/eine-tals-erre-im-latissbachtal>). Gerade in Zeiten des Klimawandels ist Wasser erst recht ein besonders kostbares Gut, nicht nur für die Versorgung mit Trinkwasser. Im Einzelnen: - Brauchwasser: Die Platißbachtalsperre läge inmitten des Arenbergischen Forstes. Dieser leidet- wie der Wald insgesamt- stark unter der anhaltenden Dürre. Für eine Brauchwassernutzung sprechen existenzielle Argumente: Soll der Wald umgebaut werden, oder muss Wald neu begründet werden, weil ganze Flächen einer Trockenkalamität zum Opfer gefallen sind, muss gepflanzt werden. Eine Naturverjüngung hilft dann nicht weiter, wenn es darum geht, andere Baumarten als die in der Nähe befindlichen Baumarten zu fördern. Fehlt es an der erforderlichen Versorgung mit Wasser, vertrocknen die jungen Pflanzen. Die Ausfallrate bei Kulturen hat sich infolge des rasanten Klimawandels innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Das bedeutet, dass die in einem Jahr vorgenommenen Pflanzungen aufgrund der Trockenheit im Folgejahr nahezu vollständig ausfallen können. Dies hat nicht nur erhebliche finanzielle Konsequenzen ( die Bepflanzung eines Hektars kostet mehrere Tausend Euro), sondern bedeutet, dass der von der Gesellschaft gewünschte Umbau der Wälder in klimastabile Mischwälder nur mit erheblicher Zeitverzögerung passiert (wenn überhaupt), weil immer wieder nachgepflanzt werden muss. Eine Bewässerung der Kulturen mittels Brauchwassers aus der Platißbachtalsperre würde dafür sorgen, dass Bäume nicht nur deutlich schneller, sondern überhaupt anwachsen und ihren Beitrag zum Klimawandel leisten. Hinzu kommt das deutliche gestiegene Risiko von Waldbränden, die in Hellenthal nicht nur große, zusammenhängende Waldbestände gefährden, sondern auch für das Trinkwasser in der benachbarten Oleftalsperre und dessen Schutz katastrophale Folgen hätten. Diese Umstände erzwingen die Brauchwassernutzung einer künftigen Platiß- und Pretherbachtalsperre. Gleiches gilt für das Erfordernis von Nasslagerplätzen. Die Bewässerung von Kulturen und die Löschwasserentnahme dienen der Walderhaltung. Sie sind unverzichtbare allgemeine Daseinsvorsorge.- Krafterzeugung: Die Dürre, die unser Land, aber auch unsere europäischen Nachbarn nun schon zum wiederholten Male heimsucht und zum neuen Normalfall zu werden droht, gefährdet auch die Stromversorgung (vgl. z.B. Handelsblatt vom 16.08.2018, Seite 6). Die Nutzung der Wasserkraft an der geplanten Talsperre kann in umweltschonender Weise zur Versorgungssicherheit beitragen. Eine solche Nutzung der Wasserkraft gerade an Talsperren ist auch erklärtes Ziel der amtierenden Landesregierung in NRW (vgl. Zukunftsvertrag für NRW, Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022-2027, Zeilen 608 f.). Zudem sieht Grundsatz 7.4.5. LEP NRW vor, dass bestehende und geplante Talsperren nach Möglichkeit in Regionalplänen und Flächennutzungsplänen zugleich als Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie gesichert werden. Es wäre geradezu unverständlich in Zeiten, in denen der Preis von Energie nahezu täglich steigt und die Gesellschaft die fatale Abhängigkeit von importierter Energie erkennt, ein Wasserkraftwerk nicht zu gestatten.- Erholung: Die Eifel ist auf den Tourismus als wichtige Einkommensquelle angewiesen. Eine Talsperre am Platiß- und Pretherbach würde die Attraktivität der Region aufwerten, denn sie ließe sich hervorragend mit Angeboten auch des "sanften Tourismus" verbinden (z.B. Umweltbildung, Wanderwege). Mittelbar bedeutet die Erholungsnutzung

Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Ge- und Verbote in Wasserschutzgebieten richten sich im Übrigen nach den entsprechenden Wasserschutzgebietsverordnungen, welche von der nachgeordneten Fachplanung festgelegt werden. Vergleiche hierzu auch die Ausführungen zu Z.26 sowie die entsprechende Begründung dazu.

auch eine Stärkung für die regionale Wirtschaft. Sanfter Tourismus, etwa in Form eines Umweltbildungszentrums, würde den zunehmend an natürlichen Zusammenhängen interessierten Menschen die Möglichkeit geben, mehr über den Zusammenhang von Wasser und Wald zu lernen. Letztlich bedarf eine funktionierende Umweltpolitik immer auch des Verständnisses der die demokratische Mehrheit tragenden Bürger. Hierzu kann ein Bildungszentrum beitragen. Hochwasserschutz: Dass Talsperren auch eine wichtige Funktion im Hochwasserschutz wahrnehmen, hat die Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 gezeigt. Eben jene Flutkatastrophe hat auch die Gebäude und Forstwege des Arenbergischen Forstamtes massiv getroffen und die Gesellschaft hat ein fundamentales Interesse daran, den Hochwasserschutz zu verbessern. Gerade an Olef und Urft, zu deren Einzugsgebiet der Platiß- und Pretherbach gehören, waren die Überschwemmungsschäden sehr groß. Eine Talsperre kann bei starken Niederschlägen und ansteigenden Pegeln wirkungsvoll zur Steuerung des Wasserabflusses beitragen. Eine Talsperre, bzw. ein Hochwasserrückhalteraum, ist in den Mittelgebirgstälern nahezu die einzige Möglichkeit, Hochwasserereignisse signifikant zu entschärfen. Bauliche Maßnahmen, wie z. B. natürliche Retentionsflächen, reichen in den Tälern bei weitem nicht aus. e) Demgegenüber ist die regionale Trinkwasserversorgung bereits durch die Olefalsperre sowie zusätzlich durch die derzeit in Fertigstellung befindliche Verbindungsleitung in die Südeifel (vereinbarter Netzverbund des Wasserverband Oleftal mit den Landwerken Eifel AöR, Rheinland-Pfalz) gesichert. Einer weiteren Trinkwassertalsperre bedarf es daher nicht. f) Zudem ergeben sich aus einer Trinkwassertalsperre Einschränkungen für die Forstwirtschaft und die Nutzung der Windkraft. Für den Fall, dass die geplante Talsperre zumindest auch der Trinkwasserversorgung dienen soll, ist klarzustellen, dass die Nutzung von Flächen für die Windkraft nicht nur im Bereich der Trinkwasserschutzzone III, sondern auch im Bereich der Trinkwasserschutzzone II möglich ist (vgl. hierzu, wonach nicht erkennbar sei, dass eine Befreiung von Verboten einer WSG-RVO im Hinblick auf Schutzzone II in keinem Fall in Betracht komme OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.05.2019- OVG 2 A 4.19, BeckRS 2019, 18436 Rn. 104; vgl. hierzu auch den rheinland-pfälzischen Leitfaden zum Bau und Betrieb von WEA in WSG aus Februar 2013).

**Inhalt**

Zu Kapitel 5.2.3. Erneuerbare Energien Wir bitten Sie, im neuen Regionalplan der Gewinnung Erneuerbarer Energien eine vorrangige Stellung einzuräumen und hierfür Vorranggebiete auszuweisen. Konkret regen wir an, in den textlichen und zeichnerischen Festlegungen die Waldgebiete entlang der belgischen Grenze in der Gemeinde Hellenthal (Gemarkungen Hellenthal, Hollerath und Losheim) als Vorranggebiete für Windkraft auszuweisen, ferner das Waldgebiet im Grenzbereich Schleiden/ Kali (Kindshardt), den Höhenberg (Gemeinde Dahlem, Gemarkung Kronenburg) sowie den Waldbereich in Blankenheim-Dollendorf, östlich der LI 15. Begründung: Der Entwurf des Regionalplans sieht bislang keine Vorranggebiete für Windkraft vor. Dies sollte aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben nachgeholt werden. Die Ausweisung von Vorranggebieten dient der beschleunigten Herstellung eines Zustands, in dem wir insgesamt unabhängiger von Energieimporten oder von fossilen Energieträgern sind. Dies gilt umso mehr, als die vorliegend gewählte Kategorisierung von sogenannten "Gunstbereichen" und "Prüfbereichen" keine rechtliche Grundlage im ROG findet und künftig der Nachweis der Flächenbeitragswerte durch Festlegung von Windenergiegebieten geführt werden muss. hn Einzelnen ist das Folgende auszuführen: Die Bedeutung des öffentlichen Interesses am Ausbau Erneuerbarer Energien ist hoch: Bereits die EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen vom 23. April 2009 (2009/28/EG) gibt den Mitgliedsstaaten die Festlegung verbindlicher nationaler Ziele vor, um bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch der Gemeinschaft zu einem Anteil von 20 % aus erneuerbaren Quellen zu decken. § 1 Abs. 2 EEG 2021 formuliert das Ziel, den Anteil des aus Erneuerbaren Energien erzeugten Stroms bis 2021 auf 65 % im Jahr 2030 zu steigern - mit Inkrafttreten des EGG 2023 wird dieses Ziel auf 80 % erhöht. Nach § 2 des insoweit ebenfalls bereits geänderten und in Kraft getretenen EEG 2021 ist durch den Bundesgesetzgeber klargestellt, dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen im "überragenden" öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Der Gesetzgeber will hiermit den Erneuerbaren Energien im Rahmen von Abwägungsentscheidungen einen Vorrang einräumen. In der Gesetzesbegründung wird darauf abgestellt, dass öffentliche Interessen in diesem Fall den Erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen können, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Der Ausbaupfad wird in § 4 Nr. 1 EEG 2023 für die Windenergieanlagen an Land näher dahingehend bestimmt, dass jeweils bestimmte Vorgaben für die im Ergebnis zu erreichende Steigerung der installierten Leistung festgeschrieben werden (57 Gigawatt im Jahr 2022, 62 Gigawatt im Jahr 2024, 65

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Gigawatt im Jahr 2026, 68 Gigawatt im Jahr 2028 und 71 Gigawatt im Jahr 2030). Damit sind die Zielvorgaben nach der früheren Fassung des EEG nachgeschärft worden, vgl. hierzu OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 12.03.2021 - 7 B 8/21, juris Rn. 59. Bereits § 4 EEG 2017 konkretisierte die allgemeinen Ziele in Bezug auf die Windenergienutzung dahingehend, dass sie nach § 1 Abs. 2 Satz 1 EEG 2017 durch einen jährlichen Brutto-Zubau von Windenergieanlagen an Land von 2.800 Megawatt in den Jahren 2017 bis 2019 und 2.900 Megawatt ab dem Jahr 2020 erreicht werden sollen. Tatsächlich sind nach einer Auswertung des Marktstammdatenregisters der Bundesnetzagentur (Datenstand:31.07.2022) durch das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) im Jahr 2020 lediglich 469 WEA an Land mit einer Leistung von 1.649,8 Megawatt, im Jahr 2021 496 WEA an Land mit einer Leistung von 1.926,4 Megawatt und in den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 lediglich 277 neue WEA an Land mit einer Leistung von insgesamt 1.152,4 Megawatt ans Netz gegangen, vgl. <https://www.windbranche.de/>. Damit blieb der Ausbau der Windenergie weit hinter den gesetzgeberischen Forderungen bzw. Zielen zurück, vgl. zum vorstehenden insgesamt OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 09.02.2021 - 1 B 11505/20, juris.

Das öffentliche Interesse am Ausbau der Windenergie wurde im Jahr 2020 nochmals durch das Investitionsbeschleunigungsgesetz seitens des Bundesgesetzgeber rechtlich verstärkt, insbesondere indem nunmehr die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen gegen immissionsschutzrechtliche Genehmigungen von Windenergieanlagen entfällt, vgl. § 63 BimSchG. Das BVerfG hat zudem in einer aktuellen Entscheidung die Pflicht des Staates zum Klimaschutz aus Art. 20a GG betont, was auch auf die Herstellung von Klimaneutralität abzielt, vgl. BVerfG Beschluss vom 24.03.2021 - 1 BvR 2656/18, juris. Dies ist nur durch einen massiven Ausbau Erneuerbarer Energien, darunter die Windenergienutzung als maßgeblicher Baustein, zu erreichen. Zudem wurde jüngst das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20.7.2022 (Wind-an-Land-Gesetz), vgl. BGBl. I 2022, S. 1353, beschlossen und verkündet. Das Gesetz wird zum 01.02.2023 in Kraft treten und soll den Ausbau der Erneuerbaren Energien nochmals drastisch beschleunigen. Es umfasst das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), welches die Flächenausweisungen für Windenergieanlagen an Land neu regelt sowie Änderungen des Planungsrechts, namentlich des Baugesetzbuches und des Raumordnungsgesetzes. Zur Erreichung der EEG-Ausbauziele müssen zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie an Land ausgewiesen werden. Dies soll mit dem Gesetz bis Ende 2032 umgesetzt werden. Nach dem Beschluss des Bundestags sollen bis 2027 1,4 Prozent der Flächen für Windenergie bereitstehen. Repowering-Maßnahmen am selben Standort sind vorzuziehen. Mit dem neuen Windflächenbedarfsgesetz werden somit den Ländern künftig verbindliche Flächenziele vorgegeben. Für Nordrhein-Westfalen beträgt der Flächenbeitragswert, der bis zum 31.12.2027 zu erreichen ist, 1, 1 % der Landesfläche und bis zum 31.12.2032 1,8 % der Landesfläche. Die Forstwirtschaft selbst ist in vielen Fällen auf die Erträge aus der Windkraft angewiesen, um den anstehenden, durch den Klimawandel notwendigen Waldumbau zu finanzieren. Die

Verwehrung der Möglichkeit der Windkraftnutzung käme insofern einer erheblichen Beeinträchtigung der Nutzungsfähigkeit des Eigentums und des Rechts am eingerichteten ausgeübten Gewerbebetrieb gleich. Es ist daher geboten, die Genehmigungspraxis von Windenergieanlagen soweit rechtlich und tatsächlich möglich, zu erleichtern und zu beschleunigen. Dem ist durch eine soweit vertretbar großzügige Ausweisung von Vorranggebieten Rechnung zu tragen. Andererseits ist sicherzustellen, dass durch konfligierende Ziele der Windenergienutzung nicht faktisch der außerhalb der Vorranggebiete gelegene Raum entzogen wird. Z.3 7 wird des Regionalplanentwurfs wird den vorstehenden gesetzlichen Vorgaben nicht gerecht. Durch den V erzielt auf Vorranggebiete und die gewählte Kategorisierung von Gunst- und Prüfbereichen werden keinerlei abschließend abgewogene Flächen, welche vorrangig für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen zu Verfügung stehen sollen und auf denen sich die Windenergie gegen anderweitige Nutzungen durchsetzt, festgelegt. Damit handelt es sich bei diesen Flächen im Ergebnis auch nicht um Windenergiegebiete im Sinne des § 2 Nr. 1 WindBG, denn sie sind weder Vorranggebiete noch mit diesen vergleichbare Gebiete. Selbst in den Gunstbereichen steht nicht abschließend fest, inwieweit sich diese für die Windenergie eignen, da im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW ihre Vereinbarkeit mit den jeweiligen regional planerischen Festlegungen erst nachgewiesen werden muss. Hinzu kommt, dass die Bereiche, welche grundsätzlich für raumbedeutsame Windenergieanlagen zur Verfügung stehen sollen, ihrerseits Einschränkungen für Windenergieanlagen aufweisen. Wie unter Ziffer 5 bereits dargelegt, sind Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen sollen - wozu grundsätzlich auch die Errichtung und der Betrieb von WEA gehören -, nach Z.22 ausgeschlossen und eine Inanspruchnahme ist nur ausnahmsweise zulässig, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen Waldbereichs bestehen und die Inanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird, mit anderen Worten der Nachweis geführt wird, dass die Inanspruchnahme Unvermeidlich ist. Im Ergebnis liegen damit zwei sich widersprechende Zielvorgaben vor. Gleiches gilt hinsichtlich der als "Prüfbereiche" festgelegten Flächen, in denen Windenergieanlagen ausnahmsweise zulässig sein sollen. Diese ausnahmsweise Zulassung ist an weniger strenge Voraussetzungen geknüpft als dies durch die Zielfestlegungen zu den jeweiligen Vorranggebieten vorgesehen ist, vgl. beispielsweise Z.19. Da somit nicht feststeht, auf welchen Flächen sich die Windenergie grundsätzlich oder zumindest ausnahmsweise durchsetzt, führt die gewählte Vorgehensweise im Übrigen dazu, dass diese Flächen nicht als anrechenbare Flächen im Sinne des § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 WindBG gelten. Sie können damit nicht der Erreichung des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswert dienen. Auch vor diesem Hintergrund sollte eine Abkehr von der bisherigen Planung stattfinden und im Regionalplan das Instrumentarium der Vorranggebiete angewendet werden. Vorliegend eignen sich dementsprechend insbesondere die Gebiete entlang der belgischen Grenze in Hellenthal, Hollerath und Losheim hervorragend für die Windkraft: die Windhöffigkeit ist gegeben, es bestehen ausreichende Siedlungsabstände, die Flächen sind ganz überwiegend mit Fichtenwäldern bestockt, teilweise durch Borkenkäferkalamität oder Windwurf



vorgeschädigt. Nicht zutreffend ist insoweit die Beschreibung zu LR-V-004 „Rureifel und westliche Hocheifel“, wonach diese von Laubwäldern mit hohem Buchenanteil bedeckt sei. Bestätigt wird die Eignung der vorgenannten Gebiete durch die Potentialstudie des Planungsbüros HKR, Reichshof, aus 2014 im Auftrag der Gemeinde Hellenthal (vgl. die Potenzialflächen bei Siedlungsabstand 1.000 m/ 600m in der als Anlage beigefügten Karte Nr. 4a, dort insbesondere die Bereiche 1000.1 (Wiesenhardt) und 1000.2 (Hollerath), aber auch die Bereiche 1000.10- 1000.13 (Losheim)). Aber auch die weiteren genannten Bereiche Kindshardt (Grenzgebiet Stadt Schleiden/ Gemeinde Kall, östlich von Wintzen), Höhenberg (Gemeinde Dahlem, Gemarkung Kronenburg), Dollendorf (Gemeinde Blankenheim) könnten sich für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft eignen. Wir regen daher eine vertiefte Prüfung an. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns und bitten um Berücksichtigung bei der Fortentwicklung des Entwurfs. Weiteren Sachvortrag behalten wir uns vor und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

AZ: Ö-M-153	
1001387	
1005659	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Lt Beschlussvorlage Drucks.Nr. 321/2022 Rösrath 14.03.2022 ist der Bereich "Paffrather Feld" wieder Gegenstand für die Planung von ASB-Flächen. Wie auch der Presse zu entnehmen wird dies von der Stadt Rösrath im Rahmen von weiterem Schulausbau gefordert. Im übrigen lässt der Begriff ASB alle möglichen Bebauungen zu. Nun muss man wissen, dass genau dieser Bereich bereits 2007 mit BP Nr. 93 für die Bebauung von Einfamilienhäusern vorgesehen war. Diese Bebauung wurde mit großer Bürgerbeteiligung und letztlich auch mit Unterstützung der Politik Ende 2007 verhindert und zu den Akten gelegt.</p> <p>Das "Paffrather Feld" wurde gerettet und blieb Teil von Landschaftsschutzgebiet. Dieser Landschaftsschutz soll nun wieder aufgehoben werden? Das darf nicht geschehen. Und es wäre doch ein schlechter Scherz, wenn die Stadt Rösrath jetzt eine Fläche nochmal bebauen möchte, welche sie 2007 bereits anderweitig nutzen wollte. Wäre diese Fläche damals bebaut worden, wäre ja eine etwaige Nutzung für das Schulgelände heute auch nicht möglich. Es muss überhaupt erstmal geprüft werden, wo eine Erweiterung der Schule nötig ist und ob nicht durch Verdichtung oder Überbauung bereits genutzter Flächen eine weitere Freigabe schützenswerter Natur überhaupt nötig ist?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung der Kommune bezieht sich auf die Erweiterung eines ASB (s. StnID 1004586).</p> <p>Zudem werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der</p>

	Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.
--	---

AZ: Ö-M-1530	
1003434	
1008331	
<p>Inhalt</p> <p>Neuer Regionalplan des Regierungsbezirks Köln</p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen den o. a. Regionalplan ein.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-1531

1003438

1008166

#### Inhalt

Betreff: Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung  
K\_PUL\_BM\_Schiene\_01

ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse, den damit verbundenen Lärm sowie durch das verschlechterte Klima wegen der erforderlichen Baumfällungen und Flächenversiegelungen am Ort erheblich beeinträchtigt und meine

Gesundheit dadurch gefährdet wird.

Das betrifft die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 insbesondere in Pulheim Brauweiler, da ich in diesem Bereich (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße) regelmäßig spazieren und joggen gehe und mir durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird. Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park. - Ich sehe auch sehr oft Menschen mit Hunden dort spazieren gehen. Wo sollen die dann alle hin? In den Abteipark?

Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Auch Bäume und Gebüsch auf der Grünfläche zwischen Fußballplatz und den Flüchtlingsunterkünften wären ja betroffen. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem ?Masterplan Stadtnatur? des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführung für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

1008167

#### Inhalt

Das neu ausgewiesene Wohngebiet PUL\_ASB\_2 führt zu einer weiteren Flächenverdiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Das ist aus ökologisch hinreichend bekannten Gründen abzulehnen. Auch die dafür erforderliche Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße ist für mich nicht akzeptabel, schon alleine deswegen, weil neu eingerichtete Parks mindestens 40 bis 80 Jahre brauchen, um einen gleichwertigen Ersatz mit alten Bäumen zu bieten. Ein Park ohne alte Bäume hat nur wenig Erholungswert.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1532

1003439

1008023

#### Inhalt

In dem veröffentlichten Entwurf des neu erstellten Regionalplanes wird die Fläche des ehemaligen Bundeswehrgeländes in 52355 Düren, Im Eichenbruch als Fläche zum ?Schutz der Landschaft ..? dargestellt. Hier sollte die Fläche der Wohnsiedlung und des Kasernengeländes als ASB festgelegt werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen darüber hinaus raumordnerische Planungsdirektiven entgegen. Im Regionalplanentwurf ist ein BSN festgelegt.

Die Festlegungen der BSN fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Den BSN liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen

unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.



AZ: Ö-M-1533	
1003440	
1011003	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Namens und in Vollmacht unserer Mandantin nehmen wir im Folgenden zu den Planungsunterlagen der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Stellung.</p> <p>I.</p> <p>Anlass für die beabsichtige Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln sind laut dessen Begründung unter anderem die vielfältigen Raumannsprüche sowie die Änderung gesetzlicher Vorgaben und Rahmenbedingungen. In Abkehr von der bisherigen Aufteilung in räumliche Teilbereiche sieht der Entwurf des Regionalplans dabei erstmals einen räumlichen Gesamtplan vor. Dieser Gesamtplan berücksichtigt unter anderem auch den aufgrund des frühzeitigen Aussteigs aus Braunkohleverstromung und -abbau stattfindenden Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier mit den großflächigen Abbaugebieten Garzweiler II, Hambach und Inden II,</p> <p><i>vgl. Regionalplan Köln, Entwurf 2021, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 22.</i></p> <p>Unsere Mandantin ist Pächterin unter anderem der im räumlichen Geltungsbereich des zukünftigen Regionalplans Köln gelegenen Grundstücke der Gemeinde Merzenich, Gemarkung Golzheim, Flur 5, Flurstücke [ANONYMISIERT]. Die Grundstücke befinden sich zwischen den Ortsteilen Merzenich-Golzheim und Kerpen-Blatzheim unmittelbar an der der Bundesstraße 264. Unsere Mandantin betreibt auf diesen Grundstücken ein Kieswerk. Die genaue Lage kann Abbildung 1 und Abbildung 2 entnommen werden [s. Anhang Abb. StnID 1011003_1] [s. Anhang Abb. StnID 1011003_2].</p> <p>Unsere Mandantin beabsichtigt, den aktuell genehmigten Abgrabungsbereich zu erweitern. Aus diesem Grund hat sie in dem parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe zum Regionalplan Köln einen erweiterten Abgrabungsinteressensbereich gemeldet.</p> <p>In dem im September 2020 offen gelegten Planentwurf für den Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe ist der Bereich zur Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB), in dem sich die Abgrabungsfläche unserer Mandantin liegt und der als BSAB DN-MER-026 bezeichnet ist, zwar vergrößert worden. Dabei wurde aber nur ein Teil des gemeldeten Abgrabungsinteresses berücksichtigt. Unsere Mandantin hat daher in dem Parallelverfahren zur Aufstellung des Teilplans Nichtenergetische</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1020196).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum (GIB) stehen landesplanerische Vorgaben sowie raumordnerische und fachrechtliche Planungsdirektiven entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. (s. StnID 1018199)</p>

Rohstoffe eine Stellungnahme abgegeben, mit dem Ziel, dass der genannte Bereich BSAB DN-MER-026 einen modifizierten Flächenzuschnitt bekommt, um so das Potential, Rohstoffe zu gewinnen, zu optimieren. Der in dem aktuellen Entwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe vorgesehene BSAB ist der nachfolgenden Abbildung 3 zu entnehmen [s. Anhang Abb. StnID 1011003\_3]. Darin ist die aktuell genehmigte Abgrabungsfläche in Dunkelgelb hinterlegt und der zukünftig vorgesehene Zuschnitt des BSAB in Dunkelrot als Abgrabungsfläche umrandet.

## II.

In dem aktuell gültigen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen sind für die Flächen, die unsere Mandantin gepachtet hat, grundsätzlich allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche vorgesehen. Als Freiraumfunktion ist ein Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) vorgesehen.

Der Planentwurf sieht auf den Flächen grundsätzlich auch Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche vor. In dem Bereich des BSAB ist als Freiraumfunktion allerdings kein BSLE mehr vorgesehen, sondern ein Bereich zum Schutz der Natur (BSN). Nur um den Bereich des BSAB herum sieht der Planentwurf als Freiraumfunktion einen BSLE vor.

In Abbildung 4 und Abbildung 2 sind die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche hellgelb, die Bereiche für den Schutz der Natur mit fettgrüner Schraffur und die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung mit dünngrüner Schraffur dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1011003\_4] [s. Anhang Abb. StnID 1011003\_2].

## III.

### 1.

Die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans steht im Hinblick auf die Änderungen in dem Bereich, in dem sich das Kieswerk unserer Mandantin befindet, nicht im Einklang mit den verbindlichen Vorgaben des Landesentwicklungsplans NRW (?LEP?). Der Entwurf des Regionalplans ist insoweit nicht aus dem LEP entwickelt worden und verstößt damit gegen § 13 Abs. 2 ROG.

Die zeichnerischen Festlegungen des LEP sehen für den Bereich, in dem sich das Kieswerk befindet, grundsätzlich einen Freiraum vor (hellgelb dargestellt). Ein Gebiet für den Schutz der Natur (grün dargestellte Flächen) ist im LEP an dieser Stelle, die in dem in Abbildung 5 dargestellten Ausschnitt gelb eingerahmt ist, nicht vorgesehen [s. Anhang Abb. StnID 1011003\_5].

### 2.

Bei der konkreten Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft im Entwurf des Regionalplans sind die privaten Belange unserer Mandanten im Rahmen der Abwägung nicht ausreichend berücksichtigt worden, obwohl diese auf der vorliegenden

Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Auf die damit verbundenen Abwägungsfehler gemäß § 7 Abs. 2 ROG sowie Verstöße gegen die Grundsätze der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ? 4 ROG weisen wir insbesondere hin.

Im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze für Natur und Landschaft legt Ziel 7.2-2 des LEP fest, dass die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur für den landesweiten Biotopverbund (vgl. Ziel 7.2-1 des LEP) zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren sind. Die Festlegungen der Gebiete für den Schutz der Natur beruhen in diesem Zusammenhang auf fachlichen Einschätzungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (?LANUV?). Über die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft wird allerdings nicht im LEP, sondern auf der nachgeordneten Planungsebene im Rahmen der Landschaftsplanung entschieden.

*Vgl. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, S. 94 ff.*

In dem auf der Karte in Abbildung 6 mit gelbem Rechteck gekennzeichneten Bereich befinden sich die Grundstücke unserer Mandantin [s. Anhang Abb. StnID 1011003\_6]. Der dunkelgrün umrandete Bereich stellt den Bereich für den Schutz der Natur (BSN) dar und der neongrün schraffierte Bereich den Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE). Der Karte ist allerdings auch zu entnehmen, dass innerhalb des BSN nicht die gesamte Fläche grün hinterlegt ist und somit nicht insgesamt herausragende oder besondere Bedeutung für den Biotopverbund nach den Maßgaben des LANUV hat.

Gleichzeitig ist allerdings unter Punkt 4.3.1 des Regionalplanentwurfes im Hinblick auf das Ziel 19 des Regionalplanentwurfes ausgeführt, dass mit den BSN gerade Bereiche gesichert werden, die für den regionalen Biotopverbund von sehr großer Bedeutung seien.

*Vgl. Regionalplan Köln, Entwurf 2021, Textliche Festlegungen, S. 99 ff.*

3.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Flächen unserer Mandantin im Regionalplanentwurf nicht wie im aktuell gültigen Regionalplan als BSLE, sondern als BSN gekennzeichnet sind. Den textlichen Festlegungen zum Regionalplanentwurf ist zu entnehmen, dass die BSN im Regionalplan als Vorranggebiete festgelegt sind. BSLE haben im Gegensatz dazu nur den Status eines Vorbehaltsgebietes. Ein Vorranggebiet besitzt grundsätzlich den Charakter eines Ziels der Raumordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG, wohingegen ein Vorbehaltsgebiet den Charakter eines Grundsatzes der Raumordnung besitzt. Dies hat zur Folge, dass es im Vergleich zum Vorranggebiet der endgültigen Abwägung voll zugänglich ist. Es wirkt nur rahmensetzend und überlässt die konkrete Ausgestaltung der nachfolgenden Planung.

*Vgl. Regionalplan Köln, Entwurf 2021, Textliche Festlegungen, S. 99 ff.*

Insoweit weist der Regionalplanentwurf darauf hin, dass Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Im Hinblick auf BSLE führt der Regionalplanentwurf aus, dass bei Planungen und Maßnahmen innerhalb der BSLE durch die jeweilige Planungsebene die Auswirkungen auf die Funktionen oder Nutzungen zu ermitteln und zu berücksichtigen sind.

Vor diesem Hintergrund bietet die bisherige Ausweisung der Flächen als BSLE einen größeren Spielraum für die Nutzung der Flächen nach Abschluss der Abgrabungen und deren Rekultivierung.

4.

Für unsere Mandantin stellt die Ausweisung der Flächen als BSN gerade vor dem Hintergrund einer in Betracht kommenden gewerblichen Nachnutzung eine Belastung dar. Eine solche wird durch die Ausweisung als BSN verhindert.

Dies widerspricht zudem Grundsatz 5-4 des LEP, der sich mit dem Strukturwandel in Kohleregionen und damit insbesondere dem hier betroffenen Braunkohlerevier befasst. Dieser Grundsatz besagt, dass der Strukturwandel in den Kohleregionen in regionaler Zusammenarbeit gestaltet werden soll, um Strukturbrüche zu vermeiden. Dafür sollen regionale Konzepte zur Unterstützung des laufenden Strukturwandels durch Ausweisung und konzeptionelle Entwicklung geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen nachhaltig raumplanerisch unterstützt und mit geeigneten Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden. Die Landesregierung ist in diesem Zusammenhang verpflichtet, die Regionalräte Köln und Düsseldorf dabei zu unterstützen, den Kommunen des Rheinischen Reviers eine Sonderstellung bei der Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbegebiete zu schaffen.

*Vgl. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, S. 40 ff.*

Eine Ausweisung der Flächen als BSN verhindert eine konzeptionelle Entwicklung einer Nachnutzung als Gewerbe- oder Industriefläche. Gerade rekultivierte Abgrabungsflächen bieten sich allerdings für eine gewerbliche Nachnutzung an. Dies gilt für die Flächen unserer Mandantin im Besonderen aufgrund der infrastrukturellen Anbindung durch die Bundesstraße 264.

Aus unserer Sicht wäre die Fläche des BSAB DN-MER-026 im Sinne eines konsequenten Strukturwandels weder als BSLE noch als BSN, sondern Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) auszuweisen. Dies würde die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Nachnutzung ermöglichen. Eine Ausweisung der Fläche als GIB ist nach unserer Kenntnis auch im Interesse der Gemeinde Merzenich.

IV.

Der Entwurf zur Neuauufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln muss aus den vorgenannten Gründen im Hinblick auf den Bereich, in dem sich das Kieswerk unserer Mandantin befindet, überarbeitet werden. Eine Ausweisung dieser Flächen als BSN widerspricht den Festlegungen im LEP und ist auch nach dem Fachbeitrag des LANUV nicht uneingeschränkt vorgesehen.

Eine wie bisher vorgesehene Ausweisung der Flächen als BSLE ließe zumindest einen größeren Spielraum für eine mögliche Nachnutzung der rekultivierten Flächen. Im Interesse des landesplanerisch geforderten nachhaltigen Strukturwandels ist dieser Bereich richtigerweise nicht als BSLE, sondern als GIB auszuweisen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1011003\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1011003\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1011003\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1011003\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1011003\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1011003\\_6.pdf](#)

AZ: Ö-M-1534	
1003441	
1007758	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin gegen eine Bebauung der Flurnummern (Anm.: Flächenbezeichnungen der Stadt Köln)</p> <p>8-807-004 8-807-005 8-809-010 8-808-006</p> <p>Nicht nur, dass ein Naherholungsgebiet zerstört würden auch eine Frischluftschneise ist in Gefahr. Bei den zunehmenden heißen Sommern; eine Katastrophe.</p> <p>Die genannten Flurstücke liegen in der Einflugschneise des Köln-Bonner Flughafens. Der Lärm - besonders in der Nacht - verursacht schon jetzt bei vielen Anwohnern unbestrittene gesundheitliche Belastungen (Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche). Die zusätzliche Wohnbebauung würde für viele Menschen eine gesundheitliche Gefahr bedeuten. Das kann und darf nicht das Ziel von Planungen unbebauter Flächen sein. Dies wäre eine bewußte Inkaufnahme von Gesundheitsrisiken für tausende Bürger in den genannten Flurstücken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1535	
1003442	
1008296	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Verfahren der "Neuaufstellung des Regionalplans" -Flurflächen 8-809-010 / 8-807-005 / 8-807-004 (Anm.: gemeint sind die Flächenbezeichnungen der Stadt Köln)</p> <p>Mit Befremdung entnehme ich den Plänen der Stadt Köln, dass auf bisher unbebauten Grünflächen in Köln-Brück und Köln-Neubrück mehrgeschossige Gebäude errichtet werden sollen. Wie sollen sich derartige Gebäude in das Bild der überwiegenden Einfamilienhäuser einfügen? Wieviel Grün würde hier geopfert werden? Neue Strassen, Zugangswege (asphaltiert) würden hinzukommen. Weitere Flächen müssten versiegelt werden. Zu Recht werden die sogenannten "Schottergärten" kritisiert. In der gestrigen Sendung "hart aber fair" zeigte Herr Plasberg eindrucksvolle, beängstigende Aufnahmen von derartigen "Vorgärten".</p> <p>Die Bewohner, vor allem ältere Menschen, schätzen es sehr, in wenigen Minuten im Grünen sein zu können, gefahrlos Spaziergänge zu unternehmen, auf den dort teilweise vorhandenen Bänken auszuruhen, mit anderen Menschen ins Gespräch kommen zu können. Die seit Jahrzehnten vorhandenen Grünflächen - Flehbachau, Fussweg zum Friedhof Leimbacher Weg - sind für die Anwohner eine wichtige, nicht zu unterschätzende "Frischlufzufuhr".</p> <p>Einer Meldung des Kölner Stadtanzeigers vom 16. Juli 2022 ist zu entnehmen, dass die Stadt Köln "zehn weitere artenreiche Wiesen als Teil des Konzeptes Stadtgrün naturnah gestalten will. Artenreiche Wiesen gelten als wertvoll, weil sie dauerhaft zur Förderung der ökologischen Vielfalt der Grünflächen beitragen." (Zitatende) Sollte den bereits dicht besiedelten Stadtteilen Brück und Neubrück dieses "naturnahe Grün" vorenthalten werden ?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1536

1003443

1008021

#### Inhalt

Für Kreuzau Stockheim Stockheim schlägt die Bezirksregierung u.a. zwischen B56 und südlichem Ortsrand von Stockheim einen ?Allgemeinen Siedlungsbereich? bzw. einen ?Siedlungsbereich Flex? vor, wie sich aus der Karte für den Kreis Düren ergibt. Zu dieser Option der Bezirksregierung möchte ich anregen, aus Klimaschutzgründen auf eine weitere Versiegelung von Flächen zu verzichten. Weiter weise ich auf die Bedeutung der Frischluftzufuhr zur Vermeidung einer Überhitzung der Ortslage bei zunehmend heißen Sommern hin. Außerdem hat die neue Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgestellt, dass ?Landwirtschaftliche Fläche nicht vermehrbar und ein hohes Gut ist, das es zu schützen gilt??

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.



AZ: Ö-M-1537

1003444

1008297

#### Inhalt

Betreff: Regionalplan, Flurnummern:8-809-010, 8-807-005, 8-807-004 (Anm.: gemeint sind die Flächenkennziffern der Stadt Köln)

Der vergangene Sommer hat gezeigt welche Bedeutung einer grünen Erholungsfläche, der auch eine wichtige Belüftungsfunktion zwischen dicht besiedelten Wohngebieten besitzt, zukommt. Gerade Neubrück, aber auch Brück sind sehr dicht besiedelte Stadtteile Kölns mit einer hohen Bebauungsdichte. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, von einer Bebauung der im Betreff genannten Flächen abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1538	
1003446	
1007762	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Meinung Bebauung</p> <p>Ich möchte meine Meinung zur (geplanten) Bebauung der Felder rund um den Rather See abgeben.</p> <p>Die Menschen aus der Umgebung nutzen diese Flächen zur Naherholungsgebiet! Was hier fehlt, sind keine neuen Wohnflächen, sondern möglicherweise eine Schule oder ein ordentliches Jugendzentrum mit Aussenbereich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-154	
1001399	
1001399_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Aufgrund der Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird mit diesem Schreiben eine Stellungnahme aus Sicht eines landwirtschaftlichen Betriebes geboten. Unser landwirtschaftlicher Betrieb in 41836 Hückelhoven betreibt intensiven Ackerbau. Die Betriebsstätte sowie der Hof liegen im Stadtteil Millich. Ein Großteil der zu bewirtschaftenden Flächen liegen in unmittelbarer Umgebung angrenzend zur Rur. Ein Auszug aus der betriebsinternen Ackerschlagkartei zeigt die Flächen auf.</p> <p>[Abbildung] [ANONYMISIERT]</p> <p>Der Landschaftsplan III/8 Baaler Riedelland und obere Rurniederung erlangte am 14.05.2016 Rechtskraft und brachte nach jahrelanger Konzeption einige Änderungen hervor, welche aktive Einflüsse auf die landwirtschaftlichen Flächen und deren Bewirtschaftung hervorbringt [s. Anhang Abb. StnID 1001399_001_1].</p> <p>Mit der Neuaufstellung des Regionalplans sollen zwischen der Ortslage und dem Rurverlauf für den Betrieb massive existenzielle Ackerbauflächen in der Planung zum Naturschutz zugefügt werden. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Regionalplanung des betreffenden Gebietes auf [s. Anhang Abb. StnID 1001399_001_2].</p> <p>Eine Gesamtfläche von über 20 Hektar (Abb.1) unseres Betriebes sollen somit zum Naturschutz im Flächennutzungsplan abgeändert werden. Die Zukunft des Betriebes hängt mit von diesen Flächen ab. Eine Weiterführung des Betriebes ist durch diese Maßnahmen gefährdet. Als Folgen der Planung der Bezirksregierung ist festzustellen, dass eine herkömmliche Bewirtschaftung der Flächen nicht mehr möglich ist. Für eine Umstellung und die angemessene Bewirtschaftung sind hohe Investitionen mit gleichzeitig minderen Erträgen zu erwarten. Zudem droht ein massiver Werteverlust dieser teils Eigentumsflächen. Diese Folgen sind finanziell und betriebswirtschaftlich für unseren Betrieb ohne Ausgleich langfristig nicht akzeptabel.</p> <p>Die Maßnahmen mit schwerwiegenden Folgen für unseren Betrieb werden hiermit vorerst abgelehnt. Für eine Planänderung und Konfliktlösung steht unser Betrieb gerne jederzeit bereit!</p> <p><b>Anhänge</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

<a href="#">Abb_ID_1001399_001_1.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1001399_001_2.pdf</a>	
--	--

AZ: Ö-M-1541	
1003451	
1007777	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regierungsplan der Bebauung der Flurstücke Brück und Rath 8807005, 8807-004 und 880800 (Anm: Flächenkennziffern der Stadt Köln)</p> <p>Als Bewohnerin in Neu Brück bin ich gegen die Bebauung der o.g. Flurstücke. Nach meiner Meinung würde ein großes Stück an Erholungsgebiet für Mensch und Tier wegfallen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1542

1003454

1007713

**Inhalt**

Nein, zum Gewerbe und Industriegebiet in Gummersbach Herreshagen und Gummersbach Rospe/Hardt-Hanfgarten - ich bin in der Rospe geboren und aufgewachsen, habe mein Geburtshaus, das Haus was meine Eltern damals schon über 40 Jahre gemietet hatten, gekauft und wir haben in mehreren Generationen, bis heute darin gewohnt. Das Haus, das meine erwachsene Tochter mit ihrer Familie aus dem wunderschönen Herkenrath in Bergisch Gladbach ziehend, zu meiner Freude übernehmen möchte. Ich selbst bin aus privaten Gründen nach Herreshagen gezogen. In Herreshagen das gleiche Dilemma. Ich bitte die artenreiche, wunderschöne Natur in diesen Gebieten nicht zu zerstören, wenn man sich umschaute kann man täglich verschiedene Wildvogelarten, die hier ihre Brut- und Nistplätze haben, bewundern (Schwarzstorch, Silberreier, Uhu, Käuzchen, Milan, Turmfalke, Bussard usw.) Auch andere Wildtierarten vom Fuchs, Wildschwein bis Rotwild usw. Ich wehre mich dagegen, dass meinem Enkel verwehrt wird naturnah und sorglos aufzuwachen - so wie ich es erleben durfte. Von der Rospe bin ich nach Herreshagen gezogen, weil ich dort die selben Vorzüge der artenreichen Natur empfinde um sie mit meinem Enkel zu teilen und bisher sorglos genießen kann um Kraft für den Alltag zu schöpfen, mit dem Wissen, dass die Natur in Ordnung ist und, dass meine Tochter mit ihrer Familie, in meinem und ihrem Geburtshaus in der Rospe das gleiche tut.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Siehe Erläuterungen zu StnID 1003878.

**Inhalt****1. Allgemein:**

Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen.

**2. Persönliche Betroffenheit:**

Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen:

- a. Gemarkung Wachtberg-Pech, Flur 2, Flurstücke 86, 87 und 88
- b. Gemarkung Wachtberg-Pech, Flur 3, Flurstück 38
- c. Gemarkung Lannesdorf, Flur 18, Flurstück 236
- d. Gemarkung Muffendorf, Flur 13, Flurstück 584

sowie weitere Flächen, die jedoch anhand der nicht präzisen Karte der Bezirksregierung für das Vorhaben nicht trennscharf bezeichnet werden können. Diese Grundstücke stellen Teile unseres Forstbetriebs dar, den unsere Familie seit ca. 150 Jahren führt. Nun möchten Sie Teile unserer Flächen zum Schutz der Natur (BSN) // als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Dieser Planung widersprechen wir und erwarten, dass diese Planung zurückgenommen wird!

Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung unseres kleinen Betriebs existenziell gefährden. Wir wollen z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf unserem Grund und Boden wachsen sollen und wie wir unseren Grund und Boden bewirtschaften dürfen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den

Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-1544

1003507

1007208\_001

#### Inhalt

Ich lehne das Gewerbegebiet Niederheid an der Püttstraße ab. Das Gewerbegebiet Niederheid an der Püttstraße grenzt an die Wohnbebauung meines Heimortes an und ich befürchte trotz des Abstandes von 300 Metern eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität.

Zusätzlich können die betrieblichen Abwässer und das Niederschlagswasser unser Kanalnetz überdurchschnittlich belasten. Steigende Kanalreinigung und Kläranlagenaufbereitungskosten werden zu Ungunsten der Allgemeinheit umgelegt. Auch aus diesem Grund lehne ich das Gewerbegebiet ab.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1547	
1003511	
1008359	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Bebauungspläne Rather See</p> <p>Mit Unverständnis und Entsetzen habe ich von Ihrem Plan erfahren, das Gebiet um den Rather See zu bebauen. Angesichts des Klimawandels, einem massiven Luftproblem in der Stadt, Artensterben sowie dem allgemeinen Wissen darüber, dass die Versiegelung des Bodens alles außer sinnvoll ist, frage ich mich, worin Sie den Sinn sehen, weitere Naturflächen zu zerstören, anstatt die schon existierenden Bauten in der Stadt zu sanieren oder - so das nicht möglich sein sollte - diese abzureißen und vernünftig neu aufzubauen. Damit könnte gegen den Wohnungsmangel gekämpft werden und gleichzeitig die Lebensqualität in der Stadt auf dem jetzigen Niveau gehalten werden. Ich bitte Sie darum inständig, von der Bebauung dieser Fläche abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1548

1003513

1008360

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltlich vergleichbaren Argumenten eingereicht]

Ich möchte meine deutliche Meinung zur Bebauung rund um den Rather See im Osten von Köln abgeben.

Dieses Stück Natur wird rege genutzt von Menschen der angrenzenden Stadtteile für Sport, Natur und zum Abschalten. Besonders in der aktuellen Situation ist es unbegreiflich, dass weitere Flächen bebaut und versiegelt werden sollen, wo Fischluftschneisen für die Großstädte so wichtig sind. Nicht zuletzt geht es aber auch um Landschaftsschutz und den Erhalt von Lebensraum für die dort lebenden (und teilweise sogar bedrohten) Tierarten.

Der Ausbau von notwendiger Infrastruktur wie Schulen und Sportplätzen ist noch akzeptabel, nicht aber die weitere Bebauung für Wohnflächen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1549	
1003514	
1007770	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Neuaufstellung des Regionalplans / 8-809-010; 8-807-005; 8-807-004 (Anm.: Flächenbezeichnungen der Stadt Köln)</p> <p>Hiermit widerspreche ich der Neuaufstellung des Regionalplans aus folgenden Gründen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Jede Vernichtung von Regenwasser-Sickerflächen durch Versiegelung/Bebauung im urbanen Bereich führt zu weiterem Temperaturanstieg und Verhinderung von nächtlicher Temperaturabsenkung.</li> <li>2. Dringend benötigte Frischluftschneisen werden vernichtet</li> <li>3. Ebenso werden benötigte Naherholungsgebiete vernichtet</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1550	
1003515	
1007724	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Nachfolgend nehmen wir Stellung zur Regionalplanänderung zum Flurstück 8-809-010 (Anm.: Flächenbezeichnung der Stadt Köln) in Köln-Neubrück.</p> <p>Wir, als Bürgerverein Köln-Neubrück mit über 550 Mitgliedern, sind gegen die Umwandlung dieses Stück Grüns in eine versiegelte Fläche. Wir möchten, das hier die Landschaft und Tiere geschützt werden.</p> <p>Weiterhin ist dieses Stück Land bereits Ausgleichsfläche für eine große Baumaßnahme in Merheim und sollte eigentlich schon seit 2000 mit Obstbäumen bepflanzt sein. Bislang ist dies nicht geschehen. Der Bürgerverein wird eine offizielle Anfrage dazu in der Bezirksvertretung in Kalk stellen.</p> <p>Die Bezirksvertretung Kalk hat bereits vor ein paar Jahren sich gegen die Bebauung dieses Grundstückes ausgesprochen!</p> <p>Der Stadtteil Neubrück, zudem dieses Grundstück gehört ist ein Stadtteil, der bereits als "heiß" eingestuft wird und der nachweislich zu wenig Grün ( lt. Grüngutachten der Stadt Köln) hat. Naherholungsflächen würden mit der Bebauung dieses Grünstückes wegfallen, die hier dringend gebraucht werden.</p> <p>Neubrück hat eine Bevölkerungsdichte von 8330 Einwohner pro Qm (Köln im Vergleich dazu 2600 Einwohner pro QM) ist somit ein bereits über dem Maße dicht besiedeltes Wohngebiet mit weitreichenden Folgen: Sozialraumgebiet, 66 Prozent haben Migrationshintergrund, 30 Prozent der Menschen sind im SGB2 bezug, keine Grundschul- und keine Kitaplätze ausreichend vorhanden.</p> <p>Zudem liegt das Grundstück in der Frischluftschneise vom Königsforst ausgehen bis in die Innenstadt. Diese würde durch dieses Wohngebiet unterbrochen.</p> <p>Das Grundstück befindet sich in der Einflugschneise des Flughafens Köln-Bonn und bedarf danach eine speziellen Genehmigung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Weiterhin könnte dieses Grundstück, dem immer höheren Bedarf an der Lebensmittelgrundversorgung durch Anbau von Landwirtschaftlichen Erzeugnissen, decken.

Wir bitten darum dieses Grundstück nicht in die Bebauung einzubeziehen.

AZ: Ö-M-1552	
1003517	
1007776	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Neuaufstellung Regionalplans 8-809-910, 8-807-005 und 004 und 006 (Anm.: Flächenkennziffern der Stadt Köln)</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich möchte mich gerne zur obigen Neuaufstellung Regionalplan Köln äußern. Ich finde es schon merkwürdig, das man auf der einen Seite Steinvorgärten verbieten will und dann wird ein Gebiet zur Bebauung von Mehrfamilienhäusern ganz einfach freigegeben. Dies betrifft vor allen Dingen ein Gebiet was dringend als Frischluftschneise und Temperatúrausgleich benötigt wird. Soweit ich weiß existieren hierüber auch Gutachten. Wir sind doch schon genug gebeutelt durch den Flugzeuglärm, will man uns noch zusätzlich die Frischluft abschneiden? Wo bleiben unsere Politiker die so für grüne Oasen sind?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-1554

1003518

1007366

#### Inhalt

Wir nehmen Bezug auf Ihre Mitteilung vom 25.01.2022 und bitten bei der Aufstellung des Regionalplans folgendes zu berücksichtigen: [anonymisiert] betreibt gemeinsam mit [anonymisiert] ein Wassertransportnetz zur unterstützenden Sicherstellung der Wasserversorgung in den Niederlanden. Diese Wassertransportachse aus der Eifel in Richtung der Niederlande wird auch zukünftig benötigt. Die im beigefügten Lageplan skizzierten Rohrleitungsstrecken [Abb.] sollen weiterhin grundsätzlich als Versorgungstrasse dienen. Nach unserem heutigen Verständnis gilt dies sowohl für den aktuellen Betriebszustand, als auch als Korridor möglicher Erneuerungsmaßnahmen der skizzierten Rohrleitungsstrecken. Weitere Transportleitungen im klassischen Verständnis werden von der [anonymisiert] nicht betrieben. Anlagenneubauten der Ver- und Entsorgung, deren Flächenbedarf > 1ha beträgt, sind, nach derzeitigem Stand, von der Regionetz langfristig nicht geplant.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.



AZ: Ö-M-1555

1003519

1008223

#### Inhalt

[ANONYMISIERT] Ich hatte mich, wie so viele andere auch, aufgemuntert durch die Petition ?Rettung des Frankenwaldes? an die Politiker von Bergisch Gladbach gewendet, um die Abholzung des Waldstückes an der A4 zu verhindern Mailverlauf. Ich möchte Sie als ?letzte Instanz? bitten, uns den Wald zu erhalten.

[ANONYMISIERT] Betreff: Sitzung des Rats am 30.08.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stein, sehr geehrte Grünen in Bergisch Gladbach, in Ihrer morgigen Sitzung wollen Sie gemeinsam mit der FDP beschließen, dass der GESAMTE Wald entlang der A4 in den Stadtteilen Frankenforst/ Lustheide im neuen Regionalplan den Status ?potentielles Gewerbegebiet? erhält. Sie werden also nicht nur 8.000 qm gesunden Wald für eine Feuerwache roden, sondern geben auch noch den restlichen Wald zur möglichen zukünftigen Umwandlung frei. Auch wenn Sie nun behaupten, es sei in dieser Wahlperiode keine Umwandlung des Waldes in Gewerbe geplant, so ebnen Sie mit dieser weitreichenden, auf Jahre gültigen Entscheidung allen kommenden Regierungen den Weg für eine weitere Waldvernichtung. Im Hinblick auf die für alle sichtbaren drastischen Folgen der Waldvernichtung für unsere Stadt ist dies eine dramatisch schlechte Entscheidung und nebenbei ein Verrat an der Wählerschaft, die in Bergisch Gladbach ganz klar eine ?grüne Wende? wollte. Der Wald an der A4 bildet einen wichtigen Lärm- und Schutzwall gegen die A4, spendet uns im Sommer Feuchtigkeit und Kühle und nimmt Wasser auf, wenn es wieder zu starken Regenfällen kommt. Wenn selbst die Grünen dieser verheerenden Entscheidung zustimmen, sind wir einfach nur fassungslos. Wir fordern Sie daher auf, dass Sie sich an ihr Versprechen halten und die Waldflächen an der A4 als Gewerbegebiet aus dem Regionalplan herausnehmen und langfristig den Wald für unsere Stadt sichern! Wird die Politik bzw. die Entscheidungen der Politiker eigentlich jemals wieder glaubhaft? Kann der Bürger jemals das Gefühl bekommen, dass er würdig vertreten wird und in seinem Sinne gehandelt wird?

[ANONYMISIERT].Gesendet: Mittwoch, 31. August 2022 13:17 Betreff: AW: Sitzung des Rats am 30.08.2022

Vielen Dank für Ihr Engagement für den Frankenforst, für den Erhalt von Waldgebieten und Freiflächen! Wenn es darum geht, mit Flächen möglichst effektiv umzugehen, Flächen zu schützen oder für Ausgleichsmaßnahmen zu sorgen, wenn eine Versiegelung unumgänglich ist, stehen wir Grüne mit unserem Engagement an vorderster Front und da leider auch in Bergisch Gladbach mitunter ziemlich allein da. Trotz Dürresommer, trotz Klimakatastrophe, trotz Energiekrise - weil

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

man in der Vergangenheit deutlich zu wenig auf Erneuerbare Energien gesetzt hat - das ist frustrierend, beschämend und macht auch uns fassungslos. Sie kennen ? ebenso wie wir ? die Wahlergebnisse der Kommunalwahl im Jahr 2020. Uns Grünen ist es damit gelungen, eine Ampelkoalition zu gründen und so für neue Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat gesorgt. Nun besteht Politik auch immer aus Kompromissen. Mit unseren Koalitionspartnern ist ein Jeder ein hart umkämpftes Gut. Besonders wichtig war uns im Zusammenhang mit den Regionalplan sowie dem FNP, dass wir die sog. weißen Flächen Hebborn, Katterbach, Asselborn, Neuborner Busch streichen. So können wichtige Flächen innerhalb des Stadtgebiets vor Wohn- und Gewerbebebauung geschützt werden.

Auch wenn niemand gerne Gewerbegebiete ausweist, so stellen Gewerbebeeinträchtigungen die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen dar. Bergisch Gladbach erhält viele Anfragen bzgl. Gewerbeflächen und es gibt eine lange Warteliste. So ist es leider auch für die finanzielle Sicherheit der Stadt, unumgänglich, auch neue Gewerbegebiete auszuweisen. Mit den entsprechend zu versiegelnden Flächen wollen wir Grüne besonders effektiv umgehen und Ausgleichsmaßnahmen festlegen. So haben wir beispielsweise beim Gewerbegebiet Meisheide II schon im letzten Jahr den Antrag gestellt und zusammen mit unseren Koalitionspartnern beschlossen, dass der dort ansässige Betrieb bei seiner geplanten Erweiterung entsprechend der zu überbauenden Fläche zum Ausgleich Photovoltaikanlagen an den Gebäuden bzw. auf dem Gelände errichten muss. Bei den uns in der letzten Woche im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss vorgelegten Plänen ist diese Vorgabe nicht erfüllt gewesen. Um dem Plan zustimmen zu können, haben wir einen Änderungsantrag bzgl. der zu errichtenden Photovoltaikanlagen gestellt. Auch an anderen Stellen arbeiten wir daran, dass die zu versiegelnden Flächen möglichst effektiv genutzt werden. Natürlich wäre es wünschenswert, könnte man komplett auf Neuversiegelung verzichten. Die Anforderungen an Kommunen nach Wohnbebauung und Gewerbe lassen in der Realität leider nicht immer etwas anderes zu. Bei dem Gewerbegebiet in Spitze, welches in Kooperation mit der Gemeinde Kürten zu entwickeln wäre, sowie bei der von Ihnen genannten Fläche R27 entlang der Autobahn A4 würde der aktuelle Stand weiter erhalten bleiben, sollte die Bezirksregierung unserem Vorschlag folgen.

Es könnte allerdings auch sein, dass die Bezirksregierung nicht unserer Stellungnahme folgt, die Meldung von Wald und Forst höher gewichtet, die Flächen endgültig aus dem REP streicht. Der Prüfung einer alternativen Fläche in einem CDU-Antrag haben wir in der letzten Woche im entsprechenden Ausschuss zugestimmt. Wäre die Fläche an der A4 nicht in unserer Stellungnahme zum REP verblieben, dann hätten wir eine andere melden müssen, um in der Koalition eine Mehrheit gewinnen zu können, die weißen Flächen zu streichen. In unserer Endabwägung haben wesentliche Faktoren eine Rolle gespielt. Zum einen hoffen und gehen wir davon aus, dass der aktuelle Besitzer der Flächen, Wald und Forst NRW, die Flächen nicht zur Gewerbenutzung veräußern wird. Nach unserer Einschätzung beim Vorgehen mit der Feuerwache ist dieses Szenario sehr wahrscheinlich. Für die aktuelle Ratsperiode haben wir uns noch einmal abgesichert, dass niemand ein FNP Verfahren anstrebt. Demokratie bedeutet auch, dass sich Mehrheitsverhältnisse zu jeder Ratsperiode ändern können. Hätten wir allein

eine Stellungnahme abgeben können und hätten wir darüber hinaus dafür im Stadtrat eine Mehrheit gewinnen können, würde diese Stellungnahme ganz anders aussehen. Es bleibt uns also nur, trotz dieser schwierigen Abwägungsentscheidung, weiter für unsere grünen Kernanliegen zu kämpfen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008223.pdf](#)

AZ: Ö-M-158

1001420

1002067

#### Inhalt

Es kann nicht die Lösung sein unsere Natur und wertvollen Ackerboden zu missbrauchen und zu zerstören. Bei uns im Feld hinter Doveren, das liegt zwischen Hückelhoven und Erkelenz soll wieder ein neues Gewerbegebiet geschlossen werden? Wo soll das bitte enden?? Ich bin [ANONYMISIERT] Jahre alt, arbeite Vollzeit, studiere nebenbei bin beruflich und bildungstechnisch auf Produktivität ausgelegt, aber das ist mehr als Unfug was Sie da vor haben, direkt hinter dem Hügel unseres Waldes der blauen Blumen liegt bereits das Industriegebiet Baal. Dieser schneller und kalten Zeit in der wir leben und unsere Kinder aufwachsen müssen bieten kaum noch Erholungsmöglichkeiten, einfach ins Grüne schauen und durchatmen. Davon abgesehen brauchen wir unsere Landwirtschaft, wir müssen unabhängiger werden, das hat uns Putin doch auch gerade noch mal verdeutlicht und das ist auf viele Bereiche spiegelbar. Wir können nicht alles importieren und erst recht keinen Beton essen.

Ich bin langsam mehr als fassungslos was bei uns auf dem Planeten und vor allem bei uns Zuhause abgeht. Bitte zeigen Sie uns Ihren Menschenverstand und blasen diese verrückten Pläne ab!

Darum bitte ich Sie wirklich von Herzen!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

AZ: Ö-M-159	
1001425	
1007902	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mein Einwand betrifft das Plangebiet: Kreis Düren, Gemeinde Kreuzau, Ortsteil Stockheim, KRE_ASB_3</p> <p>Der hier dargestellte Bereich ist meines Erachtens fälschlicher Weise als ASB gekennzeichnet. Hier müsste eine BSLE Fläche dargestellt sein, da diese seit dem Jahre 1997 zu einem ökologisch wertvollen Biotopverbund gehört. Am 18.03.1997 beschloss der Rat der Gemeinde Kreuzau die hier in Rede stehende Fläche, im Gegenzug zur Errichtung des ASB Marieneiche, in ein BSLE zu überführen. Dieser Ratsbeschluss wurde bis heute nicht aufgehoben. Die Fläche ist als BSLE in den Karten des LANUV mit der Kennung BK - 5205 - 007 ersichtlich und wurde in dem jetzigen Umweltgutachten zur Regionalplanaufstellung mit der Kennung KRE_ASB_3 berücksichtigt, welches ebenso zusammenfassend erhebliche Umweltauswirkungen befürchtet. Der Schutz dieses seit 1997 gewachsenen Biotopverbundes sollte oberste Priorität besitzen und diese auch behalten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen.</p> <p>Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter</p>

Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen sowie Naturschutzgebieten wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Im Prüfbogen wurde das sich im Umfeld befindliche Naturschutzgebiet "DN-057: NSG Drover Heide LP" und daraus resultierende erhebliche Umweltauswirkung beschrieben sowie in der Bewertung des Prüfbögens berücksichtigt. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Die weiteren angesprochenen Aspekte gehen über die Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und werden innerhalb der nachgeordneten fach- bzw. bauleitplanerischen Verfahren geregelt.

AZ: Ö-M-1597	
1003620	
1007315_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich beziehe mich auf einen Bericht in der Stadtteilzeitung Nr. 40 von Juli ? Dezember 2022, sowie die Vorhaben des Planungskreises 8-807-004, 8-807-005, 8-808-006 und 8-809-010.</p> <p>Meine Meinung ist;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Planung eines neuen Parks statt neuer Wohnhäuser</li> <li>- Keine Planung von Häusern durch die Flehbachaue bis Abzweig Richtung Friedhof.</li> <li>- Auf dem ehemaligen Madaus?Gartenlandgelände darf kein neues Wohngebiet entstehen.</li> <li>- Der Flüchtlingsblock am Pohlstadtsweg sollte,wie vorgesehen, nach 5 Jahren zurückgebaut werden.</li> <li>- Im Bereich Rath Heumar dürfen keine neuen Sportplätze, ein Gymnasium sowie sogar mehrstöckige Wohnbebauung vorgesehen werden.</li> </ul> <p>Wir leben in der sogenannten ?Kölner Bucht?. In den letzten Jahrzehnten sind auf der rechten wie auf der linken Rheinseite riesige Flächen verbaut worden und derzeit weiter in der Umsetzung.</p> <p>Die infrage stehende Grünlung und Einflugschneise muß unbedingt bestehen und nicht weiter auf Dauer verloren gehen. Im übrigen sollte auf dem Gelände der ehemaligen Kiesgrube bestenfalls ein Badesee und kein eandere Nutzung, die viele aus Nah und Fern nach sich ziehen würde, vorgesehen werden.</p> <p>Abschließend würde mich interessieren, ob bei der Planung der Straßenbahn entlang des Neubrücker Ringes der Buslinienverlauf durch die Siedlung auf dem Europaring sehr zum Leidwesen auch zum Leidwesen vor allem der älteren Generation entfallen würde.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-16	
1001135	
1000956	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Mandantin betreibt nordwestlich der Ortslage Aldenhoven auf den Grundstücken Gemarkung Aldenhoven, Flur 22, Flurstücke 8-10, 13, 15 und 16 (jeweils tlw.), 18-24 sowie 59 und 60 (jeweils tlw.) auf der Grundlage der Plangenehmigung der Bezirksregierung Arnsberg vom 11.08.2014, Az.: 61.qu95-3.7-2013-1, in dem gleichnamigen bergrechtlich zugelassenen Quarzkies- und Quarzsandtagebau auf einer Fläche von etwa 8,2 ha die DK 0-Deponie Julia zur Ablagerung von Inertabfällen. Die genehmigte Deponiefläche ist der nachfolgenden Abbildung 1 zu entnehmen.</p> <p>[Abbildung]  <i>Abbildung 1: Genehmigte DK 0-Deponie Julia in Aldenhoven</i></p> <p>Sie soll ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Standort für Abfalldeponien dargestellt werden (siehe nachfolgende Abbildung 2) .</p> <p>[Abbildung]  <i>Abbildung 2: Auszug aus den zeichnerischen Darstellungen des 1. Planentwurfs des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln mit Kennzeichnung der Deponie Julia</i></p> <p>Da die Rohstoffvorräte des Tagebaus Julia weitgehend erschöpft sind, strebt unsere Mandantin zur Standortsicherung ihres Betriebes eine Tagebauerweiterung in südlicher und westlicher Richtung auf einer Fläche von insgesamt rund 21,5 ha an, die von der mit unserer Mandantin verbundenen Beton- und Asphaltmischwerke Tholen GmbH unter dem 18.12.2017 in dem die Aufstellung der regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe betreffenden Verfahren gegenüber Ihrem Hause als Abgrabungsinteresse angemeldet wurde und dort unter dem Aktenzeichen 031-DN geführt wird. Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung soll die geplante Erweiterungsfläche, die in der nachfolgenden Abbildung 3 rot hinterlegt ist, ebenfalls für die Ablagerung von Inertabfällen der Deponieklasse DK O genutzt werden.</p> <p>[Abbildung]  <i>Abbildung 3: Geplante Süd- und Westerweiterung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen DK 0- Deponie</i></p> <p><b>Namens und im Auftrag unserer Mandantin bitten wir Sie daher, die vorgeschriebene Erweiterungsfläche im Rahmen der Neuaufstellung des</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



### **Regionalplans Köln ebenfalls als Standort für Abfalldeponien darzustellen.**

Da die aus dem laufenden Tagebau zur Verfügung stehenden Rohstoffvorräte voraussichtlich in spätestens zwei Jahren erschöpft sein werden, hat unsere Mandantin der Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 20.01.2021 einen obligatorischen Rahmenbetriebsplan zur Zulassung vorgelegt, der eine erste Erweiterung des Tagebaus in südlicher Richtung vorsieht. Die Erweiterungsfläche selbst hat eine Größe von etwa 3,9 ha und beinhaltet neben den derzeit ackerbaulich genutzten Grundstücken in der Gemarkung Aldenhoven, Flur 21, Flurstücke 104-107, die südlich an den bestehenden Tagebau angrenzende Wegeparzelle Flurstück 108. Zusätzlich werden zur Herstellung einer durchgängigen Abbausohle die Abstands- und Böschungsflächen des bestehenden Tagebaus auf dem Flurstück 24, Flur 22, auf ca. 0,9 ha in Anspruch genommen. Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung soll die Erweiterungsfläche - ebenso wie der bestehende Tagebau - als DK 0-Deponie zur Ablagerung von Inertabfällen genutzt werden. Parallel zu dem vorgenannten Rahmenbetriebsplan hat unsere Mandantin der Bezirksregierung Arnsberg daher unter dem 20.01.2021 einen abfallrechtlichen Planfeststellungsantrag auf Zulassung der geplanten Süderweiterung der Deponie Julia vorgelegt. Die von der bereits beantragten Süderweiterung des Tagebaus und der Deponie Julia umfassten Flächen sind in der nachfolgenden Abbildung 4 dargestellt.

[Abbildung]

*Abbildung 4: Darstellung der bereits zur Zulassung beantragten südlichen Tagebau- und Deponieerweiterung Julia*

Der Nichtdarstellung des bestehenden Tagebaus sowie der geplanten Süderweiterung als Deponiestandort im Regionalplan Köln wurde in dem abfallrechtlichen Planfeststellungsantrag unserer Mandantin dadurch Rechnung getragen werden, dass die Deponie Julia einschließlich geplanter Erweiterung zunächst auf eine Fläche von 9,99 ha begrenzt wird. Eine darüberhinausgehende Deponieerweiterung soll gemäß den mit Schreiben vom 23.07.2021 insoweit nochmals modifizierten Antragsunterlagen nur und erst dann erfolgen, wenn eine Positivdarstellung als Deponiestandort im Regionalplan Köln erfolgt ist. Dies soll nach dem Ergebnis einer Vorabstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg sowie Ihrem Hause am 06.04.2021 über die Aufnahme einer aufschiebenden Bedingung in die beantragte Planfeststellung für die Deponieerweiterung abgesichert werden. Aktuell weist die zugelassene Deponiefläche - wie oben bereits dargelegt - eine Größe von 8,2 ha auf, sodass bis zur Erreichung des vorgenannten Schwellenwerts von 9,99 ha nur noch eine Fläche von 1,79 ha aus dem Bereich der Erweiterungsfläche ohne Regionalplanänderung in Anspruch genommen werden kann. Diese Teilfläche ist in der Abbildung 5 gekennzeichnet.

[Abbildung]

*Abbildung 5: Darstellung der ohne Regionalplanänderung zulässigen Deponieerweiterung*

Um das beantragte Erweiterungsvorhaben in vollem Umfang zu verwirklichen, ist unsere Mandantin daher dringend auf die Darstellung der von der Süderweiterung umfassten Fläche als Standort für Abfalldeponien im Regionalplan Köln angewiesen. Gegen die Zulassung der Süderweiterung des Tagebaus Julia sowie der gleichnamigen DK 0-Deponie wurden seitens der von der Bezirksregierung Arnsberg beteiligten Träger öffentlicher Belange keine durchgreifenden Bedenken vorgetragen.

Privateinwendungen gegen die Tagebau- und Deponieerweiterung erfolgten ebenfalls nicht, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Zulassungsverfahren - nach Durchführung der lediglich noch ausstehenden Online-Konsultation gemäß § 5 Abs. 4 PlanSiG - kurzfristig zu einem positiven Abschluss gebracht werden können.

Gemessen an den dem 1. Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zugrunde gelegten Kriterien für die Festlegung von Standorten für Abfalldeponien sind die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Erweiterungsflächen in besonderem Maße für eine entsprechende Darstellung geeignet. Denn für die Erweiterungen der bestehenden DK 0-Deponie Julia, deren Ablagerungsvolumen spätestens Ende Juni 2025 erschöpft sein wird, besteht ein abfallwirtschaftlicher Bedarf. Infolge der geplanten Erweiterungen, die - ebenso wie die bestehende Deponie - selbstverständlich entsprechend der abfalltechnischen Anforderungen errichtet und betrieben werden sollen, sind darüber hinaus keine relevanten Konflikte mit anderen Raumnutzungen und -funktionen zu erwarten. Sie können raum- und umweltverträglich realisiert werden und auch raum- und umweltverträglich an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden werden.

Im Einzelnen:

### **1. Abfallwirtschaftlicher Bedarf**

Mineralische Abfälle stellen mit rund 257 Mio. t die mit Abstand größte Abfallart in Deutschland dar.

*Vgl. Statisches Bundesamt, Abfallbilanz 2018 (Abfallaufkommen/-verbleib, Abfallintensität, Abfallaufkommen nach Wirtschaftszweigen).*

Daran haben Bau- und Abbruchabfälle mit rund 228 Mio. t und daran wiederum Boden und Steine mit rund 133 Mio. t die größten Anteile. Hinzu kommen 55 Mio. t Aschen und Schlacken aus thermischen Prozessen und industriellen Produktionsprozessen. In der Vergangenheit wurde nur ein kleinerer Teil der mineralischen Abfälle einer hochwertigen Wiederverwertung zugeführt, beispielsweise als Recyclingbaustoff. Der überwiegende Teil wurde im Rahmen von Tagebauverfüllungen verwertet. Im September 2014 hat das Land Nordrhein-Westfalen unter Vorgriff auf die im August 2023 in Kraft tretende Mantelverordnung bodenschutz- und wasserrechtlich begründete Anforderungen an dieses Verfüllmaterial gestellt, die im Kern darauf hinauslaufen, dass Tagebauverfüllungen nur noch dann als Verwertungsmaßnahmen anerkannt und zugelassen werden können, wenn dafür weitgehend schadstofffreie Böden eingesetzt

werden. Vgl. MKUNLV NRW, *Auf- und Einbringen von Materialien unterhalb oder außerhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht - Runderlass vom 17.09.2014, Az.: IV-4-547-02-05*. Da Bau- und Abbruchabfälle nicht als schadstofffrei gelten können, jedoch weiterhin in der vorgenannten Größenordnung anfallen, müssen sie vermehrt auf Deponien entsorgt werden. Daraus resultiert ein erheblicher Bedarf an hierfür geeignetem Deponieraum, der weder im Kreis Düren, noch in den Nachbarkreisen gedeckt werden kann. In den Kreisen Heinsberg, Viersen und Euskirchen sowie im Rhein-Erft- Kreis wurden ausweislich der Daten aus dem elektronischen AbfalldPONIEDATEN- Informationssystem für NRW (ADDISweb) zum 19.08.2020 keine Deponien der Klasse DK 0 betrieben. Im Rhein-Sieg- Kreis, im Kreis Aachen sowie im Rhein-Kreis Neuss bestanden insgesamt zehn DK 0-Deponien, von denen jedoch acht bereits in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase waren. Die beiden übrigen Deponien werden ausschließlich als Bodendeponien geführt. Im Kreis Düren selbst waren zum gleichen Datum neben der in Aldenhoven bereits bestehenden Inertstoffdeponie "Julia" lediglich drei weitere DK 0-Deponien in Betrieb, nämlich die Boden- und Bauschuttdeponie "Aldenhoven Jungbluth", die Inertstoffdeponie "DK 0 Alt-Lich" sowie die Deponie "Polder 3" in Titz. Die Kapazität der von unserer Mandantin betriebenen Deponie "Polder 3" ist inzwischen vollständig ausgeschöpft; sie befindet sich bereits in der Stilllegungsphase. Die von unserer Mandantin als Anschlussprojekt für die Deponie "Polder 3" in Titz geplante Deponie "Noah" steht kurz vor der Genehmigung und wird ihren Betrieb voraussichtlich in diesem Jahr aufnehmen. Sie verfügt über ein Ablagerungsvolumen von rund 1,2 Mio. m<sup>3</sup>, das voraussichtlich in 12 Jahren erschöpft sein wird. Die Boden- und Bauschuttdeponie "Aldenhoven Jungbluth" ist seit dem 01.10.1997 in Betrieb und verfügte anfänglich über ein Ablagerungsvolumen von 3 Mio. m<sup>3</sup>, welches inzwischen - soweit ersichtlich - ebenfalls ausgeschöpft ist. Seitens des Betreibers wurde zwischenzeitlich zwar eine Erweiterung der Deponie um 26 ha mit einem Ablagerungsvolumen von 3,5 Mio. m<sup>3</sup> und einer Betriebszeit von 20 Jahren beantragt und im März 2019 genehmigt. Seit Ende 2020 werden dort jedoch primär höher belastete Abfallstoffe der Klasse DK I abgelagert. Nach einer früheren Auswertung des AbfalldPONIEDATEN-Informationssystems durch die Bezirksregierung Köln, Dezernat 52, stand zum 31.12.2010 in den im Regierungsbezirk bestehenden DK 0-Deponien noch ein Volumen von rund 4.734.000 m<sup>3</sup> zur Verfügung. Da seither ausweislich des Informationssystems nur wenige zusätzliche Ablagerungskapazitäten geschaffen wurden, ist davon auszugehen, dass auch zukünftig ein erheblicher Bedarf an Deponieraum besteht. Vgl. *Gillessen, Bedarfsanalyse für DK 0- und DK I-Deponien im südlichen NRW und den angrenzenden Bundesländern, Meldearbeit der RWTH Aachen, Institut BBK III, 2011*. Das gilt im südlichen Nordrhein-Westfalen insbesondere unter den Gesichtspunkten einer ortsnahen Entsorgung (Grundsatz der Nähe) im Land der Abfallerzeugung (Grundsatz der Autarkie), wie es der am 26.04.2016 veröffentlichte Abfallwirtschaftsplan NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, als Ziel vorgibt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Bau- und Abbruchabfallmassen aufgeführt, die den öffentlichen Entsorgungsträgern im Umfeld der geplanten Deponierweiterung Julia zwischen 2012 und 2017 zur Entsorgung überlassen wurden. Aus den Zahlen wird der erhebliche Bedarf an DK 0-Deponien in der Region deutlich. Die

Interessengemeinschaft der Deponiebetreiber in NRW (InwesD) geht jedoch davon aus, dass der tatsächliche jährliche Volumenverbrauch im Zuge der Ablagerung von Bau- und Abbruchabfällen mindestens um das Drei- bis Vierfache höher ist, als die im Abfallwirtschaftsplan erfassten Abfallmengen. *Vgl. Bezirksregierung Köln, Vorlage für die 2. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrats am 20.02.2015, Drucksache Nr. KRS 3/2015.* Demnach kann das tatsächliche Aufkommen an Bau- und Abbruchabfällen während des genannten Zeitraums mit durchschnittlich rund 834.500 t/a abgeschätzt werden. Ausgehend von einer Dichte von 1,6 t/m<sup>3</sup> wäre dafür ein Ablagerungsvolumen von rund 522.000 m<sup>3</sup>/a erforderlich.

[Abbildung]

Tabelle: Aufkommen an Bau- und Abbruchabfall [t] gemäß Abfallbilanz 2015 für verschiedene Kreise im Rheinland sowie die Stadt Aachen

*Vgl. MKULNV NRW, Abfallbilanz Nordrhein-Westfalen für Siedlungsabfälle 2017, 165 Seiten.*

Um im Kreis Düren sowie den oben genannten Nachbarkreisen auch weiterhin eine ordnungsgemäße und umweltverträgliche Entsorgung von Inertabfällen der Deponieklasse DK O gewährleisten zu können, ist die Schaffung zusätzlicher Ablagerungskapazitäten durch die geplanten Erweiterungen der bestehenden Deponie "Julia" objektiv erforderlich und vernünftigerweise geboten. Alternative Ablagerungsmöglichkeiten bestehen nicht, da in der gesamten Region keine ausreichende Deponiekapazität besteht. Entsprechend der Zielbestimmung von § 15 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) muss eine gemeinwohlverträgliche Beseitigung der zur Ablagerung vorgesehenen Inertabfälle erfolgen. Für die geplanten Deponieerweiterungen besteht somit gemessen auch an den Zielsetzungen des maßgeblichen Fachplanungsgesetzes ein Bedarf. Mit den Erweiterungen der Deponie "Julia" wird gewährleistet, dass die anfallenden Inertabfälle entsprechend dem Stand der Technik und den Anforderungen der DepV entsorgt und somit Gefahren für die in § 15 Abs. 2 KrWG genannten Schutzgüter vermieden werden. Der Standort ermöglicht langfristig eine umweltgerechte Entsorgung von Inertabfällen aus der dicht besiedelten Region ohne lange Transportwege. Die Flächeninanspruchnahme bzw. der Flächenverbrauch werden konzentriert und die durch die geplante vorlaufende Rohstoffgewinnung in Anspruch genommenen Flächen zugleich einer im öffentlichen Interesse stehenden sinnvollen Folgenutzung zugeführt.

Aus den geplanten Erweiterungen steht ein Ablagerungsvolumen von insgesamt rund 3,5 Mio. m<sup>3</sup> zur Verfügung, von denen rund 0,7 Mio. m<sup>3</sup> auf die kurz vor der Planfeststellung stehende Süderweiterung der Deponie Julia entfallen, deren Eckdaten in der als

Anlage 2

beigefügten Kurzvorstellung des Vorhabens zusammengefasst sind.

## **2. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Deponieerweiterung**

### 2. 1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Deponieerweiterungen sind keine relevanten Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten.

#### 2.1.1 Siedlungsbereiche (ASB)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen (ASB).

#### 2.1.2 Bauflächen (W, M, Gemeinbedarf)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Bauflächen (W, M, Gemeinbedarf).

#### 2.1.3 Infrastrukturen (regionale und überregionale Straßen und Schienenwege, militärische Nutzungen, Flughäfen)

Von den geplanten Deponieerweiterungen sind keine Infrastrukturen betroffen. In einem Abstand von rund 20 m zur geplanten südlichen Außengrenze der Deponieerweiterungen verlaufen parallel zu dieser Grenze die Produktenfernleitung Würselen-Altenrath und in einem Abstand von rund 25 m eine Gasfernleitung der Thyssengas GmbH, zu denen ein ausreichender Schutzabstand eingehalten werden wird. In der kurz vor der Zulassung stehenden Süderweiterung des Tagebaus und der Deponie Julia wurde dies bereits planerisch berücksichtigt (siehe nachfolgende Abbildung 6).

[Abbildung]

*Abbildung 6: Darstellung des Verlaufs der Produktenfernleitung Würselen-Altenrath im Süden der geplanten Deponieerweiterungen*

#### 2.1.4 Wald

Von den geplanten Deponieerweiterungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Deponieerweiterungen in Aussicht genommenen Flächen stellen sich weit überwiegend als Intensivacker dar. Darüber hinaus sind diverse Wirtschaftswege von den geplanten Deponieerweiterungen betroffen (siehe nachfolgende Abbildung 7).

[Abbildung]

*Abbildung 7: Biotoptypen im Bereich und Umfeld der geplanten Deponieerweiterungen*

#### 2.1.5 Grundwasser-, Gewässer- und Hochwasserschutz (Gewässer I. + II. Ordnung; festgesetzte WSZ, geplante WSZ; festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete; Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikogebiete)

Von den geplanten Deponieerweiterungen sind keine Gewässer I. und II. Ordnung betroffen. Die für die Deponieerweiterungen in Aussicht genommenen Flächen liegen ferner außerhalb von festgesetzten Wasserschutzzonen, geplanten Wasserschutzzonen (I-III B) sowie festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten. Hochwassergefahren- sowie Hochwasserrisikogebiete sind von den geplanten Deponieerweiterungen ebenfalls nicht betroffen.

#### 2.1.6 Natur- und Artenschutz (NSG, Natura 2000)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-Gebieten. Innerhalb eines Umkreises von 300 m um die geplanten Deponieerweiterungen sind ebenfalls keine Natura 2000-Gebiete vorhanden.

#### 2.1.7 Kur- und Erholungsgebiete

Kur- und Erholungsgebiete werden von den geplanten Deponieerweiterungen nicht tangiert.

#### 2.1.8 Schutzabstand zu ASB, Bauflächen und Ortslagen

Die geplanten Deponieerweiterungen halten einen Mindestschutzabstand von 200 m zu ASB, Bauflächen und Ortslagen ein. Zwischen den geplanten Deponieerweiterungen und dem Siedlungsbereich von Aldenhoven verläuft zudem die BAB A44 in Dammlage, sodass Konflikte zwischen den geplanten Deponieerweiterungen und der Wohnnutzung im Siedlungsbereich von vornherein ausgeschlossen werden können. Gegen die kurz vor der Zulassung stehende Süderweiterung der Deponie Julia hat die Gemeinde Aldenhoven deshalb auch keine Einwände erhoben und sich damit einverstanden erklärt, dass die innerhalb der Erweiterungsfläche gelegenen, in ihrem Eigentum stehenden Wirtschaftswege im Rahmen der Realisierung des Vorhabens durch unsere Mandantin in Anspruch genommen werden.

#### 2.1.9 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln dargestellten BSN.

#### 2.1.10 Landschaftsschutzgebiete und Ersatz- und Ausgleichsflächen

Landschaftsschutzgebiete sowie Ersatz- und Ausgleichsflächen werden durch die geplanten Deponieerweiterungen nicht in Anspruch genommen.

#### 2.1.11 Widersprechende Darstellungen des Flächennutzungsplans

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven enthält keine den geplanten Deponieerweiterungen widersprechenden Darstellungen. Er weist die geplanten Erweiterungsflächen als Fläche für die Landwirtschaft aus. Die Darstellung als Fläche für die Landwirtschaft stellt keine qualifizierte Standortzuweisung dar.

#### 2.1.12 Eingetragene Bau- und Bodendenkmäler

Durch die geplanten Deponieerweiterungen werden keine eingetragenen Bau- und Bodendenkmäler in Anspruch genommen.

2.1.13 Entgegenstehende zeichnerische Festlegungen der Regionalplanüberarbeitung  
Entgegenstehende zeichnerische Festlegungen der Regionalplanüberarbeitung liegen für die geplanten Deponieerweiterungen nicht vor. Sie sind - wie bereits bisher - für eine Darstellung als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich vorgesehen.

## 2.2 Umweltverträglichkeit

Die nachfolgende Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen der geplanten Deponieerweiterung folgt den in Kapitel 5.3.1 des Umweltberichts zum 1. Planentwurf sowie in Anhang G zum Umweltbericht niedergelegten Prüfkriterien.

### 2.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

#### 2.2.1.1 Kurorte/-gebiete und Erholungsorte/-gebiete

Im Plangebiet und seinem Umfeld sind keine Kurorte/-gebiete und Erholungsorte/-gebiete vorhanden.

#### 2.2.1.2 Erholen (lärmarme Räume)

Das geplante Vorhaben liegt ausweislich des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (2019) außerhalb von lärmarmen Räumen (siehe nachfolgende Abbildung 8).

[Abbildung]

*Abbildung 8: Auszug aus der Karte 5.2, Blatt a, zum Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln*

#### 2.2.1.3 Wohnen

Weder im Plangebiet, noch in dessen näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden. Dem Wohnen dienende Einzelhäuser sind dort ebenfalls nicht vorhanden. Der östlich der geplanten Süderweiterung gelegene Hof Küpper wurde zwischenzeitlich von dem Betreiber der benachbarten Abgrabung und Deponie käuflich erworben und die dortige Wohnnutzung aufgegeben.

### 2.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

#### 2.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der Deponieerweiterungen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

#### 2.2.2.2 Nationalpark

Die geplanten Deponieerweiterungsflächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

#### 2.2.2.3 Naturschutzgebiet

Im Bereich der Deponieerweiterungsflächen und deren Umfeld sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

#### 2.2.2.4 Planungsrelevante Arten

Im Rahmen der Planung der kurz vor der Zulassung stehenden Süderweiterung des Tagesbaus und der Deponie Julia wurden im Bereich des bestehenden Tagesbaus und der bestehenden Deponie, der projektierten Erweiterungsfläche sowie deren Umgebung eine faunistische Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese erstreckte sich auch auf die Flächen der geplanten Westerweiterung der Deponie Julia (siehe nachfolgende Abbildung 9).

[Abbildung]

*Abbildung 9: Untersuchungsraum der faunistischen Bestandsaufnahme (rot) und projektierte Süderweiterung des Tagesbaus und der Deponie Julia*

Hierbei wurden folgende planungsrelevante Arten nachgewiesen:

[Abbildung]

*EHZ NRW = Erhaltungszustand in NRW (Atlantische Region) U / gelb: ungünstig; G I grün: gut; Zusatz: -; abnehmend*

Aufgrund der strukturarmen Ausstattung der geplanten Erweiterungsflächen wurde dort lediglich die bodenbrütende Feldlerche nachgewiesen. Habicht, Mäusebussard und Weißstorch wurden lediglich als Nahrungsgäste bzw. im Überflug erfasst. Für sie stellen die geplanten Deponieerweiterungsflächen keinen essentiellen Lebensraum dar. Nach einem Totfund des zuvor im bestehenden Tagebau brütenden Uhus in 2018, der nachweislich nicht auf den Tagebau- und Deponiebetrieb zurückzuführen war, konnte in den darauffolgenden Jahren kein Brutnachweis mehr erbracht werden. In 2020 wurden weder im Tagebau, noch in dessen näherem Umfeld der Uhu oder Hinweise auf dessen Vorkommen (Rupfunken, Gewölle) gesichtet, obwohl weiterhin potenzielle Nistplätze innerhalb des Tagesbaus vorhanden sind. Uhus haben eine hohe Paartreue. Nach dem Verlust eines Alttieres besteht die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass das verbliebene Tier des ehemaligen Brutpaares das Revier aufgegeben hat. Eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit des Uhus kann demnach infolge der geplanten Tagebau- und Deponieerweiterungen ausgeschlossen werden. Innerhalb des bestehenden Tagesbaus Julia brütet nach dem Ergebnis der faunistischen Bestandsaufnahme ferner eine kleine Kolonie der Uferschwalbe an der südwestlichen Abbauwand. Die Kreuzkröte wurde im Rahmen der ökologischen Betriebsbegleitung nur in 2018 gefunden, in den darauffolgenden Jahren nicht mehr. Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die Feldlerche, die Uferschwalbe



sowie die Kreuzkröte folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

#### 2.2.2.4.1 Für die Feldlerche

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine Gefährdung durch die dem geplanten Deponiebetrieb vorausgehenden Tagebauerweiterungen nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der Feldlerche die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitats eingegriffen wird, zwischen Mitte August und Ende März zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes. Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

- Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der Feldlerche zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme eines neuen Abbauabschnitts stattzufinden.
- Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.
- Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die Feldlerche festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf die im Untersuchungsraum vorkommenden nicht planungsrelevanten Bodenbrüter (z. B. Jagdfasan, Wiesenschafstelze) zu übertragen.

#### 2.2.2.4.2 Für die Uferschwalbe

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine Gefährdung durch die dem geplanten Deponiebetrieb vorausgehenden Tagebauerweiterungen nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher soll vor dem Beginn von Erweiterungsarbeiten das konkrete Vorkommen der Art im jeweils betroffenen Bereich überprüft werden. Bei Nachweisen von belegten Brutstätten haben Arbeiten, bei denen in Steilwände eingegriffen wird, zwischen Anfang September und Mitte April zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

Vorausschauend kann auch durch Vergrämung die Betroffenheit von Brutstätten vermieden werden. Dazu werden außerhalb der Brutzeit vor Beginn der Abbauerweiterung im jeweils zu beanspruchenden Bereich die in Frage kommenden Böschungen abgeflacht oder mit Vlies/Folie abgehängt. Damit bestehen dort keine Möglichkeiten mehr für die Art, in der folgenden Brutsaison Bruthöhlen oder -röhren zu bauen. Sie weichen auf umgebende Standorte aus. Wichtig ist hierbei aber, dass Ausweichstandorte in der Nähe vorhanden sind.

#### 2.2.2.4.3 Für die Kreuzkröte

Als Vermeidungsmaßnahme für die Kreuzkröte ist eine Weiterführung der bereits im derzeitigen Betrieb erfolgenden Ökologischen Betriebsbegleitung vorzusehen. Dazu wird auf die "Maßnahmen zur Unterstützung der Abgrabungsamphibien in der Rohstoffgewinnung NRWs, Kooperationsprojekt der Biologischen Stationen Leverkusen/Köln, Bonn/Rhein-Erft, Rhein-Sieg-Kreis, Euskirchen, Düren, Rhein-Kreis Neuss, dem Baustoffverband vero und dem NABU NRW" (2017) hingewiesen. Auf eine ausführliche Wiedergabe der dortigen Inhalte wird hier verzichtet, im Folgenden seien einige besonders wichtige Aspekte genannt:

- Vermeidung der Beschädigung von besiedelten Gewässern durch Durchfahren, Verkippen; ggf. Absperrung der mit Kaulquappen besetzten Gewässer mit Flatterband oder Findlingen, um ein Durchfahren mit schwerem Gerät zu vermeiden, Zeitraum April bis September
- Entfernung von Kleingewässern nur außerhalb der Laich- und Larvenzeit der Amphibien mit Schaffung von geeigneten Ersatzgewässern an anderer Stelle, Zeitraum September bis Ende Februar
- Spontan entstandene Gewässer ohne Kaulquappen im Arbeitsbereich mit grobem Kies auffüllen oder drainieren, Zeitraum: April bis September, möglichst direkt nach dem Entstehen
- Entfernung von Förderbandresten, Folien, Brettern, Geotextilien o. ä., die als Verstecke dienen können, aus der Nähe von Fahrtrassen und in zur späteren Nutzung vorgesehenen Bereichen, kein Überfahren dieser Strukturen, Zeitraum: März bis Oktober
- Erhalt von größeren Gesteinshalden, Sandhalden, Totholzhäufen oder Böschungen in der Nähe von besiedelten Kleingewässern, Abtragen von Gesteinshalden/ Sandhalden/ Totholzhäufen in der Nähe von besiedelten Gewässern nicht in der Zeit von September bis Ende März

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Erweiterungen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

#### 2.2.2.5 Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

#### 2.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotop

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotop sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen nicht vorhanden.

#### 2.2.2.7 Biotopverbundfläche

Die geplanten Deponieerweiterungen liegen außerhalb von Biotopverbundflächen. Lediglich nördlich an die westlichen Erweiterungsflächen angrenzend wurden vom

LANUV NRW Biotopverbundflächen im Sinne des § 21 BNatSchG dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 10). Hierbei handelt es sich um Biotopverbundflächen von besonderer Bedeutung (Stufe II).

[Abbildung]

*Abbildung 10: Biotopverbund-Flächen in der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen*

Sie wurden vom LANUV NRW unter der Kennung VB-K-5003-001 mit der Bezeichnung "Bördendörfer zwischen Linnich und Aldenhoven" erfasst und wie folgt beschrieben:

#### GEBIETSBESCHREIBUNG

- Bördendörfer mit Grüngürteln südöstlich von Linnich in der ausgeräumten, intensiv ackerbaulich genutzten Jülicher Börde
- die Grüngürtel zeichnen sich durch ausgedehnte strukturreiche Gärten, Obstweiden, Gehölz-Grünlandkomplexe mit Hecken, Feldgehölzen und Baumreihen aus
- die Grüngürtel sind durch teils gehölzbestanden, begradigte Fliesse und Gräben miteinander verbunden

#### WERTBESTIMMENDE MERKMALE/ BEDEUTUNG IM BIOTOPVERBUND

- die Grüngürtel der Hof- und Ortsrandlagen der Bördendörfer sind wichtige Zentren des Biotopverbundsystems in der intensiv landwirtschaftlich genutzten, weitgehend ausgeräumten Landschaft der Selfkant-Terrassenplatte
- die Fliesse und Gräben haben eine wichtige Vernetzungsfunktion zwischen den sonst isoliert liegenden Grüngürteln der Bördedörfer

#### KLIMASENSITIVE ARTEN UND LEBENSRAÜME

- keine

Die räumliche Nähe der Deponieerweiterungsflächen zu dieser Biotopverbund-Fläche steht der Realisierung einer Trockenabgrabung mit nachfolgendem Deponiebetrieb nicht entgegen. Durch die Gestaltung der Deponieflächen im Zuge der Herrichtung sowie gezielte ökologische Aufwertungsmaßnahmen im Bereich der Abstandsflächen kann der Biotopverbund im Gegenteil sogar gefördert werden.

#### 2.2.2.8 Schutzwürdige Biotope

Schutzwürdige Biotope sind im Bereich und in der Umgebung der geplanten Deponieerweiterungen nicht vorhanden.

### 2.2.3 Boden

#### 2.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Im gesamten Raum sind gemäß der digitalen Bodenkarte 1:50.000 (IS BK 50, Geologischer Dienst NRW, siehe Ausschnitt, Abbildung 11) tiefgründige, ertragreiche Parabraunerden (L) vorherrschend. In den Niederungen entlang der Gewässer liegen Kolluvisol (K) und Pararendzina (Z) vor. Auch der ganz überwiegende Teil der geplanten Erweiterungen wird von Parabraunerde eingenommen. Kleinflächig ragt von Norden rinnenartig Kolluvisol in den Bereich der südlichen Erweiterungsfläche hinein. Im Bereich der aktiven und ehemaligen Tagebau-, Abgrabungs- und Deponieflächen kommen keine natürlich gewachsenen Böden mehr vor. Die beiden Bodentypen der Erweiterungsflächen weisen bei Bodenwertzahlen von 70-90 eine sehr hohe Ertragsfähigkeit auf. Die Parabraunerde ist weder grund-, noch staunass und besitzt neben einer mittleren Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine hohe nutzbare Feldkapazität. Der Kolluvisol weist eine schwache Staunässe auf und besitzt neben einer mittleren Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine sehr hohe nutzbare Feldkapazität.

[Abbildung]

*Abbildung 11: Auszug digitale Bodenkarte, Bodentypen (Quelle: /www.elwasweb.nrw.de)*

Beide Bodentypen sind in der Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1: 50.000 (Geologischer Dienst NRW) als fruchtbare Böden mit hoher (Kolluvisol) und sehr hoher (Parabraunerde) Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit bezeichnet und somit als schutzwürdige fruchtbare Böden ausgewiesen. Sie sind im Landschaftsraum jedoch weit verbreitet bzw. mit dem Kolluvisol nur sehr kleinflächig betroffen und weisen keine hohe Dokumentationsfunktion oder besondere Schutzwürdigkeit als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte auf. Auch zeigen sie keine besondere Naturnähe und keine extremen Standortbedingungen, haben demnach keine besondere Bedeutung für Lebensraumfunktion und das Biotop- entwicklungspotenzial.

#### 2.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Aufgrund ihrer Fruchtbarkeit werden die Böden des Untersuchungsraumes und der Erweiterungsflächen intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die damit verbundenen nutzungsbedingten Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus. Insbesondere auch die bereits erfolgten Gewinnungs- und Verfülltätigkeiten im Norden und Osten sind als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden. Es finden auch weiterhin noch Umlagerungen statt. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen als Vorbelastung für das Schutzgut Boden

vorhanden. Unmittelbar nördlich des Tagebaus Julia und auch innerhalb befindet sich in ca. 300 m Entfernung zu den geplanten Erweiterungen unter der Nummer AL 16 eine Altablagerung, die im Altlastenverdachtsflächenkataster des Kreises Düren geführt wird. Nach Auskunft des Kreises Düren zum Rahmenbetriebsplan für die Süderweiterung des Tagebaus Julia handelt es sich dort um eine ehemalige Kiesabgrabung, die etwa ab 1976 mit Bodenaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch und untergeordnet auch mit Siedlungsabfällen verfüllt worden ist. Der Bereich wurde, da nicht beabsichtigt war, die Altlast anzuschneiden, vorlaufend zu den Gewinnungsarbeiten lagemäßig durch Sondierung ermittelt und großzügig ausgespart, um einen Anschnitt der Altlast zu vermeiden. Sonstige Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Untersuchungsraum nicht bekannt.

#### 2.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

##### 2.2.3.1.2.1 Vermeidungsmaßnahmen Schutzgut Boden

Zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen des Bodens werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Getrennte Abtragung von Oberboden und Abraum
- Wiederverwendung des anstehenden Oberbodens und nicht verwertbaren Abraums für die Wiedernutzbarmachung und die spätere Rekultivierung der nachfolgenden Deponieerweiterungen
- Lagerung des Oberbodens - soweit erforderlich - getrennt von dem anstehenden
- Abraum bis zur endgültigen Verwendung im Bereich der Erweiterungsflächen entsprechend den Vorgaben der DIN 18.300 (Erdarbeiten) und 18.915, Teil 3 (Landschaftsbau, Bodenarbeiten) Schutz und Erhaltung des Oberbodens
- während der Zwischenlagerung durch geeignete Maßnahmen (Leguminoseneinsaat)
- Überwachung der zur Verfüllung vorgesehenen Böden
- Erfüllung der Anforderungen an eine geologische Barriere gem. DepV durch Einbau einer Ausgleichsschicht bis 1 m über dem künftigen Grundwasserspiegel
- Abschnittsweise Verfüllung und Deponierung, sodass ein zeitnahes Aufbringen der Oberflächenabdichtung gewährleistet ist
- Eingangs- und Abfallüberwachung der zur Deponierung vorgesehenen Inertabfälle und der Böden für die Rekultivierungsschicht
- Wiederherstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht aus kulturfähigem Unterboden (0,7 m) und Oberboden (0,3 m)
- Beseitigung von Bodenverdichtungen durch abschließende Tiefenlockerung

##### 2.2.3.1.2.2 Verbleibende Auswirkungen Schutzgut Boden

Bei den geplanten Tagebauerweiterungen werden bau- und betriebsbedingt auf einer

Nettoabbaufäche von insgesamt etwa 14,5 ha zunächst die Deckschichten und die darunter anstehenden Quarzsande und -kiese bis auf eine Tiefe von 1 m über dem derzeitigen höchsten Grundwasserspiegel (unter Sumpfungseinfluss) vollständig entnommen. Mit der Entfernung natürlich gewachsener Bodenhorizonte verliert der Bodenkörper innerhalb der Erweiterungsflächen temporär seine Funktionen (z. B. Filterfunktion, Pflanzenstandort, landwirtschaftliche Produktionsstätte). Durch den Abtrag natürlicher Deckschichten und die sich zeitlich anschließende Rohstoffentnahme kommt es zu einem dauerhaften Verlust der natürlichen Bodenprofile und einer Veränderung der gewachsenen Bodenstruktur. Außerhalb der Abbaugrenze (= Abstandsstreifen) bleibt die natürlich gewachsene Bodenabfolge weitestgehend erhalten. Durch Befahren mit Radladern und LKW, Lagerung von Bodenmieten etc. können jedoch Bodenverdichtungen auftreten, die nach Abschluss der Tätigkeiten durch tiefgründiges Auflockern beseitigt werden. Die betroffenen Böden sind zwar (nach Auskunftssystem BK 50) als fruchtbare Böden mit hoher und sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit bezeichnet und somit als schutzwürdig eingestuft, sind jedoch im Landschaftsraum weder selten, noch zeichnen sie sich durch eine besondere Naturnähe aus und haben somit keine besondere Bedeutung für die Lebensraumfunktion und das Biotopentwicklungspotenzial. Auch natur- oder kulturhistorisch wertvolle Ausprägungen der Geologie oder Morphologie liegen nicht vor. Bau- und betriebsbedingt sind daher zunächst mittlere Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten. Durch die anschließende Verfüllung und das Aufbringen einer Rekultivierungsschicht im Anschluss an den sukzessive nachfolgenden Deponiebetrieb wird die Ausbildung natürlicher Bodenfunktionen im belebten Teil des Bodens nach der Rekultivierung teilweise wieder ermöglicht. Insbesondere die Funktionen "Standort für die Vegetation und Tierwelt" und "landwirtschaftliche Produktionsfläche" werden wiederhergestellt. Die Grundwasserschutzfunktion der ursprünglich am Deponiestandort vorhandenen Deckschichten wird durch das geplante Abdichtungs- und Versickerungssystem übernommen. Vorhabenbedingt auftretende Verdichtungen werden durch nachfolgende Lockerung beseitigt. Wenngleich die Böden durch die Verlagerung eine anthropogene Prägung erhalten und sich die bodenkundlichen Standortfaktoren und Funktionen gegenüber der heutigen Situation verändern, stellt die beschriebene Umlagerung des Bodens bei einer Sicherung der Bodenqualität eine vergleichsweise geringe Belastung dar. Im Randbereich wird es durch die dort geplante Nutzungsextensivierung (Gehölze, Krautsäume) zu einer Verminderung des Nähr- und Schadstoffeintrages in den Boden kommen. Nach Stilllegung und abgeschlossener Rekultivierung werden somit insgesamt geringe negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden verbleiben.

#### 2.2.4 Wasser

##### 2.2.4.1 Wasserschutzgebiet. Heilquellenschutzgebiet

Im Bereich der geplanten Deponieerweiterungen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete vorhanden.

#### 2.2.4.2 Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Deponieerweiterungen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

#### 2.2.4.3 Grundwasserkörper

Die Erweiterungsflächen gehören zum Grundwasserkörper 282\_04 im Teileinzugsgebiet Maas-Süd, dessen mengenmäßiger und chemischer Zustand als schlecht eingestuft ist. Die Qualität und Quantität des Grundwassers sind hauptsächlich von landwirtschaftlich bedingten Stoffeinträgen und ab den späten 1960er Jahren durch die Grundwasserabsenkungen für den südlich von Aldenhoven gelegenen Braunkohletagebau "Inden" beeinflusst. Die für den außerhalb des Grundwasserkörpers stattfindenden Braunkohlen-Bergbau erforderlichen weitreichenden Grundwasserabsenkungen umfassen in ihrer horizontalen Ausdehnung auch diesen Grundwasserkörper. Im Untersuchungsraum sind alle Grundwasserstockwerke stark beeinflusst. Maßgeblicher Grundwasserstand für die geplanten Tagebauerweiterungen ist zunächst der höchste, zu erwartende Grundwasserstand unter dem Einfluss der Sumpfungsmaßnahmen (HGW 1), der für das geplante Sohlniveau des Tagebaus ausschlaggebend ist und im Bereich der südlichen Erweiterungsfläche zwischen rund 86,5 m NHN (Südosten) und rund 86,0 m NHN (Nordwesten) liegt. Im Bereich der westlichen Erweiterungsflächen liegt der HGW 1 zwischen rund 87 m NHN im Südosten und rund 86,50 m NHN im Nordosten. Der Gleichenplan weist für diese Situation für das nähere Umfeld der Erweiterungsflächen eine nach Nordosten gerichtete Grundwasserströmung aus (siehe nachfolgende Abbildung 12). Der mittlere Gradient der Grundwasserströmung kann mit rd. 6 ‰ angegeben werden.

[Abbildung]

*Abbildung 12: Grundwassergleichenplan für die geplanten Erweiterungen und deren Umfeld*

Darüber hinaus ist der höchste Grundwasserstand nach Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen (HGW 2) für das geplante Verfüllniveau und die Folgenutzung als Inertstoffdeponie (DK 0-Deponie) von Bedeutung. Der Grundwasserwiederanstieg im ersten

Grundwasserstockwerk wird nach Berechnungen des Ertverbandes um das Jahr 2030 beginnen und um das Jahr 2200 abgeschlossen sein. Es ist davon auszugehen, dass die Grundwasserstände vor Beginn der Sumpfungsmaßnahmen wieder erreicht werden. Für die Erweiterungsflächen wurde der HGW 2 mit rund 95,0 m NHN abgeschätzt. Die langjährige Schwankungsbreite der Grundwasserstände kann unter Auslassung von Extremereignissen mit rd.  $\pm 1$  m angegeben werden.

#### 2.2.4.3.1 Vorbelastung Schutzgut Wasser

Das Grundwasser ist im Bereich der Erweiterungsflächen durch die

Sümpfungsmaßnahmen für den Braunkohlentagebau großflächig abgesenkt, es herrschen somit anthropogen überprägte Grundwasserverhältnisse im gesamten Untersuchungsraum vor. Die heute anzutreffenden Grundwasserstände entsprechen daher nicht den natürlichen Verhältnissen. Nach aktuellen Modellprognosen wird das vorbergbauliche Ausgangsniveau von etwa 95,0 m NHN (HWG 2), ausgehend von einem Grundwasserwiederanstieg ab 2030, erst im Jahr 2200 wieder erreicht sein. Aufgrund der intensiven Bewirtschaftung der Erweiterungsfläche im Zusammenhang mit Düngemaßnahmen ist von erhöhten Stoffkonzentrationen bei einigen Parametern (Nitrat, Sulfat, Ammonium) im Grundwasser auszugehen. Konkrete Angaben hierzu liegen nicht vor.

#### 2.2.4.3.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

##### 2.2.4.3.2.1 Vermeidungsmaßnahmen Schutzgut Wasser

Die bereits für den bestehenden Tagebau/die bestehende Deponie festgeschriebenen Anforderungen eines vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes werden im Zuge der Realisierung der geplanten Erweiterungen weiterhin erfüllt. Zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen des Grund- und Oberflächenwassers werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Einhalten eines ausreichenden Abstandes der Abbausohle zum Grundwasser
- Errichtung eines Oberflächenabdichtungs- und Versickerungssystems zur Verhinderung des Eindringens von möglicherweise schadstoffbelastetem Sickerwasser in das Grundwasser
- Versickerung des über die Oberflächenabdichtung abgeleiteten Niederschlagswassers in randlichen Rigolen
- Erfüllung der Anforderungen an eine geologische Barriere gem. DepV durch Einbau einer Ausgleichsschicht
- Grundwasserüberwachung im An- und Abstrom der Erweiterungen
- Überwachung der zur Herstellung der Ausgleichsschicht vorgesehenen Fremdböden
- Abschnittsweise Verfüllung der Inertabfälle, sodass ein zeitnahes Aufbringen der Oberflächenabdichtung gewährleistet ist
- Eingangs- und Abfallüberwachung der zur Deponierung vorgesehenen Inertabfälle und der Böden für die Rekultivierungsschicht
- Verwendung von Ladegeräten mit Panzerwannen (Stahlbodenblech unter Treibstofftanks und Motor), Prüfung der Fahrzeuge auf Dichtigkeit (Schmier- und Treibstoffverluste) und erforderlichenfalls Ergreifung von Maßnahmen zum Auffangen
- Bereithalten von Öl-Bindepräparaten
- Betanken, Reparieren, Abfetten ausschließlich in dafür genehmigten Bereichen
- Fahrzeugwäsche und Lagerung wassergefährdender Stoffe nur außerhalb des Tagebau- und Deponiegeländes
- Im Falle einer Verunreinigung des Untergrunds oder des Grundwassers



unverzügliche Benachrichtigung der Bergbehörde sowie der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren, Veranlassung von Gegenmaßnahmen

#### 2.2.4.3.2.2 Verbleibende Auswirkungen Schutzgut Wasser

Es wird bau- und betriebsbedingt kein Grundwasser freigelegt, und entsprechend ist durch die dem geplanten Deponiebetrieb vorausgehende Rohstoffgewinnung keine negative Beeinflussung des Grundwasserdargebots oder des Grundwasserstandes zu besorgen. Zum höchsten zu erwartenden Grundwasserstand unter Einfluss der Sumpfungmaßnahmen, der im Bereich der Erweiterungsflächen zwischen rund 87 m NHN (Südosten) und rund 86 m NHN (Nordwesten) liegt, wird ein Abstand von mindesten 1 m eingehalten. Auch sind zusätzliche Grundwasserentnahmen im Rahmen der geplanten Erweiterungen nicht geplant, die Einfluss auf die Menge des Grundwassers haben könnten. Mit der Errichtung des Oberflächenabdichtungssystems der DK 0-Deponie wird der Wasserzutritt zum Abfallkörper weitestgehend verhindert, sodass von dort kein möglicherweise schadstoffbelastetes Sickerwasser in das Grundwasser gelangen kann. Das auf dieser Fläche nieder gehende Niederschlagswasser wird über die Dränageschicht gefasst und in Randrigolen abgeleitet, von wo aus das Niederschlagswasser ortsnah (außerhalb des Deponiekörpers) versickert und damit dem Grundwasser im Untersuchungsgebiet wieder zugeführt wird. Die nach Stilllegung und abgeschlossener Rekultivierung lokal sehr begrenzte Reduzierung der Grundwasserneubildung im Bereich der Oberflächenabdichtung der Deponieerweiterungen wird somit in unmittelbarer Nähe wieder ausgeglichen. Die Gesamtgröße der Erweiterungen von ca. 21,5 ha ist darüber hinaus im Vergleich zur Größe des Grundwasserkörpers, der rund 14.688 ha umfasst, sehr gering. Angesichts der Größe des betroffenen Grundwasserkörpers im Vergleich zur Fläche der geplanten Erweiterungen sind die möglichen Veränderungen der Grundwasserneubildung während und nach der Gewinnung aus hydrogeologischer und wasserwirtschaftlicher Sicht folglich unbedeutend und zu vernachlässigen. Bei Einhaltung der Maßnahmen zum vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutz ist auch eine nachteilige Veränderung der Grundwasserqualität nicht zu besorgen. Auch die bisherige Gewinnungs-, Verfüll- und Deponietätigkeiten lassen keine relevanten qualitativen und quantitativen Beeinflussungen des Grundwassers erkennen. Dem künftigen Wiederanstieg des Grundwassers nach Einstellung der bergbaubedingten Sumpfungmaßnahmen wird darüber hinaus durch die Qualität des Verfüllmaterials Rechnung getragen. Der Deponiekörper wird auch nach Wiederanstieg des Grundwasserspiegels durch Einbau einer Ausgleichsschicht außerhalb des Grundwassers liegen. Zur Ablagerung gelangen ausschließlich Inertabfälle der Deponieklasse DK 0. Das sind Abfälle, die keinen wesentlichen physikalischen, chemischen oder biologischen Veränderungen unterliegen. Inertabfälle lösen sich nicht auf, brennen nicht und reagieren nicht in anderer Weise physikalisch oder chemisch, sie bauen sich nicht biologisch ab. Sie beeinträchtigen andere Materialien, mit denen sie in Berührung kommen, nicht in einer Weise, die zur Umweltverschmutzung führt oder sich negativ auf die menschliche Gesundheit auswirken könnte. Ihre Auslaugbarkeit ist gering, der Schadstoffgehalt sowie die Ökotoxizität des

Sickerwassers unerheblich. Auch werden zum Einbau als DK 0-Material erfahrungsgemäß überwiegend bindige Böden gelangen, die über ein erhöhtes Wasserrückhaltevermögen verfügen. Negative Auswirkungen durch die geplanten Erweiterungen auf das Grundwasser sind weder qualitativ, noch quantitativ zu erwarten. Insgesamt sind demnach für das Schutzgut Wasser durch die geplanten Tagebauerweiterungen und die nachfolgende Nutzung als DK 0-Deponien keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

#### 2.2.4.4 Oberflächenwasserkörper

Im Bereich der Erweiterungsflächen selbst befindet sich kein Oberflächengewässer. Nordwestlich liegt das Hoengener Fließ, ein löss-lehmgeprägter Tieflandbach, der hier eine stark bis vollständig veränderte Gewässerstruktur aufweist. Er verläuft grabenartig im Regelprofil, die Sohle ist auf weiter Strecke mit Gittersteinen befestigt. Weiter befinden sich entlang der Straßen meist trockene Entwässerungsgräben. Weitere, trocken gefallene Gräben befinden sich straßenbegleitend entlang der L 228. Oberflächengewässer sind von den geplanten Erweiterungen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

#### 2.2.5 Klima/Luft

##### 2.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW ist die von der kurz vor der Zulassung stehenden Süderweiterung eingenommene Fläche als Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen. Die Fläche der geplanten Westerweiterung ist danach als Grünfläche mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion zu qualifizieren (siehe nachfolgende Abbildung 13).

[Abbildung]

*Abbildung 13: Auszug aus dem Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV NRW*

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Erweiterungen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

##### 2.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die Erweiterungsflächen weit überwiegend von Parabraunerde eingenommen. Kleinflächig kommt im Bereich der Erweiterungsfläche Süd darüber hinaus Kolluvisol vor. Die genannten Bodenarten sind aufgrund ihres Wasserspeichervermögens im 2 m-Raum als klimarelevante Böden einzustufen. Im Zuge der Realisierung der geplanten Erweiterungen werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im

Rahmen der Rekultivierung erhalten werden, sodass erhebliche Umwelteinwirkungen infolge der Inanspruchnahme der Böden nicht zu erwarten sind.

## 2.2.6 Landschaft

### 2.2.6.1 Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den geplanten Erweiterungsflächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Deponiebetriebe, Verkehr, Windkraft) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden. Ebenso sind im Bereich und der Umgebung der Erweiterungsflächen keine Naturparke und Landschaftsschutzgebiete vorhanden. Die geplanten Erweiterungen liegen zwar teilweise in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 14). Ob daraus erweiterungsbedingte erhebliche Umweltauswirkungen abgeleitet werden können, ist aus unserer Sicht aber höchst zweifelhaft, da im Zuge der Realisierung der geplanten Erweiterungsvorhaben die Infrastruktur des vorhandenen Betriebsstandorts weiter genutzt werden kann, sodass mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum nicht zu rechnen ist. Denn die Erschließung der Erweiterungsflächen soll ausschließlich über den vorhandenen Betriebsstandort erfolgen.

[Abbildung]

*Abbildung 14: Darstellung der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume im Bereich und der Umgebung der Vorhabensfläche (Quelle: Naturschutzinformationen NRW)*

### 2.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der Erweiterungsflächen sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden. Nordwestlich des zugelassenen Tagebaus und der zugelassenen Deponie liegen im Untersuchungsraum zwei im Landschaftsplan als geschützte Landschaftsbestandteile festgesetzte Bereiche, die durch die geplanten Erweiterungen allerdings nicht tangiert werden. Hierbei handelt es sich um folgende Bereiche (siehe nachfolgende Abbildung 15):

#### LB 2.4.4-2 Hoengener Fließ

Für diese lineare Gewässerstruktur sind im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch den Umsetzungsfahrplan Maßnahmen konzipiert worden.

#### LB 2.4.3-17 Feldgehölz ca. 1 km östlich von Dürboslar

Die Fläche liegt zwischen einer Kiesgrube und dem Hoengener Fließ. Neben Laubgehölzen sind teilweise auch Nadelgehölze vorhanden.

[Abbildung]

*Abbildung 15: Geschützte Landschaftsbestandteile in der Umgebung der Erweiterungsflächen*

#### 2.2.6.3 Landschaftsbild

Die geplanten Erweiterungen liegen ausweislich der Karte der Landschaftsbildeinheiten des LANUV NRW (Stand: 26.10.2016) nicht im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von herausragender Bedeutung. Der betreffenden Landschaftsbildeinheit wurde vielmehr nur eine mittlere Bedeutung beigemessen. Im Umfeld der Erweiterungsflächen sind ebenfalls keine Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 16).

[Abbildung]

*Abbildung 16: Auszug aus der Karte der Landschaftsbildeinheiten in NRW des LANUV NRW*

#### 2.2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

##### 2.2.7.1 Kulturlandschaft (regional bedeutsam) inklusive Denkmälern und Denkmalbereichen

Die geplanten Erweiterungen liegen ausweislich des Fachbeitrags Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln des Landschaftsverband Rheinland (2016) außerhalb von Kulturlandschaftsbereichen von historischer Bedeutung (siehe nachfolgende Abbildung 17).

[Abbildung]

*Abbildung 17: Auszug aus der Darstellung der Kulturlandschaftsbereiche im Fachbeitrag Kulturlandschaft des LVR*

Wie oben bereits dargelegt, sind im Bereich der Erweiterungen auch keine in die Denkmalliste eingetragenen Bau- und Bodendenkmäler vorhanden.

##### 2.2.7.2 Archäologische Bereiche

Die geplanten Erweiterungen liegen außerhalb archäologischer Bereiche.

#### 2.3 Raum- und umweltverträgliche Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz

Der bestehende Betrieb unserer Mandantin verfügt bereits über eine Zufahrt zur L 228. Diese kann für die geplanten Erweiterungen weiter genutzt werden. Alternativ besteht auch die Möglichkeit, die westlichen Erweiterungsflächen unmittelbar an die B 56 anzubinden. Die Entfernung zur nächstgelegenen Anschlussstelle der BAB A 44 (AS Aldenhoven) beträgt 470 m Luftlinie (siehe nachfolgende Abbildung 18). Eine raum- und umweltverträgliche Anbindung der geplanten Erweiterungen an das überörtliche Verkehrsnetz ist demnach gegeben.

[Abbildung]

*Abbildung 18: Überörtliches Verkehrsnetz im Umfeld der geplanten Erweiterungen*

### **3. Fazit**

Die für die geplanten Deponieerweiterungen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind - ebenso wie die bereits bestehende Deponie - in besonderem Maße für eine Festlegung als Standort für Abfalldeponien geeignet. Denn es sind weder Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Deponieerweiterungen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und Deponien bereits erheblich vorbelastet ist. Die Erweiterungsflächen sollen - ebenso wie die Fläche der bestehenden Deponie - vorlaufend durch die Gewinnung von Quarzkies und Quarzsand in Anspruch genommen werden. Für ihre Nutzung als DK 0-Deponie besteht ein abfallwirtschaftlicher Bedarf, der durch die bereits vorhandenen Deponien weder derzeit, noch mittel- bis langfristig gedeckt werden kann.

**Um die geplanten Erweiterungen der Deponie Julia planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus der obigen Abbildung 3 ersichtlichen Erweiterungsflächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns als Standort für Abfalldeponien festzulegen.**

[s. Anhang Abb. 1000956\_1] PDF S. 4

[s. Anhang Abb. 1000956\_2] PDF. S. 5

[s. Anhang Abb. 1000956\_3] PDF. S. 6

[s. Anhang Abb. 1000956\_4] PDF. S. 7

[s. Anhang Abb. 1000956\_5] PDF. S. 8

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1000956\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000956\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000956\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000956\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000956\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000956\\_14.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000956\\_15.pdf](#)

<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_16.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_17.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_18.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_19.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_2.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_20.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_21.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_22.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_23.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_24.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_25.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_26.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_27.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_28.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_29.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_3.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_30.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_31.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_32.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_33.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_34.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_35.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_36.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_37.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_38.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_39.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_4.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_40.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_5.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_6.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_7.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_8.pdf</u></a>	
<a href="#"><u>Abb_ID_1000956_9.pdf</u></a>	

AZ: Ö-M-160	
1001389	
1001529	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff: Stadtklima / Hitzestaukarte Ksta. 19.07.22 (Thema Frischluftschneise Bezug Autobahnausbau A4) Anliegen/Antrag gem. GVO§24/Stellungnahme Bezrg. Köln</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hier ein Artikel der heutigen Ksta, der eindeutig zeigt, wie wichtig auch die weiträumige über jahrzehnte gewachsene Bewaldung/ Grünfläche an den Autobahnen ist in der Funktion als Frischluftschneise für die umliegenden gefährdeten Gebiete. Hier in Poll wird dies durch die 10 jährige großräumige Baustelle massiv beeinflusst wenn nicht für Jahrzehnte vernichtet werden. Gerade jetzt in Zeiten des deutlichen Klimawandels, auch in Köln, ist das zu berücksichtigen. Wenn Autobahnbau nicht zu vermeiden sein sollte, dann wäre vielleicht doch Tunnelvariante nochmal überdenken? Abgesehen davon,dass man grundsätzlich über die im BVWP2030 festgelegten Planungsvorhaben, die ja noch nicht alle vom Bund als rechtskräftig gesprochen sind, nochmal nachdenken sollte und den Dialog im Sinne einer suffizienten, CO2 Konformen Dekarbonisierung im Verkehrssektor und den notwendigen Neuausrichtungen der Klimaschutzauflagen in guten Konzepten angehen sollte, sowohl auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Klimaschutz ist letztendlich das Kapital und die gesunde Wirtschaft von Morgen auch in dieser hochindustrialisierten Region Deutschlands.</p> <p>Bei dem Autobahnprojekt 553 ist Tunnelbau auf einmal wieder Thema geworden. <a href="https://rheinspange.nrw.de/dialogforum9/">https://rheinspange.nrw.de/dialogforum9/</a> Aktuell liegen zur 553 wieder drei Tunnelvarianten zur Auswahl vor. Es ist dabei natürlich zu überdenken, dass ein Tunnel noch teurer wird und mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, der umstrittene Ressourcenverbrauch enorm ist und die Nutzen Kosten Analyse, was die Dekarbonisierung und Nachhaltigkeit betrifft, völlig in Frage gestellt werden muss.</p> <p>Hier muss man aber grundsätzlich langfristig denken in Abwägung des Klimaschutzes und der Lebensqualität der Menschen die hier leben und arbeiten wollen, sowie natürlich der Wirtschaftlichen Interessen einer Region. Ökonomisch und Ökologische Aspekte müssen anders abgewogen werden und den Umständen entsprechend in ausgewogenen Gleichklang gebracht werden. Im Moment haben wir ein katastrophales Ungleichgewicht. Auch die soziale, solidarische Komponente darf dabei nicht außer Acht gelassen werden (Viele können sich Mobilität in diesem Land nicht mehr leisten und sind jetzt schon an der Teilhabe mobil zu sein ausgeschlossen) 40zig Jahre vornehmlich Fokus/Subvention auf Ausbau, Neubau Straße haben natürlich ihre Spuren hinterlassen, was sich jetzt im Schienen Sektor deutlich und vielschichtig zeigt.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten geäußert.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

Und das sowohl im Personen- als auch Güterverkehr (Stichwort Schienenausbau).

**Bei unserem A4Ausbau (Ausbau der A4 zwischen Kreuz Gremberg und Kreuz Köln Süd und Abriss/Neubau der Rodenkirchener Brücke) genannt 4Plus-Köln** <https://a4plus.koeln/> wurde auch schon im Dialogforum angefragt, ob die Erweiterung nicht über einen eigenen Tunnel erfolgen kann und der Bestand parallel bestehen bleibt. Ein Leitsystem könnte den Verkehr, der nicht nach Köln abfahren will, lenken. Das Statik Gutachten der RK Brücke hat ergeben, das die Brücke durchaus in der Lage wäre für viele Jahre den Verkehr, wenn er nicht rasant ansteigt zu tragen. Auch das Verkehrsgutachten geht algorithmisch hochgerechnet und teils zu ungenauen Ergänzung Überprüfungen 2018 von einem stetig wachsenden Verkehr in der Zukunft aus. Im Zuge der angestrebten Verkehrswende ist das nicht mehr zeitgemäß, den Fokus weiterhin so verstärkt wie bisher auf die Strasse zu konzentrieren. Viele wissenschaftlich Studien und Gutachten fachkompetenter Gremien belegen das eindeutig und nachvollziehbar.(eine Aufzählung/Quellennachweise erspare ich mir hier) Reiche ich aber bei Bedarf gerne nach.

Die starke Nachfrage nach Alternativmobilität im MIV Sektor hat letztendlich großen Einzug gehalten und wird von vielen Bürger\*innen auch in dieser Stadt eingefordert. Das würde auch den Güterverkehr erheblich entlasten. Links zur Brückenprüfung s folgend: Alle anderen Gutachten (Verkehrsgutachten UVS), Präsentationen, Protokolle u.a. finden Sie unter <https://a4plus.koeln/mediathek/> [https://a4plus.koeln/wp-content/uploads/A4plus\\_3.-Dialogforum\\_Protokoll.pdf](https://a4plus.koeln/wp-content/uploads/A4plus_3.-Dialogforum_Protokoll.pdf) [https://a4plus.koeln/wp-content/uploads/A4plus\\_3.-Dialogforum\\_Rahmenpräsentation\\_final.pdf](https://a4plus.koeln/wp-content/uploads/A4plus_3.-Dialogforum_Rahmenpräsentation_final.pdf) Die Tunnelvariante wurde von der Autobahn GmbH nicht weiterverfolgt, da zu teuer und angeblich zu große Eingriffe in die Natur, worauf nicht näher eingegangen wurde. Der Verlust der Frischluftschneise für die Stadt Köln wurde nicht ausreichend berücksichtigt. Die UVS zeigt einen deutlichen Eingriff bei einer oberirdischen Lösung. <https://a4plus.koeln/ausbau-der-a4/umweltvertraglichkeitsstudie/> Die ca.10 jährige Bauzeit bedeutet zusätzlich noch eine großflächige Flächeninanspruchnahme für die Bautätigkeiten wie Zufahrten, Lagerungsfläche und Installation eines riesigen Hebekrahnes für den Abriss und den Neubau der Rodenkirchener Brücke. Viele Faktoren, wie Verlust von Retentionsbecken, Hochwasserschutz, Wasserschutzgebiete ( eine Frischwasser Pipeline führt direkt an der Autobahn unterhalb des Rheinbettes von Poll in den Kölner Süden zur Sicherung der Trinkwasserversorgung der Stadt Köln). Auch Eigentumsverluste und Beanspruchung von Gartengrund direkt an der Baustelle, sowie der Existenzverlust von Ackerflächen des einzigen Bauers von Köln, Campingplatz, über hundert Jahre alte Gastronomie des Poller Fischerhauses, Kleingartensiedlungen, Naturschutzgebiete wie das Gremberger Wäldchen (einziger Autochthoner Wald Kölns) und Westhovener Rheinaue mit vielfältiger Biodiversität sind bedroht. Die starke Nachfrage nach Alternativmobilität hat letztendlich, auch durch die Klimadiskussion, -auflagen und Geschehnisse auch in unserer Region großen Einzug gehalten und wird von vielen Bürger\*innen dieser Stadt eingefordert und auch getragen. Auch die Stadt



Köln ist ja sichtlich bemüht das Stadtklima zu erhalten und evtl. Möglichkeiten zu schaffen es zu verbessern (z.Bsp. Radverkehrs-/ ÖPNV Ausbau. Hinweis: Das A4plus Projekt sieht keinen notwendigen ÖPNV Anschluss über die neue RK-Brücke vor!

In Zeiten des Klimawandels muss auch hier unbedingt dafür Sorge getragen werden, da wo Hitzestau zu vermeiden ist, jetzt alles erdenkliche zu tun, um die klimatischen Bedingungen in der Stadt nicht zu verschlimmern. Dazu gehört auch der unbedingte Schutz von Landschaftsschutzgebieten und dem Kölner Grüngürtel (hier dem äußeren Grüngürtel). Auch in Hinblick auf das Denkmal des Gründers Konrad Adenauer/ bald 100 Jähriges Bestehen. Man darf bei diesem ca. 6KM langen Teilabschnitt nicht vergessen, dass noch weitere massive Umbaumaßnahmen und Trassen Erweiterungen rund um Köln geplant sind. Diese ca. 6KM A4Plus-Köln Ausbau ([www.a4plus-koeln.de](http://www.a4plus-koeln.de)) ist schließlich erst der Anfang und ergäbe in seiner Einzelbetrachtung auch keinen Sinn, den Verkehrsfluss merklich zu verändern. (Flaschenhalsprinzip) Hier ist eine sehr viel umfassendere Bedarfsplanung im Sinne der Verkehrswende/ Energiewende/Klimawende zu beachten, als das bisher der Fall gewesen ist. Diese veralteten Planungsvorgaben berücksichtigen diese wichtige Faktoren bei weiten nicht ausreichend genug. 2013/2016 bei der BMVI Erhebung hat niemand über Klima Kippunkt und Klima Notstand oder Energiekrise nur ansatzweise gesprochen. Alle Auslegungen gehen von einem stetigen Wachstum aus und so wurden sie auch in die Zukunft gerechnet. Die Nutzen-Kosten-Analyse bedarf dahingehend eine grundsätzliche Neuausrichtung ihrer Basisdaten. Auch ein Mobilitätsgesetz aus einem Guss wäre dringendst nötig, um Regelungen zu schaffen, die alle Verkehrsträger im Blick haben. Die täglichen Meldungen zeigen hier deutlich: Es sind alle Anstrengungen zu mobilisieren um Schlimmeres zu verhindern und zwar auf kommunaler-, landes und Bundesebene. Wir alle wünschen uns konkrete Planungsvorhaben und Konzepte, die diese Transformationsabsichten einleiten und definieren, sowie neue eindeutige fundiert ausgearbeitete Leitlinien in den Koalitionsverträgen.

**Bitte informieren Sie sich, treten Sie mit uns Bürger\*innen in den direkten Dialog und geben Sie uns ein Feedback, wie wir gemeinsam eine umfassende klimakonforme Stadtplanung/Regionalplanung angehen können.**

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-161	
1001406	
1001480_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff: Gewerbegebiet Lindern</b></p> <p>Hiermit teile ich gegen den Regionalplan "Gewerbegebiet Lindern", hier Zuwegung aus Hückelhoven, neue Straße L364n meine Bedenken mit:</p> <p>Die neu geplante Straße würde wertvolle Äcker, Natur- und Waldflächen zerstören. Dies betrifft in meinem Wohnort Hückelhoven insbesondere den Junkerwald. Es ist das letzte verbliebene Waldstück, welches wir gerne besuchen, auch insbesondere mit unseren 3 Enkelkindern, die dieses kleine Waldstück besonders lieben. Es ist mir und meiner Familie ein großes Anliegen, weiteren Raubbau an unserer schönen Natur zu verhindern. Bedenkt man einmal die Folgeschäden für unsere Nachkommen. Jeden Tag werden uns über die Medien neue, schlimme Nachrichten übermittelt. Es muss dringend ein Umdenken stattfinden.</p> <p>Ich bin strikt gegen das neue Gewerbegebiet und auch damit gegen die neue Straße L 364n! Naturschutz ist Menschenschutz!!!</p> <p>Bitte bestätigen Sie meine Eingabe.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)</p>

AZ: Ö-M-162	
1001374	
1001481_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Warum soll mit aller Gewalt die Felder und das Wald Gebiet Junkerberg und Umgebung zerstört werden? Angeblich kämpft die Politik für den Erhalt (Klimawandel, Naturschutz und.s.w.) alles eine Lüge. Man geht wählen die Partei die dafür wirbt . Aber ihr zerstört die heimischen Tiere werden ihren Lebensraum beraubt . Menschen die von der Landschaft leben und ein Teil unserer Nahrungsmittel herstellen werden von euch mit Füßen getreten. Die Ruhe und Erholung die man hir hat wollt ihr Politiker und ob Menschen oder Tier nehmen. Ihr arbeitet in der Stadt wo sich im Sommer alles aufheizt. Wenn stark Regen kommt und ihr den Boden versiegelt wo soll das Wasser hin ? Ich weiß nicht euer Problem wir sind ja nur die dummen Bürger.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

AZ: Ö-M-163	
1001376	
1007922	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ortsumgehung Rurdorf-Linnich</p> <p>in Ihrer Neuaufstellung des Regionalplans Köln 2021 sind im Blatt02-03:Kreis Düren unter anderen eine Ortumgehung der Stadt Linnich (L288n) eingezeichnet.</p> <p>Wie ist hier der Stand? Ist da schon etwas geplant? Wann kann man mit dem Straßenbau rechnen?</p> <p>Hatte am 22.06.2022 bei einer Ratssitzung der Stadt Linnich dieses Thema in der Bürgerfragestunde angesprochen.</p> <p>Zu meiner größten Verwunderung konnte mir keiner der Anwesenden irgendeine Auskunft dazu geben. Weder der Stadtrat noch die Fraktionen scheinen etwas darüber zu wissen.</p> <p>Aber die jetzige Verkehrssituation in der Stadt Linnich benötigt diese Umgehungsstraße!</p> <p>Warum?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Heinrich-Weitz-Brücke über die Rur ist gesperrt wegen Hochwasserschäden, Ersatz für Fußgänger und Radfahrer ca. 12/2022. Ein Neubau der alten Brücke steht in den Sternen.</li> <li>• Die Straßenführung ist durch die Erneuerung der Rurstraße total geändert. Es wurde ein Teilstück der Straße als Einbahnstraße ausgebaut und somit kann man Linnich nicht mehr von der Jülicher Straße kommen durchfahren. Jeder muss jetzt von der nördlichen Rurstraße in Richtung Rurdorf bzw. zur B57 durch die Mäusgasse - Brachelenerstraße. Die Anwohner freut es.</li> <li>• Schwerlastverkehr in Richtung Rurdorf muss über die Mahrstraße, mitten durch die Innenstadt. Eine aufwendige, mobile und teure Ampelanlage regelt das nun schon über drei Jahre.</li> <li>• Ein Teilstück der L228 Mahrstr. Altermarkt ist zudem noch gepflastert. Das Pflaster ist jetzt über 30 Jahre alt und in einem entsprechenden Zustand. Unnötiger Lärm und Erschütterungen sind die Folge (im Übrigen hat die Stadt Linnich die Verkehrssicherungspflicht für diesen Abschnitt und nicht Straßen-NRW).</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Der Leerstand vieler Immobilien und deren Verfall in der Stadt Linnich sind da nicht verwunderlich.

Wäre ihnen sehr dankbar, wenn sie mich über den Stand der Umgehung aufklären bzw. sie in ihre Planung aufnehmen könnten.

AZ: Ö-M-1631

1003751

1007453\_001

**Inhalt**

Das Gewebe/Industrie Gebiet Püttstr. grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes an und ich befürchte eine Beeinträchtigung meiner Wohn u. Lebensqualität.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1652	
1004048	
1007857_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind eine Anwohner*innen-Initiative die die Belange der 140 Einwohner*innen des Ortes Erkelenz-Neuhaus vertritt.</p> <p>Wir Menschen von Neuhaus sind erschüttert über das Vorhaben der Stadt Erkelenz mitten in unseren Ort - ohne Rücksicht auf bestehende Wohnbebauung und die hiesige Natur - eine Gewerbeflächen-Neuansiedlung (Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz; Vorhaben Erkelenz "AS Ost") zu realisieren.</p> <p>Im Laufe des Jahres 2021 haben wir bereits den Dialog zu den hiesigen politischen Vertreter*innen gesucht und wurden aufs massivste Enttäuscht, da uns keinerlei Mitspracherecht zugestanden wurde. Beispielsweise wurden uns in mündlichen Rücksprachen (u.A. mit Oberbürgermeister Muckel, SPD Ratsmitglied Frau Glaesmann, CDU Ratsmitglied Marwin Altmann) zugesichert, dass es keine Ansiedlungen der Kategorie C (Logistiker oder Schwerproduktion) geben solle. Gleichwohl waren die Politikerinnen des Rates nicht bereit dies im Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz dahingehend abzuändern damit wir Sicherheit haben. In der öffentlichen Beteiligung verlangten 98% der Eingaben eine Überarbeitung oder Stopp des Gewerbeflächenkonzeptes, was von der hiesigen politischen Vertretern missachtet wurde. Ein skandalöser Vorgang.</p> <p>Auch die Begebenheit, dass auf der strittigen Fläche in Neuhaus in den letzten Jahren Wohnraum für 100 Geflüchtete mit einem Investitionsvolumen von mehreren Millionen Euro realisiert wurde und die Stadt Erkelenz einen weiteren Neubau von Wohnraum plant widerspricht den skizzierten Plänen im Gewerbeflächenkonzept.</p> <p>In den beigefügten PDF Dokumenten stellen wir uns vor und führen unsere Einwände detailliert auf. Eine Unterschriftenliste weiterer Unterstützerinnen die sich auf einem heutigen Workshop zu dem Thema unserer Angelegenheit anschlossen, befinden sich außerdem im Anhang.</p> <p>Wir bitten um Sie herzlich um wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung.</p> <p>[ANHANG: Flyer und Unterschriftenliste]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbe- darfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen von Siedlungsraumfestlegungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren (insbesondere auch im Rahmen der Eingriffsregelung). Die potentiellen Umweltauswirkungen können hier vertiefend betrachtet und ggfs. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden



charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Im konkreten Fall sind hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden. Die Betroffenheit der Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung liegen im äußersten Südwesten des Plangebiets und sind auf maßstabsbedingte Abgrenzungungenauigkeiten zurückzuführen. Eine Flächeninanspruchnahme kann durch Aussparung des betroffenen Bereiches bei den Planungen auf den nachgelagerten Ebenen vermieden werden (vgl. Umweltbericht Anhang E, Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung).

AZ: Ö-M-1654	
1004089	
1008161	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan: EINSPRUCH gegen die Regionalplanung</p> <p>ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch die geplante Bahntrasse erheblich beeinträchtigt und unsere Gesundheit dadurch gefährdet wird.</p> <p>Das betrifft die Planung <b>K_PUL_BM_Schiene_01</b> insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da ich in diesem Bereich (600-Meter-langer Alleeweg der Helmholtzstraße) regelmäßig mit meiner Familie und unserem Hund spazieren gehe und mir durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird.</p> <p>Was aber für mich viel entscheidender ist: Es ist der Schulweg meines Sohnes und sehr vieler anderer Kinder aus Brauweiler und Dansweiler, die jeden Morgen mit dem Fahrrad oder zu Fuß diesen Weg nehmen. Es wird doch eigentlich propagiert, dass die Kinder mit den Fahrrädern oder zu Fuß zur Schule kommen sollen. Zukünftig würde sich die Frage stellen, ob man den Kindern dieser Gefahr, die eine Bahntrasse mit sich bringt, überhaupt noch aussetzen möchte. Auch würde das Brauweiler Jugendzentrum Zahnrad nur noch über diese Bahntrasse erreichbar sein.</p> <p>Grünflächen würden zerstört, die nicht nur den Ortsansässigen zur Erholung dienen, sondern auch den Ort Brauweiler prägen und als Ausflugsort interessant machen.</p> <p>Ich bin dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt worden, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

1008162

#### Inhalt

Das neu ausgewiesene Wohngebiet **PUL\_ASB\_2** führt zu einer weiteren Flächenversiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Das ist aus ökologischen Gründen für mich nicht akzeptabel.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-1655	
1004176	
1008005_001	
<b>Inhalt</b>  1. ) zusätzlich zu meiner Stellungnahme gem. Bezug. 2 unterstütze ich die Stellungnahme vom 25.8.2022 der "Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V."	<b>Abwägung</b>  <b>Typ</b> Hinweis  <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.  <b>Erläuterung</b> Abwägung zur angeführten Stellungnahme vom 25.8.2022 der "Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V." siehe Erläuterungen zu ID 1008112_002 bis ID 1008112_016.

1008005\_002

#### Inhalt

Im Übrigen fand ich noch diesen Satz in der "Textlichen Festlegung", G.1 , Seite 42 :  
"Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel sollen bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden." Ich fordere DRINGENST, das Wort "sollen" zu streichen und zu ersetzen durch "sind zwingend notwendig und müssen..." so dass der Satz heißt: "Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel sind zwingend notwendig und müssen bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden."

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise zum Grundsatz 1 Kap. 2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gegeben.

AZ: Ö-M-1656	
1004177	
1008006_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Für die Orte <b>Vinxel, Stieldorf, Hoholz, Gielgen, Roleber und Niederholtorf</b> werden im Regionalplanentwurf für die nächsten 15-20 Jahre neue Siedlungsbereiche von weit mehr als 50 Hektar vorgeschlagen. Von unserer Kulturlandschaft würde kaum mehr als die Hälfte übrig bleiben. Die neuen Siedlungsbereiche erfüllen die für den neuen Regionalplan aufgestellten Anforderungen nicht. Sie würden erheblich von den Grundsätzen des Regionalplans abweichen und in vielen Punkten Ausnahmen beanspruchen. Schutzwürdige Böden, Kaltluftleitbahnen, Agrarflächen, Biotopverbünde würden <b>nicht</b> geschützt. Die Anforderungen der Planungsbehörde nach Schienenanbindung und Eignung für Geschosswohnungsbau würde <b>nicht</b> erfüllt.</p> <p>In der Datenbasis des Regionalplanentwurfs fehlt Wichtiges: Auf Bonner Gebiet wurde die Kaltluftleitbahn von Roleber im Regionalplanentwurf gar nicht erst vermerkt. Die Erholungsfunktion unserer Landschaft wurde nur für einen kleinen Teil vermerkt. Auf Königswinterer Gebiet wurde der bisherige Landschaftsschutz nördlich und westlich von Stieldorf und Vinxel gelöscht. Das ISEK-Verkehrsgutachten wurde ignoriert. Es spricht eindeutig gegen eine weitere Besiedelung unserer Region, selbst wenn die Südtangente gebaut würde!</p> <p>Ich unterstütze die Stellungnahme im Anhang. (Stellungnahme von <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>In den angeführten Bonner Ortteilen Hoholz, Gielgen, Roleber und Niederholtorf sind aufgrund der Stellungnahme der Stadt Bonn (ID 1003839) die meisten ASB Reserven aus dem Planentwurf gestrichen worden. Im Ortsteil Gielgen verbleiben ca. 4,5 ha ASB Reserven, die als Arrondierungen der bestehenden ASB angeordnet sind. Von einer erheblichen Umwelt- bzw. Verkehrswirkung ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Die Umweltwirkungen der Neuplanungen sind aufgrund der bekannten Datenbasis im Umweltbericht bewertet worden.</p> <p>Die Einwenderin unterstützt die Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region</p>



AZ: Ö-M-1657	
1004188	
1008160	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öffentliche Auslegung und Neuaufstellung des Regionalplanes Köln Hier: Stellungnahme als Eigentümer</p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke Laut der beiliegenden Karte sollen folgende in meinem Eigentum befindliche Flächen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden: [ANONYMISIERT]. Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Anhänge</b> <a href="#">Abb_ID1008160.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p>



AZ: Ö-M-1658

1004234

1008124\_001

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Radevormwald hat in den letzten Jahren mehrfach zuletzt mit Schreiben vom 17.05.2022 eine Stellungnahme zum Regionalplan abgegeben und kontinuierlich den Ausweis neuer Siedlungsflächen beantragt. Die jeweiligen Anträge, weitere Flächen auszuweisen, wurde und wird weiterhin in allen Schreiben mit der Aussage begründet, die einzige vorhandene Standortalternative, die Fläche "Nadelsiepen" sei aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht verfügbar. Mit diesem Argument wurde auch die "Sonderausweisung "Karthausen" beantragt (vgl. u.a. Auszug aus dem Schreiben der Stadt Radevormwald vom 16.11.2021 Ziffer 9.2. S. 26/72) und genehmigt.

Der Klarstellung halber möchte ich als Miteigentümerin der von der Stadt "als nicht verfügbar" benannten "Standortalternative Nadelsiepen" darauf hinweisen, dass die Begründung der Stadt Radevormwald in dieser Form irreführend ist. Fakt ist, dass die Fläche "Nadelsiepen" der Stadt Radevormwald bereits seit 2007 zum Erwerb zu den im Bereich von Bauerwartungsland "allgemein gültigen" Konditionen angeboten wurde und auch heute noch zur Verfügung steht. Dieses Angebot wird seit diesem Zeitpunkt von der Stadt Radevormwald nicht wahrgenommen.

Die Stadt Radevormwald hat in der Vergangenheit zentrumsfern gelegene Flächen entwickelt und scheint diese Absicht auch weiterhin zu verfolgen, wie die beigefügten Auszüge des Antrages der Stadt Radevormwald vom 17.05.2022 (Anlage 2) belegen. Die beantragten Flächen befinden sich wieder weit entfernt von den im Stadtzentrum belegen sozialen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Krankenhaus, Verwaltung, zentrale große Einkaufsmöglichkeiten. Wenn die Stadt eine zentrumsnahe Entwicklung wünscht, ist mit der im Flächennutzungsplan bereits als Wohnbebauung ausgewiesenen Fläche "Nadelsiepen" durchaus eine Standortalternative gegeben. In den beigefügten Plänen ist der zentrumsnah gelegene Bereich "Nadelsiepen", (Flur 35, Flurstück 624) gleichfalls gekennzeichnet.

Die Stellungnahme erfolgt ausschließlich zum Zwecke der Richtigstellung und Vervollständigung Ihrer Aktenlage.

Für etwaige Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage  
beigefügt]

AZ: Ö-M-1659	
1001789	
1008125_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit spreche ich mich gegen das geplante Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt - Birgden aus, da es unmittelbar an die Wohnbebauung grenzt. Als direkter Anwohner sehe ich durch die entstehende Lärm- und Geruchsbelästigung, sowie durch Emissionen aufgrund von verstärktem Verkehr, in erheblichem Maße unsere Wohn- und Lebensqualität gefährdet.</p> <p>Nicht umsonst haben wir uns entschieden von der Stadt weg in eine ländliche Region zu ziehen. Die umliegenden Orte Birgden, Waldenrath und Pütt sind zudem ohnehin schon durch ein hohes Verkehrsaufkommen belastet. Durch ein Gewerbe- und Industriegebiet in dieser Größenordnung wird dieses weiter verstärkt. CO2-Belastungen und weitere Emissionen kommen hinzu. Das gilt es zu unserem Gesundheitsschutz zu verhindern!</p> <p>Das geplante Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt-Birgden schadet zudem erheblich unserer Umwelt und unserem Klima. Durch die Versiegelung wichtiger und fruchtbarer Landflächen, die es im Sinne unserer Zukunft und dem derzeit hoch diskutierten Themen des endlich zu beachtenden Naturschutzes zur Sicherung unser aller Zukunft eher zu renaturieren gilt (!), werden nicht nur wichtige Lebensräume unserer Wildtiere gefährdet, sondern sie zerstört auch das Mikroklima, dessen Erhalt wichtig zur Stabilisierung des Gesamtklimas ist (Stichwort: Erreichen unserer Klimaziele!).</p> <p>Das Argument, dass die Fahrtstrecken zu den Arbeitsstätten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Gebiet reduziert werden und dadurch mehr auf die Möglichkeit zurückgegriffen würde, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren ist völlig fehlgeleitet: Um mit dem Fahrrad zu den Arbeitsstätten fahren zu können braucht es sichere Radwege, die es derzeit umliegend nicht gibt! Durch den Bau eines Gewerbe- und Industriegebiets können die wenigen vorhandenen, jetzt schon gefährlichen Wege durch die Erhöhung des Gefährdungspotentials infolge der steigenden Verkehrsbelastung gar nicht mehr genutzt werden. Es werden immer weniger Menschen mit dem Fahrrad zu ihren umliegenden Arbeitsstätten fahren können.</p> <p>Ich fordere folglich den Erhalt des ländlichen Charakters unserer Region zum Erhalt unserer Wohn- und Lebensqualität, den Schutz der Natur, Renaturierung der Flächen und den Ausbau sicherer Radwege! Ich lehne daher den Entwurf des Regionalplans im Bezug auf den Aspekt der Planung des Gewerbe- und Industriegebiets im Bereich Waldenrath/Pütt- Birgden vehement ab!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-1660	
1004236	
1008126_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Nümbrecht einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte zumindest mit einem Teil, im Gebiet "Schutz der Natur" (BSN).</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der forstwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft, und was die Entnahme von Holz angeht. Dies wäre für meinen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, die Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Schon jetzt ist die Nachfrage nach Holz extrem hoch, und die Preise sind um ein vielfaches gestiegen. Holz dient als Alternative zu Gas und sollte daher weiterhin verfügbar und für alle bezahlbar sein. Es geht hier nicht um einen Kahlschlag, sondern um die Entnahme entsprechend dem regelmäßigen Zuwuchs. Darüber hinaus verpflichte ich mich als Mitglied der FBG Nümbrecht ohnehin schon zur Bewirtschaftung der Flächen gemäß "PEFC Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung". Eine weitere Einschränkung würde mich über Gebühr belasten. Ferner würde eine weitere Einschränkung der Bewirtschaftung dem Erhalt und der Verbesserung der ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes entgegenstehen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Land- und Forstwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe, und stellt aus meiner Sicht einen unzulässigen Eingriff in das Eigentum dar.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch in Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und zu dem Entwurf wie folgt Stellung nehmen.

Der [ANONYMISIERT] ist eine gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts mit dem Zweck der Bildungsförderung. Wir verwalten 304 rechtlich unselbständige Bildungsstiftungen aus sieben Jahrhunderten (Stiftungsfonds) sowie das Vermögen der ehemaligen Gymnasien der Alten Universität zu Köln (Gymnasialfonds). Aus einem Fördervolumen von insgesamt rund 2,3 Millionen Euro werden jährlich über 1.200 Stipendien für Schülerinnen, Schüler und Studierende mit finanziellem Förderbedarf vergeben. Für gezielte Förderprogramme für benachteiligte Schülerinnen und Schüler stellen wir jährlich rund 200.000 Euro zur Verfügung.

Diese Förderleistung, mit der der [ANONYMISIERT] einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit in der Bildung erbringt, beruht auf den Erträgen eines Vermögens, das, nach Verkehrswerten, zu 52 % aus landwirtschaftlichem Grundbesitz inklusive entsprechender Liegenschaften besteht. Die Stiftung besitzt und verpachtet im Regierungsbezirk Köln sowie in angrenzenden Regierungsbezirken rund 1.400 ha an landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Von unseren Pächtern [ANONYMISIERT], zu denen die Stiftung teilweise schon über mehrere Generationen ein partnerschaftliches Verhältnis pflegt, wissen wir, dass sie sich bereits in gesonderten Stellungnahmen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln geäußert haben. Als Eigentümer der Pachtflächen schließen wir uns allen Bedenken unserer Pächter und ihrer Familien an und erweitern deren Sorge um den Entzug ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage um unsere Besorgnis, dass durch die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln auch der [ANONYMISIERT] in seiner wirtschaftlichen Existenzgrundlage bedroht, zumindest aber bei der Erfüllung seines gemeinnützigen Stiftungszwecks erheblich behindert wird. So träfe uns eine Umsetzung des Regionalplans in mehrfacher Hinsicht, nämlich durch die Wertminderung von Flächen, deren landwirtschaftliche Nutzung bei einer Realisierung des Regionalplans nicht oder kaum mehr möglich sein wird, durch verminderte Pachteinahmen und schließlich auch durch die sich uns in der Folge aller Wahrscheinlichkeit nach stellende Aufgabe, unseren Pächtern zur Sicherung ihrer Existenz als Landwirte durch die Beschaffung von bewirtschaftbaren Ersatzflächen behilflich zu sein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Wir bitten Sie daher darum, den neuen Regionalplan zu überdenken und eine Alternative hierzu zu entwickeln, die es unseren Pächtern ermöglichte, weiterhin existenzsichernd auf unseren Flächen wirtschaften zu können, und uns als Stiftung somit in die Lage versetzt, unseren Stiftungszweck in gewohntem Umfang zu erfüllen.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unsere Einwendungen berücksichtigen, und sehen Ihrer Antwort entgegen. Eine Gesamtübersicht der von uns verwalteten und von der geplanten Neuaufstellung betroffenen Flächen können wir Ihnen bei Bedarf selbstverständlich gerne zukommen lassen. Für eine Rücksprache stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.



AZ: Ö-M-1662	
1004238	
1008651	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Eigentümer der vorbenannten Flurstücke (anonymisiert) versucht seit geraumer Zeit, eine Bebaubarkeit dieser Flurstücke zu erreichen. Dazu wurde u.a. eine Waldfläche gerodet. Die Stadt Aachen hat sich jedoch klar entschieden und eine Bebaubarkeit ausgeschlossen. Es besteht ausdrücklich keine Bereitschaft, die planungsrechtliche Grundlage für eine Bebauung zu schaffen. Nach Prüfung in dem Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes wurde für diese Fläche eine "Fläche für die Landwirtschaft" dargestellt; zudem ist der Hinweis auf das "Landschaftsschutzgebiet" nachrichtlich übernommen. [Anlage]. Nach dem Entwurf des Regionalplans wird die Fläche dargestellt als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" mit einer Zugehörigkeit zu einem "Regionalen Grünzug". Zur Klarstellung der Qualifizierung der vorbenannten Flurstücke wird angeregt, die Darstellung wie folgt zu präzisieren: Die senkrechten Linien für die Darstellung "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" werden in dem Entwurf des Plans nicht bis zu der östlichen Grenze der Fläche fortgesetzt. Zur Klarstellung der Zugehörigkeit der gesamten Flurstücke Nrn. 506 und 2 sollte eine weitere senkrechte Linie in dem östlichen Bereich dieser Fläche ergänzt werden. Aufgrund der Ausdehnung des Flurstücks Nr. 2 in östliche Richtung kann damit klargestellt werden, dass die gesamte Fläche diesem Schutz unterstellt ist. Weiter sollte die westliche Grenze des "Allgemeinen Siedlungsbereichs" entlang der Hangstraße, entsprechend der Darstellung in dem Flächennutzungsplan, klargestellt werden durch eine Orientierung an der rückwärtigen Grenze der Flurstücke, die an der Hangstraße liegen; siehe Anlage 1. In dem Bereich zwischen den Flurstücken Nrn. 293 und 250 geht die Darstellung des allgemeinen Siedlungsbereiches über diese rückwärtigen Flurstücksgrenzen hinaus. Eine Begrenzung des allgemeinen Siedlungsbereichs auf diese rückwärtige Flurstücksgrenze macht deutlich, dass hinter diesen rückwärtigen Flurstücksgrenzen der "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereich" beginnt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, "linienhafte" Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-M-1663

1004242

1010417

#### Inhalt

Als Familienbetrieb der Land- und Forstwirtschaft in 9. Generation war und ist es unser höchstes Bestreben, Acker-, Wiesen- und Waldflächen verantwortungsbewusst und nachhaltig zu bewirtschaften und damit für die kommenden Generationen zu erhalten. Viele der Flächen wurden erst durch das familiäre Engagement auch in der Außenbetrachtung zu schützenswerten Bereichen. Diese nun durch ein flächendeckendes Naturschutzgebiet hoheitlich zu schützen ist unseres Erachtens weder zeitgemäß noch sinnvoll und aufgrund der damit einhergehenden Nutzungsbeschränkungen ein enteignender Eingriff. In der Vergangenheit führte die Ausweisung von BSN und NSG oftmals zu Stagnation und Verboten. Daher sind wir in Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeiten der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung erheblich beeinträchtigen wird. Damit wäre unser Betrieb in seiner Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt und existenzgefährdet.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-1664	
1003440	
1011010	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Namens und in Vollmacht unserer Mandantin nehmen wir im Folgenden zu den Planungsunterlagen der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Stellung.</p> <p>I.</p> <p>Anlass für die beabsichtige Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln sind laut dessen Begründung unter anderem die vielfältigen Raumansprüche sowie die Änderung gesetzlicher Vorgaben und Rahmenbedingungen. In Abkehr von der bisherigen Aufteilung in räumliche Teilbereiche sieht der Entwurf des Regionalplans dabei erstmals einen räumlichen Gesamtplan vor. Dieser Gesamtplan berücksichtigt unter anderem auch den aufgrund des frühzeitigen Ausstiegs aus Braunkohleverstromung und -abbau stattfindenden Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier mit den großflächigen Abbaugebieten Garzweiler II, Hambach und Inden II,</p> <p><i>vgl. Regionalplan Köln, Entwurf 2021, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 22.</i></p> <p>Unsere Mandantin ist Eigentümerin der im räumlichen Geltungsbereich des zukünftigen Regionalplans Köln befindlichen und im Grundbuch des Amtsgerichts Jülich für Ellen eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Ellen, Flur 4, Flurstücke [ANONYMISIERT].</p> <p>Auf den Grundstücken wurde unserer Mandantin erstmals 1987 durch Bescheid des Regierungspräsidenten Köln die Genehmigung zum Abbau von Kies erteilt, die in der Folge mehrfach flächenmäßig erweitert wurde. Nachdem sich abzeichnete, dass die Kiesvorräte in absehbarer Zeit erschöpft sein würden, hat unsere Mandantin 2005 bzw. 2011 für die voranstehend genannten Flurstücke die Genehmigung einer Deponie der Deponieklasse DK0 beantragt. Diesem Antrag wurde 2011 durch den Kreis Düren entsprochen. Zudem wurde festgelegt, dass der Kiesabbau bis zum 31.12.2014 abgeschlossen sein müsse und die Verfüllung der Deponie bis zum 31.12.2024 abzuschließen sei. Die endgültige Rekultivierung der Fläche muss bis zum 31.12.2025 abgeschlossen sein.</p> <p>Auf dem Gelände unsere Mandantin werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt zudem zwei genehmigte Anlagen betrieben. Unsere Mandantin betreibt dort selbst eine Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es handelt sich um befristet zugelassene Betriebsstandorte für Abfallbehandlungsanlagen im Rahmen von Deponie- bzw. Abgrabungsnutzungen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum. Regionalplanerisch zulässig sind diese nur im Verbund mit der jeweiligen Deponie- bzw. Abgrabungsnutzungen. (vgl. Ziel 8.3-2 LEP NRW)</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum (GIB) stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Befristete Betriebsstandorte im regionalplanerisch festgelegten Freiraum stellen keinen vorhandenen Siedlungsansatz im i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW bzw. 2-3 LEP NRW dar. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Die Festlegung eines isoliert im Freiraum liegenden GIB leistet der Zersiedlung der Landschaft Vorschub und steht dem Anliegen des LEP entgegen, die weitere Siedlungsentwicklung u. a. an den vorhandenen Infrastrukturen auszurichten. Auch handelt es sich nicht um eine Brache bzw. künftige Brache i.S.d. Ziels 6.3-3 LEP NRW, da die Rekultivierungsziele bereits festgelegt sind und die im Verbund mit der Abgrabung- bzw. Deponienutzung zugelassenen Anlagen auf die Dauer dieser Nutzungen beschränkt ist. Zudem liegt die Flächengröße des vorhandenen Betriebsstandort unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (&lt;10 ha). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p>

Abbruchmaterial. Zudem ist seit dem 01.01.2012 eine Teilfläche der Deponie an die [ANONYMISIERT] vermietet. [ANONYMISIERT] betreibt auf den vermieteten Flächen eine Asphaltemischanlage.

Unsere Mandantin und die [ANONYMISIERT] wollen die auf dem Deponiegelände betriebenen Anlagen, Brecher und Asphaltemischanlage, auch nach Abschluss des Deponiebetriebes und über die bisherigen Befristungszeiträume hinaus betreiben. Ein bereits erarbeitetes Fortführungskonzept unserer Mandantin und der [ANONYMISIERT], das wir als Anlage 1 beifügen, sieht vor, dass neben den beiden bestehenden Anlagen auf einem weiteren Teil der Grundstücke ein Solarpark mit einer Jahresstromproduktion von ca. 4 Mio. kWh errichtet wird. Die für den Solarpark vorgesehenen Flächen bieten sich insbesondere deswegen für die Errichtung von Solaranlagen an, da diese über ein Gefälle von ca. 6 % verfügen und Richtung Süden ausgerichtet sind. Ein entsprechender Pachtvertrag mit der Firma [ANONYMISIERT] wurde, unter der aufschiebenden Bedingung, dass die Errichtung eines Solarparks auf dem Betriebsgelände rechtlich möglich ist, bereits 2021 geschlossen.

Gerade aufgrund der beschriebenen Topografie und vor dem Hintergrund, dass es sich bei den Flächen um eine verfüllte Deponie handelt, besteht hier die einmalige Gelegenheit, die Fläche einem besonderen Nutzen im Hinblick auf die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zuzuführen und damit einen besonderen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Eine Begründung ist auch bei einer Nutzung als Solarpark nicht ausgeschlossen, da die Flächen unter den Sonnenkollektoren begrünt werden können.

## II.

Im aktuell gültigen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen sind für den Bereich, in dem die Grundstücke unserer Mandantin liegen, grundsätzlich allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche vorgesehen. Die Grundstücke liegen zudem innerhalb eines Bereiches zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB), der sich wiederum innerhalb der bisherigen Fläche des Braunkohlebereiches des Tagesbaus Hambach befindet. Der Regionalplan weist darauf hin, dass die in den Braunkohlenabbauereichen dargestellten BSAB den geringsten Restriktionen unterliegen und hinsichtlich der Rekultivierung einen Sonderstatus genießen, da ihre Inanspruchnahme zum haushälterischen Umgang mit Rohstoffen und zur Schonung anderer Lagerstätten außerhalb der Braunkohlentagebaue beiträgt,

*vgl. Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, Stand: Oktober 2016, Textliche Darstellung, S. 32.*

Für den Tagebau Hambach ist aufgrund des mit dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) vorgegebenen verminderten Braunkohlebedarfs eine vorzeitige Beendigung der Braunkohleförderung im Jahr 2029

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstütze sollen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche entsprechend der Plankonzeption als BSN festgelegt.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

vorgesehen. Aus diesem Grund verringert sich die für den Tagebau Hambach vorgesehene Abgrabungsfläche, für die der Regionalplan keine Festlegungen enthält. Für die Bereiche, die gemäß der Leitentscheidungen 2016/2021 für den Braunkohleabbau nicht mehr in Anspruch genommen werden, die formell aber noch der geltenden Braunkohleplanung unterliegen und für die eine Änderung des Braunkohlenplanes erforderlich ist, werden in dem Planentwurf hingegen regionalplanerische Festlegungen getroffen. Dies betrifft insbesondere auch den südlichen Bereich des Tagebaus Hambach, in dem sich die Grundstücke unserer Mandantin befinden,

*vgl. Regionalplan Köln, Entwurf 2021, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 34.*

Der Planentwurf weist den Bereich, in dem sich die Grundstücke unserer Mandantin befinden, wie auch der aktuell gültige Regionalplan, grundsätzlich als Fläche für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche aus. Anders als der aktuelle Plan sieht der Entwurf des zukünftigen Regionalplans als Freiraumfunktionen in diesem Bereich, in dem die Deponie unserer Mandantin im Plan eingezeichnet ist, teilweise einen Bereich für den Schutz der Natur (BSN) und teilweise einen Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) vor. In Abbildung 1 und Abbildung 2 sind die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche hellgelb, die Bereiche für den Schutz der Natur mit breiten grünen Streifen und die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung mit dünnen grünen Streifen dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1011010\_1] [s. Anhang Abb. StnID 1011010\_2].

### III.

#### 1.

Die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans steht im Hinblick auf die Änderungen in dem Bereich, in dem sich die Grundstücke unserer Mandantin befinden, nicht im Einklang mit den verbindlichen Vorgaben des Landesentwicklungsplans NRW (?LEP?). Der Entwurf des Regionalplans ist insoweit nicht aus dem LEP entwickelt worden und verstößt damit gegen § 13 Abs. 2 ROG.

Die zeichnerischen Festlegungen des LEP sehen für den Bereich, in dem sich die Grundstücke unserer Mandantin befinden, einen Bereich für den Braunkohleabbau sowie grundsätzlich einen Freiraum vor (hellgelb dargestellt). Ein Gebiet für den Schutz der Natur (hellgrün dargestellte Flächen) ist im LEP an dieser Stelle, die in dem in Abbildung 3 dargestellten Ausschnitt rot eingerahmt ist, nicht vorgesehen [s. Anhang Abb. StnID 1011010\_3].

Zudem sieht Grundsatz 5-4 des LEP, der sich mit dem Strukturwandel in Kohleregionen und damit insbesondere dem hier betroffenen Braunkohlerevier befasst, vor, dass der Strukturwandel in den Kohleregionen in regionaler Zusammenarbeit gestaltet werden

soll, um Strukturbrüche zu vermeiden. Dafür sollen regionale Konzepte zur Unterstützung des laufenden Strukturwandels durch Ausweisung und konzeptionelle Entwicklung geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen nachhaltig raumplanerisch unterstützt und mit geeigneten Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden. Die Landesregierung ist in diesem Zusammenhang verpflichtet, die Regionalräte Köln und Düsseldorf dabei zu unterstützen, den Kommunen des Rheinischen Reviers eine Sonderstellung bei der Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbegebiete zu schaffen.

*Vgl. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, S. 40 ff.*

Im Hinblick auf die Ziele und Grundsätze für Natur und Landschaft legt Ziel 7.2-2 des LEP fest, dass die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur für den landesweiten Biotopverbund (vgl. Ziel 7.2-1 des LEP) zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren sind. Die Festlegungen der Gebiete für den Schutz der Natur beruhen in diesem Zusammenhang auf fachlichen Einschätzungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (?LANUV?). Über die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft wird allerdings nicht im LEP, sondern auf der nachgeordneten Planungsebene im Rahmen der Landschaftsplanung entschieden.

*Vgl. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, S. 94 ff.*

2.

Bei der konkreten Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft im Entwurf des Regionalplans sind die privaten Belange unserer Mandanten im Rahmen der Abwägung nicht ausreichend berücksichtigt worden, obwohl diese auf der vorliegenden Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Auf die damit verbundenen Abwägungsfehler gemäß § 7 Abs. 2 ROG sowie Verstöße gegen die Grundsätze der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ? 4 ROG weisen wir insbesondere hin.

In dem auf der Karte in Abbildung 4 mit roten Rechteck gekennzeichneten Bereich befinden sich die Grundstücke unserer Mandantinn [s. Anhang Abb. StnID 1011010\_4]. Der mit dunkelgrün umrandete Bereich stellt den Bereich für den Schutz der Natur (BSN) dar und der neongrün schraffierte Bereich den Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE). Der Karte ist allerdings auch zu entnehmen, dass innerhalb des BSN nicht die gesamte Fläche grün hinterlegt ist und somit nicht insgesamt herausragende oder besondere Bedeutung für den Biotopverbund nach den Maßgaben des LANUV hat.

Gleichzeitig ist allerdings unter Punkt 4.3.1 des Regionalplanentwurfes im Hinblick auf das Ziel 19 des Regionalplanentwurfes ausgeführt, dass mit den BSN gerade Bereiche gesichert werden, die für den regionalen Biotopverbund von sehr großer Bedeutung

seien.

*Vgl. Regionalplan Köln, Entwurf 2021, Textliche Festlegungen, S. 99 ff.*

Zwar führt der Regionalplanentwurf weiter aus, dass maßstabsbedingt in den BSN Flächen enthalten sein können, die von den Zielen unberührt bleiben, insbesondere wenn mehrere kleinere Biotopflächen zusammengefasst werden und dabei weitere Flächen mit einbezogen werden. Hierauf weist der Regionalplanentwurf auch im Zusammenhang mit den ausgewiesenen BSLE hin. Dort führt der Plangeber aus, dass maßstabsbedingt in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten sein können, die von den Festlegungen zu den BSLE unberührt bleiben. Dies können z. B. kleinere Ortslagen, gewerbliche Betriebe, bestehende Infrastruktur oder sonstige bebaute Flächen im Freiraum sein. Der Plangeber weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Festlegung als BSLE in diesen Fällen eine Siedlungsentwicklung nicht ausschließt.

Weder den textlichen noch den zeichnerischen Darstellungen ist allerdings zu entnehmen, welche Flächen im vorliegenden Fall unberührt bleiben. Insofern ist aufgrund der Planunterlagen schon nicht nachvollziehbar, ob die Grundstücke unserer Mandantin von den Festlegungen unberührt bleiben oder nicht.

Die Grundstücke unserer Mandantin hätten aber aufgrund der gegenwärtigen Nutzung schon gar nicht als BSN oder BSLE ausgewiesen werden dürfen. Der Anlagenbetrieb hätte bei den Festlegungen im Regionalplanentwurf Berücksichtigung finden müssen. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass der LEP vorsieht, dass im Zuge des Strukturwandels in den Braunkohleregionen die Ausweisung und konzeptionelle Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen ausdrücklich nachhaltig raumplanerisch unterstützt werden. Dies muss insbesondere für die Erhaltung bereits bestehender gewerblicher Nutzungen gelten. In unmittelbarer Nähe zu den Grundstücken unserer Mandantin befindet sich mit der [ANONYMISIERT] ein weiterer gewerblicher Betrieb aus dem Bereich der Kreislaufwirtschaft. Insofern ist der Bereich gewerblich vorgeprägt. Im Interesse der raumplanerisch vorgegebenen Förderung des Strukturwandels wäre der Bereich dementsprechend für eine industrielle bzw. gewerbliche Nutzung auszuweisen gewesen.

Die im Entwurf vorliegende Planung erkennt zudem, dass die Anlagen unserer Mandantin und der [ANONYMISIERT] sowie die geplante Solaranlage auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu erhalten und zu schützen sind. Die Bedeutung von erneuerbaren Energien und die Notwendigkeit des Ausbaus entsprechender Kapazitäten zur Erzeugung nachhaltiger Energie steigen aufgrund des Ausstiegs aus den fossilen Brennstoffen und der ungewissen Zukunft der Gasversorgung. Gleiches gilt für den Einsatz von recycelten Baustoffen, die im Interesse einer nachhaltigen Ressourcennutzung und zur Förderung der Kreislaufwirtschaft vermehrt eingesetzt werden. Auch dies sind als Ziele der Regionalplanung umzusetzen. Bereiche zum

Schutz der Natur und Bereiche, die eine industrielle bzw. gewerbliche Nutzung gewährleisten, sind in einem ausgewogenen Verhältnis zu berücksichtigen. Bereichen zum Schutz der Natur ist nicht in jedem Fall der Vorrang einzuräumen.

3.

Durch eine raumplanerische Berücksichtigung der industriellen bzw. gewerblichen Nutzung der Grundstücke unserer Mandantin würde auch kein Zerschneidungseffekt drohen, der nach Grundsatz 21 des Regionalplanentwurfes im Hinblick auf Freiraumflächen, zu denen Teile der Grundstücke unserer Mandantin zählen, vermieden werden soll.

Ein solcher Zerschneidungseffekt durch eine gewerbliche Nutzung ist in diesem Bereich schon deshalb nicht zu erwarten, weil der Bereich durch das Vorhandensein zahlreicher Infrastruktureinrichtungen vorgeprägt ist, die bereits jetzt dafür sorgen, dass der Bereich, in dem sich die Grundstücke unserer Mandantin befinden, nicht als einheitliche Gesamtfläche wahrgenommen werden kann. Dies betrifft die Landstraßen 264 und 257, die Autobahn A4, die bestehende Schienentrasse der Hambachbahn sowie den Bereich der ehemaligen A4, der als Solarpark genutzt wird. Diese Einrichtungen befinden sich alle in unmittelbarer Umgebung zu den Grundstücken unserer Mandantin. Diese infrastrukturelle Anbindung des Bereichs spricht vielmehr dafür, hier von vornherein eine industrielle bzw. gewerbliche Nutzung vorzusehen.

4.

Gemäß Grundsatz 10.2-1 des LEP sollen Halden und Deponien, sofern sie grundsätzlich deponietechnisch und baulich dafür geeignet sind, als Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien genutzt werden. Ziel 10.2-5 des LEP legt in diesem Zusammenhang fest, dass die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie möglich ist, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich insbesondere um die Wiedernutzbarmachung von bergbaulichen Brachflächen oder Aufschüttungen handelt. Darauf nimmt Grundsatz 67 des Regionalplanentwurfs, der einen flächensparenden Ausbau der Solarenergie vorsieht, Bezug, indem er festlegt, dass Solarenergieanlagen vorrangig auf bereits versiegelten oder vorbelasteten Flächen errichtet werden sollen. Insoweit hätte bei der Abwägung im Zusammenhang mit den Festlegungen des Regionalplanungsentwurfs eine Nutzung für erneuerbare Energien, hier Solarenergie, umgesetzt werden müssen. Auch insoweit weisen wir auf die damit verbundenen Abwägungsfehler gemäß § 7 Abs. 2 ROG sowie Verstöße gegen die Grundsätze der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ? 4 ROG hin.

Das beigefügte Fortführungskonzept unserer Mandantin sieht auf einer Fläche von ca. 3,06 ha die Errichtung eines Solarparks mit einer Jahresstromproduktion von ca. 4 Mio. kWh vor.

Dieses Vorhaben setzt die Vorgaben des LEP um und darf daher nicht durch den Regionalplan verhindert werden.



IV.

Der Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln muss aus den vorgenannten Gründen im Hinblick auf den Bereich, in dem sich die Grundstücke unserer Mandantin befinden, überarbeitet werden. Im Interesse des landesplanerisch geforderten nachhaltigen Strukturwandels und mit Blick auf die gegenwärtige Nutzung ist dieser Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) auszuweisen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in diesem Bereich wegen der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen eine Zerschneidungswirkung nicht droht. Zudem muss bei der Planung berücksichtigt werden, dass auf dem Deponiegelände unserer Mandantin ein Ausbau der Produktionskapazitäten der Solarenergie geplant ist und die Kreislaufwirtschaft gefördert wird.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1011010\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1011010\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1011010\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1011010\\_4.pdf](#)

AZ: Ö-M-1665	
1001846	
1008259	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>Im gültigen Regionalplan wurde zu Recht nach zeitintensiver Prüfung eine Erweiterung der L257n nicht aufgeführt. Die B56(n) wurde durch Ergänzung der 3.500 Tonnen schweren und 44 Meter langen Brücke sowie dem mehrspurigen Ausbau erst fachgerecht geplant und anschließend entsprechend zur Verkehrsberuhigung der umliegenden Dörfer und Entlastung der innerstädtischen Durchfahrt gebaut. Dies war nach Maß- und Vorgabe das Ziel der regionalpolitischen Bemühungen. Unverständlich ist die erneute "Aufnahme" im Rahmen einer Festlegung als "Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung". Dies entspricht weder dem dafür vorgeschriebenen Verwaltungsverfahren, noch einer tatsächlich vorgebrachten schlüssigen Einordnung der wahrscheinlichen aber begründungslosen Maßnahmenplanung. Die im Rahmen des neu aufgestellten Regionalplans erfassten Erläuterungen werden lediglich tabellarisch auf (ab) Seite 172 der textlichen Feststellungen zur Neuaufstellung des Regionalplans (Entwurf 2021 ) als Tabelle 22 erfasst. Eine entsprechend benötigte Begründung zur Wiederaufnahme des Vorhabens entfällt vollständig. Eine Aneinanderreihung von Bedarfsplanmaßnahmen ist ebenso wenig hilfreich wie der Verzicht hinsichtlich einer tatsächlichen Planung oder der Verzicht der Auseinandersetzung mit den örtlichen Gegebenheiten und Belangen vor Ort. Da ich momentan von einem einfachen "Übernahmefehler" ausgehe, bitte ich um klärende Rückmeldung. Falls dies nicht der Fall sein sollte, werten Sie meine Stellungnahme als Rechtsbehelf. Ich habe Ihnen als Anlage 1 die Legende der offengelegten Daten sowie als Anlage 2 einen (Karten-) Ausschnitt der entsprechend räumlichen Einordnung beigelegt. Abgesehen davon schließe ich mich den einschlägigen Stellungnahmen meiner Vor-Ort Kontakte aus Arnoldsweiler an.</p> <p>[s. Anhang Anlage 2 Abb. StnID_1008259]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008259.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

AZ: Ö-M-1666	
1004211	
1008112_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>als unmittelbar vom Regionalplan betroffener Anwohner im Gebiet Roleber möchte ich die Stellungnahme der LRBS-Initiative nachdrücklich und mit seiner gesamten Argumentation unterstützen! (Stellungnahme von <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022)</p> <p>Doch auch wenn man als Anwohner zuvorderst nur beobachtet, was vor der Haustür geschieht, wird deutlich: Der Wert des Gebiets für Klimaschutz und Naherholung ist mit Händen zu greifen, die kühlere Luft zieht regelmäßig zahlreiche Erholungssuchende an. Die gegenwärtige Nutzung der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt als Unterkunft für ukrainische Flüchtlinge ist eine gute Nutzung und trägt zu einer sympathischen Belebung des Grünareals bei, wobei deutlich wird, dass es sich dabei zahlenmäßig um eine Nutzungsart handelt, die der gewachsenen Struktur des Gebiets angemessen ist. Bebauungspläne, welche in wesentlich größerem Umfang zu Zuzug führen würden, würden die gewachsene Sozialstruktur überfordern und die Funktionen des Gebiets als Frischluftschneise für das nicht unproblematische Bonner Klima sowie als Erholungsraum zunichte machen. Es sei grundsätzlich auch nochmals an die Zusage von 2014 erinnert, auf weitere Flächenversiegelungen in dem Gebiet zu verzichten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die vorgetragene Anregung, das Gelände der ehemaligen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt nicht durch zusätzliche ASB Flächen zu erweitern, wurde in der Stellungnahme der Stadt Bonn (ID 101 1588) berücksichtigt. Daher wurden die angesprochen ASB Flächen auf Anregung der Stadt Bonn aus dem Entwurf gestrichen.</p> <p>Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Stellungnahme der Initiative Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V. vom 25.08.2022 nachdrücklich unterstützt wird. Diese wird in der Folge der Abwägung unterzogen. (s. dazu die Erläuterungen zu Stellungnahme Piel ID 1008112_02 - ID 1008112_016). ).</p>

**Inhalt****usammenfassung**

Für das Festlegen weiterer Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASBs) im Ennert und Pleiser Ländchen über den Baubestand hinaus werden Ausnahmen in Anspruch genommen von den folgenden Grundsätzen der Regionalplanentwurfes:

1. Vorrang für zentralörtlich bedeutsame ASBs (G 16)
2. Schienenanbindung (G16)
3. Böden für den Klimaschutz erhalten (G24)
4. Schutzwürdige Böden mit hoher und sehr hoher Funktionserfüllung erhalten (G25)
5. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche bewahren (G 32, G 33, G 34)
6. Erhaltung von Biotopverbünden (G30)

Alle diese Ausnahmen werden bei allen in der Region geplanten ASBs beansprucht.

Außerdem wird für den fraglichen Teil des Ennert und Pleiser Ländchens im Regionalplanentwurf

1. Landschaftskulturelles Erbe nicht festgelegt ? obwohl dies zuvor vom Masterplan Grün des Region Köln/Bonn gefordert worden war,
2. das in der Klimawandelvorsorgestrategie des Region Köln/Bonn vermerkte Kaltluftentstehungsgebiet und die Kaltluftleitbahn in Roleber im Gegensatz zum benachbarten Sankt Augustin nicht aufgeführt, sondern gelöscht,
3. die vom Region Köln/Bonn im Masterplan Grün notierte Erholungsfunktion des regionalen Grünzugs nicht vermerkt, und
4. der im noch geltenden Regionalplan festgelegte Landschaftsschutz auf Königswinterer Gebiet im Gegensatz zum benachbarten Bonn und Sankt Augustin nicht aufrechterhalten, sondern gelöscht.

Nicht berücksichtigt wurde zudem die Erkenntnis des Verkehrsgutachtens zum ISEK Königswinter, dass bei weiteren Ansiedlungen in den infrastrukturschwachen Höhenorten die Pendler\*innen aus Königswinter zu den Verkehrsspitzenzeiten ihre Ziele in Bonn und Siegburg nicht erreichen können. Andere Verkehrsteilnehmer\*innen

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise (Zusammenfassung) zur Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge gegeben (Abwägung siehe ID 1008112\_003 bis ID 1008112\_016).

dann natürlich auch nicht.

Ein sechsfaches Abweichen von wichtigen Grundsätzen des Regionalplanentwurfs, vier fragwürdige Versäumnisse bei ökologischen Grundfunktionen und ein eindeutig abhaltendes Verkehrsgutachten dürften ausreichen, keine weiteren Siedlungsbereiche in Ennert und Pleiser Ländchen über die Bestandsbebauung hinaus festzulegen. Die trotzdem vorgeschlagenen Siedlungsbereiche lehnen wir ab, bei allem Respekt für die fachlich und kommunikativ aufwendige Erarbeitung des Entwurfs. Selbstverständlich soll innerhalb der Orte die Bebauung von Grundstücken möglich sein.

1008112\_003

## Inhalt

### Inhalt der Stellungnahme

Die ersten neun Punkte der Stellungnahme gelten für Ennert und Pleiser Ländchen insgesamt. Dazu gehören in Bonn Niederholtorf, Roleber, Hoholz, Gielgen, in Königswinter Stieldorf und Vinxel. Die weiteren drei Punkte sind einzelnen Orten zugeordnet.

Abschließend werden einige Hinweise zu einer nachhaltigeren Entwicklung von Siedlungen und Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, die dem Bedarf der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere der seit dem letzten Regionalplan grundlegend veränderten Altersstruktur, besser Rechnung tragen könnte.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise zur Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge gegeben.

## Inhalt

### 1. Stärkere Besiedelung der Höhenorte würde zu erheblichen Autoverkehrsproblemen in der Region führen

Im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) hat die Stadt Königswinter ein Verkehrsgutachten anfertigen lassen. Die im Entwurf des Regionalplans in den Königswinterer Höhenorten Stieldorf und Vinxel vorgesehenen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASBs) sind sogar noch umfangreicher als die ISEK-Vorschläge. Die Aussage des ISEK-Gutachtens kann deutlicher kaum sein:

*"Aus verkehrstechnischer Sicht des Gutachters ist die im Rahmen des ISEK diskutierte Ausweisung von Bauflächen unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten zwar möglich, es müssten aber folgende Nachteile in Kauf genommen werden:*

*- Für die Pendler aus Königswinter wird die **Erreichbarkeit** der Bonner und Siegburger Ziele in den täglichen Spitzenstunden **nicht gewährleistet** sein bzw. mit erheblichen Stauerscheinungen verknüpft sein. Auf der Strecke liegen hoch ausgelastete, bzw. überlastete Strecken und Knotenpunkte, allerdings weitgehend außerhalb von Königswinter. Diese Einschätzung **ändert sich auch nicht durch die Realisierung der B 56n** (d.h. Südtangente bzw. Ennertaufstieg, d. Verf.).*

*- In einigen Ortsdurchfahrten, insbesondere in Vinxel, Stieldorf, Ittenbach und Dollendorf, aber auch Niederholtorf und Holzlar, werden deutliche Verkehrsmengensteigerungen zu **höheren Belastungen von Anwohnern und Beschäftigten** führen.?*

Quelle:

<https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/koenigswinter/VerkehrsgutachterlicheErsteinschaetzungergaenzumB56n.pdf> (nicht verfügbar auf der Webseite der Stadt Königswinter)

Es ist auch eine, vielleicht nicht explizite, Aufgabe des Regionalplans, Planungen einer Kommune auf Kosten einer anderen nicht zuzulassen.

Kontraproduktiv auch für Königswinter selbst: Mit massiven Autoverkehrsproblemen durch weitere Siedlungen im Bergbereich ohne schnelle ÖPNV-Verbindungen würde Königswinter sich selbst eine große Quelle seiner Prosperität beschädigen: Die Arbeitgeber in Bonn wären kaum noch erreichbar.

Kommentar des Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.:

<https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/regional/regionalplan/BUZLRBSJuliAug2020.pdf> 3

## Abwägung

## Typ

Hinweis

## Ausgleichsvorschlag

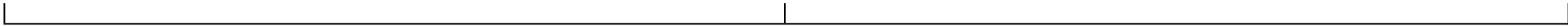
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

## Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur wurde bei der Plankonzeption soweit möglich berücksichtigt.

Insbesondere im Rahmen der den Region+-Prozesse war das Kriterium gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte SPNV/ÖPNV-Anbindung von besonderer Bedeutung. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz 6.2-2 LEP NRW, demnach bestehende Haltepunkte des SPNV bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden sollen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Sofern kommunale Vorschläge für Siedlungsbereichsfestlegungen nicht berücksichtigt wurden, ist dies im Einzelfall begründet.





**Inhalt****2. Weder zASBs noch Schienenanbindung**

Die Orte im Ennert und Pleiser Ländchen entsprechen nicht den Kriterien des Regionalplanentwurfs für eine vorrangige Siedlungsentwicklung. Weder sind sie zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche (zASBs, siehe Karte) noch haben sie bereits Schienenanbindung.

Die Siedlungsentwicklung der Kommunen soll vorrangig auf die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASBs) ausgerichtet werden (Grundsatz 16, Seite 178 der textlichen Festlegung des Regionalplanentwurfs). Dies dient einer angemessenen Erreichbarkeit, Auslastung und Tragfähigkeit der vorhandenen bzw zu planenden Infrastruktur. Wenn sie bereits eine Schienenanbindung haben, können Ortsteile im Freiraum als ASB entwickelt werden.

Entwicklungen in den ASBs sollen gemäß Landesentwicklungsplan NRW in der Regel auf Nutzung und Abrundung bereits baulich geprägter Flächen beschränkt werden. Die im Regionalplanentwurf vorgeschlagenen ASBs in Ennert und Pleiser Ländchen sind nicht baulich, sondern durch Landwirtschaft geprägt.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturnaturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsichten der Städte Bonn und Königswinter sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei den angesprochenen ASB Darstellungen handelt es sich um Abrundungen / Arrondierungen vorhandener bereits baulich genutzter ASB mit guter Infrastruktur (das Vorhandensein einer Schienenverbindung ist bei Erweiterungen keine verbindliche landesplanerische Vorgabe). Dabei handelt es sich nicht um regionalbedeutsame Siedlungsflächenreserven, die den zASB vorbehalten sind. Gegenüber dem Regionalplanentwurf aus der Offenlage haben die Städte Bonn und Königswinter die Arrondierungsflächen der Ennert und Pleiser Ortsteile noch einmal um ca. ein Drittel zurückgenommen.

## Inhalt

**3. Böden mit großer Wasserrückhaltung, und schutzwürdige Böden mit hoher Funktionserfüllung müssen weitere Siedlungsbereiche ausschließen**

Unsere Region hat herausragend gute Böden. Erstens sind sie durch große Wasserrückhaltung gekennzeichnet, eine Eigenschaft, deren Bedeutung in den letzten Jahren immer weiter zugenommen hat. Zweitens sind sie schutzwürdige Böden mit sehr hoher und hoher Funktionserfüllung.

[Abbildung]

Quelle: [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionplanung/offenlage\\_textliche\\_festlegungen/a3\\_erlaeuterungskarte\\_f\\_02.pdf](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionplanung/offenlage_textliche_festlegungen/a3_erlaeuterungskarte_f_02.pdf)

Ein Blick auf die Karte zeigt die vielen grauen Siedlungsbereiche, die schutzwürdige Böden bereits verdrängt haben.

Die Grundsätze des Regionalplanentwurfes, nämlich ?Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten? (G 24) und ?Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen? (G 25) brauchen eine konsequente Umsetzung.

In der Vergangenheit galten solche Böden im Rahmen der Interessensabwägung als grundsätzlich überwindbar, sie stellten kein Hindernis für andere Flächennutzungen dar. Wie weit müssen Flächenverbrauch und Klimaerwärmung noch gehen, damit schutzwürdige Böden vor Versiegelung geschützt werden? Es gibt bisher kein Limit, nur unverbindliche Ziele. Die Neuaufstellung des Regionalplans zu Beginn der Phase der Klima- und Biodiversitätskrise, der unsere Region bereits zum Opfer gefallen ist, sollte das Ruder herumreißen. Schutzwürdige Böden müssen jetzt endlich geschützt werden. Versiegelungen müssen unterbunden werden.

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsrumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsrumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

**Inhalt****4. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) erhalten!**

Ennert und Pleiser Hügelland sind agrarstrukturell bedeutsam und als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) festgelegt. Die bestehenden landwirtschaftlichen Flächen müssen daher gemäß der textlichen Festlegung Grundsatz G32 als wesentliche Produktions-grundlage erhalten bleiben. Damit würden ebenso die Grundsätze ?Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen? (G33) sowie ?landwirtschaftliche Betriebe erhalten? (G34) berücksichtigt.

[Abbildung]

Die örtlichen Landwirte haben die Dringlichkeit der weiteren landwirtschaftlichen Nutzung bereits gegenüber der Kommunalpolitik unterstrichen.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

**Inhalt****5. Die Entstehung und Leitbahn von Kaltluft in Roleber nicht weglassen!**

In der Erläuterungskarte ?K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel? fehlen Entstehungsgebiet und Leitbahn von Kaltluft in Roleber auf Bonner Gebiet, die in der Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn vermerkt sind. Die beiden Fortsetzungen der Leitbahn auf benachbartem Sankt Augustiner Gebiet sind korrekt eingetragen.

**[Abbildung]**

Quellen Karte links: Erläuterungskarte K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_region\\_alplanung/offenlage\\_textliche\\_festlegungen/index.html](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_region_alplanung/offenlage_textliche_festlegungen/index.html) Karte rechts: Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn (Hrsg: Region Köln/Bonn e.V. [https://www.klimawandelvorsorge.de/fileadmin/kwvs/medien/Downloads/Praxishilfe\\_und\\_Karten/KWVS\\_KoelnBonn\\_20190930\\_DPhK\\_6.2\\_Luftleitbahnen\\_Kaltlufteinzugsgebiete.pdf](https://www.klimawandelvorsorge.de/fileadmin/kwvs/medien/Downloads/Praxishilfe_und_Karten/KWVS_KoelnBonn_20190930_DPhK_6.2_Luftleitbahnen_Kaltlufteinzugsgebiete.pdf)

Die Kalte Luft von Roleber ist ein Politikum: In Roleber geht es um einen Siedlungsbereich, für den ein Investor bereits Land gekauft und beplant hat. Baurecht wurde bisher nicht gewährt. Es besteht bisher nur auf dem Teil, auf dem seit 1985 das ortsprägende Gebäude der NRW-Landwirtschaftskammer samt Lindenallee steht.

Die Klimarelevanz war den lokalen Bürger\*innen wichtig: Sie haben bei der Kommunalwahl 2020 mit Abwahl der damals herrschenden Koalitionen in Rat und Bezirksvertretung reagiert. Ein zweiter politischer Punkt ist eine sehr hohe Investition in einen bereits ausgelasteten Erschließungskanal, die bei jeder weiteren Besiedelung erforderlich würde. Siehe auch <https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/Roleber/KalteLuftausRoleber.pdf>

Entstehungsgebiet und Leitbahn von Kaltluft in Roleber sind noch zu berücksichtigen, um einen politischen Grund für ihr Verschwinden auszuschließen.

Das Ergebnis der mikroklimatischen Untersuchung ZURES im Auftrag der Stadt Bonn fand keine regional bedeutsame Kaltluftleitbahn. Das ist kein Widerspruch zum Ergebnis der Klimawandelvorsorgestrategie (Herausgeber: Region Köln/Bonn), denn ZURES hat mit seiner mikroklimatischen Methode nicht nach regionaler Bedeutsamkeit untersucht.

Weil Bonn insgesamt nur noch sehr wenig Kaltluftquellen hat, spielt die Kaltluft-

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, zu denen auch die Stadt Bonn gehört, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Erläuterungskarte K1 "Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel" wurde auf der Grundlage des Fachbeitrags Klima erarbeitet. Auf Grund der einheitlichen Methodik wird für den angesprochenen Bereich hinsichtlich den vorgeprägten Punkten keine Änderungsbedarf gesehen..

Entstehung beim Abwägen gegenüber dem Wohnbedarf eine umso größere Rolle. ?Kaltluft kann nicht pendeln, im Gegensatz zu den Einpendlern aus dem Umland?, kommentierte damals unser Verein. ?Deswegen muss sich der Rat für die Kaltluft entscheiden und gegen weitere Siedlungen.?	
---	--

## Inhalt

**6. Ennert und Pleiser Ländchen insgesamt, nicht nur teilweise, als landschaftskulturelles Erbe festlegen!**

Grundsatz 6 der textlichen Festlegung lautet: ?Die Kulturlandschaften sollen in ihrer Vielfalt und Eigenart mit ihren prägenden Merkmalen, wertgebenden Elementen und Strukturen erhalten und entwickelt werden.?

Erhaltung und Entwicklung gilt für die gesamte Kulturlandschaft, nicht nur für Teile davon. Ennert und Pleiser Hügelland umfassen die Orte Niederholtorf, Roleber, Hoholz, Gielgen, Birlinghoven, Stieldorf und Vinxel.

In der Erläuterungskarte 2 Anhang B fehlt der gesamte östliche Teil des Pleiser Ländchens.

## [Abbildung]

Die Kulturlandschaft Ennert und Pleiser Ländchen hat einen engagierten Unterstützer: den Verband ?Region Köln/Bonn?. Er vereint drei Städte und fünf Landkreise, große Wirtschaftsverbände und den Landschaftsverband Rheinland. Kein Naturschutzverband also, sondern ein Verband für Regionalplanung. Er sieht Köln/Bonn im europäischen Wettbewerb der Regionen und empfiehlt:

*?Aufgrund dieser natur- und kulturellen Privilegien sind das Siebengebirge und das Pleiser Ländchen als geschlossene Einheiten vollständig zu erhalten.?*

(Quelle: Herausforderungen der ?Stadtlandschaft? in der Metropolregion Köln /Bonn. Masterplan Grün, Version 3.0, Seite 36)

## Abwägung

## Typ

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Änderung in der Erläuterungskarte 2 Anhang B erfolgt nicht. Die Darstellung der regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente in der Erläuterungskarte 2 Anhang B erfolgt auf Grundlage des Fachbeitrags Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln (LVR 2016) sowie weiterer Abstimmungen mit dem LVR.

## Inhalt

**7. Regionaler Biotopverbund: Der Landschaftsschutz muss bleiben, und zwar in allen beteiligten Kommunen!**

Eine für unsere Region, Ennert und Pleiser Ländchen, flächenmäßig bedeutende Kategorie im Biotopverbund sind die senkrecht grün/weiss schraffierten Bereiche für den **Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)**. Der entsprechende Grundsatz G30 lautet (Textliche Festlegung Seite 103):

**„BSLE erhalten und entwickeln**

*Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind als Vorbehaltsgebiete festgelegt. In den BSLE sollen*

- *die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter,*
- *Landschaftsräume mit besonderer Eigenart, Vielfalt und Schönheit und/oder von kulturhistorischer Bedeutung,*
- *wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen einschließlich für den Biotopverbund bedeutsamer Elemente und*
- *die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen gesichert und entwickelt werden.*

*Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.?*

Im noch geltenden Regionalplan steht fast die gesamte mit Ennert und Pleiser Ländchen bezeichnete Region unter Landschaftsschutz. Durch den Regionalplanentwurf würde der Landschaftsschutz auf Königswinterer Gebiet herausgenommen und durch weniger geschützte regionale Grünzüge ersetzt. Den Bemühungen der Bonner und Sankt Augustiner Kommunen, dieselbe Landschaft auf ihrer Seite der kommunalen Grenze zu schützen, wird in Königswinter jenseits der kommunalen Grenze der Boden entzogen.

Bürger\*innen dürfen von einem Regionalplan erwarten, dass er auf Erhaltung des Landschaftsschutzes in allen drei an derselben Landschaft beteiligten Kommunen besteht.

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Bei den Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung handelt es sich um Vorbehaltsgebiete, die textlich überwiegend über Grundsätze geregelt werden. Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.

Bei den Regionalen Grünzügen handelt es sich um Vorranggebiete, die über Ziel 18 vor anderweitiger Inanspruchnahme geschützt werden. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPiG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut



LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die angesprochenen Festlegungen im Regionalplan sind folgerichtig im Sinne der Plankonzeption festgelegt worden.

**Inhalt****8. Der Regionale Grünzug in Ennert und Pleiser Ländchen dient Klima UND Erholung UND Biotopverbund**

Regionale Grünzüge sind laut Ziel 7 des Regionalplanentwurfs besonders in verdichteten Räumen als Vorranggebiete für Erholung, Sport und Freizeit, lufthygienische und klimatische Ausgleichswirkungen und die Vernetzung von Biotopen zu sichern und zu entwickeln.

Sie sollen auch einem Zusammenwachsen von Siedlungen entgegenwirken. *?Entsprechend dieser Zielsetzung soll die Festlegung als Regionaler Grünzug eine Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung ? abgesehen von eng definierten Ausnahmen ? ausschließen?.*

Ennert und Pleiser Ländchen sind für Bonner Bürger zu Fuß und per Fahrrad auch alltäglich erreichbar. Hier findet man Platz, anders als beispielsweise in der Rheinaue, um gefahrlos Radfahren zu üben, um längere Strecken zu gehen, die Landschaft in Ruhe zu genießen. Es ist nicht sinnvoll, einer Kulturlandschaft, die mitten zwischen dicht besiedelten Orten liegt, keine Erholungsfunktion zuzuordnen. Nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch: Insbesondere seit dem ersten Pandemie-Jahr 2020 hat die Nutzung der Naherholungsgebiete erheblich zugenommen, nicht nur während der Lockdowns, sondern anhaltend bis heute.

Der entsprechende Regionale Grünzug ist in der Karte F3 mit der Funktion Klima eingetragen. Korrekt ist aber die Kombination ?Klima und Erholung und Biotopverbund?. Wie im vorhergehenden Punkt 7 ausgeführt, liegen Ennert und Pleiser Ländchen in einem Biotopverbund mit Agrarlandschaft in drei Kommunen. Auf Königswinterer Stadtgebiet wird der Biotopverbund stellenweise unterbrochen, und zwar in unmittelbarer Nähe der angemeldeten ASBs.

[Abbildung]

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

In dem angesprochenen Bereich zwischen Ennert und Pleiser Hügelland westlich der BAB 3 ist der Freiraum nahezu vollständig als Regionaler Grünzug festgelegt. Ob in der Begründung eine oder zwei Funktionen genannt werden, ist in der rechtlichen Wirkung des Ziels nicht zu unterscheiden.

Die Festlegungen des Regionalen Grünzuges erfolgen nicht grundstücksscharf d.h. entlang der Siedlungsbereich verbleibt jeweils ein Interpretationsbereich.

**Inhalt****9. Für eine Festlegung sollte maximal eine einzige Ausnahme in Anspruch genommen werden.**

Die im Regionalplanentwurf aufgestellten Ziele werden verbindlich sein. Von den Grundsätzen sind jeweils Ausnahmen vorgesehen. Das ist sinnvoll und üblich. Um einen Siedlungsbereich oder ein Gewerbebereich festzulegen, sollten allerdings nicht mehrere Ausnahmen angesammelt werden dürfen. Sonst geht der Sinn von Grundsätzen und Ausnahmen verloren. Eine verbindliche Regel, die das Stapeln oder Ansammeln von Ausnahmen für eine Festlegung verhindert, ist deswegen erforderlich.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Nach den Vorgaben des § 4 ROG sind bei behördlichen Planungsentscheidungen Ziele zu beachten und Grundsätze zu berücksichtigen. Letzteres bedeutet, dass die Grundsätze abgewogen oder in die Abwägung eingestellt werden können bzw. sollen. In diesen planerischen Entscheidungen erfolgt allerdings keine quantitative bzw. numerische Bewertung, im Einzelfall ist vielmehr die inhaltliche Betroffenheit im Rahmen einer qualitativen Bewertung ausschlaggebend.

**Inhalt****0. Herausnahme der ASBs in Stieldorf und Vinxel**

Die im Regionalplanentwurf vorgeschlagenen ASBs nördlich und westlich Stieldorf und Vinxel umfassen insgesamt etwa 37 Hektar. Alle neun oben ausgeführten Punkte gelten als Begründungen für unsere Ablehnung.

Außerdem gilt für Vinxel: Vinxel hat weniger als 2000 Einwohner und darf daher grundsätzlich nicht per ASB vergrößert werden. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind in der Regel ab einer bestehenden oder geplanten Mindestgröße von etwa 2.000 Einwohnern, ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalplanerischen Bedeutung zeichnerisch festgelegt. Per Ausnahme durch den Landesentwicklungsplan NRW können - seit der Regierung Laschet - Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern dennoch entwickelt werden (Erläuterungen zu Ziel 7, Seite 66)

Die Beschlüsse des zuständigen Königswinterer Ratsausschusses vom 18.5.2022 würden die ASBs auf etwa 27 Hektar reduzieren, einem den ISEK-Vorschlägen ähnlichen Umfang.  
([https://sdnet.koenigswinter.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQSLJDCGOPAzc3GrMsgrrnp0w5Y\\_9WF7h7c0I3-OELVc/Oeffentliche\\_Niederschrift\\_Ausschuss\\_f.\\_Stadtentwicklung-\\_Umwelt\\_und\\_Klimaschutz\\_18.05.2022.pdf](https://sdnet.koenigswinter.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQSLJDCGOPAzc3GrMsgrrnp0w5Y_9WF7h7c0I3-OELVc/Oeffentliche_Niederschrift_Ausschuss_f._Stadtentwicklung-_Umwelt_und_Klimaschutz_18.05.2022.pdf)). 10

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Nach den Festlegungen des Ziels 2-3 LEP NRW können auch Ortslagen mit weniger Einwohnern bedarfsgerecht als ASB dargestellt werden, wenn sie eine entsprechende Entwicklungsperspektive (vorhandene FNP- bzw. Regionalplan-Reserven) aufweisen und eine Weiterentwicklung bereits regionalplanerisch festgelegter Siedlungsbereiche nicht möglich ist.

Die Stadt Königswinter hat in ihrer Stellungnahme (Grundlage Beschluss des Stadtrates) vom 24.08.22 angeregt, in Vinxel und Stieldorf Siedlungsbereichsreserven von ca. 25 ha aus dem vorliegenden Entwurf wieder zu streichen. Dieser Anregung wurde entsprochen (siehe Erläuterung Stadt Königswinter). Dennoch besteht auch weiterhin eine Entwicklungsperspektive gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Damit wird der Stellungnahme entsprochen.

1008112\_014

## Inhalt

### 11. Herausnahme der ASBs in Gielgen, Hoholz und Roleber (Bonn)

Die Bonner Ratsempfehlung vom 9.6.2022, die Herausnahme von ASBs in den rechtsrheinischen Höhenorten Gielgen, Hoholz und Roleber aus dem Regionalplanentwurf, unterstützen wir voll und ganz. Es geht um die Punkte D1, D2 und D3 auf Seite 6 des Dokuments <https://www.bonn.sitzung-online.de/public/vo020?7--anlagenHeaderPanel-attachmentsList-1-attachment-link&VOLFDNR=2006956&refresh=false>

Als Begründungen gelten alle neun oben ausgeführten Punkte.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Die Stadt Bonn hat in ihrer Stellungnahme (Grundlage Beschluss des Stadtrates) vom 23.08.22 angeregt, die drei Teilflächen von Siedlungsbereichsreserven D1, D2, D3 in Gielgen, Hoholz und Roleber aus dem vorliegenden Entwurf wieder zu streichen. Dieser Anregung wurde entsprochen (siehe Erläuterung Stadt Bonn).

**Inhalt****12. Kein neuer ASB in Niederholtorf**

Als Begründungen gelten alle neun oben ausgeführten Punkte.

Niederholtorf hat weniger als 2000 Bürger\*innen und kann diese Grenze bei vollständiger Bebauung des Neubaugebietes Niederholtorf Süd höchstens knapp erreichen. Weitere entwicklungsfähige Flächen sind nicht vorhanden. Die Freiflächen südlich bis zur Ungartenstraße dienen nicht nur der Sicherstellung der Trasse für die B56n, sondern auch als Ausgleichsfläche für das Baugebiet Niederholtorf-Süd; sie werden weiterhin beackert.

Der Bonner Stadtrat hat am 9.6.22 den Ortsteil Oberholtorf (ca 150 Bürger\*innen) aus seiner ASB-Empfehlung herausgenommen. Gründe sind das Quellgebiet des Ankerbaches, die von den örtlichen Naturschutzorganisationen hoch bewerteten Gärten, und die geringe Größe eines möglichen Baugebietes, das einem ASB Niederholtorf zugeschlagen werden könnte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Dabei sind auch Entwicklungsflächen mit zu berücksichtigen.

Nach den Festlegungen des Ziels 2-3 LEP NRW können aber auch Ortslagen mit weniger Einwohnern bedarfsgerecht als ASB dargestellt werden, wenn sie eine entsprechende Entwicklungsperspektive (vorhandene FNP- bzw. Regionalplan-Reserven) aufweisen und eine Weiterentwicklung bereits regionalplanerisch festgelegter Siedlungsbereiche nicht möglich ist. Niederholtorf erfüllt diese Vorgaben.

Die Festlegung des Siedlungsbereiches erstreckt sich auf den Bestand, nennenswerte Siedlungsbereichsreserven sind nicht erfasst.

**Inhalt****Bedarf und Potenzial an Flächen bis 2040**

Die Bedarfszahlen stehen in der textlichen Festlegung des Regionalplanentwurfs; die Potenzialflächen haben Bonn und Königswinter in Ratsdokumenten vorgestellt.

[Tabelle]

Die Unterschiede bei der Auswertung der Verfügbarkeit von Flächen können hier nicht diskutiert werden. Es sei nur ein Redebeitrag aus einem der Stadträte sinngemäß zitiert: Man bringe die Flächen als ASBs in den Regionalplan, um sich die Zukunft nicht zu verbauen. Unser Kommentar: Der Redner hat die Klimaerwärmung noch immer nicht erfasst.

**Wie errechnen die Behörden den Wohnraumbedarf ?**

*?Für die Bedarfsberechnung für Wohnraum wird in erster Linie die zukünftige Bevölkerungs-entwicklung bzw. die Prognose der Haushaltszahlen für den Planungszeitraum zugrunde gelegt. Dabei wird u.a. grundsätzlich auch in langfristig schrumpfenden Regionen/ Kommunen ein Grundbedarf in Höhe von 0,1 % des Wohnungsbestandes festgelegt, der dann für jedes Jahr des Planungszeitraumes mit rückgängiger Bevölkerungsprognose angerechnet wird. Um diese Zahlen in Flächen umzusetzen, werden die bestehenden Siedlungsdichten (Wohneinheiten/ ha) herangezogen: Während in Einfamilienhausgebieten mit einer Dichte von z.B. 25 WE/ ha aus einem Bedarf von 1000 Wohneinheiten 40 ha Flächenbedarf werden, ergibt sich in verdichteten Gebieten mit überwiegend Geschoss-wohnungsbau von z.B. 50 WE/ ha nur ein Flächenbedarf von 20 ha.*

*Hinzu kommt, dass grundsätzlich ein Planungs- und Flexibilisierungszuschlag von 20 % auf den errechneten Gesamtbedarf gewährt werden kann. Dieser soll zum einen die kommunale Planungshoheit unterstützen, zum anderen für den Fall Abhilfe schaffen, dass sich Flächen bei der bauleitplanerischen Umsetzung als nicht entwickelbar erweisen, z.B. weil die Flächen nicht zum Kauf zur Verfügung stehen oder aufgrund von Altlasten oder anderer Restriktionen Hindernisse auftreten. Dann soll der Bedarf über diese Zuschlagsflächen gedeckt werden.?*

Quelle: <https://www.lb-naturschutz-nrw.de/fachthemen/aktuell-neue-regionalplaene-fuer-nrw/flaechenermittlung-fuer-siedlungsflaechen-und-abgrabungen-und-regionalplanerischer-bedarf.html>

**Die Verschiebung der Altersstruktur muss berücksichtigt werden****Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

Das prognostizierte Bevölkerungswachstum besteht vor allem aus einer Migration vom Land in die Städte, die sich allerdings seit der Pandemie und den massiv gestiegenen Immobilienpreisen abschwächt.

Nicht berücksichtigt bei der Bedarfsermittlung wurde die deutliche Änderung der Altersstruktur. Seit drei Jahrzehnten sind die Geburtenraten so niedrig, dass der Anteil der Älteren viel schneller wächst als der Anteil der Jüngeren. Im Rhein-Sieg-Kreis wird die Anzahl der Personen unter 65 Jahre bis 2040 sogar deutlich sinken, während die der Senior\*innen erheblich ansteigen wird. Hat das etwa keine Auswirkungen auf den Wohnbedarf?

[Tabelle]

Im Rentensystem wird dafür schon lange an Lösungen gearbeitet, erst seit kurzem beim Fachkräftemangel, und noch kaum bei Wohnungsbedarf.

Die Empirica AG hat schon 2016 für den Rhein-Sieg-Kreis errechnet: Wenn nur 10 Prozent der Senior\*innen sich kleiner setzen könnten, wären 200 Hektar Bauland gespart. Quelle: <https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/regional/EmpiricaWohnraumbedarfsanalyseRheinSiegKreis.pdf> (Fußnote S.130). Diese Überlegung hat es zwar aus der Fußnote heraus in manche Diskussion geschafft, ist aber noch weit entfernt von wohnungsbaupolitischen Entscheidungen.

Dies und Weiteres ist nachzulesen im Positionspapier des Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V. Mehr bezahlbare Wohnungen für die Bonner Region

### **Zum Abschluss**

Mit weiteren Siedlungsbereichen im Naturpark Siebengebirge würde Bonn sich als Gastgeber internationaler und nationaler Einrichtungen und Konferenzen in der Weltgemeinschaft unglaublich machen. Einen entsprechenden Appell haben bereits Teilnehmer\*innen an der UN-Klimakonferenz COP 23 im November 2017 an die Kommunalpolitiker\*innen in der Region gerichtet.

Details siehe <https://www.ennertaufstieg.de/aktionen/klimakonferenz>

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Im Übrigen werden Hinweise für die für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.



**Inhalt**

hiermit möchte ich mich der in der Anlage übersandten Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge zum Regionalplanentwurf anschließen. (Stellungnahme von *Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e. V.* vom 25.08.2022)

Ich beobachte die Siedlungspolitik im Bergbereich von Königswinter schon seit vielen Jahren und bin besorgt über den weiter fortschreitenden Flächenverbrauch. Bekanntermaßen soll der Flächenverbrauch bundesweit eigentlich bis zum Jahr 2030 auf 30 Hektar pro Tag begrenzt werden. Wie will man dieses Ziel erreichen, wenn überall weiter gebaut wird? Die Siedlungspolitik ist auch nicht kompatibel mit den Klimaschutzzielen, die die Stadt Königswinter sich selber gegeben hat. Siehe dazu den Link auf eine Presserklärung der Stadt Königswinter <https://www.koenigswinter.de/de/d/atei/anzeigen/id/55455,1081/pmklimaschutzziele.pdf>

In meinem Wohnort Königswinter-Vinxel soll die Einwohnerzahl des bisher kleinen Orts verdoppelt werden, angrenzende landwirtschaftliche Flächen sollen der Bebauung geopfert und versiegelt werden, was sicherlich den Zielen des Klimaschutzes und des reduzierten Flächenverbrauchs entgegenläuft. Ich möchte Sie hiermit nachdrücklich bitten, die ASB Flächen um Königswinter-Vinxel **nicht** in den Regionalplan zu übernehmen und dafür den Bergbereich von Königswinter in die Kulturlandschaftskartierung mit aufzunehmen. Für eine Stellungnahme wäre ich Ihnen dankbar.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Stadt Königswinter und der Stadtrat haben teilweise auf die Kritik der geplanten starken Siedlungsentwicklung in Vinxel und Stieldorf reagiert. In der Stellungnahme zum Regionalplanentwurf wurde angeregt, die planerisch zu sichernden Siedlungsbereich zum ca. ein Drittel zu reduzieren. Diese Bereiche wurden im 2. Planentwurf entsprechend zurückgenommen. Die verbliebenden ASB Reserven sind als Arrondierungen der bestehenden Bebauung angeordnet.

Von einer erheblichen Wirkung auf Umwelt, Verkehrswirkung und Kulturlandschaft ist daher nicht auszugehen.

Die in der Erläuterungskarte dargestellten Kultuslandschaftsbereiche basieren auf dem Kulturlandschaftsgutachten des LVR. Dort waren die angesprochen Bereiche nicht verzeichnet.

Der Einwender unterstützt die Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region BonnSiebengebirge e.V./LRBS" (s. Erläuterungen zu ID 1008112\_002 bis ID 1008112\_016)

AZ: Ö-M-1669	
1004216	
1008115_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich unterstütze die Stellungnahme im Anhang. (Stellungnahme von <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022)</p> <p>Eine fortschreitende Versiegelung von Böden ist Politik von gestern. Wer ?Bauen, Bauen, Bauen? verspricht, hat noch nicht verstanden, dass wir uns bereits mitten in der Klimakrise befinden. Angesichts des sich weiter aufheizenden Klimas müssen wir dafür sorgen, dass versiegelte Flächen wieder entsiegelt werden und nicht umgekehrt. Wir benötigen KEINE neuen Baugebiete, sondern dringend Maßnahmen zur Klimaanpassung (Begrünung von Städten/Dächern, Bewässerung von trockengelegten Mooren, Ausweisung neuer Naturschutzzonen, sich selbst überlassene Wälder, ökologische Landwirtschaft etc.). Die Politik sollte sich für die Sanierung von Bestandsimmobilien - insbesondere auf dem Land - einsetzen. Darin liegt viel Potenzial für die Schaffung von neuem Wohnraum.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Einwanderin unterstützt die Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region BonnSiebengebirge e.V./LRBS" (s. Erläuterungen zu ID 1008112_002 bis ID 1008112_016).</p>

AZ: Ö-M-1670	
1004218	
1008116_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, die angehängte Stellungnahme ist mir gestern zugegangen (Stellungnahme von <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022)</p> <p>Als langjährige Bonner Bürgerin kann ich den darin vertretenen Punkten voll und ganz zustimmen. Es gilt unsere Region lebenswert zu erhalten, die Neubebauungspläne in all ihren Facetten wird genau das zerstören, was unsere Region ausmacht. Auch der in großem Maße bestehende Tourismus würde leiden. In heutigen Zeiten der Klimaveränderung muss ALLES daran gesetzt werden Biotope zu erhalten, Natur zu schützen, UNS damit zu schützen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung zu Stellungnahme <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022 erklärt.</p>

AZ: Ö-M-1671	
1004219	
1008117_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich unterstütze die Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V. (Stellungnahme von <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022).</p> <p>Insbesondere folgende Punkte: Für die Orte Vinxel, Stieldorf, Hoholz, Gielgen, Roleber und Niederholtorf werden im Regionalplanentwurf für die nächsten 15-20 Jahre neue Siedlungsbereiche von weit mehr als 50 Hektar vorgeschlagen. Von unserer Kulturlandschaft würde kaum mehr als die Hälfte übrig bleiben. Die neuen Siedlungsbereiche erfüllen die für den neuen Regionalplan aufgestellten Anforderungen nicht. Sie würden erheblich von den Grundsätzen des Regionalplans abweichen und in vielen Punkten Ausnahmen beanspruchen. Schutzwürdige Böden, Kaltluftleitbahnen, Agrarflächen, Biotopverbünde würden nicht geschützt. Die Anforderungen der Planungsbehörde nach Schienenanbindung und Eignung für Geschosswohnungsbau würde nicht erfüllt. In der Datenbasis des Regionalplanentwurfs fehlt Wichtiges: Auf Bonner Gebiet wurde die Kaltluftleitbahn von Roleber im Regionalplanentwurf gar nicht erst vermerkt. Die Erholungsfunktion unserer Landschaft wurde nur für einen kleinen Teil vermerkt. Auf Königswinterer Gebiet wurde der bisherige Landschaftsschutz nördlich und westlich von Stieldorf und Vinxel gelöscht. Das ISEK-Verkehrsgutachten wurde ignoriert. Es spricht eindeutig gegen eine weitere Besiedelung unserer Region, selbst wenn die Südtangente gebaut würde!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>In den angeführten Bonner Ortteilen Hoholz, Gielgen, Roleber und Niederholtorf sind aufgrund der Stellungnahme der Stadt Bonn (ID 1003839) die meisten ASB Reserven aus dem Planentwurf gestrichen worden. Im Ortsteil Gielgen verbleiben ca. 4,5 ha ASB Reserven, die als Arrondierungen der bestehenden ASB angeordnet sind. Von einer erheblichen Umwelt- bzw. Verkehrswirkung ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Die Umweltwirkungen der Neuplanungen sind aufgrund der bekannten Datenbasis im Umweltbericht bewertet worden.</p> <p>Der Einwander unterstützt die Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region</p>

	BonnSiebengebirge e.V./LRBS" (s. Erläuterungen zu ID 1008112_002 bis ID 1008112_016) .
--	--

AZ: Ö-M-1672	
1004220	
1008118_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich unterstütze ausdrücklich die Stellungnahme im Anhang. (Stellungnahme von <i>Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</i> vom 25.08.2022)</p> <p>Das Pleiser Land, und die Felder in Vinxel, Holtorf Roleber und Stieldorf sollen nicht bebaut werden und nicht als Siedlungsfläche freigegeben werden! Sie sind wichtig für das lokale Klima, und als Naherholungsgebiet. Stärkere Besiedlung würde zu einer erheblichen Mehrbelastung durch Verkehr führen. Die Orte im Ennert und Pleiser Ländchen entsprechen nicht den Kriterien des Regionalplanentwurfs für eine vorrangige Siedlungsentwicklung. Böden mit großer Wasserrückhaltung, und schutzwürdige Böden mit hoher Funktionserfüllung müssen weitere Siedlungsbereiche ausschließen. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) sollen erhalten bleiben. Wir bitten darum, den Ennert und das Pleiser Ländchen insgesamt, nicht nur teilweise, als landschaftskulturelles Erbe festzulegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>In den angeführten Bonner Ortteilen Hoholz und Roleber sind aufgrund der Stellungnahme der Stadt Bonn (ID 1003839) die meisten ASB Reserven aus dem Planentwurf gestrichen worden. Von einer erheblichen Umwelt- bzw. Verkehrswirkung ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Die Umweltwirkungen der Neuplanungen sind aufgrund der bekannten Datenbasis im Umweltbericht bewertet worden.</p> <p>Die Einwenderin unterstützt die Stellungnahme des Vereins "Lebenswerte Region BonnSiebengebirge e.V./LRBS" (s. Erläuterungen zu ID 1008112_002 bis ID</p>

	1008112_016).
--	---------------



AZ: Ö-M-1673	
1004221	
1008119_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sie haben die Kommunen aufgefordert, neue Siedlungsbereiche insbesondere dort auszuweisen, wo es Schienenhaltepunkte und Möglichkeiten für Geschoßwohnungen gibt. Bonn und Königswinter haben jedoch kaum dieses Potenzial. Sie sind auch nicht zentralörtlich bedeutsam? und es gibt eine Reihe von weiteren schwerwiegenden Gründen, die gegen neue Siedlungsbereiche in Stieldorf, Vinxel, Gielgen, Hoholz, Roleber und Holtorf sprechen. <b>Daher wende ich mich heute an Sie, verbunden mit der Bitte, die Ratsbeschlüsse genau zu prüfen und schließe mich hiermit der Stellungnahme zum Regionalplanentwurf des Vereins Lebenswertes Siebengebirges an. Wir fordern Sie auf, dem Vorhaben noch weitere Flächen in der Region zu bebauen und zu versiegeln, NICHT zuzustimmen!</b> Anbei finden Sie eine sehr detaillierte Ausarbeitung dazu. Dennoch möchte ich Ihnen kurz meine wesentlichen Punkte nahelegen: <b>Bezahlbarer Wohnraum ist wichtig, aber eine ausgeweitete, Landschaft-fressende Flächenausweitung von Baugebieten ist der falsche Weg!</b> Wir sind für den Erhalt einer der Erholung für Mensch und Natur dienenden Umgebung von Wohn- und Ballungsgebieten, von Landschaftsschutzgebieten und von Flächen, auf denen Kaltluft entsteht. Dies sehen wir in den uns vorliegenden Planungen als gefährdet an. Die durchgängige Aktivierung und Effektivierung bestehender und bezahlbarer Wohnbereiche wäre eine ökologisch und sozial wesentlich sinnvollere Maßnahme als die Vernachlässigung bisheriger Wohnflächen in Verbindung mit weiteren Landschaft fressenden Flächenausweisungen insbesondere für exklusive Immobilienobjekte. Rund um Holtorf, Hoholz, Vinxel und das gesamte Pleiser Ländchen würde auf Kosten der Natur und Naherholung nur sehr wenig Wohnraum geschaffen werden können, der letztendlich zu horrenden Unsummen in Millionenhöhe an Einfamilienhaushalte verkauft werden würde! Die Zerstörung steht in keinem Verhältnis zum Nutzen! Nicht zu unterschätzen ist der <b>Erholungswert</b>, den diese Gegend hier für Bonner wie Menschen aus dem Umland bietet! Die Stadt Bonn hat Oberholtorf aus ihren Empfehlungen wieder ausgenommen. Aber mit einem ASB Niederholtorf, der nur 1800 Einwohner hat, könnte sich wieder ein hinterlistiger Grund finden, Oberholtorf zum Teil eines ASBs zu machen. Oberholtorf liegt mitten in der Natur und unzählige Besucher suchen dieses Naherholungsgebiet der Stadt Bonn zum Wandern, Joggen, Fahrradfahren, Reiten und Spazieren gehen auf. Streuobstwiese und Krötenschutzprojekte der Biologischen Station Bonn zeugen eindrucksvoll von der ökologischen Bedeutung dieser unverbauten Flächen rund um Oberholtorf und dem Quellgebiet des Ankerbachs. <b>Hier ginge ein zusammenhängender, stark als Erholungsraum genutzter Naturbereich am Rande Bonns verloren, der sich bislang schon durch neue Baugebiete zwischen Nieder-</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>In den angeführten Bonner Ortteilen Hoholz, Gielgen, Roleber und Niederholtorf sind aufgrund der Stellungnahme der Stadt Bonn (ID 1003839) die meisten ASB Reserven aus dem Planentwurf gestrichen worden. Im Ortsteil Gielgen verbleiben ca. 4,5 ha ASB Reserven, die als Arrondierungen der bestehenden ASB angeordnet sind. Von einer erheblichen Umwelt- bzw. Verkehrswirkung ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Die Umweltwirkungen der Neuplanungen sind aufgrund der bekannten Datenbasis im Umweltbericht bewertet worden.</p> <p>Der Einwender unterstützt die Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn-</p>

**und Oberholtorf strapaziert sieht und sich ja bereits seit Jahrzehnten gegen die Autobahnplanungen der Südtangente wehren musste.** Wie der NABU im Rahmen eines Naturlehrpfades dokumentiert hat, sind hier - gerade in dieser Gartenlandschaft - besondere Lebensräume für eine Reihe von Vogel-, Insekten- und Säugetierarten und Kröten gegeben, die durch eine Bebauung gefährdet würden. **Konzentrieren Sie sich bitte auf größere Flächen mit guten Anbindungen, die auf Anhieb mehr Wohnraum für viel mehr Personen schaffen! Sorgen Sie mit dafür, dass dieses Erholungsgebiet in einer wertvollen Kulturlandschaft für die Nachwelt erhalten bleibt. Umweltschutz und Erhalt der Natur statt noch weitere Versiegelung! Bitte handeln Sie umweltfreundlich und denken an die KälteSchneise bzw wichtige Luftzufuhr für das Bonner Tal, die Verschlimmerung der Verkehrsprobleme dadurch in Bonn mit oder ohne B56n, Problematik der Flächenversiegelung sowie auch an das Wohl der Erholungssuchenden - ob Wanderer, Radfahrer, Jogger, Spaziergänger, Reiter etc die im Ennert, Pleiser Ländchen etc ihren täglichen Ausgleich, Ruhe und Frieden finden. Widersprechen Sie daher den Ratsbeschlüssen von Königswinter und Bonn!** Vielen lieben Dank für Ihr klimafreundliches Handeln und Mitwirken ? Sie entscheiden und tragen hier Verantwortung für unsere ZUKUNFT! (anonymisiert)[Anlagen] [Anlage 1] Mehr bezahlbare Wohnungen für die Bonner Region: Wende bei Klimaschutz, Flächenverbrauch und Verkehr Entwurf 27.12.2020

Hintergrund, Ziel, Vorgehen .....	2
Wohnungspolitik im Stadtgebiet .....	3
Selbstnutzer haben Probleme, an bezahlbare Immobilien zu kommen. ....	3
Mehr Baulandangebot soll den Preisanstieg stoppen .....	3
Werden zu wenig Baugenehmigungen erteilt? .....	3
Es fehlt Kapazität der Bauwirtschaft .....	3
Mehr Sozialwohnungen würden das Wohnen bezahlbar machen .....	4
Die Bevölkerung altert, die Haushalte werden kleiner und ärmer .....	4
Generationswechsel steht an .....	5
SeniorInnen brauchen Barrierefreiheit und Pflegeheime.....	5
Kleine Wohnungen sind am meisten gefragt .....	5
Es wird weiterhin zu groß gebaut .....	6

Siebengebirge e.V. vom 25.08.22. (s. Erläuterungen zu ID 1008112\_002 bis ID 1008112\_016).

Gibt es keinen Umbau von zu großen Wohnungen?	6
Wachstumsprognosen sind wahrscheinlich zu hoch	6
Handlungsbedarf Wohnungspolitik im Stadtgebiet	6
Regionale Kooperation	7
Handlungsbedarf Regionale Kooperation	7
Dringender Handlungsbedarf: Anmeldungen zum neuen Regionalplan	8
NRW Landwirtschaftskammer Roleber	9
Was mit der Weiternutzung erreicht werden könnte	10
Das Baugesetzbuch verlangt Abwägen	10
Dringender Handlungsbedarf LWK Roleber	12
Hintergrund Der Verein Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge wurde 2001 im Zuge des mittlerweile 50jährigen Widerstands gegen die Südtangente gegründet. Von vorneherein ging es darum, Ennert und Pleiser Hügelland als Kulturlandschaft zu bewahren, die rechtsrheinisch u.a. den Bürgern in der Region als im Alltag fußläufig erreichbares Naherholungsgebiet dient. Auch der Klimaschutz war schon bei der Gründung in der Satzung als Vereinsziel verankert. Klimafreundliche Mobilität ist uns daher seitdem ein sehr wichtiges Anliegen. Derzeit ist weniger die Südtangente unser Thema (wenn auch nicht ganz vom Tisch) als vielmehr die aus den immens gestiegenen Immobilienpreisen entstandene Politik der Kommunen, möglichst viel Bauland für den Wohnungsbau bereitzustellen, um den Preisanstieg aufzuhalten. Das Engagement unseres Vereins erstreckt sich auch auf Kooperationen mit Organisationen, die sich Klima, Verkehr und Stadtentwicklung in der Region widmen, zuletzt im Bündnis Bonn wählt nachhaltig vor der Kommunalwahl 2020. Ziel Wir möchten die Kommunen in unserer Region (v.a. Bonn, Königswinter) vor diesem Hintergrund dabei unterstützen, eine umsetzbare Strategie bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraum in der Region zu entwickeln, die gleichzeitig Flächen spart, die wenigen Ressourcen für den Klimaschutz nicht kompromittiert und zur Verkehrswende beiträgt. Anlass für diese Dokumentation ist der Wechsel bei der Mehrheit im Bonner Stadtrat. Es kann aufgrund der Wahlprogramme erwartet werden, dass sich Mehrheiten finden lassen für eine Reihe von konkret anstehenden Ratsentscheidungen wie auch für den Wechsel von mittel- und langfristigen Strategien, die zu den Zielen unseres Vereins für unsere Region passen. Vorgehen Die Dokumentation geht zunächst auf einige der gängigen Feststellungen bzw. Analysen zum Thema Baulandbedarf (?Faktencheck?) ein. Sie beleuchtet dabei auch Aspekte, die bei Immobilienverbänden und -forschungsinstituten selten im Vordergrund stehen, wie z.B. der bundesweite Engpass bei der Baukapazität oder die preistreibende Nachfrage der Geldanleger. Es werden Vorschläge zur Umsetzung der Alternativen gemacht. Außerdem steht Handlungsbedarf zum kommenden Regionalplan an. Des Weiteren wird die	

anstehende konkrete Ratsentscheidung zur ehemaligen NRW- Landwirtschaftskammer in Roleber betrachtet. Wohnungspolitik im Stadtgebiet Selbstnutzer haben Probleme, an bezahlbare Immobilien zu kommen.

Immer mehr Geldanlage drängt in den Immobilienmarkt. Private und institutionelle Investoren suchen Anlagemöglichkeiten, weil die Zinsen niedrig sind. Siehe z.B. "Die lukrativsten Städte für Wohnungskäufer" 4.12.20 im Focus. Schon vor der Pandemie boomte der Immobiliensektor trotz des nachlassenden Wirtschaftswachstums und könnte dies trotz Corona voraussichtlich auch weiterhin, dank der wachsenden "Flucht" in sichere Geldanlagen. Die Empirica AG klagte schon im Herbst 2019: "Selbstnutzer kommen nicht mehr zum Zuge." Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt laut Herbstgutachten 2020 des ZIA rezessionsbedingt weiter. Trotz weniger Zuzug aufgrund von Pandemie und Konjunkturproblemen erwartet ZIA stabile oder weiter steigende Preise für Wohnimmobilien. Mehr Wohnungsbau fordert die IHK für die Bonner Region. Mehr Baulandangebot soll den Preisanstieg stoppen Mehr Bauland hat in den letzten Jahren NICHT für einen geringeren Preisanstieg gesorgt. Mit der hohen Nachfrage durch die Geldanlage-auch aus dem Ausland- kann das Angebot auch auf lange Sicht nicht mithalten. Die Preise bleiben weiterhin sehr hoch, prognostizieren Immobilienforschungsinstitute (z.B. DBResearch April 2020) und - Verbände (z.B. ZIA Frühjahrsgutachten 2020) Kommunen, die Bauland ausweisen, können für Selbstnutzer zu wenig erreichen. Werden zu wenig Baugenehmigungen erteilt? Nein, es fehlt nicht an Genehmigungen, sondern es werden sogar bereits baugenehmigte Wohngebäude zu lange nicht gebaut. In Bonn wurden baugenehmigt aber noch nicht gebaut: ca 1200 Wohngebäude mit insgesamt ca 5500 Wohnungen. (Quelle: Bonner Baustatistik 2019) Bonn ist keine Ausnahme, bundesweit fehlt es auch nicht an Baugenehmigungen. Laut Statistisches Bundesamt ist die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2019 um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen und weiterhin deutlich höher als die Zahl der Baufertigstellungen. Dies führte zu einem Überhang von genehmigten, noch nicht gebauten Wohnungen von insgesamt 740 400 Wohnungen. Dieser Bauüberhang steigt seit 2008 immer weiter an und war 2019 höher denn je.

Die seit Jahren wiederholten Forderungen des Immobilienverband ZIA nach schnelleren Baugenehmigungen, zuletzt in seinem Frühjahrsgutachten 2020, ebenso die Industrie- und Handelskammer Bonn Rhein/Sieg im Dezember 2020, sind vielleicht in Einzelfällen, aber generell nicht begründet. Es fehlt Kapazität der Bauwirtschaft Das ist zu wenig bekannt. In Bonn fertiggestellt wurden im Jahr 2019 knapp 500 Wohngebäude mit ca 1400 Wohnungen. Bereits baugenehmigt, aber nicht gebaut, waren weit mehr als das Doppelte: 1200 Wohngebäude mit insgesamt ca 5500 Wohnungen (Bonner Baustatistik 2019). Es fehlt also weniger an Bauland oder Baugenehmigungen, sondern an Baukapazität. "Die Welt" schrieb im Dezember 2019 "Deutschland steckt offiziell im Baustau". Bundesweit ist die Zahl der neuen Wohnungen 2019 dennoch um 2% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Auch wenn jedes Jahr mehr gebaut wird: Wie überall geht ein Großteil der Belegschaften in Rente und Nachwuchs fehlt. Laut DBResearch (S.6) verstärkt die Pandemie das Kapazitätsproblem. Obwohl der Immobilienverband ZIA in seinem Frühjahrsgutachten

2020 erkannt hat, dass begrenzte Baukapazität ein Grundproblem ohne Lösung ist, verlangt er seit Jahren schnellere Baugenehmigungen, Deregulierung und mehr Bauland. Ebenso die Industrie- und Handelskammer Bonn Rhein/Sieg im Dezember 2020. Müsste die äußerst knappe Ressource Baukapazität nicht gezielter eingesetzt werden? Geht das wirklich nicht, oder hat das bloß noch keiner gemacht? Mehr Sozialwohnungen würden das Wohnen bezahlbar machen. Das klingt richtig, ist es aber für die breite Bevölkerung wohl kaum. Das Konzept Sozialwohnung wurde und wird durch Privatisierungen weitgehend unwirksam gemacht. Die Stadt Bonn hat vor ca 15 Jahren Tausende Wohnungen an Immobilienunternehmen verkauft. Allein die Sahle Wohnen hatte der Stadt fast 2500 Sozialwohnungen abgekauft, mit der Zusage, die Mieten nicht zu erhöhen, weil eine Finanzierung des Landes dies nicht zulasse. Viele der Mieter mussten dann doch wegen der teuren Sanierungen umziehen. Inzwischen versucht man, diese Fehler zu korrigieren, umso mehr, weil der Wohnungsmarkt aus dem Ruder gelaufen ist. Tatsächlich hätten wegen der hohen Preise inzwischen etwa die Hälfte der Bundesbürger, auch in Bonn, Anspruch auf eine Sozialwohnung. Eine völlig unrealistische Anzahl Sozialwohnungen würde benötigt, wenn man alle versorgen wollte. Das Bonner Baulandmodell schreibt bisher bei Projekten mit mehr als 24 Wohnungen 20% Sozial- und 30% Förderwohnungen vor. 2020 wurde endlich einmal die künftig erzielbare Anzahl Sozialwohnungen in Bonn geschätzt (Stadt Bonn Dez. 2020). Im 10jährigen Mittel könne man mit 960 Neubauwohnungen jährlich insgesamt rechnen; davon wären knapp 500 bezahlbare Wohnungen pro Jahr. Der neue Stadtrat will das Baulandmodell auf kleinere Projekte erweitern, ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die Sozialwohnungen bleiben nicht immer preiswert. Die Sozialbindung verfällt nach meist 20 Jahren, den Mietpreis kann der Eigentümer dann selbst gestalten. Die Wohnung steht nicht mehr für Berechtigte zum Sozialpreis zur Verfügung. Wie viele Bonner Wohnungen wann aus der Sozialbindung fallen, ist öffentlich nicht bekannt; es könnten durchaus mehr sein als gebaut werden. Um mit Tropfen auf den heißen Stein ein unrealistisches Ziel zu erreichen, würden zu viel der äußerst knappen Ressource Baukapazität eingesetzt. Nur 50% (der neuen Wohnungen oder auch der Wohnfläche?!) wären preiswert, und das auch nur befristet. Andere Konzepte -vor allem die Stadtentwicklungsgesellschaft- müssen dringend umgesetzt werden, um mehr Wohnungen in städtische Hand zu bringen und preisgünstig zu vermieten. Das Ziel von Sozialwohnungen, die in ein gemischtes soziales Umfeld integriert sind, lässt sich durch bessere Nutzung der bereits versiegelten Flächen und des Leerstands womöglich mit 100% statt 50% Wirkung ebenfalls verwirklichen, denn dieser Bestand ist oft bereits in ein Umfeld integriert. Die Bevölkerung altert, die Haushalte werden kleiner und ärmer. IT.NRW prognostiziert ein Bevölkerungswachstum in Bonn von 12% bis 2040, aufgeteilt auf ca 3% Geburtenüberschuss und 9% Zuzug. Ob sich der Zuzug angesichts hoher Wohnpreise und mehr Home Office so fortsetzt wie bisher, wird von einigen bezweifelt. Vor allem die Anzahl SeniorInnen wird erheblich weiterwachsen, soviel ist sicher. Sehr wahrscheinlich sinken die Renten. Wachsende Rentnerarmut und auch Armut von Kindern (vor allem alleinerziehender Eltern) sind bisher zu selten Thema für

die Wohnungspolitik, weder in Bonn noch bundesweit. Meist befasst man sich mit jungen Familien, die Häuser bauen wollen und kein Bauland finden. Beispiele dafür gibt es, und auch die haben Probleme. Aber es gibt andere Lösungen, wenn sie nicht auf Neubau bestehen, siehe unten. Ein Recht auf Neubau gibt es nun mal nicht, schon gar nicht in einer bestimmten Kommune. [Tabelle] Und in Königswinter genau wie generell im Rhein/Sieg-Kreis: Massives Wachstum bei den SeniorInnen, Rückgang bei denen unter 65 Jahre. Generationswechsel steht an. In vielen Siedlungen, die vor Jahrzehnten angelegt wurden, werden die BewohnerInnen älter, die Kinder sind längst ausgeflogen. Falls SeniorInnen sich kleiner setzen möchten, sind die Möglichkeiten sehr gering. Vor Ort gibt es zu selten kleine Wohnungen. Ob eine Teilung in zwei Haushalte per Umbau möglich ist, dazu gibt es praktisch nirgends Beratung oder Kredite oder gar Förderung. Auch die Rechtslage für VermieterInnen im mit MieterInnen geteilten Haus ist wenig hilfreich. Die Empirica AG hat für den Rhein-Sieg-Kreis errechnet (S.130): Wenn nur 10% der

SeniorInnen sich kleiner setzen könnten, wären 200 Hektar Bauland gespart. SeniorInnen brauchen Barrierefreiheit und Pflegeheime. Das ist als Meinung weit verbreitet, aber nicht richtig. Die meisten brauchen zwar barrierearme, aber nicht barrierefreie Wohnungen, fand das der Bauwirtschaft nahestehende Pestel-Institut heraus. Barrierearm ist erheblich preisgünstiger zu bauen als barrierefrei, das damit aber nicht verringert werden soll. Die Investition in barrierearme Wohnungen würde sich bereits lohnen, wenn eine stationäre Pflege dadurch nur um zwei Jahre hinausgezögert würde. Zur Pestel-Studie 65+ Kleine Wohnungen sind am meisten gefragt. Laut Immobilienscout24 hat die bundesweit meistgesuchte Wohnung 66 qm. Man würde sicherlich oft gern größer wohnen, aber leisten kann man es sich nicht. Es wird weiterhin zu groß gebaut. In Bonn ist die Durchschnittsgröße im Bestand 83 qm. 2019 in Bonn fertiggestellte Einfamilienhäuser haben durchschnittlich 160 qm. Neue Mehrfamilienhäuser bieten 80qm je Wohnung (Bonner Baustatistik 2019). Viel zu groß, wenn die durchschnittlich nachgefragte Wohnung nur 66qm hat! Priorität auf kleine Wohnungen - das würde die Bezahlbarkeit verbessern. Gibt es keinen Umbau von zu Wohnungen?

DOCH! In Bonn gab es 2019 ca 230 Umbauten an Wohngebäuden, mit einem Zuwachs von 113 Wohnungen. Sie sind im Durchschnitt kleiner als der Neubau, nämlich 69 qm (Bonner Baustatistik 2019). Umbau vor Neubau, das würde viel Fläche sparen und die Bezahlbarkeit von Wohnungen zu verbessern. Wachstumsprognosen sind wahrscheinlich zu hoch. Den ungedeckten Bedarf hat die Statistikbehörde IT.NRW aufgrund des in der Vergangenheit erzielten Wachstums geschätzt. Geht es denn weiter so? In Deutschland wächst die Bevölkerung insgesamt seit Jahren kaum noch; es geht um Wanderung aus Gebieten mit schlechter Infrastruktur in die Städte, die aber extrem teuer geworden sind. Wie sich der Zuzug in dieser Situation entwickeln wird, ist mit mehr als den üblichen Unsicherheiten verbunden. Hinzukommt die Pandemie, die bisher den Zuzug verringert hat. Eines ist sicher: es wird künftig noch viel mehr SeniorInnen geben? Die Generation Babyboomer der 1960er Jahre geht bald in Rente. Mit voraussichtlich geringeren Renten wird ihr Wohnbedarf voraussichtlich ortsnahe, preisgünstig und klein sein. Wenn prioritär dafür gesorgt würde, könnten ihre

bestehenden Einfamilienhäuser frei und von jungen Familien neu genutzt werden, anstatt Einfamilienhäuser mit viel Ressourcenverbrauch neu zu bauen. Handlungsbedarf Wohnungspolitik im Stadtgebiet

Priorität setzen auf (z.B. in den Planungsverfahren?) - Stadtentwicklungsgesellschaft in Gang bringen - Bereits versiegelte Flächen - Nutzung von Leerstand

- Sozialwohnungen - Genossenschaften Das ist sicher Konsens bei der Ratsmehrheit.

Und außerdem: Generationswechsel unterstützen durch Förderung von

- Teilung/Umbau von großen Wohnungen/Häusern - kleinen barrierearmen Wohnungen in Ortsnähe Was könnte SeniorInnen bei der Entscheidung helfen, sich kleiner zu setzen? Untersuchung zB durch BAGSO, BBSR, KFW, auch Pestel-Institut, über Beratung und Förderung Mietrecht bei Teilung von Wohnungen ggf Hindernis, Kündigungsrecht? Wie kann die begrenzte Kapazität der Bauwirtschaft auf den Um- und Neubau von prioritären Wohnraum fokussiert werden?

Regionale Kooperation Auch wenn niemand bezweifelt, Mehr regionale Kooperation nötig ist, wird doch in der Kommunalpolitik von manchen darauf gepocht, im Bonner Stadtgebiet auf dem größten Teil der letzten landschaftsgeschützten Freiflächen größere Neusiedlungen zu planen. Zuletzt hatte die Bonner Stadtverwaltung vorgeschlagen, auch im Ennert und Pleiser Hügelland große Neusiedlungsbereiche für den kommenden neuen Regionalplan anzumelden. Die

Möglichkeiten zur regionalen Kooperation (z.B. NEILA) und die Vorgaben der Bezirksregierung als zuständigen Behörde (zB Priorität auf Geschoßwohnungsbau an Schienenhaltepunkten) wurden nicht beachtet. Die Kommunalpolitik versuchte mit der damaligen Mehrheit in erster Linie, die von IT.NRW vorgegebenen Zielgrößen zu erfüllen, auch wenn dies in der vorgeschlagenen Größe (ca 800 Hektar Bauland) ohnehin nicht machbar war. Ein Ziel ist auch, die Pendlerzahl zu reduzieren. Dabei wird manchmal nicht bedacht, dass die Pendlerzahl eine statistische Größe ist, die nicht den PKW-Staus entspricht. Wenn man im Stadtgebiet Neubürger ansiedelt, die mangels Schiene den PKW benutzen, entsteht mehr PKW-Verkehr, obwohl die Pendlerzahl nicht ansteigt. Für die Statistik sind Pendler solche Bürger, die in zwei verschiedenen Kommunen wohnen bzw arbeiten; das benutzte Verkehrsmittel ist unerheblich. Wer den PKW-Verkehr reduzieren will, muss auf Neusiedlungen ohne Schienenanschluss notgedrungen verzichten. Die Vorgabe der Kölner Bezirksregierung, Neusiedlungen vor allem an Schienenhaltepunkten zu planen, ist richtig. Machbar ist sie jedoch in erster Linie für das Bonner Umland. Im Bonner Stadtgebiet geht es daher i.d.R. um Verdichtung, nicht um Neusiedlungen. Handlungsbedarf Regionale Kooperation Bonn bietet für sein Umland entscheidende Attraktionen. Sind die Angebote von Rhein-Sieg-Kreis und Nachbarkommunen auf Augenhöhe? Was lässt sich über den Beitrag des RSK zum Deutschen Museum hinaus tun? Bonn hat, was die Altersstruktur der Bevölkerung betrifft, etwas bessere Prognosen als der RSK. Gibt es Konsequenzen für die jeweiligen Angebote in den Bereichen Verkehr, Arbeitsplätze, Bildung, Sport, Wohnen, Gesundheit, ?? Wie lässt sich Verkehr noch besser auf Schiene und Fahrrad verlagern? Die Zusammenarbeit zwischen Bonn und dem Umland reicht bisher nicht aus, bezieht sich allerdings nicht nur auf dreimal jährliche gemeinsame Sitzungen der Planungsausschüsse von Bonn und RSK. Auch im Regionalrat kooperieren

KommunalpolitikerInnen aus der Region. Natürlich arbeiten auch die Verwaltungen über kommunale Grenzen hinweg zusammen. Das Forschungsprojekt NEILA ? Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler: Es soll helfen, die Flächennutzungskonflikte innerhalb der funktional eng vernetzten Region gemeinsam zu lösen und die Folgewirkungen und -kosten der Siedlungsentwicklung von Beginn an zu berücksichtigen. <https://www.region-bonn.de/aktuelles>. Ein wichtiger Aspekt sind die Leistungen, die die Kommunen füreinander erbringen. Der Verband Region Köln/Bonn hat vor dem Hintergrund des neuen Regionalplans mehrere wichtige Studien erarbeitet: - Masterplan Grün: Eine der Empfehlungen ist, die Kulturlandschaft von Pleiser Hügelland, Ennert und Siebengebirge als Einheit zu bewahren - Agglomerationskonzept - Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn Dringender Handlungsbedarf: Anmeldungen zum neuen Regionalplan Der neue Stadtrat muss die unklaren Formulierungen bzgl Roleber und Holtorf im Beschluss des alten Stadtrates klarstellen, damit im Regionalplan keine neuen Siedlungen festgelegt werden können. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass der alte Verwaltungschef kurz vor seinem Amtsende Fakten schaffen konnte. Zwölf Tage vor der Kommunalwahl (13.9.20) hat die abgewählte Bonner Stadtratsmehrheit über den neuen Regionalplan beraten, der für die nächsten 20-30 Jahre gelten soll. Es bestand keinerlei Dringlichkeit. Der Beschluss betrifft die Anmeldung zum neuen Regionalplan von neuen Siedlungen u.a. in Roleber und Holtorf. Folgender nicht sofort verständlicher Beschluss steht in der Niederschrift, TOP 5.3 der Ratssitzung vom 1. September 2020: "Mehrheit gegen Grüne, Linke bei Enth. 1 AfB wie die BVen Beuel, Bad Godesberg vorbehaltlich der Beratung in der BV Bonn (wie ST-10 ohne die Ergänzungen der Verwaltung)" Grüne und Linke wollten die klare Ablehnung von weiteren Siedlungsbereichen in Holtorf und Roleber. Dafür gab es keine Mehrheit. Die damalige Mehrheit hat u.a. die unklaren Formulierungen für Roleber und Holtorf durchgesetzt, die in der BV Beuel zwar so nicht gemeint waren, aber trotzdem so beschlossen wurden: A. Holtorf "Die arrondierte Bestandsbebauung der drei Ortsteile Niederholtorf, Oberholtorf und Ungarten einschließlich des Neubaugebietes Niederholtorf-Süd wird als ASB- Fläche vorgeschlagen." Die interessante Erläuterung der Verwaltung, die abgelehnt wurde, lautet: ?Über die vom Beschluss der BV Beuel erfasste Fläche hinaus empfiehlt die Verwaltung auch die Benennung der unbebauten Fläche zwischen Ober-, Niederholtorf und Ungarten, nördlich und südlich der Ungartenstraße als ASB, um eine zusammenhängende ASB-Darstellung zu ermöglichen.? Die Verwaltung erklärt richtig, was die BV Beuel gemeint hat. Diese Erklärung wird aber der Bezirksregierung Köln nicht mitgeliefert. Der neue Stadtrat muss gegenüber der für den neuen Regionalplan verantwortlichen Bezirksregierung Köln klarstellen, dass die unbebaute Fläche zwischen Ober-, Niederholtorf und Ungarten, nördlich und südlich der Ungartenstraße eben nicht bebaut werden soll. B. Roleber "In Roleber/Gielgen/Hoholz wird der Bereich um die ehemalige Landwirtschaftskammer Roleber als ASB vor vorgeschlagen. Ansonsten erfolgt keine Ausweisung." Welcher Bereich gemeint ist, muss der neue Stadtrat gegenüber der für den neuen



Regionalplan verantwortlichen Bezirksregierung Köln klarstellen! Im derzeit geltenden Regionalplan ist der "Kragen" um die LWK als Siedlungsbereich festgelegt, die Flächen 2 und 3 nicht. In der BV Beuel war dies nicht bekannt gemacht worden. Im Übrigen lassen sich als ASB (Allgemeiner Siedlungsbereich) ausgewiesene Flächen auch ändern, z.B. in Landschaftsschutzfläche. NRW Landwirtschaftskammer Roleber [Abbildung] Foto: Bonner Generalanzeiger

2014 wurde der Umzug bekannt, 2016 durchgeführt. Die von der Stadt beauftragte DSK-Studie zu Optionen für die Nutzung der Flächen 1, 2 und 3 wurde veröffentlicht. 2017 schloss die Stadt eine Planungsvereinbarung mit der Sahle Wohnen, die das Gelände mit dem Gebäude und das unbebaute Land daneben, den V-förmigen "Kragen", kaufte. Diese vermietete das Gebäude und führte 2020 einen Architektenwettbewerb durch. Eine Neusiedlung namens "Roleber Heide" wurde skizziert, mit viel Grün in Wort und Farbe. Mit 512 Wohnungen wurde eine ca doppelt so hohe Baudichte geplant, wie die DSK-Studie berechnet hatte.

Die Tatsache, dass die Sahle Wohnen auf eigenes Risiko in einen Architektenwettbewerb investiert hat, bedeutet nicht, dass sie einen Rechtsanspruch auf Baurecht für den bisher unbebauten "Kragen" hat. Der Stadtrat ist auch jetzt noch in seiner Entscheidung frei, Baurecht zu gewähren oder eben auch nicht.

Die Weiternutzung des Gebäudes hätte längst wirtschaftlich realisiert werden können. Auch der viel zu enge Busbahnhof Gielgen im Veilchenweg wäre längst auf das LWK-Gelände verlegt. Es gab seriöse Interessenten sowohl für Wohnnutzung als auch für Büronutzung. Die Bürger haben dies seit 2014 gefordert. Sie halten einen Abriss des 1985 errichteten, solide gebauten und architektonisch den Ort prägenden Gebäudes für sinnlos. Auch der öffentlich zugängliche Park mit seinen inzwischen 40 Jahre alten Bäumen wird viel genutzt; er würde dem Wettbewerbssiegerentwurf zufolge im Wesentlichen wegfallen. [Abbildung] Zur Karte: Da die Flächen mehrfach neu bezeichnet wurden und auch der GA teilweise falsch berichtete, hat unser Verein diese Vorgänge auf seiner Webseite erläutert (<https://www.ennertaufstieg.de/riesen-baugebiete/bonn-roleber>) und zur Klärung eine Karte selbst erstellt. Was mit der Weiternutzung erreicht werden könnte

- Ca 100 seniorInnengerechte Apartments. In Roleber/Gielgen/Hoholz/Holtorf gibt es bisher kein solches Angebot. Nötig wäre es! Die Bürger fordern es, seit der Umzug der LWK angekündigt war.
- Dann würden ca 100 vorhandene Wohnungen/Häuser frei für Wohnraum suchende Familien.
- Die Kantine könnte wieder öffentlich genutzt werden.
- Der Park könnte unvermindert bleiben.
- Die lokalen Landwirte könnten die Agrarflächen weiter bewirtschaften.
- Die Kaltluftquelle könnte unvermindert bleiben. Was damit vermieden würde: - Flächenverbrauch (Sahle Wohnen möchte 4 Hektar, den "Kragen", zusätzlich bebauen)
- Zusätzlicher Verkehr (Sahle Wohnen plant 4-500 Autos)
- Einschränkung von Kaltluft und Naherholung
- Erweiterung des Holzlarer Kanals, was ca 20 Millionen Euro kosten würde
- Salami-taktik für die Flächen 2 und 3 (weitere 9 Hektar)

Das Baugesetzbuch verlangt Abwägen Spätestens, wenn dem neuen Stadtrat ein Bebauungsplan vorliegt, müssen private und öffentliche Belange abgewogen werden. Weil Bonn insgesamt nur noch sehr wenig Kaltluft hat, spielt die Kaltluft-Entstehung beim Abwägen gegenüber

dem Wohnbedarf eine umso größere Rolle. Der Wohnbedarf kann ins Umland ausweichen, die Agrarflächen für Kaltluft sind in Bonn unersetzlich. Würde das zusätzliche Baurecht mehr Probleme lösen oder mehr Probleme verursachen? 1. Klima: Wenn man nur noch wenige Kaltluftquellen hat, werden sie umso wichtiger. Ackerflächen, egal ob bio oder konventionell, sind als Kaltluftquelle unersetzlich, gerade für das immer heißer werdende Bonn. Auch Gebäude parallel zum Luftstrom sind tags heißer als Ackerflächen und kühlen nachts weniger ab. Schon VOR dem Wettbewerb war klar: Hier ist eine regional wirksame Leitbahn für Kaltluft. Quelle: Verband Region Köln/Bonn e.V. (2020): Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn, [www.klimawandelvorsorge.de](http://www.klimawandelvorsorge.de) Download 6.2 Regional wirksame Luftleitbahnen und Kaltluft-Einzugsgebiete (PDF). Kaltluft-Leitbahnen sollen dem geltenden VDI-Standard (VDI 3787 Blatt 5) zufolge nicht bebaut werden. Ein erst nach dem Bebauungsplanentwurf fälliges klimatologisches Gutachten könnte zu dem Ergebnis führen, dass kein Baurecht für den bisher unbebauten sog. "Kragen" erteilt werden kann. Die Klimawandelvorsorgestrategie nutzt Raster von 100x100 m, das städtische Projekt ZURES 10x10m. Es ist nicht eine Methode genauer als die andere, sondern sie blicken auf unterschiedliche Faktoren. Beide Erkenntnisse schliessen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich und müssen zusammen betrachtet werden. Als der Bonner Stadtrat am 4.7.19 den Beginn des Bebauungsplanverfahrens beschloss, waren die Daten der Klimavorsorgestrategie noch nicht publiziert. Dem Stadtrat lag nur die "Klimatologische rsteinschätzung" des Bonner Klimaschutzprojektes ZURES vor. Das städtische Klimaprojekt ZURES verwendet ein kleineres Raster und erkennt damit die Leitbahn nicht, aber das Entstehungsgebiet für Kaltluft sehr wohl. Die Flächen 1,2 und 3 stellen demnach "Kaltluftentstehungsgebiete mit einer hohen überdurchschnittlichen Kaltluftproduktionsrate" dar. Deren "Gunstwirkung ist durch einen möglichst geringen Versiegelungsgrad so weit als möglich zu erhalten". ZURES nennt zwar das Problem, lässt im Grunde der Politik freies Spiel. Dies erlauben auch die VDI Standards der Gutachter. Sie wurden seit Jahren nicht an den raschen Klimawandel angepasst. 2. Verkehr: Neusiedlungen im Umland, haben oft eine bessere Verkehrsanbindung als Roleber. Es gibt mehrere Buslinien, die viele Autofahrenden jedoch nicht überzeugen. Ein Radweg nach Ramersdorf fehlt. Die Südtangente käme mit der neuen Ratsmehrheit noch weniger infrage als mit der alten. Die Seilbahn wird gewünscht, aber ist nicht einmal im ersten Abschnitt entschieden und kann daher keine Grundlage für Siedlungsplanung sein. 3. Kanal: Schmutzwasser: Der Holzlarer Kanal wäre zu erweitern. Er ist laut städtischem Tiefbauamt (zitiert in DSK-Studie S.77-78) ausgelastet und müsste zur äußeren Erschließung neuer Baugebiete erweitert werden. Das hätte laut Tiefbauamt "erhöhten Finanzierungsbedarf" zur Folge. Quelle: Deutsche Stadt- und Grundstückentwicklungsgesellschaft (DSK) 2016: Vorbereitende Untersuchungen für einen möglichen Entwicklungsbereich Roleber, S. 77-78 Der Kanal an der Holzlarer Hauptstraße ist zwei Kilometer lang und steil ("Hölle von Roleber") und wird aufgrund aktueller städtischer Kanalbaukosten auf mindestens 20 Millionen Euro geschätzt (Details s.

<https://www.ennertaufstieg.de/faktencheck/faktencheck-bonn-roleber> ). In der Planungsvereinbarung mit der Stadt Bonn wird der Sahle Wohnen offenbar zugestanden, dass sie die Kosten für die Kanalerweiterung erst übernimmt, wenn die Flächen 2 und 3 bebaut werden: Die Planungsvereinbarung verweist auf den vor Satzungsbeschluss noch abzuschließenden Durchführungsvertrag. Dieser wird auch einen Erschließungsvertrag (inkl. Regelungen zu öffentlichen Grünflächen, öffentlichen Parkflächen, Kinderspielplatz und eine Vereinbarung zur Kostenregelung in Bezug auf die äußere Anbindung des Plangebiets im Fall einer Erweiterung auf Teilfläche 2 und 3) sowie Kostenregelungen zu ggf.

erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen zum Bestandteil haben.?

(Quelle: [https://www2.bonn.de/bo\\_ris/daten/o/pdf/18/1810873.pdf](https://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/pdf/18/1810873.pdf), 3. Seite) Mit der Erteilung von Baurecht für den ?Kragen? würde folglich die Stadt auch die Kosten für die nötige Kanalerweiterung übernehmen. Die Ableitung des Schmutzwassers ist nicht zu verwechseln mit der des Niederschlagswassers. An die Probleme mit Niederschlagswasser in Roleber erinnert das oberirdische, vor dem LWK-Gebäude angelegte offene Rückhaltebecken und die Überschwemmungen in Holzlar in den 1960er Jahren. Das Tiefbauamt warnt entsprechend, es sei mit "einem erheblichen Rückhaltevolumen bei Niederschlagswasser zu rechnen, was einen erhöhten Finanzierungsbedarf für den Ausbau einer entsprechenden Entwässerung mit sich bringt" (DSK-Studie S.77) . Der Holzlarer See kann auch nach seinem Ausbau kein Schmutzwasser und nur begrenzt Niederschlagswasser aufnehmen. Dringender Handlungsbedarf LWK Roleber Die Sahle Wohnen sollte ein Signal bekommen, falls sie mit Baurecht für den ?Kragen? nicht rechnen kann. Sicherlich kennt sie den Beueler Koalitionsvertrag; noch nicht öffentlich bekannt ist, was die Ratsmehrheit beschließen möchte. Sinnvoll wäre jedoch, zuerst die NRW-LWK darüber zu informieren, dass im Fall einer Rückabwicklung des Kaufvertrags die Stadt Bonn die Immobilien und Flächen übernehmen will. Fläche 2 ist noch im Besitz der NRW-LWK. Fläche 3 (ggf Friedhofserweiterung) gehört der Stadt Bonn. An allen Agrarflächen sind die Landwirte in der Nachbarschaft interessiert. In den letzten Jahrzehnten hatten sie ihre Pachtflächen immer wieder verringern müssen, obwohl aus wirtschaftlichen Gründen eine Erweiterung sinnvoll gewesen wäre. Die landwirtschaftliche Nutzung sollte auch im neuen Regionalplan vermerkt sein. Die Stadtentwicklungsgesellschaft könnte das LWK-Gebäude bewirtschaften. Vielleicht kämen auch die für den Generationswechsel freiwerdenden Häuser und Wohnungen dafür infrage. Weitere Baumöglichkeiten bestehen auf dem bebauten Gelände anstelle der separaten Gewächshäuser bzw Laborgebäude. [Anlage 2]An die Bezirksregierung Köln Betrifft: ÖFF NEUAUFSTELLUNG REGIONALPLAN Hier:Königswinter: Stieldorf, Vinxel Bonn: Gielgen, Hoholz, Roleber, Holtorf Regionalgeografisch: Siebengebirgsregion, insbesondere Ennert und Pleiser Ländchen**Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Zusammenfassung**Für das Festlegen weiterer Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASBs) im Ennert und Pleiser Ländchen über den Baubestand hinaus werden Ausnahmen in Anspruch genommen von den folgenden Grundsätzen der Regionalplanentwurfes:1. Vorrang für zentralörtlich bedeutsame ASBs (G 16) 2. Schienenanbindung (G16)3. Böden für den Klimaschutz erhalten (G24)4.

Schutzwürdige Böden mit hoher und sehr hoher Funktionserfüllung erhalten (G25)5. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche bewahren (G 32, G 33, G 34)6. Erhaltung von Biotopverbünden (G30) Alle diese Ausnahmen werden bei allen in der Region geplanten ASBs beansprucht. Außerdem wird für den fraglichen Teil des Ennert und Pleiser Ländchens im Regionalplanentwurf 1. landschaftskulturelles Erbe nicht festgelegt ? obwohl dies zuvor vom Masterplan Grün des Region Köln/Bonn gefordert worden war, 2. das in der Klimawandelvorsorgestrategie des Region Köln/Bonn vermerkte Kaltluftentstehungsgebiet und die Kaltluftleitbahn in Roleber im Gegensatz zum benachbarten Sankt Augustin nicht aufgeführt, sondern gelöscht, 3. die vom Region Köln/Bonn im Masterplan Grün notierte Erholungsfunktion des regionalen Grünzugs nicht vermerkt, und 4. der im noch geltenden Regionalplan festgelegte Landschaftsschutz auf Königswinterer Gebiet im Gegensatz zum benachbarten Bonn und Sankt Augustin nicht aufrechterhalten, sondern gelöscht. Nicht berücksichtigt wurde zudem die Erkenntnis des Verkehrsgutachtens zum ISEK Königswinter, dass bei weiteren Ansiedlungen in den infrastrukturschwachen Höhenorten die Pendler\*innen aus Königswinter zu den Verkehrsspitzenzeiten ihre Ziele in Bonn und Siegburg nicht erreichen können. Andere Verkehrsteilnehmer\*innen dann natürlich auch nicht. Ein sechsfaches Abweichen von wichtigen Grundsätzen des Regionalplanentwurfs, vier fragwürdige Versäumnisse bei ökologischen Grundfunktionen und ein eindeutig abhaltendes Verkehrsgutachten dürften ausreichen, keine weiteren Siedlungsbereiche in Ennert und Pleiser Ländchen über die Bestandsbebauung hinaus festzulegen. Die trotzdem vorgeschlagenen Siedlungsbereiche lehnen wir ab, bei allem Respekt für die fachlich und kommunikativ aufwendige Erarbeitung des Entwurfs. Selbstverständlich soll innerhalb der Orte die Bebauung von Grundstücken möglich sein. **Inhalt der Stellungnahme** Die ersten neun Punkte der Stellungnahme gelten für Ennert und Pleiser Ländchen insgesamt. Dazu gehören in Bonn Niederholtorf, Roleber, Hoholz, Gielgen, in Königswinter Stieldorf und Vinxel. Die weiteren drei Punkte sind einzelnen Orten zugeordnet. Abschließend werden einige Hinweise zu einer nachhaltigeren Entwicklung von Siedlungen und Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, die dem Bedarf der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere der seit dem letzten Regionalplan grundlegend veränderten Altersstruktur, besser Rechnung tragen könnte. **1. Stärkere Besiedelung der Höhenorte würde zu erheblichen Autoverkehrsproblemen in der Region führen** Im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) hat die Stadt Königswinter ein Verkehrsgutachten anfertigen lassen. Die im Entwurf des Regionalplans in den Königswinterer Höhenorten Stieldorf und Vinxel vorgesehenen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASBs) sind sogar noch umfangreicher als die ISEK-Vorschläge. Die Aussage des ISEK-Gutachtens kann deutlicher kaum sein: *"Aus verkehrstechnischer Sicht des Gutachters ist die im Rahmen des ISEK diskutierte Ausweisung von Bauflächen unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten zwar möglich, es müssten aber folgende Nachteile in Kauf genommen werden:- Für die Pendler aus Königswinter wird die **Erreichbarkeit** der Bonner und Siegburger Ziele in den täglichen Spitzenstunden **nicht gewährleistet** sein bzw. mit erheblichen Stauerscheinungen verknüpft sein. Auf der Strecke liegen hoch ausgelastete, bzw. überlastete Strecken und Knotenpunkte, allerdings weitgehend außerhalb von*

**Königswinter.** Diese Einschätzung **ändert sich auch nicht durch die Realisierung der B 56n** (d.h. Südtangente bzw. Ennertaufstieg, d. Verf.). - *In einigen Ortsdurchfahrten, insbesondere in Vinxel, Stieldorf, Ittenbach und Dollendorf, aber auch Niederholtorf und Holzlar, werden deutliche Verkehrsmengensteigerungen zu **höheren Belastungen von Anwohnern und Beschäftigten** führen.*? Quelle:

<https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/koenigswinter/VerkehrsgutachterlicheErsteinschaetzungergaenzumB56n.pdf> (nicht verfügbar auf der Webseite der Stadt Königswinter) Es ist auch eine, vielleicht nicht explizite, Aufgabe des Regionalplans, Planungen einer Kommune auf Kosten einer anderen nicht zuzulassen. Kontraproduktiv auch für Königswinter selbst: Mit massiven Autoverkehrsproblemen durch weitere Siedlungen im Bergbereich ohne schnelle ÖPNV-Verbindungen würde Königswinter sich selbst eine große Quelle seiner Prosperität beschädigen: Die Arbeitgeber in Bonn wären kaum noch erreichbar. Kommentar des Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V:

<https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/regional/regionalplan/BUZLRBSJuliAug2020.pdf> 3 **2. Weder zASBs noch Schienenanbindung** Die Orte im Ennert und Pleiser Ländchen entsprechen nicht den Kriterien des Regionalplanentwurfs für eine vorrangige Siedlungsentwicklung. Weder sind sie zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche (zASBs, siehe Karte) noch haben sie bereits Schienenanbindung. Die Siedlungsentwicklung der Kommunen soll vorrangig auf die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASBs) ausgerichtet werden (Grundsatz 16, Seite 178 der textlichen Festlegung des Regionalplanentwurfs). Dies dient einer angemessenen Erreichbarkeit, Auslastung und Tragfähigkeit der vorhandenen bzw zu planenden Infrastruktur. Wenn sie bereits eine Schienenanbindung haben, können Ortsteile im Freiraum als ASB entwickelt werden. Entwicklungen in den ASBs sollen gemäß Landesentwicklungsplan NRW in der Regel auf Nutzung und Abrundung bereits baulich geprägter Flächen beschränkt werden. Die im Regionalplanentwurf vorgeschlagenen ASBs in Ennert und Pleiser Ländchen sind nicht baulich, sondern durch Landwirtschaft geprägt. [Abbildung] **3.**

**Böden mit großer Wasserrückhaltung, und schutzwürdige Böden mit hoher Funktionserfüllung müssen weitere Siedlungsbereiche ausschließen** Unsere Region hat herausragend gute Böden. Erstens sind sie durch große Wasserrückhaltung gekennzeichnet, eine Eigenschaft, deren Bedeutung in den letzten Jahren immer weiter zugenommen hat. Zweitens sind sie schutzwürdige Böden mit sehr hoher und hoher Funktionserfüllung. [Abbildung] Quelle: [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionplanung/offenlage\\_textliche\\_festlegungen/a3\\_erlaeuterungskarte\\_f\\_02.pdf](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionplanung/offenlage_textliche_festlegungen/a3_erlaeuterungskarte_f_02.pdf) Ein Blick auf die Karte zeigt die vielen grauen Siedlungsbereiche, die schutzwürdige Böden bereits verdrängt haben. Die Grundsätze des Regionalplanentwurfes, nämlich ?Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten? (G 24) und ?Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen? (G 25) brauchen eine konsequente Umsetzung. In der Vergangenheit galten solche Böden im Rahmen der Interessensabwägung als grundsätzlich überwindbar, sie stellten kein Hindernis für andere Flächennutzungen dar. Wie weit müssen Flächenverbrauch und

Klimaerwärmung noch gehen, damit schutzwürdige Böden vor Versiegelung geschützt werden? Es gibt bisher kein Limit, nur unverbindliche Ziele. Die Neuaufstellung des Regionalplans zu Beginn der Phase der Klima- und Biodiversitätskrise, der unsere Region bereits zum Opfer gefallen ist, sollte das Ruder herumreißen. Schutzwürdige Böden müssen jetzt endlich geschützt werden. Versiegelungen müssen unterbunden werden. **4. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) erhalten!** Ennert und Pleiser Hügelland sind agrarstrukturell bedeutsam und als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) festgelegt. Die bestehenden landwirtschaftlichen Flächen müssen daher gemäß der textlichen Festlegung Grundsatz G32 als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten bleiben. Damit würden ebenso die Grundsätze ?Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen? (G33) sowie ?landwirtschaftliche Betriebe erhalten? (G34) berücksichtigt. [Abbildung] Die örtlichen Landwirte haben die Dringlichkeit der weiteren landwirtschaftlichen Nutzung bereits gegenüber der Kommunalpolitik unterstrichen. **5. Die Entstehung und Leitbahn von Kaltluft in Roleber nicht weglassen!** In der Erläuterungskarte ?K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel? fehlen Entstehungsgebiet und Leitbahn von Kaltluft in Roleber auf Bonner Gebiet, die in der Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn vermerkt sind. Die beiden Fort-setzungen der Leitbahn auf benachbartem Sankt Augustiner Gebiet sind korrekt eingetragen. [Abbildung] Quellen Karte links: Erläuterungskarte K1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_region\\_alplanung/offenlage\\_textliche\\_festlegungen/index.html](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_region_alplanung/offenlage_textliche_festlegungen/index.html) Karte rechts: Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn (Hrsg: Region Köln/Bonn e.V. [https://www.klimawandelvorsorge.de/fileadmin/kwvs/medien/Downloads/Praxishilfe\\_un\\_d\\_Karten/KWVS\\_KoelnBonn\\_20190930\\_DPhK\\_6.2\\_Luftleitbahnen\\_Kaltlufteinzugsgebiete.pdf](https://www.klimawandelvorsorge.de/fileadmin/kwvs/medien/Downloads/Praxishilfe_un_d_Karten/KWVS_KoelnBonn_20190930_DPhK_6.2_Luftleitbahnen_Kaltlufteinzugsgebiete.pdf)) Die Kalte Luft von Roleber ist ein Politikum: In Roleber geht es um einen Siedlungsbereich, für den ein Investor bereits Land gekauft und beplant hat. Baurecht wurde bisher nicht gewährt. Es besteht bisher nur auf dem Teil, auf dem seit 1985 das ortsprägende Gebäude der NRW-Landwirtschaftskammer samt Lindenallee steht. Die Klimarelevanz war den lokalen Bürger\*innen wichtig: Sie haben bei der Kommunalwahl 2020 mit Abwahl der damals herrschenden Koalitionen in Rat und Bezirksvertretung reagiert. Ein zweiter politischer Punkt ist eine sehr hohe Investition in einen bereits ausgelasteten Erschließungskanal, die bei jeder weiteren Besiedelung erforderlich würde. Siehe auch <https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/Roleber/KalteLuftausRoleber.pdf> Entstehungsgebiet und Leitbahn von Kaltluft in Roleber sind noch zu berücksichtigen, um einen politischen Grund für ihr Verschwinden auszuschließen. Das Ergebnis der mikroklimatischen Untersuchung ZURES im Auftrag der Stadt Bonn fand keine regional bedeutsame Kaltluftleitbahn. Das ist kein Widerspruch zum Ergebnis der Klimawandelvorsorgestrategie (Herausgeber: Region Köln/Bonn), denn ZURES hat mit seiner mikroklimatischen Methode nicht nach regionaler Bedeutsamkeit untersucht. Weil Bonn insgesamt nur noch sehr wenig Kaltluftquellen hat, spielt die Kaltluft-Entstehung beim Abwägen gegenüber dem Wohnbedarf eine umso größere

Rolle. ?Kaltluft kann nicht pendeln, im Gegensatz zu den Einpendlern aus dem Umland?, kommentierte damals unser Verein. ?Deswegen muss sich der Rat für die Kaltluft entscheiden und gegen weitere Siedlungen.?

**6. Ennert und Pleiser Ländchen insgesamt, nicht nur teilweise, als landschaftskulturelles Erbe festlegen!** Grundsatz 6 der textlichen Festlegung lautet: ?Die Kulturlandschaften sollen in ihrer Vielfalt und Eigenart mit ihren prägenden Merkmalen, wertgebenden Elementen und Strukturen erhalten und entwickelt werden. ?Erhaltung und Entwicklung gilt für die gesamte Kulturlandschaft, nicht nur für Teile davon. Ennert und Pleiser Hügelland umfassen die Orte Niederholtorf, Roleber, Hoholz, Gielgen, Birlinghoven, Stieldorf und Vinxel. In der Erläuterungskarte 2 Anhang B fehlt der gesamte östliche Teil des Pleiser Ländchens. [Abbildung] Die Kulturlandschaft Ennert und Pleiser Ländchen hat einen engagierten Unterstützer: den Verband ?Region Köln/Bonn?. Er vereint drei Städte und fünf Landkreise, große Wirtschaftsverbände und den Landschaftsverband Rheinland. Kein Naturschutz-verband also, sondern ein Verband für Regionalplanung. Er sieht Köln/Bonn im europäischen Wettbewerb der Regionen und empfiehlt: *?Aufgrund dieser natur- und kulturräumlichen Privilegien sind das Siebengebirge und das Pleiser Ländchen als geschlossene Einheiten vollständig zu erhalten.?* (Quelle: Herausforderungen der ?Stadtlandschaft? in der Metropolregion Köln /Bonn. Masterplan Grün, Version 3.0, Seite 36)

**7. Regionaler Biotopverbund: Der Landschaftsschutz muss bleiben, und zwar in allen beteiligten Kommunen!** Eine für unsere Region, Ennert und Pleiser Ländchen, flächenmäßig bedeutende Kategorie im Biotopverbund sind die senkrecht grün/weiss schraffierten Bereiche für den **Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)**. Der entsprechende Grundsatz G30 lautet (Textliche Festlegung Seite 103):*„**BSLE erhalten und entwickeln** Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind als Vorbehaltsgebiete festgelegt. In den BSLE sollen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter, Landschaftsräume mit besonderer Eigenart, Vielfalt und Schönheit und/oder von kulturhistorischer Bedeutung, wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen einschließlich für den Biotopverbund bedeutsamer Elemente und die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen gesichert und entwickelt werden. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.?* Im noch geltenden Regionalplan steht fast die gesamte mit Ennert und Pleiser Ländchen bezeichnete Region unter Landschaftsschutz. Durch den Regionalplanentwurf würde der Landschaftsschutz auf Königswinterer Gebiet herausgenommen und durch weniger geschützte regionale Grünzüge ersetzt. Den Bemühungen der Bonner und Sankt Augustiner Kommunen, dieselbe Landschaft auf ihrer Seite der kommunalen Grenze zu schützen, wird in Königswinter jenseits der kommunalen Grenze der Boden entzogen. Bürger\*innen dürfen von einem Regionalplan erwarten, dass er auf Erhaltung des Landschaftsschutzes in allen drei an derselben Landschaft beteiligten Kommunen besteht.

**8. Der Regionale Grünzug in Ennert und Pleiser Ländchen dient Klima UND Erholung UND Biotopverbund** Regionale Grünzüge sind laut Ziel 7 des

Regionalplanentwurfs besonders in verdichteten Räumen als Vorranggebiete für Erholung, Sport und Freizeit, lufthygienische und klimatische Ausgleichswirkungen und die Vernetzung von Biotopen zu sichern und zu entwickeln. Sie sollen auch einem Zusammenwachsen von Siedlungen entgegenwirken. *?Entsprechend dieser Zielsetzung soll die Festlegung als Regionaler Grünzug eine Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung ? abgesehen von eng definierten Ausnahmen ? ausschließen?.* Ennert und Pleiser Ländchen sind für Bonner Bürger zu Fuß und per Fahrrad auch alltäglich erreichbar. Hier findet man Platz, anders als beispielsweise in der Rheinaue, um gefahrlos Radfahren zu üben, um längere Strecken zu gehen, die Landschaft in Ruhe zu genießen. Es ist nicht sinnvoll, einer Kulturlandschaft, die mitten zwischen dicht besiedelten Orten liegt, keine Erholungsfunktion zuzuordnen. Nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch: Insbesondere seit dem ersten Pandemie-Jahr 2020 hat die Nutzung der Naherholungsgebiete erheblich zugenommen, nicht nur während der Lockdowns, sondern anhaltend bis heute. Der entsprechende Regionale Grünzug ist in der Karte F3 mit der Funktion Klima eingetragen. Korrekt ist aber die Kombination ?Klima und Erholung und Biotopverbund?. Wie im vorhergehenden Punkt 7 ausgeführt, liegen Ennert und Pleiser Ländchen in einem Biotopverbund mit Agrarlandschaft in drei Kommunen. Auf Königswinterer Stadtgebiet wird der Biotopverbund stellenweise unterbrochen, und zwar in unmittelbarer Nähe der angemeldeten ASBs. [Abbildung] **9. Für eine Festlegung sollte maximal eine einzige Ausnahme in Anspruch genommen werden.** Die im Regionalplanentwurf aufgestellten Ziele werden verbindlich sein. Von den Grundsätzen sind jeweils Ausnahmen vorgesehen. Das ist sinnvoll und üblich. Um einen Siedlungsbereich oder ein Gewerbebereich festzulegen, sollten allerdings nicht mehrere Ausnahmen angesammelt werden dürfen. Sonst geht der Sinn von Grundsätzen und Ausnahmen verloren. Eine verbindliche Regel, die das Stapeln oder Ansammeln von Ausnahmen für eine Festlegung verhindert, ist deswegen erforderlich. **10. Herausnahme der ASBs in Stieldorf und Vinxel** Die im Regionalplanentwurf vorgeschlagenen ASBs nördlich und westlich Stieldorf und Vinxel umfassen insgesamt etwa 37 Hektar. Alle neun oben ausgeführten Punkte gelten als Begründungen für unsere Ablehnung. Außerdem gilt für Vinxel: Vinxel hat weniger als 2000 Einwohner und darf daher grundsätzlich nicht per ASB vergrößert werden. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind in der Regel ab einer bestehenden oder geplanten Mindestgröße von etwa 2.000 Einwohnern, ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalplanerischen Bedeutung zeichnerisch festgelegt. Per Ausnahme durch den Landesentwicklungsplan NRW können - seit der Regierung Laschet - Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern dennoch entwickelt werden (Erläuterungen zu Ziel 7, Seite 66) Die Beschlüsse des zuständigen Königswinterer Ratsausschusses vom 18.5.2022 würden die ASBs auf etwa 27 Hektar reduzieren, einem den ISEK-Vorschlägen ähnlichen Umfang. ([https://sdnet.koenigswinter.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQSLJDCGOPAzcc3GrMsgrrnp0w5Y\\_9WF7h7c0I3-OELVc/Oeffentliche\\_Niederschrift\\_Ausschuss\\_f.\\_Stadtentwicklung-\\_Umwelt\\_und\\_Klimaschutz\\_18.05.2022.pdf](https://sdnet.koenigswinter.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQSLJDCGOPAzcc3GrMsgrrnp0w5Y_9WF7h7c0I3-OELVc/Oeffentliche_Niederschrift_Ausschuss_f._Stadtentwicklung-_Umwelt_und_Klimaschutz_18.05.2022.pdf)). **10 11. Herausnahme der ASBs in**



**Gielgen, Hoholz und Roleber (Bonn)** Die Bonner Ratsempfehlung vom 9.6.2022, die Herausnahme von ASBs in den rechtsrheinischen Höhenorten Gielgen, Hoholz und Roleber aus dem Regionalplanentwurf, unterstützen wir voll und ganz. Es geht um die Punkte D1, D2 und D3 auf Seite 6 des Dokuments <https://www.bonn.sitzung-online.de/public/vo020?7--anlagenHeaderPanel-attachmentsList-1-attachment-link&VOLFDNR=2006956&refresh=false> Als Begründungen gelten alle neun oben ausgeführten Punkte. **12. Kein neuer ASB in Niederholtorf** Als Begründungen gelten alle neun oben ausgeführten Punkte. Niederholtorf hat weniger als 2000 Bürger\*innen und kann diese Grenze bei vollständiger Bebauung des Neubaugebietes Niederholtorf Süd höchstens knapp erreichen. Weitere entwicklungsfähige Flächen sind nicht vorhanden. Die Freiflächen südlich bis zur Ungartenstraße dienen nicht nur der Sicherstellung der Trasse für die B56n, sondern auch als Ausgleichsfläche für das Baugebiet Niederholtorf-Süd; sie werden weiterhin beackert. Der Bonner Stadtrat hat am 9.6.22 den Ortsteil Oberholtorf (ca 150 Bürger\*innen) aus seiner ASB-Empfehlung herausgenommen. Gründe sind das Quellgebiet des Ankerbaches, die von den örtlichen Naturschutzorganisationen hoch bewerteten Gärten, und die geringe Größe eines möglichen Baugebietes, das einem ASB Niederholtorf zugeschlagen werden könnte. **Aber wo sollen die Menschen denn wohnen?** Die Bezirksregierung hat die Kommunen aufgefordert, für die Neuaufstellung des Regionalplans neue Siedlungsbereiche vor allem dort auszuweisen, wo es – **Schienenhaltepunkte** und – Möglichkeiten für **Geschoßwohnungen** gibt. Einige Kommunen rund um Bonn haben noch solche Möglichkeiten. Bonn und Königswinter haben kaum solches Potenzial. Laut IT.NRW wird für Bonn bis 2035 etwa acht Prozent, für Königswinter drei Prozent Wachstum -ohne Zuzug- prognostiziert (IT.NRW). Die Integrierte Stadtentwicklung Königswinter rechnet jedoch -basiert auf Zuzug- mit 15 Prozent Wachstum. ?Die Ausweisung neuer Wohngebiete ist ein wesentlicher Motor für die Bevölkerungsentwicklung?, so beschreibt eine aktuelle Ratsvorlage die Herangehensweise. Solange Agrarflächen greifbar bleiben, werden Agrarflächen zu Siedlungsbereichen gemacht. Nur mit systematischer Nutzung von Ausnahmen und sehr weiten Interpretationen, Eingriffen in den Landschaftsschutz und Ignorierung von Verkehrs-, Boden-, Klima- und Biodiversitäts-problemen wie beschrieben, lassen sich weitere ASBs noch begründen. Das ist aus unserer Sicht nicht mehr zu rechtfertigen. **Bedarf und Potenzial an Flächen bis 2040** Die Bedarfszahlen stehen in der textlichen Festlegung des Regionalplanentwurfs; die Potenzialflächen haben Bonn und Königswinter in Ratsdokumenten vorgestellt. [Tabelle] Die Unterschiede bei der Auswertung der Verfügbarkeit von Flächen können hier nicht diskutiert werden. Es sei nur ein Redebeitrag aus einem der Stadträte sinngemäß zitiert: Man bringe die Flächen als ASBs in den Regionalplan, um sich die Zukunft nicht zu verbauen. Unser Kommentar: Der Redner hat die Klimaerwärmung noch immer nicht erfasst. **Wie errechnen die Behörden den Wohnraumbedarf ?** ?Für die Bedarfsberechnung für Wohnraum wird in erster Linie die zukünftige Bevölkerungs-entwicklung bzw. die Prognose der Haushaltszahlen für den Planungszeitraum zugrunde gelegt. Dabei wird u.a. grundsätzlich auch in langfristig schrumpfenden Regionen/ Kommunen ein Grundbedarf in Höhe von 0,1 % des Wohnungsbestandes festgelegt, der dann für jedes

Jahr des Planungszeitraumes mit rückgängiger Bevölkerungsprognose angerechnet wird. Um diese Zahlen in Flächen umzusetzen, werden die bestehenden Siedlungsdichten (Wohneinheiten/ ha) herangezogen: Während in Einfamilienhausgebieten mit einer Dichte von z.B. 25 WE/ ha aus einem Bedarf von 1000 Wohneinheiten 40 ha Flächenbedarf werden, ergibt sich in verdichteten Gebieten mit überwiegend Geschoss-wohnungsbau von z.B. 50 WE/ ha nur ein Flächenbedarf von 20 ha. Hinzu kommt, dass grundsätzlich ein Planungs- und Flexibilisierungszuschlag von 20 % auf den errechneten Gesamtbedarf gewährt werden kann. Dieser soll zum einen die kommunale Planungshoheit unterstützen, zum anderen für den Fall Abhilfe schaffen, dass sich Flächen bei der bauleitplanerischen Umsetzung als nicht entwickelbar erweisen, z.B. weil die Flächen nicht zum Kauf zur Verfügung stehen oder aufgrund von Altlasten oder anderer Restriktionen Hindernisse auftreten. Dann soll der Bedarf über diese Zuschlagsflächen gedeckt werden. ? Quelle: <https://www.lb-naturschutz-nrw.de/fachthemen/aktuell-neue-regionalplaene-fuer-nrw/flaechenermittlung-fuer-siedlungsflaechen-und-abgrabungen-und-regionalplanerischer-bedarf.html>

**Die Verschiebung der Altersstruktur muss berücksichtigt werden** Das prognostizierte Bevölkerungswachstum besteht vor allem aus einer Migration vom Land in die Städte, die sich allerdings seit der Pandemie und den massiv gestiegenen Immobilienpreisen abschwächt. Nicht berücksichtigt bei der Bedarfsermittlung wurde die deutliche Änderung der Altersstruktur. Seit drei Jahrzehnten sind die Geburtenraten so niedrig, dass der Anteil der Älteren viel schneller wächst als der Anteil der Jüngeren. Im Rhein-Sieg-Kreis wird die Anzahl der Personen unter 65 Jahre bis 2040 sogar deutlich sinken, während die der Senior\*innen erheblich ansteigen wird. Hat das etwa keine Auswirkungen auf den Wohnbedarf? [Tabelle] Im Rentensystem wird dafür schon lange an Lösungen gearbeitet, erst seit kurzem beim Fachkräftemangel, und noch kaum bei Wohnungsbedarf. Die Empirica AG hat schon 2016 für den Rhein-Sieg-Kreis errechnet: Wenn nur 10 Prozent der Senior\*innen sich kleiner setzen könnten, wären 200 Hektar Bauland gespart. Quelle: <https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/regional/EmpiricaWohnraumbedarfsanalyseRheinSiegKreis.pdf> (Fußnote S.130). Diese Überlegung hat es zwar aus der Fußnote heraus in manche Diskussion geschafft, ist aber noch weit entfernt von wohnungsbaupolitischen Entscheidungen. Dies und Weiteres ist nachzulesen im Positionspapier des Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V. Mehr bezahlbare Wohnungen für die Bonner Region

**Zum Abschluss** Mit weiteren Siedlungsbereichen im Naturpark Siebengebirge würde Bonn sich als Gastgeber internationaler und nationaler Einrichtungen und Konferenzen in der Weltgemeinschaft unglaublich machen. Einen entsprechenden Appell haben bereits Teilnehmer\*innen an der UN-Klimakonferenz COP 23 im November 2017 an die Kommunalpolitiker\*innen in der Region gerichtet. Details siehe <https://www.ennertaufstieg.de/aktionen/klimakonferenz>

AZ: Ö-M-1674

1004223

1008120\_001

#### Inhalt

Anlage: LRBS: Stellungnahme des Vereins **Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.** vom 25.08.2022

Zusätzlich zu meiner Stellungnahme gem. Bezug. 2 unterstütze die Stellungnahme vom 25.8.2022 der **Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.**

"Im Sinne einer gemeinsamen regionalen Verantwortung müssen Antworten auf die parallel stattfindenden Prozesse von Wachstum, Schrumpfung und Strukturwandel, Daseinsvorsorge und regionaler Freiraumsicherung, Herausforderungen des Klimawandels und der Klimavorsorge im Regierungsbezirk gefunden werden." - so heißt es in den "Textlichen Festlegungen" zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 20, Entwurf 2021.

Der o.g. Satz aus S.20 aus den "Textlichen Festlegungen" wird bei Weitem NICHT in den weiteren Plänen und Festlegungen mit Leben gefüllt.

Die Stellungnahme des Vereins **Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.** zeigt die außerordentlichen Defizite des Entwurfs des Regionalplans Köln insbesondere hinsichtlich "Klimawandel" und "Klimavorsorge" auf.

Ich schließe mich deshalb dieser Stellungnahme an.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Der Einwender unterstützt die Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.; Abwägung siehe Erläuterungen zu ID 1008112\_002 bis ID 1008112\_016.

AZ: Ö-M-1675

1004224

1008121\_001

#### Inhalt

1. Ich unterstütze die Stellungnahme im Anhang (Stellungnahme der Stadt Bonn zur Neuauflistung des Regionalplans).
2. Ich informiere Sie über die Stellungnahme des Stadt Bonn zum Regionalplan und die Ablehnung der Flächen entsprechend des angehangen Sitzungsprotokolls. Somit stellen die entsprechenden, noch im Regionalplanentwurf eingeplanten ASB Flächen aus meiner Sicht einen Verstoß gegen den Grund Satz Z3, nachdem die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht zu erfolgen hat. Eine Ablehnung der Kommune stellt in meinen Augen den Nachweis dar, dass es eben keinen Bedarf gibt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen. Es wird auf die Erläuterungen zu den Teil-Stellungnahmen der Stadt Bonn verwiesen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

AZ: Ö-M-1676	
1004262	
1008183_001	
<p>Inhalt</p> <p>1. Die Planzeichnungen des Hauptplans sollten im Originalmaßstab 1: 50.000 vorgenommen werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.</p>

1008183\_002

**Inhalt**

2.  
Die Gliederung sollte wie folgt vorgenommen werden: Klimaschutz und :  
Klimaanpassung an den Klimawandel sollten als grundlegendes einführendes Kapitel  
vorgenommen werden. Vorschlag: „Klimawandel, Vermeidungs- und  
Anpassungsmaßnahmen." .

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise zur Gliederung und dem Aufbau der Textlichen Festlegungen  
gegeben.

**Inhalt****3. Hinweise zur Legende:**

Die ?Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) sind nicht in Bestand und Planung untergliedert. Dies stellt aus unserer Sicht einen grundlegenden methodischen Fehler dar, der zudem nicht erforderliche Flächeninanspruchnahmen im Außenbereich und somit weitere Zersiedlungen fördert. Insgesamt werden schätzungsweise rund 100% zu viel an Flächen ausgewiesen (Faktor 2 der erforderlichen Flächen). Allein aus diesem Grund bedarf der derzeitige Regionalplanentwurf einer grundlegenden Überarbeitung und Neufassung. Dies auch, um die bislang nicht weiter definierten Freiraumflächen mit neuen Flächen- oder Funktionszuweisungen überlagern zu können wie z.B. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche oder besser „Vorranggebiete Landwirtschaft“ und/oder ?Vorranggebiete Natur und Landschaft“. Zudem wird eine weitere Vorgehensweise angeregt: Eine grafische Definition der Allgemeinen Siedlungsbereiche ( ASS ) als „Bestehende Innenbereichsflächen“. Zu diesem Zweck werden die hellbraunen Farbumrandungen an den Rändern der hier schwarzen Hauptgebäude gezogen. Die außerhalb befindlichen Flächen sind damit Außenbereichsflächen. Die im Außenbereich geplanten Neubauflächen werden grafisch von den bestehenden Innenbereichsflächen unterschieden. Somit kann in der Folge klar unterschieden werden, wieviel Hektar jeweils dem bestehenden Innenbereichen, und wieviel Hektar jeweils den neu überplanten Außenbereichen zuzuordnen sind. Vor diesem Hintergrund sind auch die kleineren Ortschaften als bestehende ASB bzw. bestehende Innenbereichsflächen darzustellen. Die in der Planzeichnung vorgenommene Überlagerung mit dem Planzeichen ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ ist insoweit irreführend, als der Regionalplan dort grüner wirkt, als er in Wirklichkeit ist. Von daher verbietet es sich auch, „Regionale Grünzüge“ über die kleinen Ortschaften zu legen („planerischer Etikettenschwindel“). Die zweckgebundenen Nutzungen sind zum Teil nicht lesbar.

**3.1**

Es fehlt das Planzeichen ?Grünzäsur“ zur Unterbindung bandartiger Siedlungsgebilde.

**3.2**

Es fehlen weiterhin freiräumliche Konkretisierungen der innerörtlichen/innerstädtischen Bereiche (z.B. wertvolle Grün- und Freiflächen wie z.B. größere Parkanlagen, Friedhöfe, innerörtliche Grünzüge, Kaltluftabflussbahnen u.s.w.). Diese erfüllen in aller Regel Erholungs-, Biotop- und klimatisch ausgleichende Funktionen.

**3.3**

Die Flächenzuweisung ?Schutz der Natur“ ist zu ungenau wiedergegeben. Des Weiteren ist zu konkretisieren, inwieweit deren Bereiche stattdessen entweder als ?Vorranggebiete Natur und Landschaft“ oder

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.

„Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft" einzustufen sind. ?Vorranggebiete Natur und Landschaft" unterliegen keinem „Abwägungsspielraum".

3.4

Es fehlen die ?Überschwemmungsbereiche" kleinerer Gewässer.

3.5

Es fehlen nachrichtlich übernommene NSG, LSG, WSG und größere Denkmalsbereichszonen.



**Inhalt****3.6**

Die textlichen Begründungen zu den ASB sind unzureichend bzw. fachlich unzutreffend abgeleitet.

So können z.B. die Entwicklungen der letzten 10 Jahr nicht einfach 25 Jahre in die Zukunft fortgesetzt ( extrapoliert ) werden ( „falsche „Trendprognosen“). Stattdessen werden die Kurven sich entweder abflachen oder sogar nach unten weisen ( „Negativentwicklungen“ ).

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

1008183\_005

#### Inhalt

4.

Nachverdichtungen sind keineswegs flächenhaft erstrebenswert, sondern vielmehr auf die bisherigen EF-Gebiete und gewerbliche Brachen zu beschränken ( Zielkonflikte zur angestrebten "grünen Innenentwicklung", Klimaschutz und Klimaanpassung). Vertikalverdichtungen sind nur bei bestehenden Dachgeschossen und bei 1 bis 2-geschossigen Gebäuden .sinnvoll und überhaupt nur bei maximal 5 bestehenden Geschossen erwägenswert (5 Geschosse plus ein neues Geschoss). In höher bebauten Bereichen mit einer Grundflächenzahl von über 0,5 sollten Flächennachverdichtungen strikt unterbleiben.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

**Inhalt**

5.  
Zum Themenfeld "Klimaschutz und Klimaanpassung" fehlen Eignungs- und Potentialdarstellungen zu den Windverhältnissen bzw. für WEA, den Sonnenscheindauern bzw. für Photovoltaikanlagen, Standorteignungen für Wasserkraftnutzungen, Geothermie sowie möglichen Wasserstoffproduktionsstandorten. Des Weiteren fehlen bestehende Hochwasserschutz- und Deichlinien. Vermisst werden zudem Aussagen dazu, bis zu welchem Punkt diese bestehenden Anlagen erhöht oder erweitert werden könnten (siehe auch Extremwetterereignisse). Welche konkreten Maßnahmen sind für bebaute "Wärmeinseln" vorgesehen?

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1008183\_007

## Inhalt

6.  
Weiterhin sind nachfolgende Punkte im Regionalpanentwurf zwingend zu konkretisieren bzw. neuzufassen:

6.1.  
Fehlendes grundlegendes Leitbild.

6.2  
Analyse des Textteils.

6.3.  
Analyse der Hauptkarte Raumnutzungen einschließlich der Legende.

6. 4.  
Analyse der Beikarten (auch hinsichtlich Systematik und Methodik).

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise zu Inhalt, Gliederung und Aufbau der Textlichen Festlegungen bzw. der Begründung gegeben.

1008183\_008

**Inhalt**

7.

Methodiken und Inhalte des vorliegenden Regionalplanentwurfs erinnern an Planungen der 1990er-Jahre mit seinerzeit ausgeprägten Wachstumsvorstellungen (insoweit 30 Jahre veraltet). In diesem Zusammenhang darf angemerkt werden, dass die Vorbereitungen zum vorliegenden Regionalplanentwurf im Wesentlichen im Landwirtschaftsministerium des Landes NRW und nicht etwa im Landesbau- oder gar im Landesumweltministerium des Landes NRW konzipiert worden sind.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden allgemeine Informationen vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

**Inhalt****7.2**

Auch ansonsten wird anhand der Legende keine Unterscheidung von Bestand und Planung vorgenommen und keine Vorranggebiete und keine Vorbehaltsgebiete ausgewiesen. Die Beikarten sind auch insoweit schwer untereinander und aufeinander in Bezug zu setzen, da sie keine Bezugnahmen zur Hauptraumnutzungskarte ermöglichen. Des Weiteren sind auch hier keine Unterscheidungen in Bestand und Planung und keine Lesbarkeiten hinsichtlich bestehender bebauter und unbebauter Bereiche gegeben.

Der Regionalplanentwurf muss dergestalt strukturiert sein, dass er Vorgaben" für die Gemeinden enthält. Der vorliegende Regionalplanentwurf nimmt jedoch unreflektiert die Angaben der Gemeinden bezüglich der Siedlungsentwicklung (siehe auch Prognosen) auf und korrigiert diese nicht einmal. Insoweit fördert er eine exzessive Zersiedelung von Natur und Landschaft.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

**Inhalt****7.3**

Die Prognosen zu den Flächenentwicklungen - müssen als methodisch nicht statthaft und grob fehlerhaft eingestuft werden. Sb muss es als planerisch fehlerhaft bewertet werden, bisherige Entwicklungen einer Gemeinde (siehe z.B. Leverkusen) der letzten 10 Jahre einfach als Trendvariante in eine rund 25 Jahre weiter entfernte Zukunft fortzusetzen. Diese Vorgehensweise fördert einen exzessiven Flächenverbrauch, der nach tatsächlichen Gegebenheiten um über das Doppelte an den realen Bedalien vorbeigeht. Eine sach- und fachgerechte Prognose müsste stattdessen beinhalten: Eine "War-Prognose" der letzten 30 Jahre sowie eine "Wird-Prognose" der kommenden 10 Jahre, untergliedert nach a) Natürlicher Bevölkerungsentwicklung b) Ein- und Auspendlern c) Zu- und Fortzügen ( z.B. Arbeitsplatzverursachte Zu- und Fortzüge; des Weiteren auch infolge von weltweiten Migrationsbewegungen, Flucht und Vertreibung) Von welchen Wohnraumflächenansprüchen z.B. der Jahre 2022, 2035 und 2050 geht die Regionalplanung aus ? Wie stellen sich deren Modelle bezüglich gewerblicher, industrieller und dienstleistungsbezogener Ansprüche dar?

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen

jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.



**Inhalt****7.4**

Ein Sonderteil und diesbezügliche Karten "Klimawandel, Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen" sollten zumindest beinhalten: a) Ist-Zustand zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Verschiedene Stufen der baulichen Verdichtung (z.B. sehr hohe, hohe, mittlere, geringe baulich;') Verdichtung). Temperaturbereiche einschließlich . Wärmeinseln, Kaltluftentstehungs- und Kaltluftabflussbereiche. Überschwemmungsgefährdete Gebiete auch an kleineren Fließgewässern. · b) Entsprechende Prognosen zu vorstehenden Punkten für die Jahre 2035 und 2050. c) Maßnahmen: Zu erhaltende und neue klimatisch bedeutsame außer- und innerörtliche Grünflächen. Städtebauliche Minimal- und Maximalverdichtungen (mit z.B. auch Nachverdichtungspotentiale in bisherigen Einfamilienhausgebieten). Dachflächenpotentiale für PV-Anlagen und Begrünungen, sonstige Potentialflächen z.B. für PV-, Windkraft-, Wasserkraft- und Geothermieanlagen, Hochwasserschutzanlagen, Stärkungspotentiale des öffentlichen Verkehrs usw.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise zur Methodik und dem Aufbau des Regionalplans gegeben. Die Hinweise gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

**Inhalt**

8.  
Der Regionsplan verstößt nach hiesiger Auffassung gegen das bundesrechtliche Raumordnungsgesetz und das Landesplanungsgesetz des Landes NRW. Eine "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" ist mit dem Regionalplanentwurf nicht zu verwirklichen. Der Plan verstärkt vielmehr die Disparitäten von Stadt und Land zu Lasten dörflicher Strukturen. Des Weiteren widerspricht er zentralen Bestimmungen nachfolgender rechtlicher Maßgaben: Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz. So ist es z.B. wenig zielführend, weitere neue Allgemeine Siedlungsbereiche an Hauptverkehrsstraßen vorzusehen, anstatt dort weniger lärmempfindliche gewerbliche oder sonstige Nutzungen zu priorisieren.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalplan wurde unter Beachtung der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen erarbeitet. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

**Inhalt**

9.

Im Regionalplanentwurf fehlen „Vorranggebiete“ und „Vorbehaltsgebiete“. Dies ist deshalb wichtig, da Vorranggebiete nicht mehr einer Abwägung unterzogen werden können, Vorbehaltsgebiete hingegen wohl. Die Ausweisung von Vorranggebieten (z.B. Vorranggebiete Natur und Landschaft) könnten damit auch nicht mehr infolge einer auf der Bauleitplanungsebene vorgenommenen Abwägung in Frage gestellt werden. Bei den im Regionalplan festgesetzten Funktionen (z.B. „Schutz der Natur“ und „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“) ist dies anders: Diese Funktionen bzw. Flächen könnten in nachfolgenden Bauleitplanverfahren und sonstigen Planverfahren in Folge einer Abwägung gegebenenfalls dennoch für andere Zwecke in Anspruch genommen werden.

9.1

Im Regionalplanentwurf fehlen „Grünzäsuren“. Diese sind insbesondere in siedlungsraumgeprägten Regionalplänen - wie hier vorliegend - wichtig, da sie einem Zusammenwachsen von nahe beieinanderliegenden Siedlungseinheiten/-teilen entgegenwirken.

9.2

Im Regionalplanentwurf fehlen „Nachrichtliche Übernahmen“. Diese sind zum Beispiel Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Wasserschutzgebiete und (potentielle) Überschwemmungsgebiete.

9.3

Bei den schutzbedürftigen Bereichen des Regionalplanentwurfs (wie z.B. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung) fehlen schutzbedürftige Bereiche für die Kaltluftentstehung und den Kaltluftabfluss.

9.4

Dem Regionalplanentwurf mangelt es zudem auch an der Ausweisung von leitungsbezogenen Anlagen der Ver- und Entsorgung wie z.B. Freileitungen über 110 KV, Gasfernleitungen, Ölferrnleitungen u.s.w.

9.4.1

Die Darstellung „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ ist zu abstrakt und wird von daher den Belangen der Landwirtschaft nicht gerecht. Notwendig ist eine Kennzeichnung auch höherwertiger Agrarflächen.

9.4.2

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPlG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Es fehlt eine Darstellung derjenigen Siedlungs-, Industriebereiche, welche Planungen nach Flächennutzungsplänen darstellen.

#### 9.4.3

Gewerbe- und genehmigten Es fehlen hinreichende Empfehlungen zur Begrenzung der sozialräumlichen Spaltungen sowie zur Schaffung sozialen und preisgünstigen Wohnraums.

#### 9.4.4

Kleinere Gemeinden sind nicht als bestehende bebaute Siedlungsbereiche dargestellt. Hierdurch entsteht der fälschliche Eindruck eines flächenextensiven Vorhandenseins von Freiräumen und Außenbereichen, welche in Wirklichkeit überbaut sind. Des Weiteren werden hierdurch kleingemeindliche Entwicklungen unterbunden, die den Ballungsraumverdichtungen entgegenwirken könnten. Auch in diesem Bereich ist eine diesbezügliche Überarbeitung dringend angezeigt.

**Inhalt****10.**

Der vorliegende Regionalplanentwurf missachtet zudem das sogenannte "Gegenstromprinzip", indem er einerseits maxirnalextensive Siedlungsflächenwünsche der Gemeinden augenscheinlich ohne weitere Prüfung in seinen Plan übernimmt, andererseits keine diesbezüglichen Vorgaben macht. Damit fördert er nicht nur die Zersiedelung, Zerschneidung und Zerstörung von Natur und Landschaft, sondern missachtet auch grundlegende Klimaschutzanforderungen. Auch auf der Ebene der Regionalplanung (1: 50.000, 1: 25.000) kann eine Unterscheidung in bestehende und geplante Innenbereichsflächen und Außenbereichsflächen vorgenommen werden. Hier bieten auch die digitalisierten Kartierungen entsprechend neue und weitreichende Möglichkeiten. Der bestehende Regionalplanentwurf nutzt diese Möglichkeiten ohne erkennbaren Grund nicht aus.

**10.1**

Zur Verdeutlichung und Vertiefung der vorgetragenen Bedenken und Anregungen wird daher eine exemplarische Alternativplanung der Raumnutzungskarte (mit den ASB und GIB) im Maßstab 1: 50.000 dringenden empfohlen.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. 1 Absatz 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

**Inhalt**

11.

Bei der Stadt Leverkusen handelt es sich bereits um einen sehr stark anthropogen überlagerten Siedlungsbereich. Die Stadt Leverkusen weist mit den höchsten Flächenversiegelungsgrad mit dem geringsten Waldbestand in NRW aus. Die Stadt Leverkusen verfügt bundesweit mit über den höchsten KFZBestand. Die Stadt Leverkusen wird zerschnitten von drei Bundesautobahnen und zwei Autobahnkreuzen, die zudem weiter ausgebaut werden sollen. Durch die Stadt Leverkusen führen drei Bahnstrecken und eine Bundeswasserstraße ( Rhein ). Sie liegt im Einflugbereich von zwei Großflughäfen ( Düsseldorf und Köln-Bonn), wobei letzterer über kein Nachtflugverbot verfügt. Die Stadt Leverkusen ist Standort eines großflächigen "Chemieparks" und "beherbergt" eine geschlossene und eine in Betrieb befindliche großflächige Sondermülldeponie. Weiterhin befinden sich auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen zwei (Sonder)müllverbrennungsanlagen sowie zahlreiche Altlastenstandorte. In den vergangenen Jahren wurde zahlreiche und große Flächen im Stadtgebiet versiegelt. Viele Wohnbauflächen wurden insbesondere im Stadtteil Hitdorf ausgewiesen. Viele wertvolle Agrarflächen ( fruchtbare Ackerflächen ) wurden versiegelt Kaltluftentstehungsgebiete und (potentielle) Überschwemmungsgebiete wurden einer Überbauung zugeführt. Ein weiterer Ausbau ist geplant. Die Anbindung des Stadtteils an den ÖPNV ist schlecht ( keine direkte Anbindung an den SPNV ), die dörfliche Infrastruktur wie z.B. das Straßen- und Wegenetz ist diesem Zuzug nicht gewachsen und kann auch nicht ausgebaut werden. Der Stadtteil Quettingen wurde stark mit Gewerbe und Wohnungsbau überplant. Dabei wurden vornehmlich Flächen im Außenbereich ( Außenbereich im Innenbereich wie Quettinger Feld und In der Dasladen ) einer Überplanung zugeführt, die bislang agrarisch genutzt (fruchtbare Böden) und für das lokale Klima ( Kaltluftentstehungsgebiete ) von großer Bedeutung gewesen sind. Außenbereichsflächen in der Fixheide wurden einer gewerblichen Nutzung unterzogen. - Große Parkplatzflächen für Expeditionen sorgen für erheblich versiegelte Flächen im ehemaligen Außenbereich, die zu messbaren Hitzeinseln geführt haben. Selbes gilt für den Innovationspark Manfort mit Bürogebäuden und großzügig gestalteten ebenerdigen Parkplatzflächen. Auch hierbei handelt es sich zum Teil um ehemalige Wiesen bzw. Heideflächen. Daneben ist weitere Wohnbebauung in den Stadtteilen Lützenkirchen, Steinbüchel, Neuboddenberg, Schlebusch und Bergisch Neukirchen geplant Diese Außenrandlagen verfügen nicht über die notwendige Infrastruktur zur weiteren Ansiedlung. Sie bilden zudem den Übergang zum Bergischen Land und bilden somit den elementar wichtigen Raum zur Kaltluftentstehung und des Kaltluftabflusses (Ventilationsbahnen), um das Zentrum insbesondere von Leverkusen-Opladen und weiteren bereits dicht besiedelten Stadtteilen von Leverkusen zu gewährleisten. Das Explosions- sowie das Überschwemmungsereignis aus dem Jahr 2022 haben vergegenwärtigt, welchen konkreten Gefahren die Bevölkerung der Stadt Leverkusen ausgesetzt ist. Sie sind Ausweis dafür, wie dicht besiedelt das Plangebiet

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, das heißt wie dicht Industrieanlagen an die Wohngebiete herangerückt sind und wie viele überbaute Flächen in den bislang unbebauten Freiraum und Außenbereich vorgedrungen sind. · Die Stadt Leverkusen hat bislang nicht bewiesen, dass sie angemessen und verantwortungsvoll mit der Überplanung von Freiraumflächen umzugehen vermag. Die Überplanung einer ehemaligen Industriefläche am Opladener Bahnhof (ehemaliges Bahnausbesserungswerk der Deutschen Bundesbahn) darf als wenig gelungen und als pars pro toto angeführt werden. Die Wohnbausiedlung (vornehmlich Einfamilienhäuser) wurde nicht, obgleich zur unmittelbaren Nähe zum Bahnhof Opladen, als autofreie Siedlung konzipiert. Es wurden keine Vorgaben bezüglich erneuerbarer Energien und Dach- und Fassadenbegrünung getätigt. Die Siedlung gilt deshalb heute aufgrund der zahlreichen Straßen und öffentlichen Parkplätze als eine der Hitzeinseln der Stadt Leverkusen. Die Stadt Leverkusen verfügt aufgrund der oben dargelegten Ausgangsparameter über keine verantwortbaren Möglichkeiten zur weiteren Flächeninanspruchnahme. Die zunehmenden und offensichtlichen Folgen des Klimawandels bedingen daher Unvermeidbare Korrekturen bei der bisherigen Stadt-, Regional- und Großraumplanung. Wer nicht bereit ist, sich dieser Verantwortung zu stellen, verkennet in grober Weise die Grundlagen von Wissenschaft und Forschung und der daraus zwingend abzuleitenden Handlungsmaximen für alle Sektoren, insbesondere auch für Politik und Verwaltung.

AZ: Ö-M-1678	
1003013	
1008633	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen folgende Änderung meiner Grundstücke Laut der mir vorliegenden Karte sollen meine Flächen: 1. Gemarkung Lommersum, Flur 16 [anonymisiert] als Naturschutzgebiet bzw. Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-1680	
1001908	
1008217_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>die Ausweisung eines neuen - geplanten - Landschaftsverbrauch in der Gemeinde Much von ca. einem 3/4 (0, 75) Quadratkilometer im neuen Regionalplan wird widersprochen. Es fehlt an einer nachvollziehbaren Begründung. Der Landesdatenbank ist die sinkende Zahl der Einwohner der Gemeinde Much unbestreitbar deutlich zu entnehmen.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Die Gemeinde Much war seit ca. 3 Monaten aufgefordert die Notwendigkeit der Schaffung von neuem Siedlungsgebiet anhand einer nachvollziehbaren belastbaren Bedarfsanalyse nachzuweisen. Die Gemeinde Much bleibt bis dato die eingeforderte Bedarfsanalyse schuldig. Wie kann in dem Regionalplan ein Bedarf einer Siedlungsfläche im Gemeindegebiet Much ausgewiesen werden, wenn die Gemeinde Much keinen Bedarf anhand einer verlässlichen, nachprüfbar Analyse nachgewiesen hat? Die Gemeinde Much war seit ca. einem 1/2 Jahr aufgefordert, den "Erfolg" der neuen Gewerbegebiete und deren Nutzen für die Gemeinde Much (gesamte Bürgerschaft) nachzuweisen. Die Gemeinde Much bleibt - trotz Nachfrage/ Erinnerung - den eingeforderten Nachweis schuldig. Die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete geht an der gelebten Wirklichkeit vorbei. Dem Vernehmen nach werden in den neuen Siedlungsgebieten Baugrundstücke zurückgegeben und Bauvorhaben eingestellt, weil sich die Bauherren den Bau ihres Hauses nicht mehr leisten können. Nachvollziehbar ist anzunehmen, dass die Nachfrage nach neuen Baugebieten aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Zinsen drastisch nachlassen wird. Ebenso ist anzunehmen, dass das Verkaufsangebot von Häusern und Wohnung extrem ansteigen wird, weil sich die Eigentümer die Anschlussfinanzierung nicht mehr leisten können. Die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete erscheint nachvollziehbar obsolet.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1008217_001.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "Reserven".</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für</p>

die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

AZ: Ö-M-1682

1001908

1008220\_001

#### Inhalt

der Beigeordnete der Gemeinde Much Herr Karsten Schäfer verkündete öffentlich in der Sitzung des Ausschusses für "Planung, Verkehr, Straßen und Wege" der Gemeinde Much am 31.08.2022, dass die Gemeinde Much KEINE Bedarfsanalyse für die Ausweisung neuer Siedungsgebiete erstellt habe. Folgerichtig kann die Gemeinde Much auch keine Bedarfsanalyse abgegeben haben. Wenn also kein belegter/belegbarer Bedarf für neue Siedlungsflächen von der Gemeinde Much gemeldet wurde und eine nachvollziehbare belastbare Bedarfsanalyse die unabdingbare Grundlage für die Ausweisung neuer Siedlungsflächen ist, wie kann im Regionalplan ein ¼ qkm neue allgemeine Siedlungsfläche ausgewiesen werden? Die Bezirksregierung Köln möge der Ausweisung neuer Siedlungsflächen im Gemeindegebiet Much wg. fehlendem Bedarfsnachweis eine Absage erteilen und die ausgewiesenen neuen Siedlungsflächen im Regionalplan auf "NULL" reduzieren. Resümee: kein nachgewiesener Bedarf, keine neuen Siedlungsflächen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "Reserven".

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für

die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

AZ: Ö-M-171

1001396

1001507

#### Inhalt

Im Rahmen der Neuaufstellung wurden in der Gemeinde Wachtberg vier Allgemeine Siedlungsbereiche festgelegt. Hierzu wurden die Ortschaften Berkum, Niederbachem, Pech und Villip benannt. In der letzten Ratssitzung der Gemeinde Wachtberg wurden bis auf Berkum nahezu alle seitens der Bezirksregierung und der Verwaltung vorgeschlagenen Flächen durch die politischen Gremien mehrheitlich abgelehnt. Aus meiner Sicht wird der Druck allgemeine Siedlungsbereich auszuweisen, gerade im Hinblick auf die eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeit in Bonn, immer größer. Daher halte ich diesen eingeschlagenen Weg für falsch und für zwingend notwendig neue Siedlungsbereiche auszuweisen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die Gemeinde Wachtberg hat im Verfahren keine Anregung zur Streichung der vier im Entwurf festgelegten ASB, d.h. diese verbleiben.

1001508	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Bürger aus Wachtberg Pech möchte ich ausschließlich für diese Ortschaft eine Stellungnahme abgeben. - Die Flurstücke 30, 31, 32, 33, 34 sowie 437, 776 und 777 sollten in den Regionalplan als ASB aufgenommen werden. Bei diesem in sich geschlossenem Gebiet handelt es sich um eine Arrondierung der bestehenden Bebauung. Die verkehrstechnische Erschließung könnte sowohl über die Straße "Im Haselnbusch", als auch über die "Rehschneise" erfolgen. Städtebaulich gesehen, würde sich dieses Gebiet in die Ortschaft einbinden.</p> <p>[s. Anhang erste Abb. westlicher Teil StnID_1001508]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Gemeinde Wachtberg hat in diesem Bereich keinen ASB angeregt.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Der Regionalplanentwurf sieht hier einen Regionalen Grünzug vor, der ökologische Fachbeitrag definiert in diesem Bereich eine Biotopverbundfläche mit besonderer Bedeutung. Eine Erweiterung des ASB kann zu Konflikten mit einzelnen Umweltschutzgütern führen.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1001509	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>- Ebenso sollte die Flurstücke 64, 65, 66 und 67 mit in den Regionalplan aufgenommen werden. Diese Flurstücke befinden sich entlang der Rehschneise, welche bereits einseitig bebaut ist. Ebenso sind diese Flächen komplett erschlossen, so dass weitere Erschließungsmaßnahmen nicht erfolgen müssten. Ebenso würde es sich um eine Arrondierung der bestehenden Bebauung handeln.</p> <p>[s. dritter Anhang östlicher Teil StnID_1001509]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> siehe Ausführung in Stn. ID 101508.</p> <p>Darüber hinaus würde eine bauliche Nutzung auf den bezeichneten Grundstücken zu Konflikten mit dem Wasserrecht (Abstand zu Gewässer, HWR) führen.</p>

1001511

**Inhalt**

Zudem werden immer mehr Plätze für Senioren benötigt. Neben dem Aspekt, dass man sich in einer Höhenlage befindet mit direkt angrenzendem Naherholungsgebiet, sollte man nicht außer Acht lassen, dass sich in unmittelbarer Nähe beider angesprochenen Flächen ein Hubschrauberlandeplatz befindet. Eine schnell Versorgung wäre somit gewährleistet.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

In Zusammenhang mit Stn ID 101508 und ID 101509 werden Hinweise für nachgelagerte Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren gegeben.



AZ: Ö-M-174	
1001428	
1001499_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Das geplante Gewerbegebiet Hückelhoven-Baal GIBPlus grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes an. Die Versiegelung dieser Flächen und die zusätzliche Lärmbelastung ist für Mensch und Tier nicht akzeptabel.</p> <p>Im letzten Winter gab es reichlich Sichtungen von Rehen und anderem Wild, welches mit dem geplanten Gewerbegebiet in Hückelhoven-Baal aussterben wird. Es ist heute schon kaum möglich die B57 als Fußgänger zu überqueren, da in ca. 10 Minuten ca. 20 LKW und Autos die Straße befahren. Die Geschwindigkeiten der LKWs, welche auf der B57 gefahren werden, sind zum Teil lebensgefährlich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).</p>

**Inhalt**

**Hiermit wende ich mich an Sie, um die Erweiterung des Industriegebietes in Gummersbach, Ortsteil Herreshagen, zu vermeiden.**

Eine solche Erweiterung hat enorme Auswirkungen auf unser Umfeld - von der Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten bis hin zur Gefährdung von Menschen und insbesondere Kindern.

Der Erhalt der Artenvielfalt ist kein Luxus, den wir uns je nach Lust und Laune leisten können oder nicht. Es ist ein ernstes Thema und in Herreshagen auf den Grünflächen sind Pflanzen, Pilze und Tiere zu Hause, die vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen auf die Rote Liste durch hohe Gefährdung gesetzt wurden (LANUV NRW, 2021). Eine Ausdehnung des Industriegebiets auf diese Grünflächen würde daher die bereits gefährdete Artenvielfalt aktiv zerstören und immense Auswirkungen auf unser Ökosystem haben.

Viele Tiere, die vom Aussterben bedroht sind, haben in Herreshagen ihre Heimat. Die Geburtshelferkröte ist "durch extreme Seltenheit bedroht". Und der Oberbergische Kreis ist einer der bevorzugten Lebensräume der Geburtshelferkröte (LANUV NRW, 2021), insbesondere Herreshagen. Auch Schmetterlinge wie der Tagfalter, der Federfalter und der Sackfalter würden eine solche Ausbreitung nicht überleben. Laufkäfer, Brutvögel, Wespen, Bienen, Libellen, Ameisen... die Liste ist lang. Alles Tiere, die für das Überleben unseres Ökosystems unerlässlich sind. Alles Tiere, die bereits stark gefährdet sind und in den Wiesen und Wäldern von Herreshagen ihre Heimat haben (LANUV NRW, 2021). Es handelt sich hier um Natur und eine Artenwelt, die im Oberbergischen Kreis und NRW selten, aber stark überlebenswichtig, für das gesamte Ökosystem NRWs ist.

Die Zerstörung eines solchen Gebietes hat Auswirkungen, die unsere Welt auf lange Sicht völlig zerstören können. Nicht nur die Tiere, die durch einen solchen Bau getötet werden, aber auch Pilze, Moose und Farn- und Blütenpflanzen werden das ganze System zum Einsturz bringen und die Natur, die sich seit einigen Jahren in eine negative Richtung bewegt, wird bald aufhören zu existieren. Und dies wird enorme Auswirkungen haben, da diese Grünfläche, die seit Jahrhunderten die Heimat vieler wichtiger und gefährdeter Arten ist, zerstört wird.

Die Schaffung neuer Grünflächen in den Städten ist sehr gut und ein Weg in die richtige Richtung, aber wir können den Verlust, der durch die Zerstörung der Grünflächen in

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Herreshagen entsteht, niemals ausgleichen. Hier leben mehr als nur Tiere, und das Ökosystem wird sich davon nicht erholen können.

Gummersbach ist ein dicht besiedeltes Gebiet, daher ist es verständlich, dass es keinen Platz für weitere Gewerbebauten gibt, aber anstatt das wenige Land, das die Stadt hat, zu zerstören, sollte mehr Freiraum geschaffen werden. Nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt ist von der hohen Besiedlung stark betroffen, sondern auch der Mensch selbst. Gerade durch die Borkenkäferpandemie und die Waldbrände der letzten Jahre ist die vorhandene Wald- und Wiesenfläche auch für den Menschen überlebenswichtig. Neben dem notwendigen Sauerstoff und der Luft wirkt sich ein solcher Freiraum auch auf die Psyche und die Entwicklung des Menschen aus und ist daher lebenswichtig.

Gerade in Zeiten wie diesen entscheiden sich Menschen gezielt für ein Leben auf dem Land. Natur und Ruhe geben den Menschen viel Kraft und erhöhen die Lebensqualität enorm. Ein Dorf wie Herreshagen mit einer solchen Ausdehnung des Industriegebietes zerstört nicht nur das Ökosystem, sondern auch die Gesundheit aller dort lebenden Menschen. Ob alt oder jung, die Natur wurde bewusst gewählt und während in Zeiten wie diesen viele Menschen in Deutschland mit psychischen Erkrankungen zu kämpfen haben, finden viele Menschen, gerade in Herreshagen, Halt in der Natur. Der Ausbau würde die Gesundheit von mehr als 300 Menschen stark beeinträchtigen. Die Entwicklung der Kinder wäre gefährdet und so die Lebenserwartung der Erwachsenen. Diese Entscheidung würde viele Leben zerstören und töten, nicht nur tierisches und pflanzliches Leben, sondern auch menschliches wie Sie es sind.

Generell lässt sich sagen, dass die Zerstörung von Grünflächen in Herreshagen sehr große negative Auswirkungen auf die Tier-, Pflanzen- und Menschenwelt hat und unser gesamtes Ökosystem aktiv zerstören würde. Ein solcher Bau kann Tier- und Pflanzenarten komplett auslöschen. Neben der globalen Erwärmung, der Borkenkäferpandemie und anderen Naturkatastrophen ist dies eine Sache, die alles nur noch schlimmer machen und unsere gemeinsame Welt zerstören würde.

Ich bitte Sie daher inständig, unsere Wälder und Grünflächen, unsere Heimat und die vielen Tier- und Pflanzenarten nicht zu zerstören!

AZ: Ö-M-176	
1001063	
1011196	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Aufgrund einer Anordnung der atomrechtlichen Aufsicht, des MWIDE NRW, sind wir verpflichtet eine unverzügliche, gesetzeskonforme Entfernung der Kernbrennstoffe aus dem bestehenden AVR-Behälterlager zu verwirklichen. Daher verfolgen wir das Ziel einen Zwischenlager-Neubau am Standort Jülich für die 152 beladenen Transport- und Lagerbehälter vom Typ CASTOR® THTR/AVR zu realisieren. Das neue Zwischenlager soll im Ortsteil Lorsbeck der Stadt Jülich (Kreis Düren), südöstlich des Campus des Forschungszentrums Jülich (FZJ) gebaut werden [ANONYMISIERT]. Das Planungsareal umfasst einen Streifen des südöstlichen Betriebsgeländes der [ANONYMISIERT] sowie eine direkt an das Betriebsgelände angrenzende, ca. 18.000 m2 große Jungwuchsfläche [ANONYMISIERT]. Diese grenzt von außen direkt an den Außenzaun des Campus FZJ und ist ca. 700 m von der nächsten Wohnbebauung (in Daubenrath) entfernt. Eine Überführung dieser Flächen in das Eigentum der [ANONYMISIERT] wurde gemeinsam mit den relevanten Landesministerien und den Landesbetrieben [ANONYMISIERT] bereits initiiert, nachdem alternative Flächen - auf und rund um den Campus - im Ergebnis eines intensiven Prüfverfahrens ausgeschlossen werden mussten. Am 07.03.2022 hatten wir diesbezüglich schon einen ersten Kontakt mit Ihrer Mitarbeiterin [ANONYMISIERT]. In der geplanten Neuaufstellung wird die an das FZJ-Gelände angrenzende Fläche südöstlich als Waldgebiet mit Schutz der Natur, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung deklariert. Im aktuell gültigen Regionalplan ist dieses Gebiet als Bereich GIB für gewerbliche und industrielle Nutzung (zweckgebunden, AVR-Gelände: Forschungszentrum Jülich und Jungwuchsfläche: Jülich/Niederzier ESS [Unterbringung der Europäischen Spallations-Neutronen-Quelle]) vorgesehen. Wenn das benötigte Grundstück von der Bezirksregierung Köln zum Waldgebiet mit Schutz der Natur, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung erklärt werden würde, würde sich dies negativ auf die Realisierbarkeit des Projekts auswirken. Zu erwarten wären mindestens erhebliche zeitliche Verzögerungen, die nicht mit der angeordneten unverzüglichen Räumung des aktuellen Zwischenlagers vereinbar sind. Daher möchten wir Sie bitten, die genannte Jungwuchsfläche sowie den von uns skizzierten Bereich mit einer Breite von 50 Metern um diese Fläche im laufenden Neuaufstellungsverfahren aufzunehmen und als GIB für gewerbliche und industrielle Nutzung zu deklarieren (z.B. als Erweiterung des GIB-Gebietes des FZJ, siehe Anlage).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1011196_1]          [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

**Anhänge**[Abb\\_ID1011196\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-177

1001429

1001527

#### Inhalt

Aufgrund der Neuaufstellung des Regionalplans im Bereich Leverkusen Steinbüchel bitte ich um Klärung. Dabei geht es insbesondere darum, ob das in unserem Eigentum befindliche und von der Veränderung betroffene Grundstück [ANONYMISIERT]. Die im Blatt 5 veröffentlichten Karte ist jedoch derart grob, dass weder das Haus noch das Grundstück zu erkennen sind. Aus diesem Grund bitte ich um Mitteilung, ob sich für unserer Grundstück durch Änderung des Regionalplans Auswirkungen ergeben.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-179	
1001473	
1002531	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Quadrath-Ichendorf, Bergheim-Ahe und Kerpen-Sindorf hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich als Eigentümer in einem Umfang von etwa 12 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten</p>

AZ: Ö-M-191	
1001446	
1005616	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Generelle Bewertung</p> <p>Der Regionalplan bestimmt die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Lebensraums für Mensch und Natur im Rhein-Erft-Kreis für die nächsten zwei Jahrzehnte. Die Weichen für die Begrenzung und Bewältigung des Klimawandels werden mit der Neuaufstellung gestellt; daher kommt ihm eine besondere Bedeutung für unsere Zukunft zu. Der Naturschutzbeirat stellt fest, dass der vorliegende Entwurf des Regionalplanes Köln für den Bereich des REK</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? den Ausgleich der Entwicklung von Natur, Landschaft und wirtschaftlicher Entwicklung zu Lasten des Naturraumes regelt,</li> <li>? dem Prinzip Wachstum von Flächen für Siedlung, Gewerbe und Verkehr als Basis von Wohlstand im REK folgt, statt konsequent auf Beschränkung und auf (Um)Nutzung vorhandener Flächen zu setzen,</li> <li>? überholte Bedarfsermittlungsmethoden als Grundlage für weitere Flächenversiegelungen verwendet: wo viele Beschäftigte leben, kommen noch mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen hinzu,</li> <li>? Fehlentwicklungen der Vergangenheit wie fortschreitenden Flächenverbrauch und Zerschneidung von Lebensräumen durch Verkehrsachsen fortschreibt,</li> <li>? die aktuellen Erfordernisse des Klimawandels, wie sie durch drei Extremwetterjahre und eine Jahrhundertflut unübersehbar deutlich geworden sind, auf Grund der bereits seit 2015 angelaufenen Planungsprozesse nur unzureichend berücksichtigt,</li> <li>? den Strukturwandel als Argument für zusätzliche Lebensrauminanspruchnahmen verwendet, anstatt auf die Chancen der Umwidmung von freiwerdenden Flächen der Braunkohlenindustrie zu setzen</li> </ul> <p>Der Naturschutzbeirat regt an, die Ziele der Regionalplanung im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung neu zu fassen, selbst wenn dies eine zeitliche Verzögerung im Verfahren bewirken sollte. Insbesondere sind die im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung festgelegten Einsparziele beim Flächenverbrauch umzusetzen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch</p>



gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden

und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung), Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

**Inhalt**

1. Förderung des Biotopverbundes und der Grünzüge  
 ? Vernetzung der Bürgewälder (Steinheide, Hambacher Wald, Merzenicher Erbwald).

[Fußnote: Der Bürgewald zeichnete sich dadurch aus, dass er mehreren Gemeinden gehörte und von ihnen nach strengen Regeln gemeinsam genutzt wurde. Die Eindeutschung des Begriffs ?burgina? führte zu dem Begriff Bürge(wald). Die berechtigten Dörfer, adligen Häuser und Höfe sind in genauen Aufzählungen festgehalten, so z.B. in einer Bürgebusch-Ordnung vom 26.März 1500. (Quelle: Schläger, P.H.: Der Bürgewald. In Beiträge zur Heimatkunde des Kreises Bergheim. Bergheim 1950)]

[...]

**Thema: Biotopverbund Bürgewälder (Steinheide, Hambacher Wald, Merzenicher Erbwald)**

Bezug // Umweltbericht, 4.2.9 Biotopverbund // Seite /Karte/Ort S.39 // Verbindungsflächen/ Z.20

Die Steinheide ist im Zusammenhang mit den weiter östlich liegenden Wäldern (Dickbusch, Lörsfelder Busch) über eine neue Grünbrücke der A4 verbunden und als Bürgewald repräsentativ für den Naturraum, insbesondere durch seine alten Gehölzbestände. In der an Wäldern armen Bördelandschaft stellt die Steinheide ein wichtiges Trittsteinbiotop für typische Waldarten dar, die an Alt- und Totholzbestände gebunden sind. Die Restflächen der Bürgewälder stellen insgesamt, also inklusive des Hambacher Waldes und des Merzenicher Bürgewaldes ein wichtiges Rückzugsgebiet für typische Waldarten wie z.B. Mittelspecht, Bechsteinfledermaus oder Haselmaus dar und ein Regenerationspotential für die Fläche des Tagebaus Hambach in seiner Entwicklung für die nächsten Jahrhunderte. Die Restvorkommen der Bürgewälder sind aus europäischer und landesweiter Sicht dringend zu erhalten. Die Populationen benötigen zum Erhalt der genetischen Vielfalt den regelmäßigen Austausch von Individuen und somit die Möglichkeit der Migration und der Erhaltung ausreichend großer Areale für einen Fortpflanzungserfolg.

Der Naturschutzbeirat regt an,

? den Biotopverbund zwischen den Elementen Lörsfelder Busch, Dickbusch und Steinheide zu stärken durch Ausweisung als ?Verbindungsräume? laut Z.20 und Förderung der Waldvermehrung,

? diesen Biotopverbund nach Westen fortzusetzen zum Hambacher Wald und zum Merzenicher Erbwald (Kreis Düren), ebenfalls Verbindungsräume laut Z.20.

? den Störungsbereich im Verlauf der alten A4 im Bereich Steinheide und im

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

Im Sinne der Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 wurden folgerichtig Festlegungen zu BSN getroffen die über den regionalen Biotopverbund des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) hinausgehen. Für weitergehende Festlegungen fehlt die fachliche Einschätzung und Bewertung des LANUV. Die Ergebnisse dieser noch zu erstellenden Bewertung werden im Anschluss an das Gesamtüberarbeitungsverfahren in einem gesonderten Regionalplanänderungsverfahren im regionalplanerischen Maßstab berücksichtigt

Hambacher Wald schließen durch Förderung der natürlichen Sukzession und Anpflanzungen zur Schließung des Waldbestandes mit standorttypischen Baumund Straucharten.

In der folgenden Skizze sind zwei Korridor eingetragen:

**Der nördliche Korridor** setzt die weitgehende Erhaltung der Fläche der Manheimer Bucht voraus und orientiert sich an der Trasse der alten A4. Das Wäldchen am Sportplatz Mannheim wird als Trittstein integriert. Die weitere Fortführung erfasst Teile der Abgrabung der Rheinischen Baustoffwerke.

**Der südliche Korridor** schließt an den ökologisch hochwertigen Westteil der Steinheide an und umrundet die evtl. entstehende Manheimer Bucht im Süden unter Einbeziehung eines Teils der dann rekultivierten Abgrabung Schüsseler. Der Manheimer alte Friedhof mit seinem Baumbestand sollte integriert werden. Auch in diesem Fall wird das Gelände der Rheinischen Baustoffwerke und die jahrzehntealten Sukzessionsflächen integriert in dem Zustand wie sie jetzt vorliegen.

Ein dritter Korridor reicht von der Südspitze des Hambacher Waldes nach Südwesten zum Merzenicher Erbwald östlich an Alt-Morschenich vorbei. Flächen, die im Rahmen des Artenschutzprojektes von RWE geschaffen wurden, sollen in ihrem Bestand gesichert bleiben.

[s. Anhang Abb. 1005617\_1]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1005617.pdf](#)

1005618	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Förderung des Biotopverbundes und der Grünzüge</p> <p>? Planung von Biotopverbundsystemen bei Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005619

## Inhalt

### 1. Förderung des Biotopverbundes und der Grünzüge

? Sicherung und Ergänzung der vorhandenen regionalen Grünzüge, insbesondere des Villerückens nach Norden und der nach Westen verlaufenden Verbindungen zu den Bürgewäldern bis hin zur Ruraue.

[...]

Thema: **Biotopverbund der Regionalen Grünzüge, Villerücken nach Norden**

Bezug // Umweltbericht, 4.2.9 Biotopverbund // Seite /Karte/Ort S.39

// Verbindungsflächen/ Z.20

Während im südlichen und mittleren Bereich des Villerückens dieser schon einen guten Biotopverbund durch Ausweisung von Regionalen Grünzügen aufweist, fehlen die Biotopverbunde im Stadtgebiet von Bedburg mit Anschluss an die Stadt Grevenbroich im Norden. Vor allem im Bereich des rekultivierten Tagebaus Fotuna-Garsdorf, zwischen Bedburg und Rath, sind die Grünstrukturen sehr dürtig.

Der Naturschutzbeirat regt an,

? Sicherung und Ergänzung der vorhandenen regionalen Grünzüge, insbesondere des Villerückens nach Norden bis über die Kreisgrenze bzw. in den Regierungsbezirk Düsseldorf, Anschluss an die rekultivierten Tagebauflächen Frimmersdorf.

? Konkret: Ausweisung des bewaldeten Ablaufs des Peringsmaars bzw. des Erftthochwasser-Retentionsraums östlich der L361 Bedburg - Frimmersdorf als RGZ, mit Anschluss an den nördlichen Erftschlauch und den BSN Kasterer See.

[s. Anhang Abb. 1005619\_1]

## Anhänge

[Abb\\_ID1005619.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.

Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

1005620

## Inhalt

### 1. Förderung des Biotopverbundes und der Grünzüge

? Verbesserung der Durchlässigkeit für Tier- und Pflanzenarten zur Aufhebung von Zerschneidungseffekten durch eine Grünbrücke über die A 553 zwischen Bliesheimer Kreuz und Brühl-Süd, Grünbrücken oder Unterführungen über die B 264, die A1 westlich der Abfahrt Gleuel und die A4 westlich der Tank-und Rastanlage Frechen.

[...Thema: **Biotopverbund Grünbrücken über Autobahnen und Bundesstraße**

Bezug // Umweltbericht, 4.2.9 Biotopverbund // Seite /Karte/Ort S.39 //

Verbindungselemente/ Z.20

Der Naturschutzbeirat regt an, Biotopverbundmaßnahmen zur Aufhebung von Zerschneidungseffekten in den Regionalplan aufzunehmen, so z. B.

? eine Grünbrücke über die A 553 zwischen Bliesheimer Kreuz und Brühl-Süd,

? Grünbrücken oder Unterführungen über die A1 westlich der Abfahrt Gleuel,

? über die B477 und die bisherige Hambach-Kohlenbahn westlich von Oberaußern

? über die die A4 westlich der Tank-und Rastanlage Frechen.

Diese Grünbrücken wären wichtige Verbindungselemente zwischen den BSN-Flächen entlang des Villerückens in Süd-Nord-Richtung. Sie dienen als Wanderstrecken für Großsäuger und anderen Tiergruppen sowie dem Genaustausch zwischen den Populationen.

In der Region bisher schon vorhanden sind Grünbrücken über die A4 neu (Steinheide) bei Geilrath/Dorsfeld, über die A61 südlich des AB-Kreuzes mit der A4, und über die L361 zwischen Paffendorf und Glesch. Dies Brücken verbinden jetzt die BSN-Flächen in Ost-Westrichtung zu den Bürgewäldern.

[s. Anhang Abb. 1005620\_1]

## Anhänge

[Abb\\_ID1005620.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1005621	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Förderung des Biotopverbundes und der Grünzüge</p> <p>? Durchgehenden Biotopverbund für Offenlandarten (Erftstadt)</p> <p>[...]</p> <p>Thema: <b>Durchgehender Biotopverbund für Offenlandarten, Erftstadt/Nörvenich</b>          Bezug // Umweltbericht, 4.2.9 Biotopverbund // Seite /Karte/Ort S. 39          // Verbindungsflächen/ G.31</p> <p>Wir regen an, den im kreisübergreifenden Gebiet zwischen Erftstadt, Nörvenich und Vettweiß/Zülpich bestehenden Flickenteppich an BSN-Flächen (Biotopverbund, Stufe 1) und vom LANUV ausgewiesenen Flächen der Stufe 2 zu einem größeren BSLE (Verbindungsfläche) zu erweitern, das die Offenlandarten schützt (G.31), also die Leitarten Grauammer, Rebhuhn und Feldlerche.</p> <p>Vor einigen Jahren gab es hier auch noch Brutvorkommen des Kiebitz. Hierfür sind die landwirtschaftlichen Flächen und Freiräume zwischen den Ortschaften Erftstadt-Gymnich und ?Friesheim im Osten, E-Niederberg und Vettweiß-Disternich im Süden, Vettweiß-Gladbach und Nörvenich im Westen, sowie Nörv.-Wissersheim und EGymnich im Norden als Biotop-Verbundflächen auszuweisen, siehe Kartenskizze.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005621_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1005621.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>          Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>          Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.</p> <p>In Rahmen der naturschutzfachlichen Bewertung des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) wurden innerhalb der Biotopverbundbereiche besonderer Bedeutung (Stufe 2) für bestimmte Arten der offenen Agrarlandschaft (insbesondere der Leitarten Grauammer und Feldhamster) Bereiche der BSLE identifiziert, die eine besondere Bedeutung für den Erhalt der Arten der offenen Agrarlandschaft aufweisen. Bei Planungen und Maßnahmen in diesen Offenlandbereichen der Agrarlandschaft soll insbesondere der Schutz der dort vorkommenden gefährdeten Arten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen berücksichtigt werden. Die Festlegung der BSLE, die eine besondere Bedeutung für den Erhalt der Arten der offenen Agrarlandschaft aufweisen, kann der Erläuterungskarte F6 entnommen werden. Den Rahmen für die zeichnerische Festlegung bildet der Grundsatz G31 <i>BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft</i> im Regionalplan.</p>



Der vorliegende Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.
--

1005622	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>2. Verkehrswege</p> <p>? Verzicht auf die Ausweisung neuer Straßenverkehrswege mit Zerschneidungswirkung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbindung "Gewerbepark Maywerke" zur BAB 1</li> <li>- L 103 n (Abf. Godorf-Knapsack)</li> <li>- L 361 n (Nord-Süd-Bahn nach Norden)</li> <li>- L 48 n, L 31 nL 93 n nördlich und westlich Bedburg</li> </ul> <p>[...]</p> <p>Thema: <b>5.1.4 Straßennetz</b></p> <p>Bezug // G.57 ? Festlegungen für Straßenplanung aus den Bedarfsplänen berücksichtigen // Seite /Karte/Ort Seite 171</p> <p>Tabelle 22: Übersicht der Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung im Regierungsbezirk Köln</p> <p>Bezeichnung der Straßenplanung aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Konkretisierung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? L 31n von Bedburg Kaster nach Jüchen</li> <li>? L 48n Bedburg/Kirchherten bis -/Frimmersdorf (L279-L116)</li> <li>? L 93n OU Bergheim-Oberaußem</li> <li>? L 103n Abf. Gondorf-Knapsack</li> <li>? L361n Bergheim-Kenten (k22) bis Frechen-Königsdorf (B55)</li> <li>? Verbindung Gewerbepark Maywerke zur BAB 1</li> </ul> <p>Der Naturschutzbeirat regt an:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? auf die Ausweisung neuer Straßenverbindungen mit Zerschneidungswirkung zu verzichten</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planungen sind im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

1005623

## Inhalt

### 2. Verkehrswege

Der NB REK sieht die Verkehrswende im REK als dringlich an. Daher steht er neuen Schienenwegen grundsätzlich offen, soweit sie sich vorrangig auf vorhandenen oder zurzeit nicht genutzten Trassen befinden.

? Umnutzung vorhandener Schienenwege für den Personen- und Güterverkehr (Nord-Süd-Bahn)

[...]

#### Thema: **5.1.3 Schienennetz**

Bezug // G.55 ? Festlegung für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen // Seite /Karte/Ort Seite 167

Tabelle 20: Übersicht sonstiger regionalbedeutsamer Schienenwege ohne räumliche Konkretisierung

Bezeichnung der sonstigen regionalbedeutsamer Schienenwege ? Bestand ? Braunkohlentagebaubahnen (RWE Trassen (Nord-Süd-Trasse, Hambachbahn)

Der Naturschutzbeirat regt an:

? Die vorhandenen Braunkohlentagebaubahnstrecken soweit notwendig vorzugsweise für den Personen- und Güterverkehr zu nutzen, ansonsten sie zurückzubauen, um die Zerschneidungswirkung aufzuheben bzw. diese im Zuge der Umwidmung durch geeignete Querungshilfen zu reduzieren.

? Strategisch notwendige Knotenpunkte für die Anbindung an bestehende Strecken naturverträglich zu schaffen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Die Infrastruktur ist bis zum Abschluss der Braunkohleförderung und des Lösstransports noch in Betrieb und entzieht sich der Nutzung durch Dritte. Welche verkehrliche Funktion sie nach Beendigung der Braunkohleförderung sowie der Rekultivierungsarbeiten erhalten wird, ist nicht Gegenstand des Regionalplans. Die Anregung richtet sich insofern an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt****3. Begrenzung des Flächenverbrauches (siehe Seite 12-14)**

Im Rhein-Erft-Kreis nahm die Siedlungsfläche von 2016 bis 2020 um 700 Hektar zu, die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 638 Hektar ab, das entspricht fast 2 % der Landwirtschaftsfläche (<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online>). Im Regionalplanentwurf sind über 1000 Hektar neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen planerisch vorgesehen. Entsprechend dem Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 Hektar täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Auf die Fläche des REK heruntergebrochen bedeutet dies maximal 38 Hektar im Jahr abnehmend

gegen Null im Planungszeitraum. Das Konzept eines dauernd wachsenden Gewerbesteueraufkommens durch Bodenverbrauch ökologisch vertretbarer Inanspruchnahme bereits genutzter Ressourcen ersetzt werden.

Wachstum in Beschäftigung und Wertschöpfung müssen künftig durch Qualität statt Quantität gesichert werden. Auch die Rücknahme planerisch vorhandener, aber offensichtlich nicht dringend benötigter Flächen ist angezeigt. Jeder Quadratmeter produktiver, gesunder Boden dient dem Klimaschutz, der Natur und den Menschen nicht nur im REK.

? Prüfung der Entwicklung von Konversionsflächen (Braunkohleanlagen, Kraftwerke)

? Zwang zur Mehrstöckigkeit bei Bauvorhaben, Förderung des Aufstockens von Gebäuden

? Parkhäuser statt Parkflächen, soweit notwendig

? Rückgewinnung alter Industrie- und Gewerbeflächen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der

Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen

Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil der laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und dem Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffenen Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftlichen Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

---

1005688

## Inhalt

### 3. Begrenzung des Flächenverbrauches

? Ausschluss der Gewerbe- und Siedlungsgebiete, die in den "Prüfbögen" negativ bewertet wurden

[...]

Thema: **GIB, GIBz,**

Bezug // Anhang C - F Prüfbögen GIB\_GIBz, Textl. Festlegungen Z 3; unter Gliederungspunkt 3.3 ; G 24 und G 25 // Seite /Karte/Ort Seite 72 // Bemerkungen: siehe anhängende Liste der GIB/GIBz

Der Rhein-Erft-Kreis ist insbesondere östlich der Erft bereits in sehr starkem Maße durch Gewerbegebiete belastet. Die Freiraumfunktionen, insbesondere Klimaschutz und Schutz der Natur sowie die Erholung der Bevölkerung werden durch eine weitere Inanspruchnahme industriell oder gewerblich genutzter Flächen stark eingeschränkt. Insbesondere sind Grünzüge und Biotopverbundflächen von einer weiteren Zerschneidung auszunehmen. Östlich des Villerückens hat die Inanspruchnahme des Lebensraumes durch Industrie, Verkehr und Siedlung eine Obergrenze erreicht, die nicht überschritten werden darf, um die restlichen Freiraumfunktionen für die Bevölkerung zu erhalten. Die SUP zeigt, dass von 400 Hektar geplanten GIB/GIBz nur 179 Hektar ohne erhebliche Umweltauswirkungen umsetzbar sind. In Gebieten mit absehbarem Strukturwandel (Rhein-Erft-Kreis) ist darauf abzuheben, bisher durch die Braunkohlenbetriebe genutzte Flächen zügig zu räumen und für neue Ansiedlungen zur Verfügung zu stellen.

Der Naturschutzbeirat regt an,

? den Flächenverbrauch entschieden und planvoll einzuschränken (Fünf-Jahres-Ziele)

? die in den Prüfbögen als kritisch eingestuften GIB und GIBz nicht als GIB oder GIBz auszuweisen.

? keine ersatzweisen Ausweisungen von Flächen in Grünzügen vorzunehmen (Barbarahof, Knapsack Süd, siehe Z. 18)

? Z 10 zu ergänzen: " In Gebieten des Strukturwandels sind vorrangig vor der Neuweisung freiwerdende Flächen der Braunkohlenwirtschaft zu räumen und für Neuansiedlungen zur Verfügung zu stellen." Die anhängende Tabelle listet die betreffenden Gebiete im Rhein-Erft-Kreis auf.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

## Anhänge

[Abb\\_ID1005688\\_1.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

In Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs Köln wurde festgelegt, dass Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der RG beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Gleichzeitig wird die Ausnahmeregelung getroffen, dass Ausnahmsweise RG für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch



genommen werden dürfen, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die Erweiterung des GIB Hürth/Knapsack erfolgt im Sinne des Ziels "GIBtransformation sichern und umsetzen". In deren Erläuterungen in Punkt 6 wird sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit des RG auch bei einer Inanspruchnahme weiterhin gewährleistet bleibt. Eine Alternative um den bestehenden GIB Hürth/Knapsack außerhalb des RG zu erweitern, ist aufgrund der großflächig umgebenden zeichnerischen Festlegung des Regionalplanentwurfs aus der 1. Offenlage nicht möglich. Somit stehen der zeichnerischen und textlichen Verortung des GIB Hürth/Knapsack keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung

verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

1005689

## Inhalt

### 3. Begrenzung des Flächenverbrauches

? Ausschluss der Gewerbe- und Siedlungsgebiete, die in den "Prüfbögen" negativ bewertet wurden

[...]

Thema: **ASB**

Bezug // Umweltbericht\_Regplan\_Koeln\_Anhang-C\_ASB-ASBz Textl. Festlegungen Z 3; unter Gliederungspunkt 3.3 // Seite/Karte/Ort Seite 56 // Bemerkungen: siehe anhängende Liste der ASB

Der Rhein-Erft-Kreis ist in der östlichen Hälfte durch Siedlungsgebiete stark belastet. Die Freiraumfunktionen, insbesondere Klimaschutz und Schutz der Natur sowie die Erholung der Bevölkerung werden durch eine weitere Inanspruchnahme von Siedlungsflächen Flächen stark eingeschränkt. Insbesondere sind Grünzüge und Biotopverbundflächen von einer weiteren Zerschneidung auszunehmen. Östlich des Villerückens hat die Inanspruchnahme des Lebensraumes durch Industrie, Verkehr und Siedlung eine Obergrenze erreicht, die nicht überschritten werden darf, um die restlichen Freiraumfunktionen für die Bevölkerung zu erhalten.

Die Ergebnisse der SUP ergeben, dass von 655 Hektar geplanten ASB nur 51 Hektar ohne kritische erhebliche Umwelteinwirkungen umgesetzt werden könnten. In Gebieten mit absehbarem Strukturwandel (Rhein-Erft-Kreis) ist darauf abzuheben, bisher durch die Braunkohlenbetriebe genutzte Flächen zügig zu räumen und für neue Ansiedlungen zur Verfügung zu stellen.

Der Naturschutzbeirat regt an,

? den Flächenverbrauch entschieden und planvoll einzuschränken (Fünf-Jahres-Einsparziele)

? die in den Prüfbögen als kritisch eingestuften ASB nicht auszuweisen bzw. vorhandene zu verkleinern.

? Z 10 zu ergänzen: "In Gebieten des Strukturwandels sind vorrangig vor der Neuausweisung freiwerdende Flächen der Braunkohlenwirtschaft zu räumen und für Neuansiedlungen zur Verfügung zu stellen."

? Z 3 zu ergänzen: "...am zwingenden Bedarf ausrichten und Belastungsgrenzen berücksichtigen. Die Siedlungsentwicklung hat bedarfsgerecht, aber mit Rücksicht auf die vorhandene Belastung des Lebensraumes zu erfolgen. Die Ergebnisse der SUP sind zu berücksichtigen. Die Bedarfsberechnung muss alle Möglichkeiten des flächensparenden Bauens berücksichtigen.

Die anhängende Tabelle listet die betreffenden Gebiete im Rhein-Erft-Kreis auf.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse sowie Erläuterung zu Stn ID 1006991).

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs-

beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1005689\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1005689\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1005689\\_3.pdf](#)

und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Eine Ergänzung des Z.3 wird nicht als erforderlich gesehen. Die benannten Erfordernisse ergeben sich aus den übrigen Regelungen in den Kapiteln Siedlungsraum und Freiraum des Regionalplans.

Zu Z.10 siehe Erläuterungen zu Stellungnahme ID 1005688.

1005690	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>3. Begrenzung des Flächenverbrauches</p> <p>? Rücknahme der Erweiterung des Phantasialandes (ASBz)</p> <p><b>Thema: ASBz Phantasialand</b></p> <p>Bezug // Textl. Festlegungen Z 9; unter Gliederungspunkt 3.2.2 // Seite /Karte/Ort Seite 71 // Bemerkungen:</p> <p>Der Naturschutzbeirat regt an,  ? die Ausweisung des ASBz "Phantasialand" um ca. 14 Hektar Wald- und Seefläche im NSG Ententeich zu verkleinern.  ? Z. 9 soll neu gefasst werden: "Der ASBz Phantasialand dient ausschließlich der Nutzung durch den bestehenden Freizeitpark. Der ASBz wird um die Fläche des Naturschutzgebietes Ententeich verkleinert. Damit werden Klima -und Naturschutzfunktionen in der Region gesichert (G. 1-4)." Die 2013 beschlossene Erweiterung des ASBz Phantasialand folgte dem Wunsch des Unternehmens nach einer wirtschaftlich begründeten Entwicklung zum Mehrtagesziel. Aus heutiger Sicht ist dies keine zwingende Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung gewesen und auch nicht für die Zukunft entscheidend. Die seinerzeit gefundene Kompromisslösung basierte auf einer Abwägung von Anwohnerinteressen der umgebenden Siedlungen mit Naturschutzbelangen. Aus heutiger Sicht haben sich nach fast 10 Jahren die Bewertungsmaßstäbe erheblich verändert. Die Erhaltung von 14 Hektar Wald- und Seelebensraum würden aus heutiger Sicht eine Erweiterung in das NSG Ententeich nicht möglich erscheinen lassen (und auch nicht auf der Basis der Ziele der Regionalplanung im Regionalplanentwurf). Dies wird auch dadurch belegt, dass damals nicht die umweltverträglichste Lösungsvariante gewählt wurde. Nach wie vor werden ca. 12 Hektar im unmittelbaren Umfeld des Phantasialandes als Parkflächen genutzt, statt ein Parkhaus zu bauen. Aus Gründen des Klimaschutzes - lokal und global - kann auf 14 Hektar Wald- und Seefläche nicht mehr verzichtet werden. Die im Sinne von Z 9 geforderten Aufforstungen sind nur teilweise im räumlichen Zusammenhang möglich und geplant; sie werden auf lange Frist die Funktionen des vorhandenen Bestandes nicht ersetzen können. Die Errichtung eines Ersatzbiotopes für den Ententeich würde darüber hinaus weitere Waldflächen in Anspruch nehmen. Die Erweiterung in den Bereich des NSG entspricht nicht mehr den Wünschen der Kommune; sie beabsichtigt nicht, ein entsprechendes Baurecht zu schaffen. Der bereits geschlossene Tauschvertrag mit dem Waldeigentümer wird nur bei realisiertem Baurecht zum Eigentumsübergang führen. In der Kreispolitik mehren sich die kritischen Stimmen, die den ASBz im NSG bei einer erneuten Entscheidung ablehnen würden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1005691

## Inhalt

### 4. Windkraft im REK

? Der NB REK lehnt die Installierung von Windkraftanlagen im Wald im REK ab, weil die wenigen (11%) Waldflächen die letzten naturnahen Zonen sind, die sowohl dem Naturschutz wie auch der Erholung der Menschen dienen. Alternative Flächen sind in großem Umfang vorhanden.

[...]

### Thema: **Nutzung von Windenergie**

Bezug // Textliche Festlegungen Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern

Seite 150/151 :?Innerhalb der folgenden regionalplanerisch festgelegten Bereiche sind Standorte für raumwirksame bedeutsame Windenergieanlagen grundsätzlich möglich, wenn sie mit den jeweiligen regionalplanerischen Festlegungen vereinbar sind:

? ?

? Waldbereiche

? ? ?

Der Rhein-Erft-Kreis ist ein waldarmer Kreis (11% der Fläche). Viele Waldflächen sind die letzten naturnahen Zonen, die sowohl dem Naturschutz wie auch der Erholung des Menschen dienen. Im Freiraum befindet sich ein großes alternatives Flächenpotenzial für Windkraftanlagen.

Der Naturschutzbeirat regt an,

? dass im waldarmen Rhein-Erft-Kreis die Installierung von Windenergieanlagen im Wald und in der unmittelbaren Umgebung ausgeschlossen wird,

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1005692	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>4. Windkraft im REK  ? Es wird angeregt, Windkraftvorrangzonen im Regionalplan auszuweisen, um einer unkoordinierten Verteilung im Kreis entgegenzuwirken (zwischenzeitlich ist dies in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung vereinbart).</p> <p>[...]</p> <p>Thema: <b>Nutzung von Windenergie</b></p> <p>G.65 Windenergieanlagen räumlich konzentrieren, Erläuterung zu Z.37, Erläuterung zu G.65</p> <p>Seite 151: ?Im Regionalplan Köln wird von der zeichnerischen Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung gemäß LEP NRW abgesehen.? und ?Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sollen Konzentrationszonen für Windenergieanlagen [?] dargestellt werden.?</p> <p>Der Naturschutzbeirat regt an,  ? dass Windkraftvorrangzonen im Regionalplan ausgewiesen werden, um einer unkoordinierten Verteilung im Kreis entgegenzuwirken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005693

## Inhalt

5. Trinkwasserschutzzonen / Grundwasserschutzzonen (siehe Seite 16)  
? Die Einrichtung einer Trinkwasserschutzzone für das Wasserwerk Dirmerzheim wird für notwendig gehalten, weil dieses Werk in der Zukunft weite Teile des REK versorgen wird. Heutige Belastungen werden in die Zukunft wirken.

### Thema: **Wasser 4.7**

Bezug 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz Z.26 BGG sichern, G.47 , S.122  
Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern //  
Seite /Karte/Ort // Seite 119

Im gesamten Rhein-Erft-Kreis sind die Grundwasserkörper durch die jahrzehntelange bergbaubedingte Sümpfungstätigkeit entleert bzw. stark beeinträchtigt. Nach Beendigung der bergbaulichen Aktivitäten im Tagebau Hambach wird beim Wiederanstieg des Grundwassers ein Sulfatabstrom aus dem Tagebaubereich in Richtung der Wasserwerke Paffendorf, Sindorf und ggf. Türnich erwartet. Diese Wasserwerke müssen schließen und die Wasserversorgung der gesamten betroffenen Region wird vom Grundwasservorkommen bei Dirmerzheim abhängen, das aber ebenfalls z.T. den ChemPark mit Wasser versorgt.

Im Entwurf des Regionalplans ist ein Bereich rund um Dirmerzheim als BGG gekennzeichnet (s.Karte).

Der Naturschutzbeirat regt an, angesichts der herausgehobenen Bedeutung des Grundwasservorkommens im Regionalplan für den gekennzeichneten Bereich eindeutige Nutzungsrestriktionen zu formulieren, d.h. Abgrabungen, Deponien, emittierende Betriebe oder sonstige grundwassergefährdende Aktivitäten grundsätzlich auszuschließen.

[s. Anhang Abb. 1005693\_1]

### Anhänge

[Abb\\_ID1005693.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es ist richtig, dass das WSG Dirmerzheim entsprechend der Vorgaben als BGG festgelegt ist. In der zeichnerischen Festlegung des Regionalplans werden gemäß dem Planzeichenverzeichnis der Regionalpläne (Anlage 3 zur LplG DVO) und der Erläuterung<sup>1</sup>, Ziel 26 des Entwurfes des Regionalplanes die Wasserschutzzonen I - III A als BGG festgelegt. Die Wasserschutzzonen III B und III C werden dagegen in der Erläuterungskarte F9 als Erweiterte Einzugsgebiete dargestellt. Das geplante Wasserschutzgebiet Dirmerzheim ab 2050 für die Zone III B ist entsprechend in der Erläuterungskarte F9 abgebildet.



1005695

## Inhalt

### 6. Wald (siehe Seite 17-20)

Wald ist im REK mit nur 11% der Fläche gering vertreten. Seine Funktionen als klimatischer Ausgleichsraum, Wasserspeicher, Erholungsfläche, Refugialraum, CO<sub>2</sub>-Senke und Holzproduzent sind für die Bevölkerung sehr wichtig. Seine Sicherung und Vermehrung dient damit dem Klimaschutz und der Bevölkerung.

? Zur Waldvermehrung in waldarmen Kommunen soll der ökologische Ausgleich für Waldumwandlungen, hergeleitet durch die bekannten Bewertungsverfahren, grundsätzlich über die Umrechnung auf die Ersatzflächengröße erfolgen.

### Thema **4.5 Wald**

Bezug // Textliche Festlegungen 4.5.1 Walderhalt und ? vermehrung, G.36 // Seite /Karte/Ort Seite 109

Der Rhein-Erft-Kreis ist waldarm. Durch Wegfall von Flächen im Hambacher Forst nahm die Waldfläche trotz eines Waldvermehrungsprogramms ab. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, die Waldfläche im Rhein- Erft-Kreis wieder zu vermehren. Dabei sollen solche Flächen bevorzugt in Betracht gezogen werden, die in der Nähe vorhandener Waldflächen liegen und weniger wertvolle Ackerböden darstellen.

Der Naturschutzbeirat regt an:

? Ausgleich von Waldumwandlungen: Zur Waldvermehrung in waldarmen Kommunen soll der neben dem Flächenausgleich auch der ökologische Ausgleich für Waldumwandlungen, hergeleitet durch die bekannten Bewertungsverfahren, grundsätzlich über die Umrechnung auf die Ersatzflächengröße erfolgen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Anregung geht über den Regelungsinhalt der regionalplanerischen Festlegungen hinaus. Sie richtet sich an die konkrete Umsetzung auf nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsebene..

1005696	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>6. Wald</p> <p>? Zum ökologischen Ausgleich von Eingriffen jeglicher Art ist grundsätzlich zu prüfen, ob dies über Erstaufforstungen möglich und sinnvoll ist.</p> <p>? Waldvermehrung soll als Verbesserung des Biotopverbundes eingesetzt werden</p> <p>[...]</p> <p><b>Thema: 4.5 Wald</b></p> <p>Bezug // Textliche Festlegungen 4.5.1 Walderhalt und ? vermehrung, G.35 // Seite /Karte/Ort Seite 108 // Anlagen: Karte Bliesheimer Wäldchen Retentionsraum Niederberg</p> <p>Der Naturschutzbeirat regt an:</p> <p>? Vorhandene Waldflächen im REK ausnahmslos zu erhalten, zu sichern und zu stabilisieren</p> <p>? Zum ökologischen Ausgleich von Eingriffen jeglicher Art ist grundsätzlich zu prüfen, ob dies über Erstaufforstungen möglich und sinnvoll ist.</p> <p>? Die Waldvermehrung soll als Verbesserung des Biotopverbundes gefördert werden: z. B. die Verbindung des Bliesheimer Wäldchens mit der Ville oder der Bereich südwestlich von Niederberg. Hier wird die</p> <p>Darstellung von "Wald" angeregt, da schon 6 ha im Retentionsraum durch Planfeststellungsverfahren als Ausgleich für den vorgelagerten Damm für diese Nutzungsform festgelegt sind. Mit einer Erweiterung könnte die Darstellungsuntergrenze überschritten und somit die Grundlage für mehr als 10 ha Auewald am Rotbach gelegt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005696_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1005696_2]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1005696_1.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID1005696_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Den Anregungen zur Sicherung der Wälder und zur Planung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen in Wäldern ist durch die textlichen Regelungen in Kapitel 4.1 (G.23) und 4.5 entsprochen. Die zeichnerische Festlegung als Waldbereich ist nicht Voraussetzung für die Durchführung von Maßnahmen zur Vermehrung von Wald. In den beispielhaft vorgeschlagenen Bereichen bestehen keine verfestigten Planungen zur Neuanlage von Wald, sodass diese entsprechend dem planerischen Konzept nicht als Waldbereiche festgelegt werden. Die in den beiden Bereichen vorgesehene Vorranggebietsdarstellung (Rotbachaue - BSN, Bereich Bliesheim - Regionaler Grünzug) sichert diese Räume dauerhaft für freiraumbezogene Nutzungen, sodass auf nachfolgender Planungsebene die Grundlage für die Aufforstung geeigneter Flächen besteht. Der Grundsatz G.35 bildet eine Grundlage für die Identifikation besonders geeigneter Flächen für die Waldvermehrung. durch die nachfolgenden Planungsebenen.</p> <p>Entsprechend der planerischen Konzeption werden in waldarmen Kommunen Waldbereiche bereits ab einer Fläche von mindestens 5ha festgelegt. Insofern werden die in der Anregung angesprochenen Flächen im Bereich des Retentionsraums als Waldbereiche in der zeichnerischen Festlegung ergänzt.</p>

1005697

## Inhalt

### 6. Wald

? Die Entwicklung von Dauerwald - gemischter, ungleichaltriger, strukturierter Wald aus überwiegend heimischen Baumarten - soll durch den Regionalplan gefördert werden

[...]

#### Thema: **4.5 Wald**

Bezug // Textliche Festlegungen 4.5.2 Klimaschutz bei der Waldbewirtschaftung, G.42, Erläuterungen // Seite /Karte/Ort Seite 112

Der Grundsatz G 42 soll darauf hinweisen, dass die nachhaltige Sicherung der Waldfunktionen nur durch die Entwicklung und Pflege stabiler Waldökosysteme erfolgen kann. In Zeiten großer Unsicherheit über die regionale klimatische Entwicklung und das häufigere Eintreten von Extremwetterlagen kann die Resilienz der Wälder durch Mischung, Ungleichaltrigkeit und Struktur gefördert werden.

Daher sollte der G 42 wie folgt gefasst werden:

"...dem Klimaschutz dienen. Sie soll die Resilienz der Wälder durch mehr Struktur, Mischung und Ungleichaltrigkeit auf der Basis heimischer und unter Berücksichtigung geeigneter nichtheimischer Baumarten stärken. Die Entwicklung von "Dauerwald" als gemischter, ungleichaltriger und strukturierter Wald soll auf der ganzen Fläche angestrebt werden."

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Die Erläuterungen werden im Sinne der Anregungen angepasst.

1005698

## Inhalt

Thema: **Biotopverbund, Regionaler Grünzug: GIBregional Barbarahof/Knapsack**,  
Bezug // Ziel 18 unter Gliederungspunkt 4.2 // Seite /Karte/Ort Erftstadt/Hürth  
Ein interkommunaler GIB-Bereich ?Erweiterung GIB Knapsacker Hügel? (Barbarahof  
zwischen Erftstadt-Kierdorf und Hürth-Knapsack, siehe Kartenausschnitt unten) war  
von den Städten Erftstadt, Brühl, Wesseling und Hürth im Vorfeld der Offenlegung des  
neuen Regionalplans als ?RegionPlus Gewerbe? gemeldet worden, aber nicht in den  
Regionalplan-Entwurf übernommen. Dieses begrüßen wir aus Naturschutzsicht sehr.  
Inzwischen gibt es zwar eine sogen. Machbarkeitsstudie hierzu sowie Antrag,  
Begründung und Umweltbericht der Städte Hürth und Erftstadt, die uns vorliegen. Wir  
lehnen diese Studie und Antrag aber aus naturschutzfachlicher Sicht ab. Das  
städteplanerische Papier wirkt auf den ersten Blick verlockend, weil es versucht, das  
beantragte GIB als naturverträglich darzustellen. Das GIB wird in vier Parzellen  
aufgelöst, die durch ca. 100 m breiten Grünbänder unterbrochen werden. Der im  
Gebiet ausgewiesene Regionale Grünzug von Villewäldern und landwirtschaftlichen  
Flächen soll also mit dem GIB verschnitten werden. Das ist aber faktisch eine  
Zerschneidung des RG durch eine bandartige Erweiterung des GIB Knapsack Zwar  
dürfen laut Z.18 ausnahmsweise RG für siedlungsräumliche Entwicklungen in  
Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des  
betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG  
erhalten bleiben. Wir sehen beide Bedingungen nicht als gegeben an. Es würden  
Flächen mit Bedeutung für den Biotopverbund im verdichteten Raum in Anspruch  
genommen. Die Funktionsfähigkeit und Durchgängigkeit des RG in Nord-Süd-Richtung  
würde stark eingeschränkt und die Erholungsfunktion des Freiraums reduziert. Ferner  
lagern in weiten Bereichen des beantragten GIBreg. Altlasten aus Verkipungen  
während und nach dem Braunkohleabbau. Wir regen vielmehr an, diesen Bereich für  
eine (Ersatz)Aufforstung oder eine Agroforstfläche zur Ergänzung des Biotopverbundes  
und des Grünzug zu verwenden.

[s. Anhang Abb. 1005698\_1]

## Anhänge

[Abb\\_ID1005698.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend  
und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft,  
den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen  
Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter  
Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht  
wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der  
Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des  
LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+  
- Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß  
den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das  
Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten  
Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu  
klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPiG  
NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird für den Bereich des  
"Barbarahofes/Knapsack" ein GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und  
Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige  
raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der  
Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die räumliche Abgrenzung wird in  
Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung, insbesondere  
zur Minderung der Inanspruchnahme von Waldbereichen getroffen. Ergänzend erfolgte  
eine neue textliche Zielfestlegung sowie entsprechender Begründung für  
GIBtransformation mit Festlegungen für den Standort zur Sicherung der Funktionalität  
des Regionalen Grünzuges (s. StnID 1001415).

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen  
Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die  
Festlegung in der gewählten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig  
und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen  
voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der  
Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

--	--	--

1005699	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Thema: <b>4.5 Wald</b></p> <p>Bezug // Textliche Festlegungen 4.5.2 Waldfunktionen und Nutzungen, G.39, Erläuterungen // Seite /Karte/Ort Seite 111</p> <p>Erholung im Wald verträglich ermöglichen: Die genannten Beispiele (Mountainbikestrecke, Kletterpark etc.) sind aus dem Text zu streichen, um die Anregung solcher Projekte durch die textlichen Festlegungen des Regionalplans in jetzt schon wegen Freizeitaktivitäten intensiv und teilweise übernutzten Wäldern zu vermeiden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Beispiele dienen dem Verständnis der betreffenden Festlegung. Sie lösen keinen erhöhten "Erholungsdruck " auf die Wälder aus.</p>

**Inhalt**

Über unsere Dorfgemeinschaft haben wir von o. g. Regionalplanung erfahren, in der auch die Erweiterung des Gewerbegebietes Herreshagen aufgeführt wird und nehmen hierzu fristgerecht wie folgt Stellung:

Wir sehen die geplante Baumaßnahme äußerst kritisch, da eine Erweiterung des Gewerbegebietes an der hierfür vorgesehenen Stelle für unser Dorf eine starke Veränderung, wenn nicht sogar völlige Zerstörung der dörflichen Idylle zur Folge hat. Aufgrund der unmittelbaren Lage zum Dorf hin sind Lärmbelästigungen durch die Betriebe und den damit zusammenhängenden Verkehr sowie Störung durch Licht nicht auszuschließen. Das Dorfbild wird gänzlich zerstört!

Daraus entsteht für uns als Grundstückseigentümer und Hausbesitzer ein unvermeidlich starker Wertverlust unserer Immobilie, den wir auf mindestens 50% beziffern, welchen wir auch einfordern werden.

Außerdem stellt sich uns die Frage, ob bereits ausreichend Anträge für Gewerbeflächen von Betrieben gestellt wurden, um hier überhaupt einen akuten Bedarf begründen zu können. Falls ja, sind wir daran interessiert, um welche Betriebsarten es sich handelt. Hier fordern wir eine entsprechende Akteneinsicht! In diesem Zusammenhang ist es uns außerdem unerklärlich, warum in der Vergangenheit für die Kinder der Dorfbewohner keine Bebauungsflächen für Wohngebiete freigegeben wurden, jetzt jedoch Flächen für die Erweiterung des Gewerbegebietes bereitstehen.

Zudem passt eine solche Planung nicht zu den aktuell dringend erforderlichen Maßnahmen für den Umweltschutz sowie Verbesserung der Klimaverhältnisse, sollte eine derart große und naturbelassene Fläche erneut für wirtschaftliche Flächen weichen und somit komplett verdichtet und bebaut werden. Bereits jetzt hat unser Ortskern bei starkem Regen mit Hochwasser zu kämpfen ? das Regenwasser aus allen umliegenden Wiesen (welches bei Starkregen als Oberflächenwasser nicht mehr wie gewohnt versickert) und das Regenwasser der angrenzenden Straßen zur L306 drängt dann auf den Ortskern auf Höhe ?Auenweg/Schulweg?, sammelt sich dort und kann nicht entweichen.

Mit ein Grund ist die mangelhafte Wasserführung und das nicht mehr ausreichende Kanalsystem. Wir sehen dies bereits jetzt als sehr bedrohlich an und betrachten die umliegenden Grünflächen als unverzichtbar.

Hinzu kommt die starke Abholzung des ?Käferholzes? in den vergangenen Jahren, und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

dass hier keine neue Aufforstung/Bepflanzung oder ein natürlicher Neubewuchs der nun kahlen Waldflächen stattgefunden hat. Hiervon ist unser Dorf bzw. die umliegenden Wälder sehr stark betroffen. Die Folgen werden wir in den kommenden Jahren mit Sicherheit zu spüren bekommen. Abschließend möchten wir aus eigenen Beobachtungen darauf hinweisen, dass die Straßen im Oberbergischen durch starke Bebauung und immer stärkere Nutzung, durch Wohn- oder Gewerbeflächen, sehr stark beschädigt sind und dennoch nicht erneuert werden. Als erschreckendes Beispiel dient hier unsere Straße im Dorf, die L306 in Richtung Engelskirchen, welche, sobald man das Ortsausgangsschild hinter sich hat, das reinste Desaster ist. Für weitere Maßnahmen müssen hier die Voraussetzungen für eine Erneuerung geschaffen werden.

Als Anlage fügen wir Fotos unseres Wohnhauses sowie der aktuellen Aussicht vom Schulweg (gegenüberliegend) auf die geplante Bebauungsfläche bei ? machen Sie sich selbst einen Eindruck. Gerne können Sie uns sich auch vor Ort überzeugen! [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]



AZ: Ö-M-195	
1001341	
1009129	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Stellungnahme:</u></b></p> <p><b>Ich lehne eine Ausweitung des von der Stadtverwaltung Wiehl als "ASB Brächen" bezeichneten Siedlungsbereiches über die bereits bestehenden Siedlungsmöglichkeiten nach den derzeit gültigen Regelungen des BauGB hinaus ab, da diese Ausweitung den Zielsetzungen und Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 („Klimaschutz-V rteil") zuwiderläuft.</b></p> <p><u>einleitende Begründung, kann ggf. auch übersprungen werden, aus lokalpolitischer Sicht aber methodisch interessant als „Step-by-Step-Methodik" oder - volkstümlicher formuliert - als „Salami-Taktik":</u></p> <p>- der gesamte Sachverhalt, der in seinen Ursprüngen seit 2019 bereits Gegenstand auch öffentlicher Diskussion war, ist <b>chronologisch aufgeschlüsselt</b> verstehbarer - bezieht man die Vorgeschichte zum Areal mit ein - aber ggf. für eine übliche Stellungnahme schlicht zu umfangreich. Aus diesem Grund beschränke ich mich auf eine möglichst verständliche Kurz-version - und verwende Fußnoten wie (<b>KLEINBUCH STABE FETT</b>), um im Anhang div. Links oder Auszüge aus Beschlussvorlagen aufzulisten. Also:</p> <p>- Kommunalparlamentarische Vorgeschichte:  2019.07.02: Ratssitzung des Rates der Stadt Wiehl ( RS) Tagesordnungspunkt ( TOP) N 19.1 ( N = nichtöffentlicher Sitzungsabschnitt): „Erwerb von Flächen für Gewerbeansiedlung im Suchraum Drabenderhöhe - Brächen"</p> <p>2019.09.26: Flächennutzungsplanänderung Nr. 102 "Gewerbegebiet Brächen" Aufstellungsbeschluss ( Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt ( APU)), Vorlage 1103/2019 (<b>aa</b>) [s. Anhang Abb. 1009129_1] Es liegt nahe, dass zu diesem Zeitpunkt die Stadtverwaltung Wiehl das Areal bereits erworben hat. Unterlagen dieser Art werden aber nichtöffentlich verhandelt, und damit bleibt der genaue Zeitpunkt des Erwerbs unklar, die Höhe der hierfür verwendeten Mittel ebenfalls.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselflächen sowie linienhafte Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p>

2019, Dezember: reger Widerstand seitens der Anrainer unter Anteilnahme der Wiehler Bürgerschaft führen letztlich dazu, dass die Flächennutzungsplanänderung Nr. 102 ( aa ) [s. Anhang Abb. 1009129\_1] ausgesetzt wird. Erst in 2022 kommt das Thema wieder in die Tischvorlagen von Ausschüssen und Rat.

#### **2022.02.07: die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln beginnt**

2022.02.22: der Antrag einer Fraktion des Rates der Stadt Wiehl, „Brächen" fernerhin als Mischgebiet entwickeln zu wollen ( Vorlage 1657/2022) (a) [s. Anhang Abb. 1009129\_2], wird am:

2022.04.05: vorn Rat der Stadt Wiehl an die Verwaltung der Stadt Wiehl verwiesen, und am:

2022.05.24: als geänderte Vorlage 1657/2022-1 (b) [s. Anhang Abb. 1009129\_3] auf einer Sondersitzung des Rates der Stadt Wiehl erneut diskutiert. Beschlossen wird, die Vorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umwelt ( SPU) zur Entscheidung zu verweisen, der also am:

2022.06.02 vorn SPU als Vorlage 1657/2022-1 (b) [s. Anhang Abb. 1009129\_3] auch beschließt. Darüber hinaus wird am gleichen Tag, am:

2022.06.02: die Vorlage 1678/2022-1 ( c ) [s. Anhang Abb. 1009129\_4] geändert beschlossen. Der Schwerpunkt wird m.E. stärker als bislang auf die Siedlungsflächenentwicklung zentriert, außerdem mit weniger Zielen des nachhaltigen Bauens, denn: „**Ziele der Umwelt- und Klimawerkstatt werden bei der Realisierung komprimiert umgesetzt**" ( Anm.: komprimiert= interpretationsfähig, komprimiert werden können einerseits die Ziele im Sinne von ?eingedampft" ( negativ), andererseits kann ?komprimiert" bedeuten, dass ( positiv) ALLE Ziele maximal umgesetzt werden sollen), auch auf Antrag zahlreicher Stadtverordneter aus dem an das Areal angrenzenden Ort Drabenderhöhe ( Datum der erstmaligen Einreichung dieses zusätzlichen Antrages 1678/2022: 2022.03 .20, erste Entscheidung Ende Mai 2022, obwohl die Öffentlichkeits-beteiligung bereits am 7. Februar begonnen hatte).

2022.06.14: der Rat der Stadt Wiehl beschließt final die Vorlagen 1657/2022-1 (b) [s. Anhang Abb. 1009129\_3] und 1678/2022-1 ( c ) [s. Anhang Abb. 1009129\_4]. Darüber hinaus wird eine m.E. „eingekürzte Interpretation" als Vorlage 1710/22 ( d ) [s. Anhang Abb. 1009129\_5] vorn Rat der Stadt Wiehl zugleich beschlossen, die auf (b) [s. Anhang Abb. 1009129\_3] und ( c ) [s. Anhang Abb. 1009129\_4] basiert, und die als ?Stellungnahme der Verwaltung der Stadt Wiehl zur Öffentlichkeitsbeteiligung vom 07.02.22 bis zum 31.08.22 zur Regionalplanung der Bezirksregierung Köln" von der Stadtverwaltung Wiehl bei der Bezirksregierung eingereicht werden soll/eingereicht worden ist. Diese Stellungnahme insinuiert m.E., dass die gesamte Wiehler

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Bürgerschaft hinter dem Überbauungsvorhaben in Brächen stünde. Laut Briefkopf wurde sie bereits im Vorlauf der Ratssitzung am 11.05.22 erstellt und lässt damit Rückschlüsse auf die Zielsetzung durchaus zu .. Auch ist noch ein zweiter Sachverhalt in (d) [s. Anhang Abb. 1009129\_5] namens "Oberbantenberg" integriert ( es geht auch hier um Baulandgewinnung), was als "Mix-Up" m.E. die hier m.E. durchaus wünschenswerte Transparenz nicht eben zu befördern erscheint, aber wiederum Rückschlüsse auf die Baufreudigkeit der Verwaltung der Stadt Wiehl zulässt, unbeachtlich des o.a. Urteils des Bundesverfassungsgericht vom April 2021.

2022.06.23: ich frage bei der Verwaltung der Stadt Wiehl an, ob die Stellungnahme (d) [s. Anhang Abb. 1009129\_5] vom 14.06.22 auf dem Beteiligungsportal der Bezirksregierung erscheinen wird, zur Einsicht für die breite Öffentlichkeit sowie zwecks eigener möglich erscheinender Stellungnahmen von BürgerInnen der Stadt Wiehl.

**2022.07.01: die Antwort auf mein Schreiben vom 23.06.22 lautet, die Stellungnahme muss nicht veröffentlicht werden und wird demnach auch nicht veröffentlicht werden.**

Der Schriftverkehr hierzu liegt mir als E-Mails vor.

( Anmerkung: meine bisherige Interpretation, unsere Stadtverwaltung gedenke absehbar unaufhörlich ( auch weitere Bauvorhaben gibt es derzeit noch im Stadtgebiet, über Brächen und Oberbantenberg hinaus, selbst in gewachsenen Dorfstrukturen sollen "Big Blocks" mit Tiefgaragen umsetzbar sein oder sind von Investoren bereits angedacht!) Flächen zwecks Überbauung zu entwickeln, verfestigt sich derart, dass sie abstrahiert dem verwendeten Werkstoff Beton recht nahe kommt. Eine perspektivische Rede des Bürgermeisters von 2019 beinhaltete ja schließlich, bis 2035 die Einwohnerzahl der Stadt Wiehl von derzeit knapp 26.000 Einwohnern auf 30.000 Einwohner steigern zu wollen, unbeachtlich des damit verbundenen Ausbaus der dazugehörigen Infrastruktur in sämtlichen Bereichen. Ich hingegen hielte es allemal für sinnvoller, erst einmal die energetische Bestandserüchtigung erfolgreich in Angriff zu nehmen und hier auch zu bestehen.)

#### BEGRÜNDUNG:

- auf dem Hoheitsgebiet der Stadt Wiehl wurden von 2018-2021 lt. meiner Einwohnerfrage im Herbst 2021 , die am 1. 03. 2022 auch mit Angaben über Flächenverbrauch und die Anzahl der von 2018-2021 fertiggestellten Wohnungen von der Verwaltung per E-Mail beantwortet worden ist. Rechnerisch konnte ich damit ermitteln, dass sogar die von der Bundesregierung nach der Bundestagswahl avisierten 400.000

Wohnungen pro Jahr bereits von 2018-2021 anteilig in Wiehl erstellt wurden, d.h. ein **st** **atistischer Mangel an Bauleistung** im bundesweiten Vergleich derzeit bei der **Anzahl**

**fertiggestellter Wohnungen nicht oder noch nicht feststellbar ist.**

(01.03.2022, Antwort des Fachbereich 6: „Seit 2018 wurden 53 Wohnungen (WE) in Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt und fertiggestellt. In Mehrfamilienhäusern wurden 66 Wohneinheiten genehmigt und fertiggestellt. 31 Wohneinheiten wurden durch An- oder Umbauten geschaffen. Weitere Wohneinheiten sind genehmigt oder bereits im Bau, aber noch nicht fertiggestellt. Der ganz überwiegende Anteil der neu geschaffenen Wohneinheiten wurde auf Baulücken in Bestandsgebieten errichtet. Größere Baugebiete wurden in diesem Zeitraum nicht entwickelt. Kleinere Siedlungsergänzungen liegen flächenmäßig insgesamt unter einem ha. Die Nachfrage nach Wohnungen ist damit bei weitem nicht gedeckt.“) Meine Rechnung: 53WE + 66WE + 31 WE = 150 WE von 2018-01.03 .2022, also ca. 150 WE für 2018-2021 , d.h.  $150/4 = 37,5\text{WE/Jahr}$ . 400.000 WE/Jahr bundesweit geteilt durch 10.790 Kommunen im Bundesgebiet= 37,07WE pro Kommune pro Jahr: der Schnitt von bundesweit zu erstellenden 37,07WE wird also durch die 37,5WE, die in Wiehl jeweils in den Jahren von 2018-2021 erstellt worden sind, sogar bereits anzahlmäßig leicht übertroffen. Die Topografie des Oberbergischen setzt hierbei der nicht mitgewachsenen Verkehrsinfrastruktur Grenzen, d.h. Verkehrsstaus sind in Wiehl bereits heute keine Ausnahme mehr und schaden der Umwelt.

- „**Zahlen irritieren ggf. die Öffentlichkeit**“ - weder aus (a) [s. Anhang Abb. 1009129\_2], (b) [s. Anhang Abb. 1009129\_3], (c) [s. Anhang Abb. 1009129\_4] noch (d) [s. Anhang Abb. 1009129\_5] ist zahlenmässig ersichtlich, dass die nach derzeit geltenden Regelungen des BauGB zu bebauende Fläche entlang der Bundesstraße B 56 schätzungsweise **1 Hektar Fläche** verbrauchen würde, der Überbauungswunsch nach (d) [s. Anhang Abb. 1009129\_5] aber schätzungsweise **8 Hektar umfassen soll, ggf. einige weitere Hektar an Naturboden**, um die das 2019 geplante Gewerbegebiet vor Ort seinerzeit erweiterbar hätte sein sollen. **Dabei liegen die korrekten Hektarzahlen der Verwaltung der Stadt Wiehl bzw. deren Katasteramt vor, denn das Gelände wurde seitens der Kommune in 2019 käuflich erworben** ( siehe 2019.09.26 Vorlage 1103/2019 (aa) [s. Anhang Abb. 1009129\_1],

- überbordend erscheinende stadtkosmetische Baumassnahmen exklusive der noch ausstehenden Überarbeitung des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums Wiehl zur Ertüchtigung der Kommune für investitionsfreudige NeubürgerInnen haben in den letzten Jahren den **Etat der Stadt Wiehl inklusive div. Nebenhaushalte stark strapaziert**, infolgedessen erscheinen Investments in "Betongold" vielleicht als möglicher Ausweg aus letztlich finanzstrukturell nachhaltigen Schwierigkeiten.

- **Naturschutz, Vermeidung von Flächenversiegelung und damit die Aufrechterhaltung von Regenwassereintrag in das Grundwasser** sind allem Anschein nach nachrangige, vernachlässigbare Aspekte unter der Bedrohung, die von

finanzmarkttechnischen Problematiken auszugehen scheint - sowie von der finanziellen Attraktion, die die unaufhörliche Überbauung von Natur und Umwelt auch **nach bereits 4 Jahren der Dürre** immer noch zu haben scheint. **Das an das Areal direkt angrenzende Quellgebiet des Loopebachs, dessen Oberlauf darüber hinaus durch das NATURA 2000 - Schutzgebiet in der Nachbarkommune Engelskirchen verläuft, erscheint zudem bodenhydraulisch in seinem heutigen Bestand durch eine großflächige Überbauung gefährdet, und diesbezügliche Umweltgutachten liegen nicht vor, denn das Areal war im Vorlaufprozedere der aktuellen Regionalplanung nicht für die Umweltprüfung antizipiert und somit gutachterlich nicht abprüfbar.**

- **Klimavorsorge: finanzielle Reserven**, die Kommune für kommende Jahrzehnte angesichts des schneller fortschreitenden Klimawandels zu ertüchtigen, gibt es **entweder nicht, oder der kreisweit niedrigste Gewerbesteuer-Hebesatz ist von ungleich höherer Priorität**, trotz der Tatsache eines Überhangs von ca. 2000 mehr Einpendlern nach Wiehl, als von Menschen, die zur Arbeit nach auswärts pendeln müssen.

- **Mischgebiet in Brächen: seit einigen Jahren werden Handwerksbetriebe aus Wohngebieten in Gewerbegebiete umgesiedelt z.B. zwecks Lärmvermeidung.** Ein Mischgebiet in Brächen würde demnach vermutlich allein Dienstleistungsbetriebe integrieren können, oder konkreter angedacht als "Co-Working-Space" teuren Kölner Büroraum preislich zu unterbieten vermögen. **Das muss keine schlechte Idee sein, jedoch erscheint sie mir nicht hinreichend zwingend, um die Überbauung von Loopebach-nahem Quellgebiet und bestem Naturgrund zu rechtfertigen.** Der derzeitige Mangel an Handwerksbetrieben und Fachkräften nahezu aller arbeitsintensiven Bereiche wirft zudem die gesamtgesellschaftliche Frage danach auf, ob die Idee eines Metaversums nach zuckerberg'scher Vision, wo Alle ihre fiktiv scheinbar sicheren Einkommen zu erzielen vermögen, wirklich eine gute Idee ist, und nicht allein ein umweltschädlicher Hype oder eine vorübergehende Mode. ( Irgendwo muß auch mal einfach jemand anpacken, in Handwerk, Pflege, Technik, menschlicher Präsenz, was auch immer - es gilt schließlich unter dem Strich, letztlich den ressourcenmäßig begrenzten Planeten Erde klimatechnisch und unter humanistischen Gesichtspunkten zu ertüchtigen, im Sinne des o.a. BVG-Urteils zur Klimavorsorge!)

Quellen: **Die folgenden Links sind leider nicht durch Anklicken aktivierbar, das Ratsinfosystem der Stadtverwaltung Wiehl blockt solche Anfragen leider ab.** Damit wird dieses Schreiben noch umfangreicher, da ich die jeweiligen downgeloadeten Unterlagen als E-Mail-Attachment nun mit versenden muß, damit sie verifizierbar sind: Interessierte haben aber dennoch die Möglichkeit, über die jeweiligen Sitzungstermine aus dem von mir erstellten chronologischen Ablauf im Ratskalender die jeweilige Tagesordnung aufzurufen, den jeweiligen Tagesordnungspunkt zu identifizieren und

sich das jeweilige Vorlage-Sammeldokument händisch downzuladen. Ich muß zugeben, dass die Gesamtstellungnahme nun ein recht hohes Textaufkommen umfaßt - andererseits handelt es sich nun einmal auch um einen Aufwand, den man nicht alle Tage machen muß: die Regionalplanung der Bezirksregierung Köln wird ja nach Offenlage und Öffentlichkeitsbeteiligung demnächst ihre Geltung für die Jahre bzw. gar Jahrzehnte bis 2043 entfalten.

(aa): 97017.pdf Änderungswunsch Flächennutzungsplan Nr. 102 Vorlage-Sammeldokument 1103/2019 <http://www.wiehl.sitzungonline.de/bi/tmp/tmp/45081036/HNEeAGGp3ZfsR91rcO889xB3ZaxxIHXYshOISlcF/BDPnTdav/97017.pdf>

[s. Anhang Abb. 1009129\_1]

(a): 112756.pdf Vorlage-Sammeldokument 1657 /2022 <http://www.wiehl.sitzungonline.de/bi/tmp/tmp/45081036/HNEeAGGp3ZfsR91rcO889xB3ZaxxIHXYshOISlcF/MusgQkfw/112756.pdf>

[s. Anhang Abb. 1009129\_2]

(b): 114520.pdf Vorlage-Sammeldokument 1657 /2022-1 <http://www.wiehl.sitzungonline.de/bi/tmp/tmp/45081036/HNEeAGGp3ZfsR91rcO889xB3ZaxxIHXYshOISlcF/AKBAergw/114520.pdf>

[s. Anhang Abb. 1009129\_3]

(c): 114656.pdf Vorlage-Sammeldokument 1678/2022-1 <http://www.wiehl.sitzungonline.de/bi/tmp/tmp/45081036/HNEeAGGp3ZfsR91rcO889xB3ZaxxIHXYshOISlcF/MEXvirgw/114656.pdf>

[s. Anhang Abb. 1009129\_4]

(d): 114417.pdf Vorlage-Sammeldokument 1710/2022 samt vorbereiteter Stellungnahme der Verwaltung der Stadt Wiehl vom 10.05.22 zur Öffentlichkeitsbeteiligung zur Regionalplanung 2018-2043 <http://www.wiehl.sitzungonline.de/bi/tmp/tmp/45081036/OAYh5MMHWIGZt716BncfeLROTTSyn8uers6yScTO/xsWRzrHX/114417.pdf>

[s. Anhang Abb. 1009129\_5]

Mit den besten Grüßen aus dem Oberbergischen, und herzlichem Dank für Ihre Arbeit!!

Wiehl, am 27.07.22 [ANONYMISIERT].

Anlagen:

- 97017.pdf [s. Anhang Abb. 1009129\_1]
- 112756.pdf [s. Anhang Abb. 1009129\_2]
- 114520.pdf [s. Anhang Abb. 1009129\_3]
- 114656.pdf [s. Anhang Abb. 1009129\_4]
- 114417.pdf [s. Anhang Abb. 1009129\_5]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1009129\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1009129\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1009129\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1009129\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1009129\\_5.pdf](#)

**Inhalt**

Die aktuelle zeichnerische Darstellung des Regionalplans lässt eine Teilfläche in Köln-Widdersdorf außen vor, die aus der Sicht der Deutschen Reihenhaus AG ideal für eine wohnbauliche Entwicklung geeignet ist.

Eine städtebauliche Arrondierung im Süden des Stadtteils ermöglicht eine Realisierung von über 50 Wohneinheiten, die einen Beitrag zur Entspannung des Kölner Wohnungsmarkts leisten würden. In der Planung wird eine gemischte Bautypologie berücksichtigt, da sowohl Reihen- als auch Mehrfamilienhäuser realisiert werden sollen (Letzteres könnte wesentlich zum sozial-geförderten Wohnungsbau beitragen). So wird auf dem gesamten Grundstück der Wohnbedarf für verschiedene Zielgruppen berücksichtigt. Die Deutsche Reihenhaus setzt sich für leistbaren Wohnraum ein und hat bereits eine Einigkeit mit den Eigentümern des Grundstücks erzielt. Demnach wurde seitens der Deutschen Reihenhaus auf die Neuauftellung des Regionalplans gewartet, um die Grundlage für ein späteres Bauleitverfahren zu schaffen. Unsere standardisierte Bauweise ermöglicht es weiterhin, trotz steigender Baukosten, bezahlbare Preise im Neubausegment anzubieten, welche aufgrund der aktuellen Wohnungsmarktentwicklung dringend benötigt wird. Bei einer Berücksichtigung der Fläche in der Neuauftellung des Regionalplans würde somit dringend benötigter Wohnraum entstehen. Für eine Ergänzung der Fläche in den Regionalplan spricht zudem, dass die Bestandsgebäude an der Franz-Braßart Straße in der aktuellen zeichnerischen Darstellung der Neuauftellung nicht berücksichtigt werden. Die Bestandsbebauung könnten im Zuge einer Änderung ebenfalls als ASB aufgenommen werden. Wenn die Fläche im Regionalplan berücksichtigt wird, kann diese in einer städtebaulichen Gesamtheit gedacht und entwickelt werden. Die geplante Bebauung könnte sich gut in die bestehende Umgebung einfügen und durch die anvisierte Arrondierung zum potenziellen Schienenweg würde zudem langfristig eine städtebaulich sinnvolle Anbindung des ÖPNV in Köln-Widdersdorf ermöglicht werden. Wir hoffen, dass die Stellungnahme berücksichtigt wird und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

[ANONYMISIERT]

[s. Anhang Abb. 1001645\_1]

[s. Anhang Abb. 1001645\_2]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1001645\\_1.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.





AZ: Ö-M-198	
1001453	
1008288	
<p>Inhalt</p> <p>1. Grundsätzliches: Die Dürrejahre ab 2018 haben fortlaufend zum großflächigen Absterben von Bäumen aller Baumarten, besonders jedoch der Fichte, geführt. Die dem GEB zugrundliegenden Außenaufnahmen sind oftmals überholt.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es ergibt sich daraus kein Handlungsbedarf in Bezug auf die geplanten Festlegungen Regionalplans.</p>

1008289

#### Inhalt

##### 2. Schutz von Saatgutbeständen

Aus dem Entwurf 2021, Nr. 4.5.2. Punkt 3: Wald mit besonderer Bedeutung und Wildnisgebiete schützen, hier Saatgutbestände:

Bei gewissen Beständen und Baumarten ist nur eine Liegendbeerntung möglich. Hier werden in reifen Beständen Bäume gefällt, das Saatgut genutzt und das Holz dann verkauft. Die uneingeschränkte Nutzung des Holzes von Saatgutbeständen muss möglich bleiben.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Der Hinweis richtet sich an die Umsetzung auf nachfolgenden Ebenen.

1008290	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>3. Ausweitung von ?Flächen zum Schutz der Natur?  Die Flächen zum Schutz der Natur sollen deutlich ausgeweitet werden.  In der aktuell gültigen Landschaftsplanung der Stadt Rheinbach etc. wurden die temporär Wasser führenden Siefen unter Naturschutz gestellt. Die spätere Landschaftplanung in Euskirchen verzichtet richtiger Weise hierauf und wies auch in den Siefen keine Naturschutzgebiete aus..  Hierzu die Karten aus dem aktuellen Entwurf des GEB, hier auf Kreisebene, daher zwei Karten.</p> <p>S. Legende, links Zeile 15</p> <p>[1 Abbildung]</p> <p>Karte Rhein Sieg Kreis</p> <p>[1 Abbildung]</p> <p>Konkrete Beispiele (Daten aus: Geoportal NRW):</p> <p>[Tabelle]</p> <p>Karte Kreis Euskirchen</p> <p>[1 Abbildung]  [Tabelle]</p> <p>Fazit:  Eine Ausweitung von Flächen zum Schutz der Natur über die derzeitige Ausweisung von Naturschutzgebieten hinaus ist nicht erforderlich. Hier sind die Karten des Gebietsentwicklungsplanes zu korrigieren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p>

AZ: Ö-M-2

1001107

1000940

#### Inhalt

##### 1. Lückenschluss Rad-und Gehweg entlang der L 300

Unter Hinweis auf die anliegende Erläuterungskarte | 2 (Radwege) ist festzustellen, dass der bereits in den letzten Jahren fertig ausgebaute Rad-und Gehweg entlang der L 300 zwischen Bonn und Hersel (Einmündung der Richard-Piel-Str.) sowie von Widdig (Einmündung Römerstrasse) bis nach Köln komplett fehlt.

Darüber hinaus plant Straßen NRW gemeinsam mit der Stadt Bornheim aktuell den noch fehlenden Ausbau des Rad-und Gehweges zwischen Hersel und Widdig entlang der L 300 der leider ebenfalls in Ihrem Kartenwerk nicht verzeichnet ist. Für die Bürger Uedorfs wäre die Realisierung des Rad-und Gehweges entlang der L 300 sehr wichtig, da sehr viele Häuser direkt an der L 300 stehen und die Bürger, insbesondere die Kinder und Senioren mit Handicaps über eine unbefestigte Strecke, die teilweise lebensgefährlich ist (Tempo 70 erlaubt) Richtung Haltestelle der Linie 16 oder auch in den Ort hinein gehen müssen. Für die Kinder und Jugendlichen ist dies ihr täglicher Schulweg, weil es keine andere Möglichkeit gibt, so dass eine Realisierung dieses kombinierten Rad- und Gehweges entlang der L 300 sehr wichtig ist. Wenn dieser Lückenschluss realisiert würde, könnten Radfahrer durchgängig von Köln nach Bonn auf einem separaten Radweg fahren. Wir bitten um Ergänzung im Regionalplan.

[s. Anhang Abb. 1000940\_1]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1000940\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.

1000941	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><u>2. Radwegverbindung zwischen Uedorf und Bornheim</u></p> <p>Unter Hinweis auf die anliegende Erläuterungskarte   2(Radwege) ist festzustellen, dass der seitens der Stadt Bornheim beschlossene Ausbau der Bornheimer Str./Uedorfer Weg mit einem separaten Rad-und Gehweg komplett fehlt. Viele Kinder und Jugendlichen aus Uedorf und den anderen Rheinorten nutzen die vielbefahrene Strasse zwischen Uedorf und Bornheim, um die dortigen weiterführenden Schulen(Europaschule und Alexander von Humboldt Gymnasium) mit dem Fahrrad zu erreichen. Daher ist der geplante Bau des Rad- und Gehweges so wichtig für die Schulwegsicherung unserer Kinder. Diese Radwegverbindung ist zudem eine wichtige Verbindungsachse zwischen den Orten am Villehang und den Rheinorten der Stadt Bornheim. Die im letzten Jahr ausgeschilderte Apfelroute" führt teilweise über die Bornheimer Str/Uedorfer Weg ; für die Sicherheit der Radfahrer ist der Bau eines kombinierten Rad-und Gehweges zwingend erforderlich aufgrund des stark gestiegenen Verkehrsaufkommens. Wir bitten um Ergänzung im Regionalplan.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1000941_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1000941_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte I2 (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.

Das betrifft die Planung **K\_PUL\_BM\_Schiene\_01** insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da ich in diesem Bereich (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße) regelmäßig spazieren gehe und mir durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird. Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park.

Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu *G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

1003610	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Das neu ausgewiesene Wohngebiet <b>PUL_ASB_2</b> führt zu einer weiteren Flächenversiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Das ist aus ökologisch hinreichend bekannten Gründen abzulehnen. Auch die dafür erforderliche Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße ist für mich nicht akzeptabel.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-M-2035	
1005195	
1010226	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Jülich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 80 ha der Fläche die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2036	
1005197	
1009977	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>in Bad Münstereifel-Kirspenich bewirtschafte ich einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung sowie Grünlandnutzung mit Mutterkuhhaltung.</p> <p>Die von mir bewirtschafteten Flächen liegen alle im Kreis Euskirchen in den Gemarkungen Antweiler, Arloff, Euenheim, Niederkastenholz, Kalkar und Iversheim.</p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der Kartierungen sind nahezu meine gesamten bewirtschafteten Betriebsflächen von rund 61ha, davon ca. 39ha Ackerland und ca. 22ha Grünland, als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) überplant.</p> <p>Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Hinzu kommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Auch habe ich die Befürchtung, aufgrund des Verordnungsentwurfes künftig nicht mehr genug Futter für meine Tiere entnehmen zu können. Durch den dann viel geringeren Ertrag meiner Flächen macht sich die BRD, genau wie bereits in anderen Wirtschaftszweigen, auch im Bereich der Lebensmittelversorgung abhängig. Es muss zumindest unsere Selbstversorgung gesichert sein. Mit Blick auf die Welternährungslage sind sämtliche Maßnahmen, die einer konventionellen Landwirtschaft entgegenstehen, nicht hinzunehmen.</p> <p>Aus diesen wichtigen Gründen wende ich mich gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen bzw. der Grünlandflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2037	
1005198	
1009849_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit legen wir Widerspruch gegen die vorgestellten Regionalpläne 8- 807-004 und 005 sowie 8-808-006 und 809-010 ein. Wir wohnen in Neubrück und sind hier sowie auch in Merheim, Brück und Rath gut vernetzt. Auch mit dem RSV Sportverein.</p> <p>Die Freiflächen - « unsere Felder » - sind seit jeher als grüne Lunge zur Sicherstellung der Stadtdurchlüftung vorgesehen und erfüllen somit eine wichtige Funktion für uns alle hier in Köln. Angesichts der Klimaerwärmung sprechen sich die Politiker unterschiedlicher Couleur bundes- und landesweit, auch regional (s. auch Berichterstattung KStA) dringend für den Erhalt der noch unversiegelten Flächen aus, um der Erhitzung der Stadt etwas entgegen zu setzen.</p> <p>Nun sollen sehr große Stücke dieser Freiflächen, die aus unversiegelten &amp; grösstenteils landwirtschaftlich genutzten Böden bestehen, für Wohnbebauung versiegelt werden.</p> <p>Hiermit wird der Durchlüftungskorridor unwiderruflich geschädigt. Ganz abgesehen davon, dass mit den neu versiegelten hitzestauenden Flächen auch weitere Faktoren (Autos etc) hinzu kommen, die die bisherige Frischluft belasten und verschmutzen.</p> <p>Wir alle - also Ihre und unsere Kinder u Enkel - werden die noch unversiegelten Landschaften sehr benötigen, um auf den heute schon großflächig versiegelten / bebauten Flächen weiterhin leben zu können.</p> <p>Dies ist bekannt und in Folge beschreibt moderne Stadtplanung bereits andere Wege - Z.B. Bebauung in die Höhe, Ermöglichung von Wohnraumwechsel zwischen Jung und Alt, um den unterschiedlichen Platzbedürfnissen der verschiedenen Lebensphasen Rechnung zu tragen.</p> <p>Eine derartige zukunftsweisende Bebauungsplanung ist aus den Plänen nicht ersichtlich. Wesentlich ist jedoch, dass die gesamte unversiegelte Fläche ein zusammenhängender Durchlüftungskorridor für uns alle ist.</p> <p>Wir widersprechen hiermit aus obigen Gründen entschieden den vorgelegten Plänen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-2038	
1005199	
1009976	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Euskirchen-Euenheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 26,5 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ und ca. ? ha im Gebiet „Schutz der Natur“.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2039	
1005200	
1010299	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Brauweiler einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 90% der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2040	
1005201	
1010306	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich als Eigentümer der unten aufgeführten Grundstücke Einspruch gegen den Regionalplan, Die Umwandlung des Landschaftsschutzgebietes zu einem Naturschutzgebiet führt zu einer Entwertung der landwirtschaftlichen Nutzflächen:</p> <p>Rhein-Erft-Kreis, Stadt Kerpen, Gemarkung Sindorf, Flur 14 Nr. [ANONYMISIERT] und Flur 15 Nr. [ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2041	
1005202	
1009987	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Jülich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 35ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2042	
1005408	
1010817	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte mit meinem landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb diverse Acker- und Grünlandflächen bzw. Weideflächen, die von dem neuen Regionalplan massiv betroffen wären. In der geplanten Form würde der neue Regionalplan beide Betriebszweige (Ackerbau und Tierhaltung) stark beeinträchtigen und langfristig existenzgefährdend sein. Dies bezieht sich auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Ich beantrage daher, die beigelegten Flächen nicht in den Regionalplan aufzunehmen bzw. mit dem Schutzstatus zu belegen, um diese weiterhin kostendeckend bewirtschaften zu können bzw. in der Tierhaltung für eine sichere und artgerechte Beweidung sorgen zu können, die aufgrund großer Giftpflanzenvorkommen den Tieren unabhängig von finanziellen Nachteilen sonst nicht mehr zuzumuten wäre. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Lindlar einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 120ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (BLSE) sowie im Gebiet „Schutz der Natur“ (BSN).

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2044	
1005411	
1010399_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Hückeswagen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 50ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (BLSE) sowie im Gebiet „Schutz der Natur“ (BSN).</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2045	
1005412	
1010847	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Euskirchen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer Marktrucht und Gemüseanbau. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 5ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 12,5ha im Gebiet "Schutz der Natur und "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_2]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010847_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2046	
1005415	
1010405_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Wipperfürth/Radevormwald einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 65ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (BLSE) sowie im Gebiet „Schutz der Natur“ (BSN).</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Als Vollerwerbsbetrieb [ANONYMISIERT] sehen wir die Ausweisung neuer BSN-Gebiete mit grosser Sorge. Wir befürchten weitere Auflagen und wirtschaftliche Erschwernisse ohne Honorierung.

Bei der Ansicht Ihrer Karte stellen wir fest, dass die Grenzen der BSN-Gebiete nun **durch** bewirtschaftete Felder laufen. Es ist uns heute auch nach mehreren Telefonaten nicht gelungen, eindeutig herauszufinden, ob der grosse Massstab Ihrer Karte oder die jeweilige Kulisse die Ursache ist.

Betroffen ist [ANONYMISIERT], ein Feld, auf dem Getreide angebaut wird **und** Naturschutzverträge für Ackerrandstreifen bestehen. Grösse ca. 4 ha, etwa rechteckiger Grundriss. Eine Ecke, quer über Feld und Randstreifen, ca 0,6 ha ist jetzt BSN-Gebiet. Da fragt man sich als eh schon geplagter Landwirt, wie man demnächst wohl pflügen soll. Möglicherweise sind weitere Ackerschläge von uns betroffen.

**Bitte also nehmen sie alle bereits von uns als Acker bewirtschafteten Schläge von der Neuausweisung zu BSN-Gebiete heraus!**

**Bitte nehmen Sie auch alle unsere Felder, die man mähen kann, und für die Futtergewinnung braucht, von der Neuausweisung zu BSN-Gebieten heraus.**

Dies gilt in unserem Fall für [ANONYMISIERT]. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, was hier skizziert wurde. Auf diesen Parzellen existieren bereits Naturschutzverträge, da wo sie passen. Da wo es soweit eben ist, dass man mähen kann, brauchen wir das Feld als Futterfläche.

Es sieht aus, als wäre es mittendurch abgetrennt um als Teil zur BSN-Fläche zu werden. Wir müssen das Feld aber ganz mähen für die Futtergewinnung für unsere Kühe. Und bedenken Sie bitte: Ohne Kühe hätten wir auch kein Jungvieh mehr, das die Naturschutzflächen abweidet. Möglicherweise sind noch weitere unserer Felder betroffen.

Dürresommer, steigende Anforderungen, steigende Betriebsmittelkosten und nicht wirklich so viel steigende Preise treffen uns Landwirte, die wir auch seither kein leichtes Wirtschaften hatten und schon lange am Limit stehen. **Weitere Auflagen können wir, die Landwirte nicht mehr tragen.**

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmässig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Schützen sie uns Eifler Landwirte als Erzeuger heimischer Lebensmittel!**

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2048	
1005417	
1010851	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Euskirchen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 128,2ha frt Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ und ca. 80ha im Gebiet„Schutz der Natur“.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-M-2049	
1005418	
1010410_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Familie bewirtschaftet in 51674 Wiehl, [ANONYMISIERT], Gemarkung [ANONYMISIERT] einen Vollerwerbsmilchviehbetrieb mit ca. 100 Milchkühen und der dazugehörigen Nachzucht. Die Hofnachfolge ist gesichert. Mein Sohn [ANONYMISIERT] hat im Juni 2022 die Prüfung zum staatliche geprüften Agrarbetriebswirt abgelegt und möchte den Betrieb weiterführen und auch noch erweitern.</p> <p>In Ihrer Planung sind in Wiehl Dahl [ANONYMISIERT] von uns landwirtschaftlich genutzte Flächen in einer Größe von etwa 10ha. als Industriegebiet vorgesehen.</p> <p>Sollte diese Planung dergestalt umgesetzt werden, verlieren wir diese hofnahen Flächen, die zusammen mit anderen Parzellen einen wesentlichen Teil unseres Betriebes ausmachen. Mit Blick auf die Zukunft und den Fortbestand unseres Betriebes durch meinen Sohn, als mein Hofnachfolger, können wir auf diese Flächen nicht verzichten. Ferner würden durch die Errichtung eines Industriegebietes, die für die Landwirtschaft notwendige Bewirtschaftungsgrundlage dauerhaft vernichtet.</p> <p>Große Teile der von Ihnen verplanten Flächen liegen in meinem Eigentum und ich bin nicht bereit, diese zu veräußern. Wir haben - auch mit anderen betroffenen Landwirten - kürzlich einen Gesprächstermin bei der Stadt Wiehl wahrgenommen, in dem sich herausgestellt hat, dass auch die Stadt kein Interesse an einem von Ihnen geplanten Industriegebiet am besagten Standort hat.</p> <p>Zum Abschluss sei erwähnt, dass Sie mit Ihrer Planung und einer etwaigen Festsetzung die Existenz bäuerlicher Familien massiv erschweren und ggf. vernichten. Wir sind auf landwirtschaftliche Flächen angewiesen, die ohnehin knapp sind und durch Bauprojekte, die eine dauerhafte Versiegelung mit sich bringen (Stichwort: Flächenverbrauch) ohnehin weniger werden. Sie werden verstehen, dass wir als generationenübergreifender Betrieb nicht gewillt sind hinzunehmen, wie unser Eigentum anderweitig - existenzgefährdend - landwirtschaftsfern - verplant wird.</p> <p>Wir können nur hoffen, dass in der weiteren Planungsphase die Nöte der Landwirte ernst genommen werden, die mitunter auch Ihre Lebensmittel produzieren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-2050

1005419

1010418

#### Inhalt

Mein Betrieb wird konventionell bewirtschaftet. Die Wallhecken, die unsere Wiesen einrahmen, bieten einen reichen Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Wildtiere. Sie werden in den Wintermonaten verschnitten. Obwohl wir kein Biobetrieb sind, achten wir auf die Umwelt, da wir sonst keinen betrieblichen Erfolg haben können. Wir haben durch unsere Art der Bewirtschaftung Einfluss auf reichhaltiges Bodenleben, gesundes Wasser und saubere Luft. Nur so können unsere Rinder gesund aufwachsen und hochwertige Rohmilcherzeugnisse, die von der Molkerei gebraucht werden, in der Klimapolitischen Zeit, in der wir uns befinden, ist unser Dauergrünland wichtiger denn je, umso trauriger, dass aus diesen Betrieben Prämien herausgenommen werden. Sie sind zwar dafür nicht verantwortlich. Aber vielleicht werden ja in diesem Fall die unterschiedlichen Behörden mit einander kooperieren.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Die vorgebrachten Bedenken und Informationen haben keine regionalplanerische Relevanz.

AZ: Ö-M-2051	
1005420	
1010429_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans in der Bezirksregierung Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 51143 einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 40 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. ...ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2052	
1005422	
1010443_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:  Ich bewirtschafte in Hückeswagen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 83ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (BLSE) sowie im Gebiet „Schutz der Natur“ (BSN).</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2053	
1005423	
1010853	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Uedelhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ und ca. 6ha im Gebiet „Schutz der Natur“.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2054	
1005424	
1010449_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich nehme hiermit Stellung zur Regionalplanung Köln Blatt 13 Rein Sieg Kreis. Ich bin Landwirt in Königswinter Ittenbach. In ihren Plänen sind auf all meinen Eigentumsflächen und einigen Pachtflächen die Regelung: ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierter Erholung? vorgesehen. Außerdem gibt es Flächen, die in den Naturschutz überführt werden sollen. Desweiteren ist eine Bahntrasse durch unsere Ländereien geplant. <b>Zu diesen Auflage auf meinen Flächen lege ich hiermit Einspruch ein.</b> Auf den Flächen werden Nahrungsmittel für die örtliche, regionale Bevölkerung produziert. Die Bewirtschaftung der Eigentumsflächen sowie Pachtflächen dienen zur Existenz unseres Betriebes. <b>Vorsorglich weise ich darauf hin, dass diese Auflagen zu einem entgangenen Gewinn führt und dieser von Ihnen ausgeglichen werden muss.</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Ablehnung gegenüber der geplanten Verkehrsinfrastrukturmaßnahme im Rhein-Sieg-Kreis richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die</p>

	angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.
--	--



AZ: Ö-M-2055	
1005425	
1010451_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln nehme ich fristgerecht (31.08.2022) wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte einen Ackerbaubetrieb im Vollerwerb. Ein von mir bewirtschafteter 8 Hektar großer Acker liegt im Stadtgebiet Köln, Gemarkung Worringen, Flur 40, Nr. [ANONYMISIERT] zwischen den Ortschaften Roggendorf und Esch und hat die LK NRW FLIK Ident Nr. [ANONYMISIERT].</p> <p>Die Fläche sollte zukünftig mit dem Planzeichen: "Vorranggebiet für Landwirtschaft" deklariert werden. Dies ist in anderen Bundesländern wie z.B. Brandenburg, Niedersachsen usw. bereits gängige Praxis.</p> <p>Der Acker ist im neuen Regionalplan gleichzeitig als Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" sowie "Schutz der Natur" überplant/ausgewiesen. Da die Fläche von einer 110 KV RWE Stromleitung überspannt ist und unmittelbar an der stark frequentierten A 57 liegt, stellt sich da die Frage wo da "Erholung" oder "Schutz der Natur" stattfinden soll. Die A 57 wird durch den Regionalplan nicht weggeplant, sondern in den nächsten Jahren sogar 6 spurig ausgebaut werden, so der Landesverkehrsplan! Aus diesem Grunde ist die Ausweisung zurückzunehmen.</p> <p>Diese Ausweisung würde künftig die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen, insbesondere aktuell was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend! Folglich beantrage ich, diese Ackerfläche nicht mit den beiden "Schutzstadien" zu belegen, um auch so weiterhin einen ausreichenden Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation durch den Ukraine Krieg - in der Kornkammer Europas - zeigt doch, dass auf eine ausreichende Selbstversorgung geachtet werden sollte. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Der Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sieht vor, dass in Schutzgebieten Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln gelten werden. Mit dem neuen Regionalplan Köln sollen noch mehr Schutzgebiete ausgewiesen werden. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung dieser Flächen mit einem wie auch immer definierten - mir nicht dienlichen - "Schutzstatus".</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden</p>

Ansonsten werden durch die Planung entstandene Folgekosten von Ihnen entschädigen zu sein.

i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wir bewirtschaften in Kerpen/Bergheim einen landwirtschaftlichen Bio-Vollerwerbsbetrieb, der ökologischen Ackerbau und Sonderkulturanbau betreibt. Wir haben unseren Betrieb 2017 in die Umstellung gebracht und haben seit 2020 den BIO-Status. Die Fläche des Betriebes besteht zu 90% aus Pachtland.

Von dem neuen Regionalplan liegen rund 5 ha der Fläche, die von uns bewirtschaftet werden, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (Bergheim Oberaussem) und ca. 85 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Kreis: BM, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: Pachtland, Lage: Kerpen Mödrath, geplantes Gebiet: Schutz der Natur
- Kreis: BM, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: Eigenes Land, Lage: Bergheim Oberaussem Heppendorf, geplantes Gebiet: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung

Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Denn auch im ökologischen Landbau sind spezielle Pflanzenschutzmittel zugelassen.

Bei dem Land, welches wir dort bearbeiten, handelt es sich um sogenanntes Neuland. Die Bewirtschaftung auf diesem Boden ist eine große Herausforderung. Da es dort nicht möglich ist, einen Brunnen zur Beregnung zu bohren, sind wir auf die Wasserentnahme aus der kleinen Erft angewiesen. Diese verschärft die Lage zusätzlich, da wir uns dort an die Vorgaben der Wasserrechte orientieren müssen. Da der Stress für die Kulturen oft sehr groß ist, muss es erlaubt sein, bestimmte Stoffe weiterhin einsetzen zu dürfen, die dazu beitragen, dass dort trotz der klimatischen Entwicklungen, Nahrungsmittel erzeugt werden können.

Ein Einsatz bestimmter Mittel heißt nicht zwangsläufig eine negative Beeinträchtigung der Umwelt. Rückstandsanalysen, Flora und Fauna auf unserem Standort belegen dies. Folglich beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Als ökologisch wirtschaftender Betrieb sind wir uns der Verantwortung gegenüber

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Natur- und Umwelt vollumfänglich bewusst, sonst hätten wir unseren Betrieb nicht auf eine ökologische Bewirtschaftung umgestellt. Wir haben diese Flächen langfristig in die Pacht genommen, sie bilden mit etwa 85ha die Hauptgrundlage für unseren BIO-Anbau.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Bedburg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 200 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 6,5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter, Eigentümer, Lage: Flurbereinigung Königshovener Höhe - Teilgebiet West, geplantes Gebiet: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung
- Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter, Lage: Flurbereinigung Fortuna Garsdorf IV, geplantes Gebiet: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung
- Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter, Lage: Flurbereinigung Bergheim, geplantes Gebiet: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung
- Rhein-Erft-Kreis, Eigentümer, Lage: Kaster Flur [ANONYMISIERT], geplantes Gebiet: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2058	
1005430	
1011060	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 19,7 Hektar meiner Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) / Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Dazu gehören unter anderem folgende Flächen:</p> <p>SIEHE BEIGEFÜGTES DOKUMENT (ELAN NRW: FLÄCHENVERZEICHNIS NRW) Gemarkung Hellenthal / Udenbreth</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, Befahr und Beweidung eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Desweiteren ist mit einer erheblichen Ertrags- und Wertminderung zu rechnen. Ein Pflanzenschutzmittellandwendungsverbot auf Grünflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden.</p> <p>Ich bitte daher von einer Überplanung der Flächen mit dem Status: "Bereich für den Schutz der Natur" (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrangig einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2059	
1005432	
1010465_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Nach Durchsicht der Neuaufstellung Regionalplan Köln ist mir aufgefallen, dass Sie einige meiner Flächen in Ihre Planung mit aufgenommen haben. Im Bereich Ellersbach-Oberbergscheid ist mir aufgefallen, dass die Zeichnung hin und wieder bis auf die Grünlandflächen, die ich besitze und die ich dringend für meinen Haupterwerbsbetrieb zur Futtergewinnung benötige, übergreift. Ich möchte Sie bitten Ihre Abmarkung auf die Waldflächen zu begrenzen. Dasselbe ist im Kalsbachtal nahe Kürten Busch und in Hohkeppel südlich Richtung Loxsteeg aufgefallen. Dort haben Sie ebenfalls Grünland mit eingezeichnet. Ich würde mich freuen, wenn Sie bei Ihrer Planung die landwirtschaftlichen Nutzflächen außen vorlassen. Da diese Flächen zur Futtermittelgewinnung (Lebensmittel) benötigt werden.</p> <p>Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2060	
1005433	
1010858	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Laut der veröffentlichten Karte sollen u.a. die folgenden Flächen einen speziellen Status zum Schutz der Landschaft erhalten:</p> <p>Dagegen und gegen jede weitere Änderung des Status quo der genannten Grundstücke erhebe ich Einspruch und beantrage, diese Flächen von entsprechenden Planungen auszunehmen.</p> <p>Es handelt sich um hochwertiges Ackerland. Die geplanten Änderungen stellen einen unzulässigen Eingriff in das Eigentum dar und verknappen darüber hinaus die ohnehin endlichen Flächen für Lebensmittelanbau, was wir in der aktuellen Situation für unverantwortlich halten. Darüber hinaus bleiben tatsächliche Begebenheiten wie aufwendige Drainagen bei Ihren Planungen komplett unberücksichtigt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2061

1005436

1010475\_001

## Inhalt

Zunächst möchte ich einmal anmerken, dass die Karte leider derart groß (1:50000) ist, dass eine randscharfe Abgrenzung schwerfällt bzw. unmöglich ist!

Ich bin Eigentümerin landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Hückeswagen, und zwar im Bereich Oberbeck-Mittelbeck. Die landwirtschaftlichen Flächen habe ich verpachtet.

Durch die Änderung -Naturschutzgebiet/Landschaftsschutzgebiet Leiwerbach und Talhänge- werden die Pächter zukünftig die Nutzflächen nicht mehr so zur Nutzung offen stehen wie bisher. Das bedeutet, dass aufgrund von Auflagen z.B. das Düngen der Weideflächen unmöglich wird.

Auch mit dem eventuellen Verbot, dass dort keine Weidetiere bzw. Pferde mehr weiden dürfen, bin ich nicht einverstanden. Diese Tiere halten das Gras kurz, da man mit großen Maschinen dort nicht arbeiten kann.

Ich bin betroffen mit einem mir gehörenden Teich, seinerzeit als Brandschutzteich angelegt. Im Naturschutz wird mir aufgegeben, diesen Teich weitgehend sich selbst zu überlassen. Das entspricht nicht meiner bisherigen Praxis. Er wird rundherum mindestens einmal im Jahr gemäht. Es kann auch in den nächsten Jahren, wie schon geschehen, notwendig werden, den Teich auszukoffern, um ihn dem Schutzzweck zu erhalten.

Oberhalb vom Teich befindet sich ein Brunnen, dessen Wasser zum Tränken der Weidetiere und Pferde benötigt wird und zur Bewässerung die Gemüsegärten. Auch hier ist eine regelmäßige Pflege notwendig. Auf der anderen Seite des Teichs verlaufen Wassergräben, die jährlich freigeschlagen und ausgehoben werden. Diese Maßnahmen sind zwingend notwendig, wenn die an den Teich angrenzenden Flächen, im Laufe der Zeit, nicht vollständig vernässen sollen.

Zusätzlich befindet sich eine Schilfkleinkläranlage (Abwasser) für die Gebäude Oberbeck 1, 1a und 2 in dieser Zone. Diese wird auch regelmäßig gepflegt und einmal jährlich wird das Schilf gemäht und abgefahren. Der alte Güllebehälter fällt auch in diese Veränderung. Darin befindet sich Regenwasser, welches zum Bewässern der Gärten verwendet wird. Alle diese Anlagen dürfen nicht in ein Landschaftsschutzgebiet einbezogen bzw. mit Nutzungsbeschränkungen versehen werden!

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Außerdem besitze ich verschiedene Waldflächen, die dann auch mit Auflagen versehen würden, wenn die Pläne umgesetzt werden.

Ich hoffe, dass meine Einwände ernsthaft geprüft werden und in der weiteren Planungsphase berücksichtigt werden.

AZ: Ö-M-2062	
1005437	
1010860	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bitte um Bestätigung des Emaileingangs</p> <p>[...]</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwegpabetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 18 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 42,14ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kreis: BM Kerpen, Bewirtschafter, Eigentümer, Schutz der Natur</li> <li>• Kreis: BM - Kerpen-Horrem, Bewirtschafter, Eigentümer, Naturschutz</li> <li>• Kreis: Törnich, Bewirtschafter, Eigentümer, Naturschutz</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprochen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2063

1005438

1010478\_001

## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kölner Süden einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 32 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Köln-Rondorf, -Mechenich, -Immendorf und -Hahnwald  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Potentiell Baugebiet südlich Asterweg, Dabringhausen

Mit vorliegendem Schreiben zeigen wir an, dass wir Herrn [ANONYMISIERT], anwaltlich vertreten. Die Familie ist gebürtig aus Dabringhausen, so dass hieraus die Nähebeziehung zum Land hergestellt ist. [ANONYMISIERT] hat das Interesse bekundet, auf der ihnen gehörenden Fläche eine bauliche Entwicklung vorzunehmen, die in Ansehung des geplanten [ANONYMISIERT] eine Ergänzung der angrenzenden möglichen Baufläche darstellt, den Siedlungsbereich Dabringhausen mit seiner hohen Beliebtheit entsprechend zu erweitern. Infrastruktureinrichtungen sind hinreichend vorhanden. Derzeitig befindet sich eine größere Feuerwache im Bau, um die Außenlagen Wermelskirchen brandschutztechnisch abzusichern. Von dem hier in Rede stehenden Grundstück ist diese neue Feuerwehr weniger als 1 km entfernt.

Gegen das Vorhaben werden Argumente zum Landschafts- und Naturschutz geltend gemacht, zum Schutz des Bereiches des Eifgenbaches unter dem Gesichtspunkt Flora Fauna Habitat sowie Geländeschwierigkeiten im Hinblick auf eine angeblich gegebene erschwerte Sickerungsfähigkeit auf dem in Rede stehenden Boden. Wir überreichen die Einschätzung der Firma [ANONYMISIERT] vom 25.06.2022 beigelegt, die sich mit dem Grundstück [ANONYMISIERT] befasst hat.

Wir warten noch auf eine detaillierte Darstellung der Firma [ANONYMISIERT] allerdings auch auf weitere Befunde aus Nachbarlagen weiterer geologischer Sachverständiger, die entsprechend angefragt sind. Die [ANONYMISIERT] weist auf bestehende Schwierigkeiten hin, weist allerdings auch darauf hin, dass keine ?Unmöglichkeit? besteht, dass auch die Kosten von Hause aus nicht einer Realisierung entgegenstehen, zumal die derzeitige Hitzeperiode andere Anforderung an die Wasservorhaltung auf den Grundstücken und im Nähebereich sowieso stellen. Dieser Problematik ist sich die diesseitige Mandantschaft im Klaren. In der Familie liegen sowohl landwirtschaftliche Kenntnisse, insbesondere landschaftspflegerische Kenntnisse, aber auch bauliche Kenntnisse in ausreichendem Umfange vor.

Wir bitten demgemäß entsprechend der Stellungnahme der Stadt Wermelskirchen, das insoweit ausgewiesene Gebiet in den Entwicklungsplan aufzunehmen. Eine enge Abstimmung mit den Verantwortlichen der [ANONYMISIERT] wird von hier aus gewährleistet, so dass deren bauliche Erfahrungen auf der bereits überplanten Teilfläche mit in alle weiteren Planungsüberlegungen auf der Fläche entsprechend dem Entwicklungsplan umgesetzt werden sollen, soweit dieses flächenbezogen ökologisch

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

sowie wirtschaftlich sinnvoll erscheint.

Die Fläche befindet sich in der Nähe der sogenannten Ortsmitte von Dabringhausen. Der Ortsteil verfügt über eine gewachsene Infrastruktur und weist einen hohen Bedarf an Wohnraum aus.



**Inhalt**

Unser Mandant bewirtschaftet in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Betrieb. Von der Planung des neuen Regionalplans sind für ihn folgende Flächen betroffen: [ANONYMISIERT]. Aus Sicht unseres Mandanten besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen oder Teile hiervon erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für den landwirtschaftlichen Betrieb unseres Mandanten existenzgefährdend. Folglich beantrage wir namens und in Vollmacht unseres Mandanten, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung der Flächen unseres Mandanten mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2066	
1005443	
1011079	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Anlass der hier erhobenen Einwendungen ist, dass sich die Stadt Herzogenrath nach unserem Kenntnisstand mit dem Begehrt der Änderung bzw. Anpassung der Zielfestlegungen des Regionalplans an den Regionalrat Köln gewandt hat.</p> <p>So plant die Stadt Herzogenrath die Änderung des Flächennutzungsplans "GE Boscheler Berg-Ost". Inhalt der Änderung des Flächennutzungsplans soll die Ausweisung einer gewerblichen Baufläche mit der Größe von 9,29 ha am nördlichen Rand des Stadtteils Merkstein, begrenzt durch die L 240 im Nordosten, die Geilenkirchener Straße im Nordwesten und einen Landwirtschaftsweg im Südwesten sein.</p> <p>Dem würde jedoch das Anpassungsgebot nach § 1 Abs. 4 BauGB entgegenstehen. Denn zwar war die Fläche im Regionalplan (bzw. Gebietsentwicklungsplan) der Bezirksregierung Köln aus dem Jahr 2003 als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung ausgewiesen. Indes legt der aktuelle Entwurf des Regionalplans Köln den Bereich der geplanten Änderung des Flächennutzungsplans nunmehr in seinem Grundsatz G.20 als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bzw. in seinem Ziel Z.18 als regionalen Grünzug fest.</p> <p>Um das Planungsvorhaben der Stadt Herzogenrath zu verwirklichen, bedürfte es daher zunächst einer Änderung des Entwurfs des Regionalplans in dem Sinne, als dass dieser die gegenständliche Fläche als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung festlegt.</p> <p>Bezugnehmend darauf beantragen wir namens und im Auftrag der Mandantschaft daher vorsorglich:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Ausweisung der gegenständlichen Fläche als Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich in Grundsatz G.20 bzw. als regionaler Grünzug im Ziel Z.18 ist beizubehalten.</li> <li>2. Es ist von Seiten des Regionalplangebers sicherzustellen, dass das auf den Grundstücken Flur 45 Flurstücke 11 und 13 vorhandene Nebeneinander von landwirtschaftlicher Nutzung und Windenergienutzung erhalten bleibt und die vorhandenen Bestandswindenergieanlagen auch in Zukunft</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. StnID 1004822).</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

raumverträglich und repoweringfähig sein werden.

Unsere Anträge begründen wir im Einzelnen wie folgt:

#### A. Sachverhalt

Die Mandantinnen [ANONYMISIERT] sind Eigentümer folgender Grundstücke:[ANONYMISIERT]

Dabei sind die Flurstücke [ANONYMISIERT] mit insgesamt drei Windenergieanlagen (eine Windenergieanlage auf dem Flurstück [ANONYMISIERT]) bestanden und entsprechend an die jeweiligen Windenergieanlagenbetreiber verpachtet. Das Grundstück [ANONYMISIERT] ist darüber hinaus mit einem Wohnhaus bebaut, das der dauerhaften Wohnnutzung dient. Gleiches gilt für das Grundstück [ANONYMISIERT], das ebenfalls der Mandantin [ANONYMISIERT] zur dauerhaften Wohnnutzung dient. Im Übrigen sind die im Eigentum der Mandantinnen [ANONYMISIERT] stehenden Flurstücke durch langfristige Pachtverträge an Landwirte verpachtet und werden dementsprechend auch zum jetzigen Zeitpunkt landwirtschaftlich genutzt.

Der Regionalrat Köln plant nunmehr die Neuauufstellung des Regionalplans Köln. Dazu hat er am 10.12.2021 beschlossen, das Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan durchzuführen. Zum jetzigen Zeitpunkt befindet sich das Aufstellungsverfahren in der Phase der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

Fast zeitgleich plant die Stadt Herzogenrath die Änderung des Flächennutzungsplanes "GE Boscheler Berg-Ost". Konkret soll zur Deckung des Bedarfs an Gewerbeflächen der Stadt Herzogenrath am nördlichen Rand des Stadtteils Merkstein eine Fläche mit der Größe von 9,29 ha als gewerbliche Baufläche dargestellt werden. Begrenzt wird der Änderungsbereich im Nordosten durch die L 240 und im Nordwesten durch die Geilenkirchener Straße, sowie vereinzelte Wohnnutzung. Nach Südosten wird der Änderungsbereich darüber hinaus durch einen Landwirtschaftsweg begrenzt. Im Übrigen schließen sich im Südosten und Südwesten landwirtschaftlich genutzte Flächen an den Änderungsbereich an. Im Übrigen schließt im Südwesten bereits durch Flächennutzungsplans dargestellte gewerbliche Baufläche an.

Der Änderungsbereich betrifft damit folgende im Eigentum der Mandantinnen [ANONYMISIERT] stehende Flächen: [ANONYMISIERT], sowie im Falle einer Zuwegung über die L240 und 1165 darüber hinaus das Flurstück [ANONYMISIERT]. Folglich befindet sich in nicht einmal 100 m Entfernung zur geplanten gewerblichen Baufläche eine Bestandswindenergieanlage. Außerdem sind auch in 200 m, sowie ungefähr 550 m südöstlich des Änderungsbereichs zwei Bestandswindenergieanlagen vorhanden. Weiter liegt das Gut Neumerberen nur ca. 300 m südlich, und das

Wohnhaus auf dem Flurstück [ANONYMISIERT] nur ungefähr 400 m westlich der geplanten gewerblichen Baufläche.

Bisher ist die Fläche im derzeit rechtswirksamen Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1999 als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Darüber hinaus wird die südliche Hälfte des Änderungsbereichs zusätzlich mit der Darstellung als Fläche für die Windenergiegewinnung überlagert.

Im Regionalplan (bzw. Gebietsentwicklungsplan) der Bezirksregierung Köln aus dem Jahr 2003 wird die Fläche noch als gewerbliche Baufläche geführt. Im aktuellen Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird die Fläche indes nicht mehr als gewerbliche Baufläche, sondern vielmehr als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, bzw. regionaler Grünzug, der dem Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung dient, ausgewiesen.

Nach unserem Kenntnisstand hat sich die Stadt Herzogenrath mit dem Begehren einer Änderung bzw. Anpassung des Entwurfs des Regionalplans an den Regionalrat gewandt.

## B. Rechtliche Würdigung

Der Regionalrat Köln hat den geplanten Änderungsbereich des Flächennutzungsplans im aktuellen Entwurf des Regionalplans Köln zu Recht nicht mehr als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung, sondern als Allgemeinen Freiraum-/Agrarbereich bzw. regionalen Grünzug ausgewiesen. Eine von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrte Änderung bzw. Anpassung der Ausweisung ist nicht erforderlich, sondern es ist vielmehr aus zahlreichen Gründen geboten an den bisherigen Festlegungen festzuhalten.

### I. Belange der Landwirtschaft gebieten Festhalten an bisheriger Festlegung

So gebieten es bereits die Belange der Landwirtschaft an dem Grundsatz G.20, Festlegung des Bereichs als Allgemeinen Freiraum- bzw. Agrarbereich, festzuhalten. Denn es handelt sich bei den Böden im Änderungsbereich ausweislich des Geoportals des Landes Nordrhein-Westfalen um "fruchtbare Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit", die eine Ackerzahl von 70-90 und eine sehr hohe Bodengüte aufweisen.

Die Fläche ist also schon aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit in besonderem Maße für die landwirtschaftliche Nutzung geeignet. Darüber hinaus ist in die Betrachtung einzustellen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen und insbesondere

auch die im Geltungsbereich des Regionalplans Köln liegende Städteregion Aachen durch eine hohe Siedlungsdichte auszeichnet. Es stehen damit ohnehin nur wenige Flächen von hoher Bodengüte einer landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Ein weiterer Entzug landwirtschaftlicher Fläche ist schon aus diesem Grund nicht zu rechtfertigen.

Hinzu kommt aber noch, dass seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine der inländischen landwirtschaftlichen Produktion (insbesondere von Getreide) eine besondere Bedeutung zukommt. So ist die Landwirtschaft und die Versorgung der weiterverarbeitenden Betriebe und damit auch die Versorgung der Bevölkerung zu einer Frage der öffentlichen Sicherheit und der nationalen Daseinsfürsorge geworden. Ein Entzug wertvoller landwirtschaftlicher Fläche zur Errichtung eines Gewerbeparks ist auch im Hinblick darauf nicht zu rechtfertigen.

Mithin muss zum Schutz der Belange der Landwirtschaft an dem bisherigen Planungskonzept zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln, namentlich dem Grundsatz G.20, festgehalten werden.

## II. Private Interessen der Mandantinnen

Weiterhin gebieten es die privaten Interessen der Mandantinnen, wobei [ANONYMISIERT] Anwohnerinnen und [ANONYMISIERT] Grundstückseigentümerinnen und Verpächterinnen eines Teils der betroffenen Flächen sind, von einer jedenfalls von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrten Anpassung des Entwurfs des Regionalplans Köln abzusehen.

### 1. Stellung der Mandantinnen [ANONYMISIERT] als Verpächterinnen: langfristige Pachtverträge mit Landwirten stehen gewerblicher Nutzung entgegen

Eine von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrte Anpassung des Regionalplans Köln im Sinne einer Ausweisung des geplanten Änderungsbereichs des Flächennutzungsplans verbietet sich schon deshalb, weil eine Realisierung einer derartigen Festlegung von vornherein ausgeschlossen ist.

Denn der Regionalplan Köln könnte die Flächen zwar als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung ausweisen und ein Flächennutzungsplan sowie ein konkretisierender Bebauungsplan könnten sodann ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO festsetzen. Das ändert aber nichts daran, dass die betreffenden Flächen

schon zivilrechtlich gar nicht zu Verfügung stehen.

So bestehen betreffend die Grundstücke [ANONYMISIERT] langfristige Pachtverträge zwischen den Mandantinnen und den die Fläche bewirtschaftenden Landwirten. Die Mandantinnen sind insoweit zivilrechtlich an ihre Pflicht als Verpächterinnen gebunden, dem Pächter das Grundstück zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und zum Genuss der Früchte zur Verfügung zu stellen, vgl. § 581 Abs. 1 BGB i.V.m. § 585 Abs. 2 BGB. Ein Kündigungsrecht steht den Mandantinnen dabei mit Blick darauf, dass es sich um einen zeitlich befristeten Vertrag handelt nicht zur Seite.

Eine Anpassung des Regionalplans Köln im Sinne einer Festlegung der Fläche als Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung und die sich anschließende Realisierung dieser Festlegung ist also schon insoweit zivilrechtlich nicht möglich, als dass dies die Mandantinnen dazu zwingen würde, vertragsbrüchig zu werden und sich entsprechend schadenersatzpflichtig zu machen.

Zudem widerspricht eine Festlegung der Fläche als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung dem erklärten Willen der Mandantinnen als Grundstückseigentümerinnen der betroffenen Flächen, sodass einer Realisierung der gewerblichen Nutzung auf den Flächen auch das mangelnde zivilrechtliche Einverständnis des Verfügungsberechtigten an einer Umnutzung der entsprechenden Flächen fehlt.

Einer jedenfalls von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrten Anpassung der Festlegungen des Regionalplans Köln verbietet sich also deshalb, weil eine Realisierung der Festlegung "Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung" von vornherein ausgeschlossen wäre.

## 2. Stellung der Mandantinnen [ANONYMISIERT] als

Grundstückseigentümerin/Verpächterin für die Windenergiebetreiber: Drohen nicht zumutbarer wirtschaftlicher Verluste

In die Betrachtung einzustellen ist außerdem, dass eine von der Stadt potenziell begehrte Anpassung des Regionalplans Köln im Sinne einer Ausweisung von Bereichen für die gewerbliche und industrielle Nutzung auch unmittelbare Auswirkungen auf die auf den Grundstücken der Mandantinnen vorhandenen Windenergieanlagen haben und damit die wirtschaftlichen Interessen der Mandantinnen würde.

So befindet sich eine der Windenergieanlagen ([ANONYMISIERT] der Mandantinnen)

in weniger als 100 m Abstand zum potenziellen Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung. Zwei weitere Windenergieanlagen sind ([ANONYMISIERT] der Mandantinnen) in 200 m, bzw. 550 m Abstand zum potenziellen Änderungsbereich vorhanden.

Eine Festlegung der Fläche im Norden des Stadtteils Merkstein, die durch die L 240 im Nordosten, die Geilenkirchener Straße im Nordwesten und einen Landwirtschaftsweg im Südwesten begrenzt wird, als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung, würde die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zwar nicht unmittelbar ermöglichen. Sie würde aber die notwendige Voraussetzung für die von Seiten der Stadt Herzogenrath geplante Änderung des Flächennutzungsplans im Sinne der Darstellung gewerblicher Flächen und in der Folge die Aufstellung eines die Darstellungen des Flächennutzungsplans konkretisierenden Bebauungsplans schaffen. Wird der Bereich im Ergebnis aber durch einen Bebauungsplan als Gewerbegebiet nach §8BauNVO festgesetzt, sind auf der gegenständlichen Fläche "Gewerbebetriebe aller Art" allgemein bauplanungsrechtlich zulässig und damit genehmigungsfähig, § 8 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO. Zudem werden bspw. auch Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter (sog. Betriebsleiterwohnungen) im gesamten Gewerbegebiet jedenfalls ausnahmsweise zulässig sein, § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO.

Es würden damit insgesamt schutzbedürftige Nutzungen erzeugt und in der Folge Nutzungskonflikte heraufbeschoren werden, die kaum zu bewältigen wären.

Denn nicht aus den Augen verloren werden darf, dass einerseits sich schon der Begriff "Gewerbebetriebe aller Art"

"[...] nach der allgemeinen Zweckbestimmung in Abs. 1 auf 'nicht erheblich belästigende' Gewerbebetriebe beschränkt."

- BeckOK BauNVO/Schmidt-Bleker, 30. Ed. 15.7.2022, BauNVO § 8 Rn. 102; vgl. EZBK, BauNVO § 8 Rn. 11, beck-online -

ist.

Andererseits mögen auch Betriebsleiterwohnungen in Gewerbegebieten nicht denselben hohen Schutzstandard aufweisen, wie Wohnnutzung in einem reinen Wohngebiet. Gleichwohl sind Betriebsleiterwohnung aber mit Blick auf das Ausgesetztsein gegenüber Verschattung und Lärmimmissionen schutzwürdig und es sind entsprechende Grenzwerte einzuhalten. Grundsätzlich konfliktträchtig ist daher die Nähe des geplanten Gewerbegebietes zu den Bestandswindenergieanlagen, die sich in

weniger als 100 m, sowie 200 bis 550m Entfernung zu den Grenzen des Gewerbegebietes befinden. So verursachen Windenergieanlagen optische (Schattenwurf) wie auch akustischen Immissionen und könnten daher als erhebliche Belästigung wahrgenommen werden.

Es ist daher absehbar, dass im Falle der Realisierung des Gewerbegebietes umfangreiche Betriebseinschränkungen (schallreduzierte Betriebsweise) bis hin zu Abschaltungen (z.B. Schattenwurfabschaltung) und damit erhebliche wirtschaftliche Einbußen für die Betreiber der Windenergieanlagen und damit im Ergebnis wohl auch die Mandantinnen (namentlich durch die Anpassung der Pachtzahlungen) drohen, da Immissionsrichtwerte sonst ggf. nicht mehr eingehalten werden können. So müssen nicht nur die Immissionsrichtwerten gegenüber den Nutzungen in einem Gewerbegebiet selbst eingehalten werden. Weiter drohen sich die von den verschiedenen Schallquellen (Windenergieanlagen und emittierende Gewerbebetriebe) ausgehenden Immissionen aufzusummieren, sodass Betriebseinschränkung auch erforderlich werden, um Immissionsrichtwerte bspw. gegenüber entlang der Geilenkirchener Straße vorhandener Wohnnutzung einzuhalten.

Daneben würde die durch die angeregte Überplanung ermöglichte Bauleitplanung und Realisierung von Gewerbevorhaben auch ein Repowering ggf. dauerhaft erschweren. Denn wenn schon die bisherigen alten Anlagen kaum verträglich mit der potenziell angrenzenden gewerblichen Nutzung betrieben werden könnten, so ist erst Recht nicht zu erwarten, dass eine größere und deswegen auch leistungsfähigere Anlage gebietsverträglich am Standort betrieben werden könnte. Den Mandantinnen würde damit unter Umständen eine außerordentliche vorzeitige Beendigung der Pachtverträge und damit der Verlust einer wirtschaftlichen Einnahmequelle drohen.

Im Übrigen würde der Verlust der Repoweringfähigkeit der Bestandsanlagen auch insoweit einen erheblichen, nicht zu rechtfertigenden wirtschaftlichen Verlust für die Mandantinnen bedeuten, als dass die Werthaltigkeit ihrer Grundstücke in unmittelbarem Zusammenhang zu der Möglichkeit der Fortführung einer Windenergienutzung auf den betreffenden Grundstücken steht. Mithin streiten auch die wirtschaftlichen Interessen der Mandantinnen hier gegen eine dem Begehren der Stadt Herzogenrath entsprechende Änderung der Festlegung des Regionalplans.

3. Stellung der Mandantinnen [ANONYMISIERT] als Anwohnerinnen: Interesse am Erhalt landwirtschaftlichen Charakters

Zudem streitet auch das private Interesse der Mandantinnen [ANONYMISIERT] als Anwohnerinnen am Erhalt des landwirtschaftlichen Charakters der Umgebung gegen eine dem Begehren der Stadt Herzogenrath entsprechende Ausweisung



Wie bereits erwähnt ist die Mandantin [ANONYMISIERT] Anwohnerin des [ANONYMISIERT]. Darüber hinaus ist die Mandantin [ANONYMISIERT] Anwohnerin des [ANONYMISIERT]. Beide Wohnhäuser würden in weniger als 500 m Entfernung zu dem potenziellen Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung liegen. Sie wären damit unmittelbar von den durch die gewerbliche Nutzung ausgelösten Immissionen betroffen. Konkret droht dabei insbesondere ein Aufsummieren der Immissionen seitens Realisierung gewerblicher Vorhaben auf der bereits ausgewiesenen gewerblichen Baufläche und der nunmehr geplanten gewerblichen Baufläche. Sie haben deswegen ein eigenes Interesse am Erhalt des deutlich verträglicheren landwirtschaftlichen Charakters der Umgebung.

Das gilt insbesondere auch mit Blick auf die klimatologischen Vorteile einer Nutzung der Fläche zu landwirtschaftlichen Zwecken. So würde eine dichte Bebauung und großflächige Versiegelung des Bodens der im unmittelbaren Nahbereich zur Wohnbebauung liegenden Flächen die Bildung sog. Hitzeinseln begünstigen und die Kaltluftentstehungsräume weiter reduzieren. Konkret wird es ausweislich der Begründung der 37. Änderung des Flächennutzungsplans für die vorhandene, unmittelbar angrenzende Bestandsbebauung zu einer Reduktion der Kaltluftvolumenstromdichte mit einer relativen Änderung von mehr als 10 % kommen. Das wird für die Mandantinnen als unmittelbare Anwohnerinnen der künftigen Gewerbeflächen zweifellos spürbar sein und widerspricht ihrem Interesse am Erhalt eines wertvollen Wohnumfeldes.

#### 4. Zwischenergebnis

Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, dass es auch die privaten Interessen der Mandantinnen t als Grundstückseigentümerinnen und Verpächterinnen (für Landwirte und Windenergieanlagenbetreiber), sowie die Interessen der Mandantinnen als Anwohnerinnen gebieten an der bisherigen Festlegung der Grundstücke als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche bzw. regionale Grünzüge festzuhalten.

#### III. Drohende Zersiedlung des Freiraums im "Städteviereck"

Weiterhin verbietet sich eine jedenfalls von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrte Anpassung des Entwurfs des Regionalplans Köln im Sinne der Ausweisung des Änderungsbereichs als Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung wegen der drohenden Zersiedlung des verbleibenden Freiraums im "Städteviereck" Herzogenrath - Übach-Palenberg - Baesweiler - Alsdorf.

So hat der Regionalplangeber hier zu Recht erkannt, dass es sich insbesondere bei den Kommunen Alsdorf und Herzogenrath um Kommunen mit besonders ausgeprägten

Merkmale eines verdichteten Gebiets und deswegen um sog. "Kernzonen" handelt, in denen das Erfordernis einer weitreichenden Festlegung von regionalen Grünzügen und Freiraumbereichen besteht.

- Vgl. Entwurf 2021 Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand Dezember 2021, S. 136 -

Konkret droht insbesondere der Stadtteil Merkstein der Stadt Herzogenrath sich weiter nach Norden in Richtung des Stadtteils Boscheln der Stadt Übach-Palenberg auszudehnen und geradezu "anzuschließen". Die Ausweisung weiterer Bereiche für die gewerbliche und industrielle Nutzung im Norden des Stadtteils Merkstein würde diese Entwicklung und die Zersiedlung letzter die ansonsten lückenlose Bebauung auflockernder Freiräume nur noch begünstigen.

Auch steht insgesamt zu befürchten, dass der wertvolle, verbliebene Freiraum im Städteviereck fortwährend zersiedelt wird und letztlich auch die Städte Alsdorf und Herzogenrath fließend ineinander übergehen. Denn während eine Ausdehnung des Siedlungsbereichs der Gemeinde Alsdorf nach Nordwesten entlang des Übacher Wegs bereits begonnen hat, würde die Ausweisung weiterer Bereiche für die gewerbliche und industrielle Nutzung die Ausdehnung der Stadt Herzogenrath nach Südosten und ebenfalls anschließend an den Übacher Weg begünstigen.

Dies gilt umso mehr, als dass die Stadt Übach-Palenberg nunmehr ebenfalls eine Ausdehnung ihres Siedlungsbereichs, namentlich in Form der Darstellung von Gewerbeflächen, in den Freiraum im "Städteviereck" plant. - Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Zukunft der Stadt Übach-Palenberg vom 25.05.2022, abrufbar unter: <https://www.up-rat.de/sessionnetbi/getfile.php?id=53366&type=do> -

Dem kann im Hinblick auf die grundlegende Zielsetzung des Entwurfs des Regionalplans Köln einer weiteren Zersiedlung entgegenzutreten und Freiräume insbesondere in Kernzonen zu erhalten und zu sichern, nicht zugestimmt werden.

IV. Öffentliches Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien gebietet Festhalten an bisheriger Festlegung

Hinzu kommt, dass auch das überragende öffentliche Interesse am Klimaschutz und am Ausbau erneuerbarer Energien ein Festhalten an den bisherigen Festlegungen gebieten, da andernfalls durch die Ausweisung eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzung wertvolle Flächen für die Windenergienutzung und Repoweringmöglichkeiten verloren gehen würde.

1. Besonderes öffentliches Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien wegen Belangs des Klimaschutzes

So muss bei der Ausweisung von Flächen auf Ebene der Regionalplanung gerade auch das für die Windenergienutzung sprechende besondere Gewicht des Klimaschutzes Berücksichtigung finden.

So hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht in seiner Grundsatzentscheidung vom 24. März 2021 angemahnt, dass die bisherigen Anstrengungen für den Schutz des Klimas nicht ausreichen. Das oberste deutsche Gericht verlangt "den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten" - BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021 (1 BvR 2656/18; 1 BvR 78/20; 1 BvR 96/20; 1 BvR 288/20) -

Namentlich verbietet das verfassungsrechtliche Klimaschutzgebot aus Art. 20a GG ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel: "Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dem steht neben den grundrechtlichen Schutzpflichten vor allem das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG entgegen, welches die Gesetzgebung - verfassungsrechtlich maßgeblich - durch das Ziel konkretisiert hat, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen."

- BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021 (1 BvR 2656/18; 1 BvR 78/20; 1 BvR 96/20; 1 BvR 288/20) -

Das Gericht bringt damit zum Ausdruck, dass die Anstrengungen im Hinblick auf den Klimaschutz zu maximieren und alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten sind, um einen möglichst frühzeitigen Übergang zur Klimaneutralität einzuleiten. Hierzu muss ein Baustein insbesondere der zeitnahe Ausbau der erneuerbaren Energien sein.

Zusammenfassend kommt dem vom Bundesverfassungsgericht besonders betonten möglichst raschen und frühzeitigen Übergang zur Klimaneutralität durch eine nachhaltige Energieerzeugung also ein evidentes Gewicht zu, das Ermittlung weicher Tabukriterien zugunsten der Errichtung und des Betriebs der Windenergieanlage zu berücksichtigen ist. So steuert die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen einem "verfassungswidrigen" unbegrenztem Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel wirksam entgegen.

Das hat das oberste deutsche Gericht in seiner jüngsten Entscheidung zum Bürgerbeteiligungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern auch noch einmal unterstrichen. So hat das BVerfG klargestellt, dass der Klimaschutz und der Zweck der Förderung des Ausbaus der Windenergie sogar auch Eingriffe in Grundrechte "wie hier im konkreten Fall der beruflichen Freiheit nach Art. 12 GG" rechtfertigt: "Der Eingriff in die berufliche Freiheit der Vorhabenträger ist überwiegend gerechtfertigt. Er dient verfassungsrechtlich legitimen Zwecken, ist zur Verfolgung dieser Zwecke geeignet, erforderlich und, abgesehen von der Informationspflicht nach § 10 Abs. 6 Satz 2 BüGmbeteilG, auch angemessen.

a) Die mit den angegriffenen gesetzlichen Teilhabepflichten unmittelbar

bezweckte Verbesserung der Akzeptanz für neue Windenergieanlagen  
(a) dient dem übergeordneten Zweck der Förderung des Ausbaus der  
- Seite 14 von 26 -

Windenergie (bb) und damit den legitimen Gemeinwohlzielen des Klimaschutzes  
(Art. 20a GG), des Schutzes der Grundrechte vor den nachteiligen  
Folgen des Klimawandels und der Sicherung der Stromversorgung (cc) 1.4  
cc) Der vom Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz bezweckte Ausbau  
der Windenergie durch eine Verbesserung der Akzeptanz für neue Anlagen  
dient - wie jede Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien - den legitimen  
Gemeinwohlzielen des Klimaschutzes (Art. 20a GG), des Schutzes  
der Grundrechte vor den nachteiligen Folgen des Klimawandels und der  
Sicherung der Stromversorgung.

(1) Aus erneuerbaren Energien wie der Windkraft kann Strom gewonnen  
werden, ohne dass beim Erzeugungsvorgang wie bei der herkömmlichen  
Stromgewinnung durch Verbrauch fossiler Energieträger klimaschädliches  
CO<sub>2</sub> emittiert wird. Daher dient - neben Maßnahmen zur Energieeffizienz  
und Energieeinsparung - jede auf den weiteren Ausbau der Nutzung erneuerbarer  
Energien gerichtete Maßnahme dem Schutz des Klimas, zu  
dem der Staat nach dem Klimaschutzgebot des Art. 20a GG verpflichtet ist  
(vgl. BVerfGE 157, 30 <138 ff. Rn. 197 ff.> - Klimaschutz)."

- BVerfG, Beschl. v. 23.03.2022 (1 BvR 1187/17), Rn. 98 - 104, juris -

Hinzu kommt, dass auch der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP ehrgeizige  
Ziele mit Blick auf den Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien setzt. So  
soll nach den nunmehr verschärften Klimaschutzmaßnahmen ein Kohleausstieg  
idealerweise sogar schon bis 2030 erfolgt sein. - Koalitionsvertrag SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP 2021-2025, S. 5 -

Um gleichwohl auch in Zukunft den Energiebedarf decken zu können, war schon vor  
Beginn des russischen Angriffskrieges ein Ausbau erneuerbarer Energien, namentlich  
durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen, unerlässlich. So sollten  
bis 2030 mindestens 80% des Strombedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt  
werden. - Regierungserklärung "Aufbruch zur klimaneutralen Gesellschaft", abrufbar  
unter:

[https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutz-1992452-](https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutz-1992452)

Insbesondere sollen ausweislich der ambitionierten Ziele der Bundesregierung 2%  
Bundesfläche für die Windenergie an Land ausgewiesen werden. - Entwurf eines  
Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an  
Land - Wind-an-Land-Gesetz - WaLG, S. 1 - Es handelt sich insoweit ausweislich des  
WaLG auch nicht mehr nur um eine bloße politische Absichtserklärung. Vielmehr  
handelt es sich bei dem Ziel 2% der Bundesfläche für die Windenergienutzung zur

Verfügung zu stellen, um eine durch Zwischenziele zu konkretisierende verbindliche Flächenvorgabe mit konkreten Auswirkungen auf die Planungsebene, vgl. § 3 WaLG. So soll der J..] planerischen Steuerung durch die Ausweisung von Windenergiegebieten 1..3 im Ergebnis nur noch dann Ausschlusswirkung zukommen, wenn die Flächenziele erreicht werden. Andernfalls sollen Windenergieanlagen im gesamten Planungsraum privilegiert zulässig sein." - Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land - Wind-an-Land-Gesetz - WaLG, S. 2 - Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verdeutlicht jedoch, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht mehr allein eine Frage des Klimaschutzes sein kann, sondern vielmehr Teil der öffentlichen Sicherheit sein muss. Denn nur ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien kann die Abhängigkeit von Energieimporten langfristig verringern.

Dementsprechend klare Worte wählt der deutsche Gesetzgeber in der Begründung zur in Kraft getretenen Novellierung des EEG für die Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien - insbesondere auch für den Ausbau der Windenergie: "Energiesouveränität ist zu einer Frage der nationalen und europäischen Sicherheit geworden. Die mit diesem Gesetz forcierte Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist daher auch in Anbetracht der aktuellen Krise in Europa geopolitisch und ökonomisch geboten."

- Gesetzesentwurf der Bundesregierung ? Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weitere Maßnahmen im Stromsektor, vom 02.05.2022, BT Drs. 20/1630, S. 1 f. -

Bis zum Erreichen der Ausbauziele und der Energiesouveränität wird den Belangen erneuerbarer Energien daher ein befristeter Abwägungsvorrang eingeräumt. ?Zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in allen Rechtsbereichen wird im Erneuerbare- Energien-Gesetz der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient." - Gesetzesentwurf der Bundesregierung ? Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weitere Maßnahmen im Stromsektor, vom 02.05.2022, BT Drs. 20/1630, S. 2, Hervorheb. d. Unterz. -

Dazu führt der Gesetzesentwurf der Bundesregierung konkret aus: ?Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u.a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine

Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen oder sie im Einzelfall überwiegen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt." - Gesetzesentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weitere Maßnahmen im Stromsektor, vom 02.05.2022, BT Drs. 20/1630, S. 158, Hervorheb. d. Unterz.-

Den Belangen der erneuerbaren Energien soll damit nach dem Willen des Gesetzgebers nicht nur eine überragende Bedeutung zu kommen. Vielmehr sollen sich die Belange der erneuerbaren Energien im Rahmen einer Abwägung gerade auch gegen widerstreitende Belange durchsetzen. Nur in Ausnahmefällen soll die Schutzgüterabwägung noch zulasten der Belange erneuerbarer Energien ausfallen können.

## 2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Übertragen auf den vorliegenden Fall bedeutet das, dass das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien und am Klimaschutz ein Festhalten an der Festlegung des Bereichs als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich nach Grundsatz G.20 und regionalen Grünzug nach Ziel Z.18 gebietet. Denn durch die jedenfalls von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrte Ausweisung des Änderungsbereichs als Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung und die dadurch ermöglichte geplante Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung eines Bebauungsplans seitens der Stadt Herzogenrath, der den Änderungsbereich im Ergebnis als Gewerbegebiet festsetzt, würden rund 5,1 ha der Fläche für Windenergiegewinnung entzogen werden. Zudem würde der mit einer Bestandwindenergieanlage bebaute Teil der Fläche für Windenergiegewinnung "abgetrennt" bzw. "eingekesselt" und damit ebenfalls faktisch unbrauchbar gemacht werden. Richtigerweise würden durch eine von der Stadt potenziell begehrte Anpassung des Entwurfs des Regionalplanes 8,1 ha der Fläche für Windenergienutzung verloren gehen.

Das erscheint vor dem Hintergrund, dass bereits durch die Festlegung der Fläche im Südwesten des Änderungsbereichs als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung und die in der Folge ermöglichte Bauleitplanung der Stadt Herzogenrath) 4,2 ha von Fläche für die Windenergienutzung verloren gegangen sind, nicht gerechtfertigt. Das zusammengekommen würden durch die Ausweisung von Bereichen für die gewerbliche und industrielle Nutzung insgesamt 12,7 ha einer ohnehin nur 39,1 ha großen Fläche für die Windenergienutzung verloren gehen. Das bedeutet einen

Verlust von mehr als einem Drittel der Gesamtfläche! Das ist mit dem gesetzlich garantierten Abwägungsvorrang der Interessen der erneuerbaren Energien nicht in Einklang zu bringen.

Folglich gebietet es das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien und am Klimaschutz an der Festlegung des Bereichs als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (Grundsatz G.20) und regionaler Grünzug (Ziel Z.18) im Entwurfs des Regionalplanes festzuhalten.

V. Festlegungen des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen gebietet Festhalten an bisheriger Festlegung

Darüber hinaus gebieten auch die Festlegungen des LEP ein Festhalten an der Ausweisung des Änderungsbereichs als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (Grundsatz G.20) bzw. regionaler Grünzug (Ziel Z.18). So sind nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 ROG bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Dabei bewirkt die Beachtungspflicht bezüglich der Ziele der Raumordnung gerade eine strikte Bindung der öffentlichen Stellen an die Vorgabe des Ziels. Sie hat das Ziel einzuhalten und kann sich anders als bei bloßen Grundsätzen der Raumordnung im Wege der Abwägung nicht über die Zielvorgabe hinwegsetzen. -  
Spannowsky/Runkel/Goppel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 4 Rn. 23 und 53 -

Der Regionalrat Köln ist bei der Neuaufstellung des Entwurfs des Regionalplans Köln also seinerseits strikt an die Ziele des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen gebunden und kann sich auch nur durch eine dezidierte Abwägung über die Grundsätze des LEP hinwegsetzen.

Eine jedenfalls von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrte Ausweisung des Änderungsbereichs als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung stehen aber schon bindende Zielen des LEP entgegen. Darüber hinaus stehen auch die Grundsätze des LEP einer von der Stadt potenziell begehrten Anpassung entgegen, da eine Abwägung hier zugunsten der Grundsätze des LEP ausfallen muss:

1. Entgegenstehen der Ziele und Grundsätze zur Freiraumsicherung und Bodenschutz  
Es stehen schon die Ziele und Grundsätze zur Freiraumsicherung und Bodenschutz einer von der Stadt potenziell begehrten Ausweisung des Änderungsbereichs als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung im Rahmen des Regionalplans Köln entgegen. So ist ein erklärtes Ziel des LEP, bzw. der jüngsten Änderung des LEP im Jahr 2019 die Verringerung der Inanspruchnahme von Freiraum. Dazu heißt es schon in der Einführung des LEP:

?Im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes soll der LEP noch stärker als in der Vergangenheit auf eine flächensparende, kompakte Siedlungsentwicklung und damit zugleich auf eine geringst mögliche Inanspruchnahme des Freiraumes hinwirken. Er leistet damit einen Beitrag zu dem in Nordrhein- Westfalen verfolgten Ziel, das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf Netto-Null zu reduzieren." - Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S. 21-

Konkretisiert wird diese allgemeine Absichtserklärung durch umfangreiche Ziel- und Grundsatzfestlegungen betreffend den Erhalt und die Fortentwicklung des Freiraums. Namentlich wird in Grundsatz 7.1-1 der Freiraumschutz an sich festgehalten: ?Der Freiraum soll erhalten werden; seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Ausgleichsfunktionen sollen gesichert und entwickelt werden. Der Erhalt der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen." - Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S. 88 -

Zudem heißt es zu den regionalen Grünzügen in Ziel 7.1-5: ?Zur siedlungsräumlichen Gliederung sind in den Regionalplänen regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen. Sie sind auch al

- siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen,
- Biotopverbindungen und
- in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen
- zu erhalten und zu entwickeln.

Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen."

- Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S.88 -

Dabei nimmt der LEP explizit auch auf die Ausweisung neuer Bereiche für gewerbliche Nutzungen Bezug und verweist diese auf die Inanspruchnahme von sich unmittelbar an den allgemeinen Siedlungsbereich anschließenden Bereich und verbietet insbesondere eine isolierte Festlegung im Freiraum, Ziel 6.3-3 des LEP.

- Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S. 63 -

Hier wird der Änderungsbereich gerade als Freiraum festgelegt, der nach dem Grundsatz 7.1-1 erhalten und in seinen Funktionen gesichert werden soll sowie nach dem Ziel 7.1-2 von der Regionalplanung insbesondere durch die Festlegung von Allgemeinen

Freiraum- und Agrarbereichen zu sichern ist. Zudem wird der Bereich als Grünzug ausgewiesen und damit von der Zielfestlegung 7.1-5 betroffen, wonach in den



Regionalplänen regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen und insbesondere im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen sind.

Würde der Entwurf des Regionalplans Köln nunmehr von seinen bisherigen Festlegungen abweichen, indem er die Ausweisung eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzung gerade im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich beabsichtigt, würde er sich damit schon zu dem Grundsatz 7.1-1 des LEP in Widerspruch setzen. Denn dadurch würde die Bebauung nicht nur in den Bereich schützenswerten Freiraums ausgedehnt und der Schutz des Freiraums ganz allgemein vereitelt werden, sondern eine Anpassung der bisherigen Festlegungen würde in der Folge gerade auch zum Prozess der Zersiedlung beitragen. Dabei sind vorliegend angesichts dessen, dass es sich gerade bei dem "Städteviereck" Herzogenrath - Übach-Palenberg - Alsdorf - Baesweiler bereits um ein dicht besiedeltes Gebiet mit im Städteviereck nur noch in geringem Umfang vorhandenen Freiraumflächen handelt, auch eine Überwindung des Grundsatzes 7.1-1 im Wege der Abwägung ausgeschlossen.

Das gilt, umso mehr als, dass hier Alternativstandorte (bspw. ehemalige Bergbauflächen) auf dem Stadtgebiet der Stadt Herzogenrath zur Ausweisung von Bereichen für die gewerbliche und industrielle Nutzung zur Verfügung stehen. Weiterhin gebietet auch das zwingend zu beachtende Ziel 6.3-3 eine Festlegung der Fläche als Allgemeinen Freiraum.

Hinzu kommt, dass auch die Zielfestlegung 7.1-5 eine Ausweisung der gegenständlichen Fläche als Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung evident entgegensteht. Eine jedenfalls von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrte Ausweisung des Bereichs der Änderung des Flächennutzungsplans würde damit gegen die Beachtungspflicht bezüglich der Ziele und die Berücksichtigungspflicht bezüglich der Grundsätzen des LEP im Hinblick auf den Schutz des Freiraums verstoßen.

## 2. Entgegenstehen der Grundsätze zum Ausbau erneuerbarer Energien

Zudem stünden einer von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrten Ausweisung des Bereichs als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung die Grundsätze des LEP betreffend den Ausbau erneuerbarer Energien entgegen. So führt LEP bereits in der Einleitung aus: "Die konsequente Nutzung der erneuerbaren Energien stellt eine tragende

Säule der nordrhein-westfälischen Klimaschutzpolitik dar. Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen macht Nordrhein-Westfalen weniger abhängig von Energieimporten und trägt maßgeblich zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bei. Die Energieerzeugung soll daher auf einen stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien umgestellt werden. Dabei spielt die Windenergie eine tragende Rolle, ohne deren Ausbau die nordrheinwestfälischen Klimaschutzziele nicht erreicht werden

können. Der Anteil der Windenergie an der Stromversorgung soll daher auf mindestens 15 % bis 2020 ausgebaut werden." - Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S. 22 -

Unterstrichen wird diese allgemeine Zielsetzung in der Folge durch den Grundsatz 4-1:

Die Raumentwicklung soll zum Ressourcenschutz, zur effizienten Nutzung von Ressourcen und Energie, zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen, um den Ausstoß von Treibhausgasen soweit wie möglich zu reduzieren. Dem dienen insbesondere - die raumplanerische Vorsorge für eine klimaverträgliche Energieversorgung, insbesondere für Standorte zur Nutzung und Speicherung erneuerbarer Energien sowie für Trassen für zusätzliche Energieleitungen; j...]"

- Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S. 37, Hervorheb. d. Unterz. - Weiter soll ausweislich des Grundsatzes 10.2-3 insbesondere auch ein Repowering durch die kommunale Bauleitplanung ermöglicht werden:

Regional- und Bauleitplanung sollen das Repowering von älteren Windenergieanlagen, die durch eine geringere Anzahl neuer, leistungsstärkerer Windenergieanlagen ersetzt werden, unterstützen. Kommunale Planungsträger sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen schaffen, um die Repowering-Windenergieanlagen räumlich zusammenzufassen oder neu ordnen zu können." - Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW), Stand 2019, S. 146 -

Das heißt, dass ausweislich des LEP nicht nur der Ausbau erneuerbarer Energien im Allgemeinen gefördert und Flächen für die Windenergienutzung geschaffen werden sollen. Der LEP enthält gerade auch einen Handlungsauftrag an die Regionalplanung, das Repowering von älteren Windenergieanlagen zu unterstützen. Zwar handelt es sich insoweit "nur" um Grundsätze des LEP, sodass den Regionalplangeberinsoweit "nur" eine Berücksichtigungspflicht trifft. Indes können diese Grundsätze hier erneut nicht im Wege einer Abwägung zugunsten der Ausweisung eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzung überwunden werden. Denn zu erinnern ist, dass durch die Festlegung von Bereichen für die gewerblich und industrielle Nutzung die für die Windenergienutzung auf Ebene der Flächennutzungsplanung zur Verfügung gestellte Fläche in Summe um ein Drittel (!) reduziert werden würde. Darüber hinaus würden mit einer Realisierung der gewerblichen Nutzung umfangreiche Beschränkungen der bestehenden Windenergienutzung drohen. Nicht auszuschließen ist insoweit, dass es neben einer schallreduzierten Betriebsweise auch zu umfangreichen Abschaltungen der Anlagen kommen würde. Besonders schwer wiegt außerdem, dass die eine Anpassung der bisherigen Festlegungen auch ein Repowering der Bestandsanlagen gefährden würde. Zudem ist auch an dieser Stelle erneut zu vergegenwärtigen, dass im Umfeld der Stadt

Herzogenrath

Alternativstandorte (namentlich ehemalige Bergbauflächen) vorhanden sind, die ihrerseits für die Realisierung gewerblicher Nutzung zur Verfügung stünden. Mithin steht auch die Berücksichtigungspflicht betreffend die Grundsätze 4-1 und 10.2-3 einer Ausweisung der in Rede stehenden Fläche als Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung entgegen.

### 3. Zwischenergebnis

Demnach stehen die nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 ROG von Seiten der Regionalplanung zu berücksichtigenden, bzw. zwingend zu beachtenden Grundsätze und Ziele einer von der Stadt Herzogenrath potenziell begehrten Ausweisung der Fläche, die durch die L240 im Nordosten, die Geilenkirchener Straße im Nordwesten und einen Landwirtschaftsweg im Südwesten begrenzt wird, als Bereich für die gewerbliche und industrielle Nutzung entgegen. Zu Recht hat der Regionalplan Köln sich stattdessen den Zielen und Grundsätzen des LEP entsprechend für eine Festlegung der Fläche als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bzw. regionalen Grünzug entschieden.

### VI. Sicherstellung der Vereinbarkeit der Festlegungen des Regionalplans mit den vorhandenen Bestandswindenergieanlagen und einem Repowering

Schließlich ist von Seiten des Regionalplangebers sicherzustellen, dass die vorhandenen Bestandswindenergieanlagen weiterhin betrieben und insbesondere einem Repowering zugänglich sind. So könnte nicht nur die Festlegung eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzung, sondern auch die Festlegung eines regionalen Grünzugs und ein damit einhergehendes nicht gerechtfertigtes enges Verständnis des Ziels Z.18 im Sinne der Sicherung regionaler Grünzüge und insbesondere des Schutzes vor Inanspruchnahme des Fortbetriebes der Bestandsanlagen und ihr Repowering beeinträchtigen. Das stünde jedoch erneut im Widerspruch zu den erklärten Interessen der Mandantinnen (dazu ausführlich unter [B. II.]) und würde weder der Berücksichtigungspflicht betreffend die Grundsätze des LEP noch dem Abwägungsvorrang der Interessen erneuerbarer Energien entsprechen.

Denn zum einen hat der Regionalplangeber schon nach den Grundsätzen G 4-1 und insbesondere 10.2-3 nicht nur den Ausbau erneuerbarer Energien im Allgemeinen zu fördern, sondern muss nach dem eindeutigen Auftrag des LEP auch ein Repowering von Bestandswindenergieanlagen zu ermöglichen.

Zum anderen gebieten es die Interessen der langjährig im „Städteviereck“ der Städte Herzogenrath - Übach-Palenberg - Alsdorf - Baesweiler betriebenen Wind-Köln. Als Anwohnerinnen haben die Mandantinnen darüber hinaus ein Interesse an dem Erhalt des landwirtschaftlichen Charakters und dem damit einhergehenden Erhalt gesunder

Wohnverhältnisse. Weiterhin verbietet sich eine Ausweisung weiterer Bereiche für die gewerbliche und industrielle Nutzung mit Blick auf die drohende Zersiedlung des verbliebenen Freiraums im "Städteviereck" Herzogenrath - Übach-Palenberg - Alsdorf - Baesweiler. So hat der Regionalplangeber selbst die Kommune Herzogenrath als Kernzone ausgemacht, in der die Sicherung von Freiraumbereichen und regionalen Grünzügen von besonderer Bedeutung ist.

Zudem gebietet auch das überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien und dem Klimaschutz von einer Anpassung der Festlegungen des Regionalplans Köln abzusehen.

Schließlich ist auch deshalb von einer Anpassung der Festlegungen des Entwurfs des Regionalplans abzusehen, weil sich der Regionalplangeber andernfalls in eklatanten Widerspruch zu den Ausweisungen, Zielen und Grundsätzen des LEP setzen und damit gegen § 4 Abs. 1 Nr. 1 ROG verstoßen würde. Gleichzeitig ist der unbeeinträchtigte Weiterbetrieb der Bestandswindenergieanlagen und ein Repowering der Anlagen im Entwurf regionalplanerisch zu sichern.

AZ: Ö-M-2067

1005448

1010599

#### Inhalt

Unsere Mandanten sind als Eigentümer von zahlreichen Grundstücken im Geltungsbereich des Regionalplans Köln betroffen. Eine Tabelle der betroffenen Grundstücke ist als Anlage beigefügt. Hierbei handelt es sich weit überwiegend um Flächen, die unsere Mandanten zur landwirtschaftlichen Nutzung an Vollerwerbsbetriebe mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung verpachtet haben. Zunächst ist der Grundsatz zu begrüßen, dass bei Planungen und Maßnahmen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden (G.32). Die landwirtschaftliche Nutzung erfülle sowohl im ländlichen als auch im urbanen Raum wichtige ökologische, soziale und wirtschaftliche Funktionen. Bei Planungen und Maßnahmen solle darauf hingewirkt werden, den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit in einer möglichst günstigen Ausprägung zu erhalten, um den anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegenzuwirken (S. 106). Auch der weitere Grundsatz G.33 ist zu begrüßen, wonach in den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden sollen und wenn eine Inanspruchnahme nicht zu vermeiden ist, Beeinträchtigung auf das unabdingbar notwendige Maß zu beschränken sind. Auch der Grundsatz G.34 ist zu begrüßen, dass landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden sollen. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen der betrieblichen Belange vermieden werden. Dies betrifft, worauf zurecht hingewiesen wird, auch andere Wirkungen, zum Beispiel die Zerschneidung eines Raumes durch Verkehrsstrassen, Veränderungen des landwirtschaftlichen Umfeldes, das Heranrücken von Nutzungen oder eine Änderung der Erschließungssituation der bewirtschafteten Flächen, die den Erhalt oder die Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produktionsstandorte beeinträchtigen können. Derartige Wirkungen sollen berücksichtigt und soweit möglich vermieden werden, um die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe einschließlich der notwendigen Grundlagen dauerhaft zu gewährleisten (S. 107).

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Stellungnahme signalisiert i.W. Zustimmung und richtet sich an die Umsetzung auf nachfolgenden Planungsebenen.

**Inhalt**

Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass die Ausweisung von Gebieten zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? sowie zum ?Schutz der Natur? künftig zur Folge haben kann, dass die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigt wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die auf den Grundstücken unserer Mandanten angesiedelten landwirtschaftlichen Betriebe existenzgefährdend. Es wird angeregt, insbesondere die Ackerflächen nicht mit einem besonderen Schutzstatus zu überplanen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Auf eine ausreichende Eigenversorgung des Landes mit Getreide muss geachtet werden, wie gerade die aktuelle Situation zeigt. Ferner ist auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinzuweisen. In dem Entwurf ist u.a. vorgesehen als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in Nordrhein-Westfalen weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen bzw. verfestigt werden sollen. Auch aus diesem Grunde wird angeregt, von einer Überplanung der landwirtschaftlichen Grundstücksflächen unserer Mandanten mit einem wie auch immer definierten besonderen Schutzstatus Abstand zu nehmen. Angesichts der Geltungsdauer des Regionalplans sind Regionalplanungsbehörde und Regionalrat gut beraten, diese absehbaren verbindlichen Rechtsentwicklungen auf europäischer Ebene vorausschauend mit zu berücksichtigen und sehr genau und verantwortungsvoll zu prüfen, in welchem Umfang Festlegungen erfolgen sollen, die die Ausübung der Landwirtschaft künftig erheblich erschweren oder gar unmöglich machen können.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2068	
1005449	
1010859	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>in 53909 Züllich-Enzen bin ich Eigentümer eines Ackerbaubetriebes von ca. 100ha die im Vollerwerb auch mit Sonderkulturen bewirtschaftet werden. Durch die Ausweisung als Naturschutzgebiet ist die künftige Bewirtschaftung stark eingeschränkt. Bitte nehmen Sie die Flächen aus der Überplanung mit dem Status BSN und BSLE raus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bin dagegen das meine Fläschen im Plan aufgenommen werden. Da zu befürchten ist das es zu erheblichen Einschränkungen bei der Nutzung und der Bewirtschaftung meiner Fläschen kommen kann. Somit wäre meine Existenz gefährdet. Des weiteren habe ich in der Vergangenheit keine guten Erfahrungen mit Behörden bei bereits bestehendem Naturschutz gemacht.

Ich bitte dieses zu Berücksichtigen und hoffe auf einen Positiven Verlauf

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.





AZ: Ö-M-2070	
1005451	
1010619	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Gemarkung [ANONYMISIERT]. Mein Sohn absolviert z. Z. eine Ausbildung zum Landwirt. Ich beabsichtige daher, den Betrieb in absehbarer Zeit an die nächste Generation zu übergeben, sehe jedoch leider durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln dramatische Bewirtschaftungseinschränkungen und die Existenz meines Betriebes massiv bedroht. Der überwiegende Teil meiner Flächen fällt ohne mein Einverständnis in den ?Bereich zum Schutz der Natur?. Seit mehreren Generationen bewirtschaftet meine Familie diesen Betrieb und hat damit die Vielfalt der Natur erhalten. Der Betrieb wurde immer im Einklang mit der Natur und für die Natur geführt. Für mich stellt sich die Situation so dar, dass ich ?ausbaden? muss, was an anderer Stelle falsch gemacht wird. Mir als Landwirt werden ?Bereiche zum Schutz der Natur? auferlegt, Baugebiete und Industriegebiete werden jedoch weiter ausgebaut und nicht an Ort und Stelle ein Ausgleich dafür geschaffen. Siehe Industriegebiet Zülpich, Kall, Kommern, Umgehung B56n, Automeile Düren. Für Neubaugebiete dürfen Natur- und Wasserschutzgebiete weichen. Siehe Kreuzau Neubaugebiet. Die Landwirte müssen auf ihren eigenen Flächen dann einmal wieder dafür den "Ausgleich" schaffen. Da läuft doch etwas im Planungsverfahren falsch. Weiterhin habe ich massive Bedenken, dass meine Flächen einen erheblichen Wertverlust erleiden, was für mich eine dramatische Auswirkung auf meine Altersvorsorge und den Fortbestand meines Betriebes hätte. Sollte mein Betrieb durch Einschränkungen in der Bewirtschaftung nicht weiter bestehen können, sehe ich nachhaltig negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kulturlandschaft in der Gemarkung Hausen. In der textlichen Fassung des Regionalplan Köln Anhang A3 Erläuterungskarte Landwirtschaft werden unsere Flächen als agrarstrukturell bedeutsame Flächen dargestellt. Diese Flächen werden im Regionalplan Köln Kartenansicht als ?Bereiche zum Schutz der Natur? angezeigt. Wie ist dieses zu erklären? Beide Angaben passen nicht zusammen. Warum werden bei solchen Planungen die ortsansässigen Bewirtschafter nicht im Vorfeld zu diesem Thema befragt? Diese müssen im Anschluss die Konsequenzen tragen, kein Planer und kein LANUV. Daher bitte ich um Entnahme meiner Flächen aus dem Bereich zum Schutz der Natur. Diese sind: [ANONYMISIERT].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Unser Mandant ist Landwirt und betreibt Ackerbau auch auf Flächen, die durch den Regionalplan des Regierungsbezirks Köln als Vorrangfläche "Schutz der Natur", als Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung", als Vorranggebiet "Grundwasser- und Gewässerschutz" und gleichzeitig als Vorbehaltsgebiet "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" ausgewiesen werden soll.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen zum Entwurf vom 10. Dezember 2021 nehmen wir daher wie folgt Stellung und erheben nachfolgende Einwendungen:

1. Die bestehende Ackerbewirtschaftung würde durch den Regionalplan-Entwurf massiv beschränkt werden. Gleichwohl sind diese Beschränkungen ungerechtfertigt, da der Plan an erheblichen Mängeln leidet.

2. Den ausgewiesenen "Agrarbereichen" wird durch die Ausweisung als Vorbehaltsgebiet sowie der alleinigen Festlegung von Grundsätzen i.S.v. § 3 Abs. 1 ROG nicht die Bedeutung zugesprochen, die ihnen im Plangebiet zukommt.

3. Die Zuordnung der betroffenen Flächen zu dem Vorranggebiet "Schutz der Natur", dem Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" und dem Vorranggebiet "Grundwasser- und Gewässerschutz" erfolgte unter zu großzügig bemessenen Maßstäben.

4. Die Planung räumt dem Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz einen nicht genügend begründeten und unverhältnismäßigen Vorrang gegenüber anderen Raumnutzungen und Flächenbedarfen ein, da insbesondere eine entsprechende Wertigkeit der Natur auf den Flächen nicht oder nur teilweise gegeben ist.

Im Einzelnen:

1. Flächennutzung meines Mandanten im Plangebiet

Mein Mandant ist Landwirt und betreibt Ackerbau. Er ist massiv durch die beabsichtigten Ausweisungen im Regionalplan betroffen, da dieser seine bewirtschafteten Flächen in erheblichem Umfang betrifft.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur

Die Flächen meines Mandanten liegen auf Gebieten, die im Regionalplan als Vorrangfläche "Schutz der Natur", als Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung", als Vorranggebiet "Grundwasser- und Gewässerschutz" und gleichzeitig als Vorbehaltsgebiet "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" ausgewiesen werden sollen. Inwieweit die Fläche meines Mandanten auf der Karte F04 als "Agrarstrukturell bedeutsame Fläche" abgebildet wird, ist infolge der Kartendarstellung nicht erkennbar.

Der Ausweisungsgrund eines Teils der Flächen scheint der "Rotbach" (Erft) zu sein, der infolge seiner Funktion als Biotopverbund als schutzwürdig eingestuft werden soll. Der Rotbach (im Oberlauf Nöthener Siefen, Schliebach, Mühlenbach bzw. Bruchbach genannt) ist ein 39,1 km langer, südwestlicher und orographisch linker Zufluss der Erft in den Kreisen Euskirchen und Rhein-Erft in Nordrhein-Westfalen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

Zur Veranschaulichung der exakten Lage der Betriebsflächen füge ich einen entsprechenden Ausschnitt als Anlage diesem Einwendungsschreiben bei.

## II. Rechtlicher Maßstab

Raumordnungspläne enthalten Festlegungen, die einerseits die Rechtsqualität von Zielen der Raumordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG oder von planerischen Grundsätzen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG innehaben. Diese Unterscheidung ist den unterschiedlichen Bindungswirkungen (Rechtsfolgen) geschuldet, die von den beiden Festlegungsarten ausgehen. Ziele lösen nach § 4 Abs. 1 ROG eine strikte Beachtungspflicht aus, während planerische Grundsätze nur zu berücksichtigen sind. Je stringenter die Rechtsfolgen einer Festlegung sind, desto höher sind die Anforderungen an ihr rechtmäßiges Zustandekommen (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 37). In Verbindung mit § 2 Abs. 1 ROG wird der Inhalt dieser Festlegungen einschränkend bestimmt. Danach darf in Raumordnungsplänen nur festgelegt werden, was der Konkretisierung der gesetzlichen Grundsätze des § 2 Abs. 2 ROG dient und erforderlich ist. Diese Festlegungen müssen die gesetzlichen Grundsätze konkretisieren. Dies beschreibt die Aufgabe der Raumordnungsplanung, beschränkt sie aber zugleich. Es ist Aufgabe der Raumordnungsplanung, die gesetzlichen Grundsätze für die konkreten Verhältnisse des Planungsraums und die mit dem Plan verfolgten Ziele nach Abwägungsgrundsätzen durch Festlegungen umzusetzen (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 12).

Konflikte treten in der Konkurrenz einzelner Nutzungsansprüche an den Raum auf, in der Konkurrenz zwischen Nutzungsabsichten und Funktionen und unter verschiedenen Funktionsansprüchen. Es ist Aufgabe der Raumordnung, die Nutzungs- und

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Funktionsbelange im Raum gleichermaßen für die Abwägung zu ermitteln und zu einem gerechten Ausgleich zu bringen. Dabei gibt es grundsätzlich keinen generellen Vorrang z. B. von Raumfunktionen gegenüber von Raumnutzungen oder umgekehrt. Vielmehr handelt es sich um zwei unterschiedliche Kategorien für in einem Raumordnungsplan in Betracht kommende Festlegungen (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 17 f.).

Vorranggebiete sind nach der Legaldefinition des § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG Gebiete, in denen die mit dem Vorrang belegte Funktion oder Nutzung andere raumbedeutsame Nutzungen ausschließt, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Damit ist das Vorranggebiet das stringenteste raumordnerische Instrument zur Sicherung bestimmter raumbezogener Nutzungen oder Funktionen.

Dagegen sind Vorbehaltsgebiete in § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG als Gebiete definiert, in denen bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. "Besonderes Gewicht" bedeutet, dass die Nutzungen und Funktionen in der nachfolgenden Abwägung dann auch unterliegen können, wenn der konkurrierenden Nutzung ein noch stärkeres Gewicht zukommt als das Gewicht, das ihr durch den Vorbehalt zugesprochen wird. Bei Vorbehaltsgebieten ist eine nachfolgende Abwägung möglich und notwendig, um das besondere Gewicht zum Tragen zu bringen, deshalb ist es in Literatur und Rechtsprechung umstritten, ob es sich bei Vorbehaltsgebieten um "abschließend abgewogene Festlegungen", d. h. um Ziele der Raumordnung handelt oder um bloße Abwägungsdirektiven (vgl. etwa Goppel, in:

Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn 79; ders., BayVBl. 1998, 289, 291; BVerwG, U. v. 13. 3. 2003 ? 4 C 4/02 ?, BVerwGE 118, 33, 47 f.; VGH München, BayVBl. 1997, 178 (179); 1998, 436 (437)).

Die Vorgabe des Normgebers, einer bestimmten raumbedeutsamen Nutzung oder Funktion ein besonderes Gewicht beizumessen, bedeutet daher für eine abschließend abgewogene Festlegung, dass diese in einer nachfolgenden Abwägung nicht mehr zur Disposition steht. Daher sind auch Vorbehaltsgebiete als Ziele der Raumordnung zu betrachten und entfalten deren Rechtswirkung nach § 4 ROG. Dieses Ergebnis, das sich bereits auf das ROG 2008 gründete und für das auch die dortige Formulierung sprach, wird durch die nunmehrige Formulierung des § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG weiter verfestigt (Goppel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 79). So ist laut Begründung( vgl. BT Drs. 18/10883, S. 43) zudem ausdrücklich gewollt, dass die nunmehrige Formulierung der Vorbehaltsgebiete diese der Formulierung der Vorranggebiete gleichstellt (Goppel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 79).

Weil Vorbehaltsgebiete nachfolgende Abwägungen zulassen, sind sie im Gegensatz zu den Vorranggebieten mit anderen Vorbehaltsgebieten überlagerungsfähig. So sind etwa sich überlagernde Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sowie für den Abbau von Bodenschätzen in der Praxis nicht unüblich (Goppel, in:

Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 82).

Die einzelne Festlegung muss dem Gebot einer umfassenden, abschließenden Abwägung entsprechen. Es handelt sich insoweit um eine Rechtsvoraussetzung. Die an das Gebot einer abschließenden und umfassenden raumordnerischen Abwägung zu stellenden Anforderungen orientieren sich zunächst an der für die gemeindliche Bauleitplanung entwickelten Abwägungsdogmatik. Sie besteht aus der Ermittlung, Einstellung und Gewichtung der abwägungsrelevanten Belange und dem Ausgleich der konfligierenden und konkurrierenden Belange bei der planerischen Entscheidung (vgl. OVG Weimar, U. v. 18.03.2008? 1 KO 304/06; Söfker, in: EZBK BauGB § 1 Rn. 179 ff.; Hoppe, DVBl 2003, 697). Für die raumordnerische Abwägung fehlt ein (nicht abschließender) Belangekatalog vergleichbar § 1 Abs. 6 BauGB. An seine Stelle können die gesetzlichen Grundsätze des § 2 Abs. 2 ROG herangezogen werden, die ? aus Bundessicht - die wichtigsten raumordnerische Belange zusammenfassen. Abwägungsrelevant sind zudem nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind (vgl. BVerwG, U. v. 24.09.1998 - 4 CN 2?98). Abwägungsfehler können dabei auch zur Teilunwirksamkeit einzelner Zielaussagen und nicht des gesamten Plans führen (vgl. OVG Koblenz, U. v. 06.07.2005? 8 A 11033/04Q Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 30).

Obwohl die Frage nach einer umfassenden und gerechten Abwägung bei der Planaufstellung weitgehend nur hinsichtlich von Zielen der Raumordnung diskutiert wird, bedeutet das im Umkehrschluss nicht, dass Festlegungen mit Grundsatzcharakter nicht dem Abwägungsregime unterliegen; Satz 1 ordnet die Abwägung auch für solche Festlegungen an (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 37). Wichtig an der Unterscheidung ist, dass planerische Grundsätze der Abwägung bedürfen, diese Abwägung aber bezogen auf andere öffentliche, insbesondere aber private Belange nicht so umfassend sein muss, wie bei Zielen der Raumordnung, weil diese immer noch auf der nächsten Planungsstufe aufgerufen und berücksichtigt werden können. Welche Anforderungen an diese raumordnerische Abwägung zu stellen sind, ist noch weitgehend ungeklärt, weil sie rechtlich nicht so relevant sind wie die Ziele. Dennoch wird etwa zu fordern sein, dass die planerischen Grundsätze eines Raumordnungsplans in sich (weitgehend) widerspruchsfrei sein müssen, um dem Auftrag zum Ausgleich unterschiedlicher Anforderungen an den Raum nach § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ROG gerecht zu werden. Dies gilt zumindest dann, wenn sie sachlich und räumlich konkret gefasst sind. Dann bilden sie die für den jeweiligen Bereich konkretisierten raumordnerischen Belange. Ein Abwägungsfehler kann dadurch auftreten, dass der Plangeber einem Grundsatz der Raumordnung eine Bedeutung beimisst, die nur durch eine Festlegung mit Zielcharakter erreicht werden kann. So ist es abwägungsfehlerhaft, wenn der Plangeber davon ausgeht, er gebe der Windkraft durch die Ausweisung entsprechender Vorbehaltsgebiete nach § 7 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ROG substantiell Raum (vgl. OVG Weimar, U. v. 18.03.2008? 1 KO 304/06 (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 39).

### III. Mängel des Regionalplans und Änderungsvorschläge

Beim Anlegen dieses Maßstabs lässt sich im Ergebnis feststellen, dass die bestehende Ackerbewirtschaftung durch den Regionalplan-Entwurf massiv beschränkt werden würde, diese Beschränkungen gleichwohl ungerechtfertigt sind, da der Plan an erheblichen Mängeln leidet.

Die Flächen, auf denen mein Mandant Ackerwirtschaft betreibt, liegen auf einem Gebiet, das im Regionalplan als Vorranggebiet "Schutz der Natur", als Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung", als Vorranggebiet "Grundwasser- und Gewässerschutz" und gleichzeitig als Vorbehaltsgebiet "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich" ausgewiesen werden soll.

#### 1. Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Flächen meines Mandanten im Regionalplan des Regierungsbezirkes Köln richtigerweise als "Agrarbereich" anerkannt werden sollen. Die Entscheidung keine Vorranggebiete sondern nur Vorbehaltsgebiete zur landwirtschaftlichen Nutzung auszuweisen, ist dagegen zu beanstanden, weil sie Ergebnis einer teilweise fehlerhaften Abwägung ist. Bei den dem Grundsätzen 32 und 33 des Regionalplans handelt es sich im Übrigen um eine Zielsetzung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG und nicht um "Grundsätze". Die Bezeichnung im Planentwurf muss daher geändert werden

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) umfassen Nutzungen und Funktionen gemäß LPIG DVO, wie z. B. Flächen für landwirtschaftliche Nutzungen und Grünflächen und sind in dem Regionalplan als "Vorbehaltsgebiete" festgelegt (Textliche Festlegung des Regionalplans, S. 89 f.).

Zu den Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms hinsichtlich der Landwirtschaft führt die Begründung aus (Begründung, S. 144):

"Der LEP NRW beinhaltet in Kapitel 7.5 Landwirtschaft zwei Grundsätze. Grundsatz 7.5-1 LEP NRW dient dazu, die räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft in allen Landesteilen zu sichern und deren Entwicklung zu ermöglichen. Der LEP NRW stellt hierbei die Bedeutung einer flächengebundenen multi-funktionalen Landwirtschaft heraus. Grundsatz 7.5-2 LEP NRW stellt auf den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und landwirtschaftlicher Betriebsstandorte ab. Landwirtschaftliche Flächen im Freiraum sollen als wesentliche Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden, wertvolle landwirtschaftliche Böden sollen für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden. Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche

Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Bei der planerischen Umsetzung regional-, bauleitplanerischer und fachplanerischer Festlegungen sollen agrarstrukturelle Belange berücksichtigt werden."

Hierauf aufbauend stellt der Regionalplan für die landwirtschaftliche Nutzung mehrere Grundsätze auf.

Nach dem Grundsatz 32 des Regionalplans sollen landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten bleiben. Der Grundsatz ist die regionalplanerische Konkretisierung der Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW. Er stellt darauf ab, landwirtschaftliche Flächen im Freiraum als wesentliche Produktionsgrundlage für Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Damit sollen die Voraussetzungen gesichert werden, dass die Landwirtschaft als größter Flächennutzer im Regierungsbezirk Köln ihre ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen erfüllen kann. Diese sollen in der Regel allgemeine Ziele des Freiraumschutzes (vgl. G. 19, Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln) unterstützen (Begründung des Regionalplans, S. 144; Textliche Festlegung des Regionalplans, S. 105).

Nach dem Grundsatz 33 sollen in den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) agrarstrukturell bedeutsame Flächen, die in der der Erläuterungskarte F4 (Anhang A3) dargestellt sind, nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Ist eine Inanspruchnahme nicht zu vermeiden, sollen Beeinträchtigungen auf das unabdingbar notwendige Maß beschränkt werden (Textliche Festlegung des Regionalplans, S. 106).

Der Grundsatz 34 stellt daneben auf regionalplanerischer Ebene die Berücksichtigung agrarstruktureller und betrieblicher Belange der Landwirtschaft sicher. Neben der in den anderen Grundsätzen behandelten Vermeidung von Flächenverlusten landwirtschaftlicher Nutzflächen kommt dem Erhalt von Betriebsstandorten als Ausgangspunkt für die Bewirtschaftung und der Sicherung guter agrarstruktureller Bedingungen als Voraussetzung für eine dauerhaft tragfähige Nutzung eine wichtige Bedeutung zu (Begründung des Regionalplans, S. 145, Textliche Festlegung des Regionalplans, S. 106).

Bei Planungen und Maßnahmen sollen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage somit erhalten werden (Textliche Festlegung des Regionalplans, S. 105).

Insgesamt wird der landwirtschaftlichen Nutzung durch die Begründung des Regionalplan eine herausragende Bedeutung zugesprochen. Diese spiegelt sich allerdings nicht ausreichend in den Festlegungen des Regionalplans wider.



a) Fehlerhafte Gewichtung

Es fehlt an einer hinreichenden Gewichtung der landwirtschaftlichen Belange gegenüber konkurrierenden Nutzungen. Die im Entwurf vorgesehene Gewichtung ist fehlerhaft, da sich die Regionalplanungsbehörde offensichtlich von der unzutreffenden Vorstellung hat leiten lassen, sie gebe der landwirtschaftlichen Nutzung auch durch die Ausweisung entsprechender Vorbehaltsgebiete substantiell Raum. Bestätigt wird die Annahme, dass die Regionalplanungsbehörde bei der vorgenommenen Abwägung nicht hinreichend zwischen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten differenziert hat, durch den Grundsatz 33, da nicht einmal für "agrarstrukturell bedeutsame Flächen" Vorranggebiete festgelegt werden (vgl. hierzu OVG Weimar, U. v. 18.03.2008 ? 1 KO 304/06).

Die unzutreffende Gleichsetzung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten hat offenbar Einfluss auf die Gewichtung. Damit liefe der Regionalplan Gefahr, abwägungsfehlerhaft erlassen zu werden. Von einer Auswirkung auf das Abwägungsergebnis ist dann auszugehen, wenn nach den Umständen des Falles die konkrete Möglichkeit eines Einflusses besteht, was etwa der Fall sein kann, wenn sich anhand der Planunterlagen oder sonstiger erkennbarer oder nahe liegender Umstände ergibt, dass sich ohne den Fehler im Abwägungsvorgang ein anderes Ergebnis abgezeichnet hatte (BVerwG, B. v. 29.01.1992 ? 4 NB 22.90). Solche Umstände liegen hier vor.

b) Fehlerhaftigkeit der Grundsätze zur Landwirtschaft

Bei den dem Grundsätzen 32 und 33 handelt es sich im Übrigen um eine Zielsetzung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG und nicht um "Grundsätze". Die Bezeichnung im Planentwurf muss daher geändert werden. Soweit davon ausgegangen wird, dass es sich bei den Grundsätzen 32-34 um "Grundsätze" i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG handeln, fehlt es ferner an einer notwendigen Zielsetzung nach § 3 Abs.1 Nr. 2 ROG für die Landwirtschaft.

Zu der Unterscheidung zwischen Zielen i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG und Grundsätzen i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG führt das Bundesverwaltungsgericht aus (BVerwG, U. v. 18. 9. 2003 - 4 CN 20/02):

"Ob eine raumordnerische Vorgabe die Qualität eines Ziels oder eines Grundsatzes hat, hängt jedoch nicht von der Bezeichnung ab (vgl. hierzu § 7 I 3 ROG n.F.), sondern richtet sich nach dem materiellen Gehalt der Planaussage selbst (vgl. BVerwG, SächsVBI 2003, 192). Erfüllt eine planerische Regelung nicht die inhaltlichen Voraussetzungen, die nunmehr in § 3 Nr. 2 ROG n.F. umschrieben sind, so ist sie kein Ziel der Raumordnung. Anderslautende Bekundungen des Plangebers vermögen eine Planaussage, die lediglich die Merkmale eines Grundsatzes aufweist, nicht zu einem Ziel erstarken zu lassen. (...)

Daraus ist zu ersehen, dass der Plangeber selbst der landwirtschaftlichen Nutzung keinen absoluten Vorrang einräumt. Hierdurch wird eine etwaige Zielqualität aber nicht

notwendig in Frage gestellt. Dem für eine Zielfestlegung charakteristischen Erfordernis abschließender Abwägung ist genügt, wenn die Planaussage auf der landesplanerischen Ebene keiner Ergänzung mehr bedarf. Dies ist nicht gleichbedeutend mit einem Höchstmaß an Stringenz. Der Plangeber kann es, je nach den planerischen Bedürfnissen, damit bewenden lassen, bei der Formulierung des Planungsziels Zurückhaltung zu üben, und damit den planerischen Spielraum der nachfolgenden Planungsebene schonen. Von einer Zielfestlegung kann freilich dann keine Rede mehr sein, wenn die Planaussage eine so geringe Dichte aufweist, dass sie die abschließende Abwägung noch nicht vorwegnimmt. (...) Macht der Plangeber von der Möglichkeit Gebrauch, den Verbindlichkeitsanspruch seiner Planungsaussage dadurch zu relativieren, dass er selbst Ausnahmen formuliert, wird damit nicht ohne weiteres die abschließende Abwägung auf eine andere Stelle verlagert. Es ist ihm grundsätzlich unbenommen, selber zu bestimmen, wie weit die Steuerungswirkung reichen soll, mit der von ihm geschaffene Ziele Beachtung beanspruchen. Auch Plansätze, die eine Regel-Ausnahme-Struktur aufweisen, können die Merkmale einer "verbindlichen Vorgabe" i.S. des § 3 Nr. 2 ROG n.F. oder einer "landesplanerischen Letztentscheidung" bzw. einer "abschließenden landesplanerischen Abwägung" im Sinne des Senatsbeschlusses vom 20.8.1992 (BVerwGE 90, 329 = NVwZ 1993, 167) erfüllen, wenn der Plangeber neben den Regel- auch die Ausnahmenvoraussetzungen mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit (vgl. § 3 Nr. 2 ROG n.F.) selbst festlegt. In einem solchen Fall handelt es sich um verbindliche Aussagen, die nach Maßgabe ihrer - beschränkten - Reichweite der planerischen Disposition nachgeordneter Planungsträger entzogen sind."

In diesem Zusammenhang soll etwa ein Indiz dafür, dass nur eine Gewichtungsvorgabe und kein Ziel vorliegt, die inhaltlichen Parallelität des Regionalplans mit dem Landesentwicklungsprogramms sein (BVerwG, U. v. 18. 9. 2003 - 4 CN 20/02).

Der Grundsatz 32, nachdem die bestehenden landwirtschaftlichen Nutzflächen erhalten bleiben sollen, stimmt jedoch nicht mit 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW überein, sondern konkretisiert diese Grundsätze (s.o.). Die Grundsätze 32 und 33 unterscheiden sich auch in ihrer Stringenz und Formulierung von dem Grundsatz 34, der eindeutig einen Grundsatz i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG darstellt (vgl. Wortlaut "Berücksichtigung" von Belangen).

Soweit davon ausgegangen wird, dass es sich bei den Grundsätzen 32-34 um "Grundsätze" i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG handeln, fehlt es an einer Zielsetzung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG für die Landwirtschaft. Die alleinige Festlegung von Grundsätzen wird der Bedeutung der Landwirtschaft nicht gerecht. So wird gerade kein Erhalt der Landwirtschaftsflächen möglich sein, da sich Grundsätze "anders als Zielsetzungen" nur schwer gegen andere Belange durchsetzen können. Der Bedeutung der landwirtschaftlichen Nutzung für das Plangebiet, die der Regionalplan in Teilen auch anerkennt, wird so nicht ausreichend gewürdigt.

#### c) Landwirtschaftliche Bodennutzung nach der guten fachlichen Praxis

In die Begründung ist der Hinweis aufzunehmen, dass die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung, die den Regeln der guten fachlichen Praxis entspricht, mit den naturschutzrechtlichen Belangen vereinbar und daher im Plangebiet auf den ausgewiesenen Agrarflächen freigestellt ist.

Von naturschutzrechtlichen Verboten regelmäßig nicht erfasst werden soll die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung, die den Regeln der guten fachlichen Praxis nach dem Recht der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie gem. § 17 Abs. 2 BBodSchG und § 5 Abs. 2-4 BNatSchG entspricht. Wird die Nutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis betrieben, widerspricht sie in der Regel nicht den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 14 Abs. 2 BNatSchG). Etwas anderes gilt nur bei abweichendem Einzelfall und damit bei Besonderheiten der landwirtschaftlichen Nutzung ? eine Frage, die naturschutzfachlich zu beurteilen und (BVerwG, U. v. 06. 11. 2012 ? 9 A 17.11 ? juris, Rn. 89 - A 33; Frenz in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 3. Aufl. 2021, § 34 Rn. 32; vgl. auch Ewer, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2. Aufl. 2018, § 34 Rn. 4).

Diese Privilegierung der Landwirtschaft gilt insbesondere auch im Habitatschutzrecht (BT Drs. 16/12274, S. 65; BR Drs. 278/09, S. 203 f.; BVerwG, U. v. 06.11. 2012 ? 9 A 17.11 ? juris, Leitsatz Nr. 5) sowie im Artenschutzrecht (§ 44 Abs. 4 BNatSchG).

#### d) Fortsetzung der bisherigen Nutzung

In die Begründung ist ferner der Hinweis aufzunehmen, dass die Fortsetzung der landwirtschaftlichen Nutzung gegenüber naturschutzrechtlichen Belangen überwiegt und damit auf den ausgewiesenen Agrarflächen freigestellt ist. Der "Grundsatz" 32 des Regionalplans, nachdem die bestehenden landwirtschaftlichen Nutzflächen erhalten bleiben sollen, genügt dem nicht. Vielmehr muss in dem Regionalplan bereits festgelegt werden, inwieweit konkurrierende Nutzungen und Belange zu gewichten sind. Hierbei ist der bestehenden Landwirtschaft ein besonderes Gewicht beizumessen, dass allein durch den "Grundsatz" 32 des Regionalplans nicht ausreichend zur Geltung kommt. Grundsätzlich geht es im Landschaft- und Naturschutz um den Erhalt der bestehenden schützenswerten Landschaft und Natur. Da die Landschaft- und Natur allerdings durch die landwirtschaftliche Nutzung geprägt ist und trotz oder sogar infolgedessen entstanden ist, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Fortführung der bisherigen Nutzung ? ohne weitere Intensivierungen ? die Landschaft und Natur nicht beeinträchtigt.

#### aa) Fortführung der bisherigen Nutzung im Verhältnis zum Landschaftsschutz

Der Landschaftsschutz sieht die Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft in § 26 Abs. 2 BNatSchG durch den Verweis auf die Vorschrift des § 5 Abs. 1 BNatSchG explizit vor. Demnach kann die landwirtschaftliche Bodennutzung nach der guten fachlichen Praxis somit auch in einem Landschaftsschutzgebiet fortgeführt werden. Nach § 26 Abs. 2 BNatSchG sind in einem Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Gebietscharakter verändern. Die Schutzregelungen dürfen solche Einwirkungen unterbinden, die die Wesensart des Gebietes in Mitleidenschaft ziehen (VGH Mannheim, U. v. 25.06.1987 ? 5 S 3185/86).

Dagegen prägen Land- und Forstwirtschaft das Bild der Landschaft in vielerlei Hinsicht. Gerade die in Mitteleuropa über Jahrhunderte extensiv betriebene Acker-, Wald- und Weidewirtschaft hat eine vielgestaltige und reich strukturierte Landschaft hervorgebracht, die einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten Lebensraum bot. In Anerkennung dessen, aber auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass Naturschutz und Landschaftspflege auf eine ihre Ziele berücksichtigende Land- und Forstwirtschaft angewiesen sind, bestimmt § 26 Abs. 2 BNatSchG, dass im Zuge der näheren Konkretisierung der Schutzregelungen eines Landschaftsschutzgebietes die Vorschrift des § 5 Abs. 1 BNatSchG besonders zu beachten ist.

Diese Regelung betrifft dabei nur die tägliche Wirtschaftsweise der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, während Veränderungen, die eine Bewirtschaftung erst ermöglichen, erleichtern oder ertragreicher gestalten, hiervon nicht erfasst werden (OVG Lüneburg, B. v. 18.06.2002 ? 8 ME 77/02; VG Stuttgart, U. v. 28.05.2008 ? 2 K 2300/07; Kratsch, NuR 2009, 402). Nicht privilegiert ist etwa die Beseitigung landschaftsprägender Baumgruppen, Hecken oder Streuobstwiesen oder die Neuanlage von Weihnachtsbaumkulturen in einer offenen Feldlandschaft (Gellermann, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 97. EL 2021, BNatSchG § 26 Rn. 18).

Somit kann bzw. muss die landwirtschaftliche Bodennutzung nach der guten fachlichen Praxis sogar zum Erhalt der schützenswerten Landschaft fortgeführt werden.

#### bb) Fortführung der bisherigen Nutzung im Verhältnis zum Naturschutz

Auch im Naturschutz gilt, dass eine bestehende Nutzung fortgeführt werden kann, da davon auszugehen ist, dass diese grundsätzlich die bestehende schützenswerte Natur nicht beeinträchtigt.

(1) Sogar in den besonders schützenswerten Natura 2000-Gebieten gilt, dass die Fortsetzung einer bestehenden Nutzung zulässig ist und bleibt. Wenn dies schon bei besonders schutzwürdigen Gebieten gilt, muss dies bei anderen Gebieten, die zum Schutz der Natur ausgewiesen wurden, erst recht gelten.

Nach § 33 BNatSchG darf der bestehende Zustand in dem Gebiet nicht verschlechtert werden. Alle bestehenden Bewirtschaftungsvorgänge unterliegen als Teil der

Vorbelastung dem Bestandschutz. Allein Änderungen der bisher durchgeführten land- und forstwirtschaftlichen Praxis, die sich auf das Gebiet erheblich auswirken können, können ein "neues" und somit auch prüfpflichtiges Projekt nach § 34 BNatSchG darstellen. Hierzu führt das Bundesverwaltungsgericht zur landwirtschaftlichen Düngung aus (BVerwG, U. v. 12.06.2019? 9 A 2/18 ? juris Rn. 99 ff.):

"Denn im Hinblick darauf, dass die landwirtschaftliche Nutzung der fraglichen Flächen und damit auch deren Düngung hier von alters her zulässig waren, liegt jedenfalls kein "neues", habitatschutzrechtlich relevantes Projekt vor. Der Europäische Gerichtshof stellt bei der Abgrenzung eines landwirtschaftlichen Fortsetzungsprojekts von einem neuen Projekt insbesondere auf den Ort und die Umstände der Ausführung ab. Danach kann eine wiederkehrende Tätigkeit wie die Ausbringung von Düngemitteln, die vor Inkrafttreten der Habitat-Richtlinien auch dem nationalen Recht gestattet war, als ein und dasselbe Projekt von einem erneuten Genehmigungsverfahren befreit sein, sofern sie eine einheitliche Maßnahme darstellt, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie einen gemeinsamen Zweck hat, fortgesetzt wird und insbesondere Ort und Umstände ihrer Ausführung dieselben sind (EuGH, Urteil vom 7. November 2018 - C-293/17 - Rn. 86). Durch diese Voraussetzungen soll vermieden werden, dass sich einzelne Änderungen bei der Ausführung der Tätigkeit negativ auf ein Schutzgebiet auswirken und dessen Schutzziele erheblich beeinträchtigen können (vgl. EuGH, Urteil vom 7. November 2018, a.a.O. Rn. 84). (...)

Der von der Klägerin angeregten Vorlage an den Europäischen Gerichtshof bedarf es in diesem Zusammenhang nicht, weil die Grundsätze der habitatschutzrechtlichen Bewertung von landwirtschaftlicher Düngung, soweit hier entscheidungsrelevant, bereits europarechtlich geklärt sind."

Eine einheitliche Maßnahme soll demnach dann vorliegen, wenn eine Tätigkeit sich nicht anders auf das Schutzgebiet auswirkt. Gemäß der Rechtsprechung des EuGH ist dabei eine substantiell veränderte Fortführung notwendig, damit der Habitatschutz überhaupt greift (vgl. dazu ausführlich Frenz, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 3. Aufl. 2021, § 34 Rn. 39 f. mit Bezug auf Art. 6 Abs. 1 EUV; EuGH im U. v. 29.07.2019? C-411/17, ECLI:EU:C:2019:622, Rn. 130 f. ? Inter-Environnement Wallonie (Doel). Hierbei ist zu betonen, dass durch die Anforderungen an eine "einheitliche Maßnahme" vermieden werden soll, dass sich einzelne Änderungen bei der Ausführung der Tätigkeit negativ auf ein Schutzgebiet auswirken und dessen Schutzziele erheblich beeinträchtigen können (vgl. EuGH, U. v. 07.11.2018, - C-293/17, C-294/17, Rn. 84).

Demnach wird bei der Fortsetzung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit davon ausgegangen, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Natura 2000-Gebiete zu befürchten ist,

Wenn dies schon bei besonders schutzwürdigen Gebieten gilt, muss dies bei anderen Gebieten, die zum Schutz der Natur ausgewiesen wurden, erst recht gelten.

(2) Im Übrigen wollen auch die Regelungen zum Naturschutzgebiet oder zum Biotopschutz nach §§ 23, 30 BNatSchG allein eine Veränderung oder erhebliche Beeinträchtigung der schützenswerten Natur unterbinden. Da die Fortführung einer bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung solche Auswirkungen aber nicht herbeiführen kann, muss in die Begründung des Regionalplans eine solche Freistellung für bestehende landwirtschaftliche Flächen enthalten.

Nach § 23 Abs. 2 S. 1 BNatSchG sind etwa alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu nachhaltigen Störungen führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten (Gellermann, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 97. EL 2021, BNatSchG § 23 Rn. 16).

Nach § 30 Abs. 2 BNatSchG sind dagegen Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung von gesetzlich geschützten Biotopen führen, verboten (Gellermann, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 97. EL 2021, BNatSchG § 30 Rn. 20).

Demnach ist die bloße Fortführung einer bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung ohne weitere Auswirkungen auf das Gebiet unabhängig von der Wertigkeit für den Naturschutz weiterhin zulässig.

#### cc) Zwischenergebnis

Nach alledem muss in die Begründung des Regionalplans als Zielstellung aufgenommen werden, dass die Fortsetzung der landwirtschaftlichen Nutzung ? unabhängig von dem natur- oder landschaftlichen Wert der Fläche ? zulässig bleibt.

#### e) Entschädigungspflicht

Solange es an einer Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Fortsetzung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit im Regionalplan fehlt, muss eine Entschädigung oder ein Ausgleich vorgesehen werden, da ein enteignungsgleicher Eingriff gegeben wäre, der zu entschädigen ist. Der Plangeber wäre zwingend dazu verpflichtet eine Entschädigungsregel für die durch Anwendung nur noch eingeschränkt nutzbaren Flächen zu erlassen. Eine solche Pflicht besteht nach Art. 14 Abs. 3 S. 1 GG bei formellen Enteignungen zwingend. Nach Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG kann der Gesetzgeber Inhalt und Schranken des Eigentums weitgehend bestimmen. Mit diesen Inhalts- und Schrankenbestimmungen im Sinne von Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG hat er Inhalt und Umfang des Eigentumsrechts im Spannungsfeld von Privatnützigkeit und Sozialbindung auszugestalten. Auch naturschutzrechtlichen Regelungen, die die Nutzung von Grundstücken aus Gründen des Natur- oder Landschaftsschutzes beschränken, stellen solche Inhalts- und Schrankenbestimmungen dar (BVerwG, B. v. 17.01.2000 ? 6 BN 2/99 ? juris, Rn. 11; OVG Lüneburg, U. v. 17.12.2014 ? 4 KN 28/1 3

? juris, Rn. 29). Dem liegt nach dem Bundesverwaltungsgericht (U. v. 24.06.1993 ? 7 C 26/92 ? juris, Rn. 38) die Vorstellung zugrunde, "dass jedes Grundstück durch seine Lage und Beschaffenheit sowie die Einbettung in seine Umwelt, also durch die jeweilige Situation, geprägt wird".

Da naturschutzrechtliche Inhalts- und Schrankenbestimmungen die "Situationsgebundenheit" von Grundstücken im Regelfall lediglich widerspiegeln, sind sie grundsätzlich entschädigungslos hinzunehmen. Diese Rechtsprechung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gesetzgeber bei der Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums die allgemeinen verfassungsrechtlichen Grundsätze zu beachten hat; insbesondere muss der ? auch im Unionsrecht anerkannte ? Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden (BVerfG, B. v. 10.02.1987 ? 1 BvI 15/83 ? juris, Rn. 39; EuGH, U. v. 21.07.2011 ? 1 C-2/10 ? juris, Rn. 73; Papier, in: Maunz/DürigG, G. 84. EL August 2018, Art. 14 Rn. 27). Dieser Grundsatz ist bei sämtlichen Hoheitsakten zu beachten, wenn dadurch nachteilig auf eine geschützte Rechtsposition eingewirkt wird. Er gilt daher ebenso bei Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit als Teil der Berufsfreiheit (zum Europarecht Queisner, Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Landwirtschaft im Europarecht, S. 101-103).

Diese Ausgestaltung des Eigentums durch Inhalts- und Schrankenbestimmungen ist also verfassungsrechtlichen Grenzen unterworfen, indem der Gesetzgeber dabei insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten und übermäßige, nicht mehr durch die Sozialbindung des Eigentums zu gerechtfertigte und deshalb unzumutbare Belastungen zu vermeiden hat. In diesem Zusammenhang hat das Bundesverfassungsgericht die Rechtsfigur der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung entwickelt, die ? von Blum, in: Blum/Agena, Niedersächsisches Naturschutzrecht 1.2018, S. 42 NAGBNatSchG Rn. 16 ? folgendermaßen definiert werden:

"Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmungen sind danach gesetzliche Regelungen, die den Inhalt und die Schranken des Eigentums neu bestimmen, dabei aber gewollt oder unbeabsichtigt zugleich bisher geschützte Eigentumspositionen in unverhältnismäßiger Weise einschränken und deshalb einen Ausgleich vorsehen müssen, um die Verhältnismäßigkeit wiederzustellen (Verhältnismäßigkeitsausgleich)."

Dadurch wird also die Möglichkeit eröffnet, durch Ausgleichsleistungen im Einzelfall die ansonsten nicht gewährte Verhältnismäßigkeit wiederherzustellen und so einen Ausweg zwischen im öffentlichen Interesse liegenden Eigentumsbindungen einer- und sich daraus ergebenden unzumutbaren Belastungen andererseits zu finden (zum Ganzen Blum, in: Blum/Agena, Niedersächsisches Naturschutzrecht 1.2018, S. 42 NAGBNatSchG Rn. 2 ff. m. w. N.).

Solche unzumutbaren Belastungen ergeben sich auch hier aus den Festlegungen des

Regionalplan (siehe auch folgende Ausführungen). Unzumutbar sind Nutzungseinschränkungen durch naturschutzrechtliche Vorgaben dabei wegen der grundsätzlichen Situationsgebundenheit zwar erst dann, wenn eine bisher bereits ausgeübte Nutzung ausgeschlossen oder wesentlich eingeschränkt wird, die sich nach Lage der Dinge objektiv anbietet oder aufdrängt (Gellermann, in Landmann/Rohmer, Umweltrecht, 95. EL Mai 2021, S 68 Rn. 9). Das ist hier jedenfalls der Fall, soweit die Fortführung der bisherigen Nutzung eingeschränkt oder untersagt wird.

Diesem Ergebnis entspricht es auch, dass Situationen, in denen infolge von Verboten die bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung nicht mehr fortgesetzt werden darf oder auf Dauer eingeschränkt werden muss und hierdurch die wirtschaftliche Nutzbarkeit des Grundstücks erheblich beschränkt wird, in einigen anderen Bundesländern als Regelbeispiel für unzumutbare Belastungen vorgesehen werden (z. B. S 54 Abs. 1 Nr. 1 NatSchG Bln und S 20 Abs. 2 Nr. 1 HmbNatSchG).

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kann eine Ausgleichsregelung vorrangig durch Ausnahme- und Befreiungsregelungen zu kompensieren sein. Das Bundesverfassungsgericht stellt in seinem Nichtannahmebeschluss vom 15.09.2011 ? 1 BvR 2232/10 ? juris, Rn. 41 ? allerdings klar:

„Ausgleichsregelungen, die den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in besonderen Härtefällen wahren sollen, sind unzulänglich, wenn sie sich darauf beschränken, dem Betroffenen einen Entschädigungsanspruch in Geld zuzubilligen. Die Bestandsgarantie des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG verlangt, dass in erster Linie Vorkehrungen getroffen werden, die eine unverhältnismäßige Belastung des Eigentümers real vermeiden und die Privatnützigkeit des Eigentums so weit wie möglich erhalten. Als Instrumente stehen dem Gesetzgeber hierfür Übergangsregelungen, Ausnahme- und Befreiungsvorschriften sowie der Einsatz sonstiger administrativer und technischer Vorkehrungen zur Verfügung. Ist ein solcher Ausgleich im Einzelfall nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, kann für diesen Fall ein finanzieller Ausgleich in Betracht kommen, oder es kann geboten sein, dem Eigentümer einen Anspruch auf Übernahme durch die öffentliche Hand zum Verkehrswert einzuräumen (vgl. BVerfGE 100, 226 <245 f. >).

„Solange es an einer gesetzlichen Ausnahme- und Befreiungsregelungen fehlt, muss daher eine Entschädigung oder ein Ausgleich im Regionalplan vorgesehen werden.“

#### f) Zwischenergebnis hinsichtlich der Ausweisung als Agrarbereich

Nach alledem ist hinsichtlich der Ausweisung von Flächen als „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ festzuhalten, dass diese ? zumindest teilweise ? als Vorranggebiete auszuweisen sind. Ferner fehlt es an Zielsetzungen und Freistellungen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Bodennutzung. Insbesondere fehlt in der Begründung des Regionalplans eine Freistellung der landwirtschaftlichen Bodennutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis. Darüber hinaus



muss in die Begründung des Regionalplans als Zielstellung aufgenommen werden, dass die Fortsetzung der landwirtschaftlichen Nutzung ? unabhängig von dem natur- oder landschaftlichen Wert der Fläche ? zulässig bleibt. Solange es an einer Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Fortsetzung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit im Regionalplan fehlt, muss eine Entschädigung oder ein Ausgleich vorgesehen werden, da ein enteignungsgleicher Eingriff gegeben wäre, der zu entschädigen ist.

## 2. Bereiche für den Schutz der Natur

Ferner beeinträchtigt die Festlegung des Bereiches ?Schutz der Natur? meinen Mandanten und den von ihm betriebenen Ackerbau erheblich. Gleichzeitig ist die Festlegung mit Mängeln behaftet und daher zu korrigieren. Die Einordnung der von meinem Mandanten zum Ackerbau genutzten Flächen als Bereich von ?Schutz der Natur? ist bereits fehlerhaft. Da keine besonders schützenswerte Natur gegeben ist, hatte im Übrigen schon kein Vorranggebiet ausgewiesen werden dürfen.

### a) Auswirkungen der Ausweisung als Bereich ?Schutz der Natur? auf die Nutzung

Die Ackerbewirtschaftung wird nach dem aktuellen Stand des Regionalplan auf den geplanten Flächen erheblich erschwert, da die Fläche als Vorranggebiet ?Schutz der Natur? ausgewiesen ist.

Die Flächen, auf denen mein Mandant Ackerwirtschaft betreibt, liegen teilweise auf einem Gebiet, das im Regionalplan als Vorranggebiet ?Schutz der Natur" ausgewiesen werden soll. In diesem Kontext wird ebenfalls als Ziel festgelegt, dass Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der Bereiche ?Schutz der Natur" beeinträchtigen, ausgeschlossen sind (Z. 19).

In den ?Textlichen Festlegungen" zum Regionalplan wird auf Seite 99 f. zu dem Ausschluss von Handlungen mit Beeinträchtigungspotenzial erklärend ausgeführt:

?Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Eine Beeinträchtigung der für die BSN formulierten Ziele wird insbesondere durch Flächenverluste oder durch Zerschneidungswirkungen hervorgerufen. Dies ist in der Regel bei der Ausweisung neuer Bauflächen der Fall. (...) Bei Planungen und Maßnahmen ist zur Erhaltung der biologischen Vielfalt sicherzustellen, dass in den BSN wertvolle Lebensräume und Lebensgemeinschaften und funktionsfähige ökologische Wechselbeziehungen erhalten, entwickelt und wiederhergestellt werden können. In den BSN ist den Belangen des Arten- und Biotopschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen einzuräumen. Es ist auszuschließen, dass die im BSN bereits bestehende oder entwickelbare Biotopverbundfunktion dauerhaft beeinträchtigt wird. (...)

Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG sind Vorranggebiete Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Bei der Festlegung der Vorranggebiete "Schutz der Natur" sowie dem Ausschluss von Handlungen, die diesen Bereich beeinträchtigen, handelt es sich um ein Ziel der Raumordnung, welches gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1 ROG anschließend zu beachten ist.

aa) Inwieweit die landwirtschaftliche Bodennutzung eine "Planung und Maßnahme" i.S.d. Regionalplans darstellt und somit geeignet ist, nach den "Textlichen Festlegungen zum Regionalplan" auf Seite 99 die Funktionen der BSN zu beeinträchtigen, wird in dem Regionalplan selbst nicht konkretisiert. Es fehlt insoweit auch an einer Definition solcher "Planungen und Maßnahmen". Eine solche ist in den Regionalplan einzufügen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis sowie die Fortsetzung einer bestehenden landwirtschaftlichen Tätigkeit keine solche Maßnahme oder Planung darstellt, da diese Handlungen schon gar nicht das Potenzial in sich tragen, die Landschaft sowie die Natur zu beeinträchtigen (s.o.). Solche landwirtschaftlichen Tätigkeiten müssen explizit aus der Begriffsbestimmung der "Maßnahme" oder "Planung" ausgeschlossen werden.

bb) Soweit hingegen angenommen wird, dass durch die Ackerbewirtschaftung eine solche Maßnahme i.S.d. Regionalplans gegeben ist, könnte die Ackerbewirtschaftung auf diesen Flächen erheblich eingeschränkt werden, da die Möglichkeit besteht, dass die Natur durch die landwirtschaftliche Tätigkeit beeinträchtigt wird. Es wird davon ausgegangen, dass der Ausweisungsgrund der Flächen als Bereich "Schutz der Natur" der "Rotbach" (Erft) ist, der infolge seiner Funktion als Biotopverbund als schutzwürdig eingestuft wird. Hier kann es zudem sein, dass sich mein Mandant auch auf die Privilegierung der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung nicht berufen kann, da etwa der Biotopschutz nach § 30 BNatSchG eine gegenüber der in § 14 Abs. 2 BNatSchG geregelten landwirtschaftlichen Bodennutzung vorrangige und spezielle Regelung darstellt (vgl. VG Augsburg, U. v. 21.09.2020 ? Au 9 K 19.970).

cc) Ob die Ackerbewirtschaftung in Anbetracht von Ziel 19 des Regionalplans zulässig ist, kann aufgrund der weiten Formulierung des Ausnahmetatbestandes zudem nicht abschließend beurteilt werden.

Ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme des Vorranggebietes "Schutz der Natur" erfolgen, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird (Z. 19). In den "Textlichen Festlegungen" zum Regionalplan wird auf Seite 100 f. zu der Ausnahmebestimmung erklärend ausgeführt:  
"Die Ausnahme greift nicht, wenn für den mit der Planung oder Maßnahme verfolgten

Zweck eine zumutbare Alternative besteht. Der Begriff der zumutbaren Alternative setzt gemäß den Vorgaben des LEP NRW für GSN voraus, dass der Mehraufwand in einem vertretbaren Verhältnis zur konkreten Beeinträchtigung des Bereiches steht. Unter dem Begriff der Zumutbarkeit kommen gemäß LEP NRW auch solche Alternativen in Betracht, die den damit angestrebten Zweck in zeitlicher, räumlicher und funktionell-sachlicher Hinsicht nur mit Abstrichen am Zweckerfüllungsgrad erfüllen. Als Alternative kommen insbesondere eine Verkleinerung oder Verlagerung von Standorten in Betracht, die ohne oder mit geringerer Beeinträchtigung von Schutzfunktionen einhergeht. Auch die Erwartung höherer Kosten, z. B. für den Grunderwerb, für die Erschließung, durch Entstehung komplexerer Betriebsabläufe, durch die Notwendigkeit zum mehrfachen Vorhalten von Einrichtungen oder Einstellung zusätzlichen Personals allein, stellen die Zumutbarkeit einer Alternative nicht infrage."

Ob die Vorhaben aufgrund von Ziel 19 des Regionalplans zulässig ist, kann aufgrund der weiten Formulierung des Ausnahmetatbestandes nicht abschließend beurteilt werden. So bleibt insbesondere unklar, inwieweit die angestrebte Nutzung an anderer Stelle realisierbar wäre und ob die bisherige Ackernutzung ein Eingriff ist, der "auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt" ist.

dd) Die Ackerbewirtschaftung meines Mandanten könnte demnach nach dem aktuellen Stand des Regionalplans infolge der Ausweisung als Vorranggebiet "Schutz der Natur" auf den geplanten Flächen erheblich beschränkt werden.

#### **b) Mangel an der Ausweisung der Flächen als Bereich "Schutz der Natur"**

Gleichwohl ist diese Ausweisung der Flächen als Bereich "Schutz der Natur" ungerechtfertigt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der erheblichen Beschränkung meines Mandanten durch die Ausweisung unverhältnismäßig.

#### **aa) Festlegung als Bereich "Schutz der Natur"**

Zunächst ist bereits die Einordnung der von meinem Mandanten zum Ackerbau genutzten Flächen als Bereich von "Schutz der Natur" fehlerhaft. Die Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit wurde fehlerhaft bewertet und entspricht nicht den Kriterien des Regionalplans für die Ausweisung der Bereiche "Schutz der Natur". Zu der Festlegung der Bereiche "Schutz der Natur" wird in der Begründung ausgeführt (Begründung, S. 140):

"Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Der Vorschlag zur Festlegung der BSN erfolgte unter Berücksichtigung von konkurrierenden Raumnutzungen auf Ebene des

Regionalplans.

Als Flächengröße für die BSN wurde grundsätzlich eine Mindestgröße von 10 ha angesetzt. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Bei der Ermittlung und Bewertung der Biotopverbundflächen der Stufe I wurden gemäß L ANUV eine Vielzahl von Kriterien berücksichtigt.?

In der Begründung des Regionalplans werden diese Vielzahl von Kriterien auf Seite 140f. aufgelistet. Des Weiteren werden zu den Vorgaben der Raumordnung ausgeführt (Begründung, S. 140):

?Die Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/ Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im ©LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt. Bei der Festlegung der BSN wurde insbesondere das Ziel verfolgt, den angestrebten landesweiten Biotopverbund entsprechend dem Auftrag des Ziels 7.2-3 LEP NRW zusammenhängend zu sichern und vor potentiellen Beeinträchtigungen zu bewahren, damit dessen Funktionsfähigkeit dauerhaft gewährleistet werden kann. Insbesondere sollen durch die Festlegung der BSN die Zerschneidung funktionaler Zusammenhänge zwischen herausragenden Biotopverbundflächen und Verinselungseffekte bedeutsamer Biotopflächen vermieden werden. Maßstabsbedingt können bei der Zusammenfassung von schutzwürdigen Biotopen und Landschaftselementen auch Flächen einbezogen sein, die keine besondere Wertigkeit für den regionalen Biotopverbund aufweisen."

#### **(1) Unzureichende Datengrundlage**

Gegen die Schutzbedürftigkeit der Fläche spricht schon, dass die gegenwärtig verfolgte Ausweisung im Regionalplan erfolgt, obwohl mangels Bestandserfassung bzw. Kartierung nicht hinreichend geklärt ist, ob sich in den ausgewiesenen Bereichen

überhaupt schützenswerte Natur befindet. In sachlicher Hinsicht fehlt es zur Feststellung und zum Nachweis der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der einzelnen in das Gebiet einbezogenen Flächen zudem an aktuellen Daten über das Vorkommen und das Ausmaß der erfassten Lebensräume und Arten. Die hier zu Grunde gelegte naturschutzfachliche Bestandserhebung erfüllen aufgrund ihres Alters nicht die von der Rechtsprechung anerkannten und im Folgenden näher erläuterten Maßstäbe an die Datengrundlagen für die Natur.

Für die Annahme einer zeitlichen Begrenzung der Verwendbarkeit von Daten über Naturschutzgüter sprechen auch die im Rahmen der vorhabenbezogenen Verträglichkeitsprüfung aufgestellten Anforderungen an die Datengrundlage.

Die Rechtsprechung geht dabei davon aus, dass Daten bis zu einem Alter von fünf Jahren als aktuell angesehen werden können. Eine Verwendung von Daten, die bis zu sieben Jahren alt sind, kommt nur unter bestimmten Voraussetzungen in Betracht. So hat der Verwaltungsgerichtshof Kassel (B. v. 02.01.2009 ? 11 B 368/08.T ? juris, Rn. 398) in Bezug auf Daten zum Artenschutz in FFH-Gebieten sowie gebietsunabhängig unter anderem entschieden:

„Auch was das Alter der verwendeten Daten betrifft, hat die qualitätssichernde Überprüfung ergeben, dass die Validität der Daten durch ihr Alter nicht geschmälert wird. Zwar hat sich in der Planungspraxis seit langem die Konvention durchgesetzt, dass Daten ökologischer Bestandserfassungen bis zu einem Alter von etwa 5 Jahren als aktuell anzusehen sind, dies setzt aber voraus, dass sich in den Untersuchungsgebieten die landschaftliche Situation und die Zusammensetzung der Biozynosen nicht oder nur wenig verändert. Dies wiederum setzt voraus, dass innerhalb des Zeitraumes kein Nutzungs- und Strukturwandel stattgefunden hat und auch keine wesentliche Veränderung von Standortbedingungen eingetreten ist. Wenn diese Voraussetzungen ? so die Gutachter der Qualitätssicherung ? aber gegeben sind, dann ist auch bei einem Alter der Daten von 6 bis 7 Jahren grundsätzlich von deren Gültigkeit auszugehen.“

Danach beträgt die „Haltbarkeit“ von Gebietsdaten grundsätzlich fünf Jahre. Unter der Voraussetzung, dass keine wesentliche Veränderung der Standortbedingungen im zu betrachtenden Naturraum festzustellen ist, kann bei bis zu sieben Jahre alten Daten noch von deren Gültigkeit ausgegangen werden. Eine darüberhinausgehende Verwendung von Daten als Grundlage für den Regionalplan kommt nicht in Betracht.

Es ist unklar, auf welche exakte Datengrundlage sich der Regionalplan hinsichtlich der Festlegungen der Bereiche „Schutz der Natur“ stützt (vgl. Begründung, S. 140). Zum einen wird angebracht, dass sich die „Unteren Naturschutzbehörden, die biologischen Stationen und die Naturschutzverbände“ in den Prozess miteinbringen konnten und deren Stellungnahmen für die Festlegungen berücksichtigt wurden (Begründung, S. 140). Solche Stellungnahmen sind jedoch keine fachlich fundierte Datengrundlage. Soweit gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des

Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS? genutzt wurde (Begründung, S. 140), kann ferner nicht ausreichend nachvollzogen werden, wie alt diese Daten sind und wie diese erhoben wurden.

Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Diese Daten beruhen jedoch auf Erhebungen, die vor 2014 stattfanden und damit veraltet sind (LEP NRW S. 96):

?Neben dem Nationalpark Eifel sowie den bereits rechtskräftig festgesetzten Naturschutzgebieten (ab 150 ha) werden weitere für den Naturschutz und den landesweiten Biotopverbund wertvolle Gebiete, die in den Regionalplänen mit Planungsstand vom 31. Dezember 2014 als Bereiche zum Schutz der Natur festgelegt sind in die Kulisse der Gebiete zum Schutz der Natur einbezogen.

Soweit in der Begründung des Regionalplans angegeben wird, dass ?am aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden", bleibt unklar, welche Zeitspanne der Plangeber unter ?aktuell" versteht und welche Kartierungen gemeint sind (Begründung, S. 140). Insgesamt ist daher anzunehmen, dass die Datengrundlage hinsichtlich der Festlegung der Bereiche ?Schutz der Natur" unzureichend ist.

## **(2) Ausweisung der Flächen und Umgebung des „Rotbachs? (Erft)**

Selbst wenn die Datengrundlage als ausreichend angesehen werden würde, liegt hier keine für die Ausweisung als Bereich ?Schutz der Natur" ausreichend schutzbedürftige Fläche vor. Es wird davon ausgegangen, dass der Ausweisungsgrund der Flächen der ?Rotbach" (Erft) ist, der infolge seiner Funktion als Biotopverbund als schutzwürdig eingestuft wird. Der Rotbach (Erft) rechtfertigt jedoch keine solche Ausweisung als Vorranggebiet ?Schutz der Natur" infolge seiner Funktion als Biotopverbund.

Der Biotopverbund ist nach § 21 BNatSchG gesetzlich geschützt. Der Biotopverbund besteht demnach aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Bestandteile des Biotopverbunds sind Nationalparke und Nationale Naturmonumente, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser Gebiete, gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG sowie weitere Flächen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparks, wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind. Unbeschadet des § 30 BNatSchG sind nach § 21 Abs. 5 BNatSchG die oberirdischen Gewässer im Sinne des § 3 Nr. 1 WHG einschließlich ihrer Randstreifen, Uferzonen und Auen als Lebensstätten und Biotope für natürlich vorkommende Tier- und Pflanzenarten zu

erhalten. Sie sind so weiterzuentwickeln, dass sie ihre großräumig Vernetzungsfunktion auf Dauer erfüllen können (angelehnt an § 31 BNatSchG a.F.) (Gellermann, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 97. EL 2021, BNatSchG § 21 Rn. 13).

Der Rotbach (im Oberlauf Nöthener Siefen, Schliebach, Mühlenbach bzw. Bruchbach genannt) ist ein 39,1 km langer, südwestlicher und orographisch linker Zufluss der Erft in den Kreisen Euskirchen und Rhein-Erft in Nordrhein-Westfalen.

Der Bach erfüllt nicht die im Regionalplan-Entwurf genannten Kriterien. Er ist zwar richtigerweise als Biotopverbindung anzusehen. Allerdings genügt seine Größe? insbesondere die Breite ? nicht den Anforderungen des Regionalplan-Entwurfs an Fließgewässer als Bereich ?Schutz der Natur? (Begründung des Regionalplan-Entwurfs, S. 140). Vielmehr stellt er ein schmales Fließgewässer dar, das zwar durchaus Bedeutung für die Natur hat, jedoch nicht für den regionalen Biotopverbund. Somit ist die Ausweisung als Bereich ?Schutz der Natur" und somit als Vorranggebiet fehlerhaft. Soweit an der Ausweisung des Rotbach als Bereich ?Schutz der Natur" festgehalten wird, wird hilfsweise angebracht, dass die großzügige Pufferzone um den Bach nicht notwendig ist. Aus der Karte (Blatt 10 und 11) geht hervor, dass der ausgewiesene Bereich weit über die Bachbreite hinausgeht. Soweit man den Bach vor Eintragen aus der Landwirtschaft schützen will, ist hervorzuheben, dass selbst nach dem strengen Europarecht hierfür Gewässerrandstreifen von 5 Metern ausreichen (vgl. §§ 38, 38a WHG i.V.m. § 31 LWG). Eine ?Pufferzone" in der hier dargestellten Größe ist vielmehr unverhältnismäßig, da sie nicht erforderlich ist (vgl. Karte, Blatt 10 und 11).

### **(3) Ausweisung weiterer Flächen als Bereich ?Schutz der Natur**

Im Übrigen kann auch die Ausweisung der anderen Flächen als Bereich ?Schutz der Natur" nicht gerechtfertigt werden. Hier handelt es sich weder um festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete oder eine Biotopverbundflächen der Stufe I.

Wie bereits ausgeführt wurden nach der Begründung des Regionalplan-Entwurfes festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I als Bereich ?Schutz der Natur" ausgewiesen.

Allerdings sind in dem ausgewiesenen Gebiet keine solche Schutzgebiete oder Biotopverbundflächen gegeben. In einem kleinen Teil des ausgewiesenen Gebiets befindet sich lediglich der Sinzenicher Bruch (Landschaftsschutzgebiet), der gleichwohl eine solche Ausweisung als Vorranggebiet nicht rechtfertigen kann (vgl. Abbildung 2), sondern allenfalls eine Ausweisung als ein Vorbehaltsgebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?.

[s. Anhang Abb. StnID\_2]

Somit ist auch die Ausweisung der anderen Flächen ? die sich in naher Umgebung des Baches befinden ? als Bereich ?Schutz der Natur? nicht gerechtfertigt, da es sich hier weder um solche festgesetzten Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete noch eine Biotopverbundflächen der Stufe I handelt (vgl. Anforderungen des Regionalplan- Entwurfs an die Ausweisung der BSN, Begründung, S. 140). Es sprechen auch keine anderweitigen Gründe für eine besondere Schutzwürdigkeit der Fläche. Diese ist vielmehr durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt (vgl. auch die Kennzeichnung der gesamten Fläche als Frei- bzw. Agrarraum).

Es fehlt den Flächen somit an der gebotenen Schutzwürdigkeit sowie Schutzbedürftigkeit, die eine Ausweisung als besonders schützenswerte Natur und somit als Bereich ?Schutz der Natur" rechtfertigen.

#### **bb) Ausweisung als Vorranggebiet**

Da keine besonders schützenswerte Natur gegeben ist, hatte im Übrigen schon kein Vorranggebiet ausgewiesen werden dürfen. Es wäre allein die Ausweisung als Vorbehaltsgebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" in Betracht gekommen. Dies muss insbesondere alr die Pufferzonen um den Rotbach gelten. Allerdings ist auch diese Ausweisung hier nicht gerechtfertigt (siehe folgende Ausführungen).

### **3. Bereiche far den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung**

Die Festlegung des Bereiches ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" beeinträchtigt meinen Mandanten und den von ihm betriebenen Ackerbau erheblich. Gleichzeitig ist die Festlegung mit Mängeln behaftet und daher zu korrigieren.

#### **a) Auswirkungen der Ausweisung als Bereich ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? auf die Nutzung**

Die Ackerbewirtschaftung könnte zudem nach dem aktuellen Stand des Regionalplan- Entwurfs auf den geplanten Flächen ebenfalls erschwert werden, da die Flächen als Vorbehaltsgebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? ausgewiesen sind.

Die Flächen, auf denen mein Mandant Ackerwirtschaft betreibt, liegen auf einem Gebiet, das im Regionalplan-Entwurf als Vorbehaltsgebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? ausgewiesen werden soll. Vorbehaltsgebiete sind in § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG als Gebiete definiert, in denen bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Wie bereits ausgeführt wurde, sind Vorbehaltsgebiet ebenfalls als Ziel der Raumordnung



anzusehen, welches gem. §§3 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1 ROG anschließend zu beachten ist.

Die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) umfassen großräumige Freiraumstrukturen, in denen die benannten Funktionen und Nutzungen gesichert und entwickelt werden sollen. Sie dienen als Pufferzone für die mit den BSN zu schützenden Kernbereiche des regionalen Biotopverbunds. Nach dem Grundsatz 30 des Planentwurfes sollen zudem Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, vermieden werden. Zudem hat nach dem Ziel 21 die Fachplanung die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutz- und Entwicklungsfähigkeit durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Wesentliche Teile für die Funktionen und Nutzungen sind zu erhalten und zu entwickeln und entsprechend den fachgesetzlichen Regelungen als Landschaftsschutzgebiete auszuweisen (Grundsatz 30).

Grundsätzlich ist die landwirtschaftliche Bodennutzung nach der guten fachlichen Praxis gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG zwar in einem Landschaftsschutzgebiet freigestellt (s.o.). Allerdings besteht die Gefahr, dass in der jeweiligen Schutzverordnung in den einzelnen Ge- oder Verboten erlassen werden, die meinen Mandanten in seiner bisherigen Bewirtschaftung der Flächen beeinträchtigen. Somit kann die Ackerbewirtschaftung infolge der Ausweisung als Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" auf diesen Flächen erschwert werden. Zudem fehlt es in dem Regionalplan-Entwurf an klarstellenden Festlegungen, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis sowie die Fortsetzung einer bestehenden landwirtschaftlichen Tätigkeit Beeinträchtigung der Landschaft darstellt, da diese Handlungen schon gar nicht das Potenzial in sich tragen, die Landschaft sowie die Natur zu beeinträchtigen (s.o.). Ein solcher Hinweis ist in den Planentwurf vielmehr einzufügen.

#### **b) Mangel an der Ausweisung der Flächen als Bereich "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung"**

Die Festlegung des Bereiches "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" ist gleichwohl mit Mängeln behaftet.

Die Einordnung der von meinem Mandanten zum Ackerbau genutzten Flächen als "Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" ist fehlerhaft. Das Vorbehaltsgebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" hatte allenfalls auf den Flächen ausgewiesen werden dürfen, die aktuell als "Schutz der Natur" ausgewiesen worden sind.

Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sind als Vorbehaltsgebiete festgelegt (Textliche Festlegung des Regionalplan-Entwurfs,

S. 103). Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden. Die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) umfassen nach dem Textteil des Regionalplan- Entwurfs großräumige Freiraumstrukturen, in denen die benannten Funktionen und Nutzungen gesichert und entwickelt werden sollen. Für den Biotopverbund bedeutsame Elemente innerhalb der BSLE ergänzen die BSN gemäß (Z. 19) Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern funktional, indem sie zu einer Vernetzung der schutzwürdigen Lebensräume beitragen und als Pufferzonen für die mit den BSN zu schützenden Kernbereiche des regionalen Biotopverbunds wirken.

Zur Methodik der Festlegung wird in der Begründung auf Seite 143 ausgeführt:

?Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Sie erfolgte unter Berücksichtigung von auf der Ebene des Regionalplans konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärm arme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.?

Die Ausweisung der gesamten Flächen meines Mandanten sowie deren Umgebung als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" zeigt auf, dass hier keine Abwägung hinsichtlich des ?Ob" sowie des ?Wie? der Ausweisung stattgefunden hat.

[s. Anhang Abb. StnID\_3]

Diese großflächige Ausweisung kann weder durch eine ?Pufferfunktion" noch durch eine besondere Wertigkeit der Natur gerechtfertigt werden. Die Flächen meines

Mandanten sind auch kein ?BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft" (vgl. Erläuterungskarte F06). Soweit dennoch von einer schutzbedürftigen Natur ausgegangen wird, ist hilfsweise für diese Flächen auszuführen, dass das Vorbehaltsgebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" sich auf die Flächen, die momentan als ?Schutz der Natur" ausgewiesen sind, hatte beschränken müssen.

Wie bereits dargestellt, sind die Flächen, die aktuell noch als Bereiche für den ?Schutz der Natur" ausgewiesen sind zu großzügig ausgewählt und zudem auf Flächen ausgewiesen worden, die eine solche strenge Ausweisung nicht rechtfertigen, da hier weder ein Naturschutzgebiet noch ein FFH- oder Vogelschutzgebiet gegeben ist (vgl. auch die Kriterien des Regionalplan-Entwurfs für die Ausweisung der Bereiche ?Schutz der Natur")

#### **4. Grundwasser- und Gewässerschutz**

Die Ackerbewirtschaftung läuft Gefahr nach dem aktuellen Stand des Regionalplan-Entwurfs auf den Flächen ferner erheblich erschwert zu werden, da ein Teil der Flächen als Vorranggebiet ?Grundwasser- und Gewässerschutz? ausgewiesen sind. Die Festlegung des Bereiches ?Grundwasser- und Gewässerschutz" ist gleichwohl mit Mängeln behaftet.

##### **a) Auswirkungen der Ausweisung als Bereich ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? auf die Nutzung**

Die Ackerbewirtschaftung kann nach dem aktuellen Stand des Regionalplan-Entwurfs auf den Flächen ferner erheblich erschwert, da ein Teil der Flächen als Vorranggebiet ?Grundwasser- und Gewässerschutz" ausgewiesen sind. Die Flächen, auf denen mein Mandant Ackerwirtschaft betreibt, liegen teilweise auf einem Gebiet, das im Regionalplan als Vorranggebiet ?Grundwasser- und Gewässerschutz" ausgewiesen werden soll. In diesem Kontext wird als Ziel festgelegt, dass Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar sind, ausgeschlossen sind (Ziel 26). In den ?Textlichen Festlegungen? zum Regionalplan-Entwurf wird auf Seite 126 zu dem Ziel 26 erklärend ausgeführt:

?Innerhalb der BGG sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die die derzeitige und/oder zukünftige öffentliche Trink- und Heilwasserversorgung aus Grundwasser und Oberflächengewässern nach Menge, Qualität und Verfügbarkeit beeinträchtigen oder gefährden. Maßgabe ist ein vorsorgender und präventiver Trink- und Heilwasserschutz innerhalb der BGG.

Planung oder Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen ergeben sich insbesondere aus den differenzierten Anforderungen der zugrundeliegenden Wasserschutzverordnungen und den darin enthaltenden Ge- und Verboten,

differenziert nach den Wasserschutzzonen I ? III A. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen). Sofern erforderlich oder wenn wasserrechtlich (noch) keine entsprechenden Planungsbeschränkungen festgelegt wurden (geplante Wasserschutzzonen sowie räumlichen Abweichungen), ist das Gefährdungspotential unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde zu ermitteln. Hierbei sind die erforderlichen Unterlagen vom Vorhabenträger vorzulegen.

Soweit wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen zulässigerweise bereits bestehen, wird über deren weitere Entwicklung, sofern nicht raumbedeutsam, auf fachplanerischer Ebene entschieden. Das Schadenspotential ist soweit zu verringern, dass Trink- und Heilwasserentnahmestellen weitestgehend geschützt werden. (...)

Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß (G. 20), Waldbereichen gemäß (Z. 22) und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) haben sich die Ziele für diese Bereiche den vorrangigen des Grundwasser- und Gewässerschutzes unterzuordnen. Es wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt. ?

Bei der Festlegung der Vorranggebiete ?Grundwasser- und Gewässerschutz? sowie dem Ausschluss von Handlungen, die diesen Bereich beeinträchtigen, handelt es sich um ein Ziel der Raumordnung, welches gem. §§ 3 Abs. 1 Nr. 2, 4 Abs. 1 ROG anschließend zu beachten ist.

Soweit davon ausgegangen wird, dass durch die Ackerbewirtschaftung Grundwasser oder Oberflächengewässern nach Menge, Qualität und Verfügbarkeit beeinträchtigt wird, wäre auf diesen Flächen die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung unzulässig. Inwieweit für die Ackerbewirtschaftung die Ausnahme nach Ziel 26 greift, ist ferner nicht absehbar. Nach dem Ziel 26 kann ausnahmsweise die Inanspruchnahme des Vorranggebietes ?Grundwasser- und Gewässerschutz" erfolgen, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen (Z. 26). Inwieweit diese Voraussetzungen vorliegen, kann jedoch nicht abschließend beurteilt werden. Hier fehlt es an Konkretisierungen in dem Regionalplan-Entwurf. Insbesondere ist davon auszugehen, dass die landwirtschaftliche Bodennutzung nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis sowie die Fortsetzung einer bestehenden landwirtschaftlichen Tätigkeit keine solche Beeinträchtigung darstellt, da diese Handlungen schon gar nicht das Potenzial in sich tragen, die Landschaft sowie die Natur zu beeinträchtigen (s.o.). Solche landwirtschaftlichen Tätigkeiten müssen explizit aus der Begriffsbestimmung der ?Maßnahme" oder ?Planung" ausgeschlossen werden.

## **b) Mängel an der Ausweisung der Flächen als Bereich ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?**

Die Festlegung des Bereiches "Grundwasser- und Gewässerschutz" ist gleichwohl mit Mängeln behaftet. Die Einordnung der von meinem Mandanten zum Ackerbau genutzten Flächen als "Grundwasser- und Gewässerschutz" ist fehlerhaft.

Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sollen als Vorranggebiete festgelegt werden. Sie dienen der öffentlichen Wasserversorgung und sind so zu schätzen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser dauerhaft gesichert wird. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen (Textliche Festlegung des Regionalplans, S. 119). Zu der Auswahl der Gebiete führt der Regionalplan-Entwurf aus (Textliche Festlegung, S. 120 f.):

Bestehende oder geplante Einzugsgebiete, die der öffentlichen Trinkwassergewinnung und Heilwassergewinnung dienen, sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha als Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) festgelegt. Der Festlegung liegen dabei die Wasserschutzzonen (Trinkwasserschutzzonen, Heilquellenschutzzonen) I bis III A zugrunde. Bei Schutzgebieten, in denen die Schutzzone III nicht in A und B untergliedert sind, wird die gesamte Zone III als BGG berücksichtigt. Regelungen zur Wasserschutzzone III B finden sich in (G. 46) Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen. Eine Übersicht der zeichnerisch festgelegten BGG im Regierungsbezirk Köln findet sich in Erläuterungskarte F9 (Anhang A3).

Innerhalb der BGG sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die die derzeitige und/oder zukünftige öffentliche Trink- und Heilwasserversorgung aus Grundwasser und Oberflächengewässern nach Menge, Qualität und Verfügbarkeit beeinträchtigen oder gefährden. Maßgabe ist ein vorsorgender und präventiver Trink- und Heilwasserschutz innerhalb der BGG. Planungen oder Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen ergeben sich insbesondere aus den differenzierten Anforderungen der zugrundeliegenden Wasserschutzverordnungen und den darin enthaltenden Ge- und Verboten, differenziert nach den Wasserschutzzonen I bis III A. Hierzu zählen insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben sowie der Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen). Sofern erforderlich oder wenn wasserrechtlich (noch) keine entsprechenden Planungsbeschränkungen festgelegt wurden (geplante Wasserschutzgebiete sowie räumlichen Abweichungen), ist das Gefährdungspotential unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde zu

ermitteln. Hierbei sind die erforderlichen Unterlagen vom Vorhabenträger vorzulegen.

Soweit wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen zulässigerweise bereits bestehen, wird über deren weitere Entwicklung, sofern nicht raumbedeutsam, auf fachplanerischer Ebene entschieden. Das Schadenspotential ist soweit zu verringern, dass Trink- und Hellwasserentnahmestellen weitestgehend geschützt werden.

Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß (G. 20), Waldbereichen gemäß (Z. 22) und sonstigen Freiraumfunktionen (v91. Kapitel 4) haben sich die Ziele für diese Bereiche den vorrangigen des Grundwasser- und Gewässerschutzes unterzuordnen. Es wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt."

Zunächst ist festzustellen, dass der dargestellte Bereich deutlich über die Breite des Rotbaches hinausgeht. Eine solche Ausweitung des Gewässerschutzbereiches ist jedoch unverhältnismäßig, da er schon nicht erforderlich ist. Wie bereits ausgeführt, wird der Bach vor Eintragen aus der Landwirtschaft bereits durch die Gewässerrandstreifen nach §§ 38, 38a WHG i.V.m. § 31 LWG geschützt. Eine größere Ausweisung des Bereiches "Grundwasser- und Gewässerschutz" lässt sich nicht rechtfertigen. Eine "Pufferzone" in der hier dargestellten Größe ist ebenfalls unverhältnismäßig, da sie nicht erforderlich ist (vgl. Karte, Blatt 10 und 11).

Es ist im Übrigen fraglich, inwieweit der Rotbach der öffentlichen Trinkwassergewinnung und Heilwassergewinnung dient. Vielmehr geht aus veröffentlichten Untersuchungen hervor, dass der Rotbach gerade nicht zur Trinkwassergewinnung genutzt wird (Steckbriefe der Planungseinheiten im Teileinzugsgebiet Erft NRW, S. 88 [https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/auszug\\_pesteckbriefe\\_erft\\_pe13\\_00\\_version\\_ohne\\_grundwasser.pdf](https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/auszug_pesteckbriefe_erft_pe13_00_version_ohne_grundwasser.pdf), abgerufen am 24.08.2022).

Dass der Rotbach keine Trinkwasserquelle ist, lässt sich auch schon aus seiner charakteristischen Färbung schließen. Charakteristisch für den Rotbach ist die vor allem nach starken Regenfällen rot-bräunliche Färbung des Wassers durch den hohen Eisengehalt, die auch in den Ackern rechts und links des Flusslaufs deutlich sichtbar ist. Ein hoher Eisengehalt führt durch Oxidation des Eisens zu hell- bis dunkelroten / braunen Farbtönen des Eisenoxids (daher auch "Rot- und Bleibach" genannt).

Die Ausweisung als Vorranggebiet "Grundwasser- und Gewässerschutz" erscheint vor diesem Hintergrund nicht gerechtfertigt.

Hilfsweise ist anzubringen, dass der ausgewiesene Bereich hätte deutlich kleiner ausfallen müssen. Die aktuelle großzügige Ausweisung des Bereiches "Grundwasser- und Gewässerschutz" ist nicht erforderlich und daher schon nicht verhältnismäßig.

#### 4. Ergebnis

Die genannten Gründe verdeutlichen, dass der Regionalplan-Entwurf der Natur- sowie dem Landschaftsschutz einen nicht genügend begründeten und unverhältnismäßigen Vorrang gegenüber anderen Raumnutzungen und Flächenbedarfen einräumt.

Wie bei jeder raumplanerischen Festlegung ist auch im Rahmen eines Regionalordnungsplanes eine fehlerfreie Abwägung der von der Planung betroffenen Belange erforderlich (OVG Koblenz, U. v. 28.02.2002 ? 1 A 11625/01 ? juris, Rn. 26). Eine solche wäre auf der Grundlage des bisherigen Entwurfs nicht gewährleistet. Es wird eine große Vielzahl von Flächen zugunsten der Landschaft sowie der Natur für andere Vorhaben gesperrt, da die Ausweisung als "Vorranggebiete" (Schutz der Natur und Gewässerschutz) sowie als "Vorbehaltsgebiete" (Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung) großzügig erfolgt, obgleich sich diese für den Landschafts- und Nutzung nur bedingt eignen, da sie entweder keine oder nur teilweise (besonders) schützenswerte Natur aufweisen.

Auch die Gründe der Festlegung der "Vorranggebiete" und "Vorbehaltsgebiete" für den Schutz der Natur und Landschaft sind nicht hinreichend vollziehbar dargelegt worden. Bei den genannten Belangen handelt es sich um solche öffentlicher und privater Art, die bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen gem. § 7 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen sind. Die Belange sind im Rahmen der Abwägung bei der Erstellung eines Regionalplan-Entwurfs zu beachten (vgl. VGH München, U. v. 04.03.2021 ? 15 N 20.468 ? juris, Rn. 30).

Vor diesem Hintergrund sind entsprechende Änderungen am Regionalplan-Entwurf vorzunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID\_4]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1011213\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1011213\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1011213\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1011213\\_4.pdf](#)

AZ: Ö-M-2072	
1003342	
1010868	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bitte bestätigen Sie den Eingang dieser Email.</p> <p>[...]</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg, Gut [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Von dem neuen Regionalplan liegen ca. 160 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca.15 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Lipp, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Pütz, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Lipp, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Niederembt, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Bedburg, [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Von dem neuen Regionalplan liegen ca. 160 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 15 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2074	
1003342	
1010878	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bitte bestätigen Sie den Eingang dieser Email.</p> <p>Wir planen eine Freiflächenanlage in Bedburg, Gut Schunkenhof auf unseren Flächen. Von dem neuen Regionalplan liegen folgende Flächen der zukünftigen Freiflächenanlage im Bereich "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Lipp, Flur [ANONYMISIERT], geplantes Gebiet: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> </ul> <p>Zum Thema Raumordnung wurde im Vorfeld von uns bei der Bezirksregierung die Zulässigkeit abgefragt. Dies ergab u.a. dass zur raumordnerischen Festlegung gemäß Landesentwicklungsplan LEP, Nordrhein-Westfalen unter 10.2-5 Ziel zu finden ist, "die Inanspruchnahme von Flächen als raumbedeutsame Nutzung möglich ist, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um ... Standort entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung handelt."</p> <p>Nach landesplanerischer Auslegung ist ein räumlicher Korridor von 200 m beidseits der BAB 61 definiert. Dies entsprach der Festlegung aus dem EEG, diese wurde aber mit dem EEG 2022 auf 500 m erweitert.</p> <p>Der Ausbau der erneuerbaren Energien, im vorliegenden Fall von Freiflächen-Fotovoltaikanlagen ist zur Umsetzung der Energiewende und zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele dringend erforderlich. Der Ausbau stellt ein überragendes öffentliches Interesse dar, dient der öffentlichen Sicherheit und soll gemäß EEG 2022 den Vorrang in der Schutzgüterabwägung erhalten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der</p>

Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

AZ: Ö-M-2075	
1005463	
1010741	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sämtliche Flächen meines landwirtschaftlichen Betriebes liegen in der Gemeinde Aldenhoven [ANONYMISIERT]. Hier sind umfangreiche Ausweisungen von BSN-Flächen geplant. Nach der bisherigen Planung sind ca. 20% meiner Betriebsfläche von den ausgewiesenen Flächen erfasst. Soweit diese Flächen zu künftigen Naturschutzgebieten werden, ergeben sich existenzielle Einschränkungen und Auswirkungen für meinen Betrieb. Ich halte daher die geplanten Ausweisungen in Freialdenhoven für zu umfangreich. Außerdem ist es für mich auch nicht verständlich, warum Wiesenflächen unmittelbar am [ANONYMISIERT] vom künftigen Naturschutz nicht erfasst werden, obwohl sie sich dafür anbieten und zugleich Ackerflächen, die weiter entfernt liegen, z.B. im Bereich der K11 [ANONYMISIERT] einbezogen werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2076	
1005464	
1011107	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Eschweiler (Städteregion Aachen) einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte und größtenteils Eigentümer bin, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" Betroffen sind hiervon sowohl Flächen in der Städteregion Aachen Gemarkungen: [ANONYMISIERT]- als auch Flächen im Kreis Düren - [ANONYMISIERT].</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der land wirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich gegen eineÜberplanung meiner Eigentums- und Pachtflächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interessen entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bin Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen in der Städteregion Aachen, [ANONYMISIERT], welche an Herrn [ANONYMISIERT], einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung verpachtet sind. Von dem neuen Regionalplan liegen 100% der Flächen, die ich besitze, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung". Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies führt zum einen zu einer Existenzgefährdung für den landwirtschaftlichen Betrieb des Bewirtschafters/Pächters und zum anderen zu einer Entwertung meiner Ackerflächen. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Eigentumsflächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interessen entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2078	
1005467	
1010726_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplans nehmen wir wie folgt Stellung.</p> <p>Wir vertreten unsere Mitglieder [ANONYMISIERT], die Eigentümer, bzw. Bewirtschafter von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken im Bereich Radevormwald sind. Auf uns lautende Vollmachten fügen wir als Anlagen bei.</p> <p>Wir wenden uns gegen die großflächige Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN).</p> <p><u>Bereich der Heilenbecke</u></p> <p>Die BSN entsprechen in etwa den Biotopverbundflächen VB K 4710-001 und sind damit um ein Vielfaches größer als die real kartierten Biotope. So umfasst dieser Bereich im Einzugsgebiet der Heilenbecke 79,08087 ha, während nur 4,92 ha Biotope kartiert sind. Damit vergrößert sich die geschützte Fläche um den Faktor 16. Betroffen sind insbesondere die Grundstücke Gemarkung Radevormwald, Flur 5, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie Flur 6, Flurstück [ANONYMISIERT].</p> <p>Ähnlich verhält es sich im Bereich des Uelfetals mit den Biotopverbundflächen VB K 4709-001 mit 88,7954 ha und 4709'-005 mit 172,7057 ha. Auch hier wir die komplette Biotopverbundfläche in den BSN übernommen. Hierdurch wird ohne die Möglichkeit einer rechtlichen Prüfung das spätere Landschaftsplanverfahren quasi vorweggenommen. Dies stellt einen massiven Eingriff in Eigentum und Bewirtschaftung unserer Mitglieder dar.</p> <p>Insbesondere, da aufgrund der zu erwartenden EU-Richtlinie mit massiven Bewirtschaftungseinschränkungen in Schutzgebieten zu rechnen ist, sollte von solchen umfangreichen Festsetzungen abgesehen werden. Die massive Ausweisung des BSN ohne die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange ist unverhältnismäßig.</p> <p>Auch wenn das private landwirtschaftliche Handeln als nicht raumbedeutsam angesehen wird, ist die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit nicht nur raumbedeutsam, sondern vor allem Teil der Daseinsvorsorge.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Aus diesem Grunde ist es angezeigt, zwischen den allumfassenden Ansprüchen der Naturschutzbehörden und den individuellen Belangen der landwirtschaftlichen Betriebe einen angemessenen Abwägungsprozess durchzuführen.

Die pauschale Übernahme aller Biotopverbundflächen überschreitet das Maß des Verhältnismäßigen.

Die BSN-Flächen sollten sich deshalb auf den unmittelbar an die geschützten Biotope angrenzenden Bereich beschränken.

AZ: Ö-M-2079	
1005470	
1011129	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir, [ANONYMISIERT], bewirtschaften mit den Eltern einen landwirtschaftlichen Betrieb in Weilerswist 180 ha und in Hürth Stotzheim 180 ha. Der Hof ist seit über 100 Jahren im Familienbesitz und zukunftsfähig, so dass einer oder mehrere unserer 3 Kinder später, wenn sie auch wollen, den Hof weiterführen können.</p> <p>Wir sind ein reiner Ackerbaubetrieb, bearbeiten unsere Felder nach bestem Wissen und Gewissen nachhaltig, haben 7 Kulturen und auch Vertragsnaturschutz bis hin zu Blühstreifen auf unseren Feldern stehen.</p> <p>Es wird für Weilerswist um Lommersum und Derkum, Hausweiler, Vernich, an den 4 Bänken hinter Miel, am Lohgraben im Kessenicher Feld und der Euskirchener Heide ein Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ausgewiesen und zusätzlich in den Flussregionen Mühlheim und an der Erft der Schutz der Natur ausgewiesen. Unsere Fläche in diesen Bereichen sind ca. 109 ha, davon 78 ha Eigentum. Unsere Verpächter gehen unseren Weg aber mit, dass wir besorgt sind, unsere Flächen weiterhin nachhaltig bewirtschaften zu können und dazu gehört auch einen auskömmlichen Ertrag zu erzeugen und dass unsere Flächen auf Grund dieser Ausweisungen teilweise erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Weiterhin ist aktuell noch ein Pflanzenschutzverbot seitens der EU in Arbeit, was in diese Kulisse nach derzeitigem Stand fallen würde, so dass weder ökologisch noch konventionell diese Flächen vernünftig und nachhaltig bestellt werden können. Daher sind wir entschieden gegen die Ausweisung dieser Gebiete.</p> <p>In Hürth bewirtschaften wir um Stotzheim in den ausgewiesenen Bereichen von dem Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung sowie regionale Grünzüge rund 150 ha. Davon sind nur 20 ha Eigentum. Der Rest ist langjährig von der Familie, ehemaligen Berufskollegen oder der Stadt Hürth gepachtet, die sich alle (zumindest 4 Ratsmitglieder der Stadt, ca 25 ha, mehr kann ich nicht sagen, da mir die gesamte Haltung im Stadtrat nicht bekannt ist) wie oben schon erwähnt, gegen eine Ausweisung in diese Kulissen aus, da auch hier die Beeinträchtigungen erwartet werden, sei es vom Ertrag im Feld, PSM Verbot, seitens der EU, Pachtminderung und Minderung des Wertes vom Ackerland.</p> <p>Alles in Allem ist das auch für unseren doch größeren Betrieb, der ja ohnehin noch 4 Prozent Fläche stilllegen soll, existenzbedrohend, was auch zur Folge hätte, dass unser Mitarbeiter, wie auch wir, meine Frau, mein Vater und ich, keinen in Zukunft</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

gesicherten Arbeitsplatz mehr haben, wenn die EU das PSM Verbot auf diese Schutzzonen durchführt.

Wir bitten aus diesen Gründen um die Berücksichtigung unserer Einwendungen und würden uns über eine Antwort freuen.

AZ: Ö-M-2080	
1005471	
1010830	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Burscheid [ANONYMISIERT] einen Obstbaubetrieb in einer Größe von rund 30ha. Wir bewirtschaften die Flächen mit Dauerkulturen, wie Erdbeeren, Heidelbeeren und Äpfel. Die Kulturen sind mit Bewässerungssystemen und Kulturschutzanlagen (Hochtunnel und Hagelnetze) ausgestattet. Derzeit befinden sich mein obstbaulich genutzten Flächen nicht im Landschaftschutzgebiet. Aus den von Ihnen veröffentlichten Plänen kann ich für meine Flächen die Planungen eines Schutzstatus ansehen. Leider ist aus(f) den Planunterlagen nur eine eingeschränkte Einsicht für mich möglich. Eine unter Schutzstellung, z.B. Landschaftschutz oder sogar Naturschutzschutz würde unsere Bewirtschaftung nachhaltig einschränken. Zum Beispiel würden sich genehmigungsrechtliche Fragen zur Erstellung von Schutzanlagen, wie Tunnel oder Hagelschutzanlagen ergeben. Ebenso würden dann der/die bis dato von uns freiwillig und nicht geförderte, Gestellung von Winschutzhecken in Frage gestellt. Über alldem Schweben auch die jüngsten Planungen der EU mit dem "Green Deal". Hier plant man ein totales Verbot von Pflanzenschutzmaßnahmen in Schutzgebieten. Wenn das kommen würde, wäre mein Betrieb von dem Tag an nicht mehr existenzfähig. Ohne Pflanzenschutz, weder konventionell, noch biologisch sind wir nicht in der Lage Quantitativ, noch Qualitativ kostendeckend Erlös zu erzielen. Darauffolgend würden derzeit 8 Vollzeit Arbeitsplätzen und 120 Saisonarbeitskräften ihrer Grundlage entzogen.</p> <p>Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2081	
1004502	
1011135	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca. 18 Hektar (5,5ha Eigentum) der von mir bewirtschafteten Ackerfläche, sowie 11(5ha Eigentum) als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und weitere etwa 30 Hektar (5,% Eigentum) der von mir bewirtschafteten Ackerflächen, sowie 11ha Grünlandfläche (5,5ha Eigentum) als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE) auszuweisen. Bei den Flächen handelt es sich sowohl um Eigentums- als auch um Pachtflächen. Des weiteren 2,8ha Waldfläche als BSLE und 0,4ha als BSN Bereiche ausgewiesen.</p> <p>Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerschläge nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist.</p> <p>Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und zudem zu einem deutlichen Flächenverlust führen.</p> <p>Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Unsere Fläche Gemarkung Kirchheim, [ANONYMISIERT] ist laut der zeichnerischen Darstellung des Entwurfs zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln vom Dezember 2021, Blatt 10/Kreis Euskirchen\_01 im Maßstab 1:50.000, veröffentlicht im Internet -[blatt 10-11.pdf \(nrw.de\)](#) - durch die Bezirksregierung als Fläche zum Schutz der Natur bzw. zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen und wäre somit von uns nicht mehr weiter als landwirtschaftliche Fläche nutzbar.

Der Schutz des aktuellen Zustandes der Wald- und Landwirtschaftsflächen rund um die Steinbach einschließlich unseres Stückes Gemarkung Kirchheim [ANONYMISIERT], im Sinne von Natur und Landschaft, wird sehr detailliert und effektiv durch den aktuellen Landschaftsplan Euskirchen und den darin fixierten Festlegungen geregelt.

Wir beantragen daher die ersatzlose Streichung unseres oben genannten Stückes aus dem Entwurf zum Regionalplan Köln.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Erftstadt-Borr einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 120 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 3 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

[ABBILDUNG: ANONYMISIERT]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2084	
1005486	
1010880	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Pulheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 79 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 11 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Desweiteren gehören mir verpachtete Ackerbauflächen in Erftkreis und Köln mit einer Fläche von ca. 20 ha.</p> <p>Eine Liste mit den Flächen habe ich beigelegt.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diese Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





**Inhalt**

Beiliegend übersende ich Ihnen meinen Einspruch gegen die Ausweisung der Schutzgebiete.

Ich möchte darauf hinweisen, dass meine Betriebsflächen zu 100% betroffen sind und unter den Umständen eine weitere Bewirtschaftung der Flächen nicht mehr möglich sein wird...

[...]

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 111 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 100 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. mit 100% der Fläche!!

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter, Eigentümer, Erftstadt-Borr, Scheuren

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Bei der Neuaufstellung werden einige Flächen meines Betriebes betroffen sein. Da diese Flächen für meinen Betrieb bei Einschränkungen nicht mehr wirtschaftlich sind, zerstören sie die Grundlage meiner Existenz. Deshalb kann ich die Erweiterung der Gebiete nicht akzeptieren und lege fristgerecht Widerspruch ein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2087	
1005490	
1011560	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir verpachten in Swisttal Ackerflächen an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 2.27 ha der Fläche, die wir verpachten, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>[ABBILDUNG]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2088	
1005491	
1010825_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir verpachten in Swisttal Ackerflächen an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 2.27 ha der Fläche, die wir verpachten, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>[ABBILDUNG] [Anonymisiert]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2089	
1005492	
1010882	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke</p> <p>Laut der beiliegenden Karte sollen meine Flächen "Gemarkung Borr, Flur" s.u., Flurstück s.u.; als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.</p> <p>*[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-209

1001462

1003476

#### Inhalt

##### **Betreff: Öff Neuaufstellung Regionalplan:Einspruch gegen die Regionalplanung**

hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Regionalplanung, bei der eine Trassenführung der KVB durch die Brauweiler Helmholtzstr. erfolgen soll. Es gibt im Bereich der Bonn Str. Möglichkeiten, die eine problemlosere Linienführung mit weniger Belästigungen für die vorhandenen Baubesrände ermöglichen.

Ich bitte Sie daher um Prüfung von Alternativen und neuen Vorschlägen.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### **Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-M-2090	
1005493	
1010827_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>laut der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln sollen meine Flächen Gemarkung Vernich [ANONYMISIERT] als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Ich erhebe hiermit Einspruch gegen jede Änderung in der Neuausstellung des Regionalplanes, insbesondere weil damit fruchtbares Ackerland zu Landschaftsschutzgebiet erklärt werden soll! Ich bitte Sie eingehend, meine Flächen auszuklammern!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2091	
1001942	
1011171	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 4 Hektar meiner gepachteten Grünlandflächen als Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Bei einer möglichen Ausweisung dieser Flächen als Naturschutzgebiete befürchte ich, dass hiermit Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen einhergehen und sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2092	
1005494	
1010883	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin staatlich geprüfter Landwirt und bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb mit landwirtschaftlicher Fläche in Bergheim Glessen, Pulheim Dansweiler, Brauweiler und Umgebung.</p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen das Vorhaben die gesamte Fläche meiner landwirtschaftlichen Bewirtschaftung unter "Landschaftsschutz" zu stellen. Ich befürchte durch Umweltmaßnahmen weitere Einschränkungen in der Bewirtschaftung meines Betriebes. Gute fachliche Praxis wird durch ökologische Glaubensinhalte ersetzt und die Ernährung der Bevölkerung wird als nachrangig betrachtet. Wir etablieren eine Planwirtschaft, die selbst durch zukünftig gewählte Politiker nicht kurzfristig wieder geändert werden kann.</p> <p>Der beste Landschaftsschutz ist eine vernünftige Bewirtschaftung. Diese sollte nicht weiter eingeschränkt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2093	
1001942	
1011174	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung.</p> <p>Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt, rd. 40 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen sowie rd. 40 Hektar der gepachteten Grünlandflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass es bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Hiermit würde eine wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Bei Grünlandflächen würde zumindest ein erheblicher und kaum zu leistender Pflege-Mehraufwand entstehen.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2095	
1005496	
1010862	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erheben wir Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke</p> <p>Laut der beiliegenden Karte sollen folgende in unserem Eigentum befindliche Flächen als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden:</p> <p>Gemarkung Wichterich, Flur 3, Flurstücke [ANONYMISIERT]</p> <p>Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2103	
1005503	
1010852_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Selfkant-Stein einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 13 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 13 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Selkant "Saeffelner Bruch" geplantes Gebiet: WB, BSN, BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2104	
1005512	
1010874_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Swisttal einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2105	
1005504	
1010854_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 41836 landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 21 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Hückelhoven-Baal süd</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2106	
1005505	
1010855_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit übersende wir Ihnen unsere Stellungnahme sowie unseren Einspruch bzw. Der zeichnerischen Festlegung im Bezug auf die neuen Gebiete zum Schutz der Natur und Landschaft.</p> <p>Wir betreiben in Erkelenz-Lövenich einen konventionellen Ackerbau mit ca. 55ha sowie 40 Milchkühen + Nachtzucht. Bei der geplanten zeichnerischen Festlegung würden fast alle aktuell bewirtschafteten Flächen unseres Betriebes betroffen sein und den Gesamten Betrieb gefährden...</p> <p>Ein teilweise angekündigtes Spritzmittelverbot ist im konventionellen fast unmöglich Tragbar und würde nicht nur unseren Betrieb, sondern viele weitere in der Existenz bedrohen.!</p> <p>Gerade in unsere aktuellen und schwierigen Zeit sollten wir auch ein Augenmerk auf unsere gesamte Lebensmittel versorgen legen. Durch diese aktuellen Plänen sollte man sich in Zukunft dringend Gedanken machen, wie unsere Lebensmittel in Deutschland produziert werden.</p> <p>Wir bitten Sie den Praxisbezug zur meisten ausschließlichen Theorie Betrachtung hinzuzuziehen.</p> <p>Wir hoffen Ihnen hiermit einen Denkanstoß zu geben und den aktuellen Plan zu überdenken bzw. Zu überarbeiten. Dabei sollte nicht nur auf einzelnen Betriebe sonder auf die gesamte Menschheit geachtet werden.</p> <p>Gerne würden wir uns auch über eine Rückmeldung freuen.</p> <p><b>ANHANG:</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 41812 Erkelenz-Lövenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Erkelenz-Lövenich, Hückelhoven-Baal  
geplantes Gebiet: BSN

Lage: Erkelenz-Kleinbouslar  
geplantes Gebiet: BSLE

Lage: Linnich-Hottorf  
geplantes Gebiet: BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Inhalt**

Im Anhang habe ich meinen Einspruch gegen den Regionalplan beigefügt.

Bitte nehmen Sie unsere Meinung ernst!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Gehen Sie eine Weile in sich und denken Sie mal genau darüber nach, warum es in der heutigen Zeit in Europa keine Hungersnöte mehr gibt, trotz der zunehmenden Klimaveränderung. Sicherlich kann man den Pflanzenschutzinsatz weiter reduzieren und optimieren. Aber große Teile einer fruchtbaren Region vom Pflanzenschutzinsatz auszuschließen, hat etwas von Über- und Hochmut, der entstanden ist aus der Geschichte der letzten 50 Jahre.

Da gab es Lebensmittel oft günstig und im Überfluß.

Aktuell zeigt uns der Klimawandel Grenzen auf, die schnell bedrohlich werden können.

**ANHANG:**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Baal einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im

Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Hückelhoven-Baal  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2108	
1005507	
1010863_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern.</p> <p>Vor vielen Jahren wurde dort ein Industiergebiet ausgewiesen, obwohl so gut wie keine Standortfaktoren vorgelegen haben und vorliegen.</p> <p>Selbst unsere Kinder in der 6 Klasse auf dem Gymnasium lernen, dass Industriegebiete dort ausgewiesen werden sollen, wo möglichst viele Standortfaktoren vorhanden sind. Hier wollte sich damals wohl jemand bereichern.</p> <p>Die nächsten Autohabahnanschlüsse sind viele Kilometer entfernt. Das ist untragbar. Der ganze Verkehr (Mitarbeiter, Lieferverkehr) wird aus verschiedenen Richtungen das Industriegebiet erreichen wollen ( von der A44 Aldenhoven; von der A44 Titz Linnich, von der A46 Hückelhoven). So wird das Industriegebiet aus verschiedenen Richtungen angefahren, ohne dass eine für den LKW Verkehr fähige Straße zur Verfügung steht. Es ist auch nicht damit getan, eine Ortsumgehung Lindern zu bauen. Selbst die vorhandenen Straßen Richtung Titz ( über Linnich) oder Richtung Aldenhoven können so einen Verkehr gar nicht aufnehmen! Richtung A46 ist die gleiche Situation vorhanden.Sollten man nicht lieber Industriegebiete an vorhandenen Autobahnabfahrten ausweisen? Wär das nicht sinnvoller? Donselen? Somit müssten erhebliche Flächen für Autobahnanschlüsse verbraucht werden, und das in der heutigen Zeit. Wird das gewünscht?</p> <p>Angeblich soll das Industriegebiet doch umweltgerecht sein! Alleine durch die Straßensituation wird dieses zunichte gemacht. Wir führen am Ortsrand von Lindern einen landwirtschaftlichen Betrieb. Die landwirtschaftliche Fläche in diesem Raum wird durch Ihr Vorhaben extrem verkleinert. Uns und auch allen Bewohnern wird durch die Straßenbaumaßnahmen die Lebensqualität genommen. Ein Spazierengehen wird in Richtung Lindern kaum mehr möglich sein. Ein weiteren Faktor ist die extreme Lärmbelästigung durch den Verkehr, die durch die vorhandenen Windräder Richtung Linnich, jetzt schon bedenklich und im Grenzbereich ist. Wie soll der Wert der Lärmbelästigung bei uns am Linner Hof eingehalten werden?</p> <p>Bitte schicken Sie mir eine Eingangsbestätigung zu.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p> <p>Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)</p>

AZ: Ö-M-2109	
1005508	
1010877	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Heimbach einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in 50129 Bergheim-Glessen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 90% der Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landwirtschaft und landwirtschaftlicher Erholung" und ca. 40% im Gebiet "Schutz der Natur" 65 ha meine Flächen befinden sich auf und am Fuß der Glessener Höhe. Folgende meiner Flächen sind besonders von der Ausweitung des Naturschutzgebietes betroffen:

19,6 ha - Auf den Platten

5,3 ha - Linzbach kl

6,1 ha Schwarzmär

4,8 ha An der Hecke

3,3 ha An der Kippe

Die übrigen 25,90 ha liegen komplett im Landschaftsschutz!

Diese Ausweisung wird die landwirtschaftliche Nutzung meiner Flächen erheblich beeinträchtigen, insbesondere was den Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Das ist für mich existenzgefährdend!

Deswegen beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, da damit die regionale und deutsche Nahrungssicherheit gefährdet ist. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, wie wichtig eine ausreichende und unabhängige Eigenversorgung mit heimischen Nahrungsmitteln ist. Die geplante neue Ausweisung würde diesem Ziel erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landwirtschaftlicheschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen.

Deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem, wie auch immer, definierten Schutzstatus. Wir bewirtschaften unsere Flächen schon seit mehreren 100 Jahren und die Werthaltigkeit dieser Flächen haben wir immer im Einklang mit der Natur gesteigert.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2111	
1005510	
1011257	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Durch die Neuausweisungen bin ich auf diesen Flächen von Auflagen und Verboten betroffen, welche die landwirtschaftliche Nutzung massiv einschränken.</p> <p>Aufgrund bereits bestehender Einschränkungen in der Bewirtschaftung ist insbesondere der landwirtschaftliche Betrieb in seiner Wirtschaftlichkeit eingeschränkt worden. Hinzu kommen immer schwieriger wirtschaftliche Verhältnisse aufgrund der klimatischen Extreme, mit starken Ertragsverlusten durch Trockenheit.</p> <p>Die geplanten Neuausweisung wird die Bewirtschaftung weiter einschränken und damit die Wirtschaftlichkeit weiter reduzieren. Damit wird mein Betrieb in der Existenz gefährdet.</p> <p>Daher lege ich Einspruch gegen die Neuausweisung meiner Flächen ein.</p> <p>Die mir bisher bekannte betroffenen Flächen sind in der Anlage als Kartenausschnitte beigefügt. Es handelt sich um:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1011257_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1011257_2.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1011257_3.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1011257_4.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2112	
1005511	
1011013	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anbei sende ich Ihnen die Stellungnahme von [ANONYMISIERT] zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln mit der Bitte um Bestätigung.</p> <p>Wir möchten, dass unsere Ackerflächen weiterhin im vollen Umfang landwirtschaftlich genutzt werden können und wenden uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Anbei senden wir Ihnen eine Aufstellung der Flurstücke:</p> <p>Gemarkung: Gleuel [mehrere ANONYMISIERT]</p> <p>Gemarkung: Stotzheim [mehrere ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2113

1005513

1010875\_001

## Inhalt

Wie verpachten in Swisttal Ackerlachen an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensivenr ackerbaulicher Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 2.27 ha der Fläche, die wir verpachten, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

[ABBILDUNG ANONYMISIERT]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2114

1005515

1010876\_001

#### Inhalt

Wir verpachten in Swisttal Ackerflächen an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 2 ha der Fläche, die wir verpachten, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in einen Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 230 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 190 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Erkelenz, Hückelhoven  
geplantes Gebiet: BSN, BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2116	
1005571	
1011278	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Düren-Merken einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 20 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2117	
1005572	
1011258	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke, besonders das folgende Flächen als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden sollen:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch dagegen, das folgende Flächen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden sollen:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan Köln setzt weder Natur- noch Landschaftsschutzgebiete fest. der Hinweis richtet sich an die Umsetzung auf nachfolgender Planungsebene.</p>

AZ: Ö-M-2118	
1005573	
1011285	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg Königshoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen run10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? bzw. im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Bedburg / Königshoven: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Boslar einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-212	
1001463	
1005611	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff: straßenbahn in brauweiler</b></p> <p>[ANONYMISIERT]. jeder anschluß an das öpvn netz ist ein gewinn für alle menschen. weniger privatverkehr, weniger co2, weniger ölabhängigkeit, weniger putinabhängigkeit, mehr umweltschutz.</p> <p>und eine platzsparende umsetzung könnte das grün an der helmholtzstraße erhalten, wenns nicht anders geht auch ein eingleisiger abschnitt z.b.</p> <p>übrigens der abteipark ist nicht betroffen und die helmholtzstraße ist kein park. betroffen sind die anlieger, auch die werden dankbar sein, wenn der autorausgang zu ende geht und sie bequem mit der bahn ihr ziel erreichen können.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>



AZ: Ö-M-2120	
1005575	
1011394	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meines Grundstück.</p> <p>Laut der beiliegenden Karte soll meine Fläche [ANONYMISIERT] als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Fläche auszuklammern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan Köln setzt keine Naturschutzgebiete fest. Das Bedenken richtet sich insofern an die fachplanerische Umsetzung und kann im Falle einer geplanten NSG-Festsetzung dort platziert werden.</p>

AZ: Ö-M-2121	
1005576	
1011260	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Hellenthal , Schnorrenberg eine landwirtschaftliche Pferdezucht mit. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 7,99. ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Mähweiden nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Futtermittel geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2122	
1005577	
1011393	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit äußere ich erhebliche Bedenken gegen die geplanten Änderungen des Regionalplans. Als Landwirt bin ich infolge der geplanten Auflagen in meiner Existenz bedroht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-2123	
1005578	
1011392	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen run17 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2124	
1005579	
1011276	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte mit dieser E-Mail Einspruch gegen die geplante Ausweisung neuer Naturschutzgebiete einreichen. Mein landwirtschaftlicher Betrieb in Heimbach würde durch die großflächige Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) erhebliche Einschränkungen erleiden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2125	
1005580	
1011275	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In dem neuen Regionalplan liegt eine Fläche, in der ich in Erbengemeinschaft nach meinem verstorbenen Vater [ANONYMISIERT] Miteigentümerin bin, die als Gebiet zum Schutz der Natur neu ausgewiesen werden soll. [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die Sorge, dass die neu geplante Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Eine Änderung der Bewirtschaftungsauflagen könnte zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für den Pächter führen. Ich habe die Sorge, dass es für einen Pächter uninteressant wird dieses Grundstück, welches von Waldfläche eingerahmt ist und somit von viel Schatten betroffen ist, zu pachten bzw. zu bewirtschaften und meine Fläche somit wirtschaftlich nicht mehr genutzt wird. Dies hätte einen wirtschaftlichen Schaden für mich und zudem würde meine Fläche ungenutzt verwildern. Folglich beantrage ich, insbesondere die o.g. Fläche nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2126	
1005581	
1011274	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In dem neuen Regionalplan liegt eine Fläche direkt hinter meinem Wohnhaus, die als Gebiet zum Schutz der Natur neu ausgewiesen werden soll: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Eine Änderung der Bewirtschaftungsauflagen könnte zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für den Pächter führen. Da das Grundstück direkt hinter den Häusern liegt, verwinkelt ist und nur eine kleine Größe hat besteht die Sorge, dass es für einen Pächter uninteressant wird dieses Grundstück zu pachten bzw. zu bewirtschaften und meine Fläche somit wirtschaftlich nicht mehr genutzt wird. Dies hätte einen wirtschaftlichen Schaden für mich und zudem würde meine Fläche ungenutzt verwildern. Weiterhin befürchte ich auch, dass eine Neuweisung in dem dargestellten Umfang zumindest mittelfristig eine Ausweisung neuer Schutzgebiete zur Folge hat, was insbesondere auch eine eventuelle weitere bauliche Entwicklung auf dem o.g. Grundstück nur erschweren würde bzw. künftig möglicherweise sogar unmöglich macht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2127	
1005582	
1011273	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Düren einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 23 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0,56 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 70 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca.12 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Kreis Düren; Westlich des Dorfes Dorweiler: BSLE

Rhein-Erft-Kreis; Nördlich des Ortes Erp: BSLE

Rhein-Erft-Kreis; Südlich des Ortes Erp: BSLE

Kreis Euskirchen; An der L 264 gelegen, zwischen, Östlich vom Ort Rövenich: BSLE

Kreis Euskirchen; Östlich des Ortes Mülheim Wichterich, an der L 162: BSLE

Kreis Euskirchen; Zwischen den Ortsteilen Kirchheim und Flamersheim: BSN

Rhein-Sieg-Kreis; Nordöstlich des Ortes Wormersdorf: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.	
---	--

AZ: Ö-M-2129	
1005584	
1011287	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 7,3 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 18 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kerpen-Sindorf: BSN/BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-213	
1001522	
1001932	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Einspruch gegen die Planung zur Bebauung der Wiesen zwischen -Imbacher Weg und Am Knechtsgraben- in Leverkusen-Opladen/Bergisch Neukirchen</p> <p>Im Regionalplan der Bezirksregierung ist eine Bebauung der o.g. Wiesenfläche geplant. Dagegen lege ich entschiedenen Widerspruch ein.</p> <p>Es handelt sich hier um eine landwirtschaftlich genutzte Wiesenfläche inmitten von weiteren genutzten Wiesenflächen, welche bei einer Bebauung versiegelt würden. Die Folgen einer solchen Versiegelung nach Regentagen wie im Juli 2021 sind heute noch an Häusern und Geschäften in Opladen sichtbar. Existenzen wurden fortgeschwemmt. Der 14.7. 2021 ist nicht nur für Opladener Bürger ein Schreckenstag.</p> <p>Wir müssen endlich aus der Flächenversiegelung herauskommen. Für uns und unsere Nachkommen müssen natürliche Flächen als Luftschneisen, zur Wasseraufnahme und zur landwirtschaftlichen Nutzung erhalten bleiben. Das Wort der Stunde ist <b>ENTSIEGELUNG</b>, nicht weitere Versiegelung.</p> <p>Eine Bebauung dieser Fläche geht in keinster Weise mit den Beteuerungen der gewählten Volksvertreter in Kommunen, Land und Bund überein, die Umwelt schützen und Natur bewahren wollen. Das sollte beherzigt und befolgt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-2130	
1005585	
1011299	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 15 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 2 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kerpen-Türnich: BSN Gemarkung Kerpen: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2131	
1005586	
1011303	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Gymnich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 22 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 7 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Nörvenich-Dorweiler: BSLE  Gemarkung Erftstadt-Gymnich: BSLE  Gemarkung Erftstadt-Lechenich: BSLE  Gemarkung Kerpen-Türnich: BSLE  Gemarkung Kerpen-Türnich: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-M-2132	
1005589	
1011307	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Elsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6,6 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Elsdorf: BSLE Gemarkung Bedburg: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bergheim Glesch einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 15 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 25 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Darüber hinaus sollen noch ca. 2 ha als Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Bergheim Quadrath-Ichendorf: BSN

Bergheim Glesch: BSN / BSLE

Elsdorf Desdorf: Gewerbegebiet

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2134	
1005592	
1011325	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg-Königshoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 16,75 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Bedburg-Kaster, Flur 19, Flurstücke [ANONYMISIERT]: BSLE Gemarkung Bedburg-Kaster, Flur 21, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2135	
1005594	
1011330	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Miteigentümerin von landwirtschaftlichen Flächen mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan sind insbesondere folgende Flächen betroffen:</p> <p>Von dem neuen Regionalplan sind insbesondere folgende Flächen betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Sieg-Kreis, Gemarkung Bornheim Hemmerich-Kardorf Waldflächen Flur 5 Flurstück [ANONYMISIERT] und Flur 1 Flurstück [ANONYMISIERT] mit einer Gesamtfläche von 58,3 ha</li> <li>• Rhein-Sieg-Kreis, Gemarkung Bornheim Hemmerich-Kardorf Ackerflächen Flur 1 Flurstück [ANONYMISIERT], Flur 2 Flurstück [ANONYMISIERT] und Flur 3 Flurstück [ANONYMISIERT] Teile aus der Gesamtfläche von 24,6 ha</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Elsdorf-Widdendorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 48 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 4 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

mehrere Flächen in Elsdorf-Widdendorf: BSLE  
 mehrere Flächen in Elsdorf-Heppendorf / -Stammeln: BSLE  
 mehrere Flächen in Bergheim-Ahe: BSLE  
 Zwei Flächen in Bergheim-Ahe / -Quadrath-Ichendorf: BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Wir sind Eigentümerin mehrere Grundstücke, welche ackerbaulich genutzt werden. Von dem neuen Regionalplan liegen diese verpachteten Grundstücke im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Ertstadt-Borr: BSLE

Gemarkung Zülpich-Wichterich: BSLE

Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die landwirtschaftlichen Betriebe unserer Pächter existenzgefährdend.

Darüber hinaus stufen wir die zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung ausgewiesenen Gebiete als unausgeglichen ein. Hier wurde innerhalb der Ertstadt weder für einen finanziellen noch für einen gebietsbezogenen Ausgleich gesorgt. Die Ausweisung von Gebieten, die zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung dienen sollen, ist sozial, ökologisch und ökonomisch unausgeglichen und benachteiligt die davon betroffenen Orte zusätzlich.

Folglich beantrage wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin dürfen wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2138	
1005597	
1011358	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in BM-Auenheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 23 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>zwischen Bedburg-Rath und Bedburg: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2139	
1005598	
1011259	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer von ca. 8,5ha hochwertigem Ackerland im Bereich von Kreis Euskirchen, Erftstadt und Düren. Die Flächen sind verpachtet und werden intensiv ackerbaulich genutzt. Nach dem neuen Regionalplan liegen diese Flächen im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Zudem würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.</p> <p>Für mich ist schließlich nicht nachvollziehbar, warum die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. in den genannten Kreisen wirtschaftenden Betrieben.</p> <p>Abschließend möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2140	
1005599	
1011272	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Guten morgen, hiermit sende ich unsre Stellungnahme zum Regionalplan. Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>[ANHANG]</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte in Jülich-Broich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Milch- und Grünland Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20,25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 18,2 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu der Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehmen wir wie folgt Stellung:

Selbstverständlich hat insbesondere der Kreis Heinsberg aufgrund des Braunkohletageabbaus ein enormes Interesse am Wirtschaftswachstum. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass den Landwirten aller Produktionsrichtungen, vor allem vor dem Hintergrund europa- und weltpolitischer Entwicklungen, weiterhin schwierige Zeiten bevorstehen. Umso wichtiger ist es, dass auch die regionale Politik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärkt und nicht etwa abbaut. Hierzu gehört auch die Gewährleistung, dass ausreichend Ackerflächen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen.

Der derzeitige Planungsstand sieht jedoch einen enormen Flächenverbrauch für die wirtschaftliche Entwicklung zulasten der Landwirtschaft vor. Insgesamt weist der Kreis Heinsberg für die kommenden Jahre einen Flächenverbrauch von ca. 540 ha aus. Im Rahmen dieses Flächenverbrauchs würden wertvolle Flächen mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit verloren gehen. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind jedoch dringend auf die landwirtschaftlichen Eigentums- und Pachtflächen angewiesen. Verminderungen der Betriebsfläche haben erhebliche Einschnitte in Betriebsabläufe zur Folge und können bei einem hohen Flächenverlust zu einer Existenzbedrohung des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes führen. Bei anhaltendem Flächenverbrauch würden zudem die Pachtpreise weiter steigen. Dabei werden bereits heute horrend Pachtpreise gefordert, sodass viele landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr kostendeckend produzieren können. Die Konsequenz des weiteren Flächenverbrauchs wäre der Rückgang der heimischen und regionalen Produktionen. Irgendwann werden unsere regionalen, hochwertigen Produkte zur Deckung des Lebensbedarfs nicht mehr ausreichen. Die Folge wäre ein Import von Lebensmitteln, meist zu geringerer Qualität.

Weiterhin weisen wir darauf hin, dass Innenbereichsflächen stets vorrangig genutzt werden und damit ein sogenannter Lückenschluss erfolgen sollte (§ 34 BauGB).

Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe bitten wir um achtsameren Umgang mit dem Gut "Boden" und möglichst geringfügigem Flächenverbrauch, denn Wirtschaftswachstum benötigt nicht immer frisches Ackerland.

Vor diesem Hintergrund weisen wir auf die zusätzlich bestehenden Schwierigkeiten unserer Landwirte vor allem im Zusammenhang mit den Planungen einer Gewerbegebietsentwicklung der Stadt Geilenkirchen hin. Alleine die Planung des

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Be*

Gewerbegebiets würde einen Flächenverlust von 20 ha verursachen. Hinzu käme ein weiterer Flächenverlust durch Ausgleichsmaßnahmen sowie weitere Versiegelungen durch den Straßenbau.

Der Hauptbedarf der Flächen für das vorbezeichnete Gewerbegebiet wurde durch einen Investor angemeldet. Hier erscheint der dringliche Bedarf mehr als fragwürdig, da der Investor seinen Hauptauftragsgeber verloren hat und somit eine unklare Bedarfssituation besteht. Im Übrigen werden aktuell noch weitere 2,5 und 3,2 ha in den Plänen ausgewiesen, sodass mit der verringerten Bedarfssituation eine Erweiterung als nicht notwendig erscheint.

Zudem drohen weitere Flächenverluste durch den Kiesabbau und insbesondere ein Flächenverlust von 240 ha durch das geplante Gewerbegebiet in Lindern in unmittelbarer Nähe.

Auch durch den Neubau der B 56 N hat im Kreis Heinsberg bereits ein enormer Flächenverbrauch stattgefunden.

Ein weiterer Flächenverbrauch von 540 ha unter dem Mantel der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf Grund der Braunkohleaufgabe ist in diesem Ausmaß als absolut unverhältnismäßig zu bewerten, insbesondere im Hinblick darauf, dass auch RWE selber umstrukturiert und neue Arbeitsplätze schafft.

Darüber hinaus führen die Ausweisungen der geplanten FFH?, Vogelschutz- und Naturschutzgebiete auf Grund des geplanten Pflanzenschutzverbots der EU zu erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen und Existenzgefährdungen der landwirtschaftlichen Betriebe.

Aus Sicht des Berufsstandes müssen daher aus den vorgenannten Gründen diebeabsichtigten Planungen abgelehnt werden. Wir bitten um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphasen.

Insbesondere bitte ich darum, meine Flächen im Gebiet der Stadt Heinsberg in Gemarkung Oberbruch in den Fluren Nummer:

Flur [ANONYMISIERT]

Gemarkung Unterbruch:

Flur [ANONYMISIERT]

Gemarkung Dremmen:

Flur [ANONYMISIERT]

#### *darfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.*

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungs direktiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (s. Stellungnahme ID 1003679 im Hinblick auf den angesprochenen GIB in Geilenkirchen) sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche

Gemeinde Selfkant

Gemarkung Saeffelen:

Flur [ANONYMISIERT]

Stadt Wassenberg:

Gemarkung Birgelen:

Flur [ANONYMISIERT]

nicht weiter zu überplanen.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der LEP NRW sieht die zudem Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz

und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2142	
1005615	
1011271	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 32 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 32 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2143	
1005616	
1011359	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Von dem neuen Regionalplan liegen rund 12,4 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Erftstadt-Friesheim, Flur 19, Stück [ANONYMISIERT], 6,01 ha: BSLE  Erftstadt-Friesheim, Flur 19, Stück [ANONYMISIERT], 2,42 ha: BSLE  Erftstadt-Friesheim, Flur 19, Stück [ANONYMISIERT], 2,90 ha: BSLE  Erftstadt-Friesheim, Flur 19, Stück [ANONYMISIERT], 1,04 ha: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2144	
1005617	
1011408	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 155 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Meine zu bewirtschafteten Flächen (eigenes Land und Pachtfläche) liegen alle im vorgesehenen Schutzgebiet. Durch ein Verbot von Pflanzenschutzmittel, bin ich nicht mehr in der Lage meinen Betrieb weiterzubetreiben. Dadurch steht meine komplette Existenz auf dem Spiel und ich werde nicht mehr in der Lage sein, meine Familie und meine Eltern (Altenteil) zu versorgen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Der Betrieb wird jetzt in der 5. Generation geführt und dieser wurde immer unter dem Aspekt der guten fachlichen Praxis bewirtschaftet. Ich hoffe, dass mein Sohn den Betrieb auch einmal so weiterführen kann.

Sollte das Verbot 2030 tatsächlich kommen, bitte ich Sie, mir ganz konkret mitzuteilen, ob es Ausgleichsflächen geben soll oder ob eine finanzielle Entschädigung gezahlt wird, schließlich kommt das mögliche Verbot einer Enteignung des eigenen Landes gleich. Des Weiteren kommt es zu einem erheblichen Wertverlust für die ausgewiesenen Flächen.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie zukünftig die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden soll. Durch den Verzicht von Pflanzenschutz werden die Erträge erheblich abfallen und die Preise für Lebensmittel steigen. Da es jetzt schon, durch aktuelle Ereignisse in der Welt, die Lebensmittelversorgung enorm gestört ist, will man sich erst gar nicht ausmalen wohin das Ganze führen soll.

Als Anlage habe ich Ihnen zwei Karten beigelegt auf denen klar zu erkennen ist, dass alle meine Betriebsflächen komplett im vorgesehenen Schutzgebiet liegen.

[ANONYMISIERT]

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 90 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 37 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

[ANONYMISIERT]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Hürth einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 20 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Hürth-Gleuel, Burbach (Ville): BSLE / BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2147	
1005621	
1011398	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mir vorliegenden Karten habe ich festgestellt, dass meine Parzelle - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) neu ausgewiesen wurde.</p> <p>Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerfläche nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist.</p> <p>Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet, künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ebenso wird die Düngung erheblich eingeschränkt. Folglich ist bei den Eigentumsflächen durch die Wirtschaftlichen Einschränkungen ein hoher Wertverlust zu befürchten.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit für den Bewirtschafteten Betrieb vermindern. Es ist zu befürchten, dass sich dadurch geringere Pachteinnahmen und ein Wertverlust der Flächen ergibt. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>Es handelt sich um folgende Eigentumsfläche, die aus der Kulisse Schutz der Natur (BSN) herauszunehmen ist.: [ANONYMISIERT]</p> <p>Die in der Tabelle aufgeführte Parzelle ist aus dem Gebiet Schutz der Natur (BSN) bitte zu entfernen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2148	
1005622	
1011263	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Öffentliche Auslegung v Neuauaufstellung des Regionalplan Köln. Stellungnahme als betroffener Landwirt und Eigentümer. Dem im Betreff angegebenen Plan, muss ich widersprechen, wenn Ackerflächen, auch wenn zum Teil, der Massnahme der Veränderung in der bisherigen Nutzung zum Opfer fallen. Sei es durch Strassenausweitung, Erweiterung durch Begrünungsmassnahmen oder Sonstiges, was die Bewirtschaftung der Ackerflächen verkleinert bzw., einschränkt. Die besagten Flächen haben einen hohen Wert und dienen als meinen Lebensunterhalt, durch Bewirtschaftung und auch duch Verpachtung, dieses lasse ich mir nicht streitig machen. Meine Ackerflächen liegen an der L238 links Fahrtrichtung Jülich, [ANONYMISIERT]. Beantrage, meine aufgeführten Flächen unberührt zu lassen und nicht in irgendwelchen Massnahmen auch immer mit einzubeziehen. Ich, wiederhole mich. Es ist meine Existenz die mir das Weiterleben ermöglicht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





**Inhalt**

Ich bewirtschafte im Ortsteil Berg des Stadtgebietes Nideggen einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb in Form einer intensiven Ackerbau- und Grünlandnutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich in den Gemarkungen Berg-Thuir, Nideggen, Abenden und Embken bewirtschafte, in Flächenkulissen, die als Gebiete Schutz der Natur bzw. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu vorgemerkt werden sollen. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass eine potentielle Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur bzw. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet, wodurch etwa bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche genutzt werden können. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Ich bin schließlich der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf Ackerflächen, lehne ich vehement und entschieden ab.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-215

1001553

1003795

#### Inhalt

Wir,[ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT], schreiben Ihnen, als Privatpersonen, als Eltern, als Bauernfamilie und als Eigentümer ungewollt und ungefragt überplanter landwirtschaftlicher Flächen.

Die gesamte Planung und Neuausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen ist in dieser Form nicht tragbar. Ein weiterer Verbrauch von landwirtschaftlich genutzten Flächen ist aus bekannten Gründen ( Klimakrise, Ukrainekrieg, Artensterben) unbedingt zu vermeiden. Auch in diesem Jahr zeigt sich mit dramatischen Hitzerekorden weltweit, dass wir keine Zeit mehr haben so weiter zu machen wie bisher, das ist beim neuen Regionalplan aber der Fall. Wir brauchen neue Wege in die Zukunft aber keine neuen Straßen, sondern eine echte Neuausrichtung und die Politik und Verwaltung sind **jetzt** in der Verantwortung die Voraussetzungen zu schaffen! Im einzelnen widersprechen wir massiv der Ausweisung des GIB + in Hückelhoven - Baal. Wir sind nicht bereit auch nur 1 qm unserer Flächen für dieses Vorhaben zu verkaufen. Durch dieses Industriegebiet würden nicht nur wertvolle landwirtschaftliche Flächen, Wildtiere und die Biotopvernetzung unwiederbringlich zerstört, auch die Lebensqualität der Menschen in den angrenzenden Orten würde durch die Folgen ( Erhöhung Verkehrsaufkommen, Zerstörung der Naherholung, Verschlechterung der Luftqualität usw.) massiv beeinträchtigt.Wir fordern Sie daher auf, unsere Flächen aus der Planung zu nehmen und den gesamten Regionalplan in Bezug auf seine Umweltverträglichkeit und Zukunftsorientierung zu überarbeiten und nicht mit fadenscheinigen Argumenten, wie den angeblich entstehenden Arbeitsplätzen unbedacht zu Lasten der kommenden Generationen durchzuwinken.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

1003796

#### Inhalt

Ebenso sind die Pläne für Future Side Invest in Geilenkirchen Lindern absolut untragbar. Ein Gewerbegebiet ohne Verkehrsanbindung mitten in die (ohnehin schon spärliche) Landschaft geplant. Unfassbar.

Wir fordern Sie daher auf, unsere Flächen aus der Planung zu nehmen und den gesamten Regionalplan in Bezug auf seine Umweltverträglichkeit und Zukunftsorientierung zu überarbeiten und nicht mit fadenscheinigen Argumenten, wie den angeblich entstehenden Arbeitsplätzen unbedacht zu Lasten der kommenden Generationen durchzuwinken.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-M-2150	
1005624	
1011401	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Folgende Flächen sind betroffen:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Mit der Erweiterung bin ich nicht einverstanden und widerspreche hiermit. Mit folgender Begründung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.Die von mir selbst landwirtschaftlich genutzten Flächen verlieren durch die Erweiterung erheblich an Wert.Wer zahlt mir die Wertminderung?</li> <li>2.Eine Bewirtschaftung mit "eingebauten Ecken" ist bei konventioneller Landwirtschaft nicht möglich.Die hügelige Landschaft in der Eifel kommt noch erschwerend hinzu.</li> <li>3.Ich bin daran interessiert die Flächen in guter landwirtschaftlicher Praxis zu bewirtschaften und möchte dies auch an die nächste Generation weitergeben.</li> </ol> <p>Landwirtschaftliche Flächen, wo Düngung und Ernte nicht in einem vernünftigen Verhältnis stehen werden auf Dauer ausgemirgelt.Die Folge sind Verunkrautung z.B.mit Jakobskreuzkraut was bekanntermaßen hochgiftig ist und damit das Futter unbrauchbar macht. Eine solch ausgemirgelte Fläche wieder zu reaktivieren dauert Jahre.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1011401_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1011401_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2151	
1005625	
1011402	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit lege ich Einspruch ein über das Stück  Gemeinde Kall [ANONYMISIERT]  Begründung :  Das Stück ist meine Hauptwiese für meine Mutterkühe. Dies geht bis in den Winter rein.  Ich bitte um Verkleinerung der geplanten Naturschutzfläche. Sonst kann ich die  Mutterkuhhaltung nicht weiter  ausüben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2152	
1005626	
1011405	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes möchten wir hiermit Beschwerde einlegen. Das von Ihnen zur Verfügung gestellte Kartenmaterial ist nicht aufschlussreich. Unser Betrieb fällt in weiten Teilen in den Freiraum ?Schutz der Natur?. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Betriebes.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-M-2153	
1005627	
1011319	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen- als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) Abstand zu nehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1011319_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1011319_2.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1011319_3.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2154	
1005640	
1011403	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich, [ANONYMISIERT], bin Landwirt und das ist die E-Mail Adresse von meiner Schwester, [ANONYMISIERT], da meine E-Mail zur Zeit nicht funktioniert. Meine eigene E-Mail wäre [ANONYMISIERT].</p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch auf die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln, Kreis Euskirchen, Gemeinde Blankenheim, betrifft genau Flur Ripsdorf, Waldorf und Blankenheimerdorf.</p> <p>Es können von Ihnen neue Naturschutzgebiete mit entsprechenden Auflagen entstehen, die für meinen Betrieb zu erheblichen Einschränkungen für die Bewirtschaftung entstehen können.</p> <p>Dadurch kann es sein das der Betrieb ganz schließen muß, da schon erhebliche Naturschutzgebiete bei mir vorhanden sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2155	
1005641	
1011458	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Landwirt aus der Gemeinde [ANONYMISIERT] und liege mit einigen Flächen in verschiedenen Schutzgebieten, wenn die Ausweisung so durchgeführt wird, wie sie im Regionalplan ausgewiesen wurde. Ich habe erhebliche Bedenken, dass diese Flächen später einmal gravierende Auswirkungen auf meine Bewirtschaftungsweise haben könnten. Ich befürchte, dass hierdurch in Zukunft der Pflanzenschutz und die mineralische Düngung erheblich eingeschränkt oder eventuell sogar ganz verboten werden könnte. Ich bin selber darauf bedacht, in meinem Betrieb umweltgerecht zu arbeiten. Ich denke nur, dass der Landwirt selbst am besten beurteilen kann und sollte, wann und in welcher Höhe solche Maßnahmen durchgeführt werden müssen. Durch solche Vorschriften würden solche Flächen erheblich an Wert verlieren, da durch die eingeschränkte Bewirtschaftung der heutige Flächenertrag auf Dauer nicht mehr erzielt werden kann. Dies hat erhebliche wirtschaftliche Folgen für meinen und auch andere betroffene Betriebe und kann sich natürlich auch existenzbedrohend auswirken. Ich finde, wir befinden uns hier in einer exzellenten Ackerbauregion und man sollte Sorge dafür tragen, dass auf solchen Gunststandorten auch hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse produzieren werden können. Das, was hier nicht produziert wird, kommt aus dem Ausland. Regionale Produkte leisten auch einen erheblichen Beitrag zum Naturschutz, da hier die Transportwege gering sind. Durch die hohen Erträge, welche in unseren Ackerbaugegenden erzielt werden können, im Vergleich zu anderen Gebieten, wird auch insgesamt weniger Fläche benötigt, um die immer wichtiger werdende Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Leider wird immer noch, auch bei Bebauungsmaßnahmen und Ausgleichsmaßnahmen, zu wenig Rücksicht auf die Bodengüte genommen.</p> <p>Ich bitte Sie, auf Grund dessen, von einer so großzügigen Außweisung der Schutzgebiete abzusehen, damit die hiesige Landwirtschaft auf Dauer nicht noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit dem Ausland gegenüber verliert.</p> <p>Versorgungssicherheit gerade im Lebensmittelbereich, sorgt auch immer für Sicherheit und Frieden im Land.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2156	
1005642	
1011365	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften ein Bio-Zertifizierten Mutterkuhbetrieb in Simmerath-[ANONYMISIERTE], wo sich auch der größte Teil der bewirtschafteten Wiesen- und Weideflächen befinden. Der Entwurf zum neuen Regionalplan stellt dort einen erheblichen Anteil an Flächen unter eine Gebietskulisse zur Neuausweisung von BSN-Flächen. Diese Ausweisung bedeutet für uns eine große Belastung, da zu befürchten ist, dass wir bzw. unser Nachfolger dadurch in unserer/seiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt wird.</p> <p>Wir befürchten, dass durch die künftige Ausweisung von neuen Schutzgebieten die Bewirtschaftung unserer Grünflächen in aktueller Form nicht oder nur noch eingeschränkt fortgesetzt werden kann. Dies würde für uns bzw. unseren Nachfolger eine erhebliche wirtschaftliche Härte bedeuten und schlimmstenfalls sogar zu einer Aufgabe zwingen.</p> <p>Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir ausdrücklich gegen eine Änderung des bisherigen Schutzstatus sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2157	
1005643	
1011361	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke.</p> <p>Laut der mir bekannten Karte sollen meine unten aufgelisteten Flächen als Naturschutzgebiet/Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch und möchte Sie bitten, diese Flächen auszuklammern. Es ist widersinnig und nicht angebracht, dass fruchtbares Ackerland zu Landschaftsschutzgebiet erklärt wird, wo bereits jetzt europa- und weltweit Nahrungsmittelrohstoffknappheit besteht.</p> <p>Es handelt sich um folgende Flächen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gemarkung (Erftstadt) Friesheim, Flur 20, Flurstücke [ANONYMISIERT]</li> <li>2. Gemarkung (Erftstadt) Friesheim, Flur 2, Flurstücke [ANONYMISIERT]</li> <li>3. Gemarkung (Erftstadt) Friesheim, Flur 9, Flurstück [ANONYMISIERT]</li> </ol> <p>Sollte der Einspruch per Briefpost erforderlich sein, lassen Sie es mich bitte unverzüglich wissen. In diesem Fall reiche ich den Einspruch in dieser Form nach.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2158	
1005644	
1011364	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erheben wir Einspruch gegen jede Änderung unserer Grundstücke.</p> <p>Laut der uns bekannten Karte sollen unsere unten aufgelisteten Flächen als Naturschutzgebiet/Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Gegen diese Änderung erheben wir Einspruch und möchten Sie bitten, diese Flächen auszuklammern. Es ist widersinnig und nicht angebracht, dass fruchtbares Ackerland zu Landschaftsschutzgebiet erklärt wird, wo bereits jetzt europa- und weltweit Nahrungsmittelrohstoffknappheit besteht.</p> <p>Es handelt sich um folgende Flächen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gemarkung (Erftstadt) Lechenich, Flur 27, Flurstück [ANONYMISIERT]</li> <li>2. Gemarkung (Erftstadt) Lechenich, Flur 5, Flurstück [ANONYMISIERT]</li> <li>3. Gemarkung (Erftstadt) Lechenich, Flur 3, Flurstück [ANONYMISIERT]</li> </ol> <p>Sollte der Einspruch per Briefpost erforderlich sein, lassen Sie es mich bitte unverzüglich wissen. In diesem Fall reichen wir den Einspruch in dieser Form nach.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2159	
1005646	
1011270	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 08.08.2022 "Neuaufstellung des Regionalplanes" bin ich von den Ackerflächen [ANONYMISIERT] betroffen. Die großflächige Ausweisung von den Bereichen zum Schutz der Natur finde ich als Eigentümer extrem übertrieben. Für meinen Landwirtschaftlichen Betrieb ist die von Ihnen beschriebene Maßnahme nicht nachvollziehbar und wird auch existenzbedrohliche Auswirkungen haben. Durch die geplante Veränderung geht wertvolles Ackerland zur Produktion von Lebensmittel verloren. Daher bitte ich Sie Ihre Planung bzgl. der "Neuaufstellung des Regionalplanes" noch einmal zu überdenken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-216	
1001512	
1006189	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff: Öff Neuaufstellung Regionalplan - Keine Bahn durch Brauweiler</b></p> <p>Wir sind mit der Planung der Streckenführung entlang der Helmholzstraße nicht einverstanden.</p> <p>Da bereits vor geraumer Zeit darüber gesprochen wurde, die Bonnstraße um das Gewerbegebiet Brauweiler zu verlegen, sollte das vorgezogen werden, dann ist ausreichend Platz für die Bahnanbindung entlang der Bonn Straße.</p> <p>Dann parallel zur L 213 Richtung ALDI. Von dort kann man komplikationslos die Strecke Richtung Dansweiler-Königsdorf etc. weiteführen</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>



AZ: Ö-M-2160	
1005648	
1011363	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bin Eigentümerin einer 12,5 ha großen landwirtschaftlichen Fläche in Aachen und nehme zum Entwurf des Regionalplanes Köln wie folgt Stellung:</p> <p>Ich wende mich dagegen, dass diese als Bereich für den Schutz der Natur und als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen werden soll. Es ist zu befürchten, dass durch eine spätere Ausweisung als Naturschutzgebiet enorme Einschränkungen der Bewirtschaftung erfolgen. Die Fläche würde zur Bewirtschaftung unattraktiv und daher enorm an Wert verlieren.</p> <p>Daher spreche ich mich gegen eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur als auch für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung aus und bitte dies zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2162	
1005651	
1011516	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Schmidtheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung mit Milchvieh. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 19 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" bzw im Gebiet " Schutz der Natur". Mein Betrieb umfasst 103ha Grünland, welches bereits seit Jahren im Landschaftsschutzgebiet liegt.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die Sorge , das diese Ausweisung die Möglichkeit der intensiven Nutzung des Grünlandes erheblich beeinträchtigt wird, im Bezug auf Pflanzenschutzmittel (Ampferbekämpfung/Jakobskreuzkraut) und Düngung. Dies wäre für meinen flächenknappen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, meine Flächen nicht mit einem Schutzstatus zu belegen.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Antwort mit grossem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2163	
1005653	
1011367	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir bewirtschaften in 50181 Bedburg-Rath einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Die betroffenen Flächen liegen nördlich, nordöstlich sowie nordwestlich, direkt anliegend zur Ortschaft Bedburg-Rath.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Generationsbetrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2164	
1005681	
1011297_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Linnich/Kreis Düren einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 57% der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung: Linnich-Boslar: Flur 1, Flurstücke [ANONYMISIERT]; geplantes Gebiet: BSLE  Gemarkung: Linnich-Gevenich: Flur 2, Flurstücke [ANONYMISIERT]; geplantes Gebiet: BSLE  Gemarkung: Linnich-Boslar: Flur 18, Flurstück [ANONYMISIERT]; geplantes Gebiet: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2165	
1005682	
1011329	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch ein gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes. Als (Mit-)Eigentümerin und Bewirtschafterin von Flächen, die überplant werden, stellt der neu aufgestellte Regionalplan für mich eine Erschwerung der Bewirtung sowie eine Wertminderung dar.</p> <p>Betroffen sind folgende Flächen in der Städteregion Aachen sowie im Kreis Heinsberg: [ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2166

1005684

1011300\_001

## Inhalt

zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich verpachte in Bornheim Flächen an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6,2 ha der verpachteten und bewirtschafteten Fläche im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0,5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur.? Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]

Aus meiner Sicht sowie aus der Sicht unserer Pächter besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die landwirtschaftlichen Betriebe und auch für uns existenzgefährdend. Daher beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittel und langfristig einen Beitrag zur Ernährungs- oder/ und Energiesicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide oder Pflanzen für die Energie aus Biomasse geachtet werden sollte. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückmeldung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2167	
1005685	
1011411	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich eine Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme dazu Stellung.</p> <p>Ich bewirtschafte als Eigentümer und Pächter landwirtschaftlich genutzte Flächen in der Gemarkung Kerpen- Blatzheim. Diese Flächen sollen laut Neuaufstellung des Regionalplanes als Gebiet ? Schutz der Natur? bzw. ? Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerflächen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Befürchtung, dass die Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldünger betrifft. Dies wäre für meinen Betrieb existenzgefährdend. Meine Flächen bewirtschafte ich nach guter fachlicher Praxis.</p> <p>Folglich beantrage ich, meine Flächen nicht mit dem Schutzstatus zu belegen, damit diese Parzellen auch mittelfristig zur Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa leisten können.</p> <p>Deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Aus diesen Gründen beantrage ich die Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhebe hiermit Widerspruch gegen die geplanten Festsetzungen auf meinen Flächen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2168	
1005687	
1011302_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in [ANONYMISIERT], Nörvenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Nach dem neuen Regionalplan würden rund 50 ha meiner bewirtschafteten Fläche in Gebieten ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie teilweise auch im Wasserschutzgebiet liegen. Im Einzelnen stellt sich die Situation für meine Ackerflächen wie folgt dar:</p> <p>Nörvenich, Gemarkung Eschweiler über Feld, Flur 4, Flurstück [ANONYMISIERT] und Flur 3, Flurstück [ANONYMISIERT]: 3 ha BSLE</p> <p>Merzenich, Gemarkung Golzheim, Flur 11, Flurstück [ANONYMISIERT]: 8,5 ha BSLE</p> <p>Erfstadt, Gemarkung Lechenich, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT]: 11 ha BSLE</p> <p>Erfstadt, Gemarkung Dirmmerzheim, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT] und Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]: 17,75 ha BGG</p> <p>Erfstadt, Gemarkung Dirmmerzheim, Flur 8, Flurstück [ANONYMISIERT]: 12 ha BGG</p> <p>Bereits heute sind alle mit Bäumen und Buschwerk bestandenen Flächen rund um meinen Betrieb in [ANONYMISIERT] unter Landschaftsschutz gestellt. Die Ausweitung des Landschaftsschutzes auf die jetzigen Acker- und Grünlandflächen unmittelbar angrenzend an mein Hofstelle in [ANONYMISIERT] (s.o. Gemarkung Eschweiler über Feld) würde eine erhebliche Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten meines Betriebes bedeuten. Dies ist im Verhältnis zu dem dadurch erreichten Nutzen in keiner Weise angemessen.</p> <p>Weiterhin besteht die große Sorge für alle Ackerflächen, dass die Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Darüber hinaus möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Angesichts der Geltungsdauer des Regionalplans sind Regionalplanbehörde und Regionalrat gut beraten, diese absehbaren verbindlichen Rechtsentwicklungen auf europäischer Ebene vorausschauend mit zu berücksichtigen und sehr genau und verantwortungsvoll zu prüfen, in welchem Umfang Festlegungen erfolgen sollen, die die Ausübung der Landwirtschaft künftig erheblich erschweren oder gar unmöglich machen können.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2169	
1005688	
1011304_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen:</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Stadtgebiet Düren, Ortsteil Kufferath. Die in diesem Zusammenhang von mir bewirtschafteten Acker- und Grünlandflächen befinden sich zum großen Teil in unmittelbarer Nähe zu meiner Hofstelle und bilden mithin meine wesentliche Betriebsgrundlage.</p> <p>Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Von dieser Ausweisung wird sogar meine gesamte Hofstelle umfasst.</p> <p>Im Einzelnen handelt es sich dabei Flächen innerhalb der nachstehenden Lagen:</p> <p>Gemarkung Berzbuir-Kufferath Gemarkung Lendersdorf-Krauthausen Gemarkung Birgel Gemarkung Kleinhau Gemarkung Vettweiß-Froitzheim Gemarkung Thum Gemarkung Drove Gemarkung Kreuzau-Üdingen</p> <p>[FLURE ANONYMISIERT]</p> <p>Diese Ausweisung bedeutet insgesamt für mich eine ausgesprochene Belastung, befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt zu werden.</p> <p>Ich sehe dabei sowohl mögliche Einschränkungen im Hinblick auf die zukünftige bauliche Entwicklung meines Betriebes auf mich zukommen als auch die Gefahr, dass ich meine aktuelle intensive Bewirtschaftung meiner Acker- und Grünlandflächen nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Beide Umstände bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Härte für meinen Betrieb und könnten schlimmstenfalls sogar</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

eine Betriebsaufgabe zur Folge haben.

Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.

Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der geplanten Einbeziehung meiner Flächen unbedingt wieder Abstand zu nehmen und meine vorgebrachten Bedenken bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.

AZ: Ö-M-217	
1001554	
1001807_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>Deutschland zählt zu den Ländern, die überdurchschnittlich zur Ausbeutung der Erde beitragen..... und nach Wüst kommt Wüste, Herr Wüst?</b>  <b>Und Sie wollen mich von Ihrem Weg begeistern???</b></p> <p>Schauen Sie sich an, was hier passieren soll: <a href="https://naturschutz-hueckelhoven.de/Industriegebiet-Baal/">https://naturschutz-hueckelhoven.de/Industriegebiet-Baal/</a> und sagen Sie mir bitte etwas dazu.  Wie finden Sie das?  Oder das hier, was dieser engagierte Verein <a href="https://naturschutz-hueckelhoven.de/">https://naturschutz-hueckelhoven.de/</a> Ihnen allen zu sagen haben könnte: <a href="https://naturschutz-hueckelhoven.de/Industriegebiet-Lindern/">https://naturschutz-hueckelhoven.de/Industriegebiet-Lindern/</a> .</p> <p>Möchten Sie das hier: <a href="https://naturschutz-hueckelhoven.de/cm4all/uproc.php/0/Regionalplan/gewerbegebiete_flyer_V2.pdf?cdp=a&amp;_a=180f062cb00">https://naturschutz-hueckelhoven.de/cm4all/uproc.php/0/Regionalplan/gewerbegebiete_flyer_V2.pdf?cdp=a&amp;_a=180f062cb00</a> auch so in Ihrer behaglichen "Wohnlandschaft" vorfinden??</p> <p>Finden Sie es auch richtig, dass dafür fruchtbares Land, Bäume und Wiesen platt gemacht, Lebensräume für Pflanzen und Tiere vernichtet und ein Biohof enteignet werden soll? <a href="https://naturschutz-hueckelhoven.de/cm4all/uproc.php/0/page/Baal/hetzerath.pdf?cdp=a&amp;_a=17e452ab298">https://naturschutz-hueckelhoven.de/cm4all/uproc.php/0/page/Baal/hetzerath.pdf?cdp=a&amp;_a=17e452ab298</a></p> <p>Wer sagte mal sinngemäß: "Wenn die Bürger in Deutschland ein Mitbestimmungsrecht hätten, käme Deutschland nicht voran"? Warum glauben 31 Prozent der Bundesbürger, sich in einer Scheindemokratie zu befinden, in der die Bürger nichts zu sagen haben? ( <a href="https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_92037320/scheindemokratie-deutschland-die-menschen-wissen-nicht-wie-gut-sie-es-haben-.html">https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_92037320/scheindemokratie-deutschland-die-menschen-wissen-nicht-wie-gut-sie-es-haben-.html</a>) Können sich so viele Bürger irren?</p> <p>Unzählige Bürgerinitiativen deutschlandweit, aller Couleur und jedweder Themen, stehen bereits von Anfang an auf verlorenem Posten. Andersorts wird nicht mal mehr das Ergebnis von Bürgerklagen abgewartet, die Gesetze scheinen ja idealerweise bereits perfekt an den Wirtschaftswillen angepasst worden zu sein. Demokratie scheint endlich, wenn es um BraunKohle, NaturMoos und GeldSchein-Demokratie geht.</p> <p><a href="http://www.betonflut-eindaemmen.de">www.betonflut-eindaemmen.de</a> sowie das Ergebnis der besagten Kampagne: <a href="https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-muenchen-soeder-kuendigt-eigene-massnahmen-gegen-flaechenverbrauch-an-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180113-99-616624-">https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-muenchen-soeder-kuendigt-eigene-massnahmen-gegen-flaechenverbrauch-an-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180113-99-616624-</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese</p>

.....Kein Kommentar.....

Es bleibt alles Richtung "Weiter so": <https://mitmachen.nabu.de/de/flaechenfrass>.

und worum geht's aktuell? : <https://naturschutz-hueckelhoven.de/Industriegebiet-Baal/> und die Straßen/Umgehungspläne <https://junkerberg.info/L364n/>.

"Mit uns (Grüne) werden Bäume wahr" ?? Schön wär's, doch warum keine viral gehende Online-Aktion oder eine deutlich wahrnehmbare Unterschriftensammel-Kampagne gegen den Flächenfraß In Erkelenz? Hier gibt es sogar vorgefertigte Texte: [https://naturschutz-hueckelhoven.de/.cm4all/uproc.php/0/Regionalplan/Beispieltexte\\_fuer\\_Einwendungen\\_V2.pdf?cdp=a&\\_id=180f062e658](https://naturschutz-hueckelhoven.de/.cm4all/uproc.php/0/Regionalplan/Beispieltexte_fuer_Einwendungen_V2.pdf?cdp=a&_id=180f062e658) . Hut ab und Danke sage ich! Aber die Trommeln sind nicht wahrnehmbar und die Zeit läuft ab. Ich hatte auf die Unterstützung örtlicher Vereine (Trommeln und Bekanntmachungen) und den Einzelhandel (Unterschriftenlisten auslegen) gehofft, aber zur Freude der Naturvernichtungslobby bleibt hier alles ruhig unter dem noch grünen Teppich. Es scheint, die überwiegende Mehrheit begrüßt die Naturvernichtungsmaßnahmen.

Was geht hier im Kreis Heinsberg ab? Hier werden Albträume wahr! Man sollte dem Kreis Heinsberg sofort Subventionen und sonstige Gelder streichen (sofern geplant), wenn diese dafür genutzt werden, um weiterhin Bodenversiegelung für Gewerbeflächen voranzutreiben und durchzusetzen. Ich stimme für ein sofortiges Gewerbeflächenenerweiterungs- und Neubauverbot für den Kreis Heinsberg! Nehmen Sie die Ausfahrt Erkelenz und Sie werden nicht mehr von ehemaligen Wiesen, Feldern und Weiden begrüßt, wie es bis vor wenigen Jahren noch war, sondern von Gewerbeflächengigantismus und einem sich ausbreitenden Japanischen Staudenknöterich im Kreiselbeet. Ausverkauft und unter Beton und Asphalt erstickt wird die fruchtbare Erde hier. Endlich keine Feldlerche mehr nachweisbar? Jetzt aber schnell zubetonieren, bevor der Vogel es sich anders überlegt.....

Ich schaue auf ein anderes Wahlplakat. "Wir müssen Kinder schützen". Nur die Kinder? Nein, es müssen nicht nur die Kinder, sondern alle Bürger geschützt werden vor der Flächenfraßarmee, die vor unseren Augen ungebremst Natur"genozid" betreibt und Grünflächen verbrennt! Aber zeitgleich lauthals "Klimaschutz" rufen....

Bild: Gewerbegebiete gibt's überall aber diese Landschaft ist einmalig

[Abbildung]

Quelle: [www.stuttgarter-zeitung.de](http://www.stuttgarter-zeitung.de)

Das Für und Wider von Gewerbegebieten wird in diesem sehr lesenswerten Streitgespräch gut vertreten. <https://www.hogn.de/2017/04/20/3-so-schauts->

wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsrumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausweisung GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Bezüglich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern wird der Stellungnahme hingegen nicht gefolgt. Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsrumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen

[aus/attenbrunner-vs-horhammer/gewerbegebiet-pro-und-contra-flaechenversiegelung-naturschutz-wachstum-prosperitaet-kapitalismus-streitgesprach/94958](https://www.attenbrunner-vs-horhammer/gewerbegebiet-pro-und-contra-flaechenversiegelung-naturschutz-wachstum-prosperitaet-kapitalismus-streitgesprach/94958) .

Damit wir uns nicht falsch verstehen.... ich bin nicht grundsätzlich gegen Gewerbeansiedlung, aber nicht in dieser Form. Auch Gewerbe muss verpflichtet werden können, in die Höhe zu bauen.

....und der Öffentlichkeit bekannt machen, welche Auswirkungen **Ihr Handeln, Ihre Entscheidungen und Ihre Politik** auf unsere Fauna und Flora haben. Aber nicht nur prüfen - sondern HANDELN!

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Fulda....

<https://www.n-tv.de/wissen/Lichtverschmutzung-wird-Tieren-zur-Qual-article23319216.html>

Doch solange dieser aus China importierte, später anfallende Billigelektronikschrottmüll <https://www.1prospekte.de/i/thomas-philipps/solar-led-gartenleuchte-%E2%80%9Ediamant%E2%80%9D-1661753> in Deutschland und Europa weiterhin Gärten zweckfrei die ganze Nacht über beleuchten darf und die (Stein-) Gärten des Grauens mit Lichtkugeln und unbrauchbaren Exotikpflanzen die Erde und seine Bewohner\*innen ersticken dürfen.....- ich sag' dann mal "Gute Nacht"..... und schlafen Sie mit ruhigem Gewissen ein. Die Natur wird's schon richten.....

Sehr geehrte **Regierenden**,  
verstehen Sie diese Ausführungen bereits als "Vorwort" zu meinen Einwänden gegen die weiteren Flächenversiegelungen, die ich Ihnen noch zukommen lassen werde.

**Ich grüße aus der seit Jahrzehnten schwerst gewerbegebietsverschandelten, windradgebeutelten, boden- und heimatvernichteten Garzweiler-Region in NRW und ich fordere nachhaltig:  
Stoppt endlich den Landfraß !**

Bitte teilen Sie mir Ihre Sicht auf die Dinge mit- ich lerne gerne dazu.

[ANHANG: E-Mails an verschiedene Politiker]

Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. .

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzzuges Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten

Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Diese sind entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Im Hinblick auf die L228n wird auf die Erläuterungen zu StnID 1003681 verwiesen. Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).



**Inhalt**

Öff. Neuaufstellung Regionalplan

- RG Absatz 4.2. Regionale Grünzüge und
- BSLE Absatz 4.3.2 Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung

Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bin Eigentümerin von landwirtschaftlichen Flächen in der Größe von rd. 21 ha im Bereich der Gemeinde Niederzier, Gemarkung Ellen [ANONYMISIERT].

Hiervon liegen rund 17 ha in den Fluren [ANONYMISIERT] und sind in den textlichen Festsetzungen Seite 103 gemäß Kapitel 4.3.2. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung ausgewiesen.

Weitere 4 ha im Bereich der Gemeinde Niederzier Gemarkung Ellen Flur [ANONYMISIERT] sind in den textlichen Festsetzungen Seite 96 gemäß Kapitel 4.2. als Bereich für Regionale Grünzüge ausgewiesen.

Aus meiner Sicht als Eigentümerin besteht die große Gefahr, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird.

Da diese Einschränkungen für die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe ? auch der meines Pächters ? gefährdend sind, wird auch meine Situation als Eigentümer beeinträchtigt wenn der Pächter nicht mehr in der Lage ist einen ordnungsgemäßen marktüblichen Pachtzins an mich zu zahlen.

Ich bin auf die Pachtzahlungen zu meiner Existenzsicherung ebenfalls angewiesen, somit bedeutet dies für mich eine Gefährdung meiner Existenz.

Folglich beantrage ich die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

Vergleichbare Situationen und Abhängigkeiten wie am Energiemarkt kann und will in Deutschland doch niemand mehr wollen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, dass als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen sind, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Eigentumsflächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Meine vorstehenden Flächen in den Fluren [ANONYMISIERT] waren im Übrigen im derzeitigen Regionalplan als Flächen für die Abgrabung von nicht energetischen Rohstoffen ausgewiesen. Dieser Status wurde im neuen Entwurf gestrichen. Dies ändert in erheblichem Umfang die evtl. mögliche Wertschöpfung aus den Flurstücken. Auch dies bedeutet für mich einen tiefgreifenden Eingriff in meine Vermögenssituation.

Ebenfalls bitte ich um eine verbindliche Auskunft, ob auf meinen vorstehend umrissenen Eigentumsflächen in den Fluren [ANONYMISIERT] die Errichtung von Windkraftanlagen und/oder Fotovoltaikanlagen zur Stromerzeugung genehmigungsfähig sind. Eine Versagung dieser Maßnahmen entspricht ebenfalls nicht den derzeitigen Zielen sowohl der Bundesregierung als auch der Landesregierung von NRW die auf eine nachhaltige und unabhängige Energieerzeugung und Energieversorgung ausgerichtet sind und auch hier einen hohen Grad der Erzeugung im eigenen Land unter nachhaltigen Gesichtspunkten fordert und fördert.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Das Verhältnisses der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.(s. StnID 1018199).

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich

	nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.
--	---

AZ: Ö-M-2171	
1005690	
1011306_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf eines neuen Regionalplans Köln.</p> <p>Ich bin Landwirt in Birgden im Kreis Heinsberg und bewirtschafte einen Vollerwerbsbetrieb mit ca 80ha Acker- und Grünland, wovon einige Flächen und auch die Hofstelle in einem zukünftigen Landschaftsschutzgebiet liegen würden. Aus Sorge, dass die Ausweisung dieser Gebiete in Zukunft mit zum Teil erheblichen Auflagen im bezug auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Bewirtschaftung erheblich beeinträchtigen kann, wäre dies für meinen Betrieb existenzgefährdend. Deshalb bin ich gegen eine Überplanung meiner Fläche mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und erwarte Ihre Rückäußerung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2172	
1005692	
1011515	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Namen meines Vaters möchte ich der von Ihnen veröffentlichten Neufassung des Regionalplans Köln widersprechen.</p> <p>Mein Vater ist Eigentümer folgender Flächen in der Städteregion Aachen/Stadt Eschweiler: [ANONYMISIERT]</p> <p>Sie überplanen diese Flächen mit regionalen Grün Zügen und Landschaftsschutzgebieten, durch diese Planung befürchte ich langfristig eine massive Wertminderung unserer hochwertigen Ackerflächen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-2173	
1005695	
1011415	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte im Rhein-Erft-Kreis in Erftstadt-Erp einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 80 Hektar der Fläche die ich bewirtschafte im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Davon ist u.a. die Hofstelle [ANONYMISIERT] mit angrenzenden 28 Hektar landwirtschaftlicher Fläche betroffen, Flur [ANONYMISIERT], Flurstück [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht große Sorge, dass die Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen und eine bauliche Veränderung der Betriebsstelle erheblich beeinträchtigt wird, wodurch die Existenz des Betriebes gefährdet wäre. Folglich beantrage ich insbesondere diese Ackerflächen einschließlich der Hofstelle nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2174	
1005697	
1011313_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln, möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung.</p> <p>Ich bewirtschafte in Soller einen landw. Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung, in einer Größe von rd. 74 ha LN. Von dem neuen Regionalplan liegen rd. 32 ha im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie ?Schutz der Natur?.</p> <p>Gemarkung Vettweiß-Soller, Flur 24, 4,58 ha: Schutz der Natur  Gemarkung Vettweiß-Soller, Flur 24, 2,72 ha: BSLE  Gemarkung Vettweiß-Soller, Flur 19, 2,08 ha: BSLE  Gemarkung Vettweiß-Soller, Flur 1, 7,23 ha: BSLE  Gemarkung Vettweiß-Soller, Flur 1, 8,02 ha: BSLE  Gemarkung Vettweiß-Soller, Flur 1, 7,38 ha: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Diese wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend.</p> <p>Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands, Europas und der Welt leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die inNRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Zusätzlich schlage ich vor, sich bei der Auswahl der Flächen an der Bodenqualität (Bodenpunkte) zu orientieren, damit nicht hochertragreiche Flächen aus der Produktion</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



genommen werden.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2175	
1005700	
1011322	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lege gegen diese Neuaufstellung Widerspruch ein. Ein Schlag ist von der Neuausweisung der Naturschutzflächen teilweise betroffen. Dadurch ist eine Bewirtschaftung als ein zusammenhängender Schlag nicht mehr gewährleistet. Zudem habe ich die Befürchtung, dass die Neuausweisung als Naturschutzfläche als Landschaftsschutzgebiet künftig die Bewirtschaftung durch zusätzliche Auflagen (z.B. im Pflanzenschutz, Mahdzeitpunkt, usw.) eingeschränkt wird. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1011323

**Inhalt**

Zudem muss dem "Land-Fraas" Einhalt gewährt werden. Da meiner Meinung dieser als Ursprung des heutigen Klimawandels zu sehen ist.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Sie enthält keine konkreten Anregungen oder Bedenken zu den geplanten Planfestlegungen.

AZ: Ö-M-2176	
1005702	
1011318	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit möchte ich zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen. Meine Stellungnahme finden Sie im Anhang.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [ANONYMISIERT]</p> <p>[ANHANG]</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln / Stellungnahme als Betroffene</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Wipperfürth einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit insgesamt 42 ha Grünland. Zur Zeit werden 40 Milchkühe und 20 Rinder zur Aufzucht gehalten. Im neuen Regionalplanentwurf werden die nachfolgenden Flächen in Wipperfürth ([ANONYMISIERT]) als Industrieland (GIB-Flächen) ausgewiesen. Diese werden jedoch für die Weidehaltung der Milchkühe zwingend benötigt. Andere Flächen stehen nicht zur Verfügung. Betroffen sind konkret mein komplettes Eigentum von 8 ha sowie etwa 11 ha Pachtland. Gegen die Planung möchte ich mich ausdrücklich zur Wehr setzen und beantrage, die Flächen weiterhin als landwirtschaftliche Flächen im Regionalplan zu belassen.</p> <p>Außerdem möchte ich noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, dass mit der neuen Regionalplanung keine Beschleunigung des Flächenfraßes für weitere Gewerbegebiete ausgelöst werden sollte, geht doch schon jeden Tag genug Fläche der Landwirtschaft für Bebauung (Wohnen, Industrie und Infrastruktur) verloren, ohne dass ausreichend Ersatzland zur Verfügung steht. Ich bin Alleinverdiener und ernähre eine sechsköpfige Familie, der Verlust wäre Existenzbedrohend für uns.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen.

Mit freundlichen Grüßen, [ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2177	
1005704	
1011418	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Oberaußem einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1011419

#### Inhalt

Ich bewirtschafte in Oberaußem einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. [...]

Im neuen Regionalplan wurde eine neue Schienentrasse eigezeichnet. Diese verläuft durch einen erheblichen Anteil der Flächen im Betrieb und vor allem ist das Schienennetz momentan durch unseren landwirtschaftlichen Betrieb (Betriebsstätte mit Pferdehaltung) geplant. Der Schienenverkehr in unmittelbarer Nähe des Betriebs und der damit verbundene Lärm rund um die Uhr ist mit der Haltung von Fluchttieren nicht zu vereinbaren. Auf unseren Trainingsflächen wird aufgrund des Unfallrisikos das Reiten und bewegen der Pferde unmöglich sein. Werden Pferde nicht ausreichend bewegt, können wir keine artgerechte Haltung mehr gewährleisten und der Betrieb wäre damit nicht mehr haltbar. Ich bitte Sie daher den Kontakt mit mir zu suchen und Alternativen aufzuzeigen.

Wir sehen den Betrieb deutlich in der Existenz bedroht und behalten uns rechtliche Schritte vor.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der kritisierten Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden.

Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang einer anderen Trasse. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2178

1005705

1011327

#### Inhalt

Seit fast 20 Jahren integrieren wir Naturschutzprogramme wie vielfältige Fruchtfolge, Uferrandstreifen, Blühstreifen und -flächen sowie Vertragsnaturschutz in unsere Anbauplanung.

Der aktuelle Entwurf der neuen Regionalplanung bedeutet für unseren Betrieb weitreichende Einschränkungen in der Bewirtschaftung bishin zum Flächenverlust. Pachtflächen werden in ihrer Nutzbarkeit eingeschränkt und verlieren an Wert. Die betriebliche Weiterentwicklung und Zukunftsperspektive ist gefährdet. Die Betriebsflächen haben einen enormen Wertverlust ,alleine schon durch die öffentliche Auslegung des Planungsentwurfes. Die zu erwartenden Bewirtschaftungseinschränkungen behindern eine weitere zukunftsfähige Betriebsentwicklung und sind existenzgefährdend.

Alle Engagements zum Schutze von Natur und Klima in allen Ehren: Aber was macht es für einen Sinn ,hier in Deutschland oder NRW Naturschutz auf Teufel komm raus zu betreiben, wenn in Gegenzug dafür Lebens-und Futtermittel regional nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen ? Deren Importe sind weder nachhaltig noch klimaschonend , hinzu kommen noch fragwürdige Produktionsbedingungen in diesen Ländern.

Dieser Entwurf sollte unbedingt noch einmal sachlich und fachlich geprüft und überarbeitet werden , denn von Brachflächen und Naturparks lassen sich weder Mensch noch Tier ernähren.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2179	
1005706	
1011433	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Ertftstadt. Die Fläche soll laut Neuaufstellung des Regionalplans als Gebiet ?Schutz der Natur? bzw. ?Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerflächen, die derzeit von meinem Pächter [ANONYMISIERT] bewirtschaftet werden.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-218	
1001571	
1006190	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff: Öff Neuaufstellung Regionalplan K_Pul_BM_Schiene_01</b></p> <p>Einspruch gegen die Regionalplanung</p> <p>den Regionalplanentwurf lehne ich ab, da ich eine erhebliche Beeinträchtigung meiner Lebensqualität durch die Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm befürchte.</p> <p>Die Trassenführung durch das Wohngebiet entlang der Helmholtzstrasse ist nicht verhältnismäßig.</p> <p>Es werden Grünflächen zerstört und aus Feldern werden Parkplätze.</p> <p>In Zeiten von zunehmenden Beschäftigten im Homeoffice ist m. E. kein ausreichender Bedarf vorhanden. Wenige Busse würden zur Versorgung völlig ausreichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

AZ: Ö-M-2180	
1005707	
1011366	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Miteigentümer des o.g.bezeichneten Grundstückes, in Erbgemeinschaft mit meinem Bruder, nehme ich hiermit zur Neuaufrstellung des Regionalplanes Köln während dessen Offenlage fristgerecht wie folgt Stellung.</p> <p>Wie ich anhand der entsprechenden Planunterlage feststelle, würde das o.g. Grundstücke in einem Teilbereich als Schutz der Natur (BSN) und in einem weiteren Bereich als Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Entwicklung (BSLE) ausgewiesen. Bei dieser Schutzgebietsausweisung handelt es sich um einen gravierenden Eingriff in unsere Rechte als Grundstückseigentümer, der letztlich zu einer gravierenden Einschränkung einer weiteren landwirtschaftlichen Nutzung führt und somit mit einer damit verbundenen Wertminderung einhergeht.</p> <p>Dies ist zum einen nicht nachvollziehbar, da es sich bei der Schutzausweisung BSN nur um einen schmalen einseitigen Streifen entlang der stark frequentierten Bundesstraße 51 handelt, welcher zur Zeit als landwirtschaftliche Wiesenfläche genutzt wird.</p> <p>Es ist aufgrund dieses hier vorliegenden Sachverhaltes nicht erkennbar, dass diese geplanten Einschränkungen sich aus dem reinen Schutzzweck als notwendig ergeben. Darüber hinaus ist die Naturschutzbehörde gehalten unbillige Härten zu vermeiden.</p> <p>Ebenfalls würden die geplanten Festsetzungen BSLE und BSN zukünftige Planungen im Kontext der Förderung nachhaltiger Energien hinsichtlich einer potentiellen Bereitstellung von Flächen für Photovoltaikanlagen, bereits im Vorfeld konterkarieren. Aus diesen Gründen bitte ich von der geplanten Ausweisung in dem hier betroffenen Bereich abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Festlegung ?BSLE/BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.</p>

	<p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>
--	--

AZ: Ö-M-2181	
1005710	
1011450	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim-Büsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 0 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 2 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2182	
1005712	
1011729	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Ackerbau und einer intensiven Grünlandnutzung in Bergisch Gladbach (Rheinisch Bergischer Kreis). Die Landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche beträgt ca. 180ha Acker und Grünland.</p> <p>Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Fläche die ich bewirtschafte im BLSE und BSN Gebiet. Durch die künftige Ausweisung, besteht aus meiner Sicht die Sorge das sich die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmittel betrifft. Dieses könnte für meinen Betrieb existenzgefährdend sein. Folglich beantrage ich, die landwirtschaftliche genutzte Acker und Grünlandfläche nicht mit diesen Schutzstatus zu belegen, um so weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Die heutige Situation zeigt doch, dass eine Eigenversorgung von Lebensmittel geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde dieses Ziel erheblich erschweren.</p> <p>Der neue Regionalplan geht nach meinen Ermessen, eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Rheinisch Bergischen Kreis wirtschaftenden Betrieben. Daher bitte ich um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und hoffe, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2183	
1005713	
1011469	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Mellerhöfe einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Erftstadt (Mellerhöfe, Herrig, Dirmerzheim, Erp): BSLE Nörvenich (Poll): BSLE Vettweiß (Müddersheim, Gladbach): BSLE Euskirchen (Kommern Süd): BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Wir bewirtschaften in 53859 Niederkassel einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen und gemüsebaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

**[ABBILDUNG]**

Sollte eine Ausbreitung der geplanten Maßnahmen auf nichtmarkierte Flächen aus dem Entwurf stattfinden, so sind weitere Betriebsflächen betroffen.

Zudem sind Eigentumsfamilien (Familienbesitz) in dem o.g. Gebiet betroffen:

Rhein-Sieg-Kreis, Niederkassel-Lülsdorf: Gemarkung Lülsdorf, Flur [ANONYMISIERT]

Aus unserer Sicht besteht die Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Zudem aufgrund des derzeit spürbaren Klimawandels mit Ertragseinbußen in Zukunft zu rechnen sind.

Weiterhin möchten wir Sie auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.





1011786

#### Inhalt

Als weiteren kritischen Punkt sehen wir den Bau einer Autobahn/Rheinquerung A553n sowie den Ausbau des Schienenverkehrs im Niederkasseler Norden. Neben zahlreichen Einflüssen auf das Ökosystem steht vor allem der Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche im Vordergrund, die zur Produktion von Nahrungsmitteln wegfallen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-M-2185	
1005716	
1011337_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen für Herrn [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 87,6 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Gemarkung Köln-Worringen, Flur 37, 38, 39, 40 und 94 [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2186	
1005719	
1011362	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Zülpich [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 35 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2187	
1005720	
1011473	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50321 Brühl einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 23 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und zwar in Brühl, Brühl-Badorf, Brühl-Schwadorf.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2188	
1004751	
1011340_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen und Einspruch erheben.</p> <p>Insbesondere durch die Planung einer neuen Ortsumgehung von Arnoldsweiler bin ich als Landwirt stark betroffen. Des Weiteren sind Schutzgebiete neu ausgewiesen für die Landwirtschaft. Hiervon bin ich ebenfalls massiv betroffen. Der Landwirtschaft geht schon genügend Fläche verloren durch solche Maßnahmen. Des Weiteren verlieren die Flächen massiv an Geldwert. Ausserdem könnte das zur Folge haben, dass die landwirtschaftlichen Flächen demnächst nicht mehr vernünftig bewirtschaftet werden können und wertlos sind. Dies muss verhindert werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2189	
1005721	
1011474	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Ertstadt-Scheuren im Umfang von etwa 25 ha. Die Fläche soll laut Neuaufstellung des Regionalplanes zum Teil als Gebiet "Schutz der Natur" bzw. "Schutz der Landschaft und Erholung" ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch vollständig um hochwertige Ackerlandflächen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2190	
1005723	
1011476	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer und Pächter im Rhein-Erft Kreis, besonders in Pulheim-Stommeln. Die Flächen sollen laut Neuaufstellung des Regionalplans als Gebiet "Schutz der Natur" bzw. "Schutz der Landschaft und Erholung" ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerflächen, die Im Vollerwerb von unserem Betrieb bewirtschaftet werden.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide und Ackerfrüchten geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutz hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>Zum Schluss noch ein verfasster Text eines Bauern der die Umstände ziemlich gut auf den Punkt bringt:</p> <p>Gedankensammlung eines aktiven Landwirtes: Was ist die Hauptaufgabe der europäischen Landwirtschaft? Die Ernährungssicherung durch die Produktion gesunder, ausreichender und nahrhafter Lebensmittel.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ist die Anwendungsbeschränkung für Pflanzenschutzmittel hierfür dienlich? Nein,- sie führt zu Produktionsrückgängen.

Werden die wegbrechenden Mengen durch Konsumverzicht oder durch Importe ausgeglichen? Der weitaus überwiegende Teil wird durch zusätzliche Importe aus Nicht-EU-Ländern ersetzt. Gibt es im globalen Beschaffungsmarkt ausreichend hochwertige Nahrungsmittel jederzeit zur Verfügung? Nein,- es herrscht eine starke Tendenz zum Hunger in der Welt.

Gibt es Analogien zum Verlust der Ernährungssouveränität? Ja,- Energie (Gas/Öl/Kohle), Medikamente, Speicherchips, Rohstoffe. Was ist das Ziel der PSM-Reduktion? Sicherstellung der Biodiversität. Gibt es nennenswert lieferfähige Landwirtschaften außerhalb der EU, die artenschonender produzieren als die europäische Landwirtschaft? Nein (mir nicht bekannt). Betrifft der Rückgang außereuropäischer Artenvielfalt auch uns in der EU? Ja,- siehe Regenwaldabholzung etc.. Sind somit die angedachten Maßnahmen dem Zweck und Schutzziel dienlich? Nein,- da relativ umweltfreundliche Produktion unter kontrollierten Bedingungen verlagert wird in Regionen, die sich unserer Einflussnahme entziehen.

Ist der ?Ökozid? (welch fürchterliche Reminiszenz an den Genozid durch Herrn Timmermanns) also zu vermeiden, indem technologische Fortschritte die Pflanzenschutzmittel ersetzen? Nein,- denn das Ziel ist eben eine vielfältigere,- damit aber mengenstabilitäts- und qualitätssicherheitsvermindert leistungsfähige Landwirtschaft.

Sind mechanische, phytosanitäre oder züchterische Steigerung der Robustheit und Durchsetzungsfähigkeit unserer Nutzpflanzen ein adäquater Ersatz für Pflanzenschutzmittel? Nein,- denn wenn sie erfolgreich sind, leidet auchdarunter die Biodiversität.

Ist die vielfältige Erhaltung der Schöpfung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe? Ja. Warum soll sich dann nur eine Berufsgruppe massiv dafür einschränken? Hierauf weiß ich keine Antwort. Ergebnis: Das Anwendungsverbot in großen Teilen der europäischen Landwirtschaft, nämlich den ausgewiesenen Schutzgebieten, ist abzulehnen. Konkrete Situation auf meinem landwirtschaftlichen Betrieb:

Ich bewirtschafte einen Schweinemast-Betrieb mit Ackerbau im Vogelschutzgebiet. Zu den besonders betroffenen Kulturen gehört neben Raps, Zuckerrübe auch das Getreide. Somit entfällt sowohl die Futtergrundlage, als auch die sinnvolle Verwertung der anfallenden Wirtschaftsdünger, Kreisläufe werden gestört.

Es entsteht ein Gefühl der Ohnmacht, wenn man so um seine Existenzgrundlage gebracht wird, denn Ackerbau und Nutztierhaltung leiden gemeinsam. Pflanzenschutzmittel führen zu vitalen Pflanzen und somit auch zu gesunden Tieren. Dabei ist meine Produktion wichtig zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt. Ich

muss nicht für den Weltmarkt produzieren,- aber der Weltmarkt sollte auch nicht meine Produkte ersetzen müssen, weil ich nur noch begrenzt effizient arbeiten darf. Ich denke aber auch nicht in Wahlperioden,- sondern in Generationen. Somit ist eine zukunftsfähige Umwelt in meinem ureigensten Interesse.

Die Pflege der Kulturlandschaft und auch die durch Ackerbau- und Viehzucht geförderte Biodiversität werden durch politischen Aktionismus gefährdet. Wir Landwirte (ich glaube, nicht nur für mich sprechen zu dürfen) sehen uns als Sündenbock einer Arbeitsteilung, in der die Erzeugung und der Konsum voneinander getrennt wurden.

Aber Landwirtschaft ist echte Daseinsfürsorge,- sie stellt Nahrung her, Rohstoffe und blühende Landschaften als Fundament für sozialen Frieden. Sie hilft bei Waldbrand, Hochwasserkatastrophe oder Schneechaos. Aber mit jedem resigniert geschlossenem Bauernhof wird diese elementare Sicherheit weniger.

AZ: Ö-M-2191

1005725

1011479

## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in E.-Borr und Z.-Rövenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 26 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Erftstadt-Borr-Scheuren: BSLE  
Zülpich-Rövenich: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2192	
1005728	
1011351_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zum Entwurf des neuen Regionalplanes Köln nutze ich die Möglichkeit zur Beteiligung und nehme wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Landwirt in Vettweiß-Soller, Kreis Düren. Ein Teil meiner Flächen liegt im Regionalplan im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung".</p> <p>Ich bin großer Sorge, dass diese Ausweisung in Zukunft die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird.</p> <p>Deshalb beantrage ich, dass diese Flächen nicht mit einem solchen Schutzstatus belegt werden.</p> <p>Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der hungernden Welt. Ich bezweifle auch, dass landschaftsorientierte Erholung einen höheren Stellenwert hat als die Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln. Insbesondere, weil wir Ackerbau auf besten Bördeböden betreiben, die nachweislich schon seit 2000 Jahren als solche genutzt werden. Gerade wir als Landwirte erhalten und schützen doch durch unsere Wirtschaftsweise die vorhandene Landschaft.</p> <p>Wir produzieren unsere Feldgüter, also Getreide, Raps, Zuckerrüben, Erbsen und weiteres, verbrauchernah. Erbsen ersetzen z.B. Sojabohnen, Raps ersetzt Palmöl und Zuckerrüben ersetzen Zuckerrohr. Produkte, welche jeweils um die halbe Welt zu uns transportiert werden müssen und unter sehr fragwürdigen Bedingungen in den Herkunftsländern angebaut werden. Dort wird bekannter Weise keine Rücksicht genommen auf Natur oder Sozialstandards.</p> <p>Rheinische Landwirtschaft ist nachhaltig und spart riesige Mengen an CO<sub>2</sub> ein.</p> <p>Ich gehe von einer Berücksichtigung meines Anliegens aus und erwarte Ihre Rückantwort.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2193	
1005741	
1011514	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit melden wir Bedenken an mit der Neuausweisung von Naturschutzgebieten, bei unserem Betrieb handelt es sich um einen Vollerwerbsbetrieb und soll von meinem Sohn weitergeführt werden,der sich momentan in der Ausbildung befindet.Es handelt ich um die Parzelle Bronsfeld Flur/Flurstück [ANONYMISIERT] dabei handelt es sich um eine Hofparzelle.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2194	
1005743	
1011371_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Burscheid einen landwirtschaftlichen Vollerwerbs-Biobetrieb mit Grünlandnutzung und Futterbau. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 78 ha. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Rheinisch Bergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Außerdem wende ich mich gegen die Form der Ausweisung der Fläche GO_BSN_TAK-GL-Bornheim. Hier wie an allen anderen Stellen der Neuausweisung sollte die Kontur an die bestehenden Bewirtschaftungsgrenzen angepasst werden, damit die Bewirtschaftung des dort vorhandenen Grünlandes nicht eingeschränkt wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Insbesondere wende ich mich gegen die Ausweisung der Fläche Go GIBX BUR\_Geilenbach als zukünftige Gewerbefläche. Ich bewirtschafte diese Fläche seit mehr als 10 Jahren und benötige diese dringend für die Futtergewinnung für unsere Biotiere. Ein Verlust der Fläche wäre schwer zu verkraften.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-2195	
1005745	
1011532	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>als Eigentümer der Ackerfläche Gemarkung Lohn, Flur [ANONYMISIERT], groß 3 02 10 qm möchte ich meine Bedenken zur aktuellen Planung erklären.</p> <p>Der zeichnerischen Plänen ist zu entnehmen, das die Parzelle als Landschaftsschutzgebiet vorgesehen ist. Da mein Pächter die Fläche derzeit in konventioneller Landwirtschaft bewirtschaftet, ist hier mit starken Einschränkungen bei der künftigen Bewirtschaftung der Flächen zu rechnen.</p> <p>Sollten Sie hier einen formellen Einspruch oder ähnliches benötigen, bitte ich um eine kurze Rückmeldung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2196	
1005746	
1011480	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich die Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme wie folgt Stellung :</p> <p>Meine Frau und ich bewirtschaften in Elsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Pferdehaltung, Kinderreiten und intensiven Ackerbau. Der Betrieb wird seit 1916 in 4. Generation am hiesigen Standort betrieben.</p> <p>Bei einer Betriebsfläche von 120 ha befinden sich ca. 70 ha in der Kulisse ? Schutz der Landschaft und landwirtschaftliche Erholung? und ca. 4 ha ?Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung Flex?.</p> <p>Bei der geplanten Ausweisung von diesen Gebieten habe ich Angst das dieses Vorhaben für meinen Betrieb eine Existenzgefährdung darstellt.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2197	
1005749	
1011376_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte und verpachte in 41836 Hückelhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 22,63 ha der Fläche, die ich bewirtschafte und verpachte, im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1011507

## Inhalt

Wir bewirtschaften ca.85 ha Ackerland im Vollerwerb und wären mit 65ha ca 80% unserer Flächen betroffen zum Schutz der Natur bzw landschaftsorientierten Erholung, aus meiner Sicht besteht die Sorge, dass diese Ausweisung zukünftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich Beeinträchtigt wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmittel betrifft. Dies wäre für die Fortführung meines landwirtschaftlichen Betrieb und meiner Tochter als Nachfolger existenzbedrohlich.

Mittelfristig sehe ich zudem die heimische Ernährungsicherheit gefährdet, geschweige denn, den Beitrag Deutschlands gegenüber dem rest der Welt.

Ich bitte sie einen Schutzstatus über meine Ackerflächen zu belegen so das der Fortbestand des Betriebes für mich und meine Nachkommen nicht gefährdet wird.

zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Eschweiler einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

[ANONYMISIERT]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

<p>meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	
---	--

AZ: Ö-M-2199	
1005750	
1011482	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümerin mehrerer Grundstücke, welche ackerbaulich genutzt werden. Von dem neuen Regionalplan liegen diese verpachteten Grundstücke im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Erftstadt-Borr: BSLE Zülpich: Zülpich-Wichterich</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2200	
1005752	
1011597	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Odendorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2201	
1005753	
1011390	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Weilerswist einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 30 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2202	
1005755	
1011380_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Soweit es mir gelungen ist die Karten und Textlichen Festlegungen fuer den betreffenden Bereich einzusehen, scheint der neue Regionalplan eine Änderung des Naturschutzgebietes in der Gemarkung Vlatten, [ANONYMISIERT] vorzusehen. Die landwirtschaftlichen Flächen meiner Mutter, [ANONYMISIERT], befinden sich in dieser Gemarkung und eine Änderung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten würde den landwirtschaftlichen Wert als auch Verkaufswert der Flächen negativ belasten. Hiermit lege ich Widerspruch gegen jegliche etwaige Änderung vor und bitte Sie diesen Widerspruch ihrerseits zu vermerken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2203	
1005759	
1011384_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Fast 100% meiner landwirtschaftlichen Flächen liegen in den Gemarkungen Vlatten (52396 Heimbach) und Wollersheim (52385 Nideggen). Hier werden überwiegend Weizen, Raps und Gerste angebaut; die Grasflächen werden durch Ammenkühe und deren Nachwuchs beweidet.</p> <p>Ohne Subventionen können Landwirte schon lange nicht mehr ihre Betriebe erhalten. Von Preissteigerungen bei Lebensmitteln kommt beim Landwirt nichts an.</p> <p>Wer soll Ihrer Meinung nach Rüben hacken, wenn Spritzmittel nicht mehr eingesetzt werden dürfen? (Deutsche Arbeiter kommen dafür aufgrund ihrer hohen körperlichen Dekadenz nicht in Frage.) Wovon soll ein Landwirt diese Mitarbeiter bezahlen?</p> <p>Woher sollen die Lebensmittel stammen, wenn die Düngung so stark eingeschränkt wird?</p> <p>Wer in Deutschland kann höherpreisige Bioprodukte bezahlen?(Die große Zahl der Hartz- IV-Empfänger kann es jedenfalls nicht.)</p> <p>Vielleicht arbeiten Sie einmal einen Tag Probe in der Landwirtschaft. Dann bekommen Sie auch einmal einen anderen Blickwinkel auf die Dinge, als nur vom Schreibtisch im klimatisierten Raum aus.</p> <p>Mit größten Bedenken im Hinblick auf Ihre weiteren Planungen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2204	
1005761	
1011386_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der neue Regionalplan des Regierungsbezirks Köln sieht vor, die Ruraue im Stadtgebiet Heinsberg zum Naturschutzgebiet zu erklären.</p> <p>Wir sind ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Ackerbau, in dem intensiv Feldfrüchte mit hoher Qualität wie Obst, Gemüse, Kartoffeln und Getreide produziert werden, vor allem in der genannten Region, die künftig als Schutzgebiet ausgewiesen werden soll. Wir wären von diesem geplanten Flächenverbrauch direkt betroffen.</p> <p>Für uns würden nicht nur wertvolle Flächen mit hoher Bodenfruchtbarkeit verloren gehen, sondern damit verbunden wohl auch unsere wirtschaftliche Existenz, da 20% unserer Anbaufläche nicht mehr genutzt werden können und aufgrund der landwirtschaftlichen Dichte keine Ersatzflächen zur Verfügung stehen. In der Folge könnten wir wirtschaftlich nicht mehr existieren und den Betrieb an die nächste Generation übergeben.</p> <p>Aus diesem Grund sind die Pläne der Bezirksregierung für uns nicht hinnehmbar, da damit ein wirtschaftlicher Ruin unseres landwirtschaftlichen Betriebs einhergeht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2205	
1005762	
1011595	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>mit großem Erstaunen habe ich den Entwurf des neuen Regionalplans Köln zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung würde meinen Betrieb immens ? bis zur Existenzbedrohung- belasten. Aus diesem Grund nehme ich mit diesem Schreiben die Möglichkeit zur Stellungnahme wahr und bitte Sie auf diesem Wege die Belange der heimischen Landwirtschaft zu berücksichtigen.</p> <p>In Swisttal-Miel bewirtschafte ich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 66,29 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (in den Orten Miel, Ramershoven, Ludendorf, Morenhoven) und ca. 26,54 ha im Gebiet ?Schutz der Natur? (in den Gemeinden Morenhoven, Ramershoven, Miel) und im Grundwasser- und Gewässerschutz 39,7 ha (in den Gemeinden Ludendorf, Essig, Odendorf und Niederdrees)</p> <p>Durch Ihr Vorhaben ist mein Betrieb im Falle einer Umsetzung Ihrer Pläne in seiner Existenz bedroht, da diese von Ihnen geplante Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Aus diesem Grund beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll, da diese für die Versorgung der heimischen Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln unerlässlich ist. Gerade das Rheinland gehört mit seinen ertragreichen Böden zur wichtigsten Kornkammern Europas. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Besonders brisant wird Ihr Vorhaben vor dem Hintergrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln.Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Im Falle einer Umsetzung werden alle Flächen mit Schutzstatus aus der Produktion genommen werden müssen. Dies gilt nicht nur für die konventionell, sondern auch für die ökologisch bewirtschafteten Flächen, da auch diese Flächen entgegen der Auffassung vieler Laien nicht vollständig ohne Pflanzenschutzmittel</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

auskommen können.

Die Flächen werden damit massiv an Wert verlieren, was gleichzeitig einen unzumutbaren Eingriff in privates Eigentum bedeutet. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hat Grenzen. Aufgrund der hohen Kapitalintensität ist der Aufbau eines landwirtschaftlichen Betriebes immer auch ein Generationenübergreifendes Projekt. Es ist unzumutbar, dass die Flächen, auf denen viele meiner Vorfahren hochwertige Nahrungsmittel produziert haben, nun massiv entwertet werden sollen, ohne dass hierfür eine nachvollziehbare und sinnvolle Begründung vorliegt. Auf diesem Wege wende ich mich daher gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen. Für evtl. Rückfragen stehe ich selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

AZ: Ö-M-2206	
1005763	
1011388_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehme ich wie folgt Stellung: ich befürchte einen Wertverlust auf 100% meiner landwirtschaftlichen Eigen - und Pachtflächen, die zukünftig dem Naturschutz unterliegen sollen. Ab dem Jahr 2030 droht eine EU- Verordnung, die kein Pflanzenschutzmittel in Schutzgebieten mehr zulässt. Eine Umstellung auf eine biologische Landwirtschaft kann und will ich aus arbeitswirtschaftlichen Gründen nicht leisten.</p> <p>Es geht dabei um die Schutzgebiete:  Vogelschutzgebiete  Wasserschutzgebiete  Naturschutzgebiete  Landschaftsschutzgebiete</p> <p>Im Kreis Düren wären mehr als 80% der landwirtschaftlichen Flächen betroffen. Meine Flächen wären wirtschaftlich betroffen und ich sehe die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes gefährdet. Die globalen Nahrungsmittel würden noch knapper, womit der Hunger in der Welt von Ihnen noch weiter beschleunigt wird.</p> <p>Aus meiner Sicht lehne ich daher die beabsichtigten Planungen ab, zumal es im Gebiet der Stadt Nideggen schon genügend Schutzgebiete gibt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2207

1002143

1011389

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanes wird im Stadtgebiet Radevormwald im Ortsteil Herkingrade eine Ausweitung des allgemeinen Siedlungsbereiches skizziert. Auf den Parzellen Gemarkung Radevormwald, Flur [ANONYMISIERT] halte ich Weidetiere. Die auf diesen Parzellen befindlichen Grünlandflächen sind für das Fortbestehen meines landwirtschaftlichen Betriebes als Futterflächen essenziell. Eine Ausweitung der Bebauung in und um Herkingrade würde aus dem Dorf- ein Wohngebiet machen. Dadurch würde eine Weiterentwicklung meiner Hofstelle in Herkingrade verhindert.

Ich möchte Sie bitten, dies in der weiteren Planung für den Regionalplan zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen  
[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-2208	
1005764	
1011483	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Pächter und Eigentümer landwirtschaftlicher Grundstücke nehme ich Stellung zum am 10. Dezember 2021 vom Regionalrat Köln beschlossene Aufstellungsverfahren eines neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln und erhebe Einwand gegen die darin aufgeführten planerischen Festsetzungen.</p> <p>Als landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetrieb bewirtschafte ich Ackerflächen im Rhein-Erft-Kreis und im Kreis Düren. Der Betrieb ist die Existenzgrundlage meiner Familie. Auf den von mir bewirtschafteten Ackerflächen produziere lokal ich mit Zuckerrüben und Speisekartoffeln, Weizen und Gerste hochqualitative Nahrungsmittel, die regional verarbeitet und von Verbrauchern in NRW nachgefragt werden.</p> <p>In der Anlage füge ich eine Aufstellung der Flächen in Tabellen-Form (Anlage 1) und als Karte (Anlage 2) hinzu, bei denen ich durch die Neu-Aufstellung des Regionalplans Köln und dessen Festsetzungen betroffen bin. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Erläuterung des Kürzels in der Tabelle: [ANONYMISIERT]</p> <p>Pächter der von mir verpachteten Hof-fernen Eigentums-Flächen: [ANONYMISIERT]</p> <p>Wie aus meiner Aufstellung hervor geht, soll die Fläche G mit "Regionale Grundzüge" beplant werden. Alle weiteren Flächen sollen nach jetziger Planung als "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" festgesetzt werden.</p> <p>Ich wende mich gegen die Überplanung der von mir hier aufgeführten Flächen, da diese neue Festsetzung von Schutzgebieten eine erhebliche Beeinträchtigung der zukünftigen Bewirtschaftung dieser Flächen ist.</p> <p>Die mit der Neu-Ausweisung von Schutzgebieten neu geschaffene Möglichkeit die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (und Düngemitteln) einzuschränken und zu verbieten ist für meinen landwirtschaftlichen Betrieb (und die Betriebe meiner Pächter) existenzbedrohend. Eine Bewirtschaftung der Flächen und eine sichere nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln wären ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht mehr gewährleistet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen. Nur so kann eine nachhaltige sichere Bewirtschaftung und damit Produktion hochwertiger Lebensmittel in Zukunft sichergestellt werden. Dieses sichert die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes und die zukünftige lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner genannten Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Für die in der Ortslage Niederbolheim gelegenen, von einer Neuausweisung betroffenen Flächen, besteht die Sorge, dass zukünftig überplante Flächen nicht mehr für eine Bebauung zur Verfügung stehen. Um auch zukünftig erfolgreich, nachhaltig und wirtschaftlich Landwirtschaft betreiben zu können, muss die Möglichkeit bestehen bleiben, neue Wirtschaftsgebäude in und an der Ortslage errichten zu können. Ohne die Möglichkeit der Neu-Errichtung von Wirtschaftsgebäuden hat mein landwirtschaftlicher Betrieb keine Chance auf Weiterentwicklung in sich verändernden Märkten. Daher dürfen die um den Ortskern liegenden Flächen ebenfalls nicht mit neuen Festsetzungen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Hierbei handelt es sich besonders um die Flächen Gemarkung Blatzheim Flur 20, Flurstücke [ANONYMISIERT] und Flur 46, Flurstück [ANONYMISIERT].

Weiterhin möchte ich darauf hinweisen, dass eine Festsetzung der von mir genannten landwirtschaftlichen Flächen mit einem neuen Schutzstatus mit nachfolgender Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes zu einem erheblichen Vermögensverlust für die betroffenen Eigentümer führen wird.

In Zukunft wird es dann Ackerflächen ohne neu festgesetzte Schutzgebietszuweisungen geben, auf denen Ackerbau noch möglich ist und die von ihnen neu festgesetzten Flächen werden nur noch mit erheblichen Abschlägen bewertet werden, da kaum noch eine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist.

Abschließend möchte ich auf die Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln" Seite 105 ff Kapitel 4.4 Landwirtschaft verweisen. Hier führen Sie aus, dass:

- bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden sollen (G32)
- agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in

Anspruch genommen werden (G33)

- Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden (G34)

Die geplanten Festsetzungen auf den von mir aufgeführten Ackerflächen würden zur Ausweisung von Naturschutzgebieten und nachfolgend automatisch durch EU-Regelungen zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln führen. Dieses würde das Ausscheiden der Flächen aus der Lebensmittelproduktion bedeuten und damit gegen die im Kapitel 4.4 Landwirtschaft genannten Grundsätze verstoßen.

Aus diesen Gründen räumen Sie den Grundsätzen in Kapitel 4.4 - Landwirtschaft eine höhere Priorität ein und verzichten Sie auf die Festsetzung neuer Gebietskulissen/Schutzauflagen auf Ackerflächen.

Bitte berücksichtigen Sie meine Stellungnahme und Einwendungen, ich sehe Ihrer Stellungnahme mit Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2209	
1005767	
1011404_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin aktiv wirtschaftender Landwirt im Haupterwerb, im Kreis Düren, Gemeinde Nörvenich, Ortsteil Binsfeld und somit durch die geplanten Änderungen im Regionalplan maßgeblich betroffen.</p> <p>Gut 70 % meiner Ackerflächen lägen zukünftig in regionalen Grünzügen, Zonen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung und Wasserschutzgebieten.</p> <p>4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum/G 26, s. 94</p> <p>Hierbei sehe ich das Problem dahingehend, dass die Festlegung solcher Schutzzonen, weitere maßgebliche Reglementierungen von Seiten der Gesetzgebung, sowohl Landes- und Bundespolitisch, als auch Gesetzesvorgaben der EU Kommission, hier vorrangig nach sich ziehen werden.</p> <p>Hier ist zum Beispiel die in der Diskussion stehende VO des Europäischen Parlaments und des Rats, über die nachhaltige Verwendung von PSM. Wenn eine solche VO in Kraft tritt, wird diese in den ausgewiesenen Schutzzonen zur Anwendung kommen. Hierdurch würde unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr geschwächt. Durch dann sinkende Erträge und steigende Kosten unsere Existenzfähigkeit gefährdet.</p> <p>Diese Freiräume sind im Regionalplan im Bereich Kreis Düren, Gemeinde Nörvenich um die Orte Binsfeld, Frauwüllesheim und Kelz überproportional ausgewiesen.</p> <p>Diese sind meiner Meinung nach zu reduzieren.</p> <p>4.2 Regionale Grünzüge, Z.18, S 96</p> <p>Hier wäre unser Betrieb konkret betroffen, da wir zeitnah den Neubau einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle vorsehen, und später ggf. eine komplette Hofaussiedlung an diesem Standort vornehmen möchten.</p> <p>Der einzige Standort, Gemarkung Binsfeld, Flur [ANONYMISIERT] der sowohl von den Eigentumsverhältnissen, als auch von der möglichen Erschließung in Frage kommt, liegt zwischen der Ortslage Binsfeld und dem Stadtgebiet Düren und somit in dem dort geplanten regionalen Grünzug.</p> <p>Wenn dieser so ungesetzt wird und hierdurch keine Baugenehmigung mehr erteilt würde, wird unserem Betrieb eine für die Zukunft nötige Entwicklung verhindert. Auch hier wäre die Existenzfähigkeit des Betriebes gefährdet.</p> <p>Ganz abgesehen davon gehe ich davon aus, dass mit einer Einschränkung der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte</p>

Nutzbarkeit der Flächen zugleich ein maßgeblicher Wertverlust einhergeht, den ich ebenfalls nicht zu akzeptieren bereit bin.  
Wir möchten Sie bitten, die hier angeführten Einwende zu berücksichtigen und mir hierzu eine Rückantwort zu geben.

bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2210	
1005771	
1011506	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Den offengelegten Planungsunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans kann entnommen werden, dass in der Gemarkung Lohn [ANONYMISIERT] künftig ein Bereich zum Schutz der Landschaft und der landwirtschaftsorientierten Erholung (BSLE) entstehen soll.</p> <p>Zu den Planunterlagen möchten wir folgende Stellungnahme abgeben:  Bei der Neuaufstellung des Regionalplans wurden die Flächen in der Gemarkung Lohn in eine neue Gebietskulisse eingeteilt. Die bisher ausgewiesenen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche wurden geändert in Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung.  Durch die Aufnahme der Flächen in das Planzeichen BSLE sind diese in Zukunft einem erhöhten Schutzstatus unterworfen.</p> <p>Bei den Flächen handelt sich um rekultiviertes Ackerland. Durch den Tagebau Inden wurde unser Betrieb umgesiedelt.  Unser Betrieb hat Ackerflächen ausschließlich in der o.g. Gemarkung erhalten. Durch die neue Ausweisung kann dies in nachgelagerten Plänen zu Einschränkungen von Eigentumsrechten und landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten sowie zu einem Wertverlust bis hin zum Existenzverlust führen. Der Bestand und das Weiterführen des Betriebes sind insbesondere gefährdet durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Einschränkung der Bewirtschaftung, z.B. durch höhere Auflagen</li> <li>-Einschränkung der Möglichkeit zur Ausbringung von Gülle</li> <li>-Verlust von Futteranbauflächen für die Tierhaltung</li> <li>-Verlust von Arbeitsplätzen</li> <li>-Beschränkung im Bau von Kleinwindanlagen</li> <li>-Rückgang von Pachteinnahmen und Kündigung von Pachtflächen</li> </ul> <p>Durch den Tagebau Inden und den damit verbundenen Rückgang der landwirtschaftlichen Flächen sind Ackerflächen bereits Mangelware und heiß begehrt. Es wird befürchtet, dass der massive Kampf um die verbleibenden geringen Flächen durch die neue Ausweisung weiter vorangetrieben wird.  Insbesondere unter den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen seit Ausbruch des Krieges zwischen Russland und der Ukraine Anfang des Jahres sollte der Landwirtschaft und ihren Ackerflächen einem besonderen Schutz unterstellt werden, um dadurch auf Dauer eine unabhängige Grundversorgung der Bevölkerung zu</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

gewährleisten. Das landwirtschaftliche Handeln hat eine geänderte Gewichtung erfahren und ist damit raumbedeutsam geworden.

Die bestehenden landwirtschaftlichen Flächen sollen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden.

Nach den tatsächlichen Gegebenheiten werden die Flächen in der Gemarkung Lohn hauptsächlich als Ackerflächen genutzt und stellen damit in der Region einen äußerst bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar. Die Nutzung als Freizeit- und Erholungsfläche ist nur sekundär und darf nicht über die landwirtschaftliche Nutzung gestellt werden; eher muss sie eingeschränkt werden. Nach den vorliegenden Verhältnissen sind die Flächen nicht für die gemeinsame Nutzung für die Landwirtschaft und den Freizeitsport ausgelegt. Die Wirtschaftswege sind zu schmal und schlecht einsehbar. Unfälle zwischen Landwirten und Sportler belegen dies.

Zu betonen ist zusätzlich, dass mit Beendigung des Tagebaus im Gebiet der Gemeinde Inden der Indesee entstehen wird; eine Seenlandschaft, zur Erholung und Schutz der Natur. Das südliche Ufer wird der Freizeitnutzung vorbehalten sein, während das Nordufer des Sees ausschließlich Naturschutzzwecken dienen soll. Dieses Areal wird eine bessere Möglichkeit bieten, die Landschaft zu schützen und eine naturverträgliche Sport- und Freizeitnutzung zu ermöglichen.

Wir möchten Sie bitten, Ihre Pläne zu überdenken und die Flächen aus der Ausweisung als BSLE-Fläche herauszunehmen, da diese Ackerflächen bisher auch nicht besonders schutzbedürftig waren. Die bisherige Einordnung als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche soll beibehalten werden; dem Naturschutz ist damit ausreichend Genüge getan.

AZ: Ö-M-2211	
1005772	
1011505	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer und Bewirtschafter der Flächen Städteregion Aachen, Stadt Eschweiler</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Sie überplanen diese Flächen mit regionalen Grünzügen und Landschaftsschutzgebieten.</p> <p>Durch die Planung sehe ich langfristig eine massive Wertminderung meiner hochwertigen Ackerflächen. Anhand der zu erwartenden Bewirtschaftungsauflagen erwarte ich einer bedrohlichen Existenzgefährdung meines landwirtschaftlichen Betriebs.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>



Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-2212

1005773

1011409\_001

#### Inhalt

Straßenneubau L257n, Ortsumgehung Arnoldsweiler

In der zeichnerischen Festlegung Blatt 02-03 ist südlich von Arnoldsweiler ein Straßenneubau (L257n) eingezeichnet. Den Bau dieser Straße halte ich für absolut nicht notwendig. Der Ort Arnoldsweiler kann sowohl südlich über die L264, 264, B56n und B56 als auch nördlich über die A4 mit den Anschlußstellen Düren und Merzenich umfahren werden. Daher bestehen bereits sehr gut ausgebaute, teils in jüngster Zeit erneuerte bzw. neu gebaute Straßen rund um den Ort Arnoldsweiler. Deshalb gibt es meines Erachtens keinen Grund hier eine weitere Hauptverkehrsstraße zu bauen. Der Verkehr auf der Ost-West-Achse müsste schon jetzt nicht durch Arnoldsweiler fahren, sondern könnte die A4 oder eben die bestehenden Hauptverkehrsstraßen (L264, 264, B56n, B56) wie oben beschrieben nutzen. Seit dem Neubau der B56n ist das Verkehrsaufkommen aus Richtung Osten und Westen merklich geringer geworden. Dies könnte sicherlich durch eine Verkehrszählung überprüft werden. Zudem würde eine solche Straße das Landschaftsbild massiv beeinträchtigen, vollkommen unnötig wertvolles Land versiegeln, welches dann nicht mehr für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen zur Verfügung stünde. Als Bewirtschafterin landwirtschaftlicher Flächen im Ausweisungsbereich des Straßenneubaus bin ich durch diese geplante Straße besonders betroffen, da Ackerflächen zerstückelt werden, was zu erheblichen Erschwernissen in der Bewirtschaftung bis hin zur Unwirtschaftlichkeit in dieser eh schon kleinparzellierten Kulisse führt. Das ist für mich unter den gegebenen Bedingungen nicht hinnehmbar.

Ich bitte darum, die Planung dieser Straße zu überdenken und aus dem Regionalplan zu entfernen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

**Inhalt**

Gebiete zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?, Arnoldsweiler

Im Nordosten von Arnoldsweiler ist zwischen der K2, der A4 und der Bahntrasse ein Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung eingezeichnet. Im Hinblick darauf, dass voraussichtlich zu erwarten ist, dass es in solchen Gebieten bzw. in den sich in nachfolgenden Plänen / Festlegungen darauentwickelnden Gebieten Erschwernisse/Einschränkungen einer landwirtschaftlichen Bewirtschaftung geben wird, möchte ich Sie bitten, Ackerflächen nicht als Bereiche zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? auszuweisen. Gerade die aktuellen Ereignisse rund um die COVID-19 Pandemie und den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine haben gezeigt, dass wir in Deutschland bewerkstelligen müssen, in bestimmten Bereichen weitestgehend autark zu sein ? dazu gehört auch eine leistungsfähige Landwirtschaft, die einen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sowie Energie gewährleisten kann. In dem ausgewiesenen Bereich bewirtschafte ich Ackerflächen. Da der Umfang über 10% meiner bewirtschafteten Fläche ausmacht, würden mich eventuelle Bewirtschaftungsauflagen besonders treffen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Allgemeine Siedlungsbereiche, Arnoldsweiler

Um den Ort Arnoldsweiler sind allgemeine Siedlungsbereiche ausgewiesen. Ich möchte Sie bitte, vor allem die Ausweisung von ASBs im Süden von Arnoldsweiler zu überdenken. Durch die Bebauung dieser Flächen würde sehr gutes Ackerland versiegelt und wäre damit für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Wenn notwendig, sollten ASBs (sowie auch Industriegebiete) auf Standorten entstehen, die Böden mit geringer Güte aufweisen. Grundsätzlich ist es wünschenswert, wenn Arnoldsweiler sich nicht weiter ausdehnen würde. Durch weitere Ausdehnung würde der Ort seinen ländlichen Charakter noch weiter einbüßen und an Lebensqualität verlieren.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2214	
1005775	
1011412_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind ein landwirtschaftlicher Betrieb im Kreis Heinsberg. Bei der Ausweisung ist ein großer Teil unserer intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Stadt Übach-Palenberg, Kreis Heinsberg angesiedelt. Ein Kartenausschnitt ist beigegefügt.</p> <p>Diese Flächen werden als ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? beschrieben.</p> <p>Im Zusammenhang mit einer Änderung von Anwendungsaufgaben seitens des Gesetzgebers erfolgt dadurch eine deutliche Schlechterstellung gegenüber Gebieten ohne Einschränkung bzw. Entnahme aus der landwirtschaftlichen Nutzung.</p> <p>Ich bitte um eine Änderung in ?allgemeine Freiraum und Agrarbereiche?.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigegefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Wir sind ein landwirtschaftlicher Betrieb im Kreis Heinsberg. Bei der Ausweisung ist ein großer Teil unserer intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Stadt Übach-Palenberg, Kreis Heinsberg angesiedelt. Ein Kartenausschnitt ist beigelegt.

Diese Flächen werden als ?Schutz der Natur? und ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? beschrieben.

Im Zusammenhang mit einer Änderung von Anwendungsaufgaben seitens des Gesetzgebers erfolgt dadurch eine deutliche Schlechterstellung gegenüber Gebieten ohne Einschränkung bzw. eine Entnahme aus einer möglichen landwirtschaftlichen Nutzung.

Ich bitte um eine Änderung in ?allgemeine Freiraum und Agrarbereiche?.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2215	
1005776	
1011413_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In den textlichen Festsetzungen zum Wald findet sich darüber hinaus kein einziger Hinweis darauf, dass sich in NRW mehr als die Hälfte des Waldes im privaten Eigentum befinden und Menschen mit dem Wald vollständig oder teilweise ihren Lebensunterhalt erwirtschaften, wie auch wir mit unserem kleinen Betrieb.</p> <p>Deswegen erwarten wir, dass der Grundsatz G42 ergänzt wird, z.B. wie folgt:  ?Die Bewirtschaftung der Wälder soll den Wald als wesentliche Produktionsgrundlage für den nachhaltigen Rohstoff Holz dauerhaft erhalten und als Lebensgrundlage für eine nachhaltige Forstwirtschaft sichern. Weiter soll die Bewirtschaftung dem Klimaschutz dienen. Sie soll darauf abzielen??</p> <p>?Forstwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und unterstützt werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der forststrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden.?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Als Vorranggebiet schützt die zeichnerische Festlegung den Wald vor einer Inanspruchnahme durch z.B. bauliche Nutzungen. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.</p> <p>Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel &lt; 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (&lt; 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.</p> <p>Grundsatz 38 "Waldfunktionen sichern" Punkt 2 stellt klar, dass einzelne Funktionen in Abhängigkeit von der jeweiligen lokalen Situation vorrangig sein können. Hierbei können Ausweisungen, Festsetzungen oder vertragliche Vereinbarungen getroffen</p>

werden, die zu einer Priorisierung führen. Beispielsweise können Kahlschlagverbote oder Baumartenfestsetzungen in Naturschutzgebieten die ökonomische Funktion einschränken. Zur Erhaltung der vielfältigen Funktionen des Waldes sollen bei Interessenkonflikten möglichst ausgleichende Lösungen angestrebt werden.

Darüber hinaus empfiehlt G 43 "Bewirtschaftungsbedingungen in den Wäldern verbessern" in Punkt 1, die Bildung von freiwilligen Zusammenschlüssen von Waldbesitzern. Diese sollen die Bewirtschaftungsbedingungen in den Wäldern des Regierungsbezirks Köln verbessern. Freiwillige Zusammenschlüsse können als Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Vereinigungen ausgebildet sein oder als Zusammenarbeit auf genossenschaftlicher Grundlage entwickelt werden. Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW unterstützt die Zusammenschlüsse zur Überwindung struktureller Nachteile für die Bewirtschaftung. Diese können in geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, Besitzzersplitterung, Gemengelage oder unzureichender Walderschließung bestehen.

Somit wurde den vorgetragenen Belangen bereits entsprochen.



1011413\_002

#### Inhalt

Als Anmerkung zu G.45 stellen wir fest, daß wir uns nicht gegen sinnvolle Anpassungen im Uferbereich wehren. Wir erwarten aber einen abgestimmten, gemeinsamen Ansatz, der die Interessen auch der Anrainer berücksichtigt.

Abschließend sei festgestellt, dass der gewählte Weg zur Neuaufstellung der Regionalplanung die betroffenen Grundeigentümer beinahe übergangen hat. Auch die Art und Weise der fehlenden Transparenz und Klarheit überrascht und enttäuscht zugleich.

Wir möchten unseren Unmut darüber hiermit schriftlich äußern.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen sowie Hinweise zum Verfahren gegeben.

**Inhalt**

ÖFF Neuaufstellung Regionalplan  
Region Bonn/Rhein-Sieg (2004)  
Stellungnahme zum Regionalplan-Entwurf

Hiermit nehmen wir Stellung zum Entwurf des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln.

Soweit wir erkennen können, sind wir Betroffene in den Bereichen LR-V-011 und LR-VIa-022.

**1. Allgemein:**

Wir kritisieren, dass es für uns kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) unsere Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass wir als Betroffene derart suchen müssen, um an zuverlässige Informationen zu kommen.

**2. Persönliche Betroffenheit:**

Nach Sichtung der Karten sind wir in Teilen wie folgt betroffen:

Grundbuch Amtsgericht Königswinter

Gemarkung Oberhau, Flur 8, Flurstücke [ANONYMISIERT]  
Gemarkung Aegidienberg Flur 28 Flurstück [ANONYMISIERT]

Grundbuch Amtsgericht Königswinter/ Berghausen

Gemarkung Berghausen Flur 5 Flurstücke [ANONYMISIERT]

Diese Grundstücke stellen unseren Forst-, Land- und Teichwirtschaftlichen Betrieb zur Eigennutzung dar, den wir seit 10 Jahren führen.

Nun möchten Sie, soweit erkennbar, annähernd unsere sämtlichen Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) respektive als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen.

Dieser Planung widersprechen wir und erwarten, dass diese Planung zurückgenommen wird!

Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung unseres kleinen Betriebs gefährden. Wir wollen auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf unserem Grund und Boden wachsen sollen und wie wir unsere Teiche und unseren Grund und Boden bewirtschaften wollen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Darüber hinaus nehmen wir ergänzend wie folgt Stellung:

#### 1. Stellungnahme zu den zeichnerischen Festlegungen

Unter dem Titel: Blatt 12-13, Bonn Rhein-Sieg-Kreis werden unter anderem Naturschutzgebiete ausgewiesen. In diesem Fall für den Bereich Stadt Königswinter, Gemarkung Berghausen, Flur 5 Waldgebiet mit der Bezeichnung ?Im Heistern Busch? Hier möchten wir erneut festhalten: Das zur Verfügung gestellte Kartenmaterial ist unübersichtlich und grenzt die betroffenen Flächen nicht parzellengenau ab. Das erschwert für uns und die anderen Eigentümer eine exakte Bestimmung der von der unter Naturschutzstellung geplanten Gebiete um eine korrekte Aussage zu machen. Die Waldflächen in diesem Bereich befinden sich zu 99 % in Privateigentum und wir betrachten es als kalte Enteignung, über die Köpfe der betroffenen Grundeigentümer hinweg, diese Flächen unter Naturschutz zu stellen. Wir selbst bewirtschaften in diesem Bereich ca. 1,5ha Laub und Nadelwald. Diese Flächen unter Naturschutz zu stellen betrachten wir als Entwertung unseres Besitzes und als Einschränkung unserer unternehmerischen Freiheit (u.a. Waldbewirtschaftung, Einschränkungen bei der Jagd).

Unter Punkt 4 Freiraum steht: ?Der Sicherung und Entwicklung des Freiraumes soll besondere Bedeutung beigemessen werden. Grundsätzlich ist der Freiraum zu erhalten und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend zu entwickeln, sodass natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden können.? Weiterhin steht unter 4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und ?entwicklung. Punkt G.19:

?Dabei sollen die Sicherung und Entwicklung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums als Raum für Land- und Forstwirtschaft und weiterer wirtschaftlicher Funktionen berücksichtigt werden.? Genau dies ist der Punkt! Das Gebiet der Stadt Königswinter ist überfrachtet mit Naturschutz, FFH- und Landschaftsschutzgebieten. Wo bleibt die planerische Sicherheit für unsere land- und forstwirtschaftlichen Familien, auf welchen Flächen können wir noch wirtschaften, ohne auf eine Flut von Verordnungen und Verboten zu stoßen. Auch wir wollen unsere natürliche Lebensgrundlage sozial, wirtschaftlich und nachhaltig gesichert haben! Wenn Sie der Entwicklung des Freiraumes die besondere Bedeutung beimessen wollen, wie Sie es unter Freiraum 4.4 Landwirtschaft beschreiben, dann verzichten Sie auf die Ausweisung des Heisternbusch als Naturschutzgebiet! Eine Ausweisung als Naturschutzgebiet ist in diesem Falle nicht mit den in den textlichen Festlegungen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln festgelegten Kriterien vereinbar. Deshalb widersprechen wir der Planung zur Ausweisung des Heisternbusch als Naturschutzgebiet und erwarten, dass diese Planung zurückgenommen wird.

1011504

## Inhalt

Ich wende mich dagegen, dass (soweit aus dem zur Verfügung gestellten Kartenmaterial ersichtlich) meine untenstehenden landwirtschaftlich genutzten Flächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln/ Düngemitteln einhergehen werden. Die Flächen wären damit nicht mehr der guten fachlichen Praxis entsprechend als Grünland nutzbar und würden erheblich an Wert verlieren.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit einhergehenden Extremwetterlagen, die sich nicht zuletzt in Futtermangel und Rohstoffmangel (rückläufige Erträge etc.) auswirken, werden diese Flächen weiterhin als vollwertige und dringendst für den Betrieb notwendige Bewirtschaftungsgrundlage benötigt.

Ich spreche daher gegen eine Überplanung der unten genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

Sollten auch weitere Flächen, die sich in meinem Eigentum befinden, von derartigen Planungen betroffen sein und dies nicht aus dem Kartenmaterial ersichtlich sein, behalte ich mir vor, auch im Nachgang gegen die Ausweisung vorgehen zu können.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2217	
1005779	
1011470	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass (soweit aus dem zur Verfügung gestellten Kartenmaterial ersichtlich) meine untenstehenden landwirtschaftlich genutzten Flächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln/Düngemitteln einhergehen werden. Die Flächen wären damit nicht mehr der guten fachlichen Praxis entsprechend als Grünland- und Ackerflächen nutzbar und würden erheblich an Wert verlieren. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit einhergehenden Extremwetterlagen, die sich nicht zuletzt in Futtermangel und Rohstoffmangel (rückläufige Erträge von Getreide etc.) auswirken, werden diese Flächen weiterhin als vollwertige und dringendst für den Betrieb notwendige Bewirtschaftungsgrundlage benötigt.</p> <p>Ich spreche daher gegen eine Überplanung der unten genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>Sollten auch weitere Flächen, die sich in meinem Eigentum befinden, von derartigen Planungen betroffen sein und dies nicht aus dem Kartenmaterial ersichtlich sein, behalte ich mir vor, auch im Nachgang gegen die Ausweisung vorgehen zu können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2218	
1005780	
1011467	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der Beigefügten Karte habe ich festgestellt, dass rund 1,2 Hektar meiner gepachteten Fläche zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen sind.  Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungseinschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünges und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Ackerlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem Ernteertrag möglich sein wird.</p> <p>Ich bitte daher, von den beabsichtigen Ausweisungen abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2220	
1005789	
1011463	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung:</p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 23,7 Hektar meiners verpachteten Grünlands als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Düngung einhergehen wird. Die Fläche wäre damit nicht mehr als wichtige Futterquelle der Milchkühe meines Pächters nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Ich als Landwirtschaftsmeister beantrage daher eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2221	
1005790	
1011460	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Futtergewinnung und Pferdehaltung. Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der Karten sollen ca. 1,53 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie 1,18 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.</p> <p>Eine künftige Ausweisung von Flächen innerhalb des BSN-Bereiches als Naturschutzgebiet würde für die Grünlandflächen möglicherweise mit Nutzungsbeschränkungen und Auflagen einhergehen, was sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen könnte. Zudem wäre auch eine mögliche Reglementierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit einem erhöhten Pflegeaufwand des Grünlandes verbunden.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung meiner Eigentums- und Pachtflächen aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2223

1005791

1011438\_001

## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Düren einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 9,88 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 2,17 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Düren

geplantes Gebiet: RG, BSLE, BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-2224

1005792

1011439\_001

## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Wegberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6,5 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Wegberg  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2225	
1005793	
1011440_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In unserem Betrieb sind grundsätzliche alle Flächen von der Neuplanung betroffen, zwei unserer Schläge in der Baade (siehe Karte und genaue Bezeichnung im Anhang) sind aber auch von der BSN-Neuausweisung betroffen und ich möchte folgendes zu bedenken geben:</p> <p>Die beschriebenen Flächen sind seit Generationen landwirtschaftlich genutzt und befinden sich im Wasserschutzgebiet. Alle notwendigen Auflagen, die bisher galten wurden unsererseits konsequent umgesetzt. Die Neuausweisung als BSN-Gebiet bedeutet für uns als Landwirte weitere stark Einschränkungen hinsichtlich der Bodenbearbeitung und des Pflanzenschutzes, wie z. B. den Verzicht auf Pflanzenschutz gem. EU-Richtlinien oder eine nicht naturverträgliche aber notwendige Bodenbearbeitung z. B. mittels Striegel (schlecht für Bodenbrüter!). Die Neuausweisung bedeutet ferner eine Wertminderung der Flächen sowie Ertragseinbußen; und wir Landwirte sind in der aktuellen politischen und marktpolitischen Lage ohnehin bereits stark gebeutelt. Hinzu kommt die Tatsache, dass der Neffelbach bereits seit 30 Jahren kein Wasser mehr führt.</p> <p>Zudem führen wir den Energiepark [ANONYMISIERT] und beabsichtigen auf den genannten Flächen Windkraftanlagen zu errichten, was derzeit im Interesse sowohl der Politik als auch der Öffentlichkeit ist. Die Flächen weisen einen Abstand von über 1000 m zur nächsten Bebauung auf. In Naturschutzgebieten dürfen aber derzeit keine WEA gebaut werden - eine weitere Wertminderung für uns in diesem Fall.</p> <p>In diesem Sinne bitte ich darum, die Planung neu zu überdenken und die neu auszuweisenden Naturschutzflächen nicht noch weiter in die landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erweitern.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Festlegung ?BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.</p>

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2226	
1005794	
1011441_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Stockheim / Kreis Düren einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 25 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Meine Flächen Befinden sich im Gebiet rund um Stockheim entlang der B56 Richtung Düren, sowie Richtung Soller rechts und links der B56. Hier bin ich als Eigentümer sowie als Pächter betroffen.</p> <p>Des weiteren befinden sich Flächen in Pachtung in Heimbach - Blens, um die Burg Blens rum und an der Rur in Blens.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Düngemitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend.</p> <p>Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2227	
1005795	
1011442_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Vettweiss - Soller / Kreis Düren mehrere landwirtschaftliche Grundstücke mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich besitze, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Meine Flächen Befinden sich im Gebiet rund um Soller entlang der B56 Richtung Stockheim, sowie rechts Richtung "Drover Heide".</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Düngemitteln betrifft. Dies wäre für mich als Eigentümer eine deutliche Entwertung meiner Flächen.</p> <p>Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Ich bewirtschafte mit meinem Sohn als zukünftigen Betriebsleiter in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Milchproduktion und Futteranbau.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass die Verbraucher wieder verstärkt auf regionale Produkte zurückgreifen. Der Ukrainekrieg sowie Klimaschutz und Energiewende fördern dieses Prozedere! Dies setzt voraus, dass die Landwirte diese Bedürfnisse erfüllen können. Dafür benötigen Landwirte aber ausreichend Fläche, die sie nach ihren Kenntnissen und Fähigkeiten im Einklang mit der Natur - "nach der guten fachlichen Praxis" bearbeiten können.

Wenn beispielsweise eine Fläche in die Zone "Schutz der Natur" eingestuft wird, dann wird die landwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche erheblich beeinträchtigt, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngung betrifft.

Durch die langjährige "Bewirtschaftung" von Naturschutzflächen wissen wir, dass Quantität und Qualität dieser Flächen extrem rückläufig sind: die Tiere mögen das Futter nicht fressen - ungedüngtes Futter hat keinen Geschmack - und das Futter enthält nicht den benötigten Bedarf an Nährstoffen. Hätte man nur solches Futter, wären die Tiere unterernährt, krank und nicht leistungsfähig.

Folglich wäre der Betrieb in seiner Existenz gefährdet!

Über den Betrieb hinaus sollte man bedenken, dass der Faktor "Boden" nicht vergrößert werden kann, die Bevölkerung aber stetig wächst. Daher trägt jeder Hektar Fläche, der landwirtschaftlich genutzt wird, zur Ernährungssicherheit der Bevölkerung bei. Gleichzeitig speichert der Boden CO<sup>2</sup> und die Pflanzen produzieren Sauerstoff.

Die aktuelle Situation zeigt deutlich wie wichtig eine Eigenversorgung ist. Daher sollte jede mögliche Fläche zur Produktion von Lebensmitteln erhalten bleiben - ohne Überplanung mit wie auch immer definierten Schutzstaten oder Versiegelung durch Bebauung.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen!

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2229	
1005798	
1011528	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gegen den Regionalplan der Bezirksregierung speziell den Plan für die Städteregion Aachen, möchte ich Widerspruch einlegen.</p> <p>Begründung: Sie möchte landwirtschaftliche Betriebe erhalten und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten geben.</p> <p>Diesem Ziel widerspricht die Praxis ! So ist die Ortsumgehung Aachen-Eilendorf ein massiver Eingriff, der mehrere landwirtschaftliche Betriebe wesentlich betrifft. Die Fläche ist für die Natur definitiv verloren. Die Nutzfläche für die Landwirtschaft ist kein Gut, das beliebig austauschbar ist. Außerdem werden Lebensräume von Vögeln und Kleinwild zerschnitten. Gerade jetzt hat die Trockenheit gezeigt, dass der Klimawandel bei uns angekommen ist. Zum ersten Mal ist das Bett des Haarbaches fast ausgetrocknet, die kleineren Bäche sind es bereits. Wenn noch mehr Flächen „urbanisiert“ werden, wird die Wärme in den Siedlungsgebieten der Stadt Aachen noch stärker ansteigen.' Die Bäume, Sträucher und Gräser der jetzigen Wiesen werden für die Sauerstoffproduktion ausfallen. Gesunde Luft kann sich niemand in Aachen kaufen.</p> <p>Dem Hunger nach Fläche wird der Hunger nach Lebensmitteln folgen!</p> <p>Wir ernähren die Menschen unserer Umgebung. Regionalität wird als Schlagwort genutzt, aber die regionalen Produkte werden geringer werden, da die Fläche nicht mehr zur Produktion ausreicht. Rindfleisch aus Argentinien, Kartoffeln aus Agypten und Obst aus Chile bedeuten riesige Transportkosten, wesentliche Umweltbeeinträchtigung und fehlen in den Hungergebieten der Erzeugerländer. Hier ist der Verbrauch an Energie und die Transportdauer entscheidend, über soziale und naturfreundliche Produktion erst gar nicht zu reden. Die Konsequenzen sind zu bedenken!</p> <p>Der Ukrainekrieg hat uns zudem deutlich gemacht, dass die Lieferung von Weizen etc. nicht mehr selbstverständlich ist</p> <p>In den Medien wird immer öfter berichtet! dass der Autoverkehr reduziert werden soll. Dem widerspricht eine weitere Autobahnanbindung Aachen-Eilendorf.</p> <p>Wenn Planungen aufgrund von Statistiken von früher die Zukunft gestalten sollen, ist eine Fehlinvestition vorprogrammiert. Hier ist der wirtschaftliche Nutzen nicht zu sehen, der Schaden für die Natur und die Landwirtschaft ist enorm.</p> <p>Ich appelliere dringend, auf das Projekt Ortsumgehung Eitendorf zu verzichten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden keine konkreten Bedenken gegen Festlegungen des Planentwurfs vorgebracht. Die Entscheidung darüber, ob eine Straße realisiert wird obliegt nicht der Regionalplanung.</p>

Stattdessen müsste meines Erachtens eine passende Anbindung des Industriegebietes an den öffentlichen Nahverkehr realisiert werden. So blieben Fahrzeugschlangen zur Zeit des Berufsverkehrs aus. Beobachtungen zeigen, dass der Verkehr in der letzten Zeit geringer geworden ist. Corona, höhere Preise für Diesel und Benzin sowie vermehrtes Homeoffice werden eine neue Situation schaffen.

Wenn das Ziel sein soll, die Auffahrt Brand zu entlasten, dann schafft man dadurch ein neues Problem, mehrere Auffahrten in kuzem Abstand zuzulassen. Hier würde ein neuer Unfallbrennpunkt entstehen.

Neue Industriegebiete, Siedlungsausdehnung im Neubaugebiet Breitbenden, Versorgungsleitungen etc. haben die wenigen noch aktiven Landwirte in den letzten Jahren eingeschränkt und belastet.

Es ist an der Zeit, die Verbrauchermentalität auszutauschen gegen die Erhaltung der Grünflächen, der Natur und so letztlich die Lebensqualität der Menschen zu sichern, nicht nur der Landwirte.

AZ: Ö-M-2230	
1005799	
1011445_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte Flächen im Bereich der Rur in Hückelhoven -Brachelen die derzeit als LSG ausgewiesen sind. Ich bin gegen eine Änderung des Regionalplans. Diese zukünftig dann als Naturschutzflächen auszuweisen halte ich als nicht hinnehmbar da dadurch Bewirtschaftungsauflagen die Folgen wären. Dies gefährdet dann akut die Versorgungssicherheit mit hochwertigen Lebensmitteln in der Region,bzw. In Hinsicht auf der gesamten Änderung des Regionalplans in NRW/Deutschland, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2231	
1005800	
1011446_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Gemeinde Vettweiß Ortsteil Ginnick.</p> <p>Mit Umsetzung des neuen Regionalplanes wird es in meinem Betrieb zu deutlichen Einschränkungen kommen. Die in dem geplanten Umfang nicht tragbar sind und somit die Existenz gefährden. Gleichzeitig bin ich Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen, diese werden durch die Umsetzung nahezu wertlos. Ich bitte Sie daher die Maßnahme noch einmal genauestens zu überdenken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Inden einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 71 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 60 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Kreis Düren; Inden-Schophoven  
geplantes Gebiet: Regionale Grünzüge, BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-2233	
1005802	
1011486	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Pulheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 33 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 12 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Pulheim-Stommeln, Flur 36, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Pulheim-Stommeln, Flur 37, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Pulheim-Stommeln, Flur 36, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2234	
1005803	
1011459	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>die [ANONYMISIERT] mit den Gesellschaftern [ANONYMISIERT] bewirtschaftet unter Anschrift [ANONYMISIERT] in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Milcherzeugung.</p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der uns vorliegenden Karte haben wir festgestellt, dass etwa 15 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Grünflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Wir haben die Sorge, dass mit einer späteren Ausweisung der Flächen als Naturschutzgebiet Einschränkungen in der Nutzung einhergehen werden. Diese würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb angesichts des möglichen Umfanges wirtschaftlich nicht tragbar.</p> <p>Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1011487	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans für Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim- Glessen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Hüchelhoven (Glessen, Büsdorf) sowie Geyen (Manstedten) hochwertige Ackerflächen als künftige BSL- Flächen (Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung) aus. Vor dieser geplanten BSL- Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von ca. 120 ha betroffen.</p> <p>Zudem soll in Bergheim- Glessen das Naturschutzgebiet (BSN - Schutz der Natur) erweitert werden. In meinem Fall ist dies betriebswirtschaftlich existenzgefährdend, da das Gebiet im neuen Regionalplan meinen Hof einschließt ([ANONYMISIERT]) sowie die direkten Nachbarflächen betrifft. Von der Erweiterung des Naturschutzgebietes wären so die Hofstelle wie ca. 10 ha landwirtschaftliche Fläche betroffen, hiergegen lege ich einen deutlichen Einspruch ein und würde mir auch rechtliche Unterstützung nehmen, da ich sonst meinen Betrieb schließen könnte.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Zudem möchte ich Einspruch erheben gegen den geplanten Verlauf des Schienennetzes zwischen Glessen und Oberaußen. Hiervon wäre ein erheblicher Teil meiner Flächen betroffen und ich würde Flächen verlieren, die für die Existenz des</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Betriebes von größter Bedeutung sind.

Es wird glaube ich sehr deutlich, in welchem Ausmaße mein Betrieb vom neuen Regionalplan betroffen wäre. Unter den neuen Bedingungen wäre die Wirtschaftlichkeit der Produktion in meinem Betrieb nicht mehr gegeben und wir wollen ja eigentlich eine regionale Produktion erhalten bzw. stärken.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2236	
1005807	
1011489	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümerin von Ackerflächen in der Gemarkung Geyen (Ort Manstedten), welche mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung bewirtschaftet werden. Von dem neuen Regionalplan liegen knapp 60 ha der Fläche im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meine landwirtschaftlichen Flächen eine Entwertung und für den landwirtschaftlichen Betrieb, der dieses gepachtet hat existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Die Flächen sollen weiterhin konventionell, nachhaltig bewirtschaftet werden können.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2237	
1005809	
1011455	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>der Entwurf des neuen Regionalplans sieht vor, dass meine Eigentumsfläche ? [ANONYMISIERT]? mit dem Schutzstatus ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientier Erholung? und ?Schutz der Natur? ausgewiesen. Die o. g. Fläche ist an einem Vollerwerbslandwirt verpachtet und wird von diesem landwirtschaftlich genutzt. Bedingt durch die neuen Ausweisungen ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientier Erholung? und ?Schutz der Natur? ist die zukünftige landwirtschaftliche Bewirtschaftung nur eingeschränkt möglich. Dies führt zu einem großen Wertverlust meiner Eigentumsfläche. Somit widerspreche ich der Ausweisung ?Schutz der Landschaft und Landschaftsorientier Erholung? und ?Schutz der Natur? auf meinem o. g. Grundstück. Ich beantrage, das mein Grundstück nicht mit einem Schutzstatus zu belegen und die derzeit geplanten Beschränkungen aufzuheben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2238	
1005814	
1011491	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln.</p> <p>Ich bewirtschafte in Büsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 89,0985 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Dies betrifft die folgenden Flächen:</p> <p>Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 8, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 9, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 10, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 14, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 15, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 16, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 27, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven: Flur 39, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Pulheim: Flur 19, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Elsdorf-Niederembt: Flur 9, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Elsdorf-Niederembt: Flur 11, Flurstücke [ANONYMISIERT]  Gemarkung Elsdorf-Oberembt: Flur 3, Flurstück [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend und ein erheblicher Eingriff in die betrieblichen Handlungsmöglichkeiten, was zu enteignungsartigen Zuständen führen kann. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so in Zukunft moderne Landwirtschaft nach guter fachlicher Praxis betreiben zu können und mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2239	
1005816	
1011550	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit nehme ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Regionalplan Köln wahr.</p> <p>Wir sind ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb im Vollerwerb mit Milchvieh mit Weidegang und Ackerbau. Der Betrieb wird konventionell bewirtschaftet und ist daher auf hochwertiges Grundfutter angewiesen.</p> <p>Die meisten unserer Grünlandflächen liegen schon im Landschaftsschutzgebiet. Sollten sich die Rahmenbedingungen für den Landschaftsschutz ändern bzgl. Pflanzenschutz, Düngung und Schnittzeitpunkt (gemäß dem Vorschlag der EU Kommission), wäre dies für unseren Betrieb fatal und für die Milchwirtschaft Existenz bedrohend.</p> <p>Ein flächendeckendes Landschaftsschutzgebiet über den ganzen Rhein-Sieg-Kreis, lehne ich als Ortslandwirt der Stadt Hennef ganz ab.  Bester Kulturboden würde in seiner Bewirtschaftung aus o.g. Gründen eingeschränkt, da dann die Ackerflächen in das Landschaftsschutzgebiet fallen würden.</p> <p>Auf den folgenden Flurstücken sind meine Flächen hauptsächlich betroffen, bzgl. der Planung zur Ausweitung des Landschafts- und Naturschutzes:</p> <p>[ABBILDUNG]</p> <p>Ich bitte Sie dies bei Ihrer Planung zu berücksichtigen und unsere o.g. Flächen aus der Planung heraus zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2240	
1005818	
1011461_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplans Köln möchten wir wie folgt Stellung nehmen:</p> <p>Ich [ANONYMISIERT] bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb in Nörvenich-Eschweiler über Feld.</p> <p>Die in diesem Zusammenhang von mir bewirtschafteten Ackerflächen befinden sich in der Gemarkung Eschweiler über Feld und bilden die Betriebsgrundlage. Darüber hinaus befinden sich Eigentumsflächen in den Gemarkungen Düren und Merzenich [ANONYMISIERT] und Eschweiler über Feld [ANONYMISIERT].</p> <p>Der Entwurf zum neuen Regionalplan weist nunmehr alle unsere Flächen innerhalb einer Gebietskulisse zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung aus.</p> <p>Sollte sich diese Ausweisung in späteren Planungen konkretisieren, bedeutet dies für uns eine ausgesprochene Belastung, befürchten wir doch, dadurch die wirtschaftliche Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebes zu verlieren.</p> <p>Wir sehen dabei eine wirtschaftliche Bewirtschaftung unserer Ackerflächen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt fortsetzen zu können. Beide Umstände bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Härte und würden eine Betriebsaufgabe zur Folge haben.</p> <p>Insgesamt löst die geplante Neuausweisung bereits in unserem Fall eine Betroffenheit - sowohl als Eigentümer als auch als Pächter - in einem Umfang von mehr als 16 Hektar aus.</p> <p>In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Wir fordere Sie daher eindringlich auf, von der Aufnahme unserer Flächen in die beschriebene Gebietskulisse unbedingt wieder Abstand zu nehmen und unsere vorgebrachten Bedenken bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2241	
1005820	
1011464	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich meine ausdrücklichen Bedenken gegen den neuen Regionalplan zum Ausdruck bringen. Die Neuaufstellung führt zur Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten, die ich für absolut unnötig halte. Ein Großteil meiner Grünland- und Ackerflächen liegen dann in diesen Naturschutzgebieten und können von mir dann nur noch mit großen Einschränkungen bewirtschaftet werden. Ich betreibe einen Familienbetrieb seit vielen Jahren nach bestem Wissen und Gewissen. Ich mache mir große Sorgen, ob mein Sohn, der eine landwirtschaftliche Ausbildung begonnen hat, und gerne Landwirt werden möchte, unter diesen Bedingungen mit diesen erheblichen Einschränkungen, eine faire Chance bekommt, den Betrieb weiter zu führen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte auf Flächen in Elsdorf und Bedburg im Rhein-Erft-Kreis einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfs liegen nunmehr rund 38 ha in Bedburg auf der Königshovener Höhe ([ANONYMISIERT]) in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? ausgewiesen werden sollen.

Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass mit der Ausweisung dieser Flächen zum "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" künftig weitere Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden, die sodann unmittelbare Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung der Betriebsflächen hervorrufen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.

Ich bin zudem der Auffassung, dass mit den im hiesigen Umfeld bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf meinen Ackerflächen, lehne ich daher entschieden ab.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2243	
1005822	
1011503	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass über 90% der zum Betrieb gehörenden Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungseinschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2244

1005824

1011472\_001

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Düren-Echtz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6,5 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Düren-Echtz  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2245	
1005880	
1011521_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte im Ortsteil Berg des Stadtgebiets Nideggen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich in den Gemarkungen Berg-Thuir und Muldenau bewirtschafte, in Flächenkulissen, die als Gebiete zum Schutz der Natur bzw. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu vorgemerkt werden sollen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass eine potentielle Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur bzw. zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen.</p> <p>Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet, wodurch etwa bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche genutzt werden können.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Ich bin schließlich der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Kulisse, insbesondere auf Ackerflächen, lehne ich entschieden ab.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung gerne entgegen.

AZ: Ö-M-2246

1005886

1011523\_001

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Nörvenich einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Vettweiß, Nörvenich  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Lindlar einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven [Bsp.] Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 7,45 ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) sowie im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen [ggf. zu ändern/zu ergänzen in Ackerland] nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln [Getreide] geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter Schutz stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberberg. Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden. Ihrer Rückäußerung

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

sehe ich mit großem Interesse entgegen.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bin Eigentümer mehrerer Grundstücke, welche ackerbaulich genutzt werden. Von dem neuen Regionalplan liegen diese verpachteten Grundstücke im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Erftstadt-Borr: BSLE

Gemarkung Zulpich-Wichterich: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2249	
1005910	
1011553	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir sind ein Landwirtschaftlicher Direktvermarktungsbetrieb in dritter Generation in Niederkassel-Rheidt.</p> <p>Unser Schwerpunkt liegt in der Freiland Geflügelhaltung mit selbst angebaute Futter wie zum Beispiel Weizen, Gerste, Körnermais und Soja.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zu, Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend.</p> <p>Des Weiteren haben wir aufgrund der neugebauten Umgebungsstraße und Kündigungen diverser Flächen für bauliche Nutzungen in Niederkassel, Land für unseren Futteranbau auf welches wir dringend angewiesen sind schon verloren.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>Falls Sie noch Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne persönlich oder per Telefon (Tel.-Nr.: [ANONYMISIERTE]) zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2250	
1005911	
1011544_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin an einer Ackerfläche in Linnich -Ederen, Am Eschgen ,Flur [ANONYMISIERT] betroffen. Die großflächige Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur finde ich totall übertrieben. Für meinen Betrieb ist diese Maßnahme existenziell bedrohlich. Bitte überdenken Sie nocheinmal ihre Planung. Es geht dadurch wertvolles Ackerland zur Produktion von Lebensmittel verloren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Wir bewirtschaften in 50129 Bergheim-Glessen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Nach dem neuen Regionalplan liegen ca. 59 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im geplanten Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.

Bei den betroffenen Flächen handelt es sich, neben Dauergrünlandflächen teils mit Weidehaltung, überwiegend um Ackerflächen, welche aufgrund der tiefgründigen Lössböden, mit Ackerzahlen zwischen 70 und 90 Punkten gekennzeichnet sind. Diese gelten somit als Hohertragsstandorte und konnten auch in trockenen Jahren wie 2019, 2020 und 2022 noch gute bis sehr gute Erträge erzielen.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Wie zurzeit durch den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gefordert wird. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen.

Deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem Schutzstatus. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Acker- und Dauergrünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

Gerade die aktuelle politische Situation, auf internationaler Ebene zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung durch regionale Landwirtschaft geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch widersprechen.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

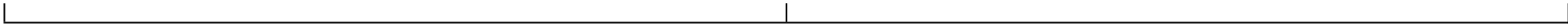
**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 91% der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Erftstadt: BSLE

Bornheim: BSLE

Euskirchen-Euenheim: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2253	
1005914	
1011594	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50126 Bergheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 63 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Bergheim, Wiedenfelder Höhe: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2254	
1005915	
1011555	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer einiger Flächen in meiner Heimat. Die Flächen sind alle an lokale Landwirte verpachtet. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100ha der Fläche, die ich besitze im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie Überschwemmungsgebieten und ca. 1,5ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2255	
1005917	
1011610	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Scheuren einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Mein Sohn studiert in Soest Agrarwirtschaft und beabsichtigt den Betrieb weiterzuführen. Von dem neuen Regionalplan liegen von meinen 91 ha bewirtschafteten Flächen rund 65,6 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 3 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Erftstadt: 13 ha BSLE  Erftstadt: 14,5 ha BSLE / 3 ha BSN  Zülpich-Wichterich, Zülpich-Rövenich, Euskirchen-Wißkirchen, Weilerswist: 3,5 ha, 18 ha, 12,6 ha, 1,4 ha BSLE  Zülpich-Wichterich: 2 ha</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2256	
1005919	
1011554_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz Lövenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 2 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz Lövenich geplantes Gebiet: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:

Wir sind in mehreren Regionen direkt betroffen und sehen unsere Existenz durch diesen Planentwurf bedroht. Mein Mann und ich bewirtschaften in der 8. Generation erfolgreich unseren landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Milchviehhaltung. Neben unseren 210 Mitarbeiterinnen haben wir 3 Angestellte und auch eine weitere Generation, unsere 4 Kinder, wächst heran. Unsere gesamte landwirtschaftliche genutzte Fläche beträgt 145ha. - Wipperfürth, Oberbergischer Kreis -

**Punkt 1: unsere Hofweide**

Ganz besonders wichtig sind die Flächen direkt am Hof, die in folgendem Bild grün umrandet sind, sie befindet sich südlich von Wipperfürth:

[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]

Es handelt sich hier um unsere Hofweide, sprich die einzige Möglichkeit unseren Kühen Auslauf und Weide zu bieten. Wir arbeiten mit Melkrobotern, d.h. die Tiere müssen selbstständig, ohne Straßen queren zu müssen auf die Weide und zurück laufen können. In Ihrem Entwurf ist diese Hofweide allerdings als Bauland für Wohnzwecke und Gewerbegebiet markiert. Es handelt sich hier um die einzige Weide, die von unserem Stall für unsere Kühe frei zugänglich ist. Der LEH, die Verbraucher, alle fordern bessere Haltungsbedingungen mit Weidehaltung für Milchvieh, es gibt bereits Aussagen vom LEH, dass nur noch Milch von Kühen mit Auslauf oder Weidegang in die Regale genommen wird. In Kombination mit Ihrem Entwurf und dem entsprechender Bebauung, hieße dies das Ende unseres seit dem 15. Jahrhundert bestehenden Hofes. Vorschlag: Nutzen Sie Flächen von Nicht-Landwirten oder stillgelegten Betrieben zur Bebauung und zerstören Sie nicht die Betriebe die Nachfolger haben und aktuell noch für unsere ursprünglichste Lebensgrundlage sorgen, unsere Lebensmittelsicherheit. Wir schützen vor Hunger!

Im Regionalplan auf Seite 105 unter G32 heißt es: ?...bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden.?

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Und auf Seite 105 bei G34 heißt es: ?Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden...?

[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]

Dementsprechend beantragen wir, unsere Hofweide nicht mit einem der Bebauungsmöglichkeit zu belegen sondern diese Fläche entsprechend der Formulierungen im Regionalplan in landwirtschaftlichen Nutzfläche zu ändern. Unsere Weide ist für uns existenziell!

#### Punkt 2: Mähwiese und Rinderweide

Auch unsere grün umrandete Mähwiese und Rinderweide auch südlich von Wipperfürth wird als Gewerbegebiet und Wohnbebauung markiert.

Die Mähewiese ist hofnah, d.h. kurze Fahrwege für die Ernte, die Rinder auf der Weide erhalten die Biodiversität, wir pflegen die Kulturlandschaft und machen aus Gras essentielle Lebensmittel, Milch und Fleisch, sowie etliche Nebenprodukte wie Felle, Leder, Seifen, Fette, natürlichen Dünger uvm.

[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]

Auch für diese Fläche beantragen wir, dass Sie nicht als Bauland ausgewiesen wird, sondern als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt. Bitte nutzen Sie für Wohn- oder Gewerbebauten Flächen von Landwirten oder Nicht-Landwirten, die nicht mehr aktiv sind und ihre Flächen vielleicht gerne zu Bauzwecken abgeben!

[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]

#### Punkt 3: Landschaftsschutzgebiete Gefahren und neue Verordnungen

Nach diesem neuen Regionalplan liegen alle Flächen, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BLSE). Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Auch dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

Für uns ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Dies sind oft genau die Betriebsformen, die dem Tierwohl zuträglich sind, es sind Familienbetriebe, wie der unsere, die noch jedes einzelne Tier auf dem Hof kennen, die die Führungen für Schulklassen organisieren und Ihre Rinder noch auf die Weiden bringen und sich auch dort um Futter und Wasser kümmern. Das sind die Betriebe, die unsere Landschaft überhaupt erst zur Kulturlandschaft formten und diese erhalten.

Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten um Prüfung und Berücksichtigung unserer 3 Einwendungspunkte und erhoffen uns, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Denken Sie doch bei Ihrer nächsten Mahlzeit, ihrem nächsten Milcheis an die vielen kleinen Familienbetriebe im Oberbergischen Kreis!

[ANONYMISIERT]



AZ: Ö-M-2258

1005925

1011557\_001

## Inhalt

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Stadtgebiet Linnich, Ortsteil Körrenzig.

Die in diesem Zusammenhang von mir bewirtschafteten Ackerflächen in den Gemarkungen Körrenzig und Kofferen befinden sich zum großen Teil in unmittelbarer Nähe zu meiner Hofstelle und bilden mithin meine wesentliche Betriebsgrundlage.

Der Entwurf zum neuen Regionalplan weist nunmehr eine Vielzahl meiner Flächen innerhalb einer Gebietskulisse zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung aus. Hiervon umfasst wird sogar meine Hofstelle.

Sollte sich diese Ausweisung in späteren Planungen konkretisieren, bedeutet dies für mich eine ausgesprochene Belastung, befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt zu werden.

Ich sehe dabei sowohl mögliche Einschränkungen im Hinblick auf die zukünftige bauliche Entwicklung meines Betriebes auf mich zukommen als auch die Gefahr, dass ich meine aktuelle intensive Bewirtschaftung meiner Ackerflächen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Beide Umstände bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Härte für meinen Betrieb und könnten schlimmstenfalls sogar eine Betriebsaufgabe zur Folge haben.

Insgesamt löst die geplante Neuausweisung bereits in meinem Fall eine Betroffenheit ? sowohl als Eigentümer als auch als Pächter ? in einem Umfang von mehr als 120 Hektar aus. Insbesondere der Umstand, dass es sich hierbei auch um zentrale Flächen handelt, die ich bislang für meine weitere Betriebsentwicklung vorgehalten habe, machen eine Änderung des bisherigen Schutzstatus für mich nicht akzeptabel.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der Aufnahme meiner Flächen in die

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

beschriebene Gebietskulisse unbedingt wieder Abstand zu nehmen und meine vorgebrachten Bedenken bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.	
--	--

AZ: Ö-M-2259	
1005927	
1011615	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg-Kirchtroisdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 5,63 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Bedburg-Pütz, Flur 28, Flurnummern [ANONYMISIERT]: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2260	
1005928	
1011559_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Übach-Palenberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Geilenkirchen geplantes Gebiet: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 7 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Kerpen und Erftstadt-Gymnich sowie Mechernich-Kommern und Mechernich-Eicks

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2262	
1005930	
1011649	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in ..... einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund ? ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 4 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Pulheim-Geyen, Flur 12, Flurst. [ANONYMISIERT]: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Pulheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 3 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Pulheim-Stommeln (Ingendorf): BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2264

1005931

1011564\_001

## Inhalt

Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln nehme wir wie folgt Stellung:

Wir bewirtschaften seit Jahrhunderten einen arrondierten landwirtschaftlichen Betrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung und Forst. Von dem neuen Regionalplan liegen alle rund 130 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung:? und rund 65 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Die Lage ist im Anhang gekennzeichnet.

Aus meiner Sicht besteht die grosse Gefahr, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich unsere Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch langfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Erklärungsbedarf existiert auch in der Tatsache dass Sie Neubau einer Bahntrasse und einer Landstrasse planen in den von Ihnen geplanten Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und Gebiet ?Schutz der Natur?. Das ist widersprüchlich.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2265	
1005933	
1011642	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim-Rheidt, Birgel, Hückelhoven und Bornheim die im Folgenden dargestellten Flächen, die jeweils Vollerwerbsbetriebe mit einer intensiven konventionellen ackerbaulichen Nutzung darstellen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 59,3766 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 11,421 ha im Gebiet ?Schutz der Natur? ([ANONYMISIERT]).</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven, Fl. 4, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven, Fl. 33, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Bergheim-Hüchelhoven, Fl. 37, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Düren-Birgel, Fl. 3, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSN  Gemarkung Düren-Birgel, Fl. 4, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSN  Gemarkung Bonn-Sechtem, Fl. 5, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Bonn-Sechtem, Fl. 7, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Bonn-Sechtem, Fl. 25, Fl.Stk. [ANONYMISIERT]: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2266	
1005935	
1011568_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie Beteiligung nutzen und nehmen zum Entwurf wie folgt Stellung: Wir bewirtschaften in 52391 Vettweiss einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung.</p> <p>Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die Sorge, dass diese Ausweisung zukünftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird. Allem voran durch den Einsatz von Pflanzenschutzmittel auf diesen Flächen. Diese Einschränkung wäre für unseren Betrieb existenzgefährdend. Daher beantragen wir diese neu ausgewiesenen Flächen nicht mit einem Schutzstatus zu belegen, um so auch mittel- und langfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die momentane Situation führt uns allen vor Augen, wie wichtig eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide und anderen Lebensmitteln ist. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Anbauflächen mit definiertem Schutzstatus.</p> <p>Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen im Hinblick auf eine zukunftsfähige pflanzliche Produktion im Ackerbau und sehen Ihrer Rückantwort mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2267	
1005936	
1011656	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2268	
1005961	
1011599_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir bewirtschaften in Nörvenich einen an die Neffeltalause angrenzenden landwirtschaftlichen Betrieb. Die Weideflächen grenzen an die Betriebsgebäude an und dienen seit Generationen zur Fleischrinder- und Pferdezucht, sowie Haltung. Dies soll auch in Zukunft die Nutzung der betroffenen Fläche sein. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 4,75 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Natur?. Dies ist des beigefügten Ausschnitts des Regionalplans zu entnehmen:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemeinde Nörvenich, Gemarkung Nörvenich, Flur 36, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. In unserer Region ist das Jakobskreuzkraut und der Aronstab weit verbreitet. Ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kann keine sichere Nahrungsmittelversorgung unserer Tiere gewährleistet werden, da eine Ausbreitung dieser Pflanzen und eine mögliche Einnahme auf der Weide tödlich für die Tiere wäre. Insbesondere die Winterfuttermittelgewinnung (Heu) stellt hier ein großes Risiko dar. Folglich beantragen wir, insbesondere die Weideflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung durch Nutztiere geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehen Ihrer verständnisvollen Rückäußerung entgegen.

AZ: Ö-M-2269	
1005962	
1011655	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte ein Bio-Zertifizierten Mutterkuhbetrieb in Simmerath-[ANONYMISIERT]. Hier befinden sich auch die bewirtschafteten Wiesen- und Weideflächen.</p> <p>Der Entwurf zum neuen Regionalplan stellt dort einen erheblichen Anteil an Flächen unter eine Gebietskulisse zur Neuausweisung von BSN-Flächen. Diese Ausweisung bedeutet für mich eine große Belastung, da ich befürchte, dass ich dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt werde.</p> <p>Ich sehe, dass durch die künftige Ausweisung von neuen Schutzgebieten die Bewirtschaftung meiner Grünlandflächen nicht wie bisher weiter gehandhabt werden kann, sondern stark eingeschränkt wird. Dies würde für mich eine erhebliche wirtschaftliche Härte bedeuten und schlimmstenfalls sogar zu einer Aufgabe zwingen.</p> <p>Daher bin ich ausdrücklich gegen eine Änderung des bisherigen Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2270	
1005963	
1011601_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb im Stadtgebiet Jülich, Ortsteil Koslar. Neben einer intensiven Grünlandbewirtschaftung werden im näheren Umfeld auch Ackerlandflächen bewirtschaftet, die der zusätzlichen Futtergewinnung für meine Tiere dienen.</p> <p>Der Entwurf zum neuen Regionalplan unterwirft nunmehr wesentliche Teile meiner Betriebsflächen einer Gebietskulisse, die als Neuausweisung sogenannter Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung dienen soll. Sollte die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang erfolgen, wäre ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem erheblichen Umfang betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht nämlich die große Sorge, dass diese Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben.</p> <p>In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Für meinen konventionell arbeitenden Betrieb hätte dies zur Folge, dass ich wesentliche Teile meiner Flächen dann faktisch nicht mehr nutzen könnte oder aber nur noch unter Inkaufnahme von erheblichen Ertragseinbußen. Das dadurch fehlende Futter für meine Tiere müsste ich letztlich zukaufen, was weitere nicht unerhebliche wirtschaftliche Folgen für mich bedeuten würden.</p> <p>Durch die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang befürchte ich zudem auch, in</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



der weiteren baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind betriebliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten - wenn überhaupt - nur unter erheblichen Auflagen möglich. Im Hinblick darauf, dass die skizzierte Flächenkulisse nunmehr unmittelbar an meine Hofstelle angrenzen soll, käme dies sogar möglicherweise einer Existenzgefährdung für meinen Betrieb gleich.

Ich fordere Sie daher auf, landwirtschaftliche Flächen in diesem Bereich generell nicht in die geplante Ausweisung einzubeziehen. Ich bin vielmehr der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen.

Ich bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendung und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2271

1005964

1011654

#### Inhalt

Ich wende mich dagegen, dass meine komplette Hoffläche Gemarkung Schmidtheim, Flur [ANONYMISIERT] und Umliegende Flurstücke [ANONYMISIERT] als Bereich für den Schutz der Natur und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, Beweidung und Befahrbarkeit habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Bewirtschaftung eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.

Schließlich sehe ich in einer Einbeziehung der Hoffläche in den Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) eine erhebliche Gefahr für eine mögliche zukünftige bauliche Entwicklung des Betriebes, da sich für Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben können.

Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2272

1005966

1011603\_001

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Jüchen einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 22 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Erkelenz Lövenich  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2273	
1005967	
1011653	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit möchte ich ein Widerspruch gegen die neuen Naturschutzgebiete auf meinen Länderreien einlegen.  Den durch diese neuen Vorschriften ist es mir nicht mehr möglich meinen Beruf Wirtschaftlich auszuüben.  Was ist das eigentlich für eine logig das auf der ganzen Welt Menschen verhungern und wir bauen Unkraut an ??? Aber irgendwann werden auch Sie lernen das man Geld nicht essen kann !!!!!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2274	
1005968	
1011606_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen:</p> <p>Ich bin Eigentümer und Bewirtschafter von ca. 32 ha hochwertigem Ackerland in den Gemarkungen Niederzier / Hambach / Oberzier und Huchem-Stammeln. Diese Flächen werden seit Jahren intensiv ackerbaulich genutzt.</p> <p>Mit Blick auf das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln habe ich kürzlich feststellen müssen, dass sich eine Vielzahl meiner Flächen innerhalb von Gebietskulissen zum "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung", "Grundwasser und Gewässerschutz", sowie zu "Regionale Grünzüge" befinden.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass eine solche Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig mit diesen Flächen einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Zudem würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.</p> <p>Für mich ist schließlich nicht nachvollziehbar, warum die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft.</p> <p>In diesem Zusammenhang verweise ich Sie auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Ich bin der Auffassung, dass mit den in Niederzier und Umgebung bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf meine Ackerflächen, lehne ich entschieden ab.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Alsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 20 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

[ANONYMISIERT]

... und weitere Flächen in Bewirtschaftung

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2276	
1005970	
1011611_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Jülich-Merzenhausen einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 13 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 5 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Mein Betrieb liegt im Kreis Düren-Jülich. Betroffen sind hiervon die Gemarkungen Merzenhausen und Barmen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interessen entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2277	
1006018	
1012169	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2278	
1006019	
1012171	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 11 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2279	
1006021	
1011666	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren.</p> <p>Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich Stellung nehmen und meine Bedenken äußern.</p> <p>Unsere Familie bewirtschaftet den [ANONYMISIERT] als landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit dem Schwerpunkt Ackerbau. Die Betriebsnachfolge ist gesichert und die nächste Generation steht schon in den Startlöchern.</p> <p>Bereits heutzutage ist durch die herrschende Verkehrssituation im Ort ein Befahren der Straßen kaum möglich, da die bestehende Parksituation ein Fahren mit landwirtschaftlichen Geräten kaum gewährleistet.</p> <p>Einige Feldwege sind mit den breiten Fahrzeugen nicht mehr befahrbar, weil keine Sträucher mehr zurück geschnitten werden und diese weit in Weg hineinragen. Beim Befahren der Feldwege wird ferner von Reitern, Hundebesitzern, Fahrradfahrern oder auch ignoranten Passanten die Fahrt zu den Flächen zur Geduldsprobe bzw. Konfliktsituationen. Durch die vorgesehene Bebauung wird die Verkehrssituation vorraussichtlich weiterhin erschwert.</p> <p>Als besonders existenzgefährdend sehen wir für unsere bewirtschaftenden Flächen die Ausweisung der Gebiete " Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und "Schutz der Natur". Für uns besteht Sorge, dass in Zukunft die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigt wird, besonders in Bezug auf das Verbot von Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Damit einhergehend kommt ein Wertverlust unserer Flächen hinzu.</p> <p>Um diese Existenzgefährdung zu vermeiden, beantrage ich, die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu versehen, damit auch zukünftig die Ernährungssicherheit in unserem Lande gewährleistet bleibt.</p> <p>Die augenblickliche Situation zB auf dem Getreidemarkt beweist uns doch, wie wichtig die Eigenversorgung ist. Die Durchführung der vorgesehenen Planung würde dazu im Widerspruch stehen.</p> <p>Ich bitte Sie, die dargestellten Bedenken zu berücksichtigen und bin sehr an Ihrer Rückantwort interessiert.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2280

1006022

1011668\_001

## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Lindlar-Vellingen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 150ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen und Rheinisch-Bergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2281

1006023

1011669\_001

## Inhalt

Zu der Planung des Entwurfs des Regionalplans nehme ich wie folgt Stellung:

Ich bin aktiver Landwirt und bewirtschafter meinen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in Erkelenz- Genfeld, Kreis Heinsberg. Meine gesamte Ackerfläche liegt im Regierungsbezirk Köln und ich sehe durch die neue Regionalplanung den Erhalt meines Betriebes gefährdet.

Die neue Planung sieht vor, dass im erheblichen Umfang zusätzlich Ackerflächen zum Schutz der Natur vorgesehen werden. Gleichzeitig liegen aber auch sehr viele landwirtschaftlich genutzte Flächen in sog. Landschaftsschutzgebieten, in dem wir Landwirte noch keine Einschränkungen in der Bewirtschaftung der Flächen haben.

Die EU-Kommission hat aber erst kürzlich einen Verordnungsentwurf vorgestellt, indem dann sogar in diesen Schutzgebieten uns Landwirten der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln untersagt werden soll. Dieses würde dazu führen, dass auf diesen überplanten Flächen kein wirtschaftlicher Ackerbau mehr betrieben werden kann und diese Flächen einen erheblichen Wertverlust erfahren würden. Dieses käme einer Enteignung gleich und würde meinen Betrieb in ärgste finanzielle Bedrängnis führen und unweigerlich zur Aufgabe der Landwirtschaft führen.

Eine Betriebsvergrößerung durch Zupacht oder gar Zukauf von Ackerflächen ist fast unmöglich, da im Kreis Heinsberg durch den Braunkohleabbau, Straßenbau, geplante Siedlungs- und Gewerbeflächen, weit über 500 ha Ackerfläche verloren gehen.

Durch diesen Umstand sind die Kauf- und Pachtpreise für Ackerland hier extrem hoch, die sich nur noch solche Betriebe leisten können, welche aus steuerlichen Gründen (Verkauf von Bauland) reinvestieren müssen.

Die aktuellen Ereignisse in der Welt zeigen deutlich, dass die Ernährung der Weltbevölkerung immer schwieriger wird und die wertvollen Ackerflächen in der Region erhalten werden müssen.

Wegen der o.g. Gründe lehne ich die weitere Überplanung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im Kreis Heinsberg ab und der Verbrauch von unwiederbringlichen Ackerflächen ist auf das allernötigste zu reduzieren.

Ich bitte um die Berücksichtigung meiner Einwendung und sehe Ihre Rückäußerung mit

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

großem Interesse entgegen.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bin Eigentümerin von landwirtschaftlichen Flächen, die ich an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung verpachtete habe. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfs liegen nunmehr rund 1,5 ha der Fläche in Bedburg auf der Königshovener Höhe (Neuland, Block [ANONYMISIERTE]) in einer Flächenkulisse, die als Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" ausgewiesen werden sollen.

Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass mit der Ausweisung dieser Flächen zum "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" künftig weitere Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden, die sodann unmittelbare Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung der Betriebsflächen hervorrufen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.

Ich bin zudem der Auffassung, dass mit den im hiesigen Umfeld bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf meinen Ackerflächen, lehne ich daher entschieden ab.

Ich bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2283	
1006025	
1011673_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln ? Blatt 2/3 Kreis Düren Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zum Entwurf des aktuell ausliegenden Regionalplans Köln möchte die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. Beteiligung wahrnehmen und ihnen folgende Anmerkungen mitteilen.</p> <p>Ich bewirtschafte gemeinsam mit meinem Sohn [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Betrieb in Düren. Dieser umfasst neben der konventionellen ackerbaulichen Nutzung landwirtschaftlicher Flächen in Düren; Jülich und Lohn auch die Pflege und Bewirtschaftung zweier Waldflächen in Düren und Fronhoven.</p> <p>Wie im Blatt 02-03 der ?zeichnerischen Festlegung des Regionalplans Köln? in der Neuaufstellung für den Kreis Düren ausgewiesen, befinden sich derzeit rund 180 ha und damit etwa 83% der von uns bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen in Gebieten, die dem ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? zugeordnet werden. Im Einzelnen stellen sich diese Flächen wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Berzbuir-Kufferrath, Flur 3, Flurstück [ANONYMISIERT] Gemarkung Jülich, Flur 45, 46 und 47, Flurstücke [ANONYMISIERT] Gemarkung Lohn, Flur 30 und 33, Flurstücke [ANONYMISIERT] Gemarkung Niedermerz, Flur 17, Furstück [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus unserer Sicht besteht große Sorge, dass eine Ausweisung künftig Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen, besonders beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, erheblich beeinträchtigen wird. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend.</p> <p>Gerade der Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und die darin vorgesehene Maßgabe, auch diese ?Landschaftschutzgebiete? für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln zu berücksichtigen, bestärkt uns in dieser Sorge.</p> <p>Aus diesem Grund beantrage ich, die oben aufgeführten Flächen, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen.</p> <p>Weiter wurde auch die unserer Hofstelle zugehörige Waldparzelle in der Größe von</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

2,07 ha in ein Gebiet zum ?Schutz der Natur? aufgenommen.

Gemarkung Berzbuir-Kufferrath, Flur 14, Flurstück [ANONYMISIERT]

Dieses Waldstück hat als ?Deputatwald für den landwirtschaftlichen Betrieb? seine heutige Struktur und seinen ökologischen Wert nur durch die Hege und Pflege des jeweiligen Hofbewirtschafters erlangen können, wofür ihm im Gegenzug auch genügend Holz für den landwirtschaftlichen Betrieb, z.B als Brennholz, als Bretter-Balkenware oder zur Erstellung von Zaunpfählen, zur Verfügung stand. Mit der Ausweisung dieses Waldes als Gebiet zum ?Schutz der Natur? befürchten wir für die Zukunft enorme Bewirtschaftungsaufgaben bis hin zur Nutzungsenteignung.

Aus diesem Grund möchten wir auch dieser Ausweisung widersprechend und beantragen die Herausnahme dieses Waldstücks aus diesem Schutzgebiet.

AZ: Ö-M-2284	
1006026	
1011674_001	
<p>Inhalt</p> <p>Ich unterstütze die Stellungnahme im Anhang ganz ausdrücklich!</p> <p>[Siehe Anhang - Lebenswerte Region Bonn Siebengebirge]</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung für die Stellungnahme "Lebenswerte Region Bonn Siebengebirge" erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: Ö-M-2285	
1006027	
1012172	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>die [ANONYMISIERT] GbR, bestehend aus den Gesellschaftern [ANONYMISIERT] bewirtschaftet unter Anschrift [ANONYMISIERT] in 53909 Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Ackerbau und Geflügelzucht.</p> <p>Gemäß der uns vorliegenden Karte ist beabsichtigt, einen Großteil der von unserer bewirtschafteten Betriebsfläche, davon rd. 9 Hektar Ackerland Eigentumsflächen nebst Hofffläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSLE) auszuweisen.</p> <p>Wir haben aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Dies würde dazu führen, dass die Flächen nicht mehr in wirtschaftlich sinnvoller Weise ackerbaulich genutzt werden können und einen großen Wertverlust erleiden würden.</p> <p>Soweit die Hofffläche selbst in der BSLE-Kulisse gelegen ist, befürchten wir, dass in Zukunft Bauvorhaben des Betriebes aufgrund der dann verschärften Abstands- und Immissionswerte nicht mehr realisiert werden können und eine betriebliche Entwicklung nicht mehr möglich ist.</p> <p>Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2286	
1006028	
1012173	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>wir bewirtschaften einen Bio Betrieb im Raum Schleiden und sind angewiesen auf unsere Flächen um unsere Nutztiere Ortungsgemäß zu versorgen.          Deswegen legen wir Einspruch gegen die Neuauflistung des Regionalplan ein.          Wir gehen davon aus das wir unseren ökologisch Bewirtschaften Betrieb nicht weiterführen können, weil wir auf unsere Flächen angewiesen sind, weil dort unsere Nutztiere ganzjährig weiden          Um unser Fleisch Regional zu vermarkten, würde dann nicht mehr stattfinden können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>          Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>          Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>          Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2287	
1006029	
1011680_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in der Gemeinde Niederzier und den angrenzenden Kommunen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 78 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung", ca. 10 ha im Gebiet "Schutz der Natur" und ca. 2 ha im Gebiet "Grundwasser und Gewässerschutz".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemeinde Niederzier und Gemeinde Merzenich: BSLE  Gemeinde Niederzier: BSN  Gemeinde Niederzier: BGG</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2288	
1006033	
1012015	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg-Kirchtroisdorf einen konventionellen Ackerbaubetrieb. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Anbau von Möhren für den Lebensmitteleinzelhandel. Der Einsatz von Beregnungsanlagen ist in den letzten Jahren unverzichtbar geworden. Mein Betrieb hat bereits durch Planungsmaßnahmen in der Vergangenheit empfindliche Verluste von Ackerfläche erfahren.</p> <p>Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht für die Stadt Bedburg eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit verkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt.</p> <p>Schwer wiegt dies insbesondere, weil ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission und die Umsetzung in nationales Recht eine Einschränkung von Pflanzenschutzmittel auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht.</p> <p>Vor allem in Hinblick auf die Welternährungslage sind Maßnahmen, die Landwirtschaft und Gemüsebau im Anbau beschränken nicht hinnehmbar.</p> <p>Zudem ist unser Betrieb von der geplanten Ausweitung von Baufläche, sowohl für die private, als auch für die gewerbliche Nutzung, im näheren Umkreis betroffen. Zum einen schränkt die heranrückende Bebauung die Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebes ein.</p> <p>Zum anderen kommt es dadurch auch erfahrungsgemäß zu Konflikten, weil z.B. Lärm- und Staubemissionen bei der Ernte (auch am Wochenende) eventuell auch Geruchsbelästigung nicht hingenommen werden.</p> <p>Angesichts meiner Ausführungen fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Der bestehende Land- und Forstwirtschaftliche Betrieb einschließlich des derzeit ruhenden Nebenbetriebes [ANONYMISIERT] Ruppichteroth (nachfolgend BETRIEB genannt) ist durch die Festsetzung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) massiv betroffen [s. Anhang Abb. StnID\_1].

Grundstück Gmk. Velken Flur [ANONYMISIERT]

Das Flurstück wird extensiv genutzt (Forstwirtschaft, Landwirtschaft, naturnahe und ungenutzte Teilbereiche; Freizeit- und Erholungsnutzung (zeitlich begrenzte Naturführungen, Bogenschießen, Besucherführungen durch die historische Anlagen, Kunstobjekte)). Die Festsetzung einer großen Teilfläche als BSN könnte langfristig eine Unterschutzstellung bewirken, mit der Folge das diese ortsnahe Fläche für gesellschaftliche Zwecke nicht mehr zur Verfügung stünde. Die Bemühungen des Betriebsinhabers ? und hiermit ist ausdrücklich nicht nur der derzeitige gemeint, sondern auch die Vorgänger ? auf eine naturnahe Nutzung der Flächen, würden ?bestraft? durch weitere Restriktionen.

**Hintergrund:**

Während der Neuaufteilung von Eigentumsverhältnissen im Rahmen der Flurbereinigung Velken in den 60er Jahren hat mein Großvater [ANONYMISIERT] erbittert darum gekämpft, dass sich die im oben genannten Grundstück befindlichen Bachläufe (Ennenbacher Bach und Ifanger Bach) nicht begradigt werden, sondern der mäandrierende Verlauf beibehalten wird. Dagegen haben im weiteren Verlauf des Baches es die Eigentümer geschafft, dass die Gewerbegebietsfläche erweitert wurde und der vorhandene Bach in einer 170m langen Rohrleitung unterirdisch unter einer Fabrikhalle verschwand.

Mein Fazit: Naturschonendes Verhalten der Privaten Öffentlichkeit darf nicht durch weitere Restriktionen bestraft werden.

Meine Forderung: Eine Darstellung als Bereich des Schutzes der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) dagegen würde keinen übermäßigen Eingriff in die Betriebsstruktur bedeuten und dennoch in Teilbereichen weitere Entwicklungen zu noch naturnäheren Nutzungen ermöglichen.

Der Regionalplan darf nicht dazu beitragen, dass ein Leben und Arbeiten auf dem Lande unattraktiv wird und daher ein noch größerer Teil der Bevölkerung in die Städte

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

umzieht!!! Deshalb sollten gewachsene Strukturen erhalten bleiben ? natürlich unter der Voraussetzung, dass sie auch gleichzeitig der Umwelt und dem Klimaschutz dienen.

Seit Jahren kämpfen Kleinbetriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie des Freizeitsektors/ der Gastronomie ? gerade auf dem Land ? ums Überleben; bzw. sie haben diesen Kampf bereits verloren. Durch weitere Einschränkungen wie z.B. Entzug der nutzbaren Flächen durch Unterschutzstellungen in nachfolgenden Planungen (Flächennutzungsplan etc.), würde dieser Vorgang noch beschleunigt. Es darf nicht sein, dass der ländliche Raum alleine die Lasten für den Schutz der Natur trägt und sich Wohlstand und Wachstum an der Ausdehnung der Siedlungsbereiche festmachen lassen.

Grundstück Gmk. Velken Flur [ANONYMISIERT]

Dieses ebenfalls zum Betrieb gehörige Grundstück würde durch die beabsichtigen Restriktionen (BSN) nicht nur im überplanten Bereich aus der Betriebsfläche zwangsweise herausgenommen, sondern komplett, da die Planung eine Barrierewirkung für den dahinterliegenden nördlichen Grundstücksteil bewirkt. Hinweis: Versuche des Grundstückseigentümers durch Grundstückstausch oder Zuerwerb dieses Problem zu umgehen, scheiterten.

Problem: entschädigungslose Restriktionen ? kalte Enteignung

Leider ist es so, dass weder in der vorliegenden Regionalplanung noch in den nachfolgenden untergeordneten Planungen konkrete Entschädigungen für Eingriffe in Betriebe oder Eigentumsstrukturen festgesetzt werden. In nachgeordneten Planungen wird meist auf die Vorgaben der Landesplanung verwiesen. Dies ist für mich ein nicht akzeptabler Vorgang.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1012175.pdf](#)

AZ: Ö-M-2290

1006036

1012250

#### Inhalt

Ich habe festgestellt, das ein großer Teil meiner landwirtschaftlichen Flächen, Dauergrünland, im Bereich des geplanten Trinkwasserschutzgebietes des Kreises Aachen , Rurtalsperre befindet.  
Die Stücke befinden sich im Bereich [ANONYMISIERT]  
Ich befürchte, das mit dem Satz: "ausreichende Korridore für naturnahe Gewässerentwicklung sollen erhalten bleiben..." ein großer Teil meiner Weideflächen der Bewirtschaftung entzogen werden könnte. Dadurch wäre meine Existenz als Landwirt gefährdet.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2291	
1006037	
1011689	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich darauf aufmerksam machen das wir, die [ANONYMISIERT], Bewirtschafter der Fläche: Flur [ANONYMISIERT] in der Gemarkung Dahlem / Berg sind.</p> <p>Durch Trockenheit und Flächenknappheit sind wir auf die Intensive Grünlandnutzung angewiesen.</p> <p>Des weiteren stellt eine Umstellung in Naturschutz eine Wertminderung dieser Fläche da.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2292	
1001682	
1012180	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem Aufstellungsverfahren des Regionalplan Köln, Abschnitt Euskirchen Schweinheim, möchte ich wie folgt Stellung nehmen.</p> <p>Als Betroffener Landwirt bewirtschafte ich einen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Ein Teil meiner Flächen liegt im o.g. Bereich. Anhand der zur Verfügung stehenden Karten ist ersichtlich, dass der gesamte Bereich von Steinbach, Sürstbach und Orbach als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Mit einem Anteil von ca. 15 ha bin ich mit meinen Eigentumsflächen betroffen.</p> <p>Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden. Auf Ackerflächen würde bereits heute eine Bewirtschaftung mit Pflanzenschutzmitteln nur sehr eingeschränkt möglich sein. Ich widerspreche daher der Ausweisung als BSN Flächen konkret in der Gemarkung Euskirchen Schweinheim. Die Flächen sollten wie im aktuellen Plan erhalten bleiben.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1012180.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2293

1006044

1011692\_001

## Inhalt

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Hottorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 80 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Ackerland Hottorf, geplantes Gebiet: BSLE  
Lage: Ackerland Törnich, geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1012177

## Inhalt

Ich bin gegen die Neuausweisung von Naturschutzflächen im Raum Zülpich auf den Flächen:

[ANONYMISIERT]

**Diese Flächen befinden sich in meinem Eigentum. Sollte es zu einer Ausweisung und damit einer Entwertung oder infolge neuer Bewirtschaftungsbeschränkungen zu Ertragsminderungen kommen, werde ich auf jeden Fall den Rechtsweg zu nutzen um diese finanziellen Ausfälle, auch für die nächsten Generationen, zurück zu fordern.**

Des weiteren bin ich gegen die Neuausweisung von Naturschutzflächen im Raum Zülpich auf den Flächen:

[ANONYMISIERT]

Des weiteren bin ich gegen die Neuausweisung von Naturschutzflächen im Raum Nideggen auf den Flächen:

[ANONYMISIERT]

Ich bin gegen die Neuausweisung oder Erweiterung der geplanten Einstufung der Flächen, da ich nicht nur Einschränkungen und empfindliche, finanzielle Einbußen für meine Betrieb bzw. Existenz fürchte, sondern auch keine Entwertung meines eigenen oder des mir anvertrauten Eigentums hinnehmen werde!

Das geht nicht nur mir so, sondern auch meinen Verpächtern!

Generell betreiben wir sein Jahren bereits Naturschutz in guter Zusammenarbeit mit der örtlichen Biologischen Station an fachlich, sinnvollen Flächen.

Die pauschale Ausweisung von ertragreichen Nutzflächen zur Naturschutzflächen ist weder fachlich noch praktisch sinnvoll.

Mit diesem Vorgehen setzen Sie die gute Zusammenarbeit der Landwirte und dem Naturschutz vor Ort ganz klar auf's Spiel!

Ich werde sicherlich keine Naturschutzprojekte unterstützen, die nicht auf Freiwilligkeit fundieren, oder mit einer Entwertung meines eigenen oder mir anvertrauten Eigentums beruhen!!

**Wie gesagt, mit dieser Stellungnahme, habe ich mich auf o.g. Flächen gegen eine**

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Neuausweisung in jeglicher Form ausgesprochen.**

Im Grunde bin ich ein friedliebender Mensch, der noch nie mit einem Anwalt zu tun hatte, aber glauben sie mir, an diesem Punkt werde ich diesen Weg nicht scheuen.



**Inhalt**

ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] in 53949 Dahlem einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchproduktion. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:

Anhand der Karte habe ich festgestellt, dass rd. 16 Hektar meiner Eigentumsflächen - davon ca. 4 Hektar Acker- und ca. 12 Hektar Grünland sowie ca. 2,5 Hektar zugepachtete Grünlandflächen nebst meiner Hofstelle als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.

Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem - zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird.

Soweit die Hofffläche selbst in der BSN-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass die zukünftige Entwicklung des Betriebes hierdurch unmöglich wird, da sodann strengere und für einen viehhaltenden Betrieb kaum zu einzuhaltende Abstands- und Immissionswerte zu beachten sind. Die Hofffläche ist daher unbedingt aus der BSN-Kulisse zu entfernen.

Weiterhin ersehe ich anhand der Karten, dass etwa 13 Hektar meiner Eigentumsfläche, davon ca. 12 Hektar Ackerland, sowie weitere 470 Hektar meiner zugepachteten Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen oder bereits als solche ausgewiesen sind.

Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Bei den Ackerflächen wäre dann eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich und bei Grünlandflächen würde ein erheblicher und kaum zu leistender Pflegemehraufwand entstehen.

Diese würde jedoch die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.

AZ: Ö-M-2296	
1006047	
1011694	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, s. Anhang</p> <p>[ANHANG]</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Köln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 93 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 93 ha im Gebiet ?regionaler Grünzug?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

[ANHANG]

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-2298	
1006049	
1012181	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in 53919 Weilerswist [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen</p> <p>118,2 ha im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung"</p> <p>sowie</p> <p>34,3 ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Flächen im Gebiet "Schutz der Natur"</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Flächen im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung"</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel doch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwände und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2299	
1006051	
1011869	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf, wie folgt, Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg einen landwirtschaftlichen Erwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 11 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Bedburg-Rath: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-23	
1001155	
1000743	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um das Industriegebiet Lindern erheblich beeinträchtigt wird und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird. Zumal bereits jetzt eine recht stark befahrene Straßen von Jülich nach Heinsberg (L228) genau durch meinen Heimatort Lindern führt,</li> <li>- ich als Bahnfahrer mit einem extrem erhöhten Güterverkehrsaufkommen rechne und sich dadurch meine täglichen Fahrten zur Arbeit noch wesentlich öfters als es sowieso schon der Fall ist, stark verzögern bzw. ganz ausfallen werden,</li> <li>- der ländliche Charakter meiner Heimatumgebung um ein erhebliches Stück verloren geht und ich meine persönliche Lebensqualität daher als stark eingeschränkt empfinde, Nicht zuletzt wehre ich mich vehement gegen eine solch massive Versiegelung von Böden, ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen und das in der heutigen Zeit. Ich habe leider noch nie mitbekommen, dass Industriegebiete jemals wieder in Wälder verwandelt wurden, die wir schließlich auch immer dringender brauchen. Muss wohl wie so oft am Profit liegen!?</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>



AZ: Ö-M-2300	
1006053	
1011874	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf, wie folgt, Stellung:</p> <p>Ich bin Landwirt im Ruhestand und Eigentümer diverser Ackerflächen, von denen ca. 30 Hektar im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? bzw. im Gebiet ?Schutz der Natur? liegen.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Erftstadt-Dirmerzheim: BSN / BSLE / BGG /ÜB</p> <p>Titz: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft.</p> <p>Dies wäre neben der nicht mehr gesicherten Ernährungssicherheit auch ein massiver Wertverlust meiner ackerbaulichen Flächen.</p> <p>Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig ein Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas auf diesen Flächen geleistet werden kann.</p> <p>Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.	
---	--

AZ: Ö-M-2301	
1006054	
1012016	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wie sind Eigentümer von Ackerflächen, von denen ca. 11 Hektar im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" bzw. im Gebiet "Schutz der Natur" liegen.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Bedburg-Rath: BSLE</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft.</p> <p>Dies wäre neben der nicht mehr gesicherten Ernährungssicherheit auch ein massiver Wertverlust unserer ackerbaulichen Flächen.</p> <p>Folglich beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit auch mittelfristig ein Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas auf diesen Flächen geleistet werden kann.</p> <p>Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2302	
1006056	
1011704_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir, die einen familiengeführten Ackerbaubetrieb betreibend, möchten Ihnen mit diesem Anschreiben unseren Unmut über den von Ihnen erstellten Entwurf zum Regionalplan des Kreises Heinsberg bekunden.</p> <p>Da durch die Änderung des Regionalplans unserem seit Generationen geführten landwirtschaftlicher Betrieb die Existenzgrundlage entzogen werden wird und der nötige Handlungsspielraum verlorengeht, möchten wir Sie bitten diesen nochmals zu überarbeiten.</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Wie Sie im Bildauszug sehen, liegt unser Betrieb im Ort Isengraben, welcher der Stadt Wegberg angehört. Dort sind wir von einst über 20 landwirtschaftlichen Betrieben mittlerweile der letzte aktive Betrieb, der von unserem Sohn, welcher derzeit seinen Master in Agrarwirtschaft macht, fortgeführt werden soll. Dies wird jedoch nun gefährdet, da infolge von Flächenausweisungen und anschließenden bereits angedrohten Auflagen durch die Europäische Union ein absolutes Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln eintreten könnte.</p> <p>Wie uns natürlich bekannt ist, verhängen Sie keine Restriktionen für die Bewirtschaftung, aber durch den von Ihnen festgelegten Regionalplan werden zukünftig Gebietskulissen mit gewissen Einschränkungen ausgewiesen.</p> <p>Hierdurch werden Landwirte fortan soweit eingeschränkt, dass eine Bewirtschaftung kaum noch Sinn ergibt und folglich eine Aufgabe der Bewirtschaftung droht. Mit ihren Kulissen wollen Sie natürlich das Landschaftsbild schützen, aber durch eine Ausweisung der extrem großen Schutzgebiete droht genau das Gegenteil. Dadurch, dass die Ackerflächen nicht mehr rentabel bewirtschaftet werden können, würde eine Wiederbewaldung drohen. Die vorher genannte Wiederbewaldung würde unaufhaltsam eintreten, da wir uns in der Klimazone der sommergrünen Laubwälder befinden. Das angestrebte Ziel des ?Landschaftsschutzes? und ?Landwirtschaftsschutzes? der neuen Landesregierung wäre somit komplett verfehlt, da hier in wenigen Jahrzehnten Wald entstehen würde. Außerdem ist zu bedenken, dass eine Nutzungsaufgabe der häufigste Grund für den Artenrückgang ist, da der Großteil der Tierwelt eine offene Landschaft benötigt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Die grundsätzliche Ausweisung von Schutzgebieten ist jedoch wichtig und richtig. Das Ausmaß sollte jedoch bedacht werden. Bei Umsetzung des vorliegenden Entwurfs wäre alleine von unserem 140 Hektar großen Ackerbaubetrieb mehr als 100 Hektar von den vorgesehenen Einschränkungen der Wasser- oder Landschaftsschutzgebiete betroffen. Somit wäre der Großteil der Betriebsfläche betroffen. Eine deutliche Reduktion und auch eine bessere Verteilung der Schutzgebiete auf den gesamten Kreis wäre sinnvoller um die Belastung zu verteilen.

Wir bitten ausdrücklich darum die Existenz unserem 24 jährigen Sohn nicht zu entziehen, indem Sie im näheren Umkreis um unseren Betrieb (Radius zwei Kilometer um den Betrieb) sowohl Wasser-als auch Landschaftsschutzgebiete ausweisen. Bitte verwehren Sie ihm nicht die Möglichkeit unsere Fläche im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes und der guten fachlichen Praxis zu bewirtschaften. Bitte bedenken Sie, dass durch jeden Hektar, der als Schutzgebiet ausgewiesen wird, die Zukunftsfähigkeit des Betriebes gefährdet ist.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie bei Rückfragen auf uns zukommen würden und wir Ihnen die Situation weiter erläutern können. Hierfür können sie uns jederzeit kontaktieren!

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2303

1006057

1011742

## Inhalt

zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans möchten wir im Folgenden gerne im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen:

Wir sind Eigentümer des Areals [ANONYMISIERT] sowie dem angrenzenden (anonymisiert), einem Saisonarbeiterhaus, einem Betriebsleiterwohnhaus und einem Hofladen mit integriertem Blumenladen. Die vorbenannten Anlagen befinden sich im Außenbereich. Neben dem originären Obstbau haben sich über die Jahre auch weitere Betriebszweige, wie die Direktvermarktung im Hofladen sowie das angegliederte Floristikgeschäft entwickelt.

Ausweislich des nunmehr vorgelegten Regionalplanentwurfes und den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen ist die Existenz der Betriebe dauerhaft zu gewährleisten?. Diesbezüglich möchten wir indes dafür plädieren, dass nicht nur die bloße Existenz eines landwirtschaftlichen Betriebes zu gewährleisten ist, sondern vielmehr auch die Entwicklungsmöglichkeit bereits bestehender Betriebe sichergestellt ist. Die reine Erhaltung des Status quo kann in einem derart dynamischen Umfeld und einer ungewissen Zeit planerisch nicht zukunftsweisend sein.

Wir möchten anregen, unser vorbenanntes Betriebsareal als Fläche für Bebauung auszuweisen und zwar dergestalt, dass hier ein vorhabenbezogener Bebauungsplan seitens der Stadt Meckenheim realisiert werden kann. Langfristig sind wir auf eine räumliche Erweiterung unserer betrieblichen baulichen Anlagen angewiesen, um die einzelnen

Betriebszweige die unternehmerisch separat voneinander betrachtet werden müssen und jeweils von unseren Kindern selbständig betrieben werden ökonomisch weiterhin aufrecht erhalten zu können. Insbesondere was den Obstanbau angeht erlauben wir uns den Hinweis, dass angesichts der derzeitigen geopolitischen Situation und der Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland in anderen Wirtschaftszweigen, eine selbständige und regionale Nahrungsmittelversorgung unverzichtbar ist. Mit Blick auf die galoppierenden Entwicklungen und den Wegfall wertvoller landwirtschaftlicher Nutzfläche zugunsten von Bau- und/oder Gewerbegebieten an anderer Stelle, dürfte eine bauliche Erweiterung unseres Areals als im Ganzen geringfügig zu betrachten sein und damit hinnehmbar.

Folglich dürfen wir Sie für das weitere Planverfahren um Berücksichtigung unseres

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise für ein nachgelagertes Bauleitplanverfahren gegeben.

Angeregt wird, einen vorhandenen Betriebsstandort durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan planungsrechtlich zu sichern. Für die in Rede stehende Fläche stellt der Entwurf vermeintlich einen Freiraumbereich dar.

Grundsätzlich ist auch eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Vortrages bitten und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

**Inhalt**

Stellungnahme zum Regionalplan Köln

### 1. Einführung und grundsätzliche Bemerkungen

Bei Lektüre der Begründung des Regionalplanes von immerhin über 200 Seiten scheint der gesamte Regionalplan ?aus der Zeit gefallen?. Mit den Vorarbeiten wurde wohl schon 2018 begonnen. Die grundsätzlichen Veränderungen auf die sich die Welt und die Region einstellen muss, scheinen in die Planung entweder nicht eingeflossen zu sein oder ? aus unserer Sicht ? in ihrer Bedeutung nicht entsprechend gewürdigt zu sein.

Wir sind uns bewusst, dass schon die zu Grunde liegenden Gesetze wie das Landesplanungsgesetz NRW oder die darauf aufbauenden Raumordnungspläne die aktuellen Entwicklungen kaum aufnehmen konnten. Hier wird das Thema Klimaschutz zwar erwähnt, doch Themen wie Ernährung sind noch gar nicht aufgenommen.

So wird auf den Seiten 24ff des Regionalplanes zwar das Thema Klimaanpassung behandelt. Doch die meisten Zeitreihen und Daten, die berücksichtigt wurden, scheinen aus einer Veröffentlichung aus dem Jahre 2018 zu stammen. Zudem wird zwar der thermische Bereich (kühlere Städte etc.) berücksichtigt, nicht oder zu wenig aus unserer Sicht Bereiche wie Ernährungssicherheit, Wasserhaltefähigkeit der Böden, Versiegelungsfolgen etc.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf die ?Bedürfnispyramide? des US-Psychologen Abraham Maslow hinweisen. Danach gehören zu den Grundbedürfnissen der Menschen all die Dinge, die lebenserhaltend sind ? Nahrung, Schlaf, Wasser, Luft ? auch Wärme und Kleidung. Die Grundlagen dafür wurden bereits in den 1940er Jahren entwickelt.

Wir geben zu, das klingt zunächst sehr weit weg für einen hoch entwickeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland und den Regierungsbezirk Köln. Wir aber leben in Zeiten gravierender Umbrüche.

Jetzt, im August 2022, erleben wir das vierte Trockenjahr binnen fünf Jahren. Einzig das Jahr 2021 war in unserer Region halbwegs ?normal?. Wir als (Bio)Landwirte können aus erster Hand berichten, dass die Erträge auf trockenen Böden schrumpfen. Das ist sicherlich auch ein Existenz-Risiko für landwirtschaftliche Betriebe. Viel

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



wichtiger aber: Es ist die Basis für eine Krise der Nahrungsmittel-Versorgung.

Schon in den vergangenen Jahren, die belastet waren durch die Corona-Pandemie, konnten wir erleben, wie erste Lieferketten auch im Nahrungsmittelbereich gestört waren. Mittlerweile wird die Situation offensichtlich dauerhaft komplizierter und schwieriger ? aktuell belastend wirken neben der Klimaveränderung auch die Auswirkungen des Ukraine Krieges. Die südlichen Länder werden auf Grund von klimatischen Vorgaben (die Trockenheit in Italien ist dafür nur ein Beispiel, die verbrannten (Oliven)Haine in Spanien nur ein zweites) weniger landwirtschaftliche Erträge liefern können. Aus der Ukraine muss noch länger mit geringeren Erträgen und Ausfuhren gerechnet werden (der ukrainische Präsident Selenskyi hebt als wichtigstes Ziel die Eigenversorgung der Ukraine hervor), Russland ist aktuell auch kein ? verlässlicher ? Handelspartner mehr.

In der Konsequenz fallen also zahlreiche Möglichkeiten, Nahrungsmittel zu importieren, künftig aus oder werden schwieriger/teurer. Allein schon, weil die Mengen der verfügbaren Waren sinken. Dazu kommt, dass der Eigenversorgungsgrad in Deutschland nur in wenigen Bereichen überhaupt auszureichen scheint. Im Jahr 2020 wurden folgende Zahlen im statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten veröffentlicht, die aus den Jahren 2018 und 2019 stammen:

Kartoffeln: 145 %, Zucker 143 %, Fleisch 118 %, Milch 117 %, Getreide: 101 Prozent, Eier: 72 Prozent, Hülsenfrüchte 61 Prozent, Gemüse 36 Prozent, Honig: 33 Prozent und Obst: 22 Prozent.

Betrachtet man bei diesen Zahlen noch die Rahmenbedingungen, dann sieht auch die Übererfüllung nicht mehr so gut aus: 2018 und 2019 haben viele Tierhalter aufgrund der Trockenheit geschlachtet und so einen hohen Selbstversorgungsgrad erreicht. Heute fehlt das damals geschlachtete Vieh. Beispiel Zucker: 2017/18 wurden in Deutschland nochmals hohe Mengen an Zucker produziert, doch mit Aufhebung der Marktordnung hat sich die Summe um rund eine Million Tonnen reduziert ?

Immer neue Ernteaufschläge aus klimatischer Sicht sind in diesen Zahlen leider noch nicht berücksichtigt. Darum möchten wir hier als Menschen aus der landwirtschaftlichen Praxis grundsätzlich sagen: Es wird zunehmend schwieriger, gute Erträge in einem Land unter Trockenheitsstress zu erzeugen. Wir sehen die Situation durchaus kritisch, nicht nur für unsere Betriebe, sondern eben auch in Bezug auf die Versorgung unserer Bevölkerung. Die Wissenschaft signalisiert, dass nach Auswertung der Zahlen dieses Jahr evtl. klimatische Rekordwerte zu verzeichnen sind: ? ?warnte der Klimatologe Andrea Toreti vom wissenschaftlichen Dienst der Europäischen Kommission (JRC) am Dienstag sogar davor, dass die aktuelle Dürre zur schlimmsten seit 500 Jahren werden könnte. Europa könnte - nicht nur was die Energieversorgung betrifft - vor einer neuen Zeitenwende stehen. Weil die Trockenheit derzeit noch anhalte, stehe eine umfassende Analyse noch aus ? es gibt aber zahlreiche Indikatoren dafür, dass die heurige Dürre

schlimmer ausfallen könnte als die historische im Jahr 2018,?? (Quellen u.a. ORF, t-online u.a.).

Unserer Meinung nach ist es die grundlegende Aufgabe von Politik und damit die Leitschnur für einen über 25 Jahre wirkenden Regionalplan, die (grundlegenden) Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Daran orientieren wir uns in unserer Stellungnahme. Wohl wissend, dass wir uns in einer Zeit grundlegender Veränderungen befinden und eine Planung für die nächsten 25 Jahre nur die wichtigsten Zukunftsziele sichern kann. Und die sind zunächst: Nahrung, Beitrag zum Bremsen des Klimawandels, (relative) Sicherheit. Weitergehende ?Wohlstands?Ansprüche sind zwar verständlich, aber wir alle sollten uns bewusst sein: Es geht neben einem ? relativem ? Wohlstand um die Grundlagen, die es abzusichern gilt.

Im Rahmen eines Regionalplans sollte dies berücksichtigt werden ? auch wenn er sich auf Grund der gesetzlichen Vorgaben bislang auf Wohnen, Gewerbe und Industrie konzentriert. Sie als planendes Gremium sollten und müssten unseres Erachtens die aktuellen drastischen Entwicklungen im Blick behalten und die Planungen in den anderen Bereichen entsprechend anpassen. Und auf anderer Ebene dafür sorgen, dass dies auch in den zugrunde liegenden Gesetzeswerken geschieht. Doch eine Anpassung ist auch ohne Gesetzesänderungen möglich. Nachsatz: Das Auftauchen der Hungersteine nicht nur im Rhein mag eine weitere Mahnung sein, dass hier die Schwerpunkte zu ändern sind.

## 2. Zum [ANONYMISIERT]

Der [ANONYMISIERT] ist einer von vier in NRW beheimateten Öko-Anbauverbänden. Unsere Mitgliedsbetriebe praktizieren nachhaltige, flächengebundene Landwirtschaft. Fast alle unsere Betriebe halten Weidetiere und realisieren so eine fast immer betriebsbezogene Kreislaufwirtschaft und produzieren in der Region für die Region. Sie alle versuchen neue Wege, um den Klimawandel zu bewältigen und weiterhin gute Nahrungsmittel für die Menschen zu erzeugen. Wir stehen für eine regional orientierte Öko-Landwirtschaft mit Herz, Hand und Verstand. Einige unserer Mitglieder und Interessenten sind direkt von den möglichen Auswirkungen des Regionalplanes betroffen.

## 3. Stellungnahme zum Regionalplan

### a) Flächennutzung / Ernährungssicherheit

Wir haben versucht zu rechnen. Insgesamt ? so steht es im Regionalplan ? sollen über 15.000 Hektar ha als Potenzialflächen überplant werden. Leider lässt sich aus dem Regionalplan nicht wirklich herauslesen, welche Flächen dabei ?neue? Flächenverbräuche darstellen und welche bereits genutzt werden. Doch allein 1.700

Hektar sollen sich außerhalb des Siedlungsraumes befinden (S. 39 Begründung des Regionalplanes). Erkennbar ist, dass gerade in den ländlichen Gebieten gerne neue Flächen ?verbraucht? werden sollen, während im städtischen Bereich viele Flächen bereits in irgendeiner Form genutzt werden. Grundsätzlich aber ist es ein enormer, ein erschreckender und nicht mehr zeitgemäßer Flächenverbrauch.

Bei der ersten Analyse stellen wir fest:

1. Wir erkennen keine Flächen, die neu der Landwirtschaft, dem Gartenbau oder anderen Bereichen der Nahrungsmittel-Urproduktion zurückgegeben werden.
2. Es werden in zu großen Teilen landwirtschaftliche Nutzflächen überplant und potenziell einer anderen Nutzung zugeführt.

In der Konsequenz heißt dies: Die Potenzialflächen werden oftmals der landwirtschaftlichen Nutzung entnommen. Ein durchschnittlicher Betrieb in NRW verfügt über rund 46 Hektar, im Bereich des Regierungsbezirkes Köln liegt die durchschnittliche Größe bei rund 49 ha. Die Potenzialflächen entsprechen also etwas der Fläche von 310 Betrieben, die außerhalb des Siedlungsraumes immerhin noch der rein rechnerischen Größe von 35 Betrieben. Wobei durch die Ausweisung einzelner Gebiete gleich mehrere Betriebe in der Existenz bedroht werden (können), im unten aufgeführten Beispiel des Industrie- und Gewerbegebietes Rospe (Gummersbach) wären dies drei ambitionierte und sich für die hier ausgerufenen Ökomodellregion engagieren wollende landwirtschaftliche Betriebe, die einen wichtigen Beitrag zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln leisten können.

Das ist die betriebswirtschaftliche Seite für die Landwirtschaft. Gesellschaftlich relevanter mögen aber andere Gründe sein, diesen Flächenverbrauch zu vermeiden. Denn mit den Betrieben und Flächen verschwinden zudem zentrale Flächen für die Nahrungsmittelproduktion.

b) die Ziele Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten / Agrarstrukturell bedeutsame Flächen  
erhalten / landwirtschaftliche Betriebe erhalten

Diesen ab Seite 144 in der Begründung genannten Zielen wird der Regionalplan nicht gerecht. Denn

- a) es werden landwirtschaftliche Nutzflächen potenziell überplant und nicht erhalten und keine wesentlichen neuen Flächen der Landwirtschaft zugeführt
- b) Offen bleibt für den Leser, was unter agrarstrukturell bedeutsamen Flächen verstanden wird. Sind es die klassischen Bodenkulturland oder was ist der Maßstab? Eines scheint auf jeden Fall nicht in die Beurteilung eingeflossen zu sein: Boden als

Kohlenstoff-Speicher und damit ?Klimasenke? Unberücksichtigt bleibt, dass nach den feuchten Böden (Moore etc.) gerade landwirtschaftliche Böden, insbesondere Grünland, wichtiger Kohlenstoff-Speicher sind. Dazu weisen wir Sie gerne auf den Bodenzustandsbericht des Thünen-Institutes hin. Danach hat Grünland-Boden etwa die doppelte Kohlenstoff Speicherfähigkeit verglichen mit Wald-Boden. Bei den aktuellen Trockenheiten erleben wir in der Praxis, dass sich Feuchtgebiete als die besten Kohlenstoff-Speicher nur schwierig erhalten lassen und dass Waldgebiete immer mehr Bäume verlieren, Aufforstungen sehr schwierig sind.

Das Ergebnis ist aus unserer Sicht: Es muss alles daran gesetzt werden, landwirtschaftliche Bereiche ? insbesondere auch das Grünland ? zu erhalten. Denn neben der Nahrungsmittelproduktion darf die Klimawandel-bremsende Funktion von Landwirtschaft nicht unberücksichtigt bleiben.

#### 4. Konkrete Positionen und Forderungen

Wir bitten, den Regionalplan unter den neuen Vorzeichen noch einmal gründlich zu überarbeiten.

Dabei sind für uns wichtige zentrale Maßnahmen

a) Weitere Flächenverbräuche unbedingt vermeiden, vor allen Dingen aktuell vorhandene ?Außenbereiche? schützen. So scheint es beispielsweise gar nicht zielführend zu sein, Gewerbe- und Industriegebiete als Potenziale darzustellen, die in Landschaftsschutzgebieten liegen, deren Böden zu den eher wasserspeichernden gehören. Und da Grünland ebenso schützenswert ist wie auch ackerbauliche Flächen, erwarten und erhoffen wir eigentlich hier einen Flächenverbrauch gegen Null, eine Lösung muss in der Verdichtung vorhandener Gebiete gesehen werden. Denn alle Bereiche (Wohnen und Gewerbe auch) müssen sich wie auch wir Landwirte an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Hier sind in neuen Zeiten eben auch neue, kreative Entwicklungslösungen auch von Industrie und Gewerbe zu erwarten. Exemplarisches Beispiel: Gummersbach, Gewerbe- und Industriegebiet Rospe/Hanfgarten. Hier wird wasserhaltender Boden im Außenbereich und Landschaftsschutzgebiet als Gewerbe- und Industrieflächen-Potenzial genannt.

b) Mehr Nahrungsmittelproduktion in der Stadt: Unverständlich ist uns auch, dass auch in den städtischen Gebieten weiter Fläche überplant und versiegelt werden soll. Es ist aus unserer Sicht eher notwendig, weitere Flächen der Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung zu stellen. Wir als Landwirte sind froh, wenn sich auch im städtischen Bereich mehr Menschen um ihre Nahrungsmittel kümmern. Wir würden eher erwarten, dass bereits jetzt neue Bereiche als Zukunftsvorsorge für Nutzgärten/Schrebergärten eingeplant werden.

Exemplarisches Beispiel: Aktuell wird in der Kölner Südstadt der Gemeinschaftsgarten ?Neuland? überplant (Fläche für Schulen). Wir finden es positiv, dass das

Gartenprojekt in den Grüngürtel umziehen kann, wo die Stadt Köln Flächen entsiegelt und zur Verfügung stellt. Dies aber ist leider ein Einzelfall ? wir benötigen mehr Gartenflächen in allen Städten und Gemeinden.

c) Flächengewinnung für die Landwirtschaft: Darum würden wir es auch gerne sehen, wenn neue Flächen (ehemalige Gewerbegebiete, Parks etc.) wieder der gartenbaulichen oder landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt würden, um damit der Ernährungssicherheit der Region eine stärkere Perspektive zu geben. Dies mag nicht das vordringliche Ziel eines Regionalplanes sein, steht aber für echte Zukunftsvorsorge. Es ist Ihnen ja durchaus möglich, auch diese Ziele durch das Reduzieren von Potenzialen in den Regionalplan zu integrieren und somit aus unserer Sicht echte Zukunftsvorsorge zu betreiben. Unsere dringliche Bitte ist es darum, Landwirtschaft und Gartenbau wieder mehr Flächen zu geben, Versiegelung und Flächenverbrauch zu stoppen und auf die neuen Anforderungen, die uns die Zeiten des Klimawandels bringen, zu reagieren. Exemplarisch kann dies leider nicht dargestellt werden, da wir solche Flächen im Regionalplan nicht finden konnten.

#### 5. Schlussbemerkung

Wir sind uns bewusst, dass es sehr schwierig ist, einen langwierigen und mit vielen Entscheidern und Interessenten vollzogenen Prozess grundsätzlich neu zu denken. Wir sind aber der Meinung, dass wir nicht nur in unsicheren Zeiten leben, sondern auch in Zeiten, die es notwendig machen, sich auf neu zu besinnen und die grundsätzlichen Voraussetzungen eines solchen Regionalplanes nochmals zu überdenken. Wir als Landwirte wissen aus eigener Erfahrung, dass die Nahrungsmittelproduktion wesentlich schwieriger geworden ist. Wir hoffen, dass dieser Regionalplan noch grundsätzliche Änderungen erfährt und vielleicht auch Perspektiven unter den neuen Gesichtspunkten eröffnet ? mehr Klimaschutz vor Ort, mehr Nahrungsmittelproduktion in der Region, mehr landwirtschaftliche Nutzfläche im Regierungsbezirk. Zur Sicherung von Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit. Dabei, dies haben sie sicherlich gemerkt, bezieht sich dies alles auf die Öko-Landwirtschaft, aber nicht nur. Aber die Öko-Landwirtschaft, die wir vertreten und die wir auch in schwierigen Zeiten für besonders nachhaltig halten, ist ein Teil des Ganzen und auch Teil der Lösung.

AZ: Ö-M-2305	
1006059	
1012182	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Weilerswist einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2306

1006060

1011718\_001

## Inhalt

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Eschweiler über Feld einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6,25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. - ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Eschweiler über Feld, Flur 7, Flurstücke [ANONYMISIERT]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2307	
1006061	
1011719	
<p>Inhalt</p> <p>[ANHANG]</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Köln-Porz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 60 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2308	
1006062	
1011877	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 55 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 16: BSLE  Gemarkung Kerpen-Blatzheim, Flur 45, Flurst. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Blatzheim, Flur 16, Flurst. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen, Flur 47, Flurst. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Erftstadt-Gymnich: Flur 19 [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Erftstadt-Lechenich: Flur 6 [ANONYMISIERT]: BGG, BSLE  Gemarkung Erftstadt-Lechenich: Flur 1 [ANONYMISIERT]: BGG</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2309	
1006063	
1012183	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchvieh mit Nachzucht und Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung:</p> <p>Anhand der Karte habe ich festgestellt, das rd. drei Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandfläche, drei Hektar gepachtete Ackerflächen und 1,5 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Zudem sollen in meinem Eigentum stehende 27 Hektar Grünland und 17 Hektar Ackerland einschließlich der Hofstelle, sowie alle Pachtflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden.</p> <p>Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzen-schuttmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden ist.</p> <p>Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann mit der bereits oben beschriebenen Konsequenz.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung der Acker- und Grünlandflächen ( gesamte in der Bewirtschaftung befindlichen Flächen ), würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden.</p> <p>Hinzu kommt, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf dem Hof selbst oder den hofnahen Parzellen möglich ist. Ich befürchte daher, dass sich bei einer Einbeziehung der Hoffläche in die BSLE-Kulisse für eventuell notwendig werdende Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte diese aus der Kulisse herauszunehmen.

AZ: Ö-M-2310	
1006064	
1011934	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit dem heutigen Schreiben möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme über den Entwurf des neuen Kölner Regionalplans nutzen.</p> <p>Ich bewirtschafte in der sechsten Generation einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Laut Entwurf des neuen Regionalplan liegen rund 50% derbewirtschafteten Fläche im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und rund weitere 50% der Fläche im Gebiet ?Schutz der Natur?. Die Flächen liegen in den Gemarkungen Elsdorf, Bedburg, Erftstadt, Brauweiler und Rommerskirchen in einer Gesamtgröße von ca. 300ha.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Zudem trägt die Landwirtschaft einen großen Anteil an der gesamten Wirtschaftsstruktur. Nicht nur die vor- und nachgelagerten Industrien, sondern auch viele Familienbetriebe und Mitarbeiter sind von der Landwirtschaft abhängig. Falls es zu einer Ausweitung der Schutzgebiete kommen sollte und die Landwirtschaft in Ihrem Handlungsspielraum beschnitten würde, sehen wir uns zudem mit einer stillen Enteignung konfrontiert. Keinem Wirtschaftszweig ist mehr daran gelegen, die Natur zu schützen, da insbesondere die Landwirtschaft von der Natur lebt. Diverse Blühstreifen, Uferrandstreifen, Agrarumweltmaßnahmen und die gute fachliche Arbeitspraxis belegen dies.</p> <p>Wenn es der Bevölkerung und der Politik so viel Wert ist, die Ernährungssicherheit trotz bereits hoher Umweltstandards zu vernachlässigen, so bestehen wir als Landwirte, als Besitzer der Flächen, als erste Umweltschützer, auf eine faire Entschädigung. Dieses Projekt kann nicht auf dem Rücken einiger weniger Privatleuten ausgetragen werden.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2311	
1006083	
1011936	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen Buir einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 112 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 9, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 13, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 14, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Manheim, Flur 10, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Blatzheim, Flur 45, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Eschweiler über Feld, Flur 4, Flurstück [ANONYMISIERT]: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2313	
1006088	
1011784	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans möchten wir im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme hiermit warnehmen. Wir die [ANONYMISIERTE] bewirtschaften einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb im Vollerwerb.</p> <p>Im Zuge der ICE Trasse Köln-Frankfurt wurde seiner Zeit im Rhein Sieg Kreis in Trassennähe ca 450 ha Landwirtschaftliche Nutzfläche mit "Umweltauflagen" belegt. Es wurde Ackerland in Extensiviertes Grünland umgewandelt, Feldgehölze wurden angepflanzt, Streuobstwiesen angelegt und vieles mehr. Diese Flächen sind der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung bereits entzogen wurden. Unser Betrieb war ebenfalls stark von diesen Maßnahmen betroffen, wodurch wir hohe Verluste von wertvollen Ackerflächen erfahren mussten.</p> <p>Wenn der Regionalplan so umgesetzt werden soll, könnte es sein, dass die Pflege aller Flächen in Zukunft durch die Bezirksregierung durchgeführt werden muss. Da es keine landwirtschaftlichen Betriebe mehr geben wird, die dies erledigen.</p> <p>Unser Betrieb würde nach ihrer Planung in eine Existenzielle Notlage kommen. Nach ihrer Planung bewirtschaften wir dann kaum noch Flächen, die nicht den Stempel Naturschutzgebiet, Wasserschutzgebiet oder Schutz der Landschaft tragen. Bis dato war das Wasserschutzgebiet in einem viel kleineren Rahmen angelegt, warum ist dieses im neuen Plan deutlich größer angelegt, obwohl sich an den Gegebenheiten nichts verändert hat? Desweiteren waren im Schutz der Landschaft bis dato nur Grünlandflächen betroffen und keine für uns so wichtigen Ackerbauflächen.</p> <p>Außerdem stellen wir uns die Frage, wer den dadurch entstehenden Verlust (Ertragsverlust, Mehraufwand, Wertverlust...) entschädigt.</p> <p>Eine weitere für uns sehr wichtige Frage stellt sich in der baulichen Entwicklungsmöglichkeit des Betriebes, unsere GbR besteht aus jungen Gesellschaftern und wir wünschen uns ein zukunftsfähiges Unternehmen, welches auch auf weitere Auflagen in Bezug auf Tierwohl... reagieren kann.</p> <p>Als Vertreterin der Königswinterer Landwirte wurde ich in Bezug auf den neuen Rahmenplan des öftern schon gefragt was Regionale Grünzüge bedeuten bzw. welche Auswirkungen diese auf die einzelnen Betriebe hat. Ein weiterer Punkt ist die CO2</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Bilanz für die landwirtschaftlichen Betriebe. Wie soll sich diese positiv entwickeln können? Es ist mittlerweile wissenschaftlich belegt, dass konventionell wirtschaftende Betriebe z.B. pro produziertem kg Milch auf keinen Fall schlechter da stehen als Bio Betriebe.

Angesichts unserer Stellungnahme fordern wir Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwendung und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2314	
1006089	
1011981	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Weiler Brügggen, 50169 Kerpen: BSLE</p> <p>Weiler Berrenrath, 50354 Hürth: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2315	
1006090	
1012233	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 16 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2316	
1006091	
1012184	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Zülpich Füssenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha (70%) der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharken Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2317	
1006092	
1012012	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim-Hüchelhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 70 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 100 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Bergheim-Hüchelhoven: BSLE  Pulheim-Manstedten: BSN  Köln-Rondorf, Köln-Meschenich, Hürth-Kalscheuren: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2318

1006093

1011783

#### Inhalt

zu dem ausliegenden Entwurf des neuen Regionalplan Köln darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen.

Ich bewirtschafte in 53773 Hennef-Wippenhohn und in 53859 Niederkassel einen konventionellen landwirtschaftlichen Betrieb mit Ackerbau und Grünland. Durch den nun ausliegenden Regionalplan Köln für den Rhein-Sieg-Kreis würde ein erheblicher Teil meiner landwirtschaftlichen Nutzfläche zukünftig in Schutzgebiete (überwiegend Landschaftsschutzgebiete und Naturschutzgebiete) fallen. Für mich ist es nicht ersichtlich, warum genau an diesen Stellen Schutzgebiete geplant sind. Wäre es nicht effektiver über Vertragsnaturschutzmaßnahmen die geplanten Schutzziele zu erreichen? Seit vielen Jahren praktiziere ich erfolgreich div. Naturschutzmaßnahmen z.B. Blühstreifenprogramme oder verschiedene Agrarumweltmaßnahmen. Außerdem besteht durch den Verordnungsentwurf der EU-Kommission die Gefahr, der Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten. Zusätzlich sehe ich auch Gefahren darin, bauliche Erweiterungen des Betriebes durch Ausweisung neuer Schutzgebiete zu unterbinden. Des Weiteren besteht die Gefahr eine schleichenden Wertminderung meines Eigentums.

Angesichts meines Vortrages fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln möchte ich im Hinblick auf meine hauptberufliche Tätigkeit als Landwirt Stellung nehmen, da mich der Regionalplan in den nachstehend genannten landwirtschaftlichen Flächen tangiert:

1. Stadtgebiet Erkelenz- Bereich Golkrath- Matzerath- Ausweisung als Wasserschutzgebiet
2. Stadtgebiet Erkelenz- Bereich Hetzerath- Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet
3. Stadtgebiet Linnich- Bereich Floßdorf- Ausweisung als Naturschutzgebiet

Durch die genannte Ausweisung der Flächen besteht eine Gefährdung für meinen Betrieb, da die Flächen nicht mehr entsprechend bewirtschaftet werden können. Es entsteht ein Qualitätsverlust des Aufwuchses, da z.B. nicht mehr gedüngt und kein Pflanzenschutzmittel mehr aufgebracht werden darf. Mit der Ausweisung verlieren die Flächen somit ebenfalls an Wert.

Die Hauptbewirtschaftung meines Betriebes ist die Tieraufzucht sowie der Ackerbau. Hier bin ich auf mittlere bis hohe Intensität der Bewirtschaftung, Kulturpflege und Erntefolge angewiesen, um meine Tiere auf eigener Futtergrundlage versorgen zu können. Die vergangenen drei Trockenjahre und die enormen Preissteigerungen im Bereich des Futtermittelzukaufs führen mich und alle Landwirte an den Rand der Existenz. Wenn jetzt Flächen als besonders schützenswert kartiert werden und eine intensive Nutzung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen nicht mehr möglich ist, bringt mich dies in entsprechende Nöte.

Dies betrifft natürlich ebenso die Nährstoffbilanz des Betriebs, wo jeder auf jeden Quadratmeter Fläche angewiesen ist.

Im Allgemeinen werden durch solche Ausweisungen wertvolle Ackerböden ?weggenommen?, obwohl diese ehe, z.B. durch die fortlaufende Versiegelung von Flächen, schon knapp sind. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit dem ?Rheinischen Revier? zu sehen, zu dem die oben genannten Flächen gehören.

Landwirtschaft ist wichtig für die Lebensmittelproduktion, Energie- und Rohstoffproduktion sowie der Daseinsvorsorge für die ganze Menschheit. Insbesondere in Zeiten der Corona-Krise sowie des Krieges in der Ukraine sollte die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft und damit der Versorgung der eigenen Bevölkerung höchsten Vorrang haben.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur

Zusätzlich wird durch die Kartierung von wertvollen landwirtschaftlichen Böden den noch bestehenden Betrieben die Möglichkeit betrieblicher Erweiterungsmöglichkeiten genommen. Durch die Knappheit der Flächen ist eine solche nicht mehr möglich.

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2321	
1006173	
1011850	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft: Regionalplan Köln, hier Gewerbe und Wohnbebauung in der Stadt Niederkassel.</p> <p>Die Entwicklung östlich von Ranzel mit einem neuen Wohngebiet und anschließendem Industriegebiet ist für die Entwicklung der Landwirtschaft in der Stadt Niederkassel fatal.</p> <p>[ABBILDUNG]</p> <p>Es gehen sehr gute, ertragssichere Ackerböden ( ca. 50 ha) verloren, die hauptsächlich für den Anbau von Zuckerrüben, Kartoffel, Weizen für die verbrauchernehe Nahrungsmittelproduktion genutzt werden.</p> <p>Das ausweisen eines neuen Industriegebietes ist nach dem angekündigtem Abschied von der Evonik (Rot markiert) völlig unverständlich, da die weitere Nutzung des Geländes völlig ungewiss ist.</p> <p>Die Evonik erstreckt sich über ca. 90 ha, davon ca. 12 ha unbebaut.</p> <p>Das gesamte Gelände der Evonik ist als Industriegebiet ausgewiesen.</p> <p>Es besteht dort Gleisanschluss und Wasseranschluss. Warum soll dann in 800 m Entfernung ein neues Industriegebiet erschlossen werden?</p> <p>Auch eine teilweise Wohnbebauung auf dem Gelände ist nicht auszuschließen. Unter Berücksichtigung der weiteren Planungen in unserem Raum (Rheinspange, Straßenbahn) mit erheblichem Flächenverbrauch sollte man doch zuerst die vorhandenen Möglichkeiten nutzen ehe man ins freie Feld plant, was sicher die einfachste Lösung ist.</p> <p>Ich würde mich freuen, wenn Sie meinem Einwand Aufmerksamkeit schenken und in Ihrem Plan den Flächenverbrauch von landwirtschaftlicher Nutzfläche so gering wie möglich halten.</p> <p>Denn Niemand sollte je vergessen. Die Bauern sorgen für das Essen!</p> <p>Und dies geht nur auf guten Ackerboden und wenn dieser einmal versiegelt ist, wächst dort kein Lebensmittel mehr.</p> <p>Des Weiteren ist die Existenz von einem landwirtschaftlichen Betrieb, wie meinem, stark abhängig von dem Flächenverbrauch in unserem kleine Agrargebiet Zündorf/Niederkassel/Troisdorf. Wenn neben allen neu ausgewiesenen Neubaugebieten/Industriegebieten auch noch eine Autobahn gebaut wird, schrumpft die Ackerfläche wiedermals massiv in den nächsten Jahren. Dies führt dazu, dass der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Gem. des Grundsatzes 7.5-2 sollen im Freiraum liegende, von der Landwirtschaft genutzte Flächen als wesentliche Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Gegebenheiten sollen bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fachoder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen</p>

<p>Wettbewerb um die landwirtschaftlichen Flächen größer wird und die Anzahl der aktiven Betriebe weiter sinkt da die Wirtschaftsgrundlage fehlt.</p>	<p>entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden.</p> <p>Ein genereller Schutz der landwirtschaftlichen Böden ist in Niederkassel mit Blick auf deren Flächenumfang nicht möglich, nahezu alle Siedlungsreserven sind hier auf guten landwirtschaftlichen Böden verortet. Der landesplanerische Auftrag (vgl. Kapitel 6 LEP NRW) zu einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsbereichen würde dann nicht erfüllt werden können.</p> <p>Der GIB östlich Ranzel wurde aufgrund der Anregung der Stadt Niederkassel bereits gestrichen. So konnte der hier vorgebrachten Anregung teilweise entsprochen werden.</p>
---	---

**Inhalt**

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Vettweiß-Gladbach einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 80 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Kreuzau: BSN und BSLE

Gemarkung Gladbach, Poll, Müddersheim und Kelz: BSN und BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Von dem neuen Regionalplan liegen rund 9,4 ha Ackerflächen, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung".

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Ertstadt-Friesheim, Flur 19, Stück [ANONYMISIERT], 1,28 ha: BSLE  
 Gemarkung Ertstadt-Friesheim, Flur 19, Stück [ANONYMISIERT], 4,76 ha: BSLE  
 Gemarkung Ertstadt-Friesheim, Flur 18, Stück [ANONYMISIERT], 3,4 ha: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2324	
1006178	
1011813_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 13 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 6 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz geplantes Gebiet: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Hückelhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 180 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 180 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Hückelhoven-Rurich  
geplantes Gebiet: BSLE, BSN, ÜB

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers



einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2326	
1006180	
1011815_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 40 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 26 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz geplantes Gebiet: BSN, BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2327	
1006182	
1011817_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 8 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz-Lövenich geplantes Gebiet: BSN und BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2328	
1006183	
1011818_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 120 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 30 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz-Lövenich und Hückelhoven-Rurich geplantes Gebiet: BSLE, BSN, ÜB</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers</p>

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2329	
1006184	
1011819_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 15 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz-Lövenich geplantes Gebiet: BSLE, BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2330	
1006187	
1012185	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] in Hellenthal einen landwirtschaftlichen Betrieb mit dem Schwerpunkt Viehzucht, Grünland und Forst. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:</p> <p>In dem mir vorliegenden Kartenmaterial habe ich festgestellt, dass der Großteil meiner landwirtschaftlichen Nutzflächen (98%) von den Maßnahmen zum Schutz der Natur (DSN) und dem Schutz der Landschaft und landschaftlichen Erholung (BSLE) betroffen ist. Dadurch sehe ich eine große Benachteiligung in der Entwicklung und Fortführung meines Betriebes. Die betriebene Land- und Forstwirtschaft sowie naturschützende Maßnahmen entsprechen meiner Ansicht nach ausreichenden Standards. So sind die im aktuellen Regionalplan für den Naturschutz ausgewiesenen Flächen anhand der ökologischen Standards erhalten und die weitere Bewirtschaftung entspricht den ausgewiesenen ökologischen Normen. Somit wird dafür Sorge getragen, dass das ökologische System sowie die vorherrschende Artenvielfalt nachhaltig erhalten bleibt, sodass eine Erweiterung nicht notwendig erscheint.</p> <p>Aus den oben genannten Gründen lehne ich somit eine Vergrößerung und Ausweitung der Flächen ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2331	
1006188	
1011849	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem ausliegenden Entwurf des neuen Regionalplan Köln darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen.</p> <p>Ich bewirtschafte in 53773 Hennef-Rott einen konventionellen landwirtschaftlichen Betrieb mit Ackerbau, Grünland und Pferdehaltung.</p> <p>Durch den nun ausliegenden Regionalplan Köln für den Rhein-Sieg-Kreis würde ein erheblicher Teil meiner landwirtschaftlichen Nutzfläche zukünftig in Schutzgebiete (überwiegend Landschaftsschutzgebiet) fallen.</p> <p>Für mich ist es nicht ersichtlich, warum genau an diesen Stellen Landschaftsschutzgebiete geplant sind. Wäre es nicht effektiver über Vertragsnaturschutzmaßnahmen die geplanten Schutzziele zu erreichen? Seit vielen Jahren praktiziere ich erfolgreich div. Naturschutzmaßnahmen z.B. mit der biologischen Station, Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, Stadt Hennef oder Agrarumweltmaßnahmen.</p> <p>Außerdem besteht durch den Verordnungsentwurf der EU-Kommission die Gefahr, der Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten.</p> <p>Zusätzlich sehe ich auch Gefahren darin, bauliche Erweiterungen des Betriebes durch Ausweisung neuer Schutzgebiete zu unterbinden.</p> <p>Angesichts meines Vortrages fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt-Gymnich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 25,3 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 5,2 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Erftstadt-Gymnich: BSLE, RG  
Erftstadt-Dirmerzheim: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2333	
1006190	
1011825_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb im Bereich Geilenkirchcn Schwerpunkt meines Betriebes ist eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich des Kreises Heinsberg hochwertige Ackerflächen als künftige sogenannte BSN Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie als Pächter in einem Umfang von etwa der Hälfte meines gesamten Betriebes betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn die Hälfte meiner Flächen in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen umso mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1011825_001.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2334	
1006192	
1011827_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in in Katzem einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 35 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ebenfalls im Gebiet "Grundwasser- und Gewässerschutz".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Erkelenz-Katzem geplantes Gebiet: BSLE, BGG</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2335	
1006195	
1011848	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>wir bewirtschaften einen Obstbaubetrieb in 53340 Meckenheim. Einige Flächen liegen an Bachläufen die nach Ihren Planungen mit Auflagen belegt werden sollen, die eine obstbauliche-landwirtschaftliche Nutzung erheblich einschränken oder sogar unmöglich machen.</p> <p>Ich möchte Sie bitten das bei Ihren Maßnahmen zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2336	
1006197	
1011831_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen Ackerbaubetrieb mit Rindermast in Nideggen Kreis Düren. Durch den neuen Regionalplan von 2022 werde ich dann landwirtschaftliche Flächen im Naturschutzgebiet haben.</p> <p>Diese Flächen sind dann nicht mehr wirtschaftlich zu bewirtschaften und bei Pachtflächen muß ich dem Eigentümer dann Pachtzahlungen (langjährige Pachtverträge) leisten für Flächen von denen ich keinen Nutzen mehr habe. Der finanzielle Wert dieser Flächen ist durch den Regionalplan erheblich gemindert und tendiert gegen Null.</p> <p>Im Kreis Düren werden schon ca. 1900ha Vertragsnaturschutz seitens der Landwirtschaft gemacht und wir haben den Nationalpark Eifel vor der Haustür. Noch mehr Naturschutzflächen machen die wirtschaftliche Bewirtschaftung der dort ansässigen Landwirtschaftlichen Betriebe, einschließlich meinem, immer schwieriger bis unmöglich. Die Folge ist dann vermehrtes Höfesterben von Betrieben, die seit Generationen im Familienbesitz sind.</p> <p>Durch die Landwirtschaft ist die Kulturlandschaft in der Rureifel erst entstanden, die ja auch vom Tourismus sehr geschätzt wird. Durch die Neuausweisung von noch mehr Naturschutzgebiete und dem daraus entstehenden Rückgang dieser Kulturlandschaft , schadet man nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Wirtschaft einer ganzen Region.</p> <p>Dass eine Behörde, die einen Regionalplan ausweist, einfach über Flächen bestimmen kann, die ihr nicht gehören, ist mir unerklärlich und kommt einer Enteignung gleich.</p> <p>Des Weiteren ist die Bekanntmachung und Information der Bürger über den Regionalplan sehr dürftig. Ich befürchte, daß die Mehrheit der privaten Landbesitzer gar keine Kenntnis von diesem Regionalplan hat und so auch keine Stellungnahme einreichen wird.</p> <p>Die Überraschung über die " Enteignung durch die Hintertür" wird dann sicher für sehr viel Unmut sorgen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2337	
1006199	
1012026	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln nimmt die [ANONYMISIERT] 50127 Bergheim, wie folgt Stellung.</p> <p>Die [ANONYMISIERT] ist Eigentümer von ca. 57 ha land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen (Details siehe Anhang).</p> <p>Die Flächen werden aktuell land- und forstwirtschaftlich bewirtschaftet. Es werden mit Ihnen Erträge erzielt. Keine der oben genannten Flächen wird derzeit als ?regionaler Grünzug? ausgewiesen. Die Bewirtschaftung der Flächen Flur 24 Flurstücke [ANONYMISIERT] und Flur 13 Flurstück [ANONYMISIERT] werden derzeit nicht durch naturschutzrechtliche Restriktionen eingeschränkt.</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans sieht im Bereich der vorgenannten und der gesamten Flächen gemäß dem nachfolgend dargestellten Planausschnitt von Blatt 04, Rhein-Erft Kreis, neue Bereiche zum ?Schutz der Natur? und ?regionaler Grünzüge? vor [s. Anhang Abb. StnID 1012026].</p> <p>Dadurch würde insbesondere die planungsrechtliche Grundlage geschaffen, die im Eigentum der [ANONYMISIERT] stehenden Flächen mit neuen naturschutzrechtlichen Einschränkungen, die sich negativ auf die Möglichkeit ihrer Bewirtschaftung, ihren Ertrag und ihren Wert auswirken würden, zu belegen. Insbesondere betrifft dies die Flächen Gemarkung Quadrath-Ichendorf Flur 24 Flurstücke [ANONYMISIERT] und Gemarkung Quadrath-Ichendorf Flur 13 Flurstücke [ANONYMISIERT]. Die Ausweisung als sogenannte regionale Grünzüge betrifft alle im Eigentum der [ANONYMISIERT] stehenden Flächen und würde sich ebenfalls negativ auf die Möglichkeit ihrer Bewirtschaftung, ihren Ertrag und ihren Wert auswirken.</p> <p>Bereits jetzt stehen rund 4 ha Acker, 23 ha Grünland und 13 ha Wald, insgesamt also ca. 40 ha und somit mehr 70% der bewirtschafteten Eigentumsflächen der Grundbesitzgemeinschaft unter Naturschutz und 100% der Eigentumsflächen der Grundbesitzgemeinschaft unter Landschaftschutz.</p> <p>Mit der beabsichtigten Regionalplanung würde der Anstoß gegeben, ca. weitere 16 ha Ackerland und Grünland unter Naturschutz zu stellen. Sollten die Flächen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, stünden 100% der bewirtschafteten Flächen der [ANONYMISIERT] unter Naturschutz.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Insbesondere die Ackerfläche auf Flur 24 Flurstück [ANONYMISIERT] und das Grünland auf Flur 13 Flurstücke [ANONYMISIERT] sind in keiner Weise ökologisch hochwertiger als andere Flächen in der Region. Eine begründete unter Schutzstellung ist nicht erkennbar. Die Entwicklung des Betriebs würde durch die Unterschutzstellung erheblich eingeschränkt. Die bisherige Wirtschaftsweise, wobei jetzt schon nur noch ca. 29% der Eigentumsflächen konventionell bewirtschaftet werden dürfen, könnte nicht mehr aufrecht erhalten bleiben. Darüberhinaus würde die gesamte bewirtschaftete Fläche beeinträchtigt werden durch die Aufnahme in die ?regionalen Grünzüge?. In jedem Fall entsteht ein erheblicher Wertverlust des Vermögens.

Zudem muss die Grundbesitzgemeinschaft [ANONYMISIERT] weitere Einschränkungen durch Gesetzgebung, die mittelbar unabhängig von den direkten Vorgaben des Naturschutzrechts die Bewirtschaftung der Flächen beeinflusst wie z.B. der Düngeverordnung und Pflanzenschutzverordnung fürchten. Insbesondere bergen die EU-Gesetzgebung bezogen auf Naturschutzstandards und das Risiko einer FFH-Gebietsausweisung existenzgefährdende Risiken für den Betrieb. So dürfen beispielsweise gemäß der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (PflSchAnwV) in Naturschutzgebieten, Nationalparks und gesetzlich geschützten Biotopen Pflanzenschutzmitteln nicht angewendet werden.

All dies bedeutet auch einen erheblich erhöhten Aufwand aufgrund der eingeschränkten Bewirtschaftungsmöglichkeiten und einen deutlich erhöhten Aufwand an Bürokratie z.B. durch das Erfordernis der Beantragung von Ausnahmegenehmigungen und der damit verbunden Bearbeitungsgebühren der Ämter.

Die Landwirtschaftskammer spricht offiziell von einer Existenzgefährdung, wenn 10 % der bewirtschafteten Fläche aus der Produktion genommen werden müssen. Dies wäre bei der Grundbesitzgemeinschaft [ANONYMISIERT] der Fall.

Wir bitten nachdrücklich, dies im Rahmen der Regionalplanung zu berücksichtigen und keine neuen Bereiche für den Schutz der Natur oder als regionale Grünzüge bezogen auf das Grundeigentum der Grundbesitzgemeinschaft [ANONYMISIERT] auszuweisen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1012026.pdf](#)



AZ: Ö-M-2338

1006200

1011840\_001

## Inhalt

Mit diesem Schreiben möchte ich, stellvertretend für die ortsansässigen Landwirte, Stellung zu dem von Ihnen erstellten Regionalplan nehmen, da die landwirtschaftlichen Betriebe der Ortschaft Brachelen von diesem Plan hochgradig betroffen sind.

Viele Grünlandflächen der oben genannten Ortschaft, die entlang der Rur arrondiert sind, unterliegen schon seit einigen Jahren der extensiven Bewirtschaftungsweise. Auf diesen Flächen werden keine organischen oder mineralischen Düngemittel aufgebracht, sowie keinerlei Pflanzenschutzmittel.

Zudem werden von den Betrieben bereits weitere Naturschutzmaßnahmen, wie beispielsweise die Anlegung von Uferrandstreifen oder Gewässerschonstreifen umgesetzt. Die Landwirte sind stets bemüht durch solche Maßnahmen sowohl die Artenvielfalt zu erhalten, als auch diese zu erhöhen und gleichermaßen die Einträge in die Gewässer zu reduzieren.

Jedoch bildet der Naturschutz nicht die Existenzgrundlage der landwirtschaftlichen Betriebe, da diese auch, die wirtschaftlichen Aspekte im Auge behalten müssen. Sie müssen mit den Importwaren konkurrieren können, da sowohl die Produktionsstandards als auch die Produktionskosten niedriger ausfallen. Neben all diesen Punkten darf auch nicht außeracht gelassen werden, dass zudem die Versorgung der eigenen Familie sichergestellt werden muss.

Durch den von Ihnen neu aufgestellten Regionalplan, sehen wir dies gefährdet.

In unserer Ortschaft befinden sich nach aktuellem Stand neun landwirtschaftliche Betriebe, die alle durch die Erstellung Ihres Regionalplans betroffen sind. Dem Bau eines neuen Gewerbegebietes in Lindern fallen schon 240ha Ackerland zum Opfer und erschweren den ansässigen Betrieben, neben weiteren Bauvorhaben, eine wirtschaftliche Produktion. Die Einstufung zahlreicher Parzellen, mit hohen Ackerzahlen, in den Naturschutz würde für die ansässigen Betriebe enorme wirtschaftliche Einbußen mit sich bringen.

Dem zur Folge würden ertragreiche Ackerfläche nicht für die Ernährung der Weltbevölkerung genutzt werden, sondern der Brache überführt werden. Für uns als landwirtschaftliche Produzenten ist dies, in einer solch schwierigen Zeit undenkbar.

Nach Durchsetzung des neu aufgestellten Regionalplans wird es dann für die Betriebe unmöglich sein wirtschaftlich arbeiten zu können.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Des Weiteren ist der Begriff der Ernährungssicherheit, auch in der Bevölkerung, in aller Munde. Die Gefährdung dieser Sicherheit wird von vielen Ursachen beeinflusst, wie zum Beispiel dem Russland-Ukraine-Konflikt, der stetig wachsenden Weltbevölkerung, des politischen Einflusses so wie langanhaltender Dürren. In Italien sind die Auswirkungen einer langanhaltenden Trockenheit bereits jetzt in der Landwirtschaft spürbar. Auch in Deutschland ist die Wasserknappheit akut. In Thüringen gehen Betriebsleiter von 70-80% Ertragsverluste durch die Trockenheit aus. Trotz der geringen Niederschläge in unseren Strukturen wurden diese Jahr überdurchschnittliche Erträge im Getreide und Raps erzielt.

Unseres Erachtens nach, ist es nicht richtig auf solch fruchtbaren Böden, mit hohem Ertragspotenzial Naturschutz zu betreiben, während viele Menschen in Drittländern Hunger leiden müssen.

Aus den oben genannten Gründen möchten wir Sie höflichst bitten, den neu aufgestellten Regionalplan zu Überdenken.

AZ: Ö-M-2339	
1006201	
1011841_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte als Junglandwirt in 41849 Wassenberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung und der Bewirtschaftung von Dauergrünlandflächen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 45 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, sowohl im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? als auch im Gebiet ?Grundwasser und Gewässerschutz?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kreis: Heinsberg  Bewirtschafter : [ANONYMISIERT]  Eigentümer : [ANONYMISIERT] von 2ha, die restliche Fläche ist gepachtet  Lage Wassenberg  geplantes Gebiet : Blatt 01 Kreis Heinsberg Zeichnerische Darstellung = ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? als auch im Gebiet ?Grundwasser und Gewässerschutz?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen für mich als Junglandwirt erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bei intensivem Ackerbau betrifft, dann die Nutzung nicht mehr möglich wäre und die Flächen raus fallen auch als zusätzliche Pachtflächen raus fallen, steigende Pachtpreise eine weitere Folge. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb zu 100% existenzgefährdend. Eine Landwirtschaftliche Nutzung zur Sicherung der Regionalen und auch überregionalen Bevölkerung kann so nicht mehr gewährleistet werden. Es kann nicht sein, dass die Hungersnot wissentlich in Kauf genommen wird. Auch kann es nicht im Interesse des Landes NRW sein, dass mit der der Ausweisung dieser Flächen wie oben aufgelistet, alle kleinen Landwirte ihre Betriebe aufgeben müssen. Durch die daraus entstehenden Versorgungsengpässe in der Ernährung der Bevölkerung, nimmt die Bezirksregierung wissentlich ein Mehraufkommen an Importprodukten in Kauf und dies schadet ja wohl mehr der Umwelt, als das es helfen würde.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2340	
1006202	
1011842_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 52531 Übach-Palenberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 15 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 2,5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Übach-Palenberg geplantes Gebiet: BSLE, BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2341	
1006203	
1012186	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 2 Hektar meiner Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) / + Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Dazu gehören unter anderem folgende Flächen: Gemarkung Schmidtheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, Befahr,- und Beweidung eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Desweiteren ist mit einer erheblichen Ertrags und Wertminderung zu rechnen. Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2342	
1006204	
1011844_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wenn ich lese, dass in den letzten 25 Jahren in NRW die landwirtschaftlichen Flächen um 170 000 ha (Quelle: Landesbetrieb information und Technik NRW) abgenommen haben muss ich Folgendes ausführen. Der überwiegende Teil dieser Fläche wurde zu Siedlungs- und Verkehrsflächen. Deren Umfang hat sich um annähernd 130 000 ha vergrößert. Heute gibt es in NRW nur noch rund 1,5 Mio. ha landwirtschaftlich genutzte Fläche. Wir brauchen bei diesen rasanten Tempo keine 9 Generationen mehr, um die gesamte landwirtschaftliche Fläche zu verbrauchen. Ist das nachhaltig?</p> <p>Ich vermisste, dass bei diesem Regionalplan die Landwirtschaft, die schließlich die Ernährung der Bevölkerung sicherstellt, angemessen berücksichtigt wird. Alles scheint bei diesem Plan wichtiger als landwirtschaftliche Produktion, die die Bevölkerung ernährt. Dieser Regionalplan wird den Flächenverbrauch nicht reduzieren, sondern das wertvolle gut Boden weiterhin verschwenden.</p> <p>Darüber hinaus werden die Ausweitung der FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebiete die landwirtschaftliche Produktion erheblich einschnüren und somit die Erträge zunehmend verringern. Durch diesen Regionalplan wird die regionale Landwirtschaft reduziert (Flächen-,Arbeitsplätzeverlust) und nicht mehr so leistungsstark sein (Produktionsauflagen, FFHgebiete u.s.w.).</p> <p>Die Lebensmittel müssen dann in anderen Ländern produziert werden!</p> <p>Die Abhängigkeit von anderen Ländern kann sehr teuer werden, wie wir es im Moment bei der Energie (Gas, Öl) oder auch bei gestörten Lieferketten erleben müssen. Die Inflation ist dadurch so hoch wie lange nicht gekannt und nicht gut für unsere Volkswirtschaft. Aus Sicht des Berufsstandes und der Volkswirtschaft muß ich diesen Plan in dieser Form ablehnen. Bezugnehmend auf den oben dargestellten Sachverhalt bitte ich, die vorstehenden Aspekte im Rahmen der Planungsphasen zu berücksichtigen.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>



abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2343

1006208

1011853\_001

## Inhalt

als [ANONYMISIERT] GbR bewirtschaftet meine Familie einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in Swisttal-Miel mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. In Kürze werde ich unseren Betrieb übernehmen und möchte zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen: In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat unser Betrieb durch die Umsetzung des Swistauenprogramms im Bereich Miel-Morenhoven bereits empfindliche Verluste durch Ackerflächen von hoher Bodengüte, die aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen wurden, erfahren. Der Entwurf des Regionalplans Köln trifft unseren Betrieb erneut erheblich. 90% der Flächen unseres Ackerbaubetriebes liegen östlich der Autobahn A 61 im Bereich Miel, Morenhoven, Peppenhoven und Hohn und werden laut Plan zukünftig als Flächen, die Landschaftsschutzzwecken dienen, ausgewiesen. Ca. 20% davon sind zukünftig als Flächen ausgewiesen, die Naturschutzzwecken dienen. Unsere westlich der Autobahn A61 gelegenen Flächen im Bereich Miel-Ludendorf liegen im Überschwemmungsbereich. Aus meiner Sicht besteht die Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen zukünftigen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Neben dem Wertverlust unserer Ackerflächen, die wir in Teilen als Eigentümer bewirtschaften sind, sehe ich vor allem die Gefährdung der baulichen Erweiterung Hofstelle als großes Problem für die Entwicklung unseres Betriebs an. Folglich beantrage ich, die beschriebenen landwirtschaftlichen Produktionsflächen unseres Betriebes nicht mit einem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle politische Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen landwirtschaftlichen erzeugten Produkten geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW besonders weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Folglich fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten zu können und auch langfristig ein ausreichendes Einkommen aus der Bewirtschaftung

## Abwägung

### Typ

### Ausgleichsvorschlag

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und wurden einerseits auf Grundlage der Bemessung eines mindestens 100-jährlichen

der Ackerflächen generieren zu können.

Hochwasserereignisse festgelegt, andererseits die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. Für potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) erfolgt die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche um diese vor entgegenstehende Nutzungen (z.B. bauliche Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Aus Maßstabs- bzw. Generalisierungsgründen, wegen der fachplanerischen Neuermittlung von Überschwemmungsgebieten oder durch den Vollzug konstruktiver Hochwasserschutzmaßnahmen können die zeichnerisch festgelegten ÜB auch Flächen enthalten, die bei HQ100 nicht überflutet bzw. nicht mehr überflutet werden. Planungen und Maßnahmen in diesen Bereichen sind grundsätzlich zulässig, wenn der Vorhabenträger unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde nachweist, dass keine Beeinträchtigungen des Hochwasserschutzes zu erwarten sind (siehe hierzu Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz). Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß (G. 20), Waldbereichen gemäß (Z. 22) und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-2344	
1006209	
1011854_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich als Anwohner Stellung zum geplanten Industrie- und Gewerbegebiet in Gummersbach-Rospe und Gummersbach-Vor der Hardt beziehen.</p> <p>Obwohl die Eigentümer bereits vor vier Jahren glasklar einen aktuellen und zukünftigen Flächenverkauf abgelehnt haben, wurde der Plan weiterverfolgt, ohne mit den Eigentümern zu kommunizieren. Erst kurz vor Ablauf der Einspruchsfrist haben diese durch Zufall davon erfahren.</p> <p>Die Existenz der ansässigen Familien, die von der Landwirtschaft leben, hängt vom Besitz und der Bewirtschaftung ihres Landes ab. In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bereits stark zurückgegangen. Viele Menschen erwerben hier regionale, landwirtschaftliche Produkte. Über 5000 gesammelte Unterschriften verdeutlichen, dass sich viele Menschen entschieden gegen das Industriegebietaussprechen. Viele Menschen nutzen täglich den Wald, um dort zu spazieren und Sport zu treiben. Durch den Bau des Industriegebiets würde auch vielen Tieren der Lebensraum genommen</p> <p>Außerdem ist ein Großteil des Gebietes für Großindustrie ausgewiesen, sodass durch die Produktion an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr Lärmbelästigung entstehen würde.</p> <p>Ich möchte Sie also dringlich darum bitten, von Gummersbach-Rospe und Gummersbach-Vor der Hardt als möglichem Industrie- und Gewerbegebiet abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2345

1006210

1011855\_001

#### Inhalt

Im Bereich der Großen Dhünntalsperre der Schutzzone II liegen einige Flächen meines landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebes mit intensiver Grünlandnutzung. Betroffen sind Flächen in Odenthal, Große Heide, Eichholz und Bömberg, sowie Flächen in der Gemeinde Kürten, Rodenberg. Zusätzliche Flächen liegen in der Gemeinde Kürten an der Hofstelle meines Betriebes und in Kürten-Bechen, Heiderjansfeld, im Dorf und in Neuensaal.

Diese Flächen bilden die Futtergrundlage für die Milchviehhaltung des Betriebes. Zusätzliche Einschränkungen der Flächennutzung durch Belegung mit einem Schutzstatus ( Landschaftsschutz oder Naturschutz ) würde die Bewirtschaftung der Flächen erheblich erschweren und wären für meinen Betrieb existenzgefährdend. Aus diesem Grunde wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte meine Einwendungen bei der weiteren Planung zu berücksichtigen

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2346	
1006212	
1011857_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine landwirtschaftlichen Flächen befinden sich im Kreis Heinsberg, Gemeinde Waldfeucht, Gemarkung Haaren Lage Kitscher Heidchen, Am Strauch, Scharbroich und Auf dem Sandwege.</p> <p>Zu dem Entwurf der Planunterlagen, nehme ich als Eigentümer und Bewirtschafter wie folgt Stellung:</p> <p>Die landwirtschaftlichen Betriebsflächen (Acker, Weiden) stellen die Lebensgrundlage meines LW-Betriebs dar. Leider muss ich feststellen, dass die Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung vergrößert wurden und die Textliche Fassung besagt, dass die landwirtschaftliche Nutzung in diesem Bereich untergeordnet wurde. Um die Verordnungen und Vorschriften in Zukunft weiter einhalten zu können, bin ich auf die landwirtschaftlichen Flächen angewiesen. Aufgrund der neuen geplanten Pflanzenschutzverordnung der EU und um eine weitere Bewirtschaftung meines Betriebes zu gewährleisten, ist die Herausnahme meiner Flächen aus der Beschränkung zwingend erforderlich. Die Unterschutzstellung meiner Flächen führt zu wirtschaftlichen Einschränkungen und Existenzgefährdung meines LW-Betriebes.</p> <p>Eine Ersatzbeschaffung für die beabsichtigten unter Schutz gestellten Flächen ist nahezu unmöglich. Aufgrund der Planungen von Straßen, Industrie- u. Gewerbeflächen, Schutzgebieten und Ausweisung von sonstigen Vorrangflächen haben die Kaufpreise und Pachten bereits jetzt einen Höchststand erreicht.</p> <p>Darüber hinaus stellt die Ausweisung der Flächen als Überflutungsgebiet auf lange Sicht eine weitere erhebliche Beschränkung meines Betriebes dar. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darauf hinweisen, dass in der graphischen Darstellung die Ausweisung mehrere früherer Kleinabfall-Deponien fehlt.</p> <p>Durch den neu aufgestellten Plan habe ich als Eigentümer und Bewirtschafter folgende Nachteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wettbewerbsverzerrung, da Landwirte mit viel LW-Fläche in Schutzgebieten (BSLE, FFH, usw.) aufgrund von Kosten, geringeren Erträgen und schlechteren Qualitäten benachteiligt sind</li> <li>- Niedrige Verkaufs- und Pachtpreise für LW-Flächen innerhalb von Schutzgebieten.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers</p>

- Kleiner Beleihungswert der Flächen in Schutzgebieten

Zudem weise ich auf die Bestandssicherung bzw. Bestandsgarantie (Bestandsschutz) meines landwirtschaftlichen Betriebes hin; hierzu gehört auch die Nutzung der Flächen.

Die Verpachtung der LW-Flächen stellt neben der kleinen landwirtschaftlichen Rente eine weitere Altersversorgung dar.

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Maßgebliche Grundlage für die zeichnerische Festlegung der raumbedeutsamen und erforderlichen Deponiestandorte im Regionalplan ist der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag für den Regierungsbezirk Köln. Der vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) im Auftrag des Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW erstellte Fachbeitrag, benennt die regionalplanerisch zu sichernden Deponiestandorte.

Im Rahmen der Regionalplanung findet darüber hinaus keine selbständige, aktive Standortplanung bzw. Flächensicherung statt. Die Erforderlichkeit weiterer Deponiestandorte wird von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung im Einzelfall bzw. im Rahmen Aufstellung der Abfallwirtschaftspläne festgestellt. Erst daran anschließend kann ein raumbedeutsamer Deponiestandort im Regionalplan gesichert werden.



AZ: Ö-M-2347

1006214

1011858\_001

#### Inhalt

zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erkelenz einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 55 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1,5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Erkelenz-Lövenich, Linnich-Boslar  
geplantes Gebiet: BSLE, BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wir möchten hiermit die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen. Wir bewirtschaften in Bornheim-Hemmerich einen landwirtschaftlichen Betrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. Die genaue Lage des Betriebs entnehmen Sie bitte der Anlage 1.

In dem neuen Regionalplan (RP 21) liegen rund 155 ha unseres Betriebes im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und darüber hinaus ca. 5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

1) Der RP 21 weist den gesamten Villerücken zwischen Hemmerich und Metternich als Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) aus (s. Anlage 2).

Der betroffene Bereich ist durch intensive Landwirtschaft mit Beregnung gekennzeichnet. Auf den Flächen werden u.a. Rüben, Weizen, Gerste, Kartoffeln, Mais, Petersilienwurzeln, Rotkohl, Blumenkohl, Salat, Spinat und Möhren angebaut.

Im Hinblick auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM), die ein Verbot von PSM in Landschaftsschutzgebieten vorsieht, besteht bei uns die Sorge, dass die Ausweisung des Villerückens als BSLE die landwirtschaftliche Nutzung in Zukunft erheblich beeinträchtigen wird. Das wäre für unseren Betrieb existenzgefährdend!

Folglich beantragen wir, die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

2) Der RP 21 weist an einigen Stellen im Bereich zwischen Hemmerich und Metternich Ackerflächen als ?Gebiete zum Schutz der Natur? (GSN) aus.

Bei den hier ausgewiesenen Flächen handelt es sich um intensiv geführte Ackerflächen mit Beregnung. Schutzwürdige Landschaftselemente oder Biotope fehlen. Die Einstufung als GSN gefährdet die zukünftige Nutzung und stellt eine erhebliche Schwächung der Produktionsgrundlage des Betriebes dar.

Folglich beantragen wir, die Ackerflächen in diesen Bereichen nicht mit einem Schutzstatus zu belegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

In den vergangenen 15 Jahren haben wir erheblich in die Entwicklung des Betriebs investiert. Die Infrastruktur zur Beregnung, die den Anbau von hochspezialisierten Kulturen erlaubt, wurde deutlich ausgeweitet. Die Aufträge für die Investitionen gingen alle an Fachbetriebe aus der Region.

Der betroffene Bereich auf dem Villerücken wird zudem von Fußgängern, Radfahrern und Freizeitsportlern als Naherholungsgebiet genutzt. Durch nachhaltige Bewirtschaftung über Generationen ist hier eine schützenswerte landwirtschaftliche Kulturlandschaft entstanden.

Ein Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, welches eine Folge der Ausweisung des gesamten Villerückens als BSLE / GSN in Kombination mit der geplanten EU-Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln wäre, ist für unseren Betrieb ökonomisch nicht darstellbar und würde seine Existenz gefährden. Daher wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer landwirtschaftlichen Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-2349	
1006217	
1011861_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich erhebe Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes, da mein Ackerbaubetrieb erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung und die Entwicklung des Betriebes zu befürchten hat.</p> <p>Desweiteren kann es nicht sein das man mit dem Eigentum anderer, wo Generationen für hart gearbeitet haben mit einem solchen Plan entwertet und sich keine Gedanken um die Nahrungsmittelproduktion macht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2350	
1006218	
1012229	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplan Kölns möchten wir, [ANONYMISIERT], als Grundstückseigentümer und Bewirtschafter die Möglichkeit nutzen, zu den vorgestellten Planungen Stellung zu beziehen.</p> <p>Es ist unbedingt erforderlich, dass eine Planung über die künftige Nutzung der Flächen nur im Dialog mit den betroffenen Landwirten und Grundeigentümern stattfinden kann. Das heißt, dass sich auch unsere Bedürfnisse in den Planungen widerspiegeln müssen.</p> <p>Im Hinblick auf die Ausweisung von Naturschutzgebieten, insbesondere bei uns in Aachen-Orsbach und Umgebung, fordern wir daher auf die Umsetzung zu verzichten. An dieser Stelle möchten wir anmerken, dass unsere Ackerflächen in einem Umfang von 25ha von der Ausweisung von Naturschutzgebieten betroffen wären, auf welchen wir dann nur sehr eingeschränkt wirtschaften dürften. Dabei handelt es sich um Flächen in der Gemarkung Aachen-Laurensberg [ANONYMISIERT]. Eine vorschnelle Ausweisung von Naturschutzgebieten führt zwangsläufig zu einer verminderten Produktion von Nahrungs-/Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen, und folglich auch zu drastischen Einkommensverlusten unsererseits und einer Wertminderung unserer Grundstücke. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Versorgung mit Lebensmitteln zu bezahlbaren Preisen darf die regionale Erzeugung nicht reduziert werden.</p> <p>Zusammenfassen dürfen wir darum bitten, den vorgetragenen Bedenken Rechnung zu tragen und im weiteren Verlauf der Planung im Dialog mit uns Eigentümern/Bewirtschaftern eine Lösung zu erarbeiten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2351	
1006219	
1012166	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich mein Bedenken äußern zur Neuaufstellung des Regionalplanes NRW.</p> <p>Ich betreibe einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb im Kreis Euskirchen, Gemarkung Dahlem. Ich habe festgestellt, das ein Teil meiner eigenen Fläche, laut neuem Regionalplan, zum Schutz der Natur ( BSN) ausgewiesen werden soll. Da diese Fläche auch im Winter von einigen Jungtieren beweidet wird, sehe ich da ein großes Problem. Ich bin auf diese Fläche angewiesen, da betriebsnah keine Ausweichfläche zur Verfügung steht.</p> <p>Sollte diese Fläche doch zum Naturschutzgebiet erklärt werden, würde das die Existenz meines Nebenerwerbsbetriebes gefährden.</p> <p>Daher bitte ich Sie, bei dieser Fläche von der Ausweisung zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen.</p> <p>Flächenangaben: Gemarkung Dahlem [ANONYMISIERT]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b> <a href="#">Abb_ID1012166.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2352	
1006220	
1012167	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Aachen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 80 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2353

1006221

1011866\_001

## Inhalt

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Vettweiß-Ginnick einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 45 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 9 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Vettweiß-Ginnick: BSN/BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2354	
1006223	
1012249	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Langendorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 11 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2355	
1006224	
1012230	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich/wir bewirtschafte/n in Weilerswist einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 250 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2356	
1006225	
1011870_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplan darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen: Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulichen Nutzung einschließlich Ochsenmast und Pensionspferdehaltung in 5373 Hennef/Rott. Schwerpunkt des Betriebs sind die Ochsenmast und der Getreideanbau. All unsere Tiere werden über den Sommer auf der Wiese gehalten - der anfallende organische Wirtschaftsdünger des Winter wird im Gedanken der Kreislaufwirtschaft zur Düngung der Ackerflächen genutzt. Ein Großteil unserer Acker- und vor allem Weideflächen liegt in den geplanten Naturschutzgebieten SU-28 (direkt angrenzend zur Hofstelle [ANONYMISIERT], 53773 Hennef/Rott) und SU-30 (im Bereich des Rosental zwischen Hennef-Söven und Lanzenbach). Ich sehe mich in meiner Betriebsentwicklung massiv bedroht, besonders mit Blick auf meine in den Startlöchern stehende nachfolgende Generation und deren auch baulich in Planung befindlichen Erweiterungsplänen. Die Flächen werden wie beschrieben konventionell in guter fachlicher Praxis und mit dem Gedanken des integrierten Pflanzenschutz bewirtschaftet. Zur guten fachlichen Praxis gehören jedoch auch der Schutz der Pflanzen mit Pflanzenschutz im nötigen Umfang und die ausreichende Versorgung der Pflanzen mit mineralischem Stickstoff.</p> <p>Angesichts meines Vortrages fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Grünland- und Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile</p>

1011870\_002

#### Inhalt

Die textlichen Festlegungen des Regionalplan lassen Ungleichbehandlung von konventioneller und biologischer Landwirtschaft vermuten. Dies ist nicht hinzunehmen, da auch konventionell wirtschaftende Landwirte höchsten Qualitätsstandards unterliegen. Mit Blick auf die Welternährungslage sind sämtliche Maßnahmen, die einer konventionellen Landwirtschaft entgegenstehen, nicht hinzunehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Der Regionalplan trifft keine wertenden Aussagen zu Bewirtschaftungsarten oder Betriebssysteme der Landwirtschaft. Eine Ungleichbehandlung ist nicht intendiert. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Dem Hinweis wird gefolgt. Das Kap. 5.2.4 des Umweltberichtes wird für die 2. Offenlage geprüft und die Formulierungen angepasst.

AZ: Ö-M-2357	
1006226	
1012231	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Blankenheim [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen als auch grünlandbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 5 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0,5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen sind folgende Flächen davon betroffen:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2358	
1006227	
1012248	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als einer der wenigen noch bestehenden Milchviehbetrieben mit Ackerbau im Raum Zülrich, stehe ich der geplanten Neuaufstellung sehr kritisch gegenüber. Es ist zu befürchten das wir Flächen von über 50% verlieren und es dadurch zu erheblichen Einschränkungen für die Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Betriebes führt.</p> <p>Ich würde sogar sagen es handelt sich um Existenz bedrohende Maßnahmen.</p> <p>In Anbetracht, der momentanen weltweiten Situation ist umso wichtiger Flächen der Landwirte zur Produktion wichtiger Nahrungsmittel /Futtermittel zu erhalten.</p> <p>Unser Betrieb liegt in der Gemeinde Sinzenich /Stadt Zülrich/Kreis Euskirchen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2359	
1006229	
1012232	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit nehme ich Stellung zur ihrer Neuaufstellung des Regionalplanes. Nach einsehen ihrer Neuaufstellung des Regionalplanes, ist mein Betrieb, wenn dem Plan so stattgegeben wird, voll betroffen. Alle meine Flächen, die ich im Anhang aufgeführt habe, liegen nach dem neuen Plan in Gebieten zum Schutz der Natur oder zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung. Normalbewirtschaftete Flächen reduzieren sich für meinen Betrieb auf null.</p> <p>Alle meine Flächen sind unter Einhaltung der dann gültigen Auflagen nicht mehr gewinnfähig zu bewirtschaften. Die Bedeutung einer sinnvollen Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen ist dann nicht mehr gegeben und trägt infolgedessen nicht mehr zur Ernährung der Menschheit bei.</p> <p>Dies bedeutet, dass mein Einkommen drastisch abfallen wird. Der Betrieb wäre infolgedessen nicht mehr betriebsfähig und existenzfähig. Das heißt aber auch, dass meine Tochter, die ausgebildete und staatliche geprüfte Agrarbetriebswirtin ist und den Betrieb weiterführen wird, davon betroffen ist. Auch sie wäre nicht mehr existenzfähig und muss ihren Traumberuf aufgeben.</p> <p>Zum Schluss muss ich somit feststellen, dass die Neuaufstellung des Regionalplanes einer Enteignung gleichkommt. [ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2360	
1006230	
1011875_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung des Regionalplanes, Stellungnahme eines Betroffenen</p> <p>Zur Neuaufstellung des Regionalplanes möchte ich wie folgt Stellung nehmen:</p> <p>Ich bewirtschaftete in der Gemeinde Merzenich einen landwirtschaftlichen Betrieb und bin damit von einer Neuaufstellung des Regionalplanes betroffen.</p> <p>Nach Durchsicht des Regionalplanentwurfes liegt der größte Teil meiner Ackerflächen in den Bereichen, die neu als Gebiete zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen werden sollen. Sollte dies so umgesetzt werden, befürchte ich weitere Bewirtschaftungsauflagen, die erhebliche Auswirkung auf die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung haben werden.</p> <p>Im Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sollen in Landschaftsschutzgebieten, und davon gibt es schon einige in NRW, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt bzw. verboten werden. Diese Flächen würden sich durch die Ausweisung der Flächen aus dem Regionalplan noch verstärken.</p> <p>Die wirtschaftliche Nutzung meiner Flächen wäre durch die Umsetzung des Regionalplanes nicht mehr gegeben und für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Auch meinem Sohn als Hofnachfolger würde die nötige Perspektive zur Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes fehlen.</p> <p>Hinzu kommt ein durch die Einschränkung der Nutzbarkeit einhergehender Wertverlust meiner Ackerfläche, den ich nicht akzeptieren kann.</p> <p>Ich bin der Meinung, das die bereits unter Schutz stehenden Flächen zum Umwelt- und Naturschutz ausreichen und keine Ausweitung der Gebietskulissen notwendig ist. Viele meiner Berufskollegen und ich engagieren sich bereits im Vertragsnaturschutz der Biologischen Station Düren-Nideggen.</p> <p>Aus aktuellem Anlass gebe ich zu bedenken, dass wir in Deutschland den Selbstversorgungsgrad von hochwertigen Lebensmitteln nicht aus den Augen verlieren sollten. Gerade in der Köln-Aachener-Bucht ist die Bodenqualität sehr gut, so dass unter dem verantwortungsbewussten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hohe Erträge zu erzielen sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>



Ein weiteres Anliegen habe ich zu dem Entwurf des Regionalplanes ausgewiesenen Baugebiet Merzpark, das bis an die Verlängerung der Straße Weidkopf reicht. Dort steht an der Einmündung zur [ANONYMISIERT] meine landwirtschaftlich genutzte Halle, die ich auf Anraten des Umweltamtes Aachen seinerzeit dort errichtet habe und nicht, wie geplant, an meiner Hofstelle. Ausschlaggebend war eine temporäre Lärmbelästigung in Erntezeiten. Sollte das Baugebiet jetzt bis an meine Halle reichen, wäre dieses Problem wieder aktuell und würde ggf. eine weitere landwirtschaftliche Nutzung erschweren. Bei der Planung sollten deshalb entsprechende Abstandsflächen berücksichtigt werden.

Ich bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwände und sehe einer Antwort mit großem Interesse entgegen.

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2361	
1006231	
1012030	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Die [ANONYMISIERT] GbR bewirtschaftet in Elsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 140ha, alles Ackerland. Nach dem neuen Regionalplan liegen davon etwa 19 ha im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Rhein-Erft-Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1012031

#### Inhalt

Außerdem bewirtschaftet die [ANONYMISIERT] GbR nördlich der alten B55 bzw. jetzt der K 42 bis hin zur B 55N weitere Ackerflächen in einem Umfang von etwa 26ha. Geplant ist mit dem neuen Regionalplan, diese Flächen als sogenannte GIB-Flächen auszuweisen. Gegen diese Planung möchte ich mich ausdrücklich zur Wehr setzen und beantrage, die Flächen weiterhin als landwirtschaftliche Flächen im Regionalplan zu belassen.

Außerdem möchte ich noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, dass mit der neuen Regionalplanung keine Beschleunigung des Flächenfraßes für weitere Gewerbegebiete ausgelöst werden sollte, geht doch schon jeden Tag genug Fläche der Landwirtschaft für Bebauung (Wohnen, Industrie und Infrastruktur) verloren, ohne dass ausreichend Ersatzland zur Verfügung steht.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2362	
1006234	
1012247	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir haben festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Wir wenden uns hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da wir befürchten, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2363	
1006235	
1012192	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Markfruchtbetrieb mit Getreide, Raps und Zuckerrübenanbau, in der Gemeinde Eschweiler. Durch künftige großflächige Ausweisungen zum Schutz der Natur (BSN), befürchte ich erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung meines Betriebes und eine ungünstige zukünftige Entwicklung. Können beispielsweise durch die Neuausweisung von Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten nur weniger oder womöglich überhaupt keine Pflanzenschutzmittel und Düngemittel mehr appliziert werden, so wirkt sich dies wegen Mindererträge, existenzbedrohend auf meinen landwirtschaftlichen Betrieb aus. Deshalb bin ich explizit gegen eine Ausweisung neuer BSN-Gebiete in den von mir betroffenen Bereichen. (Blausteinsee etc..)</p> <p>Die Ausweisung neuer ASB Flächen sehe ich ebenfalls als kritisch an, da in der Regel keine adäquaten landwirtschaftlichen Ersatzflächen zur Verfügung stehen.</p> <p>Im Anhang befinden sich die betroffenen Flächen meines landwirtschaftlichen Betriebes. ( hellgrün markiert) [ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2364	
1006236	
1012191	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit lege ich Widerspruch gegen den Regionalplan ein. Unsere Ländereien befinden sich im Kreis EU, Gemeinde Hellenthal, Ortsteil Udenbreth. Aufgrund von Klima, Vegetation und Bodenbeschaffenheit zählt das Höhengebiet schon zu den benachteiligten Gebieten. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans wird unser Wirken nur noch mehr eingeschränkt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es ist nicht erkennbar gegen welche Festlegungen sich die Stellungnahme wendet. Eine unmittelbare Einschränkung vorhandener rechtmäßig betriebener Nutzungen wird durch den Regionalplan nicht ausgelöst.</p>

AZ: Ö-M-2365	
1006243	
1012007	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ? Entwurf 2021. Ich nehme wie folgt Stellung.</p> <p>Persönlich betroffen bin ich durch BSLE-Festsetzungen im Bereich des ?Forstbetrieb [anonymisiert] in 51570 Windeck-Dattenfeld, der in der Gemarkung Dattenfeld, überwiegend in der Flur 1 und in geringen Teilen in der Flur 37 gelegen ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan hat die Aufgabe unterschiedliche Anforderungen an den Raum abzustimmen und Vorsorge für Nutzungen und Funktionen zu treffen. Konkrete räumliche Festlegungen zur Waldbewirtschaftung sind Gegenstand von Planungen und Maßnahmen auf nachfolgenden Ebenen.</p>



1012008

#### Inhalt

Entsprechend der EINLEITUNG, 1.1 Ausgangslage, zu den Textlichen Festlegungen zum Entwurf formuliert der Regionalplan die raumordnerischen Leitvorstellungen für die nächsten mindestens zwei Jahrzehnte im Regierungsbezirk Köln. Angesichts der durch den Klimawandel ausgelösten massiven Schadensereignisse durch Orkane, ausbleibende Niederschläge mit nachfolgender verheerender Borkenkäferkalamität im Wald, drängt sich die Frage auf, ob der von Wald und Holz NRW im Jahr 2018 veröffentlichte, also in der Zeit vor 2018 erstellte Forstliche Fachbeitrag für die Fortschreibung des Regionalplanes der Bezirksregierung Köln ernsthaft als Planungsgrundlage herangezogen werden kann. Denn es ist davon auszugehen, dass diesem Fachbeitrag die bitteren Erfahrungen und Erkenntnisse des Klimawandels in den zurückliegenden 6-7 Jahren fehlen. Daher rege ich dringend an, den Forstlichen Fachbeitrag für die Fortschreibung des Regionalplanes der Bezirksregierung Köln auf aktuellen Erfahrungs- und Erkenntnisstand zu bringen, um ihn dann als ernstzunehmenden Fachbeitrag für die geplante Fortschreibung zu nutzen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Der forstliche Fachbeitrag berücksichtigt bereits explizit die Erkenntnisse des Klimawandels und daraus resultierende Effekte und Ereignisse. Die auf Basis des Fachbeitrags entwickelten zeichnerischen und textliche Festlegungen weisen eine Flexibilität auf, die es ermöglicht planerisch den sich verändernden Bedingungen gerecht zu werden.

1012009	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2021</p> <p>4.3 Schutz der Natur und Landschaft</p> <p>4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)</p> <p>G.30, S. 103 ? BSLE erhalten und entwickeln</p> <p>Hier wird formuliert, dass BSLE-Bereiche gemäß LPIG DVO als Vorbehaltsgebiete festgelegt sind und Planungen und Maßnahmen, die mit den aufgelisteten Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, vermieden werden sollen. Dabei hat (Z.21) die Fachplanung die BSLE ?unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutz- und Entwicklungsfähigkeit durch geeignete Maßnahmen zu sichern.?</p> <p>Hier ist darauf hinzuweisen, dass die für BSLE-Bereiche aufgelisteten Funktionen und Nutzungen keinesfalls Bewirtschaftungseinschränkungen enthalten oder künftig befürchten lassen dürfen, die Waldeigentümer (staatl., kommunal oder privat) in ihrer Bewirtschaftungs- bzw. Berufsfreiheit einschränken. Die textlichen Festlegungen des Regionalplans müssen in unzweideutiger Klarheit formulieren, dass die Waldbewirtschaftung uneingeschränkt die zukunftsgerichtete, klimaangepasste und nachhaltige Weiterentwicklung der Wälder unterstützt. Nur so ist der Wald in der Lage, heimisches Holz zu produzieren und anzubieten um Holztransporte aus fernen Ländern ? bei aller Befürwortung von Globalisierung in vernünftigen Sparten und vertretbarem Umfang ? zu vermeiden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan hat die Aufgabe unterschiedliche Anforderungen an den Raum abzustimmen und Vorsorge für Nutzungen und Funktionen zu treffen. Konkrete räumliche Festlegungen zur Waldbewirtschaftung sind Gegenstand von Planungen und Maßnahmen auf nachfolgenden Ebenen.</p>

1012010

**Inhalt**

4.5 Wald

4.5.1 Walderhalt und -vermehrung

G.35, S. 108 ? Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern

Auch wenn unser Forstbetrieb nicht unter die Rubrik ?waldarme Gebiete? fällt und bei uns nicht auf eine Waldvermehrung hinzuwirken ist, rege ich dringend an, zwingend das Erfordernis der Einwilligung des betroffenen Grundstückseigentümers zur Umwandlung von Nichtwald in Wald in den Grundsatz aufzunehmen.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Bei dem Grundsatz handelt es sich um ein der Abwägung zugängliche Vorgabe der Raumordnung. Die liegenschaftliche Situation ist davon unabhängig im Einzelfall zu klären.

1012011

**Inhalt**

4.5.2 Waldfunktionen und -nutzungen  
G.38, S. 110 ? Waldfunktionen sichern

In der Erläuterung 1 wird die Funktion der Holzproduktion für Industrie und Handwerk als rein wirtschaftliche Komponente verstanden. Die Bewirtschaftung des Waldes zur Holzproduktion und damit Holznutzung in unendlich vielen Bereichen ? besonders auch als Alternative zu anderen umweltschädlichen Materialien mit schlechter CO2 Bilanz und als Ersatz für fossile Brennstoffe ? also als ernstzunehmender Beitrag zu nachhaltigem Umweltschutz, ausgeblendet. Hier muss nachjustiert werden!

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es handelt sich hier um einen Grundsatz der Raumordnung zur Sicherung von Waldfunktionen. Die vorgeschlagenen Ergänzungen sind zur Umsetzung des Grundsatzes nicht erforderlich.

**Inhalt**

G.39, S. 111 ? Erholung im Wald verträglich ermöglichen

Es ist sehr zu begrüßen, dass Möglichkeiten der Besucherlenkung und der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollen, um eine naturverträgliche Erholung weiterhin zu ermöglichen. Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren zeigen eine stete Zunahme von Erholungsaktivitäten im Wald (besonders in Zeiten von Corona), mit den damit automatisch verbundenen Konflikten mit den Waldfunktionen und teilweise massiven Belastungen der Natur. Daher sind ? örtliche und zeitliche ? Lenkungsmaßnahmen ? insbesondere auch ? für die intensiveren Erholungsaktivitäten wie Mountain-Biking, Geocaching (in der Nacht!), Klettern u.ä., unter Einbeziehung der ortskundigen Grundstückseigentümer dringend erforderlich. Das vielerorts zu beobachtende naturstörende und auch teilweise leider auch zerstörende Verhalten von Naturnutzern sollte künftig auch als Ordnungswidrigkeit zum Schutz unserer Natur (Boden, Bäume, Pflanzen, Tiere) geahndet werden können.

Negativ-Beispiel Touristenattraktion ?Pulvermühle Elisenthal?, in 51570 Windeck-Dattenfeld

Als interessantes Beispiel für die Notwendigkeit der Besucherlenkung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Waldtourismus, führe ich die Touristenattraktion ?Pulvermühle Elisenthal? in Windeck an. Hier hatte das Land NRW einen Forstbetrieb aus Privathand mit Mitteln aus dem Naturschutzhaushalt (!) erworben. Das Terrain schließt das ehemalige Produktionsgelände mit zahlreichen Gebäuderesten der ?Pulvermühle Elisenthal?, im Norden von Windeck-Dattenfeld, mit ein. Nach dem Kauf ließ man sich viel Zeit, um schließlich im Jahr 2017 die VO ?Naturschutzgebiet Elisenthal und angrenzende Wälder? zu erlassen. Vor VO-Erlass verpachtete das Land NRW (Forstamt Rhein-Sieg-Erft als Untere Forstbehörde) das Gelände der ehemaligen Pulvermühle an die Gemeinde Windeck, damit diese das enge Talgebiet des Trimbach zur Touristenattraktion ?Pulvermühle Elisenthal? ausbauen konnte. Das Gelände mit zahlreichen meterdicken Gebäudeteilen, Mauern und mehreren Teichen versehen, lag seit dem Ende des 1. Weltkriegs Ende 1918 brach. Die Natur hatte sich nach und nach Wege, Böschungen, Teichanlagen, Bachlauf-Brücken, Gebäudereste etc. zurückgeholt. Das enge, immer feuchte Tal hatte sich im Laufe von über 80 Jahren ? in Privathand ? wieder zu einem artenreichen Waldgebiet mit alten, dicken Erlen, Eschen und Buchen zurückentwickelt, ein Eldorado, das nur noch selten von Menschen betreten wurde. Zu den im Tal lebenden zahlreichen seltenen Vogel- und Amphibienarten hatte sich insbesondere Schwarzwild und auch Rotwild als Leitart für wandernde Tierarten fest etabliert.

Im Zuge des Umbaus zur Touristenattraktion wurden im Elisenthal Metall-Treppen,

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Stellungnahme enthält keine Anregungen oder Bedenken zu Festlegungen des Planentwurfs sondern allgemeine Hinweise zur örtlichen Umsetzung.

Treppen- und Wegegeländer, ein Wanderweg mit Brücken neu angelegt, große Mengen der alten, gesunden und CO2-bindenden Bäume gefällt und abgefahren, historische Teiche vom Wasserzufluss getrennt, damit sie verlanden. Alljährlich werden Mäharbeiten in dem Tal durchgeführt, Sträucher und junge Bäume zurückgeschnitten bzw. ganz entfernt, wobei auf den offensichtlichen Artenreichtum ? trotz Naturschutzgebiet und sogar Wildnisgebiet ? keine Rücksicht genommen wird. Die über Presse, Rundfunk und das Internet beworbene Touristenattraktion hat, ausweislich der Kfz-Kennzeichen der besuchenden Pkw, Touristenflüsse insbesondere aus den NRW-Ballungsgebieten zur Folge.

Beobachtet wurden mutige Familienväter, die mit Videokamera am Stirnband auf die hohen, brüchigen Mauerruinen klettern, während die Mütter und Kinder den Mut von Partner und Papi bestaunen. Die Videos tauchten anschließend im Internet auf. Vielfach führen Touristen nicht angeleinte, also freilaufende und hochbeinige Hunde mit sich, deren Kot mitnichten in Tüten eingesammelt wird. Immer wieder werden Hunde beobachtet bzw. ihr lautes Gebell beim Wild-Hetzen in den angrenzenden Jagdrevieren, Staatsforst und ?Forstbetrieb Elisenthal?, vernommen. Täglich 2 bis 3 x werden die zeitweise bis zu 15 (fünfzehn) Hunde einer nahegelegenen Hunde-Auffangstation in das Elisenthal zum ?Gassi gehen? ausgeführt. Auf diese Weise wird mehrfach täglich das wenige noch verbliebene Wild beunruhigt und Hundekot in großen Mengen hinterlassen.

Es wundert nicht, dass die hochempfindliche Wildart Rotwild, auch das Rehwild und vermutlich auch weitere Arten, wie Wildkatze und Eisvogel, in der Umgebung weitgehend verschwunden sind. Es hat den Anschein, dass die zuständigen Behörden die Augen vor den massiven negativen Auswirkungen auf Wild, Vögel, Amphibien, Fledermäuse, den vor Ort zweifellos schützenswerten Wald und die empfindliche Pflanzenwelt verschließen, um dem Tourismus im Naturschutz- und Wildnisgebiet Elisenthal den absoluten Vorrang zu gewähren.

Das geschilderte Negativ-Beispiel zeigt, dass die Forderung nach Besucherlenkung und das Ahnden von Ordnungswidrigkeiten im Erholungswald nicht länger nur ein Lippenbekenntnis bleiben darf.

**Inhalt**

## 4.5.3 Waldbewirtschaftung

G.42, S. 112 ? Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen

Dass bewirtschafteter Wald von sich aus klimafreundlich ist, bedarf nicht der besonderen Betonung.

Vielmehr würde es mehr Sinn machen, auf eine künftig klimastabile Waldbewirtschaftung hinzuwirken.

Der Hinweis in Erläuterung 1 auf eine Verlängerung von Umtriebszeiten um ?möglichst viel Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) dauerhaft [zu] binden?, verkennt, dass insbesondere Wälder mittleren Alters in der Lage sind, CO<sub>2</sub> zu binden. Darüber hinaus sind Waldeigentümer seit langer Zeit bemüht, den Alt- und Totholzanteile aus Gründen des Artenschutzes zu erhöhen, obwohl Alt- und Totholz nicht mehr in der Lage ist, zusätzliches CO<sub>2</sub> zu binden. Auch besteht Konsens, große Kahlschläge nach Möglichkeit zu vermeiden, wobei die Borkenkäfer-Kalamität Staats-, Kommunal- und Privatforst gelehrt hat, dass unerwartete Situationen, hehre Ziele von heute auf morgen wegfegen können.

G.43, S. 112-113 ? Bewirtschaftungsbedingungen in den Wäldern verbessern

Die Bildung von freiwilligen Zusammenschlüssen von Waldbesitzern zur Überwindung von Bewirtschaftungshindernissen aufgrund von Realernte ist zu begrüßen, wobei die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses Bedingung sein muss.

Von großer Bedeutung ist der Erhalt und die Pflege des forstlichen Wegenetzes und auch sein weiterer Ausbau bei ?unzureichender Walderschließung? (Erläuterung 1), denn sehr richtig formuliert Erläuterung 2: ?Der Wegebau im Wald soll der Erschließung des Waldes, der langfristigen Bewirtschaftung und der Sicherung der Rohstoffproduktion dienen?.

Insbesondere in Steilhanglagen in den rechtsrheinischen Wäldern des Reg.Bez. Köln ist Waldwegebau zwingend erforderlich, um eine Bewirtschaftung überhaupt möglich zu machen. Darüber hinaus kommt dem Waldwegebau zur Gefahrenabwehr, hier zunehmende Waldbrandgefahr bei der großen Anzahl von Holzkahlschlägen sowie kostenintensiven Neuaufforstungsflächen, eine große Bedeutung zu.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Sie enthält keine konkreten Anregungen oder Bedenken zu Festlegungen des Planentwurfs.

AZ: Ö-M-2366	
1006245	
1012246	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Folgen Flächen sind teilweise oder ganz davon betroffen:</p> <p>Gemarkung Höfen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Jegliche Einschränkungen dieser Flächen werden unserem Landwirtschaftlichen Betrieb erheblichen Kosten verursachen.</p> <p>Da bei der heutigen Wetterlage, der Ertrag der Flächen sehr dünn ist, und somit eine Sicherstellung des Grundfutters unser Tier nicht mehr gegeben ist.</p> <p>Sind jegliche Einschränkungen dieser Flächen unakzeptabel.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-2367	
1006246	
1012034	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 7 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kerpen-Horrem: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2368	
1006247	
1011899_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Übach-Palenberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 15 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Übach-Palenberg; Geilenkirchen geplantes Gebiet: BSLE, BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2369	
1006248	
1012190	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bin Eigentümerin von Grünlandflächen im Raum Udenbreth, der Gemeinde Hellenthal und habe feststellen müssen, dass mein Flächen zukünftig entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereichs für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Durch die Beschränkungen in der Nutzung der Fläche, befürchte ich, dass der Wert meiner Flächen verringert wird und ich finanzielle Einbußen haben werde. Außerdem möchte ich selber Einfluss auf die Nutzung meines Eigentums haben.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) und zum Schutz der Natur (BSN) aus. Ich bitte Sie, meine Flächen aus der Kulissee zu entfernen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2370	
1006249	
1012189	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lehne ich die Öffentliche Auslegung und Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab.</p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] in Hellenthal einen landwirtschaftlichen Betrieb mit dem Schwerpunkt Viehzucht, Grünland und Forst. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:</p> <p>In dem mir vorliegenden Kartenmaterial habe ich festgestellt, dass der Großteil meiner landwirtschaftlichen Nutzflächen (98%) von den Maßnahmen zum Schutz der Natur (DSN) und dem Schutz der Landschaft und landschaftlichen Erholung (BSLE) betroffen ist. Dadurch sehe ich eine große Benachteiligung in der Entwicklung und Fortführung meines Betriebes. Die betriebene Land- und Forstwirtschaft sowie naturschützende Maßnahmen entsprechen meiner Ansicht nach ausreichenden Standards. So sind die im aktuellen Regionalplan für den Naturschutz ausgewiesenen Flächen anhand der ökologischen Standards erhalten und die weitere Bewirtschaftung entspricht den ausgewiesenen ökologischen Normen. Somit wird dafür Sorge getragen, dass das ökologische System sowie die vorherrschende Artenvielfalt nachhaltig erhalten bleibt, sodass eine Erweiterung nicht notwendig erscheint.</p> <p>Aus den oben genannten Gründen lehne ich somit eine Vergrößerung und Ausweitung der Flächen ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2371	
1006250	
1012035	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Gymnich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 190 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 56 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Nideggen-Muldenau einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 7 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Nideggen-Muldenau: BSN  
Gemarkung Nideggen-Embken: BSN  
Gemarkung Nideggen-Wollersheim: BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Nideggen-Muldenau einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven Forst- und Grünland-Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Nideggen-Muldenau: BSN  
Gemarkung Nideggen-Embken: BSN  
Gemarkung Nideggen-Berg-Thuir: BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.





AZ: Ö-M-2374

1006253

1011906\_001

## Inhalt

Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in 52388 einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 48 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Nörvenich-Eschweiler über Feld: BSLE

Gemarkung Nörvenich-Frauwüllesheim: BSLE

Gemarkung Merzenich-Golzheim: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-2375	
1006254	
1011907	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hier schicke ich Ihnen unsere Stellungnahme zum aktuellen Regionalplan zu.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [ANONYMISIERT]</p> <p>[ANHANG]</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir bewirtschaften in Köln-Auweiler und Bergheim-Büsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. In dem neuen Regionalplan sind viele unserer bewirtschafteten Flächen betroffen. In Köln-Auweiler sind Flächen (ca. 10 ha) für Bauland ausgewiesen und in Bergheim-Büsdorf sind mehrere Flächen betroffen, sollte die neue Umgehungsstraße L93 um Fliesteden und Büsdorf gebaut werden.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ABBILDUNG]</p> <p>Da wir im Regionalplan mit einigen Flächen betroffen sind, wäre dies für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN</p>

meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

(Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2376	
1006255	
1012188	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2377	
1006256	
1012187	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Aachen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünland-Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 7,25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 7,25 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2378	
1006257	
1012036	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Gymnich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 90 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Die Flächen teilen sich auf die Ortsteile Gymnich, Blessem, Dirmerzheim, Herrig, Liblar, Kierdorf und Köttingen auf.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2379	
1006258	
1012042	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen-Buir einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 40 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 19, Nr. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 1, Nr. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 4, Nr. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 29, Nr. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 7, Nr. [ANONYMISIERT]: BSLE  Gemarkung Kerpen-Buir, Flur 11, Nr. [ANONYMISIERT]: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.	
---	--

AZ: Ö-M-2380

1006259

1011913\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Wir sind [ANONYMISIERT], wir sind 6, 6 und 11 Jahre alt.

Papa hat uns erzählt, dass in Köln geplant wird, wie welche Flächen in Zukunft genutzt werden sollen.

Wir alle 3 waren total schockiert: Auf unserer Kuhweide und auf unserer Rinderweide und auch noch auf der Mähwiese sollen Häuser und Fabriken gebaut werden. Wir lieben unseren Bauernhof und wir wollen alle schon immer Landwirt werden. Bitte nehmen Sie uns diese Chance, diesen Wunsch nicht weg. Wir wollen hier weiter machen!

Kinder dürfen sich doch auch an öffentlichen Stellungnahmen beteiligen, also möchten wir drei Sie bitten alles zu tun um unseren Bauernhof zu schützen und hier eben keine Bebauung hinzumalen/ zuzulassen, das ist landwirtschaftliche Nutzfläche zur Lebensmittelproduktion!

Hier noch zwei Karten, was wir meinen:

[ABBILDUNGEN] [ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bergheim-Rheidt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 35,6 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Pulheim: BSLE  
Bergheim: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Unser Familienbetrieb mit 83 ha AF und 3 ha GF wird bereits seit Generationen in eigener Hand geführt und mein Sohn [ANONYMISIERT] möchte den Betrieb weiterführen. Er studiert aktuell Agrarwissenschaften an der Universität Wageningen, braucht aber für die aktive Weiterführung des Hofes Rahmenbedingungen, die einen produktiven Pflanzenbau ermöglichen. Daher beobachte ich mit Sorge, die geplante weitreichende Neuausweisung von Schutzgebieten und Grünzügen, die diesem Vorhaben durch zukünftig mögliche Einschränkungen von Düngung und vor allem Pflanzenschutz entgegen stehen.

Auch Landwirte brauchen ein Einkommen als auch arbeitswirtschaftliche und menschenwürdige Produktionsverfahren, die Ernten auf dem Acker ermöglichen. Pflanzenbau ohne Pflanzenschutz und eingeschränkter Düngung funktioniert nicht, denn Deutschland verfügt nicht über die Vielzahl der notwendigen Landarbeiter, um die Kulturführung (Unkrautregulierung/ - beseitigung) zu erledigen. Zudem ist eine sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittelproduktion zur Ernährung unserer Gesellschaft gewünscht, die aber der Neuausweisung von Schutzgebieten mit Bewirtschaftungseinschränkungen entgegen steht. Geschweige denn das Deutschland als Lebensmittelexporteur auch den Hunger in anderen Gebieten dieser Welt stillt bzw. lindert.

Zudem greift der geplante Regionalplan in die Eigentumswerte ein. Die Werte der sich im Familienbesitz befinden Flächen aber auch die der zugepachteten Flächen sind in Gefahr, denn eine Einschränkung oder gar Unmöglichkeit einer landwirtschaftlichen Nutzung greift in das Eigentumsrecht ein. Die meisten Flächen der landwirtschaftlichen Betriebe sind übrigens zugepachtet, so dass viele private Bürger und Rentner (Alt Landwirte) betroffen sein werden, deren Pachtzahlungen als Beitrag zum Lebensunterhalt sich mindern werden bzw. ganz ausfallen. Ich kann gerne die Unterschriften aller meiner in der Liste aufgeführten Eigentümer nachreichen, denn ich bin mir sehr sicher, dass auch sie kein Interesse an Wertverluste haben.

Ich bin mir sicher, dass in Ihrer Behörde eine Vielzahl von weiteren Widerspruchsründen eingehen, auf deren Auflistung ich in dieser ersten Stellungnahme verzichte, damit mein Widerspruch lesbar bleibt. Ich bediene mich in Ergänzung einer Musterstellungnahme, die ich unterschrieben und angehängt habe. Zudem ist die Parzellenliste meines eigenen Betriebes sowie die Eigentumsflächen meiner Frau [ANONYMISIERT], die wir in wenigen Jahren geplant haben anzutreten, in

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

dieser Mail als Dokument dabei. Darüber hinaus zum besseren und schnelleren Überblick finden Sie zwei Kartenauszüge aus dem geplanten Regionalplan Köln, die unsere familiäre Betroffenheit aufzeigt, aber auch die der privaten Eigentümer.

Ich wünsche mir abschließend eine menschenwürdige und wirtschaftliche Zukunft für die Landwirtschaft sowie ausreichende und gute als auch bezahlbare Lebensmittel für die Bürger unseres Landes. Vom reinen Natur- und Landschaftsschutz wird man nicht satt und kann man auch nicht Leben. Bitte führen Sie den Regionalplan zurück.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-M-2383	
1006265	
1011916_001	
<b>Inhalt</b> <p>Wir sind mit dem Regionalplan nicht einverstanden, da er unser Pachtflächen massiv bedroht und den Wert der Flächen massiv mindert. Zudem wird eine Bewirtschaftung nach ?guter fachlicher Praxis? für unseren Pächter nicht mehr möglich. Des weitem ist die Bewirtschaftung nicht mehr wirtschaftlich.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-M-2384	
1002660	
1012245	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In meinem Einspruch vom [ANONYMISIERT] hatte ich geschrieben, das die Siedlungsraumerweiterung Gemarkung Lommersum [ANONYMISIERT] gelegen an der L181 kritisch zu sehen ist wegen meiner landw. Halle. Und um einen angemessenen Abstand gebeten.</p> <p>Heute habe ich von der Landwirtschaftskammer erfahren, das ein angemessener Abstand 300m wäre. Dies fordere ich nicht! Da ich meinen Hauptbetriebssitz an einer anderen Stelle habe, und die Halle nur gelegentlich genutzt wird.</p> <p>Es reicht wenn zu meiner Halle ein geringer Abstand gehalten wird !</p> <p>Desweiteren möchte ich die Parzellen ( incl. der Pachtflächen) meines Betriebes die zum "Schutz der Natur eingezeichnet" sind weiter darlegen:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Diese Flächen in der Erftaue zählen zu den fruchtbarsten Böden hier in der ganzen Region, und dort sollte man in Zukunft ( erst recht wo jetzt schon Nahrungsmittel knapper und teurer werden) eine landw. Nutzung nicht einschränken ! Die Ertragssicherheit ist dort, auch in sehr trockenen Jahren wesentlich höher als auf den anderen Flächen außerhalb der Erftaue.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2385	
1006269	
1012176	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns Herr [ANONYMISIERT], 53894 Mechernich [ANONYMISIERT], mit seiner Interessenswahrnehmung beauftragt hat.</p> <p>Namens und mit beiliegender Vollmacht unseres oben genannten Mandanten geben wir hiermit nachfolgende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab und erheben folgende Einwendungen:</p> <p>Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des vorliegenden Kartenmaterials nicht konkret erkennbar ist, welche Parzellen unseres Mandanten im Einzelnen von der Neuaufstellung des Regionalplanes betroffen sein werden.</p> <p>Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und bewirtschaftet einen Familienbetrieb mit seiner Ehefrau und zwei Kindern von der oben genannten Hofstelle aus.</p> <p>Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Regionalplanes Köln von 2021.</p> <p>Unser Mandant bewirtschaftet gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern Grünland, Ackerbau und betreibt Rindviehhaltung.</p> <p>Die Betriebsfläche beträgt 36ha Grünland, 114 Ackerbau und 2ha Wald.</p> <p>Der Arbeitskräfteeinsatz besteht aus dem Betriebsleiter, seiner Ehefrau und einem Altenteil und zwei Aushilfskräften.</p> <p>Im Betrieb wird angebaut: 26 ha Wintergerste, 61 ha Winterweizen, 28 ha Winterraps, 5 ha Zuckerrüben und 1 ha Honigbrache.</p> <p>Die Viehhaltung teilt sich auf in 18 Milchkühe, 25 Mutterkühe, 60 Kälber zur Aufzucht und 100 Mastbullen.</p> <p>Der Betrieb unseres Mandanten wird zukunftsorientiert geführt und strebt nach Expansion, da die beiden Kinder großes Interesse an der Weiterführung der Landwirtschaft haben. Der landwirtschaftliche Betrieb unseres Mandanten soll seinen Kindern die Möglichkeit geben, einen Beruf auszuüben, der nach einer umfangreichen Ausbildung eine Zukunft und Perspektive bietet, um mit Spaß und Freude für die tägliche Ernährung der Mitmenschen Sorge zu tragen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Bereits vor diesem Hintergrund dürfen die aufgeführten Flächen nicht in diesem Umfang als Naturschutzflächen ausgewiesen werden.

Unser Mandant bewirtschaftet Grünlandflächen in der Gemarkung Vussem-Bergheim (Flur [ANONYMISIERT]) und in der Gemarkung Bad Münstereifel [ANONYMISIERT].

Die Gesamtfläche dieses Grünland beträgt rund 8,5ha.

Weiter werden bewirtschaftet in der Gemarkung Vussem-Bergheim, Flur [ANONYMISIERT] und in der Gemarkung Hostel, Flur [ANONYMISIERT].

Die komplette Betriebsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet.

Bereits vor diesem Hintergrund kann unsere Mandantschaft nicht auf eine ausreichende Düngung und entsprechenden Pflanzenschutz verzichten, da er sonst nicht auf den genannten Flächen relativ hochwertige Lebensmittel produzieren könnte. Durch die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ist die Existenz seines Betriebes erheblich beeinträchtigt, wenn nicht gar gefährdet.

Er muss zudem mit erheblichen Wertminderungen und ggf. Unverkäuflichkeit der Flächen rechnen. Der Wert seiner Betriebsflächen wird erheblich sinken!

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung seines Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist),
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelungen zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die Existenz seines Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG.

Auf die hierzu reichhaltig ergangene Literatur und Judikatur wird hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsflächen.

[ANONYMISIERT]

--	--

AZ: Ö-M-2386	
1006271	
1012047	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen den zeichnerischen Teil der Planungsunterlage (Blatt 4, Rhein-Erft-Kreis) ein.</p> <p>Genauer betrifft es die Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? zwischen Bergheim Ahe und L122.</p> <p>Begründung folgt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2387	
1006503	
1012168_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>wir sind Testamentsvollstreckerin in der Nachlasssache Dr. [ANONYMISIERT]. Da der Nachlass noch nicht auseinandergesetzt ist, verwalten wir folgende Ländereien für die Erbengemeinschaft im Bezirk Brachelen mit einer Gesamtfläche von 501.289 qm :</p> <p>Amtsgericht Erkelenz Grundbuch von Brachelen Blatt 155 Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>Lage: nördlich von Brachelen geplantes Gebiet: BSN</p> <p>Diese finden Sie unter der zeichnerischen Festlegung für den Kreis Heinsberg. Zur besseren Bestimmung haben wir diese in dem angefügten Ausschnitt grob gelb eingefärbt. Hiernach soll das Gebiet als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>Die Flächen sind bisher allesamt verpachtet und werden überwiegend als Acker- und Grünland genutzt.</p> <p>Da wir die Auswirkungen des neuen Regionalplans für unsere Ackerflächen nicht einschätzen können aber von einer erheblichen Einschränkung der Nutzung ausgehen, erheben wir im Sinne der Erben Einspruch gegen die Änderungen.</p> <p>Wir sehen die Existenz unserer Pächter, die seit Jahrzehnten diese Flächen bestellen, durch die Neuausweisung der Fläche als Naturschutzgebiet gefährdet. Sollte es zukünftig Einschränkungen in der Nutzung durch unsere Pächter geben, befürchten wir eine Abwanderung der Pächter in andere Gebiete und somit erhebliche wirtschaftliche Einbußen.</p> <p>Wir bitten daher, die Ausweisung des Gebietes als Naturschutzgebiet zu überdenken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2388	
1006504	
1012170_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich im Namen meiner Mutter gegen die im Regionalplanentwurf geplante Ausweitung der Ziele des Naturschutzgebiets auf ihren Flächen Widerspruch einlegen.</p> <p>Meine Mutter heißt [ANONYMISIERT] und wohnt in der [ANONYMISIERT]. Sie ist die Eigentümerin folgender betroffener Flächen: Gemarkung Boslar, Flur 4, Flurstück [ANONYMISIERT]. (siehe Anlage [ANONYMISIERT]). Entlang dieser Flächen ?fließt? der Malefinkbach, an dem die benachbarten Flächen von ihren Zielen her zum Naturschutzgebiet erweitert werden sollen.</p> <p>Die Ausweitung der Auflagen zum Naturschutzgebiet würden für unseren Pächter bzw. unsere zukünftigen Pächter eine nicht unerhebliche Einschränkung in der Bewirtschaftung bedeuten.</p> <p>Daher bitte ich dringend darum, die diesbezüglichen Planungen kritisch zu überdenken und von den aktuell geplanten Ausweitungen der Ziele zum Naturschutzgebiet Abstand zu nehmen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-2389

1005462

1012174\_001

#### Inhalt

Wir melden Bedenken an gegenüber der markierten Fläche in Leverkusen Opladen, nördlich der Straße Am Hang, gemäß Regionalplan Köln - Blatt 05 [s. Anhang Abb. StnID 1012174\_001]:

Die markierte Fläche wird aktuell als landwirtschaftliche Nutzfläche des örtlichen Landwirtes genutzt. Hier wird ganzjährig Grünfutter und Mais für Milchvieh, in 2022 allerdings auch Weizen, angebaut. Die Nutzung als landwirtschaftliche Nutzfläche ohne Bebauung ist zwingend beizubehalten.

Zum einen handelt es sich bei der genannten Fläche um fruchtbare Parabraunerde aus Löss. Vor dem Hintergrund weltweiter Bodendegradation und somit des Verlustes an fruchtbarem Boden einhergehend mit einer Verschärfung der Welternährungssituation u.a. durch zunehmende Schocks und Krisen (wie Covid-19, Ukraine-Krieg, Auswirkungen des Klimawandels) ist es unerlässlich, fruchtbare Böden für den Anbau von Lebens- und Futtermitteln zu erhalten. Die Versiegelung von fruchtbaren Ackerböden durch eine Umwandlung in Siedlungsfläche ist in Anbetracht der weltweiten Ernährungssituation, aber auch vor dem Hintergrund der landwirtschaftlichen Versorgungslage in Deutschland in Zeiten des Klimawandels unverantwortlich.

Zum anderen trägt die unbebaute Ackerfläche zur Frischluftversorgung von Leverkusen bei, da hier ein Anteil der nächtlichen Frischluft für Opladen entsteht. Hinter unserem Haus in der Dechant-Krey-Straße ist es in den Morgenstunden im Durchschnitt 5°C kälter als in anderen Stadtteilen in Leverkusen. Dies ist durch jahrzehntelange persönliche Temperatúraufzeichnungen belegbar und wird bei Bedarf gerne zur Verfügung gestellt. Die Frischluftversorgung für Opladen über die Frischluftschneise nördlich von der Straße Am Hang ist enorm wichtig und langfristig aufrechtzuerhalten und ein notwendiges Instrument, um der Erhitzung von bebauten Innenstädten im Rahmen des Klimawandels entgegenzuwirken. Unter anderem hat die durchaus sinnvolle Bebauung der Bahnstadt in Opladen als Schließung einer großen Baulücke dazu geführt, dass die Bahnstadt selbst, aber auch angrenzende Gebiete mit erhöhten Temperaturen in den Sommermonaten konfrontiert sind. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels und den zu erwartenden Hitzeperioden im Sommer ist die Offenhaltung der genannten Frischluftschneise unerlässlich. Neben dem Erhalt der Wohnqualität für die Opladener Bürgerinnen und Bürger bietet sich hierdurch der Stadt Leverkusen die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zu klimagerechtem Leben in der Stadt gemäß der aktuellen NRW-Klimaschutzpolitik zu leisten sowie eine praktische

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Anpassung an den Klimawandel zur Erreichung der Klimaschutzziele 2050 der Bundesregierung zu leisten.

Aus den genannten Gründen melden wir Bedenken gegenüber der geplanten Baufläche in Leverkusen Opladen, nördlich der Straße Am Hang, an und fordern, die Planungen im Regionalplan Köln, Blatt 05, entsprechend zurückzunehmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1012174\\_001\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-2390	
1006507	
1012194_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten Wir die Gelegenheit nutzen, um zu den vorgestellten Planungen wie folgt Stellung zu nehmen:</p> <p>Wir bewirtschaften im Gemeindegebiet Vettweiß einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb im Vollerwerb. Unser Betrieb ist im Wesentlichen geprägt durch eine intensive ackerbauliche Nutzung unserer Flächen, wobei der Schwerpunkt hierbei in der Erzeugung von hochwertigen Sonderkulturen, etwa Kartoffeln, liegt.</p> <p>Ausweislich des neuen Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl unserer Flächen, die wir in den Gemarkungen Sievernich, Müddersheim, Rövenich, Bessenich, Erp und Enzem bewirtschaften, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung neu ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass diese Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung unserer Betriebsflächen haben.</p> <p>In diesem Zusammenhang möchten wir Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Schließlich haben wir in jüngster Vergangenheit nicht unerhebliche Investitionen in die Beregnungsfähigkeit unserer Flächen getätigt, um trotz des anstehenden Klimawandels die dauerhafte Ertragsfähigkeit unserer Flächen zu erhalten. Denn insbesondere beim Anbau von Sonderkulturen gelten besondere Qualitätsanforderungen, deren Erreichung für eine wirtschaftliche Verwertung der Ernteprodukte unerlässlich sind. Somit würden selbst geringe Einschränkungen in Form von neuen Bewirtschaftungsauflagen für uns erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen haben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb unter Umständen sogar existenzgefährdend.

Ganz angesehen davon gehe wir davon aus, dass mit einer Einschränkung der Nutzbarkeit unserer Flächen zugleich ein maßgeblicher Wertverlust einhergeht, den wir ebenfalls nicht zu akzeptieren bereit sind.

Wir sind der Auffassung, dass mit den bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse lehnen wir daher entschieden ab.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-2391	
1006512	
1012241	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns die Vorgenannten: [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT]</p> <p>mit ihrer Interessenswahrnehmung beauftragt haben.</p> <p>Namens und mit beiliegender Vollmacht unserer oben genannten Mandanten geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab und erheben die nachfolgenden Einwendungen:</p> <p>Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des vorliegenden Kartenmaterials in keiner Weise konkret erkennbar ist, welche Parzellen unserer Mandantinnen im Einzelnen von der Neuaufstellung des Regionalplanes betroffen sein werden.</p> <p>Insofern teilen wir rein vorsorglich, namens und in Vollmacht unserer Mandantinnen folgendes mit:</p> <p>Unsere Mandantinnen sind Eigentümer eines landwirtschaftlichen Betriebes in [ANONYMISIERT]</p> <p>Die dazu gehörenden Flächen stehen im Eigentum unserer Mandantinnen und sind seit Jahren verpachtet.</p> <p>Es handelt sich um folgende Eigentümer und Flächen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Eigentümer [ANONYMISIERT]</li> <li>2. Eigentümer [ANONYMISIERT]</li> </ol> <p>Es ist davon auszugehen, dass die zuvor genannten Parzellen von der oben genannten Planung erfasst und entsprechend tangiert werden.</p> <p>Eine Weiterführung des bestehenden Betriebes und auch die Existenzsicherung dieses Betriebes, auch wenn aktuell in der Verpachtung stehend, ist nur gewährleistet, wenn die bisher durchgeführte Betriebsführung und die Nutzung der Flächen weiterhin uneingeschränkt möglich ist.</p> <p>Dies ist aber vorliegend deutlich erkennbar nicht mehr der Fall.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Festlegung ?BSLE/BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.</p>

Zudem muss unsere Mandantschaft damit rechnen, dass der Wert der Eigentumsflächen durch die naturschutzrechtlichen Auflagen erheblich sinken wird.

Sie müssen mit einer Wertminderung, ggf. sogar der Unverkäuflichkeit rechnen.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandaten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unserer Mandantinnen aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art.14 GG.

Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird ausdrücklich hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsflächen.

Wenn die oben genannten Grundstücke Landschaftsschutzgebiet werden, dann ist die Erhaltung und die Unterhaltung des Hofes und der Gebäude nicht mehr tragbar. Erneuerbare Energien und der Verkauf von Bauland fallen ebenfalls weg.

Wir ersuchen um Stellungnahme.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPiG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

1012244

## Inhalt

Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns Herr [ANONYMISIERT], mit seiner Interessenswahrnehmung beauftragt hat.

Namens und mit beiliegender Vollmacht unseres obens genannten Mandanten geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuauflistung des Regionalplanes Köln ab.

Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des vorliegenden Kartenmaterials nicht konkret erkennbar ist, welche Parzellen unseres Mandanten im Einzelnen von der Neuauflistung des Regionalplanes betroffen sein werden.

Unser Mandant ist Eigentümer der Hof- und Gebäudeflächen Gemarkung [ANONYMISIERT].

Er hat verschiedene Flächen in der Gemarkung ([ANONYMISIERT]) an Herrn [ANONYMISIERT], verpachtet.

Weiter hat er [ANONYMISIERT], verpachtet. Die verpachteten landwirtschaftlichen Flächen werden als Weide- bzw. Ackerland intensiv genutzt.

Die Pachteinahmen dienen unserem Mandanten zur Sicherung des Lebensunterhaltes.

Durch die Neuausweisung von Naturschutzflächen muss unser Mandant damit rechnen, dass durch die dadurch erfolgten Auflagen für Pächter der Wert der Pachtflächen massiv sinken wird, wenn nicht gar die Pachtflächen an den Verpächter zurückgegeben werden.

Damit würde unser Mandant erhebliche, seinen Lebensunterhalt sichernde Pachteinahmen dauerhaft verlieren.

Der Wert der verpachteten Eigentumsflächen wird dauerhaft und nachhaltig sinken.

Unser Mandant muss damit rechnen, dass seine Eigentumsflächen unverkäuflich werden könnten.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die verpachteten Eigentumsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen. Unser Mandant ist auf Pachteinahmen zur Sicherung seines Lebensunterhaltes dringend angewiesen.

Zudem wäre alles andere ein Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. GG. Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsflächen.

AZ: Ö-M-2392	
1006511	
1012243	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns Herr [ANONYMISIERT], mit seiner Interessenswahrnehmung beauftragt hat.</p> <p>Namens und mit beiliegender Vollmacht unseres obens genannten Mandanten geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab und erheben folgende Einwendungen:</p> <p>Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des zur Verfügung stehenden Kartenmaterials nicht erkennbar ist, welche Parzellen unseres Mandanten im Einzelnen konkret betroffen sein werden.</p> <p>Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und ist unter der oben genannten Adresse seit [ANONYMISIERT] vollausgesiedelt.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Der Betrieb unseres Mandanten liegt mitten in dem Entwurf des Regionalplanes Köln von 2021 in der Gemarkung Zülpich.</p> <p>Auf seinen landwirtschaftlichen Flächen baut er insbesondere Mais, Weizen, Triticale, Erbsen und Zuckerrüben an.</p> <p>Im Rahmen seiner Viehzucht ist er gerade auch auf diese Flächen zur Ausbringung der anfallenden Gülle/Mist seiner Mastrinder dringend angewiesen.</p> <p>Aufgrund der zur Verfügung stehenden Planunterlagen ist zu befürchten, dass der landwirtschaftliche Betrieb durch die Ausweisung von Flächen zum Schutz der Natur in seiner Wirtschaftlichkeit massiv eingeschränkt wird - bis hin zur Existenzgefährdung!</p> <p>Unser Mandant muss damit rechnen, dass eine wirtschaftliche Betriebsführung aufgrund entsprechender, z.B. naturschutzrechtlicher Auflagen, Dünge- und Spritzvorgaben, bzw. Düngeverbote und Spritzverbote, nicht mehr sichergestellt ist und er früher oder später seinen Betrieb aufgeben muss. Er sieht sich in seiner Existenz gefährdet!</p> <p>Zudem muss er mit einem erheblichen Wertverlust seiner Flächen rechnen!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen. Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG.

Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird ausdrücklich hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf den Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsflächen.

AZ: Ö-M-2394	
1006513	
1012239	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns Herr [ANONYMISIERT], mit seiner Interessenswahrnehmung beauftragt hat.</p> <p>Namens und mit beiliegender Vollmacht unseres obens genannten Mandanten geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab und erheben folgende Einwendungen:</p> <p>Vorab ist festzuhalten, dass aufgrund des zur Verfügung stehenden Kartenmaterials nicht erkennbar ist, welche Parzellen unseres Mandanten konkret betroffen sein werden.</p> <p>Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und betreibt von der oben genannten Hofstelle aus seinen landwirtschaftlichen Betrieb.</p> <p>Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Plangebietes des Regionalplan Köln von 2021.</p> <p>Schwerpunkt seines Betriebes sind die Milchproduktion und Ackerbau. [ANONYMISIERT]</p> <p>Dies bedeutet, dass rund 97% der Eigentumsflächen, die existenziell für den Betrieb als Futter- und Weideflächen benötigt werden, mit Auflagen erheblich belastet werden und in ihrem Wert nachhaltig gemindert würden. Lediglich 37,1295 ha der in der Bewirtschaftung befindlichen Flächen sind demzufolge nicht mit Umweltauflagen belastet!</p> <p>Die genannten Zahlen machen deutlich, dass durch die Neuausweisung des Regionalplanes die Hofstelle unseres Mandanten direkt, sowie alle angrenzenden Flächen um den Hof erheblich beeinträchtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Gemarkung [ANONYMISIERT].</p> <p>Alle gegenwärtigen und künftigen betrieblichen Erweiterungen würden erschwert, bzw. unmöglich gemacht werden. Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass durch den Weiterbau der Autobahn der A1 weitere erhebliche Beeinträchtigungen hinzu kommen werden, wie Flächenverluste durch die Autobahntrasse und die Schaffung von Ausgleichsflächen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Momentan werden 11,6835 ha von der Autobahn GmbH des Bundes gepachtet, die bei einem Weiterbau ebenfalls entfallen würden.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz des Betriebes unsers Mandanten sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG. Auf die dazu ergangene reichhaltige Literatur und Judikatur hierzu hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsfläche.

1012240	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass durch den Weiterbau der Autobahn der A1 weitere erhebliche Beeinträchtigungen hinzu kommen werden, wie Flächenverluste durch die Autobahntrasse und die Schaffung von Ausgleichsflächen.</p> <p>Momentan werden 11,6835 ha von der Autobahn GmbH des Bundes gepachtet, die bei einem Weiterbau ebenfalls entfallen würden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden keine Bedenken oder Anregungen zu den Festlegungen des Planentwurfs vorgebracht.</p>

AZ: Ö-M-2395	
1006515	
1012238	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der Karte habe ich festgestellt, dass rd. 10 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie weitere rd. 8 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen sind.</p> <p>Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungseinschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem - zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Die betriebseigenen Wirtschaftsdünger können dann nicht mehr auf diesen Flächen ausgebracht werden. Es kommt dann zu einem Überschuss, da die aktuelle Düngeverordnung mir nicht erlaubt mehr Wirtschaftsdünger auf den anderen Flächen auszubringen.</p> <p>Soweit die Hofffläche selbst in der BSN-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass die zukünftige Entwicklung des Betriebes hierdurch unmöglich wird, da sodann strengere und für einen viehhaltenden Betrieb kaum einzuhaltende Abstands- und Immissionswerte zu beachten sind. Die Hofffläche ist daher unbedingt aus der BSN-Kulisse zu entfernen.</p> <p>Weiterhin ersehe ich anhand der Karten, dass etwa 48 Hektar meiner Eigentumsfläche, davon 18 Hektar Ackerland, sowie weitere 34 Hektar meiner Zupachtflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen oder bereits als solche ausgewiesen sind.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden, da bei Ackerflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich ist und bei Grünlandflächen ein erheblicher und kaum zu leistender Pflegeaufwand entstehen würde.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher von einer Überplanung der Flächen und des Hofes mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung abzusehen und die Landwirtschaft in der Region nicht zu vernichten.

AZ: Ö-M-2396	
1006516	
1012237	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns Herr [ANONYMISIERT], mit seiner Interessenswahrnehmung beauftragt hat.</p> <p>Namens und mit beiliegender Vollmacht unseres obens genannten Mandanten geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuauufstellung des Regionalplanes Köln ab.</p> <p>Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des vorliegenden Kartenmaterials nicht konkret erkennbar ist, welche Parzellen unseres Mandanten im Einzelnen von der Neuauufstellung des Regionalplanes betroffen sein werden.</p> <p>Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und betreibt von der oben genannten Hofstelle aus seinen landwirtschaftlichen Betrieb. Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Regionalplanes Köln von 2021.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Durch die Neuauufstellung des Regionalplanes Köln ist die Existenz des Betriebes unseres Mandanten erheblich beeinträchtigt, wenn nicht gar gefährdet.</p> <p>Zudem muss sich unser Mandant vergegenwärtigen, dass durch die Ausweisung von Naturschutzflächen der Wert seiner Betriebsflächen erheblich sinken wird. Er muss mit einer erheblichen Wertminderung und ggf. Unverkäuflichkeit der Flächen rechnen.</p> <p>Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes</li> <li>• Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)</li> <li>• Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,</li> <li>• Abstandsregelung zu BSN-Flächen,</li> <li>• Pflanzenschutzmaßnahmen,</li> <li>• zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,</li> <li>• Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Zudem muss er damit rechnen, dass er durch Auflagen in der Düngung und bei Pflanzenschutzmaßnahmen in der Bewirtschaftung seiner Flächen nachteilig betroffen sein wird und er Einkommensbußen rechnen muss.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG. Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsfläche!

AZ: Ö-M-2397	
1006574	
1012236	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit an, dass uns Herr [ANONYMISIERT], mit seiner Interessenswahrnehmung beauftragt hat.</p> <p>Namens und mit beiliegender Vollmacht unseres obens genannten Mandanten geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuauflstellung des Regionalplanes Köln ab und erheben die nachfolgenden Einwendungen.</p> <p>Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des vorliegenden Kartenmaterials nicht konkret erkennbar ist, welche Parzellen unseres Mandanten im Einzelnen von der Neuauflstellung des Regionalplanes betroffen sein werden.</p> <p>Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und betreibt einen landwirtschaftlichen Mischbetrieb (Milch-/Mastviehhaltung, Acker- und Grünlandbewirtschaftung) von der Hofstelle in Mechernich [ANONYMISIERT] aus.</p> <p>Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Regionalplanes Köln von 2021.</p> <p>Unser Mandant bewirtschaftet landwirtschaftliche Nutzflächen mit einem Gesamtumfang von [ANONYMISIERT]</p> <p>Unser Mandant bewirtschaftet mit seiner Ehefrau und der Tochter als Auszubildende gemeinsam mit den Eltern des Mandanten des landwirtschaftlichen Betrieb. Der Betrieb wird seit 9 Generationen als Familienbetrieb geführt.</p> <p>Im Betrieb wohnen unser Mandant mit seiner Ehefrau und seinen drei Kindern, sowie den Eltern unseres Mandanten.</p> <p>Der Betrieb erstreckt sich auf die Gemarkungen Harzheim, Holzheim, Nöthen, Weyer, Pesch, Eiserfey, Frohngau, Strauch und Simmerath.</p> <p>Die Eigentumsflächen befinden sich in all den vorgenannten Gemarkungen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Viehwirtschaft hält unser Mandant ca. 50 Milchkühe, 75 Jungrinder, ca. 50 Mastbullen und ca. 50 Kälber.</p> <p>Der Betrieb mit seinen Flächen liegt komplett in dem neu vorgesehenen Naturschutzgebiet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Eine Weiterführung des Betriebes für die nächste Generation ist daher zukunftsichernd und gewinnbringend nicht mehr möglich.

Zur Weiterführung des seit langem bestehenden Betriebs und zur Existenzsicherung der neuen 10. Generation ist nur gewährleistet, wenn die bisher durchgeführte Betriebsführung weiterhin uneingeschränkt möglich ist. Aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen muss unser Mandant damit rechnen, dass er durch Auflagen in der Düngung und im Pflanzenschutz in der Bewirtschaftung seiner landwirtschaftlichen Flächen erheblich beeinträchtigt wird.

Zudem muss er damit rechnen, dass der Wert seiner Eigentumsflächen durch die naturschutzrechtlichen Auflagen erheblich sinken wird.

Er muss mit einer Wertminderung und ggf. sogar der Unverkäuflichkeit dieser Flächen rechnen.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG. Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsflächen.



AZ: Ö-M-2398	
1006576	
1012234	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir zeigen Ihnen hiermit unter der Vorlage einer auf uns lautenden Vollmacht an, dass uns die Eheleute [ANONYMISIERT], mit ihrer Interessenswahrnehmung beauftragt haben.</p> <p>Namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft geben wir hiermit die nachfolgende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ab und erheben die nachfolgenden Einwendungen:</p> <p>Vorab ist festzustellen, dass aufgrund des vorliegenden Kartenmaterials in keiner Weise konkret erkennbar ist, welche Parzellen unserer Mandantschaft im Einzelnen von der Neuaufstellung des Regionalplanes betroffen sein werden, bzw. betroffen sind.</p> <p>Unsere Mandanten sind Eigentümer der zuvor genannten Parzelle, dazu gehört ein landwirtschaftlicher Betrieb, sowie landwirtschaftliche Nutzflächen. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind verpachtet.</p> <p>Dazu nun Folgendes:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>In der Anlage übermitteln wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landpachtvertrag [ANONYMISIERT]</li> <li>• Nutzungsvertrag [ANONYMISIERT]</li> </ul> <p>Auf den Inhalt derselben nehmen wir ausdrücklich Bezug.</p> <p>Auf das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb ist unsere Mandantschaft dringend angewiesen. Ungeachtet dessen besteht die Möglichkeit, dass der Betrieb nochmal aktiviert wird durch eigene Betriebsaufnahme, bzw. durch die Kinder unserer Mandantschaft.</p> <p>Eine Weiterführung des seit langem bestehenden Betriebes ist nur gewährleistet, wenn die bisher durchgeführten betrieblichen Komponenten weiterhin uneingeschränkt nutzbar sind. Aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen muss unsere Mandantschaft damit rechnen, dass durch Auflagen in der Düngung und im Pflanzenschutz die Bewirtschaftung erheblich beeinträchtigt wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Zudem muss damit gerechnet werden, dass der Wert der Eigentumsflächen durch die naturschutzrechtlichen Auflagen erheblich sinken wird.

Sie müssen mit einer Wertminderung und ggf. sogar der Unverkäuflichkeit dieser Flächen rechnen, aber auch, wie bereits angeführt, der Nichtwiederaufnahme eines landwirtschaftlichen Betriebes durch sie oder ihre Rechtsnachfolger.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist)
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG.

Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5% der Eigentumsflächen.

AZ: Ö-M-2399	
1006508	
1012206_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass uns die Erbgemeinschaft [ANONYMISIERT] mit der Abgabe einer Stellungnahme hinsichtlich der von Ihnen beabsichtigten Neuaufstellung des Regionalplans für die Gemeinde Hürtgenwald beauftragt hat.</p> <p>Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung versichern wir.</p> <p>Die von uns vertretene Erbgemeinschaft ist Eigentümerin des landwirtschaftlichen Betriebes [ANONYMISIERT]. Sie betreibt auf dort einen Reitstall mit Pensionspferdehaltung.</p> <p>Zum Gut gehören etwa 13ha Weideflächen. Diese werden zur Futtergewinnung (Heu) genutzt, sowie als Weideflächen für die eingestellten Pferde.</p> <p>In der beabsichtigten Neuaufstellung des Regionalplans ist erkennbar, dass der Betrieb unserer Mandantin durch großflächige Ausweisungen von Flächen zum Schutz der Natur betroffen sein wird.</p> <p>Hier sind erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung dieser Flächen und damit die Entwicklung des Betriebes unserer Mandantin zu befürchten.</p> <p>Die von unserer Mandantin bewirtschafteten Flächen werden allein als Grünland genutzt, und nicht umgebrochen. Insoweit steht die Bewirtschaftung als Weide dem Naturschutz gerade nicht entgegen. So werden die Weiden unserer Mandantin auch von Rehen und anderen Wildtieren frequentiert. Eine Umwidmung dieser Flächen ist insoweit gar nicht erforderlich.</p> <p>Der Betrieb unserer Mandantin verfügt für seine Größe über gerade noch ausreichende Weideflächen. Diese sind zur Heugewinnung und zur Weide der Pferde unerlässlich. Insbesondere ist es unerlässlich, zur Heugewinnung möglichst zwei Schnitte durchzuführen. Der zweite Schnitt war in diesem Jahr bereits wegen der Dürre nicht möglich. Aufgrund der klimatischen Veränderungen ist zu befürchten, dass die Konstellation, die nur einen frühen Schnitt erlaubt, häufiger werden wird. Wenn nun auch nur für Teile der bewirtschafteten Flächen eine Spätschnittauflage erteilt würde, würde dies den Betrieb bereits erheblich gefährden. Der Betrieb könnte wirtschaftlich nicht existieren, wenn er nicht in dem jetzt vorhandenen Umfang Heu selbst produzieren könnte, und weitere Futtermittel hinzukaufen müsste.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Zudem ist es unerlässlich, dass sich die Weideflächen unmittelbar am Hof befinden, damit die Pferde morgens auf die Weide gebracht und im Laufe des Tages wieder zurück in den Stall geholt werden können. Es ist praktisch nicht umsetzbar, die Pferde hierbei weitere Strecken zu transportieren. Zudem erwarten die Kunden unserer Mandantin, dass ihre mitunter wertvollen Pferde auf eine Weide in Stallnähe gestellt werden, damit diese entsprechend beaufsichtigt sind.

Aus diesen Gründen ist es für unsere Mandantin unerlässlich, dass die Neuaufstellung des Regionalplans nicht dazu führt, dass aufgrund von Ausweisungen von Naturschutzgebieten die Nutzbarkeit der Grünlandflächen unserer Mandantin beeinträchtigt wird. Jegliche Einschränkungen in der Nutzbarkeit würden die Existenzfähigkeit des Betriebs beeinträchtigen und letztlich auch die Arbeitsplätze der dort angestellten Mitarbeiter gefährden.

Wir dürfen daher darum bitten, die begründeten Belange unserer Mandantin bei der geplanten Neuaufstellung des Plans entsprechend zu berücksichtigen, und davon abzusehen, deren Weideflächen als Flächen zum Schutze der Natur auszuweisen.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in 53773 Hennef einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung und Viehhaltung.

Schwerpunkt des Betriebes bildet der Ackerbau sowie die Grünfuttergewinnung und die Tierhaltung.

Betroffen bin ich in soweit da viele Gebiete zu Landschaftsschutzzwecken umgewandelt werden sollen und zum anderen liegen Flächen im Baubereich.

Meine agrarstrukturellen Bedenken ergänzen sich wie folgt:

- Abhängigkeit der BRD in anderen Wirtschaftszweigen, im Bereich Lebensmittelversorgung müssen wir unsere Selbstversorgung sichern
- Flächenkulisse, die Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, ausweist
  - Nicht ersichtlich, warum an genau dieser Stelle Landschaftsschutzgebiet geplant. Effizienter und landwirtschaftsverträglicher ist Erreichen eine Schutzziele mittels Vertragsschutz
  - Hinweis auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission, der eine Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht
  - Mit Blick auf Welternährungslage sind sämtliche Maßnahmen, die einer konventionellen Landwirtschaft entgegenstehen, nicht hinzunehmen.
- Flächenkulisse, die Gebiet zum Schutz der Natur ausweist
  - Nicht ersichtlich, warum an genau dieser Stelle Naturschutzgebiet geplant
  - Konventionelle Landwirtschaft nicht möglich
  - Entwicklungsmöglichkeit des Betriebes, auch mit Blick auf mögliche bauliche Erweiterung nicht möglich -> Konflikt, den insbesondere die junge Generation trifft
- Heranrückende Wohnbebauung
  - Naturgemäße Unverträglichkeit von ziviler Bevölkerung und Landwirten. Konflikte zeigen sich bereits jetzt auf den Feldwegen (Spaziergänger, die nicht auf Seite gehen oder die Hinterlassenschaften ihres Hundes

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

liegen lassen)/Lärm- sowie Staubimmissionen bei Ernte (an Sonn- und Feiertagen/im Bereich Viehhaltung zeigen sich erfahrungsgemäß Konflikte wegen Lärm- und Geruchsbelästigung/in Zusammenhang mit Gewächshäusern zeigen sich gelegentlich Konflikte durch Lichtimmissionen

- Auch die heranrückende Wohnbebauung führt möglicherweise zu Beschränkungen der (baulichen) Entwicklungsmöglichkeit
- Verkehrsmäßige Situation muss eine weitere Nutzung der Straßen mit landwirtschaftlichem Gerät zulassen. Bereits jetzt sei darauf hingewiesen, dass Straßen die künstlich durch Verkehrsinseln oder ähnliche Anlagen verengt werden, nicht hinzunehmen sind.
- Die textlichen Festlegungen lassen Ungleichbehandlung von konventioneller und biologischer Landwirtschaft vermuten. Dies ist nicht hinzunehmen, da auch konventionell wirtschaftende Landwirte höchsten Qualitätsstandards unterliegen

Angesichts meines Vortrages fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen sowie Grünlandflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen.

AZ: Ö-M-2401	
1005434	
1012208_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Hintergrund und Betroffenheit:</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Swisttal-Heimerzheim einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung von 56ha. und einer Schafhaltung mit 140 Mutterschafen. Von den Flächen, die ich bewirtschafte, liegen rund: 18 ha im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" (BSLE), 8 ha im Gebiet "GIB für zweckgebundene Nutzung (GIBregional), 14 ha im Naturschutzgebiet, 5,6 ha Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) des neuen Regionalplans. Insgesamt ist meine Betroffenheit so groß, dass ich meinen Betrieb bei unveränderter Planung in seiner Existenz sehr gefährdet sehe. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird bzw. nicht mehr möglich ist, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p><b>Freiraum</b></p> <p>Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Gemeinde Swisttal eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" (BSLE) vor. Damit wird das Regel-Ausnahme Prinzip von Schutzgebietsausweisungen so weit umgekehrt, dass nun die "Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche" und damit die Landwirtschaft - für die es bis heute kein eigenes Planzeichen gibt - von der Regel zur Ausnahme werden. Damit erkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt. Die so entstandenen, nun als schützenswert betrachteten Bereiche, und damit die positive Leistung der Landwirtschaft, darf nicht planerisch falsch zugeordnet und vereinnahmt werden! Gerade vor diesem Hintergrund</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

<p>ist die neue Formulierung zu Bereichen "Schutz der Natur" (BSN), nämlich das "Planungen und Maßnahmen, die die Funktion der BSN beeinträchtigen, sind ausgeschlossen" (Siehe Entwurf, Seite 99, Zeile 19) weder gerechtfertigt noch verhältnismäßig und sollte daher wieder durch die Formulierung im aktuellen Regionalplan ersetzt werden. Diese lautet "Bei der Umsetzung der Ziele für BSN in der Fachplanung muss diese den konkreten lokalen Bedingungen - insbesondere gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Betrieben - Rechnung tragen" (Siehe Regionalplan Seite 47, Ziel 3).</p>	
--	--



**Inhalt****Bereich Swisttal - Ortsrand Heimerzheim Richtung Süden**

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche -> BSLE. In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, 2. Auflage / stand 2009 (im Folgenden "Aktueller RP") sind die Freiraumbereiche am Ortsrand Heimerzheim Richtung Süden und weiter westlich der BAB 61 als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche" beschrieben (siehe Abb. 1). Der Bereich ist gekennzeichnet durch intensiven Ackerbau, eine Schrebergartenkolonie sowie eine hohe Frequenz an Spaziergängern. Es fehlen gänzlich ökologisch wertvolle oder ästhetisch ansprechende Landschaftselemente. Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden "Entwurf RP '21") ist der Freiraumbereich südlich der Ortschaft Heimerzheim und weiter westlich der BAB 61 mit der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" gekennzeichnet, ohne dass dort im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des aktuellen RP im Jahr 2009 eine wesentliche Veränderung der Landnutzung oder ein ökologische Aufwertung vollzogen worden wäre. Vielmehr stand und steht der intensive Ackerbau auf den vorherrschenden ertragreichen Böden im Zentrum der Freiraumnutzung. Durch das Fehlen entsprechend aktuellen Erhebungen des LANUV entbehrt diese großflächige Ausweisung als BSLE einer geeigneten Grundlage. Da die verschiedenen übrigen Belange, so insbesondere die der vorherrschenden intensiven und ertragreichen Landwirtschaft, nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung zudem fehlerhaft. Die zu erwartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschaftsschutzgebiet (LSG) bedeuten zudem eine unverhältnismäßige Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung bei fehlender fachlicher Notwendigkeit. Die bisherige Freiraumfunktion "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche" ist für den genannten Bereich in dem Entwurf des Regionalplans beizubehalten, da sie der tatsächlichen Sachlage entspricht. Es gibt keine zwingenden Gründe für eine Änderung der Freiraumfunktion und eine spezielle Sicherung für den Landschaftsschutz (siehe Abb. 2 Punkt 3). Der Betrieb ist mit rund 16ha Ackerfläche betroffen.

**Bereich Swisttal - Ortsteil Heimerzheim Richtung Süden**

ABBILDUNG 1

ABBILDUNG 2

**Bereich Swisttal - Umgebung von Gut Vershoven**

Allgemein Freiraum- und Agrarbereiche -> BSLE In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, 2. Auflage / stand

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

2009 (im Folgenden "Aktueller RP") sind die Freiraumbereiche in der Umgebung von gut Vershoven als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche" beschrieben (siehe Abb. 3). Der Bereich ist gekennzeichnet durch intensiven Ackerbau sowie eine Nutzung durch Spaziergängern. Es fehlen weitgehend ökologisch wertvolle oder ästhetisch ansprechende Landschaftselemente. Im Entwurf zur Neuauflistung des Regionalplanes Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden "Entwurf RP '21") ist der Freiraumbereich in der Umgebung von gut Vershoven mit der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" gekennzeichnet, ohne dass dort im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des aktuellen RP im Jahr 2009 eine wesentliche Veränderung der Landnutzung oder ein ökologische Aufwertung vollzogen worden wäre. Vielmehr stand und steht der intensive Ackerbau auf den vorherrschenden ertragreichen Böden im Zentrum der Freiraumnutzung. Durch das Fehlen entsprechend aktuellen Erhebungen des LANUV entbehrt diese großflächige Ausweisung als BSLE einer geeigneten Grundlage. Da die verschiedenen übrigen Belange, so insbesondere die der vorherrschenden intensiven und ertragreichen Landwirtschaft, nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung zudem fehlerhaft. Die zu erwartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschaftsschutzgebiet (LSG) bedeuten zudem eine unverhältnismäßige Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung bei fehlender fachlicher Notwendigkeit. Die bisherige Freiraumfunktion "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche" ist für den genannten Bereich in dem Entwurf des Regionalplans beizubehalten, da sie der tatsächlichen Sachlage entspricht. Es gibt keine zwingenden Gründe für eine Änderung der Freiraumfunktion und eine spezielle Sicherung für den Landschaftsschutz (siehe Abb. 4 Punkt 6 und 7). Der Betrieb ist mit rund 2.1ha Ackerflächen betroffen.

ABBILDUNG 3

ABBILDUNG 4

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1012208\\_002\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1012208\\_002\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1012208\\_002\\_3.pdf](#)

**Inhalt****Siedlungsraum****Bereich Swisttal - Ortsrand Heimerzheim angrenzend Parkstraße**

Allgemeine Siedlungsbereiche -> ASB. Im Entwurf zur Neuauflistung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden "Entwurf RP '21") ist der Allgemeine Siedlungsbereich am Ortsrand von Heimerzheim angrenzend an die Parkstraße erweitert worden (siehe Abb. 6 / vorher s.h. Abb. 5). Ich beantrage die Ackerflächen nicht als Fläche mit dem Status "Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)" zu belegen, da erst die Baulücken im Ort genutzt werden sollten, um nicht noch mehr wertvolle Ackerflächen zu versiegeln, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Es kommt auf jeden Quadratmeter unversiegelten Bodens an, um dieser Generation und allen Weiteren ein Aufwachsen und Leben in der Natur zu ermöglichen. Weiterhin befürchte ich durch mehr Bebauung in Heimerzheim und mehr Flächenversiegelung bei Starkregenereignissen eine schnellere Hochwassergefahr. Ich bitte die Flutkatastrophe 2021 nicht zu vergessen. Der Heimerzheimer Ortskern so wie mein Betriebsgelände bzw Hof war sehr stark betroffen das Wohnhaus muss abgerissen werden, und ich verlor in der Flutnacht meinen Vater. Deshalb kann ich eine weitere Ausdehnung Heimerzheim ohne Hochwasserschutz nicht zustimmen. Der Betrieb ist mit 6,4ha Ackerfläche betroffen.

ABBILDUNG 5

ABBILDUNG 6

**Anhänge**[Abb\\_ID\\_1012208\\_003\\_1.pdf](#)**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

---

**Inhalt****Bereich Swisttal - Ortsrand von Heimerzheim - Kölner Straße - L281- BAB 61**

GIB für zweckgebundene Nutzung - GIBregional. Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden "Entwurf RP '21") ist der Allgemeine Siedlungsbereich am Ortsrand von Heimerzheim - Kölner Straße - L182 - BAB 61 (siehe Abb. 8 / vorher s.h. Abb. 7). Ich beantrage die Ackerflächen nicht als Fläche mit dem Status "GIB für Zweckgebundene Nutzung - GIBregional" zu belegen, da das geplante Industrie- und Gewerbegebiet folgendes verursacht: Zerstört die Existenz mehrerer Familien, die von der und für die Landwirtschaft leben, Flächen zur Futtergewinnung der Tiere der landwirtschaftlichen Betriebe wegfallen, Flächen, die CO2 binden zerstört, höhere Lärmbelästigung für das angrenzende Wohngebiete, erhöhtes Verkehrsaufkommen, stärkere Luftverschmutzung, Verschlechterung der Lebensqualität der Bewohner der angrenzenden Wohngebiets, weiteres Insektensterben. Es sollte weiterhin darauf geachtet werden, nicht noch mehr wertvolle Ackerflächen zu versiegeln, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Es kommt auf jeden Quadratmeter unversiegelten Bodens an, um dieser Generation und allen Weiteren ein Aufwachsen und Leben in der Natur zu ermöglichen. Der Betrieb ist mit rund 8 ha Ackerfläche betroffen.

ABBILDUNG 7

ABBILDUNG 8

**Anhänge**
[Abb\\_ID\\_1012208\\_004\\_1.pdf](#)
**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

--	--

**Inhalt**

Des Weiteren bewirtschafte ich 14ha Ackerland gute Ackerböden im Heimerzheim angrenzend zu Waldorf hinter den Dützhöfen. Nach meinem Kenntnisstand sollen diese Flächen ins Naturschutzgebiet fallen. Eine landwirtschaftliche Nutzung, auch im Biobereich, ist dann nicht mehr möglich. Da sich diese Flächen überwiegend um meine Eigentumsflächen handeln, sehe ich darin auch einen erheblichen Wertverlust, was auch eine spätere Verpachtung und Verkauf fast unmöglich macht. In diesem Fall halte ich mir rechtliche Schritte vor. Aus vorher genannten Gründen wende ich nicht gegen eine Überplanung meiner Flächen, mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2402	
1006506	
1012209	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir vertreten anwaltlich [ANONYMISIERT], vertreten durch die persönlich haftenden Gesellschafter [ANONYMISIERT]. Eine auf uns lautende Vollmacht ist beigelegt.</p> <p>Unsere Mandantschaft betreibt einen landwirtschaftlichen Betrieb, der seit 1935 besteht und 1983 aus dem Ortskern in den Außenbereich an den jetzigen Standort verlegt wurde. Die Lage des Betriebes ergibt sich aus dem Luftbild Anlage 1.</p> <p>Zu erwähnen ist, dass Frau [ANONYMISIERT], 30 Jahre alt, Studium der Agrarwissenschaften in Bonn, im Betrieb tätig ist und diesen nach ihren Eltern weiterführen wird. Aufgrund ihres Engagements und der guten Ausbildung ist sie im Einklang mit den aktuellen Anforderungen in der Lage, auch in Zukunft eine nachhaltige und umweltverträgliche Landwirtschaft zu betreiben.</p> <p>Der Betrieb hat sich seit 1981 wie folgt entwickelt:</p> <p>1981 Bau Kuhstall für 60 Kühe + Jungaufzucht  1989 Bau Betriebsleiterhaus mit Altenteiler  1990 bau Fahrsiloanlage (Futterlager für Wintermonate)  1993 1. Erweiterung Kuhstall für 100 Kühe + Jungaufzucht  1995 Bau Kartoffellagerhalle  1999 Bau Maschinenhalle  2002 Ausbau einer Direktvermarktung in einem Teil der Kartoffellagerhalle  2007 2. Erweiterung Kuhstall für 200 Kühe bei gleichzeitiger Aussiedlung der Jungtiere in betriebszugehörigem Jungviehstall in Leichlingen (Gesamt-tierzahl 400 Tiere)  2021 1. Erweiterung Maschinenhalle  2022 Neubau Fahrsiloanlage</p> <p>Die landwirtschaftlichen Flächen des Betriebes stellen sich heute wie folgt dar:</p> <p>147ha Gesamtfläche landwirtschaftlicher Nutzung  davon:</p> <p>3,5ha Honigbrache und Flächen, die aus der Erzeugung genommen wurden zur Stilllegung  11,7ha Weizen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



48ha Silomais

105ha Klee gras, Acker gras, Streuobstwiesen und Dauergrünland

4ha Kartoffeln

50% der Flächen befinden sich im Umkreis von 3km um den Betrieb. Die übrigen Flächen befinden sich in ca. 7km Entfernung.

Durch die Teilnahme am Arla Weidemilchprogramm ist unsere Mandantschaft verpflichtet, den Kühen 20ha arrondiertes Weideland zur Verfügung zu stellen. Zudem wird kein gentechnisch verändertes Futter eingesetzt. Außerdem engagiert sich unsere Mandantschaft für den Klimaschutz und unterstützt die Molkerei, indem sie regelmäßig einen Klimacheck durchführt. Durch eine großflächige PV-Anlage hat sich unsere Mandantschaft schon vor ca. 10 Jahren für eine nachhaltige und klimafreundliche Landwirtschaft entschieden und dementsprechend investiert.

Unsere Mandanten betreiben auf ihrem Hof eine sehr starke Direktvermarktung, die auf dem Verkauf eigenen Rindfleischs und daraus hergestellter Wurstwaren, eigener Kartoffeln und dem Verkauf weiterer regionaler Produkte wie Obst und Gemüse, Eiern, Käse und Milchprodukten basiert. Neben dem Ladenlokal befinden sich ein Zerlegeraum nebst Vorbereitungsräumen und Kühlhäusern. Zweimal wöchentlich kommt der Metzger und zerlegt die Rinderhälften thekenfertig. Der Laden ist montags bis samstags von 09:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Es stehen immer zwei Verkäuferinnen zur Verfügung. Der Verkauf wird sehr gut angenommen mit jährlich steigender Tendenz.

Neben den Betriebsleitern sind in der Landwirtschaft 4 Festangestellte und 1 Aushilfe tätig, in der Direktvermarktung 1,5 Festangestellte und 12 Aushilfen.

Das bereits bestehende Naturschutzgebiet G0 BSN TAK-LEV-973 umfasst 3,3 ha, das aus von unserer Mandantschaft bewirtschaftetem Wald und 1,59 ha Dauergrünland besteht. Diese Gebiet soll in dem neuen Regionalplan auf 40ha erweitert werden. Davon sind 20 ha landwirtschaftliche Nutzfläche betroffen (Anlage 2).

Diese 20ha bestehen aus 2,8ha Ackerland und 17,2ha Dauergrünland.

Mit dem bestehenden und nun zu vergrößernden Naturschutzgebiet bestehen Zielkonflikte:

- Das Ackerland soll nach der Grundsatzregel G 33 mit seinem Status erhalten bleiben. Im Naturschutzgebiet ist der Umbruch und somit das Ackern auf einer wertvollen Fläche (80 Bodenpunkte) verboten. Damit kann das Ackerland nicht mehr genutzt werden.
- Das Naturschutzgebiet wird bis an die Hofstelle und in die neue Baumaßnahme ausgedehnt. Dadurch kann sich der Betrieb in Zukunft nicht baulich

weiterentwickeln und so auf neue gesetzliche Anforderungen reagieren, was die Gefahr begründet, in Zukunft keine Tierhaltung mehr in Imbach betreiben zu können.

- Das Grünland im Naturschutzgebiet darf nach jetzigen Mindestanforderungen schon nicht mehr im Frühjahr nachgesät oder gestriegelt werden. Weitere Maßnahmen wie Verzicht auf Pflanzenschutzmittel. Verzicht auf Nachsaat und zweimalige Mahd werden gefördert und könnten zur Verpflichtung werden. Außerdem könnte es in naher Zukunft weitere Begrenzungen in der Düngegabe und somit der Versorgung der Pflanzen geben. Unsere Mandantschaft nutzt das Dauergrünland als Weideland und zur Ernte von Winterfutter für die Herde. Um die Kühe und ihr anspruchsvolles Magensystem optimal und wiederkäuergerecht zu versorgen, besteht die Notwendigkeit hoher Proteingehalte und geringer Erdanhaftungen in den Grasschnitten. Dazu muss man im März die Flächen striegeln und ggf. nachsäen und nach Bedarf Kalk aufbringen. Im April wird dann der genaue flächenspezifische Düngebedarf der Pflanzen errechnet und durch modernste Technik bodennah ausgebracht. Im Mai wird das Gras vor der Blüte geerntet da zu diesem Zeitpunkt der Zellwandanteil möglichst niedrig und der Gehalt an Zellinhaltsstoffen möglichst hoch ist. Mähte man zu einem späteren Zeitpunkt, würde das Futter an Qualität verlieren und so keine optimale Wiederkäuernahrung mehr gewährleisten. Über den Sommer werden die Flächen vier Mal im Jahr gemäht bzw. geerntet und der jeweilige Nährstoffentzug organisch oder mineralisch ausgeglichen.
- 13ha des Dauergrünlandes sind mit Schwermetallen belastet. Sie dürfen nur unter Beachtung von genau festgelegten und kontrollierten Maßnahmen bewirtschaftet werden, die in dem als Anlage 3 beigefügten Protokoll Maßnahmen Wupperwiesen aufgeführt sind.

Der Zielkonflikt ergibt sich aus der vorgeschriebenen 3-4 Schnittnutzung, die nach aktuellen Förderprogrammen auf 2 Nutzungen beschränkt werden soll. Auch Frühjahrsarbeiten wie Kalk streuen, einsäen, schleppen und walzen sind verpflichtend für die Nutzung der Wupperwiesen. Auch hier fördert die EU gezielt einen Verzicht auf diese Maßnahmen.

Das Naturschutzgesetz wird zudem aktuell überarbeitet und könnte durch Vorgaben der EU immer neue gesetzliche Beschränkungen für die Wupperwiesen schaffen und würde somit 20ha landwirtschaftliche Fläche stark in der Futterproduktion und Qualität einschränken bzw. gesetzlich verbieten.

Der von der Gesellschaft gewünschte ökologische und biologische Anbau der Feldfrüchte würde für unsere Mandantschaft unerreichbar werden, da sie durch den Verlust bzw. die beschränkte Nutzung der Flächen darauf angewiesen ist, die verbleibenden Flächen des Betriebs intensiver zu nutzen. In letzter Konsequenz bedeutet das für den Betrieb, dass die Existenz und Zukunft des Betriebes gefährdet ist. Genau diese Entwicklung sollte durch die Grundsätze des Regionalplans (G32, G33

und G34) verhindert werden und die landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Existenz und Entwicklung gestärkt werden.

In Anbetracht dessen regt unsere Mandantschaft an, von einer Ausdehnung des bestehenden Naturschutzgebietes abzusehen und die oben beschriebenen Erschwernisse für die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen zu vermeiden. Die zu erwartenden Folgen der beabsichtigten erheblichen Ausdehnung des Naturschutzgebietes, für die es keinen vernünftigen Grund gibt, würden einen unmittelbaren Eingriff in den ausgeübten Betrieb darstellen, der letztlich zu einer Existenzgefährdung führt, die nicht hingenommen werden kann und unsere Mandantschaft zwingen würde, eine entsprechende Änderung des Regionalplans mit den zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln anzugreifen.

Der Regionalrat mag deshalb die vorstehend dargestellten negativen Folgen einer derartigen Ausdehnung des Naturschutzgebietes, für das aus Artenschutzgründen keinerlei Notwendigkeit besteht, sorgsam abwägen und von der Ausdehnung absehen.

Mit freundlichen Grüßen  
[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Inhalt****Regionalplan Köln, Stellungnahme**

In vorbezeichneter Angelegenheit vertreten wir die Interessen der landwirtschaftlichen Unternehmen [ANONYMISIERT], beide ansässig [ANONYMISIERT]. In Anlage 1 überreichen wir auf uns lautende Vollmachten.

Namens und im Auftrag unserer Mandantschaft nehmen wir zum gegenwärtigen Entwurf des Regionalplans wie folgt Stellung:

**I. Ausgangslage**

Bei den Landwirtschaftsunternehmen [ANONYMISIERT] handelt es sich um einen Familien geführten Betrieb, der im Gebiet des künftigen Regionalplans Köln insgesamt eine Bewirtschaftungsfläche von ca.1090 Hektar umfasst. Es handelt sich um einen klassischen Ackerbaubetrieb mit dem Schwerpunkt des Kartoffel-, Zuckerrüben- und Getreideanbaus.

Von den Gesamtbewirtschaftungsflächen von 1090 Hektar werden ca. 383 Hektar von den im Entwurf des Regionalplans beabsichtigten Naturschutzgebieten (NSG) und Landschaftsschutzgebieten (LSG) erfasst. Teilweise werden gesamte Grundstücke als NSG oder LSG-Fläche ausgewiesen. Auf anderen Grundstücken erfolgt die Ausweisung zwar nur auf Teilen des jeweiligen Grundstücks - allerdings so, dass das Grundstück von der NSG- oder LSG-Fläche zerteilt wird und die Restfläche nicht mehr bewirtschaftbar ist.

Der als Anlage 2 beigefügten Liste können Sie die von den beabsichtigten NSG- oder LSG-Festsetzungen erfassten Grundstücke unserer Mandantschaft entnehmen.

Den als Anlagenkonvolut 3 beigefügten Karten ist beispielhaft eine Gegenüberstellung der Lage der Grundstücke und den beabsichtigten NSG- und LSG Festsetzungen des Regionalplans zu entnehmen. Daraus lässt sich nachvollziehen, dass die von unserer Mandantschaft bewirtschafteten Ackergrundstücke durch die geplanten NSG- und LSG-Ausweisungen teilweise vollständig erfasst und teilweise so, dass eine Zerteilung der Grundstücke stattfindet mit der Folge, dass auch die verbleibenden Restflächen nicht mehr konventionell bewirtschaftbar sind.

**II. Einwendungen****Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1.

Unsere Mandantschaft rügt die Rechtswidrigkeit der vorgesehenen Festsetzungen von LSG- und NSG-Gebieten.

Soweit betroffene Grundstücke im Eigentum unserer Mandantschaft stehen, ist das Eigentumsrecht verletzt.

Verletzt ist des Weiteren das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb. Dies steht auch landwirtschaftlichen Unternehmungen zu, ganz gleich, ob es sich bei den Grundstücken um Eigentums- oder Pachtflächen handelt.

BGH, Urteil vom 13.12.2007, 111. ZRI 16/07 BGH,  
Urteil vom 02.10.2003. 111 ZR 114/02; Ernst in  
Münchener Kommentar zum BGB, 8. Auflage.  
vor § 903 Rn. 88

Die Rechtsverletzung folgt zum einen aus dem Gesamtumfang der mit NSG- und LSG Ausweisungen versehenen Grundstücke. Der Anteil der mit diesen Auflagen behafteten Grundstücke macht einen Anteil von 35 Prozent der gesamten Bewirtschaftungsfläche aus.

2.

Wie noch im nachfolgenden darzustellen sein wird, steht zu befürchten, dass die mit den Festsetzungen von NSG- und LSG Gebieten verbundenen Verbote die Ackergrundstücke einer konventionellen Bewirtschaftung einschließlich Pflanzenschutz und Düngung entziehen und zur Existenzgefährdung der im Rheinland geführten Landwirtschaft unserer Mandantschaft führen wird.

Insofern verlangt die Rechtsprechung bei der Betroffenheit von Agrarflächen beispielsweise in Planfeststellungsverfahren die gutachterliche Prüfung der Existenzgefährdung, wenn die betroffenen Flächen mehr als fünf Prozent der Bewirtschaftungsfläche des Betriebes ausmachen.

BVerwG, Urteil vom 14.04.2010, 9 A 13/08

Es ist nicht ersichtlich, dass die Frage der Existenzgefährdung im Fall unserer Mandantschaft gutachterlich geprüft oder in anderer Weise berücksichtigt worden wäre.

3.

Die Rechtsverletzung unserer Mandantschaft folgt aus den gesetzlichen Anwendungsverböten, die mit einer Ausweisung von NSG- und LSG-Gebieten einhergehen und künftig einhergehen werden.

### 3.1.

Schon nach der gegenwärtigen Rechtslage nach der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Stand 01.06.2022) ist in Naturschutzgebieten die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verboten, die entweder aus einem in Anlage 2 oder 3 der Verordnung aufgeführten Stoff bestehen oder Herbizide sind oder Insektizide sind, die selbst bei Einhaltung der in ihrer Zulassung festgelegten Anwendung keine Bienengefahr darstellen und insofern als B 3 eingestuft sind.

Ferner soll in Naturschutzgebieten ein generelles Anwendungsverbot ab 01.01.2024 für Glyphosat und Glyphosat Trimesium gelten (§9 PflSchAnwVO)

### 3.2

Noch sehr viel einschneidender werden die Auflagen im Falle von Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten sein, wenn der gegenwärtig vorliegende Entwurf der EU-Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2015 in Kraft treten sollte (EU-Kommission 2022/0196, (COD) Entwurf vom 22.06.2022)

Der darin vorgesehenen Artikel 18 Absatz 1 verbietet die Verwendung jeglicher Pflanzenschutzmittel in allen empfindlichen Gebieten und in einem Umkreis von 3 Metern um diese Gebiete (Pufferzone).

Gemäß Artikel 18 Absatz 2 können die EU-Mitgliedsstaaten - und zwar jeder für sich - angrenzende Gebiete größere, verpflichtende Pufferzonen einrichten.

Artikel 3 Ziffer 16 des Verordnungsentwurfs liefert die Definition für ein "empfindliches Gebiet".

Gemäß Artikel 3 Ziffer 16 lit. a.ii. können dazu "auch alle sonstigen nationalen, regionalen oder lokalen Schutzgebiete" gehören, die von den Mitgliedsstaaten an das Verzeichnis der nationalen Schutzgebiete (CCDA) gemeldet werden.

Dies bedeutet:

Mit dieser Meldung ist ein generelles Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten wie auch in Gebieten, die im Rahmen von Kreissatzungen festgesetzt werden, durch Meldung eines jeden Mitgliedstaates zulässig.

Insofern reduziert sich die geplante EU-Verordnung nicht auf ein Anwendungsverbot nur für Naturschutzgebiete, sondern liefert den Mitgliedstaaten eine "Automatik" an die Hand, für alle nur denkbaren Schutzgebiete durch bloße Meldung an die Kommission

ein generelles Anwendungsverbot für Pflanzenschutzmittel zu schaffen. D.h. nicht nur der EU-Mitgliedsstaat - hier: die Bundesrepublik Deutschland - kann diese Gebiete ausgewiesen haben, sondern jedes Bundesland, jeder Kreis oder jede Kommune. Denn die Formulierung des Art. 3 Ziffer 16 lit. a.ii der Verordnung macht alle Gebiete zu "empfindlichen Gebieten" im Sinne der Verordnung, für die irgendeine nationale Institution eine Unterschutzstellung geregelt hat.

Die bisher üblicherweise vertrene Auffassung, die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet betreffe die herkömmliche, konventionelle Landwirtschaft kaum, trifft bei in Krafttreten der künftigen EU Verordnung nicht mehr zu.

Schon vor diesem Hintergrund ist die großflächige Ausweisung von LSG- und NSG Gebieten im vorliegenden Entwurf des Regionalplans mit einer Wirkung verbunden, die enteignungsähnlichen Charakter hat. Dies ist umso mehr rechtswidrig, als auch keine Entschädigung der betroffenen Landwirte im Falle der Festsetzung eines LSG- oder NSG-Gebiets und den damit einhergehenden Verboten vorgesehen ist. Die beinhaltet einen Verstoß gegen Artikel 14 Absatz 3 GG.

Wir gehen davon aus, dass die Tragweite des gegenwärtigen Entwurfs des Regionalplans (Stand 2021) in Verbindung mit dem dargestellten Entwurf der zitierten EU-Verordnung (Stand 22.06.2022) von den zuständigen Stellen in keiner Weise bedacht wurde und von den Entscheidungsträgern nicht gewollt ist.

Dies ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass die Vorberatungen zum Regionalplan zu einer Zeit erfolgten, als der Entwurf der genannten EU-Verordnung noch nicht vorlag. Insofern kommt auch der von der Bezirksregierung Köln in Auftrag gegebene Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer NRW zu dem Ergebnis, dass die Festsetzung von LSG-Gebieten für die Landwirtschaft nur geringe Belastungen mit sich bringe.

*Landwirtschaftskammer NRW, Landwirtschaftlicher  
Fachbeitrag zur Neuaufstellung des Regionalplans im  
Regierungsbezirk Köln, 1. Aufl., August 2020, Ziffer  
8.2.2, Blatt 71*

Diese Einschätzung ist sicherlich nach dem nunmehr vorliegenden Entwurf der EU-Verordnung zu revidieren.

4.

Es kommt erschwerend hinzu, dass - auch dies belegt das beigelegte Kartenmaterial - der Zuschnitt der LSG - und NSG- Gebiete nicht etwa nur in Randbereichen der betroffenen Landwirtschaftsflächen ausgewiesen werden soll. Viel mehr erfassen die ausgewiesenen LSG- und NSG-Gebiete vollflächig den ganzen Grundstücksbereich

einzelner Parzellen. Oder sie zertrennen die Ackerparzellen unserer Mandantschaft in einer Weise, dass auch die verbleibenden Restflächen, die nicht von der Ausweisung erfasst werden, weder technisch noch ökonomisch weiter bewirtschaftet werden können.

Für die jeweils betroffene Ackerfläche wirkt sich dies in der einen oder anderen Alternative für unsere Mandantsehaft als konventionell wirtschaftender Ackerbaubetrieb als Totalschaden aus.

5.

Des Weiteren sind die beabsichtigten Ausweisungen von LSG- und NSG-Flächen in Bezug auf die von unserer Mandantschaft bewirtschafteten Äcker auch deswegen rechtswidrig, weil sie gegen die Regelungen des Landesentwicklungsplans (LEP) 2021 verstoßen. Wir zitieren Auszugsweise aus Ziffer 7.5-1 räumliche Voraussetzung der Landwirtschaft

*Die Landwirtschaft bildet die Basis für die Leistungsfähige Ernährungswirtschaft in Nordrheinwestfalen und stellt gemeinsam mit dieser einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar... Neben der Lebensmittelerzeugung ist auch die Erzeugung von Rohstoffen für stoffliche und energetische Zwecke von Bedeutung... Existenzfähige landwirtschaftliche Betriebe und die von Ihnen bewirtschafteten Nutzflächen sind Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung. Daher ist die Landwirtschaft insbesondere in den ländlich geprägten Räumen Nordhein-Westfalens als wichtiger wirtschaftlicher und soziokultureller Faktor zu erhalten und weiter zu entwickeln.*

In Ziffer 7.5-2 des LEP heißt es dann auszugsweise weiter:

*Die agrarstrukturellen Erfordernisse sollen bei der Abwägung konkurrierender Nutzungen berücksichtigt werden.*

Nach Möglichkeit sollen gemäß der Ziffer 7.5-2 LEP für andere Nutzungen keine Flächen in Anspruch genommen werden, die eine hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit besitzen oder in anderer Weise für die Landwirtschaft besonders wertvoll sind. Dies betrifft insbesondere Böden mit hoher Fruchtbarkeit für die Landwirtschaft einen besonderen Wert haben. Ab einer Bodenzahl von über 55 Punkten gelten Böden als besonders fruchtbar.



So liegt der Fall auch hier. Sämtliche von unserer Mandantschaft bewirtschafteten Ackerböden weisen eine höhere Bodenpunktzahl als 55 aus - ein Umstand, der in der Rheinischen Bucht keine Seltenheit darstellt.

Soweit nun durch die zu erwartenden Anwendungsverbote von Pflanzenschutzmitteln in LSG- und NSG-Gebieten sowie damit einhergehende, etwaige Anwendungsbeschränkungen von Dünger die landwirtschaftliche Nutzung erheblich eingeschränkt wird, wird unserer Mandantschaft in den ausgewiesenen Gebieten ein konventioneller Anbau nicht mehr möglich sein. Die verbleibenden Restflächen der Grundstücke sind in aller Regel nicht mehr eigenständig bewirtschaftbar.

Es ist auch nicht möglich, dass unsere Mandantschaft zweigliedrig fährt, also einen Teil des Unternehmens ökologisch und den anderen Teil konventionell betreibt.

6.

Es bestehen des Weiteren auch Bedenken gegen die vorgesehene Textfassung des Regionalplans, vor allem unter Ziffer 4.4 Landwirtschaft:

Es ist ja grundsätzlich löblich, dass gem. Lit. G32 landwirtschaftliche Nutzflächen zu erhalten sind. Die Zielvorgabe, bei Planungen und Maßnahmen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) bestehende landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage zu erhalten, ist sicherlich richtig. Es ist auch anerkennenswert, dass gem. Rn.1 die landwirtschaftliche Nutzung in den AFAB der Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen dient. Gem. Rn. 2 soll bei Planungen und Maßnahmen darauf hingewirkt werden den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit in einer möglichst günstigen Ausprägung zu erhalten, um dem anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegen zu wirken. Dies solle auch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigen.

Gemäß Lit. G.33 sollen Beeinträchtigungen in AFAB-Flächen auf das unabdingbar notwendige Maß beschränkt werden, wenn deren Inanspruchnahme nicht zu vermeiden ist.

Damit diese Ausführungen nicht zu einer leeren Worthülse degradiert werden, sondern tatsächlich bei den konkreten Festlegungen aktiv berücksichtigt werden, sind auszuweisende LSG und NSG-Gebiete als massive Beeinträchtigung konventioneller landwirtschaftlicher Nutzung "auf das unabdingbar notwendige Maß zu beschränken".

Da dies bei den Planungen, die unsere Mandantschaft betreffen, in einem Ausmaß erfolgt ist, dass 35% = 383 ha (!) der Bewirtschaftungsfläche betroffen ist, ist im vorliegenden Fall nicht davon auszugehen, dass die vorzitierten Kernsätze auch nur ansatzweise berücksichtigt wurde.

7.

Natürlich- und dies erkennt auch so unsere Mandantschaft nicht - hat auch der Naturschutz seine berechtigten Belange. Es hat also eine Güterabwägung stattzufinden zwischen den Belangen des Naturschutzes und der konventionellen Landwirtschaft.

7.1

Zunächst ist zu berücksichtigen, dass auch der konventionelle Landbau einschließlich der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Dünger sehr weit reichende Anwendungsbestimmungen und -bedingungen zu Gunsten der Rechtsgüter menschliche und tierische Gesundheit und Umwelt einhält:

7.1.1

Bei Pflanzenschutzmitteln beginnt dies bereits bei Zulassung des jeweiligen Mittels. Der Wirkstoff bedarf einer Genehmigung der Europäischen Union. Die Fertigformulierung, also das Pflanzenschutzmittel bedarf zusätzlich einer Zulassung des jeweiligen EU-Mitgliedstaates (Art. 4 und 28 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1107/2009).

In diesen Verfahren findet eine Bewertung der Wirksamkeit des Produktes, aber auch die Prüfung der Risiken für Gesundheit und Umwelt nach neuestem Stand von Wissenschaft und Technik statt (Art. 4 Abs. 1 und 36 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1107/2009). Dazu gehört auch die Prüfung des Natur- und Landschaftsschutzes. Selbst wenn der Wirkstoff EU seitig genehmigt ist, prüft der EU-Mitgliedstaat gesondert im Zulassungsverfahren des Pflanzenschutzmittels die Risiken für Gesundheit und Umwelt abermals und kann - etwa bei speziellen, in seinem Gebiet vorkommenden Risiken - die Zulassung verweigern oder gesonderte Risikominderungsmaßnahmen vorschreiben (Art. 36 Abs. 2 und 3 Verordnung (EG) Nr. 1107/2009).

Damit finden pflanzenschutzrechtliche Zulassungsverfahren in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten weltweit auf aller höchstem naturwissenschaftlichen und verfahrenstechnischen Niveau statt.

7.1.2

Was die Anwendung zugelassener Pflanzenschutzmittel angeht, erfolgt diese nach der gesetzlich vorgeschriebenen guten landwirtschaftlichen Praxis (GfP). Zu letzterer gehören auch Maßnahmen zum Schutz sowie die Abwehr von Gefahren, die durch die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln entstehen können (§ 3 Abs. 1 Nr.3 PflSchG).

"Die GfP ist ein zentraler Begriff der konventionellen Landwirtschaft, der besagt, dass die Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nur in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht, der neusten und anerkannten Anwendungsregeln sowie unter

Beachtung der Grundsätze des integrierten Landbaus erfolgen darf".

*Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Ausarbeitung "Gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft", WD 5?3000?020/20, 2020, S. 4*

Des Weiteren sind die Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes einzuhalten. Letzterer bedeutet u.a. "eine Kombination von Verfahren, bei denen unter vorrangiger Berücksichtigung biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das notwendige Maß reduziert wird" (RL 2009/128/EG, Anhang III, § 2 Nr. 2 PflSchG). Dazu begleitend hat das BMEL bereits in 2010 die Rechtsverordnung zur guten landwirtschaftlichen Praxis erlassen, die die Detailregelungen enthält.

#### 7.1.3

Zur guten landwirtschaftlichen Praxis gehört auch die Einhaltung von Bestimmungen zur Düngung von Böden, namentlich das Düngegesetz und die dazu ergangenen Begleitregelungen, das Bundesbodenschutzgesetz und das Naturschutzgesetz.

#### 7.1.4

Die Einhaltung der sich aus den vorgenannten Gesetzen ergebenden Regelungen für die Landwirtschaft werden kontinuierlich von den zuständigen Landwirtschaftsbehörden im Rahmen der Cross-Compliance-Überwachung überprüft.

Kein Lebensbereich ist umfassender durchreguliert wie derjenige der Landwirtschaft.

D.h. schon die bestehende Gesetzeslage erlegt der Landwirtschaft generell zur Vermeidung von Risiken für den Gesundheits- und Umweltschutz in Bezug auf die Anwendung von Pflanzenschutzmittel und Dünger derart weitgehende Anwendungsbestimmungen auf, dass diese auch im konventionellen Landbau einzuhalten sind. Damit sind darüber hinaus gehende Verbote - etwa durch die übermäßige Überplanung der Ackergrundstücke durch NSG- und LSG-Gebiete - nicht erforderlich. Damit verstößt eine überbordende Festsetzung von NSG- und LSG-Gebieten gegen das Übermaßverbot.

#### 7.2

Dies gilt erst recht im vorliegenden Fall der Landwirtschaft [ANONYMISIERT]:

Unsere Mandantschaft führt die Landwirtschaft in dritter Generation als Familienunternehmen nachhaltig, modern und konventionell. Durch integrierten und chemischen Pflanzenschutz und moderne Düngemethoden auf neuestem Stand der Wissenschaft und Technik trägt sie dazu bei, die Kulturpflanzen gesung zu erhalten und hohe Erträge sowie gute Qualitäten zu produzieren.

Seit 2021 nutzt die Landwirtschaft [ANONYMISIERT] einen elektronischen Bodensensor zur Analyse des Bodens in Echtzeit. Durch diese Bodendaten kann flexibel, schnell und standortspezifisch die Anwendung landwirtschaftlicher Betriebsmittel wie Pflanzenschutz und Dünger gesteuert und der Anbau optimal unterstützt werden.

Es wird bedarfsgerecht nach guter landwirtschaftlicher Praxis die Kultur behandelt und gedüngt. GPS-unterstützt werden Überlappungen verhindert und Grenzen sicher eingehalten. Auch hier werden durch teilflächenspezifische Düngung mithilfe von Applikationskarten die Ertragspotenziale - gleichzeitig umweltschonend - ausgeschöpft.

Umso weniger ist es gerechtfertigt, die von unserer Mandantschaft bewirtschafteten Ackerflächen in demjenigen Ausmaß mit LSG und NSG-Flächen zu belasten, wie dies der gegenwärtige Entwurf vorsieht.

8.

Bei der übermäßigen Ausweisung von LSG- und NSG-Flächen dürfte keine angemessene Güterabwägung in Bezug auf die Belange der Landwirtschaft stattgefunden haben, weil die konkret hier diskutierten Festsetzungen zu einer Unbewirtschaftbarkeit der Ackerflächen führt.

8.1

Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur die konventionelle Landwirtschaft der Garant dafür ist, die Bevölkerung mit mengenmäßig ausreichenden und qualitativ hochwertigen Produkten zu angemessenen Preisen zu versorgen und damit die Ernährung sicher zu stellen. Eine ökologische Landwirtschaft, deren Erträge im Schnitt nur ca. 48-60 Prozent derjenigen der konventionellen Landwirtschaft erreichen, schafft dieses Ernährungsziel nicht.

Die Rheinische Bucht gehört mit zu den fruchtbarsten Gegenden Deutschlands und liegt regional unmittelbar vor den Ballungsräumen des Ruhrgebietes und der Rheinschiene und stellt damit seit vielen Jahren der ernährungsmäßige Versorger der Bevölkerung dar.

Aufgrund der Nähe zu den Ballungsräumen werden ökologisch erstrebenswert kurze Wege eingehalten.

Ferner wird gewährleistet, dass die immer mehr gestiegene Abhängigkeit von Ernteerzeugnissen aus anderen Teilen dieser Welt auf ein gehöriges Maß reduziert werden konnte - ein Eigenversorgungsgrad, der angesichts der aktuellen Ereignisse durch den Ukraine-Krieg, Lieferausfälle von China, Transportengpässe und

Ernteaufträge in anderen Regionen dieser Welt nicht hoch genug bewertet werden kann.

Die Ernährung der Bevölkerung dient nicht nur dem berechtigten Belangen der Landwirtschaft als deren Existenzgrundlage. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dient die Landwirtschaft auch einem schützenswerten öffentlichen Interesse, da sie der Ernährungssicherung der Bevölkerung dient und dafür leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe benötigt.

*BVerfG, Beschluss vom 20.03.1963, 1 BvR 505/59*

Zu dieser Einsicht gelangte das Bundesverfassungsgericht bereits 1963 zur Zeit des kalten Krieges.

Die Entscheidung könnte heute nicht aktueller sein.

9.

Wie sehr vorhandene Landwirtschaftsflächen schützenswert sind und somit auch von nicht zwingend notwendigen behördlichen Verboten freigehalten werden müssen, ergibt sich auch noch aus einem weiteren Umstand:

Der Rückgang landwirtschaftlicher Nutzflächen seit nach dem 2. Weltkrieg bis heute hat im Regierungsbezirk Köln ein erhebliches Ausmaß angenommen. Dies durch die Ausweisung von Siedlungsgebieten, durch den öffentlichen Straßenbau und auch durch den Braunkohleabbau.

Was letzteren angeht, sieht die gegenwärtige Braunkohleplanung auch nicht eine Rekultivierung ausgekohelter Gebiete mit landwirtschaftlich genutzten Flächen vor. Diese sollen vielmehr als eine Seenlandschaft für touristische Aktivitäten vorgehalten werden. Allein der Braunkohletagebau hat bereits heute ca. 33.000 ha Ackerfläche verschlungen und im Rahmen der Rekultivierung nur 12.000 ha zurückgegeben. Dieses Verhältnis wird sich mit der Schaffung der Restseen und der touristisch nutzbaren Räume noch verschlimmern.

D.h. die rheinische Landwirtschaft hat schon sehr viele - nach diesseitiger Auffassung sogar zu viele(!) - Opfer beim Flächenverbrauch hinnehmen müssen, so dass umso weniger eine Rechtfertigung besteht, die noch verbliebenen Restflächen mit nicht zwingend notwendigen Auflagen und Verboten zu belegen, die deren faktische Nutzung bis zum Verlust der Bewirtschaftungsfähigkeit belasten.

10.

Es ist auch der Textfassung des Regionalplan-Entwurfs nicht zu entnehmen, nach welchen Kriterien im konkreten Einzelfall die beabsichtigte Ausweisung von LSG- und

NSG-Flächen ausgewertet wurde. Vor allen Dingen kann dem Planentwurf keine Güterabwägung im Verhältnis zu den Landwirtschaftsflächen entnommen werden.

Es ist anzunehmen, dass die geschuldete Güterabwägung nicht in einem ausreichenden Maße mit der dargestellten Gesetzeslage und daraus resultierenden Verboten stattgefunden hat.

Wir können dem Textentwurf auch keine ausreichende Auseinandersetzung mit dem von der Bezirksregierung bereits zitierten Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer NRW entnehmen, der in einer selten anzutreffenden Gründlichkeit und Objektivität als Fachbehörde die zwingend zu berücksichtigenden Belange der Landwirtschaft begründet und dargestellt hat.

Zusammengefasst gelanten wir zu dem Ergebnis, dass aus den dargestellten Gründen der gegenwärtige Entwurf rechtswidrig ist und im Falle seiner Festsetzung unsere Mandantschaft in ihren Rechten verletzt wird.

Die vorgesehenen LSG- und NSG-Flächen sind in einem erheblichen Maß aus der Planung herauszunehmen oder zumindest so zu reduzieren, dass die Flächen - aufgelistet in Anlage 2 dieses Schreibens - unserer Mandantschaft konventionell, also einschließlich Pflanzenschutz und Düngung bewirtschaftbar bleiben.

Angesichts der Fülle der betroffenen Grundstücke bieten wir an, dies zum Gegenstand einer nach Terminvereinbarung durchzuführenden Besprechung in ihrem Hause zu machen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-2405	
1005569	
1012210	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>bitte das Dokument im Anhang beachten.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [ANONYMISIERT]</p> <p>[ANHANG]</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 250ha einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 220 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]



AZ: Ö-M-27

1001143

1000714

#### Inhalt

Bergisch Gladbach, Ortsteil Schildgen, östlicher Siedlungsrand BG\_5

Schüllenbusch/Sträßchen Siefen/Odenthaler Markweg/Im Aehlemaar

[s. Anhang Abb. ID1000714\_1]

#### 1. Klimaschutz/Klimawandelvorsorge

Ziele und Grundsätzen des Regionalplanes sind:

(G. 2) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln

(G. 3) Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln

(G. 4) Thermische Belastungen abbauen

Dazu wird im Entwurf des Regionalplanes weiter ausgeführt:

?Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion im Siedlungsraum sollen erhalten und entwickelt sowie mit den Bereichen klimaökologischer Bedeutung verknüpft werden.?

?In den thermischen Belastungsräumen soll auf den Abbau von bestehenden Hitzebelastungen hingewirkt werden.?

Im Bereich Schüllenbusch reicht die Erweiterung der Siedlungszone weit nach Osten bis auf die Höhe des Grundstücks [ANONYMISIERT]. Auch wenn die regionalplanerischen Festlegungen die raumordnungsrechtliche Grundlage nur im Maßstab 1:50.000 abbilden und keine Parzellenschärfe besitzen, dehnt sich die Ausdehnung eindeutig zu weit nach Südosten aus.

Die Klimafunktionskarte der Stadt Bergisch Gladbach von 2022 zeigt dieses Gebiet nach Westen bis zum Gelände der Andreaskirche als Freilandklima (ungestörter, stark ausgeprägter Tagesgang von Temperatur und Feuchte, sehr geringe Windströmungsveränderungen, starke Frisch-/Kaltluftproduktion) an.

Ausschnitt Klimafunktionskarte

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004646).

[s. Anhang Abb. ID1000714\_2]

Es handelt sich um eine Kaltlufteinzugsgebiet mit Eindringtiefe im Bereich der Bebauung der Straßen Im Aehelemaar, Odenthaler Markweg und Im Plackenbruch.

Die Kühlleistung von Grünflächen ist eng mit den Grundwasserflurabständen verbunden, denn die Kühlleistung kann nur über die Verdunstung von Wasser erreicht werden. Die Grundwasserflurabstände liegen höchstens bei 40-80cm, zum Teil bei 0-40cm. Dies führt zu einer optimalen Kühlleistung in Hitzeperioden.

[s. Anhang Abb. ID1000714\_3]

Ausschnitt Karte Oberflächengewässer des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach

Die Klimaanalysekarte des LANUV weist diesen Bereich als Siedlung mit starker thermischer Belastung tags aus: PET >35 bis 41 °C

[s. Anhang Abb. ID1000714\_4]

Ausschnitt Klimaanalysekarte tags

Die Klimaanalyse Gesamtbetrachtung stuft dieses Gebiet als Klimawandel-Vorsorgebereich Klasse 3 nach

[s. Anhang Abb. ID1000714\_5]

Ausschnitt Klimaanalysekarte Gesamtbetrachtung

Die Folgen des Klimawandels für die Gesundheit wurden im 'The 2020 report of The Lancet Countdown on health and climate change' ausführlich beschrieben. 'The Lancet' ist eine der ältesten und renommiertesten medizinischen Fachzeitschriften der Welt. In dem Report wird die Anzahl der Hitzetoten in Deutschland für das Jahr 2018 mit 20.200 angegeben. Deutschland liegt damit nach China und Indien auf Platz 3 der Hitzetoten, noch vor den USA.

**Angesichts des Klimawandels müssen die bestehenden Freiflächen zwischen Voiswinkeler Straße, Im Aehelemaar und Odenthaler Markweg erhalten werden.**

Zusätzliche Besiedlung an den Rändern würde aber nicht nur das Kaltluftentstehungsgebiet in seiner Wirkung stark beeinträchtigen, sondern den in Richtung Schildgen Mitte einzig verbliebenen Kaltluftstromkeil absperren. In Anbetracht der in der Klimaanalyse festgestellten Überhitzungsgefahr für den Ortskern von Schildgen ist dies zwingend zu vermeiden.

## **2. Hochwasserschutz**

Auf der genannten Fläche befindet sich ein Siefen, der zum Quellgebiet des Katterbachs gehört. (s. Ausschnitt Karte Oberflächengewässer des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach oben). Das Starkregenereignis vom Juli 2021 hat gezeigt, dass

durch den Katterbach bereits etliche Häuserkeller überflutet wurden. Größere Schäden sind aber insbesondere dadurch verhindert worden, dass die Wiesen des Quellgebietes durch ihre Schwammwirkung das Wasser für einen längeren Zeitraum zurückhalten konnten. Die Betrachtung des Regionalplans bei den textlichen Festlegungen zum Kapitel Extremhochwasser greift zu kurz, weil sie Bäche und kleinere Flussläufe zu wenig einbezieht und ihre Wirkung auf den gesamten Bach-/Flusslauf unterschätzt. Der Schutz ihrer Quellgebiete ist aber aus den genannten Gründen von wesentlicher Bedeutung.

### **3. Artenschutz**

Die Feuchtgebiete der Wiesen und Siefen sind relevant für das ebenfalls im Regionalplan hervorgehobene Kriterium des Artenschutzes.

[s. Anhang Abb. ID1000714\_6]

Ausschnitt aus der Karte ?Artenschutz? des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach

### **4. Bodenschutz**

Im Regionalplanentwurf heißt es dazu:

G 24: Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten ?Bei Planungen und Maßnahmen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum sollen Böden, die aufgrund ihrer natürlichen Funktionen oder aufgrund ihrer Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte als schutzwürdig bewertet werden, erhalten werden.?

[s. Anhang Abb. ID1000714\_7]

Ausschnitt Karte Schutzwürdige Böden des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach

In dem Bereich findet sich die Bodenart Gley und damit ein sehr schützenswerter Boden. Gley war 2016 Boden des Jahres. Durch diese Aktion soll die Bedeutung des Bodens für die Menschen und seine Schutzwürdigkeit vermittelt werden. Durch Besiedlung würde der Boden zwangsläufig nicht erhalten werden können. Unter Berücksichtigung der aufgeführten Kriterien ist eine Anpassung des Regionalplans und Beibehaltung der derzeitigen Besiedlungssituation dringend angezeigt.

### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1000714\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000714\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000714\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000714\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000714\\_5.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID_1000714_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000714_7.pdf</a>	
--	--

AZ: Ö-M-278	
1001535	
1011710	
<p><b>Inhalt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtbahntrasse Auerberg-Buschdorf-Hersel</li> </ul> <p>Auf Seite 169 ist in der textlichen Festsetzung zur Bezeichnung der sonstigen regionalbedeutsamen Schienenwege ohne räumliche Konkretisierung unter anderem eine Verlängerung der Stadtbahn von Auerberg nach Buschdorf Mitte/Ost beschrieben. Auf den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanplans Köln, Karte des Rhein-Sieg-Kreises/Bonn, ist festzustellen, dass diese geplante Verlängerung von Bonn-Auerberg auf die L300 führt, von dort weiter auf das derzeit stillgelegte Gütergleis in Richtung Hersel. Unserer Ansicht nach scheint eine Verlängerung bis Hersel zielführend, da sich in Hersel bereits zwei Kopfbahngleise/Gleisenden befinden, die unter geringem Aufwand zu Endhaltestellen ausgebaut werden könnten. Ohnehin finden in den kommenden Jahren Bauarbeiten am Haltepunkt Hersel statt. Hier werden in einer umfangreichen Baumaßnahme die Bahnsteige erhöht. Gleichzeitig soll der Bereich des Haltepunktes Hersel in den kommenden Jahren im Rahmen des Baugebietes Hersel 09 (He 09) umgestaltet werden. Hier ließe sich sehr leicht ein entsprechender Ausbau des Endhaltepunktes für diese Stadtbahnverlängerung von Bonn-Auerberg integrieren. Es wird um Ergänzung von Hersel als Endhaltepunkt, anstelle von Buschdorf, der Verlängerung der Stadtbahn von Auerberg kommend gebeten.</p> <p>[Stn-ID 1011710; Stadtbahntrasse Auerberg Buschdorf- Hersel]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1011712	
<p><b>Inhalt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umgehungsstraße Knotenpunkt Hersel</li> </ul> <p>Mit Bezug auf die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanplans Köln, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist festzustellen, dass die geplante Verbindungsstraße der L300 mit der L118/Umgehungsstraße Knotenpunkt Hersel, nicht eingezeichnet ist. Der Rat der Stadt Bornheim hat mit den Vorlagen 312/2020 und 067/2020 die Realisierung einer Umgehungsstraße für den völlig überlasteten Bahnübergang am Haltepunkt Hersel beschlossen. In der textlichen Festsetzung des Regionalplan heißt es, dass die bestehende Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig erhalten werden soll und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Durch die Sicherung und Weiterentwicklung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur sollen die räumlichen Voraussetzungen für die Mobilität von Personen und Gütern in der Region bewahrt werden. Die Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes soll sich an der bestehenden Raumstruktur und der zentralörtlichen Gliederung orientieren und die Wechselwirkungen der einzelnen Verkehrsträger untereinander berücksichtigen. Gerade diese regionalplanerisch bedeutsame Verbindung zweier Landesstraßen, die obendrein vom Rat der Stadt Bornheim beschlossen wurde, muss unserer Meinung nach zwingend der Karte des Regionalplans hinzugefügt werden. Wir bitten um Ergänzung in der grafischen Darstellung des Regionalplans. Es wird um Ergänzung in der entsprechenden Karte gebeten.</p> <p>[Stn-ID 1011712; L 300 Hersel Bornheim]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1011713

## Inhalt

- Stadtbahnverbindung Bonn-Wesseling-Flughafen Köln/Bonn

Im Rahmen des Stadtbahnprojektes Bonn-Niederkassel-Köln ist eine Rheinquerung (Stadtbahn und Fuß/Radweg) zwischen Lülsdorf und Langel auf der rechten Rheinseite und Godorf auf der linken

Rheinseite geplant. In der zeichnerischen Festlegung des Regionalplan, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist diese Stadtbahntrasse noch mit der Trasse der Rheinspange553 gebündelt. Die aus Bonn kommende neue Stadtbahn soll linksrheinisch auf der Eisenbahntrasse der Linie 16 fortgeführt werden. Die entsprechende textliche Festsetzung findet sich auf Seite 168.

Rechtsrheinisch ist ebenfalls eine

Verlängerung der Trasse der Linie 7 von Zündorf bis Lülsdorf planerisch eingezeichnet. Bei diesen Planungen fehlt derzeit eine Verknüpfung/Lückenschluss zum Flughafen. Es muss von vorneherein sichergestellt werden, dass linksrheinische, aus Richtung Bonn kommende Stadtbahnen auf der Trasse der Linie 16 in der Lage sein werden, auf die zukünftige Stadtbahnrheinbrücke bei Godorf aufzufahren und diese zu nutzen. Eine neue Stadtbahntrasse als Lückenschluss vom Ausgangspunkt Lülsdorf oder Langel zum Flughafen Köln-Bonn sollte planerisch ergänzt werden. Eine Stadtbahnverbindung vom Bonner Hauptbahnhof über Wesseling zum Flughafen muss, auch im Sinne der Verkehrswende, zwingend geplant werden. Es wird um Prüfung, Berücksichtigung und Ergänzung gebeten.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

1011715	
<p><b>Inhalt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue SPNV-Haltestelle Erftstraße Hersel</li> </ul> <p>Nachdem mit dem Baugebiet He 31 in Bornheim-Hersel ein neuer Ortsteil entsteht und der Sportplatz der Ortschaft Hersel bereits vom Rhein an die Erftstraße verlegt wurde, wo sich ebenfalls der Friedhof befindet, gilt es zu prüfen, ob auf halben Weg zwischen den Haltestellen Hersel und Uedorf eine neue SPNV-Haltestelle erstellt werden kann. Diese neue Haltestelle befände sich ca. 750 Meter entfernt der beiden Haltestellen Hersel und Uedorf. Es wird um Prüfung und Ergänzung in Tabelle 18 der textlichen Festsetzung Regionalplans gebeten.</p> <p>[Stn-ID 1011715, Bornheim Hersel, Erftstr.]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.</p>



1011716	
<p><b>Inhalt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lückenschluss Radweg entlang der L300</li> </ul> <p>Mit Bezug auf die Erläuterungskarte I2 Radwege ist festzustellen, dass der Radweg entlang der L300 nicht aufgeführt ist. Hier fehlen nicht bloß die bereits ausgebauten Teile zwischen Bonn und Hersel (Richard-Piel-Str.) und ab Urfeld in Richtung Köln, sondern auch der geplante Lückenschluss zwischen diesen Abschnitten.</p> <p>Bei diesem Radweg handelt es sich um einen interkommunalen Radweg zwischen Bonn und Wesseling.</p> <p>Der Fernradweg Koblenz-Köln auf dem Leinpfad führt im Gebiet der Stadt Bornheim durch hangabrutschgefährdete Abschnitte. Ein Befahren ist auf eigene Gefahr zwar zulässig, jedoch ist dieser Radweg bei Rheinhochwasser nicht nutzbar. Deshalb ist der Radweg entlang der L300 umso wichtiger.</p> <p>Ich wäre für eine Eingangsbestätigung auf mein Schreiben und für Antwort auf die vorgebrachten Punkte dankbar.</p> <p>[Stn-ID 1011716, Radweg L 300 Richard PielStr. Bornheim Hersel]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

AZ: Ö-M-279

1001536

1009636

Inhalt

**Betreff: Natur- und Gewässerschutz im neuen Regionalplan (Stadt Königswinter)  
- Biotopverbundkorridor Pleisbachaue, Schutz der kleineren Fließgewässer**

Sehr geehrte Frau von Andrian-Werburg,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich erlaube mir, sehr geehrte Frau von Andrian-Werburg, Defizite im Natur- und Gewässerschutz im Entwurf des neuen Regionalplans zu hinterfragen und Sie zu bitten, auf der Regionalplanebene **konsequentere Natur- und Gewässerschutz-Festlegungen einzufordern**. Auf der Regionalplanebene muss einerseits Vorsorge getroffen werden gegen Bauleitplanungen in Biotopverbund-Korridoren (Beispiel Pleisbachaue in Königswinter) und außerdem die Grundlage für die Durchsetzung des Verschlechterungsverbots der WRRL bei kleineren Fließgewässern (unter 10 km<sup>2</sup> Einzugsbereich) geschaffen werden. Innerhalb von Baugebietsfestlegungen verzichtet der Regionalplan-Entwurf auf Darstellung kleinerer Gewässer (Beispiel Lützbach im GIB Königswinter-Hasenboseroth zw. A 3 und L 268). Gewässer mit einem Einzugsbereich unter 10 km<sup>2</sup> - der Lützbach liegt knapp darunter - sind nicht verzichtbar für Biotopverbund und Biodiversität.

Abwägung

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden keine Bedenken direkt an die Regionalplanungsbehörde vorgetragen. Die Darlegung, dass kleinere berichtspflichtige Fließgewässer gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) erst ab einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km<sup>2</sup> als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt werden, ist richtig.

1009637

## Inhalt

1. In Königswinter-Oberpleis steht die **Wirksamkeit der Biotopverbund-Funktion der Pleisbachaue** als Korridor von herausragender Bedeutung **zur Disposition**. Die besonders gefährdete Fläche liegt zwischen Bachlauf und ehemaligen Mühlengraben, der den Verbund-Korridor von der Kulturlandschaft Friedhof / Propsteikirche (12. Jh.) trennt. Der Korridor ist im geltenden Regionalplan und im Landesentwicklungsplan als Nichtbauland festgelegt. Seiner Funktion entsprechend sollte er im neuen Regionalplan **als BSN-Gebiet festgelegt** werden.

Im Korridor befinden sich (noch) gewerbebauliche Anlagen im Außenbereich (§ 35 Abs. 2 BauGB), deren technische und wirtschaftliche Lebensdauer abgelaufen ist. Die Biotop-Verbund-Funktion des Pleisbachs erfordert die Beendigung dieser gewerbebaulichen Nutzung. Es ist absurd, diesen auslaufenden Betrieb im Freiraum als Standort für Seniorenwohnungen bauplanungsrechtlich entwickeln (78. FNP-Änderung, BPlan-Entw. 60/60 - homepage Stadt Königswinter / Planen und Bauen / Aktuelle Planverfahren), die Biotop-Verbund-Funktion auf einen "Schutzstreifen" von 5m Breite zum Gewässer begrenzen, und das Gewässer mit einem Korsett von Spundwänden in seine Schranken weisen zu wollen (s. Anlagen).

## Anhänge

[Abb\\_ID\\_1009637\\_1.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Zur Klarstellung und zum Schutz der Biotopverbundfläche der 2. Stufe wurde die Zeichnerische Festlegung geändert, d.h. die ASB Abgrenzung zurückgenommen (s. Änderungskarten).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Die ASB Abgrenzung wurde noch einmal überprüft. Der Siedlungsbereich wurde wieder auf den Verlauf aus dem aktuellen Regionalplan zurückgenommen. Der FNP stellt hier keine Bauflächen sondern einen Friedhof dar. Eine bauliche Nutzung ist auch aufgrund der örtlichen Reliefsituation unwahrscheinlich. Des Weiteren erstreckt sich hier eine Biotopverbundfläche mit herausragender Bedeutung..

Das BSN konnte allerdings nicht erweitert werden, da der ökologische FB der LANUV in diesem Bereich lediglich eine Biotopverbindungsfläche der 2. Stufe vorsieht.

Die in der Stellungnahme angeführte Entscheidung zum geplanten Seniorendorf kann aufgrund der regionalplanerischen Zeichnungsunschärfe nicht abschließend entschieden werden. Dies ist dem Bauleitplanverfahren mit der Abstimmung nach § 34 LPlG vorbehalten.

1009638	
<p>Inhalt</p> <p><b>2. Vom neuen Regionalplanentwurf darf erwartet werden, dass er das Verschlechterungsverbot der WRRL auch bei kleineren Fließgewässern umsetzt</b> ( Einzugsbereich größer als 10 ha), sowohl innerhalb der Baugebietsfestlegungen (ASB und GIB) als auch im Freiraum. Am Beispiel Lützbach (s.o.) zeigt sich, die Festlegung BSLE zielt nicht auf das Schutzgut Gewässer. Nach Umwidmung von BSLE in GIB braucht der Lützbach als eigenständiges Schutzgut innerhalb eines GIB eine gesonderte Festlegung. <b>Geeignet und erforderlich ist BSN</b>, aufgrund der naturnahen Strukturen des Lützbachs.</p> <p>Wie der Lützbach haben auch andere kleinere Fließgewässer (Einzugsbereich größer als 10 ha) Anspruch auf gesonderte Berücksichtigung im Regionalplan, falls sie naturnahe Strukturen aufweisen. Das gilt nicht nur innerhalb der ASB und GIB. Auch im Freiraum (AFAB, BSLE, RGZ, BSN) sind kleinere Gewässer als solche darzustellen. Das betrifft in Königswinter eine ganze Reihe kleinerer naturnaher Gewässer (Eisbach, Lützbach, Rottbach, Elsterbach, Döttscheider Bach, Kippenhohne Bach . . . ), die im Regionalplan-Entwurf nicht dargestellt werden. Eine kartenmäßige Darstellung wird nachgereicht.</p> <p><b>Der Regionalplanentwurf sollte im Sinne der WRRL - Verschlechterungsverbot der naturnahen Gewässer - durch Festlegung von BSN-Gebieten ergänzt werden.</b></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder auch naturnahe Fläche die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Laut Ziel 24 Erläuterung 1 sind Oberflächengewässer festzulegen, wenn es sich um berichtspflichtige Fließgewässer gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) handelt. Kleinere Gewässer können aufgrund ihrer regionalen Besonderheit dargestellt werden. Die Darstellung der Fließgewässer erfolgt auf Grundlage der Daten der WRRL-Fachplanung (Dez. 54, BR Köln). Alle entsprechenden Fließgewässer sind entsprechend im Entwurf des Regionalplans festgelegt.</p>

AZ: Ö-M-28	
1001144	
1000563_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Betreff: Einspruch LEP Linder</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit möchte wir dringlichst Einspruch gegen das Industriegebiet LEP linder aussprechen!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

AZ: Ö-M-280	
1001538	
1002230	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme e-regio GmbH (Netzgebiet e-regio - Gas):  Als Eigentümerin des Erdgas-Versorgungsnetzes teilen wir Ihnen mit, dass unsererseits gegen die Neuaufstellung keine Bedenken bestehen, sofern der Bestand unserer Anlagen nicht beeinträchtigt oder gefährdet wird.</p> <p>Stellungnahme e-regio Netz GmbH (ehemals Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Strom):  Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass unsererseits gegen die Neuaufstellung keine Bedenken bestehen, sofern der Bestand unserer Anlagen nicht beeinträchtigt oder gefährdet wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: Ö-M-281	
1001259	
1002355	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Mandantin plant, auf dem Gebiet der Gemeinde Weilerswist (Gemarkung Vernich, [Anonymisiert]) auf zwei nebeneinander liegenden Teilflächen Freiflächensolaranlagen mit einer Gesamtfläche von rund 70 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die im Vorfeld durch die Gewinnung von Quarzsand und Quarzkies in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und vollständig innerhalb eines im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung dargestellten BSAB liegen [s. Anhang Abb. 1002355_1].</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p>Unsere Mandantin betreibt auf dem Gebiet der Gemeinde Weilerswist westlich der Ortslage Müggenhausen einen Tagebau zur Gewinnung von Quarzkiesen und -sanden (Quarzkiestagebau Müggenhausen). Rechtsgrundlage für die im Tagebau Müggenhausen seit Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts betriebene Sand- und Kiesgewinnung bildeten zunächst mehrere abgrabungsrechtliche Genehmigungsbescheide des Regierungspräsidenten Köln sowie des Kreises Euskirchen. Nachdem festgestellt wurde, dass die in der Lagerstätte anstehenden Sande und Kiese den Kriterien des § 3 Abs. 4 BBergG entsprechen, wurde der Tagebau Müggenhausen im Jahr 2005 der Bergaufsicht unterstellt. Seither erfolgt der Gewinnungsbetrieb auf der Grundlage bergrechtlich zugelassener Betriebspläne. Nachdem die Lagerstätte im Südfeld (siehe obige Abbildung 1) erschöpft war, wurde der Gewinnungsbetrieb ab dem Jahr 2018 in das rund 44,3 ha große Nordfeld des Tagebaus Müggenhausen vorangetrieben. Dort soll der abschnittsweise erfolgende Gewinnungsbetrieb voraussichtlich bis Ende 2039 abgeschlossen werden. Um den Markt danach auch weiterhin mit qualitativ hochwertigen Kiesen und Sanden zu versorgen, plant unsere Mandantin eine Tagebauerweiterung in nördlicher und östlicher Richtung auf einer Fläche von rund 45 ha [Abb.] für die sie in dem parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe gegenüber Ihrem Hause (Az.: 116-EU) ein Abgrabungsinteresse angemeldet hat. Die geplante Erweiterung, deren Rohstoffvorräte einen Zeitraum von rund 20 Jahren abdecken, soll zeitlich und räumlich in den bereits genehmigten Tagebau Müggenhausen integriert werden. Im Tagebau Müggenhausen werden die Quarzsande und Quarzkiese abschnittsweise im Trockenschnitt bis zu einer Tiefe von 100 m NHN bis 110 m NHN gewonnen. Anschließend wird das Gelände mit grubeneigenem Abraum sowie unbelastetem Bodenaushub bis 2 m über dem</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p> <p>Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung</p>

Bemessungsgrundwasserstand von 1955 wiederverfüllt und darüber hinaus mit einer 2 m mächtigen Schicht aus kulturfähigem Abraum und ggf. Oberboden abgedeckt, sodass nach Wiederanstieg des sumpfungsbedingt abgesenkten Grundwasserspiegels ein Abstand von 4 m zum höchsten Grundwasserstand verbleibt. Die anschließende Wiedernutzbarmachung erfolgt in Teiltieflage 4 m über dem höchsten Grundwasserstand. Im Bereich des Nordfelds sieht der am 17.10.2016 von der Bezirksregierung Arnsberg planfestgestellte Wiedernutzbarmachungsplan (siehe nachfolgende Abbildung 2) primär die Schaffung von Offenlandbiotopen vor. Lediglich im Randbereich sind darüber hinaus an einigen Stellen Gehölzpflanzungen vorgesehen [Abbildung]. Die geplante Tagebauerweiterung soll nach Beendigung der Rohstoffgewinnung ebenfalls in entsprechender Teiltieflage rekultiviert werden. Dort soll auf der Rekultivierungssohle Extensivgrünland angelegt werden. Im Bereich der Abstands- und Böschungsf lächen sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen geplant. Im Bereich der Offenlandbiotope auf der Rekultivierungssohle des Nordfelds sowie der für eine Nutzung als Extensivgrünland vorgesehenen Teilflächen der Erweiterung des Tagebaus M ü g g e n h a u s e n beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, nach Abschluss der Rekultivierung Freiflächensolaranlagen zu errichten. Von einer Nutzung für die Solarenergiegewinnung sollen im Bereich des Nordfelds lediglich die am Nordrand geplante Gewässerfläche sowie die insgesamt 2 ha umfassenden Maßnahmenflächen M 5 und M 7 (siehe obige Abbildung 2), im Bereich derer die Anlage von CEFMaßnahmen für bodenbrütende Feldvogelarten vorgesehen ist und die zur Optimierung der für die Solarenergieerzeugung nutzbaren Fläche nach Beendigung der Gesamtrekultivierung im Nordfeld an einer geeigneten Stelle zusammengelegt werden sollen, ausgenommen werden .

Unter Berücksichtigung der vorerwähnten Optimierungsmaßnahmen stünden am Standort M ü g g e n h a u s e n (Nordfeld + Tagebauerweiterung) langfristig rund 70 ha bereits durch den laufenden und geplanten Tagebaubetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt werden können. Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen

ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuauftellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB), teilweise überlagert mit der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, dargestellt werden (siehe nachfolgende Abbildung 3). Sie sind im 1. Planentwurf des parallel in Aufstellung befindlichen regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe darüber hinaus teilweise (Nordfeld + n ö r d l i c h e r Teil der Tagebauerweiterung) für eine Darstellung als BSAB vorgesehen (siehe nachfolgende Abbildung 4). [Abbildung]. Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen im Bereich des Nordfelds sowie der Erweiterung des Tagebaus M ü g g e n h a u s e n planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin, die in der Abbildung [s. Anhang Abb. 1002355\_1] gekennzeichneten Flächen des Nordfelds

von BSAB ? auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen ? sind folglich nicht Gegenstand der Neuauftellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe.



sowie der Tagebauerweiterung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen. Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den im Vorfeld bereits erfolgten bzw. geplanten Tagebaubetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen keine besonders hochwertigen Biotopstrukturen vorhanden sein werden. Sie liegen außerhalb besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen nahezu keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuften Biotope und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW - mit Ausnahme eines Teils des Nordfelds sowie der Tagebauerweiterung - auch nicht dem Biotopverbund, der im Übrigen auch im Falle einer Nutzung der in Rede stehenden Flächen für die Solarenergieerzeugung gewährleistet werden kann. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind im Umfeld zudem bereits Solarpotenzialflächen ausgewiesen [Abbildung]. Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen. Im Einzelnen: Der Bundestag hat am 07.07.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden. Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen. Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 6), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen

Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.[Abbildung]. Damit dies gelingt, wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG nunmehr: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und

Bündnisverteidigung. In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des neu gefassten § 2 des EEG weiter ausgeführt:

Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden.

Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien

erfolgt. Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW

angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte. In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen ? 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW), ? 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW), ? 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW), ? 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW), ? 2 % auf Wasserkraft (installierte

Leistung: 0,202 GW) ? 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW), ? 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und ? 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein. (Vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51). Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen. Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen. Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt. Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen 76,9 % auf Windenergie, 2,2 % auf Solarenergie, 1,2 % auf Bioenergie und 0,7 % auf andere erneuerbare Energien. Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW.

Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt [Abb.]. Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um Dachflächen-Photovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel [Abbildung]. Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben. Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten Modulfläche gesamt: 700.000 m<sup>2</sup>, Ausrichtung: Süd-Süd-West, Neigung der Module: 23°, Mittlere Einstrahlung: 1.120 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr, Leistung eines Moduls: 320 W, Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr, eine Leistung von 136.302,8 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 10.295.945 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 202.052.993 kWh. Bei einem erwarteten Ertrag von 10.295.945 kWh pro

Jahr emittieren die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin null t CO<sub>2</sub>. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden jährlich 11.820 t CO<sub>2</sub> entstehen. Das würde eine Einsparung von 11.820 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 3.933 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 5.035 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 8.597 t pro Jahr. Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen. Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit des Tagebaubetriebs im Nordfeld sowie der Tagebauerweiterung auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits abgebaute und rekultivierte Abgrabungsabschnitte und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Erweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbaubetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen. [Der Stellungnahme sind weitere Unterlagen zur Raumverträglichkeit beigelegt].

**Fazit:** Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind in besonderem Maße für eine Sicherung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung geeignet. Denn es sind weder unüberwindbare Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und die angrenzenden überörtlichen Verkehrswege bereits erheblich vorbelastet ist. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen werden vorlaufend durch die Gewinnung von Kies und Sand in Anspruch genommen werden. Für ihre Nutzung zur Solarenergieerzeugung besteht ein erheblicher energiewirtschaftlicher Bedarf, der unter Zugrundelegung der vom Bund vorgegebenen Ausbauziele für die Solarenergie durch die in der Potenzialstudie des LANUV NRW ermittelten Flächen nicht gedeckt werden kann. An der Sicherung zusätzlicher Flächen besteht deshalb ein überragendes öffentliches Interesse.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1002355\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-3	
1001096	
1004421	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans der Bezirksregierung Köln bitte ich um die Neubewertung der Fläche in Siegburg-Stallberg /Seidenberg, umfassend 6,5 ha, wie im Folgenden, <b>basierend auf der zeichnerischen Darstellung des Regionalplans</b>, dargestellt:</p> <p>[s. Anhang Abb. 1004421_1]</p> <p>Im Rahmen einer öffentlichen Beteiligung hat sich im Jahr 2021 eine Bürgerinitiative ?Rettet den Seidenberg? gegründet, die insgesamt <b>rund 3.500 Unterstützer fand, die sich gegen die Umwandlung dieses ca. 6,5 ha. großen Areals</b> in ein Gewerbegebiet auf dem Seidenberg ausgesprochen hat. Inzwischen ist sowohl der Bebauungsplan als auch die damit verbundene geplante Änderung des Flächennutzungsplans vom Tisch. Im Rahmen der detaillierten Bewertung dieser Fläche sind eine Reihe von Faktoren zu Tage getreten, die die Schutzwürdigkeit des Areals anraten lassen.</p> <p>Bezugnehmend auf die <b>textlichen Festlegungen des Regionalplans</b> kann somit auf folgende Aspekte verwiesen werden:</p> <p><b>Zu 4.2 Regionale Grünzüge / Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen</b></p> <p>Im betreffenden Areal hat sich im Lauf der letzten 50 Jahre nach Aufgabe der Abraumaktivitäten sukzessive ein sog. ?Primärwald? gebildet, der inzwischen vor dem Hintergrund der letzten Hitzesommer eine wichtige Funktion als Kaltluftschneise entwickelt hat. Der Wald bietet zahlreichen Tieren und Tierarten einen Rückzugsraum. Tierspuren lassen erkennen, dass die Fläche auch im Biotop-Verbund eine wichtige Rolle spielt.</p> <p><b>Zu 4.5 Wald / Z.22 Waldbereiche erhalten und entwickeln</b></p> <p>Der Wald wurde bisher nicht bewirtschaftet und hat u.a. durch umfangreiches Totholz zahlreichen Tierarten eine neue Heimat gegeben. Er wirkt darüber hinaus ökologisch kompensierend gegen den (Nacht)-Fluglärm des Köln-Bonner-Flughafens, da sich der Ortsteil Stallberg unmittelbar in der Einflugschneise befindet. Des Weiteren wird auch der Lärm der naheliegenden Autobahn A3 teilweise kompensiert.</p> <p><b>Zu 4.1.2 Bodenschutz / G. 24 Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. auch Stn ID1004324) .</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt.</p> <p>Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum steht ein ökologisch wertvoller Wald, der von der LANUV als Biotopverbundfläche der Stufe 1 bewertet wird, entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.</p> <p>Für die erwünschte Festlegung als LSG bzw. die Aufnahme in den Landschaftsplan fällt in die Zuständigkeit der unteren Naturschutzbehörde des Rhein-Sieg Kreises.</p>

Der Boden des Seidenbergs besteht überwiegend aus feinem Sand, den die Firma Lichtenberg bis vor etwa 50 Jahren abgebaut hat. Nach Aufgabe des Betriebes wurden große Teile des Abraumgebietes mit Bauschutt, Abfall und Sondermüll verfüllt, über den bisher wenig bekannt ist. Im Rahmen der inzwischen verworfenen Bebauungsplanung für ein Industriegebiet ist erkennbar geworden, wie wichtig diese Fläche zur Aufnahme von Niederschlagswasser, insbesondere bei Starkregen ist. Hier wäre eine Erosion bzw. Abschwemmung der gesamten Kuppe des Seidenbergs ohne den Wald und das verbindende Wurzelwerk ähnlich einer Katastrophe wie in Erftstadt durchaus möglich gewesen. Somit kommt dem Bodenschutz eine besondere Bedeutung zu.

#### **ZU 4.1.2 Bodenschutz / G.25 Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen**

Zahlreiche große Laub-Bäume, insbesondere Eichen und Kirschbäume haben sich das ehemalige Abraumgebiet zurück erobert und binden nun in hohem Maß Kohlenstoff ebenso wie Feinstäube der naheliegenden Autobahn A3. An heißen Sommertagen sorgt der Wald für Kühlung. Eine andere Form der Nutzung dieser Fläche würde spürbare Nachteile für die umgebenden Ortsteile Siegburg-Stallberg und -Kaldauen nach sich ziehen, insbesondere vor dem Hintergrund der inzwischen in großem Umfang verlorenen Nadelwald-Gebiete.

Insofern sollte das **Areal Siegburg-Seidenberg** nun im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans **künftig als schützenswerte Waldfläche** ausgewiesen werden. Zweckmäßig wäre in diesem Sinne ein **Ausweis der Fläche Seidenberg als Landschaftsschutzgebiet im Rahmen der Weiterentwicklung des Landschaftsplans Nr. 7.**

Ein entsprechender Vorschlag ist dem Rhein-Sieg-Kreis (E-Mail an Frau Lwowski am 30.11.2021) bereits im letzten Jahr von mir unterbreitet worden. Hiermit möchte nun den formalen Antrag stellen, dieses Areal entsprechend auch in einer Neufassung des Regionalplans als schutzwürdige Waldfläche auszuweisen.

Auch der BUND hat die Bürgerinitiative mit Stellungnahmen unterstützt, die ich in den Anlagen beifüge. Darin befindet sich u.a. eine detaillierte Darstellung der betreffenden Fläche.

Eine Integration in den Landschaftsplan Nr. 7 wäre m.E. ein wirksames und praktikables Instrument, um gleichzeitig verschiedene Ziele des Regionalplans umzusetzen. Ich würde mich ? auch im Namen der von mir vertretenen Bürgerinitiative ?Rettet den Seidenberg? - sehr freuen, wenn Sie meinem Vorschlag folgen würden.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1004421.pdf](#)



AZ: Ö-M-30

1001146

1001617

#### Inhalt

**Bergisch Gladbach, Ortsteil Schildgen, östlicher Siedlungsrand BG\_5**

**Schüllenbusch/Sträßchen Siefen/Odenthaier Markweg/Im Aehelemaar**

[s. Anhang Abb. 1001617\_1]

#### 1. Klimaschutz/Klimawandelvorsorge

Der Entwurf des Regionalplans für das bezeichnete Gebiet steht vollständig im Widerspruch zu den Zielen G 2, G 3 und G 5 betr. Klimaschutz und Klimawandelvorsorge, desgleichen zu den realen Klimaverhältnissen in Schildgen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie man bei diesem Hintergrund auf die Idee kommen kann, im bezeichneten Gebiet weitere mögliche Siedlungsflächen auszuweisen, die sich sogar noch über den in dieser Hinsicht ebenfalls völlig überzogenen Flächennutzungsplan hinaus erstrecken sollen.

Die Situation in Schildgen ist durch die rasante Zunahme der Bebauung in den letzten Jahrzehnten sowie den ständig anwachsenden Autoverkehr geprägt. Insbesondere die Verkehrsachse Kempener Straße/Altenberger-Dom-Straße/Leverkusener Straße sorgt für enorme Lärm- und Abgasbelastungen. Mehrfach am Tag steht diese Route kurz vor dem Kollaps. Dafür sorgt einerseits der Nahverkehr, der durch die ständig anwachsende Wohnbebauung anschwillt, und den Fernverkehr (Durchgang Köln ? Bergisches Land, Durchgang Leverkusen ? Bergisch Gladbach, Abkürzung für die Autobahnverbindungen von der A 1 und der A 3 zur A 4.

Während die Problematik des Fernverkehrs offensichtlich nicht mehr lösbar ist (keine Trasse für Ausweichrouten vorhanden) würde eine Zunahme der Siedlungsflächen ebenso wie ?verdichtete Bebauung? die Problematik für Mensch und Natur weiter verschärfen. Den Menschen in Schildgen würden durch erhebliche Klimaverschlechterungen sowie steigende Lärmbelastigungen auf Dauer Gesundheitsschäden zugefügt. Das ist unverantwortlich.

Wie der nachstehende Ausschnitt aus der aktuellen Klimafunktionskarte für das bezeichnete Gebiet zeigt, fungiert die bezeichnete Grün- und Freifläche für Schildgen als dringend erforderlicher Frisch- und Kaltluftproduzent, um das Klima noch halbwegs erträglich zu halten.

[s. Anhang Abb. 1001617\_2]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004646).



Ausschnitt Klimafunktionskarte

**Keinen anderen Schluss lassen ebenfalls die beiden nachstehenden Ausschnitte aus der Klimaanalysekarte des LANUV zu:**

[s. Anhang Abb. 1001617\_3]

Ausschnitt Klimaanalysekarte tags

Die Klimaanalysekarte des LANUV weist diesen Bereich als Siedlung mit starker thermischer Belastung tags aus: PET >35 bis 41 °C.

[s. Anhang Abb. 1001617\_4]

Ausschnitt Klimaanalysekarte Gesamtbetrachtung

Die Klimaanalyse Gesamtbetrachtung stuft dieses Gebiet als Klimawandel-Vorsorgebereich Klasse 3 ein.

## **2. Hochwasserschutz**

Außerdem ist diese Fläche angesichts der erheblich zunehmenden Starkregenereignisse ein wirksamer Hochwasserschutz. Die Fläche saugt das Regenwasser bis zu einem hohen Grad regelrecht auf. Ohne diese Wirkung wäre der Jahrhundertregen 2021 für sehr viel mehr Haushalte in Schildgen bitter und mit hohen Sachschäden ausgegangen. Siehe hierzu den nachstehenden Ausschnitt aus der Karte Oberflächengewässer des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach.[s. Anhang Abb. 1001617\_5]

Ausschnitt Karte Oberflächengewässer des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach

**Ferner werden durch den Entwurf des Regionalplans anerkannte Aspekte des Arten- und Bodenschutzes missachtet:**

## **3. Artenschutz**

Die Feuchtgebiete der Wiesen und Siefen sind wie der nachstehende Ausschnitt aus der Karte ?Artenschutz? des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach zeigt relevant für den Artenschutz:

[s. Anhang Abb. 1001617\_6]

## **4. Bodenschutz**

Das im Regionalplan enthaltene Ziel G 24 wird dadurch verletzt, dass bei einer Ausweitung des Siedlungsbereiches im bezeichneten Gebiet die dort vorhandene sehr schutzwürdige Bodenart ?Gley? vernichtet würde. Siehe hierzu den nachstehenden Kartenausschnitt:

[s. Anhang Abb. 1001617\_7]

Ausschnitt Karte Schutzwürdige Böden des Freiraumkonzeptes Bergisch Gladbach

Der Entwurf des Regionalplanes bedeutet für insbesondere für das bezeichnete Gebiet aber auch für Schildgen insgesamt eine bedeutende Verschlechterung der Lebensbedingungen für Mensch und Natur. Eine Ausweitung der Siedlungsflächen ist daher unbedingt zu vermeiden.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1001617\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001617\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001617\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001617\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001617\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001617\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001617\\_7.pdf](#)

AZ: Ö-M-300	
1001682	
1011536	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem öffentlich ausgelegten Entwurf eines neuen Regionalplans möchte ich nachfolgend die Gelegenheit zur Beteiligung nutzen und Stellung nehmen.</p> <p>Als selbstständig wirtschaftender Land- und Forstwirt, ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit 162 ha Nutzfläche und 237 ha Wald in Wachtberg Adendorf, bin ich massiv mit über 85 % meiner Waldfläche und 35 % ha meiner landwirtschaftlichen Flächen von den Planungen des Regionalplans Köln betroffen.</p> <p>Gemäß Ihren Planungen ist nahezu der gesamte Bereich meines Adendorfer Waldes und ein Drittel meiner landwirtschaftlichen Flächen zukünftig als Bereich zum ?Schutz der Natur? und als ?regionale Grünzüge? ausgewiesen, im Folgenden als ?BSN? bezeichnet. Gegen diese Planungen erhebe ich Einspruch.</p> <p>Da sowohl die Forstflächen des Adendorfer Waldes als auch die landwirtschaftlichen Flächen südlich des Adendorfer Waldes und östlich der BAB 565 im Bereich von Burg Münchhausen und der Kempermühle betroffen sind habe ich zum besseren Verständnis meine Ausführungen in folgende Abschnitte unterteilt:</p> <p>2</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- I. Forstwirtschaft</li> <li>- II. Landwirtschaft</li> <li>- III. Antrag auf Änderung der geplanten Maßnahmen</li> <li>- IV. Flächennachweis</li> <li>- V. Parzellenaufstellung</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

1011537

## Inhalt

### I. Forstwirtschaft

Zunächst einige Daten zu meinem Wald:

Seit vielen Generationen betreibt meine Familie eine nachhaltige Forstwirtschaft. Der [ANONYMISIERT] ist dominiert von altem Laubholz und einem hohen Eichenanteil. Er wird intensiv von den Bewohnern der Nachbarstadt Meckenheim als Erholungsraum genutzt. Ein zentrales Ziel bei der Bewirtschaftung des Waldes ist der Erhalt der ökologischen Stabilität. Dies gestaltet sich aktuell vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels als nicht einfach. Die Fichte ist in den letzten Jahren vollständig durch Trockenheit und Borkenkäferbefall ausgefallen. Eichen und insbesondere die Buchen leiden, stark zunehmend, unter Trocknisschäden.

[Abbildungen anonymisiert]

Die Bewirtschaftung des Waldes wird von folgenden Leigedanken bestimmt:

- Einführung einer blockweisen Bewirtschaftung, so dass alle Baumarten in allen Altersklassen alle 4 Jahre in Augenschein genommen werden
- Vermeidung von Waldrändern innerhalb des Waldes. Fließender Übergang von Jung- in Altbestände
- Einleitung von Naturverjüngung durch Schaffung von Lichtkegeln
- Keine Pflanzung von Kulturen, wo nicht nötig
- Einschlag ausgerichtet am natürlichen Zuwachs
- Erhalt eines angemessenen Laubholz- zu Nadelholzverhältnisses von 70 : 30 %
- Wertholzproduktion, speziell bei der Eiche
- Natürliche Verjüngung der Eiche

[Abbildung anonymisiert]

Das Ergebnis dieser generationsübergreifenden Bewirtschaftung ist der heutige Wald mit seiner hohen ökologischen Wertigkeit. Dieses wird auch dadurch dokumentiert, dass der [ANONYMISIERT] Forstbetrieb im September des vergangenen Jahres das Ziel einer forstlichen Fachexkursion der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft, ANW gewesen ist, die im Rahmen der Bundesstagung dieser Organisation hier stattgefunden hat. Die hohe Wertigkeit wird vermutlich der Grund sein, weshalb dieser intensiv bewirtschaftete Wald jetzt im Entwurf des Regionalplans als BSN vorgesehen ist.

Der [ANONYMISIERT] wird von dem Gebiet des Staatswald Kottenforst, Landschaftsraum LR-II-020, im Verlauf der L 158 abgegrenzt. Die Grenze zum Landschaftsraum LR-V-011 Lösshügelländer des unteren Mittelrheingebietes, verläuft entlang des Gudenauer Weges, der heutigen L 158, an dem Parkplatz ?Drei Steine?, den Grenzsteinen, vorbei. Weiter westlich liegt von der BAB Meckenheim Merl an, auf

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleintelligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume

etwa 2 km Länge unmittelbar angrenzend an die BAB 565 die Stadt Meckenheim. Zwei Fußgängerbrücken führen in den [ANONYMISIERT], um der Stadtbevölkerung den Zugang in den Wald zu geben. Die hohe Frequenz des Erholungsverkehrs belastet die Bewirtschaftung erheblich. Ein solches Intensiv-Erholungsgebiet eignet sich nicht als Naturschutzgebiet. Neben dem existierenden großen staatlichen Schutzgebiet Kottenforst kann auf die Ausweisung eines weiteren Schutzgebietes auf dem kleinen, aber anders gearteten privaten [ANONYMISIERT] verzichtet werden. Ich beantrage deshalb von jeder weiteren Unterschutzstellung des Waldes südlich der L 158 abzusehen. Ich möchte auch zukünftig als Eigentümer frei in meinem Wald wirtschaften können ohne naturschutzfachliche Fesseln, wie dies die Ausweisung als Naturschutzgebiet mit sich bringen würde.

Folgende Gründe sprechen gegen eine Ausweisung meiner Forstflächen zum ?Schutz der Natur? und als ?regionale Grünzüge? :

1. Bei der Ausweisung des Kottenforstes zum FFH Gebiet ist ausdrücklich der Unterschied in der Bewirtschaftung der drei Betriebe beschrieben worden. Der Forstbetrieb [ANONYMISIERT] mit seinem hohen Nadelholzanteil und der Forstbetrieb [ANONYMISIERT] mit seinen Laubholzbeständen, unterscheiden sich erheblich von dem FFH Gebiet Kottenforst. Daher auch die Grenze der Naturraumgebiete.

- Kottenforst mit maiglöckchenreichen Eichen- und Hainbuchen Wäldern
- Adendorfer Wald mit Eichen und Rotbuchen ohne Vorkommen der Hainbuche und entsprechender Bodenvegetation
- Gudenauer Wald mit hohem Nadelholzanteil

2. Im [ANONYMISIERT] wird seit Jahrhunderten intensiv Forstwirtschaft betrieben. Dies belegen die Aufzeichnungen in unserem Archiv, die Holzlieferungen an die seit 1743 in Adendorf angesiedelten Töpfer sowie die lückenlosen Forsteinrichtungswerke der vergangenen Jahrzehnte.

3. Topographie

Der [ANONYMISIERT] neigt sich nach Süden Richtung Ahrtal und Südwesten zur Rheinbacher Bucht. Dadurch ergeben sich unterschiedliche Wuchsbedingungen.

4. Boden

Keine Grabensysteme wie im Kottenforst, dadurch keine Staunässe und somit keine naturschutzrelevanten Biotope.

5. Naturschutzfachlich ergibt sich keine Aufwertung aus der Bewirtschaftung der vergangenen Jahre. Rein biotopverbindende Gesichtspunkte rechtfertigen keine Ausweisung als BSN.

6. Verkehr

Der [ANONYMISIERT] grenzt von der Autobahnauffahrt Meckenheim Merl im Norden bis zur L128 im Süden an die BAB 565. Unmittelbar angrenzend liegt im Westen die Stadt Meckenheim mit dem Ortsteil Merl. In den 1970iger Jahren sind zwei Fußgängerbrücken über die BAB 565 gebaut worden, um der Stadtbevölkerung den Zugang zur Natur zu ermöglichen. Dies führt heute zu erheblicher Beeinträchtigung der Natur und zu Bewirtschaftungsschwierigkeiten für den Eigentümer andererseits. Ein

und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

solches Gebiet, das keine naturschutzrelevanten Besonderheiten ausweist, eignet sich nicht als besonders schützenswerter Bereich zum Schutz der Natur.

7. Befürchtung: Sorge vor Ausweisung meines Waldes als Naturschutzgebiet

Mit der Ausweisung als BSN wird der erste Schritt in Richtung ?Ausweisung als Naturschutzgebiet? vollzogen. Auch wenn dies in den Erläuterungen zum Regionalplan nicht als zwingend dargestellt wird, so lehrt die Erfahrung, dass die örtlich zuständige Naturschutzbehörde doch eine Ausweisung als NSG anstrebt, weil ein Regionalplan für die Behörden ein verbindliches Planungsinstrument ist.

8. Waldbau und Klimawandel

Der Klimawandel erfordert in den nächsten Jahren einen massiven Waldumbau. Als Eigentümer möchte ich frei von naturschutzfachlichen Restriktionen sein. Ich möchte in meinem Wald auch Baumarten pflanzen, die Trockenheit besser aushalten (z.B. Esskastanie, Baumhasel, trockenheitsresistente Kiefernarten) und dazu nicht immer einen Antrag auf Befreiung bei der Naturschutzbehörde stellen müssen.

9. Vermögensverlust

Durch eine Ausweisung als Naturschutzgebiet würde ein erheblicher Vermögensverlust eintreten. Der Wert des Waldes auf dem Immobilienmarkt vermindert sich nachweislich um 30 bis 50 % durch die Ausweisung als NSG. Das ist eine nicht hinzunehmende Vermögenseinbuße.

10. Vertragsnaturschutz:

Seitens des Umweltministeriums wird immer wieder auf die Möglichkeiten, Lösungen im Wege des Vertragsnaturschutzes zu suchen, hingewiesen. Hierdurch lassen sich im Einzelfall für beide Seiten befriedigende Lösungen finden. Pauschale Lösungen, wie sie generelle Unterschutzstellungen mit sich bringen, führen leicht zu Spannungen. Dies kann durch vertragliche Regelungen vermieden werden. Ich verweise ausdrücklich auf meine Bereitschaft auf diesem Wege Lösungen für naturschutzrechtliche Belange zu suchen oder zu schaffen.

11. Naturschutzgebiet Staatswald Kottenforst unmittelbar angrenzend

Nördlich an meinen Wald angrenzend befindet sich das große Waldnaturschutzgebiet des Staatswald Kottenforst. Damit dient bereits ein großer Waldbereich in besonderer Weise dem Naturschutz. Warum muss dann mein Privatwald noch zusätzlich als BSN zur Verfügung stehen?

1011538	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zu den landwirtschaftlichen Flächen:</p> <p>Als Landwirt wirtschaftete ich nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft unter strikter Beachtung der ökologischen Vorgaben und nach den gesetzlichen Vorschriften.</p> <p>Die in meinem landwirtschaftlichen Grundbesitz von der Ausweisung als BSN betroffenen Flächen liegen südlich des Adendorfer Waldes und östlich der BAB 565 im Bereich von [ANONYMISIERT] und der angrenzenden [ANONYMISIERT]. Es handelt sich um</p> <p>a) Landwirtschaftlich genutzte Flächen b) Zur Abgrabung genutzte Flächen.</p> <p>Zu a) Weder aus der Bewirtschaftung noch aus einer Veränderung der natürlichen Verhältnisse ergibt sich eine Veränderung hin zu einer Ausweisung als BSN. Im Zuge der weiteren Ausweisung von Bau- und Industrieland gehen in unserem Ballungsraum Meckenheim, Rheinbach und Wachtberg zunehmend Flächen mit guten Böden, sowohl als Bauland als auch als ökologische Ausgleichsflächen, verloren. Daher spreche ich mich dafür aus, dass keine weiteren Ackerflächen im Rahmen der Neuplanung als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.</p> <p>In dem neuen Verordnungsentwurf der EU Kommission zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist u.a. vorgesehen, dass für die Einschränkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit berücksichtigt werden sollen. Die Gemeinde Wachtberg ist in den 1980iger Jahren aufgrund einer drohenden Mülldeponie flächendeckend unter Landschaftsschutz gestellt worden und eine weitere Ausdehnung von LSG und BSN im neuen Regionalplan führen zu fast nicht mehr lösbaren Belastungen der landwirtschaftlichen Betriebe. Der mit jeder Maßnahme ausgelöste Kostendruck führt zu einem notwendigen Wachstum der Vollerwerbsbetriebe und zu einem Höfesterben auf dem Land. Jede weitere Reglementierung und Beschneidung meiner unternehmerischen Freiheit durch zusätzliche Auflagen belasten darüber hinaus die nachfolgende Generation meines Familienbetriebes. Ein auskömmliches Wirtschaften unter Zugrundelegung sämtlicher ökologischer Einschränkungen ist bereits jetzt schwierig.</p> <p>Solange es im Umweltbericht wörtlich heißt ?die gegenwärtig überwiegend konventionell betriebene Landwirtschaft steht generell im Zielkonflikt mit dem Schutz des Naturhaushaltes, so dass Agrarbereiche vor allem perspektivisch mit Blick auf eine angestrebte Zunahme von umweltverträglich nachhaltig biologischer Bewirtschaftung erhaltenswert sind? lässt dies den Schluss einer privilegierten Behandlung von biologisch wirtschaftenden Betrieben zu. Die uneingeschränkte Nutzbarkeit</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume</p>



landwirtschaftlicher Fläche ist jedoch auch in der konventionellen Landwirtschaft elementare Voraussetzung, um die dauerhafte Existenz landwirtschaftlicher Betriebe zu gewährleisten. Landwirtschaft dient der sicheren Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Vor dem Hintergrund des Klimawandels ist dies schon jetzt witterungsbedingt eine große Herausforderung. Ich spreche mich daher entschieden gegen eine Ungleichbehandlung von biologisch und konventionell genutzter landwirtschaftlicher Nutzfläche aus. Jede Form einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung dient

der Nahrungsmittelversorgung. Naturschutzmaßnahmen sollten auf freiwilliger Basis im Rahmen von Vertragsnaturschutzverträgen durchgeführt werden. An entsprechenden Programmen nehme ich heute schon teil.

Zu b) hier handelt es sich um genehmigte Abgrabungsflächen, die in dem bisherigen Regionalplan als solche gekennzeichnet sind. Diese sollten erhalten bleiben. Es liegt eine Abgrabungsgenehmigung über eine Fläche von ca. 25 ha vor, die nach Ende des Tonabbaus Flächen für die Landwirtschaft und für die Natur vorsieht. Eine zusätzliche Ausweisung von Naturschutzflächen würde zu einer höheren Belastung des Betriebes führen. Es genügt, dass hier weitreichende Vereinbarungen, 60 % der betroffenen Fläche, zum Erhalt der Natur in dem derzeitigen Rekultivierungsplan vorgenommen worden sind.

### III. Antrag auf Änderung der geplanten Maßnahmen

Erlauben Sie mir abschließend nochmals den Hinweis, dass meine Landwirtschaft und der [ANONYMISIERT] seine hohe ökologische Wertigkeit der generationsübergreifenden Pflege zu verdanken hat. Diese anspruchsvolle Aufgabe möchten ich und meine Nachfolger auch in Zukunft eigenverantwortlich ohne staatliche Restriktionen fortsetzen.

Daher stelle ich den Antrag die in dem Regionalplan von mir angesprochenen Gebiete zum ?Schutz der Natur? und als ?regionale Grünzüge? für die betroffenen Waldflächen und für die betroffenen landwirtschaftlichen Flächen zurückzunehmen.

Solange die genehmigte Abgrabung noch aktiv betrieben wird, sollten diese Flächen ebenfalls wie bisher im Regionalplan festgehalten werden.

### IV. Flächennachweis

In den folgenden Karten sind die betroffenen Flächen eingetragen:

[Abbildung anonymisiert]

Betroffenen Forstflächen [ANONYMISIERT]

[Abbildung anonymisiert]

Eigenbewirtschaftete Forstflächen 247 ha, davon 85 % betroffen

und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Regkultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. (s. StnID 1018199).

BSN südlich der L158 ca. 285 ha, davon 75 % [ANONYMISIERT] Wald betroffen

Betroffenen landwirtschaftliche Flächen

[Abbildung anonymisiert]

BSN Landwirtschaft,

- zusammen ca. 77 ha

? davon 21 ha aktuelle Abgrabungsfläche, bisher als Abgrabungsfläche im Regionalplan gekennzeichnet

? Eigentumsfläche des Antragstellers

.- davon Abgrabungsfläche 21 ha 27 %

.- davon Eigenbewirtschaftung 15 ha 18 %

.- davon Verpachtung 14 ha 18 %

Zusammen: 60 ha 65 %

V. Parzellenaufstellung:

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-324	
1001259	
1002247_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><u>1. Von unserer Mandantin geplante Vorhaben</u></p> <p>Unsere Mandantin plant, auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz (Gemarkung Kückhoven, Flur [ANONYMISIERT], und Gemarkung Holzweiler, Flur [ANONYMISIERT]) auf drei Teilflächen Freiflächensolaranlagen in einer Gesamtgröße von rund 61 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die im Vorfeld durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, künftig außerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus Garzweiler II liegen sollen, nicht im Bereich der Grobtrasse der L 277 n liegen und gemäß der bestehenden abgrabungsrechtlichen Genehmigungen nicht für die Durchführung dauerhafter Kompensationsmaßnahmen in Gestalt von Gehölzpflanzungen vorgesehen sind [s. Anhang Abb. StnID 1002247_001_1].</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p><u>1.1 Teilfläche 1 (TF 1)</u></p> <p>Die Teilfläche 1 (TF 1) hat eine Größe von rund 14 ha und umfasst Teilflächen der Grundstücke in der Stadt Erkelenz, Gemarkung Kückhoven, Flur [ANONYMISIERT], Flurstücke [ANONYMISIERT]. Diese sind Gegenstand der Abgrabungsgenehmigung Ihres Hauses vom [ANONYMISIERT], Az.: [ANONYMISIERT], in der Fassung der Änderungsbescheide des Kreises Heinsberg vom [ANONYMISIERT], Az.: [ANONYMISIERT], vom [ANONYMISIERT], Az.: [ANONYMISIERT], und vom [ANONYMISIERT], Az.: [ANONYMISIERT].</p> <p>Im Bereich der östlich des Hauerweges gelegenen Teilfläche ist der Abbau bereits weitgehend abgeschlossen. Westlich des Hauerweges steht der Abbau im Bereich der Flurstücke [ANONYMISIERT] noch aus. Das westlich des Hauerweges gelegene Flurstück [ANONYMISIERT] beherbergt eine Kiesaufbereitungsanlage einschließlich Nebeneinrichtungen sowie Absetzbecken für die Kieswäsche [s. Anhang Abb. StnID 1002247_001_2]. Nach Maßgabe der Änderungsbescheide des Kreises Heinsberg vom [ANONYMISIERT] müssen der Abbau bis zum [ANONYMISIERT] und die Herrichtung bis zum [ANONYMISIERT] abgeschlossen sein.</p> <p>Da zum Zeitpunkt der Zulassung durch den Kreis Heinsberg noch davon ausgegangen wurde, dass die bestehende Abgrabung mit Ausnahme der in der nachfolgenden</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

Abbildung 3 [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_3] dunkelgrün gekennzeichneten Flächen vollständig durch den Braunkohlentagebau Harnbach in Anspruch genommen wird, wurde in den Änderungsbescheiden des Kreises Heinsberg vom [ANONYMISIERT] bestimmt, dass die betreffenden Flächen bis zur Inanspruchnahme durch den Braunkohlentagebau Garzweiler II einer natürlichen Sukzessionsentwicklung zu überlassen sind. Zum Schutz vor Verbuschung und zum Erhalt des Artenbestandes sind die Sukzessionsflächen ein- bis dreimal im Jahr, ab Juni durch Schafe zu beweiden (Pferche sind unzulässig) oder im zwei- bis dreijährigen Rhythmus, jeweils ab Oktober mit vollständiger Entnahme des Schnittgutes zu pflegen. Auf den nach seinerzeitigem Planungsstand außerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus Garzweiler II gelegenen Teilflächen sind nach Maßgabe der vorgenannten Änderungsbescheide dauerhafte Kompensationsmaßnahmen in Gestalt von Gehölzpflanzungen anzulegen.

Nach dem im 1. Planentwurf zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln dokumentierten Planungsstand sollen Teile der geplanten Sukzessionsflächen nunmehr nicht mehr durch den Braunkohlentagebau Garzweiler II in Anspruch genommen werden [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_1]. Unsere Mandantin beabsichtigt daher, die betreffenden Teilflächen nach Beendigung der Abgrabung und der Herrichtung sukzessive dem Abbau- und Rekultivierungsfortschritt folgend für die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen zu nutzen. Die Sukzessionsflächen können hierbei erhalten werden, da nach Maßgabe der abgrabungsrechtlichen Änderungsbescheide des Kreises Heinsberg hierfür Pflegemaßnahmen vorgeschrieben sind, die zur Förderung von Offenlandarten das Aufkommen von Gehölzen verhindern sollen, sodass unterhalb der Solarmodule weiterhin eine Sukzessionsentwicklung gewährleistet werden kann. Die für die Solarenergieerzeugung nutzbare Fläche hat eine Größe von rund 14 ha und ist in der obigen Abbildung 1 als TF 1 gekennzeichnet [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_1].

Für den in der obigen Abbildung 3 [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_1] teilweise mit dargestellten, rund 7,9 ha großen 1. Teilabschnitt der Erweiterung der Abgrabung Erkelenz in Richtung Osten wurde seitens des Kreises Heinsberg unter dem [ANONYMISIERT] eine abgrabungsrechtliche Genehmigung erteilt. Da diese Flächen auch nach dem aktuellen Planungsstand weiter innerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus Garzweiler II liegen, ist die Errichtung von Freiflächensolaranlagen hier nicht möglich. Vielmehr sollen die betreffenden Teilflächen nach Beendigung der Rohstoffgewinnung bis zur Inanspruchnahme durch den Braunkohlentagebau (ohne Pflegemaßnahmen) der natürlichen Sukzession überlassen werden.

## 1.2 Teilfläche 2 (TF 2)

Da die Rohstoffvorräte aus der bestehenden Abgrabung und dem sich hieran östlich anschließenden 1. Teilabschnitt der Erweiterung der Abgrabung Erkelenz in Richtung

Osten in wenigen Jahren erschöpft sein werden, beabsichtigt unsere Mandantin, die Abgrabung in einem 2. Teilabschnitt weiter nach Osten auszudehnen. Die hierfür erforderliche Abgrabungsgenehmigung wird in Kürze beim Kreis Heinsberg beantragt werden. Ein Abgrabungsinteresse für die betreffende Teilfläche wurde in dem parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe seitens unserer Mandantin geltend gemacht (Az.: [ANONYMISIERT]).

Der 2. Teilabschnitt der Osterweiterung der Abgrabung Erkelenz hat eine Größe von rund 41,5 ha und beinhaltet neben den derzeit ackerbaulich genutzten Grundstücken in der Gemarkung Holzweiler, Flur [ANONYMISIERT], Flurstücke [ANONYMISIERT], die Abstands- und Böschungsflächen des in 2021 genehmigten 1. Teilabschnitts der Osterweiterung der Abgrabung Erkelenz [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_4]. Hier sollen über einen Zeitraum von rund 15 Jahren etwa 4,5 Mio. m<sup>3</sup> Sand und Kies im Trockenschnitt gewonnen werden. Anschließend soll die Fläche, soweit sie nach aktuellem Planungsstand weiterhin innerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus Garzweiler II liegen wird, einer natürlichen Sukzessionsentwicklung überlassen werden.

Die nach aktuellem Planungsstand künftig außerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus gelegene Teilfläche des 2. Teilabschnitts - hier als Teilfläche 2 (TF 2) bezeichnet [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_1] - soll nach Beendigung der Rohstoffgewinnung in Tieflage als Extensivgrünland hergerichtet und für die Solarenergieerzeugung genutzt werden. Sie hat eine Größe von rund 29 ha und umfasst die Grundstücke in der Gemarkung Holzweiler, Flur [ANONYMISIERT], Flurstücke 15 tlw., 17, 88 tlw., 90 tlw., 91 tlw. und 92.

### 1.3 Teilfläche 3 (TF 3)

Um den Markt nach Beendigung des Rohstoffabbaus in der bestehenden Abgrabung und den Teilabschnitten 1 und 2 der Osterweiterung weiterhin mit qualitativ hochwertigen Kiesen und Sanden zu versorgen, beabsichtigt unsere Mandantin eine 3. Erweiterung der bestehenden Abgrabung in östlicher Richtung, für die sie in dem parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe gegenüber Ihrem Hause (Az.: [ANONYMISIERT]) ein Abgrabungsinteresse angemeldet hat.

Die projektierte Erweiterungsfläche hat eine Größe von rund 21 ha und soll neben den Abstands- und Böschungsflächen des 2. Teilabschnitts der Osterweiterung die derzeit nahezu ausschließlich ackerbaulich genutzten Grundstücke in der Gemarkung Holzweiler, Flur [ANONYMISIERT], Flurstücke [ANONYMISIERT], in Anspruch nehmen. Dort sollen über einen Zeitraum von 9 Jahren rund 2,3 Mio. m<sup>3</sup> Sand und Kies abgebaut werden.

Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung sollen die

Erweiterungsflächen, die nach aktuellem Planungsstand künftig vollständig außerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus Garzweiler II liegen werden, in Tieflage als Extensivgrünland rekultiviert werden. Im Bereich der Abstands- und Böschungsflächen sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen geplant.

Auf den für eine Nutzung als Extensivgrünland vorgesehenen Teilflächen beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_1]. Die betreffenden Teilflächen weisen eine Größe von rund 18 ha auf.

Insgesamt stünden danach am Standort Erkelenz langfristig rund 61 ha bereits durch den geplanten Abgrabungsbetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt werden können.

Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) dargestellt werden [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_1]. Sie sind im 1. Planentwurf des parallel in Aufstellung befindlichen regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe bislang nur teilweise für eine Darstellung als BSAB vorgesehen [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_4].

Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen im Bereich der bestehenden Abgrabung sowie der Erweiterungsflächen planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin,

- die in der Abbildung 1 gekennzeichneten Teilflächen 1, 2 und 3 im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.

Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den im Vorfeld bereits erfolgten bzw. geplanten Abbaubetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen keine besonders hochwertigen Biotopstrukturen vorhanden sein werden. Sie liegen außerhalb besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuft Biotop und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW - mit Ausnahme einer weit überwiegend innerhalb der räumlichen Grenzen des Braunkohlentagebaus Garzweiler II gelegenen Teilfläche der bestehenden Abgrabung - auch nicht dem Biotopverbund. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind

im Umfeld, und zwar im Bereich der bestehenden Abgrabung unserer Mandantin, einer innerhalb der künftigen Grenzen des Tagebaus Garzweiler II gelegenen Sukzessionsfläche sowie eines benachbarten Deponiebetriebs, zudem bereits Solarpotenzialflächen ausgewiesen [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_5].

Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen .

Im Einzelnen:

## 2. Bedarf an Freiflächensolaranlagen

Der Bundestag hat am 07.07.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen.

Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_6], wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

Damit dies gelingt, wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG nunmehr:

- Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des neu gefassten § 2 des EEG weiter ausgeführt:

- Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.

Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte.

In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung



ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen

- 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW)
- 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),
- 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und
- 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein.

*Vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51.*

Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen.

Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen.

Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt.

Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen

- 6,9 % auf Windenergie,
- 2,2 % auf Solarenergie,
- 1,2 % auf Bioenergie und

- 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

[s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_7]

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um Dachflächen-Photovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_8].

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben.

Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 610.000 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Ost/West
- Neigung der Module: 32°
- Mittlere Einstrahlung: 1.095 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 118.778,1 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 13.255.282 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 260.128.559 kWh.

Bei einem erwarteten Ertrag von 13.255.282 kWh pro Jahr emittieren die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin null t CO<sub>2</sub>. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden jährlich 15.217 t CO<sub>2</sub> entstehen.

Das würde eine Einsparung von 15.217 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 5.064 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 6.482 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 11.068 t pro Jahr.

Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen.

Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit der bestehenden Abgrabung sowie der Erweiterungen auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits abgebaute und rekultivierte Abgrabungsabschnitte und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Erweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbaubetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen.

### 3. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen

#### 3.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Erkelenz sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 07.07.2022 vom Bundestag beschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

##### 3.1.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sein werden.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.

##### 3.1.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)

Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln auch nicht für eine Darstellung als BSLE vorgesehen.

##### 3.1.3 Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

#### 3.1.4 Oberflächengewässer

Oberflächengewässer sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen.

#### 3.1.5 Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### 3.1.6 Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, sowie im in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln dargestellten Standorten für Abfalldeponien.

#### 3.1. 7 Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Die Flächen der bestehenden Abgrabung sind im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, als BSAB dargestellt. Im 1. Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe sind diese auch weiterhin für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Die Abgrabungserweiterungsflächen sind demgegenüber bisher nicht für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Für sie wurde aber im Regionalplanverfahren seitens unserer Mandantin ein Abgrabungsinteresse geltend gemacht.

Da die Abgrabungsflächen erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und der anschließenden Rekultivierung dauerhaft für die Nutzung von Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung jedoch nicht zu erwarten.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb des projektierten Anlagenstandorts verlagert.

#### 3.1.8 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB). Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

#### 3.1.9 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

#### 3.1.10 Waldbereiche

Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen werden derzeit weit überwiegend intensiv ackerbaulich genutzt. Im Bereich des 2. Teilabschnitts der Osterweiterung sowie der 3. Erweiterung befinden sich darüber hinaus zwar zwei kleine, rund 0,2 ha bzw. 0,1 ha große Feldgehölze [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_9]. Diese werden im Zuge des der Nutzung für die Solarenergieerzeugung vorausgehenden Rohstoffabbaus aber beseitigt.

Nach Beendigung der geplanten Rohstoffgewinnung werden die Abgrabungserweiterungsflächen weit überwiegend als Extensivgrünland rekultiviert. Im Bereich der bestehenden Abgrabung ist die Anlage von Sukzessionsflächen vorgesehen, auf denen durch Pflegemaßnahmen ein Aufkommen von Gehölzen unterbunden werden soll. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung im Bereich der geplanten Anlagenflächen dementsprechend nicht vorgesehen.

#### 3.1.11 Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von RG.

#### 3.1.12 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN.

#### 3.1.13 Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

#### 3.1.14 Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer näheren Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden. Etwa 0,8 km nördlich der Teilfläche 1 und 1,8 ha nordwestlich der Teilflächen 2 und 3 befindet sich der Ultraleicht-Flugplatz Kückhoven.

#### 3.2 Umweltverträglichkeit

Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich.

##### 3.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden.

Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden.

Die nächstgelegene zusammenhängende Wohnbebauung befindet sich in den Ortslagen Kückhoven und Holzweiler in einer Entfernung zu den Anlagenflächen von rund 1,1 km bis 1,3 km.

In der Umgebung befinden sich darüber hinaus mehrere Hoflagen. Die nächstgelegene Hoflage ist der Weyerhof jenseits der L 19, dessen Wohngebäude in etwa 30 m Entfernung zu den Teilflächen 2 und 3 und 50 m zu den in Tieflage geplanten Anlagenstandorten liegen. Südlich liegt der Hauerhof in einer Entfernung von etwa 700 m. Die im Bereich der Teilflächen 1, 2 und 3 geplanten Freiflächensolaranlagen werden, da sie in Tieflage auf der Abgrabungssohle errichtet werden sollen, nicht näher an die Gehöfte heranrücken als die geplanten Abgrabungserweiterungen, für die durch ein Schalltechnisches Gutachten nachgewiesen wurde, dass durch die Erweiterung der Abgrabung in östlicher Richtung im Bereich des Weyerhofs keine richtwertüberschreitenden Lärmimmissionen hervorgerufen werden. Durch die Errichtung und den Betrieb der Freiflächensolaranlagen, deren Immissionen weit hinter denen der geplanten Abgrabungserweiterungen zurückbleiben, ist dementsprechend im Bereich des Weyerhofs nicht mit richtwertüberschreitenden Immissionen zu rechnen. Aufgrund der geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Abstandsflächen und Böschungen werden die Anlagen zudem optisch abgeschirmt.

Der Landschaftsraum besitzt ein dichtes Verkehrswegenetz an Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, ergänzt durch ein enges Gitter von Flurwegen. Der Untersuchungsraum wird durch die Landesstraße L 19 nördlich des

Abgrabungsgeländes gequert. Diese hat wiederum eine Verbindung zu den Bundesautobahnen BAB A 46 nach Westen und BAB A 44 und BAB A 61 nach Osten. Die Landwirtschaftsflächen und Höfe sind durch ein Wegesystem aus befestigten und unbefestigten Wegen erschlossen.

Dem Untersuchungsraum kommt durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung und die vorhandenen Abgrabungs- und Deponiebetriebe sowie den aus 10 Windkraftanlagen bestehenden Windpark in der unmittelbaren Umgebung der Teilflächen 2 und 3 lediglich eine geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Hier kommt allenfalls die wohnortnahe stille Erholungsnutzung wie Spazieren gehen und Radfahren vor. Die noch unverritzten Flächen der bestehenden Abgrabung sowie der geplanten Erweiterungen selbst werden von intensiv genutzten Landwirtschaftsflächen eingenommen, die keine besonderen Funktionen für die Erholung aufweisen. Innerhalb der Landwirtschaftsflächen findet sich in den Teilflächen 2 und 3 jeweils ein kleines Feldgehölz, welches intensiv von Jägern genutzt wird, wovon Hochstände und eine Wildfutterstelle zeugen.

Nördlich der Landesstraße liegt der Lahey Park, eine private Freizeit- und Erholungsanlage, die aber seit einigen Jahren ruht. Südwestlich des Erweiterungsgeländes befindet sich ein Modellflugplatz. Weitere Freizeitinfrastruktur ist im untersuchten Raum nicht vorhanden.

Insgesamt ist die Freizeit- und Erholungsnutzung im Untersuchungsgebiet von geringer Bedeutung.

Während der Bauphase ist infolge der geplanten Errichtung der Freiflächensolaranlagen im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus.

Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer technischen Überprägung einer durch die im Umfeld vorhandenen Verkehrsstraßen, die landwirtschaftliche Intensivnutzung, den vorhandenen Windpark sowie die bestehenden Abgrabungs- und Deponiebetriebe vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen nach Beendigung des geplanten Abgrabungsbetriebs im Bereich der bestehenden Abgrabung und der Erweiterungsflächen umgeben werden, bleiben erhalten.

Diese Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf der nördlich der Vorhabensflächen verlaufenden L 19 und der in einer Entfernung von rund 0,5 km bis 1 km im Süden verlaufenden L 117 werden durch die Gehölzpflanzungen sowie die Errichtung der Freiflächensolaranlagen in Tieflage vermieden.

Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.

### 3.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

#### 3.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.2 Nationalpark

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

#### 3.2.2.3 Naturschutzgebiet

Im Bereich der überplanten Flächen sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.4 Planungsrelevante Arten

Wie oben bereits dargelegt, stellen sich die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen derzeit nahezu ausschließlich als devastiertes Gelände (vorhandene Abgrabung) bzw. als intensiv genutzte Ackerflächen dar und sollen nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus in Teiltieflage als Sukzessionsfläche bzw. Extensivgrünland rekultiviert werden .

Im Rahmen einer zwischen März und Ende Juni 2018 durchgeführten Bestandserfassung der Ingenieur- und Planungsbüro Lange GbR wurde festgestellt, dass auf den intensiv genutzten Ackerflächen der geplanten Abgrabungserweiterungen mit der Feldlerche lediglich eine planungsrelevante bodenbrütende Vogelart vorkommt [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_10].

Im Bereich der Ruderal- und Saumstrukturen im Norden bzw. Nordosten der bestehenden Abgrabung wurde darüber hinaus das Schwarzkehlchen als bodenbrütende planungsrelevante Vogelart nachgewiesen.

Da im Bereich der bestehenden Abgrabung nach Beendigung der Rohstoffgewinnung ähnliche Ruderal- und Saumstrukturen wie auf letztgenannter Fläche entstehen werden, ist zu erwarten, dass die betreffenden Flächen nach der Herrichtung ebenfalls vom Schwarzkehlchen besiedelt werden.



Die im Zuge der Herrichtung der Abgrabungserweiterungsflächen entstehenden Extensivgrünlandflächen stellen darüber hinaus einen geeigneten Lebensraum für die Feldlerche dar, sodass zu erwarten ist, dass die betreffenden Flächen nach der Rekultivierung wieder von der Art besiedelt werden.

Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die vorgenannten Arten daher folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der vorgenannten Arten die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitate eingegriffen wird, zwischen September und Februar zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

- Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der vorgenannten Arten zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme der jeweiligen Teilfläche stattzufinden.
- Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.
- Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die vorgenannten planungsrelevanten Bodenbrüter festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten gewerblichen Nutzungen (Abgrabungs- und Deponiebetriebe) bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen.

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen

Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien

Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammern u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden.

*Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009;*

*Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179.*

Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen.

*Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.;*  
*Trölzsch/Neuling, a. a. O.*

Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke

regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. Fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt.

*Vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew's Special 45/Dezember 2010;*

*Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013.*

Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden.

*Vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV) , Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012).*

Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaiken mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturarmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen.

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden.

So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen.

#### 3.2.2.5 Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotop

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotop sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

#### 3.2.2.7 Biotopverbundflächen

Die Teilflächen 2 und 3 der geplanten Abgrabungserweiterung liegen außerhalb von Biotopverbundflächen.

Ein Teil der Teilfläche 1 wurde vom LANUV NRW als Biotopverbundfläche im Sinne des § 21 BNatSchG eingestuft [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_11]. Sie ist Bestandteil des unter der Kennung VB-K-4904-007 ausgewiesenen Biotopverbundkomplexes "Kiesgruben bei Kückhoven", der als Trittsteinbiotop mit Steilwänden für die Uferschwalbe, stellenweise blütenreichen Ruderalfluren und Gebüsch, erhalten und durch Kleingewässer und Gebüsch weiterentwickelt werden soll.

Da die Freiflächensolaranlagen im Sohlbereich der Abgrabung errichtet werden sollen, wird in die vorhandenen randlichen Gehölzpflanzungen sowie die Böschungen nicht eingegriffen. Für die im Sohlbereich der Abgrabung vorgesehenen Sukzessionsflächen schreibt der bestandskräftige Änderungsbescheid des Kreises Heinsberg vom [ANONYMISIERT] zudem verbindlich die Durchführung von Pflegemaßnahmen vor, die nach der Zielvorstellung der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Heinsberg das Aufkommen von Gehölzen verhindern sollen. Die östlich an die bestehende Abgrabung angrenzenden Ruderal- und Saumstrukturen auf einer ehemaligen Abgrabungsfläche werden nach aktuellem Planungsstand zudem in absehbarer Zeit durch den Braunkohlentagebau Garzweiler II in Anspruch genommen, sodass sich die vom LANUV NRW für die Biotopverbundfläche formulierten Entwicklungsziele in der vorliegenden Form nicht verwirklichen lassen. Ein Widerspruch zum Biotopverbund ergibt sich durch das geplante Vorhaben unserer Mandantin insofern nicht, zumal durch die im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen randlichen Gehölzpflanzungen und die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen selbst (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen gelenkten Sukzession und extensiven Grünlandnutzung etc.) die im Bereich der Fläche nach Abbauende vorgesehene ökologische Aufwertung im Wesentlichen erhalten bleibt. Tendenziell ist im Vergleich zu der derzeit stattfindenden intensiven landwirtschaftlichen Nutzung im Bereich der noch unverritzten Flächen der bestehenden Abgrabung sowie der Abgrabungserweiterungsflächen insoweit von einer Verbesserung des Biotopverbunds auszugehen. In jedem Fall bleiben der Aufbau und die dauerhafte Sicherung des regionalen Biotopverbunds weiterhin gewährleistet.

#### 3.2.2.8 Schutzwürdige Biotop

Schutzwürdige Biotop sind im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Südlich bzw. südwestlich der Vorhabensflächen liegt die

Biotopkatasterfläche BK-4904-034 "Hecke und kleine Feldgehölze südlich Kückhoven" (bestehend aus mehreren Teilflächen). Schutzziel ist der Erhalt von Gehölzstrukturen in einer ansonsten ausgeräumten Agrarlandschaft als Trittsteinbiotop für Tier- und Pflanzenarten. Die räumliche Lage der schutzwürdigen Biotope ist der nachfolgenden Abbildung 11 zu entnehmen [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_12].

Die räumliche Nähe zu diesen schutzwürdigen Biotopen steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. In die schutzwürdigen Biotopflächen wird im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Sie erfahren durch die geplanten Freiflächensolaranlagen auch keine mittelbare Beeinträchtigung. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Vorhabensflächen im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen gelenkten Sukzession bzw. extensiven Grünlandnutzung, Umwandlung der temporär für die Solarenergieerzeugung genutzten unverritzten Flächen des Vorhabensgebiets von Intensivacker in extensive Grünlandflächen etc.) erfolgt darüber hinaus eine ökologische Aufwertung, sodass eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung der schutzwürdigen Biotope ausgeschlossen werden kann.

### 3.2.3 Boden

#### 3.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Gemäß der digitalen Bodenkarte 1: 50.000 (IS BK 50, Geologischer Dienst NRW) [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_13] herrschen im Untersuchungsraum als Hauptbodentypen Parabraunerden (L 35) und Pseudogley-Parabraunerden (S-L 34) und vor. Die beiden Böden weisen Bodenwertzahlen zwischen 75-85 (Parabraunerde) und 60-75 (Pseudogley-Parabraunerde) und somit eine sehr hohe Ertragsfähigkeit auf. Die Böden sind weder grund-, noch staunass und besitzen neben einer hohen Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine sehr hohe bis extrem hohe nutzbare Feldkapazität.

Am östlichen Rand ragt in einem kleinen Teilbereich der Bodentyp Kolluvisol (K 34) in die Vorhabensflächen hinein. Dieser weist Bodenwertzahlen zwischen 70-85 auf und besitzt somit eine sehr hohe Ertragsfähigkeit. Der Boden ist weder grund-, noch staunass und besitzt neben einer mittleren Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine extrem hohe nutzbare Feldkapazität.

Alle genannten Bodentypen sind als schutzwürdige Böden ausgewiesen, wobei die Pseudogley-Parabraunerden als fruchtbare Böden mit hoher und die Parabraunerden und der Kolluvisol mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit belegt und als klimarelevant eingestuft sind.

Die betriebenen Abgrabungen weisen keine natürlich gelagerten Böden mehr auf.

#### 3.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Die Böden im Bereich der noch unverritzten Flächen der bestehenden Abgrabung sowie der Abgrabungserweiterungsflächen werden intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die mit der intensiven Nutzung verbundenen Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus.

Nach Beendigung des im Vorfeld der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Sand- und Kiesabbaus werden keine gewachsenen Böden mehr vorhanden sein.

Die geplanten Gewinnungstätigkeiten im Raum sind ebenfalls als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind bzw. werden nach Beendigung der Gewinnungstätigkeit keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen und Wege als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden.

#### 3.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich.

Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten.

Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden.

Aufgrund des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach Beendigung des Abbaubetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch

unerheblich zu bewerten sind.

### 3.2.4 Wasser

#### 3.2.4.1 Wasserschutzgebiet. Heilquellenschutzgebiet

Die geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld liegen außerhalb von festgesetzten Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten.

Die Teilflächen 2 und 3 liegen zwar teilweise in der potentiellen Schutzzone III B des geplanten Wasserschutzgebiets Holzweiler [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_14]. Der Entwurf der landesweiten Wasserschutzgebietsverordnung schließt die Errichtung von Freiflächensolaranlagen in der Wasserschutzzone III B aber nicht aus. Dies steht im Einklang mit der Gefährdungseinschätzung im DVGW-Arbeitsblatt W 101, Stand: März 2021, welches der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Schutzzone III B lediglich ein geringes Risiko beimisst (siehe Ziffer 8.2 des DVGWArbeitsblatts W 101).

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass der Förderstandort der WGA ErkelenzHolzweiler durch den Braunkohlentagebau Garzweiler II in Anspruch genommen werden wird, sodass ab ca. 2025 eine Verlagerung des Gewinnungsstandorts in das Gebiet südlich von Erkelenz nötig wird. Eine Beeinträchtigung des neuen Förderstandorts ist schon aufgrund der Lage westlich der projektierten Anlagenstandorte auszuschließen.

#### 3.2.4.2 Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

#### 3.2.4.3 Grundwasserkörper

Die Vorhabensflächen liegen im Grundwasserkörper "Tagebau Garzweiler (286\_08)". Der Grundwasserkörper 286\_08 stellt das Zentrum der Braunkohlensümpfung und des Einflussbereichs der Grundwasserabsenkungen in allen Grundwasserstockwerken der Venloer Scholle dar. Er befindet sich in einem schlechten mengenmäßigen und chemischen Zustand.

Zur Sümpfung des Tagebaus Garzweiler II fördert die RWE Power AG südlich der Ortschaft Keyenberg über eine Brunnengalerie Grundwasser aus bis zu über 200 m Tiefe.

Bei ungestörten hydraulischen Verhältnissen liegt im Umfeld des Untersuchungsgebiets eine nach Norden bis Nordnordosten ausgerichtete Grundwasserfließrichtung vor. Die

Grundwassergleichenpläne für das 1. Grundwasserstockwerk für die Jahre 1955 und 1963 zeigen im Bereich des Untersuchungsgebietes gleichbleibende Grundwasserstände zwischen 74,7 m - 76,1 m NHN mit einer nordnordöstlich gerichteten Fließrichtung.

Im Zeitraum von 1973 bis 2016 ist für den Bereich ein Rückgang der Grundwasserstände um ca. 22 m zu verzeichnen bei einer Verschwenkung der Grundwasserfließrichtung von Nordnordost auf Ost bzw. Ostnordost. Im engeren Untersuchungsgebiet zeigen die Ganglinien seit 2004 eine durchschnittliche Absenkung von ca. 1 m pro Jahr, wobei eine jahreszeitlich bedingte Schwankung des Grundwasserstands nicht mehr erkennbar ist.

Ende 2017 lag der Grundwasserstand im 1. Grundwasserstockwerk (Horizont 16, 10 und 8) bei ca. 54 m NHN. Der Flurabstand im Untersuchungsgebiet beträgt aktuell, je nach Lage, zwischen 30 und 40 m.

Bedingt durch Sumpfungsmaßnahmen und die geologische Situation ist der oberste freie Grundwasserleiter (Horizont 16) vollständig entleert und auch die Grundwassermächtigkeit des tieferliegenden Grundwasserleiters (Horizont 8) nimmt kontinuierlich ab, so dass auch dieser voraussichtlich in einigen Jahren trockenfallen wird. Die Oberfläche des 2. Grundwasserstockwerks wird bei gleichbleibenden Absenkungsraten, je nach Lage im Untersuchungsgebiet bzw. Mächtigkeit der überlagernden Tonschicht, in ca. 10 - 20 Jahren nicht mehr gespannt sein.

Nach aktuellen Prognosen der RWE Power AG ist nicht zu erwarten, dass der Grundwasserspiegel im Untersuchungsgebiet nach Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen wieder auf sein vorbergbauliches Niveau ansteigen wird.

Das Untersuchungsgebiet liegt demnach im Randbereich des Braunkohlentagebaus Garzweiler II, wo sich nach aktuellen Prognosen der RWE Power AG nach Beendigung der Braunkohlengewinnung und Regeneration der Grundwasserstände ein Grundwasserspiegel von 65 m NHN (im Bereich der Tagebaurestseefläche) bzw. 66,30 m NHN (im Randbereich des Tagebaurestsees) einstellen wird, sodass auch keine spätere Beeinflussung der hydraulischen Verhältnisse durch den der Nutzung der betreffenden Flächen für die Solarenergieerzeugung vorausgehenden Kiesabbau zu besorgen ist. Nach dem Ende der Abbautätigkeit im Braunkohlentagebau Garzweiler ca. Mitte des Jahrhunderts kann bis etwa zum Jahr 2100 wieder ein stationärer Zustand der Grundwasserstände erreicht werden.

Die Vorhabensflächen liegen nicht innerhalb eines festgesetzten Wasserschutzgebiets. Teilbereiche der Teilflächen 2 und 3 befindet sich zwar randlich innerhalb der Schutzzone III B des geplanten Trinkwasserschutzgebietes "Holzweiler". Der heutige Förderstandort der WGA Holzweiler wird aber durch den Braunkohlentagebau Garzweiler II in Anspruch genommen werden, sodass ab ca. 2025 eine Verlagerung



des Gewinnungsstandorts in das Gebiet südlich von Erkelenz nötig wird. Eine Beeinträchtigung des neuen Förderstandorts ist schon aufgrund der Lage westlich der Vorhabensflächen auszuschließen.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen befinden sich - wie oben bereits dargelegt - außerhalb von festgesetzten Wasserschutzgebieten. Zwischen der Rekultivierungssohle und dem höchsten Grundwasserstand wird hier nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus ein Abstand von rund 5,70 m verbleiben. Im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Flächen ist dementsprechend von einem minimalen Grundwasserflurabstand von etwa 5,70 m auszugehen.

#### 3.2.4.4 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

Im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen erfolgen nur kleinflächige Eingriffe in den Boden (Fundamente der Modulstände), die oberhalb des höchsten Grundwasserstands enden.

Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen in diesem Bereich ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung.

Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach ebenfalls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen.

Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

#### 3.2.4.5 Oberflächenwasserkörper

Im Untersuchungsraum befinden sich außer dem Wahnbuschgraben nördlich der L 19 keine Fließgewässer und keine größeren dauerhaften Oberflächengewässer.

Im Bereich der bestehenden Abgrabung unserer Mandantin befindet sich lediglich ein temporäres Stillgewässer (Absetzbecken), im Bereich dessen nach Beendigung der Rohstoffgewinnung ein Feuchtbiotop verbleiben soll. Dieses liegt außerhalb des projektierten Anlagenstandorts.

Nach einer Auswertung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten für die Flussgebiete in NRW (MULNV NRW, Internet-Abfrage Juli 2022) liegen für den Vorhabensbereich sowie das nähere und weitere Umfeld keine Gefahren oder Risiken, auch nicht für Extremhochwasser (HQ extrem) vor [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_15].

Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

#### 3.2.5 Klima/Luft

##### 3.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW sind die Teilflächen 1, 2 und 3 als Siedlungsflächen mit weniger günstiger thermischer Situation bzw. Grünflächen mit geringer bis mittlerer thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_16].

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

##### 3.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben unter Ziffer 3.2.3.1 bereits dargelegt, werden die noch unverritzten Flächen der bestehenden Abgrabung sowie die Abgrabungserweiterungsflächen derzeit zu einem großen Teil von klimarelevanten Böden eingenommen.

Im Zuge der Realisierung der geplanten Abgrabungserweiterung werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden.

Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind.

#### 3.2.5.3 Lufthygiene Belastungen. Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere geländeklimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu.

Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

#### 3.2.6 Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials. Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft.

Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität unterschiedlich hoch sein.

Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen.

Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die unmittelbar benachbarten Abgrabungen und Deponien, den benachbarten Windpark sowie die im Nahbereich vorhandenen Verkehrswege (L 19, L 117) und die intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist.

Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus

eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Im Bereich der Teilflächen 1, 2 und 3 werden im Zuge der Realisierung der Abgrabung im Randbereich Gehölzpflanzungen angelegt. Aufgrund der umgebenden Gehölzbestände werden die in Tieflage geplanten Freiflächensolaranlagen von außerhalb des Geländes nicht sichtbar sein, sodass keine das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen.

Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf.

Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die Wohnnutzungen im Bereich der Ortslagen

Kückhoven und Holzweiler liegen in einer Mindestentfernung von ca. 1.000 m. Durch die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen und geplanten Gehölzpflanzungen wird von den Wohngebieten in den umliegenden Ortschaften kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen. Auch von den in der Umgebung vorhandenen Höfen werden die Freiflächensolaranlagen aufgrund der Errichtung in Tieflage sowie der umgebenden Gehölzpflanzungen nicht sichtbar sein.

Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet derzeit eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild. Durch die Gehölzpflanzungen im Randbereich der hier in Rede stehenden Abgrabungsflächen wird das Landschaftsbild eine erhebliche Aufwertung erfahren.

Da die geplanten Gehölzpflanzungen die in Tieflage vorgesehenen Freiflächensolaranlagen abschirmen werden, ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen.

Im Einzelnen:

#### 3.2.6.1 Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Verkehr, Windpark) allenfalls

eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Naturparken und Landschaftsschutzgebieten.

Der Landschaftsraum bietet keine bedeutsamen Erholungsqualitäten. Insbesondere die im Untersuchungsraum vorhandenen Verkehrswege (L 19, L 117), der Windpark sowie die vorhandenen gewerblichen Nutzungen (Abgrabungen, Deponien) führen zu einer starken Verlärmung des angrenzenden Landschaftsraumes. Dies führt insgesamt dazu, dass die landschaftsästhetische Wertigkeit und die Erholungseignung des Raumes als gering einzustufen sind. Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen nicht in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm. Sie liegen lediglich in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum der Größenklasse 1-5 qkm [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_17].

Vorhabensbedingte erhebliche Umweltauswirkungen sind dementsprechend nicht zu erwarten. Im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens ist - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll über das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz (L 19, unmittelbar angrenzend) sowie die hierauf anschließende Zufahrt zur Abgrabung Erkelenz erfolgen. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die Abgrabungen im Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben.

#### 3.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind derzeit nur im Bereich der Teilflächen 2 und 3 jeweils ein kleiner geschützter Landschaftsbestandteil vorhanden [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_18]. Hierbei handelt es sich um die unter den Ziffern 2.4-41 und 2.4-42 des Landschaftsplans Nr. 1/1 "Erkelenzer Börde" des Kreises Heinsberg festgesetzten geschützten Landschaftsbestandteile "Wäldchen südwestlich des Weyerhofs" und "Wäldchen südöstlich des Weyerhofs".

Bei dem LB 2.4-41 handelt es sich um eine wenig naturnahe kleine Feldgehölzinsel, die aus einigen alten Hybridpappeln, die teilweise deutliche Bruchschäden aufweisen (ganze Äste abgebrochen), Kiefern, Fichten und einer mittelalten Buche besteht. Die Strauchschicht wird von Dornsträuchern (Weißdorn, Schlehe, Brombeere) und Hasel gebildet. Horst- oder Höhlenbäume sind nicht vorhanden, an den Pappeln befinden sich Spalten, Ast- und Rindenabrisse. Die Sträucher sind teilweise durch regelmäßigen starken Rückschnitt (Ackergrenze) gekennzeichnet. Ein Grassaum als Abstand zur

Ackernutzung ist nur spärlich vorhanden. Das kleine Gehölz wird offenbar intensiv jagdlich genutzt. Auf der nur etwa 1.850 m<sup>2</sup> großen Fläche waren zum Zeitpunkt der Kartierung in 2018 drei Hochsitze aufgestellt. Beeinträchtigungen der heimischen Fauna ergeben sich in dem kleinen Feldgehölz zudem durch eine in den Boden eingebaute so genannte "Krefelder Fuchsfalle", mehrere Giftköderfallen für Ratten und mehrere Wildfutterstellen mit Überwachungssystemen (Wildkamera) [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_19].

In einem ähnlich schlechten Zustand befindet sich auch das als LB 2.4-42 ausgewiesene kleine, aus alten, Bruchschäden aufweisenden Hybridpappeln bestehende Feldgehölz im Bereich der Teilfläche 3 [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_20].

Die teilweise Lage in einem geschützten Landschaftsbestandteil steht der Nutzung der Teilflächen 1 und 2 für die Nutzung zur Solarenergieerzeugung deshalb nicht entgegen, zumal die verbliebenen Relikte der Landschaftsbestandteile im Zuge der vorlaufenden Rohstoffgewinnung ohnehin beseitigt werden.

#### 3.2.6.3 Landschaftsbild

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von mittlerer Bedeutung [s. Anhang Abb. StnID 1002247\_001\_21]. Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung sind von dem geplanten Vorhaben dagegen nicht betroffen.

#### 3.2.6.4 Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft

Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen.

Aufgrund des eingeschränkten Sichtraums (randliche Gehölzpflanzungen, Errichtung der Anlagen in Tieflage), der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am

geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber Landschaftsbildbeeinträchtigungen.

Erhebliche Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

### 3.2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor.

Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen werden sollen. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen.

Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erhebliche Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden. Soweit unverritzte Teilflächen der Abgrabungserweiterungsflächen temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffenden Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und hierbei auftretende Funde bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben.

### 3.2.8 Schutzmaßnahmen

#### 3.2.8.1 Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen

##### 3.2.8.1.1 Schutzgut Boden

- Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten erhalten bleibt. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann.
- Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten) Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu vermeiden. Die DIN-Vorschrift 18916 (Landschaftsbauarbeiten), 18915 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten.
- Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch

Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

#### 3.2.8.1.2 Schutzgut Wasser

- Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen.

#### 3.2.8.2 Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor anlagenbedingten Beeinträchtigungen

##### 3.2.8.2.1 Schutzgut Boden, Wasser und Fläche

- Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.
- Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone zur Versickerung gebracht.
- Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist.

##### 3.2.8.2.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

- Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen.
- Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PV-Module und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden.
- Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden.

##### 3.2.8.2.3 Schutzgut Landschaft

- Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbaubetrieb sowie den Verkehr auf der L 19 und der L 117 bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist.



- Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultische auf maximal 4 m.

#### 4. Fazit

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind in besonderem Maße für eine Sicherung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung geeignet. Denn es sind weder unüberwindbare Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und Deponien, einen Windpark und die angrenzenden überörtlichen Verkehrswege bereits erheblich vorbelastet ist. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen wurden bzw. werden vorläufig durch die Gewinnung von Kies und Sand in Anspruch genommen. Für ihre Nutzung zur Solarenergieerzeugung besteht ein erheblicher energiewirtschaftlicher Bedarf, der unter Zugrundelegung der vom Bund vorgegebenen Ausbauziele für die Solarenergie durch die in der Potenzialstudie des LANUV NRW ermittelten Flächen nicht gedeckt werden kann. An der Sicherung zusätzlicher Flächen besteht deshalb ein überragendes öffentliches Interesse.

Um die geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Erkelenz planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus der obigen Abbildung 1 ersichtlichen Flächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung zu sichern.

Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_18.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_19.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_20.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_10032247\\_001\\_21.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID_10032247_001_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_10032247_001_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_10032247_001_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_10032247_001_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_10032247_001_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_10032247_001_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_10032247_001_9.pdf</a>	
---	--

AZ: Ö-M-325	
1001560	
1008749	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung</p> <p>hiermit erhebe ich [ANONYMISIERT]</p> <p>Einspruch gegen die Regionalplanung der Bezirksregierung Köln zu der geplanten Bahntrasse mit dem Kürzel K Pul BM Schiene 0, insbesondere für Pulheim-Brauweiler. Mein Haus ist ca. 150 Meter Luftlinie von der geplanten Terrasse entfernt und würde mir die Nutzung meines Gartens durch die erhebliche Lärmbelästigung unmöglich machen. Des weiteren ist eine erheblich Lärmbelästigung auch während der Nachstunden im Hause zu erwarten. Es ist mir ein Rätsel, wie die Bezirksregierung in eine solche Planung mitten durch ein gewachsenes Wohngebiet überhaupt in die Planung aufnehmen kann.</p> <p>Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung meines Einspruches.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p> <p>Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)</p>

AZ: Ö-M-326	
1001259	
1005694	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Mandantin betreibt auf dem Gebiet der Stadt Erftstadt in der Gemarkung Gymnich, Flur 2, diverse Flurstücke, auf einer Gesamtfläche von rund 86 ha auf der Grundlage diverser abgrabungsrechtlicher Genehmigungsbescheide des Regierungspräsidenten Köln sowie des Rhein-Erft-Kreises eine Abgrabung zur Gewinnung von Sand und Kies. Die Abgrabung liegt unmittelbar südwestlich der BAB A 61 und ist in der nachfolgenden Abbildung 1 dargestellt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005694_1]</p> <p>Da die Abgrabung im Einflussbereich der im Rheinischen Revier stattfindenden Sumpfungmaßnahmen der RWE Power AG liegt, kann der Sand- und Kiesabbau im Trockenschnitt erfolgen. Die zugelassene Abbautiefe liegt derzeit bei 50 m NHN. Auf einer rund 26 ha umfassenden Teilfläche (in der obigen Abbildung 1 gelb hinterlegt) soll in Kürze die Zulassung einer Vertiefung bis auf 0 m NHN (Quartärbasis) beantragt werden. Sowohl die derzeit zugelassene als auch die auf Teilflächen angestrebte Abbautiefe liegen unterhalb des künftigen, nach Einstellung der Sumpfungmaßnahmen zu erwartenden höchsten Grundwasserspiegels (78 m NHN), sodass sich in der Abgrabung bis zum 2190 sukzessive ein See mit einer Flächengröße von insgesamt rund 484.000 m² ausbilden wird. Nach den Prognoserechnungen des Erftverbands wird der wieder ansteigende Grundwasserspiegel die Abbausohle im Bereich der geplanten Vertiefung im Jahr 2075 erreichen.</p> <p>Bis zu diesem Zeitpunkt sollen im Bereich der Vertiefung nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und Herstellung einer Extensivgrünlandfläche auf der Sohle (siehe nachfolgende Abbildung 2) sukzessive dem Abbaufortschritt folgend Freiflächensolaranlagen errichtet werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005694_2]</p> <p>Die durch die geplanten Freiflächensolaranlagen beanspruchte Fläche hat eine Größe von rund 12.500 m².</p> <p>Nach Wiederanstieg des Grundwasserspiegels auf sein vorbergbauliches Niveau soll auf der dann im Bereich der Abgrabung entstehenden Seefläche eine Floating-PV-Anlage installiert werden. Bei einer Größe der Seefläche von rund 484.000 m² und einer Begrenzung der Flächenbelegung auf 15 % der Seefläche wird die Floating-PV-Anlage eine Größe von rund 72.600 m² aufweisen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

**Anhänge**[Abb\\_ID1005694\\_1.pdf](#)[Abb\\_ID1005694\\_2.pdf](#)

1005700

## Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Um den Markt weiterhin mit qualitativ hochwertigen Kiesen und Sanden zu versorgen, beabsichtigt unsere Mandantin eine Erweiterung der bestehenden Abgrabung in südlicher Richtung auf einer Fläche von insgesamt rund 76,6 ha. Die Abgrabungserweiterung nimmt diverse Flurstücke in der Stadt Erftstadt, Gemarkung Gymnich, Flur 2, sowie in der Stadt Kerpen, Gemarkung Kerpen, Flur 19, in Anspruch und ist in der nachfolgenden Abbildung 3 dargestellt. Für die aus zwei Teilflächen bestehende, geplante Erweiterung hat unsere Mandantin in dem parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe gegenüber Ihrem Hause (Az.: 114-BM und 115-BM) ein Abgrabungsinteresse angemeldet. Sie soll zeitlich in die bestehende Abgrabung integriert werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1005700\_1]

Nach Beendigung des bis zu einer Tiefe von 50 m NHN geplanten Sand- und Kiesabbaus soll die Erweiterung mit Abraum und unbelastetem Bodenaushub sukzessive bis 2 m über dem höchsten Grundwasserstand, also bis 80 m NHN, wiederverfüllt und weit überwiegend als Extensivgrünland rekultiviert werden. Im Randbereich sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen geplant.

Im Bereich der geplanten Extensivgrünlandfläche soll anschließend eine Freiflächensolaranlage mit einer Flächengröße von rund 45 ha errichtet werden.

Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen und Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB), teilweise überlagert mit der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) dargestellt werden (siehe nachfolgende Abbildung 4). Sie sind im 1. Planentwurf des parallel in Aufstellung befindlichen regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe bislang teilweise für eine Darstellung als BSAB und teilweise für eine Darstellung als Reservegebiet für die Rohstoffgewinnung vorgesehen (siehe nachfolgende Abbildung 5) .

[s. Anhang Abb. StnID 1005700\_2]

[s. Anhang Abb. StnID 1005700\_3]

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

**Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen sowie späteren Floating-PV-Anlagen im Bereich der bestehenden Abgrabung sowie der geplanten Freiflächensolaranlagen im Bereich der Erweiterungsfläche planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin, die in den Abbildung 1 und 3 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.**

Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den im Vorfeld bereits erfolgten bzw. geplanten Abbaubetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen keine besonders hochwertigen Biotopstrukturen vorhanden sein werden. Sie liegen außerhalb besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuft Biotop und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW auch nicht dem Biotopverbund. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind im Umfeld, und zwar im Bereich der Randflächen der BAB A 61, zudem bereits Solarpotenzialflächen ausgewiesen (siehe nachfolgende Abbildung 6).

[s. Anhang Abb. StnID 1005700\_4]

Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1005700\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1005700\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1005700\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1005700\\_4.pdf](#)

## Inhalt

**Bedarf an Freiflächensolaranlagen**

Der Bundestag hat am 07.07.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen. Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden.

Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 7), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

[s. Anhang Abb. StnID 1005702\_1]

Damit dies gelingt, wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien **im überragenden öffentlichen Interesse** liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG nunmehr:

- Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. **Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen**

## Abwägung

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB ? auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen ? sind folglich nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht



**eingebraucht werden.** Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des neu gefassten § 2 des EEG weiter ausgeführt:

- Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.

Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte.

In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen

- 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW)

berührt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe.

- 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),
- 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und
- 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein (vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51).

Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen.

Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen.

Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt.

Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen

- 6,9 % auf Windenergie,
- 2,2 % auf Solarenergie,
- 1,2 % auf Bioenergie und
- 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

[s. Anhang Abb. StnID 1005702\_2]

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um Dachflächen Photovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich

verhältnismäßig niedrig ausfiel (siehe nachfolgende Abbildung 8).

[s. Anhang Abb. StnID 1005702\_3]

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben.

Aus den von unserer Mandantin im Bereich der bestehenden Abgrabung geplanten Freiflächensolaranlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 12.500 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 2.434 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 2.147.000 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 42.133.848 kWh.

Bei einem erwarteten Ertrag von 2.147.000 kWh pro Jahr emittieren die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin null t CO<sub>2</sub>. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden jährlich 2.465 t CO<sub>2</sub> entstehen.

Das würde eine Einsparung von 2.465 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 820 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 1.050 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 1.793 t pro Jahr.

Nach Angaben des Frauenhafer-Instituts liegt die Anlagenleistung einer Floating-PV-Anlage bei rund 600 kWp/ha. Bei einer Größe der Anlage von 7,26 ha (= 15 % der Wasserfläche) ließe sich dementsprechend nach Wiederanstieg des Grundwasserspiegels im Bereich der bestehenden Abgrabung eine Anlagenleistung von rund 4.356 kWp generieren. Bei einem spezifischen Stromertrag von rund 1.045 kWh/kWp ergäbe sich demnach ein jährlicher Stromertrag von rund 4.552.020 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlage von 20 Jahren würde der Gesamtstromertrag bei rund 91.040.400 kWh liegen.

Zum Vergleich: Der durchschnittliche Pro-Kopf-Stromverbrauch liegt in Deutschland bei

rund 1.300 kWh/a. Durch die von unserer Mandantin für die Zeit nach dem Wiederanstieg des Grundwasserspiegels geplante Floating-PV-Anlage könnten demnach 3.502 Personen jährlich mit Strom versorgt werden.

Aus den von unserer Mandantin im Bereich der Abgrabungserweiterung geplanten Freiflächensolaranlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 540.000 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 87.623,2 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 5.383.130 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 105.641.353 kWh.

Bei einem erwarteten Ertrag von 5.383.130 kWh pro Jahr emittieren die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin null t CO<sub>2</sub>. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden jährlich 6.180 t CO<sub>2</sub> entstehen.

Das würde eine Einsparung von 6.180 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 2.056 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 2.632 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 4.495 t pro Jahr.

Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen.

**Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit der bestehenden Abgrabung sowie der Erweiterung auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits abgebaute und rekultivierte Abgrabungsabschnitte und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Erweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbaubetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen.**

#### Anhänge

[Abb\\_ID1005702\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1005702\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1005702\\_3.pdf](#)

1005711	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen</u></b></p> <p><u>Raumverträglichkeit</u></p> <p>Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Gymnich sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 07.07.2022 vom Bundestag beschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.</p> <p><u>Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche</u></p> <p>Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sein werden.</p> <p>Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.</p> <p><u>Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</u></p> <p>Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen zwar teilweise in einem im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, dargestellten BSLE (siehe nachfolgende Abbildung 9).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005711_1]</p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind die betreffenden Flächen ebenfalls für eine Darstellung als BSLE vorgesehen. Das steht einer Nutzung der Abgrabungsflächen für die Solarenergiegewinnung aber nicht entgegen.</p> <p>Wie oben bereits dargelegt, sollen die für die geplanten Freiflächensolaranlagen</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p> <p>Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

vorgesehenen Flächen als Extensivgrünland hergerichtet werden. Die ökologische Wertigkeit der betreffenden Flächen wird durch die Errichtung der Freiflächensolaranlagen nur geringfügig geschmälert. Sie bieten auch bei Realisierung der Vorhaben unserer Mandantin zahlreichen schützenswerten Arten einen wertvollen Lebensraum. In die umliegenden Böschungs- und Abstandsflächen wird zudem nicht eingegriffen, sodass hier weiterhin eine ungestörte Entwicklung gewährleistet ist.

Für die späteren Floating-PV-Anlagen auf dem in der bestehenden Abgrabung entstehenden See sollen zudem ausschließlich die ökologisch minderwertigen Freiwasserflächen in Anspruch genommen werden. Eingriffe in die höherwertigen Flachwasser- und Uferbereiche sind dagegen nicht vorgesehen, sodass relevante Beeinträchtigungen der betreffenden Flächen von vornherein ausgeschlossen werden können.

Eine besondere Erholungsfunktion kommt den Vorhabensflächen aufgrund der räumlichen Lage zwischen der BAB A 61 und der B 264 sowie der in der Umgebung stattfindenden landwirtschaftlichen Intensivnutzung nicht zu. Die Flächen der bestehenden Abgrabung sind zudem eingezäunt und für unbefugte Dritte nicht zugänglich. Auch die Abgrabungserweiterungsflächen werden vor Beginn der Rohstoffgewinnung mit einer Zaunanlage eingefriedigt, die einen Zutritt unbefugter Dritter zum Gelände unterbindet. Dementsprechend ist auch nicht davon auszugehen, dass durch die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen die Erholungsfunktion der Landschaft herabgesetzt wird.

#### Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen und späteren Floating-PV-Anlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

#### Oberflächengewässer

Berichtspflichtige Oberflächengewässer im Sinne der WRRL sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen.

Im Bereich der bestehenden Abgrabung wird sich ab 2075 sukzessive ein See ausbilden, der nach Erreichen des Endgrundwasserstands - voraussichtlich im Jahr 2190 - eine Flächenausdehnung von rund 48,4 ha aufweisen wird.

Da die Freiwasserfläche des künftigen Sees nur zu 15 % mit Floating-PV-Anlagen belegt werden soll und der Abstand zwischen den Anlagen und dem Ufer mindestens 90 m betragen wird, ist infolge der später geplanten Floating-PV-Anlagen nicht mit nachteiligen Beeinflussungen des künftigen Sees zu rechnen.

#### Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen und späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen und späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, sowie im in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln dargestellten Standorten für Abfalldeponien.

#### Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Die Flächen der bestehenden Abgrabung sind im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, als BSAB dargestellt. Gleiches gilt für die Teilfläche 2 der geplanten Abgrabungserweiterung. Im 1. Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe sind die vorgenannten Flächen auch weiterhin für eine BSAB Darstellung vorgesehen. Die Teilfläche 1 der geplanten Abgrabungserweiterung soll nach dem 1. Planentwurf darüber hinaus als Reservegebiet für die Rohstoffgewinnung dargestellt werden. Da die Abgrabungsflächen erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und der anschließenden Rekultivierung dauerhaft für die Nutzung von Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung jedoch nicht zu erwarten.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb des projektierten Anlagenstandorts verlagert.

#### Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen und späteren Floating-PV-Anlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

#### Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen sowie späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

#### Waldbereiche

Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Abgrabungserweiterungsflächen werden derzeit intensiv ackerbaulich genutzt. Die bestehende Abgrabung befindet sich noch im Abbau.

Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung werden die für die Aufnahme der Freiflächensolaranlagen vorgesehene Sohle der bestehenden Abgrabung sowie die Rekultivierungssohle der Abgrabungserweiterungsflächen als Extensivgrünland rekultiviert. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung im Bereich der geplanten Anlagenflächen dementsprechend nicht vorgesehen.

#### Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen sowie späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von RG.

#### Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen sowie späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN.

#### Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen sowie späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

#### Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen und späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer näheren Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden.

#### Umweltverträglichkeit

Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich.

#### Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit



Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden.

Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden.

Die nächstgelegene zusammenhängende Wohnbebauung befindet sich in den Ortslagen Gymnich und Kerpen in einer Entfernung zu den Anlagenflächen von rund 0,9 km bzw. 1,5 km.

In der Umgebung befinden sich darüber hinaus mehrere Hoflagen. Die nächstgelegenen Hoflagen befinden sich unmittelbar südlich der Teilfläche 2 der geplanten Abgrabungserweiterung. Deren Wohngebäude liegen in etwa 30 m Entfernung zur Abbaukante der Teilfläche 2 der Abgrabungserweiterung. Die geplanten Freiflächensolaranlagen werden, da sie in Tieflage auf der Abgrabungssohle errichtet werden sollen, nicht näher an die Gehöfte heranrücken als die geplanten Abgrabungserweiterungen, durch die nach den hierfür durchgeführten Untersuchungen keine richtwertüberschreitenden Lärmimmissionen hervorgerufen werden. Durch die Errichtung und den Betrieb der Freiflächensolaranlagen, deren Immissionen weit hinter denen der geplanten Abgrabungserweiterungen zurückbleiben, ist dementsprechend im Bereich der nächstgelegenen Hoflagen nicht mit richtwertüberschreitenden Immissionen zu rechnen. Aufgrund der geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Abstandsflächen und Böschungen werden die Anlagen zudem optisch abgeschirmt.

Auch infolge der späteren Floating-PV-Anlagen auf dem in der bestehenden Abgrabung entstehenden See ist nicht mit richtwertüberschreitenden Immissionen im Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung zu rechnen.

Der Landschaftsraum besitzt ein dichtes Verkehrsnetz an Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, ergänzt durch ein enges Gitter von Flurwegen. Nordöstlich grenzt die Autobahn BAB A 61 mit der Anschlussstelle Kerpen-Türnich an die bestehende Abgrabung an, nordwestlich die Bundesstraße B 264, südwestlich die Landesstraße L 162 und südöstlich die Zufahrtsstraße zum östlich der BAB A 61 gelegenen Naturparkzentrum Gymnicher Mühle. Die Landwirtschaftsflächen und Höfe sind durch ein Wegesystem aus befestigten und unbefestigten Wegen erschlossen.

Dem Untersuchungsraum kommt durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung und den vorhandenen Abgrabungsbetrieb lediglich eine geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Hier kommt allenfalls die wohnortnahe stille Erholungsnutzung wie Spazieren gehen und Radfahren vor. Die noch unverritzten Flächen der bestehenden Abgrabung sowie der geplanten Erweiterungen selbst werden von intensiv genutzten Landwirtschaftsflächen eingenommen, die keine besonderen Funktionen für die Erholung aufweisen.

Attraktive Naherholungsräume liegen östlich der BAB A 61 im Landschaftsraum der Erftaue und an der Gymnicher Mühle.

Insgesamt ist die Freizeit- und Erholungsnutzung im Untersuchungsgebiet von geringer Bedeutung.

Während der Bauphase ist infolge der geplanten Errichtung der Freiflächensolaranlagen im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus.

Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer technischen Überprägung einer durch die im Umfeld vorhandenen Verkehrsstraßen, die landwirtschaftliche Intensivnutzung sowie den bestehenden Abgrabungsbetrieb vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen nach Beendigung des geplanten Abgrabungsbetriebs im Bereich der bestehenden Abgrabung und der Erweiterungsflächen umgeben werden, bleiben erhalten.

Diese Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf den angrenzenden Straßen werden durch die Gehölzpflanzungen sowie die Errichtung der Freiflächensolaranlagen in Tieflage vermieden.

Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.

Entsprechendes gilt auch für die später auf der Seefläche im Bereich der bestehenden Abgrabung geplante Floating-PV-Anlage, die nur 15 % der Freiwasserfläche des Sees einnehmen und eine Entfernung zu den Seeufern von mindestens 90 m aufweisen wird.

#### Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

##### FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen und die späteren Floating-PV-Anlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind FFH- und/ oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

Das nächstgelegene FFH-Gebiet "Kerpener Bruch und Parrig" befindet sich nordöstlich der Autobahn BAB A 61 in einer Entfernung von mindestens 600 m zu den geplanten Anlagenstandorten.

##### Nationalpark

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

#### Naturschutzgebiet

Im Bereich der überplanten Flächen sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

#### Planungsrelevante Arten

Wie oben bereits dargelegt, stellen sich die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen derzeit nahezu ausschließlich als devastiertes Gelände (vorhandene Abgrabung) bzw. als intensiv genutzte Ackerflächen dar und sollen nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus in Tieflage als Extensivgrünland rekultiviert werden. Im Bereich der bestehenden Abgrabung wird ab ca. 2075 sukzessive eine Seefläche mit einer Endausdehnung im Jahr 2190 von rund 48,4 ha entstehen.

Im Bereich der geplanten Extensivgrünlandflächen ist nach Auswertung einer von der Ingenieur- und Planungsbüro Lange GbR im Dezember 2018 erfolgten Datenabfrage für den Messtischblatt-Quadranten (MTB-Q) 5106/1 und 5106/3 "Kerpen" sowie eigenen Erfassungen des Planungsbüros ein Vorkommen folgender Bodenbrüter der Kulturlandschaft sowie extensiver Offenländer zu rechnen:

- Feldlerche
- Feldschwirl
- Schwarzkehlchen
- Steinschmätzer
- Wiesenpieper

Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die vorgenannten Arten daher folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der vorgenannten Arten die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitate eingegriffen wird, zwischen September und Februar zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

- Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der vorgenannten Arten zu untersuchen. Die

Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme der jeweiligen Teilfläche stattzufinden.

- Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.
- Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die vorgenannten planungsrelevanten Bodenbrüter festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten gewerblichen Nutzung (Abgrabungsbetrieb) bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen.

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammer u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah

durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden (vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009; Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179).

Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen (vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.; Trölzsch/Neuling, a. a. O.).

Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. Fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt (vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew Special 45/Dezember 2010;

Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013).

Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden (vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV) , Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012)).

Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaiken mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturalmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen.

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und

Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden.

So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen.

Infolge der später geplanten Errichtung von Floating-PV-Anlagen auf dem im Bereich der bestehenden Abgrabung entstehenden See ist ebenfalls nicht von einem größerem Konfliktpotenzial bezüglich der Fauna auszugehen, da die Anlagen nur 15 % der Freiwasserfläche einnehmen und die wertvollen Flachwasser- und Uferbereiche durch die Anlagen nicht tangiert werden, sodass in Abhängigkeit der künftigen Wasser- und Uferpflanzenbestände im Bereich der Seefläche ggf. zu erwartende Arten wie Teichrohrsänger, Krickente, Wasserralle, Zwergtaucher und Flussregenpfeifer durch den Anlagenbetrieb nicht beeinträchtigt werden können. Lediglich während der Errichtungsphase können geringfügige Störwirkungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden, weshalb die Errichtung der Anlagen außerhalb der Brut- und Aufzuchtphase erfolgen sollte.

#### Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sowie der späteren Floating-PV-Anlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

#### § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotope

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotope sind im Bereich und der näheren Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sowie der späteren Floating-PV-Anlagen nicht vorhanden.

#### Biotopverbundflächen

Im Bereich der geplanten Anlagenstandorte selbst sind keine Biotopverbundflächen vorhanden. Lediglich in der Umgebung Vorhabensflächen befinden sich Biotopverbundflächen (siehe nachfolgende Abbildung 10), die allerdings durch die geplanten Anlagen nicht tangiert werden.

Hierbei handelt es sich um folgende Biotopverbundflächen:

- Im Norden des Untersuchungsraums

VB-K-5006-103 "Kerpener Bruch und Parrig"

Bewertung: Kernbereiche, herausragende Bedeutung

Schutzziel: Erhalt der großflächigen Waldgebiete in der Erftaue mit Resten der Ulmen-Eschen-Eichen-Hartholzauenwälder und mit Hainbuchen-Stieleichenwäldern, Erhalt des stellenweise strukturreichen (Feucht-) Grünlandes mit landschaftsprägenden Gehölzstrukturen, Erhalt des Kleinreliefs (Flutmulden und Flutrinnen), der Altarme und Ufergehölze sowie aller übrigen autotypischen Elemente wie Kleingewässer, Röhrichte etc. und Erhalt der ökologisch wertvollen ehemaligen Kiesgruben.

Entwicklungsziel: Optimierung des Gebietes durch Wiederherstellung eines möglichst naturnahen Zustandes aller Fließgewässer und Wiederherstellung einer natürlichen Überschwemmungsdynamik der Erft, Entwicklung von extensiv genutztem (Feucht-) Grünland durch Rückführung umgebrochener Flächen zu Grünland und Extensivierung der Grünlandnutzung, Anlage von Ufergehölzen, Entwicklung bzw. Vernetzung von Feuchtwäldern durch Umwandlung von Pappel- und Fichtenbeständen und durch (Wieder-) Aufforstung mit standortgerechten Laubgehölzen sowie Anreicherung der Aue mit autotypischen Elementen.

- Im Osten des Untersuchungsraums

VB-K-5106-101 "Erftaue zwischen Türrich und Bliesheim"

Bewertung: Kernbereiche, herausragende Bedeutung

Schutzziel: Erhalt der Erftaue einschließlich der Mühlen- und Seitengräben mit Ufergehölzen, Baumreihen, Gebüsch, strukturreichen Gehölz-Grünlandkomplexen mit Grünlandresten, Brachen, alten Obstbaumbeständen und Gärten, und aller übrigen autotypischen Elemente, sowie Erhalt aller strukturreichen, ehemaligen Abgrabungsflächen.

Entwicklungsziel: Optimierung der Erftaue durch Wiederherstellung eines möglichst naturnahen Zustandes aller Fließgewässer, Entwicklung von extensiv genutztem (Feucht-) Grünland durch Rückführung umgebrochener Flächen zu Grünland und Extensivierung der Grünlandnutzung, Anlage von Ufergehölzen, Entwicklung von Feuchtwäldern durch Wiederaufforstung und Anreicherung der umgebrochener Flächen zu Grünland und Extensivierung der Grünlandnutzung, Anlage von Ufergehölzen, Entwicklung von Feuchtwäldern durch Wiederaufforstung und Anreicherung der Aue mit

auentypischen Elementen.

- Im Westen des Untersuchungsraums

VB-K-5106-001 "Bördenstrukturen südlich von Kerpen"

Bewertung: Ergänzende Bereiche, besondere Bedeutung

Schutzziel: Erhalt der Gräben mit abschnittsweise begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystems, Erhalt der Grüngürtel in Hofrandlage mit strukturreichen Gärten und Gehölz- Grünlandkomplexen sowie aller übrigen strukturierenden Landschaftselemente wie Feldgehölzen, ehemaligen Abgrabungsflächen, Saumbiotopen und krautreichen Wegrainen

Entwicklungsziel: Optimierung des Grabens durch Schaffung einer beidseitig 5-10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichen, ungespritzten Ackerrandstreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung als Teil eines zu schaffenden Netzes aus Saum- und Linienbiotopen und Anreicherung der Bördelandschaft durch Anlage strukturierender Elemente wie Baumreihen, Hecken und Gebüsch.

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_2]

#### Schutzwürdige Biotope

Schutzwürdige Biotope sind im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Auch in der näheren Umgebung sind keine schutzwürdigen Biotope vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 11).

Die nächstgelegenen schutzwürdigen Biotope befinden sich östlich der BAB A 61 im Bereich der Erftaue sowie des FFH-Gebiets "Kerpener Bruch und Parrig" in einer Entfernung von mindestens 600 m zu den geplanten Anlagenstandorten.

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_3]

#### Boden

##### Schutzwürdige Böden

Gemäß der digitalen Bodenkarte 1:50.000 (IS BK 50, Geologischer Dienst NRW, siehe Ausschnitt, Abbildung 12) herrschen im Untersuchungsraum als Hauptbodentypen Parabraunerden (L 34) vor. Im Bereich der bestehenden Abgrabung, auf der inzwischen keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sind, standen darüber hinaus vormals Pseudogley (S 31) und Pseudogley-Parabraunerde (L 35) an.



Die Parabraunerden (L 34) sind als schutzwürdige Böden ausgewiesen, wobei sie als fruchtbare Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit belegt und als klimarelevant eingestuft sind.

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_4]

#### Vorbelastung Schutzgut Boden

Die Böden im Bereich der Abgrabungserweiterungsflächen werden intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die mit der intensiven Nutzung verbundenen Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus.

Nach Beendigung des im Vorfeld der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Sand- und Kiesabbaus werden keine gewachsenen Böden mehr vorhanden sein.

Die geplanten Gewinnungstätigkeiten im Raum sind ebenfalls als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind bzw. werden nach Beendigung der Gewinnungstätigkeit keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen und Wege als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden.

#### Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich.

Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten. Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden.

Aufgrund des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach

Beendigung des Abbaubetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind.

#### Wasser

##### Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet

Die geplanten Freiflächensolaranlagen sowie die späterem Floating-PV-Anlagen und deren Umfeld liegen außerhalb von festgesetzten Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten. Sie liegen ferner außerhalb geplanter Wasserschutzgebiete. Die Grenze des Einzugsgebiets der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim (potenzielle Schutzzone III B) verläuft etwa 1 km südöstlich der geplanten Anlagenstandorte (siehe nachfolgende Abbildung 13).

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_5]

##### Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

##### Grundwasserkörper

Die Vorhabensflächen liegen im Grundwasserkörper DE\_GB\_274\_05 "Hauptterrassen des Rheinlandes". Der Grundwasserkörper befindet sich in einem mengenmäßig und chemisch schlechten Zustand. Der mengenmäßig schlechte Zustand wird auf längere Sicht noch anhalten, weil auch weiterhin zum Trockenhalten der BraunkohleTagebaue umfangreiche Grundwasserentnahmen in den Bereichen der Tagebaue und in ihrem Umfeld erforderlich sind. Der Grundwasserkörper ist durch Nitrat belastet.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen befinden sich - wie oben bereits dargelegt - außerhalb von festgesetzten und geplanten Wasserschutzgebieten. Zwischen der Rekultivierungssohle und dem höchsten, nach Einstellung der Sumpfungsmaßnahmen im Jahr 2190 zu erwartenden Grundwasserstand wird im Bereich der Abgrabungserweiterungsflächen nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus und der geplanten Teilverfüllung mit Abraum und unbelastetem Bodenaushub bis auf ein Niveau von 80 m NHN ein Abstand von rund 2 m verbleiben.

Im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Flächen im Bereich der

Erweiterung ist dementsprechend von einem minimalen Grundwasserflurabstand von etwa 2 m auszugehen.

Im Bereich der bestehenden Abgrabung erfolgte der Abbau bislang bis zu einer Tiefe von 50 m NHN; auf einer rund 26 ha großen Teilfläche ist eine Vertiefung der Abgrabung bis auf 0 m NHH vorgesehen. Sowohl die derzeitige Abbausohle als auch die im Bereich der Vertiefung geplante Abbausohle liegen unterhalb des nach Einstellung der Sumpfungmaßnahmen zu erwartenden Grundwasserspiegels (= 78 m NHN), sodass sich dort langfristig eine rund 48,4 ha große Seefläche ausbilden wird. Im Bereich der geplanten Vertiefung wird das Grundwasser nach den Prognosen des Ertftverbands voraussichtlich im Jahr 2075 die Abbausohle erreichen. Rechtzeitig vorher werden die auf der Sohle geplanten Freiflächensolaranlagen zurückgebaut.

#### Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

Im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen erfolgen nur kleinflächige Eingriffe in den Boden (Fundamente der Modulstände), die oberhalb des derzeitigen höchsten Grundwasserstands enden.

Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen in diesem Bereich ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung.

Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach ebenfalls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen.

Durch die Errichtung und den Betrieb der Floating-PV-Anlagen auf der späteren Seefläche im Bereich der bestehenden Abgrabung sind ebenfalls keine nachteiligen Veränderungen des Grundwassers zu erwarten. Für die geplanten Anlagen sollen

lediglich 15 % der Freiwasserfläche in Anspruch genommen und ein Abstand zum Ufer von mindestens 90 m eingehalten werden. Auswirkungen auf das Grundwasserdargebot und die Grundwasserqualität können dementsprechend sicher ausgeschlossen werden. Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass sich durch die Errichtung der Anlagen die Verdunstungsverluste über der offenen Wasserfläche reduzieren, sodass tendenziell sogar mit positiven Effekten auf den mengenmäßigen Zustand des Grundwassers zu rechnen ist. Nachteilige Auswirkungen auf die Gewässerökologie des Sees und das abstromige Grundwasser sind aufgrund der nur geringfügigen Flächenbelegung von 15 % der Freiwasserfläche sicher auszuschließen.

Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

#### Oberflächenwasserkörper

Der Untersuchungsraum gehört zum Flussgebiet "Maas NRW" und zu dem Teileinzugsgebiet "Rur".

Im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurde östlich der BAB A 61 das folgende Oberflächengewässer im Untersuchungsraum erfasst:

- DE\_NRW\_27456\_0 Kleine Erft

Der Füllesgraben und das Absetzbecken in der bestehenden Abgrabung sind nicht erfasst.

Der Gewässerabschnitt gehört zur Planungseinheit: PE\_ERF 1200 und der Wasserkörpergruppe WKG\_ERF 1 201.

Im Bereich der bestehenden Abgrabung unserer Mandantin befindet sich derzeit lediglich ein temporäres Stillgewässer (Absetzbecken). langfristig wird sich nach Einstellung der Tagebausümpfungen im Bereich der bestehenden Abgrabung eine Seefläche mit einer Größe von rund 48,4 ha ausbilden.

Nach einer Auswertung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten für die Flussgebiete in NRW (MULNV NRW, Internet-Abfrage Juli 2022) liegen die bestehende Abgrabung sowie die Erftaue östlich der BAB A 61 in einem Bereich, der sowohl bei häufigen Hochwasserereignissen als auch bei Extremhochwasser (HQ extrem) ohne Schutzmaßnahmen geflutet werden würde (siehe nachfolgende Abbildungen 14 und 15).

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_6]

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_7]

Dem wird im Rahmen der Vertiefungsplanung durch die Ergreifung

entsprechender Schutzmaßnahmen Rechnung getragen.

Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

#### Klima/Luft

##### Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW sind die Vorhabensflächen als Grünflächen mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen (siehe nachfolgende Abbildung 16).

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_8]

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen sowie den späteren Floating-PV-Anlagen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

##### Klimarelevante Böden

Wie oben unter Ziffer 3.2.3.1 bereits dargelegt, werden die noch unverritzten Flächen der Abgrabungserweiterungsflächen derzeit von klimarelevanten Böden eingenommen.

Im Zuge der Realisierung der geplanten Abgrabungserweiterung werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden.

Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind. Die Errichtung der späteren Floating-PV-Anlagen im Bereich der bestehenden Abgrabung geht nicht mit Bodeneingriffen einher.

##### Lufthygiene Belastungen, Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere geländeklimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu.

Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen sowie der späteren Floating-PV-Anlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

### Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials. Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft.

Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität unterschiedlich hoch sein.

Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen.

Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die vorhandene Abgrabungen sowie die angrenzenden, stark frequentierten Verkehrswege (BAB A 61, B 264, L 162) und die intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist.

Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Im Bereich der Vorhabensflächen wurden bzw. werden im Zuge der Realisierung der Abgrabung im Randbereich Gehölzpflanzungen angelegt. Aufgrund der umgebenden Gehölzbestände werden die in Tieflage geplanten Freiflächensolaranlagen von außerhalb des Geländes nicht sichtbar sein, sodass keine das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen.

Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um

einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf.

Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die Wohnnutzungen im Bereich der Ortslagen Gymnich und Kerpen liegen in einer Mindestentfernung von ca. 900 m bzw. 1.500 m. Durch die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen und geplanten Gehölzpflanzungen wird von den Wohngebieten in den umliegenden Ortschaften kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen. Auch von den in der Umgebung vorhandenen Höfen werden die Freiflächensolaranlagen aufgrund der Errichtung in Tieflage sowie der umgebenden Gehölzpflanzungen nicht sichtbar sein. Gleiches gilt für die spätere Floating-PV-Anlage auf dem im Bereich der bestehenden Abgrabung entstehenden See.

Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet derzeit eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild. Durch die Gehölzpflanzungen im Randbereich der hier in Rede stehenden Abgrabungsflächen wird das Landschaftsbild eine erhebliche Aufwertung erfahren.

Da die geplanten Gehölzpflanzungen die in Tieflage vorgesehenen Freiflächensolaranlagen sowie die späteren Floating-PV-Anlagen abschirmen werden, ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen.

Im Einzelnen:

Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Verkehr) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten.

Der Landschaftsraum bietet keine bedeutsamen Erholungsqualitäten. Insbesondere die

im Untersuchungsraum vorhandenen Verkehrswege (BAB A 61, B 264, L 162) sowie die vorhandenen gewerbliche Nutzung (Abgrabung) führen zu einer starken Verlärmung des angrenzenden Landschaftsraumes. Dies führt insgesamt dazu, dass die landschaftsästhetische Wertigkeit und die Erholungseignung des Raumes als gering einzustufen sind.

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen zwar teilweise in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 16).

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_9]

Vorhabensbedingte erhebliche Umweltauswirkungen sind jedoch nicht zu erwarten. Im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens ist - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll über das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz (L 162, unmittelbar angrenzend) sowie die hierauf anschließende Zufahrt zur Abgrabung Gymnich erfolgen. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die Abgrabungen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben.

#### Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden. In die südlich der L 162 vorhandene, im Landschaftsplan Nr. 4 "Zülpicher Börde" unter Ziffer 2.4-35 als geschützter Landschaftsbestandteil ausgewiesene Baumreihe (siehe nachfolgende Abbildung 17) wird im Zuge der Realisierung der geplanten Vorhaben unserer Mandantin nicht eingegriffen.

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_10]

#### Landschaftsbild

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von mittlerer Bedeutung (siehe nachfolgende Abbildung 18). Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung sind von dem geplanten Vorhaben dagegen nicht betroffen.

[s. Anhang Abb. StnID 1005711\_11]

#### Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft



Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen.

Aufgrund des eingeschränkten Sichtraums (randliche Gehölzpflanzungen, Errichtung der Anlagen in Tieflage), der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber Landschaftsbildbeeinträchtigungen. Das gilt auch für die später geplanten Floating-PV-Anlagen, die auf der künftigen Seefläche im Bereich der bestehenden Abgrabung unserer Mandantin schwimmen werden, zumal für die Anlagen lediglich 15 % der Freiwasserfläche beansprucht werden und in die Flachwasser- und Uferbereiche des künftigen Sees nicht eingegriffen wird.

Erhebliche Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

#### Kultur- und sonstige Sachgüter

Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor.

Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen.

Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erhebliche Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden.

Soweit unverritzte Teilflächen der Abgrabungserweiterungsflächen temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffenden Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und

hierbei auftretende Funde bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben.

#### Schutzmaßnahmen

##### Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen

#### Schutzgut Boden

- Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten erhalten bleibt. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann.
- Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten) Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu vermeiden. Die DIN-Vorschrift 18916 (Landschaftsbauarbeiten), 18915 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten.
- Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

#### Schutzgut Wasser

- Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen.

##### Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor anlagenbedingten Beeinträchtigungen

#### Schutzgut Boden, Wasser und Fläche

- Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.
- Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone zur Versickerung gebracht.
- Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist.

#### Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

- Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen.
- Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PV-Module und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden.
- Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden.

#### Schutzgut Landschaft

- Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbaubetrieb sowie den Verkehr auf der BAB A 61, der B 264 und der L 162 bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist.
- Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultische auf maximal 4 m.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1005711\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1005711\\_9.pdf](#)

AZ: Ö-M-332	
1001259	
1005754	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Unsere Mandantin plant, auf dem Gebiet der Stadt Kerpen (Gemarkung Blatzheim, Flur 28, 29 und 34) auf drei nebeneinander liegenden Teilflächen Freiflächensolaranlagen mit einer Gesamtfläche von rund 70 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die im Vorfeld durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen werden sollen und unmittelbar südwestlich an die im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung dargestellte bestehende Abgrabung unserer Mandantin angrenzen (siehe nachfolgende Abbildung 1).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1005754_1]</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p>Am Standort Kerpen-Dorsfeld wird unmittelbar südlich der BAB A 4 seit 1978 Sand und Kies abgebaut. Die genehmigte Abgrabungsfläche hat eine Größe von etwa 109 ha und nimmt diverse Flurstücke in der Gemarkung Blatzheim, Flur 33, 34 und 35, in Anspruch. Die derzeitige Grundlage für den im Trockenabbau erfolgenden Gewinnungsbetrieb bildet der Genehmigungsbescheid des Rhein-Erft-Kreises vom 09.12.2008, Az.: 70-0-22/70.</p> <p>Das Abbaurecht ist gemäß Ziffer 1.1 der Anlage 2 zum vorgenannten Genehmigungsbescheid bis zum 31.12.2042 befristet. Ziffer 1.2 der Anlage 2 zum Genehmigungsbescheid sieht einen Abschluss der Herrichtung bis zum 31.12.2044 vor. Neben kleinflächigen landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Sukzessionsflächen mit temporären Kleingewässern sieht die Herrichtungsplanung primär die Anlage von naturnahen Waldflächen mit Arten der potentiellen natürlichen Vegetation vor.</p> <p>Ausgehend von einer jährlichen Förderrate von 550.000 m<sup>3</sup>/a reichen die aus der Restabbaufäche noch zur Verfügung stehenden Rohstoffvorräte allerdings lediglich noch für einen Zeitraum von etwa 9 Jahren.</p> <p>Um den Markt anschließend weiterhin mit qualitativ hochwertigen Kiesen und Sanden zu versorgen, plant unsere Mandantin eine Erweiterung der Abgrabung in südwestlicher Richtung, für die sie in dem parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p> <p>Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>

des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe gegenüber Ihrem Hause (Az.: 110- BM) ein Abgrabungsinteresse angemeldet hat.

Die aus drei Teilflächen bestehenden Erweiterungsflächen (siehe nachfolgende Abbildung 2) sollen zeitlich und räumlich in die bereits genehmigte Abgrabung integriert werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_2]

Die sich unmittelbar an die bestehende Abgrabung anschließende Teilfläche 1 hat eine Größe von rund 37 ha und umfasst die Grundstücke in der Gemarkung Blatzheim, Flur 29, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie Flur 34, 16, 40, 56 und 57.

Die Teilfläche 2 hat eine Größe von rund 30 ha und umfasst die Grundstücke in der Gemarkung Blatzheim, Flur 28, Flurstücke [ANONYMISIERT].

Die zwischen der Teilfläche 1 und 2 gelegene Teilfläche 3 hat eine Größe von 33 ha und umfasst die Grundstücke in der Gemarkung Blatzheim, Flur 28, Flurstücke [ANONYMISIERT], Flur 29, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie [ANONYMISIERT], sowie Flur 34, Flurstücke [ANONYMISIERT].

Aus den drei Teilflächen stehen bei einem geplanten Trockenabbau bis 2 m über dem höchsten Grundwasserstand rund 23 Mio. m<sup>3</sup> Kies und Sand zur Verfügung, die eine Sicherung des Betriebsstandorts für weitere rund 42 Jahre ermöglichen.

Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung sollen die Erweiterungsflächen in Teiltieflage als Extensivgrünland rekultiviert werden. Im Bereich der Abstands- und Böschungsflächen sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen geplant.

Auf den für eine Nutzung als Extensivgrünland vorgesehenen Teilflächen beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten (siehe nachfolgende Abbildung 3). Die betreffenden Teilflächen weisen eine Größe von rund 70 ha auf.

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_3]

Insgesamt stünden danach am Standort Dorsfeld langfristig im Idealfall rund 70 ha bereits durch den geplanten Abgrabungsbetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt werden können. Würde man die in der nachfolgenden Abbildung 4 gekennzeichnete, im Bereich der Teilfläche 1 gelegene Biotopverbundfläche VB-K-5105-113 "Aufforstungsbereich zwischen Bürgewald Dickbusch und Lörsfelder Busch und Forster Busch" von einer Nutzung für die Solarenergieerzeugung aussparen und entsprechend der Vorstellungen

des LANUV NRW zu Wald entwickeln (derzeitige Nutzung: Intensivacker), stünden innerhalb der geplanten Abgrabungserweiterungsflächen immer noch rund 55,5 ha für die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächensolaranlage zur Verfügung (siehe nachfolgende Abbildung 5). Im Sinne einer Optimierung der Planung wäre es allerdings möglich und auch zielführend, die Biotopverbundfläche teilweise nach Osten in den unmittelbar an die bestehende Abgrabung angrenzenden Bereich der Teilfläche 1 zu verlagern (siehe nachfolgende Abbildung 6), ohne dass hierdurch Beeinträchtigungen des angestrebten Biotopverbunds im fraglichen Bereich hervorgerufen würden.

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_4]

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_5]

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_6]

Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB), teilweise überlagert mit der Freiraumfunktion Schutz der Natur und teilweise überlagert mit der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, dargestellt werden (siehe nachfolgende Abbildung 7). Sie sind im 1. Planentwurf des parallel in Aufstellung befindlichen regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe darüber hinaus nahezu vollständig für eine Darstellung als BSAB bzw. Reservegebiet für die Rohstoffgewinnung dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 8).

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_7]

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_8]

**Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen im Bereich der Erweiterungsflächen planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin,**

**a) die in der Abbildung 3 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen,**

**hilfsweise zu a)**

**b) die in der Abbildung 6 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der**

**Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen,**

**hilfsweise zu a) und b)**

**c) die in der Abbildung 5 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.**

Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den im Vorfeld geplanten Abbaubetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen keine besonders hochwertigen Biotopstrukturen vorhanden sein werden. Sie liegen - bis auf eine kleine Teilfläche im Norden der Teilfläche 1 - außerhalb besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuft Biotope und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW - mit Ausnahme eines Teils der Teilfläche 1, die ohne weiteres teilweise verlagert oder im Worst Case ausgespart und zu Wald entwickelt werden kann - auch nicht dem Biotopverbund. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind im Umfeld, und zwar im Bereich der nördlich gelegenen Deponie Haus Forst, zudem bereits Solarpotenzialflächen ausgewiesen (siehe nachfolgende Abbildung 9).

[s. Anhang Abb. StnID 1005754\_9]

Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1005754\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID1005754\\_8.pdf](#)





## Inhalt

**Bedarf an Freiflächensolaranlagen**

Der Bundestag hat am 07.07.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen.

Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 10), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

[s. Anhang Abb. StnID 1005755\_1]

Damit dies gelingt, wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im **überragenden öffentlichen Interesse** liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG nunmehr:

- Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im **überragenden öffentlichen Interesse** und dienen der öffentlichen Sicherheit. **Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden**

## Abwägung

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB ? auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen ? sind folglich nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht

**Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.** Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des neu gefassten § 2 des EEG weiter ausgeführt:

- Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.

Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte.

In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen

- 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW),

berührt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe.

- 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),
- 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und
- 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein (vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51).

Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen.

Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen.

Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt.

Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen

- 6,9 % auf Windenergie,
- 2,2 % auf Solarenergie,
- 1,2 % auf Bioenergie und
- 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

[s. Anhang Abb. StnID 1005755\_2]

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um

DachflächenPhotovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel (siehe nachfolgende Abbildung 11).

[s. Anhang Abb. StnID 1005755\_3]

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben.

Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich im Idealfall, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 700.000 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.123 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 136.302,8 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 18.225.553 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 357.667.763 kWh.

Bei einem erwarteten Ertrag von 18.225.553 kWh pro Jahr emittieren die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin null t CO<sub>2</sub>. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden jährlich 20.923 t CO<sub>2</sub> entstehen. Das würde eine Einsparung von 20.923 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 6.962 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 8.912 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 15.218 t pro Jahr. Entsprechendes würde auch dann gelten, wenn man die innerhalb der Teilfläche 1 [s. Anhang Abb. StnID 1005755\_4] der geplanten Abgrabungserweiterung gelegene, eine Flächengröße von rund 145.088 m<sup>2</sup> aufweisende Biotopverbundfläche VB-K-5105-113 "Aufforstungsbereich zwischen Bürgewald Dickbusch und Lörsfelder Busch und Forster Busch" [s. Anhang Abb. StnID 1005755\_5] teilweise verlagern oder aussparen und lediglich die verbleibende Fläche von 554.912 m<sup>2</sup> für die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen nutzen würde [s. Anhang Abb. StnID 1005755\_6] [s. Anhang Abb. StnID 1005755\_7].

Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur

Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen.

**Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit des Abgrabungserweiterung auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits abgebaute und rekultivierte Abgrabungsabschnitte und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Erweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbaubetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen.**

**Anhänge**

[Abb\\_ID1005755\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1005755\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1005755\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1005755\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1005755\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1005755\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID1005755\\_7.pdf](#)

## Inhalt

**Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen**Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Dorsfeld sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 07.07.2022 vom Bundestag beschlossenen Änderung des § 2 EEG im **überragenden öffentlichen Interesse** liegt und der **öffentlichen Sicherheit** dient und die erneuerbaren Energien als **vorrangiger Belang** in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies in Anspruch genommen werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sein werden.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.

Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)

Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln - bis auf die zu Wald zu entwickelnde Biotopverbundfläche im Bereich der Teilfläche 1 [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_1] - auch nicht für eine Darstellung als BSLE vorgesehen. Wie oben bereits erwähnt, kann die Biotopverbundfläche jedoch ohne weiteres von der geplanten Nutzung der Abgrabungserweiterungsflächen für die Solarenergiegewinnung ausgenommen oder teilweise in den nordöstlichen Bereich der Teilfläche 1 verlagert werden.

## Abwägung

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPiG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

#### Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

#### Oberflächengewässer

Oberflächengewässer sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen.

#### Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, sowie im in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln dargestellten Standorten für Abfalldeponien.

#### Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Die Abgrabungserweiterungsflächen sind im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, nicht als BSAB dargestellt. Im 1. Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe sind die Abgrabungserweiterungsflächen demgegenüber nahezu vollständig für eine BSAB-Darstellung bzw. eine Darstellung als Reservegebiet für die Rohstoffgewinnung vorgesehen. Da die Abgrabungserweiterungsflächen erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und der anschließenden Rekultivierung dauerhaft für die Nutzung von Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung jedoch nicht zu erwarten.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Abgrabungserweiterung für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb der geplanten Erweiterung verlagert.

#### Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

#### Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

#### Waldbereiche

Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen werden derzeit weit überwiegend intensiv ackerbaulich genutzt. Im zentralen Bereich der Abgrabungserweiterungsflächen befindet sich darüber hinaus lediglich ein rund 0,5 ha großer, etwa 10 - 12 m breiter Gehölzstreifen aus Feldahorn, Vogelkirsche, Hasel, Hundsrose, Eberesche, Pfaffenhütchen und Schlehe [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_2]. Da er keine Hochstämme aufweist, ist ein Kronenschluss nicht möglich, sodass der Gehölzstreifen nicht als Wald im Sinne des § 2 BWaldG zu qualifizieren ist.

Nach Beendigung der geplanten Rohstoffgewinnung werden die Abgrabungserweiterungsflächen weit überwiegend als Extensivgrünland rekultiviert. Die zu Wald zu entwickelnde Biotopverbundfläche im Bereich der Teilfläche 1 würde ggf. teilweise in den nordöstlichen Bereich der Teilfläche 1 verlagert oder von der späteren Nutzung zur Solarenergiegewinnung ausgenommen werden. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung im Bereich der geplanten Anlagenflächen dementsprechend nicht vorgesehen.

#### Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von RG.

#### Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN.

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln ist - unmittelbar an die bestehende Abgrabung unserer Mandantin angrenzend - zwar eine kleine Teilfläche für eine BSN-Darstellung vorgesehen. Diese Fläche stellt sich derzeit jedoch als



Intensivacker dar und liegt auch nicht in dem Bereich der Biotopverbundfläche, die nach den Vorstellungen des LANUV NRW zu Wald entwickelt werden soll [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_3].

Auch in der Erläuterungskarte A 3 zum in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan ist die betreffende Teilfläche - soweit maßstabsbedingt erkennbar - nicht als Biotopverbundfläche vorgesehen, sodass die geplante BSN-Darstellung nicht nachvollzogen werden kann.

Sofern die Biotopverbundfläche - wie in Abbildung 6 dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_4] - teilweise in den nordöstlichen Bereich der Teilfläche 1 der Abgrabungserweiterung verlagert und die Darstellung eines Freiraumbereichs für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie - wie unter lit. b) hilfsweise beantragt - beschränkt würde, ergäben sich weder Konflikte mit dem Naturschutz, noch mit dem Biotopverbund.

#### Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

#### Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden.

#### Umweltverträglichkeit

Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich.

#### Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden.

Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden.

Die nächstgelegene zusammenhängende Wohnbebauung befindet sich in den Ortslagen Geilrath, Blatzheim und Dorsfeld in einer Entfernung zu den Anlagenflächen von rund 500 m bis 1.000 m.

In der Umgebung befinden sich darüber hinaus mehrere Gehöfte. Nordwestlich des Anlagenstandorts liegen das Haus Forst und das Haus Dorsfeld. Die kürzeste Entfernung zwischen der bestehenden Abgrabung unserer Mandantin und den Gehöften beträgt heute ca. 50 m. Die im Bereich der Abgrabungserweiterungsflächen geplanten Freiflächensolaranlagen werden, da sie in Tieflage auf der Abgrabungssohle errichtet werden sollen, nicht näher an die Gehöfte heranrücken als die bestehende Abgrabung. Aufgrund der geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Abstandsflächen und Böschungen werden die Anlagen zudem optisch abgeschirmt.

An Verkehrsinfrastruktur sind die Autobahnen BAB A 4 und die B 477 sowie die Bahnstrecke Köln-Aachen in unmittelbarer Nähe zur Vorhabensfläche vorhanden. Darüber hinaus besteht ein Netz aus befestigten und unbefestigten Wirtschaftswegen.

Unmittelbar entlang der Nordgrenze der Abgrabungserweiterungsflächen verläuft ein Hauptwanderweg (Erft-Rur-Weg), der eine Verbindung zwischen Kerpen-Horrem über den Bahnhof Merzenich, die Orte Niederzier, Jülich und Linnich bis zur Rurbrücke in Hückelhoven herstellt. Im Nordwesten, entlang des Forster Busches und des Waldgebietes Steinheide, verläuft ein Rundwanderweg [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_5].

Aufgrund der Nähe zu der Ortschaft Blatzheim und Bergerhausen können die Flurwege im Untersuchungsraum und zwischen den Abgrabungen für Spaziergänge genutzt werden. Die strukturarme Agrarlandschaft ist jedoch nur bedingt zur Erholungsnutzung geeignet und für Erholungssuchende eher als unattraktiv einzuschätzen. Attraktivere Naherholungsräume liegen in den Waldgebieten "Dickbusch" und "Steinheide".

Für die Erholungsnutzung weist der Raum derzeit keine besonderen Funktionen auf. Regional bedeutsame Erholungseinrichtungen sind im Bereich und im Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Die umliegenden Wirtschafts- und Wanderwege werden zwar insbesondere durch Radfahrer und Spaziergänger zur (Nah-) Erholung genutzt. Durch die vorhandenen Hauptverkehrsstraßen (insbesondere BAB A 4, B 477) mit ihrer hohen Verkehrsdichte sowie die Bahnstrecke Köln-Aachen wird allerdings eine erhebliche Zerschneidungswirkung erzeugt.

Durch die hiermit sowie durch den Betrieb der Abgrabungen und Deponien im Umfeld und die landwirtschaftliche Intensivnutzung einhergehenden Vorbelastungen ist die Erholungseignung des Raumes insgesamt deutlich gemindert.

Während der Bauphase ist infolge der geplanten Errichtung der Freiflächensolaranlagen im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubeentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus.

Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer technischen Überprägung einer durch die im Umfeld vorhandenen Hauptverkehrsstraßen, die Bahnstrecke Köln-Aachen, die landwirtschaftliche Intensivnutzung sowie die bestehenden Abgrabungs- und Deponiebetriebe vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen nach Beendigung des geplanten Abgrabungsbetriebs im Bereich der Erweiterungsflächen umgeben werden, bleiben erhalten.

Diese Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf der südlich der Vorhabensflächen verlaufenden B 477, der westlich vorbeiführenden K 53 und der im Norden verlaufenden BAB A 4 werden durch die Gehölzpflanzungen sowie die Errichtung der Freiflächensolaranlagen in Tieflage vermieden.

Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.

#### Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

##### FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

Das nächstgelegene FFH-Gebiet DE-5105-301 "Dickbusch, Loersfelder Busch, Steinheide" befindet sich rund 1 km von dem geplanten Anlagenstandort entfernt.

##### Nationalpark

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

##### Naturschutzgebiet

Im Bereich der überplanten Flächen sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

##### Planungsrelevante Arten

Wie oben bereits dargelegt, stellen sich die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen derzeit nahezu ausschließlich als intensiv genutzte Ackerflächen dar und sollen nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus in Teiltieflage

als Extensivgrünland rekultiviert werden.

Innerhalb der vorgenannten Lebensraumtypen ist ausweislich der im FIS des LANUV NRW für das-Messtischblatt 5105 Nörvenich, Quadrant 2, potenziell mit einem Vorkommen folgender planungsrelevanter bodenbrütender Vogelarten zu rechnen:

- Feldlerche (Acker/Grünland)
- Grauammer (Acker/Grünland)
- Kiebitz (Acker/Grünland)
- Rebhuhn (Acker/Grünland)
- Wachtel (Acker/Grünland)
- Feldschwirl (Extensivgrünland)

Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die vorgenannten Arten daher folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der vorgenannten Arten die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitats eingegriffen wird, zwischen September und Februar zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

- Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der vorgenannten Arten zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme der jeweiligen Teilfläche stattzufinden.
- Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.
- Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die vorgenannten planungsrelevanten Bodenbrüter festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten gewerblichen Nutzungen (Abgrabungs- und Deponiebetriebe) sowie der Verkehrsdichte auf den umliegenden Hauptverkehrsstraßen und der Bahnstrecke Köln-Aachen bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Der durch den Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen und der Bahnstrecke Köln-Aachen verursachte Schallleistungspegel liegt zwischen 55 dB und 70 dB [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_6]. Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen.

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammer u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden (vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009; Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179).

Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen (vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.; Trölzsch/Neuling, a. a. O.).

Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. Fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt (vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew Special 45/Dezember 2010; Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dectower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013).

Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden (vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV), Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012)).

Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaiken mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturarmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen.

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen sowie die Bahnstrecke Köln-Aachen bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden.

So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen.

### Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

### § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotope

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotope sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

### Biotopverbundflächen

Die Teilflächen 2 und 3 der geplanten Abgrabungserweiterung liegen außerhalb von Biotopverbundflächen.

Ein Teil der Teilfläche 1 der geplanten Abgrabungserweiterung wurde vom LANUV NRW als Biotopverbundfläche im Sinne des § 21 BNatSchG eingestuft (siehe obige Abbildung 4). Sie ist Bestandteil des unter der Kennung VB-K-5105-113 ausgewiesenen Biotopverbundkomplexes "Aufforstungsbereich zwischen Bürgewald Dickbusch und Lörsfelder Busch und Forster Busch", der sich derzeit als als Intensivacker genutzte Freifläche darstellt und zu einem strukturreichen Laubwald mit Saum- und Waldrandstrukturen entwickelt werden soll.

Da die Biotopverbundfläche teilweise nach Nordosten verlagert werden kann [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_7] oder der betreffende Teilbereich von einer späteren Nutzung der Abgrabungserweiterungsflächen für die Solarenergieerzeugung ausgespart [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_8] und entsprechend der Zielvorstellungen des LANUV NRW nach Beendigung der Rohstoffgewinnung zu einem strukturreichen Laubwald entwickelt werden kann, ergibt sich kein Widerspruch zum Biotopverbund. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen selbst (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen extensiven Grünlandnutzung etc.) bleibt die im Bereich der Fläche nach Abbauende vorgesehene ökologische Aufwertung im Wesentlichen erhalten. Tendenziell ist im Vergleich zu der derzeit stattfindenden intensiven landwirtschaftlichen Nutzung insoweit von einer Verbesserung des Biotopverbunds auszugehen. In jedem Fall bleiben der Aufbau und die dauerhafte Sicherung des regionalen Biotopverbunds weiterhin gewährleistet.

### Schutzwürdige Biotope

Schutzwürdige Biotope sind im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Etwa 150 m nördlich der Teilfläche 1 der geplanten Abgrabungserweiterung befindet sich der schutzwürdige Biotop BK-5105-037 ("Kleingewässer bei Gut Dorsfeld"). Etwa 220 m bis 300 m nördlich der Teilflächen 2

und 3 der geplanten Abgrabungserweiterung befinden sich darüber hinaus die schutzwürdigen Biotope BK- 5105-513 ("Brachflächen an Haus Forst") und BK-5105-514 ("Forster Busch"). Die räumliche Lage der schutzwürdigen Biotope ist der nachfolgenden Abbildung 16 zu entnehmen.

[s. Anhang Abb. StnID 1005757\_9]

Die räumliche Nähe zu diesen schutzwürdigen Biotopen steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. In die schutzwürdigen Biotopflächen wird im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Sie erfahren durch die geplanten Freiflächensolaranlagen auch keine mittelbare Beeinträchtigung. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Vorhabensflächen im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen extensiven Grünlandnutzung, Umwandlung der temporär für die Solarenergieerzeugung genutzten unverritzten Flächen des Vorhabensgebiets von Intensivacker in extensive Grünlandflächen etc.) erfolgt darüber hinaus eine ökologische Aufwertung, sodass eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung der schutzwürdigen Biotope ausgeschlossen werden kann.

#### Boden

##### Schutzwürdige Böden

Die Abgrabungserweiterungsflächen werden weit überwiegend von Parabraunerden (L 34) eingenommen, die ausweislich der Karte der schutzwürdigen Böden BK 50 (3. Auflage) als schutzwürdig (fruchtbare Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit, außerdem Wasserspeicher im 2 m-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion) eingestuft wurden. Darüber hinaus kommt im Bereich der Vorhabensfläche Pseudogley (S 33) vor, der wegen des Wasserspeichers im 2 m-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion ebenfalls als schutzwürdig eingestuft wurde. Kleinfächig wird die Vorhabensfläche ferner von nicht schutzwürdigem Pseudogley (S 32) eingenommen (siehe nachfolgende Abbildung 17).

[s. Anhang Abb. StnID 1005757\_10]

##### Vorbelastung Schutzgut Boden

Die Böden im Bereich der Abgrabungserweiterungsfläche werden intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die mit der intensiven Nutzung verbundenen Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den



Bodenhaushalt aus.

Nach Beendigung des im Vorfeld der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Sand- und Kiesabbaus werden keine gewachsenen Böden mehr vorhanden sein.

Die geplanten Gewinnungstätigkeiten im Raum sind ebenfalls als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind bzw. werden nach Beendigung der Gewinnungstätigkeit keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen und Wege als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden.

#### Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich.

Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten. Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden.

Aufgrund des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach Beendigung des Abbaubetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind.

#### Wasser

##### Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet

Die geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld liegen außerhalb von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten.

## Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

## Grundwasserkörper

Der im Planungsraum vorliegende Grundwasserkörper "Hauptterrassen des Rheinlands (274\_05)" wird laut Fachinformationssystem ELWAS (elektronisches wasserwirtschaftliches Verbundsystem für die Wasserwirtschaftsverwaltung in NRW) wird von unterpleistozänen Terrassenflächen und von Niederterrassen der Erft und ihren Nebengewässern im Westen der Niederrheinischen Bucht gebildet. Der Grundwasserkörper gehört der Erftscholle an, die vom Rurand-Sprung nach Nordosten bis zum Erftsprung einfällt. Im Tertiär und Quartär existieren bis zu zehn Grundwasserstockwerke. Braunkohlen-Bergbau mit weitreichenden Grundwasserabsenkungen fand und findet in unmittelbarer Nachbarschaft des Grundwasserkörpers (heute noch im Tagebau Harnbach) statt. Das obere Grundwasserstockwerk hat silikatische Eigenschaften. Insgesamt liegen bis zu 10 Grundwasserstockwerke hoher bis mäßiger Durchlässigkeit in den kontinentalen bis küstennahen silikatisch-organischen Schichtfolgen des Quartärs und Tertiärs, die auch Braunkohlenflöze enthalten, vor. Der obere Grundwasserleiter wird im größten Teil des Gebietes von pleistozänen Kiesen und Sanden der Jüngeren Hauptterrassen gebildet, die eine hohe bis mäßige Wasserdurchlässigkeit aufweisen und mehr als 40 m mächtig werden können. In Teilbereichen bildet bis zu 5 m mächtiger Löss bzw. Lösslehm eine hochwirksame Deckschicht, die jedoch nach Süden ausdünn. In den Talauenablagerungen der Erft standen unter natürlichen Bedingungen geringe Flurabstände an, die aber seit langem durch Grundwasserabsenkungen der Tagebaue stark beeinflusst sind. In den Talauen von Nebengewässern (Neffelbach) existieren noch einige grundwasserabhängige Feuchtgebiete, die teilweise aber durch den Sumpfungseinfluss noch beeinflusst werden können. Im liegenden folgen mächtige tertiäre Schichtfolgen aus Sanden, Kiessanden, Tonen und Schluffen sowie bis zu 60 m mächtige Braunkohlenflöze. Dementsprechend sind bis zu 10 Grundwasserstockwerke ausgebildet, die jedoch an Faziesgrenzen oder tektonischen Störungen hydraulisch miteinander verbunden sind. Die quartären und tertiären Lockergesteinsfolgen sind im Zentrum der Niederrheinischen Tieflandbucht mehr als 1.000 m mächtig. Der Grundwasserkörper gehört tektonisch zur Erftscholle, einer tektonischen Großscholle der Niederrheinischen Bucht. Die schollenbegrenzenden Störungen sind abschnittsweise hydraulisch wirksam; daher können dort auf kurze Distanz große Differenzen der Grundwasserdruckflächen auftreten. Die Braunkohlenflöze werden in der Erftscholle und im Umfeld seit Jahrzehnten in tiefen Tagebauen abgebaut. Dazu waren und sind weitreichende Grundwasserabsenkungen bis unter die tiefste Abbausohle notwendig, die in ihrer Ausdehnung diesen Grundwasserkörper vollständig umfassen. Im Untersuchungsraum sind alle Grundwasserstockwerke stark beeinflusst, die Einflüsse können sich auch auf sehr lokal noch vorhandene

Feuchtgebiete auswirken. Der Grundwasserleiter befindet sich in einem schlechten mengenmäßigen Zustand. Er befindet sich aufgrund von Grenzwertüberschreitungen unterschiedlicher Inhaltsstoffe darüber hinaus in einem schlechten chemischen Zustand. Zu nennen sind hier insbesondere Belastungen mit Cadmium, Nitrat und Sulfat.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen befinden sich - wie oben bereits dargelegt - außerhalb von Wasserschutzgebieten. Zwischen der Geländeoberkante und dem höchsten Grundwasserstand wird hier nach Beendigung des Sand- und Kiesabbaus und des geplanten Auftrags einer 1 m mächtigen Schicht aus Abraum und Oberboden auf die Abbausohle ein Abstand von rund 3 m bestehen. Im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Flächen ist dementsprechend von einem minimalen Grundwasserflurabstand von etwa 3 m auszugehen.

#### Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

Im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen erfolgen nur kleinflächige Eingriffe in den Boden (Fundamente der Modulstände), die oberhalb des höchsten Grundwasserstands enden.

Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen in diesem Bereich ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung.

Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach ebenfalls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen.

Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

#### Oberflächenwasserkörper

Die Vorhabensflächen gehören zum Flussgebiet "Rhein" und zum Teileinzugsgebiet "Erft".

Im Bereich der Vorhabensflächen selbst befindet sich kein Oberflächengewässer. Im Bereich der bestehenden Abgrabung unserer Mandantin befindet sich ein temporäres Stillgewässer (Absetzbecken).

An Haus Dorsfeld und Haus Forst befinden sich darüber hinaus mehrere Teiche, die inzwischen allerdings trocken gefallen zu sein scheinen.

Fließgewässer sind in der Umgebung der Vorhabensflächen nicht vorhanden.

Nach einer Auswertung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten für die Flussgebiete in NRW (MULNV NRW, Internet-Abfrage Juli 2022) für das Teileinzugsgebiet Erft liegen für den Vorhabensbereich und das nähere Umfeld keine Gefahren oder Risiken, auch nicht für Extremhochwasser (HQ extrem) vor [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_11]. Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

#### Klima/Luft

##### Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW sind die Abgrabungserweiterungsflächen als Grünflächen mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_12]. Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

##### Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die Abgrabungserweiterungsflächen derzeit zu einem großen Teil von klimarelevanten Böden (Parabraunerde, L 34; Pseudogley, S 33) eingenommen.

Im Zuge der Realisierung der geplanten Abgrabungserweiterung werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine

anthropogene

Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden.

Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind.

#### Lufthygiene Belastungen, Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere geländeklimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu.

Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

#### Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials.

Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft. Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität unterschiedlich hoch sein.

Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen.

Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die unmittelbar benachbarten Abgrabungen sowie die im Nahbereich vorhandenen, stark frequentierten Verkehrswege (BAB A 4, B 477), die

Bahnstrecke Köln-Aachen und die intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist.

Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Im Bereich der Abgrabungserweiterungsflächen werden im Zuge der Realisierung der Abgrabung im Randbereich Gehölzpflanzungen angelegt. Aufgrund der umgebenden Gehölzbestände werden die in Tieflage geplanten Freiflächensolaranlagen von außerhalb des Geländes nicht sichtbar sein, sodass keine das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen.

Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf.

Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die Wohnnutzungen im Bereich der Ortslagen Geilrath, Blatzheim und Dorsfeld liegen in einer Mindestentfernung von ca. 500 m. Durch die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen und geplanten Gehölzpflanzungen wird von den Wohngebieten in den umliegenden Ortschaften kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen. Auch von den in der Umgebung vorhandenen Höfen werden die Freiflächensolaranlagen aufgrund der Errichtung in Tieflage sowie der umgebenden Gehölzpflanzungen nicht sichtbar sein.

Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet derzeit eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild. Durch die im Zuge der Rekultivierung der bestehenden Abgrabung entstehenden Waldflächen sowie die Gehölzpflanzungen im Randbereich der hier in Rede stehenden Abgrabungserweiterungsflächen wird das Landschaftsbild eine erhebliche Aufwertung erfahren.

Da die geplanten Gehölzpflanzungen die in Tieflage vorgesehenen Freiflächensolaranlagen abschirmen werden, ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen.

Im Einzelnen:

#### Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Verkehr) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist - bis auf den Hauptwanderweg nördlich der Abgrabungserweiterungsflächen - nicht vorhanden.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Naturparks und Landschaftsschutzgebieten.

Der Landschaftsraum bietet keine bedeutsamen Erholungsqualitäten. Insbesondere die im Untersuchungsraum vorhandenen Verkehrswege (BAB A 4, B 477) sowie die Bahnstrecke Köln-Aachen führen zu einer starken Verlärmung des angrenzenden Landschaftsraumes. Dies führt insgesamt dazu, dass die landschaftsästhetische Wertigkeit und die Erholungseignung des Raumes als gering einzustufen sind.

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen zwar in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm ) [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_13].

Vorhabensbedingte erhebliche Umweltauswirkungen sind gleichwohl nicht zu erwarten. Im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens ist - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll über das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz (B 477, unmittelbar angrenzend) sowie die hierauf anschließende Zufahrt zur Abgrabung Dorsfeld erfolgen. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die Abgrabungen im Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben.

#### Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen ist nur im Norden der Teilfläche 1 ein geschützter Landschaftsbestandteil vorhanden [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_14]. Hierbei handelt es sich um den unter Ziffer 2.4-63 des Landschaftsplans Nr. 3 "Bürgewälder" des Rhein-Erft-Kreises festgesetzten geschützten Landschaftsbestandteil "Laubgehölze, Obstwiesen und eine Teichfläche an den Gehöften bei Haus Dorsfeld".

Wie aus dem nachfolgenden Luftbildauszug [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_15] ersichtlich wird, ist von der ursprünglich wertgebenden Streuobstwiese im Bereich der Teilfläche 1 der Abgrabungserweiterungsflächen lediglich noch ein kleinflächiges

Wiesenrelikt ohne jeglichen Baumbestand vorhanden. Im Übrigen werden die betreffenden Flächen heute intensiv ackerbaulich genutzt.

Die teilweise Lage in einem geschützten Landschaftsbestandteil steht der Nutzung der Abgrabungserweiterungsfläche für die Nutzung zur Solarenergieerzeugung deshalb nicht entgegen, zumal die verbliebenen Relikte der einst wertgebende Strukturen des Landschaftsbestands im Zuge der vorlaufenden Rohstoffgewinnung ohnehin beseitigt werden.

#### Landschaftsbild

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von mittlerer Bedeutung [s. Anhang Abb. StnID 1005757\_16]. Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung sind von dem geplanten Vorhaben dagegen nicht betroffen.

#### Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft

Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen.

Aufgrund des eingeschränkten Sichtraums (randliche Gehölzpflanzungen, Errichtung der Anlage in Tieflage), der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber Landschaftsbildbeeinträchtigungen. Erhebliche Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

#### Kultur- und sonstige Sachgüter

Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor.

Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als



archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen werden sollen. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen.

Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erhebliche Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden.

Soweit unverritzte Teilflächen der Abgrabungserweiterungsfläche temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffenden Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und hierbei auftretende Funde bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben.

#### Schutzmaßnahmen

##### Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen

##### Schutzgut Boden

- Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten erhalten bleibt. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann.
- Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten) Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu vermeiden. Die DIN-Vorschrift 18916 (Landschaftsbauarbeiten), 18915 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten.
- Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

##### Schutzgut Wasser

- Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen.

## Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor anlagenbedingten Beeinträchtigungen

### Schutzgut Boden, Wasser und Fläche

- Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.
- Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone zur Versickerung gebracht.
- Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist.

### Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

- Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen.
- Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PV-Module und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden.
- Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden.

### Schutzgut Landschaft

- Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbaubetrieb sowie den Verkehr auf der BAB A 4 und der B 477 sowie den Schienenverkehr auf der Strecke Köln-Aachen bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist.
- Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultische auf maximal 4 m.

## **Anhänge**

<a href="#">Abb_ID1005757_1.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_10.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_11.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_12.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_13.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_14.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_15.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_16.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1005757_9.pdf</a>	
---	--

AZ: Ö-M-337	
1001420	
1002256_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Zur Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Meine Eltern stammten aus der Landwirtschaft und somit habe ich Ackerland geerbt, welches sich seit Jahrzehnten in Familienbesitz befindet und landwirtschaftlich genutzt wird.</p> <p>Durch meinen aktuellen Pächter wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass er mir den Pachtvertrag kündigen muss, wenn die Änderungen des Regionalplans umgesetzt werden.</p> <p>Nach Recherchen habe ich in der Neuaufstellung des Regionalplans herausgefunden, dass der Bereich zum Schutz der Natur auch vollumfänglich mein Eigentum umfasst, hierbei handelt es sich um folgende Flächen:  Orsbeck (4502), Gemeinde Wassenberg Flur 2, Flurst. [ANONYMISIERT] (5.392qm)  Unterbruch (4597), Gemeinde Heinsberg (Rhld.) Flur 3, Flurst. [ANONYMISIERT] (1.230qm)</p> <p>Sollte die Neuaufstellung des Regionalplans umgesetzt werden, kann auf diesen Flächen keine konventionelle Landwirtschaft mehr betrieben werden, womit diese Flächen deutlich an Wert verlieren und diese Umsetzung einer Enteignung gleicht.</p> <p>Aus Sicht des Verpächters dieser landwirtschaftlichen Flächen muss ich aus den vorgenannten Gründen die beabsichtigten Planungen ablehnen. Ich bitte um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphasen.</p> <p>Alternativ biete ich Ihnen an, diese betroffenen Flächen gegen andere Flächen im nahen Umkreis zu tauschen, die weiterhin konventionell bewirtschaftet werden dürfen.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p> <p>Bitte senden Sie mir eine Eingangsbestätigung dieser Email.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Unsere Betriebsflächen sind in den zeichnerischen Festlegungen zur Neuauftellung des Regionalplans Kölns auf Blatt 02-03 (Kreis Düren) zu finden. Wir bewirtschaften in Kreuzau-Boich [ANONYMISIERT] Obstbaubetrieb. Seither bieten wir unser Obst aus eigenem Anbau auch auf dem Dürener Wochenmarkt an. In der Neuauftellung des Regionalplans mussten wir nun feststellen, dass zwei Teilflächen unseres Betriebs in Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) fallen würden. Diese Bereiche können im weiteren Verlauf von der zuständigen Gemeinde als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Deswegen möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass diese Änderung mit einer massiven Einschränkung bei der Bewirtschaftungsweise dieser Flächen für uns einhergehen würde.

**Zur Erklärung:**

Zu 1): Auf der Fläche [ANONYMISIERT] bauen wir bereits seit Jahrzehnten Obst an. Seit vielen Jahren pflegen und ernten wir dort eine Plantage mit Pflaumen- und Zwetschgenbäumen. Vor drei Jahren haben wir dort auch angefangen Walnussbäume für eine extensive Bewirtschaftungsweise zu pflanzen. Wenn die Flächen als BSN und später ggf. als Naturschutzgebiet festgelegt werden, wird es uns kaum bis gar nicht mehr möglich sein, diese Parzellen erfolgreich zu bewirtschaften. In Naturschutzgebieten ist der Einsatz von Herbiziden sowie von (bisher) bienen- und bestäubergefährlichen Insektiziden verboten. Hinzu kommt: Wenn die neue Pflanzenschutzverordnung der EU wie geplant umgesetzt wird, wird der Einsatz von allen Pflanzenschutzmitteln (PSM) zukünftig in Naturschutzgebieten verboten werden. Allerdings spielt der Pflanzenschutz insbesondere bei Sonderkulturen wie Pflaumen und Zwetschgen eine wichtige Rolle, um eine qualitativ hochwertige Ernte einzufahren. Um dies zu vermeiden müssen wir Insektizide einsetzen. Nur mit ihrer Hilfe können wir erfolgreich gegen Schadinsekten wie den Pflaumenwickler vorgehen, der als einer der bedeutendsten Schädlinge im kommerziellen Obstbau gilt. Eine Nicht-Bekämpfung auf dieser Parzelle hätte für uns erhebliche Ernteschäden und -einbußen, bis hin zum Totalausfall der Ernte, zur Folge. Unsere Ernte wäre größtenteils, wenn nicht sogar komplett, unverkäuflich. Klar ist: Weder der Lebensmitteleinzelhandel noch die einzelnen Konsumenten akzeptieren Früchte, in denen sich Würmer und/oder Larven eingenistet haben oder die optische Mängel aufgrund von Läusen aufweisen. Eine biologische Bekämpfung, zum Beispiel des Pflaumenwicklers mit einem natürlichen Gegenspieler wie Schlupfwespen, gelingt im Freiland nicht. Um diese Schadbilder erfolgreich zu bekämpfen, gibt es keine andere Alternative als den Einsatz von PSM.

Zu 2): Auf der Fläche [ANONYMISIERT] kultivieren wir seit vielen Jahren Erdbeeren unter Folientunneln. Dabei pflanzen wir die Erdbeeren nicht in den Boden, sondern in

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Stellagen, die mit Substrat gefüllt sind.

In der von Ihnen bereit gestellten Karte zur Neuauftellung des Regionalplans Köln zeigt sich, dass ungefähr ein Drittel unserer Folientunnel in einem neu ausgewiesenen Bereich zum Schutz der Natur liegen. Wie bei 1) kommt hier die gleiche Problematik zum Tragen: In Sonderkulturen können wir nicht auf den Einsatz von Pflanzenschutz verzichten, wenn wir eine qualitativ hochwertige Ernte einfahren wollen, die die Ansprüche des Handels erfüllt. Allerdings ? wie bereits bei 1) beschrieben ? ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM), insbesondere von Herbiziden sowie von (bisher) bienen- und bestäubergefährlichen Insektiziden in Naturschutzgebieten sehr eingeschränkt. Hinzu kommt: Wenn die neue Pflanzenschutzverordnung der EU wie geplant umgesetzt wird, wird der Einsatz von allen PSM zukünftig in Naturschutzgebieten verboten werden. Weder mit einem eingeschränkten PSM-Einsatz und schon gar nicht mit einem Kompletterbot können wir diese Parzelle ordentlich bewirtschaften. Zwar schützen die Foliendächer die Erdbeeren vor äußeren Einflüssen wie Regen und Hagel. Auch ermöglicht es uns der geschützte Anbau, zeitweise Nützlinge gegen Schadinsekten einzubringen. Nichtsdestotrotz ist aber der Einsatz von Insektiziden und Fungiziden im Sonderkulturbereich, insbesondere im Erdbeeranbau, unerlässlich. Nur so können wir Pilzkrankungen wie Mehltau und Botrytis (Grauschimmelfäule) sowie Schäden durch Schadinsekten wie Erdbeerblütenstecher und Spinnmilben erfolgreich und nachhaltig vorbeugen bzw. vermeiden. Um diese Schadbilder erfolgreich zu bekämpfen, gibt es keine andere Alternative als den Einsatz von PSM. Außerdem fragen wir uns: Wie sollen wir diese Parzelle überhaupt nachhaltig bewirtschaften, wenn die Planfläche tatsächlich zu einem Naturschutzgebiet wird? Denn viele Folientunnel würden nur halb oder mit noch weniger Fläche im ausgewiesenen BSN-Gebiet liegen. Das heißt also innerhalb eine Bewirtschaftungseinheit, sogar innerhalb einer Reihe, würden wir verschiedene Bewirtschaftungsweisen verfolgen müssen. Das kann doch nicht das beabsichtigte Ziel sein. Zum Abschluss: Wir als Erzeuger können versichern, dass wir nichts anderes wollen, als mit der Natur zu arbeiten ? und nicht gegen sie. Wir sind auf Bienen und andere bestäubende Insekten, auf Nützlinge und Co. angewiesen, um hochwertige Früchte ernten zu können. Deswegen arbeiten wir schon seit langer Zeit nach den Richtlinien des Integrierten Pflanzenschutzes. Das heißt: Wir nutzen verschiedene biologische, pflanzenzüchterische und anbau- und kulturtechnische Verfahren, um den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel auf ein notwendiges Maß zu reduzieren. Bei der PSM-Anwendung kommen nur Mitarbeiter zum Einsatz, die sachkundig sind und sich somit mit Themen wie Bienenschutz und Abdriftminderung bestens auskennen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1008441]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008441.pdf](#)

**Inhalt**

In der vorbezeichneten Angelegenheit vertreten wir die rechtlichen Interessen der Firma (anonymisiert), anwaltlich. Eine auf uns lautende Vollmacht der Firma (anonymisiert) fügen wir zu Ihrer Kenntnisnahme als Anlage bei.

**1. Geplante Vorhaben unserer Mandantin**

Unsere Mandantin plant, in der Gemeinde Titz (anonymisiert), drei Freiflächensolaranlagen mit einer Gesamtfläche von insgesamt 35 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die in der Vergangenheit bereits für den Abbau von Sand und Kies sowie zur anschließenden Ablagerung von Bodenaushub und Abfällen der Deponieklasse DK O in Anspruch genommen wurden bzw. für eine entsprechende Nutzung vorgesehen sind. Im Einzelnen:

**1.1 Polder (anonymisiert)**

Unsere Mandantin ist Eigentümerin der in der Gemeinde Titz (anonymisiert), die in der Vergangenheit zur Gewinnung von Sand und Kies und genutzt wurden. Eine rund 3,8 ha große Teilfläche (anonymisiert) wurde im Anschluss an die Sand- und Kiesgewinnung zur Ablagerung von Inertabfällen der Klasse DK O genutzt. Inzwischen befindet sich die Deponie in der Stilllegungsphase. Sie soll nach bestehender Genehmigungslage weit überwiegend als landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) rekultiviert werden. Westlich und südwestlich angrenzend an den Polder (anonymisiert) befinden sich die eine Fläche von insgesamt rund 9,4 ha umfassenden Altpolder (anonymisiert), die gemäß bestehender Genehmigungslage nach Abschluss der Wiederverfüllung teilweise zur Durchführung landschaftspflegerischer Maßnahmen (Gehölzpflanzungen, Sukzessionsflächen, Kleingewässer) genutzt und im Übrigen ebenfalls als Ackerfläche rekultiviert werden sollen.

Die räumliche Lage (anonymisiert) ist der nachfolgenden Abbildung 1 zu entnehmen.

[Abbildung]

Abbildung 1: Räumliche Lage der Polder (anonymisiert)

Deren bestandskräftig zugelassene Rekultivierung ist in der nachfolgenden Abbildung 2 dargestellt.

[Abbildung]

Abbildung 2: Bestandskräftig zugelassene Rekultivierung der der Polder (anonymisiert)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen",

Auf den nach Süden abfallenden Hängen der Polder (anonymisiert) beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, nach dem voraussichtlich im Frühjahr des Jahres 2023 zu erwartenden Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von insgesamt rund 10 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 3 durch eine rot strichpunktierte Linie gekennzeichnet.

[Abbildung]

Abbildung 3: Fläche für die geplante Freiflächensolaranlage

Die innerhalb der gekennzeichneten Fläche im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen Gehölzstrukturen und Kleingewässer sollen hierbei erhalten werden. Anstelle der bislang geplanten Ackerflächen sowie der Sukzessionsflächen sollen extensive Grünlandflächen angelegt werden.

#### 1.2 Tagebau/Deponie Noah in der (anonymisiert)

Östlich der vorgenannten Altpolder befindet sich der ebenfalls im Eigentum unserer Mandantin stehende, bergrechtlich genehmigte Tagebau Noah, in dem als Nachfolge Nutzung eine OK 0-Deponie (anonymisiert) betrieben werden soll. Die geplante Deponie steht kurz vor der Zulassung. Der Tagebau Noah umfasst eine Fläche von insgesamt rund 15,3 ha und erstreckt sich auf die Grundstücke (anonymisiert). Nach Beendigung des Deponiebetriebs soll im Bereich der Tagebaufläche eine extensive Grünlandfläche angelegt werden. Im Randbereich der Tagebaufläche sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen und im äußersten Süden ferner Sukzessionsflächen und ein Kleingewässer geplant.

Die räumliche Lage des Tagebaus Noah sowie die geplante Rekultivierung nach Beendigung des Deponiebetriebs sind den nachfolgenden Abbildungen 4 und 5 zu entnehmen.

[Abbildung]

Abbildung 4: Bergrechtlich genehmigter Tagebau Noah

[Abbildung]

Abbildung 5: 1. Geplante Herrichtung des Tagebaus Noah nach Beendigung des Deponiebetriebs

Auf den nach Süden, Westen und Osten abfallenden Hängen der Tagebaufläche beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr ebenfalls, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von insgesamt rund 10 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 6 durch eine rot strichpunktierte Linie gekennzeichnet. Sie erstreckt sich ausschließlich auf die als extensive Grünlandfläche zu rekultivierenden Flächen. In die

die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB ? auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen ? sind somit nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie steht dem nicht entgegen. Entsprechend den landesplanerischen Vorgaben sollen geeignete Deponiestandorte für Freiflächen-Solarenergieanlagen genutzt werden.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.



Gehölzbestände und geplanten Gehölzpflanzungen sowie Sukzessionsflächen und Kleingewässer soll im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlage nicht eingegriffen werden.

[Abbildung]

Abbildung 6: Bislang geplante Herrichtung des Tagebaus Noah nach Beendigung des Deponiebetriebs

### 1.3 Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus/der Deponie Noah in der (anonymisiert)

Zur Standortsicherung ihres Bergbaubetriebes strebt die mit unserer Mandantin verbundene (anonymisiert) darüber hinaus eine Tagebauerweiterung in südlicher und südöstlicher Richtung auf einer Fläche von insgesamt rund 26 ha an, die von unserer Mandantin unter dem 18.12.2017 in dem die Aufstellung der regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe betreffenden Verfahren gegenüber Ihrem Hause als Abgrabungsinteresse angemeldet wurde und dort unter dem Aktenzeichen 028-DN geführt wird und im 1. Planentwurf vollständig für eine BSAB- Darstellung vorgesehen ist. Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung sollen die geplanten Erweiterungsflächen, die in der nachfolgenden Abbildung 7 rot hinterlegt sind, ebenfalls für die Ablagerung von Inertabfällen der Deponieklasse DK 0 genutzt werden.

[Abbildung]

Abbildung 7: Geplante Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah und der gleichnamigen Deponie

Für eine rund 7,5 ha große, inzwischen im Eigentum unserer Mandantin stehende Teilfläche des geplanten Erweiterungsgeländes (anonymisiert) liegt bereits ein obligatorischer Rahmenbetriebsplan vor, der mit Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Arnsberg vom (anonymisiert), zugelassen wurde (siehe nachfolgende Abbildung 8).

[Abbildung]

Abbildung 8: Darstellung der bereits zugelassenen Süderweiterung des Tagebaus Noah und der dort geplanten Deponieerweiterung

Langfristig strebt unsere Mandantin nach Beendigung des geplanten Tagebau- und Deponiebetriebs auch auf den Erweiterungsflächen die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächensolaranlage an. Hierfür stünden im Bereich der Erweiterungsflächen die nach Süden geneigten Hänge zur Verfügung, die voraussichtlich eine Fläche von rund 15 ha einnehmen werden.

Insgesamt stünden danach am Standort Titz langfristig rund 35 ha bereits durch den vorausgegangen bzw. im Vorfeld geplanten Tagebau- und Deponiebetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt

werden können.

Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll - soweit er nicht für die am Standort Titz vorhandenen energieintensiven Betriebe der (anonymisiert) benötigt wird - ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden.

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB), teilweise überlagert mit der Freiraumfunktion Bereich für den Schutz der Natur (BSN) dargestellt werden. Der Bereich des Polders 3 sowie des Tagebaus Noah soll darüber hinaus als Standort für Abfalldeponien ausgewiesen werden (siehe nachfolgende Abbildung 9).

[Abbildung]

Abbildung 9: Auszug aus den zeichnerischen Darstellungen des 1. Planentwurfs des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln mit Kennzeichnung der Polder (anonymisiert) sowie des Tagebaus Noah und dessen geplanter Süd- und Südosterweiterung

Im regionalen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe sollen die Flächen der Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus (anonymisiert) ferner als BSAB dargestellt werden. Für die Erweiterungsflächen sollen ausweislich der Karte 3 zum 1. Planentwurf (siehe nachfolgende Abbildung 10) als Rekultivierungsziele BSN (Bereich für den Schutz der Natur) und Wald dargestellt werden.

[Abbildung]

Abbildung 10: Auszug aus der Karte 3 zum 1. Planentwurf

Gemäß Ziel 2.38 des Planentwurfs sollen Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen in Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) in der Regel ausgeschlossen sein. Innerhalb dieser Bereich soll gemäß Erläuterung 3 regelmäßig von entgegenstehenden Schutz- und Nutzungsfunktionen auszugehen sein. Gleiches gilt für Waldbereiche.

Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen auf Teilflächen der Polder (anonymisiert) sowie dessen südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin,

a) hinsichtlich der in der obigen Abbildung 3, 6 und 7 gekennzeichneten Flächen von der geplanten Darstellung als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) - soweit erforderlich - abzusehen,

b) hinsichtlich der in der obigen Abbildung 7 gekennzeichneten Flächen die geplante Darstellung als Waldbereich durch die Darstellung eines Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs (AFAB) zu ersetzen und

c) die in den Abbildungen 3, 6 und 7 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln darüber hinaus als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.

Trotz der Lage in einem (geplanten) Bereich für den Schutz der Natur (BSN) und teilweise einem geplanten Waldbereich sind die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den vorausgegangenen bzw. im Vorfeld geplanten Abbau- und Verfüll- bzw. Deponiebetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen - abgesehen von den in der Vergangenheit angelegten randlichen Gehölzpflanzungen - aktuell keine höherwertigen Biotopstrukturen mehr vorhanden sind bzw. nach Beendigung des geplanten Abbau- und Deponiebetriebs vorhanden sein werden. Insbesondere die wertgebenden Elemente, die seinerzeit den Ausschlag für die Einstufung der Flächen der Polder (anonymisiert) als Biotopverbundfläche durch das LANUV NRW gegeben haben, wurden in Umsetzung der vorliegenden bestandskräftigen abgrabungs- und abfallrechtlichen Zulassungen des Kreises Düren sowie der Bezirksregierung Arnsberg bereits - teilweise vor vielen Jahren - beseitigt, sodass den Flächen aktuell allenfalls noch eine untergeordnete Bedeutung für den Biotopverbund zukommt.

Zwar sollen im Rahmen der Rekultivierung der Polder (anonymisiert) nach bestehender Genehmigungslage auf Teilflächen wieder höherwertige Biotopstrukturen in Gestalt von Gehölzpflanzungen, Sukzessionsflächen und Kleingewässern sowie extensiven Grünlandflächen angelegt werden. Diese Strukturen können - bis auf die Sukzessionsflächen - aber auch bei Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen erhalten werden. Die bislang geplanten Sukzessionsflächen sollen - wie oben bereits dargelegt - durch extensive Grünlandflächen ersetzt werden, die - wenn auch in eingeschränktem Maße - weiterhin zur Biotopvernetzung beitragen.

Im Bereich der bisher geplanten Ackerflächen innerhalb der (anonymisiert) sollen ebenfalls extensive Grünlandflächen angelegt werden. Gleiches gilt für die geplante Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah, sodass bei Realisierung der von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen partiell sogar eine Aufwertung gegenüber dem bestandskräftig genehmigten Planungszustand zu erwarten ist. Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich

verwirklichen.

Im Einzelnen:

## 2. Bedarf an Freiflächensolaranlagen

Das Bundeskabinett hat am 06.04.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen.

Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 11), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

[Abbildung]

Abbildung 11: Ausbaupfad Photovoltaik bis 2035 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz)

Damit dies gelingt, soll im EEG der Grundsatz verankert werden, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG-Entwurfs:

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bundesverteidigung.

In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des § 2 des EEG-Entwurfs weiter ausgeführt:

Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.

Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte.

In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen

- ? 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- ? 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- ? 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- ? 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- ? 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW)

? 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),  
? 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und  
? 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein.

Vgl. MWIDE NRW I Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51.

Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde<sup>1</sup> dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde<sup>1</sup> müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen.

Über die im Solarflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen.

Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt.

Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen

? 6,9 % auf Windenergie,  
? 2,2 % auf Solarenergie,  
? 1,2 % auf Bioenergie und  
? 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

[Abbildung]

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um

Dachflächen-Photovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel (siehe nachfolgende Abbildung 12).

[Abbildung]

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben.

Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- ? Modulfläche gesamt: 237.357 m<sup>2</sup>
- ? Ausrichtung: Süd
- ? Neigung der Module: 20°
- ? Mittlere Einstrahlung: 1.127 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- ? Leistung eines Moduls: 320 W
- ? Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 46.217,7 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 40.660.204 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 797.937.038 kWh.

Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden 46.678 t CO<sub>2</sub> entstehen. Das würde eine Einsparung von 46.678 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 15.532 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 19.883 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 33.951 t pro Jahr.

Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen.

Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit des Deponiebetriebs im Tagebau Noah sowie des Abgrabungs- und Deponiebetriebs in den geplanten südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits fertig gestellte Deponieabschnitte im Tagebau Noah, nach Süden geneigte Böschungsfächen und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Süd- und Südostweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbau- und Verfüllbetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort

verlagert werden sollen.

### 3. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen

#### 3.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort (anonymisiert) sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 06.04.2022 vom Bundeskabinett geschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

##### 3.1.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies und den Betrieb von Deponien in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen bereits erheblich vorbelastet sind bzw. zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sein werden.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.

##### 3.1.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)

Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln (bislang) auch nicht für eine Darstellung als BSLE vorgesehen.

##### 3. 1.3 Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

##### 3 .1.4 Oberflächengewässer



Oberflächengewässer sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen.

#### 3.1.5 Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### 3.1.6 Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind im Entwurf des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln teilweise für eine Darstellung als Standort für Abfalldeponien vorgesehen. Bei den bereits vorhandenen sowie den weiter geplanten Deponien innerhalb der in Rede stehenden Flächen handelt es sich ausnahmslos um Deponien der Klasse DK 0. Sie erfüllen die technischen Voraussetzungen dafür, nach Beendigung des Deponiebetriebs und der Oberflächenrekultivierung einer Solarenergienutzung zugeführt zu werden. Zwar ist davon auszugehen, dass im Zuge der Errichtung der Fundamente in die geplanten Oberflächenabdichtungen der Deponien eingegriffen werden muss. Hiervon sind aber nur sehr kleine Teilflächen betroffen, die im Übrigen im Zuge der Errichtung der Fundamente für die Modulstände versiegelt werden sollen, sodass weiterhin gewährleistet werden kann, dass kein Niederschlagswasser in den Deponiekörper eindringen kann.

#### 3.1.7 Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Die geplanten Erweiterungsflächen des Tagebaus (anonymisiert) sind im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Da die Erweiterungsflächen erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung dauerhaft für die Nutzung von Solar energie in Anspruch genommen werden sollen, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung nicht zu erwarten.

Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb der geplanten Erweiterungen verlagert.

#### 3.1.8 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

### 3.1. 9 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

### 3.1.10 Waldbereiche

Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen wurden - mit Ausnahme der Erweiterungsflächen südlich und südöstlich des Tagebaus Noah - in der Vergangenheit bereits für den Sand- und Kiesabbau genutzt. Anschließend wurden bzw. werden sie mit Bodenaushub verfüllt (anonymisiert) bzw. zur Ablagerung von Abfällen der Deponieklasse DK O Polder (anonymisiert) und Tagebau Noah genutzt und - mit Ausnahme der Polder (anonymisiert) - mit einer Oberflächenabdichtung versehen und abschließend rekultiviert. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung nicht vorgesehen. Das gilt auch für die Erweiterungsflächen südlich und südöstlich des Tagebaus Noah, die sich derzeit weit überwiegend als Intensivacker darstellen (siehe nachfolgende Abbildung 13).

Abbildung]

Abbildung 13: Biotoptypen im Bereich und Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen

Da die Erweiterungsflächen nach Beendigung der Rohstoffgewinnung - ebenso wie (anonymisiert) - als Inertstoffdeponie der Klasse DK O genutzt werden sollen, muss auf den Flächen nach Beendigung des Deponiebetriebs eine Oberflächenabdichtung aufgebracht werden, um einen Eintrag von Sickerwasser in den Deponiekörper zu verhindern. Deshalb ist auf den Erweiterungsflächen die Anpflanzung tiefwurzelnder Bäume nicht möglich. Gegen das für die Erweiterungsflächen im Entwurf des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe dargestellte Rekultivierungsziel "Wald" hat unsere Mandantin deshalb im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum 1. Planentwurf bereits Bedenken geltend gemacht.

### 3.1.11 Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von RG.

### 3.1.12 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen

zwar teilweise in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN (siehe nachfolgende Abbildung 14) und sind auch nach dem im Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln teilweise für eine BSN-Darstellung vorgesehen (Abbildung 15). Das steht einer Festlegung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung aber nicht entgegen, da die Errichtung von Freiflächensolaranlagen auf den betreffenden Flächen den Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines regionalen Biotopverbunds nicht ausschließen.

Im Bereich der Polder (anonymisiert) soll die Errichtung der Freiflächensolaranlagen weit überwiegend auf Flächen beschränkt werden, die nach Maßgabe der vorliegenden bestandskräftigen abgrabungs- und abfallrechtlichen Zulassungen nach Beendigung der Verfüllung bzw. des Deponiebetriebs wieder einer (intensiven) ackerbaulichen Nutzung zugeführt werden sollen. Im Bereich der (anonymisiert) werden darüber hinaus untergeordnet bislang als Sukzessionsflächen herzurichtende Flächen durch die geplante Freiflächensolaranlage in Anspruch genommen. Die Sukzessionsflächen sollen deshalb durch extensive Grünlandflächen ersetzt werden.

Im Bereich des Tagebaus Noah und der gleichnamigen Deponie sollen durch die geplanten Freiflächensolaranlagen als extensive Grünlandflächen zu rekultivierende Flächen in Anspruch genommen werden.

Die Flächen der geplanten Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah und der gleichnamigen Deponie stellen sich gegenwärtig als intensiv genutzte Ackerflächen dar. Für den Bereich der bergrechtlich bereits zugelassenen ersten Süderweiterung ist nach Beendigung des Tagebaubetriebs - abgesehen von randlichen Gehölzpflanzungen - auch wieder eine Anlage von Ackerflächen vorgesehen.

[2 Abbildungen]

Die im derzeit noch gültigen Regionalplan enthaltene Darstellung als BSN beruhte maßgeblich darauf, dass sich im Zuge des Abbaus innerhalb der Polder (anonymisiert) temporär Biotopstrukturen eingestellt hatten, denen eine hohe Bedeutung für den Biotopverbund beigemessen wurde. Die wertgebenden Strukturen (insbesondere die seinerzeit vorhandenen Stillgewässer, Steilwände sowie offenen Sand- und Kiesflächen) wurden im Zuge des bestandskräftig zugelassenen Verfüll- und Deponiebetriebs aber zum Teil bereits vor Jahren wieder beseitigt, sodass die Einstufung als BSN auf veralteten Daten beruht.

Im Rahmen der Landschaftsplanung hat der Kreis Düren die betreffenden Flächen deshalb auch nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen, sondern dort lediglich ein Landschaftsschutzgebiet festgesetzt. Für das Landschaftsschutzgebiet wurde im Übrigen zwar ein Bauverbot erlassen. Dieses ist aber im Wege der Befreiung überwindbar, da vorliegend ein überragendes öffentliches Interesse an der Nutzung der ehemaligen Abgrabungs- und Deponieflächen für die Freiflächen-Photovoltaik besteht.

Wie oben bereits dargelegt, reicht die von der Landesregierung NRW auf der Grundlage der Potentialstudie des LANUV NRW für das Jahr 2035 prognostizierte mögliche Leistungssteigerung bei der Solarenergie nicht aus, um die vom Bund für die Jahre 2030 und 2035 angestrebten Ausbauziele zu erreichen, sodass über die vom LANUV NRW ermittelten Potenzialflächen hinaus weitere Flächen bereitgestellt werden müssen, die für die Solarenergiegewinnung genutzt werden können. Hierfür eignen sich die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen in besonderer Weise, weil sie durch den vorausgegangenen bzw. vorausgehenden Abbau- und Deponiebetrieb bereits erheblich vorbelastet sind. Das gilt auch für die unverritzten Flächen der geplanten Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah, die derzeit einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung (Ackerbau) unterliegen.

In die im Bereich der betreffenden Flächen vorhandenen bzw. geplanten randlichen Gehölzpflanzungen wird im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Die im Bereich der Modulflächen geplanten extensiven Grünlandflächen stellen zudem Rückzugsräume für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten dar, sodass die betreffenden Flächen weiterhin eine Biotopverbundfunktion übernehmen können. Gegenüber der auf großen Teilen der in Aussicht genommenen Flächen bislang vorgesehenen intensiven landwirtschaftlichen Nutzung (Ackerbau) sind sogar klare ökologische Verbesserungen zu erwarten.

Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen, BfN-Skripten 247, 2009;  
Peschel/Peschel/Marchand/Hauke, Solarparks - Gewinne für die Biodiversität, 2019.  
3.1.13 Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

### 3. 1. 14 Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden.

### 3.2 Umweltverträglichkeit

Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich.

#### 3.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden.

Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden.

Die nächstgelegenen, einzelnen Wohngebäude liegen (anonymisiert), in einer Entfernung von mindestens 150 m bzw. 360 m zu den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen. Die zusammenhängenden Wohnbauflächen von (anonymisiert) beginnen erst in mindestens 460 m Entfernung. Dazwischen liegen Sportanlagen, eine Schule und gewerbliche Nutzflächen (Supermärkte).

Unmittelbar westlich grenzt an die südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen des Tagebaus Noah eine Biogasanlage an, weiter westlich befindet sich das Beton- und Asphaltwerk (anonymisiert), südlich davon befinden sich weitere Industrie- und Gewerbeflächen. Jenseits davon beginnen die zusammenhängenden Siedlungsflächen von Ameln in einer Entfernung von mindestens 600 m zu den vorgenannten Erweiterungsflächen. Die Ortslage Kalrath liegt erst in 1,2 km Entfernung südöstlich der Erweiterungsflächen.

Das durch den Abbau- und Deponiebetrieb sowie weitere gewerbliche Nutzungen im Umfeld geprägte Plangebiet hat keine Bedeutung für die lokale Naherholung oder als siedlungsnähe Freifläche. Es dient nicht als direktes Wohnumfeld. Es bestehen keine bedeutenden Sichtbeziehungen zu umliegenden Wohnstandorten oder Erholungswegen.

Vorbelastungen bezüglich des Schutzgutes Mensch resultieren in erheblichem Maße aus Lärm- und Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr und den umliegenden Gewerbeflächen.

Während der Bauphase ist im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus.

Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer weiteren technischen Überprägung einer durch bauliche Anlagen und gewerbliche Nutzungen vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen umgeben, bleiben erhalten.

Die bestehenden Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf der westlich an die Polder 4 und S angrenzenden Landstraße werden durch die Gehölzpflanzungen vermieden.

Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.

### 3.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

#### 3.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.2 Nationalpark

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

#### 3.2.2.3 Naturschutzgebiet

Im Bereich der überplanten Flächen und deren Umfeld sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.4 Planungsrelevante Arten

Im Rahmen der Planung der kurz vor der Zulassung stehenden Deponie Noah wurde im Bereich des bestehenden Tagebaus sowie in dessen Umgebung eine faunistische Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese erstreckte sich auch auf die geplanten Deponieerweiterungsflächen, im Bereich derer aufgrund der strukturarmen Ausstattung lediglich die bodenbrütende Feldlerche nachgewiesen wurde. Ferner wurde im Rahmen der Untersuchung das faunistische Arteninventar der Altpolderflächen (anonymisiert) erfasst.

Erfasst wurden Säugetiere (Fledermäuse, Haselmaus), Vögel, Amphibien und Reptilien. Es konnte festgestellt werden, dass die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen für die im Untersuchungsraum vorkommenden Fledermausarten keinen essentiellen Lebensraum darstellen. Sie nutzen das Plangebiet nach den Ergebnissen der Untersuchung nur sporadisch zur Jagd.

Die Haselmaus wurde im Plangebiet nicht nachgewiesen.

Die im Plangebiet nachgewiesenen planungsrelevanten Vogelarten sowie Amphibien und Reptilien sind den nachfolgenden Abbildungen 16 und 17 zu entnehmen.

[2 Abbildungen]

Die danach in 2016 im Bereich des Polders (anonymisiert) und im nördlichen Teil des Tagebaus Noah nachgewiesenen Amphibien wurden zwischenzeitlich in den im Bereich der ehemaligen Polder (anonymisiert) geschaffenen Ersatzlebensraum umgesiedelt. Im Bereich des des Polders (anonymisiert) finden die Arten aufgrund des fortgeschrittenen Deponiebetriebs bzw. aufgrund von Bodenumlagerungen und

Verfüllungen inzwischen keine geeigneten Habitatbedingungen mehr vor.

Gleiches gilt für den Flussregenpfeifer, der in 2016 auf ausgedehnten vegetationslosen Flächen im westlichen Teil des Polders (anonymisiert) brütend angetroffen wurde. Inzwischen befindet sich die Deponie im Polder (anonymisiert) in der Stilllegungsphase. Nach Aufbringen der Oberflächenabdichtung und Rekultivierung als Acker wird Polder 3 durch den Flussregenpfeifer nicht mehr als Bruthabitat nutzbar sein.

Da im Zuge der Rekultivierung der Abgrabungs- und Deponieflächen nicht in die randlichen Gehölzstrukturen eingegriffen wird, ist zu erwarten, dass diese weiterhin von den 2016 festgestellten gehölzbrütenden Vogelarten genutzt werden.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass das Plangebiet weiterhin durch den Turmfalken und den Mäusebussard zur Jagd genutzt werden wird.

Für die Arten Turteltaube und Baumpieper wurde im Bereich der (anonymisiert) zwischenzeitlich ein Ersatzlebensraum (nährstoffarme Ruderalflächen/ Rohbodenflächen mit einzelnen Gehölzgruppen und mehreren Kleingewässern) geschaffen.

Nach Beendigung der Rekultivierung werden sich die Flächen im Plangebiet weitgehend wieder als Ackerflächen oder extensiv genutzte Grünlandflächen darstellen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie - wie die umgebenden landwirtschaftlichen Nutzflächen - wieder von der Feldlerche besiedelt werden.

Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die Feldlerche folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der Feldlerche die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitats eingegriffen wird, zwischen Mitte August und Ende März zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes.

Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

? Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der Feldlerche zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme eines neuen Abbauabschnitts stattzufinden.

? Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere

Einschränkung durchgeführt werden.

? Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die Feldlerche festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden.

Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten Landstraße sowie der benachbarten gewerblichen Aktivitäten bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen.

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammer u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten



konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden.

Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009; Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179.

Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen.

Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.;  
Trölzsch/Neuling, a. a. O.

Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. Fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt.

Vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew's Special 45/Dezember 2010; Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013.

Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden.

Vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV) , Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012).

Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaiken mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturarmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer

Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen.

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarte Landstraße bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden.

So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen.

#### 3.2.2.5 Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotope

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotope sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

Etwa 130 m westlich der südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen des Tagebaus Noah wurde in 2014 ein etwa 0,3 ha großer Schilfröhrichtkomplex in einem ehemaligen Klärbecken der Zuckerfabrik Ameln (Hochpolder) als gesetzlich geschützter Biotop kartiert (BT-5004-001-2014, Abbildung 18), der inzwischen jedoch nicht mehr vorhanden ist. Zur Vorbereitung der im Bebauungsplan Nr. (anonymisiert) vorgesehenen gewerblichen Nutzung wurden die ehemaligen Hochpolderflächen der Zuckerfabrik inzwischen vollständig beräumt. Bereits vorher war der ehemalige Teich vollständig abgetrocknet und wurde zuletzt von Brennnesseln dominiert, sodass der in 2014 kartierte gesetzlich geschützte Biotop schon vor der Beräumung die hierfür geltenden Kriterien nicht mehr erfüllte. Auf der beräumten Fläche soll in Kürze ein Logistikzentrum entstehen, welches nach unserer Kenntnis kurz vor der Baugenehmigung steht.

[Abbildung]

Abbildung 18: Gesetzlich geschützte Biotope in der Umgebung der Deponieerweiterungsflächen

#### 3.2.2.7 Biotopverbundflächen

Die vorgenannten Deponieerweiterungsflächen liegen außerhalb von

Biotopverbundflächen.

Nördlich und westlich an die vorgenannten Erweiterungsflächen angrenzend wurden vom LANUV NRW Biotopverbundflächen im Sinne des § 21 BNatSchG dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 19). Hierbei handelt es sich um die Biotopverbundflächen mit der Kennung VB-K-4904-005 und VB-K-4904-006.

[Abbildung]

Abbildung 19: Biotopverbund-Flächen im Bereich und der Umgebung des Plangebiets

Die Biotopverbundflächen mit der Kennung VB-K-4904-005 wurden vom LANUV NRW mit der Bezeichnung "Stillgelegte Bahnlinie zwischen Jackerath und Welldorf" erfasst und wie folgt beschrieben:

#### GEBIETSBESCHREIBUNG

stillgelegte Bahnstrecke zwischen Jackerath und Welldorf. Die Gleiskörper wurden entfernt, der Damm ist noch vorhanden und wird größtenteils von dichtem Gebüsch bewachsen, vereinzelt Einzelbäume, Baumgruppen, kleine Feldgehölze an gehölzfreien Bereichen ausgedehnte grasreiche wärmeliebende Ruderalfluren Bahnlinie wird von zahlreichen Straßen zerschnitten die setzt sich im Kreis Heinsberg fort

#### WERTBESTIMMENDE MERKMALE / BEDEUTUNG IM BIOTOPVERBUND

der ehemaligen Bahntrasse kommt als Vernetzungs- und strukturierendes Landschaftselement eine besondere Bedeutung in der sonst weitgehend ausgeräumten, intensiv genutzten Bördelandschaft zu

#### KLIMASENSITIVE ARTEN UND LEBENSÄRÄUME

keine

#### SCHUTZZIEL

Schutzziel:

Erhalt der stillgelegten Bahnstrecke und der Bahnböschung mit Gehölzen, krautreichen Grassäumen und Kleingewässern als wichtige Strukturelemente in der intensiv genutzten, ausgeräumten Bördelandschaft

Entwicklungsziel:

Offenhalten krautreicher Säume

Optimierung der Kleingewässer

Erhalt und Ergänzung der Gehölzstrukturen zu einem Liniennetz

Bedeutung im Biotopverbundsystem:

Entwicklungsraum für Arten der vielfältigen, kleinstrukturierten Kulturlandschaft (EntR Art. d. Kulturlandschaft)

Verbundschwerpunkte:  
Gehölz-Grünland-Acker Komplex (x)

Landschaftsraum:  
IrS

Die Biotopverbundflächen VB-K-4904-006 wurden vom LANUV NRW unter der Bezeichnung "Klärbecken und Kiesabgrabung bei Ameln" erfasst und wie folgt beschrieben:

#### GEBIETSBESCHREIBUNG

mehrere Klärbecken der Pfeifer & Zuckerrübenfabrik bei Ameln Becken sind von steilen Böschungen umgeben, die dicht mit Gebüsch bewachsen sind Klärbecken weisen größere Röhrichte auf im nordöstlichen Teil Kiesabgrabung mit offenen Sand- und Kiesflächen, die von Steilwänden umgeben sind, teils hier Pionier- und Ruderalfluren sowie mehrere Kleingewässer

#### WERTBESTIMMENDE MERKMALE / BEDEUTUNG IM BIOTOPVERBUND

Kiesgruben, Gewässer und Gehölze haben in der an solchen Biotopstrukturen armen Jülicher Börde eine wichtige Trittstein- und Lebensraumfunktion, unter anderem für Wasservögel, Libellen und Amphibien  
Vorkommen an Zielarten der Stillgewässer (Kleine Pechlibelle, Kreuzkröte)

#### KLIMASENSITIVE ARTEN UND LEBENSRAÜME

Stillgewässer

#### SCHUTZZIEL

Schutzziel:

Erhalt des ökologisch wertvollen Sekundärbiotops mit ausgedehnten Wasserflächen, Röhrichte, Gebüsch, Ruderalfluren, offenen Sand- und Kiesflächen, Kleingewässern und Steilwänden

Entwicklungsziel:

naturnahe Gewässergestaltung der Klärbecken und der Kleingewässer  
Offenhalten der Steilwände, Vermeiden zu starker Verbuschung

Bedeutung im Biotopverbundsystem:

Entwicklungsraum für Arten der Stillgewässer (EntR Art. d. Stillgewässer)

Verbundschwerpunkte:  
kleine und mittlere Stillgewässer (x)

Landschaftsraum:  
IrS

Zielarten:

Kreuzkröte (*Bufo calamita*) (Bem.: Fundortkataster (1998))

Kleine Pechlibelle (*Ischnura pumilio*) (Bern.: Fundortkataster (2000))

Uhu (*Bubo bubo*) (Bem.: Fundortkataster (2013))

Die von der Biotopverbundfläche VB-K-4904-005 umfassten ehemaligen Klärbecken der Zuckerfabrik Ameln (so genannte Hochpolderflächen) existieren nicht mehr. Die betreffenden Flächen wurden inzwischen vollständig beräumt und werden entsprechend der Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 17, Ortslage Ameln, bereits gewerblich genutzt bzw. für eine gewerbliche Nutzung vorbereitet.

Im Bereich der Polder (anonymisiert) (siehe obige Abbildung 19) findet derzeit noch eine Verfüllung mit Bodenaushub statt, die teilweise über die ursprüngliche Geländeoberkante hinausreicht. Neben randlichen Gehölzpflanzungen sowie Sukzessionsflächen und Kleingewässern sollen dort nach derzeitiger Genehmigungslage wieder landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker) entstehen. Offene Sand- und Kiesflächen sowie Steilböschungen sind dort nicht mehr vorhanden.

Gleiches gilt für den Polder (anonymisiert). Dort wurde bis vor kurzem eine DK 0-Deponie betrieben, die sich inzwischen in der Stilllegungsphase befindet. Nach Auftrag der Oberflächenabdichtung und Rekultivierungsschicht soll dort nach bestehender Genehmigungslage wieder eine landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) entstehen.

Im Tagebau Noah ist die Rohstoffgewinnung weitestgehend abgeschlossen. Derzeit findet dort auf der Grundlage der bestandskräftigen Abschlussbetriebsplanzulassung der Bezirksregierung Arnsberg vom 01.04.2020, Az.: 62.qu 105-1.4-2017-1, eine Bodenumlagerung und Fremdverfüllung mit unbelastetem Bodenaushub zur Herstellung der Deponieaufstandsfläche für die kurz vor der Zulassung stehende gleichnamige DK 0-Deponie statt. Nach Beendigung des Deponiebetriebs soll die Fläche im zentralen Bereich als extensive Grünlandfläche hergestellt werden. Im Randbereich sind darüber hinaus Gehölzpflanzungen, Sukzessionsflächen und temporäre Kleingewässer vorgesehen.

Im Bereich der ehemaligen Polder (anonymisiert) wurden inzwischen Ersatzlebensräume für die durch den Betrieb der DK 0-Deponie im Polder 3 sowie im Tagebau Noah sowie die Beseitigung der ehemaligen Hochpolder (Klärbecken) entfallenen Lebensräume diverser planungsrelevanter Arten geschaffen. Sie dienen heute ausschließlich dem Biotop- und Artenschutz.

Die teilweise Lage innerhalb dieser Biotopverbund-Flächen steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. Zum einen sind die für Einstufung als Biotopverbundflächen wertgebenden Strukturen aufgrund des fortgeschrittenen Abbau- und Verfüll- sowie des Deponiebetriebs heute nicht mehr vorhanden. Die randlichen Gehölzstrukturen innerhalb des Plangebiets bleiben jedoch

erhalten, ebenso die geplanten Kleingewässer - sowie teilweise - auch die Sukzessionsflächen. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Umwandlung der bisherigen Ackerflächen in extensive Grünlandflächen etc.) erfolgt zum andern aber auch eine ökologische Aufwertung gegenüber der bestehenden Genehmigungslage. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass der Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines regionalen Biotopverbunds weiterhin gewährleistet bleibt.

#### 3.2.2.8 Schutzwürdige Biotope

schutzwürdige Biotope sind im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

Nördlich und westlich an die geplanten südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen des Tagebaus (anonymisiert) angrenzend sind im Biotopkataster des LANUV NRW zwei schutzwürdige Biotope verzeichnet (siehe nachfolgende Abbildung 20). Hierbei handelt es sich zum einen um den schutzwürdigen Biotop BK-4904-006 "Stillgelegte Bahntrasse östlich von Titz zwischen Jackerath und Ameln" und zum anderen um den schutzwürdigen Biotop BK-4904-0018 "Ehemalige Klärbecken der Pfeifer & Langen Zuckerrübenfabrik nördlich von Ameln", der allerdings - wie oben bereits dargelegt - nicht mehr vorhanden ist.

In den schutzwürdigen Biotop BK-4904-006 wird im Zuge der Errichtung .der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen.

[Abbildung]

Abbildung 20: Schutzwürdige Biotope im Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen

#### 3.2.3 Boden

##### 3.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Im Untersuchungsraum herrschen gemäß der digitalen Bodenkarte 1: 50.000 (15 BK SO, Geologischer Dienst NRW, siehe Ausschnitt, Abbildung 21) als Hauptbodentypen Typische Parabraunerde, vereinzelt pseudovergleyt, vereinzelt mit Tschernosem-Relikten (L 35) und Typisches Kolluvium (K 34) vor. Beide weisen bei Bodenwertzahlen von 75-85 (Parabraunerde) und 80-90 (Kolluvium) eine sehr hohe Ertragsfähigkeit auf. Die Böden sind weder grund-, noch staunass und besitzen neben einer hohen Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine sehr hohe nutzbare Feldkapazität.

[Abbildung]

Abbildung 21: Auszug digitale Bodenkarte, Bodentypen (Quelle: /www.elwasweb.nrw.de)

Beide Bodentypen sind in der Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1:50.000 (Geologischer Dienst NRW) als fruchtbare Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit bezeichnet und somit als schutzwürdige fruchtbare Böden ausgewiesen. Sie sind im Landschaftsraum jedoch weit verbreitet und weisen keine hohe Dokumentationsfunktion oder besondere Schutzwürdigkeit als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte auf. Auch zeigen sie keine besondere Naturnähe und keine extremen Standortbedingungen, haben demnach keine besondere Bedeutung für die Lebensraumfunktion und das Biotopentwicklungspotenzial.

#### 3.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Aufgrund ihrer Fruchtbarkeit werden die Böden des Untersuchungsraumes und der südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen des Tagebaus Noah intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die damit verbundenen nutzungsbedingten Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus. Nach Beendigung des Abbau- und Deponiebetriebs werden im Bereich der südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen des Tagebaus Noah keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein.

Im Bereich der Polder (anonymisiert) sowie im Bereich des Tagebaus Noah sind keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden. Im Bereich des Tagebaus Noah finden auch weiterhin noch Umlagerungen statt.

Durch die Verfüllung, den Deponiebetrieb und das Aufbringen einer Rekultivierungsschicht im Anschluss an den sukzessive nachfolgenden Deponiebetrieb wird die Ausbildung natürlicher Bodenfunktionen im belebten Teil des Bodens nach der Rekultivierung teilweise wieder ermöglicht. Insbesondere die Funktionen "Standort für die Vegetation und Tierwelt" und "landwirtschaftliche Produktionsfläche" werden wiederhergestellt. Die Grundwasserschutzfunktion der ursprünglich am Deponiestandort vorhandenen Deckschichten wird durch das geplante Abdichtungs- und Versickerungssystem übernommen. Vorhabensbedingt auftretende Verdichtungen werden durch nachfolgende Lockerung beseitigt.

Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen sowie Siedlungs- und Gewerbeflächen als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden.

Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Untersuchungsraum nicht bekannt.

#### 3.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der

landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich.

Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten. Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden.

Aufgrund des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach Beendigung des Abbau-, Verfüll- und Deponiebetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind.

### 3.2.4 Wasser

#### 3.2.4.1 Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren näherem Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete vorhanden. Das nächstgelegene Wasserschutzgebiet "Titz" (Schutzzone III) liegt nordwestlich des Plangebiets in mindestens etwa 200 m Entfernung.

#### 3.2.4.2 Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

#### 3.2.4.3 Grundwasserkörper

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen gehören zum Grundwasserkörper 282\_05 "Hauptterrassen des Rheinlands" im Teileinzugsgebiet Maas-Süd, dessen mengenmäßiger und chemischer Zustand als schlecht eingestuft ist. Die Qualität und Quantität des Grundwassers sind hauptsächlich von landwirtschaftlich bedingten Stoffeinträgen und durch die Grundwasserabsenkungen für den im Südosten in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Braunkohletagebau "Harnbach" beeinflusst.



Die für den außerhalb des Grundwasserkörpers stattfindenden Braunkohlen-Bergbau erforderlichen weitreichenden Grundwasserabsenkungen umfassen in ihrer horizontalen Ausdehnung auch diesen Grundwasserkörper. Im Untersuchungsraum sind alle Grundwasserstockwerke stark beeinflusst. Derzeit liegt der Grundwasserstand im Bereich der in Aussicht genommenen Flächen bei rund 48 m NHN (HGW 1). Es wird davon ausgegangen, dass der Grundwasserspiegel nach Einstellung der Sumpfungsmaßnahmen langfristig wieder sein vorbergbauliches Ausgangsniveau von 80,5 m NHN (HGW 2) erreichen kann. Der Grundwasserwiederanstieg im ersten Grundwasserstockwerk wird nach Berechnungen des Erftverbandes um das Jahr 2030 beginnen und um das Jahr 2200 abgeschlossen sein.

Aufgrund der intensiven Bewirtschaftung der Erweiterungsflächen im Zusammenhang mit Düngemaßnahmen ist von erhöhten Stoffkonzentrationen bei einigen Parametern (Nitrat, Sulfat, Ammonium) im Grundwasser auszugehen. Konkrete Angaben hierzu liegen nicht vor.

#### 3.2.4.4 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung.

Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden (Polder (anonymisiert)) bzw. über ein Rigolensystem im Randbereich der Deponieflächen (Polder (anonymisiert), Tagebau Noah und dessen Erweiterungsflächen) versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach eben falls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen.

Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

#### 3.2.4.5 Oberflächenwasserkörper

Im Bereich der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen selbst befindet sich kein Oberflächengewässer.

Im südöstlichen Teil des Polders 1 befindet sich ein Ersatzgewässer mit Verlandungs- und Röhrichtvegetation. Es weist eine dauerhafte Wasserführung auf.

Darüber hinaus finden sich diverse temporäre Kleinstgewässern im Bereich der nordwestlich gelegenen Abbau- und Verfüllflächen (Polder (anonymisiert)) sowie ein Regenrückhaltebecken auf dem Betriebsgelände des Asphalt- und Betonwerkes der (anonymisiert).

Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

#### 3.2.5 Klima/Luft

##### 3.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW sind die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen weit überwiegend als Grünflächen mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion zu qualifizieren (siehe nachfolgende Abbildung 22). Lediglich den randlichen Gehölzbeständen wurde eine hohe thermische Ausgleichsfunktion zugeschrieben.

Gleiches gilt für die im Zuge natürlicher Sukzession im nördlichen Teil des Tagebaus Noah entstandenen Gehölzbestände, die zwischenzeitlich aufgrund bestandskräftiger bergrechtlicher Zulassungen wieder beseitigt wurden. Dort finden aktuell Bodenumlagerungen und Verfüllungen statt, um die Deponiebasis für die kurz vor der Zulassung stehenden Deponie Noah herzustellen.

[Abbildung]

Abbildung 22: Auszug aus dem Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV NRW

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Erweiterungen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

##### 3.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die südlichen und südöstlichen Erweiterungsflächen des Tagebaus Noah überwiegend von Parabraunerde eingenommen. Darüber hinaus kommt im Bereich der genannten Erweiterungsflächen

Kolluvisol vor. Die genannten Bodenarten sind aufgrund ihres Wasserspeichervermögens im 2 m-Raum als klimarelevante Böden einzustufen.

Im Zuge der Realisierung der geplanten Tagebau- und Deponieerweiterungen werden die Böden - wie im Bereich der Polder (anonymisiert) bereits geschehen - abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden.

Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind.

#### 3.2.5.3 Lufthygiene Belastungen. Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere geländeklimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu.

Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

#### 3.2.6 Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials. Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft.

Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität unterschiedlich hoch sein.

Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes

ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen.

Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die unmittelbar benachbarte Landstraße sowie die benachbarten Gewerbegebiete geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist.

Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Zwar werden die ehemaligen Abgrabungs- und Deponieflächen nach Beendigung des Deponiebetriebs und der Rekultivierung gegenüber dem umgebenden Gelände eine Überhöhung aufweisen. Diese ist aufgrund der umgebenden dichten Gehölzbestände, die die spätere Geländeoberkante weit überragen werden, von außerhalb des Geländes jedoch nicht sichtbar, sodass keine das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen.

Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf.

Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die dichtesten Wohnnutzungen im Bereich der Ortslage Titz liegen in einer Mindestentfernung von ca. 460 m zum Plangebiet. Zu den Wohngebieten im Bereich der im Süden gelegenen Ortslage Ameln verbleibt ein Mindestabstand von rund 600 m. Der geplante Solarpark ist durch ein dazwischen liegendes Gewerbegebiet optisch von den Wohngebieten in Ameln getrennt. Durch die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen dichten Gehölzpflanzungen wird von den Wohngebieten in Titz und Ameln kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen.

Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen landschaftlichen oder kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild.

Es ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen.

Im Einzelnen:

#### 3.2.6.1 Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung des Untersuchungsraums (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Deponiebetriebe, Verkehr, sonstige gewerblich-industrielle Nutzungen) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden. Ebenso sind im Bereich und der Umgebung der betreffenden Flächen keine Naturparke vorhanden.

Die bestehende Tagebaufläche Noah ist eingezäunt und nicht zugänglich, durch die bestehende randliche Verwallung und Bepflanzung ist das Gelände zudem nicht von außen einsehbar. Die bestehende Tagebaufläche sowie die benachbarten Polderflächen, in denen noch Verfülltätigkeiten stattfinden, stehen derzeit der Erholungsnutzung nicht zur Verfügung.

Insgesamt ist die Freizeit- und Erholungsnutzung im Untersuchungsgebiet von geringer Bedeutung.

Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen zwar in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 23).

Ob daraus erhebliche Umweltauswirkungen abgeleitet werden können, ist aus unserer Sicht aber höchst zweifelhaft, da im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen ist. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll ausschließlich über die vorhandene Privatstraße der (anonymisiert) sowie die hiervon abzweigenden Zufahrten zu den Altpoldern sowie zum Tagebau Noah und dessen Erweiterungen erfolgen, die nach bestehender Genehmigungslage nach Beendigung des Abbau- und Verfüll- bzw. Deponiebetriebs zu erhalten sind. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die Abgrabungs-, Verfüll- und Deponienutzungen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben.

[Abbildung]

Abbildung 23: Darstellung der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume im Bereich und der Umgebung des Plangebiets (Quelle: Naturschutzinformationen NRW)

#### 3.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 24).

[Abbildung]

Abbildung 24: Geschützte Landschaftsbestandteile in der Umgebung des Plangebiets

Unmittelbar nördlich des bestehenden Abgrabungskomplexes ist unter Ziffer 2.4.11 des Landschaftsplans der geschützte Landschaftsbestandteil "Ehemalige Bahntrasse" ausgewiesen.

### 3.2.6.3 Landschaftsbild

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen ausweislich der Karte der Landschaftsbildeinheiten des LANUV NRW (Stand: 26.10.2016) nicht im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von herausragender Bedeutung. Der betreffenden Landschaftsbildeinheit wurde vielmehr nur eine mittlere Bedeutung beigemessen. Im Umfeld der betreffenden Flächen sind ebenfalls keine Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 25).

[Abbildung]

Abbildung 25: Auszug aus der Karte der Landschaftsbildeinheiten in NRW des LANUV NRW

### 3.2.6.4 Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft

Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen.

Aufgrund des eingeschränkten Sichtraums, der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber

Landschaftsbildbeeinträchtigungen.

Erhebliche Beeinträchtigungen für Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

### 3.2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor.

Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies, die Verfüllung mit Bodenaushub sowie die Ablagerung von Inertabfällen der Deponieklasse OK O in Anspruch genommen wurden. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen.

Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erheblichen Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden.

Soweit unverritzte Teilflächen der geplanten Süd- und Südosterweiterung des Tagebaus Noah temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffende Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und hierbei auftretende Funde bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben. Im Bereich der bereits bergrechtlich zugelassenen 1. Süderweiterung sind die betreffenden Untersuchungen bereits durchgeführt worden.

### 3.2.8 Schutzmaßnahmen

#### 3.2.8.1 Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen

##### 3.2.8.1.1 Schutzgut Boden

? Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten und - im Bereich der Deponieflächen - der Oberflächenabdichtung erhalten bleiben. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann.

? Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten) Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu vermeiden. Die DIN-Vorschrift 18916 (Landschaftsbauarbeiten), 18915 "Vegetationstechnik im

Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten.

? Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

#### 3.2.8.1.2 Schutzgut Wasser

? Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen.

#### 3.2.8.2 Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor anlagenbedingten Beeinträchtigungen

##### 3.2.8.2.1 Schutzgut Boden, Wasser und Fläche

? Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

? Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone bzw. im Bereich der Deponieflächen über ein Rigolensystem zur Versickerung gebracht. ? Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist.

##### 3.2.8.2.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

? Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen.

? Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PVModule und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden.

? Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden.

##### 3.2.8.2.3 Schutzgut Landschaft

? Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbau-, Verfüllung



Deponiebetrieb, den Verkehr auf der L 12 und die angrenzenden gewerblichen Nutzungen bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist.

? Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultische auf maximal 4 m.

#### 4. Fazit

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind in besonderem Maße für eine Sicherung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung geeignet. Denn es sind weder unüberwindbare Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und Deponien sowie weitere gewerblich-industrielle Nutzungen bereits erheblich vorbelastet ist. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen wurden bzw. werden vorläufig durch die Gewinnung von Quarzkies und Quarzsand sowie die Verfüllung mit Bodenaushub bzw. die Ablagerung von Intertabfällen der Deponieklasse DK o In Anspruch genommen werden. Für Ihre Nutzung zur Solarenergieerzeugung besteht ein erheblicher energiewirtschaftlicher Bedarf der unter Zugrundelegung der vom Bund vorgegebenen Ausbauziele für die Solarenergie durch die in der Potenzialstudie des LANUV NRW ermittelten Flächen nicht gedeckt werden kann. An der Sicherung zusätzlicher Flächen besteht deshalb ein überragendes öffentliches Interesse.

Um die geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Titz planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus der obigen Abbildung ersichtlichen Flächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung zu sichern.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008736\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-340	
1001640	
1003587	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit Bezug auf die folgenden Punkte im Verzeichnis der Ziele und Grundsätze: G.1, G.2, G.3, G.4, G.51, G.52, G.61, Z.1, Z.2 protestiere ich gegen folgende Bebauungspläne, die eine Zerstörung einer wichtigen Kaltluftschneise für Köln zu Folge haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rather See bis Rösrather Straße (Neubrück, Rath)</li> <li>• Eiskaulenweg bis Flehbachaue (Brück)</li> <li>• Südlich vom Kleinfeldchensweg (Brück)</li> <li>• Östlich vom Europaring (Neubrück)</li> </ul> <p>Inzwischen hat auch der neue NRW-Umweltminister ein Förderprogramm für Kommunen für Hitze-Aktionspläne vorgestellt. Also sollten auch alle an der neuen Regionalplanung Beteiligten die Punkte Klima- und Umweltschutz mehr in den Vordergrund stellen anstatt diese wichtige Kaltluftschneise zu zerstören.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-341

1001648

1008752

**Inhalt**

**Betreff:** Öff Neuaufstellung Regionalplan : Einspruch gegen die Regionalplanung

Das betrifft die Planung K\_ PUL \_BM\_SCHIENE\_01 insbesondere für P- Brauweiler.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-M-342	
1001649	
1008010	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als praktizierende Landwirtin und Vermieterin von hochwertigen Wohnimmobilien in Düren-Amoldweiler möchte ich zur Neuaufstellung des Regionalplanes Stellung nehmen, meine Bedenken äußern und einige Anregungen geben. Es ist in Amoldweiler eine sehr unterschiedliche Qualität an Ackerflächen zu verzeichnen. Südlich der Ortschaft befinden sich ausnahmslos sehr hohe Bodenqualitäten, die für die Produktion von Lebensmitteln bestens geeignet sind. Die Flächen im Süden der Ortschaft werden intensiv mit Kartoffeln, Zuckermüben, Gemüse und Brotgetreide bestellt. Sie sind zum Großteil bewässerungsfähig, da dort zwei Brunnen existieren.</p> <p>Im Norden der Ortschaft befinden sich zum allergrößten Teil minderwertigere Ackerflächen, die teilweise kiesig, teilweise aber auch tonig sind. Die Fruchtbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft ist im Norden entsprechend wesentlich geringer als im Süden. Im Norden der Ortschaft werden vorzugsweise die nicht so anspruchsvollen Kulturen Silomais, Raps und Getreide angebaut. Die Flächen im Norden sind um ca 30% weniger ertragreich als diejenigen im Süden. Es gibt im Norden keinerlei Bewässerungsmöglichkeit. Da ich auf beiden Seiten des Ortes Flächen bewirtschafte, kann ich dies gut beurteilen und auch mit Zahlenreihen belegen. Durch die im Zuge der Flurbereinigung Hambach West entstandenen zeitgemäßen guten Ackergrößen und Zuschnitte ist die Landwirtschaft in Amoldweiler strukturell insgesamt gut für die Zukunft gerüstet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1008012

## Inhalt

Bei der Planung eines neuen Regionalplanes muss eine Zerschneidung der hochwertigen Ackerflächen durch die Trasse einer Ortsumgehung (L256n) südlich des Ortes verhindert werden. Es muss zwingend verhindert werden, dass die sehr gut arrondierten landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die neu geplante Trassenführung einer Umgehungsstraße durchschnitten werden. Dadurch wird nicht nur die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe gehemmt, sondern es werden die in den letzten Jahrzehnten mühsam erarbeiteten zeitgemäßen Strukturen zerstört. Gutes Ackerland ist eine sehr knappe und inzwischen sehr teure Ressource. Unser landwirtschaftlicher Betrieb würde durch diese Straße komplett zerschnitten und wäre, nach jetzigem Planungsstand, im Fortbestehen existentiell gefährdet. Auch die anderen landwirtschaftlichen Betriebe aus Arnoldsweiler wären ebenfalls von dieser Straße betroffen und teilweise zur Aufgabe gezwungen. Von daher wird ein großer Widerstand seitens der Landwirtschaft gegen diese südliche Umgehungsstraße eine un vermeidbare Folge sein. Der derzeitige Entwurf des Regionalplanes sieht zudem eine Ausweitung des Baugebietes im Süden vor und will direkt daneben die Umgehungsstraße 256n etablieren. Ein minderwertiges Wohngebiet ist damit vorprogrammiert. Auch aus diesem Grunde sollte eine Umgehungsstraße, südlich des Ortes verhindert werden. Die zwei Autobahn Auffahrten Düren und Merzenich, sowie die Ortsumgehung Düren B56n sollten dazu in der Lage sein, den Verkehr aus dem Ort Arnoldsweiler herauszuhalten. Zusätzlich sollten verkehrslenkende Maßnahmen (Geschwindigkeitsreduzierungen, Verkehrsinseln, Beschilderungen usw.) intensiviert werden. Dies ist auch für die Wohnqualität im Ort zwingend erforderlich. Wenn überhaupt eine Ortsumgehung notwendig sein sollte, müsste dies im Norden des Ortes erfolgen, ZB. parallel zur A 4. Diese Trasse direkt neben der AB A4 würde auch einer zusätzlichen Lärmbelastung entgegenstehen. Zu beachten ist zukünftig, dass sehr viele Menschen inzwischen von zuhause aus Arbeiten. Die Arbeitswelt ist in ständigem Wandel. Der klassische Angestellte", der tagsüber ins Büro fährt, wird zukünftig noch mehr im sog. Homeoffice" sitzen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

**Inhalt**

Bzgl. der Ausweisung von neuen Wohngebieten in Arnoldsweiler möchte ich anregen, vorhandene Wohngebiete weitestgehend abzurunden und damit flächenschonend umzugehen. In ihrem Entwurf könnte die Ausweisung noch um weitere Flächen abgerundet werden, die zudem auch zuwegungstechnisch erschlossen oder leicht zu erschließen sind. Ich denke da z.B. an die Fläche in der Flur 5, Flst. 227 oder an das Flst. 246 in der Flur 3. Es ist auf eine flächenneutrale Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen ohne die Inanspruchnahme weiterer landwirtschaftlicher Flächen zu achten. Zusammenfassend möchte ich anregen, die vorgelegten Planungen nochmals gründlich zu überdenken und die vorgetragenen Bedenken im Wege der weiteren Planung zu berücksichtigen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Zur Anregung der Siedlungsraumarrondierung im osten von Arnoldsweiler (hier Flur 3, Flst. 246):

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (Ziel 2.3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zur Anregung der Siedlungsraumarrondierung im osten von Arnoldsweiler (hier Flur 5, Flst. 227):

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale

Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, (linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-343

1001600

1002262\_001

**Inhalt**

**Betreff:** Gewerbegebiet BAAL

hiermit lege ich Beschwerde gegen das von Ihnen geplante Gewerbe- und Industriegebiet in Erkelenz/Hetzerath, Baal und B57n ein. Dieses Vorhaben hat unter Ausschluss der betroffenen Öffentlichkeit stattgefunden und stellt somit eine Verletzung der Bürgerrechte dar. Zumal eine massive Zerstörung von Wald, Natur, Acker/Nutzfläche und Tier damit verbunden sind. Extrem hohe Lärmbelästigung durch den Bau, dem damit einhergehenden massiven verstärkten PKW und LKW aufkommen sowie dem damit verbundenem hohen CO2 aufkommen sowie die Verschmutzung der umliegenden Natur. Geräuschbelästigung durch allgemeines Mehraufkommen an Straßenverkehr und mit Nutzung der umliegenden Straßen. Auftreten von tieffrequentem Schall sowie Infraschall. Ich bitte Sie die Beschwerde ernst zu nehmen, schließlich sind wir alle davon betroffen die in Hetzerath leben.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).



AZ: Ö-M-344	
1001601	
1002263_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Gemarkungen Effeld und Ophoven in der Stadt Wassenberg sind stark von dem neuen Naturschutzgebiet, das in dem Regionalplan Köln geplant wird, betroffen. Meine Betriebsstätte befindet sich in Mitten von diesem geplanten Naturschutzgebiet. Da ich sehr regional arbeite, befindet sich der überwiegende Teil meiner bewirtschafteten Ackerflächen in Effeld und Ophoven (90%), welche durch das geplante Naturschutzgebiet wegfallen würden. Dies würde den wirtschaftlichen Ruin für meinen Betrieb bedeuten, da diese Flächen zum einen gute Ertragsstandorte sind, die stets einen sicheren Ertrag bringen. Zum anderen liegt das Pachtniveau dieser Flächen recht hoch. Da durch das geplante Naturschutzgebiet die bisherigen Erträge, aufgrund der damit einhergehenden veränderten Pflanzenschutz- und Düngemaßnahmen, nicht mehr erreicht werden können, ist die Bezahlung der Pachtflächen nicht mehr möglich. Als Resultat wäre ich gezwungen meine vier Arbeitnehmer zu entlassen und meinen landwirtschaftlichen Betrieb in vierter Generation aufzugeben, welcher anderenfalls vom Betriebsnachfolger übernommen werden würde.</p> <p>Wenn Sie diese Neuaufstellung des Regionalplans durchführen wollen, sollten Sie jedoch bedenken die wirtschaftenden Betriebe mit ihren Investitionen fairerweise zu entschädigen und nicht wie vor zehn Jahren die Landeigentümer und Landwirte ihre Schäden selbst tragen zu lassen.</p> <p>Ist es nicht allerdings auch im Interesse der deutschen Bevölkerung, dass auf regionale Produktion gesetzt wird, um die Preise der Produkte niedrig zu halten und den globalen Fußabdruck durch weniger importierte Lebensmittel zu reduzieren? Flächen die hier aus der Bewirtschaftung genommen werden, sind in anderen Ländern wie beispielsweise Brasilien, Argentinien oder auch Australien mit der zwei- bis dreifachen Hektarsumme zu ersetzen, da diese Flächen weniger ertragsreich sind. Dies würde somit auch zu einer weiteren Abholzung des Regenwaldes führen. Der dadurch notwendige Import von Lebensmitteln aus anderen Kontinenten sowie die Abholzung des Regenwaldes wirken sich stärker auf den Klimawandel aus, als die landeigene Produktion. Der Import führt zu steigenden Preisen der Produkte und zu einer größeren Abhängigkeit von anderen Ländern. Was eine Abhängigkeit von anderen Ländern mit sich bringen kann, zeigt sich in der aktuellen Situation nur zu gut. Es ist auch zu bedenken, dass in südamerikanischen, afrikanischen und ozeanischen Ländern ganz andere Dünge- und Pflanzenschutzvorschriften herrschen, die hier seit Jahren so nicht mehr tragbar sind.</p> <p>Wäre eine Ausweitung der Flächen des Naturschutzes auf Wald- und Wiesengebiete</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

nicht eine angemessene Alternative, um die regionale Produktion nicht weiter einzuschränken und so einer Knappheit der weltweiten Lebensmittel, dem steigenden Import und dem Klimawandel entgegenzuwirken?	
---	--

**Inhalt**

Wir Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Simmerath lehnen die Anmeldung von Gewerbegebietsflächen von der Verwaltung der Gemeinde Simmerath vollumfänglich für den Bereich Sim\_GIBz\_1 im neuen Regionalplan ab! Wie bereits auf der Planungssitzung der Gemeinde Simmerath vom 02.06.2022 wurde diese Beantragung von uns Grünen Simmerath einstimmig abgelehnt ! Wir möchten ihnen wie folgt unsere Beweggründe erläutern. Die Gemeinde Simmerath hat bereits genügend Gewerbegebiete sowie Gewerbegebietsfläche in den Ortschaften Rollesbroich, Simmerath-Ortskern sowie in Kesternich. In den bereits laufenden Planungen wird nun schon ein weiteres Gewerbegebiet in Kesternich erschlossen, was auf alten Planungen basiert. Nun soll zu dem ersten Gewerbegebiet sowie dem zweiten Gewerbegebiet ein drittes mit 27,3ha großes Gewerbegebiet von Simmerath über Kesternich bis hin zur B 266 im Regionalplan beantragt werden. Hier sind Maß und Mitte bei der Inanspruchnahme von Fläche eindeutig nicht mehr gegeben seitens der Gemeinde Simmerath. Auch wird hier die Ortschaft Kesternich nicht für sich allein betrachtet, sondern es wird sozusagen als Simmerath-Kesternich beantragt, da Kesternich für sich alleine keine 2000 Einwohner hat, um die Planungen so überhaupt zu ermöglichen bzw. einzubringen ! Die im Entwurf beantragte Fläche ist sehr schützenswert aus verschiedenen Aspekten. Diese Fläche ist in der Gemeinde Simmerath die einzige Fläche, die den geschlossenen Zusammenhang zum Rurtal erhält und gewährleistet. Hier können die Flora und Fauna zusammenhängend sich ausbreiten. Weiter zeichnet sich die Fläche durch einzigartigen Heckbestand aus, der vielen Vögeln und Tieren einen geschützten Rückzugsraum bietet. Gerade diese Heckenlandschaft zeichnet aber auch die Eifel in Kesternich aus. Dies wurde durch die Kommission der Städteregion Unser Dorf hat Zukunft expliziert herausgestellt. Auf den 27,3ha werden aus landwirtschaftlicher Sicht Getreide, Mais sowie Wiesen für Heu aktuell bewirtschaftet. Im Hinblick auf die Nahrungsmittelkrise wäre es nicht erklärbar und vertretbar diese bedeutenden Flächen einem Gewerbegebiet zu opfern. Die Braunerde hier hat eine Funktionserfüllung mit Schutzbedarf. Weitere Lebensmittelflächen im Rückgang können wir uns hier nicht leisten. Doch nicht nur die Flächen für die Landwirtschaft und die Sicherstellung der Bevölkerung mit angebauten Lebensmitteln spielen hier eine Rolle, sondern auch die Relevanz als Klimaboden. Die 27,3ha Fläche speichert gerade bezogen auf die nun vorherrschenden Klimawandel auch die Hitze. Die Umgebung heizt sich weniger stark auf, was auch den Menschen, Anwohnern sowie der Tier- und Insektenwelt zugutekommt. Würde man die Fläche als Gewerbegebiet versiegeln, heizt sich die Umgebung auf und für alle Beteiligten wäre dies gravierend negativ in der Gesundheit und Lebensqualität. Das gesamte Gebiet

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

dient auch der Naherholung der Bevölkerung. Viele Einwohner sowie Touristen nutzen die Feldwege als naturnahen Radweg und können hier sich entspannen sowie den Blick Kilometerweit in die Ferne schweifen lassen. All dies würde mit der Flächenversiegelung als Gewerbegebiet wegfallen. Die Sowjetische Kriegsgräberstätte Rurberg die im Plangebiet wäre auch nachträglich hiervon gestört. Wir Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Simmerath appellieren an sie, die beantragte Fläche 27,3,ha von der Gemeinde Simmerath als Gewerbegebiet nicht zu entsprechen im neuen Regionalplan.

AZ: Ö-M-346	
1001158	
1009017	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Geplante Vorhaben unserer Mandantin</p> <p>Unsere Mandantin plant, in der Gemeinde Aldenhoven, Gemarkung Aldenhoven, (anonymisiert), drei Freiflächensolaranlagen mit einer Gesamtfläche von rund 21,7 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die in der Vergangenheit bereits für den Abbau von Quarzsand und Quarzkies sowie zur anschließenden Ablagerung von Abfällen der Deponieklasse DK O in Anspruch genommen wurden bzw. für eine entsprechende Nutzung vorgesehen sind.</p> <p>Im Einzelnen:</p> <p>1.1 Tagebau und Deponie Julia</p> <p>Unsere Mandantin ist Eigentümerin der Grundstücke in der Gemeinde Aldenhoven, Gemarkung Aldenhoven, (anonymisiert), auf denen aktuell noch</p> <p>- befristet bis zum 30.06.2025 - von der mit unserer Mandantin verbundenen Tholen Deponiegesellschaft mbH der bergrechtlich genehmigte Tagebau Julia sowie die gleichnamige DK O-Deponie betrieben werden.</p> <p>Nach Beendigung des Tagebau- und Deponiebetriebs soll die insgesamt etwa 8,2 ha große Fläche im Zuge der Wiedernutzbarmachung weit überwiegend wieder als landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) hergerichtet werden. Daneben sind die Anlage randlicher Gehölzpflanzungen sowie einer kleinen Grünlandfläche mit Kleingewässern im Norden der Tagebau- und Deponiefläche vorgesehen.</p> <p>Die räumliche Lage der genehmigten Tagebau- und Deponiefläche ist der nachfolgenden Abbildung 1 zu entnehmen.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Abbildung 1:</p> <p>Die geplante Wiedernutzbarmachung der Tagebau- und Deponiefläche ist der nachfolgenden Abbildung 2 zu entnehmen.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Abbildung 2: Genehmigte Wiedernutzbarmachung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie.</p> <p>Auf den nach Westen abfallenden Hängen der Tagebau- und Deponiefläche, die gemäß dem Wiedernutzbarmachungsplan derzeit für eine Herrichtung als Ackerfläche vorgesehen sind, beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, nach dem voraussichtlich im Juni des Jahres 2025 zu erwartenden Abschluss der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.</p> <p>Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren</p>

Wiedernutzbarmachung eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von insgesamt rund 7,2 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 3 durch eine rot strichpunktierte Linie gekennzeichnet.

[Abbildung]

Abbildung 3: Fläche für die geplante Freiflächensolaranlage

Die außerhalb der gekennzeichneten Fläche im Zuge der Wiedernutzbarmachung vorgesehenen Gehölzstrukturen und Kleingewässer sollen erhalten werden. Anstelle der bislang geplanten Ackerflächen innerhalb der gekennzeichneten Fläche sollen extensive Grünlandflächen angelegt werden.

1.2 Süderweiterung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie

Da die aus dem laufenden Tagebau Julia zur Verfügung stehenden Rohstoffvorräte voraussichtlich in spätestens zwei Jahren erschöpft sein werden, hat die mit unserer Mandantin verbundene Tholen Deponiegesellschaft mbH der Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 20.01.2021 einen obligatorischen Rahmenbetriebsplan zur Zulassung vorgelegt, der eine erste Erweiterung des Tagebaus in südlicher Richtung vorsieht. Die ebenfalls im Eigentum unserer Mandantin stehende Erweiterungsfläche selbst hat eine Größe von etwa 3,9 ha und beinhaltet neben den derzeit ackerbaulich genutzten Grundstücken in der Gemarkung Aldenhoven, (anonymisiert), die südlich an den bestehenden Tagebau angrenzende Wegeparzelle Flurstück 108.

Zusätzlich werden zur Herstellung einer durchgängigen Abbausohle die Abstands- und Böschungsfächen des bestehenden Tagebaus auf dem (anonymisiert), auf ca. 0,9 ha in Anspruch genommen.

- 5 - Anders 1 U. Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung soll die Erweiterungsfläche - ebenso wie der bestehende Tagebau - als DK 0-Deponie zur Ablagerung von Inertabfällen genutzt werden. Parallel zu dem vorgenannten Rahmenbetriebsplan hat die mit unserer Mandantin verbundene Tholen Deponiegesellschaft mbH der Bezirksregierung Arnsberg daher unter dem 20.01.2021 einen abfallrechtlichen Planfeststellungsantrag auf Zulassung der geplanten Süderweiterung der Deponie Julia vorgelegt.

Die vorgenannten Zulassungsverfahren stehen kurz vor dem positiven Abschluss, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Rohstoffgewinnung im Bereich der geplanten Süderweiterung planmäßig im Jahr 2025 aufgenommen und der Tagebau und nachfolgende Deponiebetrieb einschließlich Wiedernutzbarmachung bis zum Ende des Jahres 2035 abgeschlossen werden können. Die von der bereits beantragten Süderweiterung des Tagebaus und der Deponie Julia umfassten Flächen sind in der nachfolgenden Abbildung 4 dargestellt.

[Abbildung]

Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB ? auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen ? sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. Die Festlegung als Bereich für Aufschüttung und Ablagerung mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie steht dem nicht entgegen. Entsprechend den landesplanerischen Vorgaben sollen geeignete Deponiestandorte für Freiflächen-Solarenergieanlagen genutzt werden.

Abbildung 4: Darstellung der bereits zur Zulassung beantragten südlichen Tagebau- und Deponieerweiterung Julia  
Die geplante Wiedernutzbarmachung ist der nachfolgenden Abbildung 5 zu entnehmen.

[Abbildung]

Abbildung 5: Geplante Wiedernutzbarmachung der Süderweiterung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie

Auf den nach Süden, Westen und Osten abfallenden Hängen der Tagebau- und Deponiefläche beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr ebenfalls, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von insgesamt rund 2,5 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 6 durch eine rot strichpunktierte Linie gekennzeichnet. Sie erstreckt sich ausschließlich auf die als Ackerfläche, extensive Gründlandfläche und Sukzessionsflächen zu rekultivierenden Flächen. In die geplanten Gehölzpflanzungen sowie Kleingewässer soll im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlage nicht eingegriffen werden.

[Abbildung]

Abbildung 6: Geplante Freiflächensolaranlage

1.3 Westerweiterung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie  
Zur langfristigen Standortsicherung strebt die mit unserer Mandantin verbundene Tholen Deponiegesellschaft mbH darüber hinaus eine Erweiterung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie in Richtung Westen an. Die für die geplante Westerweiterung in Aussicht genommene Fläche hat eine Größe von rund 17,4 ha und umfasst die Grundstücke in der Gemarkung Aldenhoven, (anonymisiert), (siehe nachfolgende Abbildung 7).

[Abbildung]

Abbildung 7: Geplante Westerweiterung des Tagebaus und der Deponie

Um die geplante Westerweiterung des Tagebaus Julia planungsrechtlich abzusichern, hat die mit unserer Mandantin verbundene Beton- und Asphaltmischwerke Tholen GmbH diese unter dem 18.12.2017 in dem die Aufstellung des regionalen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe betreffenden Verfahren gegenüber Ihrem Hause als Abgrabungsinteresse angemeldet (dortiges Aktenzeichen: 031-DN). Seitens der mit unserer Mandantin verbundenen Tholen Deponiegesellschaft mbH wurde in dem die Neuaufstellung des Regionalplans Köln betreffenden Verfahren unter dem 01.04.2022 darüber hinaus beantragt, die Fläche der geplanten Westerweiterung als Standort für Abfalldponien im Regionalplan darzustellen. Eine konkretisierende Tagebau- und Deponieplanung liegt für die beabsichtigte Westerweiterung des Tagebaus und der Deponie Julia aktuell noch nicht vor, befindet sich aber bereits in Vorbereitung. Die Wiedernutzbarmachungsplanung für die

geplante Westerweiterung soll sich danach an der Planung für den bestehenden Tagebau und die bestehende Deponie sowie derjenigen für die kurz vor der Zulassung stehenden Süderweiterung orientieren. Weit überwiegend würden die Flächen der geplanten Westerweiterung dementsprechend als landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker, rund 12 ha) rekultiviert, die im Randbereich von Gehölzpflanzungen, extensiven Grünlandflächen und Kleingewässern flankiert würde. Auf den nach Süden, Westen und Osten abfallenden Hängen der geplanten westlichen Tagebau- und Deponieerweiterungsfläche beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr ebenfalls, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von insgesamt rund 12 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 8 durch eine rote Linie gekennzeichnet. Sie erstreckt sich ausschließlich auf die spätere, im Zuge der Wiedernutzbarmachung der vorlaufend geplanten Tagebau- und Deponieerweiterung vorgesehene Ackerfläche, an deren Stelle im Rahmen der Umsetzung der Planung einer Freiflächensolaranlage eine extensive Grünlandfläche im Bereich der Westerweiterung entstehen soll.

[Abbildung]

Abbildung 8: Geplante Freiflächensolaranlage

Insgesamt stünden danach am Standort Aldenhoven langfristig rund 21,7 ha bereits durch den vorausgegangen bzw. im Vorfeld geplanten Tagebau- und Deponiebetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt werden können. Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB), teilweise überlagert mit der Freiraumfunktion Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) dargestellt werden. Der Bereich des bestehenden Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie soll darüber hinaus als Standort für Abfalldeponien ausgewiesen werden (siehe nachfolgende Abbildung 9).

[Abbildung]

Abbildung 9: Auszug aus den zeichnerischen Darstellungen des 1. Planentwurfs des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln mit Kennzeichnung des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie sowie von deren Süd- und Westerweiterung. Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen auf Teilflächen des Tagebaus Julia und der gleichnamigen Deponie sowie deren südlichen und westlichen Erweiterungsflächen planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin, die in den Abbildungen 3, 6 und 8 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln



darüber hinaus als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen. Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den vorausgegangenen bzw. im Vorfeld geplanten Abbau- und Deponiebetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen - abgesehen von den teilweise bereits angelegten randlichen Gehölzpflanzungen - aktuell keine höherwertigen Biotopstrukturen vorhanden sind bzw. nach Beendigung des geplanten Abbau- und Deponiebetriebs vorhanden sein werden. Sie liegen außerhalb besonderes geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuften Biotope und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW auch nicht dem Biotopverbund. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind sie zudem bereits teilweise als Solarpotenzialflächen ausgewiesen (siehe nachfolgende Abbildung 10).

[Abbildung]

Abbildung 10: Auszug aus dem Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW  
(Quelle: Energieatlas NRW)

Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen .

Im Einzelnen:

## 2. Bedarf an Freiflächensolaranlagen

Das Bundeskabinett hat am 06.04.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens - 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden. Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen. Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass

im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 11), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

[Abbildung]

Abbildung 11: Ausbaupfad Photovoltaik bis 2035

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz)

Damit dies gelingt, soll im EEG der Grundsatz verankert werden, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG-Entwurfs: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung. In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des § 2 des EEG-Entwurfs weiter ausgeführt: Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u.

a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden.

Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt. Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in Nordrhein-Westfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung

NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte. In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in Nordrhein-Westfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen

- ? 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- ? 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- ? 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- ? 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- ? 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW)
- ? 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),
- ? 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und
- ? 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein. Vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51. Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen. Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen. Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt. Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen

- ? 6,9 % auf Windenergie,
- ? 2,2 % auf Solarenergie,
- ? 1,2 % auf Bioenergie und
- ? 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

[Abbildung]

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um Dachflächen-Photovoltaikanlagen.

Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel (siehe nachfolgende Abbildung 12).

[Abbildung]

Abbildung 12: Solarenergie in NRW, Regierungsbezirke: Bestand 2019

(Quelle: LEE NRW)

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben. Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

? Modulfläche gesamt: 217.000 m<sup>2</sup>

? Ausrichtung: Ost/West

? Neigung der Module: 10°

? Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr

? Leistung eines Moduls: 320 W

? Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr, eine Leistung von 42.253,9 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 33.544.728 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 658.299.235 kWh. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden 38.509 t CO<sub>2</sub> entstehen. Das würde eine Einsparung von 38.509 t pro Jahr bedeuten.

Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 12.814 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart.

Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 16.403 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 28.010 t pro Jahr. Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen. Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit des Tagebau- und Deponiebetriebs im Tagebau Julia sowie des Tagebau- und Deponiebetriebs in den geplanten südlichen und westlichen Erweiterungsflächen auf geeigneten Teilflächen (z. B. bereits fertig gestellte Deponieabschnitte im Tagebau Julia, Böschungsfächen und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Süd- und Westerweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbau- und Deponiebetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen.

3. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen

3.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Aldenhoven sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 06.04.2022 vom Bundeskabinett geschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

#### 3.1.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies und den Betrieb von Deponien in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen bereits erheblich vorbelastet sind bzw. zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sein werden. Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Süd- und Westerweiterung des Tagebaus Julia für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.

#### 3.1.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)

Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen - bis auf den Bereich des bestehenden Tagebaus Julia -- außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln - bis auf die Flächen des bestehenden Tagebaus Julia - (bislang) auch nicht für eine Darstellung als BSLE vorgesehen. Die teilweise Lage in einem als BSLE dargestellten Bereich steht der Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht entgegen. Die als BSLE dargestellten Flächen umfassen - wie hier - auch Landschaftsteile, die "[ ... ] an natürlichen Landschaftselementen verarmt oder in ihrer Landschaftsstruktur oder ihrem Landschaftsbild geschädigt sind und daher wiederhergestellt bzw. saniert werden sollen", wie etwa die Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB). Ziel der BSLE ist es, "[ ... ] die Bodennutzungen und ihre Verteilung auf eine nachhaltige Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes sowie der Erholungsnutzung auszurichten". Mit dieser Zielsetzung sind die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin vereinbar. Sie behindern die Wiederherstellung der natürlichen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts nicht. Mit ihrer Errichtung sind unter Berücksichtigung der im Randbereich der Flächen vorhandenen und geplanten Gehölzpflanzungen auch keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu erwarten. Eine Beeinträchtigung der Erholungsnutzung ist ebenfalls nicht zu besorgen,

da den Vorhabensflächen und ihrem Umfeld keine besondere Erholungsfunktion zukommt. Das Landschaftsbild wird durch die in Dammlage verlaufende Autobahn BAB A 44, die westlich unmittelbar angrenzende Bundesstraße B 56, die östlich unmittelbar angrenzende Landstraße L 228 sowie die im Umfeld stattfindenden gewerblichen Nutzungen (Abgrabungs- und Deponiebetrieb der Firma Davids) und die vorhandenen Windenergieanlagen geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist. Dementsprechend wurden die Vorhabensflächen und ihr Umfeld im Landschaftsplan Nr. 5 "Aldenhoven/Linnich-West" des Kreises Düren auch nicht als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

#### 3.1.3 Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

#### 3.1.4 Oberflächengewässer

Oberflächengewässer sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen.

#### 3.1.5 Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### 3.1.6 Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind im Entwurf des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln teilweise für eine Darstellung als Standort für Abfalldeponien vorgesehen. Bei den bereits vorhandenen sowie den weiter geplanten Deponien innerhalb der in Rede stehenden Flächen handelt es sich ausnahmslos um Deponien der Klasse DK 0. Sie erfüllen die technischen Voraussetzungen dafür, nach Beendigung des Deponiebetriebs und der Oberflächenrekultivierung einer Solarenergienutzung zugeführt zu werden. Zwar ist davon auszugehen, dass im Zuge der Errichtung der Fundamente in die geplanten Oberflächenabdichtungen der Deponien eingegriffen werden muss. Hiervon sind aber nur sehr kleine Teilflächen betroffen, die im Übrigen im Zuge der Errichtung der Fundamente für die Modulstände versiegelt werden sollen, sodass weiterhin gewährleistet werden kann, dass kein Niederschlagswasser in den Deponiekörper eindringen kann.

#### 3.1. 7 Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Der Tagebau Julia ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Für die südliche und westliche Erweiterungsfläche wurde

darüber hinaus seitens der Tholen-Unternehmensgruppe im Regionalplanverfahren ein Abgrabungsinteresse angemeldet. Da der Tagebau Julia und die Erweiterungsflächen erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und der anschließenden Deponienutzung dauerhaft für die Nutzung von Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung nicht zu erwarten. Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Süd- und

Westerweiterung des Tagebaus Julia für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb der geplanten Erweiterungen oder bereits rekultivierte Teilabschnitte des bestehenden Tagebaus/der bestehenden Deponie verlagert.

#### 3.1.8 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

#### 3.1.9 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

#### 3.1.10 Waldbereiche

Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen werden - mit Ausnahme der Erweiterungsflächen südlich und westlich des Tagebaus Julia - derzeit bereits für den Sand- und Kiesabbau genutzt. Anschließend werden sie zur Ablagerung von Abfällen der Deponieklasse DK O genutzt und - mit Ausnahme der Deponie im bereits bestehenden Tagebau (Rekultivierung ohne Oberflächenabdichtung) - mit einer Oberflächenabdichtung versehen und abschließend rekultiviert. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung nicht vorgesehen. Das gilt auch für die Erweiterungsflächen südlich und westlich des Tagebaus Julia, die sich derzeit als Intensivacker (HAO) darstellen, die lediglich durch unbefestigte bzw. geschotterte Wirtschaftswege (VF1) unterbrochen werden (siehe nachfolgende Abbildung 13).

[Abbildung]

Abbildung 13: Biotoptypen im Bereich und Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen Da die Erweiterungsflächen nach Beendigung der Rohstoffgewinnung - ebenso wie der bestehende Tagebau Julia - als Inertstoffdeponie der Klasse DK O genutzt werden sollen, soll auf den Flächen entsprechend der inzwischen gängigen Genehmigungspraxis im Kreis Düren nach Beendigung des Deponiebetriebs eine Oberflächenabdichtung aufgebracht werden, um einen Eintrag von Sickerwasser in den Deponiekörper zu verhindern. Deshalb ist auf den Erweiterungsflächen die Anpflanzung tiefwurzelnder Bäume nicht möglich.

#### 3.1.11 Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von RG.

#### 3.1.12 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN.

### 3.1.13 Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

### 3.1.14 Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden.

## 3.2 Umweltverträglichkeit

Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich.

### 3.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit

Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte

Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden. Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden. Die nächstgelegene Wohnnutzung lag ursprünglich jenseits der L 228 im Bereich des Hofes Küpper in einer Entfernung von ca. 130 m zur Vorhabenfläche. Zwischenzeitlich wurde der Hof an die Firma Davids veräußert, die auf der gegenüberliegenden Seite der L 228 einen Abgrabungs- und Deponiebetrieb unterhält. Im Zuge der Veräußerung wurde die Wohnnutzung im Bereich des Hofes Küpper aufgegeben.- Die kürzeste Entfernung zur Wohnbebauung von Aldenhoven beträgt rund 200 m in

Richtung Süden. Dazwischen verläuft der Fahrbahndamm der BAB A 44. Die Siedlungsränder der Ortschaft Dürboslar liegen westlich in einer Entfernung von etwa 850 m, der Ortschaft Engelsdorf etwa 1,5 km in Richtung Nordosten.

\*An Verkehrsinfrastruktur sind die Autobahn BAB A 44, die westlich gelegene Bundesstraße B 56 und die unmittelbar östlich vorbeiführende L 228 vorhanden.

Darüberhinaus besteht ein Netz aus befestigten und unbefestigten Wirtschaftswegen. Für die Erholungsnutzung weist der Raum derzeit keine Funktionen auf.

Vorbelastungen bezüglich des Schutzgutes Mensch resultieren in erheblichem Maße aus Lärm- und Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr auf der BAB A 44, der B 56 und der L 228 und den umliegenden gewerblichen Nutzungen. Zu nennen sind hier neben dem Tagebau- und Deponiebetrieb unserer Mandantin insbesondere der Abgrabungs- und Deponiebetrieb der Firma Davids unmittelbar östlich der L 228, der auch erhebliche optische Veränderungen des Raumes nach sich ziehen wird. Deren Deponie wird sich nach derzeitiger Kenntnis im Endzustand ca. 25 m über das umgebene Gelände erheben. Auch der hohe Ausräumungsgrad und die intensive Nutzung der Landwirtschaftsflächen sowie die Vielzahl an Windrädern im Norden des Untersuchungsraums tragen zur Vorbelastung des Raumes bei. Während der Bauphase ist infolge der geplanten Errichtung der Freiflächensolaranlagen im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus. Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer weiteren technischen Überprägung einer durch



bauliche Anlagen und gewerbliche Nutzungen vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen umgeben, bleiben erhalten. Die bestehenden Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf der östlich an die Vorhabensfläche angrenzenden L 228, auf der westlich an die Vorhabensfläche angrenzenden B 56 und der im Süden parallel zur südlichen Vorhabensgrenze verlaufenden BAB A 44 werden durch die Gehölzpflanzungen vermieden. Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.

### 3.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

#### 3.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet

Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.2 Nationalpark

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

#### 3.2.2.3 Naturschutzgebiet

Im Bereich der überplanten Flächen und deren Umfeld sind keine Naturschutzgebiete vorhanden.

#### 3.2.2.4 Planungsrelevante Arten

Im Rahmen der Planung der kurz vor der Zulassung stehenden Süderweiterung des Tagebaus und der Deponie Julia wurde im Bereich der Süderweiterung, des bestehenden Tagebaus sowie in dessen Umgebung eine faunistische Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese erstreckte sich auch auf die geplanten westlichen Erweiterungsflächen, im Bereich derer - ebenso wie im Bereich der Süderweiterung - aufgrund der strukturarmen Ausstattung lediglich die bodenbrütende Feldlerche nachgewiesen wurde. Erfasst wurden Säugetiere, Vögel, Amphibien und Reptilien. Hierbei wurden folgende planungsrelevante Arten nachgewiesen:

[Abbildung]

Aufgrund der strukturarmen Ausstattung der geplanten Erweiterungsflächen wurde dort lediglich die bodenbrütende Feldlerche nachgewiesen. Habicht, Mäusebussard und Weißstorch wurden lediglich als Nahrungsgäste bzw. im Überflug erfasst. Für sie stellen die geplanten Tagebau- und Deponierweiterungsflächen keinen essentiellen Lebensraum dar. Nach einem Totfund des zuvor im bestehenden Tagebau brütenden Uhus in 2018,

der nachweislich nicht auf den Tagebau- und Deponiebetrieb zurückzuführen war, konnte in den darauffolgenden Jahren kein Brutnachweis mehr erbracht werden. In 2020 wurden weder im Tagebau, noch in dessen näherem Umfeld der Uhu oder

Hinweise auf dessen Vorkommen (Rupfungen, Gewölle) gesichtet, obwohl weiterhin potenzielle Nistplätze innerhalb des Tagebaus vorhanden sind. Uhus haben eine hohe Paartreue. Nach dem Verlust eines Alttieres besteht die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass das verbliebene Tier des ehemaligen Brutpaares das Revier aufgegeben hat. Eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit des Uhus kann demnach ausgeschlossen werden. Innerhalb des bestehenden Tagebaus Julia brütet nach dem Ergebnis der faunistischen Bestandsaufnahme ferner eine kleine Kolonie der Uferschwalbe an der südwestlichen Abbauwand. Die Kreuzkröte wurde im Rahmen der ökologischen Betriebsbegleitung nur in 2018 gefunden, in den darauffolgenden Jahre nicht mehr. Es konnte festgestellt werden, dass die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen für die im Untersuchungsraum vorkommenden Fledermausarten keinen essentiellen Lebensraum darstellen. Sie nutzen das Plangebiet nach den Ergebnissen der Untersuchung nur sporadisch zur Jagd. Sonstige Säugetiere wurden im Plangebiet nicht nachgewiesen. Im Bereich des Tagebaus Julia konnten - wie oben bereits dargelegt - als planungsrelevante Arten lediglich die Uferschwalbe und die Kreuzkröte nachgewiesen werden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese während der Betriebsphase der Tagebauerweiterungen auch die Flächen der Süd- und der Westerweiterung besiedeln werden. Nach Beendigung des Tagebau- und Deponiebetriebs wird die Uferschwalbe im Bereich der Vorhabensfläche aber keine geeigneten Habitatbedingungen mehr vorfinden. Die Kreuzkröte wird im Bereich der im Zuge der Wiedernutzbarmachung im Randbereich des bestehenden Tagebaus sowie der Erweiterungsflächen vorgesehenen Kleingewässer demgegenüber auch nach Beendigung des Tagebau- und Deponiebetriebs wieder geeignete Habitatbedingungen vorfinden, sodass eine Besiedlung der Kleingewässer durch die Kreuzkröte möglich ist. Da im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen in die betreffenden Strukturen nicht eingegriffen wird, kann eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung der Kreuzkröte aber ausgeschlossen werden. Nach Beendigung der Wiedernutzbarmachung werden sich die Flächen im Plangebiet weitgehend wieder als Ackerflächen darstellen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie - wie die umgebenden landwirtschaftlichen Nutzflächen - wieder von der Feldlerche besiedelt werden. Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die Feldlerche folgende Schutzmaßnahmen ergriffen: Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der Feldlerche die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitat eingegriffen wird, zwischen Mitte August und Ende März zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes. Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten weitere Maßnahmen durchzuführen:

? Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der Feldlerche zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme eines neuen Abbauabschnitts stattzufinden.

? Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden.

? Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten.

Die für die Feldlerche festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden. Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen

zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten Landstraße, Bundesstraße und der Autobahn sowie der benachbarten gewerblichen Aktivitäten bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen. Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im

Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammern u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden. Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009; Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179. Im Rahmen der Erarbeitung

der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen. Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.; Trölzsch/Neuling, a. a. O. Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante

Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. Fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt. Vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew Special 45/Dezember 2010; Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013. Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden. Vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV), Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012).

Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaike mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturarmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen.

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden. So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen.

#### 3.2.2.5 Wildnisgebiet

Im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden.

### 3.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotope

Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotope sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

### 3.2.2.7 Biotopverbundflächen

Die Vorhabensfläche liegt außerhalb von Biotopverbundflächen. Nördlich und südöstlich an die Vorhabensfläche angrenzend wurden vom LANUV NRW Biotopverbundflächen im Sinne des § 21 BNatSchG dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 14). Hierbei handelt es sich um die Biotopverbundfläche mit der Kennung VB-K-5003-001.

[Abbildung]

Abbildung 14: Biotopverbund-Flächen im Bereich und der Umgebung des Plangebiets  
Die Biotopverbundflächen mit der Kennung VB-K-5003-001 wurden vom LANUV NRW mit der Bezeichnung "Bördendörfer zwischen Linnich und Aldenhoven" erfasst und wie folgt beschrieben:

#### GEBIETSBESCHREIBUNG

Bördendörfer mit Grüngürteln südöstlich von Linnich in der ausgeräumten, intensiv ackerbaulich genutzten Jülicher Börde die Grüngürtel zeichnen sich durch ausgedehnte strukturreiche Gärten, Obstweiden, Gehölz-Grünlandkomplexe mit Hecken, Feldgehölzen und Baumreihen aus die Grüngürtel sind durch teils gehölzbestanden, begradigte Fließe und Gräben miteinander verbunden

#### WERTBESTIMMENDE MERKMALE / BEDEUTUNG IM BIOTOPVERBUND

Die Grüngürtel der Hof- und Ortsrandlagen der Bördendörfer sind wichtige Zentren des Biotopverbundsystems in der intensiv landwirtschaftlich genutzten, weitgehend ausgeräumten Landschaft der Selfkant Terrassenplatte die Fließe und Gräben haben eine wichtige Vernetzungsfunktion zwischen den sonst isoliert liegenden Grüngürteln der Bördedörfer

#### KLIMASENSITIVE ARTEN UND LEBENSRAÜME

keine

Die räumliche Nähe zu diesen Biotopverbundflächen steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. In die Biotopverbundflächen wird im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Sie erfahren durch die geplanten Freiflächensolaranlagen auch keine mittelbare Beeinträchtigung. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Vorhabensfläche im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Umwandlung der bisherigen Ackerflächen in extensive Grünlandflächen etc.) erfolgt darüber hinaus eine ökologische Aufwertung gegenüber der bestehenden Genehmigungslage, sodass tendenziell sogar eine Verbesserung des Biotopverbunds zu erwarten ist. Insgesamt kann in jedem Fall davon ausgegangen

werden, dass der Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines regionalen

Biotopverbunds weiterhin gewährleistet bleibt.

#### 3.2.2.8 Schutzwürdige Biotope

Schutzwürdige Biotope sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden.

#### 3.2.3 Boden

##### 3.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Im gesamten Raum sind gemäß der digitalen Bodenkarte 1: 50.000 (IS BK SO, Geologischer Dienst NRW, siehe Ausschnitt, Abbildung 15) tiefgründige, ertragreiche Parabraunerden (L) vorherrschend. In den Niederungen entlang der Gewässer liegen Kolluvisol (K) und Pararendzina (Z) vor. Auch der ganz überwiegende Teil der geplanten Erweiterungen wird von Parabraunerde eingenommen. Kleinflächig ragt von Norden rinnenartig Kolluvisol in den Bereich der südlichen Erweiterungsfläche hinein. Im Bereich der aktiven und ehemaligen Tagebau- und Deponieflächen kommen keine natürlich gewachsenen Böden mehr vor. Die beiden Bodentypen der Erweiterungsflächen weisen bei Bodenwertzahlen von 70-90 eine sehr hohe Ertragsfähigkeit auf. Die Parabraunerde ist weder grund-, noch staunass und besitzt neben einer mittleren Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine hohe nutzbare Feldkapazität. Der Kolluvisol weist eine schwache Staunässe auf und besitzt neben einer mittleren Wasserleitfähigkeit und einer sehr hohen Durchwurzelungstiefe eine sehr hohe nutzbare Feldkapazität.

[Abbildung]

Abbildung 15:

Auszug digitale Bodenkarte, Bodentypen

(Quelle: [/www.elwasweb.nrw.de](http://www.elwasweb.nrw.de))

Beide Bodentypen sind in der Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1: 50.000 (Geologischer Dienst NRW) als fruchtbare Böden mit hoher (Kolluvisol) und sehr hoher (Parabraunerde) Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit bezeichnet und somit als schutzwürdige fruchtbare Böden ausgewiesen. Sie sind im Landschaftsraum jedoch weit verbreitet bzw. mit dem Kolluvisol nur sehr kleinflächig betroffen und weisen keine hohe Dokumentationsfunktion oder besondere Schutzwürdigkeit als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte auf. Auch zeigen sie keine besondere Naturnähe und keine extremen Standortbedingungen, haben demnach keine besondere Bedeutung für Lebensraumfunktion und das Biotopentwicklungspotenzial.

##### 3.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Aufgrund ihrer Fruchtbarkeit werden die Böden des Untersuchungsraumes und der Erweiterungsflächen intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die damit verbundenen nutzungsbedingten Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus. Insbesondere auch die bereits erfolgten Gewinnungs- und Verfülltätigkeiten im Norden und Osten sind als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind keine natürlich gelagerten

Böden mehr vorhanden. Es finden auch weiterhin noch Umlagerungen statt. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen als Vorbelastung für das Schutzgut Boden vorhanden. Unmittelbar nördlich des Tagebaus Julia und auch innerhalb befindet sich in ca. 300 m Entfernung zu den geplanten Erweiterungen unter der Nummer AL 16 eine Altablagerung, die im Altlastenverdachtsflächenkataster des Kreises Düren geführt wird. Nach Auskunft des Kreises Düren zum Rahmenbetriebsplan für die Süderweiterung des Tagebaus Julia handelt es sich dort um eine ehemalige Kiesabgrabung, die etwa ab 1976 mit Bodenaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch und untergeordnet auch mit Siedlungsabfällen verfüllt worden ist. Der Bereich wurde, da nicht beabsichtigt war, die Altlast anzuschneiden, vorlaufend zu den Gewinnungsarbeiten lagemäßig durch Sondierung ermittelt und großzügig ausgespart, um einen Anschnitt der Altlast zu vermeiden. Sonstige Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Untersuchungsraum nicht bekannt.

#### 3.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich. Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten. Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden. Aufgrund des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach Beendigung des Abbau- und Deponiebetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind.

#### 3.2.4 Wasser

##### 3.2.4.1 Wasserschutzgebiet. Heilquellenschutzgebiet

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete vorhanden.

##### 3.2.4.2 Überschwemmungsgebiete

Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

##### 3.2.4.3 Grundwasserkörper

Die Vorhabensfläche gehört zum Grundwasserkörper 282\_04 im Teileinzugsgebiet Maas-Süd, dessen mengenmäßiger und chemischer Zustand als

schlecht eingestuft ist. Die Qualität und Quantität des Grundwassers sind hauptsächlich von landwirtschaftlich bedingten Stoffeinträgen und ab den späten 1960er Jahren durch die Grundwasserabsenkungen für den südlich von Aldenhoven gelegenen Braunkohletagebau "Inden" beeinflusst. Die für den außerhalb des Grundwasserkörpers stattfindenden Braunkohlen-Bergbau erforderlichen weitreichenden Grundwasserabsenkungen umfassen in ihrer horizontalen Ausdehnung auch diesen Grundwasserkörper. Im Untersuchungsraum sind alle Grundwasserstockwerke stark beeinflusst. Derzeit liegt der Grundwasserstand im Bereich der in Aussicht genommenen Flächen zwischen 86 m NHN und 87 m NHN (HW 1). Es wird davon ausgegangen, dass der Grundwasserspiegel nach Einstellung

der Sumpfungsmaßnahmen langfristig wieder sein vorbergbauliches Niveau von rund 95 m NHN erreichen kann. Der Grundwasserwiederanstieg im ersten Grundwasserstockwerk wird nach Berechnungen des Erftverbandes um das Jahr 2030 beginnen und um das Jahr 2200 abgeschlossen sein.

#### 3.2.4.4 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser

Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung. Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden (bestehender Tagebau Julia) bzw. über ein Rigolensystem im Randbereich der Deponieflächen (südliche und westliche Erweiterungsflächen) versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach ebenfalls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen. Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

#### 3.2.4.5 Oberflächenwasserkörper

Im Bereich der Vorhabensfläche selbst befindet sich kein Oberflächengewässer. Nordwestlich liegt das Hoengener Fließ, ein löss-lehmgeprägter Tieflandbach, der hier eine stark bis vollständig veränderte Gewässerstruktur aufweist.



Er verläuft grabenartig im Regelprofil, die Sohle ist auf weiter Strecke mit Gittersteinen befestigt. Weiter befinden sich entlang der Straßen meist trockene Entwässerungsgräben. Weitere, trocken gefallene Gräben befinden sich straßenbegleitend entlang der L 228. Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

### 3.2.5 Klima/Luft

#### 3.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW ist die von der kurz vor der Zulassung stehenden Süderweiterung eingenommene Fläche als Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen. Die Fläche der geplanten Westerweiterung sowie der bestehende Tagebau Julia sind danach als Grünfläche mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion zu qualifizieren (siehe nachfolgende Abbildung 16).

[Abbildung]

Abbildung 16: Auszug aus dem Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV NRW

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

#### 3.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die Erweiterungsflächen weit überwiegend von Parabraunerde eingenommen. Kleinflächig kommt im Bereich der Erweiterungsfläche Süd darüber hinaus Kolluvisol vor. Die genannten Bodenarten sind aufgrund ihres Wasserspeichervermögens im 2 m-Raum als klimarelevante Böden einzustufen. Im Zuge der Realisierung der geplanten Tagebau- und Deponieerweiterungen werden die Böden - wie im Tagebau Julia bereits geschehen - abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DIN-gerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden. Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind.

#### 3.2.5.3 Lufthygiene Belastungen. Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere geländeklimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu. Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid

erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

### 3.2.6 Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials. Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft. Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität unterschiedlich hoch sein. Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen. Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die unmittelbar benachbarten Straßen (L 228, B 56 und BAB A 44), die im Norden vorhandenen Windenergieanlagen sowie die benachbarten gewerblichen Nutzungen geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist. Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Zwar werden die ehemaligen Tagebau- und Deponieflächen nach Beendigung des Deponiebetriebs und der Wiedernutzbarmachung gegenüber dem umgebenden Gelände eine Überhöhung aufweisen. Diese ist aufgrund der umgebenden dichten Gehölzbestände, die die spätere Geländeoberkante weit überragen werden, von außerhalb des Geländes jedoch nicht sichtbar, sodass keine das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen. Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf. Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die dichtesten Wohnnutzungen im Bereich der Ortslage Aldenhoven liegen in einer Mindestentfernung von ca. 200 m. Dazwischen verläuft der Fahrbahndamm der BAB A 44. Die Siedlungsränder der Ortschaft Dürboslar liegen westlich in einer Entfernung von etwa 850 m, der Ortschaft Engelsdorf etwa 1,5 km in Richtung Nordosten. Durch die in Dammlage verlaufende Autobahn und die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen und geplanten dichten

#### Gehölzpflanzungen

wird von den Wohngebieten in Aldenhoven kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen. Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen landschaftlichen oder kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild.

Es ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen.

Im Einzelnen:

##### 3.2.6.1 Landschaftsgebundene Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume)

Den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Deponiebetriebe, Verkehr, Windkraft) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu.

Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden. Ebenso sind im Bereich und der Umgebung der betreffenden Flächen keine Naturparke und Landschaftsschutzgebiete vorhanden. Die geplanten Erweiterungen liegen zwar teilweise in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 17). Ob daraus erweiterungsbedingte erhebliche Umweltauswirkungen abgeleitet werden können, ist aus unserer Sicht aber höchst zweifelhaft, da im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen ist. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll über das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz (L 228, B 56) und die hiervon abzweigenden, unmittelbar an die Vorhabensfläche angrenzenden Wirtschaftswege erfolgen. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die Tagebau und Deponienutzungen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben.

[Abbildung]

Abbildung 17: Darstellung der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume im Bereich und der Umgebung der Vorhabensfläche (Quelle: Naturschutzinformationen NRW)

##### 3.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden. Nordwestlich des zugelassenen Tagebaus und der zugelassenen Deponie liegen im Untersuchungsraum zwei im Landschaftsplan als geschützte Landschaftsbestandteile festgesetzte Bereiche, die durch das geplante Vorhaben allerdings nicht tangiert werden. Hierbei handelt es sich um folgende Bereiche (siehe

nachfolgende Abbildung 18):

LB 2.4.4-2 Hoengener Fließ

Für diese lineare Gewässerstruktur sind im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch den Umsetzungsfahrplan Maßnahmen konzipiert worden.

LB 2.4.3-17 Feldgehölz ca. 1 km östlich von Dürboslar

Die Fläche liegt zwischen einer Kiesgrube und dem Hoengener Fließ. Neben Laubgehölzen sind teilweise auch Nadelgehölze vorhanden.

[Abbildung]

Abbildung 18: Geschützte Landschaftsbestandteile in der Umgebung des Plangebiets

#### 3.2.6.3 Landschaftsbild

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen ausweislich der Karte der Landschaftsbildeinheiten des LANUV NRW (Stand: 26.10.2016) nicht im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von herausragender Bedeutung. Der betreffenden Landschaftsbildeinheit wurde vielmehr nur eine mittlere Bedeutung beigemessen. Im Umfeld der betreffenden Flächen sind ebenfalls keine Landschaftsbildeinheiten von herausragender Bedeutung vorhanden (siehe nachfolgende Abbildung 19).

[Abbildung]

Abbildung 16: Auszug aus der Karte der Landschaftsbildeinheiten in NRW des LANUV NRW

#### 3.2.6.4 Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaftsbild

Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen. Aufgrund des eingeschränkten Sichtraums, der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber

Landschaftsbildbeeinträchtigungen. Erhebliche Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

### 3.2. 7 Kultur- und sonstige Sachgüter

Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor.

Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies sowie die Ablagerung von Inertabfällen der Deponieklasse DK O in Anspruch genommen wurden bzw. werden sollen. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen. Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erheblichen Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden. Soweit unverritzte Teilflächen der geplanten Süd- und Westerweiterung des Tagebaus Julia temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffende Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und hierbei auftretende Funde bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben.

### 3.2.8 Schutzmaßnahmen

3.2.8.1 Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen

#### 3.2.8.1.1 Schutzgut Boden

? Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten und - im Bereich der Deponieflächen - der Oberflächenabdichtung erhalten bleiben. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann.

? Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten)

Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu

vermeiden. Die DIN-Vorschrift 1816 (Landschaftsbauarbeiten), 18915

"Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten.

? Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

#### 3.2.8.1.2 Schutzgut Wasser

? Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere

die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen.

3.2.8.2 Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor

anlagenbedingten Beeinträchtigungen

#### 3.2.8.2.1 Schutzgut Boden, Wasser und Fläche

? Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

? Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone bzw. im Bereich der südlichen und westlichen Deponieerweiterungsflächen über ein Rigolensystem zur Versickerung gebracht.

? Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist.

#### 3.2.8.2.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt

? Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen.

? Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke

entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PVModule und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden.

? Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden.

#### 3.2.8.2.3 Schutzgut Landschaft

? Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbau- und Deponiebetrieb, den Verkehr auf der L 228, der B 56 und der BAB A 44 sowie die angrenzenden gewerblichen Nutzungen bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist.

? Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultische auf maximal 4 m.

#### 4. Fazit

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind in besonderem Maße für eine Sicherung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung geeignet. Denn es sind weder unüberwindbare Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und Deponien, die angrenzenden überörtlichen Verkehrswege (L 228, B 56 und BAB A 44) sowie den Betrieb von Windenergieanlagen bereits erheblich vorbelastet ist. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen wurden bzw. werden vorlaufend durch die Gewinnung von Quarzkies und Quarzsand sowie die Ablagerung von Intertabfällen der Deponieklasse DK O in Anspruch genommen werden. Für ihre Nutzung zur Solarenergieerzeugung besteht ein erheblicher energiewirtschaftlicher Bedarf, der unter Zugrundelegung der vom Bund vorgegebenen Ausbauziele für die Solarenergie durch

die in der Potenzial-Studie des LANUV NRW ermittelten Flächen nicht gedeckt werden kann, An der Slchtung zusätzlicher Flächen besteht deshalb ein überragendes öffentnches Interesse. Um die geplanten Frellflächenanlagen am Standort Aldenhoven planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus den obigen Abbildungen 3, 6. und 8 ersichtlichen Flächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solananergie mit regionaler Bedeutung zu sichern. Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben

[Abbildung]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1009017\\_01.pdf](#)

AZ: Ö-M-347	
1001478	
1002266_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bedrohte Landschaft und Standortwahl eines Gewerbegebietes an der B 57 in der Gemeinde Hückelhoven</p> <p>Für eine gedeihliche ökonomische Entwicklung ist selbstverständlich die Bereitstellung von Gewerbeflächen erforderlich, doch muss immer die Frage diskutiert werden, in welcher Größenordnung und an welchen Standorten dies geschehen darf. Tatsächlich wird einzelnen Gemeinden des Kreises Heinsberg eine sehr hohe Flächenversiegelung zugestanden. So soll neben einer riesigen Fläche von 240 ha in Geilenkirchen-Lindern (Future Side InWest) unweit davon noch eine weitere Fläche von 40 ha zwischen Erkelenz und Hückelhoven-Baal bereitgestellt werden. Wie groß jene Fläche ist, möge der Hinweis zeigen, dass der Campus West in Aachen zusammen mit Forschungsinstituten und einer Vielzahl von forschungsorientierten Spitzenbetrieben mit 80 ha auskommt, wobei sicherlich kaum eine Chance besteht, dass sich im ländlich-kleinstädtischen Raum etwas Vergleichbares vollziehen kann, ungeachtet einiger sehr respektabler Hochtechnologieunternehmen in der Region, u. a. in Geilenkirchen. Von der Ansiedlungsmöglichkeit für Gewerbebetriebe im Gebiet Geilenkirchen-Lindern profitieren natürlich auch die umliegenden Gemeinden, wenn auch wahrscheinlich nicht bei der Gewerbesteuer. Es sollte aber nicht wegen des Wettbewerbs bei der Gewerbesteuer im Übermaß Fläche an ungeeigneten Standorten versiegelt werden, ohne den Versuch zu unternehmen, durch interkommunale Zusammenarbeit Fläche einzusparen. Die übermäßige Flächenversiegelung steht im Widerspruch zu den Aussagen des Ministers für Umwelt, Naturschutz und Verkehr in NRW, wie sie zum Beispiel in einem Interview in den Aachener Nachrichten mit Herrn Oliver Krischer vom 26.7.2022 zum Ausdruck gekommen sind. Hierbei wurde gefragt: "Kommen jetzt auch Pläne für andere flächenverzehrende Projekte auf den Prüfstand, etwa für neue Gewerbe- und Industriegebiete"? Die Antwort lautete: "Wir müssen uns auch dabei fragen: Was ist noch zeitgemäß? Wir haben nach wie vor einen viel zu großen Flächenverbrauch, und die Folgen merken wir beim Hochwasser und bei der Klimafolgenanpassung." In ähnlicher Weise äußerte sich Frau Mona Neubaur in einem Beitrag der Aachener Nachrichten vom 11.5.2022. Viele Bürger fragen sich, ob "de verbo" der Flächenschutz propagiert wird, "de facto" aber die Planung eher das Gegenteil ermöglicht. Betrachten wir die Standortbedingungen des als "GIBplus"-Fläche ausgewiesenen Gebietes zwischen Hückelhoven-Baal und Erkelenz. Die einzige Begründung dafür findet sich in dem Gutachten "Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Heinsberg, Fachbeitrag Regionalplanung, Heinsberg, Mai 2019", in dem gefordert wird, es müssten zusätzlich zu ortsnahen Gewerbeflächen auch noch welche</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).</p>



an den Bundesstraßen angelegt werden (S. 43), ohne ausreichend zu erklären, warum dies notwendig ist. Die Ausweisung von Flächen unmittelbar an der A46 könnte man noch verstehen, aber für die B 57 ist dies äußerst kritisch, da sie durch Wohnbereiche hindurchgeht mit etlichen Häusern in unmittelbarer Straßennähe und insbesondere die Ortsteile Hückelhoven-Baal und Erkelenz-Granterath durch das hohe Lastwagenaufkommen der Logistikunternehmen im Gewerbegebiet Hückelhoven-Baal stark belastet sind. Die B57 führt in Baal immerhin in einer Länge von 1546 m durch eine geschlossene Ortschaft, in Granterath (Scheidt inbegriffen) von 1246 m. Das genannte Gutachten hat übrigens in der kartographischen Darstellung (Abb. 16, S. 28) das geplante Gewerbegebiet Geilenkirchen-Lindern gar nicht eingetragen, so dass der starke Freiflächenverbrauch nicht widerspiegelt wird. Während für Baal vielleicht eine Entlastungsstraße noch etwas Abhilfe schaffen könnte (allerdings nicht für den auch nicht unbeträchtlichen Verkehr Richtung Aachen und den Verkehr Hückelhoven-Erkelenz-Lövenich-Autobahnauffahrt Jülich-Mersch), wäre noch mehr Lastwagenverkehr bezogen auf die Autobahnauffahrt Erkelenz -Süd insbesondere für den Ortsteil Erkelenz-Granterath ein großes Problem. Die Belastungen sind nicht nur gefühlt, sondern auch statistisch belegt.<sup>1</sup> Die Daten dokumentieren insbesondere den hohen Lärmpegel sowie den starken Schwerlastverkehr zwischen der L117 und der K32 mit durchschnittlich täglich 866 Fahrzeugen sowie zwischen der K32 und Erkelenz mit 764 Fahrzeugen pro Tag. Aber auch das Aufkommen zwischen Linnich (K9) und Hückelhoven (L117) ist mit 671 Fahrzeugen hoch. Es geht viel Verkehr Richtung Aachen oder kommt von dorthier; er ist keineswegs nur auf die Autobahnauffahrt Erkelenz-Süd bezogen. Dabei wäre in Hückelhoven an der A46 die Möglichkeit gegeben in unmittelbarer Autobahnnähe ein Gewerbegebiet auszuweisen (s. u.), so dass der Verkehr sofort auf die Autobahn gelangen kann, ohne Wohnsiedlungen zu belasten. Die Ausweisung als ?GIBplus"-Fläche ist überaus problematisch. Es würden stark emittierende Betriebe (mit Herkunft aus ganz Deutschland oder auch Nachbarländern) sich unmittelbar am Wohnsiedlungsbereich von Baal und in der Nähe der Ortsteile Hetzerath, Granterath, Tenholt und Doveren ansiedeln können. Wie es aus den textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln hervorgeht, zählen zu den Vorhaben und Vorhabenverbünden mit besonderen Standortanforderungen in der Regel stark emittierende Betriebe und Einrichtungen, von denen schädliche Umwelteinwirkungen (Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht und Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) auf schutzbedürftige Nutzungen ausgehen und/oder Betriebe, die wegen ihrer Emissionen oder ihrer besonderen immissionsschutzrechtlichen Standortanforderungen besondere Abstandserfordernisse erfordern. Dabei beträgt die Entfernung von der Südgrenze (an dem Fahrweg Helenenhof) bis zur Bebauung am Ortsrand von Hückelhoven-Baal nur 110 m, der Abstand von der jeweils nächstgelegenen Grenze des ?GIPplus"-Gebietes bis Erkelenz-Granterath 820 m, bis Erkelenz-Hetzerath 794 m und bis Hückelhoven-Doverhahn 625 m. Weiterhin ist im Textteil von Logistikbetrieben die Rede, für die man im ?GIBplus"-Gebiet Voraussetzungen schaffen könnte. Dies ist so nicht zukunftsweisend, da es auf noch mehr Lastwagenverkehr hinausliefere, während es eine viel dringlichere Aufgabe wäre, an Schnittstellen von Bahnlinien und Straßen

Einrichtungen bereit zu stellen für eine Ausweitung des kombinierten Ladungsverkehrs zwecks der Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene. Die vorgesehene "GIBplus"-Fläche lässt sich nur realisieren, wenn die Existenz des Bio-Landwirtschaftsbetriebes Pott (Marienhof, Erkelenz-Hetzerath) vernichtet wird. Eine Ersatzfläche lässt sich nicht auftreiben. Am Abend des 15.1.22 haben viele Bürger, die aus den umliegenden Ortsteilen Granterath, Baal, Doverhahn und Hetzerath herbeigeströmt waren, sich auf den betroffenen Flächen versammelt und ihrer Empörung darüber in einer Versammlung an einem Mahnfeuer Ausdruck verliehen. Man sollte nicht argumentieren, es sei ja "nur" ein einziger Betrieb. Leider wiederholt sich Ähnliches immer wieder. Im Zeitraum von 1996 bis 2015 betrug der Verlust landwirtschaftlicher Fläche in NRW insgesamt 1187 km<sup>2</sup>. Umgerechnet reduzierte sich in diesem Zeitraum die landwirtschaftlich genutzte Fläche täglich um 17,1 ha. In den Jahren 2017 bis 2019 betrug der Verlust landwirtschaftlicher Fläche insgesamt 240 km<sup>2</sup>. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Flächen lag im Jahr 2019 bei 19,0 ha/Tag und in den beiden Jahren nach der Umstellung (des Erhebungsverfahrens) bei 23,7 ha/Tag im Jahr 2017 und bei 23,1 ha/Tag im Jahr 2018. Umgerechnet reduzierte sich in diesem Zeitraum die landwirtschaftlichgenutzte Fläche täglich um 21,9 Hektar." (Flächenentwicklung in Nordrhein-Westfalen ? Berichtsjahre 2017 ? 2019)<sup>2</sup> Allein in der Gemeinde Hückelhoven ist von 2010 bis 2020 die landwirtschaftliche Fläche um 555 ha zurückgegangen, und der Flächenverbrauch nimmt kein Ende. Der Kreis Heinsberg hat von 1999 bis 2020 insgesamt 2430 ha an landwirtschaftlicher Fläche verloren.<sup>3</sup> Es ist unverständlich, dass die Landwirtschaft nicht als wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des Wirtschaftssystems angesehen wird und bei zunehmender Flächenkonkurrenz meist einflussreicheren Akteuren weichen muss. Offenbar sind der Gesellschaft so die Selbsterhaltungsinstitute abhanden gekommen, dass sie sich die eigene Nahrungsgrundlage versiegelt. Ist es zukunftsweisend, wenn man demnächst auch noch bei der Versorgung mit Agrarprodukten von Importen bei steigender Nahrungsmittelknappheit abhängig wird? Wir haben allen Grund, sparsamer mit den Agrarflächen umzugehen. Die starke Flächenversiegelung ist ein ebenso großes existentielles Problem wie der hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoß. In der Erkelenzer Börde ist bereits übermäßig viel fruchtbares Agrarland verbraucht worden, u.a. durch den Braunkohleabbau und aufgrund der Notwendigkeit, früheres Agrarland für die umgesiedelten Dörfer bereitzustellen. Dies sollte Grund genug sein, die verbliebenen fruchtbaren Lösslehmgebiete nicht auch noch übermäßig zu versiegeln. Der geplante Flächenverbrauch geschieht zu einem Teil in Gebieten, die im Regionalplan Köln in die Rubrik "F2, schutzwürdige Böden mit sehr hoher und hoher Funktionserfüllung sowie Böden mit großer Wasserrückhaltung" eingeordnet worden sind. Wie es aus der Karte der Bodenschätzung<sup>4</sup> hervorgeht, liegen die Boden- und Ackerzahlen im Bereich des geplanten Gewerbegebietes hoch, meist über 50 z. T. sogar über 60. Der Fall des oben genannten Marienhofs hat auch noch einen anderen Akzent. Jener betreibt u.a. eine moderne Biogasanlage. Die erzwungene Aufgabe des Betriebes hieße, dass der Staat zunächst "sinnvollerweise" eine Biogasanlage subventioniert hat und dem Landwirt anschließend die Flächen wegnimmt, die für die Produktion der Betriebsmittel notwendig sind. Die im Anhang E beigefügten "Prüfbögen der im

Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz)? (Sortierung der Prüfbögen nach Kommunenkürzeln in alphabetischer Reihenfolge) sind in der vorliegenden Form für das Hückelhovener Gebiet nur von sehr begrenzter Aussagekraft. Zwar wird auf die Fruchtbarkeit der Böden hingewiesen, aber alle anderen Folgen einer Versiegelung werden bagatellisiert. Dabei handelt es sich um eine überaus wertvolle Natur- und Kulturlandschaft, die nun bedroht ist. Die Kapazität, bei Starkregen Wasser zurückzuhalten, ist beträchtlich. Bislang versickert ein großer Teil des Niederschlagswassers in den Böden und den darunter liegenden Schichten, während es bei einer Versiegelung zwangsläufig in die Kanalisation der nahe gelegenen Ortsteile kommt. Wahrscheinlich muss dann vorrangig das Wasser zum Ortsteil Baal abgeführt werden, d. h. von einer Hauptterrasse in einer Höhe von 91-95 m über eine Strecke von 990 m in ein überschwemmungsgefährdetes Niederungsgebiet<sup>5</sup> von 61 m Höhe im Ortszentrum am Baaler Bach. Ob die Kanalisation in dem tiefer gelegenen Bereich bei Starkregen das zusätzliche Wasser fassen kann, ist völlig offen. Bislang hat es in Ortsteilen auf der Hauptterrasse in Hückelhoven und Erkelenz bei Starkregen noch nicht das aus größeren Städten bekannte Phänomen des Überlaufens der Abwasserkanäle gegeben. Dies liegt vor allem daran, dass im Umland noch größere Freiflächen vorhanden sind, in denen das Wasser versickert. Wenn auch die Flutkatastrophe des letzten Jahres in NRW und in Rheinland-Pfalz ein komplexes Ursachengefüge aufweist, so ist man sich doch darüber im Klaren geworden, dass man mit der Flächenversiegelung nicht so sorglos umgehen kann, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Hinzu kommt das Problem nicht ausreichender Grundwasserneubildung bei sich häufenden Dürreperioden im Bereich der hier vorliegenden wasserdurchlässigen pleistozänen Hauptterrasse, das durch Versiegelung verschärft wird. Der Wert der Landschaft zwischen Baal, Hetzerath, Doverhahn und Granterath wird nicht nur von Anwohnern wahrgenommen, sondern auch in amtlichen Dokumenten herausgestellt. Im ?LP III/8, Baaler Riedelland und obere Rurniederung Kreis Heinsberg, Karte Ost, Entwicklungs- und Festsetzungskarte? ist ein Teil des betroffenen Gebietes als ?Biotop-Verbindungsfläche? gekennzeichnet. Wenn die Agrarfläche bis zum Waldrand hin versiegelt wird, wie es die Karte des Entwurfs vorschlägt, hat dies selbstverständlich negative Folgen für die im Wald lebende Fauna, da die meisten Tiere, z. B. Greifvögel und Niederwild, auf den Austausch zwischen den Lebensräumen Wald und Feld angewiesen sind und ohne diesen nicht existieren können. Dabei wird zusätzlich durch die geplante Entlastungsstraße noch Waldfläche in Anspruch genommen, auf der sich das in Deutschland einzigartige Hasenglöckchen (*Hyacinthoides non-scripta*) angesiedelt hat, das auch außerhalb des Naturschutzgebietes ?Am hintersten Berg" auftritt. In der Publikation der Bezirksregierung ?Landschaftsräume. Tabelle zur Erläuterungskarte? <sup>6</sup> heißt es: ?Das Baaler Riedelland ist eine reich strukturierte Landschaft mit ausgeprägtem Relief und vielfältiger Ausstattung mit Biotopen und Kulturbiotopen. Dem kleinräumigem Wechsel von Waldflächen, offenen Feldfluren und Kulturbiotopen lassen sich spezifische Reliefformen zuordnen. Die Riedelflächen tragen ein Mosaik aus Acker- und Grünlandflächen, das durch Kleingehölze und Saumstrukturen gegliedert ist und die Restwaldflächen vernetzt...Insbesondere die im Schutzgebiet liegenden

Flächen des Biotopkatasters sind Lebensraum zahlreicher gefährdeter Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste NRW bzw. des Niederrheinischen Tieflands.? (S.5) Details dazu finden sich im LP III/8. Weiterhin sind im Plan LP III/8 Teile der betroffenen Fläche mit der linearen Signatur für "Landschaftsschutzgebiet" umrandet. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass im Gebietsentwicklungsplan von 2003 der nun als Gewerbefläche vorgesehene Bereich seinerzeit mit der grünen Schraffur für "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" versehen worden ist. Damals hat die Behörde den Wert dieser Landschaft noch gewürdigt. Wie gravierend der Eingriff in das ökologische Gefüge sein würde, zeigt auch der folgende Befund: In der benachbarten, naturräumlich gleichartigen Erkelenzer Börde haben Ornithologen bei 2935 Beobachtungen 70 verschiedenen Vogelarten identifiziert, davon immerhin 25 Brutvögel.<sup>7</sup> Es wird vorgeschlagen, auf die Ausweisung einer Fläche als "GIBplus"-Gebiet zu verzichten. Dafür spricht neben den schon genannten Argumenten zusätzlich noch die Tatsache, dass ein derartiges Areal für Betriebe mit einem Flächenbedarf von mehr als 5 ha bestimmt ist. Damit wäre der Ansiedlung von kleinen und mittleren Betrieben -und gerade dies ist ja das Gegebene für eine Gemeinde wie Hückelhoven- ein Riegel vorgeschoben. Die Stadt Hückelhoven möchte diese Ausweisung inzwischen auch nicht mehr. Für die Ansiedlung von kleinen und mittleren Betrieben käme zunächst das Gebiet von 10 ha östlich der B 57 in Frage. Wenn der erste Beigeordnete der Stadt Hückelhoven, Herr Dr. A. Ortmanns, sich dahingehend geäußert hat, dass ein weiteres 22 ha großes Plangebiet unmittelbar südlich der A 46 und östlich der Straße von Doveren nach Houverath wie geschaffen für die Ansiedlung von Gewerbe sei, dann käme man ja in der Summe auf den von der Bezirksregierung Köln errechneten Gewerbeflächenbedarf von 32 ha für Hückelhoven 8. Man muss sich natürlich wegen des Problems der Versiegelung fragen, ob die 32 ha nicht zu großzügig bemessen sind, aber wenn man wirklich meint, diese Fläche müsse der Stadt zugestanden werden, sollte man auf den Vorschlag von Herrn Dr. Ortmanns eingehen. Bei dieser Fläche besteht zumindest der Vorteil, dass der durch das Gewerbegebiet induzierte Verkehr sofort zur Autobahn geführt werden bzw. von dorthin kommen kann, ohne Wohngebiete zu belasten. Weiterhin würde ein Bezirk erschlossen, dessen landschaftlicher Wert ohnehin stark gemindert ist, und zwar durch das angrenzende 3,7 ha große Kiesabbaugelände südwestlich der anvisierten Fläche und vor allem durch die unmittelbare Nähe der Autobahn. Erkelenz hat wohl aus ähnlichen Überlegungen heraus ebenfalls einen Streifen unmittelbar an der Autobahn A 46 als Gewerbegebiet ausgewiesen. Dass die Stadt Hückelhoven noch mehr als die oben genannten 32 ha haben möchte, ist nicht begründbar, und es sollte dem nicht nachgegeben werden. Insbesondere ist eine Ausweisung von Gewerbegebieten westlich der B 57 nicht erforderlich; man kann sich auf das Gebiet östlich der Bundesstraße beschränken. Vor allem sind Pläne nicht akzeptabel, die im Entwurf des Regionalplanes als "Allgemeine Siedlungsbereiche" ausgewiesenen und gegenwärtig als Grünland genutzten Flurstücke 89 ("Auf'm Tacker") sowie die Flurstücke 316, 317 und 318 9 in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet an der Straße "An den Stöcken" auch noch in Gewerbegebiete umzuwandeln.

1) ?Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Hückelhoven ? Stufe III?, Aachen 2019 sowie Bundesanstalt für Straßenwesen ?Fortschreibung/Hochrechnung der Ergebnisse der SVZ 2015 und der temporären Messungen 2016 bis 2019 auf das Jahr 2019? ([www.bast.de/DE/Statistik/Verkehrsdaten/Manuelle-Zaehlung.html](http://www.bast.de/DE/Statistik/Verkehrsdaten/Manuelle-Zaehlung.html))

2)  
[www.flaechenportal.nrw.de/fileadmin/user\\_upload/20210301\\_LANUV\\_Bericht\\_zur\\_Flaechenentwicklung\\_2017\\_-\\_2019.pdf](http://www.flaechenportal.nrw.de/fileadmin/user_upload/20210301_LANUV_Bericht_zur_Flaechenentwicklung_2017_-_2019.pdf)

3) [www.landesdatenbank.nrw](http://www.landesdatenbank.nrw)

4) abrufbar unter [www.tim-online.nrw.de](http://www.tim-online.nrw.de)

5)  
[www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/28256\\_baalerbach\\_a00\\_gk\\_nw\\_b003.pdf](http://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/28256_baalerbach_a00_gk_nw_b003.pdf) und [www.flussgebiete.nrw.de/gefahren-und-risikokarten-baaler-bach-6110](http://www.flussgebiete.nrw.de/gefahren-und-risikokarten-baaler-bach-6110)

6) [https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionalplanung/offenlage\\_textliche\\_festlegungen/anhang-c\\_1\\_landschaftsraeume.pdf](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionalplanung/offenlage_textliche_festlegungen/anhang-c_1_landschaftsraeume.pdf)

7) M. Gellissen: *Die Vögel des Kreises Heinsberg*, NABU Kreisverband Heinsberg 2012, S. 31

8) *Rheinische Post* vom 18.6.2022

9) *Liegenschaftskataster*, TIM-online

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Inhalt**

Fehler bei der geplanten Trasse der Umgehungsstraße von Hückelhoven-Baal Wegen des oben dokumentierten intensiven Lastwagenverkehrs auf der B 57 im Bereich der Ortsdurchfahrt Baal, insbesondere auf der Krefelder Straße in Richtung Erkelenz, ist der Wunsch der Anlieger nach einer Entlastungsstraße verständlich. Im Gebietsentwicklungsplan von 2003 war eine passable Lösung vorgeschlagen worden mit einer Umgehungsstraße, die andere Siedlungsbereiche nicht behelligt. Sie war wohl mit einem einzigen Fehler behaftet, indem sie ein Stück durch das heutige NSG ?Am hintersten Berg? mit Vorkommen der Hasenglöckchen (?Hyacinthoides nonscripta") führen sollte. Dies hätte sich durch eine kleine Verschiebung der Trasse um 300 m nach Nordwesten (in etwa in den Bereich der UTM-Koordinaten <307881; 5658161>) korrigieren lassen 10. Der Verlauf der jetzt im Entwurf skizzierten sog. Umgehungsstraße im Südteil, d. h. von der Abzweigung von der B 57 in etwa in der Nähe der Koordinaten <308985; 5656081> bis zur Ausfahrt aus dem bestehenden Gewerbegebiet zwischen Wankel- und Porschestraße ist allerdings problembehaftet. Auch wenn der Verlauf nicht parzellenscharf in die Karte eingetragen ist, so lässt sich Folgendes erkennen: Die geplante Trasse führt viel zu nah an Wohngebieten vorbei. Dies gilt insbesondere für die Häuser an der Graf-von-Galen-Str., an der Friedhofstraße sowie an der Bahnstraße, wobei der Komplex Bahnstraße 37-41 besonders betroffen wäre. Es ist nicht akzeptabel, Geld für eine Straße zu investieren, bei der es nur zu einer Verlagerung des Verkehrs von einem Wohngebiet in ein anderes kommt. Gravierend ist aber auch ein anderes Problem. Die Trasse kann nur durch die ca. 16 m breite Unterführung <308841;5657063> unter dem Bahnhof Baal geführt werden. Eine Bundesstraße passte dort gerade noch hinein, aber in der Fortsetzung müssten die von zahlreichen Pendlern genutzten, auf den Bahnverkehr bezogenen 184 Park-and-Ride-Plätze verschwinden. In seiner Funktion würde der Bahnhofsbetrieb im Umfeld wesentlich eingeschränkt und erheblich unattraktiver für künftige Bahnreisende. Vor allem würde die Trasse den benötigten Platz für die zu revitalisierende Bahnstrecke von Linnich nach Baal wegnehmen. In einer Mitteilung des Aachener Verkehrsverbundes ?Reaktivierung Linnich ? Hückelhoven-Baal in ÖPNVBedarfsplan aufgenommen. Lückenschluss verbessert Verkehrs-infrastruktur im Rheinischen Revier.? heißt es: ?Stephan Pusch, der Landrat des Kreises Heinsberg, freut sich über die guten Nachrichten aus Düsseldorf: ?Wir treiben den Lückenschluss zwischen Linnich und Baal seit Jahren gemeinsam intensiv voran. Jetzt haben wir einen weiteren wichtigen Zwischenschritt machen können. Das Projekt ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Rheinischen Revier und wird den Strukturwandel unterstützen.?? 11 Wenn die Bahn aber im Bahnhofsbereich durch diese (Pseudo-)Umgehungsstraße verdrängt wird, kann die erhoffte baldige Reaktivierung vergessen (und natürlich alle weiteren Pläne, die Bahnlinie irgendwann doch noch bis zum Zentrum von Hückelhoven zu führen). Kurioserweise endet in der Karte die

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den Erläuterungen zu G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Gleiches gilt für die Festlegung des geplanten Schienenwegs.

Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung wird des Weiteren auf Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen. Die Darstellung der Straßenplanung erfolgt auf Basis des im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung untersuchten Verlaufs.

Bahntrasse nicht etwa am Bahnhof, wohin sie ja führen müsste, um ein Umsteigen in die Züge Richtung Aachen oder Mönchengladbach zu ermöglichen, sondern irgendwo im Agrarland (bzw. mit Punkten angedeutet vor einem meterhohen steilen Bahndamm). Im Gebietsentwicklungsplan von 2003 hingegen waren beide Trassen noch sauber getrennt. Es darf nicht für ein Teilstück einer neu gebauten Straße eine willkürlich festgelegte Trasse konzipiert werden, nur damit sie als Bundesstraße mit Bundesmitteln finanziert werden kann. Es bestehen zwei Möglichkeiten: Entweder greift man auf die Routenführung des Gebietsentwicklungsplanes von 2003 zurück (unter Korrektur des oben genannten Fehlers) oder man beschränkt sich auf eine Entlastungsstraße, die im bestehenden Gewerbegebiet z. B. als Verlängerung der Benzstraße (oder auch weiter nordwestlich) beginnt und in genügend großem Abstand von den Wohnsiedlungsbereichen nach Nordosten zur B 57 führt. Unproblematisch ist auch das nordöstliche Teilstück der Entlastungsstraße nicht, da sie (in der Umgebung der UTM-Koordinaten <309345; 5658166>) durch ein wertvolles Waldgebiet führen müsste, in dem ebenfalls das in Deutschland einmalige Hasenglöckchen vertreten ist und dort größere Flächen bedeckt. Beginnt man mit der Straße im Bereich der Koordinaten <307635 ; 5657 980> und führt sie von dort nach Nordosten, kann man das Problem vermeiden.

10) Koordinaten aus [www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/tim-online/index.html](http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/tim-online/index.html).

Siehe auch den Kartenausschnitt im Anhang

11) <https://avv.de/de/aktuelles/neuigkeiten>

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-348

1001589

1002267\_001

#### Inhalt

Vor mehr als 40 Jahren ? in den Jahren 1979/1980 ? leistete ich meinen Wehrdienst ab. Meinen arbeitstäglichen Dienst verrichtete ich in den Gebäuden ?[ANONYMISIERT]?. Da

sie ? jenseits der Büronutzung ? keine militärische oder in sonstiger Weise für die Unterbringung und Verpflegung von Soldaten erforderliche Infrastruktur boten, unterstützte insoweit die Tomburg-Kaserne in 53359 Rheinbach. Dies führte dazu, dass ich unzählige Male, sei es mit einem Fahrzeug der Bundeswehr oder mit dem privaten Kraftfahrzeug, zwischen Meckenheim und Rheinbach oder umgekehrt pendelte.

Im Jahr 2019 bot sich für mich ? erstmals nach Jahrzehnten ? zufällig die Gelegenheit, sowohl die Gebäude in Meckenheim als auch das Gelände der Tomburg-Kaserne in Augenschein zu nehmen. Die Örtlichkeiten vermochte ich kaum wiederzuerkennen.

Die einst etwas außerhalb der Ortslage Meckenheim gelegenen Gebäude befinden sich nunmehr innerhalb einer großen Gewerbe- und Industriegebietszone mit direktem Anschluss an die Ortslage Meckenheim.

Die freie Strecke zwischen den Ortslagen Meckenheim und Rheinbach hat sich nicht nur unwesentlich verringert. Ein Teil der einstigen Ackerflächen/Obstwiesen ist zu Gunsten von bebauten Arealen, sei es Wohn- oder Gewerbebebauung, gewichen.

Die Bebauung der Ortslage Rheinbach hat mittlerweile das Gelände der Tomburg-Kaserne erreicht; der einstige Inselstatus ist verschwunden.

Das Vorgefundene oder besser die Veränderung innerhalb eines Zeitraums, der weniger als zwei Generationen umfasst, hat mich erschrocken und bestürzt zurückgelassen. Es war prägend. Dies vermutlich auch deshalb, weil ich nicht fortgesetzter Zeuge einer sukzessiven (schleichenden) Entwicklung war, sondern das Vorher unmittelbar mit dem Jetzt vergleichen konnte. Wann findet dieser Flächenverbrauch sein Ende? Erst dann, wenn auch das letzte Fleckchen der Erdoberfläche versiegelt ist?

Apropos Versiegelung. Auch wenn nur ein mittelbarer Zusammenhang mit dem Regionalplan besteht: Es ist ebenfalls erschreckend, dass innerhalb bebauter Bereiche immer mehr bislang gärtnerisch angelegte Flächen in ?Steinwüsten? verwandelt werden. Da nützt es auch relativ wenig, dass einzelne Kommunen lebendige Vorgärten

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).



mit Zuwendungen unterstützen. Denn ursächlich für die Umwandlung ist eher nicht der Pflegebedarf, sondern der Wunsch des/der Grundstückseigentümers/Grundstückseigentümer\* in, zusätzliche Stellplätze für die familiäre Fahrzeugflotte zu schaffen! Zurück zum Regionalplan.

Dem Staat obliegt die grundgesetzliche Verpflichtung (Daseinsvorsorge), die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und einen sorgfältigen und schonenden Verbrauch nicht nachwachsender Ressourcen zu organisieren.

Insoweit hat der Regionalplan auf Kreisebene einen quantitativen und qualitativen Ausgleich zu gewährleisten; für Bereiche, deren gewerbliche Nutzung neu vorgesehen ist, ist ein bebauter/versiegelter Bereich der Natur zurückzugeben. Dem wird der vorliegende Entwurf auch nicht ansatzweise gerecht. Ich habe jedenfalls eine entsprechende Bilanzierung den Unterlagen nicht entnehmen können.

Stattdessen

- setzt der Entwurf den hemmungslosen Flächenverbrauch der vergangenen Jahre uneingeschränkt fort, weil er von vornherein zu Gunsten ökonomischer und zu Lasten ökologischer Interessen Nutzungen präferiert/präjudiziert ohne gleichzeitig Bedarfe festgestellt oder Bedarfsprüfungen, die ihren Namen verdienen, initiiert zu haben.
- trägt der Entwurf den Anforderungen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, nicht Rechnung, weil er die Umweltrelevanz der vorgesehenen Nutzung nicht, unzureichend oder fehlerhaft bewertet und eine spätere Umweltverträglichkeitsprüfung von der präjudizierenden Wirkung des Regionalplans überlagert wird.

Der vorliegende Entwurf ist grundgesetzwidrig.

Der Regionalplan hat dafür Sorge zu tragen, dass die interkommunale Zusammenarbeit gefördert und das egoistische Vorteilsdenken der einzelnen Gebietskörperschaft beendet wird. Auch dem trägt der vorliegende Entwurf nicht oder nicht hinreichend Rechnung. Nicht jede Gebietskörperschaft benötigt innerhalb ihres Stadtgebietes einen Baumarkt / ein Einkaufszentrum, die dann auch noch, da jeweils am Stadtrand gelegen, faktisch gegenüberliegen und aus Gründen der Marktbeherrschung von identischen Unternehmen betrieben werden.

Die vollendete Absurdität der Regionalplanung wird auch daran deutlich, dass auf einer Seite ständig neue Bereiche für gewerbliche Nutzungen vorgesehen werden und gleichzeitig auf der anderen Seite bereits vorhandene Gewerbe-/Industrieareale nicht genutzt oder mindergenutzt werden. Insoweit möge als Beispiel die Stadt Erkelenz (Kreis Heinsberg) dienen, die nicht zuletzt auf der Grundlage einer bestehenden Regionalplanung u. a. einen Baumarkt realisierte, obwohl auf der gegenüberliegenden

Straßenseite bereits ein Baumarkt vorhanden war, dessen Gebäude aktuell in einem Maße mindergenutzt ist, dass ?es zum Himmel schreit? und noch eine Tankstelle realisierte, obwohl in weniger als 200m straßenläufiger Entfernung gleich zwei Tankstellen vorhanden sind und noch einen ?Fast-Food-Tempel? legalisierte, obwohl in weniger 200 m usw. usw.. Die Stadt Erkelenz ist mit Sicherheit kein Einzelfall!

Konkret wende ich mich gegen die vorgesehene gewerbliche und industrielle Nutzung mit Zweckbindung (GIB+) für einen ca. 39,5 ha großen Bereich innerhalb des Stadtgebietes Hückelhoven (Kreis Heinsberg). Im < Umweltbericht Anhang E Prüfbögen GIB GIBz > ist der in Rede stehende Bereich mit < HÜH GIBz 1 > bezeichnet.

Sämtliche vorstehend beschriebenen allgemeinen Einwände beziehen sich konkret auf diesen Bereich.

Ich bestreite, teilweise aus der Überzeugung eines Verstoßes gegen das Grundgesetz, teilweise mit Nichtwissen, dass

- an anderer Stelle des Kreises Heinsberg ein den Eingriff ausgleichendes Äquivalent vorgesehen ist.
- ein Bedarf besteht.
- die ökologische Folgenabschätzung nach Maßgabe des < Umweltberichtes Anhang E Prüfbögen GIB GIBz > zutreffend ist (die örtlichen Naturschutz-NGOs kommen jedenfalls zu dramatisch abweichenden Feststellungen).

**Inhalt**

Bergisch Gladbach, Ortsteil Schildgen, östlicher Siedlungsrand BG\_5, Schüllenbusch/Sträßchen Siefen/Odenthaler Markweg/Im Aehlemaar

Der nun vorliegende Regionalplan weicht erheblich vom im letzten Jahr erstellten Flächennutzungsplan ab und sieht eine wesentlich stärkere Bebauung des o. g. Gebietes vor. Wir lehnen den Regionalplan für das o. g. Gebiet aufgrund folgender Punkte ab:

**1. Klimaschutz/ Klimawandelvorsorge**

Die existierende Wiese ist ein Kaltluftentstehungsgebiet, das nicht nur die angrenzende Siedlung, sondern ganz Schildgen durch einen Kaltluftstrom klimatisch reguliert. Bei einer Bebauung würde durch den Wegfall dieses Kaltluftstroms die Überhitzungsgefahr zwingend ansteigen. Im Anbetracht der Folgen des Klimawandels sind solche klimaregulierenden Freiflächen von unschätzbarem Wert und müssen zwingend erhalten werden.

**2. Hochwasserschutz**

Während des Starkregens im Juli 2021 hat die Wiese wie ein Schwamm enorme Wassermengen zurückhalten können. Dennoch floss durch das Sträßchen Siefen ein beängstigender bachähnlicher Wasserstrom, der auch etliche Keller volllaufen ließ. Bei einer baulichen Versiegelung des Wiesen-Plateaus wäre der zu erwartende resultierende Strom wesentlich stärker und die zu erwartenden Schäden sehr viel höher. Eine aus dem Klimawandel resultierende Zunahme extremer Wetterereignisse wie z.B. Starkregen gilt unter Experten als unbestritten und muss bei zukünftigen Bauvorhaben dringendst beachtet werden, sowohl für den Altbestand als auch für die Neubauten selbst.

**3. Verkehr**

Sämtliche Zugänge zum geplanten Siedlungsgebiet führen durch 30er Zonen oder verkehrsberuhigte Bereiche. In allen Fällen ist eine Verbreiterung auch auf Grund der zahlreichen (dringend benötigten) Parkbuchten nahezu ausgeschlossen. Eine Nutzung durch ÖPNV-Busse dieser Straßen ist auf Grund ihrer Enge nicht möglich. explizite Radwege/Radspuren existieren nicht. Hieraus entsteht bereits heute ein reger Pendlerverkehr mit dem PKW. Traurigerweise ist es bereits heute Standard, dass jeder

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004646).

<p>Haushalt 2-3 PKW besitzt. Diese zusätzliche Menge an Fahrzeugen werden in der existierenden Siedlung zu einem massiven Parkplatzproblemen führen und die verkehrsberuhigten Bereiche überfordern. Die existierenden Straßen ?Sträßchen Siefen?,?Odenthaler Markweg?, ?Im Aehlemaar? und ?Voiswinkler-Str? haben bereits jetzt ihre Kapazitätsgrenze erreicht.</p>	
--	--

AZ: Ö-M-350	
1001602	
1002268_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz-Kückhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen über 90% der Fläche, die ich bewirtschafte, entweder im Landschaftsschutzgebiet Wahlenbusch oder sind eine sogenannte Verbundfläche oder sie sind in einem geplanten Trinkwasserschutzgebiet. Fast alle Flächen sind aber sowohl im Landschaftsschutzgebiet als auch im geplanten Trinkwasserschutzgebiet. Der Großteil der Flächen ist mein Eigentum oder Eigentum meines Vaters [ANONYMISIERT]. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[Abbildung] [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-M-353	
1001591	
1008754	
<p>Inhalt</p> <p><b>Öff Neuaufstellung Regionalplan, K_PUL_BM_Schiene_01</b></p> <p><b>Einwendung</b></p> <p>Den Regionalplanentwurf begrüße ich ausdrücklich, da ich davon ausgehe, dass sich meine Lebensqualität durch die Bahntrasse und die bessere Anbindung an den ÖPNV deutlich verbessert.</p> <p>Dies betrifft die Planung K_PUL_BM_Schiene_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler.</p> <p>Mir ist bekannt, dass sich eine gewisse Anzahl von Personen, die unmittelbar an der geplanten Bahnstrecke wohnen, gegen dieses Vorhaben ausspricht.</p> <p>Dafür habe ich vollstes Verständnis.</p> <p>Demgegenüber wird aber eine Anbindung von Pulheim-Brauweiler an den schienenengebundenen ÖPNV bei deutlich mehr Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderung, alten Menschen, Schulkindern und Familien zu einer Verbesserung der Lebensumstände führen.</p> <p>Auch könnten viele Anwohner durch die erleichterte Fahrt zur Metropole Köln zum Umstieg vom PKW auf den ÖPNV motiviert werden, so dass diese Bahnstrecke einen Beitrag zum Klimaschutz darstellt. Das Vorhaben begrüße ich deshalb schon wegen seiner positiven Umweltauswirkungen.</p> <p>In Brauweiler bietet sich der Abteipark mit seinem Bestand an alten Bäumen für Erholungssuchende und Spaziergänger an, so dass der Verlust der kleinen Parkfläche an der Helmholtzstraße kaum ins Gewicht fällt.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: Ö-M-356	
1001616	
1008498	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Namens und im Auftrag unserer Mandantin zu 1. beantragen wir hiermit,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Libur, Flur 5, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstücke [ANONYMISIERT], im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) darzustellen;</li> </ol> <p>hilfsweise zu 1.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. a) die Grundstücke in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstücke [ANONYMISIERT], im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) darzustellen und</li> <li>b) die Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Libur, Flur 5, Flurstücke [ANONYMISIERT], als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen;</li> </ol> <p>hilfsweise zu 1. und 2.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>3. die Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Libur, Flur 5, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstücke [ANONYMISIERT] jeweils tlw., im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.</li> </ol> <p>Namens und im Auftrag unserer Mandantin zu 2. beantragen wir darüber hinaus,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>4. die Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Lind, Flur 2, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstück [ANONYMISIERT], im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) darzustellen;</li> </ol> <p>hilfsweise zu 4.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Darüber hinaus stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum Ziele der Raumordnung in Form von BSN und Regionaler Grünzug entgegen. Auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf befindet sich bereits im Planentwurf eine BSN Festlegung, an der von Seiten des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der Landschaftsplanung festgehalten wird (s. hierzu Stn ID 1004950). Auf dem Gebiet der Stadt Köln wird auf Anregung der Kommune und des LANUV ebenfalls ein BSN festgelegt (s. hierzu Stn ID 1003186). Des Weiteren ist der Bereich aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Regionale Grünzüge sind als großräumige, zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge ist entgegenzuwirken.</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p>



5. a) die Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Lind, Flur 2, Flurstücke [ANONYMISIERT], im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) darzustellen und

b) das Grundstück in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstück [ANONYMISIERT], im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen;

hilfsweise zu 4. und 5.

6. die Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Lind, Flur 2, Flurstücke [ANONYMISIERT] jeweils teilweise, sowie in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstück [ANONYMISIERT], im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen.

#### BEGRÜNDUNG:

##### 1. Geplante Vorhaben unserer Mandantinnen

Unsere Mandantinnen verfolgen gemeinsam die Absicht, im Bereich der ehemaligen Abgrabungsflächen im Grenzbereich der Städte Köln und Troisdorf nach Wiederverfüllung der dort entstandenen Baggerseen ein nachhaltiges Industriegebiet der Zukunft zu schaffen [s. Anhang Abb. StnID 1008498\_1].

Dort sollen vorzugsweise zukunftsorientierte (Industrie-) Betriebe angesiedelt werden, die auf technisch höchstem Niveau effizient produzieren, dabei die Umweltbelastung minimieren oder vermeiden und Zielkonflikte mit anderen Nutzungsansprüchen lösen.

Beispielhaft sei insoweit auf die Hochleistungskunststoffe produzierende Firma [ANONYMISIERT] verwiesen, die auf Kölner Stadtgebiet zwischen ICE-Trasse und B 8 bereits mit dem Bau neuer Produktionsstätten begonnen hat, die voraussichtlich Ende 2022 fertig gestellt sein werden und in Richtung Süden auf Troisdorfer Stadtgebiet als so genannte "grüne Fabrik" erweitert werden sollen. Die Firma [ANONYMISIERT] hat gegenüber unserer Mandantin zu 2. bereits Interesse an weiteren Industrieflächen in räumlicher Nähe zu ihrem im Aufbau befindlichen Produktionsstandort signalisiert, um ihren Betrieb zu erweitern.

Die in dem geplanten Industriegebiet entstehenden Produktionshallen und sonstigen Gebäude sollen mit Dachflächensolaranlagen ausgestattet werden. Der durch die Anlagen erzeugte Strom kann entweder unmittelbar zur Versorgung der angesiedelten (Industrie-) Betriebe eingesetzt oder alternativ in das öffentliche Netz eingespeist werden. Neben der Schaffung dringend benötigter Industriegebietsflächen für

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden. Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

zukunftsorientierte produzierende (Industrie-) Betriebe kann so ein substantieller Beitrag zum Ausbau erneuerbarer Energien geleistet werden.

Die im Vorfeld der industriellen Nutzung erforderliche Verfüllung soll in Kooperation mit der [ANONYMISIERT] erfolgen, die gegenüber unserer Mandantin zu 1. erhebliches Interesse daran bekundet hat, das durch die Verfüllung der ehemaligen Abgrabungsfläche entstehende freie Volumen für die ortsnahe Entsorgung von anfallendem Bodenaushub mit zu nutzen, da im Ballungsraum Köln/Bonn keine ausreichenden Verfüllkapazitäten für Bodenaushub mehr zur Verfügung stehen, sodass bei Baumaßnahmen anfallender Bodenaushub unter Inkaufnahme erheblicher CO<sub>2</sub>-Immissionen und Transportkosten inzwischen bereits in weiter entfernte Regionen (z. B. Westerwald) verbracht werden muss. Insofern leistet das Vorhaben unserer Mandantinnen auch einen nennenswerten Beitrag dazu, die Belastungen durch CO<sub>2</sub>-Immissionen zu reduzieren.

Die Erschließung des geplanten Industriegebiets ist über den Zündorfer Weg mit Straßenvollausbau, vollständigen Versorgungsmedien und einem Mischwasserkanal DN 800 sichergestellt. Über einen leistungsfähigen Kreisverkehr ist von dort aus ein Anschluss an die Bundesstraße B 8 gegeben. Die Anschlussstelle Köln-Lind der BAB A 59 befindet sich in direkter Nähe.

Unmittelbar nordwestlich der BAB A 59 ist auf einer Fläche von rund 80 ha der Bau der Tank- und Raststätte "Libur Heide" geplant. Die Planung sieht unter anderem vor, die Abfahrt in Richtung Süden auf dem Areal unserer Mandantin zu 1. zu platzieren, was unabhängig von dem von unseren Mandantinnen geplanten Industriegebiet eine Verfüllung zumindest auf Teilflächen des Storchensees voraussetzt.

Sollte sich eine industrielle Nutzung des Plangebiets wider Erwarten nicht oder nur auf Teilflächen realisieren lassen, streben unsere Mandantinnen auf den nicht für eine Nutzung als industrielle Baufläche in Betracht kommenden verfüllten Flächen die Errichtung von Freiflächensolaranlagen (Solarpark) an, um zumindest den Ausbau erneuerbarer Energien voranzubringen.

Im Einzelnen:

#### 1.1 Geplante Vorhaben unserer Mandantin zu 1.

Durch den von unserer Mandantin zu 1., einem seit vielen Jahrzehnten in Troisdorf ansässigen Tiefbau-, Recycling- und Containerunternehmen, in der Vergangenheit durchgeführten Nassabbau von Sand und Kies ist auf den Grundstücken in der Stadt Köln, Gemarkung Libur, Flur 5, Flurstücke [ANONYMISIERT], sowie in der Stadt Troisdorf, Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstücke [ANONYMISIERT], der so genannte Storchensee entstanden. Die ehemaligen Abgrabungsflächen stehen - mit Ausnahme des Flurstücks [ANONYMISIERT] in der Flur 5 der Gemarkung Libur - im Eigentum

unserer Mandantin zu 1..

Der Storchensee weist eine Wasserfläche von rund 4,4 ha auf und ist inzwischen weitgehend rekultiviert. Im Rand- und Uferbereich befinden sich teilweise Gehölzflächen (Birkenmischwald, Ufergehölze), Fahrwege sowie ein Lagerplatz. Im Westen grenzt die ehemalige Abgrabungsfläche an die Ranzeler Straße, im Nordwesten an die BAB A 59 und im Osten auf Kölner Stadtgebiet an die ehemalige Abgrabungsfläche unserer Mandantin zu 2.. Auf Troisdorfer Stadtgebiet wird die ehemalige Abgrabungsfläche nach Süden und Osten durch gewerblich-industrielle Bauflächen begrenzt.

Auf den unmittelbar südlich angrenzenden gewerblich-industriellen Bauflächen befand sich bis vor wenigen Jahren ebenfalls noch ein durch den Nassabbau von Sand und Kies entstandenes Abgrabungsgewässer (Krötenweiher), welches auf der Grundlage eines wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses des Rhein-Sieg-Kreises mit Bodenaushub verfüllt und im Rahmen der 83. Änderung des Flächennutzungsplans sowie der Aufstellung des Bebauungsplans Sp 158, Blatt 2, der Stadt Troisdorf als Industriegebiet ausgewiesen wurde.

Da letztgenannte Flächen bereits vollständig mit einem [ANONYMISIERT]-Logistikzentrum belegt sind und auf den Gebieten der Stadt Köln und der Stadt Troisdorf ein erheblicher Bedarf an gewerblich-industriellen Bauflächen für produzierende (Industrie-) Betriebe besteht, strebt unsere Mandantin zu 1. eine Verfüllung ihrer ehemaligen Abgrabungsfläche mit unbelastetem Bodenaushub bis auf ein Niveau von 54 m NHN an. Die Verfüllung soll - wie oben bereits dargelegt - in Kooperation mit der [ANONYMISIERT] erfolgen.

Im Anschluss an die Verfüllung soll die insgesamt rund 12 ha große ehemalige Abgrabungsfläche sodann weit überwiegend einer gewerblich-industriellen Nutzung zugeführt werden. Konkret sollen dort Ansiedlungsmöglichkeiten für innovative Produktionsbetriebe geschaffen werden, da für Unternehmen mit einem entsprechend hohen Flächenbedarf weder auf dem Gebiet der Stadt Köln, noch auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf an anderer Stelle geeignete Flächen zur Verfügung stehen. Ausgehend von einer GFZ von 0,8 und einer BMZ von 0,8 - wie im südlich angrenzenden Bebauungsplangebiet SP 158, Blatt 2 - stünde nach der Verfüllung eine Fläche von rund 5,6 ha für die Errichtung entsprechender Produktionshallen zur Verfügung, die zur Förderung des beschleunigten Ausbaus erneuerbarer Energien vollständig mit Dachflächen-Photovoltaikanlagen ausgestattet werden sollen.

Ziel ist es, in dem ohnehin bereits durch die angrenzende Verkehrsinfrastruktur (BAB A 59, B 8, ICE-Strecke) sowie die angrenzenden gewerblich-industriellen Nutzungen vorbelasteten Gebiet ein nachhaltiges Industriegebiet der Zukunft zu schaffen und dort - wie oben bereits dargelegt - zukunftsorientierte (Industrie-) Betriebe anzusiedeln.

Am westlichen und nördlichen Rand der geplanten gewerblich-industriellen Bauflächen soll in Fortführung des im Westen des [ANONYMISIERT]-Logistikzentrums bereits vorhandenen Biotopvernetzungsstreifens ein Biotopvernetzungsstreifen in einer Größe von rund 3,2 ha angelegt werden, im Bereich dessen kiesig-sandige Offenbereiche und besonnte Kleingewässer insbesondere als Lebensraum für die Kreuz- und Wechselkröte geschaffen werden sollen.

Für den Fall, dass eine gewerblich-industrielle Nutzung der auf Kölner Gebiet gelegenen, rund 6,3 ha großen Teilfläche nicht realisierbar sein sollte, beabsichtigt unsere Mandantin zu 1., dort nach der Verfüllung eine Freiflächensolaranlage zu errichten und den durch die Anlage erzeugten Strom in das öffentliche Netz einzuspeisen. Sollte eine Verfüllung der auf Kölner Stadtgebiet gelegenen Teilfläche ebenfalls nicht zu realisieren sein, beabsichtigt unsere Mandantin zu 1., die Verfüllung und anschließende gewerblich-industriell Nutzung auf den auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teil der ehemaligen Abgrabungsfläche zu beschränken. Zwischen der für eine gewerblich-industrielle Nutzung vorgesehenen Fläche und der verbleibenden Wasserfläche würde in diesem Fall ein 10 m breiter Schutzstreifen verbleiben, im Bereich dessen Gehölzpflanzungen und Sukzessionsflächen angelegt werden würden. Der im Süden bereits vorhandene Biotopvernetzungsstreifen würde in diesem Fall bis an die Stadtgrenze zu Köln fortgeführt. Im Übrigen würde die verfüllte Teilfläche dann einer gewerblich-industriellen Nutzung zugeführt.

Sollte die gewerblich-industrielle Nutzung der auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen, rund 5,7 ha großen Teilfläche wider Erwarten ebenfalls scheitern, strebt unsere Mandantin zu 1. an, auf der dortigen Teilfläche nach Beendigung der Verfüllung eine Freiflächensolaranlage mit einer Größe von rund 4, 7 ha zu installieren und den durch die Anlage erzeugten Strom in das öffentliche Netz einzuspeisen.

#### 1.2 Geplante Vorhaben unserer Mandantin zu 2.

Nordöstlich des Storchensees befindet sich der ebenfalls durch den Nassabbau von Sand und Kies entstandene so genannte Molchweiher. Die auf dem Gebiet der Stadt Köln in der Gemarkung Lind, Flur 2, Flurstücke [ANONYMISIERT], gelegenen Teilflächen sind Eigentum unserer Mandantin zu 2., die sich auf den Ankauf, die Vermietung und Verwaltung von hauptsächlich Gewerbeimmobilien spezialisiert hat. Ihr liegen diverse Anfragen von innovativen Produktionsbetrieben wie der [ANONYMISIERT] vor, die im Ballungsraum Köln/Bonn dringend auf geeignete Industriegebietsflächen angewiesen sind, um ihre Produktionskapazitäten zu erweitern und/oder neue Produktionsstätten zu errichten.

Unsere Mandantin zu 2. beabsichtigt deshalb, die in ihrem Eigentum stehende ehemalige Abgrabungsfläche mit unbelastetem Bodenaushub zu verfüllen und anschließend weit überwiegend einer gewerblich-industriellen Nutzung zuzuführen. In die Verfüllung einbezogen werden soll auch die auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegene

Teilfläche des Molchweihers (Gemarkung Spich, Flur 8, Flurstück [ANONYMISIERT]). In dem Industriegebiet sollen - wie dargelegt - innovative Produktionsbetriebe untergebracht werden. Für die Errichtung entsprechender Produktionshallen stünden im Bereich der ehemaligen Abgrabungsfläche - ausgehend von einer GFZ von 0,8 und einer BMZ von 0,8 wie im südlich angrenzenden Bebauungsplangebiet SP 158, Blatt 2 - rund 3,8 ha zur Verfügung. Die Hallendächer sollen zur Förderung des beschleunigten Ausbaus erneuerbarer Energien vollständig mit Dachflächen-Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

Am nördlichen Rand der ehemaligen Abgrabungsfläche soll auf einer Fläche von rund 1,2 ha ein Biotopvernetzungsstreifen angelegt werden, im Bereich dessen kiesigsandige Offenbereiche sowie Kleingewässer als Lebensraum insbesondere für Kreuz- und Wechselkröte entstehen sollen.

Im Falle der von unserer Mandantin zu 1. angestrebten vollständigen Wiederverfüllung des angrenzenden Storchensees würde sich dieser Biotopvernetzungsstreifen unmittelbar an den von unserer Mandantin zu 1. vorgesehenen Biotopvernetzungsstreifen anschließen.

Für den Fall, dass sich die gewerblich-industrielle Nutzung der auf Troisdorfer Gebiet gelegenen Teilfläche wider Erwarten nicht realisieren lassen sollte, beabsichtigt unsere Mandantin zu 2., dort nach der Verfüllung eine Freiflächensolaranlage mit einer Größe von rund 1,1 ha zu installieren. Gleiches würde für die auf Kölner Stadtgebiet gelegene Teilfläche (= 4,5 ha) gelten, wenn die angestrebte gewerblich-industrielle Nutzung dort wider Erwarten ebenfalls scheitern sollte.

## 2. Bedarf an gewerblich-industriellen Bauflächen

Der in der Ballungsregion Köln/Bonn gelegene Rhein-Sieg-Kreis verdankt seine wirtschaftliche Prosperität vor allem einem breit aufgestellten gewerblichen und industriellen Sektor. Seit der Gründung im Jahr 1969 waren beständig hohe Zuwachsraten bei Arbeitsplätzen und Unternehmen zu verzeichnen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sind die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis darauf angewiesen, Entwicklungsspielräume für die dort ansässigen Unternehmen sowie für Neuansiedlungen zu schaffen.

Im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln hat der Rhein-Sieg-Kreis deshalb in 2017 zusammen mit der Stadt Bonn in einem Fachgutachten untersuchen lassen, welche Flächenbedarfe für die Wirtschaft in Zukunft (bis zum Jahr 2035) bestehen und ob die vorhandenen Flächenreserven ausreichen, um diese Bedarfe zu decken.

Das ist nach dem Ergebnis des Fachgutachtens nicht der Fall. Vielmehr sind danach die vorhandenen Flächenreserven für Gewerbe und Industrie in der Wirtschaftsregion

Bonn/Rhein-Sieg nicht einmal geeignet, die Hälfte der bis zum Jahr 2035 zu erwartenden Bedarfslage abzudecken. Als besonders prekär stellt sich dabei die Lage in Bezug auf Industrieflächen dar.

Für die gewerblich-industriell geprägte Stadt Troisdorf gilt das in besonderem Maße, da zum Stand März 2017 nach Aussage der Fachgutachter in Bezug auf Industrieflächen lediglich noch eine frei verfügbare (nicht betriebsgebundene) Flächenreserve von 5 ha bestand. Die 5 ha setzten sich zudem aus einer Vielzahl von Klein(st)flächen zusammen, die für größere Firmenansiedlungen nicht geeignet sind.

Eine seitens der Gutachter im Oktober 2016 durchgeführte Bedarfsermittlung nach GIFPRO ergab für das Stadtgebiet Troisdorf bis 2035 einen Bedarf an Industrieflächen von insgesamt 44 ha, sodass abzüglich der Flächenreserve von 5 ha ein rechnerischer Fehlbedarf von 39 ha besteht.

Seitens der Gutachter wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, dass in den Berechnungsergebnissen Effekte wie fehlende eigentumsrechtliche Verfügbarkeit, zu erwartende große Verlagerungen oder Auslagerungen von Betriebsteilen aufgrund suboptimaler Standortfaktoren sowie zusätzliche regionale Bedarfe (z. B. der Stadt Bonn und der Stadt Köln) aufgrund des Berechnungssystems nicht berücksichtigt werden konnten, sodass - so die Gutachter - davon auszugehen sei, dass die Berechnungsergebnisse noch deutlich unterhalb der realen Bedarfslage lägen.

Seitens der Gutachter wurde deshalb empfohlen, den tatsächlichen Bedarf näherungsweise über die tatsächlich erfolgten Flächenbelegungen zu bestimmen und darüber hinaus einen Planungszuschlag von 20 % zu addieren.

Der tatsächliche jährliche Bedarf (Flächenbelegungen) lag laut der in 2016 veröffentlichten Angaben der Stadt Troisdorf in der Vergangenheit bei rund 3,8 ha, sodass - der Empfehlung der Gutachter folgend - für den Zeitraum von 2017-2035 von einem realen Bedarf von rund 72 ha auszugehen ist. Zuzüglich eines Planungszuschlags von 20 % ergibt sich demnach bis 2035 ein Bedarf an zusätzlichen Industrieflächen von 86 ha. Dem steht - wie oben bereits dargelegt - lediglich eine Flächenreserve von 5 ha gegenüber, sodass aktuell ein eklatanter Fehlbedarf an industriell nutzbaren Flächen auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf besteht.

Für das Gebiet der Stadt Köln ergibt sich ein ähnlicher Befund. Laut Aussagen des vom Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn beauftragten Fachgutachtens ist die Stadt Köln ebenfalls bereits seit Jahren nicht mehr in der Lage, alle eigenen und flächenintensiven Bedarfe im gewerblich-industriellen Bereich auf dem eigenen Stadtgebiet zu decken, sodass es bereits in der Vergangenheit zu erkennbaren Betriebsverlagerungen in den Rhein-Sieg-Kreis gekommen ist und in Zukunft weitere Betriebsverlagerungen dorthin zu erwarten sind.

Diese Prognose wird durch die am 14.12.2021 vom Rat der Stadt Köln beschlossene Stadtstrategie "Kölner Perspektiven 2030 +" bestätigt, die zur Bedarfsdeckung auf eine "Qualifizierung des rechtsrheinischen Entwicklungskorridors für Gewerbe und Produktion inklusive neuer Wirtschaftsstandorte für die wachsende Stadt" setzt. Die Vorhabensflächen unserer Mandantin zu 1. und 2. liegen innerhalb dieses Entwicklungskorridors.

Deshalb ist es zwingend notwendig, zusätzliche industriell nutzbare Flächen für eine GIB-Darstellung in dem in Neuauflistung befindlichen Regionalplan Köln vorzusehen.

### 3. Bedarf an Dach- und Freiflächensolaranlagen

Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht darüber hinaus ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zudem von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unseren Mandantinnen beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen.

Im Einzelnen:

Der Bundestag hat am 07.07.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen.

Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen, wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen

Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren.

Damit dies gelingt, wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG nunmehr:

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des neu gefassten § 2 des EEG weiter ausgeführt:

Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt.

Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte.



In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen

- 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW),
- 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW),
- 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW),
- 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW),
- 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW)
- 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW),
- 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und
- 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW).

Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein.

Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der bisherigen Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen.

Über die im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Dach- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen.

Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrheinwestfälischen Durchschnitt.

Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen

- 6,9 % auf Windenergie,
- 2,2 % auf Solarenergie,
- 1,2 % auf Bioenergie und
- 0,7 % auf andere erneuerbare Energien.

Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt:

Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um kleinere Dachflächen-Photovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel.

Um einen substanziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Dach- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben.

### 3.1 Mögliche Solarenergieleistung der von unserer Mandantin zu 1. im Falle der gewerblich-industriellen Nutzung der auf Kölner und Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilflächen der ehemaligen Abgrabung Storchensee geplanten Installation von Dachflächensolaranlagen

Die Anlagenleistung von Dachflächensolaranlagen liegt bei rund 0,2 kWp/m<sup>2</sup>. Bei einer Dachfläche von rund 56.000 m<sup>2</sup> und einer Flächenbelegung von 80 % (= 44.800 m<sup>2</sup>) ließe sich dementsprechend eine Anlagenleistung von rund 8.960 kWp generieren. Bei einem spezifischen Stromertrag von rund 900 kWh/kWp ergäbe sich demnach ein jährlicher Stromertrag von 8.064.000 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren würde der Gesamtstromertrag bei rund 161.280.000 kWh liegen.

Zum Vergleich: Der durchschnittliche Pro-Kopf-Stromverbrauch liegt in Deutschland bei rund 1.300 kWh/a. Durch die von unserer Mandantin zu 1. geplanten Dachflächensolaranlagen könnten demnach 6.203 Personen jährlich mit Strom versorgt werden.

### 3.2 Mögliche Solarenergieleistung der von unserer Mandantin zu 1. hilfsweise beantragten gewerblich-industriellen Nutzung der auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilfläche mit Installation von Dachflächensolaranlagen und gleichzeitiger Errichtung einer Freiflächensolaranlage auf den auf Kölner Stadtgebiet gelegenen Teilflächen

#### 3.2.1 Dachflächensolaranlagen im geplanten Industriegebiet auf Troisdorfer Stadtgebiet

Die Anlagenleistung von Dachflächensolaranlagen liegt bei rund 0,2 kWp/m<sup>2</sup>. Bei einer Dachfläche von rund 24.064 m<sup>2</sup> ließe sich dementsprechend eine Anlagenleistung von rund 4.813 kWp generieren. Bei einem spezifischen Stromertrag von rund 900 kWh/kWp ergäbe sich demnach ein jährlicher Stromertrag von 4.331.700 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren würde der

Gesamtstromertrag bei rund 86.634.000 kWh liegen.

### 3.2.2 Freiflächensolaranlage auf der verfüllten Fläche auf Kölner Stadtgebiet

Aus der von unserer Mandantin zu 1. geplanten Anlage ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 40.000 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 7.788,7 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 6.870.400 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlage von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 134.828.312 kWh.

### 3.2.3 Gesamtstromertrag pro Jahr aus den Dachflächensolaranlagen auf Troisdorfer Stadtgebiet und der Freiflächensolaranlage auf Kölner Stadtgebiet

Der Gesamtstromertrag pro Jahr würde sich in diesem Fall auf 11.202.100 kWh belaufen. Damit könnten jährlich 8.617 Personen mit Strom versorgt werden.

### 3.3 Mögliche Solarenergieleistung des von unserer Mandantin zu 1. hilfsweise auf der auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilfläche des Storchensees geplanten Freiflächensolaranlage

Aus der von unserer Mandantin zu 1. geplanten Anlage ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 47.000 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 9.151,8 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 8.072.720 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlage von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 158.423.267 kWh.

### 3.4 Mögliche Solarenergieleistung der von unserer Mandantin zu 2. im Falle der gewerblich-industriellen Nutzung der auf Kölner und Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilflächen der ehemaligen Abgrabung Molchweiher geplanten Installation von Dachflächensolaranlagen

Die Anlagenleistung von Dachflächensolaranlagen liegt bei rund 0,2 kWp/m<sup>2</sup>. Bei einer Dachfläche von rund 31.360 m<sup>2</sup> und einer Flächenbelegung von 80 % ( = 25.088 m<sup>2</sup> ) ließe sich dementsprechend eine Anlagenleistung von rund 5.017,6 kWp generieren. Bei einem spezifischen Stromertrag von rund 900 kWh/kWp ergäbe sich demnach ein jährlicher Stromertrag von 4.515.840 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren würde der Gesamtstromertrag bei rund 90.316.800 kWh liegen.

Zum Vergleich: Der durchschnittliche Pro-Kopf-Stromverbrauch liegt in Deutschland bei rund 1.300 kWh/a. Durch die von unserer Mandantin zu 1. geplanten Dachflächensolaranlagen könnten demnach 3.474 Personen jährlich mit Strom versorgt werden.

### 3.5 Mögliche Solarenergieleistung der von unserer Mandantin zu 2. hilfsweise beantragten gewerblich-industriellen Nutzung der auf Kölner Stadtgebiet gelegenen Teilfläche mit Installation von Dachflächensolaranlagen sowie gleichzeitiger Errichtung einer Freiflächensolaranlage auf den auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilflächen

#### 3.5.1 Dachflächensolaranlagen im geplanten Industriegebiet auf Kölner Stadtgebiet

Die Anlagenleistung von Dachflächensolaranlagen liegt bei rund 0,2 kWp/m<sup>2</sup>. Bei einer Dachfläche von rund 23.808 m<sup>2</sup> ließe sich dementsprechend eine Anlagenleistung von rund 3.809,2 kWp generieren. Bei einem spezifischen Stromertrag von rund 900 kWh/kWp ergäbe sich demnach ein jährlicher Stromertrag von 3.428.280 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren würde der Gesamtstromertrag bei rund 68.565.600 kWh liegen.

#### 3.5.2 Freiflächensolaranlage auf der verfüllten Fläche auf Kölner Stadtgebiet

Aus der von unserer Mandantin zu 2. geplanten Anlage ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 8.800 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 1.713,5 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im

ersten vollen Jahr bei 1.511.488 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlage von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 29.662.229 kWh.

### 3.5.3 Gesamtstromertrag pro Jahr aus den Dachflächensolaranlagen auf Troisdorfer Stadtgebiet und der Freiflächensolaranlage auf Kölner Stadtgebiet

Der Gesamtstromertrag pro Jahr würde sich in diesem Fall auf 4.939.768 kWh belaufen. Damit könnten jährlich 3.800 Personen mit Strom versorgt werden.

### 3.6 Mögliche Solarenergieleistung des von unserer Mandantin zu 2. hilfsweise auf der auf Kölner und Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilflächen des verfüllten Molchweiher geplanten Freiflächensolaranlage

Aus der von unserer Mandantin zu 2. geplanten Anlage ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten

- Modulfläche gesamt: 44.800 m<sup>2</sup>
- Ausrichtung: Süd
- Neigung der Module: 20°
- Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr
- Leistung eines Moduls: 320 W
- Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr,

eine Leistung von 8. 723,4 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 7.694.840 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlage von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 151.007.710 kWh.

Da Dach- und Freiflächensolaranlagen kein CO<sub>2</sub> emittieren, würden die von unseren Mandantinnen geplanten Anlagen damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen.

## 4. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten gewerblich-industriellen Nutzungen einschließlich Dachflächensolaranlagen sowie der hilfsweise teilweise bzw. ganz an deren Stelle geplanten Freiflächensolaranlagen

### 4.1 Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten gewerblich-industriellen Nutzungen

#### 4.1.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten gewerblich-industriellen Nutzungen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -

funktionen zu erwarten.

#### 4.1.1.1 Natur- und Artenschutz

##### 4.1.1.1.1 Naturschutzgebiete

Der auf Kölner Stadtgebiet gelegene Teil des Storchensees sowie des Molchweihers liegen außerhalb von Naturschutzgebieten.

Für den auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teil des Storchensees existiert derzeit ebenfalls keine Naturschutzgebietsfestsetzung. Für diesen Bereich ist nach dem bislang erst als Vorentwurf vorliegenden Landschaftsplan Nr. 7 des Rhein-Sieg-Kreises lediglich die Festsetzung eines Naturschutzgebiets geplant. Für die betreffende Fläche gilt seit dem 03.02.2020 zwar eine Veränderungssperre nach § 48 Abs. 3 LNatSchG NRW, die allerdings im Wege der Befreiung nach § 67 BNatSchG überwunden werden kann, da ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verfüllung des auf Troisdorfer Stadtgebiets gelegenen Teils des Storchensees mit dem Ziel, die Fläche zu einem Gewerbe- und Industriegebiet zu entwickeln, besteht.

Nach § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kommt eine Befreiung in Betracht, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist. Geht es - wie hier - um (andere) Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses im Sinne von § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, ist zwar grundsätzlich zu beachten, dass der Gesetzgeber in der Regel die mit den naturschutzrechtlichen

Verboten und Geboten verfolgten öffentlichen Interessen als gewichtig genug betrachtet, um die damit verbundenen Konsequenzen zu rechtfertigen.

Ausnahmsweise, wenn ein vom Normgeber nicht bedachter Fall vorliegt, kann ein anderes öffentliches Interesse aber vorrangig sein.

Das ist vorliegend der Fall. Die geplanten Verfüllungen dienen der Schaffung von Landflächen, auf denen das südöstlich angrenzende Gewerbe- und Industriegebiet nach Nordwesten erweitert werden soll. Auf die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets ist die Stadt Troisdorf angewiesen, um insbesondere zukunftsorientierten produzierenden (Industrie-) Betrieben mit hohem Flächenbedarf und Störpotenzial Entwicklungsmöglichkeiten im Stadtgebiet zu geben. Alternative Flächen hierfür stehen im Stadtgebiet von Troisdorf nicht zur Verfügung.

Die Inanspruchnahme der Vorhabensflächen für diesen Zweck bietet sich auch an, weil diese durch die umgebenden gewerblich-industriellen Nutzungen sowie die angrenzenden Verkehrsachsen, insbesondere die für einen 6-streifigen Ausbau vorgesehene BAB A 59 im Westen sowie die ICE-Strecke Köln-Frankfurt im Osten, bereits stark anthropogen überformt sind. Inzwischen reicht die gewerblich-industrielle Nutzung bis an die Südgrenze der Vorhabensflächen heran.

Die Abweichung von dem Verfüll- bzw. Veränderungsverbot ist auch mit den Belangen von Natur und Landschaft zu vereinbaren. Durch die Verfüllung wird der aquatische Lebensraum des Molchweiher und des Storchensees zwar beseitigt bzw. - sofern lediglich der Molchweiher und die auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegene Teilfläche des Storchensees verfüllt und für eine anschließende gewerblich-industrielle Nutzung in Anspruch genommen würden - um etwa 60 % verkleinert. Im Zuge der Herrichtung würden in letztgenanntem Fall aber wieder Besiedlungsmöglichkeiten für aquatische und terrestrische Pflanzen und Tiere geschaffen, sodass die biologische/ökologische Wertigkeit durch das geplante Vorhaben nicht wesentlich geschmälert würde. Bei vollständiger Verfüllung der ehemaligen Abgrabungsflächen und anschließender gewerblich-industrieller Nutzung könnten ebenfalls wieder entsprechende Lebensräume geschaffen werden, indem der an der Westseite des bestehenden Gewerbe- und Industriegebiets vorhandene Biotopvernetzungsstreifen in nördlicher Richtung verlängert und dort entsprechende Ersatzbiotopstrukturen geschaffen würden. Durch die Verlängerung des Biotopvernetzungsstreifens in Richtung Norden würde im Zuge der Realisierung der Vorhaben unserer Mandantinnen zu 1. und zu 2. zudem ein Beitrag zur Stärkung des Biotopverbunds geleistet.

#### 4.1.1.1.2 FFH-RL-Verbundstufe I

Durch die geplanten Vorhaben unserer Mandantinnen zu 1. und 2. werden keine FFH-RL-Flächen der Verbundstufe I betroffen.

#### 4.1.1.1. 3 Geschützte Landschaftsbestandteile

Die geplanten Vorhaben unserer Mandantinnen zu 1. und 2. liegen außerhalb geschützter Landschaftsbestandteile.

#### 4.1.1.1.4 Naturdenkmale

Die Vorhabensflächen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. beherbergen keine Naturdenkmale.

#### 4.1.1.1. 5 Gesetzlich geschützte Biotope nach § 42 LNatSchG

Die Vorhabensflächen unserer Mandantin zu 1. beherbergen keine gesetzlich geschützten Biotope.

Im Bereich der Vorhabensfläche unserer Mandantin zu 2. wurden laut LANUV-Kataster am westlichen Rand der Vorhabensfläche und am westlichen Ufer unter den Kennungen BT-5108-0102-2014 und BT-5108-0103-2014 zwei gesetzlich geschützte Biotopflächen erfasst.

Bei der unter der Kennung BT-5108-0103-2014 erfassten Fläche soll es sich um eine

Nass- und Feuchtgrünlandbrache handeln. Bei der unter der Kennung BT-5108-0103-2014 erfassten Fläche soll es sich um ein Schilfröhricht am ehemaligen Abgrabungsgewässer (Röhrichtbestand mit hochwüchsigen Arten) handeln.

Das für gesetzlich geschützte Biotope geltende Zerstörungs- und Beeinträchtungsverbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG kann jedoch im Wege der Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG überwunden werden, da die mit der Beseitigung der betreffenden Strukturen einhergehenden Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können.

#### 4.1.1.1.6 Verfahrenskritische Arten

Im Bereich der Vorhabensflächen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. sind keine verfahrenskritischen Arten vorhanden. Als verfahrenskritische Arten gelten im Regierungsbezirk Köln ausweislich Anhang A des Umweltberichts zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln lediglich die Arten Bechsteinfledermaus, Blauschillernder Feuerfalter, Braunkehlchen, Feldhamster, Gelbbauchunke, Knoblauchkröte und Wimpernfledermaus. Diese Arten kommen innerhalb der Vorhabensflächen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. ausweislich des Ergebnisses einer in 2018/2019 zur Vorbereitung eines Antrags auf Verfüllung des auf Troisdorfer Gebiet gelegenen Teils des Storchensees durch die [ANONYMISIERT] GbR durchgeführten Bestandsaufnahme innerhalb der Vorhabensflächen nicht vor.

Die von der [ANONYMISIERT] GbR durchgeführte Bestandsaufnahme umfasste räumlich auch den auf Kölner Stadtgebiet gelegenen Teil des Storchensees sowie den Molchweiher und erstreckte sich auf die systematische Erfassung folgender Parameter:

- Höhlenbäume
- Brutvögel
- Amphibien
- Reptilien
- Libellen

Für Fledermausquartiere oder höhlenbrütende Vogelarten geeignete Höhlenbäume oder Bauwerke wurden dabei innerhalb der Vorhabensflächen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. nicht nachgewiesen. Auch Horstbäume konnten in den dortigen Gehölzbeständen nicht vorgefunden werden.

Ebenso wurden im Zuge der Erfassung keine planungsrelevanten Libellen-Arten innerhalb der Vorhabensflächen nachgewiesen.

Die innerhalb der Vorhabensflächen nachgewiesenen Vogelarten, Amphibien und Reptilien und deren Fundorte sind den nachfolgenden Abbildungen zu entnehmen.



#### 4.1.1.2 Wasserrecht

##### 4.1.1.2.1 Versorgungsbereiche für geplante Talsperren

Versorgungsbereiche für geplante Talsperren sind von den geplanten Vorhaben nicht betroffen.

##### 4.1.1.2.2 Festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete

Die Vorhabensflächen liegen außerhalb festgesetzter und vorläufig gesicherter Überschwemmungsgebiete.

##### 4.1.1.2.3 Trinkwasserschutzzonen I und II

Sie liegen außerhalb von Trinkwasserschutzzonen I und II.

##### 4.1.1. 2.4 Heilquellen

Die Vorhabensflächen tangieren darüber hinaus keine Heilquellen bzw. Heilquellenschutzgebiete.

#### 4.1.1. 3 Abstandserfordernisse/Infrastruktur

##### 4.1.1.3.1 Leitungstrassen von Hochspannungsleitungen (ohne Schutzabstand)

Innerhalb der Vorhabensflächen sind keine Leitungstrassen von Hochspannungsleitungen vorhanden.

##### 4.1.1.3.2 Bauverbotszone Flughafen (Nachtschutz- und Tagschutzzone I)

Die Vorhabensflächen liegen zwar innerhalb des Bauschutzbereichs des Flughafens Köln/Bonn. Die genehmigungsfreie Höhe liegt hier bei 124 m NHN. Ein Bauverbot für die Vorhabensflächen besteht nicht.

##### 4.1.1.3.3 Sicherheitszone (Tagebau)

Die Vorhabensflächen liegen außerhalb der Sicherheitszone eines Tagebaus.

##### 4.1.1.3.4 Stollen

Im Bereich der Vorhabensflächen sind keine Stollen vorhanden.

##### 4.1.1.3.5 Unterirdische Leitungen mit Überbauverbot

Am südlichen Rand der Vorhabensflächen verläuft die Produktenfernleitung Würselen-Altenrath, in deren Schutzstreifen im Zuge der Realisierung der Vorhaben jedoch nicht eingegriffen werden soll.

#### 4.1.1.4 Erschließung/Topografie

##### 4.1.1.4.1 Topografische Hemmnisse > 15 % (in Abstimmung mit der Kommune keine Reserve)

Der Erschließung der geplanten Vorhaben stehen keine topografischen Hemmnisse entgegen.

#### 4.1.1.5 Sonstige Restriktionen

##### 4.1.1.5.1 Tauschflächen (wurden bereits für eine FNP-Änderung eingetauscht und gelten als nicht mehr angepasst)

Die Vorhabensflächen stellen keine Tauschflächen dar.

#### 4.1.2 Umweltverträglichkeit

Auf den von unseren Mandantinnen zu 1. und 2. in Aussicht genommenen Flächen ist in Anwendung der in Anhang A des Umweltberichts zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln dokumentierten Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe eine umweltverträgliche gewerblich-industrielle Nutzung möglich.

Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind unter Zugrundelegung der in Anhang A zu dem für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln erstellten Umweltbericht dokumentierten Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe voraussichtlich bei zwei Kriterien (Naturschutzgebiet, Biotopverbundfläche) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Das Kriterium Naturschutzgebiet wurde in Anhang A zum Umweltbericht aufgrund der für Naturschutzgebiete geltenden spezifischen gesetzlichen Vorgaben bzw. der besonderen rechtlichen Relevanz im Zuge von Planungs- und Zulassungsverfahren ein "höheres Gewicht" beigemessen. Sofern ein Bewertungskriterium mit höherem Gewicht tangiert ist, wird nach der grundsätzlichen Bewertungsregel davon ausgegangen, dass mit der Planänderung erhebliche Umweltauswirkungen einhergehen. Das Kriterium Biotopverbund ist in Anhang A zum Umweltbericht als Kriterium von geringerem Gewicht eingestuft. Nach der grundsätzlichen Bewertungsregel soll von erheblichen Umweltauswirkungen der Planänderung ausgegangen werden, wenn für mindestens zwei Kriterien mit geringem Gewicht erhebliche Umweltauswirkungen prognostiziert werden.

Im Rahmen der Gesamteinschätzung ist allerdings eine Einzelfallbetrachtung vorzunehmen, die die vorhabenbedingten Betroffenheiten der Schutzgüter am

konkreten Standort berücksichtigt. Im Einzelfall ist daher eine von der Bewertungsregel abweichende Gesamteinschätzung möglich. Diese ist vorliegend geboten, da das Plangebiet - bis auf die auf Troisdorfer Gebiet gelegenen Teilflächen des Storchensees und des Molchweihers - außerhalb des geplanten Naturschutzgebiets liegt, die Festsetzung des geplanten Naturschutzgebiets lediglich aus Gründen des Biotopverbunds erfolgen soll und dieser auch anderweitig (Biotopvernetzungsstreifen an der West- und Nordseite des Plangebiets) gewährleistet werden kann. Dort können dann auch für die betroffenen planungsrelevanten Arten entsprechende Strukturen geschaffen werden. Die geplante Naturschutzgebietsfläche beherbergt zudem keine schutzwürdigen Biotope, sodass die Einzelfallbetrachtung hier unter Berücksichtigung der im Zuge der Realisierung der Vorhaben unserer Mandantinnen zu 1. und 2. durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen zu dem Ergebnis führt, dass die Auswirkungen auf die Umwelt insgesamt als nicht erheblich eingestuft werden können. Hinsichtlich der näheren Einzelheiten verweisen wir auf die diesem Schreiben als Anlage 3 beigefügte tabellarische Bewertung (siehe dort die Seiten 2-17).

Auch wenn es hierauf erst auf der nachfolgenden Planungsebene entscheidungserheblich ankommt, sei ergänzend darauf hingewiesen, dass unsere Mandantin zu 1. die wasserwirtschaftliche Verträglichkeit einer Teilverfüllung der auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Flächen des Storchensees mit dem Ziel einer anschließenden gewerblich-industriellen Nutzung in einem Fachgutachten der [ANONYMISIERT] GbR vom Juli 2020 hat untersuchen lassen. Nach dessen Ergebnis lässt sich die geplante Teilverfüllung bei Ergreifung flankierender Maßnahmen (Verwendung von nährstoffarmem Material für die Teilverfüllung, Minimierung einer Eintrübung des Sees durch Trübstoffe durch Dammschüttung zwischen Verfüllbereich und Restsee sowie gezielte Einbringung des Verfüllmaterials mittels Raube, Greifern etc., eingeschränkte Angelnutzung [keine Anfütterung von Fischen]) gewässerverträglich umsetzen.

#### 4.2 Raum- und Umweltverträglichkeit der hilfsweise geplanten Freiflächensolaranlagen

##### 4.2.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen im Grenzbereich der Städte Köln und Troisdorf sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 07.07.2022 vom Bundestag beschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

##### 4.2.1.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Von den hilfsweise geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unseren Mandantinnen zu 1. und zu 2. für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies in Anspruch genommen wurden und die sich heute als Baggerseen mit umgebenden Ufergehölzen, sonstigen Gehölzpflanzungen (Birkenmischwald) sowie Saum- und Ruderalstrukturen darstellen. Untergeordnet werden die ehemaligen Abgrabungsflächen darüber hinaus von Fahrwegen und einem Lagerplatz eingenommen.

#### 4.2.1.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)

Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin zu 1. und 2. in Aussicht genommenen Flächen auf Kölner Stadtgebiet liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln (bislang) für eine Darstellung als BSLE vorgesehen.

Die auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegene Teilfläche der ehemaligen Abgrabung unserer Mandantin zu 1. ist im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, derzeit als BSLE dargestellt.

Die bestehenden und geplanten BSLE-Darstellungen stehen der Realisierung der geplanten Vorhaben unserer Mandantinnen zu 1. und 2. aber nicht entgegen, da die mit der Verfüllung und Nutzung der Vorhabensflächen zur Solarenergieerzeugung einhergehenden Beeinträchtigungen kompensiert werden können. Neben den geplanten Biotopvernetzungsstreifen können auch die Anlagenflächen selbst, auf denen Extensivgrünland angelegt werden soll, weiterhin wertvolle Lebensraumfunktionen für schützenswerte Tierarten übernehmen. Entsprechendes gilt für die randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Anlagenflächen.

Eine besondere Erholungsfunktion kommt den Vorhabensflächen aufgrund der räumlichen Lage zwischen der BAB A 59 im Westen, der ICE-Trasse im Osten sowie der südlich angrenzenden gewerblich-industriellen Nutzungen nicht zu. Sie sind zudem eingezäunt und für unbefugte Dritte nicht zugänglich. Dementsprechend ist auch nicht davon auszugehen, dass durch die Realisierung der hilfsweise geplanten Freiflächensolaranlagen die Erholungsfunktion der Landschaft herabgesetzt wird.

#### 4.2.1.3 Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

#### 4.2.1.4 Oberflächengewässer

Durch die hilfsweise geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine berichtspflichtigen Gewässer im Sinne der WRRL in Anspruch genommen werden.

#### 4.2.1.5 Freiraumbereiche für die zweckgebundene Nutzung Militär

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

#### 4.2.1.6 Standorte für Abfalldeponien

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind im derzeit gültigen Regionalplan nicht als Standort für Abfalldeponien dargestellt und auch im Entwurf des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln nicht für eine Darstellung als Standort für Abfalldeponien vorgesehen.

#### 4.2.1.7 Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB)

Die Vorhabensflächen sind im gültigen Regionalplan nicht als BSAB dargestellt und auch nicht für eine BSAB-Darstellung vorgesehen.

#### 4.2.1.8 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB). Gewerbe-/Industriebereiche (GIB)

Die für die hilfsweise geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantinnen zu 1. und 2. in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen.

#### 4.2.1.9 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur

In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unseren Mandantinnen zu 1. und 2. für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln enthält keine diesbezüglichen Festlegungen.

#### 4.2.1.10 Waldbereiche

Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen wurden in der Vergangenheit bereits für den Sand- und Kiesabbau genutzt und stellen sich heute weit überwiegend als Baggerseen mit randlichen Gehölzstrukturen bzw. Ufergehölzen dar. Untergeordnet sind darüber hinaus Wege und Lagerflächen vorhanden. Im Zuge natürlicher Sukzession ist im Norden des Storchensees darüber hinaus eine kleinere Waldfläche entstanden, deren ökologische Funktionen aufgrund ihrer Struktur jedoch eingeschränkt sind. Hierbei handelt es sich um Birkenmisch- sowie Eichen-Birken-Mischwald mit

geringem bis mittleren Baumholz (AD 90, ta1-2). Ihre Inanspruchnahme im Zuge der Verfüllung und Nutzung der ehemaligen Abgrabung für die Solarenergieerzeugung ist mit Blick auf das überragende öffentliche Interesse, das der Gesetzgeber dem Ausbau der erneuerbaren Energien eingeräumt hat, vertretbar.

#### 4.2.1.11 Regionale Grünzüge (RG)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen auf Kölner Stadtgebiet liegen innerhalb von im Regionalplan dargestellten RG. Die auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegene Teilfläche des Storchensees ist derzeit nicht mit der Freiraumfunktion RG belegt, soll aber nach dem 1. Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln mit einer entsprechenden Darstellung belegt werden.

Das steht einer Nutzung der ehemaligen Abgrabungsflächen für die Solarenergiegewinnung aber nicht entgegen, da in Gestalt der geplanten Biotopvernetzungsstreifen weiterhin entsprechende Strukturen im Landschaftsraum vorhanden sein werden. Diese werden durch randliche Gehölzpflanzungen um die Freiflächensolaranlagen ergänzt.

#### 4.2.1.12 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen auf Troisdorfer Stadtgebiet sind nach dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln für eine BSN-Darstellung vorgesehen.

Das steht einer Festlegung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung aber nicht entgegen, da die Errichtung von Freiflächensolaranlagen auf den betreffenden Flächen den Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines regionalen Biotopverbunds nicht ausschließen.

Wie oben bereits dargelegt, reicht die von der Landesregierung NRW auf der Grundlage der Potentialstudie des LANUV NRW für das Jahr 2035 prognostizierte mögliche Leistungssteigerung bei der Solarenergie nicht aus, um die vom Bund für die Jahre 2030 und 2035 angestrebten Ausbauziele zu erreichen, sodass über die vom LANUV NRW ermittelten Potenzialflächen hinaus weitere Flächen bereitgestellt werden müssen, die für die Solarenergiegewinnung genutzt werden können. Hierfür eignen sich die von unseren Mandantinnen zu 1. und 2. in Aussicht genommenen Flächen in besonderer Weise, weil sie durch den vorausgegangenen Abbaubetrieb, die angrenzende BAB 59, die ICE-Trasse sowie die umliegenden gewerblich-industriellen Nutzungen bereits erheblich vorbelastet sind.

Durch die Anlage der Biotopvernetzungsstreifen entlang der West- und Nordgrenze der Vorhabensflächen werden im Zuge der Realisierung der geplanten Vorhaben neue Strukturen geschaffen, die eine entsprechende Biotopverbundfunktion übernehmen

können. Auch den Anlagenflächen selbst, auf denen Extensivgrünland hergestellt werden soll, können weiterhin eine Funktion im Biotopverbund übernehmen, da sie zahlreichen geschützten und schützenswerten Tierarten Lebensräume bieten.

#### 4. 2.1.13 Überschwemmungsbereiche (ÜB)

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB.

#### 4.2.1.14 Flugplätze

Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden.

#### 4.2.2 Umweltverträglichkeit

Auf den von unseren Mandantinnen zu 1. und 2. in Aussicht genommenen Flächen ist in Anwendung der in Anhang A des Umweltberichts zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln dokumentierten Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe eine umweltverträgliche Nutzung für die Solarenergiegewinnung möglich.

Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind unter Zugrundelegung der in Anhang A zu dem für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln erstellten Umweltbericht dokumentierten Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe voraussichtlich bei zwei Kriterien (Naturschutzgebiet, Biotopverbundfläche) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Das Kriterium Naturschutzgebiet wurde in Anhang A zum Umweltbericht aufgrund der für Naturschutzgebiete geltenden spezifischen gesetzlichen Vorgaben bzw. der besonderen rechtlichen Relevanz im Zuge von Planungs- und Zulassungsverfahren ein "höheres Gewicht" beigemessen. Sofern ein Bewertungskriterium mit höherem Gewicht tangiert ist, wird nach der grundsätzlichen Bewertungsregel davon ausgegangen, dass mit der Planänderung erhebliche Umweltauswirkungen einhergehen. Das Kriterium Biotopverbund ist in Anhang A zum Umweltbericht als Kriterium von geringerem Gewicht eingestuft. Nach der grundsätzlichen Bewertungsregel soll von erheblichen Umweltauswirkungen der Planänderung ausgegangen werden, wenn für mindestens zwei Kriterien mit geringem Gewicht erhebliche Umweltauswirkungen prognostiziert werden.

Im Rahmen der Gesamteinschätzung ist allerdings eine Einzelfallbetrachtung vorzunehmen, die die vorhabenbedingten Betroffenheiten der Schutzgüter am konkreten Standort berücksichtigt. Im Einzelfall ist daher eine von der Bewertungsregel abweichende Gesamteinschätzung möglich. Diese ist vorliegend geboten, da das Plangebiet - mit Ausnahme der auf Troisdorfer Stadtgebiet gelegenen Teilflächen des Storchensees und des Molchweiher - selbst außerhalb des geplanten Naturschutzgebiets liegt, die Festsetzung des geplanten Naturschutzgebiets lediglich

aus Gründen des Biotopverbunds erfolgen soll und dieser auch weiterhin gewährleistet bleibt, weil die geplanten Biotopvernetzungsstreifen am West- und Nordrand der Vorhabensflächen adäquate Biotopverbundfunktionen übernehmen können. Dort können für die an den Baggerseen vorkommenden planungsrelevanten Arten neue Lebensräume geschaffen werden. Im Bereich der Anlagenflächen selbst, auf denen Extensivgrünland angelegt werden soll, werden ebenfalls neue Lebensräume für diverse planungsrelevante Arten entstehen.

Vorliegende Untersuchungen zeigen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammern u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden.

*Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen - Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009;*

*Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179.*

Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen.

*Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.;*  
*Trölzsch/Neuling, a. a. O.*



Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt.

*Vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew's Special 45/Dezember 2010;*

*Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013.*

Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden.

*Vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV), Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012).*

Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen sowie die ICE-Strecke bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden.

Die geplante Naturschutzgebietsfläche beherbergt zudem keine schutzwürdigen Biotope, sodass die Einzelfallbetrachtung hier unter Berücksichtigung der im Zuge der Realisierung der Vorhaben durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen zu dem Ergebnis führt, dass die Auswirkungen auf die Umwelt insgesamt als nicht erheblich eingestuft werden können. Hinsichtlich der näheren Einzelheiten verweisen wir auf die diesem Schreiben als Anlage 3 beigefügte tabellarische Bewertung (siehe dort die Seiten 18-33).

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage

beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008498\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-358	
1001634	
1002300_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als ehemaliger Landwirt, jetzt Verpächter, bin ich bezgl. der Neuaufstellung des Regionalplans besorgt wegen agrarstruktureller Belange, Betriebsschutz, weitere Nutzung von guten Acker- und Grünlandflächen.</p> <p>Naturschutz ist mir für unsere Gesamtgesellschaft wichtig, mehrere meiner Flächen liegen jetzt im Naturschutz.</p> <p><b>Kritik</b> übe ich an der Naturschutzbelegung folgender Flächen:</p> <p>Kreis Heinsberg, Gemarkung Wassenberg-Effeld, Flur 1, Flurstücke [ANONYMISIERT] und jeweils die östliche Hälfte der Flurstücke [ANONYMISIERT].</p> <p>Kreis Heinsberg, Gemarkung Heinsberg-Karken, Flur 6, Flurstück [ANONYMISIERT], Flur 29, Flurstück [ANONYMISIERT] und Flur 30, Flurstück [ANONYMISIERT].</p> <p>Es handelt sich bei diesen Parzellen um gute Böden mit wichtiger Bedeutung für die Pachtbetriebe. Diese Flächen waren jeweils auch von dem extremen Hochwasser 7/2021 nicht betroffen. Die Flurstücke in der Gemarkung Effeld liegen im Randbereich des Naturschutzes, hier ist also Landschaftsschutz genauso plausibel.</p> <p>In diesem Sinne lege ich <b>Beschwerde</b> gegen die Neufestsetzung des Regionalplans ein. Kontaktieren Sie mich, ich erwarte Ihre Stellungnahme.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-36

1001152

1000750

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Einspruch zur Regionalplanung Gewerbegebiet

Einspruch gegen die Planung eines neuen Gewerbegebietes Hückelhoven-Baal / Hetzerath

Als Bürger der Stadt Hückelhoven ist es einfach nicht zu glauben, was für Planungen die Stadt Hückelhoven hinsichtlich eines neuen Gewerbegebietes in engster Erwägung zieht oder besser gesagt, bereits in ein Genehmigungsverfahren geleitet hat. Es erscheint der Eindruck, dass die Stadt mit Ihren Planungen für ein weiteres Gewerbegebiet den Fokus auf die dafür erzielbaren Förderzuschüsse des Landes und auf zusätzliche Steuereinnahmen richtet und dabei die Sinnhaftigkeit bei der Standortwahl komplett außen vor gelassen hat. Die Stadt Hückelhoven hatte vor rund 20 Jahren die Ansiedlung von Groß-Logistikunternehmen am anderen Ende von Baal durchgesetzt, und das, obwohl bereits damals! eine fehlende bzw schlechte Verkehrsanbindung zur Autobahnanbindung und Bundesstraße B57 gegeben war. Das Gewerbegebiet für Grosslogistik wurde seiner Zeit trotz dem Bewusstsein einer fehlenden Verkehrsanbindung durchgesetzt. Für derartiges Versagen soll nun ein Ortsansässiger Landwirt mit seinem Land/ seiner Existenz büßen?? Hierbei geht es neben einer neue Verbindungsstraße, von dem vor 20 Jahren durchgesetzten Gewerbegebietes, um ein neues weiteres Gewerbegebiet, welches beides auf wertvollem Ackerboden entstehen solle. 30ha fruchtbarstes Ackerland stehen zur Disposition. Dazu kommt, dass die Stadt Hückelhoven das Genehmigungsverfahren für dieses Grossprojekt ins Laufen gebracht hat, ohne vorab mit dem Eigentümer des Landes in Verhandlung/ Gesprächen zu treten. Der Eigentümer,[ANONYMISIERT], erfuhr erst Ende Nov 2021, per Zufall, von dem Planvorhaben über sein Land! Die Öffentlichkeit wurde bei den Planungsgedanken ebenfalls komplett außen vor gelassen. Und das bei einem Planvorhaben mit derartigem Volumen/ Konsequenzen für alle umliegenden Ortschaften. Der Öffentliche Beschluss der Stadt Hückelhoven für die geplante Gewerbefläche trägt den Titel ?Ansiedlung von Kleingewerbe? In Wahrheit ist auf dieser neu geplanten Fläche ein Gewerbe-Industriepark Plus geplant! Auch über den Plan eines GIB Plus wurde die Bürger von Baal, Doveren, Grantherath, Hetzerath ?den nächst liegend betroffenen Bürgern, Ortschaften- nicht vorab informiert. Im Gegenteil, es wurden sogar falsche Planvorhaben angegeben. Die Ortschaften wären damit engst eingekreist, eingekesselt von Industrie, Schwerindustrie, stark

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

emittierender Betriebe. Die Planung wurde unter dem Vorwand einer Verkehrserleichterung für die Ortschaft Baal in ?falsche? Bahnen gelenkt, was die Wahrheit verschleiern sollte um Stimmen der Bürger für den Bau einzuholen. Erst als die Wahrheit ?durchsickerte? wurden die Bürger hellhörig und stellten sich dagegen. Baal sollte ?angeblich? durch eine Umgehungsstraße entlastet werden. Entlastet von Logistikverkehr zu einem Gewerbegebiet, welches vor 20 Jahren unter bekannten Verkehrsanbindungsproblemen entstand. Statt dessen soll kaum 350m angrenzend an Baal ein GIB+ entstehen. Bei der Ansiedlung derartiger Firmengrößen wie es seit Gründung des Gewerbegebietes Baal geplant und umgesetzt wurde, war bereits klar, dass die Logistik durch Baal verlaufen müsse?wie konnte eine solche Planung an diesem Standort seiner Zeit überhaupt in Planung gelangen bzw. zur Ausführung? Die Stadt machte vorsätzlich Fehler und nun sollen die Bürger und ein Landwirt mit seinem Land/ Existenz dafür büßen. Windräder müssen einen gesetzlichen Mindestabstand von 1 Km zur nächsten Ortschaft vorweisen. Der Bau dieses Gewerbegebietes würde diesen Abstand zur nächst angrenzenden Ortschaft Baal nicht haben. Viele Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gewerbegröße schaffen derartige Unternehmen nicht. Das Projekt ginge einzig und allein zu Lasten unzähliger Bürger u Gemeinden auf dem Land. Der Eigentümer wusste bis heute nichts von den Fremd-Verplanungen seines Landes, wäre es nicht per Zufall Ende Nov. 2021 ans Licht gekommen. Eine derartige Vorgehensweise könnte man schon als Enteignung betiteln. Für das neue Gewerbegebiet soll wertvoller Ackerboden und damit die Existenzgrundlage eines hiesigen Landwirtes ?Platz machen? Die Neuplanung für diese Gewerbefläche führt zu einer erneuten großflächigen Versiegelung wertvoller Flächen! Bester Ackerboden soll vernichtet werden. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns, wie sehr wir vom Ausland abhängig sind. Lebensmittelversorgung und Ressourcenknappheit muß Deutschland zum schnellen Umdenken zwingen. Was Versiegelung weiterer Flächen für uns alle bedeutet, haben wir zudem in 2021 erfahren. Mit dem Unwetter im Ahrtal, Heinsberg, Euskirchen, Swisstal. Unversiegelte Flächen sind die einzige Möglichkeit, um uns vor derartigen Natur- Katastrophen zu schützen. (Hinweis: Baal, Doveren liegen tiefer) Starkregen etc. erleben wir mittlerweile mind 3-4x im Jahr?.und es wird eher mehr wie weniger. Die Ackerflächen werden nachhaltig bebaut. Der Betrieb läuft unter dem Zertifikat von ,Bioland?. Seit 180 Jahren befindet sich der Betrieb in Familienbesitz. Der Landwirt unternimmt alles um zukunftsorientiert dem Thema Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umweltschutz gerecht zu werden. Auch die betriebene Biogasanlage zeigt den Klimaschutz- Nachhaltigkeitsvorsatz. Die Vorgehensweise der Stadt Hückelhoven sollte die Bezirksregierung zur Überprüfung der Sachlage und ihre Sinnhaftigkeit bei der Standortwahl bringen. Es geht schließlich um unsere Steuergelder. Wenn Steuergelder ausgekehrt werden ist die Überprüfung deren Einsatzes unabdingbar. In der Heinsberger Region z.B. Nähe Erkelenz wären Freiflächen für Gewerbenutzung mit erforderlicher Infrastruktur zu Autobahnen gegeben. Weitere Versiegelung von Flächen wäre nicht erforderlich. Wir sollten uns in Deutschland glücklich schätzen?.über jeden einzelnen Landwirt, der seinen Beruf gewissenhaft , Zukunftsorientiert mit nachhaltiger Denkungsweise ausübt. Der [ANONYMISIERT] steht unter Denkmalschutz, dessen Gesamtcharakter durch die Landesenteignung zerstört würde. Es gibt sicherlich

Landwirte, die ihren Beruf nicht ausüben möchten, können o.ä?..deren Land ggf. für weitere Versiegelungen (sofern irgendwas notwendig) zur Verfügung stehen würde. Warum können nicht bereits versiegelte Flächen genutzt werden..Flächen die nicht mehr genutzt werden (evtl ehem. Kasernengelände wie Petersholz). Auch stellt sich die Frage, weshalb neue Gewerbegebiete nicht in unmittelbarer Nähe zu Autobahnen entstehen können, um genau solche Probleme auszuschließen. Weitere Flächen würden evtl die ?Umsiedlungsdörfer? (v. Rheinbraun), die nun zur Debatte stehen nicht abgebagert zu werden, bieten. (Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich) Die dortigen verlassenen Häuser / Ortschaften sind als Wohnraumgebrauch unbrauchbar.. bieten jedoch genügend Fläche für Gewerbe.. Infrastruktur ist vorhanden und nahe einer Autobahn A46/61. Das Land, unsere Regierung hat eine bedeutsame Verantwortung seiner heimischen Landwirtschaft gegenüber..sie schwindet beängstigend. Die Politiker, welcher Partei auch immer, können nicht in jedem 2. Satz auf heimische Produkte, Streben nach Unabhängigkeit, Ressourcenknappheit, Umweltbewusstsein, Klimaschutz parolisieren und dann zulassen, dass ein Landwirt für die Versäumnisse einer Stadt mit seinem Ackerland weichen muß. Das passt einfach nicht zusammen. Ich lege aus daher Einspruch zur geplanten Ansiedlung eines Gewerbegebietes mit Neustrasse Hückelhoven-Baal / Hetzerath ein.

AZ: Ö-M-360	
1001643	
1008759	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan Köln Stellungnahme</p> <p>ich beziehe mich in der textlichen Festlegung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln auf Punkt G54 Seite 133</p> <p><b>G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen</b></p> <p>Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung sind als Vorbehaltsgebiet festgelegt.</p> <p>Sie dienen dem Ausbau des großräumigen, überregionalen und/oder regionalen Schienenverkehrs.</p> <p>Die weitere Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme durch die Fachplanung oder den Vorhabenträger soll sich an der im Regionalplan festgelegten Grobtrasse, oder, wenn keine Grobtrasse festgelegt ist, an dem Gebot der Bündelung von Verkehrstrassen orientieren.</p> <p>Planungen und Maßnahmen, die mit der geplanten Nutzung oder einer weiteren Konkretisierung der Schienenplanung nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.</p> <p>Aus den mir vorliegenden Unterlagen zur <b>Stellungnahme der Stadt Pulheim</b> zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird die <b>Trassenführung der geplanten Stadtbahnanbindung Widdersdorf - Brauweiler - Glessen - Oberaußem ? Niederaußem, in Brauweiler über die Helmholtzstraße</b> nicht kritisch besprochen und als gegeben angesehen, obwohl nach Alternativen gesucht werden soll und die endgültige Trassenführung in einer noch zu herstellenden Machbarkeitsstudie festzulegen ist.</p> <p><b>Die Stadt Pulheim ignoriert alle Einwände der über 1000 Brauweiler Bürger</b> die sich in einer Petition gegen die Trassenführung Helmholtzstraße ausgesprochen haben.</p> <p><b>Die Stadt Pulheim berücksichtigt nicht die Ergebnisse des Umweltberichts</b> zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Im Anhang J unter K_PUL_BM_Schiene_01 Seite 7 steht:</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei sechs Kriterien (Wohnen, Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, geschützte Landschaftsbestandteile, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.?

Diese Feststellung dürfte uneingeschränkt für die 600 Meter lange Fußgänger-und Fahrradfahrerallee entlang der Helmholtzstraße gelten, die in der geplanten Trassenführung ersatzlos geopfert werden soll. Diese Allee mit altem Baumbestand ist Teil des Abteiparks und hat einen sehr hohen Erholungswert für die Brauweiler Bürger.

**Die Trassenführung Helmholtzstraße über die Fußgänger-und Fahrradfahrerallee ist verkehrstechnisch gefährlich und wird zu zahlreichen Unfällen führen, zu befürchten zum Teil mit schwerwiegenden Folgen.** Es sind jeweils in sehr kurzer Entfernung 5 Bahnübergänge notwendig. Gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (§ 2) sind neue Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen als Überführungen herzustellen. Da 5 Überführungen nicht vorgesehen und nicht möglich sind, ist davon auszugehen, dass eine Einzelgenehmigung der Bezirksregierung Köln notwendig sein wird. Als besorgter Brauweiler Bürger und Kenner der örtlichen Verkehrslage habe ich mich bereits diesbezüglich mit Schreiben vom 25.05.2021 (beigefügt) an die Bezirksregierung Köln gewendet.

Ich wäre ihnen dankbar, ihre Vorgaben zu präzisieren und den Punkt **G.54 Festlegungen für Schienenplanungen wie folgt zu ergänzen:**

#### **G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen**

Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung sind als Vorbehaltsgebiet festgelegt.

Sie dienen dem Ausbau des großräumigen, überregionalen und/oder regionalen Schienenverkehrs.

Die weitere Konkretisierung der Bedarfsplanmaßnahme durch die Fachplanung oder den Vorhabenträger soll sich an der im Regionalplan festgelegten Grobtrasse

**(Bei Vorbehalt einer Machbarkeitsstudie an deren Ergebnis)**

oder, wenn keine Grobtrasse festgelegt ist, an dem Gebot der Bündelung von Verkehrstrassen orientieren.

**Kreuzungen von Bahnen und Straßen sind bei neuen Trassen so gut wie möglich zu vermeiden und als Überführungen herzustellen. Trassenalternativen mit wenig**



**Straßenkreuzungen müssen aus Personenschutzgründen vorgezogen werden.**

Planungen und Maßnahmen, die mit der geplanten Nutzung oder einer weiteren Konkretisierung der Schienenplanung nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008759.pdf](#)

AZ: Ö-M-361	
1001644	
1003631	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>mit Datum vom 28.07.2022 haben wir, Josef und Maria Pinsdorf,Ihnen unseren Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes zugesandt mit der Bitte um Zusendung einer Eingangsbestätigung.</p> <p>Leider ist unserer Bitte bis dato nicht entsprochen worden. Da wir davon ausgehen, dass Sie unseren Einwand nicht totschweigen wollen, können wir hier unsere Bitte nur wiederholen und den Eingang der Bestätigung erwarten. Sollten wir in der nächsten Zeit keine Eingangsbestätigung erhalten, werden wir uns an die Regierungspräsidentin Köln wenden.</p> <p>Hochachtungsvoll</p> <p>[ANOYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)</p>

AZ: Ö-M-362

1001617

1008762

#### Inhalt

Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planungen K\_PUL\_BM-Schiene\_01 und [...]

Durch die Planung der Trasse K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 wird in Pulheim-Brauweiler entlang der Helmholtzstraße zum einen ein wertvoller Naherholungsraum für die Einwohner und Rückzugs- und Lebensraum für Tiere zerstört. Zudem müssen für die Trasse wenigstens in diesem Abschnitt eine Vielzahl von alten Bäumen des Allenweges gefällt und Grünanlagen zurückgebaut werden. Gemeinsam mit der erforderlichen Versiegelung weiteren Bodens erachte ich das gerade in Zeiten des Klimawandels und zunehmender Starkregenfälle für unzeitgemäß, da hierdurch kühlende und wasseraufnehmende Flächen zerstört werden. Zudem wird der Grünstreifen neben der Helmholtzstraße auch als Schulweg genutzt, so dass die Trassenführung in diesem Bereich große Gefahren für Kinder bedeuten würde. Nicht zu vergessen auch die mit der Bahn verbundene Lärmbelästigung für die Anwohner.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-M-364	
1001653	
1003733	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit nehme ich zum Entwurf des Regionalplans Stellung und wende mich gegen die Ausweisung eines Gewerbegebietes in Gummersbach-Herreshagen, nordöstlich des Ortes zwischen L 306 und Warenkopf (vgl. Kartenausschnitt).</p> <p>Meine Einwendung begründe ich wie folgt: <b>Der vorliegende Entwurf des neuen Regionalplans sieht vor, dass landwirtschaftliche Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen erhalten bleiben sollen (Ziff. 4.4 der textlichen Festlegung).</b></p> <p>Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, dass Deutschland die Abhängigkeit von z. B. Getreideeinfuhren aus dem Ausland reduzieren und eigene Produktionsmöglichkeiten stärker nutzen sollte. Die Stadt Gummersbach (GM) hat Bedarf für Gewerbeflächen angemeldet und in die Regionalplanung aufnehmen lassen. Im o. g. Bereich handelt es sich dabei ausschließlich um landwirtschaftliche Nutzflächen und ein kleines Waldstück. Aktuell gilt der Grundsatz, dass der Bestand an landwirtschaftlichen Flächen nicht zugunsten von Bauland reduziert werden darf. Es ist schlecht einzusehen, dass den landwirtschaftlichen Flächen dieser Schutz, gerade vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, bei der Planung von Gewerbeflächen nicht zukommen soll.</p> <p>Es hat sich gezeigt, dass Gewerbegebiete ?auf Vorrat? eingerichtet werden. Sie liegen dann über Jahre brach, werden vorübergehend als Erddeponie genutzt, planiert und viele Jahre nach der Nutzungsänderung tatsächlich bebaut. Der landwirtschaftlichen Nutzung werden sie frühzeitig ohne zwingenden aktuellen Bedarf entzogen. Auch wenn die Flächen aktuell nicht zur Erzeugung von Lebensmitteln genutzt werden, ist dies künftig möglich. Die Stadt GM möchte diese Flächen dauerhaft versiegeln und mit Gewerbegebäuden und -flächen für immer einer landwirtschaftlichen Nutzung entziehen.</p> <p><b>Der vorliegende Entwurf des neuen Regionalplans will Erfordernisse des Klimaschutzes und die Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen (Ziff. 2.1 der textlichen Festlegung).</b> U.a. wird die Sicherung von Kohlenstoffsinken angesprochen. Neben Mooren speichern auch Wälder und Wiesen Kohlenstoff. Wenn bei letzteren die Intensität auch nicht mit der von Mooren vergleichbar ist, so sollte nach den Ausfällen von großen Waldflächen durch Borkenkäferbefall jeder ha zählen und erhalten bleiben. Es wird Jahre dauern, ehe die geschädigten Waldflächen wieder</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

große Mengen Kohlenstoff binden können. Bei Interessenskonflikten sollte alles, was dem Klimaschutz dient, hoch angesiedelt werden. Die Stadt Gummersbach (GM) hat Bedarf für Gewerbeflächen angemeldet und in die Regionalplanung aufnehmen lassen. Im o. g. Bereich handelt es sich dabei ausschließlich um landwirtschaftliche Nutzflächen und ein kleines Waldstück. Ich halte das für nicht vertretbar. Belange des Klimaschutzes scheinen komplett ignoriert worden zu sein.

**Die Planung richtet sich gegen die Interessen der Grundstückseigentümer.** Der größte Anteil der überplanten Flächen steht im Eigentum von Menschen, die ihre Parzellen nicht freiwillig hergeben und weiter wie gehabt nutzen möchten.

**Herreshagen hat einen dörflichen Charakter mit Ruhe, viel Grün und Ausblick auf Wiesen und Wälder.** Das wird sich in der über Jahre andauernden Bauphase von Gewerbeflächen und -bauten, danach durch den Betrieb von Firmen durch zunehmenden (Schwerlast-) Verkehr, Industrielärm und 24h-Beleuchtung stark nachteilig verändern. Durch den Ort zieht sich die Durchgangsstraße von Kotthausen kommend bergab durch eine Tallage. Die Häuser liegen größtenteils an den Hängen. Im Bereich Schladerweg, vor allem aber am Tiefenthaler Weg werden die Bewohner künftig auf Industriehallen blicken. Die niveaumäßig oberhalb der Wohnungen liegenden Hallen werden von einigen als bedrohlich empfunden werden. Der Wohnwert wird für viele Bewohner stark sinken, die Immobilien werden an Wert verlieren.

**Jedes staatliche Handeln hat sich am Übermaßverbot zu messen.** Es ist sehr fraglich, ob es in der aktuellen Lage noch richtig sein kann, immer mehr Gewerbeflächen zu schaffen und wichtige Belange vom Klimaschutz über die Sicherung von Lebensmittelerzeugung bis hin zum Wohnwert der Bevölkerung hintan zu stellen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-365	
1001618	
1008899	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Ortsbauerschaft Ellen hat natürlich ein enormes Interesse am Wirtschaftswachstum in unserer Region. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass den Landwirten, vor dem Hintergrund europa- und weltpolitischer Entwicklungen, weiterhin schwierige Zeiten bevorstehen. Es ist nun umso wichtiger, dass auch die regionale Politik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärkt und nicht etwa abbaut. Hierzu gehört auch die Gewährleistung, dass ausreichend Ackerflächen zur Verfügung stehen. Der derzeitige Planungsstand bringt jedoch einen enormen Einschnitt für die wirtschaftliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe mit sich.</p> <p>In der Vergangenheit hat in unserer Gemeinde für Kompensationsmaßnahmen (A4 Verlegung, Hambachbahn) schon ein enormer Flächenverbrauch stattgefunden. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind jedoch dringend auf die landwirtschaftlichen Eigentums- und Pachtflächen angewiesen um ein wirtschaftliches weiterführen der Betriebe zu gewährleisten.</p> <p>Darüber hinaus führen die Ausweisung der geplanten FFH-, Wasserschutz-, und Naturschutzgebiete auf Grund des geplanten Pflanzenschutzverbots der EU zu erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen der landwirtschaftlichen Betriebe. Aus Sicht der Ortsbauerschaft Ellen müssen daher aus den vorgenannten Gründen die beabsichtigten Planungen abgelehnt werden. Wir bitten um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphasen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

**Inhalt**

Ich lehne die geplanten Gewerbegebiete Lindern und Baal ab, da sie durch die enorme Versiegelung unsere hochwertigen Böden schaden und weitere gesichtsloser Orte wären an denen sich niemand aufhalten will. Das Revier in Lindern gehört zu den besten Böden Deutschlands und soll nicht durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen werden. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher? Ich lehne auch die dafür gebaute L364n ab, da es eine unnötige Straße ist die zwischen meinem und meinem Nachbardorf entsteht und unseren Wald dort zerstört. Wir haben nur diesen Einen. Die Dorfstrukturen auch meiner umliegenden Dörfer werden zerstört. Schlimm genug, dass wir die Dörfer für die neuen Kohlereviere hergeben mussten und geliebte Verwandte nun in gesichtslosen unentwickelten Dörfern ohne Bauern leben. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben doch freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Landschaften schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen des Landes. Sie wollen nicht plötzlich unmittelbar an einem Gewerbegebiet leben. Die Chancen des notwendigen Strukturwandels würden nicht genutzt werden. Strukturwandel scheint für unsere lokalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft nicht mehr funktionieren. Wir brauchen die vorhandenen unversiegelten Flächen um Hochwasserkatastrophen wie ein Schwamm entgegenzuwirken. Oder möchten Sie einer der nächsten sein der sein Haus absaufen sieht? Nein? Gut, dann lesen Sie aufmerksam weiter: Hier einige Alternativen zum neuen Gewerbegebiet:

- die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
- die Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,
- die Umnutzung alter Gebäude,
- die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,
- eine Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs.

Die Erkenntnis, dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generation unsere Erde verbrauchen dürfen sollte angekommen sein. Das Motto "Fläche ist billig und ausreichend da" ist nicht zeitgemäß. Neue Gewerbeflächen fressen sich wie

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines



Krebsgeschwüre in die Landschaft, da sie meistens eingeschossig sind und durch Parkplätze Flächen verschlingen. Eine Gegenkonzept wäre bestehende Gewerbegebäude aufzustocken und Parkplätze zu verkleinern. Jede Parkfläche die weicht sollte im besten Fall für Bäume investiert werden die uns in trockenen und heißen Sommern Schatten bieten und unsere Städte vor Höchsttemperaturen schützen. Des Weiteren müssen wir über andere Transportmöglichkeiten sprechen. Die Mobilitätswende betrifft schließlich nicht nur Personen- sondern auch Güterverkehr. Also nicht nur in den Großstädten die Schienennetze auszubessern sondern es bereits bei kleinen Städten und Dörfern besser zu machen indem wir wie die Niederländer mehr Fußgängerzonen schaffen. Es sollen wieder Orte der Begegnung entstehen und nicht Orte die durch Autostraßen geprägt sind. Schienen reaktivieren und neue Netze fördern ist die langfristige Sicht. Google, Amazon und Uber sind in Gesprächen zur Mobilitätswende. Verspielen Sie diese Chance bitte nicht. Ich bitte Sie meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausweisung eines GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Bezüglich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern wird der Stellungnahme hingegen nicht gefolgt. Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der

LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Bereich Geilenkirchen-Lindern geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

AZ: Ö-M-38

1001153

1000685

#### Inhalt

Hiermit lege ich Einspruch gegen die Neuaufstellung Regionalplan Köln, ? im Besonderen die Pläne auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen -, ein!

#### Begründung:

Die ausgelegten Pläne lassen eine Bebauung/Versiegelung von klimaaktiven Flächen/Bereichen im Stadtgebiet Leverkusen zu.

Vor allem die Bereiche, im Osten der Stadt Leverkusen sind für das Stadtklima äußerst wichtig und für die Gesundheit der Bevölkerung extrem notwendig. Hier befinden sich nicht nur sehr wertvolle und ökologisch bedeutende Böden (Parabraunerde), sondern lebenswichtige Kaltluftentstehungszonen, sowie Kaltluftschneisen. Es handelt sich bei diesen Flächen eindeutig um ?klimaaktive Flächen?.

Siehe dazu auch ?Fachinformationssystem Klimaanpassung des LANUV <http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/> hier die Karte ?Klimaanalyse/Parameter Klimaanalysekarte (nachts)?. Hier wird dargestellt wie die Richtungen und Stärke der Kaltluftströme zurzeit sind. -Anhang 1

Klimaaktive Flächen sind für das Stadtklima lebensnotwendig und dürfen nicht vernichtet werden! Eine weitere Versiegelung dieser für das Stadtklima wichtigen Gebiete, würde mein (und das von allen anderen Bürgern) Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (§2 GG) missachten. Siehe dazu auch die Publikationen zum Thema u.a. <https://www.bmu.de/themen/gesundheitschemikalien/gesundheitschemikalien-im-klimawandel>

Im Sinne des Klimaschutzes und der notwendigen Klimaanpassungskonzepte ? siehe auch ?Klimaanpassungskonzept der Stadt Leverkusen -Endbericht 2020- dürfen klimaaktive Gebiete nicht durch Neuversiegelung vernichtet werden ? Das Gebot, zum Schutz vor allem der nachkommenden Generationen müssen klimaaktive Gebiete als BAUVERBOTSZONEN deklariert werden und so ein für alle Mal vor einer Versiegelung geschützt werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan-Entwurf wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, zu denen auch die Stadt Leverkusen gehört, wurden insbesondere die v.g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

AZ: Ö-M-385	
1001620	
1002370_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gerne nehme ich von der Möglichkeit gebrauch meine Bedenken der aktuellen Regionalplanung der Bezirksregierung Köln zu äußern. Am Beispiel der Planungen der Gewerbeplanung in Lindern, Hückelhoven (Houverath, Marienhof), Baal, Erkelenz habe ich gemerkt was für eine immense Größe an Flächen noch verschwinden soll. Für unseren Wohlstand entziehen wir der Natur immer mehr Flächen, um sie unwiederbringlich zu versiegeln. Ich wünsche mir mehr Mut für neues Denken in der Politik und weniger reines Wachstumsdenken.</p> <p>Hautnah habe ich in Hückelhoven mitbekommen wie beliebig die Flächenwahl für neue Gewerbegebiete stattfand. Am Marienhof sollte ein Bio Bauer sein Land verkaufen, damit neue Gewerbegebiete erschlossen werden. Ein Landwirt aus Überzeugung der um kein Geld der Welt einen Deal eingegangen wäre und die lauten Bürgerproteste haben eine Umplanung in Gang gesetzt. Aber es wird nicht verstanden, dass es auch nicht besser wird, wenn man das gleiche Vorhaben ein paar Kilometer weiter angeht. Es geht mir nicht um Kirchturmpolitik sondern um das grundsätzliche Verständnis wie wir mit unseren Ressourcen umgehen.</p> <p>Es gibt viele Argumente die gegen Gewerbegebiete nach altem Standard sprechen. Hier die aus meiner Sicht sehr wichtigsten. Ich bin gegen die aktuellen Planungen, ....</p> <p>..., weil die Ackerböden des Heinsberger Landes selten und erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen und der Tierwelt genommen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher?</p> <p>..., weil die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt werden. Es geht immer nur um Gewerbesteuererinnahmen, Wachstum und Arbeitsplätze. Beides nützt uns nichts, wenn wir unsere Lebensgrundlage vernichten. Obwohl wir die Folgen kennen machen wir weiter wie bisher. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren.</p> <p>Alternativen zum neuen Gewerbegebiet gibt es, aber die 20 Jahren alte Pläne werden als Alternativlos dargestellt. Ansätze könnten so aussehen:</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der</p>

- Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
- Nutzung innerstädtischer Flächen,
- Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,
- Umnutzung alter Gebäude,
- Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,
- Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs
- Schutz von wertvollen Lössboden.

Die modernen Bauweisen der Produktionshallen sind überwiegend eingeschossig. Zudem verschlingen großzügig bemessene Parkplätze übermäßig viel Fläche. Ein Grund dafür ist das billige Gewerbeland, dass die Städte im Konkurrenzkampf um die Gewerbesteuer den Betrieben zur Verfügung stellen. Hier liegen die Gründe auch im System. Wie im Wohnungsbau können wir uns auch bei den Gewerbeflächen diesen Flächenkonsum in Verantwortung für die nächste Generation nicht mehr leisten. Entsprechend könnte auf die Bebauung der vielen kleineren noch freien Flächen in derzeitigen Gewerbegebieten besetzt werden, die herkömmlichen Bauweisen überdacht und dazu übergegangen werden, bestehende Gewerbe-Gebäude ggf. aufzustocken, überdimensionierte Parkplätze zu verkleinern usw

#### **Der Punkt Generationengerechtigkeit ist für mich besonders wichtig.**

Zurzeit sind unsere Gesellschaft und auch die Gesellschaften der Welt in der Diskussion, die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Dabei hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generation unsere Erde verbrauchen dürfen. Statistik: Nach Angaben des Statistischen Bundesamts hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche von 1992 bis 2018 von 40.305 auf 49.819 Quadratkilometer (km<sup>2</sup>) ausgedehnt. Das sind ca. 9.500 km<sup>2</sup> oder 950.000 ha Fläche, die der Natur und der Landwirtschaft entzogen wurde. Wir entscheiden heute mit dem Wissen von heute und der Verantwortung für unsere Kinder.

Es ist Zeit für zeitgemäßes umdenken. Wir müssen die althergebrachte Denke ablegen und mehr Verantwortung übernehmen. Unsere Erde ist krank und wir haben sie mit unserer Lebensweise krank gemacht. Wir müssen alles daran setzen sie zu pflegen. Wir haben nur eine, unsere Lebensgrundlage.

Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen

Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausweisung eines GIB in Hückelhoven-Houverath sowie eines GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001810 sowie Stellungnahme ID 1001804).

Bezüglich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern wird der Stellungnahme hingegen nicht gefolgt. Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Auch hinsichtlich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung von GIB auf dem

Gebiet der Stadt Erkelenz wird der Stellungnahme nicht gefolgt. Wie bereits erwähnt, wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier zum Teil auch belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan der Stadt Erkelenz ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-386	
1001670	
1002405_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Anregungen, Bedenken gegen den, von der Gemeinde Wachtberg, aufgestellten Plan bzgl der Wohnbebauung hier Ortsteil Villiprott.</p> <p>Die Gemeinde Wachtberg im Rhein-Sieg Kreis, hat das im Regionalplan 2021 bezeichnete Gebiet WAC_ASB_5, als ASB/zASB ausgewiesen. Dagegen möchte ich meine Bedenken äußern und Sie freundlich bitten diese, wenn möglich zu berücksichtigen.</p> <p>Seit über 40 Jahren bin ich in Wachtberg Villiprott, am (anonymisiert) beheimatet. Als Naturfreund, Hunde- und Pferdebesitzer kenne ich mich dort recht gut aus. Villiprott ist ein hübsches Runddorf, umgeben vom Kottenforst und einer landwirtschaftlich genutzten Fläche insbesondere Acker- und Weideland, Streuobstwiesen und Gärten im Altbestand, der von den umliegenden Städten als Naherholungsgebiet geschätzt wird. Gerade die Zufahrt, über den eben erwähnten (anonymisiert), der einen herrlichen Blick auf das Siebengebirge und das angrenzende Tal nach Pech bietet, wird von Radfahrern gerne genutzt. Auch dort soll Bauland ausgewiesen werden. Bei derzeit 550,00 ? je m² könnten sich dieser Erwerb für viele Menschen als recht schwierig erweisen. Die Fahrstraße befindet sich oberhalb des recht steil abfallenden Weidelandes. Eine neuer Zuweg sollte dann dort ausgewiesen werden, so hieß es zumindest. Dies rechnet sich aber sicherlich nur, wenn entsprechend große Flächen zur Bebauung ausgewiesen würden. Bedenklich erscheint mir hier, dass das Wasser, das vom Kottenforst her rüber drückt einer Bebauung im Wege stünde. Zumindest auf den darüberliegenden Weideflächen kämpfen die Nutzer seit Jahren dagegen an.</p> <p>Das Dorf selber hat bis auf ein Ausflugslokal und eine Pferdeklinik keinerlei Infrastruktur. Zu viele parkende Autos der Anlieger die die kleinen Straßen versperren, ein für meine Begriffe unzureichendes Kanalnetz. Der Ort ist abgegrenzt und wurde lediglich vor ca. 6 Jahren durch ein südliches Bebauungsgebiet sowie vor ca. 50 Jahren durch eines an der L128 ergänzt. Es gibt einigen Leerstand bei den Immobilien und immer wieder mal Häuser die zum Verkauf angeboten werden. Da sich hier alles im gehobenen Preisniveau befindet, dauert es im Schnitt ca. 1 Jahr bis die Objekte verkauft sind. Würden in dem angegeben Umfang Bauflächen ausgewiesen wäre entsprechendes Straßennetz unumgänglich.</p> <p>Zu der Fläche im nördlichen Dorfbereich, möchte ich auf die Studie von 2010 des Instituts für Ökologie und Landschaftsplanung, verweisen. Meines Erachtens hat sie immer noch absolute Gültigkeit. Das Plateau zwischen dem Ortsrand Villiprott und</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verringern. Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen (s. auch Stn ID 1004320).</p> <p>Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen</p>



Pech, das jetzt als Ackerland genutzt wird würde nach und nach für die Landwirtschaft verloren gehen und von Häusern bebaut werden. Können wir uns das heutzutage noch leisten?

Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.

AZ: Ö-M-387	
1001596	
1003607	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft: Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Flurstücke 8-807-004, 8-807-005, 8-808-006 und 8-809-010</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>es war ein Segen für die Millionenstadt Köln, als in den 1920er Jahren der damalige Oberbürgermeister von Köln mit den Grünanlagen am Militärring die sogenannte ?Grüne Lunge? für die Stadt erschaffen hat. Jeder Kölner kennt das und weiß das zu schätzen.</p> <p>Wir, die Einwohner von Neubrück, haben mit den Parks am Eiskaulenweg, mit der Brücker Birnbaumallee, mit der Flehbachaue und Feldern bis zum Friedhof, mit dem ehemaligen Madaus-Gartenland-Gelände entlang des Neubrücker Ringes und den Feldern dahinter eine ?Kleine Grüne Lunge? und ein Naherholungsgebiet seit vielen Jahrzehnten.</p> <p>Gerade in der Coronazeit und dem Lock-down wussten wir zu schätzen, gefahrlos in die unserer Natur vor unserer Haustür Spaziergänge zu unternehmen. Wir haben Frischluft und Erholungsmöglichkeiten vor der Tür.</p> <p>Brauchen wir noch mehr bebautes Land und damit mehr Menschen in dieser Umgebung auf engem Raum? Meiner Meinung nach ein klares Nein! Eine weitere Bebauung mit Versiegelung von natürlichen Flächen wird zwangsläufig zu einer weiteren Temperaturerhöhung führen. Wir bekommen diese Situation ja gerade in diesem Sommer 2022 wieder einmal stark zu spüren!</p> <p>Ich möchte nicht, dass zusätzlich durch die jahrelangen Baumaßnahmen und die riesigen Baustellen unsere Natur anhaltend gestört und zerstört wird.</p> <p>Nehmen Sie bitte unsere Umwelt und die Natur ernst. Viele verschiedene Vogelarten, Säugetierarten, Insekten und Pflanzen haben hier ihren einzigartigen Lebensraum und verdienen unseren Schutz!</p> <p>Hochachtungsvoll</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-388	
1001638	
1003580	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zur Erhaltung der grünen Lunge Kölns ist es unbedingt erforderlich, dass die Flurstücke 8-807-005, 8-807-004, 8-809-010, 8-808-006 nicht bebaut werden. Besonders für Neubrück ist es nicht möglich, da die Infrastruktur völlig fehlt. Die Frischluftschneise für die rechtsrheinischen Vororte muss unbedingt erhalten bleiben. Eine weitere Versiegelung der Naherholungsgebiete ist nicht tragbar!</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-389	
1001639	
1003589	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Es geht um die <b>Flurnummern 8-807-004, 8-807-005, 8-808-006 und 8-809-010</b>. Ich wohne seit über 50 Jahren in meinem Eigenheim in Köln-Neubrück und damit im unmittelbaren Einzugsbereich der geplanten Neuaufstellung "<u>Regionalplan Köln</u>".</p> <p>Ich widerspreche entschieden der im neuen Regionalplan vorgesehenen Bebauung dieser bisher unbebauten Flächen. Der Stadtteil Neubrück ist mit seiner großen Zahl an eng beieinanderstehenden, mehrstöckigen Wohnhäusern mit Miet- und Eigentumswohnungen schon als solcher ein eng bebautes Areal und somit einer Fülle versiegelter Flächen. Schon jetzt zeigt sich angesichts des Klimawandels durch diese Art der Bebauung bei den seit Jahren zunehmenden Hitzegraden im Sommer ein deutlicher Temperaturanstieg und eine eingeschränkte Frischluft-Luftzufuhr, unter denen wir Bewohner massiv leiden. Derzeit finden wir Bewohner im Umfeld von Neubrück eine große Zahl an naturnahen Wegen und landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Erholung von den unzuträglichen klimatischen Bedingungen innerhalb des Stadtteils, so z. B. am Eiskaulenweg, der Brücker Birnbaumallee, der Flehbachaue und dem Steinweg. Wenn diese Erholungsmöglichkeiten und die derzeitige Frischluftzufuhr (auch durch einen jahrelangen Vorlauf infolge der massiven Bautätigkeit) wegfallen, dürfte bei der Zunahme der entstehenden Wärmeinseln mit einer erhöhten Anzahl von Krankheits- und Todesfällen zu rechnen sein. Die mit den Bauvorhaben verbundenen Flächenversiegelungen bedrohen neben dem Naturverlust die weitere Verhinderung von Wasserabflüssen u.a. nach Niederschlägen (Starkregen, Überschwemmungen!).</p> <p>Die vorgesehene Neuaufstellung "Regionalplan Köln" führt, wie dargestellt, zu einer umfassenden Schädigung von Mensch und Natur und darf so auf keinen Fall in die Tat umgesetzt werden.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-391

1001609

1003519

#### Inhalt

**Betreff:** Neuaufstellung "Regionalplan Köln" 8\_809\_010 / 8\_807\_005 /8\_807-004 / 8\_808\_006

Meine Stimme zählt ! Hier meine Daten: [ANONYMISIERT]

Den Sinneswandel der Entscheider/innen kann ich nicht nachvollziehen. Jahrzehntelang ist propagiert worden, das die Frischluftschneise für KÖLN ? City ungeheuere Wichtigkeit hat, und nun soll das alles keine Rolle mehr spielen ??? Vor 40 Jahren ist uns eine Anbindung an das Straßenbahnnetz versprochen worden, die Vorkehrungen auf dem Neubrucker Ring sind auch angelegt, aber geschehen ist nichts. Man hat Milliarden ? lieber in der U ? Bahn verbaut. Die Kanrad Adernauer Siedlung war mal angelegt als Vorzeigesiedlung in EUROPA. Der Stern sinkt immer mehr. Die Wohnqualität wird immer weniger. Ich bin gegen eine Bebauung der o.g. Grundstücke.

Mit freundlichen Grüßen  
[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-392	
1001610	
1002377	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> "Regionalplan Köln"</p> <p>Flurnummer 8-809-010, 8-807-005, 8-808-006, 8-807-004</p> <p>Keine weitere Flächenversiegelung in Zeiten des Klimawandels! Ich bin gegen weitere Bebauung.</p> <p>POLITIK hören Sie auf weiterhin den Zahn der Zeit zu verschlafen. Beenden der Massentierhaltung lange überfällig! Nutzen Sie dann diese Flächen zur Bebauung. Reduzierung von Beleuchtung, späteres einschalten wo Beleuchtung nötig IST. Keine Werbung mehr in allen Medien für Grillen und Fleischkonsum. Das ist nicht mehr zeitgemäß!!</p> <p>Es machte mich schon fassungslos das der Rather See zur Wasserskianlange wird!! Dieser wunderschöne Bereich für viele Tierarten geht somit auch verloren. Diversität schonmal gehört? Geld kann man nicht fressen. Das wird Gott sei Dank eh ein finanzielles Desaster aufgrund Ukraine...kann sich kaum jemand leisten.</p> <p>Die häßliche Bebauung entlang der Rösrather Str. ist eine Katastrophe!!</p> <p>Die Flüchtlingshäuser am Neubrücker Ring!! Seit Ende 2015 verdreckt unser Wohngebiet immer mehr. Überall liegt der Sperrmüll!!! Um den Netto ein Saustall! Sicherheitsdienst im Netto, spricht für sich. Hat es nie gegeben! Sicherheitsdienst um den Rather See wurde zusammen geschlagen! Insofern macht das niemand mehr. Keiner lässt sich für 9 Euro die Stunde die Fresse polieren. Judenfeindlichkeit entsteht wieder neu! In Deutschland nach dem Krieg nicht mehr nennenswert und üblich. Ansonsten schauen sie mal wo das in der Welt gang und gäbe ist, welche Bevölkerungsgruppen das sind....Diese Konflikte haben wir zwangsläufig bald auch hier. Kalk hat Kameraüberwachung!! Wird bald zur no go aerea. Dann wird sich das ausdehnen über Vingst, Ostheim und Neubrück! Überall wird es zur Gewohnheit, das diese weibliche Zuwanderung in ganzer Verschleierung rumläuft als wäre es die größte Selbstverständlichkeit.Ich habe seit 2016 Angst durch die Felder zu spazieren, nur mit Pfefferspray. Trage bei 35 Grad keinen Shorts und tank top mehr!!</p> <p>An muslimischem Männer Gruppen vorbei zu gehen im Feld kein Vergnügen. Ficki ficki. Unsere Obdachlosen bekommen keine Unterkünfte gebaut, Zuwanderung mutet man nicht zu in Zelten zu wohnen oder wie unsere Obdachlosen in</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Sammelunterkünften?! DEUTSCHE DIE AUSWANDERN MÜSSEN SICH IM  
AUSLAND ANPASSEN UM FUSS ZU FASSEN!?

WANN WACHEN SIE AUS IHREM DORNRÖSCHENSCHLAF AUF?

Ich habe mir hier Eigentum gekauft. Und lebe mit ausländische Nachbarn VENOVIA die ihre Teppiche, Bettwäsche und Schlafanzüge über die Balkonbrüstung pfeffern! Wenn man was sagt wird man bedroht. Es wird in Vorgärten gegrillt auch bei grössterr Trockenheit. Betretungsverbote auf privaten Gelände werden grundsätzlich ignoriert und Törchen eingetreten. Regeln gibt es nicht. Hier leben Leute seit 40 Jahren die kein Wort Deutsch sprechen.

Dem ist nichts hinzuzufügen obwohl es noch viel zu sagen gäbe.

Ziehen Sie mit Angela Merkel doch mal nach Kalk in die Trimbornstraße und bewegen sie sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch Köln, dann wissen sie schnell was hier abgeht. Das ist die beste Schule. INTEGRATION MEHR ALS MISSLUNGEN! Ich muss hinzufügen: Ich bin kein Nazi, ich möchte wieder in Ruhe und angstfrei leben, ohne Dreck.

MfG

AZ: Ö-M-393	
1001656	
1008438	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Das Konzept sollte im Hinblick auf die aktuell veränderte geopolitische Lage und die unübersehbaren klimatischen Veränderungen überdacht und neu bewertet werden. Ein weiterer Flächenverbrauch für Bebauungsmaßnahmen sollte vermieden werden, wertvolle landwirtschaftliche Flächen und Flächen für den klimatischen Ausgleich und als Speicher für große Regenmengen gingen verloren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p>



**Inhalt**

Zudem ist der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Düren von 2021 in den westlichen Ortsteilen Gürzenich und Rölsdorf (Bezeichnung in der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans W\_GZ\_09 und W\_RD\_12; siehe Skizze und Ausschnitt aus dem FNP) bei direkten und mittelbaren Anwohnern auf eine große Ablehnung gestoßen. Man kann deshalb davon ausgehen, dass eine Änderung des Regionalplans mit der Option der Umwandlung von Agrarflächen in Bauland ebenso abgelehnt wird.

1. Laut "Begründung" der Stadt Düren zur Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) von 2021 werden "Im Sinne des schonenden Umgangs mit der Ressource Boden und anderen natürlichen Ressourcen (...)" innerörtliche Brachflächen und Bestandsgebäude prioritär entwickelt. Auf diese Weise wird ein Netz von innerstädtischen Freiräumen und einzelnen Grünflächen ("Inseln") gesichert und ausgebaut. Sie nehmen ihre Funktion als Erholungsräume wahr und verbessern als Frischluftschneisen nachhaltig das Stadtklima. So tragen die Freiräume erheblich zur Steigerung der Wohnqualität in Düren bei." Die Bundesbauministerin hat vor ca. drei Wochen Städte und Kommunen zur Anpassung an den Klimawandel aufgerufen. Sie betonte, dass Städte mehr Frischluftschneisen, mehr Wasser und mehr Grün brauchen. Die Stadt Düren sollte Frischluftschneisen und Grün in den Randbezirken erhalten, vor allem in Hinblick auf die heißen Sommermonate der letzten Jahre.
2. Ein weiteres Zitat aus der "Begründung": "In der Klimaanalyse des LANUV (2019) sind des weiteren Gebiete, in denen bei einer angenommenen Temperaturzunahme von einem Grad Celsius eine ungünstige oder sehr ungünstige thermische Situation herrschen würde, als Vorsorgebereiche dargestellt." Dieses betriebe unter anderem Rölsdorf. Aber auch in Gürzenich und anderen Ortsteilen würden große Bereiche zusätzlich belastet werden. Es wäre konsequent, auf eine zusätzliche Bebauung zu verzichten, sodass Gebiete mit einer günstigen thermischen Situation nicht zusätzlich belastet werden, sondern dass sie weiterhin eine Ausgleichsfunktion haben.
3. Das Areal in Gürzenich wird im Umweltsteckbrief als "Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion und potenzielle(r) Kaltluftschneise aufgrund Südexposition im Plangebiet und Umfeld" kategorisiert. In Rölsdorf wird das Areal als "Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion" beschrieben. Die Flächen sollten weiterhin diese Funktionen erfüllen.
4. In der Begründung zum FNP findet man die Aussage, dass landwirtschaftliche Flächen gesichert werden. Das landwirtschaftliche Produktionspotenzial werde als wichtiger Wirtschaftszweig durch den offenen und intensiven Dialog mit den Landwirtinnen und Landwirten sowie eine möglichst geringe Flächeninanspruchnahme

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise zu einem kommunalen Bauleitplanverfahren vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Es liegt eine Anregung der Stadt Düren zu den benannten Flächen vor. Es wird auf die Erläuterungen zur StnID ID 1005407 verwiesen.

gesichert. Laut "Begründung" weist Düren eine hohe Bodenqualität für die Landwirtschaft auf, worauf auch der ackerbauliche Schwerpunkt der Landwirtschaft in Düren zurückzuführen sei. Die meisten Böden in Düren erreichen eine Bodenwertzahl (Ackerzahl) von über 70. Die "Umweltsteckbriefe" stufen die Böden in den Arealen als "schutzwürdige Böden" ein mit "sehr hoher Regler- und Pufferfunktion/nat. Bodenfruchtbarkeit". Hochwertiges Ackerland, das direkt oder indirekt der Lebensmittelproduktion und als Frischluftschneise dient und große Regenmengen speichern kann, sollte nicht in Bauland umgewandelt werden.

5. Die Versiegelung von Landwirtschaftsflächen sollte gerade bei den häufiger werdenden Extremwetterlagen zurückhaltend erfolgen, die Funktion als Wasserspeicher geht verloren. Zudem tragen durch Bebauung versiegelte Flächen nicht zur Abkühlung bei.

6. Im Flächennutzungsplan (FNP) 1999 wurde der Außenbereich Gürzenich / Rölsdorf die Areale (W\_GZ\_09 und W\_RD\_12) angrenzen bis zum Ortsteil Birgel (letzterer wird nachfolgend nicht weiter

beschrieben) als "Maßfläche zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft" ausgewiesen. Ein Teil dieser Maßfläche soll laut dem Entwurf des FNPs (2020) in ein Wohngebiet umgewandelt werden, unter "Maßfläche..." wird im Entwurf ergänzt "wird im weiteren Verfahren angepasst", von Natur und Landschaftsentwicklung ist keine Rede mehr. Die Klassifizierung von 1999 wird somit gekippt, sie scheint im Jahr 2021 nicht mehr zu gelten.

7. Es ist zu befürchten, dass, wenn wieder ein Teil des Ackerlandes in Bauland umgewandelt wird, dieses einer weiteren Bebauung Vorschub leistet und somit zu mehr Flächenverbrauch führen kann, falls die

Änderung des Regionalplans dieses zulässt. Diese Sorge habe ich bereits in einem Verfahren im November 2006 geäußert. In der Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung wurde mir Folgendes mitgeteilt: "Eine Ausweitung des Plangebietes ist nicht beabsichtigt und sieht der Bebauungsplan nicht vor. Westlich und südlich an das Baugebiet schließen im Bebauungsplan ökologische Ausgleichsflächen an."

Anmerkung: die westlichen Ortsteile sind Rölsdorf und Gürzenich. Diese Aussage ist eindeutig, dennoch hat die Stadt Düren eines der genannten Areale in der letzten Aktualisierung des FNPs als "Allgemeinen Siedlungsbereich" (ASB) deklariert, obwohl dieses im Entwurf von 11/2020 noch als "Prüffläche / Wohnbauflächen Neu" bezeichnet war, das zweite Areal soll über eine Änderung des Regionalplans zukünftig potentiell Bauland werden.

Vgl. Blatt 02-03 aus "Zeichnerische Festlegungen" des Kreises Düren.

8. In den Wohngebieten, die an die Areale W\_GZ\_09 und W\_RD\_12 angrenzen, sind die schmalen Straßen bereits jetzt überlastet. Neue Straßen müssten als Zuwegung gebaut werden, was eine weitere Flächenversiegelung bedeuten würde.

9. Nach mündlichen Informationen reicht die bestehende Kanalisation in den Wohngebiete, die an die Areale W\_GZ\_09 und W\_RD\_12 angrenzen, für Schmutz- und Regenwasser nicht aus, um zusätzliche Wassermengen aufzunehmen. Dieses ist insbesondere bei zukünftigen Starkregenereignissen relevant.

10. Meines Wissens stehen Artenschutzprüfungen noch aus. Das Vorkommen von

Fledermäusen, Feldlerchen, Feldhasen u.a. sind zu berücksichtigen.

11. Die Produktion von Beton für den Hausbau ist energieintensiv, die dabei entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Energieaufwand und chemischen Reaktionen sind nicht vernachlässigbar. Nach Schätzungen ist die Betonproduktion für ca. 6 bis 9 % aller industriellen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. In der gegenwärtigen Situation sind sowohl ein restriktiver Einsatz von Energie als auch die Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zwingend erforderlich.

[s. Anhang Abb. StnID\_1008439, S.1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008439.pdf](#)

AZ: Ö-M-394

1001621

1003642

#### Inhalt

Hiermit plädiere ich gegen eine Neuaufrstellung ihres REGIONALPLANES mit der Auslegungsfrist vom 07.02.2022 bis zum 31.08.2022 bezüglich der Grundstücke in Köln Brück, Neubrück und Rath wie z.B. ehemals Madaus Gartenland und auch weitere Bebauungen.

Sehr komisch, wie konnten denn die Ausbaupläne erneut auf die Liste der zur Bebauung ausgeschriebenen Flächen gelangen, obwohl der Bürgerverein dagegen war und dies auch der Bezirksvertretung mitteilte.

Diese Stellungnahme ist ebenfalls gültig für meine Nachbarin [ANONYMISIERT]

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-396

1001611

1008823

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

**Betreff:** Neuaufstellung Regional Plan AZ 32.01/Brühl

Widerspruch: Bebauung Acker Rodderweg/Willi-Brandt-Str., Brühl

Dieses unbebaute Ackerland oberhalb von Brühl ist erwiesener Maßen nicht nur D I E Frisch- und Kaltluft-Entstehungszone, sondern auch Wasserauffang- und -rückhaltezone.

Diese Zuluftzone ist umso unverzichtbarer, da die dafür auch vorgesehenen Flächen/Korridore oberhalb durch die FH- bzw. Akademie-Bauten, unterhalb durch den BTV blockiert werden und die Theodor-Heuss-Str. als Ein- und Ausfallstraße total überlastet ist.

Hinzu kommen in Brühl trotz mangelnder Infrastruktur die exzessiven Flächenversiegelungen für Wohnungsbau etc. und der damit verbundene PKW-Verkehr.

Hinzu kommen LKW-Zulieferverkehr sowie intensive Geruchsbelästigungen, Emissionen diverser Firmen aus Hürth, Brühl und Wesseling/Godorf - und nicht zuletzt durch den Luftverkehr

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1003956).

AZ: Ö-M-398	
1001612	
1003767	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Übergeordnetes Ziel des Regionalplans ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Das geplante Industrie- und Gewerbegebiet Gummersbach-Rospe allerdings würde die guten Strukturen völlig aus der Balance bringen.</p> <p>Wir leben hier in einem ländlich geprägten Raum mit kleinen dörflichen Strukturen. Der Merten-Hof und die Familie Dannenberg gehören hier zur unverzichtbaren Infrastruktur. Wir kaufen dort Milch, Eier und Fleisch. Grund ist, dass wir angesichts der ökologischen Krise diese Produkte bevorzugt regional einkaufen und dass wir die Bauern in der Region unterstützen. Sie haben es schwer genug.</p> <p>Würde das geplante Industrie- und Gewerbegebiet Gummersbach-Rospe realisiert, brächte dies einen starken Nutzungskonflikt mit sich. Die genannten Bauern müssten ihre Betriebe einstellen. Die Versorgungs- und Lebensqualität von Familien wie der unseren wäre beeinträchtigt.</p> <p>Im Übrigen: Die Versiegelung weiterer Flächen passt nicht mehr in die Zeit. Wir müssen Lebewesen wie Vögeln und Insekten MEHR Lebensraum geben statt die vorhandenen Flächen zu verkleinern. In der aktuellen Situation können wir in unserer Region zudem froh sein über jeden Baum, der noch lebt. Es wäre für die Entwicklung unserer Erde nicht hilfreich, die geplanten Flächen zu versiegeln und die Bäume zu fällen.</p> <p>Es sprechen aus meiner Sicht so viele Gründe GEGEN das Industrie- und Gewerbegebiet Gummersbach-Rospe, dass ich mich klar GEGEN das weitere Verfolgen dieser Pläne positioniere. Bitte erfassen Sie meine Stellungnahme im Zuge des Beteiligungsverfahrens.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-399	
1001624	
1010639	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Ich äußere mich im Sinne vieler betroffener Anwohner insbesondere der Areale Gürzenich W_GZ_09 und Rölsdorf W_RD_12, die zwar nicht in Ihrem Entwurf so bezeichnet wurden, jedoch in einem neu aufzustellenden Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Düren so bezeichnet werden. Hier haben sich massive Widerstände gegen die Pläne der Stadt Düren gebildet, die beiden oben genannten Flächen als Baugebiete auszuweisen.</p> <p>2. Insbesondere die in ihrem Entwurf vom Dezember 2021 deutlich erkennbare Fläche Rölsdorf W_RD_12 ist hier bereits als ?allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)? ausgewiesen?. In dem dort derzeit noch geltenden FNP ist diese Fläche noch als ?Maßflächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft? explizit ausgewiesen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wie diese Ausweisung zustande gekommen ist. Möglich wäre, dass sie als Ausgleichsfläche für andere Bebauung ausgewiesen wurde und nun soll die Natur- Landschaftsfläche Ihrem Entwurf folgend stillschweigend gestrichen werden. Eine für den Bürger wichtige Planungsgrundlage wird mit dieser Ausweisung ad absurdum geführt.</p> <p>3. In einer Stellungnahme der Stadt Düren soll außerdem die Fläche Gürzenich W_GZ_09 hinzugenommen werden. Obwohl bereits eine große Anzahl an Stellungnahmen bei der Stadt Düren eingegangen sind, die sich ablehnend über eine derartige Umwidmung äußern, versucht die Stadt Düren hier dennoch Fakten zu schaffen.</p> <p>4. Diese Gebiete haben sich zu Naherholungsgebieten entwickelt, und stellen eine wichtige Frischluftschneise für Düren dar.</p> <p>5. Dem gegenüber gehen Probleme mit der Bebauung einher, weil mit den großen Baugebieten auch mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen ist, bei derzeit schon problematisch hohem Verkehr, für den die angrenzenden Straßen schon jetzt nicht ausgelegt sind.</p> <p>6. Wegen der geopolitischen Situation mit ihrer einhergehenden, eingeschränkten Versorgungslage sollte an bestehenden Werten und Gegebenheiten festgehalten und nicht verschwenderisch weiterhin mit äußerst wertvollen und für die Ernährung bedeutsamen Agrarflächen umgegangen werden. Dieses gilt es auch für alle anderen landwirtschaftlich genutzten Flächen im Regionalplan Köln zu berücksichtigen. Ein Weiteres darf es nicht geben. Insbesondere gravierend ist dies wegen des vorherrschenden Klimawandels. Denken Sie bitte auch an unsere Nachkommen. Besteht ein Bewusstsein darüber, dass die Nachricht, die über den öffentlich rechtlichen Rundfunk verbreitet wird, dass die Menschheit mit ihrem Ressourcenverbrauch 1,7 Erden benötigt, auch bedeutet, dass bei gleichbleibendem</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise zu einem kommunalen Bauleitplanverfahren vorgebracht (Punkt 1. bis 9.). Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Zu Punk 9 - Fläche W_RD_12 und der Anregung der Festlegung als Regionaler Grünzug: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen</p>



Lebensstandard und dennoch Millionen hungernden und verhungerten Menschen die Erde 1,7-fach überbevölkert ist? Dies gilt insbesondere auch für die Industriestaaten wie Deutschland, weil hier der Ressourcenverbrauch besonders hoch ist. Ein Schwund der Bevölkerung hierzulande wäre daher sogar zu begrüßen. Einschränkungen in der Lebensqualität möchte niemand hinnehmen. Eine leichte Beschränkung beim Wohnraum wäre gut zu verkraften, insbesondere wenn man bedenkt, dass NRW das am dichtesten besiedelte Bundesland ist. Warum müssen immer wieder neue Baugebiete und Gewerbeflächen auf bestehenden Agrarflächen ausgewiesen werden, wo doch schon der Baunkohle-Tagebau enorme Agrarflächen verschlungen hat und auf dem jetzigen Gebiet der Werksanlage Rheinbraun in wenigen Jahren Flächen frei werden, die nicht mehr für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen und die dann für derartige Flächen genutzt werden könnten?

7. Die Demographie der hiesigen Bevölkerung zeigt, dass aufgrund der Altersstruktur in wenigen Jahren ältere Gebäude frei werden, die von der jüngeren Bevölkerung genutzt werden können. Eine Renovierung des Altbestandes der Häuser ist aus ökologischer Sicht dem Neubau auf Agrarflächen vorzuziehen.

8. Mir scheint, dass der Neubau auf unbebauten Agrarflächen einfacher, attraktiver und für wenige Menschen profitabler ist als die Nutzung des Altbestandes. Diesem ungebremsen Flächenverbrauch gilt es

entgegenzuwirken. Bitte lesen Sie die Argumentation des Landwirts und Dezernatsleiters Landwirtschaft Dr. Günther Lißmann aus Kassel  
<https://www.lißmann.eu/ressourcenschutz/>

9. Sollte sich die Stadt Düren trotz Einwänden der Bürger uneinsichtig zeigen, unterstützt von einem im Sinne der Stadt geänderten Regionalplan, bleibt den Bürgern dann nur der Protest wie der von Fridays for Future und ziviler Ungehorsam, wie er in den Tagebauen zu finden ist? Schließlich geht es um unsere gemeinsamen Werte, die Zukunft und unser Wohlergehen wie auch das späterer Generationen. Die hier dargelegten Gesichtspunkte sollten bei der Aufstellung des Regionalplans Berücksichtigung finden. Es wurden nicht alle diskutiert, weil sie, wie problematische

Entwässerung/Abwasser wegen zu kleiner Abwasserkanäle, problematische Zuwegung des Gebiets etc., meiner Ansicht nach eher in die Diskussion bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans gehört. Die Fläche W\_RS\_12 sollte eher in die Kategorie ?Regionale Grünzüge? überführt und wenn überhaupt nur mit äußerst gewichtigen Argumenten in eine Bebauungsstruktur überführt werden, die meiner Auffassung nach nicht vorliegen können. Wie gesagt wird hierdurch ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung Dürens zerstört, wo an vielen Tagen des Jahres größere Gruppen von Wanderern zu finden sind. Und ebenso wird der Stadt Düren ein Teil der Frischluftschneise genommen. Aus ökologischer Sicht scheinen mir die weitreichenden Bebauungsvorhaben der Regierung äußerst problematisch. Denn zum Häuserbau wird einerseits Beton verwendet, der bei seiner Herstellung eine gewaltige Menge an CO<sub>2</sub> freisetzt (eine Tonne Beton setzt 700 kg CO<sub>2</sub> frei, siehe <https://www.spektrum.de/news/warum-beton-klimaschaedlich-ist/1760122>).

Andererseits wird beim Bau von Holzhäusern auch der mittlerweile knapp werdende

Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Es liegt eine Anregung der Stadt Düren zu den benannten Flächen vor. Es wird auf die Erläuterungen zur StnID ID 1005407 verwiesen.

Rohstoff Holz verwendet, was unsere Wälder / die Wälder der Erde noch weiter in Bedrängnis bringt. Bitte berücksichtigen Sie bei der Ausweisung von Baugebieten diese Aspekte.	
--	--

AZ: Ö-M-4	
1001063	
1000944	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß § 9 ROG möchten wir Sie über ein Neubau-Vorhaben der JEN Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH unterrichten.</p> <p>Als direkter Anrainer und Rechtsnachfolger der Nuklearbereiche des Forschungszentrums Jülich (FZJ) sowie der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVR) sind wir aufgrund einer Anordnung des MWIDE NRW verpflichtet eine unverzügliche, gesetzeskonforme Entfernung der Kernbrennstoffe aus dem bestehenden AVR-Behälterlager zu verwirklichen. Aufgrund dieser Anordnung verfolgen wir das Ziel, eines Zwischenlager-Neubaus am Standort Jülich für die 152 beladenen Transport- und Lagerbehälter vom Typ CASTOR® THTR/AVR, um eine höherwertige sichere Lagerung der Brennelemente zu gewährleisten.</p> <p>Der geplante Standort des neuen Zwischenlagers befindet sich im Ortsteil Lorsbeck der Stadt Jülich (Kreis Düren), südöstlich des Campus des Forschungszentrums Jülich (FZJ), ca. 700 m von der nächsten Wohnbebauung (in Daubenrath) entfernt.</p> <p>Das Planungsareal umfasst einen Streifen des südöstlichen Betriebsgeländes der JEN (ehemaliges AVR-Gelände) sowie eine direkt an das Betriebsgelände angrenzende, ca. 18.000 m² große Jungwuchsfläche (von außen angrenzend an den Außenzaun des Campus FZJ).</p> <p>Beide Grundstücke befinden sich im Besitz von [ANONYMISIERT]. Die gesamte Fläche des Rückbauprojekts AVR (Anhang 1: [ANONYMISIERT]) befindet sich im Besitz des [ANONYMISIERT]. Die Jungwuchsfläche (Anhang 1: ANONYMISIERT) befindet sich im Besitz des [ANONYMISIERT]. Das betreffende Grundstück trägt [ANONYMISIERT].</p> <p>Im aktuell gültigen Regionalplan ist das Gebiet als Bereich GIB für gewerbliche und industrielle Nutzung? (zweckgebunden BLB-Fläche: Forschungszentrum Jülich und WH-Fläche: Jülich/Niederzier ESS [Unterbringung der Europäischen Spallations-Neutronen-Quelle]) vorgesehen mit einer Überlagerung von Waldfläche (Schutz der Natur, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung). Den entsprechenden Ausschnitt (Zeichnerische Darstellung der 1. Änderung des GEP mit einer Markierung bzgl. des geplanten Standorts) ist hier als Anhang 2 beigelegt.</p> <p>Eine Überführung dieser Flächen in das Eigentum der JEN wurde gemeinsam mit den relevanten Landesministerien, dem [ANONYMISIERT] bereits initiiert, nachdem alternative Flächen ? auf und rund um den Campus ? mittels eines intensiven</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Prüfverfahrens ausgeschlossen werden mussten.

Zudem wurde bereits mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Düren Kontakt aufgenommen, da der Landschaftsplan 2 Rur- und Indeae aktuell neu aufgestellt wird und innerhalb deren die Naturschutzgebiete in der Region erweitert werden.

Um frühzeitig möglicherweise erforderliche Änderungen in den Raumplanungen (Regionalplan und Landesentwicklungsplan) anzustoßen, bitten wir Sie um eine Rückmeldung bzgl. weiter benötigten Informationen und Unterlagen.

Wir hoffen, dass unser Vorhaben bereits in der aktuell anstehende Neuaufstellung Regionalplan Köln mit berücksichtigt werden kann. (In dieser Neuaufstellung gibt es laut vorgesehener Festlegung die zweckgebundene GIB Jülich/Niederzier ESS nicht mehr.)

Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umgang mit den Jülicher Castoren nicht nur auf kommunaler Ebene zwischen den Interessensgruppen und politischen Parteien kritisch diskutiert wird, sondern in den letzten Jahren auch zunehmend landes- und bundespolitische Aufmerksamkeit erfährt.

[s. Anhang Abb. StnID\_1000944\_2]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1000944\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-40

1001166

1001020

#### Inhalt

Bergisch Gladbach, Ortsteil Schildgen, östlicher Siedlungsrand BG5

Schüllenbusch/Sträßchen Siefen/Odenthaler Markweg/Im Aehlemaar

- Es handelt sich hier um die letzte verbleibende Kaltluftzone in Schildgen, die dafür sorgt, dass der Stadtteil Schildgen nicht überhitzt.  
Die dazu veröffentlichten Informationen sollten Ihnen sicherlich bekannt sein.  
Kurz gefasst, diese Wiese sorgt für ein "ausgeglichenes" Klima in Schildgen.
- Die Wetterlage mit Starkregen hat im letzten Jahr zu vielen Überschwemmungen geführt, diese Wiese (BG5) hat es aber geschafft, den Regen größtenteils aufzunehmen, so dass zwar die Siefen überschwemmt waren, die Schäden aber "überwiegend" überschaubar blieben. Beim Versiegeln der Flächen wären die Folgen eines Starkregens in diesem Gebiet katastrophal.
- Diese Wiese (BG5) ist teilweise als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und das nicht zu unrecht. Diese Wiese wird nur zum Heu machen genutzt, so kann sich hier die Fauna entwickeln, die wir uns alle wünschen, mit wertvollen Wildblumen (Insekten!), die woanders schon gesucht werden müssen. Auch Wildtierarten, wie Hasen oder Rehe, entwickeln sich hier ungestört, da der Wald an diese Wiese angrenzt.
- Eine nicht geklärte Frage ist, "wie der Verkehr aus dem geplanten Baugebiet raus geleitet werden soll?". Schon jetzt sind die oben aufgeführten Straßen nicht in der Lage zusätzlichen Verkehr aufzunehmen, auch die Kempener Straße und Altenberger Dom Straße sind im Berufsverkehr verstopft.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004646).

AZ: Ö-M-400	
1001663	
1005989	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit Entsetzen und Erschütterung sind wir heute darüber aus der Nachbarschaft informiert worden, dass die Stadt Burscheid Pläne hat in Dierath im Landschaftsschutzgebiet ein neues Wohngebiet zu erschließen.</p> <p>Erstmal möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich doch sehr erschüttert bin, das man als direkt betroffener Anwohner darüber nicht informiert wird von seiner Stadt!! In den heutigen Zeiten wo jeder nach Klimaschutz, Artenerhaltung, Artenvielfalt und Rettung der Natur schreit, finde ich es doch sehr erstaunlich, dass ausgerechnet hier nun ein neues Wohngebiet entstehen soll. Man greift hier mit voller Wucht wieder einmal in die Natur ein. Auf dem besagten Landschaftsschutzgebiet tummeln sich eine Vielzahl von Lebewesen rum, denen man nun wieder den Lebensraum nehmen möchte. Von der Quelle des Ölbaches ganz zu schweigen.</p> <p>Dieses Gebiet ist doch nicht ohne Grund seit Jahren ein Landschaftsschutzgebiet. Ist der Schutz unserer Natur nicht gerade heute wichtiger, denn je?</p> <p>Warum meinen die Menschen sich nun wieder darüber hinwegsetzen zu müssen?! Wir sind vor Jahren gerade aus diesem Grunde hier her gezogen, weil es in der heutigen Zeit nichts Schöneres gibt als Wohnen im Grünen mit der Natur direkt vor der Tür. Was für eine Welt hinterlassen wir unseren Kindern? Hier im Dorf sind Familien mit Kindern sesshaft. Wir schön ist es auch gerade für diese einfach ihre Kinder ohne Angst nach draußen in die Natur zu lassen. Wir haben doch eine Vorbildfunktion, dass wir nicht jeden Fleck unserer Stadt zuflastern können!!</p> <p>Dierath ist einer der wenigen Stadtteile Burscheids, die aufgrund Ihrer Nähe zur Natur und dem Blick ins Grüne und den Tieren noch ein schöner und lebenswerter Teil Burscheids ist. Muss nun diese Idylle auch noch zerstört werden? Es gibt genug andere Plätze zur Errichtung von Wohnraum. Aus anderer Sicht, ist außerdem die Verkehrssituation in Dierath bis zum Limit ausgeschöpft. Wie kann man hier noch in Betracht ziehen, diese noch weiter zu verschärfen. Es steht nicht ohne Grund fast jeden Morgen eine Polizistin hier im Dorf um dem Verkehr und der Parksituation Herr zu werden. Dierath ist ein Dorf und soll auch solches bleiben. Wir bitten inständig von Ihren Bebauungsplänen abzusehen und der Natur mit all Ihren Lebewesen Ihren Platz zu lassen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der faktischen Umstände im Bestand, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum in Dierath ist teilweise entsprochen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich einer entsprechenden Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).</p>

beigefügt]

Ich verstehe nach wie vor nicht, warum die Stadt Burscheid, die besagte und von Ihnen deklarierte Fläche Landschaftsschutzgebiet umwandeln möchte, noch dazu wenn die Stadt, wie Sie schreiben keine Absicht hat hier zu bauen. So wie ich gehört habe, hat die Stadt Burscheid und nicht die Bezirksregierung Köln den Wunsch geäußert, diese Fläche zur " Sicherung theoretischer zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten" in ASB umzuwandeln.

Hiermit ist doch ganz klar, die erste Hürde für weitere Planungen genommen. Ein Landschaftsschutzgebiet wird abgelöst und für einen ggfs. späteres vorgesehenes Bauvorhaben freigegeben. Es ist ja nicht so, dass genau diese Fläche vor gut 20 Jahren schon mal zur Diskussion stand. Sie wissen selbst, wie schnelllebig auch gerade Entscheidungen in der Politik sind. Eine Garantie, dass hier nicht gebaut wird, haben wir Bürger nicht. Und nochmal, wo steht hier der Klimaschutz, die Artenvielfalt und das Artensterben? Diese Fläche ist wichtig für unsere Natur! Warum kann ein jahrelanges Landschaftsschutzgebiet einfach so umgewandelt werden?? Das ist doch nicht normal und spricht für mich dafür, dass die Stadt Burscheid kein Interesse daran hat, solche schönen und für unsere Umwelt wichtigen Plätze zu erhalten!!

Wie Sie mir selbst geschrieben haben, hat die Stadt Burscheid interessanterer Flächen für mögliche Bauvorhaben zur Verfügung stehen, warum also um Gottes Willen muss man hier jetzt wieder eingreifen und die Fläche Dierath um jeden Preis umwandeln wollen?

So wird der schönste Teil Burscheids mit dieser Maßnahme verschandelt. Für mich und sicher für die Bürger aus Dierath, wäre es ein Zeichen der Stadt Burscheid, wenn man die besagte Fläche in Dierath nicht weiter berühren würde und sie einfach so belassen würde wie sie heute ist, nämlich als Landschaftsschutzgebiet!

AZ: Ö-M-401	
1001671	
1008824	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> ÖFF Neuaufstellung Regionalplan, geplantes Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet südlich der A4 zwischen Buschbell und Habbelrath, Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Mit meinem Sohn [ANONYMISIERT] bewirtschafte ich den landwirtschaftlichen Betrieb [ANONYMISIERT] in Frechen. Der Betrieb ist zukunftsfähig und wir versorgen als Regionallieferant die Bevölkerung in und um Köln mit Kartoffeln.</p> <p>In dem neuen Entwurf des Regionalplanes wurde südlich der A4 zwischen Buschbell und Habbelrath ein geplantes Naturschutzgebiet neu eingezeichnet, welches einen Großteil meiner dort liegenden Ackerflächen umfasst. Im Rahmen eines Bundesforschungsprojektes F.R.A.N.Z. haben wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Versuche gemacht, die Biodiversität zu verbessern. Leider mussten wir dabei feststellen, dass der Anbau vieler Früchte ganz ohne den Einsatz von Herbiziden nicht möglich ist, da uns keine Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die die dann nötige umfangreiche Handarbeit durchzuführen und mechanische Wildkräuterbekämpfungsmaßnahmen wenig Erfolg bringen und alle Bodenbrüter ausrotten.</p> <p>Da die neue Pflanzenschutzanwendungsverordnung jeglichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten untersagt und die EU gerade erwägt, dieses Verbot auch noch auf Landschaftsschutzgebiete auszudehnen, fordere ich Sie auf, den Plan, dort plötzlich ein Naturschutzgebiet auszuweisen aufzugeben, da es die Existenz meines landwirtschaftlichen Betriebes gefährdet.</p> <p>Gleichzeitig bitte ich Sie, die von mir handschriftlich in rosa eingezeichneten Ackerflächen auch als solche auszuweisen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1008824_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008824_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-402	
1001664	
1002423	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Könnten Sie mir bitte als Eigentümer der Burg [anonymisiert] erklären, warum meine Burg und mein Garten unter Naturschutz gestellt werden sollen und zum Überschwemmungsgebiet erklärt werden sollen? Was soll das bezwecken? Es hindert mich in der Pflege meines Gartens und hat denkmalschutzrechtliche Auswirkungen auf die Burg, denn nur ein Eingreifen in die Natur verhindert, dass das Denkmal Schaden nimmt durch Hochwasser (die Burg wurde aus Stämmen gebaut, die immer feucht sein müssen) oder durch unkontrollierten Baumwuchs. Zur selben Zeit planen Sie, eine Umgehungsstrasse durch meinen Vorgarten zu bauen - wo bleibt denn hier der Naturschutzgedanke oder die Gesamtstrategie? Ich lege hiermit meinen Widerspruch ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-41

1001161

1000713

#### Inhalt

Einspruch Neuaufstellung Regionalplan\_Bereich Leverkusen Steinbüchel Leimbachtal

Hiermit lege ich Widerspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes ein. Ich vermute, dass die Neuaufstellung des Regionalplanes im Bereich des Leimbachtales (Leverkusen Steinbüchel/ Höfen), der Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Leverkusen aus dem Jahr 2012 entspricht und ich hiermit meinen Einspruch vom [ANONYMISIERT] (an die Stadt Leverkusen) aufrecht erhalte.

Da eine Bewertung und Prüfung des neu aufgestellten Regionalplanes aufgrund der ungenügenden Auflösung der online zur Verfügung gestellten Pläne nicht möglich ist, bitte ich Sie um eine Detaildarstellung der Bereiche Stadt Leverkusen, Gemarkung Steinbüchel, Flur [ANONYMISIERT] und Flur [ANONYMISIERT] (Leimbachtal).

Sobald mir diese vorliegt werde ich die Neuaufstellung des Regionalplanes prüfen und ggf. meinen Einspruch detailliert begründen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-M-415	
1001659	
1002429	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit teile ich Ihnen mit, das durch die Neuausweisungen der BSN ? Gebiete eine erhebliche Einschränkung für die Bewirtschaftung und Entwicklung meines landwirtschaftlichen Betriebes einhergeht. Mit dem Verlust dieser Ackerflächen durch die Umwandlung in BSN bin ich nicht einverstanden! Die Fläche liegt im Bereich GO_BSN_TAA-DN-26 bzw. GO_BSN_TAA-EU-5. Meine Parzelle :  Gemarkung Füssenich Flur 5 [Anonymisiert]. Bestes Ackerland. Der Verlust hat für meinen Betrieb folgende Auswirkungen: Verlust wertvoller Anbauflächen Erschwerung der bisherigen Wirtschaftsweise (Pflanzenschutzmittel, etc) Betriebsentwicklung wird behindert. Ich bitte unbedingt um Berücksichtigung, da die Weiterentwicklung des Betriebes mit dem Verlust in Frage gestellt wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-416	
1001683	
1003646	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans (Stand Dezember 21) nehme ich als Betriebs-inhaber meines Landwirtschaftlichen Betriebes in Leverkusen wie folgt Stellung:</p> <p>Mein Betrieb hat seinen Standort in [ANONYMISIERT]. Ich bewirtschafte 3,3 ha Grünland und 20,4 ha Ackerfläche. Ferner ist mein Betrieb auf die Haltung von Schafen ausgerichtet.</p> <p>Für eine ordentliche Bewirtschaftung sowie zur Existenzsicherung des Betriebes bin ich selbst-verständlich auf die Gewährleistung angewiesen, dass ausreichend bewirtschaftungsfähige landwirt-schaftliche Flächen zur Verfügung stehen. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass ich bereits aufgrund der wasseraufstauenden Renaturierungsmaßnahmen (massiver Totholzeintrag, fest montierte Baumstämme, Retentionsinseln für Fische, bauliche Herbeiführung zahlreicher Flussschlingen und Flussinseln bei sehr geringem Sohlgefälle, uvm.) zur Umsetzung der WRRL durch den Wupperverband bei stärkeren Regenereignissen in der Nutzung meiner Flächen stark eingeschränkt bin. Aufgrund dieser Maßnahmen kann das Wasser nicht mehr über das Flussbett abfließen, sondern wird gezielt über meine Felder abgeleitet. Die Überschwemmung der ackerbau-lichen Nutzfläche wird aufgrund der WRRL Maßnahmen somit bewusst provoziert. Hinzu kommt, dass der in naher Zukunft geplante Bau eines Querdeichs zu einer weiteren Aufstauung von Wassermassen auf meinen Flächen führt und aufgrund damit verbundener Bodenverdichtung eine Bewirtschaftung zunehmend eingeschränkt wird (s. Abb. 1).</p> <p>Nunmehr sind in den Planungsunterlagen weitere Überschwemmungsbereiche (ÜB) ausgewiesen (Blatt 05). Allerdings hat bereits das Hochwasser im vergangenen Jahr gezeigt, dass das Wasserversickerungsvermögen und die damit verbundene geplante Stärkung der Retentionsfunktion durch die mangelnde Abflussmöglichkeit vielmehr ins Leere läuft (Textliche Festlegungen, Kap. 4.7.3, S. 126). Innerhalb der ÜB sind zudem Planungen und Maßnahmen für hochwasserempfindliche oder den Hochwasserabfluss behindernde Vorhaben sowie anderweitig entgegenstehende Nutzungen auszuschließen (Textliche Festlegungen Kapitel 4.7.3. Rn. 3, Seite 124). Auch das heißt für meinen Betrieb, dass ich diese Flächen planerisch nur äußerst eingeschränkt nutzen kann und zwar unabhängig davon, dass bei einem Hochwasserereignis bereits kein Ertrag eingefahren werden kann und der Boden auch nach Abfluss des Wassers nicht unmittelbar nutzbar ist. Der geplante Querdeich stellt ein massives Hochwasserabfluss behinderndes Vorhaben dar. Vielmehr sollte am nur dünn besiedelten Oberlauf der Dhünn auf eine verstärkte Rückhaltung und Verlangsamung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind gemäß Ziel 7.4-6 LEP NRW auf der Basis der fachplanerischen Überschwemmungsgebietsverordnung zeichnerisch festzulegen. Die Ermittlung der Wasserwirtschaft basiert auf der statistischen Wahrscheinlichkeit eines hundertjährlichen Hochwassers. Es besteht keine Spielraum für ein regionalplanerische Abwägung. Durch die Festlegungen der ÜB wird nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) eingegriffen. Weitergehende Planungen und Maßnahmen zur Konkretisierung und Umsetzung des Hochwasserschutzes sind Gegenstand der wasserwirtschaftlichen Fachplanung. Die verschiedenen Raumfunktionen sind unter Beachtung der vorrangigen Funktion für den vorbeugenden Hochwasserschutz auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen aufeinander abzustimmen.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den</p>

des Wasserabflusses hingewirkt werden, statt das Hochwasser erst bis zum Ballungsraum Leverkusen durchzuleiten, wo es aufgrund der eingangs erwähnten Maßnahmen aufgestaut wird und somit viel größere Gefahren birgt.

[s. Anhang Abb. 1003646\_1]

Des Weiteren weist der derzeitige Stand der Regionalplanung enorme Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sowie Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus (s. Abb. 2). Hinzu kommt eine erhebliche Ausweitung von regionalen Grünzügen (RG) die ausweislich der textlichen Festlegungen (Kap. 4.2, Seite 96 ff.) auch landwirtschaftliche Flächen beinhaltet (Kap. 4.2., S. 97, Rn. 3). Bereits der erhöhte ?Freizeittourismus? in der Vergangenheit, nicht zuletzt durch die Coronapandemie, hat leider ebenfalls negative Auswirkungen für uns als Landwirte gehabt. Freizeitorientierte Mitbürger, die quer über landwirtschaftlichen Flächen laufen und Hinterlassen-schaften von Müll, die nicht nur die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln einschränken, sondern auch zu gesundheitlichen Gefahren, nicht zuletzt beim Viehbestand, führen. Diese Art von ?Freizeittourismus? betrifft Betriebe in Städtereigionen, wie der meinige, sicher zusätzlich, da die Grünzüge in Städten bzw. stadtnahen Regionen in der Natur der Sache weniger ausgebreitet sind als in ländlichen Regionen. Durch die großzügige Planung regionaler Grünzüge (RG) wird meiner Ansicht nach der Eindruck verstärkt, dass jedermann zu jederzeit seinen freizeitorientierten Vorlieben auch auf landwirtschaftlich genutzten Flächen nachkommen kann. Dies betrifft insbesondere Wanderer und Spaziergänger, die über die Felder laufen, zahlreiche Hunde und deren Besitzer, die die Flächen als Spielwiese nutzen bis hin zu Campern/Aussteigern, die sich auf den Flächen häuslich niederlassen. Leider werden von den Hunden auch Schafe gerissen bzw. in die Flüsse gejagt, aus denen die Tiere nur noch tot geborgen werden können. Die landwirtschaftliche Produktion wird aufgrund der genannten Punkte, den Einschränkungen aufgrund der Regional- und Städteplanung sowie den zunehmenden Herausforderungen des Klimawandels immer stärker eingeschränkt ? bei gleichzeitig auftretender Lebensmittel- und vor allem Futterknappheit.

Insgesamt sind bei der Planung die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) zwar berücksichtigt, jedoch ist davon auszugehen, dass gerade mit den BSN und den BSLE gravierende Einschränkungen in Gestalt von Auflagen oder Verboten auf mich als Bewirtschafter bzw. meinen Hofnachfolger zukommen werden. Ferner wird die Ausweisung der BSN und BSLE auch vor dem Hintergrund der diskutierten Novellierung des europäischen Pflanzenschutzrechts voraussichtlich zu weiteren erheblichen Beeinträchtigungen führen.

[s. Anhang Abb. 1003646\_2]

Aufgrund der massiven Einschränkungen, denen ich als Bewirtschafter, respektive

Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

mein Hofnachfolger an meinem Standort, insbesondere aufgrund der Nähe zur Dhünn, bereits gegenüberstehe, kann ich die vorliegende Planung nur ablehnen. Ich hoffe sehr, dass meine Einwendungen in der weiteren Planungsphase hinreichend berücksichtigt werden.

[ANONYMISIERT]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1003646.pdf](#)

AZ: Ö-M-417	
1001660	
1002464	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft Gemarkung Vernich [Anonymisiert], Gemeinde Weilerswist, Gemarkung Ollheim [Anonymisiert], Gemeinde Swisttal, Gemarkung Ludendorf [Anonymisiert], Gemeinde Swisttal</p> <p>Diese Flächen waren schon immer hochwertige Ackerflächen und sollen auch als Solche weiter genutzt werden. Deshalb wollen wir nicht, dass sie Naturschutz bzw. Landschaftsschutzgebiet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-418	
1001679	
1002436_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> GIB flächenintensive Großvorhaben Geilenkirchen-Lindern</p> <p>Nicht nur, daß die Landwirte ca. 270 ha fruchtbaren Ackerboden verlieren, sondern für dieses überdimensionierte, in den 70iger Jahren unter komplett anderen Voraussetzungen geplante Industriegebiet, liegt sozusagen überhaupt keine Infrastruktur vor. Es müssen aus allen Himmelsrichtungen Zubringer gebaut werden mit einem enormen Flächenverbrauch. Und wo sollen denn die 10.000 Arbeitskräfte herkommen und wo sollen sie wohnen? Ich kenne hier keine Firma, die nicht händierend Fachkräfte benötigt und das durch alle Branchen hindurch. Es müssen Wohngebiete erschlossen werden, die ebenfalls große Flächen verbrauchen. Ganz zu schweigen von dem Verkehrslärm und den damit verbunden Emissionen. Nicht nur Lindern, sondern auch die kleinen Nachbarorte wären hiermit, in dieser ländlich strukturierten Gegend, total überfordert. Es werden nicht nur wertvolle landwirtschaftliche Flächen unwiderruflich vernichtet, sondern die jetzigen Bewohner gleich mit. Hier brütet noch Rebhuhn, Kiebitz, Feldlerche, alles Arten, die laut Rote Liste alle gefährdet sind. In unmittelbarer Nähe des geplanten Industriegebietes befindet sich im Tal das Naturschutzgebiet Teichbachaue. Es handelt sich um ein Niedermoorgebiet mit einer einzigartigen Vogelwelt (Charadrius 53, Heft 3-4 2017:178-184). Wer garantiert dafür, daß durch diese enormen Versiegelungen es nicht zu Störungen der Moorvegetation kommt. Es ist ja wissenschaftlich erwiesen, daß die Austrocknung eines Mooregebietes kurzfristig enorme Mengen an CO2 freisetzt. Eine weitere Gefahr besteht in der kompletten Zerstörung dieses Naturschutzgebietes durch einen geplanten Zubringer! Alle reden von Klima-, Arten- und Umweltschutz, aber nun soll auf die grüne Wiese ein großes Industrieprojekt verwirklicht werden, das den Charakter der Landschaft und der umliegenden Ortschaften zerstört. Warum können solche Projekte nicht auf recycelten Industriebrachen mit der entsprechenden Infrastruktur, wie z.B. Autobahnanschlüsse usw. verwirklicht werden. Dieses würde ohne wirtschaftliche Erfolgseinbußen Klima und Natur schützen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>



AZ: Ö-M-419	
1001684	
1008827	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Neuaufstellung des Regionalplanes Köln</p> <p>Wir sind Eigentümer bzw. Miteigentümer der nachgenannten landwirtschaftlich genutzten Parzellen:</p> <p>Gemarkung Erp, [ANONYMISIERT]</p> <p>In der Skizze zum Regionalplan sind die vorgenannten Flächen mit "Streifen" dargestellt und unter Punkt 2 der Planzeichen als "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" ausgewiesen.</p> <p>Wir bitten nun um Mitteilung, welche Bedeutung hinter diesen Begriffen steht, und welche Auswirkungen dies auf die künftige</p> <p>a) landwirtschaftliche Nutzung ("konventionell" oder "BIO") hat,</p> <p>b) bzw welche anderen Nutzungen hat.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß</p>

der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-420	
1001685	
1002439_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Betreff:</b> Einspruch zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Bereich Hückelhoven und Wassenberg</p> <p>Gegen o. g. Regionalplan lege ich hiermit Einspruch ein, da insbesondere die zusätzlichen Naturschutzflächen eine unzumutbare Einschränkung für die Bewirtschaftung unserer Äcker und Grünlandflächen bedeuten. Des Weiteren führt dies zu einer immensen Wertminderung meiner Grundstücke, die in keiner Weise ausgeglichen wird. Vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen ? speziell im Hinblick auf die Getreideknappheit durch den Ukraine-Krieg und den Klimawandel sowie die allgemein hohe Verteuerung von Grundnahrungsmitteln ? finde ich es ungeheuerlich, solche Planungen wie Sie in Ihrer Behörde stattfinden überhaupt in Erwägung zu ziehen. Allein im Kreis Heinsberg werden quasi 540 ha fruchtbarer Boden durch Ihre Planungen aus der Bewirtschaftung und damit aus der Produktion genommen. Das steht in krassem Widerspruch zu der Aufforderung unserer Politiker, besser regionale Produkte einzukaufen, um die einheimische Wirtschaft zu stärken und damit auch einen besseren ökologischen Fußabdruck zu hinterlassen. Ich bitte ebenfalls zu bedenken, dass in den bestehenden Naturschutzgebieten die Landwirte intensiv kontrolliert werden, wie sie ihre Böden bewirtschaften, vor allem in Bezug auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. ? Würden die allgemeinen Vorschriften für die Bevölkerung nur annähernd so kontrolliert und Verstöße geahndet! Frei laufende Hunde, Menschen, die die Wege verlassen, querfeldein laufen und dabei alles niedertrampeln ? das sind die Probleme! Aber da scheinen der Bezirksregierung und dem Kreis Heinsberg wohl das nötige Personal oder die entsprechenden Kenntnisse zu fehlen. Schaffen Sie es doch bitte erst einmal das in den Griff zu bekommen, was schon Recht ist, anstatt immer neue Regelungen und Einschränkungen auf Kosten einer Berufsgruppe zu erlassen, die so durch die Hintertür enteignet wird. Sie beschneiden damit unsere finanzielle Grundlage.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-421

1001686

1006211

#### Inhalt

Im Regionalplan ist eine Fläche als Landschaftsschutzfläche dargestellt, welche noch im Flächennutzungsplan als mögliche Baulandfläche dargestellt wurde.

[s. Anhang Abb. StnID 1006211]

Es handelt sich um eine Fläche in 51515 Kürten in der Ortschaft Blissenbach. An dieser Stelle würde sich eine erweiterte Bebauung zwischen der vorhandenen Ortschaft Blissenbach und der Landstraße L289 sehr gut anbieten. Voruntersuchungen zum Landschaftsschutz sind hier bereits durchgeführt worden. Als Anlage habe ich Ihnen einen Plan mit der betreffenden Fläche beigelegt. Bisher wurde darauf verwiesen, dass in der Ortschaft Blissenbach noch genügend Baulücken zur Verfügung stehen. Diese sind mittlerweile bereits bebaut oder stehen einer Bebauung nicht zur Verfügung (Eigentümer möchte nicht bauen oder verkaufen). Ein Bedarf wäre hier vorhanden, da sich die Fläche im unmittelbaren Speckgürtel von Köln befindet und viele hier ein Grundstück suchen. Ich möchte Sie bitten diese Fläche für eine mögliche Bebauungsfläche für eine Wohnbebauung vorzusehen.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1006211.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der ?nachhaltigen europäischen Stadt? kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung ?*Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren*? möglich. Sie richtet sich nach Ziel 2?4 LEP NRW.

AZ: Ö-M-422	
1001675	
1002443_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Ablehnung neuer GIB Bereich Hückelhoven, Erkelenz, Geilenkirchen</p> <p>Ich, [ANONYMISIERT], direkte Anwohnerin der B 57 in Baal,</p> <p>lehne jedwede weitere Versiegelung wertvollen Ackerbodens oder Vernichtung von Wald und Baumflächen im Kreis Heinsberg ab.</p> <p>Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ist es absolut inakzeptabel was der Regionalplan in Aussicht stellt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Wie bereits erwähnt, wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung</p>

bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Hinblick auf die Ausweisung

- von mehreren GIB in Hückelhoven (s. Stellungnahmen 1001806, 1001808, ID 1001809, ID 1001810) sowie
- eines GIBplus in Hückelhoven-Baal (s. Stellungnahme ID 1001804)

gilt, der Stellungnahme ist entsprochen.

Bezüglich der Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern gilt, dass der LEP NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und

Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: Ö-M-43	
1001177	
1000837	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Stellungnahme zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln</b></p> <p>In der obigen Angelegenheit zeigen wir die rechtliche Interessenvertretung der Schwind Immobilien GbR an. [ANONYMISIERT]</p> <p>Namens unserer Mandantschaft nehmen wir zu der Regionalplanung für den gesamten Regierungsbezirk Köln Stellung, konkret zu der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Blatt 05: Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer Kreis.</p> <p>Unsere Mandantin ist im Grundbuch eingetragene Eigentümerin diverser Flurstücke in Leverkusen in dem Geviert der Straßen Willy-Brandt-Ring/Kalkstraße/Scharnhorststraße/Moosweg. Es handelt sich um Flächen, die südlich der Fritz-Jacobi-Sportanlage in Leverkusen-Manfort gelegen.</p> <p>Der Entwurf des neuen Regionalplans Köln, Blatt 05: Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer Kreis markiert wesentliche Teile des fraglichen Bereichs in grüner Umrandung und mit grüner Schraffur als Bereich für den Schutz der Natur (BSN). Das ist bezogen auf das in diesem Bereich liegende Eigentum unserer Mandantschaft (planerisch) weder sinnvoll noch geboten. Die Flächen wurden bis Anfang der 1990-er Jahre durch den Voreigentümer ausgeküst. Nach Eigentumsübergang auf die Wilh. Schwind &amp; Co. GmbH mit Vertrag vom 16.08.1994 wurde die Kiesgrube verfüllt. Im Oktober 2001 ging die verfüllte Fläche ins Eigentum der Schwind Immobilien GbR über. Ab diesem Zeitpunkt wurden und werden die unterteilten Flächen als Kleingärten verpachtet:</p> <p>Ca. 70 % von Flurstück [ANONYMISIERT] (rd. 14.000,00 qm)  Ca. 80 % von Flurstück [ANONYMISIERT] (rd. 2.350,00 qm)  Ca. 10 % von Flurstück [ANONYMISIERT] (rd. 650,00 qm).</p> <p>Die Flächen werden ausschließlich als Pachtflächen von Kleingärtnern genutzt. Diese kleinteilige Nutzung führt dazu, dass sich die in Rede stehenden Flurstücke, jedenfalls die mit den o.g. Prozentanteilen verpachteten Teilflächen, nach Lage, Beschaffenheit und Nutzung nicht mit der Begründung für den Entwurf des neuen Regionalplans in Übereinstimmung bringen lassen, konkret nicht mit der Begründung der Ausweisung von Bereichen für den Schutz der Natur in Ziffer 4.3.1 auf den Seiten 139-142. Es geht darin um die Sicherung eines landesweiten Biotopverbunds. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf dem Erhalt des räumlichen Zusammenhangs entsprechender</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Aufgrund der Tatsache, dass dem betreffenden BSN eine Biotopverbundfläche mit herausragender Bedeutung zu Grunde liegt sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist die Festlegung als BSN folgerichtig.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>



Flächen liegen. Schaut man sich den Regionalplan 05 in diesem Bereich an, sucht man einen räumlichen Zusammenhang vergeblich. Die ausgewiesene Fläche für BSN grenzt im Norden und Osten an Siedlungsflächen an, die auch tatsächlich besiedelt sind, wobei es Wohnnutzung und gewerbliche Nutzung gibt. Die Fläche BSN wird dann zerschnitten durch den in Ost-West-Richtung verlaufenden Willy-Brandt-Ring, geht südlich des Willy-Brandt-Rings noch etwas weiter und grenzt im Süden und im Bereich südlich des Willy-Brandt-Rings auch nach Westen und Osten an eine große Fläche an, die als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung ausgewiesen ist und tatsächlich auch entsprechend genutzt wird. Diese GIB-Fläche ist in Breite und Länge, schlicht in ihrer gesamten Ausdehnung, deutlich größer als die BSN-Fläche, in deren geplanten Bereich auch die Flurstücke unserer Mandantschaft fallen. Die Fläche ist also sozusagen ?umzingelt? von Bereichen, die sowohl planerisch als auch in Anbetracht ihrer aktuellen Nutzung mit BSN-Flächen nichts zu tun haben.

Das Ziel des Erhalts eines räumlichen Zusammenhangs von Biotopverbundflächen kann in diesem Bereich schlechterdings nicht erreicht werden. Auch ist nicht ersichtlich, wie die geplante BSN-Fläche mit anderen Flächen in Austausch stehen soll.

Zwar wird nicht verkannt, dass es östlich der Kalkstraße einen weiteren (wesentlich kleineren) BSN-Bereich im Plan gibt, ebenso weiter östlich und dann südlich des Willy-Brandt-Rings eine größere Fläche. Berührungspunkte mit diesen Flächen hat die BSN-Fläche, in der die Flurstücke unserer Mandantschaft liegen, allerdings nicht, weil die GIB-Flächen und die Siedlungsflächen an der Kalkstraße sowie schließlich auch die Kalkstraße selbst eine deutliche Zäsur darstellen.

Man kann der BSN-Fläche, in der die Flurstücke unserer Mandantschaft liegen, auch kein Potential für Aufbau und Entwicklung eines Biotopverbundes im Regierungsbezirk Köln zusprechen. Dies ist schlicht ?graue Theorie? ohne jede Aussicht auf praktische Umsetzung.

Die BSN umfassen nach der Begründung des Regionalplanentwurfs Freiraumbereiche (Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche), Waldbereiche oder Oberflächengewässer, in denen die natürlichen Gegebenheiten durch besondere Maßnahmen gesichert oder entwickelt werden sollen (insbesondere Schutz, Pflege und Entwicklung wertvoller Biotope, Aufbau eines landesweiten Biotopverbunds). Mit diesen Ansprüchen an BSN-Flächen lässt sich der tatsächliche Zustand der Fläche, die der Plan als BSN-Fläche ausweisen soll und in der die Flurstücke unserer Mandantschaft liegen, nicht in Übereinstimmung bringen.

Nach den Informationen unserer Mandantschaft gehört die Fläche nicht zu festgesetzten Naturschutzgebieten, nicht zu FFH- und Vogelschutzgebieten oder Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung). Die Einzelkriterien, die dazu auf Seite 140 der Begründung des Regionalplanentwurfs genannt sind, treffen auf die Fläche nicht zu.

Zwar definiert der Landschaftsplan, wie er über das Geoportal der Stadt Leverkusen abrufbar ist, die Fläche als ?Erhaltung einer mit natürlichen Landschaftselementen reich oder vielseitig ausgestatteten Landschaft?. Es handelt sich aber nicht um Naturschutzgebiet. Nur der innere Bereich der Fläche ist im Landschaftsplan als geschützter Landschaftsbestandteil (LB) definiert, und zwar mit dem Zusatz ?W? (weitere kombinierte Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen). Besonderes Schutzpotalential und/oder besondere Schutzwürdigkeit, wie diese aus den Begründungsmerkmalen von Seite 140 und 141 des Planentwurfs hervorgehen, treffen auf die Fläche, in die die Flurstücke unserer Mandantschaft fallen, nicht zu.

Nach der Begründung auf Seite 142 erfolgt die Entscheidung über die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten auf nachgeordneter Ebene im Rahmen der Landschaftsplanung bzw. durch die für Naturschutz zuständigen Behörden. Diese sollen und haben die Vorgaben der Landes- und Regionalplanung auf örtlicher Eben zu differenzieren und auf der Grundlage der fachgesetzlichen Regelungen die jeweils adäquaten Instrumente zur Sicherung des Biotopverbunds auszuwählen.

Wegen der Historie der hier in Rede stehenden Flächen unserer Mandantschaft und deren gefestigter Nutzung wäre ein Konflikt zwischen der (selbstverständlich genehmigten) Nutzung und der planerischen Ausweisung geradezu vorprogrammiert.

Folgerichtig ist es nicht nur sinnvoll, sondern nach unserer Meinung auch erforderlich, direkt bereits auf der Ebene der Regionalplanung die BSN-Flächen entsprechend zu bereinigen/zu verkleinern, um damit spätere Umsetzungs- und Nutzungskonflikte auf nachgeordneter Ebene mit den Grundstückseigentümern und Grundstücksnutzern gar nicht erst heraufzubeschwören.

AZ: Ö-M-433

1001690

1010649

#### Inhalt

Hiermit lehne ich die neue Regionalplanung betreffend für folgende Grundstücke [ANONYMISIERT] ab, mit dem Hinweis, dass dies eine wertvolle Ackerfläche ist und weiterhin auch bleiben soll. Unterhalb meines Flurstücks befindet sich ein Naturschutzgebiet, vielleicht ist der Grenzverlauf in der Karte auch nur ungenau eingezeichnet, und betrifft meine Flächen nicht.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

AZ: Ö-M-434	
1001691	
1002469	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreffend meiner Parzellen Gemarkung Berk, Flur 9 [Anonymisiert]. Bei [Anonymisiert] handelt es sich um die Hofstelle. Dadurch wird die zukünftige Betriebsentwicklung komplett eingeschränkt. Die Erreichbarkeit anderer Flächen, z.B. durch das Treiben von Tieren aus den Stallungen und das Verfahren von Futter usw. wird unmöglich gemacht. Bei [Anonymisiert] handelt es sich um eine hofnahe Fläche bei der die Beweidung stark eingeschränkt wäre und den Durchgang zu der nächsten Fläche, "eine Bewirtschaftungseinheit" zu stark einschränken würde. Auch eine allgemeine einheitliche Bewirtschaftung wäre nicht mehr möglich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-437

1001697

1003771

#### Inhalt

Gebiet GM\_GIB\_2 im Bereich Gummersbach, Hardt-Hanfgarten

Ich beziehe mich in meiner Stellungnahme auf den Umweltbericht-Anhang-e, Seite 150 ff.

Im Umweltbericht wird auf Seite 151 unter Punkt 2.12 richtig festgestellt, dass in dem Gebiet schutzwürdige Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung vorliegen. Weitere Beeinträchtigungen werden nicht beschrieben.

Hier muss ich widersprechen: Zu Punkt 2.02 Schutzgut Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Erholen (lärmarme Räume) steht im Umweltbericht ?im Plangebiet nicht vorhanden?, eine Betroffenheit wird verneint. Dies ist falsch: Viele Menschen aus meinem Bekannten- und Freundeskreis und auch ich selber nutzen den Weg auf der Höhe an den vorhandenen Bauernhöfen entlang als Spazier- und Wanderweg. Die Wege selber liegen zwar nicht im Plangebiet, aber sie grenzen unmittelbar daran an. Eine Erholung in ?lärmarmen Räumen? wäre nicht mehr gegeben, wenn das Gebiet für Gewerbe und Industrie genutzt würde ? zum einen durch die Lärmemissionen der Betriebe, zum anderen durch den Verkehr vom und zum Gebiet [s. Anhang Abb. StnID\_1003771\_1].

Spazier- und Wanderwege Zu Punkt 2.15 und 2.16: Hier wird lediglich auf eine ?Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene? verwiesen. Ein Blick auf die Karte zeigt aber, dass sich sowohl innerhalb des Gebiets als auch unterhalb Quellen befinden [s. Anhang Abb. StnID\_1003771\_2].

Quellen im Planungsgebiet [s. Anhang Abb. StnID\_1003771\_3]

Quellen im Planungsgebiet und unterhalb (Quelle für alle Karten: TIM-online)

Durch eine Versiegelung der Flächen wären diese Quellen stark betroffen, das Wasser könnte nicht mehr in normaler Weise abfließen, die Rückhaltung durch die sumpfigen Bereiche wäre nicht mehr gegeben. Bei Starkregen wären dann die unterhalb gelegenen Wohn- und Gewerbegebiete an der Hardtstraße gefährdet.

Zu Punkt 2.17 Klima/Luft: Im Gutachten wird eine Umweltauswirkung verneint. Dabei geht das Gutachten nur von der thermischen Ausgleichsfunktion der Grünflächen aus, die als gering eingestuft wird. Es wird nicht berücksichtigt, dass jede Grünfläche als CO<sub>2</sub>-Senke wirkt und daher ein Wegfall von Grünflächen immer eine erhebliche klimatische Auswirkung hat.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Bewertung in der regionalplanerischen Umweltprüfung erfolgt auf Basis einheitlicher Kriterien gemäß den in Anhang A definierten Bewertungsmaßstäben und Datengrundlagen. Die differenziertere Betrachtung auf örtlicher Ebene ist in nachfolgenden Verfahren vorzunehmen. Dabei kann es ggf. auch aufgrund lokaler Betroffenheiten zu abweichenden Ergebnissen kommen.

**Anhänge**[Abb\\_ID1003771\\_1.pdf](#)[Abb\\_ID1003771\\_2.pdf](#)[Abb\\_ID1003771\\_3.pdf](#)

1003774

## Inhalt

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass die Einrichtung eines Gewerbe- und Industriegebiets an der vorgesehenen Stelle wesentlich gravierendere Umwelt-Auswirkungen hat als im Gutachten festgestellt und daher abzulehnen ist [s. Anhang Abb. StnID\_1003774].

## Anhänge

[Abb\\_ID1003774.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore,

Freirauminselfn fowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.



AZ: Ö-M-438

1001698

1006958

#### Inhalt

Zwischen den Feldern am Rande des Rather Sees, der hoffentlich ebenfalls bald zur Erweiterung des Naherholungsgebietes ein offizielles Schwimmbad etc erhalten wird, muss unbedingt für die vielen Anwohner erhalten werden. ?

Die Spaziergänger, wie Mütter mit Kleinkindern, ältere Menschen mit und ohne Gehilfen, Jogger, Fahrradfahrer können sich ohne Autoverkehr draußen bewegen, das Grün genießen und vom Alltagsstress erholen. ?

Jede weitere Bebauung/Versiegelung von Flächen führt zwangsläufig zum weiteren Anstieg der Temperatur, die durch die zunehmend wärmer werdenden Sommer die vielen Anwohner jetzt schon belasten. ?

Ebenfalls werden geschützte Tierarten nach Untersuchungen durch weitere Bebauung immer weiter bedroht. ?

Die Menschen müssen sich in der Natur entspannen können, was gerade in den vergangenen Coronajahren immer dringender wird, um den gestiegenen psychischen Belastungen entgegen zu wirken. ?

Ein besorgter Anwohner bittet darum, diesen Plan aufzugeben zum Wohl aller dort lebenden Anwohner. ?

VIELEN DANK!!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-439	
1001729	
1006058	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Aus den regionalplanerischen zeichnerischen Festlegungen für den Bereich Leverkusen, Köln sowie Rheinisch-Bergischer Kreis (Blatt 05 der Unterlagen) geht hervor, dass für den Stadtteil Burscheid-Dierath zukünftig eine Neuausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches geplant ist. Derzeit handelt es sich bei diesem Bereich um einen Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich. Nach unserer bisherigen Kenntnis handelt es sich bei der hier in Rede stehenden Fläche um ein Landschaftsschutzgebiet (LSG-4808-0009). Ferner sind durch die ASB-Ausweisung ein Biotop (BK-4908-023) sowie Biotopverbundfläche (VB-K-4908-111) betroffen. Vor diesem Hintergrund sind erhöhte Anforderungen an die Abwägungsentscheidung zugunsten einer beabsichtigten ASB Ausweisung zu stellen. Zur Prüfung, ob durch unseren Mandanten eine Stellungnahme bezüglich der ASB Ausweisung in Burscheid-Dierath bis zum 31.08.2022 eingereicht werden soll, bitten wir zeitnah um Übermittlung insbesondere folgender Unterlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Unterlagen bezüglich der Bedarfsermittlung für die ASB Neuausweisung</li> <li>? Unterlagen zu anderen geeigneten Alternativflächen</li> <li>? Unterlagen zu dem Abwägungsprozess zugunsten der ASB Ausweisung unter Zurückstellung des Freiraumbereichs</li> <li>? Landschaftsplan Burscheid-Leichlingen</li> </ul> <p>Wir bitten Sie, uns diejenigen Unterlagen, die unmittelbar die ASB-Ausweisung in Burscheid-Dierath betreffen, sehr zeitnah zur Verfügung zu stellen. Dies erläutern wir gerne wie folgt:</p> <p>1. Grundsätzliche Anforderungen an eine ASB-Neuausweisung</p> <p>Nach unserem Verständnis soll der Allgemeine Siedlungsbereich für die hier in Rede stehende Fläche in Burscheid-Dierath neu/erstmalig ausgewiesen werden. Daher darf zunächst auf die Ausführungen in § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG verwiesen werden:</p> <p>[?] Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs und Verkehrszwecke ist zu verringern, insbesondere durch quantifizierte Vorgaben zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme sowie durch die vorrangige Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden sowie zur Entwicklung vorhandener Verkehrsflächen. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts sind auszugleichen, den Erfordernissen des Biotopverbundes ist Rechnung zu tragen. [?]</p> <p>Dieser Grundsatz der Raumordnung ist durch den LEP NRW in den Abschnitten sechs (?Siedlungsraum?) sowie sieben (?Freiraum?) näher konkretisiert worden. Hier ist auf</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Regionalrat hat die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Region Köln gemäß § 19 Abs. 1 LPIG NRW am 10.12.2021 beschlossen und damit die Regionalplanungsbehörde beauftragt, das Aufstellungsverfahren auf Grundlage der vorliegenden Planunterlage durchzuführen.</p> <p>Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen wurden gemäß § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW beteiligt. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, innerhalb der Beteiligungsfrist (07.02. - 31.08.2022) Stellung zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht zu nehmen. Alle relevanten Unterlagen wurden öffentlich ausgelegt.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>. Hierbei wurde auch von dem</p>

die Zielsetzung unter Ziffer 6.1-1 (bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung) und den Grundsatz in Ziffer 6.1-6 (Vorrang der Innenentwicklung) hinzuweisen. Planerisch ist bei der Neuausweisung von ASB-Bereichen zu beachten, dass die Inanspruchnahme des Freiraums auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt und nur erfolgen darf, sofern diese erforderlich ist. Zudem hat die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht zu erfolgen. Wir gehen daher davon aus, dass entsprechende Unterlagen zur Bedarfsermittlung und der planerischen Entscheidung, den ASB gerade an der dortigen Stelle auszuweisen, vorliegen müssen.

2. Unzureichende Informationen bezüglich des ASB in Burscheid-Dierath  
Den textlichen Festlegungen und der Erläuterung des Regionalplanentwurfs konnten wir zwar das absolute Ergebnis der Bedarfsermittlung entnehmen.  
vgl. Entwurf der textlichen Festlegungen, S. 60 sowie Erläuterungsentwurf, S. 55  
Weiterführende Informationen im speziellen zu den geplanten ASB-Ausweisungen in Burscheid konnten wir aber im Regionalplanungsentwurf nicht ausmachen. Aus dem Umweltbericht ergibt sich, dass die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen der Allgemeinen Siedlungsbereiche anhand der einzelnen Prüfbögen in Anhang C erfolgt ist. vgl. Umweltbericht, S. 100

In Anhang C finden sich derzeit nur die Prüfbögen zu ?BUR\_ASB\_1? sowie ?BUR\_ASB\_2?. Nach unserer Auffassung betreffen diese beiden nicht die ASB Neuausweisung in Burscheid-Dierath.

### 3. Zusammenfassung

Die obigen Ausführungen zeigen, dass an eine ASB-Neuausweisung im Regionalplan erhöhte Anforderungen zu stellen sind. Dies gilt verstärkt, wenn ein Landschaftsschutzgebiet und Biotopflächen betroffen sind. Eine Überprüfung der ASB-Neuausweisung in Burscheid-Dierath ist uns daher nur möglich, wenn uns die oben genannten Unterlagen vorliegen. Wir bitten Sie daher abschließend nochmals, uns diejenigen Unterlagen, die unmittelbar die ASB-Ausweisung in Burscheid-Dierath betreffen, sehr zeitnah zur Verfügung zu stellen. Dies kann selbstverständlich gerne digital erfolgen.

Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Zudem erfolgt Im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze

7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer gesamtplanerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Aufgrund der veränderten kommunalen Entwicklungsabsicht ist eine veränderte Festlegung des ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Der Stellungnahme in Bezug auf eine veränderte Abgrenzung des Siedlungsraumes ist somit entsprochen (s. StnID 1003888).

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

AZ: Ö-M-440	
1001018	
1002502	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unser landwirtschaftlicher Betrieb liegt am Rande der Ville zwischen den Ortschaften Weilerswist und Metternich unweit des Swistbaches. Die Hofstelle wurde 1980 aus der Ortslage von Metternich in die Feldflur ausgesiedelt, um eine nachhaltige Entwicklung am neuen Standort zu gewährleisten und Konflikte mit der Wohnbevölkerung in der Ortschaft zu vermeiden. Mittlerweile hat sich der Betrieb als Ackerbaubetrieb neben der Erzeugung von Getreide, Raps und Mais vor allem auf die Produktion von Speisekartoffeln spezialisiert. Dabei werden die Kartoffel nicht nur produziert, sondern auch bis in den Sommer des Folgejahres gelagert, aufbereitet und im Wesentlichen selber vermarktet. Die Vermarktung geschieht über den eigenen Hofladen sowie durch die Belieferung regionaler Supermärkte. Dadurch profitiert der Verbraucher von einem hervorragenden Produkt, welches ortsnah in der Region ? sozusagen vor seiner Haustür - produziert und ohne lange Transportwege oder Lieferketten ganzjährig zur Verfügung steht. Die Produktion ist transparent und nachvollziehbar und vollzieht sich nicht anonym in fernen Ländern. Im eigenen Hofladen werden darüber hinaus weitere Produkte aus der Region zur Ergänzung des Sortiments angeboten. Als Selbstverständlichkeit wird vom Betrieb eine nachhaltige Wirtschaftsweise angesehen. So ist entlang des Swistbaches oder des Fließgrabens ein Grünstreifen angelegt und wird gepflegt. Ersterer dient als Standort für etliche Bienenstöcke, die wiederum als Bestäuber in der Natur sehr willkommen sind. In der Feldflur sind Blühstreifen angelegt. Es werden Flächen zum Vogelschutz oder der Förderung von Graumammern unterhalten und gepflegt. An verschiedenen Stellen wird über Ernteverzicht dem Niederwild Deckung und Nahrung zur Verfügung gestellt. Der Erhalt und der Schutz von Boden und Natur stellt keinen Widerspruch zur angestrebten Bewirtschaftung dar, sondern ist im Gegensatz die Voraussetzung, die Böden fruchtbar und ertragreich zu erhalten. Ein wichtiges Ziel des Regionalplans beinhaltet, die landwirtschaftlichen Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten, aber auch die Erweiterung zu ermöglichen. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. (Regionalplan G34). Als Beeinträchtigung zählt der Regionalplan u.a. die Inanspruchnahme von Flächen (weiter unten für Swisttal beschrieben) und die Veränderung des landwirtschaftlichen Umfeldes auf. Hierzu folgendes. Die im Regionalplan vorgesehene Ausweisung des Betriebsstandortes als Naturschutzfläche [anonymisiert] mit den daraus resultierenden Konsequenzen (Verhinderung oder Erschwerung baulicher Maßnahmen) ist für den Betrieb nicht hinnehmbar. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kartoffelanbaus für den Betrieb verlangt, dass unbedingt</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten</p>

die Wünsche und Verbrauchsgewohnheiten des Verbrauchers bedient werden. Vor allem muss ganzjährig ein qualitativ hochwertiges und ansprechendes Produkt zur Verfügung gestellt werden. Das bedingt die ganzjährige Lagerung mit Kühlung der Kartoffel. Dazu werden im Laufe der Zeit eine Erweiterung der vorhandenen Lagerkapazitäten erforderlich werden. Ebenso wird in Zukunft auch Hallenraum errichtet werden müssen, so dass ein witterungsunabhängiges Umladen von Ware ganzjährig möglich ist. Sollte das aufgrund der durch die Naturschutzaufgaben erwarteten Auflagen unmöglich sein, können die Kunden nicht mehr bedarfsgerecht bedient und versorgt werden. Die Folge ist, dass die Waren über lange Transportwege herangeschafft werden müssen. Also weder nachhaltig und bei gestörten Lieferketten problematisch. Außerdem werden klimaschädliche Abgase in Kauf genommen. So wird ein Konflikt generiert, der allerdings in diesem Planungsstadium noch frühzeitig durch Abänderung des Regionalplans ausgeschlossen werden sollte. Zumutbare Alternativen für die baulichen Maßnahmen an anderen Standorten bestehen nicht und sind auch nicht darstellbar, weil dadurch weitere Gebäude oder Infrastruktur am anderem Standort erforderlich werden würden, die an der Hofstelle schon vorhanden sind. Das kann auch nicht im Sinne eines zusammenhängenden System des Freiraums aus Ackerflächen sein, der doch gerade in seiner Leistung und Funktionsfähigkeit erhalten werden soll. Letztlich wird die weitere Entwicklung des Betriebes behindert oder gar unmöglich gemacht. Der Betrieb wird mittlerweile in der vierten Generation durch meinen Sohn bewirtschaftet. Seine Zukunft und die der Familien wird in Frage gestellt und letztlich zerstört. Bisher getätigte erhebliche Investitionen verlieren ihren Wert. Die an die Hofstelle angrenzenden Flächen sind ? falls sie nicht in den Naturschutzbereich fallen - mit einem Landschaftsschutzgebiet überplant. Hierbei handelt es sich um die wertvollsten Flächen des Betriebes, die eine sehr hohe Bodengüte aufweisen Gemarkung Metternich Flur 13 [anonymisiert] . Durch die schon bestehenden Einschränkungen in Landschaftsschutzgebieten bzw. denen, die noch in Vorbereitung sind, könnten dann diese Flächen auch nicht mehr sinnvoll ackerbaulich genutzt werden. Wie schon dargestellt, wurde durch die Anlage von Blüh- und Randstreifen, Grauammerschutz, Ernteverzicht ein Ausgleich zwischen den landschaftstypischen Erfordernissen und Biotopverbund sowie den Erfordernissen des Betriebs gesucht und gefunden. Wobei die Erfordernisse des Betriebs in erster Linie durch die Ansprüche der Verbraucher und Kunden definiert sind, die zwar eine nachhaltige Wirtschaftsweise erwarten, gleichzeitig aber auch eine hervorragende Qualität verlangen. Gerade letzteres ist mit extensiven Arbeitsmethoden ohne eine gezielte Bestandsführung nicht zu erreichen. Schadschwellen, integrierter Pflanzenschutz und der Einsatz modernster Technik sind keine Schlagworte im Betrieb, sondern seit Jahren gepflegte Praxis. Um diesen hohen Standard aber weiterhin Genüge zu tun, ist es unabdingbar, dass die hofnahen Flächen aus der Überplanung herausgenommen werden.

Die Hofstelle und die angrenzenden hofnahen Flächen sind aus der Naturschutzausweisung herauszunehmen. Die daran angrenzenden hofnahen Flächen

(entlang des Swistbaches) sind aus der Landschaftsschutzausweisung herauszunehmen.	
--	--

1002504

## Inhalt

Die in der Gemeinde Swisttal geplante Neuausweisung von Gewerbeflächen an der AB Abfahrt Swisttal würde für den Betrieb den Verlust wertvoller Ackerflächen bedeuten Gemarkung Heimerzheim [anonymisiert]. Auch hier handelt es sich um einen Standort mit sehr hoher Bodengüte. Eine agrarstrukturell bedeutsame Fläche besonderer Bodengüte und Feldblockgröße. Sie stellt die Produktionsgrundlage zur Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln oder Gemüse dar und erfüllt von daher wichtige ökologische, soziale und wirtschaftliche Funktionen. Diese sind in der Regel doch die allgemeinen Ziele des Freiraumschutzes. Gewerbliche oder industrielle Nutzung sollte vermieden werden, um den anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegenzuwirken. Dem sparsamen Umgang mit Siedlungsraum oder Gewerbeflächen kommt im Rahmen der bedarfsgerechten Entwicklung eine zentrale Rolle zu, um den Verlust landwirtschaftlicher Böden auf das Geringstmögliche zu beschränken.

Die Flächen in Swisttal an der Autobahnfahrt A 61 sollten nicht als GIB Neuausweisung für gewerbliche oder industrielle Nutzung ausgewiesen werden

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden so die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+ - Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe



umsetzen, Ziel Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel GIBregional sichern und umsetzen und Ziel GIBplus sichern und umsetzen im Regionalplan Köln. Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil der laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und dem Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffenen Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen.

Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftlichen Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIBregional gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-442

1001764

1002506

#### Inhalt

Ich lege hier mit Einspruch ein gegen die Ausweisung folgender Gebiete als Bereich zum Schutz der Natur (BSN):

1. Auf dem Gebiet der Stadt Euskirchen: (GO\_BSN\_TAA-EU-21)
2. Auf dem Gebiet der Stadt Mechernich: (GO\_BSN\_TAA-EU)

Es handelt sich um das Veybachtal zwischen Mechernich-Burgfey und Satzvey sowie das Gebiet im Mechernicher Wald, Gemarkung Satzvey-Firmenich, entlang des Siefenbaches. Für mich ist nicht erkennbar, mit welchen Einschränkungen des Grundeigentums diese Festsetzungen verbunden sind. Um detailliert Stellung nehmen zu können bitte ich Sie, mir die Ihren Festsetzungen zugrunde liegenden Erkenntnisse mitzuteilen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Hinsichtlich der Wirkungen der zeichnerischen Festlegungen und deren planerische Grundlagen wird auf die textlichen Festlegungen, die zugehörigen Erläuterungen und auf die Planbegründung zu Kapitel 4.3 "Schutz der Natur und Landschaft" verwiesen.

AZ: Ö-M-444	
1001746	
1006212	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme gegen die Ausweisung der Fläche R27 (Bergisch Gladbach-Frankenforst) als Gewerbegebiet.</p> <p>Die Fläche R27 ist aktuell ein Waldgebiet mit hoher Bedeutung für die umliegenden Wohngebiete. Bereits bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Bergisch Gladbach konnte die Bürgerinitiative Frankenforst mit starker Unterstützung der Anwohnerschaft sowie weiterer Organisationen (Rheinischer Naturschutzbund und BUND) nachweisen, dass die Waldflächen aufgrund ihrer Bedeutung im Klima- und Artenschutz als zukünftige Gewerbegebiete nicht im Flächennutzungsplan aufgenommen werden dürfen. Um so unverständlicher ist es, dass die Stadt Bergisch Gladbach aktuell versucht, die Flächen durch die Hintertüre wieder als Gewerbeflächen auszuweisen. Gegen die Aufnahme der Flächen R27 spricht im Einzelnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Festlegung der Fläche R27 im aktuellen Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach - <b>kein Gewerbegebiet!</b></li> <li>• Die besondere Bedeutung des Gebietes als Waldfläche angesichts des Klimawandels und zunehmender Extremwetter-Ereignisse</li> <li>• Wichtige Bedeutung des Waldes als Hochwasser und Überschwemmungsschutz (Beispielhaft sei das Starkregenereignis am 14.07.2022 angeführt)</li> <li>• Im östlichen Bereich der Fläche R27 wurde durch den BUND die Ansiedlung der geschützten Fledermausarten (<b>Mückenfledermaus</b> und Zwergfledermaus) nachgewiesen</li> <li>• Qualifikation des Waldgebietes (R27) im städtischen Lärmaktionsplans von Juni 2022 (!!) als städtischer Rückzugsort und ?Achse mit Erholung- und Verbindungsfunktion? zum Königsforst</li> <li>• Keine neuen Argumente zur (behaupteten) Erforderlichkeit eines Gewerbegebiets statt der Waldflächen. Insbesondere durch die Aufgabe der Firma Zanders im Stadtgebiet Bergisch Gladbach ergeben sich neue Gewerbeflächenpotentiale</li> <li>• Bedeutung des Waldes als zentraler Lebensraum für Mensch, Tier- und Pflanzenarten</li> <li>• Die Waldfläche dient als Lärmschutzwand zur Autobahn BAB 4</li> <li>• Der Wegfall des Waldes führt zu einem unzumutbaren Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere im Hinblick auf die Feinstaub- und Lärmbelastung</li> <li>• Insbesondere das östliche Waldstück (entlang der Brüderstraße) liegt im</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

sogenannten FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Bedeutung für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund

- Die Waldgebiete gehören zum Netz an Flächen für die Frischluftversorgung von Bergisch Gladbach

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass neben den o.a. Aspekten des Klima- und Artenschutzes die Anwohner an der Fläche R27 bereits jetzt durch die BAB 4 und dem Abflugkorridor des Flughafens Köln-Bonn einer extrem hohen Lärmbelastung ausgesetzt sind, so dass eine Ansiedlung von Gewerbegebieten auf die momentan vorhandenen Flächen der Waldgebiete dazu führen würde, dass die Wohnqualität komplett gegen Null tendiert.

**Eine Ausweisung der Fläche R27 als Gewerbegebiet ist nicht zu unterstützen.**

AZ: Ö-M-445	
1001765	
1002507	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In der Gemeinde Dahlem, Gemarkung Berk, Flur 8 soll eine Fläche zum Schutz der Natur ausgewiesen werden. In diesem Bereich bin ich Pächter und Bewirtschafter der Flurstücke [anonymisiert], welche sich im Besitz von [anonymisiert] befinden. Aufgrund einer möglichen Ausweisung dieser o.g. Flurstücke, welche später in ein mögliches Naturschutzgebiet fallen könnten, möchte ich eine Stellungnahme abgeben: 1. Für mich als Bewirtschafter der o.g. Flurstücke würden die Zeiten der Bewirtschaftung eingeschränkt. 2. Der Ertrag der Fläche würde mich in meinem wirtschaftlichen Erfolg beeinträchtigen. Es würde ca. 15% meiner betrieblichen Fläche betreffen. 3. Etwaige Pflanzenschutzmaßnahmen gegen Unkräuter können nicht mehr durchgeführt werden. Der Aufwuchs wäre gegebenenfalls nicht mehr zu vermarkten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten</p>

AZ: Ö-M-446

1001703

1002514\_001

#### Inhalt

Einspruch gegen Neuaufstellung des Regionalplans Industriegebiet LEP Lindern (Geilenkirchen, Kreis Heinsberg)

Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da wichtige Ernteflächen der Landwirtschaft dafür geopfert werden und Lebensraum der wildlebenden Tiere zerstört wird. Zudem gibt es keine durchdachte Anbindung an den Verkehr, bzw. eine Autobahn und ich befürchte eine enorme Lärmbelastung in den Ortschaften. Zuletzt frage ich Sie wer dort überhaupt arbeiten soll, da wir bereits jetzt einen riesigen Fachkräftemangel in Deutschland haben, der immer weiterwächst, alleine wenn man sich den Markt der offenen Lehrstellen ansieht.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-M-448	
1001704	
1002516_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Betreff:</b> Einspruch GIB Püttsraße</p> <p>Ich erhebe Einspruch gegen das Gewerbe- und Industriegebiet GIB Püttsraße. ich lehne den Regionalplan Entwurf ab, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchte , dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um das Gewerbegebiet Niederheid an der Püttstraße erheblich negativ beeinträchtigt wird und meine Gesundheit gefährdet. Das Gewerbegebiet grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes und ich befürchte trotz des Abstands von 300 Metern eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Das Gewerbegebiet schadet mit seinen Versiegelungen und Bauteilen unserem Klima. Ich lehne es ab weil die betrieblichen Abwässer und das Niederschlagswasser unser Kanalnetz überdurchschnittlich belasten können. Steigende Kanalreinigung und Kläranlagenaufbereitungskosten werden zu Ungunsten der Allgemeinheit umgelegt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-449	
1001751	
1002518_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Wir sind als Familie 1999 von Aachen-Innenstadt nach Erkelenz-Hetzerath gezogen. Dies war seinerzeit eine bewusste Entscheidung für das hiesige Dorf, da wir mit unseren Kindern ein landwirtschaftlich geprägtes und gesundes Umfeld mit hoher Lebensqualität gesucht haben. Wir leben somit bewusst ?auf dem Land?. Wir möchten auch zukünftig auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Wir wollen die Vögel singen hören und die ansässigen Tiere trotz der hiesigen Jagdgebiete in Natur sehen. Dafür nehmen wir gerne auch Nachteile des Landlebens in Kauf. Das ist unsere Heimat.</p> <p>Die Stadt Erkelenz beantragt zur Neuaufstellung des Regionalplans nun eine Erweiterung von Gibco V (Standortkategorie B) und der Flex Fläche (Kategorie A/C) westlich der B57 in Richtung unseres Dorfes. Zusätzlich plant die Stadt Hückelhoven ebenfalls entlang der B57 ein GIB Plus zwischen Baal/Granterath/Doveren/Hetzerath in der Größe von ca. 50 ha. Damit ist der weitere Verlust von wertvollen Ackerböden, Lebensraum und Naherholungsflächen verbunden. Das ist nicht der Ort, den wir zukünftig wollen.</p> <p><b>Gibco V/Flex Fläche</b></p> <p>Im von der Stadt Erkelenz beauftragten Fachgutachten Jansen fällt auf, dass die Ermittlung des Flächenbedarfs auf Basis der historischen Entwicklung erfolgt und linear in die Zukunft projiziert wird. Entwicklungen beispielsweise durch die fortschreitende Digitalisierung, Arbeitskräftemangel und einer zunehmend älteren Bevölkerung (Stichwort Babyboomer gehen in Rente) wurden leider gar nicht einbezogen, d.h. weitermachen wie bisher, alte standardisierte Konzepte aus der Mottenkiste, ohne weitere Konsequenzen aus dem ?Jetzt? zu ziehen. Auch ist auffallend, dass die Bevölkerungszahl in Erkelenz in den vergangenen Jahren eher stagniert bzw. leicht sinkt, trotz vergangenem Zuwachs bei der Gewerbeflächenansiedlung. D.h. Erkelenz wächst in Bezug auf Gewerbe und Industrie quantitativ aber nicht qualitativ auf Kosten wertvoller Ackerflächen. Auch der mögliche Erhalt der Dörfer im Zuge der Verringerung des Braunkohletagebaus fand bisher keine Beachtung im Gutachten, damit bleiben Potentiale ungenutzt. Insgesamt überzeugt uns die Planung nicht, da dynamische</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Weiterhin erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst.</p>



Effekte keinen Einfluss auf die Planung haben. Sie ist zu statisch gedacht.

Im Gebiet der Stadt Erkelenz werden Flächen in zweistelliger Quadratmeterzahl für den Tagebau Garzweiler II in Anspruch genommen, wobei hier weder die Tagebaugrenzen noch die endgültige Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler II durch die noch anstehende, notwendige neue Leitentscheidung definiert wurden.

Das Konzept eines dauernd wachsenden und konkurrierendes Steueraufkommens der Kommunen durch Bodenverbrauch ist weder nachhaltig noch klimaverträglich. Es muss durch ein nachhaltiges Konzept, ökologisch vertretbarer Inanspruchnahme bereits genutzter Ressourcen ersetzt werden. Wachstum in Beschäftigung und Wertschöpfung müssen künftig durch Qualität statt Quantität gesichert werden. Jeder Quadratmeter produktiver, gesunder Boden dient dem Klimaschutz, der Natur und den Menschen. Ansonsten leben wir immer weiter auf Kosten der Mutter Erde, das kann auf Dauer kein nachhaltiges Konzept sein.

Im Umweltweltbericht der Regionalplanung zu Gibco V/Flex Fläche steht unter dem Schutzgut ?Wildgebiet? des Regionalplans, diese seien im Plangebiet nicht vorhanden, somit vernachlässigbar. Dabei gehen die Gutachter fehl. Vielmehr handelt es sich um ein weitreichendes Wildwechselgebiet und der Wald zwischen Scheidt und Hetzerath ist ein Rückzugsort für Wild und andere Tiere.

Bei der Stellungnahme der Erkelenzer Öffentlichkeit sprachen sich zudem 98% aller Einwander gegen das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz aus und forderten Änderungen und Neuplanungen. Es haben dabei nicht nur Privatpersonen und Bürgerinitiativen ihre Meinung kundgetan, sondern auch die Mehrzahl der betroffenen Landwirte. Die weitere, unreflektierte Übernahme dieses Gewerbeflächenkonzeptes in den Regionalplan würde daher gegen den Willen der Einwohner der Stadt Erkelenz durchgeführt. Dies entspräche nicht dem Geiste des Regionalplans.

### Grundsätzliches

Die Ackerböden im Kreis Heinsberg gehören zu den besten Böden in Europa. In den beiden Umweltberichten zu Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus heißt es abschließend: ?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.? Durch immer mehr Straßen, Wohn- und Gewerbegebiete werden die Böden für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Aktuell zeigen die Entwicklungen rund um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, dass ein Umdenken langfristig zwingend erforderlich ist. Boden ist ein endliches Gut und wir müssen es wieder zu schätzen wissen. Die Bezirksregierung sollte mit der

Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Bezüglich der Festlegung eines GIB bzw. eines GIBflex in Erkelenz gilt, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist (s. Stellungnahme ID 1000716). In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten, dem ungebremsen Flächenverbrauch Einhalt gebieten und den schutzbedürftigen Böden mehr Stellenwert geben. Auch gilt es, sich wandelnden Lieferketten Rechnung zu tragen.

Auch aus Gründen des Klima- und des Artenschutzes lehnen wir die immer weiter voranschreitende Versiegelung von Flächen ab. Beton bindet weder Wasser noch CO<sup>2</sup> und bietet keine Nahrungsgrundlage. Die Natur braucht ihren Platz. Anstatt immer neue Flächen auf der ?grünen Wiese? zu versiegeln, sollten alte Industrie- und Gewerbeflächen überplant und neuen Nutzungen zugeführt werden.

Entsprechend dem Koalitionsvertrag ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 ha täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Diese Begrenzung muss nun auch auf die Städte Erkelenz und Hückelhoven heruntergebrochen werden und die Flächen dementsprechend angepasst werden. Dies und weitere aktuelle Gesetzgebungsverfahren der neuen Landesregierung bitten wir in der Regionalplanung zu berücksichtigen.

Zur Begründung für neue Gewerbe- und Industriegebiete wird häufig das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen herangezogen. Beim derzeitigen und weiter absehbaren Mangel an Arbeitskräften in allen Bereichen - von Pflege, Verwaltung, Handel, Dienstleistung, Handwerk und Industrie - stellt sich die Frage, welche Arbeitskräfte die neuen Gewerbe- und Industriegebiete künftig füllen sollen. Und das bei einer zunehmenden Etablierung von Home Office in der Arbeitswelt.

Der Strukturwandel, dem gerade auch der Kreis Heinsberg im besonderen Maße unterliegt, macht die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich, das steht außer Zweifel. Mit dem Wegfall alter Industrien, alter Arbeitsplätze fallen aber auch alte Produktionsstätten weg, die durchaus einer neuen Nutzung und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeführt werden können.

Es macht keinen Sinn, alte Produktionsstätten verrotten zu lassen und gleichzeitig neue Gewerbe- und Industriegebiete aus dem Boden zu stampfen, nur weil die Erwerbskosten von Ackerflächen für die Kommunen niedriger sind.

Von der Bezirksregierung ausdrücklich erwünscht sind Interkommunale Gewerbegebiete. Im aktuellen Entwurf kommt das nicht ausreichend zum Tragen, d.h. der Kreis Heinsberg nutzt diese Möglichkeit nicht. Vielmehr agiert jede Kommune autark mit ihren Lokalfürsten, ohne einen ganzheitlichen Planungsblick auch Sicht des Kreises zu haben. Deswegen ist es erforderlich, dass die Kommunen zusammenarbeiten, um möglichst effektiv Gewerbegebiete zusammen zu führen.

Flächenversiegelung bedeutet auch Reduzierung des Regenwassereintrags in den Boden. Erkelenz/Hückelhoven liegen nördlich der Rur. Am Ende wird das Regenwasser aber in die Rur eingeleitet. Denken wir an die Flutkatastrophe vor einem

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren. Hierzu zählen u.a. auch potentielle Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Jahr mit erheblichen Schäden auch für Kommunen an der Rur. Die Flächenversiegelungen würden bei einem Starkregenereignis die Rur weiter belasten. Diese Auswirkungen wurden im Umweltbericht nicht berücksichtigt.

Aus unserer Sicht werden zu erwartende Verkehrs- und Infrastrukturprobleme durch die Flächenausweisungen nicht berücksichtigt. Die gesamte Fläche rund um Hetzerath und den umliegenden Dörfern ist ein Biotop Verband, welches im Regionalplan ebenfalls nicht berücksichtigt wird.

Und wie kann es sein, dass Flächen im Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus seitens der Kommunen Erkelenz und Hückelhoven überplant werden, die nach Auskunft betroffener Landwirte gar nicht zur Verfügung stehen, da diese ihre Existenzgrundlage und die der Nachkommen bilden? In meinen Augen hätten die Kommunen Erkelenz und Hückelhoven diese Ausschlusskriterien schon zu Beginn der Regionalplanung verlässlich beachten müssen. So sind viele Ressourcen in Planungen geflossen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren, u.E. handelt es sich hier um reine Steuerverschwendung.

Aus den genannten Gründen erachten wir es als sachgerecht, dass der Entwurf der Regionalplanung in der jetzigen Form nicht zum Tragen kommt. Vielmehr ist eine umfassende Überarbeitung erforderlich, soweit die BürgerInnen tatsächlich auf Augenhöhe mitgenommen werden sollen. Wir bitten Sie, unseren Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Gewerbe- oder Industrieflächen Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus und auch zusätzliche Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath westlich und östlich der B57 sind abzulehnen.

Für evtl. Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und Bedenken im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt****Baal GIB Plus**

Das von der Stadt Hückelhoven eingebrachte GIB Plus hat u.a. den großen Nachteil, dass die verkehrstechnische Anbindung wie das bereits bestehende Gewerbe- und Industriegebiet Hückelhoven-Baal mit einer Ausdehnung von 110 ha erneut über die B57 erfolgen soll. Damit hat Hückelhoven zum geplanten GIB Plus wieder mal keinen eigenen Autobahnanschluss. Auch hier wiederholen sich Planungsfehler aus der Vergangenheit bei der verkehrstechnischen Anbindung, obwohl Baal über einen eigenen Gleisanschluss an der Strecke Aachen-Mönchengladbach verfügt. Vielmehr wird den Einwohnern von Baal sowie der Nachbarstadt Erkelenz und den betroffenen Dörfern erneut zugemutet, dass der Verkehrsfluss über die B57 in Richtung Autobahnabfahrt Erkelenz Süd sowie weiterer Anschlussstraßen in der Region erfolgen soll.

Schon heute sind die Bürger entlang der B57 zwischen Baal und Erkelenz die großen Verlierer bereits erfolgter Gewerbeflächenansiedlungen. Sie leiden bereits unter den zunehmenden Abgas- und Lärmemissionen und erwarten von der Stadt Hückelhoven und Erkelenz Lösungen, die sie aber bisher nicht haben. Die Häuser/Gärten in Baal/Granterath/Scheidt/Commerden liegen z.T. nur wenige Meter von der B57 entfernt und stationäre Geschwindigkeitskontrollen oder lärmsenkende Geschwindigkeitsbegrenzungen (30 km/h) bei Tag und Nacht bestehen nicht, obwohl seitens der betroffenen Bevölkerung gefordert. Eine erneute Steigerung durch zusätzliche Industrieflächen ist nicht hinnehmbar, oder soll entlang der B57 im betroffenen Bereich gänzlich mit Schallschutzwänden gearbeitet werden? Zudem stellt sich die unbeantwortete Frage, ob durch den zusätzlichen Verkehr die einzuhaltenden gesetzlichen Grenzwerte bzgl. der Emissionen nicht gänzlich überschritten werden. Wir bitten bei diesem Thema um zusätzliche Erhebungen und Einschätzungen.

Ebenso wurden die bestehenden und geplanten Gewerbeflächen benachbarter Kommunen außer Acht gelassen. Zu nennen sind dabei insbesondere die Ansiedlungen großer Verteilzentren u.a. von Amazon und Reuters in MG-Rheindahlen, welche jetzt schon für eine Überlastung der B 57 zwischen der Gewerbefläche Hückelhoven-Baal als Standort mehrerer großer Logistikunternehmen sorgen.

Im Umweltweltbericht zum GIB Plus steht unter dem Schutzgut ?Wildgebiet? des Regionalplans, diese seien im Plangebiet nicht vorhanden. Dabei gehen die Gutachter fehl. Vielmehr handelt es sich um ein weitreichendes Wildwechselgebiet und der Wald nördlich von Baal in Richtung Hetzerath ist ein Rückzugsort für Wild und andere Tiere.

Auch wenn der Bürgermeister der Stadt Hückelhoven öffentlich angekündigt hat, dass

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Weiterhin erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

aufgrund des deutlich vernehmbaren Protestes ein GIB Plus in Baal für ihn nicht mehr in Frage kommt, so plant er dennoch zusätzliche Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath westlich und östlich der B57, jetzt ohne die Flächen eines verkaufsunwilligen Landwirtes. Auch diese Planung ist aus den genannten Gründen mit Nachdruck abzulehnen.

### Grundsätzliches

Die Ackerböden im Kreis Heinsberg gehören zu den besten Böden in Europa. In den beiden Umweltberichten zu Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus heißt es abschließend: ?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.? Durch immer mehr Straßen, Wohn- und Gewerbegebiete werden die Böden für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Aktuell zeigen die Entwicklungen rund um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, dass ein Umdenken langfristig zwingend erforderlich ist. Boden ist ein endliches Gut und wir müssen es wieder zu schätzen wissen. Die Bezirksregierung sollte mit der Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten, dem ungebremsen Flächenverbrauch Einhalt gebieten und den schutzbedürftigen Böden mehr Stellenwert geben. Auch gilt es, sich wandelnden Lieferketten Rechnung zu tragen.

Auch aus Gründen des Klima- und des Artenschutzes lehnen wir die immer weiter voranschreitende Versiegelung von Flächen ab. Beton bindet weder Wasser noch CO<sup>2</sup> und bietet keine Nahrungsgrundlage. Die Natur braucht ihren Platz. Anstatt immer neue Flächen auf der ?grünen Wiese? zu versiegeln, sollten alte Industrie- und Gewerbeflächen überplant und neuen Nutzungen zugeführt werden.

Entsprechend dem Koalitionsvertrag ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 ha täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Diese Begrenzung muss nun auch auf die Städte Erkelenz und Hückelhoven heruntergebrochen werden und die Flächen dementsprechend angepasst werden. Dies und weitere aktuelle Gesetzgebungsverfahren der neuen Landesregierung bitten wir in der Regionalplanung zu berücksichtigen.

Zur Begründung für neue Gewerbe- und Industriegebiete wird häufig das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen herangezogen. Beim derzeitigen und weiter absehbaren Mangel an Arbeitskräften in allen Bereichen - von Pflege, Verwaltung, Handel, Dienstleistung, Handwerk und Industrie - stellt sich die Frage, welche Arbeitskräfte die neuen Gewerbe- und Industriegebiete künftig füllen sollen. Und das bei einer zunehmenden Etablierung von Home Office in der Arbeitswelt.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal sowie eines GIB entlang der B57 in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahmen ID 1001804 und ID 1001806).

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und

Der Strukturwandel, dem gerade auch der Kreis Heinsberg im besonderen Maße unterliegt, macht die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich, das steht außer Zweifel. Mit dem Wegfall alter Industrien, alter Arbeitsplätze fallen aber auch alte Produktionsstätten weg, die durchaus einer neuen Nutzung und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeführt werden können.

Es macht keinen Sinn, alte Produktionsstätten verrotten zu lassen und gleichzeitig neue Gewerbe- und Industriegebiete aus dem Boden zu stampfen, nur weil die Erwerbskosten von Ackerflächen für die Kommunen niedriger sind.

Von der Bezirksregierung ausdrücklich erwünscht sind Interkommunale Gewerbegebiete. Im aktuellen Entwurf kommt das nicht ausreichend zum Tragen, d.h. der Kreis Heinsberg nutzt diese Möglichkeit nicht. Vielmehr agiert jede Kommune autark mit ihren Lokalfürsten, ohne einen ganzheitlichen Planungsblick auch Sicht des Kreises zu haben. Deswegen ist es erforderlich, dass die Kommunen zusammenarbeiten, um möglichst effektiv Gewerbegebiete zusammen zu führen.

Flächenversiegelung bedeutet auch Reduzierung des Regenwassereintrags in den Boden. Erkelenz/Hückelhoven liegen nördlich der Rur. Am Ende wird das Regenwasser aber in die Rur eingeleitet. Denken wir an die Flutkatastrophe vor einem Jahr mit erheblichen Schäden auch für Kommunen an der Rur. Die Flächenversiegelungen würden bei einem Starkregenereignis die Rur weiter belasten. Diese Auswirkungen wurden im Umweltbericht nicht berücksichtigt.

Aus unserer Sicht werden zu erwartende Verkehrs- und Infrastrukturprobleme durch die Flächenausweisungen nicht berücksichtigt. Die gesamte Fläche rund um Hetzerath und den umliegenden Dörfern ist ein Biotop Verband, welches im Regionalplan ebenfalls nicht berücksichtigt wird.

Und wie kann es sein, dass Flächen im Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus seitens der Kommunen Erkelenz und Hückelhoven überplant werden, die nach Auskunft betroffener Landwirte gar nicht zur Verfügung stehen, da diese ihre Existenzgrundlage und die der Nachkommen bilden? In meinen Augen hätten die Kommunen Erkelenz und Hückelhoven diese Ausschlusskriterien schon zu Beginn der Regionalplanung verlässlich beachten müssen. So sind viele Ressourcen in Planungen geflossen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren, u.E. handelt es sich hier um reine Steuerverschwendung.

Aus den genannten Gründen erachten wir es als sachgerecht, dass der Entwurf der Regionalplanung in der jetzigen Form nicht zum Tragen kommt. Vielmehr ist eine umfassende Überarbeitung erforderlich, soweit die BürgerInnen tatsächlich auf Augenhöhe mitgenommen werden sollen. Wir bitten Sie, unseren Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Gewerbe- oder Industrieflächen Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus und auch zusätzliche

Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie

Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath westlich und östlich der B57 sind abzulehnen.

Für evtl. Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und Bedenken im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Mit großem Bedauern musste ich feststellen, dass in Gummersbach-Herreshagen eine Planung für ein Gewerbegebiet vorliegt. Da ich dort aufgewachsen bin, meine Eltern dort leben und ich mittelfristig plane, in die Region zurückzuziehen, bin ich zugleich betroffen und schockiert von der entsprechenden Planung.

Als junger Mensch und aus nachhaltiger Perspektive blicke ich mit großer Sorge auf ein Gewerbegebiet in dieser Region. Zum einen sei an dieser Stelle die klimatischen Folgen sowie die Auswirkungen auf die Natur und die damit einhergehenden Bedrohung der Lebenswelt von Tieren und Pflanzen genannt. Im Zuge des Klimawandels und dem damit in Verbindung stehenden dramatischen Folgen erscheint es unverständlich, warum in einem Gebiet, welches für seine vielfältige Natur und Umgebung steht, für Gewerbe weichen sollte? Unbestritten ist, dass Industrie- und Gewerbegebiete einen immensen negativen Einfluss auf den Klimawandel und die damit einhergehende Erderwärmung und Luftverschmutzung nehmen (vgl. Aden, 2011, s. 27 ff.).

Darüber hinaus bedeutet die Errichtung eines Gewerbegebietes in Herreshagen eine erhebliche Bedrohung für die Artenvielfalt und hat zudem negative Auswirkungen auf den Lebensraum von Pflanzen und Tieren. In dem betroffenen Gebiet in Gummersbach gibt es zahlreiche Tiere, denen der Lebensraum mit der Bebauung eines Gewerbegebietes genommen würde.

Zum anderen sei anzumerken, dass der Sozialraum in Gummersbach-Herreshagen für Erholung in einer ländlichen Umgebung steht. Zahlreiche Familien leben dort und nutzen das Gebiet in ihrer Freizeit. Für mich selbst fungiert das Gebiet als Ausgleich zu meinem Beruf. Eine Vielzahl von Menschen nutzt das Gebiet des Weiteren für Spaziergänge, Ausritte mit Pferden sowie als Radstrecke und Vieles mehr. Die Vorstellung, dass dieses zukünftig nicht mehr besteht, ist für mich nicht nachvollziehbar. Der Raum ist für viele Familien immens wertvoll und würde dementsprechend verloren gehen.

Daneben hat ein Gewerbegebiet erhebliche Konsequenzen für die Anwohner\*innen des Ortes. Das geplante Gewerbegebiet grenzt folglich unmittelbar an die Grundstücke der Anwohner\*innen. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass das betreffende Erholungsgebiet vernichtet werden würde, geht ein Gewerbegebiet mit einer hohen Lärmbelästigung sowie einer deutlichen Zunahme des Verkehrs einher. Zugleich werden die anliegenden Immobilien in ihren Wert enorm gemindert.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



Nicht zu leugnen ist, dass Herreshagen einen besonderen Dorfcharakter besitzt, der durch die Erschließung eines Gewerbegebietes wegfallen und die Lebensqualität der Bewohner\*innen immens schmälern würde.

Als weiteren Punkt sei zudem die Vernichtung der landwirtschaftlichen Flächen zu erwähnen. Diese fungieren als Nahrung und Futtermittel und als relevant zu bewerteten und müssen demzufolge besonders geschützt werden.

Mit Blick auf die Zukunft und aus nachhaltiger Perspektive sind wir als Mensch dafür verantwortlich, Naturgebiete zu schützen, den Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen zu erhalten und zugleich dem Klimawandel entgegenzuwirken, damit auch die nachfolgenden Generationen auf dieser Erde leben können. Denn der Klimawandel bleibt unbestritten einer der größten Aufgaben und Herausforderungen unserer Zeit (vgl. destatis,2022).

Die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Gewerbes bleibt daher nicht nur fraglich, sondern ist als gefährdend für Mensch, Tier und Natur einzustufen.

Ich bitte Sie darum, die o.g. Punkte zu berücksichtigen und würde mich sehr darüber freuen, wenn das Gebiet in Gummersbach-Herreshagen entsprechend erhalten bleibt und kein Gewerbegebiet erbaut wird.

AZ: Ö-M-451

1001705

1006213

#### Inhalt

...Mit dem letztjährigen Hochwasser ist der Klimawandel nun endgültig auch hier angekommen. Wir müssen uns darauf einstellen und hierbei das Grundwasser und natürlich auch das Oberflächenwasser entsprechend der Bedeutung für die schon zurecht ausgewiesenen Schutzgebiete berücksichtigen. Konkret geht es mir hier um den Braunsberger Bach, der durch weitere Bebauung in seinem Einzugsbereich einerseits droht bei jedem stärkeren Regenereignis überlastet zu sein, andererseits schon nach kurzer Trockenheit fast trockenfällt. Der Planentwurf sieht hier weitere Flächen für ASB in den Ortslagen Herrlinghausen, Braunsberg, Eckringhausen und insbesondere Vorderhufe vor.

[s. Anhang Abb. StnID 1006213\_1]

Aktuell ist im Bereich Hoffnung/Vorderhufe die 54. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die 93. Änderung des Bebauungsplanes in der Aufstellung. Hierbei ist mir aufgefallen, dass in Ihrem Entwurf zum Regionalplan vorgesehene Ausgleichsflächen als ASB ausgewiesen sind. Wie kann das sein? Ich bitte um Klarstellung.

Da die Entwicklung der Kommunen auch in Wermelskirchen weitergehen muss schlage ich vor, den noch nicht bebauten/versiegelten Einzugsbereich des Baches entsprechend der Legende als ?Bedeutsam für die Grundwasserbildung? zu kennzeichnen. Dies würde die schon ausgewiesenen FFH-/Naturschutzgebiete vor dem austrocknen einerseits und der Zerstörung durch Hochwasser andererseits schützen helfen.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1006213.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bezug auf die Anregung zur Grundwasserbildung gilt gemäß G.49: Bei Planungen und Maßnahmen soll die Retentionsfunktion des Bodens durch Erhalt des natürlichen Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen gesichert werden. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sollen gleichwertig ausgeglichen werden. Bestehende Möglichkeiten zur Verbesserung der Retentionsfunktion sollen genutzt werden.

AZ: Ö-M-452

1001753

1002522\_001

#### Inhalt

Hiermit erheben ich Einspruch zu Ausweitung der Flächen des Naturschutzgebietes auf den Forst und landwirtschaftlich genutzten Flächen der Gemarkungen Effeld und Ophoven in Wassenberg. Besonders im Bezug auf die Flächen die in der Verantwortung unserer Familie liegen. Grund ist das unsere Familie sich in den letzten Jahrhunderten bis heute und auch in Zukunft immer für eine weise Bewirtschaftung der Flächen eingesetzt hat und einsetzen wird. Wir fördern konkrete Maßnahmen zu Verbesserung und Erhaltung von Biotopen. Wir tragen konkret dazu bei Lebensräume für die Flora und Fauna zu verbessern. Gerne können Sie sich vor Ort von den Maßnahmen selbst ein Bild machen. Diese sind z.B. Anlage von Blühstreifen und Saumzonen, Erhalt von Feutbiotopen, intakt halten von Gewässen und deren tiefen für einen gesunden Fischbestand, Bekämpfung der Prunus Serotian (Gemeine Tataubenkirsche) die als Neophyt ein Ungleichgewicht in vielen Wäldern darstellt, Anpflanzung von Streuobstwiesen, Anpflanzung von Baureihen in der Feld Flur, Schutz von Ameisenhaufen und weitere Maßnahmen

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-453

1001706

1006214

#### Inhalt

Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans zum Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst insbesondere zum Antrag der Stadt auf Umwidmung in ein Gewerbegebiet

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wie ich der Presse kürzlich entnehmen musste, plant die Stadt Bergisch Gladbach in ihrer Stellungnahme zum Regionalplanentwurf zu beantragen, das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L 358) ? nachfolgend kurz ?Waldstück Brüderstraße?, das im Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung als Waldbereich gekennzeichnet ist, als Gewerbegebiet (?Fläche R27?) auszuweisen.  
Als Grundstückseigentümerin und Anliegerin der Brüderstraße (diese grenzt südlich an unser Grundstück) sowie insbesondere als Mitglied der Bürgerinitiative Frankenforst (vgl. [www.frankenforst.de](http://www.frankenforst.de)) bin ich inhaltlich wie rechtsstaatlich gelinde gesagt fassungslos über dieses Vorgehen der Stadt und widerspreche deren Ansinnen entschieden:

1. Klare Festlegung der betroffenen Fläche entlang der Brüderstraße als Waldgebiet im Flächennutzungsplan 2035. Nach unzähligen Diskussionen, Vorträgen, zahlreichen Stellungnahmen, Führungen/Ortsbesichtigungen verschiedener Politiker durch das Waldstück Brüderstraße und einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung war das Ergebnis, dass im finalen Flächennutzungsplan 2035 (FNP) das ursprünglich angedachte Gewerbegebiet G-Fr2a aus der Liste der potenziellen Gewerbegebiete rausgestrichen wurde. In der nachfolgenden Grafik zum jetzt geltenden FNP ist das Waldgebiet Brüderstraße als ?W III B? bezeichnet:

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

Zu den einzelnen inhaltlichen Argumenten wird auf die nachfolgenden Ausführungen unter Ziffer 3 verwiesen. Insgesamt verwundert es doch erheblich, dass die Stadt Bergisch Gladbach nur wenige Jahre nach der Aufstellung des FNP jetzt bezogen auf ?unser? Waldstück Brüderstraße wiederum zum gegenteiligen Ergebnis kommt.

2. Keinerlei Information oder Öffentlichkeitsbeteiligung

Auch fühle ich mich als betroffene Anliegerin schlicht veräppelt, wenn jetzt die erst vor

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

wenigen Jahren, nach intensiver Diskussion getroffenen Wertungen zur Flächennutzung als Wald derart fundamental geändert werden sollen. Und dabei findet diese 180-Grad-Wende der Stadt ohne eine nennenswerte Information der Öffentlichkeit statt; so wurden z.B. die Unterlagen zur entsprechenden Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss am 23.08.2022 ? also nahezu am Ende der Stellungnahme-Frist ?erst vor Kurzem im Ratsinformationssystem der Stadt Bergisch Gladbach eingestellt. Dabei war noch am 03.06.2022 im Kölner Stadtanzeiger der Artikel ?Waldstück an der A4 ist gesichert? zu lesen; in diesem wurde seitens der Stadt durch den Beigeordneten Migenda explizit die ?unbestritten hohe ökologische Wertigkeit der Flächen an der A4? herausgestellt und zugleich betont, dass der ?Landesbetrieb das Ziel verfolge, den Wald an dieser Stelle langfristig zu sichern?:

(Abbildung)

Insgesamt ist aus meiner Sicht das Vorgehen der Stadt rechtsstaatlich höchst bedenklich. Die Bürger:innen haben zwar Gelegenheit, zum Entwurf des Regionalplans gegenüber der Bezirksregierung Stellung nehmen; sie sehen sich aber hierzu ggf. aufgrund der Kennzeichnung im Regionalplan-Entwurf als ?Wald? dazu gar nicht veranlasst, zumal diese Qualifizierung dem FNP entspricht. Von der seitens der Stadt dagegen gewünschten, die Bürger:innen fundamental belastenden Planänderung (geplantes Gewerbegebiet statt Wald) haben sie aber aufgrund der allenfalls rudimentären Information keine Kenntnis.

### 3. Keine Argumente für die Umwidmung des Waldgebiets Brüderstraße!!!

Auch in der Sache erschließt es sich mir in keiner Weise, dass insbesondere angesichts des täglich immer offensichtlicher werdenden Klimawandels und der zunehmenden Extremwetter-Ereignisse das Waldgebiet Brüderstraße jetzt zum Gewerbegebiet mutieren soll. Die Bedeutung des Waldes insbesondere zur Senkung der Kohlenstoffemissionen und zur Minderung der Hitzefolgen (vgl. Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2021, S. 42 ff.) sind hinlänglich bekannt. Zur Bedeutung des Waldes heißt es z.B. in den textlichen Festlegungen zum Regionalplan-Entwurf (vgl. S. 42 ff. sowie S. 107):

?Waldbereiche sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie sind mit ihrer Funktion für die nachhaltige Holzproduktion, für den Arten- und Biotopschutz, die Kulturlandschaft, die landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung, den Klimaschutz und wegen ihrer wichtigen Regulationsfunktionen im Landschafts- und Naturhaushalt zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise dürfen Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen Waldbereichs bestehen und die Inanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. ? Dies gilt auch für Kleinwaldflächen, deren Inanspruchnahme vermieden werden soll (vgl. Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2021, S. 110). Das Ansinnen der Stadt Bergisch Gladbach, aus dem Waldstück

Brüderstraße ein Gewerbegebiet machen zu wollen, kann daher nur als absolute Fehleinschätzung der Sachlage, namentlich im Hinblick auf den Klimaschutz und die Bedeutung des Waldes für künftige Generationen gewertet werden:

(1) Bedeutung des Waldes als Hochwasser- und Überschwemmungsschutz  
Wie bereits in der Beteiligungsphase zum FNP seitens der Bürgerinitiative Frankenforst gegenüber der Stadt geltend gemacht, führt eine Versiegelung der Waldfläche insbesondere im Hinblick auf den hohen Grundwasserspiegel in Frankenforst und die prognostiziert steigenden Niederschlags- bzw. Starkregenmengen zu einer erheblichen Hochwasser- und Überschwemmungsgefahr für die angrenzende Wohnbebauung. Bis zu 6,5 Millionen Liter Wasser speichern diese Waldgebiete entlang der A4 und schon jetzt stehen im Waldgebiet entlang der Brüderstraße nach längerem bzw. starkem Regen über längere Zeit größere Pfützen bis zu kleinen Seen. Bei dem Starkregenereignis am 14.07.2021 hatten wir (persönlich)? wie zahlreiche unserer Nachbar:innen in der Schubertstraße in Bergisch Gladbach ? Wasser im gesamten Keller mit einem Gesamtschadensvolumen von fast 10.000 Euro allein für uns:

(Abbildung)

Ein Wegfall des Waldgebiets Brüderstraße ist daher mit den Vorgaben des Regionalplans im Hinblick auf einen vorbeugenden Hochwasser- und Überschwemmungsschutz (vgl. Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2021, S. 123) in keiner Weise vereinbar.

Die Aufgabe des Waldes widerspricht zudem den zwingenden Vorgaben des Bundeswaldgesetzes als auch den Festlegungen des Landesentwicklungsplans, wonach Waldgebiete wegen ihrer Ausgleichsfunktion auf den Wasserhaushalt und das Klima zu erhalten sind. Auch wären nach den Vorgaben des Bundesamtes für Naturschutz bei Wegfall des Waldes Ausgleichsmaßnahmen in einem räumlich-funktionalen Zusammenhang mit der vom Eingriff betroffenen Fläche, d.h. im näheren Umfeld, vorzunehmen. Das ist aber faktisch in räumlicher Nähe in keiner Weise möglich.

(2) Stark gefährdete Fledermausarten in dem Waldgebiet Brüderstraße  
Anlässlich der Diskussion um den Flächennutzungsplan hatten wir als Bürgerinitiative Frankenforst u.a. auch eine Begehung ?unseres? Waldes mit einem Mitglied des örtlichen Naturschutzvereins. Hierbei wurde festgestellt, dass in ?unserem? Waldstück entlang der Brüderstraße die stark gefährdete Mückenfledermaus siedelt; unserer Kenntnis nach ist dies damit der einzige Ort in NRW, wo diese seltene Fledermausart vorkommt. Bereits im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung zur Bahndammtrasse in 2012 war zudem festgestellt worden, dass der Teil des Waldgebiets Brüderstraße in der Nähe des Bundesamtes für Straßenwesen (BASt) Jagd- und Brutgebiet der ebenfalls gefährdeten Zwergfledermaus ist.

(3) Qualifikation des Waldes entlang der Brüderstraße im städtischen Lärmaktionsplan

2022 als städtischer Rückzugsort

Auch im jüngst von der Stadt Bergisch Gladbach noch im Juni 2022 beschlossenen Lärmaktionsplan wird dem Waldstück ?69 BAST-Gelände Brüderstraße? als eine ?Achse mit Erholungs- und Verbindungsfunktion? qualifiziert (vgl. Bergisch Gladbach LAP3\_Bericht\_final.docx S. 51 f. unter <https://www.bergischgladbach.de/bergischgladbach-lap3-bericht-final-gr.pdf?forced=true>). Im Lärmaktionsplan heißt es dann auf S. 52 f. weiter: ?Eine Besonderheit stellen die Waldgebiete nördlich der A 4 dar. Als Erweiterung des Königsforsts sind sie von diesem durch die A 4 getrennt. Die Wälder werden von den Bewohnern der angrenzenden Wohngebiete als stadtnahe Gebiete intensiv für Spaziergänge sowie als Übergang zum Königsforst genutzt. Aufgrund ihrer teilweise hohen Lärmbelastung ? die mit 58 a/b bezeichneten Gebiete besitzen keinen durchgängigen Lärmschutz zur Autobahn ? werden sie den städtischen Rückzugs- und Aufenthaltsorten zugeordnet. ? Es ist daher schlicht abwegig, ein Gebiet, das laut den eigenen Feststellungen der Stadt Bergisch Gladbach als Rückzugsort und Naherholung der Bevölkerung dienen soll, für eine Gewerbefläche zu opfern.

(4) Keine neueren Argumente/Erkenntnisse zur (behaupteten) Erforderlichkeit eines Gewerbegebietes statt der Waldfläche entlang der Brüderstraße

Es gibt seit der damaligen Diskussion um den Flächennutzungsplan in den Jahren 2016 ff. keine erkennbaren neuen Erkenntnisse, die die im FNP getroffenen Wertungen im Hinblick auf das Waldgebiet Brüderstraße in Frage stellen könnten oder gar eine Ausweitung neuer Gewerbegebiete erfordern:

? Nach wie vor ist aktuell das Gewerbeflächenkonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis - GE 2016 von August 2016 (vgl. rbk\_2016.pdf (nrw.de)), das bereits im FNP-Verfahren vorlag. Insoweit also nichts Neues!

? Im Rahmen des FNP-Verfahrens hatte die Stadt Bergisch Gladbach die These vertreten, dass von einem erheblichen Bevölkerungswachstums auszugehen sei, das neuen Wohn- wie Gewerbebaum erfordere. Tatsächlich ist aber verzeichnet der Rheinisch-Bergische Kreis in den letzten zwei Jahrzehnten hinsichtlich des Bevölkerungswachstums eine positive Entwicklung von 3,3 %, die bis 2040 aber an Stärke abnehmen wird (Textliche Festlegungen zur Neuauflage des Regionalplans Köln, Entwurf 2021, S. 23).

? Auch verfügt die Stadt Bergisch Gladbach nach der Insolvenz (in 2018) und endgültigen Liquidation der Zanders-Werke im Frühjahr 2021 im Innenstadtbereich über eine erhebliche Potenzialfläche, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Flächennutzungsplans im Sommer 2019 insoweit (noch) nicht für eine anderweitige gewerbliche Nutzung zur Verfügung stand. Es ist aber keinesfalls nachvollziehbar, dass trotz dieser neu freigewordenen Potenzialfläche ?Zanders-Gelände? anderweitig eine neue Gewerbefläche geschaffen werden soll ? und das zulasten eines Waldgebietes.

(5) Weitere Bedenken gegen ein Gewerbegebiet auf den Waldflächen entlang der A4

? Bereits in der damaligen Diskussion um den FNP insbesondere in 2017 waren sowohl von den Anwohner:innen und der Bürgerinitiative Frankenforst als auch beispielsweise seitens der Landschaftsbehörden darauf hingewiesen worden, dass die

Waldflächen entlang der A4 eine zentrale Bedeutung für den Lebensraum Frankenforst haben ? für Mensch, Tier- und Pflanzenarten. So machte die untere Landschaftsbehörde RBK geltend, es bestünden erhebliche Bedenken; es sei eine Verträglichkeitsprüfung erforderlich, da das Gebiet als Ergänzungsbiotop, Biotopvernetzung, Feuchtbereich und Lärmschutzwald einen Verbindungskorridor für wandernde Tierarten entlang der Autobahn darstelle (Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde Rheinisch-Bergischer Kreis, der Landrat vom 25.10.2016). Der Landschaftsbeirat lehnte die Gewerbeflächen entlang der A4 im Bereich Lustheide/Frankenforst, für die komplett Wald aufgegeben werden muss, ab (Stellungnahme des Landschaftsbeirats des Rheinisch-Bergischer Kreises, der Landrat vom 03.11.2016).

? Die Bezirksregierung Köln hatte in ihrer Stellungnahme vom 22.11.2016 zur Neuauflistung des Flächennutzungsplanes in Bergisch Gladbach im Hinblick auf die Belange von Natur und Landschaft, Artenschutz, FFH-Gebiete ausgeführt: ?Es hat ? kein vollständiger Abgleich mit den Belangen von Natur- und Landschaft stattgefunden und es sind somit aus Sicht von Natur- und Landschaft weitere Flächen als bedenklich einzustufen. ?Die derzeitige Planung verursacht einen erheblichen Flächenverbrauch ? Reduziert werden sollte die Bebauung der Fläche G-Fr2a [= ?unser? Wald entlang der Brüderstraße]. Gegen den bisherigen Planungsumfang bestehen erhebliche Bedenken ? Es wird empfohlen einen mind. 100 m breiten Streifen für die Naherholung und die Feinstaubfilterung im Hinblick auf die angrenzende Wohnbebauung zu erhalten. ? Aufgrund der räumlichen Lage des Gebietes innerhalb des 300 m Abstandes zum FFH- u. Vogelschutzgebiet ?Königsforst? ist im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu klären, ob es erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgebiet durch die Bebauung geben kann.?

Da die Waldfläche Brüderstraße ohnehin nur eine Gesamttiefe von maximal 150 bis 180 hat (in der Nord-Süd-Ausrichtung), verbliebe bei einem 100-m-Schutzstreifen Wald eine äußerst schmale Restfläche, deren gewerbliche Nutzung absolut unsinnig wäre. ? Auch der Landesbetrieb Wald und Holz, Nordrhein-Westfalen, Regionalforstamt Bergisches Land hatte in seiner Stellungnahme vom 07.10.2016 im FNP-Verfahren vorgetragen, dass ?aus forstbehördlicher Sicht gegen die Neuauflistung des FNP vielfältige Bedenken [bestünden] ? Der geplanten Ausweisung als Gewerbefläche wird widersprochen. ? [Hervorhebungen durch die Verfasserin].

? Die Realisierung eines entsprechenden Gewerbegebietes auf ?unserem? Waldgebiet Brüderstraße würde einen unzumutbaren Anstieg der Schad-stoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung, verursachen. Feinstaub ist aus Sicht der World Health Organization (WHO) direkter Verursacher für Lungenkrebs; insoweit gibt es bekanntlich auch keinen Grenzwert, unter dem Feinstaub als ungefährlich angesehen werden kann. Dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche.

? Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sog. FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und de Biotopverbund.



? Mit dem Wegfall des Waldes fehlt unwiederbringlich sowohl ein Schadstofffilter als auch ein Lärmschutz, die nicht anderweitig kompensiert werden können.

? Das Waldstück Brüderstraße steht ? laut damaliger Auskunft in 2017 ? im Eigentum des Forstbetriebs NRW, der nicht beabsichtigt, das Waldgebiet zu verkaufen. Die Vorstellung der Stadt, hierdurch über eine Gewerbepotentialfläche zu verfügen, ist damit illusorisch.

? Mit der Realisierung des Gewerbegebietes in Frankenforst wird das Netz an Flächen für die Frischluftversorgung von Bergisch Gladbach zerstört. Das widerspricht vehement dem Freiraumkonzept der Stadt, das gerade die Klimabedeutung dieser Freiräume für den Luftaustausch herausgestellt hat.

Fazit:

Im Ergebnis sprechen daher unzählige, schwerwiegende Argumente für den Erhalt und Schutz des Waldstücks Brüderstraße.

Der Antrag der Stadt Bergisch Gladbach, hier eine Gewerbefläche vorzusehen, lässt jegliche sach- und interessengerechte Abwägung vermissen und wirkt klimapolitisch gänzlich ?aus der Zeit gefallen?. Er ist daher zurückzuweisen.

Ich bitte und beantrage, die Festsetzung der Fläche entlang der Brüderstraße als Waldfläche im finalen Regionalplan aufrecht zu erhalten.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Inhalt**

In der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ist u.a. eine deutliche Ausweitung der Gewerbe- und Industriefläche zwischen Marienheide-Kothausen und Gummersbach-Herreshagen vorgesehen [s. Anhang Abb. StnID\_1004417]. Aus den folgenden Gründen sind wir gegen eine solche Ausweitung:

- bisher in Gummersbach bestehende Gewerbe- und Industrieflächen sind in der Vergangenheit nicht fortentwickelt, sondern durch die Bebauung mit Luxuswohnungen, Ausbildungs- oder Einkaufszentren zweckentfremdet worden (Merten-Park, Ackermann, Steinmüller-Gelände usw.). Es ist nicht einzusehen, dass stattdessen bestehende Naturräume zerstört und in Gewerbe- und Industrieflächen umgewandelt werden sollen.
- Diese Naturräume dienen in entscheidender Weise dem ökologischen Gleichgewicht der Region. Sie sind
  - Lebensraum zahlreicher, auch im Bestand gefährdeter, Tiere (Rotmilan, Schwarzstorch, Bussard usw.)
  - Wichtige Grünflächen, die CO<sub>2</sub> binden, zur Aufnahme von Regenwasser und dessen Zuführung zum Grundwasser beitragen und durch Verdunstung der Klimastabilität in der Region dienen und so einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten können
  - Nahrungsquelle zahlreicher Insekten und somit Grundlage der natürlichen Nahrungskette und der bestehenden Biodiversität der Region
  - Betriebsgrundlage verschiedener landwirtschaftlicher Betriebe und somit Nahrungsquelle der dort gehaltenen Nutztiere
  - Naherholungsgebiet und "Aushängeschild" des Oberbergischen Tourismus
- Durch die Versiegelung der Flächen wären diese Naturräume unwiederbringlich verloren. Die Zerstörung der heimischen Natur ist ebenso klimaschädlich wie die Abholzung des südamerikanischen Regenwalds.
- Insbesondere aufgrund der exponierte Lage ist durch die Ansiedlung von Gewerbe- und Industrieunternehmen ist eine erhöhte Lärm-, Licht- und Verkehrsbelastung der angrenzenden Ortschaften zu befürchten. Ein wirksamer Lärm- bzw. Sichtschutz ist aufgrund der topografischen Gegebenheiten nicht möglich.
- Hierdurch sinkt die Lebensqualität der Bevölkerung, die sich bewusst für ein Leben im ländlichen Raum entschieden hat und auch ein Rückgang des Wertes

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

der existierenden Wohnimmobilien und damit ein direkter Einfluss auf die Vermögensverhältnisse der Bewohner der betroffenen Ortschaften sind zu befürchten.

- Insbesondere die Ortschaft Herreshagen würde dann von Gewerbegebieten eingeschlossen sein und dadurch den dörflichen Charakter und die Lebensqualität nachhaltig verlieren.
- Die verkehrstechnische Anbindung des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets wäre nur mit einem hohen Ressourcenverbrauch oder durch das bestehende Wohngebiet verbunden mit einer unzumutbaren Verkehrs- und Lärmbelästigung möglich.
- Wir bitten Sie, unsere Bedenken zu berücksichtigen und dazu beizutragen, unser Dorf und die Natur zwischen Kotthausen und Herreshagen in ihrem derzeitigen Charakter zu erhalten.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1004417.pdf](#)

AZ: Ö-M-455	
1001754	
1002525_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>Einspruch beim Regierungspräsidenten Köln ? Regionalplan Köln</b></p> <p><b>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Festlegung meiner Parzellen im Naturschutz im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Verpächterin von Acker- und Grünland in der Gemarkung Karken</b></p> <p>Es handelt sich bei diesem Vorhaben langfristig um eine schleichende Enteignung, da gutes Acker- und Grünland durch Vorgaben von überörtlichen Behörden unter anderen Vorzeichen gepflegt werden müssen. Wodurch zwangsläufig dieses gute Acker- und Grünland in seiner Qualität leidet und für die Landwirtschaft minderwertig wird. Auch, wenn im Regionalplan der Bestandsschutz angesprochen wird, gelten letztendlich die Vorgaben von Brüssel, die wahrscheinlich weitreichendere Einschränkungen für unsere Landwirtschaft zur Folge haben als die Vorgaben des Kreises und des Landes. Daher können sich die Landwirte und Land-Eigentümer des Kreises Heinsberg nicht sicher sein, ob ihre Parzellen, die unter Naturschutz gestellt werden, in den nächsten Jahren ? nach Verabschiedung des Landschaftsplanes ? noch produktiv bewirtschaftet werden können. Die Qualität und Quantität der Erzeugnisse der Flächen werden langfristig geringer werden, wodurch die Nachfrage nach diesen Ländereien mit Sicherheit geringer wird. Der Verpächter wird Schwierigkeiten haben, das Acker- und Grünland angemessen verpachten zu können. Der Landwirt wird Probleme haben, seiner nächsten Generation einen angemessenen Betrieb vererben zu können. Auch ich bin für den Natur- und Klimaschutz und sehe diese als eine gesamt-gesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit an. Daher ist es zwingend nötig, dass die gesamte Gesellschaft diese ?Last? schultert. Aufgrund des Regionalplans sieht es so aus, als würden die Bereiche, die unter den Naturschutz fallen, willkürlich, am ?grünen? Tisch bestimmt, entlang der Gewässer, ohne sich vor Ort über die Gegebenheiten zu informieren. Die zwingend sich entwickelnden Konsequenzen müssen dann von einzelnen Eigentümern, Landwirten, getragen werden. ? Land, das für den Straßenausbau benötigt wird, wird angemessen entschädigt. ? Über eine Entschädigung aufgrund des Naturschutzes konnten wir im Regionalplan keine Textstelle finden. Wird hier mit zweierlei Maßstäben agiert? Wo sind hier die Fairness und Gerechtigkeit den Eigentümern gegenüber? Müssten den Eigentümern nicht eigentlich Tauschflächen angeboten werden oder zumindest angemessene Entschädigungszahlungen für die Wertminderung? Eine Flurbereinigung, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg in der Kommune Heinsberg erfolgt ist, wäre auch eine Alternative. Natürlich ist die Qualität der Böden im Stadtgebiet Heinsberg nicht mit der Qualität der Böden der Jülicher Börde zu vergleichen. Trotzdem gibt es auch in unserer Kommune hochwertige Ackerflächen, auf denen die Landwirte</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

effektiv produzieren können, um die Bevölkerung des Kreises Heinsberg mit notwendigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Wenn ich mir den Regionalplan durchlese, erkenne ich auch hier, durch ein willkürlich erscheinendes Kennzeichnen einzelner Flächen mit dem Label Naturschutz, eine Benachteiligung des Kreises Heinsberg und ein Nichtwertschätzen der Arbeit unserer Landwirte. Es werden Flächen unter Naturschutz gestellt, die bei jährlichen normalen Starkregen nicht durch Hochwasser beeinträchtigt werden. Es handelt sich nicht um Überschwemmungsgebiete. Dies sind für mich Argumente, einzelne Parzellen, wie z.B. in der Gemarkung Karken, Flur 11, Flurstück [ANONYMISIERT] + [ANONYMISIERT], Flur 11, Flurstück [ANONYMISIERT], Flur 11, Flurstück [ANONYMISIERT] + [ANONYMISIERT], Flur 8, Flurstück [ANONYMISIERT] + [ANONYMISIERT] unbedingt aus dem Vorhaben Naturschutz heraus zu nehmen. Es handelt sich um Acker- bzw. Grünland mit guter bis sehr guter Qualität. **Folglich bin ich mit der Festlegung im Regionalplan nicht einverstanden.**

AZ: Ö-M-456

1001755

1002526\_001

#### Inhalt

Die Stadt Hückelhoven plant entlang der B57 ein GIB Plus in einer beachtlichen Größe von etwa 50h (Baal/Granterath/Doveren/Hetzerath). Wir fragen uns, warum bei der jetzigen dramatischen Klimasituation weiterhin, scheinbar achtlos, damit fortgefahren wird, wertvolle Ackerböden, die es in diesem Gebiet nachweisbar gibt, zu versiegeln. Die Ackerböden in dem genannten Gebiet gehören zu den qualitativ besten Anbauflächen. Durch eine geplante Versiegelung werden diese Flächen für immer einer möglichen Nahrungsmittelproduktion entzogen. Gerade in diesem Jahr haben wir durch die politische Situation in der Ukraine erfahren, welche weitreichenden Folgen das haben kann. Allein unter diesem Aspekt scheint doch ein Umdenken zwingend erforderlich zu sein. Wie lange sollen wir noch warten, bis wir eine notwendige Kehrtwende einleiten. Fraglich ist ohnehin auch, von wo die Arbeitskräfte in einem derartig groß angelegten Industriegebiet kommen sollen, herrscht doch schon jetzt in allen Bereichen ein enormer Personmangel. Den Aspekt " Schaffung neuer Arbeitsplätze" kann man deshalb gar nicht mehr glaubwürdig anführen. Aber viel wichtiger ist mir, wie soll ich meinen Kindern erklären, wie wichtig Klima- und Umweltschutz ist, wenn dies schon auf der Ebene eines neu angelegten Regionalplans scheinbar keine Beachtung findet. Wir bitten darum, dass der Entwurf des Regionalplans in der jetzigen Form nicht zum Tragen kommt. Baal GIB Plus sowie auch zusätzliche Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath sowie Gewerbe- oder Industrieflächen (Gibco V /Flex) sind abzulehnen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

AZ: Ö-M-457

1001756

1004422

#### Inhalt

Ich, [ANONYMISIERT] bin der Eigentümer wesentlicher Flächen (10 ha Herreshagen, 4 ha Sonnenberg) der im Regionalplan vorgesehenen Erweiterung des Gewerbegebietes Herreshagen-Sonnenberg. Ich werde keine dieser Flächen für eine Erweiterung von Gewerbeflächen verkaufen. Auch mein Sohn [ANONYMISIERT] wird in Zukunft keine Flächen zu diesem Zweck veräußern. Bitte berücksichtigen Sie dies in ihren weiteren Planungen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-458	
1001757	
1002545	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften einen landwirtschaftlichen Betrieb mit dem Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Pächter und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der uns vorliegenden Karten ist beabsichtigt auf der Ackerfläche Gemarkung Baesweiler (Flur 30 [Anonymisiert]) teilweise und auf den Ackerflächen Lessenich-Rißdorf (Flur 9 [anonymisiert]) vollumfänglich als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen entsprechend der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Die Beschränkungen der Nutzung, der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden. Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) aus und bitten, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten</p>



AZ: Ö-M-459	
1001758	
1002549	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen den neuen Regionalplanentwurf und die damit verbundene Ausweitung neuer Naturschutz- und Wasserschutzgebiete! Da bei uns die Vegetation und Wettersituation keine frühe Mahd, meist nur 1 -2 Schnitte und Weidehaltung zulässt, sind wir auf unsere Flächen zur Futterproduktion und Weidehaltung angewiesen. Um eine Nachhaltige und wirtschaftliche Landwirtschaft zu betreiben ! Leider lassen sich auf den Karten keine einzelnen Flächen erkennen. Daher habe ich eine Zusammenstellung meiner vermutlich betroffenen Flächen aufgelistet.</p> <p>[Anonymisiert]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

	<p>Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.</p>
--	---

AZ: Ö-M-461	
1001760	
1002535_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Sie haben die Kommunen aufgefordert, neue Siedlungsbereiche insbesondere dort auszuweisen, wo es Schienenhaltepunkte und Möglichkeiten für Geschoßwohnungen gibt. Einige Kommunen rund um Bonn haben noch solche Möglichkeiten. Bonn und Königswinter haben jedoch kaum solches Potenzial. Sie sind auch nicht ?zentralörtlich bedeutsam? und es gibt eine Reihe von weiteren schwerwiegenden Gründen, die trotz einigem Bedarf gegen neue Siedlungsbereiche in Stieldorf, Vinxel, Gielgen, Hoholz, Roleber und Holtorf in die Waagschale fallen.</p> <p>Daher wende ich mich heute an Sie, verbunden mit der Bitte, die Ratsbeschlüsse genau zu prüfen!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wurde auf Grund der Stellungnahmen der Stadt Bonn und der Stadt Königswinter geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Darüber hinaus erfolgen keine weitere Änderungen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p>

**Inhalt**

**Die folgenden Beschlüsse der Stadträte Bonn unterstützen ich:**

Bonn

1. Streichung der im Regionalplan-Entwurf neuen ASB Roleber, Gielgen, Hoholz (ACHTUNG: Im Textdokument der Stadt Bonn auf Seite 6 gelistet, aber nicht eingezeichnet in der Karte Anlage 2: Übersicht aller Änderungen, Neuaufstellung Regionalplan Köln ? Beteiligung: Stellungnahme Stadt Bonn) - siehe Foto/ Auszug anbei
2. Die Einfügung eines neuen ASB Niederholtorf (ohne Oberholtorf - was gut ist!!!!) bringt jedoch keine Neusiedlungen, denn die unbebaute Fläche in Niederholtorf Süd bis zur Ungartenstrasse ist Ausgleichsfläche für Niederholtorf Süd. Der von der Stadt Bonn vorgeschlagene ASB Niederholtorf muss daher ganz wegfallen.

Königswinter

3. Der Korridor zwischen Vinxel und Stieldorf muss so breit wie die Bestandsbebauung bleiben.
4. In Vinxel West muss der vorhandene Abstand zum Naturschutzgebiet erhalten bleiben!

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Beschlüsse der Städte Bonn und Königswinter zur Rücknahme von Siedlungsbereichsreserven sind in der Abwägung zum überwiegenden Teil übernommen und der Entwurf entsprechend geändert worden.

**Inhalt****Ich widerspreche folgenden Ratsbeschlüssen von Bonn:**

Die Einfügung eines neuen ASB Niederholtorf bringt keine Neusiedlungen und ist daher irrelevant. Die unbebaute Fläche in Niederholtorf Süd bis zur Ungartenstrasse ist lediglich Ausgleichsfläche für das Neubaugebiet Niederholtorf Süd!!!

**Ich widerspreche folgenden Ratsbeschlüssen von Königswinter:**

Im Innenbereich von Stieldorf und Vinxel muss neue Bebauung natürlich möglich bleiben. Die ASBs nördlich und westlich der Bestandsbebauungen in Vinxel und Stieldorf müssen nicht erweitert, wie die Stadt Königswinter vorgeschlagen hat, sondern ganz, bis zur Bestandsbebauung, zurückgenommen werden.

Begründungen für meine Stellungnahme:

1. Das ISEK Verkehrsgutachten der Stadt Königswinter 2019) rät von Bebauung der Königswinterer Bergregion ab: Mehr Stau in Bonn, egal ob mit oder ohne Südtangente B56n!

(Quelle: <https://www.ennertaufstieg.de/images/docs/koenigswinter/VerkehrsgutachterlicheErsteinschaetzungergaenzumB56n.pdf>, leider nicht mehr auf der Webseite der Stadt Königswinter zu finden)

2. Schutzwürdige Böden mit sehr hoher und hoher Funktionserfüllung müssen erhalten bleiben. Die Reglerfunktion beim Wasserhaushalt muss erhalten bleiben! Man kann bei der Abwägung der Güter nicht länger Maßstäbe anwenden, die

längst überarbeitet gehören!

3. Den Funktionsschwerpunkt des regionalen Grünzugs im Pleiser Hügelland zwischen Stieldorf, Vinxel, Roleber, Gielgen, Holtorf anpassen: Von ?Klima? hin zu ?Klima und Erholung?. Dies ist ein fußläufig im Alltag erreichbares Naherholungsgebiet, das besonders seit Beginn der Pandemie intensiv genutzt wird.

4. Das Pleiser Hügelland muss insgesamt, nicht nur teilweise, Kulturlandschafts-Erbe sein! Es gibt keinen Grund, nur den Bonner Teil des Pleiser Hügellands zu bewahren, nicht aber den Teil, der in anderen Kommunen liegt.

5. Das Pleiser Hügelland steht auf Bonner Stadtgebiet unter Landschaftsschutz. In Vinxel und Stieldorf wurden große Teile des Landschaftsschutzes gelöscht. Das muss zurückgenommen werden!

6. Wohnraumbedarf an die Veränderung der Altersstruktur anpassen!

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Ortsteil Niederholtorf erfüllt die Vorgaben des Ziels 2-3 LEP NRW. Die Festlegung als ASB erfolgte auf Anregung der Stadt Bonn.

Die Stadt Königswinter hat angeregt, den Großteil der Siedlungsbeichsreserven in Stieldorf und Vinxel aus dem Entwurf zu streichen. Dem wurde nachgekommen und der Entwurf geändert.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



**Inhalt**

Besonders zur Anpassung der Wohnungspolitik an die Altersstruktur und zum entsprechenden Flächenbedarf finden Sie hier Vorschläge. <https://www.ennertaufstieg.de/riesen-baugebiete/alternativen>) Ein Beispiel: Wenn nur 10% der Senior\*innen sich kleiner setzen könnten, würde der Rhein-Sieg-Kreis bis 2040 200 Hektar Siedlungsfläche einsparen!

Die betreffenden ASBs würden Ausnahmeregelungen beanspruchen müssen, wenn sie realisiert würden. Die Ausnahmen sind zugegebenermaßen einzeln sinnvoll, aber es ist nicht mehr sinnvoll, für einen ASB in mehreren Punkten Ausnahmen gelten zu lassen. Die Stadt Königswinter nimmt in jedem einzelnen ASB mehrere Ausnahmen in Anspruch, zum einen im Bereich Umwelt, Natur und Klima und zum anderen in den Regeln, die für den regionalplan und für die übergeordneten Landesentwicklungsplan aufgestellt wurden. Sie hat bereits ihren Flächennutzungsplan so geändert, dass teilweise kein Landschaftsschutz mehr besteht. Die Nachbarkommunen Bonn und Sankt Augustin, die genau dieselbe Landschaft schützen, werden an der kommunalen Grenze ausgebremst.

**Soviel Bauland kann gar nicht geschaffen werden, um eine Wirkung auf die Preise zu erzielen, solange die Investition in Immobilien die beste Anlage für Kapital aus dem In- und Ausland bleibt.**

**Bezahlbarer Wohnraum ist wichtig, aber eine ausgeweitete, Landschaft-fressende Flächenausweitung von Baugebieten ist der falsche Weg!**

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und vor allem bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des Ziels 6.1. LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Einwand der Ausnahmen ist nicht eindeutig zuzuordnen.

## Inhalt

**Wir sind für den Erhalt einer der Erholung für Mensch und Natur dienenden Umgebung von Wohn- und Ballungsgebieten, von Landschaftsschutzgebieten und von Flächen, auf denen Kaltluft entsteht.**

**Dies sehen wir in den uns vorliegenden Planungen als gefährdet an.** Die durchgängige Aktivierung und Effektivierung bestehender und bezahlbarer Wohnbereiche wäre eine ökologisch und sozial wesentlich sinnvollere Maßnahme als die Vernachlässigung bisheriger Wohnflächen in Verbindung mit weiteren Landschaft fressenden Flächenausweisungen insbesondere für exklusive Immobilienobjekte. Rund um Holtorf, Hoholz, Vinxel und das gesamte Pleiser Ländchen würde auf Kosten der Natur und Naherholung nur sehr wenig Wohnraum geschaffen werden können, der letztendlich zu horrenden Unsummen in Millionenhöhe an Einfamilienhaushalte verkauft werden würde! Die Zerstörung steht in keinem Verhältnis zum Nutzen!!!

**Nicht zu unterschätzen ist der Erholungswert, den diese Gegend hier für Bonner wie Menschen aus dem Umland bietet!**

Die Stadt Bonn hat Oberholtorf aus ihren Empfehlungen wieder ausgenommen. Aber mit einem ASB Niederholtorf, der nur 1800 Einwohner hat, könnte sich wieder ein hinterlistiger Grund finden, Oberholtorf zum Teil eines ASBs zu machen. Waren Sie schon hier oben? Oberholtorf liegt mitten in der Natur und unzählige Besucher suchen dieses Naherholungsgebiet der Stadt Bonn zum Wandern, Joggen, Fahrradfahren, Reiten und Spazieren gehen auf. Streuobstwiese und Krötenschutzprojekte der Biologischen Station Bonn zeugen eindrucklich von der ökologischen Bedeutung dieser unverbauten Flächen rund um Oberholtorf und dem Quellgebiet des Ankerbachs. Hier ginge ein zusammenhängender, stark als Erholungsraum genutzter Naturbereich am Rande Bonns verloren, der sich bislang schon durch neue Baugebiete zwischen Nieder- und Oberholtorf strapaziert sieht und sich ja bereits seit Jahrzehnten gegen die Autobahnplanungen der Südtangente wehren musste. Wie der NABU im Rahmen eines Naturlehrpfades dokumentiert hat, sind hier - gerade in dieser Gartenlandschaft - besondere Lebensräume für eine Reihe von Vogel-, Insekten- und Säugetierarten und Kröten gegeben, die durch eine Bebauung gefährdet würden. Konzentrieren Sie sich bitte auf größere Flächen mit guten Anbindungen, die auf Anrieb MEHR Wohnraum für VIELE Personen schaffen! In Bonn selbst gibt es sogar innerstädtisch Wohnraum, der über bald Jahrzehnte von der Stadt/ Politik z.B. von Gewerbeflächen nicht in Wohnraum umdeklariert wurde, wo aber z.B. auf einen Schlag Nähe Beueler Bahnhof Wohnraum für 300 Sozialwohnungen geschaffen werden könnte. Auf solche Chancen und brach liegenden Potential muss man achten und die Stadt zum Handeln zwingen! Sorgen Sie mit dafür, dass dieses Erholungsgebiet in einer wertvollen Kulturlandschaft für die Nachwelt erhalten

## Abwägung

## Typ

Hinweis

## Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

## Erläuterung

Ein raumordnerischer Grundsatz ist, dass die Innenentwicklung Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben soll. (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Ein weiterer Grundsatz ist, ein zusammenhängendes Freiraumsystem zu erhalten sowie die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums zu sichern und zu entwickeln RPI Entwurf Grundsatz 19).

Der Regionalplanentwurf sichert nahezu den gesamten Freiraum im Pleisser Hügelland durch die Festlegungen Regionaler Grünzüge, Breiche zum Schutz der Natur und Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung vor weiterer Zersiedlung.

Die Festlegung von Niederholtorf als ASB bezieht sich auf den Bestand und führt nicht zu weiteren Siedlungsbereichsreserven.

Die Erweiterung der ASB in den Pleisser Ortsteilen Holtorf, Hoholz, Vinxel, Stieldorf, Roleber, Gielgen ist von den Städten Bonn und Königswinter deutlich verkleinert worden, so dass die nach Ziel 6.1.1 LEP NRW berechneten Siedlungsflächenbedarfe unterschritten worden sind.



bleibt. Umweltschutz und Erhalt der Natur statt noch weitere Versiegelung!	
--	--

**Inhalt**

Wollen Sie denn mit dem Regionalplan nach vorne schauen oder dieselben alten Maßstäbe anlegen wie gehabt? Widersprechen Sie daher den Ratsbeschlüssen von Königswinter! Bitte handeln Sie umweltfreundlich und denken an die KälteSchneise bzw wichtige Luftzufuhr für das Bonner Tal, die Verschlimmerung der Verkehrsprobleme dadurch in Bonn mit oder ohne B56n, Problematik der Flächenversiegelung sowie auch an das Wohl der Erholungssuchenden - ob Wanderer, Radfahrer, Jogger, Spaziergänger, Reiter etc die im Ennert, Pleiser Ländchen etc ihren täglichen Ausgleich, Ruhe und Frieden finden.

Vielen Dank für Ihr klimafreundliches Handeln und Mitwirken! Unsere Kinder wollen auf diesem Planeten noch länger leben, aber dafür gilt es umzudenken und entsprechend zu handeln...

Für Rückfragen oder einen Besuch in unserem Naherholungsgebiet stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen aus Oberholtorf

Nadia Schoenen

Stiendorfer Str. 31

53229 Bonn

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

AZ: Ö-M-464	
1001770	
1008002	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in der Gemeinde Nörvenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur bzw. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Davon</p> <p>betroffen sind auch Hof nahe Flächen, die zum Teil bereits mit landwirtschaftlichen Gebäuden bebaut sind. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur bzw. zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene Pflanzenschutzmittelanwendungs VO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet, wodurch etwa bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche genutzt werden können.</p> <p>Vor dem Hintergrund des Umfangs meiner Betroffenheit von ca. 80 % meiner Betriebsflächen käme dies einer Existenzgefährdung für meinen Betrieb gleich. Weiterhin befürchte ich auch, dass die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang zumindest mittelfristig eine Ausweisung neuer Schutzgebiete zur Folge hat, was insbesondere auch eine weitere bauliche Entwicklung an meinem Betriebsstandort nicht nur erschweren würde, sondern möglicherweise sogar unmöglich macht. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Folglich fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen sowie auch meiner hofnahen Flächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen, um auch so mittelfristig weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Als Eigentümer des im Kreise Euskirchen gelegenen Grundstücks der Gemarkung Mechernich-Wachendorf, Flur 4, [anonymisiert], dass soweit erkennbar im Entwurf des Regionaipans als ?Gebiet zum Schutz der Natur? ausgewiesen ist, darf ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Zeitenwende - mit dieser Begrifflichkeit hatte Bundeskanzler Scholz in seiner Rede am 26. Februar diesen Jahres die geopolitischen Auswirkungen des Angriffs Russlands auf das Territorium der Ukraine bezeichnet. Die noch amtierende Regierungspräsidentin Waiken hat öffentlich mit Blick auf die nunmehr anstehende Beendigung ihres Amtes erklärt, dass die wesentlichen Herausforderungen ihrer Amtszeit die Bewältigung der Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie, der Ukraine Krise sowie der Hochwasserkatastrophe gewesen seien. Ein Ende der Krisenbewältigung ist nicht abzusehen. Nahezu ignorant mutet es vor diesem Hintergrund an, dass sowohl der Regionairat als auch die Träger der öffentlichen Belange das beschlossene Paket unberührt und unangetastet lassen. Dieser Eindruck ergibt sich jedenfalls für die Betroffenen angesichts der Beendigung der Offenlage zum Ende diesen Monats und keinen irgendwie gearteten Anzeichen, den eigenen Entwurf oder die eigenen Fachbeiträge zumindest zu überdenken. Angesichts weiterer Aufgaben, die jedenfalls laut Koalitionsvertrag der Bezirksregierung übertragen werden sollen, muss die Frage ignoranter Selbstgewissheit in den Raum gestellt werden. Dies gilt umso mehr, als die wesentlichen Fachbeiträge der Träger öffentlichen Interessen im Jahr 2019 abgeschlossen sind und weder die Corona- noch die Ukraine Krise berücksichtigen konnten. Für mein vorbezeichnetes Grundstück ist zudem zu sagen, dass eben dieses weniger als 2 Kilometer entfernt von durch die Flutkatastrophe vom 14./15. Juli letzten Jahres schwerstgetroffenen Dörfern von Bad Münstereifel-Iversheim und Bad Münstereifel-Arloff entfernt liegt. All dies bleibt vollständig unberücksichtigt. Richtig ist, dass die verfassungsrechtlichen Regelungen unseres Grundgesetzes die Sozialpflichtigkeit des Eigentums festschreiben. Weit weg von Querdenkertum ist allerdings insgesamt in der Coronakrise einsehr viel höheres Maß an Sensibilität des Einzelnen und der Bevölkerung gegenüber staatlichen Eingriffen in Freiheitsrechte des Einzelnen feststellbar. Nicht umsonst positioniert der Verfassungsgesetzgeber die grundrechtlichen Freiheiten, etwa das Eigentumsrecht an hervorgehobener grundgesetzlicher Stellung. Alleine die Eigentümerstellung führt nicht dazu, dass der Einzelne, der ja auch Mitglied des Souverän Volk ist, bereits in einem Topdown-Rechtsverhältnis zum Staat steht. Wenn der Satz Kennedys, dass der einzelne Bürger sich nicht nur fragen soll, was der Staat für ihn tun kann sondern auch was er für den

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Staat tun kann, Gültigkeit haben soll, muss eben dieser Staat dem Kooperationsgedanken vor der Festlegung von Eingriffsrechten sehr viel größere Priorität einräumen. In Sonderheit für unsere Region sind die Auswirkungen der Flutkatastrophe an Erft, Urft, Veybach und vielen weiteren kleinen Gewässern und Vorflutern bei weitem planungsrechtlich nicht geklärt. Die Synchronisierung von Hochwasserschutz und dem Schutz vor Dürre wird nahezu zwangsläufig zu weiteren Infrastrukturmaßnahmen führen, die unsere Region und die Landbevölkerung treffen. Wenn denn der Landbevölkerung durch sonstige Maßnahmen der Infrastruktur etwa auch zur Bewältigung der Klimakrise weitere Opfer abverlangt werden, wird eben dies den ohnehin bereits bestehenden Konflikt zwischen Stadt und Land nur verschärfen. Dies dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die politischen Parteien bleiben. Das Gefühl der Nimby?s - not in my backyard - ist allenthalben auch bei der städtischen Bevölkerung vorhanden, Ist es vorstellbar, dass nach Maßgabe des Verursacherprinzips und des Nachhaltigkeitsprinzips nach Wegfall der 1,5 Kilometer Grenze zu Wohngebieten Umweltminister Krischer die Genehmigung von Windkraftparks dort zulässt, wo Strom gebraucht wird ? nämlich in den Städten? Ist es vorstellbar, dass jedes bebaute städtische Grundstück eine Erblast aus dem möglicherweise viele Jahrzehnte zurückliegenden Eingriff in Natur und Landschaft trägt ? 4. Der Fachbeitrag ?LandwirtschaW? ist abgeschlossen im Jahre 2019. Seither hat es in Sonderheit auch krisenbedingt nicht unerhebliche Wendepunkte in der Flächenbewirtschaftung gegeben. Die 4 %ige Stilllegungsverpflichtung, die alle Landwirte trifft, ist zumindest im Hinblick auf die aktuelle Krisensituation für das nächste Jahr ausgesetzt. Unverständlich ist es, wenn der Träger der öffentlichen Belange für die Landwirtschaft offensichtlich keinen Anlass sieht, seinen eigenen Fachbeitrag mit Blick auf die krisenbedingten Umwälzungen und die von Ministerin a. D. Julia Klöckner durchgesetzte Systemrelevanz des Wirtschaftsbereichs Landwirtschaft zu überdenken. Unabhängig davon führt der Fachbeitrag in der Konsequenz zur Unterscheidung zwischen landwirtschaftlichen Flächen erster Klasse und landwirtschaftlichen Flächen zweiter Klasse, welche problemlos naturschutztechnisch überplant werden können. Es stellt sich die Frage, ob dies mit Blick auf das allenthalben erstrebte Ziel der Beibehaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft zu Insellösungen führt. Der ohnehin bereits bestehende Pachtdruck wird in beiden ?Inseln? weiter verschärft werden. Zudem ist eine Abkoppelung des Grund und Bodens von der Person des Eigentümers nicht sachgerecht und lässt die Frage aufkommen, ob ebendies Ausdruck eines Posthumanismus ist, welcher den Menschen nicht mehr im Zentrum der Betrachtungen stehen lässt. Es gibt kein herrenloses Grundeigentum. Die Betriebe in meiner Region sind auf die Flächen vielleicht noch sehr viel stärker angewiesen, als diejenigen, die bei 90 Bodenpunkten wirtschaften können. Im Übrigen habe ich auf orbezeichneter Fläche ? aktuell bin ich nicht mehr der Bewirtschafter ? durchaus Weizenenerträge von 90 dt und mehr erwirtschaftet. Für Betriebe des mittleren Westens der USA wären ebendies wie für mallorquinische Betriebe ? um einige Beispielsfälle zu benennen ? Traumwerte. Betriebe der Brandenburger Streusandbüchse würden sich über nämliche Erträge mehr als freuen. Aufgrund dessen verbietet es sich, regional kleinteilig Klassifizierungen zu schaffen. 5. Der Entwurf der EU-

Pflanzenschutzverordnung sieht vor, dass künftig ein Einsatz jeglicher Pflanzenschutzmittel in Naturschutzgebieten unzulässig sein wird. Damit aber würde die ackerbauliche Nutzung auf meiner Fläche nicht mehr möglich sein. Dies vermindert naturgemäß nicht nur deren Wert sondern entzieht dem nutzenden Betrieb Wirtschaftskraft, die wir in cumulo just heute brauchen. 6. Der Fachbeitrag des LANUV sieht eine Überplanung meiner vorbezeichneten Fläche in Sonderheit deshalb vor, um auf diese Weise einen Biotopverbund zwischen den Naturschutzgebieten Kalkarer Moor und Eschweiler Tal herbeizuführen. Beide Naturschutzgebiete, in unmittelbarer Nähe der Erft und des Merzbachs gelegen, sind vor vielen Jahrzehnten festgesetzt worden. Das ausgerechnet jetzt aus Gründen des öffentlichen Interesses, der eine Abwägung aller Belange vorsieht, hier ein Biotopverbund zustande kommen soll, ist völlig unverständlich. Dies gilt umso mehr, als die jeweils zu schützenden Arten in den jeweiligen Naturschutzgebieten nahezu vollständig differieren. Nicht nur mit Blick auf die Klimaschutzpakete der Bundesregierung steht für mich die Frage der Nachjustierung im Raum, zumal die Bezirksregierung jedenfalls nach dem NRW-Koalitionsvertrag die Frage zu entscheiden hat, wo künftig Windkraftanlagen zu errichten sind. 7. Ich vermag nicht zu erkennen, ob die mit Einladung vom 2. Dezember letzten Jahres ausgesprochene Ladung zur Beschlussfassung durch den Regionalrat die Ladungsfrist wahrt. Trotz sicherlich gegebener Vorbefassung ist die Ladungsfrist von 7 Tagen angesichts des umfassenden Beratungspakets für die Mitglieder des Regionalrats eine große Herausforderung. Abschließend rege ich trotz der hiermit verbundenen Kosten mit Blick auf die Fachbeiträge, die allesamt vor der Ukraine-Krise, der Corona-Krise und der Flutkatastrophe im Kreis Euskirchen fertiggestellt wurden, eine Neubefassung an. Nur so lässt sich der ansonsten im Raume stehende Vorwurf ignoranter Selbstgefälligkeit aus der Welt schaffen.

AZ: Ö-M-467

1001721

1002579\_001

#### Inhalt

**Betreff:** Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz

Wir sind Einwohner des Ortes Erkelenz-Terheeg. Wir sprechen uns eindringlich gegen die Planung eines Gewerbegebietes auf den Feldern zwischen Terheeg und Neuhaus aus, wir sind damit nicht einverstanden. Wir gehen davon aus, dass es der Gegend nur schaden wird, durch Lärmbelästigung, erhöhtes LKW-Aufkommen und auch durch erhöhten Schwerlastverkehr.

Dazu kommt, dass noch mehr Felder verkauft werden müssen, um Wohnraum zu schaffen usw. Das hat zur Folge, dass weitere Flächen kaputt gemacht werden und den dort lebenden Tieren ihr Verbreitungsgebiet genommen wird. Und eins soll uns immer in Erinnerung bleiben: Bauern sorgen für unser aller Essen. Gerade zur heutigen Zeit, in der wir umweltbewusster leben und Energieverbräuche verringern sollten, gehört ein Gewerbegebiet, wie Sie es u.U. planen, nicht mehr auf eine Tagesordnung. Das u.U. geplante Gewerbegebiet grenzt ohne Abstand an die Wohnbebauung meines Heimatortes an und wir befürchten eine erhebliche Beeinträchtigung unserer Wohn- und Lebensqualität.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-470	
1001725	
1008109	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bei der Einsicht in die Neuaufstellung des Regionalplanes musste ich feststellen, dass unser Betrieb in nicht unerheblichen Maße von den Vorschlägen betroffen ist. In der Summe werden hier ca. 5 Ha. In der neuen Maske eingezeichnet. Eine beste Ackerfläche in der Gemarkung Brandenburg [ANONYMISIERT] ist auf dem aktuellen Plan einfach mal so mit einem Federstrich teilweise einbezogen worden. Unfassbar, unmittelbar neben einer Motocrossstrecke die man natürlich nicht "anfasst". Der größere Teil der Betriebsfläche die betroffen ist liegt in der Gemarkung Vossenack [ANONYMISIERT]. Die Gemarkung trägt nicht ohne Grund die Bezeichnung "Im goldenen Kalb". Wir befürchten sicherlich nicht zu Unrecht das die Einbeziehung von einer Fläche in einem Umfang von 5 Ha. Langfristig durch immer höhere Auflagen zu großen Ertragsminderungen für einen nicht unerheblichen Teil unseres Betriebes führen wird, ganz abgesehen von einer damit einhergehenden Wertminderung. Dies werden wir unter gar keinen Umständen hinnehmen .Die Sorge ist sicher nicht unbegründet, schnell wird auf Grundlage der Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur auch mal ein Naturschutzgebiet mit entsprechenden Auflagen und damit ist die Fläche für einen landwirtschaftlichen Betrieb wertlos . Ich wünsche mir das meine Einwendungen in die Planung einfließen können und verbleibe.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-471	
1001726	
1004437	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Auch auf diesem Weg möchte ich gegen die Erweiterung des Industrie- und Gewerbegebietes Gummersbach am Ortsrand von Herreshagen Stellung beziehen.</p> <p>Angesichts der durch den Klimawandel verursachten Probleme verwundert es mich sehr, dass weitere versiegelte Industrieflächen an einem Ort geplant sind, dessen Reiz von Wald und Wiesen geprägt ist. Sollten wir hier nicht eher großen Wert darauf legen, die Naturflächen zu pflegen, da sie immerhin CO2 binden und nicht ausstoßen? Gerade ist der Forstbestand dabei, sich von der Borkenkäferplage der letzten Jahre einigermaßen zu erholen und wieder neu zu erstehen.</p> <p>Sollte es da nicht vorrangiges Ziel der politischen Entscheidungsträger sein, noch vorhandene Natur zu schützen und sie nicht in versiegelte Industrieflächen zu verwandeln? Bei genauer Betrachtung würde auffallen, dass viele bereits versiegelte Flächen in diversen Gewerbegebieten des Oberbergischen Kreises noch ohne Nutzung bestehen. Hier sollte vernünftigerweise ein Umdenken erfolgen; Kreativität bei der Optimierung bereits vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen sollte doch möglich sein, erforderlich ist sie allemal.</p> <p>Der Gummersbacher Ortsteil Herreshagen selbst ist auch so schon sehr belastet. Zum einen führt die stark befahrene L306 durch den Ort; als Abkürzung zwischen der Autobahnauffahrt Engelskirchen und der Autobahnauffahrt Meinerzhagen. An die ortsübliche Geschwindigkeitsbegrenzung halten sich sehr viele Verkehrsteilnehmer nicht, was Gefahren birgt und starken Lärm verursacht. Zum anderen grenzt an Herreshagen das Gewerbegebiet Sonnenberg, unter anderem auch mit der Firma Remondis. Hier hat es erst vor drei Jahre mal wieder massiv gebrannt, da die dort wie auch immer gelagerten "Wertstoffe" sich hin und wieder selbst entzündeten. Für benachbarte Anwohner ist auch das eine starke Belastung, auch für die Gesundheit.</p> <p>Käme jetzt noch unmittelbar angrenzend Industrie hinzu, hätte auch das wieder erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Herreshagener BewohnerInnen. Ein letztes Stück Naherholung wäre unwiederbringlich verloren, und es käme zu erheblicher Lärm- und Lichtverschmutzung, da sich von der Fläche oberhalb von Herreshagen Schall und künstliches Licht ungehindert ausbreiten können.</p> <p>Für das Gewerbegebiet Sonnenberg ist auch eine erhebliche Waldfläche gerodet worden. Herreshagen hat also seinen Tribut zur Arbeitsplatzbeschaffung eigentlich schon geleistet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Der Oberbergische Kreis zieht seinen Reiz auch aus den bewaldeten oder mit Wiesen bewachsenen Hügeln. Sollen auf den oberbergischen Hügeln in Zukunft tatsächlich stattdessen Industrieanlagen thronen? Das wäre wirklich keine schöne Aussicht.

Ich hoffe sehr, dass Sie eine andere Lösung für die industrielle Flächennutzung in Gummersbach finden. Gegen eine gewerbliche oder industrielle Nutzung der Fläche oberhalb von Herreshagen möchte ich entschieden protestieren.

AZ: Ö-M-472	
1001728	
1003663	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>In der östlichen ländlichen Peripherie Leverkusens liegt auf der Westabdachung des Bergischen Landes zwischen den Wohnsiedlungen Biesenbach und Schöne Aussicht eine ca. 17,4 ha große Freifläche, die im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln zukünftig als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesen wird.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003663_1]</p> <p>Hiermit wenden wir uns gegen die übergeordnete Planung dieses Gebietes als ASB. Denn die im Regionalplan im großflächigen Maßstab 1:50.000 ausgewiesene Entwicklungsfläche lässt eine Betrachtung der Mikrolage unberücksichtigt. Der Einwand stützt sich daher auf nachfolgende Aspekte:</p> <p>1. Stellenwert von Klima und Natur in der Regionalplanung Das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. April 2021 zum Klimaschutzgesetz stellt die Grundrechte zukünftiger Generationen ? den Schutz vor voranschreitender Umweltbelastung - in den Vordergrund. Nicht nur die Bundes- oder Landespolitik stehen in der Verantwortung, sondern künftig müssen vor allem auch die übergeordnete Regionalplanung auf Bezirksregierungsebene sowie die lokale Kommunalpolitik mehr denn je wichtige Klima- und Ökosystemfunktionen im Rahmen der räumlichen Entwicklung berücksichtigen. Die textlichen Festlegungen (S.44 ff.) der Regionalplanung greifen dieses Erfordernis im Allgemeinen auf. Würde man diesen Festlegungen in der konkreten Umsetzung Folge leisten, so stellt sich dieses Plangebiet als ASB-Fläche ungeeignet dar. Folgende Aspekte sind daher zu berücksichtigen:</p> <p>2. Das Plangebiet ist ein Freilandklimatop Das Plangebiet besteht auf der Nordabdachung aus Ackerflächen und auf der Südseite aus Wiesen mit Gehölzstreifen und wird entsprechend der Klimaanalyse NRW (LANUV NRW 2018) als Freilandklimatop eingestuft. Die Fläche hat damit eine allgemeine Wohlfahrtswirkung bezüglich thermischer Verhältnisse, Durchlüftung und Luftqualität. Insbesondere das Potenzial der strahlungsächtlichen Bodenabkühlung und der daraus resultierenden Bildung bodennaher Kaltluft ist dabei bedeutsam. Da insbesondere in diesem Areal keinerlei gewerbliche Emittenten vorkommen und vor allem bei</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

geeigneten Wetterlagen in den Nachtstunden Kaltluftmassen gebildet werden können, verfügt das Plangebiet mitunter über eine relevante Ausgleichsfunktion für die allgemein lufthygienisch belasteten, umliegend dicht bebauten Bereiche. Die unversiegelten Wiesen und Ackerflächen können daher einen wichtigen Beitrag zur ?Frischluf-Zufuhr? leisten. Bauliche Maßnahmen mit einhergehender Flächenversiegelung führen hingegen zur klimatischen Beeinträchtigung dieser Klimafunktion der Freifläche. Diese Funktion ist daher insbesondere aufgrund zunehmend heißer Witterungsbedingungen von Bedeutung.

Die textlichen Festlegungen der Regionalplanung heben im Grunde 1:1 die hohe Wirksamkeit von Kaltluft ? und Frischluftentstehungsgebieten bzw. Kaltlufteinzugsgebieten und deren sehr hohe Priorität bei der Planungsberücksichtigung hervor (S.45ff.). Diese Ausführungen wurden dazu sogar unverändert aus der Klimaanalyse NRW (LANUV NRW 2018) in den Umweltbericht des Entwurfs des Regionalplans übernommen, u.a. mit der Erläuterungskarte A1-K1:

[s. Anhang Abb. 1003663\_2]

Der hiesige Plangebietsbereich ist hiervon direkt betroffen. Zu diesen Anforderungen steht die Ausweisung des Plangebietes im Regionalplanentwurf als ?Allgemeiner Siedlungsbereich? (ASB) im Widerspruch!!

[s. Anhang Abb. 1003663\_3]

### 3. Wertvoller Flächenverbrauch zulasten von Mensch und Natur

Das Plangebiet zeichnet sich heute in seiner Gesamtheit großteils als landwirtschaftliche Nutzfläche aus. Insbesondere die Grünlandflächen zwischen den Wohngebieten Höhenstrasse (westlich) und Am Sonnenhang (östlich) dienen seit Jahrzehnten als Mäh- und Streuwiese und helfen den umliegenden Nutztier- und Pferdebesitzern bei der Futtermittelbeschaffung. Wichtig für den Naturschutz sind die ebenfalls ? und dieser Ausprägung in Leverkusen kaum mehr vorzufindenden ? größeren Gehölzriegel für den Vogelschutz und die bestehenden Waldstreifen nachweislich auch als Rückzugsort für Rehe, Dachse, Füchse, Fledermäuse, Spechte und andere Wildtierarten. Zu beobachten ist auch, dass der in NRW streng geschützte Rotmilan die Aufwindzone und das freie Grünland als Jagdgebiet nutzt. Das Plangebiet leistet innerhalb des vorhandenen städtischen Raumes damit einen außerordentlichen Beitrag zur Biodiversität. In Verbindung mit den südlich angrenzenden unter Landschaftsschutz bzw. Naturschutz stehenden Gebieten des Wiehachtals verfügt das Plangebiet nicht nur über einen ästhetischen Naturwert, sondern erfüllt zugleich ein hohes Maß an innerstädtischer Erholung (Frischlufzufuhr, Naturerlebnis) für die Einwohner der umliegenden Wohngebiete. Die Starkregenereignisse des Sommers 2021 haben darüber hinaus gezeigt, dass die zunehmende Bebauung von Hanglagen in unmittelbarer Nähe des Plangebietes der notwendigen Pufferfunktion des Grünlands als Wasserspeicher abträglich ist. Versiegelte Flächen befördern die bekannten

negativen Folgen von Starkregenereignissen. Das südwestlich des Plangebietes gelegene Wiehachtal und der Ortsteil Biesenbach wurden von verheerenden Überschwemmungen getroffen; Gebäude und Talstruktur dadurch stark verwüstet.

Der Ausweis des Plangebietes als ASB im Hinblick auf eine Nachverdichtung wäre unter Berücksichtigung der naturnahen Erholung für bereits ansässige Bürger, im Hinblick auf die vorhandene Biodiversität sowie häufigere Starkregenereignisse kontraproduktiv.

#### 4. Mangelnde Funktionsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur

Bereits jetzt ist erkennbar, dass eine planerische Umsetzung als ASB die vorhandenen Verkehrsadern überlasten würde. Im Rahmen einer zukunftsorientierten Stadtplanung, kann eine ASBQuartiersentwicklung jedoch nicht ohne Berücksichtigung der infrastrukturellen Voraussetzungen umgesetzt werden. Die Hauptverkehrsadern im Plangebiet (Höhenstrasse, Am Sonnenhang, Hamberger Straße) können schon heute teilweise keinen geregelten Verkehrsfluss gewährleisten, da die Straßen zunehmend ohne expliziten Stellplatzausweis als Parkraum mitgenutzt werden. Die vorwiegend im Plangebiet für den Zu- und Abflussverkehr stark frequentierten Nebenstraßen halten der heutigen Verkehrsbelastung kaum Stand; vor allem zu Stoßzeiten. Die Nebenstraßen (Wiehachtal, Biesenbach) stellen für Fußgänger und Fahrradfahrer mangels separater Bürgersteige einen gefährlichen Verkehrsraum dar. Die Förderung eines individualbasierten Fahrradverkehrs scheint aufgrund der Hanglage und mangels Möglichkeit zur Erweiterung des Straßengefüges abwegig. Eine zusätzliche Lärm- und Immissionsbelastung dieser Verkehrsareale im Plangebiet wären darüber hinaus unerwünschte Folgen einer Nachverdichtung. Die textlichen Festlegungen zur Verkehrsinfrastruktur (S. 128ff.) im Entwurf des Regionalplans machen bereits grundlegend deutlich, wonach sich eine planerische Umsetzung auszurichten hat. Zitat: ?Die Gewährleistung einer leistungsfähigen Infrastruktur ist für die Erschließung und Entwicklung des Raumes maßgeblich. Der umwelt- und sozialverträgliche Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur sind dabei wichtige Voraussetzungen.?

Der geplante ASB zwischen Höhenstrasse und Am Sonnenhang erfüllt diese infrastrukturellen Voraussetzungen nicht.

#### Fazit

Aufgrund der hier bereits im Regionalplanentwurf identifizierten, widersprüchlichen Festlegungen wäre eine eindeutige Festlegung des Plangebietes als Freilandklimatop geboten; insbesondere auch im Hinblick auf dieser Basis nachfolgenden Maßnahmen / Entscheidungen zur Bauleitplanung der kommunalen Ebene. Wir bitten daher um entsprechende Berücksichtigung dieser Hinweise im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung zum Entwurf des Regionalplans.

[ANONYMISERT]

**Anhänge**[Abb\\_ID1003663\\_1.pdf](#)[Abb\\_ID1003663\\_2.pdf](#)[Abb\\_ID1003663\\_3.pdf](#)

AZ: Ö-M-473	
1002255	
1005756	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans wurde überraschend im Bereich des Buschbeller Waldes, südlich der A4 zwischen Frechen-Buschbell und Frechen-Habbelrath großflächig BSN ausgewiesen.</p> <p>Diese Ausweisung steht nach meiner Kenntnis im Widerspruch zum genehmigten Rahmenbetriebsplan der Quarzwerke GmbH und zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.</p> <p>Da das BSN das gesamte zukünftige Abbauggebiet der Quarzwerke umfasst, das bis zur A4 reicht, würde diese Ausweisung dazu führen, dass der hochreine Quarzsand, der dort mit einer großen Mächtigkeit liegt, nicht mehr abgebaut werden könnte.</p> <p>Dieser Rohstoff wird von den Flachglas- und Hohlglashütten, den Gießereien, der bauchemischen Industrie, der Bauindustrie, den Herstellern optischer Gläser und der chemischen Industrie dringend gebraucht.</p> <p>Das Wegfall dieser Rohstoffreserve würde mittelbar dazu führen, dass Frechen einen seiner größten Arbeitgeber verliert und in der ganzen Region unzählige Produkte vermutlich nicht mehr hergestellt werden könnten.</p> <p>Über die weitreichenden, die Berufsausübung einschränkenden Auswirkungen dieser Regelung kann ich Ihnen auch aus persönlicher Anschauung berichten. Ich bewirtschafte in diesem Bereich ca. 67 ha Ackerfläche. Nach der Ausweisung als BSN dürfte ich nach der neuen Pflanzenschutzmittelausbringungsverordnung dort auf ca. 40 ha keinerlei Pflanzenschutz mehr betreiben, so dass ich auf diesen Flächen keinesfalls mehr Kartoffeln oder Zuckerrüben anbauen könnte.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtäumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsfächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamtäumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Der in Rede stehende, bestandskräftig genehmigte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe zeichnerisch als BSAB festgelegt und unterfällt damit dessen Regelungsregime.</p> <p>Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung <i>Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)</i> <i>sicherstellen</i> gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Im Hinblick auf die Auswirkungen von BSN auf die Landwirtschaft gilt: Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-M-474	
1002306	
1002612	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die folgenden Stellungnahme bezieht sich auf folgendes Grundstück Gemarkung Dahlem Flur 30 [Anonymisiert] in der Gemeinde Dahlem. Die Neuausweisung des Regionalplan Köln aus dem Entwurf 2021 sieht vor, dass an der Grenze des angegebenen Flurstücks ein neu ausgewiesener Bereich zum Schutz der Natur eingerichtet werden soll. Die veröffentlichten Karten lassen jedoch nicht erkennen, ob dieser Bereich auch in das oben genannte Flurstück reicht. Aus diesem Grund widerspreche ich einem Bereich zum Schutz der Natur (BSN), falls dieser in das oben genannte Flurstück reicht, da das Flurstück aktuell wirtschaftlich genutzt wird und schon immer genutzt wurde. Da es sich dabei um das einzige von uns wirtschaftlich nutzbare Flurstück handelt, würde eine Ausweisung als BSN zu erheblichen Einschränkungen und Verlusten für uns führen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-475	
1002307	
1008890	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Stellungnahme Regionalplan</p> <p>Im Bereich der Gemarkung Erp ist ein durchgehender Biotopverbund für Offenlandarten geplant .</p> <p>Grundsätzlich bin ich auch als Jagdpächter sehr für den Schutz der aufgeführten Arten (Grauammer .Rebhuhn Feldlerche Kiebitz usw), und beteilige mich mit Teilen meiner Flächen am Schutz dieser Arten .</p> <p>Die genannten Tierarten sind allerdings auf die Landwirtschaftliche Tätigkeit meiner Berufskollegen und mir angewiesen.</p> <p>Fatal wäre hierfür Einschränkungen des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und Beschränkungen der Aussenbereichsbebauung.</p> <p>Ein Berufskollege hatt z. B. seinen Betriebssitz In den obengenannten Gebiet .</p> <p>Daher beantrage ich diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen oder meine Bedenken rechtswirksam auszuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-476	
1002256	
1005402	
<p>Inhalt</p> <p>Kap. 4.7.3</p> <p>Das KAHR-Projekt würdigt die langjährigen und innovativen Ansätze und Anstrengungen der Regional-planungsbehörde Köln, der Hochwasservorsorge in der Regionalplanung ein größeres Gewicht zu ver-leihen. Gleichzeitig hat mit dem Inkrafttreten des Bundesraumordnungsplans Hochwasserschutz (BRPH) zum 1.9.2021 ein Paradigmenwechsel in Richtung einer stärker risikobasierten Hochwasservor-sorge stattgefunden. Dem entsprechen die nachfolgend dargestellten und kommentierten Plansätze des Kapitels 4.7.3 ?Vorbeugender Hochwasserschutz? noch nicht vollumfänglich.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zur weiteren Erläuterung in Bezug auf die Anpassungen zum Kap. 4.7.3 wird auf die Änderungssynopsen der Textlichen Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes sowie der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplanes verwiesen.</p>

1005404

## Inhalt

### **Z.27 ÜB erhalten und entwickeln**

"Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.

Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen."

### **Zu Erläuterung 1 zu Z.27:**

Ausdrücklich zu würdigen ist die laut Punkt 1 der Begründung vorgesehene Einbeziehung von im Freiraum gelegenen potentiell rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen (RÜB) sowie von Bereichen, in denen sich die Hochwassergefahr aufgrund der zeitlich begrenzten Eingriffe des Menschen durch den Braunkohlebergbau absehbar wieder verändern wird (ZÜB), in die Gebietskulisse der Überschwemmungsbereiche.

## Abwägung

### **Typ**

Hinweis

### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005736

Inhalt

**Erläuterung 2 zu Z.27:**

Auch die Überlagerung der Überschwemmungsbereiche mit anderen Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen ist zu begrüßen, da dadurch auch Handlungsbedarf für den Siedlungsbereich verdeutlicht wird (vgl. Punkt 2 der Begründung).

Abwägung

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1005737

## Inhalt

### **Erläuterungen 6 und 7 zu Z.27:**

In Punkt 7 der Begründung wird zu Recht auf die Bedeutung des Plansatzes für ?im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB? hingewiesen.

Positiv zu würdigen ist auch die Klarstellung, dass die Zielbindung auch für Umnutzung und Nachverdichtung bereits baulich geprägter Siedlungsstrukturen sowie der Standortsicherung bestehender Betriebe gilt. Damit schließt der Regionalplanung eine wasserrechtliche Regelungslücke, da § 78 WHG nur die erstmalige bauliche Inanspruchnahme von Überschwemmungsgebieten unterbindet. Als Ausnahmenvoraussetzung wird mindestens der Erhalt des Retentionsvolumens genannt. Gleichwohl bezieht sich diese Ausnahmeregelung alleine auf die Hochwassergefahr, nicht jedoch das Hochwasserrisiko.

? Es wird angeregt, im Sinne der risikobasierten Planung in der Begründung zu ergänzen, dass zu den Ausnahmenvoraussetzungen neben dem Retentionserhalt auch eine an die spezifische Hochwassergefahr angepasste Bauweise und Flächennutzung zählt.

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### **Erläuterung**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die angeregte Änderung zu Ausnahmenvoraussetzungen geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

1005738	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Z.27, Erläuterung 2:</p> <p>In Punkt 2 der Begründung zu Z.27 steht allerdings ?Dies bedeutet, dass der Vorrang nur für die festgelegten ÜB gilt.? Aufgrund der aktuellen sehr dynamischen Prozesse um die Aufarbeitung des Hochwassers von Mitte Juli 2021 ist diese exklusive Formulierung als kritisch anzusehen. Zudem gibt es etwa 2 im Bereich des Swistbacheinzugsgebietes noch kleinere und größere Überschwemmungsbereiche, die reaktiviert werden könnten, u.a. mit dem Neubau der B56/Anschlussstelle A61/Ortsumgehung Miel.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung. Die zeichnerische Festlegung der ÜB (einschl. der RÜB und ZÜB) wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Aufgrund dieser neu ermittelten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung werden die Überschwemmungsbereiche an folgenden Fließgewässern ergänzt, sofern die Erweiterungen über 2 ha groß sind: im Rhein-Erft-Kreis an der Erft/Liblarer Mühlengraben (etliche), Eschweiler Bach (etliche) und Gillbach, im Rheinisch-Bergischen Kreis am Frankenforsterbach, Saaler Mühlenbach, Milchbornbach und Holzbach (alias Altenbrücker Bach), im Oberbergischen Kreis an der Wupper, im Kreis Düren am Birgeler Bach. Die zeichnerische Festlegung von kleineren fachplanerischen Neuermittlungen ist aus Maßstabsgründen nicht möglich.</p> <p>Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, so wäre zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>

1005803	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>zu Z.24, Erläuterung 2:</b></p> <p>Eine vergleichbare Regelung gibt es auch bei Z.24 Oberflächengewässer sichern, Punkt 2 der Begründung: Dies bedeutet, dass der Vorrang nur für die festgelegten Oberflächengewässer gilt. Festgelegte Oberflächengewässer sind "...alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) sind als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt." (Punkt 1 der Begründung zu Z.24). Allerdings heißt es weiter "Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt". Zudem wird im Zuge der Überarbeitung der Hochwasserrisikomanagementplanung seitens des MULNV derzeit ohnehin geprüft, auch kleinere Gewässer als "Risikogewässer" zu klassifizieren. Entsprechend sollten für diese im weiteren Verfahrensverlauf auch Überschwemmungsbereiche festgelegt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB (einschl. der RÜB und ZÜB) wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Aufgrund dieser neu ermittelten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung werden die Überschwemmungsbereiche an folgenden Fließgewässern ergänzt, sofern die Erweiterungen über 2 ha groß sind: im Rhein-Erft-Kreis an der Erft/Liblarer Mühlengraben (etliche), Eschweiler Bach (etliche) und Gillbach, im Rheinisch-Bergischen Kreis am Frankenforsterbach, Saaler Mühlenbach, Milchbornbach und Holzbach (alias Altenbrücker Bach), im Oberbergischen Kreis an der Wupper, im Kreis Düren am Birgeler Bach. Die zeichnerische Festlegung von kleineren fachplanerischen Neuermittlungen ist aus Maßstabsgründen nicht möglich.</p> <p>Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, so wäre zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p>



1005804	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Z.27:</b></p> <p>Keine besondere Würdigung erfahren Kritische Infrastrukturen in Z.27 im Gegensatz zu G.48. Infrastrukturen gelten als ?kritisch?, wenn sie für die Funktionsfähigkeit moderner Gesellschaften von wichtiger Bedeutung sind und ihr Ausfall oder ihre Beeinträchtigung nachhaltige Störungen im Gesamtsystem zur Folge hat. Dabei sind ihre physischen Komponenten nicht besonders empfindlich. Wesentlich ist aber ihre besondere Schutzwürdigkeit als politisch-normatives Konzept gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 Satz 4 ROG (?Dem Schutz kritischer Infrastrukturen ist Rechnung zu tragen?). Die Schutzwürdigkeit ist im Gesamtkontext der Infrastrukturnetze (?Kritikalität?) zu sehen und beschränkt sich nicht auf physische Elemente.</p> <p>Der BRPH enthält dazu bekanntlich folgendes Ziel II.2.3 (Z) ?In Überschwemmungsgebieten nach § 76 Absatz 1 WHG dürfen [kritische] Infrastrukturen und Anlagen, sofern sie raumbedeutsam sind, weder geplant noch zugelassen werden, es sei denn, sie können nach § 78 Absatz 5, 6 oder 7 oder § 78a Absatz 2 WHG zugelassen werden.?</p> <p>? Es wird daher empfohlen, zumindest in der Begründung zu Z.27 ausdrücklich auf die Bedeutung des Schutzes Kritischer Infrastruktur auch innerhalb der Überschwemmungsbereiche einzugehen, da in diesen in der Regel sogar eine größere Gefährdungsintensität vorliegt als in den potentiellen Überflutungsbereichen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> In der Erläuterung 7 zu Z.27 wird darauf verwiesen, dass in den fachgesetzlichen Verfahren (nach WHG) der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu prüfen ist, dass den Erfordernissen des vorbeugenden Hochwasserschutzes Rechnung getragen wird. Zur weiteren Erläuterung wird auch auf das Z.28 verwiesen. Eine Ergänzung in der Begründung zu Z.27 wird nicht hinzugefügt, auch da in der Erläuterung 2 zu G.48 bereits die genannte kritische Infrastruktur genannt wird.</p>

1005805

## Inhalt

Ein risikobasiertes Vorgehen erfordert eine räumliche Differenzierung der Überschwemmungsbereiche in die Funktionen Retention und Abfluss, um der erforderlichen Berücksichtigung der Gefährdungsintensität im Sinne von Ziel I.1.1 BRPH Rechnung tragen zu können. Tatsächlich nehmen nur Teile der Überschwemmungsgebiete unmittelbar am Abflussgeschehen teil. In diesen Teilbereichen besteht die Funktion nicht nur in der Sicherung der Retention, sondern vor allem auch der Vermeidung von signifikanten Hochwasserschäden, die aufgrund der größeren Einstautiefe und höheren Fließgeschwindigkeiten auch Risiken für Leib und Leben auslösen. Demzufolge sollte ein stärkeres Gewicht auch auf die unterschiedliche Verwundbarkeit von im Überschwemmungsgebieten vorhandenen Raumnutzungen und Raumnutzer gelegt werden.

Dieses Vorgehen entspricht dem 2020 in Kraft getretenen Regionalplan Oberes Elbtal-Osterzgebirge (Sachsen). Z 4.1.4.2 lautet: "In Vorranggebieten vorbeugender Hochwasserschutz mit den Funktionen "Abfluss" bzw. "Herstellung Abfluss" sind alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen unzulässig, die den Abfluss von Hochwasser bzw. die Herstellung dieser Funktion beeinträchtigen können." In der Begründung heißt es: "Bemessen sind Vorrang- und Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz an den Anforderungen, die von extremen Hochwassern ausgehen. Es wurden Szenarien berücksichtigt, die dem im jeweiligen Einzugsgebiet größten anzunehmenden Hochwasser möglichst nahe kommen. Eine Orientierung am einhundertjährigen Hochwasser ist im raumordnerischen Risiko-Management nicht ausreichend."

? Dementsprechend wird vorgeschlagen, dass für die räumliche Abgrenzung derjenigen Teile der Überschwemmungsbereiche, die lediglich zur Erhaltung der Retentionswirkung dienen, weiterhin ein HQ100 zugrunde gelegt wird. Bei vorhandenen oder zu reaktivierenden Abflussrinnen sollte hingegen ein HQ-extrem zu Grunde gelegt werden, wobei die vorhandenen Gefahrenkarten bzw. wasserwirtschaftlichen Grundlagen die erforderlichen Informationen zum Abflussgeschehen und damit zur Differenzierung zwischen Retentions- und Abflussfunktionen enthalten.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Daten zur Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit liegen in den Hochwassergefahrenkarten bei der wasserwirtschaftlichen Fachplanung vor. Jedoch hat diese im Regierungsbezirk Köln weder in Überschwemmungsgebieten noch in HQextrem-Gebieten Teilgebiete mit der Funktion "Abfluss", "Herstellung Abfluss" oder "Retention" ermittelt und abgegrenzt. Das Wasserhaushaltsgesetz enthält dazu keine rechtlichen Vorgaben.

Der LEP NRW enthält weder Vorgaben zur Abgrenzung solcher Teilgebiete noch zur Definition der unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen. Damit sind die Voraussetzungen des Prüfauftrags in Ziel B I.1.1 (Z) Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) nicht gegeben.

Jedoch hat der Regionalrat Köln angesichts der enormen Schäden durch die Flutkatastrophe im Juli 2021 im Regierungsbezirk Köln nach Abwägung zwischen dem zukünftigen Schadensrisiko und der Ausweisung zusätzlicher Siedlungsbereiche in HQextrem-Gebieten beschlossen, alle im vorbereitenden Plankonzept enthaltenen zusätzlichen großen Schwerpunkte der zukünftigen Siedlungsentwicklung in HQextrem-Gebieten nicht in den Entwurf des Regionalplans aufzunehmen. Dadurch findet laut Planentwurf in 362 ha HQextrem-Gebieten an 23 Standorten zukünftig keine weitere Siedlungsentwicklung statt. Damit hat der Regionalrat Köln zudem zukünftig denkbare Erweiterungsbegehren für FNP-Bauflächen am Rande dieser Standorte in HQextrem-Gebieten ausgeschlossen.

1005806

#### Inhalt

Z.28 Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen  
Innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, sind zurückzunehmen und bevorzugt als natürlicher Retentionsraum zu sichern. Wasserrechtliche Ausnahmeregelungen bleiben unberührt.

Dieser Plansatz wird uneingeschränkt begrüßt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

**Inhalt**

G.48 Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen

In potentiellen Überflutungsbereichen und in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, soll dem vorsorgenden Hochwasserschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Bei Planungen und Maßnahmen soll das potentielle Überflutungsrisiko berücksichtigt, auf eine verstärkte Rückhaltung und Verlangsamung des Wasserabflusses sowie aufgrund des potentiellen hohen Schadenspotentials auf hochwasserangepasste Nutzungen und Bauweisen hingewirkt werden.

Grundsätzlich wird die Steuerungsabsicht des G.48 begrüßt.

Der Regionalrat fasste am 24.9.2021 bei Enthaltung der Fraktion der GRÜNEN ansonsten einstimmig folgenden Beschluss: ?1. Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde, die ermittelten Standorte mit Lage im HQextrem (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) nicht als Siedlungsbereiche für den Aufstellungsbeschluss zur Neuaufstellung des Regionalplans als Siedlungsbereiche vorzusehen. ? 2. Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde, für das weitere Verfahren die betroffenen Bedarfe vollumfänglich an raumverträglichen Standorten abzubilden. Hierzu erfolgt eine intensive Rückkopplung mit den betroffenen Kommunen.?

Dies betrifft 23 Standorte mit einer Größe von insgesamt 390 Hektar an Rhein, an Erft, Rur und Inde, darunter auch zwei Region+ Wohnen Standorte in Erftstadt und Euskirchen, die zum Untersuchungsraum des KAHR-Projekts gehören.

Die vollständige Freihaltung aller HQ-extrem Flächen kann zwar in Einzelfällen hilfreich sein, allerdings erscheint uns eine weitere Differenzierung der Ansätze hier notwendig. Eine pauschale Entscheidung, die weder die Gefährdungsintensität (mögliche Einstauftiefen) noch die Empfindlichkeit und die Schutzwürdigkeit der verschiedenen Raum- bzw. Flächennutzungen berücksichtigt, entspricht nicht hinreichend den Prinzipien einer risikobasierten und adaptiven Planung (obschon diese Kriterien im G.48 des Regionalplanentwurfs Köln angelegt sind). In der Begründung zu G.48 heißt es unter Punkt 2 Absatz 2: ?Bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen soll dem Hochwasserschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Innerhalb der Risikogebiete soll nach Möglichkeit auf zusätzliche Nutzungen verzichtet werden, die im Fall einer Überflutung eine Gefährdung für die Allgemeinheit darstellen. In die Abwägung sollen neben der Wahrscheinlichkeit des Eintritts und dessen räumlichem und zeitlichem Ausmaß auch Fließgeschwindigkeit und Wassertiefe einbezogen werden, soweit dazu Daten verfügbar sind.?

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW ?Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

? Daher wird angeregt, jede der 23 o.g. Standorte dahingehend zu prüfen, welche Gefährdungsintensitäten zu erwarten sind und die Rücknahme der Fläche bzw. entsprechender Teilflächen u.a. davon abhängig zu machen. Die stärkere Differenzierung auch hinsichtlich der Gefährdungsintensität entspricht im Übrigen auch dem Vorgehen der Regionalplanungsbehörde Detmold bei der derzeit laufenden Regionalplanfortschreibung.

? Neben der Gefährdungsintensität sollten ? wenn vorhanden ? auch bereits Informationen über die geplanten Flächennutzungen oder die bauliche Nutzung der konkreten Standorte einfließen. Zusätzlich sollte dabei auch die Eignung der Standorte für andere Raumnutzungen in die Abwägung einbezogen werden. Ausgangspunkt der Region+ Wohnen und Gewerbe Programme waren schließlich die erheblichen Flächenengpässe der Kernstädte, die ihre kommunalen Flächenbedarfe nicht mehr auf ihrem Gemeindegebiet befriedigen können. Somit kommt der Siedlungsfunktion für diejenigen der 23 zurückgenommenen Standorte, die Bestandteile der Programme Region+ Wohnen und Gewerbe darstellen, ein höheres Gewicht im Verhältnis zu dem Belang Hochwasservorsorge zu, als dies bei anderen Standorten der Fall ist, solange hochwasserangepasst geplant und gebaut wird. Zur Realisierbarkeit einer hochwasserangepassten Planung findet im Übrigen in Zusammenarbeit mit der Stadt Erftstadt für die Region+ Wohnen Standort im Stadtteil Liblar im Rahmen des KAHR-Projekts Ende 2022/Anfang 2023 ein Planspiel statt.

1005808

## Inhalt

### Erläuterung 2 zu G.48:

Des Weiteren führt die Begründung zu G.48 unter Punkt 2 Absatz 3 aus: ?Neue sensible bzw. kritische Infrastruktur, wie z. B. Standorte für den Katastrophenschutz, Krankenhäuser, Leitstellen etc. sollen nicht vorgesehen werden.? Diese Regelung wird ausdrücklich begrüßt und steht im Einklang zu den Regelungen des BRPH (vgl. G II.3). Zudem lässt § 78b Abs. 2 WHG ausdrücklich Regelungen zu, die über die wasserrechtliche Berücksichtigungspflicht hinausgehen: ?Weitergehende Rechtsvorschriften der Länder bleiben unberührt.?

? Zur Durchsetzung der angesprochenen hochwasserangepassten Bauweise könnte aber auch eine weitreichendere Regelung in Form einer zweiten Vorranggebietskategorie erwogen werden, die nur besonders empfindliche oder schutzwürdige Nutzungen ausschließt, sofern keine hinreichende Bauvorsorge möglich ist. Der entsprechende Plansatz könnte wie folgt lauten: ?In Risikogebieten gemäß § 78 b Abs. 1 WHG sind Nutzungen, deren Nutzer gegenüber Hoch-wasserfolgen über eine besondere Empfindlichkeit verfügen, auszuschließen. Von dem Ausschluss gilt eine Ausnahme, wenn keine ernsthaft in Betracht kommenden Standort- oder Trassenalternativen verfügbar sind und eine an die beim Lastfall HQ-extrem mögliche Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit angepasste Nutzung oder Bauweise vorgeschrieben wird, um eine Gefährdung von Leben und Gesundheit auszuschließen.?

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Eine zweite Vorranggebietskategorie wird nicht festgelegt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

1005809

## Inhalt

### Erläuterung 2 zu G.48:

Die Begründung zu G.48 weist unter Punkt 2 Absatz 2 Satz 2 zu Recht auf gefährliche Nutzungen hin, ohne diese aber näher zu spezifizieren. Im Falle ihrer Überflutung können Sekundäreffekte auftreten, wie die Gefährdung von Menschenleben, Sachgütern und der Umwelt. Adressat sind die gemeindliche Bauleitplanung und die Vorhabengenehmigungsbehörden. § 50 Satz 1 BImSchG hat ein Vermeidungsgebot durch räumliche Trennung unverträglicher Nutzungen eingeführt. Allerdings fehlt die umgekehrte Perspektive des Schutzes der Betriebsbereiche: Gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 der Störfall-Verordnung - 12. BImSchV, müssen umgebungsbedingte Gefahrenquellen, wie Hochwasser, bei der Erfüllung der allgemeinen Betreiberpflichten lediglich berücksichtigt werden.

? Angeregt wird eine sachliche und räumliche Bestimmung des unbestimmten Rechtsbegriffs ?gefährliche Nutzungen? über einen **eigenständigen Plansatz in Zielqualität** in folgender Weise: ?Innerhalb von potentiellen Überflutungsbereichen und in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, ist die Planung und Genehmigung von Anlagen oder Betriebsbereichen, die unter die Richtlinie 2010/75/EU (Industrieemissionsrichtlinie) und Richtlinie 2012/18/EU (SEVESO-III-Richtlinie) fallen, auszuschließen. Ausnahmen sind möglich für Anlagen, Betriebsbereiche oder von bestimmten Teilen dieser, (1) die aufgrund besonderer Anforderungen an die Umgebung nur in Gewässernähe errichtet werden können, (2) die gegenüber den Folgen eines Hochwassers unempfindlich sind, oder (3) von denen im Hochwasserfall nachweislich keine über den Betriebsbereich hinausgehenden Gefährdungen ausgehen oder, falls (1) bis (3) nicht zutreffen, für die eine dem jeweiligen Risiko beim Lastfall HQ-extrem angepasste Bauweise vorgesehen werden kann.?

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Es ist Aufgabe der nachgelagerten Bauleitplanung bzw. Fachplanung unter Kenntnis der betroffenen Nutzungen im Rahmen der Abwägung u.a. konkurrierender Nutzungen mögliche Konflikte zu verhindern. Eine pauschaler Ausschluss von Planungen und Genehmigungen bestimmter Anlagen oder Betriebsbereiche in einem Ziel auf Ebene der Regionalplanung ist nicht umsetzbar. Wie bereits in der Anregung aufgeführt, kann es durchaus Anlagen und Betriebsbereiche geben, die z.B. aufgrund besonderer Anforderungen an die Umgebung in Gewässernähe errichtet werden, die gegenüber den Folgen eines Hochwassers unempfindlich sind, oder von denen im Hochwasserfall nachweislich keine über den Betriebsbereich hinausgehenden Gefährdungen ausgehen oder bei denen durch angepasste Bauweise gar kein Konflikt zu erwarten ist. Gleichzeitig ist erkennbar, dass diese dezidierte Beurteilung einer Einzelfallbetrachtung bedarf und daher erst abschließend auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen kann. Dies schließt somit einen eigenständigen Plansatz in Zielqualität auf Ebene der Regionalplanung aus, da die o.g. erforderlichen Einzelfallprüfungen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinausgehen..

<p>1005810</p> <p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Erläuterung 1 zu G.48:</b></p> <p>Die Begründung zu G.48 enthält unter Punkt 1 Absatz 2 einen dynamischen Verweis auf die räumliche Abgrenzung der Risikogebiete gemäß § 78b WHG: ?Die räumliche Abgrenzung der potentiellen Überflutungsbereiche kann den Risikokarten der Fachplanung entnommen werden.?</p> <p>Dieser dynamische Verweis hat den Vorteil, dass sich der Geltungsbereich von G.48 automatisch an sich im einem 6-Jahresrythmus aktualisierten und ggf. ändernden wasserwirtschaftlichen Gebietskulissen anpassen würde, ohne dass der Regionalplan im Nachgang angepasst werden müsste. Diese Überprüfung und Kopplung mit Zielen des Regionalplans würde einen stärker risikobasierten und adaptiven Planungsansatz fördern. Außerdem erlaubt diese Regelung eine verbesserte räumliche Bestimm-barkeit der Gebietskulisse an kleineren Gewässern, da die Gefahrenkarten im Maßstab 1:5.000 vorliegen, während der regionalplanerische Maßstab von 1:50.000 Unschärfen erzeugen. Diese Vorteile kommen auch deshalb aktuell zum Tragen, weil derzeitigen Risikogebiete auf einer Datengrundlage beruhen, die nach dem Hochwasser im Juli 2021 nicht mehr aktuell ist.</p> <p>Allerdings bestehen bei dieser Vorgehensweise zwei schwerwiegende planungsrechtliche Probleme:</p> <p>1. Dieser dynamische Verweis ist nur unter der Prämisse vorstellbar, dass die in der Norm adressier-ten Gebietskulissen der Raumordnung und der Wasserwirtschaft räumlich identisch sind. Dies ist aber offenbar hier nicht der Fall, da erklärtermaßen (vgl. Z. 27) in die Überschwemmungsbereiche potentiell rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und Bereiche, in denen sich die Hochwassergefahr aufgrund der zeitlich begrenzten Eingriffe des Menschen durch den Braunkoh-lebergbau absehbar wieder verändern wird (ZÜB), einbezogen werden sollen. Diese sind aber in Teilen Bestandteil der wasserwirtschaftlichen Risikogebietskulisse gemäß § 78b WHG bzw. stellen keine Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG dar. Im Sinne der erforderlichen Normklarheit bzw. sachlichen und räumlichen Bestimmtheit von Zielen der Raumordnung können diese Gebiete aber nicht zugleich Überschwemmungsbereiche und Potenzielle Überflutungsbereiche sein, für die nicht Z.27, sondern G.48 gilt. Diese Problematik würde sich bei der Umsetzung der o.g. Empfehlung, Abflussleitbahnen in die Überschwemmungsbereichskulisse einzubeziehen, weiter vergrößern, da auch diese in Teilen Bestandteil der wasserwirtschaftlichen Risikogebiete sind.</p> <p>2. Eine sich ändernde fachplanerische Gebietskulisse löst automatisch neue raumordnerische Abwägungserfordernisse aus. Dies gilt in besonderem Maße für die Teilflächen, in denen die Risikogebiete räumlich sehr ausgedehnt sind und sich diese Ausdehnung künftig noch erhöhen könnte, so dass Potenzialflächen für andere Raumfunktionen bzw. -nutzungen in ihrer Verfügbarkeit weitgehend bis vollständig</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Potentiellen Überflutungsbereiche, basierend auf den fachplanerischen Gebieten "HQ100geschützt" aus den neuesten Gefahrenkarten der Fachplanung mit Stand 06/2023, werden in einer zusätzlichen Erläuterungskarte F 11 (siehe Anhang 3) abgebildet. Damit wird die Vorgabe aus der Erläuterung zum LEP-Grundsatz 7.4-8 erfüllt, diese Bereiche, soweit maßstäblich möglich, in Erläuterungskarten der Regionalpläne abzubilden, um die potenzielle Gefährdung bewusst zu machen und zu angepassten Bauweisen und Nutzungen sowie zu Schutzmaßnahmen anzuregen. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026297 verwiesen.</p> <p>In Erläuterungskarte F8 (siehe Anhang 3) werden die Extremhochwasserbereiche, basierend auf dem aktuell fachplanerisch ermittelten "HQextrem" der Fachplanung mit Stand 06/2023, aktualisiert. Schätzungen werden dagegen nicht aufgenommen, da sie nicht den fachplanerischen Ermittlungsstandard erfüllen. Mit der Erläuterungskarte F8 wird die Vorgabe aus der Erläuterung zum LEP-Grundsatz 7.4-8 erfüllt, diese Bereiche, soweit maßstäblich möglich, in Erläuterungskarten der Regionalpläne abzubilden, um die potenzielle Gefährdung bewusst zu machen und zu angepassten Bauweisen und Nutzungen sowie zu Schutzmaßnahmen anzuregen. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026298 verwiesen.</p> <p>Im Regierungsbezirk Köln gibt es keinen technischen Hochwasserschutz vor dem HQextrem, sondern alle technischen Hochwasserschutzanlagen können von Extremhochwasser überspült werden. Daher überlagern sich die Überschwemmungsbereiche (ÜB) einschließlich der Rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) und der Zukünftigen Überschwemmungsbereiche (ZÜB) räumlich komplett mit den Extremhochwasserbereichen.</p> <p>Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der Textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sowie der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Bezug auf den G.48 verwiesen.</p>
---	---



betroffen sind. Diese spezifische Situation kann im Sinne des risikobasierten Ansatzes einen anderen Umgang mit Hochwasserrisiken in Risikogebieten erfordern. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung einer sich dynamisch ändernden Gebietskulisse ein Abwägungsausfall festgestellt werden würde.

? Insofern sollte im Regionalplan Köln aus den beiden dargelegten planungsrechtlichen Gründen nicht auf eine **eigenständige räumliche Abgrenzung der potenziellen Überflutungsbereiche** verzichtet werden. Diese sollten dafür in die Festlegungskarte aufgenommen werden. Die Maßstabsproblematik an kleineren Gewässern könnte über Beikarten gelöst werden.

? Wir empfehlen, regionale Abschätzungen der Ausbreitungsflächen des **Extremhochwassers im Juli 2021** in die Betrachtung mit einzubeziehen. Konkret empfehlen wir, die Flächen des (veralteten) HQ-Extrems dort durch die vorläufigen Abschätzungen zu ersetzen, wo diese einen größeren Bereich abdecken.

1005811	
<b>Inhalt</b> Des Weiteren wird vorgeschlagen Ziele und Grundsätze für eine stärker auf Retention ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft im Freiraum auch im Regionalplan (als Signalplan) aufzuführen.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. <b>Erläuterung</b> Entsprechend der planerischen Konzeption soll auf die Formulierung von Festlegungen, die sich auf die Bewirtschaftung von Flächen beziehen, verzichtet werden.

1005812

**Inhalt**

Des Weiteren wäre es sinnvoll in Erläuterungskarten auch stärker eine Typisierung hochwasserangepasster Landnutzungen zu skizzieren, damit die Thematik nicht nur abstrakt bleibt.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die angesprochene Typisierung ist in den Erläuterungskarten im Maßstab des Regionalplanes nicht umsetzbar.

1005813	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Schlussbemerkung: Im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem Hochwasser im Juli 2021 sowie dessen Nachbereitung auf wasserwirtschaftlicher Ebene, einschließlich der Resilienzstärkung für die Zukunft, werden kurz- mittel- und langfristig weitere für den Regionalplan relevante Flächen identifiziert werden.</p> <p>Hierunter fallen beispielsweise neue vorläufig festgesetzte Überschwemmungsflächen auf Grundlage der Neuberechnung des HQ100 sowie zukünftige Flächeninanspruchnahme durch Rückhaltemaßnahmen, die sich aktuell in frühen Konzeptionierungsphasen befinden</p> <p>Hieraus resultierend ist ebenfalls davon auszugehen, dass die Auflistung geplanter Talsperren für den kommenden Zyklus nicht abschließend ist (Abschnitt 4.2.1, Tabelle 2).</p> <p>Wir sprechen uns deswegen dafür aus, aktualisierte Kartenmaterialien während aufgrund von aktualisierten Bemessungsgrundlagen und Konzeptionierungen in das weitere Verfahren im Rahmen einer zu erwartenden zweiten Offenlage einzubeziehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Überschwemmungsbereiche: Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB (einschl. der RÜB und ZÜB) wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p> <p>Talsperren: Es ist Sache der wasserwirtschaftlichen Fachplanung, ggf. aus neuen Datenermittlungen den Schluss zu ziehen, dass weitere Vorsorgebereiche außer den im Regionalplan gesicherten potenziellen Standorten für mögliche zukünftige Talsperren erforderlich sind. Dazu liegen der Regionalplanungsbehörde keine Angaben vor.</p>

1005846	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Schlussbemerkung: Im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem Hochwasser im Juli 2021 sowie dessen Nachbereitung auf wasserwirtschaftlicher Ebene, einschließlich der Resilienzstärkung für die Zukunft, werden kurz- mittel- und langfristig weitere für den Regionalplan relevante Flächen identifiziert werden.</p> <p>Hierunter fallen beispielsweise neue vorläufig festgesetzte Überschwemmungsflächen auf Grundlage der Neuberechnung des HQ100 sowie zukünftige Flächeninanspruchnahme durch Rückhaltemaßnahmen, die sich aktuell in frühen Konzeptionierungsphasen befinden.</p> <p>Hieraus resultierend ist ebenfalls davon auszugehen, dass die Auflistung geplanter Talsperren für den kommenden Zyklus nicht abschließend ist (Abschnitt 4.2.1, Tabelle 2).</p> <p>Wir sprechen uns deswegen dafür aus, aktualisierte Kartenmaterialien während aufgrund von aktualisierten Bemessungsgrundlagen und Konzeptionierungen in das weitere Verfahren im Rahmen einer zu erwartenden zweiten Offenlage einzubeziehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Überschwemmungsbereiche: Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB (einschl. der RÜB und ZÜB) wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.</p> <p>Talsperren: Es ist Sache der wasserwirtschaftlichen Fachplanung, ggf. aus neuen Datenermittlungen den Schluss zu ziehen, dass weitere Vorsorgebereiche außer den im Regionalplan gesicherten potenziellen Standorten für mögliche zukünftige Talsperren erforderlich sind. Dazu liegen der Regionalplanungsbehörde keine Angaben vor.</p>

AZ: Ö-M-478	
1002199	
1008895	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Friesheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• REK, Gemarkung Erp, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• REK, Gemarkung Friesheim, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• REK, Gemarkung Borr, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation in der Folge des Angriffs auf die Ukraine und die dramatische Erderwärmung zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-48	
1001234	
1000754	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte hiermit Bedenken hinsichtlich der Regionalplanentwürfe von Gewerbegebieten im Kreis Heinsberg, insbesondere im Umkreis von Erkelenz und Hückelhoven äußern. Ich lehne weitere Gewerbegebiete im Kreis Heinsberg, insbesondere rund um Erkelenz und Hückelhoven ab, u. a. weil damit die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht richtig genutzt werden. Strukturwandel im Umfeld unserer aktuellen ökologischen Situation (Klimawandel, Artensterben usw.) kann nicht bedeuten, dass die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten weiter zugebaut und versiegelt wird. Ohne ökologisches Denken wird auch unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren.</p> <p>Alternativen zum neuen Gewerbegebiet, die ich persönlich wesentlich realistischer finde, wären:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,</li> <li>- die Nutzung innerstädtischer Flächen,</li> <li>- die Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,</li> <li>- die Umnutzung alter Gebäude,</li> <li>- die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,</li> <li>- eine Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs.</li> </ul> <p>Weltweit werden immer mehr Wälder - beispielsweise Regenwälder - abgeholzt oder fallen umfassenden Waldbränden zum Opfer. Gleichzeitig werden immer neue Klimaziele diskutiert, festgelegt und dann doch wieder nicht eingehalten. Daher habe ich definitiv große Bedenken den Plänen zu neuen Gewerbegebieten im bislang noch sehr ländlichen Kreis Heinsberg. Abgesehen davon, dass in den Städten des Kreises Heinsberg genug Leerstand vorzufinden ist und ich daher nicht sehe, wieso hier noch mehr und noch neue Flächen betonierte und mit weiteren Gebäuden zugestrichelt werden sollten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Im Hinblick auf die Ausweisung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• von mehreren GIB in Hückelhoven (s. Stellungnahmen 1001806, 1001808, ID 1001809, ID 1001810) sowie</li> <li>• eines GIBplus in Hückelhoven-Baal (s. Stellungnahme ID 1001804)</li> </ul> <p>gilt, der Stellungnahme ist entsprochen.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Aus unserer Sicht sind die seitens der Stadt Köln gemeldeten Flächenpotentiale in keinsten Weise ausreichend, um den Herausforderungen einer wachsenden Stadt begegnen zu können. Das Nicht-Ergreifen dieser Chancen-Wahrung (deren Umsetzungsmöglichkeiten ja erst nach einer politischen Willensbildung in den nachgelagerten Bauleitverfahren intensiv geprüft werden) führt zu einer Abkopplung von der wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens. Die nachstehende Tabelle zeigt die im Verfahrensablauf vorgenommene dramatische Flächenreduktion:

[s. Anhang Abb. StnID 1008325\_1]

Wir regen daher an, deutlich mehr ASB- und GIB-Flächen in den Regionalplan aufzunehmen. Wir haben uns weitreichende Gedanken zu einer möglichen Siedlungserweiterung des Stadtteils Köln-Widdersdorf gemacht, dies insbesondere unter Berücksichtigung der geplanten Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 von Köln-Bocklemünd über Widdersdorf, Brauweiler, Glessen bis nach Niederaußem. Um diese wichtige ÖPNV-Verbindung realisieren zu können, ist man auf Fördermittel des Bundes und des Landes angewiesen. Diese ist nur dann zu erhalten, wenn der sogenannte Nutzen-Kosten-Faktor größer 1 ist, der Nutzen also die Kosten übersteigt. Um diesen Faktor zu erreichen, gehen die Verfasser der im Auftrage des Rhein-Erft-Kreises sowie der Städte Köln, Pulheim und Bergheim erarbeiteten Voruntersuchung von einer notwendigen Aufsiedelung entlang der zukünftigen Trasse mit mindestens 2.100 Wohneinheiten aus. Hierzu können die in Widdersdorf betrachteten Flächen -entgegen der Meinung, dass die regionalen Grünzüge gestört werden- einen wichtigen Beitrag leisten [s. Anhang Abb. StnID 1008325\_2].

Das Ing.-Büro ASTOC hat in unserem Auftrag die allgemein verfügbaren Informationen sowie die von uns initiierten Standort-Untersuchungen zu einem Rahmenkonzept zusammengefasst, alle Unterlagen sind als Anlage beigefügt [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]:

- Anregung zum Ausweis im Regionalplan
- (überarbeitetes) Rahmenkonzept Köln-Widdersdorf; ASTOC 08/2022
- Vorstudie Stadtbahnstrecke Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem; büro stadtVerkehr Planungsgesellschaft mbH & Co KG 01/2021
- Entwicklungsstudie Köln-Widdersdorf zur Beurteilung Naturhaushalt und Landschaft; RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten 03/2020
- Klimaexpertise zum Potentialraum Widdersdorf/Lövenich -Analyse des Status

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1002717.



Quo; GEONET Umweltconsulting GmbH 06/2020

- Themenfeld Verkehr zum Rahmenplan Widdersdorf; Lindschulte Ingenieurgesellschaft mbH
- Entwicklungsstudie zu den Pendlerverflechtungen in Köln-Widdersdorf; SSP Consult beratende Ingenieure GmbH; 07/2020
- Strategische Umweltvorprüfung zu potenziellen Siedlungserweiterungen von KölnWiddersdorf; FlächenAgentur Rheinland GmbH 11/2021

Wir regen an, die dargestellten Flächen in den Regionalplan aufzunehmen. Gern sind sowohl die involvierten Ingenieur-Büros als auch wir bereit, Ihnen bei Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008325\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1008325\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-481	
1002055	
1006219	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wie bereits im Flächennutzungsplan beschlossen, sind wir, wie viele andere Anwohner, gegen die Bebauung mit Gewerbe entlang der Brüderstraße. Hierzu folgende Argumente, die Ihnen bereits zum größten Teil bekannt sein müssten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Festlegung unseres Gebietes als Wald im erst kürzlich beschlossenen Flächennutzungsplan.</li> <li>• Besondere Bedeutung von Waldflächen angesichts des Klimawandels und zunehmender Extremwetter-Ereignisse</li> <li>• Wichtige Bedeutung des Waldes als Hochwasser- und Überschwemmungsschutz (siehe auch Wasser im Keller am 14.07.2021 anlässlich des Starkregenereignisses bei zahlreichen Nachbarn)</li> <li>• In unserem Wald siedeln zwei stark gefährdete Fledermausarten (Mückenfledermaus und Zwergfledermaus)</li> <li>• Qualifikation ?unseres? Waldes im städtischen Lärmaktionsplan von Juni 2022 (!!!) als städtischer Rückzugsort und ?Achse mit Erholungs- und Verbindungsfunktion? zum Königsforst</li> <li>• Keine neueren Argumente/Erkenntnisse zur (behaupteten) Erforderlichkeit eines Gewerbegebietes statt der Waldfläche entlang der Brüderstraße wg. Potentialfläche Zanders; auch gibt es seit der Diskussion um den Flächennutzungsplan in 2016/17 kein neues Gewerbeflächenkonzept für den Rheinisch-Bergischen Kreis ? woher da die neuen Forderungen nach Gewerbeflächen???</li> <li>• Bedeutung unseres Waldes als zentraler Lebensraum Frankenforst für Mensch, Tier- und Pflanzenarten</li> <li>• Waldfläche dient als Lärmschutzwand</li> <li>• Wegfall des Waldes führt zu unzumutbarem Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung</li> <li>• Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sog. FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund.</li> <li>• Unser Wald gehört zum Netz an Flächen für die Frischluftversorgung von Bergisch Gladbach - Klimabedeutung dieses Freiraums für den Luftaustausch</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

AZ: Ö-M-483

1002057

1002624\_001

## Inhalt

Ich schließe mich der Stellungnahme (anonymisiert) an (Kopie im Anhang). Mein Betrieb liegt im östlichen Rhein Sieg Kreis in der Nähe von Au an der Sieg. (anonymisiert)

### Stellungnahme

Thema: Entwurf Regionalplan Reg.bezirk Köln, Frist: 31.08.2022

#### A. MANAGEMENT SUMMARY

1. Individuelle betriebliche Betroffenheit: Der forstwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb (15 Mitarbeiter zzgl. externe Unternehmer) des Unterzeichners wird durch die planerischen Festsetzungen des Regionalplanentwurfes (BSN) mit etwa 75% seiner gesamten Betriebsfläche betroffen. Nach den Festsetzungen im Entwurf sind ?Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen.? Damit ist Betrieb zu 75% von einer forstwirtschaftlichen und ggf. einer betrieblichen Entwicklung jenseits der Forstwirtschaft (z.B. erneuerbare Energien) ausgeschlossen. Hier muss planerisch korrigiert werden, um eine rechtliche Auseinandersetzung zu vermeiden 2. Ländlicher Raum als ?ökologischer Sündenbock?: Bei der Lektüre des Entwurfes muss mehr Ausgewogenheit angemahnt werden. Ein Eindruck, dass der ländliche Raum durch erhebliche Einschränkungen ökologisch für schwerwiegende Entwicklungen des urbanen Raumes haftet, muss unbedingt vermieden werden. An dieser Stelle ist wenig Raum für Romantik. Eine ernsthafte Sicherung der zwingend nötigen (Ukraine-Krieg..) natürlichen Ressourcen (Getreide, Holz, Hülsenfrüchte, Gemüse etc.) erfolgt nicht durch Stilllegungen und die chronische Fortsetzung von Schutzgebietsausweisungen. Die Urproduktion braucht Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen, um lebens- und konkurrenzfähig zu bleiben.

#### B. ABSTRAKTE ANMERKUNGEN

##### 1. Regionalplan-Entwurf - Zusammenfassung:

Die Bezirksregierung Köln hat den Entwurf eines neuen Regionalplanes als Nachfolgeplanung des 2003 verabschiedeten und 2009 aktualisierten bestehenden Regionalplans vorgelegt. Dieser Entwurf ? als Versuch ? die Interessen aller Beteiligten Akteure sinnvoll zu versöhnen - weicht in einseitiger und erheblicher Weise zu Lasten des ländlichen Raumes, insbesondere zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft, von dem derzeit geltenden Planungswerk ab. Diese Abweichungen sind in ihrer Massivität widersinnig noch begründbar und führen zum Gegenteil dessen, was der Regionalplan erreichen soll ? einer Versöhnung der unterschiedlichen Interessen. Vielmehr zeichnet sich im jetzigen Entwurf ab, dass dem Planungsträger an mehreren Stellen praktischer Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten im ländlichen Raum abhandengekommen ist. Dies trifft insbesondere die private und kommunale

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von

Land- und Forstwirtschaft mit ihren nachgelagerten Betrieben, die nach wie vor die Lebensader des ländlichen Raumes bilden. Es bedarf einer Korrektur dieser Entwicklung, um den schwerwiegenden Eindruck auszuräumen, dass die zunehmende Begrenzung und ?Ökologisierung? des ländlichen Raumes als romantischer Ausgleich für die ökologischen Sünden des städtisch-urbanen Raumes herzuhalten hat. Der ländliche Raum mit seinen Entwicklungsmöglichkeiten und mit seinen Herausforderungen muss planungsrechtlich als gleichwertiger und gleichberechtigter Stakeholder in den Regionalplan Eingang finden. Auch verkennt der neue Entwurf Ursache und Wirkung. Nicht durch die weitere Ausweisung von Schutzgebietstypen durch den Planungsträger (BSN/BSL) wird schutzwürdige Fläche geschaffen. Die zurückhaltende, nachhaltige Bewirtschaftung von Flächen in der privaten und kommunalen Land- und Forstwirtschaft haben schützenswerte Bereiche erst entstehen lassen! Diese positive Leistung darf nicht planerisch falsch zugeordnet und vereinnahmt werden.

2. Rechtliche Grundlagen/allgemeine Prinzipien: Verfassungsrechtliches Bestimmtheitsgebot: Grundsatz einer öffentlichen Planung muss die Möglichkeit sein, die individuelle Betroffenheit als Kommune, Verein oder privater Eigentümer präzise aus den Planungsunterlagen zu ersehen. Die ? zumindest für den einzelnen Betroffenen ? digital beim Planungsträger einzusehenden Unterlagen (PDFDokumente) sind dafür nicht geeignet und kommen der rechtsstaatlichen Anforderung an die Bestimmtheit nicht nach. Hier besteht grundsätzlich Bedarf für bessere und präzisere Planunterlagen. Mit Blick auf das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot ist dabei auch deutlich zu kritisieren, dass viele ?Begründungen? (z.B. Fachbeitrag LANUV) dem planungsrechtlich betroffenen Individuum bzw. der Kommune nur durch persönliche Zuhilfenahme von Mitgliedern des Regionalrates überhaupt zugänglich gemacht wurden. Nicht abschließende Stellungnahme: Vor diesem Hintergrund muss die Stellungnahme zum Thema in Bezug auf Abgrenzungsfragen wie auch in Bezug auf mögliche Kritik an Begründungen aus den Fachbeiträgen als vorläufig bezeichnet werden. Dies gilt entsprechend auch für die nachfolgenden Angaben zu den kartographischen Darstellungen.

Frist: Um eine Präklusion zu vermeiden muss gleichwohl fristgemäß auf die offengelegten Planungsunterlagen eingegangen werden. Dass der Planungsträger die Offenlagefrist trotz der Tatsache, dass diverse Kommunen und Individuen eine Fristverlängerung angefragt haben, nicht verlängert hat, muss vor dem Hintergrund einer sechsjährigen Vorbereitungsfrist des Planungsträgers selbst zu Unverständnis führen.

C. KONKRETE ANMERKUNGEN (Individuelle Betroffenheit im Einzelnen)

1. Kartographische Darstellungen: [Abbildung] KARTE 1 Nahezu sämtliche Waldflächen, die gelb umrandet (KARTE 1) sind, gehören zum forstwirtschaftlichen Familienbetrieb des Unterzeichners. Der gesamte Betrieb liegt im Landschaftsschutzgebiet, was bereits mit erheblichen Einschränkungen verbunden ist. Weitere gut 650ha liegen im FFH-Gebiet ?Brölbach? und sind als Naturschutzgebiet ausgewiesen und damit der betrieblichen Entwicklung faktisch entzogen ? 20% der

Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Die Festlegungen greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. landwirtschaftliche, bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Inanspruchnahme des Regionalen Grünzugs umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen des RG bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Fläche. Nun werden in erheblichem Maße BSN geplant, sodass nach dem jetzigem Entwurf geschätzt über 75% der Betriebsfläche betroffen und damit einer forstwirtschaftlich betrieblichen Entwicklung entzogen würden (gelbe Flächen ? vgl. nachfolgend KARTE 2). KARTE 2 Juristisch sind derartige umfassende Festsetzungen als unverhältnismäßige ?Sonderopfer? anzusehen, die nur ausnahmsweise statthaft und jedenfalls als enteignungsgleicher Eingriff entschädigungspflichtig wären. Am Betrieb selbst hängen unmittelbar und mittelbar diverse Arbeitsplätze, die bei einer derartigen Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu gewährleisten sind. Weiter führt eine Planung nach dem jetzt vorliegenden Entwurf mit einer derartigen Inanspruchnahme der Flächen des Unterzeichners zu einer Einschränkung der Berufsfreiheit nach Artikel 12 GG. Auch inhaltlich sind die planerischen Festsetzungen zu kritisieren. Ohne örtlichen Bezug und auf dem Reißbrett wurde die Fläche überplant, ein anderer Begriff als ?BSN nach dem Gießkannenprinzip? fällt dem Verfasser nicht ein. Inhaltliche Feststellungen einer ? wie auch immer gearteten ? individuellen und konkret nachvollziehbaren Schutzwürdigkeit der betroffenen Gebiete bleiben völlig außer Acht. Verkehrung des Regel-/Ausnahmeverhältnisses: Der Blick auf die obige Karte ist beispielhaft für das gesamte Plangeschehen. Die Überplanungen mit BSN, BSLE oder mit Regionalen Grünzügen sind nicht mehr die Ausnahme, sie sind die Regel. Damit verkehrt der Planungsträger das Verhältnis von Regel und Ausnahme, welche aus den grundrechtlich geschützten Freiheitsrechten ergeben: Die Einschränkung muss die Ausnahme sein, die freie Nutzung die Regel. Insbesondere darf ich freiheitliche Nutzung von Eigentumsrechten durch diese Planung nicht in einen Rechtfertigungszwang geraten. Vielmehr muss der Planungsträger das Ausnahme-/Regelverhältnis wiederherstellen und die Planung von BSN, BSLE und RG erheblich reduzieren.

AZ: Ö-M-484	
1001519	
1002626	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte gerne zu Ihrer Planung Stellung nehmen. Im Grunde nach finde ich den Ansatz gut, da ich jedoch von Ihren Planungen an einer Stelle betroffen bin, möchte ich einen Hinweis geben und ggf. auch um eine Antwort bitten. Es handelt sich gemäß Ihrer Planungen um folgendes Grundstück: Gemarkungsnummer: 054386, Flur 4, [anonymisiert]. Das Grundstück ist [anonymisiert] m² groß, davon werden [anonymisiert] m² zur Futtergewinnung (Heu, Grünfutter) genutzt und [anonymisiert] m² sind unwegetar, Sträucher, Gehölz nahe dem dort fließenden Bach, bzw. Überlauf des kleinen benachbarten See. Da ich bei Auswertung als Naturschutzgebiet die Wiese nicht mehr wirtschaftlich nutzen kann, bitte ich Sie darum, die Wiese aus Ihrer bisherigen Planung heraus zu nehmen. Begründung: Das Grundstück liegt aufgrund der Höhenlage sowieso schon in benachteiligtem Gebiet, die zunehmend trockenen Sommer sorgen für sehr schlechte Ernten und immer unwirtschaftlich werdende Betriebsführung. Bei Ausweisung als Naturschutzgebiet wird durch das Verbot oder die verminderte Aufbringung von Düngemittel das Gras nicht so im Ertrag wachsen. Auch die naturschutzrechtlichen Vorgaben, die eine erste und in unserem Fall auch einzige ! Heunutzung oft erst nach dem 15.07. oder gar 01.08. möglich machen, führt bereits für den Betrieb zu Einbußen. Wenn das Heu so spät und möglicherweise Wetterbedingt noch später erst geerntet werden kann, ist es als Futter für Pferdebetriebe nicht mehr nutzbar und somit wertlos. Zudem ein allgemeiner Hinweis zu der Lage des Grundstücks: An dem nahegelegenen kleinen See wird regelmäßig zusammengesessen --&gt; Geräuschemission. Die Windräder (stören uns im Übrigen überhaupt nicht!) erzeugen ebenfalls Geräusche und somit auch Geräuschemission sowie auch Vogelschlag. In Ihrer Dokumentation habe ich keine Informationen dazu gefunden, ob es Entschädigungen bei Einstufung als Naturschutzgebiet gibt um die oben dargestellten finanziellen Einbußen durch Zukauf von Heu ausgleichen zu können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-491	
1002107	
1003711	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans für Köln gibt der Bürgerverein Zündorf e. V. die nachstehende Stellungnahme ab, die am 22.08.2022 von der Mitgliederversammlung des Vereins einstimmig beschlossen wurde:</p> <p>"Der Bürgerverein Zündorf e.V. fordert eine Überarbeitung der Flächenvorschläge für Zündorf in der Beschlussvorlage für die neuen Siedlungsbereiche im Regionalplan. Wir bitten Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen.</p> <p>Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen beibehalten werden.</p> <p>Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet. Im Hinblick auf den Klimawandel halten wir das für verantwortungslos, da dies Flächen mit besonderer ökologischer Funktion sind. Genau dies steht doch im Widerspruch zum aktuell ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln.</p> <p>In Zeiten von Rekordhitzetagen, Waldbränden und Starkregen stellt der Schutz unserer Freiflächen ein hohes politisches Gut dar. Aus aktuellem Anlass muss mit Blick auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung außerdem verhindert werden, dass wertvolle Agrarflächen versiegelt werden. Nicht zuletzt gilt dies auch für den wichtigen Erhalt von Erholungsräumen für die hier ansässige Bevölkerung und für die Lebensräume für</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

gefährdete Tier- und Pflanzenarten.

**Die Erweiterungsfläche in Langel würde die Verkehrsproblematik noch weiter verschärfen. Bereits 1996 hatte der Kölner Stadtrat beschlossen, dass weitere Wohnbebauungen im Porzer Süden erst begonnen werden dürfen, wenn der Bau der Umgehungsstraße Zündorf und die Verlängerung der Linie 7 realisiert sind. Eine Umgehungsstraße ist aber inzwischen nach schon 50 Jahren alten Zusagen der Politik in immer weiterer Ferne!**

Der Bürgerverein Zündorf e. V. lehnt aus den vorgenannten Gründen auch schon die Umsetzung der im aktuell noch gültigen Regionalplan/dem hieraus entwickelten Flächennutzungsplan der Stadt Köln vorgesehenen Bebauung der ca. 100 ha großen Fläche ?Zündorf-Süd? ab. Hier wäre eine Revision dieser Pläne notwendig! Dabei kommt hier noch dazu, dass es seit rd. 50 Jahren nicht gelungen ist, die Verkehrsinfrastruktur so zu verbessern, dass die jeweiligen Verkehrsmengen bewältigt werden können!"

[ANONYMISIERT]



AZ: Ö-M-492	
1002143	
1003601	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanes wird im Raum Radevormwald das Naturschutzgebiet Ülfetal grob skizziert. Dabei sieht es so aus als würde das Naturschutzgebiet im Bereich Eistringhausen ausgeweitet.</p> <p>Ich möchte Sie bitten darauf zu achten, dass die von mir bewirtschafteten Flächen in der Gemarkung Radevormwald, Flur 51 mit den Flurstücknummern XXX, XXX sowie XXX aus dem Naturschutzgebiet heraus gelassen werden bzw. nicht noch weiter mit hinein genommen werden. Die Flächen werden von mir intensiv bewirtschaftet und sind für mich als Weideflächen meiner Milchkühe essenziell.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-5	
1001097	
1000746	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Stellungnahme bezieht sich auf das geplante Gewerbegebiet westlich der Bonnstraße und nördlich der Krankenhausstraße in Frechen (Rhein-Erft-Kreis), das in der zeichnerischen Festlegung der Planunterlage als GIB ausgewiesen ist. Den betreffenden Kartenausschnitt habe ich dieser Mail beigefügt.</p> <p>In den letzten zwanzig Jahren haben sich nicht nur die rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen geändert, auch die klimatischen Verhältnisse und umweltpolitischen Rahmenbedingungen haben sich massiv verändert. Der Klimawandel ist weiter fortgeschritten, und der damit einhergehende Temperaturanstieg hat zur Zunahme von Wetterextremen wie beispielsweise Starkregenereignissen geführt. Von den spürbaren Auswirkungen ist auch Frechen nicht verschont geblieben.</p> <p>[ANONYMISIERT] Bei dem Starkregenereignis im Juli vergangenen Jahres, das schwere Hochwasserschäden in NRW verursacht hat, waren auch viele Keller in [ANONYMISIERT] überflutet. Etliche Haushalte waren damit bereits zum dritten Mal innerhalb von zwölf Monaten von Überflutungen durch Starkregen betroffen. Diese Vorkommnisse stehen in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Bau der neuen Feuerwache, durch den eine größere Ackerfläche versiegelt wurde.</p> <p>Auch bei dem Plangebiet, auf das sich meine Stellungnahme bezieht, handelt es sich um eine Ackerfläche, die bisher noch bestellt wurde. Mit Versiegelung dieser Fläche wäre unser Wohngebiet weitgehend von versiegelten Flächen umrahmt, so dass eine Verschärfung der oben skizzierten Starkregenproblematik zu befürchten wäre.</p> <p>Ein Experte der Kommunal-Agentur NRW hat dem Frechener Ausschuss für Verkehr, Umwelt und Klima bestätigt, dass das Kanalnetz als Schutz vor Überschwemmungen bei Starkregen nicht mehr ausreiche. Deswegen müssten landwirtschaftlich genutzte Flächen als Alternativen zu konventionellen technischen Maßnahmen einbezogen werden (s. dazu den entsprechenden Artikel im KStA vom 11.02.2022). Eine Realisierung des Gewerbegebietes würde nicht nur den Wegfall der Fläche als Auffangbecken für Regenwasser bedeuten, sondern auch eine landwirtschaftlich genutzte Fläche zerstören, die zu oben genannten Zwecken genutzt werden könnte.</p> <p>Des Weiteren hat eine Bebauung der Ackerfläche im Sinne des Regionalplans weitere negative Auswirkungen, nämlich auf die Kaltluftentstehung, das Mikroklima, die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Verkehrserzeugung mit entsprechenden Emissionen und den Wasserhaushalt (Verwaltungsvorlage Nr. 582/17/2021). Mit anderen Worten, es wird wärmer, das Verkehrsaufkommen steigt, die Luftverschmutzung nimmt zu.

Im Übrigen dient das Plangebiet als Frischluftschneise für den Kölner Westen.

Sie schreiben in Ihrer Bekanntmachung über die Neuaufstellung des Regionalplans: ?Der neue Regionalplan soll unter Berücksichtigung dieser Heterogenität Ausdruck einer nachhaltigen Raumentwicklung sein, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt.?

Ich denke nicht, dass Sie mit der gegenwärtigen Planung diesem Anspruch gerecht werden. Ich bin der Auffassung, dass die Planung in der aktuellen Form vor dem Hintergrund der Klimakrise, und auch der Klimaziele, nicht mehr zeitgemäß ist. Ich denke, dass im vorliegenden Fall die klimaschädlichen Folgen bzw. die Nachteile für Mensch, Tier und Umwelt den zu erwartenden Nutzen überwiegen. Zumal durch die Außerbetriebnahme der Brikettierung Ende des Jahres am Standort Frechen-Wachtberg große Flächen für Folgenutzungen zur Verfügung stehen und auch weitere großflächige Areale durch eine Änderung des Bebauungsplans für zielführende gewerbliche Nutzungen zugänglich gemacht werden könnten.

Deswegen plädiere ich dafür, dass der betreffende wertvolle Ackerboden als landwirtschaftlich genutzte Fläche erhalten bleiben sollte und somit die Ausweisung als GIB zurückgenommen wird.

[s. Anhang Abb. ID 1000746\_1]

#### **Anhänge**

[Abb. ID 1000746\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-50	
1001190	
1000855	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Eine <b>nachhaltige Mobilität in Bergisch Gladbach</b> ist dringend erforderlich, das wollen wir erreichen. Das ist in unserer Satzung so verankert, dort steht ?Zweck des Vereins ist die Förderung aller Maßnahmen die der Verbesserung des Verkehrs in Bergisch Gladbach dienen, ??</p> <p>Dabei wollen wir nicht nur eine Verbindung aus der Stadtmitte zur A4 und damit eine Entlastung der Bürger in Refrath erreichen. Unser Anliegen in einem weiteren Schritt ist auch über eine bessere Anbindung nach Norden Vorschläge zu entwickeln. Dabei sollen alle Bürger, alle Verkehrsträger und alle Beteiligten eine gleichwertige Berücksichtigung finden, auch der ruhende Verkehr soll ins Auge gefasst werden.</p> <p>Unsere Vorschläge sollen eine Diskussionsgrundlage sein, die einer weiteren Konkretisierung dienen können. Die zum Teil diametralen Meinungen möchten wir zu einem Kompromiss führen und die gegensätzlichen Forderungen der Fußgänger, der Radfahrer, des MIV sowie des ÖPNV auflösen, was auch den ruhenden Verkehr betrifft. Weitere Konkretisierungen sind sicher noch erforderlich und sollten nicht zu unwahren Anschuldigungen und zu Polemik führen.</p> <p>Für die Anbindung an die A4 im Süden unserer Stadt haben wir ein virtuelles Video, eine Visualisierung erstellt und dabei die jetzigen und zukünftigen Probleme einer absehbaren Planung mit einbezogen.</p> <p>Bei der Lösung sollen nachfolgende teilweise zukünftigen Ideen beachtet werden.</p> <p>? Die Entwicklungsvorhaben der Stadt Bergisch Gladbach auf dem Gelände Zanders, mit der im Bau befindlichen Wohnanlage ehemals Steinbüchel, mit der Realisierung der Wohnbebauung auf dem ehemaligen Cox-Geländes, dem Bauvorhaben der Firma Isotec und nicht zuletzt dem Neubau bzw. Umbau eines Stadthauses am Ende des S-Bahnhofs, alle Vorhaben benötigen eine gute verkehrliche Anbindung. Ohne diese würde das Verkehrschaos noch größer.</p> <p>? Noch wichtiger aber ist die Entlastung des Refrather Weg und der weiteren Straßen als Zuwege zur Autobahn, ebenfalls der Bensberger Str. und folgender die an der Autobahnauffahrt Moitzfeld enden.</p> <p>? Der Lärmschutz der Anwohner ist mit größter Effizienz gewährleistet, Emissionen werden durch die teilweise unterirdische Streckenführung stark reduziert.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

? Die verbesserte Mobilität über diese Ortsumgehung hilft vielen Handwerkern, Firmen, Berufstätigen und anderen Mitbürgern zu Zeiteinsparungen, was sich in Minderung von volkswirtschaftlichen Kosten niederschlägt. In einer Berechnung des ROI haben wir einen derzeitigen volkswirtschaftlichen Verlust von jährlich mehr als 7,8 Mio. ? errechnet, der damit eliminiert würde.

? Weiter wird mit der Ortsumgehung L286n der Beginn eines Radschnellweges aus der Stadtmitte Richtung Köln ein Anfang gemacht. Ab Refrather Weg kann auf den Gleisen der ehemaligen Straßenbahn Linie ?G? eine problemlose Weiterführung möglich sein. Ebenso kann die Radverbindung von Rösrath über Bergisch Gladbach nach Leverkusen, abgeschildert durch entsprechende Bepflanzung mit eingebunden werden. Jährlich sollen 2 Mio. ? für Radwege investiert werden. Hier ist eine sinnvolle Verwendung dieser Mittel möglich.

? Mit dem Abtragen des Bahndammes werden mögliche gesundheitsgefährdende Schwermetall-Kontaminierungen beseitigt. Die Bürger brauchen in dieser Hinsicht keine Ängste mehr um ihre Gesundheit, um ihr Wohl zu haben.

? Da die Streckenführung in Tieflage mit lichtdurchlässiger Abdeckung erfolgt, können auch Solardächer eingebaut werden. Mit dem gewonnen Strom kann auch die Beleuchtung insbesondere des Tunnels betrieben werden.

? Der Geh-/Wanderweg am Fuße des Dammes bleibt bestehen, er liegt teilweise 30 bis 50 Meter parallel neben der Planstraße. Im Bereich der Eisporthele dient er als Zufahrt zum Golfplatz.

? Teile von Lückerath werden durch die Schließung der Straße Obersaal verkehrsberuhigt. Die Anwohner begrüßen mit Sicherheit die Verhinderung des dortigen Schleichverkehrs.

? Die langen geplanten und versprochenen Anbindungen bedeutender Gewerbe-/Industriegebiete wird realisiert.

? Auf dem geplanten Tunnel wird die Natur wieder hergestellt, sei es, dass sie sich selbst überlassen wird oder durch die Schaffung von Aufenthaltsräumen welchen parkähnlichen Charakter haben. Der Eingriff in die Landschaft ist also sehr gering.

? Das Vorhaben steht auf der Liste des Landes NRW für den dringenden Bedarf. Es liegt bereits eine Zusage für die Kosten einer Machbarkeitsstudie, der des ersten Teils liegt bereits vorliegt. Ebenfalls werden die Baukosten vom Land übernommen.

? Eine Umfrage durch das neutrale Meinungsforschungsunternehmen September GmbH hat ein überwiegend positives Votum der OU 286n gezeigt, auch in den möglicherweise belastenden Ortsteilen von Lückerath und Frankenforst.

? Für den geplanten Feuerwehrstandort in Frankenforst bedeutet die Entlastungsstraße einen enormen Zeitgewinn bei Einsätzen.

Alle Punkte sprechen für eine baldige Realisierung dieser wichtigen Entlastungsstraße.

Aus diesem Grunde bitten wir die Trasse so wie Sie zur Zeit besteht im Regionalplan zu belassen.

AZ: Ö-M-501

1001924

1002634\_001

#### Inhalt

**Betreff:** Einwände gegen Gewerbe- und Industriegebiet in 52511 Geilenkirchen-Niederheid Püttstraße

Das geplante Gewerbe- u. Industriegebiet Niederheid an der Püttstraße grenzt an der Wohnbebauung und wir befürchten trotz des Abstandes von 300m eine Beeinträchtigung der Wohn- u. Lebensqualität, auch wegen des dadurch zunehmenden Verkehr. Weiterhin wird durch die Bebauung wertvolles Ackerland unwiderruflich vernichtet.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-504	
1002215	
1008004	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Gemeindegebiet Hürtgenwald [ANONYMISIERT]. Mein Betrieb umfasst neben der Haltung von Milchvieh die intensive Nutzung von sowohl Grün- als auch Ackerlandflächen. Im Entwurf zum neuen Regionalplan werden nunmehr wesentliche Teile meiner Betriebsflächen einer Gebietskulisse für eine Neuausweisung sogenannter BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) unterstellt. Sollte die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang erfolgen, wäre ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem erheblichen Umfang betroffen.</p> <p>Im Einzelnen handelt es sich um folgende Bereiche: 1. [ANONYMISIERT] Neuausweisung von ca. 0,3 ha auf Ackerland. Es handelt sich hierbei um eine trockene nicht drainierte Ackerfläche. Aus fachlicher Sicht braucht so eine, für die Nahrungsmittelproduktion, wertvolle Fläche nicht in die BSN-Neuausweisung. 2. [ANONYMISIERT] Neuausweisung auf ca. 1,5 ha Grünland. 3. [ANONYMISIERT] Neuausweisung auf insgesamt 10,72 ha Grünland. Es handelt sich hierbei um trockenen Flächen, sehr weit abgelegen von irgendwelchen Wasserflächen. Aus fachlicher Sicht brauchen solche Flächen nicht in die BSN-Neuausweisung. 4. [ANONYMISIERT] Neuausweisung auf insgesamt 6,6 ha Ackerland und 8,72 ha Grünland. Aus fachlicher Sicht braucht dieses wertvolle Ackerland nicht in die BSN-Neuausweisung. 5. [ANONYMISIERT] Neuausweisung auf insgesamt 1,05 ha Ackerland. Aus fachlicher Sicht braucht wertvolles Ackerland nicht in BSN-Neuausweisung. 6. [ANONYMISIERT] Neuausweisung auf insgesamt 1 ha Grünland. 7. [ANONYMISIERT] Neuausweisung auf insgesamt 18,35 ha Grünland. Zusammengefasst findet eine Neuausweisung auf 7,95 ha Ackerland und 40,29 ha Grünland.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft und damit erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben werden. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle etwa nur die PflanzenschutzmittelanwendungsVO anführen, die bereits in Naturschutzgebieten eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verbietet. Für meinen konventionell arbeitenden Betrieb hätte dies zur Folge, dass ich meine Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche nutzen könnte oder aber nur noch unter Inkaufnahme von erheblichen Ertragseinbußen. Das dadurch fehlende Futter für meine Tiere müsste ich letztlich zukaufen, was weitere nicht unerhebliche wirtschaftliche Folgen für mich bedeuten würden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



Durch die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang befürchte ich zudem auch, in der weiteren baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind betriebliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten - wenn überhaupt - nur unter erheblichen Auflagen möglich. Im Hinblick darauf, dass die skizzierte Flächenkulisse zum Teil bereits unmittelbar an meine Hofstelle angrenzen soll, käme dies sogar einer Existenzgefährdung für meinen Betrieb gleich. Ich fordere Sie daher auf, landwirtschaftliche Flächen in diesem Bereich generell nicht als BSN-Flächen neu auszuweisen. Ich bin vielmehr der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Ich bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-M-508	
1002265	
1008906	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan</p> <p>Ich lehne den Regionalplanentwurf entschieden ab! Das betrifft die Planung K_PUL_BM_Schiene_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße). Nicht nur um das Wohl meiner Gesundheit und meiner Lebensqualität bin ich besorgt, sondern und insbesondere darum, dass ein Stück Natur, mit z. T. altem Baumbestand, geopfert wird. Geopfert für ein Verkehrsmittel aus alten Zeiten! Schon längst redet man über Busse, die en Demand fahren. Autonomes Fahren wird die Zukunft sein. Es wird aber nicht nur darüber geredet; nein, es wird dies sogar getestet. Auch im Rhein-Erft-Kreis fahren Busse en Demand. Erfolgreich! Darüber hinaus finde ich es verwerflich, dass Sie die Bevölkerung nicht über die immens hohen Folgekosten informieren. Förderung durch den Bund ist das Eine, die Folgekosten sind aber das Andere, denn diese werden ausschließlich von den Kommunen getragen. Angefangen über Anschaffung der Schienen, Waggons, Wartung, Personal etc. etc.. Die Millionenverluste der KVB in den letzten Jahren lassen Sie nicht aufhorchen, sondern planen munter weiter? Ihnen scheint nicht klar zu sein, dass Schienen nicht so einfach wieder entfernt werden können, wenn die Stadtbahn sich als wirtschaftlichen Flop erweist! Busse hingegen können in der Taktung geändert oder gar ganz eingestellt werden.</p> <p>Durch die geplante Trassenführung, die durch ein im Flächennutzungsplan der Stadt Pulheim festgeschriebenes, reines Wohngebiet verlaufen soll, gehen zudem große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park aus. Die barrierefreie Zu- und Ausfahrt der Karl-Zörgiebel-Straße ist weder für die Anwohner, noch für Rettungskräfte, Versorgungsunternehmen (Müllabfuhr etc.) möglich, denn diese Straße ist eine Sackgasse, in der sich auch ein Kindergarten befindet.. Eine alternative Zu-/Ausfahrt ist durch die Bebauung nicht möglich.</p> <p>Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion werden zerstört. Der Lebensraum für Kleinstlebewesen platt gemacht. <b>Das ganze Vorhaben widerspricht dem ?Masterplan Stadtnatur? des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz!</b></p> <p>Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen, vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.

[...]

Ich kann Ihnen hier und jetzt versichern, dass wir und weitere Anwohner klagen werden, sobald der Flächennutzungsplan für die Verlängerung der Stadtbahn durch die Helmholtzstraße geändert wird.

1008907

## Inhalt

Das neu ausgewiesene Wohngebiet PUL\_ASB\_2 führt zu einer weiteren Flächenversiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Das ist aus ökologisch hinreichend bekannten Gründen abzulehnen. Auch die dafür erforderliche Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße ist für mich nicht akzeptabel.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-509

1002216

1003650

#### Inhalt

Hiermit möchte ich meine Stellungnahme zur Flurfläche 8-809-010 abgeben. Ich bin gegen jede Versiegelung und Bebauung von dieser Fläche. Neubrück ist bereits jetzt ein heißer Stadtteil und würde ohne die Frischluftschneise aus dem Königsforst noch mehr erwärmen. Weiterhin fehlt es insgesamt in Köln-Neubrück an Grünfläche, dies hat bereits das Grünflächenamt festgestellt. Weiterhin sollen die Landschaft sowie die Tiere, die in dieser Landschaft ihren Lebensraum haben, erhalten bleiben. Diese Fläche ist bereits Ausgleichsfläche für ein bebautes Gebiet. Wenn diese Fläche bebaut wird ist dies ein Widerspruch in sich. Weiterhin ist diese Fläche ist Naherholungsgebiet für die angrenzenden Stadtteile und somit unverzichtbar für die hier lebenden Menschen!

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-510

1002217

1002659

#### Inhalt

Die Stellungnahme des Waldbauernverbandes vom 23.8.1922 liegt Ihnen vor. Als betroffene Privatwaldeigentümer in der Eifel schließen wir uns hiermit dem Vorbringen des Verbandes vollinhaltlich an. Wir haben als kleine Privatwaldeigentümer schon genug wirtschaftliche Probleme mit Wald. Wenn Sie jeden Bachlauf entfichten wollen, wird das ohne Eigentümerentschädigung nicht praktikabel sein. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir jahrzehnte lang mit der Waldbewirtschaftung alles falsch gemacht haben. Der Regionalplan sollte etwas waldfreundlicher formuliert werden.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden keine konkreten Anregungen oder Bedenken zu planerischen Festlegungen vorgebracht. Der Regionalplan trifft keine Regelungen zur Entfichtung einzelner Flächen oder zu konkreten Bewirtschaftung einzelner Flächen.

Die Stellungnahme schließt sich der Stellungnahme des Waldbauernverbands an. Hierzu wird auf die Abwägung zu den Stellungnahmen ID 1005932 bis 1005940 verwiesen.

**Inhalt**

Der von Ihnen geplante Regionalplan stößt bei den Mitgliedern der Ortsbauernschaft Hückeswagen auf Widerstand, da keine genaue Karteninformationen zur Verfügung stehen, wo jeder Landwirt nachschauen kann, ob und in welcher Weise er mit seinem Betrieb und seinen land-und forstwirtschaftlichen Flächen von Ihren Planungen der Flächennutzung betroffen ist.

Zudem befürchten wir Landwirte Einschränkungen in unsere Bewirtschaftung der Betriebe, denn der derzeitige Stand der Regionalplanung weist enorme Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sowie Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus. Zwar sind bei der Planung die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) berücksichtigt, jedoch ist davon auszugehen, dass mit den BSN und den BSLE gravierende Einschränkungen und Auflagen auf die Bewirtschafter zukommen werden, die einer vernünftigen langfristigen Betriebsplanung geradezu entgegenstehen. Die Ausweisungen der BSN und BSLE wird im Lichte der Novellierung des EU-Pflanzenschutzes zudem zu weiteren erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen führen.

Ebenso sehen wir Landwirte keinen Bedarf, das Dritte über die Flächen im Eigentum sowie angepachtetes Eigentum mit Bewirtschaftungseinschränkungen bestimmen. Wir sehen einer Wertminderung der Flächen und einer schleichenden Enteignung entgegen, sollte die Planung nach derzeitigem Stand mit ungenauen Karteninformationen fortgeführt werden.

Ich bitte Sie die Regionalplanung im Sinne der Landwirtschaft und der Ernährung der Bevölkerung so zu gestalten, dass es zu keinen Konflikten kommt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-514	
1001947	
1002642_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der von Ihnen aufgestellten Planung habe ich folgende Anmerkungen in Bezug auf den Kreis Heinsberg: Ich wende mich gegen die Festsetzung eines Gebietes zum Schutz der Natur entlang der Rur im Bereich der Ortslage Karken und Kempen in dem Stadtgebiet Heinsberg, da hier mein landwirtschaftlicher Betrieb (Hofstelle und Flächen) betroffen ist. Gerade diese Flächen sind für meinen Betrieb besonders wertvoll, da sie eine kurze Entfernung zur Hofstelle haben. Die von mir bewirtschafteten Flächen und Hofflächen stelle ich in der Anlage auf. Von der Planung betroffen sind jedoch gesamt mindestens vier landwirtschaftliche Betriebe mit ihren Hofstellen. Anders als bisher, wird der Regionalplan womöglich unmittelbare Auswirkungen auf Individualinteressen haben können und sind daher von besonderer Brisanz. Dies aus folgendem Hintergrund: Die EU hat jüngst vorgesehen, den Pflanzenschutz (das Ausbringen von Herbiziden und Insektiziden) in der EU um 50% reduzieren zu wollen. Hierfür wurden der EU durch die Mitgliedstaaten die schützenswürdigen Gebiete gemeldet. Deutschland hat neben Naturschutz- und Wasserschutz- auch Landschaftsschutzgebiete gemeldet. In all diesen schützenswürdigen Gebieten sollen nun ? unabhängig vom Zweck des Schutzes ? Pflanzenschutz reduziert werden. Daraus folgt, dass in vorhandenen Schutzgebieten die Nutzung von Pflanzenschutz untersagt werden wird. Diese Vorgabe bezieht sich anders als zunächst gedacht, nicht nur auf Natura2000-Gebiete (also vorhandene FFH- und Vogelschutzgebiete) sondern auch auf alle durch die Mitgliedstaaten ausgewiesene Gebiete und damit potentiell auch auf die von Ihnen vorgenommene Überplanung meiner Flächen. Diese Vorgabe hat weitreichende Bedeutung. Denn damit ist automatisch die reduzierte Produktivität der Fläche ebenso wie die reduzierte Qualität der produzierten Güter inkludiert. Damit einher geht außerdem in der Folge die Notwendigkeit, dass das so fehlende Erntegut von mir als Betriebsleiter als Futter für meine Tiere und landwirtschaftliche Biogasanlage zugekauft werden muss oder ich alternativ Tiere abschaffen müsste. Auch im Falle des Verkaufs der auf der Fläche produzierten Feldfrüchte wie beispielsweise Weizen, Roggen, Raps oder Mais wird die reduzierte Qualität auch entsprechend weniger vergütet. Die Vorgabe der EU hat in Zusammenhang mit Ihrer Überplanung meiner Flächen als Naturschutzflächen also unmittelbar Auswirkungen auf die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und die Kreislaufwirtschaft in meinem Betrieb wird gefährdet. Diese Überplanung verringert daneben unmittelbar Kapital, steht damit einer Begrenzung der Entwicklungsmöglichkeit meines landwirtschaftlichen Bereichs gleich und muss ausweislich des Grundsatzes G.34 (vgl. Begründung des ROP, Seite 144f.) verhindert werden. Es kann auf neue Rahmenbedingungen die z. B. eine bauliche Veränderung an Gebäuden (z.B. Tierwohl) erfordern, nicht mehr reagiert</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



werden. Die Überplanung der Flächen entlang der Rur zum Schutz der Natur beachtet damit nicht wie vorgesehen die agrarstrukturellen und betrieblichen Belange. Damit geht möglicherweise eine Existenzbedrohung meines Betriebes einher. Dem Erhalt von bestehenden Betriebsstandorten kommt ausweislich dieses Grundsatzes aber eine wichtige Bedeutung zu. Dieser Bedeutung wurde mit der Ausweisung der Flächen als Naturschutz nicht angemessen Rechnung getragen. Dies ergibt sich auch durch den Einfluss der Ausweisung auf die bisherige Betriebsplanung insoweit als diese in der Landwirtschaft bisher auf 20 bis 25 Jahre aufgestellt werden. Betriebliche Entscheidungen in der Landwirtschaft sind je nach Art regelmäßig mit der Investition von Beträgen in siebteistiger Höhe verbunden. Diese werden auf lange Jahre, teils generationenübergreifend finanziert. Die Entwicklungsmöglichkeiten und die vorhandenen Planungen landwirtschaftlicher Betriebe werden vielfältig beeinträchtigt und deshalb müssen diese grundsätzlich mehr Gewicht auf Ebene der vorbereitenden Pläne einnehmen. Denn gegen die einzelnen Planungen ist nur eine eingeschränkte Einflussnahme möglich, da von den einzelnen Planungen heruntergebrochen auf meinem Betrieb ?stets nur wenige Flächen konkret betroffen? sind, die in Summe aber eine deutliche Konsequenz auf die gesamtbetriebliche Struktur mit den dargestellten Nachteilen im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft und Liquidität einhergeht. Hierfür spricht auf der einen Seite die Funktion landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der Sicherstellung der Ernährung aber auch im Rahmen der Funktionen des Bodens als Wasseraufnahmekörper für die zunehmenden Starkregenereignisse (vgl. hierzu Ihre Darstellung unter G. 1 in der Begründung des ROP auf Seite 25) sowie die Funktion als Kohlenstoffspeicher (der zweitgrößte nach den Ozeanen) und auch als Temperatúrausgleichskörper im Rahmen der Klimaerwärmung (vgl. dazu Ihre Ausführungen in der Begründung des ROP, Seite 25f.). Auf der anderen Seite geht die immer noch zu hohe Flächeninanspruchnahme in Deutschland von ca. 60 ha am Tag zu etwa 56 ha und damit deutlich überproportional zum Nachteil der Landwirtschaft geht und vor dem Hintergrund des Klimawandels allgemein die Produktivität in Deutschland auf der Fläche allgemein sinkt. Im Kreis Heinsberg kommen erschwerend die geplanten Gewerbegebiete und der Kiesabbau mit einem Gesamtumfang in Höhe von über 800 Hektar hinzu. Mein Betrieb ist bereits in den letzten Jahren in Höhe von zehn Hektar mit Naturschutz überplant worden und liegt allgemein zu etwa 90% in Schutzgebieten (Naturschutz, Landschaftsschutz, Wasserschutz etc.). Die Überplanung der Flächen entlang der Rur verstößt auch gegen § 15 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz, dort heißt es: ?für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden sind nur in notwendigem Umfang in Anspruch zu nehmen.? Ich bitte daher die Flächen im Bereich Karken und Kempen entlang der Rur, welche bis jetzt noch nicht als Naturschutz festgesetzt sind, aus dem Naturschutz auszunehmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-516	
1001714	
1002660	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Forstbetrieb der Forstverwaltung [anonymisiert] bewirtschaftet rd. 1.100 ha weitestgehend arrondierter Waldflächen auf dem Gebiet der Gemeinden Euskirchen und Münstereifel. Der Betrieb wirtschaftet seit über 100 Jahren nachhaltig und seit dem Jahr 2002 nach den Prinzipien des PEFC-Zertifikats. Dadurch werden höchste ökologische, sowie ökonomische und soziale Standards im Rahmen der Bewirtschaftung garantiert. Es werden jährlich nachhaltig zwischen 4.000-5.000fm hochqualitatives Rundholz an lokale, regionale sowie internationale Käufer bereitgestellt. Darin enthalten ist die Bereitstellung von Brennholz und Hackschnitzel für den CO<sup>2</sup> neutralen und lokalen Energiesektor. Daneben werden rd. 60 ha landwirtschaftliche Nutzfläche konventionell betrieben. Die Bewirtschaftung wird traditionell auf allen Ebenen durch das 5 Vollzeitpersonalskräfte + Auszubildender umfassende, betriebseigene Fachpersonal und unter Zuhilfenahme des eigenen, umfangreichen und hochmodernen Maschinenparks durchgeführt. Zusätzlich werden regelmäßig Aufträge an lokal und regional ansässige Lohnunternehmen in den verschiedenen Land- und forstwirtschaftlichen Gewerken vergeben. In der zeichnerischen Darstellung des Entwurfs zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln vom Dezember 2021, Blatt 10 / Kreis Euskirchen_01 im Maßstab 1:50.000, veröffentlicht im Internet durch die Bezirksregierung Köln werden die Flächen der Forstverwaltung [anonymisiert] einerseits zu 100% mit dem Symbol zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung dargestellt. Andererseits werden sehr große Bereiche entlang der lediglich jahreszeitlich wasserführenden Bäche und Siefen, wenn überhaupt flächenscharf auf Basis des Maßstabes 1:50.000 erkennbar, z.B. in der Gemarkung Kirchheim Flur 11, [anonymisiert], sowie in der Gemarkung Flamersheim Flur 9, [anonymisiert] und Bad Münstereifel Flur 16 [anonymisiert] als Flächen zum Schutz der Natur ausgewiesen. Bei den hier genannten Flächen handelt es sich überwiegend um Wald, aber auch um landwirtschaftlich intensiv genutztes Acker- und Grünland. Im Bereich der Parzelle Gem. Kirchheim Flur 11 [anonymisiert] sogar um Flächen mit privatrechtlich genutzter Wohnbebauung, sowie um private, gartenbaulich genutzte Bereiche. Im Textteil des Entwurfs zum Regionalplan Köln sind diese Bereiche ab S.99 ff., ?4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur ? Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern, Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sind als Vorranggebiete festgelegt? ? näher erläutert. Bäche, Siefen und Rinnen -Wasserführung, Durchgängigkeit für wassergebundene Lebewesen, Biotopvernetzung, vorkommende schützenswerte Arten - Die Darstellung dieser BSN konzentriert sich dabei offensichtlich auf den Biotopschutz entlang von willkürlich ausgewählten und lediglich zeitweilig wasserführenden Bächen, Siefen und</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen des Regionalplans fußen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Der Fachbeitrag stellt die gesetzlich vorgesehene Grundlage für den Regionalplan dar. Die textlichen Festlegungen bieten einen breiten Raum für die fachplanerische Umsetzung und beinhalten weder eine Verpflichtung zur Festlegung von Schutzgebieten noch einen direkten Eingriff in die Nutzung einzelner Flächen oder in betriebliche Prozesse. Bereits im geltenden Regionalplan finden sich vergleichbare Festlegungen, die (siehe das Fazit der Stellungnahme) durch entsprechende Festsetzungen des Landschaftsplans umgesetzt wurden ohne dass dies aus Sicht des Einwenders bedenklich bewertet wird. Insofern besteht kein Anlass die bestehenden Festlegungen zu verändern.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Das Kap. 5.2.4 des Umweltberichtes wird für die 2. Offenlage geprüft und die Formulierungen angepasst.</p>

oberflächlichen Rinnen. Gegen eine Ausweisung dieser Flächen als sog. BSN innerhalb von Biotopverbundsystemen sprechen folgende Fakten: Rinnen und Siefen - Alle als BSN im Entwurf des Landschaftsplans gekennzeichneten Rinnen, Siefen [Abb.] führen in der Vegetationszeit nur nach intensiven Starkregenereignissen oder nach längeren Regenperioden zeitweilig Wasser. Bäche - Die Bäche innerhalb der BSN Kennzeichnungen des Planentwurfs, wie Steinbach, Madbach [Abb.] und Geissenbach/Houverather Bach, die das Wasser dieser Rinnen und Siefen nach Starkregenereignissen und längeren Regenperioden aufnehmen, fallen in Folge des Klimawandels in den Sommermonaten, teilweise über Wochen hinweg, vollkommen trocken [Abb.]. Verschärfend wirkt sich die in den letzten Jahren vom Betreiber der Steinbachtalsperre eingestellte zusätzliche, künstliche Wassereinleitung aus dem Geissenbach in den Steinbach aus. Zu additionalen Brauchwassergewinnungszwecken in der Steinbachtalsperre wurde dazu in der Vergangenheit ein unterirdischer Überleitungskanal genutzt, der in den oberen Steinbach entwässert. [Abb. Wald - Durchgängigkeit für wassergebundene Lebewesen - Das in den Steinbach entwässernde Abflusssystem ist durch den bachabwärts gelegenen Staudamm der Steinbachtalsperre für Wasserlebewesen ganzjährig undurchlässig. Das Abflusssystem des sog. Madbachs, sowie Daß- und Hunnesiefen ist analog einzustufen. Es ist durch die bachabwärts gelegenen Bauwerke wie die Madbachtalsperre, sowie die Hunnesiefen Teichanlage [Abb.] im dortigen Staatsforst NRW vollständig undurchlässig für Wasserlebewesen. Ebenso sind die in den Geissenbach/Houverather Bach entwässernden Rinnen und Siefen allesamt durch die kleinquerschnittige Verrohrung unter der L 498 hindurch ausgestattet und damit auch unpassierbar für Wasserlebewesen [Abb.]. Wald ? Tierarten bezogene Biotopvernetzung - Eine natürliche Rückwanderung von wasserlebenden Arten aus den Systemen des Steinbachs, des Madbachs und des Geissenbachs/Houverather Bachs, aus den bachabwärts gelegenen, weiterhin wasserführenden Bereichen, ist durch die genannten Bauwerke unmöglich. Gegen eine natürliche und durchgängige Besiedlung der lediglich sehr selten wasserführenden Siefen und Rinnen spricht zudem auch die regelmäßige Verrohrung an Wegeüberfahrten im Forstbetrieb [Abb.]. Diese Verrohrungen stellen zusätzlich, unüberwindbare Hindernisse für Wasserlebewesen dar. Wald - Vorkommende schützenswerte Tierarten - Infolgedessen waren in den letzten Jahrzehnten und aktuell weder besonders schützenswerte wassergebundene Tiervorkommen bekannt, noch existiert eine nachhaltig begründete Entwicklungsgrundlage zur künstlichen Ansiedelung dieser Tierarten, da die nachhaltige Lebensgrundlage, nämlich ein dauerhaft fließender Wasserkörper, fehlt. Wald - Schützenswerte Vegetation - In den Waldbereichen ist aufgrund der fehlenden dauerhaften Wasserführung der Siefen und Rinnen weitestgehend keine natürliche, wassergebundene Baumvegetation vorhanden. Im Bereich der Siefen und Rinnen sind keine Unterschiede in der Baumartenzusammensetzung zu den Bereichen außerhalb der im Entwurf zum Regionalplan als BSN gekennzeichneten Waldbestände vorhanden. Vorhandene Baumvegetation - Die hier betroffenen, überwiegend alten Laubholzbestände [Abb.] setzen sie sich im Wesentlichen aus Stiel- und Traubeneiche, Buche und Hainbuche zusammen. Bachtypische Baumvegetation aus Esche, Erle und

Weide fehlen weitestgehend ganz. [Abb.]. Die betroffenen Nadelholzbestände aller Altersklassen [Abb.] sind überwiegend durch Fichtenreinbestände dominiert [Abb.]. Vorhandene Kraut- und Strauchvegetation - Eine Vegetationsschicht aus natürlichen bachbegleitenden Straucharten fehlt ganz [Abb.]. Die punktuell vorkommende Krautvegetation entlang der Siefen und Rinnen [Abb.] unterscheidet sich weitestgehend nicht von der außerhalb der zeichnerisch dargestellten BSN und beschränkt sich sehr deutlich auf Kleinstvorkommen innerhalb periodisch auftretender Lichtschächte, die durch zeitlich begrenzt auftretende Kronenauflichtungen der umgebenden Waldbestände entstehen. Sie setzt sich weitestgehend aus naturschutzfachlich nicht schützenswerten Gräsern und krautigen Pflanzen zusammen. Die überwiegend in Waldflächen verlaufenden Siefen und Rinnen sind also weitestgehend, abgesehen von Baumbewuchs, durch fehlendes Licht in der Krautschicht vegetationslos [Abb.]. Diese Bereiche bieten daher keinen nachhaltig geeigneten Lebensraum für wassergebundenen, Kraut- und Strauchpflanzenbewuchs. Wald - Ökologisches Entwicklungspotential für die Krautschicht -Der laub- oder nadelstreubedeckte Boden in diesen Bereichen unterscheidet sich weitestgehend nicht von den umliegenden Waldböden. Da im forstwirtschaftlichen Betrieb mit sehr langen Lebenszyklen (z.B. Eiche > 300 Jahre) einer Baumart zu arbeiten ist und die Ausbreitung einer geschlossenen Krautschicht hinsichtlich der Etablierung von Naturverjüngung, sowie hinsichtlich von Massenvermehrungen von schädlichen Nagern unerwünscht ist, besteht auch zukünftig keine Möglichkeit zur Etablierung einer geschlossenen und ehemals aus den genannten Gründen nicht wasserspezialisierten Krautschicht durch künstliche Auflichtung des Kronendachs entlang der Siefen und Rinnen im Waldbereich. Eine künstliche Auflichtung der Siefen -und Rinnenbereiche würde, abgesehen von existierenden Nadelholzbeständen, selbst unter Zuhilfenahme von künstlichen Bestandesbegründungsmaßnahmen nicht zu einem nachhaltigen Baumartenwechsel führen und wäre wirtschaftlich für die Forstverwaltung Steinbach nicht finanzierbar. Bereits im Juni 2005 hat ein Gutachten der Firma [anonymisiert] für die siefen- und rinnenbegleitenden Waldbestände, jedoch auf deutlich geringerem Flächenanteil im Vergleich zur den aktuell im Entwurf des Regionalplans ausgewiesenen BSN, festgestellt, dass die finanzielle Belastung von diesbezüglich vorzunehmenden Baumartenwechseln, selbst für die damals untersuchten deutlich kleineren Flächen, Kosten im mittleren fünfstelligen Bereich verursachen würde. (Das Gutachten kann jederzeit, und um die aktuell gültigen Kostensätze geändert, zur Verfügung gestellt werden). Der aktuell im Maßstab 1:50.000 dargestellte zeichnerische Entwurf des Regionalplans Köln lässt vermuten, dass die hier als BSN ausgewiesenen Flächen um ein Vielfaches umfangreicher und damit noch kostenintensiver wären. Die Kosten im Zusammenhang mit einer künstlichen frühzeitigen Auflockerung des Kronendachs der Laubholzbestände, zur künstlichen Etablierung einer naturschutzwürdigen Vegetation im Bereich der als BSN markierten Flächen des Entwurfs des Regionalplans kämen noch hinzu. Insgesamt sind diese Kosten bereits für die o.ä. deutlich kleinere Bemessungsfläche als betriebsbedrohend einzustufen. Landwirtschaftliche Nutzflächen - Schützenswerte Vegetation oder Tierarten - Für die intensiv ackerbaulich und

landwirtschaftlich genutzten Flächen der Parzelle Kirchheim Flur 9 [anonymisiert] ist weder ein besonders schützenswerter Tier- noch Pflanzenbestand bekannt. Gleiches gilt auch insbesondere für die privaten Haus- und Gartenbereiche. Im aktuell gültigen Landschaftsplan Euskirchen sind für diese Flächen, über die allgemein gültigen Vorgaben hinaus, lediglich die Teile, die unterhalb der gut erkennbaren Geländekante rechts und links des Steinbachgrundes liegen, mit einem Grünlandumbruchverbot belegt [Abb.]. Vorhandene Baumschicht, Strauchschicht, Krautschicht - Lediglich im unmittelbaren Bereich des Steinbachs existiert eine abschnittsweise vorhandene, ein- bis zweizeilige Alterlengallerie. Andere wassergebundene Baumarten wie Esche und Weide fehlen ganz. Eine Verjüngung dieser Baumarten findet nicht statt. Eine wassergebundene, natürliche Strauchschicht fehlt ganz. Ein kleiner, gem. §62 LG NW erfasster Bereich mit autotypischem Bewuchs aus Seggen und anderen krautigen Pflanzen. Hier handelt es sich um die einzige nicht drainierte Fläche innerhalb der mit BSN gekennzeichneten Flächen des Entwurfs zum Regionalplan Köln innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzflächen der Forstverwaltung Steinbach. Im Bereich der intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen tritt eine wassergebundene natürliche Krautschicht darüber hinaus lediglich punktuell und auf kleinster Fläche auf. Ökologisches Entwicklungspotential der landwirtschaftlichen Nutzflächen - Eine potenzielle Entwicklung der intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen im Sinne einer faktisch sinnvollen Biotopvernetzung bzw. BSN wäre einerseits nur mit sehr massiven Eingriffen in das bestehende Drainagesystem und andererseits mit sehr nachhaltig negativen Auswirkungen auf das landwirtschaftliche Betriebsgeschehen verbunden. Die betriebliche Grundlage des Landwirtschaftsbetriebes wäre durch eine drohende Extensivierung bzw. Entwicklung als BSN der genannten Flächen innerhalb von Biotopvernetzungsflächen als existenzbedrohend einzustufen. Ob ein Rückbau der vorhandenen Drainagesysteme unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels mit immer intensiveren Trockenphasen, sowie geringer werdenden Niederschlägen überhaupt einen nachhaltigen Vernässungseffekt im Sinne einer Entwicklung als fließwassergebundene Biotopvernetzungsfläche erzielen würde, bleibt deutlich fraglich. Eine Extensivierung, sowie Vernässung der bisher intensiv landwirtschaftlich genutzten Bereiche der Forstverwaltung Steinbach würde zu einer deutlichen Einschränkung der maschinellen Bearbeitbarkeit sowie der notwendigen betrieblichen Freiheit im Rahmen von eigenständigen Anbauentscheidungen führen. Die Leistungsfähigkeit der Acker- und Grünlandflächen würde deutlich nachlassen. Das landwirtschaftliche Betriebsziel wäre gefährdet. Die Futterversorgung der betriebseigenen Pferde wäre bedroht.

Fazit; Der Schutz des aktuellen Zustandes der Wald- und Landwirtschaftsflächen der Forstverwaltung Steinbach, im Sinne von Natur und Landschaft, wird sehr detailliert und effektiv durch den aktuellen Landschaftsplan Euskirchen und den darin fixierten Festlegungen zu den Landschaftsschutzgebieten 2.2-9, 2.2-10, 2.2-15, sowie Bad Münstereifel 2.2-5, 2.2-8 geregelt.

Zusammenfassend kann sowohl für die Waldflächen als auch für die

landwirtschaftlichen Nutzflächen gesagt werden, dass der aktuelle Zustand der im Entwurf zum Regionalplan Köln zeichnerisch dargestellten BSN im Bereich der Forstverwaltung Steinbach, bis auf die Kleinstflächen gem. §62 LG NW, keine besondere natürliche Ausstattung aufweisen. Eine Ausweisung als BSN innerhalb eines Biotopvernetzungsgebietes aufgrund eines aktuell besonders schützenswerten Zustandes ist somit nicht begründet. Eine Vernetzung von besonders schützenswerten, fließwassergebundenen Biotopen, z.B. §62 LG NW, oder zwischen NSG's, oder FFH-Gebieten ist durch die genannten, baulichen Hindernisse, sowie der fehlenden durchgängigen Wasserführung nicht möglich. Der Versuch einer wirkungsvollen und nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Schutzes von Flora und Fauna wäre nur mit exorbitant hohem finanziellen, sowie technischen Aufwand, über das bisher existierende Maß hinweg, realisierbar. Die Erfolgsaussichten und Wirksamkeit dieser Maßnahmen wären auch insbesondere in Folge der negativen Auswirkungen des Klimawandels und der damit im Zusammenhang stehenden, zeitlich unterbrochenen Wasserführung der Bäche, Siefen und Rinnen als eher gering einzuschätzen. Die Umsetzbarkeit dieser nur spekulativ als erfolgreich einzuschätzenden Maßnahmen übersteigen bei Weitem die betriebliche Leistungsfähigkeit der Forstverwaltung Steinbach und bedroht damit existenziell den Fortbestand des Betriebes. Wir lehnen daher die Ausweisung aller im aktuellen Entwurf zum Regionalplan Köln auf den o.g. Flächen der Forstverwaltung Steinbach vorgesehenen BSN (s. Textliche Festlegungen 4.3.1., S. 99 ? 103) ab und beantragen deren ersatzlose Streichung. Darüber hinaus verweisen wir auf die im Auftrag der Forstbetriebsgemeinschaft Steinbach durch Herrn Prof. Dr. Martin Beckmann, Münster angefertigte Stellungnahme zu dem vorliegenden Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans Köln [s. ]. Zur Abwendung von betrieblich negativen Auswirkungen durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, wie beschrieben, behalten wir uns hiermit ausdrücklich vor den Rechtsweg zu bestreiten.

**Inhalt**

Sie hatten mich gebeten, rechtzeitig für die Erhebung von Einwendungen im Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln bis Ende August 2022 zu dem Planentwurf Stellung zu nehmen, soweit die Forstbetriebe Ihrer Forstbetriebsgemeinschaft durch die Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz (BSN) betroffen sind. Dem dienen die nachfolgenden Ausführungen. Sie beziehen sich auf rechtliche Bedenken zu den geplanten BSN-Festlegungen, nicht jedoch auf eine naturschutzfachliche Bewertung dieser Flächen und ihrer Eignung nach § 21 Abs. 1 BNatSchG für einen Biotopverbund, die nur von einem darauf spezialisierten Fachbüro zu leisten wäre. Ich möchte Ihnen empfehlen, meine Stellungnahme Ihren individuellen Einwendungsschreiben an die Regionalplanungsbehörde beizufügen. Zur Vermeidung einer materiellen Präklusion nach § 9 Abs. 2 S. 4 ROG sollten die Mitglieder Ihrer Forstbetriebsgemeinschaft bzw. die Eigentümer der Flächen selbst vorsorglich ihre Einwendungen fristgerecht vortragen, diese rechtliche Stellungnahme in Bezug nehmen und jeweils als Anlage beifügen. Nach § 9 Abs. 2 S. 4 ROG sind mit Ablauf der Frist nach § 9 Abs. 2 Satz 3 ROG alle Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, wenn und soweit hierauf in der Bekanntmachung hingewiesen worden ist. § 9 Abs. 2 S. 4 ROG regelt eine formelle und eine materielle Präklusion. Die materielle Präklusion führt dazu, dass in späteren Klageverfahren keine Einwendungen mehr erhoben werden können, die im Verfahren zur Aufstellung des Raumordnungsplans nicht oder nicht fristgerecht geltend gemacht worden sind, *Schubert*, in: Kment, ROG, 2019, § 9 Rn. 70; *Beckmann*, Ziele der Raumordnung als Gegenstand verwaltungsgerichtlicher Normenkontrollanträge von Kommunen in Nordrhein-Westfalen, NWVBI 2021, 181. Gegen die umfassende Einbeziehung von Bachläufen, Siefen und landwirtschaftlichen Flächen in einen Biotopverbund durch Festlegung von BSN auf der Ebene des Regionalplans, wie sie der Planentwurf bislang vorsieht, bestehen erhebliche rechtliche Bedenken. Es ist nicht ersichtlich, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen umfassenden Biotopverbund nach § 21 Abs. 3 S. 2 BNatSchG durch die Festlegung von BSN in dem geplanten Umfang vorliegen. Auch die für eine Festlegung von BSN erforderliche planerische Abwägung dürfte bislang jedenfalls unzureichend sein. Die für eine Festlegung von BSN erforderliche, umfassende Sachverhaltsaufklärung hat offenbar nicht in einer hinreichenden Weise stattgefunden. Der Entwurf des Regionalplans kann zur Realisierung eines Biotopverbunds stärker auf die gesetzlich vorgesehene Aufgabenverteilung setzen, die unterscheidet zwischen einer Landschaftsplanung, die die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach § 7 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW darstellt und ggfls. auch rechtsverbindlich festsetzt, und einer Regionalplanung, die nach § 18 Abs. 2 S. 1 LPIG NRW die Funktionen eines Landschaftsrahmenplans und eines forstlichen Rahmenplanes gemäß Naturschutz- und Forstrecht übernimmt und sich insoweit auf überörtliche Gesichtspunkte des Biotopschutzes beschränkt. Die kleinräumige

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz von Natur und Landschaft basieren entsprechend der rechtlichen Vorgaben zu wesentlichen Teilen auf dem Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege. Der Fachbeitrag wurde unter Einbeziehung von fachlich zuständigen Stellen und Institutionen (Untere Naturschutzbehörden, Biologische Stationen und Naturschutzverbände) erarbeitet und bewertet die betreffenden Bereiche als herausragend bedeutsam für den regionalen Biotopverbund, sodass eine regionalplanerische Sicherung angezeigt ist. Grundsätzlich liegt auch dem geltenden Regionalplan bereits eine vergleichende Methodik und Bewertung zugrunde. Für die Umsetzung bieten die textlichen Festlegungen einen breiten Spielraum, vertragliche Lösungen werden hier besonders betont. Die weitere Differenzierung ist Gegenstand der örtlichen Planungsebene.

Sicherung von allenfalls örtlich bedeutsamen Bachverläufen und Siefen sowie angrenzender landwirtschaftlicher Flächen ist kein zulässiger Gegenstand des auf die regionalbedeutsamen Belange des Biotopschutzes begrenzten Regionalplans. Einführung - Die Forstbetriebe Ihrer Forstbetriebs-gemeinschaft bzw. deren Eigentümer verfügen im Kreis Euskirchen und damit auch im Plangebiet des Regionalplans Köln über mehr als 3.300 ha Wald einschließlich randlich benachbarter Dauergrünlandflächen. Die zeichnerische Darstellung des Planentwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht für diese Flächen ganz überwiegend eine Festlegung als Wald und als Landschaftsschutzgebiet und im Übrigen vor allem entlang verschiedener Bachläufe, insbesondere auch des Steinbachs, und ergänzend dazu längs der Siefen im Waldbereich sowie zum Teil auch auf landwirtschaftlich genutzten Flächen außerhalb des Waldes eine Festlegung von BSN vor. Diese Festlegung von BSN entlang der Siefen und Bachläufe ist kein Spezifikum der Flächen Ihrer Forstbetriebsgemeinschaft, sondern Konsequenz eines offenbar einheitlich auch auf benachbarten Flächen verfolgten Konzepts, das unabhängig von konkreten Gegebenheiten und aktuellen Bestandsuntersuchungen der jeweiligen räumlichen Situation Bachläufe und Siefen mit einer Festlegung als BSN eines nicht hinreichend erkennbaren Umfangs belegt. Ausweislich der Definitionen der LPIG DVO Anlage 3 handelt es sich bei den Waldbereichen um Vorranggebiete im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ROG, bei den Bereichen für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung um Vorbehaltsgebiete im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 ROG und bei den BSN wiederum um Vorranggebiete im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gebietstypen besteht darin, dass es sich bei den Vorranggebieten um zwingend zu beachtende Ziele der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG handelt, für die es einer abschließenden planerischen Abwägung aller betroffenen Belange bedarf und für die gesteigerte Anforderungen an ihre Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit zu richten sind, während Vorbehaltsgebiete als Grundsätze der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG in nachgelagerten Fachplanungs- und Bauleitplanverfahren lediglich zu berücksichtigen sind, insoweit auch zum Schutz anderer öffentlicher oder privater Belange zurückgestellt werden können, für deren Formulierung dementsprechend auch keine abschließende Abwägung aller betroffenen Belange erforderlich ist und an deren Bestimmtheit/Bestimmbarkeit auch geringere Anforderungen zu richten sind. 1. Textliche Festlegungen für den Schutz der Natur - Unter Nr. 4.3.1 enthält der Entwurf des Regionalplans Köln Festlegungen zu den Bereichen für den Schutz der Natur. Ziel Nr. 19 des Planentwurfs bestimmt dazu, dass zur Sicherung eines konsistenten regionalen Biotopverbundsystems BSN als Vorranggebiete festgelegt werden. Diese Vorranggebiete sollen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung eines regionalen Biotopverbunds dienen. Der Planentwurf schreibt dazu vor, dass die BSN für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotenziale, zu bewahren sind. Die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems soll nach dem Ziel Nr. 19 des Planentwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, soweit möglich, auch zum vorbeugenden



Hochwasserschutz beitragen. Als verbindliche, in der Bauleitplanung und nachfolgenden Fachplanungen, aber über § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auch für Träger raumbedeutsamer Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich zu beachtende Vorgabe sieht das Ziel Nr. 19 des Planentwurfs vor, dass Planungen und Maßnahmen, die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Ausnahmsweise können BSN jedoch in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Das weitere Ziel Nr. 20 des Planentwurfs für den Regionalplan Köln sieht zusätzlich vor, dass innerhalb der BSN die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln sind. Wertvolle Flächen sind nach dem Ziel Nr. 20 des Planentwurfs gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. Im Rahmen der fachplanerischen Umsetzung sind außerdem die Erfordernisse der Klimaanpassung nach dem Ziel Nr. 20 des Planentwurfs zu berücksichtigen. 2. Erläuterungen der in Aussicht genommenen Ziele der Raumordnung - In den Erläuterungen zu diesen Zielen der Raumordnung heißt es im Planentwurf, dass sich aus dieser regionalplanerischen Festlegung nicht das Erfordernis ableiten lässt, die BSN vollständig oder auch nur überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen. Zu den geeigneten Instrumenten der Fachplanung gehören nach den Erläuterungen neben unterschiedlichen Möglichkeiten zu Festsetzungen im Rahmen der Landschaftsplanung (z.B. Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile) auch vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern. Die BSN-Festlegungen in den ohnehin schon als Vorranggebiete festgelegten Waldbereichen und den als Vorbehaltsgebiete vorgesehenen Landschaftsschutzbereichen signalisieren einen über den allgemeinen Wald- und Landschaftsschutz hinausgehenden, strengeren oder jedenfalls inhaltlich anderen Schutz dieser Flächen für den Biotopverbund. Dementsprechend stellt sich die Frage, ob die weitreichenden Festlegungen der BSN entlang der Bachläufe und Siefen sowie in Bereichen außerhalb des Waldes auf landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen den rechtlichen Anforderungen genügen, ob insbesondere eine regionalplanerische Sicherung überhaupt angezeigt ist, ob die Sachverhaltsfeststellungen im Planaufstellungsverfahren eine BSN-Festlegung rechtfertigen und ob solche BSN-Festlegungen mit Blick auf den beabsichtigten Biotopverbund plausibel begründet werden können, ob sie also den gesetzlichen Zielen des Biotopverbundes und der Biotopvernetzung tatsächlich dienen können oder ob nicht stattdessen BSLE-Festlegungen vorzugswürdig sind und/oder der erforderliche Biotopschutz, was die kleinräumigen Bachläufe, Siefen und angrenzende landwirtschaftlich genutzte Flächen angeht, hinreichend oder sogar besser bereits durch die Landschaftsplanung gesichert wird. In den Erläuterungen des Planentwurfs wird in diesem Zusammenhang auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV aus dem Jahr 2019 verwiesen, der eine wesentliche Grundlage für die Festlegung der BSN sei. Dieser Fachbeitrag, der seinerseits unter anderem auf dem Biotopkataster des

LANUV beruht, bildet aber offenbar nicht nur eine wesentliche, sondern sogar die ausschließliche Grundlage für die BSN-Festlegungen des Planentwurfs in den hier in Rede stehenden Bereichen. Dass die Regionalplanungsbehörde darüber hinaus weitergehende Feststellungen zum Sachverhalt und zu der bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung nach § 7 Abs. 2 ROG unerlässlichen planerischen Abwägung getroffen hätte, ist nicht ersichtlich, obwohl in den Erläuterungen des Landesentwicklungsplans zur Festlegung der Gebiete für den Schutz der Natur ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass andere Raumansprüche weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierungen von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt werden müssen (Erläuterungen zu Nr. 7.2-2 Landesentwicklungsplan NRW). Nicht weiter problematisiert wird in den Erläuterungen der Ziele der Raumordnung des Regionalplanentwurfs, ob und inwieweit die Erfordernisse des Landesentwicklungsplans zum Biotopschutz auf der Ebene des Regionalplans oder zusätzlich oder stattdessen auf der örtlichen Landschaftsplanung konkretisiert und realisiert werden können. Überwiegendes spricht dafür, den kleinteiligen Biotopschutz entlang kleinerer Bachläufe und Siefen nicht auf der Ebene des Regionalplans zu sichern, sondern der Landschaftsplanung zuzuordnen, die den Biotopschutz in den bestehenden Plänen auch schon berücksichtigt und, soweit erforderlich, auch geregelt hat. Die Festlegung der BSN soll ausweislich der Erläuterungen der Ziele der Raumordnung im Planentwurf des Regionalplans Köln das landesweite Biotopverbundsystem konkretisieren. Die landesbedeutsamen Gebiete für den Schutz der Natur (GSN) des LEP NRW bilden danach das Grundgerüst des regionalen Biotopverbunds, das aus Sicht des Arten- und Biotopschutzes um regionalbedeutsame Landschaftselemente ergänzt werden soll. Dass die durch BSN-Festlegungen im Planentwurf gesicherten Bachläufe und Riefen in ihrer Gesamtheit oder auch nur überwiegend in diesem Sinne regionalbedeutsam und nicht nur örtlich bedeutsam und erfassbar wären, ergibt sich weder aus den Erläuterungen des Planentwurfs noch aus dem Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019. 3. Erforderliche Sachverhaltsfeststellungen - Ob und inwieweit es sich bei den Bachläufen und Siefen in den Bereichen der in Ihrer Forstbetriebs-gemeinschaft zusammengeschlossenen Forstbetriebe angesichts des aktuellen Zustands der dort anzutreffenden Fauna und Flora und insbesondere angesichts der dort festzustellenden Austrocknung gegenwärtig und zukünftig tatsächlich noch um regionalbedeutsame Landschaftselemente für den Biotopverbund handelt bzw. zukünftig noch handeln wird, ist zweifelhaft und müsste, wenn an einer BSN-Festlegung festgehalten werden sollte, im Einzelnen aktuell und näher untersucht werden. Denn nach § 21 Abs. 2 S. 2 BNatSchG ist dies für die Bestandteile des Biotopverbunds Voraussetzung. Die räumlichen Bestandteile des Verbunds müssen für die Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Ziels tatsächlich (noch) geeignet sein. Nach § 21 Abs. 1 S. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung

funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. An dieser Zielvorgabe ist auch die Festlegung von BSN entlang der Bachläufe und Siefen im Plangebiet und im Hinblick auf ihren jeweils konkreten Zustand bzw. ihrer Entwicklungsperspektive zu messen. Einige Flächen dürften zwar schon als gesetzlich geschützte Biotope im Sinne von § 30 BNatSchG geschützt und dementsprechend auch registriert sein. Für gesetzlich geschützte Biotope bedarf es aber auch keiner zusätzlichen BSN-Festlegung. Insoweit fehlt es an dem neben der Eignung zu beachtenden Kriterium der Erforderlichkeit der Festlegung. Ob es im Sinne eines Biotopverbunds naturschutzfachlich geboten ist, linienförmig die Bachläufe und Siefen außerhalb solcher gesetzlich geschützten Biotope in dem beabsichtigten Umfang nahezu vollständig als Verbindungsflächen oder -linien auf der Ebene des Regionalplans zu sichern, ist zweifelhaft und kann ohne konkrete und aktuelle Bestanderfassungen vor Ort nicht angenommen werden. An solchen aktuellen Erhebungen fehlt es aber offenbar. Jedenfalls ergibt sich aus den Erläuterungen des Planentwurfs dazu nichts Konkretes. Es ist nicht bekannt, dass die als BSN vorgesehenen landwirtschaftlichen Flächen und die Flächen entlang den Bachläufen und Siefen aktuell für die Neuaufstellung des Regionalplans begangen und untersucht worden sind und dass die unter Gesichtspunkten des Biotop- und Naturschutzes ungünstige Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte in die Bewertung eingeflossen wäre. Die Zielsetzung des Biotopverbundsystems ist im Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 ausführlich erläutert. Die übergeordneten, konzeptionellen Überlegungen des LANUV zum Biotopverbund sind an dieser Stelle nicht in Zweifel zu ziehen. Fraglich ist jedoch, ob die umfassenden Festlegungen der BSN entlang der Bachläufe und Siefen, aber auch hinsichtlich des landwirtschaftlich intensiv genutzten Grünlands, tatsächlich im Sinne dieses Biotopverbundkonzepts geeignet und auch erforderlich sind. II. Rechtliche Rahmenbedingungen der BSN-Festlegungen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Festlegung von BSN im Regionalplan Köln ergeben sich aus dem BNatSchG, dem LNatSchG NRW, dem LPIG NRW und dem Landesentwicklungsplan NRW. 1. Anforderungen des BNatSchG - § 20 Abs. 1 BNatSchG sieht vor, dass ein Netz verbundener Biotope (Biotopverbund) geschaffen wird, das mindestens 10 % der Fläche eines jeden Landes umfassen soll. Dabei können nach § 20 Abs. 2 BNatSchG Teile von Natur und Landschaft nach Maßgabe des § 23 BNatSchG als Naturschutzgebiet, nach Maßgabe des § 24 BNatSchG als Nationalpark oder als Nationales Naturmonument, als Biosphärenreservat, nach Maßgabe des § 26 BNatSchG als Landschaftsschutzgebiet, als Naturpark, als Naturdenkmal oder als geschützter Landschaftsbestandteil geschützt werden. Nach § 21 Abs. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes ?Natura 2000? beitragen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Bestandteile des Biotopverbunds sind Nationalparke und Nationale Naturmonumente, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser

Gebiete, gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG, weitere Flächen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparken, wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind. Die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente sind nach § 21 Abs. 4 BNatSchG durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten. Auf regionaler Ebene sind nach § 21 Abs. 6 BNatSchG insbesondere in von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderliche lineare und punktförmige Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen.

2. Ergänzende Regelungen des LNatSchG NRW - Ergänzend zu diesen rechtlichen Rahmenbedingungen des BNatSchG sieht § 6 S. 1 LNatSchG NRW vor, dass die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan dargestellt werden. Nach § 35 LNatSchG NRW ist in Nordrhein-Westfalen ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope darzustellen und festzusetzen, das 15 % der Landesfläche umfasst.

3. Erfordernisse des Landesentwicklungsplans NRW - Bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch die Erfordernisse des Landesentwicklungsplans NRW zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

a) Ziel 7.2-1 LEP NRW (Landesweiter Biotopverbund) - Landesweit sind nach Ziel 7.2-1 LEP NRW ausreichend große Lebensräume mit einer Vielfalt von Lebensgemeinschaften und landschaftstypischen Biotopen zu sichern und zu entwickeln, um die biologische Vielfalt zu erhalten. Sie sind funktional zu einem übergreifenden Biotopverbundsystem zu vernetzen. Dabei ist auch der grenzüberschreitende Biotopverbund zu gewährleisten.

b) Ziel 7.2-2 (Gebiete für den Schutz der Natur) - Die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur sind für den landesweiten Biotopverbund zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren. Die Bereiche zum Schutz der Natur sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu entwickeln. Zur Erläuterung des Ziels 7.2-2 heißt es im LEP, in den im Landesentwicklungsplan festgelegten Gebieten für den Schutz der Natur hätten die Ziele des Naturschutzes Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen. Diese Gebiete seien als Grundgerüst des landesweiten Biotopverbunds zu erhalten oder zu entwickeln. Die zeichnerische Festlegung der Gebiete zum Schutz der Natur erfasse die FFH-Gebiete, Kernflächen der Vogelschutzgebiete, den Nationalpark Eifel, die ausgewiesene Naturschutzgebiete sowie weitere naturschutzfachlich wertvolle Gebiete, die für den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes besondere Bedeutung hätten. Die Darstellungsschwelle für diese Gebiete liege maßstabsbedingt im Landesentwicklungsplan bei 150 Hektar, weshalb der Landesentwicklungsplan nur das Grundgerüst des landesweiten Biotopverbunds zeichnerisch festlegen könne. Die

Gebiete zum Schutz der Natur seien deshalb in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren und auf der Basis eines naturschutzfachlichen Fachbeitrags um weitere für den regionalen Biotopverbund bedeutsame Bereiche zu ergänzen. Die Festlegung der Gebiete für den Schutz der Natur beruhe auf fachlichen Einschätzungen des LANUV und sei auf der Planungsebene des Landesentwicklungsplans mit anderen Nutzungsansprüchen abgewogen worden. Andere Raumansprüche würden weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierungen von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt. Über die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft würde aber nicht im Landesentwicklungsplan, sondern auf der nachgeordneten Planungsebene im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch die für den Naturschutz zuständigen Behörden entschieden. Dazu gehöre auch die Prüfung, ob und inwieweit die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch durch vertragliche Vereinbarungen zu erreichen seien.

**Inhalt**

Anregungen und Bedenken zum Planentwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln: Die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zum Biotopschutz und der Ziele der Raumordnung des LEP NRW muss auf der Ebene des Regionalplans Köln stärker auf eine Festlegung von BSLE statt von BSN und auf eine Konkretisierung auf Ebene der Landschaftsplanung setzen. Zwar steht die Formulierung von Erfordernissen der Raumordnung durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung grundsätzlich im Planungsermessen des Regionalrats als dem regionalen Planungsträger. Für eine Festlegung von BSN, d.h. für die Festlegung von Vorranggebieten als Ziel der Raumordnung sind die zeichnerischen Festlegungen jedoch nicht hinreichend räumlich bestimmt bzw. bestimmbar. Dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Biotopverbund durch BSN-Festlegungen vorliegen, wird im Planentwurf und in dem in Bezug genommenen Fachbeitrag des LANUV für den konkreten räumlichen Umfang der BSN-Festlegungen nicht plausibel belegt. Dass eine nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG unabdingbare abschließende planerische Abwägung hinsichtlich der BSN-Festlegungen stattgefunden hätte, ist aus den Planunterlagen nicht ersichtlich. Der Fachbeitrag des LANU aus dem Jahr 2019, auf den allein sich der Planentwurf insoweit stützt, enthält eine rein naturschutzfachliche Bewertung, nicht jedoch eine Berücksichtigung sonstiger Belange, die nicht zuletzt der Landesentwicklungsplan ausdrücklich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung fordert. 1. Beschränkung auf regionalbedeutsame Belange des Biotopschutzes - Es bestehen bereits Zweifel, ob bei der Neuaufstellung des Regionalplans bezüglich der BSN-Festlegungen die Aufgabenverteilung zur Erfüllung der Verpflichtung aus § 35 LNatSchG NRW zum Biotopverbund hinreichend beachtet werden. Nach § 35 LNatSchG NRW ist zwar auf 15 % der Landesfläche ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope für einen Biotopverbund darzustellen und festzusetzen. Dabei sind jedoch die unterschiedlichen Planungsebenen der landesweiten Raumordnung, der Regionalplanung und der örtlichen Landschaftsplanung sowie der Bauleiplanung einzubeziehen. Die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität sind nach § 7 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW im Landschaftsplan darzustellen und rechtsverbindlich festzusetzen, soweit Landschaftspläne aufgestellt werden müssen. Die Regionalpläne erfüllen hingegen gem. § 18 Abs. 2 S. 1 LPIG NRW die Funktionen eines Landschaftsrahmenplans und eines forstlichen Rahmenplanes nach dem Naturschutz- und Forstrecht. Sie stellen gem. § 18 Abs. 2 S. 2 LPIG NRW lediglich regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Landschaftsrahmenplan) und zur Sicherung des Waldes (forstlicher Rahmenplan) dar. § 6 S. 1 LNatSchG NRW bestimmt in Übereinstimmung damit, dass die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen des Regionalplans fußen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Der Fachbeitrag stellt die gesetzlich vorgesehene Grundlage für den Regionalplan dar. Die textlichen Festlegungen bieten sowohl für BSN als auch für BSLE einen breiten Raum für die fachplanerische Umsetzung und beinhalten weder eine Verpflichtung zur Festlegung von Schutzgebieten noch einen direkten Eingriff in die Nutzung einzelner Flächen oder in betriebliche Prozesse. Die planerische Abwägung erfolgt im laufenden Planverfahren entsprechend der auf der Planungsebene der Regionalplans erkennbaren und relevanten Belange. Bereits im geltenden Regionalplan finden sich vergleichbare Festlegungen in diesem Raum, die im örtlichen Landschaftsplan entsprechend differenziert umgesetzt wurden. Die Bedenken gegen die "in Aussicht genommenen NSG-Festlegungen" (letzter Absatz) bzw. "NSG-Vorranggebiete" sind insofern nicht nachvollziehbar und treffen auf die vorgesehenen Festlegungen auf Regionalplan-Ebene nicht zu. Sie richten sich an die Umsetzung auf nachfolgender Ebene und können ggf. dort platziert werden, sofern auf Ebene der Landschaftsplanung die Festlegung von Naturschutzgebieten vorgesehen werden sollte.

Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan dargestellt werden. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des BNatSchG. Die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität werden nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan dargestellt. Der Regionalplan kann durch BSN-Festlegungen zwar auch wichtige Ziele für die Schutzgebietskonzeption vorgeben, die die Kreise und kreisfreien Städte in ihren Landschaftsplänen bei der Festsetzung von Schutzgebieten zu beachten haben. Auch insoweit muss sich die Regionalplanung allerdings auf Festlegungen zur Wahrung regionalbedeutsamer Planungsbelange beschränken und kann sich nicht auf solche der örtlichen Ebene beziehen. Die planerische Abwägung, die für eine Aufstellung von Zielen der Raumordnung in einem Raumordnungsplan erforderlich ist, muss dem jeweils rahmensetzenden Charakter der jeweiligen Planungsebene gerecht werden. Das erfordert insoweit eine benenspezifische Abwägung, *Runkel*, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG 2018, § 7 Rn. 31. Raumordnungspläne bedürfen in aller Regel weiterer Konkretisierungen, um zu genauen Festlegungen für einzelne raumbedeutsame Maßnahmen oder auch für einzelne Grundstückparzellen zu gelangen. Sie ersetzen weder kommunale Bauleitpläne noch raumbedeutsame Fachpläne, etwa die der Landschaftsplanung. Dabei ist insbesondere die Maßstäblichkeit der Pläne der jeweiligen Planungsebene zu bedenken. Während ein landesweiter Raumordnungsplan in aller Regel lediglich bereichsscharfe zeichnerische Festlegungen enthalten kann, können Regionalpläne zwar konkretere Festlegungen, in aller Regel jedoch keine parzellenscharfen Ziele der Raumordnung formulieren. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG bestimmt dazu, dass öffentliche und private Belange in der Raumordnungsplanung nur soweit zu berücksichtigen sind, als sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, *Runkel*, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 7 Rn. 32. Weitere Einschränkungen für die Raumplanung, insbesondere auch für die Regionalplanung, ergeben sich daraus, dass verfassungsrechtlich vorgegebene Schranken der Raumordnungsplanung zu beachten sind. Es ist deshalb nicht zulässig, dass die Regionalplanung anstelle der kommunalen Bauleitplanung oder aber auch anstelle der einem anderen Planungsträger zugewiesenen Fachplanung eine Art von Ersatzplanung übernimmt, *Runkel*, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 7 Rn. 33. Das betrifft insbesondere auch die Landschaftsplanung der Kreise und kreisfreien Städte. Nach § 7 S. 1 LNatSchG NRW sind die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität im Landschaftsplan darzustellen und rechtsverbindlich festzusetzen. Dabei sind nach § 7 S. 2 LNatSchG NRW die sich aus den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 BNatSchG ergebenden Anforderungen untereinander und gegenüber den sonstigen öffentlichen und privaten Belangen gerecht abzuwägen. Eine detailscharfe Festsetzung und Abwägung bezogen auf konkrete Parzellen und raumbedeutsame Vorhaben ist in aller Regel anderen Aufgabenträgern zugewiesen. Ist der rechtlich vorgegebene Maßstab der jeweiligen Planung nicht geeignet, einen auf konkrete Parzellen bezogenen Biotopschutz zu sichern, dann muss insoweit auch auf

die Aufstellung entsprechender Ziele der Raumordnung zur Vermeidung einer Unwirksamkeit des Raumordnungsplans verzichtet werden. Dasselbe gilt für Fallgestaltungen, in denen der gesetzlich vorgegebene Planungsmaßstab dazu führt, dass der Biotopschutz einen nicht erforderlichen oder unangemessenen Umfang annimmt oder jedenfalls wegen des Planungsmaßstabs zu Rechtsunsicherheiten über den räumlichen Umfang des Biotopschutzes führt. Das gilt insbesondere für Ziele der Raumordnung, die über § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB unmittelbar von Grundstückseigentümern zu beachten und nicht mehr auf eine weitere Konkretisierung durch ein nachfolgende Bauleitplanung oder Landschaftsplanung angewiesen sind. Nach § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB dürfen raumbedeutsame Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen. Als verbindliche, in der Bauleitplanung und nachfolgenden Fachplanungen, aber über § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auch für Träger raumbedeutsamer Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich zu beachtende Vorgabe sieht das Ziel Nr. 19 des Planentwurfs ausdrücklich vor, dass Planungen und Maßnahmen, die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Das setzt aber voraus, dass insbesondere private Vorhabenträger parzellenscharf erkennen können, ob und inwieweit sie von dem Verbot dieses Raumordnungsziels unmittelbar betroffen sind. Das ist mit der notwendigen Bestimmtheit bei den zeichnerischen Festlegungen der BSN entlang der Bachläufe und Riefen im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln nicht gesichert. In den Erläuterungen des Ziels der Raumordnung Nr. 7.2-2 LEP NRW wird klargestellt, dass für die Regionalpläne in den durch den LEP festgelegten GSN neben einer Festlegung von BSN als Ziel der Raumordnung auch die Festlegung von BSLE in Betracht kommt. BSLE sind keine Ziele der Raumordnung; sie müssen dementsprechend auch nicht abschließend abgewogen sein und deshalb gelten für sie auch keine vergleichbaren Anforderungen an die Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit. Sie stellen jedoch sicher, dass den belangen von Natur und Landschaft und damit auch dem Biotopschutz bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Es bietet sich daher an, zur hinreichenden Sicherung des Biotopschutzes entlang kleiner Bachläufe und Siefen anstelle von BSN als Vorranggebiete BSLE als Vorbehaltsgebiete festzulegen und damit die rechtsstaatlichen Probleme einer hinreichenden Bestimmtheit der Planaussagen und einer Verfehlung der für Ziele der Raumordnung zwingend abschließenden Abwägung zu vermeiden bzw. zu entschärfen. Entsprechend ihrer Funktion, die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität darzustellen, sieht § 35 Abs. 1 LPlG DVO einen Maßstab von 1:50.000 für die zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans vor. Aufgrund einer Karte im Maßstab 1:50.000 und der damit ggf. einhergehenden Unschärfe kann ein Vorranggebiet, wenn nicht die naturräumlichen oder faktische Gegebenheiten (z.B. Straßenverläufe, Verwaltungsgebietsgrenzen, etc.) hinreichende ergänzende Orientierung geben, nur gebietsscharf, nicht aber parzellenscharf abgegrenzt werden. Eine räumlich exakte Abgrenzung der zeichnerischen Festlegung ist hingegen in einem solchen Maßstab



grundsätzlich nicht möglich, siehe dazu Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 1. Dezember 2021 ? 2 B 343/21.NE ?, juris Rn. 55; OVG NRW, Urteile vom 28. September 2016 - 7 D 96/14.NE -, juris Rn. 47 ff., und vom 20. November 2018 - 2 A 1676/17 -, BRS 86 Nr. 175 = juris Rn. 230 f., m. w. N. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt - von Ausnahmen abgesehen - bei einer Größenordnung von 10 ha. Eine linienförmige zeichnerische Darstellung in einer Breite von einem Zentimeter bedeutet bei diesem Maßstab eine Breite von ca. 500 m in der Realität. Die im Planentwurf vorgesehenen BSN-Festlegungen entlang zahlreicher Riefen und Bachläufe sind offenbar händisch eingezeichnet worden und haben zumeist eine Breite von 0,5 cm bis zu 1 cm und in Einzelfällen sogar deutlich mehr. Das entspricht einer Breite von mehreren hundert Metern und dürfte für die Sicherung der Riefen und Bachläufe für einen Biotopverbund weder erforderlich noch angemessen sein. Jedenfalls sind begleitende Biotope entlang der gesicherten Bachläufe und Siefen in einer solchen Breite in weiten Teilen nicht vorhanden. Zum Schutz kleinräumiger Riefen und kleiner Bachläufe eignet sich insoweit der Regionalplan mit einem Planungsmaßstab von 1:50.000 grundsätzlich nicht. Bereichsabgrenzungen in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplans sind lediglich gebietsscharf; sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt, OVG NRW, Urteil vom 28. September 2016 - 7 D 96/14.NE -, juris Rn. 50. Regionalpläne und darin enthaltene zeichnerische Darstellungen von Zielen der Raumordnung dienen grundsätzlich auch keiner planerischen Feinsteuerung, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 30. September 2014 ? 8 A 460/13 ?, juris Rn. 122; OVG NRW, Urteile vom 26. September 2013 - 16 A 1294/08 -, NWVBl 2014, 216, juris Rn. 87, und vom 6. September 2007 - 8 A 4566/04 -, ZUR 2007, 592, juris, Rn. 139; Sächs. OVG, Urteil vom 11. Juli 2007 - 1 B 274/06 -, juris, Rn. 23. Zum Schutz einzelner, kleinteiliger Riefen und Bachläufe einschließlich ihrer häufig schmalen Biotoprandbereiche eignet sich insoweit eine Vorrangfestlegung des Regionalplans nicht, weil eine Festlegung von BSN entlang dieser Riefen und Bachläufe nahezu zwangsläufig über den tatsächlich für den Biotopschutz geeigneten und erforderlichen Flächenbereich hinausreicht, in der Folge zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung der betroffenen Grundstückseigentümer führt und ggfls. auch noch Interpretationsspielräume eröffnet, die Zweifel an der hinreichenden Bestimmtheit der zeichnerischen Festlegung begründen. Daran ändert auch § 21 Abs. 6 BNatSchG nichts. Auf regionaler Ebene sind danach zwar insbesondere in von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderliche lineare und punktförmige Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung). Das bedeutet jedoch nicht, dass dazu in Regionalplänen BSN-Festlegungen zwingend sind. Vielmehr kann die Biotopvernetzung auf regionaler Ebene auch im Wege der Landschaftsplanung erfolgen; in Regionalplänen können dazu, soweit wegen des Maßstabs von 1:50.000 keine linienförmigen Ziele der Raumordnung geeignet, erforderlich und angemessen sind, Grundsätze der Raumordnung (z.B. BSLE)

formuliert werden, die beim Biotopschutz auf Ebene der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Kleinteilige, linienförmige Festlegungen für den Biotopschutz entlang kleiner Gewässer und Riefen, in denen überhaupt kein oder nur seltener Wasserabfluss stattfindet, können deshalb, soweit überhaupt erforderlich, besser in eine Festlegungskarte des Landschaftsplans mit einem Planungsmaßstab von 1:10.000 aufgenommen werden. 2. Hinreichende Bestimmtheit der zeichnerischen Festlegungen - Angesichts ihres Verbindlichkeitsanspruchs und der daraus folgenden Einschränkungen einerseits der kommunalen Planungshoheit und andererseits auch für private Grundstückseigentümer müssen Ziele der Raumordnung als raumplanerische Letztentscheidungen hinreichend bestimmt sein, zur Notwendigkeit einer hinreichenden Bestimmtheit von Zielen der Raumordnung siehe BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 ? 4 C 8.10 ? BVerwGE 138, 201; BayVGh, U.v. 25.5.2011 ? 15 N 10.1568 ? juris; Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 29. März 2022 ? 2 N 21.184 ?, juris Rn. 21. Das ergibt sich bereits aus der Legaldefinition eines Ziels der Raumordnung in § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Die Adressaten der Ziele der Raumordnung müssen erkennen können, was sie im Einzelnen auf der Grundlage der Ziele der Raumordnung zu beachten haben. Deshalb müssen Ziele der Raumordnung (z.B. BSN) ? anders als Grundsätze der Raumordnung ? auch einen Bezug auf einen konkreten, geographisch bestimmbaren Raum haben und insoweit eine konkrete raumordnerische Entscheidung treffen. Die Zielaussage muss räumlich und sachlich hinreichend konkret sein. Eine hinreichende Bestimmtheit bzw. eine hinreichende Bestimmbarkeit ist nur zu bejahen, wenn der Inhalt der Planaussage sich anhand herkömmlicher Auslegungsmethoden verlässliche bestimmen lässt, zur Notwendigkeit einer hinreichenden Bestimmtheit oder zumindest Bestimmbarkeit siehe auch Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 135/20.NE ?, juris Rn. 96; *Kümper*, in: Kment, ROG, 2019, § 3 Rn. 27, m. w. N.; *Runkel*, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 3 Rn. 21. Die Bestimmbarkeit erfordert in räumlicher Hinsicht, dass mit hinreichender Sicherheit ermittelbar ist, auf welchen Teilraum oder Bereich, welche Fläche oder welchen Standort sich die Festlegung bezieht, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 135/20.NE ?, juris Rn. 98; *Kümper*, in: Kment, ROG, 2019, § 3 Rn. 29, m. w. N.; *Runkel*, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 3 Rn. 25. Bei dem Planungsmaßstab von 1:50.000 und einer Strichbreite von ca. 1 mm, was bei diesem Maßstab bereits eine Breite von 50 m in der Realität bedeutet, ist nicht sicher zu erkennen, auf welche konkreten Flächen entlang der linienförmigen Festlegungen sich die Zielbindungswirkungen tatsächlich beziehen sollen. Ersichtlich ist zwar, dass sich die BSN jeweils auf beiden Seiten der Bachläufe und Riefen erstrecken sollen; in welcher Breite dort jedoch Biotope tatsächlich geschützt werden sollen, lässt sich bei dem Planungsmaßstab und bei der Art und Weise des händischen Eintrags in die Zeichnung und ohne weitere geographischen Orientierungspunkte oder -linien nicht zuverlässig absehen. Die Plausibilität der jeweils konkreten Konfiguration der Festlegung mit unterschiedlichen Breiten, Ausstülpungen und Zuspitzungen lässt sich auf einer Karte in dem vorgegebenen Planungsmaßstab nicht nachvollziehen und sich auch aus den Erläuterungen der Zielfestlegungen sowie dem Fachbeitrag des LANUV

nicht zuverlässig erschließen. Auch das spricht dafür, auf eine zielförmige Festlegung eines Vorranggebiets auf der Ebene des Regionalplans zu verzichten und allenfalls ein von der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung zu berücksichtigendes Erfordernis der Raumordnung zum Biotopschutz als Grundsatz der Raumordnung zu formulieren bzw. ein BSLE festzulegen. Selbst ein solcher Grundsatz der Raumordnung dürfte ganz überwiegend jedoch nicht erforderlich sein, weil die in Rede stehenden Flächen ohnehin schon durch den Landschaftsschutz der geltenden Landschaftsplanung hinreichend geschützt sind. Dass es sich bei den Biotopverbundflächen längs der Bachläufe und Riefen im Bereich der Forstbetriebsgemeinschaft ganz überwiegend nicht um naturschutzwürdige Lebensräume handelt, hat sich im Übrigen schon bei der Aufstellung des Landschaftsplans ?Euskirchen? auf der Grundlage gutachterlicher Ermittlungen und Bewertungen erwiesen, siehe dazu die naturschutzfachliche Stellungnahme zum Entwurf des Landschaftsplans ?Euskirchen? für die Betroffenheitsflächen der Forstverwaltung [anonymisiert] des Kölner Büros für Faunistik aus Juni 2005. Es gibt wohl keine Erkenntnisse, dass die spätere Entwicklung daran etwas geändert hätte. Ganz im Gegenteil dürften die seither feststellbaren klimatischen Verhältnisse, insbesondere lange Trockenperioden einer Biotopqualität der Flächen entlang der Riefen und Bachläufe in einer Breite von bis zu mehreren Hundert Metern entgegenstehen.

3. Gesetzliche Voraussetzungen eines Biotopverbundes - Nach dem Ziel 19 des Entwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln dienen die Bereiche für den Schutz der Natur der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Der Biotopverbund wiederum dient der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Das entspricht der gesetzlichen Regelung des § 21 BNatSchG, wonach der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen dient. Nach § 21 Abs. 3 S. 2 BNatSchG sind Bestandteile des Biotopverbunds Nationalparke und Nationale Naturmonumente, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser Gebiete, gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG und weitere Flächen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparks, wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind. Die Eignung der für eine BSN-Festlegung vorgesehenen Flächen entlang der Bachläufe und Riefen ist in der zeichnerisch festgelegten Größenordnung nicht aktuell belegt. Der Planentwurf verweist dazu auf den schon angesprochenen Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV aus dem Jahr 2019. Auch mit diesem Fachbeitrag des LANUV lässt sich allein jedoch die Eignung der geplanten BSN-Flächen hinsichtlich ihres konkreten Umfangs nicht in einer für Vorranggebiete als Ziele der Raumordnung zwingend notwendigen Bestimmtheit ableiten. Das ist kein Mangel des Fachbeitrags, auf dessen Grundlage nicht nur BSN

als Vorranggebiete, sondern auch BSLE als Vorbehaltsgebiete mit einem geringeren Anspruch an Bestimmtheit und abschließender Abwägung festgelegt werden können und dessen Erkenntnisse im Übrigen auch im Rahmen der Landschaftsplanung konkreter genutzt werden können. Ob und inwieweit die Flächen im Eigentum der Forstbetriebe der Forstbetriebsgemeinschaft tatsächlich im Sinne von § 21 Abs. 1 BNatSchG in dem geplanten Umfang für den Biotopschutz aktuell noch geeignet sind, kann auf allein auf der Grundlage des Planentwurfs und des Fachbeitrags des LANUV aus dem Jahr 2019 und ohne eine ergänzende fachgutachterliche Bewertung im Rahmen dieser rechtlichen Stellungnahme nicht nachvollzogen werden. Es bestehen insoweit jedoch erhebliche Zweifel, unter anderem weil viele der mit BSN-Festlegungen bedachten Siefen selbst bei sehr niederschlagsreicher Witterung kein Wasser führen, weil eine begleitende Krautschicht in diesen Bereichen nicht mehr vorhanden oder zumindest weitestgehend verarmt ist, weil besondere Biotope wie Röhrichte, Nass- und Feuchtgrünland, Bruch- und Sumpfwälder in weiten Teilen auf den planbetroffenen Flächen gar nicht vorkommen und weil ein zusammenhängendes Fließgewässersystem in seiner Durchgängigkeit teilweise beeinträchtigt, zum Teil aber auch gar nicht (mehr) vorhanden ist. Der Sachverhalt kann im Rahmen dieser Stellungnahme nicht umfassend aufgearbeitet werden. Offensichtlich ist jedoch, dass als BSN im Entwurf des Regionalplans gekennzeichnete Rinnen in weiten Teilen in der Vegetationszeit kein oder allenfalls nach intensiven Starkregenereignissen bzw. nach längeren Regenperioden kurzzeitig Wasser führen. Auch als BSN vorgesehenen Bachläufe fallen in Folge des Klimawandels in den Sommermonaten, zum Teil über Wochen hinweg, vollkommen trocken, so dass auch sie für den Biotopverbund nicht geeignet sind. Beispielhaft sei erwähnt, dass das in den Steinbach entwässernde Abflussrinnen- und Siefensystem, das nach dem Planentwurf als BSN festgelegt werden soll, durch den bachabwärts gelegenen Staudamm der Steinbachtalsperre für Wasserlebewesen ganzjährig undurchlässig ist, und dass auch das Abflusssystem des Madbachs, sowie die Daß- und Hunnesiefen entsprechend einzustufen sind. Das Abflusssystem ist durch bachabwärts gelegene Bauwerke, wie z.B. die Madbachtalsperre, sowie die Hunnesiefen-Teichanlage im dortigen Staatsforst für Wasserlebewesen undurchlässig. Außerdem sind die in den Geissenbach/Houverather Bach entwässernden Rinnen und Siefen allesamt durch die kleinquerschnittige Verrohrung unter der L 498 hindurch ausgestattet und damit auch unpassierbar für Wasserlebewesen. Ähnliches ließe sich auch für andere Bereiche, für die eine BSN-Festlegung geplant wird, ermitteln. Eine aktuelle Untersuchung vor Ort würde außerdem belegen, dass weite Teile der als BSN vorgesehenen Bereiche auch deshalb für den in Aussicht genommenen Biotopschutz ungeeignet sind, weil eine natürliche Rückwanderung von wasserlebenden Arten in diese Bereiche nicht möglich ist. Infolgedessen sind in weiten Bereichen weder besonders schützenswerte wassergebundene Tiervorkommen bekannt noch existiert eine nachhaltige Entwicklungsgrundlage zur Ansiedelung dieser Tierarten, da es an einem dauerhaften Fließgewässer fehlt. Bevor ernstlich eine Festlegung als BSN in Betracht gezogen werden könnte, müssten die in Aussicht genommenen Flächen und Bereiche auch aktuell auf das Vorhandensein einer schützenswerten Vegetation untersucht werden. Bei einer solchen Untersuchung würde festgestellt, dass in den

Waldbereichen aufgrund des Fehlens einer dauerhaften Wasserführung der Siefen und Rinnen weitestgehend keine natürliche, wassergebundene Baumvegetation vorhanden ist. Auch eine natürliche Vegetationsschicht aus bachbegleitenden Straucharten fehlt in weiten Strecken vollständig. Die vorhandene Krautvegetation entlang von Siefen und Rinnen unterscheidet sich in weiten Teilen der als BSN-Flächen vorgesehenen Bereiche nicht oder kaum von der Vegetation auf Flächen außerhalb der zeichnerisch dargestellten BSN und beschränkt sich oft auf Kleinstvorkommen innerhalb periodisch auftretender Lichtschächte. Sie setzt sich weitestgehend aus naturschutzfachlich nicht schützenswerten Gräsern und krautigen Pflanzen zusammen. Solche Bereiche bieten keinen nachhaltig geeigneten Lebensraum für wassergebundenen Kraut- und Strauchpflanzenbewuchs. Auch der laub- oder nadelstreubedeckte Boden unterscheidet sich weitgehend nicht von umliegenden Waldböden. Auch für landwirtschaftliche Nutzflächen, für die im Planenbtwurf eine Festlegung als BSN in Aussicht genommen wird, ist eine entsprechende Eignung an vielen Stellen nicht festzustellen. Für intensiv ackerbaulich und landwirtschaftlich genutzte Flächen ist in weiten Bereichen weder ein besonders schützenswerter Tier- noch Pflanzenbestand bekannt. Eine Entwicklung intensiv landwirtschaftlich genutzter Flächen im Sinne einer geeigneten Biotopvernetzung wäre zumeist nur mit erheblichen Eingriffen in vorhandene Drainagesysteme und mit negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe verbunden. Die betriebliche Grundlage einiger Landwirtschaftsbetriebe könnte bei einer Extensivierung von Flächen innerhalb einer Biotopvernetzung gefährdet werden. Ob ein Rückbau vorhandener Drainagesysteme überhaupt einen nachhaltigen Vernässungseffekt haben würde, wäre ohnehin zweifelhaft. All das müsste vor einer Aufstellung von Vorranggebietsfestlegungen im Rahmen der planerischen Abwägung ermittelt und abgewogen werden, zumal wirtschaftliche Existenzen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben auf dem Spiel stehen, die ohnehin schon aufgrund der Trockenheit und dem Borkenkäferbefall mit Einnahmeverlusten und mit hohen Kosten unter anderem für eine klimaresiliente Wiederbewaldung ihrer Forstflächen belastet sind. Daran fehlt es jedoch. Nicht zuletzt könnten die für die BSN-Festlegungen formulierten Ziele der Raumordnung, wenn der Regionalrat daran festhalten wollte, notwendige bauliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Waldbrandgefahren, z.B. durch den Umbau von Stauweihern zu Löschwasserentnahmenteichen, und den Bau von befestigten Zufahrten für die Feuerwehr behindern sowie Nutzungsmöglichkeiten, etwa im Zusammenhang mit dem notwendigen Ausbau der Wind- und Solarenergie, einschränken.

4. Erfordernis einer planerischen Abwägung - Nach allgemeiner Auffassung handelt es sich bei den Vorranggebieten des Regionalplans um Ziele der Raumordnung. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG Vorgaben und sachlich bestimmten oder bestimmbar vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, und Sicherung des Raums. Ziele der Raumordnung beruhen insoweit zwangsläufig auf einer planerischen Abwägung. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG schreibt dazu vor, dass bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf den jeweiligen Planungsebene erkennbar von Bedeutung sind, gegeneinander und

untereinander abzuwägen sind. Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. Siehe aktuell zur Landesplanung Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 2/20.NE ?, juris Rn. 185; im Übrigen auch BVerwG, Urteil vom 5. Mai 2015 - 4 CN 4.14 -, NVwZ 2015, 1537 (1538) = juris, Rn. 14. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 2/20.NE ?, juris Rn. 190; siehe auch *Runkel*, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 7 Rn. 42, m. w. N. Notwendig ist es deshalb, BSN nur auf der Grundlage einer in diesem Sinne umfassenden planerischen Abwägung festzulegen. Es ist insoweit nicht zulässig, Gebietsfestlegungen des Landesentwicklungsplans unreflektiert zu übernehmen und als Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen oder auch unabhängig davon, bei der Festlegung von BSN ausschließlich auf naturschutzfachliche Gesichtspunkte abzustellen ohne im Sinne einer Verhältnismäßigkeitsprüfung zu berücksichtigen, welche nachteiligen Auswirkungen für andere öffentliche oder private Belange mit den entsprechenden Festlegungen verbunden sein können. Ausweislich der Erläuterungen des Planentwurfs des Regionalplans Köln beruhen die Planungsabsichten, Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen, jedoch (ausschließlich) auf dem Fachbeitrag des LANUV zum Naturschutz. Aus den Erläuterungen dieses Fachbeitrags des LANUV aus dem Jahre 2019 zu den Festlegungen für den Biotopverbund ergibt sich aber, dass die räumliche Ausdehnung der geplanten Vorranggebiete sich allein an naturschutzfachlichen Kriterien orientiert hat. Für die Frage, ob bestimmte Flächen für den Biotopverbund geeignet sind, mag dies auch nicht zu beanstanden sein. Für eine regionalplanerische Vorrangfestlegung reicht dies jedoch nicht aus. Vielmehr bedarf es zusätzlich einer Abwägung unter Einstellung von sämtlichen in der Abwägung eine Rolle spielenden öffentlichen und privaten Belangen. Der Fachbeitrag des LANUV leistet diese Aufbereitung des abwägungsrelevanten Sachverhalts insbesondere mit Blick auf die räumliche Ausdehnung der BSN-Festlegungen entlang der Bachläufe und Riefen, aber auch mit Blick auf die Einbeziehung landwirtschaftlich genutzter Flächen nicht. Insbesondere die landwirtschaftlichen Flächen werden überwiegend intensiv genutzt; Zielbeachtungspflichten können deshalb zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen auf diesen Flächen führen. Es ist nicht ersichtlich, dass eine entsprechende Ermittlung öffentlicher und privater Belange, die für oder gegen eine Vorrangfestlegung sprechen können, stattgefunden hätte. Sie kann auch nicht ausschließlich durch eine Beteiligungsmöglichkeit im Rahmen der Umweltprüfung ersetzt werden. Aus dem Abwägungsvorgang ergeben sich keine hinreichende Ermittlung und Bewertung der von den Antragstellerinnen und anderen öffentlichen Stellen benannten durch die

Planänderungen berührten Belange als Grundlage für eine dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechende Abwägung. IV. Gerichtlicher Rechtsschutz - Sollte der Regionalrat Köln die Einwendungen zurückweisen und an den NSG-Festlegungen in dem Umfang des Planentwurfs festhalten, gäbe es die Möglichkeit, die Unwirksamkeit dieser Ziele der Raumordnung gerichtlich feststellen zu lassen. Hinreichende Erfolgsaussichten von Klagen gegen den Regionalplan würden angesichts der festgestellten Mängel bestehen. Rechtsschutz gegenüber rechtswidrigen Raumordnungsplänen erreichen Grundstückseigentümer im Wege einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle nach § 47 VwGO. Voraussetzung für ein solches verwaltungsgerichtliches Normenkontrollverfahren gegen einen Raumordnungsplan ist, dass in dem jeweiligen Bundesland von der Möglichkeit des § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO Gebrauch gemacht worden ist, eine derartige verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle zu eröffnen. Diese Möglichkeit hat das Land NRW vor einigen Jahren eröffnet. Ein Normenkontrollantrag ist seitdem gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i. V. m. § 109a JustG NRW statthaft. Nach § 109a JustG NRW entscheidet das Oberverwaltungsgericht Münster auf Antrag über die Gültigkeit von anderen im Rang unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften, sofern das Landesrecht dies bestimmt. Nach Auffassung des BVerwG und auch des OVG Münster sind die in einem Regionalplan enthaltenen Ziele der Raumordnung Rechtsvorschriften i.S.d. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO. Sie können vom Zieladressaten zum Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle gemacht werden, BVerwG, Urt. v. 20. 11. 2003 ? 4 CN 6,03 ?, NuR 2004, 362; Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 135/20.NE, juris BayVG, Urt. v. 8. 12. 2003 ? 20 N 01.2612, UPR 2004, 458. Bei den geplanten BSN-Vorranggebietsfestlegungen handelt es sich, wie bereits erläutert, um Ziele der Raumordnung, die zum Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle gemacht werden können. Nach § 47 Abs. 2 VwGO kann einen Normenkontrollantrag jede natürliche oder juristische Person, die geltend macht, durch die Rechtsvorschrift oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden, innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Rechtsvorschrift stellen. Neben der verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle kommt auch eine verwaltungsgerichtliche Inzidentkontrolle in Betracht. Sie ist immer dann denkbar, wenn sich die betroffene Privatperson gegen eine Verwaltungsmaßnahme wehrt, deren Rechtmäßigkeit von der Gültigkeit des Raumordnungsplanes abhängt. In einem solchen Fall prüft das angerufene Verwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit des Raumordnungsplanes als Vorfrage. Nach § 9 Abs. 2 S. 4 HS 1 ROG sind, wie ebenfalls einleitend bereits erläutert, mit Ablauf der Einwendungsfrist nach § 9 Abs. 2 S. 3 ROG alle Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Damit reagiert der Gesetzgeber darauf, dass nach der Rechtsprechung des BVerwG der Grundeigentümer seine Klagebefugnis auf Art. 14 Abs. 1 GG stützen kann, ohne erläutern zu müssen, ob und inwieweit er auf dem Grundstück in absehbarer Zeit konkret raumbedeutsame Vorhaben realisieren möchte, Schubert, in: Kment, Hrsg., ROG, Einf. C, Rdn. 28 unter Verweis auf BT-Drs. 18/1432, 7 dort auch zu der Frage, ob, wie der Gesetzgeber annimmt, eine solche materielle Präklusionsregelung mit EU-Recht übereinstimmt. Die

Präklusion tritt nur dann ein, wenn das Beteiligungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist und wenn in der Bekanntmachung nach § 9 Abs. 2 S. 3 ROG auf die Präklusion hingewiesen worden ist. Präkludieren können im Übrigen auch nur die Stellungnahmen, die fristgerecht hätten abgegeben werden können. Eine Normenkontrollklage gegen die beanstandeten Ziele der Raumordnung des neu aufgestellten Regionalplans Köln wäre begründet, wenn die beanstandeten Ziele der Raumordnung rechtswidrig und damit unwirksam sind. Bleibt der Planentwurf trotz der vorgetragenen Einwendungen hinsichtlich der BSN-Festlegungen unverändert, werden die Einwendungen also vom Regionalrat zurückgewiesen, dann sind die beanstandeten NSG-Festlegungen aus den zuvor erläuterten Gründen rechtswidrig und damit zugleich unwirksam. Zwar kann ein Raumordnungsplan nach § 12 Abs. 6 ROG durch ein ergänzendes Verfahren zur Behebung von Fehlern auch rückwirkend wieder in Kraft gesetzt werden. Der Regionalrat könnte im Wege eines ergänzenden Verfahrens insoweit auch noch nach Einreichung eines Normenkontrollantrags den Einwendungen Rechnung tragen. Damit würde sich der Normenkontrollantrag erledigen; die Kosten des Rechtsstreits wären vom Land zu tragen. Ein Normenkontrollantrag gegen unverändert bleibende NSG-Vorranggebietsfestlegungen wäre zulässig und begründet.

V. Fazit: Die zeichnerische Darstellung von BSN entlang der Bachläufe und Riefen und auf angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen im Eigentum der Forstbetriebe Ihrer Forstgemeinschaft überfordert den Planungsmaßstab des Regionalplans in der von LPIG DVO vorgegebenen Maßstäblichkeit. Eine Biotopvernetzung kleinteiliger Bachläufe und Riefen muss der Landschaftsplanung vorbehalten bleiben und kann allenfalls durch einen Raumordnungsgrundsatz zum Biotopschutz bzw. durch eine BSLE-Festlegung im Regionalplan beeinflusst werden. Angesichts des Maßstabs der zeichnerischen Darstellung, der Strichbreite der Festlegung und der mangelnden Nachvollziehbarkeit des konkreten Umfangs der zeichnerischen Festlegungen bestehen durchgreifende Zweifel an einer hinreichenden Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit der BSN-Festlegungen. Da von ihnen jedoch im Geltungsbereich des § 35 BauGB unmittelbare Rechtswirkungen für die Grundstückseigentümer ausgehen, muss auf die angesprochenen BSN-Festlegungen verzichtet und der Biotopschutz, soweit erforderlich, durch die Landschaftsplanung ergänzt werden. Dabei kann wiederum der Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 herangezogen werden, der nach § 8 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW als Grundlage nicht nur für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan, sondern eben auch für die Landschaftsplanung dient. Zweifel an der Wirksamkeit der zeichnerischen Festlegungen ergeben sich auch daraus, dass wohl keine aktuellen Untersuchungen zum ökologischen Zustand der in Aussicht genommenen BSN-Flächen durchgeführt worden sind und dass es auch hinsichtlich der Erforderlichkeit und Angemessenheit der räumlichen Ausdehnung der gesicherten Flächen weder konkrete Sachverhaltsermittlungen gegeben noch eine entsprechende Abwägung widerstreitender Belange stattgefunden hat. In weiten Teilen sind als BSN vorgesehene Flächen für einen Biotopverbund ungeeignet. Es fehlt an einem kontinuierlichen Wasserzufluss und an einer für den Biotopschutz in Betracht zu ziehenden Fauna und Flora. Gegen die beanstandeten Ziele der Raumordnung kann mit



einer hinreichenden Erfolgsaussicht eine verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle beim OVG Münster eingereicht werden, wenn die Einwendungen zurückgewiesen werden sollten und an den in Aussicht genommenen NSG-Festlegungen unverändert festgehalten wird.	
---	--

AZ: Ö-M-522	
1001925	
1008917	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln und der damit einhergehenden Öffentlichkeitsbeteiligung möchte ich Stellung zum zeichnerischen Teil der Planunterlage beziehen, insbesondere in Bezug auf die folgenden zwei Flurstücke [ANONYMISIERTE]:</p> <p>Beide Flächen werden im Regionalplan als Gebiet zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? vorgesehen. Wir bewirtschaften in der Gemeinde Vettweiß einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb mit einem Schwerpunkt im Ackerbau. Unsere Flächen werden konventionell bewirtschaftet, wobei wir auf eine konservierende Bodenbearbeitung, vielfältige Fruchtfolgen und kleine Parzelleneinheiten achten. Die o.g. Flächen werden dadurch beispielsweise in der Regel als vier kleine Untereinheiten bewirtschaftet, was insgesamt zu einer starken Erhöhung der Biodiversität beiträgt. Bei einem Teil der Flächen und insbesondere den beiden auf die ich hier Bezug nehmen möchte, handelt es sich um landwirtschaftliche Grenzstandorte, deren Nutzung nur in sehr engen Grenzen möglich ist. Dies ist vor allem auf die niedrige Ackerzahl und einen sehr hohen Steinbesatz zurückzuführen, der den Einsatz von mechanischen Mitteln zur Beikrautregulierung unmöglich macht. Betriebskalkulation haben gezeigt, dass eine Bewirtschaftung ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel oder unter biologisch-organischen Richtlinien nicht nur technisch sondern auch wirtschaftlich nicht umsetzbar ist. Um die hohe Vielfalt und Biodiversität am Standort erhalten und diesen gleichzeitig weiterhin für die regionale Wertschöpfung und Lebensmittelerzeugung nutzen zu können, sind wir auf den zukünftigen gezielten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln angewiesen, welcher im Rahmen der Auszeichnung als Landschaftsschutzgebiet nicht dauerhaft gewährleistet ist. Die Flächen stellen darüber hinaus einen Kernbestandteil unseres Betriebes dar. Ein Wegfall dieser für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Erwerbstätigkeit stellt ein existenzielles Risiko für den Betrieb da. Ich bitte Sie daher die weitere Planung für diesen Bereich zu überprüfen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-524

1002218

1002646\_001

## Inhalt

**Betreff:** Einspruch gg. das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz

Hier: Industriegebiet zw. Terheeg, Neuhaus, Kaulhausen u. Venrath - Erkelenz - (im weiteren I. abgekürzt)

Ich erhebe Einspruch aus nachstehenden Gründen: Ich lehne das Gewerbegebiet I. ab, weil der maßlose Flächenfraß ein Ende haben muss. Es darf kein ?Weiter-so? mehr geben. Die Erweiterung bestehender Gewerbegebiete und die Schaffung neuer Gewerbegebiete scheint gedanken- und maßlos, weil sie die Praxis der letzten Jahrzehnte sind. Sie sind aber keine Antworten auf unsere heutigen Probleme. Es muss ein Umdenken in der Regionalplanung geben hin zu Nachhaltigkeit und kluger städtischer Entwicklung. Flächenfraß darf keine Option der Stadtentwicklung mehr sein. Bauweisen: Die modernen Bauweisen der Produktionshallen sind überwiegend eingeschossig. Zudem verschlingen großzügig bemessene Parkplätze übermäßig viel Fläche. Ein Grund dafür ist das billige Gewerbeland, dass die Städte im Konkurrenzkampf um die Gewerbesteuer den Betrieben zur Verfügung stellen. Hier liegen die Gründe auch im System. Wie im Wohnungsbau können wir uns auch bei den Gewerbeflächen diesen Flächenkonsum in Verantwortung für die nächste Generation nicht mehr leisten. Entsprechend könnte auf die Bebauung der vielen kleineren noch freien Flächen in derzeitigen Gewerbegebieten besetzt werden, die herkömmlichen Bauweisen überdacht und dazu übergegangen werden, bestehende Gewerbe-Gebäude ggf. aufzustocken, überdimensionierte Parkplätze zu verkleinern usw. Ich lehne das Gewerbegebiet I. ab, weil damit die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt werden. Strukturwandel scheint für unsere lokalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren. Alternativen zum neuen Gewerbegebiet:

- die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
- die Nutzung innerstädtischer Flächen,
- die Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,
- die Umnutzung alter Gebäude,
- die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,
- eine Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs.

Ich lehne das Gewerbegebiet I. ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

der umliegenden Dörfer zerstört werden. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen des Landes. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren. Ich lehne das Gewerbegebiet I. ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher? Das Gewerbegebiet I. grenzt an die Wohnbebauung meines Heimatortes an und ich befürchte trotz des Abstands von ca.350 Metern eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchtete, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um Gewerbegebiet I. erheblich beeinträchtigt wird und meine Gesundheit gefährdet.

AZ: Ö-M-527

1001898

1002647\_001

#### Inhalt

**Betreff:** Betreff: Bebauungsplan der Stadt Erkelenz,

Ich bin gegen ein neues Industriegebiet neben Neuhaus bzw. Terheeg

1. Natur sollte erhalten bleiben
2. Im gipco sind genug Leerflächen und Gebäude die zuerst neu besiedelt werden sollten
3. Wir sehen doch gerade in diesem Sommer wo die Industrie uns hingeführt hat Stichwort Erderwärmung
4. sollte Erkelenz ein Vorbild für andere Städte sein und vorhandene Industrie z.B. 2 miteinander kooperierende Firmen auf einen vorhandenen Industriegebiet zu vereinigen z. B durch Erbauung einer weiteren Etage, oder durch kleiner Empfangsbereiche sodass diese als Gewerbefläche genutzt werden könnten.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Grundsätzliches: Die Stadt Mechernich benennt in aller Regelmäßigkeit die Zielkonflikte "mit Grund und Boden sparsam umzugehen und Wohnraum zu schaffen. Mit der gleichen Regelmäßigkeit kommt sie aber immer zu dem gleichen Schluss: Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete zu schaffen ohne Rücksicht auf den Flächenverbrauch und Umwelt. Dies wird in der Stellungnahme der Stadt Mechernich mehr als deutlich. Damit steht sie allerdings im Gegensatz zu den Zielen der Landesregierung, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurden: "Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zeitnah auf 5 Fektar pro Tag und perspektivisch auch weitergehend durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren. Dazu werden wir den 5ha-Grundsatz in den LEP aufnehmen. Dazu gehören flächenschonendes Bauen, die Nutzbarhaltung vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen, Flächenrecycling, die bessere finanzielle Ausstattung des Verbandes für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AA V), die Weiterführung der Initiativen aus dem ?Maßnahmenpaket intelligente Flächennutzung . Unter Berücksichtigung der Klimafolgenanpassung wollen wir die Innenentwicklung flächensparend gestalten." In den Punkten 1 - 3 ihrer Stellungnahme erläutert die Stadt Mechernich die mögliche zahlenmäßige Bevölkerungsentwicklung, verschweigt allerdings deren demografische Entwicklung (Quelle: IT.NRW): Es wird deutlich, dass ab 2032 die Bevölkerungsgruppe der 70+ jährigen die Größte im Stadtgebiet sein wird und die Abkehr von flächenintensiven Siedlungsschwerpunkten mit hunderten von Einfamilienhäusern das Gebot der Stunde ist. Mechernich ist eine Flächenkommune mit 44 Ortsteilen, die sich moderat alle entwickeln sollen. Im Hinblick auf die Demografie sollte unseres Erachtens der l ächensparsame Bau von Wohnraum für Senioren in allen Ortsteilen im Vordergrund stehen. Finden Senioren solche Angebote in ihren angestammten Orten vor, sind sicher viele bereit ihr zu groß gewordenen Wohnhaus ihren Enkelkindern zu vermachen oder zu verkaufen, was schlussendlich jungen Familien ermöglichen würde zu preiswertem Wohneigentum zu gelangen. Die Stadt Mechernich gibt in ihrer Stellungnahme (Punkt 4) eine Liste von ca. 430 Interessenten an. Rechnet man die Herkunftsregionen zusammen ergibt sich allerdings eine Anzahl von 390. Im Schulentwicklungsplan 2021 (Seite 5 + 6) findet sich eine Zusammenstellung, welche Baugebiete sich in der Bauphase befinden und welche perspektivisch folgen werden. 774 Wohneinheiten sind demnach in einigen Stadtteilen geplant. Dies übersteigt die Anzahl der Interessenten mehr als deutlich! [Abbildung] Ungeachtet dieser Zahlen treibt die Stadt die Entwicklung des sogenannten 3. Siedlungsschwerpunktes Firmenich-Obergartzem auf einer Fläche von ca. 35 ha voran. Hier sollen laut

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Festlegungen erfolgen unter Abwägung der unterschiedlichen Belange (u.a. Umweltbelange) und unter Beachtung der geltenden landesplanerischen Vorgaben, hier insbesondere in Bezug auf den Auftrag zu einer Umsetzung der flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung. Wesentliche Grundlage für die Siedlungsraumfestlegungen bilden die Vorschläge der Kommunen der Region. Den Kommunen obliegt letztlich auch die Umsetzung im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit.

In Bezug auf die angesprochenen Punkte der Stellungnahme der Stadt Mechernich wird auf die Abwägungsvorschläge und Erläuterungen zu der kommunalen Stellungnahme verwiesen.

Schulentwicklungsplan (Seite 7) 600 - 750 Wohneinheiten entstehen. Derzeit hat Obergartzem 1.210 Einwohner und Firmenich 855 Einwohner (Stand:30.06.2020). Die Entwicklung dieses Siedlungsschwerpunktes in der Größenordnung würde einer Verdopplung der beiden Orte leichkommen. Dies lehnen wir entschieden ab. Dabei scheint Mechernich ja schon heute Probleme zu haben, zugezogene Familien zu integrieren (KStA vom 15.08.2022): "Unsicherheit bestehe aber, wie die rund 500 Familien integriert werden könnten, die nach Mechernich zögen. Im Umweltbericht zum Regionalplan Köln (MEC\_ASB\_2 & MEC\_ASB\_3) kommt man für den 3.Siedlungsschwerpunkt Firmenich-Obergartzem zu dem Schluss, dass eine Reihe umweltrelevanter Schutzgüter erheblich in Anspruch genommen würden: "Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei vier Kriterien (Wohnen, Naturschutzgebiet, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden. Unter Punkt 11.2 findet sich die geplante Bebauung ?An der Leichenraste , die sich in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Klebsandgrube Rolf befindet. Hier drängen sich Parallelen zu der Bebauung in Erftstadt-Blessem nahe einer Grube geradezu auf. Die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 und die Folgen für Blessem sind allgegenwärtig und müssen an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Warum das Siedlungsflächenmonitoring (Punkt 9) keine objektiven Hinweise liefert, wird nur unzureichend bzw. nicht nachvollziehbar erläutert. Die gleiche Strategie des Wir-nehmen-was-wir-bekommen-können bei den ASB verfolgt die Stadt Mechernich ebenfalls bei den GIB. Aber auch hier gilt das Ziel der Landesregierung, wie bereits erwähnt, mit Flächen sparsam umzugehen. Darüber hinaus werden für GIB häufig wertvolle landwirtschaftliche Flächen und ökologischer Freiraum in Anspruch genommen, was abzulehnen ist und im Koalitionsvertrag deutlich wird:Gleichzeitig möchten wir den wertvollen Freiraum erhalten, aktiv fortentwickeln und vernetzen. Landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Daher werden wir für alle Regional- und Flächennutzungspläne ein Planzeichen Landwirtschaft einführen. Vorsorgenden Hochwasserschutz werden wir als Grundsatz in den LEP auf nehmen." Schon heute stehen in den einzelnen Stadtteilen eine Reihe von Gewerbeflächen zur Verfügung, die noch nicht bebaut sind. In den GIB Obergartzem 1, 2 und 3 sind noch einige Flächen unbebaut. Bevor hier erweitert wird, sollte unbedingt verdichtet werden. Das GIB regional (ca. 26 ha) an der Autobahnausfahrt Wißkirchen möchte die Stadt Mechernich zusammen mit der Stadt Euskirchen entwickeln. Davon finden wir in der Stellungnahme der Stadt keinen Hinweis. Wohl aber unter Punkt 13 zum GIB für flächenintensive Großvorhaben in Euskirchen- Großbüllesheim. Hierzu möchten wir folgenden Hinweis geben: Es gibt eine Vereinbarung der Partner der LEP Fläche, dass wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt keine Verwertung für ein Großvorhaben möglich war, ein Teilbereich für ?normales Gewerbe umgewandelt wird. Im Regionalplanentwurf hat die Stadt Mechernich unter Punkt 12 zunächst eine 1. Erweiterung des Gewerbegebietes Obergartzem 3 um 22,5 ha vorgeschlagen. Eine 2. Erweiterung von 6,8 ha wird jetzt aktuell in der Stellungnahme der Stadt vorgeschlagen und eine 3. Erweiterung von ca.

28 ha bis zur Grube Karl bzw. K10 durch ?Rücknahme von BSN Flächen soll ermöglicht werden. Bereits mit der 1. Erweiterung des GIB nimmt dieses die komplette Ortslage in der Länge von Obergartzem ein. Zusammen mit Obergartzem 1 und 2 im Nordosten und dem Siedlungsschwerpunkt Firmenich-Obergartzem wäre der Ort komplett eingeschlossen. Im Umweltbericht zum Regionalplan Köln (MEC\_GIB\_1) kommt man für die 1. Erweiterung des GIB bereits zu dem Schluss, dass die Schutzgüter Klima/Luft sowie Landschaft erheblich in Anspruch genommen würden: Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei zwei Kriterien (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, landschaftsgebundene Erholung) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Sachverhalte auch für die 2. Erweiterung (6,8 ha) gelten. Mehr noch, denn in dieser Erweiterung befindet sich eine sehr große Feldhecke auf dem Gebiet der Stadt Zülrich und auch auf dem Gebiet der Stadt Mechernich. Der ökologische Wert dieser Hecke steht außer Frage und muss nicht weiter erläutert werden. Auf einer Lichtung innerhalb dieser Hecke hat die Stadt Mechernich vor ca. 2 Jahren eine Ausgleichsmaßnahme mit der Neuanpflanzung von etwa 20 Bäumen durchgeführt. Eine Inanspruchnahme dieses Gebietes als Gewerbegebiet halten wir für vollkommen ausgeschlossen. Umweltberichte für die 2. und 3. Erweiterung des GIB sollten in Auftrag gegeben werden. Heute bereits nehmen die Gewerbegebiete Obergartzem 1 - 3 eine Fläche von ca. 76 ha in Anspruch. Die 3 beschriebenen Erweiterungen des Gewerbegebietes Obergartzem 3 würden mit ca. 57 ha zu Buche schlagen. Würden die Pläne der Verwaltung umgesetzt, wäre der kleine Doppelort Firmenich-Obergartzem mit Gewerbe- und Industriegebieten auf einer Fläche von ca. 133 ha belastet. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].



AZ: Ö-M-530	
1001926	
1004423	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sollten die Maßnahmen umgesetzt werden, ist die Entwicklung meines landw. Direktvermarktungsbetriebes mit Weidetierhaltung in [ANONYMISIERT] eingeschränkt. Mich betrifft die rot umrandete Fläche im Bild [s. Anhang Abb. StnID_1004423]. Ich bitte Sie von der Umsetzung abzusehen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1004423.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-531	
1001899	
1003713	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Bürgerverein Köln-Müngersdorf e.V. ist eine der ältesten und mitgliederstärksten Bürgervereinigungen in Köln. Unser Verein unterstützt im Rahmen der aktuellen Öffentlichkeitsbeteiligung ausdrücklich die Stellungnahme der Stadt Köln zur Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln (Ratsbeschluss der Stadt Köln vom 20. Juni 2022) in Bezug auf die Flächen im Kölner Westen / Stadtbezirk 3 (Lindenthal).</p> <p>1) Eine ganze Reihe von Bürgergruppen und Bürgervereinen hatte in den zurückliegenden Jahren von der Lokalpolitik gefordert, auf die Ausweisung von neuen Siedlungsbereichen im Kölner Westen zu verzichten. Diesem Ansinnen der (organisierten) Bürgerschaft ist die Politik mit dem o.a. Ratsbeschluss erfreulicherweise vollumfänglich nachgekommen, mit dem Umwidmungen von Freiflächen im Stadtbezirk Lindenthal abgelehnt werden.</p> <p>Es handelt sich dabei um die folgenden Flächen aus dem Regionalplan-Entwurf von Dezember 2021:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ASB 3-309-005, Darstellung von der Stadt Köln nun als AFAB gewünscht</li> <li>• ASB 3-306-001B Variante 2, Darstellung nun als AFAB</li> <li>• ASB 3-308-002 Variante 2, Darstellung nun als AFAB</li> <li>• ASB 3-308-B02, Darstellung nun als AFAB</li> <li>• ASB 3-309-003, Darstellung nun als AFAB</li> <li>• ASB 3-309-006, Darstellung nun als AFAB</li> <li>• ASB 3-309-B03, Darstellung nun als AFA</li> </ul> <p>Der Bürgerverein Köln-Müngersdorf e.V. schließt sich für die vorgenannten Flächen der Stellungnahme der Stadt Köln an.</p> <p>2) Unser Bürgerverein erkennt dabei an, dass Köln eine wachsende Stadt ist. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass Innenentwicklung vor Außenentwicklung Vorrang haben muss.</p> <p>In unmittelbarer Nachbarschaft unseres Stadtteils Köln-Müngersdorf wird durch den Stadtrat bspw. mit der Ausweisung der Flächen um das sog. "Max-Becker-Areal" als</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht. Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

ASB diesem Grundsatz Rechnung getragen. Dort soll bis 2030 ein Mischgebiet (Urbanes Gebiet) mit hohem Wohnanteil und gleichzeitiger gewerblicher Nutzung entstehen, wofür bislang minder- und ungenutzte Gewerbe- und Industrieflächen in Wert gesetzt bzw. revitalisiert werden:

- GIB/ASB 4-401-001, Darstellung nun als ASB

Der Bürgerverein Köln-Müngersdorf e.V. schließt sich für die vorgenannte Fläche der Stellungnahme der Stadt Köln an.

Begründung zu 1):

Der Kölner Westen hat mit seinen bevorzugten Wohnlagen in den vergangenen Jahrzehnten einen überproportionalen Beitrag zum Wohnungsneubau in Köln beigetragen. Dies erfolgte nicht nur durch eine spürbare Nachverdichtung in bereits dicht besiedelten Lagen des Innenbereichs, sondern besonders auch durch großflächige, neue Siedlungsbereiche (bspw. Widdersdorf-Süd-Ost) ohne dass begleitend ein adäquater Auf- bzw. Ausbau der verkehrlichen Infrastrukturen - insbesondere für den nicht-motorisierten Individualverkehr und der sozialen Infrastruktur seitens der Stadt Köln erfolgt wäre. Es ist für die Kölner Bürger derzeit leider nicht erkennbar, dass wichtige und schon lange ausstehende Erschließungsmaßnahmen (bspw. der dringend benötigte Stadtbahnanschluss des Stadtteils Köln-Widdersdorf) in einem mittelfristigen Zeitraum nachgeholt werden.

Gleichzeitig haben die noch vorhandenen Freiflächen im Kölner Westen wichtige Funktionen für die Gesamtstadt: Neben der Naherholung der Bevölkerung und/oder der Nutzung als ertragsstarkes Ackerland mit besonders wertvollen Lössböden erfolgt hier die Kaltluftbildung. Aufgrund der Hauptwindrichtung Südwest dienen sie somit direkt der Belüftung des Kernstadtgebietes und der dicht besiedelten nordwestlichen Stadtteile (bspw. Köln-Alt-Ehrenfeld und Köln-Nippes).

Vor dem Hintergrund der notwendigen Bewältigung oder zumindest Abmilderung der Klimawandelfolgen lehnt unser Bürgerverein eine weitere Versiegelung von Freiflächen im Kölner Westen ab. Stattdessen sind die Grünzüge und Freiflächen im Stadtgebiet (bspw. Äußerer Grüngürtel) mit dem sog. Dritten Grüngürtel um Köln (Glessener Höhe und nördlicher Höhenzug der Ville) durch radiale Grünverbindungen ins Umland weiter zu vernetzen und zu stärken, um so den dringend notwendigen Frisch- und Kaltluftzufluss in die stark bebauten und dadurch besonders hitzebelasteten innerstädtischen Bereiche dauerhaft sichern zu können.

Begründung zu 2):

Industrielle Nutzungen in der erweiterten Innenstadt können nur noch als auslaufende

Flächennutzungen betrachtet werden, denn eine innenstadtnahe Neuansiedlung von größeren Industriebetrieben dürfte aus betrieblichen Gründen kaum mehr erfolgen (Ausnahme: Citylogistik; diese wurde jedoch bereits im Umfeld des genannten Bereichs mehrfach realisiert). Auch fehlt es den örtlichen Industrieunternehmen i.d.R. an standortangrenzenden Flächen für Betriebserweiterungen oder für Umbauten der Anlagen ohne Betriebsunterbrechung.

Weitläufige Industrieflächen in Innenstadtnähe können als mindergenutzt betrachtet werden. Die Industrieunternehmen (im konkreten Fall ein Schrottplatz) werden daher langfristig von ertragsstärkeren Nutzungen (wie Büro und Wohnen) verdrängt und verlagern sich an geeignetere Orte.

Die vorgenannte Projektentwicklung am Max-Becker-Areal nimmt auf die Bedürfnisse der anderen, ortsansässigen Industrieunternehmen Rücksicht und befördert auch die Entwicklung eines neuen Gewerbestandortes, da im Urbanen Gebiet eine Nutzungsmischung aus nicht-störenden Gewerbe (bspw. des tertiären Sektors) und Wohnen entwickelt werden soll. Solche gemischt-genutzten Wohn , Büro- und Dienstleistungsstandorte entsprechen dem Wunsch vieler Bürger, dass keine monofunktionalen, nach Geschäftsschluss verwaisten Areale (also ohne soziale Kontrolle während der Abend- und Nachtstunden) mehr entwickelt werden sollen.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-536	
1002245	
1003712	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betr.: Flurstücke 8-807-005,8-807-004,8-808-006 und 8-809-010</p> <p>Mit Entsetzen habe ich gehört das der Regionalplan für Neubrück, Brück und Rath neu gestaltet werden soll. Gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsflächen sowie unversiegelte und landwirtschaftliche Freiflächen soll in Wohnbebauung umgewandelt werden. Für viele Bürger Neubrücks ist dies das nächste, für sie erreichbare Naherholungsgebiet,hier können sie ihre Hunde ausführen oder spazieren gehen. Oder ganz einfach sich auf einer der Bänke entspannen und erholen. Überall hört man vom Klimawandel und der damit verbundenen Aufheizung der Städte. Nicht besonders sinnvoll ist es dann noch zusätzlich die bisher unverbaute und unversiegelte Fläche zu versiegeln/zu bebauen.Somit ist die dringend benötigte Frisch- und Kaltluftschneise in Gefahr. Ein anderer Punkt ist, die dort lebende Tierwelt. Viele bedrohte und auch heimische Tierarten leben in diesem Gebiet. Es kann nicht sein, das auf Kosten der hier lebenden Menschen und auch Tiere dieses Gebiet dem Bagger zum Opfer fällt. In der Hoffnung, dass meine Bedenken Gehör finden senden wir Ihnen dies Mail.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-54	
1001238	
1001610	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ortsteil Bergisch-Gladbach Schildgen mit der Straße Odenthaler Markweg, Aehlemaar</p> <p>Im neuen Regionalplan ist den zeichnerischen Festlegungen hier eine Siedlungsfläche zurückgenommen worden. Das ist aus Gründen, auf die wir nachstehend eingehen, zu begrüßen. Wir gehen deshalb davon aus, dass diese auch für den Regionalrat von Bedeutung waren. Die Rücknahmen sind jedoch unter Berücksichtigung der Regionalplanziele nicht ausreichend. Dies begründen wir im Folgenden:</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001610_1]</p> <p><b>Klimaschutz</b>  Die gesamte Fläche hat als Kaltluftentstehungsgebiet eine herausragende Bedeutung. Die seitens der Stadt Bergisch Gladbach erarbeitete Klimaanalyse weist dies nach und hebt die Bedeutung für die Temperaturminderung in heißen Sommern für den Ortsmittelpunkt Schildgen hervor. Mit der Einräumung einer Möglichkeit der Besiedlung durch den neuen Regionalplan sowohl am unteren wie auch am westlichen Rand würde die klimatisch positive Wirkung stark eingeschränkt. In Kombination mit der Richtung Kempener Straße hinzugekommenen Erweiterung der Siedlungsfläche wird eine zusätzliche Barrierewirkung aufgebaut, die im Bereich des Odenthaler Markweges ohnehin durch fehlerhafte Genehmigungsverfahren gegeben ist. Beide wichtigen Kaltluftkeile verlieren dadurch ihre Wirkung, auch in Richtung Kempener Straße, die an dieser Stelle durch lockere Bebauung eine durchgehende Kaltluftströmung ermöglicht. Dies ist, wie die Karte des Regionalplans zeigt von herausragender Bedeutung für die Stadt Köln.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001610_2] (Klimawandel oben rechts)</p> <p><b>Gewässerschutz und Retentionsflächen</b></p> <p>Das Kaltluftentstehungsgebiet nördlich der o.g. Straßenverläufe entfaltet seine besondere Wirkung dadurch, dass sich auf der genannten Fläche Siefen befinden, die zum Quellgebiet des Katterbachs gehören. Das Starkregenereignis vom Juli 2021 hat gezeigt, dass durch den Katterbach etliche Häuserkeller überflutet wurden. Größere Schäden sind aber insbesondere dadurch verhindert worden, dass die Wiesen des Quellgebietes durch ihre Schwammwirkung das Wasser für einen längeren Zeitraum zurückhalten konnten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Zu den erfolgten Rücknahmen von Siedlungsbereichen in Schildgen (s. StnID 1004646 + 1004648). Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Eine Konkretisierung in Bezug auf eine angeregte darüber hinausgehende Rücknahme zeichnerischer Festlegungen ist nicht möglich.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht darüber hinaus ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

[s. Anhang Abb. 1001610\_3]

Dennoch entwickelte der Katterbach sich bereits 500 Meter hinter der Quelle zu einem 6-8 Meter breiten Bachlauf.

[s. Anhang Abb. 1001610\_4] (Foto).

Die Einschränkung der Retentionsflächen im Regionalplan mit entsprechender Versiegelung würde zu einer Verschlimmerung bei ähnlichen Starkregenereignissen führen. Die Betrachtung des Regionalplans bei den textlichen Festlegungen zum Kapitel Extremhochwasser greifen im Übrigen zu kurz, weil sie Bäche und kleinere Flussläufe zu wenig einbezieht und ihre Wirkung auf den gesamten Bach-/Flusslauf unterschätzt. Der Schutz ihrer Quellgebiete ist aber aus den genannten Gründen von wesentlicher Bedeutung. Die Kühlleistung von Grünflächen ist eng mit den Grundwasserflurabständen verbunden, denn die Kühlleistung kann nur über die Verdunstung von Wasser erreicht werden. Die Grundwasserflurabstände liegen auf der genannten Fläche höchstens bei 40-80cm, zum Teil bei 0-40 cm. Dies führt zu einer optimalen Kühlleistung in Hitzeperioden.

[s. Anhang Abb. 1001610\_5]

Quelle: Klimaanalyse der Stadt Bergisch Gladbach - Linke Karte: Dunkelgrün=Ausgleichsraum von hoher Bedeutung, klimaaktive Freiflächen mit direktem Bezug zum Siedlungsraum, hohe Empfindlichkeit gegenüber nutzungsverändernden Eingriffen. Rechte Karte: Freilandklima, ungestörter stark ausgeprägter Tagesgang von Temperatur und Feuchte, sehr geringe Windströmungsveränderung, starke Kaltluftproduktion

#### Schutz der Böden

Wir möchten darauf hinweisen, dass die genannten Freiflächen mit der Bodenart Gley sehr schutzwürdige Böden ausweisen, die durch Besiedlung gefährdet wären.

#### Ergebnis

Unsere Eingaben sind im Zusammenhang mit den Zielen und Grundsätzen des Regionalplans zu sehen, die in seiner Begründung aufgelistet sind. Zwischen den zeichnerischen Darstellungen und der Begründung bzw. den Planzielen bestehen deutliche Abweichungen. Der Regionalplan soll danach unter anderem: Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln, Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln, Thermische Belastungen abbauen, indem Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion im Siedlungsraum erhalten und entwickelt sowie mit den Bereichen klimaökologischer Bedeutung verknüpft werden. In den thermischen Belastungsräumen soll auf den Abbau von bestehenden Hitzebelastungen hingewirkt werden. Diese Ziele werden für

Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

den Bereich Schildgen aus den genannten Gründen verfehlt. Wir halten deshalb eine Korrektur des Regionalplanentwurfs für dringend erforderlich.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1001610\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001610\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001610\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001610\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1001610\\_5.pdf](#)



1001615	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Grünzug Hufer Weg Bei der zeichnerischen Darstellung von Grünzügen, Frei- und Schutzflächen fällt im Bereich des südöstlichen Siedlungsrandes Schildgen/Nußbaum auf, dass gegenüber dem alten Regionalplan ein Grünzug Richtung Norden südlich der Straße Hufer Weg bis zur Einmündung Voiswinkeler Straße am nördlichen Rand gekappt wurde. Dies ist völlig unverständlich. Die neue Grenzziehung geht mitten durch ein Waldgebiet, das sich in der Struktur nicht voneinander unterscheidet.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001615_1]</p> <p>Wir wissen, dass die regionalplanerischen Festlegungen die raumordnungsrechtliche Grundlage nur im Maßstab 1:50.000 abbilden und keine Parzellenschärfe besitzen. Dieses Prinzip wird aber nicht durchgehend beachtet. Es fällt auf, dass die Grenzziehungen zum Teil sehr trennscharf erfolgen, an anderen Stellen sehr grob. Das ist unverständlich. Der Regionalplan gefährdet deshalb seine Funktion rechtlicher Vorrangstellung von der Bauleitplanung. Im vorgenannten Beispiel wird dies deutlich.</p> <p><b>Anhänge</b> <a href="#">Abb_ID_1001615_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p>

AZ: Ö-M-56

1001194

1000782

#### Inhalt

Einspruch Neuaufstellung Regionalplan Leverkusen Steinbüchel Leimbachtal

Hiermit legen wir als Erbgengemeinschaft [ANONYMISIERT] gegen die Neuaufstellung des Regionalplans im Bereich Leverkusen/Leimbachtales Höfen ( wegen möglichen Naturschutz Gebiet) Einspruch ein. Betroffen sind wahrscheinlich unsere Grundstücke Gemarkung [ANONYMISIERT]. Bei den von ihnen online zu Verfügung gestellten Pläne erkennt man nicht die genauen Grenzen. (Ungenügende Auflösung der Pläne) Wir Bitten um eine detaillierte Darstellung des Bereiches.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-564	
1002243	
1003737	
<p>Inhalt</p> <p><b>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes</b></p> <p><u>Veranlassung</u> Veröffentlichung des Entwurfes zum Regionalplan Köln mit der Aufforderung zur Stellungnahme bis Ende August 2022.</p> <p>Zur Darstellung im Regionalplan beziehen die StEB.Köln zu drei der fünf Kölner Klärwerke Stellung: Zu Köln.Langel, Köln-Rodenkirchen und Köln-weiden.</p> <p>Das Klärwerk Köln-Wahn wird von den SIEB Koln lediglich betrieben. Eine Stellungnahme wird durch den Wasser- und Bodenverband Wahn erstellt. In der textlichen Festlegung wird unter 5.3.4 zu Standorten für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen dargelegt, daß Kläranlagen &gt; 10 ha und/oder 150.000 EW generell zeichnerisch berücksichtigt werden.</p> <p>Bei der Darstellung der Klärwerke werden aber auch Flächen &lt; 10 ha zeichnerisch berücksichtigt. Wie z:8. die Ausweisung einer ehemaligen Deponie auf dem Gelände des Großklänsrkerkes Köln-Stammheim als Fläche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholirng sowie die Aussparung von Köln-Rodenkirchen als Überschwemmungsgebiet.</p> <p>Daneben gibt es weitere Überschneidungen der Klärwerksgelände mit Festlegungen für den Freiraum:</p> <p><u>Klärwerk Köln-Langel</u> BSLE Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholungrg RG Regionale Grünzüge</p> <p><u>Klärwerk Köln-Rodenkirchen</u> Waldbereiche BSLE Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung RG Regionale Grünzüge BGG Grundwasser- und Gewässerschutz</p> <p><u>Klärwerk Köln-Weiden</u> RG Regionale Gr:ünzüge</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von</p>

Ich bitte darum, diese Nutzungen in der zeichnerischen Darstellung für das jeweilige Klärwerksgelände auszusparen, da sie mit der Funktion Abwasserbehandlung und -reinigung nicht vereinbar sind.

Zur Verschneidung mit dem Regionalplan werden Auszüge aus dem Entwurf zum Regionalplan sowie ESRI-Dateien zur Georeferenzierung der Kölner Klärwerke als digitaler Anhang zu diesem Schreiben übergeben.

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Auch in den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Festlegungen BGG greift nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Ausnahmsweise sind Planungen und Maßnahmen in BGG bei wasserrechtlichen Ausnahmetatbeständen möglich. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung.

AZ: Ö-M-565

1002146

1002664\_001

#### Inhalt

Betreff: Industriegebiet Neuhaus

hiermit möchten wir einmal auf das neue geplante Industriegebiet Neuhaus in Erkelenz zurückkommen und als Bürger Stadt Erkelenz aufs Äußerste protestieren. Dieses Gebiet ist äußerst wertvoll für die Landwirtschaft und unsere Flora und Fauna. Dort siedeln sich die verschiedensten Tiere an und es ist ein kleines Naherholungsgebiet. Ein größerer Kinderspielplatz sowie die Gelegenheit dort größere Runden mit den Hunden zu gehen ist ebenfalls vorhanden was in Zukunft mit einem Industriegebiet alles wegfallen würde. Man sieht im Beispiel von Mönchengladbach Rheindahlen, wo sich die Firma Amazon angesiedelt hat, wie beeinträchtigt dort die anliegenden Anwohner durch den LKW Verkehr benachteiligt sind. Die permanenten An- und Abfahrten der LKW sind dort für nur ein Unternehmen so unerträglich geworden, dass dort auch protestiert wird. Sollte hier ein ganzes Industriegebiet gebaut werden, würde dies eine sehr starke Lärmbelästigung der Anwohner sowie eine Preisminderung der Grundstücke bedeuten. Wir möchten Sie daher bitten, zu überdenken, ob ein Industriegebiet dort wirklich notwendig ist und bitten Sie dies nicht zu genehmigen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-566

1002147

1002680

**Inhalt**

Bezüglich der geplanten Neuaufstellung des Regionalplanes legen wir hiermit Widerspruch ein. Die Neuaufstellung betrifft einen Teil des Flurstücks Gemarkung Zülpich- Dürscheven Fl 3 Nr. 371. Eine Teilfläche von 700 Quadratmeter haben wir vor 3 Wochen als Bauland erworben und möchten diesbezüglich auch unser Bauvorhaben in kurzer Zeit beginnen. Jedoch liegt dieser Bereich in Ihrem neuen Planungsbereich. Fristgerecht legen wir hiermit zur weiteren Klärung Widerspruch ein. Eine Skizze haben wir angefügt.

**Abwägung**

**Typ**

**Ausgleichsvorschlag**

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

AZ: Ö-M-567	
1001901	
1008919	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Regionalplan Köln - Beteiligung</p> <p>ich bewirtschafte in der Gemarkung Erftstadt Erp meine Idw. Ackerflächen. Die Flächen sind vom vorliegenden Regionalplan betroffen.</p> <p>Laut der Karte sind die Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholungsgebiete erfasst. Daher befürchte ich große Eingriffe in der Bewirtschaftung meiner Ackerflächen durch Düngeeinschränkungen bis hin zu Verboten, Einschränkungen im Bereich Pflanzenschutz, Anbaueinschränkungen mit Bewirtschaftungsauflagen, evtl. sogar das Verbot zum Errichten von Idw. Gebäuden und Hallen.</p> <p>Dies käme einer Enteignung durch die Hintertür gleich und hätte einen enormen Wertverlust unserer Ackerflächen zur Folge. Daher widerspreche ich und lehne den von Ihnen vorgelegten Plan ab.</p> <p>Es ist richtig das wir alle etwas für die Natur und den Umweltschutz tun müssen. Dies sollte aber eher auf freiwilliger Basis erfolgen. Beispiele dafür gibt es genug. Ich selbst habe ca. 55 ha Ackerflächen mit dem Nabu Bonn Rhein Erft für den Umweltschutz auf freiwilliger Basis bereitgestellt. Dies muss aber auf freiwilliger Basis so bleiben. Damit habe ich jederzeit auch wieder die Möglichkeit entweder wie bisher konventionell oder aber in jeder anderen beliebigen Form meine Idw. Flächen zu bearbeiten.</p> <p>Gerade jetzt in Kriegszeiten zeigt sich, daß wir flexibel sein müssen.</p> <p>Auch wenn der Krieg nicht direkt bei uns stattfindet, hat er doch große Auswirkungen auf die hiesigen Märkte und die Nahrungsversorgung der Bevölkerung. Bei der riesigen Fläche die durch die Regionalpläne deutschlandweit betroffen sind, wären wir nicht mehr in der Lage unsere Bevölkerung mit Brotgetreide zu versorgen. Das ist nur ein Beispiel.</p> <p>Daher sollte hier mit Augenmaß und Verstand gearbeitet werden.</p> <p>Wie geschrieben, in der jetzigen Form lehne ich den vorgelegten Regionalplan der Bezirksregierung Köln ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-569

1001902

1002669\_001

#### Inhalt

Betreff: Einspruch gegen das Gewerbeflächenkonzept Erkelenz- Neuhaus

Hiermit möchten wir Einspruch gegen das angestrebte Gewerbegebiet in Erkelenz- Neuhaus einlegen. Gründe: Hier werden noch mehr Flächen versiegelt. Können wir uns das in der heutigen Zeit noch leisten? Wir meinen: NEIN! Es bestehen in und um Erkelenz genügend Gewerbegebiete die noch nicht ausgelastet sind. Es werden fruchtbare Böden verschwendet für ein Gewerbegebiet. Können wir uns das heute noch leisten? Wir meinen: NEIN! Was bringen uns ein neues Gewerbegebiet? Arbeitsplätze? Wieviel Arbeitsplätze bringt ein weiteres Logistikcenter? Die umliegenden Dörfer sind schon genug durch den Tagebau belastigt, soll jetzt auch noch vermehrter LKW Verkehr dazu kommen? Wir meinen: NEIN! Ist es richtig, das hinter Neuhaus liegende Naturgrundstück ( Baumschulpark) mit seinen dort angesiedelten Tieren ( welche Rückzugsmöglichkeiten bestehen denn noch für Rehe, Fuchs und Hase?) der Gefahr eines vermehrten Verkehrsaufkommens auszusetzen? Wir meinen: NEIN! Deshalb kein Gewerbegebiet in Erkelenz-Neuhaus!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-570

1002077

1002672\_001

#### Inhalt

**Betreff:** Einspruch gegen das Umsetzen eines Industriegebietes Erkelenz As Ost

Hiermit erhebe ich Einspruch gegen das geplante Industriegebiet 41812 Erkelenz As Ost. Wohngebiete mit angrenzendem Erholungspark in dem auch Rehe leben sollten vor einem Industriegebiet geschützt werden. Ausserdem ist es nicht ratsam die vielen Felder mit Beton zu versiegeln, sodass das Regenwasswer sehr viel schlechter ablaufen kann. Desweiteren schadet ein Industriegebiet der Gesundheit der Anwohner mit Einfamilienhäusern, die nicht einfach wegziehen können, durch Geruchsbelästigung, Lärm und LKW-Verkehr. Die von Ihnen angesprochenen neuen Arbeitsplätze dürfen nicht auf unseren Schultern Lasten. Wir fordern ein ruhiges Wohnumfeld ohne eine Sonderbelastung von einem Industriegebiet.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-571	
1002220	
1002673_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG<sup>1,2,3</sup></p> <p>Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Stadt Heinsberg, Gemarkung Randerath, Flur [ANONYMISIERT] und Flur [ANONYMISIERT] ("Abgrabung Himmerich"), innerhalb des vorgesehenen BSAB eine Mineralstoffdeponie der Klasse DK 0 darzustellen. Die Ausweisung ist erforderlich, weil die Deponienutzung auf einer Fläche erfolgen soll, die größer als 10 ha ist.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1002673_001_1]</p> <p>1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG</p> <p>Die Firma Kieswerk Himmerich GmbH aus Heinsberg regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie auf einer Teilfläche des voraussichtlichen BSAB am Standort Himmerich darzustellen.</p> <p>Vorhabengegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden. Ausgehend von den bisherigen Anforderungen an die Verfüllung wird von der Vorhabensträgerin die Errichtung und der Betrieb einer Mineralstoffdeponie der Klasse 0 angestrebt.</p> <p>Zur optimalen Nutzung der Deponie wird in Ergänzung hierzu angeregt, innerhalb der angeregten Deponiefläche eine zeitlich befristete Fläche zur Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen darzustellen. Hierzu wird voraussichtlich eine Fläche von etwa 3 ha benötigt [s. Anhang Abb. StnID 1002673_001_2].</p> <p>Zur maximalen Ausnutzung des Deponievolumens und unter dem Aspekt der Flächensparnis sollen die angelieferten Abfälle vor Ort aufbereitet und wenn möglich recycelt werden. Die verwertbaren Bestandteile sollen nach der Aufbereitung wiederverwendet und vermarktet werden. Die nicht verwertbaren Feinbestandteile sollen auf der Deponie abgelagert werden. Es wäre denkbar, die Abfallbehandlungsanlagen in Tieflage zu errichten. Hierdurch können Emissionen deutlich verringert werden.</p> <p>Die Kieswerk [ANONYMISIERT] gehört mit zu der [ANONYMISIERT] Firmengruppe.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Innerhalb des im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe festgelegten BSAB wird der Standort als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Derzeit werden zwei Standorte betrieben.

Am Standort Kaphof in Hückelhoven wird von der Firma [ANONYMISIERT] eine Nassabgrabung zur Gewinnung von Kies und Sand betrieben. An diesem Standort erfolgt neben der Rohstoffgewinnung auch eine Aufbereitung und Veredelung der Rohstoffe. Mit dem Betriebsgelände ist auch ein Betonwerk verbunden, welches einen Teil der Rohstoffe direkt vor Ort weiterverarbeitet.

Der Standort Himmerich wird von der Kieswerk [ANONYMISIERT] in Form einer Trockenabgrabung betrieben. Die Tätigkeit an diesem Standort umfasst auch die Verfüllung mit geeinetem Bodenmaterial.

Die Abgrabungs- und Verfülltätigkeit stellt das Kerngeschäft dar. Zukünftig sollen die Betriebsaktivitäten durch Projekte zur Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien ergänzt werden. Zum Beispiel wurde bereits eine schwimmende PV-Anlage auf dem Agrabungssee Kaphof errichtet, welche zukünftig vergrößert werden soll. Die erzeugte Energie soll auch genutzt werden, um das eigene Kieswerk mit Strom zu versorgen. Dieser Geschäftsbereich wird von der [ANONYMISIERT] betrieben.

Zur langfristigen Sicherung des Fortbestands beabsichtigt die [ANONYMISIERT], neben dem Ausbau der Rohstoffgewinnung am Standort Himmerich, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle und den Ausbau erneuerbarer Energien langfristig zu konzipieren und zu planen. Im Zuge der 1. Offenlage des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe, wurde der Standort Himmerich bereits als zukünftiges BSAB dargestellt. Die BSAB-Darstellung im Regionalplanentwurf deutet bereits auf die hervorragende Eignung des Standorts Himmerich zur Rohstoffgewinnung und Verfüllung hin.

#### 1.1 Anlass und Gegenstand der Anregung

Die genehmigte Trockenabgrabung Himmerich mit anschließender Verfüllung liegt im Heinsberg, Stadt Heinsberg, Gemarkung Randerath, Flur [ANONYMISIERT]. Die bestehende Trockenabgrabung wurde mit Bescheid vom 30.05.2000 genehmigt und umfasst eine Fläche von ca. 9,97 ha.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_3]

Am 29.03.2021 wurde vom Kreis Heinsberg ein Abgrabungsvorbescheid erlassen, welcher bereits von dem Kreis Heinsberg um 1 Jahr verlängert wurde. Der Vorbescheid umfasst die gesamte Fläche des voraussichtlichen BSAB und nördlich angrenzende Flächen [s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_2]. Der Vorbescheid umfasst eine Flächengröße von etwa 49 ha.

Auf Grundlage des Vorbescheids ist es geplant, die bestehende Abgrabung zu erweitern. Der Genehmigungsantrag "Antrag auf Erweiterung einer Trockenabgrabung"

soll kurzfristig beim Kreis Heinsberg eingereicht werden. Die geplante Erweiterung schließt unmittelbar nördlich, östlich und südlich an die bestehende Abgrabung an und umfasst eine Flächengröße von etwa 29,2 ha.

Es ist grundsätzlich geplant, die im Entwurf des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe mit Stand Juni 2020, als BSAB dargestellten Flächen sukzessive abzubauen. Im Anschluss an die Abgrabungstätigkeit sollen Bodenaushub und bautechnisch nicht verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich abgelagert werden.

Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll, organischen Stoffen (Bio-Abfälle) oder Sondermüll soll nicht erfolgen. Ein Teil der ohnehin geplanten Verfüllung könnte dann in Form einer Mineralstoffdeponie erfolgen.

Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form insgesamt etwa 47 ha. Sie setzt sich zusammen aus Teilflächen der in Betrieb befindlichen Abgrabung und Verfüllung, der geplanten Erweiterung sowie weiteren Flächen innerhalb des voraussichtlichen BSAB.

Um den Betriebsstandort langfristig zu sichern und weiter auszubauen, sollen Teilflächen, welche im Teilplan nichtenergetische Rohstoffe (Planentwurf mit Stand Juni 2020) bereits als BSAB dargestellt werden, im Anschluss an die Rohstoffgewinnung im Regionalplan zeichnerisch als Mineralstoffdeponie abgebildet werden. Die derzeitige Darstellung im Planentwurf des Gesamt-Regionalplans als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)?, auf Teilflächen überlagert von der Darstellung ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? soll zusätzlich zu der voraussichtlichen Darstellung als BSAB durch die zweckgebundene Darstellung ?Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie? ergänzt werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_2]

## 1.2 Erfordernis der Anregung

Die langfristig geplante Deponierung von Mineralstoffen bedarf der Planfeststellung nach § 35 Absatz 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt als Ziel fest, dass raumbedeutsame und für die Entsorgung von Abfällen erforderliche Deponien zu sichern sind. Der Regionalplan konkretisiert dieses Ziel indem festgelegt wird, dass regional bedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb der im Regionalplan dargestellten Standortbereiche zulässig sind. Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes NRW vom 11.03.2011 soll eine landesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen erreicht werden. Demnach sollen Deponien der DK III, II und I zeichnerisch dargestellt werden, da diese in der Regel einen Flächenbedarf von mehr als 10 ha aufweisen und somit als raumbedeutsam im Sinne des § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG gelten. Eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie ist aufgrund des begrenzten Einzugsgebietes und eines Flächenbedarfs von weniger als 10 ha in der Regel nicht erforderlich. Dennoch kann im begründeten Einzelfall eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie aufgrund ihrer Raumbedeutsamkeit geboten sein.

Vorhabengegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden. Ausgehend von den bisherigen Anforderungen an die Verfüllung wird von der Firma [ANONYMISIERT] die Errichtung und der Betrieb einer Mineralstoffdeponie der Klasse 0 angestrebt.

Die Verfüllung von Abgrabungen/Tagebauen gehört seit vielen Jahren zum Kerngeschäft der Firma [ANONYMISIERT]. Nach Einschätzung der Vorhabensträgerin besteht ein sehr hohe Nachfrage nach Deponieraum zur Ablagerung von Boden und auch mineralischer Abfälle. Die Annahme mineralischer Abfälle ist derzeit nicht möglich ist.

In den letzten Jahren erfolgte bereits sukzessive eine Anpassung und Verschärfung der gesetzlichen Regelwerke hinsichtlich der Einhaltung von Zuordnungswerten im Rahmen der Verfüllung von Bodenmaterial. Die damals zur Verfüllung zulässigen Böden gemäß der Zuordnung Z 1.1 nach LAGA TR Boden werden nicht mehr zur Verfüllung zugelassen. Bestehende Genehmigungsbescheide werden fortlaufend von den Genehmigungsbehörden an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst. Derzeit ist die Verfüllung im Wideranstiegsbereich des Grundwassers mit Boden gemäß der Zuordnung Z0 und darüber mit Boden gemäß der Zuordnung Z0\* zulässig. Durch die zukünftig in Kraft tretende Mantelverordnung ist in Bezug auf die Verfüllung eine weitere Anpassung/Verschärfung von einzuhaltenden Grenzwerten gegeben. Demnach ist es absehbar, dass die ohnehin bereits hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle besonders im DK0-Bereich weiter zunimmt und ein erheblicher zusätzlicher Bedarf zur Ablagerung entsteht.

Bei dem Standort Himmerich handelt sich demnach um einen abfallwirtschaftlich erforderlichen und geeigneten Standort. Ein ebenso geeigneter Alternativstandort, durch den das Planungsziel erreicht werden kann, ist in der Region derzeit nicht

vorhanden.

### 1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel strebt die [ANONYMISIERT] eine regionalplanerische Darstellung für eine Mineralstoffdeponie an, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen.

Die am Standort Himmerich bereits bestehende Infrastruktur soll weiterhin genutzt werden. Die Abgrabung Himmerich ist bereits heute ein etablierter Standort für die Verfüllung von Bodenmaterial, der gesamte Standort ist durch die derzeitige Tätigkeit vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort Himmerich zu binden. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen.

Vorhabensgegenstand ist eine gewerbliche, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden. Somit fällt die Deponie nicht unter das Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle), den das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW aufgestellt hat (Bekanntmachung am 26.04.2016, MBl. 2016, Seite 239).

Im Umfeld des Standorts stehen derzeit keine anderen Entsorgungseinrichtungen von Deponien (DK0, DK1 oder II) zur Verfügung. Im Sinne der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgesehenen entstehungsortnahen Entsorgung und in Übereinstimmung mit dem gleich lautenden landesplanerischen Grundsatz (Plansatz 8.3-4 im neuen Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019; im Folgenden: LEP NRW 2019) sollten keine im weiteren Umkreis liegenden Orte betrachtet werden.

Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Himmerich etablierten Infrastruktur und der guten Verkehrsanbindung führt zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Es entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung von Abgrabungsflächen, welche im Nachgang ohnehin zur Verfüllung genutzt werden. Weitere Vorteile entstehen, wenn im Rahmen des parallel betriebenen Abgrabungsbetriebs und Deponiebetriebs kombinierte Hin-Rückfahrten realisiert werden können.

Ein Flächenverbrauch durch einen komplett neuen Abfallwirtschaftsbetrieb einschließlich der zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann nicht planerisches Ziel sein. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3-1 "Ziel Standorte für Deponien" LEP NRW

2019. Danach muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW 2019). Vorliegend kann dies auch für die "Aufstockung" von verfüllten Abgrabungen gelten. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Himmerich offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen des voraussichtlichen BSAB steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den Entsorgungsstandort zu sichern.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass zurzeit keine vergleichbaren Standorte in der Region um Himmerich verfügbar sind, welche die oben genannten Bedingungen erfüllen.

## 2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Im Textteil und in den Erläuterungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in Kapitel 5.3.2, Deponien, Aussagen über neue Deponiestandorte (Standortkriterien) gemacht. Demnach sind bei Standortplanungen Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen.

Den Erläuterungen zu Ziel Z.42 sind die Kriterien für künftige Standorte zu entnehmen, die in der planerischen Abwägung des Regionalplanverfahrens bedeutsam sind.

In Ziff. 1 wird ab einer Flächengröße von 10 ha eine regionale Bedeutung festgelegt.

- Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 47 ha deutlich darüber.

In Ziff. 2 wird die Notwendigkeit beschrieben, die Deckung des Bedarfs darzulegen.

- Dass das Vorhaben zur Deckung des Bedarfs notwendig ist, ergibt sich einerseits aus der konkreten Nutzung der vorhandenen Abgrabung durch Verfüllung mit Boden, andererseits aus der Anpassung/Verschärfung von zukünftig einzuhaltenden Grenzwerten, was dazu führen könnte, dass die bereits heute hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle weiter zunimmt und ein erheblicher zusätzlicher Bedarf zur Ablagerung entsteht. Im

Kreis Heinsberg gibt es bisher keine andere bestehende Deponie der Deponieklassen 0 oder I.

In Ziff. 3 wird dargelegt, dass neben den abfalltechnischen Anforderungen potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt.

- Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Himmerich gering ist. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem die Anforderungen der Landschaftsentwicklung realisiert werden können.

In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen.

- Mit dem Vorhaben wird ein Mindestabstand von 300 m von der nächstgelegenen Wohnbebauung eingehalten, so dass die Anforderungen des Abstandserlasses erfüllt sind. Von im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereichen wird ein noch deutlich größerer Abstand eingehalten.

Insgesamt wird deutlich, dass die Standorteignung für eine Mineralstoffdeponie am Standort Himmerich hervorragend ist. Dies betrifft die Kriterien der Regionalplanung selbst und die örtlichen Nutzungs- und Schutzansprüche. Der Grundsatz G.69 - vorrangige Nutzung bestehender Abfalldeponien und bereits (z.B. durch Rohstoffgewinnung oder Verfüllungen) vorbelasteter Flächen - kommt vollumfänglich zum Tragen.

Flächennutzungsplan<sup>4,5,6</sup>

Das Vorhabensgebiet befindet sich vollständig auf Gebiet der Stadt Heinsberg.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Heinsberg wird das Vorhabensgebiet vollumfänglich als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt. Im südlichen Bereich quert eine "oberirdische Leitung" das Gebiet. Westlich des Vorhabensgebiets liegen ebenfalls ausgedehnte "Flächen für die Landwirtschaft".

Die Ortslage von Himmerich, im Nordwesten, ist als "Gemischte Bauflächen" dargestellt. Der Hangwald östlich des Vorhabensgebiets ist als "Flächen für Wald" dargestellt. Im Süden befindet sich eine als Industriegebiet ausgewiesene Fläche auf dem Gebiet der Stadt Geilenkirchen.



Der Abstand des Vorhabensgebiets zu den nächstgelegenen gemischten Bauflächen beträgt mindestens 300 m.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_4]

#### 4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

##### 4.1 Lage und Erschließung

Der Rohstoffabbau wurde auf den Flächen der bestehenden Abgrabung weitgehend beendet. Große Teilflächen der Abgrabung wurden bereits verfüllt. Die Restverfüllung erfolgt sukzessive mit geeignetem Bodenmaterial.

Damit die Erweiterung unmittelbar von den Flächen der bestehenden Abgrabung aus erschlossen werden kann, sollen die noch nicht vorgeschütteten Außenböschungen im nördlichen und im südlichen Teil der bestehenden Abgrabung zunächst freigehalten werden.

Im Rahmen der geplanten Erweiterung soll die bestehende Zufahrt weiterhin genutzt werden. Sie beginnt am Eingangstor der Abgrabung Himmerich und führt von dort aus über eine eigene Werkstraße in Richtung Randerath. Die Werkstraße wurde geschottert und mündet vor der Ortschaft Randerath auf den als öffentliche Straße gewidmeten "Bracheler Weg" und führt von dort aus auf die Landesstraße L 228. Das betroffene Teilstück des Bracheler Wegs ist asphaltiert.

Zur Entlastung der Ortslagen Randerath und Himmerich und für eine kürzere Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz in Richtung Nordosten ist im Rahmen des Erweiterungsantrags eine zusätzliche neue Zufahrt geplant. Die neue Zufahrt soll nordöstlich der Ortschaft Himmerich mit direkter Anbindung an die K 16 angelegt werden. Zu diesem Zweck soll der bereits bestehende Flurweg genutzt werden. Um LKW-Begegnungsverkehr zu ermöglichen, soll der bestehende Flurweg ausgebaut und verbreitert werden. Die gesamte Zufahrt und das daran anschließende Teilstück der internen Grubenrampe soll asphaltiert werden.

Zur Vorbereitung der geplanten Abgrabungserweiterung hat im Frühjahr/Sommer 2022 ein Ortstermin mit den Trägern öffentlicher Belange an der neuen Zufahrt stattgefunden, um die Planung abzustimmen und bauliche Details festzulegen.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_5]

##### 4.2 Betriebsablauf

Das Vorhabensgebiet befindet sich im Einflussbereich der Sumpfungsmaßnahmen

durch den Braunkohlen-Tagebaubetrieb Inden der RWE Power AG. Das erste Grundwasserstockwerk unter dem Vorhabensgebiet wurde im Zuge von Sumpfungmaßnahmen um mehrere Meter abgesenkt. Nach Einstellung der Sumpfungmaßnahmen wird es zu einem allmählichen Wiederanstieg des Grundwassers bis auf das vorbergbauliche Niveau kommen.

Die Abbausohle der geplanten Erweiterung liegt auf den untersten Metern innerhalb des Wiederanstiegsbereich des Grundwassers. Nach der Abgrabung sollen die Bereiche innerhalb des Wiederanstiegsbereich (höchster zu erwartender Grundwasserstand + Sicherheitsabstand) mit sauberen Bodenmaterial verfüllt werden. Darüber könnte zukünftig eine Ablagerung mineralischer Abfälle erfolgen.

Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 0 (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung (DepV) - nach erfolgter Abgrabung und Teilverfüllung im Wiederanstiegsbereich - auf einer Teilfläche der bestehenden Abgrabung, der Erweiterung sowie auf daran anschließenden BSAB-Flächen.

Die Einrichtung der Mineralstoffverfüllung nach Deponieverordnung erfordert zuvor eine Teil-Entlassung der Abgrabung aus dem Abgrabungsrecht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponietechnischen Einrichtungen (u.a. Basisabdichtung, Sickerwassererfassung, und Oberflächenentwässerung). Eine Oberflächenabdichtung ist gemäß DepV erst im Rahmen einer DK1 Deponie erforderlich.

Gegenüber der heutigen Abgrabung und der geplanten Erweiterung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie innerhalb einer abgegrabenen Fläche
- Anpassung des Ablaufes der genehmigten Rekultivierung der Abgrabung an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Insgesamt können der Charakter des Standortes als Abbau- und Verfüllfläche sowie die grundsätzlichen Elemente der Rekultivierung beibehalten werden.

#### Basisabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung.

Auf der Sohle auftretendes Deponiesickerwasser wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengelagert und fachgerecht entsorgt.

Als oberste Bodenschicht wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht.

Nach der Rekultivierung wird das auf der Oberfläche anfallende Regenwasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht.

#### 4.3 Verfüllmenge

Nach vorläufiger grober Abschätzung ist davon auszugehen, dass mit einem Aufkommen an Deponat von etwa 150.000 bis 200.000 m<sup>3</sup> pro Jahr (gemittelt 180.000 m<sup>3</sup> pro Jahr) zu rechnen ist.

Die Deponierung würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von ca. 4,5 Mio. m<sup>3</sup> umfassen und entsprechend des prognostizierten jährlichen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa insgesamt 25 Jahren beanspruchen. Die exakte Berechnung kann erst erfolgen, wenn die Höhenlage des Planums und die Gestaltung des Endreliefs festgelegt wurden.

#### 4.4 Belastungen von Wohngebieten

Die angeregte Mineralstoffdeponie wurde so arrondiert, dass ein Abstand zu den nächstgelegenen Wohnbauflächen in Himmerich mindestens 300 m gewährleistet ist. Dies entspricht der höchsten Abstandsklasse für eine Abfallbehandlungslage nach Abstandserlass NRW.

Da genehmigte Abgrabungen im Regionalplan als zukünftige BSAB dargestellt werden, unterschreiten die als BSAB dargestellten Abgrabungsflächen den Abstand von 300 m in Richtung der Ortlage Himmerich. Im Rahmen des Verfahrens zur Genehmigung der bestehenden Abgrabung wurde jedoch gutachterlich nachgewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden können.

#### Lärm

Die Beurteilung der Immissionssituation erfolgte aktuell im Rahmen der Vorbereitung zur Abgrabungserweiterung im Jahr 2022. Es wurde eine schalltechnische Prognose erstellt, um die akustischen Auswirkungen auf die Wohnnachbarschaft beurteilen zu können, die mit der geplanten Abgrabungstätigkeit, Verfülltätigkeit und der Erschließung verbunden sind.

Zur Abschirmung der Abgrabung und der Erschließung im Bereich der neuen Zufahrt sollen auf den nordwestlichen Randstreifen und südwestlich der neuen Zufahrt ein Lärmschutzwall angelegt werden. Den Prognoseergebnissen zufolge ist dann zukünftig eine zulässige Lärmsituation im Einwirkungsbereich der Erweiterung Himmerich

gegeben.

Im Rahmen der Lärmprggnose wurden sowohl die bestehende Zufahrt als auch die neue Zufahrt betrachtet. Die neue Zufahrt wird hierbei von der Vorhabensträgerin bevorzugt. Für den Fall, dass die neue Zufahrt nicht zur Ausführung kommt, wurde die Lärmsituation über die bestehende Zufahrt in Richtung Randerath gesondert geprüft. Entsprechend den Berechnungsergebnissen verursacht der Anfahrt- und Abfahrtverkehr auf beiden Zufahrten keine nachteiligen Lärmverhältnisse an der betroffenen Wohnbebauung. An allen Aufpunkten wird der Immissionsgrenzwert der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung unterschritten.

Im Rahmen der geplanten Deponierung wird die ohnehin bereits genehmigte Verfüllung mit Bodenmaterial auf Teilflächen durch Deponat ersetzt. Dieser Arbeitsschritt wurde im Rahmen der Lärmprognose bereits berücksichtigt. Im Rahmen des Betriebs einer Mineralstoffdeponie wäre es denkbar, weitere Aufbereitungsanlagen zu errichten, welche dem Depoiebetrieb dienlich sind. Der Nachweis über Einhaltung der Grenzwerte kann in dem nachfolgenden Genehmigungsverfahren erbracht werden. Aufgrund der Entfernung und der Errichtung in Tieflage ist derzeit nicht absehbar, dass ein Betrieb weiterer Aufbereitungsanlagen zu einer Überschreitung von Grenzwerten führt.

#### Staub

Die Beurteilung der Immissionssituation erfolgte ebenfalls im Rahmen der Vorbereitung zur Abgrabungserweiterung im Jahr 2022. Im Rahmen der Staubprognose wurden die Abgrabungs- und Verfülltätigkeit und die Erschließung geprüft.

Im Rahmen der Abgrabungs- und Verfülltätigkeit wurde an den relevanten Immissionsorten keine Überschreitung von Grenzwerten prognostiziert.

Im Rahmen der Nutzung der neuen Zufahrt wurde ebenfalls keine Überschreitung von Immissionswerten prognostiziert. Die Nutzung der bestehenden Zufahrt wäre ebenfalls möglich, jedoch sind entsprechende Maßnahmen zur Staubbminderung umzusetzen. Grundsätzlich wäre die Nutzung beider Zufahrten möglich.

#### 4.5 Industriegebiet Lindern

Sowohl im Regionalplan als auch im Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen wird unmittelbar südlich angrenzend an das Plangebiet ein Industriegebiet dargestellt. Es handelt sich um eine etwa 240 ha große Fläche bei Lindern.

Der Vorhabensträger [ANONYMISIERT], welcher für die Entwicklung des Industriegebiets zuständig ist strebt an, das Gebiet in den kommenden Jahren zu einem Industrieareal für flächenintensive industrielle Großvorhaben zu entwickeln.

Die unmittelbare Nähe des Industriegebiets zu einer Mineralstoffdeponie würde einen weiteren positiven Standortvorteil darstellen, da die Entsorgung von Böden und mineralischen Abfällen, welche im Rahmen der Errichtung und des Betriebs des Industriegebiets anfallen, unmittelbar ortsnahe erfolgen könnte. Hierdurch können Emissionen und Transportkosten erheblich reduziert werden.

Darüber hinaus wäre es denkbar, dass Standorte zur Behandlung mineralischer Abfälle innerhalb des Industriestandorts angesiedelt werden, welche von der unmittelbaren Nähe einer Mineralstoffdeponie zur Ablagerung der nicht verwertbaren mineralischen Reststoffe genutzt werden könnte.

#### 4.6 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus sollen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs der Abgrabungen, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen.

Für den angeregten Deponiebereich legt der Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) auf kleinen Teilflächen im Nordwesten als Rekultivierungsziel einen BSLE fest. Eine Festlegung des Deponiestandorts würde dem Rekultivierungsziel nicht entgegen stehen, da die angestrebte Rekultivierung des Deponiekörpers die im Rahmen der Abgrabung vorgesehenen Rekultivierungsabsichten übernehmen kann. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

Durch die Rekultivierung erfährt das Plangebiet, vor allem im Hinblick auf die weithin ausgeräumte Ackerlandschaft, eine ökologische Aufwertung. Es entstehen neue Habitate für Fauna und Flora, welche die Biodiversität in diesem Landschaftsraum potentiell steigern werden. Neben der Wiederherstellung von großen offenen Flächen als Ackerland bzw. Sukzessionsflächen bietet die Anreicherung der offenen Feldflur mit umfangreichen Gehölzpflanzungen und Saumstrukturen weiteren Tierarten künftig verbesserte Lebensbedingungen. Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

##### 4.6.1 Rekultivierung wie genehmigt

Entsprechend des genehmigten Rekultivierungsplanes für die bestehende Abgrabung ist nach Abschluss des Betriebes die Anlage von hauptsächlich Ackerland vorgesehen. Darüber hinaus sind flächige Waldpflanzungen und Randbepflanzungen vorgesehen.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_6]

#### 4.6.2 Rekultivierung wie geplant

Die geplante Rekultivierung der geplanten Erweiterung greift das Rekultivierungskonzept der genehmigten Abgrabung im Prinzip auf. Im Rahmen der Gesamtkonzeption soll das genehmigte Rekultivierungskonzept angepasst werden, um die Erweiterungsflächen optimal in das Gesamtkonzept zu integrieren.

Da sich die bestehende Abgrabung noch fast vollständig in Betrieb befindet, wurde ein Großteil der Bepflanzungen noch nicht umgesetzt. Im Rahmen der Erweiterung sollen die geplanten Gehölze flächengleich auf die Erweiterungsfläche umgelegt werden. Bereits gepflanzte Gehölze, welche im Rahmen der Erweiterung abgeholzt werden müssen, können umgesetzt oder an den neuen Standort neu gepflanzt werden.

Im Rahmen der Erweiterung soll größtenteils Ackerland wiederhergestellt werden. Der notwendige Ausgleich soll durch die Anlage von Gehölzflächen mit breiten, vorgelagerten Krautsäumen und halboffenen Strukturen erbracht werden. Zusätzlich soll eine Kombination aus Sukzessionsflächen und Ackerrandstreifen in Form von Blühstreifen erfolgen. Das Rekultivierungskonzept wurde bereits mit der zuständigen Genehmigungsbehörde abgestimmt und akzeptiert.

Aktuelle Erfordernisse (Maßnahmen des Artenschutzes für die typischen Tiere der Feldflur, Förderung der offenen oder halboffenen Kulturlandschaft als Lebensraum) werden dabei berücksichtigt und in das Konzept der Wiederherstellung räumlich und zeitlich integriert.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_7]

#### 4.6.3 Gesamtkonzept Rekultivierung unter Berücksichtigung der Mineralstoffdeponie

Die Rekultivierungsplanung könnte grundsätzlich auch im Rahmen der Deponierekultivierung beibehalten und in gleicher Art und Weise in südöstliche Richtung weitergeführt werden. Die geplanten Gehölzpflanzung sollen im Randbereich, zur Ergänzung des bestehenden Waldes angelegt werden. Mögliche schädliche Einflüsse von Gehölzwurzeln auf die Deponieoberfläche können so vermieden werden. Sollte die Gehölzpflanzung auch im Bereich der Deponie erwünscht sein, könnte eine Bepflanzung mit ausgewählten flachwurzeldenden Gehölzen erfolgen.

Ziel der Rekultivierung ist die Schaffung eines strukturreichen offenen und halboffenen Biotopkomplexes aus Ackerflächen, Sukzessionsflächen und Gehölzpflanzungen. Gegebenenfalls ist es erforderlich, das Endrelief anzupassen, um eine ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers im Endzustand zu gewährleisten. Tümpel und Feuchtlebensräume könnten zusätzlich im Rahmen der

Oberflächenentwässerung am Böschungsfuß angelegt werden.

## 5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

### 5.1 Standortvoraussetzungen

Mit dem Vorhaben können erhebliche Umweltauswirkungen verbunden sein. Grundvoraussetzung für die Errichtung einer Deponie ist, dass die in Anhang I der DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte (vgl. DepV 2009 Anhang I) erfüllt sind:

*"Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 10 Absatz 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:*

- 1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstandes der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,*
- 2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,*
- 3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,*
- 4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,*
- 5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."*

Diese Anforderungen sind am Standort Himmerich grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum grundsätzlich positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist aus folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Es sind - mit Ausnahme des Landschaftsschutzes und einer Randfläche des Biotopverbunds - keine geschützten oder schützenswerten Flächen betroffen.
- Ein fachgerechter Umgang mit (Schutzwürdigen) Böden kann im Rahmen der Abgrabungsgenehmigung geregelt werden.

- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist gegeben.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und entsorgt werden.

Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verkehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort sehr gute Eigenschaften.

## 5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden. Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht betroffen:

kein Wasserschutzgebiet  
kein Überschwemmungsgebiet  
kein FFH-Gebiet  
kein EU-Vogelschutzgebiet  
keine Alleen  
keine eingetragenen Bau- und/oder Bodendenkmäler

## 5.3 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche

Im Untersuchungsraum, jedoch nicht im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Naturschutzgebiet
- Biotopkataster
- Naturdenkmäler
- Geschützte Landschaftsbestandteile
- Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile
- Gesetzlich geschützte Biotope

Im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Landschaftsschutzgebiet
- Biotopverbund (einragende Randfläche)
- Schutzwürdige Böden bezüglich Fruchtbarkeit (Schutzwürdigkeit "hoch")

### 5.3.1 Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete<sup>7</sup>

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_8]



Im Vorhabensgebiet und seinem näheren Umfeld besteht keine Schutzausweisung als Naturschutzgebiet.

Im Untersuchungsraum östlich des Vorhabensgebiets ist das Naturschutzgebiet "Teichbachaue / Himmericher Bruch" (HS-030) ausgewiesen.

Für das Naturschutzgebiet werden folgende Schutzziele genannt:

- zur Wiederherstellung der natürlichen Feuchteverhältnisse und des Niedermoores mit seinen typischen Tier- und Pflanzenarten,
- zur Erhaltung und Wiederherstellung der vorhandenen Niedermoorböden,
- zur Verminderung von stofflichen Einträgen in den Boden und der Eutrophierung von Gewässern,
- zur Förderung einer standortangepassten Nutzung,
- zur Entwicklung der potentiell natürlichen Vegetation,
- zur Erhaltung des charakteristischen Offenlandes auf Niedermoorstandorten
- zur Erhaltung des Hangfußes als geomorphologisches Element mit seinem bodenständigen, naturnahen Waldbestand.

#### 5.3.2 Landschaftsschutzgebiete<sup>8</sup>

##### Landschaftsschutzgebiet "Wurmtal ?"

Der zentrale Untersuchungsraum einschließlich des Vorhabensgebiets liegt am Rand des großräumigen Landschaftsschutzgebiets 4902-0006 "Wurmtal mit Tal des Beeckfließ, Immendorfer Fließ, Gereonsweiler Fließ und Kötteler Schar sowie Leerodter Fließ und Hover Busch".

Gem. Ziff. 2.2 im allgemeinen Vorspann ist "Schutzzweck für das Gebiet mit der Ziff. 2.2-1 gem. §21 Buchstabe a bis c LG".

##### Landschaftsschutzgebiet "Teichbachaue"

Im östlichen Bereich des Untersuchungsraums ist das Landschaftsschutzgebiet 4903-0008 "Teichbachaue" ausgewiesen.

Folgende Schutzzwecke wurden für das LSG "Teichbachaue" formuliert:

- Erhaltung der Teichbachaue als strukturreiche und naturnahe Gewässerstruktur mit altem Gehölzsaum,
- Erhaltung des Teichbachs und der verbundenen Biotopkomplexe als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten,
- Erhaltung und Förderung der im Landschaftsraum vorhandenen als Grünland

- genutzten Flächen als typische Bewirtschaftungsform in den Auenbereichen,
- Erhaltung der Landschaft für die ruhige, landschaftsgebundene Erholung,
- Erhaltung und Optimierung der Gewässer- und Grabenstrukturen als Vernetzungselement des Biotopverbundes,
- Erhaltung, Pflege und Entwicklung von strukturierenden Landschaftselementen, wie Feldgehölzen, Obstwiesen, Hecken, Baumreihen als Vernetzungselemente des Biotopverbundes,
- Erhaltung und Optimierung der Stillgewässer mit ihrer typischen Wasser- und Röhrichtvegetation und Gehölzsäumen als Refugial- und Vernetzungsbiotop,
- Entwicklung und Wiederherstellung der Niedermoorbereiche in der Teichbachaue mit ihren typischen zumeist offenen Standortbedingungen.

#### Landschaftsschutzgebiet "Wurm-niederung"

Am nördlichen Rand des Untersuchungsraums ragt das Landschaftsschutzgebiet 4902-0011 "Wurm-niederung" in den Untersuchungsraum.

Folgende Schutzzwecke wurden für das LSG "Wurm-niederung" formuliert:

- zur Entwicklung und Wiederherstellung der Wurm als naturnahe Gewässerstruktur,
- zur Erhaltung der im Landschaftsraum vorhandenen als Grünland genutzten Flächen als typische Bewirtschaftungsform in den Auenbereichen,
- zur Erhaltung der Landschaft für die ruhige, landschaftsgebundene Erholung,
- zur Erhaltung und Optimierung der Gewässer- und Grabenstrukturen als Vernetzungselement des Biotopverbundes,
- zur Erhaltung und Entwicklung von strukturierenden Landschaftselementen, wie Feldgehölzen, Obstwiesen, Hecken, Baumreihen als Vernetzungselemente des Biotopverbundes

#### 5.3.3 Biotopkataster<sup>9</sup>

Das Vorhabensgebiet liegt nicht innerhalb einer Fläche des Biotopkatasters.

Im nordöstlichen Untersuchungsraum befinden sich die folgenden Flächen, die vom Biotopkataster erfasst sind:

BK-4903-0055 Wald östlich von Himmerich  
 BK-HS-00021 NSG Teichbachaue, Himmericher Bruch  
 BK-4903-028 Gehölz in der Flur "Fünzig Morgen" östlich von Randerath  
 BK-4903-0056 Teiche, Teichbach und Gräben nordöstlich Himmerich

Im östlichen und südöstlichen Untersuchungsraum befinden sich zwei weitere, kleine Flächen, welche vom Biotopkataster erfasst sind:

BK-4903-032 Abgrabung nordwestlich von Brachelen  
BK-4903-027 Ehemalige Weidenkultur und Ruderalflaeche oestlich von Randerath

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_9]

#### 5.3.4 Biotopverbund<sup>10</sup>

Der Biotopverbund VB-K-5003-002 "Leffarth, Beeck mit Beeckfliess und Boerdenstrukturen noerdl. Brachelen" ragt im Nordosten geringfügig in die Anregungsfläche. Auf dem Luftbild ist zu erkennen, dass diese Fläche im heutigen Zustand noch ackerbaulich bewirtschaftet wird.

Bewertung: Besondere Bedeutung

Schutzziel:

- Erhalt der Grüngürtel in Ortsrandlage der Dörfer der Selfkant-Terrassenplatte mit strukturreichen Gaerten, Gehoelz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden Erhalt des Teverener Baches mit begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystemes sowie aller übrigen strukturierenden und kulturhistorisch wertvollen Landschaftselemente wie Feldgehölze, Hecken, Lösshohlwege und Baumreihen
- Erhalt und Entwicklung der für die Börde seltenen Stillgewässer

Entwicklungsziele:

- Optimierung des Bachlaufes durch Schaffung einer beidseitig 5 bis 10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichem, ungespritzten Ackerrandsreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung
- Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung
- Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen
- Optimierung der Still- und Kleingewässer

Folgende, weitere Biotopverbundsflächen liegen im östlichen und nördlichen Untersuchungsraum:

Bewertung: Herausragende Bedeutung

VB-K-4903-024 Kapbusch

Bewertung: Besondere Bedeutung

VB-K-4903-008 Bäche und Fließe bei Brachelen  
VB-K-4903-020 An den Kapbusch grenzende Waldflächen  
VB-K-4903-010 Auenbereich von Wurm und Erlenbach zwischen Randerath und Bleckden

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_10]

5.3.5 Gesetzlich Geschützte Biotope, Naturdenkmäler, geschützte Landschaftsbestandteile und gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

#### Naturdenkmäler<sup>11</sup>

Am südwestlichen Rand des Vorhabensgebietes liegt das ND 2.3-53, ein einzeln stehender Laubbaum mit Bildstock und Bank.

#### Gesetzlich geschützte Biotope<sup>12</sup>

Östlich des Vorhabensgebietes, als Teil des feuchtgeprägten Naturschutzgebietes HS-030, liegt eine Ansammlung von kleineren gesetzlich geschützten Biotopen mit den Bezeichnungen BT-HS-00938 bis 00943.

#### Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile<sup>13</sup>

Im Westen und am nordöstlichen Rand des Untersuchungsraums liegen Flächen die im Kompensationsflächenkataster als gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile eingetragen sind.

#### Geschützter Landschaftsbestandteil<sup>14</sup>

Im Süden des Untersuchungsraum liegt der geschützte Landschaftsbestandteil LB 2.4-18, eine ehemalige Weidenkultur, heute ein undurchdringliches Dickicht aus Sträuchern und alten Bäumen.

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_11]

#### 5.3.6 Landschaftsplan<sup>15</sup>

Das Vorhabengebiet und die Anregungsfläche liegen im Geltungsbereich des rechtskräftigen Landschaftsplans I/3 Geilenkirchener Wurmtal. Der östliche Bereich des Untersuchungsraumes liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Landschaftsplanes III/8 Baaler Riedelland und Obere Rurniederung.

#### Entwicklungsziel 1

(Vorhabensgebiet und ein Großteil des Untersuchungsraum)

Erhaltung einer mit natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_12]

[s. Anhang Abb. StnID 1002673\_001\_13]

Zur Erreichung des Zieles führt der Landschaftsplan im Umfeld des Vorhabens folgende Pflanzmaßnahme auf:

5.1-52: Gehölzreihe aus Sträuchern der Gehölzliste III und V

Die Maßnahme soll angrenzend an das Naturdenkmal entlang des Flurweges erfolgen. Im Vorhabensgebiet ist keine Maßnahme vorgesehen.

<sup>1</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt ? Region Aachen, 1. Auflage 2003 mit Ergänzungen (Informationsstand: August 2022)

<sup>2</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Erster Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Stand Juni 2020

<sup>3</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Entwurf von Dezember 2021

<sup>4</sup>Stadt Heinsberg: Flächennutzungsplan, in der derzeit gültigen Fassung, erhalten am 18.05.2021 von der Stadt Heinsberg

<sup>5</sup>Stadt Geilenkirchen: Flächennutzungsplan, erhalten am 31.05.2021 von der Stadt Geilenkirchen

<sup>6</sup>Flächennutzungsplan der Stadt Hückelhoven, erhalten am 25.06.2021 von der Stadt Hückelhoven

<sup>7</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 16.08.2022

<sup>8</sup>ebenda

<sup>9</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

(Hrsg.): Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet:  
<http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 16.08.2022

<sup>10</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen  
(Hrsg.): Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet:  
<http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 16.08.2022

<sup>11</sup>Kreis Heinsberg, Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal, 1983, in der aktuell gültigen Fassung

<sup>12</sup>LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen  
(Hrsg.):  
Landschaftsschutzgebiete, Online im Internet: <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/bk/de/karten/bk>, Stand 16.08.2022

<sup>13</sup>Kreis Heinsberg, Digitale Daten Gesetzlich Geschützte Landschaftsbestandteile, Mitteilung vom 13.07.2020

<sup>14</sup>Kreis Heinsberg, Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal, 1983, rechtskräftig

<sup>15</sup>Kreis Heinsberg, Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal, 1983, rechtskräftig in der derzeit gültigen Fassung

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID\\_1002673\\_001\\_9.pdf](#)

AZ: Ö-M-6	
1001112	
1000715	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Stellungnahme betrifft die Regionalplanung für die Fläche zwischen den Ortslagen Busch und Kürten der Gemeinde Kürten im Rheinisch Bergischen Kreis (in der Abbildung mit roter Ellipse und Pfeil gekennzeichnet).</p> <p>[s. Anhang Abb. 1000715_1]</p> <p>Im vorliegenden Entwurf des Regionalplans Köln vom Dezember 2021 ist diese Fläche als allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Stellungnahme: Die Fläche kann nicht Allgemeiner Siedlungsbereich sein. Begründung (Zusammenfassung): Die Ausweisung der Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich steht im Widerspruch zu Zielen der Landesentwicklungsplanung und im Widerspruch zu Grundsätzen der Regionalplanung. Die Fläche kann im Regionalplan nur als Freiraum dargestellt werden.</p> <p>Aktuelle Beplanungssituation (Prämisse): Zum Zeitpunkt dieser Stellungnahme existiert kein bestandskräftiger Bebauungsplan für die in Rede stehende Fläche. Gemäß gültigem Flächennutzungsplan ist diese Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die Fläche steht unter Landschaftsschutz. Aus diesen Gründen ist kein Bestandsschutz bei der Regionalplanung zu beachten. Seit 2019 ist ein Bauleitplanverfahren für diese Fläche anhängig. Aufgrund erheblicher Defizite in der Planung und im Verfahren ruht die Bauleitplanung bereits seit über einem Jahr. Etwa parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans gefasste Satzungs- und Feststellungsbeschlüsse hätten auch insofern keine aufschiebende oder behindernde Wirkung auf die Regionalplanung, als sie bei Bedarf von der Öffentlichkeit fristgerecht gerügt, und einem Normenkontrollverfahren unterzogen werden können. Es wird also bis zum Abschluss der Regionalplanung keine wirksame Bestandskraft geben, die eine Ausweisung der Fläche als Freiraum im Regionalplan in Frage stellen könnte. Die hier vorgebrachten Argumente gegen die Berücksichtigung der Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich decken sich weitgehend mit den Stellungnahmen der beteiligten Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gegen die vorgelegte Bauleitplanung.</p> <p>Dies vorausgeschickt, bringen wir folgende konkrete Bedenken gegen die Ausweisung der Fläche als Allgemeinen Siedlungsbereich im Einzelnen vor (Quellen unter anderem: Referat III B I, Landesentwicklung, Nationale und europäische Raumentwicklung, Freiraum, Handreichung zu Ziel 2-3 des LEP NRW, Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur 13. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan 109 "Auf der Brache"): Das Ziel 6.1-4 im Landesentwicklungsplan stellt bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen als mit der Zielsetzung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbauflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, <i>Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe eines regionalen Verteilprozesses (Region+ Wohnen) als regionale Wohnbauflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohnbauflächenbedarfen gemäß Ziel <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i>.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden.</p> <p>Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den</p>

einer kompakten, auf zentralörtlich bedeutsame Siedlungsbereiche ausgerichteten Siedlungsentwicklung nicht vereinbar dar. Regional- und Bauleitplanung sind im Landesentwicklungsplan im Zusammenhang mit Ziel 6.1-4 konkret ?aufgefordert, den Freiraum zu schützen und kleinteilige bauliche, über die bestehenden Möglichkeiten des §34 Abs. 4 und §35 BauGB hinausgehende Entwicklungen im Außenbereich sowie das Zusammenwachsen von Ortsteilen entlang von Verkehrswegen und die daraus resultierende bandartige Siedlungsentwicklung zu verhindern". Ein Allgemeiner Siedlungsbereich, wie er im vorgelegten Regionalplan-Entwurf zeichnerisch dargestellt ist, präjudiziert die Missachtung der genannten Ziele und Grundsätze vorsätzlich: Er lässt über die in Rede stehende Fläche die Ortslagen Busch und Kürten entlang der Bergstraße zusammenwachsen. Hieraus würde zusätzlich eine bandartige Siedlungsentwicklung zwangsläufig resultieren, wenn die Fläche bebaut würde. Die Ausweisung als Allgemeiner Siedlungsbereich präjudiziert jedoch die Bebauung. Weitere Argumente gegen einen Allgemeinen Siedlungsbereich und für einen Freiraum im Regionalplan ergeben sich aus Widersprüchen zu Ziel 2.3 des Landesentwicklungsplanes: ?Ziel 2-3 Ziel Siedlungsraum und Freiraum: Als Grundlage für eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung ist das Land in Gebiete zu unterteilen, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen oder erfüllen werden." Faktisch sind die bebauten Siedlungsräume Busch und Kürten derzeit von dem Freiraum, den die in Rede stehende Fläche darstellt, dem Ziel 2-3 folgend unterbrochen. Das Amt 67 des Rheinisch-Bergischen Kreises weist in seiner Stellungnahme zum laufenden Bauleitplanverfahren in Bezug auf die in Rede stehende Fläche folgerichtig auf die ?Verriegelung der freien Landschaft" hin, aus den negativen Auswirkungen für das Klima resultieren. Die Bebauung führe aus Sicht der Fachbehörde „zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung von Natur und Landschaft". Es handele sich um ?ein Kaltlufteinzugsgebiet (Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln/Bonn)". Mit der Bebauung werde der Kaltluftabfluss behindert. Zu beachten sei, dass ?unversiegelte begrünte Flächen die Temperaturen durch Beschattung und Verdunstungskälte senken, Staub filtern und Lärm senken". Sie nähmen ?Kohlendioxid auf, spenden Sauerstoff, und ?verbessern den Wasserhaushalt". Die Planfläche sei ein „hängiger, offener Landschaftskorridor, bestehend aus Grünland und Gehölzkomplexen, welcher den Biotopverbund stärkt und als Wander- und Ausbreitungskorridor für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten dient". Das Zusammenwachsen des Ortsteils Busch mit Kürten Zentrum führe jedoch zu einer 1,5 Kilometer langen Barriere. Die ?Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes" werde beeinträchtigt. Damit befindet sich ein Allgemeiner Siedlungsbereich, der diese Fläche einschließt, auch nach Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde in mehrfacher Hinsicht in Konflikt mit den Schutzzielen des Landesentwicklungsplans.

Offenkundig seit Juli 2021 muss die Funktion dieser Fläche als wichtige

Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Die zentralörtliche Bedeutsamkeit oder soziale Infrastruktur wird über die Methodik zur Festlegung von ASB berücksichtigt, indem z. B. neue ASB vorrangig an zASB verortet werden. Die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) werden nach einer einheitlichen Methode gemäß der Begründung zur Grundsatzfestlegung *Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten* in Abstimmung mit den Kommunen bestimmt und in einer Erläuterungskarte dargestellt. Hier ist zu entnehmen, dass es sich aufgrund der vorhandenen Infrastrukturausstattung sowie ortsspezifischer Erfordernisse wie z. B. siedlungsstruktureller Restriktionen und kommunaler Entwicklungsabsichten um den zASB der Gemeinde Kürten handelt. Es wird auf die Ausführungen der Begründung zu 3.2 *Allgemeine Siedlungsentwicklung* verwiesen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgt dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



Versickerungsfläche bei Starkregenereignissen zusätzlich in Betracht gezogen werden. Die durch eine Bebauung unwiederbringlich fehlende Möglichkeit zur Versickerung von Niederschlagswasser auf der Fläche hat nicht sorgfältig kalkulierte Folgen für Natur und Wohnraum entlang der Kette und danach. Gutachterlich ist festgestellt, dass bei einer Bebauung die Versickerung auf dieser Fläche nicht mehr möglich ist, und der Niederschlag in einer komplexen Entwässerungsfolgekette abgeführt werden müsste. Da sich die Siedlungsentwicklung der Gemeinden innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche zu vollziehen hat, kann ein Freiraum in der Qualität der Fläche zwischen den Siedlungsbereichen Busch und Kürten regionalplanerisch in keinem Fall zu einem integrierten Teil eines Allgemeinen Siedlungsbereiches gemacht werden, der damit de facto einfacher baulich beplanbar wird. Das trägt den Schutzzielen und den landes- und regionalplanerischen Grundsätzen nicht angemessen Rechnung.

Der Landesentwicklungsplan nutzt den Begriff der Freiraumnutzung nicht nur in Ziel 2-3, sondern auch in den Grundsätzen 6.1-8 und 7.1-7. Entsprechend der Anlage 3 der LPIG DVO werden von den Regionalplänen differenzierte Festlegungen der vielfältigen Funktionen des Freiraums getroffen. Dabei enthält der Regionalplan auch die Funktion eines Landschaftsrahmenplans und eines forstlichen Rahmenplans. Die Funktionen des Freiraums ergeben sich darüber hinaus aus Grundsatz 7.1-1. Der Freiraum zwischen den Ortslagen Busch und Kürten ist durch diese Ziele vielfach vor der Ausweisung als Allgemeiner Siedlungsbereich geschützt. Unberührt davon kann sich in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen eine Siedlungsentwicklung grundsätzlich dennoch vollziehen. Die Siedlungsentwicklung in diesen Ortsteilen ist dann aber unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe angemessen auszurichten. Auch hinsichtlich der aktuellen landwirtschaftlichen Nutzung sprechen Argumente gegen die Darstellung der Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich.

Die Kreisstelle Rheinisch-Bergischer Kreis der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen äußerte in ihrer Stellungnahme zum Bauleitplanverfahren als Träger landwirtschaftlicher Belange Bedenken. Sie sieht vor allem die Produktionsgrundlage für den Acker- und Futterbau gefährdet. Die Siedlungsentwicklung hat in der Regel im Siedlungsraum zu erfolgen, d.h. auf Flächen, die der Regionalplan zum Beispiel als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) festgelegt hat.

Statt also den Freiraum zwischen den Ortslagen Busch und Kürten und die Ziele der Landesentwicklungsplanung zu schützen, würde eine Darstellung der Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich die Missachtung der Ziele und Grundsätze sorgfältiger und regelkonformer Regional- und Landesentwicklungsplanung legalisieren. Uns ist bewusst, dass die regelkonforme Beachtung unserer Bedenken ggf. regionalplanerische Konsequenzen für die Ortsteile haben kann, die im vorgelegten Entwurf zusammenhängend als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt sind, nämlich

Weiden, Busch und Kürten. Ein Ortsteil mit weniger als 2000 Einwohnern gilt regionalplanerisch als Freiraum. Er wird nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich im Regionalplan abgegrenzt. Dies gilt mutmaßlich für Busch und Weiden, insbesondere, da das hier für den Freiraum zwischen Busch und Kürten Vorgebrachte auch für den Freiraum zwischen Weiden und Busch gelten mag. Die Konsequenz, dass die Ortslagen Busch und Weiden nach der Berücksichtigung unserer Stellungnahme selbst als Freiraum darzustellen wären, kann der Anwendung der Grundsätze, und der Beachtung der Ziele jedenfalls nicht im Wege stehen. Dies schließt eine Bauleitplanung dennoch nicht aus, die unter anderem auf den Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung auszurichten ist.

Auch bezüglich des objektiven Bedarfs an Wohnraum gibt es in der Gemeinde Kürten keinen Anlass, Kompromisse bei den Zielen und Grundsätzen der Landesentwicklungs- und Regionalplanung zu machen. Aus den offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamtes NRW für den Zeitraum 2013 bis 2020 für die Bevölkerungszahlen der Gemeinde Kürten lässt sich kein Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung ableiten, der einen "bauleitplanungsfreundlichen" Allgemeinen Siedlungsbereich rechtfertigen könnte:

- 31.12.2013: 19.458
- 30.06.2014: 19.452 (-0,03%)
- 31.12.2014: 19.516 (+0,33%)
- 30.06.2015: 19.615 (+0,51%)
- 31.12.2015: 19.893 (+4,17%)
- 30.06.2016: 19.880 (-0,07%)
- 31.12.2016: 19.900 (+0,10%)
- 30.06.2017: 19.939 (+0,20%)
- 31.12.2017: 19.855 (-0,42%)
- 30.06.2018: 19.814 (-0,21 %)
- 31.12.2018: 19.768 (-0,23%)
- 30.06.2019: 19.687 (-0,41%)
- 31.12.2019: 19.662 (-0,13%)
- 31.12.2020: 19.716 (+0,27%)

Statistische Prognosen nicht öffentlicher Institute, die bisweilen entgegen den objektiven Zahlen und abseits der Realität eines unleugbaren demografischen Wandels Wachstumszahlen von bis zu 10 Prozent in Rheinisch-Bergischen Kommunen vorhersehen möchten, sind häufig lobbyistisch intendiert. Mehr noch respektieren sie in der Regel die Ziele und Grundsätze der Landesentwicklung und der Regionalplanung nicht. Für die in Rede stehende Fläche bedeutet das, dass sie als Teil eines definierten Allgemeinen Siedlungsbereiches zur Linderung einer akuten Wohnraumnot nicht benötigt wird. Die Gemeinde Kürten kann vor dem Hintergrund der realen Zahlen und einer realistischen Bevölkerungsentwicklungsprognose den Bedarf unter Anwendung anderer Grundsätze, wie zum Beispiel Innenraumverdichtung, und mit dem Angebot im

geltenden Flächennutzungsplan decken. Eine regeltreue und objektive Regionalplanung darf sich nicht davon leiten lassen, durch eine unzulässige Zusammenfassung von Ortslagen und Freiräumen zu Allgemeinen Siedlungsbereichen einer Gemeinde die Siedlungsentwicklung zu vereinfachen. Das Ziel des Landesentwicklungsplans und die Grundsätze der Regionalplanung können und müssen aus allen hier vorgebrachten Gründen ohne Kompromisse respektiert werden.

Die Fläche erfüllt jede Bedingung eines Freiraums, aber keinen eines Allgemeinen Siedlungsbereiches. Daher erwarten wir als Ergebnis unserer Stellungnahme unter der Prämisse, dass Kürten mehr, und Weiden und Busch jeweils weniger als 2000 Einwohner haben, dass allein die Ortslage Kürten als Allgemeiner Siedlungsraum im nächsten Regionalplan dargestellt wird.

Die in Rede stehende Fläche zwischen Kürten und Busch, die Ortslage Busch, die Fläche zwischen Busch und Weiden sowie die Ortslage Weiden sollten als Freiräume dargestellt werden. Da wir hier vorrangig für die Fläche zwischen Busch und Kürten unsere Stellungnahme abgeben, ist jedoch mindestens unser Ziel und unsere Erwartung, dass diese im nächsten Regionalplan nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich, sondern vollständig als Freiraum dargestellt wird.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1000715\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-60	
1001239	
1008718	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit teile ich Ihnen im Rahmen der Bürger - und Behördenbeteiligung vom 7. Februar bis 31. August 2022 folgende Bedenken und Anregungen mit :</p> <p>1. Hochwasserschutz - Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen</p> <p>Der Entwurf des Regionalplanes konnte aufgrund der langen Vorlaufzeit die Flutkatastrophe vom 14.Juli und 15.Juli 2021 in NRW und Rheinland-Pfalz - hier insbesondere im Ahrtal - mit fast 180 Toten , hunderten Verletzten , zerstörten Häusern , Strassen, Brücken ec. nicht berücksichtigen.</p> <p>Die Flutkatastrophe in NRW und Rheinland -Pfalz im Juli 2021 hat sehr deutlich gezeigt, das der Klimawandel auch bei uns angekommen ist .</p> <p>Ursache waren extreme Niederschläge mit ca. 200 l Regenwasser / m<sup>2</sup> in kurzer Zeit. . Die Folge davon war ein Extremhochwasser. Solche Extremhochwässer , die in Zukunft häufiger auftreten werden, konnte der Entwurf des Regionalplanes nicht berücksichtigen.</p> <p>Deshalb müssen die Hochwasserrisikokarten überarbeitet werden und solche Extremhochwässer müssen bei der Bauflächenentwicklung berücksichtigt werden. Hier reichen die Aussagen im Entwurf des Regionalplanes nicht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen. Textliche Änderungen am Entwurf hat er jedoch nicht beschlossen, da das Kapitel 4.7 "Wasser", insbesondere das Kapitel 4.7.3 "Vorbeugender Hochwasserschutz", alle textlichen Festlegungen für einen erfolgreichen vorbeugenden Hochwasserschutz enthält, unabhängig von bestimmten Hochwasserereignissen.</p> <p>Die Berücksichtigung von Extremhochwasser ist auf Ebene der Regionalplanung im Grundsatz 48 und der entsprechenden Erläuterung berücksichtigt. Die Übersicht der Extremhochwasserbereiche in generalisierter Form im Regierungsbezirk Köln findet sich in Erläuterungskarte F8. Die Extremhochwasserbereiche entsprechen dabei den fachplanerischen Abgrenzungen für extreme Hochwasserereignisse (HQextrem). Diese außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) liegenden Bereiche werden fachrechtlich als ?Risikogebiete? definiert. Die räumliche Abgrenzung der potentiellen Überflutungsbereiche kann den Risikokarten der Fachplanung entnommen werden, welche auch für eine Überarbeitung der Karten zuständig ist.</p> <p>Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen</p>

	zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.
--	--

1008719

## Inhalt

### 2. Dürren :

Neben den Extremhochwässern im Juli 2021 hatten wir 2018, 2019 und 2020 eine extreme Dürre als Folge des Klimawandels. 40 % des Waldes in der Gemeinde Windeck sind verdurstet und tot. Es handelte sich vorwiegend um Fichtenwälder. Aber auch Kiefern, Lärchen, Buchen und Eichen sind abgestorben .

Da sich solche Dürren häufen , müssen wir Vorsorge treffen. Hierzu zählt die Naafbachtalsperre. Daneben benötigen wir regionale und örtliche Wasserspeicher , die ggf. auch als Pumpspeicherwerk konzipiert werden könnten. Die regionalen Wasserspeicher bzw. Pumpspeicherwerke müssen im Regionalplan festgelegt werden.

Auch hier reichen die Aussagen im Entwurf des Regionalplanes nicht.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Gemäß Ziel Z 7.4-4 LEP NRW legt der Regionalplan textlich und zeichnerisch Vorsorgebereiche als Standortoptionen für mögliche zukünftige Talsperrenplanungen fest. Gerade die Herausforderungen des Klimawandels, insbesondere der Klimafolgenanpassung, machen diese Standortoptionen erforderlich. Die Vorsorgebereiche sollen den Raum von allen Nutzungen freihalten, die der möglichen Realisierung zukünftiger Talsperren entgegenstehen könnten. Der Nachweis der Erforderlichkeit zukünftiger Talsperren und ihre Zulässigkeit im Rahmen der fachgesetzlichen Planfeststellung - beim "Vorsorgebereich Naafbachtalsperre" zusätzlich die Erfüllung der naturschutzrechtlichen Ausnahmetatbestände von den Erhaltungszielen des dort ausgewiesenen FFH-Gebiets - sind zukünftigen Fachplanungsverfahren vorbehalten.

Auch in seinem Schreiben vom 11.08.2022 bestätigt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, dass der im aktuell rechtskräftigen Regionalplan dargelegte funktionale Zusammenhang der Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre mit dem Vorsorgebereich Naafbachtalsperre weiter fort gilt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wird die Wichtigkeit ihrer wasserwirtschaftlichen Funktionen bekräftigt. Daher werden in Tabelle 2 der Erläuterung 7 zu Z.25 für die Vorsorgebereiche Leppetalsperre und Steinaggertalsperre die bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegten Funktionen "Niedrigwasseraufhöhung" und "Hochwasserschutz" wiederaufgenommen, die Funktion "Trinkwassergewinnung" wird ergänzt. Für die Vorsorgebereiche Naafbachtalsperre und Prether-/Platißtalsperre wird die im Entwurf des Regionalplans zugewiesene Funktion "Trinkwasserversorgung", wie sie bereits im rechtskräftigen Regionalplan festgelegt ist, beibehalten, für die Naafbachtalsperre wird die im rechtskräftigen Regionalplan festgelegte Funktion "Hochwasserschutz" ergänzt.

Zur weiteren Begründung wird zusätzlich auf die Autorrenkorrektur ID 1016477 verwiesen.

Den Grundsatz 7.4-5 LEP NRW zu Talsperren als Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie konkretisiert Z.25 im Regionalplan. Wie in der Begründung dazu ausgeführt, erfolgt keine regionalplanerische Angebotsplanung für Pumpspeicherkraftwerke, da keine geeigneten Standorte mit bereits hinreichend

	konkreten Planungen bekannt sind.
--	-----------------------------------

1008720	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>3. Tornado im Raum Paderborn</p> <p>Ein Tornado mit über 200 Stundenkilometern als Folge des Klimawandels richtete Ende Mai 2022 in Raum Paderborn erhebliche Schäden an Gebäuden an. 40 Menschen wurden verletzt.</p> <p>Fazit : Der Entwurf des Regionalplanes als integriertes Planungsinstrument berücksichtigt das Thema Klimawandel/ Klmawandelanpassung nicht hinreichend. Deshalb muss der Entwurf im Lichte der neuen Erkenntnisse in Sachen Klimawandel / Klimawandelanpassung überarbeitet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Integration von Erfordernissen des Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel erfolgt als Querschnittsaufgabe in den regionalplanerischen Festlegungen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.</p> <p>Für die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel wird auf regionaler Ebene ein Rahmen für die Umsetzung von Klimaschutzzielen geschaffen. Dies geschieht beispielsweise durch die Festlegung von Regionalen Grünzügen in den Hauptbelastungsräumen, die Anbindung der Grünzüge an überörtliche Kaltluft-Leitbahnen, die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur, Festlegungen zum Hochwasserschutz als Risikovorsorge oder Talsperren zur Trinkwasserversorgung der Zukunft. Auch die Sicherung von Waldbereichen auf regionaler Ebene ist aufgrund ihrer Funktion als Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz bedeutsam.</p>



1008721

## Inhalt

### 4. Erneuerbare Energien

Neue Windkraftanlagen sollen vorrangig in Allgemeinen Freiraum - und Agrarbereichen realisiert werden. Grundsätzlich soll auch im Wald die Errichtung von Windkraftanlagen möglich sein. Hiergegen bestehen aus der Sicht des Arten - Natur - und Landschaftsschutzes erhebliche Bedenken. Windkraftanlagen im Wald sollten ausgeschlossen werden.

Ausnahmsweise sollen Windkraftanlagen auch in Bereichen zum Schutz der Natur zugelassen werden. Diese textliche Festlegung ist in sich widersprüchlich und muss gestrichen werden.

Im Entwurf des Regionalplanes werde keine Standorte für Windkraftanlagen in den Karten festgelegt. Dies soll auf der Ebene der Städte und Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen. Da Windkraftanlagen mit inzwischen über 200 m Höhe raumwirksam sind und die Errichtung insbesondere von mehreren Windkraftanlagen regionalplanerisch gesteuert werden müsste, sollten Standorte für Windkraftanlagen im Regionalplan festgelegt werden. Hier reichen die Aussagen im Entwurf des Regionalplanes nicht.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1008722	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>5. Festlegung eines neuen Nationalparks ? Siebengebirge - Nutscheid - Leuscheid ? :</p> <p>Leider waren die damaligen Bestrebungen in Sachen Nationalpark ? Siebengebirge ? nicht erfolgreich. Deshalb sollte das Ziel , einen Nationalpark im Rhein-Sieg-Kreis einzurichten , im Regionalplan festgelegt werden.</p> <p>Allerdings sollte der künftige Nationalpark um die Gebiete der Nutscheid und der Leuscheid erweitert werden.</p> <p>Deshalb schlage ich den Nationalpark ? Siebengebirge - Nutscheid - Leuscheid ? vor.</p> <p>In der Nutscheid und der Leuscheid leben u.a. Wölfe, Wildkatzen, Uhu, Schwarzstörche, Rotmilan, Habicht, Mäusebussard und Schwarzspecht.</p> <p>Sofern die Regionalplanungsbehörde den künftigen Nationalpark in den Karten festlegen möchte, bin ich gerne bereit , einen Vorschlag in Zusammenarbeit mit den Beteiligten zu erarbeiten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Die Festlegung von Nationalparks erfolgt durch naturschutzrechtliche Schutzgebietsverordnung. Die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung von Nationalparks sind im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) verankert.</p>

AZ: Ö-M-64

1001276

1000838

#### Inhalt

Zu 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur

Erläuterung zu Z 19

Wir begrüßen es, dass Sie unter Ziffer 6 auch Ausnahmen für die Inanspruchnahme der Bereiche für den Schutz der Natur zulassen. Insbesondere bezüglich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien aber auch um die Betriebe im Ländlichen Raum in ihrer Entwicklung nicht unverhältnismäßig einzuschränken, sind Ausnahmen wichtig. Hier wünschen wir uns das richtige Augenmaß, um dort zu schützen, wo es notwendig ist. Anstatt der Ausweisung immer neuer BSN und der unbestritten guten Biotopvernutzung wünschen wir uns auch, dass bestehende NSG kontrolliert werden. Vielleicht haben sich dort Grenzen verschoben oder aufgrund klimatischer Veränderungen ist das Schutzgut nicht mehr vorhanden. Die Ausweisung von BSN und NSG führt meist zur Stagnation und Endlos-Verboten. Hier wünschen wir uns mehr Weitsicht und Flexibilität. Auch bei der Ausweisung des Biotopverbundes sollten vorrangig vertragliche Lösungen in Anspruch genommen werden. Eine Ausweisung als Schutzgebiet kann in vielen Fällen entfallen, wo der Eigentümer die ökologisch wertvolle Fläche ? oft seit Jahrzehnten ? ohnehin erhält.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1000839	
<b>Inhalt</b> Erläuterung zu Z 20 Wir begrüßen ausdrücklich, dass unter Ziffer 2 festgehalten wird, dass BSN nicht als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden müssen. Die Praxis, sämtliche schützenswerte Bereiche durch ein Naturschutzgebiet hoheitlich zu schützen und den Eigentümer damit teilweise zu enteignen, ist überholt. Vertragliche Vereinbarungen müssen heute das Mittel der Wahl sein. Die Unterschutzstellung führt regelmäßig zu Nutzungsbeschränkungen, die es durch eine vertragliche Vereinbarung finanziell auszugleichen gilt.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1000840	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung</p> <p>Erläuterung zu Z 21</p> <p>Bei den BSLE ist eine Schutzgebietsfestlegung nie gerechtfertigt. In diesen Fällen muss immer eine vertragliche Vereinbarung mit dem Flächeneigentümer geschlossen werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Der Hinweis richtet sich an die Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen. Dort ist im jeweiligen Einzelfall zu entscheiden, welche Instrumente zur Sicherung der Funktionen des BSLE geeignet sind.</p>

1000841	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu 4.5.1 Walderhalt und -vermehrung  Erläuterung zu Z 22  Unter Ziffer 1 wird gesagt, dass Flächen, die zu Wald entwickelt werden sollen, auch als Waldbereiche festgelegt werden. Um welche Flächen soll es sich dabei handeln? Die Umwidmung von Grün- oder Ackerlandflächen in Waldflächen muss stets vom Flächeneigentümer gewünscht sein. Wir widersprechen ausdrücklich einer Ausweisung potentieller Waldflächen auf Planungsebene. Es stellt sich zudem die Frage, warum überhaupt Flächen zur Waldentwicklung vorgesehen werden. Im Regierungsbezirk Köln gibt es zahlreiche Kommunen, die über einen hohen Waldanteil verfügen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Vorgabe dient der Umsetzung des Landesentwicklungsplanes, der ausdrücklich auch auf die Entwicklung von Wald, insbesondere auf eine Waldvermehrung in waldarmen Gebieten, abzielt. Aus Erläuterungskarte F7 wird ersichtlich, dass es in der Region einen hohen Anteil an waldarmen Kommunen gibt. Grundsätzlich erfolgte im Rahmen der zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen keine eigenständige regionalplanerische Angebotsplanung für eine künftige Waldentwicklung. Geplante Waldentwicklungen wurden allerdings in die zeichnerische Festlegung von Waldbereichen einbezogen, sofern im informellen Prozess Kenntnisse über die Planung und/oder besondere Eignung zur künftigen Entwicklung von Wald in entsprechender Größenordnung ersichtlich wurden. Dies kann z.B. teils bei Rekultivierungsplanungen, Ersatzaufforstungen oder bereits verfestigten kommunalen Konzepten zur Waldvermehrung der Fall sein.</p>

1000842

#### Inhalt

Erläuterung zu G 30

Eine Waldmehrung ist im Umfeld von Siedlungsbereichen gewünscht. Dies ist aufgrund der zunehmenden Hitzeperioden wünschenswertes Ziel. Waldmehrung bzw. Baumpflanzungen müssen aber auch zwingend in den Siedlungen stattfinden. Hier gilt es städtebaulich zu lenken. In Ziffer 3 werden zudem Aufforstungen entlang von linearer Infrastruktur gewünscht. Dabei ist jedoch stets das Problem der Verkehrssicherungspflicht zu beachten. Gerade Bäume unterliegen bei Stürmen einem hohen Bruchrisiko und können damit leicht zur Beschädigung der linearen Infrastruktur führen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1000843

#### Inhalt

Erläuterung zu G 36

Die Verlagerung der Kompensation von walddreichen Kommunen in waldarme Kommunen begrüßen wir ausdrücklich. Dort sollten versiegelte Flächen und Brachflächen besonders in den Fokus genommen werden. Diese eignen sich aufgrund potentieller Altlasten in der Regel nicht für die Landwirtschaft. Sie bieten aber die Möglichkeit von siedlungsnahem Wald. Neben der Waldvermehrung in waldarmen Kommunen sollte als Ausgleichsmaßnahme ? insbesondere nach der Borkenkäfer-Kalamität ? auch der Umbau von Nadelreinbeständen in Mischbestände besonders in den Blick genommen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.



1000844	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu 4.5.2 Waldfunktionen und -nutzungen  Erläuterung zu G 38  Die Ausführungen unter Ziffer 2 verstehen wir nicht. Die dort genannten Einschränkungen gehören unter den Absatz NSG bzw. BSN und Nutzungseinschränkungen und nicht unter Waldnutzungen. Zudem sollte im letzten Satz das Wort "möglichst" zwingend gestrichen werden. Es sind immer ausgleichende Lösungen anzustreben. Der Satz an sich ist auch wenig konkret. Welche Funktionen sollen warum wodurch eingeschränkt werden? Und wie sollen die nachgeordneten Behörden für einen Ausgleich der Funktionen sorgen?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Hinweis richtet sich an die Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung. Hierbei können ggf. beim Erhalt der Waldfunktionen Abwägungen oder Priorisierungen unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse erforderlich sein. Die betreffende Stelle in der Erläuterung ist beispielhaft zu verstehen und dient der Veranschaulichung.</p>

1000845

#### Inhalt

##### Erläuterung zu G 39

Die Ausführungen sind schön, werden in der Praxis aber kaum umgesetzt. Leider findet eine Besucherlenkung kaum statt und insbesondere der immer weiter zunehmende Fahrradtourismus durch E-Bikes und Mountainbiker führt zu immensen Schäden in den Wäldern, am Boden, in der Naturverjüngung und durch das Verschrecken von Wild.

Hier wünschen wir uns zwingend regulierende Vorgaben durch die Bezirksregierung und die nachgeordneten Behörden. Gerne stehen die Mitglieder der Familienbetriebe für Gespräche bereit, um ? entgeltlich ? Flächen für besondere Nutzungen zur Verfügung zu stellen, um andere Bereiche zu schonen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1000846	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Erläuterung zu G 40</p> <p>Hier ist zu berücksichtigen, dass nicht nur in Saatgutbeständen Saatgut gesammelt werden kann, sondern in sämtlichen Waldbeständen kann der Eigentümer Saatgut sammeln und nutzen. Damit gilt es, sämtliche Waldbestände zu schützen, einer gesonderten Ausweisung der Saatgutbestände im Regionalplan bedarf es nicht. Die Ausweisung von Gebieten für Saatgutbestände darf auf keinen Fall zur Folge haben, dass in diesem Gebiet Bäume nicht gefällt werden dürfen. Zum einen ist es oftmals notwendig, Bäume zu fällen, um an das Saatgut zu gelangen. Zum anderen darf dem Waldbesitzer die Einnahmequelle des Holzverkaufs nicht entzogen werden. Die Entnahme einzelner Bäume hat zudem nur eine geringe Auswirkung auf die Saatguternte, da zeitgleich andere Bäume nachkommen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Der Hinweis richtet sich an die Umsetzung der regionalplanerischen Festlegungen. Die textliche Festlegung erfolgte auf Grundlage des forstlichen Fachbeitrags. Entsprechend dem Fachbeitrag stellt die Sicherung von Saatgutbeständen einen wichtigen, durch den Landsforst zu verantwortenden Baustein zur Erhaltung von Bereichen mit besonderer forstlicher Bedeutung dar.</p>

1000847	
<b>Inhalt</b> Erläuterung zu G 43 Wir freuen uns, dass die Bezirksregierung die Notwendigkeit erkannt hat, freiwillige Zusammenschlüsse zu fördern, auch wenn die Verbindung zum Regionalplan und seinen Vorgaben nicht zu erkennen ist.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Die Festlegungen im Kapitel 4.5 wurden auf der Grundlage des forstlichen Fachbeitrags zum Regionalplan entwickelt. Die Umsetzung der auf die Bewirtschaftung bezogenen Festlegungen erfolgt in erster Linie durch die Forstbehörden. Regionalpläne erfüllen gemäß Landesplanungsgesetz NRW die Funktion eines forstlichen Rahmenplans.

1000848	
<b>Inhalt</b> Erläuterung zu G 44 Auch hier begrüßen wir den angestrebten angepassten Wildbestand, sehen aber nicht, wie dieser durch Vorgaben im Regionalplan umgesetzt werden könnte.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Die Festlegungen im Kapitel 4.5 wurden auf der Grundlage des forstlichen Fachbeitrags zum Regionalplan entwickelt. Die Umsetzung der auf die Bewirtschaftung bezogenen Festlegungen erfolgt in erster Linie durch die Forstbehörden. Regionalpläne erfüllen gemäß Landesplanungsgesetz NRW die Funktion eines forstlichen Rahmenplans.

1000849	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu 5.2.3.2 Nutzung von Windenergie</p> <p>Erläuterung zu Z 37</p> <p>Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch Waldbereiche als potentielle Standorte benannt werden.</p> <p>Auch, dass BSN in Ausnahmen in Betracht gezogen werden können, halten wir für sinnvoll. Die artenschutzrechtlichen Voraussetzungen zum Bau einer Windenergieanlage gewährleisten einen umfangreichen Schutz der vorhandenen Arten.</p> <p>Der Eingriff in die Natur ist aufgrund der geringen versiegelten Fläche gering.</p> <p>Es ist sinnvoll, nicht bereits auf der Ebene der Regionalplanung großflächig Bereiche für Windenergie auszuschließen. Die richtigen Standorte müssen vor Ort gefunden und unter Einbeziehung aller Interessen ermittelt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

AZ: Ö-M-657	
1001957	
1006485	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[ANONYMISIERT] beantragen wir, die Darstellung im Entwurf des Regionalplans Köln [ANONYMISIERT] an der Jakobstraße von GIB in ASB zu ändern.</p> <p>I. Sachverhalt</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID1006485_1]</p> <p>(Entwurf des Regionalplans)</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans Köln ist für das Plangebiet die Darstellung eines Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) vorgesehen. In den GIB sind Flächen für die Unterbringung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen vorzuhalten. Hierzu wird im Entwurf des Regionalplans Köln folgendes ausgeführt: Gemäß (Ziel) Z10 sollen GIB gesichert und entwickelt werden und insbesondere vor Wohnbebauung und anderen schutzbedürftigen Nutzungen geschützt werden. Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Ausnahmsweise zulässig sind gewerbliche Nutzungen mit geringeren Emissionen, soweit sie aus städtebaulichen Gründen, insbesondere aus Gründen des Umgebungsschutzes GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen, zur Gliederung der Baugebiete untereinander erforderlich sind oder der Bestandssicherung oder Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen. Ausnahmsweise kann es zur Gliederung der Baugebiete und zur Umsetzung von bereits bestehen-den Abstandserfordernissen im Einzelfall erforderlich sein, zur Umsetzung des (G. 18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen oder zur Sicherung eines bestehenden Betriebes verbindliche Bauleitplanung für Gewerbegebiete durchzuführen, die der Unterbringung von nicht wesentlich störenden und nicht störenden Gewerbebetrieben dient. Diese ist nur dann zulässig, wenn sie die Rücksichtnahmepflicht zu bestehenden Emittenten (z. B. Industriebetriebe und insbesondere Betriebsbereiche nach Störfall-VO) nicht beeinträchtigt und ge-plante oder bestehende gewerblich-industrielle Nutzungen nicht erheblich eingeschränkt werden. Dies hat die Kommune im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW darzulegen.[ANONYMISIERT] befindet sich an der Jakobstraße und umfasst einen ANONYMISIERT]. Nördlich und östlich grenzen [ANONYMISIERT] ASB</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungs-direktiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesem Falle ein Sicherungserfordernis als GIB, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

an. Nördlich befinden sich Sportstätten (u.a. Belkaw Arena) und östlich wird durch den Bebauungsplan Nr. 2118 ? Jakobstraße ? in unmittelbarer Nachbarschaft sogar Wohnbebauung zugelassen. Südöstlich grenzen ebenfalls nicht emittierende Gewerbebetriebe (u.a. [ANONYMISIERT]) sowie der [ANONYMISIERT] und einzelne Wohngebäude an. Diese Flächen sind vollständig bebaut bzw. werden kurzfristig mit nicht emittierenden Nutzungen entsprechend dem Bebauungsplan Nr. 2118 bebaut und es sind keine Flächen mehr verfügbar, die durch emittierende Gewerbe- oder Industriebetriebe bebaut werden könnten.

## II. Rechtliche Beurteilung

Gemäß Zielfestlegung des Entwurfes des Regionalplans Köln sind GIB Flächen insbesondere für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe vorzuhalten sowie Nutzungen auszuschließen, die mit gewerblich-industriellen Nutzungen nicht vereinbar sind. Um bestehende emittierende Betriebe im GIB in ihrer zugelassenen Nutzung nicht einzuschränken bzw. in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken, soll insbesondere wohnverträgliches Gewerbe wie Einzelhandel oder großflächige Büronutzungen innerhalb der ASB realisiert werden. Aufgrund der tatsächlich vorhandenen Nutzungen handelt es sich [ANONYMISIERT] an der Jakobstraße um ein ASB, das zudem unmittelbar nördlich und östlich an ASB angrenzt. Aufgrund der vorhandenen Wohnnutzung und der weiteren kurzfristig entstehenden Wohnnutzung sind [ANONYMISIERT] keine emittierenden Gewerbebetriebe zulässig, da dies dem Schutz der Wohnbebauung widerspräche. Der Grundbesitz [ANONYMISIERT] ist mit ? einem nicht emittierenden ? Gewerbebetrieb des großflächigen Einzelhandels bereits entwickelt, der zudem Bestandsschutz genießt. Auch südlich, östlich und nördlich des [ANONYMISIERT] sind keine freien Flächen mehr für die Ansiedlung emittierender Industrie- und Gewerbebetriebe vorhanden. Ebenfalls ist absehbar, dass langfristig keine freien Flächen verfügbar werden. Es ist daher zurzeit nicht erkennbar, dass in diesem Gebiet in der Zukunft Flächen für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe zur Verfügung stehen werden. Daher wird diesseits angeregt, dass die Flächen des OBI Marktes sowie der südöstlich angrenzenden Bebauung mit [ANONYMISIERT] und einzelnen Wohngebäuden dem ASB zuzuordnen. Denn diese Fläche ist vollständig bebaut und es ist keine Fläche verfügbar, auf der Gewerbe- oder Industriebetriebe entwickelt werden könnten. Zudem stehen die derzeitigen Gebäude und Nutzungen unter Bestandsschutz. Dies rechtfertigt es, für diese Flächen östlich und nördlich der Jakobstraße ein ASB auszuweisen. Für nicht emittierende Gewerbebetriebe ist nämlich nicht Ziel Z10, sondern Ziel 7 einschlägig. Dort heißt es: Gemäß Ziel 7 sollen ASB gesichert und entwickelt werden. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Die ASB umfassen neben Wohnbauflächen auch alle mit dieser Funktion zusammenhängenden Nutzungen sowie Flächen für wohnverträgliches Gewerbe. Wohnfolgeeinrichtungen sind beispielsweise Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen zur medizinischen Versorgung, Sport- und Freizeiteinrichtungen oder



Einkaufsmöglichkeiten. Wohnverträgliches Gewerbe ist nicht störendes Gewerbe, das der Funktion Wohnen nicht entgegensteht. Gemischte und gewerbliche Bauflächen sowie nutzungskonforme Sonderbauflächen, z. B. für den großflächigen Einzelhandel, können innerhalb der ASB geplant werden. Die Bebauung [ANONYMISIERT] mit einem [ANONYMISIERT] entspricht den Vorgaben für ein ASB, da es sich um wohnverträgliches Gewerbe handelt. Die bestehenden Nutzungen sind somit mit der Darstellung eines GIB nicht vereinbar. Da diese bestandsgeschützt sind, ist die Darstellung eines GIB nicht mit den Zielen des Regionalplanentwurfs vereinbar. Die Darstellung eines GIB im Regionalplanentwurf [ANONYMISIERT] ist daher rechtlich angreifbar. Um die Wirksamkeit des Regionalplanentwurfs nicht zu beeinträchtigen, wird angeregt, die Flächen östlich und nördlich der Jakobstraße ein ASB ? wie beantragt ? als ASB darzustellen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006485\\_1.pdf](#)

1006223	
<b>Inhalt</b> Wir bitten Sie, den Erhalt unseres Schreibens kurzfristig schriftlich zu bestätigen.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)

AZ: Ö-M-661

1001813

1003658

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Vorschlag für eine neue Wohnbebauung in 50997 Köln

Als praktizierende Landwirtin und Vermieterin von hochwertigen Wohnimmobilien möchte ich zur Neuaufstellung des Regionalplanes Stellung nehmen und für den Ortsteil KölnMeschenich eine Erweiterung und Abrundung einer Wohnbebauung einbringen. Im Süden von Köln Meschenich bewirtschaften wir noch Restflächen des ehemaligen Gutes 'Neu-Engeldorfer Hof'. Der Gutshof wurde inzwischen zu einer hochwertigen Wohnanlage ausgebaut. Die verbliebenen Flächen rund um den Hof sind mittel- und langfristig aufgrund der verkehrsreichen Zuwegung durch die Städte Köln und Brühl nur noch eingeschränkt landwirtschaftlich nutzbar. Des Weiteren gibt es keine Landhandelsunternehmen mehr in der näheren Umgebung. Die Wirtschaftlichkeit der Flächen für die Landwirtschaft ist mithin sehr eingeschränkt. Für eine Wohnbebauung bieten sich diese Flächen geradezu an. Sie sind altlastenfrei, befinden sich nicht in Schutzgebieten und sind verkehrstechnisch hervorragend sowohl an das Autobahnnetz als auch an Bundes und Landstraßen angeschlossen. Eine neue Wohnbebauung könnte an dieser Stelle vorzugsweise energieeffizient und nachhaltig mit Hilfe von erneuerbaren Energien erfolgen. Ein Straßenbahnanschluss in die Innenstadt ist in Planung. Aufgrund der sehr starken Wohnungsknappheit bitte ich meinen Vorschlag wohlwollend zu beurteilen.

[ANONYMISERT]

[s. Anhang Abb. 1003033\_1]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1003658.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

AZ: Ö-M-665

1001815

1003456

#### Inhalt

Ich, [anonymisiert], bewirtschafte einen von meiner Mutter [anonymisiert] gepachteten landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb unter der Anschrift [anonymisiert] in 52249 Eschweiler. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Gemäß der uns vorliegenden Karte sollen die in der Gemarkung Kinzweiler östlich der L240 unter Flur 48 gelegenen Flurstücke Nr. 13 und 19 als Industriegebiet ausgewiesen werden. Wir wenden uns bereits jetzt gegen diese Ausweisung, da der Verlust der Flächen für den landwirtschaftlichen Betrieb wirtschaftlich nicht zu verkraften wäre. Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung des GIBinterkommunal im Bereich der Stadt Eschweiler ist eine Festlegung des geltenden Regionalplans, die als Ergebnis eines vorgezogenen Änderungsverfahrens aus Anlass des Strukturwandels erfolgte. Das Erfordernis einer vorgezogenen Änderung leitet sich aus einem in Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde NRW entwickelten Gutachtens zur kurzfristigen Gewerbeflächenentwicklung im Rheinischen Revier ab. Die geplante gewerbliche Entwicklung entspricht dem Auftrag der Landesentwicklungsplanung zu einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung und ist vor dem Hintergrund der Erfordernisse des Strukturwandels erforderlich.

AZ: Ö-M-668	
1001830	
1003039_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>anbei mein Einwand gegen die Regionalplanung im Bereich Swisttal - Buschhoven, Miel und Morenhoven (anonymisiert) Betr.: Öff Neuaufstellung Regionalplan Köln, Swisttal - östlicher der A61</p> <p>Einwand gegen Ihre Planung im Bereich der Gemarkungen Buschhoven, Miel, Morenhoven und Dünstekoven</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, große Bereiche der Gemarkungen Buschhoven, Miel und Morenhoven sind im Entwurf des Regionalplans als Naturschutz-gebiete oder BSLE ausgewiesen. Dies kann ich nicht nachvollziehen. Der Begriff BSLE dienen lediglich dem Zweck der landschaftsgebundene Erholung sowie Sport- und Freizeiterholung, zum Naturerlebnis und zur Naturwahrnehmung. Die Landwirtschaft bleibt nach dieser Definition außen vor. Bisher wurde dieser Bereich von vielen Akteuren gemeinsam genutzt. Die Landwirtschaft hat durch ihre Produktion zur Nahrungssicherheit beigetragen und die Erholungssuchenden hatten Raum für Spaziergänge mit und ohne Hunde sowie für Fahrradtouren und haben die landwirtschaftlichen Wege als kurze Verbindungsstrecken zwischen den Orten genutzt. Wieso muss sich das ändern? Durch die Einordnung der Flächen als Naturschutzgebiete, BSN und BSLE sind Landwirte in ihrer Existenz bedroht. Flächen werden der Landwirtschaft entzogen. Auch Erholungssuchende sind stark eingeschränkt in den Naturschutzgebieten, wie die stillgelegte Kiesgrube in Swisttal Dünstekoven zeigt. Die Umwandlung von Bereichen des Landschaftschutzes in Bereiche des Naturschutz macht eine landwirtschaftliche Nutzung unwirtschaftlich und existenzbedrohend für die Landwirte. Zur charakteristischen Kulturlandschaft im ländlichen Raum gehört auch die Landwirtschaft, die Bewirtschaftung der Felder und die Erzeugung von Nahrungsmittel (Nahrungssicherung) (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-M-670	
1001961	
1003043_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betreff: Öff Neuaufstellung Regionalplan - HIR Forschungsprojekt SolnetPlus</b> Sehr geehrte Damen und Herren, das Hamburg Institut arbeitet aktuell im Rahmen des Forschungsprojekts SolnetPlus, das vom BMWK gefördert wird, daran den Einsatz von Solarthermie-Freiflächenanlagen zur Dekarbonisierung von Wärmenetzen zu beschleunigen. Nähere Informationen dazu finden sich hier: <a href="https://www.hamburg-institut.com/news/start-fuer-forschungsprojekt-solnetplus/">https://www.hamburg-institut.com/news/start-fuer-forschungsprojekt-solnetplus/</a>. Insbesondere geht es uns darum, die planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen für thermische Freiflächen-Solaranlagen (Solarthermie-FFA) zu verbessern, die in ein Wärmenetz einspeisen. In diesem Zusammenhang möchten wir anlässlich der ?Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln? unsere bisherigen Erkenntnisse in die planungsrechtliche Praxis einfließen lassen. Im Anhang senden wir Ihnen unsere Stellungnahme mit dem Fokus auf einer solarthermischen Nutzung der Sonnenenergie in der Raumplanung. (anonymisiert) [Anhang] Öff Neuaufstellung Regionalplan Sehr geehrte Damen und Herren, das Hamburg Institut arbeitet aktuell im Rahmen des Forschungsprojekts SolnetPlus, das vom BMWK gefördert wird, daran den Einsatz von Solarthermie-Freiflächenanlagen zur Dekarbonisierung von Wärmenetzen zu beschleunigen. Nähere Informationen dazu finden sich hier: <a href="https://www.hamburginstitut.com/news/start-fuer-forschungsprojekt-solnetplus/">https://www.hamburginstitut.com/news/start-fuer-forschungsprojekt-solnetplus/</a>. Insbesondere geht es uns darum, die planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen für thermische Freiflächen-Solaranlagen (Solarthermie-FFA) zu verbessern, die in ein Wärmenetz einspeisen. In diesem Zusammenhang möchten wir anlässlich der ?Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln" unsere bisherigen Erkenntnisse in die planungsrechtliche Praxis einfließen lassen.</p> <p>1. Textliche Festlegungen - 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie Solarthermie-FFA in der Standortabwägung In Planungshilfen auf Landesebene (u.a. des Landes Schleswig Holstein, s. „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich" vom 1.9.2021) wird darauf hingewiesen, dass bei der Solarthermie ähnliche Wirkzusammenhänge wie bei der Photovoltaik bestehen. Dies trifft vor allem bei einer fachlichen Betrachtung aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes zu. Die raumplanerische Betrachtung sollte jedoch die Besonderheiten und Unterschiede der beiden Technologien berücksichtigen, um die lokale Versorgung der Bevölkerung mit erneuerbaren Energien sicherzustellen. Bei der Energieversorgung gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Freiflächenanlagen mit PV und Solarthermie. Die Erzeugung von Strom mit PV ist</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

deutlich weniger auf eine räumliche Nähe zu Siedlungen angewiesen. Strom kann kostengünstig über das Stromnetz und ggf. neu zu verlegende Stromkabel über weite Strecken ohne nennenswerte Verluste übertragen werden. Solare Wärme muss hingegen in unmittelbarer Nähe von ihrem Verbrauch erzeugt werden, da Transportleitungen sehr viel teurer sind und der Transport mit höheren Verlusten einhergeht. Der von Kommunen zu wählende Suchraum für Flächen für Solarthermie-FFA ist somit deutlich begrenzter als beim PV-FFA. Dies führt auch dazu, dass Solarthermieanlagen im Rahmen der Abwägung anders zu behandeln sind als PV-FFA, insbesondere können erstere nicht auf weit entfernt liegende Flächen verwiesen werden können, die für PV-FFA womöglich noch wirtschaftlich wären, nicht jedoch für Solarthermie. Gerade vor diesem Hintergrund empfehlen wir dringend, neben PV-Freiflächenanlagen auch solarthermische Freiflächenanlagen zu berücksichtigen, um zugleich erneuerbare Strom- und Wärmeversorgung zu ermöglichen. Ein Hinweis auf die besonderen planungsrechtlichen Anforderungen von Solarthermie könnte unseres Erachtens nach in Kapitel 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie in der Erläuterung zu G.67 wie folgend ergänzt werden: "Solarthermie-Freiflächenanlagen sollen in guter städtebaulicher Anbindung, räumlicher Nähe zu Verbraucherinnen und Verbrauchern oder in räumlicher Nähe von Nah- oder Fernwärmenetzen beziehungsweise Wärmespeichern geplant und errichtet werden. Flächen mit erhöhtem Raumwiderstand können auf Grund der besonderen Anforderungen im Einzelfall und unter entsprechender Ausgestaltung der Fläche geeignet sein für großflächige Solarthermieanlagen." Im Glossar sollte der Begriff Freiflächensolaranlage in der Erläuterung wie folgt um die Nutzung solarthermischer Wärmeerzeugung ergänzt werden: Solarenergieanlagen, die der Strom-(Photovoltaik) oder Wärmeerzeugung (Solarthermie) dienen und nicht auf oder an einem Gebäude, sondern ebenerdig auf freier Fläche aufgestellt sind. Ergänzend auch in 5.2.3.3 Nutzung von Solarenergie unter Punkt 2: Solarenergieanlagen, die der Strom- (Photovoltaik) oder Wärmeerzeugung (Solarthermie) dienen und nicht auf oder an einem Gebäude, sondern ebenerdig auf freier Fläche aufgestellt sind, werden als Freiflächensolaranlage bezeichnet. Diese baulichen Anlagen lösen in der Regel ein Planerfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung aus. Diese richten sich nach den Regelungen des LEP NRW sowie (Z. 38) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern. Wir würden uns freuen, wenn diese Punkte im Rahmen des Beteiligungsverfahrens berücksichtigt werden können. (anonymisiert) Dieses Vorhaben wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages unter dem Förderkennzeichen 67KF0119C gefördert.

AZ: Ö-M-672	
1001964	
1003462	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind Eigentümer des o.g. Grundstückes [anonymisiert]. Dieses umfasst sowohl die landwirtschaftliche Hofanlage [anonymisiert] mit Hof- und Gartenfläche sowie Weide- und Ackerflächen. Im Entwurf des Regionalplanes Köln ist für eine nicht unerhebliche Fläche des o.g. Flurstücks [anonymisiert] die "Freiraumfunktion" „Schutz der Natur" vorgesehen. Wir möchten gegen diese Klassifizierung Einspruch erheben aus folgenden Gründen: Der Regionalplan sieht vor, dass auch die Gebäude und insbesondere das Wohngebäude der Burg [anonymisiert] unter die Freiraumfunktion "Schutz der Natur" gestellt werden. Hierzu gehört auch der Hof sowie die direkt um die Burg liegenden Flächen, wie der Garten, der Paddock oder der Reitplatz. Hier würde unmittelbar in die private Nutzung bzw auch wirtschaftliche Nutzung, die zur Unterhaltung der historischen Gebäude notwendig ist, eingegriffen. Die Wiesen und Weideflächen werden zur Pferdehaltung genutzt. Diese Nutzung ist wirtschaftlich für uns von elementarer Bedeutung um aus den Einnahmen die unter Denkmalschutz stehende historische Hofanlage instand halten zu können. Gleiches gilt für den Teil des Flurstückes [anonymisiert] der land wirtschaftlich mit Ackerflächen bewirtschaftet wird. Selbstverständlich achten wir auf eine naturnahe Bewirtschaftung und Haltung der Flächen. Insbesondere gilt dies auch für die Flächen entlang des Bachlaufes. Die Erfahrung der Vergangenheit bei vergleichweisen Verfahren hat gezeigt, dass bei einer Umsetzung der Richtlinie in der Folge auch eine Umwidmung der Flächen in ein Naturschutzgebiet erfolgt. Dies wäre aus den oben erwähnten Gründen eine nicht hinnehmbare Einschränkung für die Eigentümer. Aus diesen Gründen möchten wir hiermit Widerspruch gegen den Regionalplan für das o.g. Flurstück [anonymisiert] einlegen und Sie bitten im Vorfeld von der Klassifizierung zur „Freiraumfunktion" „Schutz der Natur" abzusehen. Gerne stehen wir für Rückfragen bereit.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-M-675	
1002092	
1003463	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Festsetzungen des Regionalplans sehen im Bereich von Erft und Erftmühlenbach im Kreis Euskirchen großzügig bemessene Bereiche zum Schutz der Natur vor. Wir sind als landwirtschaftlicher Betrieb mit mehreren Flächen von dieser Planung betroffen. Besondere Kopfschmerzen bereitet uns die Festlegung eines BSN in der Gemeinde Euskirchen, Gemarkung Kuchenheim Flur [ANONYMISIERT] Flurstück [ANONYMISIERT]. Hier befindet sich unsere Hofstelle mit Getreide- und Maschinenhalle, Biogasanlage und Fahrsiloanlagen, sowie hochwertiges Ackerland. Wir befürchten durch die Einordnung als BSN weitere Einschränkungen in der Nutzung und insbesondere für die zukünftige Entwicklung des Betriebs. Es handelt sich um einen Familienbetrieb, der hoffentlich auch in der nächsten Generation noch fortgeführt werden kann. Vor 15 Jahren wurde auf dem Betriebsgelände eine Biomasseanlage errichtet (s. Karte). Auch die übrige Bebauung zeigt, dass es sich nicht um einen reinen Freiraumbereich handelt. Unverständlich ist ebenso, dass die Begrenzung des BSN in nordwestlicher und südöstlicher Richtung anscheinend nur durch die Lage eines Wirtschaftsweges und der Phönixstraße begründet wurde. Weiterhin wird das Areal am Erftmühlenbach im Süden durchschnitten vom Kerp'sches Mühlenweg, der vor einigen Jahren vom Wirtschaftsweg zur öffentlichen Straße umgewidmet wurde und weiter nördlich durch die viel befahrene K 24. Ein Biotopverbund an diesen Stellen endet für Landlebewesen häufig tödlich. Bei Festlegung der BSN wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I zugrunde gelegt. Auf welcher Grundlage wurde das betreffende Gebiet zugeordnet? Der Landschaftsschutz kann doch hier nicht die alleinige Basis gewesen sein und die Festlegung als Überschwemmungsgebiet hat sich in der Jahrhundertflut 2021 für das Flurstück [anonymisiert] nur im direkten Bereich des Wohnhauses vor der Fallstufe des Baches bewahrt. Der gesamte Bereich der Wirtschaftsgebäude war vom Hochwasser nicht betroffen. Das Gelände der Biomasseanlage ist sowieso eingewallt. In den Begründungen zur Festsetzung findet sich unter Punkt 4.4 Landwirtschaft, dass "Neben der in den anderen Grundsätzen behandelten Vermeidung von Flächenverlusten landwirtschaftlicher Nutzflächen ... dem Erhalt von Betriebsstandorten als Ausgangspunkt für die Bewirtschaftung und der Sicherung guter agrarstruktureller Bedingungen als Voraussetzung für eine dauerhaft tragfähige Nutzung eine wichtige Bedeutung ... " zukommt. Dies wurde in unserem konkreten Fall aber zu wenig beachtet. Wir bitten zu bedenken, dass Mindestabstände nach DÜV, WHG und PflSchAnW den Schutz des Gewässers bereits besser als jemals zuvor sichern. Weiterhin sind nach den Bedingungen der GAP 2023 die 4%ige Konditionalitätsbrache zwingend und weitere Agrarumweltprogramme wie Buntbrachen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

und Wildpflanzengemeinschaften möglich, die wir natürlich bevorzugt in sensiblen Bereichen anlegen werden. Wie auch die Höfe an der Schnittstelle von L 119 und Erft nicht in die BSN aufgenommen wurden, fordern wir, das Flurstück [ANONYMISIERT] im Landschaftsschutzgebiet zu belassen und den Schutz nicht auf das Niveau des BSN auszuweiten. Für die Zukunftsfähigkeit des Betriebes muss eine weitere Entwicklung des Betriebsstandorts möglich bleiben. Wir bitten, die Ausweisung der Gebiete auch hinsichtlich einer neuen Sichtweise auf die Wichtigkeit der Nahrungsmittelproduktion auf ein sinnvolles Maß zu beschränken und die Landwirte nicht über Gebühr durch Einschränkungen in der Nutzung zu entmündigen. Der verantwortliche Umgang mit der eigenen Fläche darf einem Landwirt ruhig unterstellt werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-M-70	
1001259	
1000829_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Neuaufstellung des Regionalplans Köln; Planung von Freiflächensolaranlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Weilerswist Sehr geehrte Damen und Herren, in der vorbezeichneten Angelegenheit übersenden wir Ihnen unser Schreiben vom heutigen Tage nebst Anlage.(anonymisiert)</p> <p><b>Neuaufstellung des Regionalplans Köln; Planung von Freiflächensolaranlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Weilerswist, Gemarkung Vernich, Flur (anonymisiert)</b> Sehr geehrte Damen und Herren, in der vorbezeichneten Angelegenheit vertreten wir die rechtlichen Interessen der Firma (anonymisiert) anwaltlich. Eine auf uns lautende Vollmacht der Firma (anonymisiert) fügen wir zu Ihrer Kenntnisnahme als Anlage bei. 1. Geplante Vorhaben unserer Mandantin Unsere Mandantin plant, in der Gemeinde Weilerswist, Gemarkung Vernich, Flur (anonymisiert), drei Freiflächensolaranlagen mit einer Gesamtfläche von rund 65 ha zu errichten. Bei den hierfür vorgesehenen Flächen handelt es sich um Flächen, die im Vorfeld durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen werden sollen und die im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, zum Teil auch bereits als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung dargestellt sind. Im Einzelnen : 1.1 Geplante Abgrabung in der Gemarkung Vernich. Flur (anonymisiert). Flurstücke (anonymisiert) Unsere Mandantin hat bis 2003 die Abgrabung Horchheim auf dem Gebiet der Gemeinde Weilerswist als Trockenabgrabung zur Gewinnung von Kies und Sand betrieben (Abgrabungsgenehmigung des Regierungspräsidenten Köln vom 05.08.1985, Az.: 51.2.7 - Eu 5/8). In 2001 und in 2003 wurden Erweiterungen beantragt, deren Abbau aus konjunkturellen Gründen nicht verwirklicht wurde. Die Herrichtung der Altabgrabung wurde daraufhin bis 2011 vollständig abgeschlossen und die Infrastruktureinrichtungen bis auf die Zufahrt zur K 11 beseitigt. Um die aktuell sehr hohe Nachfrage nach den Rohstoffen Sand und Kies zu bedienen, beabsichtigt unsere Mandantin, den Standort wieder zu aktivieren und eine Fortführung der Abgrabung in westlicher Richtung auf einer Gesamtfläche von etwa 45,5 ha zu beantragen. Die geplante Abgrabung soll den Verlust des bergrechtlich genehmigten Tagebaus Blessem auf dem Gebiet der Stadt Erftstadt, in dem der Betrieb nach der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr endgültig eingestellt werden musste, kompensieren. Der Antrag soll deshalb bereits in Kürze beim Kreis Euskirchen zur Zulassung eingereicht werden. Die Vorhabensfläche ist im derzeit gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, vollständig als "Bereich zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze" (BSAB) und somit als Vorrangbereich für Abgrabungen dargestellt. Sie befindet sich südwestlich des Ortsteils</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.</p>

Klein-Vernich, westlich der Ortslage Horchheim und nimmt neben Teilflächen der Altabgrabung ausschließlich ackerbaulich genutzte Flächen in Anspruch. Das Vorhabensgelände gliedert sich in zwei Teilflächen östlich und westlich des sogenannten "(anonymisiert)", der für die Landwirtschaft als wichtige Wegeverbindung dauerhaft erhalten bleiben soll. Östlich des "(anonymisiert)" sollen die noch nicht abgebauten Flächen erneut zur Abgrabung beantragt werden, westlich des Weges die Ackerflächen bis zur Autobahn A 1. Der Abbau erfolgt im Trockenschnitt bis auf eine Tiefe von maximal 112,5 m NHN im Norden und 117,0 m NHN im Süden. Das aus der Vorhabensfläche zur Verfügung stehende Kies- und Sandvolumen beläuft sich auf insgesamt etwa 5,52 Mio. m<sup>3</sup> und soll abschnittsweise über einen Zeitraum von etwa 12,5 Jahren hereingewonnen werden. Die dem Abbau sukzessive folgende Rekultivierung wird zwei Jahre nach Beendigung der Rohstoffgewinnung abgeschlossen sein. Die Rekultivierung des Geländes soll in Tieflage erfolgen. Insbesondere der östliche Teil wird unter Gesichtspunkten des Arten- und Biotopschutzes hergerichtet und in Erweiterung der Naturschutzflächen in der Altabgrabung als wichtiger Sekundärlebensraum, besonders für Brutvogelarten und Amphibien, dienen. Die Flächen bleiben nach Beendigung des Abbaus ganz überwiegend der natürlichen Sukzession überlassen. Auf der Sohle des westlichen Teils werden demgegenüber landwirtschaftliche Nutzflächen in Form von extensivem Grünland wiederhergestellt. Lediglich im Randbereich sollen dort Gehölzpflanzungen und Sukzessionsflächen angelegt werden (siehe nachfolgende Abbildung 1). Auf den für eine extensive Grünlandnutzung vorgesehenen Flächen im westlichen Teil der geplanten Abgrabung beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten. Die hierfür in Aussicht genommene Fläche weist eine Größe von insgesamt rund 20 ha auf und ist in der nachfolgenden Abbildung 2 durch eine rot strichpunktierte Linie gekennzeichnet.[Abbildung] 1.2 Erweiterung 1 in der Gemarkung Vernich. Flur (anonymisiert). Flurstücke (anonymisiert). Zur langfristigen Sicherung des Betriebsstandorts strebt unsere Mandantin an, den Abbau - unter Inanspruchnahme der Abstands- und Böschungsflächen der geplanten Abgrabung - auf einer Fläche von rund 28 ha in nordöstlicher Richtung zu erweitern (Erweiterung 1, siehe nachfolgende Abbildung 3). [Abbildung] Aus der Erweiterung 1 stehen bei einem geplanten Trockenabbau bis 2 m über dem höchsten Grundwasserstand rund 3,78 Mio. m<sup>3</sup> Kies und Sand zur Verfügung, die eine Sicherung des Betriebsstandorts für weitere rund 8,6 Jahre ermöglichen. Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung soll die Erweiterungsfläche - ebenso wie die geplante Abgrabung - in Tieflage rekultiviert werden. Neben randlichen Gehölz- und Sukzessionsflächen sollen dort - wie in der westlichen Teilfläche der geplanten Abgrabung - primär extensive Grünlandflächen entstehen, die eine Größe von rund 23 ha aufweisen werden. Auf den für eine extensive Grünlandnutzung vorgesehenen Flächen der Erweiterung 1 beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr ebenfalls, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten (siehe nachfolgende Abbildung 4)(anonymisiert).1.3 Erweiterung 2 in der Gemarkung Vernich, Flur (anonymisiert), Flurstücke (anonymisiert) sowie Flur (anonymisiert), Flurstücke (anonymisiert) Zur

langfristigen Sicherung des Betriebsstandorts strebt unsere Mandantin an, den Abbau - unter Inanspruchnahme der Abstands- und Böschungsflächen der geplanten Abgrabung - nach Beendigung des Abbaus der Erweiterung 1 auf einer Fläche von rund 27 ha in südwestlicher Richtung zu erweitern (Erweiterung 2, siehe nachfolgende Abbildung 5). Geplante Erweiterung 2 der Abgrabung Horchheim Aus der Erweiterung 2 stehen bei einem geplanten Trockenabbau bis 2 m über dem höchsten Grundwasserstand rund 3,70 Mio. m<sup>3</sup> Kies und Sand zur Verfügung, die eine Sicherung des Betriebsstandorts für weitere rund 8,4 Jahre ermöglichen. Nach Beendigung der abschnittsweise erfolgenden Rohstoffgewinnung soll die Erweiterungsfläche - ebenso wie die geplante Abgrabung sowie die Erweiterung 1 - in Tieflage rekultiviert werden. Neben randlichen Gehölz- und Sukzessionsflächen sollen dort - wie in der westlichen Teilfläche der geplanten Abgrabung und der Erweiterung 1 - primär extensive Grünlandflächen entstehen, die eine Größe von rund 22 ha aufweisen werden. Auf den für eine extensive Grünlandnutzung vorgesehenen Flächen der Erweiterung 2 beabsichtigt unsere Mandantin nunmehr ebenfalls, nach Abschluss der Rekultivierung eine Freiflächensolaranlage zu errichten (siehe nachfolgende Abbildung 6). [Abbildung] Geplante Freiflächensolaranlage im Bereich der Erweiterung 2 der Abgrabung Horchheim Insgesamt stünden danach am Standort Horchheim langfristig rund 65 ha bereits durch den geplanten Abgrabungsbetrieb vorbelastete Flächen zur Verfügung, die für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen genutzt werden können. Der aus den Flächen erzielbare Stromertrag soll ins örtliche Versorgungsnetz eingespeist werden. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sollen ausweislich des 1. Planentwurfs Ihres Hauses im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stand: 11/2021, als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) dargestellt werden (siehe nachfolgende Abbildung 7). Auszug aus den zeichnerischen Darstellungen des 1. Planentwurfs des in Neuaufstellung befindlichen Regionalplans Köln Um die Realisierung der geplanten Freiflächensolaranlagen auf Teilflächen der geplanten Abgrabung (anonymisiert) sowie deren nordöstlichen und südwestlichen Erweiterungsflächen planungsrechtlich zu ermöglichen, bitten wir Sie daher namens und im Auftrag unserer Mandantin, die in den Abbildungen 2, 4 und 6 gekennzeichneten Flächen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln darüber hinaus als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung darzustellen. Die von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind für eine Darstellung als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie mit regionaler Bedeutung in besonderem Maße geeignet. Denn es handelt sich bei diesen Flächen um durch den im Vorfeld geplanten Abbaubetrieb erheblich vorbelastete Flächen, auf denen - abgesehen von den randlichen Gehölzpflanzungen und Sukzessionsflächen - keine besonders hochwertigen Biotopstrukturen vorhanden sein werden. Sie liegen außerhalb besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft, beherbergen keine im Biotopkataster als schutzwürdig eingestuft Biotop und dienen ausweislich des Biotopverbundkatasters des LANUV NRW auch nicht dem Biotopverbund. Im Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW sind sie zudem bereits teilweise als Solarpotenzialflächen ausgewiesen

(siehe nachfolgende Abbildung 8). Auszug aus dem Solarpotenzialflächenkataster des LANUV NRW (Quelle: Energieatlas NRW) Um die Folgen des Klimawandels abzumildern, besteht ein überragendes öffentliches Interesse an der verstärkten Nutzung regenerativer Energien. Der Ukraine-Konflikt hat zudem deutlich werden lassen, dass die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch von überragender geostrategischer Bedeutung für unser Land ist. Insgesamt lassen sich die von unserer Mandantin beabsichtigten Planungen raum- und umweltverträglich verwirklichen. Im Einzelnen: 2. Bedarf an Freiflächensolaranlagen Das Bundeskabinett hat am 06.04.2022 aus Anlass der sich zuspitzenden Klimakrise sowie aus Gründen der nationalen Sicherheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien verabschiedet. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2030 mindestens 80 % betragen, und im Jahr 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden. Das bedeutet, dass der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden muss, da der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei rund 42 % lag und darüber hinaus in den kommenden Jahren ein erheblicher Anstieg des Stromverbrauchs unter anderem durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr zu erwarten ist (Sektorenkopplung). Das bedeutet, dass im Jahr 2030 insgesamt 600 TWh Strom aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden müssen. Um das neue Ausbauziel zu erreichen, sollen die Ausbaupfade deutlich angehoben werden. Bei der Solarenergie sollen die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert werden, sodass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen (siehe nachfolgende Abbildung 9), wobei rund 50 % der Solarenergie aus Freiflächenanlagen gewonnen werden soll. Der Wert von 215 GW liegt über dem in dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalitionäre für diese Legislaturperiode vorgesehenen Wert von 200 GW. Ausweislich der Begründung zum EEG-Entwurf soll der angehobene Wert dazu beitragen, angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa schneller die Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere von Erdgas, zu reduzieren. [Abbildung] 9: Ausbaupfad Photovoltaik bis 2035 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) Damit dies gelingt, soll im EEG der Grundsatz verankert werden, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Wörtlich heißt es in § 2 des EEG-Entwurfs: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung. In der Gesetzesbegründung wird zu Satz 2 des § 2 des EEG-Entwurfs weiter ausgeführt: Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im

Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt. Um die ambitionierten Ausbauziele zu erreichen, wird zukünftig auch in NordrheinWestfalen eine massive Beschleunigung und Erweiterung des Ausbaus der erneuerbaren Energien notwendig werden. Denn die bisher von der Landesregierung NRW angestrebten Ausbaupfade beruhen noch auf der bundesdeutschen Zielsetzung der Vorgängerregierung, wonach erst im Jahr 2050 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung in Deutschland erreicht werden sollte. In 2020 belief sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung ausweislich der aus dem Energieatlas NRW abrufbaren Daten in NordrheinWestfalen auf lediglich 21,5 %. Die installierte Gesamtleistung betrug rund 13,8 GW. Hiervon entfielen ? 48 % auf Windenergie (installierte Leistung: 6,187 GW), ? 24 % auf Biomasse (installierte Leistung: 1,037 GW), ? 20 % auf Dach-Photovoltaik (installierte Leistung: 5,654 GW), ? 2 % auf Klärgas (installierte Leistung: 0,211 GW), ? 2 % auf Wasserkraft (installierte Leistung: 0,202 GW) ? 2 % auf Grubengas (installierte Leistung: 0,137 GW), ? 1 % auf Freiflächen-Photovoltaik (installierte Leistung: 0,304 GW) und ? 1 % auf Deponiegas (installierte Leistung: 0,041 GW). Insgesamt betrug die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW in 2020 rund 6 GW und soll nach der bisherigen, auf eine Potenzialflächenanalyse des LANUV NRW gestützten Zielsetzung der Landesregierung NRW bis 2030 auf insgesamt 11,5 GW gesteigert werden können. Bis 2035 soll danach eine elektrische Leistung durch Photovoltaik von 13 GW möglich sein. Vgl. MWIDE NRW, Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen, 2019, Seite 51. Diese Leistungssteigerung reicht allerdings nicht aus, um die vom Bund angestrebten Ausbauziele zu erreichen. Zur Erreichung der Klimaneutralität müsste in NRW die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien auf insgesamt rund 64 GW ansteigen. Selbst wenn man annehmen würde, dass der Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung weiter bei rund 25 % verharren würde, müsste die installierte Leistung bei der Photovoltaik in NRW bis 2035 auf 16 GW gesteigert werden. Das sind 3 GW mehr, als nach Angaben der Landesregierung NRW bis 2035 möglich sein sollen. Über die im Solarpotenzial-flächenkataster des LANUV NRW

ausgewiesenen Potenzialflächen hinaus sind deshalb zwingend weitere Flächen erforderlich, die für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden müssen. Für den Regierungsbezirk Köln gilt das erst recht, da dort der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch niedriger liegt als im nordrhein-westfälischen Durchschnitt. Im Jahr 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Regierungsbezirk Köln gerade einmal 11 %. Hiervon entfielen 6,9 % auf Windenergie, 2,2 % auf Solarenergie, 1,2 % auf Bioenergie und 0,7 % auf andere erneuerbare Energien. Die installierte Gesamtleistung der erneuerbaren Energien betrug in 2019 2,313 GW. Hiervon wurden 0,904 GW durch Solarenergie erzeugt. Die Leistung verteilte sich ausweislich der nachfolgenden Tabelle auf die Kreise und kreisfreien Städte wie folgt: [Abbildung] Weit überwiegend handelte es sich bei den vorhandenen Anlagen um Dachflächen-Photovoltaikanlagen. Das erklärt auch, dass die bis Ende 2019 installierte Leistung trotz der relativ hohen Zahl an vorhandenen Anlagen im landesweiten Vergleich verhältnismäßig niedrig ausfiel (siehe nachfolgende Abbildung 10). Um einen substantziellen Beitrag zu dem vom Bund angestrebten Ausbauziel von 215 GW im Jahr 2030 leisten zu können, ist es deshalb zwingend notwendig, im Regierungsbezirk Köln den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen massiv voranzutreiben. Aus den von unserer Mandantin geplanten Anlagen ließe sich, ausgehend von folgenden Rahmendaten: Modulfläche gesamt: 650.000 m<sup>2</sup>; Ausrichtung: Süd; Neigung der Module: 20°; Mittlere Einstrahlung: 1.130 kWh pro m<sup>2</sup> und Jahr; Leistung eines Moduls: 320 W; Angenommene Ertragsminderung: 0,2 % pro Jahr, eine Leistung von 126.566,9 kWp generieren. Der zu erwartende Stromertrag läge im ersten vollen Jahr bei 111.644.000 kWh. Ausgehend von einer Laufzeit der Anlagen von 20 Jahren und einer Ertragsminderung von 0,2 % pro Jahr ergäbe sich ein Stromertrag in Höhe von insgesamt 2.190.960.077 kWh. Bei der Produktion derselben Menge Strom durch ein Braunkohlenkraftwerk würden 128.167 t CO<sub>2</sub> entstehen. Das würde eine Einsparung von 128.167 t pro Jahr bedeuten. Gegenüber einem Erdgaskraftwerk würden 42.648 t CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart. Gegenüber dem derzeitigen bundesdeutschen Strommix ergäbe sich eine Ersparnis von 54.594 t pro Jahr und gegenüber dem Strommix in NRW von 93.223 t pro Jahr. Die von unserer Mandantin geplanten Anlagen würden damit erheblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz beitragen. Um möglichst frühzeitig eine möglichst hohe Energieleistung erzeugen zu können, strebt unsere Mandantin, soweit die Betriebsabläufe dies zulassen, an, bereits während der Laufzeit des Abgrabungsbetriebs in der Abgrabung Horchheim sowie des Abgrabungsbetriebs in den geplanten nordöstlichen und südwestlichen Erweiterungsflächen auf geeigneten Teilflächen (z.B. bereits abgebaute und rekultivierte Abgrabungsabschnitte der Abgrabung Horchheim und noch unverritzte Teilflächen der geplanten Nordost- und Südwestweiterung) temporär Solarmodule zu errichten, die mit Fortschritt des Abbaubetriebs sukzessive an ihren endgültigen Standort verlagert werden sollen.

### 3. Raum- und Umweltverträglichkeit der geplanten Freiflächensolaranlagen

#### 3.1 Raumverträglichkeit

Infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Horchheim sind keine unüberwindbaren Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten. Insoweit ist zu



berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien nach der am 06.04.2022 vom Bundeskabinett geschlossenen Änderung des § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient und die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.

3.1.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche Von den geplanten Freiflächensolaranlagen werden keine agrarstrukturell bedeutsamen Flächen betroffen. Bei den von unserer Mandantin für die geplanten Anlagen in Aussicht genommenen Flächen handelt es sich ausnahmslos um solche Flächen, die zuvor bereits durch den Abbau von Sand und Kies und den Betrieb von Deponien in Anspruch genommen werden sollen und die durch die vorausgegangenen Nutzungen zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen erheblich vorbelastet sein werden. Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Nordost- und Südwestweiterung der Abgrabung Horchheim sowie der Abgrabung Horchheim für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, bleibt während der zeitlich befristeten Nutzungsphase eine extensive landwirtschaftliche Nutzung der betreffenden +Flächen (extensives Grünland mit Mahd/Beweidung) möglich.

3.1.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Die für die Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, dargestellten BSLE. Sie sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln (bislang) auch nicht für eine Darstellung als BSLE vorgesehen.

3.1.3 Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von BGG.

3.1.4 Oberflächengewässer Oberflächengewässer sind von den Planungen unserer Mandantin ebenfalls nicht betroffen. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Freiraumbereichen für die zweckgebundene Nutzung Militär.

3.1.6 Standorte für Abfalldeponien Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von im Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, sowie im in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln dargestellten Standorten für Abfalldeponien.

3.1.7 Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB) Die geplante Abgrabung Horchheim ist im derzeit noch gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, als BSAB dargestellt. Im 1. Planentwurf des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe sind die betreffenden Flächen bislang nicht für eine BSAB-Darstellung vorgesehen. Das gilt auch für die geplanten Erweiterungen 1 und 2. Für die Abgrabung Horchheim und die geplanten Erweiterungen wurde aber seitens unserer Mandantin im Regionalplanverfahren ein Abgrabungsinteresse angemeldet. Da die Abgrabung Horchheim und die Erweiterungsflächen erst nach Beendigung der Rohstoffgewinnung und der anschließenden Rekultivierung dauerhaft für die Nutzung von Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, sind Zielkonflikte mit der Lagerstättensicherung jedoch nicht zu erwarten. Soweit temporär unverritzte Flächen der geplanten Nordost- und Südwestweiterung der Abgrabung Horchheim sowie der Abgrabung Horchheim

selbst für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die entsprechenden Anlagen rechtzeitig vor Beginn der Rohstoffgewinnung zurückgebaut und auf geeignete Flächen innerhalb der geplanten Erweiterungen oder bereits rekultivierte Teilabschnitte der Abgrabung Horchheim verlagert. 3.1.8 Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), Gewerbe-/ Industriebereiche (GIB) Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Siedlungsbereichen. ASB und GIB sind dementsprechend von den Planungen nicht betroffen. 3.1.9 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur In dem in Neuaufstellung befindlichen Regionalplan Köln sind für die von unserer Mandantin für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen keine Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Auch der derzeit noch gültige Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Aachen, enthält keine diesbezüglichen Festlegungen. 3.1.10 Waldbereiche Von den geplanten Anlagenplanungen sind keine Waldflächen betroffen. Die für die Planungen in Aussicht genommenen Flächen werden derzeit intensiv ackerbaulich genutzt (siehe nachfolgende Abbildung 11). Nach Beendigung der geplanten Rohstoffgewinnung werden sie als extensive Grünlandflächen rekultiviert. Eine Anlage von Wald ist im Zuge der Rekultivierung im Bereich der geplanten Anlagenflächen nicht vorgesehen. [Abbildung] Abbildung 11: Biotoptypen im Bereich und Umfeld der geplanten Freiflächensolaranlagen (Quelle: Planungsbüro Finke + Partner) 3.1.11 Regionale Grünzüge (RG) Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von RG. 3.1.12 Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von in einem im Regionalplan Köln dargestellten BSN. 3.1.13 Überschwemmungsbereiche (ÜB) Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von ÜB. 3.1.14 Flugplätze Die für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen außerhalb von Flugplätzen. Auch in ihrer Umgebung sind keine Flugplätze vorhanden. 3.2 Umweltverträglichkeit Auf den von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen ist - bei überschlägiger Betrachtung - eine umweltverträgliche Nutzung der Solarenergie möglich. 3.2.1 Schutzgut Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit Im Vordergrund der Betrachtung stehen die Aspekte Wohnumfeld/Erholungsfunktion sowie Gesundheit und Wohlbefinden. Weder innerhalb der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem Umfeld sind Wohngebiete vorhanden. Die nächstgelegene Wohnnutzung befindet sich in den Ortslagen Horchheim und Klein-Vernich in einer Entfernung zu den Anlagenflächen von 650 m bzw. 700 m. An Verkehrsinfrastruktur sind die Autobahn BAB A 1, die südlich gelegene Landstraße L 181 und die östlich am Abgrabungskomplex Horchheim vorbeiführende K 11 vorhanden. Darüber hinaus besteht ein Netz aus befestigten und unbefestigten Wirtschaftswegen. Für die Erholungsnutzung weist der Raum derzeit keine Funktionen auf. Als Vorbelastungen ist insbesondere die westlich an den geplanten Anlagenflächen angrenzende Autobahn A 1 zu nennen, von der insbesondere Lärmemissionen ausgehen, die weit in den Raum einstrahlen. Neben den verkehrliche

Lärm- und Abgasemissionen gehen auch Zerschneidungseffekte und optische Beeinträchtigungen damit einher. Darüber hinaus ist durch den hohen Ausräumungsgrad der Landschaft die landschaftsästhetische Wertigkeit und die Erholungseignung des Raumes deutlich gemindert. Während der Bauphase ist infolge der geplanten Errichtung der Freiflächensolaranlagen im direkten Umfeld mit Lärm- und Staubentwicklung, geringen Schadstoffemissionen sowie zeitweise mit Erschütterungen zu rechnen. Diese wirken sich jedoch nicht bis in den Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung aus. Durch die Errichtung der Solarmodule kommt es zu einer technischen Überprägung einer durch die westlich an den Anlagenflächen vorbeiführende BAB A 1 sowie die landwirtschaftliche Intensivnutzung vorbelasteten Umgebung. Die Gehölzpflanzungen, welche die überplanten Flächen nach Beendigung des geplanten Abgrabungsbetriebs umgeben werden, bleiben erhalten. Diese Gehölzpflanzungen tragen zur Abschirmung der Solaranlagen bei. Mögliche Ablenkungen für Verkehrsteilnehmer auf der westlich an die Vorhabensfläche angrenzenden BAB A 1 und der im Osten parallel zur BAB A 1 verlaufenden K 11 werden durch die Gehölzpflanzungen sowie die geplante Errichtung der Solaranlagen in Tieflage vermieden. Durch die geplanten Freiflächensolaranlagen sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder die Erholungs- und Freizeitfunktion der Umgebung zu erwarten.

3.2.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

3.2.2.1 FFH-/Vogelschutzgebiet Weder im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen, noch in deren näherem und weiterem Umfeld sind FFH- und/oder Vogelschutzgebiete vorhanden.

3.2.2.2 Nationalpark Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sowie deren nähere und weitere Umgebung befinden sich nicht innerhalb eines Nationalparks.

3.2.2.3 Naturschutzgebiet Im Bereich der überplanten Flächen sind keine Naturschutzgebiete vorhanden. Das im Bereich der Altabgrabung unserer Mandantin im Landschaftsplan Nr. 40 des Kreises Euskirchen unter Ziffer 2.1-8 ausgewiesene Naturschutzgebiet "Kiesgrube Klein-Vernich" weist eine Entfernung von rund 300 m zu den geplanten Anlagenflächen auf und wird deshalb durch die Errichtung und den Betrieb der Freiflächensolaranlagen weder unmittelbar, noch mittelbar tangiert.

3.2.2.4 Planungsrelevante Arten Im Rahmen der Planung der Abgrabung (anonymisiert) wurde im Bereich der in Aussicht genommenen Abgrabungsfläche sowie in deren Umgebung eine faunistische Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese erstreckte sich auch auf die geplanten nordöstlichen und südwestlichen Erweiterungsflächen, im Bereich derer - ebenso wie im Bereich der geplanten Abgrabung (anonymisiert) - aufgrund der strukturarmen Ausstattung lediglich die bodenbrütende Feldlerche sowie das Rebhuhn nachgewiesen wurden. Darüber hinaus stellt die Vorhabensfläche für die Wiesenweihe einen geeigneten Brutstandort dar. Erfasst wurden Vögel, Amphibien und Reptilien. Auf eine Erfassung planungsrelevanter Säugetiere wurde verzichtet, da in den Bestandsdaten des LANUV NRW für den Untersuchungsraum als planungsrelevante Art lediglich der Europäische Biber (*Castor fiber*) verzeichnet war, der hier allerdings keine geeigneten Habitatbedingungen vorfindet, sodass eine vorhabensbedingte Betroffenheit der Art ausgeschlossen werden konnte. Darüber hinaus ist nach dem Ergebnis der von der

Ingenieur- und Planungsbüro Lange GbR in 2021 durchgeführten Untersuchungen davon auszugehen, dass der Untersuchungsraum zwar von Fledermäusen zur Jagd genutzt wird, dort jedoch keine geeigneten Biotopstrukturen vorhanden sind, die den Fledermäusen als Quartiere dienen könnten. Da die Flächen im Untersuchungsraum für die Fledermäuse zudem kein essentielles Jagdhabitat darstellen, konnte eine relevante Betroffenheit von Fledermäusen ebenfalls ausgeschlossen werden. Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurden folgende planungsrelevante Brutvögel nachgewiesen: Abkürzungen in der Tabelle: Schutzstatus: § - besonders geschützt, §§ - streng geschützt Gefährdungskategorien gemäß Roter Liste NRW (Grünebera et al. 2016): 0 = Erlöschen oder verschollen; 1 = Vom Erlöschen bedroht; 2 = stark gefährdet; 3 = Gefährdet; V = Arten der Vorwarnliste; \* = Ungefährdet; R = durch extreme Seltenheit gefährdet; Nachweis Bn= Brutnachweis (nach Südbeck) Bz= Brutzeitfeststellung, wahrscheinliche Brut Ng= Nahrungsgast Dz= Durchzügler, Wintergast

Tabelle 1: Planungsrelevante Brutvögel im Untersuchungsraum 2021 [Abbildung] [Abbildung] Abbildung 12: Ergebnisse der Brutvogelkartierung 2021 (planungsrelevante Arten, Quelle: Ingenieur- und Planungsbüro Lange GbR Darüber hinaus wurden folgende Arten ausschließlich als Nahrungsgäste und Durchzügler erfasst (oben genannte Brutvögel können Teilflächen ebenfalls als Nahrungshabitate nutzen, werden hier jedoch nicht erneut gelistet)

: [Abbildung] Abbildung 13: Planungsrelevante Durchzügler und Nahrungsgäste im Tabelle 2: Untersuchungsraum 2021 (eingeschlossen Nahrung suchende Brutvögel) Planungsrelevante Nahrungsgäste und Durchzügler im Untersuchungsraum 2021 [Abbildung] Bei der Amphibienerfassung konnten im Jahr 2021 fünf Arten festgestellt werden, wovon nur die Kreuzkröte planungsrelevant ist. Tabelle 3: Amphibienarten im Untersuchungsraum 2021 {planungsrelevante Arten in fett} [Abbildung] [Abbildung] Abbildung 14: Ergebnisse Amphibienerfassung 2021 Planungsrelevante Reptilienarten wurden im Rahmen der faunistischen Bestandsaufnahme in 2021 innerhalb des Untersuchungsraums nicht nachgewiesen. Wie oben bereits dargelegt, werden die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen aufgrund der ackerbaulichen Intensivnutzung derzeit lediglich von der Feldlerche und dem Rebhuhn als Brutstandort genutzt. Darüber hinaus stellen die betreffenden Ackerflächen für die Wiesenweihe einen geeigneten Brutstandort dar. Da die Flächen nach der Inanspruchnahme für die Gewinnung von Sand und Kies als extensives Grünland rekultiviert werden sollen, ist zu erwarten, dass sich die vorgenannten Arten nach der Rekultivierung wieder auf den Flächen ansiedeln. Zur Vermeidung einer Verletzung der Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden für die vorgenannten Arten daher folgende Schutzmaßnahmen ergriffen: Da die ausgewachsenen Tiere außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit mobil sind, besteht eine baubedingte Gefährdung nur während der sensiblen Phase von Brut und Jungenaufzucht. Daher haben zum Schutz der vorgenannten Arten die Arbeiten, bei denen in Bodenhabitate eingegriffen wird, zwischen Mitte August und Ende März/Anfang April zu erfolgen, also außerhalb des sensiblen Zeitraumes. [Abbildung] Ist die Einhaltung dieser Bauzeiten aus arbeitssystematischen Gründen nicht möglich, sind unter Einbeziehung von Fachleuten

weitere Maßnahmen durchzuführen: ? Vor Beginn der Arbeiten sind die betroffenen Flächen sowie deren direkte Umgebung auf Niststätten der vorgenannten Arten zu untersuchen. Die Kontrollbegehungen haben jeweils rechtzeitig vorlaufend vor der Inanspruchnahme der jeweiligen Teilfläche stattzufinden. ? Bei negativem Nachweisergebnis können die Arbeiten wie geplant ohne weitere Einschränkung durchgeführt werden. ? Werden Brutpaare oder besetzte Niststätten vorgefunden, ist die oben genannte Bauzeitenbeschränkung zwingend einzuhalten. Die für die vorgenannten planungsrelevanten Bodenbrüter festgelegten Maßnahmen sind analog auch auf im Untersuchungsraum etwaig vorkommende nicht planungsrelevante Bodenbrüter zu übertragen. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Schutzmaßnahmen ist nicht zu erwarten, dass durch die geplanten Freiflächensolaranlagen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verletzt werden. Während der vergleichsweise kurzen Bauphase ist im Übrigen zwar mit baubedingten Belastungen durch Lärm und Bewegungsunruhe durch Baumaschinen und Schwerlastverkehr sowie allgemein durch bei den Montagearbeiten auftretende Immissionen zu rechnen. Hiervon könnten stöempfindliche Tierarten in der Umgebung beeinträchtigt werden. Aufgrund der unmittelbar benachbarten Autobahn bewegt sich die Wirkintensität jedoch in einem geringen Bereich. Der durch den Verkehr auf der Autobahn verursachte Schallleistungspegel liegt im Bereich der Vorhabensfläche zwischen 55 dB und 65 dB (siehe nachfolgende Abbildung 15). Von erheblichen baubedingten Beeinträchtigungen ist grundsätzlich nicht auszugehen. [Abbildung]

Abbildung 15: Auszug aus der Umgebungslärmkarte des MUNLV NRW (Quelle: Geoportal NRW, Datenabruf 11.05.2022) Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass der Lebensraum neben und zwischen Modulen von Freiflächensolaranlagen zumindest für einige Tierartengruppen nicht gänzlich als Lebensraum verloren geht. So wird das Gebiet für zahlreiche Vogelarten nutzbar sein, die die Zwischenräume und Randbereiche der Freiflächensolaranlagen als Jagd-, Nahrungs- und auch Brutgebiet nutzen können. Dies gilt beispielsweise für Arten wie Hausrotschwanz, Bachstelze und Wacholderdrossel, die an den Gestellen der Unterkonstruktionen der Module brüten können, und auch Arten wie Feld- und Heidelerche, Rebhuhn, Schwarzkehlchen und Goldammer konnten auf Freiflächen zwischen den Modulen als Brutvögel beobachtet werden. Neben einer Nutzung zur Fortpflanzung können die Singvögel von benachbarten Gehölzbeständen die Anlagenfläche zur Nahrungsaufnahme nutzen. Vor allem im Winter können die schneefreien Bereiche unter den Modulen wichtige Nahrungsbiotope darstellen. So wurden im Herbst und Winter immer wieder größere Singvogeltrupps (Hänflinge, Sperlinge, Goldammer u. a.) innerhalb von Freiflächensolaranlagen beobachtet. Auch Greifvogelarten wie Mäusebussard oder Turmfalke konnten bei ausreichend großen Abständen zwischen den Modulreihen jagend innerhalb von Anlagen beobachtet werden. Die Solarmodule selbst werden regelmäßig von diversen Vogelarten wie Amsel, Hausrotschwanz, Goldammer, Kohlmeise, Baumpieper, Bachstelze, Bluthänfling, Star, teilweise auch von der Feldlerche als Ansitz- oder Singwarte genutzt. Im Herbst werden Freiflächensolaranlagen auch immer wieder von bodennah durchziehenden Vogelarten zur Rast genutzt. Neben häufigeren Singvogelarten konnten auch

Braunkehlchen, Wiesenpieper und Feldlerche beobachtet werden. Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen Endbericht, Stand Januar 2006, in: BfN-Skripten 247, 2009; Trölzsch/Neuling, Die Brutvögel großflächiger Photovoltaikanlagen in Brandenburg, in: Vogelwelt 134/2013, Seiten 155-179. Im Rahmen der Erarbeitung der naturschutzfachlichen Bewertungsmethoden von Freiflächensolaranlagen erfolgten Untersuchungen zum Verhalten von Vögeln gegenüber Freiflächensolaranlagen. Vgl. Herden/Rassmus/Gharadjedaghi, a. a. O.; Trölzsch/Neuling, a. a. O. Bei den Verhaltensbeobachtungen wurden keine "negativen" Reaktionen auf die PV-Module festgestellt, die Hinweise auf Stör- oder Irritationswirkungen geben könnten. Hierunter zählen neben einem versehentlichen Anfliegen der Module mit Landeversuchen aufgrund einer Verwechslung der Module mit Wasserflächen auch signifikante Flugrichtungsänderungen bei überfliegenden Vögeln ebenso wie offensichtliches Meideverhalten beispielsweise infolge eines Silhouetten-Effektes oder von Blendwirkungen bzw. Lichtreflexen. Ebenso wenig stellen PV-Anlagen Jagdhindernisse für Greifvögel dar. So wurden Mäusebussard und Turmfalke regelmäßig jagend innerhalb der Anlagen beobachtet. fehlende Stör- und Irritationswirkungen werden auch von anderen Untersuchungsergebnissen bestätigt. Vgl. Peschel, Solarparks - Chance für die Biodiversität, Erfahrungsbericht zur biologischen Vielfalt in und um Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Renew's Special 45/Dezember 2010; Henning, Artenschutzprüfung inklusive Überprüfung der Betroffenheit von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie für den geplanten Solarpark Dechtower Damm, Stadt Nauen, Brandenburg, 2013. Insgesamt sind nach derzeitigem Kenntnisstand Freiflächensolaranlagen in Bezug auf den Vogelschutz relativ konfliktarm, soweit keine essentiellen Lebensräume überplant werden. Vgl. Deutscher Rat für Vogelschutz (DRV), Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), Eckpunktepapier: Regenerative Energiegewinnung und Vogelschutz, Ergebnisse eines Workshops von DRV und DDA am 29.10.2011 in Münster (2012). Für die Tierartengruppe der Wirbellosen werden sich aufgrund der Heterogenität der Standortbedingungen unter, zwischen und neben den PV-Modulen für einige Arten die Lebensbedingungen sogar verbessern. Durch die hier entstehenden Standortmosaiken mit unterschiedlichen Licht- und Feuchteverhältnissen ist im Vergleich mit der intensiven und strukturarmen Nutzung als Acker zukünftig insgesamt von einer Aufwertung der Lebensräume für Insekten auszugehen. Von nennenswerten Barriere-Effekten, die vor allem größere Säugetiere und Amphibien betreffen könnten, bei denen traditionell genutzte Verbundachsen und Wanderkorridore getrennt werden, ist nicht auszugehen. Zum einen bestehen durch die benachbarten Straßen bereits aktuell erhebliche Barriere-Effekte und zum anderen können die PV-Anlagen leicht umgangen werden. Daneben können durch eine angepasste Zaungestaltung (genügend Abstand der Zaunanlage zur Geländeoberkante, sodass die Durchgängigkeit für Kleintiere gewährleistet ist) negative Wirkungen vermindert werden. So lange keine essentiellen faunistischen Lebensräume betroffen sind, was nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten ist, ist bezüglich der Fauna nicht von größerem Konfliktpotenzial auszugehen. 3.2.2.5 Wildnisgebiet Im Bereich und der Umgebung der geplanten

Freiflächensolaranlagen sind keine Wildnisgebiete vorhanden. 3.2.2.6 § 30 BNatSchG- bzw. § 42 LNatSchG NRW-Biotop Nach den vorgenannten Vorschriften gesetzlich geschützte Biotop sind im Bereich und der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. 3.2.2.7 Biotopverbundflächen Die Vorhabensfläche liegt außerhalb von Biotopverbundflächen. Südlich und östlich an die Vorhabensfläche angrenzend wurden vom LANUV NRW Biotopverbundflächen im Sinne des § 21 BNatSchG dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 16). Hierbei handelt es sich um die Biotopverbundflächen mit der Kennung VB-K-5206-007 ("Ackerflächen westlich von Bodenheim") und VB-K530-001 ("Kiesgruben östlich von Ottenheim"). Im Westen - jenseits der BAB A 1 - erstreckt sich darüber hinaus die Biotopverbundfläche mit der Kennung B-K-5206-009 ("Feldgehölze nordöstlich von Niederberg"). [Abbildung] Abbildung 16: Biotopverbund-Flächen im Bereich und der Umgebung des Plangebiets Die räumliche Nähe zu diesen Biotopverbundflächen steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. In die Biotopverbundflächen wird im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Sie erfahren durch die geplanten Freiflächensolaranlagen auch keine mittelbare Beeinträchtigung. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Vorhabensfläche im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen extensiven Grünlandnutzung, Umwandlung der temporär für die Solarenergieerzeugung genutzten unverritzten Flächen des Vorhabensgebiets von Intensivacker in extensive Grünlandflächen etc.) erfolgt darüber hinaus eine ökologische Aufwertung, sodass tendenziell sogar eine Verbesserung des Biotopverbunds zu erwarten ist. Insgesamt kann in jedem Fall davon ausgegangen werden, dass der Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines regionalen Biotopverbunds weiterhin gewährleistet bleibt. 3.2.2.8 Schutzwürdige Biotop Schutzwürdige Biotop sind im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen nicht vorhanden. Westlich und östlich angrenzend befinden sich die schutzwürdigen Biotop BK-5206-303 ("Kleingewässer am Rastplatz Oberste Heide an der A 1") und BK-5206-053 ("Kiesgrube südwestlich Klein-Vernich"). Die räumliche Lage der schutzwürdigen Biotop ist der nachfolgenden Abbildung 17 zu entnehmen. [Abbildung] Abbildung 17: Schutzwürdige Biotop in der Umgebung der geplanten Freiflächensolaranlagen Die räumliche Nähe zu diesen schutzwürdigen Biotop steht der Nutzung des Plangebiets für die Solarenergiegewinnung nicht entgegen. In die schutzwürdigen Biotopflächen wird im Zuge der Errichtung der Freiflächensolaranlagen nicht eingegriffen. Sie erfahren durch die geplanten Freiflächensolaranlagen auch keine mittelbare Beeinträchtigung. Wie oben bereits dargelegt, bleiben die geplanten randlichen Gehölzpflanzungen im Bereich der Vorhabensfläche im Zuge der Realisierung des Vorhabens erhalten. Durch die Gestaltung der Flächen im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen (Abstand zwischen den Modulen, Beibehaltung der im Zuge der Rekultivierung vorgesehenen extensiven Grünlandnutzung, Umwandlung der temporär für die Solarenergieerzeugung genutzten unverritzten Flächen des Vorhabensgebiets von Intensivacker in extensive

Grünlandflächen etc.) erfolgt darüber hinaus eine ökologische Aufwertung, sodass eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung der schutzwürdigen Biotope ausgeschlossen werden kann.

### 3.2.3 Boden

#### 3.2.3.1 Schutzwürdige Böden

Die Vorhabensfläche wird aktuell weit überwiegend von Pseudogley-Parabraunerde (S-L33) eingenommen, der ausweislich der BK 5 (Bodenkarte zur landwirtschaftlichen Standorterkundung, Abbildung 18) keine über das normale Maß hinausgehende Funktionserfüllung zugemessen wurde. In den äußersten östlichen Randbereichen der nordöstlichen und südwestlichen Erweiterungsflächen kommen darüber hinaus kleinflächig Parabraunerden vor, die als fruchtbare Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion, natürliche Bodenfruchtbarkeit, und wegen ihres Wasserspeichervermögens im 2 m-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlfunktion als schutzwürdig eingestuft wurden. [Abbildung] Abbildung 18: Auszug aus der BK 5 Bodenkarte für die landwirtschaftliche Standorterkundung (Quelle: Geoportal NRW)

#### 3.2.3.1.1 Vorbelastung Schutzgut Boden

Im Altlastenkataster des Kreises Euskirchen ist im Vorhabensbereich die Altablagerung (Kataster-Nr. 5206/106) geführt. Hier wurden demnach zwischen 1945 und 1955 auf einer Fläche von etwa 0,5 ha Asche und Bauschutt in einer Mächtigkeit von 2 - 3 m verkippt und anschließend mit Oberboden bedeckt, um die Ackernutzung wieder herzustellen. In 2003 wurden seitens unserer Mandantin mehrere Baggerschürfe durchgeführt, um das Vorkommen der Altlasten zu prüfen. Hierbei konnte das Vorhandensein einer Altablagerung jedoch nicht bestätigt werden. An allen Untersuchungspunkten wurde vielmehr gewachsener Kies angetroffen. Die Böden des Untersuchungsraumes werden intensiv landwirtschaftlich genutzt und weisen überwiegend nur eine geringe Filterfähigkeit auf. Die mit der intensiven Nutzung verbundenen Einträge in den Boden (mineralische Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Herbizide) und das Befahren mit schweren landwirtschaftlichen Maschinen wirken sich negativ auf den Bodenhaushalt aus. Die bereits erfolgten sowie die geplanten Gewinnungstätigkeiten im Raum sind ebenfalls als Vorbelastung für das Schutzgut Boden zu nennen. Hier sind bzw. werden nach Beendigung der Gewinnungstätigkeit keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein. Daneben ist eine Flächenversiegelung durch Straßen und Wege als Vorbelastung und für das Schutzgut Boden vorhanden.

#### 3.2.3.1.2 Auswirkungsprognose Schutzgut Boden

Die baubedingten Bodenbeeinträchtigungen sind weitgehend mit den Folgen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung vergleichbar und liegen daher nicht im erheblichen Bereich. Die wesentliche Wirkung von Vorhaben auf den Boden gehen von Überbauung und Versiegelung aus, was einen dauerhaften Verlust des bestehenden Oberbodens mit allen Regelungs-, Lebensraum- und Produktionsfunktionen nach sich zieht. Es kann pauschal festgehalten werden, dass alle Böden gegen diese Wirkfaktoren in gleichem Maße empfindlich sind und jede Form der Versiegelung eine deutliche Beeinträchtigung des gesamten Bodenpotenzials darstellt. Die vom Planvorhaben verursachten Versiegelungen beschränken sich auf die Fundamente für die Modulhalterungen sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z. B. Trafogebäude). Auf dem weitaus größten Teil der in Aussicht genommenen Flächen bleiben die Bodenfunktionen erhalten. Bei Pfahlgründungen (in den Boden gerammte oder geschraubte Metallrohre) können die Beeinträchtigungen minimiert werden. Aufgrund



des Umstands, dass auf den in Aussicht genommenen Flächen nach Beendigung des Abbaubetriebs keine natürlich gelagerten Böden mehr vorhanden sein werden, sowie der geringen Flächengröße der Versiegelungen ist nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Naturhaushalts zu rechnen, sodass die Beeinträchtigungen des Bodens als von mittlerer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind.

3.2.4 Wasser 3. 2.4.1 Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete vorhanden. Sie befinden sich zwar im weiteren Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmierzheim (potenzielle Schutzzone III B, Abbildung 19). Eine Wasserschutzgebietsverordnung wurde hierfür jedoch bislang nicht erlassen. [Abbildung] Abbildung 19: Auszug aus der Übersichtsplan "Wasserschutzgebiet Dirmierzheim" der Bezirksregierung Köln (2005)

3.2.4.2 Überschwemmungsgebiete Im Bereich der geplanten Freiflächensolaranlagen und deren Umfeld sind keine festgesetzten oder geplanten Überschwemmungsgebiete vorhanden.

3.2.4.3 Grundwasserkörper Der im Planungsraum vorliegende Grundwasserkörper "Hauptterrassen des Rheinlandes (274\_09)" wird laut Fachinformationssystem ELWAS (elektronisches wasserwirtschaftliches Verbundsystem für die Wasserwirtschaftsverwaltung in NRW) von unterpleistozänen Terrassenflächen der Erft und von Nebengewässern der Erft im Westen der Niederrheinischen Tieflandsbucht gebildet. In der Rur- und der Erftscholle werden seit Jahrzehnten die Braunkohlenflöze in tiefen Tagebauen abgebaut. Dazu sind weitreichende Grundwasserabsenkungen bis unter die tiefste Abbausohle notwendig, die in ihrer horizontalen Ausdehnung auch diesen Grundwasserkörper umfassen. Der Braunkohlen-Bergbau selbst findet heute nur außerhalb des Grundwasserkörpers statt. Im Untersuchungsraum sind alle Grundwasserstockwerke stark beeinflusst. Nur in den Talauen existieren noch einige grundwasserabhängige Feuchtgebiete, die aber teilweise auch durch Sümpfungsauswirkungen beeinflusst sind. Im Rahmen eines geologisch-hydrogeologischen Gutachtens der Dr. Tillmanns & Partner GmbH wurden die Grundwasserverhältnisse im Untersuchungsraum in 2015 eingehend beschrieben: Danach liegt der Untersuchungsraum in der südlichen Niederrheinischen Bucht, die als Senkungsgebiet durch eine Wechsellagerung von grob- und feinkörnigen Lockersedimenten des Tertiärs und des Quartärs gekennzeichnet ist. Die Vorhabenfläche befindet sich im Teilbereich der Nordwest-Südost verlaufenden Erftscholle, die im Umfeld des Untersuchungsraums tektonisch durch die Rurscholle im Westen und die Villescholle im Osten begrenzt wird. Sie liegt im Verbreitungsgebiet der pleistozänen jüngeren und älteren Hauptterrasse (Horizonte 16 und 14), die hier eine Mächtigkeit von rund 20 m hat und von bis zu 1 m mächtigem Lösssand/ Lösslehm überlagert wird. Im liegenden folgt bis zu einer Teufe von 30 m bis 40 m Wechsellagerung von Tonschichten und sandig-kiesigen Schichten der Reuverserie (Horizont 13 bis 10) in Mächtigkeiten von 5 m bis 10 m. Den tieferen Untergrund bilden der Tonhorizont der Rottonserie (Horizont 9) aus dem Pliozän mit einer Mächtigkeit von bis zu 20 m sowie die Kiese der so genannten Hauptkiesserie (Horizont 8) aus dem Pliozän, die jedoch durch einen durchgehenden Tonhorizont im

Hangenden hydraulisch abgetrennt ist. Die nächstgelegene Störung ist der Straßfelder Sprung, der unmittelbar südwestlich der geplanten Abgrabung verläuft. Die oben genannten Hauptterrassensedimente bilden im Untersuchungsraum den Grundwasserleiter für das Obere freie Grundwasserstockwerk. Bei einer Geländehöhe zwischen 131 m NHN im Norden und 134 m NHN im Süden befindet sich die Basis des Oberen freien Grundwasserstockwerks im Bereich der Vorhabenfläche bei nordöstlich einfallenden Schichten etwa zwischen 105 m NHN und 116 m NHN. Das 2. Grundwasserstockwerk bilden das sandig-kiesige Zwischenmittel der Reuverstufe (Horizont 12) sowie die damit hydraulisch verbundenen Sande und Kiese des Horizonts 10, deren Basis ebenfalls in nordöstlicher Richtung einfällt (bzw. durch Störungen versetzt ist) und bei ca. 90 m NHN bis 100 m NHN liegt. Anhand der unterschiedlichen Ausbildung der Grundwassergleichen beiderseits des Straßfelder Sprungs ist zu erkennen, dass die Störung hydraulisch dicht ist und keine hydraulische Verbindung zwischen den Grundwasserstockwerken südlich und nördlich der Störung besteht. Bereits der in den 1950er-Jahren durch Sumpfungsmaßnahmen ungestörte Grundwasserstand zeigte im Oberen freien Grundwasserstockwerk für das Untersuchungsgebiet nur eine geringe Mächtigkeit. Der Grundwasserstand lag bei 15-20 m unter der Geländeoberkante. Nach Beginn der Sumpfungsmaßnahmen für den Braunkohletagebau Ende der 1950er Jahre wurde in der Region eine weiterreichende Reduzierung der Grundwasserstände bis bereichsweise zur nahezu vollständigen Entleerung des Oberen freien Grundwasserstockwerks festgestellt. Das Obere freie Grundwasserstockwerk sowie das 2. und 3. Grundwasserstockwerk weisen im unmittelbaren Vorhabensbereich nur einen geringmächtigen Grundwasserkörper bzw. nur einen Restschleier auf. Der Bemessungsgrundwasserstand zum Zeitpunkt 10/55 liegt im Bereich der Vorhabenfläche zwischen etwa 110,5 m NHN im Norden und 115 m NHN im Süden. Bei ungestörten hydraulischen Verhältnissen liegt im Umfeld des Untersuchungsgebietes eine nach Norden bis Nordnordosten, parallel zum lokalen Vorfluter Erft ausgerichtete Grundwasserfließrichtung vor. Der Vorhabensbereich befindet sich - wie oben bereits dargelegt - in der geplanten Wasserschutzzone III B der Wassergewinnungsanlage Erftstadt-Dirmerzheim, in der Grundwasser aus dem Hauptgrundwasserleiter (Hauptkiesserie, Horizont 8) gefördert wird, der hier erst bei rund 90 - 100 m unter Geländeoberkante, entsprechend 60 - 70 m unter der geplanten Abbausohle der Abgrabung Horchheim und deren Erweiterungen ansteht. Die Abbausohle der Abgrabung und der Abgrabungserweiterungen wird 2 m über dem Bemessungsgrundwasserstand liegen. Im Bereich der für die Freiflächensolaranlagen vorgesehenen Flächen wird die Grubensohle nach Beendigung des Sand- und Kiesabbau mit einer 0,30 m mächtigen Schicht aus autochthonem Oberboden angedeckt, sodass sich zum Bemessungsgrundwasserstand ein Abstand von 2,30 m ergibt.

3.2.4.4 Auswirkungsprognose Schutzgut Wasser Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen ist weder für den Oberflächenabfluss, noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung. Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden versickert und der - ohnehin bereits anthropogen veränderte - Boden weitgehend

unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten. Da von dem geplanten Vorhaben bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen keine Grundwassergefährdung ausgeht, sind auch bezüglich einer potenziellen Schadstoffbelastung des Grundwassers Beeinträchtigungen auszuschließen. Zu qualitativen Beeinträchtigungen des Grundwassers wird es demnach ebenfalls nicht kommen. Im Gegenteil wird die Extensivierung bzw. Einstellung der landwirtschaftlichen, insbesondere der ackerbaulichen Nutzung zur Reduzierung des Eintrags von Nährstoffen in den Naturhaushalt infolge von Düngung führen. Mit relevanten Auswirkungen auf das Grundwasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

### 3.2.4.5 Oberflächenwasserkörper

Im Bereich der Vorhabensfläche selbst befindet sich kein Oberflächengewässer. Etwa 500 m östlich des Untersuchungsraumes verläuft die Erft und parallel dazu der Lommersumer Mühlengraben. Nach einer Auswertung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten für die Flussgebiete in NRW (MULNV NRW, Internet-Abfrage Dezember 2021) für das Teileinzugsgebiet Erft liegen für den Vorhabensbereich und das nähere Umfeld keine Gefahren oder Risiken, auch nicht für Extremhochwasser (HQ extrem) vor (siehe nachfolgende Abbildungen 20 und 21).

[Abbildung] Abbildung 20: Auszug aus der Hochwassergefahrenkarte der Bezirksregierung Köln für HQextrem

[Abbildung] Abbildung 21: Auszug aus der Hochwasserrisikokarte der Bezirksregierung Köln für HQextrem

Im Bereich der ehemaligen Abgrabung finden sich mehrere, meist temporäre Kleingewässer, die durch das geplante Vorhaben aber nicht tangiert werden. Oberflächengewässer sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung der Einzugsgebiete von Fließgewässern ist nicht gegeben.

### 3.2.5 Klima/ Luft

#### 3.2.5.1 Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume

Ausweislich des Fachinformationssystems Klimaanpassung des LANUV NRW ist die von der geplanten Abgrabung Horchheim eingenommene Fläche als Grünfläche mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion einzustufen. Die Flächen der geplanten Nordost- und Südwestweiterung der Abgrabung (sind danach ebenfalls als Grünfläche mit geringer thermischer Ausgleichsfunktion zu qualifizieren (siehe nachfolgende Abbildung 22).

[Abbildung] Abbildung 22: Auszug aus dem Fachinformationssystem des LANUV NRW

Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung sind von den geplanten Freiflächensolaranlagen nicht betroffen, sodass voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind.

#### 3.2.5.2 Klimarelevante Böden

Wie oben bereits dargelegt, werden die Flächen der geplanten Abgrabung (anonymisiert) einschließlich der geplanten Nordost- und Südwestweiterung weit überwiegend von Pseudogley-Parabraunerde eingenommen. Kleinflächig kommen im Bereich der Erweiterungsfläche Nordost und Südwest darüber hinaus Parabraunerde

und Aufschüttungs-Pseudogley vor. Lediglich die kleinflächig vorkommenden Bodenarten Parabraunerde und Aufschüttungs-Pseudogley sind aufgrund ihres Wasserspeichervermögens im 2 m-Raum als klimarelevante Böden einzustufen. Im Zuge der Realisierung der geplanten Abgrabungserweiterungen werden die Böden abgetragen und zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung DINgerecht zwischengelagert. Durch die Umlagerung erfahren die Böden zwar eine anthropogene Veränderung. Ihre Qualität kann jedoch bis zur späteren Wiederverwendung im Rahmen der Rekultivierung erhalten werden. Im Zuge der Errichtung der geplanten Freiflächensolaranlagen finden - wie oben bereits dargelegt - lediglich geringe Eingriffe in den Boden statt, die nicht als klimarelevant einzustufen sind.

### 3.2.5.3 Lufthygiene Belastungen . Lokalklimatische Veränderungen

Von dem Planvorhaben gehen keine lufthygienischen Belastungen aus. Die lokalklimatischen Veränderungen infolge der Überbauung mit Modulen liegen in einem geringen Bereich. Eine besondere gelände-klimatische oder lufthygienische Ausgleichsfunktion kommt dem Plangebiet nicht zu. Erhebliche klimaökologische und lufthygienische Beeinträchtigungen durch das Planvorhaben können daher insgesamt ausgeschlossen werden. Im Gegenteil wird durch den Betrieb der Freiflächensolaranlagen elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf das Groß-Klima auswirkt.

### 3.2.6 Landschaft

Das Landschaftsbild ist wesentliche Grundlage des Erholungs- und Erlebnispotenzials. Es umfasst die sinnlich wahrnehmbare Ausprägung von Natur und Landschaft. Das Ausmaß des von einer Freiflächensolaranlage ausgehenden Konflikts ist von der spezifischen Konstitution der betroffenen Landschaft unter Bezug auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie eventuell bereits bestehender visueller und akustischer Vorbelastungen abhängig. Je nach Lage zu empfindlichen Nutzungen oder besonders für das Landschaftsbild bedeutsamen Flächen, der Topographie, der flächenmäßigen Ausdehnung sowie der Modulhöhe kann die Wirkintensität unterschiedlich hoch sein. Zur Vermeidung eines größeren Konfliktpotenzials sollten - wenn möglich - keine besonders exponierten Standorte zum Beispiel auf Anhöhen gewählt werden oder solche, die an häufig zur Freizeitnutzung frequentierten Orten liegen oder von diesen aus gut sichtbar sind. Ebenso sollte vermieden werden, dass die Anlage aufgrund ihrer Größe eine dominante Wirkung entfaltet, d. h. einen großen Anteil des Blickfeldes ausmacht. Besonders konfliktarm zeigen sich anthropogen überprägte Standorte mit bereits bestehenden visuellen Belastungen. Diese Empfehlungen werden im konkreten Fall eingehalten. Das Landschaftsbild des Plangebiets wird durch die unmittelbar benachbarte Autobahn (BAB A 1), die östlich an die geplante Abgrabung angrenzende, in Tieflage rekultivierte Altgrabung sowie die intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt, sodass das Gebiet deutlich sowohl visuell als auch akustisch vorbelastet ist. Um einen besonders exponierten Standort, der von weiten Landschaftsbereichen aus eingesehen werden kann, handelt es sich bei dem Plangebiet nicht. Im Gegenteil werden die potenziellen Abgrabungsflächen nach Beendigung des Abbaubetriebs in Tieflage verbleiben. Diese ist aufgrund der umgebenden dichten Gehölzbestände, die die Geländeoberkante weit überragen werden, von außerhalb des Geländes jedoch nicht sichtbar, sodass keine

das Landschaftsbild dominierenden Wirkungen entstehen. Ebenso wenig kommt dem Gebiet und dessen Umfeld eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung zu. Bei dem Plangebiet handelt es sich nicht um einen landschaftlich unbeeinträchtigten Bereich wie eine mehr oder weniger unberührte Naturlandschaft oder einen Landschaftsraum, dessen Eigenart vor allem in einer hohen Naturnähe begründet liegt. Ebenso wenig weisen das Plangebiet und dessen Umfeld eine besonders charakteristische naturräumliche Eigenart, besonders herausragende oder auffallende Landschaftselemente, markante Geländemarken oder spezielle kulturhistorische Besonderheiten auf. Um einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität handelt es sich nicht. Die Wohnnutzungen im Bereich der Ortslage (anonymisiert) liegen in einer Mindestentfernung von ca. 500 m. Der Siedlungsrand der Ortschaft (anonymisiert) liegt etwa 600 m von den geplanten Freiflächensolaranlagen entfernt. Durch die in Dammlage verlaufende Autobahn und die im Randbereich des Plangebiets vorhandenen und geplanten dichten Gehölzpflanzungen wird von den Wohngebieten in (anonymisiert) und (anonymisiert) kein Sichtbezug zu den geplanten Freiflächensolaranlagen bestehen. Aufgrund des eng beschränkten visuellen Einwirkungsbereiches, des Fehlens von empfindlichen Nutzungen im direkten Umfeld, der geringen landschaftlichen oder kulturhistorischen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes sowie der bestehenden deutlichen Vorbelastungen hat das betroffene Gebiet eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild. Es ist insgesamt bezüglich der Landschaftsbildbeeinträchtigungen von lediglich geringen Wirkintensitäten auszugehen. Im Einzelnen: 3.2.6.1 Landschaftsgebunde Erholung (Naturpark, Landschaftsschutzgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume) Den für die Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen kommt durch die intensive Nutzung (Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Verkehr) allenfalls eine sehr geringe Bedeutung als Erholungsraum zu. Besondere Freizeit- und Erholungsinfrastruktur ist nicht vorhanden.

Zwar liegt das Plangebiet vollständig innerhalb des Naturparks Rheinland (vormals: Naturpark Kottenforst-Ville). Dieser umfasst eine Fläche von etwa 1.050 km<sup>2</sup> und erstreckt sich von Bedburg im Norden über Köln und Bonn bis nach Zülpich, Euskirchen, Rheinbach und bis zur rheinland-pfälzischen Grenze im Südosten. Ausweislich des in 2002 aufgestellten Maßnahmenplans für den Naturpark ist der Untersuchungsraum den ackerbaulich geprägten Landschaftsräumen (Acker-Bördenlandschaft), hier konkret dem Landschaftsraum A 4 "Zülpich- Euskirchener Eifelvorland" zuzuordnen, der im hier fraglichen Bereich primär durch eine ausgeräumte und intensiv genutzte Agrarlandschaft geprägt wird. Als Ziel formuliert der vom Zweckverband Naturpark Rheinland aufgestellte Maßnahmenplan dementsprechend eine Aufwertung durch landschaftspflegerische Maßnahmen.

Aufgrund seiner Ausgeräumtheit ist das Plangebiet nicht als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Unter Landschaftsschutz gestellt wurden lediglich die östlich angrenzenden Flächen der Altgrabung, auf denen sich nach Einstellung des Abbaubetriebs in Tieflage - weitgehend durch natürliche Sukzession - ein vielfältiges Biotopmosaik entwickelt hat. Allerdings ist dieses Biotopmosaik nur -

bedingt durch die Tieflage - vom unmittelbaren Nahbereich aus sieht- und erlebbar. Der Landschaftsraum bietet keine bedeutsamen Erholungsqualitäten. Insbesondere die den Untersuchungsraum nach Westen begrenzende Autobahn führt zu einer starken Verlärmung des angrenzenden Landschaftsraumes. Dies führt insgesamt dazu, dass die landschaftsästhetische Wertigkeit und die Erholungseignung des Raumes als gering einzustufen sind. Die geplanten Freiflächensolaranlagen liegen auch nicht in einem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum > 10 qkm (siehe nachfolgende Abbildung 23). [Abbildung] Abbildung 23: Unzerschnittene verkehrsarme Räume im Bereich und der

Umgebung des Plangebiets (Quelle:

Naturschutzinformationen NRW) Vorhabensbedingte erhebliche Umweltauswirkungen sind dementsprechend nicht zu erwarten. Im Zuge der Realisierung des geplanten Vorhabens ist - abgesehen von der Bauphase der einzelnen Anlagen - nicht mit relevantem zusätzlichem vorhabensbedingtem Verkehr in dem betroffenen unzerschnittenen verkehrsarmen Raum zu rechnen. Denn die Erschließung der geplanten Freiflächensolaranlagen kann und soll über das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz (K 11) und die hiervon abzweigende, unmittelbar südlich an die Abgrabung Horchheim angrenzende Zufahrt erfolgen. Vorhabensbedingter Verkehr wird sich nach Abschluss der Bauphase auf das Aufsuchen der Flächen zur Durchführung von Wartungsarbeiten beschränken und weit hinter dem durch die geplanten Abgrabungen verursachten (Schwerlast-) Verkehr zurückbleiben. 3.2.6.2 Geschützte Landschaftsbestandteile Innerhalb der für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen sind keine geschützten Landschaftsbestandteile vorhanden. Westlich angrenzend ist eine kleine Gehölzfläche am Rand des Autobahnrastplatzes als geschützter Landschaftsbestandteil (als mit öffentlichen Mitteln geförderte Gehölzpflanzung) festgesetzt. Die Gehölzfläche wird vom Vorhaben nicht berührt. 3.2.6.3 Landschaftsbild Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen liegen ausweislich der Karte der Landschaftsbildeinheiten des LANUV NRW

(Stand: 26.10.2016) zwar im Bereich einer Landschaftsbildeinheit von herausragender Bedeutung (siehe nachfolgende Abbildung 24). [Abbildung] Abbildung 24: Auszug aus der Karte der Landschaftsbildeinheiten in NRW des LANUV NRW Die Bewertung spiegelt die tatsächlichen Verhältnisse im Bereich und der Umgebung der Vorhabensfläche allerdings nicht zutreffend wieder. Diese stellen sich weitgehend als ausgeräumte Kulturlandschaft dar, denen derzeit keine Bedeutung für die Erholungsnutzung zukommt, da die den Raum zerschneidende BAB A 1 einer erheblichen Verkehrsbelastung unterliegt und das hieran angrenzende Gebiet erheblich verlärm

ist. Gehölzflächen als gliedernde und belebende Elemente machen einen nur sehr geringen Prozentsatz des Gesamttraums aus. Gehölzbestände befinden sich am Rande des Autobahnrastplatzes "Oberste Heide" im Nordwesten sowie im Bereich der ehemaligen Kiesgrube unserer Mandantin im Südosten der Vorhabensfläche. Im Übrigen ist die Umgebung frei von gliedernden und belebenden Landschaftselementen. In dem im Auftrag des Kreises Euskirchen erstellten "Konzept zur Bewertung der

Landschaftsbildqualitäten im Kreis Euskirchen" vom November 2014 wird den Flächen im Bereich und der Umgebung der Vorhabensfläche daher folgerichtig nur eine geringe landschaftsästhetische Bedeutung beigemessen. Danach ist der Untersuchungsraum der als geringwertig eingestuften Landschaftsbildeinheit LB-11-016-O-(1) "Gering strukturiertes Offenland der Zülpicher Börde" zugeordnet (siehe nachfolgende Abbildung 25). [Abbildung] Abbildung 25: Auszug aus der dem "Konzept zur Bewertung der Landschaftsbildqualitäten im Kreis Euskirchen" beigefügten Thematischen Karte 4.11 - Gemeindegebiet Weilerswist:

Naturräumlich und kultur- bzw. nutzungsbedingt begründete Ausgliederung von Landschaftsbildeinheiten mit Darstellung der Abgrabung Horchheim einschließlich der geplanten Erweiterungen,

Maßstab im Original: 1 : 25.000 (Quelle: ARGE HKR Landschaftsarchitekten - Planungsgruppe Grüner Winkel)

3.2.6.4 Bewertung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft Allenfalls aus unmittelbarer Nähe könnten die geplanten Freiflächensolaranlagen als landschaftsfremde technogene Objekte und somit als Fremdkörper empfunden werden und dadurch zu einer negativen Veränderung des Landschaftsbildes führen. Die visuelle Wirkung der Anlagen ist aufgrund der geringen Höhe der PV-Module und der Trennflächen zwischen den einzelnen Modulreihen jedoch nicht mit der typischen Wirkung eines Baukörpers (z. B. eines Gebäudes) vergleichbar. Neben dem visuellen Wirkraum ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von Landschaftsbildbeeinträchtigungen die Empfindlichkeit und Bedeutung des betroffenen Gebietes für das Landschaftsbild, die Wohnumfeldqualität und die landschaftsbezogene Erholung zu berücksichtigen. Aufgrund des eingeschränkten Sichttraums (Errichtung der Anlagen in Tieflage, geplante randliche Gehölzpflanzungen), der "Bündelung" der Beeinträchtigungen mit bereits bestehenden Vorbelastungen, der geringen Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für das Landschaftsbild und die landschaftsbezogene Erholung sowie der ausreichend großen Entfernung zu sensiblen Nutzungen wird die Beeinträchtigungsintensität der Auswirkungen stark vermindert, und es besteht am geplanten Anlagen-Standort insgesamt ein geringes Konfliktpotenzial gegenüber Landschaftsbildbeeinträchtigungen. Erhebliche Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild sind dementsprechend nicht zu prognostizieren.

3.2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter Sachgüter kommen im Plangebiet nicht vor. Ebenso wenig sind Bau- und Bodendenkmäler oder Gebiete bzw. Objekte, die als archäologisch oder geschichtlich bedeutsam eingestuft sind, innerhalb oder im dichteren Umfeld des Plangebiets bekannt. Das Plangebiet selbst besteht ausschließlich aus Flächen, die zuvor bereits durch die Gewinnung von Sand und Kies in Anspruch genommen werden sollen. Dort ist mit Bodendenkmälern nicht mehr zu rechnen. Die Betroffenheit von Kultur- und Sachgütern ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, erheblichen Beeinträchtigungen können ausgeschlossen werden. Soweit unverritzte Teilflächen der geplanten Abgrabung Horchheim sowie der geplanten Erweiterungen temporär für die Nutzung der Solarenergie in Anspruch genommen werden sollen, werden die betreffende Flächen im Vorfeld von Bodeneingriffen archäologisch untersucht und hierbei auftretende Funde

bzw. Befunde dokumentiert und geborgen, sodass die Belange des Bodendenkmalschutzes gewahrt bleiben. 3.2.8 Schutzmaßnahmen 3.2.8.1 Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten - Schutz vor baubedingten Beeinträchtigungen 3.2.8.1.1 Schutzgut Boden ? Bei den Bauarbeiten sind Bodeneingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken, damit die vorhandene Schutzfunktion der Deckschichten erhalten bleiben. Deckschichten sind zügig herzustellen, damit die belebte Bodenzone sich baldmöglichst wieder ausbilden kann. ? Bei Bodenarbeiten ist ein von allen anderen Bodenbewegungen gesonderter Abtrag des (mit Wurzeln und anderen Pflanzenteilen durchsetzten) Oberbodens durchzuführen. Eine Vermischung mit bodenfremden Stoffen ist zwingend zu vermeiden. Die DIN-Vorschrift 18916 (Landschaftsbauarbeiten), 18915 "Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten" (schonender Umgang mit Oberboden) sowie DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial sind entsprechend zu beachten. ? Verdichtungen des Bodens in Folge des Baustellenbetriebs sind durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen. 3.2.8.1.2 Schutzgut Wasser ? Bei der Baustelleneinrichtung und der Baudurchführung sind die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zum Grundwasserschutz zu beachten. Insbesondere die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung des Austritts von Öl und anderen Schmierstoffen sind zu berücksichtigen. 3.2.8.2 Schutzmaßnahmen bei der Bauausführung - Schutz vor anlagenbedingten Beeinträchtigungen 3.2.8.2.1 Schutzgut Boden. Wasser und Fläche ? Der Gesamtversiegelungsgrad der Anlagen ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. ? Das anfallende Regenwasser wird direkt vor Ort über die belebte Bodenzone zur Versickerung gebracht. ? Es wird ein Standort gewählt, der bereits vollumfänglich verkehrstechnisch erschlossen ist. 3.2.8.2.2 Schutzgut Pflanzen- und Tierwelt ? Die Freiflächen innerhalb des Solarparks werden nicht versiegelt (Schotterung, Abdeckung mit Folie etc.), sondern als extensive Wiese/Weide entwickelt, um auch zukünftig für Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum zur Verfügung zu stehen. ? Um sicher zu gehen, dass sich unter den PV-Modulen eine geschlossene Vegetationsdecke entwickeln kann, beträgt der Abstand zwischen der Unterkante der PV-Module und dem Boden mindestens 80 cm. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Flächen unter den Modulen mit ausreichend Streulicht versorgt werden. ? Die Zaunanlagen um die PV-Anlagen sind so zu gestalten, dass diese für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien durchlässig sind. Daher soll die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen. Auf eine Sockelmauer sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Alternativ können in regelmäßigen Abständen entsprechende Durchlässe vorgesehen werden. 3.2.8.2.3 Schutzgut Landschaft ? Es wird ein Standort gewählt, der durch den vorausgegangenen Abbaubetrieb sowie den Verkehr auf der BAB A 1 bereits deutlich anthropogen vorbelastet ist. ? Es erfolgt eine Höhenbegrenzung der Modultrische auf maximal 4 m. 4. Fazit Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen von unserer Mandantin in Aussicht genommenen Flächen sind in besonderem Maße für eine



Sicherung als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung geeignet. Denn es sind weder unüberwindbare Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu erwarten, noch sind infolge der geplanten Freiflächensolaranlagen erhebliche Umweltauswirkungen zu besorgen. Sie sind in einem Bereich geplant, der durch Abgrabungen und die angrenzenden überörtlichen Verkehrswege bereits erheblich vorbelastet ist. Die für die geplanten Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Flächen werden vorlaufend durch die Gewinnung von Kies und Sand in Anspruch genommen werden. Für ihre Nutzung zur Solarenergieerzeugung besteht ein erheblicher energiewirtschaftlicher Bedarf, der unter Zugrundelegung der vom Bund vorgegebenen Ausbauziele für die Solarenergie durch die in der Potenzialstudie des LANUV NRW ermittelten Flächen nicht gedeckt werden kann. An der Sicherung zusätzlicher Flächen besteht deshalb ein überragendes öffentliches Interesse. Um die geplanten Freiflächensolaranlagen am Standort Horchhelm planungsrechtlich abzusichern, bitten wir Sie daher, die aus der obigen Abbildung 2, 4 und 6 ersichtlichen Flächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Kalns als Standort für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung zu sichern. Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben(anonymisiert)

AZ: Ö-M-701	
1001842	
1003105_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung des Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln hier: Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 9 Abs. 2 ROG</p> <p>Wir vertreten die rechtlichen Interessen von Herrn [ANONYMISIERT]. Eine entsprechende Vollmacht liegt diesem Schreiben bei.</p> <p>Der Mandant ist Eigentümer landwirtschaftlicher Grundstücke im Stadtgebiet Wassenberg, Kreis Heinsberg. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Grundstücke: -Gemarkung Effeld, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT]; Ackerland; Größe: ca. 17 ha -Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]; Weideland; Größe: 0,9000 ha -Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]; Ackerland; Größe: 4,6037 ha -Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]; Weideland; Größe: 2,0000 ha -Gemarkung Effeld, Flur 2, Flurstück [ANONYMISIERT]; Ackerland; Größe: 1,6300 ha</p> <p>Diese sind zu einem Teil von der beabsichtigten Festlegung von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) im Entwurf des Regionalplans betroffen. Der Mandant wendet sich gegen die großflächige Festlegung von BSN auf seinen landwirtschaftlich genutzten Grundstücken. Wir geben hierzu namens und im Auftrag des Mandanten folgende Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ab:</p> <p>I.</p> <p>Nach Plansatz Z.19 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbundes. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu bewahren. (?)</p> <p>Die großflächige Ausweisung von BSN im Entwurf des Regionalplans, denen die Wirkung von Vorranggebieten nach § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG zukommt, erweist sich als rechtswidrig, soweit in die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung auch Flächen einbezogen werden, die insbesondere landwirtschaftlich (aber auch forstwirtschaftlich) genutzt werden und absehbar nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Biotopen zur Verfügung stehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Die bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN entfaltet die Rechtswirkungen von Vorranggebieten für den Naturschutz im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG.

Dies sind Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Der Ausweisung von Vorranggebieten kommt nach ständiger Rechtsprechung die Wirkung von Zielen der Raumordnung zu. In den BSN haben die Ziele des Naturschutzes daher Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen.

Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Hieraus und aus den Bindungswirkungen von Zielen der Raumordnung, die nach § 4 ROG in nachfolgenden Planungen zu beachten und keiner weiteren Abwägung mehr zugänglich sind, ergeben sich strenge Anforderungen an ihre rechtmäßige Festlegung. Insbesondere sind bei der Aufstellung von Zielen der Raumordnung die Anforderungen des Abwägungsgebots (§ 7 Abs. 2 S. 1 ROG) einzuhalten, weil diese eine vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegung erfordern.

Soll nach Raumordnungsrecht eine Unterschutzstellung als Vorranggebiet für Natur und Landschaft im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG erfolgen, bedarf es einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung. Eine solche Festlegung setzt auch die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus.

*vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnung- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62.*

In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die

Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind. Vor diesem Hintergrund ist es im Hinblick auf das rechtsstaatliche Abwägungsgebot nicht zu beanstanden, wenn die Maßstäbe der Abwägung ebenenspezifisch bestimmt werden und dem Plangeber einer höherstufigen Planung ein größerer administrativer Gestaltungsraum eingeräumt wird. Die an die Abwägung zu stellenden Anforderungen werden dadurch begrenzt, dass es sich bei den Raumordnungsplänen lediglich um rahmensetzende Planungen handelt; die detailscharfe Maßnahmenplanung ist der Fachplanung vorbehalten. Abschließend abgewogen muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische ?Zielkern? sein, während der ?Zielrahmen? der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Die raumordnerische Abwägung ist deshalb keine ?erschöpfende" Abwägung.

*OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022 ? 11 D 109/19.NE, BeckRS 2022, 12309 Rn. 110 ff.*

Vorliegend genügt die großflächige Ausweisung von BSN im Regionalplanentwurf erkennbar nicht den Anforderungen an eine umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung der betroffenen (Eigentümer-)Belange. Dies gilt im besonderen Maße, soweit in die vorgesehenen BSN Flächen einbezogen werden, die aufgrund der ausgeübten landwirtschaftlichen (aber auch forstwirtschaftlichen) Nutzung absehbar nicht für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Biotopen zur Verfügung stehen. Insoweit erweist sich die geplante Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz als Verstoß gegen das Gebot der raumordnerischen Erforderlichkeit, weil eine Realisierung der angestrebten Nutzung für den Biotopschutz an gegenläufigen Eigentümerrechten scheitert. Die betreffenden landwirtschaftlich (auch forstwirtschaftlich) genutzten Flächen stehen auf absehbare Zeit dem Biotopschutz nicht zur Verfügung.

Daran ändert auch nichts, dass die raumordnerischen Vorgaben zum Schutz der Natur gegenüber privaten Nutzungen des Freiraums, wie etwa der flächengebundenen Landwirtschaft, keine unmittelbare bodenrechtliche Bindungswirkung im Sinne der §§ 4 und 5 ROG entfalten. Denn auf der nachfolgenden Ebene der Landschaftsplanung, die aus den Vorgaben des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan zu entwickeln ist, werden rechtsverbindliche Festsetzungen getroffen werden, die unmittelbare Nutzungseinschränkungen bewirken.

Angesichts der geplanten großflächigen Ausweisung von BSN, die nicht nur entlang der Rur erfolgt, sondern teilweise weit in das Hinterland hinausgreift, ist auch nicht erkennbar, dass der Plangeber sich mit den verschiedenen in den Gebieten ausgeübten Nutzungen auseinandergesetzt hat, wie dies für die umfassende und abschließende raumordnerische Abwägung bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung erforderlich ist. Vielmehr besteht der Eindruck, dass die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des Naturschutzes und der

Landschaftspflege des LANUV nahezu 1:1 in die planerischen Ausweisungen übernommen wurden. Die naturschutzfachlichen Empfehlungen im Fachbeitrag des LANUV können aber im Rahmen der räumlichen Gesamtplanung, wie sie durch die Regionalplanung erfolgt, nur einen ? wenn auch gewichtigen ? Abwägungsbelang bilden. Dieser ist mit weiteren abwägungserheblichen Belangen, insbesondere den durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentümerbelangen, in einen verhältnismäßigen Ausgleich zu bringen.

Aus rechtlicher Sicht sollte eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN daher nur auf solchen Flächen erfolgen, die für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope und den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei den o.g. Flächen des Mandanten, die landwirtschaftlich genutzt werden, ist das nicht der Fall. Wir regen an, diese nicht in die vorgesehenen BSN einzubeziehen.

Dies gilt insbesondere für das im Eigentum des Mandanten stehende Grundstück Gemarkung Effeld, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT]; Ackerland; Größe: ca. 17 ha, welches in einer Größe von 15,65 ha ackerbaulich genutzt wird. Dieser Feldblock weist mit durchschnittlich 70 Bodenpunkten eine für die Region sehr gute Bonität auf und ist damit für die landwirtschaftliche Erzeugung von hohem Wert. Die nachhaltige Lebensmittelproduktion aus heimischer Landwirtschaft stellt ein zunehmend bedeutsames öffentliches Gut dar. Die dafür zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Produktionsfläche ist naturgemäß begrenzt und sollte nicht durch zusätzliche Restriktionen und Bewirtschaftungerschwernisse entwertet werden. Der genannte Feldblock wird seit Jahrzehnten ackerbaulich genutzt und weist die für die Entwicklung oder Sicherung wertvoller Biotope notwendigen Voraussetzungen nicht auf. Wir regen daher insbesondere an, das Grundstück Gemarkung Effeld, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT], von der geplanten Ausweisung als BSN auszunehmen.

III.

Zusammenfassend halten wir fest, dass

1.  
Eine bereichsscharfe zeichnerische Festlegung von BSN sollte nur auf solchen Flächen erfolgen, die für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope und den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei den o.g. Flächen des Mandanten, die landwirtschaftlich genutzt werden, ist das nicht der Fall. Dies gilt insbesondere für das Grundstück Gemarkung Effeld, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERT]. Wir regen an, diese nicht in den vorgesehenen BSN einzubeziehen.

Wir dürfen Sie bitten, uns den Eingang dieser Stellungnahme zu bestätigen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]	
--	--

**Inhalt****II.**

Nach Plansatz Z.20 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sind innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. (?)

Mit dieser raumordnerischen Vorgabe, innerhalb der BSN bestimmte Schutzgebietskategorien ? Naturschutzgebiete ? festzusetzen, überschreitet der Regionalplanentwurf die kompetenziellen Schranken der Regionalplanung im Verhältnis zu den Naturschutzfachbehörden und den ihnen im BNatSchG sowie im LNatSchG NRW zugewiesenen Befugnissen; der Regionalplanentwurf erweist sich insoweit als rechtswidrig.

Aufgabe des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan ist die Darstellung der regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 18 Abs. 2 LPIG). Hierzu hat der Regionalplan die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den Raum sachgerecht gegeneinander abzuwägen und einen konzeptionellen Rahmen für die örtliche Landschaftsplanung zu schaffen, nicht aber diesen Rahmen durch die raumordnerische Vorgabe, bestimmte Schutzgebietskategorien festzusetzen, selbst auszuschöpfen.

Die Entscheidung, inwieweit Teile von Natur und Landschaft als Schutzgebiet nach Maßgabe der Gebietskategorien der §§ 23-29 BNatSchG ausgewiesen werden, steht hingegen nach § 20 Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 BNatSchG im planerischen Ermessen des Trägers der Landschaftsplanung. Danach steht sowohl die Entscheidung über das ?Ob? einer Unterschutzstellung wie auch über ihr ?Wie? im pflichtgemäßen Ermessen des zuständigen Trägers der Landschaftsplanung. Er verfügt über ein Entschließungs- und Auswahlermessen auch dann, wenn Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit eines Teils von Natur und Landschaft gegeben sind. Er ist mithin trotz Vorliegens der Voraussetzungen einer Unterschutzstellung nicht gezwungen, bestimmte Flächen unter Schutz zu stellen.

*vgl. BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008 ? 4 B 15/08, juris;*  
*BayVerfGH, Entscheidung vom 27.09.2013 ? Vf. 15-VII-12, juris;*  
*Heugel, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2011, § 22 Rn. 4.*

Eine raumordnerische Vorgabe an den Träger der Landschaftsplanung, in bestimmten Bereichen Naturschutzgebiete festzusetzen, kann sich auch nicht aus der damit bezweckten Sicherung von Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen des Biotopverbundes ergeben. Denn zur rechtlichen Absicherung der Kern- und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es wird nicht die Ansicht geteilt, dass in der getroffenen textlichen Festlegung Formulierungen getroffen wurden, die den Rückschluss zulassen, dass bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente als Naturschutzgebiete gesichert werden müssen.

Insbesondere folgende Schlussfolgerung der Anregung kann nicht nachvollzogen werden: "Eine raumordnerische Vorgabe an den Träger der Landschaftsplanung, in bestimmten Bereichen Naturschutzgebiete festzusetzen, kann sich auch nicht aus der damit bezweckten Sicherung von Kernflächen, Verbindungsflächen und -elementen des Biotopverbundes ergeben. Denn zur rechtlichen Absicherung der Kern- und Verbindungsflächen sowie der Verbindungselemente des Biotopverbundes stehen der Landschaftsbehörde nach § 21 Abs. 3 und 4 BNatSchG eine Vielzahl geeigneter Instrumente zur Verfügung. Nach dieser Vorschrift sind zur dauerhaften Gewährleistung des Biotopverbundes die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern. Zulässig ist daher ein ?Mosaik? unterschiedlich gesicherter Bereiche (Instrumentenmix)."

Den in Ihrer Anregung aufgeführten Punkten widersprechen wir nicht in unseren getroffenen Formulierungen. Im Ziel 20 des Regionalplantentwurfs Köln wurden mit den "bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente" Potenziale in den Bereichen zum Schutz der Natur aufgezeigt, die in der zeichnerischen Festlegung enthalten sind. In Ziel 20 wird die Möglichkeit aufgezeigt, diese Potenziale mit geeigneten Instrumenten zu sichern und zu entwickeln: "Innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sind die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln." Welche fachrechtlichen Instrumente dies beinhaltet wird nicht benannt. Möglich sind beispielsweise Naturschutzgebiete gemäß § 23 BNatSchG, Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG, Naturdenkmäler gemäß § 28 BNatSchG oder Geschützte Landschaftsbestandteile gemäß § 29

Verbindungsflächen sowie der Verbindungselemente des Biotopverbundes stehen der Landschaftsbehörde nach § 21 Abs. 3 und 4 BNatSchG eine Vielzahl geeigneter Instrumente zur Verfügung. Nach dieser Vorschrift sind zur dauerhaften Gewährleistung des Biotopverbundes die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern. Zulässig ist daher ein "Mosaik" unterschiedlich gesicherter Bereiche (Instrumentenmix).

vgl. Bundestags-Drucksache 14/6378, S. 38.

Selbst wenn von der Möglichkeit einer förmlichen Unterschutzstellung Gebrauch gemacht werden soll, kommen, wie der umfassend angelegte Verweis in § 21 Abs. 4 BNatSchG auf § 20 Abs. 2 BNatSchG zeigt, sämtliche der dort genannten Schutzgebietskategorien in Betracht.

vgl. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, Band II, § 21 BNatSchG, Rn. 12.

Der Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs mit der Vorgabe, innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) wertvolle Flächen gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern, steht damit in Widerspruch zu dem der Landschaftsplanung bei der Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft eingeräumten planerischen Ermessen und der ihr bei der rechtlichen Sicherung des Biotopverbundes eingeräumten Formenwahlfreiheit.

Die im Plansatz Z.20 Satz 2 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs enthaltene raumordnerische Vorgabe widerspricht auch den Zielen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW), der in Ziel 7.2-2 "Gebiete für den Schutz der Natur" klarstellt, dass die Bereiche zum Schutz der Natur durch (auf eine Vielzahl möglicher Instrumente zu stützende) "Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege" zu erhalten und zu entwickeln sind. Der LEP NRW verzichtet hier bewusst darauf, bestimmte naturschutzrechtliche Instrumente oder gar Schutzgebietskategorien vorzugeben, sondern überlässt die Entscheidung hierüber den dafür zuständigen Naturschutzfachbehörden. So wird in den Erläuterungen zu Ziel 7.2-2 des LEP ausgeführt, dass andere Raumnutzungsansprüche weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierung von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt werden. Über die Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft werde nicht im LEP, sondern im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch die für Naturschutz zuständigen Behörden entschieden.

BNatSchG. Welches Instrument gewählt werden soll, wird nicht vorgeschrieben.

Der darauf folgendem Satz im Ziel 20 lautet "Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern." Wertvolle Flächen werden in den Erläuterungen zu Ziel 20 Punkt 1 Regionalplanentwurf Köln als "besonders schutzwürdige Teile der BSN, die für deren Charakter prägend und für die Schutzwürdigkeit bestimmend sind" definiert. Somit werden keine maßgeblichen Einschränkungen den nachfolgenden Planungsebenen auferlegt, welche wertvollen Flächen als Naturschutzgebiete zu sichern sind. Der Auftrag an nachfolgende Planungsebenen BSN als Naturschutzgebiete zu sichern, beschränkt sich auf wertvolle Flächen und nicht auf "bedeutsame Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente". Die im Fachbeitrag des LANUV Naturschutz und Landschaftspflege (2019) erarbeiteten "bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente" können durch, wie von Ihnen angeregt, einen "Instrumentenmix" gesichert werden. Somit besteht unser Auffassung nach kein Bedarf die textliche Festlegung des Ziel 20 im Regionalplanentwurf Köln zu ändern.



Aus rechtlicher Sicht sollte es daher bei der in Plansatz Z.20 Satz 1 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs angelegten Konzeption verbleiben, wonach innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln sind. Die Unterschutzstellung der schutzwürdigen und entwicklungsbedürftigen Landschaftsteile bleibt damit der Konkretisierungsbefugnis der Landschaftsplanung vorbehalten. Der Satz 2 in Plansatz Z.20 sollte gestrichen werden.

III.

Zusammenfassend halten wir fest, dass

2.

Der Satz 2 in Plansatz Z.20 in Kapitel 4.3.1 des Planentwurfs sollte gestrichen werden. Vielmehr sollte es bei der in Plansatz Z.20 Satz 1 angelegten Konzeption verbleiben, wonach innerhalb der Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln sind. Die Unterschutzstellung der schutzwürdigen und entwicklungsbedürftigen Landschaftsteile bleibt damit der Konkretisierungsbefugnis der Landschaftsplanung vorbehalten.

**Inhalt**

anbei übersende ich Ihnen meine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, eine Auflistung unserer betroffenen Flächen sowie eine Übersichtskarte. (anonymisiert) zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans nehme ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wie folgt Stellung: Ich bin Vollerwerbslandwirt in Swisttal und betreibe einen konventionellen intensiven Ackerbaubetrieb mit dem Anbau von Sonderkulturen wie der Kartoffel. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Raumansprüche unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende wird die Notwendigkeit der Neuaufstellung des Regionalplans durchaus gesehen. Gleichwohl dürfte außer Frage stehen, dass mit Blick auf die aktuellen geopolitischen Gegebenheiten und die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom europäischen Ausland in anderen Wirtschaftszweigen, die hiesige Nahrungsmittelerzeugung und -versorgung im höchstem Maße schützenswert ist. Ausweislich des nunmehr vorgelegten Regionalplanentwurfes sind weite Teile unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen überplant worden und liegen nunmehr in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen ist; erhebliche Teile liegen in geplanten Gebieten zum Schutz der Natur. Bei dieser Flächenausweisung hat man sich offensichtlich weitgehend und willkürlich an den Grenzen der Überschwemmung orientiert, die bei dem verheerenden Hochwasser im Juli 2021 entstanden sind, dies gilt im Besonderen für den Bereich Miel-Morenhoven. Ich kritisiere deshalb scharf, dass die Grenzen des vorjährigen Hochwassers als Maßstab zur Festlegung der neuen Flächen zum Schutz der Natur herangezogen werden, handelte es sich schließlich bei dem verheerenden Hochwasser laut Expertenmeinung um ein Jahrtausendereignis. Zu erwähnen ist außerdem, dass bereits in den 1990-er-Jahren unter Federführung des Erftverbandes zwischen B56 auf der westlichen und der Kläranlage Miel auf der östlichen Seite große Teile des Swistauenbereichs durch ein Umlageungsverfahren aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen wurde. Stattdessen wurden Bäume und Sträucher angelegt bzw. Teile der Aue als extensives Grünland ausgewiesen. Im Zuge dieser Maßnahme verlor unser Betrieb etwa 10 Hektar hochwertiges Ackerland. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass die Ausweisung künftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft wird und damit insgesamt erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung unserer Betriebsflächen hervorruft. Einerseits befürchte ich einen immensen Wertverlust der landwirtschaftlichen Flächen, andererseits sehe ich auch die Möglichkeit einer baulichen Erweiterung der Hofstelle gefährdet. Eine ökonomisch sinnvolle Betriebserweiterung wird damit bereits jetzt erschwert, wenn nicht gar unmöglich

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

gemacht. Zudem erwächst uns ein erheblicher Nachteil im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, dessen Folgen wir heute noch nicht absehen können. Weiterhin möchte ich auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln aufmerksam machen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln über Naturschutzgebiete hinaus sogar Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Welternährungslage können weitere Stilllegungen von Ackerfläche oder Maßnahmen, die einer konventionellen Bewirtschaftung entgegenstehen nicht hingenommen werden. Sollten sich künftig die Anwendungs- beschränkungen von Pflanzenschutzmitteln durchsetzen, würde dies zwangsläufig dazu führen, dass unsere bisherige konventionelle Landwirtschaft auf eine biologische Landwirtschaft umzustellen wäre. In Folge fehlender zuverlässiger Arbeitskräfte in ausreichender Anzahl ist dies nicht darstellbar. Zumal in diesem Szenario die bereits bestehenden biologisch wirtschaftenden Landwirte, die zumeist auf nur geringer Fläche wirtschaften, ihrerseits ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren würden. Folglich fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerfläche in die geplante Flächenkulisse abzusehen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten zu können und auch langfristig ein ausreichendes Einkommen aus der Bewirtschaftung der Ackerflächen generieren zu können. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner vorstehenden Einwände und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

(anonymisiert) Übersicht der Ackerflächen des Betriebes, die im geplanten Gebiet zum Schutz der Natur und zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung liegen und Ackerflächen, die als Überschwemmungsbereiche ausgewiesen sind. Aufgrund der Schwierigkeit der genauen kartographischen Zuordnung ist die Schlag Nr. im ELAN NRW Flächenverzeichnis 2022 für den Antragsteller (anonymisiert) als Unterstützung angefügt.

Ifd. Nr. Kreis Bewirtschafter Eigentümer Lage geplantes Gebiet Schlag Nr. ELAN NRW (Nachstehendes anyonmisiert)

AZ: Ö-M-710

1002333

1003113\_001

## Inhalt

### 2. Stadtteil Köln-Lövenich

Für Köln-Lövenich ist

- eine 32, 1 ha große Nord-/Westerweiterung des ASB zwischen Randkanal und der Stadtgrenze zum Rhein-Erft-Kreis vorgesehen (K\_ASB\_ 11 ).

Diese Fläche ist im rechtskräftigen Regionalplan als AFAB und Bestandteil eines regionalen Grünzugs mit der Zweckbestimmung des Landschaftsschutzes und der landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen. Die Verwaltungsvorlage der Stadt Köln misst der vorgeschlagenen Fläche, die zum RegioGrün-Korridor "Zu neuen Energien" gehört, eine besondere ökologische Funktion für das städtische Mikroklima bei. Laut Umweltbericht sind voraussichtlich bei drei Kriterien (schutzwürdige Böden/ klimarelevante Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, mit der Folge, dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.

Derartige Befunde müssen in Zeiten des fortschreitenden Klimawandels zu direkten Konsequenzen in der Regionalplanung führen. Die Lösung der damit verbundenen Konflikte darf nicht auf die untergeordneten Planungsebenen verlagert werden. Eine weitere Verengung der Grünradiale und stark klimaaktiven Fläche zwischen Lövenich und Widdersdorf [s. Anhang Abb. StnID 1003724] ist abzulehnen. Die Versiegelung von Hohertragsböden sollte grundsätzlich hinterfragt werden, da der Landwirtschaft Anbauflächen für die ökologisch wünschenswerte regionale Versorgung entzogen werden. Die vorgeschlagene Ausweisung als ASB ist daher zurückzunehmen.

Da eine Stadtbahnverbindung von Weiden-West nach Widdersdorf (Verlängerung der Stadtbahnlinie 1) nicht mehr geplant ist, ist der im Planentwurf vorgesehene Streckenverlauf über diese Fläche hinfällig.

### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1003113\\_001.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002714 und StnID 1002727).

1003724	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b><u>Öff Neuaufstellung Regionalplan - Stellungnahme zum Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln</u></b></p> <p>Die Bürgerinteressengemeinschaft Weiden e.V. (BIG Weiden) ist ein als gemeinnützig anerkannter, parteipolitisch unabhängiger Verein. Vereinszweck ist die Förderung einer nachhaltigen städtebaulichen und sozialintegrativen Entwicklung in Köln-Weiden und den angrenzenden Stadtteilen, die Erhaltung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Förderung der Belange des Denkmalschutzes, die Förderung der Belange des Umweltschutzes, unter der besonderen Berücksichtigung einer auf Vermeidung und Verringerung des Verkehrs ausgerichteten Entwicklung, die Erhöhung der Verkehrssicherheit für junge, alte und behinderte Menschen, die Verringerung der vom Straßenverkehr hervorgerufenen Immissionen und die Pflege und Instandhaltung der öffentlichen Grünflächen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund nimmt die BIG Weiden zum zeichnerischen Teil der Planunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Stadtbezirk Lindenthal, insbesondere zum</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtteil Weiden (unten 1.) sowie dem angrenzenden</li> <li>• Stadtteil Lövenich (unten 2.) [s. StnID 1003113_001]</li> </ul> <p>wie folgt Stellung:</p> <p>Der Kölner Westen hat bereits einen überproportional großen Beitrag zum Wohnungsbau geleistet. Zwischen 2010 und 2017 wurde jeweils ein Viertel der Kölner Wohnungsneubauten im Stadtbezirk Lindenthal errichtet, ohne die verkehrliche und soziale Infrastruktur (Schulen, Kitas, Sportplätze, öffentlichen Grünflächen) dem gewachsenen Bedarf anzupassen. Ein eklatantes Beispiel ist Widdersdorf, das bis heute nicht an die Stadtbahn angeschlossen ist. Die Verkehrszuwächse aus dem Umland und den Neubaugebieten des Kölner Westens führen im Berufsverkehr zum Dauerstau mit hohem-NO2- Ausstoß auf allen wichtigen Einfallstraßen. Nach den Hitzesommern der letzten Jahre erscheint der BIG Weiden ein radikales Umdenken erforderlich, um die Lebensqualität der Stadt besser vor den Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels zu schützen.</p> <p><u>1. Stadtteil Köln-Weiden/ Grünzug West</u></p> <p>Im Stadtteil Köln-Weiden nehmen die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfs Arrondierungen der ?Allgemeinen Siedlungsbereiche („ASB“)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

- südlich des Frechener Wegs und südlich der Potsdamer Straße (vgl. Abb. 1, Ziff. 1 a),
- südlich der Jungbluthgasse zwischen Autobahn A1 und Ignystraße (vgl. Abb. 1, Ziff. 1b) und
- westlich der Straße am Rapohl (vgl. Abb. 1, Ziff. 1c) [s. Anhang Abb. StnID 1003724\_1]

zu Lasten des Grünzug West vor.

Wir bitten dringend darum, diese Arrondierungen zurückzunehmen. Selbst wenn es sich bei diesen Abweichungen gegenüber den zeichnerischen Festlegungen im rechtskräftigen Regionalplan lediglich um Unschärfen handeln sollte, müssen diese korrigiert werden. Eine Signalwirkung für eine (schleichende) weitere Bebauung des Grünzug West muss vermieden werden.

Der 1992 in der 9. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes NRW als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch den nördlich der Dürener Str. gelegenen Teil des Gewerbegebiets Marsdorf festgesetzte Grünzug West als Grünkorrridor, der den Äußeren Grüngürtel mit den Waldgebieten der Ville verbindet, muss nun endlich in Gänze ohne weitere Reduzierung der dafür vorgesehenen Fläche realisiert und im Regionalplan langfristig vor weiteren Eingriffen geschützt werden. Der Grünzug West stellt eine wesentliche Achse im Kölner Grünsystem dar, der im regionalen Zusammenhang eine besondere Bedeutung zukommt. Er ist Teil des Landschaftsschutzgebietes LSG 17 („Äußerer Grüngürtel Müngersdorf bis Marienburg und verbindende Grünzüge“); der Erläuterungstext zum Schutzgebiet weist den Grünzug Weiden/Junkersdorf explizit als festen Bestandteil des Äußeren Grüngürtels aus. Als Schutzzweck wird unter anderem „die besondere Bedeutung des großen Erholungsraums für die stille, landschaftsbezogene und die aktive Erholung“ genannt.

Die in den vergangenen Jahren wiederholt erfolgte Preisgabe und Versiegelung von Flächen, die Bestandteil des Grünzug West waren (als Beispiel sei hier die Bebauung südlich der Kronstädter Straße genannt), darf sich nicht fortsetzen. Dem Grünzug West kommt besondere Bedeutung als Frischluftschneise nicht nur für den Kölner Westen, sondern für das gesamte Stadtgebiet, zu [s. Anhang Abb. StnID 1003724\_2]. Jeder weitere Eingriff in Flächen des Grünzug West ist strikt abzulehnen.

Aus diesem Grund regen wir dringend an, neben einer Rücknahme der oben beschriebenen Arrondierungen auch das im rechtskräftigen Regionalplan fälschlich als ASB ausgewiesene

- Grundstück nördlich der Jungbluthgasse zwischen Ignystraße und Autobahn A1 (vgl. Abb. 1, Ziff. 1d) („Garten Müller“) [s. Anhang Abb. StnID 1003724\_1]

im neu aufzustellenden Regionalplan als „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ („

AFAB") auszuweisen. Das Grundstück, welches aktuell auf der Basis eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Bebauungsplan (VEP) Nr. 59441/02 "östlich Ignystrasse in Köln Weiden") unter Berufung auf die nach § 35 Abs. 1 BauGB privilegierte Nutzung "Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung" genutzt wird, liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplans und gehört zum Grünzug West 2. Gemäß Landschaftsplan Köln enthält die Fläche geschützte Landschaftsbestandteile. Sie ist zudem Bestandteil der südwestlichen Grünradiale der Regionale 2010 "Zwischen schnellen Wegen".

Auch der Flächennutzungsplan der Stadt Köln<sup>4</sup> weist den Bereich als Grünfläche aus. Es handelt sich dabei um die letzte Fuge in einem in einem stark verdichteten Gebiet. Um sicherzustellen, dass diese Fläche langfristig nicht bebaut und versiegelt und somit dauerhaft dem Grünzug West entzogen wird, ist im Regionalplan eine Zuordnung als AFAB vorzunehmen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003724\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003724\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-M-738

1001917

1003311\_001

#### Inhalt

Stellungnahme u. Einspruch GIBregional u. GIB+ Birgden Waldenrath

Ich möchte meine absolute Ablehnung zum GIBregional u. GIB+ zwischen Waldenrath u. Birgden zum Ausdruck bringen, da ich hierdurch eine Gefährdung für eine mögliche Wohngebietserweiterung und eine weitere großflächige Bodenversiegelung für Waldenrath befürchte. Weiterhin sehe ich negative Beeinträchtigungen durch nochmals verstärktes Verkehrsaufkommen, auch nach der Bauphase. Durch erhöhte Lärm- und Umweltbelastung, vor allem am Ortsrand von Waldenrath an Birgden, wird eine deutliche Minderung der Wohn- und Lebensqualität entstehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-M-739	
1001918	
1003486	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, gegen jedwede Änderung des gültigen Regionalplans mein Grundstück , Lommersum Flur 11 [anonymisiert] betreffend erhebe ich hiermit auch stellvertretend für meinen Miteigentümer [anonymisiert] energisch Einspruch. Hier wird weder ein Naturschutz noch Landschaftsschutz noch sonstwas eingetragen, da dies unsere Rechte erheblich einschränken könnte!!!! Wir widersprechen in aller Form.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.</p>

AZ: Ö-M-740	
1002177	
1003313_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Betreff:</b> Öff Neuaufstellung Regionalplan Betrifft: Rhein-Sieg Kreis, Königswinter Vinxel, <a href="#">Blatt 12-13 - Bonn, Rhein-Sieg-Kreis</a> Sehr geehrte Damen und Herren, wir wohnen in Königswinter Vinxel, also im Bergbereich von Königswinter. Wir beobachten die Siedlungspolitik in diesem Bereich schon seit vielen Jahren und sind besorgt über den weiter fortschreitenden Flächenverbrauch. Bekanntermaßen soll der Flächenverbrauch bundesweit eigentlich bis zum Jahr 2030 auf 30 Hektar pro Tag begrenzt werden. Wie will man diese Ziel erreichen, wenn überall weiter gebaut wird? Dazu ein Auszug von der Homepage des LANUV: "Boden ist kein vermehrbares Schutzgut. Der Verlust wertvoller Acker- und Weideflächen durch Bebauung und Versiegelung ist nicht umkehrbar. Die Erhaltung der natürlichen Filter-, Puffer- und Lebensraumfunktionen von landwirtschaftlich und forstlich genutzten Böden ist jedoch von besonderer Bedeutung, um nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser, die Pflanzen, die Luft, das Klima und den Boden selbst zu verhindern." Dies gilt um so mehr in Zeiten des Klimawandels mit seinen deutlich spürbaren Auswirkungen wie extreme Dürre derzeit gerade auch im südlichen Rheinland. Nun sind in Vinxel schon mehrere Bauvorhaben geplant. Diese sind z.T. Innenraumverdichtung, an einer Stelle, am Kapellenweg wird aber auch Ackerfläche verbraucht. Es gibt hier einen Bauplan aus den siebziger Jahren. Um Vinxel herum, insbesondere in Bonn-Niederholtorf wird auch umfangreich auf Ackerflächen gebaut. Um so unverständlicher ist es, dass rund um Vinxel selbst ausweislich von Blatt 12-13 des Regionalplanes große Freiflächen als allgemeine Siedlungsbereiche ausgewiesen werden sollen. Dies ist auch nicht kompatibel mit den Klimaschutzzielen, die die Stadt Königswinter sich selber gegeben hat. Siehe dazu den Link auf eine Presserklärung der Stadt Königswinter <a href="https://www.koenigswinter.de/de/datei/anzeigen/id/55455,1081/pmklimaschutzziele.pdf">https://www.koenigswinter.de/de/datei/anzeigen/id/55455,1081/pmklimaschutzziele.pdf</a> Betrifft: Kulturlandschaft <a href="#">Textliche Festlegungen - Anhang B ? 01 Kulturlandschaftsentwicklung</a> Der Bergbereich Königswinter wird nicht in der Kulturlandschaftsentwicklung erwähnt. Dies ist nicht gerechtfertigt. Siehe dazu Informationen aus kuladig <a href="https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-254991">https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-254991</a>. Auch gibt es eine Reihe von Kapellen, die über den sehr beliebten Kapellenwanderweg zu erwandern sind (<a href="https://www.ich-geh-wandern.de/kapellenwanderweg-im-pleiser-laendchen-siebengebirge">https://www.ich-geh-wandern.de/kapellenwanderweg-im-pleiser-laendchen-siebengebirge</a>). In Oberpleis gibt es die bedeutsame Sankt Pankratius Kirche <a href="https://de.wikipedia.org/wiki/St._Pankratius_%28Oberpleis%29">https://de.wikipedia.org/wiki/St._Pankratius_%28Oberpleis%29</a>, um nur zwei Beispiele zu nennen. Ich möchte die Bezirksregierung darum bitten, die ASB Flächen um Vinxel <b>nicht</b> in den Regionalplan zu übernehmen und dafür den Bergbereich von Königswinter in die Kulturlandschaftskartierung mit aufzunehmen. Über eine Reaktion Ihrerseits würde ich mich freuen. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Stadt Königswinter und der Stadtrat haben teilweise auf die Kritik der geplanten starken Siedlungsentwicklung in Vinxel und Stieldorf reagiert. In der Stellungnahme zum Regionalplanentwurf wurde angeregt, die planerisch zu sichernden Siedlungsbereich zum ca. ein Drittel zu reduzieren. Diese Bereiche wurden im 2. Planentwurf entsprechend zurückgenommen.</p> <p>Die in der Erläuterungskarte dargestellten Kulturlandschaftsbereiche basieren auf dem Kulturlandschaftsgutachten des LVR. Dort waren die angesprochen Bereiche nicht verzeichnet.</p>

--	--

AZ: Ö-M-742	
1002220	
1003319_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG,<sup>1</sup></p> <p>Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Stadt Heinsberg, Gemarkung Randerath, Flur [ANONYMISIERTE] ("Abgrabung Himmerich"), innerhalb des vorgesehenen BSAB eine "Freiflächensolaranlage" darzustellen. Die Ausweisung ist erforderlich, weil die Solarenergiegewinnung auf einer Fläche erfolgen soll, die größer als 10 ha ist.</p> <p>Von der Vorhabensträgerin wurde bereits eine Anregung zur Darstellung einer Deponie DK0 am Standort Himmerich bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. In Rahmen der Anregung zur Darstellung einer Deponie DK0 werden die Standortkriterien, die derzeitige Genehmigungslage und die beabsichtigten Planungen in Bezug auf eine Nutzung des Standort zur Rohstoffgewinnung und anschließender Verfüllung / Deponierung ausführlich beschrieben. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird an dieser Stelle auf die Anregung einer Mineralstoffdeponie verwiesen, welche dieser Anregung als Anhang 1 beiliegt (s. StnID 1002673_001).</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003319_001]</p> <p>Im Entwurf des Gesamt-Regionalplans wurde bisher keine Symbolik zur Darstellung von Freiflächensolaranlagen dargestellt. Aus diesem Grund wurde die Anregung einer Fläche zur Errichtung einer Freiflächensolaranlage auf Basis des Planentwurfs, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe (Stand Juni 2020) ,mit einer orangen Schraffur eingezeichnet.</p> <p><b>1. ANLASS, GEGENSTAND UND DERFORDERNIS DER ANREGUNG</b></p> <p>Die Firma Kieswerk Himmerich GmbH aus Heinsberg regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln einen Standort zur Errichtung einer Freiflächensolaranlage am Standort Himmerich darzustellen.</p> <p>Der Standort Himmerich wird bereits heute von der ("Abgrabung Himmerich") in Form einer Trockenabgrabung betrieben. Die Tätigkeit an diesem Standort umfasst neben der Rohstoffgewinnung eine Verfüllung mit geeignetem Bodenmaterial. Die ("Abgrabung Himmerich") beabsichtigt, neben der Erweiterung zur Rohstoffgewinnung, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle und den Ausbau erneuerbarer Energien langfristig zu</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p> <p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.</p>

konzipieren und zu planen.

Vorhabensgegenstand ist die Anregung zur Darstellung einer Fläche zur Errichtung einer "Freiflächensolaranlage" im Regionalplan der Bezirksregierung Köln.

#### 1.1 Anlass der Anregung

Es ist grundsätzlich geplant, die im Entwurf des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe mit Stand Juni 2020, als BSAB dargestellten Flächen sukzessive zur Gewinnung von Kies und Sand abzubauen. Im Anschluss an die Abgrabungstätigkeit sollen Bodenaushub und bautechnisch nicht verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich abgelagert werden (vgl. Anhang 1, Anregung zur zeichnerischen Darstellung eine Deponie DK0).

Der Standort Himmerich bietet die Möglichkeit, den Ausbau erneuerbarer Energien im Anschluss an die vorgesehene Betriebsaktivität in einem großen Umfang auf vorbelasteten Flächen zu etablieren. Die derzeitige Darstellung im Planentwurf des Gesamt-Regionalplans als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)?, auf Teilflächen überlagert von der Darstellung ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)? soll zusätzlich neben der voraussichtlichen Darstellung als BSAB auch von der zweckgebundenen Darstellung ?Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie? überlagert werden. Darüber hinaus soll eine Fläche zur Errichtung einer "Freiflächensolaranlage" dargestellt werden.

Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form insgesamt etwa 40 ha. Sie setzt sich zusammen aus Teilflächen der bestehenden Abgrabung, aus Teilflächen der geplanten Erweiterung sowie weiteren Flächen innerhalb des voraussichtlichen BSAB.

#### 1.2 Erfordernis der Anregung

Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Im Landesentwicklungsplan (LEP) NRW<sup>2</sup> wird dargestellt, dass die Lösung raumordnerischer Konflikte in Bezug auf die Festlegung von Standorten für die Erzeugung und Speicherung von Energie eine wichtige Aufgabe von Regional- und Bauleitplanung ist. Geeignet sind Standorte, die mit den textlichen und zeichnerischen Festlegungen der landesplanerischen Vorgaben vereinbar sind und die regionalplanerischen sowie bauplanungs- und fachrechtlichen Voraussetzungen

erfüllen.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt Ziele und Grundsätze der Landesentwicklung fest. Der Grundsatz 10.2-1 beschreibt, dass Halden und Deponien als Standorte für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen gesichert werden sollen, sofern die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen und fachliche Anforderungen nicht entgegenstehen.

Durch das Ziel 10.2.-5 wird festgelegt, dass die Inanspruchnahme von Flächen für die raumbedeutsame Nutzung der Solarenergie möglich ist, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist und es sich um die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen handelt.

In den Erläuterungen des Grundsatzes 10.2-1 wird explizit auf die Eignung von Halden und Deponien aufgrund ihrer exponierten Lage zur Nutzung von Solarenergie hingewiesen.

Die Vorhabensfläche soll nach Abschluss der Rohstoffgewinnung und Verfüllung mit Bodenmaterial bzw. mineralischen Abfällen zur Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden. Die beabsichtigte Nutzung steht in Einklang mit den vorgenannten Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplans.

### 1.3. Standorteignung nach den Anforderungen der Regionalplanung

Im Textteil und in den Erläuterungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in den Kapitel 5.2.3.1 und 5.2.3.3 Aussagen über neue Freiflächensolaranlagen gemacht.

Mit dem Grundsatz G.63 "Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern" wird beschrieben, dass für die verstärkte Nutzung sowie den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Bei Freiflächensolaranlagen erfolgt eine räumliche Festlegung im Regionalplan nur für Anlagen größer 10 ha, um Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie mit regionaler Bedeutung sichern.

Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 40 ha deutlich darüber.

Mit dem Grundsatz G.67 "Solarenergie flächensparend ausbauen" wird Bezug darauf genommen, dass Solarenergieanlagen vorrangig auf baulichen Anlagen oder vorbelasteten Flächen errichtet werden sollen. Als vorbelastete Standorte gelten z. B. Konversions- bzw. Brachflächen, die unter anderem auf ehemals militärisch, gewerblich, industriell, bergbaulich, verkehrlich oder wohnungsbaulich genutzten

Standorten zu finden sind.

Nach erfolgter Rohstoffgewinnung und Verfüllung stellt die Vorhabensfläche gemäß der vorgenannten Kriterien eine vorbelastete Fläche dar.

Mit dem Ziel Z.38 "Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern" wird beschrieben, dass Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen innerhalb der folgenden regionalplanerisch festgelegten Bereiche und Gebiete grundsätzlich möglich sind, wenn sie mit den Schutz- und Nutzungsfunktionen der jeweiligen Festlegungen vereinbar sind.

In diesem Zusammenhang werden die folgenden Festlegungen aufgeführt:

- Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB),
- Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE),
- Bereiche für Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG),
- Oberflächengewässer,
- Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen,
- Deponien- und Aufschüttungen,
- Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Rohstoffe (BSAB),
- Überschwemmungsbereiche (ÜB)
- Flugplätze
- Siedlungsbereiche (ASB und GIB), als Nebenanlagen an Trassen der Verkehrsinfrastruktur.

Innerhalb der folgenden regionalplanerisch festgelegten Bereiche sind Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen in der Regel ausgeschlossen:

- Waldbereiche,
- Regionale Grünzüge (RG),
- Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)

Die derzeitige Darstellung im Planentwurf des Gesamt-Regionalplans als ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)?, wird auf Teilflächen überlagert von der Darstellung ?Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)?. Voraussichtlich werden diese Flächen zukünftig von einem BSAB überlagert. Darüber hinaus wurde die zweckgebundene Darstellung ?Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie? auf Teilflächen des BSAB angeregt.

Die vorhabensfläche liegt nicht innerhalb einer Fläche, welche in der Regel für Standort zur Solarenergienutzung ausgeschlossen wird.

### 3. GENERELLE STANDORTEIGNUNG

Als wesentliches Planungsziel strebt die [ANONYMISIERT] eine regionalplanerische Darstellung als "Freiflächensolaranlage" an, um deren Standortgunst am Standort Himmerich gezielt zu nutzen.

Nach erfolgter Rohstoffgewinnung und Verfüllung handelt es sich um einen verbelasteten Standort, welcher den im Landesentwicklungsplan und Regionalplan dargestellten Anforderungen und Kriterien entspricht.

Es wäre denkbar, die Errichtung einer Freiflächensolaranlage sukzessive auf bereits verfüllten Flächen durchzuführen. Die erzeugte Energie könnte zunächst zur Selbstversorgung (Aufbereitungsanlagen) genutzt werden. Überschüssiger Strom könnte ins Netz eingespeist und vermarktet werden. Im Rahmen der Erzeugung erneuerbarer Energien könnten so Betriebskosten und Emissionen (im Vergleich zur Nutzung von Energie aus fossilen Rohstoffen) reduziert werden werden.

Sowohl im Regionalplan als auch im Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen wird unmittelbar südwestlich angrenzend an das Plangbiet ein Industriegebiet dargestellt. Es handelt sich um eine etwa 240 ha große Fläche bei Lindern. Der Vorhabensträger [ANONYMISIERT], welcher für die Entwicklung des Industriegebiets zuständig ist strebt an, das Gebiet in den kommenden Jahren zu einem Industrieareal für flächenintensive industrielle Großvorhaben zu entwickeln. Die unmittelbare Nähe des Industriegebiets zu der Vorhabensfläche würde einen weiteren positiven Standortvorteil darstellen, da der erzeugte Strom von industriellen Abnehmern lokal genutzt werden könnte.

Mittlerweile sind Freiflächensolaranlagen technisch ausgereift und werden ständig weiterentwickelt. So besteht z.B. auch die Möglichkeit, eine Agri-Photovoltaikanlage zu errichten, welche unter den Panels zumindest eine landwirtschaftliche (Teil-)Nutzung ermöglicht und gleichzeitig die Standortbedingungen für den Arten- und Naturschutz verbessert.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass der Standort hervorragend geeignet ist, um die Erzeugung von erneuerbaren Energien am Standort Himmerich zu etablieren. Ein vergleichbarer Standort in der Region um Himmerich ist derzeit nicht bekannt.

#### 4. SCHUTZGEBIETE UND SCHUTZANSPRÜCHE

Die für die Solarnutzung vorgesehenen Flächen werden im Vorfeld bereits vollumfänglich durch Abgrabung und Verfüllung oder als Betriebsflächen genutzt. Die Inanspruchnahme der Landschaft und die Auswirkungen auf Schutzgebiete und Schutzgüter wurden im Rahmen der Darstellung des BSAB auf der Ebene des Regionalplans bereits geprüft und werden in den jeweiligen Genehmigungsverfahren im Detail abgearbeitet.



[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

<sup>1</sup>Bezirksregierung Köln (Hrsg.): Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Erster Planentwurf des Teilplans

Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine), Stand Juni 2020

<sup>2</sup>Landesregierung NRW: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen in der am 06.08.2019 in Kraft getretenen

Änderungsfassung vom 12.07.2019 (GV NRW 2019 S. 441-462)

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1001399\\_001.pdf](#)

AZ: Ö-M-743	
1002018	
1003321_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Interkommunales Gewerbegebiet Birgden-Waldenrath</p> <p>Hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich mich mit großem Nachdruck gegen das geplante Gewerbegebiet ausspreche. Neben vielen Bedenken, gebe ich folgende als Begründung an: Erhöhte Lärm- und Umweltbelastung durch Baulärm und später durch dauerhaften LKW-Verkehr für die anliegenden Bürger, insbesondere für die Bewohner des Alten- und Pflegeheimes, welches unmittelbar an dem ausgewiesenen Gebiet grenzt, Minderung der Grundstücks-und Immobileinwerte in Nähe des Gewerbegebietes, Zerstörung des Ökosystems durch Versiegelung von freien Landflächen. Außerdem stelle ich Ihnen folgende Fragen: Welchen Arbeitnehmern stellen Sie Arbeitsplätze in Aussicht? In Waldenrath und Umgebung gibt es wohl kaum tausende Arbeitssuchende. Sollen demnächst öffentliche Verkehrsmittel Arbeitnehmer nach Waldenrath bringen? Dann müsste allerdings noch einiges an der Infrastruktur verbessert werden. Oder müssen in Zeiten des Klimawandels noch mehr PKW-Fahrer kilometerlange Strecken zu horrenden Sprit-bzw. Strompreisen bis hin zu dem bereits ach so gebeutelten Kreis steuern? Dann kommt neben der Grundwasserbelastung durch zu hohe Nitratwerte auch noch die Luftbelastung durch Kohlendioxyd hinzu, als ob wir durch den Cerosinausstoß der Awacs nicht schon ausreichend Schmutz in der Luft hätten! Wo liegt ihrer Meinung nach der Mehrwert für die Waldenrather Bürger und Bürgerinnen, wenn Sie dem Bau dieses Gewerbegebietes zustimmen? Haben Sie bei Ihren Zukunftsvisionen für Heinsberg und damit auch für die Zukunft der nachfolgenden Generation auch einmal an die gegenwärtige Situation unserer Kinder gedacht? Nein ich vermische da nichts! Keine finanziellen Mittel um Schulen mit ausreichenden Reinigungspersonal auszustatten. Oder kein Personal vorhanden? Keine ausreichenden Mittel für kleinere Schulklassen. Oder kein Lehrpersonal vorhanden? Keine vernünftigen Integrationsprogramme in den Schulen. Oder keine Integrationshelfer vorhanden? Keine vielfältigen Bildungsangebote für alle Kinder. Oder ein zu eng gegliedertes Schulsystem? Zu viele Nichtschwimmer. Oder kein Geld für den Erhalt von Lehrschwimmbecken? So könnte ich meine Damen und Herren meine Liste von Unzulänglichkeiten fortführen, und darum bin ich strikt gegen Ihre Pläne. Bitte sorgen Sie sich um die Verbesserung der augenblicklichen Lage in unserem Kreis. Die Zukunft kommt ohne zusätzliches Gewerbegebiet aus. Die Stadt Heinsberg kann bereits auf einige Gewerbegebiete des Kreises zurückgreifen und bedenken Sie. WENIGER IST OFT MEHR. Auch wenn die Stadt auf zusätzliche Gewerbesteuer verzichten müsste. Wir als Bürger zahlen ohnehin erhöhte Grundsteuer.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-744	
1002019	
1006937	
<p>Inhalt</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p><b>Im Namen der Erbgemeinschaft [ANONYMISIERT] regen wir an, die ASB-Darstellung im Regionalplan-Entwurf (Stand:21.12.2021) für die Grundstücke [ANONYMISIERT] und angrenzende kleinere Parzellen beizubehalten [s. Anhang Abb. StnID 1006937].</b></p> <p><b>Wir widersprechen dem Beschluss/Begründung der Stadt Brühl vom 02.06.2022, die Fläche als ASB 2 bezeichnet, wieder zurückzunehmen.</b></p> <p><b>Begründung</b></p> <p><b>? Ausgangslage</b></p> <p>Die betroffenen, landwirtschaftlich genutzten Grundstücke befinden sich rund um den Palmersdorfer Hof und liegen im Verantwortungsbereich einer über 100-jährigen Familiengeschichte.</p> <p>Seit Jahren ist es ein Anliegen der Familie die Grundstücke zu hegen, zu pflegen und einer Nutzung im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt Brühl zuzuführen. Dabei standen insbesondere eine ausgeglichene Abwägung der Interessen der landwirtschaftlichen und ökologisch orientierten Bodennutzung, des bedarfsgerechten Wohnungsbaues und der sensiblen Einbindung in das schützenswerte Umfeld des UNESCO-Weltkulturerbe der Brühler Schlösser im Fokus.</p> <p>Mit einer sensiblen, zurückhaltenden und nachhaltigen Planungskonzeption kann dabei auf alle möglichen Restriktionen, insbesondere auf besondere Betroffenheiten im Umfeld der denkmalgeschützten Zonen, Rücksicht genommen werden. Die Flächen der Erbgemeinschaft [ANONYMISIERT] bieten ausreichende Möglichkeiten, über den Wohnungsbau hinaus, landschafts- und denkmalbezogene Gestaltungen vorzunehmen.</p> <p>Im Zusammenhang mit möglichen Entwicklungen im Denkmalsbereich und der sog. Sorgfaltsfläche rund um das UNESCO Welterbe, bestehen mit den Gießler Flächen große Grundstückspotenziale, die im Sinne einer historischen Aufwertung der prägenden Merkmale (Schlösser, Palmersdorfer Hof, Palmersdorfer Bach) und die Akzentuierung und Schärfung der früher prägenden Blickbeziehungen in der</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>(s. Stn ID 1003970)</p>

Kulturlandschaft, qualifiziert werden könnten.

Im Einvernehmen mit der Beibehaltung der ASB-Fläche und der Entwicklung für den Wohnungsbau (ca. 1/3) und einer historisch geprägten Entwicklung von dann ca. 2/3 der überwiegenden Restfläche, ist eine Gesamtentwicklung auch im Sinne der UNESCO denkbar.

#### **? Voraussetzungen für die Entwicklung und Beibehaltung als ASB**

Die Darstellung der bezeichneten Grundstücke als ASB ist ein wesentlicher und richtiger Beitrag der Bezirksregierung, zur Reduzierung des akuten Wohnungsnotstandes in der gesamten Wachstumsregion Rheinland.

Die aktuelle Wohnungssituation mit der teils gezielten Verknappung des Wohnraumangebotes, die Grundstücksknappheit durch ökologische Tabuisierung des gesamten Freiraums, die Grundstückspreisexplosion, die steigenden Mieten und Nebenkosten etc. machen es notwendig, im Sinne der Daseinsvorsorge für die Menschen (siehe Grundgesetz), weitere Wohnungsbauangebote dringend zu schaffen.

**Regionalplan-Entwurf:** Mit der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln REP konnte diesem Abwägungsanspruch sowohl im Vorentwurf als auch im jetzigen Entwurf (Stand Dezember 2021) Rechnung getragen werden. Die Darstellung als ?Allgemeiner Siedlungsbereich? ASB, parallel der Rheinstr. mit einem ausreichenden Achtungsabstand zum Palmersdorfer Hof, stellt die Grundlage für eine bedarfsgerechte Wohnungsbauentwicklung dar.

Diese ASB-Darstellung beruht auf statistisch nachgewiesenen, stetig steigenden Wohnungsbedarfs insbesondere in den Großstädten Köln und Bonn und den unmittelbaren Nachbarstädten, wie Brühl. In Köln, wie auch im sogenannten ?Speckgürtel? herrscht inzwischen ein Wohnungsnotstand, der auch nicht durch eine städtische Innenentwicklung/Verdichtung zu erreichen ist.

Das Land NRW hat, zur Aufstellung des REP, für jede Stadt Bedarfszahlen errechnet und die Städte aufgefordert entsprechenden Flächenbedarfe der Bezirksregierung zur Aufnahme in den Regionalplan anzumelden. Die Stadt Brühl hat hierzu in einer gesamtstädtischen Studie, Suchräume definiert und Flächen zur Bedarfsdeckung vorgeschlagen, die jedoch den aktuellen und zukünftigen Bedarf nicht decken. In einem dieser Suchräume sind Teilflächen der bezeichneten Grundstücke als potenzielle Wohnbaufläche benannt und auch im Regionalplan-Entwurf dargestellt.

**Erschließung:** Beste Voraussetzungen für eine bauliche Entwicklung ist die bereits einseitig bebaute Rheinstraße als Haupterschließung sowie ein möglicher Lückenschluss zwischen der westlich anschließenden und vor wenigen Jahren neu entstandenen Wohnbebauung sowie den großen Einrichtungen der Polizei, östlich

angrenzend.

**ÖPNV und MIV-Anbindung:** Die Flächen liegen in einer hervorragenden Lage an einer überörtlichen Straße zur Anbindung des motorisierten Individualverkehrs (L184, Rheinstr.) und zur nächsten Regionalbahn Haltestelle Zentrum Brühl. (Bestens geeignet im Sinne des Landesentwicklungsplan-Zieles und öffentlicher Förderprogramme: ?Entwicklung von Wohnstandorten im Umfeld zu Schienenanbindungen?)

**Zentrennähe:** auch die Nähe zur Stadtmitte und zur Versorgungsinfrastruktur bietet beste Voraussetzungen für die Standortentwicklung.

**Ökologische Bedingungen:** Gute Voraussetzungen bietet auch der vor Kurzem, im Auftrag der Stadt Brühl und als Grundlage für die Neuaufstellung erstellte, ?Masterplan Freiraum?. Dieser hat in einer ausführlichen Breite und Tiefe die ökologischen und umweltbezogenen Abhängigkeiten auch unter besonderer Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels und Einbindung eines Klimagutachtens, Taburäume definiert.

Danach sind die ackerbaulichen genutzten Gießler-Grundstücke zwar im Landschaftsplan als Landschaftsgebiet dargestellt, unterliegen jedoch gemäß den Vorgaben des ökologischen Fachbeitrages des LANUV NRW, keinerlei hochwertiger Biotopstrukturen und Darstellungen in einem übergeordneten Biotopverbundsystem.

Auch hat der Raum der bezeichneten Grundstücke, gemäß Klimagutachten, keine außergewöhnliche klimatische Bedeutung.

#### **Widerspruch zum Beschluss der Stadt Brühl zur Rücknahme des ASB 2**

? Beschlussgrund: ?Die Fläche liegt innerhalb der Pufferzone der Brühler Schlösser und aufgrund dessen aus Denkmalschutzgründen voraussichtlich nicht zu entwickeln?.

**Widerspruch:** Die Pufferzone umfasst das gesamte Stadtgebiet und würde keinerlei weitere Bebauung zulassen. Auch der benachbarte Bebauungsplan Nr. 04.05 ?Rheinstr./Parkstr.? (rechtskräftig 21.08.2008) widerspricht dieser Pufferzone (dann abwägungsfehlerhaft/unwirksam?!)

? Beschlussgrund: ?Direkt südlich angrenzend befindet sich die historische Hofanlage Palmersdorfer Hof. Diese ist im Zusammenhang mit den Brühler Schlössern zu sehen und zudem auch ein eigenständiges festgesetztes Bau- sowie Bodendenkmal (LVR Nr.185). Der Hof soll aufgrund seiner historischen Bedeutung vom Siedlungskörper freigestellt und in der freien Landschaft wahrnehmbar bleiben. Eine Bebauung der nördlich angrenzenden Flächen würde diesem Ziel widersprechen?.

**Widerspruch:** Eine Bebauung im nördlichen Randbereich, parallel zur Rheinstr. (wie im

Bereich der Otto-Paes-Str.) muss nicht zwangsläufig im Widerspruch zum freistehenden und denkmalgeschützten Palmersdorfer Hof stehen. Vielmehr können bestehende Sichtbeziehungen durch eine denkmalorientierte Gesamtkonzeption noch hervorgehoben und im historischen Sinne in Szene gesetzt werden.

? ?Die westliche Abgrenzung erfolgt entlang der bestehenden Bebauung an der Otto-Paes-Straße?

**Widerspruch:** Es ist Aufgabe eines Planungskonzeptes auf die Schutzwürdigkeit des Denkmals als auch weiterer Belange einzugehen und nachhaltige und rücksichtsvolle Lösungen zu finden. Die Bebauung im Bereich der Otto-Paes-Str. hätte aus Gründen des Denkmalschutzes Palmersdorfer Hof bzw. Pufferzone Schlösser, nie gebaut werden dürfen.

? Beschlussgrund: ?Der westliche Teil der Fläche liegt innerhalb eines Risikogebiets, welches durch Extremhochwässer (HQextrem Fläche, Erläuterungskarte F8) gefährdet ist und dem Hochwasserschutz vorbehalten bleiben soll (Risikogebiet nach § 78 Wasserhaushaltsgesetz)?

**Widerspruch:** Erstens handelt sich um die Berücksichtigung eines möglichen Extremhochwassers, was hypothetisch alle 500 Jahre auftreten kann. Zweitens, so die Karten für Hochwasserereignisse des LANUV-NRW, ist dann nur mit einer Überschwemmung von max. 0-0,5 m zu rechnen, was in jeder Planung baulich lösbar ist und drittens würde dann z.B. die gesamte Innenstadt von Köln überschwemmt sein und es dürfte dort nicht mehr gebaut werden.

Im Namen der Erbgemeinschaft [ANONYMISIERT] fordern wir die Bezirksregierung auf, die vorgenannten Argumente und Widersprüche, bei der bevorstehenden Abwägung, im Sinne des dringend benötigten Wohnungsbaus zu berücksichtigen und die ASB-Darstellung beizubehalten.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1006937\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-M-745	
1002178	
1003489	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Betreiberin einer Glasschmelzanlage in Stolberg regen wir hiermit hoflichst an, für den in Stolberg gelegenen Bereich der sogenannten Vegla-Polder die bisher vorgesehene zeichnerische Festlegung als allgemeiner Freiraumbereich sowie (teilweise) als Gebiet für den Schutz der Natur und als Waldbereich zu ändern. Stattdessen sollte der Bereich der Vegla-Polder in den im Entwurf des Regionalplans benachbart für die Fläche einer ehemaligen militärischen Liegenschaft vorgesehenen Bereich für gewerblich und industrielle Nutzungen (GIB) einbezogen werden. Alternativ kommt eine zeichnerische Festlegung des Bereichs der Vegla-Polder als Freiraumbereich für die zweckgebundene Nutzung Solarenergie in Betracht. Die angesprochenen Bereiche der Stadt Stolberg sind im nachfolgenden Auszug aus den vorgesehenen zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans (Blatt 08-09 - Stadteregion Aachen) in roter Farbe umrundet. Nahe Informationen zu diesen Flächen und den weiteren Hintergründen können Ihnen auch das Umweltamt der Stadteregion Aachen und deren Leiterin, [anonymisiert], erteilen. [s. Anlage Abb. 1003489_1]. Zur Begründung unserer Anregung ist auf folgendes hinzuweisen: Die Vegla-Polder sind ehemalige Auflandungsflächen, die als 'Altablagerung VEGLA-Polder' unter der Kataster-Nr. 5203-0361 bei der Stadteregion Aachen als Altlast geführt werden. Sie weisen eine Größe von ca. 18,6 ha aus. Der Name stammt von der Abkürzung VEGLA des Unternehmens Vereinigte Glaswerke GmbH, dessen Rechtsnachfolgerin unser Unternehmen ist. Die Vereinigten Glaswerke benutzten zur Herstellung von planen Glasoberflächen bis 1973 ein Verfahren, in dem Glas geschliffen und poliert werden musste. Dazu wurde Quarzsand mit Wasser verwendet, das anschließend mit dem Glasabrieb über Rohrleitungen in künstlich angelegte Auflandungsflächen gepumpt und aufgespült wurde. Dieses Verfahren ist seit mehreren Jahrzehnten eingestellt. Die Vegla-Polder sind nunmehr trocken und der Natur überlassen; sie sind inzwischen überwiegend bewaldet. Jedoch durchdringt Regenwasser den Boden und löst aus darunter liegenden, braunkohlehaltigen Erdschichten Huminsäure aus. Die austretende schwarze Flüssigkeit gelangt in den hier in östlicher Richtung verlaufenden Saubach und verschlechtert dessen Wasserqualität. Vor diesem Hintergrund geht das Umweltamt der Stadteregion Aachen von einem Sanierungsbedarf und dem Erfordernis einer Abdichtung der Polder aus. Hierzu laufen bereits langjährig Untersuchungen und darauf beruhende Gespräche mit uns. Die Sanierung der Vegla-Polder ist bei jeder in Betracht kommenden Sanierungsvariante mit Eingriffen in den Naturhaushalt, einer Betroffenheit des Artenschutzes und einer Entwaldung des Gebiets verbunden. Ohne derartige Eingriffe ist eine Sanierung ausgeschlossen. Es werden eine Vielzahl</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Bereiche sind gemäß Fachbeitrag Bestandteil des regionalen Biotopverbunds und bestehender regional bedeutsamer Waldbereiche. Die Festlegungen des Entwurfs entsprechen dieser Wertigkeit. Einer Festlegung von siedlungsräumlichen Nutzungen (GIB) stehen Ziele der Landesentwicklungsplanung entgegen.</p>

von Genehmigungen, Erlaubnisse und Befreiungen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und ggf. auch ein Bebauungsplan erforderlich sein. Aktuell sind wir mit der Stadteregion Aachen zu der von uns bevorzugten Sanierungsvariante einer Trapezblechabdeckung mit Solardach im Gespräch. Diese hatte den Vorteil, auf umfangreiche Erdarbeiten zur ansonsten erforderlichen Profilierung des Geländes verzichten zu können. Auch Standsicherheitsprobleme durch ansonsten erforderliche Erdarbeiten an Dammen ließen sich so vermeiden. Zudem konnten wir durch diese Freiflächensolaranlage in der räumlichen Nähe zu unserem Glaswerk in Stolberg Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, der im Glaswerk unter Nutzung eines Elektrolyseurs in Wasserstoff für die zukünftig klimaneutrale Beheizung der Glaswanne zum Schmelzen von Glas eingesetzt werden soll. Es handelt sich hierbei um ein wichtiges Projekt zur Sicherung der industriellen Arbeitsplätze in der Region und zur Transformation hin zu einer klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft. Die im bisherigen Entwurf des neuen Regionalplans für den Bereich der Vegla-Polder vorgesehenen zeichnerischen Festlegungen konnten dieser Sanierungsvariante möglicherweise entgegenstehen. Denn sie sind auf Zielfestlegungen gerichtet, die in Verbindung mit den vorgesehenen textlichen Festlegungen des Ziels 19 (Gebiete für den Schutz der Natur als Vorranggebiete) und des Ziel 22 (Waldbereiche als Vorranggebiete) sowie der vorgesehenen textlichen Festlegung des Ziels 38 (grundsätzliche Unzulässigkeit von Solaranlagen in Vorranggebieten) möglicherweise raumordnungsrechtlich dem Vorhaben einer Sanierung der Vegla-Polder durch eine Abdeckung mit Solardach entgegenstehen. Die von uns angeregte Entwurfsänderung war mit der Grundkonzeption des neu aufzustellenden Regionalplans vereinbar. Sie wurde planerisch unter Berücksichtigung der Flächengröße des Polder-Bereichs lediglich eine Arrondierung der ohnehin für den Bereich der ehemaligen militärischen Liegenschaft vorgesehenen zeichnerischen Festlegung eines GIB-Bereichs darstellen, ohne die für die Stadt Stolberg regionalplanerisch vorgesehene Planungskonzeption grundlegend zu verändern. Mit der angeregten Entwurfsänderung war im Zusammenhang mit einer Umsetzung der Planung auch keine Eingriffe in den Naturhaushalt und den Wald verbunden, die nicht ohnehin im Sanierungsfall erfolgen und ausgeglichen werden müssen. Der Polder-Bereich ist eine vorbelastete Fläche und eine Aufschüttung, die nach erfolgter Sanierung versiegelt sein muss, um die bisherigen Versickerungen von Niederschlagswasser und die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zu verhindern. Die angeregte Entwurfsänderung stünde daher auch mit der beabsichtigten textlichen Festlegung des Grundsatzes 67 zum flächensparenden Ausbau der Solarenergie in Übereinstimmung. Danach kommen gerade ehemalige Halden und Deponien als Standorte für Freiflächensolaranlagen in Betracht. Die Polder-Fläche hat schließlich unter Berücksichtigung der Erläuterung 1 zur vorgesehenen textlichen Festsetzung des Ziels 39 eine ausreichende Grade zur Festlegung im Regionalplan.



**Anhänge**[Abb\\_ID\\_1003489\\_1.pdf](#)

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Porz-Zündorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung und Direktvermarktung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

[Tabelle nicht ausgefüllt]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-91

1001330

1002733

#### Inhalt

Ich lehne das Gewerbegebiet 100,7253 (Hetzerath/Baal) und die Errichtung der B57n+L364n vehement ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört werden. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen des Landes. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren. Dazu werden noch Wälder abgeholzt und somit Tieren und Pflanzen ihr Lebensraum entzogen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Bezug auf die GIBplus in Hückelhoven Baal entsprochen (s. StnID 1001804).

In Bezug auf die zeichnerische Festlegung geplanter Straßen gilt, dass entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

AZ: Ö-O-10

1001062

1000731

### Inhalt

Hiermit beziehe wir uns auf die zeichnerische Festlegung im Bereich von Kerpen, Ortsteil Sindorf. Hiergegen möchten wir zu folgenden Bereichen Einspruch erheben:

1. Auf der süd-östlichen Seite von Sindorf rund um den denkmalgeschützten Hof Hahn (Gestüt mit alter Heckenstruktur) vom Kreisel Erfttalstraße/Markusweg bis Hof Hahn und darüber hinaus bis zur A4 und östlich bis zur A61 wird ein ASB ausgewiesen.

Das Gebiet mit den Feldern rund um Hof Hahn ist aber die einzige und vielgenutzte Erholungs- und Spazierwegfläche zur Fußgängerbrücke über die A61 und zum Parrig. Zurzeit befinden sich dort Felder, sowie ein weiterer Pferdehof mit Reitbetrieb. Für die Menschen im Sindorfer Osten und Süden ist dies der einzige Naherholungsbereich und wird sehr viel auch von älteren Menschen zum Spaziergehen genutzt. Dort entsteht bald auch eine Altenwohnanlage an der Bodelschwingstraße, deren Bewohner diesen Weg dann sicher auch nutzen werden.

Deshalb sollte dieser gesamte Bereich auch dem Schutz der Landschaft und Erholung dienen, wie das erste Stück in diesem Bereich parallel zur Bundesbahn - wo allerdings heute bereits der große P&R-Platz liegt, der auf Ihrer Karte gar nicht verzeichnet ist. Unser Wunsch als Betroffene aus dem Sindorfer Süden ist es, den ganzen Streifen zwischen Erftalsraße und A61, von der Erftstraße bis zur A4 so zu belassen, wie er jetzt ist und ihn weder einem ASB noch einem GIB zuzuschlagen, denn Sindorf ist der einzige Ortsteil von Kerpen, der in diesem riesigen Ausmaße quasi zugebaut wurde und in dem die Menschen nahezu alle Möglichkeiten der Naherholung verbaut bekommen haben.

[...]

Beide Planvorhaben entsprechen we abgebildet vielleicht den politischen Wünschen der beiden große Ratsparteien, aber sicher nicht denen vieler Menschen hier im Ort, die sich seit langem mehr Grünflächen und Grüngelände und weniger Belastung durch Gewerbe und Verkehr wünschen. Die Planausweisungen verstoßen unserer Ansicht nach gegen viele der angegebenen Grundsätze in der Textlichen Festsetzung, z.B. gegen: G1-4, 6,7, 19, 24, 25, 26, 28, 31, 32, 35, 37, 52, Z1,2, 18.

Wir bitten deshalb, den Einspruch zu berücksichtigen und Sindorf vor weiteren Bauten/Verkehr zu schützen sowie den Menschen hier ihre kleinen Naherholungsmöglichkeiten nicht auch noch zu verbauen.

### Abwägung

#### Typ

Anregung/Bedenken

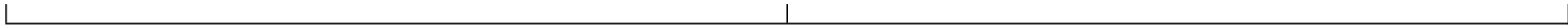
#### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

#### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



1000732	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit beziehe wir uns auf die zeichnerische Festlegung im Bereich von Kerpen, Ortsteil Sindorf. Hiergegen möchten wir zu folgenden Bereichen Einspruch erheben:</p> <p>[...]</p> <p>2. Sindorf wurde in den letzten Jahre überaus schnell und äußerst unansehnlich entwickelt und erhielt ein großes Industriegebiet im Süden, parallel zur A4. Nach Ihrer Planung wird es sich als nahezu kompletter, unattraktiver Gewerbering in süd- bis westlicher Richtung bis zum neugeplanten interkommunalen GIB mit Elsdorf und dem hier allgemein abgelehnten, da verkehrsbelastenden Autohof (Z) bis weit in den Westen ausdehnen. Dabei werden nicht einmal die aktuell zur Verfügung stehenden Flächen bis heute hinreichend und längerfristig durch fest angesiedeltes Gewerbe ausgenutzt. Im Westen von Sindorf ist zudem an keiner Stelle mehr eine Grünvernetzung des Sindorfer Westens mit dem nahen Waldgebiet Steinheide vorgesehen. Die Menschen im Westen haben so keinerlei grüne Verbindung mehr zu einem nahen Waldgebiet. Spaziergänge/Fahrradausflüge würden zuerst länger durch das große, unansehnliche Gewerbegebiet führen, und könnten nicht mehr wie heute über die Felder verlaufen. Zudem würde das Baudenkmal Haus Breitmaar weiter von Gewerbe eingekesselt. Dabei wäre es durchaus möglich, Haus Breitmaar großzügiger freizustellen und eine breite Grünvernetzung von Haus Breitmaar über die Felder nördlich von Haus Breitmaar, entlang bestehender Wirtschaftswege nördlich des Kerpener Teils des GIB entlang bestehender Hecken/Wäldchen bis hinüber zur noch vorhandene Brücke der alten A4 Richtung Steinheide vorzusehen. Dies würde dann auch eine attraktivere Rad-/Wandermöglichkeit für die Menschen im Sindorfer Westen bedeuten.</p> <p>Hier bitte ich um Nachbesserung der Planung, zumal an der Hüttenstraße eine neues Baugebiet mit ca. 1000 neuen Wohneinheiten entstehen soll, aus dem die Menschen sicher auch gern eine grüne Verbindung ins nahe Umfeld erhalten wollen.</p> <p>Beide Planvorhaben entsprechen wie abgebildet vielleicht den politischen Wünschen der beiden große Ratsparteien, aber sicher nicht denen vieler Menschen hier im Ort, die sich seit langem mehr Grünflächen und Grüngebiete und weniger Belastung durch Gewerbe und Verkehr wünschen. Die Planausweisungen verstoßen unserer Ansicht nach gegen viele der angegebenen Grundsätze in der Textlichen Festsetzung, z.B. gegen: G1-4, 6,7, 19, 24, 25, 26, 28, 31, 32, 35, 37, 52, Z1,2, 18.</p> <p>Wir bitten deshalb, den Einspruch zu berücksichtigen und Sindorf vor weiteren Bauten/Verkehr zu schützen sowie den Menschen hier ihre kleinen Naherholungsmöglichkeiten nicht auch noch zu verbauen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier teilweise belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

--	--	--

AZ: Ö-O-1000	
1001863	
1005245	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erheben wir Einspruch gegen die geplante Neuaufstellung des Regionalplanes. Unsere Hofstätte würde komplett im Schutz der Natur Gebiet liegen, was unsere Existenz auf diesem Standort massiv gefährdet. Würden unsere Hofflächen Naturschutzgebiet, bedeutet das für uns das AUS! Unsere Kühe beweiden diese Flächen in den frostfreien Monaten. Sollten unsere Tiere dies nicht mehr, oder erst spät im Jahr, können wir nicht mehr effizient wirtschaften. Siehe auch G 32 Bei Planungen und Maßnahmen sollen die in den festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden. G 33 In den AFAB sollen agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Ist eine Inanspruchnahme nicht zu vermeiden, sollen Beeinträchtigungen auf das unabdingbar notwendige Maß beschränkt werden. G 34 Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. Unsere Flächen Gemarkung Konzen [anonymisiert] Gemarkung Simmerath [anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-1001

1002032

1003266\_001

#### Inhalt

Stellungnahme als Betroffener Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Gemeinde Hennef. Die Betriebsstätte ist im (anonymisiert).Im Regionalplan ist vorgesehen alle bewirtschafteten Flächen meines Betriebes entweder - unter Landschaftsschutz zu stellen - unter Naturschutz zu stellen oder - als regionale Grünzüge auszuweisen. Dagegen lege ich Widerspruch ein. Ich fordere Sie auf, von der Aufnahme meiner Flächen in die geplanten Flächenkulissen Abstand zu nehmen.(anonymisiert)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-O-1002	
1001823	
1003267_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die im Regionalplan ausgewiesenen Gewerbegebiete für den Kreis Heinsberg empfinde ich als völlig überdimensioniert.</p> <p>Gerade im Hinblick auf Klimakrise und den Ukraine Konflikt sollten meiner Meinung nach nicht noch mehr wertvolle Ackerböden unwiederbringlich versiegelt werden. Unsere Böden im Kreis Heinsberg zählen zu den fruchtbarsten in Deutschland (Löss). Unser Land muß in der Lage sein sich selber zu ernähren. Bei der Energiekrise sehen wir jetzt, was passiert wenn man das nicht kann.</p> <p>Immer größeres Wachstum geht letztlich zu Lasten der Lebensqualität und auch der Gesundheit. Mehr Gewerbeflächen bedeutet mehr Verkehr, mehr benötigter Wohnraum, was dann wieder zu mehr Straßen, also auch mehr Versiegelung, führt. Wachstum von Gewerbe ist nicht gleichbedeutend mit Wachstum von Wohlstand.</p> <p>Wir brauchen neue, innovative Lösungen um das Land voranzubringen!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

## Inhalt

Öff Neuaufstellung Regionalplan

Sehr geehrte Damen und Herren des Planungsausschusses,

zur Neuaufstellung Regionalplan Köln betreffend das Gebiet Herreshagen, möchte ich wie folgt Stellung beziehen:

seid nun mehr 28 Jahre halte ich meine Pferde auf dem Sonnenberg bzw. dem Hof von [ANONYMISIERT] in Herreshagen und in den Sommermonaten auf der Weide direkt vor dem jetzt von den Planungen betroffenen Bereich.

Ich liebe diesen wunderbaren Ort und möchte nicht weiter zusehen wie auf Kosten der Natur und der Anwohner der Ort weiter systematisch von den Plänen der Stadt Gummersbach zerstört wird. Nach dem Sturm Kyril im Jahr 2007 musste ich mit ansehen wie die dort ehemals vorhandenen Wälder und Häuser weichen mussten und das Gewerbegebiet Sonnenberg unmittelbar vor meinem Stall erschlossen wurde und diesem ein riesiges Stück Natur zum Opfer viel. Hier sind riesige Hallen und Firmen entstanden die das Landschaftsbild gänzlich verunstalten und vom ehemaligen natürlichen Charakter nichts übrig gelassen haben. Von morgens bis abends stellt das Arbeiten in und um diese Hallen eine starke Lärm und durch die starke Beleuchtung auch visuell Störung für mich und meine Pferde dar. Die Waldtiere die dort ehemals zu beobachten waren wurden vertrieben und haben auf ihren Suchen nach Futter dank großflächiger Einzäunung kaum noch eine Chance ihre Reviere zu wechseln und unbeschadet über die vielbefahrene Westtangetente zu gelangen.

Als wäre all das nicht schon genug soll nun die andere Seite des dörflichen Ortes Herreshagen dran glauben, nur um noch mehr Geld ins Steuersäckle der Stadt Gummersbach zu schwemmen.

Die neue Planung sieht vor, das demnächst selbst in den Sommermonaten meine Pferde, ich und ganzjährig die Anwohner von Herreshagen direkt unter weiteren Lärm, dem Verlust ihres Naherholungsgebietes, steigendem Verkehr und Gestank und 24 Stunden Beleuchtung zu leiden hätten. Der Dorfcharakter diesen schönes Ortes ginge gänzlich verloren, da es von Industrie und Gewerbe von 2 Seiten eingeschlossen würde. Genug Wald und Natur viel bereits in und um Herreshagen herum, dem Borkenkäfer zum Opfer, auf keinen Fall darf es hier weitere Einschnitte und Zerstörung geben, die das Landschaftsbild und das Wohlbefinden der Menschen weiter stark schädigen würden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ebenso müssen bestehende Existenzen, wie der Reiterhof [ANONYMISIERT] geschützt bleiben und erhalten werden, seit Jahrzehnten lernen hier Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene Reiten und haben somit einen Ausgleich zu ihrem stressigen Alltag. Die Kinder des Ehepaars [ANONYMISIERT] treten gerade in die Nachfolge an um den Hof und das Reiten auch weiter dem Allgemeinwohl zur Vergütung zu stellen. Nachweislich dient dieser Sport der geistigen und körperlichen Gesunderhaltung und schult wichtige soziale Fähig- und Fertigkeiten. Wichtige Voraussetzungen um in dieser immer sozialärmeren und egoistischen Gesellschaft gesund zu bleiben und starke widerstandsfähige Charakteren zu prägen.

Täglich kann ich beobachten wie Sportler, Wanderer, Spaziergänger und vor allem die Menschen der Stadt Gummersbach sich in ihr persönliches Naherholungsgebiet rund um Herreshagen begeben um Erholung, Ruhe und Stressabbau in unserer Natur zu erleben. Auf dem Sonnenberg ist der schönste Sonnenaufgang dank Industriegebiet schon verschandelt, jetzt droht dem Sonnenuntergang im Westen von Herreshagen hoffentlich nicht das gleiche Schicksal. Ich könnte noch viele weitere Gründe aufzählen, weshalb ich gegen diese Zerstörung bin. Es muss ihr unbedingt Einhalt geboten werden.

Kommen Sie gerne selber vorbei und machen Sie sich vor Ort ein Bild der Lage. Gerne führe ich Sie persönlich durch den Ort bzw. das betroffene Gebiet, so dass Sie mit eigenen Augen sehen können welches Ausmaß das bisher erbaute schon erreicht hat - leider.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in 51491 Overath einen familiengeführten landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Der Einkommenschwerpunkt liegt in der Milchviehhaltung. In Zukunft soll als weiterer Betriebszweig ein Seminarraum entstehen, um der Bevölkerung durch verschiedene Angebote landwirtschaftliche Inhalte und Sachverhalte näherzubringen.

Nahezu meine gesamte Betriebsfläche (95ha) liegen nach dem neuen Regionalplan im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung. Zusätzlich liegt ein Großteil meiner Ackerfläche (ca. 17,6ha von 22,9ha) im Gebiet "Schutz der Natur", Die restliche Ackerfläche wird als Plangebiet für Gewerbe ausgewiesen.

Sollte der Regionalplan, wie im Entwurf vorgesehen, umgesetzt werden, wäre mein Betrieb akut existenzgefährdet. Eine nachhaltige Bewirtschaftung und Milchproduktion wäre dann, durch eine erhebliche Einschränkung der Bewirtschaftung, aus meiner Sicht nicht mehr möglich. Auch aktuelle Maßnahmen meines Betriebes zur Förderung des Tierwohls (wie z.B. Weidegang, Bau eines Außenlaufhofes usw.), Senkung der CO2 Emissionen durch angepasste Fütterung und möglichst Verzicht auf importierte Futtermittel (durch eine standortangepasste Fruchtfolge Luzerne, Mais, Getreide) könnten durch die Ausweisung als Gebiet "Schutz der Natur" nicht fortgeführt und ausgebaut werden.

Durch die standortangepasste Bewirtschaftung meines Betriebes leiste ich, aus meiner Sicht, zum einen einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit der Bevölkerung zum anderen wird durch den Erhalt der bisherigen Kulturlandschaft die massive Ausbreitung von Neophyten (als Beispiele seien an meinem Standort Herkulesstaude, Springkraut und Chinaschilf genannt) notfalls auch durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln unterdrückt. Ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll nach dem Verordnungsentwurf der EU Kommission in den von Ihnen geplanten Gebieten nicht mehr möglich sein.

Sollten die genannten Änderungen umgesetzt werden, wäre mein Betrieb somit nicht zukunftsfähig und würde aufgegeben werden. Dies widerspricht einem Ihrer Ziele des Regionalplanes, dass der Erhalt der Landwirtschaft ermöglicht werden soll.

Ich möchte Sie daher bitten meine Stellungnahme zu berücksichtigen und die Regionalplanung anzupassen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

Ich bewirtschafte in 51491 Overath einen familiengeführten landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Der Einkommensschwerpunkt liegt in der Milchviehhaltung. In Zukunft soll als weiterer Betriebszweig ein Seminarraum entstehen, um der Bevölkerung durch verschiedene Angebote landwirtschaftliche Inhalte und Sachverhalte näherzubringen.

Nahezu meine gesamte Betriebsfläche (95ha) liegen nach dem neuen Regionalplan im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung. Zusätzlich liegt ein Großteil meiner Ackerfläche (ca. 17,6ha von 22,9ha) im Gebiet "Schutz der Natur", Die restliche Ackerfläche wird als Plangebiet für Gewerbe ausgewiesen.

Sollte der Regionalplan, wie im Entwurf vorgesehen, umgesetzt werden, wäre mein Betrieb akut existenzgefährdet. Eine nachhaltige Bewirtschaftung und Milchproduktion wäre dann, durch eine erhebliche Einschränkung der Bewirtschaftung, aus meiner Sicht nicht mehr möglich. Auch aktuelle Maßnahmen meines Betriebes zur Förderung des Tierwohls (wie z.B. Weidegang, Bau eines Außenlaufhofes usw.), Senkung der CO2 Emissionen durch angepasste Fütterung und möglichst Verzicht auf importierte Futtermittel (durch eine standortangepasste Fruchtfolge Luzerne, Mais, Getreide) könnten durch die Ausweisung als Gebiet "Schutz der Natur" nicht fortgeführt und ausgebaut werden.

Durch die standortangepasste Bewirtschaftung meines Betriebes leiste ich, aus meiner Sicht, zum einen einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit der Bevölkerung zum anderen wird durch den Erhalt der bisherigen Kulturlandschaft die massive Ausbreitung von Neophyten (als Beispiele seien an meinem Standort Herkulesstaude, Springkraut und Chinaschilf genannt) notfalls auch durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln unterdrückt. Ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll nach dem Verordnungsentwurf der EU Kommission in den von Ihnen geplanten Gebieten nicht mehr möglich sein.

Sollten die genannten Änderungen umgesetzt werden, wäre mein Betrieb somit nicht zukunftsfähig und würde aufgegeben werden. Dies widerspricht einem Ihrer Ziele des Regionalplanes, dass der Erhalt der Landwirtschaft ermöglicht werden soll.

Ich möchte Sie daher bitten meine Stellungnahme zu berücksichtigen und die Regionalplanung anzupassen.

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1005	
1002034	
1011617	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im angehängten Word-Dokument finden Sie meine ausführliche Stellungnahme zu dem geplanten Gewerbegebiet in Herreshagen.</p> <p>Ich lebe aktuell im Nachbardorf von Herreshagen. In Herreshagen selbst befindet sich mein Elternhaus, lebt mein Vater und ich selbst plane mein Elternhaus langfristig dort zu übernehmen.</p> <p>Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen,</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p><b><u>Stellungnahme zur Regionalplanerstellung für den Regierungsbezirk Köln</u></b></p> <p>Konkret: geplante Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets (GIB) westlich Kotthausen/ nord, nordöstlich von Herreshagen</p> <p><b>Was ist Heimat?</b></p> <p>Diese Frage stellen sich heutzutage immer mehr Menschen, die sich entwurzelt und nicht zugehörig fühlen.</p> <p>Der Ort, an dem man aufgewachsen ist und seine Kindheit verbracht hat, wird hierbei am häufigsten genannt. Angenommen Sie haben einen Ort, den Sie Heimat nennen können: Stellen Sie sich vor, die Wiesen, auf denen Sie gespielt haben, die Felder über die Sie gelaufen sind und in denen Sie sich versteckt haben, die Bäume auf die Sie geklettert sind.....all das wird mit einem Schlag ausgelöscht, da Menschen, die teils noch nie in diesem Dorf gewesen sind, weder die Landschaft und die Naturräume dort persönlich erlebt haben, Entscheidungen treffen, um mehr Geld zu verdienen. Die Menschen, die dort leben, deren Heimat betroffen ist, werden weder hinreichend und fair informiert, nicht gefragt oder in Entscheidungsprozesse mit einbezogen. Wie würden SIE sich fühlen, wenn über IHREN Kopf hinweg direkt vor IHRER Haustüre ein 22ha großes Gewerbegebiet gebaut wird, auf das sie täglich blicken, anstatt den Sonnenaufgang und -untergang über den Feldern und Wiesen auf IHRER Terrasse</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



genießen zu können?

Das Gewerbegebiet würde jede Lebensqualität für die Dorfbewohner zerstören. Das Dorf ist bereits durch das Industriegebiet Herreshagen-Windhagen [ANONYMISIERT] massiv belastet. Hier hat sich bereits gezeigt, wie schlecht sich dies auf das Dorfklima und die Lebensqualität ausgewirkt hat. Bereits mehrfache Brände im [ANONYMISIERT] verpesteten Tage lang die Luft und versetzten die Dorfbewohner in Angst und Schrecken. Die Lichtverschmutzung und Lärmbelastung ist bereits enorm, nachts den Sternenhimmel noch genießen zu können, gehört mittlerweile zu den schönen Erinnerungen VOR dem Industriegebiet. JETZT zusätzlich das Dorf durch eine Erweiterung des GIB in Form eines weiteren Gewerbegebietes, welches das Dorf fast gänzlich einkreist, die umliegenden Spazierwege, Landschaft, Natur und Lebensraum zu zerstören, ist in keiner Weise nachvollziehbar und kann offensichtlich nur von Menschen geplant werden, die weder auf dem Land leben noch selbst betroffen sind.

Abgesehen davon ist während der Bauphasen mit einer zusätzlichen massiven Lärm- und Schmutzbelästigung für alle Anwohner zu rechnen. Sind Maßnahmen berücksichtigt worden, dies zu vermeiden?

#### **Psychische Belastungen:**

In Zeiten, in denen psychische Erkrankungen und Erschöpfungssyndrome immer mehr zunehmen und das deutsche Gesundheitssystem drastisch belasten, wird jetzt geplant, den Bewohnern des Dorfes sowie den umliegenden Dörfern und einigen Urlaubern ihren Erholungs- und Rückzugsort, ihr zu Hause, ihre Spazier- und Wanderwege zu zerstören. Weitere psychische Belastungen werden stattdessen erschaffen und zusätzliche psychische Belastung durch ein Gewerbegebiet (grauer Beton anstatt Erholungsort Natur, Lärm- und Lichtverschmutzung, Verkehrszunahme, Baumaßnahmen, Dreck durch Baumaßnahmen, Zerstörung von emotional behafteten Orten und Orten des Dorflebens und alltäglichen Beisammenseins, Werteverlust der eigenen Immobilien) gefördert.

Durch die zusätzlichen Lärm- und Lichtbelästigungen werden die Erholungsmöglichkeiten der Anwohner ausgelöscht und es sind zwingend Maßnahmen zum Lärmschutz und Vorgaben bzgl. der Beleuchtungssituation der entstehenden Gewerbe zu treffen.

#### **Dorfleben:**

Was für ein Einschnitt in das Dorfleben wird von Menschen hingenommen, um Reserveflächen für Gewerbegebiete zu planen, ohne dass die Planer überhaupt wissen, welche Bestandteile des Dorflebens sie zerstören? Wer fragt die Anwohner oder spricht mit Ihnen über die geplanten Gebiete? Niemand! Öffentlicher Aushang

muss reichen.....jeder könne sich informieren, wenn man Interesse hat.

In Herreshagen nimmt man gravierende Einschränkungen der Dorfbewohner und Zerstörung des Dorflebens in Kauf, z.B.:, dass:

- die Drachenwiese und die Schlittenwiese des Dorfes zerstört werden
- die gemeinnützig gepflanzten Obstbäume, die von allen beerntet werden können
- die Zerstörung der mühsam angelegten zahlreichen und viel genutzten Mountainbike-Trails
- in guten Wintern die Loipe Route (Langlauf)
- Beeinträchtigung der Wanderwege und Reitwege (z.B. Wasserquintett, Wanderweg A4, Warenkopf)

Und vor allem: Der Reiterhof des Dorfes!

Der bei allen Kindern auch aus anderen Dörfern beliebte Reiterhof stände dann zusätzlich vor dem Aus. Wer möchte mit seinem Pferd durch ein Gewerbegebiet reiten? Zudem sieht es so aus, als wäre der Reiterhof direkt betroffen.

Herreshagen war immer interessant für junge Familien mit Kindern, da die Kinder auf den Wiesen und Feldern spielen konnten. Diese sollen jetzt durch das Industriegebiet zerstört werden. Die Kinder könnten bislang auf den Straßen spielen, Radfahren lernen, Inlineskaten oder die Straße mit Malkreide verschönern, ohne dass jemand Angst haben musste (abgesehen von der Hauptstraße durch Herreshagen). Durch die Lage des geplanten Industriegebietes würde der Verkehr immens ansteigen und sich auch die Verkehrsführung ändern. Wer möchte seine Kinder noch auf die Straße lassen, wenn immer mehr LKWs oder rücksichtslose PKW und Lieferwagenfahrer durch die Straßen brettern? Ade Landidylle, willkommen Katastrophe.

#### **Werteverlust der Immobilien:**

Viele Bewohner haben ihr ganzes Leben für die erworbenen Immobilien/ selbstgebauten Häuser gearbeitet, um sich ein ruhiges und friedliches Fleckchen in der Natur zu sichern. Dies soll jetzt einfach zerstört werden?

Was ist mit den Anwohnern, deren Immobilien einen deutlichen Wertverlust erleiden, zusätzlich zu der viel schlechteren Lebensqualität? Ist hier ein Ausgleich geplant?

Sind die Bürger aktuell nicht genug belastet durch steigende Energiepreise, Erhöhung der allgemeinen Lebenskosten und ggf. weiteren Grundsteuererhöhungen?

Durch die Erweiterung des Gewerbegebietes wäre der ländliche Dorfcharakter Herreshagens verloren und auch der Wert des entsprechenden Baulandes und der darauf stehenden Immobilien deutlich gesenkt. Da dies für die Anwohner vorher nicht absehbar war, bedeutet dies für alle Eigentümer ein massiver finanzieller Schaden!

#### **Verlust landwirtschaftlicher Flächen und Existenzen:**

Nachdem durch Versorgungsengpässe und Rohstoffmangel eigentlich mittlerweile eine gewisse Sensibilisierung für das Outsourcen von landwirtschaftlichen Ressourcen, Lebensmittelanbau, Futtermittelanbau und Forstwirtschaft bestehen sollte, wären durch das Gewerbegebiet weitere landwirtschaftlich genutzten Flächen zerstört. Landwirtschaft ernährt Mensch und Tier!

Konkret betroffen sind:

- Zerstörung des Reiterhofs Neuhoff + die genutzten Weideflächen
- Anbauflächen Mais, Getreide
- Heu- und Wildblumenwiesen
- kleinere Waldflächen

#### **Beeinträchtigung des Landschaftsbildes/ der Spazierwege**

Das Gewerbegebiet läge am höchsten Punkt des Dorfes und würde das Dorf praktisch überschatten. Es ist somit unmöglich als Anwohner NICHT das GIB im Blick zu haben.

Die betroffenen Flächen stellen für viele Anwohner beliebte Spazier-, Rad-, Wander- und Reitstrecken dar. Auch für viele Hundebesitzer sind die Feldwege und Wiesen, sowie die betroffenen Waldwege beliebte Auslauf- und Spielstätten oder auch Treffpunkt für gemeinsame Hundespielzeiten.

- Zerstörung des grundsätzlichen Landschaftsbildes und Ausblickes auch für die umliegenden Dörfer
- Zerstörung des Panoramablicks Warenkopf

#### **Umwelt-/Naturschutz:**

Nachdem die EU versucht Klima-, Energie- und Umweltziele festzulegen und einzuhalten, wie kann es sein, dass man landwirtschaftlich genutzte Flächen, Waldstücke, Wiesen und Weiden für ein völlig überflüssiges Gewerbegebiet einplant und den Lebensraum vieler heimischer Pflanzen und Wildtiere zerstört.

In Herreshagen sind besonders erwähnenswert:

- die zusätzliche Flächenversiegelung von Weiden, Feldern und Waldstücken und Zerstörung des Lebensraumes der heimischen Wildtiere und Flora

- Der Rotmilan, der hier heimisch ist und sein Jagd-/ sowie Brutgebiet hat (jedes Jahr brütendes Pärchen) s. Hinweise des Artenschutz NRW (In **Nordrhein-Westfalen** kommt der **Rotmilan** nahezu flächendeckend in den Mittelgebirgsregionen vor. Da etwa 65% des Weltbestandes vom **Rotmilan** in Deutschland vorkommt, trägt das Land **Nordrhein-Westfalen** eine besondere Verantwortung für den Schutz der Art. Der Gesamtbestand wird auf 920 bis 980 Brutpaare geschätzt (2016).)

- zahlreiche Greifvögel, für die auf den Wiesen Landestangen aufgestellt wurden

- Fledermäuse

- Geburtshelferkröte (In **Nordrhein-Westfalen** kommt die **?stark gefährdete? Art fast ausschließlich in den Mittelgebirgsregionen vor**. Die Bestände sind seit einigen Jahren stark rückläufig. s Artenschutz NRW)

- Verluste von Wald- und Grünflächen inkl. landwirtschaftlicher Betriebsstätten

- Ringelnattern, Eidechsen, Blindschleiche, Bergmolche etc.

- zahlreiche Singvögel und Insekten

- mehrfache Sichtung (auch der Raupen) des in NRW mittlerweile in der Gefährdungskategorie 3 eingeordneten SCHWALBENSCHWANZES

- Gewässerschutz (Rosenstraße)

- Überschwemmungsschutz -> Versickerungsflächen, z.B. durch die Höhenlage des Gewerbegebietes. (Es gibt konkret eine Quelle, die bei stärkerem Regen aktiv wird, da sich das Wasser aus dem betroffenen Berghanges sammelt. Die Quelle entspringt nach Regenfällen auf dem Übergang der Grundstücke [ANONYMISIERT] Tiefentalerweg und Windhagener Str. Was passiert, wenn die aktuellen Versickerungsflächen nicht mehr bestehen? Ist dies in der Planung berücksichtigt worden? Aktuell ist der Wasserfluss selbst bei stärkerem Regen moderat und kann in den Kanal an der Windhagener Str. eingeleitet werden. Bei Wegfall der Wiesen und vorgeschalteten Flächen müsste dies entsprechend zum Überschwemmungsschutz der betroffenen Wohnhäuser berücksichtigt werden!)

Es ist für mich unverständlich, wie man noch bestehende Wald- und Wiesenflächen noch weiterzerstören kann. Es reicht nicht, dass die Wälder im Oberbergischen bereits so massiv geschädigt sind, dass man sie nicht wiedererkennt. Naturschutz ist für die

Regionaldirektion scheinbar ein Fremdwort. Was ist hier für ein Ausgleich geplant?

Mir fehlen einfach nur die Worte, dass weiterhin neue Flächen erschlossen und versiegelt werden sollen anstatt auf Nachhaltigkeit und effiziente Ressourcennutzung zu setzen, Leerstände zu nutzen oder insbesondere im Gewerbebereich in die Höhe zu bauen, als mehr Lebensräume zu zerstören.

Fraglich ist ebenfalls warum zusätzliche Gewerbeflächen geplante werden sollen, obwohl Gewerbeflächen lt. OBK in Gummersbach gar nicht benötigt werden (zukünftig bestehe voraussichtlich Bedarf an weiteren Industrieflächen, hierzu wäre aber auch die wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten).

Beruhigend erscheint aktuell nur, dass die Haupteigentümer des eingeplanten Landes und auch deren Erben in keiner Weise bereits sind, ihr Land für die geplanten Zwecke zu verkaufen!

**Fazit: Ein eindeutiges NEIN zum Gewerbegebiet Gummersbach-Herreshagen!**

AZ: Ö-O-1006	
1002015	
1003278_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich zum geplanten Entwurf der Bezirksregierung Köln wie folgt Stellung. Als Landwirt bin ich daran interessiert, dass meine Ackerparzellen in der Gemarkung Waldfeucht Flur 4 u. 5 nicht als geschützter Landschaftsbestand bzw. Landschaftsschutzgebiet aufgenommen werden. Ich sehe es als massiven Eingriff in meine Betriebsstruktur. Über eine Antwort ihrerseits würde ich mich freuen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1007	
1002174	
1004985	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Parks an der Birnbaumallee und am Eiskaulenweg sind Parks und sollten es auch bleiben. Diese sind auch relativ neu. Es macht doch keinen Sinn, diese jetzt komplett umzuwandeln. Alle genannten Flächen (Birnbaumallee, Eiskaulenweg, Flehbachaue, Kleinfeldchensweg) sind wichtige Grünflächen, von denen es leider immer weniger gibt. Diese sind auch wichtig für die Kühlung des Ortes im Sommer. Schon die Bebauung der Wiese mit der heutigen Martha-Heublein-Straße hat dies aufgezeigt. Brück würde irgendwann mit Rath und Neubrück komplett verwachsen. Alle drei Stadtteile schätzen die dazwischen liegenden, weitgehend natürlichen Freiflächen als Naherholungsgebiete. Es ist also für alle drei genannten Stadtteile wichtig, dass dieser Platz zum Atmen frei und erhalten bleibt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p>

AZ: Ö-O-1008

1002287

1003282\_001

#### Inhalt

Vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Regionalplan Birgden vom 21.06.2022.

Wir sehen das grundsätzliche Erfordernis der Kommune Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig haben wir große Bedenken, dass Raum für Naturschutz und Klimaschutz durch die Flächenversiegelung verloren geht. Zudem gibt es unseres Erachtens erhebliche Bedenken, die vor allem die Verkehrsführung sowie die vorhandene Infrastruktur (Schule, Kindergarten, Einkaufsmöglichkeiten) betreffen.

#### Naturschutz:

Bei der Umsetzung des Baugebietes Jankersfeld 4 muss aufgrund der vorliegenden Planung jahrzehntealter Baumbestand weichen, um das Bestehende Gewerbegebiet ?Alte Fabrik? verkehrstechnisch besser anzubinden. Der Baumbestand ist nicht nur klimatechnisch wertvoll, sondern auch aus ökologischer Sicht. Verschiedenen Vogelarten (Bussard, Falke, grüner Sperling) und Fledermäuse nisten ganzjährig in dem alten Baumbestand und sorgen für ein ökologisches Gleichgewicht auf den angrenzenden Acker-, Wald- und Wiesenflächen.

#### Flächenversiegelung:

Anhand des Baugebietes Gelindchen III konnten wir in den vergangenen zwölf Monaten schon mehrfach erkennen, welche dramatischen Auswirkungen die Versiegelung hat: die Überflutung der Straße ?Paulsstraßen? sowie der Überlauf eines sogenannten Wasserrückhaltebeckens. Es hat den Anschein, dass dieses Baugebiet (momentan nur ca. 20 % Bebauung) für Starkregen nicht richtig ausgelegt ist und wir in den kommenden Jahren immer wieder mit Überflutungen rechnen müssen. Wie wird es sein, wenn es zu 100 % bebaut ist?

#### Verkehrsführung:

Das aktuelle Straßennetz Birgdens ist mit dem derzeitigen Verkehrsaufkommen völlig überlastet. Besonders betroffen sind hiervon die Geilenkirchener Str., Bahnhofstraße, Gaterstraße sowie Starzend (vor allem zu den Stoßzeiten morgens und abends). Dies führt dazu, dass die Anwohner die Nebenstraßen (Philippenuhle, Magdalenastraße) nutzen, um diesem Verkehrsaufkommen zu entgehen. Der neue Kindergarten am Heggestrüper hat maßgeblich das Verkehrsaufkommen auf den zuvor erwähnten

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.



?verkehrsberuhigten? Straßen erhöht.

Die geplante Ortsumgehung (Anbindung an die K3), Fertigstellung 2030, wird auch dieses Problem nicht vollständig lösen. Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur (Rewe, Kiosk, Penny, Bäckerei) wird der Großteil der Anwohner weiterhin den Arbeitsweg durch den Ort bevorzugen, um sich mit Lebensmitteln etc. für den Arbeitstag zu versorgen oder Kinder zur Schule oder in den Kindergarten zu bringen.

**Infrastruktur:**

Es gibt aktuell ca. 200 fehlende Kindergartenplätze in der Gemeinde Gangelt. Hierbei sind die Kinder der neuen Baugebiete noch nicht eingerechnet. Ebenso gilt dies für die Grundschule. Der geplante Ausbau der Grundschule ist vermutlich schon wieder überholt.

Es wird also demnächst genügend Wohnraum für junge Familien geben. Aber welchen Kindergarten und welche Schule können diese Kinder dann besuchen?

Wir Birgdener Bürger wünschen uns eine aktive Beteiligung an den Entwicklungsplänen für unser Dorf und dass unsere Einwände und Bedenken gehört und berücksichtigt werden.

AZ: Ö-O-1009	
1002035	
1005247	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:: Wir bewirtschafte in Roggendorf-Thenhoven in Köln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung und betreiben am Hofstandort [anonymisiert] einen Pferdepensionstall. Den Betrieb soll mein Sohn [anonymisiert] in den nächsten Jahren übernehmen, um seinen Lebensunterhalt bis zu seiner Rente zu verdienen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 12 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet mit einer ASB-Neuausweisung. Dass soviel Fläche dem Betrieb verloren geht, gefährdet leider erheblich die Existenz des gesamten Betriebes. Zudem geht auch noch die gesamte Hoffläche verloren und damit wäre ein Fortbestehen der Pferdepension unmöglich und müsste aufgegeben werden. Dies würde aus mehreren Gründen geschehen. Zum einen haben die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt, dass mit zunehmender Bebauung in direkter Nähe zum Hof, sowohl das Arbeiten mit großen landwirtschaftlichen Maschinen, als auch die landwirtschaftliche Pferdepensionshaltung unmöglich gemacht wird. Zum anderen sind die um den Hof liegenden Wiesen als Auslauf für die Pferde essenziell. Denn ohne Wiesen werden wir keine Pferdepension mehr betreiben können. Außerdem wäre mit Umsetzung der ASB-Neuausweisungsgebiete ein Erreichen unserer bewirtschafteten Flächen über die beiden bestehenden Wirtschaftswege nicht mehr möglich. Da die bisher genutzten Wirtschaftswege jeweils durch Neubaugebiete führen würden. Ein Neubaugebiet direkt am Hof würde also nicht nur das Ende für die Pferdepension bedeuten, sondern auch für den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kreis Köln Bewirtschafter [anonymisiert] Eigentümer viele verschiedene Lage direkt am Betriebsstandort geplantes Gebiet GO_ASB_K_Roggendorf</p> <p>Daher bitten wir Sie entweder die Ausweisung von Neubaugebieten in direkter Hofnähe (näher als 1 km) zu stoppen oder den gesamten Betrieb zu bebauen und uns an einem anderen Ort neue Perspektiven aufzuzeigen. Aus unsere Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1002904).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit</p>

aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwenden und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-1011	
1002017	
1005249	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift Gemünder Str. 84, 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Mutterkuhhaltung. Der Betrieb umfasst eine Größe von 180ha. 100ha Eigentum haben wir, davon sind jetzt schon 25ha im BSN Gebiet sind. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karten haben wir festgestellt, dass 80% der Hof nahen Parzellen ? sowohl Acker- als auch Grünland ? als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen sind. Auch sind alle Betriebsflächen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) neu ausgewiesen worden. Der Betrieb selbst befindet sich nun in dieser Kulisse (BSN). Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Die Düngung in den BSN Gebieten würde dazu erschwerend, erheblich eingeschränkt werden. Auch auf den Grünlandflächen ist dann mit großen wirtschaftlichen Einschränkungen zu rechnen. Da der Hof selbst sich nun in der Kulisse Schutz der Natur (BSN) befindet, ist damit zu rechnen, dass die Tierhaltung in der Zukunft untersagt oder unwirtschaftlich gemacht werden könnte, durch bestimmte Emissions- und Rechtsauflagen in Verbindung mit dem Naturschutz. Auch jegliche Erweiterungsmöglichkeiten/Bauvorhaben von Stallungen oder Hallen würden schwer bis unmöglich gemacht. Folglich würde sich der landwirtschaftliche Betrieb nicht mehr rechnen und in Zukunft aufgeben müssen. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet, künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Auch ist bei den Eigentumsflächen ein hoher Wertverlust zu befürchten durch die wirtschaftlichen Einschränkungen. Beschränkungen in der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur(BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ( BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen. Es handelt sich um 36ha Eigentumsflächen die aus der Kulisse Schutz der Natur (BSN)herauszunehmen sind: [anonymisiert]. Die in der Tabelle aufgeführten Parzellen sind aus dem Gebiet Schutz der Natur (BSN) bitte zu entfernen. Besonders der Betrieb selbst ist aus der Kulisse (BSN) und (BSLE)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

herauszunehmen. Auf der Karte können sie zeichnerisch entnehmen um welche Flächen es sich handelt.

AZ: Ö-O-1012

1002006

1005984

#### Inhalt

##### Allgemeines

Der Landesentwicklungsplan (LEP) legt in Ziel 6.3-1 fest, dass für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot, unter Berücksichtigung von Möglichkeiten zur Erweiterung, Auslagerung und Neuansiedlung von Betrieben, zu sichern ist. Grundsatz 6.3-2 formuliert zusätzlich den sog. Umgebungsschutz, wonach Regional- und Bauleitplanung dafür Sorge tragen sollen, dass durch das Heranrücken anderer Nutzungen die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe innerhalb bestehender gewerblich-industrieller Bereiche nicht beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für Industriehäfen bzw. dort angesiedelte emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe.

Ausgehend von dem landes- und regionalplanerischen Ansatz, die Inanspruchnahme von Freiraum für Neudarstellungen von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen auf das notwendige Maß zu begrenzen und damit Flächen zu sparen, ist die Sicherung des bestehenden gewerblich- industriellen Flächenangebots für emittierende Betriebe, unter Berücksichtigung von Möglichkeiten zur Erweiterung, Auslagerung und Neuansiedlung für die Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort NRW grundlegend.

Diese Vorgaben des LEP sind auf Ebene der Regionalplanung einzuhalten und stellen auch für die GIB der CHEMPARKS in Dormagen und Leverkusen sowie des Forschungszentrums Monheim die essenzielle Grundlag dar, Bestand und Entwicklung der Aktivitäten des [ANONYMISIERT]-Konzerns an diesen Standorten dauerhaft zu sichern.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### **Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für mögliche weiterführende Unterstützungsangebote durch die Regionalplanungsbehörde geäußert.

## Inhalt

**(Z.7) ASB sichern und entwickeln**

Unter Erläuterung 5 zu (Z. 7) wird dargestellt, *bei der kommunalen Bauleitplanung zur Umsetzung der ASB den Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten von benachbarten gewerblich-industriellen Nutzungen zu berücksichtigen.*

Die Berücksichtigung der gewerblich-industriellen Nutzungen hat aus unserer Sicht vorzugsweise dadurch zu erfolgen, dass an GIB heranrückende schutzbedürftige Nutzungen zunächst grundsätzlich auf eine Vermeidung zu prüfen sind. Hier bitten wir um entsprechende Ergänzung der Erläuterung 5 dahingehend, dass Bestand und Entwicklungsmöglichkeiten von gewerblich-industriellen Nutzungen nicht nur zu **berücksichtigen** sind, sondern im Sinne des LEP, Ziel 6.3-1 auch im Rahmen von Entwicklungen im Umfeld **zu sichern** sind. Dies muss sich explizit auch auf den Bestand und Möglichkeiten zur Erweiterung und Auslagerung von Nutzungsmöglichkeiten für emittierende Betrieb in bereits bestehenden GIB beziehen. Der Sicherung geeigneter, bereits bestehender GIB bzw. deren Erweiterung muss eine besondere Bedeutung zukommen, da diese die vorzugswürdige Möglichkeit einer flächensparenden Bereitstellung eines geeigneten Flächenangebots für emittierende Betriebe in Umsetzung der Vorgaben des Grundsatz 6.3-2 des LEP darstellt.

Ergänzend verweisen wir in diesem Zusammenhang auch auf unsere grundsätzlichen Ausführungen zum Umgebungsschutz unter 11.C.

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).

Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Eine konkretisierende Festlegung in Bezug auf erforderliche Abstände zwischen Nutzungen überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Dies schließt auch eine ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein.

Zudem verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es u.a. im Sinne des Abstandgebotes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der ASB aber auch der GIB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird zudem auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Textliche Festlegung Z. 7 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).



	Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.
--	---

1005986	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.7) ASB sichern und entwickeln</u></b></p> <p>Unter Erläuterung 5 zu (Z. 7) wird dargestellt, <i>bei der kommunalen Bauleitplanung zur Umsetzung der ASB den Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten von benachbarten gewerblich-industriellen Nutzungen zu berücksichtigen.</i></p> <p>In der Begründung zum ENTWURF RPK werden bei der Erläuterung zur Methodik zur zeichnerischen Festlegung der ASB sog. harte Restriktionen für eine zukünftige siedlungsräumliche Entwicklung definiert. Hier regen wir an, neben den hier bereits unter Abstandserfordernisse/ Infrastruktur genannten Restriktionen auch einen Hinweis auf den <b>Trennungsgrundsatz des § 50 BImSchG</b> (in Umsetzung des Art. 13 Abs. 1 der Seveso-III-Richtlinie) zu geben und so erkennbare Nutzungskonflikte, wie insbesondere zwischen empfindlichen und schützenswerten Nutzungen (z.B. regelmäßig ASB) und Betriebsbereichen gemäß 12. BImSchV (unter Berücksichtigung auch zukünftig erwartbarer räumlicher Entwicklungen dieser Betriebe) bereits regionalplanerisch zu berücksichtigen und ggf. im Sinne einer vorausschauenden Planung regionalplanerisch steuern und vermeiden zu können.</p> <p>Die Aufnahme des Trennungsgrundsatz in die sog. harten Restriktionen dient unabhängig von den konkreten zeichnerischen Festsetzungen dieses ENTWURF RPK vor allem auch der zukunftsgerichteten, deutlicheren Definition von Rahmenbedingungen für Ausweisungen von ASB im Umfeld von Betriebsbereichen, z.B. in den erwartbar folgenden Änderungsverfahren zum ENTWURF RPK.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i>, Ziel <i>Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen</i> sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel <i>GIBregional sichern und umsetzen</i> und Ziel <i>GIBplus sichern und umsetzen</i> im gesamten Planungsraum.</p> <p>Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).</p>

Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Eine konkretisierende Festlegung in Bezug auf erforderliche Abstände zwischen Nutzungen überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Dies schließt auch eine ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein.

Zudem verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es u.a. im Sinne des Abstandgebotes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der ASB aber auch der GIB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird hierzu im Regionalplan Köln von einer Aufnahme als harte Restriktion hinsichtlich einer zukünftigen siedlungsräumlichen Entwicklung auf Ebene des Regionalplans abgesehen.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird zudem auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der

Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt
---

1005987	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.10) GIB sichern und entwickeln</u></b></p> <p>Die GIB dienen der Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB sind als Vorranggebiete festgelegt.</p> <p>(Z.10), Erläuterung 4 führt aus: <i>Innerhalb der GIB sind Planungen und Maßnahmen, die nicht mit der vorrangigen Funktion der gewerblichen und industriellen Nutzung vereinbar sind und diese erheblich einschränken, durch die kommunale Bauleitplanung ausgeschlossen. Hierzu zählen auch Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, Flächen für Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen. Solaranlagen an oder auf Gebäuden oder als Nebenanlagen im Sinne der BauNVO sowie Windenergieanlagen als Nebenanlagen im Sinne der BauNVO fallen nicht unter die Ausschlussregelung.</i></p> <p>Der <b>Ausschluss nicht mit der vorrangigen Funktion der gewerblichen und industriellen Nutzung</b> vereinbarer Nutzungen muss - neben der Sicherung der Nutzungsmöglichkeiten für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe in den GIB - u.E. auch der Vermeidung der Etablierung von schutzbedürftigen Nutzungen in bestehenden und benachbarten GIB (im Sinne von "Fehlentwicklungen") dienen, um mögliche daraus resultierende Einschränkungen, innergebietslich und gebietsübergreifend (ggf. auch aus benachbarten GIB) zu verhindern.</p> <p>Wir bitten diesbezüglich um Klarstellung in den textlichen Festsetzungen und der Begründung.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.</p> <p>Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und</p>

Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz ?insbesondere? ( Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Siehe Erläuterungen zu StnID 1008395, ID1003801, ID1005435.

Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird geändert (s. Änderungssynopse).

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

1005988	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.10) GIB sichern und entwickeln</u></b></p> <p>Die GIB dienen der Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB sind als Vorranggebiete festgelegt.</p> <p>(Z.10), Erläuterung 4 führt aus: <i>Innerhalb der GIB sind Planungen und Maßnahmen, die nicht mit der vorrangigen Funktion der gewerblichen und industriellen Nutzung vereinbar sind und diese erheblich einschränken, durch die kommunale Bauleitplanung ausgeschlossen. Hierzu zählen auch Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, Flächen für Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen. Solaranlagen an oder auf Gebäuden oder als Nebenanlagen im Sinne der BauNVO sowie Windenergieanlagen als Nebenanlagen im Sinne der BauNVO fallen nicht unter die Ausschlussregelung.</i></p> <p>Die <b>Einschränkung der Ausschlussregelung</b> für insbesondere Solaranlagen soll ebenfalls der dauerhaften Sicherung eines ausreichenden Flächenangebots für emittierende Betriebe in bestehenden GIB dienen. Jedoch regen wir hier an, mit Blick auf die Dringlichkeit zur Schaffung von Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung, eine Öffnung der GIB für Freiflächensolaranlagen zumindest als <b>temporäre Zwischennutzung</b> zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das sogenannte Osterpaket des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), wonach die Rahmenbedingungen für die Freiflächensolaranlagen deutlich verbessert werden sollen. Die Flächenkulisse soll dabei maßvoll erweitert werden.</p> <p>In der Praxis könnten z.B. in rechtswirksamen Bebauungsplänen von Gewerbe- und Industriegebieten, die bisher nicht oder nur teilweise baulich umgesetzt wurden, temporäre "Umnutzungen oder Außerkraftsetzungen" des festgesetzten Baugebietscharakters eine stark beschleunigende Wirkung des Ausbaus erneuerbarer Energien entfalten und nach Zeitablauf die alte Nutzung wiederaufleben lassen.</p> <p>Es sollte daher u.E. im ENTWURF RP K jedenfalls vermieden werden, für eine solche temporäre Zwischennutzung regionalplanerisch zusätzliche Restriktionen, z.B. ein aus den Festsetzungen des Regionalplans abzuleitendes Planungserfordernis zu etablieren (vergl. auch II. K).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz "insbesondere" (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.</p> <p>Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 <i>GIB sichern und entwickeln</i> wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit "KAS 18" in der jeweils aktuellen Fassung. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.</p>

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPiG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.



1005990	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.10) GIB sichern und entwickeln</u></b></p> <p>Mit Blick auf die in der Begründung, S. 83 ff., Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIB dargestellten nicht überwindbaren Restriktionen für eine <u>zukünftige</u> siedlungsräumliche Entwicklung weisen wir klarstellend darauf hin, dass diese Restriktionen ausschließlich für die Neuausweisung von GIB Wirkung entfalten. Bereits bestehende GIB (Bestandsschutz und Entwicklungsmöglichkeiten) können insoweit nicht Ziel der hier definierten, nicht überwindbaren Restriktionen sein.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der (inter-) kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Erläuterungen zu den textlichen Festlegungen des Z.10 <i>GIB sichern und entwickeln</i> wurden entsprechend überarbeitet.</p>

1005991	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.10) GIB sichern und entwickeln</u></b></p> <p>Klarstellend und im Hinblick auf die Erläuterung 3 weisen wir schließlich darauf hin, dass als den emittierenden Betrieben zuzuordnende Anlagen auch Kraftwerke sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen zu verstehen sind. Für die Beurteilung der regionalplanerischen Zulässigkeit dieser zuzuordnenden Anlagen bedarf es insoweit in den GIB keines separaten vorhabenbezogenen Planzeichens. Neben der textlichen Ergänzung in der Erläuterung wäre auch die exemplarische Aufzählung dahingehend zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Textliche Festlegung Z. 10 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Standorte für Ver- und Entsorgungsanlagen die sich innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums befinden, sind sie in diesen integriert. Auf die regionalplanerische Sicherung als GIB mit Zweckbindung bzw. Planzeichen wird künftig verzichtet (s.Erläuterungen zu StnID 1016918, 1005983, 1006028).</p> <p>Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.</p>

**Inhalt****(Z.10) GIB sichern und entwickeln**

Die in (Z.10) definierte und in der zugehörigen Erläuterung 6 konkretisierte ausnahmsweise Zulässigkeit, von gewerblichen Nutzungen mit geringeren Emissionen [ . . . ] zur Gliederung der Baugebiete untereinander eröffnet u.E. prinzipiell die Möglichkeit, in der nachfolgenden Bauleitplanung die Abstände zum Schutz von heranrückenden schutzbedürftigen Nutzungen vorrangig und einseitig in den GIB "auszuweisen". Auch für bereits bestehende Gemengelagen könnten dadurch die Entwicklungsmöglichkeiten der GIB zusätzlich eingeschränkt werden. Letztlich könnte dies zu einem verringerten, auf den Bestand beschränkten Flächenangebot für emittierende Betriebe in bestehenden GIB und auch zu einer Beschneidung der Entwicklungsmöglichkeiten bestehender GIB für emittierende Betriebe führen, da diese GIB die notwendigen Abstände im eigenen Bereich sicherstellen müssten. Dies steht unseres Erachtens nicht im Einklang mit den Vorgaben der Ziff. 6.3 des LEP. Auch mit Verweis auf die Ausführungen unter 11.C bitten wir hier um Anpassung.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht "neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben" wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPiG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Hinsichtlich des benannten Konkretisierungs- und Abwägungserfordernisses auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen wird zudem auch von einer regionalplanerische Zielfestlegung durch Einführung einer neuen Gebietskategorie innerhalb der ASB abgesehen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Textlichen Festlegungen zu Z.10 und Z. 7 sowie G.14 und deren Erläuterung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

1005993

## Inhalt

### (G.18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen

Zunächst verweisen wir in diesem Zusammenhang auf das Ziel 6.3-1 des LEP, wonach für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in Regionalplänen und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot gesichert werden muss.

Grundsatz 6.3-2 konkretisiert hierzu den Umgebungsschutz. (G.18), Erläuterung 1 stellt dar: *Heranrücken bedeutet, dass erstmalig Bauflächen oder Vorhaben für schutzbedürftige Nutzungen gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) im Umfeld der GIB geplant werden und damit erstmals oder stärker als bisher, Einschränkungen für die gewerblich- industrielle Nutzung oder Betriebsabläufe entstehen. Für bestehende schutzwürdige Nutzungen gilt weiterhin der Bestandsschutz.*

Der vorbeschriebene Umgebungsschutz ist aus unserer Sicht grundsätzlich dahingehend zu interpretieren, dass jede Neuausweisung potenziell schutzbedürftiger Nutzungen im Umfeld der GIB zunächst auch auf eine Wirkung des "Heranrückens" zu **prüfen** ist. Ein solcher Prüfauftrag dient neben einer vorausschauenden Planung, dem Bestandsschutz der GIB und insbesondere auch der Sicherung vorhandener Entwicklungsmöglichkeiten in den GIB. In Erläuterung 1 sollte insoweit ergänzt werden, [ ... ] *erstmalig oder stärker als bisher, Einschränkungen für die gewerblichindustrielle Nutzung oder Betriebsabläufe entstehen oder zukünftig entstehen könnten.*

Erläuterung 3 zu (G.18) legt dazu dar: *Der Abstandserlass NRW sowie der Leitfaden der Störfallkommission und des Technischen Ausschusses für Anlagensicherheit "Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung - Umsetzung § 50 BImSchG" können als Orientierungswert für die erforderlichen Schutzabstände dienen. Sofern ein Heranrücken nicht ausgeschlossen werden kann, sind geeignete Festlegungen und Maßnahmen zur Konfliktminimierung in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzusehen.*

Maßnahmen zur Konfliktminimierung müssen aus unserer Sicht - unter expliziter Beachtung der Entwicklungsmöglichkeiten der GIB - im Bereich der heranrückenden Bauflächen oder Vorhaben für schutzbedürftige Nutzungen in der dafür notwendigen nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt werden. Hierbei ist zu beachten, dass aufgrund des dynamischen Charakters des Immissionsschutzrechts und etwaiger Veränderungen in relevanten Rechtsnormen auch nachträgliche Anordnungen für den Anlagenbetrieb von Betriebsbereichen aufgrund herangerückter schutzbedürftiger Gebiete entstehen könnten, selbst wenn in

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "Reserven".

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht "neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben" wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und

diesen Gebieten Maßnahmen zur Konfliktminderung zur Erlangung von Baurecht berücksichtigt wurden bzw. diese schutzbedürftigen Nutzungen unmittelbar außerhalb der Achtungsabstände bzw. der angemessenen Sicherheitsabstände geplant wurden.

Die Lage von geplanten Bauflächen oder Vorhaben für schutzbedürftige Nutzungen außerhalb von ermittelten pauschalen Achtungsabständen bzw. außerhalb von durch Gutachten ermittelten angemessenen Sicherheitsabständen reicht u.E. als alleiniges Kriterium für eine Verträglichkeitsprüfung der Planung hier nicht aus. Vor diesem Hintergrund erscheint es im Rahmen einer vorausschauenden Planung zumindest auch Prüfauftrag an die Regionalplanung, bei der Ausweisung schutzbedürftiger Nutzungen (i) pauschale Achtungsabstände bzw. ermittelte angemessene Sicherheitsabstände der jeweiligen Betriebsbereiche zu berücksichtigen und (ii) zur Sicherung von (teilweise auch in den Achtungsabständen / angemessenen Sicherheitsabstände) nicht ausreichend berücksichtigten Entwicklungsmöglichkeiten in den GIB sowie mit Blick auf sich verändernde Anforderungen des Immissionsschutzrechts darauf zu achten, über die unter (i) genannten Abstände derzeit noch bestehende Freiräume zwischen GIB und schutzbedürftigen Nutzungen - soweit möglich - zu erhalten.

Hier bitten wir - auch zur Verankerung valider Rahmenbedingungen für die kommunale Bauleitplanung und anderer fachrechtlicher Genehmigungsverfahren - um entsprechende Ergänzung der Erläuterungen sowie ggf. Prüfung der erfolgten zeichnerischen Festsetzungen von (potenziell) schutzbedürftigen Bereichen im Umfeld von GIB.

GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten.

Die Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführte Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet auch, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es im Sinne des Trennungsgrundsatzes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Nutzungen im GIB bzw. auch im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Aufgrund des groben Maßstabs der Regionalplanung ist sie sachgerechter Weise der Bauleitplanung zu überlassen. In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen

Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können.

Beispielhaft gilt dies für bestehende Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen wenn beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird hierzu im Regionalplan Köln von einer regionalplanerischen Zielfestlegung innerhalb der ASB und GIB abgesehen. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Die kleinräumigen Konflikte kann die Regionalplanung den nachgeordneten Planungsebenen wie z. B. der Bauleitplanung überlassen. Bezüglich des o. g. Abstandgebotes verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Die angesprochene Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* sowie der weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen.

Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (Grundsatz LEP NRW 6.3-2 *Umgebungsschutz* und Grundsatz 10.3-3 LEP NRW *Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte*) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

(Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1005994, StnID 1005992).





**Inhalt****(G.18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen**

Die Begründung zu (G.18), S. 125 f. führt aus: *Die Regelung zum Umgebungsschutz wird als Grundsatz und nicht als Ziel festgelegt, da eine Zielvorgabe nicht verhältnismäßig wäre. Die für eine Zielfestlegung erforderliche abschließende Abwägung aller Einzelfälle ist auf Ebene der Regionalplanung nicht zu leisten bzw. sind Lösungsansätze auf der nachgelagerten oder kleinräumigen Ebene der Regionalplanung aufgrund ihrer Maßstäblichkeit nicht zugänglich.*

Auf Ebene der Regionalplanung wären - aufgrund der beim LANUV hinterlegten pauschalen Achtungsabstände bzw. der ermittelten angemessenen Sicherheitsabstände für die jeweiligen Betriebsbereiche - zumindest Ausschlussflächen für regionalplanerisch konkret festgelegte schutzbedürftige Nutzungen innerhalb dieser Abstände prüfbar und ggf. in den zeichnerischen Festsetzungen vermeidbar. Insofern bitten wir die grundsätzliche Möglichkeit zu prüfen, nach Umsetzung der vorgeschriebenen Prüfung (G.18) als Ziel auszuformulieren.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelage oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen.

Der Regionalplan Köln sichert so ein verschiedenartiges Flächenangebot sowohl von GIB als auch ASB für die unterschiedlichen Formen der Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten. Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung.

Die Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* sowie der weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G. 59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 68 *Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfallen.

Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. (s. 6.3-2 Grundsatz *Umgebungsschutz*, 10.3-3 Grundsatz *Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte*, Ziel 8.1-9 *Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen*, Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung*, Ziel 8.1-7 *Schutz vor Fluglärm Schutz vor Fluglärm*)

Die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG ist auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebot nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können.

Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

1005995	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(G.18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen</u></b></p> <p>Die grundsätzliche Positionierung dieses (G.18) unter 3.3.2.4 Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen erachten wir als nicht sachgerecht. (G.18) muss für sämtliche gewerblichen und industriellen Nutzungen Wirkung entfalten und insoweit allgemeingültiger im Kapitel 3.3 positioniert werden! Hier bitten wir um Prüfung und Überarbeitung.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angesprochene Festlegung G.18 <i>GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen</i> entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen (s.ID 1026462).</p> <p>Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (6.3-2 Grundsatz Umgebungsschutz, 10.3-3 Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1005998

## Inhalt

### (Z.18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen

(Z. 18) und die zugehörige Erläuterung 7 stellen **ausnahmsweise Zulässigkeiten** in RG dar: *Ausnahmsweise zulässige Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist, können im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen oder Verkehrsinfrastruktur sein. Bei der planerischen Umsetzung dieser Nutzungen ist die Beeinträchtigung von Funktionen des RG zu vermeiden. Insbesondere die Durchgängigkeit der RG darf nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.*

Leitungsgebundene Infrastruktur ist aus unserer Sicht eine grundsätzlich nachhaltige Möglichkeit des Transports vielfältiger Grundstoffe. Insbesondere die Errichtung leitungsgebundener Infrastruktur ist dabei auf die Nutzung von AFAB und dabei häufig auch auf die Inanspruchnahme von RG unabdingbar angewiesen. Aus unserer Sicht ist leitungsgebundener Transport in der Regel auch in besonderem Maße verträglich mit der Freiraumfunktion RG. Der Bedeutung von Transportleitungen angemessen, finden diese auch in (G.62) explizit Berücksichtigung. Zur Klarstellung bitten wir um Ergänzung leitungsgebundener Infrastrukturen in der exemplarischen Aufzählung der Erläuterung 7.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Aufgrund der beschriebenen regelmäßigen Verträglichkeit von leitungsgebundener Infrastruktur mit den Festlegungen zu den Regionalen Grünzügen bedarf es keiner besonderen Behandlung bei den Festlegungen zu den Ausnahmen. Letztere beziehen sich auf Planungen und Maßnahmen, die auf Dauer Grünzugfunktionen beeinträchtigen können.

1005999

## Inhalt

### **(Z.18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen**

Im Hinblick auf die im ENTWURF RP K u.a. für die Deponie Bürrig erfolgte Überlagerung mit der Darstellung RG weisen wir darauf hin, dass eine (in der Betriebsphase befindliche) Deponie die einem RG zugeordneten Funktionen (insbesondere siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, als Biotopverbindung und den klimatisch und lufthygienischen Funktionen) regelmäßig nicht erfüllen kann.

Es ist darüber hinaus u.E. nicht sachgerecht und ebenso planerisch nicht ausreichend, Deponien im Vorranggebiet RG ausschließlich über die "ausnahmsweise Zulässigkeit von Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist" zu zulassen (vergl. Erläuterung 7). Schließlich wird u.E. weder im Fachbeitrag LANUV 2019 noch in den Beikarten des ENTWURF RP K die Deponie Bürrig besonders hervorgehoben.

Insoweit bitten wir, für die Deponie Bürrig die überlagernde Darstellung als BSLE / RG herauszunehmen.

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### **Erläuterung**

Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.

1006000	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.19) Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern</u></b></p> <p><i>Die im LEP NRW sowie im Regionalplan Köln festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung setzen den Rahmen für die raumbedeutsamen Planungen der Fachpläne. Hierbei besteht in NRW eine besondere Beziehung des Regionalplans zur Landschaftsplanung sowie zur forstlichen Rahmenplanung. Gemäß § 18 Abs. 2 LPIG NRW übernehmen die Regionalpläne die Funktionen eines Landschaftsrahmenplanes sowie eines forstlichen Rahmenplanes gemäß Naturschutz- und Forstrecht. Sie stellen regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Landschaftsrahmenplan) und zur Sicherung des Waldes (forstlicher Rahmenplan) dar. [Umweltbericht, S. 4]</i></p> <p>a) (Z.19), die zugehörige Erläuterung 2 sowie die Begründung, S. 139 verankern die zeichnerisch festgelegten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als Vorranggebiete und sichern diese damit auf regionaler Ebene gegenüber konkurrierenden Planungen und Maßnahmen, die dem Schutz und der Entwicklung wertvoller Lebensräume entgegenstehen. In diesem Zusammenhang weisen wir klarstellend darauf hin, dass sich die Einschränkung des BSN als Vorranggebiet ausschließlich auf konkurrierende Nutzungen <u>innerhalb</u> des BSN beziehen kann (sog. innergebietlicher Vorrang). Etwaige Einwirkungen von außerhalb des Vorranggebiets sind insoweit nicht nach diesem innergebietlichen Vorrang zu bewerten.</p> <p>b) Wir verweisen darüber hinaus auf die Erläuterung 2 zu (Z.20) wonach sich aus einer regionalplanerischen Festlegung nicht das Erfordernis ableitet, die BSN vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen. Dies muss analog auch für dieses (Z.19) verankert werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zielfestlegungen beziehen sich auf die festgelegten BSN gemäß zeichnerischer Festlegung. Auch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen außerhalb des Vorranggebiets können sich auf die benannten Funktionen auswirken.</p> <p>Der Auftrag an die Umsetzung erfolgt in Ziel Z.20. Der angeregten Ergänzung in Ziel Z.19 bedarf es insofern nicht.</p>



## Inhalt

**(Z.20) Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern**

Unter (Z.20) wird in der zugehörigen Erläuterung 2 dargestellt: *Je nach Wertigkeit und dem jeweiligen Schutzbedürfnis bzw. der Empfindlichkeit der in den BSN gelegenen Biotope sind auf der Grundlage der geltenden fachgesetzlichen Regelungen geeignete Instrumente zur Umsetzung der Schutzziele auszuwählen. Aus der regionalplanerischen Festlegung leitet sich nicht das Erfordernis ab, die BSN vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen. Zu den geeigneten Instrumenten der Fachplanung gehören neben unterschiedlichen Möglichkeiten zu Festsetzungen im Rahmen der Landschaftsplanung (z. B. Naturschutzgebiete (NSG), Landschaftsschutzgebiete (LSG), geschützte Landschaftsbestandteile) auch **vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern**. Sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann, soll diese Möglichkeit **vorrangig** geprüft werden.*

a) Da sich aus der regionalplanerischen Festlegung von BSN nicht das Erfordernis ableitet, diese vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen, muss u.E. im Rahmen der Prüfung der nachfolgenden fachplanerischen Umsetzung zunächst grundsätzlich das grundsätzliche Erfordernis differenziert bewertet werden.

b) Der vorrangige Prüfauftrag, den angestrebten Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen zu erreichen leitet sich bereits direkt aus den naturschutzrechtlichen Fachgesetzen (z.B. § 3 Abs. BNatschG) ab. Für die Durchführung dieser vorrangigen Prüfung besteht kein Ermessensspielraum. Die Möglichkeit des Vertragsnaturschutzes **muss** insoweit vorrangig geprüft werden. Dies ist in der Erläuterung 2 (s.o.) anzupassen.

c) In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Erläuterungen zu 7.2-2 LEP: *Soweit Gebiete zum Schutz der Natur an GIB mit Betriebsbereichen nach Störfallverordnung angrenzen, ist bei der Ausweisung von naturschutzfachlichen Entwicklungsmaßnahmen **dem Umgebungsschutz entsprechend Grundsatz 6.3-2 Rechnung zu tragen** (vergl. II.A). Dies ist nicht nur mit Blick auf den sog. Trennungsgrundsatz des § 50 BImSchG in Umsetzung des Art. 13 Abs. 1 der Seveso-III-Richtlinie zu interpretieren, sondern auch im Hinblick auf weitere relevante Regelwerke im Zusammenhang mit immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen (z.B. TA Luft). Insoweit wäre Erläuterung 2 dahingehend zu ergänzend, dass Vertragsnaturschutz auch im Hinblick auf den Interessenausgleich zu benachbarten GIB, das Rücksichtnahmegebot und auch unabhängig vom Landnutzer zu prüfen ist. Regionalplanerische Festsetzungen von BSN dürfen unseres Erachtens in der fachplanerischen Umsetzung (u.a. Festlegung*

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfolgt als Auftrag an die Fachplanung und ist insofern als Zielfestlegung auszugestalten. Die Erläuterungen dienen dazu, die Umsetzung der Zielfestlegung näher zu beschreiben. Eine weitere Differenzierung im Sinne der vorgeschlagenen Formulierungen ist nicht erforderlich. Dem Vorschlag einer Umformulierung in Bezug auf die vorrangige Prüfung von vertraglicher Umsetzung wird gefolgt.

der erforderlichen Entwicklungsmaßnahmen) nur unter besonderer Berücksichtigung und Würdigung des Umfelds erfolgen. Vertragliche Vereinbarungen wären dabei insbesondere in bestehenden Gemengelagen nicht nur vorrangig zu prüfen, sondern regelmäßig auch in der Umsetzung und zum Interessenausgleich adäquat und damit vorzugswürdig. Auch hier bitten wir, Erläuterung 2 deutlicher zu fassen.

d) Insgesamt folgt daraus, dass (Z.20) und die zugehörigen zeichnerischen Festsetzungen von BSN in der nachfolgenden fachplanerischen Umsetzung (i) einer Abwägung zugänglich sein müssten und (ii) in der Ausgestaltung unter besonderer Berücksichtigung der Landnutzer und des Umgebungsschutzes erfolgen müssen. Vor diesem Hintergrund bitten wir zu prüfen, ob hier die Ausgestaltung von Z.20 als Grundsatz der Regionalplanung sachgerechter und insoweit vorzugswürdig wäre.

1006002	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(G.30) BSLE erhalten und entwickeln</u></b></p> <p><i>Für den Biotopverbund bedeutsame Elemente innerhalb der BSLE ergänzen die BSN gemäß (Z. 19) Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern funktional, indem sie zu einer Vernetzung der schutzwürdigen Lebensräume beitragen und als Pufferzonen für die mit den BSN zu schützenden Kernbereiche des regionalen Biotopverbunds wirken [Erläuterung 1].</i></p> <p>Hierzu verweisen wird auf die Ausführungen zu I1.E / I1.F (s. StnID 1006000 / StnID 1006001), welche - soweit zutreffend - ebenfalls sinngemäß für BSLE Anwendung finden sollten.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf die Erläuterung zu Stn. ID 1006001 verwiesen. Die Erläuterung 2 zu Ziel Z.21 wird dementsprechend geändert.</p>

1006003	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.21) BSLE fach planerisch sichern</u></b></p> <p>Gemäß Erläuterung 1, <i>ist grundsätzlich mit der Festlegung der BSLE nicht die Verpflichtung einer flächendeckenden Schutzgebietsfestsetzung verbunden. Hier ist unter Beachtung der fachgesetzlichen Vorgaben zu differenzieren. [. ..] Sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann, soll diese Möglichkeit vorrangig geprüft werden.</i></p> <p>a) Dazu verweisen wir ebenfalls auf die Ausführungen in II.E / II.F (s. StnID 1006000 / StnID 1006001) zum Prüfauftrag im Rahmen der fachgesetzlichen Umsetzung von Schutzgebietsausweisungen der Regionalplanung.</p> <p>b) Gemäß der Begründung, S. 143 konkretisiert (Z.21) die Grundsätze 7.1- 8 und 7.2-5 LEP NRW. Insoweit wäre aus unserer Sicht zu prüfen, ob eine regionalplanerische Ausgestaltung des (Z.21) als Grundsatz sachgerechter wäre (vergl. II.E / II.F, s. StnID 1006000 / StnID 1006001).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf die Erläuterung zu Stn ID 1006001 verwiesen. Die Erläuterung 2 zu Ziel Z.21 wird entsprechend geändert.</p>

1006004	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.28) Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen</u></b></p> <p>Gemäß Erläuterung 1 betrifft die Rücknahmepflicht Bauflächen, <i>die im Flächennutzungsplan gesichert sind und von ÜB überlagert werden. Flächen, die bisher weder bebaut sind noch in rechtsverbindliche Bebauungspläne umgesetzt wurden oder städtebaulich als im Zusammenhang bebaute Ortsteile gemäß § 34 BauGB bewertet werden, sind zurückzunehmen (z. B. im Rahmen eines Flächentausches gemäß (Z. 4) Flächenüberhänge vermeiden und abbauen). Sie sind vorrangig als zusätzlicher Retentionsraum für den Hochwasserabfluss zu sichern.</i></p> <p>Hier bitten wir um klarstellende Ergänzung der Erläuterung dergestalt, dass sich die Rücknahmepflicht <u>ausschließlich</u> auf Flächen beziehen kann, die bisher weder bebaut sind noch in rechtsverbindliche Bebauungspläne umgesetzt wurden oder städtebaulich als im Zusammenhang bebaute Ortsteile gemäß § 34 BauGB bewertet werden können.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Aus Sicht der Regionalplanungsbehörde ist die Erläuterung 1 des Zieles 28 eindeutig formuliert und deckt sich mit der angeregten Ergänzung.</p>

1006005	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(G.62) Transportleitungen schützen</u></b></p> <p>In der Begründung zu (G.62) wird wie folgt ausgeführt: <i>Die bestehenden Trassenkorridore der überregionalen und regionalen Transportleitungen sollen vor einer Inanspruchnahme durch andere Nutzungen geschützt werden. Im Umfeld von bestehenden Transportleitungen sollen keine neuen Nutzungen geplant werden, welche die dort eventuell erforderlichen Leitungserweiterungen und Leitungsergänzungen bzw. Bündelungen mit Neuplanungen erschweren oder verhindern könnten.</i></p> <p>Aufgrund der überragenden Bedeutung von Transportleitungen für die Versorgung von Siedlungsbereichen, ihrer Eigenart als kostengünstiges und umweltfreundliches Transportmedium und der regelmäßig außerordentlichen Verträglichkeit auch zu Schutzgebieten bitten wir, wesentliche Trassenkorridore überregionaler und regionaler Transportleitungen über eine eigene Kartendarstellung im ENTWURF RPK zu berücksichtigen und so verbindlicher zu fassen. Dies dient neben dem Bestandsschutz dieser Infrastrukturen auch dem notwendigen Ausbau unter Beachtung der Trassenbündelung.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW (Stand: Aufstellungsbeschluss). Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor.</p> <p>Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.</p>

1006006	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b><u>(G.67) Solarenergie flächensparend ausbauen und (Z.38) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</u></b></p> <p>Gemäß (G.67), Erläuterung 2 lösen Freiflächensolaranlagen in der Regel ein Planerfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung aus. Diese richten sich nach den Regelungen des LEP NRW sowie (Z.38) Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern. (Z.38), Erläuterung 2 konkretisiert: Nach den raumordnerischen Zielen können Bauflächen für Freiflächensolaranlagen grundsätzlich auch in Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) vorgesehen werden. Diese sollen sich dem regionalplanerischen Ziel der Siedlungsentwicklung unterordnen, sodass die Freiflächensolaranlagen als Nebenanlagen zu begründen sind.</p> <p>In der Begründung zu (Z.38), S. 192 wird dazu ergänzt: <i>Im Gegensatz zur Nutzung im Freiraum sind die Bauflächen der Freiflächensolaranlagen in Siedlungsbereichen grundsätzlich zulässig, solange diese den raumordnerisch abgesicherten Nutzungen Wohnen und Gewerbe/Industrie dienlich sind und sich entsprechend unterordnen. Dies ist mit den betroffenen Kommunen im Einzelfall zu klären.</i></p> <p>Erläuterung 5 zu (Z.38) stellt schließlich dar, dass im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung geprüft werden soll, ob raumbedeutsame Solarenergieanlagen auch befristet errichtet werden können, um eine Übereinstimmung mit den Schutz- und Nutzungsfunktionen der jeweiligen Festlegungen erreichen zu können.</p> <p>In diesem Gesamtkontext und auch mit Bezug auf die Ausführungen unter II.B (s. StnID 1005988) zu Freiflächensolaranlagen regen wir eine weitergehende Öffnung an, auch in bauplanungsrechtlich bereits umgesetzten GIB Freiflächensolaranlagen - zumindest als temporäre Zwischennutzung - nicht mit regionalplanerischen Restriktionen zu belegen. Freiflächensolaranlagen sollten (i) ohne eine Beschränkung auf die Eigenart als Nebenanlage und (ii) ohne ein zwingendes Planungserfordernis für eine kommunale Bauleitplanung auszulösen möglich sein. Nur eine solche Öffnung könnte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und auch in Bezug auf die Anstrengungen zum (verbrauchernahen) Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung einen (wenn auch befristeten) schnellen Ausbau alternativer Energieerzeugung unterstützen; diese stehen schließlich in einem überragenden öffentlichen Interesse und unter erheblichem Vollzugsdruck.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1006007	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(G.68) Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen</u></b></p> <p>Hinsichtlich der Ausformulierung des (G.68), wonach Standorte für Abfall und Abwasserinfrastrukturen durch das Heranrücken schutzbedürftiger Nutzungen nicht in ihrer Funktion beeinträchtigt werden sollen, verweisen wir auch auf die Ausführungen zu II.C und II.F (s. StnID 1005987 und StnID 1006001).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Siehe Erläuterungen zu StnID 1026462, 1005993, 1005994, 1005995, 1006001.</p>



1006008	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>(Z.41) Standorte für Abfalldeponien sichern</u></b></p> <p>Gemäß Erläuterung 4 ist die Nutzung von Deponien als Standorte für die regenerative Energieerzeugung gemäß (Z. 43) Deponiestandorte rekultivieren und wiedernutzbar machen möglich. Diese Möglichkeit sollte u.E. aber so gefasst werden, dass auch die Nutzung als Standort zur Erzeugung erneuerbarer Energien gemäß LEP NRW während sämtlicher Nutzungsphasen, also neben der Stilllegungs- und Nachsorgephase auch in der Betriebsphase grundsätzlich zulässig sein muss. Hier bitten wir um entsprechende Übernahme der Erläuterung 2 des auf die Stilllegungs- und Nachsorgephase gerichteten (Z.43) auch für in Betrieb befindliche Deponien und somit dieses (Z.41).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z. 41 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

1006009	
<p>Inhalt</p> <p><u><b>Umweltbericht</b></u></p> <p>In Anhang A zum Umweltbericht wird unter anderem unter 3.2.3 Naturschutzgebiete, S. 8 f. wie folgt ausgeführt:</p> <p><i>Aufgrund einer vergleichbaren Empfindlichkeit von Naturschutzgebieten und FFH- bzw. Vogelschutzgebieten werden in Anlehnung an die VVHabitatschutz (MKULNV 2016a) erhebliche Umweltauswirkungen auch auf Naturschutzgebiete prognostiziert, sofern sie im Umfeld von 300 m zu den jeweiligen Plangebieten liegen. [ . . ] Aufgrund des besonderen Schutzstatus sowie der strengen Vorgaben gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG werden dadurch vorsorglich betriebsbedingte Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen im Umfeld der Naturschutzgebiete berücksichtigt.</i></p> <p>Ergänzend dazu wird in den Bewertungsvorschriften zur Prognose erheblicher Umweltauswirkungen, S. 20 ff. mittels der Fußnote 6 unter anderem für den Abstand zwischen GIB und NSG <b>pauschal</b> dargestellt, dass die 300 m einen <b>einzuhaltenden Mindestabstand</b> um bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 der BauO NRW darstellen.</p> <p>Die in Bezug genommene Verwaltungsvorschrift Habitatschutz legt unter 4.2.2 Abstände in der Bauleitplanung dar: Von einer erheblichen Beeinträchtigung von <b>Natura 2000-Gebieten</b> durch in <b>Flächennutzungsplänen</b> darzustellende Bauflächen im Sinne des § 1 Abs. 1 BauNVO/§ 5 Abs. 2 BauGB und in <b>Bebauungsplänen</b> auszuweisende Baugebiete im Sinne des § 1 Abs. 2 BauNVO/§ 9 Abs. 1 BauGB kann bei Einhaltung eines Mindestabstands von 300 m zu den Gebieten <b>in der Regel</b> nicht ausgegangen werden.</p> <p>a) Zunächst weisen wir darauf hin, dass sich die W Habitatschutz gern. Ziff. 4.2.2 als Regelansatz auf die Bauleitplanung bezieht. Darüber hinaus entfaltet diese nur in Bezug auf Natura 2000-Gebiete Wirkung. Eine rechtliche Grundlage für einen einzuhaltenden <b>300 m-Mindestabstand</b> zwischen baulichen Anlagen (z.B. in GIB) und Naturschutzgebieten stellt die W Habitatschutz insoweit nicht dar.</p> <p>b) Des Weiteren würde eine Übertragung der in der W Habitatschutz dargestellten Schutzansprüche von Natura 2000-Gebieten auf festgesetzte Naturschutzgebiete diesen insoweit Schutzansprüche zumessen, welche derzeit rechtlich nur für Gebiete von europäischer Bedeutung verankert sind. Dies widerspricht u.E. grundsätzlich dem Gedanken des Naturschutzrechts, ausgehend von der Bedeutung und der Empfindlichkeit von Schutzgebieten differenziert und gestuft Schutzansprüche zu definieren. Dabei ist zu beachten, dass das Schutzgebietssystem Natura 2000 auf der Grundlage europarechtlicher Vorgaben einem besonders strengen Rechtsregime</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es handelt sich bei dem angesetzten 300m-Radius um NSG und Natura 2000-Gebiete, für die bei einer Betroffenheit erhebliche Umweltauswirkungen prognostiziert werden, nicht um einen einzuhaltenden Mindestabstand, in dem keine Planungen möglich sind, sondern um ein Umfeld um die Schutzgebiete, in dem bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen ist rein fachlich vorzunehmen, der rechtliche Schutzstatus ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund geht es in den Natura 2000-Gebieten, den NSG sowie bei der Berücksichtigung der planungsrelevanten Arten um geschützte Arten und Lebensräume, die sich hinsichtlich ihrer Empfindlichkeit gegenüber vorhabenbedingten Wirkungen nicht unterscheiden. Dies zeigt sich auch dadurch, dass FFH-Gebiete in der Regel als NSG ausgewiesen sind.</p>

unterliegt. Ausdruck dessen ist unter anderem die Pflicht zur Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung, vgl. § 34 BNatSchG, auf deren Umsetzung sich die hier in Bezug genommene Vorgabe der W-Habitatschutz bezieht. Für Naturschutzgebiete i.S.d. § 23 BNatSchG ist eine solche separate Verträglichkeitsprüfung hingegen nicht vorgesehen.

c) Eine solche Festsetzung der Übertragung der W Habitatschutz auf Naturschutzgebiete unter Festlegung pauschaler 300m-Mindestabständen könnte unabsehbare Wirkungen nicht nur für Neuausweisungen von Siedlungsgebieten sondern auch für Nutzungen in bereits bestehenden ASB und GIB haben. Nutzungseinschränkungen bestehender Siedlungsflächen können im Rahmen einer zukünftigen fachrechtlichen Umsetzung von BSN in Naturschutzgebiete (und ggf. auch unabhängig von einer Darstellung als BSN im ENTWURF RPK) nicht ausgeschlossen werden. Dies unterliefe diverse Vorgaben der Landes- und Regionalplanung.

d) Vor diesem Hintergrund ist die vorgenommene Übertragung der ausschließlich für Natura-2000-Gebiete rechtlich verankerten Schutzansprüche auf Naturschutzgebiete und deren Ausgestaltung als zwingend einzuhaltender Mindestabstand aus unserer Sicht aus dem Umweltbericht gänzlich zu entfernen.

Wir bitten um entsprechende Überarbeitung des Umweltberichts.

1006010	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Plandarstellung des RPK</u></b></p> <p><b>Standort Leverkusen inklusive Entsorgungszentrum Bürrig und Umfeld</b></p> <p>Der Produktions- und Verwaltungsstandort Leverkusen der Bayer AG als Teil des CHEMPARK Leverkusen liegt überwiegend im Geltungsbereich des ENTWURF RPK. Die Division Pharma der Bayer AG bildet an diesem Standort gegenwärtig einen Betriebsbereich der unteren Klasse (gemäß 12. BImSchV).</p> <p>Der CHEMPARK Leverkusen ist im ENTWURF RPK weiterhin unverändert als GIB dargestellt, das Entsorgungszentrum Bürrig mit den Funktionen Klär- und Verbrennungsanlage sowie Deponie ist als AFAB mit der Zweckbindung Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen bzw. als Aufschüttung und Ablagerung / Abfalldeponie zeichnerisch festgesetzt.</p> <p>In den Bereich der Aufschüttung und Ablagerung / Abfalldeponie ist die Verbrennungsanlage einbezogen worden. Bei der Verbrennungsanlage handelt es sich nicht um eine aufgeschüttete Deponienutzung, die geometrische Darstellung ist insoweit wie nachfolgend dargestellt zu korrigieren, die Fläche der Verbrennungsanlage in die sonstige Zweckbindung einzubeziehen [s. Anhang Abb. StnID 1006010].</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1006010.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption wird der Standort als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit der Zweckbestimmung (GIBz) Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt. (s. Z.44 Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern)</p>

**Inhalt****Plandarstellung des RPK**

Im Umfeld des CHEMPARK Leverkusen wurden im ENTWURF RPK folgende für unsere Belange relevante Darstellungen vorgenommen:

- Darstellung des JugendFußball-Leistungszentrums und der BayArena incl. Nebenanlagen (Zwischen BAB 3, Bahnstrecke, Dhünn und Bismarckstraße) im AFAB:

Beide Einrichtungen finden sich in einem AFAB mit überlagernder Freiraumfunktion RG (nicht jedoch in einem BSLE) und unterliegen insoweit auch dem Ziel (Z.18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen", konkretisiert durch die unter Erläuterung 7 formulierte grundsätzliche Zulässigkeit nur für die Nutzungen des Z.17, sofern die Aufgabe und Funktion des RG nachweislich nicht beeinträchtigt wird. Die Zuordnung der vorgenannten Einrichtungen als dem Siedlungsraum zugehörige "überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit und Tourismuseinrichtungen" (Z. 16) oder dem Freiraum zugehörige Flächen in denen „Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen" bei Verträglichkeit zulässig (Z.17) bzw. „Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus" ermöglicht ist (G.26) erscheint hier nicht sachgerecht möglich zu sein. Diese Flächen und Anlagen sind seit Jahrzehnten maßgeblich durch die Nutzung der Sportanlagen für den Leistungs-/ Spitzensport geprägt, ohne den AFAB / RG zu beeinträchtigen. Insoweit bitten wir im Hinblick auf die vorgenannten Einrichtungen im AFAB mit überlagernder Freiraumfunktion RG sowie die tatsächliche bauliche Ausgestaltung der angesprochenen Einrichtungen zu prüfen, z.B. eine Zweckbindung "Anlage für Spitzen- / Leistungs- und Jugendsport" einzuführen und für diese Zweckbindung eine grundsätzliche Zulässigkeit von Bestand und Entwicklung dieser Nutzungen für die gewählten zeichnerischen Darstellung AFAB / RG, die zugehörigen textlichen Festlegungen und das Umfeld festzuschreiben.

Alternativ wären in den textlichen Festlegungen weitergehende Beschreibungen zur Zulässigkeit der vorgenannten Einrichtungen im AFAB / RG erforderlich.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten).

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Weder die DVO zum LPIG NRW noch der LEP NRW sehen eine gesonderte Zweckbindung "Anlage für Spitzen-/ Leistungs- und Jugendsport" als Planzeichen vor.

Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerische Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung.

Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

Vor diesem Hintergrund wird der Standort der "BayArena inklusive Nebenanlagen" aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich

an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. In Folge der Änderung wird die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern.

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den Standort des "Jugend Fußball-Leistungszentrums" gelten die o.g. landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW zumal keine Bauflächendarstellung im Flächennutzungsplan vorliegt. Die aktuelle Festlegung ist somit folgerichtig.

1006012

## Inhalt

### Plandarstellung des RPK

Darstellung der Sportanlagen Bereich Kalkstraße / Moosweg, Leverkusen (Fritz-Jacobi-Anlage, Leichtathletik):

- Bei der sog. Fritz-Jacobi-Anlage handelt es sich um einen Bundesstützpunkt für Leichtathletik und Para-Leichtathletik und somit eine der wichtigsten Einrichtungen für den deutschen Spitzensport. Hinzu kommt, dass die Anlage sowohl Landesstützpunkt als auch eine Außenstelle des Olympiastützpunkts Rheinland ist. Diese Sportanlagen dienen insoweit insgesamt dem Leistungs- / Spitzensport. Die Flächen dieser Anlage sind im ENTWURF RP K als ASB dargestellt. Auch hier bitten wir zur Vermeidung von Widersprüchen aus den verschiedenen zeichnerischen / textlichen Festsetzungen eine Zweckbindung "Anlage für Spitzen- / Leistungs- und Jugendsport" einzuführen und hierfür darzustellen, sowie dieser Zweckbindung eine generelle Zulässigkeit in der gewählten zeichnerischen Darstellung ASB bzw. den zugehörigen textlichen Festlegungen zu zuschreiben.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Weder die DVO zum LPIG NRW noch der LEP NRW sehen eine gesonderte Zweckbindung "Anlage für Spitzen-/ Leistungs- und Jugendsport" als Planzeichen vor.

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Festlegung folgerichtig.

**Inhalt****Plandarstellung des RPK**

Darstellung der Sportanlagen Bereich Kurtekottenweg, Leverkusen (Ruder-, Tennis- und Hockeyverein):

- Die bereits langjährig bestehenden Anlagen des Ruder-, Tennis- und Hockeyvereins dienen dem Leistungssport, dem Breitensport und der Förderung des Jugendsports. Auch diese Flächen sind im ENTWURF RP K teilweise als ASB und teilweise als AFAB mit überlagernder Darstellung BSLE und RG dargestellt. Auch hierzu bitten wir zur Vermeidung von Widersprüchen aus den verschiedenen zeichnerischen / textlichen Festsetzungen eine Zweckbindung "Anlage für Spitzen- / Leistungs- und Jugendsport" einzuführen und hierfür darzustellen, sowie dieser Zweckbindung eine generelle Zulässigkeit in der gewählten zeichnerischen Darstellung ASB und AFAB / BSLE / RG bzw. den zugehörigen textlichen Festlegungen zuzuschreiben.

**Abwägung****Typ****Ausgleichsvorschlag****Erläuterung**

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um eine überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung. Weder die DVO zum LPIG NRW noch der LEP NRW sehen eine gesonderte Zweckbindung "Anlage für Spitzen-/ Leistungs- und Jugendsport" als Planzeichen vor.

Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung.

Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Festlegung folgerichtig, zumal für den Standort keine Bauflächendarstellung im Flächennutzungsplan vorliegt.



**Inhalt****Plandarstellung des RPK**

Sportanlagen im Bereich Kurtekotten (zwischen Stadtgrenze Köln/Leverkusen im Norden, S-Bahn-Strecke im Westen, Autobahn A3 im Osten und L 101 im Süden):

- Für diesem Bereich stellt der ENTWURF RPK einen AFAB dar, mit überlagernden Freiraumfunktionen BSLE und RG, sowie einen Teilbereich als Waldbereiche. Der Bereich ist geprägt durch umfangreiche Sport- und Freizeitnutzungen, insbesondere den Flugplatz Kurtekotten, Anlagen für einen Reiterverein und einen Golfplatz. Bei diesen vorgenannten Nutzungen / Anlagen handelt es aus unserer Sicht um "Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen" gem. (Z.17) bzw. gem. (G.26) um Flächen, in denen "Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus" ermöglicht ist. Die Nutzungen / Anlagen betrachten wir hier als grundsätzlich verträglich zu den zeichnerischen Festsetzungen.

a) Hier wäre allerdings (Z.17) dahingehend zu ergänzen, dass auch Bestandsanlagen und deren verträgliche Weiterentwicklung darunter gefasst werden.

b) Für den Flugplatz Kurtekotten halten wir zusätzlich die Darstellung einer "sonstigen Zweckbindung Landeplatz" für sinnvoll. Damit würden die Spezifika dieser besonderen Nutzung auf Ebene des Regionalplans dokumentiert und können adäquat in etwaig erforderlichen Fachplanungen berücksichtigt werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden durch die Neuaufstellung des Regionalplans nicht berührt. Die Entwicklung von nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägter Nutzungen ist entsprechend der Festlegungen in Kapitel 4.1.3. grundsätzlich möglich und bedarf der Betrachtung im Einzelfall. Einer weitergehenden Steuerung durch zeichnerische Festlegungen bedarf es nicht.

Gemäß Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) handelt sich um einen Sonderlandeplatz. Auf dem Sonderlandeplatz dürfen im Gegensatz zu einem Verkehrslandeplatz nur der Betreiber und auf Anfrage auch Dritte starten und landen. Es existiert keine Betriebspflicht, Öffnungszeiten sind nicht vorgeschrieben. Sonderlandeplätze stehen somit der allgemeinen Luftfahrt nicht zur Verfügung. Ihre Bedeutung für die verkehrliche Erschließung einer Region ist somit als gering einzustufen. Vor diesem Hintergrund ist eine regionalplanerische Sicherung nicht erforderlich und erfolgt auch nicht anderen Planungsregion. Einschränkungen für den Bestand und dessen Weiterentwicklung ergeben sich nicht. Im Gegenteil könnte die regionalplanerische Sicherung dazu führen, dass es bei Änderungen ein Planerfordernis auf Ebene der Regionalplanung entsteht.

Darüber hinaus ist Standpunkt der Belegenheitskommunen zu einer regionalplanerischen Sicherung ist nicht bekannt, da es sich nicht um kommunale Anregungen handelt.

1006015

#### Inhalt

In Bezug auf die zeichnerische Festlegung des den Standort der Deponie Bürriig überlagernden RG verweisen wir auf die zugehörige Erläuterung 7 zu (Z.18): *Ausnahme sowie zulässige Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist, können im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen oder Verkehrsinfrastruktur sein. Bei der planerischen Umsetzung dieser Nutzungen ist die Beeinträchtigung von Funktionen des RG zu vermeiden. Insbesondere die Durchgängigkeit der RG darf nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.*

- Grundsätzlich verweisen wir zunächst auf unsere Ausführungen zu II.D. (s. Stn ID 1005999) und bitten, die überlagernde Darstellung eines RG für die Deponie zurückzunehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.

1006016

#### Inhalt

In Bezug auf die zeichnerische Festlegung des den Standort der Deponie Bürriq überlagernden RG verweisen wir auf die zugehörige Erläuterung 7 zu (Z.18): *Ausnahme sowie zulässige Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist, können im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen oder Verkehrsinfrastruktur sein. Bei der planerischen Umsetzung dieser Nutzungen ist die Beeinträchtigung von Funktionen des RG zu vermeiden. Insbesondere die Durchgängigkeit der RG darf nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.*

- Darüber hinaus darf sich die Erläuterung grundsätzlich nicht ausschließlich auf die zukünftige Realisierung oder planerische Umsetzung beziehen, sondern muss explizit auch bestehende Standorte, z.B. Deponien im Sinne eines Bestands- und Entwicklungsschutzes einschließen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Ausnahme bezieht sich auf Ausnahmetatbestände. Es bedarf keiner Spezifizierung.

Die regionalplanerischen Festlegungen greifen nicht in bestehende Rechte ein.

1006017

#### Inhalt

Die Festsetzung eines die Deponie Bürrig überlagernden BSLE berücksichtigt unseres Erachtens nicht die konkrete Deponienutzung. Weder müssen dort wertvolle Flächen für den Naturschutz erhalten werden, noch ist eine naturverträgliche Erholungs-, Sportoder Freizeitnutzung im Bereich der Deponie erkennbar möglich. Insoweit sollte für die Deponie Bürrig die Ausweisung als BSLE zurückgenommen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung ist im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.

1006018	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Standort Dormagen incl. Umfeld</u></b></p> <p>Der Produktionsstandort Dormagen der Bayer AG als Teil des CHEMPARK Dormagen liegt teilweise im Geltungsbereich des Entwurfs des ENTWURF RPK. Die Division CropScience der Bayer AG bildet am Standort einen Betriebsbereich der oberen Klasse (gemäß 12. BImSchV).</p> <p>Der CHEMPARK Dormagen ist im ENTWURF RPK weiterhin unverändert als GIB dargestellt. Diese Darstellung begrüßen wir ausdrücklich, insbesondere auch im Hinblick auf die Ausführungen unter II zum Umgebungsschutz (s. StnID 1005993).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1006019

#### Inhalt

Im Umfeld des CHEMPARK Dormagen wurden unter anderem folgende für den Standort relevante zeichnerische Festsetzungen vorgenommen:

- Veränderte Darstellung des Rheinvorgeländes / Hafens als AFAB mit überlagernder Darstellung als RG: Bei dem Gebiet des Rheinvorgeländes / Hafens handelt es sich um einen wesentlich durch die Hafen- und Verladeeinrichtungen sowie Infrastruktureinrichtungen des CHEMPARK geprägten und dominierten Bereich, welcher integraler Bestandteil des Chempark und dessen multimodaler Anbindung an das überörtliche Logistiknetz ist. Die Darstellung eines AFAB mit Überlagerung RG berücksichtigt insoweit unseres Erachtens weder die tatsächliche noch die planungsrechtlich gesicherte Nutzung des Gebiets und die Notwendigkeit zur Entwicklung dieses für den CHEMPARK Dormagen essenziellen Bereichs. Ein AFAB ebenso wie die überlagernde Darstellung von BSLE und RG stellen insoweit keine regionalplanerisch adäquate planerische Ausgestaltung für Bestand und Entwicklung dieses Hafengebiets dar. Auch die für RG definierten ausnahmsweisen Zulässigkeiten wären hier bei Weitem nicht ausreichend. Insoweit halten wir die bisherige zeichnerische Festsetzung als GIB für sachgerecht und bitten um Beibehaltung dieser Ausweisung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).

1006020

#### Inhalt

Im Umfeld des CHEMPARK Dormagen wurden unter anderem folgende für den Standort relevante zeichnerische Festsetzungen vorgenommen:

- Neuausweisung GIB im Bereich A57 / Kölner Randkanal: Für die Beurteilung dieser Neuausweisung sind die Festlegungen des LEP, Grundsatz 6.3-2, Umgebungsschutz grundlegend: Regional- und Bauleitplanung sollen dafür Sorge tragen, dass durch das Heranrücken anderer Nutzungen die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe innerhalb bestehender Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen nicht beeinträchtigt werden. Insoweit verweisen wir auch mit Hinweis auf die Ausführungen unter II ausdrücklich darauf, dass der Umgebungsschutz grundsätzlich auch im Falle heranrückender GIB Berücksichtigung finden muss (s. StnID 1005993).

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1006021	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Standort Monheim incl. Umfeld</u></b></p> <p>Der Forschungsstandort Monheim der Bayer AG selbst liegt nicht im Geltungsbereich des Entwurfs des ENTWURF RPK, grenzt jedoch unmittelbar nord-westlich von Leverkusen-Hitdorf an diesen an. Die Division CropScience der Bayer AG bildet am Standort derzeit einen Betriebsbereich der unteren Klasse (gemäß 12. BImSchV). Im Umfeld des Forschungsstandort befinden sich unmittelbar nördlich angrenzend der Kommunal- / Regierungsbezirksgrenze auf Monheimer Stadtgebiet zwischen Herrweg, Forschungsstandort Monheim und der Straße Am Fahnenacker größere, teils planungsrechtlich gesicherte Gewerbeflächen sowie langjährig angelegte Versuchsflächen.</p> <p>Im Bereich Leverkusen-Hitdorf soll die Darstellung des Abbaugebiets Buschbergsee entfallen. Des Weiteren erfolgen Darstellungen der Flächen des Buschbergsees als Oberflächengewässer mit überlagernden Freiraumfunktionen BSN und RGZ.</p> <p>In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass für die zeichnerischen Festlegungen des südlichen Umfelds des Standorts Monheim insbesondere die Ausführungen zum Umgebungsschutz (vergl. II.C (s. StnID 1005993) und II.F (s. StnID 1006000)) und zum vorrangigen Prüfauftrag des Vertragsnaturschutzes auf fachplanerischer Ebene (vergl. II.E (s. StnID 1006000) und II.F (s. StnID 1006001)) sowie unsere Ausführungen zum 300m Mindestabstand zu Naturschutzgebieten in Anlehnung an die W Habitatschutz Anwendung finden müssen (s. StnID 1006009).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Siehe Erläuterungen zu StnID 1005993, StnID 1006000, StnID 1006001, StnID 1006009.</p>



1006022	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Flächen im Bereich der Stadt Burscheid</u></b></p> <p>Im Bereich der Stadt Burscheid werden Eigentums- und Pachtflächen im Bereich der Neuausweisungen von GIB-/GIBinterkommunal in Oberlandscheid und Heiligeneiche durch teils langjährig angelegte, nicht substituierbare Versuchsflächen genutzt. Die Division CropScience der Bayer AG ist hier auf eine Fortsetzung der derzeitigen Nutzung zwingend angewiesen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-1013	
1001970	
1003295_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>ASB Kreuzau 3</b></p> <p>1.) Entwicklungsflächen östlich der Ortslage Kreuzau</p> <p>Hier können wir den Wunsch, das in 2017 gemeldete Gebiet vollständig aufzunehmen, unterstützen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1003295_002	
<p>Inhalt</p> <p><b>ASB Kreuzau [3]</b></p> <p>2.) Entwicklungsfläche Hoesch Aue / Gelände Hoesch Design GmbH ? westlich der Rur[4]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003295_002]</p> <p><b>Wir sind dagegen</b>, dieses Gebiet in Gänze anzuerkennen. Ursprünglich war das Gebiet größer geplant. Als Kompromiss hätten wir einem ähnlich zugeschnittenen Gebiet zugestimmt. Ziel war es eine Industriebrache zu verhindern und der Firma Sanplast eine wirtschaftlich sinnvolle Folgenutzung zu ermöglichen.</p> <p>Es wurde jedoch im südlichen Bereich des Hoesch Geländes eine im Bau Feld 6 gelegene Pflegebrache in die Planung mit aufgenommen (rot markiert), die nicht Teil des Kompromisses war. Diese Pflegebrache ist sowohl im Westen als auch im Osten eng umschlossen von NSGs bzw. Biotopverbundflächen. Daher sah sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen außerstande der Gesamtfläche zuzustimmen, insbesondere da die Fraktion die Nähe zu der Rur und den NSGs sowieso sehr kritisch sieht. Im Anschluss unserer Beratungen wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass in dem Teilgebiet Baufläche 1 (rote Villa) planungsrelevante Arten (Knabenkräuter) wachsen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigelegt]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1003295_002.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005446).</p>

1003295_003	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>3.) Entwicklungsfläche nördlich der Ortslage / An der alten Malzfabrik[5]</p> <p>Hier sprechen wir uns gegen die Festlegung des Gebietes aus und bitten darum, höchstens nur das östliche, in der folgenden Zeichnung rot markierte Drittel des von der Gemeindeverwaltung bezeichneten Gebietes als ASB anzuerkennen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1003295_003]</p> <p>Wir lehnen das Gebiet in seiner Gesamtheit ab, da das neue Wohngebiet sich sonst unmittelbar an dem NSG ?An der RUR? befinden würde. Darüber hinaus müssten Rodungsarbeiten in nicht unerheblichem Maße stattfinden. Dies lehnen wir ab. Hier konnte sich in den letzten Jahrzehnten die Natur ungestört entwickeln.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigefügt]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1003295_003.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1005447).</p>

1003295\_004

**Inhalt**

**ASB Stockheim[6]**

4.) + 5.) Erweiterungsflächen östlich der Ortslage (ASB-Flex-Fläche) und südlich der Ortslage (ASB-Flex-Flächen)

Hier unterstützen wir den Wunsch der Gemeindeverwaltung, diese beiden Flex-Flächen als reguläre ASB-Flächen festzulegen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigelegt]

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

**Inhalt****ASB Stockheim[6]**

## 6.) Verlängerung Marienstraße (südwestliche Ortslage)[7]

Auch hier widersprechen wir vehement. Wie schon im Umweltbericht des Entwurfes des Regionalplanes erwähnt, ist die Fläche NSG-würdig.[8] Das Gebiet ist Teil eines Biotops.[9]

Ergänzend zum Umweltbericht sei angemerkt, dass es in der Stockheimer Bevölkerung einen breiten Widerstand gegen die Ausweisung des Gebietes als ASB-Fläche gibt. Mehr als 1000 Unterschriften wurden gesammelt. Ebenso muss ergänzt werden, dass in dem Gebiet, anders als im Umweltbericht festgehalten wurde, planungsrelevante Arten beobachtet wurden (Schlangen, Fledermäuse,?). Eine im Ortsteil Stockheim existierende Entwässerungsproblematik würde durch ein Wohngebiet an dieser Stelle weiter verschärft werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1005449). Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003295\_006

**Inhalt**

**ASB Stockheim[6]**

7.) Flächen östlich der B 56 (Übungsfläche Institut der Feuerwehr ?IdF? und

8.) Erlebnisbauernhof

Hier sind wir mit den Vorschlägen der Gemeindeverwaltung einverstanden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigefügt]

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1003295\_007

## Inhalt

### ASB Drove [10]

9.) Fläche westlich des Kommweges / Rücknahmefläche

Hier sind wir mit der Rücknahme einverstanden.

10.) Fläche im Bereich Wehrstraße

Hier können wir zustimmen, vorausgesetzt es wird nur eine Reihe von Wohngebäuden unmittelbar an der bereits existierenden Straße geben. Denn dort befindet sich im rechten Winkel zur Straße eine bestimmt 30 Meter lange, sehr wertvolle Hecke mit planungsrelevanten Arten.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigefügt]

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.



**Inhalt****ASB Winden[11]**

Hier hat die Gemeindeverwaltung die Festlegungen im Entwurf der Bezirksregierung akzeptiert. Wir äußern jedoch folgende Bedenken:

11.)                   Entwicklungsfläche Windener Feld und

12.)                   Entwicklungsfläche Verlängerung Urbanusstraße

Wir haben starke Bedenken, diese Flächen in den ASB Winden einzubeziehen. Es hat bei der Flutkatastrophe im Juli 2021 nur wenig gefehlt, und die schützende Talsperre wäre übergelaufen. Mehr jedoch befürchten wir, dass bei weiterem Fortschreiten des Klimawandels mit noch erheblicheren Flutkatastrophen gerechnet werden muss. Da die Rur südlich der beiden hier in Rede stehenden Flächen einen weiten Bogen nach Osten macht, befürchten wir, dass im Falle eines Hochwassers die Rur genau südlich der beiden Flächen ihr Flussbett verlassen und in direkter Richtung nach Norden ? hin zu den beiden Wohngebieten ? fließen könnte.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1003295_009	
<p>Inhalt</p> <p><b>ASB Winden[11]</b></p> <p>13.)                    Entwicklungsfläche Blumenweg</p> <p>Hier sind wir mit der Herausnahme dieser Fläche einverstanden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

**Inhalt****ASB Winden [11]**

14.) ASB Bergstraße[12]

Nun müssen wir noch eine weitere Fläche hinzufügen, die bisher ASB war und von der wir uns wünschen, dass diese aus der ASB-Fläche herausgenommen wird.

Es handelt sich um den nordwestlichen Bereich der Bergstraße in Winden. Dieser Bereich wurde bisher nicht bebaut. Es handelt sich hier um einen sehr wertvollen, völlig unberührten Bereich. Es handelt sich größtenteils um einen geschützten Landschaftsbestandteil, der andere Teil ist von einem LSG abgedeckt. Dort gedeihen Himmelsschlüssel, Herbstzeitlose und sogar Knabenkräuter (Orchideen), heimische Gehölze wie Heckenrose, Weißdorn, Holunder. Man hört den Waldkauz/Steinkauz und Kuckuck und sieht Meisen, Rotkehlchen, Rotschwanz, Dompfaff, Zaunkönig und Grünspecht. Vor allem aber lebt dort die Ringelnatter, die auf der sogen. Roten Liste steht.

Wir bitten Sie, diesen hoch schützenswerten Bereich aus dem ASB herauszunehmen und hierdurch den Schutzzweck zu unterstützen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage/Verweis beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1014	
1002380	
1011619	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte mich äußern zur Erweiterung des Industrie- und Gewerbegebietes Herreshagen-Sonnenberg im Oberbergischen Kreis.</p> <p>Ich bin aus folgenden Gründen gegen die Erweiterung :</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Es werden wertvolle Flächen für mehrere Landwirte verloren sein. Die Folge wäre der Verlust der Existenzgrundlage, hier vor allem für den Reiterhof Neuhoff.</li> <li>2. Das Dorf wird von der Natur abgeschnitten, damit verbunden eine großflächige Versiegelung der Landschaft. Das Gewerbegebiet umschließt das gesamte Dorf, jeder einzelne Einwohner muß durch die Kessellage des Dorfes auf ein über ihm liegendes Gewerbegebiet mit vielen Gebäuden sehen.</li> <li>3. Durch die besondere Höhen- und Hanglage wäre das gesamte Dorf stark betroffen durch Lärmbelästigung, Luftverschmutzung und erhöhtes Verkehrsaufkommen. Die Lebensqualität in einer bisher ruhigen dörflichen Lage würde extrem sinken. Das gilt vor allem für die Erschließungsarbeiten.</li> <li>4. Die Funktion als Naherholungsgebiet (auch für die Einwohner selber) würde entfallen.</li> <li>5. Das Gebiet wird als Zwischenstation für Wildgänse genutzt. Ebenso als Brutplatz für Milane, Bussarde, Falken und Sperber, und auch für Rehwild und Damwild.</li> <li>6. Alle Häuser würden einem großen Wertverlust unterliegen.</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-1015	
1002036	
1005252	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer von Ackerland in dem von Ihnen neu ausgewiesen Gebiet. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karten habe ich festgestellt, dass meine Parzellen Ackerland als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) und für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) neu ausgewiesen worden sind. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet, künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Die Düngung wird außerdem auch eingeschränkt. Folglich ist bei den Flächen ein hoher Wertverlust zu befürchten durch die Wirtschaftlichen Einschränkungen. Beschränkungen in der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit für den Bewirtschafteten Betrieb vermindern. Es ist zu befürchten das geringere Pachteinahmen und ein Wertverlust der Flächen sich dadurch ergibt. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen. Es handelt sich um folgende Eigentumsflächen die aus der Kulisse Schutz der Natur (BSN)herauszunehmen sind: [anonymisiert]. Die in der Tabelle aufgeführte Parzelle sind aus dem Gebiet Schutz der Natur (BSN) bitte zu entfernen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Neben verschiedenen Mitgliedern der [anonymisiert], die eigene betrieblich bezogene Stellungnahmen im Rahmen der Offenlegung des Regionalplans Köln abgegeben haben, möchte die Forstbetriebsgemeinschaft [anonymisiert] für ihre Mitglieder wir folgt zu der Offenlegung des Regionalplans Köln Stellung beziehen: Die zeichnerische Darstellung von BSN entlang der Bachläufe und Riefen und auf angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen im Eigentum der Forstbetriebe der Forstgemeinschaft überfordert den Planungsmaßstab des Regionalplans in der von LPIG DVO vorgegebenen Maßstäblichkeit. Eine Biotopvernetzung kleinteiliger Bachläufe und Siefen muss der Landschaftsplanung vorbehalten bleiben und kann allenfalls durch einen Raumordnungsgrundsatz zum Biotopschutz bzw. durch eine BSLE-Festlegung im Regionalplan beeinflusst werden. Angesichts des Maßstabs der zeichnerischen Darstellung, der Strichbreite der Festlegung und der mangelnden Nachvollziehbarkeit des konkreten Umfangs der zeichnerischen Festlegungen bestehen durchgreifende Zweifel an einer hinreichenden Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit der BSN-Festlegungen. Da von diesen jedoch im Geltungsbereich des § 35 BauGB unmittelbare Rechtswirkungen für die Grundstückseigentümer ausgehen, muss auf die angesprochenen BSN-Festlegungen verzichtet und der Biotopschutz, soweit erforderlich, durch die Landschaftsplanung ergänzt werden. Dabei kann wiederum der Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 herangezogen werden, der nach § 8 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW als Grundlage nicht nur für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan, sondern eben auch für die Landschaftsplanung dient. Zweifel an der Wirksamkeit der zeichnerischen Festlegungen ergeben sich auch daraus, dass keine aktuellen Untersuchungen zum ökologischen Zustand der in Aussicht genommenen BSN-Flächen durchgeführt worden sind, und das es auch hinsichtlich der Erforderlichkeit und Angemessenheit der räumlichen Ausdehnung der gesicherten Flächen weder konkrete Sachverhaltsermittlungen gegeben noch eine entsprechende Abwägung widerstreitender Belange stattgefunden hat. In weiten Teilen sind als BSN vorgesehene Flächen für einen Biotopverbund ungeeignet. Es fehlt an einem kontinuierlichen Wasserzufluss und an einer für den Biotopschutz in Betracht zu ziehenden Fauna und Flora. Die Mitglieder der [anonymisiert] verfügen alle über Waldbesitz im Flamersheimer Wald zwischen den Orten Queckenberg, Kircheim, Bad Münstereifel und Scheuren. Weitere Erläuterungen zu dieser Stellungnahme entnehmen Sie bitte dem beigefügten Rechtsgutachten von [anonymisiert] zu dem Entwurf des Regionalplans Köln [Anlage].

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen des Regionalplans fußen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Der Fachbeitrag stellt die gesetzlich vorgesehene Grundlage für den Regionalplan dar. Wesentlich für die Festlegung der BSN sind die naturschutzfachlich als herausragend bedeutsam bewerteten Bereiche (siehe Planbegründung). Die textlichen Festlegungen bieten sowohl für BSN als auch für BSLE einen breiten Raum für die fachplanerische Umsetzung und beinhalten weder eine Verpflichtung zur Festlegung von Schutzgebieten noch einen direkten Eingriff in die Nutzung einzelner Flächen oder in betriebliche Prozesse. Die planerische Abwägung erfolgt im laufenden Planverfahren entsprechend der auf der Planungsebene der Regionalplans erkennbaren und relevanten Belange. Bereits im geltenden Regionalplan finden sich vergleichbare Festlegungen in diesem Raum, die im örtlichen Landschaftsplan entsprechend differenziert umgesetzt wurden.

**Inhalt**

Ich bin Eigentümer von Ackerland und Grünland in dem von Ihnen neu ausgewiesen Gebiet. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karten habe ich festgestellt, dass meine Parzellen ? sowohl Acker- als auch Grünland ? als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) und für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) neu ausgewiesen wurden. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Auch auf den Grünlandflächen ist dann mit großen wirtschaftlichen Einschränkungen zu rechnen. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet, künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ebenso wird die Düngung erheblich eingeschränkt. Folglich ist bei den Eigentumsflächen durch die Wirtschaftlichen Einschränkungen ein hoher Wertverlust zu befürchten. Beschränkungen in der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit für den Bewirtschafteten Betrieb vermindern. Es ist zu befürchten, dass sich dadurch geringere Pachteinnahmen und ein Wertverlust der Flächen ergibt. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen. Es handelt sich um folgende Eigentumsflächen die aus der Kulisse Schutz der Natur (BSN) herauszunehmen sind: [anonymisiert]. Die in der Tabelle aufgeführten Parzellen sind aus dem Gebiet Schutz der Natur (BSN) bitte zu entfernen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich habe meine Stellungnahme dieser Nachricht angehängt und bitte Sie darum diese und alle anderen Stellungnahmen sorgfältig zu lesen. Bestehen Rückfragen oder benötigen Sie weitere Informationen und Erklärungen können Sie sich gerne bei mir melden. (anonymisiert) ich bin Landwirt und bewirtschafter unseren Hof mit ca. 90ha und 60 Milchkühen plus Nachzucht mit Weidehaltung in der 5. Generation. Zudem vertritt ich als Ortslandwirt der LWK NRW für Königswinter die Interessen aller Landwirte in der Stadt.

- Stellungnahme zur textlichen Festlegung

In der Textlichen Festlegung unter 4.4 Landwirtschaft finde ich folgende Aspekte:

- G.32 Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten
- G.33 Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen
- G.34 Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten

In den Erläuterungen finde ich Aussagen wie:

- ?Freiraum sichern und entwickeln?
- ?landwirtschaftliche Nutzung dient der Erzeugung von Lebensmitteln?

Ihre Pläne und diese Aussagen widersprechen sich leider immer wieder, durch die Ausweitung der Schutzflächen werden wir Landwirte immer mehr in unserer Bewirtschaftung eingeschränkt und ich sehe nirgendwo Potenzial den Freiraum zu entwickeln?.

Ebenso wird der von Ihnen angesprochene Zweck der Erzeugung von Lebensmitteln weit zurück gestellt, die Landwirte müssen sich in Zukunft immer mehr und mehr mit Landschaftspflege beschäftigen, davon wird nur leider niemand satt und wir machen uns im Bereich der Lebensmittelversorgung immer abhängiger von anderen Ländern wo lange nicht so der Natur gegenüber rücksichtsvolle Landwirtschaft betrieben wird wie bei uns.

- Stellungnahme zur zeichnerischen Festlegung

In der Offenlage Blatt 12-13 werden in ganz Königswinter bestehende

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



Naturschutzgebiete erweitert, verbunden oder neu geschaffen, außerdem gibt es in Ihrer Darstellung kaum noch einen Fleck ohne Landschaftsschutz. Wir haben in Königswinter in den Jahren des bestehenden Regionalplanes bereits sehr viel Landwirtschaftliche Fläche verloren, unser Betrieb hat alleine durch Bau- und Ausgleichsmaßnahmen der ICE Strecke ca. 10 ha Ackerland verloren, hinzu kommen die zahlreichen Umlegungen und Veränderungen der Flächen durch das Naturschutzprojekt Chance 7. In Zusammenarbeit von Chance 7 und den Landwirten sind Ackerflächen aus den für den Naturschutz vorgesehenen Flächen in andere Flächen umgelegt worden, nun wie ein Beispiel in Komp (zwischen Komp und der L330) zeigt, ist dort auch Naturschutz eingezeichnet. Der Erweiterungen der Naturschutzflächen im Bereich von Wülscheid (Gemarkung Aegidienberg Flur (anonymisiert) Stück (anonymisiert), Flur (anonymisiert) Stück (anonymisiert)) über Gratzfeld, Rostingen (Gemarkung Oberhau Flur (anonymisiert) die Flächen am Bach) und Quirrenbach bis Nonnenberg (Gemarkung Aegidienberg Flur (anonymisiert) Stück (anonymisiert)) widerspreche ich für unseren Hof insofern das hier intensive Landwirtschaft auch in Zukunft sichergestellt sein muss.

Nun noch zum Wald, die vorhandenen Waldgebiete wie z.B. im Siebengebirge sind nur in einem so guten Zustand weil sie seit Generationen vernünftig und nachhaltig bewirtschaftet werden. Durch ihr Pläne kann z.B. der gesamte Heisternbusch (Gemarkung Berghausen Flur 5) in Zukunft nicht mehr wie gewohnt bewirtschaftet werden. Gerade in diesem Bereich mit fast ausschließlich Privatwaldbesitzern möchte ich darum bitten von Naturschutz abzusehen. Ich muss sehr bedauern das hier in Königswinter, wo schon so viel Naturschutz, Landschaftsschutz und extensive Bewirtschaftung betrieben wird, überhaupt noch über die Ausweitung solcher Gebiete nachgedacht wird. Ich kann dieser Planung somit in den angesprochenen Punkten nur widersprechen und bitte darum die Erweiterungen der Schutzflächen rückgängig zu machen.(anonymisiert)

AZ: Ö-O-1019

1002302

1007202

Inhalt

**Plansatz G.46 Absatz 1**

Plansatz G.46 Abs. 1 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil er mit der Vorgabe, innerhalb sogenannter 'erweiterter Einzugsbereiche' für bestehende und geplante Trink- und Heilwassergewinnung dem "vorsorgenden" Grundwasser- und Gewässerschutz besonderes Gewicht beizumessen, die raumordnungsrechtliche Befugnis zur Festlegung einer Gewichtungsvorgabe überschreitet.

Er ist aufgrund des Verstoßes gegen verbindliche, landesplanerische Vorgaben **ersatzlos zu streichen**.

Plansatz G.46 Abs. 1 lautet:

Innerhalb der erweiterten Einzugsbereiche für bestehende und geplante Trink- und Heilwassergewinnung soll dem vorsorgenden Grundwasserschutz und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Der Entwurf des Regionalplans versteht unter 'erweiterten Einzugsbereichen' die Flächen, die im Rahmen der Festsetzung von Wasserschutzgebieten (§§ 51 f. WHG) als weitere Schutzzonen III B und/ oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten.

Vgl. Erläuterung 1 zu Plansatz G.46:

Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung oder für eine zukünftige Trink- und Heilwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten **Wasserschutzzonen III B/ III C** der jeweiligen Wasserschutzgebiete (Trinkwasserschutz, Heilquellenschutz). Sie gehen über die festgelegten BGG gemäß hinaus [...].

Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und der Grundsatz 46 wird angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.

Der Standort von Rhiem & Sohn ist vom Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) mit der Nummer 43 betroffen, der sich ausweislich der Erläuterungskarte A 3, F 9 "*Trinkwasservorsorge*", auf die Städte bzw. Gemeinden Alfter, Bonn, Bornheim, Brühl, Erftstadt, Euskirchen, Kerpen, Meckenheim, Nörvenich, Rheinbach, Swisttal, Wachtberg, Weilerswist und Zülpich erstrecken soll.

Vgl. den Auszug aus der Erläuterungskarte A 3, F 9 "*Trinkwasservorsorge*" mit dem Standort von Rhiem & Sohn (nicht maßstäbliche Montage), die zur Orientierung als **Anlage** beigefügt ist [s. Anhang Abb. StnID 1007202].

### **I. Plansatz 7.4-3 LEP NRW**

Plansatz G.46 Abs. 1 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil den Trägern der Regionalplanung die Befugnis fehlt, den ihnen nachgeordneten Planungsebenen (z. B. der Fach- oder Bauleitplanung) über den Bereich der Wasserschutzzonen I bis III A hinausgehend die Gewichtung von Belangen vorzugeben.

Plansatz 7.4-3 des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) erlaubt den Trägern der Regionalplanung nicht, über die Flächen, die als Schutzzonen I bis III A festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, hinausgehend Festlegungen zu treffen, die die der Regionalplanung nachgeordneten Planungsebenen beschränken. Für regionalplanerische Festlegungen im Sinne eines 'erweiterten Grundwasser- und Gewässerschutzes' wie ihn der Plansatz G.46 vorsieht, lässt der LEP NRW keinen Raum.

#### **1. Prüfungsmaßstab**

Die Träger der Regionalplanung sind an die Ziele des höherrangigen LEP NRW gebunden (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG). Der LEP NRW befugt die nachgeordneten Träger der Regionalplanung in einer als "Ziel" bezeichneten Festlegung zur "Sicherung von Trinkwasservorkommen", 'besonders zu schützende Bereiche und Abschnitte' als Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz festzulegen.

Plansatz 7.4-3 LEP NRW (Hervorhebung nicht im Original):

Sicherung von Trinkwasservorkommen Grundwasservorkommen [...], die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen, sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Sie sind in ihren für die Trinkwassergewinnung **besonders zu schützenden Bereichen und Abschnitten** in den Regionalplänen als Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz festzulegen und für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen zu sichern.

Unter den "besonders" zu schützenden Bereichen und Abschnitten versteht der LEP NRW die Wasserschutzzonen I bis III A. Die in der Regel ein Vielfaches mehr an Flächen in Anspruch nehmenden Wasserschutzzonen III B und/ oder III C sind hingegen keine "besonders" zu schützenden Bereiche und Abschnitte.

Die zeichnerischen Darstellungen des LEP NRW orientieren sich ausweislich der Erläuterungen zu Plansatz 7.4-3 LEP NRW an den Schutzzonen I bis III B.

Erläuterung zu Plansatz 7.4-3 LEP NRW:

Der LEP legt zeichnerisch Gebiete für den Schutz des Wassers fest, in denen Wasser aus dem Grundwasser oder aus Oberflächengewässern entnommen und als Trinkwasser für die öffentliche Wasserversorgung bereitgestellt wird. Die Darstellung im LEP ist maßstabsbedingt auf Gebiete größer 150 ha beschränkt. Ihre Abgrenzung ist an den Schutzzonen I ? III B festgesetzter und geplanter Wasserschutzgebiete bzw. entsprechender Heilquellenschutzgebiete und an den Einzugsgebieten von Trinkwassertalsperren orientiert.

Aufgabe und Befugnis der Träger der Regionalplanung beschränkt der LEP NRW innerhalb der dort zeichnerisch festgelegten Gebiete ausdrücklich auf die Festlegung von Planungsbeschränkungen in BGG "gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A":

Innerhalb dieser Gebiete sichert **die Regionalplanung** Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz mit Planungsbeschränkungen für andere Nutzungen gemäß den differenzierten Anforderungen der **Wasserschutzzonen I ? III A**.

Daraus folgt ? erstens ?, dass 'besonders zu schützende Bereiche und Abschnitte' im Sinne von Plansatz 7.4-3 LEP NRW (nur) Flächen sind, die als "Wasserschutzzonen I bis III A" festgesetzt sind (festgesetzte Wasserschutzgebiete) oder möglicherweise festgesetzt werden könnten (geplante Wasserschutzgebiete).

Daraus folgt ? zweitens ?, dass die Tätigkeit der Träger der Regionalplanung auf Flächen, die als "Wasserschutzzonen I bis III A" festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, Planungsbeschränkungen festlegen dürfen. Unter den Begriff der Planungsbeschränkungen der Regionalplanung fallen verbindliche Zielfestlegungen (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG: Ziele der Raumordnung) und Gewichtungsvorgaben (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG: Grundsätze der Raumordnung).

Daraus folgt im Umkehrschluss ? drittens ?, dass den Trägern der Regionalplanung die Befugnis zu Planungsbeschränkungen außerhalb der Wasserschutzzonen I bis III A fehlt. Sie dürfen in den Wasserschutzzonen III B und/ oder III C also keine Planungsbeschränkungen festlegen.

Landesplanerisch sind die Träger der Regionalplanung in Nordrhein- Westfalen nach alledem nicht befugt, unter der Bezeichnung 'erweiterte Einzugsbereiche' Gewichtungsvorgaben für die Wasserschutzzonen III B und/ oder III C festzulegen.

Diese Vorgaben des LEP NRW sind für die Träger der Regionalplanung, die der Landesplanung nachgeordnet sind, als "Ziel" der Raumordnung zu beachten (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG). Sie haben sie als verbindliche Vorgaben zu vollziehen, ohne dass ihnen ein eigener Abwägungsspielraum verbleibt.

Dabei kann dahinstehen, ob Plansatz 7.4-3 LEP NRW seinerseits wirksam ist. Denn den Trägern der Regionalplanung, die den als "Ziel" bezeichneten Plansatz zu beachten haben, ist verwehrt, ihn unter Berufung auf eine vermeintliche Unwirksamkeit nicht anzuwenden bzw. zu verwerfen und an dessen Stelle eigene Planungsabsichten ? z. B. im Sinne eines 'erweiterten Grundwasser- und Gewässerschutzes' ? zu setzen. Gegen eine verbindliche Festlegung im LEP NRW wird ihnen keine generelle "Verwerfungskompetenz" zuerkannt.

Vgl. aus dem Tatbestand OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022, Az.: 11 D 109/19.NE, TA 78, das die Frage nicht zu entscheiden brauchte; OVG Münster, Urteil vom 30.06.2005, Az.: 20 A 3988/03, TA 63.

## 2. Kein 'erweiterter Grundwasser- und Gewässerschutz'

Der Entwurf des Regionalplans verstößt in Plansatz G.46 Abs. 1 gegen Plansatz 7.4-3 LEP NRW, weil er sich nicht auf Planungsbeschränkungen innerhalb der Wasserschutzzonen I bis III A beschränkt, sondern auch Planungsbeschränkungen in den Wasserschutzzonen III B und/ oder III C begründet. Die Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 Abs. 1 steht in Widerspruch zur normativen Bindung an Plansatz 7.4-3 LEP NRW, Planungsbeschränkungen nur auf Flächen festzulegen, die als besonders zu schützende Bereichen und Abschnitte als Wasserschutzzonen I bis III A festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten.

Wegen ihrer strikten Bindung an die höherrangigen Festlegungen des LEP NRW sind die Träger der Regionalplanung gehindert, an die Stelle der landesplanerischen Abwägung eine eigene zu setzen. Die klare landesplanerische Beschränkung auf Flächen, die als Wasserschutzzonen I bis III A festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, verwehrt es dem Entwurf des Regionalplans, diese Vorgaben zum Grundwasser- und Gewässerschutz auf die Wasserschutzzonen III B und/ oder III C zu 'erweitern'.

Für Festlegungen im Sinne eines 'erweiterten Grundwasser- und Gewässerschutzes' ist nach alledem kein Raum.

Die regionalplanerische Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 Abs. 1 ist auf Flächen, auf denen nur Wasserschutzzonen III B und/ oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

## **II. § 32 Abs. 1 LPIG DVO NRW**

Den vorstehenden Befund bestätigt die Verordnung zur Durchführung des LPIG NRW (LPIG DVO NRW).

### 1. Angegebene Planzeichen

Sie legt fest, dass die zeichnerischen Festlegungen der Regionalpläne nach Gegenstand, Form und Inhalt der Anlage 3 zur LPIG DVO NRW entsprechen "müssen" (vgl. § 32 Abs. 1 LPIG DVO NRW). Die erwähnte Anlage führt die verbindlichen

Planzeichen nach Nummer, Bezeichnung, Rechtsfolge und Definition auf.

Ein Planzeichen für "Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz" (BGG) findet sich unter Nummer 2g. Als Rechtsfolge der zeichnerischen Darstellung eines BGG benennt die Anlage ein "Vorranggebiet". Die Träger der Regionalplanung legen Vorranggebiete für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen fest, um darin andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen auszuschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG). Das Anliegen von Plansatz G.46 Abs. 1 besteht aber nicht darin, durch Vorrangfestlegung eine Ausschluss- bzw. Verbotswirkung zu erzeugen, sondern darin, dem 'vorsorgenden' Grundwasser- und Gewässerschutz "besonderes Gewicht" zu verleihen. Dieses Anliegen lässt sich mit dem Planzeichen für Vorranggebiete nicht zeichnerisch zur Geltung bringen.

Für die von Plansatz G.46 Abs. 1 angestrebte Gewichtungsvorgabe wäre ein Planzeichen erforderlich, dem die Anlage zur LPIG DVO NRW als Rechtsfolge "Vorbehaltsgebiet" zuordnet. Denn "besonderes Gewicht" ist Flächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen beizumessen, die die Träger der Regionalplanung bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten (Vorbehaltsgebiete; vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ROG).

Die Anlage zur LPIG DVO NRW kennt kein Planzeichen mit Bezug zum "Grundwasser- und Gewässerschutz", dem es als Rechtsfolge ein "Vorbehaltsgebiet" zuordnet. Mit diesem Befund stimmt überein, dass der LEP NRW BGG nur für Wasserschutzzonen I bis III A vorsieht, nicht aber für die weitere Wasserschutzzone III B und/ oder III C.

Mit den von der LPIG DVO NRW vorgegebenen Planzeichen lässt sich weder die von Plansatz G.46 Abs. 1 angestrebte Gewichtungsvorgabe zur Geltung bringen, noch steht die Darstellung von 'erweiterten Einzugsgebieten ("Wasserschutzzonen 3B/C")' in der Erläuterungskarte A3, F9 "Trinkwasservorsorge", mit den in der Anlage zur LPIG DVO NRW aufgeführten Planzeichen in Einklang.

## 2. Entwickelte Planzeichen

Keine abweichende Bewertung erlaubt die Befugnis der Träger der Raumordnung, Planzeichen selbst zu entwickeln, wenn das Planzeichenverzeichnis in Anlage 3 keine Planzeichen enthält (vgl. § 32 Abs. 4 Satz 1 LPIG DVO NRW). Zwar dürfen die Träger der Regionalplanung sinngemäß aus den in der Anlage 3 angegebenen Planzeichen

weitere Planzeichen entwickeln. Diese Befugnis ist ihnen aber ausdrücklich nur eingeräumt, "[s]oweit Festlegungen erforderlich sind".

Nach den verbindlichen Vorgaben des LEP NRW sind Festlegungen für Flächen, die als Wasserschutzzone III B und/ oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, jedoch nicht Gegenstand der Regionalplanung (dazu oben unter A.I., Seiten 3 ff.). Sie sind mithin nicht erforderlich. Dem entsprechend besteht keine Befugnis der Träger der Regionalplanung, aus den Planzeichen für die "Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz" (Vorranggebiete) sinngemäß Planzeichen für Vorbehaltsgebiete zugunsten eines erweiterten Grundwasser- und Gewässerschutzes wie in Plansatz G.46 Abs. 1 zu entwickeln.

Die regionalplanerische Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 Abs. 1 ist auf Flächen, auf denen nur Wasserschutzzonen III B und/ oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

### **III. LwWSGVO-OB und Fachrecht**

Plansatz G.46 Abs. 1 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil die Gewichtungsvorgabe zur Konkretisierung der Grundsätze der Raumordnung durch Festlegungen in Raumordnungsplänen aufgrund von fachrechtlichen Vorgaben nicht "erforderlich" ist (vgl. § 2 Abs. 1 ROG). Es mag u. a. Aufgabe der Regionalplanung sein, den Raum in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts zu sichern (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 1 ROG) und Grundwasservorkommen zu schützen (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 2, Halbs. 2 ROG). Die Erforderlichkeit zieht der Regionalplanung bei der Konkretisierung durch Festlegungen in Raumordnungsplänen Grenzen. Gegen die Erforderlichkeit einer Konkretisierung spricht es, wenn sie bereits anderweit normativ erfolgt bzw. Gegenstand des einschlägigen Fachrechts ist.

#### **1. Vorhaben der Rohstoffgewinnung**

Für den in Erläuterung 2 zu Plansatz G.46 erwähnten "Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Nass- und Trockenabgrabungen)" folgt die fehlende Erforderlichkeit einer Konkretisierung im Entwurf des Regionalplans aus der Rechtsverordnung für Schutzbestimmungen im Bereich Bodenschatzgewinnung für die Wasserschutzgebiete im Land Nordrhein-Westfalen (LwWSGVO-OB). Sie begründet für die oberirdische Bodenschatzgewinnung oberhalb des höchsten zu erwartenden Grundwasserstandes



in der (Wasser-) Schutzzzone III B einen Genehmigungsvorbehalt, der neben das ?  
ohnehin einschlägige ? Zulassungsrecht tritt (vgl. § 4 Abs. 1 Nr. 1 LwWSGVO-OB).

Es ist weder ersichtlich, noch im Entwurf des Regionalplans dargelegt, aus welchen  
Gründen eine regionalplanerische Gewichtungsvorgabe für Vorhaben der  
Rohstoffgewinnung vor dem Hintergrund einer derartigen normativen Vorgabe  
regionalplanerisch erforderlich sein könnte.

## 2. Deponien

Für die in Erläuterung 2 zu Plansatz G.46 erwähnten Deponien folgt Entsprechendes  
aus dem Fachrecht bzw. dem Charakter der Planfeststellung, in deren Rahmen die  
Planfeststellungsbehörde den Einzelfallumständen abwägend Rechnung zu tragen hat  
(vgl. § 35 Abs. 2 Satz 1 KrWG). Dies schließt u. a. auch besonders geschützte oder  
schützenswerte Flächen ein (vgl. Nr. 1.1 Ziffer 2. des Anhangs 1 zur DepV), zu denen  
das Deponierecht ausdrücklich "Trinkwasserschutzgebiete" oder  
"Wasservorranggebiete" zählt (dazu noch unter A.V., Seiten 21 f.). Zwischen dem  
Fachrecht und der Beschränkung der Regionalplanung auf Planungsbeschränkungen  
für Flächen, die als Wasserschutzzonen I bis III A festgelegt sind oder möglicherweise  
festgelegt werden könnten (Plansatz 7.4-3 LEP NRW; dazu unter A.I., Seiten 3 ff.),  
besteht Einklang. Der Entwurf des Regionalplans steht dazu in Widerspruch.

Gegen eine Erforderlichkeit spricht, dass der Verordnungsgeber vor dem Hintergrund  
dieser fachrechtlichen Vorgaben offenbar auch keine Veranlassung gesehen hat,  
Deponien in den Anwendungsbereich der LwWSGVO-OB einzubeziehen.

## IV. Abwägung

Der regionalplanerischen Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 Abs. 1 liegt keine  
Abwägung zugrunde, die den insoweit geltenden raumordnungsrechtlichen  
Anforderungen genügt. Denn die Gewichtungsvorgabe ist weder auf belastbare  
Erkenntnisse gestützt, noch ergibt sich aus den Planunterlagen, aus welchen  
nachvollziehbaren Gründen den Aspekten des Grundwasser- und Gewässerschutzes  
gegenüber anderen Interessen ein ? über ohnehin bestehende  
Berücksichtigungspflichten hinausgehendes ? erhöhtes Gewicht beizumessen sein  
sollte.

## 1. Prüfungsmaßstab

Im Rahmen der Abwägung müssten die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abgewogen worden sein (vgl. § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG). Anhaltspunkte dafür, dass Plansatz G.46 Abs. 1 eine Abwägung öffentlicher und privater Belange zugrunde liegt, liefern weder die Erläuterungen, noch die Begründungen zu den Plansätzen im Kapitel 4.7.2 "Grundwasserschutz und Gewässerschutz".

Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, insoweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Das Abwägungsmaterial braucht nicht so kleinteilig wie auf den nachgeordneten Planungsebenen zusammengestellt zu werden, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind.

Vgl. OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022, Az.: 11 D 109/19.NE, TA 204 ff. m. w. N.

Die planerische Abwägung besteht aus der Ermittlung der Belange, deren Gewichtung und Bewertung und der Ausgleichsentscheidung im Verhältnis der Belange zueinander. Nur ein Belang, der in seiner konkreten Bedeutung ermittelt worden ist, lässt sich mit dem ihm zukommenden Gewicht in die nachfolgende Abwägungsentscheidung einstellen.

Vgl. OVG Münster, a. a. O., TA 214.

Steht hinter der Vorgabe in einem Raumordnungsplan keine städtebauliche oder raumordnerische Konzeption, weil eine empirisch fundierte Herleitung oder eine sonstige Begründung fehlt, verbleibt nur noch ein politischer Wille, der die Anforderungen an die erforderliche sachgerechte Abwägung nicht erfüllt.

Vgl. OVG Münster, Urteil vom 20.01.2020, Az.: 2 D 100/17.NE, TA 205, zum

Vorsorgeabstand um Windenergieanlagen von 1.500 m (Plansatz 10.2-3 LEP NRW) der landesplanerisch zur Sicherung einer "Akzeptanz in der Bevölkerung" aus politischen Gründen festgelegt worden war.

Standortfestlegungen in einem Regionalplan müssen sich auf die Aussage beschränken, dass der ausgewählte Standort aus raumordnerischer Sicht geeignet und nach einem raumordnerischen Vergleich in Betracht kommender Alternativen vorzugswürdig ist, um konkurrierende Raumnutzungen in einen dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ausgleich zu bringen.

## 2. Ermittlungen

Der Entwurf des Regionalplans teilt in Bezug auf den Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG; vgl. Plansatz Z.26) bei Dirmerzheim (Gemeinde Ertstadt; in der Erläuterungskarte A3, F 9, wird der BGG Nr. 43 als "geplant" geführt) keine ermittelten Tatsachen, sondern nur nicht substantiierte und ? erklärtermaßen zumindest teilweise ? nicht bestimmbare Annahmen mit.

Die Begründung zu Plansatz Z.26, die im hier interessierenden Zusammenhang auf Plansatz G.46 Abs. 1 übertragbar sein dürfte, verweist vage darauf, als "Datenbasis" seien Informationen des Fachinformationssystems ELWAS (MULNV 2021) in Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde herangezogen worden (Begründung zu Plansatz Z.26, Seite 5; vgl. a. Umweltbericht, Seite 45).

Über die fehlende Bestimmtheit hinaus räumt der Entwurf des Regionalplans ein, die bergbaubedingten Auswirkungen seien "[z]um Teil" in ihrem "räumlichen Umgriff (noch) nicht abschließend bestimmbar" (vgl. Begründung zu Plansatz G.47). Auf derart vage Erkenntnisse lassen sich keine Planungsbeschränkungen stützen.

## 3. Informales Konzept

Grundlage für regionalplanerische Festlegungen bei Dirmerzheim wird ein informales "Wasserversorgungskonzept" von Ertverband und RWE Power AG als Verursacherin der an anderer Stelle erwähnten "Veränderungen im Bereich der Grundwasser- und [...] Gewässerverhältnisse" sein (vgl. Plansatz G.47 Abs. 1).

Vgl. Cremer, Kippenabströme und die langfristige Wasserversorgung, Informationsfluss, Sonderausgabe S|20 (2020), 8 f.

Dessen Ziel besteht nach Kenntnis von Rhiem & Sohn darin, die Wassergewinnung in der Annahme, dass es zu einer Verschlechterung der Grundwasserqualität im Bereich der Erftscholle ab dem Jahr 2050 kommt, vom Jahr 2060 an auf das bestehende Wasserwerk Dirmerzheim zu konzentrieren. Die Verwirklichung des informalen 'Wasserversorgungskonzepts' steht erst außergewöhnlich weit in unabsehbarer Zukunft an. Der Erftverband erhebt nach eigenen Angaben u. a. gleichwohl die Forderung nach einem

wirksame[n] Schutz des Einzugsgebiets des Wasserwerks Dirmerzheim bereits heute (Schutzgebiet, Wasservorranggebiet), um die zukünftig herausragende Bedeutung dieses Standortes für die (Trink-) Wasserversorgung im Revier sicherzustellen.

So der Jahresbericht Erftverband 2021, Seite 8 (Hervorhebung nicht im Original).

Mit seiner auf 'Wasservorranggebiete' bezogenen Forderung befindet sich der Erftverband in Einklang mit Plansatz 7.4-3 LEP NRW, mit der LPIG DVO NRW und dem Deponierecht (dazu unter A.I., A.II. und A.III.). Die Planungsbeschränkungen im Entwurf des Regionalplans greifen mit zusätzlichen Planungsbeschränkungen in Form von Wasservorbehaltsgebieten unzulässig darüber hinaus. Denn sie sind auf der Grundlage eines nur informalen Konzepts nicht zu rechtfertigen. Die zuständige Festsetzungsbehörde verneint die Voraussetzungen für die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets am Standort Dirmerzheim, das in der Dimension, die der Entwurf des Regionalplans mit dem BGG Nr. 43 in der Erläuterungskarte festlegt, erst in einigen Jahrzehnten gebraucht wird.

Vgl. (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) den Bericht der Festsetzungsbehörde zur Abgrenzung der entsprechenden Zone für Dirmerzheim im Regionalplanentwurf in der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 161. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 27.09.2021, veröffentlicht in der Sitzungsvorlage zur 162. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 13.12.2021, Drucksache Nr. BKA 0752, Seiten 15 f., mit der Bewertung:

*Das Trinkwasserschutzgebiet werde erst in einigen Jahrzehnten gebraucht, was es schwierig mache, es bereits jetzt schon fachplanerisch festzusetzen.*

Die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets müssten die betroffenen Grundeigentümer nur hinnehmen, sofern bereits jetzt schon feststünde, dass sich in dem fraglichen Gebiet das Trinkwasserangebot künftig verknappen und deshalb die Bedeutung eines für die öffentliche Wasserversorgung gut geeigneten Grundwasservorkommens zunehmen, die beabsichtigte Entnahme also in absehbarer Zukunft erforderlich sein wird.

Vgl. VGH München, Urteil vom 09.07.2010, Az.: 22 N 06.1741, TA 26 unter Verweis auf Czychowski/ Reinhardt, WHG, 9. Aufl. (2007), § 19 Rdn. 6.

In Abgrenzung dazu ist eine Festsetzung nur zur "Vorratshaltung" oder alleine nach Vorsorgeprinzipien unzulässig.

Ebenda.

Der Entwurf des Regionalplans enthält weder belastbare Feststellungen zu einer künftigen Verknappung, noch zur Eignung des Grundwasservorkommens, noch zur Erforderlichkeit der Entnahme in absehbarer Zeit.

Er adressiert stattdessen mehrfach unkonkret Vorsorgeprinzipien. So soll Plansatz G.46 Abs. 1 ausdrücklich dem 'vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz' dienen. Bestimmte Planungen und Maßnahmen sollen zum Schutz der Trinkwassergewinnung "aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden" (vgl. Erläuterung 2 zu Plansatz G.46). Auch im Übrigen verfolgt Kapitel 4.7.2 "Grundwasserschutz und Gewässerschutz" für die 'derzeitige und/ oder zukünftige öffentliche Trinkwasserversorgung aus Grundwasser' ausdrücklich einen 'vorsorgenden und präventiven Trinkwasserschutz innerhalb der BGG' (vgl. Erläuterung 3 zu Plansatz Z.26). Dies bringt auch die Erläuterungskarte A 3, F 9 mit dem Titel "Trinkwasservorsorge" zur Geltung.

Der 'erweiterte Grundwasser- und Gewässerschutz' in Plansätzen G.46 und G.47 steht somit erklärmaßen im Dienst einer allein vorsorglichen Bevorratung für eine noch nicht in der festgelegten Dimension nachgewiesenermaßen erforderliche, unabsehbar entfernt in der Zukunft liegende Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim.

Wenn den Festsetzungsbehörden die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets auf den Flächen des BGG Nr. 43 wasserrechtlich verwehrt ist, weil die Beschränkungen unter

den gegebenen Umständen nicht zu rechtfertigen sind, ist nicht ersichtlich, warum es dem Träger der Regionalplanung erlaubt sein sollte, den betroffenen Grundeigentümern auf der Grundlage von Mutmaßungen Planungsbeschränkungen aufzuerlegen. Die Regionalplanung lässt sich nicht zur Umgehung oder Überwindung fachrechtlicher Rechtfertigungsanforderungen nutzen.

Dies gilt vorliegend umso mehr, weil der Entwurf des Regionalplans es nicht bei einer Gewichtungsvorgabe (Plansatz G.46 Abs. 1) belässt, sondern noch darüber hinausgehend eine kaschierte Verbotsintention verfolgt, die die Planungsbeschränkungen den Rechtswirkungen eines festgesetzten Wasserschutzgebiets annähert (Plansatz G.46 Abs. 2; dazu noch unter B., Seiten 23 ff.).

#### 4. Politischer Wille

Erweist sich die Forderung u. a. des Erftverbands in Bezug auf eine in unabsehbar entfernter Zukunft eventuelle Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim weder wasser-, noch raumordnungsrechtlich als durchsetzbar, reduziert sie sich auf eine Forderung allein politischer Natur. Ein politischer Wille zu vorsorglichem Grundwasserschutz am Standort Dirmerzheim ist in der Abwägung jedoch kein erheblicher Belang.

#### 5. Redundanz

Nach Kenntnis von Rhiem & Sohn widerspricht die Fixierung der Trinkwassergewinnung eines großen Versorgungsgebiets auf einen einzigen Standort (Dirmerzheim) wasserwirtschaftlichen Grundsätzen. Danach ist die Trinkwassergewinnung zur verlässlichen Versorgung der Bevölkerung redundant zu gestalten, um im Bedarfsfall (z. B. beim Ausfall einer Trinkwasserförderungs- bzw. Brunnenanlage an einem Standort) zur Kompensation auf redundante Förderstandorte zurückgreifen zu können.

#### 6. Interessen und Belange

Mit der Umschreibung der Verschlechterung der Grundwasserqualität als "Veränderungen im Bereich der Grundwasser- und [...] Gewässerverhältnisse" (vgl. Begründung zu Plansatz G.47 Abs. 1) lässt der Entwurf des Regionalplans die Planbetroffenen über den maßgeblichen Verursachungsbeitrag des Braunkohlebergbaus

im Unklaren.

Dem entspricht, dass sich zu den widerstreitenden Interessen, die möglicherweise als öffentliche und private Belange in eine Abwägung einzustellen sind, im Entwurf des Regionalplans keine Erwägungen finden.

Der Entwurf des Regionalplans überlässt den Planbetroffenen die Spekulation, ob hinter den Festlegungen letztlich das ? nicht maßgebliche, wenngleich nachvollziehbare ? Interesse der RWE Power AG stehen kann, nicht als Verursacherin von bergbaubedingten Verschlechterungen der 'Grundwasser- und Gewässerverhältnisse' (bzw. deren Rechtsnachfolgerin) zu einer möglichen, aber kostenträchtigen, zusätzlichen Trinkwasseraufbereitung in anderen Wasserwerken, zur Erschließung bisher noch nicht genutzter Grundwasservorkommen außerhalb der Erftscholle oder im Rahmen etwaiger vertraglicher Verpflichtungen zu einer Ersatzwasserversorgung herangezogen zu werden. Entsprechendes gilt für die Überlegung, die von der RWE Power AG betriebene Deponie in der Ville über Planungsbeschränkungen in einem fortgeschriebenen Regionalplan Köln gegen konkurrierende Planungen und Maßnahmen wie die von Rhiem & Sohn abzuschirmen.

#### 7. Hydrogeologische Verhältnisse

Der Entwurf des Regionalplans liefert keine Erkenntnisse zu den hydrogeologischen Verhältnissen, Grundwasser- und Förderhorizonten. Deswegen lässt sich nicht beurteilen, ob die Planungsbeschränkungen geeignet sind, die Grundwasserleiter zu schützen, aus denen Trinkwasser gefördert werden soll. Diese können ? wie vorliegend fachgutachterlich bereits nachgewiesen ? durch geologische Schichten gegen oberflächennahe Einwirkungen wirksam abgeschirmt sein.

Vgl. die Anregung von Rhiem & Sohn im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des Regionalplans Köln vom 26.08.2022, Seiten 11 ff. und die dortigen Anlagen:

Ingenieurbüro Heitfeld-Scheteling GmbH, Gutachten über eine Bestandsaufnahme der geologisch-hydrogeologisch- wasserwirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Erp und Dirmerzheim als Grundlage für die geplante Erweiterung der Deponie der Rhiem & Sohn Kies und Sand GmbH & Co. KG in Erftstadt-Erp", Aachen, 25.02.2019,

Ingenieurbüro Heitfeld-Scheteling GmbH, Ergänzungsgutachten zu den geologisch-

hydrogeologischen Verhältnissen im Bereich zwischen Erp und Dirmerzheim im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Deponie der Rhiem & Sohn Kies und Sand GmbH & Co. KG in Erftstadt-Erp, Aachen, 26.06.2020, sowie

Geotechnisches Büro Prof. Dr.-Ing. H. Düllmann GmbH, Deponie Erftstadt-Erp  
Erweiterungspläne, Risikoanalyse in Bezug auf die mögliche Ausweitung des Einzugsgebietes des Wasserwerkes Dirmerzheim, Bornheim, 21.10.2019.

In diesem Zusammenhang fehlen Erkenntnisse dazu, wo sich die bergbaubedingten "Veränderungen im Bereich der Grundwasserund [...] Gewässerverhältnisse" (Begründung zu Plansatz G.47 Abs. 1), also die bergbaubedingte Verschlechterung der Grundwasserqualität, einstellen wird. Sollte dies z. B. nur in den oberflächennahen Grundwasserhorizonten der Fall sein, stellte sich die Frage, ob regionalplanerische Planungsbeschränkungen ? gleichviel, ob als Gewichtungsvorgabe oder als Verbote wie in Plansatz Z.26 (dazu unter E., Seiten 34 ff.) ? geeignet sind, das angestrebte Ziel in Anbetracht der bergbaubedingten Vorbelastungen zu fördern, die der Träger der Regionalplanung offenbar als unverhinderbar hinzunehmen gedenkt.

#### 8. Gleichbehandlung

Diese Hinnahme wirft unter dem Aspekt der Gleichbehandlung Fragen auf. Denn der Träger der Regionalplanung begründet wegen 'Veränderungen' der Grundwasserverhältnisse Planungsbeschränkungen zu Lasten von Planbetroffenen, die die genannten 'Veränderungen' nicht herbeigeführt haben, während der Bergbau als Verursacher der genannten 'Veränderungen' unerwähnt bleibt. Der Entwurf des Regionalplans setzt sich insoweit dem Einwand der Abwägungsdisproportionalität aus.

#### 9. Bedarf

Der Entwurf des Regionalplans thematisiert keine Bedarfsfragen. Sofern der überwiegende Anteil des in Dirmerzheim bzw. in der Erftscholle geförderten Trinkwassers nicht nur derzeit, sondern auch in unabsehbar entfernter Zukunft in den von RWE Power AG betriebenen Kraftwerken als Brauchwasser verwendet würde, könnte eine Substituierung zu erwägen sein. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser dürfte es dann nicht erforderlich sein, die Brunnenleistung in Dirmerzheim so zu erhöhen, dass für einen Großteil der Erftscholle regionalplanerische Planungsbeschränkungen festgelegt werden, die die Entwicklung der Region auf unabsehbare Zeit blockieren.



Die Beteiligung der RWE Power AG an dem 'Wasserversorgungskonzept' lässt solche gegenläufigen Erwägungen umso gebotener erscheinen.

#### 10. Örtliche Verhältnisse

Der Grundwasserhorizont, aus dem am Standort Dirmerzheim Grundwasser für die Trinkwasserversorgung gefördert werden soll, ist nach fachgutachterlichen Erkenntnissen, die der Geologische Dienst NRW teilt, im Bereich des Stadtgebiets von Erftstadt flächig durch eine 15 m bis 30 m starke Tonschicht vor dem vertikalen Eindringen von wasserlöslichen Schadstoffen abgeschirmt.

Vgl. die Angaben unter A.IV.7., Seite 18.

Belege dafür, dass von Vorhaben der Rohstoffgewinnung oder Deponien angesichts der konkret ermittelten geologischen Verhältnisse dennoch ein relevantes Risiko für eine etwaige Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim ausgehen könnte, liefert der Entwurf des Regionalplans nicht. Sie sind auch sonst nicht ersichtlich. Dann aber fehlt die Erforderlichkeit für eine Planungsbeschränkung in Form einer Gewichtungsvorgabe zu Gunsten von nicht ? auch nicht 'potentiell' ? 'gefährdeten' Belangen der Trinkwassergewinnung, die auf den nachgeordneten Planungsebenen und in der Fachplanung ohnehin zu berücksichtigen sind.

#### V. Einzelfallbezogene Differenzierungen

Plansatz G.46 Abs. 1 verstößt in der Auslegung der Erläuterung 2 gegen die Anforderungen einer sachgerechten Abwägung. Denn entgegen den in der Wasserschutzzone III B gebotenen Differenzierungen liegt der Gewichtungsvorgabe eine starre, damit sachwidrige und unzulässige Fixierung auf vermeintliche Gefährdungspotentiale zugrunde.

Es ist sachwidrig, realitätsfern und steht mit dem einschlägigen Zulassungsrecht in Widerspruch, jegliche

Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, **Deponien**, Abwasserbehandlungsanlagen [...] sowie der **A**  
**bbau oberflächennaher Bodenschätze** (Nass- und Trockenabgrabungen)

abstrakt generalisierend als Planungen und Maßnahmen aufzuführen, die "potentiell eine erhebliche Gefährdung der Trink[...]wassergewinnung darstellen" und "aus Vorsorgegründen" ausschließen (verbieten) zu wollen (vgl. Erläuterung 2 zu Plansatz G.46).

Für Vorhaben der Rohstoffgewinnung folgt dies normativ aus der LwWSGVO-OB (dazu unter A.III., Seiten 9 f.).

Für Deponien folgt dies normativ aus den Differenzierungen des einschlägigen Zulassungsrechts, das u. a. nach Deponieklassen (vgl. § 3 Abs. 1 DepV i. V. m. Anhang 1 zur DepV), dem Schadstoffpotential der abzulagernden Abfälle differenziert (vgl. § 6 DepV i. V. m. Anhang 3 zur DepV) und ? gerade zum Schutz des Grundwassers ein nach Deponieklassen und etlichen weiteren Kriterien abgestuftes Multibarrierekonzept aus geologischer Barriere, Basis- und Oberflächenabdichtungssystem verfolgt (vgl. § 3 Abs. 1 DepV).

Plansatz G.46 Abs. 1 stellt Deponien für Abfälle geringen Schadstoffpotentials der Klassen 0 und I den Deponien zur Ablagerung von Abfällen höheren Schadstoffpotentials der Klassen II und III gleich, obwohl sie sich der Sache nach nur unwesentlich von einer Verfüllung von Abgrabungen mit Bodenmaterial unterscheiden.

Das Deponiezulassungsrecht trägt im Rahmen der zu berücksichtigenden Standortkriterien u. a. auch besonders geschützten oder schützenswerten Flächen Rechnung (vgl. Nr. 1.1 Ziffer 2. des Anhangs 1 zur DepV). Darunter fallen nach der normativen Wertung ausdrücklich "Trinkwasserschutzgebiete" oder "Wasservorranggebiete" (ebenda). Diesem fachrechtlichen Befund entspricht die landesplanerische Beschränkung der Regionalplanung, Planungsbeschränkungen nur auf Flächen, die als "Wasserschutzzonen I bis III A" festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, festlegen zu dürfen (dazu unter A.I., Seiten 3 ff.).

Weder deponierechtlich, noch landesplanerisch ist die Regionalplanung zur Festlegung von Planungsbeschränkungen in Wasserv**orbehalts**gebieten bzw. ? über die "Wasserschutzzonen I bis III A" hinausgehend ? in den Wasserschutzzonen III B und/oder III C befugt.

Die Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 zielt darauf ab, selbst z. B. eine

oberflächennahe Deponie der Klasse 0 für Inertabfälle oder eine Deponie der Klasse I für Inertabfälle ohne wasserlösliche Schadstoffe "aus Vorsorgegründen" zu verbieten (vgl. Erläuterung 2 zu Plansatz G.46; dazu noch vertiefend unter B., Seiten 23 ff.). Das ist sachwidrig.

Die regionalplanerische Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 Abs. 1 ist nach alledem aus unterschiedlichen, hier nur beispielhaft, nicht abschließend aufgeführten Gründen rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

#### **Plansatz G.46 Absatz 2**

Plansatz G.46 Abs. 2 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil er ? ungeachtet des Verstoßes gegen Plansatz 7.4-3 LEP NRW ? mit der Vorgabe, bestimmte Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, zu 'vermeiden', auch die raumordnungsrechtliche Befugnis sowohl zur Festlegung von Gewichtungsvorgaben, als auch ? entgegen der Bezeichnung als Grundsatz ? von Zielen der Raumordnung überschreitet.

Er ist **ersatzlos zu streichen**.

#### **I. Prüfungsmaßstab**

Der Träger der Regionalplanung muss Ziele und Grundsätze der Raumordnung als solche kennzeichnen (vgl. § 7 Abs. 1 Satz 4 ROG). Die Kennzeichnung mit dem Großbuchstaben "G" in Plansatz G.46 Abs. 1 und 2 spricht für einen Grundsatz der Raumordnung.

Vgl. auch das "Verzeichnis der Ziele und Grundsätze", Seiten 8 ff. der textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, das den aufgeführten Plansätzen jeweils ein "Z" für Ziele der Raumordnung oder ein "G" für Grundsätze der Raumordnung voranstellt.

Unter Grundsätzen der Raumordnung versteht das Raumordnungsrecht Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG).

Die Erläuterung zu Plansatz G.46 Abs. 2 führt aus, innerhalb der "erweiterten Einzugsbereiche für die Wassergewinnung" bestehe ein "Vorbehalt für wasserwirtschaftliche Funktionen oder Nutzungen". Bei den zeichnerisch festgelegten Flächen (Erläuterungskarte A 3, F 9 "Trinkwasservorsorge"), die als Wasserschutzzonen III B und/ oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, handelt es sich begrifflich um Vorbehaltsgebiete, die bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben sollen und denen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen "besonderes Gewicht" beizumessen sein soll (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ROG).

Das Hauptwort "Gewicht" offenbart, dass die Funktion oder Nutzung, die Gegenstand des Vorbehalts bzw. der Gewichtungsvorgabe ist, in der nachfolgenden Abwägung unterliegen kann, wenn einer konkurrierenden Funktion oder Nutzung ein noch stärkeres Gewicht zukommt.

Vgl. Goppel in: Spannowsky/ Runkel/ Goppel, ROG, 2. Aufl. (2018), § 7 Rdn. 77.

Der Rechtscharakter einer Gewichtungsvorgabe besteht ? im Unterschied zum Verbindlichkeitsanspruch eines abschließend abgewogenen Ziels der Raumordnung (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 1 ROG) ? insoweit in ihrer Überwindbarkeit auf den nachfolgenden Planungsebenen.

Vgl. BVerwG, Urteil vom 13.03.2003, Az.: 4 C 4.02, TA 4.2 bzw. 43.

Diesem Rechtscharakter widersprechen Plansätze, die die Überwindbarkeit der Gewichtungsvorgabe im Ergebnis beseitigen und der Sache nach den Verbindlichkeitsanspruch eines Ziels der Raumordnung erheben.

Ob eine raumordnerische Vorgabe die Qualität eines Ziels oder eines Grundsatzes hat, richtet sich nach dem materiellen Gehalt der Planaussage. Die Zielqualität hängt nicht von der Bezeichnung ab. Erfüllt die fragliche Planaussage nicht die inhaltlichen Anforderungen an Ziele der Raumordnung (i. S. v. § 3 Abs. 2 Nr. 2 ROG), kommt ihr keine Zielqualität zu. Erfüllt sie nicht die inhaltlichen Anforderungen an Grundsätze der Raumordnung (i. S. v. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG), kommt ihr nicht die Qualität eines Grundsatzes zu. Anderslautende Bekundungen des Plangebers lassen eine Planaussage, die lediglich die Anforderungen eines Grundsatzes erfüllt, nicht zu einem Ziel erstarken.

Vgl. BVerwG, Urteil vom 18.09.2003, Az.: 4 CN 20.02, TA 2.1.2; OVG Münster, Urteil vom 06.06.2005, Az.: 10 D 145/04.NE, TA 79 f.

Bei einer Planaussage, die der Plangeber als Grundsatz kennzeichnet, kann es sich um ein Ziel der Raumordnung handeln, wenn sie nach ihrem materiellen Gehalt den Verbindlichkeitsanspruch eines abschließend abgewogenen Ziels der Raumordnung erhebt.

## II. Überwindbarkeit

Der Entwurf des Regionalplans geht in Plansatz G.46 Abs. 2 über eine ? noch dazu inhaltlich unsubstantiierte ? Gewichtungsvorgabe hinaus, indem er letztlich vorgibt, dass sich die Gewichtungsvorgabe im Rahmen der nachfolgenden Abwägung immer durchsetzen, nicht überwindbar sein und damit letztlich die Rechtsfolge eines regionalplanerischen Verbots entfalten soll.

### 1. Verbotsintention

Zwar kaschiert der Wortlaut den auf ein Verbot gerichteten materiellen Gehalt mit der Wendung, dass bestimmte Planungen und Maßnahmen 'vermieden werden sollen'.

Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, **sollen vermieden** werden.

In der Erläuterung 2 zu Plansatz G.46 offenbart der Entwurf des Regionalplans aber, dass es auf die Bindung der nachfolgenden Abwägung an ein bestimmtes Ergebnis ankommt. Denn als Rechtsfolge der Gewichtungsvorgabe sollen Planungen und Maßnahmen, die potentiell eine erhebliche Gefährdung darstellen, "aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden".

Planungen und Maßnahmen, die potentiell eine erhebliche Gefährdung der Trink-/Heilwassergewinnung darstellen, **sollen** aus Vorsorgegründen **ausgeschlossen** werden.

(Hervorhebungen nicht im Original).

Das Raumordnungsrecht bringt mit dem Begriff "ausschließen" die regionalplanerische Unzulässigkeit einer raumbedeutsamen Funktion oder Nutzung zum Ausdruck (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nrn. 1 und 3 ROG). Bei Festlegungen, die raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen ausschließen, handelt es sich um regionalplanerische Verbote. Ein Beispiel findet sich in Plansatz Z.26 für bestimmte Planungen und Maßnahmen in den Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) regionalplanerisch begründet ('sind ausgeschlossen').

## 2. Verbotswirkung

Plansatz G.46 erweist sich in der Auslegung, die ihm die Erläuterung 2 vermittelt, als Schimäre, weil sich hinter der als Grundsatz gekennzeichneten und als überwindbare Gewichtungsvorgabe formulierten Vorgabe ein regionalplanerisches Verbot ? "aus Vorsorgegründen" ? verbirgt.

Die mit einem Grundsatz der Raumordnung unvereinbare Verbotsintention von Plansatz G.46 Abs. 2 wird nicht durch die Verwendung des Hilfsverbs "sollen" gemindert ("sollen vermieden werden" und "sollen aus Vorsorgegründen ausgeschlossen werden"). Denn es gibt über eine Gewichtungsvorgabe hinausgehend ein bestimmtes Abwägungsergebnis regionalplanerisch mit Verbindlichkeitsanspruch vor. In aller Regel ? so die Botschaft an die nachfolgenden Planungsebenen und die Fachplanung ? soll es innerhalb der BGG zu Verboten der genannten raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen (z. B. in der Bauleitplanung) kommen bzw. zur Ablehnung von Anträgen auf Zulassung der genannten raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen (z. B. in der Fachplanung).

Im Regelfall findet keine Abwägung mehr statt, da das Abwägungsergebnis bereits 'aus Vorsorgegründen' regionalplanerisch vorgegeben ist. Aus demselben Grund steht zu befürchten, dass auf den nachgeordneten Planungsebenen unter Hinweis auf Plansatz G.46 Abs. 2 auch eine Begründungspflicht abgelehnt werden würde. Auf Flächen, die lediglich als Wasserschutzzonen III B und/oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten, würde Plansatz G.46 Abs. 2 die Rechtsanwendung von Plansatz G.46 Abs. 1 wegen der fehlenden Abwägung (dazu unter A.IV., Seiten 11 ff.) eine allein prohibitive Wirkung entfalten, die die Träger von raumbedeutsamen Planungen oder Maßnahmen sachwidrig und existentiell bedrohen würde. Denn auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene würde unter Berufung auf Plansatz G.46 Abs. 2 keine Prüfung der 'potentiell erheblichen Gefährlichkeit' von raumbedeutsamen Planungen oder Maßnahmen im Einzelfall

erfolgen, obwohl dies sowohl für Vorhaben der Rohstoffgewinnung im Rahmen der Genehmigung nach LwWSGVO-OB, als auch für Deponien normativ fachrechtlich geboten ist (dazu unter A.III., Seiten 9 ff.).

Die Verwendung des Hilfsverbs "sollen" relativiert nicht den Verbindlichkeitsanspruch, den Plansatz G.46 Abs. 2 erhebt, obwohl der Entwurf des Regionalplans ihn als Grundsatz bzw. als Gewichtungsvorgabe ausgibt. Denn Planaussagen mit Regel-Ausnahme-Struktur können Zielqualität aufweisen, sofern der Planungsträger neben den Regel- auch die Ausnahmevoraussetzungen mit hinreichender tatbestandlicher Bestimmtheit oder doch wenigstens Bestimmbarkeit selbst festlegt.

Vgl. BVerwG, Urteil vom 18.09.2003, Az.: 4 CN 20.02, TA 2.1.3, sogenannte "Soll-Ziele".

Dass Plansatz G.46 Abs. 2 zwar Regel- bzw. Soll-, nicht aber auch Ausnahmevoraussetzungen festlegt, nimmt ihm auf der Grundlage dieser Rechtsprechung die Qualität eines Ziels der Raumordnung, ohne ihm die Qualität eines Grundsatzes der Raumordnung bzw. einer Gewichtungsvorgabe zu verleihen. Denn eine Planaussage, die die an ihren materiellen Gehalt gestellten Anforderungen an die Qualität eines Ziels der Raumordnung verfehlt, lässt sich nicht in eine Planaussage mit der Qualität eines Grundsatzes der Raumordnung umdeuten, wenn der Fehler, der der Planaussage die Zielqualität nimmt, zugleich die Grundsatzqualität nimmt. Das ist vorliegend der Fall, weil die erforderliche Abwägung fehlt (dazu unter A.IV., Seiten 11 ff.).

Plansatz G.46 Abs. 2 widerspricht dem Rechtscharakter der Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.46 Abs. 1, indem er deren Überwindbarkeit beseitigt, im Ergebnis ein regionalplanerisches Verbot zu begründen versucht, an dessen Voraussetzungen aber scheitert und sich auch nicht in einen Grundsatz der Raumordnung umdeuten lässt.

Plansatz G.46 Abs. 2 ist nach alledem rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1007202.pdf](#)

**Inhalt****Plansatz G.47 Absatz 1**

Plansatz G.47 Abs. 1 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil er mit der Vorgabe, den infolge der Beendigung des Braunkohlebergbaus auftretenden "Veränderungen der Grundwasser- und Gewässerverhältnisse", insbesondere in Bezug auf die Trinkwassergewinnung, besonderes Gewicht beizumessen, die raumordnungsrechtliche Befugnis zur Festlegung einer Gewichtungsvorgabe überschreitet.

Er ist aufgrund eines Verstoßes gegen verbindliche, landesplanerische Vorgaben **ersatzlos zu streichen**.

**I. Verstoß gegen höherrangiges Recht**

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen kann auf die Ausführungen zu Plansatz G.46 verwiesen werden (dazu unter A., Seiten 2 ff.), die für Plansatz G.47 Abs. 1 entsprechend gelten. Der LEP NRW räumt den Trägern der Regionalplanung nicht die Befugnis ein, den ihnen nachgeordneten Planungsebenen (z. B. die Fach- oder Bauleitplanung) über den Bereich der Wasserschutzzonen I bis III A hinausgehend die Gewichtung von Belangen vorzugeben.

**II. Räumlicher Geltungsbereich**

Plansatz G.47 Abs. 1 greift in seinem räumlichen Geltungsbereich noch über die Flächen hinaus, die als Wasserschutzzone III B und/ oder III C festgesetzt sind oder möglicherweise festgesetzt werden könnten. Denn er erfasst das "Braunkohlenplangebiet", das sich ausweislich der Erläuterungskarten A 3, F 9 "Trinkwasservorsorge" auf nahezu die Hälfte des gesamten Planungsraums und nicht nur auf die in entsprechenden Braunkohlenplänen festgelegten Flächen (§§ 25, 26 LPIG NRW) erstreckt [s. Anhang Abb. StnID 1007213].

Die Behauptung in Erläuterung 1 zu Plansatz G.47, dieser 'konkretisiere' die Vorgaben in Plansatz 7.4-3 LEP NRW, ist unvertretbar. Denn der Entwurf des Regionalplans setzt sich über die Vorgaben des LEP NRW hinweg. In Plansatz G.46 und den Erläuterungen zu Plansatz G.46 verfolgt er ausdrücklich die Absicht, über seine landesplanerische Beschränkung auf Vorgaben zu Wasserschutzzonen I bis III A hinausgehend auch

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt und der Grundsatz 47 wird angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Änderungssynopse der textlichen Festlegungen verwiesen.



Vorgaben für die Wasserschutzzonen III B und/ oder III C als 'erweiterte Einzugsbereiche' festzulegen. Schon diese Abweichung von verbindlichen Vorgaben der Landesplanung stellt keine zulässige Konkretisierung dar (dazu unter A.I.). Für den weit darüber hinausgreifenden räumlichen Geltungsbereich von Plansatz G.47 gilt dies erst recht.

### III. Abwägung

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen kann hinsichtlich der fehlenden Abwägung auf die Ausführungen zu Plansatz G.46 verwiesen werden (dazu unter A.IV., Seiten 11 ff.), die für Plansatz G.47 Abs. 1 entsprechend gelten. Der Gewichtungsvorgabe liegen weder tatsächlich belastbare Erkenntnisse zugrunde, noch ergibt sich aus den Planunterlagen, aus welchen nachvollziehbaren Gründen den Aspekten des Grundwasser- und Gewässerschutzes gegenüber anderen Interessen ein erhöhtes Gewicht beizumessen sein sollte.

#### 1. Ermittlungen

Der Entwurf des Regionalplans offenbart zum Braunkohleplangebiet vage, es komme "künftig in Folge der Beendigung des Braunkohlebergbaus absehbar zu Veränderungen im Bereich der Grundwasserund [...] Gewässerverhältnisse" (vgl. Begründung zu Plansatz G.47). Es bleibt im Dunkeln, welcher Art die 'Veränderungen' sein könnten, die 'künftig absehbar' sein sollen.

Der Umweltbericht offenbart, dass dem Entwurf des Regionalplans hierzu keine Ermittlungen zugrunde liegen. Während es zu den Plansätzen Z.26 und G.46 noch heißt, die Auswirkungen dieser beiden Festlegungen seien "uneingeschränkt als positiv zu bewerten", ist zu Auswirkungen von Plansatz G.47 ausdrücklich "keine seriöse Prognose" möglich.

Umweltbericht, Seite 98 unter "Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern" (Hervorhebungen nicht im Original):

Über die Auswirkungen dieses Grundsatzes auf die Schutzgüter des Umweltschutzes ist an dieser Stelle **keine seriöse Prognose möglich**, weil der Landschaftswasserhaushalt in dem großen, sich über mehrere Landkreise erstreckenden Braunkohlenplangebiet sehr **komplex** ist und weil **zahlreiche Unwägbarkeiten** bei der Intensität und Dauer des Braunkohlentagebaus sowie bei den

Maßnahmen zur Renaturierung. bestehen. Eine weitere **Unwägbarkeit** ist der Klimawandel, dessen Auswirkungen für die linksrheinische Braunkohlenregion kaum kalkulierbar sind.

Eine Gewichtungsvorgabe lässt sich nicht auf Prognosen stützen, die nicht seriös begründbar sind. Denn dann liegen der Planung allenfalls planungsrechtlich unerhebliche Mutmaßungen zugrunde. Dies gilt erst recht für die Verbotsintention in Plansatz G.47 Abs. 2, die der unzulässigen Verbotsintention in Plansatz G.46 Abs. 2 nachgebildet ist (dazu unter B.II., Seiten 25 f.).

Bei Plansatz G.47 Abs. 1 handelt es sich nach alledem um eine unzulässige Planung, weil sie entweder 'ins Blaue' hinein erfolgt, oder weil sie sich in Verbindung mit Plansatz G.47 Abs. 2 in einer negativen Plan- bzw. Verbotsaussage erschöpft.

## 2. Planaussagen im Übrigen

Die Formulierungen zu Planungen und Maßnahmen, denen die Festlegungen des Regionalplans gelten sollen, offenbaren eine einseitige Fixierung auf deren Risiken bei gleichzeitiger Ausblendung der Verursachungsbeiträge des Bergbaus. Dies zeigt der Vergleich zwischen der vagen, jedenfalls aber wertfreien Wendung von den "Veränderungen im Bereich der Grundwasser- und die Gewässerverhältnisse" mit den eindeutig negativ konnotierten planerischen Aussagen zu den zu vermeidenden bzw. auszuschließenden Planungen und Maßnahmen. Diese stellt der Entwurf des Regionalplans als 'potentiell erheblich gefährdend' dar (Plansatz G.46 Abs. 2), akzentuiert etwaige "negative Auswirkungen auf die Gewässer- und Grundwasserqualität", die "gewässerschutzgefährdende Nutzungen" bzw. "wassergefährdende Anlagen oder Nutzungen" haben sollen (Erläuterung 2).

Diese Terminologie durchzieht das gesamte Kapitel 4.7.2 "Grundwasserschutz und Gewässerschutz", wo von 'Gefährdungspotential' (vgl. Erläuterungen 3 und 4 zu Plansatz Z.26 und Erläuterung 2 zu Plansatz G.46), von 'wassergefährdenden Anlagen oder Nutzungen' (vgl. Erläuterung 3 zu Plansatz Z.26 und Erläuterung 2 zu Plansatz G.46), von einer 'beeinträchtigten Wasser- oder Gewässerbeschaffenheit' (vgl. Erläuterung 3 und 4 zu Plansatz Z.26), von 'Gefährdungen' (vgl. Erläuterung 5 zu Plansatz Z.26), von einer 'potentiell erheblichen Gefährdung der Trink-/Heilwassergewinnung' und 'gewässerschutzgefährdenden Nutzungen' (vgl. Erläuterung 2 zu Plansatz G.46) die Rede ist.

Bei den Planbetroffenen muss dies den irrigen Eindruck erzeugen, etwaige Risiken für die Trinkwassergewinnung im Braunkohlenplangebiet gingen einzig von ihren Planungen und Maßnahmen aus.

#### **Plansatz G.47 Absatz 2**

Plansatz G.47 Abs. 2 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil er mit der Vorgabe, bestimmte Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser gefährden, zu 'vermeiden', die raumordnungsrechtliche Befugnis zur Festlegung einer Gewichtungsvorgabe überschreitet.

Er ist **ersatzlos zu streichen**.

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen kann auf die Ausführungen zu Plansatz G.46 Abs. 2 verwiesen werden (dazu unter B., Seiten 23 ff.), die für Plansatz G.47 Abs. 2 entsprechend gelten.

Im Hinblick auf den räumlichen Geltungsbereich (dazu unter C.II., Seiten 30 f.), der sich weit über denjenigen des Plansatzes G.46 hinaus auf einen erheblichen Teil des Planungsraums erstreckt, wiegt das Fehlen einer Abwägung (dazu unter A.IV., Seiten 11 ff.) umso schwerer.

Plansatz G.47 Abs. 2 widerspricht dem Rechtscharakter der Gewichtungsvorgabe in Plansatz G.47 Abs. 1, indem er deren Überwindbarkeit beseitigt, im Ergebnis ein regionalplanerisches Verbot zu begründen versucht, an dessen Voraussetzungen aber scheitert und sich auch nicht in einen Grundsatz der Raumordnung umdeuten lässt.

Plansatz G.47 Abs. 2 ist rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1007213.pdf](#)

1007221

## Inhalt

### Plansatz Z.26

Plansatz Z.26 verstößt gegen höherrangiges Recht, soweit er ein Verbot mit dem Anspruch der Verbindlichkeit eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG) für Planungen und Maßnahmen begründet, das über die Verbote in 'bestehenden Einzugsgebieten' hinausgeht. Dies gilt erst recht für nur 'geplante Einzugsgebiete'.

Er ist den normativen Vorgaben **anzupassen**.

Plansatz Z.26 Abs. 3 lautet:

Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen. Weil Planungen und Maßnahmen innerhalb der Bereiche für Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) ausgeschlossen sein sollen, wenn sie "mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar sind", sind sie unzulässig und damit verboten (regionalplanerisches Verbot). Voraussetzungen, nach denen entschieden werden könnte, wann eine Planung oder Maßnahme "mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz nicht vereinbar" ist, fehlen.

### I. Bestehende Einzugsgebiete

Ausweislich der Erläuterung 1 zu Plansatz Z.26 soll sich das regionalplanerische Verbot auf '[b]estehende [?] Einzugsgebiete, die der öffentlichen Trinkwassergewinnung [...] dienen', erstrecken.

Darunter dürften ? jedenfalls ? die Einzugsgebiete fallen, die wasserrechtlich durch entsprechende Rechtsverordnung als Wasserschutzgebiete festgesetzt worden sind (§§ 51 f. WHG; 35 LWG NRW). In Wasserschutzgebieten dürfen jedoch bestimmte Handlungen verboten oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden, soweit der Schutzzweck dies "erfordert" (vgl. § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG). Dabei handelt es sich ? in Abgrenzung zum regionalplanerischen Verbot des Plansatzes Z.26 Abs. 3 ? um wasserfachliche Verbote.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß Ziel 7.4-3 LEP NRW sind Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer, die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Entsprechende festgesetzte und geplante Bereiche sind als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) festzulegen und für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen zu sichern. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen zu schützen und zu sichern. BGG überlagern zum Teil andere Festlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Z.26 setzt diesen Schutz der Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer entsprechend gemäß LEP NRW um.

Der Entwurf des Regionalplans begründet in bestehenden Einzugsgebieten, die als Wasserschutzgebiete festgesetzt sind, zusätzlich zu den ohnehin geltenden wasserfachlichen Verboten ein regionalplanerisches Verbot.

#### 1. Kongruenz und Inkongruenz

Wären das regionalplanerische und das wasserfachliche Verbot in ihrer Verbotsaussage deckungsgleich (kongruent), wäre das regionalplanerische Verbot weder geeignet, noch erforderlich, Zwecke zu fördern, um derentwillen das wasserfachliche Verbot in der Wasserschutzzone begründet worden ist. Ein solches regionalplanerisches Verbot wäre überflüssig, rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

Das regionalplanerische Verbot in Plansatz Z.26 Abs. 3 und die wasserfachlichen Verbote in konkret festgesetzten Wasserschutzgebieten müssen aber nicht deckungsgleich, sondern können inkongruent sein. Denn während es für das regionalplanerische Verbot auf die Vereinbarkeit der Planung oder Maßnahme mit der (globalen) "Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz" ankommen soll, ist der (konkrete) Schutzzweck der jeweiligen, an den konkreten Gegebenheiten orientierte Wasserschutzverordnung Maßstab für die wasserfachlichen Verbote. Deswegen könnte eine Planung oder Maßnahme regionalplanerisch als mit der "Funktion Grundwasserund Gewässerschutz" unvereinbar zu bewerten sein, obwohl sie keinem wasserfachlichen Verbot einer festgesetzten Wasserschutzverordnung unterliegt.

Das regionalplanerische Verbot ginge über die wasserfachlichen Verbote hinaus und würde die insoweit maßgeblichen raumordnungsrechtlichen Anforderungen verfehlen. Denn die Regionalplanung ist zur Konkretisierung der Grundsätze der Raumordnung durch Festlegungen in Raumordnungsplänen nur so weit befugt, wie dies "erforderlich" ist (vgl. § 2 Abs. 1 ROG). Es mag u. a. Aufgabe der Regionalplanung sein, den Raum in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts zu sichern (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 1 ROG) und Grundwasservorkommen zu schützen (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 2, Halbs. 2 ROG). Sofern dieser Schutz jedoch bereits durch Begründung wasserfachlicher Verbote in festgesetzten Wasserschutzgebieten bewirkt ist, ist nicht ersichtlich, dass gleichlautende, regionalplanerische Verbote erforderlich sein könnten. Denn sie wären nicht geeignet, das angestrebte Ziel zu fördern, weil es bereits durch die wasserfachlichen Verbote in festgesetzten Wasserschutzgebieten erreicht ist.

Das gilt erst recht, sofern das regionalplanerische Verbot über wasserfachliche Verbote in festgesetzten Wasserschutzgebieten hinausgeht. Denn es ist nicht vorstellbar, dass

der Träger der Regionalplanung auf seiner Ebene Verbote regionalplanerisch für erforderlich halten darf, die die Festsetzungsbehörden bei der Festsetzung eines Wasserschutzgebiets auf der Grundlage einer wasserfachlichen Ermittlung der konkreten Gegebenheiten nicht für erforderlich gehalten haben.

Die fehlende Erforderlichkeit des Verbots in Plansatz Z.26 Abs. 3 entfällt nicht etwa, weil Plansatz Z.26 Abs. 4 die Erteilung einer Ausnahme bei Vorliegen einer 'wasserrechtlichen Ausnahme' ermöglicht.

Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen.

Denn sofern die Rechtsverordnung für ein Wasserschutzgebiet 'Ausnahmen' für wasserfachliche Verbote festlegen sollte, würden sie gerade nicht für das regionalplanerische Verbot gelten, soweit es über die wasserfachlichen Verbote in festgesetzten Wasserschutzgebieten hinausgeht. Die Inkongruenz zwischen regionalplanerischem und wasserfachlichem Verbot wäre durch 'wasserrechtliche Ausnahmen' nicht überwindbar.

Das regionalplanerische Verbot in Plansatz Z.26 ist auf Flächen, auf denen wasserfachliche Verbote festgesetzter Wasserschutzgebiete gelten, überflüssig, rechtswidrig, unwirksam und deshalb nichtig.

## 2. Planungserfordernis in der Regel

Vor diesem Hintergrund ist unerfindlich, aus welchen Gründen "Neuplanungen [?] oder wesentliche Erweiterungen bzw. Änderungen von Wasserschutzgebieten in der Regel ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans" auslösen könnten (vgl. Erläuterung 2 zu Plansatz Z.26). Denn würden im Rahmen der Festsetzung eines neuen Wasserschutzgebiets wasserfachliche Verbote festgesetzt, bedürfte es auf der Ebene der Regionalplanung nicht der Begründung deckungsgleicher regionalplanerischer Verbote. Für regionalplanerische Verbote, die über neu festgesetzte wasserfachliche Verbote hinausgehen, bestünde zudem keine Erforderlichkeit.

Wegen dieses klaren Befunds bedarf die Frage, warum das vermeintliche "Planungserfordernis" nur "in der Regel" bestehen soll, ebenso wenig einer Beantwortung wie die im Entwurf des Regionalplans letztlich unbeantwortete Frage,

unter welchen Ausnahmevoraussetzungen es entfallen könnte. Die Erläuterung zu Plansatz Z.26 ist unergiebig.

### 3. Auslegungsfragen

Der Wortlaut von Plansatz Z.26 wirft unnötig vermeidbare Auslegungsfragen auf. Denn das Wasserhaushaltsrecht kennt begrifflich nur Befreiungen (vgl. § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG; § 7 Abs. 1 Nr. 2 LwWSGVO-OB), nicht aber Ausnahmen. Damit stellt sich die Frage, ob die Voraussetzungen für eine 'wasserrechtliche Ausnahme' vom regionalplanerischen Verbot vorliegen, wenn für eine Planung oder Maßnahme eine Befreiung vom wasserfachlichen Verbot erteilt worden ist. Es ließe sich auch fragen, ob die Befreiung vom wasserfachlichen Verbot die Vereinbarkeit "mit der Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz" herstellt, sodass das regionalplanerische Verbot nicht greift. Der Wortlaut, der sowohl die wasserrechtliche Terminologie, als auch etwaigen Unterschieden zwischen Ausnahmen und Befreiungen (vgl. z. B. § 31 BauGB) keine Rechnung trägt, geht zu Lasten der normativ gebotenen Bestimmtheit und Bestimmbarkeit (vgl. § 3 Nr. 2 ROG) von Plansatz Z.26.

Anm.:

Das gilt für die Terminologie des Kapitels "4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz" auch im Übrigen, wo z. B. die Festsetzung von Wasserschutzgebieten fälschlich als "Neuplanung" bezeichnet und damit unzutreffenderweise der Planung zugeschlagen wird, obwohl es sich dabei weder normativ (vgl. § 35 Abs. 1 Satz 1 LWG NRW), noch nach höchstrichterlicher Rechtsprechung um eine planende Rechtssetzung in Ausübung eines Planungsermessens handelt.

### 4. Abwägung

Dem regionalplanerischen Verbot in Plansatz Z.26 liegt keine Abwägung zugrunde, die den insoweit geltenden raumordnungsrechtlichen und allgemeinen Anforderungen an eine Abwägung genügt.

Nach seinem Verbindlichkeitsanspruch müsste Plansatz Z.26 als Ziel der Raumordnung eine verbindliche Festlegung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums sein, die der Regionalrat Köln abschließend abgewogen hat (vgl. § 3 Nr. 2 ROG).

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen kann auf die Ausführungen zu Plansatz G.46 Abs. 1 verwiesen werden (dazu unter A.IV., Seiten 11 ff.), die für Plansatz Z.26 entsprechend gelten.

Plansatz Z.26 formuliert keine Tatbestandsmerkmale, anhand derer im Rahmen der Rechtsanwendung geprüft und entschieden werden könnte, wann eine Planung oder Maßnahme mit der "Funktion Grundwasser- und Gewässerschutz" unvereinbar ist. Er formuliert auch nicht die Voraussetzungen, unter denen eine 'wasserrechtliche Ausnahme' gegeben sein könnte.

Die Ausführungen beschränken sich auf eine Zusammenstellung allgemeiner Aussagen, die allein das öffentliche Interesse an einer "Trink- und Heilwasserversorgung" akzentuieren. Private Interessen klingen allenfalls mittelbar in der Erläuterung zu bestandsgeschützten Vorhaben an, wobei diesen jedoch über die Bezeichnung als "wassergefährdende Anlagen" trotz einer bestehenden Zulassung jede Relevanz abgesprochen wird.

Anstelle einer eigenen Abwägung nehmen die Erläuterungen zu Plansatz Z.26 letztlich auf 'Anforderungen' in festgesetzten Wasserschutzgebieten Bezug, die 'differenziert' seien und aus denen sich "Planung oder Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen" ergeben sollen (Hervorhebung nicht im Original):

Planung oder Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen ergeben sich **insbesondere** aus den differenzierten Anforderungen der zugrundeliegenden Wasserschutzverordnungen und den darin enthaltenden Ge- und Verboten, differenziert nach den Wasserschutzzonen I ? III A.

Der Entwurf des Regionalplans zählt beispielhaft Gattungen von Vorhaben auf, die das regionalplanerische Verbot erfassen soll. Der Verweis auf die "differenzierten Anforderungen" in festgesetzten Wasserschutzgebieten offenbart, dass Plansatz Z.26 keine eigene Abwägung zugrunde liegt. Vielmehr übernimmt der Entwurf des Regionalplans die Abwägung der Festsetzungsbehörden in Wasserschutzgebietsverfahren. Dabei handelt es sich um die Abwägung eines anderen Funktionsträgers, die als eine nachvollziehende Abwägung nicht die Anforderungen an eine planerische Abwägung erfüllt. Damit steht zugleich fest, dass dem regionalplanerischen Verbot keine eigene, planerische Abwägung zugrunde liegt, soweit es über die wasserfachlichen Verbote in festgesetzten Wasserschutzgebieten hinausgeht.



Der nicht abschließende Charakter der Aufzählung in der Erläuterung zu Plansatz Z.26 bestätigt den obigen Befund, dass das regionalplanerische Verbot über wasserfachliche Verbote in Wasserschutzgebieten noch hinausgehen soll. Denn nach der Konzeption des Entwurfs des Regionalplans erfassen festgesetzte Wasserschutzgebiete "Planung[en] oder Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen" nicht abschließend ("insbesondere"). Es muss also "Planung[en] oder Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen" außerhalb der festgesetzten Wasserschutzgebiete geben, für die das regionalplanerische Verbot gelten soll.

## **II. Geplante Einzugsgebiete**

Ausweislich der Erläuterung 1 zu Plansatz Z.26 soll sich das regionalplanerische Verbot auch auf 'geplante Einzugsgebiete, die der öffentlichen Trinkwassergewinnung [...] dienen', erstrecken.

### **1. Erforderlichkeit**

Ein regionalplanerisches Verbot in nur 'geplanten' Einzugsgebieten ist nicht als Konkretisierung von Grundsätzen der Raumordnung erforderlich (i. S. v. § 2 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 6 Sätze 1 und 2, Halbs. 2, ROG). Mit dem Begriff der 'geplanten' Einzugsgebiete dürften die Einzugsgebiete einer künftigen öffentlichen Wasserversorgung gemeint sein.

Vgl. Erläuterung 3 zu Plansatz Z.26, die die Partizipien 'bestehend' und 'geplant' mit den Adjektiven 'derzeitig' und 'zukünftig' synonym verwendet.

Vgl. Erläuterung 1 zu Plansatz G.46, nach der 'erweiterte Einzugsbereiche' sowohl "die Trinkwassergewinnung" (gemeint wohl im Sinne einer 'bestehenden' Trinkwassergewinnung), als auch "eine zukünftige Trink- und Heilwassergewinnung" betreffen können.

Die Ausführungen unter E.I. (Seiten 35 ff.) dazu, dass einem regionalplanerischen Verbot neben einem wasserfachlichen Verbot einer festgesetzten Wasserschutzzone die gebotene Erforderlichkeit fehlt, gelten entsprechend für Einzugsgebiete, die nur 'geplant' sind, für die also kein Wasserschutzgebiet festgesetzt worden ist. Dies folgt vorliegend daraus, dass mangels Festsetzung eines Wasserschutzgebiets keine wasserfachliche Abwägung vorliegt, die sich der Träger der Regionalplanung zu Eigen

machen könnte. Es ist nicht ersichtlich, dass die 'geplanten' Einzugsgebiete hinsichtlich der Anforderungen an eine Abwägung ? gleichviel, ob wasserfachlich oder regionalplanerisch ? bestehenden, wasserfachlich festgesetzten Einzugsgebieten gleichstehen. Die Planunterlagen enthalten hierzu keine Ausführungen.

Das Wasserrecht erlaubt die Festsetzung von Wasserschutzgebieten zudem nicht nur im Interesse einer "derzeit bestehenden", sondern gerade auch im Interesse "einer künftigen öffentlichen Wasserversorgung" (vgl. § 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Var. 2 WHG). Vorliegend verneint die Festsetzungsbehörde das Vorliegen der Voraussetzungen für die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für eine Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim, das in der Dimension, die der Entwurf des Regionalplans mit dem BGG Nr. 43 in der Erläuterungskarte festlegt, erst in unabsehbarer Zukunft gebraucht wird (dazu mit Nachweis unter A.IV.3., Seite 14).

Es liegt weder im Aufgaben-, noch im Befugnisbereich des Trägers der Regionalplanung, regionalplanerische Verbote als verbindliche Ziele der Raumordnung festzulegen, deren Begründung die Rechtsordnung den für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten zuständigen Festsetzungsbehörden überantwortet. Denn Raumordnungspläne sind kein Ersatz für kommunale Bauleitpläne oder raumbedeutsame Fachpläne.

Vgl. Runkel in: Spannowsky/ Runkel/ Goppel, ROG, 2. Aufl. (2018), § 7 Rdn. 31.

Der Entwurf des Regionalplans lässt sich nicht zur Umgehung der fachrechtlichen Rechtfertigungsanforderungen (an Wasserschutzgebiete im Interesse einer künftigen öffentlichen Wasserversorgung) nutzen.

Wenn für eine nur geplante Trinkwassergewinnung ein wasserfachliches Verbot nicht im Rahmen des Schutzes künftiger öffentlicher Wasserversorgung festgesetzt werden darf (dazu unter A.IV.3., Seiten 14 f.), scheidet die Begründung eines regionalplanerischen Verbots zur Befriedigung politischer Forderungen aus (dazu unter A.IV.4., Seite 17). Dabei kommt es nicht darauf an, ob das regionalplanerische Verbot denselben Inhalt wie das wasserfachliche Verbot hat oder noch darüber hinausgehen soll. Denn zur Konkretisierung der Grundsätze der Raumordnung fehlt ihm die raumordnungsrechtliche Erforderlichkeit (vgl. § 2 Abs. 1 ROG).

## 2. Abwägung

Vor diesem Hintergrund wäre die Festlegung eines regionalplanerischen Verbots allenfalls denkbar, wenn die Anforderungen an die Rechtfertigung eingehalten wären, die wasserfachlich für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten im Interesse einer künftigen öffentlichen Wasserversorgung gelten (vgl. §§ 51 f. WHG). Denn andernfalls wäre der Träger der Regionalplanung in der Lage, ein regionalplanerisches Verbot zu begründen, das zwar alle Eingriffswirkungen eines wasserfachlichen Verbots erzeugt, nicht aber die für Eingriffswirkungen dieser Art wasserfachlichen Rechtfertigungsanforderungen erfüllt. Es wäre ein widersprüchliches Ergebnis, wenn der Träger der Regionalplanung regionalplanerische Verbote begründen dürfte, deren Begründung den Festsetzungsbehörden im Rahmen der Festsetzung von Wasserschutzgebieten verwehrt ist.

In der Rechtsprechung ist geklärt, dass die Rechtfertigungsanforderungen, die die Regionalplanung erfüllen muss, sich nach Verbindlichkeitsanspruch und Eingriffsintensität der angestrebten Festlegungen richten.

Vgl. schon OVG Münster, Urteil vom 01.10.2001, Az.: 20 A 1945/99, TA 156 und 164, hier bezogen auf die Abwägung bei regionalplanerischen Rohstoffgewinnungsverboten:

Die Abwägung ist danach in engem inhaltlichem Zusammenhang zu sehen mit dem Konkretisierungsgrad eines Zieles der Raumordnung.

Wird in dieser Weise landesplanerisch "parzellenscharf" mit dem Verbindlichkeitsanspruch einer endgültigen planerischen Bewältigung des durch die widerstreitenden Belange sich ergebenden Konflikts auch in seinen konkret standortbedingten und einzelfallbezogenen Besonderheiten abgewogen, muss eben diese Abwägung frei von entscheidungserheblichen Fehlern sein, ohne dass bei der Überprüfung der Abwägung maßgeblich auf globalere Gesichtspunkte zurückgegriffen werden darf.

Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind.

Vgl. OVG Münster, Urteil vom 03.05.2022, Az.: 11 D 109/19.NE, TA 208.

Bei Festlegungen mit maximaler Verbindlichkeit und Eingriffswirkung, zu denen

regionalplanerische Verbote gehören, unterliegt die Regionalplanung entsprechend gesteigerten Ermittlungs-, Abwägungs- bzw. Rechtfertigungsanforderungen.

Anhaltspunkte dafür, dass Plansatz Z.26 eine Abwägung öffentlicher und privater Belange zugrunde liegt, die diesen Rechtfertigungsanforderungen genügt, enthalten weder die Erläuterungen, noch die Begründung zu Plansatz Z.26 (dazu unter E.I.4., Seiten 39 ff.).

Damit fehlt die Rechtfertigung für ein regionalplanerisches Verbot von Planungen und Maßnahmen in nur 'geplanten' Einzugsgebieten.

Plansatz Z.26 verstößt gegen höherrangiges Recht, weil er ein regionalplanerisches Verbot zu begründen versucht, obwohl weder die raumordnungsrechtlichen Anforderungen an eine regionalplanerische Abwägung (vgl. § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG), noch ? mangels festgesetzter Wasserschutzgebiete ? die wasserfachlichen Anforderungen (§§ 51 f. WHG) erfüllt sind.

**Inhalt****F. Plansatz Z.42**

Plansatz Z.42 verstößt gegen höherrangiges Recht, soweit er den Anschein erweckt, außerhalb der in Plansatz Z.42 festgelegten Vorranggebiete für Abfalldeponien bestehe für Abfalldeponien ein Verbot oder ein Planungserfordernis. Er ist aufgrund verbindlicher, raumordnungsrechtlicher Vorgaben **ersatzlos zu streichen**.

Plansatz Z.42 lautet: Neue Standorte für erforderliche Abfalldeponien außerhalb der bereits gesicherten Standorte sind als Vorranggebiete festzulegen.

Die Erläuterung 1 zu Plansatz Z.42 führt aus, neue Abfalldeponien seien "nur innerhalb von Standorten, die als Bereiche[...] für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie gesichert sind, zulässig".

Plansatz Z.42 ist in der Auslegung, die ihm der Entwurf des Regionalplans mit der Erläuterung 1 beilegt, sowohl mit Raumordnungsrecht, als auch mit Plansatz Z.41 unvereinbar, weil er den Vorranggebieten für Abfalldeponien eine außergebietliche Verbotswirkung beilegt, die sie vorliegend mangels Abwägung nicht entfalten dürfen.

**I. Prüfungsmaßstab**

Das Raumordnungsrecht kennt Vorranggebiete, die sich darauf beschränken, bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen innerhalb der Vorranggebiete Vorrang einzuräumen (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 ROG). Die vorrangigen raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen setzen sich innerhalb des Vorranggebiets (innergebietslich) gegenüber anderen raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen durch, soweit letztere mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Die Wirkungen solcher Vorranggebiete beschränken sich auf das Vorranggebiet (innergebietslich). Die raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen, denen der Plangeber innergebietslich Vorrang einräumt, bleiben außerhalb der Vorranggebiete bzw. im übrigen Planungsraum ebenfalls zulässig.

Das Raumordnungsrecht kennt darüber hinaus Vorranggebiete, die die raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen, denen sie innergebietslich Vorrang einräumen, zugleich im übrigen Planungsraum bzw. außerhalb der Vorranggebiete verbieten (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 i. V. m. Satz 3 ROG). Die raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen, denen der Plangeber innergebietslich Vorrang einräumt, sind außerhalb der Vorranggebiete bzw. im übrigen Planungsraum (außergebietslich) verboten. Die Besonderheit solcher Vorranggebiete liegt darin, dass ihre

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Durch Z.42 wird klargestellt, dass Ziel 8.3-1 LEP NRW nicht nur einen Sicherungs-, sondern auch einen Steuerungs- und Planungsauftrag für neue Deponiestandorte an die Regionalplanung beinhaltet. Demnach sind auch neue raumbedeutsame Deponiestandorte zu sichern. Wie auch im bisherigen Regionalplan nachdem "Außerhalb der zeichnerisch dargestellten Standortbereiche (...) regional bedeutsame Abfalldeponien nicht zuzulassen" sind, sind neue raumbedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb von Standorten, die als Bereiche für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie gesichert sind, zulässig, sodass bei Neuplanungen und wesentlichen Erweiterungen außerhalb der bereits festgelegten Bereiche ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans besteht. Eine außergebietlich Verbotswirkung ist damit also nicht verbunden. Eine ausschließlich nachrichtliche Übernahme der raumbedeutsamen Deponiestandorte in den Regionalplan Köln ist ausgeschlossen.

Im Rahmen des erforderlichen Änderungsverfahrens wird die Raumverträglichkeit des jeweiligen Standorts geprüft, sodass auf die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens verzichtet werden kann (§ 16 Abs. 2 ROG). Bei der Planung kann insbesondere die Vereinbarkeit mit den sonstigen Schutz- und Nutzungsfunktionen des Regionalplans Köln sichergestellt werden. Da im Rahmen der fachrechtlichen Planfeststellung bereits eine detaillierte Planung vorliegt, ist die Ebene der Regionalplanung die einzige Planungsebene, auf der Alternativstandorte und/oder Ausführungsvarianten geprüft werden können. Aus Vorsorgegründen lassen sich potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen ausschließen.

Da Deponiestandorte erhebliche Auswirkungen auf den Raum und die Umwelt haben können, sind sie nur dann zu sichern, wenn sie zur Deckung des Bedarfs an Deponievolumen und damit zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit erforderlich sind. Wesentliche fachliche Grundlage für die Bewertung des Bedarfs ist der Abfallwirtschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln. Sollten darüber hinaus weitere Deponiestandorte erforderlich werden, ist dies von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung im Einzelfall festzustellen.

Rechtswirkungen nicht nur im Vorranggebiet (innergebietlich), sondern wegen der Verbotswirkung im gesamten Planungsraum (außergebietlich) eintreten.

Anm.:

Die außergebietliche Verbotswirkung umschreibt das Raumordnungsrecht mit der Wendung "Wirkung von Eignungsgebieten" (in § 7 Abs. 3 Satz 3 ROG). Die raumbedeutsamen Maßnahmen oder Nutzungen, für die Eignungsgebiete festgelegt sind, sind "an anderer Stelle im Planungsraum ausgeschlossen", also verboten (vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ROG).

Vorranggebiete mit außergebietlicher Verbotswirkung konzentrieren bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen auf die Vorranggebiete dadurch, dass sie sie außerhalb der Vorranggebiete verbieten (Konzentrationszonen).

Wegen der über die Vorranggebiete in den gesamten übrigen Planungsraum hinausgreifenden Wirkungen unterliegen Vorranggebiete mit außergebietlicher Verbotswirkung gesteigerten Rechtfertigungsanforderungen. Entsprechenden Festlegungen muss ein schlüssiges, gesamträumliches Planungskonzept zugrunde liegen, das den allgemeinen Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebots gerecht wird und u. a. besondere Anforderungen an die Ermittlung der in die Abwägung einzustellenden Belange stellt.

Vgl. statt vieler BVerwG, Urteil vom 11.04.2013, Az. 4 CN 2.12, TA 5, BVerwG, Beschluss vom 12.07.2006, Az.: 4 B 49.06, TA 6, und Vgl. BVerwG, Urteil vom 13.03.2003, Az.: 4 C 4.02, TA 2. ? jeweils m. w. N.

Um den Anforderungen gerecht zu werden, die an den Abwägungsvorgang zu stellen sind, muss das Konzept nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch die Gründe dafür aufzeigen, warum die raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen im übrigen Planungsraum bzw. außerhalb der Konzentrationszonen verboten sein sollen.

## **II. Außergebietliche Verbotswirkung**

Plansatz Z.42 soll außergebietliche Verbotswirkung für neue Deponien entfalten, was sich aus dem Zusammenhang mit dem vorangehenden Plansatz Z.41 ergibt.

Plansatz Z.41 Abs. 1 und 2 legt für Abfalldeponien Vorranggebiete ohne außergebietliche Verbotswirkung fest.

Standorte für Abfalldeponien sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Sicherung der zur Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte.

In der Erläuterung 2 zu Plansatz Z.41 betont der Entwurf des Regionalplans, dass die

Vorranggebiete für Abfalldeponien keine außergebietliche Verbotswirkung haben:

Es handelt sich um Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten. Dies bedeutet, dass der Vorrang nur für die festgelegten Standorte für Abfalldeponien gilt.

Der Entwurf des Regionalplans legt für Abfalldeponien also keine Konzentrationszonen fest.

Mit dieser Festlegung ist Plansatz Z.42 unvereinbar. Denn Plansatz Z.42 legt mit Anspruch der Letztverbindlichkeit eines abschließend abgewogenen Ziels der Raumordnung (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG) fest, dass neue Standorte für erforderliche Abfalldeponien außerhalb der bereits gesicherten Standorte als Vorranggebiete festzulegen "sind".

Es kann dahinstehen, ob Plansatz Z.42 die Funktion einer Selbstbindung des Trägers der Regionalplanung übernehmen soll, weil nur er zur Festlegung von Vorranggebieten befugt ist. Denn die für die Zulassung von Deponien zuständigen Kreislaufwirtschaftsbehörden können Plansatz Z.42 allein die Aussage entnehmen, dass die Zulassung einer Deponie an einem Standort, der nicht als Vorranggebiet im Entwurf des Regionalplans festgelegt ist, regionalplanerisch unzulässig ist. Hinter dem Gebot, neue Standorte für Abfalldeponien außerhalb der bereits gesicherten Standorte als Vorranggebiete festzulegen, verbirgt sich im Ergebnis ein außergebietliches Verbot für Abfalldeponien an Standorten, die nicht als Vorranggebiet im Sinne von Plansatz Z.41 festgelegt sind.

Der ? unzulässige ? Kunstgriff des Entwurfs des Regionalplans besteht darin, das für Konzentrationszonen typische außergebietliche Verbot von neuen Abfalldeponien als Gebot zu formulieren.

### **III. Abwägung**

Plansatz Z.42 ist unzulässig, weil das Gebot, neue Standorte für Abfalldeponien als Vorranggebiete festzulegen, die für Konzentrationszonen typische außergebietliche Verbotswirkung entfaltet, aber nicht die insoweit von der Rechtsprechung entwickelten Anforderungen erfüllt.

Denn Plansatz Z.42 liegt offenkundig kein schlüssiges, gesamträumliches Planungskonzept zugrunde. Der Entwurf des Regionalplans gibt keine Auskunft darüber, welchen Erwägungen die positive Standortzuweisungen im Entwurf des Regionalplans für Abfalldeponien tragen, und aus welchen Gründen neue Abfalldeponien außerhalb der bereits gesicherten Standorte bzw. im übrigen Planungsraum verboten sein sollen.

### **IV. Planaussagen im Übrigen**

Es ist unerfindlich, warum "Neuplanungen oder wesentliche Erweiterungen von Deponien außerhalb der bereits festgelegten Standorte [...] in der Regel ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans" auslösen sollten (vgl. Erläuterung 2 zu Plansatz Z.41). Denn die Zulassung von Abfalldeponien erfolgt nach der Wertentscheidung des Gesetzgebers als Fachplanung, ohne auf eine planerische Festlegung oder Festsetzung angewiesen zu sein (vgl. § 38 Satz 1 Halbs. 2 BauGB; Fachplanungsprivileg). Die Behauptung eines 'Planerfordernisses' ist insoweit unsubstantiiert.

Wegen dieses Befunds bedarf die Frage, warum das vermeintliche "Planungserfordernis" nur "in der Regel" bestehen soll, ebenso wenig einer Beantwortung wie die im Entwurf des Regionalplans letztlich unbeantwortete Frage, unter welchen Ausnahmevoraussetzungen es entfallen könnte. Die Erläuterung zu Plansatz Z.42 ist insoweit unergiebig.

Die Erläuterungen sind im Übrigen mit Kreislaufwirtschaftsrecht unvereinbar. Das trifft insbesondere auf die Erläuterung 2 zu Plansatz Z.42 zu, wonach die Sicherung neuer Deponiestandorte "nur erforderlich" sein soll, "wenn es zur Deckung des Bedarfs notwendig ist". Sofern die ständige Rechtsprechung als ungeschriebenes Erfordernis jeder Fachplanung und Ausprägung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns eine Planrechtfertigung verlangt, muss ein geplantes Deponievorhaben für sich in Anspruch nehmen können, in der konkreten Situation erforderlich zu sein. Diese Erforderlichkeit liegt vor, wenn das Vorhaben vernünftigerweise geboten ist, setzt aber nicht Unausweichlichkeit des Vorhabens voraus.

Vgl. BVerwG, Urteil vom 09.03.1990, Az.: 7 C 21.89, TA 16;  
BVerwG, Urteil vom 09.11.2006, Az.: 4 A 2001.06, TA 33;  
BVerwG, Urteil vom 16.03.2006, Az.: 4 A 1075.04, TA 182;  
BVerwG, Urteil vom 08.07.1998, Az.: 11 A 53.97, TA II.2.a).

Vernünftigerweise ist ein Deponievorhaben geboten, wenn ein Gemeinwohlbelang für seine Verwirklichung spricht. Das BVerwG erkannte darauf, dass Abfallentsorgungsanlagen generell immer (auch) aus Gründen des Gemeinwohls zugelassen werden, also prinzipiell gemeinnützig sind.

Vgl. BVerwG, Urteil vom 09.03.1990, Az.: 7 C 21.89, TA 9 zum AbfG.

Sofern ein Deponievorhaben objektiv darauf ausgerichtet ist, dem öffentlichen Interesse an einer gemeinwohlverträglichen Abfallbeseitigung zu dienen, ist die Planrechtfertigung deswegen nach Auffassung des einschlägigen Schrifttums gegeben bzw. am Maßstab der Rechtsprechung des BVerwG praktisch immer zu bejahen.

So Versteyl/ Kersandt in: Thomé-Kozmiensky (Hrsg.): Strategie Planung Umweltrecht, Band 9 (2015), S. 21 (22 f.).



Die Erläuterungen sind mit Kreislaufwirtschaftsrecht auch insoweit unvereinbar, als sie vom Vorhabenträger verlangen, einen Bedarfsnachweis zu erbringen. Diese Aussage trifft auf private Vorhabenträger nicht zu. Der Vorhabenträger muss weder unausweichlichen, noch zwingenden Bedarf nachweisen. Es kann bei einem Bedarfsnachweis allenfalls um eine **plausible Prognose** gehen.

Vgl. Kersandt in: Thomé-Kozmiensky, Thiel et al. (Hrsg.): Mineralische Nebenprodukte und Abfälle 4 (2017), S. 435 (437).

Plansatz Z.42 verstößt nach alledem gegen höherrangiges Recht, weil er den Anschein erweckt, außerhalb der in Plansatz Z.42 festgelegten Vorranggebiete für Abfalldeponien bestehe für Abfalldeponien ein Verbot oder ein Planungserfordernis, ohne die insoweit geltenden Rechtfertigungsanforderungen zu erfüllen.

Rhiem & Sohn liegt an der Bekundung ihrer Bereitschaft zu einem gemeinsamen Gespräch mit Ihrem Hause, um Möglichkeiten zu eruieren, wie sich die unterschiedlichen Positionen in eine sachgerechte, ausgewogene Balance bringen lassen. Dies scheint insbesondere in tatsächlicher Hinsicht angezeigt. Denn Rhiem & Sohn hat bereits fachgutachterlich den Nachweis erbracht, dass keine Veranlassung zu der Befürchtung besteht, von der betriebenen Deponie oder von deren Erweiterung könnte eine 'potentielle erhebliche Gefahr' o. ä. für eine etwaige, in unabsehbarer Zukunft liegende Trinkwassergewinnung am Standort Dirmerzheim ausgehen.

**Inhalt**

Gegen die umfassende Einbeziehung von Bachläufen, Siefen und landwirtschaftlichen Flächen in einen Biotopverbund durch Festlegung von BSN auf der Ebene des Regionalplans, wie sie der Plan-entwurf bislang vorsieht, bestehen erhebliche rechtliche Bedenken. Es ist nicht ersichtlich, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen umfassenden Biotopverbund nach § 21 Abs. 3 S. 2 BNatSchG durch die Festlegung von BSN in dem geplanten Umfang vorliegen. Auch die für eine Festlegung von BSN erforderliche planerische Abwägung dürfte bislang jedenfalls unzureichend sein. Die für eine Festlegung von BSN erforderliche, umfassende Sachverhaltsaufklärung hat offenbar nicht in einer hinreichenden Weise stattgefunden. Der Entwurf des Regionalplans kann zur Realisierung eines Biotopverbunds stärker auf die gesetzlich vorgesehene Aufgabenverteilung setzen, die unterscheidet zwischen einer Landschaftsplanung, die die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach § 7 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW darstellt und ggfls. auch rechtsverbindlich festsetzt, und einer Regionalplanung, die nach § 18 Abs. 2 S. 1 LPlG NRW die Funktionen eines Landschaftsrahmenplans und eines forstlichen Rahmenplanes gemäß Naturschutz- und Forstrecht übernimmt und sich insoweit auf überörtliche Gesichtspunkte des Biotopschutzes beschränkt. Die kleinräumige Sicherung von allenfalls örtlich bedeutsamen Bachverläufen und Siefen sowie angrenzender landwirtschaftlicher Flächen ist kein zulässiger Gegenstand des auf die regionalbedeutsamen Belange des Biotopschutzes begrenzten Regionalplans. I. Einführung Die Forstbetriebe Ihrer Forstbetriebsgemeinschaft bzw. deren Eigentümer verfügen im Kreis Euskirchen und damit auch im Plangebiet des Regionalplans Köln über mehr als 3.300 ha Wald einschließlich randlich benachbarter Dauergrünlandflächen. Die zeichnerische Darstellung des Plan-entwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht für diese Flächen ganz überwiegend eine Festlegung als Wald und als Landschaftsschutzgebiet und im Übrigen vor allem entlang verschiedener Bachläufe, insbesondere auch des Steinbachs, und ergänzend dazu längs der Siefen im Waldbereich sowie zum Teil auch auf landwirtschaftlich genutzten Flächen außerhalb des Waldes eine Festlegung von BSN vor. Diese Festlegung von BSN entlang der Siefen und Bachläufe ist kein Spezifikum der Flächen Ihrer Forstbetriebsgemeinschaft, sondern Konsequenz eines offenbar einheitlich auch auf benachbarten Flächen verfolgten Konzepts, das unabhängig von konkreten Gegebenheiten und aktuellen Bestandsuntersuchungen der jeweiligen räumlichen Situation Bachläufe und Siefen mit einer Festlegung als BSN eines nicht hinreichend erkennbaren Umfangs belegt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen des Regionalplans fußen auf dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des Landesamts für Naturschutz (LANUV NRW). Der Fachbeitrag stellt die gesetzlich vorgesehene Grundlage für den Regionalplan dar. Die textlichen Festlegungen bieten sowohl für BSN als auch für BSLE einen breiten Raum für die fachplanerische Umsetzung und beinhalten weder eine Verpflichtung zur Festlegung von Schutzgebieten noch einen direkten Eingriff in die Nutzung einzelner Flächen oder in betriebliche Prozesse. Die planerische Abwägung erfolgt im laufenden Planverfahren entsprechend der auf der Planungsebene der Regionalplans erkennbaren und relevanten Belange. Bereits im geltenden Regionalplan finden sich vergleichbare Festlegungen in diesem Raum, die im örtlichen Landschaftsplan entsprechend differenziert umgesetzt wurden. Die Bedenken gegen die "in Aussicht genommenen NSG-Festlegungen" (letzter Absatz) sind insofern nicht nachvollziehbar und treffen auf die vorgesehenen Festlegungen auf Regionalplan-Ebene nicht zu. Sie richten sich an die Umsetzung auf nachfolgender Ebene und können ggf. dort platziert werden, sofern auf Ebene der Landschaftsplanung die Festlegung von Naturschutzgebieten vorgesehen werden sollte.

Ausweislich der Definitionen der LPIG DVO Anlage 3 handelt es sich bei den Waldbereichen um Vorranggebiete im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ROG, bei den Bereichen für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung um Vorbehaltsgebiete im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 ROG und bei den BSN wiederum um Vorranggebiete im Sinne von § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gebietstypen besteht darin, dass es sich bei den Vorranggebieten um zwingend zu beachtende Ziele der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG handelt, für die es einer abschließenden planerischen Abwägung aller betroffenen Belange bedarf und für die gesteigerte Anforderungen an ihre Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit zu richten sind, während Vorbehaltsgebiete als Grundsätze der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG in nachgelagerten Fachplanungs- und Bauleitplanverfahren lediglich zu berücksichtigen sind, insoweit auch zum Schutz anderer öffentlicher oder privater Belange zurückgestellt werden können, für deren Formulierung dementsprechend auch keine abschließende Abwägung aller betroffenen Belange erforderlich ist und an deren Bestimmtheit/Bestimmbarkeit auch geringere Anforderungen zu richten sind.

Textliche Festlegungen für den Schutz der Natur Unter Nr. 4.3.1 enthält der Entwurf des Regionalplans Köln Festlegungen zu den Bereichen für den Schutz der Natur. Ziel Nr. 19 des Planentwurfs bestimmt dazu, dass zur Sicherung eines konsistenten regionalen Biotopverbundsystems BSN als Vorranggebiete festgelegt werden. Diese Vorranggebiete sollen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung eines regionalen Biotopverbunds dienen. Der Planentwurf schreibt dazu vor, dass die BSN für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotenziale, zu bewahren sind. Die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems soll nach dem Ziel Nr. 19 des Planentwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, soweit möglich, auch zum vorbeugenden Hochwasserschutz beitragen. Als verbindliche, in der Bauleitplanung und nachfolgenden Fachplanungen, aber über § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auch für Träger raumbedeutsamer Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich zu beachtende Vorgabe sieht das Ziel Nr. 19 des Planentwurfs vor, dass Planungen und Maßnahmen, die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Ausnahmsweise können BSN jedoch in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Das weitere Ziel Nr. 20 des Planentwurfs für den Regionalplan Köln sieht zusätzlich vor, dass innerhalb der BSN die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln sind. Wertvolle Flächen sind nach dem Ziel Nr. 20 des Planentwurfs gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern. Im Rahmen der fachplanerischen Umsetzung sind außerdem die Erfordernisse der Klimaanpassung nach dem Ziel Nr. 20 des Planentwurfs zu berücksichtigen. Erläuterungen der in Aussicht genommenen

Ziele der Raumordnung In den Erläuterungen zu diesen Zielen der Raumordnung heißt es im Planentwurf, dass sich aus dieser regionalplanerischen Festlegung nicht das Erfordernis ableiten lässt, die BSN vollständig oder auch nur überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen. Zu den geeigneten Instrumenten der Fachplanung gehören nach den Erläuterungen neben unterschiedlichen Möglichkeiten zu Festsetzungen im Rahmen der Landschaftsplanung (z.B. Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile) auch vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern. Die BSN-Festlegungen in den ohnehin schon als Vorranggebiete festgelegten Waldbereichen und den als Vorbehaltsgebiete vorgesehenen Landschaftsschutzbereichen signalisieren einen über den allgemeinen Wald- und Landschaftsschutz hinausgehenden, strengeren oder jedenfalls inhaltlich anderen Schutz dieser Flächen für den Biotopverbund. Dementsprechend stellt sich die Frage, ob die weitreichenden Festlegungen der BSN entlang der Bachläufe und Siefen sowie in Bereichen außerhalb des Waldes auf landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen den rechtlichen Anforderungen genügen, ob insbesondere eine regionalplanerische Sicherung überhaupt angezeigt ist, ob die Sachverhaltsfeststellungen im Planaufstellungsverfahren eine BSN-Festlegung rechtfertigen und ob solche BSN-Festlegungen mit Blick auf den beabsichtigten Biotopverbund plausibel begründet werden können, ob sie also den gesetzlichen Zielen des Biotopverbundes und der Biotopvernetzung tatsächlich dienen können oder ob nicht stattdessen BSLE-Festlegungen vorzugswürdig sind und/oder der erforderliche Biotopschutz, was die kleinräumigen Bachläufe, Siefen und angrenzende landwirtschaftlich genutzte Flächen angeht, hinreichend oder sogar besser bereits durch die Landschaftsplanung gesichert wird. In den Erläuterungen des Planentwurfs wird in diesem Zusammenhang auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV aus dem Jahr 2019 verwiesen, der eine wesentliche Grundlage für die Festlegung der BSN sei. Dieser Fachbeitrag, der seinerseits unter anderem auf dem Biotopkataster des LANUV beruht, bildet aber offenbar nicht nur eine wesentliche, sondern sogar die ausschließliche Grundlage für die BSN-Festlegungen des Planentwurfs in den hier in Rede stehenden Bereichen. Dass die Regionalplanungsbehörde darüber hinaus weitergehende Feststellungen zum Sachverhalt und zu der bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung nach § 7 Abs. 2 ROG unerlässlichen planerischen Abwägung getroffen hätte, ist nicht ersichtlich, obwohl in den Erläuterungen des Landesentwicklungsplans zur Festlegung der Gebiete für den Schutz der Natur ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass andere Raumansprüche weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierungen von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt werden müssen (Erläuterungen zu Nr. 7.2-2 Landesentwicklungsplan NRW). Nicht weiter problematisiert wird in den Erläuterungen der Ziele der Raumordnung des Regionalplanentwurfs, ob und inwieweit die Erfordernisse des Landesentwicklungsplans zum Biotopschutz auf der Ebene des Regionalplans oder zusätzlich oder stattdessen auf der örtlichen Landschaftsplanung konkretisiert und realisiert werden können. Überwiegendes spricht dafür, den kleinteili-

gen Biotopschutz entlang kleinerer Bachläufe und Siefen nicht auf der Ebene des Regionalplans zu sichern, sondern der Landschaftsplanung zuzuordnen, die den Biotopschutz in den bestehenden Plänen auch schon berücksichtigt und, soweit erforderlich, auch geregelt hat. Die Festlegung der BSN soll ausweislich der Erläuterungen der Ziele der Raumordnung im Planentwurf des Regionalplans Köln das landesweite Biotopverbundsystem konkretisieren. Die landesbedeutsamen Gebiete für den Schutz der Natur (GSN) des LEP NRW bilden danach das Grundgerüst des regionalen Biotopverbunds, das aus Sicht des Arten- und Biotopschutzes um regionalbedeutsame Landschaftselemente ergänzt werden soll. Dass die durch BSN-Festlegungen im Planentwurf gesicherten Bachläufe und Riefen in ihrer Gesamtheit oder auch nur überwiegend in diesem Sinne regionalbedeutsam und nicht nur örtlich bedeutsam und erfassbar wären, ergibt sich weder aus den Erläuterungen des Planentwurfs noch aus dem Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019.

3. Erforderliche Sachverhaltsfeststellungen Ob und inwieweit es sich bei den Bachläufen und Siefen in den Bereichen der in Ihrer Forstbetriebsgemeinschaft zusammengeschlossenen Forstbetriebe angesichts des aktuellen Zustands der dort anzutreffenden Fauna und Flora und insbesondere angesichts der dort festzustellenden Austrocknung gegenwärtig und zukünftig tatsächlich noch um regionalbedeutsame Landschaftselemente für den Biotopverbund handelt bzw. zukünftig noch handeln wird, ist zweifelhaft und müsste, wenn an einer BSN-Festlegung festgehalten werden sollte, im Einzelnen aktuell und näher untersucht werden. Denn nach § 21 Abs. 2 S. 2 BNatSchG ist dies für die Bestandteile des Biotopverbunds Voraussetzung. Die räumlichen Bestandteile des Verbunds müssen für die Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Ziels tatsächlich (noch) geeignet sein. Nach § 21 Abs. 1 S. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. An dieser Zielvorgabe ist auch die Festlegung von BSN entlang der Bachläufe und Siefen im Plangebiet und im Hinblick auf ihren jeweils konkreten Zustand bzw. ihrer Entwicklungsperspektive zu messen. Einige Flächen dürften zwar schon als gesetzlich geschützte Biotope im Sinne von § 30 BNatSchG geschützt und dementsprechend auch registriert sein. Für gesetzlich geschützte Biotope bedarf es aber auch keiner zusätzlichen BSN-Festlegung. Insoweit fehlt es an dem neben der Eignung zu beachtenden Kriterium der Erforderlichkeit der Festlegung. Ob es im Sinne eines Biotopverbunds naturschutzfachlich geboten ist, linienförmig die Bachläufe und Siefen außerhalb solcher gesetzlich geschützten Biotope in dem beabsichtigten Umfang nahezu vollständig als Verbindungsflächen oder -linien auf der Ebene des Regionalplans zu sichern, ist zweifelhaft und kann ohne konkrete und aktuelle Bestandsaufnahmen vor Ort nicht angenommen werden. An solchen aktuellen Erhebungen fehlt es aber offenbar. Jedenfalls ergibt sich aus den Erläuterungen des Planentwurfs dazu nichts Konkretes. Es ist nicht bekannt, dass die als BSN vorgesehenen landwirtschaftlichen Flächen und die Flächen entlang den Bachläufen und Siefen aktuell für die Neuaufstellung des Regionalplans begangen und untersucht worden sind und dass die unter Gesichtspunkten des Biotop- und

Naturschutzes ungünstige Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte in die Bewertung eingeflossen wäre. Die Zielsetzung des Biotopverbundsystems ist im Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 ausführlich erläutert. Die übergeordneten, konzeptionellen Überlegungen des LANUV zum Biotopverbund sind an dieser Stelle nicht in Zweifel zu ziehen. Fraglich ist jedoch, ob die umfassenden Festlegungen der BSN entlang der Bachläufe und Siefen, aber auch hinsichtlich des landwirtschaftlich intensiv genutzten Grünlands, tatsächlich im Sinne dieses Biotopverbundkonzepts geeignet und auch erforderlich sind.

II. Rechtliche Rahmenbedingungen der BSN-Festlegungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Festlegung von BSN im Regionalplan Köln ergeben sich aus dem BNatSchG, dem LNatSchG NRW, dem LPIG NRW und dem Landesentwicklungsplan NRW.

1. Anforderungen des BNatSchG § 20 Abs. 1

BNatSchG sieht vor, dass ein Netz verbundener Biotope (Biotopverbund) geschaffen wird, das mindestens 10 % der Fläche eines jeden Landes umfassen soll. Dabei können nach § 20 Abs. 2 BNatSchG Teile von Natur und Landschaft nach Maßgabe des § 23 BNatSchG als Naturschutzgebiet, nach Maßgabe des § 24 BNatSchG als Nationalpark oder als Nationales Naturmonument, als Biosphärenreservat, nach Maßgabe des § 26 BNatSchG als Landschaftsschutzgebiet, als Naturpark, als Naturdenkmal oder als geschützter Landschaftsbestandteil geschützt werden. Nach § 21 Abs. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes ?Natura 2000? beitragen. Der Biotopverbund besteht nach § 21 Abs. 3 BNatSchG aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Bestandteile des Biotopverbunds sind Nationalparke und Nationale Naturmonumente, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser Gebiete, gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG, weitere Flächen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparks, wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind. Die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente sind nach § 21 Abs. 4 BNatSchG durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten. Auf regionaler Ebene sind nach § 21 Abs. 6 BNatSchG insbesondere in von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderliche lineare und punktförmige Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen.

2. Ergänzende Regelungen des LNatSchG NRW

Ergänzend zu diesen rechtlichen Rahmenbedingungen des BNatSchG sieht § 6 S. 1 LNatSchG NRW vor, dass die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im

Regionalplan dargestellt werden. Nach § 35 LNatSchG NRW ist in Nordrhein-Westfalen ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotopdarzustellen und festzusetzen, das 15 % der Landesfläche umfasst. 3. Erfordernisse des Landesentwicklungsplans NRW Bei der Neuaufrstellung des Regionalplans Köln sind neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch die Erfordernisse des Landesentwicklungsplans NRW zu beachten bzw. zu berücksichtigen. a) Ziel 7.2-1 LEP NRW (Landesweiter Biotopverbund) Landesweit sind nach Ziel 7.2-1 LEP NRW ausreichend große Lebensräume mit einer Vielfalt von Lebensgemeinschaften und landschaftstypischen Biotopen zu sichern und zu entwickeln, um die biologische Vielfalt zu erhalten. Sie sind funktional zu einem übergreifenden Biotopverbundsystem zu vernetzen. Dabei ist auch der grenzüberschreitende Biotopverbund zu gewährleisten. b) Ziel 7.2-2 (Gebiete für den Schutz der Natur)

Die im LEP zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur sind für den landesweiten Biotopverbund zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren. Die Bereiche zum Schutz der Natur sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu entwickeln. Zur Erläuterung des Ziels 7.2-2 heißt es im LEP, in den im Landesentwicklungsplan festgelegten Gebieten für den Schutz der Natur hätten die Ziele des Naturschutzes Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen. Diese Gebiete seien als Grundgerüst des landesweiten Biotopverbunds zu erhalten oder zu entwickeln. Die zeichnerische Festlegung der Gebiete zum Schutz der Natur erfasse die FFH-Gebiete, Kernflächen der Vogelschutzgebiete, den Nationalpark Eifel, die ausgewiesene Naturschutzgebiete sowie weitere naturschutzfachlich wertvolle Gebiete, die für den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes besondere Bedeutung hätten. Die Darstellungsschwelle für diese Gebiete liege maßstabsbedingt im Landesentwicklungsplan bei 150 Hektar, weshalb der Landesentwicklungsplan nur das Grundgerüst des landesweiten Biotopverbunds zeichnerisch festlegen könne. Die Gebiete zum Schutz der Natur seien deshalb in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren und auf der Basis eines naturschutzfachlichen Fachbeitrags um weitere für den regionalen Biotopverbund bedeutsame Bereiche zu ergänzen. Die Festlegung der Gebiete für den Schutz der Natur beruhe auf fachlichen Einschätzungen des LANUV und sei auf der Planungsebene des Landesentwicklungsplans mit anderen Nutzungsansprüchen abgewogen worden. Andere Raumansprüche würden weiterhin auf nachgeordneten Planungsebenen im Rahmen der Konkretisierungen von Schutzgebietsausweisungen oder Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes unter Einschluss des Vertragsnaturschutzes berücksichtigt. Über die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten für Natur und Landschaft würde aber nicht im Landesentwicklungsplan, sondern auf der nachgeordneten Planungsebene im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch die für den Naturschutz zuständigen Behörden entschieden. Dazu gehöre auch die Prüfung, ob und inwieweit die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch durch vertragliche Vereinbarungen zu erreichen seien. III. Anregungen und Bedenken zum Planentwurf für die Neuaufrstellung des Regionalplans Köln Die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zum Biotopschutz und der Ziele

der Raumordnung des LEP NRW muss auf der Ebene des Regionalplans Köln stärker auf eine Festlegung von BSLE statt von BSN und auf eine Konkretisierung auf Ebene der Landschaftsplanung setzen. Zwar steht die Formulierung von Erfordernissen der Raumordnung durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung grundsätzlich im Planungsermessen des Regionalrats als dem regionalen Planungsträger. Für eine Festlegung von BSN, d.h. für die Festlegung von Vorranggebieten als Ziel der Raumordnung sind die zeichnerischen Festlegungen jedoch nicht hinreichend räumlich bestimmt bzw. bestimmbar. Dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Biotopverbund durch BSN-Festlegungen vorliegen, wird im Planentwurf und in dem in Bezug genommenen Fachbeitrag des LANUV für den konkreten räumlichen Umfang der BSN-Festlegungen nicht plausibel belegt. Dass eine nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG unabdingbare abschließende planerische Abwägung hinsichtlich der BSN-Festlegungen stattgefunden hätte, ist aus den Planunterlagen nicht ersichtlich. Der Fachbeitrag des LANU aus dem Jahr 2019, auf den allein sich der Planentwurf insoweit stützt, enthält eine rein naturschutzfachliche Bewertung, nicht jedoch eine Berücksichtigung sonstiger Belange, die nicht zuletzt der Landesentwicklungsplan ausdrücklich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung fordert.

1. Beschränkung auf regionalbedeutsame Belange des Biotopschutzes

Es bestehen bereits Zweifel, ob bei der Neuaufstellung des Regionalplans bezüglich der BSN-Festlegungen die Aufgabenverteilung zur Erfüllung der Verpflichtung aus § 35 LNatSchG NRW zum Biotopverbund hinreichend beachtet werden. Nach § 35 LNatSchG NRW ist zwar auf 15 % der Landesfläche ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope für einen Biotopverbund darzustellen und festzusetzen. Dabei sind jedoch die unterschiedlichen Planungsebenen der landesweiten Raumordnung, der Regionalplanung und der örtlichen Landschaftsplanung sowie der Bauleiplanung einzubeziehen. Die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität sind nach § 7 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW im Landschaftsplan darzustellen und rechtsverbindlich festzusetzen, soweit Landschaftspläne aufgestellt werden müssen. Die Regionalpläne erfüllen hingegen gem. § 18 Abs. 2 S. 1 LPIG NRW die Funktionen eines Landschaftsrahmenplans und eines forstlichen Rahmenplanes nach dem Naturschutz- und Forstrecht. Sie stellen gem. § 18 Abs. 2 S. 2 LPIG NRW lediglich regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Landschaftsrahmenplan) und zur Sicherung des Waldes (forstlicher Rahmenplan) dar. § 6 S. 1 LNatSchG NRW bestimmt in Übereinstimmung damit, dass die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan dargestellt werden. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des BNatSchG. Die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität werden nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan dargestellt. Der Regionalplan kann durch BSN-Festlegungen zwar auch wichtige Ziele



für die Schutzgebietskonzeption vorgeben, die die Kreise und kreisfreien Städte in ihren Landschaftsplänen bei der Festsetzung von Schutzgebieten zu beachten haben. Auch insoweit muss sich die Regionalplanung allerdings auf Festlegungen zur Wahrung regionalbedeutsamer Planungsbelange beschränken und kann sich nicht auf solche der örtlichen Ebene beziehen. Die planerische Abwägung, die für eine Aufstellung von Zielen der Raumordnung in einem Raumordnungsplan erforderlich ist, muss dem jeweils rahmensetzenden Charakter der jeweiligen Planungsebene gerecht werden. Das erfordert insoweit eine ebenenspezifische Abwägung, Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG 2018, § 7 Rn. 31. Raumordnungspläne bedürfen in aller Regel weiterer Konkretisierungen, um zu genauen Festlegungen für einzelne raumbedeutsame Maßnahmen oder auch für einzelne Grundstückparzellen zu gelangen. Sie ersetzen weder kommunale Bauleitpläne noch raumbedeutsame Fachpläne, etwa die der Landschaftsplanung. Dabei ist insbesondere die Maßstäblichkeit der Pläne der jeweiligen Planungsebene zu bedenken. Während ein landesweiter Raumordnungsplan in aller Regel lediglich bereichsscharfe zeichnerische Festlegungen enthalten kann, können Regionalpläne zwar konkretere Festlegungen, in aller Regel jedoch keine parzellenscharfen Ziele der Raumordnung formulieren. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG bestimmt dazu, dass öffentliche und private Belange in der Raumordnungsplanung nur soweit zu berücksichtigen sind, als sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 7 Rn. 32.

Weitere Einschränkungen für die Raumplanung, insbesondere auch für die Regionalplanung, ergeben sich daraus, dass verfassungsrechtlich vorgegebene Schranken der Raumordnungsplanung zu beachten sind. Es ist deshalb nicht zulässig, dass die Regionalplanung anstelle der kommunalen Bauleitplanung oder aber auch anstelle der einem anderen Planungsträger zugewiesenen Fachplanung eine Art von Ersatzplanung übernimmt, Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 7 Rn. 33. Das betrifft insbesondere auch die Landschaftsplanung der Kreise und kreisfreien Städte. Nach § 7 S. 1 LNatSchG NRW sind die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität im Landschaftsplan darzustellen und rechtsverbindlich festzusetzen. Dabei sind nach § 7 S. 2 LNatSchG NRW die sich aus den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 BNatSchG ergebenden Anforderungen untereinander und gegenüber den sonstigen öffentlichen und privaten Belangen gerecht abzuwägen. Eine detailscharfe Festsetzung und Abwägung bezogen auf konkrete Parzellen und raumbedeutsame Vorhaben ist in aller Regel anderen Aufgabenträgern zugewiesen. Ist der rechtlich vorgegebene Maßstab der jeweiligen Planung nicht geeignet, einen auf konkrete Parzellen bezogenen Biotopschutz zu sichern, dann muss insoweit auch auf die Aufstellung entsprechender Ziele der Raumordnung zur Vermeidung einer Unwirksamkeit des Raumordnungsplans verzichtet werden. Dasselbe gilt für Fallgestaltungen, in denen der gesetzlich vorgegebene Planungsmaßstab dazu führt, dass der Biotopschutz einen nicht erforderlichen oder unangemessenen Umfang annimmt oder jedenfalls wegen des Planungsmaßstabs zu Rechtsunsicherheiten über den räumlichen Umfang des

Biotopschutzes führt. Das gilt insbesondere für Ziele der Raumordnung, die über § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB unmittelbar von Grundstückseigentümern zu beachten und nicht mehr auf eine weitere Konkretisierung durch eine nachfolgende Bauleitplanung oder Landschaftsplanung angewiesen sind. Nach § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB dürfen raumbedeutsame Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen. Als verbindliche, in der Bauleitplanung und nachfolgenden Fachplanungen, aber über § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auch für Träger raumbedeutsamer Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich zu beachtende Vorgabe sieht das Ziel Nr. 19 des Planentwurfs ausdrücklich vor, dass Planungen und Maßnahmen, die Funktionen der BSN beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Das setzt aber voraus, dass insbesondere private Vorhabenträger parzellenscharf erkennen können, ob und inwieweit sie von dem Verbot dieses Raumordnungsziels unmittelbar betroffen sind. Das ist mit der notwendigen Bestimmtheit bei den zeichnerischen Festlegungen der BSN entlang der Bachläufe und Riefen im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln nicht gesichert. In den Erläuterungen des Ziels der Raumordnung Nr. 7.2-2 LEP NRW wird klargestellt, dass für die Regionalpläne in den durch den LEP festgelegten GSN neben einer Festlegung von BSN als Ziel der Raumordnung auch die Festlegung von BSLE in Betracht kommt. BSLE sind keine Ziele der Raumordnung; sie müssen dementsprechend auch nicht abschließend abgewogen sein und deshalb gelten für sie auch keine vergleichbaren Anforderungen an die Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit. Sie stellen jedoch sicher, dass den belangen von Natur und Landschaft und damit auch dem Biotopschutz bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Es bietet sich daher an, zur hinreichenden Sicherung des Biotopschutzes entlang kleiner Bachläufe und Siefen anstelle von BSN als Vorranggebiete BSLE als Vorbehaltsgebiete festzulegen und damit die rechtsstaatlichen Probleme einer hinreichenden Bestimmtheit der Planaussagen und einer Verfehlung der für Ziele der Raumordnung zwingend abschließenden Abwägung zu vermeiden bzw. zu entschärfen. Entsprechend ihrer Funktion, die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität darzustellen, sieht § 35 Abs. 1 LPlG DVO einen Maßstab von 1:50.000 für die zeichnerischen Darstellungen des Regionalplans vor. Aufgrund einer Karte im Maßstab 1:50.000 und der damit ggf. einhergehenden Unschärfe kann ein Vorranggebiet, wenn nicht die naturräumlichen oder faktische Gegebenheiten (z.B. Straßenverläufe, Verwaltungsgebietsgrenzen, etc.) hinreichende ergänzende Orientierung geben, nur gebietsscharf, nicht aber parzellenscharf abgegrenzt werden. Eine räumlich exakte Abgrenzung der zeichnerischen Festlegung ist hingegen in einem solchen Maßstab grundsätzlich nicht möglich, siehe dazu Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 1. Dezember 2021 - 2 B 343/21.NE -, juris Rn. 55; OVG NRW, Urteile vom 28. September 2016 - 7 D 96/14.NE -, juris Rn. 47 ff., und vom 20. November 2018 - 2 A 1676/17 -, BRS 86 Nr. 175 = juris Rn. 230 f., m. w. N. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt - von Ausnahmen abgesehen - bei

einer Größenordnung von 10 ha. Eine linienförmige zeichnerische Darstellung in einer Breite von einem Zentimeter bedeutet bei diesem Maßstab eine Breite von ca. 500 m in der Realität. Die im Plan-entwurf vorgesehenen BSN-Festlegungen entlang zahlreicher Riefen und Bachläufe sind offenbar händisch eingezeichnet worden und haben zumeist eine Breite von 0, 5 cm bis zu 1 cm und in Einzelfällen sogar deutlich mehr. Das entspricht einer Breite von mehreren hundert Metern und dürfte für die Sicherung der Riefen und Bachläufe für einen Biotopverbund weder erforderlich noch angemessen sein. Jedenfalls sind begleitende Biotope entlang der gesicherten Bachläufe und Siefen in einer solchen Breite in weiten Teilen nicht vorhanden. Zum Schutz kleinräumiger Riefen und kleiner Bachläufe eignet sich insoweit der Regionalplan mit einem Planungsmaßstab von 1:50.000 grundsätzlich nicht. Bereichsabgrenzungen in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplans sind lediglich gebietsscharf; sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt, OVG NRW, Urteil vom 28. September 2016 - 7 D 96/14.NE -, juris Rn. 50. Regionalpläne und darin enthaltene zeichnerische Darstellungen von Zielen der Raumordnung dienen grundsätzlich auch keiner planerischen Feinsteuerung, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 30. September 2014 - 8 A 460/13 -, juris Rn. 122; OVG NRW, Urteile vom 26. September 2013 - 16 A 1294/08 -, NWVBl 2014, 216, juris Rn. 87, und vom 6. September 2007 - 8 A 4566/04 -, ZUR 2007, 592, juris, Rn. 139; Sächs. OVG, Urteil vom 11. Juli 2007 - 1 B 274/06 -, juris, Rn. 23. Zum Schutz einzelner, kleinteiliger Riefen und Bachläufe einschließlich ihrer häufig schmalen Biotoprandbereiche eignet sich insoweit eine Vorrangfestlegung des Regionalplans nicht, weil eine Festlegung von BSN entlang dieser Riefen und Bachläufe nahezu zwangsläufig über den tatsächlich für den Biotopschutz geeigneten und erforderlichen Flächenbereich hinausreicht, in der Folge zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung der betroffenen Grundstückseigentümer führt und ggfls. auch noch Interpretationsspielräume eröffnet, die Zweifel an der hinreichenden Bestimmtheit der zeichnerischen Festlegung begründen. Daran ändert auch § 21 Abs. 6 BNatSchG nichts. Auf regionaler Ebene sind danach zwar insbesondere in von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderliche lineare und punktförmige Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung). Das bedeutet jedoch nicht, dass dazu in Regionalplänen BSN-Festlegungen zwingend sind. Vielmehr kann die Biotopvernetzung auf regionaler Ebene auch im Wege der Landschaftsplanung erfolgen; in Regionalplänen können dazu, soweit wegen des Maßstabs von 1:50.000 keine linienförmigen Ziele der Raumordnung geeignet, erforderlich und angemessen sind, Grundsätze der Raumordnung (z.B. BSLE) formuliert werden, die beim Biotopschutz auf Ebene der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Kleinteilige, linienförmige Festlegungen für den Biotopschutz entlang kleiner Gewässer und Riefen, in denen überhaupt kein oder nur seltener Wasserabfluss stattfindet, können deshalb, soweit überhaupt erforderlich, besser in eine Festlegungskarte des Landschaftsplans mit einem Planungsmaßstab von 1:10.000 aufgenommen werden. 2. Hinreichende

Bestimmtheit der zeichnerischen Festlegungen Angesichts ihres Verbindlichkeitsanspruchs und der daraus folgenden Einschränkungen einerseits der kommunalen Planungshoheit und andererseits auch für private Grundstückseigentümer müssen Ziele der Raumordnung als raumplanerische Entscheidungen hinreichend bestimmt sein, zur Notwendigkeit einer hinreichenden Bestimmtheit von Zielen der Raumordnung siehe BVerwG, Urt. v. 16.12.2010 ? 4 C 8.10 ? BVerwGE 138, 201; BayVGh, U.v. 25.5.2011 ? 15 N 10.1568 ? juris; Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 29. März 2022 ? 2 N 21.184 ?, juris Rn. 21. Das ergibt sich bereits aus der Legaldefinition eines Ziels der Raumordnung in § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Die Adressaten der Ziele der Raumordnung müssen erkennen können, was sie im Einzelnen auf der Grundlage der Ziele der Raumordnung zu beachten haben. Deshalb müssen Ziele der Raumordnung (z.B. BSN) ? anders als Grundsätze der Raumordnung ? auch einen Bezug auf einen konkreten, geographisch bestimmbar-ten Raum haben und insoweit eine konkrete raumordnerische Entscheidung treffen. Die Zielaussage muss räumlich und sachlich hinreichend konkret sein. Eine hinreichende Bestimmtheit bzw. eine hinreichende Bestimmbarkeit ist nur zu bejahen, wenn der Inhalt der Planaussage sich anhand herkömmlicher Auslegungsmethoden verlässliche bestimmen lässt, zur Notwendigkeit einer hinreichenden Bestimmtheit oder zumindest Bestimmbarkeit siehe auch Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 135/20.NE ?, juris Rn. 96; Kümper, in: Kment, ROG, 2019, § 3 Rn. 27, m. w. N.; Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 3 Rn. 21. Die Bestimmbarkeit erfordert in räumlicher Hinsicht, dass mit hinreichender Sicherheit ermittelbar ist, auf welchen Teilraum oder Bereich, welche Fläche oder welchen Standort sich die Festlegung bezieht, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 135/20.NE ?, juris Rn. 98; Kümper, in: Kment, ROG, 2019, § 3 Rn. 29, m. w. N.; Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 3 Rn. 25. Bei dem Planungsmaßstab von 1:50.000 und einer Strichbreite von ca. 1 mm, was bei diesem Maßstab bereits eine Breite von 50 m in der Realität bedeutet, ist nicht sicher zu erkennen, auf welche konkreten Flächen entlang der linienförmigen Festlegungen sich die Zielbindungswirkungen tatsächlich beziehen sollen. Ersichtlich ist zwar, dass sich die BSN jeweils auf beiden Seiten der Bachläufe und Riefen erstrecken sollen; in welcher Breite dort jedoch Biotop-ge-schützt werden sollen, lässt sich bei dem Planungsmaßstab und bei der Art und Weise des händi-schen Eintrags in die Zeichnung und ohne weitere geographischen Orientierungspunkte oder -linien nicht zuverlässig absehen. Die Plausibilität der jeweils konkreten Konfiguration der Festle-gung mit unterschiedlichen Breiten, Ausstülpungen und Zuspitzungen lässt sich auf einer Karte in dem vorgegebenen Planungsmaßstab nicht nachvollziehen und sich auch aus den Erläuterungen der Zielfestlegungen sowie dem Fachbeitrag des LANUV nicht zuverlässig erschließen. Auch das spricht dafür, auf eine zielförmige Festlegung eines Vorranggebiets auf der Ebene des Regionalplans zu verzichten und allenfalls ein von der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung zu berücksichtigendes Erfordernis der Raumordnung zum Biotopschutz als Grundsatz der Raum-ordnung zu formulieren bzw. ein BSLE festzulegen. Selbst ein solcher Grundsatz der Raumordnung dürfte ganz überwiegend jedoch nicht erforderlich sein, weil die in

Rede stehenden Flächen ohnehin schon durch den Landschaftsschutz der geltenden Landschaftsplanung hinreichend geschützt sind. Dass es sich bei den Biotopverbundflächen längs der Bachläufe und Riefen im Bereich der Forstbetriebsgemeinschaft ganz überwiegend nicht um naturschutzwürdige Lebensräume handelt, hat sich im Übrigen schon bei der Aufstellung des Landschaftsplans ?Euskirchen? auf der Grundlage gutachterlicher Ermittlungen und Bewertungen erwiesen, siehe dazu die naturschutzfachliche Stellungnahme zum Entwurf des Landschafts-plans ?Euskirchen? für die Betroffenheitsflächen der Forstverwaltung Steinbach des Kölner Büros für Faunistik aus Juni 2005. Es gibt wohl keine Erkenntnisse, dass die spätere Entwicklung daran etwas geändert hätte. Ganz im Gegenteil dürften die seither feststellbaren klimatischen Verhältnisse, insbesondere lange Tro-ckenperioden einer Biotopqualität der Flächen entlang der Riefen und Bachläufe in einer Breite von bis zu mehreren Hundert Metern entgegenstehen. 3. Gesetzliche Voraussetzungen eines Biotopverbundes Nach dem Ziel 19 des Entwurfs für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln dienen die Bereiche für den Schutz der Natur der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Der Bio-topverbund wiederum dient der dauerhaften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewah-rung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Das entspricht der gesetzlichen Regelung des § 21 BNatSchG, wonach der Biotopverbund der dauer-haften Sicherung der Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebens-stätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Ent-wicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen dient. Nach § 21 Abs. 3 S. 2 BNatSchG sind Bestandteile des Biotopverbunds Nationalparke und Nationa-le Naturmonumente, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser Gebiete, gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 BNatSchG und weitere Flä-chen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparks, wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind. Die Eignung der für eine BSN-Festlegung vorgesehenen Flächen entlang der Bachläufe und Riefen ist in der zeichnerisch festgelegten Größenordnung nicht aktuell belegt. Der Planentwurf verweist dazu auf den schon angesprochenen Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV aus dem Jahr 2019. Auch mit diesem Fachbeitrag des LANUV lässt sich allein jedoch die Eignung der geplanten BSN-Flächen hinsichtlich ihres konkreten Umfangs nicht in einer für Vorranggebiete als Ziele der Raumordnung zwingend notwendigen Bestimmtheit ableiten. Das ist kein Mangel des Fachbeitrags, auf dessen Grundlage nicht nur BSN als Vorranggebiete, sondern auch BSLE als Vorbehaltsgebiete mit einem geringeren Anspruch an Bestimmtheit und abschließender Abwägung festgelegt werden können und dessen Erkenntnisse im Übrigen auch im Rahmen der Landschaftsplanung konkreter genutzt werden können. Ob und inwieweit die Flächen im Eigentum der Forstbetriebe der Forstbetriebsgemeinschaft tat-sächlich im Sinne von § 21 Abs. 1 BNatSchG in dem geplanten Umfang für den Biotopschutz

aktuell noch geeignet sind, kann auf allein auf der Grundlage des Planentwurfs und des Fachbeitrags des LANUV aus dem Jahr 2019 und ohne eine ergänzende fachgutachterliche Bewertung im Rahmen dieser rechtlichen Stellungnahme nicht nachvollzogen werden. Es bestehen insoweit jedoch erhebliche Zweifel, unter anderem weil viele der mit BSN-Festlegungen bedachten Siefen selbst bei sehr niederschlagsreicher Witterung kein Wasser führen, weil eine begleitende Krautschicht in diesen Bereichen nicht mehr vorhanden oder zumindest weitestgehend verarmt ist, weil besondere Biotope wie Röhrichte, Nass- und Feuchtgrünland, Bruch- und Sumpfwälder in weiten Teilen auf den planbetroffenen Flächen gar nicht vorkommen und weil ein zusammenhängendes Fließgewässersystem in seiner Durchgängigkeit teilweise beeinträchtigt, zum Teil aber auch gar nicht (mehr) vorhanden ist. Der Sachverhalt kann im Rahmen dieser Stellungnahme nicht umfassend aufgearbeitet werden. Offensichtlich ist jedoch, dass als BSN im Entwurf des Regionalplans gekennzeichnete Rinnen in weiten Teilen in der Vegetationszeit kein oder allenfalls nach intensiven Starkregenereignissen bzw. nach längeren Regenperioden kurzzeitig Wasser führen. Auch als BSN vorgesehenen Bachläufe fallen in Folge des Klimawandels in den Sommermonaten, zum Teil über Wochen hinweg, vollkommen trocken, so dass auch sie für den Biotopverbund nicht geeignet sind. Beispielhaft sei erwähnt, dass das in den Steinbach entwässernde Abflusssystem- und Siefensystem, das nach dem Planentwurf als BSN festgelegt werden soll, durch den bachabwärts gelegenen Staudamm der Steinbachtalsperre für Wasserlebewesen ganzjährig undurchlässig ist, und dass auch das Abflusssystem des Madbachs, sowie die Daß- und Hunnesiefen entsprechend einzustufen sind. Das Abflusssystem ist durch bachabwärts gelegene Bauwerke, wie z.B. die Madbachtalsperre, sowie die Hunnesiefen-Teichanlage im dortigen Staatsforst für Wasserlebewesen undurchlässig. Außerdem sind die in den Geissenbach/Houwerather Bach entwässernden Rinnen und Siefen allesamt durch die kleinquerschnittige Verrohrung unter der L 498 hindurch ausgestattet und damit auch unpassierbar für Wasserlebewesen. Ähnliches ließe sich auch für andere Bereiche, für die eine BSN-Festlegung geplant wird, ermitteln. Eine aktuelle Untersuchung vor Ort würde außerdem belegen, dass weite Teile der als BSN vorgesehenen Bereiche auch deshalb für den in Aussicht genommenen Biotopschutz ungeeignet sind, weil eine natürliche Rückwanderung von wasserlebenden Arten in diese Bereiche nicht möglich ist. Infolgedessen sind in weiten Bereichen weder besonders schützenswerte wassergebundene Tiervorkommen bekannt noch existiert eine nachhaltige Entwicklungsgrundlage zur Ansiedelung dieser Tierarten, da es an einem dauerhaften Fließgewässer fehlt.

Bevor ernstlich eine Festlegung als BSN in Betracht gezogen werden könnte, müssten die in Aussicht genommenen Flächen und Bereiche auch aktuell auf das Vorhandensein einer schützenswerten Vegetation untersucht werden. Bei einer solchen Untersuchung würde festgestellt, dass in den Waldbereichen aufgrund des Fehlens einer dauerhaften Wasserführung der Siefen und Rinnen weitestgehend keine natürliche, wassergebundene Baumvegetation vorhanden ist. Auch eine natürliche Vegetationsschicht aus bachbegleitenden Straucharten fehlt in weiten Strecken vollständig. Die vorhandene Krautvegetation entlang von Siefen und Rinnen

unterscheidet sich in weiten Teilen der als BSN-Flächen vorgesehenen Bereiche nicht oder kaum von der Vegetation auf Flächen außerhalb der zeichnerisch dargestellten BSN und beschränkt sich oft auf Kleinstvorkommen innerhalb periodisch auftretender Lichtschächte. Sie setzt sich weitestgehend aus naturschutzfach-

lich nicht schützenswerten Gräsern und krautigen Pflanzen zusammen. Solche Bereiche bieten keinen nachhaltig geeigneten Lebensraum für wassergebundenen Kraut- und Strauchpflanzenbewuchs. Auch der laub- oder nadelstreubedeckte Boden unterscheidet sich weitgehend nicht von umliegenden Waldböden. Auch für landwirtschaftliche Nutzflächen, für die im Planenbtwurf eine Festlegung als BSN in Aussicht genommen wird, ist eine entsprechende Eignung an vielen Stellen nicht festzustellen. Für intensiv ackerbaulich und landwirtschaftlich genutzte Flächen ist in weiten Bereichen weder ein besonders schützenswerter Tier- noch Pflanzenbestand bekannt. Eine Entwicklung intensiv landwirtschaftlich genutzter Flächen im Sinne einer geeigneten Biotopvernetzung wäre zumeist nur mit erheblichen Eingriffen in vorhandene Drainagesysteme und mit negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe verbunden. Die betriebliche Grundlage einiger Landwirtschaftsbetriebe könnte bei einer Extensivierung von Flächen innerhalb einer Biotopvernetzung gefährdet werden. Ob ein Rückbau vorhandener Drainagesysteme überhaupt einen nachhaltigen Vernässungseffekt haben würde, wäre ohnehin zweifelhaft. All das müsste vor einer Aufstellung von Vorranggebietsfestlegungen im Rahmen der planerischen Abwägung ermittelt und abgewogen werden, zumal wirtschaftliche Existenzen von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben auf dem Spiel stehen, die ohnehin schon aufgrund der Trockenheit und dem Borkenkäferbefall mit Einnahmeverlusten und mit hohen Kosten unter anderem für eine klimaresiliente Wiederbewaldung ihrer Forstflächen belastet sind. Daran fehlt es jedoch. Nicht zuletzt könnten die für die BSN-Festlegungen formulierten Ziele der Raumordnung, wenn der Regionalrat daran festhalten wollte, notwendige bauliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Waldbrandgefahren, z.B. durch den Umbau von Stauweihern zu Löschwasserentnahmenteichen, und den Bau von befestigten Zufahrten für die Feuerwehr behindern sowie Nutzungsmöglichkeiten, etwa im Zusammenhang mit dem notwendigen Ausbau der Wind- und Solarenergie, einschränken.

4. Erfordernis einer planerischen Abwägung

Nach allgemeiner Auffassung handelt es sich bei den Vorranggebieten des Regionalplans um Ziele der Raumordnung. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG Vorgaben und sachlich bestimmten oder bestimmbar vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, und Sicherung des Raums. Ziele der Raumordnung beruhen insoweit zwangsläufig auf einer planerischen Abwägung. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG schreibt dazu vor, dass bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf den jeweiligen Planungsebene erkennbar von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen sind. Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. Siehe aktuell

zur Landesplanung Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 2/20.NE ?, juris Rn. 185; im Übrigen auch BVerwG, Urteil vom 5. Mai 2015 - 4 CN 4.14 -, NVwZ 2015, 1537 (1538) = juris, Rn. 14. In die Abwägung sind alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 2/20.NE ?, juris Rn. 190; siehe auch Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, 2018, § 7 Rn. 42, m. w. N. Notwendig ist es deshalb, BSN nur auf der Grundlage einer in diesem Sinne umfassenden planerischen Abwägung festzulegen. Es ist insoweit nicht zulässig, Gebietsfestlegungen des Landesentwicklungsplans unreflektiert zu übernehmen und als Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen oder auch unabhängig davon, bei der Festlegung von BSN ausschließlich auf naturschutzfachliche Gesichtspunkte abzustellen ohne im Sinne einer Verhältnismäßigkeitsprüfung zu berücksichtigen, welche nachteiligen Auswirkungen für andere öffentliche oder private Belange mit den entsprechenden Festlegungen verbunden sein können. Ausweislich der Erläuterungen des Planentwurfs des Regionalplans Köln beruhen die Planungsabsichten, Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen, jedoch (ausschließlich) auf dem Fachbeitrag des LANUV zum Naturschutz. Aus den Erläuterungen dieses Fachbeitrags des LANUV aus dem Jahre 2019 zu den Festlegungen für den Biotopverbund ergibt sich aber, dass die räumliche Ausdehnung der geplanten Vorranggebiete sich allein an naturschutzfachlichen Kriterien orientiert hat. Für die Frage, ob bestimmte Flächen für den Biotopverbund geeignet sind, mag dies auch nicht zu beanstanden sein. Für eine regionalplanerische Vorrangfestlegung reicht dies jedoch nicht aus. Vielmehr bedarf es zusätzlich einer Abwägung unter Einstellung von sämtlichen in der Abwägung eine Rolle spielenden öffentlichen und privaten Belangen. Der Fachbeitrag des LANUV leistet diese Aufbereitung des abwägungsrelevanten Sachverhalts insbesondere mit Blick auf die räumliche Ausdehnung der BSN-Festlegungen entlang der Bachläufe und Riefen, aber auch mit Blick auf die Einbeziehung landwirtschaftlich genutzter Flächen nicht. Insbesondere die landwirtschaftlichen Flächen werden überwiegend intensiv genutzt; Zielbeachtungspflichten können deshalb zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen auf diesen Flächen führen. Es ist nicht ersichtlich, dass eine entsprechende Ermittlung öffentlicher und privater Belange, die für oder gegen eine Vorrangfestlegung sprechen können, stattgefunden hätte. Sie kann auch nicht ausschließlich durch eine Beteiligungsmöglichkeit im Rahmen der Umweltprüfung ersetzt werden. Aus dem Abwägungsvorgang ergeben sich keine hinreichende Ermittlung und Bewertung der von den Antragstellerinnen und anderen öffentlichen Stellen benannten durch die Planänderungen berührten Belange als Grundlage für eine dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechende Abwägung. IV. Gerichtlicher Rechtsschutz Sollte der Regionalrat Köln die Einwendungen zurückweisen und an den



NSG-Festlegungen in dem Umfang des Planentwurfs festhalten, gäbe es die Möglichkeit, die Unwirksamkeit dieser Ziele der Raumordnung gerichtlich feststellen zu lassen. Hinreichende Erfolgsaussichten von Klagen gegen den Regionalplan würden angesichts der festgestellten Mängel bestehen. Rechtsschutz gegenüber rechtswidrigen Raumordnungsplänen erreichen Grundstückseigentümer im Wege einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle nach § 47 VwGO. Voraussetzung für ein solches verwaltungsgerichtliches Normenkontrollverfahren gegen einen Raumordnungsplan ist, dass in dem jeweiligen Bundesland von der Möglichkeit des § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO Gebrauch gemacht worden ist, eine derartige verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle zu eröffnen. Diese Möglichkeit hat das Land NRW vor einigen Jahren eröffnet. Ein Normenkontrollantrag ist seitdem gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i. V. m. § 109a JustG NRW statthaft. Nach § 109a JustG NRW entscheidet das Oberverwaltungsgericht Münster auf Antrag über die Gültigkeit von anderen im Rang unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften, sofern das Landesrecht dies bestimmt. Nach Auffassung des BVerwG und auch des OVG Münster sind die in einem Regionalplan enthaltenen Ziele der Raumordnung Rechtsvorschriften i.S.d. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO. Sie können vom Zieladressaten zum Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle gemacht werden, BVerwG, Urt. v. 20. 11. 2003 ? 4 CN 6,03 ?, NuR 2004, 362; Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 3. Mai 2022 ? 11 D 135/20.NE, juris BayVG, Urt. v. 8. 12. 2003 ? 20 N 01.2612, UPR 2004, 458.

Bei den geplanten BSN-Vorranggebietsfestlegungen handelt es sich, wie bereits erläutert, um Ziele der Raumordnung, die zum Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle gemacht werden können. Nach § 47 Abs. 2 VwGO kann einen Normenkontrollantrag jede natürliche oder juristische Person, die geltend macht, durch die Rechtsvorschrift oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden, innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Rechtsvorschrift stellen. Neben der verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle kommt auch eine verwaltungsgerichtliche Inzidentkontrolle in Betracht. Sie ist immer dann denkbar, wenn sich die betroffene Privatperson gegen eine Verwaltungsmaßnahme wehrt, deren Rechtmäßigkeit von der Gültigkeit des Raumordnungsplanes abhängt. In einem solchen Fall prüft das angerufene Verwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit des Raumordnungsplanes als Vorfrage. Nach § 9 Abs. 2 S. 4 HS 1 ROG sind, wie ebenfalls einleitend bereits erläutert, mit Ablauf der Einwendungsfrist nach § 9 Abs. 2 S. 3 ROG alle Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Damit reagiert der Gesetzgeber darauf, dass nach der Rechtsprechung des BVerwG der Grundeigentümer seine Klagebefugnis auf Art. 14 Abs. 1 GG stützen kann, ohne erläutern zu müssen, ob und inwieweit er auf dem Grundstück in absehbarer Zeit konkret raumbedeutsame Vorhaben realisieren möchte, Schubert, in: Kment, Hrsg., ROG, Einf. C, Rdn. 28 unter Verweis auf BT-Drs. 18/1432, 7 dort auch zu der Frage, ob, wie der Gesetzgeber annimmt, eine solche materielle Präklusionsregelung mit EU-Recht übereinstimmt. Die Präklusion tritt nur dann ein, wenn das Beteiligungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist und wenn in der Bekanntmachung nach § 9

Abs. 2 S. 3 ROG auf die Präklusion hinge-wiesen worden ist. Präkludieren können im Übrigen auch nur die Stellungnahmen, die fristgerecht hätten abgegeben werden können. Eine Normenkontrollklage gegen die beanstandeten Ziele der Raumordnung des neu aufgestellten Regionalplans Köln wäre begründet, wenn die beanstandeten Ziele der Raumordnung rechtswidrig und damit unwirksam sind. Bleibt der Planentwurf trotz der vorgetragenen Einwendungen hinsichtlich der BSN-Festlegungen unverändert, werden die Einwendungen also vom Regionalrat zurückgewiesen, dann sind die beanstandeten NSG-Festlegungen aus den zuvor erläuterten Gründen rechtswidrig und damit zugleich unwirksam. Zwar kann ein Raumordnungsplan nach § 12 Abs. 6 ROG durch ein ergänzendes Verfahren zur Behebung von Fehlern auch rückwirkend wieder in Kraft gesetzt werden. Der Regionalrat könnte im Wege eines ergänzenden Verfahrens insoweit auch noch nach Einreichung eines Normenkontrollantrags den Einwendungen Rechnung tragen. Damit würde sich der Normenkontrollantrag erledigen; die Kosten des Rechtsstreits wären vom Land zu tragen. Ein Normenkontrollantrag gegen unverändert bleibende NSG-Vorranggebietsfestlegungen wäre zulässig und begründet. V. Fazit Die zeichnerische Darstellung von BSN entlang der Bachläufe und Riefen und auf angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen im Eigentum der Forstbetriebe Ihrer Forstgemeinschaft überfordert den Planungsmaßstab des Regionalplans in der von LPIG DVO vorgegebenen Maßstäblichkeit. Eine Biotopvernetzung kleinteiliger Bachläufe und Riefen muss der Landschaftsplanung vorbehalten bleiben und kann allenfalls durch einen Raumordnungsgrundsatz zum Biotopschutz bzw. durch eine BSLE-Festlegung im Regionalplan beeinflusst werden. Angesichts des Maßstabs der zeichnerischen Darstellung, der Strichbreite der Festlegung und der mangelnden Nachvollziehbarkeit des konkreten Umfangs der zeichnerischen Festlegungen bestehen durchgreifende Zweifel an einer hinreichenden Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit der BSN-Festlegungen. Da von ihnen jedoch im Geltungsbereich des § 35 BauGB unmittelbare Rechtswirkungen für die Grundstückseigentümer ausgehen, muss auf die angesprochenen BSN-Festlegungen verzichtet und der Biotopschutz, soweit erforderlich, durch die Landschaftsplanung ergänzt werden. Dabei kann wiederum der Fachbeitrag des LANUV aus dem Jahr 2019 herangezogen werden, der nach § 8 Abs. 1 S. 1 LNatSchG NRW als Grundlage nicht nur für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan, sondern eben auch für die Landschaftsplanung dient. Zweifel an der Wirksamkeit der zeichnerischen Festlegungen ergeben sich auch daraus, dass wohl keine aktuellen Untersuchungen zum ökologischen Zustand der in Aussicht genommenen BSN-Flächen durchgeführt worden sind und dass es auch hinsichtlich der Erforderlichkeit und Angemessenheit der räumlichen Ausdehnung der gesicherten Flächen we-der konkrete Sachverhaltsermittlungen gegeben noch eine entsprechende Abwägung wi-derstreitender Belange stattgefunden hat. In weiten Teilen sind als BSN vorgesehene Flächen für einen Biotopverbund ungeeignet. Es fehlt an einem kontinuierlichen Wasserzufluss und an einer für den Biotopschutz in Betracht zu ziehenden Fauna und Flora. Gegen die beanstandeten Ziele der Raumordnung kann mit einer hinreichenden Erfolgsaussicht eine verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle beim OVG Münster eingereicht werden, wenn die Einwendungen zurückgewiesen

werden sollten und an den in Aussicht genommenen NSG-Festlegungen unverändert festgehalten wird.	
--	--

**Inhalt**

Der oben genannte familiengeführte Forstbetrieb Eigentümer [anonymisiert] betreibt auf ca. 400 ha Wirtschaftswald Forstwirtschaft im Flamersheimer Wald. Der Forstbetrieb ist PEFC zertifiziert und bewirtschaftet den Wald nach den Kriterien einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Die Flurstücke des Forstbetriebs liegen zusammenhängend in der Gemarkung Flamersheim, [anonymisiert] Namens und kraft Vollmacht der Eigentümer dieser Flächen erheben wir gegen die Neuaufstellung des Regionalplans die folgenden Einwendungen:

In dem Entwurf des Regionalplans Köln sind die folgenden Flächen in unserem Forstbetrieb als BSN-Bereiche vermerkt worden: Pommersbach, Düffelsiefen, Pferdsbruchsiefen

Diese drei Siefen sind zeichnerisch sehr großzügig als BSN-Flächen ausgewiesen worden, so daß dadurch ca. 15 % der Betriebsfläche (ca. 60 ha) betroffen wären. In der Realität sehen die drei Grabenläufe wie folgt aus: ? tlw. tief eingeschnittene Siefen mit einer Breite von 5 mtr. bis 15 mtr. ; daraus ergibt sich eine "Siefenfläche" von ca. 5 ha, nicht ganzjährig wasserführend; inzwischen häufiger trockenfallend, Baumbewuchs fast durchgängig mit mittelalter Eiche, Suche, Erle und Birke, durch die Baumbeschattung kaum eine Begleitvegetation vorhanden, keine Merkmale schützenswerter Biotope erkennbar. In einem Nachbarbetrieb ist im Jahr 2015 ein ökologisches Gutachten u.a. zu den Siefen von

Herrn Dr. Esser, Kölner Büro für Faunistik, Köln erstellt worden. In diesem Gutachten konnte keine schützenswerte ökologische Wertigkeit für diese Flächen festgestellt werden. Somit bestätigt dieses Gutachten die oben gemachten Aussagen. Die Ausweisung der genannten drei Siefen als BSN-Flächen in dem geplanten Umfang hätte zur Folge, dass diese unverhältnismäßig umfangreich geplanten Bereiche entsprechend dem textlich formulierten Ziel der Raumordnung für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Es stünde zu befürchten, dass daraus für unseren Familienbetrieb betriebliche und insbesondere finanziellen Aufwendungen folgen, die neben den schon durch die klimabedingten Veränderungen notwendig werdenden Maßnahmen zur Wiederbewaldung eine zusätzliche wirtschaftliche Herausforderung bedeuten, die so für uns nicht zu tragen wäre. Diese wirtschaftliche Belastung resultiert vorrangig daraus, daß mit der weitflächigen, überdimensionierten Ausweisung von BSN-Flächen die schon stark reduzierten Vermögenswerte des Betriebs weiter reduziert und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten des Forstbetriebs weiter gefährdet werden. So wäre

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel für BSN (Z.20) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

aufgrund der geringeren Flächenwerte eine Kreditaufnahme zur Finanzierung der Wiederbewaldung noch schwieriger möglich.

Weiterhin liegen zwei denkmalgeschützte Gebäude (Jagdhütte mit Stall) aus dem 19. Jahrhundert im Forstbetrieb, die ohne jegliche wirtschaftliche Nutzung sind. Diese Gebäude sind

entsprechend der denkmalrechtlichen Vorgaben zu unterhalten und belasten ebenfalls die Wirtschaftlichkeit des Forstbetriebs. Weiterhin würden betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten wie z.B. „Windenergie aus dem Wald“ kaum noch realisierbar sein, wenn der Betrieb linienförmig von BSN-Bereichen durchzogen wäre.

Der aktuell gültige Landschaftsplan des Kreises Euskirchen mit dem Landschaftsschutzgebiet "Flamersheimer Wald" ( s. Nr. 2.2-10) ist für die Flächen unseres Forstbetriebs relevant und aus unserer Sicht vollkommen ausreichend, um die Ziele des Naturschutzes zu berücksichtigen. Unter Einbeziehung der rechtlichen Stellungnahme von Herrn Prof. M. Beckmann, Münster zu dem vortiegenden Entwurf des Regionalplans (s. Anlage) und den darin aufgeführten Mängeln in diesem Entwurf sowie den in diesem Schreiben aufgeführten inhaltlichen Argumenten beantragen wir die ersatzlose Streichung sämtlicher BSN-Bereiche für unseren Forstbetrieb. Sie sind für den beabsichtigten Biotopverbund weder geeignet, noch in dem dargestellten Umfang erforderlich und führen über ihre unmittelbar verbindliche Zielbindungspflicht des § 35 BauGB zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung des Grundeigentums. Angesichts des für den Regionalplan vorgesehenen Flächenmaßstabs fehlt es auch an einer hinreichenden Bestimmtheit der Festlegungen. Wir verweisen auf die umfangreichen Vorgaben an das Landschaftsschutzgebiet Flamersheimer Wald (s. Landschaftsplan Kreis Euskirchen), die weitere Einschränkungen aus naturschutzfachlichen Gründen überflüssig machen. Sollten die BSN-Bereiche für unseren Forstbetrieb im Regionalplan Köln aufrecht erhalten bleiben, werden wir diesen beklagen, da es für uns um die wirtschaftliche Existenz unseres Forstbetrieb geht.[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].

**Inhalt**

Der oben genannte familiengeführte Ackerbaubetrieb (alleiniger Eigentümer ist der Unterzeichner) betreibt aktiv auf ca. 150 ha nachhaltigen Ackerbau. Die Bewirtschaftung der Flächen erfolgt gemeinsam mit den Flächen zweier benachbarter Betriebe in Form einer GbR. Ein großer Block mit Ackerflächen des Betriebs liegt zusammenhängend rund um die Burg Ringsheim entlang des Orbachs in den Gemarkungen Palmersheim Flur 4 und Schweinheim Fluren 1, 2, 3, 8, 10 usw.. In dem Entwurf des neuaufzustellenden Regionalplans Köln liegen folgende Flächen unseres Ackerbaubetriebs in Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) und tlw. in Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE): Ackerflächen Palmersheim [anonymisiert], Acker- und Grünlandflächen Schweinheim Flur 1, [anonymisiert]

Auf diesen Flurstücken sind zeichnerisch sehr großzügig BSN-Bereiche ausgewiesen worden, so dass dadurch ca. 30 % der Betriebsfläche (etwa 50 ha) betroffen wären (siehe unten beigefügte Abbildung). Aktuell sieht die Situation auf den Ackerflächen rund um den Betriebsstandort [anonymisiert] entlang des Orbachs wie folgt aus: intensiv genutzte Ackerbauflächen mit hohen Erträgen, die alle in die regionale Vermarktung (Bäckereien; Zuckerfabrik; Ölmühle) gehen, entlang des Orbachs ist bereits das Landschaftsschutzgebiet "Bäche und Auen bei Flamersheim" (s. 2.2-11 Landschaftsplan ?Euskirchen") mit Vorgaben zur Bewirtschaftung festgesetzt, rund um die denkmalgeschützte Gutshofanlage [anonymisiert] ist die Festsetzung eines geschützten Landschaftsbestandteils ?Baumbestände an Burgen und Höfen (s. 2.4-1 Landschaftsplan ?Euskirchen") erfolgt, seit vielen Jahren werden auf freiwilliger Basis Agrarumweltmaßnahmen entlang des Orbachs (Ufer-Randstreifenprogramm) umgesetzt, für einen Putenstall auf dem Flurstück [anonymisiert] gibt es einen eingereichten Bauantrag, im Sommer fällt der Orbach zu manchen Zeiten insgesamt trocken, was seine ökologische Wertigkeit stark reduziert, es sind keine besonders wertvollen Biotope auf den Ackerflächen entlang des Orbachs vorhanden. Gegen die geplante Neuausweisung von BSN-Bereichen sowie von BSLE-Bereichen entlang des Orbachs sprechen die folgenden Argumente: 1. Der Entwurf des Regionalplans Köln erhält eine Reihe formaler Mängel ( s. Gutachten Prof. Beckmann, Münster für die FBG Steinbach). 2. Die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten werden unverhältnismäßig eingeschränkt (Vermögenswerte; Kreditaufnahme; bauliche Maßnahmen, Flächennachweis

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Tierhaltung usw.). 3. Die Entwicklung neuer Betriebszweige z.B. Tierhaltung oder Energie vom Acker ist weitgehend ausgeschlossen. 4. Die Produktion regional vermarkteter Lebensmittel wird eingeschränkt, dies geht zu Lasten der Nahrungsmittelversorgung und ist der Wertschöpfung in der Region abträglich. 5. Es besteht bereits eine hohe finanzielle Überlast und Sozialpflichtigkeit (keine PV-Nutzung der Dächer usw.) durch den Unterhalt des denkmalgeschützten Ensembles [anonymisiert] für den Betrieb. 6. Das landwirtschaftliche Fachrecht (DüngeVO; Wasserhaushaltsgesetz, Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung etc.) gewährleistet bereits umfänglich den Schutz von Gewässern und begleitenden Saumbiotopen. 7. Die von der EU-Kommission geplante Ausdehnung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung auf Landschaftsschutzgebiete (auf Grundlage der BSLE-Ausweisungen) beeinträchtigt in erheblichem Maße die Nahrungsmittelproduktion auf den Ackerflächen bzw. macht diese unwirtschaftlich. 8. Die Bewirtschaftung (z. B. Einsatz organischer Dünger; Pflanzenschutzmittel) der Ackerflächen und damit die Wirtschaftlichkeit werden durch die Neuausweisung unverhältnismäßig stark eingeschränkt. 9. Insgesamt werden durch die geplanten BSN- und BSLE-Ausweisungen die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt und die Zukunftsfähigkeit unseres Ackerbaubetriebs in Frage gestellt. Unter Einbeziehung der in diesem Schreiben aufgeführten inhaltlichen Argumente fordern wir somit die ersatzlose Streichung sämtlicher BSN- sowie BSLE-Neuausweisungen entlang des Orbachs für unseren Ackerbaubetrieb. Sie sind für den beabsichtigten Biotopverbund weder geeignet, noch in dem dargestellten Umfang erforderlich und führen über ihre unmittelbar verbindliche Zielbindungspflicht des § 35 BauGB zu einer unverhältnismäßigen Beeinträchtigung des Grundeigentums. Angesichts des für den Regionalplan vorgesehenen Flächenmaßstabs fehlt es auch an einer hinreichenden Bestimmtheit der Festlegungen. Wir verweisen auf die umfangreichen Vorgaben der festgesetzten LandschaftsschutzgebietsVO "Bäche und Auen bei Flamersheim" (s. .. Landschaftsplan Kreis Euskirchen), die weitere Einschränkungen aus naturschutzfachlichen Gründen überflüssig machen. Wie in der Vergangenheit praktiziert, beteiligen wir uns auch zukünftig gerne auf freiwilliger Basis an zielführenden Agrarumweltmaßnahmen für den Bereich entlang des Orbachs. Sollten die BSN-Neuausweisungen für unseren Ackerbaubetrieb im Regionalplan Köln beschlossen werden, sehen wir uns gezwungen diesen zu beklagen, da es für uns um die wirtschaftliche Existenz unseres Betriebs geht [Abb. anonymisiert].

AZ: Ö-O-1023

1002290

1004987

#### Inhalt

Dass die Fläche um den Fernsehturm bebaut werden soll, finde ich unglaublich! Jetzt schon läuft die Kölner Innenstadt über mit Leuten, mit Autos, mit Fahrrädern und e-Rollern. Noch mehr Häuser bedeuten noch mehr von allem, denn die Leute wollen ja leben...

Im Sommer gibt es aber jetzt schon kaum noch Luft zum Atmen! Im Grüngürtel sitzen an heißen Tagen die Leute eng an eng, grillen und hinterlassen riesige Müllhaufen! Ansonsten ist der Grüngürtel für Sport und Naherholungsgebiet super wichtig!! Wie soll das alles funktionieren?

Der Grüngürtel muss unversehrt bleiben, wir brauchen ihn für Sauerstoff, zur Kühlung, zum Erholen!!!

Finger weg vom Grüngürtel! Der wird jetzt schon durch den Schulbau genug angefressen!! ?

[ANONYMISERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).



**Inhalt****Geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Gummesbach-Herreshagen  
(Umweltbericht, GM\_GIB\_1)****Historische Einordnung (Regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich)**

Der Ort Herreshagen wird im Jahr 1535 erstmals urkundlich erwähnt, ist also mindestens 500 Jahre alt und in seinen Ursprüngen wohl eine Bauernschaft gewesen. Lebendiges Zeugnis dafür ist u. a. die Zeithstraße (GM\_GIB\_1, S. 3), eine mittelalterliche Fernhandelsstraße, die durch das Gebiet der geplanten Erweiterung des Gewerbegebietes führt. Das Ortsbild hat sich im Laufe der Zeit natürlich verändert, jedoch auch noch viel von seiner Ursprünglichkeit behalten. So ist das direkte Umland bis heute durch Ackerflächen, Wiesen, Weiden und Wald geprägt.

Diesen Charakter gilt es aus meiner Sicht zu erhalten, insbesondere da auch der Regionalplan großen Wert auf die Erhaltung bestehender Kulturlandschaften legt (Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 28-29 unter Verweis auf § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG).

**Bestehendes Gewerbegebiet Herreshagen-Sonnenberg sowie Windhagen-West und -Ost (Bedeutung von Flächen und Klima)**

Mit der Erschließung des bereits bestehenden Gewerbegebietes Herreshagen-Sonnenberg vor etwa 15 Jahren waren massive Eingriffe in die Landschaft und die Natur verbunden. So wurde etwa die Kuppe der Arzhöhe abgetragen und das Gelände so weit eingeebnet, dass es für die Nutzung als Gewerbegebiet geeignet ist. Das Bild der Umgebung hat sich damit bereits massiv verändert, jedoch blieb ein gewisser Abstand zur Ortschaft erhalten, so dass das bestehende Gewerbegebiet für die Anwohner gerade noch als akzeptabel zu bezeichnen ist.

Bei einer Erweiterung des bereits bestehenden Gewerbegebietes gemäß dem Entwurf des in Aufstellung befindlichen Regionalplan würde Herreshagen sowohl auf der Ost- als auch auf der Nordseite vom Gewerbegebiet in Gänze umschlossen, das zudem ein Vielfaches der Fläche des Ortes einnehmen würde. Herreshagen verlöre sein für das Oberbergische typische Ortsbild und würde mehr oder weniger Teil des Gewerbegebietes. Hinzu tritt der Umstand, dass das Gewerbegebiet vor allem nördlich des Ortes topographisch höher gelegen wäre als der Ort und sich der beherrschende Eindruck des Gewerbegebietes dadurch noch verstärken würde. Auch muss man davon

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

ausgehen, dass eine Erschließung der Flächen als Gewerbegebiet aufgrund der Geländestruktur durch Einebnung bzw. Terrassierung weitere massive Eingriffe in die Natur und die Landschaft mit sich bringen würde.

Mit den aufgeführten Gewerbegebieten werden bereits große Flächen in unmittelbarer Umgebung zu Herreshagen als Gewerbegebiete genutzt. Eine Erweiterung in diesem Bereich erscheint unverantwortlich.

So legt die Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln großen Wert auf die Erhaltung bestehender Grün- und Freiflächen sowohl als klimaökologische Ausgleichsräume als auch als Erholungs- und Ausweichflächen für die Bevölkerung (S. 27-28).

Der Umweltbericht zum Regionalplan (GM\_GIB\_1) weist deutlich darauf hin, dass im geplanten Erweiterungsgebiet Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung betroffen sind (GM\_GIB\_1, S. 2) und diese Böden auch klimarelevant sind (GM\_GIB\_1, S. 3). In der Zusammenfassung kommt das Gutachten zu der Einschätzung, dass bei einer Erweiterung des Gewerbegebietes die Umweltauswirkungen als erheblich eingeschätzt werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Klimaveränderung und -erwärmung ist es nicht nachvollziehbar, die bereits bestehenden Gewerbegebiete weiter auszubauen. Bestehende Grün- und Freiflächen sowie Böden mit hoher Funktionserfüllung und Klimarelevanz gingen verloren, die thermische Belastung würde aufgrund der Bebauung zunehmen und große Flächen würden versiegelt und ständen zur Aufnahme von zunehmenden Starkregelfällen nicht mehr zu Verfügung.

### **Verkehrs- und Lärmbelastung**

Mit einer Erweiterung des Gewerbegebietes ginge unweigerlich ein Anwachsen des Verkehrs und damit der Lärmbelastung einher. Die Lärmbelastung durch das bestehende Gewerbegebiet Herreshagen-Sonnenberg bewegt sich derzeit dank restriktiver Auflagen an der Grenze des Akzeptablen. Bei einer Erweiterung wäre der für die Anwohner wesentliche Aspekt einer angemessenen Erholung und Ruhe nicht mehr gegeben.

Eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes hätte auch eine Zunahme der Verkehrsbelastung durch den Lieferverkehr und die Beschäftigten zur Folge. Aufgrund der Bedeutung der L 302 und der B 256 als Straßen für den überwiegend regionalen und überregionalen Verkehr ist die Belastungsgrenze für die Anwohner bereits jetzt erreicht. Bei einer Zunahme des Verkehrs wäre auch hier die für die Anwohner notwendige Ruhe und Erholung nicht mehr gewährleistet.

### **Entgegenstehender Bürgerwille**

An der Erstellung der Regionalplanung für den Bereich Herreshagen wurden weder die Eigentümer der betroffenen Flächen einbezogen noch die Anwohner des Ortes oder der umliegenden und gleichermaßen betroffenen Ortschaften beteiligt.

Die vorliegenden Pläne werden sowohl von den Eigentümern der betroffenen Flächen als auch von den Anwohnern abgelehnt. Dies mag zwar mit dem deutschen Recht vereinbar sein, allerdings kaum mit den Grundsätzen moderner und transparenter Politik, die die Belange und Meinungen der Bürger einbezieht und berücksichtigt.

Auch erscheint es unzeitgemäß die Entscheidung über die Zukunft eines ganzen Ortes einzig und allein den betroffenen Grundstückseigentümern zu übertragen, sind doch die Belange aller Einwohner betroffen.

### **Unzeitgemäße Entwicklung**

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass das Wirtschaftswachstum endlich ist und die Wirtschaft heute auch andere Anforderungen stellt als noch vor 20 oder 30 Jahren. Auch Fragen des Umwelt- und Naturschutzes erhalten aufgrund der Klimaveränderung und -erwärmung eine immer größere Bedeutung. Da erscheint es mehr als fraglich, ob eine Erweiterung der Gewerbeflächen noch zeitgemäß und zukunftsweisend ist. Vielmehr sollten andere Bereiche der Wirtschaft, die nicht derart große Flächen verbrauchen, stärker in den Focus genommen und gefördert werden. Weiter scheinen für den Bereich Gummersbach und Oberberg Entwicklungsaspekte als Region für den Urlaub, die Naherholung und die Freizeitgestaltung für die umliegenden Städte und Ballungsräume nicht ausreichend in den Focus genommen zu werden. Diese Bereiche sollten ausgebaut und gefördert werden, anstatt auch den ländlichen Raum immer weiter zu verdichten und sowohl der Landschaft als auch der Natur die noch vorhandenen Freiräume zu nehmen. Damit einher ginge eine wirkliche Förderung und ein Ausbau des ÖPNV im öffentlichen Raum, um es den Menschen zu ermöglichen die ländlichen Regionen möglichst klimafreundlich und unter Verzicht auf das eigene Auto zu erreichen.

### **Zusammenfassung**

Die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Herreshagen-Sonnenberg lehnen wir ab. Es widerspricht sowohl den in der Begründung zum Regionalplan formulierten Grundsätzen in Bezug auf die Erhaltung bestehender Kulturlandschaften sowie die Erhaltung bestehender Grün- und Freiflächen sowohl als klimaökologische Ausgleichsräume als auch als Erholungs- und Ausweichflächen für die Bevölkerung.

Des Weiteren überstiegen die unmittelbaren Folgen für die Herreshagener Anwohner jedes akzeptable Maß. Das bestehende Gewerbegebiet zusammen mit der Erweiterung würde die Fläche der Wohnbebauung um ein Vielfaches übersteigen, der bisherige Charakter des Ortes ginge unwiederbringlich verloren. Die Lärmbelastung sowohl durch

<p>das Gewerbegebiet selbst auch als durch damit zusammenhängenden Verkehr würde erhebliche langzeitige gesundheitliche Belastungen für die Anwohner mit sich bringen. Große klimatisch relevante Flächen gingen verloren und würden versiegelt. Die Folgen für den Ort selbst könnten bei auftretenden Extremwetterlagen (z. B. Starkregelfälle) auch aufgrund der Topografie verheerend sein.</p>	
---	--

## Inhalt

**Finger weg von Grünausgleichsflächen oder: Grünausgleich - eine große Fehlinvestition?** Die Parks zwischen Pohlstadtsweg - Eiskaulenweg - Flehbachaue sind Grünausgleichsflächen für die Siedlung am Eiskaulenweg, die seit 2006 besiedelt ist. Die Anlieger am "Eiskaulenweg" in Köln-Brück haben Grünausgleich gezahlt, für den ein naturnaher Park mit Vogelschutz-Busch-Inseln sowie Wildblumenwiesen **gut angelegt** wurde. Diese haben sich nach nunmehr rund 10 Jahren endlich entwickelt und locken zahllose Vögel, Insekten, andere Wildtiere UND auch Menschen an. Eine Bebauung wäre nicht nur eine Sünde an der Natur. Skandalös wäre eine Bebauung - zumal unmittelbar nach der Errichtung der Parks, da diese mit einer **Vernichtung von funktionierender Flora einhergehen einhergehen und Lebensraum für Vögel und Insekten zerstört würde. Ganz zu schweigen von einer ungeheuren Geldverbrennung von hart erarbeitetem Einkommen der grünausgleichspflichtigen Anlieger.**

**Sozialer Friede in Gefahr!** Die Parks am Eiskaulenweg, die Flehbachaue und auch die Felder stellen auch und insbesondere für sozial benachteiligte Anwohner aus Neubrück und ja, auch aus Brück ein fußläufig erreichbares Naherholungsgebiet dar. Das ganze Jahr finden hier wahre Völkerwanderungen statt. Eine Bebauung würde ohnehin benachteiligte Anwohner zwingen, mit Bus und Bahn zum Königsforst zu fahren, um ähnliche Naherholungswerte zu erlangen. **Trägt das zum sozialen Frieden bei?**

**Köln-Kalk ist schon so zugebaut, Brück ist begünstigt, Grund genug, auch Brück kaputtzubauen?** Eine Bebauung entlang der Felder südöstlich des Eiskaulenwegs - also entlang der Flehbachaue - würde diese zum Grünstreifen verkommen lassen. Ja, Brück ist gesegnet mit mit diesem wunderbaren Naherholungsgebiet und ja, wir brauchen Wohnungen und ja, Köln-Kalk ist sowieso schon zugebaut. Aber ist das wirklich ein gutes Argument! Kalk ist kaputtgebaut, machen wir Brück auch kaputt, damit es gerechter ist? Wie wäre es, wenn wirklich mal kreativ geschaut würde, wo gebaut werden kann. **Eines ist gewiss: Die Natur sucht sich ihren Weg, aber wo bleibt der Mensch?**

**Heiße Sommer - heiße Städte - natürliche Klimaanlage:** Gerade der zurückliegende Sommer hat gezeigt, wie sich die Städte aufheizen - und nachts gar nicht mehr abkühlen - wohingegen es sich z.B. der Flehbachaue gut aushalten ließ. Auch die Freiflächen auf den Feldern und Parks kühlten umgehend ab, sobald die nächtlichen Temperaturen sanken. Sobald ein Wind ging, verteilte sich die kühle Luft merklich. Diese Flächen sind also - schon für den Laien erkennbar - natürliche

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

## Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Klimaanlagen für die umliegenden Ortsteile. **Bei Bebauung auch dieser letzten freien Flächen bliebe der Frischluftaustausch mit den dicht bebauten Ortsteilen Neubrück und Kalk aus.**

**Inhalt**

Wir bewirtschaften im Raum Euskirchen Dom-Esch und Bornheim Uedorf / Hersel/ Buschdorf einen Landwirtschaftlichen Betrieb. Mit Ihrer Planung des neuen Regionalplanes sind wir nicht einverstanden, weil wir eine große Einschränkung in der Bewirtschaftung unser landwirtschaftlichen Flächen sehen. Es ist eigentlich eine stille Enteignung und Entwertung unserer Ackerflächen und Wiesen. Wir werden kein sicheres Einkommen für unsere Familie mehr erwirtschaften können. Aber was wir noch als viel schlimmer ansehen, ist, dass die Landwirtschaft nicht mehr für genügend Nahrungsmittel sorgen kann um die Bevölkerung ausreichend zu Ernähren. Bitte überdenken Sie Ihre Planung noch mal in Bezug auf Naturschutzgebiete, Landschaftschutzgebiete und Erweiterung der Wasserschutzgebiete bzw. des Siedlungsraum für Wohnungen und Industrie. Wir Landwirte machen schon sehr viel für unsere Landschaft und Natur (Blühwiesen und Streifen, Naturschutzpflege in der kompletten Region Wasserschutzkooperationen zur Erhaltung des Trinkwassers schon über 30 Jahre nur einige der vielen Sachen die von der Landwirtschaft gestemmt werden. Sollten Sie an dem Plan festhalten, werden wir über unsere Landwirtschaftlichen Verbände und Privat Rechtlich gegen Ihre Pläne und Entscheidungen vor gehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



**Inhalt**

Ich erhebe hiermit Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionlplans von den Flurstücken:

- 8-808-006
- 8-809-010
- 8-807-005
- 8-807-004

Neubrücke ist eine Siedlung mit sehr viel Wohnraum für viele Menschen auf viel versiegelter Fläche auf engstem Raum. Wir brauchen die Wohnortnahe Natur und Grünflächen zur Erholung und als Ausgleich für unsere dicht besiedelte Siedlung. Viele Menschen nutzen unsere Felder zum Spazieren gehen, zum Sport treiben, um frische Luft zu tanken. Gerade für unsere große Siedlung (ca. 8000-9000 Einwohner) ist diese Naherholungszone so wichtig, da es keine direkte Verbindung und Anbindung zu anderen Naherholungsgebieten gibt. Das Madaus-Gartenland (Flurstück: 8-809-010) ist als Ausgleichsfläche für das Siedlungsgebiet Merheimer Gärten gesetzlich vorgeschrieben worden. Jetzt wollen Sie hingehen und diese Ausgleichsfläche wieder zum Bauland umwidmen. Es hat ja einen Grund, weshalb man Ausgleichsflächen für versiegelte Flächen schafft. Diese Ausgleichsflächen haben eine Schutzfunktion und können und dürfen nicht nach paar Jahren einfach bebaut werden! Täglich wird in der Presse über die zunehmende Aufheizung der Städte durch den Klimawandel berichtet. Es ist zwingend erforderlich, unversiegelte Grün-Flächen zu erhalten bzw. neu einzurichten um den Klimawandel und der damit verbundene Aufheizung der Städte entgegen zu wirken. Es ist doch wirklich allgemein bekannt, dass jede Versiegelung bzw. Bebauung von Flächen zum weiteren Anstieg der Temperatur führt!!! Es wird doch sogar überlegt, Schottergärten und versiegelte Flächen bei Privatgärten zu verbieten! Es ist weiterhin sehr bekannt, dass wir dringend die Frisch- und Kaltluftschneise brauchen, die für einen Temperatúrausgleich der Stadt sorgt! Außerdem sind die obengenannten Flurstücke wichtig für das Erhalten und Überleben der Tiere: hier rasten verschiedene Zugvögel, Feldhasen und andere heimische und bedrohte Tierarten, für die auch in Städten der Lebensraum erhalten bleiben muss. Eine Stadt darf nicht auf Kosten der Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zugebaut werden! Ich hoffe sehr, dass Sie die oben genannten Flurstücke als Naherholungsgebiete - vor allem für die Neubrücker Hochhaussiedlung, extrem wichtig - erhalten bleiben. Ich bitte Sie, meine Bedenken für weitere Bebauung in unserer geschützten Landschaft ernst zu nehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-1030	
1002172	
1003325	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Den Grüngürtel für eine Bebauung freizugeben ist in einer Zeit des Klimawandels unverantwortlich.</p> <p>Die Stadt und insbesondere Köln und die in ihr lebenden Menschen benötigen Grünflächen mit Bäumen- und dies nicht nur zur Erholung, sondern auch aus Umwelt- und Klinagründen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-1032

1002279

1011623

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vvor kurzem habe ich von der geplanten Neuaufstellung des Regionalplan Kölns erfahren. Dabei fiel mir auf, dass meine Familie und ich unmittelbar von diesen Planungen betroffen wären. Ein landwirtschaftliches Grundstück zwischen Dahl und Innen soll als mögliche Gewerbefläche ausgewiesen werden.

Wir sprechen uns ausdrücklich gegen ein mögliches Gewerbe- oder Industriegebiet an dieser Stelle aus. Hierzu haben wir ebenfalls sehr kurzfristig eine Petition gestartet, die deutlich zeigt, dass viele Menschen sich ebenfalls gegen diese Planungen aussprechen.

Es gibt zahlreiche Gründe, die gegen eine Gewerbe- oder Industrie- fläche sprechen, z. B. Naturschutz, Gewässerschutz, Artenschutz, drohende Bodenversiegelung und fehlende Infrastruktur. Genauere Angaben können Sie in der Petition unter folgendem Link: <https://chnng.it/w5nqXfS4> nachlesen.

Dort werden Sie ebenfalls sehen, dass innerhalb von 48 Stunden bereits über 50 Menschen unterschrieben haben.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1033	
1001854	
1003329_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betr.: ASB Höhenweg 1 / Ecke Buchenweg, 53721 Siegburg ( ehem. Waldhotel Grunge)Sehr geehrte Damen und Herren, der damalige Bau des Hotels am Buchenweg / Siegburg-Kalsdauen war ein städtebaulicher Fehler. Der Bau erfolgte innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG) des Landschaftsplanes Nr. 6. Ob das LSG damit nun an der Stelle zurücktritt oder noch besteht, kann hier offen bleiben. Wir regen an, die Gelegenheit des anstehenden Hotelrückbaues, planerisch für eine Korrektur zu nutzen und wichtige raumplanerische Vorgaben zu beachten und den Bereich des Hotels aus der ASB-Abgrenzung im Entwurf des Regionalplanes wieder herauszunehmen. Das Ziel muss es sein, die Mindestabstände zwischen Wald und Siedlungsflächen wieder zu vergrößern, um die steigenden Risiken aus Waldbrand und Windwurf zu mindern. Hierzu fehlt es übrigens an einer planerischen Ziel- bzw. Grundsatzbestimmung, die auf die steigende Waldbrandgefahr mit neuen Abstandsvorgaben Rücksicht nähme. Gebäude mit Glasflächen lösen waldnah besonders viele Artenschutzkonflikte aus, da gerade Spechtarten ein hohes Glaskollisionrisiko haben. Die Lockwirkung des Lichts wirkt bei Gebäude in Waldnähe besonders negativ. Wir regen daher an, die Fläche dem angrenzenden Bereich für die Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung zuzuschlagen. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die in Rede stehende Fläche ist im FNP der Stadt Siegburg als Sonderbaufläche dargestellt. Die Abgrenzungen der ASB orientieren sich an den bereits rechtskräftigen Bauflächendarstellungen der kommunalen FNP.</p> <p>Grundsätzlich gilt für die zeichnerischen Festlegungen im vorliegenden Entwurf, dass diese dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, d.h. unabhängig davon, ob die ASB Grenze die Sonderbaufläche noch integriert oder nicht, entscheidet die Stadt Siegburg über die Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Hotels. Hier werden auch die forstrechtlich notwendigen Abstände zwischen Bebauung und Waldnutzung und die landschaftsrechtlichen Voraussetzung geprüft.</p> <p>Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt..</p>

AZ: Ö-O-1034	
1002303	
1003332_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Beteiligungsverfahren zu Neuauufstellung des Regionalplans Köln Stellungnahme zu den vom Regionalrat für den Regierungsbezirk Köln in seiner 5. Sitzung am 10. Dezember 2021 beschlossenen Planunterlagen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>Wir,meine Frau und ich,bewirtschaften in (anonymisiert) einen Ackerbaubetrieb im Vollerwerb. Da schon etliche unserer Flächen in Landschaftsschutzgebiet, Wasserschutzgebiet,nitratbelastetes Gebiet und eutrophiertes Gebiet liegen,muss es doch irgendwann reichen.In ihrem Entwurf sollen nun die Landschaftsschutzgebiete nochmals deutlich ausgedehnt werden. Ende 2022 rechnen wir noch mit einer enormen Ausdehnung der nitratbelasteten- und eutrophierten Gegiete auf unseren Ackerflächen. Dank der Auflagen durch die Düngeverordnung -Stickstoffdüngung 20% unter dem Bedarf der Kulturen - hatten wir in den Ernten 2021 und 2022 kein Korn Brotweizen (11,5 % Protein). Wir befürchten nun ,das durch die Landschaftsschutzgebiete weitere Auflagen (Pflanzenschutz,Düngung, Fruchtfolge u.s.w.) auf uns zukommen, wodurch eine gute fachliche Bewirtschaftung unserer Felder unmöglich wird.</p> <p>Betroffene Flächen:Gemarkung Wormersdorf/Rheinbach</p> <p>Hier sollen 2 Parzellen (ca 8 ha ), wo bereits unsererseits Uferand- und Ackerrandstreifen angelegt wurden, zu Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Warum?</p> <p>Gemarkung: Ollheim Heimerzheim</p> <p>Auch hier wird das Landschaftsschutzgebiet unverhältnismäßig und ohne Notwendigkeit ausgedehnt. Hier sind 2 unserer Parzellen (ca 4 ha) betroffen.Im Hinblick auf die regionale Nahrungsmittelproduktion müssen diese Landschaftsschutzgebiete auf das absolute Minimum reduziert werden. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1036

1002037

1011675

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren der Bezirksregierung in Köln,

meine Name ist [ANONYMISIERT] und ich wohne seit 35 Jahren mit meiner Frau [ANONYMISIERT] im Dorf Herreshagen nahe der Stadt Gummersbach.

Vor kurzem haben wir erfahren, dass in unmittelbarer Nähe zu unserem Wohnort in Ihrem Regionalplan ein Gewerbe- bzw. Industriegebiet geplant wird.

Wir sind vor 35 Jahren ganz bewusst in ein ruhiges Dorf gezogen mit dem Wissen das diese naturnahe Lage für die gesunde Entwicklung unserer Kinder und Enkelkinder von großer Bedeutung ist. In direkter Nachbarschaft zu unserem Grundstück liegt ein Landschaftsschutzgebiet.

Natürlich wissen wir, das Gewerbe- und Industrieflächen für unsere Gesellschaft nötig sind, aber wir bitten Sie eindringlich, zunächst zu prüfen, ob es nicht möglich ist, alte, brach liegende Gewerbe-Industrieflächen in Ihre Planung einzubeziehen und bei Bedarf zu reaktivieren bzw. Flächen zu Nutzen, die nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebieten liegen.

Das jetzt von Ihnen geplante Gebiet in Herreshagen ist für sehr viele Menschen der umliegenden Städte (auch Köln) ein Naherholungsgebiet mit vielen seltenen Pflanzen und Tieren. Angesichts der fortschreitenden Menschen gemachten negativen Klimaveränderungen ist es unverantwortlich weitere Naturflächen zu zerstören und damit durch Versiegelung, Lärm, Gestank, Lichtverschmutzung etc. den Lebensraum vieler Menschen nachhaltig sehr negativ zu beeinflussen.

Wir bitten Sie daher mit allem Nachdruck, verzichten Sie auf die in Herreshagen geplante Gewerbe-Industriefläche und nutzen Sie stattdessen alte Industriebrachen, von denen es genügend gibt.

Mir freundlichem Gruß

[ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1037	
1002156	
1011676	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit nehme ich mein Recht zur Stellungnahme der Bürger im Rahmen des Beteiligungsverfahrens für die Regionalplanung, speziell für die Erweiterung des Gewerbe und Industriegebietes in Gummersbach Herreshagen wahr.</p> <p>Wir wohnen angrenzend an die geplante Erweiterung und sind selber davon direkt betroffen.</p> <p>Maßgeblich würde die Erweiterung des Gewerbegebietes einen direkten Einfluss auf unser Leben im Ort haben und ausschließlich negativ beeinflussen.</p> <p>Die aktuelle Lärmbelästigung durch die L-Straße im Dorf ist bereits sehr hoch und stark ausgelastet. Durch eine Erweiterung würde der Verkehr extrem zunehmen. Kinder könnten nicht mehr auf den Straßen spielen.</p> <p>Zudem ist dies ein signifikante Eingriff in die Landschaft des gesamten Dorfes. Das grüne Dorfbild wird somit verfallen, was wir gerade daran schätzen. Aufgrund der Lage der Erweiterung würde dieses oberhalb des Dorfes sein und von überall zu sehen sein.</p> <p>Alleine durch die Lichtverschmutzung und entstehende Lärmbelästigung wird ein großer negativer Einschnitt entstehen.</p> <p>Der Charakter des Dorfes durch die Landschaft in direkter Nähe geht verloren. Die beliebte Landschaft besteht aktuell aus Wald und Grünflächen mit landwirtschaftlicher Nutzung. Dies wäre ein großer Verlust für Umwelt und Natur. Zudem entfällt auch die Erholung und Freizeitnutzung der Wiesen und Wege.</p> <p>Zudem kann ich absolut nicht nachvollziehen, warum das Dorf/Eigentümer nicht früher mit einbezogen wurde. Ein solches Projekt sollte mit Eigentümern vorab besprochen werden, da ohne Abtretung der bestehenden Flächen die Nutzung nicht gewährleistet werden kann.</p> <p>Ich bitte um Ihre Stellungnahme schriftlich an meine hinterlegte Adresse vorzunehmen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>





AZ: Ö-O-1038	
1001855	
1005274	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bei der Entwicklung des Regionalplanes werden im Bereich Lammersdorf Gebiete zum Schutz der Natur an bestehender Stelle in der Neufassung ausgeweitet. Für unseren landwirtschaftlichen Betrieb, die [anonymisiert] bedeutet dies eine Verschlechterung bzw. den Verlust der Grundfuttergewinnung auf mehr als zehn Prozent der durch unseren Betrieb bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche. Hinzu kommen weitere Verluste in ähnlicher Größenordnung durch die Ausweisung bzw. mögliche Ausweisung weiterer Siedlungsgebiete. Ein solcher Verlust an Produktionsfläche und damit Wirtschaftsgrundlage stellt für unseren Familienbetrieb eine existenzielle Bedrohung dar. Weiterhin stehen diese Veränderungen vor allem im Konflikt mit der regionalen Lebensmittelproduktion unter Beachtung der internationalen Klimaziele. In unserem Betrieb findet eine Milchviehhaltung unter sinnvollsten Bedingungen statt. Die schweren Böden speichern die regional üppigen Niederschläge und genügen dem ökologisch sinnvollen Dauergrünland, welches in unserem Betrieb ausschließlich vorherrscht, als Nährboden. Sämtliche Grundfuttermittel zur Fütterung der Kühe werden von dem eigenen Grünland gewonnen, wodurch ein äußerst nachhaltiger Nährstoffkreislauf auf kurzen Entfernungen und mit somit sehr guter Klimabilanz entsteht. Daher ist eine Ausweitung der Gebiete zum Schutz der Natur mit einer Minderung an Ertrag des Dauergrünlandes und somit einer Existenzbedrohung verbunden. Der Erhalt des Dauergrünlandes in landwirtschaftlicher Nutzung stellt damit aus meiner Sicht einen aktiven Beitrag zum Schutz des Klimas, der Artenvielfalt und der Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung in unserer Region dar. Aus den vorgenannten Gründen lege ich hiermit ausdrücklich Beschwerde gegen die Ausweitung der Gebiete zum Schutz der Natur im Raum Simmerath-Lammersdorf ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1039

1002343

1009660

#### Inhalt

Wir sind Eigentümer des historischen und unter denkmalschutz stehenden Schloss Loersfeld in Kerpen. Das Schloss Loersfeld wird in der Hauptsache zu wohnlichen und insbesondere zu gastronomischen Zwecken genutzt. Unsere angrenzenden Flächen werden landwirtschaftlich genutzt.

Leider haben wir von der angedachten Neuaufstellung des Regionalplan Köln erst in dieser Woche erfahren. Diesbezüglich hatten wir noch keine Möglichkeit uns über konkrete Auswirkungen auf unser Schloss zu informieren.

Wir legen, zumindest für die Grundstücksteile am Schloss Loersfeld, einen pauschalen Einspruch ein. Wir melden Bedenken an, dass unsere Fläche durch die Umsetzung Ihres Regionalplans nur noch eingeschränkt nutzbar ist. Eine detaillierte Begründung werden wir nachreichen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-O-1040	
1001630	
1011725	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>anbei erhalten Sie unsere Stellungnahme zur Erweiterung des Gewerbegebietes Gummersbach-Herreshagen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Betr. Regionaplan für den Regierungsbezirk Köln - Entwurf 2021/Stand: Dezember 2021</p> <p>Hier: Stellungnahme zur Raumplanung für den Ort Gummersbach-Herreshagen, Erweiterung Gewerbegebiet Herreshagen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Namen der [ANONYMISIERT] erhalten Sie als Anlage eine Unterschriftenliste von zahlreichen Bürgern, die ein deutliches <b>NEIN</b> zum geplanten Gewerbegebiet aussprechen, welches still und heimlich geplant wird, ohne die Betroffenen (Eigentümer der Flächen) zu informieren.</p> <p>Des Weiteren haben wir eine offene Online Petition mit bisher über 1000 Unterschriften....</p> <p>Die Anbindung zu dem geplanten Gewerbe- und Industriegebiet nördlich von Herreshagen wird das Ortsbild stark beeinträchtigen bzw. zerstören. Es wäre eine enorme Belastung für alle Anwohner, zumal wir schon am Ortsrand ein Industriegebiet (Sonnenberg, ca. 40 ha) haben, welches vor ca. 12 Jahren erbaut wurde. Mit der geplanten Erweiterung wäre der Verlust des dörflichen Charakters durch unmittelbare Ansiedlung neben und nördlich der Ortschaft.</p> <p>Wir sind eine intakte, sehr rege Dorfgemeinschaft, die sich ehrenamtlich um viele Belange der Dorfbewohner kümmert.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Wir bitten Sie daher eindringlich, die Meinungsäußerung der betroffenen Bürger, Anwohner bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen. Schon jetzt ist erkennbar, dass die Bürger von Herreshagen sich in Ihrer Meinungsäußerung nicht zurückhalten werden.

Weitere stichhaltige Begründungen, warum **wir ALLE** gegen ein weiteres Gewerbe- und Industriegebiet in Herreshagen sind, können Sie aus den zahlreichen Stellungnahmen unserer Dorfbewohner entnehmen und bitten Sie darum, diese absurde Planung nicht weiter zu verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-O-1041	
1002345	
1003339	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gegen die Neuausweisungen von Naturschutzgebieten lege ich hiermit Form- und Fristgerecht Widerspruch ein !</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1042	
1002033	
1005275	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich widerspreche der Neuaufteilung des Regionalplanes. Ich bin Landwirt aus dem Kreis Aachen und bearbeite einen Ackerbaubetrieb. Ich befürchte erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung und die Entwicklung des Betriebes, z.B. Einschränkungen oder Verbote von Düngung und Pflanzenschutz, Zerlegung von Ackerflächen und Parzellen. Durch die Neuaufteilung würde sich der Wert der Fläche verringern, z.B. wenn ein Naturschutzgebiet entstehen würde. Die Landwirtschaft leidet zur Zeit eh schon durch den Klimawandel und würde darunter noch mehr leiden und noch mehr Betriebe müssten schließen und viele Landwirte müssten Ihren Beruf aufgeben. Hiermit lege ich Widerspruch gegen die Neuaufteilung ein, s. obige Begründung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1043	
1002336	
1003341	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin dagegen, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel - 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans als Siedlungsflächen auszuweisen.</p> <p>Die bisher bestehenden Festsetzungen</p> <p><i>?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz?</i></p> <p>sollen weiterhin beibehalten werden.</p> <p>Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>1. Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden die dort liegenden Flächen als unentbehrliche <b>?Kaltluftentstehungsgebiete?</b> durch Bebauungen und Versiegelungen zerstört und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als hoch relevante <b>Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung auch der Kölner Innenstadt</b> unwiederbringlich vernichtet.</p> <p>Auch und insbesondere im Hinblick auf den offensichtlichen ?Klimawandel? wäre dies absolut verantwortungslos. Diese Flächen haben besondere ökologische Funktionen. Die geplante Besiedelung steht vollständig im Widerspruch zu dem von der Stadt Köln ausgerufenen <b>?Klima-Notstand?</b>.</p> <p>Der Meteorologe Karsten Schwanke wird im Kölner Stadt-Anzeiger vom 31. August 2022 (von Lena Heising und Detlef Schmalenberg - Viel zu heiß, viel zu trocken) zitiert:</p> <p><i>?? Sommer wie diesen werde es künftig häufiger geben. ?Gerade die Veränderungen bezüglich Hitze- und Dürreperioden werden uns noch sehr beschäftigen?, sagt Schwanke. Köln sei eine Stadt, in der sich die Hitze gerne staut ? auch das werden die Menschen stärker spüren. ?Parkanlagen sind immens wichtig, um die Stadt herunterzukühlen.</i></p> <p><i>Auch NRW-Umweltminister Oliver Krischer sprach angesichts solcher Daten bereits</i></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



von einer ?dramatischen Situation? mit ?gravierenden Folgen?. ?Die Klimakrise trifft uns mit voller Wucht, NRW trocknet aus?, sagte der Grünen-Politiker??Die Tage mit mehr als 30, manchmal sogar 40 Grad werden in Zukunft noch häufiger?, prognostizierte Krischer... Mit sichtbaren Folgen für die Land- und Forstwirtschaft?Durch die fehlenden Niederschläge ist vielerorts zudem nicht nur das Grundwasser im Sinkflug, auch Niedrigwasser wird immer mehr zum Problem.

2. In Zeiten von Rekordhitzetagen und Starkregenereignissen stellt der Schutz unserer Freiflächen ein hohes ökologisches Gut dar.

a. An langanhaltenden Rekordhitzeperioden würden die zusätzlich großflächigen Ansiedlungen den Grundwasserbestand vermutlich bedenklich belasten.

b. Und bei Starkregen würden ohne die wichtigen Sickerflächen Abwasserkanäle an die Grenzen kommen können, es könnte auch zu Rückstauungen kommen, was zu erheblichen Schäden besonders in den Bestandsbauten kommen.

3. Zusätzliche Siedlungsflächen in dem geplanten Ausmaß werden zu zusätzlich erheblichen Emissionen führen, die das betroffene Gebiet stark belasten, aber letztlich auch das Kölner Stadtgebiet.

4. Auch muss im Lichte der aktuellen Entwicklungen durch den Krieg Ukraine und deren Auswirkungen auch in unseren Ländern die **?Versorgungssicherheit? der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln** gewährleistet bleiben, anstatt wertvolle Agrarflächen zu versiegeln und zu vernichten.

5. Die Erweiterungsfläche in Zündorf und Langel würden die **Verkehrsproblematik noch weiter verschärfen**. Bereits 1996 hatte der Kölner Stadtrat beschlossen, dass weitere Wohnbebauungen im Porzer Süden erst begonnen werden dürfen, wenn der Bau der Umgehungsstraße Zündorf und die Verlängerung der Linie 7 realisiert sind. Schon die bisher entstandenen Verkehrsmengen können nicht mehr bewältigt werden. Eine Umgehungsstraße ist aber inzwischen nach schon 50 Jahren alten Zusagen der Politik in immer weiterer Ferne gerückt!

6. Nicht zuletzt sind die geplanten Siedlungsflächen auch enorm wichtig als **Erholungsräume** für die hier ansässige Bevölkerung, aber auch für Ausflügler aus der Innenstadt und als **Lebensräume** für diverse auch gefährdete **Tier- und Pflanzenarten**.

7. Wieso wird ein ausgewiesenes **Landschaftsschutzgebiet** zerstört?

Der Kölner Stadtrat und der Regionalrat sollten sich der Verantwortung gegenüber der ?Kölner Bevölkerung? auch auf der rechten Rheinseite bewusst werden und nicht in blindem Aktionismus und damit strategisch wenig durchdacht über die betroffenen

Köpfe der Bevölkerung und deren Vertreter in der Bezirksvertretung hinweg zu politisieren und zu entscheiden, und damit irreversible Schäden zu verursachen, so wie allen in den Fällen Kölnberg und Finkenberg, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Auch an den Regionalrat die Bitte, denken Sie ganzheitlich, klimabewusst sowie nachhaltig und nicht mit Tunnelblick in populistischen Einzelaktionen. Was jetzt versiegelt und bebaut wird bleibt - auch der damit entstehende Schaden.

Ich wage die Prognose, dass mit zusätzlichen Siedlungsflächen der Wohnungsmarkt nicht in dem erwarteten Umfang entlastet wird, sondern man lädt vielmehr zu weiterem Zuzug aus dem Umland ein, der Nachfragedruck und damit das Mietniveau werden damit nicht merklich sinken, aber die Bausünden bleiben - wie in Chroweiler und Finkenberg.

Ich lehne aus den vorgenannten Gründen auch schon die Umsetzung der im aktuell noch gültigen Regionalplan/dem hieraus entwickelten Flächennutzungsplan der Stadt Köln vorgesehenen Bebauung der ca. 100 ha (ca. 1 Million qm) großen Fläche ?Zündorf-Süd? ab.

Eine Revision dieser Pläne ist dringend notwendig und daher geboten!

P.S. Die Stadt Köln hat "in Porz" planungstechnisch bisher wenig richtig gemacht, nun sollte sie wenigstens vermeiden auch noch alles nachhaltig falsch zu machen ? auch mit strategischem Blick auf das politisch priorisierte Innenstadtgebiet.

AZ: Ö-O-1044	
1002165	
1003342_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Neuaufstellung Regionalplan</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Ich bin Landwirt und bewirtschafte einen Betrieb in Aldenhoven mit Flächen in der Gemeinde Aldenhoven und den angrenzenden Städten Baesweiler, Linnich , Jülich und Eschweiler.</p> <p>Meine Bedenken hinsichtlich der Neuaufstellung des Regionalplanes liegen vor allem in der exzessiven Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Landschaft.</p> <p>Diese könne ja später meines Wissens als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werde. Gegenwärtig bedeutet das für uns nur geringe Einschränkungen in der Bewirtschaftung, ABER nach Plänen der EU-Kommission soll in sensiblen Gebieten, d.h. unter anderem in Landschaftsschutzgebieten der chemische Pflanzenschutz komplett verboten oder stark eingeschränkt werden werden.</p> <p>In meinem Betrieb liegen ca die Hälfte der Flächen südlich und südöstlich meiner Wohnlage in Aldenhoven- Weiler Langweiler, also westlich und östlich des Blausteinsees, in solchen Gebieten.</p> <p>Solch eine essentielle Einschränkung und evtl sogar noch Düngungsverbote würden diese Flächen für den Ackerbau entwerten und sinnvolle Landwirtschaft unmöglich machen.</p> <p>Das bedeutet für meinen landwirtschaftlichen Betrieb und auch für viele andere Betriebe in der Gemeinde eine existenzgefährdende Situation. Außerdem würde der Wert meiner Eigentumsflächen, die zum großen Teil in diesem Gebiet liegen drastisch sinken.</p> <p>Deshalb bitte ich Sie diese extreme Flächenausweisung einzuschränken.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

beigefügt]	
------------	--

**Inhalt**

Wir sind mit dem Regionalplan nicht einverstanden, da er massiv in dem Betrieb in Form von Landschafts- und Naturschutz eingreifen würde. Durch den Flächenfraß, der durch Industrie- und Hausbau entstehen würde, würde ein Pachtverdrängungswettbewerb entstehen. Durch diese Maßnahme wäre eine Fortführung des Betriebes durch meinen Sohn, der die Ausbildung zum Landwirt abgeschlossen hat und staatlich geprüfter Landwirt werden möchte, und damit eingehend für unseren Betrieb, der Fortbestand massiv erschwert und evtl. auch das Ende bedeuten könnte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1046	
1002304	
1005276	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die "Neuaufstellung Regionalplan Köln" ein. Ich liege mit ca. 25 ha Ackerflächen in dem völlig sinnlosen und rein aus ideologischen Gründen verfassten Regionalplan Köln. Dies kommt einer Enteignung gleich und ich behalte mir rechtliche Schritte gegen die all einhergehenden Einschränkungen die dieser absolute Irrsinn mit sich bringt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-1047

1001799

1003345\_001

## Inhalt

### Öff Neuaufstellung Regionalplan

Stellungnahme zur zeichnerischen Festlegung von allgemeinem Siedlungsbereich. Hier: Städteregion Aachen, Stadt Monschau, Ortsteil Höfen, Bereich Neue Straße, Triftstraße, Hohlweg und Hauptstraße.

Betroffene Flurstücke:

- Gemarkung Höfen, Flur 9, Nummern [ANONYMISIERT]
- Gemarkung Höfen, Flur 4, Nummern [ANONYMISIERT]

In der zeichnerischen Festlegung des Entwurfs des neuen Regionalplans der Bezirksregierung Köln weisen Sie die oben genannten Bereiche und Flurstücke als allgemeinen Siedlungsbereich aus, was zur Folge haben könnte, dass die Stadt Monschau diese Bereiche mit in zukünftige Bebauungspläne aufnehmen könnte.

Dieser stillen Erweiterung von Baugebieten im Ort Höfen stimme ich ausdrücklich nicht zu und verlange eine Abänderung dieser Planung. Als verwandschaftlich stark in Höfen verwurzelter Mitbürger sehe ich, so wie viele andere auch, keinen Bedarf der Ausweisung von Neubaugebieten in diesem Bereich von Höfen. Das begründen wir durch die schiere Anzahl an freien Baustellen und Grundstücken, welche im ganzen Ort über alle Straßen verteilt liegen. Da muss der Ort nicht noch zusätzlich seine Grenzen nach Außen hin erweitern! Viel förderlicher wäre es doch, die teils leer stehenden alten Häuser sowie die freien Grundstücke **im Ort** vernünftig an den Mann zu bringen und jungen Familien so eine Zukunft im Ortskern zu ermöglichen.

Des Weiteren spielt die Erholungsfunktion unserer schönen Landschaft eine immer größer werdende Rolle. Höfen wird nicht umsonst "Dorf im Grünen" genannt. Jahr für Jahr strömen tausende Urlauber und Tagestouristen nach Monschau (auch viele nach Höfen), um dort abzuschalten und die (noch) vorhandene Natur zu genießen. So wie viele andere auch, finde ich, sollte das dann auch so bleiben und nicht durch Bebauung über die Ortsgrenzen hinweg zerstört werden.

Die aus meiner Sicht betroffenen Flurstücke habe ich Ihnen oben benannt und bitte Sie eindringlich, die geplante Bebauung für diese Bereiche zu streichen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentialräume bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialräumen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



In der Hoffnung auf Verständnis bedanke ich mich bei Ihnen [ANONYMISIERT].

AZ: Ö-O-1048	
1002127	
1003346_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Neuaufstellung Regionalplan</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich bin Landwirt und mein Betrieb liegt in Aldenhoven. 90% meiner Betriebsfläche befindet sich im Gebiet der Stadt Eschweiler größtenteils am Blausteinsee. Die restliche Fläche befindet sich Nähe Lohn.</p> <p>Die extrem große Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Landschaft betrifft meinen Betrieb in vollem Umfang.</p> <p>Sollten diese Flächen zu späteren Zeiten zu Landschaftsschutzgebieten ausgewiesen werden und u.U. nach Plänen der EU-Kommission ein Einsatz von chemischem Pflanzenschutz verboten werden, wäre mein Betrieb nicht mehr existenzfähig. Sollte dazu noch ein Düngeverbot erfolgen, wären diese Flächen wertlos.</p> <p>Deshalb bitte ich Sie, diese extreme Flächenausweisung einzuschränken.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1049

1002158

1003347\_001

#### Inhalt

Wir haben größte Bedenken gegen die Planung das unsere landwirtschaftlichen Flächen (Eigentum) in der Schutzzone liegen. Können die Flächen nicht wie bisher landwirtschaftlich genutzt werden, entstehen uns Ausfälle und eine erheblichen Wertminderung. Dies ist nicht hinnehmbar. Wer zahlt uns den Ausgleich für laufende finanzielle Ausfälle und die erhebliche Wertminderung? In der gegenwärtigen Krisenlage ist nicht ersichtlich, wieso in diesem Bereich Naturschutz über die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung gehen kann. (anonymisiert)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-1052

1001921

1003350

#### Inhalt

Ich bin gegen eine Versiegelung oder Bebauung der folgenden Flächen: 8-809-010, 8-808-006, 8-807-005, 8-807-004.

Ich bin für den Erhalt von Naturfläche als Frischluftschneise und zur Klimaregulierung. Ferner für den Naturschutz und die Naherholung der Menschen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1053

1002305

1003351\_001

#### Inhalt

Wie ich als Anwohner äußerst kurzfristig erfahren musste, ist an die Ortschaften Heinsberg-Waldenrath und Gangelt-Birgden angrenzend, ein GIBregional vorgesehen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. Ansiedlung von Gewerbe in ländlichen Gebieten ist grundsätzlich überaus sinnvoll. Die Lage dieses GIBregional mit gewerblicher bzw. industrieller Nutzung in unmittelbarer Angrenzung an eine dörfliche Wohnbebauung nebst Altenheim ist jedoch nicht tragbar. Neben der immensen Reduzierung der Wohn- und Lebensqualität für die Anwohner ist auch zu berücksichtigen, dass die für das GIBregional vorgesehenen Flächen intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Gerade in der aktuellen Versorgungssituation sollte dies bedacht werden. Insofern bitte ich um Prüfung inwiefern für diese Vorhaben deutlich geeignetere Flächen zur Verfügung stehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1054

1002047

1011700

#### Inhalt

Ich bin aus HERRESHAGEN und somit betroffen, da ich auf dem Reiterhof [ANONYMISIERT] wohne. Dieser Hof ist meine Existenz und ich und meine Tochter leben von dieser Existenz. Auch meine Tochter möchte diesen Hof weiter führen und diese tolle Dienstleistung viele Jahre anbieten und Kindern leuchtende Augen schenken. Werden unsere Wiesen (zum Teil gepachtet) weggenommen ist eine Pferdehaltung nicht mehr artgerecht und somit unmöglich. Wir, die Familie [ANONYMISIERT] und viele Kinder aus Gummersbach und Umgebung werden sehr traurig sein, denn gerade in Gummersbach gibt es so gut wie keine Möglichkeit mehr dieses tolle Hobby zu erlernen. Natürlich sprechen weitere Gründe dagegen ein Gewerbegebiet in HERRESHAGEN zu errichten. Aber uns geht es eben persönlich ans Herz!!! Unsere finanzielle Zukunft und unser Zuhause ist in Gefahr!!!

Mit beängstigenden Grüßen [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt****4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung**

Die Fläche darf unter keinen Umständen auf das geplante Vorhaben erweitert werden. Unsere Landwirtschaft erfährt dadurch massive Einschränkungen die es unmöglich machen auf diese Weise dringend benötigte Lebensmittel zu produzieren. Wir Haben in dem geplanten Erweiterungsbereich sehr reiche Böden die in Form der Landwirtschaft viel viel mehr Lebensraum für Tiere und insekten sowie einer guten Landwirtschaftlichen Nutzung sowie sie heutzutage praktiziert wird. Ihre Vorhaben zerstören diesen Lebensraum und veröden guten Boden der für die weltweite Ernährung essentiell ist. Vielleicht mal langsam über den Tellerrand schauen und nicht nur Baugebiete und Industrieland schaffen und mit solchen Maßnahmen versuchen den grünen Pfad wieder zu finden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-1056	
1002241	
1005279	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin von Grünlandflächen in Hellenthal-Udenbreth: Gemarkung Udenbreth, [anonymisiert] Meine Grundstücke sollen zukünftig als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftlichen Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Meine Grundstücke würden dadurch stark in der jetzigen Nutzung eingeschränkt. Auch der Wert meiner Grundstücke würde sich verringern und ich muss mit Pachteinbußen rechnen. Daher erhebe ich Einwendungen gegen die Überplanung meiner Grundstücke.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-1057	
1002131	
1003355_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplan Köln. Ich beabsichtige im nächsten Jahr mit meiner Frau und meinen drei Kindern den konventionellen bewirtschafteten Landwirtschaftlichen Ackerbau Betrieb meiner Eltern im Kreis Düren Vettweiß zu übernehmen. Laut neuem Regionalplan liegen ca.50% der Ackerflächen in den neu ausgewiesen Schutz Gebieten. Sollte auf diesen Flächen zukünftig weder Pflanzenschutz noch Düngemittel eingesetzt werden dürfen können auf diesen Flächen keine Lebensmittel produziert werden. Somit ist die Existenz des Betriebes bedroht .</p> <p>Mit Freunlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1058	
1002132	
1006945	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Regionalplanänderung fordern wir Sie hiermit auf, das weltweit bekannte und vorbildliche Kölner Grünsystem sowie die Rheinauen vom Schutzstatus BSLE auf BSN hochzustufen. Diese Systeme sind notwendige Kernelemente für eine klimaresiliente Stadtentwicklung. Dieses Erbe Adenauers gilt es zu erhalten und auszubauen.</p> <p>Insbesondere hat aus unserer Sicht ein Schutzstatus BSN für folgende Gebiete zu erfolgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• LSG-5007-0001 LSG Rhein, Rheinauen und Uferbereiche von Flittard bis Rodenkirchen</li> <li>• LSG-5007-0003 LSG Innerer Grüngürtel</li> <li>• LSG-5007-0005 LSG Erholungsgebiet Bürgerpark Nord und angrenzende Grünverbindungen</li> <li>• LSG-5007-0006 LSG Äußerer Grüngürtel Nüssenberger Busch bis Müngersdorf</li> <li>• LSG-5007-0007 LSG Äußerer Grüngürtel am Bergheimer Hof und Grünverbindungen zum Rhein und zum Inneren Grüngürtel</li> <li>• LSG-5006-0023 LSG Äußerer Grüngürtel Müngersdorf bis Marienburg und verbindende Grünzüge</li> <li>• LSG-5006-0024 LSG Freiräume um Lövenich und Widdersdorf</li> <li>• LSG-5107-0033 LSG-Freiräume um Zuendorf, Wahn, Libur, Lind und Langel rechtsrheinisch</li> <li>• LSG-5107-0030 LSG-Rhein, Rheinauen und Uferbereiche von Rodenkirchen bis Langel rechtsrheinisch</li> </ul> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Im Kampf gegen die Menschen gemachte Klimaerhitzung spielen Städte eine entscheidende Rolle. Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Städten, 2/3 des globalen Energieverbrauchs mit 70% der Emissionen resultiert aus städtischer Aktivität. Die zunehmende globale Erwärmung trifft Städte in besonderem Maße: durch die Bebauung entstehen im urbanen Raum Hitzeinseln, die das Leben für die Bevölkerung deutlich erschweren. Zwar stehen derzeit weite Teile des Kölner Grünsystems unter Denkmal und/oder Landschaftsschutz, dennoch sind hier in der Vergangenheit immer wieder Flächen versiegelt worden oder stehen in Planung, versiegelt zu werden. Prestigeneubauten zu planen, während gleichzeitig vom Stadtrat der Klimanotstand ausgerufen wurde, ist in unseren Augen unverantwortbar. Deshalb ist eine Hochstufung von BSLE auf BSN aus unserer Sicht notwendig, damit die grüne</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht. Die vorgeschlagenen Flächen entsprechen nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Die angesprochenen Sicherung der klimatischen Ausgleichsfunktion der Grünflächen erfolgt mit dem Planzeichen Regionale Grünzüge. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbund oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine groß</p>

Lunge als auch das Kühlungssystem der Stadt Köln erhalten bleibt. Köln ist im Vergleich zu anderen Metropolen sehr schlecht aufgestellt. Es fehlt an grüner und blauer Infrastruktur. Erhalt und Ausbau von Grün- und Wasserflächen muss für die Stadt Köln oberste Priorität werden. Die Grünflächen der Stadt Köln sind in mehrfacher Hinsicht ein immens wichtiger Baustein für eine zukünftige Stadtentwicklung, die unter den Bedingungen der Klimakrise nachhaltig das Wohl aller Menschen in Köln berücksichtigen muss. Die Freiflächen, Felder, Parks, Wälder und Gewässer innerhalb des Stadtgebietes als auch in seiner unmittelbaren Umgebung sind nicht nur Erholungs- und Freizeittätten, sondern bilden vor allem als ökologisches System sowohl die Lunge als auch das Kühlungssystem der Stadt. Mit der Erhaltung dieser lebensnotwendigen Flächen ist der Rahmen für ein politisch-verantwortbares Handeln gesetzt. Eine klimaresiliente Stadtentwicklung gründet sich also vornehmlich auch auf dem Erhalt, Ausbau und der Aufwertung der städtischen Grünflächen. Den Mittelpunkt bildet in Köln das historische Kölner Grünsystem bestehend aus dem Inneren und Äußeren Grüngürtel und seinen verbindenden Radialen (Frischluftschneisen), die sich weit in das Kölner Umland erstrecken. Der ökologische und kulturelle Wert dieses Erbes ist erheblich. So binden diese Flächen CO<sub>2</sub>, schaffen Verdunstungskühle, die über die Gürtel und die Radialen in die überhitzten Stadtgebiete getragen wird, dienen dem Erhalt der städtischen Biodiversität und binden Schadstoffe. Kulturell bilden sie ein historisches Erbe, das Identifikation schafft und als städtebauliches Markenzeichen gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise von internationaler Bedeutung ist. Aus dem steigenden Bedarf an Wohnraum resultiert zwar ein Konflikt zwischen baulichen Flächennutzung zur Schaffung von zusätzlichen Wohnungen und der Erhaltung der Grünflächen im Stadtgebiet. Zur Milderung dieses Konfliktes hat für uns das Ausschöpfen der Potenziale der Nachverdichtung der Stadtviertel und die Förderung neuer Wohnkonzepte Priorität. Gilt es diesem allgemein bestehenden Zielkonflikt ausgewogen Rechnung zu tragen, so werden weitere Versiegelungen dagegen innerhalb des Kölner Grünsystem von uns kategorisch abgelehnt. Der Ausbau der Grünflächen ist durch die negativen Auswirkungen der Klimakrise auf das zukünftige Leben und die Lebensqualität in dichtbesiedelten Räumen, so zum Beispiel die gesundheitliche Gefährdung (bis hin zum Hitzetod) durch längere Hitzeperioden, ein notwendiges Gebot, das sowohl dem Prinzip der Anpassung als auch dem der Vorbeugung folgt. Bei Konflikten zwischen der Flächennutzung als Bau- oder Grünfläche, halten wir es für unbedingt notwendig, vermehrt Grünflächen den Vorzug zu geben und ihren Anteil an der Stadtgesamtfläche zu erhöhen. Durch eine Hochstufung der Schutzstufe kann aus unserer Sicht zukünftig die Bodenversiegelung im Bereich des Kölner Grünsystem wirksam vermieden werden. Dies gilt ohne Ausnahme auch für Prestigeprojekte wie das Geißbockheim auf der Gleuler Wiese oder ein Containerausweichquartier im Bereich Venloer Wall 13/13 a, Gemarkung Ehrenfeld, Flur 70. Durch eine solche restriktivere Festschreibung kann der Biotopenverbund Grünsystem Köln gemäß Artikel 20 BNatSchG erhalten und Ausgebaut werden. Wir befürchten, dass die Stadt Köln sich stets auf die in Z18 der textlichen Festlegung des Regionalplans (S. 96) definierte Ausnahme "Ausnahmsweise dürfen RG für

äumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken

siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden" berufen wird. Ausnahmen aus Z19 dürften schwerer durchzusetzen sein.	
---	--

1006954	
<b>Inhalt</b> Der Änderungswunsch der Stadt Köln Wal-041 gemäß Anlage 1B aus Vorlage 1159/2022 ist zurückzuweisen. Es ist zu prüfen, warum ein AFAB Bereich bebaut worden ist und warum diese Bebauung bis heute geduldet wird. Wenn überhaupt sind nur diese AFAB Bereiche die bebaut worden sind als ASB zu deklarieren, jedoch nicht der gesamte beschriebene Parkbereich zwischen Venloer Straße und Subbelrather Straße.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).

1006955

#### Inhalt

Wir zeigen Ihnen Verstöße gegen geltende und zukünftige Schutzziele seitens der Stadt Köln und des Rates an. Wir fordern Sie als Aufsichtsbehörde auf, die Sachverhalte zu prüfen und Maßnahmen einzuleiten.

a.) Hier noch Vorgang Venloer Wall 13/13 a, Gemarkung Ehrenfeld, Flur 70 einbauen. Warum soll in einem BSLE Bereich gerodet werden, wenn Alternativflächen vorhanden sind?

b.) Mit Ratsbeschluss Az. 1072/2020 vom 18.06.2020 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, innerhalb des LSG-5006-0023 Baurecht für die Erweiterung des RheinEnergieSportpark zu schaffen. Der heutige Schutzzweck des Gebietes ist "zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, insbesondere durch Sicherung stadtklimatisch und ökologisch wichtiger Ausgleichsräume und wichtiger Verbindungselemente zur Vernetzung des bebauten Bereichs mit dem Freiraum. - wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes, insbesondere durch Sicherung der vielgestaltigen Lebensräume des historischen Landschaftsparks und durch Erhaltung von stadtnahen Resten der bäuerlichen Kulturlandschaft im Übergangsbereich zur freien Landschaft. - wegen der besonderen Bedeutung des großen Erholungsraumes für die stille, landschaftsbezogene und die aktive Erholung" festgesetzt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-O-1059

1001987

1003357\_001

#### Inhalt

Gerne möchte ich zum Regionalplan der Landesregierung Köln Stellung beziehen. Ich beziehe mich dabei auf das GIB regional, welches auf den Seiten 74-77 thematisiert wird. Dabei geht es mir persönlich um das GIB regional zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden. Als Einwohner Waldenraths hege ich Bedenken gegen das GIB regional, wie es in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ausgewiesen wird. Grundsätzlich ist es begrüßenswert, dass langfristige Entwicklungspläne erstellt werden. Dies ist notwendig und soll dem Wohl der Einwohner dienen. Beanstanden, besonders an dem GIB regional, möchte ich die unmittelbare Nähe zur die Ortschaften Birgden und Waldenrath. Die Lebensqualität wird durch ein solch großes Gewerbegebiet eingeschränkt. Spaziergänge durch die Felder werden extrem eingeschränkt. Die Weiterentwicklung des Ortes mit Wohngebieten wird für Waldenrath nun von einer weiteren Seite nicht mehr möglich sein. Die genannten Punkte können nicht im Sinne einer Dorfentwicklung und Aufwertung des Lebensraums sein. Daher bitte ich hier um Nachbesserung. Es gibt im Kreis (und auch in den Kommunen Heinsberg und Gangelt) andere Standorte, die für ein solches Vorhaben geeignet sind. Diese befinden sich in einer größeren Distanz zu den Ortschaften. So entstehen Arbeitsplätze in den Kommunen und auch die "Fahrwege" mit einigen hundert Metern sind zu verkraften. Dabei denke ich hier an die Gegend um die alte Mülldeponie bei Hahnbusch (zwischen Birgden und Gillrath/Hatterath). Diese ist von den umliegenden Ortschaften weit entfernt und eignet sich als Standort. Eine verkehrliche Anbindung ist auch problemlos möglich. geplante Straßenbauprojekte können problemlos erweitert werden, so dass dieses Areal angebunden werden kann. Das Ziel einer Entwicklung des ländlichen Kreises soll sein, auch die Landschaft zu erhalten, insbesondere auch für die Anwohner. Wenn für die lokalen Unternehmer in den Ortschaften Fläche geschaffen werden muss, so ist dafür nicht der ausgewiesene Flächebedarf notwendig. Die Größe des Gebietes ermöglicht die Ansiedlung von großen Gewerbebetrieben. Kleinere Handwerksunternehmen ziehen wahrscheinlich "den kürzeren", wenn Großunternehmen ansiedeln möchten. Auch dies ist nicht im Sinne der Bevölkerung. Ich würde mich freuen, wenn die Stellungnahme berücksichtigt wird und verbleibe

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1060

1002133

1011702

#### Inhalt

?Öff Neuaufstellung Regionalplan?

Bezug: Zeichnerische Festlegung Blatt 06-07, Oberbergischer Kreis, Neuerschließung Gewerbeflächen im Bereich Herreshagen/Sonnenberg in Gummersbach.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Bezug auf die Erweiterung der Gewerbeflächen im Bereich Gummersbach Herreshagen und insbesondere der Flächen auf dem Sonnenberg haben wir als Familie, die als Anlieger direkt von diesem Gewerbegebiet betroffen sind, große Bedenken.

Das vorhandene Industrie-/Gewerbegebiet am Sonnenberg in Gummersbach (hier speziell die Firma [ANONYMISIERT]), sorgt jetzt schon für eine Lärmbelästigung der Anwohner. Zudem stört die sehr helle Nachtbeleuchtung den Tag/Nachtrhythmus von Mensch und Tier. Angrenzende Grün- und Waldflächen hier auf dem Sonnenberg weisen momentan eine hohe Artenvielfalt insbesondere bei den Vogelarten auf. So sind in dem Gebiet rund um den Sonnenberg auch viele andere Tierarten beheimatet. Dachse, Feldhasen, Rehe, Füchse, Buntspechte, Rotmilane, Bussarde sind nur einige von den hier lebenden Tieren. All diese Tiere würden durch eine weitere Versiegelung von momentanen Grünflächen ihre Lebensgrundlage verlieren.

In diesem Jahr wird der breiten Bevölkerung das Problem der Versiegelung in Form von Niedrigwasser und fallenden Grundwasserpegeln bewusst. Als Politiker und Entscheidungsträger sollte man sich deshalb fragen, ob es noch zeitgemäß ist, weitere Grünflächen zu versiegeln und somit diese Problematik noch weiter zu verschärfen. Statt Altflächen umzubauen und neu zu nutzen muss immer mehr Grünland neuen versiegelten Flächen weichen.

Die Erholung vom Arbeitsstress durch die Natur wird zerstört und somit werden seelische sowie gesundheitliche Schäden der Anwohner in Kauf genommen.

Mit freundlichem Gruß,

Familie [ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-1061

1002134

1003359\_001

#### Inhalt

Hiermit lege ich Einspruch gegen die Regionalplanung Köln vom 10.12.2021 ein. Durch eine Umsetzung des Regionalplanes in der derzeitigen Verfassung wäre mein landwirtschaftlicher Betrieb in seiner Existenz / Fortführung elementar gefährdet. Es wären circa 25-30 % meiner bewirtschafteten Fläche betroffen und nicht mehr in der bisherigen Form für mich zu bewirtschaften. Bei den hier lokal vorhanden landwirtschaftlichen Betriebsgrößen sind 25-30 % der Fläche (die dann als Naturschutz dienen sollen) entscheidend über den Fortbestand eines landwirtschaftlichen Betriebes. Bei weiteren Rückfragen können Sie mich gerne mobil erreichen (ANONYMISIERT)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-1062

1002023

1004991

#### Inhalt

Zuerst möchte ich meinen Dank aussprechen, dass eine Beteiligung wie diese überhaupt möglich und technisch angenehm umgesetzt ist.

Zum Prozess ist jedoch anzumerken, dass eine fundierte Meinungsbildung sehr aufwändig ist. Es wäre gut, wenn man als Betroffener direkt benachrichtigt werden würde, so zum Beispiel zur Umwidmung von Geschützten erholungsgebieten in ASB's - wo der Laie nur mühsam in Erfahrung bringen kann, was es damit auf sich hat.

Das gilt besonders für den historisch und klimatisch einzigartigen Grüngürtel der Stadt Köln, der im Anhang [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=107812](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=107812) ein einem Zentralen Stück als zu besiedelnde Baufläche freigegeben werden soll. Das ist in jeder Hinsicht abzulehnen. Da sind sich praktisch alle KölnerInnen einig, sofern sie davon überhaupt erfahren haben. Und das sind leider nicht viele. Ich möchte Sie bitten, dies auf keinen Fall zuzulassen, dass diese Erholungsräume in einer untergrünzten Stadt weiter der Kommerzialisierung zu Opfern, die unser Stadtbild und die Lebensqualität zunehmens ruiniert. Von den Anhängen C [s. Anhang Abb. 1004991\_1] und D ist es doch klar erkennbar, dass Hier die Grüne Lunge der Stadt Köln in in ihrem Herzstück zerstört wird, was nicht im Interesse der Stadtgemeinschaft sein und der übergroßen Mehrheit ihrer Einwohner sein kann, die davon in keinsten Weise profitieren, sondern alle verlieren. Die Stadt kann auch nach aussen wachsen, wenn sie das überhaupt muss.

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1004991\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).

AZ: Ö-O-1063	
1002138	
1003361_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als haupterwerblicher Landwirt bekunde ich ausdrückliche Bedenken und Widerspruch gegen den aktuell vorliegenden Regionalentwicklungsplan im Bereich der Gemeinde Inden. Ich bewirtschafte dort Flächen und würde durch die Folgen des Regionalentwicklungsplanes erheblich in meiner Bewirtschaftung und meiner Einkommenssituation beeinträchtigt, da sich die Landwirtschaft im Bezug auf meine eigenen und gepachteten Flächen nicht nachhaltig durchführen ließen hinsichtlich Durchführung von Düngung und Pflanzenschutz. Zudem zöge der aktuelle Regionalentwicklungsplan eine maßgebliche Wertminderung der betroffenen Ackerflächen nach sich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1064	
1002111	
1009692	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln /Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Wir sind Eigentümer verschiedener Grundstücke die durch verschiedene Pächter mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung bewirtschaftet werden. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 40 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" bzw. im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Erft Kreis, Bewirtschafter: Verschiedene Pächter, Eigentümer: [ANONYMISIERT]</li> </ul> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unsere landwirtschaftlichen Pächter und uns existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1065

1002136

1003363\_001

#### Inhalt

Ich bin gegen die Ausweisung eines Industrie- oder Gewerbegebietes zwischen Waldenrath und Birgden, da

- Lärm und luftgetragende Immissionen das tolerierbare Maß überschreiten werden (Hauptwindrichtung).
- weitere landwirtschaftliche Flächen konzentriert im Raum Waldenrath/Birgden der Nutzung entzogen werden (B56n, Baugebiete, Ausgleichsflächen, Hamsterflächen, mögliche weitere Straßenbauprojekte und Gewerbegebiete).
- möglicherweise in Zukunft notwendige Flächen für zentrumsnahe Wohnbebauung nicht mehr zur Verfügung stehen.
- ein Wertverlust für vorhandene Gebäude und Grundstücke eintreten wird.
- für eine Ausweisung als Industrie- bzw Gewerbegebiet zunächst ein Bedarf nachgewiesen werden sollte.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1066	
1001145	
1005546	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Odenthal einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 55 ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast ein großer Teil der Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BLSE) sowie im Gebiet ?Schutz der Natur? (BSN) und im Naturschutzgebiet.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>Ich wende mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus, vorallem dem Naturschutzgebietes.</p> <p>Ich beantrage, besonders die im unmittelbaren Hofbereich liegenden Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um so die Existenz unseres landwirtschaftlichen Betriebes nicht zu gefährden. Ein Teil der Flächen sind heute schon als Ausläufe für die Tiere genehmigt und befestigt.</p> <p>Wir sind ein landwirtschaftlicher Betrieb von wenigen landwirtschaftlichen Betrieben in Odenthal, bei dem die Weiterführung des Betriebes durch die nächste Generation gesichert ist. Hier liegt der Schwerpunkt in der Direktvermarktung, die geprägt ist durch die Nähe der Siedlungsflächen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung für die Zukunft der Landwirtschaft berücksichtigt werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p><b>Anhänge</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-1067

1001915

1003365\_001

#### Inhalt

Zum Regionalplanentwurf nehme ich wie folgt Stellung: Insbesondere zu: Stadt Erkelenz: Plankonzept Regionalplan, Anschlussstelle Erkelenz-Ost -"Neuhaus"

1. Als direkter Nachbar zu diesem Gewerbegebiet wäre ich besonders betroffen. Lärm, Abgase, Geruchsbelästigung, starker LKW- und anderer Verkehr sind zu erwarten. Dies ist ein weiterer Verlust von Lebensqualität, die bereits jetzt durch die naheliegende Autobahn, die Grünabfuhr und den Tagebau eingeschränkt ist. Negative Gesundheitliche Folgen sind auch zu befürchten. Mal abgesehen vom Wertverlust meines Hauses. Bei der Planung hat wohl niemand daran gedacht, dass hier - in Neuhaus - Menschen leben. Abstand zu Wohngebieten - Fehlanzeige! 2. Die betroffenen Flächen werden derzeit als Ackerland genutzt. Vor dem Hintergrund des aktuellen politischen Klimas stellt sich die Frage wo unsere Nahrungsmittel demnächst produziert werden. Hier muß auch das Gesamtbild beachtet werden. In angrenzenden Gemeinden sind auch riesige Gewerbegebiete in Planung. Natürlich auch auf Ackerflächen. 3. Die Entwicklung der Stadt muss natürlich betrieben werden. Dies kann jedoch nicht den ständigen Verbrauch und Versiegelung der Flächen bedeuten. Denn unsere Welt ist endlich. Fortschritt kann zukünftig nicht größer, schneller, weiter und noch mehr Profit bedeuten. Stattdessen muss (sollen sich gelehrte Köpfe darüber die selbigen zerbrechen). So kann es nicht weitergehen. 4. Der Flächenverbrauch ist in Erkelenz vor allem durch den Tagebau bereits enorm. Nicht nur die weggebaggerten Flächen fehlen, auch die umgesiedelten Ortschaften haben Fläche verbraucht. Dazu entstehen ständig riesige Neubaugebiete. Auch auf Ackerland, natürlich. 5. Die bekannten Umweltprobleme wie Klimawandel, Artensterben, Lebensraum für Wildtiere interessieren hier nicht? 6. Wenn ein Starkregenereignis eintritt: Wohin wird das Wasser abgeleitet? 7. Falls es noch nicht deutlich geworden ist: Ich bin gegen das Industrie-/Gewerbegebiet! Ich bitte Sie meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



**Inhalt**

24. Regionaländerungsantrag GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße  
Allgemeine GIB Ausweisung in Nachbarkommunen und Gemeinden

Mit welcher Berechtigung darf jede Gemeinde und Kommune ihre Ansprüche und Wünsche zur Erschließung von allgemeinem Siedlungsbereich ASB im Zuge von Wirtschaftswachstum an die Bezirksregierung Köln zur Regionalplanänderung senden, nach Abstimmung des Rates der jeweiligen Kommune und Gemeinde, jedoch ohne dies mit den betreffenden Anwohnern der Gemeinden und Kommunen in angrenzender GIB Nähe besprochen zu haben. Informationen einer Bringschuld der Wissensträger ist hier Fehlanzeige, im Gegenteil wird von den Verantwortlichen Wissensträger der Vorwurf gegenüber den Anwohnern erhoben in der Holschuld diese Informationen zu sein und sich in jegliche fachliche Sicht selbst zu organisieren. Fachliche Stellungnahmen zu formulieren und Einspruch zu erheben. Das kann der/die Bürger-in die erstmalig diese Aufgabe erfährt in dieser Situation nicht qualifiziert fachlich erbringen.

Ich vermute einmal an dieser Stelle, dass sich die gewählten Hobbypolitiker der Ratsfraktionen von Kommunen und Gemeinden sich hier selbst kein qualifiziertes Bild machen können, weil sie die zur Abstimmung notwendigen fachlichen Informationen selber nicht erhalten, verstehen und nur durch Fraktionszwang sich an einem positiven Entscheid zur Ausweisung eines GIB zur Regionalplanänderung beteiligen.

Unkontrollierter Flächenfraß, gradezu ?Goldgräberstimmung? ist unter den Wirtschaftsförderern im Kommunal- und Kreishaus und Verantwortlichen im Rathaus Abteilung Bauamt und Bürgermeistern in Gemeinden und Kommunen entbrannt, gepaart mit Torschusspanik hier ggf. keine ?Gewerbsteuer Happen? abzubekommen. Illusorische Gewerbesteuererträge und Arbeitsplatzzahlen werden von den Verantwortlichen vorgetragen und veröffentlicht, wo jeder rational denkende Mensch weiß, dass diese Zahlen nicht stimmen können und sich bei weiten nicht verwirklichen lassen. Träumereien und Schulterklopper für diejenigen die an diesen Zahlen gemessen werden und sich beruflich im Amt profilieren, jedoch ohne mit den betroffenen Anwohnern zu sprechen oder diese gar informieren zu wollen.

Erschreckende Szenen spielen und spielten sich auf Veranstaltungen ab, überwiegend organisiert von Bürger-innen und Anwohner-innen die feststellen müssen, dass vor Ihren Ortschaften und Wohngebieten sogenannte GIB, GIBregional und GIBplus geplant werden. Überall in den Gemeinden und Kommunen entflammen diese

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Gebietsstrukturen auf der grünen Wiese in unmittelbarer Nähe zu Dorf und Wohngebiete. Anwohner die keine Vorstellungskraft von diesen Flächenversiegelungsmonstern mit deren Multifunktionalen Industriestruktur haben, deren endgültige Ausmaßdimension zum Zeitpunkt der Regionalplanänderung zum ASB für diese Personengruppen nicht ersichtlich ist. Erschreckend sprechen Ortsvorsteher und Kommunalpolitiker von Gewerbegebiet und hinter vorgehaltener Hand mit leiser Stimme, gar im Nebensatz vom Multifunktionalen Gewerbe- und Industriegebiet. Bloß nicht auf Industrie schließen lassen, kein Aufsehen erregen. Die Bauleitplanung wisse heute ja noch nicht was entstehen werde, es müsse erst die Ausweisung der Gebiete im ASB als GIB erfolgen. Geschweige von den anzusiedelnden emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben, die sich den gültigen grenzwertigen maximalen Emissionswerten der TA -Luft und TA -Lärm orientieren werden, diese Entscheidung fällt der Rat der Kommune und Gemeinden. Abkürzungen, Begrifflichkeiten gar Fremdwörter folgen von den Verursachern aus Gemeinde und Kommunen, die die erstmaligen konfrontierten Bürger-innen nicht werten können und davon geradezu überrannt und erschlagen werden. Frustrationsbedingten Diskussionen die sich in Versammlungen abspielen, welche in Schuldzuweisungen sich zwischen Bürgern und Verantwortlichen verlaufen und vom eigentlichen GIB Thema ablenken, gar tumultartige Szenen, Anfeindungen einfach erschreckend. Fachbegriffe über die man mit weiteren Fachbegrifflichkeiten aus dem Bauleitplanungswesen um sich wirft, die andere Fachbegrifflichkeiten weiter ablösen, die der Empfänger der/die Bürger-innen nicht versteht und von deren ursprüngliche Frage ablenkt.

Warum wird den Menschen verschwiegen, dass die Planungen maximale Industriestruktur aufweisen soll und bauleitungsplanungstechnisch beinhalten wird.

Warum hat die Bezirksregierung nur noch eine Genehmigungsstruktur die des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches GIB, welche übergeordnet für die beide Struktursiedlungsbereiche aus der Baunutzungsverordnung steht? Kann hier die Gemeinde und Kommune das Beste für sich rausholen. Die Baunutzungsverordnung sieht und formuliert klare Unterscheidung zwischen Gewerbe- und Industriegebiet.

Ist das GIB die Mogelpackung, um den Anwohner mit einem Gewerbegebiet zu beruhigen, um nach Zustimmung des Regionalplans mit dem Industriegebiet aufzufahren!

Warum ist das so? Die Bürger-innen sollen einfach nicht ausreichend informiert werden, Kritik und Gegenwehr von Anwohnern ist aus Rathausseite und anscheinend aus Bezirksregierungsseite nicht gewünscht. Wird hier mit Wirtschaftsförderer, Kommunalverwaltung und Bezirksregierung Köln alleine die Planungsvisionen für die wirtschaftliche, ökonomische, ökologische, sozialpolitische Zukunft betrieben?

Soll hier wirklich jede kleine Ortschaft teilhaben und verantwortlich sein am sogenannten ?Strukturwandel nach Rheinbraun?? Kann diese Strukturveränderung

bzw. Strukturwandel nicht in Ballungsgebiete angesiedelt werden dessen Infrastruktur bereits für solche Zwecke bestimmt ist und dessen verkehrlichen Anschlussperipherien vorhanden sind. Ist dies nicht ein sinnvollerer und ressourcenschonender Weg, die im Bestand befindlichen Brachflächen im Bestandsgewerbe- und Bestandsindustriegebieten zu nutzen und zu ertüchtigen, um endlich einen ressourcenschonenden Umgang und Nutzen mit den uns zur Verfügung stehenden Flächen zu verwirklichen.

Muss hierfür wertvolles Ackerland überall versiegelt werden!

Für mehr Bürgerbeteiligung und ? aufklärung und stoppt den Versiegelungswahnsinn!

AZ: Ö-O-1070	
1001914	
1003368	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Regionalplan, Blatt 5, Leverkusen Hitdorf, zeichnerische Festlegungen: Ergänzung der Freifläche zwischen Rheinaue und Hinterland (z.B. parallel der A59)</p> <p>Hiermit beantrage ich die Ergänzung der Freiflächen in Leverkusen Hitdorf: Aufgrund ihrer ökologisch, landschaftlich sowie kulturhistorisch wertvollen Eigenschaften sollte das Gebiet Rheinaue (zwischen Leverkusen Rheindorf und Hitdorf) wieder mit den rückwärtigen Freiflächen östlich von Hitdorf verbunden werden, wo sich nach Auskiesung des ehemaligen Rheinverlaufs verschiedene Kiesgruben sowie nach intensiver Bebauung der letzten 20 Jahre noch Reste von Feld- und Wiesenflure (Knipprather Wald) befinden. Bezüglich ihrer naturräumlich-ökologischen Wirkung waren die beiden Gebiete bis in die 1980?er Jahre faktisch verbunden, da zwischen Rheindorf und Hitdorf ein Gärtnereibetrieb großräumig Flächen bewirtschaftet hat. Diese Bewirtschaftung zwischen den Ortsteilen Rheindorf und Hitdorf hatte jedoch keine trennende Wirkung hinsichtlich ökologischer und sonstiger siedlungstechnisch bedeutsamer Faktoren (Kaltluftschneisen etc.). Die Nachfolgenutzung in Form großer Zentrallager (zunächst durch Mazda, zusätzlich seit einigen Jahren durch tmdfriction) führte durch erhebliche Bebauung sowie umgrenzende Flächenversiegelung zu einer ökologischen und räumlichen Trennung dieser Gebiete. Die Folgewirkungen sind anhand der stark zurückgegangenen Artenvielfalt sehr gut messbar. Auch für die Bevölkerung stellt diese Trennung eine erhebliche Reduzierung ihrer Lebensqualität dar, da große Teile des Stadtgebiets an dieser Stelle nicht mehr von der Allgemeinheit genutzt werden können, stattdessen schränkt die zunehmende Versiegelung und ihre Folgewirkungen die Lebensqualität immer mehr ein. Es besteht jedoch die Möglichkeit, etwa parallel der Autobahn A59 einen Verbindungstreifen zur Rheinaue zu schaffen, durch den sogenannte ökologische Trittsteine der Rheinaue mit dem rückwärtigen Bereich des Knipprather Wald verbunden werden können. Dies wird positive ökologische Auswirkungen haben sowie die Lebensqualität der betreffenden Ortsteile erhöhen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angesprochenen Bereiche sind mit dem Vorranggebiet Regionaler Grünzug sowie größtenteils mit der überlagernden Festlegung Bereiche zu Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung gesichert.</p>

AZ: Ö-O-1071

1002139

1003369\_001

#### Inhalt

3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung Gut gemacht! Die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in Bezug auf die Neuausweisung von Gewerbeflächen in der **Gemeinde Eitorf** wurden vollständig umgesetzt. Die tatsächlich vorhandenen GIB-Flächen wurden richtigerweise bei der Regionalplanung zugrunde gelegt, mit dem Ergebnis, dass noch genügend Reserveflächen in den bestehenden Gewerbegebieten vorhanden sind.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommune verwiesen (siehe Erläuterungen zu StnID 1006158).

**Inhalt****Öff Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung**

Wir erheben Einspruch gegen den Regionalplanentwurf, da wir die Auswirkungen der Planung **K\_PUL\_BM\_Schiene\_01**, d. h. die geplante Führung einer Bahntrasse über die Helmholtzstraße (REK, Stadt Pulheim, Ortsteil Brauweiler) aus folgenden Gründen für unzumutbar halten:

- Die überdimensionierte Trassenführung würde den kleinen, ländlich geprägten Ort durchschneiden.
- Das Ortsbild des in diesem Bereich überwiegend durch ein- und zweigeschossige Wohngebäude geprägten Wohngebietes würde erheblich beeinträchtigt.
- Die Bahntrasse würde einen Naherholungsraum mit Grünflächen, schutzwürdigem altem Baumbestand, Spazierwegen sowie Spiel- und Sportflächen zerstören.
- Durch die zu erwartende Lärmbelastigung würde die Lebensqualität erheblich beeinträchtigt.
- Der vorliegende Umweltbericht schätzt die Umweltauswirkungen bzgl. sechs Kriterien schutzübergreifend als erheblich ein (Anlage L, Anlage J) - während die Planung die ökologischen Bedenken und die Belange der Anwohner für uns nicht nachvollziehbar ignoriert.
- Der Bebauungsplan Pulheim NR. 72 BW gibt für die an der Helmholtzstraße gelegenen Grundstücke eine Orientierung der Hausgärten überwiegend zur Straße vor. Eine unmittelbar vor diesen Gärten verlaufende Bahnlinie, die hiervon ausgehende Veränderung des Straßenbildes und die zu erwartenden Lärmemissionen würden einen erheblichen Eingriff in die Nutzbarkeit und eine erhebliche Wertminderung dieser und weiterer Grundstücke darstellen.
- Aktuell liegt noch keine Machbarkeitsstudie vor, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind.
- Das neu ausgewiesene Wohngebiet PUL\_ASB\_2 führt zu einer weiteren Flächenversiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Auch die dafür erforderliche Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße ist nicht

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und

<p>akzeptabel, vor allem wenn diese eine <u>alternative Streckenführung</u> einer Bahnlinie über die Bonnstraße verhindert.</p> <p>- Die in den letzten Jahren diskutierte <u>Verschiebung der Regionaltangente in einem Teilbereich von Pulheim zwischen der B 59 und Freimersdorf (L 183 Bonnstraße)</u> in östliche Richtung sollte neu in Betracht gezogen und umgesetzt werden. Dies würde die Ortsteile von bereits jetzt schon erheblichem <u>Verkehrslärm entlasten und evtl. sogar Raum für eine Bahnlinie auf der Bonnstraße schaffen.</u></p> <p>- Insbesondere die Möglichkeiten und Vorteile von gut ausgestatteten <u>Verbindungen mit E-Bussen</u>, z. B. von Brauweiler und anderen Orten zu den S- und Straßenbahn-Haltestellen in Köln Weiden-West sollten ebenfalls oder alternativ umgesetzt werden.</p> <p>Wir erheben daher Einspruch dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird.</p>	<p>berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
--	---

AZ: Ö-O-1073

1001914

1003371

#### Inhalt

Regionalplan, Blatt 5, Leverkusen Hitdorf, zeichnerische Festlegunge#

Änderung des Regionaplanentwurfs: Ausweisung der Rhenaue zwischen Leverkusen Wiesdorf und Hitdorf als Naturschutzgebiet

#### Begründung:

Die Rheinaue sollte zwischen dem Bayerwerk ind Wiesdorf und dem Hitdorfer Hafen als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.Die durch Reste des Auenwalds im Bereich der alten und neuen Wuppermündnung und Überflutungsflächen des Rheins geprägte vielgestaltige Auenlandschaft ist schon für sich gesehen aufgrund ihres zunehmenden Rückgangs entlang des gesamten Flussverlaufs schutzwürdig. Hinzu kommt eine besondere Artenvielfalt, die durch vielfältige Faktoren stark bedroht ist und durch den Schutzstatus eines Naturschutzgebietes eine gewisse Erholung erfahren dürfte.Auf dem gegenüberliegenden Kölner Gebiet sind daher bereits entsprechende Naturschutzgebiete ausgewiesen worden.Aus Sicht der Stadt Leverkusen stellt der Bereich eine erhebliche ökologische Bereicherung und Sonderstellung auf dem gesamten Stadtgebiet dar, der bislang nicht ausreichend geschützt werden konnte. Die langjährige Ausweisung als Wasserschutzgebiet hat keine vergleichbare schützende Wirkung gebracht. Im Gegenteil rückenz.B. Gewerbegebiete immer näher an diese ökologisch sensible Landschaft heran. Auch der Ausbau der Infrastruktur nimmt keine Rücksicht auf die Schutzwürdigkeit. So wurden in der Vergangenheit zunehmend Wege asphaltiert, statt verträglichere Oberflächen wie wassergebundene Decken zu verwenden.Die Ausweisung als Naturschutzgebiet ist somit aus verschiedenen Gründen zu prüfen und wird vielfältige positive Nutzenaspekte entfalten (etwa hinsichtlich der Artenvielfalt, des Landschaftsschutzes, für Erholungssuchende etc.).

#### Abwägung

#### Typ

#### Ausgleichsvorschlag

#### Erläuterung

Der angesprochene Bereiche wir mit dem Vorranggebiet Regionale Grünzügen sowie dem Vorbehaltgebiet Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientieren Erholung gesichert. Darüber hinaus werden Teilbereiche mit den Überschwemmungsbereichen und Bereichen zum Schutz der Natur gesichert. Zusätzlich umfasst der Bereich einen planfestgestellten Deponiestandort, in diesem sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die nicht mit der vorrangigen Funktion der Abfallentsorgung vereinbar sind sowie angrenzend eine Abfallbehandlungsanlage, die auch in ihrer Funktion regionalplanerisch zu sichern ist.



AZ: Ö-O-1074

1002137

1003372\_001

## Inhalt

Im Bereich der Anschlussstelle Bornheim der A555 sind im Entwurf des neuen Regionalplan großzügige Flächen mit der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" eingeplant. Dies betrifft vor allem aktive oder ehemalige Kiesabbauflächen.

Die Flächen sind durch Ihre zentrale Lage zwischen Köln und Bonn neben einer möglichen Gewerbenutzung (siehe nahegelegener Gewerbepark Bornheim-Süd, Alfter-Nord und Gewerbegebiet Hersel) vor allem im Sinne des novellierten EEG sehr gut für die Nutzung als Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen nutzbar.

Der §37 EEG wurde unlängst durch das Osterpaket dahingehend angepasst, dass förderfähige Anlage u.a. auf Konversionsflächen und längs von Autobahnen und Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 500m errichtet werden können.

Ergänzend wurde auf Landesebe im neuen Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in Zeile 541-543 folgendes vereinbart:

?Ebenfalls stellen wir planerisch sicher, dass Photovoltaikanlagen entlang von allen Straßen und Schienenwegen möglich sind und ein forcierter Photovoltaik-Ausbau an Lärmschutzwänden möglich wird.?

Da dieser Planungsbereich bisher mit der Nutzung ?Sicherung und Nutzung oberflächennaher Bodenschätze? ausgewiesen ist, könnte die Änderung in die Freiraumfunktion "Schutz der Natur" der Nutzung für die regenerative Energieerzeugung durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen entgegenstehen. Dies gilt es insofern zu verhindern, als dass die Erzeugung insbesondere in einem Ballungsraum im Sinne der Energiewende umso wichtiger ist, da hier großer Energiebedarf mit regionalen Erzeugungsquellen gedeckt werden könnte.

Die extensive Nutzung der Fläche mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist zudem sehr förderlich für den Arten- und Naturschutz.

Insofern ist insbesondere im Bereich von 500m neben der Autobahn (und Schiene Linie 16) die planerische Voraussetzung im Sinne der NRW-Landesregierung (Koalitionsvertrag) und des §37 EEG zu schaffen statt zu erschweren.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt.

Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

--	--

**Inhalt**

Regionalplan, Blatt 5, Leverkusen Hitdorf, zeichnerische Festlegungen: Verbindung der Freifläche zwischen Leverkusen Hitdorf und Monheim (letzteres ist nicht Teil des Regionalplans)

**Begründung:**

Der Regionalplan sollte die geplanten Freiflächen um Leverkusen Hitdorf mit den Flächen des nördlich gelegenen Monheims im Zusammenhang betrachten, so dass größere ununterbrochene Freiflächen über die Stadtgrenzen hinweg entstehen. Nur diese sind in der Lage, die erforderlichen ökologischen und siedlungstechnisch wichtigen Funktionen zu erfüllen (Artenvielfalt, Erholungsflächen, Landwirtschaft, Frischluftschneisen, Hochwasserschutz etc.). Die Siedlungsfläche Hitdorfs hat sich in den vergangenen ca. 30 Jahren erheblich vergrößert. Zum einen durch Gewerbegebiete im südlichen und östlichen Bereich, zum anderen durch großräumige Wohnbebauung jenseits des Ortskerns. Die Gewerbegebiete im südlichen Bereich existierten zwar schon seit den 1950?er Jahren, wurden aber ab den 1980?er Jahren nicht mehr durch einen Gartenbau-/Baumschulbetrieb genutzt, so dass es hier zu erheblichen Flächenversiegelungen sowie zur faktischen naturräumlichen Trennung von Rheinaue und Hinterland kam. Die Wohngebiete wurden durch sukzessive Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen zu Bauland immer stärker ausgeweitet. Zwar wird hier häufig auf angeblichen Wohnbedarf hingewiesen, doch darf auch die erhebliche Wertsteigerung des Bodens und die entsprechende Vermarktung der neuen Bebauung nicht übersehen werden, die starke wirtschaftliche Anreizfaktoren zur Umwandlung der Flächen darstellen. Der Wohnflächenbedarf kann durchaus durch neue/andere Wohn-/Gebäudegestaltung auf dem bestehenden Siedlungsbereich gedeckt und sogar ausgeweitet werden. Dies gilt ebenfalls für die gewerblichen Flächenbedarfe. Auch hier besteht auf den bereits existierenden Flächen weiteres Nutzungspotenzial, etwa durch bessere Ausnutzung allein der Parkflächen (in Form von gemeinschaftlichen Parkpaletten etc.). Bezüglich des Wohnraumbedarfs ist auch der demographische Wandel zu beachten, der in den kommenden Jahren immer weitere Möglichkeiten aus dem bereits existierenden Wohnbestand schaffen wird. Vor dem Hintergrund der bereits intensiven vergangenen Flächenumwandlung sowie zusätzlich der Flächenversiegelung durch Gewerbebetriebe, sind die aktuell im Regionalplan vorgesehen Freiflächen um Hitdorf als absolutes Minimum zu erachten. Die o.a. Funktionen (Hochwasserschutz, Landschaftsschutz, Erholungsfunktion der zugenommenen Bevölkerung) können daher durch planerische Hinzunahme der nördlich der Leverkusener Stadtgrenze gelegenen Gebiete funktionell vergrößert

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Die Regionalplanung im Regierungsbezirk Düsseldorf obliegt dem Regionalrat Düsseldorf als zuständigem Träger der Regionalplanung. Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit werden raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, insbesondere in den Grenzbereichen der Planungsregionen, auch in Bezug auf die Freiraumbelange, zwischen den Planungsträgern abgestimmt.

werden. Zwar ist das Stadtgebiet von Monheim nicht Teil des Regionalplans. Es sollte jedoch geprüft werden, ob hier gerade an den Stadt-/Plangrenzen durch geeignete planerische Instrumente Vorkehrungen für eine übergreifende Planung/Verbindung unter den o.a. Aspekten erfolgen können.

AZ: Ö-O-1076

1001955

1003374

#### Inhalt

Wie in Gutachten beschrieben dienen die Grünflächen in Lützenkirchen und rund um die Höhenstraße als Kälteschneise und sind maßgeblich für die Frischluftzufuhr in den Innenstädten zuständig. Es ist in Planung selbst Dächer zu begrünen und sie möchten hier ganze Grünflächen zubauen? Desweiteren verbieten sie in den meisten Städten schon, dass man aus Vorgarten Parkplätze machen darf.... Ich verstehe die Welt nicht mehr. Von dem Naturschutzgebiet und den umliegenden Vögeln und Wildtieren möchte ich gar nicht erst anfangen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW (Ziel 6.1-1) bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, kommunale Entwicklungsabsichten, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien - soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant - einbezogen und berücksichtigt.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die tatsächliche Umsetzung und konkrete Ausgestaltung obliegt der kommunalen Planungshoheit im Rahmen der Bauleit- bzw. Landschaftsplanung.

AZ: Ö-O-1077

1001818

1003375\_001

#### Inhalt

Meine Stellungnahme finden Sie in blauer Schrift im angehängten Dokument. Das Dokument enthält außerdem zu Verständniszwecken die Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg inklusive wichtiger Zeichnungen und Pläne zu dem von mir kritisierten geplanten ASB Gimmersdorf-Oberbachem.

Meine Stellungnahme bezieht sich auf das von der Gemeinde Wachtberg geplante neue ASB-Gebiet, das die Ortsteile Gimmersdorf und Oberbachem zusammenfasst. (Siehe Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg weiter unten mit Planzeichnungen). Die beiden Orte Oberbachem und Gimmersdorf sind bislang zwei getrennte Ortschaften, die keine Gemeinsamkeiten aufweisen und nur entlang der Kreisstraße durch Bebauung aneinander grenzen. Durch den Kunstgriff der Gemeinde, beide Orte zusammen zu betrachten und als ASB auszuweisen, wird die Vorgabe unterlaufen, nach der ASBGebiete mindestens 2000 Einwohner haben müssen und zusätzlich über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungsangeboten verfügt (siehe Erlass zur Konkretisierung des Landesentwicklungsplans Nordrhein- Westfalen ?Wohnen, Gewerbe und Industrie Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie) . Dies ist in beiden Orten ebenfalls nicht der Fall. Das Suchgebiet (schraffierter Bereich auf Karte nächste Seite) umfasst sensible Hanglagen, die in Wachtberg durch die spezielle Hochwasserproblematik nicht bebaut werden sollten. Daher bitte ich die zuständigen Stellen, sich gegen die Ausweisung eines ASB Gimmerdorf Oberbachem auszusprechen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die Gemeinde Wachtberg hat angeregt, Grimmersdorf und Oberbachem als ASB festzulegen (s. ID 1004846).

Dies entspricht nicht den landesplanungsrechtlichen Vorgaben.

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

AZ: Ö-O-1078	
1002111	
1009702	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte in 50259 Stommeln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 12 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Meine Ackerflächen sind zum Teil mein Eigentum sowie von verschiedenen Eigentümern gepachtet.</p> <p>Aus meiner Sicht wird diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger betrifft. Dies ist für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Eine solche Planung gleicht einer Enteignung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1079

1002262

1003377

#### Inhalt

Gerade ist die Erderwärmung in aller Munde, man benötigt jedes kleine Fleckchen Grünfläche für die CO<sub>2</sub> Bilanz und den Schutz vor Überhitzung der Städte. Durch die Bebauung der Freiflächen werden möglicherweise die bestehenden Kaltluftschneisen beeinträchtigt, mit der Folge weiter steigender Temperaturen im Mikroklima. Abgesehen davon grenzt der Bebauungsplan an einem Naturschutzgebiet, regelmäßig wandern Rehe, Reiher, Bussarde in die angrenzenden Grünflächen, dadurch wird deren Habitat zerstört. Aus diesen Gründen bin ich gegen den Bebauungsplan.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.



AZ: Ö-O-1080

1002129

1005281

#### Inhalt

Der Antrag auf (Teil-) Bebauung der [anonymisiert] Gemarkung Roetgen, Flur 7 (gelegen an der Schwerzfelder Straße [anonymisiert], auf den sich die Gemeinde Roetgen im Rahmen der aktuellen Änderung des Regionalplanes stützt, liegt ca. 20 Jahre zurück. Der Antrag wurde und wird nicht weiter verfolgt von mir als Eigentümerin. Da er auf einer fehlerhaften Informationslage beruhte, ziehe ich ihn sogar ganz zurück. Der Antrag wurde zwar im Rahmen der damalige FNP Neuaufstellung Mitte der 2000er Jahre seitens der Gemeinde Roetgen herangezogen für eine Wohnflächendarstellung an dieser Stelle. Die Darstellungen in einem FNP sind aber unverbindlich. Im Landschaftsplan hingegen wird diese Fläche als Erhaltungsfläche dargestellt. Festgesetzt wurde hier Landschaftsschutzgebiet. Das kann so bleiben. Eine Gewerbeflächenentwicklung gegenüber dem bestehenden Gewerbegebiet in Richtung der Tallage von Roetgen (also eine Entwicklung zwischen der Bundesstraße und der Ravel-Route in Richtung Stockläger) findet ebenfalls keine Unterstützung von mir.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Städteregion Aachen und der Gemeinde Roetgen verwiesen.

**Inhalt**

Wir bewirtschaften einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in der zweiten Generation, wobei die dritte unmittelbar und die vierte (in ca. 15 Jahren) schon in den Startlöchern steht. Die Weiterführung unseres Betriebes hängt jedoch auch direkt von den zukünftigen Gegebenheiten und Einschränkungen ab. Unser Betrieb musste sich schon immer auf neue Gegebenheiten und Rückschläge einstellen und hat dies auch bis jetzt erfolgreich gemeistert. Wir stehen gerne dafür ein, dass es ein Miteinander zwischen Politik, Landwirtschaft und der Bevölkerung gibt. Rücksichtnahme (sei es bei der Bewässerung unserer Kulturen, bei Pflanzenschutzmaßnahmen oder bei Erntearbeiten) steht bei uns immer an erster Stelle. Wir stehen für gegenseitigen Respekt bei Radfahrern, Fußgängern und Hunden ein. An unseren Parzellen und Wegen wird dieses Miteinander gelebt. Aus diesen Gründen können wir eine weitere Verschärfung der landschaftsorientierten Erholung nicht verstehen und gutheißen. Auch der Schutz der Landschaft ist in unseren Augen schon ausreichen gegeben, da wir z.B. Pflanzenschutz und Düngung schon auf das notwendigste reduzieren. Wenn wir jetzt noch weitere Abstriche machen müssen, ist eine weitere Bewirtschaftung nicht möglich. Mein Sohn hat in vielen Ackerbau-, Gemüse- und Obstbetrieben (Freiland und unter Glas), sowohl konventionell als auch biologisch gearbeitet und sieht die Weiterführung des eigenen Familienbetriebes unter den aktuellen Gegebenheiten als sehr kritisch an. Wir müssen die Lebensmittelgrundversorgung in unserer Region halten und weiter stärken. Stattdessen werden Pläne aufgestellt um die landschaftsorientierte Erholung auszuweiten. Unser Berufsstand (Landwirte und Gärtner) ist ausgezeichnet ausgebildet und denkt in Generationen, meist bei eigenen Familienbetrieben. Wir wollen nur das Beste für unsere Kulturen und somit einen entscheidenden Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung beitragen. Dies ist aus fachlicher Sicht nicht mit weiterer Reduktion der Pflanzenschutz- und Düngemittel zu gewährleisten. Hier wird gerne der ökologische Anbau als Musterbeispiel herangezogen. Pflanzenschutz, Düngung und Bewässerung muss auch dort sichergestellt werden. Zum Teil müssen Applikationen wesentlich öfter durchgeführt werden, weil die Wirkungsgrade verständlicher Weise nicht so hoch sind wie bei konventionellen Mitteln. Wir sind dem ökologischen Anbau sehr aufgeschlossen. Da wir aber nach heutigem Qualitäts- und Quantitätsdenken der Konsumenten produzieren müssen, kann dieser Anbau leider nur eine Nische bleiben. Diese hat auch absolut eine Berechtigung im gesamten System. Unsere Betriebsstätte war vor ca. 70 Jahren ein Betrieb in der dörflichen Außenlage. Mittlerweile sind wir fast im Ortskern. Ohne Rücksichtnahme und Verständnis hat es nie und wird es nie funktionieren. Wenn wir jedoch jetzt noch weitere Einschränkungen durch die Neuaufstellung erfahren müssen, wird unser Betrieb nicht mehr in die nächste

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Generation gehen können und das ganze Wissen der einzelnen Böden und Gegebenheiten über viele Jahrzehnte geht unwiderruflich verloren. Lassen sie es nicht dazu kommen! Wir sind auf unseren Pacht- und Eigentumsflächen unmittelbar betroffen (Gemarkungen um Ludendorf, Ollheim, Miel, Oberdrees)

[ABBILDUNG ANONYMISIERT]

Wir fordern Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Ackerflächen in die vorgestellte Flächenkulisse abzusehen.

**Inhalt**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit möchte ich aus den im Folgenden aufgeführten Gründen entschieden davon abraten, im Gebiet Herreshagen ein Industriegebiet zu errichten:

1) Naturschutz

Durch den Borkenkäfer und die Trockenheit sind die Lebensräume der Tiere in Herreshagen ohnehin schon beträchtlich geschrumpft. Durch die Errichtung eines Industriegebiets würde dieser verbleibende Lebensraum weiter eingegrenzt und die verschiedenen Arten empfindlich gestört. Zudem sind in Herreshagen regelmäßig seltene Tier- und Vogelarten zu beobachten, wie zum Beispiel die seltenen Milane. Da der Tierschutz als Staatszielbestimmung in unserer Verfassung verankert ist, muss dieser Punkt besondere Berücksichtigung finden.

2) Wohnort

Herreshagen ist bisher ein idyllischer und grüner Wohnort gewesen. Das kleine Dorf hat viele Familien und ältere Leute angezogen, die teilweise seit Generationen dort leben. Durch die Errichtung und anschließende Inbetriebnahme wird es im Dorf zu einer erheblichen Lärm- und Geruchsbelästigung kommen, die die Lebensqualität reduziert und die Bürger in ihren Grundrechten verletzt.

3) Infrastruktur

Herreshagen ist verhältnismäßig schlecht zu erreichen. Die Straßen sind schmal und aufgrund ihrer Beschaffenheit für Industriemachinerie und -fahrzeuge ungeeignet. Schwere Transporte dürfen bereits jetzt schon seit langer Zeit den Ort nicht passieren. Das neue Gebiet wäre mithin nur von einer einzigen Zufahrtsstraße zu erreichen. Die Straßen sind teilweise abschüssig und in keinem guten Zustand.

4) Wirtschaftlichkeit

Das vorgesehene Gebiet zu begradigen und die nötige Infrastruktur zu errichten ist mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand und gleichzeitigem Eingriff in die Natur verbunden. Außerdem müsste das Gebiet erst generell erschlossen werden, Strom- und Internetleitungen etc. gelegt werden. Ob Rohre in die harten Böden gelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

können, bezweifle ich.

#### 5) Erholungsort

In Herreshagen und dem umliegenden Wald sind viele Wanderer, Jogger, Walker und Spaziergänger unterwegs. Wir haben oft Menschen mit ihren Hunden aus dem Aartal getroffen, die nach der dortigen Katastrophe in Herreshagen einen ruhigen und grünen Fleck gefunden haben, um ein bisschen Normalität zu erfahren.

#### 6) Persönliche Betroffenheit

Meiner Familie gehört ein Grundstück in Herreshagen seit mehreren Generationen. Mein verstorbener Großvater ist in Herreshagen geboren. Meine Schwestern und ich haben unsere halbe Kindheit dort verbracht. Mein Verlobter hat mir in Herreshagen den Antrag gemacht. Ich habe Herreshagen stets als einen Ort der Ruhe und Natürlichkeit empfunden, wie viele andere sicherlich auch. Uns alle jetzt vor die bittere Realität eines Industriegebiets zu stellen, finde ich unverantwortlich. Weiterhin haben wir erst viel zu spät von dem Vorhaben erfahren, viele Anwohner fühlen sich hinters Licht geführt.

Ich bitte Sie, das Vorhaben des Industriegebiets in Herreshagen aufzugeben. Für viele Anwohner käme diese Veränderung einer Enteignung gleich.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

**Inhalt**

Ich fordere eine Überarbeitung der Flächenvorschläge für Zündorf in der Beschlussvorlage für die neuen Siedlungsbereiche im Regionalplan. Ich bitte Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen. Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen beibehalten werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.

**Begründung:**

Die nun angestrebte Umwidmung werden die Ziele Deutschlands, der Bundesregierung und auch die der Stadt Köln auf die Klimawandlung entsprechend zu reagieren konterkariert. Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet.

Im Hinblick auf den Klimawandel halte ich die angedachte Veränderung für verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung, da dies Flächen mit besonderer ökologischer Funktion sind. Genau dies steht doch im Widerspruch zum aktuell ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln. In Zeiten von Rekordhitzetagen, Waldbränden und Starkregen stellt der Schutz unserer Freiflächen ein hohes politisches Gut dar. Aus aktuellem Anlass muss mit Blick auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung außerdem verhindert werden, dass wertvolle Agrarflächen versiegelt werden. Gerade auch der Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass wir Flächen für die Lebensmittelproduktion dringend brauchen. Nicht zuletzt gilt dies auch für den wichtigen Erhalt von Erholungsräumen für die hier ansässige

Bevölkerung und für die Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten.

Auch würde die Erweiterungsfläche in Langel die Verkehrsproblematik noch weiter verschärfen. Bereits 1996 hatte der Kölner Stadtrat beschlossen, dass weitere Wohnbebauungen im Porzer Süden erst begonnen werden dürfen, wenn der Bau der Umgehungsstraße Zündorf und die Verlängerung der Linie 7 realisiert sind. Eine

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Umgehungsstraße ist aber inzwischen nach schon 50 Jahren alten Zusagen der Politik in immer weiterer Ferne!

Auch der Bürgerverein Zündorf e. V. lehnt aus den vorgenannten Gründen auch schon die Umsetzung der im aktuell noch gültigen Regionalplan/dem hieraus entwickelten Flächennutzungsplan der Stadt Köln vorgesehenen Bebauung der ca. 100 ha großen Fläche ?Zündorf-Süd? ab.

Hier wäre eine Revision dieser Pläne notwendig!

Dabei kommt hier noch dazu, dass es seit rd. 50 Jahren nicht gelungen ist, die Verkehrsinfrastruktur so zu verbessern, dass die jeweiligen Verkehrsmengen bewältigt werden können!

Ich fordere Sie auf, den von allen getragenen Zielen und Maßnahmen im Rahmen der Klimakatastrophe zu folgen und die Frischluft für Zündorf und die Kölner Innenstadt zu erhalten und von der Umwidmung abzusehen.

[ANONYMISIERT]

## Inhalt

**Stellungnahme ?Ententeich?****Rücknahme der Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) mit Zweckbindung, Brühl/Phantasialand**

Die Bezirksregierung Köln wird aufgefordert, die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) mit Zweckbindung, Brühl/Phantasialand, zurückzunehmen.

## Gründe:

1. Die Planbegründung fußt auf einer Anregung aus dem Jahr 2003. Hier wird auf einen wirtschaftlichen Zwang der Erweiterung für den Freizeitpark abgestellt. Dieses kann heute, nach 19 Jahren, nicht mehr vertreten werden. Der Freizeitpark hat seine wirtschaftliche Position ausbauen können und hat sich zudem über erträgliche Nebengeschäfte, insbesondere im stark ausgeweiteten Hotel- und Gastronomiebereich, mittlerweile ein weiteres Standbein aufbauen können. Eine ?notwendige Ausweitung? hat sich in diesem Zeitraum nicht ergeben und kann auch nicht für den Folgezeitraum unterstellt werden. Die Wirtschaftsdaten der Betreibergesellschaft, sofern direkt öffentlich einsehbar, sind in den letzten Jahren durchweg positiv ausgewiesen.
2. Geforderte Parkflächen können anderweitig bereitgestellt werden. Es sollte zudem, der politischen Maßgabe der Klimawende folgend, zunehmend die Nutzung anderer Verkehrsträger unterstellt werden. Es gilt ansonsten auch für die Parkflächen, dass sich eine Notwendigkeit in den letzten 19 Jahren nicht erwiesen hat und sie entsprechend realistischerweise auch nicht zukünftig unterstellt werden kann.
3. Den Belangen des Naturschutzes ist zunehmend Rechnung zu tragen. ?Erhebliche Auswirkungen? wurden bereits im Jahr 2013 festgestellt. Die Versiegelung und die Auflösung eines ehemaligen und de facto noch bestehenden Naturschutzgebietes und geschützten Biotops einschließlich der Abholzung von Wäldern ist strikt zu vermeiden. Das Gebiet wird laut LANUV wegen seines Wertes für den Naturhaushalt und als Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten, insbesondere als Brutgebiet für Wasservögel, geschützt. Weiterhin ist nach Artikel 29 Absatz 3 der Landesverfassung in Nordrhein-Westfalen das ggf. betroffene Kleingartenwesen zu fördern und damit nicht zu überplanen.

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



--	--	--

AZ: Ö-O-1085

1002135

1005512

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:

Es handelt sich um die Flächen in der Gemeinde Odenthal im Ortsteil Lanzemich. Nach dem neuen Regionalplan dienen die Flächen der Landwirtschaft und Freifläche.

Aus meiner Sicht sind diese Fläche heute schon dem Siedlungsbereich zuzuordnen, da die landwirtschaftliche Nutzung durch die direkte dichte Besiedlung stark beeinträchtigt wird, insbesondere was die Bewirtschaftung durch Maschinen oder die Beweidung von Nutztieren betrifft. Die Bewohner fühlen sich dadurch häufig gestört. Zudem ist die Zufahrt nur durch die Siedlungsfläche möglich.

Uns ist es ein persönliches Anliegen, dort ein zukunftsweisendes klimaneutrales und familienfreundliches Wohngebiet mit Ausgleichsflächen zu entwickeln. Der Vorteil dieser Fläche ist die gute Erreichbarkeit der Städte Köln, Leverkusen und Bergisch Gladbach mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Rad. Außerdem bietet die Fläche eine optimale Ausnutzung von Energie durch Erdwärme und Sonne. Durch grüne Dächer und wenig befestigte Fläche soll der Eingriff in die Natur so gering wie möglich gehalten werden. Das Regenwasser soll vollständig durch die großzügigen Freiflächen, Gründächer und Bodenbeläge der Siedlung versickern und so das Grundwasser regenerieren.

Folglich beantrage ich, insbesondere die Flächen, die vom Planungsbüro [Anonymisiert] als Bausuchraum vorgeschlagen wurden, als Siedlungsfläche zu berücksichtigen.

[s. Anhang Abb. StnID 1005512\_1]

Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1005512\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

AZ: Ö-O-1087

1001848

1003386

#### Inhalt

Ich lehne die im Regionalplan vorgesehene Bebauung der Flächen Neubrück (8-809-010), Brück (8-807-005, 8-807-004) und Rath-Heumar (8-808-006) ab.

#### Begründung:

Bei den oben angegebenen Flächen handelt es sich laut Planungshinweiskarte Hitze der Stadt Köln ([https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf57/planungshinweis\\_hitze\\_clm\\_endfassung.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf57/planungshinweis_hitze_clm_endfassung.pdf)) um klimaaktive Flächen der Stufe 4. Wenn ich die Karte richtig interpretiere, dann sind die klimaaktiven Flächen im Osten Neubrücks für die Kaltluftzufuhr vonnöten. Eine Bebauung dieser Flächen würde demnach zu einem zusätzlichem Hitzestau im Siedlungsbereich Neubrück führen. Im Anbetracht dessen, dass Neubrück bereits jetzt schon zu den Hitze belasteten bis hochbelasteten Siedlungsbereichen Kölns zählt wird hier vorsätzlich in Kauf genommen, dass die Lebensqualität, die sowieso schon durch Lärmbelastung (Flugverkehr und Autobahn) sehr gering ist, weiterhin gedrückt wird. Insofern klingt es wie Hohn wenn auf dem oben genannten PDF mit der "klimagerechten Metropole Köln" geworben wird.

Mir scheint, dass aufgrund der Sozialstruktur Neubrücks von Seiten der Stadtplanung wenig Gegenwehr zu den Bebauungsplänen erwartet wird, weil hier ja sowieso ein hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligte Mitbürger wohnen. Ein ähnliches Bauvorhaben wäre am Hahnwald vermutlich (auch aus Eigeninteresse) nicht durchzusetzen.

Ich hoffe, dass von dem Bauvorhaben mit Blick auf die hier lebenden Menschen abgesehen wird und die Flächen ihre ursprüngliche Funktion (klimaaktiv) behalten können.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-1090	
1002049	
1005282	
<p>Inhalt</p> <p>Bein Landwirtschaftlicher Betrieb ist zur 90% in der Voreifel Zülpicher Region betroffenen. Meine Existenz hängt davon ab.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-1091	
1002026	
1003390_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit möchte ich Teilen des Plans zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln erheblich widersprechen. Insbesondere betrifft es die Parzellen :</p> <p>1.) Gemarkung Ginnick, Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>2.) Gemarkung Ginnick, Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>Wir sehen hier nicht im geringsten die Notwendigkeit, dass diese Flächen zu weiteren Bereichen zum Schutz der Natur mit aufgenommen werden. Die Folge wären erhebliche Einschränkungen für unsere Bewirtschaftung und die weitere Entwicklung unseres landwirtschaftlichen Betriebes kurz- und mittelfristig. Die dort seit Jahren durchgeführte Form der Bewirtschaftung ist bereits der dort vorhandenen Bonität und Lage angepasst.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-1093	
1002039	
1005049	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wohne in 51109 Köln -Neubrück, dem aktuell noch jüngsten Stadtteil Kölns. Leider wurde er aus der Erde gestampft, so dass es massig Hochhäuser gibt. Ziel war eine Mischbebauung, so dass direkt daneben Einfamilienhäuser stehen. Ich habe zwei Kinder und die Felder in der Nähe sind der einzige Ort in der "Natur", den wir gemeinsam gehen können. Dieses schnell gebaute Neubrück ist leider weit weg von irgendwelchen Parks oder dem Wald, so dass wir anders als in der Innenstadt mit dem Grüngürtel keine derartigen Anlaufstellen haben. Die Felder und die Birnbaumallee als Abzweigung des Rather Kirchwegs sind nicht nur die Freiluftschneise dieses extrem bebauten Stückchens Köln, sondern auch das einzige Naherholungsgebiet, welches z.B. mit kleinen Kindern erreichbar ist. Auch gibt es hier durch den Deutsche Orden Wohnstift viele Senioren, die zur Erholung eben keine weiten Strecken zu Merheimer Heiße oder in den Königsforst unternehmen können. Wie gesagt, außer der Felder gibt es hier nichts. Ein Nachteil dieses Ortes ist, dass die sozialen Strukturen sehr schlecht sind. Zwar gibt es die Einfamilienhäuser, jedoch lebt der Großteil der Familien in kleinen Wohnung in hohen Hochhäusern, wenn sie Glück haben mit kleinem Balkon. Entsprechend wenig Lobby hat dieser Teil Kölns uns entsprechend wenige Zuschriften werden sie vermutlich auch erhalten haben. Bitte bedenken Sie dennoch, auch sozial schwache, die weniger Mitsprache einfordern, benötigen einen "grünen" Ort in der Nähe. Ich habe das Gefühl, dass den Neubrückern immer besonders viel zugemutet wird: es ist der bevölkerungsstärkste Stadtteil ohne eine Bahnanbindung.man nimmt entweder den unzuverlässigen Bus der läuft 20 Minuten zu Fuß zur Bahnhaltestelle Merheim. Wir haben eine große Hauptverkehrsstraße vor der Tür, an der immerhin 30 ist. Sie Autobahn ist kaum entfernt und es ist Einflugschneise, die Flugzeuge fliegen nach meiner Erinnerung knapp 300m über uns. Uns hier nun auch noch die Felder zu nehmen, würde bedeuten, einen Teil der Umgebung,der Faktor zur Reduzierung des Stresses ist, welcher durch die anderen genannten Aspekte so verstärkt wird (insbesondere Flugzeuge) , zu rauben.</p> <p>Da die Felder unsere Frischluftschneise darstellen, möchte ich Ihnen einen relevanten Zeitungsartikel aus dem Kölner Stadt-Anzeiger anhängen, der genau beschreibt, warum die Felder nicht bebaut werden dürfen. Bei den massiv steigenden Temperaturen ist nur der Erhalt der Felder eine Möglichkeit, die innerstädtischen Temperaturen möglichst niedrig zu halten. Der Trend wird immer weiter dazu übergehen, Städte mit grünen Nischen und weniger Autoverkehr zu planen. In diesen Zuge wäre es paradox, die bereits bestehende Nische zu verbauen und der Überhitzung Neubrücks und ggf weitere Stadtteile Vorschub zu leisten</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Wie Christian Hartwig vom Städtischen Umweltamt sagte "auch bei Neubauvorhaben müssen wir den Aspekt Hitze berücksichtigen.

Sehen Sie hierzu bitte den Anhang [s. Anhang Abb. 1005049\_1]

[ANONYMISIERT]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1005049\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-O-1094

1001782

1009718

#### Inhalt

Ich glaube Sie sollten den Regionalplanentwurf nicht beschließen. Nachhaltigkeit funktioniert nur wenn sie mit Lebensqualität Hand in Hand geht.

Die geplante Bahnverbindung nach Niederaußem ist eine gewaltige Ausgabe von Geldern, die der Förderung des Rheinischen Reviers zugute kommen sollen. Die Bahnhaltestelle schafft keinen einzigen Arbeitsplatz vor Ort und verbessert die Lebensqualität in Niederaußem nur minimal. Wie wäre es mit einem Radschnellweg?

Das betrifft die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01.

Die Trasse mitten durch Brauweiler zu lenken ist auch ein einseitiger Vorschlag. Man könnte sie doch auch am Rand des Gewerbegebietes verlaufen lassen.

In der Vorstudie wurde bereits festgestellt, dass die Auslastung aktuell nicht ausreicht, um die Bahn zu betreiben. Als Lösung wurden massive Neubaugebiete in allen beteiligten Orten eingebaut, wodurch die Rechnung wieder aufging. Ich finde wir sollten hier seriös planen. Auch wenn Köln und der KVB die Erweiterung wollen, um die Bahnen besser auszulasten, sollte man sie aktuell nicht weiter verfolgen.

Ihr eigener Umweltbericht unterstützt meinen Vorschlag.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.



AZ: Ö-O-1095	
1001783	
1003394_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hier sind zahlreiche Grünflächen vorhanden.Mit dem Verlust von Flächen ( Erntegut ) machen wir uns immer abhängiger von anderen Ländern ( wie momentan beim Gas ) und fördern z.b. in Brasilien die Zerstörung des Regenwaldes.Wir Landwirte haben keine Chance mehr zu existieren.Meine Flächen:</p> <p>Reifenbrand Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>Diestenich Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>Mühlenberg Flur [ANONYMISIERT]</p> <p>Küppecher Weg Flur [ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-1096

1001851

1005048

#### Inhalt

Hiermit spreche ich mich ausdrücklich gegen Projekte aus, die zu einer weiteren Versiegelung von Flächen -insbesondere von landwirtschaftlichen Nutzflächen mit besten Lößböden in unserer Region- führen. Dies beziehe ich sowohl auf die weitere Wohn- und Gewerbeflächen als auch auf neue Verkehrswege (Straßenbau- und Stadtbahnprojekte wie z.B. die geplante Straßenbahn über Widdersdorf nach Brauweiler). Gerade die Region im Kölner Westen ist diesbezüglich in den letzten 40 Jahren überproportional belastet worden. Der inflationäre Flächenverbrauch und der damit einhergehende unwiederbringliche Verlust wertvollsten Ackerlandes sowie unserer Kulturlandschaft muss ein Ende haben. Entsprechend haben sich alle großen Parteien vor den letzten Kommunal- und Landtagswahlen positioniert. Ebenso spreche ich mich gegen die Ausweitung von Flächen aus, die die landwirtschaftliche Produktion weiter einschränken. Es muss unserer modernen Landwirtschaft möglich sein, regional und mit kurzen Transportwegen in ausreichendem Maße Lebensmittel zu produzieren. Eine vielfältige Nutzung der Fläche (Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft) steht nicht zwangsläufig im Widerspruch zu Umwelt- und Naturschutz. Es sind intelligente Konzepte gefragt - "immer mehr zubauen" können und dürfen wir uns nicht mehr erlauben!!!

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die Stellungnahme enthält keinen konkreten Bezug zu Festlegungen.

AZ: Ö-O-1097

1001800

1005047

#### Inhalt

Betreff: Flurstücke Rath-Heumar 8-808-006, Neubrück 8-809-010, Brück 8-807-005 und 8-807-004

Ich bin gegen die Bebauungspläne, weil es darum geht, Kaltluftschneisen zu erhalten angesichts der Klimaveränderungen bzw der Klimakrise, Lebensraum für Fauna und Flora nicht noch mehr einzuschränken sowie den Erholungsraum für die Bevölkerung . Warum können die Sportplätze an ihren alten Standorten nicht saniert und modernisiert werden? Was bedeutet mehrgeschossig? Mit Steingärten, die in unseren Stadtteilen sehr verbreitet sind?

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

## Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf die Planung eines potentiellen GIB (29,3 ha) im Bereich des Oberbergischen Kreises, nordnordwestlich der Kreisstadt Gummersbach, nördlich und östlich des Ortsteils Herreshagen, fordere ich auf von diesem Planvorhaben Abstand zu nehmen.

Die angedachten Planungen sehen eine weitere konzentrierte GI Ansiedlung, in der Region nördlich von Gummersbach (zwischen den Siedlungsgebieten Windhagen, Kotthausen, Herreshagen), nun ausgeweitet und in unmittelbarer Nähe sowie topographisch oberhalb von gewachsenen Siedlungsgebieten vor. Zudem liegt ein landwirtschaftlicher Betrieb, der grad in diesem Monat von der nächsten Generation der Eigentümerfamilie übernommen wurde, mitten im geplanten Gebiet.

Geographisch handelt es sich um Flächen des Höhenzugs Warenkopf der mit 401 m ü NN eine weithin sichtbare Landmarke darstellt. Einer weitere GI Ansiedlung neben den bereits erschlossenen Gebieten Windhagen Ost und West sowie Sonneberg bedeutet einen weiteren signifikanten, das Landschaftsbild verändernden, Eingriff.

Der betroffene Höhenzug ist neben der Nutzung durch unsere regionale Landwirtschaft ein beliebtes Naherholungsgebiet. Die betroffenen Forst- und Grünflächen bieten einer Vielzahl von Flora und Fauna (im Besonderen für regionale Greifvögel) Lebensraum.

In Zeiten des für alle sichtbaren klimatischen Wandels ist es für mich nicht nachvollziehbar warum an der Konzeptionierung der Neuerschließung immer weiterer Forst- und Grünflächen festgehalten wird.

Eine veränderte Planungskonzeption, die die "Regeneration" / Umnutzung vorhandener, bereits erschlossener, jedoch ineffektiv genutzter bzw. Brach liegender Flächen in den Fokus nimmt kann doch nur der zukünftige Weg sein.

Dies nicht zuletzt im Sinne einer nachhaltigen Weiterentwicklung unserer Region im Einklang zwischen Wachstum und Wohlstandssicherung sowie des Erhalts der vorhandenen Natur.

In der Anlage finden sie Bilder des Gebiets welches nach aktuellem Planstand zur Umnutzung für ein GIB ihrerseits vorgesehen wird.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

MfG

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage  
beigefügt]

AZ: Ö-O-1099

1001849

1005286

#### Inhalt

Folgende allgemein Stellungnahme habe ich: Bei der Frage, ob weitere Flächenversiegelungen genehmigt werden, ist schon auf Planungsebene verstärkt auf die Vermeidungs**PFLICHT** hinzuweisen und einzuwirken (naturschutzrechtliche Eingriffsregelung = Verursacherprinzip = Teil der Sozialbindung gem. Art 14 Abs. 2 GG). Die Verantwortung hierfür obliegt auch der Verwaltung (Art 20a GG) Es ist also z.B. sinniger bebaute Bereiche durch Aufstockung o.ä. weiter zu verdichten, als ländliches Gebiet zu zersiedeln bzw. unbebautes Gebiet mit geringer Dichte zu versiegeln (also in die Höhe statt in die Breite). Folgende spezielle Stellungnahme habe ich: Es sollte daher keine Ausweitung des ASB in Roetgen erfolgen. Lücken im ASB vorhanden und nutzbar ! Außerhalb des jetzigen ASB darf es nicht zu einer "plötzlichen" (weil z.B. für Landwirte nicht planbaren) weiteren Zerstückelung von zusammenhängenden Freiflächen kommen, obwohl Lücken im ASB vorhanden. Landwirte brauchen einen generationsübergreifenden Planungshorizont.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird auf die geplanten siedlungsräumlichen Festlegungen und die Erläuterungen zu den Stellungnahmen der Gemeinde Roetgen und der Städteregion Aachen verwiesen.

AZ: Ö-O-1100

1001922

1005046

#### Inhalt

Wir leben in Beton, wir atmen Beton. Beton wärmt sich auf und hält unsere kuschelige Stadt Tag und Nacht warm. Die Bürger von Köln wollen weniger Grün- und mehr Wohnviertel. Werden wir grün regiert? Also bitte. 1,5°C Erderwärmung im Durchschnitt bedeuten doch nur 6-8°C in Köln! Wo st das Problem? Unser menschlicher Körper ist doch von Natur aus dazu gemacht, dass er sich noch wohl fühlt, wenn er bei 36°C vollkommen nackt im Schatten sitzt ohne sich zu bewegen. Wo ist das Problem? Ernsthafte medizinische Schäden nimmt doch am schnellsten, wer unter 15 und über 65 Jahre alt ist ? also gerade nicht Sie als Träger dieser Planungsentscheidung.

Damit wir uns nicht missverstehen. Ich möchte mich hiermit gegen die von Ihnen angedachte Umwandlung des Colonius-Teils des Grüngürtels in ?berodbare Baufläche? mit Nachdruck aussprechen. Ja, ich bitte Sie inständig, diese 'Maßnahme' zu überdenken. Sinnvoller wäre es stattdessen, dem Grüngürtel weitere Bäume zu schenken, um der Autohölle der Kölner Innenstadt ein wenig die Luft ab- und den Bürgern aufzudrehen. Und innovative Verdichtung sieht schlechterdings anders aus. Ich will aber natürlich den Dialog suchen und nicht erschweren und erlaube mir daher, Ihnen eine Gruppe zu nennen, die in diesem Konflikt, den die Bürgerschaft so nicht widerstandslos hinnehmen kann, Vermittler zu nennen, von denen ich glaube, dass sie bei den Gegnern der Grünflächenumwandlung auf Gehör stoßen werden:  
<https://www.architects4future.de/>

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).

AZ: Ö-O-1101

1002050

1003400

#### Inhalt

Der Regionalplanung ist unausgewogen und zerstört unsere Lebensgrundlage weil zuviele landw. Nutzfläche zubetoniert wird. Beton macht uns nicht und produziert keinen Sauerstoff, bindet kein co2. Können sie das vor der nächsten Generation verantworten? Facharbeiter Mangel, nicht nutzen von alten versiegelten Flächen was für schlechte Planungen.

Gerne können sie mich anrufen

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-1102

1002050

1003401

**Inhalt**

Hallo ich bin gegen die Planungen für neue Gewerbegebiete da diese unsere Lebensgrundlage zerstören und unsere Nahrungsmittel Versorgung stark gefährden. Beton macht keinen statt! Bildet kein co2

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-12

1001111

1000681

#### Inhalt

meine Stellungnahmökologische bezieht sich auf ein potenzielles Baugebiet in Leverkusen, ausgewiesen im zeichnerischen Teil der Planunterlage Karte 05. Detailliert dargestellt im angehängten Dokument.

Das parkähnliche Gebiet zwischen der Eisenbahnlinie Köln/Düsseldorf und der Gustav-Freitagstr./Gellertstr. mit seinem bedeutenden Baumbestand darf nicht als Baugebiet ausgewiesen werden. Die Fläche ist eine wertvolle ökologische Pufferzone zwischen der Bebauung und damit der Versiegelung auf der Westseite der Bahnlinie und der Wohnbebauung im Osten. Für nicht mehr sehr mobile Menschen in der Umgebung ist sie ein willkommenes Ausflugsziel, für die immer stärker abnehmende Vogelwelt Leverkusens ein notwendiges Rückzugsgebiet.

[s. Anhang Abb. ID 1000681\_1 ]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1000681\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-O-13

1001070

1000739

#### Inhalt

LEP-Lindern

Als Einwohner Geilenkirchens widerspreche ich entschieden der flächenhaften Versiegelung von 240ha besten Ackerbodens und habe Angst vor der Verkehrs- und allgemeinen Emissionszunahme durch das Industriegebiet. Es zerstört gewachsene ländliche Siedlungsstrukturen und ist ökonomisch unsinnig.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-O-131

1001287

1001384

**Inhalt**

Ich habe die im Folgenden aufgeführten Einwände gegen die Bebauungsplanung:

- ? Weitere Versiegelung von Versickerungsflächen, dadurch Gefährdung der bestehenden Gebäude im Gebiet
- ? Verkleinerung des Naherholungsgebietes Flehbachaue
- ? Bevor neue Straßen geplant werden sollte zunächst mal die Astrid-Lindgren-Allee fertiggestellt werden, die seit über 15 Jahren in einem katastrophalen Ur-Zustand ist (Baustraße)
- ? Befürchtung, dass die schönen Obstbäume am Eiskaulenweg verschwinden und dieser dann kein Spazierweg mehr ist, sondern eine asphaltierte Straße
- ? Noch mehr Verkehr auf der Verbindung von Brücker Marktplatz nach Neubrück, wo sich jetzt schon kaum Autofahrer an die Verkehrsregeln, insbesondere die Geschwindigkeitsbeschränkung halten
- ? Vernichtung von Flächen für Flora und Fauna

[ANONYMISIERT]

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-132

1001253

1001385

#### Inhalt

Ich habe die im Folgenden aufgeführten Einwände gegen die Bebauungsplanung:

- Weitere Versiegelung von Versickerungsflächen, dadurch Gefährdung der bestehenden Gebäude im Gebiet
- Verkleinerung des Naherholungsgebietes Flehbachaue
- Bevor neue Straßen geplant werden sollte zunächst mal die Astrid-Lindgren-Allee fertiggestellt werden, die seit über 15 Jahren in einem katastrophalen Ur-Zustand ist (Baustraße)
- Befürchtung, dass die schönen Obstbäume am Eiskaulenweg verschwinden und dieser dann kein Spazierweg mehr ist, sondern eine asphaltierte (Zufahrts-)Straße
- Noch mehr Verkehr auf der Verbindung von Brücker Marktplatz nach Neubrück, wo sich jetzt schon kaum Autofahrer an die Verkehrsregeln, insbesondere die Geschwindigkeitsbeschränkung halten
- Vernichtung von Flächen für Flora und Fauna
- Als Neubaufläche war ursprünglich der Bereich der Flehburg vorgesehen, welche für den Zweck abgerissen werden sollte. Warum ein weiteres Stück Baufläche?

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-133

1001254

1000911

#### Inhalt

Nehmen Sie den Bürgern in und um Brück nicht das Naherholungsgebiet! Es kommen jeden Tag so viele Menschen hier hin, um auf den Brücker Feldern spazieren zu gehen. Wenn Sie dies verkleinern, wäre dies eine Schande und zu viele Menschen beieinander, weil es diese Weitläufigkeit verliert! Zudem wohnen hier so viele Tiere und Pflanzenarten für die es eine Schande wäre, Ihnen den Wohnraum zu nehmen. Eichhörnchen, Enten, Gänse, Wildschweine, Füchse und Tausende von Insekten! Da die Flehbachaue ein Wasserauffanggebiet ist, könnte das fatale Folgen bei zukünftigen Starkregen haben. Letztes Jahr sind wir vor Wasser überfluteten Kellern verschont geblieben, weil der Regen in den Feldern verdickt ist. Wird hier alles zugebaut, sieht dies in Zukunft anders aus. Wir brauchen den Schutz der Felder! Zudem kühlen die Felder, Büsche und Bäume die warme Sommerhitze etwas ab. Wenn hier noch mehr bebaut wird, wird es noch heißer. Nicht nur für uns Menschen, sondern auch für die vielen Tiere. Zu guter letzt möchte ich an die Infrastruktur appellieren. In Stoßzeiten ist die Olpener Straße, die Hauptstraße hier in Brück, bereits komplett zu. Wenn hier noch mehr Leute einziehen wird das eine Katastrophe auf den Straßen! Nicht zu vergessen die Grundschulen, die bereits jetzt schon überquillen. Bitte bedenken Sie ihren Plan und lassen Brück seinen Charme! Herzlichen Dank!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-135	
1001257	
1001394	
<b>Inhalt</b> <p>Das Neubaugebiet Astrid-Lindgren-Allee und die (hoffentlich nur 3-geschossige) Bebauung auf dem Gelände des Sporthotels in Brück bringen die Infrastruktur des Viertels bereits an ihre Grenzen. Es müssen noch ausreichend Naherholungsgebiete verbleiben. Ich plädiere daher dafür, die Bebauung in diesem Gebiet nicht weiter auszudehnen.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

**Inhalt**

Betreff: KRE\_ASB\_3. Dem im Betreff genannten Projekt "Umwandlung eines Allgemeinen Freiraums- und Agrarbereichs zum Schutz der Landschaft und einer landschaftsorientierten Erholung" in einen "Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB)" widerspreche ich hiermit. Begründung: Die im Projekt genannte Fläche liegt am Waldrand des Kreuzauer Ortsteils Stockheim in unmittelbarer Nähe des Naturdenkmals Marieneiche, genannt "Deeke Boom" und der so genannten "Panzerstraße". Die im Wald gelegene Marieneiche ist eine regionale Pilgerstätte und gelegentlich ein Ort für Gottesdienste. Von Jung & Alt wird dieser Ort regelmäßig aufgesucht und ist für die ältere Bevölkerung eine regelrechte Begegnungsstätte. Ein Baugebiet, womöglich unter Einbeziehung der Panzerstraße, würde diesen Ort der Begegnung verkümmern lassen. Die Panzerstraße führte von der ehemaligen Kaserne in Düren zum damaligen Truppenübungsplatz "Drover Heide". Sie ist Bestandteil der Historie des Ortsteils und gehörte meiner Meinung nach unter Denkmalsschutz gestellt. Für die Erschließung eines Wohngebietes ist sie auf jeden Fall denkbar ungeeignet. Die zur Umwandlung vorgesehene Fläche ist im Biotopkataster NRW unter der Nr. BK-5205-007 aufgeführt. Die Schutzwürdigkeit der Fläche ist somit hinreichend dokumentiert. In unmittelbarer Nähe schließen sich weitere geschützte Biotope und das große Naturschutzgebiet "Drover Heide" an. Zudem wird im Dorfentwicklungskonzept (DIEK 2021) für den Ortsteil Stockheim in den nächsten Jahren von einem Zurückgehen der Bevölkerungszahlen ausgegangen. Zahlreiche Immobilien werden daher frei werden und stehen dem Markt in absehbarer Zeit zur Verfügung. Alles im Allem sollte die Fläche in ihrem jetzigen Zustand verbleiben. Für die Menschen, die Tiere und zur Erhaltung einer intakten Umwelt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsräumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut ?Kultur- und sonstige Sachgüter? die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten



regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Im vorgenannten Bereich ist keine Betroffenheit gegenüber dem Kriterium gegeben, da das Plangebiet sich nicht innerhalb des erwähnten Kulturlandschaftsbereiches befindet.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

AZ: Ö-O-137

1001303

1001395

**Inhalt**

Die Erweiterung der Gebiete zur Wohnbebauung in Köln Brück wird mehr Verkehr in und durch den Ortskern bringen, der über die bestehende dörfliche Infrastruktur nicht zu bewältigen sein wird.

Die Bebauung am Rand der Flebachaue wird das bestehende naturnahe Revier für unterschiedliche Tierarten - u.a. Reiher, Fledermäuse schädigen, hier sollte Grün tatsächlich Vorrang genießen.

Die Bedeutung der Grünflächen, die zur Bebauung freigegeben werden sollen, als grüne Lunge und Frischluftschneise für die westlich liegenden städtischen Gebiete scheint mir nicht berücksichtigt. Statt neue Flächen zu belegen, bitte sämtliche Gebiete mit brachliegenden Gebäuden mit neuer Wohnbebauung ausstatten

[ANONYMISIERT]

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

**Inhalt**

Im Regionalplan sehen sie für im Bereich Kleinfeldchensweg, 51109 Köln und im Bereich zwischen Brück und Neubrück (Eiskaulenweg und Oberer Bruchweg) eine weitere bedarfsorientierte Siedlungsentwicklung vor. Die Erläuterungen dazu, die sie zur Lektüre dazugegeben haben, sehen aber auf Seite 37 vor erstmalige Inanspruchnahmen von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke möglichst zu vermeiden. Bandartige Siedlungsentwicklungen, wie sie entlang des Eiskaulenweges entstehen würden, sollen laut Ihren Erläuterungen ebenfalls vermieden werden. Eine Ausweitung des Siedlungsraumes in die Felder und den angrenzenden Wald würde den Erholungswert für die Menschen in den umliegenden Stadtteilen deutlich verringern. Die Feldflächen werden von Spaziergängern, Radfahrern, usw. aus vielen Stadtteilen des rechtsrheinischen Kölns genutzt. Sie sind gleichzeitig, wie wir beobachten können, Lebensraum von Wildvögeln und Feldhasen, Füchsen (usw.), die auch bei der jetzigen Größe des Freiraumes schon "Platzprobleme" haben. Gleichzeitig handelt es sich im Bereich Kleinfeldchensweg um den Bereich zum Flehbach, der im Sinne des Wasserrechts ein Überschwemmungsgebiet benötigt. Ein Teil davon ist die sog. Flehbauchaue in Köln Brück. Wenn eine Erweiterung der Bebauung am Kleinfeldchensweg geplant wird, stellt sich für mich die Frage, ob der Gewässerschutz eingehalten werden kann. Im Ziel 6.1-1 formulieren Sie, dass flächensparend gebaut werden soll und damit eine höhere Dichte geschaffen werden soll. Dies kann ich mit Blick auf die Bedarfsausrichtung befürworten. Allerdings zeigt sich dies in der bisherigen Bebauung Oberer Bruchweg bzw. Hinterlansbebauung am Kleinfeldchensweg nicht. Dort wurden riesige, oft freistehende Einfamilienhäuser gebaut, die für Menschen mit "normalem" oder geringem Einkommen nicht bezahlbar waren. Es wurden große Flächen für wenige Menschen bebaut. Dies würde bei den heutigen Grundstücks- und Immobilienpreisen wieder so sein. Daher fordere ich Sie auf, keine Freiraumflächen zu suchen, sondern vielmehr politisch dafür zu sorgen, dass diese erhalten bleiben. Der Feld- und Auenbereich in Brück sorgt für jeden spürbar für eine Kühlung der Temperaturen im Stadtgebiet. Mit Blick auf Dürreperioden und den Klimawandel haben Sie die Verantwortung dies für die Stadtbewohner einzuplanen. Suchen Sie Flächen, die in der Nutzung geändert werden können, wie z.B. der Brücker Sportpark, der eine Fläche bieten würden für den Bau von zahlreichen geförderten Wohnungen. Verschärfen Sie die Regeln, dass Wohnraum von Eigentümern jahrelang ungenutzt leer stehen gelassen wird. Auch in Brück gibt es viele Leerstände! Und entwickeln Sie auf unsern Feldern Konzepte zur nachhaltigen Energieversorgung von Stadtteilen. Das wäre das dringendste Thema. Wir selber wohnen seit über 20 Jahren in einem kleinen Reihenhauses in der Nähe der Felder in Brück und möchten uns im Ort

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Brück "kleiner" setzen, wenn die Familienphase zu Ende ist. Dies ist aber kaum möglich, da hier kaum kleine Wohnungen gebaut werden. Unser Haus würden wir dann an eine Familie vermieten. Ich fordere Sie dringend auf Flächenüberhänge z.B. in die Überschwemmungsgebiete des Flehbachs zu vermeiden. Das letzte Jahr hat gezeigt, wie gefährlich zunehmende Starkregenereignisse für uns Menschen sein können. Stoppen wir die Zunahme von versiegelten Böden auch deshalb und erhalten wir Flächen wie die Felder und Parks, die Wasser aufnehmen können. Denken wir um in der Städteplanung und bauen wir auf weniger Fläche mehr in die Höhe mit gleichzeitiger Begrünung der Gebäude und nachhaltiger Energieversorgung. Schauen wir auf unsere niederländischen Nachbarn, die dort "Vorreiter" sind! Keine Freiraumflächen für Siedlungen opfern bleibt mein Appell an Sie für die Sitzung am 31.8.2022.

AZ: Ö-O-14

1001120

1000740

#### Inhalt

Der Regionalplan beinhaltet im Raum Heinsberg - Lindern eine Versiegelung fruchtbarster Ackerböden. Basierend auf Plänen aus den 70er Jahren soll die gigantische Fläche erschlossen werden, um Industrie anzusiedeln. In Zeiten, in denen deutlich wird, wie wichtig es ist, auch in der Produktion von Nahrungsmitteln national sicher aufgestellt zu sein, erscheinen mir diese Pläne gefährlich. Die Zerstörung solch wertvoller Flächen lässt sich nicht rückgängig machen. Braucht moderne Industrie heute überhaupt noch derart große Areale? Gibt es nicht genug alte Flächen, die bereits für den Ackerbau ungeeignet sind, alte Industriebrachen oder Abbaugelände, die dafür geeignet wären? Pläne aus den 70er Jahren dürfen nicht umgesetzt werden, wenn sie nicht mehr zeitgemäß sind. Müssen in unserer Gegend noch mehr Dörfer zerstört werden? Hat der Braunkohleabbau nicht genug Opfer von der Bevölkerung gefordert? Ich wende mich energisch gegen diese Pläne.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-O-140

1001329

1000953

#### Inhalt

In dem in der Erläuterungskarte A3 (F10) eingetragene ?Rückgewinnbare Überschwemmungsbereich? liegen ober- und unterirdischen Abwasseranlagen.

Zwischen dem bebauten Bereich der Ortsteile Sieglar, Eschmar und Bergheim und dem Siegdeich liegen Kanäle, die das Abwasser der einzelnen Einzugsgebiete zur Kläranlage Mülleken leiten sowie ein Regenüberlaufbecken mit dazugehörigem Hochwasserpumpwerk, diese sind für eine funktionsfähige Entwässerung Troisdorfs zwingend erforderlich.

Im Bereich zwischen der Autobahn A59 und Sieglar wird zurzeit ein Versickerungsbecken erstellt.

Des Weiteren liegen der Sportplatz Mülleken und die Eschmarer Mühle in dem rückgewinnbaren Überschwemmungsbereich.(siehe Planausschnitt).

#### Anhänge

[TE153D\\_1 - Kopie.PDF](#)

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen. Im Rahmen einer zukünftigen Einzelfallprüfung der nachgeordneten Planungsebene und der Fachplanung gemäß Erläuterung 1 zu Z.27 wird geklärt werden, ob im RÜB die Rückhaltung von Hochwasser angesichts der derzeit vorhandenen Infrastrukturanlagen und baulichen Anlagen realisierbar ist.

AZ: Ö-O-142	
1001357	
1000959	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft. Blatt 05, Koeln, Ortsteil Brück, rechtsrheinisch, Straße Mauspfad, Feld hinter Straße Kleinfeldchensweg: Potentielles Baugebiet hin zur Richtung Flehbach vom Mauspfad her: die Feldfläche sollte im hinteren Teil Richtung Flehbach und Richtung Erker Mühle nicht zu weit ausgedehnt werden, da es in den Gärten hinter der Privatstraße( ca. auf Höhe Kleinfeldchensweg 39-41) schon immer Probleme mit den im Wald auf dieser Seite ansässigen Wildschweinen gab/gibt. Ich rate aus diesem Grund dringend davon ab, das Gebiet der dort lebenden Waldtiere noch weiter einzuschränken. In aktuellen Krisenzeiten sollte man eher über eine neues Aufleben der Fläche als landwirtschaftliche Nutzfläche nachdenken, in Einklang mit den Bedürfnissen der Waldtieren evtl. in kommuneller, gemeinsamer Trägerschaft. Auch auf der anderen Seite des Flehbachs, von der Astrid Lindgren-Allee her sollte man nicht zu weit Richtung Ende der Flebachaue bauen, da selbst die dort hinten befindlichen Häuser bereits Probleme mit Wildschweinen hatten/haben.Zudem galten m.E. die dort befindlichen Freiflächen nach meiner Erinnerung einmal als Freiraum-Ausgleich für die neue Siedlung. Bei einer zu weiten Bebauung nach hinten heraus hätte Brück als Freiraumfläche mittendrin lediglich das kleine Stück "Flebachaue", welches dann nur noch ein Spazierweg mit "Dekowiese" wäre, für Radfahrer eignet es sich zudem kaum als Frauraumradfläche. Ausreichend Freiflächen sind zudem für ein erträgliches Klima unabdingbar.Eine allgemeine Anmerkung wäre, sich überall wirklich genau an wissenschaftliche Empfehlungen für die Umwelt zu halten, da der Klimawandel dieses Jahr bereits deutlich sichtbar ist.</p> <p>M.E. wäre es notwendig, statt zu viele neue Wohnflächen zu erschließen und dadurch unversiegelte Fläche zu verlieren, stattdessen durch sinnvolle neue Ausbau-Sanierungs-sonderregeln (Z.B. Ausbau von Dachstühlen, Schaffen neuer Wohnungen durch Teilung von Wohnfläche ohne unmögliche Vorgaben) bzw. mehr Ausnahme-Regelungen bei Abständen von Wohnhäusern zueinander mehr Wohn-Möglichkeiten in Bestandsbauten zu schaffen, v.a. bei Einfamilienhäusern. Auch Baulücken in der Stadt sollten effektiver und hindernisfreier bebaut werden können. Leerstehende Farbrik-Bürogebäude solltren wesentlich unkompilzierter in Wohnraum umgebaut werden können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p>

AZ: Ö-O-143

1001359

1001403

#### Inhalt

die Möglichkeit, sich als Bürger bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu beteiligen, finde ich außerordentlich begrüßenswert, da ja mit der Realisierung von Vorschlägen aus den neuen Regionalplänen ganz erheblich in den Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wird.

Aus diesem Grund möchte ich mich auch auf den Regionalplan Köln beziehen, im Speziellen auf die Stadtteile Dellbrück und Brück. Beide Stadtteile erleben in den letzten Jahren einen besonders starken Aufwuchs der Bevölkerungszahl. Gleichzeitig grenzen sie an schützenswerte Grünflächen, die zum Teil einen erheblichen Einfluss auf das Stadtklima aufweisen. In diesem Spannungsfeld hat nun die Regionalplanung ein neues Konzept aufgestellt.

Ich möchte mich im Einzelnen auf die Flächen 9-905-003 (Dellbrück Thurner Kamp / Mielenforster Straße) und 8-807-003 (Brück AB Köln-Mehrheim / Mielenforster Kirchweg / Dellbrücker Mauspfad) beziehen. Beide Flächen stellen Grenzpunkte zwischen Freiflächen und Bebauungen dar. Würde man sie also wie geplant verwerten, so entstünden neue Siedlungsgebiete bzw. würden Siedlungen miteinander verbunden. Bei der Stadtplanung sollte aber berücksichtigt werden, dass auch zwischen den Vierteln genug Grünflächen übrig bleiben, um das Verhältnis bebaute Fläche / Grünfläche auszubalancieren. Meiner Meinung nach ist ein ausgewogenes Verhältnis nicht mehr gegeben, wenn die Flächen wie geplant genutzt würden. Bei beiden Flächen gilt übrigens, dass man das verkehrstechnische Umfeld ebenfalls ausbauen müsste, weil die jetzige Infrastruktur nicht für einen weiteren zahlenmäßig erheblichen Bevölkerungszuwachs ausgelegt ist. Außerdem ist im Sinne der Umweltverträglichkeit zu bemerken, dass die Flächen sehr nahe an Naturschutzgebieten liegen, die natürlich bei einem Ausbau der Bebauungen beeinträchtigt würden.

Insofern möchte ich dafür plädieren, die Flächen 9-905-002 und 8-807-003 aus dem Regionalplan wieder zu streichen. Als Alternative böte sich in Dellbrück eine ehemalige Industriefläche an der S-Bahn-Linie an (in der Nähe der Diepeschrather Straße).

Ich weiß nicht, ob die Planungsdiskussionen bereits abgeschlossen sind. Aber ich würde meine Statements trotzdem gerne einbringen.

Vielen Dank für Ihr Interesse!

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

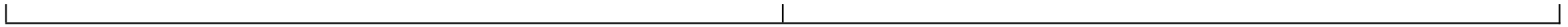
##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003294).





AZ: Ö-O-144	
1001347	
1010813	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betr.: Umweltbericht, Anhang C: ASB-ASBz; Seite 521 bis 524. In der 8. Planänderung zum Regionalplan aus Mai 2009 wurden diese südlichen Wiesen im Rahmen der Erschließung des Neubaugebietes "Marieneiche" aus dem ASB herausgenommen und zu einem Bereich zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung erklärt worden (BSLE-Status). Ebenso wurden diese südlichen Wiesen aufgrund ihrer ökologischen Bedeutung zur Biotopverbundfläche von regionaler Bedeutung eingestuft (Stufe II). Diese Biotopverbundfläche besteht aus Biotop "Nasswiese" (BK-5205-007), dem Landschaftsschutzgebiet "Drover Heide" (BK-5205-501; Natura 2000 DE-5205-301) und den angrenzenden Waldflächen (BK-5205-0023 und BSN-Status). Dieser Sachverhalt ist im Umweltbericht nicht aufgezeigt und nicht beurteilt worden. Eine so bedeutende Fläche darf nicht in die ASB-Fläche eingegliedert werden und erst recht nicht für eine Wohnbauentwicklung zugelassen werden, wie es die Gemeinde Kreuzau zur Zeit plant.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurden die Festlegung der BSLE zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurden für die Schutzgüter "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" und "Landschaft" die Betroffenheit gegenüber dem sich im Umfeld befindlichen Naturschutzgebietes und der sich im Umfeld befindlichen Landschaftsbildeinheit mit nach Fachbeitrag herausragender Bedeutung und die Inanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotopes festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit den</p>

	Schutzzwecken der Schutzgüter "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" und ?Landschaft? vereinbar ist.
--	--

AZ: Ö-O-145	
1001306	
1001035	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bürger in Dierath haben die Regionalplanung Köln für den Bereich Leverkusen, Rheinisch Bergischer Kreis (Zeichnerische Festlegungen Blatt 5) mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Dort wurde u.a. der Biotopverbund Dierath-Burgweg-Bahntrasse (KIZ-Weg) in eine Allgemeine Siedlungsfläche (ASB) umgewandelt. Laut Landschaftsplan Burscheid, Anlagekarte Stand Satzung 07/14 ist das Gebiet ein Biotopverbund mit herausragender Bedeutung, Quellbereich des Ölbaches, Landschaftsschutzgebiet und Lärmschutzzone zwischen den Ortschaften Romberg und Dierath, Erholungsgebiet, Landschaftshabitat. Also ein unersetzliches Kleinod für die Menschen dieser Region. Es darf nicht mit einem Handstreich einer allgemeinen Bebauung zugeführt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der faktischen Umstände im Bestand, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum ist teilweise entsprochen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich einer Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).</p>

AZ: Ö-O-146	
1001307	
1001036	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Flurnummer 8-807-005</p> <p>Eine weitere Bebauung in die Felder hinein würde ein bisher noch offenes Gelände weiter einengen, die Ruhezonen würden dem Verkehr geopfert wie bei der Siedlung an der Astrid Lindgren Allee. Eine weitere Frischluftzone für die rechte Rheinseite weiter zerstört und eine mögliche Abkühlung der Stadtviertel weiter unmöglich gemacht. Dies gilt in abgewandelter Form für das Flurstück 8-808-006. Ev. kann die Gegenseite der Rösrahtstrasse als Ersatz genutzt werden. Eine mehrstöckige Bebauung macht in beiden Fällen keinen Sinn.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003211).</p>

AZ: Ö-O-147	
1001311	
1001051	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich finde die Landschaft wichtiger für die Umwelt als eine neue Wohnsiedlung. Die Bevölkerungsrate ist außerdem schon hoch genug in Neubrück, Rath und Brück. Dies zur Folge bin ich und meine Familie gegen eine neue Wohnsiedlung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-149

1001379

1001121

#### Inhalt

Stellungnahme zu den Flurnummern 8-809-010, 8-807-005, 8-807-004, 8-808-006: In der Nachbarschaft bestehen erhebliche Bedenken gegenüber dem Bebauungsplan. Das Naherholungsgebiet zwischen Brück, Neubrück und Rath würde auf Jahrzehnte wegen der Bautätigkeit nur eingeschränkt nutzbar sein. Die versiegelten Flächen in den ohnehin schon sehr eng besiedelten Stadtvierteln würden sich weiter vergrößern, verbunden mit einem weiteren Anstieg der Temperaturen. Die Frischluftschneise für Köln würde möglicherweise nachhaltig gestört werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-150	
1001400	
1001220	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Diese Stellungnahme betrifft die Flurnummern 8-807-004, 8-807-005 und 8-809-010:</p> <p>Ich spreche mich eindeutig gegen eine weitere großflächige Wohnbebauung, Versiegelung sowie Reduzierung der Naturflächen in den o.a. Bereichen von Neubrück und Brück aus. Die Naherholungsmöglichkeiten für die bereits in Neubrück, Brück und Rath lebenden Menschen gilt es zu erhalten Insbesondere eine weitere Wohnbebauung auf dem alten Gartengelände Madaus widerspricht jeglicher umweltpolitisch notwendigen Reduzierung weiterer Versiegelung. Neben einer dem Klimaschutz abträglichen weiteren Wohnbebauung verfügt Neubrück als auch Brück in keiner Weise über die erforderliche Infrastruktur für den mit einer solchen umfangreichen Bebauung folgenden Einwohnerzuwachs.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-O-151

1001361

1001356

#### Inhalt

Wir wohnen in der dicht besiedelten Siedlung von Neubrück. Da wir die Felder (Flurstücke: 8-809-010, 8-807-005 und 8-807-004) häufig zum Spaziergehen und Walken nutzen, möchten wir, dass hier die Naherholung für viele Menschen erhalten bleibt. Darüber hinaus ist dies auch ein Beitrag zum Klimaschutz, wenn hier nicht weiter versiegelte Bodenflächen entstehen, die u.a. die Überhitzung begünstigen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-152

1001382

1001381

#### Inhalt

In Köln-Brück soll der Park am Eiskaulerweg, ein Teil der Flehbachaue und ein Gebiet südlich vom Kleinfeldchensweg für Bebauung freigegeben werden.

Sosehr ich den Bedarf nach Wohnungen und Häusern nachvollziehen kann (wir haben selber auch Bedarf für unsere Familie), spreche ich mich gegen die Freigabe dieser Flächen für eine Bebauung aus, und zwar aus Umweltschutz- und Klimaschutzgründen. Eine weitere Versiegelung widerspricht in den aktuellen Zeiten, in denen wir die Klimakrise schon deutlich spüren, den Klimaschutzzielen. Wir benötigen freie Flächen für Natur!

Anstatt neue Gebiete für Bebauung freizugeben, sollte bei bestehenden nachverdichtet und in die Höhe gebaut werden. Außerdem sollten Anreize geschaffen werden, dass Menschen sich auf weniger Wohnraum beschränken und Mieten durch bestehende Sozialwohnungen gering gehalten werden.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-180	
1001407	
1001373_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lehne jedwede Versiegelung wertvollen Ackerbodens im Kreis Heinsberg ab. Ebenfalls jede Form von Vernichtung von Wald und Baumflächen. ALLES greift vernichtend in Natur, Artenvielfalt und Klima ein. Bei aktueller Situation und Erkenntnis auch der Wissenschaft, ist dies absolut inakzeptabel und albertümlich, was der Regionalplan in Aussicht stellt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.</p> <p>Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.</p>

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung

	bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.
--	--

AZ: Ö-O-181

1001364

1001533

#### Inhalt

Zur Bewahrung eines ausgewogenen Gleichgewichtes zwischen Natur und Bebauung möchte ich Sie bitten die Flächen 8-807-004, 8-807-005 sowie 8-809-010 als Naturfläche auszuweisen. Eine Bebauung dieser Flächen lehnte ich ab, auch um eine weitere Aufheizung der bestehenden Viertel zu verhindern.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-184	
1001417	
1001534	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lebe mein Lebenlang in Nuebrück und wurde durch eine Stadteilzeitung auf die vorgeschlagene änderung des Regional Plans aufmerksam. Als Junger erwachsener der nun die zweite Jahrhundert-Fianzkriese mitmacht, beführworte ich sehr die Entscheidung mehr Wohnraum zu errichten. Dies hilft hoffentlich dabei für mehrere Leute in meiner altersgruppe das Wohnen erschwinglich zu machen oder wenigstens nicht weiter zu verteuern. Etwaiige gegeargumente wie das wegfallen von Natur zur erholung kann ich in diesem Zusammenhang nicht verstehen, da der von den Anwohnern am meisten für die erholung genutze bereich von der Bebauung ausgenommen ist.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

AZ: Ö-O-185	
1001418	
1001535	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft Flurnummern: <b>8-809-010, 8-807-005, 8-807-004, 8-808-006</b></p> <p>Wir wohnen bereits seit 19 Jahren in Köln Neubrück. Wir haben hier in dieser Zeit unsere Kinder bekommen (derzeit noch 9 und 12 Jahre) und uns einen Hund angeschafft - alles mit dem Gedanken, dass wir hier gerne "alt" werden möchten. Von Anfang an hat uns in unserem Veedel besonders die "grünen Flächen" gefallen, wo man innerhalb von ein paar Metern dem "städtischen Tumult" entfliehen kann, wo wir den Eindruck haben "kurz im Grünen zu sein" (hinzu kommt, dass wir "nur" eine Wohnung haben), sich erholsame Spaziergänge mit Kindern und Hund gönnen kann.</p> <p>Diese Flächen wurden bereits in den letzten Jahren immer mehr bebaut, das "Grün geht zurück" und das obwohl man gerade in den Sommermonaten immer wieder in der Presse liest, wie wichtig es gerade in den Städten ist, dass es grüne Flächen gibt, um die Hitze besser ertragen zu können. Wo ist da bitte der Sinn darüber nachzudenken in Zukunft Dächer mit Grün zu bepflanzen, aber dafür baut man jedes grüne Stückchen zu??? Sollen wir demnächst mit unseren Kindern und dem Hund über die Dächer spazieren? Zusätzlich zu den vorhandenen Grünflächen finde ich die Idee ansich ja nicht schlecht, aber doch nicht als Alternative. Die Bebauung von Frischluftschneisen ist einfach nicht zeitgemäß.</p> <p>Außerdem wird die Entfernung des Naherholungsgebietes dafür sorgen, dass immer mehr alteingesessene Neubrücker Bürger wegziehen, was die Gentrifizierung dieses Stadtteils noch weiter voranzutreiben wird!</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-O-186

1001386

1001530

#### Inhalt

Flurstücke 8-807-004, 8-807-005, 8-809-010, 8-808-006

Sehr geehrte Damen und Herren,

die geplante Änderung des Regionalplans für die o.g. Flurstücke widerspricht den Klimazielen. In einem anderen Teil Kölns wurde einem Fußballverein verboten, Fußballplätze zu bauen, weil das eine Frischluftschneise verhindert und die Natur schädigt. Warum soll dann jetzt in den o.g. En eine Frischluftschneise zerstört werden? Gebäude zerstören doch schließlich mehr Frischluftschneise als ein Fußballplatz. Die Antwort ist, dass in Brück/Neubrück nicht so viele reiche und einflussreiche Menschen wohnen. Der Verdacht liegt zu dem Nähe, dass mit dem Bau der Flüchtlingsheime im Vorhinein Fakten geschaffen werden sollten. Nicht schön, wenn man so etwas ausnutzt.

[ANONYMISERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-187

1001409

1007267

#### Inhalt

Diese Grünfläche ist für mehrere Tausend Menschen aus Rath, Brück und Neubrück Naherholungsgebiet. Dieser wurde gerade in der CORONA Zeit häufig genutzt. Ausserdem sind Grünflächen in der Stadt wichtig, um die Aufheizung der Wohngebiete im Sommer zu verhindern. **Daher sollte dieser Bereich auf keinen Fall bebaut werden,** sondern noch weiter zum Naherholungsgebiet ausgebaut werden. Der Rather Kirchweg sollte aus Neubrück kommend für den Autoverkehr komplett gesperrt werden...das Teilstück ohne Fahrradweg führt immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrer, Fussgängern und Autofahrern, da die Strasse hier zu schmal ist!!! Ausserdem reicht der Zugang zum Friedhof Brück über Brück und Rath völlig aus!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-188	
1001365	
1001391	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich befürworte die geplanten Baugebiete des Regionalplanentwurf für die Siedlungsbereiche Stieldorf, Oelinghoven, Vinxel, Oberholtorf, Roleber, Hoholz und Gielgen.</p> <p>Ich hätte darüber hinaus Interesse an dem Erwerb eines Grundstücks.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> zustimmender Hinweis</p>

1011708

**Inhalt**

ch befürworte die geplanten Baugebiete des Regionalplanentwurf für die Siedlungsbereiche Stieldorf, Oelinghoven, Vinxel, Oberholtorf, Roleber, Hoholz und Gielgen.

Ich hätte darüber hinaus Interesse an dem Erwerb eines Grundstücks.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: Ö-O-189	
1001383	
1003464	
<p>Inhalt</p> <p><b>Gemarkung Flur Flurstück Größe in m2</b></p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Friesheim [ANONYMISIERT]</p> <p>Die Flut im Juli 2021 führte zu immer noch andauerndem menschlichem Leid und enormen materiellen Schäden. Für die Zukunft gilt es nach Möglichkeit alles daran zu setzen, dass sich das Flutereignis nicht wiederholt. Bedingt durch den Klimawandel ist in Zukunft vermehrt mit Hochwasserkatastrophen sowie Starkniederschlägen zu rechnen. Gerade für NRW wurden zunehmende Starkniederschläge vorausgesagt. Die</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 erfolgt von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Zum Beispiel gab es hierbei für den Rotbach Änderungen des ÜB, welche auch Teile der von Ihnen genannten Flurstücke betreffen. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Für detailliertere Abgrenzung wird auf die Festsetzungskarten der Fachplanung verwiesen.</p>

oben genannten Flurstücke dienten und dienen der Ortschaft Friesheim als wichtige Versickerungsfläche bei den zuvor genannten Ereignissen. Im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans ist es aufgrund dessen von besonderer Bedeutung den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Durch eine Umwidmung der oben genannten Flächen von ?Siedlungsraum? (konkret: Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB)) hinzu ?Freiflächen? (konkret: Überschwemmungsbereiche), kann ein erheblicher Beitrag zur Verhinderung weiterer Flächenversiegelungen beigetragen werden.

Nach unserm Verständnis ist eine Bebauung in Überschwemmungsbereichen ausgeschlossen. Sollte sich dies in der Realität anders darstellen, möchten wir hiermit ausdrücklich auf unsere Forderung eines Bauverbotes und damit einhergehenden Unterlassung weiterer Flächenversiegelungen in der Nähe des Rotbachs hinweisen.

AZ: Ö-O-19

1001173

1000683

#### Inhalt

Ich möchte gern anregen, im Regionalplan eine Fläche von 3% für den Ausbau erneuerbarer Energien (Windkraft und Flächen-PV) auszuweisen. Auch wir werden unseren Beitrag leisten müssen, damit die Energiewende gelingt. Eine Ausweisung von Flächen bringt für alle beteiligten Planungssicherheit und ist ein viel effektiverer Steuerungsansatz als pauschale Abstandsregeln. Das Bundesland Hessen macht es vor.

Fachliche Ausführungen sind hier zu finden:  
[https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2015/DL\\_09\\_2015.html](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2015/DL_09_2015.html)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: Ö-O-190	
1001426	
1001427_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte Sie bitten Ihren Bebauungsplan nochmal zu überdenken. Wir wohnen bewusst auf dem Land, nehmen längere Wege zur Arbeit und Freizeit in Kauf um in Ruhe die Natur genießen zu können. Unsere Kinder sollen Pflanzen und Tiere aus der direkten Umgebung kennen und nicht aus dem Zoo. Zudem haben wir fruchtbaren Ackerboden der lebenswichtig ist. Unsere Kinder und Hunde sollen sich frei draußen bewegen können ohne vom LKW erfasst zu werden. Wir wohnen jetzt schon an einer sehr kritischen Straßensituation weil jeder Autofahrer der zu schnell in unser Dorf gerast kommt, fährt über den Bürgersteig direkt von unserer Haustür und hätte schon mehrmals fast den Kinderwagen erwischt. Bitte erhalten Sie unser schönes Zuhause.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>



AZ: Ö-O-20	
1001174	
1008717	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Fa. Evonik, die Städte Niederkassel und Troisdorf sowie der Rhein-Sieg-Kreis bitten darum, im Regionalplan eine neue Eisenbahnverbindung vom Industriestandort Lülsdorf zur Rechten Rheinstrecke der DB AG planerisch zu sichern. Ziel ist die Herstellung einer leistungsfähigeren Anbindung zur dauerhaften Sicherstellung und Bedeutungssteigerung des Schienengüterverkehrs im Zusammenhang mit geplanten strukturellen Maßnahmen am Standard (trimodale Verknüpfung etc.).</p> <p>Für die Güteranschlussbahn wurde von den o.g. Antragsstellern unter Einbindung der RSVG als Eisenbahninfrastrukturunternehmen eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die 2019 vorgelegt worden ist. Die Güteranschlussbahn soll danach vom Evonik-Gelände (bestehende Gleisanlagen parallel zur Feldmühlestraße) zunächst gebündelt mit der L82/L269 in östliche Richtung geführt werden. Zwischen der Stadtgrenze Niederkassel/Köln und dem geplanten Anschluss an die Strecke der DB in Höhe Bahnhof Porz-Wahn steht die Trassenführung noch nicht fest, da eine Bündelung mit der geplanten A553 ?Rheinspange? geprüft werden soll, deren Linienbestimmungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.</p> <p>Hinweis: Da die Güteranschlussbahn weder ein Vorhaben zum Ausbau des Bundesschienenwegenetzes noch des kommunalen ÖPNV ist, kann sie nicht im BVWP bzw. im ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW verankert und folglich auch nicht als Bedarfsplanmaßnahme deklariert werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p>

AZ: Ö-O-21

1001167

1000741

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Pläne zu LEP Linder:

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um das Industriegebiet Linder erheblich beeinträchtigt wird und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird. Ich lehne das Industriegebiet Linder ab, da ich in diesem Bereich regelmäßig spazieren gehe und mir diese Erholung, durch die dort zu errichtenden Gebäude genommen wird. Ich lehne das Industriegebiet ab, weil die betrieblichen Abwässer und das Niederschlagswasser unser Kanalnetz belasten. Steigende Reinigungskosten werden unseren Abwasserhaushalt belasten und zu höheren Abwassergebühren führen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Linder mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Linder führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-O-219	
1001408	
1003721	
<p>Inhalt</p> <p><b>Stellungnahme zum Regionalplan Köln - speziell zur Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) in Köln-Brück, südlich des Kleinfeldchensweg</b></p> <p>Nachdem ich durch die Bürgergemeinschaft Köln-Brück e.V. auf die zur möglichen Bebauung ausgewiesenen Bereiche aufmerksam wurde, war mein erster Reflex ?not in my backyard?. Das ist natürlich kein Argument für die Lösung von Forderungen nach Wohnraum. Und auch die Häuserzeile der südlichen Seite des Kleinfeldchenswegs war in den 60er Jahren ein den Blick aufs Feld verstellendes Neubaugebiet für die Nachbarschaft. Trotzdem möchte ich heute als Anwohnerin und Eigentümerin eines Grundstücks auf der südlichen Seite des Kleinfeldchensweg Stellung nehmen zur Neuauflistung Regionalplan Köln. Vor einigen Jahren war es noch im Sommer selten möglich, abends draußen zu sitzen. Zu kühl, zu feucht. Seitdem wird es immer wärmer und trockener.</p> <p>Weil ich einen großen Garten bewirtschafte, beobachte ich das Wetter sehr genau. Der Blick auf den Regenradar ist eine feste Gewohnheit geworden. Dabei fällt mir auf, dass Wolkenbänder, die von Westen oder Süden Richtung Köln ziehen, sich oft vor der Stadt teilen, sodass hier im Osten der Stadt noch weniger Regen ankommt. Gibt es dazu Untersuchungen? Liegt es an der Wärmestrahlung der Großstadt? Welche Konsequenzen hat das für das Klima in der Stadt? Welche Auswirkung auf das Wohlbefinden / die Gesundheit von so vielen Menschen?</p> <p><b>Stellungnahme zur Ausweisung des ASB in Köln-Brück südlich des Kleinfeldchensweg</b></p> <p>Vor dem Hintergrund der im Regionalplan genannten Ziele sehe ich die Ausweisung des Areals südlich des Kleinfeldchenswegs in Köln-Brück als Allgemeiner Siedlungsbereich kritisch:</p> <p><u>Ziel: motorisierten Individualverkehr verringern</u></p> <p>Wir hier am Ortsrand von Brück sind von der Infrastruktur des täglichen Lebens ziemlich weit entfernt. Zum Marktplatz braucht man 15 Minuten zu Fuß (wenn man jung und fit ist). Zur Straßenbahn Linie 1 mindestens 18 Minuten. Es gibt eine Buslinie (154), die nur dreimal pro Stunde fährt. Allerdings nicht zum Ortszentrum. Wenn nun hinter dem Kleinfeldchensweg eine Wohnsiedlung entstünde, würden alle Bewohner auf Autos angewiesen sein.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207).</p>

Ziel: Zersiedelung vermeiden, Freiraum schützen

Man könnte ein komplettes neues Stadtviertel mit Infrastruktur bauen. Aber dann bliebe zwischen Brück und Rath kein Grün übrig.

Ziel: regionale Grünzüge sichern

Welche Auswirkungen hätte dieses Neubauviertel auf das Klima im rechtsrheinischen Köln? Würde die thermische Ausgleichsfunktion gestört werden?

Umweltschutz / Zusammenhang zum Umweltbericht

Das bezeichnete Gebiet liegt unmittelbar am Rand des Königsforsts. Dieses Waldgebiet wird als Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung ausgewiesen und ist im ?Natura 2000?, dem EU weiten Netz von Schutzgebieten, als Vogelschutzgebiet enthalten. Wie steht ein Siedlungsbereich im Einklang mit der Entscheidung, die Uferzone des Flehbachs zwischen Erker Mühle und Leimbacher Weg der Natur zu überlassen? Welche Auswirkung hätte eine weitere Bebauung auf die Tatsache, dass das Gebiet in der Trinkwasserzone III liegt?

Brück als Stadtviertel ist zur Zeit weniger attraktiv als Rath oder Dellbrück. Bei Einzelhandel, Kleingewerbe und Gastronomie fehlt die Vielfalt. Eventuell würde eine Zunahme an Bewohnern die Nachfrage erhöhen und die Anzahl an Arbeitsplätzen, Einkaufsmöglichkeiten und Angeboten für die Freizeit erweitern. In diesem Zusammenhang wäre es durchaus wünschenswert, dass der Stadtteil Brück wächst. Eventuell eignen sich die in der Neuaufstellung Regionalplans Köln genannten Bereiche, die näher am Ortskern liegen besser als eine Siedlung südlich des Kleinfeldchensweg.

Von anderen Städten hört man, dass es keine neuen Bauflächen mehr geben soll, um der Flächenversiegelung entgegen zu wirken. Laut Bevölkerungsprognose der Stadt Köln wird die Gesamtzahl der Kölner bis 2040 nur gering steigen. Dabei liegt der Schwerpunkt dann auf einer Zunahme älterer Menschen. ([https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-einwohner-undhaushalte/bev%C3%B6lkerungsprognose\\_f%C3%BCr\\_k%C3%B6ln\\_2018\\_bis\\_2040\\_-\\_mit\\_kleinr%C3%A4umigen\\_berechnungen\\_bis\\_2030\\_ew\\_ksn\\_4\\_2019.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-einwohner-undhaushalte/bev%C3%B6lkerungsprognose_f%C3%BCr_k%C3%B6ln_2018_bis_2040_-_mit_kleinr%C3%A4umigen_berechnungen_bis_2030_ew_ksn_4_2019.pdf)). Wären die ausgewiesenen Siedlungsbereiche als Wohnraum bei einer veränderten Bevölkerungsstruktur geeignet?

Mir ist bewusst, dass ich hier auch mehr Fragen als Antworten formuliere. Dennoch hoffe ich, dass meine Gedanken bei der Planung berücksichtigt werden können.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-22	
1001168	
1000742	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da?.</p> <p>- die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr rund um das Industriegebiet Lindern erheblich beeinträchtigt wird und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.</p> <p>- das Industriegebiet Lindern an die Wohnbebauung meines Heimatortes grenzt und ich befürchte durch die räumliche Nähe eine Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

AZ: Ö-O-220	
1001427	
1008001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich zu der Neuaufstellung des Regionalplans Stellung nehmen. Ich bin [ANONYMISIERT] Landwirt mit der Betriebsstelle in [ANONYMISIERT]. Meine Wiesen und mein Ackerland liegen arrondiert an dieser Hofstelle [ANONYMISIERT]. Nach der Karte zu der Neuaufstellung des Regionalplans würde mein momentan bewirtschaftetes Land zu 100 Prozent in einem möglichen Naturschutzgebiet liegen. Mein momentan noch verpachtetes Land würde zum größten Teil in einem Naturschutzgebiet /Landschaftsschutzgebiet liegen. Ich bin noch jung und dabei den Betrieb, der von unserer Familie schon seit Generationen betrieben wird, weiter auszubauen und an die heutigen Ansprüche der Tierhaltung anzupassen. Ich plane momentan mit dem Bauberater der Landwirtschaftskammer neue Stallungen für unsere Einstallerpferde, Bereiche zur Bewegung und auch die Erneuerung der Lagerkapazitäten. In die Betriebsstelle habe ich bereits viel Geld und Arbeit investiert was ich auch weiterhin mit einer zukünftigen konstanten Sicherheit machen möchte. Zudem bin ich auf die Einnahmen des Betriebes und meine Eltern auf die Betriebsrente aus meinem Betrieb angewiesen.</p> <p>Ich verstehe schon beim Ersten Blick auf die Karte nicht, wieso man kreisrunde Gebiete mitten in einem Ackerstück als Landschaftsschutzgebiet plant und darum als Naturschutzgebiet. Wie stellen Sie sich denn solch eine Bewirtschaftung vor? Das ist auch mit GPS so gut wie unmöglich. Ich halte es für absolut notwendig, wenn sie solche Dinge planen, Fachpersonal aus der Landwirtschaft mit einzubinden.</p> <p>Ich sehe durch ein mögliches Naturschutzgebiet oder auch Landschaftsschutzgebiet die Existenz meiner Familie und mir bedroht.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Sollten die verpachteten Flächen nicht mehr normal zu bestellen sein, würde ich starke Probleme bekommen, diese weiterhin verpachten zu können und mein Betrieb ist auf die Pacht angewiesen.</li> <li>2. Mein Tierhaltungs- und Kundenbetrieb ist darauf angewiesen flexibel Erneuerungen, Umbauten und Anbauten der Betriebsgebäude durchzuführen um sich an neue Erkenntnisse und Vorschriften in der Tierhaltung, Brandschutz und Bauverordnungen anzupassen.</li> <li>3. Durch die anliegende Bundesstraße B399 haben wir eine massive Einbringung von Jakobskreuzkrautsamen, Bergahornsamen, etc. und müssen regelmäßig die Wiesen und Äcker mit Pflanzenschutzmittel dagegen behandeln. Sollte dies nicht mehr</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

möglich sein, wird die Tierhaltung unmöglich und eine Beackerung extrem erschwert bis unmöglich.

4. Den Mist der Pferde bringen wir auf den eigenen Flächen auf. Ihn wo anders zu entsorgen würde uns preislich sehr viel mehr kosten, was mir die Kunden nicht bezahlen würden. Ich wäre damit gegenüber anderen Ställen nicht mehr konkurrenzfähig.

5. In einem Naturschutzgebiet müssten Luftstickstoff-Werte eingehalten werden, welches bei einem tierhaltenden Betrieb, der Bestandschutz hat, schwer wird.

Ich kann auch im Weiteren keinen Grund feststellen, weshalb man unsere Flächen zum Naturschutzgebiet erklären sollte. Wir haben einfache und konventionell bewirtschaftete Felder und Wiesen mit noch eher jungen Bäumen. Hier leben auch keine besonderen wilden Tiere und die Tiere die hier leben, z.B. die üblichen Greifvögel, sind gerade wegen der konventionellen Bewirtschaftung bei uns. Selbst das benachbarte Naturschutzgebiet ist damals nur zum Naturschutzgebiet erklärt worden, weil man verhindern wollte, dass das durch den Blei-Abbau verseuchte Bergwerksgelände, als Sondermülldeponie genutzt wird. Ich bitte sie daher mein Land aus der Planung zum Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet rauszunehmen und auch diese von mir angebrachten Punkte auf andere geplante Gebiete anzuwenden. Ich würde mich freuen, wenn in solchen Planungen auch Eigentümer und bewirtschafter des Landes vorher automatisch informiert und mit einbezogen würden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt - enthält jedoch Rückschluss auf personenbezogene Daten]

AZ: Ö-O-221	
1001449	
1008436	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte Sie auf folgenden Fehler im Blatt 03, Kreis Düren_02 des Regionalplans Köln aufmerksam machen: Auf Höhe des Ortsteil Kelz der Gemeindef Vettweiß ist die geplante Ortsumgehung als B 264n ausgewiesen. Dies ist nicht korrekt! Da es sich hier um eine Landesstraße handelt, wäre die richtige Bezeichnung L 264n. Ich bitte den Fehler zu korrigieren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Bezeichnung wird korrigiert.</p>



AZ: Ö-O-222	
1001472	
1007264	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahmen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>Flächenbezeichnungen [s. Anhang Abb. StnID 1007264]:  K_ASB-Rath-Heumar - Ablehnung der Erweiterung ASB/ Vorschlag Verkleinerung  K_ASB-Brück (zwei Flächen) - Ablehnung  K_ASB-Neubrück - Ablehnung</p> <p><b>Begründung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Als Bestandteil einer Kaltluftschneise von wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt</li> <li>• Für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit bedeutsame landwirtschaftliche Nutzflächen (Flächen in Rath-Heumar und Brück)</li> <li>• Ausschluss aufgrund Überschwemmungsflächen/Hochwasserrisiko</li> <li>• Lärmschutzzone des Flughafen Köln/Bonn</li> <li>• Nicht berücksichtigte, wertgebende Biotope/Arten: historische strukturreiche Kulturlandschaft mit zahlreichen wertgebenden, in NRW gefährdeten/streng geschützten Arten der Agrarland-schaft: Feldlerche, Wachtel, Feldhase, Bluthänfling</li> <li>• Alternativflächen im bestehenden Allgemeinen Siedlungsbereich von Rath-Heumar, Brück, Neubrück vorhanden</li> </ul> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1007264_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-223	
1001450	
1007268	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft: Flurnummern (Flächenkennziffern Stadt Köln) 8-807-005, 8-807-004, 8-808-006 sowie 8-809-010 (Neubrück, Brück, Rath-Heumar)</p> <p>Wenn ich den Stadtplan von Köln betrachte, erkenne ich linksrheinisch den inneren Grüngürtel, den äußeren Grüngürtel, die beide in ihrer ursprünglichen Gürtelform noch weitgehend vorhanden sind, sowie großzügige Parks (Beethoven, Vorgebirgs, Blücher, Klettenberg, Nordpark, den riesigen Stadtwald, Johannes-Giebert-) neben weiteren Erholungsflächen für den Großstadtmenschen. Diese Vielfalt und Üppigkeit sehe ich im rechtsrheinischen Köln nicht, und so bin ich strikt dagegen das bißchen Grün und Erholungsfläche, was wir hier im Nahbereich nutzen, für weitere Bebauung, egal welcher Art, nach der Salamtaktik noch weiter zu verkleinern.</p> <p>Ich hoffe meine Bedenken verpuffen nicht in der Kölner Politik und finden bei der weiteren Planung Gehör.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-224	
1001474	
1002229	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hier: Anregungen zu den Regelungen bzgl. Regionalen Grünzügen im Z.38 ? Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern</p> <p><b>1 Einleitung</b></p> <p>Die STAWAG Energie GmbH (im Folgenden: STAWAG Energie), als 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), projektiert und betreibt Windenergie- und Photovoltaikanlagen und unterstützt damit die Ziele der Bundes- und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Rahmen der Energiewende in Deutschland.</p> <p>Im Folgenden nimmt die STAWAG Energie Stellung zu dem vom Regionalrat Köln in seiner 5. Sitzung am 10. Dezember 2021 beschlossenen Regionalplan-Entwurf im Rahmen der öffentlichen Beteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln innerhalb der Auslegungsfrist vom 07.02.2022 bis zum 31.08.2022.</p> <p>Die STAWAG Energie begrüßt die ambitionierten Ausbauziele für die erneuerbaren Energien auf Bundes- und Landesebene im Sinne des Klimaschutzes und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. So wird in der Fortschreibung der Energieversorgungsstrategie NRW das Ziel formuliert, die Photovoltaik von rund 6 Gigawatt im Jahr 2020 bis 2030 zu verdreifachen, möglichst sogar zu vervierfachen. Damit alle Gemeinden und Städte ihren Beitrag zur Erreichung der Ausbauziele leisten können, müssen die Regelungen bzgl. Regionalen Grünzügen im Z.38 (Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern) neu bewertet werden.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme umfasst insbesondere die Bitte, dass innerhalb von Regionalen Grünzügen Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen grundsätzlich möglich sein sollen, wenn sie mit den Schutz- und Nutzfunktionen von Regionalen Grünzügen vereinbar sind.</p> <p><b>2 Ausgangslage</b></p> <p>Als Tochterunternehmen des lokalen Energieversorgers für Aachen und Umgebung verfügt die STAWAG Energie über eine hohe Verbundenheit zu den Gemeinden und Städten der StädteRegion Aachen und verfolgt das Ziel bis 2030 ganz Aachen klimaneutral zu versorgen. Bereits heute erzeugt die STAWAG mit 500 Millionen Kilowattstunden genügend grünen Strom, um rechnerisch alle Aachener Privathaushalte und kleinere Gewerbetunden zu versorgen. Aktuell verhindern eine veraltete politische Grundsatzentscheidung und Vorgaben im Regionalplan-Entwurf die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Themenbereich der Erneuerbaren Energie wird gemäß Beschluss des Regionalrats in einem eigenständigen Teilplan behandelt. Auf die in Aufstellung befindlichen Ziele der Landesentwicklungsplanung (LEP Änderung 2023) wird verwiesen.</p>

Nutzung von weiteren Standorten für Solarenergieanlagen in der StädteRegion. So besteht einerseits eine Grundsatzentscheidung des Regionalrates Köln aus dem Jahr 2017, dass die Verwaltung in Regionalen Grünzügen möglichst keine größeren Anlagen zur Solarenergienutzung zulassen soll. Andererseits sieht der Regionalplan-Entwurf vor, dass raumbedeutsame Solarenergieanlagen innerhalb von Regionalen Grünzügen in der Regel auszuschließen sind. Da die Freiraumbereiche der Städte Herzogenrath, Würselen und Alsdorf komplett sowie die der Städte Aachen, Eschweiler und Baesweiler größtenteils als Regionale Grünzüge ausgewiesen sind, verfügen die Städte über keine nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz 2021 (EEG 2021) förderfähigen und gleichzeitig den Ausnahmetatbestand gem. Ziel 10.2-5 des LEP NRW erfüllenden Flächen zur solarenergetischen Nutzung. Somit kann der Ballungsraum der StädteRegion Aachen mit seinen energieintensiven Betrieben und seinem allgemein hohen Energiebedarf keine Flächen zur Energiegewinnung aus kostengünstiger Photovoltaik erschließen.

#### **Hinweise, Anregungen und Bedenken**

Im Rahmen des Osterpaketes wurde das EEG 2023 verabschiedet, in dem die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien mit aufgenommen wurde. Demzufolge liegen die erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit und sollen damit als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Nicht zuletzt wegen dieser gesetzlichen Änderungen auf Bundesebene sollen aus Sicht der STAWAG Energie innerhalb der Regionalen Grünzüge Standorte für raumbedeutsame Solarenergieanlagen grundsätzlich möglich sein, sofern sie mit den Schutz- und Nutzfunktionen der jeweiligen Festlegung vereinbar sind.

Die Schutz- und Nutzfunktionen der Regionalen Grünzüge sind einerseits in Ziel 7.1-5 LEP NRW und andererseits in Z.18 Regionalplan Köln ? Entwurf 2021 dargestellt.

Demzufolge sind Regionale Grünzüge als siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten und zu entwickeln. Siedlungsräumliche Entwicklungen sind in Regionalen Grünzügen ausnahmsweise zugelassen, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt.

Wie bereits beschrieben, bestehen in mehreren Städten der StädteRegion Aachen keine Alternativen, weshalb Ausnahmen innerhalb der betroffenen Grünzüge zugelassen werden sollten. Insbesondere innerhalb von erheblich vorbelasteten Gebieten, z.B. entlang von Autobahnen und Schienenwegen, sowie für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Flächen wird die Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung von Regionalen Grünzügen durch die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (im Folgenden: PVA) nicht zusätzlich eingeschränkt.

Biotopverbindungen sorgen für den genetischen Austausch und die Möglichkeit zur Ausbreitung von Flora und Fauna. PVA stehen dem nicht grundlegend entgegen und können bei entsprechender Planung sogar positive Auswirkungen auf die Biodiversität haben. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Bundesverbandes Neue

Energiewirtschaft zum Thema ?Solarparks ? Gewinne für die Biodiversität? aus dem Jahr 2019. Durch die Schaffung von extensivem Grünland beim Betrieb einer PVA entstehen gut geeignete Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten, die vielfach aus der Agrarlandschaft verschwunden sind. Durch die naturverträgliche Ausgestaltung können Solarparks als eine Art Biodiversitätsinseln die Artenvielfalt im Vergleich zur umgebenden Landschaft fördern. Hierzu hat das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in seiner 2022 veröffentlichten Broschüre ?Wie Sie den Artenschutz optimieren? Handlungsempfehlungen gegeben. Ein weiterer Effekt von Grünlandflächen in PVA ist die im Vergleich zu intensiv genutzten Ackerflächen hohe Bildungsrate von Humus, der wiederum Kohlendioxid bindet und die Bodenfruchtbarkeit erhöht. Zudem entfallen auf der Fläche der Einsatz von Düngemitteln, die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln sowie periodische maschinelle Eingriffe durch die Bodenbearbeitung.

Die klimatischen und lufthygienischen Funktionen der Regionalen Grünzüge werden durch PVA nicht negativ beeinflusst. Zudem tragen diese Anlagen zu einer emissionsfreien Stromerzeugung mit klimaschützender Wirkung bei.

Darüber hinaus muss beachtet werden, dass die Errichtung einer PVA zu einer bedeutend geringeren Versiegelung führt, als das bei anderen siedlungsräumlichen Entwicklungen der Fall ist. Die Unterkonstruktion basiert auf Rammpfosten die punktuell in den Boden eingeschlagen werden und führt somit zu einer vernachlässigbar geringen Bodenversiegelung.

Nachdem die grundsätzliche Vereinbarkeit von raumbedeutsamen Photovoltaikanlagen mit den Schutz- und Nutzfunktionen der Regionalen Grünzüge dargelegt wurde, sollte für das regionalplanerisch festgelegte Vorranggebiet Regionaler Grünzug eine Konkretisierungsbefugnis durch die Gemeinde bestehen. Der Gemeinde obliegt die Planungshoheit für das Bauleitplanverfahren, welches i.d.R. vor der Errichtung einer PVA durchgeführt werden muss, da diese Anlagen über keine bauplanungsrechtliche Privilegierung im Außenbereich verfügen. Aus diesem Grund bedarf es keiner zusätzlichen, einschränkenden Steuerung auf Ebene der Regionalplanung.

AZ: Ö-O-225	
1001464	
1002125	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Stellungnahmen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>Flächenbezeichnungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• K_ASB-Rath-Heumar - Ablehnung der Erweiterung ASB/ Vorschlag Verkleinerung</li> <li>• K_ASB-Brück (zwei Flächen) - Ablehnung</li> <li>• K_ASB-Neubrück - Ablehnung</li> </ul> <p>Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Als Bestandteil einer Kaltluftschneise von wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt</li> <li>• Für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit bedeutsame landwirtschaftliche Nutzflächen (Flächen in Rath-Heumar und Brück)</li> <li>• Ausschluss aufgrund Überschwemmungsflächen/Hochwasserrisiko</li> <li>• Lärmschutzzone des Flughafen Köln/Bonn</li> <li>• Nicht berücksichtigte, wertgebende Biotope/Arten: historische strukturreiche Kulturlandschaft mit zahlreichen wertgebenden, in NRW gefährdeten/streng geschützten Arten der Agrarlandschaft: Feldlerche, Wachtel, Feldhase, Bluthänfling</li> <li>• Wasserschutzzone für die Trinkwassergewinnung</li> <li>• Alternativflächen im bestehenden Allgemeinen Siedlungsbereich von Rath-Heumar, Brück, Neubrück vorhanden</li> </ul> <p>[ANONYMISERT]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1002125_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1002125_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-226	
1001499	
1001517	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als eine Familie, die aus Brück stammt und schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts hier lebt, beziehen wir wie folgt Stellung zu möglichen Bebauungsplänen: Wir sind strikt gegen die Bebauung der Felder zwischen Brück, Rath und Neubrück. Dies sind Naherholungsgebiete für die Menschen, die hier leben und wichtige Ökosysteme. In Zeiten von Klimawandel und Umweltschutz kann es nicht sein, dass die noch verbliebende Natur mit Häusern zugepflastert wird. Ein Wohnungsmangel darf kein Freibrief hierfür sein. Das sehen die Einwohner Brücks ebenfalls so. Machen Sie gerne eine Umfrage und Sie werden sehen, dass den Menschen Naturschutz und ökologisches Gleichgewicht wichtiger als Betonwüsten sind. Wir müssen lernen mit der Natur zu leben, nicht gegen sie.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">keine-bebauung-des-feldes-zwischen-roesrather-strasse-und-rather-see_danke-fuer-ihr-unterschrift-erster-erfolg-aber-felder-nicht-gerettet_1658850789.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-228

1001466

1001519

#### Inhalt

Die als Bauland in Aussicht genommenen Gebiete liegen überwiegend in einer Frischluftschneise, die für weite Teile des östlichen Stadtgebiets von Bedeutung sein dürfte. Für die Bevölkerung der Stadtteile Rath, Neubrück, Brück und Merheim sind sie darüberhinaus für die tägliche Naherholung unverzichtbar. Weiters ist es m.E. nicht mehr zeitgemäß, in die Fläche zu planen, anstatt an die Verdichtung bereits bebauter Gebiete zu denken. In dem stark wasserführenden Gelände dürfte eine Bebauung auch dem präventiven Katastrophenschutz nicht zugute kommen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



## Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich unterstütze das Bündnis für die Felder ? Brück, Rath, Neubrück.

Zu einer Aufnahme der folgenden Gebiete in den Regionalplan für Köln - *Rather See bis Rösrather Straße, Eiskaulenweg bis Flehbachau, südlich vom Kleinfeldchensweg, östlich vom Europaring* - nehme ich wie folgt Stellung:

Eine Bebauung dieser Flächen wäre aus mehreren Gründen nicht sinnvoll:

Diese Flächen sind für die hier lebenden Menschen Naherholungsgebiete, die unbedingt als solche erhalten werden müssen. Viele Menschen sind wegen der einmaligen Kombination aus verkehrsgünstiger Anbindung, der Nähe zur Kölner Innenstadt und der wunderbaren Naturumgebung hier hin gezogen. Brück und Rath platzen mittlerweile aus allen Nähten, weil in den letzten Jahren so viele Menschen zugezogen sind. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur konnte nicht mitwachsen, weil dies kleine Orte sind, die im 20. Jahrhundert Dörfer mit Schwerpunkt auf Landwirtschaft waren, in denen nur wenige Menschen gelebt haben. Entsprechend eng sind die Straßen, entsprechend begrenzt ist hier der verfügbare Raum. Es kann nicht die Lösung sein immer mehr Naturflächen mit Häusern zuzupflastern, weil die Zugezogenen mehr als nur einen Ort zum wohnen benötigen. Sie benötigen vor allem auch Infrastruktur und dazu gehören neben der Verkehrsinfrastruktur auch Schulen, Kindertagesstätten, Geschäfte, Restaurants, Sportanlagen, Fitnessstudios etc. Dies gibt es in so kleinen Orten aber entweder gar nicht oder nur sehr begrenzt. KITAS gibt es zwar viele, aber trotzdem besteht immer noch Bedarf. Der Verkehr zwischen den Orten Brück, Neubrück und Rath ist jetzt schon eine absolute Zumutung aufgrund der Staus, die sich tagtäglich auf den teils sehr engen Straßen bilden. Ein Zuzug weiterer Menschen wäre verantwortungslos, weil er die Lebensqualität aller Menschen weiter reduzieren würde. Wir, die wir hier schon lange leben, werden nicht zulassen, dass unser Naherholungsgebiet von Menschen zerstört wird, die dieses Gebiet nicht kennen, nicht zu schätzen wissen und die sich ausschließlich auf die Schaffung von Wohnraum konzentrieren ohne die Folgen zu bedenken und die Bevölkerung einzubeziehen.

Wir müssen alle unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dieser kann mitnichten darin bestehen, dass ökologisch wichtige und wertvolle Naturräume für die menschliche Besiedelung freigegeben werden. Dieses Ökosystem mit all seinen Pflanzen und Tierarten ist für uns alle - auch für Sie! - extrem wichtig zum leben und nicht einfach ein

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Platzhalter für neuen Wohnraum. Naturräume wie diese sind auch wichtig, wenn es Überschwemmungen geben sollte. Auch die Zunahme von Naturkatastrophen muss bedacht werden. Wir brauchen nicht weniger Naturgebiete, sondern mehr! Wenn Wohnraum geschaffen werden muss, dann steht es der Bezirksregierung frei an landschaftlich/strukturell geeigneten Orten in Köln energieineffiziente Gebäude abzureißen und durch innovative Hochhäuser mit Dachgärten, Parkanlagen, Wiesenabschnitten usw. zu ersetzen, um die Nachfrage zu befriedigen. In kleine Orte wie Brück und Rath mit historischem Kern passen solche Wohnkonzepte jedoch nicht.

Es ist offensichtlich, dass die Schaffung von Wohnraum einerseits und die Bewahrung der ökologischen Vielfalt und Naturräume andererseits ein schwieriger Balanceakt ist, der neue, innovative Infrastrukturkonzepte und eine neue Denk- und Herangehensweise der Politik erfordert. Die Politik ist dazu da, die bestmöglichen Lösungen für diese Herausforderungen zu finden - und zwar unter Einbezug der Öffentlichkeit, vor allem jener Menschen, die in den betroffenen Gebieten leben. Die Anliegen und genannten Gefahren der Bürger müssen gehört und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Bevölkerung zu übergehen wird sonst dazu führen, dass sich noch mehr Menschen von der Politik abwenden und wir Leuten das Feld überlassen, die keinen Wert auf demokratische Entscheidungsfindungsprozesse legen. Dies darf niemals geschehen.

Bedenken Sie, wie wichtig intakte Naturräume heute sind: Vielleicht wichtiger denn je, wenn wir uns die Klimaveränderungen ansehen. Wir können nicht mit dem Finger auf andere zeigen, die Naturräume aus wirtschaftlichen Gründen zerstören, und gleichzeitig dasselbe tun. Es fängt im Kleinen an: in Brück und Rath und endet im Amazonasgebiet. Als eines der führenden Industrieländer haben wir eine Pflicht, eine Verantwortung und eine Vorbildfunktion in der Welt. Unser Problem ist nicht zu wenig Platz, sondern es sind zu wenige innovative Wohngebäude-/konzepte. Hier sollte die Regierung ansetzen.

Mit freundlichen Grüßen

#### **Anhänge**

[keine-bebauung-des-feldes-zwischen-roesrather-strasse-und-rather-see\\_danke-fuer-ihr-unterschrift-erster-erfolg-aber-felder-nicht-gerettet\\_1658850789.pdf](#)

AZ: Ö-O-240	
1001486	
1003512	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Eine Bebauung dieses Gebietes ist mit den klimatischen Erfordernissen der aktuellen Zeit nicht vereinbar. Schon als wir den Verein Pro Grünzug vor vielen Jahren gegründet hatten, war es das Ziel, die Luft für die Stadt Köln zu erhalten. Diese kommt aus den klimaaktiven Gebieten, die rund um die Stadt liegen. Diese müssen erhalten bleiben, damit die Stadt Köln auch in Zukunft mit Luftzufuhr von außen leben kann. Die Gebiete 8-809-010, 8-807-005 und 8-808-006 sowie 8-807-004 sind für die vorgesehene Massnahme noch geeignet, wenn die Vorteile mit den Nachteilen abgewogen werden. Neben den Belangen für die Stadt Köln sind auch die Interessen der Anwohner vor Ort zu berücksichtigen. Neubrück ist schon eine "heiße" Wohngegend. Die Temperaturen sind dort wegen der hohen Bebauungsdichte schon hoch, wenn im Sommer die heißen Tage sind. Auch hier ist es für die Bewohner unerlässlich, dass die Freiluftschneise bestehen bleibt. Brück liegt noch in einer angenehmeren Situation, die sich aber durch die vorgesehenen Massnahmen zum Nachteil verändern wird, genauso wie für Rath. Es bleibt eine ausgewogene langsame Entwicklung übrig, die dann unter Berücksichtigung der Klimaziele nach und nach umgesetzt werden kann.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-241

1001481

1003719

#### Inhalt

Hiermit möchten wir die Familie [ANONYMISIERT] Stellung nehmen zur geplanten Erweiterung des Gewerbegebietes Gummersbach- Herreshagen. Wie wir durch unseren Ortslandwirt [ANONYMISIERT] erst kürzlich erfahren haben, planen Sie eine Erweiterung des Gewerbegebietes Herreshagen. Es handelt sich um folgende Flurstücke: [ANONYMISIERT]

Wie kann es sein, dass wir als Beteiligte keinerlei Informationen erhalten haben??? Wir führen diesen [ANONYMISIERT] seit 45 Jahren an diesem Standort im Aussenbereich. Nach einer Umsiedlung im Jahre 1971 wegen der Straßenverbreiterung, die bis zum heutigen Tage nicht erfolgte. Diese Erweiterung betrifft unsere gesamte Hofffläche mit angrenzenden Weideflächen sowie unsere Waldfläche. Darüber hinaus auch unsere gesamten Pachtflächen. **Diese Planung würde unsere Existenz bedrohen, wenn nicht sogar vernichten!!! Deshalb werden wir dieser Planung in keinster Weise zustimmen. Die Hofnachfolge ist bereits gesichert.**

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Ich zitiere meine Leserbriefe an die Heinsberger Nachrichten [ANONYMISIERT], in denen meine Anliegen größtenteils wiedergegeben werden. Es geht hierbei um das geplante Industriegebiet Future Site InWest, direkt vor den Toren unseres kleinen Dorfes Lindern, einem Stadtteil von Geilenkirchen.

Ein I-Gebiet, daß der Größe der Geilenkirchener Innenstadt entspricht, sich mitten im verkehrstechnischen Niemandsland befindet und Böden mit einer sehr hohen Wertigkeit vernichtet, ist ökologisch + wirtschaftlich nicht tragbar. Ich halte es für unverantwortlich, dass die Stadt Geilenkirchen ihre finanziell angespannte Situation auf dem Rücken der kleinen Dörfer am östlichen Rand des Stadtgebietes aufbessern will. Am Ende steht ein 240ha Monstrum vor unserer Haustür, und die dörfliche Struktur gehört der Vergangenheit an. Diese Serie könnte dann lauten "Unser ehemaliges Dorf"! In Lindern hat die Dorfzersetzung bereits in den 70er Jahren mit dem Bau der "Dorfautobahn" begonnen. Die in dem Artikel beschriebenen, ausbleibenden, lauten Proteste gegen diese Straße rühren daher, dass der Bau bereits knapp 50 Jahre zurückliegt, und ein Großteil der heutigen Einwohner keine andere Verkehrssituation kennt. Die direkten Anlieger begrüßen lieber heute als morgen eine Eindämmung des meist rasanten Durchgangsverkehrs. Wer, wie ich, fast jeden Tag durch die Felder von Lindern nach Geilenkirchen radelt, weiß dieses hohe Gut zu schätzen. Dieses ist gleichermaßen schützenswert aber auch unwiederbringlich, wie im Fall der hier geplanten Zerstörung von Grünflächen. Es ist richtig + zukunftsweisend von der neuen Landesregierung gewesen, den Ausbau des Radwegenetzes zu priorisieren. Diese Maßnahme muss einhergehen mit dem Umdenken jedes Einzelnen, der sich von A nach B bewegt. Mit dem Bau weiterer Zubringer + Umgehungsstraßen und den damit verbundenen Radweg-Engpässen würde der Realisierung der guten Vorsätze ein Bärendienst erwiesen werden.

Ein Drohnenflug über die Linderner Thomashofstraße, ein Schwenk nach Norden, wo ein neues, gigantisches I-Gebiet entstehen soll... Die Internet-Startseite der "FSI" macht deutlich, welch riesige, zur Zeit landwirtschaftlich intensiv genutzte, Fläche dem viel zitierten "Leuchtturm-Projekt" weichen soll. Leuchtturm = Warnung vor versteckten Gefahren, die noch nicht zu erkennen sind. Als versuchte Bürgermanipulation muss der Unterpunkt "Umwelt + Klima" dieser HP bezeichnet werden. Das I-Gebiet soll in das Landschaftsbild eingebunden werden. Ich würde ja herzlich lachen, wenn es nicht so Ernst wäre. Eine intakte landwirtschaftlich genutzte Fläche weicht einem Komplex aus Büros + Hallen mit den zugehörigen Stellplätzen. Von einer Einbindung sind wir da weit entfernt; Industrie vernichtet Landwirtschaft trifft hier eher den Kern. Bestes Beispiel für

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben) die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

eine "gelungene Einbindung" stellt das Baaler I-Gebiet dar. Die Verkehrsanbindung soll bimodal (zu deutsch: über Schiene + Straße) erfolgen. Die Erschließung über die Schiene wird schon deshalb ergebnislos bleiben, da die Beengtheit des Linderner Schienennetzes, verbunden mit der Bahnübergangs- + Parkplatzproblematik, dies nicht zulassen. Die fehlende Straßenanbindung stellt die nächste riesige Hürde dar. Um einen Autobahnanschluß und ortsdurchfahrtfreie Verkehrsanbindungen herzustellen, müssen viele Kilometer "Asphalthässlichkeiten" geschaffen werden...bis dahin hat der Bau des eigentlichen I-Gebietes noch gar nicht begonnen. Das Ganze ist so absurd und widerspricht einem weiteren Argument der "FSI" und der neuen Landesregierung, die Bodenversiegelung zu minimieren. Hoffnung bleibt: **Zitat O. Krischer "wir wollen Industriebrachen nutzen, statt auf die grüne Wiese zu gehen und damit landwirtschaftliche Nutzflächen zu zerstören."**

Ich würde mich freuen, wenn das Gebiet nochmal auf den Prüfstand kommt.

Da die LEG bereits Eigentümer eines großen Teils dieser Fläche ist, würde ich, statt der I-Gebiet Ausweisung, eine Kombination aus Windpark und aufgeständerten PV-Anlagen (Agri-PV) als sinnvoll erachten. Die Flächen könnten unterhalb der PV Anlagen weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, was in der jetzigen Ausnahmesituation aber auch zukünftig erstrebenswert ist.

AZ: Ö-O-243	
1001485	
1001568	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Flurnummern: 8-809-010, 8-807-005, 8-808-006</p> <p>Sowohl ich als auch meine Familie leben seit über 50 Jahren in Neubrück und erleben, wie die Klimaerwärmung uns gesundheitlich immer mehr zusetzt, da in Neubrück und Umgebung die Bebauungen und Versiegelung von Flächen in den letzten 10 Jahren immer weiter zunimmt. Insbesondere sind wir daher dringend auf die Frischluftschneisen angewiesen, denn jetzt schon nimmt die Erhitzung der Gärten und der Innenräume der Häuser stetig zu. Sollte diese Frischluftzufuhr weiterhin beschränkt werden, sind die Bürger auf Klimaanlagen angewiesen, die auf Grund der hohen Energiekosten nicht auf die Geschädigten abgewälzt werden können. Auch Ersatzpflanzungen irgendwo in der Stadt Köln ist zwar für die dortigen Bewohner ein Gewinn, hilft uns in Neubrück aber in kleinster Weise. Ein weiterer, aus meiner Sicht wichtiger Grund, zur Ablehnung dieser Vorhaben besteht darin, dass diejenigen, die jeden Tag durch schwere Arbeit dazu beitragen, dass die Steuereinnahmen der Stadt Köln erhalten bleiben, einen gesunden Ausgleich zum Stress in der freien Natur brauchen. Es macht in der heutigen Zeit wenig Sinn, dass die Neubrücker gezwungen werden in das Auto steigen zu müssen um z. B. in den Königsforst oder in den Brücker Wildpark zu fahren, während immer mehr Autofahrer die zukünftigen Sportstätten oder die Schulen anfahren. Leider erleben wir dies hier jetzt schon täglich bei den Grundschulen/Kindergärten, wenn Eltern ihre Kinder im Sekundentakt vor den Schulen absetzen, den Motor laufen lassen und die Luft zusätzlich "verpesten". Dabei wohnen nicht wenige der Eltern im nahen Umfeld der Schulen und Kindergärten. Gleiches gilt für Spielplätze in der Siedlung, bei denen die meisten Besucher mit ihren Autos "anreisen". Die wenigen Bäume, die wir zur Reinigung der Luft hier zur Verfügung haben, helfen uns nur bedingt. Erschwerend kommen Gerichtsurteile dazu, in denen billigend in Kauf genommen werden, dass bei Rückschnitten die Bäume absterben und den Bürgern die Luft zum Atmen nehmen. Zusätzlich zu den jetzt schon vorhandenen Verkehrsaufkommen in der Siedlung, wird die Situation durch die Zunahme der Nutzung von Autos durch die zukünftigen Bewohner verstärkt. Eine Vielzahl gewerblich genutzter Transporter kommt ebenfalls hinzu, die täglich zum beruflichen Einsatz gefahren und abends hier wieder geparkt werden. Auch diese tragen zur erheblichen Luftverschmutzung bei, ohne dass ein Ausgleich durch Bäume etc. geschaffen wurde und wird. Unberücksichtigt ist dabei noch die Luftverschmutzung der Flugzeuge, die täglich/nächtlich über die Siedlung fliegen. Die neuen Pläne bedeuten somit eine weitere Verschärfung der bisherigen Situation, wobei mir nicht aus der Planung ersichtlich wird, ob die Zunahme des Verkehrs und der Anzahl von Personen durch die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

neue Freizeitanlage des Rather Sees in die Überlegungen bei der Planung eingegangen sind. Schon jetzt wird unser Naherholungsgebiet von vielen Kölnern und Personen aus dem Umland, besonders auch in der Corona Pandemie, genutzt. Am Wochenende sind teilweise so viele Menschen dort unterwegs, dass es schon extrem voll wird. Da sind diejenigen, die den Rather See unerlaubt nutzen noch gar nicht berücksichtigt. Noch mehr Personen auf weniger Fläche kann weder Mensch noch Natur (Tiere und Pflanzen) verkraften. Ich denke, dass auch diejenigen, die in früheren Jahren hier ihren Lebensmittelpunkt erarbeitet haben, ein bisschen Respekt verdient und ein Recht auf ein lebenswertes " Veedel " haben. Das bedeutet für uns, das Naherholungsgebiet und ein Wohngebiet was Klimawandel und gesellschaftliches, verkraftbares Miteinander in Einklang bringt, so wie es zurzeit ist. Schließlich sollte Neubrück als " Veedel " weiter, auch für uns, lebenswert sein. So wie es jetzt ist, ist Neubrück für uns lebenswert, wir fühlen uns noch heimatliche verbunden und setzen uns für unser Viertel ein.



AZ: Ö-O-244

1001488

1001569

#### Inhalt

Ich bin gegen die geplante Bebauung, da viele der Anwohner der betroffenen Gebiete diese als Erholungsorte zum spazieren gehen oder für den Sport empfinden. Besonders bei einem Besuch auf dem Friedhof bevorzugen die meisten ihre Ruhe und wollen im Fall von Beerdigungen oder Abschiednahme nicht von Baustellenlärm belestigt werden. Ebenso sollten die letzten paar Grünflächen im Namen des Umweltschutzes erhalten bleiben.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-245

1001489

1003514

**Inhalt**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Eigentümer des Flurgrundstücks [ANONYMISIERT] in Köln - Neubrück.

Wir möchten Stellung nehmen zum Thema 1000661 Regionalplan Köln:

Wir stellen uns insbesondere gegen die "Entwicklung" des Bereiches zwischen Eiskaulenweg / Flehbachau/ Rather Kirchweg auf.

Der Wegfall der Wiesen und Felder durch die geplanten Bebauungen bedeutet auch einen Wegfall von Erholungsflächen, von denen es eh im urbanen Umfeld schon zuwenig gibt. Viel Schlimmeres lässt sich aber auf der verkehrstechnischen Seite erwarten: Wie soll die neue Besiedelung vernünftig angebunden werden?

Es kommt bereits jetzt auf den das Gebiet umschließenden Hauptverkehrswegen Olpener Straße, Mauspfad und Rösrather Straße zu hohem Verkehrsaufkommen mit Staus. Es steht sehr zu befürchten, dass das Verkehrschaos und damit auch die Luftverschmutzung einen gar nicht mehr tolerierbaren Umfang annimmt.

Und das in einem Bereich, der ohnehin schon unter dem Fluglärm des "Nachtflughafens" Köln leidet.

Wenn dann auch noch die öffentliche Nutzung des Baggerloches Gestalt annimmt, werden sich die Probleme aufgrund des weiteren Zulaufs aus anderen Ortsteilen noch verschlimmern.

Das darf so nicht Realität werden!!

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-253

1001451

1003473

#### Inhalt

ich lehne den Regionalplanentwurf ab, in Bezug auf die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01, insbesondere für Pulheim-Brauweiler.

Ein 600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße soll zerstört werden, der Ort wird zweigeteilt. Ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.

Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört und meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Aktuell soll eine Machbarkeitsstudie beauftragt werden, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Das ist abzuwarten. Deshalb kann es nicht sein, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird.

Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-O-255	
1001347	
1010814	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betr.: Neuaufstellung Regionalplan Köln; Umweltbericht, Anhang C: ASB - ASBz, Seite 521. Wie kann die Ausweitung des ASB durch einfache Einbringung in den Regionalplanentwurf erfolgen, bzw. durch spätere Genehmigung des Regionalplanes? Für die Ausweitung des ASB muss doch eine begründete und belegte Bevölkerungsentwicklung nachgewiesen werden, bzw. es muss entsprechendes bestehendes ASB zurückgenommen werden. Ist das hier erfolgt und wo kann die Öffentlichkeit dies prüfen?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Weitergehende Ausführungen sind den Textlichen Festlegungen sowie der Begründung zu Kapitel 3.1.2 zu entnehmen.</p>

AZ: Ö-O-260	
1001372	
1011539	
<p>Inhalt</p> <p><b>1. Grundsätzliches:</b></p> <p>Die Dürrejahre ab 2018 haben fortlaufend zum großflächigen Absterben von Bäumen aller Baumarten, besonders jedoch der Fichte, geführt. Die dem GEB zugrundeliegenden Außenaufnahmen sind oftmals überholt.</p> <p><b>2. Schutz von Saatgutbeständen</b></p> <p>Aus dem Entwurf 2021, Nr. 4.5.2. Punkt 3: Wald mit besonderer Bedeutung und Wildnisgebiete schützen, hier Saatgutbestände:</p> <p>Bei gewissen Beständen und Baumarten ist nur eine Liegendbeerntung möglich. Hier werden in reifen Beständen Bäume gefällt, das Saatgut genutzt und das Holz dann verkauft. Die uneingeschränkte Nutzung des Holzes von Saatgutbeständen muss möglich bleiben.</p> <p><b>3. Ausweitung von ?Flächen zum Schutz der Natur?</b></p> <p>Die Flächen zum Schutz der Natur sollen deutlich ausgeweitet werden.</p> <p>In der aktuell gültigen Landschaftsplanung der Stadt Rheinbach etc. wurden die temporär Wasser führenden Siefen unter Naturschutz gestellt. Die spätere Landschaftplanung in Euskirchen verzichtet richtiger Weise hierauf und wies auch in den Siefen keine Naturschutzgebiete aus..</p> <p><b><i>Leider können die Kartenausschnitte nicht hierhin kopiert werden. Diese sind in der Anlage enthalte.</i></b></p> <p>Konkrete Beispiele (Daten aus: Geoportal NRW):</p> <p><b>Rhein-Sieg-Kreis</b></p> <p>Grundbuch/Flur/Flurstückskennzeichnung/Größe ca./Nutzung</p> <p>Rheinbach-Todenfeld, 0,05 Quadratkilometer, Nadelholz</p> <p>Rheinbach-Todenfeld, 0,1 Quadratkilometer, Nadelholz mit einigen Laubholzanteilen</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan hat die Aufgabe unterschiedliche Anforderungen an den Raum abzustimmen und Vorsorge für Nutzungen und Funktionen zu treffen. Es besteht ein bewusster Spielraum für die nachfolgende Fachplanung. Die seitens der LANUV NRW als herausragend bedeutsamen Biotopverbundflächen werden i.d.R. als Vorranggebiete (BSN) gesichert. Sie können auf nachfolgender Ebene durchaus differenziert (z.B. als NSG, LSG oder über vertragliche Vereinbarungen) umgesetzt werden. Hierzu wird auf die entsprechenden Erläuterungen in den textlichen Festlegungen verwiesen.</p>

Rheinbach-Todenfeld, 0,14 Quadratkilometer, Nadelholz mit einigen Laubholzanteilen

Rheinbach-Todenfeld, 0,4 Quadratkilometer, Nadel- und Laubholz

Rheinbach-Hilberath, 0,34 Quadratkilometer, Nadel- und Laubholz

Rheinbach-Hilberath, 0,4 Quadratkilometer, Nadelholz mit einigen Laubholzanteilen

Karte Kreis Euskirchen,**Kreis Euskirchen**/Grundbuch/Flur/Flurstückskennzeichnung/Größe ca./Nutzung

Rheinbach-Neukirchen, 0,2 Quadratkilometer, Nadel- und Laubholz

Fazit:

Eine Ausweitung von Flächen zum Schutz der Natur über die derzeitige Ausweisung von Naturschutzgebieten hinaus ist nicht erforderlich. Hier sind die Karten des Gebietsentwicklungsplanes zu korrigieren.

AZ: Ö-O-262

1001411

1001618

#### Inhalt

Ich lehne eine Bebauung des Flurstückes 8-809-010 aus folgenden Gründen ab.

Eine Bebauung unterbricht die Frischluftschneise nach Neubrück. Dies vor dem Hintergrund immer heißer werdender Sommer. Dies entspricht nicht den aktuellen städtebaulichen Planungsgrundsätzen. Es widerspricht insbesondere dem erklärten Klimanotstand, gem. Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 9. Juli 2019.

Eine Bebauung beeinträchtigt Naherholungsmöglichkeiten.

Die Bebauung erfolgt auf Ausgleichsflächen für Baumpflanzungen. Auch dies widerspricht dem Klimanotstand.

Die Verkehrsanbindung von Neubrück ist für eine weitere Bebauung nicht ausgelegt. Die Straßen in Richtung Ostheim sind bereits jetzt vielfach überlastet. Es bestehen keine durchgängigen Radwege in diese Richtung. In Richtung Rath sind die Wege ebenfalls unterdimensioniert und in schlechter Verfassung. Die Anbindung an ÖPNV erfolgt ausschließlich per Bus. Dies ist bereits jetzt unzureichend und äußerst unzuverlässig. Durch den Ausbau des Rather Baggerlochs wird die Verkehrsbelastung ohnehin bereits wachsen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-263

1001469

1001632

#### Inhalt

Durch die geplante Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstrasse, wird eine Streckenführung der neuen Bahntrasse durch die Helmholtzstrasse immer zwingender und führt hier zu einer Flächenversiegelung. Die Ausweisung des neuen Wohngebietes führt zu einer weiteren Flächenversiegelung, daher lehne ich die Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstrasse ab.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-264

1001445

1001633

#### Inhalt

Die Erhaltung der Felder zwischen Brück, Rath und Neubrück in ihrer jetzigen Form muss bestehen bleiben, da die Felder nicht bebaut und versiegelt werden dürfen. Sie sollten weiter ausschließlich der Landwirtschaft, der Naherholung der Bürgerinnen und Bürger und dem Schutz der natürlichen Vielfalt dienen. Nur so kann diese Fläche ihre für die gesamte Stadt Köln wichtige Klimaschutz-Funktion als Kaltluftschneise behalten. Aufgrund des Klimawandels, den wir gerade alle hautnah erleben, ist es immens wichtig, das nicht alle vorhandenen Grüngelände zugebaut werden. Wir als BürgerInnen brauchen ein grüne "Lunge" und keine zubetonierten Gebiete ohne Infrastruktur! Hier ist die Politik gefragt, die auch den Umbau des Rather Baggersees blockiert. Denn hier haben wir ein wunderschönes Naherholungsgebiet (ohne Betonklötze), dass wir als Bürger nicht nutzen dürfen. An die Gesundheit der BürgerInnen wird überhaupt nicht gedacht!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-266	
1001470	
1001641	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich unterstütze den Regionalplanentwurf, da öffentliche Verkehrsmittel das wichtigste Instrument in der Klima Krise darstellen. Eine saubere alternative zum Auto muss her. Als Familienvater unterstütze ich für die Zukunft meiner Kinder den Ausbau und stimme von daher für den Ausbau des Schienenverkehrs in der Herlmholtzstraße. Eine starke Infrastruktur bedeutet Lebensqualität, mobilität und besonders zu Krisenzeiten unabhängigkeit von Auto und fossilen Energiequellen.</p> <p>Eine Trassenführung durch Brauweiler und optimalerweise durch die Helmholtzstraße bietet sich aus diversen Gründen besonders gut an. Es ist die perfekte Lage und wird vielen Jugendlichen, Senioren und Menschen ohne Auto das Leben erleichtern.</p> <p>Der von uns legitim gewählte Stadtrat hat diesen Entschluss gefasst und diesen unterstütze ich uneingeschränkt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: Ö-O-268	
1001471	
1001644	
<p>Inhalt</p> <p>Guten Tag,</p> <p>Ich bin absolut gegen eine weitere Bebauung der Felder in Brück.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-269	
1001480	
1003727	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p><b>Wir sind strikt gegen die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes in Herreshagen und hoffen, dass Sie anhand der nachstehend aufgeführten Punkte unsere Stellungnahme bei Ihrer Entscheidung berücksichtigen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Natur und Umweltschutz/Flächenversiegelung</b></li> </ul> <p>Die Eingriffe in der Natur und Landschaft sind hier nicht mehr auszugleichen. Die Auswirkungen für das Leben von Menschen und Tieren wären katastrophal. Viele Tiere, die vom Aussterben bedroht sind, haben in Herreshagen ihre Heimat. Um einige zu nennen: Geburtshelferkröte, das Milan Pärchen, Fledermäuse, Tagfalter, der Federfalter und der Sackfalter würden eine solche Ausbreitung nicht überleben. Laufkäfer, Brutvögel, Wespen, Bienen, Libellen, Ameisen...</p> <p>Alles Tiere, die für das Überleben unseres Ökosystems unerlässlich sind. Alles Tiere, die bereits stark gefährdet sind und in den Wiesen und Wäldern von Herreshagen ihre Heimat haben (LANUV NRW, 2021). Es handelt sich hier um Natur und eine Artenwelt, die im Oberbergischen Kreis und NRW selten, aber stark überlebenswichtig, für das gesamte Ökosystem NRWs ist.</p> <p>Auf den Grünflächen sind Pflanzen, Pilze und Tiere zu Hause, die vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen auf die Rote Liste durch hohe Gefährdung gesetzt wurden (LANUV NRW, 2021). Eine Ausdehnung des Industriegebiets auf diese Grünflächen würde daher die bereits gefährdete Artenvielfalt aktiv zerstören und immense Auswirkungen auf unser Ökosystem haben.</p> <p>Die ökologischen Maßnahmen, die hier erforderlich sind, sehen wir als kaum erfüllbar an. Sämtliche Flächen müssen LKW-Verkehre aushalten. Ein Ökopflaster ist daher schon nicht möglich, höchstens für die Mitarbeiter-Parkplätze. Die versiegelten Flächen verursachen eine große Überflutungsgefahr für unser Dorf! Wir haben mittlerweile große Probleme mit Wasseransammlungen in unseren Straßen und Gärten. Die Gefahr von Überflutung steigt enorm!</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gewässerschutz, hier Rosenstraße</b></li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Weiterhin ein großes Thema. Was wird dann mit dem Gewässerschutz in der Rosenstraße?

- **Lichtverschmutzung**

Es ist berechtigt zu befürchten, dass das Gewerbe- und Industriegebiet so hell erleuchtet sein wird, dass der Schlaf der Anwohner von Herreshagen auf jeden Fall gestört sein wird! Selbst wenn die Nachtbeleuchtung auf ein Minimum reduziert wird!

- **Verkehr / Lärm und Belastung**

Es wird zu einer Steigerung der Verkehrszahlen in Herreshagen kommen. Die schon stark befahrene Landstraße durch Herreshagen ist jetzt schon eine große Belastung für die Anwohner.

**Auch hier werden, wie im benachbarten Sonnenberg, extreme Erdarbeiten stattfinden Dies wird sich über Jahre hinziehen, was eine weitere Belastung für die Anwohner, wie z.B. Emissionen wie Lärm, LKW, Bagger, Steinbrecher und Sprengungen, bedeutet! Wir müssten über einen längeren Zeitraum die hohe Staubbelastung (Erdarbeiten) aushalten.**

Hier würde dann noch später permanenter LKW-Verkehr, Fabriklärm, Schichtbetriebe Lärm von den Fabrikhallen, Lärm und mehr Verkehr durch PKW's hinzukommen.

Hinzu käme noch die starke Straßen-Verschmutzung, die jetzt schon durch das bereits bestehende Gewerbe- und Industriegebiet am Sonnenberg, sehr hoch ist und damit noch schlimmer wird und auch noch für mehr Staub sorgt.

**Die Anbindung zu dem neuen Gewerbe- Industriegebiet wäre eine enorme Belastung für alle Anwohner.**

Wir sind davon überzeugt, dass die Zerstörung von Grünflächen in Herreshagen sehr große negative Auswirkungen auf die Tier-, Pflanzen- und Menschenwelt hat und unser gesamtes Ökosystem aktiv zerstören würde. Ein solcher Bau kann Tier- und Pflanzenarten komplett auslöschen. Neben der globalen Erwärmung, der Borkenkäferpandemie und anderen Naturkatastrophen ist dies eine Sache, die alles nur noch schlimmer machen und unsere gemeinsame Welt zerstören würde.

Wir haben eine sehr schöne und intakte und auch aktive Dorfgemeinschaft. Wir kümmern uns um die älteren Anwohner und organisieren Kinderfeste, die nicht zuletzt in der ?Freien Natur? stattfinden. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, durch Krieg in Europa, Zerstörung der Wälder durch den Borkenkäfer, finden wir in Herreshagen durch Sparziergänge in der Natur wieder Kraft. Wir haben uns Bewusst, für ein Leben auf dem Land entschieden. **Durch die Höhenlage des geplanten Industriegebietes**

**oberhalb von Herreshagen wird das Ortsbild stark beeinträchtigt und verliert somit auch seinen ländlichen Charakter.**

Der Ausbau würde die Gesundheit von mehr als 300 Menschen stark beeinträchtigen. Die Entwicklung der Kinder wäre gefährdet und so die Lebenserwartung der Erwachsenen. Diese Entscheidung würde viele Leben zerstören

Nicht außeracht zu lassen ist, dass unsere Immobilien durch den Ausbau des Gewerbe- und Industriegebietes einen gravierenden Wertverlust erleiden.

**Wir sind strikt gegen die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes. Wir hoffen, dass wir Sie hiermit davon überzeugen können, unsere Wälder und Grünflächen, unsere Heimat und die vielen Tier- und Pflanzenarten nicht zu zerstören!**

Wir möchten auch von unserem Recht Gebrauch machen und fordern Aktenansicht bezüglich der Unternehmen, die sich evtl. im Gewerbegebiet bzw. Industriegebiet niederlassen wollen.

AZ: Ö-O-271

1001564

1001716

#### Inhalt

Regionalplan Köln

Ablehnung K-ASB Neubrück/ Brück /Rath Heumar

#### Begründung:

Wir brauchen eher mehr Grün als weniger und dieser Bereich ist ausgewiesen als Kaltluftschneise und trägt somit sehr zum Klimaschutz für die Kölner Innenstadt bei.

Die Landwirtschaftlichen Flächen benötigen wir für unsere Ernährung, gerade jetzt merkt man doch wie wichtig das ist.

Wasserschutzzone sind wir auch.

Und diese Flächen gehören auch zum Überschwemmungsschutz, ich sag nur Leverkusen letztes Jahr...

Was ist mit Lärmschutz... ist das jetzt alles nicht mehr wichtig?

Alternative Flächen gibt es doch wenn die nicht an eine Lagerbox vergeben werden

Weshalb bekommt ein Shurgard eine Baugenehmigung in Ostheim für ein Lager???  
Wo hier die beste Möglichkeit gewesen wäre ein großes Wohnhaus zu bauen. Jegliche Infrastruktur für Familie war hier gegeben.

Ein Shurgard gehört in ein Industriegebiet.

Weshalb werden nicht erst die leerstehenden Gebäude saniert oder abgerissen und so Flächen geschaffen.

Hier in Köln ringen wir um jeden grünen Streifen, schon das das Baggerloch für uns nicht mehr zugänglich ist, ist für uns ein einschneidendes Erlebnis.

Hier hat man gesehen wir rücksichtslos die Tiere gejagt wurden nur, um diese Fläche dem kommerz zu unterjochen.

Wir haben in den letzten Jahren durch die Asylbewerberheime schon viel Flächen

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

abgeben müssen und so wurde schon einiges von unseren Ursprungsaufgaben dieser Flächen weg genommen und nun geht es weiter und weiter??

Das Thema nah Erholung Naturschutz für Mensch und Tier kann so nicht verfolgt werden.

Übrigens sollte bei manchen dieser Flächen eigentlich bis 2013 die GAG Bäume /Sträucher und Hecken pflanzen wo sind die.

Vielleicht sollten lieber diese Verpflichtung mal einfordern.

Ich kann nicht verstehen, dass Flächen die für den Naturschutz und zur Erholung ausgewiesen sind, welche eine Aufgabe für unsere Ernährung und unsere Trinkwasserversorgung sowie unseren Hochwasserschutz überhaupt in Erwägung gezogen werden.

ich kann mir nur vorstellen, dass sich das so einschleicht.

Aber es ist eindeutig genug Flächen aus diese Region freigegeben worden, die eigentlich auch schon nicht freigegeben werden durfte.



AZ: Ö-O-273	
1001565	
1001718	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der natürliche Bereich zwischen Rath-Heumar, Brück und Neubrück muß unbebaut bleiben!</p> <p>Es ist eine unbedingt notwendige Frischluftschneise auch für die Stadtteile Merheim, Holweide, Höhenberg, ...!</p> <p>Der Klimawandel zeigt sich aktuell in seiner ganzen Härte! Hitzewellen, niedrigster Rheinpegel, ...!</p> <p>Noch mehr Beton und Pflaster wird dies nur noch beschleunigen!</p> <p>Suchen Sie nach Natur- und Umweltgerechten Alternativen!</p> <p>Unsere Kinder und Enkel werden es Ihnen Danken!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-274

1001567

1003722

#### Inhalt

Umwandlung des Sondergebietes Wernscheider Berg / Kattwinkel, im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 27 ?Lingese Talsperre?

Seit nunmehr fast 15 Jahren ist das Dauerwohnen an der Lingese Talsperre Thema auf kommunaler und regionaler Ebene. In der Presse waren in jüngster Zeit positive Nachrichten zu lesen. Man könnte zum Schluss kommen, dass im besagten Wochenendhausgebiet nun alles wieder in Ordnung wäre. Leider ist dies bei Weitem noch nicht der Fall, weshalb wir diese Eingabe zur anstehenden Regionalplanänderung einbringen.

Bisher besteht in unserem Gebiet nur eine Lösungsvariante für alle Hausbesitzer, die bereits vor 2010 mit erstem Wohnsitz gemeldet waren. Hier wurde seitens des Kreises eine Duldung auf Lebenszeit ausgesprochen, wenn dafür im Gegenzug auf Rechtsmittel verzichtet würde. Dieses Angebot wurde in Breite angenommen.

Leider ergeben sich hier Folgeprobleme, wie z.B.:

? Die lebenslange Duldung gilt nur für die Hausbesitzer, nicht für deren Kinder. Kinder müssen bei Erreichen des 25. Lebensjahres ihr Elternhaus und das gesamte Wohngebiet dauerhaft verlassen.

? Die Häuser können zwar vererbt werden, fallen dann aber sofort in den Status Wochenendhaus zurück. Ein Dauerwohnen ist dann nicht mehr möglich.

? Die Häuser sind als Einfamilienhäuser unverkäuflich. Sie fallen nach Verkauf für die neuen Eigentümer sofort in den Status Wochenendhaus zurück.

? Beziehungen von alleinstehenden Eigentümern werden aktiv erschwert: Aus welchen Gründen auch immer sich neue Partnerschaften ergeben, der jeweils neue Partner hat keine Chance in das lebenslang dauerhaft bewohnbare Haus des Eigentümers einzuziehen. Dies verhindert der Kreis aktiv. Selbst eine Heirat oder ggf. Geburten lösen dieses Problem nicht auf. Das Wohnrecht gilt nur für den ursprünglichen Eigentümer.

Deutlich schwerer hat es alle Bewohner getroffen, die erst nach 2009 hier ihren Erstwohnsitz gemeldet haben oder aber nur Mieter sind:

? Alle diese Personen müssten ihre Häuser spätestens nach drei Jahren verlassen und einer Wochenendhausnutzung zuführen.

? Es gibt Fälle, in denen junge Familien in ?große? Einfamilienhäuser investiert haben, die nun vor dem finanziellen Kollaps stehen.

? Schulkinder werden mit Ummeldung/Umzug ggf. aus dem Einzugsbereich ihrer aktuellen Schulen gerissen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002140.

? Es gibt Fälle, in denen Häuser noch formal den Eltern gehören, die Kinder aber schon mehr als 10 Jahre hier wohnen und auch aber schon mehr als 10 Jahre hier wohnen und auch gemeldet sind, die nun ebenfalls ausziehen müssen.

Um diese Probleme anzugehen, haben wir im Jahr 2015, begleitet von der Interessengemeinschaft Wernscheider Berg / Kattwinkel und unterstützt von der Interessengemeinschaft Wernscheider Berg / Kattwinkel und unterstützt von der Gemeinde Marienheide, einige Musterklagen geführt, mit dem letztendlichen Ziel der Umwandlung unseres Wochenendhausgebietes in ein Gebiet, in dem ALLE legal dauerhaft wohnen dürfen.

Als Ergebnis dieser Klagen wurde einvernehmlich dem Vergleichsangebot des Oberbergischen Kreises zugestimmt und eine 10-Jahresfrist erwirkt, die aufschiebend kein bauordnungsrechtliches Eingreifen gegen die derzeitige Wohnnutzung bewirkt. Konkret bedeutet das, dass die zweitgenannte Gruppe, die Nach-2009?ner und die Mieter, ihre Häuser nicht nach drei Jahren, sondern erst nach 10 Jahren verlassen müssen.

Obwohl uns zwei schriftliche Vorgänge vorliegen aus den 1980?er und 1990?er Jahren, aus denen klar hervorgeht, dass damals bereits das Thema Dauerwohnen im Bereich Lingesetalsperre bei Gemeinde, Kreis und auch sogar der Bezirksregierung bekannt war, ohne dass man behördlich ansatzweise eingeschritten wäre, war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als der Vergleich mit den 10 Jahren zu erreichen.

Die Annahme dieses Vergleiches ist naturgemäß auf Dauer keine befriedigende Lösung für die Eigentümer der Grundstücke am Wernscheider in Kattwinkel. Viele junge Familien werden ihre Existenzgrundlage verlieren, Familien werden auseinandergerissen, wenn die Kinder ein definiertes Alter überschreiten und Bewohner, die ihr Leben in neuen Beziehungen möchten, können dies nicht bei uns im Wohngebiet tun. Das Gebiet wird zunehmend verweisen, eine reine Wochenendnutzung findet nur noch in ganz wenigen Fällen statt, so dass wir auf eine Geistersiedlung mit stetig steigendem Leerstand zulaufen.

Dies möchten wir verhindern. Wir wohnen und leben gerne in Marienheide.

Das seit Ende der 60--ziger/ Anfang der 70ziger im vorigen Jahrhundert entstandene Sondergebiet an der Lingeseeentstandene hat sich im Laufe Jahrzehnte zu einem kompakten, erschlossenen Wohngebiet gewandelt. Als Veranschaulichung hier einige Zahlen aus den Jahren 2007/2008, die seitens der Gemeinde Marienheide im Rahmen der Aufhebung des B-Planes Nr. 27 ermittelt Planes Nr. 27 ermittelt wurden:

Am Wernscheider Berg waren bei Erhebung 90% der Grundstücke bebaut, das entspricht 67 Gebäuden, hiervon wurden bereits bei Erhebung 48 Gebäude als

Dauerwohnsitz genutzt.

In dem Bereich Kattwinkel verhält es sich ähnlich, hier waren 80% der Grundstücke mit 52 Gebäude bebaut, hiervon 41 als Dauerwohnsitz.

In den vergangenen Jahren hat sich die Anzahl der Dauerwohnsitze weiterhin erhöht.

Aus diesen Zahlen und der existenten Gebietsnutzung als weitestgehend homogene Siedlungsstruktur ist ersichtlich, dass die vormalige, über vierzigjährige Festlegung als ?Wochenendhausgebiet?, sich ?überlebt? hat. Sehr viele Freizeitsuchende und Urlauber rund um die Lingese-Talsperre sind heute überrascht, wenn Ihnen dargelegt wird, dass die beiden Bereiche am Wernscheider Berg und in Kattwinkel lediglich ?Wochenendhausgebiete? sind, kein Ortsfremder würde angesichts der vorhandenen Siedlungsstruktur auf diese Einschätzung würde angesichts der vorhandenen Siedlungsstruktur auf diese Einschätzung kommen.

Zudem hat sich nicht nur im bürgerlichen Umfeld der Begriff ?Naherholung? geändert, sondern mittlerweile auch in vielen politischen Bereichen.

Für das bürgerliche Umfeld findet Naherholung mittlerweile in unmittelbarer Nähe zu ihrem Erstwohnsitz statt. Die Sinnhaftigkeit, viele Kilometer aus den Ballungszentren zu fahren, begründet sich hier nicht mehr. Grün ist es mittlerweile in NRW auch in unmittelbarer Nähe der Menschen in Ballungszentren.

Das sah zu den Entstehungszeiten dieser Wochenendgebiete zur Naherholung noch ganz anders aus. 70 Jahre später hat dieser Status seinen Stellenwert verloren.

Auch das politische Umfeld, das den Strukturwandel in den Ballungszentren mit grünen Oasen in unmittelbarer Nähe weiter vorantreibt, legt den Fokus auf Naherholung in unmittelbarer Nähe der Menschen. Naherholung in unmittelbarer Nähe der Menschen.

Umweltpolitisch ist der Fortbestand solcher Wochenendgebiete zur Naherholung in Zukunft fraglich, da das Angebot der Naherholung zu den Menschen kommen soll und nicht die Menschen mit viel Energieaufwand zur Naherholung.

Gerade wird auf politischer Ebene das Thema Zensus durchgeführt. Das Thema auch hier, wo leben und arbeiten die Menschen und wo müssen alle Angebote zum Leben für diese Menschen geschaffen werden incl. auch der Naherholung.

Im Namen der Interessengemeinschaft Wernscheider Berg/Kattwinkel bitten wir Sie darum, die Zweckbindung für die Bereiche des Wernscheider Berges und Kattwinkel als Sondergebiet aufheben zu lassen und eine Änderung dahingehend zu erwirken, dass zukünftig planungs- und bauordnungsrechtlich eine dauerhafte Wohnnutzung in diesen Bereichen möglich ist.

In einem nahezu identischen Fall in Neunkirch-Seelscheid wurde eine entsprechende Anpassung des Regionalplanes übrigens umgesetzt: laut anwaltlicher Beratung leitet

sich hieraus aber kein Recht für uns ab, wohlgleich aber die Möglichkeit, dies auf politischer Ebene ebenfalls zu adressieren. Entsprechende Änderungen des Regionalplanes erscheinen also tatsächlich als prechende Änderungen des Regionalplanes erscheinen also tatsächlich als möglich.

Sollten Ihrerseits weitere Informationen durch die Interessengemeinschaf

Wir verbleiben mit den besten Grüßen  
im Namen der Interessengemeinschaft Wernscheider Berg/Kattwinkel

**Inhalt**

hiermit setzen wir uns als Bürger der Gemeinde Wachtberg-Villiprott vehement dafür ein, das im Regionalplan 2021 bezeichnete Gebiet WAC\_ASB\_5 ( Größe: ca. 6ha ) im Regionalplan nicht als ASB/zASB auszuweisen.

Begründung:

1. Allgemein

Das Gebiet dient Einwohnern von Wachtberg, Bonn und Meckenheim als Naherholungsgebiet zum Wandern, Joggen, Radfahren, um Kinder die Natur erleben

zu lassen, als Obstwiese, als Pferdewiese oder auch um Hunde auszuführen.

Abb. Bild 1: Blick auf das Gebiet WAC\_ASB\_5 in Wachtberg-Villiprott

?Es ist (wie in Bild 1 zu sehen) ein schöner Abschluss der Ortslage gegeben.

Aufgabe des FNP ist es auch, solche abgeschlossenen Ortsrandlagen zu schaffen. Es würde eine Siedlungserweiterung in die freie Landschaft erfolgen? (Zitat aus einem Schreiben von Bürgermeister Hüffel (CDU) an die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats Wachtberg vom 12.4.2013).

2

2. Umwelt und Naturschutz

2.1 Umweltbericht zum Regionalplan 2021 (Anhang C)

Im Anhang C (Umweltbericht) zum Regionalplan (Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB, ASBz)) wird dem Gebiet Villiprott-Nordost (Kennzeichnung im Regionalplan: WAC\_ASB\_5) folgende Bewertung bescheinigt:

?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei drei Kriterien (Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.? (weitere Informationen:

[https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk\\_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung\\_regionalplanung/index.html](https://www.bezregkoeln.nrw.de/brk_internet/leistungen/abteilung03/32/regionalplanung/beteiligung_regionalplanung/index.html)).

Als Resümee wird das Gebiet WAC\_ASB\_5 im Umweltbericht als Gebiet mit ?insgesamt voraussichtlich negativen Umweltauswirkungen? ausgewiesen (sollte es

bebaut werden). Es stellt sich daher die Frage, inwiefern der Umweltbericht bei der Bezirksregierung hinsichtlich des Regionalplans gewichtet wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.

Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verringern. Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen (s. auch Stn ID 1004320).

Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen

Auszug aus dem Umweltbericht (Anhang C):

Anhang Abb. über Anhang und Prüfbogen

## 2.2. Bewertung des Gebiets durch LANUV 2022

LANUV-NRW (Landesamt Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz)

Das Gebiet VB-K-5308-019 wird aktuell (Juli 2022) als ?Biotop von besonderer Bedeutung? ausgewiesen (das Gebiet ist blau schraffiert).

Abb. Biotopverbund LANUV

Fläche WAC\_ASB\_5

## 2.3 Ökologischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Wachtberg vom Januar 2010

Im ?Ökologischen Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Wachtberg? von 2010 (erstellt vom Büro für Ökologie und Landschaftsplanung, 52223 Stolberg durch den Diplom-Biologen Hartmut Fehr) wird insbesondere auf das Vorkommen von Fledermauspopulationen in Ausläufern des Kottenforsts hingewiesen, sowie auch auf seltene Vogelarten. Zum Ortsrandbild findet sich in dem Beitrag die Aussage ?Entscheidend für die Wirkung eines Ortsteils im Hinblick auf seine Wirkung auf das Landschaftsbild ist die Struktur der Ortsränder. Grenzt der besiedelte Bereich unvermittelt an landwirtschaftlich genutzte Flächen wie Intensivgrünland oder Acker, ist der Übergang hart. Hier sticht die Bebauung deutlich hervor. Gerade weithin sichtbare Ortsteile wirken somit als ?Fremdkörper? in der Landschaft. Wird der Übergang hingegen durch Grünstrukturen wie Obstwiesen, Feldgehölze, alte Gärten oder Waldungen gepuffert,

gelingt eine sensible Integration der Ortschaft in den Landschaftsraum.?(S. 36)

Diplom-Biologe Fehr kommt zu folgender Betrachtung für Villiprott:

?5.13 Villiprott Villiprott liegt nordwestlich der L 158 und grenzt im Westen an den Kottenforst. Der Kottenforst ist als FFH-Gebiet und Vogelschutzgebiet ausgewiesen. Zudem wurden Teile des Gebietes als Naturschutzgebiete und als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Das weitere Umfeld von Villiprott wird von Äckern, Wiesen und Weiden dominiert. Am Ortsrand gibt es zahlreiche junge und alte Streuobstwiesen, die z. T. auch großflächig angelegt sind. Für die zukünftige Erweiterung von Villiprott sollten primär die bestehenden Potentiale am südlichen Ortsrand genutzt werden.?(S. 57) Wir als Bürger fragen uns, weshalb wird mit diesem Fachbeitrag ein solcher inhaltlicher und finanzieller Aufwand im Namen des Naturschutzes betrieben, wenn die Ergebnisse nicht beachtet werden bzw. weshalb werden sie von der Politik nur dann beachtet, wenn es gerade zum politischen Ziel passt? Aus Gründen des Naturschutzes wäre dieses Gebiet nicht als ASB geeignet und sollte daher auch nicht im Regionalplan als solches ausgewiesen werden.

7

3. Vorgeschichte: ?Villiprotter Initiative FNP? von 2012

Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.

Schon einmal, in den Jahren 2012/2013, wurde um die Fläche WAC\_ASB\_5 heftig gestritten, als diese im Rahmen des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wachtberg von der damaligen CDU/FDP Koalition als Bauland ausgewiesen werden sollte. Ein Flächennutzungsplan muss von der BZR Köln genehmigt werden. Der BZR Köln, als Gestalterin eines Regionalplans wird es somit auch nicht entgangen sein, dass es 2012/13 eine erhebliche Gegenbewegung seitens der Bürger in Villiprott gegeben hat hinsichtlich einer Aufnahme des o.g. Gebiets in den FNP der Gemeinde Wachtberg: 625 Unterschriften wurden gegen die Bebauung gesammelt, es gab Bürgerversammlungen, Podiumsdiskussionen, Zeitungsberichte, stichhaltige Argumente gegen eine Bebauung wurden eingebracht, eine Facebookseite ?Villiprotter Initiative FNP? fasste die Stimmen und die Stimmung der Bürger zusammen. Die damalige CDU/FPD Koalition hat sich dann dem Willen der Dorfgemeinschaft gebeugt und das Gebiet nicht in den FNP miteinbezogen, die Villiprotter wurden als ?Wutbürger? tituiert. Kurze Zeit später ist der damalige Bürgermeister Hüffel (CDU) zurückgetreten, der Streit um den FNP mag dabei eine Rolle gespielt haben.

## 2 Fotos Anhang

Auch in der aktuellen Situation wird im Dorf über die geplante Ausweisung des Gebiets WAC\_ASB\_5 als ASB wieder ausgiebig diskutiert. Es hat sich aktuell schon eine Gruppe von Villiprottern Bürgern gebildet, um gegen eine mögliche Bebauung zu protestieren.

Die Argumente von vor zehn Jahren haben sich im Wesentlichen nicht geändert:

? Zitate aus der Villiprotter Initiative FNP von 2012:

- \* Die Villiprotter Infrastruktur ist völlig unzureichend für eine solche Erweiterung. Es gibt keinen Kindergarten, keine Schule, keine Einkaufsmöglichkeiten
- \* Die strittige Fläche wurde in dem von der Gemeinde beauftragten Gutachten als nicht geeignet bewertet.
- \* Das Straßen- und Kanalnetz ist bereits heute schon überlastet.
- \* Zerstörung des ursprünglichen Orts- und Landschaftsbildes
- \* Beliebtes Naherholungsgebiet
- \* Die Belange des Umwelt-, Landschafts-, Natur- und Klimaschutzes werden nicht ausreichend berücksichtigt.

? Zitate aus: 09.11.2012, GENERAL ANZEIGER BONN, Artikel von Ayla Jacob: ?Kritik an geplanter Bebauung?

Villiprotter: ?Das ursprüngliche Orts- und Landschaftsbild wird unwiederbringlich zerstört?. ?Das von der Verwaltung beauftragte Planungsbüro hatte diese Fläche aus den Überlegungen herausgenommen: Sie bietet eine ?relativ gute Grünstruktur als Ortsrand-Eingrünung? und gelte als ?ökologisch hochwertig?. Wolfgang Neusüß (SPD): ?Wir sind gegen eine Bebauung östlich der Dorfstrasse? Henkel (GRÜNE): ?Es gibt keine sachlichen Gründe, dort Baugebiete auszuweisen?. Es sei landwirtschaftlich nicht sinnvoll, die große Mehrheit der Villiprotter lehnt es ab, es fehlt die Infrastruktur.



Gegenposition der damalige CDU/FDP Ratsmehrheit:

Beckschäfer(CDU): ? Wir halten die Fläche in Villiprott für geeignet?

Wilms (FDP):? Villiprott muss eine Fläche anbieten?

#### 4. Bürgerdiskussion: unerwünscht!

Aktuell wird die Gemeinde Wachtberg von einer Koalition aus CDU/GRÜNE regiert. Nach unseren Erfahrungen (persönliche Teilnahme an allen im Anschluss genannten Sitzungen) im Rahmen von Planungssitzungen, Vorstellen des Regionalplans und Ortsausschüssen, muss man objektiv zu dem Ergebnis kommen, dass wir als Bürger seitens der Gemeindeverwaltung an einer Diskussion überhaupt nicht beteiligt werden sollen. Im Ortsausschuss und im Planungsausschuss wurde das Gebiet WAC\_ASB\_5 nicht einmal erwähnt, trotz seiner Größe von 6,3 ha! Erst im Rahmen der Ratssitzung von 21.06.22 wurde über das geplante ASB-Gebiet WAC\_ASB\_5 im Rat diskutiert. Hier konnte man sich einer Diskussion nicht entziehen, da die Fraktion ?Unser Wachtberg? einen Antrag, welcher die Herausnahme des Gebiets aus dem Regionalplan seitens der Gemeinde Wachtberg gegenüber der BZR Köln vorschlägt, eingebracht hatte. Der Antrag von ?Unser Wachtberg? vom 03.06.22 im Wortlaut: ?Die Verwaltung wird aufgefordert, gegenüber der Bezirksregierung Köln bei der abzugebenden Stellungnahme zur Aufstellung des Regionalplans zu beantragen, dass die nachstehend in den Kartenausschnitten umrissene Fläche in Villiprott (in der linken Karte mit D4 sowie im Umweltbericht zum Regionalplan als WAC\_ASB\_5 bezeichnet) als ASB-Gebiet aus dem Regionalplan herausgenommen wird.?

Abb. Reglanausschnitt

#### Begründung des Antrags:

?Bereits im Zuge der Aufstellung Neufassung des Flächennutzungsplans (FNP) 2014 wurde bewusst darauf verzichtet, die zeitweilig bestehenden Überlegungen zur Aufnahme dieses Bereichs in den FNP umzusetzen. Grund hierfür waren neben einer nicht realisierbaren Erschließung des Gebiets Gesichtspunkte des Landschafts- und Naturschutzes. Zu dem Ergebnis eines nicht realisierbaren ASB-Bereichs kommt auch die Bezirksregierung im Umweltbericht zum Regionalplan in Bezug auf diese ca. 6,3 ha große Fläche. Darin wird ausgeführt, dass voraussichtlich bei drei Kriterien erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden. Das Ergebnis beruht auf den zutreffenden Feststellungen der Bezirksregierung wegen einer Flächeninanspruchnahme im Umfeld eines Naturschutzgebiets, der Inanspruchnahme von klimarelevanten Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung sowie dem Vorkommen einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung im Umfeld, nachzulesen im Anhang C, Prüfbögen der im Regionalplan festgelegten Allgemeinen Siedlungsgebiete Seiten 857 ? 861. Da die vorbezeichnete Fläche aufgrund dessen für eine Besiedlung ungeeignet ist, ist sie als ASB-Bereich aus dem Regionalplan herauszunehmen, selbst wenn mit der Festlegung im Regionalplan noch keine Entscheidung für eine

Bebauung/Besiedlung getroffen ist.? Die anschließende Abstimmung, bei der CDU/GRÜNE geschlossen und gegen alle anderen Fraktionen gegen die Annahme des Antrags votiert haben, endete 23:23, so dass der Antrag abgelehnt worden ist. Im Rat der Gemeinde herrscht somit eine Pattsituation bzgl. dem Gebiet vor. Wäre nur eine einzige Ja-Stimme/Enthaltung von CDU/GRÜNE gekommen, hätte sich der Gemeinderat im Ergebnis gegen die Aufnahme des Gebiets in den Regionalplan ausgesprochen. Da sich vor zehn Jahren die GRÜNEN eindeutig gegen eine Ausweisung des Gebietes als Bauland ausgesprochen haben, ist davon auszugehen, dass die GRÜNEN bei einer Aufstellung des Flächennutzungsplans auch wieder nicht für eine Bebauung des Gebietes votieren werden.

Weshalb noch nicht einmal ein Ratsmitglied der Umweltpartei GRÜNE dem Antrag von ?Unser Wachtberg? zugestimmt hat, können wir nicht nachvollziehen.

Zusammenfassung:

Welche Absprachen zwischen der Bezirksregierung und der Gemeinde hinsichtlich des Regionalplans getroffen worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Ebenso ist uns nicht bekannt, ob es schon Voranfragen von Bauträgern zu einer möglichen Bebauung des Gebiets WAC\_ASB\_5 gibt. Aus den genannten Gründen auf den Seiten 1 bis 10 dieser Stellungnahme folgt im Ergebnis, dass von einer Ausweisung des Gebiets WAC\_ASB\_5 aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Erhaltung des Landschaftsbildes im Regionalplan abgesehen werden sollte, insbesondere auch vor dem Hintergrund der mehrheitlichen Meinung der Villiprotter Bürgerinnen und Bürger.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1009586\\_01.pdf](#)

AZ: Ö-O-285

1001581

1006191

#### Inhalt

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch die Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit sowie die Sicherheit der hier lebenden Schulkinder dadurch gefährdet wird.

Das betrifft die Planung **K\_PUL\_BM\_Schiene\_01** insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da ich in diesem Bereich (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße) regelmäßig spazieren gehe und mir durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird. Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für mehr als 1500 Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park.

Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.

Befürworten würde ich dagegen einen Ausbau der Busverbindungen von Köln Weiden-West in Richtung Niederaußem, ähnlich wie es in den letzten Jahren erfolgreich mit der Linie 961 von Brauweiler nach Weiden-West praktiziert wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-O-287	
1001543	
1008100	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Durch die Festsetzungen ist die Existenz meines landwirtschaftlichen Betriebes gefährdet. Die geplanten BSLE Flächen in Güsten und im Bereich Jülich zwischen B55, L136, L264 und K20 gehen weit über die im LP ausgewiesenen Flächen hinaus. Hier muss eine Reduzierung auf die LP Flächen erfolgen. Gerade vor dem Hintergrund der EU-Verordnung zur Pflanzenschutzanwendung würden die Flächen entwertet und einer nachhaltigen Bewirtschaftung entzogen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1008101	
<b>Inhalt</b> <p>Ich begrüße ausdrücklich die Ausführungen zum AFAB und die Festsetzungen dazu in unserer Gemarkung. In den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) sollen agrarstrukturell bedeutsame Flächen nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1008102

#### Inhalt

Die Ausweisung einer Trasse einer neuen S-Bahnlinie zwischen Jülich und Bedburg widerspricht dem. Es käme zu weiteren Zerschneidungen der Landschaft und zu Beeinträchtigung meines Betriebes. Es ist zu prüfen, inwieweit neue Bahnlinien überhaupt sinnvoll sind vor der enormen Entwicklung von autonomen Fahrzeugen auf Elektrobasis. Diese kleinen Fahrzeuge könnten die Menschen direkt zu Hause abholen und über die zahlreich vorhandenen Straßen in Kolonnen an die Ziele bringen. Eine solche Planung wäre zukunftsfruchtig und nachhaltig. Deshalb bin ich gegen eine neue Bahntrasse.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens oder Ausbaugesetzes festgestellt wurde. Die Planung ist im Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

**Inhalt**

Die Ausführungen im Umweltbericht zur Landwirtschaft auf Seite 94 entbehren jeglicher wissenschaftlichen Grundlage und bezichtigen mich praktisch als Umweltsünder. Die Verfasser geben dort ihre persönlich Einstellung zur Landwirtschaft wieder. Alle Aktivitäten der Bauern sind wissenschaftlich belegt, erforscht und kontrolliert. Die Äußerungen implizieren, dass biologische Landwirtschaft gut und konventionelle schlecht sei. Diese Differenzierung ist wissenschaftlich so nicht haltbar und gerade die Forschungen zur Bioökonomie am FZJ zeigen, dass alles sehr komplex ist und das Ziel der Nachhaltigkeit gerade durch die Anwendung moderner Landwirtschaft sehr gut erreicht werden kann. Folgende Satz sind deshalb komplett zu streichen: Der Erhalt von Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) dient der Sicherung von Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Die gegenwärtig überwiegend konventionell betriebene Landwirtschaft steht generell im Zielkonflikt mit dem Schutz des Naturhaushaltes, so dass Agrarbereiche vor allem perspektivisch mit Blick auf eine angestrebte Zunahme von umweltverträglich nachhaltig biologischer Bewirtschaftung erhaltenswert sind. Derzeit wirkt sich der Erhalt der AFAB überwiegend noch negativ auf die Umweltschutzgüter aus. Einzige Ausnahme bilden die Schutzgüter kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, die nicht von der intensiven Landwirtschaft tangiert sind; bei den übrigen Schutzgütern sind angesichts der immer noch geringen Anzahl bioökologisch wirtschaftender Betriebe bestenfalls keine bzw. neutrale Auswirkungen die Folge.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Dem Hinweis wird gefolgt. Das Kap. 5.2.4 des Umweltberichtes wird für die 2. Offenlage geprüft und die Formulierungen angepasst.

AZ: Ö-O-288

1001566

1003578

#### Inhalt

Seit fast 54 Jahren wohne ich in Neubrück! Mit großer Sorge habe ich die Wetterveränderungen und ihre Folgen in den letzten Jahren wahrgenommen! Es wird immer heißer und trockener! Für meine Kinder, Enkel und Urenkel sind die Folgen katastrophal, wenn dem nicht einhalt geboten wird! Die Frischluftschneise zwischen Rath-Heumar, Brück und Neubrück ist nötiger denn je! Sie mit weiteren Häusern und Straßen einzuengen wäre für das rechtsrheinische Köln eine Katastrophe! Daher fordere ich Sie auf keine neuen Bebauungspläne zu erstellen, sondern die Natur in diesen Bereichen eher zu erweitern!

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-289	
1001530	
1001985_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zur Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Meine Großeltern und Eltern stammen aus der Landwirtschaft und somit habe ich Ackerland geerbt, welches sich seit Jahrzehnten in Familienbesitz befindet und landwirtschaftlich genutzt wird.</p> <p>Durch meinen aktuellen Pächter wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass er mir den Pachtvertrag kündigen muss, wenn die Änderungen des Regionalplans umgesetzt werden.</p> <p>Nach Recherchen habe ich in der Neuaufstellung des Regionalplans herausgefunden, dass der Bereich zum Schutz der Natur auch vollumfänglich mein Eigentum umfasst, hierbei handelt es sich um folgende Fläche:</p> <p>Unterbruch (4597), Gemeinde Heinsberg (Rhld.) Flur 3, Flurst. [ANONYMISIERT] (5.130 qm)</p> <p>Sollte die Neuaufstellung des Regionalplans umgesetzt werden, kann auf diesen Flächen keine konventionelle Landwirtschaft mehr betrieben werden, womit diese Fläche deutlich an Wert verliert und diese Umsetzung einer Enteignung gleicht.</p> <p>Aus Sicht des Verpächters dieser landwirtschaftlichen Fläche muss ich aus den vorgenannten Gründen die beabsichtigten Planungen ablehnen. Ich bitte um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphasen.</p> <p>Alternativ biete ich Ihnen an, diese betroffene Fläche gegen eine andere Fläche im nahen Umkreis zu tauschen, die weiterhin konventionell bewirtschaftet werden darf.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-290

1001545

1003579

## Inhalt

Mit großer Verwunderung habe ich Ihren Regionalplan bezüglich Rath, Brück und Neubrück zur Kenntnis genommen.

Wir wohnen direkt an **8-808-006**. Von daher wissen wir genau, wie wichtig diese Felder für das Klima von Köln sind. Wir wohnen genau in dem Kälteflur. Unsere Pflanzen blühen ca. 3 Wochen später als sonst in Rath. Wir haben Schnee oder Eis vor der Tür, da gibt es in ganz Rath nirgendwo Schnee. Natürlich ist es lästig sich Abends immer eine Strickjacke anzuziehen, während alle anderen noch im kurzärmeligen T-Shirt sitzen können. In den letzten Wochen jedoch habe ich zu schätzen gelernt, wie wichtig diese "Kälte" ist. Da wollen Sie diese Felder zubauen?

Außerdem finde ich es doch sehr komisch, wir haben über Grün hoch 3, eine Initiative der Stadt Köln, Zuschüsse dafür bekommen, dass wir versiegelte Fläche entsiegeln. Wir begrünen unser Garagendach. Klimaschutz, von der Stadt Köln unterstützt. Da ist es doch schon sehr skurril, hier Gelder auszugeben und danach eine wichtige Fläche komplett zu veriegeln. Auch Klimaschutz?

Wie wichtig ist unser Wasser? Wie es aussieht, wird es ein rares Gut. Dann ein Wasserschutzgebiet zuzubauen? Das ist zum Beispiel der Weg zum Leimbacher Friedhof (**8-807-005**) Ich weiß noch, was es für einen Aufschrei gab, als der Friedhof in das Wasserschutzgebiet gelegt wurde.

Wir haben zuletzt noch unseren Tankraum komplett versiegelt, so dass wir das Wasserschutzgebiet nicht verunreinigen können.

Dass die Sportplätze auf das Feld kommen können bedarf überhaupt keiner Frage. Vielleicht können die Vereine noch zum Klimaschutz mit bestimmten Maßnahmen beitragen. Aber das ein Investor bestimmt: "Nur die Sportplätze wenn ich hier Wohnhäuser bauen kann" ist echt kölscher Klüngel und verwerflich!

Natürlich haben wir den Königsforst zur Naherholung direkt vor der Tür, aber nehmen Sie sich einmal die Zeit und beobachten, wie viele Menschen aus Rath, Neubrück und Brück diese Felder und Wege nutzen um sich zu erholen, oder einfach nur mit dem Hund zu gehen. Außerdem ist der Königsforst nicht mehr in der Kältezone. Die liegt direkt vor unserer Haustür.

Ich weiß, dass wir schreiben können, so viel wie wir wollen. Sie werden Ihre eigenen

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Wege gehen. Sie müssen dann aber auch mit den Konsequenzen leben. Es sei denn, sie leben nicht in dem immer wärmer werdenden Köln. Hier geht es nur um Profit, nicht um die Menschen, nicht um Klimaschutz. Große Worte - leider Augenwischerei

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-291	
1001582	
1008744	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich begrüße den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im Großraum Köln, lehne aber den vorliegenden Entwurf ab.</p> <p>Die Planung K-PUL-BM-Schiene-01 führt meines Erachtens zu unnötigen Eingriffen in die Natur und beeinträchtigt mein persönliches Wohnumfeld in erheblichem Maße. Für mich ist es daher nicht akzeptabel, dass die Trasse der geplanten Stadtbahn durch die Helmholtzstraße in Brauweiler verlaufen soll. [...]</p> <p>Ich bin somit grundsätzlich dagegen, dass die o.g. Planungen in die Regionalplanung übernommen werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

1008745

#### Inhalt

[...] Auch der Planung PUL\_ASB\_2 für ein neues Wohngebiet stehe ich ablehnend gegenüber, falls hierfür eine Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße erforderlich ist, die alternative Streckenführungen der Stadtbahn nahezu unmöglich macht.

Ich bin somit grundsätzlich dagegen, dass die o.g. Planungen in die Regionalplanung übernommen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen wird auf den Ausgleichsvorschlag zur ID 1008744 verwiesen.

AZ: Ö-O-294	
1001573	
1007996	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich mich zu den Plänen der Gemeinde Kreuzau, Bauland in der Verlängerung der Marienstraße zu schaffen,äußern und mich strikt dagegen aussprechen. Diese Flächen dienen als Frischluftschneise für den Ort und beheimaten viele Tierarten.Weiterhin möchte ich auf den BSLE Status der Grünfläche, sowie den BSN Status des Walbereiches hinweisen. Die Gemeinde Kreuzau hat in den letzten Jahren bereits Bauprojekte verwirklicht, zu denen bis heute ein Großteil der Ausgleichsflächen fehlt. Weiterhin ist in zwei Bauprojekten, Marieneiche und Bubenheimer Weg, diese Fläche in der Verlängerung der Marieneiche als Ausgleichsfläche ausgewiesen, die jetzt bebaut werden soll. Dies ist aber "vergessen" worden im Grundbuch einzutragen. Da stellt sich doch zwangsläufig die Frage, ob da alle Aspekte für die Planung eines neuen Baugebietes beleuchtet und berücksichtigt wurden, oder einfach aus kommerziellen Gründen "übersehen" wurden.Zumal ein Teil der Fläche in Privatbesitz ist und hier seit Jahren versucht wird daraus Bauland zu machen. Dies wurde bisher immer abgeschmettert.Da wird man doch hellhörig, dass dies nun plötzlich möglich werden soll. Zuletzt vermindert eine Umwandlung der Fläche in Bauland meine persönliche Lebensqualität. Bitte prüfen Sie mit größt möglicher Sorgfalt dieses Vorhaben der Gemeinde Kreuzau.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-O-295	
1001574	
1007951	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich mich zu den Plänen der Gemeinde Kreuzau, Bauland in der Verlängerung der Marienstraße zu schaffen, äußern und mich strikt dagegen aussprechen. Diese Flächen dienen als Frischluftschneise für den Ort und beheimaten viele Tierarten. Es in der heutigen Zeit besonders wichtig auch unsere einheimischen Tierarten zu schützen. Dieses Fläche wird von vielen Tieren benutzt. So sind regelmäßig Rebhühner, Waldkauz, Mäusebussard, Turmfalke sowie der Steinkauz hier anzutreffen bzw. zu beobachten. Ferner haben wir hier Ringelnattern und die Bechsteinfledermaus zu verzeichnen. Auch Wildkatzen sind in der Dämmerung auf dieser Wiese, die als Ausgleichfläche für die Tier genutzt werden. Nicht zu verachten ist, das es hierbei um die grüne Lunge von Stockheim handelt, da hier der Ort als Frischluftschneise wichtig ist. Durch den Klimawandel würde der anliegende wertvolle Wald, durch die Versiegelung von der Fläche noch mehr Wasser entzogen werden, da diese Wiese bei Regen ein natürlicher Wasserschwamm ist und als Wasservorrat für den angrenzenden Wald wichtig ist. Des weiteren würde man unsere einheimischen Tieren, weiter den natürlichen Lebensraum nehmen und verdrängen. Viele Jungtiere würden tödlich auf der Landstraße verenden um in ein anderes Gebiet zu kommen. Weiterhin möchte ich auf den BSLE Status der Grünfläche, sowie den BSN Status des Walbereiches hinweisen. Die Gemeinde Kreuzau hat in den letzten Jahren bereits Bauprojekte verwirklicht, zu denen bis heute ein Großteil der Ausgleichsflächen fehlt. Weiterhin ist in zwei Bauprojekten, Marieneiche und Bubenheimer Weg, diese Fläche in der Verlängerung der Marieneiche als Ausgleichsfläche ausgewiesen, die jetzt bebaut werden soll. Dies ist aber "vergessen" worden im Grundbuch einzutragen.</p> <p>Ich bestehe darauf, daß diese Fläche als Ausgleichsfläche ins Grundbuch eingetragen wird, so wie es im Planungsverfahren hinsichtlich des Baugebietes "Zur Marieneiche" beschlossen worden ist. Da stellt sich doch zwangsläufig die Frage, ob da alle Aspekte für die Planung eines neuen Baugebietes beleuchtet und berücksichtigt wurden, oder einfach aus kommerziellen Gründen "übersehen" wurden. Zumal ein Teil der Fläche in Privatbesitz ist und hier seit Jahren versucht wird daraus Bauland zu machen. Dies wurde bisher immer abgeschmettert. Da wird man doch hellhörig, dass dies nun plötzlich möglich werden soll. Zuletzt vermindert eine Umwandlung der Fläche in Bauland meine persönliche Lebensqualität. Bitte prüfen Sie mit größt möglicher Sorgfalt dieses Vorhaben der Gemeinde Kreuzau.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

AZ: Ö-O-296

1001585

1001992\_001

### Inhalt

Meine Einwendung richtet sich gegen die in der Anlage 7 Entwicklung Plangebiet A46. Die genannten Flächen grenzen unmittelbar an die dörfliche Struktur in Houverath.

Ich lebe in Hetzerath und schätze und liebe die dörfliche Struktur. Durch die zunehmende Versiegelung von wertvollen Acker- und Naturflächen werden Ressourcen unwiederbringlich zerstört. Gerade kürzlich konnte ein Industriegebiet zwischen Hetzerath und Baal verhindert werden, weil durch beherzte Naturliebhaber und engagierte Anwohner auf die Misstände aufmerksam gemacht wurde. Aber die Lösung in der Politik ist es, Standorte für Industriegebiete einfach nur zu verlagern. Ist das zukunftsorientiertes Umdenken?

Manche der Dörfer in unserer Umgebung werden bereits überwiegend durch Gewerbegebiete geprägt.

Dörfliche Strukturen werden zerstört, versiegelte Flächen heizen sich mehr und mehr auf, Tieren wird der Lebensraum genommen, Orte, die Schatten spenden( Abkühlung ) weichen dem Gewerbe- und Industriewahnsinn.

Umwelt scheint in der Politik kein Thema zu sein, Klima- und Artenschutz offensichtlich vernachlässigt. Heimat wird zerstört, Zukunft versiegelt.

Unsere Heimat ist geprägt von Landwirtschaft. " Lössboden" als Boden des Jahres 2021 schwindet mehr und mehr, hat er doch die wunderbare Aufgabe, Nährstoffe zu speichern und Schadstoffe zurück zu halten. Ist er nicht unbedingt schützend- und erhaltenswert?

Hinzu kommt, das die Anbindung an die geplanten Industriegebiete oftmals nicht vorhanden ist. Strassen müssen aufwendig neu gebaut werden, was wiederum dazu führt, das sogar Naturschutzgebiete- und Wälder (siehe Junkerwald in Hückelhoven ) gerodet werden sollen. Grosse Kreisverkehre sollen mehr und mehr LKW durchschleusen. Die Lärmbelästigung und das Verkehrsaufkommen durch diese unzumutbar.

Gegen die Lärmbelästigung sollen aufgehäufte Wälle helfen. Den Blick auf Mauern gerichtet, statt auf Wiesen und Felder.

Der Klimawandel zwingt zum Handeln, aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

### Abwägung

#### Typ

Anregung/Bedenken

#### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

#### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



Schadstoffemissionen durch sogenannte GIB- plus Industriegebiete werden gesundheitliche Folgen haben.

Gewerbegebiete als "Wohlstandsversprechen" sind wohl eher ein Zukunftsfluch und nicht mehr zeitgemäß.

Ich lehne demnach den weiteren Bau des oben genannten Industriegebietes ab, weil ein kluges Umdenken im Hinblick auf die Zukunft dringend erforderlich ist. Um unser selbst willen. Und die Zukunft unsere nachfolgenden Generationen.

AZ: Ö-O-297	
1001532	
1001993	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir brauchen Bäume und Wiesen , damit unsere Natur erhalten bleibt .</p> <p>Nur in der Natur kann man sich von Alltag erholen und abschalten.</p> <p>Nur durch grüne Natur können unsere Tiere leben .</p> <p>In einigen Städten sind steinige Vorgärten verboten worden und ein Bußgeld verhängt worden,</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-298	
1001586	
1001994	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Bau dieser Fläche zerstört nicht nur Wälder , Wiesen und Existenzen (Bauern) , sondern beeinträchtigt alle Einwohner dieser Stadt und Umgebung !</p> <p>Es würde extremst in die Umwelt eingegriffen werden !</p> <p>Keiner möchte dieses Industriegebiet haben !</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-299

1001533

1001996

#### Inhalt

Unserer Familie gehört in Hardt- Hanfgarten ein Bauernhof mitsamt landwirtschaftlichen Flächen der von der geplanten Erschließung des Gewerbegebietes betroffenen wäre. Aus diesem Grund bin ich, wie auch der Rest meiner Familie, stark gegen die Umnutzung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-O-301	
1001523	
1008747	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird. Das betrifft die Planung K_PUL_BM_Schiene_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da meine Familie und ich in diesem Bereich (600 m langer Alleeweg entlang der Helmholtzstrasse) regelmäßig spazieren gehen und uns durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird. Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für unsere Kinder auf dem täglichen Schulweg und beim Spielen im Park.</p> <p>Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das das o.g. Vorhaben dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.</p> <p>Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal eine Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbereich aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend fragwürdiger wird. Ich halte die mit der gesamten Bahntrasse verbundene Flächenversiegelung sowie den eneregetischen und materiellen Aufwand zu ihrer Erstellung und ihrem Betrieb gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Klimadiskussion für nicht zu rechtfertigen. Was spricht gegen ein gut ausgebautes E-Bus-System? Hier können bestehende Strassen genutzt werden, es entstehen erheblich geringere Kosten und eine Umsetzung wäre sehr viel schneller machbar.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

AZ: Ö-O-302	
1001511	
1002367	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ortschaft Burscheid Dierath. Hier wurde ein Teil der Fläche als ASB ausgewiesen, welche vorher Landschaftsschutzgebiet war.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1002367_1]</p> <p>Dieses Thema gab es schon einmal vor 20 Jahren und wurde damals nicht geändert. Wie es nun wieder in den Regionalplan kommt ist mir nicht klar und ich habe dazu die Stadt Burscheid angeschrieben. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich hier bei der Änderung um ein wirkliches Landschaftsschutzgebiet handelt. Der "KIZ-Weg" der ums Dorf Dierath führt, heisst deswegen KIZ-Weg, weil dort die Rehe mit ihren Jungen zu sehen sind. In diesem Gebiet funktioniert das Zusammenleben zwischen Natur und Anwohner noch. Es bestehen Biotops, Wasserläufe, unterschiedlich Bewuchse, etc.). Des Weiteren wird die Fläche auch für einen Rasen-Bolzplatz genutzt, der über einen gemeinnützigen Verein gepflegt wird. Aus den genannten Gründen plädiere ich für den Erhalt dieser Fläche als Landschaftsschutzgebiet.</p> <p>Auch ist mir nicht klar, warum ein Gebiet in Dierath als ASB ausgewiesen werden soll, welches noch nicht einmal über eine Strasse bzw. Zuwegung verfügt. Es müsste erst einmal eine Strasse inkl. sämtlicher Infrastruktur gebaut werden.</p> <p>siehe auch Teilstellungnahme ID_1002369</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1002367_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der faktischen Umstände im Bestand, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die veränderte Festlegung des ASB in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum ist teilweise entsprochen.</p> <p>Der Stellungnahme hinsichtlich einer Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).</p>

AZ: Ö-O-303	
1001513	
1002075	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Flurnummer 8-808-006, 8-809-010, 8-807-005, 8-807-004</p> <p>Ich bin gegen eine Bebauung dieser Fläche.</p> <p>Gerade in heutiger Zeit muss qm Landschaft erhalten bleiben, gerade diese Fläche ist als Erholungsgebiet und Frischluftschneise sehr wertvoll.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-O-307

1001514

1003592

#### Inhalt

Ich bin gegen die neuen Bebauungspläne in den Bereichen Brück, Neubrück und Rath-Heumar! Die dringender den je notwendige Frischluftschneise, die auch für die Stadtteile dahinter in Richtung Rhein ( Merheim, Höhenberg, Holweide, ... ) würde noch weiter verkleinert! Wir erleben jetzt schon die Auswirkungen der Hitzewellen, nicht nur in Köln, aber auch hier! Daher sollten diese sehr wichtigen Naturschneisen erhalten bleiben! Keine Neubauten in diesen Bereichen!

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-308

1001515

1002097

#### Inhalt

Ich bin gegen die Bebauung der Flächen Flur.Nr. 8-809-010 + 8-807-005 + 8-807-004 + 8-808-006.

Es ist die letzte unbebaute Fläche zur direkten Naherholung. Jede weitere Versiegelung/Bebauung schaden Mensch und Tier. Die hohen Temperaturen würden im Sommer noch unerträglicher.(Frischluftschneisen)

Die Straßen und Infrastruktur sind auf weitere Belastungen nicht ausgerichtet. Schon jetzt gibt es oft Stau auf den Straßen. Viel zu wenige Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kindergärten für noch mehr Anwohner.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-309	
1001004	
1002116_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Selbstverständlich hat insbesondere der Kreis Heinsberg aufgrund des Braunkohletageabbaus ein enormes Interesse am Wirtschaftswachstum. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass den Landwirten aller Produktionsrichtungen, vor allem vor dem Hintergrund europa- und weltpolitischer Entwicklungen, weiterhin schwierige Zeiten bevorstehen. Umso wichtiger ist es, dass auch die regionale Politik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärkt und nicht etwa abbaut. Hierzu gehört auch die Gewährleistung, dass ausreichend Ackerflächen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen.</p> <p>Der derzeitige Planungsstand sieht jedoch einen enormen Flächenverbrauch für die wirtschaftliche Entwicklung zulasten der Landwirtschaft vor. Insgesamt weist der Kreis Heinsberg für die kommenden Jahre einen Flächenverbrauch von ca. 540ha aus. Im Rahmen dieses Flächenverbrauchs würden wertvolle Flächen mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit verloren gehen. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind jedoch dringend auf die landwirtschaftlichen Eigentums- und Pachtflächen angewiesen. Verminderungen der Betriebsfläche haben erhebliche Einschnitte in Betriebsabläufe zur Folge und können bei einem hohen Flächenverlust zu einer Existenzbedrohung des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes führen. Bei anhaltendem Flächenverbrauch würden zudem die Pachtpreise weiter steigen. Dabei werden bereits heute horrend Pachtpreise gefordert, sodass viele landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr kostendeckend produzieren können. Die Konsequenz des weiteren Flächenverbrauchs wäre der Rückgang der heimischen und regionalen Produktionen. Irgendwann werden unsere regionalen, hochwertigen Produkte zur Deckung des Lebensbedarfs nicht mehr ausreichen. Die Folge wäre ein Import von Lebensmitteln, meist zu geringerer Qualität.</p> <p>Weiterhin weisen wir darauf hin, dass Innenbereichsflächen stets vorrangig genutzt werden und damit ein sogenannter Lückenschluss erfolgen sollte (§ 34 BauGB).</p> <p>Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe bitten wir um achtsameren Umgang mit dem Gut "Boden" und möglichst geringfügigem Flächenverbrauch, denn Wirtschaftswachstum benötigt nicht immer frisches Ackerland.</p> <p>Vor diesem Hintergrund weisen wir auf die zusätzlich bestehenden Schwierigkeiten unserer Landwirte vor allem im Zusammenhang mit den Planungen einer Gewerbegebietsentwicklung der Stadt Geilenkirchen hin. Alleine die Planung des</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Be</p>

Gewerbegebiets würde einen Flächenverlust von 20ha verursachen. Hinzu käme ein weiterer Flächenverlust durch Ausgleichsmaßnahmen sowie weitere Versiegelungen durch den Straßenbau.

Der Hauptbedarf der Flächen für das vorbezeichnete Gewerbegebiet wurde durch einen Investor angemeldet. Hier erscheint der dringliche Bedarf mehr als fragwürdig, da der Investor seinen Hauptauftragsgeber verloren hat und somit eine unklare Bedarfssituation besteht. Im Übrigen werden aktuell noch weitere 2,5 und 3,2 ha in den Plänen ausgewiesen, sodass mit der verringerten Bedarfssituation eine Erweiterung als nicht notwendig erscheint.

Zudem drohen weitere Flächenverluste durch den Kiesabbau und insbesondere ein Flächenverlust von 240ha durch das geplante Gewerbegebiet in Lindern in unmittelbarer Nähe.

Auch durch den Neubau der B 56 N hat im Kreis Heinsberg bereits ein enormer Flächenverbrauch stattgefunden.

Ein weiterer Flächenverbrauch von 540 ha unter dem Mantel der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf Grund der Braunkohleaufgabe ist in diesem Ausmaß als absolut unverhältnismäßig zu bewerten, insbesondere im Hinblick darauf, dass auch RWE selber umstrukturiert und neue Arbeitsplätze schafft.

Darüber hinaus führen die Ausweisungen der geplanten FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebiete auf Grund des geplanten Pflanzenschutzverbots der EU zu erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen und Existenzgefährdungen der landwirtschaftlichen Betriebe.

Aus Sicht des Berufsstandes müssen daher aus den vorgenannten Gründen die beabsichtigten Planungen abgelehnt werden. Wir bitten um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Aspekte im Rahmen der weiteren Planungsphasen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

#### *bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.*

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (s. Stellungnahme ID 1003679 im Hinblick auf den angesprochenen GIB in Geilenkirchen) sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche

Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der LEP NRW sieht die zudem Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz

und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-310	
1001537	
1007929	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Entwurf des Regionalplans hat sich im Vergleich zu dem letzten Regionalplan (Geoportal) stark verändert.</p> <p>Hiermit bitte ich um eine Stellungnahme, warum sich vor allem die Landschaftsschutzgebiete in dieser Region stark ausgebreitet haben.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1007929]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb. ID1007929_1.pdf</a>  <a href="#">Abb. ID1007929_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes.</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.</p>

AZ: Ö-O-311

1001516

1002200

#### Inhalt

Ich bitte darum das Feld in Rath nicht vollständig zu bebauen. Naturflächen sind für die Bevölkerung und die Natur (Schutz vor Hitze und Überflutungen #Klimakatastrophen) wichtig.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-313	
1001517	
1007938	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans Köln möchte ich als ÖFF folgende Stellung nehmen.</p> <p>Ich bin Landwirt [ANONYMISIERT]. Ich habe den Betrieb [ANONYMISIERT] Übernommen und frage mich nun wie ich planen soll wenn zwischen Linnich und Rurdorf rechts und links der L228 rund 25 Hektar von mir bewirtschaftetes bestes Ackerland in ASB ausgewiesen werden.</p> <p>Dazu werden zwischen Rurdorf und Floßdorf sowie Floßdorf richtung Barmen zwischen L228 und dem Bereich für den Schutz der Natur weitere insgesamt 5 Hektar zum Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierte Erholung Ausgewiesen.</p> <p>Das alles in Summe mit der geplanten L228N, die auch noch durch einige der von mir bewirtschafteten Flächen führen soll, bedeutet für meinen Betrieb mit Insgesamt rund 140 Hektar Ackerfläche einen Verlust von ca.35 Hektar Ackerland.</p> <p>Das bedeutet das mein Betrieb, wenn ich keinen "Schutz" bekomme , vor dem AUS steht !!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz</p>

und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Es werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus

AZ: Ö-O-314	
1001518	
1003404	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in 50170 Kerpen Buir einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 103 ha, der Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landwirtschaft und landwirtschaftsorientierter Erholung" und ca. 12,00 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Auswirkung künftig die Möglichkeit der landw. Nutzung dieser Fläche erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von PSM betrifft. Dies wäre für meinen landw. Betrieb in höchstem Maße existenzbedrohend. Folglich beantrage ich die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands leisten zu können. Die aktuelle Situation beweist doch welchen hohen Stellenwert eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide hat. DAs wäre durch das geplante Vorhaben nicht mehr gegeben. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von PSM hinweisen. Darin ist u a vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von PSM auch in Landschaftsschutzgebieten mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wehre ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen, mit einem wie auch immer, definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-315

1001550

1003596

#### Inhalt

Die Grün- bzw. Ackerflächen im Bereich Neubrück, Rather Kirchweg / Pohlstadtweg müssen unbedingt erhalten werden. Sie dienen nicht nur als Frischluftschneise, sondern sind auch ein wertvolles Naherholungsgebiet. Wieviele Grünflächen sollen noch zugebaut und versiegelt werden ? Nicht nur über Klimaschutz reden, sondern an dieser Stelle auch sinnvoll agieren und Grünes erhalten.

Es grüßt freundlich aus Neubrück  
[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-316	
1001540	
1002357	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich betreibe einen landwirtschaftlichen Betrieb in 53925 Kall-Wallenthal [Anonymisiert]. Leider muss ich feststellen, dass die gesamte Ortslage Wallenthal als BSLE Gebiet ausgewiesen wird. Es ist zwingend notwendig, dass die an die Hofstelle angrenzende Flächen weiterhin für eine Erweiterung Neubau Halle, Solaranlage etc. verwendet werden können. Es sollte nicht so sein, dass ausgewiesenes Bauland hier in eine BSLE Zone fällt. Das hat auch nichts mit Naturschutz zu tun. Auch wenn sie darauf verweisen, dass: "Maßstabsbedingt sind in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten, die von den Festlegungen zu den BSLE unberührt bleiben. Dies können z. B. kleinere Ortslagen, gewerbliche Betriebe, bestehende Infrastruktur oder sonstige bebaute Flächen im Freiraum sein. Die Festlegung als BSLE schließt in diesen Fällen eine Siedlungsentwicklung nicht aus."</p> <p>ist die Vorgehensweise nicht zu akzeptieren. Ich bitte darum mir mitzuteilen wie die weiteren detaillierteren Pläne für die Ortsrandlage Wallenthal insbesondere [Anonymisiert] aussehen. Weiterhin benötige ich eine Information über die Ortslage Kalenberg. Bis zur weiteren Klärung der Details, ist dieses Schreiben als Widerspruch zur Neuaufstellung des Regionalplans zu verstehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-317	
1001520	
1003723	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als direkt betroffene Familie nehmen wir Stellung zur geplanten Änderung im Flächennutzungsplan. In der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln sieht die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets 22ha nördlich von unserm Wohnhaus in der [ANONYMISIERT] in Gummersbach, Herreshagen vor. Diese Planung darf es nicht geben, weil wir als Familie auf dem "Land" wohnen wollen und nicht in unmittelbarer Nachbarschaft von einem Gewerbe- oder Industriegebiet. Unser dörflicher Charakter ginge dadurch völlig verloren. Ich gehe jeden Morgen vor meiner Arbeit durch die Natur, diese beginnt direkt hinter unserem Haus. Genau dort soll jetzt dieses Gewerbe- und Industriegebiet geplant werden. Allein der Gedanke das es irgenwann nicht mehr diese wunderschöne Natur, mit den vielen Tieren die mir jeden morgen begegnen, geben soll, macht uns sehr betroffen. Wir als Familie brauchen die Ruhe der Natur in und um unser Hause. Nur so kommen wir auch zu unserem erfüllten Leben wie wir es brauchen. Diese würde zerstört duch Lärm alleine durch den Bau und den anschließende Verkehrszunahme. Als auch der unschöne Ausblick aus unserm Fenster oder im Garten auf eine bebaute Gewerbe- oder Industriefläche. Wir hoffen auf einen positiven Ausgang, dass die Planung fallen gelassen wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-318	
1001525	
1002222	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin für die Bebauung, da dies mehr als überfällig ist. Wohnraum ist dringend notwendig.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen</p>

AZ: Ö-O-320	
1001526	
1002227	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit spreche ich mich gegen die Bebauungsvorhaben aus. Flugnummern: 8-809-010, 8-807-005, 8-807-004</p> <p>Ich möchte die freien Felder- und Wiesen Flächen erhalten sehen. Zur Erholung, für Mensch und Tier und ebenfalls zum Ausgleich der Temperatur. Es wäre einfach schlimm, diese ganzen Flächen zuzubetonieren!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-O-321

1001542

1003600

#### Inhalt

Unsere Straßen sowie unsere unterirdischen Leitungen sind für diese Bauvorhaben nicht vorgesehen. Wir ersticken hier in Neubrück an Parkplatz mangel. Es ist für das Sozialleben nicht fördernd, wenn noch mehr Menschen in engstem Raum leben. In den letzten Jahren sind nur noch Menschen aus den untersten sozialen Schichten nach Neubrück hinzugezogen, dies sollte man nicht weiter fördern. Nach unserer Auffassung ist Neubrück an die Grenzen gekommen, noch mehr Menschen sind hier nicht unterzubringen. Weder die Schulen noch die Kitas haben Kapazitäten. Neubrück sollte nicht sowie Chorweiler enden.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialie bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-322	
1001552	
1002238	
<p>Inhalt</p> <p>Es darf nicht noch mehr Grünfläche verschwinden.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-323

1001555

1003728

#### Inhalt

Meine Stellungnahme bezieht sich auf das geplante Industrie- und Gewerbegebiet in Gummersbach-Herreshagen. Es kann nicht sein, dass für dieses Gebiet ein Familienbetrieb mit mehreren Generationen weichen soll! Bei diesem Betrieb handelt es sich um eine Reitschule in der hauptsächlich Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Es soll diesen Kindern eine der letzten Möglichkeiten genommen werden ihren Sport auszuüben! Das kann nicht sein! Deshalb muss der Reiterhof [ANONYMISIERT] bleiben.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-327	
1001561	
1010841	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltlich vergleichbaren Argumenten eingereicht.]Als aktiver Bewohner, [ANONYMISIERT] Merzenich, Kreis Düren nehme ich auch stellvertretend für die alle Bewohner (ca. 50 Immobilien/Grundstücke mit ca.120 Anwohner) des Straßenzugs [ANONYMISIERT] in der Gemeinde Merzenich im Kreis Düren öffentlich Stellung (Öff) zum aktuellen Entwurf des neuen Regionalplans Köln. Aufmerksam nehmen wir ihre Angaben in der textlichen Teil auf Seite 100 mit dem Zitat:</p> <p>?Im Vorfeld des Tagebaus Hambach werden die Waldflächen des Hambacher Forstes sowie des Merzenicher Erbwalds und der Waldflächen westlich des FFH-Gebiets Steinheide als Vorranggebiete für den regionalen Biotopverbund (BSN) festgelegt. Dies stellt unter Bezug auf die Leitentscheidung 2021 für das Rheinische Braukohlenrevier ein wichtige Grundlage dar, um die Waldfunktionen des Hambacher Forstes dauerhaft zu sichern und die angestrebte Vernetzung des Hambacher Forstes mit den bedeutsamen Waldflächen im Umfeld zu erhalten und zu entwickeln."</p> <p>zur Kenntnis, dass im Entwurf des Regionalplans Köln unter anderem der Merzenicher Erbwald zukünftig als Bereich für Naturschutz ausgewiesen wird und in einem großen Natur- und landschaftsgeschützten Biotopverbund eingebettet ist. Nach Sichtung des Entwurfs des ebenfalls neu aufgestellten Landschaftsplan des Kreises Düren wurden die aufgeführten Maßnahmen aus dem Entwurf zum Regionalplan Köln schon vollumfänglich berücksichtigt. Renaturierungen/Aufforstungen die durch die Verlegung der BAB 4 und der Erstellung der Kohlebahn durch RWE Power zwingend notwendig sind, sollten jetzt vorangetrieben werden. Hier verweise ich im Besonderen mit dieser Stellungnahme auf folgende im Biotopverbund befindliche landschaftsgeschützte Fläche an der BAB 4, Abfahrt ?7A?.</p> <p>Die besagte landschaftsgeschützte (dreieckige) Fläche sollte nach der Fertigstellung der BAB 4 neben den Maßnahmen zum Landschaftsschutz auch als Fläche für den natürlicher Schutz gegen Lärm, speziell für die Anwohner des Straßenzugs [ANONYMISIERT] aufgeforstet werden. (Aussage Lande [ANONYMISIERT] bei Info Veranstaltung zum Neubau BAB 4). Hintergrund der Maßnahme war, einer wegen zu hohen Kosten, zu gering ausgeführten Lärmschutzwall von 2 m. Gemäß Planungen/Gutachten zum Neubau der BAB 4 sollte ein 7 m hoher Lärmschutzwall errichtet werden. Bei einer Begehung der landschaftsgeschützten Fläche durch den NABU wurde in 2018 festgestellt, dass auf der aufgeführten Fläche ein geringer Baum- und Strauchriegel mit teilweise alten Eichen besteht, der als Verbundbiotop zwischen den verschiedenen umliegenden Flächen dient und für viele Vogel-, Insekten- und Fledermausarten von großer Bedeutung ist. Nach letztem Kenntnisstand soll die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

besagte Fläche eine für den Tagebau Hambach ausgewiesene Ausgleichfläche sein, bei der ebenfalls Renaturierung bzw. Aufforstung vorgesehen ist. Eigentümer soll die [ANONYMISERT] sein. Aufgrund der Tatsache das in der aufgeführten Region, verschiedene Lärm- und Verschmutzungsquellen, wie die Landstraße 264 als Zufahrt zur BAB 4, der Trassenverbindung der DB von Köln nach Aachen, der Kohlebahn RWE Power und der BAB 4 selber, auf eine geringen Fläche zusammentreffen und die Umgebung klimatechnisch langfristig negativ beeinflussen und verändern, ist es aus heutiger Sicht essentiell notwendig und wichtig im Sinne zukünftigen Generationen, mit geeigneten Gegenmaßnahmen wie sie der neue Regionalplan mit der Bildung von großen Flächen für Naturschutz- und Verbundbiotop vorsieht, dass Gleichgewicht für das Klima, dem Mensch und die Tierwelt nachhaltig in der Region wieder herzustellen. Bis zum heutigen Zeitpunkt erfolgten seitens [ANONYMISERT] aus lärmtechnischer Sicht und im Sinne des Klimaschutzes keine Aktivitäten in der besagten Fläche. Hier wird um Berücksichtigung gebeten, die aktuell als landschaftsgeschützten Fläche zum Wohle der Menschen in der direkten Umgebung, der Tiere- und Pflanzen im neuen Biotopverbund ebenfalls als Bereich für Naturschutz auszuweisen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1010841]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010841\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-O-328	
1001527	
1002251_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Landwirt und Geschäftsführer eines familiengeführten Ackerbaubetriebes, der durch den Zusammenschluss von vier ehemals eigenständig geführten landwirtschaftlichen Betrieben entstanden ist. Dieser Betrieb nennt sich [ANONYMISIERT] und wirtschaftet in den Kreisen HS, DN, AC und BM. Wir betreiben einen vielfältigen Anbau auf über 100 Einzelparzellen mit mehr als 10 verschiedenen Kulturen. Wir haben ca. 45 Blühflächen und beteiligen uns am Vertragsnaturschutz. Als Kooperationsbetrieb der WRRL entwickeln und testen wir Verfahren zu noch mehr Gewässer- und Umweltschutz. Vier Auszubildenden und zahlreichen Praktikanten bringen wir zurzeit die Ziele einer nachhaltigen und ertragreichen Landwirtschaft bei. So haben es viele Generationen unserer Vorfahren auch gemacht und uns damit fruchtbare und gesunde Böden hinterlassen, auf denen wir heute Nahrungsmittel anbauen, die zu den sichersten und gesündesten weltweit gehören.</p> <p>Als Anwohner der Stadt Geilenkirchen und als Landwirt, der im Bereich des Regionalplans Köln seine Flächen bewirtschaftet, habe ich große Bedenken. Gerade im Bereich unserer Stammsitze in Honsdorf und Ratheim haben wir viele Flächen, die nun mit diversen Schutzgebieten überzogen sind. In diesen Schutzgebieten gibt es für uns enorme Einschränkungen der im Bereich Düngung und Pflanzenschutz, die vielfach keine Nahrungsmittelproduktion mehr zulassen. Dies würde in unserem Fall eine deutliche Einschränkung der Vielfalt auf dem Acker zur Folge haben und wäre mit existenzbedrohenden Einkommensverlusten für uns verbunden. Gerade in diesen Jahren mit Wetterextremen zeigen unsere guten Böden in der Region, dass hier sichere Erträge möglich sind, für die in vielen anderen Regionen die doppelte Fläche notwendig ist. Daher ist es aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes kontraproduktiv, diese Böden der Nahrungsmittelproduktion zu entziehen.</p> <p>Dazu ist durch die Ausweisung des Industriegebietes in Lindern schon ein immenser Flächenverbrauch in unmittelbarer Nachbarschaft beschlossen, der durch die geplanten Erschließungsmaßnahmen noch verschärft wird.</p> <p>Als Anwohner der Gemeinde Würm kenne ich sehr gut die Verkehrssituation auf der L364, insbesondere in den Ortschaften Würm, Süggerath und Geilenkirchen. Die Belastung wird durch den Ausbau des Teilstückes L364n zwischen Geilenkirchen und Süggerath noch zunehmen und mit Ausbau des Gewerbegebietes Lindern auch durch zusätzlichen LKW-Verkehr stark belastet werden. Für die Anwohner und Anlieger ist das unerträglich. Ein Durchkommen sowohl mit unseren landwirtschaftlichen Maschinen wie auch mit PKWs ist oft kaum möglich. Meines Erachtens wäre</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>

stattdessen eine Fortführung der K 24 von Immendorf kommend entlang der Bahnlinie Richtung Lindern eine große Entlastung für die oben beschriebene Situation. Des Weiteren ist mir nicht klar, wie die L228 von Dremmen kommend angeschlossen sein soll. Eine Anschlussstelle an die A46 scheint dort nicht geplant zu sein. Dann müsste der Verkehr aus westlicher Richtung zum Industriegebiet Lindern von der Anschlussstelle Dremmen durch Dremmen oder durch die Orte Porselen Horst nach Randerath kommen.

In dieser Form des Landschaftsplanes fallen ca. 200 ha unserer Flächen durch Bebauung und Naturschutz aus der Nahrungsmittelproduktion raus. Dies ist für mich nicht hinnehmbar und daher lehne ich den Entwurf ab.

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

AZ: Ö-O-329	
1001559	
1003730	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich selbst wohne in Herreshagen und bin bestürzt über die Planung eines Industrie-Gewerbegebiets in Herreshagen. Ich weiß gar nicht wo ich geginnen soll, es gibt so viel Argumente welche dagegen sprechen.</p> <p>Beginnen wir mit der Flächenversiegelung. Uns ist mittlerweile klar das wir unsere Natur im Laufe der Zeit sehr stark geschädigt haben und nun alles dafür tun müssen den Rest, was wir über gelassen haben, zu schützen. Wir setzen nun auf grüne Energie, E-Autos und versuchen Reginoal unsere Lebensmittel zu beziehen um lange Transportwege ein zu sparen. In solchen Zeiten wird dann ein Gewerbegebiet auf einer unerschlossenen Fläche auf Grünland geplant. Anstatt die bereits brach liegenden alten Produktionstätten, wie zb. Otto Kind in Kotthausen, wieder auf zu bauen und dort zuerst die bereits versiegelten Flächen zu nutzen. Obendrein besteht die Sorge das es durch die Lage im Dorf Überschwemmungen geben könnte.</p> <p>Wo wir schon mal beim Thema Reginoal sind, unsere umliegende Landwirtschaft wird durch das bebauen der Grünflächen starkt geschädigt. Wie soll man sich auf dem Land denn regional Ernähren wenn den Landwirten die Grundlagen ihrer Existenz genommen werden?</p> <p>Ebenfalls gegen die Planung eines Industrie- Gewerbegebiet in Herreshagen spricht unsere Natur. Bei uns ist der Rotmilan und der Schwarzstorch zu Hause. Ebenfalls werden auch Feuersalamder gesichtet. In den letzten zwei Jahren konnte man sogar wieder die ersten Turmfalken bei uns beobachten. Diese würden sich extrem durch die Bebauung der Grünflächen gestört fühlen.</p> <p>Kommen wir nun zum Reiterhof [ANONYMISIERT], welcher dem Erboden gleich gemacht werden würde. Nicht nur die Lebensgrundlage der Familie [ANONYMISIERT] würde wegfallen sonder auch ein wichtiger Beitrag zu unser Gesellschaft. In der heutigen Zeit ist es unheimlich wichtig den Kinder den Umgang mit Tieren näher zu bringen. Nicht nur bei den Kleinen sondern auch bei den erwachsenen Reitern stärkt dieses Hobby die Persönlichkeit, hilft sein Selbstvertrauen zu finden, Probleme zu verarbeiten und fördert die körperliche Aktivität. Solch eine Sportstätte, wie es die Familie [ANONYMISIERT] betreibt, gibt es hier in der Umgebung kein zweites Mal und sollte auf jeden Fall auch für die zukünftigen Gerationen geschützt werden.</p> <p>Die weiteren Argumente wie zb die Störung durch die Beleuchtung, das höhere Verkehrsaufkommen usw brauche ich nicht ebenfalls im Details ausführen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



Ich bin entschieden gegen das Industrie-Gewerbegebiet in Herreshagen.

EIN DEUTLICHES NEIN!

AZ: Ö-O-330	
1001558	
1003729	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte mich hiermit entschieden gegen eine Erweiterung des Industrie- und Gewerbegebietes Sonnenberg südlich der L 306 über den Reiterhof [ANONYMISIERT] bis auf den Warenkopf nördlich von Herreshagen (OT von Gummersbach) wehren.</p> <p>Der Ort Herreshagen ist durch das bestehende Gewerbegebiet für das schon eine große Waldfläche versiegelt wurde und durch die L 306 als Abkürzung zwischen Meinerzhagen A45 und Engelskirchen A4 genug belastet. Warum muss dann noch der Warenkopf, der von vielen Gummersbachern als Naherholungsgebiet genutzt wird versiegelt werden? Es gibt in GM und Umgebung genügend leerstehende Betriebe und Flächen, die zuerst beplant werden sollten. Gerade in Hinblick auf die globale Erderwärmung sollte eine weitere Versiegelung der Landschaft unterbleiben. Das bestehende Gewerbegebiet wird zur Zeit nur zur Hälfte genutzt. Eine geplante Megahalle wurde von der Firma [ANONYMISIERT] nie gebaut. Eine Erweiterung ist überhaupt nicht notwendig und in vielerlei Hinsicht eine Fehlplanung. Bitte stoppen Sie diese und erhalten Sie den Warenkopf der Natur!</p> <p>Der Ortsteil Herreshagen und auch alle betroffenen Eigentümer mit denen ich gesprochen habe sind an einem Industrie- und Gewerbegebiet nicht interessiert und wollen den Erhalt der jetzigen Situation als Naherholungsgebiet und Pferdeweiden für den Ort.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-331	
1001541	
1002362	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die geplante (Naturschutz usw.) Ausweisungen. Es handelt sich um folgende Flächen: Gemarkung Wallenthal [anonymisiert]. Mit dieser Maßnahme verliert mein Betrieb wertvolles Acker und Grünland, die für meinen Lebensunterhalt beträgt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-333	
1001544	
1002243_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu der Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin dagegen das immer mehr Ackerflächen versiegelt oder als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Durch die B56n und mehrere große Neubaugebiete ist schon sehr viel Ackerland verloren gegangen.</p> <p>Wir möchten sie bitten keine weiteren Ackerflächen für Bau und Industriegebiete auszuweisen und auch keine weiteren Landschaftsschutzgebiete.</p> <p>Wenn weiterhin weiteres Ackerland verloren geht durch Straßen usw. ist demnächst die Versorgungssicherung nicht mehr gewährleistet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

AZ: Ö-O-366	
1001613	
1011517	
<p>Inhalt</p> <p>Begründung</p> <p><b>Natur / Umwelt / Landschaft / regionale Landwirtschaft</b></p> <p>Wir alle erleben die sich beschleunigenden klimatischen Veränderungen die uns zu einem sofortigen nachhaltigen Umgang mit unserer Natur und Umwelt mahnen.</p> <p>Anstelle, in diesem Sinne, ein Fokussierung auf die Weiterentwicklung bereits erschlossener jedoch Brach liegender bzw. nicht effizient genutzter Bereiche zu legen, wird durch unsere Regional- und Kommunalpolitik weiterhin eine kontinuierliche "Neuerschließung" von Naturflächen vorgesehen.</p> <p>Zunehmend auch in den Höhenlagen die unser Oberbergisches Landschaftsbild prägen (vorgesehener Bereich "Warenkopf" mit 401 m über NN).</p> <p>Die Folgen der Weiterführung dieser "Planungsstrategie" für unsere Region sind: Verlust von....:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Natur-, Wald- und Grünflächen (Stichworte "Flächenversiegelung" / "Flächenfraß")</li> <li>• Lebensraum der heimischen Pflanzen- und Tierwelt</li> <li>• Jagd- und Brutstätten von Rotmilan, Bussard und Habicht</li> <li>• landwirtschaftlichen Betriebsgrundlagen und Betrieben (konkret der Reiterhof Herreshagen)</li> <li>• ländlichem Landschaftscharakter</li> <li>• Naherholungsgebiet für Freizeitgestaltung (Wandern, Radfahren, "von Drachen- bis Ski-, Schlittenwiese", ...)</li> </ul> <p><b>Emissionen eines GIB unmittelbar angrenzend an Siedlungsbereiche</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Planungen sehen eine weitere Konzentrierung der Ansiedlung von Gewerbe und Industrie im Bereich der Siedlungsgebiete Windhagen - Kotthäuserhöhe - Herreshagen vor (bereits entwickelte Gewerbeparks: Windhagen Ost, Windhagen West, Sonnenberg)</li> <li>• es ist berechtigt zu befürchten, dass die zwangsläufig einhergehenden Auswirkungen (Verkehr / Lärm / Schmutz / Licht / etc.) durch eine weitere konzentrierte Gewerbe- und Industrieansiedlung (besonders in dieser</li> </ul>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Höhenlage und unmittelbar an bestehende Siedlungsbereiche heran), die Lebensqualität mehrerer hunderter Bürger der direkten Umgebung weiter nachhaltig negativ beeinflussen.

Wir sprechen seit Jahren von dem Erhalt unserer Natur und dem Klimaschutz, wir wollen in Deutschland Vorbilder gegenüber anderer Ausbeuter natürlicher Reserven sein, wie zum Beispiel das Vorgehen der brasilianischen Regierung im Regenwald. Wir sprechen über Hitzewellen, Waldsterben, Flächenversiegelung und Flutkatastrophen. Aber wir sprechen nur darüber, wir ändern eigentlich nichts. Wir schalten unsere Atomkraftwerke ab und feiern dies als einen Erfolg und beglückwünschen uns für diese vorbildliche Leistung. Als Ersatz machen wir dafür Gasverträge mit Despoten und Kriegstreibern, die uns jetzt damit erpressen. Haben sie die Gasfelder schon einmal gesehen, wo unsere saubere Ersatzenergie herkommt? Wir verlagern die Probleme nur aus unserem Sichtfeld, damit alles schön sauber aussieht. Das Waldsterben in den letzten 2-3 Jahren hat große Wunden geschlagen und diese sollten wir gemeinschaftlich heilen, durch Neubepflanzung und Renaturierung. Jedoch nicht als Profitance für industrielle Bebauung sehen! Ich würde sogar lieber eine Steuer zur Wiederherstellung der Wald- und Naturflächen zahlen, als dieses Projekt in irgendeiner Form als sinnvoll anzusehen. Zu guter Letzt möchte ich hinzufügen, das Herreshagen meine Heimat ist, in der ich aufgewachsen bin und wo meine Eltern, Familie und viele gute Freunde leben. Und für alle direkt Betroffenen mache ich mich hiermit stark und sage: "Schluss mit dem Wahnsinn!"

AZ: Ö-O-367	
1001614	
1003608	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft: Neuaufstellung des Regionalplans Köln, den 03.08.2022</p> <p>Flurstücke: 8-808-006 8-809-010 8-807-005 8-807-004</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Wie ich vernommen habe, wollen Sie den Regionalplan für Neubrück, Brück und Rath neu ausarbeiten. Sie wollen gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsflächen, unversiegelte und landwirtschaftlich bewirtschaftete Freilandflächen für weitere Wohnbebauung umwidmen. Ich möchte hiermit <b>große Bedenken</b> für die Bebauung dieser Flächen anbringen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Neubrück ist eine Trabantenstadt mit vielen Wohnungen in vielen mehrgeschossigen Wohnblöcken, d.h. wir haben hier sehr viel Wohnraum auf wenig Fläche. Die naturnahen und wohnortnahen Flurstücke sind für unseren Stadtteil <b>sehr wichtige Naherholungsgebiete</b>, die von vielen Neubrücker, Brücker und Rather Bürger zur Naherholung aufgesucht werden!!! Es gehen viele Menschen dort spazieren, führen ihre Hunde aus, treiben Sport und genießen auf den Bänken die Natur und die Ruhe. Gerade für unsere große Siedlung (ca. 8000-9000 Einwohner) ist diese Naherholungszone so wichtig, da es keine direkte Verbindung und Anbindung zu anderen Naherholungsgebiete gibt.</li> <li>2. Fast täglich wird <b>in der Presse über die zunehmende Aufheizung der Städte durch den Klimawandel berichtet</b>. Die <b>Notwendigkeit, unversiegelte Grün-Flächen zu erhalten bzw. neu einzurichten</b> ist allen bekannt und wird von uns hiermit eingefordert. Es wird doch sogar überlegt, Schottergärten und versiegelte Flächen bei Privatgärten zu verbieten! <b>Es ist doch wirklich allgemein bekannt, dass jede Versiegelung bzw. Bebauung von Flächen zum weiteren Anstieg der Temperatur führt!!!</b></li> <li>3. Es ist weiterhin sehr bekannt, dass wir dringend die <b>Frisch- und Kaltluftschneise</b> brauchen, die für einen Temperatenausgleich der Stadt sorgt!</li> <li>4. Außerdem sind die obengenannten Flurstücke wichtig für das <b>Erhalten und Überleben der Tiere</b> : hier rasten verschiedene Zugvögel, Feldhasen und andere heimische und bedrohte Tierarten, für die auch in Städten der Lebensraum erhalten bleiben muss.</li> <li>5. <b>Eine Stadt darf nicht auf Kosten der Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zugebaut werden!</b></li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



Ich bitte Sie, meine Bedenken für weitere Bebauung in unserer geschützten Landschaft ernst zunehmen.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-368

1001651

1003731

#### Inhalt

Als Eigentümer des Grundstücks [ANONYMISIERT] bin ich mit dem geplanten Gewerbe- und Industriegebiet in Gummersbach Herreshagen nicht einverstanden.

#### Meine Gründe:

- Unser Wohnhaus liegt nur wenige hundert Meter von dem geplanten Gewerbe- und Industriegebiet entfernt
- Während der Bauzeit und dauerhaft darüberhinaus wird es zu erheblicher Lärm- und Schmutzbelästigung kommen.
- Insbesondere in der dunklen Jahreszeit und nachts wird es zu einer Lichtverschmutzung kommen die unsere Nachtruhe negativ beeinflussen wird
- Die bisherige freie Sicht zur Natur wird massiv eingeschränkt bzw. gänzlich verloren gehen.
- Der Zugang zur Natur als Naherholungsgebiet wird erheblich erschwert
- Der dörfliche Charakter unseres Wohnortes ist bereits durch das bestehende Gewerbegebiet Herreshagen-Sonnenberg beeinflusst. Durch das zusätzliche Gewerbegebiet geht der dörfliche Charakter endgültig und dauerhaft verloren
- All dies wird zu einer negativen Beeinflussung unserer Lebensqualität führen
- Darüberhinaus kommt es zum Verlust von Lebensraum für die heimischen Pflanzen und Tiere
- Brutgebiete von Rotmilan, Habicht und Bussard werden gefährdet
- Nicht zuletzt verlieren durch den Flächenfrass Landwirte ihre Betriebsgrundlage und der Reiterhof Neuhooff seine Existenz.

Ich bin der Meinung, dass die Nutzung

- bestehender,
- bereits erschlossener Gebiete,
- brach liegender Flächen und
- nicht effizient genutzter Bereiche

Vorrang haben muss vor eine Neuerschließung von Naturflächen. Ein "Vorratsdenken" lehne ich ab. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-369	
1001595	
1002277	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, Ich beziehe mich auf das Flurstück 8-809-010 im Regionalplan. Wir (meine Frau und ich) wohnen seit 2005 in der dritten Etage in einer der Terrassenwohnungen in der Robert-Schuman-Str. 32 in Neubrück mit Blick auf das ehemalige Madaus-Gartenland-Gelände entlang des Neubrücker Ring. Seit dem Einzug damals genießen wir die Aussicht auf das freie Feld und die von Wald und Wiesen geprägte Landschaft. Hier ist es bisher mit wenigen Schritten möglich gewesen, in ein Naherholungsgebiet zu "flüchten" und den Arbeitsalltag zu verdrängen. Die beabsichtigte Wohnbebauung mit mehrgeschossigen Gebäuden würde sowohl den Ausblick als auch die Möglichkeit der Naherholung in dem angesprochenen Bereich stören und sogar verhindern und zu einer erheblichen Wertminderung unserer Eigentumswohnung führen. Daher widersprechen wir der geplanten Bebauung im Rahmen des Regionalplans.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-370	
1001641	
1002363	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete mit folgenden Flächen: Gemarkung Keldenich [Anonymisiert].</p> <p>Gemarkung Wallenthal [Anonymisiert]. Gemarkung Schwerfen [Anonymisiert]. Gemarkung Enzen [Anonymisiert]. Bei dieser Ausweisung wird sehr gutes Ackerland, was zum Lebensunterhalt der Bevölkerung dient, zur nichte gemacht ! Außerdem tragen diese Flächen zu meinem Lebensunterhalt bei.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-371

1001615

1003630

#### Inhalt

Ich möchte mich als Köln-Brücker Bürger gegen die Pläne der drei neuen Bebauungsflächen in Brück stellen. Die Gebiete an der Fehbachaue und auch am Kleinfedchensweg in Richtung Rath sind Grünflächen, die dringed aus Natur- und Klimaschutzgründen gebraucht werden. Insbesondere die Bebauung an der Flehbachaue würde die wunderbare Park- und Auenlandschaft dort irreperabel beschädigen.

Ich werde jede Bürgerinitiative unterstützen, die gegen diese Bebaung kämpft, denn weitere Besiedlung braucht dieser Stadteil, der als eine der letzten noch einen gewissen dörflichen Charakter hat, beim besten Willen nicht.

[ANONYMISERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Stellungnahmen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln Flächenbezeichnungen:

- K\_ASB-Rath-Heumar - **Ablehnung**
- K\_ASB-Brück (zwei Flächen) - **Ablehnung**
- K\_ASB-Neubrück - **Ablehnung**

**Begründung:**

- Die Flächen dienen der Kölner Innenstadt als Kaltluftschneise und sind somit von wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt. Sollten diese Flächen bebaut werden, werden die Temperaturen in der Kölner Innenstadt zukünftig noch weiter über das eh schon bestehende Maß hinaus ansteigen.
- Die Flächen sind wichtig um den Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in Deutschland weiterhin zu gewährleisten. Für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit bedeutsame landwirtschaftliche Nutzflächen (Flächen in Rath-Heumar und Brück)
- Die Flächen liegen auf einem alten Rhein-Arm und sind somit hochwasser- und überschwemmungsgefährdet, was sich in den Herbstmonaten jedes Jahr immer wieder durch die Überschwemmung der Felder deutlich zeigt.
- Die Flächen liegen in einer Trinkwasserschutzzone. Eine weitere Versiegelung führt zu weiterer Trinkwasserknappheit, da sämtliches Regenwasser der Kanalisation zugeleitet und somit der natürlichen Trinkwasserversorgung entzogen wird.
- Die Fläche befindet sich in der Lärmschutzzone des Flughafen Köln/Bonn
- Nicht berücksichtigte, wertgebende Biotope/Arten: historische strukturreiche Kulturlandschaft mit zahlreichen wertgebenden, in NRW gefährdeten/streng geschützten Arten der Agrarlandschaft: Feldlerche, Wachtel, Feldhase, Bluthänfling
- Beim Erhalt dieser Flächen würden sie den EU-Vorgaben, wonach ein Teil der Landwirtschaftsflächen dem Artenschutz dienen soll, gerecht werden.
- Alternativflächen im allgemeinen Siedlungsbereich von Köln stehen ausreichend zur Verfügung u.a. durch Umwandlung alter Industriestandorte. Siehe u.a. Deutzer Hafen, Köln ? Kreuzfeld. Selbst in Rath-Heumar ständen Flächen zur Bauverdichtung zur Verfügung (Flächen zwischen Rösrather Straße und Autobahn)
- Hinzukommt, dass es nicht sein kann, dass auf der einen Seite Entsiegelungsmaßnahmen durch die Stadt Köln gefördert werden (GRÜN hoch

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

3) und auf der anderen Seite hier riesige Flächen neu versiegelt werden sollen!  
Siehe hierzu auch weitere Förderprogramme in NRW:  
<https://www.umwelt.nrw.de/naturschutz/natur/foerderprogramme>

[s. Anhang Abb. 1002281\_1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1002281.pdf](#)

[Kartenausschnitt.jpg](#)

**Inhalt**

Die Neuaufstellung des Regionalplans ist im Grundsatz zu befürworten. Dies gilt insbesondere auch für den Ansatz, mit dem Regionalplan einer weiteren Zersiedlung entgegenwirken zu wollen. Was nach meiner Überzeugung allerdings nicht berücksichtigt wird, sind die Vorgaben des Landesentwicklungsplans 2021, die auf einen sparsamen Flächenverbrauch abzielen. Der Regionalplan legt die Annahme von stetig wachsenden Flächenbedarfen zugrunde, die einerseits ein stetiges Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum voraussetzen und andererseits nicht zwischen wirklichem Bedarf auf der einen Seite und Nachfrage bzw. Vermarktbarkeit als Gegenpol unterscheiden. Nicht für alles, was vermarktbar ist, besteht auch ein realer Bedarf im Sinne einer Erforderlichkeit oder Notwendigkeit. Letzteres muss indes mit Blick auf die Endlichkeit der Ressource Grund und Boden und zum Schutz unserer Lebendgrundlagen der anzuwendende Maßstab sein.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereiche besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die bedarfsgerechten zeichnerischen Festlegungen der Siedlungsbereiche im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich sind. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



**Inhalt**

Dies vorweggeschickt möchte ich als Bürger der Gemeinde Wachtberg in Kenntnis der im Rat der Gemeinde gefassten Beschlüsse über eine gegenüber der Bezirksregierung abzugebende Stellungnahme Folgendes bemerken:

1. Der seitens der Bezirksregierung vorgeschlagene neue ASB-Bereich im Nord-Osten Berkums liegt in einem landschaftlich äußerst sensiblen Gebiet mit hoher Freiraumfunktion. Eine bauliche Entwicklung unterhalb des Stumpebergs wäre mit einer erheblichen und irreversiblen Sichtwirkung in die offene Landschaft Richtung Siebengebirge verbunden, eine Einschätzung, die sich mit der der Unteren Naturschutzbehörde deckt. Die Überlegungen der Gemeinde, den ASB-Bereich Berkum im Bereich des Einkaufszentrums (Wachtberg Mitte) und entlang der L123 / Fraunhofer Straße zu entwickeln, bietet nicht nur deutliche Vorzüge mit Blick auf Landschafts- und Naturschutz. Es ermöglicht auch die Schaffung von Wohnraum in einem Bereich, in dem alle zentralen Versorgungsbereiche in der Gemeinde sowie der Anschluss an den ÖPNV fußläufig in kurzer Entfernung zu erreichen sind.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Die zeichnerische Festlegung wird aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg wie angeregt geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht im Norden besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Zeichnerische Festlegung wird im westlichen Bereich telw. ergänzt (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung ? *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* ? verfügt die *Gemeinde Wachtberg* noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des berechneten kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung

relevant ? einbezogen und berücksichtigt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen in Teilflächen Raumwiderstände [*Wald, Regionaler Grünzug*] entgegen.

1011237

## Inhalt

2. Den Vorschlag der Gemeinde, einen ASB-Bereich Gimmersdorf - Oberbachem auszuweisen, halte ich für eine absolute Fehlentwicklung, die zudem mit den Vorgaben des Regionalplans nicht vereinbar ist. Wie in der textlichen Fassung zum Regionalplan ausgeführt, sind bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen auszuschließen. Genau dies wird, folgt man dem Vorschlag der Gemeinde, zementiert und befördert. Gimmersdorf ist von seinem historischen Kern ein auf der Höhe gelegener Ort, der sich ursprünglich als typisches Straßendorf entlang der Ließemer Straße und des oberen Teils des Kommunalwegs entwickelt hat. Erst ab den 1980er Jahren erfolgte eine Neubauentwicklung in Verlängerung des Kommunalwegs talwärts in Richtung L123. Hierbei wurde indes bewusst darauf verzichtet, eine Entwicklung in östliche Richtung, also in Richtung Oberbachem vorzunehmen, um den Frei-raum zwischen den beiden Dörfern und die Selbstständigkeit der beiden Dörfer herauszustellen. Oberbachem selbst hat seinen Siedlungsschwerpunkt im Ge-lände deutlich tiefer und näher Richtung L123 verortet. Eine vermeintliche Verbindung beider Ortschaften erfolgt durch ein weiteres Dorf, Kürrighoven, welches weiter talwärts und jenseits der L123 gelegen ist. Schaut man sich die Verhältnisse an Ort und Stelle an, so wird schnell deutlich, dass der durch die Kartenan-sicht vermittelten Eindruck nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun hat. So mögen Teile von Gimmersdorf (nämlich der alte Ortskern) nahe am zASB Berkum liegen, was für Oberbachem indes nicht zutrifft. Einzige Verbindung der letztlich 3 Ortschaften ist die Lage an der L123 und eine sich daraus ergebende gute Erreichbarkeit von Berkum und der dortigen Versorgungsbereiche. Das al-lein kann kein Maßstab für einen gemeinsamen ASB-Bereich sein, zumal die Ortschaften selbst über keinerlei eigene oder gemeinsame Versorgungsbereiche verfügen. Letztlich geht es bei dem Vorschlag des gemeinsamen Siedlungsbereich nur da-rum, irgendwie auf die Einwohnerzahl 2.000 für einen ASB-Bereich zu kommen, um einerseits Gebiete im nord-westlichen Bereich von Gimmersdorf baulich ent-wickeln zu können, aber auch die Landschaft zwischen den Ortschaften Gim-mersdorf und Oberbachem oberhalb der L123.

ABB aus der Orig.St. Seite 3

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Im Beteiligungsverfahren hat die Gemeinde Wachtberg angeregt zu prüfen, ob die Festlegung eines gemeinsamen ASB Gimmersdorf-Oberbachem möglich ist (vgl. ID 1004846).

Die raumordnerische Prüfung hat einen Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben des LPIG NRW und des LEP NRW erkannt. Die Anregung wurde daher abgelehnt, die ASB Darstellung Gimmersdorf-Oberbachem erfolgt im Entwurf daher nicht.

1011238	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>3. Im Regionalplan ist in Villiprott die im nachfolgenden Kartenausschnitt dargestellte, ca. 6,3 ha große Fläche als ASB-Fläche enthalten.</p> <p>[1 Abbildung] Kartenausschnitt aus dem Umweltbericht der Bezirksregierung</p> <p>Die vorbezeichnete Fläche ist für eine Besiedlung ungeeignet. Daher sollte sie als ASB-Bereich aus dem Regionalplan herausgenommen werden, selbst wenn mit der Festlegung im Regionalplan noch keine Entscheidung für eine Bebauung/Besiedlung getroffen ist. Neben einer nicht realisierbaren Erschließung des Gebiets ergibt sich die Un-geeignetheit für eine Besiedlung aus dem Gesichtspunkt des Landschafts- und Naturschutzes. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Umweltbericht zum Regionalplan (Anhang C, Prüfbögen der im Regionalplan festgelegten Allge-meinen Siedlungsgebiete Seiten 857 ? 861). Dort wird ausgeführt, dass vo-raussichtlich bei drei Kriterien erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden. Das Ergebnis beruht auf den zutreffenden Feststellun-gen der Bezirksregierung wegen einer Flächeninanspruchnahme im Umfeld eines Naturschutzgebiets, der Inanspruchnahme von klimarelevanten Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung sowie dem Vorkommen einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung im Umfeld.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1011238_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verrinnern . Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen (s. aich Stn ID 1004320).</p> <p>Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.</p>

1011239

#### Inhalt

4. Aus den gleichen Gründen unterstütze ich das Anliegen der Gemeinde, eine Fläche im Heltenbachtal in Pech als ASB-Fläche zu streichen. Für die Zukunft wird jedoch darauf zu achten sein, dass hier in Teilen der Politik geäußerte Vorstellungen der Umsetzung einer Bebaubarkeit im vereinfachten nach § 13 BauGB die Unterstützung versagt bleibt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg (ID1004845) wie angeregt geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1011240

#### Inhalt

5. Weiter unterstütze ich ausdrücklich den Wunsch der Gemeinde, im ASB-Bereich Villip den Nordteil der Fläche nordwestlich des Gewerbegebietes aufgrund seiner besonderen örtlichen Sensibilitäten (Topographie, Biotopvernetzung, Kaltluftbahnen) von einer baulichen Entwicklung ausgenommen zu lassen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Wachtberg (ID 1004852) wie angeregt geändert (s. Änderungskarten).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände und Umweltwirkungen wie Kaltluftbahnen und Biotopvernetzung entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

AZ: Ö-O-375

1001010

1008437

#### Inhalt

Meine Familie besitzt [ANONYMISIERT] in Hürtgenwald. Die zugehörige Adresse lautet [ANONYMISIERT]. Meine Stellungnahme bezieht sich auf folgendes Grundstück: [ANONYMISIERT]. Aktuell ist die Hofffläche des Flurstücks als Landschaftsschutzgebiet klassifiziert (in rosa dargestellt) und nicht als Naturschutzgebiet. Die [ANONYMISIERT] wird seit über 150 Jahren als Gastronomiebetrieb betrieben und bietet eine Einkehrmöglichkeit für Wanderer im Kalltal. Die am häufigsten genutzte Route ist der Kalltrail 66, der auch in die Ortschaft Simonskall führt. Hierbei handelt es sich um einen touristischen Ort im Kalltal, der etwa 3 km von [ANONYMISIERT] entfernt liegt und Ausgangspunkt der meisten Wanderer ist.

Die Natur rund um [ANONYMISIERT] liegt uns sehr am Herzen und sie ist das eigentliche Kapital [ANONYMISIERT]. In Kooperation mit der Gemeinde Hürtgenwald soll [ANONYMISIERT] ausgebaut werden, um auch für Menschen eine Raststation zu bilden, die zu Pferd unterwegs sind. Es wurde die Einrichtung von drei Ferienwohlungen baurechtlich genehmigt. Es sind geringfügige Anpassungen und Erweiterungen auf dem als Landschaftsschutzgebiet klassifizierten Teil des o.g. Flurstücks erforderlich, die im Rahmen einer Bauvoranfrage bereits positiv beschieden wurde.

Eine Umwidmung des kleinen Ausschnitts der Hofffläche in ein Naturschutzgebiet bringt aus unserer Sicht keinen Mehrwert für die umliegende Natur. Es handelt sich hier um die rein gastronomisch genutzte Hoffläche, sowie Parkplätze für Feriengästen und Abstellplätze für Pferde von Wanderreitern im Vorhofbereich. Diese Flächen bieten für uns aktuell ohnehin die einzigen Möglichkeiten einer Entwicklung der Liegenschaft in einem durch das Landschaftsschutzgebiet ohnehin sehr eingeschränkten Rahmen. Werden diese Flächen umgewidmet, kann die auch von Seiten der Gemeinde gewünschte Gastronomie nur noch sehr eingeschränkt betrieben und nahezu nicht mehr weiterentwickelt werden. Einer vollständigen Umwidmung des [ANONYMISIERT] zum Naturschutzgebiet möchten meine Familie und ich hiermit WIDERSPRECHEN.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-O-376	
1001011	
1007998	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als praktizierender Landwirt eines Familienbetriebes sehe ich die Zukunft meines Betriebes durch die Neuaufstellung des Regionalplans in Gefahr. Wesentliche Flächen meines Betriebes liegen in den Gemarkungen Tetz und Boslar und werden schon seit vielen Generationen im Einklang mit der Natur bewirtschaftet. Die Nahrungsmittel die hier produziert werden stehen dem Verbraucher in den Ballungszentren Köln und Düsseldorf unmittelbar zur Verfügung, hier punktet Regionalität und kurze Wege zum Verbraucher. Durch die Ausweitung eines Naturschutzgebiets würde mir die Möglichkeit genommen auch in Zukunft regional erzeugte Lebensmittel die vor allen Dingen den Marktanforderungen genügen zu produzieren. Wenn hier z.B. kein Pflanzenschutz mehr möglich wäre, könne die Anforderungen an Güte und Qualität der Produkte nicht mehr garantiert werden, die Produktion fällt aus, die Sachen müssten anderswo importiert werden. Dies wird nicht im Sinne der Nahrungsmittelversorgung sein. Zudem würde mein Betrieb nach vielen Generationen die Türen schliessen, hier fällt ein weiterer Akteur weg, der die Kulturlandschaft pflegt. Ich bitte Sie daher höfflichst meine Anmerkungen in Ihrer Entscheidungsfindung mitzuberücksichtigen und landwirtschaftliche Flächen hier aussen vor zu lassen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-377

1001012

1003732

#### Inhalt

Hiermit nehme ich Stellung zur Neuauflstellung des Regionalsplans Köln. Ich bin mit meiner Familie vor vier Jahren aus Remscheid nach Herreshagen gezogen, weil uns das Leben in der Stadt mittlerweile zu laut, zu stressig und zu anonym war. In Herreshagen haben wir nun endlich die Ruhe gefunden, nach der wir gesucht haben. Zudem bin ich Asthmatiker und genieße die (im Vergleich zur Stadt) bessere Luft. Unsere Kinder haben hier schnell Freunde gefunden und der bisher eher geringe Straßenverkehr macht das Aufwachsen der Kinder sicherer. Auch unsere Hunde profitieren von unserer Wahlheimat, da genügend Wald- und Wiesenflächen vorhanden sind, um den täglichen Auslauf, der laut Tierschutzgesetz vorgeschrieben ist, bieten zu können.

Ein Gewerbegebiet in unserer unmittelbaren Nähe würde einen massiven Zuwachs des Straßenverkehrs, der Lärmbelästigung und der Luftverschmutzung bedeuten. Außerdem würde dadurch ein großer Teil Natur verloren gehen, wodurch uns das Nachkommen der Vorgaben des Tierschutzgesetzes erschwert würde. Ein weiterer Punkt ist die Versiegelung weiterer Flächen. Die enormen Unwetter der letzten Jahre haben gezeigt, dass es bereits jetzt schnell zu Überflutungen kommen kann, da starker Regen nicht mehr im Boden versickern kann. Weitere Flächen zu versiegeln würden dieses Problem noch erhärten.

Ich bin der Meinung, dass es im Regierungsbezirk Köln genügend vorhandene Gewerbeflächen gibt, die genutzt werden können. Neue Gewerbegebiete zu schaffen und somit Lebensraum von Pflanzen und Tieren und die Lebensqualität von Menschen zu zerstören kann und darf nicht das Mittel zum Zweck sein.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-378

1001631

1002364

#### Inhalt

Als Landwirt bin ich sehr von dem Regionalplan direkt und auch indirekt betroffen. In Aachen - Verlautenheide ist auf ihrem Plan eine Ortsumgehung ( L23 N) eingezeichnet. Diese ist aber im Landesstraßenbedarfsplan ersatzlos gestrichen worden. Nach dem Umbau des Autobahnkreuzes Aachen ist eine Technische umsetzung nicht mehr möglich. Diese Straße würde meinen Betrieb , dadurch das über 50 % meiner Flächen durchschnitten würden in seiner Existens vernichten. Diese Ortsumgehung sollte deshalb auch aus dem Regionalplan gestrichen werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Geplante Straßen werden im Regionalplan festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1002365

## Inhalt

Desweiteren sind viel zu viel Landschaftsschutzgebiete eingeplant worden. Hier gibt es das Problem, das uns Landwirten versprochen worden ist, das wir hier keine Einschränkungen in der Bewirtschaftung auferlegt bekommen. Jedoch plant die EU mit der Farm to Fork Strategie auch die Landschaftsschutzgebiete mit einem Pflanzenschutzmittelverbot aufzuerlegen. Auch die Wasserschutzgebiete sollen ein Pflanzenschutzmittelverbot auferlegt bekommen. Somit sollten die Landschaftsschutzgebiete und auch die Wasserschutzgebiete, welche Ackerbaulich genutzt werden, aus dem Regionalplan ersatzlos gestrichen werden. Für meinen Betrieb wäre es eine Katastrophe, würden die Pläne so weiter durchgesetzt und auch die Altersversorgung von meinen Eltern wäre vernichtet, da ich meinen Eltern nicht mehr die erforderliche Pacht bezahlen kann.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1002366	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die neuen Gewerbegebiete, vor allem Merzbrück und auch zwischen Alsdorf und Eschweiler werden auf beste Böden geplant. Hierfür sollte geprüft werden, ob nicht andere , weniger ertragreichen oder sogar Industriebrachen ausgewichen werden kann.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angesprochenen Prüfungen sind Bestandteil des regionalplanerischen Abwägungsprozesses.</p>

AZ: Ö-O-380	
1001604	
1011112	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich nehme Stellung zu den Vorschlägen der Gemeinde Wachtberg im laufenden Regionalplanverfahren und spreche ich mich hiermit als Oberbachemer Bürger vehement gegen die Ausweisung eines ASB Gimmersdorf-Oberbachem aus!</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Orte Gimmersdorf und Oberbachem sind eigenständige Ortschaften mit jeweils deutlich unter 2.000 Einwohnern. Dadurch sind sie entwicklungstechnisch dem Freiraum zuzuordnen. Eine gemeinsame Betrachtung der beiden Orte um die Voraussetzungen eines ASB zu erfüllen ist unzulässig und widerspricht sowohl der historischen Identität, als auch allen politischen Entscheidungen und Bemühungen seit Gründung der Gemeinde Wachtberg. Es war und ist Konsens, dass jede Ortschaft räumlich für sich in ihrer Struktur erhalten und deutlich von den Nachbarorten abgegrenzt bleibt. Durch die vorgeschlagenen Grenzen eines ASB Gimmersdorf-Oberbachem könnten Flächen entlang der Landstraße L123 zwischen Oberbachem und Gimmersdorf ins Visier eines neuen Flächennutzungsplans geraten. Bis zu 14 ha Grün- Acker- und Obstbauflächen kämen potentiell in den Fokus einer baulichen Erschließung. Neben dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher fruchtbarer Flächen, wäre auch die einzelne Identität sowie der Charme der beiden Orte verloren. Der in einer Kartenansicht leicht suggerierte Eindruck eines bereits bestehenden fließenden Übergangs zwischen den Orten existiert in Wahrheit nicht. Der zu Oberbachem zählende Ortsteil Kürrighoven zieht sich zwischen Oberbachem und Gimmersdorf südlich entlang der L123, liegt aber im Wesentlichen deutlich tiefer. Die Oberbachemer Straße Am Sonnenhang verläuft leider auch zungenförmig ein Stück entlang der L123 in Richtung Gimmersdorf. Dennoch trennt die Orte ein breites und langes landwirtschaftlich genutztes Band,</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Im Beteiligungsverfahren hat die Gemeinde Wachtberg angeregt zu prüfen, ob die Festlegung eines gemeinsamen ASB Gimmersdorf-Oberbachem möglich ist (vgl. ID 1004846).</p> <p>Die raumordnerische Prüfung hat einen Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben des LPIG NRW und des LEP NRW erkannt. Die Anregung wurde daher abgelehnt, die ASB Darstellung Gimmersdorf-Oberbachem erfolgt im Entwurf nicht.</p>

<p>welches es zu erhalten gilt. Daher bitte ich die Bezirksregierung, den Vorschlag eines gemeinsamen ASB Gimmersdorf- Oberbachem abzulehnen.</p>	
---	--

AZ: Ö-O-382

1001632

1002293

**Inhalt**

Ich finde, dass es wichtig ist, dass Natur und bestehende Existenzen erhalten bleiben müssen, es kann nicht nur Gewerbegebiete geben! Wenn immer mehr Flächen von Bauern umgewandelt werden, müssen wir uns nicht wundern, wenn wir bald selber keine Nahrungsmittel mehr herstellen können und was bei den Lieferketten-Störungen passiert, sehen wir ja jetzt gerade!!

NEIN zum neuen Gewerbegebiet - es gibt genügend Leerstände!

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-O-383

1001635

1002308

#### Inhalt

Gegen die Ausdehnung des Neubaugebietes am Eiskaulenweg bin ich aus folgenden Gründen:

- das Gebiet ist ein wichtiges Naherholungsgebiet mit einem großen Einzugsgebiet und wird schon heute von sehr vielen Menschen auch aus Neubrück, Merheim und Rath genutzt.
- die Umwandlung der Spazierwege in Straßen mit Bebauung würde das Gebiet erheblich verkleinern, was sowohl für die Erholung als auch für die Tier- und Pflanzenwelt sehr negativ wäre.
- zusammenhängende Natur ist für eine Luftzirkulation sehr wichtig. Der klimatische Aspekt zeigt sich in diesem Sommer wieder sehr deutlich. Bepflanzungen sind sowohl für das Klima als auch für die Wildtiere als Rückzugsort sehr wichtig.
- in den letzten Jahren ist der Flehbach bei Starkregen deutlich über die Ufer getreten. Das Gebiet als Überschwemmungsgebiet ist sehr nötig und sollte nicht zugebaut werden. Ähnliche Fehler mussten schon sehr teuer bezahlt werden.

Selbstverständlich ist mir bewusst, dass mehr Wohnraum nötig ist. Sinnvoller würde ich es allerdings erachten, wenn bereits bestehende Straßen weiter bebaut würden, statt Spazier- und Feldwege zu asphaltieren. Meiner Meinung nach könnte zum Beispiel der Pohlstadtsweg (Richtung Tennisplätze) weiter bebaut werden ohne bestehende Natur zu zerstören.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003211).



AZ: Ö-O-384

1001593

1008822

#### Inhalt

Wir lehnen den Regionalplanentwurf in aller Entschiedenheit ab. Dies betrifft die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler. Die Planung zerstört ein wesentliches Erholungsgebiet und soll durch ein dicht bebautes Wohngebiet verlaufen, welches bereits vor 30 Jahren erbaut wurde, ohne den erforderlichen Platz für eine Bahntrasse zu berücksichtigen. Die erheblichen schutzgutübergreifenden Umweltauswirkungen werden hierbei ignoriert. Gerade vor dem Hintergrund der klimatischen Veränderungen sind Grünflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion zu erhalten und nicht zu zerstören.

Wir befürchten durch den Wegfall des Erholungsgebietes und die zwangsläufig entstehende Lärmbelästigung eine Wertminderung der Immobilien in der direkten Umgebung der Stadtbahn und zusätzliche Belästigung. Die hier wohnenden Eigentümer haben unter den gegebenen Bedingungen gebaut bzw. gekauft und keine Interesse an einer durchgängigen Bahnverbindung.

Einzig der Bedarf der Anbindung der Schule an Köln ist als sinnvoll anzusehen. Ein Bedarf für eine Anbindung nach Niederaußem und damit Wirtschaftlichkeit ist als fraglich einzustufen. Hier werden Steuergelder verschwendet.

Grundsätzlich lehne ich eine Trassenführung durch die Helmholzstraße in Pulheim-Brauweiler ab und erwarte, dass die Machbarkeitsstudie wie geplant durchgeführt wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-O-405

1001645

1003734

#### Inhalt

betr: Regionalplanerstellung, Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets westlich Kotthausen/ nord, nordöstlich von Herreshagen

Als direkt betroffener Anwohner möchte ich erstmal meinem Entsetzen Ausdruck geben, dass die Herreshagener nur zufällig und auch kurzfristig Kenntnis von so weitreichenden Planungen, die einen Einschnitt bis tief in dörfliche Strukturen bedeuten würden, erhalten haben, als wolle man in absolutistischer Manier still beschließen, was andere später ausbaden müssen. Ganz schlechter Politikstil.

In Herreshagen heißen die von der Regionalplanung betroffenen Flächen Drachenwiese und Schlittenwiese, was unschwer auf die jahrzehntelange Nutzung deutet. Diese Landschaft ist wichtigste Fläche zur Naherholung, Treffpunkt, zum Wandern, auch für Bürger aus einem großen Einzugsgebiet mit einem Wanderparkplatz in Kotthausen. Die wunderbare Höhenlage mit weiten Ausblicken zieht Menschen zu allen Jahreszeiten an und man erlebt hier Natur pur, Greifvögel, Wildtiere, Mondaufgänge??

Die Vorstellung, dass in dieser Lage ein Gewerbe- und Industriegebiet entstehen könnte ist unerträglich. Von jedem Punkt in Herreshagen aus ist das Gelände sichtbar und auch eine Lärmbelästigung, die wegen dieser Höhenlage weithin schallen würde, ist so nicht hinnehmbar.

Herreshagen musste schon durch den Ausbau der L 306, die die Autobahnen A45 und A4 miteinander verbindet und eine unglaublich nervige Lärmbelästigung darstellt, deutlich an Wohnqualität einbüßen. Der Ausbau des bisherigen Industriegebietes im Osten ist durch immer wiederkehrende Brände bei Remondis und die Transportfahrzeuge schon eine Belastung.

Mit einer weiteren Begrenzung von Norden und der Zerstörung und Versiegelung von zum Ortsbild gehörendem Naturraum würde Herreshagen seine dörfliche Struktur verlieren. Ich lade Sie freundlichst auf eine Ortsbesichtigung mit Spaziergang ein, hoffe auf Verständnis und bitte Sie sehr um Einsicht in unsere Lage. Wir werden uns als Nachbarn und Dorfgemeinschaft aber auch beraten und prüfen, wie wir vorgehen und alle uns zur Verfügung stehende Hilfe in Anspruch nehmen um eine weitergehende Planung eines Gewerbe- und Industriegebietes zu verunmöglichen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-406	
1001636	
1002328_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin gegen die Bebauung des Feldbereichs zwischen Quimperle- und Landstraße. Dieser Feldbereich wird von allen Bewohnern in Geilenkirchen und Niederheid genutzt um einfach mal schnell aus den Wohnsiedlungen zu sein. Nicht nur für die Spaziergänge mit unseren Vierbeinern, sondern auch um mal eine kurze Pausen während unserer Arbeit zu machen, wird der Feldbereich gerne für einen Sparziergang oder ein Joggingrunde genutzt. Ich lebe seit meiner Geburt in Niederheid und mit dem Feld verbinde ich auch sehr meine Kindheit. Dort sind wir schon damals mit unseren Fahrräder gefahren oder haben unsere Großeltern bei der Feld Bewirtschaftung ganz erstaunt beobachtet. Auch heute, mit 35 Jahren, schaue ich gerne auf das Feld. Besonders schön erstrahlt es, wenn der Raps dort in seiner leuchtend sonnengelben Farbe den Tag verschönert. Auch der Spätsommer ist herrlich zu bestaunen, wenn der Roggen oder Hafer goldig schimmert und später gemäht und die Reste als Strohballen dienen. Selbst jetzt, wenn das Korn und die Heuballen schon abgeholt worden sind, ist es schön. Es gibt einen Ruhe, einfach mal vom Alltag abzuschalten. Ich bin mir sicher, dass ich nicht die Einzige bin, die dies so sieht. Viele verbinden dort die Abendrunde im Feld und man lernt dort neue Bewohner kennen oder man trifft die Nachbarn und unterhält sich dort und tauscht sich etwas aus. Ich weiß nicht, ob sie dieses Gefühl kennen und ob sie auf dem Land großgeworden sind, aber ich würde es nicht eintauschen wollen. Hiermit möchte ich Sie bitten, kein Neubaugebiet zu erstellen. Bitte lassen Sie uns das kleine bisschen Natur zwischen den Dörfern um einfach mal abschalten zu können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich (s. Stellungnahme ID 1003673) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-407

1001654

1003605

#### Inhalt

Ich bin ganz klar gegen das neue Industriegebiet. Meine Kontra Punkte sind: Verlust von Wald und Grünfläche, Verlust von Natur und Umwelt, Lebensraum der Tiere wird zerstört, Lärmbelästigung für Anwohner durch Bau und Betrieb, der ländliche Dorfcharakter wird zerstört, Flächenversiedelung ist nicht zu vernachlässigen, Verkehrszunahme und Lichtverschmutzung.

Ich denke es gibt bessere Standorte für ein Gewerbegebiet ohne so gravierende Einschritte für die Bevölkerung und Natur!!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-409	
1001594	
1002382_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte hiermit schriftlich Stellungnahme gegen die Errichtung des Industrieparks darlegen und hoffe, dass diese auf (noch vorhandenen) fruchtbaren Boden fällt. Industrieansiedlungen produzieren ein Verkehrsaufkommen durch den kontinuierlichen An- und Abtransport von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Fertig- und Halbfertigwaren. Hinzu kommt An- und Abfahrt der Beleg- und Kundschaft, welcher durch ein eventuelles Schichtsystem am frühen Morgen, zur Mittagszeit und spätabends zu Verkehrsspitzen führen kann. Die Bauzeiten werden viele Jahre in Anspruch nehmen, so dass der Baustellenverkehr im erheblichen Maße das nächste Jahrzehnt mitbestimmen wird. Ebendiesem Verkehrsaufkommen wird durch den Bau von Umgehungsstraßen entsprochen, welche als solche Ortschaften durchschneiden oder umfahren. Dies gilt nicht für das Stadtgebiet Geilenkirchen. Hier wird der potenzielle Verkehr weiterhin beidseitig der Wurm fließen müssen. In Hückelhoven führte die Führung durch Hilfarth bereits zu diversen Protesten der Anwohnerschaft. Es bleibt ? auch die Verkehrsflächenversiegelung ist Zerstörung von Boden! Viel Verkehr bedeutet auch viel Ausstoß von Abgasen und entsprechendem Lärm. Gerade in Rückstausituationen an engen durch Hindernisse einspurig gehaltenen Durchfahrtstrassen kann diese erheblich für die direkte Anwohnerschaft sein. Der Bauboom in der Niedrigzinsphase gepaart mit der Überteuierung der Großstädte führte in den letzten Jahren zur Ausweisung diverser Neubaugebiete z.B. in Teveren und Hünshoven. Auch wenn lokale Ansiedlungseffekte der Belegschaft und ihrer Angehörigen bei der Schaffung neuer Industriegebiete in Zeiten der Automobilität nicht mehr nachweisbar sind (Bsp: Lidl- Übach-Palenberg), werden sie aber von Wachstumsverfechtern als solche propagiert und so wird ein weiterer Druck auf die Ausweisung neuer Baugebiete entstehen. Der demographische Wandel, gepaart mit einem spätestens mittelfristig endenden Bauboom wird hier Fehlentwicklungen schonungslos aufdecken. Kurz: Wir werden älter und wir werden weniger. Der Zuzug aufgrund des derzeit herrschenden Preisdrucks der Großstädte wird nicht anhalten. In den kommenden Jahren wird sich der Leerstand in den gewachsenen Siedlungsbereichen dramatisch erhöhen, so dass wir im schlimmsten Fall verödete Dörfer und Siedlungskerne gegenüber Neubaugebieten vorfinden werden, die die ökonomische aber auch ästhetische Attraktivität Geilenkirchens beeinträchtigen werden. Die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel wie z.B. an die Bahn, dient ausschließlich dem Güterverkehr. Der Bahnanschluss für ÖPNV ist ja schon vorhanden. Parkplätze an Durchfahrtsstraßen werden aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens wahrscheinlich entfallen müssen und verknappen in Straßendörfern wie Würm den Parkraum für die Einwohnerschaft. Je nach Industrie</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

oder Gewerbe entstehen erhebliche Wasserbedarfe, welche die Wasserversorgung der Landwirte oder Privatpersonen einschränken können. Dies trifft uns in einer jetzt bereits angespannten Wasserversorgungslage mit jetzt schon belastetem Grundwasser, welche durch die trockenen Jahre sicherlich nicht besser werden kann. Bedenken Sie die Folgen des Klimawandels. Auf diesen Flächen produzieren Landwirte Kartoffeln, Mais, Zuckerrüben, Raps, Ackerbohnen und vieles mehr. Durch die Versiegelung werden wahrscheinlich 5-10 Landwirte Ihre Lebensgrundlage verlieren. 199 ha werden versiegelt. Weitere 39 ha werden für die Umrandung um das Industriegebiet benötigt. Das Industriegebiet Lidl in Übach-Palenberg ist gerade mal 7 ha groß. Das Industriegebiet Lindern 240 ha! Seit Jahren werden Neubaugebiete und Gewerbegebiete ausgewiesen. Nunmehr auch 21 ha auf der Höhe von Hatterath. Die Zerstörung von hochwertigen Böden für die Landwirtschaft nimmt besorgniserregende Dimensionen an. Der Kreis Heinsberg hat im 1. Quartal 2021 eine Arbeitslosenquote von 5,6 %. Richtig ist, dass für diese Menschen ein gutes Arbeitsplatzangebot geschaffen werden sollte. Nur handelt es sich hier zu einem guten Teil um Menschen, die nur ein geringes bis kein berufliches Qualifikationsprofil aufweisen. Insofern ist nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen das Problem (denn schon vor fast fünf Jahren hat der Kreis Heinsberg mit der IHK und Arbeitsagentur den herrschenden Fachkräftemangel für unsere regionale Wirtschaft zur großen Herausforderung und Zukunftsaufgabe erklärt). Die Lösung für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen liegt zumeist in ihrer Weiterbildung und Qualifizierung. Weiterhin wird die Zahl der Arbeitnehmerschaft im Kreis Heinsberg um 10% sinken. 15% gehen in Rente. Zahlenmäßig rutschen nur 5% nach. Ein Industriegebiet Lindern führt nur zu einer zunehmenden Konkurrenz um Arbeitskräfte zwischen den regional angesiedelten Unternehmen. Weiterhin entstehen gerade in Düren, Erkelenz und Heinsberg Zukunftsprojekte und alle versprechen viele, viele Arbeitsplätze für den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Manche Rhetorik erinnert an die Probleme, wie sie Duisburg Rheinhausen vor über 30 Jahren hatte. Dies entspricht nicht der heutigen und zukünftigen Entwicklung. Vielmehr werden wir bald die Verknappung des Arbeitskräfteangebots erleben. Es müssen zirka 70 ha an Ausgleichflächen entstehen. Wo sollen diese Ausgleichflächen eigentlich entstehen, wenn es kaum mehr Land zu kaufen gibt? Der Ausgleich muss durch Ökopunkte erfolgen. Dadurch profitieren viele Menschen in Deutschland, welche ein schönes Naturschutzgebiet von uns Geilenkirchenern finanziert bekommen, nur eben keine Geilenkirchener\*innen. Nun komme ich zu dem Kostenfaktor: Allein für die Planung muss Geilenkirchen jährlich mit Kosten i.H.v. 300.000 ? rechnen. Das sind in fünf Jahren rund 1.500.000 ? Ihrer Steuergelder! Die komplette Erschließung der Fläche wird nach aktuellem Stand bis zu 100 Millionen ? kosten. Nachtrag: Die Kosten haben sich mittlerweile auf 120 Millionen ? erhöht. Die wahren Kosten (Elbphilharmonie, Flughafen BER) werden wir erst in vielen Jahren kennen! Ich bedanke mich, dass ich mich hierzu in schriftlicher Form äußern darf und hoffe, dass gerade im Bezug zum derzeit bestehenden kriegerischen Konflikt, welcher uns gerade in Bezug auf die Knappheit von Ressourcen mahnend erinnert, dass eine zukunftsweisende, ökologisch und ökonomisch vernünftige Entscheidung getroffen werden kann.

## Inhalt

ich habe mitbekommen, dass Sie den Regionalplan für Neubrück, Brück und Rath neu ausarbeiten möchten. Sie wollen gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsflächen, unversiegelte und landwirtschaftlich bewirtschaftete Freilandflächen für weitere Wohnbebauung umwidmen.

Ich möchte hiermit große Bedenken für die Bebauung dieser Flächen anbringen:

1. Neubrück ist eine Trabantenstadt mit vielen Wohnungen in vielen mehrgeschossigen Wohnblöcken, d.h. wir haben hier sehr viel Wohnraum auf wenig Fläche. **Die naturnahen und wohnortnahen Flurstücke sind für unseren Stadtteil sehr wichtige Naherholungsgebiete**, die von vielen Neubrücker, Brücker und Rath Bürger zur Naherholung aufgesucht werden!!! Auch ich bin in den Feldern als Naherholungsgebiet viel unterwegs, obwohl ich nicht in unmittelbarer Umgebung wohne. Es gehen viele Menschen dort spazieren, führen ihre Hunde aus, treiben Sport und genießen auf den Bänken die Natur und die Ruhe. Gerade für unsere große Siedlung (ca. 8000-9000 Einwohner) ist diese Naherholungszone so wichtig, da es keine direkte Verbindung und Anbindung zu anderen Naherholungsgebiete gibt.
2. Fast täglich wird **in der Presse über die zunehmende Aufheizung der Städte durch den Klimawandel** berichtet. **Die Notwendigkeit, unversiegelte Grün-Flächen zu erhalten bzw. neu einzurichten** ist allen bekannt und wird von uns hiermit eingefordert.
3. Es wird doch sogar überlegt, Schottergärten und versiegelte Flächen bei Privatgärten zu verbieten!
4. **Es ist doch wirklich allgemein bekannt, dass jede Versiegelung bzw. Bebauung von Flächen zum weiteren Anstieg der Temperatur führt!!!**
5. Es ist weiterhin sehr bekannt, dass wir **dringend die Frisch- und Kaltluftschneise** brauchen, die für einen Temperatenausgleich der Stadt sorgt
6. Außerdem sind die unten genannte Flurstücke wichtig für das **Erhalten und Überleben der Tiere** : hier rasten verschiedene Zugvögel, Feldhasen und andere heimische und bedrohte Tierarten, für die auch in Städten der Lebensraum erhalten bleiben muss.
7. **Eine Stadt darf nicht auf Kosten der Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zugebaut werden!**

Ich bitte Sie, meine Bedenken für weitere Bebauung in unserer geschützten Landschaft

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

## Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungssebenen.

erst zunehmen.

Mit freundlichem Gruß,

[ANONYMISIERT]

Wichtig ist die Angabe der Flurstücke: **Neuaufstellung des Regionalplans:**  
**Flurstücke: 8-808-006 8-809-010 8-807-005 8-807-004**



AZ: Ö-O-411

1001626

1002391

#### Inhalt

Das Gebiet zwischen Neubrück, Rath und Brück ist ein sehr wichtiges Naherholungsgebiet und Luftschneise für die sehr eng bebaute Gegend. Ich in dort viel unterwegs ebenso wie sehr viele Menschen der umliegenden Stadteile. Gerade für Neubrück und das Neubaugebiet in Brück halte ich eine Naherholungsmöglichkeit für unbedingt erforderlich. Gegen eine so weitgehende Bebauung protestiere ich.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-412

1001647

1003645

#### Inhalt

Als langjähriger Anwohner und aktives Mitglied der Gemeinde und des Ortsteiles Brück plädiere ich aus Naturschutz- und Klimagründen vehement dafür, die Naturzone und Frischluftschneise zwischen Brück und Rath für und die folgenden Generationen dringend komplett aus der Bebauungsplanung zu nehmen und zu erhalten!

[ANONYMISIERT]

6facher Vater

Sonderschullehrer seit 27 Jahren

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-413	
1001662	
1002406_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte hauptberuflich als Junglandwirt meinen landwirtschaftlichen Betrieb im Kreis Heinsberg - Ortslage Oberbruch. Durch den enormen Flächenverbrauch im Kreis HS, wie er im Regionalplan vorgesehen ist, wäre auch mein Betrieb betroffen.</p> <p>Besonders betroffen ist mein Betrieb jedoch durch die Ausweitung von Naturschutzgebieten entlang der Rur und Wurm, da mein Betrieb direkt zwischen Rur und Wurm liegt. Sollten Ihre Pläne bezüglich Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete (hier will die EU ein Spritzmittelverbot) verwirklicht werden, steht mein Betrieb vor dem Aus. Daher habe ich große Existenzängste und lege hiermit Widerspruch gegen Ihre Pläne ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-414	
1001511	
1006210	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Es handelt sich hier um die Umwandlung der Fläche in <b>Burscheid Dierath</b> von Landschaftsschutzgebiet in ASB.</p> <p>Hierzu habe ich Auszüge aus einer Mail von der Verantwortlichen der Stadt Burscheid beigefügt und möchte diese kommentieren: <i>"Da der Flächennutzungsplan der Stadt Burscheid jedoch für den Bereich keine Wohnbaufläche vorsieht, fehlt hier die Grundlage für eine bauliche Entwicklung. Sowohl Bebauungspläne als auch die Änderung/Neuaufstellung des Flächennutzungsplans müssen politisch gewollt sein. Derzeit ist nicht erkennbar, dass ein politischer Wille besteht, die von Ihnen benannten Flächen baulich zu entwickeln. Im Gegenteil ist immer wieder betont worden, dass in den nächsten Jahren die Entwicklung von zentral liegenden und gut erschließbaren Flächen Vorrang hat.</i></p> <p><i>Dennoch wurde die von Ihnen angesprochene Fläche im informellen Beteiligungsprozess zur Neuaufstellung des Regionalplans hinsichtlich eines größtmöglichen Spielraums bei der Erschließung neuer Wohnbaugebiete durch die Stadt Burscheid eingebracht. "</i></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist teilweise entsprochen (s. StnID 1003888 und 1002367).</p>

AZ: Ö-O-42

1001159

1000688

#### Inhalt

Ich möchte wissen, ob mein Grundstück von irgendwelchen Veränderungen betroffen ist.

Die Adresse lautet: "[ANONYMISIERT]"

Der vorliegende Regionalplan ist so stark verpixelt, dass ich nicht erkenne, wo die Linien und Flächendarstellungen entlang gehen. Ohne Nachvollziehbarkeit und Lesbarkeit eines veröffentlichten Dokuments kann meines Erachtens keine Bürger Zustimmung erfolgen. Ich bitte um Aufklärung und erbitte eine Zusendung von genaueren Darstellungen mit Darstellung meines Grundstückes in Leverkusen-Höfen. Es gibt Gerüchte, dass das vorhanden Naturschutzgebiet / Landschaftschutzgebiet auf die angrenzenden privaten Grundstücke ausgeweitet werden sollen, diese Ausweitung würde dann eine Nutzung der privaten Gärten unterbinden bzw. einschränken. Dem möchten wir als Eigentümer keinesfalls zustimmen, da es einer Enteignung und Entwertung des Eigentums gleich kommen würde. Ebenso sehe ich die Gefahr, dass wir als Familie den Garten nicht mehr in der jetzigen Form & Umfang nutzen könnten.

Bitte um Kontakt und Zusendung von klärenden Unterlagen

[s. Anhang Abb. ID 1000688\_1 ]

[s. Anhang Abb. ID 1000688\_2 ]

#### Anhänge

[Abb. ID 1000688\\_1.pdf](#)

[Abb. ID 1000688\\_2.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-O-424	
1001694	
1002465	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Leider ist es mir nicht möglich einen genauen Einblick in ihre Planung zu nehmen, da beim ranzoomen die Feldblöcke verpixelt sind und somit nicht mehr eindeutig zu erkennen sind. Ich sende Ihnen daher meinen aktuelles Flächenverzeichnis zu und beziehe meine Bedenken auf alle dort aufgeführten Flächen. Da wir in der Hocheifel die kompletten Flächen liegen haben, ist die Bewirtschaftung schon eingeschränkt. Schon jetzt haben wir anteilig mehr Fläche, als Betriebe in den niedriger gelegenen Bezirken, um die Futtergewinnung sicherstellen zu können. Sowohl die Beweidung , als auch die Mahd sind durch die späte Vegetation ( 620 -690 m ü. NHN) begrenzt ( meistens nicht vor Mai bis maximal Ende Oktober) . Wird jetzt noch eine Einschränkung durch ausgewiesene Naturschutzflächen hinzu kommen, ist eine Bewirtschaftung nicht mehr rentabel. Schon jetzt ist dies eine Herausforderung. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt.]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-425	
1001562	
1003769	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zeichnerischen Festlegung RegPlan Koeln Blatt 06-07 Oberbergischer Kreis Textliche Festlegung Umweltbericht RegPlan Koeln Anhang E GIB-GIBZ.</p> <p>Als Einwohner von Herreshagen, sind wir direkt betroffen von der geplanten Neuaufrstellung des Regionalplanes im Bereich Gummersbach/Herreshagen und möchten fristgerecht zum Regionalplan wie folgt Stellung nehmen: Herreshagen liegt ca. 5,9 km vom Stadtzentrum Gummersbach entfernt in einem Tal zwischen den nördlichen Erhebungen Stentenberg und Warenkopf sowie den südlichen Anhöhen Gummershardt und Sonnenberg. Es handelt sich um ein altgewachsenes Dorf, das erstmals 1535 urkundliche Erwähnung fand, und weist die für das Oberbergische typischen ländlich-dörflichen Strukturen auf: ein kleines Siedlungsgebiet umgeben von Offenland mit Streuobstwiesen, Pferdekoppeln sowie landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben von Wald. Bisher weitgehend ungestört wird der Ort eingebunden in die Landschaft im Westen, Süden und Norden. Lediglich im Osten wurde die einstige Anhöhe Sonnenberg inzwischen durch die Erschließung des bereits bestehenden Gewerbegebietes weitestgehend abgetragen und 'verschandelt'.</p> <p>Bei der aktuell geplanten Fläche von insgesamt 29,3 ha im Norden von Herreshagen handelt es sich um den bei Wanderern, Spaziergängern, Radfahrern und Reitern beliebten 'Warenkopf' und hat damit für uns als Anwohner als auch für viele Menschen aus der Region einen hohen Naherholungswert.</p> <p>Durch die Nähe zur Kreisstadt Gummersbach ist das Dorf bisher als Wohnort bei jungen Familien, die sowohl nach Studium und Familiengründung zurückgezogen als auch ganz neu zugezogen sind, aber auch bei den Alteingesessenen beliebt. Zwischen Alt und Jung gibt es ein gutes Miteinander und im Verein wird die Dorfgemeinschaft (Maifeier, Martinsfeuer, Seniorentreffen) und das Dorfbild (Ruhebänke rund um das Dorf, Spielplatzpflege, etc.) aktiv gepflegt. Durch ein weiteres Gewerbegebiet, das so nah und einschneidend in das Landschaftsbild eingreift, befürchten wir jedoch, dass die Attraktivität als Wohnort deutlich abnimmt. Auch durch den unweigerlich zunehmenden Verkehr, nicht nur von Osten von der Westtangente aus, sondern auch von Westen über die L306 und die von dort nähere Anbindung an die A4 Richtung Köln, und der damit einhergehenden Lärmbelastung der Anwohner und Gefährdung der Dorfkinde im Straßenverkehr würde die Wohnqualität zusätzlich sehr beeinträchtigt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Neben dem 'Wohlfühlfaktor' hat die Fläche jedoch auch umwelt- und klimapolitische Bedeutung. Im Umweltbericht des RegPlan Koeln Anhang E GIB -GIBZ sind 'hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich bei zwei Kriterien (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.'

Im Bereich über der Rosenstr. handelt es sich unseres Wissens um ein Gebiet für den Gewässerschutz. In diesem Bereich durften Anwohner nicht einmal ein Gartengerätehaus auf ihrem Grundstück aufstellen, so dass es doch sehr verwundert, dass nur wenige hundert Meter entfernt ein Gewerbe- und Industriegebiet denkbar sein soll. Diese große gehölzfreie Fläche mit Einzelbäumen, kleineren Baumgruppen und einer tollen nahezu ringsum Fernsicht wird aktuell als Pferdekoppeln durch den Ponyhof Neuhoff (hier wurde der Hof gerade von der nachfolgenden Generation übernommen!) und Felder zum Anbau von Futtermais und Silage genutzt und bietet so vielen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum und Schutz und sind daher entscheidend für die Biodiversität.

In diesem Zusammenhang ist auch die Lichtverschmutzung ein wichtiges Thema. Denn fast alle nachtaktiven Insekten, wie z.B. Hornissen (die erfreulicherweise auch wieder vermehrt in Herreshagen gesichtet werden) reagieren stark auf künstliche Lichtquellen und sind hierdurch stark gefährdet. Inzwischen weiß man, dass der Biodiversitätsverlust nur zu einem sehr kleinen Teil durch technische Maßnahmen ersetzt werden kann und betrifft damit nicht nur uns, sondern auch künftige Generationen.

Das Gebiet ist zudem auch kulturlandschaftlich bedeutsam, verläuft hier doch mittendurch ein Teil der historischen 'Zeithstr.' Es handelt sich hierbei um die Trasse der alten Fernhandelsstraße - der heutigen B 56- die eine Verbindung vom Rheintal in Siegburg zum Hellweg (Hagen, Dortmund) herstellte. (Karte: <https://www.kuladig.de/Karte/KLD-252361>)

Dies alles sind unseres Erachtens schwerwiegende Gründe, die vorgenannte Fläche nicht in den Regionalplan mit aufzunehmen. Wie in den Vorbemerkungen des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes auf Seite 7 wohl bemerkt ist 'Fläche ein knappes Gut und der sparsame Umgang ist Voraussetzung für eine nachhaltige Bodenpolitik.'

Dem gegenübergestellt steht natürlich, dass 'über die ausreichende Flächendisposition sichergestellt sein soll und muss, dass standortsuchende Betriebe in der Wirtschaftsregion Oberberg verbleiben' und dass 'tragfähige Industrie- und Gewerbeflächenkonzepte zwischen ökonomischen Wachstumswünschen, Umwelt-, Klimaschutz und Nachhaltigkeit abgestimmte, zukunftsweisende Modelle bieten müssen'. Unserer Meinung nach zieht dieses Argument jedoch für die Fläche Gummersbach/Herreshagen nicht!



Für den Oberbergischen Kreis wurde auf Grundlage der Gewerbe- und Industrieflächenanalyse durch das Kölner Planungsbüro Dr. Jansen unter der koordinierenden Mitwirkung der Oberbergischen Aufbau GmbH das Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises erstellt. Das Konzept diente als Grundlage, um geeignete Bereiche für industrielle und gewerbliche Nutzung im neuen Regionalplan anzumelden.

Gemäß dem Industrie- und Gewerbeflächenkonzept des Oberbergischen Kreises wurde der Bedarf an Flächen für die gewerbliche Nutzung bis 2035 für das mittlere Kreisgebiet, dem Gummersbach zuzurechnen ist, mit 69 ha und die vorhandenen Reserveflächen mit 122 ha ermittelt. Darüberhinaus gibt es weitere 37 ha große Brachflächen, von denen 48% ein Flächenvolumen von 0.5 bis 2 ha haben und 28% sogar von 2 bis 5 ha. Im fraglichen Gebiet besteht also überhaupt kein Bedarf an Gewerbeflächen!

Anders sieht es wohl für Industrieflächen aus. Da liegt der Bedarf bei 104 ha und die vorhandenen Reserveflächen bei 24 ha. Wenn man sich nun nochmal die aktuell vorgeschlagene Fläche anschaut und mit der ursprünglichen Vorschlagsfläche aus der Analyse vergleicht ([www.obk.de](http://www.obk.de) > Planen, Bauen, Umwelt> Planen und Entwicklung > Industrie & Gewerbeflächen > Flächensteckbriefe 5.7 > S. 43), stellt man fest, dass es sich bei der Analysefläche um eine 55 ha große kommunenübergreifende Fläche handelte, in der ca. 28 ha als GI tauglich eingezeichnet waren. Diese befand sich auf dem Gemeindegebiet Marienheide und wurde aber letztlich wieder aus der Planung herausgenommen.

Die nun im aktuellen Regionalplan eingegangene Fläche von 29.3 ha ist gemäß dieser Analyse jedoch gar nicht GI tauglich, wäre also nur als reines Gewerbegebiet nutzbar und damit aufgrund ausreichend vorhandener Reserveflächen völlig überflüssig!!! In Abwägung der vorgenannten Sachverhalte bitten wir Sie daher inständig im Sinne einer nachhaltigen Boden- und Umweltpolitik zu entscheiden und die in Rede stehende Fläche aus dem Regionalplan heraus zu nehmen.

AZ: Ö-O-429	
1001293	
1010800	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Regionalplanentwurfs möchte ich hiermit in einer weiteren Stellungnahme von meinem Einspruchsrecht Gebrauch machen. Der Gemeinderat Kreuzau plant mehrheitlich in der kommenden Ratssitzung eine ?Stellungnahme an die Bezirksregierung zur Neuaufstellung des Regionalplans? mit umfangreichen ASB-Gebieten im Gemeindegebiet zu verabschieden. Im Umweltausschuss wurden alle 14, von der Verwaltung vorgeschlagenen ASB-Gebiete, meist gegen die Stimmen der Grünen und teilweise der SPD bereits durchgewunken. (Siehe: Anlagen 1-4 [Hinweis: der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt]) Die Argumente der ?Grünen Ausschuss-Mitglieder? bezüglich der Umwelteinwirkungen wurden allenfalls belächelt. Bei der Gesamtfläche dürfte es sich um ca.70 ha handeln und das nur in den Gemeinden Kreuzau- Stockheim-Drove-Winden. Geplante Baugebiete in weiteren Dörfern im Gemeindegebiet wurden noch gar nicht behandelt. Meines Wissens wurden der Gemeinde Kreuzau max. 35 ha ASB-Gebiete von der Bezirksregierung zugestanden. Besonders gegen vier der geplanten ASB-Gebiete möchte ich vehement Einspruch einlegen. Es handelt sich um folgende Gebiete (siehe Anhang [Hinweis: der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt]):</p> <p>Fläche: 2 ?Hoesch-Aue, Rotes Haus? , westlich kreuzau, unmittelbar an der Rur (Anhang 1 [s. Anhang Abb. StnID_1010800_1])</p> <p>Fläche: 3 Gelände der ?Alte Malzfabrik?, nördlich Kreuzau (Anhang 2 [s. Anhang Abb. StnID_1010800_2])</p> <p>Fläche: 11 Ruraue östlich von Winden (Anhang 3 [s. Anhang Abb. StnID_1010800_3])</p> <p>Fläche: 12 Ruraue südöstlich von Winden (Anhang 3 [s. Anhang Abb. StnID_1010800_3])</p> <p>Ich möchte folgende Argumente vorbringen: Alle vier Flächen liegen in unmittelbarer Nähe des Flusses Rur. Der gesamte Flusslauf durchquert das Gemeindegebiet innerhalb eines Naturschutzgebietes, dessen Grenzen leicht in den entsprechenden Kartenausschnitten des ?inkasPortals? nachgeschaut werden können. An den Ufern befindet sich eine dichte typischen Auenvegetation (z.B.: Schwarzerle, Silberweiden in Winden aber auch in den trockeneren Bereichen südlich Kreuzau : Heckenrosen, Schlehen) Diese Vegetation bietet vielen selten gewordenen Vögeln Schutz und ist Lebensraum für Amphibien: Grasfrosch, Ringelnatter. Ich selbst habe bereits mehrmals den sehr seltenen Eisvogel über dem Gewässer fliegen sehen! Ausserdem hat sich der Biber wieder angesiedelt, was man an entsprechend bearbeiteten Ästen erkennen kann. Auch wenn die geplanten ASB-Flächen nicht in das Naturschutzgebiet hineinreichen, so liegen sie teilweise unmittelbar an seiner Grenze. Der Eisvogel wird</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden und werden ebenfalls für die derzeit vorliegenden Anregungen die Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis für die in der Gemeinde Kreuzau festgelegten Siedlungsbereiche, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Zu den in der Stellungnahme benannten Flächen 2 und 3 möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Abwägung der jeweiligen Teilstellungnahme (ID 1005446 sowie ID 1005447) der Gemeinde Kreuzau verweisen.</p>

sich nicht länger in diesem Gebiet aufhalten. Das Naturschutzgebiet sinkt erheblich in seinem ökologischen Wert. Im Gebiet um die ?Alte rote Villa? (Nördliche Hoeschbrache) habe ich selbst im Frühsommer blühend ?Knabenkräuter? entdeckt. Auch wenn dort bereits sehr alte Gebäude stehen, so hat sich die Natur das Gebiet teilweise zurückerobert. Bei einer Bebauung mit Büros und Einfamilienhäusern würde davon kaum etwas übrig bleiben! Die Gebiete liegen teilweise im bereits kartierte Hochwasserbereich der Rur. (siehe InkasPortal) Allerdings wurde in dieser Kartierung offensichtlich noch nicht berücksichtigt, dass wir bereits in einem veränderten Klima leben. Bei der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr ist die Gemeinde Kreuzau mit einem ?blauen Auge? davon gekommen. Es hat nur noch eine Handbreit zum Überlaufen der Eifeler Talsperren gefehlt. Das war kein ?Jahrtausendhochwasser? sondern wir müssen in Zukunft damit leben, dass es häufiger zu solchen Situationen kommen wird. Jede einschlägige Literatur zu diesem Thema warnt vor einer weiteren Zerstörung, Versiegelung und Bebauung der Flussauen. Man darf gespannt sein wer beim nächsten Hochwasser für die Schäden an den neuen Siedlungsgebieten aufkommt. Leider stößt man im Gemeinderat Kreuzau mit diesen Argumenten größtenteils auf taube Ohren. Auch vom ASB-Bereich ?Bergstraße in Winden? will die Gemeinde Kreuzau nicht absehen obwohl der Ausbau der Bergstraße mit hohen Kosten verbundene wäre und wertvolle weitere Natur zerstören würde. (siehe bereits erfolgten Einspruch von [ANONYMISIERT]) Ich kenne Ihre Meinung zu den oben behandelten Themen nicht, würde mich aber sehr freuen, wenn sie in unserem Sinne entscheiden und die geplanten ASB-Baugebiete nicht zulassen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1010800\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1010800\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1010800\\_3.pdf](#)

AZ: Ö-O-430

1001676

1002448

#### Inhalt

Ich lehne die Trassenführung durch den Abteipark, Brauweiler ab weil:

1. Die schöne Anlage zerstört wird. Wo es doch immer darum geht, Grünflächen zu erhalten, ja auszubauen, sollen hier Grünflächen vernichtet werden. Die Anrainergrundstücke verlieren an Wert.
2. Eine Trassenführung entlang der Bonnstraße bietet sich deswegen an, weil die Bonnstr. um das Gewerbegebiet herum verlegt werden soll. Es verbleibt also die bestehende Trasse für die Bahn.
3. Also warum nicht damit beginnen. Allerdings hätte man sich die Sarnierung der Bonnstr. vor wenigen Jahren sparen können, wenn man dann ernsthaft vorgehabt hätte, die Verlegung durchzuführen.
4. Es bleibt mal wieder das Gefühl, die Regierung bzw. Planer haben keinen Plan. Zumindest erschließt sich dieser mir, und vielem anderen Wählern nicht.
5. Die Trassenführung kann dann parallel zu L 213 Richtung Glessen erfolgen. Hier ist ausreichend Platz für eine Trassenführung ohne Park/Grünflächen zu eliminieren

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-O-431	
1001681	
1002450_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit dem neuen Regional Plan werden die Voraussetzungen geschaffen um noch stärker in landwirtschaftliche Produktion einzugreifen (z.B. PSM anwendung, Anbau von Kulturen, Erweiterungen von Betrieben). Dieses ist aus meiner Sicht auf lange Sicht gesehen nicht zweckführend weil dadurch immer mehr Familienbetriebe aufgeben da sie mit den ganzen Auflagen und beschrenkungen nicht mehr zurecht kommen. Diese Flächen gehen dann an größere Betriebe, wodurch die Flächen größer werden und so weniger vielfalt in der Landschaft vorhanden sein wird. Da ich seit über 25 Jahren im Bereich der Landwirtschaftlichen Betriebsberatung tätig bin bekomme ich diesen Wandel hautnah mit. Inzwischen ist es leider sogar so das selbst größere Betriebe die immer weiter steigenen Auflagen nicht mehr erfüllen können und die eigendliche Nahrungsmittelproduktion immer weiter in den Hintergrund tritt. Mit Besorgnis beobachte ich das immer mehr Wirtschaftsunternehmen Fläche als Spekulationsobjekt kaufen und teilweise auch in die Produktion eingreifen. Noch haben wir im südlichen Rheinland eine offene Landschaft welche den Bürgern viel Erholungsmöglichkeit gibt. Aber mit dem angeblichen weiteren "Schutz" der Landwirtschaft durch Behörden wird dieses bald nicht mehr so sein, da dann wie es im Osten bereits teilweise ist Unternehmen die Landwirtschaft betreiben, welche nur Gewinn für Ihre Aktionäre machen wollen. Die Familienbetriebe welche es jetzt noch gibt heißt es zu erhalten damit so etwas nicht passiert. Dieses kann aber nicht mit zusätzlichen Auflagen und Bestimmungen geschehen. Denn diese Betriebe haben oft schon seit Hunderten von Jahren die Flächen bewirtschaftet und dafür gesorgt das die Bodenfruchtbarkeit erhalten geblieben ist damit ihre Kinder auch auf den Böden wirtschaften können. So ein denken hat ein großes Unternehmen meiner Meinung nach nicht, da diese in der Regel versuchen die höchstmögliche Rendite von der Fläche zu holen.</p> <p>Daher bitte ich Sie sich genau zu überlegen welche weiteren Auflagen Sie der Landwirtschaft noch zutrauen wollen und lehne daher den Regionalplan ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-485	
1001347	
1010812	
<b>Inhalt</b> <p>Diese Wiesen verfügen nicht nur über den ?BSLE-Staus?, sondern sie sind auch bereits seit Jahrzehnten im im Biotopkataster des Kreises Düren (Inkasportal), des LANUV NRW und in den Schutzzinformationen des Landes NRW als schutzwürdiger gut ausgebildeter Biotopkomplex kartiert. Die Einbindung solch ökologisch wertvoller und geschützter Flächen in die Wohnbauentwicklung ist nicht zulässig.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-O-486	
1001347	
1010815	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft Seite 521: Diese Wiesen verfügen nicht nur über den ?BSLE-Status?, sondern sie sind auch bereits seit Jahrzehnten im im Biotopkataster des Kreises Düren (Inkasportal), des LANUV NRW und in den Schutzinformationen des Landes NRW als schutzwürdiger gut ausgebildeter Biotopkomplex kartiert. Die Einbindung solch ökologisch wertvoller und geschützter Flächen in die Wohnbauentwicklung ist nicht zulässig.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-487	
1001731	
1008443	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit beziehe ich mich als Landwirt auf die Neuaufstellung des Regionalplanes und die Pläne der massiven Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Sie schreiben im Regionalplan ebenfalls, dass Sie die die Belange der Landwirte hören und sicherstellen wollen. Dies steht in deutlichen Konflikt zu den Zielen, den Pflanzenschutzmitteleinsatz so drastisch einzuschränken. Wir Landwirte praktizieren seit Jahren einen verantwortungsbewussten Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Pflanzenschutzmitteln, die uns die Produktion und damit die Ertragsgrundlage sichern. Eine Umsetzung der Pläne würde noch stärker, als ohnehin schon, den globalen Wettbewerb verzerren, uns deutsche Landwirte schädigen und die Umweltschäden durch weniger sachgemäße Landbewirtschaftung in Drittländern stärken. Ich wünsche mir, dass Sie sich von Praktikern und Fachleuten die lokale Landwirtschaft erklären lassen und einsehen, welch hohe Standards wir bereits erfüllen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-488	
1001732	
1003735	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme : Nein zum Gewerbegebiet Gummersbach-Herreshagen.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, als direkter Anwohner des Tiefentaler Wegs, wo oberhalb das Gewerbegebiet entstehen soll, möchte ich ein klares Nein zu diesem Vorhaben bekunden. Ich wohne in einem kleinen Dorf, mit schöner Landschaft, guter Luft und Ruhe. Ein idealer Platz für Kinder. Falls dieses Gewerbegebiet realisiert werden sollte, habe ich Bedenken wegen dem Lärm, der Verkehr wird zunehmen, die Luft und das Licht nicht mehr die Gleichen. Zudem wird mein Haus , was ich jahrelang gehegt und gepflegt habe und nun nächsten Monat noch mit erneuerbaren Energien betrieben wird nicht mehr das wert sein was es jetzt ist. Die Kinder können nicht mehr so unbeschwert hier leben. Also nochmals ein klares NEIN zum Gewerbegebiet Gummersbach-Herreshagen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-489

1001733

1003649

#### Inhalt

Wir wohnen zwar in Köln-Zollstock und nicht am Flurstück 8-808-006, haben dort allerdings Freunde wohnen, über die wir auf dieses Thema aufmerksam geworden sind.

Ich kann mich lebhaft an einen Vortrag Prof. Dr. Albert Speers im Kölner SAS-Radison erinnern, in dem er unter anderem auf die Wichtigkeit von Durchlüftungsflächen für die Stadt Köln hingewiesen hat. In seinen Vortrag erläuterte er, dass diese Durchlüftung nicht nur für eine saubere Luft Sorge, sondern im Sommer auch für erträglicher Temperaturen in der gesamten Stadt wichtig sei. Ein wesentlicher Punkt waren hierbei exakt solche Flächen wie das hier behandelte Flurstück.

In Zollstock führen wir - u. a. vor dem Hintergrund der Parkstadt-Süd - auch immer wieder die Diskussion über diese Durchlüftungsflächen. Bei uns kann man speziell in diesem Sommer an der Rederberger Brache täglich am eigenen Leib fühlen, wie hoch der Effekt dieser Flächen ist. Wir bitten Sie, die wichtige Funktion des Flurstücks für das Stadtklima ganz Kölns in Ihrer Betrachtung einzubeziehen und entsprechend zu werten. Wir befürchten, dass die geplante Umnutzung des Geländes in der jetzigen Form kritisch für die Temperaturen ganz Kölns ist. Lassen sie die Stadt bitte nicht noch heißer werden.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-49	
1001181	
1000783	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der öffentlichen Auslegung zur Neuauftellung des Regionalplans Köln nehmen wir als Vorstand des Ortsvereins Bickendorf-Ossendorf der SPD Köln die Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr und beantragen die Umwandlung der bisher im Regionalplan als GIB ausgewiesenen Fläche der Stadt Köln, Bezirk Ehrenfeld zwischen Venloer Straße/ Wilhelm-Mauser-Straße/ Akazienweg/ Bahntrasse HGK (Flurstücke 970, 1542, 1543, 1792, 1853, 1854, Flur 76, Gemarkung Müngersdorf) als ASB-Fläche festzulegen.</p> <p>Begründung: Der internationale Kosmetikkonzern Coty wird innerhalb der nächsten Monate seine Produktion auf dem oben genannten Fläche beenden. Das rund 17 Hektar große Gelände wurde bereits von einem Projektentwickler erworben. Es gehört zum Kölner Stadtteil Bickendorf. Da mit der Neuauftellung des Regionalplans der Entwicklungsrahmen für die nächsten 25 Jahre gesetzt werden soll, wie es im Entwurfstext heißt, sehen wir als SPD-Ortsvereins-Vorstand für Bickendorf die politische Notwendigkeit auf der einen Seite städtebauliche Perspektiven für den Stadtbezirk zu eröffnen, aber auch klare Leitlinien für die mögliche Entwicklung eines neuen Stadtquartiers in Bickendorf zu diskutieren. Bisher ist im Regionalplan vorgesehen, das Gelände als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) fortzuschreiben. In der Stadt Köln werden seit Jahren zu wenige neue Wohnungen gebaut, was zu einem starken Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt geführt hat. Das gilt insbesondere auch für den Stadtbezirk Ehrenfeld. Und Köln zählt aufgrund der gegenwärtigen und prognostizierten Entwicklung der Einwohnerzahlen und Haushaltszahlen darüber hinaus zu den wachsenden Städten. Es gilt, die Chance der Regionalplanüberarbeitung zu nutzen, um über die Darstellung weiterer Siedlungsbereiche die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige, generationengerechte und räumlich ausgewogene Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile zu schaffen. Zugleich ist vor dem Hintergrund einer zunehmend vom Klimawandel betroffenen verdichteten Stadt ein verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource "Fläche" gefordert, um die bestehenden Siedlungspotenziale und Innenentwicklungspotenziale umzusetzen. Dazu zählen für uns energieeffiziente, auf erneuerbare Energien basierende Heizsysteme, Dachbegrünungen etc. Wenn man sich zugleich vor Augen führt, dass jede zweite Bewohnerin/ jeder zweite Bewohner in Köln Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat, wird die besondere Herausforderung an die Schaffung von zusätzlichem, preiswerten Wohnraum deutlich. Von daher setzen wir uns als SPD Bickendorf dafür ein, ein mögliches neues Coty-Quartier so zu entwickeln, dass möglichst viel für die Durchschnittsbevölkerung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p> <p>Da im Rahmen der öffentlichen Auslegung von Seiten der Kommune keine Umwandlung der Festlegung in ASB angeregt wurde, ist die Beibehaltung der Festlegung GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.</p>

erschwinglicher Wohnraum entsteht. Von daher kann das kooperative Baulandmodell keine ausreichende Grundlage bieten. Insbesondere die Einbeziehung von gemeinnützig orientierten Wohnungsgenossenschaften in die Entwicklung des Geländes bietet die Gelegenheit für die Errichtung preisgedämpfter Wohnungen. Der Entwicklung des Coty-Geländes als Luxus-Wohnanlage erteilen wir eine klare Absage. Die Festlegung der Coty-Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) lässt auf dem 17-Hektar-Areal auch Entwicklungspotential für gewerbliche Nutzungen und damit Schaffung von Arbeitsplätzen, was unter der Leitlinie ?Wohnen und Arbeiten zusammenbringen? sinnvoll wäre. Ein solches zukunftsorientiertes Mischgebiet ist im Bezirk Ehrenfeld auch für das sogenannte Max-Becker-Areal geplant. Und das Coty-Quartier wäre noch einmal 40 Prozent größer als das Max-Becker-Areal. In allgemeinen Siedlungsbereichen sind neben Wohnbauflächen unter anderem Gemeinbedarfsflächen (zum Beispiel für Schulen), Grünflächen aber auch Verkehrs- und Versorgungsflächen verortet. Eine Darstellung als allgemeiner Siedlungsbereich im Regionalplan ist deshalb nicht mit einem reinen Wohnbaupotenzial gleichzusetzen. Daraus definieren sich für uns als SPD-Bickendorf weitere Entwicklungs-Eckpunkte für ein neues städtisches Quartier: Die Errichtung einer Gesamtschule sowie einer Kita als Familienzentrum mit sozialen Mehrzweckräumen, die nicht nur Kindern und Jugendlichen, sondern auch Älteren Angebote bieten. Ebenfalls notwendig sind aus unserer Sicht Räume für Kunst und Kultur, Übungsräume für Musizierende, Ateliers. Wir sehen hier die gute Gelegenheit, an die Tradition der Künstlergruppe der ?Kölner Progressiven? in der Bickendorfer Rosenhofsiedlung anzuknüpfen. Der Architekt Wilhelm Riphahn sah beim Bau der Rosenhofsiedlung der GAG ab 1922 vier Ateliers für Künstler vor. Das Verkehrskonzept in einem neuen Quartier sollte selbstverständlich eine gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraums für Fußgänger, Rad- und Autofahrer vorsehen. Dazu gehören für uns eine feste Car-Sharing- und Bike-Sharing-Station und eine feste E-Roller-Station ebenso dazu wie z.B. ein Quartier-internes Leihsystem für Elektro-Lastenräder. Mit der Festlegung als ASB-Gelände kann im Rahmen der Neuauflistung des Regionalplans ein erster planerischer Schritt für ein innovatives, nachhaltiges und soziales Stadtquartier getan werden. Zentrales Ziel eines neuen Quartiers muss sein, sich dem bestehenden Stadtteil Bickendorf zu öffnen und kein durch die Venloer Straße abgetrenntes Quartier zu werden. Die Ausgestaltung des Geländes muss in einem breiten öffentlichen Diskurs erfolgen, der in die Entwicklung eines Zielbildes und in ein Werkstattverfahren als Wettbewerb der besten Ideen mündet, bevor die Politik die Grundlagen der Bauleitplanung beschließt.

AZ: Ö-O-490	
1001741	
1002686	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Planung eines weiteren Gewerbegebietes in Simmerath, zwischen den Orten Kesternich und Strauch lehne ich aus folgenden Gründen ab: 1. Das Argument, den Schwerlastverkehr besser in Richtung Schleiden/Gemünd zu leiten ist meiner Meinung nach falsch ! Der Anteil des LKW-Verkehrs in diese Richtung ist ohnehin geringer, als der Anteil in Richtung Aachen oder Köln. Wegen der Anbindung an die Autobahn bei Lichtenbusch kommen Zulieferer eher aus dieser Richtung oder über Nideggen/Erftstadt. Das gleiche gilt für den Pkw-Verkehr. Eine zusätzliche Straße würde keine Entlastung für die Orte Kesternich und Strauch bringen. In Richtung Aachen wird jeder weiterhin die breit ausgebaute B266 nutzen und in Richtung Köln weiterhin die L246 in Richtung Nideggen. Der Anteil des privaten Verkehrs ist in Richtung Schleiden ebenfalls gering. Die Anbindung der Einwohner der Orte der Gemeinde Simmerath ist in Richtung Aachen größer. Meines Wissens nach ist der aktuelle LKW und Pkw-Verkehr in diesem Bereich auch nicht untersucht worden und meines Wissens nach ist auch kein Konzept für die zukünftige Lenkung oder vielleicht sogar Reduzierung des Straßenverkehrs erstellt worden. 2. Das Argument, ein weiteres Gewerbegebiet schafft zusätzliche Arbeitsplätze - stimmt so auch nicht ganz! In den vorhandenen Gewerbe-immobilien ist durchaus Leerstand zu beobachten. Der Einzelhandel hat es im Zuge der wachsenden Online-Angebote immer schwieriger. Die bekannten Discounter sind bereits vertreten. In einem weiteren Gewerbegebiet werden also wie so oft Lagerhallen und Betriebe mit eher weniger "neuen" Arbeitsplätzen entstehen. 3. Als Anwohner des Süd-westlichen Tels von Strauch (Monschauer Str.99) wären wir zwischen 3 Gewerbegebieten quasi eingekesselt. Im Süd-Westen Simmerath, im Westen Rollesbroich und dann zusätzlich im Süden Kesternich. 4.in Zeiten, in denen wir weniger versiegelte Flächen, Hochwasser und Klimaschutz fordern - ist eine neue Straße und ein zusätzliches Gewerbegebiet meiner Meinung nach nicht die richtige Entscheidung. Neben der Versiegelung weiterer Flächen würden auch weitere Flächen der Landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Auch das ist aktuell ein Argument gegen diese Planung. 5. Wenn dieses Gewerbegebiet und die dazugehörige Straße gebaut wird, deht wieder ein Stück verloren. Dies hat nicht nur ökologische Auswirkungen, sondern auch Einfluss auf den Tourismus. Die wachsende Zahl der Gäste in der schönen Eifel beruht auf der Möglichkeit, die Natur genießen zu können. Neue Straßen, Gewerbegebiete und noch mehr LKW-Verkehr sind da nicht förderlich. Der Erfolg des Nationalparks Eifel hat gezeigt, das hierin die Chancen unserer Region liegen. Vielen Dank für die Möglichkeit - hier Stellung nehmen zu können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der geplante Standort ist ausweislich des Gewerbeflächenkonzepts der Städteregion Aachen der zentrale Standort für die Eifelgemeinden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p>

AZ: Ö-O-493	
1001778	
1003604	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ein klares NEIN zum Gewerbe- und Industriegebiet Gummersbach- Herreshagen. Ich als direkter Anwohner im Tiefentaler Weg möchte folgendes als Stellungnahme anmerken: Ich wohne im beschaulichen Herreshagen , mit viel Grün , Ruhe und Natur. Ich habe Sorge, dass der Verlust von Wald und Grün der Natur schadet. Die Flächenversiegelung bedroht den Lebensraum von Pflanzen und Tieren. Der dörfliche Charakter geht verloren. Es wird eine Lärmbelästigung, Zunahme von Verkehr und die Lebensqualität wird auch eingeschränkt. Mal ganz davon abgesehen, dass mein Haus, dass ich im letzten Monat mit erneuerbaren Energien ausgestattet habe, einen erheblichen Wertverlust erhält. Deshalb nochmals ein klares NEIN zum Industriegebiet Gummersbach- Herreshagen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-494

1001734

1002485\_001

#### Inhalt

an der unmittelbaren Ortsgrenze von Herreshagen (51647) sollen keine neuen Gewerbe-/Industrieflächen entstehen. Hierdurch würde sich die Lebensqualität der Anwohner erheblich senken (durch Lärm-, Geruchsimmissionen und ein erheblich gesteigertes Verkehrsaufkommen). Zudem würden weiter große Wald- und Wiesenflächen versiegelt, was einem effektiven und nachhaltigen Kampf gegen den Klimawandel entgegensteht. Vielmehr sollten Wald- und Wiesenflächen aufrechterhalten werden bzw. wieder aufgeforstet werden. Darüberhinaus würde der bereits jetzt schon begrenzte Lebensraum frei lebender Wildtiere weiter vernichtet, mit unabsehbaren negativen Folgen für das Ökosystem. Weiterhin würde dem Betreiber des Reiterhofs (anonymisiert) die Lebensgrundlage entzogen, da sein Hof und die dazugehörigen Flächen alle im Planungsgebiet liegen und er seinen gut laufenden Betrieb einstellen müsste.

Aufgrund der aufgezeigten Gründe spreche ich mich entschieden gegen das geplante Vorhaben aus!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-495	
1001735	
1008442	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sie beabsichtigen auf unseren Eigentumsflächen in Düren-Birgel, [ANONYMISIERT] die Ausweisung zur "Besonderen Entwicklung der Natur". Diese Flächen sind unsere Hauptfutterflächen direkt am Gebäude. Sie werden als Grünland und Ackerland genutzt. Es waren in großen Teilen Pachtflächen, die wir zur Existenzsicherung für teures Geld kaufen mussten. Weitere Schutzausweisungen hätten einen deutlichen Wertverlust zur Folge. Eine bauliche Entwicklung wäre nicht mehr möglich. Die Flächen werden nach guter fachlicher Praxis im Einklang mit der Natur bewirtschaftet. So hatten wir bisher entlang des Geybaches einen Blühstreifen angelegt. Da dies in der neuen GAP nicht mehr möglich ist planen wir doch einen Uferrandstreifen anzulegen. Eine spezielle Ausweisung zur "Entwicklung der Natur" wird die jetzige Nutzungsmöglichkeit in Frage stellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die bedarfsgerechte Düngung könnte verboten werden.</li> <li>- So könnte es zu einem Verbot von Pflanzenschutzmittel kommen, auch durch die Pflanzenschutzanwendungsverordnung.</li> <li>- Oder es könnten nicht betriebsübliche und erforderliche Schnittzeitpunkte festgelegt werden.</li> </ul> <p>Die Betriebsentwicklung würde beschnitten, die Existenz des Betriebes würde gefährdet. Deshalb bitten wir Sie die Ausweisung zu unterlassen. Sollten Sie bei Ihrem Plan bleiben so müssen wir schon heute Ersatzflächen einfordern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-496	
1001699	
1010776	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit setzen wir Sie in Kenntnis, dass in Düren-Derichweiler und Gürzenich umfangreiche Dränsysteme bestehen. Die Dränagen sind nicht nur Voraussetzung für einen ordnungsgemäßen Ackerbau sondern Sie halten Wasser von der Wohnbebauung ab und bewirken einen entscheidenden Beitrag zum Hochwasserschutz. Um die Funktion der Drainagen nicht zu gefährden ist es unbedingt erforderlich mit Bepflanzungen einen ausreichenden Abstand zu wahren, dass sichergestellt ist, das Wurzelwerk nicht in die Drainagerohre wachsen kann und diese verstopfen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

AZ: Ö-O-497

1001637

1008889

## Inhalt

Betr.: **Einspruch gegen die Regionalplanung - Öffentliche Neuaufstellung-**

hier: **Planung K\_Pul\_Schiene\_01**

Ich lehne den Entwurf des Regionalplans ab, da er zu einer **unnötigen, erheblichen weiteren Flächenversiegelung** im Raum westliches Köln führen würde. Die Schaffung einer direkten Bahnverbindung von Köln nach Pulheim Brauweiler ? zunächst in der Variante der Verlängerung der Bahnlinie 1 von Weiden-West, später im Zusammenhang mit der Verlängerung der Linie 4 von Bocklemünd ? ist zu einer Zeit angedacht worden, zu der die Themen Klimaschutz, Freiraumschutz und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen noch als weniger relevant betrachtet wurden. Leider setzt sich die Regionalplanung sowie die zugrunde liegende Machbarkeitsstudie für die o.a. Teilplanung mit den Problemen: Klimawandel, weltweiter Temperaturanstieg, Landschafts- und Bodenversiegelung, Naturschutz, digitalisierte Arbeitswelt (Pendlerbewegung vs. Homeoffice) etc nicht intensiv auseinander, sondern versucht eine eigentlich unwirtschaftliche Schienentrasse durch zusätzliche Gewerbe- und Wohnsiedlungsflächen wirtschaftlich darzustellen und zu rechtfertigen. Daher hierzu meinerseits einige kritische Argumente:

- Von den in der Machbarkeitsstudie untersuchten Varianten soll nur die Verlängerung der Linie 4 bis nach Bergheim-Niederaußem ökonomisch vertretbar sein; aber das ist diese Variante nicht im baulichen Bestand der Region, sondern sie würde es erst unter Ausweisung bzw. Umwandlung erheblicher Freiraum-Flächen zu Bauland. Denn (neben dem Kernflächenverbrauch für die eigentliche Schienentrasse) sollen große Freiräume versiegelt werden: die Erweiterung des Gewerbegebiets in Brauweiler sowie große zusätzliche Wohnbauflächen nördlich von Brauweiler/Dansweiler beiderseits der Brauweiler Strasse. In Köln kämen erhebliche Flächen zwischen Widdersdorf und Lövenich hinzu sowie zusätzlich auf Bergheimer Gebiet in Glessen, Ober- und Niederaussem.
- Brauweiler/Dansweiler liegt zwischen zwei leistungsfähigen S-Bahn-Strecken mit relativ nahegelegenen Haltepunkten, welche schon jetzt gut mit mehreren Buslinien verknüpft sind. Es verbietet sich daher, dann noch eine dritte schienengebundene radiale Verbindung nach Köln parallel in wenigen Kilometern Abstand zu entwickeln. Soweit für die geschilderten Erweiterungsgebiete weitere Verbesserung erforderlich sein sollte, sind der Ausbau der Busverbindungen sowie die Erweiterung/Ergänzung der P+R-

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Anlagen bzw. B+R-Anlagen die wesentlich Ressourcen-schonenderen Alternativen.

- Eine begrenzte Verlängerung der Linie 4 bis Widdersdorf erscheint durchaus sinnvoll nach der Erweiterung dieses Stadtteil auf inzwischen weit mehr als 10.000 Einwohner, zumal durch die Kölner Bauleitplanung die Verdoppelung der Einwohnerzahl als Perspektive abgesichert ist. Leider haben es die für diese Entwicklung Verantwortlichen unterlassen, die Investitionen in die notwendige Infrastruktur durch den Entwickler tragen zu lassen. Die finanziellen Folgen dieses schwerwiegenden Versäumnisses hat eigentlich der Verursacher Stadt Köln zu schultern. Der ins Auge gefasste Einsatz von Finanzmitteln aus dem Milliarden-schweren Kohle-Ausstiegs-Programm (Bund/Land NRW) zum Ausgleich dieses Versäumnisses ist nicht sachgerecht, zumal die damit verbundenen Eingriffe in Natur und Klima in Folge der dadurch ausgelösten Flächenversiegelung nicht gerechtfertigt sind.

Fazit: Die Verlängerung der Trasse der Linie 4 über Widdersdorf hinaus nach Brauweiler/Dansweiler bis nach Bergheim-Niederaussem bringt angesichts der alternativ gegebenen flächenschonenden Querverbindungsmöglichkeiten zu vorhandenen radialen Schienentrassen keinen relevanten spürbaren Zusatz-Nutzen, sondern ökologischen Schaden und erhebliche finanzielle Belastungen durch die Übernahme der anteiligen Kosten des Stadtbahnbetriebs.

AZ: Ö-O-500	
1001738	
1008000	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin aktiv wirtschaftender Landwirt im Kreis Düren [ANONYMISIERT], bewirtschafte aber ebenso betroffene Flächen in der Gemarkung [ANONYMISIERT]. 70 Prozent der Flächen meines Betriebes fallen in die Gebietskulissen "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung". Ich befürchte, dass dieses Vorhaben mit erheblichen Einschränkungen und immensen landwirtschaftlichen Auflagen verbunden sein wird. Um nur ein Beispiel zu nennen, der Einsatz oder die Reduzierung des Pflanzenschutzes auf den ausgewiesenen Flächen. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend! Deshalb beantrage ich, die Ackerflächen NICHT mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit auch weiterhin die Ernährungssicherheit in Deutschland gewährleistet ist. Und wir Landwirte auch weiter eine planbare und nachhaltige Landwirtschaft betreiben können. Ich fordere sie daher auf, von der geplanten Gebietskulisse Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bin ein konventionell wirtschaftender Ackerbaubetrieb auf hochertragreichen Böden am Rande der Köln-AC Bucht. Ich bin, wie fast alle meiner Kollegen, von der Ausweisung BSN betroffen. Ich befürchte daher mögliche Ausweisungen von Schutzgebieten im Landschaftsplan, mit entsprechenden Auflagen/Verboten, die die Produktivität der Flächen unverhältnismäßig herabssetzen. Zu dem erfolgte bereits durch die GAP 2023 das Vorhalten von sogenannten unproduktiven Flächen, die der Biodiversität zu Gute kommen. Darüberhinaus möchten wir Landwirte nicht die Qualität, sondern auch Quantität produzieren, um die wachsende Bevölkerung schlichtweg zu ernähren. Abgesehen von nicht vermehrbaren Ackerland, wäre eine zunehmende Abhängigkeit von Importen unverantwortlich und führt zu einem weiteren Dilemma analog der jetzigen Energiekrise. Bitte berücksichtigen Sie diese Sichtweise - auch aus moralischen Gründen können wir die Produktivität der Ackerböden nicht weiter beschneiden - und dazu gehörte nun mal der verantwortungsvolle Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Anregungen und Einwändungen zum Regionalplanentwurf NRW für den Bereich Leverkusen (Bergisch Neukirchen und angrenzende Bereiche von Opladen)

-Vergleich der Planentwurfskarte mit dem Kartenteil "Planen und Bauen" im Leverkusener Geoportal-

Bei näherer Betrachtung des vorliegenden Regionalplanentwurfs wird deutlich, dass der Regionalplan ein Instrument ist, das in erster Linie der weiteren Ausweitung von Gewerbe- und Siedlungsflächen auf Kosten unversiegelter Bereiche Es wird zwar noch kein Baurecht geschaffen, aber im Umkehrschluss wird die spätere Bebauung von hier jetzt festgelegten Grünflächen und Äckern äußerst schwierig.

Weiter fällt auf, dass selbst engagierteste Naturschützer, sind sie längere Zeit mit den Planungen beschäftigt, einigermaßen resigniert die Argumentationslinien der Planer nach und nach übernehmen. "Flächen unter 10 ha finden bei Einwändungen keine Beachtung"? Bei drohendem Verlust an Artenvielfalt zählen nur Rote Liste Arten?

Für die verbliebenen unversiegelten Leverkusener Restflächen und die hier in zunehmendem Maß zurückgehenden "Allerweltsarten" ist eine kleinteiligere Vorgehensweise unbedingt erforderlich. Dazu soll ein Vergleich der vorliegende Karte zur Regionalplanung und der aktuellen Karte aus dem Leverkusener Geoportal "Planen und Bauen" mit den jetzt gültigen Landschafts- und Flächennutzungsplänen dienen.

Ich möchte mich dabei auf die Bereiche Bergisch Neukirchen und die angrenzenden Bereiche von Opladen beschränken.

[s. Anhang Abb. 1003651\_1]

Auszug aus dem Regionalplanentwurf

[s. Anhang Abb. 1003651\_2]

Die ausgewählten Flächen liegen größtenteils im Außenbereich, teilweise mit Landschaftsschutz, teilweise im innerstädtischen Außenbereich und teilweise im Innenbereich nach Paragraph 34. Sie sind unversiegelt oder nur teilweise bebaut, sind aber im Regionalplan als Siedlungsfläche vorgesehen. Sie sind alle für Klima- und Artenschutz, indirekt für die Hochwasservorsorge, Grundwasserschutz, teilweise für die

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist bezüglich der Flächen "9.) Ölbachstraße, Burscheider Straße, Neukronenbergerstraße" und "11.) Burscheider Straße, Bohnbüchel, Grundermühlenweg, Balkantrasse Weide" entprochen (s. Stn ID 1001469).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Lebensmittelproduktion wichtig oder dienen der Erholung. Lage und Größe werden auf der nächsten Seite erläutert.

Auszug aus der Ebene "Planen und Bauen" im Geoportal Leverkusen

[Abbildung]

1.) Hüscheider Straße, nach Norden angrenzend an die Bebauung in den Außenbereich.

Wald, Weiden (willkürliche Ausweitung in den Außenbereich)

stark strukturiertes Gelände, teilweise Landschaftsschutz

sehr artenreich, Trittstein, Kaltluftentstehungsbereich

Größe ca. 4,3 ha

2.) Hüscheider Gärten mit Obstplantage, innerstädtischer Außenbereich,

Kleingärten, teilweise Sondergebiet

Siefenartiges Gelände, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise, sehr

artenreich, Erholung

Größe ca. 9,2 ha

3.) Imbacher Weg, Birkenweg, Tannenweg, Plattenbusch

Weide (willkürliche Ausweitung in den Außenbereich)

Frischluftschneise, Erholung

Größe ca. 6,6 ha

4.) Dechant-Krey-Straße, Eisenbahnlinie, Imbacher Weg, Am Hang

Ackerfläche (willkürliche Ausweitung in den Außenbereich)

Frischluftentstehungsgebiet, extrem fruchtbarer Boden

Größe ca. 9 ha

5.) Am Hofacker

Siefen mit Quellbereich, Weide

artenreich, sehr strukturiertes Gelände

Größe ca. 1,9 ha

6.) Elsbachstraße, Knechtsgraben, teilweise Bebauungsplan 59/79 II

Weide, Wäldchen

Kaltluftentstehungsgebiet, Frischluftschneise, extrem fruchtbarer Boden

Größe ca. 5,3 ha

7.) Plattenbusch, Tannenweg

Weide, Feuchtgebiet

Frischluftschneise, artenreich, Trittstein

Größe ca. 2 ha

8.) Platanenweg, Pastor Scheibler Straße, Pastorskamp

Weide

Frischluftschneise, Trittstein

Größe ca. 2,3 ha

9.) Ölbachstraße, Burscheider Straße, Neukronenbergerstraße, teilweise

Bebauungsplan 94/II

teilweise bebaut, Weide, Wald, Friedhof

strukturiertes Gelände, Artenreich, Trittstein, Frischluftschneise

Größe ca. 10 ha

10.) Grundermühlenweg, Ölbachstraße, Burscheider Straße, Balkantrasse

Weide (willkürliche Ausweitung in den Außenbereich)

Frischluftschneise, Trittstein

Größe ca. 8 ha

11.) Burscheider Straße, Bohnbüchel, Grundermühlenweg, Balkantrasse

Weide, Streuobstwiese (willkürliche Ausweitung in den Außenbereich)

Kaltluftentstehungsgebiet, Frischluftschneise, strukturiertes Gelände,

Artenreich, Trittstein

Größe ca. 17 ha

12.) Verlängerung Hüscheider Straße Richtung Neuenkamp, Burscheider Straße

Weide (willkürliche Ausweitung in den Außenbereich)

Trittstein

Größe ca. 1 ha

Im Klimaanpassungskonzept für die Stadt Leverkusen/Endbericht 2020 findet man im Anhang III unter der Überschrift ?Auswertung der online Beteiligung? in der Abbildung 68 die von den teilnehmenden Bürgern markierten Stellen mit

?Erhaltungswürdigen Grünflächen?. Hier ein Auszug mit dem Bereich Bergisch Neukirchen und angrenzend Opladen:

[s. Anhang Abb. 1003651\_3]

Leider sind die Nennungen im Einzelnen nicht mehr zu unterscheiden und die textlichen Erläuterungen der Bürger sind wohl verloren gegangen, sonst könnte man deutlicher sehen, wie sehr die Bewohner ihre verbliebenen Grün- und Ackerflächen wertschätzen.

Davon ist im Regionalplanentwurf für Leverkusen keine Spur mehr, wenn man von den Einschränkungen durch die neuen Überschwemmungsgebiete einmal absieht. Daher verlange ich ausdrücklich, dass die oben angesprochenen Freiflächen in der Planung



aus dem Siedlungsbereich herausgenommen werden, im Regionalplanentwurf als Weide-, Acker-, Wald-, Streuobstwiesenfläche o.ä. in den Freiraum übernommen werden und in Zukunft unversiegelt bleiben.

[ANONYMISIERT]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1003651\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1003651\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1003651\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1003651\\_4.pdf](#)

**Inhalt**

unsere Anmerkungen zum Entwurf des RP gliedern sich in 2 Teile und beziehen sich auf das von der Gemeinde Eitorf für den Regionalplan beantragte GIB im Süden Eitorfs an der K 27 und die Ausweisung eines neuen ASB (Zusammenschluss zweier räumlich und örtlich getrennter Ortsteile Lindscheid und Mühleip), das als neues ?Eitorf Süd? seit mehreren Jahren von der Gemeinde geplant wird: Aus unserer Sicht lobenswert, dass sich die Regionalplanungsbehörde nicht dadurch hat täuschen lassen, dass falsche Zahlen von Seiten der Gemeinde Eitorf vorgelegt wurden, sondern bei den widersprüchlichen Angaben, z.B. bei den Flächenreserven auf unabhängige Daten zurückgegriffen hat. Der Entwurf des Regionalplanes ist die logische Konsequenz hieraus. Zwischenzeitlich wurde der Bebauungsplan für das GIB Altebach II ( war regionalplanerisch gesichert, jedoch nicht als Flächenreserve gemeldet ! ) vom Gemeinderat beschlossen. Kaum eine andere Gemeinde im Rhein Sieg Kreis hat so ein ausgeglichenes Verhältnis von Bedarf und Angebot an Gewerbeflächen wie Eitorf. Der angebliche Flächenbedarf ist nicht seriös ermittelt und mit den vorgeschriebenen Methoden der Bedarfsermittlung nicht nachvollziehbar. Vielmehr stützt sich der angegebene Bedarf auf reine Behauptungen und Schätzungen. Die von der Gemeinde angegeben zukünftigen Flächenbedarfe sind demoskopisch gesehen falsch.

Dem Wunsch der Gemeinde nachzugeben, ein neu zu errichtendes siebtes Gewerbegebiet ohne jedwede Anbindung an Infrastruktur zu planen, stünde im Widerspruch zur bedarfsgerechten Planung und damit zu einem der Hauptziele des LEP. Dass dies nicht stattgefunden hat, findet unsere vollste Zustimmung. Dies entspräche, aller vorgebrachten Argumentation und und fadenscheinigen Begründungen der Gemeinde Eitorf zum Trotz, auch nicht den Zielen des LEP. Eine Ausweisung dieser Flächen würde Zersiedelung und straßenähnliche, bandförmige Entwicklungen, die ausdrücklich nicht erwünscht sind sowie die Entstehung einer Splittersiedlung nur Vorschub leisten. Und dies ohne jedwede Anbindung an einen ASB.

Auch die historisch Jahrhunderte lange Eigenständigkeit zweier Ortsteile (Lindscheid und Mühleip) bleibt in dem Entwurf des neuen RP erhalten. Eine Zusammenlegung nur auf dem Papier zum Zwecke der Ausweisung und Darstellung eines neuen ASB (was in Jahrhunderten nicht geschehen ist) ist auch deshalb abzulehnen. Konstrukte, die u.E. die Konzeptlosigkeit der Städtebaulichen Entwicklung der vergangenen Jahre nur fortsetzen wollen und nur zu deutlich aufzeigen, dass es keine zusammenhängende, zukunftsorientierte Planung seitens der Gemeinde gibt, die über ?zuschussorientierte Fördermittelpolitik? hinausgeht, sind rigoros abzulehnen.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht. Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommune verwiesen (siehe Erläuterungen zu StnID 1006158).

Fazit und Zusammenfassung: Bleibt zu hoffen, dass die Politik diesem wohl überlegten und dem LEP gerecht werdenden Regionalplan folgt, diesen akzeptiert, und der gesunde Menschenverstand über den reinen politischen Willen obsiegt und die **bedarfs gerechte** Planung die bis heute betriebene **angebotsorientierte** Planung ablösen kann.

AZ: Ö-O-506	
1001745	
1008099	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Nach dem uns vorliegenden Plan liegen wir mit 70 % unserer Ackerflächen in geschützten Gebieten (Wasserschutz, Schutz d. Landwirtschaft u. landschaftsorientierte Erholung). Unsere Hofwiesen gehören bereits jetzt alle zum geschützten Landschaftsbestandteil. Mit Hinblick auf die derzeitige Diskussion in Brüssel - 50%-ige Pflanzenschutzmittelreduktion und pauschales Pflanzenschutzsitzverbot in allen Schutzgebieten - dürfen wir bei Umsetzung des Regionalplanes nicht mehr wie bisher nach den Grundsätzen des Integrierten Pflanzenschutzes arbeiten, sondern werden ?zwangsökologisiert?. Dies wäre für unseren Betrieb existenzgefährdend, denn der damit verbundene Ertragsausfall wird nicht kompensiert. Flächen, die von Generationen unseres Familienbetriebes teuer erworben wurden, unterliegen durch diesen Regionalplan einem enormen Wertverfall. Eine betriebliche Entwicklung ist uns durch den geschützten Landschaftsbestandteil der hofnahen Wiesen bereits jetzt schon nur noch sehr eingeschränkt bzw. gar nicht an unserer Hofstätte möglich, zukünftig gilt das dann auch im Außenbereich.</p> <p>Niemand unserer Berufskollegen, auch wir nicht, setzten Pflanzenschutzmittel nur so zum Spaß ein oder weil sie so kostengünstig und ohne Risiken für den Anwender auszubringen wären. Wir frischen unsere gute Berufsausbildung mit regelmäßigen Fortbildungen (Sachkundeausweis) auf, arbeiten mit Schadschwellen immer nach dem Prinzip ?So wenig wie möglich, so viel wie nötig?. Wir leben davon, unsere Böden ertragsfähig und in einem guten Zustand zu erhalten, um nicht nur unsere Existenz zu sichern, sondern auch unseren Teil zur Ernährungssicherheit und Energiesicherheit beizutragen. Wie kann man es, gerade mit Hinblick auf die Ukraine- und Coronakrise (Lieferschwierigkeiten, Import-/Exportverboten, Rohstoffmängeln etc.) verantworten, die eigene, heimische, regionale landwirtschaftliche Produktion dermaßen zu schwächen, zu zerstören und damit in andere Länder zu verlagern, die offensichtlich nicht nach unseren strikten deutschen Vorgaben arbeiten? Soll man sich noch weiter in diese Importabhängigkeiten begeben? Wir werden diese Neuaufstellung des Regionalplans nicht hinnehmen und bei Nichtbeachtung unserer Stellungnahme ggf. rechtliche Schritte einleiten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-507	
1001597	
1002508	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung der beigefügten Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Bei Rückfragen erreichen Sie mich jederzeit unter boeselager@gmx.de oder +49 177 3886637.</p> <p>Mit freundlichem Gruß</p> <p>Paul Freiherr von Boeselager</p> <p>[Anhang:]</p> <p>VERWALTUNG FRHR. v. BOESELAGER  Datum: 19.08.2022  Beteiligungsverfahren zu Neuaufstellung des Regionalplans Köln  Stellungnahme zu den vom Regionalrat für den Regierungsbezirk Köln in seiner 5. Sitzung am 10. Dezember 2021 beschlossenen Planunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln  Hintergrund und Betroffenheit  Die Verwaltung Freiherr von Boeselager, Kölner Straße 1, 53913 Swisttal, ist ein land- und forstwirtschaftlicher Familienbetrieb im Rhein-Sieg-Kreis und im Kreis Euskirchen. Der Betriebsinhaber und -leiter Paul Freiherr von Boeselager lebt mit seiner Familie auf der landwirtschaftlichen Hofstelle in Gut Vershoven, Swisttal. Neben Familienangehörigen beschäftigt der Betrieb 9 Mitarbeiter, darunter einen Auszubildenden der Landwirtschaft. Es handelt sich um einen Vollerwerbsbetrieb mit einem Arbeitsschwerpunkt im Ackerbau. Neben klassischen Ackerkulturen wie Getreide und Zuckerrüben produziert der Betrieb vor allem Kartoffeln und Gemüse zur Verarbeitung, wie z.B. Frischerbisen und Buschbohnen. Diese hochwertigen Ackerkulturen bedürfen einer bedarfsgerechten Beregnung, sodass der Betrieb eine über Jahre gewachsene Feldberegnungsinfrastruktur aus Förderbrunnen und Erdleitungen besitzt. Die dazu, im Zuge umfassender Entnahmeerlaubnisse, aus dem Grundwasser geförderten Wassermengen werden dabei durch den Einsatz modernster Beregnungstechnik ressourcenschonend verwendet.  Neben dieser intensiven Produktion hochwertiger Verarbeitungsrrohstoffe für die regionale Lebensmittelindustrie, betreibt der Betrieb einen umfangreichen und vielfältigen Vertragsnaturschutz. In Zusammenarbeit mit der Biologischen Station des Rhein-Sieg-Kreises werden insbesondere Blühflächen angelegt und Hecken gepflegt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein</p>

Darüber hinaus unterhält der Betrieb ein Ökokonto, im Rahmen dessen, und in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Rhein-Sieg-Kreises, ökologisch besonders wertvolle, langfristige Maßnahmen umgesetzt werden. So sind z.B. im Bereich der Swist bereits zahlreiche Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen des aktuellen Landschaftsplans Nr. 4, Meckenheim-Rheinbach-Swisttal, freiwillig umgesetzt worden (z.B. Maßnahme 5.1-4 Naturnahe Gestaltung und Ergänzung der Bepflanzung eines Bachlaufes / Maßnahme 5.1-13 Wiederherstellung eines Altarmes - Entwicklung von Auenwald / Maßnahme 5.1-44 Reaktivierung und naturnahe Gestaltung eines Teiches für den Arten- und Biotopschutz / Maßnahme 5.1-45 Umbau einer Fichten- und Pappelanpflanzung in ein naturnahes Ufergehölz).

Im Bereich der Forstwirtschaft bewirtschaftet der Betrieb im Kottenforst schwerpunktmäßig Laubmischwaldbestände, die, ob der seit Generationen nachhaltigen und rücksichtsvollen Wirtschaftsweise, als ?Fauna-Flora-Habitat-Gebiete? (FFH-Gebiete) ausgewiesen wurden und mittlerweile Teil des europäischen Netzwerks ?Natura 2000? sind. Insgesamt sind dadurch gut 75 % aller forstlichen Flächen des Betriebes mit den Bewirtschaftungseinschränkungen einer strengen Unterschutzstellung beschwert.

Auch in der Landwirtschaft sind bereits 40 % der Nutzflächen des Betriebes als Landschaftsschutzgebiete (LSG) ausgewiesen und bereits heute mit Bewirtschaftungsauflagen belegt oder drohen belegt zu werden, wie die aktuellen Planungen der Europäischen Kommission zur

Überarbeitung der Pflanzenschutzrichtlinie mit einem weitgehenden Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten zeigen.

Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln beinhaltet nun eine so umfangreiche Ausweitung und Verschärfung der Unterschutzstellung der Betriebsflächen, dass er dessen landwirtschaftlichen Betrieb insgesamt gefährdet. Dabei lassen sich für die verschärfenden Änderungen der Unterschutzstellung oder die Aufgabe vormals ausgewiesener, zweckgebundener Nutzungen keine zwingenden Gründe erkennen. Vielmehr fehlt eine Würdigung der berechtigten Interessen des Grundeigentümers und seiner nachhaltigen Wirtschaftsweise. Die geplanten Änderungen der Unterschutzstellung würden seine Bewirtschaftung z.B. durch zusätzliche Einschränkungen beim Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln unverhältnismäßig stark einschränken. Diese Einschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion auf den hochartragreichen Ackerflächen des Betriebs schwächen zudem die regionale Verarbeitung dieser Produkte und den gesamten nachgelagerten Wirtschaftsbereich. Eine Weiterentwicklung der vorhandenen oder eine Aufnahme neuer Betriebszweige zur Zukunftssicherung des Betriebs wären vor allem durch eine Ausweisung der Hofstelle als Bereich zum Schutz der Natur ausgeschlossen. Insgesamt ist die Betroffenheit des Verfassers so groß, dass er bei unveränderter Planung gezwungen wäre, gegen den Regionalplan Klage zu erheben.

Die Betroffenheit des Verfassers im Einzelnen ist wie folgt:

FREIRAUMBereich allgemein

Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Erweiterungen von Festlegungen gegenüber einem Regionalplan.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen

Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Gemeinde Swisttal eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit wird das Regel-Ausnahme-Prinzip von Schutzgebietsausweisungen soweit umgekehrt, dass nun die ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche? und damit die Landwirtschaft - für die es bis heute kein eigenes Planzeichen gibt - von der Regel zur Ausnahme werden. Damit verkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um durch nach-haltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt. Die so ent-standenen, nun als schützenswert betrachteten Bereiche, und damit die positive Leistung der Landwirtschaft, darf nicht planerisch falsch zugeordnet und vereinnahmt werden! Gerade vor diesem Hintergrund ist die neue Formulierung zu Bereichen ?Schutz der Natur? (BSN), nämlich das ?Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchti-gen, sind ausgeschlossen? (siehe Entwurf Seite 99, Zeile 19) weder gerechtfertigt noch ver-hältnismäßig und sollte daher wieder durch die Formulierung im aktuellen Regionalplan er-setzt werden. Diese lautet ?Bei der Umsetzung der Ziele für BSN in der Fachplanung muss diese den konkreten lokalen Bedingungen - insbesondere gegenüber land- und forstwirtschaft-lichen Betrieben - Rechnung tragen? (siehe Regionalplan Seite 47, Ziel 3).

BEREICH Swisttal - Ortsumgebung Ollheim bis Ludendorf

[2 Abbildung]

Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg, 2. Auflage / Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) sind die Freiraumberei-che in der Ortsumgebung Ollheim und bis zum Ortsrand Ludendorf mit der zweckgebundenen Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) gekennzeichnet (siehe Abb. 1). Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass in diesem Bereich intensiver Acker-bau mit Schwerpunkt Intensiv- und Sonderkulturen erfolgt. Dazu zählen unter anderem Kar-toffeln, Zwiebeln, Möhren, Gemüseerbsen, Buschbohnen und Küchenkräuter, aber auch Bee-renobst mit einem Schwerpunkt im Erdbeeranbau. Weite Teile dieses Agrarbereichs sind durch Feldberegnung erschlossen. Neben dem Freilandanbau gibt es sogenannten geschützten Anbau in Folientunneln und Glashäusern.

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP ´21) ist die zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Inten-sivnutzung? (Planzeichen A) für die Freiraumbereiche in der Ortsumgebung Ollheim und bis zum Ortsrand Ludendorf entfallen. Eine Dokumentation und Sicherung dieser gewachsenen und aktiven Nutzung entfällt dadurch und gefährdet die Planungssicherheit und Entwick-lungsmöglichkeiten der spezialisierten landwirtschaftlichen Betriebe.

Die bisherige zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter

Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher



Intensivnutzung? (Planzeichen A) ist für den genannten Bereich in den Entwurf des neuen Regionalplans zu übernehmen (siehe Abb. 2 Punkt ). Gründe dafür sind:  
? Sicherung des regionalen Obst- und Gemüseanbaus auf klimatisch und ackerbaulichen Gunststandorten;  
? Sicherung der vorhandenen Beregnungsinfrastruktur und betrieblicher Entwicklungsmöglichkeiten;  
? Keine Änderung der zweckgebundenen Freiraumnutzung ohne Abwägung der verschiedenen Belange insbesondere der einzelbetrieblichen Betroffenheit;  
Der Betrieb des Verfassers ist mit rund 60 ha eigener Ackerfläche betroffen.

BEREICH Swisttal - Ortsrand Heimerzheim Richtung Süden

[2 Abbildung]

Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg, 2. Auflage / Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) ist der Freiraumbereich südlich der L 182 zwischen Heimerzheim und Muggenhausen mit der zweckgebundenen Nutzung ?Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze? gekennzeichnet. Derselbe Bereich ist darüber hinaus im Entwurf des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe, als Suchraum S-12-KKS-2 berücksichtigt bzw. als BSAB SU-SWI-063 beschrieben.

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP '21?) ist die zweckgebundene Nutzung ?Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze? für die Freiraumbereich südlich der L 182 zwischen Heimerzheim und Muggenhausen komplett entfallen. Dies widerspricht der laufenden, weitergehenden Teilplanung und ist zu korrigieren.

Die bisherige zweckgebundene Nutzung ?Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze? ist für den genannten Bereich in den Entwurf des neuen Regionalplans zu übernehmen (siehe Abb. 4 Punkt ).

Die Betroffenheit des Verfassers ergibt sich aus dem Umstand, dass er in dem Bereich über Grundeigentum verfügt.

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche -> BSLE

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg, 2. Auflage / Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) sind die Freiraumbereiche am Ortsrand Heimerzheim Richtung Süden und weiter westlich der BAB 61 als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? beschrieben. Der Bereich ist gekennzeichnet durch intensiven Ackerbau, eine Schrebergartenkolonie sowie eine hohe Frequenz an Spaziergängern und Freizeitreibern eines angrenzenden Reiterhofs. Es fehlen gänzlich ökologisch wertvolle oder ästhetisch ansprechende Landschaftselemente.

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP '21?) ist der Freiraumbereich südlich der Ortschaft Heimerzheim und weiter westlich der BAB 61 mit der Freiraumfunktion ?Schutz der

Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Gemäß der neuen Zielfestlegung *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)* sicherstellen gelten die Festlegungen des Regionalplans Köln innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und nur soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Die Festlegungen des Teilplans NR haben innerhalb der festgelegten BSAB Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der räumliche Umgriff der im Teilplan NR festgelegten BSAB wird in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet. Dies gilt auch für den in Rede stehenden BSAB SU-SWI-063 des Ersten Planentwurfes zum Teilplan NR. Bei den Festlegungen des Regionalplans handelt es sich insofern um bedingte Festlegungen, die dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze nicht entgegenstehen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? gekennzeichnet, ohne das dort im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des aktuellen RP im Jahr 2009 eine wesentliche Veränderung der Landnutzung oder eine ökologische Aufwertung vollzogen worden wäre. Vielmehr stand und steht der intensive Ackerbau auf den vorherrschenden ertragreichen Böden mit Feldberegnung im Zentrum der Freiraumnutzung.

Durch das Fehlen entsprechender aktueller Erhebungen des LANUV entbehrt diese großflächige Ausweisung als BSLE einer geeigneten Grundlage. Da die verschiedenen übrigen Belange, so insbesondere die der vorherrschenden intensiven und ertragreichen Landwirtschaft, nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung zudem fehlerhaft. Die zu erwartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschaftsschutzgebiet (LSG) bedeuten zudem eine unverhältnismäßige Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung bei fehlender fachlicher Notwendigkeit.

Die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ist für den genannten Bereich in dem Entwurf des neuen Regionalplans beizubehalten, da sie der tatsächlichen Sachlage entspricht. Es gibt keine zwingenden Gründe für eine Änderung der Freiraumfunktion und eine spezielle Sicherung für den Landschaftsschutz (siehe Abb. 4 Punkt ).

Der Betrieb des Verfassers ist mit rund 40 ha eigener Ackerfläche betroffen.

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche -> BSN

Im Entwurf RP ist der Freiraumbereich westlich der Swist auf Höhe der Burg Heimerzheim bzw. des Burgparks mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? gekennzeichnet. Bei dieser Ausweitung des bereits im aktuellen RP östlich der Swist als SU-6 gekennzeichneten Bereich zum Schutz der Natur handelt es sich um intensiv genutzte Ackerflächen die zwischen dem bachbegleitenden, asphaltierenden Wirtschafts- und Radweg sowie der Ortschaft selbst bzw. der Parkstraße liegt. Die Flächen weisen keinerlei ökologisch wertvolle Landschaftselemente oder Biotop auf und sind durch ihre geringe Breite und die teilweise dreiseitig umgebenden Straßen weder als Brut- noch Nahrungshabitat für Tiere des Offenlandes geeignet. Eine Veränderung der Freiraumfunktion und eine weitergehende Unterschutzstellung entbehren jeder Grundlage und stellen lediglich eine potenziell unverhältnismäßige Einschränkung der aktuellen ackerbaulichen Nutzung dar. Es handelt sich um ertragreiche, überdurchschnittlich große Ackerflächen auf denen Sonderkulturen unter Feldberegnung produziert werden.

Die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ist für den genannten Bereich in dem Entwurf des neuen Regionalplans beizubehalten. Von einer Ausweitung der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? ist an dieser Stelle Abstand zu nehmen (siehe Abb. 4 Punkt ). Gründe dafür sind unter anderem:

- ? Fehlende weitergehend schutzwürdige Landschaftselemente oder Biotop;
- ? Keine Vernetzungs- oder Trittsteinfunktion der betroffenen Flächen;
- ? Willkürliche und unbegründete Abgrenzung der geplanten Teilflächenausweisung;
- ? Unverhältnismäßige Einschränkung der derzeitigen, angepassten Nutzungsform;
- ? Erhebliche Schwächung der Produktionsgrundlage des bewirtschaftenden Betriebs;

? Gefährdung des regionalen Gemüseanbaus auf klimatisch und ackerbaulichem Gunst-standort;

Es sind schätzungsweise 10 ha Ackerfläche des Verfassers betroffen.

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche -> ASB

Im Entwurf RP ist der Freiraum direkt südlich der Ortschaft Heimerzheim als

?Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)? gekennzeichnet, welcher nun direkt an die neue Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) grenzen soll. Diese geplante, fortgesetzte Siedlungsentwicklung in Richtung Süden löst sich sehr weit von der Bestandsbebauung der Ortschaft Heimerzheim und ragt nun weit in das Offenland. Dadurch zerschneidet sie den Offenlandbereich, zerstört besonders fruchtbare Ackerstandorte und führt die gleichzeitig vorgesehene Fokussierung auf den Schutz der Landschaft (siehe Abb. 4 Punkt ) ad absurdum.

Die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ist für den ge-nannten Bereich in dem Entwurf des neuen Regionalplans beizubehalten. Von der städtebau-lich wie landschaftsplanerisch ungeeigneten Ausdehnung der Ortschaft Heimerzheim in das Offenland ist Abstand zu nehmen (siehe Abb. 4 Punkt ).

BEREICH Swisttal - Umgebung Gut Vershoven

[2 Abbildung]

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg, 2. Auflage / Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) sind die Freiraumberei-che westlich des Gut Vershoven fast ausschließlich als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbe-reiche? gekennzeichnet. Geprägt ist die Hofstelle Gut Vershoven und die umliegenden Acker-flächen zwischen der BAB 61 im Westen und der Swist im Osten von diesem aktiven land-wirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven und vielfältigen Fruchtfolge. Die Ackerflächen sind von hoher Ertragsfähigkeit und durch ein umfangreiches Feldberegnungs-netz erschlossen. Dadurch kann und wird der Anbau von Intensiv- und Sonderkulturen prakti-ziert, welche das wirtschaftliche Rückgrat des Betriebes bilden. Dazu zählen unter anderem Kartoffeln, Gemüseerbsen, Buschbohnen usw.. Demgegenüber fehlen in diesem Bereich gänzlich ökologisch wertvolle oder ästhetisch ansprechende Landschaftselemente wie Saum-strukturen oder Hecken und die Ackerflächen sind von überdurchschnittlicher Größe.

Im Entwurf zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP ´21?) ist der Freiraumbereich westlich des Gut Vershoven bis zur BAB 61 mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? gekenn-zeichnet, ohne das dort im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des aktuellen RP im Jahr 2009 ein ökologische Aufwertung vollzogen worden wäre. Vielmehr stand und steht der in-tensive Ackerbau auf den vorherrschenden ertragreichen Böden mit Feldberegnung im Zent-rum der Freiraumnutzung.

Durch das Fehlen entsprechend aktueller Erhebungen des LANUV entbehrt diese großflächige Ausweisung als BSLE einer geeigneten Grundlage. Da die verschiedenen übrigen Belange, so insbesondere die der vorherrschenden intensiven und ertragreichen Landwirtschaft, nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung zudem fehlerhaft. Die zu erwartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschaftsschutzgebiet (LSG) bedeuten zudem eine unverhältnismäßige Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung bei fehlender fachlicher Notwendigkeit.

Zur Dokumentation und Sicherung der gewachsenen und aktiven Nutzung, und um die Planungssicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten des spezialisierten landwirtschaftlichen Betriebes auf Gut Vershoven zu gewährleisten, sollten statt der bislang geplanten Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? die zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) in dem Entwurf des neuen Regionalplans festgesetzt werden. Hilfsweise sollte mindestens die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? für den genannten Bereich beibehalten werden, da keine fachlichen Gründe eine speziellen Sicherung für den Landschaftsschutz rechtfertigen und diese nur die hochwertige Rohstoffproduktion für die regionale Verarbeitung gefährden würde (siehe Abb. 6 Punkt ).

Der Betrieb des Verfassers ist mit fast 100 ha seiner ertragsreichsten und hofnächsten Ackerfläche betroffen.

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche -> BSN

Im Entwurf RP sind das Gut Vershoven selbst und der östlich angrenzende Bereich bis zur

Swist insgesamt mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? gekennzeichnet. Bei dieser

Ausweitung des bereits im aktuellen RP entlang der Swist als SU-6 gekennzeichneten Bereichs

zum Schutz der Natur handelt es sich zum einen um intensiv genutzte Ackerflächen und zum anderen um die weitläufige Hofstelle Gut Vershoven. Beide wurden bislang als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? gekennzeichnet. Dabei ist festzuhalten, dass der

im aktuellen RP entlang der Swist als SU-6 gekennzeichneten Bereichs zum Schutz der Natur

in etwa deckungsgleich mit dem im Landschaftsplan Nr. 4 (Meckenheim-Rheinbach-Swisttal)

des Rhein-Sieg-Kreises (im Folgenden ?LP Nr. 4?) als Landschaftsschutzgebiet ?2.2-4 Gewässersystem

Swistbach? ausgewiesen Bereich ist (vgl. Abb. 5):

[Abbildung]

Die im aktuellen RP getroffene Ausweisung sichert bereits in geeigneter Weise den

ökologisch

wertgebenden Bach- und Auenbereich. Der Verfasser selbst hat die als ?5.1-45 Umbau einer Fichten- und Pappelanpflanzung in ein naturnahes Ufergehölz? beschriebene Entwicklungs- und Pflegemaßnahme (§ 26 LG) des LP Nr. 4 freiwillig umgesetzt. Er betreibt weitere, teilweise produktionsintegrierte Vertragsnaturschutzmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station des Rhein-Sieg-Kreises zum Erreichen der Entwicklungsziele des Landschaftsplans in diesem Gebiet. Die erzielten Erfolge sind beachtlich. Es besteht somit weder der Anlass noch die Notwendigkeit die vorhandene Ausweisung im aktuellen RP zu verändern. Eine verschärfte Unterschutzstellung an dieser Stelle ist weder sachgerecht noch verhältnismäßig.

7

[Abbildung]

Neben der Änderung der Freiraumfunktion sieht der aktuelle Entwurf LP zudem eine deutliche Ausweitung dieses Bereichs Richtung Westen vor. Dadurch würden sowohl intensiv genutzte und hochartragreiche Ackerflächen ohne besondere ökologische Wertigkeit als auch die aktive Hofstelle Gut Vershoven der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? unterworfen. Dies würde den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in seiner Existenz bedrohen und seine Entwicklungsmöglichkeiten massiv einschränken. Die auf und um den Hof praktizierten vielfältige Wirtschaftsweisen, die Produktion von regionalem Gemüse und Verarbeitungserzeugnissen sowie die Arbeitsplätze der dort beschäftigten Menschen würden konkret gefährdet. Gerade die Hofstelle eines Betriebs ist geprägt von den sich stetig wandelnden Erfordernissen des Marktes. Sie muss sich durch angepasste bauliche Veränderungen und Erweiterungen den wachsenden Anforderungen der Gesellschaft an die Produktlagerung und -verarbeitung stellen. Einer möglichen Diversifizierung und der Aufnahme neuer Betriebszweige, wie einer Freilufttierhaltung o.ä., wäre unter der geplanten Ausweisung und der darauf zu erwartenden Anpassung des Landschaftsplans nicht mehr realistisch.

Die geplante Ausweisung der Hofstelle und ihrer angrenzenden Ackerflächen als

Bereiche zum Schutz der Natur stellt somit eine enorme Härte für den Bewirtschafter und Eigentümer da, ohne dass es eine hinreichend Begründung für eine solch verschärfte Unterschutzstellung gäbe. In diesem Bereich befinden sich keine schützenswerte Biotope oder sonstige ökologisch wertgebende Landschaftsbestandteile, auch eine Vernetzungs- oder Trittsteinfunktion dieser Flächen bestehen nicht. Es handelt sich um ertragreiche, überdurchschnittlich große Ackerflächen auf denen Sonderkulturen unter Feldberegnung produziert werden. Die fehlende Abwägung der verschiedenen Belange und Betroffenheit macht die geplante Ausweisung zudem unverhältnismäßig und fehlerhaft.

Zur Dokumentation und Sicherung der gewachsenen und aktiven Nutzung, und um die Planungssicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten des spezialisierten landwirtschaftlichen Betriebes auf Gut Vershoven zu gewährleisten, sollten statt der bislang geplanten Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? (BSN) die zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) in dem Entwurf des neuen Regionalplans festgesetzt werden. Hilfsweise sollte mindestens die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? für den genannten Bereich beibehalten werden. Keine fachlichen Gründe rechtfertigen eine speziellen Sicherung für den Naturschutz. Diese würden nur einen aktiven landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb und seine hochwertige Rohstoffproduktion für die regionale Verarbeitung gefährden (siehe Abb. 8). Gegen eine Ausweisung als BSN sprechen somit unter anderem:

- ? Fehlende schutzwürdige Landschaftselemente oder Biotope;
- ? Keine Vernetzungs- oder Trittsteinfunktion der betroffenen Flächen;
- ? Willkürliche und unbegründete Abgrenzung der geplanten Teilflächenausweisung;
- ? Unverhältnismäßige Einschränkung der derzeitigen, angepassten Nutzungsform;
- ? Erhebliche Schwächung der Produktionsgrundlage des bewirtschaftenden Betriebs;
- ? Unverhältnismäßige Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebsstätte;
- ? Schwächung der wirtschaftlichen Basis zum Erhalt der vorhandene denkmalgeschützten Hofanlage;
- ? Gefährdung des regionalen Gemüseanbaus auf klimatisch und ackerbaulichem Gunststandort;

Der Betrieb des Verfassers ist mit seiner gesamten Hofstelle und rund 15 ha seiner ertragsreichsten und hofnächsten Ackerfläche betroffen.

#### Konzentrationszonen für Windenergieanlagen

Im Entwurf zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP '21) sind im Sachlichen Teilflächennutzungsplanes der Gemeinde Swisttal dargestellten Konzentrationszonen für Windenergieanlagen (siehe Abb. 9 Punkt ) nicht berücksichtigt. Da Konflikte zwischen den Zielen des Landschaftsschutzes und denen der Energieerzeugung aus Wind ergeben, sind die rechtsgültigen Konzentrationszonen dargestellt und berücksichtigt werden.

[Abbildung]

Die Betroffenheit des Verfassers ergibt sich aus dem Umstand, dass er in den Konzentrations-zonen über Grundeigentum verfügt

BEREICH Swisttal - Zwischen Gut Capellen und Gut Hohn

[2 Abbildung]

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg, 2. Auflage / Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) ist der Freiraumbereich südlich des Gut Capellen bis zur B 56 ausschließlich als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? beschrieben. Der Bereich ist gekennzeichnet durch intensiven Ackerbau sowie eine hohe Frequenz an Spaziergängern und Freizeitreitern des auf Gut Hohn angesiedelten Reiter-hofs. Es fehlen weitgehend ökologisch wertvolle oder ästhetisch ansprechende Landschafts-elemente.

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP '21) ist der Freiraumbereich südlich des Gut Capellen bis zur B 56 mit der Frei-raumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? gekennzeichnet, ohne das dort im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des aktuellen RP im Jahr 2009 eine wesentliche Veränderung der Landnutzung oder ein ökologische Aufwertung vollzogen worden wäre. Vielmehr stand und steht der intensive Ackerbau auf den vorherrschenden er-tragreichen Böden mit Feldberegnung im Zentrum der Freiraumnutzung.

Durch das Fehlen entsprechend aktueller Erhebungen des LANUV entbehrt diese großflächi-ge Ausweisung als BSLE einer geeigneten Grundlage. Da die verschiedenen übrigen Belange, so insbesondere die der vorherrschenden intensiven und ertragreichen Landwirtschaft, nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung zudem fehlerhaft. Die zu er-wartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschafts-schutzgebiet (LSG) bedeuten zudem eine unverhältnismäßige Einschränkung der landwirt-schaftlichen Nutzung bei fehlender fachlicher Notwendigkeit.

Die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ist für den ge-nannten Bereich in dem Entwurf des neuen Regionalplans beizubehalten, da sie der tatsächlichen Sachlage entspricht und es keine zwingenden Gründe für eine Änderung der Freiraumfunktion und einer speziellen Sicherung für den Landschaftsschutz gibt (siehe Abb. 11 Punkt ).

Der Betrieb des Verfassers ist mit fast 60 ha seiner intensiv genutzten Ackerfläche betroffen.

[2 Abbildung]

Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region

Bonn / Rhein-Sieg, 2. Auflage / Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) sind die Bereiche nördlich und östlich der Ortschaft Lüftelberg mit der zweckgebundenen Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) gekennzeichnet (siehe Abb. 12). Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass in diesem Bereich Obstanbau und Baumschulflächen die Ackernutzung prägen.

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 (im Folgenden ?Entwurf RP '21) ist die zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) für die Freiraumbereiche nördlich und östlich der Ortschaft Lüftelberg entfallen und durch die Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? ersetzt worden. Dadurch entfällt nicht nur eine Dokumentation und Sicherung dieser gewachsenen und aktiven Nutzung, sondern die zu erwartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschaftsschutzgebiet (LSG) würden diese Nutzungsformen zudem konkret gefährden. Dabei besteht keine nachvollziehbare, fachliche Notwendigkeit für die Änderung der Freiraumfunktion. Da dabei die verschiedenen übrigen Belange, so insbesondere die der vorherrschenden intensiven und ertragreichen Landwirtschaft, nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung zudem fehlerhaft.

Die bisherige zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) ist für den genannten Bereich in den Entwurf des neuen Regionalplans zu übernehmen (siehe Abb. 13 Punkt ).

Der Betrieb des Verfassers ist mit rund 15 ha eigener Ackerfläche betroffen.

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche -> BSN

Im Entwurf RP ist der Bereich südlich der Ortslage Lüftelberg mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? gekennzeichnet. Bei dieser Ausweitung des bereits im aktuellen RP als SU-7 gekennzeichneten Bereichs zum Schutz der Natur handelt es sich um eine intensiv genutzte Ackerfläche, die bislang mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? gekennzeichnet war (siehe Abb. 13). Dabei ist eine verschärfte Unterschutzstellung an dieser Stelle weder sachgerecht noch verhältnismäßig, da sich in diesem Bereich weder schützenswerte Biotopie noch sonstige ökologisch wertgebende Landschaftsbestandteile befinden. Auch eine Vernetzungs- oder Trittsteinfunktion dieser Fläche bestehen nicht. Es handelt sich um eine sehr ertragreiche und überdurchschnittlich große Ackerfläche. Die fehlende Abwägung der verschiedenen Belange und Betroffenheit macht die geplante Ausweisung zudem unverhältnismäßig und fehlerhaft.

Die bisherige Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sollte für den genannten Bereich beibehalten werden, da keine fachlichen Gründe eine weitergehende Unterschutzstellung rechtfertigen (siehe Abb. 13 Punkt ).

Der Betrieb des Verfassers ist mit circa 3 ha seiner Ackerfläche betroffen.

Heimerzheim, den 19. August 2022 Paul Freiherr von Boeselager (Verfasser)

#### **Anhänge**

[STELLUNGNAHME Regionalplan 2022.pdf](#)



AZ: Ö-O-511	
1001766	
1002512	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Liebes Team,</p> <p>die Natur muss erhalten bleiben. So viel wurde bereits zerstört. Wir brauchen Luft und Platz für Menschen, Tiere und Pflanzen. Zum erholen und Kraft tanken. Es ist wichtig und sollte unbedingt erhalten bleiben. Ich hoffe Sie stimmen dem zu.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-513	
1001748	
1002513_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir produzieren und verarbeiten Schnittblumen im Freiland sowie in bestehenden Gewächshäusern.</p> <p>Durch die Arbeiten entstehen gewisse Beeinträchtigungen in Folge von Staub/Schmutz, Zusatzlicht, LKW An- und Abfahrten, Schlepperarbeiten usw.</p> <p>Wir weisen daraufhin, dass es bei einer Bebauung auf/an unsere Betriebsfläche, die Anwohner auf die Beeinträchtigungen hingewiesen werden.</p> <p>Unser Betrieb liegt in dem [ANONYMISIERT].</p> <p>Bei Rückfragen bitte unter [ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die Konfliktbewältigung in den nachgelagerten Bauleitplanverfahren gegeben.</p>

**Inhalt**

Aufgrund des ausgewiesenen Wohnungsnotstandes in Köln möchten wir eine Erweiterung und Abrundung eines Wohngebietes in 50997 Köln Meschenich einbringen und die Umwandlung der in Anlage 1 und 2 gekennzeichneten Flächen in einer Größenordnung von insgesamt 17,5 ha brutto von ?Landwirtschaftlicher Nutzfläche? hin zu ?Wohnbauflächen? fristgerecht beantragen. Für einen zügigen Ablauf sollten auch die Instrumente des Baulandmobilisierungsgesetzes genutzt werden.

Zu den wesentlichen Regelungsinhalten zählen unter anderem:

- Erweiterung der Befreiungsmöglichkeiten und Erleichterungen für das Bauen im Innen- und Außenbereich,
- Einführung eines neuen sektoralen Bebauungsplantyps für den Wohnungsbau,
- Erweiterung des Anwendungsbereichs des Baugebots für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten und Schaffung einer Grundlage für städtebauliche Konzepte der Innenentwicklung.
- Änderung der bisherigen festen Obergrenzen der Bebauung in flexiblere Orientierungswerte

Außerdem soll eine neue Baugebietskategorie "Dörfliches Wohngebiet" eingeführt werden, um mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Flächen für den Wohnungsbau in dörflichen Lagen zu erreichen. Begründung für die Umwandlung ?Landwirtschaftlicher Nutzfläche? in ?Wohnbauflächen?:

**1.) Ausgewiesene Wohnungsnot**

Die ausgewiesene Wohnungsnot und die damit verbundenen extrem hohen Mieten in Köln gebieten ein dringendes Gegensteuern von Seiten der Politik und der Verwaltung. Aus diesem Grunde ist städtebaulich die Ausweisung und Umwidmung von integrierten Randlagen geboten, die schon heute infrastrukturell sehr gut angebunden sind.

**2.) Grundstücksverfügbarkeit**

3.) Als Anlage 3 finden Sie eine aktuelle Stellungnahme der Grundstückseigentümerin, die ihr Einverständnis mit der von uns geplanten Wohnungsbauentwicklung erklärt.

**4.) Moderne und nachhaltige Standards**

5.) Bei unseren Wohnungsbauentwicklungen in NRW haben wir unter dem Label

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

?SMART Green Village? hohe Standards für energieeffizientes und nachhaltiges Bauen gesetzt (s. Anlage 4). Somit sind die neuen Bebauungen absolut zukunftsfähig. Bei einer Dortmunder Projektentwicklung erreichen wir zum ersten Mal durch den Bau einer geplanten zusätzlichen 6-7 MW Photovoltaikanlage Klimaneutralität.

6.) Auch für die Wohnungsbauprojektentwicklung in Köln-Meschenich steht in Erftstadt eine 14,2 ha große Ackerfläche für eine bis zu 12 MW große Agrophotovoltaikanlage zur Verfügung. Somit könnten wir die Siedlung ebenfalls klimaneutral ausrichten.

7.) Ablaufplan der Wohnungsbauprojektentwicklung

Notwendige Arbeitspakete:

- 4.1) Änderung Regionalplan
- 4.2) Änderung Flächennutzungsplan
- 4.3) Aufstellung Bebauungsplan

Erforderliche Gutachten:

- Artenschutzprüfung
- Bodenuntersuchung
- Altlastenuntersuchung/Bergbau
- Verkehrsuntersuchung
- Umweltprüfung/Umweltbericht
- Ggf. Klimauntersuchung
- Ggf. Abwasserkonzept

Abschließend: Vertragliche Vereinbarung mit der Stadt Köln ? städtebaulicher Vertrag

Wir bitten unsere vorgetragenen Argumente zu wohlwollend zu prüfen und legen ebenfalls ein städtebauliches Konzept zum besseren Verständnis vor.

[ANONYMISIERT]

[s. Anhang Abb. 1003654\_1]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1003654.pdf](#)

AZ: Ö-O-517	
1001762	
1002542_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum Ausstellungsbeschluss des neuen Regionalplans. Mein landwirtschaftlich genutztes Eigentum liegt in Heinsberg - Karken, Kempen, Kirchhoven und Unterbruch. Diese Flächen werden von meinem Bruder in seinem landwirtschaftlichen Betrieb genutzt. Die beabsichtigte Planung muss ich massiv ablehnen. Zum Erhalt des landwirtschaftlichen Betriebes sind die Flächen dringend notwendig. Zudem verliert mein Eigentum deutlich an Wert. Das kann ich nicht akzeptieren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-519	
1001771	
1002543_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum Ausstellungsbeschluss des neuen Regionalplans. Mein landwirtschaftlicher Betrieb liegt in Heinsberg - Karken, Werlofeld [ANONYMISIERT]. Als Landwirt bin ich dringend auf meine Eigentums- und Pachtflächen angewiesen. Der geplante Flächenabbau würde mich erheblich betreffen und zu deutlichen wirtschaftlichen Einschränkungen für mich führen. Der beabsichtigten Planung muss ich massiv widersprechen und diese ablehnen. Als Landwirte produzieren wir regionale Proukte zur Deckung des Lebensbedarfs. Dies muss dringend berücksichtigt und die Planung überprüft werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-520	
1001774	
1002544_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum Ausstellungsbeschluss des neuen Regionalplans. Mein landwirtschaftlich genutztes Eigentum liegt in Heinsberg - Karken und Kempen. Diese Flächen werden von meinem Schwager in seinem landwirtschaftlichen Betrieb genutzt. Die beabsichtigte Planung muss ich massiv ablehnen. Zum Erhalt des landwirtschaftlichen Betriebes sind die Flächen dringend notwendig. Zudem verliert mein Eigentum deutlich an Wert. Das kann ich nicht akzeptieren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-521	
1001773	
1002754	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Bewohner des Tiefentalerwegs bin ich direkt von den Plänen der Bezirksregierung betroffen. Es kann doch nicht sein, dass die Landwirtschaftliche Nutzfläche durch ein Gewerbegebiet, (welches laut Gutachten NICHT SINNVOLL und NICHT NOTWENDIG) ist versiegelt werden soll.</p> <p>Freunde aus Köln kommen immer wieder gerne zu Besuch um hier mit uns zu wandern, Radtouren zu machen oder im Winter den Schnee zu genießen. Wir sind glücklich und stolz über unser Dorf und wollen die Natur für unsere Kinder und Enkelkinder bewahren. So nutzen wir jede Möglichkeit zum Umweltschutz und Naturschutz. Es gibt genügend freie Gewerbeflächen im Oberbergischen Kreis, die noch nicht belegt sind. Darum bin ich gegen die Pläne der Bezirksregierung.</p> <p>Ich bin schockiert über die Vorgehensweise der Behörden, sei es die Stadt Gummersbach mit dem Bürgermeister genauso aber auch über die Bezirksregierung, die das ganze still und <b>HEIMLICH</b> durchbringen wollten. <b>DENKEN SIE BITTE DARAN</b>, das wir es sind, die sie in diese Position wählen oder abwählen. Ich werde alles dafür tun, was notwendig und rechtens ist um diesen Plan zu verhindern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-O-523	
1001772	
1003738	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Bewohner des Tiefentalerwegs bin ich direkt von den Plänen der Bezirksregierung betroffen. Es kann doch nicht sein, dass die Landwirtschaftliche Nutzfläche durch ein Gewerbegebiet, (welches laut Gutachten NICHT SINNVOLL und NICHT NOTWENDIG ist versiegelt werden soll. Da mein Eigentum in direkter Nähe des neuen Gewerbegebiets ist, sehe ich einen großen finanziellen Verlust für Grundstück und Haus das als Altersversorgung geplant war.</p> <p>Freunde aus Köln kommen immer wieder gerne zu Besuch um hier mit uns zu wandern, Radtouren zu machen oder im Winter den Schnee zu genießen. Wir sind glücklich und stolz über unser Dorf und wollen die Natur für unsere Kinder und Enkelkinder bewahren. So nutzen wir jede Möglichkeit zum Umweltschutz und Naturschutz. Es gibt genügend freie Gewerbeflächen im Oberbergischen Kreis, die noch nicht belegt sind. Darum bin ich gegen die Pläne der Bezirksregierung. Ich bin schockiert über die Vorgehensweise der Behörden, sei es die Stadt Gummersbach mit dem Bürgermeister genauso aber auch über die Bezirksregierung, die das ganze still und HEIMLICH durchbringen wollten. DENKEN SIE BITTE DARAN, dass wir es sind, die sie in diese Position wählen oder abwählen. Ich werde alles dafür tun, was notwendig und rechtens ist um diesen Plan zu verhindern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-525	
1001775	
1002548	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich fordere eine Überarbeitung der Flächenvorschläge für den Stadtbezirk 7 in der Beschlussvorlage für die neuen Siedlungsbereiche im Regionalplan.</p> <p>Die Flächenvorschläge der Verwaltung für die Überarbeitung des Regionalplans als Optionsflächen für eine Weiterentwicklung der wachsenden Stadt Köln ist in Bezug auf den Stadtbezirk 7 in diesem Ausmaß und in der getroffenen Auswahl nicht hinnehmbar!</p> <p>Von den insgesamt ausgewiesenen 650 Hektar für Wohn- oder Mischnutzung sowie 170 Hektar für Gewerbe und Industrie ist unser Stadtbezirk mit 185,4 Hektar überproportional betroffen. Dies sind fast 23 % der gesamten Fläche! Selbst wenn hierin auch kleinere Grünflächen geplant sind, so steht dies definitiv in keinem Verhältnis zu der Summe der Grün- und Ackerflächen, die versiegelt werden sollen.</p> <p>In der Gesamtbetrachtung muss dringend berücksichtigt werden, dass nach dem Wohnungsbauprogramm 2015 der Stadt Köln ein <b>sparsamer Flächenverbrauch</b> durch Innenentwicklung vor Außenentwicklung bewirkt werden sollte. Hiernach sollten mit Priorität <b>verfügbare Baulücken genutzt und nicht mehr genutzte bzw. minder genutzte Flächen recycelt</b> werden.</p> <p>Dies betrifft zum Beispiel auch die Umwidmung von Industriebrachen (in Porz z.B.: ehem. Dialektra-Gelände, Rezag/Vegla-Gelände) oder leerstehenden Büroflächen zu Wohnzwecken. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass aufgrund der Corona-Pandemie zukünftig viele vorübergehende Homeoffice-Arbeitsplätze zu Dauereinrichtungen werden und daher einige Firmen ihre dadurch ungenutzten Bürogebäude dem Markt für die Wohnraumnutzung zur Verfügung stellen werden. Im Hinblick auf den Klimawandel und den in Köln ausgerufenen Klimanotstand sind vorrangig diese vorhandenen Potentiale zu nutzen!</p> <p>Im Detail möchten ich darauf hinweisen, dass durch die ausgewählten neuen Siedlungsbereiche wertvolle Flächen (Elsdorf 7-708-005, Libur 7-713-007 + 7-713-008-A+B + 7-713-009, Zündorf 7-714-011-A+B), die als <b>Kaltluftentstehungsgebiete</b> in unserem Stadtteil, aber <b>auch für die Kölner Innenstadt essentiell</b> sind, unwiederbringlich versiegelt und damit vernichtet werden. Im Hinblick auf den Klimawandel halten wir es für verantwortungslos, da dies Flächen mit besonderer ökologischer Funktion sind. Dies steht doch im Widerspruch zum aktuell ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln.</p> <p>Ferner liegen die ausgewiesenen Flächen 7-714-011-A+ 7-714-011-B im <b>Ortsteil</b></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1003028, 1003024, 1003018).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Zündorf mitten im Planungsbereich der L82-6n (Ortsumgehung Zündorf) und gefährden infolgedessen die jetzt schon dringend benötigte Ortsumgehung** und eine damit einhergehende Verkehrsentslastung. Wie sicherlich allen bekannt ist, ist die Straßen- Infrastruktur in Porz veraltet und stark überlastet. Weitere Siedlungsbereiche, unabhängig ob diese für Wohnbebauung oder Gewerbe genutzt werden, können erst dann geplant und realisiert werden, wenn eine entsprechende Verkehrsentslastung auch wirklich umgesetzt ist. Alle hierzu bisher vorgebrachten Lösungsvorschläge liegen zeitlich noch in weiter Ferne.

In Langel (7-715-012) sind neue Siedlungsbereiche auf der Trasse, die für eine Verlängerung der Linie 7 vorgesehen ist, geplant. Wenn die Stadt Köln ernsthaft eine Verbesserung der ÖPNV-Situation erreichen möchte, muss diese Trasse unbedingt freigehalten werden. Dies ist gerade im Hinblick auf eine mögliche Anbindung der Linie 7 an die derzeit geplante Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln von großer Bedeutung.

Abgesehen davon werden in Poll durch diverse große Neubaugebiete (z.B. Poller-Damm I + II, Erweiterung TÜV-Gelände, Gewerbepark Poll) mehrere große zusammenhängende Grünflächen versiegelt und stehen der Natur und ihrer ökologischen Funktion dadurch nicht mehr zur Verfügung. Außerdem ist durch die Verdichtung der Wohnbebauung jetzt schon eine Zunahme der Verkehrsproblematik gegeben.

Mir ist selbstverständlich bewusst, dass die Stadt Köln wächst und auch wachsen soll, hieran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Aber dennoch muss man berücksichtigen, dass dies zu einer Umsiedlung innerhalb NRW's führt und andernorts ganze Städte veröden.

Ich bin der Meinung, dass die Summe der Flächen bei weitem das übersteigt, was umweltverträglich ist. Und alleine deshalb sind dem Wachstum einer Stadt auch Grenzen gesetzt!

Ich möchte Sie eindringlich bitten, die ausgewiesenen Flächen zu überdenken, **nicht umzuwidmen und als Siedlungsflächen auszuweisen, sondern speziell die Grün- und Ackerflächen mit besonderer ökologischer Funktion zu erhalten und nicht in den kommunalen Flächennutzungsplan zu übernehmen** und damit die Beschlussvorlage über die Flächenvorschläge in dieser Auswahl und diesem Ausmaß nicht im Rat der Stadt Köln zu beschließen.

Im Voraus herzlichen Dank für Ihre Berücksichtigung!.

**Inhalt**

Als Bürgerin von Lindern nehme ich Bezug zur Neuaufrstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln. Einmal vorweg möchte ich mitteilen, dass ich schon immer und gerne in Lindern wohne. Im Jahr 2017 übernahm ich das Haus meinen Großeltern, welches nach dem 2. Weltkrieg wieder aufgebaut wurde. Wir lieben das Landleben und die dazugehörige Aussicht. Um so mehr stelle ich mit dann natürlich die Frage , warum so ein schöner Ort wie Lindern zu einem Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich werden soll? In Zeiten des Klimawandels und der aktuellen Lage in der Ukraine, finde ich keine Argumente für ein solches Vorhaben. Das Hochwasser im Jahr 2021 hat doch gezeigt wie gefährlich es in Randerath werden kann. Warum so viel Fläche versiegeln und der Natur noch mehr Boden rauben. Wir als Bürger werden immer wieder aufgefordert, Nahrungsmittel Regional zu kaufen! Woher kommen solche Nahrungsmittel dann? Durch den Ukraine Krieg, fehlt Weizen. Hier ist genug LAND !!!! Mit einem. 270 ha großem Industriegebiet, folgt dann noch ein verlust von vielen Hektar für die geplanten Straßenführungen. Desweiteren beantragt die Stadt Geilenkirchen, für den Stadtteil Lindern ein Ansiedlungsgebiet zu werden, was wieder Verlust von Boden bedeutet. WAS MACHT DAS ALLES MIT DEM SCHÖNEN ORT LINDERN ? Lindern wird stand heute schon durch die Linnicherstraße geteilt. Durch den ständigen Verkehr über diese Straße, ist als Fußgänger kaum ein rüber kommen von einem zum anderen Ortsteil. Die Verkehrsanbindung an das geplante LEP Gebiet ist bis heute für uns Bürger noch nicht zufriedenstellend. Nicht ohne Grund sieht der Regionalplan vor, dass nur Ortschaften von mehr als 2000 Einwohnern ein ASB werden soll. Lindern hat 1300 Einwohner !! Sollen wir eine Kleinstadt werden? Warum? Alternativ Schienenverkehr? Das Schienennetz in Deutschland ist jetzt schon überlastet. Dass stellt für mich keine Alternative zum Straßenverehr dar. Fazit: Klima und Naturschutz wird nicht berücksichtigt. Straßen sind nicht ausreichend ausgebaut. Regionaler Anbau wird zerstört. Tiere verlieren ihr Zuhause. Was nützt uns Arbeitsplätze und Wohnraum, wenn ich aber für meine Familie nichts zum Kochen habe ? Ich hoffe, dass Sie diese Punkte bei der Aufstellung des Regionalopans berücksichtigen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich (s. Stellungnahme ID 1003678) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Hinblick auf die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern gilt, dass der LEP

NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im

Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Bereich Geilenkirchen-Lindern geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-528	
1001630	
1003606	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind seit 1970 Dorfbewohner in Gummersbach-Herreshagen und sagen ganz klar NEIN zu der Planung eines Gewerbe- und Industriegebietes in Gummersbach-Herreshagen auf dem Warenkopf. In der beigefügten Stellungnahme sind Punkte aufgeführt die gegen eine solche Erweiterungsprechen.</p> <p>Argumente, die GEGEN dieses geplante Projekt sprechen:  ? Flächenversiegelung (Schottergärten) u.a. soll bei Privatleuten auf ihrem eigenen Grundstück untersagt werden, aber im großen Stil werden durch die Industrie immer mehr Flächen versiegelt, mit gravierenden Folgen: Nach längeren Regenfällen kann Oberflächenwasser im Bereich Tiefentaler Weg schon jetzt nicht mehr vor Ort ausreichend versickern. Nicht ausreichende Kanalisation führte zu Überschwemmung des Grundstückes Tiefentaler Weg [ANONYMISIERT]. Des Weiteren führte Oberflächenwasser talabwärts zu Hochwasser; siehe Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 im Leppetäl/Engelskirchen. Häuser wurden weggeschwemmt, andere stark beschädigt und, und, und ??..Die Katastrophe im Ahrtal sollte doch wohl zum Umdenken anregen.</p> <p>Der Verlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen führt zwangsläufig wieder zu mehr Verkehr und CO<sup>2</sup> Belastung da die nicht mehr vor Ort angebauten und genutzten Produkte teuer transportiert werden müssen. Ein weiters bedeutendes Stück Kulturlandschaft im Bereich ?Zeithstrasse? (alte Fernhandelstrasse vom Rheintal über Hagen nach Dortmund) wird zerstört. Bevor neue gewerbliche Bauflächen planerisch in Angriff genommen werden, haben die Gemeinden zu prüfen, ob bereits über einen längeren Zeitraum dargestellte unternehmensgebundene und daher nicht verfügbare Baulandreserven den aktuellen Standortanforderungen der Unternehmen noch entsprechen und eine Entlassung aus der Unternehmensbindung erreicht werden kann. Die Mobilisierung brachliegender und ungenutzter Grundstücke hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von weitem Grünflächen, seien es landwirtschaftlich genutzte oder Rückzugsflächen für Fauna und Flora!!</p> <p>Wir behalten uns vor, hier entsprechenden Akteneinsicht zu fordern.</p> <p>? Die Verkehrsbelastung auf der durch Herreshagen führenden L306 ist schon heute ü bermäßig hoch. Zumal diese zwischen Herreshagen und Wegescheid Richtung Engelskirchen in einem desolaten Zustand ist. Durch den Bau des Industriegebietes erh öht sich dann zudem die CO<sup>2</sup> Belastung durch LKW-Transporte und noch mehr Verkehr auf dieser Straße.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

? Neue Industriegebiete bedeuten nicht zwangsläufig neue/mehr Arbeitsplätze. Arbeitsprozesse werden, wo es geht, automatisiert, um Personal zu sparen. Beispiel: E-Mobilität bedeutet weniger Teile für ein Auto, weniger Zulieferer = weniger Herstellungsprozesse = weniger Arbeitsplätze.

? Es gibt bereits Industriegebiete in unmittelbarer Nähe: Industriegebiet Sonnenberg, welches vor ca. 12 Jahren erbaut wurde, sowie Windhagen West. Diese sind noch nicht vollständig bebaut!

? Mit der geplanten Erweiterung wäre das der Verlust des dörflichen Charakters durch unmittelbare Ansiedlung des GIB neben und oberhalb der Ortschaft.

? Auch die Erdüberlastung tritt jährlich immer früher ein. Kann man in den Medien immer wieder hören und auch nachlesen.

? Ein weiterer markanter Höhenzug wird zerstört (wie schon geschehen in Lindlar, GM-Bomig, Wiehl-Marienhagen, Marienheide-Griemeringhausen usw. usw.). Deshalb sollten restliche und brachliegende freie Flächen zuerst besiedelt werden bevor großflächig neu geplant wird.

? Die Zerstörung eines Naherholungsgebietes bedeutet die Minderung der Lebensqualität in der immer hektischer werdenden Zeit. Der Lebensraum für Pflanzen und Tiere wird zerstört.

Der Höhenzug und die angrenzenden Wälder werden von Anwohnern, Bürgern der umliegenden Ortschaften (incl. Stadt Gummersbach) und auch von Urlaubern regelmäßig genutzt.

? In Städten werden neue Grünflächen händeringend gesucht Stichwort: Die Städte brauchen mehr grün um das örtliche Klima erträglich zu machen. UND IM LÄNDLICHEN RAUM SOLLEN DIE INTAKTE NATUR, GRÜNFLÄCHEN, WEIDEFLÄCHEN, WALDFLÄCHEN ZERSTÖRT WERDEN ????

? Des Weiteren würde ein Reiterhof/landwirtschaftlicher Betrieb ein zweites Mal seine Existenzgrundlagen verlieren. Der Abriss des ursprünglichen Hofes in der Dorfmitte erfolgte 1972 für eine Straße, die vorsichtig ausgedrückt, Größenwahnsinn war und bis heute Gott sei Dank so nie gebaut wurde.

? Immobilien in Herreshagen (inklusive unserer eigenen) verlieren langfristig an Wert je näher sie an einem Industriegebiet liegen. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel ausschöpfen diesen Wertverlust einzufordern.

? Die Gesundheit der Dorfbewohner wird beeinträchtigt durch Lichtverschmutzung, Lärmbelästigung, erhöhtes Verkehrsaufkommen in der Ortsmitte.

Über die oben genannten Punkte sollten alle Beteiligten, Kommunen, Politiker, Planer einmal nachdenken, bevor sie solche Projekte zur Planung freigegeben und der breiten Öffentlichkeit weitgehend nicht beziehungsweise nur im absolut notwendigen Rahmen (Webseite der Bezirksregierung im Internet) bekannt gegeben werden.

Abschließend sagen wir ganz klar NEIN zu dieser Regionalplanung und einer wie auch immer gearteten Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes in Richtung



Warenkopf.	
------------	--

AZ: Ö-O-532

1001710

1003708

#### Inhalt

Ich bitte Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen. Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen beibehalten werden.

Die aktuelle Klimasituation halte ich für so bedrohlich, dass eine weitere Versiegelung wertvoller offener Bodenflächen unbedingt unterbleiben muss. Ich bin jetzt 86 Jahre die katastrophalen Auswirkungen nicht mehr erleben, mit Sicherheit meine Enkel und Urenkel. Ich vertraue darauf, dass sich in der Kölner Stadtverwaltung und im Kölner Rat Menschen finden, denen die Bevölkerung und die Umwelt am Herzen liegen.

Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden. Begründung: Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-533	
1001780	
1003707	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bitte Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen. Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen beibehalten werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden. Begründung: Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet. Im Hinblick auf den Klimawandel halten wir das für verantwortungslos, da dies Flächen mit besonderer ökologischer Funktion sind. Genau dies steht doch im Widerspruch zum aktuell ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln.</p> <p>Des weiteren mache ich auf die Verkehrssituation in Zündorf aufmerksam, die schon seit längerem nicht angemessen gelöst ist. Die Entlastung des innerörtlichen Verkehrs und die Möglichkeit eine Umgehungsstrasse ist erneut und vordringlich zu prüfen und zu bearbeiten.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-535

1001708

1002555

#### Inhalt

Ich lehne den Planentwurf rund um das neue Areal zwischen den Feldern Terheeg und Neuhaus ab, da durch die Bebauung und den Verkehr meine Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt und meine Gesundheit gefährdet wird. Ich nehme nicht das tägliche pendeln in die Großstadt in Kauf, um in einem Gewerbegebiet zu wohnen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-537

1001709

1002557\_001

#### Inhalt

Die Stadt Hückelhoven beantragt in ihrer Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans, gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022, dass zusätzliche Flächen als Gewerbe- und Industrieflächen ausgewiesen werden. Hier geht es um eine Fläche von ca. 22 ha, die als Gewerbe- und Industriebereich (GIB) ausgewiesen werden sollen. Diese Fläche liegt ganz nah an den Häusern des Dorfes, hier ist mit einer Steigerung der Lärmemission zu rechnen. Diese ist aufgrund der L227 und der A46 und den Windrädern eh schon hoch. Hier soll ein Gewerbegebiet mitten im Feld, mit keinerlei Anbindung an ein anderes Gebiet entstehen. In bestehenden Gewerbegebieten gibt es große Leerstände. Bevor neue Flächen erschlossen werden, sollten diese genutzt werden und dann an vorhandene Gebiete angebaut werden. Daher spreche ich mich ausdrücklich gegen den Vorschlag der Stadt Hückelhoven aus.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

AZ: Ö-O-539	
1001712	
1004428	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind ein intensiv wirtschaftender Land- und Forstwirtschaftlicher Betrieb in Radevormwald. Wir bewirtschaften 85,25 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und 6,05 ha Forstfläche. Unser Betrieb ist auf Milchviehhaltung ausgerichtet.</p> <p>Von uns werden folgende Bedenken zum Landschaftsplanentwurf vorgebracht: Die folgenden Flächen in der Gemarkung Radevormwald Flur [ANONYMISIERT] sind zum Schutz der Natur (BSN) vorgesehen. Die Flächen befinden sich in unserem Eigentum und werden von uns als intensive Mähweiden genutzt. Des Weiteren kommen Teile dieser Flächen als ``Hoferweiterungsflächen`` in Betracht. Ferner befindet sich in der Gemarkung [ANONYMISIERT] ein ``Feuerlöschteich``, sowie eine intensiv genutzte Forstfläche, die ebenfalls als BSN vorgesehen sind.</p> <p>Des Weiteren liegen folgende Flächen, die wir als Pächter bewirtschaften im geplanten BSN: Gemarkung Radevormwald, Flur [ANONYMISIERT] als intensiv genutzte Mähweide und Flurstück [ANONYMISIERT] als intensiv genutzte Mähflächen.</p> <p>Grundsätzlich berücksichtigt die Planung zwar die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB), jedoch ist davon auszugehen, dass mit den BSN Einschränkungen/Auflagen auf uns als Bewirtschafter zukommen werden, die einer vernünftigen langfristigen Betriebsplanung geradezu entgegenstehen. Die Ausweisungen der BSN wirft auch vor dem geplanten Pflanzenschutzverbot auf EU-Ebene weitere Fragen auf. Denn es ist mit weiteren erheblichen Einschränkungen zu rechnen, die möglicherweise in unsere Existenz als Landwirte eingreifen. Um für unseren Betrieb eine ``zukunftsorientierte Landwirtschaft`` zu gewährleisten, bitten wir Sie, unsere Einwände entgegenzunehmen und ernsthaft zu prüfen, ob die Ausweisung der BSN anderweitig erfolgen kann, ohne dass landwirtschaftliche Betriebe davon betroffen sind und möglicherweise in Ihrer Existenz gefährdet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-541	
1001009	
1002561	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Landschaftsschutzgebiet zwischen Brück, Rath und Neubrück sind mehrere Flächen im neuen Regionalplan als potentielle Bebauungsflächen (ASB) ausgewiesen. Ich wende mich entschieden gegen diese Einschnitte und gegen jegliche Versiegelung dieser natur- und klimarelevanten Feld- und Wiesenflur!</p> <p>Die aktuellen Extremwetterlagen des Jahres wie anhaltende Hitze, extreme Trockenheit und auf der anderen Seite verheerende Überschwemmungen müssen auch die letzten zögerlichen PolitikerInnen aufgerüttelt und ihnen aufgezeigt haben, dass die weitere Zersiedelung wertvoller Freiflächen nicht mehr zu verantworten ist. Das immer wieder vorgebrachte Argument der notwendigen Schaffung von - vor allem bezahlbarem - Wohnraum kann durch die Umsetzung nachhaltiger moderner städtebaulicher Konzepte auch in Köln vorangetrieben werden. Hierzu gehören Nutzung von Konversionsflächen, d.h. von schon versiegeltem oder auch ökologisch unattraktivem Gelände, Überbauung von Supermärkten, Möbelhäusern etc., systematischer Abbau von Leerständen (auch in Brück und Rath gibt es diverse Wohnhäuser, die seit langem leer stehen), Schließung von Baulücken. Es gibt viele Architektinnen und Architekten, die sich dieser Aufgabe schon verschrieben haben. Ihre Expertise muss genutzt werden.</p> <p>Die Feld- und Wiesenflur zwischen Brück, Rath und Neubrück ist dagegen ein zusammenhängendes Landschaftsschutzgebiet mit wichtigen ökologischen und klimarelevanten Funktionen: Als Bestandteil einer Kalt- und Frischluftschneise leistet das Gebiet einen wichtigen Beitrag gegen die Überhitzung nicht nur der angrenzenden Veedel, sondern für die gesamte Stadt Köln. Im Fall von Starkregen sorgt die Fläche dafür, dass Wasser absickern kann statt Keller und Häuser volllaufen zu lassen, viele Anwohner sind davon schon jetzt immer wieder betroffen. Außerdem befinden sich hier wertvolle Ackerböden, die sich über Jahrhunderte gebildet haben und gerade in der aktuellen Situation für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit der Menschen von Bedeutung sind. Wichtig ist auch, dass diese Fläche ausgewiesene Wasserschutzzone ist und der heutigen und zukünftigen Trinkwassergewinnung dient. Darüber hinaus finden sich in diesem Bereich in NRW geschützte Arten wie die Feldlerche, der Feldhase, die Wachtel u.a., deren Lebensraum unbedingt geschützt werden muss. Last but not least ist das Landschaftsschutzgebiet für Hunderte von SpaziergängerInnen, JoggerInnen, RadfahrerInnen, HundebesitzerInnen - für alt und jung ? ein sehr beliebtes Naherholungsgebiet. Andere Veedel haben Parks, wir haben unsere Feld- und Wiesenflur! Gerade auch für die vielen Menschen hier, die keinen Garten haben und in kleinen Wohnungen leben. Es handelt sich außerdem um ein schützenswertes</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Stück Kulturlandschaft, mit der sich die hier verwurzelten Menschen identifizieren.

Alle diese Argumente sollten genug Anlass sein, alles daran zu setzen, nachhaltige Wege für den Städtebau zu gehen und solche Flächen wie das Landschaftsschutzgebiet zwischen Brück, Rath und Neubrück für uns und die nachfolgenden Generationen als Ganzes zu erhalten!



AZ: Ö-O-542

1001715

1003603

#### Inhalt

Wir sind gegen das Industriegebiet da, Wir dort wohnen und die Natur erhalten bleiben soll. Unsere Kinder sollen auf dem Dorf groß werden und nicht im Industriegebiet spielen. Unsere Tiere leben dort, die wir sonst dort nicht mehr halten können. Der Reiterhof soll erhalten bleiben. Die Tiere brauchen die Natur, der Borkenkäfer hat schon genug geschädigt. Die Bauern brauchen die Grünflächen für ihre Tiere

Lärmbelästigung

Dreck

Gefährlich für unsere Kinder

Ich möchte nicht neben einem Industriegebiet wohnen

Wertverlust des Hauses

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-543

1001767

1003709

#### Inhalt

Haltung und Einfluss der Leverkusener Bauverwaltung im Regionalplanverfahren

Das Leverkusener Wohnungsbauprogramm 2030+ zeigt beispielhaft, dass sich die Bau- und Immobilienbranche in einer Blase befindet, in der sie sich immer wieder selbst befruchtet und ihr Fordern und Handeln wieder und wieder aus sich selbst heraus begründet. Signale oder Erkenntnisse von außerhalb sind unerwünscht.

Und die Leverkusener Bauverwaltung befindet sich mitten in dieser Blase.

Man folgt uneingeschränkt der Behauptung, dem Mangel an preiswertem Wohnraum und dem herbeigeredeten Wachstumszwang der Bevölkerung sei nur mit immer fortschreitender Ausweisung neuer Bauflächen beizukommen.

Leider wird diese Haltung in Leverkusen von interessierter Seite in der Politik seit langem flankiert.

So ist das Ausrufen des Klimanotstandes für Leverkusen reine Symbolpolitik, denn ein echtes Umsteuern gerade in der Stadtplanung wird konsequent verhindert.

Die Wissenschaft hat längst erkannt, dass unversiegelte Grünflächen in Zeiten des Klimawandels von unschätzbbarer Bedeutung sind: Frischluftentstehungszonen, Frischluftschneisen, Hochwasserschutz, Grundwasserschutz, Erhalt der Artenvielfalt und Schutz wertvoller Böden, auch für die Landwirtschaft, sind Argumente, an denen niemand mehr vorbei kommt.

Stattdessen beharrt die Bauverwaltung weiterhin darauf, über 200 ha Grünflächen für Wohn-, Verkehrs- und Gewerbebezüge zu versiegeln.

Überhaupt ist es ein struktureller Fehler, in Leverkusen der Bauverwaltung die Deutungshoheit über die Regionalplanung zu überlassen. Die Thematik gehört eigentlich schon lange in den Fachbereich Umwelt. Die Schaffung des neuen Amtes für Mobilität und Klimaschutz war im Grunde überflüssig und ebenfalls reines ?Greenwashing?. Spricht doch die Leiterin dieses Amtes in der Konferenz zum Regionalplan am 25.03.22 den Text der Baudezernentin, als sie sagt, man dürfe im neuen RegioPlanentwurf nicht zu viel Fläche als Grünland für Jahrzehnte festschreiben, das würde künftige Stadträte in ihrer Entscheidungsfreiheit behindern.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Meiner Meinung nach ist die Zeit der Kompromissbereitschaft auf Seiten der Naturschützer vorbei.

Die wieder aufkeimenden Forderungen nach Fracking, Atomkraft, Reaktivierung von ?Brachflächen?, Ausweitung von Kiesgruben usw. zeigen, wie wichtig gerade jetzt ein konsequenter Einsatz für den Umweltschutz ist.

AZ: Ö-O-544	
1001716	
1006215	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit widerspreche ich aus Umweltschutzgründen der möglichen Planung in Frankenforst.</p> <p>Ihnen sollte bekannt sein, dass sich in der vorgesehenen Planungsfläche auch geschützte Tiere aufhalten. Darüber hinaus wird die Waldfläche - nicht zuletzt auch nachweislich aufgrund der aktuellen Trockenphase - dringend benötigt und keine weitere Flächenversiegelung die dies erheblich fördert.</p> <p>Daher fordere ich Sie auf jede weitere Planung in diese Richtung einzustellen. Anderenfalls halte ich mir rechtliche Wege offen, um dies zu unterbinden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

**Inhalt**

Meine landwirtschaftlichen Flächen liegen in der Gemeinde Kreuzau in den Gemarkungen [ANONYMISIERT] sowie in der Gemeinde Hürtgenwald in der [ANONYMISIERT]. Das mir vorliegenden Kartenmaterial läßt eine parzellenscharfe Abgrenzung der geplanten Änderungen nicht zu. Die Einspruchsfrist läuft ab, bevor die Betroffenen überhaupt wissen, in welchem Umfange sie betroffen sind. Das kann nicht richtig sein. Bitte lassen Sie mir Kartenmaterial und eine Auflistung der betroffenen Flurstücke zukommen. Die Äcker und das Grünland bilden größtenteils zusammenhängende, hofnahe Flächen. Das ist gerade in unserem sehr kleinteilig parzellierten Rheinland von großem Vorteil. Sollten einzelne Abschnitte innerhalb der großen Flächen mit einem Dünger- oder PSM-Verbot (PSM = Pflanzenschutzmittel) belegt werden, so ergeben sich daraus große, unnötige Bewirtschaftungsnachteile. Das ist nicht hinnehmbar und darf nicht durchgeführt werden. Die Ausweisung neuer BSN-Bereiche ist nicht notwendig. Durch eine Verbot oder die Reduzierung des Einsatzes von Dünger oder PSM wie sie bei einer neuen Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) entstehen werden, werden die Erträge sehr schnell sinken. Im Ergebnis sinkt dadurch die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Gerade heute können wir es uns nicht leisten, leichtfertig auf die Produktion von gesunden Nahrungsmitteln in ausreichendem Maße zu verzichten. Der Regionalplan geht von einem 20-jährigen Planungszeitraum aus. Dies ist angesichts der Dynamik des Klimawandels ein viel zu großer Zeitraum. Die Geschwindigkeit dieses Wandels war noch vor wenigen Jahren in keiner Weise abzusehen. Deshalb sind 20 Jahre viel zu lang. Und deshalb ist es wichtig, das Heft des Handelns weiterhin in der Hand zu halten, auch weiterhin agieren zu können. Mit einem 20-jährigen Zeitrahmen können wir nur reagieren. Dazu zählt auch, daß weitere Entwicklungen in der Landwirtschaft bei Umsetzung Ihrer Gedanken zur Erweiterung der Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) nicht möglich sind. Hier denke ich insbesondere an die Produktion von Strom auf Agri-PV-Flächen sowie an neuartige Möglichkeiten, die heute noch vollkommen unbekannt sind. Die Möglichkeit des Abwägens zwischen dem Schutz der Natur und dem Nutzen der Flächen muß erhalten bleiben. Dies geschieht am allerbesten, schnellstens und wirkungsvollsten auf freiwilliger, vertraglich abgesicherter Art und Weise. Deshalb plädiere ich unbedingt dafür, neue Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur oder Verschärfung bestehender Schutzgebiete nur auf dieser freiwilliger Basis durchzuführen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

**Inhalt**

Ich bin [ANONYMISIERT]. Der Hof (Gebäude und Ländereien) wurde mir von meinen Eltern, die den Hof landwirtschaftlich bewirtschaftet haben, bei Eintritt in den Ruhestand, übergeben. Meine Eltern [ANONYMISIERT] bewohnen gemeinsam mit mir und meiner Familie das Wohngebäude der Hofanlage. Unsere Hofanlage und die Ländereien befinden sich schon seit mehreren Generationen in Familienbesitz und liegen in 52355 Düren [ANONYMISIERT]. Unsere Ländereien (Weide- und Ackerland) befinden sich unmittelbar um unsere Hofanlage herum. Wichtig ist noch zu erwähnen, dass meine Eltern ein Nießbrauchsrecht auf ihren Wohnbereich, auf Hof Garten und Ländereien haben. Die Ländereien sind an einen Pächter verpachtet. Durch die Verpachtung der Ländereien und die daraus folgenden Einnahmen, sichern sich meine Eltern ihren Lebensunterhalten. Ihre Bauernrente alleine ist hierfür bei weitem nicht ausreichend. Zudem werden die Pachteinahmen zur Erhaltung der Hofanlage benötigt. Diese Hofanlage mit den Ländereien soll auch der nächsten Generation übergeben werden können. Hof und nicht verpachtete Ländereien werden von mir landwirtschaftlich betrieben. Das Wohnhaus der Hofanlage wird, wie bereits erwähnt, von mir und meiner Familie sowie meinen Eltern gemeinsam bewohnt. Die Stallungen stehen seit der Rente meiner Eltern leer. Einige Gebäudeteile sind verpachtet, wie zum Beispiel eine Halle (an einen aktiven Landwirt zur Lagerung von Heu und Stroh). Die Ländereien sind an einen Landwirt verpachtet zur Nutzung als Weide- sowie Ackerland. Die Flächen werden gänzlich zur Futtergewinnung, wie Heu und Mais sowie zur Nahrungserzeugung von Weizen, Gerste, Hafer und Rüben genutzt. Unser Pächter, hat mir gegenüber bereits geäußert, dass er die Flächen nicht mehr weiter pachten wird, sollte eine Nutzung und Bewirtschaftung wie im bisherigen Umfang nicht mehr möglich sein. Unter diesen Umständen wird sich auch kein anderer Pächter finden lassen. Dies hat für mich, meine Familie und meine Eltern bedrohliche Folgen. Unser Lebensunterhalt ist dadurch maßgeblich bedroht. Alles was über Generationen in Familienbesitz ist ist stark gefährdet! Es liegt mir fern, mich gegen Umwelt- und Artenschutz auszusprechen. So plane ich zurzeit einige Dachflächen mit Solar bestücken zu lassen. Diesbezüglich bin ich gerade mit einigen Anbietern im Gespräch. Ich kann auch im Weiteren keinen Grund feststellen, weshalb man unsere Flächen zum Naturschutzgebiet erklären sollte. Wir haben einfache und konventionell bewirtschaftete Felder und Wiesen mit noch eher jungen Bäume. Hier leben auch keine besonderen wilden Tiere und die Tiere die hier leben, z.B. die üblichen Greifvögel, sind gerade wegen der konventionellen Bewirtschaftung bei uns. Selbst das benachbarte Naturschutzgebiet ist damals nur zum Naturschutzgebiet erklärt worden, weil man verhindern wollte, dass das durch den Blei-Abbau verseuchte Bergwerksgelände, als

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Sondermülldeponie genutzt wird. Wird mir durch die Neuaufstellung des Regionalplans und neue Naturschutzgebiete die Selbstbestimmung über mein Land entzogen. Ich finde gerade in der momentanen Weltenlage sollte man doch die Landwirte stärken und bei ihrer Arbeit zur Herstellung von Nahrungsmitteln unterstützen und nicht durch neue Maßnahmen unsere Landwirte zur Aufgabe zwingen. Wer produziert sonst die für uns alle notwendigen Nahrungsmittel? Ich hoffe sehr, dass meine Stellungnahme und mein Widerspruch dazu führen, dass von weiteren und / oder neuen Naturschutzgebieten auf meiner Fläche abgesehen wird. Bitte nehmen sie die unten aufgeführten Flächen aus der Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur heraus. Ggf. bitte ich um Ersatzfläche bzw. Ausgleichsfläche im üblichen Umfang (1:3) bzw. eine angemessene Entschädigung, die unseren Verlust über Jahrzehnte ausgleicht. Ansonsten ist die Existenz meiner Familie nicht mehr geben. Gemarkung [ANONYMISIERT].



AZ: Ö-O-548	
1001996	
1002601_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Leider müssen wir feststellen, dass Sie im Kreis Heinsberg neue und vergrößerte Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete planen. Als Eigentümer verschiedener Landflächen in Gangelt-Stahe, Gangelt-Niederbusch sowie in Selfkant-Millenbruch, Heinsberg-Karken und Waldfeucht-Haaren stellt ihr Vorhaben für uns eine gewaltige Wertminderung für alle betroffenen Flächen dar. Durch ihr Vorhaben ist unsere Alterssicherung wegen verringerter Pachteinahmen gefährdet. Außerdem planen Sie Landschaftsschutzgebiete selbst dort, wo verkehrsreiche Bundes- und Landstraßen durchführen. Andere hochwertige Flächen, die immer der normalen landwirtschaftlichen Nutzung dienen, sollen nun als Landschafts- oder Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Wegen der knappen landwirtschaftlichen Produkte sind solche Maßnahmen absolut ungeeignet. Jetzt stellen wir uns die Frage, ob Privat- und Landwirtschaftsrecht dem Naturrecht untergeordnet werden. Wir plädieren auf Bestandsschutz. Wir sind mit diesem Vorhaben nicht einverstanden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-549	
1002267	
1002602_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Generelle Bewertung</p> <p>Wie in der Vorbemerkung des Regionalplanentwurfs angeführt, stehen der Regierungsbezirk Köln und seine 99 angeschlossenen Kommunen vor großen Herausforderungen. Der Regionalplan soll hier helfen, diese Herausforderungen in planerischer und organisatorischer Hinsicht zu bewältigen. Dabei ist jedoch festzustellen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dem Prinzip Wachstum von Flächen für Siedlung, Gewerbe und Verkehr als Basis vom Wohlstand in der Stadt Erkelenz folgt, statt konsequent auf die Beschränkung und Umnutzung vorhandener Flächen zu setzen</li> <li>• Flächenausweisungen inmitten hochwertiger landwirtschaftlicher Böden erfolgen sollen, ohne Rücksicht auf die Belange regionaler Versorgung zu nehmen</li> <li>• den Ausgleich der Entwicklung von Natur, Landschaft und wirtschaftlicher Entwicklung zu Lasten des Naturraums regelt</li> <li>• überholte Bedarfsermittlungsmethoden als Grundlage für weitere Flächenversiegelungen verwendet: basierend auf den Versiegelungen der Vergangenheit wird diese Entwicklung der Vergangenheit in die Zukunft potenziert</li> <li>• die aktuellen Erfordernisse des Klimawandels und der u. a. damit verbundenen Sicherung des Grundwassers auf Grund der bereits seit 2015 angelaufenen Planungen nur sehr unzureichend berücksichtigt werden</li> <li>• der Strukturwandel als Argument für zusätzliche Lebensrauminanspruchnahmen verwendet wird, anstatt auf die Chance der Umwidmung von freiwerdenden Flächen der Braunkohleindustrie zu setzen</li> <li>• zu erwartende Verkehrs- und Infrastrukturprobleme durch die Flächenausweisungen nicht berücksichtigt werden</li> <li>• das Prinzip der interkommunalen Zusammenarbeit zum Schutz der wertvollen Ressource Boden und der sinnvolleren Erschließung nicht erfolgreich umgesetzt wird</li> <li>• auch der Kreis Heinsberg durch die Flächenausweisungen nicht besser strukturiert, sondern vielmehr durch eine Vielzahl von Flächenausweisungen weiter zerstückelt wird.</li> </ul> <p>Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert generell und insbesondere für das Gebiet der Stadt Erkelenz:</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1. Vorhandene Gewerbeflächen, insbesondere solche, die aufgrund des Strukturwandels nicht mehr benötigt werden, sollen umgeplant und flächeneffektiver genutzt werden. Dies gilt im Übrigen auch für nicht genutzte, einzelne Gewerbeobjekte außerhalb der klassischen Gewerbegebiete.
2. Dazu gehört eine kreisweite Erfassung dieser Flächen und eine entsprechende Klassifizierung zur erneuten Nutzung. Hierfür soll ein Brachflächenkataster aufgestellt werden.
3. Ein weiterer Anspruch an neue Gewerbeflächen ist der Erhalt zusammenhängender, hochwertiger Ackerlandflächen. Diese Ackerlandflächen im Kreis Heinsberg gibt es Böden mit den höchsten Bodenwertzahlen in Europa- gelten als das eigentliche ?Juwel? unserer Region. Es muss vorrangiges Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein, diese Flächen für eine regionale Versorgung zu erhalten. Wir fordern daher ein Ackerflächenkataster, das diese Böden kleinteilig bewertet und Schutzzonen für Ackerland einrichtet.
4. Interkommunale Gewerbegebiete werden durch Landesprogramme besonders gefördert. Die Stadt Erkelenz macht davon jedoch kaum Gebrauch. Auch hier fordern wir im Sinne einer flächensparenden Gewerbeflächenentwicklung eine Zusammenarbeit aller Kommunen, um möglichst effektiv Gewerbegebiete auf den Flächen zusammenzuführen. Und zwar möglichst auf bereits genutzten Flächen. Wenn es sich um neue Flächen handelt, dann sollen diejenigen überplant werden, die sich am wenigsten für die regionale Lebensmittelversorgung eignen.
5. Die Ansiedlung von Betriebsformen der fossilen Vergangenheit wie mit fossilem LKW-Brennstoff betriebene Logistikzentren werden nicht mehr gefördert.
6. Neue Projekte für Wohnen, Gewerbe oder Industrie müssen an das Qualitätskriterium geknüpft werden, dass hierfür ein Konzept für eine vollständige dezentrale klimaneutrale Energieversorgung einschließlich notwendiger Speicherkapazitäten umgesetzt wird.
7. Klimaneutralität und Ressourcenschutz lassen sich nur verwirklichen, wenn eine möglichst vollständige Recyclingwirtschaft realisiert wird. Die umfassende Trennung, Aufarbeitung und Wiederverwertung der Abfall- und Reststoffe ?Cradle to Cradle? führt zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen gerade im mittelständischen Bereich.
8. Grundsätzlich ist aus ökologischer Sicht der Güterverkehr auf der Schiene zu transportieren. Hierzu sind entsprechende Anschlussmöglichkeiten und ggf. ein Gleisausbau zu realisieren.
9. Die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Ausweisung weiterer Siedlungsflächen im Bereich der Stadt Erkelenz auf die Regenerationsfähigkeit des Grundwasserhaushaltes unter Berücksichtigung der tagesbaubedingten Einflüsse müssen vor Beschlussfassung im Rahmen eines Gutachtens geprüft werden.

Im Gebiet der Stadt Erkelenz werden im neuen Entwurf des Regionalplans folgende Siedlungsgebiete vorgeschlagen:

Erkelenz:                    129 ha Wohnflächen                    51 ha Gewerbeflächen

Derzeit verfügt die Stadt Erkelenz noch über 22 ha nicht realisierter, aber genehmigter Gewerbeflächen. Zu diesen Flächen sollen jetzt weitere 29 ha zusätzlicher Gewerbeflächen in einem bislang ausschließlich landwirtschaftlichen genutzten Bereich in direkter Nachbarschaft der Ortslage Neuhaus und in unmittelbarer Nachbarschaft der Ortslage Terheeg ausgewiesen werden. Diese Fläche grenzt weiterhin unmittelbar an die bisher für den Tagebau Garzweiler II ausgewiesene Betriebsfläche.

Auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz Flächen in zweistelliger Quadratmeterzahl für den Tagebau Garzweiler II in Anspruch genommen, wobei hier weder die Tagebaugrenzen noch die endgültige Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler II durch die noch anstehende, notwendige neue Leitentscheidung definiert wurden. Selbst ohne die Tagebaufläche beträgt der Flächenverbrauch für Siedlungsraum für die Stadt Erkelenz somit 180 ha.

Entsprechend dem Koalitionsvertrag ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 ha täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Diese Begrenzung muss nun auf die Stadt Erkelenz heruntergebrochen werden und der Flächenverbrauch dementsprechend angepasst werden.

Das Konzept eines dauernd wachsenden Steueraufkommens durch Bodenverbrauch ist weder nachhaltig noch klimaverträglich. Es muss durch ein nachhaltiges Konzept ökologisch vertretbarer Inanspruchnahme bereits genutzter Ressourcen ersetzt werden. Wachstum in Beschäftigung und Wertschöpfung müssen künftig durch Qualität statt Quantität gesichert werden. Jeder Quadratmeter produktiver, gesunder Boden dient dem Klimaschutz, der Natur und den Menschen nicht nur in der Stadt Erkelenz.

Erforderlich ist in diesem Zusammenhang:

- die Prüfung der Entwicklung von Konversionsflächen auf dem bisherigen Tagebaugebiet
- der Zwang zu Mehrstöckigkeit bei Bauvorhaben sowie die Anforderung des Aufstockens von Gebäuden
- Parkhäuser statt Parkflächen, soweit notwendig
- Rückgewinnung alter Industrie- und Gewerbeflächen
- Ausschluss der Gewerbe- und Siedlungsgebiete, die in den ?Prüfbögen? negativ bewertet wurden
- eine Nutzungsverpflichtung erworbener Gewerbeflächen mit einer entsprechenden Rückkaufverpflichtung für nicht genutzte Gewerbeflächen zur Verhinderung von Landspekulation.

Stadt Erkelenz:

Die geplante Gewerbefläche Erkelenz Ost entspricht noch am ehesten diesen Vorstellungen.

Das komplett neue Gewerbegebiet Erkelenz AS Ost begründet sich auf das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz. Das Konzept wurde 2015 in Auftrag gegeben und berücksichtigt in keiner Weise die energiepolitischen und klimatischen Veränderungen der letzten Jahre.

Daher bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Anmerkungen in das Verfahren ein:

- Der Punkt: ?Flächenverknappung und erschwerte Entwicklung durch den Tagebau? ist durchaus ein besonderes Problem der Stadt Erkelenz. Das Konzept wurde erstellt unter den Vorgaben der Leitentscheidung zum Tagebau Garzweiler II von 2016. Nicht berücksichtigt werden konnten bei der Erstellung also die Veränderungen, die sich zwischenzeitlich und anhaltend im Bereich des Kohleausstiegsgesetzes sowie der Möglichkeiten durch die damit verbundenen Strukturwandelprojekte ergeben haben. Der Koalitionsvertrag des Landes NRW von CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sichert nun den Erhalt weiter Flächen des ehemals III. und IV. Umsiedlungsabschnittes. Dadurch könnten sich im Zusammenhang mit dem Projekt ?Campus Transfer? viele neue Möglichkeiten für dieses, 58 Millionen ? Euro Steuergeldern geförderte Projekt ergeben. Die Nutzung dieser landwirtschaftlich hoch interessanten Flächen mit Bodenwerten um 95 Punkten für industrielle Zwecke (Siehe Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz) in unmittelbarer Nähe zum geplanten Kompetenzzentrum für nachhaltige Lebensmittelproduktion, gesunde Ernährung und umweltfreundliche Landnutzung ist kontraproduktiv und schadet dem wichtigen Zukunftsprojekt im Rahmen des notwendigen Strukturwandels.

Erläuterung des ?Gewerbeflächenkonzeptes der Stadt Erkelenz:

Das Ziel der Herstellung einer Synergie zwischen wissensbasierten Tätigkeiten, Forschung und Entwicklung in Erkelenz-Ost mit direktem Bezug zu technisch orientierten Produktionsprozessen passt daher nicht zu den im Gewerbeflächenkonzept beschriebenen Firmenprofilen: Industrieller Maschinenbau, industrielle Fertigung von Stückgütern, industrielle Massenproduktion und chemische Erzeugnisse auf einem großmaßstäblichen Flächenangebot für emittierendes Gewerbe- und Industriebetrieb; Störfallbetriebe und Betriebe mit genehmigungspflichtigen Anlagen nach BImSchG sowie ausgewählte Logistik.

Im späteren Verlauf wird dann unter dem Punkt ?Strukturkonzept? der Bereich Erkelenz Ost als Standortkategorie A/C beschrieben mit den Zielen: innovative

Produktion, Maschinenbau, regenerative Energien, technisch orientierte Produktionsprozesse, Verwaltung, digitalisierte/energetische Optimierung, Kommunikation. Dieses Strukturkonzept ist jedoch wesentlich ungenauer definiert als die im Gewerbeflächenkonzept dargestellte notwendige Bereithaltung von Flächen für industrielle Fertigungsanlagen größeren Ausmaßes, welche in Erkelenz bislang nur in begrenztem Umfang angesiedelt sind und auch der Zielsetzung des Branchenmixes aus kleinerem und mittlerem Gewerbe im Zweifelsfall eher entgegenstehen.

- Sinnvolle Ergänzungsprojekte, wie z. B. die Möglichkeiten von Agri PV auch auf herkömmlichen Flächen, würden durch die Ausweisung dieser Flächen als Industrie- und Gewerbeflächen verhindert. Dadurch würden die Chancen dieses Projektes für die Stadt Erkelenz und für das Rheinische Revier insgesamt geschmälert.

Gänzlich außer Acht gelassen wurden bei der Beantragung der Gewerbefläche Erkelenz AS Ost folgende Punkte:

- die direkte Nachbarschaft zur Ortschaft Neuhaus, welche dann nur noch durch eine Gemeindestraße von diesem großflächigen Gewerbegebiet getrennt wird
- die direkte Nachbarschaft zum Baumschulpark Mennekraht, welcher der Stadt Erkelenz bis heute als Fläche für Ausgleichspunkte für Wohnflächen und Gewerbeflächenkonzepte dient. Der ökologische Nutzen dieser Fläche in der weitgehend waldarmen Kommune Erkelenz dürfte durch die zunehmende Bebauung, Umzäunung und verkehrstechnische Inanspruchnahme der jetzigen Ackerfläche weitgehend negiert sein.
- die im Gewerbeflächenkonzept beschriebene gute Verkehrsanbindung durch den Autobahnanschluss Erkelenz-Ost (A 46) ist derzeit nicht stimmig. Der durch den Tagebau Garzweiler II verursachte Umweg für den Schwerlast-, Anliefer- und Mitarbeiterverkehr vor allem aus Richtung Süden und Westen wird durch Inanspruchnahme der Landes- und Gemeindestraße ausgeglichen. Darüber hinaus sind das AK Wanlo und die BAB 44n äußerst stör- und unfallanfällig. Die durch diese Störungen verursachten Streckensperrungen führen gerade in den Ortschaften Mönchengladbach-Wanlo, Erkelenz ? Keyenberg, Unterwestrich, Holzweiler, Kaulhausen und Venrath zu geradezu chaotischen Verkehrsverhältnissen mit nicht hinnehmbaren Belastungen der dortigen Anwohner.
- Ebenso wurden die bestehenden und geplanten Gewerbeflächen benachbarter Kommunen außer Acht gelassen. Zu nennen sind dabei insbesondere die Ansiedlungen großer Verteilzentren u. a. von Amazon und Reuters in MG-Rheindahlen, welche jetzt schon für eine Überlastung der B 57 zwischen der Gewerbefläche Hückelhoven-Baal als Standort mehrerer großer Logistikunternehmen sowie die an der B 57 gelegenen Parkflächen sorgen. Hier ist zu erwarten, dass die Kreisstraße 19 zwischen dem geplanten Gewerbegebiet Erkelenz-Ost und Wegberg Rath-Anhoven mit den

Ortsdurchfahren MG- Herrath, MG-Buchholz und Wegberg Rath-Anhoven als Abkürzung oder Schleichweg genutzt werden. Selbst die in diesem Fall mögliche Nutzung der Anbindung über die (schon bisher stark befahrene) Düsseldorfer Straße in Erkelenz würde erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastungen verursachen. Auch diese Folgen wurden im Gewerbeflächenkonzept nicht berücksichtigt.

Eventuell wäre zukünftig eine wahrscheinlich zu errichtende Verbindung zwischen der Ortschaft Kaulhausen und der L 19 im Bereich zwischen Kückhoven und Holzweiler notwendig. Der dort fließende Verkehr wäre aber über eine von RWE dort zu errichtende Werksstraße zunächst zu berechnen. Auch muss dabei in Betracht gezogen werden, dass sich die Verkehrs- und Lebenssituation der Bürger in Kaulhausen erheblich verschlechtern wird, unabhängig von der eventuellen, späteren Straßenführung. Zu beachten sind hierbei auch die Belastungen einer möglichen stark befahrenen Straße in direkter Nachbarschaft zum Projekt grünes Band, welches den späteren Restsees Garzweiler II umgeben soll und die Erholungsfunktion dieses Bands erheblich negativ beeinflussen könnte. Eine abgesetzte Straßenführung würde dem landwirtschaftlichen Bereich wiederum großen Schaden zuführen und ist ebenfalls nicht erstrebenswert.

Weiterhin nicht in Betracht gezogen wurde die geplante LPG IV Gewerbegebietsausweisung in Hückelhoven-Baal. Hier ist anzunehmen, dass sich Betriebe aus dem Umfeld der dortigen Ansiedlungen auch auf Gewerbeflächen der Stadt Erkelenz niederlassen möchten. Sollte dies nicht im Bereich der Gewerbeflächen GIPCO möglich sein, käme hier die Gewerbefläche Erkelenz-Ost in Betracht. Dies könnte auch hier zu einer bislang völlig unberücksichtigten negativen Verkehrssituationen auf den möglichen Verbindungsstraßen führen.

- Die Überschreitung der A 46 im Erkelenzer Osten stellt einen Tabubruch dar. Hier war bislang klar, dass die Belastung der dort lebenden Menschen durch den heranrückenden Tagebau Garzweiler II bereits als sehr negativ bewertet wurde. Weiterhin stellt die Fläche zwischen Neuhaus, Venrath, Holzweiler, Kückhoven, Wockerath und Terheeg immer noch einen großen zusammenhängenden, landwirtschaftlich genutzten Bereich höchster Qualität dar. Der Verlust dieser Flächen bleibt beim vorliegenden Gewerbeflächenkonzept gänzlich unberücksichtigt. Die Ausweisung eines in einer Straßenschleife gelegenen, kleinflächigen Bereiches für einen eher kleinen Landhandel kann dabei nicht die Begründung für ein langfristig noch erweiterbares Gewerbegebiet sein, welches sich dann über rund 2,5 km bis zu den Ortschaften Venrath und Kaulhausen ausdehnen könnte (dieser Anschluss wäre im Falle der Realisierung des Gewerbegebietes Erkelenz Ost nicht nur möglich, sondern letzten Endes auch zwangsläufig).
- Die Siedlungssituation der Menschen in Neuhaus, Venrath, Kaulhausen und Terheeg wäre bestimmt durch die unmittelbare Nähe der BAB 46 und DB Linie

im Norden, dem Tagebau im Osten und Süden und dem Gewerbegebiet im Westen. Sämtliche Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerungen der genannten Ortschaften würden durch dieses Gewerbegebiet zunichte gemacht. Die Orte würden unwiderruflich ihren ländlichen Charakter verlieren, eingegrenzt von Verkehrs-, Tagebau- und Industriebelastungen.

- Auch die Möglichkeiten eines angestrebten interkommunalen Gewerbegebietes im Bereich des AK Jackerath, wie es von der Landgemeinde Titz mittlerweile ins Verfahren eingebracht wurde ? siehe unten -, blieben bei der Erstellung des Gewerbeflächenkonzeptes völlig außer Acht

Bei der Stellungnahme der Öffentlichkeit sprachen sich 98% der Einwender gegen das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz aus und forderten Änderungen und Neuplanungen. Die weitere, unreflektierte Übernahme dieses Gewerbeflächenkonzeptes in den Regionalplan würde daher gegen den Willen der Einwohner der Stadt Erkelenz durchgeführt. Dies entspräche nicht dem Geiste dieses Regionalplans.

Als Fazit bittet die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz die Bezirksregierung Köln, diese Punkte bei der Aufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen. Insbesondere der zukunftsorientierte und chancenreiche Wandel der Stadt Erkelenz hin zu einem wichtigen Forschungsstandort im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier sollte durch diesen Regionalplan gefördert und nicht behindert werden. Die Veränderungen der letzten zwei Jahre im Bereich der Energieversorgung, der Klimawandelfolgen sowie der Bedeutung der regionalen Versorgung müssen in diesem Regionalplan berücksichtigt werden. Die hochwertigen Böden der Erkelenzer Börde können dabei eine wesentliche Rolle einnehmen. Die Flächen sollten für diese wichtige Aufgabe vorgehalten werden. Einmal versiegelte Flächen können dafür nicht mehr in Anspruch genommen werden. Sollte sich der Strukturwandel in der Stadt Erkelenz nicht durchsetzen können, so stehen die Flächen ja immer noch für folgende Regionalpläne zu Verfügung.

Alternativen sind vorhanden, wie nun folgt:

Der Bürgermeister der Landgemeinde Titz bringt in seiner Stellungnahme zum Regionalplan ein interkommunales Gewerbegebiet der Kommunen Titz und Erkelenz ins Spiel. Dieses Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe zum Autobahnkreuz Jackerath und mit guten Anbindungsmöglichkeiten an den dort geplanten Schienenverkehr bietet aus ökologischer und ökonomischer Sicht gute Ansatzpunkte. Diese Idee ist daher weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die dort zu beplanende Fläche muss jedoch von der bisherigen Gesamtfläche an allgemeinen Siedlungsbedarf der Stadt Erkelenz abgezogen werden.



AZ: Ö-O-550	
1002053	
1008270	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Anhang finden Sie ihre Karte mit unserer Anmerkung das hinter dem Hochwasserschutzdamm kein Überschwemmungsgebiet ist. Dort liegen unsere Ackerflächen. Wir bitten dies zu korrigieren und uns zu bestätigen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008270]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008270.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Bei der genannten Fläche handelt es sich nicht um ein Überschwemmungsgebiet der Fachplanung, welches als Überschwemmungsbereich in die Regionalplanung übernommen wurde, sondern um einen rückgewinnbaren Überschwemmungsbereich. Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Entsprechend dem Ziel 7.4-7 LEP NRW wurden in Abstimmung mit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten und hochwassergeschützten Bereichen identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen. Mit den rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen wird ein Flächenpotential gesichert, mit dem Kommunen zum eigenen Schutz und dem ihrer Unterlieger zusätzlichen Retentionsraum schaffen können. Dies kann z. B. durch Deichrückverlegungen, Einrichtungen gesteuerter Rückhalteräume oder Gewässerrenaturierungen erfolgen. Sollen diese rückgewinnbaren Überschwemmungsflächen planerisch in Anspruch genommen werden, so wird eine Einzelfallprüfung durchgeführt, in der unter Beteiligung der Fachplanung vom Planungs- bzw. Projektträger der Nachweis erbracht werden muss, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen.</p>

AZ: Ö-O-551

1001997

1006216

#### Inhalt

Den neu gefassten Plänen der Bezirksregierung bezüglich der Fläche R27 können wir nicht entsprechen. Dieses Waldstück dient in erster Linie dem natürlichen Schallschutz für die Anwohner des Stadtteiles Frankenforst zur direkt dahinter gelegenen A4, auf welcher der Verkehr in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Zudem ist der Tierbestand in diesem Waldstück in den letzten Jahren sehr gewachsen. Es bleibt somit zu prüfen, ob es sich hier um Naturschutz handelt. Die Infrastruktur der Stadt Bergisch Gladbach sowie die Stadtmitte werden nicht dadurch gerettet, das man am Stadtrand Platz für Kleingewerbetreibende schafft. Die Verkehrssituation zum Ortskern werden dadurch auch nicht besser.

Fakt ist, wer in Frankenforst wohnt, meidet eine Fahrt nach Bergisch Gladbach. Mit dem Bus braucht man mehr als eine Stunde! Im Ortskern von Bergisch Gladbach besteht enormes Potenzial zur Anbindung von Kleingewerbe sowie Großgewerbe (ehemaliges Zanders Gelände). Es wurden teure Schienenanbindungen geschaffen, was mit Sicherheit für einige Unternehmen von Vorteil wäre. Vielleicht sollte man an dieser Infrastruktur arbeiten und ausbauen, ehe man in Zeiten den Klimawandels auch noch die letzten Flecken Natur vernichtet.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-O-552	
1002052	
1002606_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Karte ist zu groß als Anlage. Die Parzelle befindet sich im Ortsteil Swisttal Straßfeld (anonymisiert)</p> <p>(anonymisiert)</p> <p>Ackerparzelle die nach erfolgter Rekultivierung (laut Rekultivierungsplan) einer ausgekiesten Fläche wieder landwirtschaftlich bearbeitet wird. Die Ackerparzelle befindet sich in (anonymisiert) Eigentum (anonymisiert) und wird derzeit von (anonymisiert) beackert. Als Familien die von der Landwirtschaft leben, ist unsere Existenzgrundlage durch immer größere werdende Einschränkungen der Nutzbarkeit unserer Ackerflächen durch Unterschutzstellung und damit verbundener finanzieller Einbußen stark gefährdet. Die Unterschutzstellung betrifft viele weitere Flächen des Betriebes meiner Familie, ich beziehe mich hier jedoch nur auf die (anonymisiert)fläche von uns (anonymisiert).</p> <p>4 Freiraum Zeichnerische Festlegungen Blatt 10-11 (siehe Anlage)</p> <p>Die Fläche wird im Regionalplan ausgewiesen als Fläche zum Schutz der Natur. Dies sehen wir als Beschränkung unserer Rechte als Grundeigentümer. Bereits jetzt sind die Auflagen für geschützte Flächen sehr hoch und anstehende Veränderungen werden dies noch erheblich verstärken. Dies führt zu einer erheblichen Einschränkung der Nutzbarkeit. Rekultivierte Flächen wie diese wären auch bei der derzeitigen Energiekrise als Flächen für Freiflächensolaranlage u.a. denkbar. Es muss gewährleistet sein, dass dies durch eine Unterschutzstellung nicht ausgeschlossen ist. Der angestrebte Biotopenverbund ist nachvollziehbar, auch hier wo in der Nachbarparzelle ein Biotop zu finden ist. Auch ein Landschaftsschutz im Umfeld von Biotopen wie er derzeit besteht. Es muss jedoch klar definiert werden, dass die Nutzbarkeit der angrenzten Flächen nicht durch die Auflagen, in diesem Fall als BSN, nicht fast ausgeschlossen ist und damit eine Abwertung unseres Besitzes daher geht. Wir sprechen uns gegen eine Ausweisung dieser Fläche als BSN aus.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Der Festlegung ?BSN? ist hier, entsprechend der Plankonzeption, ein Vorrang einzuräumen.</p>

	<p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>
--	--

AZ: Ö-O-553	
1001727	
1006218	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch gegen die geplante Neuausweisung von Naturschutzgebieten entlang des Olpebachs unterhalb der Ortschaft Kaas, 51515 Kürten, entlang der Kreisgrenze Oberberg und Rheinberg ein. Ich bin praktizierender Landwirt und benötige die uneingeschränkte Bewirtschaftungsmöglichkeit der sehr produktiven und hofnahen Talwiesen, um die Futterversorgung meiner Mutterkuhherde sicherzustellen. Folgende meiner Eigentumsflächen sind konkret betroffen: [ANONYMISIERT]</p> <p>Des weiteren gebe ich zu bedenken, dass durch die kompletten in Rede stehenden Talwiesen ein Abwasserkanal führt, der für eine Naturschutzfläche eher hinderlich sein dürfte.</p> <p>In der geplanten Ausweisung von Naturschutzflächen sehe ich eine deutliche Wertminderung meiner Futterbauflächen und damit eine Art Enteignung meines in den letzten Jahrzehnten aufgebauten Grundeigentums. Die geplanten Flächen betreffen ca. 1/3 meiner Flächen. Durch die Nutzungseinschränkungen sehe ich die Futterversorgung der Tiere und somit die Existenz meines landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebes gefährdet.</p> <p>Ich bitte Sie aus genannten Gründe auf die Neuausweisung der Naturschutzflächen im Regionalplan zu verzichten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen</p>

Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-554

1002054

1002608\_001

#### Inhalt

Die Neuaufstellung des Regionalplans für die Region Bonn/Rhein-Sieg, hier speziell die Ausweisung möglicher Siedlungsflächen im Raum Beuel u. Königswinter, unterstütze ich ausdrücklich. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben angesichts eines eklatanten Wohnungsmangels. Statt der erforderlichen 400.000 Wohnungen sind in den vergangenen Jahren nur 150.000 jährlich gebaut worden. Mit der Konsequenz ständig steigender Preise für Mieten und Eigentum. Allen Versuchen, Siedlungsflächen in der Nähe bereits bewohnter Flächen einschränken zu wollen, muss entschieden entgegengetreten werden. Die Abwehr von Neubürgern auf Flächen, die an bewohnte Flächen angrenzen, ist nichts anderes als eine lokale Version von Fremdenfeindlichkeit. "Das Boot ist voll" à la AfD kann und darf nicht die Antwort für Bonn und das Siebengebirge sein. Vorgeschobene Argumente wie angebliche Kaltluftschneisen dienen nur dazu, lokale, ganz persönliche Eigeninteressen zu verschleiern. Wer wirklich die Bebauung neuer Flächen verhindern wollte, wer wirklich den Kfz-Verkehr nicht anwachsen lassen wollte, der würde sich zunächst einmal selbst auf die durchschnittlichen 46m² Wohnfläche pro Person beschränken, und der würde alle Kurzstrecken mit dem Fahrrad oder Bus statt dem Auto bewältigen. Stattdessen kommen Einwände gegen Neubaugebiete zumeist von Menschen, die mit wenigen Personen in großen Häusern leben, und selbst kurze Strecken bis 10 km regelmäßig mit dem Auto zurücklegen. Nachdem die Merkel-Regierung (Union u. SPD) das Wohnraumproblem viele Jahre haben schleifen lassen, begrüße ich also ausdrücklich die Ausweisung neuer Wohngebiete im Umfeld von Bonn u. dem Siebengebirge. Geben Sie lokalen Gegnern dieser Ausweisung nicht nach!

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zu einer alternativen räumlichen Entwicklung vorgebracht

AZ: Ö-O-555	
1002104	
1008902	
<b>Inhalt</b> Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahnstrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.



**Inhalt**

Auch ich möchte zum geplanten Industriegebiet in Herreshagen Stellung nehmen, denn dieses Industriegebiet soll auch direkt hinter meinem Elternhaus errichtet werden. Gerne suche ich heute noch Zuflucht in meinem alten Zuhause, denn dort fühlt es sich nach Urlaub und Erholung an. Damals haben meine Eltern sich bewusst für diese ruhige und wunderschöne Lage in Herreshagen entschieden, denn hier strahlt die Natur eine gewisse Ruhe und Geborgenheit aus. Die Vorstellung, dass ich aus meinem Kinderzimmer auf eine zugebaute Fläche und ein Industriegebiet schauen werde, lässt mich wirklich in Tränen ausbrechen. Denn mein persönlicher Rückzugsort für schlechte Tage in Köln wird mir einfach genommen.

Ich erinnere mich noch zu gerne an meine Kindheit zurück. Wir waren viele Kinder im gleichen Alter in der Nachbarschaft und haben uns jeden Tag draußen zum spielen getroffen. Wir haben im ganzen Dorf gespielt, sind in die Wälder gelaufen, haben dort Buden gebaut, haben in der Tannenschonung von meinem Papa übernachtet, wir haben etliche Dinge gemacht, die nicht viele Kinder machen können. Denn viele Kinder sind nicht von dieser Möglichkeit der Natur umgeben. Aber ich bin bis heute so unfassbar dankbar das alles erlebt zu haben und hatte mich schon darauf gefreut irgendwann meinen eigenen Kindern und Enkeln diese Erfahrung in Herreshagen zu ermöglichen. Ein Industriegebiet wird diesen Traum platzen lassen, denn auch das letzte Stückchen friedliche Natur wird so von der Industrie platt gemacht. Von einer Welt, die von Geld und Macht geprägt ist. Der einzige Ort in dem es eben nicht darum ging, war, für mich und viele andere, immer Herreshagen. Welch eine Ironie das es auch genau jetzt diesen Ort treffen soll.

Ich bitte Sie wirklich von Herzen, dass Sie das geplante Industriegebiet nicht umsetzen und diese Idee nie wieder aufkommt.

Bitte nehmen Sie uns nicht unseren kleinen Platz Frieden auf diesem Planeten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-558	
1002141	
1008904	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anmerkung der Landwirte in Erftstadt zum Regionalplan Köln</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausnutzung vorhandener Freiflächen in den bestehenden Gewerbegebieten.</li> <li>• Nutzung von Industriebrachen, z.B. in Hürth und Frechen (z.B. Gebäude Zentrallager Kaufhof)</li> <li>• Bei einer Neuausweisung von Gebieten zum Schutz der Natur, ist erst zu prüfen, was alte Maßnahmen gebracht haben und wie effektiv sie waren, bevor neue ausgewiesen werden (=&gt; Verbrauch von landwirtschaftlich genutzten Flächen auf ein Minimum zu reduzieren).</li> <li>• Baugebiete effizient nutzen durch den Bau von Doppel-, Reihen- und mehrgeschossigen Häusern.</li> <li>• Ausgleichsflächen für Baugebiete sollten vorzugsweise in den Baugebieten selbst angelegt werden (z.B. Bäume, Hecken, Sträucher, Dachbegrünungen).</li> <li>• Ausgleichsflächen mit anderen Maßnahmen kombinieren, d.h. Ausgleichsflächen für Straßen oder Industriegebiete mit Renaturierung- und Überschwemmungsflächen von Bächen und Flüssen.</li> <li>• Keine Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen errichten, sodass eine fachgerechte Bewirtschaftung dort nicht mehr stattfinden kann. (Schutz wertvoller Ackerflächen)</li> <li>• Freiflächenanlagen nur an Autobahnböschungen und Flächen, die sich nicht oder nur schlecht für den Ackerbau eignen, errichten.</li> <li>• Wir können Ausweisungen von neuen Schutzgebieten nicht zustimmen. Brüssel möchte zurzeit, dass in allen Schutzgebieten die Landwirte weder Düngen noch Pflanzenschutz betreiben dürfen, obwohl uns Landwirten bei der Ausweisung solcher Gebiete versprochen wurde, dass wir keinerlei Einschränkungen in diesen Gebieten haben werden.</li> <li>• Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen der Vergangenheit, ob die Einwände und Bedenken der Landwirtschaft umgesetzt wurden.</li> </ul>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

AZ: Ö-O-559	
1001730	
1002622_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, ich bewirtschafte (anonymisiert).Wie ich in der zeichnerischen Darstellung der Neuaufstellung entnehmen konnte, liegt ein großer Teil unserer Betriebsflächen zukünftig im Naturschutzgebiet. Diese Flächen waren vorher nur Landschaftsschutzgebiet, dessen Schutzziel ein freies Mäandern des Baches ermöglichen sollte. Die Flächen liegen beidseitig am Wormersdorfer Bach in der Gemarkung Meckenheim.(anonymisiert) Sollte in Zukunft auf diesen (Naturschutz-)Flächen der Pflanzenschutz, wenn auch biologischer eingeschränkt werden, bedeutet das für unseren Betrieb, dass uns die Existensgrundlage entzogen wird. Ich bitte dies bei der Neuaufstellung des Regionalplanes zu berücksichtigen und uns nicht die Existensgrundlage zu entziehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-561	
1002142	
1003718	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gerne möchte ich eine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln vornehmen.</p> <p>Die zur Bebauung ausgewiesenen Flächen schaden in meinen Augen den angrenzenden Stadtteilen Neubrück, Rath und Brück erheblich und beeinträchtigen in besonderem Maße die Lebensqualität der hier lebenden Bewohner. Das Gebiet ist aber nicht nur Naherholungsgebiet für viele Bürger, auch aus angrenzenden Stadtteilen, sondern leistet einen essentiellen Beitrag gegen die auch bei uns immer stärker werdenden Auswirkungen des Klimawandels. Dieses Gebiet dient seit jeher als Frischluftschneise für fast den gesamten Kölner Osten und hat damit einen erheblichen Einfluss auf die Temperaturen und die Frischluft-Zirkulation.</p> <p>Daher bitte ich Sie die geplanten Flächen, insbesondere aber den Bereich im Stadtteil Neubrück auf ihr gesamtgesellschaftliches Kosten-Nutzen-Verhältnis hin zu überprüfen und für eine Bebauung aus dem Regionalplan auszuschließen.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-562

1001763

1002629

## Inhalt

Stellungnahme

?Öff Neuaufstellung Regionalplan?

Blatt05: Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer Kreis

Die Bebauungspläne (Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)) im Regionalplan Köln für Neubrück (8-809-010), Brück (8-807-005, 8-807-004) und Rath-Heumar (8-808-006) sind abzulehnen, entsprechende Planungen einzustellen.

### Klimaschutzgründe

Das gesamte Gebiet ist Teil eines Landschaftsschutzgebietes und dient u.a. zur Stadtbeltung (Frischlufschneise).

Es sollte mittlerweile allgemeiner Kenntnisstand sein, dass eine Versiegelung von Flächen durch Bebauung sehr stark zur Erwärmung der Städte beiträgt und zu vermeiden ist. Weiterhin nehmen versiegelte Flächen auch kein Wasser auf. Der Grundwasserspiegel wird entsprechend fallen, die Grundwasservorräte sinken und die umliegenden Böden weiter austrocknen.

Stattdessen sollten diese Bereiche bewaldet werden! Laut Experten ist ein intakter Laubwald im Sommer 10 Grad kühler als Landwirtschaftsfläche und bis zu 15 Grad kühler als städtischer Grund.

Außerdem speichern Wälder Wasser wie ein Schwamm. Örtliche Überschwemmungsgefahren durch Starkregen kann am effektivsten durch offene Flächen begegnet werden; eine weitere Versiegelung ist zu unterlassen. Selbst kleine Vorgärten dürfen mittlerweile nicht mehr durch so genannte Steingärten versiegelt werden.

### Sozialgesellschaftliche Gründe

Leider ist Neubrück schon jetzt ein sozialer Brennpunkt und ? ungeschönt ausgedrückt ? ein Drecksloch.

Wie es verschiedentlich zu lesen ist, sollen durch den Bau weiterer Hochhäuser auf

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

dem ehemaligen Madausgelände zusätzlicher Wohnraum für bis zu 4500 Menschen ?  
das sind rund 50% der aktuellen Einwohnerzahl ? entstehen.

Es ist nicht davon auszugehen, dass dadurch das soziale Niveau in Neubrück  
angehoben wird. Ein weiteres Abdriften Richtung ein zweites Chorweiler ist  
vorprogrammiert.

Desweiteren hat Neubrück für eine solche Erweiterung weder die Einkaufsinfrastruktur  
noch sind genügend Kindergärten oder Schulen vorhanden.

AZ: Ö-O-563	
1001998	
1004438	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit legen wir, [ANONYMISIERT], Einspruch gegen die Regionalplanung in der Gemarkung Neuhückeswagen, Ortschaft Niederbeck [ANONYMISIERT] und Ortschaft Karrenstein Flurstück [ANONYMISIERT] ein. Diese beiden Flächen dienen als Futtergrundlagen zur Versorgung unserer Milchkühe und würden durch evtl. zukünftige Bewirtschaftungsauflagen nur noch eingeschränkt nutzbar sein. Desweiteren würde das Flurstück [ANONYMISIERT] geteilt werden wodurch eine einheitliche Bewirtschaftung nicht mehr sicher zu stellen wäre...</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-573	
1001881	
1004445	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Nach dem ich mir die zeichnerische Darstellung angesehen habe, habe ich gesehen da ein paar Flächen von mir geplant sind zum Natuerschutzgebiet ausgewiesen zu werden. Die markierten Flächen an der Hofstelle in Vormwald die auf der entsprechenden Karte [s. Anhang Abb. StnID_1004445_1] eingezeichnet sind, sind Waldflächen die ich auch in Zukunft ohne Einschränkungen bewirtschaften möchte. Dies scheint auch aktuell in Hinsicht auf die Problematik mit dem Klima und Borkenkäfer mir als sehr wichtig. Auf der zweiten Karte [s. Anhang Abb. StnID_1004445_2] sind Grünlandflächen von mir nahe der Ortschaft Pleuse markiert. Auch hier möchte ich diese Flächen ohne Beschränkungen bewirtschaften da ich diese Flächen benötige um unsere Tiere zu füttern und somit meinen Hof zu erhalten . Desweiteren ist ein Wertverlust meiner Flächen zu befürchten.</p> <p>Vielen Dank im Voraus das ich eine Stellungnahme abgeben konnte und bitte Sie diese zu berücksichtigen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1004445_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1004445_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-574	
1001999	
1003717	
<p>Inhalt</p> <p><b>Westliche Flehbachau, südöstlich der Siedlung am Kleinfeldchensweg</b></p> <p>Wir wohnen seit 2006 in Brück und sind damals deshalb hierher gezogen, weil wir stadtnah, aber auch naturnah wohnen wollten. In den vergangenen Jahren haben wir gerade diese Nähe zur Natur durch verschiedenste sportliche Aktivitäten, sei es durch die Grundschule unserer Kinder oder privat, genießen dürfen. Dieser Naherholungswert wird von einer Vielzahl von Brückern (und anderen, angrenzenden Veedelbewohnern) sehr geschätzt. (Besonders an den Wochenenden gibt es rund um den Eiskaulenweg eine rege Spaziergängertätigkeit.)</p> <p>Die "Parks" / Grünflächen, speziell am Eiskaulenweg, sind die grüne Lunge von Brück. Das kommt nicht nur den Menschen, sondern auch den Tieren zu Gute. Neben Feldhasen, Greifvögeln, grünen Sittichen leben und brüten hier u.a.auch Enten. Gelegentlich wurde auch schon ein Dachs oder Fuchs gesichtet. Es ist wichtig, diese Vielfalt an Tieren in diesem Gebiet zu erhalten.</p> <p>Darüberhinaus gibt es in dem gesamten Gebiet verschiedene Wildobstbäume, die einer möglichen Bebauung zum Opfer fallen würden.</p> <p>Bitte belassen Sie diese Fläche so, wie Sie ist.</p> <p>[ANOMYSIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p>

AZ: Ö-O-575	
1002108	
1008271	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit äußere meine Bedenken zu der geplanten Neuaufstellung des Regionalplanes für den Bereich RegPlan Köln Blatt 02-03 Kreis Düren, da wir im Rheinischen Revier bereits starke Einschränkungen durch die Tagebauen in Kauf nehmen müssen. Sollten jetzt weitere Flächen zum Schutz der Natur ausgewiesen werden, die dann eine Einschränkung der Bewirtschaftung zwangsläufig mit sich bringen, befürchten wir eine exentielle Bedrohung für unseren Landwirtschaftlichen Betrieb. Außerdem sind Umweltzonen wertmindernd, wer kommt für diese Wertminderung auf? Hier wurde gerade eine neue Parzelle käuflich zu hohen Preisen von uns erworben. Betroffen sind wir mehrfach im Bereich Düren-Hoven, Mariaweiler und Echtz-Konzendorf.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-576

1002109

1002655\_001

#### Inhalt

Ich lehne ein GIB ob regional oder als plus-Version komplett ab. Ein derartige Flächennutzung führt zu einer weiteren drastischen Flächenversiegelung, die auch etwaige neue Arbeitsplätze nicht wett machen können.

Letztes Jahr hatten wir die Flutkatastrophe vor unserer Haustüre und jetzt soll der Klimawandel durch Bebauung weiter angeheizt werden. Das darf nicht sein. Wer hier verantwortlich denkt, wird keine Arbeitsplätze schaffen, sondern für den Erhalt einer Umwelt für unsere Kinder und Kindeskindern eintreten, die aber vom Klimawandel dramatisch gefährdet ist. Es ist fünf nach zwölf, wir müssen umsteuern. Wir müssen weg vom schneller, höher, weiter. Wir müssen unseren Lebensstandard reduzieren. Deshalb lehne ich ein GIB sowohl im Bereich Heinsberg-Waldenrath, wie auch an anderen Orten kategorisch ab!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-577

1002145

1003720

#### Inhalt

Bitte bebauen Sie nicht Kölns Grüne Lunge. Bitte lassen Sie die Flächen 8-807-004, 8-807-005, 8-807-006 und 8-807-010 unbebaut, zum Wohle von Mensch, Tier und Natur. Wir brauchen das Grün!

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-578

1001900

1002657\_001

#### Inhalt

Gibplus oder Gibregional im Gebiet Heinsberg Gangelt

Hiermit möchte ich folgende Bedenken zum geplanten Gibplus bzw Gibregional erheben: hohe Flächenversiegelung bei aktiver Landwirtschaft im Ort Waldenrath, hohe Emissionen bei der Ansiedlung von Industrieunternehmen, Wertverlust der angrenzenden Häuser, massive Einschränkung der Wohn- und Lebensqualität bei gleichzeitiger Planung eines Wohngebietes ist das Wohngebiet mangels Baugrundstücken im Dorf Waldenrath zu bevorzugen, Ansiedlung von Bürgern bei vorheriger Genehmigung des Industrie- und Gewerbegebietes unwahrscheinlich

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-579	
1002059	
1008915	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Öff Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung</b></p> <p>wir erheben Einspruch gegen den Regionalplanentwurf, da wir die Auswirkungen der Planung <b>K_PUL_BM_Schiene_01</b>, d. h. die geplante Führung einer Bahntrasse über die Helmholtzstraße (REK, Stadt Pulheim, Ortsteil Brauweiler) aus folgenden Gründen für unzumutbar halten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die überdimensionierte Trassenführung würde den kleinen, ländlich geprägten <u>Ort durchschneiden</u>.</li> <li>- Das <u>Ortsbild</u> des in diesem Bereich überwiegend durch ein- und zweigeschossige Wohngebäude geprägten Wohngebietes würde erheblich beeinträchtigt.</li> <li>- Die Bahntrasse würde einen <u>Naherholungsraum mit Grünflächen, schutzwürdigem altem Baumbestand, Spazierwegen sowie Spiel- und Sportflächen</u> zerstören.</li> <li>- Durch die zu erwartende <u>Lärmbelästigung</u> würde die Lebensqualität erheblich beeinträchtigt.</li> <li>- Der vorliegende <u>Umweltbericht schätzt die Umweltauswirkungen bzgl. sechs Kriterien schutzübergreifend als erheblich ein</u> (Anlage L, Anlage J) - während die Planung die ökologischen Bedenken und die Belange der Anwohner für uns nicht nachvollziehbar ignoriert.</li> <li>- Der Bebauungsplan Pulheim NR. 72 BW gibt für die an der Helmholtzstraße gelegenen Grundstücke eine <u>Orientierung der Hausgärten</u> überwiegend zur Straße vor. Eine unmittelbar vor diesen Gärten verlaufende Bahnlinie, die hiervon ausgehende Veränderung des Straßenbildes und die zu erwartenden Lärmemissionen würden einen erheblichen <u>Eingriff in die Nutzbarkeit</u> und eine erhebliche <u>Wertminderung</u> dieser und weiterer Grundstücke darstellen.</li> <li>- Aktuell liegt noch keine <u>Machbarkeitsstudie</u> vor, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind.</li> <li>- Das neu ausgewiesene Wohngebiet PUL_ASB_2 führt zu einer weiteren Flächenversiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Auch die dafür erforderliche <u>Verschiebung der Freiraumfunktion</u> in Richtung Bonnstraße ist nicht</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und</p>

<p>akzeptabel, vor allem wenn diese eine <u>alternative Streckenführung</u> einer Bahnlinie über die Bonnstraße verhindert.</p> <p>- Die in den letzten Jahren diskutierte <u>Verschiebung der Regionaltangente in einem Teilbereich von Pulheim zwischen der B 59 und Freimersdorf (L 183 Bonnstraße)</u> in östliche Richtung sollte neu in Betracht gezogen und umgesetzt werden. Dies würde die Ortsteile von bereits jetzt schon erheblichem <u>Verkehrslärm entlasten und evtl. sogar Raum für die Bahnlinie auf der Bonnstraße schaffen</u>.</p> <p>- Insbesondere die Möglichkeiten und Vorteile von gut ausgestatteten <u>Verbindungen mit E-Bussen</u>, z. B. von Brauweiler und anderen Orten zu den S- und Straßenbahn-Haltestellen in Köln Weiden-West sollten ebenfalls oder alternativ umgesetzt werden.</p> <p>Wir erheben daher Einspruch dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird.</p>	<p>berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
---	---

1008916

#### Inhalt

- Das neu ausgewiesene Wohngebiet PUL\_ASB\_2 führt zu einer weiteren Flächenversiegelung von klimarelevantem Boden und Ackerflächen. Auch die dafür erforderliche Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße ist nicht akzeptabel, vor allem wenn diese eine alternative Streckenführung einer Bahnlinie über die Bonnstraße verhindert.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen wird auf den Ausgleichsvorschlag zu der Stellungnahme ID 1008915 verwiesen.



AZ: Ö-O-581	
1002219	
1002662	
<b>Inhalt</b> <p>Das Waldgebiet R27 am Königsforst sollte aus ökologischen Gesichtspunkten erhalten bleiben. Eine Umwandlung in ein Gewerbegebiet widerspricht inhaltlich den Grundsätzen für die die amtierenden Parteien in NRW und auch auf Bundesebene sich einsetzen und stark machen. Die Begründung für die Umwandlung als Verhandlungsmasse ist aus Perspektive eines Bürgers fragwürdig.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-O-583	
1002058	
1002674_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>Öffentliche Auslegung und Neuaufstellung des Regionalplanes Köln</b></p> <p><b>"Öff Neuaufstellung Regionalplan?"</b></p> <p><u>Hier:</u> Stellungnahme als Betroffener</p> <p>zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen südlich von Palmersheim wie folgt Stellung:</p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa ein Hektar (1,268 ha) meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen. Es handelt sich um eine Ackerfläche südlich von Palmersheim, im beigefügten Kartenausschnitt "(anonymisiert)" violett gekennzeichnet.</p> <p>Flurbezeichnung:</p> <p>(anonymisiert)</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-584	
1002058	
1002675_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen westlich von Mühleip wie folgt Stellung: Ich wende mich dagegen, dass etwa acht Hektar (7,9664 ha) meiner verpachteten Weideflächen sowie das Grün-/Gartenland mit den Hofgebäuden und meinem (anonymisiert)haus in Mühleip (anonymisiert) als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Dünge- &amp; Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Weide- bzw. Grün-/Gartenland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Darüber hinaus wäre das auf der Hoffläche befindliche erschlossene Bauland nicht mehr für eine spätere Bebauung nutzbar. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen. Es handelt sich um eine Weidefläche westlich von Mühleip sowie Grün-/Gartenland neben den Hofgebäuden, im beigefügten Kartenausschnitt (anonymisiert) violett gekennzeichnet. Flurbezeichnungen:- Grün-/Gartenland neben Hofgebäuden: (anonymisiert) (Gemarkung Linkenbach (anonymisiert)) - Weideland: Gemarkung Linkenbach (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-585

1002268

1006220

#### Inhalt

Es geht um die Wald-/Baumflächen ?R27?, die sich von Frankenforst bis Lustheide erstrecken.

Bei der Bezeichnung ?R27? bediene ich mich der Sprache, die die Stadt Bergisch Gladbach im Stadtrat benutzt, und auch Ihnen gegenüber in ihrer Stellungnahme. Ein Karte, auf der das Areal R27 erkennbar ist, ist meiner Stellungnahme beigelegt.

[s. Anhang Abb. StnID 1006220\_1]

In Ihrer Neuaufstellung haben Sie die Fläche R27 als nicht zu besiedeln, als nicht zu bebauen dargestellt. Sie haben dieses Gebiet ?zurückgenommen?, wie die Stadt Bergisch Gladbach es nennt. Ich bitte Sie hiermit, bei dieser ihrer Zurücknahme zu bleiben und das Areal R27 nicht zur Bebauung/Besiedlung einzuplanen. Die Stadt Bergisch Gladbach wird Ihrer Rücknahme widersprechen. Dies ist der Grund für meine Stellungnahme.

#### Meine Begründung:

Der Erhalt der Grünzüge bzw. der Baumbestände auf dem Areal ?R27? ist notwendig für den Erhalt der Lebensqualität von zahlreichen Menschen, insbesondere derer, die in der Nähe der Autobahn leben. Die Grünzüge bieten sehr relevanten optischen und physischen Schutz ? eine Art Puffer - gegen den Lärm, den Schmutz, die Hitze und die Häßlichkeit, die eine Autobahn mit sich bringt. Sie erlauben den Anwohnern und Besuchern den Eindruck im Grünen zu leben und nicht nur von Beton und Lärm umgeben zu sein. Insgesamt ein sehr großer Nutzen trotz relativ kleiner Fläche. Darüber hinaus wäre es m.E. heute - und zukünftig, in Zeiten des fortschreitenden Klimanotstandes in steigendem Maße - unverantwortlich, eine solche Fläche an Bäumen zur Vernichtung einzuplanen. Dabei würde diese Vernichtung in Bergisch Gladbach sogar ohne Not geschehen, denn Siedlungs- und Gewerbeflächen werden die kommenden Jahrzehnte nicht knapp werden. Das Potential des Zanders-Areals ist mehr als ausreichend. Darüber hinaus laufen viel versprechende Untersuchungen, weitere Gewerbegebiete zu erschließen (u.a. Unter-/Obereschbach). Für die Berücksichtigung meiner Stellungnahme wäre ich Ihnen verbunden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-O-587	
1001628	
1010326	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften im nördlichen Bereich in der Landgemeinde Titz den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb [ANONYMISIERT] mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung auf etwa 200 ha arrondierter Eigentumsfläche. Den Schwerpunkt unseres Betriebes bildet unter anderem der Anbau von Sonderkulturen, wie etwa der Kartoffel, Bohne und Erbse. Die Möglichkeit zur Beregnung besteht angesichts der jahrzehntelangen Sumpfungsmaßnahmen durch RWE nicht. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Raumannsprüche unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende wird die Notwendigkeit der Neuaufstellung des Regionalplans freilich gesehen. Gleichwohl sprechen wir uns dafür aus, dass mit Blick auf die derzeitigen geopolitischen Gegebenheiten und die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom europäischen Ausland in anderen Wirtschaftszweigen, die hiesige Nahrungsmittelerzeugung und ununterbrochene - versorgung angemessen berücksichtigt wird. Ausweislich des nunmehr vorgelegten Regionalplanentwurfes ist unsere gesamte Hofstelle nebst landwirtschaftlicher Nutzflächen überplant worden und liegt nunmehr in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ausgewiesen ist. Aus unserer Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung künftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft wird und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung unserer Betriebsflächen hervorruft. Dies gilt mit besonderem Blick auf den anstehenden Generationenwechsel. Auch eine bauliche Erweiterung der Hofstelle dürfte nur unter zusätzlichen Auflagen möglich sein. Unserem Sohn werden damit bereits jetzt in erheblichem Maße die Möglichkeiten der betrieblichen Weiterentwicklung genommen. Zudem erwächst uns ein erheblicher Nachteil im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, dessen Folgen wir heute noch nicht absehen können. Weiterhin erlauben wir uns den Hinweis auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Welternährungslage können weitere Stilllegungen von Ackerfläche oder Maßnahmen, die einer konventionellen Bewirtschaftung entgegenstehen nicht hingenommen werden. Sollten sich künftig die Anwendungsbeschränkungen von Pflanzenschutzmitteln auch im Landschaftsschutzgebiet durchsetzen, würde dies zwangsläufig dazu führen, dass unsere bisherige konventionelle Landwirtschaft auf eine biologische Landwirtschaft</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

umzustellen wäre. Dies ist - wie bereits erwähnt - in Ermangelung der Bewässerungsmöglichkeit und fehlender zuverlässiger Arbeitskräfte in ausreichender Anzahl nicht darstellbar. Im Umweltbericht findet sich der Passus ?die gegenwärtig überwiegend konventionell betriebene Landwirtschaft steht generell im Zielkonflikt mit dem Schutz des Naturhaushaltes, so dass Agrarbereiche vor allem perspektivisch mit Blick auf eine angestrebte Zunahme von umweltverträglich nachhaltig biologischer Bewirtschaftung erhaltenswert sind. Hieraus schlussfolgern wir, dass bei Notwendigkeit der Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Fläche, biologisch bewirtschaftete Fläche bevorzugt behandelt wird. Die uneingeschränkte Nutzbarkeit landwirtschaftlicher Fläche ist jedoch auch in der konventionellen Landwirtschaft elementare Voraussetzung, um die dauerhafte Existenz landwirtschaftlicher Betriebe - die ja ausweislich des Begründungstextes gewollt ist - zu gewährleisten. Abschließend möchten wir unterstreichen, dass sich die deutschen Landwirte auch in der konventionellen Landwirtschaft höchsten Qualitätsstandards und einem komplexen Regelungsgeflecht zu unterwerfen haben. Die Neuausweisung des Regionalplans, der seine Wirkungen sekundär auf kommunaler Ebene zeigen wird, lässt weitere betriebliche Einschränkungen befürchten, die letztlich die Überlebensfähigkeit unseres Betriebes fraglich erscheinen lassen. Folglich fordern wir Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

AZ: Ö-O-588

1001587

1007284

#### Inhalt

**Bau- & Planungsrechtliche Vorbeurteilung zum Objekt in 51377 Leverkusen, Wilhelmsgasse/Höfer Weg**

**Gemarkung:** Steinbüchel, **Flur:** [ANONYMISIERT], **Flurstück:** [ANONYMISIERT], **Grundbuch Blatt:** [ANONYMISIERT] [s. Anhang Abb. StnID 1007284]

Der *Klarstellungssatzung Höfen* aus dem Jahre 2007 ist genau zu entnehmen, dass sich die Parzelle [ANONYMISIERT] nicht mehr im Innenbereich des räumlichen Geltungsbereichs befindet und aus diesem ausgegrenzt wird. Aufgrund der vorhandenen Erschließung, insbesondere durch zwei öffentliche Straßen, sehen wir die Voraussetzungen im Sinne von § 35 Abs. 2 BauGB als gegeben an und suchen daher auf dieser Basis das Gespräch mit Ihnen.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen auch höflichst die Intention erläutern, so dass Sie dazu einen aufschlussreichen Einblick erhalten. Ich beabsichtige meinen hälftigen Eigentumsanteil des Grundstücks im Rahmen einer Parzellierung zu wiederum gleichen Teilen an meine Kinder zu übertragen. Es wäre ein großer Wunsch von mir, meinen Kindern den Bau eines Eigenheims dadurch erträglicher gestalten zu können.

Das benannte Flurstück [ANONYMISIERT] liegt genau zwischen Flurstück [ANONYMISIERT] (Wilhelmsgasse) und Flurstück [ANONYMISIERT] (Höfer Weg). Der räumliche Geltungsbereich würde somit nur um ein minimales verlegt werden, um das Flurstück [ANONYMISIERT] im Innenbereich zu integrieren.

Über eine Rückmeldung würden wir uns sehr freuen.

Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007284.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-O-589	
1001608	
1003460	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich mich, als auch meine Mutter [anonymisiert] und meinen Onkel [anonymisiert] zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln äußern. Vorweg möchte ich anmerken, dass die Ackerfläche meiner Mutter Gem. Puffendorf [anonymisiert] auf mich [anonymisiert] zwischenzeitlich übertragen wurden. Es wird weiterhin ein Land- und Forstwirtschaftlicher Betrieb bewirtschaftet. Im Jahre 2003 wurde der Landschaftsplan II Baesweiler-Alsdorf-Merkstein neu aufgestellt. Hier haben wir Änderungen für einen Teil unserer Flächen beantragt. Zwecks Bebauung einzelner Flächen mit landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden, bzw. Altenteilerwohnhaus. Dies möchten wir im Regionalplan aufgenommen wissen und weiterhin rechtlich die Möglichkeit haben unseren landwirtschaftlichen Betrieb zu vergrößern und damit die angedachten Bauvorhaben zu verwirklichen. Die damaligen Entscheidungen des Kreises Aachen habe ich diesem Schreiben beigelegt. Ich bitte um Berücksichtigung und Fortbestand der Beschlüsse des Kreises Aachen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-590	
1001672	
1010848	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltliche vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans ist auf Seite 421 unter dem Zeichen KRE_ASB_3 eine Veränderung der markierten Fläche von einem BSLE Status in einen ASB Status geplant. Anwohner des Kreuzauer Ortsteils Stockheim habe darhin eine Bürgerinitiative gegründet. Mit dem Ziel, den BSLE Status der Fläche zu erhalten. Das Gründungsprotokoll der BI befindet sich im Anhang. Von der BI wurde eine Unterschriftenliste (auch im Anhang) gefertigt und in der kürze der Zeit wurden bereits über 500 zustimmende Unterschriften gesammelt. Dies stammen im wesentlichen aus dem Kreuzauer Ortsteil Stockheim. In der Unterschriftenliste ist die Begründung für unsere Initiative explizit aufgeführt. Gerade die Nähe des geplanten ASB Gebiets zum Stockheimer Naturdenkmal "Decke Boom" (eine sehr alte Eiche) hat im gesamten Ortsteil für großen Unmut gesorgt. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurden die Festlegung der BSLE zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).</p> <p>Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurden für die Schutzgüter "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" und "Landschaft" die Betroffenheit gegenüber des sich im Umfeld befindlichen Naturschutzgebietes und der sich im Umfeld befindlichen Landschaftsbildeinheit mit nach Fachbeitrag herausragender Bedeutung und die Inanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotopes festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit den</p>

	Schutzzwecken der Schutzgüter "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" und ?Landschaft? vereinbar ist.
--	--

AZ: Ö-O-591

1001779

1002552\_001

#### Inhalt

G.1 Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen

- Muss als Ziel festgelegt werden

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt**

G.2 Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung sichern und entwickeln

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt**

G.3 Grün- und Freiflächen mit klimatischer Ausgleichsfunktion sichern und entwickeln

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt****G.4 Thermische Belastungen abbauen**

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt**

## G.5 Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt**

## G.6 Kulturlandschaften erhalten und entwickeln

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.



**Inhalt****G.7 Kulturlandschaftsbereiche und Kulturlandschaftselemente erhalten und entwickeln**

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis und auch keine Grundlage zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Im LEP NRW werden ebenfalls Anforderungen zum Schutz und zur Entwicklung von Kulturlandschaftsbereichen in einem Grundsatz 3-2 und nicht in einem Ziel formuliert. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt****G.8 Regionale Zusammenarbeit stärken**

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt****G.9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern**

- Muss als Ziel festgelegt werden

**Abwägung****Typ****Ausgleichsvorschlag****Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

## Inhalt

### 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung

- Die Betrachtung der Raum- und Landesplanung erfolgt zweidimensional. Es werden Flächen betrachtet ohne den Blickwinkel der Nachverdichtung, zum Beispiel in die Höhe (ASB G.16 greift es kurz auf)
- Der Entwurf sieht eine besondere Betrachtung höher gelegener Flächen vor (3.1.1 / Absatz 3). Welche Auswirkungen entstehen, wenn diese Flächen versiegelt werden, insbesondere auf die Entstehung von Hochwasser nach Starkregen.  
Wenngleich die Beschlussvorlage RR 75/20211 (Niederschrift RR 1/20222) sich nicht in den textlichen Ausführungen wiederfindet, ist diese problematisch. Höhergelegene, nicht als ASB festgelegte Orte, außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche sollen für künftige Siedlungsentwicklungen besonders in den Blick genommen werden. Der Passus ist in die Erläuterung 3 zu Ziel 3.1.1 hinter dem ersten Satz entsprechend einzufügen. Birgt die Gefahr, dass gerade die Flächen versiegelt werden, die im Falle von Starkregenereignissen, wichtige Aufnahme- und Speicherfunktionen erfüllen. Wenn Wasser nicht aufgenommen werden kann, und damit mit zunehmender Geschwindigkeit in die Bäche strömt, drohen Ereignisse wie im Sommer 2021 bei der verheerenden Flutkatastrophe. Diese Flächen sind vor jedweder Versiegelung zu schützen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

In Hinblick auf eine Nachverdichtung gilt: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbewertung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.

Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken

zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In Bezug auf die Betrachtung höher gelegener Flächen gilt: Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

**Inhalt****G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen**

- Der Grundsatz suggeriert, dass eine Entwicklung eines Sees gegeben ist. Hier besteht allerdings noch die Frage nach der Befüllung und dass dieser See, ähnlich wie der Blausteinsee / Eschweiler, kaum Zugänge haben wird.
- Die Frage ?Wie werden die Seen Garzweiler und Hambach befüllt?? ist nicht vollständig geklärt und nicht hinreichend erläutert, insbesondere in Bezug auf die Wasserentnahme aus dem Rhein und deren Auswirkungen, sowie die beabsichtigten Wassertransportwege.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Der Grundsatz soll darauf hinweisen, dass die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung in den benannten Bereichen zum zukünftigen See bei der Gestaltung der Tagebaurandbereiche berücksichtigt und unterstützt wird. Die Frage und Klärung der Seebefüllungen ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern der Braunkohleplanung und weiterer Verfahren.

**Inhalt****G.11 Morschenich zu einem Ort der Zukunft entwickeln**

- Dieser Grundsatz setzt einen entsprechenden Braunkohleplan voraus, der bisher nicht vorliegt. Insbesondere durch aktuelle Ereignisse, wie den Krieg in der Ukraine und damit verbundene Energieentwicklungen, als auch der neue Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung NRW, der eine neue Leitentscheidung als auch Überarbeitung der Landesplanung vorsieht, sind langfristige regionalplanerische Festlegungen aktuell nicht möglich. Wir wünschen uns diese planerische Klarheit.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Grundsatz G.11 erfolgt auf Grundlage der Leitentscheidung 2021: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier, mit der die Landesregierung NRW ihren Beitrag zur Umsetzung des Kohleausstieges im Rheinischen Revier vorgelegt hat. Hierzu wird in der Leitentscheidung 2021 unter anderem ausgeführt, dass infolgedessen eine erhebliche Verkleinerung dessüdlichen Abbaufeldes des Tagebaus Hambach mit unter anderem dem Erhalt des Hambacher Waldes und der verbliebenen Ortslage Morschenich festzustellen ist. Dies wird im Rahmen der in Aufstellung befindlichen Änderung des Braunkohleplanes Hambach in rechtlicher Hinsicht abschließend festgeschrieben werden.

Gemäß Entscheidungssatz 6 sind die ?neuen Abbaugrenzen des Braunkohleplanes Hambach [?] ohne eine Inanspruchnahme der Ortschaft Morschenich [?] zu planen?.

Gemäß der Leitentscheidung 2023 hat dieser Entscheidungssatz weiterhin Geltung.

Nach Auffassung der Gemeinde Merzenich soll Morschenich zu einen Ort der Zukunft und mit dem umgebenden Raum ein Anwendungsraum für Standortbereich für nachhaltige Projekte zur Agrar- und Klimazukunft entwickelt werden.

Mit dem vorliegenden Grundsatz soll dieser Entwicklungsperspektive in regionalplanerischer Hinsicht für die weitere Abstimmung und Konkretisierung durch die Gemeinde Merzenich und in Zusammenarbeit mit der Region unterstützt und gesichert werden. Hierzu sei auch auf Grundsatz 5 LEP NRW (Regionale Konzepte in der Regionalplanung) und (G. 8) Regionale Zusammenarbeit stärken verwiesen.

## Inhalt

### Z. 12 GIBregional sichern und umsetzen

- Es gibt GIBregional und dies sogar als Ziel. Der Bedarf an ASBregional ist höher, doch weder als Ziel noch als Grundsatz vorhanden. Wieso gibt es keine ASBregional?

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* in den Teilräumen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB soll zudem auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen



hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Im Sinne einer bedarfsgerechten Verortung gilt, dass regionale Wirtschaftsflächenbedarfe nicht einzelnen Kommunen zugeordnet wurden, sondern als interkommunal zu entwickelnde Standorte (GIBregional und GIBplus) in den Teilregionen auf Grundlage einer "Bestenauswahl" festgelegt werden. Flächengröße und Flächenanzahl in der jeweiligen Teilregion sind in entsprechenden zeichnerischen Abgrenzungen festgelegt sowie der Tabelle 7: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen.

Für die regionalen Wohnbauflächenpotentiale gilt, dass der jeweiligen Kommune ein Anteil aus dem regionalen Bedarf (Region+ Wohnen oder Bauland an der Schiene) zugestanden wurde (ebenfalls nach einheitlichen Kriterien). Auf eine konkrete Standortbestimmung in den einzelnen Kommunen wurde zugunsten einer optimalen Einbindung sich gegebenenfalls ändernder Rahmenbedingungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder verbesserter Schienenpersonennahverkehr (SPNV)/öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-Anbindung, verzichtet. Die Umsetzung erfolgt unter Beachtung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* u.a in Bezug auf die Umsetzung einer höheren Baudichte auf diesen Flächen. Eine weitergehende Kennzeichnung dieser kommunalen Flächen wurde nicht vorgenommen.

Dies dient der flexiblen Umsetzung von Wohnflächenbedarfen und so der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe unter Berücksichtigung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* in Anspruch zu nehmen, muss im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren aufgezeigt werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

**Inhalt****G.15 Einzelhandel an den ÖPNV anbinden**

- Es gibt mehr als nur den Einzelhandel. Es ist sicherzustellen, dass alle Gebiete (ASB & GIB, Teile BSN) mit dem Rad und mit dem ÖPNV erreicht werden können. Auch GIB benötigen im Zuge der Mobilitäts- und Verkehrswende eine Anbindung mit Verlässlichkeit und enger Taktung. Entwicklungen am Siedlungsrand oder "auf der grünen Wiese" sollen dementsprechend vermieden werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur wurde bei der Plankonzeption soweit möglich berücksichtigt. Insbesondere im Rahmen der den Region+-Prozesse war das Kriterium gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte SPNV/ÖPNV-Anbindung von besonderer Bedeutung. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz 6.2-2 LEP NRW, demnach bestehende Haltepunkte des SPNV bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden sollen.

Gemäß den Zielvorgaben in Ziel 2-1 LEP NRW (Zentralörtliche Gliederung) und im Grundsatz 2-2 LEP NRW (Daseinsvorsorge) ist die Entwicklung auf die zentralen Orte auszurichten, um den öffentlichen und privaten Trägern der Daseinsvorsorge sowie der Bevölkerung und der Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Standort- und Investitionsentscheidungen zu bieten. Zur Stabilisierung der gewachsenen Verteilung im System der zentralen Orte in NRW gemäß Grundsatz 6.1-3 LEP NRW (Leitbild ?dezentrale Konzentration?) folgen die Festlegungen der GIB dem Prinzip der ?Zentralen-Orte? gemäß LEP NRW. Die zeichnerischen Festlegungen entsprechen Grundsatz 6.1-3 LEP NRW (Leitbild der dezentralen Konzentration) und Ziel 6.1-4 LEP NRW (keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen) sowie dem landesplanerischen Ziel zur Flächenvorsorge eines quantitativ ausreichenden und qualitativ differenzierten Flächenangebotes gemäß Ziel 6.3-1 LEP NRW. Dies dient zudem einer kompakten Siedlungsentwicklung im Sinne der nachhaltigen europäischen Stadt gemäß Grundsatz 6.1-5 LEP NRW, durch das Neben- und Miteinander sowie die optimierte Zuordnung von Wohnen, Versorgung und Arbeiten. Dies kann zudem der Reduzierung von Verkehrsaufkommen sowie, durch die erforderliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen, unter Beachtung des Umgebungsschutzes mit Verweis auf (G.18) GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen der Verbesserung der Lebensqualität dienen. Zur Beachtung der Erfordernisse des Klimawandels sowie der Klimaanpassung wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung verwiesen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden

Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Sofern kommunale Vorschläge für Siedlungsbereichsfestlegungen nicht berücksichtigt wurden, ist dies im Einzelfall begründet.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

## Inhalt

### Z.3 & Z.5 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

- Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der ASB Bedarf klar höher ist als der Bedarf an GIB Flächen. In lediglich 5 der 99 Städte und Kommunen ist der Bedarf an GIB höher als der Bedarf an ASB. Abgesehen vom Oberbergischen Kreis (Faktor 1,21) und der Städteregion Aachen (1,80), beträgt der Bedarf an ASB mindestens das Zweifache, wenn nicht sogar das Dreifache der GIB.
- Neben der Tatsache, dass der zugrundeliegende Bedarf seitens mehrerer Kommunen bereits in Frage gestellt wird, haben die Ziele und Grundsätze der Neuaufstellung des Regionalplanes vor allem GIB im Fokus. Während es ein Ziel ist, das GIB regional entwickelt wird (Z. 5), ist es für regionale Wohnbaufläche nur ein Grundsatz (G.12)
- Es ist grundsätzlich die Frage zu stellen, ob eine solche ?klassische? Planung bedarfsgerecht, und aufgrund nicht weiter verfügbarer Flächen der notwendigen Klimaschutzpolitik gerecht wird.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick

auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Der Prozess Region+ Wohnen und Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung

beachtet.

Für die regionalen Wohnbauflächenpotentiale gilt, dass der jeweiligen Kommune ein Anteil aus dem regionalen Bedarf (Region+ Wohnen oder Bauland an der Schiene) zugestanden wurde (nach einheitlichen Kriterien). Auf eine konkrete Standortbestimmung in den einzelnen Kommunen wurde zugunsten einer optimalen Einbindung und/oder sich gegebenenfalls ändernder Rahmenbedingungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder verbesserter Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-/öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-Anbindung, verzichtet. Die Umsetzung erfolgt unter Beachtung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* u.a. in Bezug auf die Umsetzung einer höheren Baudichte auf diesen Flächen. Dies dient der flexiblen Umsetzung von Wohnflächenbedarfen und so der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe unter Berücksichtigung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* in Anspruch zu nehmen, muss im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren aufgezeigt werden.. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

## Inhalt

### G.13 & Z.6 Flexible Siedlungsentwicklung

- G.13 und Z.6 sehen mit ASBflex und GIBflex eine weitere Möglichkeit der Ausnahmen vor. Wenngleich sie nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden dürfen, ist die Festlegung unkonkret. Entscheidende Passagen der Erläuterung sind unvollständig. Weiterhin wird der Unterschied zu Reserveflächen nicht deutlich aufgezeigt. Während es für ein ASBflex nur ein Grundsatz ist, ist es für ein GIBflex ein Ziel. Im Zuge des höheren ASB-Bedarfs ein Widerspruch.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Sowohl Allgemeine Siedlungsbereiche flex (ASBflex) als auch Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen flex (GIBflex) sind als Vorbehaltsgebiete festgelegt. Gemäß der Zielfestlegung *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln* in Verbindung mit Ziel 6.1-1 LEP NRW können diese nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden.

Im Hinblick auf eine gleichförmige Festlegung von ASBflex und GIBflex ist der Anregung entsprochen.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung.

Der Anregung zur Festlegung als Vorranggebiet wird nicht entsprochen.

Zur Klarstellung:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte

Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Für die Erfassung der Reserveflächen gilt: Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Darüber hinaus ist eine Zuordnung zu einer konkreten Stelle in der Erläuterung nicht möglich.



**Inhalt****Z.9 Freizeitpark Phantasialand**

- In Zeiten des Klimawandels und notwendigen Schutzes ökologischer Systeme ist jeder Waldverlust zu vermeiden. Er ist nachfolgenden Generationen nicht zu erklären. Konflikte sind vorprogrammiert. Die positive Auswirkung auf das Klima sind durch Ersatzaufforstungen nicht unmittelbar erreichbar und geeignete Flächen nicht vorhanden. Weiterhin ist hier zu berücksichtigen, dass es kein anderes Unternehmen geschafft hat, hier so explizit in einer übergeordneten Raumplanung in dieser Form geschützt und bessergestellt zu werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht - im Rahmen der Beteiligung wurde seitens der Kommune keine anderslautende Stellungnahme abgegeben - sowie der im Rahmen eines langjährigen Planungsprozesses festgestellten regionalplanerischen Eignung des Bereichs für die Erweiterung der Freizeiteinrichtung besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Umsetzung voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

G. 19 Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln

- Freiraum sollte nicht untereinander abwägen, sondern Freiraum gleichstellen mit ökonomischen und sozialen Bereichen. Statt Grundsatz sollte dies eine Ziel sein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

1002552\_019

**Inhalt**

G.23 Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken

- Ökopunkte zur Kompensation reichen nicht aus. Eine Kompensationsfläche hat unter Umständen dieselbe Punktzahl, aber nicht selben Wert für die Natur.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

**Inhalt**

G.24 Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten

[?] Ist die Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden nicht zu vermeiden, soll sie sparsam und schonend erfolgen [?]

- Dieser Grundsatz sollte ein Ziel sein. Wir schlagen alternativ vor ?Sollen schutzwürdige Böden in Anspruch genommen werden, ist darzulegen, auf welcher Grundlage dies nicht zu vermeiden ist.?

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt****G.25 Böden für den Klimaschutz erhalten und wiederherstellen**

- Dieser Grundsatz muss in der Klimakrise ein Ziel sein, insbesondere die Erhaltung der Böden, da eine Wiederherstellung kaum möglich ist ? dies betrifft insbesondere die Flächen um die Tagebaue Hambach und Garzweiler, die die größte zusammenhängende Fläche schutzwürdiger Böden mit sehr hoher Funktionsfähigkeit im ganzen Regierungsbezirk Köln sind. Zudem sind genau diese Flächen essenziell zur Regulierung des Wasserhaushalts. Deshalb dürfen diese Böden auf keinen Fall weiter zerstört oder zerschnitten werden, z. B. durch Erweiterung der Tagebauflächen zum Braunkohleabbau oder durch ASB und GIB. Zudem gibt es im Regierungsbezirk Köln kaum noch Böden mit Kohlenstoffspeicher oder -potenzial, die noch vorhandenen Flächen müssen also umso mehr geschützt werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

1002552\_022

#### Inhalt

G.26 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen

- Dieser Grundsatz muss klarer formuliert und festgelegt werden, so dass es keine Versiegelung der Böden gibt, z.B. für Fußball-Trainingszentren u. Ä.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Ein grundsätzlicher Ausschluss jeglicher Versiegelung ist daher nicht sachgerecht. Entsprechend des Grundsatzes sollen Nutzungskonflikte in Bezug auf den Erhalt und die Entwicklung von Freiraumfunktionen sollen durch geeignete Maßnahmen vermieden werden.

1002552\_023

#### Inhalt

Z.17 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen

- Wie wird sichergestellt, dass z.B. für einen Golfplatz keine Bäume gefällt und/oder Lebensräume von Tieren und Menschen zerstört oder beeinträchtigt werden (Frischluftschneisen)?

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

**Inhalt**

G.27 Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen verträglich planen

- Aus welchem Grund ist eine kurzwegige ÖPNV-Anbindung nur ein Grundsatz?  
Das muss ganz klar Teil des Ziel Z.17 sein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.



**Inhalt****Z.18 Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen**

- Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der Regionale Grünzüge beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Von einer Beeinträchtigung ist in der Regel auszugehen, wenn die Durchgängigkeit des RG gemindert wird, eine Zerschneidung bestehender Freiraumverbindungen entsteht oder verstärkt wird, wenn räumliche Zusammenhänge oder ökologisch wirksame Verbindungen gestört werden, wenn durch den Verlust klimatisch bedeutsamer Ausgleichsflächen (Kaltluftentstehung) oder bioklimatisch wertvoller Flächen die Klimafunktion erheblich beeinträchtigt wird oder die Nutzung und Erlebbarkeit der RG für die freiraumorientierte Erholungs- und Freizeitnutzung geschädigt wird. Diese Ausführungen stehen im Widerspruch zu den in den Erläuterungen aufgeführten Ausnahmen. Ausnahmsweise zulässige Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist, können im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen oder Verkehrsinfrastruktur sein.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die in Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen festgelegte Ausnahme bezieht sich auf ortsgebundene Infrastrukturen und Nutzungen, die auf eine spezifische Lage angewiesen sind um ihre jeweilige Funktion zu erfüllen. Ein grundsätzlicher Ausschluss solcher Nutzungen, ist nicht sachgerecht. Bei der planerischen Umsetzung dieser Nutzungen ist die Beeinträchtigung von Funktionen des RG zu vermeiden.

**Inhalt**

G.28 Regionale Grundzüge mit ihren Funktionen (weiter-)entwickeln

- Dieser Grundsatz muss in der Klimakrise ein Ziel sein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

1002552\_027

#### Inhalt

Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern

- Widerspruch zwischen Ausnahmen und Zielsetzungen. Es werden keine detaillierten Kriterien für Ausnahmen genannt. Die Ausführungen bleiben zu allgemein und eher beliebig. Wer kontrolliert, ob es wirklich keine Alternative gibt?

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die in Z.19 formulierten Ausnahmen entsprechen den landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 7.2-3 LEP NRW.

Die Bauleitplanung der Kommunen ist an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Ziele sind zu beachten und unterliegen keiner bauleitplanerischen Abwägung. Für kommunale Planungsvorhaben kann eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1002552\_028

#### Inhalt

Z.20 Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern

- Dieses Ziel wird in seiner Bedeutung umfänglich beschrieben, steht aber in Widerspruch zu Ziel 19, das Ausnahmen zulässt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die in Z.19 formulierten Ausnahmen entsprechen den landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 7.2-3 LEP NRW. Diese sind auf Ebene der Regionalplanung zu beachten. Die regionalplanerische Zielfestlegung Z.20 richtet sich an die fachplanerische Umsetzung des landesweiten Biotopverbunds gemäß Ziel 7.2-1 LEP NRW. Ein Widerspruch ist nicht erkennbar.

**Inhalt**

G.29 Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von Bereichen für den Schutz der Natur berücksichtigen

- Dieser Grundsatz sollte ein Ziel sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dies nicht so ist, aber gleichzeitig auf das wichtige Ziel 20 hingewiesen wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Der LEP NRW legt den Grundsatz 7.2-5 fest. Dieser wird im Regionalplan konkretisiert. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt**

G.31 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft

- Bedrohte Arten sollten in jedem Fall geschützt werden und nicht vielleicht als freiwilliges Übereinkommen durch Vertragsnaturschutz eine Überlebenschance erhalten. Der Grundsatz sollte in ein Ziel umgewandelt werden, das weniger Hürden für Fördermittel zum Ausgleich der Mindererträge vorsieht.  
<https://www.lanuv.nrw.de/natur/vertragsnaturschutz>

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung von BSLE als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt****G.33 Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen**

- Dieser Grundsatz muss in der Klimakrise ein Ziel sein. Halbherzige Grundsätze verwässern die Anforderlichkeit agrarstrukturell bedeutsame Flächen wirklich zu erhalten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

1002552\_032

## Inhalt

G.35 - 40

*Waldvermehrung in waldarmen Gebieten fördern, Waldentwicklung auf besonders geeignete Flächen lenken*

*Eingriffe in den Wald ausgleichen*

*Kleinwaldflächen berücksichtigen*

*Waldfunktionen sichern*

*Erholung im Wald verträglich ermöglichen*

*Wälder mit besonderer forstlicher Bedeutung und Wildnisgebiete schützen*

- Der aktuelle Zustand des Waldes und zukünftige Prognosen erfordern die Umwandlung von Grundsätzen in Ziele und ein Einhalten der Vorgaben, die wissenschaftlich fundierten Fachbeiträgen des LANUV usw. zugrunde liegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen erfüllen nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.



**Inhalt**

G.42 Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen

- Sollte Teil von Z.22 sein

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

**Inhalt****Z.23 Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern**

- Halbherzige Definition von Zielen, die immer noch ein Hintertürchen auflassen. Im Konfliktfall gelten diese Ziele nur insoweit, wie sie mit der Zweckbindung vereinbar sind.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen sichern den jeweiligen Bereich für eine bestimmte Freiraumnutzung. Sie sind gemäß LPIG DVO als Vorranggebiete und damit Ziel der Raumordnung festgelegt. Innerhalb dieser sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die nicht mit der jeweiligen Zweckbestimmung vereinbar sind.

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

**Inhalt**

G.45 Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln

- Auch dieser Grundsatz sollte ein Ziel sein, ansonsten bestünde ein Widerspruch zu Ziel 24, in dem es heißt Oberflächengewässer sind als Vorranggebiete festgelegt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt**

Z.26 Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sind als Vorranggebiete festgelegt.

- Was sind wasserrechtliche Ausnahme- Tatbestände? Es gibt keine Definition dafür. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser ist ein so hohes Gut, das es keine Ausnahmen geben sollte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Erläuterung 4 zum Ziel 26 thematisiert wasserrechtliche Ausnahmen. Die Beurteilung und Einschätzung, ob eine Ausnahme vorliegt erfolgt im Rahmen der jeweiligen Planungs- und Genehmigungsverfahren über die zuständige Wasserbehörde. Wasserrechtliche Ausnahmetatbestände sind beispielsweise in ordnungsbehördlich erlassenen Wasserschutzugebietsverordnungen definiert. Dabei gilt, dass Nutzungen, die eine Wassergewinnung gefährden oder die die Wasser- oder Gewässerbeschaffenheit beeinträchtigen können, nur unter Beachtung der Bewirtschaftungsziele und der dauerhaften Gewährleistung der Qualität und Quantität der Grundwasservorkommen sowie der Funktion und Strukturen der Gewässer zulässig sind.

**Inhalt****G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen**

- Dieser Grundsatz sollte ebenfalls in ein Ziel umgewandelt werden, da die Bedeutung der Trinkwasserversorgung so wichtig ist.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt****G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern**

- Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser und Heilwasser erheblich gefährden, sollen vermieden werden.
- Dieser Grundsatz sollte ebenfalls in ein Ziel umgewandelt werden, das eingehalten werden muss

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt**

G.48 Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen

- In potentiellen Überflutungsbereichen und in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, muss dem vorsorgenden Hochwasserschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Bei Planungen und Maßnahmen muss das potentielle Überflutungsrisiko berücksichtigt, auf eine verstärkte Rückhaltung und Verlangsamung des Wasserabflusses sowie aufgrund des potentiellen hohen Schadenspotentials auf hochwasserangepasste Nutzungen und Bauweisen hingewirkt werden.
- Nach der Flutkatastrophe vom Sommer 2021 muss dieser Grundsatz in ein Ziel umgewandelt und beachtet werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt**

G.49 Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern

- Das Gegensteuern von Flächenversiegelung, die Ausweitung von Retentionsflächen und die Umsetzung der in den Erläuterungen vorgesehen Maßnahmen als Ziele sind zwingend erforderlich.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.



1002552\_041

#### Inhalt

G. 52 Das bestehende regionale Radwegenetz soll erhalten und zu einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Radverkehrsinfrastruktur für den Alltags- und Freizeitverkehr weiterentwickelt werden. Planungen und Maßnahmen sollen die Belange des regionalen Radverkehrs berücksichtigen.

- Der Punkt ist sehr dünn ausgestaltet im Gegensatz zu den anderen Verkehrsmitteln.
- Es ist ein Radwegebedarfsplan lediglich in Planung.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1002552\_042

**Inhalt**

Z. 29 Bestehendes Schienennetz erhalten

- Die Instandhaltung sollte stärker in den Fokus rücken sowie die Entwicklung auch als Ziel festgelegt werden Reaktivierung in das Ziel reinschreiben, nicht nur in die Erläuterungen.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Feststellung eines Neu- und/oder Ausbaubedarfs ist der Fachplanung vorbehalten.

1002552\_043

#### Inhalt

G. 53 Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten

- SPNV Nahverkehrsplan ist von 2016. Aktuelle Prognosen und klimaschützende Aspekte sind unberücksichtigt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise gegeben und darüber hinaus keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass im zweiten Entwurf des Regionalplans die Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans ?Weiterentwicklung des SPNV-Angebotes im Rheinland (Zielnetze 2032 und 2040)? berücksichtigt wurde (vgl. Änderungen im Kapitel 5.1.3 der Begründung).

**Inhalt**

G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen

- ÖPNV Bedarfsplan NRW ist von 2007 ? und damit zu alt. Als Grundlage für einen Plan, der bis 2043 gültig sein soll, maximal ungeeignet.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die textlichen Festlegungen entsprechen dem Sicherungsauftrag gemäß LEP NRW und sind damit sachgerecht (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Eine aktuellerer Bedarfsplan liegt zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht vor. Ergänzend zu den Bedarfsplanmaßnahmen werden sonstige regionalplanerische Schienenplanungen im zeichnerischen Teil festgelegt, die dem hohen Bedarf an zusätzlichen Schienenwegen in der Region Rechnung tragen (vgl. Ausführungen in der Begründung unter *G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen*).

1002552\_045

## Inhalt

### G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten

- Mobilstationen muss klarer definiert werden (nachhaltige Mobilität, nicht nur P+R sondern auch z.B. Carsharing, Bike and Ride)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

In der Erläuterung zu G.56 *Raum für Mobilstationen vorhalten* sind Mobilstationen als multimodale Verknüpfungspunkte unterschiedlicher Verkehrsträger definiert. Die Entscheidung, welche Verkehrsträger die jeweiligen Mobilstationen umfassen, sollte den nachfolgenden Planungsebenen obliegen, sodass an der bestehenden Formulierung festgehalten wird.

1002552\_046

#### Inhalt

Z. 30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern

- Künftige Trassen nicht unter Ziel, im Sinne der Verkehrswende

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die textlichen Festlegungen zur Sicherung künftiger Trassen entsprechen dem Sicherungsauftrag gemäß LEP NRW und sind damit sachgerecht. Je nach Konkretisierungsgrad bzw. Stand der Verkehrsplanung erfolgt die Sicherung als Ziel oder als Grundsatz der Raumordnung (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

**Inhalt**

G. 50 Integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung fördern  
Dabei sind stets Möglichkeiten zur Verkehrsvermeidung, zur Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger und zur Verkehrsoptimierung zur besseren Nutzung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur in Betracht zu ziehen.

- Zu priorisieren und als Ziel zu formulieren.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt**

G. 51 Siedlungsbereiche durch den ÖPNV erschließen  
 Dabei sollte eine Anbindung der Bereiche, die überwiegend durch Wohnnutzung, öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen geprägt sind an Bereiche, die überwiegend durch Arbeitsstätten sowie Erholungsfunktionen geprägt sind, auf möglichst kurzen Wegen durch Öffentliche Verkehrsmittel angestrebt werden.

- Als Ziel formulieren und Harmonisieren
- ?Dabei sollte eine Anbindung der unterschiedlichen Bereiche, die überwiegend durch Wohnnutzung, öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen geprägt sind an Bereiche, die überwiegend durch Arbeitsstätten sowie Erholungsfunktionen geprägt sind, auch untereinander auf möglichst kurzen Wegen angestrebt werden.?
- Nicht nur zwischen Wohn und Arbeit, sondern auch zwischen z.B. Wohnbereichen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die Erläuterung zur textlichen Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.



1002552\_049

#### Inhalt

G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen

- Überprüfung zur Notwendigkeit der Straßenplanungen anregen (kein Punkt in dem Sinne da nicht Aufgabe des Regionalplans) Im Anbetracht der Verkehrswende und -verlagerung, Abgleich mit den Klimazielen

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Feststellung eines Neu- und/oder Ausbaubedarfs ist der Fachplanung vorbehalten.

1002552\_050

## Inhalt

### Z.34 Flugplätze sichern

- Grundsatz, um Flugplätze schließen zu können; Überprüfung wo die liegen und wo ggf welche stillgelegt werden können / Nachtflugverbot

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die textlichen Festlegungen zur Sicherung von Flugplätzen entsprechen dem Sicherungsauftrag gemäß LEP NRW und sind damit sachgerecht (vgl. Begründung Kapitel 5.1.6). Die Erforderlichkeit von Flugplätzen ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die angeregte Änderung geht damit über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

**Inhalt****G.62 Transportleitungen schützen**

- Transportleitungen schützen als Ziel, im Hinblick auf die Versorgung mit umweltfreundlichen Energieträgern

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

1002552\_052

**Inhalt**

Z.35 Standorte für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe sichern

- Kraftwerke als Grundsatz, vor allem mit Ausschluss von Fracking als Methode.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Siehe Erläuterungen zu StnID 1016918.

**Inhalt****G.61 Fluglärmschutz**

- Dies muss ein Ziel sein, statt Grundsatz. Es geht hier um die Gesundheit der Bevölkerung.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

**Inhalt**

G. 63 Geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien sichern

Die Wasserkraft und Geothermie haben im Regierungsbezirk mit ihrer potentiellen Erzeugungskapazität eher geringere Bedeutung. Für ihre Nutzung müssen keine großen Flächenpotentiale planungsrechtlich gesichert werden.

- Unbedingt als Ziel festlegen und Prüfung, ob ?Die Wasserkraft und Geothermie haben mit ihrer Erzeugungskapazität im Regierungsbezirk Köln keine große Bedeutung.? zutreffend ist. Hier fehlen Belege.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

**Inhalt**

## G.65 Windenergieanlagen räumlich konzentrieren

- Konzentrationsflächen haben Ausschlusswirkung, mit dem neuen NRW-Koalitionsvertrag und der möglichen Kippung der Abstandsflächen, ist die Festlegung von Konzentrationsflächen nicht mehr zeitgemäß, nur Konzentrationsflächen festzulegen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.

**Inhalt****G.67 Solarenergie flächensparend ausbauen**

- Solar ist auch auf Agrarflächen möglich, bisher aber nicht privilegiert gemäß BauGB, hier müsste eine Änderung des BauGB her (§ 35), Solarparks sind Sondergebiete Z. 39

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.



1002552\_057

**Inhalt**

G.68 Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen

- Als Ziel zu formulieren. Instandhaltung der Entsorgungsinfrastruktur aufnehmen, um auf extreme Ereignisse vorbereitet zu sein Starkregen

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Siehe Erläuterungen zu StnID 1026462.

1002552_058	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im zeichnerischen Planentwurf Bonn als auch Köln findet sich die A553n (auch bekannt als ?Rheinspange?) als ?Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung?. Der Bedarf ist umstritten und der zugrundeliegende Bundesverkehrswegeplan veraltet. Zudem wird der Bundesverkehrswegeplan 2022 neu aufgestellt (Turnus). Das Projekt ist höchst umstritten und die Zeichnung gibt bereits eine wertende Planung. Sofern das Projekt, es sind 17 richtlinienkonforme Trassen in zwölf Varianten in vertiefender Prüfung, umgesetzt wird, sollte eine konkrete Regionalplanänderung beantragt werden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1002552_058]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1002552_058.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine konkrete Anregung, ob die Festlegung befürwortet oder abgelehnt wird, lässt sich der Stellungnahme nicht entnehmen.</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p>

AZ: Ö-O-61	
1001178	
1000819	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Es ist ein absolutes Unding, eine bis vor kurzem ausdrücklich als Naturschutzgebiet ausgewiesene Fläche nahezu komplett zuzubauen! Nicht nur die massive Zerstörung des Biotops "Rather See" sondern auch die Bebauung der Felder, sind ein massiver Eingriff! Der komplette nun als Bebauungsfläche ausgewiesene Raum muss unangetastet bleiben, da dieser ein wichtige klimatische Ausgleichsfläche für ganz Köln ist! Außerdem soll er Ausgleich für die massive Bebauung in Merheim sein. Nebenbei ist die Bebauung in Merheim auch ohne jegliche angepasste Infrastruktur erfolgt, was zu erheblichem Mangel an Schul- und Kitaplätzen in Neubrück und Umfeld führt! Eine weiterführende Schule für Rath ist dagegen unsinnig, da durch die Umwandlung der Schule in Neubrück in eine Gesamtschule und durch das Schulzentrum in ostheim und die Realschule in Brück genug weiterführende Schulen im Umkreis zur Verfügung stehen! Die Sportplätze können bleiben wo sie sind oder es sollte weiter an anderer Stelle nach Alternativen gesucht werden! Vor allem ist jedoch jegliche Wohnbebauung abzulehnen! Statt dessen sollten Leerstände bekämpft und Alternativen erarbeitet werden!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-62	
1001179	
1000820	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Regionalplan in seiner Neufassung ist aus Umwelt- und Klimaschutzgründen abzulehnen.</p> <p>Bodenversiegelung: Laut Umweltbundesamt werden im Durchschnitt 170 km<sup>2</sup> Boden pro Jahr. versiegelt. <a href="https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/bodenversiegelung#ermittlung-der-bodenversiegelung">https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/bodenversiegelung#ermittlung-der-bodenversiegelung</a></p> <p>Ziel war es, bis 2020 die Größe der Flächen, die täglich zum Bauen freigegeben wird, auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Dieses Ziel wurde auch 2021 weit verfehlt.</p> <p>Allein auf der Feldflur zwischen Köln Brück, Rath/Heumar und Neubrück sollen im neuen Regionalplan gleich drei Flächen als Bauland ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet, Wasserschutzzone und eine wichtige Frischluftschneise für ganz Köln. Besonders perfide: Es handelt sich teilweise schon um Ausgleichsmaßnahmen für andere Bebauungen. Die parkartigen Grünflächen um Brück herum wurden von den Bewohnern der neuen Siedlung Astrid-Lindgren Allee selbst finanziert. Keine zehn Jahre danach greift die Gier nach Bauland wieder zu.</p> <p>Im Bereich Rath/Heumar sollen Sportplätze verlegt und durch Bebauung "querfinanziert" werden. Wie viel muss da gebaut werden, damit es sich lohnt und am Ende noch Sportplätze dabei abfallen?</p> <p>Von drei Seiten soll die Frischluftzufuhr für ganz Köln gekappt werden. Wer es ernst meint mit dem Klimaschutz kann diesen Regionalplan nur ablehnen. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt] [s. Anhang Abb. ID 1000820_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1000820_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-7	
1001043	
1000772	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>nach §§ 317, § 319 <i>Strafgesetzbuch (StGB)</i></p> <p>» <i>Strafgesetzbuch (StGB) § 317 Störung von Telekommunikationsanlagen</i></p> <p>» <i>Handelsgesetzbuch § 319 Auswahl der Abschlussprüfer und Ausschlussgründe</i></p> <p><b>ist die Neuaufstellung des Regionalplan Köln nicht zulässig.</b></p> <p>Seit 2014 ist der Bezirksregierung bekannt das unter (<u>Ort: 51709 Marienheide, [ANONYMISIERT]</u>) die Grundbucheintragungen, Urkunden-Rolle Nummer [ANONYMISIERT] falsch sind. Ebenso sind die falschen Digitalen-Eintragungen dem Finanzamt in Gummersbach und der Gemeindeverwaltung, in Marienheide, seit 2008 bekannt.</p> <p><b>Das OV-URTEIL vom 23. Okt. 2006 Az.: 7 A 4947/05 ? Münster ist gültig und somit steht mir, als behinderte Person das Wohnrecht zu.</b></p> <p><b><u>Ich bin Eigentümerin seit 20. April 1998</u></b></p> <p><b><u>Gemarkung:</u></b></p> <p>Flur: 12</p> <p>Flurstück: [ANONYMISIERT]</p> <p>Ort: 51709 Marienheide, [ANONYMISIERT]</p> <p>Das Grundstück Flurstück [ANONYMISIERT] habe ich am 20. April 1998 von Frau [ANONYMISIERT], 51709 Marienheide zu ½ Teil gekauft.</p> <p><b>(Urkunden-Rolle Nummer 232/1998)</b></p> <p>Die DIGITAL-EINTRAGUNGEN, zum Grundbuch sind FALSCH. Ausschlaggebend ist der Notarvertrag und muss vom Grundbuchamt verbessert werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme enthält weitere Ausfrungen zu Gesetzen und Urteilen. Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Stellungnahme enthält eine Fehlanzeige. Der Stellungnehmer/die Stellungnehmerin ist lt. eigenen Angaben Eigentümer/Eigentümerin eines Wochenendhauses innerhalb eines in einem ASB m.Z.Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen gelegenen Sondergebietes. Es werden keine Bedenken oder Anregungen zu Regionalplaninhalten geäußert. Allerdings wird die Zulässigkeit des Regionalplans gänzlich in Frage gestellt. Eine regionalplanerische Relevanz der vorgebrachten Hinweise ist nicht zu erkennen.</p>

AZ: Ö-O-71	
1001214	
1001019	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>der Stadtrat Rösrath hat einen Beschluss gefasst, die Umwidmung einer landwirtschaftlich genutzte Fläche in Rösrath-Hofferhof in eine gewerblich nutzbare Fläche zu beantragen (Vorhaben Nummer 8). Diese Entscheidung traf alle, selbst die Eigentümer der Fläche, ziemlich überraschend und hat für viel Unmut gesorgt. Rösrath wird immer als Stadt im Grünen angepriesen und die Stadtverwaltung plant nun, eine der abgelegensten, ruhigsten und ländlichsten Ecken der Stadt mit einem Gewerbegebiet zu versehen. Es ist ziemlich unverständlich und würde dem Image der Stadt enorm schaden, ganz davon abgesehen, dass die Stadtverwaltung von Umweltschutz und Klimarettung redet. Es würde eine enorm groß Fläche versiegelt. Zudem ist die gesamte Infrastruktur für ein solches Vorhaben nicht gegeben. Die Zufahrtsstraßen drumherum sind nicht genügend Ausgebaut, was durch eine Mehrbelastung durch Anlieferverkehr zu Problemen führen würde.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung zur Fläche im Bereich Hofferhof hier RÖ8 bezieht sich auf einen Regionalen Grünzug im Entwurf des Regionalplans (StnID 1004588).</p> <p>Eine Zuordnung zu einer Anregung der Kommune zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung (RÖ8 als Gewerbegebiet) ist darüber hinaus nicht möglich. Der Stellungnahme zur Flächenanregung ist insofern entsprochen</p>

AZ: Ö-O-72

1001204

1000779

**Inhalt**

Als Anwohner von Lüghausen spreche ich mich gegen eine Errichtung eines Gewerbegebiets zwischen Hofferhof und Großbliersbach aus.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.

Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung zur Fläche im Bereich Hofferhof hier RÖ8 bezieht sich auf einen Regionalen Grünzug im Entwurf des Regionalplans (StnID 1004588).

Eine Zuordnung zu einer Anregung der Kommune zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung (RÖ8 als Gewerbegebiet) ist darüber hinaus nicht möglich. Der Stellungnahme zur Flächenanregung ist insofern entsprochen

AZ: Ö-O-73

1001223

1000780

#### Inhalt

Die Pläne kann ich nur ablehnen und das aus folgenden Gründen:

- weitere Flächenversiegelung in Zeiten in denen wir mit Erwärmung/Unwettern zu kämpfen haben (z.B. 14.7.21 auch hier in 51109 standen Straßen und Keller unter Wasser!)
- Es werden weitere Freiflächen eliminiert, die für eine Absenkung der Temperatur sorgen (save your soil!)
- 51109 Köln braucht diese Naherholungszone vor der Türe, denn sie steht für Artenvielfalt/Naturschutz und eine Zone, in der JEDER Bürger die Möglichkeit hat sich zu entspannen. Ob es Spaziergänge sind oder das Sitzen auf den aufgestellten Bänken. Nicht jeder hat den Luxus eines Gartens und ist auf solche Oasen in Nähe der eigenen Wohnung angewiesen. Das sorgt auch für Entspannung des sozialen Klimas, was in 51109 Köln nicht unwichtig ist!

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.



AZ: Ö-O-74

1001274

1001332

#### Inhalt

Meine Familie und ich, wohnen in der [ANONYMISIERT]. Hätten wir am 14. Juli 2022 bei der Hochwasserkatastrophe nicht diese besagten Wiesen, auf denen nun gebaut werden soll (wieder eine Betonwüste, dabei sollen doch versiegelte Flächen vermieden werden) zwischen Wald und unserer Straße (gesamte Raiffeisenstraße) sowie unserem Grundstück gehabt, so wären wir nicht mit 70 cm Wasser im Keller (andere Anwohner noch viel höher) baden gegangen, sondern bis zum Erdgeschoss **abgesoffen**. Dies wäre am 14. Juli meiner Meinung nach nicht passiert, hätte man den an der Panzerstraße laufenden Graben ordnungsgemäß gereinigt und nicht die kleinen Holzstücke alle in diesem liegenlassen (wurde von der Gemeinde im März oder April gereinigt), dann wäre die Kanalisation nicht verstopft gewesen und unsere tollen Wiesen hätten das ganze Regenwasser aufnehmen können und wir auf unserer Straße keine Schäden in die 100.000 Euro gehabt. Wir müssen annehmen, dass diese Wiesen, welche bis vor kurzem noch unter Landschaftsschutz und unter Umbruchsverbot standen, plötzlich verhökert werden sollen, da zu Beginn der Straße einige Grundstücke in Privatbesitz sind.

Die Gemeinde Kreuzau mit Herrn Bürgermeister Ingo Eßer ist seit dem 1.4.2022 Mitglied ? Bündnis Kommunen Biologischer Vielfalt e.V.? Ich frage mich, wie dies zusammen passt?

Da diese Wiesen direkt hinter unserem Grundstück liegen, sehen wir jeden Morgen die Tiere, welche hier ihren Lebensraum haben. Morgens und abends sehen wir hier Rehe mit ihren Kitzen weiden, Unmengen von Hasenfamilien spielen, Bussarde und Reiher die sich dort tummeln, sogar hin und wieder Wildschweine, ganz zu schweigen von den Bienen, Hummeln und Schmetterlingen.

Der Gemeinde Kreuzau ist unsere Ortslage Stockheim schon immer egal gewesen. Früher hatten wir Geschäfte, Gaststätten, einen OBI u.v.m. Heute befindet sich in unserem Ort bei ca. 2850 Einwohner **NULL** Infrastruktur. Alte Menschen können nicht mehr einkaufen oder ihre Rente holen, da sich keine Bank mehr im Ort befindet. Dann möchten wir Ihnen noch erklären, dass im Wald genau gegenüber, wo gebaut werden soll, unsere tausendjährige Eiche (Gottesbild an einer dicken Eiche, welches den Krieg überstanden hat, keine 50 m weg) das Wahrzeichen Stockheims ist. An diesem werden zu kirchlichen Feiertagen Messen abgehalten. Des Weiteren ist dies ein beliebter Punkt an dem die älteren Menschen im Ort sich sogar mit ihren Rollatoren treffen. Hier, direkt daneben, soll nun eine befahrene Straße und ein verkehrsreiches Baugebiet entstehen?

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW (Ziel 6.1-1) bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, kommunale Entwicklungsabsichten, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien - soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant - einbezogen und berücksichtigt.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die tatsächliche Umsetzung und konkrete Ausgestaltung obliegt der kommunalen Planungshoheit im Rahmen der Bauleit- bzw. Landschaftsplanung.

Wir Anwohner Stockheims werden alles menschenmögliche versuchen, dass diese Idylle für Mensch und Tier nicht durch die Politik der Gemeinde Kreuzau zerstört wird. Bitte helfen und unterstützen Sie uns dabei.

AZ: Ö-O-748	
1001944	
1002615_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Änderungen des Planentwurfs der Stadt Geilenkirchen 24. Änderung: Festlegung eines Gewerbe- und Industrieansiedlung Bereiches, lehne ich aus folgenden Gründen ab:</p> <p><b>Thema Naturschutz</b></p> <p>Die Auswirkungen auf das Stadtklima der Stadt Geilenkirchen sind nicht ausreichend betrachtet.</p> <p>Die Hochwassergefahr für den Ort Gillrath wird durch die Versiegelung der Flächen drastisch erhöht.</p> <p>Durch die Flächenversiegelung wird in erheblichem Maße zur Klimaerwärmung beigetragen.</p> <p>Die Absenkung des Grundwasserspiegels wird durch die massive Flächenversiegelung weiter vorangetrieben.</p> <p>Das Umweltgutachten liegt bis heute nicht vollständig vor.</p> <p><b>Themenbereich Artenschutz</b></p> <p>Der in der Planungsunterlage der Bezirksregierung Köln hinsichtlich der Erweiterung des Gewerbegebietes im Teil C enthaltene Verweis auf eine Stellungnahme des Kreises Heinsberg ( Untere Naturschutzbehörde ) vom 28.10.2020 , wonach im Planungsgebiet potentielle Vorkommen der Arten Kiebitz und Feldlerche vorkommen, wird nicht ausreichend beachtet.</p> <p>Die Tierarten, die in diesem Gebiet leben wie Rehwild, Fuchs, Rebhühner, Fasan, Feldhasen, Bussard, Rüttelfalke und Rotmilan müssen ebenso beachtet werden.</p> <p>Das Vorkommen von neun Feldlerchen Paaren verhindert derzeit die Entwicklung des geplanten Gewerbegebietes der Stadt Alsdorf udn der Gemeinde Aldenhoven, dort werden die Feldlerchen vor der Entwicklung umgesiedelt, dies gilt es auch bei dieser Planung zu beachten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

### **Themenbereich Landwirtschaft**

Die Planung stellt durch den örtlichen Verlust von großen Anbauflächen eine massive Existenzgefährdung der kleinbäuerlichen Betriebe der Umgebung dar.

Durch den Verlust von diesen Anbauflächen wird die regionale Nahrungsmittelproduktion erheblich gefährdet.

Die verloren gehenden Flächen sind wertvolle Ackerflächen und als schutzwürdige Böden eingestuft.

### **Themenbereich Verkehr**

Das abschließende Verkehrsgutachten zur Planung liegt bis heute nicht vor.

Die gesetzlichen Bestimmungen zur Durchfahrt unter der Unterführung von Humboldtstraße können im Hinblick auf, die notwendige Fahrbahnbreite für den LKW Verkehr und Fuß- und Fahrradweg nicht eingehalten werden, somit ist die Bevölkerung von Hatterath auf Ihrem Weg zum Einkaufen ins bestehende Gewerbegebiet und die Stadt Geilenkirchen erheblich gefährdet.

Diese Engstelle ist jedoch in Fahrtrichtung Heinsberg - A 46, da die Bundesstraße nur über eine Abfahrt in Richtung Aachen an dieser Stelle verfügt, die einzige Möglichkeit für die Anlieferung und Auslieferung sowie den Berufsverkehr des geplanten GIB Püttstraße.

Der vorausgesagte Schwerlastverkehr als Anliefer- und Auslieferungsverkehr für die Industriebetriebe ist in den bisherigen Überlegungen nicht ausreichend betrachtet.

Das Verkehrsaufkommen wird in den jetzt schon massiv betroffenen Dörfern Hatterath und Gillrath noch erheblich ansteigen.

### **Themenbereich Anwohner**

Durch die Planung des GIB fällt eine Naherholungs Fläche in meinem direkten Umfeld weg.

Durch die Ausweisung auch als Industriegebiet steigen die Emissionen erheblich an.

Durch die Planung werden dem Dorf Hatterath künftige Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Neuansiedlung der Jugend des Dorfes genommen.

Durch das GIB wird meine Lebensqualität erheblich sinken.

### **Themenbereich Wirtschaft**

Der Bedarf für die gewerbliche Entwicklung liegt in diesem Maße nicht vor, da die anstehende Betriebserweiterung der Fa. LBBZ nicht rechtswirksam gegenüber der Stadt Geilenkirchen bestätigt ist.

Die Basis des prognostizierten Bedarfs wurde nicht korrekt ermittelt.

Da durch die aktuelle Planung im Rahmen des Regionalplans ein Überangebot geplanter Gewerbeflächen im Kreis Heinsberg zu erwarten ist.

### **Themenbereich Verwaltung**

Die rechtsverbindliche Absichtserklärung zum Kauf und Ausbau der Fläche durch den Hauptinvestor Fa. LBBZ liegt nicht vor und ist auch nicht zu erwarten.

Der Stadtratsbeschluss vom 03.07.2019 zur 76. Änderung des Flächennutzungsplans ein Gewerbegebiet, aber kein Gewerbe- und Industriegebiet beinhaltet.

Es handelt sich bei der Planung um ein neues Gewerbe- und Industriegebiet und nicht um eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes Niederheid.

Die Pflicht der Stadt Geilenkirchen zur Verdichtung und Optimierung der bisherigen Gewerbeflächen nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Die Festlegung des Standortes erfolgte ohne Berücksichtigung aller möglichen Alternativstandorte.

### **Themenbereich Planung Kries Heinsberg**

Die aktuelle Gesamtfläche aller Planungen für Gewerbe- und Industriegebiete und der Allgemeinen Siedlungsgebiete beläuft sich auf eine Fläche von 929ha, ohne das GIB Plus Future Site in West mit nochmals cs. 240ha und somit auf eine Gesamtfläche von 1169ha, eine solche Größenordnung der Versiegelung kann bei den aktuellen Ereignissen wie Trockenheit / Dürre der Waldbrandgefahr, dem Klimawandel und der Knappheit von Nahrungsmitteln nicht hingenommen werden.

Aus all diesen Gründen lehne ich die Änderungen in der aktuellen Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Region Aachen für den Kreis Heinsberg

ab.

Bitte bestätigen Sie den Eingang meiner Stellungnahme

AZ: Ö-O-749	
1002244	
1005373	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert] bewirtschaftet unter Anschrift [anonymisiert] in 53909 Zülpich-Merzenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Milcherzeugung und Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der uns vorliegenden Karte haben wir festgestellt, dass etwa 10 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen; weiterhin sollen 13 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Ackerflächen sowie 13 Hektar zugepachtete Ackerflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden. Wir befürchten, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Flächen wären damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würden erheblich an Wert verlieren. Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln unsererseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich ist. Wir bitten außerdem zu berücksichtigen, dass alle Flächen der Futtergewinnung für unsere Rinder dienen. Eventuelle Einschränkungen in der Nutzung oder Einschränkungen bei der Pflanzenschutzmittelanwendung würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb wirtschaftlich nicht tragbar. Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-75	
1001247	
1000833	
<p>Inhalt</p> <p>Wohnraum ist wichtig.</p> <p>Sozialer Wohnbau noch wichtiger.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>



AZ: Ö-O-752

1002110

1002689\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

#### **Stellungnahme zum GiBregional im Bereich Heinsberg, Waldenrath Nähe B56 / BAB 46.**

Als Bürgerin von Waldenrath möchte ich hiermit größte Bedenken zu einem GiBregional und GiBplus äußern. In dem anvisierten Gebiet würden zahlreiche Ackerflächen aufgegeben werden. Wodurch eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln weiter zurück gedrängt wird. Diese Flächen sind außerdem im Sommer ungemein wichtig um die Temperatur niedrig zu halten / herunter zu kühlen. Zu dem habe ich große Bedenken, dass aufgrund der Ortslage ein solches Gebiet bis auf nur 100m an unser Dorf heranrücken kann. Wir befürchten stärkeres Verkehrsaufkommen sowie erhöhte Emissionswerte die zu Lasten der Bevölkerung von Waldenrath und Birgden geht.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### **Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-753

1001544

1002690\_001

#### Inhalt

ch möchte nochmals Bezug zum Regionalplan nehmen. Die Gemeinde Gangelt hat einen Planentwurf für den Ort Birgden erstellen lassen, mit dem ich gar nicht einverstanden bin. Danach sollen die Baugebiete und Gewerbegebiete noch großräumig ausgeweitet werden und zusätzlich mit einem Grüngürtel und Außenringstraßen versehen werden. Hier in Birgden sind in den letzten 30 Jahren 25-30 ha bestes Ackerland dadurch verloren gegangen. Dazu kommt noch der enorme Landverlust durch die B56n. Dies bedroht die Existenz meines und vieler anderer landwirtschaftlichen Betriebe, ebenso die weitere Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete. Zu Bedenken ist auch die Klimakrise in Hinsicht der Nahrungsmittelerzeugung. Deshalb möchte ich sie bitten maßvoll mit der Genehmigung von der in Anspruchnahme von Ackerland umzugehen, damit in 30-40 Jahren noch heimische Lebensmittel zu bekommen sind.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung

umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Betreff: Einspruch gegen den Regionalplan im Bereich der Orte Heinsberg-Waldenrath und Gangelt-Birgden durch die Ausweisung eines GIB mit zweckgebundener Nutzung, GIB Regional im Rahmen der Bürgerbeteiligung,

ich lehne den Regionalplan im o.a. Bereich ab und lege fristgerecht gemäß den folgenden Begründungen Einspruch ein:

1. Städtebauliche Planung / Sozialfrieden

Die Art der geplanten baulichen Nutzungsentwicklung von Gewerbeflächen zwischen den heute tatsächlich überwiegend wohnbaulich genutzten Grundstücken der Dörfer Pütt, Waldenrath und Birgden ist aus städtebaulicher Sicht nicht in Einklang zu bringen und steht der Wahrung des Sozialfriedens entgegen. Die Gründe hierfür sind insbesondere Lärm und Geruchsbeeinträchtigungen bedingt durch die künftige Gewerbenutzung selbst sowie durch den hiermit weiter zunehmenden Verkehr. Zwischen dem Plangebiet und den Wohnbebauungen besteht ein unzureichender Abstand. So schließen die Wohnbebauung an der Birgdener Straße direkt an und die sonstigen Wohngebäude mit einem Abstand von unter 300 m. Die Wohnnutzung ist bereits erheblich durch die junge B 56 n und deren Zubringer durch Verkehrsimmissionen gestört, ohne dass ausreichende Lärmschutzmaßnahmen vorgenommen worden sind. Die quantitative verkehrliche Entwicklung insbesondere des niederländischen Fernverkehrs ist bei der Planung unterschätzt worden. Aus städtebaulicher Sicht stellen die Gewerbeflächen zwischen den Wohnbebauungen der bereits eng aneinandergewachsenen Dörfer eine schlecht gestaltete, ungesunde Lösung dar.

2. Wohnbauliche Entwicklung des Orts Waldenrath

Im Bereich Waldenrath besteht kurz- wie mittelfristig auch heute noch erheblicher Bedarf an Wohnbaulandflächen. Einzig denkbare Entwicklungsmöglichkeit ist die Fläche westlich der Straße ?Am Strauch? und östlich des Zubringers zur B 56 n, die mit einem GIB nicht mehr umsetzbar ist. Erschwerend kommt hinzu, dass damit zu rechnen ist, dass auswärtige Betriebe in den geplanten Gewerbegebieten ansiedeln werden, da in den Orten selbst der Bedarf nicht gegeben ist. Somit ist zu erwarten,

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

dass für Inhaber wie Mitarbeiter weitere Wohnflächen notwendig werden, die bereits für die bestehende Bevölkerung unzureichend sind. Ein solch unnötiges Entwicklungspotential der Orte ist in der heutigen Zeit aus klimapolitischen Gründen fehl am Platz.

### 3. Bedarf Gewerbe im Plangebiet / klimapolitische Ziele

Aufgrund der Anzahl der örtlichen Gewerbetreibenden ist wie o.a. damit zu rechnen, dass ein Zuzug von Außerhalb notwendig wird, um das Plangebiet ausnutzen zu können. Weitere unnötige Verdichtungen und Versiegelungen entstehen, so dass Kaltluftschneisen unterbunden werden und mit einer Aufheizung zu rechnen ist. Insgesamt stehen die Klimapolitischen Ziele diesem Gebiet entgegen.

### 4. Landwirtschaft

Das Gewerbegebiet ist aufgrund der bereits durch die entfallenen Landwirtschaftlichen Flächen aufgrund der vielen Straßenbaumaßnahmen sowie des Braunkohlentagebaus zu verneinen. Den hiesigen Landwirten werden die Flächen an den Höfen entzogen und die Bodenwerte für landwirtschaftliche Flächen steigen aufgrund der Knappheit weiter an. Im Bereich Waldenrath existieren auch heute noch eine Vielzahl an Landwirtschaftsbetrieben mit Agrarlandflächenbedarf. Wie aus der heutigen Tagespresse zu entnehmen war, wägt die Gemeinde Gangelt hierüberhinaus ab, die Flächen auf dem Gemeindegebiet aufzustocken, um den frühzeitigen Braunkohlenausgleich zu vereinnahmen. Hierbei plant diese sogar als gewerbebauliche Entwicklung westlich des Pflegeheims sowie Sportgebiets Waldenrath (Ortsausgang Birgden). Ich halte ein Gewerbe- oder gar ein Industriegebiet in dieser Lage für eine städtebauliche Fehlplanung, da die bestehende Dorfstruktur hierzu nicht in Einklang steht. Insgesamt sehe ich den Standort für ein Gewerbegebiet als ungeeignet und lehne den Regionalplan Entwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität beeinträchtigt wird.

**Inhalt**

Als Eigentümer von landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen im Bereich des [ANONYMISIERT] werden diese im neuen Regionalplan als Flächen zum ?Schutz der Natur? ausgewiesen. Diese Flächen weisen heute Ackerzahlen von rund AZ 87 aus. Gleiches gilt für zukünftige Neulandflächen, die mir im westlichen Teil des späteren neuen Tagebaurestsees vertraglich zugesichert wurden. Auch hier werden diese im neuen Regionalplan als Flächen zum ?Schutz der Natur? ausgewiesen. Diese Festlegungen stellen für mich im Gegensatz zu den heutigen Bedingungen einen wirtschaftlichen Nachteil mit Wertminderung dar. Aus diesem Grund wende ich mich daher entschieden gegen die geplante Neuaufstellung nach diesem Entwurf und bitte dies in der weiteren Planungsüberarbeitung zu berücksichtigen und im Sinne des Eigentümers zu handeln.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-756

1002078

1008920

#### Inhalt

Öff Neuaufstellung Regionalplan: Einspruch gegen die Regionalplanung

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse und damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.

Das betrifft die Planung K\_PUL\_BM\_Schiene\_01 insbesondere für Puuheim-Brauweiler, da ich in diesem Bereich (weniger als 300 Meter) wohne und meine Gesundheit gefährdet ist.

Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmhotzstraße in Brauweiler in der Regionalplanung aufgenommen wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

AZ: Ö-O-757	
1002184	
1005149	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als unmittelbare Anwohner legen wir hiermit Einspruch gegen die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Simmerath in Richtung Kesternich (SIM_GIBz_1 / Bebauungsplan Nr. 176a) sowie gegen den geplanten Neubau der Kreisstraße K9n ein. Die Gründe für unseren Einspruch sehen wir persönlich und öffentlich begründet. Persönliche Gründe: Lärmbelästigung durch die Betriebe des Gewerbegebietes, Lärmbelästigung durch den Verkehr / Schwerlastverkehr auf der Kreisstraße K9n und im Gewerbegebiet, Belästigung durch Schadstoffemissionen, Feinstaub, Abgase, u.ä., Belästigung durch Lichtemissionen verursacht durch den Verkehr und das Gewerbegebiet (trifft auch auf die Fauna zu), Erheblicher Verlust an Lebens- und Wohnqualität !, erheblicher Wertverlust unserer Immobilie bzw. unseres Grundstücks !, Zerstörung von Flora und Fauna. Fledermäuse und Uhu haben ihr Quartier bzw. ihren Horst direkt bei uns am Haus</p> <p>Öffentliche Gründe: Kreisstraße K9n und geplantes Gewerbegebiet (176a) zerstören einen der letzten unzerschnittenen Naturfreiräume um Simmerath !, Flächeninanspruchnahme eines regional bedeutsamen, schutzwürdigen Biotops, Flächeninanspruchnahme von Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung, welche ebenfalls klimarelevant sind, Flächenversiegelung und Förderung der Klimaerwärmung, Zerstörung des Lebensraumes bzw. der Reviere vieler hier lebender Wildtiere: Rotmilan, Bussard, Falke, Uhu, Fledermaus, Feldhase, Marder, Insekten, Bienen u.w., Kesternich verliert zunehmend seinen eigenständigen, dörflichen Charakter und wird von Simmerath zunehmend eingenommen. Bei der Einfahrt von Simmerath über die Bundesstraße kommend meint man schon jetzt durch ein Gewerbegebiet zu fahren und die Orte gehen mittlerweile nahtlos ineinander über. Die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Simmerath mit einer Fläche von 27,3 ha erstreckt sich ausschließlich in den nördlichen kesternicher Randbereich und steht in keinem Verhältnis zur Kesternicher Ortsfläche [Abb.].</p> <p>Aus vorgenannten Gründen lehnen wir die Erweiterung des Gewerbegebietes Simmerath (SIM_GIBz_1 / Bebauungsplan Nr. 176a) sowie den geplanten Neubau der Kreisstraße K9n ausdrücklich ab. Diese stehen vorbehaltlich weiterer vertiefender Einwendungen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der GIBz im Bereich der Gemeinde Simmerath ist gemäß dem städteregionalen Gewerbeflächenkonzept der zentrale Standort für die Eifelgemeinden.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p>



AZ: Ö-O-758

1002270

1002695\_001

#### Inhalt

Ich wohne seit über 35 Jahren im Kreis Heinsberg, der meine Heimat geworden ist. Wir haben hier einen wunderschönen Kreis und meine Frau und ich haben im Bereich Birgden, Waldenrath, Pütt drei Häuser im Grünen und unsere Mieter und deren Kinder genießen diese wunderschöne Natur. Ackerbau und Viehzucht gehören hier zum täglichen Leben dazu, und solche wertvolle Flächen dürfen nicht für ein weiteres Gewerbegebiet (es gibt davon schon mehr als genug im Kreis) vernichtet werden. Im Interesse meiner Mieter, aber auch im Interesse meiner Kinder und Enkel spreche ich mich ganz entschieden, gegen ein Gewerbegebiet im Bereich Birgden, Waldenrath Pütt aus, und hoffe, dass das dortige, fruchtbare Ackerland auch den nachfolgenden Generationen erhalten bleibt.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-759	
1002106	
1005151	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zur Neuauufstellung des Regionalplan Köln, Kreis Euskirchen_01, Blatt 10. Hier konkret zur Ausweisung einer BSN-Fläche (Bereiche zum Schutz der Natur) in der Stadt Zülpich, Gemarkung Merzenich, Flur 11, [anonymisiert] (siehe Kartenausschnitt in der Anlage !) [Abb.]. Nach der 3. DVO sind "Bereiche für den Schutz der Natur" (BSN) solche Freiraumbereiche, in denen die natürlichen Gegebenheiten durch besondere Maßnahmen gesichert und entwickelt werden sollen. Von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur ist die Ermittlung der in qualitativer Hinsicht wesentlichen Teilflächen, d.h. der Teile, die das Wesen bzw. den Charakter des jeweiligen Naturschutzgebietes bestimmen. Soweit der Schutzzweck es zulässt, sollen neben der fachlich-räumlichen Differenzierung auch andere lokale Bedingungen - insbesondere land- und forstwirtschaftliche Belange - Berücksichtigung finden. Zum betroffenen Flurstück, Gemarkung Merzenich, Flur 11, [anonymisiert], werden, auf ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Flächen, BSN-Gebiete dargestellt. Bei der Zülpicher Börde handelt es sich um eine, fast ausschließlich, ackerbaulich geprägte Kulturlandschaft, Räume mit überwiegender ackerbaulicher Bodennutzung (Ackerbau und Ackerfutterbau). Da die dort wirtschaftenden Landwirte aufgrund des stetig wachsenden Konkurrenzdruck dringend auf landwirtschaftliche Nutzflächen angewiesen sind, bestehen aus meiner Sicht Bedenken gegen die Ausweisung einer reinen Ackerfläche als BSN-Gebiet im Regionalplan. Es handelt sich hier um einen intensiv genutzten landwirtschaftlichen Bereich bzw. intensiv genutzte landwirtschaftliche Produktionsflächen, welche ausschließlich zur Nahrungsmittel- und Tierfutterproduktion genutzt werden. Eine Vernetzung von BSN oder Naturschutzflächen wird durch die Ausweisung dieser Fläche ebenfalls nicht erzielt. Vor diesem Hintergrund ist ein Schutzzweck hier nicht zu erkennen. Die Fläche ist allein schon aus den oben genannten Gründen aus der BSN-Abgrenzung herauszunehmen.</p> <p>Weiterhin eröffnet die Ausweisung der o.a. Fläche als BSN-Fläche nachfolgend die Möglichkeiten der Ausweisung eines Naturschutzgebietes mit den damit einhergehenden wesentlichen Nutzungsbeschränkungen. Hierdurch wird die Bewirtschaftung (Verbot von Pflanzenschutz und Düngemiteleinsatz) und die Wertigkeit der Fläche im erheblichen Maße eingeschränkt und geschmälert.</p> <p>Wie uns die bedauernswerte, aktuelle Situation lehrt, sind landwirtschaftliche Flächen für die nachfolgenden Generationen als Grundlage für eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen sowie für die Erfüllung der vielfältigen Freiraumfunktionen unbedingt zu sichern. Der Flächenverbrauch und die damit der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

landwirtschaftlichen Produktion entzogene Fläche lag 2020 allein in NRW bei 5,7 Hektar pro Tag und somit bei über 2000 Hektar pro Jahr.

Damit die Landwirtschaft auch weiterhin in der Lage ist, ihrer bedeutsamen Rolle in der Gesellschaft als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant gerecht zu werden, sollte der Flächenverbrauch (hier in Form von massiver Nutzungsbeschränkungen) konsequent zurückgefahren werden. Durch die massive Ausweisung der BSN-Flächen in unserer Region würden der Landwirtschaft erhebliche Produktionsflächen entzogen.

Die Lösung von Flächennutzungskonflikten mit überlagernden Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes ist vorrangig durch Nutzung der bewährten kooperativen Lösungsansätze herbeizuführen.

Die berechtigten Belange des Umwelt- und Naturschutzes werden sicherlich von den Bürgern ebenso wie von der Landwirtschaft ernst genommen und unterstützt. Die damit verbundenen Zielkonflikte können nur durch eine gemeinsame und kooperative Vorgehensweise zu tragfähigen Lösungen geführt werden. Die vielfältigen Erfolge kooperativer Planungsprozesse und vertragsbasierter Maßnahmenumsetzung der vergangenen Jahrzehnte bestätigen diesen Ansatz als Erfolg versprechenden Weg im Bereich der Agrarumweltpolitik. Beispielhaft können hier die Agrarumweltmaßnahmen, der Vertragsnaturschutz, die Kooperation Wasserwirtschaft/Landwirtschaft und die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie genannt werden.

Aus den oben angeführten Gründen erscheint uns die Ausweisung der betroffenen Fläche als BSN-Gebiet nicht schlüssig bzw. angebracht.

Wir bitten daher um Entlassung des Flurstücks Gemarkung Merzenich, Flur 11, [anonymisiert] aus der BSN-Zielkulisse.

AZ: Ö-O-76	
1001261	
1000834	
<p>Inhalt</p> <p>Ich möchte nicht dass diese Orte bebaut werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-760	
1002297	
1002698_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zum GIB regional/plus in Heinsberg Waldenrath.</p> <p>Ich, als Geschäftsführer der Alten- und Pflegeheime St. Josef gGmbH, sehe durch die Schaffung eines neuen Gewerbe- und Industriegebiets in unser direkten Nachbarschaft folgende Probleme, die ich bitte bei der Entscheidung zu berücksichtigen! Durch die direkte Nachbarschaft werden die Seniorinnen und Senioren durch die dort aufkommenden Emissionen direkt betroffen sein. Lautstärke, nächtliche Aktivitäten, Anlieferer, höhere Verkehrsströme und eventuelle Ausstösse produzierender Betriebe könnten zu einer Belastung meiner Seniorinnen, Senioren, sowie Kolleginnen und Kollegen führen. Gerade alte Menschen benötigen eine nächtliche Ruhe bzw. unsere Menschen mit einer Demenz ertragen eine unruhige Umgebung nur sehr schwer. Zudem leben in meiner Einrichtung Seniorinnen und Senioren, die den Weg nach Birgden suchen und sich dabei zu Fuß oder per E-Mobil auf die Straße begeben. Andere Bewohnerinnen und Bewohner leben in unseren Wohnbereichen für Menschen mit Demenz und suchen ebenfalls den Weg an die frische Luft. Meine Bedenken in Bezug auf das geplante GIB sind die höheren Unfallgefahren durch das entsprechende Verkehrsaufkommen bzw. den kommenden Schwerlastverkehr! Menschen und gerade Senioren unserer Region sind an dieses Verkehrsaufkommen nicht gewöhnt, so dass eine größere Gefahr für meine Seniorinnen und Senioren gegeben ist. Daher bitte ich Sie als Geschäftsführer der St. Josef gGmbH Abstand zu nehmen und an dem Standort Waldenrath/Birgden kein Gewerbe- und Industriegebiet zur erschließen!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-761	
1001742	
1005153	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Betroffene zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplanes nehmen wir zum Punkt 4.4 Landwirtschaft, insbesondere zu den Punkten G 32, G 33, und G 34 Stellung. Wir bewirtschaften einen landwirtschaftlichen Betrieb in Bad Münstereifel Eschweiler mit Getreide und Rapsanbau auf ca. 50 ha und 10 Mutterkühen plus Nachzucht auf ca. 23 ha. Wir wirtschaften derzeit schon zu &gt;95% im WSG, überwiegend im Landschaftsschutzgebiet und zum Teil im Naturschutzgebiet. Die Flächen liegen im Kreis Euskirchen, Stadt Bad Münstereifel und Mechernich, Gemarkung Eschweiler, Iversheim und Antweiler. Wir nehmen am Vertragsnaturschutz teil, bei dem im Bereich Ackerrandstreifen seltene Pflanzenarten gefördert werden, durch Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden. Im Bereich Grünland wird extensiviert, ohne Düngung und Pflanzenschutzmittel. Es werden Blühstreifen und ?flächen angelegt und gepflegt. Nun sollen im Regionalplan in unserem Gebiet Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete massiv ausgeweitet werden. Hiervon wären fast alle Acker- und Grünlandflächen des Betriebes betroffen. Die dadurch zu erwartenden weiteren Einschränkungen in der Bewirtschaftung lassen befürchten, dass eine landwirtschaftliche Nutzung und wirtschaftlich erfolgreiche Bewirtschaftung nicht mehr möglich ist und somit eine Existenzbedrohung für den Betrieb darstellt, zumal alternative Bewirtschaftungsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Dies steht im Widerspruch zu den Ausführungen im Regionalplan, das landwirtschaftliche Betriebe erhalten werden sollen und landwirtschaftliche Produktion möglich sein soll. Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der landwirtschaftlichen Flächen unseres Betriebes aus und bitten darum diese aus der Kulisse herauszunehmen. Der Schutz von Natur und Landschaft ist eine Gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht dem einzelnen Eigentümer und Bewirtschafter alleine aufgebürdet werden. Für weitere Auskünfte und Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Bitte senden Sie uns eine Eingangsbestätigung zu.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-762	
1002359	
1005374	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung.</p> <p>Wir bewirtschaften von einer Hofstelle in Baesweiler einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die Ackergrundstückeliegen in folgenden Bereichen: Stadt Baesweiler Gemarkung Baesweiler ca. 17ha, Stadt Herzogenrath Gemarkung Herzogenrath und Merkstein ca. 85 ha, Stadt Würselen Gemarkung Bardenberg ca. 9 ha, - Stadt Alsdorf Gemarkung Ottenfeld ca. 2 ha, Gemeinde Selfkant Gemarkung Havert ca. 50 ha, Stadt Linnich Gemarkung Gereonsweiler ca. 20 ha, Stadt Brühl Gemarkung Brühl ca. 75 ha, Stadt Bornheim Gemarkung Reisberg ca. 75 ha, Stadt Kerpen Gemarkung Buir ca. 40ha, Stadt Übach-Palenberg ca. 3ha</p> <p>Diese genannten Flächen sind vom Regionalplan Köln erfasst Davon fallen in: Naturschutz ca. 92 ha, Landschaftsschutz und Gewässerschutz ca.170 ha, Regionale Grünzüge 25 ha</p> <p>Damit fallen ca. 297 ha als Landschaft- und Naturschutzflächen im Regionalplan Köln in die Auflagen. Es sind somit von ca. 376 ha 80% in Auflagen gebunden. Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngemitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, unsere Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas sichern zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel doch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der Eu-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse, für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln und wahrscheinlich auch Düngemitteln in Landschaftsschutzgebieten zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Schutzstatus. In Kurzfassung werden die Beeinträchtigungen und Verbote in den Landschaftsschutz und Naturschutzgebieten noch einmal aufgeführt: erhebliche Wertminderung von Grund und Boden, geringe Verpachtungsmöglichkeit und geminderter Pachtpreis, Verlust von Anbauflächen, beschränkte Nutzungsmöglichkeiten von Ackerkulturen und Grünland, Behinderung einer Betriebsentwicklung, eingeschränkte Düngung mit Mindererträgen, eingeschränkte bzw. Verbote von Pflanzenschutzanwendungen mit nicht mehr beherrschbarer Kulturführung, Unwirtschaftlichkeit der Ackerkulturen und des Grünlandes, Durchschneidung der Bewirtschaftungsflächen in Auflagen und Verbotszonen sowie Restflächen in ungehinderter Nutzung, Veränderung von Verkehrsführungen mit Einschränkungen beim Wegebau und Erschließung,, Existenzgefährdung bis zur Betriebsaufgabe. Die Aufgabe unseres landwirtschaftlichen Betriebes in jahrhundertalter Tradition wäre die Folge. Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.



AZ: Ö-O-763	
1001886	
1004848	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe gestern von den möglichen Bebauungsplänen erfahren und bin entsetzt. Folgende Punkte sprechen aus objektiver Sicht gegen den Bau weiterer Wohnbebauung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Als Bestandteil einer Kaltluftschneise von wesentlicher Klimaschutzbedeutung für die Kölner Innenstadt</li> <li>▪ Für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit bedeutsame landwirtschaftliche Nutzflächen</li> <li>▪ Ausschluss aufgrund Überschwemmungsflächen/Hochwasserrisiko</li> <li>▪ Lärmschutzzone des Flughafen Köln/Bonn</li> <li>▪ Wasserschutzzone für die Trinkwassergewinnung</li> <li>▪ Nicht berücksichtigte, wertgebende Biotope/Arten: historische strukturreiche Kulturlandschaft mit zahlreichen wertgebenden, in NRW gefährdeten/streng geschützten Arten der Agrarlandschaft: Feldlerche, Wachtel, Feldhase, Bluthänfling</li> <li>▪ Alternativflächen im bestehenden Allgemeinen Siedlungsbereich von Rath-Heumar vorhanden</li> </ul> <p>Aus persönlicher Sicht als Anwohner sehe ich weitere Punkte, die nicht berücksichtigt wurden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ es mangelt bereits jetzt an ausreichend Schulplätzen für die Anwohner dieser Region</li> <li>▪ der sanierungsbedürftige "Sportpark" wird bereits als Wohnfläche freigegeben statt ihn zu sanieren und den Anwohnern von Brück, Neubrück und Rath ein abwechslungsreiches Sportangebot erhalten zu können.</li> <li>▪ Durch die Bebauung der Fläche "Sportpark" wird der Mangel an Kindergartenplätzen und Schulplätzen noch verstärkt.</li> </ul> <p>Aus oben genannten Punkten lehne ich die Erweiterung der ASB ab!</p> <p>[Anonymisiert]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

Aus unserer Sicht ist das von der Stadt Köln im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans gemeldete Flächenpotential für wohnungswirtschaftliche und gewerbliche Entwicklungen nicht dazu geeignet, den Standort Köln auf die zukünftigen Herausforderungen einer wachsenden Stadt vorzubereiten. Durch eine gegenüber den Zielwerten der Bezirksregierung deutlich reduzierten Flächenausweisung wird das Risiko erhöht, dass die Stadt Köln hinter der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen zurückfällt und sich die Chance verbaut, flexibel auf zukünftige Entwicklungen reagieren zu können.

Die folgende Tabelle zeigt die im Rahmen des Verfahrensablaufs vorgenommene deutliche Reduzierung der auszuweisenden Flächenpotentiale:

[s. Anhang Abb. StnID 1008323\_1]

Aus Sicht der KEG Kölner Entwicklung Gesellschaft ist es daher sinnvoll, weitere ASB- und GIB-Flächen in den Regionalplan aufzunehmen und sowohl wohnungswirtschaftlichen und gewerblichen aber auch Sport- und Freizeitnutzungen mehr Entwicklungsspielraum zu geben.

Hierzu haben wir uns insbesondere umfangreiche Gedanken zum Stadtteil Rath-Heumar gemacht. Unser Ziel ist es, für den Stadtteil Rath-Heumar Perspektiven für eine zukunftsfähige Entwicklung in den Bereichen Wohnen, Sport- und Freizeit, Schule- und Bildung sowie Gewerbe aufzuzeigen.

Zusammen mit den Planungsbüro ASTOC aus Köln und dem Büro pslandschaft - freiraumplanung, Köln haben wir ein Rahmenkonzept für den Bereich nördlich der Rösrather Straße (1286) und östlich des Rather Sees erstellt, das sowohl der Versorgung mit Wohnungsbau- und Mischgebietsflächen als auch die Entwicklung von Sport- und Freizeiteinrichtungen sicherstellen soll. Wesentlicher Bestandteil ist hierbei die Schaffung eines neuen Standorts für den ortsansässigen Fußballverein SV Rath-Heumar L920 e.V. sowie der Tennisclubs Königsforst Grün-Weiß e.V. und TC Rath und somit die Sicherung der immens wichtigen Funktion dieser Vereine für das soziale Gefüge im Stadtteil Rath-Heumar. Da Freizeit- und Sportnutzung ebenfalls nur innerhalb des ASB realisiert werden dürfen, konkurrieren diese Nutzungen oft mit den wohnungswirtschaftlichen Zielsetzungen. Durch die damit verbundene Verlagerung der bestehenden Sportflächen im Zentrum von Rath ergibt sich in diesem Bereich ein weiteres, zukünftiges Entwicklungspotential. Unsere Überlegungen beziehen auch die

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. Stn ID 1003224).

Im Übrigen ist die kommunale Entwicklungsabsicht entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der fehlenden kommunalen Entwicklungsabsicht für den betreffenden Bereich besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

potenziellen Flächen für Schule und Bildung südlich der Rösrather Straße ein.

Dem Rahmenkonzept liegen bereits umfangreiche Voruntersuchungen zu den Themenkomplexen Klima, Arten und Naturschutz vor, die in das Rahmenkonzept eingeflossen sind. Das Rahmenkonzept sowie die vorliegenden Untersuchungen sind als Anlage beigefügt [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]:

- Entwicklungsstudie Köln-Rath; ASTOC Architects and Planners GmbH, Köln
- Entwicklung Köln-Rath - Machbarkeitsstudie Sport; pslandschaft - freiraumplanung, Köln, L2/2020
- Siedlungsstudie Rath - Grundlagen Natur, Landschaft und Artenschutz; RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten, Bonn, LL/2020
- Artenschutzprüfung Stufe I; RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten, Bonn, LL/2020
- Artenschutzprüfung Stufe II; RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten, Bonn, O2/2022
- Klimaexpertise Potentialraum Rath, GEO-NET Umweltconsult GmbH, Hannover, O8/2022

Seitens der Stadt Köln wurde bereits eine Teilfläche als ASB im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans angemeldet. Auf Grund der Einschränkungen durch die Naturschutzzone des Flughafens Köln-Bonn sowie eines nicht überbaubaren Schutzstreifens für eine Ferngasleitung kann nur ein Bruchteil (ca. 5,0 ha Bruttobauland) für wohnbauliche Zwecke genutzt werden. Auch die geplante Sportanlage u.a. für Fußball und Tennis lässt sich bei dieser Ausweisung nur mit erheblichen Abstrichen, wenn überhaupt realisieren.

Wir regen daher an, die zusätzlich dargestellte Fläche nördlich der bereits dargestellt ASB-Fläche östlich Rather See (Brück-Rather Steinweg) und westlich Rather Kirchweg sowie die Flächen südliche der Rösrather Straße bis zur Straßenbahnlinie 7 in den Regionalplan aufzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1008323\_2]. Dies entspricht auch dem Ziel des Landes NRW, neue Flächen an bestehende Trassen des ÖPNV anzubinden.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Bezirksvertretung Kalk bereits im Jahr 2020 einen Beschluss für diese Erweiterung des Siedlungsbereiches gefasst und um Aufnahme der Fläche in den Regionalplan gewünscht hat.

Gerne stehen die beteiligten Planungs- und Ing.-Büros als auch wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

## Anhänge

<a href="#">Abb_ID1008323_1.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008323_2.pdf</a>	
--	--

AZ: Ö-O-765	
1002111	
1008921	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener/ich bewirtschafte in 50259 Stommeln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Meine Ackerflächen sind zum Teil mein Eigentum sowie von verschiedenen Eigentümern gepachtet.</p> <p>Aus meiner Sicht wird diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger betrifft. Dies ist für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Eine solche Planung gleicht einer Enteignung.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-766	
1001903	
1004849	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bitten Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen. Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen beibehalten werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet.</p> <p>Im Hinblick auf den Klimawandel halten wir das für verantwortungslos, da dies Flächen mit besonderer ökologischer Funktion sind. Genau dies steht doch im Widerspruch zum aktuell ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln.</p> <p>In Zeiten von Rekordhitzetagen, Waldbränden und Starkregen stellt der Schutz unserer Freiflächen ein hohes politisches Gut dar. Aus aktuellem Anlass muss mit Blick auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung außerdem verhindert werden, dass wertvolle Agrarflächen versiegelt werden. Nicht zuletzt gilt dies auch für den wichtigen Erhalt von Erholungsräumen für die hier ansässige Bevölkerung und für die Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten.</p> <p><b>Die Erweiterungsfläche in Langel würde die Verkehrsproblematik noch weiter verschärfen. Bereits 1996 hatte der Kölner Stadtrat beschlossen, dass weitere Wohnbebauungen im Porzer Süden erst begonnen werden dürfen, wenn der Bau der Umgehungsstraße Zündorf und die Verlängerung der Linie 7 realisiert sind. Eine Umgehungsstraße ist aber inzwischen nach schon 50 Jahren alten Zusagen der Politik in immer weiterer Ferne!</b></p> <p>Der Bürgerverein Zündorf e. V. lehnt aus den vorgenannten Gründen auch schon die Umsetzung der im aktuell noch gültigen Regionalplan/dem hieraus entwickelten Flächennutzungsplan der Stadt Köln vorgesehenen Bebauung der ca. 100 ha großen Fläche ?Zündorf-Süd? ab. Ich schließe mich dieser Forderung an.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Hier wäre eine Revision dieser Pläne notwendig!  
Dabei kommt hier noch dazu, dass es seit rd. 50 Jahren nicht gelungen ist, die Verkehrsinfrastruktur so zu verbessern, dass die jeweiligen Verkehrsmengen bewältigt werden können!

Wie Sie selbst in Ihrem Newsletter im August 2022 schreiben: "die sommerlichen Hitzeperioden in Köln nehmen im Zuge des Klimawandels deutlich zu. Das führt auch zu aufgeheizten Stadtquartieren und wenig nächtlicher Abkühlung. Dies kann für viele Menschen sehr belastend sein. In diesem Newsletter finden Sie deshalb Infos zu unserem neuen Hitzeportal ? samt Tipps, wie Sie sich schützen und der Entwicklung des Klimawandels in Ihrem Alltag sinnvoll entgegenwirken können.

Eine wichtige Maßnahme gegen den Klimawandel bleibt das Einsparen von CO2-Emissionen. Zum Beispiel durch Umstieg vom Auto aufs Rad. Deshalb planen wir unter anderem Radpendlerrouen im Rechtsrheinischen."

**In keinem Fall dürfen aus ökologischer Sicht und in Verantwortung unserer nachfolgenden Generationen, die genannten Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.**

[Anonymisiert]

**Inhalt**

Das folgende Schreiben richtet sich an die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln. Als Landwirt im Vollerwerb bin ich im Falle eines Falles unmittelbar von Änderungen des Landschaftsplanes betroffen. Folgende Liegenschaften sind betroffen: Aachen- Walheim Flur 1 [anonymisiert]. Unverändert ist die Ausweisung der oben genannten Flurstücke als Gebiet uim Grundwasser- und Gewässerschutz, sowie die Darstellung regionaler Grünzüge. Hinzugefügt ist die Ausweisung als Gebiete zum Schutz der Landschaft und der Landschaftsorientierten Erholung. Unter Umständen kann eine Veränderung des bisherigen Nutzungsplanes eine erhebliche Einschränkung in der Existenzsicherheit und der Entwicklungsfähigkeit des Betriebes nach sich ziehen. Die genannten Flurstücke sind von besonderer Bodengüte und verfügen über einen hervorragenden Wasserhaushalt und kann so vorallem in den mittlerweile gehäuft auftretenden von Trockenheit geplagten Jahren zur Sicherung der Futtergrundlage für die Viehwirtschaft unseres Betriebes beitragen. Die Flächen dieser Flur eignen sich, aufgrund der oben genannten Eigenschaften, excellent für die landwirtschaftliche Nutzung und bietet schon jetzt eine ausreichende Möglichkeit der Naherholung für die Bewohner von Oberforstbach.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln, möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Ich bewirtschafte in [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit ca. 120 ha. Von dem neuen Regionalplan aus der Karte ersichtlich liegen rund 65 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0,8 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, die Ackerflächen nicht mit einem Schutzstatus zu belegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-769	
1002248	
1007817	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Rat der Stadt Köln hat am 20.06.2022 einen Beschluss bezüglich der städtischen Stellungnahme zum Regionalplanentwurf gefasst, der nach unserer Auswertung auf eine lediglich 15 %-ige Deckung des endogenen Bedarfs an ASB-Flächen und eine kaum 8 %-ige Bedarfsdeckung an GIB-Flächen hinausläuft. Gemäß diesem Beschluss sollen Flächen im Umfang von über 170 ha, welche die Verwaltung vorgeschlagen und die Bezirksregierung bereits in den Regionalplan-Entwurf übernommen hatte, aus dem künftigen Regionalplan entfernt werden. Sofern der Regionalrat am beschlossenen Verbot von Siedlungsflächen im Bereich des Extremhochwassers HQ500 festhält, wird die Bilanz mit lediglich 10 % des von der Bezirksregierung vorgegebenen endogenen Bedarfs an ASB-Flächen nochmals deutlich geringer ausfallen.</p> <p>Der Rat der Stadt Köln hat unserer Einschätzung nach bislang keinen angemessenen Beitrag zur künftigen Bereitstellung von ASB und GIB Flächen geleistet. Dies droht zu dauerhaften sozialen Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt und deutlich steigenden Pendlerverkehren zu führen. Nach einer Untersuchung des Öko-Instituts in Freiburg hätte dies allein einen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 80.000 Tonnen p.a. im Jahr 2040 zur Folge [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt].</p> <p>Die REG stellt deshalb mit Sorge fest, dass die Metropole Köln ihrer Aufgabe zur Bereitstellung erforderlicher Siedlungserweiterungsflächen nicht gerecht wird und die Herausforderungen der wachsenden Region somit weitgehend auf die umliegenden Gemeinden der Region abwälzt. Wir sehen die Bezirksregierung und den Regionalrat in der Verantwortung, sich gegen diese Fehlentwicklung zu stellen und den Regionalplan-Entwurf im Sinne einer ausgewogenen regionalen Entwicklung zu überarbeiten.</p> <p>Der Bedarf zusätzlicher Flächenangebote zeigt sich besonders deutlich bei den sozialen Themen: Aktuell fehlen in Köln z.B. über 4.000 Pflegeplätze, es werden 54 zusätzliche Schulstandorte benötigt, die GAG hat über 20.000 Haushalte auf ihrer Warteliste für eine geförderte Wohnung etc. Die Mietpreise in Köln steigen im Verhältnis zu anderen Großstädten überdurchschnittlich stark und Boden wird aufgrund schnell steigender Grundstückspreise als attraktive Spekulationsmasse genutzt. Eine Leerstandsquote von 0,7 % zeigt, wie angespannt der Wohnungsmarkt in Köln aktuell ist.</p> <p>Vor diesem Hintergrund hoffen wir, dass unsere Flächenvorschläge Eingang in den Regionalplan finden können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur siedlungsräumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

--	--

1007828	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Regionalentwicklungsgesellschaft mbH ( widmet sich seit geraumer Zeit der Entwicklung planerisch ausgewiesener und im FNP und im REP dargestellter Gebiete Die allgemeine Flächenknappheit in Köln lenkte das Augenmerk vermehrt auf die Überarbeitung des Regionalplanes und die Ausweisung neuer Potentiale.</p> <p>Im Laufe des Prozesses zeigte sich jedoch eine deutlich zu niedrige Bedarfsdeckung durch die Neuausweisung von Potentialflächen Dies festigte sich durch den Ratsbeschluss am 20.06.22 welcher lediglich 15% der Bedarfe an ASB und 8% der Bedarfe an GIB deckt Somit erschien es dringend geboten, weitere Flächen im Stadtgebiet auf eine ASB und GIB Eignung zu untersuchen und im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung einzureichen.</p> <p>In dieser Einreichung stellen wir weitere Ergänzungsflächen vor, die sich aus einer gesamträumlichen Betrachtung besonders und vorrangig für eine Entwicklung eignen. Die Flächen wurden im Rahmen einer detaillierten siedlungsgeografischen, ökologischen und raumklimatischen Analyse hinsichtlich ihrer Eignung und Realisierbarkeit als Erweiterungsfläche untersucht, und in einer Zusammenfassung weitere Maßnahmenschritte beschrieben [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]. Sie alle teilen die Verortung an bestehenden oder nach der Stadtstrategie 2030 potentiell zu entwickelnden ÖPNV-Trassen. So können bestehende Kapazitäten ausgenutzt und neue Trassenplanungen durch die Verbesserung des Nutzen-Kosten-Faktors unterstützt werden.</p> <p>Die fehlende Bedarfsdeckung als Maßnahme des Klimaschutzes zu deklarieren ist deutlich zu kurz gedacht. Die wohnortnahe Bereitstellung von Versorgung und Infrastruktur lässt sich in Metropolen deutlich besser realisieren als im zweiten oder dritten Ring des Umlandes. Doch in diese Regionen werden Menschen aufgrund des mangelnden Angebotes an bezahlbarem Wohnraum verdrängt So produzieren wir deutlich steigende Pendlerverkehre, die vor allem mit dem Auto zurückgelegt werden Klimaschutz wird hier nur bis zur Stadtgrenze gedacht und die Herausforderungen der wachsenden Region damit auf die Umlandgemeinden abgewälzt.</p> <p>Durch Gespräche mit zahlreichen Institutionen und gesellschaftlichen Initiativen zeigt sich für uns der Bedarf zusätzlicher Flächenausschreibungen mehr als deutlich Die Versorgung mit sozialer Infrastruktur weist drastische Mängel auf Aktuell fehlen in Köln über 4 000 Pflegeplätze, es werden 54 zusätzliche Schulstandorte benötigt, die GAG hat über 20 000 Haushalte auf ihrer Warteliste für eine geförderte Wohnung. Die Mietpreise in Köln steigen überdurchschnittlich stark und Boden wird aufgrund schnell steigender Grundstückspreise als attraktive Spekulationsmasse genutzt Eine Leerstandsquote von 0,7% zeigt, wie angespannt der Wohnungsmarkt in Köln aktuell</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur siedlungsräumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

ist.

Bei einer Bedarfsdeckung von 8% für GIB Flächen, kann Köln als Wirtschaftsstandort nicht nachhaltig prosperieren Dabei hätte diese Stadt die besten Voraussetzungen, um eine breite Sparte an Unternehmen anzusiedeln Von kleinen Mittelständlern bis zu Konzernen gibt es zahlreiche Unternehmen, die sich gerne in Köln niederlassen würden, aber weder Fläche für ihr Gewerbe, noch Wohnraum für ihre Mitarbeitenden finden.

Das Rheinland als Wachstums und Transformationsraum braucht auch für kommende Generationen Potentialräume, um seine Zukunft nachhaltig gestalten zu können.

1007844

## Inhalt

Stadtbezirk Rodenkirchen

ASB 2-206-003 Rondorf Ost

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007844\_1-12]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan Entwurf (2021), ist der Bereich als ASB dargestellt.
- Im Agglomerationskonzept ist das gesamte Areal ?Suchraum für Siedlungsentwicklung im 3km Radius um Schienen ÖPNV. Die Fläche ist heute nur mäßig ans ÖPNV Netz angebunden.
- Die geplante Stadtbahn durch Rondorf bis nach Meschenich wird sich, aufgrund der Entfernung, nicht wesentlich auf die Anbindung an den neuen Siedlungsbereich auswirken.
- Mit dem Bau der beschlossenen Entflechtungsstr. L92, ist zukünftig, neben der bestehenden Anbindung an die A555 auch ein optimaler Anschluss in Ostwest Richtung gewährleistet. Dazu hat sich der Hauptausschuss des Rates am 10.01.2022 (Variantenauswahl) mehrheitlich für die Variante H, Anlage 12 der Vorlage) mit entsprechenden Ergänzungen ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung zu beantragen.
- In Rondorf Mitte besteht, gemäß Fortschreibung des Einzelhandels und Zentrenkonzept (2020), ein kleines Nahversorgungszentrum. Dies ist noch stabil, verfügt jedoch nur über ein geringes qualitatives und quantitatives Angebot, fast ausschließlich im kurzfristigen Bedarf. Mit der Entwicklung von Rondorf Nordwest ist eine Verbesserung der Versorgung zu erwarten.
- Ebenso sind mit der Entwicklung von Rondorf Nordwest eine verbesserte Versorgung mit sozialen Infrastruktureinrichtungen, auch mit Wirkung auf ganz Rondorf, zu erwarten. Trotzdem ist das Erfordernis für weitere soziale Infrastruktureinrichtungen i.V.m . der Entwicklung von Rondorf Süd zu prüfen.

Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Der Verlust von im linksrheinischen, vorwiegend schutzwürdigen und besonders

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

ertragreichen Böden, ist bei Inanspruchnahme und i.V.m. anderen Eingriffen, durch entsprechende Maßnahmen auszugleichen.

- Es handelt sich im Bereich Rondorf-Ost, gemäß der Aussagen im Fachbeitrag des LANUV, nur im südlichen Teilbereich, um eine Biotopverbundfläche von hoher Bedeutung.
- Am Südrand von Rondorf besteht, ein hoher nächtlicher Luftaustausch mit Strömungsverlauf von Westen um die Siedlung Rondorf herum, über die geplante Baufläche parallel der A555. In einem Gutachten sind insbesondere auch die bodennahen Kaltluft und Windverhältnisse zu prüfen.  
Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.
- Mit leichten Lärmauswirkungen (trotz Lärmschutz) von der A555 und der Shell-Raffinerie ist zu rechnen.
- Die Abstandsproblematik gem. der Seveso-Richtlinie (Shell Raffinerie) ist zu untersuchen.

#### Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) als ASB dargestellt.

#### Weitere Schritte

- Eigentümergespräche fortführen.
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007844\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007844\\_9.pdf](#)

1007855

## Inhalt

Stadtbezirk

Rodenkirchen

ASB Ergänzungsfläche Rondorf-Südwest

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007855\_1-16]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan Entwurf 2021 ist der Bereich nördlich angrenzend als ASB, die Verlängerung der Stadtbahnstrecke und südlich angrenzend ein Regionaler Grünzug dargestellt. Gemäß Umweltprüfung zum REP bestehen Vorbehalte zur ASB-Darstellung im REP Entwurf wegen Überflutungsgefahr durch HQ500 extrem. Die ASB-Fläche ist deshalb im REP Entwurf reduziert.
- Im Agglomerationskonzept ist das gesamte Areal "Suchraum" für Siedlungsentwicklung im 3km Radius um Schienen ÖPNV aber auch als Freiraumsystem mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion ausgewiesen.
- Die heute schwach ausgeprägten ÖPNV-Verbindungen werden zukünftig durch die Verlängerung der Stadtbahnlinie wesentlich verbessert. Die Stadtbahnstrecke ist mit Beschluss des Rates vom 27.09.2018 zum Bedarfsplan NRW angemeldet. In Kürze soll das Variantenauswahlverfahren und in 2024 das Planfeststellungsverfahren (Sachstandsbericht der Stadt 01.02.2021) abgeschlossen sein. Die Bauausführung ist ab 2025 geplant.
- Mit dem Bau der beschlossenen Entflechtungsstr. L92, ist zukünftig, neben der bestehenden Anbindung an die A555, auch ein optimaler Anschluss in Ostwest-Richtung gewährleistet. Dazu hat sich der Hauptausschuss des Rates am 10.01.2022 (Variantenauswahl) mehrheitlich für die Variante H (Anlage 12 der Vorlage) mit entsprechenden Ergänzungen ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt das Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung zu beantragen.
- In Rondorf-Mitte besteht gemäß Einzelhandel und Zentrenkonzept (2020), ein kleines Nahversorgungszentrum. Dies ist noch stabil, verfügt jedoch nur über ein geringes qualitatives und quantitatives Angebot, fast ausschließlich im kurzfristigen Bedarf. Mit der Entwicklung von Rondorf-Nordwest sind weitere Nahversorgungsbetriebe geplant.
- Mit der Entwicklung von Rondorf-Nordwest ist auch eine Verbesserung sozialen Infrastrukturversorgung zu erwarten. Trotzdem ist das Erfordernis für weitere

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.



soziale Infrastruktureinrichtungen i.V.m . Rondorf-Süd zu prüfen.

Eine Kompensation der reduzierten ASB-Fläche könnte am verbliebenen ASB-Teil südlich ergänzt werden.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Es handelt sich im Bereich Rondorf-Südwest, gemäß der Aussagen im Fachbeitrag des LANUV um eine Biotopverbundfläche von hoher Bedeutung (Stufe 2).
- Es besteht ein Verbundschwerpunkt für den ?Gehölz-Grünland-Acker-Komplex? (Kulturlandschaft). Danach sind Laubfrosch, Steinkauz, Pirol und Neuntöter nicht auszuschließen.
- Außerdem ist im Fachbeitrag der Bereich als Verbundfläche mit Bedeutung für die Vernetzung von Stillgewässern dargestellt. Für das gesamte Gebiet richtet sich die Wertigkeit der Verbundfläche nach den Artenvorkommen die in einem Gutachten nachzuweisen sind.
- Am Südrand der bestehenden Siedlung von Rondorf-Süd besteht ein hoher nächtlicher Luftaustausch mit Strömungsverlauf von Westen um die Siedlung in nördlicher Richtung parallel der A555 abdrehend. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden. In einem Gutachten sind insbesondere auch die bodennahen Kaltluft und Windverhältnisse zu prüfen.

Eine Kompensation der östlich reduzierten ASB-Fläche, im westlichen Bereich, wird empfohlen.

#### Verfahrenstand

Im Regionalplan-Entwurf (Stand 10.12.21) aufgrund HQ500 reduziert als ASB dargestellt.

#### Weitere Schritte

- RP Klärungsgespräche zur Reduzierung von ASB aufgrund HQ 500
- Evtl. entfallener östlicher Teil im westlichen Bereich kompensieren (siehe Kapitel II).
- Termin mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Eigentümergespräche fortführen.

- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007855\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007855\\_9.pdf](#)

1007868	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Meschenich Süd</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007868_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf (2021) ist bis auf einen Ortsrandbereich der Siedlungserweiterungsbereich bisher als ?Regionaler Grünzug? und ?Schutz der Landschafts und landschaftsorientierte Erholung? dargestellt; die Stadtbahnverlängerung bis Meschenich-Süd ist im neuen REP Entwurf ebenfalls enthalten.</li> <li>• Obwohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? die Stadtbahnverlängerung dargestellt ist und ein Haltepunkt sinnvoll erscheint, wird eine Siedlungsempfehlung im REP nicht ausgesprochen.</li> <li>• Mit dem Bau der Umgehungsstr. B51n, nach dem abgeschlossenen Ausbau der L150 und der möglichen Fortführung der A 553/L150 mit Rheinquerung ins Rechtsrheinische (evtl. auch Regionaltangente/3.Ring), entsteht ein MIV Knoten mit zukünftig erheblicher Bedeutung für Stadt und Umland.</li> <li>• Die Vernetzung mit einer Stadtbahnlinie und dem Ausbau einer voll ausgestatteten Mobilitätsdrehscheibe wird notwendig, um bereits am Stadtrand Pendlerverkehre auf den ÖPNV und andere Verkehrsmittel umzulenken.</li> <li>• Die zentrale Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist im kleinen Nahversorgungszentrum von Meschenich gesichert, wobei eine Kaufkraftstärkung die Versorgungslage stabilisieren würde.</li> <li>• Im Sinne des ?Integrierten Handlungskonzeptes Meschenich? ist die soziale Situation auch weiter verbesserungsnotwendig. Soziale Einrichtungen sind zu ergänzen.</li> </ul> <p>Mit einer Stadtbahn und einem Haltepunkt erscheint auch eine umgebende Bebauung von ca. 11ha, unter Berücksichtigung ökologisch hochwertiger Strukturen, städtebaulich sinnvoll. Im Zusammenhang mit der endgültigen Klärung der möglichen Siedlungsentwicklung, ist auch die Westseite der Brühler Landstraße mit einzubeziehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

## Umweltschutz

- Entsprechend der gutachterlichen Untersuchung vom Büro RMPL besteht in dem möglichen Entwicklungsraum ein hohes ökologisches Konfliktpotential, wobei hierbei zu differenzieren ist:
- Der Bereich des Neu Engeldorfer Hof mit Umgebung ist im Landschaftsplan als ?geschützter Landschaftsbestandteil gLB ? gesichert.
- Im Bereich westlich des Alt Engeldorfer Hof, der mit seiner Umgebung ebenfalls als gLB geschützt ist, befindet sich eine entwickelte Ausgleichs und Kompensationsfläche (Stadt Köln), ebenso wie südlich der Weststr.
- Südlich der Straße ?In der Hell? befindet sich ebenfalls eine Kompensationsmaßnahme vom Ausbau der B51n.
- Nach Gutachten von RMPL ist nicht abschließend einschätzbar, ob neben mehrerer planungsrelevanter Vogelarten auch Wochenstuben oder Balzquartiere von Fledermausarten und Haselmaus betroffen sind. Im südlichen Bereich sind Fortpflanzungs und Ruhestätten streng geschützte Amphibien und Reptilienarten und möglicherweise Zauneidechsen zu erwarten. Eine vertiefende Artenschutzprüfung ist erforderlich.
- Im Sinne des Biotopverbundes des LANUV werden Teile des Areals als Schwerpunkt Stillgewässer gekennzeichnet: 2.5 ?Erhaltung der Abgrabungs und Kleingewässer in der dicht besiedelten und intensiv genutzten Köln Bonner Rheinebene?. Auch in diesem Zusammenhang ist eine konkrete Prüfung der Vorkommen erforderlich. Ein nicht unbedeutender Kaltluftvolumenstrom mit Kaltluftereinwirkungsbereich in der Nachbarschaft und ein hoher nächtlicher Luftaustausch bestimmen die Klimasituation in Meschenich-Süd. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch eine neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.
- Die Regionalplan-Darstellung als ?Regionaler Grünzug? sollte nochmals im Sinne einer Darstellung als ASB überprüft werden. Ebenso ist die Darstellung der Stadtbahnverlängerung bis Meschenich Süd, analog zu anderen Darstellungen, voranzutreiben.
- Die Umsetzung der Fläche ist an die ökologisch hochwertige Situation anzupassen.
- zu berücksichtigen ist die diagonal verlaufende Hochspannungsleitung
- Mögliche Abstandsprobleme zu industriellen Betrieben in Wesseling, im Sinne der SEVESO-Richtlinie, sind nicht zu erwarten jedoch zu untersuchen und auszuschließen.

Nach erster Abschätzung sind, unter Berücksichtigung der ökologischen Werte, der Abstände zu den Höfen (GLB) und der Hochspannungsleitung ca. 11 ha Fläche umsetzbar.

## Verfahrensstand

Keine Darstellung im REP

Weitere Schritte

- Aufnahme in den REP
- Einleitung von vertiefenden Gutachten zum Artenschutz, zum Verkehrslärm und zur SEVESO-Problematik

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007868\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007868\\_9.pdf](#)

1007876	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Lindenthal</p> <p>ASB 3-309-003 Widdersdorf Ost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007876_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf 2021 ist kein ASB dargestellt, jedoch die Verlängerung der Stadtbahntrasse.</li> <li>• Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? wird im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtbahntrasse gemäß der Ziele des LEP, eine Siedlungsentwicklung ebenso empfohlen, wie in der gemeinsam von der Stadt mit den Umlandgemeinden bereits 2008 erstellten Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA. In Verbindung mit dem Bau einer Stadtbahnstrecke mit Haltepunkt am Ortsrand ist eine angemessene Siedlungserweiterung dringend empfohlen.</li> <li>• Als mittelfristig geplante Netzerweiterung wurde die Stadtbahnanbindung Widdersdorf mit 2 Varianten (von Weiden bzw. Bocklemünd) evtl. mit Verlängerung nach Pulheim-Brauweiler im Nahverkehrsplan der Stadt (2017) zum ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW angemeldet. (Der ÖPNV-Bedarfsplan wird nach ?Kleiner Anfrage? im Landtag nicht vor 2023 fertiggestellt sein).</li> <li>• In einer Vorstudie zur Stadtbahnstrecke (Büro StadtVerkehr 29.01.21), im Verkehrsrahmenplan (Büro Lindschulte Febr.?21), im Gutachten Pendlerverflechtungen (SSP Consult Juli?20), in der 4.Fortschreibung des FNP, Anlageplan: ÖPNV (Beschluss Rat 24.11.11), StEA Beschluss (24.06.2008): ?Sicherung der Trasse für die Stadtbahn von Bocklemünd über Widdersdorf nach Brauweiler und i.V.m . dem Neubau eines DB-Haltepunktes an der Strecke E (RE8 und RB 27) mit Verknüpfung zur Stadtbahn, ist die Anbindung von Bocklemünd nach Widdersdorf empfohlen.</li> <li>• Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses (18.01.22) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie mit einer Trassenführung von Bocklemünd über Widdersdorf ins Umland, wird die Variante von Weiden nach Widdersdorf zurückgestellt bzw. aufgegeben.</li> <li>• Neben der geplanten Schule sind zusätzliche soziale Infrastrukturmaßnahmen</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

ebenso zu untersuchen, wie der Ausbau der Nahversorgung.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammen gefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Die Darstellung im REP als Regionaler Grünzug schafft im Sinne des LEP hohe Hürden der Siedlungsentwicklung und ist deshalb nochmals zu überprüfen.
- Innerhalb des Plangebiets sind (gem. Vorstudie RMPL) Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich.
- Darüber hinaus ist ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.
- Ebenso sind ein Lärmgutachten und entsprechende Maßnahmen insbesondere zur Bahnlinie und entsprechende Maßnahmen notwendig.
- Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.

#### Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) nicht als ASB dargestellt.

Erschließung: Verkehrsausschuss hat am 18.01.22 gegen die BV 3 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 4 (Bocklemünd-Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem) beschlossen.

#### Weitere Schritte

- Aufnahme der von der BV beschlossenen Fläche
- Aufnahme der im Teil II dargestellten Erweiterungsbereiche in den REP; Anstoß zur Aufnahme in den REP über BV/StEA
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007876\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1007876\\_10.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1007876_11.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_12.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_13.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_14.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_15.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007876_9.pdf</a>	
--	--



1007877

## Inhalt

Stadtbezirk

Lindenthal

ASB Ergänzungsfläche Widdersdorf Nord

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007877\_1-14]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan Entwurf 2021 ist kein ASB dargestellt, jedoch die Verlängerung der Stadtbahntrasse.
- Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? wird im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtbahntrasse gemäß der Ziele des LEP, eine Siedlungsentwicklung ebenso empfohlen, wie in der gemeinsam von der Stadt mit den Umlandgemeinden bereits 2008 erstellten Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA. In Verbindung mit dem Bau einer Stadtbahnstrecke mit Haltepunkt am Ortsrand ist eine angemessene Siedlungserweiterung dringend empfohlen.
- Als mittelfristig geplante Netzerweiterung wurde die Stadtbahnanbindung Widdersdorf mit 2 Varianten (von Weiden bzw. Bocklemünd) evtl. mit Verlängerung nach Pulheim-Brauweiler im Nahverkehrsplan der Stadt (2017) zum ÖPNV Bedarfsplan des Landes NRW angemeldet. (Der ÖPNV-Bedarfsplan wird nach ?Kleiner Anfrage? im Landtag nicht vor 2023 fertiggestellt sein).
- In einer Vorstudie zur Stadtbahnstrecke (Büro StadtVerkehr 29.01.21), im Verkehrsrahmenplan (Büro Lindschulte Febr.?21), im Gutachten Pendlerverflechtungen (SSP Consult Juli?20), in der 4. Fortschreibung des FNP, Anlageplan: ÖPNV (Beschluss Rat 24.11.11), StEA Beschluss (24.06.2008): ?Sicherung der Trasse für die Stadtbahn von Bocklemünd über Widdersdorf nach Brauweiler und i.V.m . dem Neubau eines DB-Haltepunktes an der Strecke E (RE8 und RB 27) mit Verknüpfung zur Stadtbahn, ist die Anbindung von Bocklemünd nach Widdersdorf empfohlen.
- Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses (18.01.22) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie mit einer Trassenführung von Bocklemünd über Widdersdorf ins Umland, wird die Variante von Weiden nach Widdersdorf zurückgestellt bzw. aufgegeben.
- Neben der geplanten Schule sind zusätzliche soziale Infrastrukturmaßnahmen ebenso zu untersuchen, wie der Ausbau der Nahversorgung.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

## Umweltschutz

Ausgeführt und zusammen gefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Die Darstellung im REP als Regionaler Grünzug schafft im Sinne des LEP hohe Hürden der Siedlungsentwicklung und ist deshalb nochmals zu überprüfen.
- Innerhalb des Plangebiets sind (gem. Vorstudie RMPL) Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich.
- Darüber hinaus ist ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.
- Ebenso sind ein Lärmgutachten und entsprechende Maßnahmen insbesondere zur Bahnlinie und entsprechende Maßnahmen notwendig.
- Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.

## Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) nicht als ASB dargestellt.

Erschließung: Verkehrsausschuss hat am 18.01.22 gegen die BV 3 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 4 (Bocklemünd-Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem) beschlossen.

## Weitere Schritte

- Aufnahme der dargestellten Erweiterungsbereiche in den REP;
- Anstoß zur Aufnahme in den REP über BV/StEA
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

## Anhänge

[Abb\\_ID1007877\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1007877\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1007877\\_11.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1007877_12.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_13.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_14.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007877_9.pdf</a>	
--	--

1007878	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Lindenthal</p> <p>ASB 3-309-005/006 Widdersdorf Südwest</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007878_1-14]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist ASB nur in kleinen Teilbereichen aufgenommen. Die Verlängerung der Stadtbahntrasse ist sowohl mit Anbindung an Weiden als auch nach Bocklemünd dargestellt. Im neuen Entwurf ist auch die Verlängerung weiter nach Brauweiler übernommen.</li> <li>• Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven 2030+? wird im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtbahntrasse eine Siedlungsentwicklung empfohlen.</li> <li>• In der gemeinsam von der Stadt mit den Umlandgemeinden bereits 2008 erstellten Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA wird ebenso eine Siedlungserweiterung empfohlen, wie auch in mehreren Untersuchungen von PLAN_B, ASTOC und in verschiedenen Verkehrsberechnungen.</li> <li>• Im Rahmen der Machbarkeitsstudie und einer notwendigen Kosten/Nutzenrechnung ist eine Stadteilerweiterung erforderlich. Auch im Sinne des Landesentwicklungsplanes NRW ist die Siedlungsentwicklung an Haltepunkte vorrangig voranzutreiben.</li> <li>• Zusätzliche neben einer neuen Schule ist die Notwendigkeit weiterer sozialer Infrastrukturmaßnahmen zu untersuchen ebenso, wie der Ausbau der Nahversorgung.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammen gefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Darstellung im REP als Regionaler Grünzug schafft im Sinne des LEP hohe Hürden der Siedlungsentwicklung und ist deshalb nochmals zu überprüfen.</li> <li>• Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

- Darüber hinaus sind schutzwürdige Arten (Feldvögel) betroffen (Gutachten RMPL); hier ist ein vertiefendes Artenschutzgutachten erforderlich, wie natürlich ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft.
- Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden. Hierbei sind auch die Darstellungen gem. Klimaaanalyse vom Lanuv und neuester differenzierten Erkenntnisse von GEONET in Einklang zu bringen.
- Lärmbelastungen zum Lise-Meitner-Ring sind zu untersuchen und durch entsprechende Maßnahmen zu reduzieren.
- Die Starkregengefährdung ist entsprechend zu berücksichtigen.

#### Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) teilweise als ASB dargestellt.

Erschließung: Verkehrsausschuss hat am 18.01.22 gegen die BV 3 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 4 (Bocklemünd-Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem) beschlossen.

#### Weitere Schritte

- Aufnahme der im Teil II dargestellten Erweiterungsbereiche aus Modul III in den REP;
- Anstoß zur Aufnahme in den REP über BV/StEA
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen
- Weitergabe der Flächen an IHK zur Prüfung und ggb Weiterleitung für den RP

#### Anhänge

[Abb\\_ID1007878\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007878\\_6.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1007878_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007878_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1007878_9.pdf</a>	
---	--

1007879	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Chorweiler</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Pesch Südwest</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007879_1-19]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <p>Die Fläche liegt am westlichen Ortsrand von Pesch, südlich einer ehemaligen Kiesabbaustätte.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Fläche wurde mit Modul III (606-002) von der Stadt als ASB angemeldet, aber im REP Entwurf bisher nicht berücksichtigt.</li> <li>• Im REP ist die Fläche als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich, Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und der landschaftlichen Erholung dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept wird der Bereich als ein Suchraum für Siedlungsflächen im Umkreis von 3km um eine Stadtbahnlinie und in den Kölner Perspektiven als eine Optionsfläche für Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung ökologischer Funktionen ausgewiesen.</li> <li>• Der westliche Teil von Pesch ist äußerst mangelhaft an das ÖPNV-Netz und an das örtliche und überörtliche Straßennetz angebunden. Zu erwähnen ist jedoch, dass seit langem eine Stadtbahnverbindung nach Esch/Pesch/Auweiler geplant ist, aber bisher nicht mehr als eine Variantenuntersuchung stattgefunden hat. Die bisher favorisierte Variante verläuft parallel zur A57 (Beschluss der BV 6 vom 11.05.06). Allerdings zeigte das Gutachten, dass die bisher untersuchten Varianten keine Stadtbahnwürdigkeit aufwiesen und die Realisierbarkeit finanziell kaum darzustellen ist. Insbesondere sollte auch die ortszentrale Trassenführung durch Pesch und Esch weiter im Verfahren (siehe gestrichelte Linie im Planausschnitt ) berücksichtigt werden.</li> <li>• Im FNP als auch im 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Anlageplan) sind drei Varianten, davon eine am Westrand von Pesch in Richtung Auweiler und Esch, zur längerfristigen Umsetzung ausgewiesen.</li> <li>• In der Nahversorgungslage von Pesch sind insgesamt 14 Einzelhandelsbetriebe ansässig, von denen der nicht großflächige Lebensmittelvollsortimenter Edeka im Westen die größte Verkaufsfläche aufweist. Mit zwölf Betrieben liegt der</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

Schwerpunkt im kurzfristigen Bedarfsbereich. Komplementärnutzungen ergänzen das Angebot. Bedingt durch die zweigeteilte Struktur sowie die fehlenden Entwicklungsperspektiven kann Pesch seit 2020 nicht mehr als Nahversorgungszentrum eingestuft werden.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Die im REP dargestellte Freiraumdarstellung spricht gegen eine Siedlungsentwicklung.
- Die vorgeschlagene Siedlungsergänzungsfläche liegt im Fachbeitrag (zum REP) ?Kulturlandschaften? im schutzwürdigen Randbereich KLB 335, zugehörig zur Erhaltung des äußeren Grüngürtels
- Auch im Fachbeitrag (zum REP) ?Naturschutz und Landschaftspflege? liegt die Fläche im Randbereich eines Verbundschwerpunktes für die ?Vernetzung von Stillgewässern? (Kiesgrubenlandschaft Esch/Pesch/Auweiler) und somit in der Biotopverbundfläche mit besonderem Verbundwert (Stufe 2)
- Gemäß Klimagutachten des LANUV besteht, wie in vielen Bereichen des Kölner Nordens, ein hoher nächtlicher Kaltluftvolumenstrom und ein hoher nächtlicher Luftaustausch hier aus südlicher Richtung. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der bodennahe Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.
- Innerhalb des Gebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung und einer gutachterlichen Bewertung möglich.
- Darüber hinaus ist ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential, ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.
- Ebenso sind in einem Lärmgutachten entsprechende Maßnahmen zur Lärmreduzierung entlang der A1 zu untersuchen.
- Eine Hochwassergefährdung besteht nicht und eine Starkregengefährdung ist nur gering und partiell.

Aufgrund der hohen Wohnbaulanddefizite im Stadtgebiet sollte die relativ kleine Fläche, entsprechend der Anmeldung im Rahmen von Modul III, unter Berücksichtigung ökologischer Werte in den REP aufgenommen werden.

Nur durch eine umfassende Siedlungserweiterung von Esch, Pesch und Auweiler können soziale Infrastrukturdefizite, durch Bevölkerungs-/Kaufkraftwachstum die Versorgungsdefizite und Kapazitätsdefizite bei einer Stadtbahnplanung abgebaut



werden. Nur so können die Stadtteile leistungsfähig ihre Identität bewahren und sich entwickeln.

Verfahrensstand

Keine ASB-Darstellung im REP-Entwurf 2021

Weitere Schritte

Aufnahme als ASB in den REP

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1007879\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_18.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_19.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007879\\_9.pdf](#)

1007919	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Auweiler-West</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007919_1-18]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <p>Die Fläche liegt am westlichen Ortsrand von Auweiler und umfasst Teile des Versuchszentrums Gartenbau der Landwirtschaftskammer NRW in Auweiler.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Fläche wurde mit Modul II von der Stadt als ASB-Sonderfläche angemeldet, aber im REP-Entwurf bisher nicht berücksichtigt. Ergänzungsfläche als 607-005 im Modul III entfallen.</li> <li>• Im REP ist die Fläche als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und der landschaftlichen Erholung dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept wird der Bereich als ein Suchraum für Siedlungsflächen im Umkreis von 3km um eine Stadtbahnlinie ausgewiesen.</li> <li>• In den Kölner Perspektiven liegt die Fläche im regionalen Grünsystem und sollte nur i.V.m. einer ÖPNV-Anbindung und einer Zentrenentwicklung für Siedlungen erweitert werden.</li> <li>• Bereits in der Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA, erstellt 2006 von Köln und den Umlandstädten, ist eine Siedlungserweiterung aus ökologischen Gründen nicht ausgeschlossen.</li> <li>• Auweiler ist äußerst mangelhaft an das ÖPNV-Netz und an das örtliche und überörtliche Straßennetz angebunden. Zu erwähnen ist jedoch, dass seit langem eine Stadtbahnverbindung nach Esch/Pesch/Auweiler geplant ist, aber bisher nicht mehr als eine Variantenuntersuchung stattgefunden hat. Die bisher favorisierte Variante war die Trasse parallel zur A57 (Beschluss der BV 6 vom 11.05.2006). Allerdings zeigte das Gutachten, dass die bisher untersuchten Varianten keine Stadtbahnwürdigkeit im Sinne fehlender Bevölkerung/Fahrgastzahlen aufwiesen und die Realisierbarkeit somit finanziell kaum darzustellen sei.</li> <li>• Im FNP als auch im 3.Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Anlageplan) sind drei Varianten, davon eine am Westrand von Pesch in Richtung Auweiler und Esch, zur längerfristigen Umsetzung, ausgewiesen.</li> <li>• Die Nahversorgung fehlt gänzlich d.h., Einkaufen ist begrenzt nur in Esch oder</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Siehe Erläuterungen zu StnID 1002895.</p>

- Pesch und ausreichend nur in Chorweiler gesichert.
- Auch die soziale Infrastrukturausstattung ist schlecht und nur i.V.m. einer weiteren Siedlungsentwicklung zu verbessern.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Die im REP dargestellte Freiraumdarstellung spricht gegen eine Siedlungsentwicklung.
- Die vorgeschlagene Siedlungsergänzungsfläche liegt gem. Fachbeitrag (zum REP) ?Kulturlandschaften? teilweise im schutzwürdigen Bereich KLB 313. Ziel ist 1. Bewahren und Sichern der Elemente und Strukturen, von Ansichten und Sichträumen von historischen Stadt- und Ortskernen sowie des industriekulturellen Erbes; 2. Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen; 3. Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges und 4. das Bewahren überlieferter naturnaher Landschaftselemente und Strukturen.
- Die Fläche weist keine ökologischen Besonderheiten im Biotopverbundsystem auf.
- Gemäß Klimagutachten des LANUV besteht, wie in vielen Bereichen des Kölner Nordens, ein hoher nächtlicher Kaltluftvolumenstrom und ein hoher nächtlicher Luftaustausch hier aus südlicher Richtung kommend. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der bodennahe Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden. Dieses wird auch durch die differenziertere Analyse von geonet bestätigt.
- Innerhalb des Gebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung und einer gutachterlichen Bewertung möglich. In diesem Zusammenhang wird ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert, ist ebenfalls als hohes Konfliktpotential zu nennen.
- Eine Hochwassergefährdung besteht nicht und eine Starkregengefährdung ist nur gering und partiell zu beachten.

Aufgrund der hohen Wohnbaulanddefizite im Stadtgebiet sollte die Fläche, entsprechend der Anmeldung im Rahmen von Modul III, unter Berücksichtigung ökologischer Werte in den REP teils als ASB Sonderfläche für das Gartenbau-Versuchszentrum und teils als ASB für den Wohnungsbau aufgenommen werden. Nur durch eine umfassende Siedlungserweiterung von Esch, Pesch und auch Auweiler

können soziale Infrastrukturdefizite, durch Bevölkerungs-/Kaufkraftwachstum die Versorgungsdefizite und Kapazitätsdefizite bei einer Stadtbahnplanung abgebaut werden. Nur so können die Stadtteile leistungsfähig ihre Identität bewahren und entwickeln.

Verfahrensstand

Keine ASB-Darstellung im REP-Entwurf 2021

Weitere Schritte

Aufnahme als ASB Sonderfläche Gartenbau-Versuchszentrum sowie ASB für Wohnungsbau in den REP

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1007919\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_18.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007919\\_9.pdf](#)

1007945	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Chorweiler</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Auweiler-Ost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007945_1-18]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <p>Die Fläche liegt am östlichen Ortsrand von Auweiler und grenzt östlich an den, bereits im REP als ASB und im FNP als Wohnbaufläche dargestellten Bereich an.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Fläche wurde mit Modul III von der Stadt nicht als ASB angemeldet und ist im REP auch nicht aufgenommen worden.</li> <li>• Im REP ist die Fläche als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und der landschaftlichen Erholung dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept wird der Bereich als ein Suchraum für Siedlungsflächen im Umkreis von 3km um eine Stadtbahnlinie ausgewiesen.</li> <li>• In den Kölner Perspektiven sollte der Stadtteil nur unter Berücksichtigung der besonderen ökologischen Funktionen erweitert werden.</li> <li>• Bereits in der Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA, erstellt 2006 von Köln und den Umlandstädten, ist eine Siedlungserweiterung aus ökologischen Gründen nicht ausgeschlossen.</li> <li>• Auweiler ist äußerst mangelhaft an das ÖPNV-Netz und an das örtliche und überörtliche Straßennetz angebunden. Zu erwähnen ist jedoch, dass seit langem eine Stadtbahnverbindung nach Esch/Pesch/Auweiler geplant ist, aber bisher nicht mehr als eine Variantenuntersuchung stattgefunden hat. Die bisher favorisierte Variante war die Trasse parallel zur A57 (Beschluss der BV 6 vom 11.05.06). Allerdings zeigte das Gutachten, dass die bisher untersuchten Varianten keine Stadtbahnwürdigkeit im Sinne fehlender Bevölkerung/Fahrgastzahlen aufweisen und die Realisierbarkeit somit finanziell kaum darzustellen sei.</li> <li>• Im FNP als auch im dritten Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Anlageplan) sind drei Varianten, davon eine am Ostrand von Auweiler in Richtung Esch, zur längerfristigen Umsetzung, ausgewiesen.</li> <li>• Die Nahversorgung fehlt gänzlich d.h., Einkaufen ist begrenzt nur in Esch oder</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

Pesch und ausreichend nur in Chorweiler gesichert.

- Auch ist die soziale Infrastrukturausstattung schlecht und nur i.V.m. einer weiteren Siedlungsentwicklung zu verbessern.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Die im REP dargestellte Freiraumdarstellung spricht gegen eine Siedlungsentwicklung.
- Die Fläche weist nur in der südlichen Hälfte, ökologischen Besonderheiten im Biotopverbundsystem auf; dort besteht eine besondere Bedeutung (Stufe 2). Im Fachbeitrag ?Naturschutz und Landschaftspflege? liegt die ?Bedeutung bei der Vernetzung von Stillgewässern?.
- Gemäß Klimagutachten des LANUV besteht, wie in vielen Bereichen des Kölner Nordens ein hoher nächtlicher Kaltluftvolumenstrom und ein hoher nächtlicher Luftaustausch hier aus südlicher Richtung. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der bodennahe Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.
- Innerhalb des Gebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung und einer gutachterlichen Bewertung möglich. In diesem Zusammenhang wird ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.
- Eine Hochwassergefährdung besteht nicht und eine Starkregengefährdung ist nur gering und partiell zu beachten.

Aufgrund der hohen Wohnbaulanddefizite im Stadtgebiet sollte die Fläche, unter Berücksichtigung ökologischer Werte, in den REP als ASB für den Wohnungsbau aufgenommen werden.

Nur durch eine umfassende Siedlungserweiterung von Esch, Pesch und auch Auweiler können soziale Infrastrukturdefizite, durch Bevölkerungs-/Kaufkraftwachstum die Versorgungsdefizite und Kapazitätsdefizite bei einer Stadtbahnplanung abgebaut werden. Nur so können die Stadtteile leistungsfähig ihre Identität bewahren und entwickeln.

#### Verfahrensstand

Keine ASB-Darstellung im REP-Entwurf 2021

Weitere Schritte

Aufnahme als ASB Sonderfläche Gartenbau-Versuchszentrum sowie ASB für Wohnungsbau in den REP

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007945\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_18.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007945\\_9.pdf](#)

1007978	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Chorweiler</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Esch-Nord</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007978_1-17]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <p>Die Fläche liegt am nördlichen Ortsrand von Esch und grenzt unmittelbar nördlich an den bereits im REP als ASB dargestellten Bereich 607-003 an.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Fläche wurde mit Modul III von der Stadt auf den Bereich der Siedlungsergänzung 607-003 begrenzt und als ASB angemeldet.</li> <li>• Im REP ist die Fläche als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und der landschaftlichen Erholung Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept wird der Bereich als ein Suchraum für Siedlungsflächen im Umkreis von 3km um eine neu dargestellte Stadtbahnlinie ausgewiesen.</li> <li>• In den Kölner Perspektiven sollte der Stadtteil nur i.V.m. einer ÖPNV-Anbindung und der Zentrenentwicklung mit Neugestaltung der Ortsränder erweitert werden. Die empfohlene nochmalige Erweiterung sollte i.Z.m. der bereits als Optionsfläche dargestellten ASB</li> <li>• In der Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA, erstellt 2006 von der Stadt Köln und den Umlandstädten, ist keine Siedlungserweiterung empfohlen (=Grünzug), jedoch eine neue Stadtbahntrasse mit Endhaltepunkt in Esch-Nord (Variante).</li> <li>• Esch ist nur über eine Buslinie an das ÖPNV-Netz und nur über eine Ortsdurchfahrt an das örtliche und überörtliche Straßennetz (A57) angebunden. Zu erwähnen ist jedoch, dass seit langem eine Stadtbahnverbindung nach Esch/Pesch/Auweiler geplant ist, aber bisher nicht mehr als eine Variantenuntersuchung stattgefunden hat. Die bisher favorisierte Variante war die Trasse parallel zur A57 (Beschluss der BV 6 vom 11.05.06). Allerdings zeigte das Gutachten, dass die bisher untersuchten Varianten keine Stadtbahnwürdigkeit im Sinne fehlender Bevölkerung/Fahrgastzahlen aufweisen und die Realisierbarkeit somit finanziell kaum darzustellen sei.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>



- Im FNP als auch im 3.Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Anlageplan) sind drei Varianten, davon eine am Ostrand von Esch, zur längerfristigen Umsetzung, ausgewiesen.
- Die Nahversorgung fehlt, bis auf einen Supermarkt, fast gänzlich d.h., Einkaufen ist ergänzend nur in Pesch und ausreichend nur in Chorweiler gesichert.
- Auch ist die soziale Infrastrukturausstattung schlecht und nur i.V.m. einer weiteren Siedlungsentwicklung wesentlich und grundsätzlich zu verbessern.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktrelevante Umweltkriterien, die gerade hier i.V.m. der Nachbarfläche zu bewältigen sind.

- Die im REP dargestellte Freiraumdarstellung spricht gegen eine Siedlungsentwicklung.
- In allen, im REP berücksichtigten Fachbeiträgen, ist dem Raum keine besondere fachlich begründete Bedeutung zugemessen worden.
- Gemäß Klimagutachten des LANUV besteht, wie in vielen Bereichen des Kölner Nordens ein hoher nächtlicher Kaltluftvolumenstrom und ein hoher nächtlicher Luftaustausch hier aus südlicher Richtung. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der bodennahe Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden. In der differenzierten Betrachtung (geonet) zeigt sich, dass die Fläche im Kaltluftquellgebiet liegt und gerade bei Schwachwindwetterlagen ein nördlicher Zustrom in Richtung Esch entsteht. Eine starke Durchgrünung des Siedlungsraums und Gründächer müssen den Eingriff kompensieren.
- Innerhalb des Gebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze, insbesondere der LB 6.03, eine Gehölzinsel östlich der Sinnersdorfer Mühle, weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. (Inmitten des intensiv ackerbaulich genutzten Landschaftsraumes ist die aus heimischen Laubholzarten gebildete Gehölzinsel (LB 6.03) ein wertvolles Rückzugsbiotop insbesondere für bedrohte Tierarten. Das weitgehend natürlich entwickelte, mit Alt- und Totholz sowie Feuchtstellen durchsetzte Feldgehölz befindet sich auf und neben der Altablagerung 607.01 und umschließt eine zerstörte Funk-Station des 2. Weltkriegs)  
Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung und einer gutachterlichen Bewertung möglich. In diesem Zusammenhang wird ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.
- Eine Hochwassergefährdung besteht nicht und eine Starkregengefährdung ist

nur gering (bis 0,5m) und partiell zu beachten.

Aufgrund der hohen Wohnbaulanddefizite im Stadtgebiet sollte die Fläche, unter Berücksichtigung ökologischer Werte, in den REP als ASB für den Wohnungsbau nochmals erweitert und in einem Zusammenhang betrachtet werden.

Konfliktträchtige Umweltbelange sind begrenzt.

Nur durch eine umfassende Siedlungserweiterung von Esch, Pesch und auch Auweiler können soziale Infrastrukturdefizite sowie durch Bevölkerungs-/Kaufkraftwachstum die Versorgungsdefizite und Kapazitätsdefizite bei einer Stadtbahnplanung abgebaut werden. Nur so können die Stadtteile leistungsfähig ihre Identität bewahren und entwickeln.

Verfahrensstand

Keine ASB-Darstellung im REP-Entwurf 2021

Weitere Schritte

Aufnahme als ASB für Wohnungsbau in den REP

Neue Teil-Stellungnahme

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1007978\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_14.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_15.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_16.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_17.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_8.pdf](#)

[Abb\\_ID1007978\\_9.pdf](#)

1007981	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Chorweiler</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Esch-Nordost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1007981_1-17]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <p>Die Fläche liegt am östlichen Ortsrand von Esch zwischen Siedlungsrand und A57.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Fläche wurde mit Modul III von der Stadt nicht untersucht und auch nicht beim RP als ASB angemeldet.</li> <li>• Im REP ist die Fläche als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich, Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und der landschaftlichen Erholung sowie als Bereich für den Grundwasser und Gewässerschutz dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept wird der Bereich als ein Suchraum für Siedlungsflächen im Umkreis von 3km um eine neu dargestellte Stadtbahnlinie ausgewiesen.</li> <li>• In den Kölner Perspektiven sollte der Stadtteil nur i.V.m . einer ÖPNV Anbindung und der Zentrenentwicklung mit Neugestaltung der Ortsränder erweitert werden.</li> <li>• In der Interkommunalen Integrierten Raumanalyse IIRA, erstellt 2006 von der Stadt Köln und den Umlandstädten, ist keine Siedlungserweiterung empfohlen (=Grünzug) jedoch eine neue Stadtbahntrasse mit Endhaltepunkt in Esch Nord (Variante).</li> <li>• Esch ist nur über eine Buslinie an das ÖPNV Netz und nur über eine Ortsdurchfahrt an das örtliche und überörtliche Straßennetz (A57) angebunden. Zu erwähnen ist jedoch, dass seit langem eine Stadtbahnverbindung nach Esch /Pesch/Auweiler geplant ist, aber bisher nicht mehr als eine Variantenuntersuchung stattgefunden hat. Die bisher favorisierte Variante war die Trasse parallel zur A57 (Beschluss der BV 6 vom 11.05.06). Allerdings zeigte das Gutachten, dass die bisher untersuchten Varianten keine Stadtbahnwürdigkeit im Sinne fehlender Bevölkerung/Fahrgastzahlen aufweise und die Realisierbarkeit somit finanziell kaum darzustellen sei.</li> <li>• Im FNP als auch im 3.Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Anlageplan) sind drei Varianten, davon eine am östlichen Ortsrand von Esch , zur längerfristigen</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

Umsetzung ausgewiesen.

- Die Nahversorgung fehlt, bis auf einen Supermarkt, fast gänzlich d.h., Einkaufen ist ergänzend nur in Pesch und ausreichend nur in Chorweiler gesichert.
- Auch ist die soziale Infrastrukturausstattung schlecht und nur i.V.m. einer weiteren Siedlungsentwicklung wesentlich und grundsätzlich zu verbessern.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktrelevante Umweltkriterien.

- Die im REP dargestellte Freiraumdarstellung spricht gegen eine Siedlungsentwicklung.
- In allen, im REP berücksichtigten Fachbeiträgen, ist dem Raum keine besondere fachlich begründete Bedeutung zugemessen worden.
- Die großräumige Klimaanalyse (LANUV) zeigt eine stark indifferente Windverteilung. Dies wird durch die differenziertere Untersuchung (GEO NET) relativiert. Hier zeigt sich bei Schwachwindwetterlagen eine deutliche Anströmung des Ortskerns aus nordöstlichen Richtungen. Diese ist durch die Ausrichtung der Bebauungsstrukturen zu unterstützen.
- Innerhalb des Gebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Eine Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung und einer gutachterlichen Bewertung möglich. In diesem Zusammenhang wird auch ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit sehr hohem Bodenwert zu nennen.
- Eine Hochwassergefährdung besteht nicht und eine Starkregengefährdung ist nur gering (bis max. 1m) und partiell zu beachten.
- Die Lärmsituation ist im Rahmen der Ausbaumaßnahmen an der A57 (auf sechs Spuren) durch entsprechende Schutzmaßnahmen wesentlich zu verbessern. Abstandsflächen sind einzuhalten.

Aufgrund der hohen Wohnbaulanddefizite im Stadtgebiet sollte die Fläche, unter Berücksichtigung ökologischer Werte, in den REP als ASB aufgenommen werden. Konfliktträchtige Umweltbelange sind sehr begrenzt.

Nur durch eine umfassende Siedlungserweiterung von Esch, Pesch und auch Auweiler können soziale Infrastrukturdefizite, durch Bevölkerungs-/Kaufkraftwachstum die Versorgungsdefizite und Kapazitätsdefizite bei einer Stadtbahnplanung abgebaut werden. Nur so können die Stadtteile leistungsfähig ihre Identität bewahren und entwickeln.

#### Verfahrensstand

Keine ASB-Darstellung im REP Entwurf 2021

Weitere Schritte

Aufnahme als ASB für Wohnungsbau in den REP

Neue Teil-Stellungnahme

**Anhänge**

[Abb\\_ID1007981\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1007981\\_9.pdf](#)

1008173	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Porz</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Zündorf Süd</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008173_1-13]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf (2021) ist die Fläche bisher nicht als ASB dargestellt, sondern als regionaler Grünzug sowie Grund und Trinkwasserschutzbereich, eingeschlossen von ASB. Die Verlängerung der Stadtbahntrasse von Zündorf bis Langel ist im aktuellen Entwurf enthalten.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept ist ein Suchraum für die Siedlungsentwicklung im 3 km Radius um einen ÖPNV-Schienenanschluss dargestellt. Ebenso dargestellt ist für die Zukunft ein 2. ÖPNV-Ring. Im Kapitel "Grün", wird dem Bereich als Grünkorridor mit multifunktionaler Ausgleichfunktion und als unzerschnittener Freiraum ein hoher Stellenwert beigelegt.</li> <li>• Gemäß Strategiekonzept "Kölner Perspektiven 2030+", sollte die Siedlungsentwicklung und grüne Infrastruktur gesamtheitlich entwickelt werden, wie auch eine Gestaltung der neu geschaffenen Siedlungsränder. Eine Wohnsiedlungsentwicklung mit Ausschöpfung des Verdichtungs- und Entwicklungspotentials an ÖPNV-Strecken/Haltepunkten wird ebenso empfohlen, wie die Sicherung und Weiterentwicklung gesamtstädtischer und lokaler Nutzungen. Einrichtung, Ausbau oder Optimierung von Umsteigehaltepunkten i.V.m. der Verlängerung der Stadtbahnlinie ist ebenso Ziel der "Kölner Perspektiven".</li> <li>• Die Verlängerung der Stadtbahnlinie über Zündorf hinaus ist ein lange geplante Voraussetzung (siehe Nahverkehrskonzept Köln) zur Verbesserung der Siedlungsanbindung und weiteren Entwicklung des Ortes. Mit Beschluss des Verkehrsausschusses NRW vom 09.03.2022, werden die nachfolgenden Trassen in den ÖPNV-Bedarfsplan und den ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan aufgenommen: Die Stadt Köln, die Bundesstadt Bonn und der Rhein Sieg Kreis planen gemeinsam das Stadtbahnprojekt, das den Neubau einer rechtsrheinischen Stadtbahnverbindung zwischen Köln und Bonn über Niederkassel nach dem Vorbild der bestehenden Stadtbahnlinien 16 und 18 (Rheinufer- und Vorgebirgsbahn) umfasst. Dafür soll die bestehende</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

Eisenbahnstrecke der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH (RSVG) zwischen Mondorf und Lülsdorf für den Stadtbahnbetrieb umgebaut und über drei neue Lückenschlüsse mit dem Kölner und Bonner Stadtbahnnetz verbunden werden. Für die Einbindung in das Kölner Stadtbahnnetz sind sowohl eine neue Rheinbrücke zwecks Verlängerung der Linie 17 von Sürth nach Bonn als auch eine Verlängerung der Linie 7 von Zündorf bis Langel mit einer Verknüpfung in Langel-Süd geplant. Die geschätzten Investitionskosten liegen bei gut 390 Millionen Euro.

- Auch die MIV-Anbindung über die Umgehungsstr. Zündorf nach Wahn und zur A59 ist seit langer Zeit geplant und im Flächennutzungsplan, dem Nahverkehrskonzept und in den Konzepten zur gesamten Entwicklung von Porz-Süd enthalten. Mit einer der geplanten Rheinquerungen (Variantenuntersuchung läuft; Ergebnis voraussichtlich im Herbst 2022) und der ortsnahe Trassenführung zwischen Porz-Zündorf und Langel könnte eine noch bessere Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz evtl. auch an eine neue ÖPNV Strecke angebunden werden.
- Die bedarfsgerechte Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist in Zündorf schon jetzt nicht optimal. Mit der Entwicklung von Zündorf-Süd insgesamt, eine Großzahl neuer Einwohner und gesteigerter Kaufkraft, ist eine neue zentrale Versorgungslage unbedingt erforderlich.
- Auch die bestehende soziale Infrastruktur ist zu überprüfen und spätestens mit der Siedlungserweiterung von Zündorf-Süd insgesamt, durch entsprechende Einrichtungen zu ergänzen.

#### Umweltschutz

- Im REP ist der kleine siedlungsergänzende Bereich als regionaler Grünzug und als Grund- und Trinkwasserschutzbereich ausgewiesen.
- Im Z.m. dem Gesamtraum gehen möglicherweise Feldvogelarten, wie Feldlerche, Kiebitz und Rebhuhn verloren, hoher Ausgleichbedarf (Studie Porzer Süden)
- Im Rahmen eines Lärmgutachtens sind die Auswirkungen des Abflugkorridors des Flughafens zu untersuchen.
- Der geschützte Landschaftsbestandteil LB 7.06 ist in die Gesamtplanung für Zündorf einzubeziehen.

Ansonsten bestehen keine gravierenden und belastenden Umweltbelange

#### Verfahrensstand

Keine Darstellung von ASB im REP

#### Weitere Schritte

- Aufnahme der Fläche in den REP
- Gutachterliche Vertiefung des schützenswerten Artenvorkommens und Lärmgutachten.
- Abstimmung mit dem interkommunalen Projekt (Niederkassel und Köln) zur ?Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel? als Projekt aus dem Bundesprogramm ?MERTO-KLIMA-LAB?.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008173\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008173\\_9.pdf](#)



1008176	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Porz</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Langel-Ost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008176_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf (2021) ist die Ergänzungsfläche nicht dargestellt, jedoch die Verlängerung der Stadtbahntrasse von Zündorf bis Langel. Die Fläche liegt im Regionalen Grünzug, ebenso wie im Grund- und Trinkwasserschutzbereich. Südlich von Langel ist die neue Rheinquerung dargestellt. Die Fläche könnte jedoch eine Kompensationsfläche für die ASB Reduzierung im Süden sein (siehe Umweltschutz).</li> <li>• Im Agglomerationskonzept ist ein Suchraum für die Siedlungsentwicklung im 3-km-Radius um einen ÖPNV Schienenanschluss dargestellt. Ebenso dargestellt ist für die Zukunft ein 2.ÖPNV-Ring. Im Kapitel "Grün", wird dem Bereich als Grünkorridor mit multifunktionaler Ausgleichfunktion und als unzerschnittener Freiraum, ein hoher Stellenwert beigelegt.</li> <li>• Gemäß Strategiekonzept "Kölner Perspektiven 2030+", sollte, obwohl hier keine Optionsfläche für Siedlungsentwicklung dargestellt ist, die Siedlungsentwicklung und grüne Infrastruktur gesamtheitlich entwickelt werden, wie auch eine Gestaltung der neu geschaffenen Siedlungsränder. Ausbau oder Optimierung von Umsteigehaltepunkten i.V.m . der Verlängerung der Stadtbahnlinie ist ebenso Ziel der "Kölner Perspektiven".</li> <li>• Die Verlängerung der Stadtbahnlinie über Zündorf hinaus ist ein lange geplante Voraussetzung (siehe Nahverkehrskonzept Köln) zur Verbesserung der Siedlungsanbindung und weiteren Entwicklung des Ortes. Mit Beschluss des Verkehrsausschusses NRW vom 09.03.2022, werden die nachfolgenden Trassen in den ÖPNV-Bedarfsplan und den ÖPNV Infrastrukturfinanzierungsplan aufgenommen: Die Stadt Köln, die Bundesstadt Bonn und der Rhein Sieg Kreis planen gemeinsam ein Stadtbahnprojekt, das den Neubau einer rechtsrheinischen Stadtbahnverbindung zwischen Köln und Bonn über Niederkassel nach dem Vorbild der bestehenden Stadtbahnlinien 16 und 18 (Rheinufer- und Vorgebirgsbahn) umfasst. Dafür soll die bestehende Eisenbahnstrecke der Rhein Sieg Verkehrsgesellschaft mbH (RSVG) zwischen</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

Mondorf und Lülsdorf für den Stadtbahnbetrieb umgebaut und über drei neue Lückenschlüsse mit dem Kölner und Bonner Stadtbahnnetz verbunden werden. Für die Einbindung in das Kölner Stadtbahnnetz sind sowohl eine neue Rheinbrücke zwecks Verlängerung der Linie 17 von Sürth nach Bonn als auch eine Verlängerung der Linie 7 von Zündorf bis Langel mit einer Verknüpfung in Langel-Süd geplant. Die geschätzten Investitionskosten liegen bei gut 390 Millionen Euro.

- Auch die MIV-Anbindung über die Umgehungsstraße Zündorf nach Wahn und zur A59 ist seit langer Zeit geplant und im Flächennutzungsplan, dem Nahverkehrskonzept und in den Konzepten zur gesamten Entwicklung von Porz-Süd enthalten. Mit einer der geplanten Rheinquerungen (Vorzugsvariante voraussichtlich im Herbst 2022 gem. Autobahn GmbH Bund) und der ortsnahen Trassenführung, könnte Langel noch besser und direkter an das überörtliche Verkehrsnetz evtl. auch an eine neue ÖPNV-Strecke angebunden werden.
- Die bestehende soziale Infrastruktur ist zu überprüfen und spätestens mit der Siedlungserweiterung durch entsprechende Einrichtungen zu ergänzen.
- Die Nahversorgung in Langel ist mangelhaft. Nur mit neuem Wohnungsbau, Bevölkerungszuwachs/Kaufkraftsteigerung erscheint eine örtliche Versorgung umsetzbar und tragfähig.

#### Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Gemäß der Umweltprüfung zum REP, fand im REP-Entwurf 2021 aufgrund der möglichen Überschwemmungsgefahr durch 500 jährige Hochwässer (HQ 500) im Süden des ASB eine Reduzierung von ASB statt.
- Als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hoher Ertragsfähigkeit
- Betroffen sind gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege keine Schwerpunkte der Verbundsysteme.
- Gemäß ökologischer Studie von RMPL ist mit dem Verlust artenschutzrechtlich relevanter Feldvogelarten zu rechnen. Die Ackerflächen zwischen Langel und Wahn, bzw. zwischen Porz und der Siegaue stellen einen bedeutsamen, weitgehend unzerschnittenen Lebensraum für die Feldlerche, das Rebhuhn und den Kiebitz dar.
- Der Landschaftsraum der rechtsrheinischen Niederterrasse weist zudem ein Schwerpunkt-vorkommen der streng geschützten Wechselkröte auf. Lebensräume sind durch die Planung nicht unmittelbar betroffen, werden jedoch möglicherweise eingeschränkt.  
Hier ist über das Gutachten von RMPL hinaus, ein vertiefendes Artenschutzgutachten erforderlich, wie natürlich ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft.

- Für das Gebiet des Porzer Südens wurde ein hoher bis teilweise sehr hoher Kaltluftvolumenstrom ersichtlich und folglich ist dem Gebiet in der Nähe von Siedlungsräumen eine mittlere bis sehr hohe thermische Ausgleichsfunktion zugeordnet. Die Lufttemperatur in Langel nimmt ihren maximalen Wert von 20,1 °C über den versiegelten Flächen wie dem Straßennetz an. Aufgrund der geringen Baudichte und der vermehrten Einzel und Reihenhausbauweise sind die Temperaturen im Siedlungsbereich von Langel zum nächtlichen Untersuchungszeitpunkt mit maximal 17 °C verhältnismäßig gering ausgeprägt. Der nördliche, östliche und südliche Siedlungsrand Langels grenzt direkt an Freiflächen und somit ist die Lufttemperatur hier direkt durch die geringe Temperatur der Freiflächen beeinflusst und nimmt geringere Werte an als im Zentrum von Langel. Aktuell ist die Lufttemperatur der an Langel im Osten angrenzenden, geplanten Entwicklungsfläche durch den großräumigen Freiflächencharakter geprägt. Im relevanten Bereich wurden Strömungen von Ost nach West in Richtung der Siedlungen festgestellt. Im Planbereich herrscht nachts ein nicht unerhebliches bodennahes Strömungsfeld mit einer Strömungsrichtung in westlicher, weiter südlich nach Süden orientierter Richtung. Über Tage entwickelt sich über den Ackerböden eine Wärmebelastung, die jedoch nachts auch stark abnimmt. Eine Siedlungsentwicklung sollte in Ost-West-Richtung Strömungsachsen freihalten, um auch im Ort weiterhin einen Luftaustausch zu ermöglichen. Auch hier gilt es die Untersuchungen gem. Fachbeitrag des LANUV mit den differenzierten bzw. abweichenden Ergebnissen von GEONET in Einklang zu bringen.

Eine entsprechend ergänzende Siedlungsentwicklung in nordöstlicher Richtung sollte insgesamt zu einem Siedlungsflächenausgleich führen. Auch die Überflutungsgefahren durch Starkregenereignisse sind hier wesentlich geringer.

- Zu erwähnen ist noch, dass der Bereich im Abflugkorridor West des Flughafens liegt. Sonstige störende und zu berücksichtigende Lärmbelastungen sind nicht erkennbar.

#### Verfahrenstand

- IPRA, Planungskonzepte von ASTOC, klimatologisches und landschaftsökologische Gutachten liegen vor.
- Gespräche mit den Eigentümern sind geführt.
- Gespräche mit Politik, Bürgervereinen und Initiativen wurden geführt.

#### Weitere Schritte

- REP: Kompensation entfallener Flächen durch Erweiterung (siehe auch Teil I)  
Aufnahme der Fläche in den REP
- weitere Gespräche mit Vereinen, Bezirks BM, Fraktionen und Initiativen
- Ständiger Informationsaustausch mit Verwaltung
- Weitere umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen
- Abstimmung mit dem interkommunalen Projekt (Niederkassel und Köln) zur  
?Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel? als Projekt aus dem  
Bundesprogramm ?Metro-Klima-Lab?
- Klärungsgespräche mit dem Regierungsbezirk zur Reduzierung von ASB  
aufgrund von HQ 500

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008176\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008176\\_9.pdf](#)

1008178

## Inhalt

Lindenthal

Stadtbezirk

ASB 3-308-002 Lövenich-Nordwest

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008178\_1-13]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist ASB dargestellt sowie die Verlängerung der Stadtbahntrasse von Weiden nach Widdersdorf.
- Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven 2030+? wird eine Siedlungsentwicklung im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtbahntrasse empfohlen und entsprechend dargestellt.
- Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses (18.01.22) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie von Bocklemünd über Widdersdorf ins Umland, steht die Schienenanbindung von Weiden über Lövenich-Nord nach Widdersdorf in Frage.
- Die Flächen können gut über den Lise-Meitner-Ring an das überregionale Verkehrsnetz und über die Brauweiler Str. ans Zentrum angebunden werden.
- Eine Nahversorgung ist im Nahversorgungszentrum Lövenich, Brauweiler Str. als auch durch eine Nahversorgungslage am Südrand von Widdersdorf gesichert. Für beide Bereiche sind jedoch lange Wege in Kauf zu nehmen.
- Zusätzliche soziale Infrastrukturmaßnahmen sind zu untersuchen.

Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Mit einer baulichen Entwicklung werden hochwertige Böden verloren gehen. Wie in großen Teilen des linksrheinischen Stadtgebietes, handelt es sich auch hier um hochwertige Böden mit sehr hohem Ertragswert (65 90)
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Siehe Erläuterungen zu StnID 1002714.

Revierkartierung möglich.

- Darüber hinaus ist ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Im südlichen Bereich sind Abstandsflächen zu bestehenden Hochspannungsleitungen zu beachten.
- Über ein Lärmgutachten sind die Lärmschutzerfordernisse zum Lise-Meitner-Ring zu prüfen.
- Gemäß Klimaanalyse des LANUV besteht vorwiegend im nördlichen Bereich ein mittlerer Kaltluftvolumenstrom mit hohem nächtlichen Luftaustausch. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.

#### Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) ist der Bereich als ASB dargestellt.

Erschließung: der Verkehrsausschuss hat am 18.01.22 gegen die BV 3 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 4 (Bocklemünd-Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem ) beschlossen.

#### Weitere Schritte

- Aufnahme der im Teil II dargestellten Erweiterungsbereiche in den REP
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008178\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008178\\_9.pdf](#)

1008179	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Lindenthal</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Lövenich-Nord</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008179_1-12]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist kein ASB dargestellt, jedoch südlich angrenzend. Die Verlängerung der Stadtbahntrasse von Weiden nach Widdersdorf ist ebenfalls dargestellt.</li> <li>• Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven 2030+? wird eine Siedlungsentwicklung im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtbahntrasse empfohlen und entsprechend dargestellt.</li> <li>• Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses (18.01.22) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie von Bocklemünd über Widdersdorf ins Umland, steht die Schienenanbindung von Weiden über Lövenich-Nord nach Widdersdorf in Frage.</li> <li>• Die Flächen können gut über den Lise-Meitner-Ring an das überregionale Verkehrsnetz und über die Brauweiler Str. ans Zentrum angebunden werden.</li> <li>• Eine Nahversorgung ist im Nahversorgungszentrum Lövenich, Brauweiler Str. als auch durch eine Nahversorgungslage am Südrand von Widdersdorf gesichert. Für beide Bereiche sind jedoch lange Wege in Kauf zu nehmen.</li> <li>• Zusätzliche soziale Infrastrukturmaßnahmen sind zu untersuchen.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit einer baulichen Entwicklung werden hochwertige Böden verloren gehen. Wie in großen Teilen des linksrheinischen Stadtgebietes, handelt es sich auch hier um hochwertige Böden mit sehr hohem Ertragswert (65 90).</li> <li>• Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich.

- Darüber hinaus ist ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Im südlichen Bereich sind Abstandsflächen zu bestehenden Hochspannungsleitungen zu beachten.
- Über ein Lärmgutachten sind die Lärmschutzerfordernisse zum Lise-Meitner-Ring zu prüfen.
- Gemäß Klimaaanalyse des LANUV besteht vorwiegend im nördlichen Bereich ein mittlerer Kaltluftvolumenstrom mit hohem nächtlichen Luftaustausch. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.

#### Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) ist der südlich angrenzende Bereich als ASB dargestellt. Die Ergänzungsfläche könnte eine Abrundung darstellen.

Erschließung: der Verkehrsausschuss hat am 18.01.22 gegen die BV 3 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 4 (Bocklemünd-Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem) beschlossen.

#### Weitere Schritte

- Aufnahme der dargestellten Erweiterungsbereiche in den REP
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008179\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008179\\_9.pdf](#)





1008180	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Chorweiler</p> <p>ASB 6-611-007 Roggendorf/Thenhoven-Nordwest</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008180_1-13]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p><b>Siedlungsgeografie</b>  Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist die Fläche als ASB dargestellt. Sie grenzt bis an die Umgehungsstr. L183, die den Siedlungsbereich vom angrenzenden Golfplatz, dargestellt als Regionaler Grünzug, trennt.  Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? wird gem. der Ziele des LEP, im Bereich von ÖPNV-Haltepunkten eine Siedlungsentwicklung empfohlen. In den Kölner Perspektiven wird jedoch auch die Entwicklung des Zentrums angemahnt. Mit der erweiterten Darstellung des Siedlungsbereiches, wird das gerade geplante und in der Entwicklung befindliche Wohngebiet nochmals erweitert.  Zu berücksichtigen ist eine in Ost-West-Richtung verlaufende Hochspannungsleitung, die eine Entwicklung durch notwendige Abstandsflächen erschwert.  Gut angebunden an die S-Bahn und an das überörtliche Straßenverkehrsnetz, ist der Standort für eine siedlungsräumliche Erweiterung gut geeignet.  Mit der Erweiterung ist eine Entwicklung und Verbesserung der heute mangelhaften Nahversorgung anzustreben.  Ebenso ist die Überprüfung und ggfls. Ergänzung der Infrastruktur mit zusätzlichen sozialen Einrichtungen erforderlich.</p> <p><b>Umweltschutz</b>  Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien. Negative Umweltauswirkungen sind überschaubar, müssen jedoch soweit wie möglich vermieden und umfassend ausgeglichen werden.  Die Hochspannungsleitung mit Abstandsflächen ist zu berücksichtigen.  Auf den vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen, sind möglicherweise einige Feldvogelarten zu erwarten. Hier ist ein vertiefendes Artenschutzgutachten erforderlich, wie natürlich auch ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft.  Das großräumige Windfeld zeigt eine ausgeprägte Süd-Nord-Strömung (LANUV).</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Differenzierte Simulationsrechnungen für besonders austauscharme Wetterlagen (GEO-NET) zeigen aber für das Plangebiet eine starke Westkomponente. Insofern muss hier eine Bebauung auf diese Strömungsrichtung ausgerichtet werden. Lärmbelastungen seitens der A57, der Umgehungsstr. und der S-Bahn sind in einem Gutachten zu bewerten und entsprechende Maßnahmen sind vorzusehen. Ebenso als Umweltkonflikt sind mögliche Auswirkungen seitens der Industrie Dormagen i.V.m. der Seveso Richtlinie zu berücksichtigen und in einem Gutachten zu prüfen.

#### Weitere Schritte

- Eigentümergespräche führen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008180\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008180\\_9.pdf](#)

1008218

## Inhalt

Stadtbezirk

Porz

7-713-008 A/B, -009 Wahn-Südwest

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008218\_1-20]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist, parallel zu einer überörtlichen Bahnstrecke, der nördliche Teilbereich als ASB und der Südliche als GIB dargestellt.
- Im Agglomerationskonzept besteht im Plangebiet kein Raum für eine Siedlungsentwicklung, vielmehr wird hier ein Nord-Süd Grünkorrridor mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion dargestellt; Ziel ist die Erhaltung und Qualifizierung des unzerschnittenen und überformten Freiraums. Darüber hinaus wird die parallel verlaufende DB Bahntrasse und der 2.ÖPNV-Ring dargestellt.
- Im Strategiekonzept 'Kölner Perspektiven' wird der nördliche Teil für die Wohnsiedlungsentwicklung mit Ausschöpfung des Verdichtungs- und Entwicklungspotentials an ÖPNV-Strecken/Haltepunkten mit Sicherung und Weiterentwicklung gesamtstädtischer und lokaler Nutzungen vorgeschlagen. Im südlichen Teil ist eine Entwicklung von GIB-Optionsflächen dargestellt. Im Fachteil Mobilität wird die Umsetzung von neuen Angeboten des ÖPNV und Ausbau und Optimierung von Umsteigepunkten zwischen MIV und ÖPNV vorgeschlagen. Der Fachteil Grün stellt die bauliche Entwicklung in Frage und lässt eine Siedlungsentwicklung nur unter Berücksichtigung der besonderen ökologischen Funktion und bei Gestaltung der neu geschaffenen Siedlungsränder zu.
- Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarf, die bisher lediglich in einem zweigeteilten Zentrum in Wahn, östlich der Bahntrasse, stattfindet, muss i.Z.m. der Gesamtentwicklung des Bereichs Wahn geregelt werden.
- Soziale Infrastrukturmaßnahmen sind zu untersuchen und zu realisieren.

Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

- Der gesamte Freiraum ist zu sichern und nur im Randbereich der bestehenden Ortslagen ist eine konzentrierte Siedlungsentwicklung denkbar.
- Als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hohem Ertragswert (Bodenwert 60-75) zu sehen.
- Betroffen sind gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege drei Schwerpunkte der Verbundsysteme, die sich überlagern:

1. Biotopverbundsystem 'Kulturlandschaft ('Gehölz-Grünland Acker Komplex?) Vernetzung? Maßnahme 2.3: ?Vernetzung der Landschaftsstrukturen zwischen Langel und Wahn?
2. Biotopverbundsystem 'Stillgewässer? Maßnahme 2.5: ?Erhaltung der Abgrabungs- und Kleingewässer in der dicht besiedelten und intensiv genutzten Köln-Bonner-Rheinebene?
3. Biotopverbundsystem ?Offenland Grünland? Maßnahme 2.5: ?Entwicklung extensiv genutzter Grünlandbereiche zwischen der Wahner Heide und der Rheinaue?

- Gemäß der Aussagen des Gutachter RMPL ist mit der Gefährdung und dem Verlust einiger Offenlandarten zu rechnen. Mit entsprechenden Maßnahmen gilt es Feldvogelarten zu schützen und Ausgleichs zu schaffen.

Die ökologischen Wertigkeiten in diesem Raum sind in einem Zusammenhang zu analysieren und in einem ökologischen gesamträumlichen Ausgleichskonzept darzustellen. Dabei ist ein realistisches Biotopverbundsystem im Einklang mit der betroffenen Landwirtschaft anzustreben. Auch der überregionale Gedanke der Vernetzung von Grünkorridoren ist zu berücksichtigen.

- Erhebliche Lärmbelastungen durch den Schienenfernverkehr und in geringem Maße auch des Luftverkehrs, sind zu bewältigen
- Die Klimauntersuchungen im Rahmen des LANUV-Fachbeitrages NRW zum Regionalplan, zeigen ein Bild der übergeordneten Strömung aus südöstlicher Richtung. Dieser ?Rheintalwind? setzt sich aber bei windschwachen Wetterlagen nicht bis zum Boden durch. Die Untersuchungen von GEO NET zeigen in Bodennähe nur eine sehr schwache Luftbewegung in Richtung der nördlich und südlich gelegenen Wasserflächen. Letztere sind bei nächtlicher Abkühlung wärmer als die Umgebung und verursachen diese Anströmung.

#### Verfahrenstand

- IPRA, Planungskonzepte von ASTOC, klimatologisches und landschaftsökologische Gutachten liegen vor.

- Gespräche mit den Eigentümern sind geführt.
- Gespräche mit Politik, Bürgervereinen und Initiativen wurden geführt.

#### Weitere Schritte

- REP: Kompensation entfallener Flächen durch Erweiterung (siehe auch Teil II)
- weitere Gespräche mit Vereinen, Bezirks BM, Fraktionen und Initiativen
- Ständige Informationsaustausch mit Verwaltung
- Termin mit Herrn Dezernenten Greitemann und Herrn Cornet bzgl. Wahn-West
- Umsetzungsorientierte weitere gutachterliche Untersuchungen durchführen
- RP Klärungsgespräche zur Reduzierung von ASB aufgrund HQ 500
- Abstimmung mit dem interkommunalen Projekt (Niederkassel und Köln) zur ?Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel? als Projekt aus dem Bundesprogramm.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008218\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_17.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_18.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_19.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_20.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008218\\_9.pdf](#)

1008244	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Porz</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Elsdorf-Südwest</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008244_1-13]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf (2021) ist die Fläche bisher nicht als ASB dargestellt, sondern als regionaler Grünzug sowie als Schutzbereich der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept ist ein Suchraum für die Siedlungsentwicklung im 3-km-Radius um einen ÖPNV-Schienenanschluss dargestellt. Ebenso dargestellt ist der Randbereich als Freiraumsystem mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion.</li> <li>• Gemäß Strategiekonzept "Kölner Perspektiven 2030+", liegt das Ergänzungsgebiet in einer größeren zusammenhängenden landwirtschaftlichen Fläche am Rande einer Bauoptionsfläche, versehen als Suchraum zur Ausschöpfung des Verdichtungs- und Entwicklungspotentials an ÖPNV-Haltepunkten.</li> <li>• Auch, wenn die Haltepunkte der Regionalbahnstrecke Porz und Wahn in ca. 1,5 km Entfernung nicht optimal liegen, so könnte die Ergänzungsfläche doch zur weiteren Stabilisierung von Elsdorf beitragen. Lediglich eine Buslinie 154 verkehrt entlang der Frankfurter Str.</li> <li>• Über die Frankfurter Str. besteht eine gute MIV-Anbindung in Richtung Porz und an die A59, Anschluss Urbach oder Wahn.</li> <li>• Auch die größeren Versorgungszentren von Urbach und Wahn liegen in ca. 1,5 km Entfernung. Mit einer ergänzenden Siedlungsentwicklung und Kaufkraftgewinnung, könnte jedoch eine kleine bestehende Versorgungslage Ecke Frankfurter Str./ Gilsonstr. weiter stabilisiert werden.</li> <li>• Mit sozialer Infrastruktur ist Elsdorf unterversorgt. Kindertagesstätten sind mit einer weiteren größeren Siedlungsbebauung zwingend erforderlich. Gemäß Schulentwicklungsplan (Stand:2020) kann der Schulplätzebedarf nicht gedeckt werden; für Elsdorf ist ein neues Grundschulangebot eingeplant.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

## Umweltschutz

- Der REP hat das Gebiet am Rande eines Regionalen Grünzuges mit landschaftsorientierte Erholung festgelegt.
- Gem. LANUV besteht nachts von Ost nach Nordwest ein hoher Luftaustausch mit schwacher nächtlicher Überwärmung und guter Abkühlung; tags starke Wärmebelastung
- Hohe Lärmbelastungen durch Schienenverkehr einer angrenzenden Fernverkehrsschienenstrecke

Weiter bestehen keine wesentlich belastenden Umweltbeeinträchtigungen.

## Weitere Schritte

Aufnahme in den REP als Ergänzung zur benachbarten Planung

## Anhänge

[Abb\\_ID1008244\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008244\\_9.pdf](#)



1008255

## Inhalt

Stadtbezirk

Kalk

ASB Ergänzungsfläche Rath/Heumar-Nordwest

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008255\_1-15]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan Entwurf 2021 ist der Bereich 808-006 als ASB ausgewiesen, der Bereich 808-007 jedoch nicht berücksichtigt. Das Gebiet ist als Regionaler Grünzug und als Grundwasser und Gewässerschutzbereich und für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung dargestellt.
- Zur zukunftsorientierten Verlagerung der Sportplätze aus dem Zentrum an den Rand der Ortslage, ist in der BV 8 der Ergänzungsbereich nach Norden um ca. 10 ha beschlossen. Ein städtebauliches Rahmenkonzept des Büros ASTOC liegt vor.
- Im Mobilitätskonzept des Agglomerationskonzeptes wird der Bereich als Suchraum für die Siedlungsentwicklung im 3-km-Radius um Schienen-ÖPNV dargestellt.
- Das Strategiekonzept 'Kölner Perspektiven' empfiehlt die Entwicklung der Fläche zu einer nachhaltigen Landwirtschaft.
- Mit einer südlichen Neubebauung und der Ergänzungsfläche könnte die bestehende Linie 9 mit Haltepunkt 'Rath Steinweg' optimal genutzt und eingebunden werden. Hinzu kommt, neben der Anbindung der Linie 9, eine geplante weitere Erschließung, durch eine neue Stadtbahnlinie in Richtung Neubrück nach Norden.
- Der MIV-Verkehr ist über die Rösrather Str. gut über den Neubrücker Ring mit dem übergeordneten Verkehrsnetz an die A4 verbunden.
- Nach aktuellem Entwicklungsstand ist das Zentrum und die Versorgungslage in Rath leicht instabil. Es fehlen ein Lebensmittelmarkt als wesentlicher Magnetbetrieb zur Frequenzsteigerung; ansonsten besteht eine gute Nahversorgung und Ausstattung an Fachgeschäften
- Mit einer Neubebauung ist die Infrastruktur mit sozialen Einrichtungen anzupassen. Eine neue Schule ist bereits geplant.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

## Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Im REP Regionaler Grünzug, erweiterte Lärmschutzzone sowie westl. kleiner Teil Nachtschutzzone (Flughafen), umgebend Grundwasser und Gewässerschutz,
- Als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hoher Ertragsfähigkeit/Bodenwert zu nennen.
- Die Ergänzungsfläche liegt gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV) in keiner Biotopverbundfläche mit hoher Wertigkeit, jedoch grenzt das Verbundsystem mit verschiedenen Schwerpunkträumen unmittelbar westlich und nördlich an.
- In der artenschutzrechtlichen Vorprüfung des Büros RMPL wird die potentielle Betroffenheit von Lebensräumen planungsrelevanter Arten auf der Basis vorhandener Daten beurteilt. Nach vorliegender Datenlage ist nicht einschätzbar ob Wochenstuben oder Balzquartiere von Fledermausarten durch die potentielle Erweiterung von Siedlungsflächen betroffen sind.
- Die geplante Bebauung kann zu Einschränkungen des für Fledermäuse genutzten Nahrungslebensraumes führen. Ein Vorkommen der Haselmaus innerhalb der Gehölz dominierten Bereichen der Erweiterungsflächen ist ebenfalls nicht auszuschließen.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich. Möglicherweise kommen innerhalb der Flächen der Siedlungsstudie streng geschützte Amphibien und Reptilienarten vor.
- Die streng geschützte Wechselkröte weist einen Verbreitungsschwerpunkt im Kölner Umland auf. Auch die Zauneidechse ist hier noch verbreitet. Die artenschutzrechtliche Vorprüfung zur Siedlungsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass in Folge einer Erweiterung der Siedlung von Köln Rath, Fortpflanzungs und Ruhestätten planungsrelevanter Säugetier-, Vogel-, Amphibien- und Reptilienarten möglicherweise betroffen sind.

Eine abschließende Beurteilung ist erst durch eine vertiefende Artenschutzprüfung (ASP II) auf der Grundlage der Ergebnisse von noch durchzuführenden Bestandskartierungen möglich.

- Hochwassergefahren bestehen nur gering (bis 1m). Bei Starkregenereignissen kann es im Ergänzungsgebiet zu temporären Überflutungen kommen (bis ca. 1m).
- Gemäß der Klimaanalyse des LANUV besteht über dem Areal ein mittlerer Kaltluftvolumendichtestrom mit gutem Luftaustausch und Luftströmungen von

östlicher in westlicher Richtung, der bei der Planung zu berücksichtigen ist. Tagsüber entwickelt sich über den Ackerböden eine Wärmebelastung, die jedoch nachts auch stark abnimmt. Eine Siedlungsentwicklung sollte in Nord Süd Richtung Strömungsachsen freihalten, um auch im Ort weiterhin einen Luftaustausch zu gewährleisten. Gegenüber den Darstellungen des LANUV, wird in einer gutachterlich detaillierten Untersuchung von GEO-NET insbesondere in bodennahen Lagen von weniger Beeinträchtigungen ausgegangen.

Eine abschließende Prüfung ist erforderlich.

- Mit Straßen Lärmbelastungen ist vorwiegend vom Heumarer Dreieck und von der Rösrather Str. zu rechnen, im Sinne eines erforderlichen Lärmgutachtens sind entsprechende Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen. Dem Fluglärm am Rande der Einflugschneise des Flughafens, durch vorwiegend nachts auftretenden Lärmereignissen mit häufig über 60 dB(A), ist durch Passivmaßnahmen an den Gebäuden zu begegnen.

Eine Siedlungsergänzung/Arrondierung ist unter den Aspekten einer optimalen Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung ökologischer und Klima Belange sowie der benachbarten Waldzelle realistisch und raumplanerisch zu empfehlen.

Umweltrestriktionen

sind i.Z.m . der benachbarten Planung planungsrechtlich lösbar und soweit nötig auszugleichen.

Verfahrensstand

BV hat mehrheitlich der Entwicklung und der Aufstellung eines BPlanes zugestimmt, verbunden mit der Verlagerung der Sportplätze. Ein BPlan Aufstellungsbeschluss durch den Stadtentwicklungsausschuss ist in Vorbereitung.

Weitere Schritte

- RP Aufnahme der Ergänzungsfläche (siehe auch Teil I)
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008255\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1008255\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1008255\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID1008255\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID1008255\\_13.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1008255_14.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_15.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008255_9.pdf</a>	
--	--

1008256	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Kalk</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Rath/Heumar-Nordost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008256_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf 2021 ist das Gebiet als Regionaler Grünzug und als Grundwasser und Gewässerschutzbereich sowie zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzeptes wird der Bereich als Suchraum für die Siedlungsentwicklung im 3 km Radius um Schienen-ÖPNV dargestellt.</li> <li>• Das Strategiekonzept 'Kölner Perspektiven' empfiehlt die Sicherung und Entwicklung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft.</li> <li>• Eine Integrierte Potentialraumanalyse IPRA kommt zu dem Ergebnis, dass gegen eine Arrondierung mit Wohnungsbau siedlungsräumlich keine Bedenken bestehen. Lediglich die ÖPNV-Verbindung ist verbesserungswürdig.</li> <li>• Der MIV-Verkehr ist über den Mauspfad gut mit dem übergeordneten Verkehrsnetz an die A4 verbunden.</li> <li>• Nach aktuellem Entwicklungsstand ist das Zentrum und die Versorgungslage in Rath leicht instabil. Es fehlen ein Lebensmittelmarkt als wesentlicher Magnetbetrieb zur Frequenzsteigerung; es besteht eine gute Ausstattung an Fachgeschäften.</li> <li>• Mit einer Neubebauung ist die Infrastruktur mit sozialen Einrichtungen anzupassen. Eine neue Schule ist bereits geplant.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hoher Ertragsfähigkeit/Bodenwert zu nennen.</li> <li>• Das Plangebiet ist von Überschwemmungs- und Starkregengefahren nicht betroffen.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

- Das Gebiet liegt am Rande (innerhalb) des Verbundschwerpunkt: Gehölz-Grünland-Ackerkomplex (Kulturlandschaft) (1.2) und ist Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung. Gutachten sehen jedoch auf den vorhandenen Strukturen keine Ansätze eines Biotopverbundes im Sinne der LANUV-Zielsetzung.
- Innerhalb des Plangebiets sind (gem. Gutachten RMPL und Kölner Büro für Faunistik) geschützte Vogelarten wie Feldlerche, Kiebitz oder Rebhuhn denkbar. Eine abschließende Beurteilung ist erst durch eine vertiefende Artenschutzprüfung (ASP II) auf der Grundlage der Ergebnisse von noch durchzuführenden Bestandskartierungen möglich.

Der Landschaftsraum wurde bereits als Arrondierungsfläche untersucht, grenzt südlich und westlich an schutzwürdige Gebiete an und liegt im Randbereich des Biotopverbundsystems. Eine räumliche Verlagerung der Ostwest verlaufenden Biotopverbundachse, ist raumplanerisch begründbar und auch im Sinne der klimatischen Situation/Kaltluftströmung vertretbar (RMPL und Kölner Büro f. Faunistik).

- Gemäß der Klimaanalyse des LANUV besteht über dem Areal ein mittlerer Kaltluftvolumendichtestrom mit gutem Luftaustausch und Luftströmungen von östlicher in westlicher Richtung, der bei der Planung zu berücksichtigen ist. Tagsüber entwickelt sich über den Ackerböden eine Wärmebelastung, die jedoch nachts auch stark abnimmt. Eine Siedlungsentwicklung sollte in Nord Süd Richtung Strömungsachsen freihalten, um auch im Ort weiterhin einen Luftaustausch zu gewährleisten. Gegenüber den Darstellungen des LANUV wird in einer gutachterlich detaillierten Untersuchung von GEONET insbesondere in bodennahen Lagen von weniger Beeinträchtigungen ausgegangen. Eine abschließende Prüfung ist erforderlich.

Der Bereich wurde bereits verschiedenen siedlungsgeografischen und ökologischen Untersuchungen unterzogen (PLAN\_B, RMPL, Kölner Büro f. Faunistik). Eine sensible Siedlungsergänzung/Arrondierung ist, unter Berücksichtigung ökologischer Ziele, raumplanerisch zu empfehlen und mit umweltkritischen Aspekten vereinbar. Umweltrestriktionen sind planungsrechtlich lösbar und soweit erforderlich ausgleichbar.

#### Verfahrensstand

Bisher nicht im REP untersucht und auch nicht dargestellt.

#### Weitere Schritte

- RP-Aufnahme dieser Ergänzungsfläche

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008256\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008256\\_9.pdf](#)

1008257

## Inhalt

Stadtbezirk

Kalk

ASB Ergänzungsfläche Neubrück-Ost

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008257\_1-13]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan Entwurf 2021 ist das Gebiet als Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung dargestellt.
- Im Agglomerationskonzept wird der Bereich als Suchraum für die Siedlungsentwicklung im 3-km-Radius um Schienen ÖPNV dargestellt.
- Das Strategiekonzept 'Kölner Perspektiven' empfiehlt die Sicherung und Entwicklung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, benachbart ist eine neue Stadtbahntrasse dargestellt.
- Ebenso ist in der 3. Fortschreibung des Nahverkehrskonzept der Stadt eine neue Stadtbahntrasse i.V.m. dem Ausbau der Ostwest Strecke und der Einführung von Langzügen als Rundstrecke (Linie 1 und 9) vorgesehen.
- Der MIV-Verkehr ist über den Neubrücker Ring und über die Olpener Str. optimal an die A 4 und das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden.
- Benachbartes Nahversorgungszentrum von Neubrück ist fußläufig gut erreichbar, ist stabil mit überdurchschnittlichem kurzfristigem Angebot, weist eine leicht positive Entwicklung mit Angeboten des langfristigen Bedarfs auf.
- Mit einer Neubebauung ist die Infrastruktur mit sozialen Einrichtungen anzupassen. Eine neue Gesamtschule für Neubrück ist im Gespräch.

Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Als Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hoher Ertragsfähigkeit/ Bodenwert zu nennen.
- Das Plangebiet ist von Überschwemmungs- und Starkregengefahren nicht betroffen.
- Das Gebiet liegt lediglich am Rande einer Biotopverbundfläche von besonderer

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.



Bedeutung.

- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich. Eine abschließende Beurteilung ist erst durch eine vertiefende Artenschutzprüfung (ASP II) auf der Grundlage der Ergebnisse von noch durchzuführenden Bestandskartierungen möglich.
- Gemäß der Klimanalyse des LANUV besteht über dem Areal ein mittlerer Kaltluftvolumendichtestrom mit gutem Luftaustausch und Luftströmungen von östlicher in westlicher Richtung, der bei der Planung zu berücksichtigen ist. Tagsüber entwickelt sich über den Ackerböden eine Wärmebelastung, die jedoch nachts auch stark abnimmt. Eine Siedlungsentwicklung sollte in Ostwest-Richtung Strömungsachsen freigehalten, um auch im Ort weiterhin einen Luftaustausch zu gewährleisten. Eine abschließende Prüfung ist erforderlich.

Der Untersuchungsraum (ehemals Fa.Madaus Versuchsacker), als Dreiecksfläche gesamtheitlich erkennbar, wird begrenzt durch den Neubrücker Ring und den Rather Kirchweg, ist jedoch nur im westlichen Teil als Siedlungsbereich (809-010) im REP aufgenommen. Eine Erweiterung ist auch unter dem Gesichtspunkt einer Stadtbahnentwicklung stadtplanerisch begründbar. Die wenigen Umweltrestriktionen sind planungsrechtlich lösbar und soweit notwendig auszugleichen.

#### Verfahrensstand

Bisher nicht im REP untersucht und auch nicht dargestellt. Aufgrund der guten siedlungsgeografischen Lage und nur weniger und planungsrechtlich beherrschbarer Umweltrestriktionen, erscheint eine Vergrößerung der Baufläche ASB siedlungsräumlich zu empfehlen.

#### Weitere Schritte

RP-Aufnahme dieser Ergänzungsfläche als ASB für Wohnen.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008257\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1008257\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1008257\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID1008257\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID1008257\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID1008257\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1008257\\_3.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1008257_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008257_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008257_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008257_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008257_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008257_9.pdf</a>	
--	--

1008260	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Kalk</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Brück-Nord</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008260_1-16]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist das Gebiet als Regionaler Grünzug, Grundwasser- und Gewässerschutz; Agrarland sowie zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung dargestellt und überplant eine kleine Splittersiedlung ?Im Langen Bruch?.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept ist der Bereich Bestandteil des Grün- und Freiraumnetzes und im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? teils zur Übernahme als Optionsfläche GIB und nur unter Berücksichtigung der besonderen ökologischen Funktionen und teils als Freiraum übernommen. Darüber hinaus gilt die Fläche zur Weiterentwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die Darstellung als Umsteigepunkt dient der Einrichtung, dem Ausbau oder der Optimierung von Umsteigepunkten MIV/ÖPNV.</li> <li>• In unmittelbare Nachbarschaft, südlich der Autobahntrasse, befindet sich die Haltestelle K.-Brück, der Linie 1 mit optimaler Verbindung in die Innenstadt und nur einseitiger Siedlungsanbindung.</li> <li>• Der MIV-Verkehr ist über die Olpener Str. optimal an die A4 und das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden.</li> <li>• Das benachbarte Nahversorgungszentrum von Brück ist fußläufig gut erreichbar, ist stabil mit kurzfristigem Angebot überdurchschnittlich ausgestattet und weist Angebote des mittel- und langfristigen Bedarfs auf.</li> <li>• Soziale Infrastruktureinrichtungen sind in Brück vorhanden und müssten möglicherweise nur ergänzt werden.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Gebiet liegt am Rande eines Regionalen Grünzuges im Übergang</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

zwischen Waldbereich und Agrarlandschaft sowie im Trinkwassereinzugsbereich des Wasserwerkes Refrath, Wasserschutzzone IIIA.

- Randbereich: Gemäß Fachbeitrag der Rheinischen Denkmalpflege LVR, liegt der geschützte Raum KLB 375 im Umfeld von Gut Mielenforst, in freier Lage mit schlossartiger Villa, Wirtschaftsgebäude, Park und Teichanlage. Darüber hinaus steht das Gebiet i.Z.m. dem Ostfriedhof den dort nachgewiesenen Hügelgräbern (Bodendenkmäler) der Metallzeiten (Bronze und Eisenzeit). Diese stehen im Zusammenhang mit dem Mauspfad, einer vorgeschichtlichen Wegetrasse am Westhang des Bergischen Landes (Abschnitt Dellbrücker Mauspfad). In der Aue des Frankenforstbaches erhaltenes geoarchäologisches Archiv. Ziel ist ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen; Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges; Bewahren und Sichern archäologischer und paläontologischer Bodendenkmäler in ihrem Kontext?
- Eine kleine Waldparzelle (Schutzwald zur Autobahn) trennt die Erschließungsstraße, den Dellbrücker Mauspfad, vom Plangebiet Acker.
- Das Plangebiet ist von Überschwemmungsgefahren nicht betroffen. Lediglich im östlich Teil des Geländes ist mit Starkregengefährdung (bis ca. 1m) zu rechnen.
- Als Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit mittlerer Ertragsfähigkeit/Bodenwert zu nennen.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter verschiedener Tierarten zu erwarten. Eine abschließende Beurteilung ist erst durch eine umfassende Artenschutzprüfung (ASP II) auf der Grundlage der Ergebnisse von noch durchzuführenden Bestandskartierungen möglich.
- Das Biotopverbundsystem ist nicht betroffen.
- Gemäß der Klimaanalyse des LANUV besteht über dem Areal ein mittlerer Kaltluftvolumendichtestrom mit gutem Luftaustausch und Luftströmungen von Ost nach West, jedoch auf der Lee Seite des Waldes mit weniger Auswirkungen.
- Die Lärmsituation der A4 mit Lärmwerten 24h über 60 dB(A) ist gutachterlich zu untersuchen und durch entsprechende Maßnahmen zu verbessern.

Der bestehende Landschaftsraum ist gekennzeichnet durch eine kleine Waldparzelle und landwirtschaftliche Nutzung, unmittelbar angrenzend an eine Splittersiedlung am Mauspfad und an einen P+R Haltepunkt (Linie 1). Eine Siedlungserweiterung (mit Einbindung der bestehende Wohnlage) in funktionsfähiger Größe könnte Brück nördlich der Stadtbahnstrecke abrunden und ist siedlungsräumlich zu begründen. Wenige kritische Umweltaspekte sind planungsrechtlich lösbar.

Verfahrensstand

Bisher in Modul III als GIB untersucht aber im REP nicht dargestellt, ist eine begrenzte

Entwicklung als ASB für den Wohnungsbau im Umfeld eines P+R Haltpunktes, einer leistungsstarken Stadtbahnlinie, anzustreben. Die Splittersiedlung könnte mit integriert werden.

Umweltrestriktionen, erscheinen beherrschbar und durch entsprechende Maßnahmen planungsrechtlich auszugleichen.

#### Weitere Schritte

- Überarbeitung des REP und des Regionalen Grünzuges und Aufnahme dieser Ergänzungsfläche als ASB

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008260\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008260\\_9.pdf](#)

1008281	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Kalk</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Merheim-Nordost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008281_1-14]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan Entwurf 2021 ist das Gebiet als Regionaler Grünzug, Agrarland sowie zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung dargestellt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept gehört der Bereich zum regionalen Grün- und Freiraumnetz.</li> <li>• im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? gilt es angrenzend an eine Siedlungsfläche den Agrarbereich zu einer nachhaltigen Landwirtschaft weiter zu entwickeln; übergeordnete strategische Empfehlung ist auch, die grüne Infrastruktur, die Siedlungsentwicklung und den Erhalt und Schutz der Kaltluftschneisen zusammenzudenken.</li> <li>• Der Bereich ist schlecht an das ÖPNV-Schienennetz angeschlossen und verfügt nur über eine Busverbindung.</li> <li>• Der MIV-Verkehr ist über den Schlagbaumsweg und die Colonia Allee optimal an die A4 und das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden.</li> <li>• Die Nahversorgungszentren nach Merheim oder Holweide sind nur über längere Wege erreichbar.</li> <li>• Soziale Infrastruktureinrichtungen sind nur in Merheim und Holweide vorhanden und müssten je nach Größe der Entwicklung ergänzt werden.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Gebiet liegt am Rande eines Regionalen Grünzuges/ASB und soll zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung gesichert werden.</li> <li>• Randbereich: Gemäß Fachbeitrag der Rheinischen Denkmalpflege LVR, liegt der geschützte Raum KLB 375 im Umfeld von Gut Mielenforst , in freier Lage</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

mit schlossartiger Villa, Wirtschaftsgebäude, Park und Teichanlage. Darüber hinaus steht das Gebiet i.Z.m . dem Ostfriedhof und den dort nachgewiesenen Hügellgräbern (Bodendenkmäler) der Metallzeiten (Bronze und Eisenzeit). Ziel ist ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen; Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges; Bewahren und Sichern archäologischer und paläontologischer Bodendenkmäler in ihrem Kontext?

- Planungsempfehlung im Strategiekonzept ist, das Zusammendenken grüner Infrastruktur und Siedlungsentwicklung sowie eine nachhaltige Landwirtschaft.
- Das Plangebiet ist von Überschwemmungsgefahren sowie von Starkregen nicht betroffen.
- Das Biotopverbundsystem ist nicht betroffen.
- Als Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit mittlerer Ertragsfähigkeit/ Bodenwert zu nennen.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter verschiedener Tierarten möglicherweise zu erwarten. Eine abschließende Beurteilung ist erst durch eine umfassende Artenschutzprüfung (ASP II) auf der Grundlage der Ergebnisse von noch durchzuführenden Bestandskartierungen möglich.
- Gemäß der Klimaanalyse des LANUV besteht über dem Areal ein hoher Kaltluftvolumendichtestrom mit gutem, insbesondere nächtlichen Luftaustausch und Luftströmungen von Ost nach West.
- Die Lärmsituation ist gutachterlich zu untersuchen jedoch nicht von erheblicher Bedeutung.

Kleinwohnsiedlung (Schlagbaumsweg ), isolierte Splitteransiedlung, StEB-Zentrale, Heizwerk und der Betriebsbahnhof der KVB bilden ein durch Straßen ?zerschnittenes?, wenig homogenes Siedlungsbild.

Die ungeordnete Siedlungsstruktur stand bisher wenig im Fokus. Durch die Ergänzungsfläche kann, mit Einbindung der verschiedensten Nutzungen, ein runder Siedlungsabschluss gestaltet werden. Ebenso könnte eine Grundversorgung angestrebt werden.

Umweltrestriktionen sind gering und durch entsprechende Maßnahmen planungsrechtlich auszugleichen.

Verfahrensstand

Bisher keine Untersuchung und Darstellung

Weitere Schritte

- Überarbeitung der räumlichen Gestaltung und Abgrenzung zwischen ASB und Regionalem Grünzug sowie Aufnahme dieser Ergänzungsfläche als ASB für

Wohnen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008281\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008281\\_9.pdf](#)



1008282

## Inhalt

Stadtbezirk

Mülheim

ASB Ergänzungsfläche Buchheim/Holweide

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008282\_1-16]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan-Entwurf 2021 endet der ASB nördlich an der Stadtbahnlinie, die mit zwei Haltestellen dargestellt ist. Südlich der Stadtbahnlinie liegt der empfohlene Siedlungsbereich im Regionalen Grünzug.
- Im Agglomerationskonzept wird der gesamte Korridor parallel der Autobahnen als ?Regionaler Entwicklungskorridor? dargestellt. Im Grünteil des Agglomerationskonzeptes liegt das Plangebiet im Kreuzungsbereich zweier Grünkorridore des RegioGrün-Systems, zum einen entlang der Strunde und zum anderen als Bestandteil des rechtsrheinischen Äußeren Grüngürtels.
- Auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? liegt der Planbereich im Kölner Grünsystem. Vorgeschlagen wird die Qualifizierung der grünen Infrastruktur mit Gestaltung der Siedlungsränder und der Erhalt und Schutz der Kaltluftschneisen.
- In einer integrierten Potenzialraumanalyse durch PLAN\_B (2018) wurden die angrenzenden Stadtteile und die Bereiche um die Haltepunkte Herler Str. und Wichheimer Str. analysiert und die Standortvorteile für eine weitere Siedlungsentwicklung auch südlich der Bahntrasse herausgestellt.
- Optimale ÖPNV-Anbindung: Drei die Stadt anbindende Linien erschließen den Bereiche. Die Linien 3, 13 und 18 fahren unterschiedliche Ziele im Stadtgebiet an.
- Die MIV-Anbindung über den Herler Ring an die Stadtautobahn und an die A3 ist ebenfalls optimal.
- Der Entwicklungsstand des Zentrums ist mit nur einem Magnetbetrieb sehr instabil. Angebotsschwerpunkte liegen im kurzfristigen Bedarfsbereich, nur ausschnittsweise bestehen Angebote im mittel und langfristigen Bedarfsbereich. Kaufkraftstärkende Bevölkerungsansiedlungen könnten die Lage verbessern.

Die soziale Infrastruktur ist in der Umgebung vorhanden und müsste möglicherweise nur geringfügig ergänzt werden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

## Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Der Regionale Grünzug stellt eine hohe Hürde für eine Siedlungsentwicklung dar und sollte überprüft werden.
- Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hoher Ertragsfähigkeit/Bodenwert.
- Randbereich: Der Fachbeitrag Kulturlandschaften stellt eine weitere Hürde dar und weist das gesamte Gebiet entlang der Strundeaue mit seinen Hofanlagen und Mühlen als zu erhaltende Kulturlandschaft KLB 374 und als geoarchäologisches Archiv in den Ablagerungen der Aue aus. Die Sicherung der Kulturlandschaft umfasst das gesamte Gebiet, obwohl nur der südliche Teil im Umfeld des Baches direkt betroffen ist. Ziele im Fachbeitrag Kulturlandschaft KLB 374 besagt: ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichräume von Adelssitzen und Hofanlagen sowie Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?
- Gemäß Landschaftsplan soll mit Maßnahme 9.2-33 eine Gehölzpflanzung entlang der Bahntrasse mit stufigem Aufbau (Kraut Strauch und Baumschicht) erfolgen.
- Im Fachbeitrag ist der Bereich als Biotopverbundfläche mit besonderer Bedeutung (Stufe 2) gekennzeichnet und als Verbundschwerpunkt Gehölz Grünland Acker Komplex dargestellt; Maßnahme 1.2 ?Erhaltung und Optimierung der reich gegliederten städtischen Erholungslandschaft in Köln?.
- Als Bestandteil des Konzeptes: ?rechtsrheinischen Äußeren Grüngürtels? genießt der Bereich eine Bedeutung, die jedoch durch die Sicherung der Landwirtschaft nicht aufgewertet werden soll.
- Hochwassergefahren HQ500 bestehen lediglich im südwestlichen Planbereich (ca. 2m Überflutungstiefe) im Bereich des Baches.
- Starkregengefährdung besteht ebenfalls im südwestlichen Bereich aber auch im geringen Maße im äußersten Nordosten (ca. 0,5m Überflutungstiefe)
- Das Plangebiet parallel der Bahntrasse und des angrenzenden Siedlungsbereiches liegt in einem Korridor einer Ostwest Kaltluftströmung mit mittlerer Kaltluftvolumendichte. Der nächtliche Luftaustausch ist gering.

Trotz der vielfältigen umweltbelastenden Kriterien sollte eine sensible Siedlungsergänzung im Bereich zwischen und um die optimalen/leistungsstarken ÖPNV-Haltepunkte im Sinne des LEP erfolgen.

## Verfahrensstand

- Eigentümergespräche haben stattgefunden
- REP ist zu überprüfen

#### Weitere Schritte

- RP: Aufnahme der Fläche in den REP als ASB für Wohnen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008282\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_16.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008282\\_9.pdf](#)

1008283	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Mülheim</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Dellbrück-Nordost</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt] [s. Anhang Abb. StnID 1008283_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan-Entwurf 2021 endet der ASB an der Walther Str.; regionaler Grünzug und Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung sowie die Darstellung des Walbereiches überlagern eine großenteils bebaute Fläche.</li> <li>• Mit der Untersuchung im Rahmen von Modul II, wurde die Fläche zur Darstellung im REP angemeldet jedoch nicht berücksichtigt.</li> <li>• Im Agglomerationskonzept wird die gesamte Fläche als Siedlungsbereich dargestellt.</li> <li>• Auch im Strategiekonzept 'Kölner Perspektiven' liegt der Planbereich innerhalb des Siedlungsbereiches.</li> <li>• In einer integrierten Potenzialraum Analyse PLAN_B (2018) wurde der Bereich untersucht und zur Bebauung auch aufgrund der Nähe zur S-Bahn empfohlen. Das Naturschutzgebiet und der Abstand zum Wald gilt es zu berücksichtigen.</li> <li>• Sehr gute ÖPNV-Anbindung zur S Bahn S11 (12 Minuten zur Innenstadt; Taktzeit 20 Min.) Ausbau der Strecke in Planung, dann Taktzeit 10 Min.</li> <li>• Die MIV-Anbindung über den Kalkweg und die Bergisch Gladbacher Str. (Verkehrsüberlastung) ist nicht optimal</li> <li>• Dellbrück verfügt über ein leistungsstarkes Bezirksteilzentrum mit guter täglicher Nahversorgung und auch Angeboten des mittel- und langfristigen Bedarfs.</li> <li>• Die soziale Infrastruktur ist in der Umgebung vorhanden und müsste möglicherweise nur geringfügig ergänzt werden.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Regionale Grünzug stellt eine hohe Hürde für eine Siedlungsentwicklung dar und sollte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der bereits bestehenden</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. Stn ID 1003294).</p>

Bebauung, überprüft werden.

- Das Gebiet liegt unmittelbar am Waldrand von Thielenbruch, im weiteren Umfeld eines Naturschutzgebietes, jedoch außerhalb eines Biotopverbundschwerpunktes gemäß LANUV. Mit schützenswerten Waldtierarten kann gerechnet werden.
- Das Gebiet liegt außerhalb des Geltungsbereiches des Landschaftsplanes.
- Starkregengefährdung besteht lediglich partiell (ca. 0,5m Überflutungstiefe)
- Das Plangebiet parallel der Bahntrasse und des angrenzenden Siedlungsbereiches liegt in einem Korridor einer Ostwest Kaltluftströmung mit mittlerer Kaltluftvolumendichte. Der nächtliche Luftaustausch ist gering.
- Die teilweise bestehende Bebauung sollte Anlass sein, die mit Modul II untersuchte und angemeldete Fläche in den REP als ASB aufzunehmen.
- Die aufgezeigten Umweltbelange sind planungsrechtlich zu bewältigen und soweit erforderlich auszugleichen.

Verfahrensstand

Eigentümergegespräche haben stattgefunden.

Weitere Schritte

- RP: Aufnahme der Fläche in den REP als ASB für Wohnen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1008283\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008283\\_9.pdf](#)

1008284

## Inhalt

Stadtbezirk

Mülheim

ASB Ergänzungsfläche Dünnwald-Mitte

Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008284\_1-16]

Zusammenfassung/Planungsempfehlung

Siedlungsgeografie

- Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist Regionaler Grünzug, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Agrarbereich sowie Grundwasser und Gewässerschutz dargestellt.
- Im Agglomerationskonzept liegt der Korridor innerhalb des Siedlungsbereiches zwischen zwei Bahnstrecken
- Im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? ist der Bereich als größere zusammenhängende landwirtschaftliche Fläche dargestellt jedoch ohne weitere Zielsetzung.
- Es besteht eine ÖPNV-Anbindung in unter 1km Entfernung (Stadtbahn Linie 4)
- eine MIV-Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz besteht über den Dünnwalder Kommunalweg und die Berliner Str.
- Der Entwicklungsstand des Stadtteilzentrums ist mit mehreren Magnetbetrieben stabil.
- Angebotsschwerpunkte liegen im kurzfristigen Bedarfsbereich, es bestehen auch einzelne Betriebe im mittel und langfristigen Bedarfsbereich. Die Verkaufsfläche ist leicht rückgängig.
- Die soziale Infrastruktur ist in der Umgebung vorhanden und müsste möglicherweise ergänzt werden.

Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Der Regionale Grünzug stellt eine hohe Hürde für eine Siedlungsentwicklung dar und sollte überprüft werden.
- Konfliktpotential ist die Beseitigung von Böden mit hoher Ertragsfähigkeit/Bodenwert.
- gemäß Fachbeitrag Kulturlandschaften ist der Bereich als Schutzgebiet KLB

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

345: ?Kloster Dünnwald / Höfe bei Höhenhaus (Köln) Mittelalterliches ehem. Kloster der Prämonstratenserinnen mit Umfassungsmauer, anschließend Ackerflächen in der Mutzbachau? ausgewiesen. Ziel: ?Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen; Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges?.

- Gemäß Landschaftsplan ist im Randbereich des Landschaftsschutzgebietes L 29 insbesondere die Mutzbachau mit besonderen Schutz und Pflegemaßnahmen zu berücksichtigen.
- Im Fachbeitrag ist der Bereich als Biotopverbundfläche mit besonderer Bedeutung (Stufe2) gekennzeichnet und als Verbundschwerpunkt Gehölz-Grünland-Acker-Komplex dargestellt. Maßnahme 1.2 ?Erhaltung und Optimierung der reich gegliederten städtischen Erholungslandschaft in Köln?
- Hochwassergefahren bestehen lediglich im östlichen Teilbereich hier jedoch mit niedriger aber auch hoher Wahrscheinlichkeit (bis ca. 1m)
- Starkregengefährdung besteht ebenfalls im östlichen wie auch westlichen Teilbereich (ca. bis ca. 1m)
- Das Plangebiet liegt in einem Korridor einer Ostwest-Kaltluftströmung mit mittlerer Kaltluftvolumendichte. Der nächtliche Luftaustausch ist gering.

Trotz der umweltbelastenden Kriterien sollte eine sensible Siedlungsergänzung erfolgen. Die ökologischen Werte, der Kulturlandschaftsraum um den Klosterhof und die Mutzbachau sind zu beachten und sorgsam in eine neue Siedlungsgestaltung zu integrieren.

#### Verfahrensstand

- REP ist zu überprüfen

#### Weitere Schritte

- RP: Aufnahme der Fläche in den REP als ASB für Wohnen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

#### Neue Teil-Stellungnahme

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008284\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1008284\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID1008284\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID1008284\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID1008284\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID1008284\\_14.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1008284_15.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_16.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008284_9.pdf</a>	
--	--



1008285	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Lindenthal</p> <p>GIB Ergänzungsfläche Marsdorf-Süd</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008285_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Ergänzungsfläche wurde bisher von der Stadt weder untersucht noch für die Aufnahme in den REP vorgeschlagen.</li> <li>Die Fläche, in der Umgebung von ?Gut Horbell?, ist von intensiver landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Nördlich angrenzend befindet sich das Gewerbegebiete Marsdorf, nördlich und südlich der Dürener Str.</li> <li>Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist keine Erweiterung des nördlich angrenzenden GIB dargestellt. Der Bereich wird als Regionaler Grünzug und als Landschaft mit landschaftsorientierter Erholung dargestellt. Durch das Gewerbegebiet von Marsdorf verläuft die Stadtbahnlinie 7 und die Güterverkehrsstrecke der HGK</li> <li>Im Agglomerationskonzept gilt der westliche Teil als Suchraum für Siedlungsentwicklung, ansonsten Freiraum mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion</li> <li>Im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven 2030+? wird Marsdorf selbst für eine Qualifizierung und Verdichtung vorgeschlagen, während für die Ergänzungsfläche eine Stärkung der RegioGrün-Verbindung und die Weiterentwicklung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft empfohlen wird.</li> <li>Die Verkehrssituation ist geprägt durch eine überregionale MIV-Anbindung über die Dürener Str. an die A1 und A4. Das LKW Führungskonzept der Stadt Köln, weist die Dürener Str. als ?nachgeordnete LKW Verbindung? und Erschließung des Gewerbegebietes aus.</li> <li>Mit der Stadtbahnlinie 7 wird das Gewerbegebiet erschlossen; an Haus Vorst besteht ein P+R Parkplatz</li> <li>Über diese Trasse verläuft auch die Gütertransportstrecke der HGK zwischen den Braunkohlegebieten und dem Hafen Niehl</li> <li>Ein direkter Flughafenanschluss besteht nur über die Autobahn (ca. 21 km)</li> <li>Für den gesamten Freiraum besteht ein gültiger Bebauungsplan mit der Festsetzung einer ?Konzentrationsfläche für Windenergieanlagen?. Die Festsetzung sollte jedoch keinen negativen Einfluss, auf ein Gewerbe-</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

/Industriegebiet haben.

## Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Mit einer baulichen Entwicklung werden hochwertige Böden verloren gehen. Wie in großen Teilen des linksrheinischen Stadtgebietes, handelt es sich mit Kolluvisol und Parabraunerde auch hier um hochwertige Böden mit sehr hohem Ertragswert (70 90).
- ?Gut Horbell und Gleueler Bach?: Die von hofnahen Grün-, Acker- und Gartenbauland umgebenen Hofanlagen sind von besonderer kulturhistorischer Bedeutung. Die Einzellage der Gehöfte ist von prägender Wirkung für das Landschaftsbild. Der alte Baumbestand des Gutparks ist vermutlich der Rest eines ehemaligen Laubwaldes und als Insel und Trittsteinbiotop von besonderem Wert.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch Gehölze und das Gut Hobell weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitate auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich
- Naturnah bewachsene Versickerungsbecken, Hofteiche und der z. Z. noch begradigte Gleueler Bach sind eine Bereicherung der Landschaftsstruktur bzw. bieten hierzu weitgehende Möglichkeiten.
- Gemäß Klimaanalyse des LANUV besteht vorwiegend im nördlichen Bereich ein mittlerer Kaltluftvolumenstrom mit hohem nächtlichen Luftaustausch. Die Kaltluftentstehung auf den Freiflächen und der Abfluss in die Siedlungsbereiche darf durch die neue Randbebauung nicht verschlechtert werden.
- Es bestehen ansonsten weder Überschwemmungs noch Starkregengefahren.

## Planungsempfehlung

In Verflechtung mit dem bestehenden Gewerbegebiet Marsdorf und zur Nutzung von gewerblicher Synergien, der guten Anbindung an das überregionale MIV/LKW-Verkehrsnetz und überschaubarer und lösbarer Umweltrestriktionen, kann die Darstellung einer GIB

Ergänzungsfläche eine sinnvolle räumliche Abrundung darstellen. Bestehende Umweltrestriktionen können durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden.

## Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) ist der nördlich angrenzende Bereich als GIB dargestellt.

#### Weitere Schritte

- Aufnahme der dargestellten GIB Arrondierungsfläche in den REP
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen sind durchzuführen

#### Anhänge

[Abb\\_ID1008285\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008285\\_9.pdf](#)

1008286	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Lindenthal</p> <p>GIB Ergänzungsfläche Lövenich-West</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008286_1-15]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Ergänzungsfläche wurde bisher von der Stadt als ASB auch für Kleingewerbe geprüft (308 002) , jedoch für die Aufnahme in den REP nicht vorgeschlagen.</li> <li>• Die überwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche ist punktuell belegt mit zwei gewerblichen Kleinbetrieben, durchquert vom Randkanal und teilweise überspannt mit mehreren Hochspannungsleitungen.</li> <li>• Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist kein Siedlungsbereich dargestellt, jedoch die geplante Verlängerung der Stadtbahntrasse von Weiden nach Widdersdorf auch, wenn diese nach neuester Beschlusslage nicht mehr weiterverfolgt werden soll.</li> <li>• Sowohl im Agglomerationskonzept als auch im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? wird zwar die Ausschöpfung des Verdichtungs und Entwicklungspotenzial empfohlen, aber trotz Planung einer Stadtbahntrasse eine Siedlungsentwicklung nicht dargestellt. Dargestellt wird Freiraum mit multifunktionaler Ausgleichsfunktion.</li> <li>• Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses (18.01.22) zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie mit einer Trassenführung von Bocklemünd über Widdersdorf ins Umland, wird die Variante von Weiden nach Widdersdorf zurückgestellt bzw. aufgegeben.</li> <li>• Mit der MIV-Anbindung über die Bonnstr . An die Aachener Str. und an den Lise-Meitner-Ring besteht eine gute überregionale Vernetzung.</li> <li>• Das LKW-Führungskonzept sieht eine Erschließung von der Bonn Str. /Lise-Meitner-Ring (?nachgeordnete LKW-Verbindung?) zur Aachener Str. (?sonstige übergeordnete LKW-Verbindung?) und zum Anschluss A4 Frechen (übergeordnete LKW-Verbindung?) vor.</li> <li>• Der gesamte LKW-Güterverkehr findet ausschließlich über die Straße statt.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

## Umweltschutz

Ausgeführt und zusammen gefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Die Darstellung im REP als Regionaler Grünzug und als Freiraum/Agrarbereich lässt bisher eine Siedlungsentwicklung nicht zu.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich.
- Darüber hinaus ist ein Kompensationskonzept für die auszugleichenden Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich.
- Ebenfalls als hohes Konfliktpotential ist die Beseitigung von Parabraunerden mit sehr hohem Bodenwert (70-90) zu nennen.
- Es besteht weder eine besondere Klimasituation noch bestehen Überschwemmungs- oder Starkregengefahren.

## Planungsempfehlung

Aufgrund der Vorbelastung durch bereits vorhandene gewerbliche Betriebe und der Hochspannungsleitungen scheidet eine Wohnbebauung aus. Die begrenzten und lösbaren Umweltrestriktionen stehen einer Bebauung nicht grundsätzlich entgegen. Im Sinne einer räumlich sinnvollen Abrundung der Ortslage, einer optimalen Anbindung an den ÖPNV und an das überörtliche MIV/LKW Verkehrsnetz ist eine GIB-Ergänzung zu empfehlen. Begrenzte Umweltrestriktionen sind entsprechend auszugleichen. Unter den Hochspannungsleitungen sind angepasste Nutzungen möglich.

## Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) weder als ASB noch als GIB dargestellt.

Erschließung: Verkehrsausschuss hat am 18.01.22 gegen die BV 3 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 4 (Bocklemünd-Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem) beschlossen.

## Weitere Schritte

- Aufnahme der dargestellten GIB-Ergänzungsfläche in den REP;
- Anstoß zur Aufnahme in den REP über BV/StEA
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen

- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008286\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_14.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_15.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_6.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_7.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_8.pdf](#)  
[Abb\\_ID1008286\\_9.pdf](#)

1008287	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Chorweiler</p> <p>GIB Ergänzungsfläche Volkhoven/Weiler-West</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1008287_1-20]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Ergänzungsflächen sind bisher von der Stadt weder untersucht noch zur Aufnahme in den REP angemeldet worden. Im südöstlichen angrenzenden Bereich wurde eine GIB-Fläche aufgenommen.</li> <li>Die Ergänzungsflächen werden intensiv landwirtschaftlich genutzt, liegen südlich des Friedhofes Chorweiler und werden begrenzt durch die Autobahn und den Zubringer.</li> <li>Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist kein GIB dargestellt, jedoch südöstlich angrenzend. Im Agglomerationskonzept ist der gesamte Bereich als Suchraum für eine weitere Siedlungsentwicklung (3km-Radius um ÖPNV-Halt) dargestellt und steht damit im Widerspruch zum Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven 2030+?, das hier eine größere zusammenhängende landwirtschaftliche Fläche mit dem Ziel der der Weiterentwicklung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft darstellt.</li> <li>Auch in der Interkommunalen Integrierten Raumanalyse (Stadt Köln) ist größtenteils eine gewerbliche Entwicklung vorgeschlagen.</li> <li>Neben der bereits dargestellten GIB-Fläche ist auch die Ergänzungsfläche optimal über den Zubringer an das übergeordnete Verkehrsnetz A57 angebunden. Mit dem geplanten Ausbau der A57 sollte neben der bisher bestehenden Anbindung nach Süden (Zentrum), auch eine Zufahrt Richtung Norden realisiert werden.</li> <li>Eine Flughafenanbindung ist nur über die Autobahn (ca. 28km) bzw. über die S 11 mit Umstieg am Hbf möglich.</li> <li>Das LKW-Führungskonzept lässt neben einer geplanten nachgeordneten LKW-Verbindung von Norden, eine unmittelbare Erschließung über den bestehenden Zubringer zu.</li> <li>Die Bahnstrecke Köln-Neuss gilt auch als Güterstrecke zum Neusser Hafen, hat jedoch keinen Direktanschluss ins benachbarte GIB-Gelände.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

## Umweltschutz

Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.

- Mit einer baulichen Entwicklung werden hochwertige Böden (Bodenwert 60-75) verloren gehen.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten möglich. Sowohl die Ackerflächen als auch die Gehölze weisen geeignete Lebensraumbedingungen für Vögel halboffener und offener Habitats auf. Eine abschließende Beurteilung des Artenschutzes ist erst auf der Grundlage einer Revierkartierung möglich.
- Im westlichen Bereich sind möglicherweise Abstandsflächen zu bestehenden Hochspannungsleitungen zu beachten.
- Es liegen keine Aussagen von Fachbeiträgen der Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege und Kulturlandschaft vor. Ebenso bestehen keine Überschwemmungs- und nur punktuell leichte Starkregengefahren.

## Planungsempfehlung

Mit der Abrundung und Ergänzung des im REP bereits dargestellten GIB, gilt es eine räumlich optimale Ausnutzung als Gewerbe- und Industriegebiet zu erreichen. Die gute Anbindung an das MIV/LKW-Verkehrsnetz ist zu nutzen. Abgesehen von der Vernichtung ertragreicher Böden, sind keine bzw. lösbare Umweltbeeinträchtigungen auszugleichen. Im Bereich der Hochspannungsleitungen sind angepasste Nutzungen vorzusehen.

## Verfahrenstand

Im Regionalplan (Stand 10.12.21) ist der südöstlich angrenzende Bereich als GIB dargestellt. Die Ergänzungsfläche könnte eine großzügige GIB-Nutzung und Abrundung darstellen.

## Weitere Schritte

- Aufnahme der dargestellten Erweiterungsbereiche in den REP
- Gespräche mit Bezirksbürgermeister und Fraktionen
- Umsetzungsorientierte gutachterliche Untersuchungen durchführen

## Anhänge

[Abb\\_ID1008287\\_1.pdf](#)



<a href="#">Abb_ID1008287_10.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_11.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_12.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_13.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_14.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_15.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_16.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_17.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_18.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_19.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_20.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_5.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_6.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1008287_9.pdf</a>	
--	--

1010888	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stadtbezirk</p> <p>Kalk</p> <p>ASB Ergänzungsfläche Brück-Südwest</p> <p>Fazit [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt] [s. Anhang Abb. StnID 1010888_1-13]</p> <p>Zusammenfassung/Planungsempfehlung</p> <p>Siedlungsgeografie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Regionalplan-Entwurf 2021 ist das Gebiet als Regionaler Grünzug und zum Schutz der Landschaft und für die landschaftsorientierte Erholung dargestellt. (Überplanung von verdichteter Bebauung)</li> <li>• Im Agglomerationskonzeptes sowie im Strategiekonzept ?Kölner Perspektiven? wird der Bereich als Siedlungsraum dargestellt. Der Bereich ist bereits zu großen Teilen hochgeschossig bebaut.</li> <li>• Ebenso ist in der 3.Fortschreibung des Nahverkehrskonzept der Stadt eine neue Stadtbahntrasse i.V.m . dem Ausbau der Ostwest-Strecke und der Einführung von Langzügen als Rundstrecke (Linie 1 und 9) vorgesehen.</li> <li>• Der MIV-Verkehr ist über die Olpener Str. optimal an die A 4 und das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden.</li> <li>• Benachbartes Nahversorgungszentrum von Neubrück aber auch von Brück ist fußläufig gut erreichbar, ist stabil mit überdurchschnittlichen kurzfristigem Angebot ausgestattet und weist eine positive Entwicklung mit Angeboten des langfristigen Bedarfs auf.</li> </ul> <p>Umweltschutz</p> <p>Ausgeführt und zusammengefasst, werden nur konfliktträchtige Umweltkriterien.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Darstellung im REP als Regionaler Grünzug entbehrt jeglicher fachlicher Begründung. Ein Grünzug in Nordsüd Richtung ist nicht vorhanden, aufgrund einer hohen auch neueren Bebauung sowie aufgrund der Verkehrsbauten und Verkehrswege nicht umsetzbar. Schmale Öffnungen nördlich und südlich in den Freiraum wären ausreichend.</li> <li>• Das Plangebiet ist von Überschwemmungs- und Starkregengefahren nicht betroffen.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. Stn ID 1003216).</p>

- Als Konfliktpotential ist im Randbereich die Beseitigung von Böden mit mittlerer Ertragsfähigkeit/ Bodenwert zu nennen.
- Innerhalb des Plangebiets sind Vorkommen planungsrelevanter Vogelarten bzgl. der Wohnnähe fast auszuschließen. Eine abschließende Beurteilung ist erst durch eine vertiefende Artenschutzprüfung (ASP II) auf der Grundlage der Ergebnisse von noch durchzuführenden Bestandskartierungen möglich.
- Gemäß der Klimaanalyse des LANUV besteht über dem Areal ein mittlerer Kaltluftvolumendichtestrom mit gutem Luftaustausch und Luftströmungen von südlicher in nördlicher Richtung. Innerhalb der bestehenden Bebauung ist eine leichte nächtliche Überwärmung festzustellen.
- Das Gebiet wird geprägt durch mehrere hochgeschossige Wohnhäuser, mit Grünstrukturen umrandet, ergänzt durch einen freien Acker im Südosten. Mit einer fortgesetzten und ergänzten hochgeschossigen Bebauung in Südost-Richtung, könnten auch die nördlich und südlich verlaufenden Freiraumachsen erhalten bleiben. Eine Überplanung bestehender Bebauung im Sinne eines Regionalen Grünzuges ist planerisch nicht zu begründen.

Wenige umweltkritische Aspekte sind planungsrechtlich auszugleichen.

#### Verfahrensstand

Die Fläche ist bisher nicht im REP untersucht und auch nicht dargestellt.

#### Weitere Schritte

- Überarbeitung der räumlichen Planung sowie der Abgrenzung zwischen ASB und Regionalem Grünzug und Aufnahme dieser Ergänzungsfläche inkl. bestehender Siedlung als ASB für Wohnen.

#### Anhänge

##### **Anhänge**

[Abb\\_ID1010888\\_1.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_10.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_11.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_12.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_13.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_2.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_3.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_4.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_5.pdf](#)  
[Abb\\_ID1010888\\_6.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID1010888_7.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1010888_8.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1010888_9.pdf</a>	
---	--

AZ: Ö-O-77	
1001263	
1000998	
<p>Inhalt</p> <p><b>[Hinweis: Weitere Stellungnahmen mit inhaltlich vergleichbaren Argumenten eingereicht]</b></p> <p>Die Stadt Rösrath beabsichtigt eine Ergänzung zu diesem Regionalplan vorzuschlagen. Dieser beinhaltet eine Ausweisung des Höhenzuges Hofferhof als Gewerbegebiet (RÖ8 der zeichnerischen Festlegung). Gegen diese geplante Änderung des Regionalplans bin ich aus folgenden Gründen nicht einverstanden:</p> <p><b>Gravierende Auswirkungen auf Natur und Landschaftsschutz</b></p> <p>- Verlust der wertvollen Böden für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion (Die Höhen haben die besten Bodenwerte im Raum Rösrath)- Dramatische Auswirkungen auf Natur und Umwelt, der Verlierer ist die Artenvielfalt. In NRW verschwinden TÄGLICH Felder (Größenordnung von 18 Fußballfeldern) zu Lasten der Natur und Landwirtschaft. Damit werden Lebensräume von Tieren und Pflanzen unwiederbringlich zerstört. Zerschneidung der Flächen verhindert den Austausch der Populationen und erschwert die Futtersuche (die heimische Tier- und Pflanzenwelt wird stark beeinträchtigt)- Zudem ist für den vermutlich steigenden Bedarf an regional produzierter Nahrung in der heutigen Krisenzeit (Krieg, Versorgungsengpässe) jeder Quadratmeter landwirtschaftliche Fläche extrem wichtig und darf nicht verlorengehen.- Erhaltung der bergischen Hochflächen als wichtigen Erholungsraum. Insbesondere die bergischen Höhen mit der unverbauten Landschaft und Rundumaussicht sind ursprüngliche historische Kulturlandschaften und ein wertvoller ökologischer Ausgleichsraum. Ausgewiesene Wanderwege werden zerstört (z.B. Bergischer Bauernhofweg)</p> <p><b>Massive Verkehrsprobleme</b></p> <p>- Stark erhöhtes Verkehrsaufkommen in Hoffnungsthal, Menzlingen und Oberschönrath auf Straßen, die für eine solche Auslastung nicht vorgesehen sind- Geplante Erhöhung der DB-Taktung, dadurch zusätzliche Verkehrsbelastung bis zum Verkehrskollaps in Hoffnungsthal- Erhöhte Gefahr an den Bushaltestellen für die Schulkinder durch den entstehenden Last- und Berufsverkehr</p> <p><b>Umweltschutz</b></p> <p>- Die Versiegelung der ca. 13 ha großen Fläche hat irreparable Auswirkungen auf? den Grundwasserspiegel (Regenwasser gelangt auf versiegelten Flächen nicht mehr ins Grundwasser)? das Mikroklima (bodennahe Luftschichten werden negativ verändert)? d en Klimawandel (Verlust der CO2-Speicherfähigkeiten der Böden)? die Entstehung weit</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung zur Fläche im Bereich Hofferhof hier RÖ8 bezieht sich auf einen Regionalen Grünzug im Entwurf des Regionalplans (StnID 1004588).</p> <p>Eine Zuordnung zu einer Anregung der Kommune zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung (RÖ8 als Gewerbegebiet) ist darüber hinaus nicht möglich. Der Stellungnahme zur Flächenanregung ist insofern entsprochen</p> <p>Zuordnung zu einer Anregung der Kommune zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung (RÖ8 als Gewerbegebiet) ist darüber hinaus nicht möglich.</p>

erer Flutkatastrophen und Überschwemmungen in Hoffnungsthal, den direkt anliegenden Ortschaften und der darunterliegenden Auenlandschaft Kupfersiefer Tal (Naturschutzgebiet) bis hin zum Gewerbegebiet Scharrenbroich- Grün- und Freiflächen sind existentiell für die Kaltluftlieferungen (steigende Erderwärmung)- In Anbetracht der heutigen klimatischen Verhältnisse muss eine Bebauung von schützenswerten Landschaften unbedingt vermieden werden.

AZ: Ö-O-770	
1001140	
1002745_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir möchten auch zukünftig auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Wir wollen die Vögel singen hören und die ansässigen Tiere trotz der hiesigen Jagdgebiete in Natur sehen. Dafür nehmen wir gerne auch Nachteile des Landlebens in Kauf. Das ist unsere Heimat.</p> <p>Die Stadt Erkelenz beantragt zur Neuauflstellung des Regionalplans nun eine Erweiterung von Gibco V (Standortkategorie B) und der Flex Fläche (Kategorie A/C) westlich der B57 in Richtung unseres Dorfes. Zusätzlich plant die Stadt Hückelhoven ebenfalls entlang der B57 ein GIB Plus zwischen Baal/Granterath/Doveren/Hetzerath in der Größe von ca. 50 ha. Damit ist der weitere Verlust von wertvollen Ackerböden, Lebensraum und Naherholungsflächen verbunden. Das ist nicht der Ort, den wir zukünftig wollen.</p> <p>Gibco V/Flex Fläche</p> <p>Im von der Stadt Erkelenz beauftragten Fachgutachten Jansen fällt auf, dass die Ermittlung des Flächenbedarfs auf Basis der historischen Entwicklung erfolgt und linear in die Zukunft projiziert wird. Entwicklungen beispielsweise durch die fortschreitende Digitalisierung, Arbeitskräftemangel und einer zunehmend älteren Bevölkerung (Stichwort Babyboomer gehen in Rente) wurden leider gar nicht einbezogen, d.h. weitermachen wie bisher, alte standardisierte Konzepte aus der Mottenkiste, ohne weitere Konsequenzen aus dem ?Jetzt? zu ziehen. Auch ist auffallend, dass die Bevölkerungszahl in Erkelenz in den vergangenen Jahren eher stagniert bzw. leicht sinkt, trotz vergangenem Zuwachs bei der Gewerbeflächenansiedlung. D.h. Erkelenz wächst in Bezug auf Gewerbe und Industrie quantitativ aber nicht qualitativ auf Kosten wertvoller Ackerflächen. Auch der mögliche Erhalt der Dörfer im Zuge der Verringerung des Braunkohletagebaus fand bisher keine Beachtung im Gutachten, damit bleiben Potentiale ungenutzt. Insgesamt überzeugt uns die Planung nicht, da dynamische Effekte keinen Einfluss auf die Planung haben. Sie ist zu statisch gedacht.</p> <p>Im Gebiet der Stadt Erkelenz werden Flächen in zweistelliger Quadratkilometerzahl für den Tagebau Garzweiler II in Anspruch genommen, wobei hier weder die Tagebaugrenzen noch die endgültige Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler II durch die noch anstehende, notwendige neue Leitentscheidung definiert wurden.</p> <p>Das Konzept eines dauernd wachsenden und konkurrierendes Steueraufkommens der Kommunen durch Bodenverbrauch ist weder nachhaltig noch klimaverträglich. Es muss</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Referenz</b> 1002518_001</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Weiterhin erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Siedlungsfläc</p>

durch ein nachhaltiges Konzept, ökologisch vertretbarer Inanspruchnahme bereits genutzter Ressourcen ersetzt werden. Wachstum in Beschäftigung und Wertschöpfung müssen künftig durch Qualität statt Quantität gesichert werden. Jeder Quadratmeter produktiver, gesunder Boden dient dem Klimaschutz, der Natur und den Menschen. Ansonsten leben wir immer weiter auf Kosten der Mutter Erde, das kann auf Dauer kein nachhaltiges Konzept sein.

Im Umweltweltbericht der Regionalplanung zu Gibco V/Flex Fläche steht unter dem Schutzgut ?Wildgebiet? des Regionalplans, diese seien im Plangebiet nicht vorhanden, somit vernachlässigbar. Dabei gehen die Gutachter fehl. Vielmehr handelt es sich um ein weitreichendes Wildwechselgebiet und der Wald zwischen Scheidt und Hetzerath ist ein Rückzugsort für Wild und andere Tiere.

Bei der Stellungnahme der Erkelenzer Öffentlichkeit sprachen sich zudem 98% aller Einwender gegen das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz aus und forderten Änderungen und Neuplanungen. Es haben dabei nicht nur Privatpersonen und Bürgerinitiativen ihre Meinung kundgetan, sondern auch die Mehrzahl der betroffenen Landwirte. Die weitere, unreflektierte Übernahme dieses Gewerbeflächenkonzeptes in den Regionalplan würde daher gegen den Willen der Einwohner der Stadt Erkelenz durchgeführt. Dies entspräche nicht dem Geiste des Regionalplans.

#### Baal GIB Plus

Das von der Stadt Hückelhoven eingebrachte GIB Plus hat u.a. den großen Nachteil, dass die verkehrstechnische Anbindung wie das bereits bestehende Gewerbe- und Industriegebiet Hückelhoven-Baal mit einer Ausdehnung von 110 ha erneut über die B57 erfolgen soll. Damit hat Hückelhoven zum geplanten GIB Plus wieder mal keinen eigenen Autobahnanschluss. Auch hier wiederholen sich Planungsfehler aus der Vergangenheit bei der verkehrstechnischen Anbindung, obwohl Baal über einen eigenen Gleisanschluss an der Strecke Aachen-Mönchengladbach verfügt. Vielmehr wird den Einwohnern von Baal sowie der Nachbarstadt Erkelenz und den betroffenen Dörfern erneut zugemutet, dass der Verkehrsfluss über die B57 in Richtung Autobahnabfahrt Erkelenz Süd sowie weiterer Anschlussstraßen in der Region erfolgen soll.

Schon heute sind die Bürger entlang der B57 zwischen Baal und Erkelenz die großen Verlierer bereits erfolgter Gewerbeflächenansiedlungen. Sie leiden bereits unter den zunehmenden Abgas- und Lärmemissionen und erwarten von der Stadt Hückelhoven und Erkelenz Lösungen, die sie aber bisher nicht haben. Die Häuser/Gärten in Baal/Granterath/Scheidt/Commerden liegen z.T. nur wenige Meter von der B57 entfernt und stationäre Geschwindigkeitskontrollen oder lärmsenkende Geschwindigkeitsbegrenzungen (30 km/h) bei Tag und Nacht bestehen nicht, obwohl seitens der betroffenen Bevölkerung gefordert. Eine erneute Steigerung durch zusätzliche Industrieflächen ist nicht hinnehmbar, oder soll entlang der B57 im

henreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächen monitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Bezüglich der Festlegung eines GIB bzw. eines GIBflex in Erkelenz gilt, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist (s. Stellungnahme ID 1000716). In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des



betroffenen Bereich gänzlich mit Schallschutzwänden gearbeitet werden? Zudem stellt sich die unbeantwortete Frage, ob durch den zusätzlichen Verkehr die einzuhaltenden gesetzlichen Grenzwerte bzgl. der Emissionen nicht gänzlich überschritten werden. Wir bitten bei diesem Thema um zusätzliche Erhebungen und Einschätzungen.

Ebenso wurden die bestehenden und geplanten Gewerbeflächen benachbarter Kommunen außer Acht gelassen. Zu nennen sind dabei insbesondere die Ansiedlungen großer Verteilzentren u.a. von Amazon und Reuters in MG-Rheindahlen, welche jetzt schon für eine Überlastung der B 57 zwischen der Gewerbefläche Hückelhoven-Baal als Standort mehrerer großer Logistikunternehmen sorgen.

Im Umweltweltbericht zum GIB Plus steht unter dem Schutzgut ?Wildgebiet? des Regionalplans, diese seien im Plangebiet nicht vorhanden. Dabei gehen die Gutachter fehl. Vielmehr handelt es sich um ein weitreichendes Wildwechselgebiet und der Wald nördlich von Baal in Richtung Hetzerath ist ein Rückzugsort für Wild und andere Tiere.

Auch wenn der Bürgermeister der Stadt Hückelhoven öffentlich angekündigt hat, dass aufgrund des deutlich vernehmbaren Protestes ein GIB Plus in Baal für ihn nicht mehr in Frage kommt, so plant er dennoch zusätzliche Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath westlich und östlich der B57, jetzt ohne die Flächen eines verkaufsunwilligen Landwirtes. Auch diese Planung ist aus den genannten Gründen mit Nachdruck abzulehnen.

#### Grundsätzliches

Die Ackerböden im Kreis Heinsberg gehören zu den besten Böden in Europa. In den beiden Umweltberichten zu Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus heißt es abschließend: ?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.? Durch immer mehr Straßen, Wohn- und Gewerbegebiete werden die Böden für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Aktuell zeigen die Entwicklungen rund um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, dass ein Umdenken langfristig zwingend erforderlich ist. Boden ist ein endliches Gut und wir müssen es wieder zu schätzen wissen. Die Bezirksregierung sollte mit der Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten, dem ungebremsten Flächenverbrauch Einhalt gebieten und den schutzbedürftigen Böden mehr Stellenwert geben. Auch gilt es, sich wandelnden Lieferketten Rechnung zu tragen.

Auch aus Gründen des Klima- und des Artenschutzes lehnen wir die immer weiter voranschreitende Versiegelung von Flächen ab. Beton bindet weder Wasser noch CO<sub>2</sub> und bietet keine Nahrungsgrundlage. Die Natur braucht ihren Platz. Anstatt immer neue Flächen auf der ?grünen Wiese? zu versiegeln, sollten alte Industrie- und

Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren. Hierzu zählen u.a. auch potentielle Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird

Gewerbeflächen überplant und neuen Nutzungen zugeführt werden.

Entsprechend dem Koalitionsvertrag ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 ha täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Diese Begrenzung muss nun auch auf die Städte Erkelenz und Hückelhoven heruntergebrochen werden und die Flächen dementsprechend angepasst werden. Dies und weitere aktuelle Gesetzgebungsverfahren der neuen Landesregierung bitten wir in der Regionalplanung zu berücksichtigen.

Zur Begründung für neue Gewerbe- und Industriegebiete wird häufig das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen herangezogen. Beim derzeitigen und weiter absehbaren Mangel an Arbeitskräften in allen Bereichen - von Pflege, Verwaltung, Handel, Dienstleistung, Handwerk und Industrie - stellt sich die Frage, welche Arbeitskräfte die neuen Gewerbe- und Industriegebiete künftig füllen sollen. Und das bei einer zunehmenden Etablierung von Home Office in der Arbeitswelt.

Der Strukturwandel, dem gerade auch der Kreis Heinsberg im besonderen Maße unterliegt, macht die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich, das steht außer Zweifel. Mit dem Wegfall alter Industrien, alter Arbeitsplätze fallen aber auch alte Produktionsstätten weg, die durchaus einer neuen Nutzung und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeführt werden können.

Es macht keinen Sinn, alte Produktionsstätten verrotten zu lassen und gleichzeitig neue Gewerbe- und Industriegebiete aus dem Boden zu stampfen, nur weil die Erwerbskosten von Ackerflächen für die Kommunen niedriger sind.

Von der Bezirksregierung ausdrücklich erwünscht sind Interkommunale Gewerbegebiete. Im aktuellen Entwurf kommt das nicht ausreichend zum Tragen, d.h. der Kreis Heinsberg nutzt diese Möglichkeit nicht. Vielmehr agiert jede Kommune autark mit ihren Lokalfürsten, ohne einen ganzheitlichen Planungsblick auch Sicht des Kreises zu haben. Deswegen ist es erforderlich, dass die Kommunen zusammenarbeiten, um möglichst effektiv Gewerbegebiete zusammen zu führen.

Flächenversiegelung bedeutet auch Reduzierung des Regenwassereintrags in den Boden. Erkelenz/Hückelhoven liegen nördlich der Rur. Am Ende wird das Regenwasser aber in die Rur eingeleitet. Denken wir an die Flutkatastrophe vor einem Jahr mit erheblichen Schäden auch für Kommunen an der Rur. Die Flächenversiegelungen würden bei einem Starkregenereignis die Rur weiter belasten. Diese Auswirkungen wurden im Umweltbericht nicht berücksichtigt.

Aus unserer Sicht werden zu erwartende Verkehrs- und Infrastrukturprobleme durch die Flächenausweisungen nicht berücksichtigt. Die gesamte Fläche rund um Hetzerath und den umliegenden Dörfern ist ein Biotop Verband, welches im Regionalplan ebenfalls nicht berücksichtigt wird.

im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und Bedenken im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Und wie kann es sein, dass Flächen im Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus seitens der Kommunen Erkelenz und Hückelhoven überplant werden, die nach Auskunft betroffener Landwirte gar nicht zur Verfügung stehen, da diese ihre Existenzgrundlage und die der Nachkommen bilden? In meinen Augen hätten die Kommunen Erkelenz und Hückelhoven diese Ausschlusskriterien schon zu Beginn der Regionalplanung verlässlich beachten müssen. So sind viele Ressourcen in Planungen geflossen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren, u.E. handelt es sich hier um reine Steuerverschwendung.

Aus den genannten Gründen erachten wir es als sachgerecht, dass der Entwurf der Regionalplanung in der jetzigen Form nicht zum Tragen kommt. Vielmehr ist eine umfassende Überarbeitung erforderlich, soweit die BürgerInnen tatsächlich auf Augenhöhe mitgenommen werden sollen. Wir bitten Sie, unseren Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Gewerbe- oder Industrieflächen Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus und auch zusätzliche Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath westlich und östlich der B57 sind abzulehnen.

Dieser Text wurde von mir kopiert mit Erlaubnis Vom eigentlichen Verfasser. Ich persönlich weiß nicht wo es noch hinführen soll wenn immer weitere Flächen versiegelt werden. Wir haben jetzt schon viel zu viel Verkehr in unserem Ort mit dem Gewerbegebiet.

Für evtl. Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

AZ: Ö-O-771	
1002112	
1011492	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zur geplante Ausweitung der Gewerbe- und Industrieflächen zwischen Kotthausen und Herreshagen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>in einem neuen Regionalplan wird derzeit die Ausweitung der Gewerbe- und Industrieflächen zwischen Kotthausen und Herreshagen geplant.</p> <p>Als direkter Anwohner ([ANONYMISIERT], Herreshagen) der geplanten Erweiterung sehe ich verschiedene Aspekte, die gegen diese Erweiterung sprechen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weitere Zerstörung der Natur, der Lebensraum für hier beheimatete Tierarten wird vernichtet. Das vielfach von Wanderern, Radfahrern und Reitern zur Erholung genutzte Gebiet wird einem Gewerbegebiet geopfert und damit zerstört.</li> <li>• Der dörfliche Charakter von Herreshagen geht verloren.</li> <li>• Die Lebensqualität in Herreshagen nimmt rapide ab. Erholung in der Natur wird ersetzt durch Lärm-, Licht- und Geruchsbelastung.</li> <li>• Der Wert meiner Immobile reduziert sich drastisch, da in einem solchen Umfeld niemand mehr wohnen geschweige denn ein Haus kaufen möchte.</li> </ul> <p>Ich möchte sie deshalb bitten, die geplante Erweiterung des Gebietes in Herreshagen aus ihren Planungen zu streichen und andere Gebiete in Betracht zu ziehen, dessen Erschließung eine weit geringere Auswirkung auf Anwohner und Natur haben.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1011492]</p> <p>Herreshagen, 26.08.2022</p> <p>[ANONYMISIERT] [ANONYMISIERT] 51647 Gummersbach-Herreshagen</p> <p><b>Anhänge</b> <a href="#">Abb_ID1011492.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-772	
1001927	
1002775_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Durch die Erweiterung bzw. Erneuerung des Regionalplans, fällt unser landwirtschaftlicher Betrieb zu 60 % in die Zone, in der ab 2030 keinerlei Pflanzenschutz mehr durchgeführt werden darf. Da wir viele verschiedene Kulturen anbauen und die Ansprüche an die Qualität sehr hoch sind, werden wir Probleme mit dem Absatz bekommen. Wir müßten den Betrieb teilen konventionel/bio, viele neue Maschinen anschaffen. Wodurch enorme Kosten entstehen, welche die Existenz des Betriebes bedrohen. Daher bitte ich Sie, daß totale Verbot von PSM nochmals zu überdenken. Da z. Z. die Biobiosmittlepreise schon gering sind, werden die Preise vermutlich noch stärker sinken. Außerdem ist der Regionalplan in seiner Umsetzung mit einer Enteignung zu vergleichen, wir leben aber in einem Rechtsstaat!(anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-773	
1002150	
1002778_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Bürger der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid und aktiver Landwirt im Vollerwerb, erhebe ich folgende Bedenken zum aktuellen Planungsstand zur Neuaufstellung des Regionalplanes im Bereich der Ortschaft "Seelscheid", Rhein-Sieg-Kreis. Zur Erweiterung der Wohnbauflächen in Seelscheid. Hier werden wertvolle Ackerflächen in guten topographischen Lagen, die dringend für die Existenz der bewirtschaftenden Betriebe und für die Nahrungsmittelproduktion benötigt werden, als Wohnbaufläche verplant. Konkrete Anmerkungen! 1. Der geographische Bereich zwischen der Steinerstraße und der Ortschaft "Scherpemich", rechts der B56. Ihr würden auch unzulässiger Weise die Ortschaften Seelscheid und Scherpemich zusammen wachsen. 2. Der geographische Bereich, nördlich von Seelscheid, rechts der B56 bis Oberheister, über die Steiner Straße hinaus bis zur Ortschaft "Scherpemich". Gleiche Argumente wie zuvor! 3. Der geographische Bereich, nördlich von Seelscheid, links der B56, von der Driescher Straße, über den Landweg, der Eicher Straße bis zur B56. Hier werden insbesondere zwei viehhaltende Betriebe unmittelbar durch den unwiederbringlichen Flächenentzug in ihrer Existenz gefährdet. Als Ersatzflächen sollten folgende, kleiner Flächen, die in ihrer Bewirtschaftung, bzw. durch bereits teilweise vorhandenen Wohnbebauungen erweitert werden. Vorschläge! 4. Der geographische Bereich rechts von Seelscheid, vom Lilienweg bis zur Einmündung Gutmühlenweg auf die Talstraße. 5. Rechts der B56, der Bereich um die Hausener Straße, Dachs - und Luchsweg.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-774

1002116

1002779\_001

#### Inhalt

Ich als Landwirt liege mit über der Hälfte meiner landwirtschaftlichen Nutzfläche in den geplanten FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebieten. Die dargestellten Einschränkungen in der Bewirtschaftung würden in meinem Fall die Existenz, des über Generationen bestehenden Betriebes bedeuten. Gerade vor explodierenden Lebensmittelpreisen und knapper Versorgungslage (Weizen, Ölsaaten) halte ich eine Ausweitung solcher Gebiete für falsch und lehne solche somit ab. In unserer Region gibt es bereits ausgewiesene Naturschutzgebiete, welche auch mit entsprechenden Schildern deklariert sind. Leider werden die Hinweise darauf, von Erholungssuchenden total ignoriert. Es werden Hunde nicht angeleint, Feuerstellen zum grillen errichtet (auch in Zeiten von erhöhter Brandgefahr), in den Gebieten herrscht reger PKW Verkehr auf nicht dafür zugelassen Wegen. Von Seiten der Ordnungsbehörden gibt es hier kein Einschreiten, ist das dann der Schutz von Vögel oder FFH? Ich appelliere daher, die Landwirte ihre Arbeit machen zu lassen und diese nicht ständig zu bevormunden und im Gegenzug vorhandene Schutzgebiete, egal welcher Art wirksamer vor äußeren Einflüssen zu schützen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-775	
1002296	
1005157	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer folgender Grundstücke 4409 Gemarkung Dürscheven, Flur 3, [anonymisiert] wie folgt Stellung: ich lege Einspruch gegen die Ausweisung als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ein, da ich als Verpächter für die Grünland- und Ackerflächen massive Mindereinnahmen erwarte, weil es zu einem Verbot der Nutzung von Pflanzenschutzmitteln kommen wird und somit die Erträge sinken werden bzw. die Bewirtschaftung nicht mehr sinnvoll wäre. Außerdem würde es zu meinen Lasten zu einer Wertminderung diese Flurstücke kommen. Bei den bebauten Grundstücken wird es zu einer Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten kommen einhergehend mit einer dadurch bedingten Wertminderung, diese ebenfalls zu meine Lasten. Aus den genannten Gründen lege ich daher, wie zu Beginn schon erwähnt, Einspruch ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-776	
1002188	
1008930	
<p>Inhalt</p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Ich bin Eigentümer einer landwirtschaftlichen Fläche, welche im Regionalplan mit einem Schutzstatus belegt ist bzw. belegt werden soll.</p> <p>Es geht um die Grundstücke Gemarkung Blatzheim, [ANONYMISIERT].</p> <p>Diesen Belegung lehne ich vehement ab!</p> <p>Diese Belegung würde für mich einer kalten Enteignung gleichgesetzt.</p> <p>Oberstes Ziel der Politik sollte sein: Sicherer Zugang zu gesunden Lebensmitteln in ausreichender Menge.</p> <p>Alles andere wäre verantwortungslos.</p> <p>Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-777	
1001933	
1008931	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen-Bergerhausen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb (Vollpachtbetrieb) mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von meinem bewirtschafteten Betrieb leben zur Zeit 2 Generationen.</p> <p>Von dem neuen Regionalplan liegen rund 95 % der Fläche, die ich bewirtschafte (insgesamt ca. 225 ha), in Schutzgebieten, in welcher Form auch immer. Eine Aufstellung der Flächen reiche ich gerne nach, sofern dies erforderlich ist!</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend.</p> <p>Diesbezüglich möchte ich Sie auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen!</p> <p>Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Schutzgebiete mit zu berücksichtigen.</p> <p>Pflanzen benötigen Pflanzenschutzmittel. Sie führen zu einer vitalen Pflanze und somit auch zu gesunden Tieren. Man muss eine Pflanze behandeln, um sie gesund zu erhalten. Dies ist mit entsprechenden Methoden und Fachkenntnissen zu tun!</p> <p>Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner gepachteten Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Im Zuge dessen dürfte das Risiko auf meinem Betrieb dadurch deutlich steigen und die Erträge zurückgehen.</p> <p>Dies hat auch zur Folge, dass die Produktion in der gesamten EU somit deutlich zurückgehen, vor allem bei pflanzenschutzintensiven Kulturen.</p> <p>Erstens würden wir dadurch abhängiger werden von Importen, da ein Produktionsrückgang vor allem bei pflanzenschutzintensiven Kulturen zu erwarten ist, wird deren Produktion in Drittstaaten abwandern und die Überwachung der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Produktionsbedingungen und auch der angewendeten Pflanzenschutzmittel ist schwieriger zu kontrollieren.

Mögliche negative Auswirkungen von Pflanzenschutzmittel auf Mensch und Umwelt werden also in tendenziell ärmere Staaten verlagert.

Zweitens stellt sich aktuell natürlich auch die ethische Frage, ob es vertretbar ist in Zeiten der wachsenden Weltbevölkerung die Produktion deutlich zu verringern.

Das Vorhaben zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ist meines Erachtens in seiner pauschalen Vorgehensweise nicht zielführend. Die Fortschritte in der Landwirtschaft bei der Verringerung der Einsatzmenge und der Giftigkeit werden nicht anerkannt.

Oberstes Ziel der Politik sollte sein: Sicherer Zugang zu gesunden Lebensmitteln in ausreichender Menge.

Alles andere wäre verantwortungslos.

Betrieblich gesehen für mich, ist zudem ein deutlicher Mehraufwand an Bürokratie zu erwarten.

Auch müsste auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Schutzgebieten vermehrt auf eine mechanische Unkrautbekämpfung gesetzt werden.

Diese hat massive Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Bodenbrüter, Gelege sowie Klein- und Jungtiere werden durch eine mechanische Unkrautbekämpfung in ihrem Bestand massiv reduziert.

Aus meiner Sicht ist eine pauschale Reduktion von Pflanzenschutzmitteln fachlich nicht nachvollziehbar und wird dem Naturschutz, der Artenvielfalt und der Biodiversität nur sehr bedingt helfen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es in der Bewirtschaftung der gesamten Flächen in NRW eine hohe Bereitschaft des kooperativen Vertragsnaturschutzes mit den bewirtschaftenden Betrieben gibt. Mehrere Programme derart setze ich jetzt schon in meinem Betrieb um. Einer Ausweisung von Schutzgebieten bedarf es daher meines Erachtens nicht.

Kooperative Angebote des Vertragsnaturschutzes stellen eine Ertragsmöglichkeit auf den Flächen dar. Ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln wird diese erheblich negativ beeinflussen.

Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands

und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-O-778	
1002269	
1008107	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe durch meinen Nachbarn erfahren, das es für unseren Bereich einen neuen Regionalplan gibt in dem unser Grundstück in einen Bereich (Schutz der Natur) mit einbezogen ist, Seltsam ist, das alle Nachbarn einen Bescheid erhalten haben, ich wurde anscheinend vergessen. Mein Vater hat in den Jahren [ANONYMISIERT] hier in [ANONYMISIERT] einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb [ANONYMISIERT] aufgebaut. Dieses Grundstück liegt [ANONYISIERT]. Seit [ANONYMISIERT] bewirtschafte ich diese kleine Fischzucht und bestreite hiermit meinen Lebensunterhalt. In rund [ANONYMISIERT] werde ich in Rente gehen, ich trage mich mit dem Gedanken meine Fischzucht nebst Haus zu diesem Zeitpunkt eventuell zu verkaufen. Sollte es zutreffen, das mein Grundstück in ein Naturschutzgebiet fällt, wird es für einen eventl. Käufer vermutlich uninteressant werden, hier zu investieren. Ich bitte darum, mein o.g. Grundstück aus der Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur heraus zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-783	
1002149	
1005158	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Euskirchener Stadtteil Schweinheim ist von der Flut im Sommer 2021 stark getroffen worden. Der Zusammenfluss von Steinbach und Sürstbach mit einem Wassereinzugsgebiet von 30 Quadratkilometer ist mitten im Ort. Hinzukommt, dass Schweinheim das erste Dorf unterhalb der Steinbachtalsperre ist, deren Damm zu brechen drohte. Diese exponierte Lage hat dazu geführt, dass nahezu alle Haushalte in Schweinheim von der Flut betroffen waren. Der Verein Schweinheim hat Zukunft e.V. hat sich unmittelbar nach der Flut gegründet. Zwecke des Vereins sind die Hilfe für die örtlichen Flutopfer, der Wiederaufbau und die Realisierung eines nachhaltigen Hochwasser- und Starkregenschutzes für den Ort. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nimmt der Vereinsvorstand wie folgt Stellung: Wir haben anhand der zur Verfügung gestellten Karten festgestellt, das oberhalb und unterhalb des Euskirchener Stadtteils Schweinheim der gesamte Bereich von Steinbach, Sürstbach und Orbach als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden soll. Aufgrund der Flutkatastrophe im Juli 2021 gehen wir davon aus, dass hinsichtlich des Hochwasser- und Starkregenschutzes die Stadt Euskirchen bereits gegen den Entwurf des Regionalplanes Köln Bedenken geäußert hat. Im gesamten Bereich der genannten Bäche werden in den nächsten Monaten und Jahren umfangreiche Berechnungen und Planungen vorgenommen, um hier den Hochwasser- und Starkregenschutz den neuen Realitäten anzupassen. Wir haben die Sorge, dass eine Neuausweisung von BSN- und BSLE-Flächen in den genannten Bereichen einen umfassenden und zukunftsfähigen Hochwasser- und Starkregenschutz für Schweinheim deutlich verzögert, eventuell sogar verhindert. Nach den schlimmen Erfahrungen durch die Flut im Sommer 2021 geht es darum, Schweinheim und die dort lebenden Menschen zu schützen und die örtlichen Gegebenheiten an die Klimawandelfolgen anzupassen. Wir alle brauchen in Zukunft eine Umwelt, in der man gut leben kann und gesund bleibt. Deshalb ist Naturschutz überlebenswichtig. Dazu ist eine Neuausweisung von BSN- und BSLE-Flächen grundsätzlich notwendig und richtig. Dies darf aber den existentiell notwendigen Hochwasser- und Starkregenschutz nicht behindern. Deshalb fordern wir, von einer Überplanung der in dem geschilderten Bereich liegenden Flächen zu BSN- und BSLE-Flächen Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die vorgesehenen Festlegungen stehen nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Erfordernissen des Hochwasser- und Starkregenschutzes. In Ziel 19 (BSN) wurden explizit auch die Zielsetzungen des vorbeugenden Hochwasserschutzes integriert.</p>

AZ: Ö-O-785	
1002200	
1002790_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Einspruch - "Öff Neuaufstellung Regionalplan"</p> <p>Hiermit lege ich Einspruch ein gegen die Planunterlage des Entwurfs des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, konkret gegen den Zeichnerischen Teil der Planungsunterlage Blatt 1 (Heinsberg), hier bezüglich der Flurstücke</p> <p>1) Lagebezeichnung: Die Schmit, Gemeinde: Heinsberg, Gemarkung: Randerath, Flur: 45, Flurstück: [ANONYMISIERT].</p> <p>2) Lagebezeichnung: Zwischen Baumener und Hovener Weg, Gemeinde Heinsberg, Gemarkung: Randerath, Flur 43, Flurstück: [ANONYMISIERT].</p> <p>3) Lagebezeichnung: Baumen 3, Gemeinde: Heinsberg, Gemarkung: Randerath, Flur: 39, Flurstück: [ANONYMISIERT].</p> <p>4) Lagebezeichnung: Am Büngerweg, Gemeinde: Heinsberg, Gemarkung: Randerath, Flur: 39, Flurstück: [ANONYMISIERT].</p> <p>Bei der Prüfung des Entwurfs der Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln, habe ich festgestellt, dass vier meiner Flurstücke eingeordnet wurden in ein Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung. Durch mögliche Einschränkung im Bereich Pflanzenschutz und Düngung ist die wirtschaftliche Existenz meines Betriebes akut bedroht. Besonders, da ich plane, zukünftig den Betrieb in Richtung Sonderkulturen (Obstbau) umzubauen. Ich fürchte, dass so mehr als die Hälfte meiner Betriebsfläche nicht mehr kostendeckend bewirtschaftet werden kann. Dies würde dazu führen, dass ich den Hof aufgeben müsste, der seit Generationen in Familienhand geführt wird. Aufgrund der drohenden weltweiten Nahrungsmittelknappheit, müsste die Bezirksregierung doch darüberhinaus auch ein Interesse daran haben, dass regional ausreichend Ackerflächen zur Verfügung stehen und auch kleine Landwirtschaftsbetriebe weiterhin bestehen und zur Versorgungssicherheit der Bevölkerung beitragen können.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplan dürfen wir im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen: Insgesamt ist die Betroffenheit der Verfasser so groß, dass sie bei unveränderter Planung gezwungen wären, gegen den Regionalplan Klage zu erheben. Ich, [ANONYMISIERT] bewirtschafte zusammen mit meinem Sohn [ANONYMISIERT] in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) einen Ackerbaubetrieb mit Pensionspferdehaltung im Vollerwerb. Die Betriebsfläche beträgt ca. 120 ha, wovon ca. 50 ha im Eigentum von [ANONYMISIERT] sind und ca. 70 ha von unterschiedlichen Eigentümern gemeinsam gepachtet sind. Die Lage der Flächen bildet zwei Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt ist rund um den Betriebssitz in 53913 Swisttal-Hohn, der zweite Schwerpunkt der Flächen verteilt sich in Streulage rund um die Ortschaft 53913 Swisttal-Ollheim. Der Betrieb betreibt intensiven Ackerbau mit den Anbaufrüchten Zuckerrüben, Winterraps, Winterweizen, Dinkel, Wintergerste, Hafer und Druscherbsen. Für den Betriebsteil Pensionspferde wird Grünland als Weide und zur Schnittnutzung für die Futtergewinnung für die Pensionspferde bewirtschaftet. Der Betrieb bildet die Futtergrundlage für die zurzeit gehaltenen 60 Pensionspferde. Auf einem Teil der Betriebsflächen werden in Zusammenarbeit mit einem Obstbaubetrieb im Rahmen der Fruchtfolge im Wechsel Erdbeeren angebaut.

Die Betroffenheit im Einzelnen: Bereich 53913 Swisttal-Hohn  
Im Bereich rund um die Betriebsstätte in Swisttal-Hohn sieht der vorliegende Planentwurf eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor (Abb. 1). In dem aktuell gültigen Plan hat das Gebiet keine Gebietsausweisung (Abb. 2). In dem Bereich ist durch nachhaltige Landbewirtschaftung des Betriebes der Verfasser und der anderen im Bereich wirtschaftenden Betriebe im Rahmen der guten fachlichen Praxis eine Kulturlandschaft entstanden ? eine positive Leistung der Landwirtschaft -. Insofern bedarf es daher keine gesonderte Schutzausweisung, zumal derzeit kein Planzeichen für z. B. ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche? existiert. Die Verfasser legen im Rahmen der Agrarförderung in dem Bereich freiwillig Randstreifen zur Förderung der Vernetzung und Steigerung der Biodiversität an. Außer den ?grünen? Wirtschaftswegen gibt es in dem Bereich wenig schützenswerte Landschaftselemente. Der Bereich zeichnet sich durch eine hohe Fruchtbarkeit der Böden aus. Die uneingeschränkte Bewirtschaftung der Ackerflächen sind mit Blick auf die Welternährungslage und der regionalen Versorgung sicherzustellen. Im Hinblick auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Einschränkung von

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



Pflanzenschutzmitteln (PSM) und der damit einhergehenden Gefahr der Einstufung von Landschaftsschutzgebieten als sogenannte ?Sensible Gebiete? und des damit verbundenen Verbotes der Anwendung von PSM, sollte deshalb von einer Ausweisung als BSLE abgesehen werden. Ein Verbot des Einsatzes von PSM bedeutet für den Betrieb der Verfasser durch drastische Ertragsrückgänge ? egal ob konventionell oder ökologisch bewirtschaftet ? eine ernstzunehmende Existenzbedrohung. Weiterhin sieht der Verfasser [ANONYMISIERT] bei Bewirtschaftungseinschränkungen infolge von zurzeit nicht abzusehenden gesetzlichen Vorgaben, die Gefahr eines Wertverlustes im Bereich der Schutzausweisungen. Weiterhin wird der Bereich auch ohne spezielle Gebietsausweisung von Erholungssuchenden (Fußgänger, Fahrradfahrer, Jogger, Reiter, Skater usw.) intensiv genutzt, sodass es keiner zusätzlichen Ausweisung bedarf. Der Betrieb der Verfasser ist in dem Bereich mit ca. 70 ha betroffen.

ABBILDUNG 1

ABBILDUNG 2

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1002791\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1002791\\_001\\_2.pdf](#)

**Inhalt**

Bereich um 53913 Swisttal-Ollheim

Im aktuell gültigen Regionalplan (Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg, 2. Auflage/Stand 2009) sind die Freiraumbereiche in der Ortsumgebung Ollheim und bis zum Ortsrand Ludendorf mit der zweckgebundenen Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) gekennzeichnet (Abb. 3). In dem Bereich findet ein intensiver Ackerbau mit dem Schwerpunkt Sonderkulturen statt. Der Betrieb des Verfassers führt unter anderem dort den oben beschriebenen Austausch der Flächen mit dem Sonderkulturbetrieb zum Anbau von Erdbeeren aus. Dort sind erhebliche Investitionen in Feldberegnungen und im sogenannten geschützten Anbau (Folientunnel, Glashäuser usw.) zur Qualitätssicherung der Anbauprodukte erfolgt. Durch den Wegfall der zweckgebundenen Nutzung (Planzeichen A) im Entwurf des Regionalplans (Abb. 4) ist die Planungssicherheit hinsichtlich der Refinanzierbarkeit der durch die Intensivnutzung bedingten hohen Flächenkosten nicht mehr gegeben und könnte langfristig die wirtschaftliche Basis der Folgegeneration [ANONYMISIERT] gefährden. Der Betrieb der Verfasser ist in dem Bereich mit ca. 50 ha betroffen.

ABBILDUNG 3/ ABBILDUNG 4

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1002791\\_002\\_1.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021. Diese sieht kein Planzeichen für eine zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? vor. Auch liegen der Regionalplanungsbehörde keine fachlichen Grundlage für eine solche Festlegung vor.

Bewirtschaftungseinschränkungen für die landwirtschaftliche Nutzung ergeben sich daraus nicht. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

**Inhalt**

Bereich entlang des Buschbaches von Swisttal-Buschhoven bis Swisttal-Dünstekoven  
Ein breiter Korridor der sich rechts und links bis weit in die Feldflur entlang des Buschbaches erstreckt ist sowohl im aktuellen Regionalplan, als auch im vorliegenden Entwurf als ?Bereiche für den Schutz der Natur? (BSN) ausgewiesen (Abb. 1, 2). Schützenswert im Sinne des Schutzzieles sind jedoch lediglich das Bachbett selbst, die Böschungen mit Bäumen und Sträuchern, sowie die ?grünen? Wege beidseits des Gewässers. Die an die ?grünen? Wege angrenzende Feldflur wird intensiv bewirtschaftet. Die zu erwartenden Auflagen die sich durch die Ausweisungen eines Naturschutzgebietes ergeben, lassen erwarten, dass eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr möglich ist. Insofern ist der BSN auf den Bereich des Gewässers, der Böschungen und der grünen Wege zu beschränken. Der Betrieb der Verfasser ist mit ca. 20 ha betroffen.

**Schlussbemerkung**

Die negativen Auswirkungen der geäußerten Bedenken gefährden mittelfristig die wirtschaftliche Basis des Familienbetriebes und somit die Voraussetzung der Fortführung im Zuge des Generationenüberganges auf bestens qualifizierte und bisher noch hochmotivierte Betriebsnachfolger. Angesichts unseres Vortrages fordern wir Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Betriebsflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-787	
1002079	
1002792_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Einspruch gegen Neuaufstellung des Regionalplans Industriegebiet LEP Lindern (Geilenkirchen, Kreis Heinsberg)</p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da hier (unnötigerweise) im großen Maß landwirtschaftliche Fläche ?entnommen? wird und den landwirtschaftlichen Betrieben kein (geeigneter) Ersatz angeboten wird bzw. werden kann. Wo sollte dieser auch herkommen? Weiterhin wird hier eine Planung betrieben, der jegliche, realistische Grundlage fehlt. Auf dem in diesem Rahmen von der Stadt Geilenkirchen durchgeführten Bürgerworkshop im August 2022 konnten diesbezüglich die wenigsten Fragen kompetent beantwortet werden. Viele ortsansässige Bürger nutzen die umliegenden Feldwege zu Spaziergängen etc. Dieses würde dann so nicht mehr möglich sein. Das würde eine große Beeinträchtigung meiner und unser aller Wohn- und Lebensqualität bedeuten. Ein sehr wichtiger Punkt ist der zunehmende Verkehr, der durch das geplante Industriegebiet (schon während der Erschließungs- bzw. Bauphase) den dörflichen Charakter der betroffenen und umliegenden Ortschaften vollständig zerstören würde. Schon jetzt kann ich als Anwohner der L364 (bei einem etwas zurückliegenden Haus mit Schlafzimmer nach hinten) nicht mehr bei offenen Fenster schlafen. Und das "auf dem Land"! Was soll ich erst bei der Realisierung des Industriegebietes machen? Das würde bei mir mit Sicherheit gesundheitliche Folgen haben. Außerdem ist es schon jetzt sehr gefährlich, die Durchgangstraße im Bereich des Ortseingangs zu überqueren, da hier teilweise sehr schnell gefahren wird und es sich um einen unübersichtlichen Kurvenbereich handelt. Eine Umgehungsstraße für die Ortschaften Leiffarth und Würm kann ich aus dem Regionalplan nicht erkennen. Schon jetzt ist die L364 aus bzw. in Richtung Südwesten (Geilenkirchen bzw. K24 - B56 - A44) zu Stoßzeiten extrem überlastet. An den Bahnübergängen bilden sich bereits jetzt lange Autoschlangen. Für die entsprechenden Umgehungsstraße müssten dann sogar noch zusätzliche landwirtschaftliche Flächen ?geopfert? werden, die bis jetzt noch gar nicht bei der Planung berücksichtigt wurden. Das würde dann noch einmal weitere landwirtschaftliche Betriebe zur Aufgabe zwingen. Und dabei rede ich nur von der Anbindung aus dieser Himmelsrichtung. Es kann niemand so dumm oder naiv sein, zu glauben, dass die zukünftigen Beschäftigten der anzusiedelnden Betriebe alle mit dem ÖPNV anreisen werden? Sollte der Bahnverkehr tatsächlich nach der Realisierung des Industriegebietes eine kürzere Taktung bekommen, wird das, neben den offensichtlichen Nachteilen für den Personennahverkehr, auch Auswirkungen auf die weiter entfernten Bahnübergänge (z. B. Geilenkirchen) haben. Sollten hier dann später</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

aufwendige Brückenbauwerke oder Untertunnelungen erforderlich werden, so sind diese potenziellen Kosten (s. a. Perspektivbericht Future Site inWEST) mit Sicherheit derzeit nirgendwo zu finden. Schon jetzt haben umliegende Betriebe Probleme, geeignete Mitarbeiter zu finden. Diese Betriebe müssten bei der Realisierung des Industriegebietes dann auch noch mit den dortigen Firmen in Konkurrenz treten. Der tatsächliche finanzielle Aufwand wird durch die mangelhafte Planung mit zu vielen unbekannten Variablen, die bislang bekannten Zahlen mit Sicherheit um ein Vielfaches überschreiten, so wie es leider bei solchen Projekten heutzutage immer üblich ist. Dadurch wird das Projekt auch für die beteiligten Kommunen ein Fass ohne Boden. Die Verantwortlichen werden dann aber nicht mehr greifbar sein und ausbaden muss es, wie üblich, der Steuerzahler. Es würden vermutlich sowieso wieder nur Firmen mit (steuerlichen) Vergünstigungen angelockt, die nach Abschöpfung den Standort wieder in Richtung Ausland verlassen werden. Zurück bleibt dann nur ein vollkommen zerstörter Landstrich. Es finden sich mit Sicherheit geeignetere Standorte für solche Vorhaben in Deutschland, die auch verkehrstechnisch bereits angebunden sind, sich in einer Gegend mit hohen Arbeitslosenquoten befinden, bereits erschlossene (und evt. brachliegende) Flächen bieten (Stichwort Energiewende), keine Anwohner belasten, usw. Bitte bewahren Sie uns hier vor diesen ganzen o. g. nachteiligen Auswirkungen.

**Inhalt**

Ich möchte Stellung zur geplanten Ausweitung der Baufläche im neuen Regionalplan nehmen und einen Widerspruch einreichen. Meiner Ansicht nach ist das Vorhaben, weitere Grünflächen und Felder als Bauland zu erklären, vollkommen unzeitgemäß und Bedarf dringend einer Korrektur.

Grünflächen weiter zu versiegeln hätte dramatische Folgen für Entstehung potenzieller steiler Flutwellen bei starken Regenfällen, da das Wasser nicht versickern kann. Die desaströsen Fluten im Sommer 2021 haben diesen Zusammenhang eindrücklich gezeigt. Weitere für die Versickerung essenzielle Flächen zu versiegeln, wäre im Hinblick auf die immer extremer werdenden Wetterereignisse in Zukunft ein Schritt in die vollkommen falsche Richtung. Ähnlich verhält es sich mit Blick auf die heißen Sommer, die sich in den nächsten Jahrzehnten häufen werden. Grünflächen nun als Bauland zu erklären, würde sich negativ auf die Hitzeentwicklung im Sommer und das Mikroklima im Stadtraum auswirken und eine zusätzliche Überhitzung des Siedlungsbereiches begünstigen. klimaaktive Flächen dürfen nicht ohne weiteres geopfert werden. Insbesondere asphaltierte, versiegelte Flächen nehmen die Wärme stärker auf, absorbieren die Sonnenstrahlung und geben sie schließlich wieder ab. Eine natürliche Kühlung durch Verdunstung ist dann nicht mehr vorhanden und die daraus resultierenden Temperaturerhöhungen werden spürbar.

Die Ausweitung der Baufläche hätte darüber hinaus zur Folge, dass für Opladen essenzielle Frischluftkorridore verloren gingen und die Luftqualität im Stadtraum somit eine erhebliche Minderung erfahren würde. Insbesondere der Bereich um die Balkantrasse bis hoch hinter die Atzlenbacher Straße spielt eine wichtige Rolle für die Entstehung der nächtlichen Frischluft für Opladen. In den letzten Jahren sind viele Baumbestände der Regionen um Bergisch Neukirchen und Opladen den Entscheidungen der Bauverwaltung zum Opfer gefallen. Angesichts der Aktualität der Klimakrise und ihren immer dramatischer werdenden Folgen kann es nicht sein, dass dem Fortbestand gesunder Bäume so wenig Wert zugeschrieben wird.

Neben den klimatischen Folgen (sowohl für Mikroklima als auch aus entfernterer Betrachtung) und der Steigerung der Bedrohung durch Flutwellen würde eine Ausweitung der Baufläche über die Felder zwischen Elsbachstraße, Imbacher Weg und Am Knechtsgraben darüber hinaus zu einem Verlust wertvoller Naherholungsareale führen, die das Gebiet zur Zeit noch besonders lebenswert machen. Bereits seit Jahren büßt Bergisch Neukirchen stetig an Qualität durch zunehmende Zersiedelung ein. Weitere Bebauung hätte eine verringerte Lebensqualität und eine verringerte

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist bezüglich der Flächen im Bereich Balkantrasse/Atzlenbacher Straße entsprochen (s. Stn ID 1001469).

Änderungen im Bereich zwischen der Elsbachstraße, Imbacher Weg und Am Knechtsgraben werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentialbereiche bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Attraktivität der Zone samt ihres ländlichen Charakters zur Folge. Und obwohl die beiden landwirtschaftlichen Betriebe der Gegend nicht unerheblich zu ebendiesem dörflichen Charakter beitragen, sollen von ihnen bewirtschaftete Felder aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werden.

Das durch zusätzliche Bebauung bedingte Verkehrsaufkommen auf der Dechant-Krey-Straße und der Rennbaumstraße (bzw. Burscheider Straße) überragt bereits seit Jahren die Kapazität und führt jeden Morgen trotz reguliertem Verkehrsfluss am Kreisverkehr (Rennbaumstraße, Dechant-Krey-Str., Pommernstraße) zu langen Staus. Zusätzliche Wohnsiedlungen würden zu einer weiteren Überlastung führen und die Situation nur weiter verschärfen.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-789	
1001891	
1005159	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Da meine landwirtschaftlich genutzten Flächen in den geplanten Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur liegen, sind erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung und die Entwicklung meines landwirtschaftlichen Betriebes zu befürchten. Daher bitte ich um Ausschluss meiner landwirtschaftlichen Flächen: Gemarkung Zingsheim, Flur 16, [anonymieirt] aus dem Bereich zum Schutz der Natur (BSN) auszuschließen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-790	
1001935	
1002795_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich Stellung zu Gewerbegebiet zwischen den Dörfern Birgden und Waldenrath beziehen: wir sind gegen eine Durchführung dieses wahnsinnigen Projektes! Wir sind Anwohner mit 3 kleinen Kindern und möchten den Dorfcharakter beibehalten. Unsere Kinder sollen noch mit den Fahrrädern durchs Feld fahren können, der Verkehr soll nicht noch mehr werden etc!!!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-792

1002272

1007995

### Inhalt

Als ich vor ca. 10 Jahren ein Haus im Umfeld von Kreuzau gesucht habe, habe ich mir etliche Häuser hier in der Gegend angeschaut. Da ich geschieden bin, hatte ich nur ein gewisses finanzielles Budget zur Verfügung. Immer wieder habe ich festgestellt, dass nicht nur das Haus, sondern vielmehr die Lage des Hauses eine große Rolle spielt. Mittlerweile wohne ich seit fast 10 Jahren in Stockheim in unmittelbarer Nähe zur Drover Heide, und erfreue mich immer wieder an der Natur, die quasi vor der Haustüre anfängt. Wenn ich am Wochenende beobachte, wieviele Menschen diese Ecke zur Naherholungsgebiet nutzen, bin ich immer absolut begeistert. Auch unterhalb der Woche sind immer viele Leute, nicht nur bei gutem Wetter unterwegs, um auch die 1000jährige Eiche (Decke Boom) in Stockheim zu besuchen. Idealerweise können gerade die älteren Leute, auch mit ihren Rollatoren oder Rollstühlen, diesen Ort der Besinnung und Naherholung besuchen. Als dann vor Jahren das Neubaugebiet "Marieneiche" in Stockheim erschlossen wurde, kam schon der erste Unmut in der Bevölkerung auf. Bäume mussten gerodet werden, das erste Gebiet musste dran glauben. Laut Gemeinde sollte es dann eine Ausgleichsfläche geben, die genau diese Fläche, die jetzt eventuell zu Bauland in den Regionalplan aufgenommen werden soll, betrifft. Laut meinen Angaben hat dies aber nicht wirklich stattgefunden. Beim Hochwasser letzten Jahres, ebenso im Jahr 2008, waren viele Menschen in der Raiffeisenstrasse und auch der Andreasstraße hier im Ort betroffen. Da die beschriebene Fläche einen biotopähnlichen Charakter hat, ist sie gerade auch in diesem Bereich unheimlich wichtig, denn unser Kanalsystem war mehr wie überfordert und hat dementsprechend das Wasser in die Häuser zurückgedrängt. Nicht auszudenken, was dies bei einer versiegelten Fläche bedeutet hätte. Natürlich ist mir absolut bewusst, dass Bauland in der heutigen Zeit von äußerster Priorität ist. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es Stockheim noch einzige andere Areale gibt, die bebaut werden könnten. Diese areale würden die Bevölkerung nicht ihren Effekt der Naherholung, ihren Ort der Begegnung nehmen und wären dadurch viel besser geeignet. Natürlich liegt es mir auch persönlich am Herzen, diese Ecke, so wie sie jetzt ist, zu erhalten. Ich weiß aber ganz genau, dass ich auch für viele andere Stockheimer Bürger spreche, die dort spazieren gehen. Ich liebe diese Ecke, gehe selber dort viel spazieren, joggen, und bin stolz, damals dieses (nicht so tolle Haus) hier in Stockheim gefunden zu haben. Es ist eine absolut idyllische Ecke.

### Abwägung

#### Typ

Hinweis

#### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

#### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-O-793

1002080

1002798\_001

#### Inhalt

Das Gewerbegebiet Niederheid an der Püttstraße schadet mit seinen Versiegelungen und Bauteilen unserem Klima! Bevor wieder neues Bauland erschlossen wird, sollte es den Firmen zuerst schmackhafter gemacht werden, bestehende Grundstücke und Gebäude zu sanieren, davon haben wir in Geilenkirchen nämlich genug! Durch die Belastung der Nato Airbase Teveren leidet unsere Region sowieso schon unter dem Fluglärm und den durch den Flugbetrieb anfallenden Emissionen, die auch damals von Seiten der Regionalpolitik runtergespielt wurde, nun müssen wir damit schon leben! Das sollte aber dann auch erstmal genug sein! Meine Familie und ich lehnen die Neuerschließung eines neuen Industriegebietes, wegen oben genannter Gründe ab! Unsere Stadt leidet schon genug!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-794	
1002308	
1005375	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Grünlandbewirtschaftung mit Mutterkuhviehhaltung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen , ca. 3 Hektar Grünland sowie 3 Hektar Ackerland, die jeweils in meinem Eigentum stehen, als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden. Eine künftige Ausweisung der BSN-Flächen als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen bereits nach jetziger Rechtslage nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen wäre und daher zu einem erheblichen Wertverlust der Ackerflächen führen. Die Bewirtschaftung des Grünlandes wäre sodann nur noch mit größerem Pflegeaufwand und geringem - zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich und wird daher meinerseits ebenfalls abgelehnt. Ich beantrage daher, auf die vorgesehenen Ausweisungen zu verzichten. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]</p> <p>Nachtrag: Hiermit möchte ich berichtigen, dass die Regionalplanung nicht nur die aufgeführten 6 ha betrifft, sondern die komplette Fläche von weiteren 6 ha sowie der Hofstelle.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-795	
1001934	
1008942	
<p>Inhalt</p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin einer landwirtschaftlichen Fläche, welche im Regionalplan mit einem Schutzstatus belegt ist bzw. belegt werden soll.</p> <p>Es geht um das Grundstück Gemarkung Kerpen, [ANONYMISIERT].</p> <p>Diesen Belegung lehne ich strikt ab!</p> <p>Diese Belegung würde für mich einer kalten Enteignung gleichgesetzt.</p> <p>Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-796	
1002189	
1008945	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lehne den Entwurf der Regionalplanung für die Vorhaben PUL_ASB_1, PUL_ASB_3, PUL_GIBF_1 und insbesondere K_PUL_BM_Schiene_01 ab, da diese in erheblichem Maße umweltschädlich sind und die Auswirkungen auf die Umwelt weder in den zuständigen AUSSCHÜSSEN noch im Rat der Stadt Pulheim berücksichtigt wurden. Die zum Regionalplan von der Bezirksregierung beauftragten Umweltgutachten, die in allen oben genannten Vorhaben eine ERHELBICHE Umweltschädigung attestieren, wurden auch nach Hinweisen aus der Bevölkerung nicht im Umwelt- und auch nicht im Planungsausschuss und auch nicht in interfraktionellen Gesprächen durch die Verwaltung vorgestellt und/oder durch die Ratsmitglieder diskutiert. Anders gesagt: Die Umweltgutachten wurden in der Verwaltung und den politischen Gremien ignoriert.</p> <p>Durch die o.g. vorliegenden Planungsvorschläge würde u.a. klimarelevanter Boden versiegelt und schlimmer noch: Im Vorhaben K_PUL_BM_Schiene_01 würde im Westen lt. Umweltgutachten Fläche mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion (u.a. Parkanlage entlang der Helmholtzsstraße in Pulheim-Brauweiler) zerstört werden. Das widerspricht zudem dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.</p> <p>Die vorliegende Vorstudie zu einer möglichen Westerweiterung der KVB-Linie 4 enthält den Hinweis, dass eine Wirtschaftlichkeit dieser Trasse erst hergestellt werden kann, wenn mind. 2.000 Haushalte entlang der Trasse NEU angesiedelt werden. Das bedeutet: Erst durch erhebliche neue und umweltschädliche Flächenversiegelungen wird das Vorhaben, welches weitere Zerstörungen des Naturraums mit sich bringt, förderfähig. Das ist aus ökologischen (in diesem Sommer mehr als zuvor erkennbaren) Gründen abzulehnen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> In Bezug auf PUL_ASB_3 ist der Stellungnahme in Teilen entsprochen (s. ID 1001629).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt</p>

wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-O-797	
1001717	
1002802_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als persönlich betroffener Grundeigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in den Gemarkungen Pech, Gimmersdorf und Berkum ([ANONYMISIERT]) erhebe ich grundsätzlichen Einwand gegen die bisherige Fassung der Planunterlagen zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln vom 10. Dezember 2021 und lehne diesen ab. Mit rund 30 ha Anteil forstwirtschaftlich und ca. 90 ha Anteil landwirtschaftlich genutzter Flächen wäre eine Umsetzung der geplanten Ausweitung von BSN-Flächen auf unseren Flächen eine nicht zumutbare und existenzielle Gefährdung der Zukunftsfähigkeit sowohl für den Betrieb, als auch für den Pächter der landwirtschaftlichen Flächen. Für mich als Privatwaldbesitzer ist die derzeitige Klimasituation mit deren Auswirkungen auf den Waldzustand ein sich jährlich wiederholender Kraftakt, finanziell wie auch personell und zeitlich. Die anhaltende problematische Veränderung des Klimas mit dessen dramatischen Auswirkungen Trockenheit/Kalamität/Borkenkäfer erfordert über das normale Maß hinaus eine Auseinandersetzung mit ökologischen und ökonomischen Aspekten, mit dem Ziel einer zukunftsfähigen Bewirtschaftung von klimaresilienten Wäldern. Die Belange der Biodiversität, des Naturschutzes und die soziale Funktion der Wälder als Erholungsgebiet prägen das wirtschaftliche Handeln des Betriebes bereits seit geraumer Zeit. Eine zusätzliche Ausweitung von BSN Gebieten könnte die Zukunftsfähigkeit des Betriebes gefährden, wenn es dadurch zu unzumutbaren Einschränkungen und Auflagen in der Bewirtschaftung oder gesetzlichen Vorgaben durch eine weitere Ausweisung von Naturschutzgebieten kommt. Unter diesem Umstand ist es mir unerklärlich, wie dem neuen, geplanten Regionalplan in 2022 lediglich Fachbeiträge aus 2018/2019 zugrunde gelegt wurden. Aus meiner Sicht ist dies äußerst fragwürdig, denn die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels sind ja erst danach in Erscheinung getreten. Daher müssen die zugrunde gelegten Daten ? bevor mit dem Flächenlineal in unangemessenen, zeichnerischen Maßstäben äußerst unpräzise BSN-Gebiete entstehen ? der forstlichen Fachbeiträge dringend aktualisiert werden.</p> <p>Seit Generationen bewirtschaftet unsere Familie hier in Wachtberg, wie auch an der Steinbachtalsperre mit Augenmaß und forstlichem Sachverstand intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen, betreibt zukunftsweisenden Waldbau mit jederzeit sehr hohem Engagement gerade in Krisenzeiten wie diesen. Jegliche Ausweisungen von BSN-Flächen dürfen nicht dazu führen, dass unsere Bemühungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zum Waldumbau und zur Wiederbewaldung von Kahlschlägen ad absurdum geführt werden. Die Pflege von Wildäckern, Grünlandflächen, Siefen, Hecken und Bachläufen müssen in der jetzigen Form weitergeführt werden dürfen. All</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



diese Maßnahmen dienen der Verbiss-Begrenzung und Wildablenkung, um überhaupt eine Chance zu haben, standortgerechte und perspektivisch strukturierte Mischbestände zu erreichen. Daher lehne ich jede Ausweisung von BSN- Flächen im Wald ab.

**Inhalt**

Dem in Erläuterung 5 Ziel 19 erwähnten Passus ?In BSN ist den Belangen des Arten- und Biotopschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen einzuräumen.? widerspreche ich und lehne ihn ab. Gemeint ist hier eine Einschränkung der wirtschaftlichen Nutzung, welche unseren Betrieb empfindlich treffen kann.

Wirtschaftswald widerspricht nicht dem Biotop- und Artenschutz, welches hinreichend in diversen Studien belegt worden ist. Im eigenen wie auch im öffentlichen Interesse planen wir Schutzmaßnahmen für unsere Waldflächen. Sei es zur Waldbrandbekämpfung das Anlegen von Löschwasserentnahmeteichen, oder die Planung von zusätzlichen Schneisen. Um den Betrieb in der Zukunft wirtschaftlich stabil und mit Perspektive für die nächsten Generationen weiterzuführen, sind ebenfalls Einrichtungen von Photovoltaikanlagen in der Nähe von Waldflächen auf landwirtschaftlichen Flächen geplant. Eine flächendeckende Ausweisung von zusätzlichen BSN-Flächen verhindert die Sicherung unseres Betriebes, daher lehne ich dies entschieden ab.

Jegliche bisherige Nutzung unserer landwirtschaftlich genutzten Flächen zum Anbau von Getreide, Rüben oder Sonderkulturen, sowie die Bearbeitung in jetziger Form von Grünland muss uneingeschränkt beibehalten werden. Wir, wie auch unser landwirtschaftlicher Pächter müssen bereits genügend Einschränkungen durch die bisherige Landschaftsschutzgebiet Ausweisung tragen. Wir müssen feststellen, dass unsere gesamten Flächen im Plangeschehen als BSN oder BSLE ausgewiesen wurden. Eine individuelle und nachvollziehbare Schutzwürdigkeit des betroffenen Gebietes ist nicht ersichtlich und nicht begründet worden. Da unmittelbar und mittelbar am Pacht-/Familienbetrieb mehrere Arbeitsplätze hängen, sehen wir bei dieser derartigen Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten einen zukunftsweisenden Betrieb nicht mehr als gewährleistet an. Was in unserem Verständnis fast einer Enteignung gleichzustellen ist, welche nicht

im Ansatz durch Entschädigungen kompensiert werden könnte. Land- und Forstwirtschaft dient als Primärproduktion von lebensnotwendigen Gütern im besonderen öffentlichen Interesse und muss planerischen Vorrang genießen. Die bisherigen Ausweisungen als Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiet sind absolut ausreichend und es bedarf keiner weiteren Klassifizierung, auch nicht der einer Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz im Bereich der Forst- und Landverwaltung [ANONYMISIERT]. Daher müssen alle geplanten Maßnahmen stets im Einvernehmen und auf vertraglicher Basis mit uns als Eigentümer getroffen werden. Sowohl auf landwirtschaftlichen als auch auf forstlichen Flächen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-798	
1002309	
1002803_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit sprechen wir uns gegen das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz (41812) aus.</p> <p>Unser landwirtschaftlicher Betrieb, welchen wir hauptberuflich bewirtschaften, ist in großem Umfang vom neuen Gewerbeflächenkonzept der Stadt Erkelenz betroffen.</p> <p>Hier nur einige Punkte, die unsere Ablehnung zu dem Vorhaben verdeutlichen sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Existenzgefährdung unseres Betriebes - große Flächen (Eigentum sowie Pacht), sowie die gesamte Betriebsstätte (Kuhstall usw.) wurden einfach überplant;</li> <li>- die zukünftige Weiterentwicklung unseres Betriebes wird dadurch stark eingeschränkt oder sogar unmöglich gemacht;</li> <li>- Aufbau eines Konfliktpotenzials zwischen Landwirtschaft und Gewerbe;</li> <li>- Geruchsemissionen aus der Hofstelle gelangen laut Gutachten bis ins Plangebiet.</li> </ul> <p>Wie wir der Stadt Erkelenz bereits in vielen Schreiben und Telefonaten mitgeteilt haben, stehen unsere Flächen (Hofstelle und Ländereien) keinesfalls zur Überplanung zur Verfügung!</p> <p>Detaillierte Begründungen unserer Ablehnung liegen der Stadt Erkelenz in ausführlicher schriftlicher Form bereits mehrfach vor und können bei Bedarf nachgereicht werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine eindeutige Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es wird davon ausgegangen, dass sich die vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung von GIBflex auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz richten (s. Stellungnahme ID 1000716).</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Bezüglich der Festlegung eines GIBflex in Erkelenz gilt, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist (s. Stellungnahme ID 1000716). Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird zudem darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.</p>

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIBflex gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: Ö-O-799	
1001936	
1002805_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungsname gegen ein GIB zwischen Birgden und Waldenrath.</p> <p>Ich bin wohnhaft im schönen Waldenrath. Ein Gewerbegebiet jeglicher Art und Weise, würde meines Erachtens dem Ort schaden. Da wir im Ort Wohngebiet brauchen und die Möglichkeiten diese zu erschließen leider momentan gering sind. Außer an der Straße am Strauch. Dort soll aber nun das Gewerbegebiet in der Nähe entstehen. Zu dem macht mir die zusätzliche Belastung der Anwohner durch Imesionen und Verkehr sehr große Sorgen. Deshalb sage ich NEIN zum Gewerbegebiet zwischen Birgden und Waldenrath.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-8

1001052

1000766

#### Inhalt

Bezug: Ortslage nördlich Baal, B 57/B 57n ? Neuausweisung eines Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB/GIBplus)

Durch die Ausweisung des Gewerbegebietes nördlich von Baal werden zusätzliche Landschaftsflächen versiegelt. Im Kreis Heinsberg liegt die durchschnittliche Versiegelung durch Wohn- und Gewerbeflächen mit 19% über den Landesdurchschnitt und wächst durch Ausweisung neuer Flächen immer weiter. Die zusätzliche Versiegelung führt

-zu weiterem Verlust von schutzwürdigen Böden. Im Planungsgebiet liegen nach der der Auswertekarte ?Schutzfunktion der Böden (3 Auflage)? nach der Bodenkarte von NRW 1:50.000 ([www.wms.nrw.de/gd/bk50](http://www.wms.nrw.de/gd/bk50)) ? IS BK 50 WMS, Geologischer Dienst, 2022) gebietsweise fruchtbare Kolluvium und Parabraunerden vor. Die Wertzahlen der Bodenschätzung schwanken zwischen 50 und 85 und sind damit als hoch bis sehr hoch zu bewerten. Der Schutz der Böden ist nach Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und Landes-Bodenschutzgesetz NW (LBodSchG NW) eine gesetzliche Pflichtaufgabe.

-Eine weitere Folge der Versiegelung von Fläche in die Verminderung von Grundwasserneubildung. Zwar liegt die Grundwasseroberfläche derzeit durch die Sumpfungsmaßnahmen um den Tagebau Garzweiler bei ca. 35 Meter unter GOK bei fallender Tendenz. Mit Beginn der Wiederanstiegsmaßnahmen nach Beendigung des Tagebaus ist man aber auf eine hohe Grundwasserneubildungsrate bei einem entsprechenden Einzugsgebiet angewiesen.

#### Zusätzliche Lärmbelastung

Ein zusätzliches Gewerbegebiet bedeutet mehr Verkehr. Mehr Verkehr bedeutet zusätzlichen Lärm. Die Umgehungsstr. B57n wurde von der Stadt Hückelhoven mit einer derzeitigen prognostizierten Belastung von 12500 KFZ/24h durch die Ortsdurchfahrt Baal ausgegangen. Diese Einheiten bleiben selbst bei Verwirklichung der OU Baal für die Wohnanrainer von Erkelenz Granterath bestehen.

Der durchschnittliche Umgebungslärm liegt derzeit je nach Lage schon jetzt zwischen 60dB und 80dB (in der Nacht ein wenig darunter) (vgl. [www.umgebungs-laerm-kartierung.nrw.de](http://www.umgebungs-laerm-kartierung.nrw.de)).

Bei Verwirklichung der Gewerbegebiete, egal ob für Kleingewerbe oder mittelschwerer

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

Industrie, wird durch den zunehmenden Verkehr die Belastung weiter zunehmen. Schon 2009 gab es in Granterath erste Initiativen gegen den von der B57 ausgehenden zunehmenden Verkehrslärm (vgl. [https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/autos-zaehlen-fuers-gemeinwohl\\_aid-12297725](https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/autos-zaehlen-fuers-gemeinwohl_aid-12297725)).

### **Zusätzliche Luftverschmutzung**

Es ist zu befürchten, dass eine erhöhte Verkehrsbelastung und die Ansiedlung mittelschwerer Industrie zu einer erhöhten Luftverschmutzung führt, welche wiederum zu Erkrankungen der anliegenden Bevölkerung führt. Schon jetzt ist die gefühlte Rate der an Krebs erkrankten oder infolge Krebs verstorbenen Personen in unmittelbaren Einwirkungsbereich der B57 hoch.

### **B 57n als Entwicklungsachse**

Jede zusätzliche Straße bedeutet auch eine zusätzliche Entwicklungsachse für den Siedlungsraum. Die beabsichtigte Ausweisung des Gewerbegebietes ist die erste Folge. Es ist zu befürchten, dass auf das Gewerbegebiet Wohngebiete folgen werden. Die Folgen sind die Gleichen, wie oben beschrieben. Die Ausweisung der Gewerbeansiedlung an dieser Stelle steht im Widerspruch der in den Textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zum Kap. 3.1.1. unter Z.1 Grundsatz zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung dargelegten Feststellung.

Ich lehne daher aus den o.g. Gründen die Ausweisung eines Gewerbegebietes nördlich von Baal ab. Dies gilt sowohl für die Ansiedlung von Kleingewerbe (vgl. Begründung 53 FNP Stadt Hückelhoven Offenlage (<https://www.o-sp.de/hueckelhoven/plan?pid=65434>)) als auch für die Ansiedlung für überregional zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzung ab.

AZ: Ö-O-800

1001875

1002806\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Hiermit spreche ich mich gegen das Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath Birgden aus, da es unmittelbar an die Wohnbebauung grenzt und die bauliche Weiterentwicklung einschränkt. In unmittelbarer Nähe zur geplanten Gewerbegebietsfläche befinden sich zahlreiche Wohnhäuser sowie ein Altenheim, die durch die Lärm-, Geruchsbelästigung und Emissionen erheblich an Wohn- und Lebensqualität verlieren werden. Die umliegenden Orte Birgden und Waldenrath sind ohnehin schon durch ein hohes Verkehrsaufkommen belastet. Durch ein Gewerbegebiet in dieser Größenordnung wird dieses weiter verstärkt. CO<sub>2</sub>-Belastungen und weitere Emissionen kommen hinzu und schränken unsere Lebens- und Wohnqualität stark ein. Ich fordere den Erhalt des ländlichen Charakters und den Schutz der Natur. Ich spreche mich hiermit gegen ein Gewerbegebiet aus und bin für den Erhalt der Natur, der Landwirtschaft und eines grünen Fleckchens Erde.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-801	
1002117	
1011494	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Geplante Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets (GIB) westlich Kotthausen/ nord, nordöstlich von Herreshagen:</p> <p>Ich lebe seit 47 Jahren in Herreshagen. Ich erlebe jeden Tag die Natur und den schönen Ausblick auf unseren</p> <p>besonderen Höhenrücken (Stentenberg, unterhalb des Warenkopfes).</p> <p>Wir gehen jeden Tag in diesem Bereich spazieren und genießen die Natur. Der Bau des GIB würde für uns ein</p> <p>einschneidendes Ereignis in unsere Lebensqualität beinhalten.</p> <p>Ich habe vor Jahren den Bau und die damit verbundene Vernichtung der Natur des GIB Sonnenberg erlebt.</p> <p>Ein weiterer Einschnitt in die Natur würde unsere Gegend auf Grund weiterer versiegelter Flächen, Verkehrszunahme,</p> <p>Lärmbelästigung, Gewässerschutz und Verlust von ländlichem Lebensraum für Mensch und Tier nicht verkraften.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-803

1002310

1011495

#### Inhalt

Geplante Erweiterung des Gewerbegebietes (GIB) westlich  
Kotthausen/nord/nordöstlich von Herreshagen:

Seit Jahren erfreue ich mich an der Aussicht auf den Höhenrücken unterhalb des  
Warenkopfes und nenne ihn liebevoll "meinen Deich". Zweimal am Tag nutze ich den  
Höhenrücken als Nordic-Walkingroute um vom stressigen Arbeitstag abzuschalten. Die  
Ansiedlung eines GIB's bedeutet den Verlust unserer einzigartigen Natur in  
Herreshagen, der Lebensraum der Tiere wird eingeschränkt oder fällt komplett weg.  
Eine weitreichende Flächenversiegelung, Verlust des Dorfcharakters, Lärmbelästigung,  
Verkehrszunahme sind schädlich für Mensch, Tier und Natur und nicht hinnehmbar.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale  
Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen  
abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept  
für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung  
eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend  
und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft,  
den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen  
Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter  
Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht  
wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der  
Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und  
Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige  
raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der  
Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche  
für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht  
vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen  
Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die  
Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig  
und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen  
voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der  
Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-805	
1001876	
1002812_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Projekt Nr. 22-076 Stellungnahme Regionalplan Gangelt vom 01.08.2022, Anlagen</p> <p>hiermit widerspreche ich der Planung eines Gewerbegebietes unmittelbar zwischen den Ortschaften Birgden und Waldenrath. Ein Gewerbegebiet in diesem Bereich ist der Bevölkerung meiner Ansicht nicht zuzumuten. Die Distanz zwischen Gewerbegebiet und Ortschaften ist viel zu gering. Zudem ist der Ort Birgden bereits mehr als verträglich durch das hohe Verkehrsaufkommen belastet. Durch die in den letzten Jahren immer neuen Baugebiete, hat der Verkehr drastisch zugenommen. Entlastende Straßen wurden nicht gebaut. Jetzt soll der Ort auch noch zusätzlich ein Gewerbegebiet GIPregional bzw. ausbaubar auf GIP+ ?aushalten?. Es ist mit noch mehr Verkehr sowie zusätzlichem Gestand und Lärm zu rechnen. Viele Flächen wurden bereits jetzt schon versiegelt. Ausgleichsfächen wurden im Ort jedoch nicht berücksichtigt. Gerade in Bezug auf den immer stärkeren Klimawandelt ist das sehr bedenklich. Siehe letzten Naturkatastrohen in der umliegenden Region. Aus diesem Grund sehe ich dem geplanten Gewerbegebiet ebenfalls sehr kritisch entgegen. <b>Ein weiterer Punkt ist ebenfalls die fehlende und auch rechtzeitige Beteidigung der Bevölkerung</b>, von Seiten der Gemeinde Gangelt. Kritik ist nicht erwünscht. Weder positive konstuktive Kritik noch negative. Statt neue Belastungen für die Bevölkerung an vielen unterschiedlichen Stellen zu schaffen, ist es meines Erachtens nach viel zielführender bestehende Gebiete dieser Art zu erweitern. <b>Beispielsweise:</b> im Westen Gangelts Richtung L410 oder bei Geilenkirchen-Niederheid entlang der B56. oder aber auf lange Sicht dem weichenen Tagebaubereich direkt an der A44, A46 und A61. Eine bessere Verkehrsanbindung gibt es wohl kaum. Hier könnten für die wegfallenden Arbeitsplätzen neue erschaffen werden. Dieser Bereich ist gut erreichbar und würde den Menschen auch gleichzeitig neue Arbeitsplätze bieten. Ich wohne hier auf dem Land da ich nicht dem Lärm, Gestank und dem Verkehr die eine Stadt oder aber ein Industriegebiet mit sich bringt, ausgesetzt werden möchte. Meine Kinder sollen sich frei bewegen können. Das war auf jeden Fall mein Verständnis vom Landleben. Viele meiner Nachbarn sind aus der Stadt rauf aufs Land gezogen. Sie wollten eben nicht Lärm, dem Verkehr, Dreck und Gestank ausgesetzt sein. Es gibt noch viele andere Argument, die meiner Meinung nach gegen das o.g. Gewerbegebiet und für die Gegenbeispiele sprechen. Ich hoffe, sie haben Verständnis für die Bürger aus Birgden und Waldenrath und entscheiden sich für eine andere Gewerbe- und Industriefäche.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

hiermit übergebe ich Ihnen fristgerecht meine Öff Stellungnahme zum Entwurf Regionalplan Köln. Konkret geht es um Blatt 12-13 Bonn Rhein-Sieg-Kreis, zeichnerische Festlegungen.

Hier: Ausweisung der Freifläche in Alfter, nördlich der Bebauung Bahnhofstraße bis Hochwasser-Entlastungsgraben/ Gemeindegrenze Alfter - Bornheim-Roisdorf als ASB. Bitte berücksichtigen Sie meine Stellungnahme im weiteren Verfahren und bestätigen Sie mir den fristgerechten Eingang der Unterlagen.[anonymisiert] Anlagen: Stellungnahme, Planskizze der Örtlichkeit (entnommen aus der Verwaltungsvorlage der Gemeinde Alfter) Öffentliche Stellungnahme zur Neuaufstellung Regionalplan Köln  
Hier: zeichnerische Festlegungen Blatt 12-13 Bonn ? Rhein-Sieg-Kreis; nördliche Ortstlage Alfter nördlich Bahnhofstraße bis Entlastungsgraben - Ausweisung als ASB  
Der als ASB-Fläche vorgesehene Bereich ist landwirtschaftliche Freifläche und als solche auch im FNP der Gemeinde festgesetzt. Diese wertvolle Grün- und Freifläche muss als solche erhalten bleiben. Und zwar aus folgenden Gründen:

Der Bereich hat eine sehr hohe Bedeutung als stadtklimarelevanter Grün- und Freiraum. Der Bereich zeichnet sich durch eine kleinteilige, extensiv genutzten Biotopsverbund aus und ist deshalb besonders wichtig für den Biotop- und Artenschutz und zur Erhaltung der Biodiversität. Außerdem ist das Gebiet sowohl Kaltluftentstehungsgebiet als auch Teil einer örtlichen und überörtlichen Kaltluftleitbahn mit großer Bedeutung für den Klima- und Bevölkerungsschutz. Zudem ist die Fläche als hochwertiger Ackerboden auf Lössauflage mit hoher Bodenfruchtbarkeit eine landwirtschaftliche Vorrangfläche nach §5 BauGB und damit bedeutend für den Boden- und Flächenschutz sowie und zur Sicherung einer nachhaltigen, regionalen Versorgung der urbanen und suburbanen Bevölkerung. 1. Bodenschutz Siedlungserweiterung in den Außenbereich hinein widerspricht den Vorgaben des Baurechts:- dem Gebot der Innenentwicklung (§ 1 Abs. 5 S. 3 BauGB), wonach Innenentwicklung vor Außenentwicklung erfolgen soll, Wieder-/ Nachnutzung bereits bestehender Siedlungsflächen sowie Nachverdichtung - der Bodenschutzklausel (§ 1a Abs. 2 BauGB), sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden, Begrenzung der Bodenversiegelungen (30ha-Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung); Landwirtschaftliche Flächen sollen erhalten werden. Die geplante Ausweisung widerspricht den textlichen Festsetzungen des Regionalplanentwurfs: Kapitel 4.1.2 (S. 42 Bodenschutz; Funktion von Böden mit hoher Bodenfruchtbarkeit erhalten): Die hochwertige Agrarfläche ermöglicht die nachhaltige regionale Versorgung der örtlichen und urbanen Bevölkerung mit Obst und Gemüse und sichert so auch den Standort für

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

landwirtschaftliche Produktion. Nach textlicher Festsetzung (S.106) ist der Verlust agrarstrukturell bedeutsamer Flächen zu vermeiden? ? hier: Braunerden und Parabraunerden auf Löss mit hoher Fruchtbarkeit und guter Pufferkapazität.

Die geplante Ausweisung widerspricht dem Bundesnaturschutzgesetz: die hier betroffenen Schutzgüter sind nach §1 Abs.3 und 4 BNatSchG - Boden- und Freifläche - Landwirtschaft - Luft und Klima Sicherung von Kaltluftentstehungsflächen und Kalt- und Frischluftbahnen = Hitze- und Bevölkerungsschutz; Anpassung an den Klimawandel; Sicherung von Flächen vor Versiegelung, Sicherung des Bodens als natürliche Lebensgrundlage und als Produktionsfläche für die Landwirtschaft 2. Klimaschutz und Klimaanpassung Die geplante Ausweisung widerspricht den textlichen Festsetzung des Regionalplanentwurfs.

Die Freifläche hat eine wichtige stadtklimatische Funktion als Frischluftentstehungsgebiet und Kaltluftleitbahn. Bereiche mit klimatologischer Bedeutung sind nach textlicher Festsetzung Regionalplan-Entwurf (s. S. 44) zu sichern und zu entwickeln; Thermische Belastungen sind abzubauen und Grün- und Freiflächen mit klimatischen Ausgleichsfunktion sind zu sichern und zu erhalten (s. S. 46).

Zusammenhängende Freiraumsysteme (wie im genannten Gebiet) sind zu erhalten, um Hitzefolgen zu mindern (s. S. 44). Siehe auch Karte Klimaschutz + Anpassung; K.1 Die geplante Ausweisung widerspricht zudem dem LPIG NRW

Wonach in Verbindung mit Grundsatz 4-3 LEP NRW ?vorliegende Klimaschutzkonzepte in der Regionalplanung zu berücksichtigen sind.? Erfordernisse des Klimaschutzes + Anpassung sind hier berührt und zu berücksichtigen. Damit gelten hier die Vorgaben aus Grundsatz G.2 LEP NRW, wonach das Gebiet als Gebiet mit klimatischer Bedeutung zu sichern und zu entwickeln ist. Freiraum ist zu schützen. Die Ausweisung widerspricht demnach auch dem Klimaschutz- und -anpassungskonzept der Gemeinde Alfter In dem das Gebiet als stadtklimarelevante Grün- und Freifläche ausweist. <https://www.klima-rv.de/projektdoku/> bzw. Handlungskarte Alfter <https://www.klima-rv.de/wp-content/uploads/2022/01/16-Handlungskarte-Alfter-22.pdf>;

Zum einen ist der bestehende Siedlungsbereich bereits jetzt und in Zukunft noch mehr von starker bis sehr starker Hitzebelastung betroffen (s. auch Karte 1 Regionalplan Entwurf). Gleichzeitig gilt es nach dem Klimaschutzkonzept, den in Rede stehenden Bereich als Grünfläche zu erhalten, die Freiflächen untereinander zu vernetzen, die Strukturen zu erhalten und Kaltluftbildungs- und Kaltluftabflussflächen zu erhalten.

Nach den Vorgaben des Landesplanungsgesetzes NRW muss das Klimaschutzkonzept bei der Aufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden. Der Regionalplanentwurf berücksichtigt hier nicht die Erfordernisse des Klimaschutzes/ Klimaanpassung und damit auch nicht die Vorgaben des LPIG NRW. 3. Biotopverbundschutz, Artenschutz und Biodiversität Die Ausweisung widerspricht den Festsetzungen des Landschaftsplans (Entwurf) und den Zielen des ROG. Der Landschaftsplan sieht insbesondere den Schutz von Biotopverbundstrukturen vor, den Erhalt siedlungsfrier Landschaftskorridore, die reichgegliederte Landschaft sowie kleinflächige Grün- und Gehölzstrukturen. In dem genannten Bereich besteht eine außerordentlich reich und kleinteilig gegliederte Struktur auf großteils extensiv genutzter landwirtschaftlicher Fläche. Hier finden sich ältere Gehölz- und Heckenstrukturen mit einer vielfältigen Tier-

und Pflanzenwelt und einer hohen Bedeutung für den Biotopverbund sowie die Biodiversität. Nach §2 Abs.2 Nr.5 ROG; konkretisiert in Ziel 3-1 LEP NRW sind historisch gewachsene und geprägte kleinteilige Kulturlandschaften (hier: kleinparzellige Obst- und Gemüseflächen, Streuobstwiesen und alte Obstgärten mit wertvollen Heckenstrukturen) zu erhalten. Sie haben eine hohe Funktion für den Biotopverbund, als Lebensraum für Flora und Fauna sowie als Korridor zum Siedlungsbereich. Diese Strukturen zu erhalten, ist ebenfalls ein Ziel des ROG. Nicht ausreichend berücksichtigt ist das Landesnaturschutz-Gesetz (LNatSchG; §10), wonach die Entwicklung einer Kulturlandschaft, die mit gegliederten und belebenden sowie naturnahen Landschaftselementen ausgestattet ist, zu erhalten ist. Der Entwurf widerspricht außerdem den Bestimmungen des Gesetzes zur

Umweltverträglichkeitsprüfung:

nach § 40 Abs.2 Nr. 6 UVPG ist nachteiligen Entwicklungen bezüglich der Biodiversität entgegenzuwirken. Es geht hier um Biotopverbundstrukturen und Artenschutz und Sicherung von Biodiversität durch vielgestaltige Biotopkomplexe, bestehend aus alten, teils verbuschten, teils extensiv genutzten Obstwiesen und Weiden, teilweise extensiv genutzten Weideflächen und Grünlandbrachen, Gemüseärten, Gebüsch und alten Feldgehölzen. Die reich strukturierte Landschaft muss als besonderer Lebensraum erhalten bleiben. Der Bereich extensiver Nutzung schafft einen Puffer zur intensiveren Landnutzung in Richtung Roisdorf und zum Siedlungsbereich. Außerdem verbindet die Bandstruktur den Kottenforst mit dem Lebensraum Roisdorfer Bach und dem freien Feld östlich der Bahnlinie 18.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die geplante Ausweisung als ASB zurückzunehmen und die Fläche zwischen der Bebauung an der Bahnhofstraße und dem Entlastungsgraben ? sowie auch weiter bis zur Ortsgrenze Alfter/Bornheim als wertvolle und klimarelevante Grün- und Freifläche zu erhalten.

Teilen Sie mir bitte den fristgerechten Eingang meiner Stellungnahme sowie das Ergebnis Ihrer Abwägung und Entscheidung mit.

[anonymisiert]

AZ: Ö-O-807	
1002066	
1008929	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin eines Grundstückes [ANONYMISIERT]. Bei Durchsicht der zeichnerischen Festlegungen im Regionalplanentwurf habe ich festgestellt, dass das o.g. Grundstück nicht mehr wie bisher gelb (also allgemeine Freiraumbereiche) sondern grün (Waldbereich) eingezeichnet wurde. Bei meinem Grundstück handelt es sich allerdings um eine Baulücke. Ich bin daher von der Neufestlegung stark betroffen, da dann ja wohl dieses Grundstück nicht mehr bebaut werden darf. Insoweit bitte ich um entsprechende Änderung des Regionalplans.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans sind nicht grundstücks- bzw. parzellenscharf.</p>

AZ: Ö-O-810	
1002192	
1008934	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Landwirt und meine Flächen liegen zum Großteil in der Gemeinde Kreuzau, hauptsächlich in der Gemarkung Obermaubach-Schlagstein. Durch die Neufestsetzung des Regionalplans werden zukünftig ca. 90 % meiner landwirtschaftlich genutzten Flächen in : Gebieten zum Schutz der Natur liegen. Teilweise läuft die Grenze zu den GSN direkt an meinen Stallungen vorbei, soweit das bei der schlechten Qualität der Karten erkennbar ist. Durch Ihre kaum lesbaren und unkonkreten textlichen Festlegungen muss ich davon ausgehen, dass in Zukunft eine Bewirtschaftung dieser Flächen wohl nicht mehr möglich sein wird. Daher bin ich durch diese Festlegungen in meiner wirtschaftlichen Existenz bedroht. Meine Familie bewirtschaftet diesen Betrieb seit weit über 400 Jahren und es ist für mich eine Katastrophe, dass diese Tradition durch Ihre Festlegungen beendet werden soll. Bislang lagen fast alle Flächen im Landschaftsschutzgebiet und ich kann keinen vernünftigen Grund erkennen warum das zukünftig nicht mehr so sein soll.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-811	
1001938	
1002818	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lehne die im Regionalplan vorgesehen Bebauung der Flächen Neubrück (8-809-010), Brück (8-807-005, 8-807-004) und Rath-Heumar (8-808-006) ab.</p> <p>Da beklagt man die Steinwüsten vor den Häusern wegen der Erwärmung des Vorortes. Und nun sollen riesige Flächen versiegelt werden! Wo bleibt da der Klimaschutz, der Anstieg der Temperaturen? Eine Frischluftschneise, die eigentlich unter Naturschutz steht wird durch ein Wohngebiet zerstört. Man nimmt Felder und Wiesen, die auch zur Erholung dienen und packt uns zu, mit tausenden Menschen. Hier leben sowieso schon 80% Ausländer und was kommt mit Sicherheit dazu? - Bedenklich soziale Zuwanderung. Wer kann die Massen von Menschen hier auffangen? Die Hälfte von den schon hier lebenden kommen dazu. Ein Satellitenvorort entsteht, siehe Kölnberg.</p> <p>Aber wen interessiert das? Hauptsache es muss gebaut werden, damit der Gewinn fließt. Es ist bereits beschlossene Sache über den Köpfen der betroffenen Menschen hinweg, hier zu entscheiden.</p> <p>Als die Schuldigen für die Klimaerwärmung werden immer nur die Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor angeführt.</p> <p>Regen überschwemmt die Straßen, weil es nicht mehr ins Grundwasser abfließen kann und so die Kanalisation überlastet.</p> <p>Ich lehne den Eingriff in die Natur entschieden ab. Die Natur wird sich rächen und fragt nicht, ob es einem gefällt, oder nicht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-812	
1001939	
1002819	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich lehne die im Regionalplan vorgesehen Bebauung der Flächen Neubrück (8-809-010), Brück (8-807-005, 8-807-004) und Rath-Heumar (8-808-006) ab.</p> <p>Die Bebauung dient nicht der Stadtbelüftung und nicht dem Umweltschutz.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-814	
1002067	
1004851	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Bürgerverein Zündorf e.V. fordert eine Überarbeitung der Flächenvorschläge für Zündorf in der Beschlussvorlage für die neuen Siedlungsbereiche im Regionalplan.</p> <p>Wir bitten Sie, die ausgewiesenen Flächen ?Zündorf 7-714-011-A+B? sowie ?Langel ? 7-715-012? bei der Überarbeitung des Regionalplans nicht umzuwidmen/als Siedlungsflächen auszuweisen. Die bestehenden Festsetzungen ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, überwiegend regionaler Grünzug, Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung, Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz? sollen beibehalten werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass diese Flächen als Siedlungsflächen in den kommunalen Flächennutzungsplan übernommen werden.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch die vorgesehenen neuen Siedlungsbereiche würden wertvolle Flächen als Kaltluftentstehungsgebiete in unserem Stadtteil versiegelt und damit dauerhaft in ihrer wichtigen Funktion als wichtige Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Abkühlung der Kölner Innenstadt unwiderruflich vernichtet. Im Hinblick auf den Klimawandel halten wir das für verantwortungslos, da dies Flächen mit besonderer ökologischer Funktion sind. Genau dies steht doch im Widerspruch zum aktuell ausgerufenen Klimanotstand der Stadt Köln.</p> <p>In Zeiten von Rekordhitzetagen, Waldbränden und Starkregen stellt der Schutz unserer Freiflächen ein hohes politisches Gut dar. Aus aktuellem Anlass muss mit Blick auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung außerdem verhindert werden, dass wertvolle Agrarflächen versiegelt werden. Nicht zuletzt gilt dies auch für den wichtigen Erhalt von Erholungsräumen für die hier ansässige Bevölkerung und für die Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Die Erweiterungsfläche in Langel würde die Verkehrsproblematik noch weiter verschärfen. Bereits 1996 hatte der Kölner Stadtrat beschlossen, dass weitere Wohnbebauungen im Porzer Süden erst begonnen werden dürfen, wenn der Bau der Umgehungsstraße Zündorf und die Verlängerung der Linie 7 realisiert sind. Eine Umgehungsstraße ist aber inzwischen nach schon 50 Jahren alten Zusagen der Politik in immer weiterer Ferne! Der Bürgerverein Zündorf e. V. lehnt aus den vorgenannten Gründen auch schon die Umsetzung der im aktuell noch gültigen Regionalplan/dem hieraus entwickelten Flächennutzungsplan der Stadt Köln vorgesehenen Bebauung der ca. 100 ha großen Fläche ?Zündorf-Süd? ab. Hier wäre eine Revision dieser Pläne notwendig! Dabei kommt hier noch dazu, dass es seit</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003028).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

rd. 50 Jahren nicht gelungen ist, die Verkehrsinfrastruktur so zu verbessern, dass die jeweiligen Verkehrsmengen bewältigt werden können!

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-815	
1001792	
1008935	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich erhebe Einspruch gegen Ihren Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes, da ich in der Gemeinde Nideggen, Gemarkung Wollersheim, von Ihren Ausweisungen in den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) in existenzbedrohendem Maße betroffen bin. Es handelt sich um folgende Flurstücke meines Eigentums: [ANONYMISIERTE].</p> <p>Detaillierte Begründung: Die oben aufgeführten Flächen wurden durch ein Darlehen (Flüchtlingskredit) in der Flurbereinigung Wollersheim erworben, das immer noch weiter abgetragen werden muss. Der Flächenanteil der betroffenen Flurstücke macht rund 20% meines gesamten Eigentums aus. Der damals zu entrichtende Kaufpreis wurde aus der Ertragsmesszahl der Fläche und der daraus möglichen rentablen guten Bewirtschaftung ermittelt. Diese gute Bewirtschaftung ist durch die geplante BSN Maßnahme nicht mehr möglich! Die Maßnahme bedeutet gleichzeitig eine erhebliche Abwertung der Grundstücke, die quasi einer Enteignung gleichkommt. Und dies im Umfang von fast 20% meiner Gesamtflächen! Sie vernichtet den Wert meines Eigentums und meine alleinige Einkommensgrundlage. Der Bewirtschafter (Pächter) kann einen an Bodenzahl und Ertragsmesszahl orientierten Pachtpreis nicht mehr zahlen, da zur Rentabilität durch Ertrag im Futteranbau und Beweidung mit niedrigem GV-Besatz/ha neben Bodengüte auch Düngung und Pflanzenschutz zur Ertragssicherung erforderlich sind. Ich bin als Eigentümer auf einen angemessenen Pachtzins angewiesen, damit ich die Zahlung von Grundsteuer und Kammerumlage leisten sowie meine einzige Existenzgrundlage sichern kann. Darüber hinaus tragen die betroffenen Flächen zur nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion und Nahrungsmittelversorgung bei. Diese wichtige Grundlage würde durch die geplante BSN-Maßnahme in unverantwortlicher Weise vernichtet.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-816	
1001894	
1008936	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich weise Sie darauf hin, dass ich mit zahlreichen landwirtschaftlichen Nutzflächen im Bereich Üdingen/Leversbach/Rath von der Neuauftellung Regionalplan Köln betroffen bin. Bei einer Umsetzung des o.g. Regionalplans habe ich die Befürchtung, diese Flächen nicht mehr in vollem Umfang und in bisheriger Weise nutzen zu können. Im Hinblick auf meine berufliche Existenz als Landwirt erhebe ich hiermit Einspruch gegen die Umsetzung der Neuauftellung des Regionalplans der Bezirksregierung Köln. Eine Karte, in der sich u.a. meine betroffenen Flächen befinden ist angehängt.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008936_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008936.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-817	
1001893	
1002824_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) nachfolgend sende ich Ihnen meine Stellungnahme zur Neuauufstellung des Regionalplan Köln. <b>1. Stellungnahme zu den zeichnerischen Festlegungen</b> Unter dem Titel: Blatt 12-13, Bonn Rhein-Sieg-Kreis werden unter anderem Naturschutzgebiete ausgewiesen. In diesem Fall für den Bereich Stadt Königswinter, Gemarkung Berghausen, Flur (anonymisiert) Waldgebiet mit der Bezeichnung ?Im Heistern Busch? Zunächst möchte ich festhalten: Das zur Verfügung gestellte Kartenmaterial ist unübersichtlich und grenzt die betroffenen Flächen nicht parzellengenau ab. Das erschwert für mich und die anderen Eigentümer eine exakte Bestimmung der von der unter Naturschutzstellung geplante Gebiete um eine korrekte Aussage zu machen. Die Waldflächen in diesem Bereich befinden sich zu 99 % in Privateigentum und ich betrachte es als kalte Enteignung, über die Köpfe der betroffenen Forstwirte hinweg, diese Flächen unter Naturschutz zu stellen. Ich selbst bewirtschafte in diesem Bereich ca. 8 ha Laub und Nadelwald die maßgeblich mit zum Einkommen unseres landwirtschaftlichen Betriebes beitragen (siehe Anlage A). Diese Flächen unter Naturschutz zu stellen betrachte ich als Entwertung meines Besitzes und Einschränkung meiner unternehmerischen Freiheit (u.a. Waldbewirtschaftung, Einschränkungen bei der Jagd). Die oben genannten Punkte zeigen ganz deutlich ? insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der Waldeigentümer des Heisternbusch aktive Landwirtschaft betreiben - dass eine Ausweisung als Naturschutzgebiet in diesem Falle nicht mit den in den textlichen Festlegungen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln festgelegten Kriterien vereinbar ist. Deshalb widerspreche ich der Planung zur Ausweisung des Heisternbusch als Naturschutzgebiet und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

nachfolgend sende ich Ihnen meine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln. **2. Stellungnahme zu den textlichen Festlegungen** Unter Punkt 4 Freiraum steht: ?Der Sicherung und Entwicklung des Freiraumes soll besondere Bedeutung beigemessen werden. Grundsätzlich ist der Freiraum zu erhalten und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechen zu entwickeln, sodass natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden können.? Weiterhin steht unter 4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und ?entwicklung. Punkt G.19: ?Dabei sollen die Sicherung und Entwicklung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraum als Raum für Land- und Forstwirtschaft und weiterer wirtschaftlicher Funktionen berücksichtigt werden.? Genau dies ist der Punkt! Das Gebiet der Stadt Königswinter ist überfrachtet mit Naturschutz, FFH- und Landschaftsschutzgebieten. Wo bleibt die planerische Sicherheit für unsere land- und forstwirtschaftlichen Familien, auf welchen Flächen können wir noch frei wirtschaften, ohne auf eine Flut von Verordnungen und Verboten zu stoßen. Auch wir landwirtschaftlichen Betriebe wollen unsere natürliche Lebensgrundlage sozial, wirtschaftlich und nachhaltig gesichert haben! Wenn Sie der Entwicklung des Freiraumes die besondere Bedeutung beimessen wollen, wie Sie es unter Freiraum 4.4 Landwirtschaft beschreiben, dann verzichten Sie auf die Ausweisung des Heisternbusch als Naturschutzgebiet! Unter G32, G33 und G34 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass landwirtschaftliche Nutzflächen zu erhalten sind, die landwirtschaftliche Produktionsgrundlage darstellen. Beeinträchtigungen der Agrarbereiche sollen auf das Notwendigste beschränkt und wenn möglich nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Des Weiteren sollen agrarstrukturelle Belange berücksichtigt und landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Die oben genannten Punkte zeigen ganz deutlich ? insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der Waldeigentümer des Heisternbusch aktive Landwirtschaft betreiben - dass eine Ausweisung als Naturschutzgebiet in diesem Falle nicht mit den in den textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln festgelegten Kriterien vereinbar ist. Deshalb widerspreche ich der Planung zur Ausweisung des Heisternbusch als Naturschutzgebiet und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

(anonymisiert) nachfolgend sende ich Ihnen meine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln.1. **Stellungnahme zu den zeichnerischen Festlegungen** Unter dem Titel: Blatt 12-13, Bonn Rhein-Sieg-Kreis werden unter anderem Naturschutzgebiete ausgewiesen. In diesem Fall für den Bereich Stadt Königswinter, Gemarkung Berghausen, Flur 5 Waldgebiet mit der Bezeichnung ?Im Heistern Busch? Zunächst möchte ich festhalten: Das zur Verfügung gestellte Kartenmaterial ist unübersichtlich und grenzt die betroffenen Flächen nicht parzellengenau ab. Das erschwert für mich und die anderen Eigentümer eine exakte Bestimmung der von der unter Naturschutzstellung geplante Gebiete um eine korrekte Aussage zu machen. Die Waldflächen in diesem Bereich befinden sich zu 99 % in Privateigentum und ich betrachte es als kalte Enteignung, über die Köpfe der betroffenen Forstwirte hinweg, diese Flächen unter Naturschutz zu stellen. Ich selbst bewirtschafte in diesem Bereich ca. 8 ha Laub und Nadelwald die maßgeblich mit zum Einkommen unseres landwirtschaftlichen Betriebes beitragen (siehe Anlage A). Diese Flächen unter Naturschutz zu stellen betrachte ich als Entwertung meines Besitzes und Einschränkung meiner unternehmerischen Freiheit (u.a. Waldbewirtschaftung, Einschränkungen bei der Jagd).(anonymisiert)

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzung ein (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Sie geben lediglich Vorgaben für die naturschutzfachliche Umsetzung (BSN Z 20). Damit ist also nicht zwingend eine Ausweisung als Naturschutzgebiet verbunden. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind .

Die Festlegungen der BSN fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Den BSN liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die beschriebene Waldnutzung kann auch weiterhin innerhalb eines BSN aufrecht erhalten werden.

AZ: Ö-O-818

1001941

1002825\_001

#### Inhalt

Wir bewirtschaften einen landwirtschaftlichen Betrieb in Geilenkirchen-Prummern mit ca 260ha. Viele unserer Ackerflächen und Grünlandflächen liegen zwischen Himmerich/Süggerath/Hochheid/Grotenrath, diese Bereiche planen Sie in Ihrer Neuaufstellung Regionalplan Köln u.a. als Landschaftsschutzgebiet und/oder Wasserschutzgebiet ein. Diese Tatsache bedeutet für uns existenzielle Not!! Unsere landwirtschaftliche Tätigkeit wird dadurch extrem eingeschränkt!! In Zeiten von Lebensmittelknappheit sollte die landwirtschaftliche Nutzung von Ackerflächen unbedingt Vorrang haben!!!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-819	
1002119	
1002826_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich gegen den Regionalplan Köln Einspruch bzw das geeignete Rechtsmittel ein. Begründung: Der Einspruch richtet sich insbesondere gegen die Einrichtung des geplanten Industriegebiete in Geilenkirchen-Lindern. Zum Inhalt meiner Begründung beziehe ich mich zunächst auf die Stellungnahmen der IG Lindern und der Grünen, die ebenfalls Inhalt meiner Begründung sind. Ergänzend dazu: Mich stört insbesondere die mangelnde Überprüfung aus ökologischer Sicht: Es dürfte doch mittlerweile angekommen sein, dass die Bekämpfung des Klimawandels das vordringliche Problem unserer Zeit ist. Europa brennt, die Gletscher schmelzen, der Erdüberlastungstag rückt jährlich näher etc.. Deshalb muss doch an erster Stelle einer jeder Massnahme, die geplant ist, die Überprüfung stehen, ob diese ökologisch vertretbar ist oder nicht. Das wiederum bedeutet insbesondere, dass zu ermitteln ist, welcher Co 2 Emissionen durch eine geplante Massnahme verursacht werden und untersucht werden muss, wie konkret diese CO 2 Schuld ausgeglichen werden soll bzw. wie konkret eine positive Bilanz erzielt werden kann. Bezüglich des LEP Lindern kann ich dazu nichts finden. Außer ein paar netter Applikationen auf der Homepage der Future Site Invest, die wohl eher "Schein als Sein" sind und denen keine konkreten, wissenschaftlich fundierten Untersuchungen zugrunde liegen, gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass ernsthaft eine Überprüfung der Co2 Verträglichkeit geplant ist. Demgegenüber scheint, im Autoland Deutschland nicht verwunderlich, allein bzw. in erster Linie massgeblich für die Durchsetzung des Industriegebietes die verkehrsmäßige Anbindung zu sein, wozu schon Gutachten eingeholt wurden. Allein die ökologische Machbarkeit muss aber das erste Kriterium sein. Erst wenn diese eindeutig bejaht werden kann, können andere Aspekte, insbesondere ökonomische, Platz greifen. Das sollten doch mittlerweile alle vernünftig denkende Menschen, die ein Interesse am Erhalt unserer Spezies haben, begriffen haben. Die Erkenntnisse unserer Wissenschaft sind doch mehr als eindeutig. 10000 geplante Arbeitskräfte machen nur auf einer bewohnbaren Erde Sinn. Wenn es doch das Ziel ist, die Treibhausgas zu minimieren, dann muss doch jede Massnahme zwingend daraufhin untersucht werden, ob durch diese Massnahme dieses Ziel gefährdet wird oder gefördert.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

AZ: Ö-O-821	
1002191	
1011723	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zur Planung des Gewerbegebietes in GM-Herreshagen -OBK</p> <p>Als direkt Betroffenermelde ich mich hiermit zu Wort, mit einigen von vielen Gründen, die dagegen sprechen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wir haben in Herreshagen selbst schon ein großes Gewerbegebiet, nämlich Herreshagen-Sonnenberg; des Weiteren ein kleines hinter Herreshagen-Siedlung; zudem am Ortsausgang Ost das große Entsorgungsunternehmen Remondis (in dem es schon mehrmals gebrannt hat mit entsprechender Belästigung!); des Weiteren in direkter Umgebung Windhagen-Ost und -West.</li> </ul> <p>Irgendwann muss doch mal Schluss sein damit!!!!</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>zumal insgesamt im Oberbergischen Kreis laut Gutachten genügend umfangreiche Flächen, schon als Gewerbegebiete ausgewiesen, zur Verfügung stehen.</li> </ul> <p>So sieht es hier in diese Richtung (jetzt noch!) aus.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p>Das ist mein Blick von der Terrasse aus.</p> <p>Unmittelbar hinter dem ersten Maisfeld soll das Gewerbegebiet entstehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Unter dieser (noch!) wunderschönen Voraussetzung und ganz bewusst am Ortsrand habe ich hier gebaut!</li> </ul> <p>Mit einem Gewerbegebiet</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>geht jedoch das direkte Erholen nach der Arbeit, ob durch den entspannten Blick in die Ferne oder den wohltuenden Spaziergang in direkter fußläufiger, natürlicher Umgebung verloren. Allein der Gedanke daran bereitet mir schon Stress!</li> <li>Lärm-, Licht-, Schmutz- und Geruchsbelästigung werden folgen.</li> <li>Diese damit insgesamt verbundenen gesundheitlichen Risiken betreffen noch</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

viele Menschen mehr hier in unserem Dorf.

- Auch andere Menschen suchen hier Erholung. Oben auf der Kuppe z.B. hat man Weitsicht in drei Richtungen. Die gäbe es dann nicht mehr.

Wir sehen (noch!) all die auch fremden Menschen hier direkt vom Fenster aus, und zwar mit Freude.

- Immer mehr Menschen suchen die Ruhe auf dem Land. Dies erleben wir hier sehr deutlich. Sogar immer mehr junge Menschen, entgegen der Landflucht früher, suchen und finden (noch!) diese Ruhe und wieder den Weg zurück aufs Land; und zwar nicht nur zur Erholung, sondern auch gerade zum Wohnen und Leben. Lassen Sie diese jungen Menschen weiter gerne hier nach Herreshagen ziehen!
- Zudem würde der Wert meiner Immobilie enorm sinken.

Des Weiteren schließe ich mich der ganz anders gearteten Stellungnahme meiner Frau [ANONYMISIERT] an und bitte dringend darum, unsere Umgebung mit all den Gewerbegebieten, die sie schon hat, so zu lassen wie sie jetzt noch schön ist.

Mit freundlichen Grüßen,

[ANONYMISIERT]

**Inhalt**

Stellungnahme zur Planung des Gewerbegebietes in Gummersbach-Herreshagen im Oberbergischen Kreis

Als direkt Betroffene melde ich mich hiermit zu Wort und möchte einige von vielen Gründen nennen, die gegen die Entstehung eines Gewerbegebietes hier vor Ort sprechen:

- Laut dem Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises sind **Gewerbegebiete, und zwar umfangreiche Flächen, genügend vorhanden** (s. 7. Resümee und Empfehlung S. 81). Herreshagen soll nun trotzdem im Regionalplan als potentiell Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Warum? Weil es für vorhandene kein Geld gibt, für neue aber schon?
- Darum dringend der Aufruf, schon existierende Flächen überhaupt zu nutzen oder besser und sinnvoller zu nutzen!
- Zudem ist vermerkt, dass das genannte Gebiet schwer zu erschließen ist.
- Warum schlägt man es trotzdem vor? Weil es für die Kommune Geld dafür gibt?
- Die Entwicklung zeigt, dass wir anders wirtschaften müssen. Die Grenzen des Wachstums sind lange erreicht.
- Ständig neue Firmen treiben alte in den Ruin.
- Nachhaltigkeit ist schon lange dringendstes Gebot und ist bei der Bevölkerung schon angekommen. Wann aber bei den Planern? Darum nochmals dringend der Aufruf, existierende Flächen besser und sinnvoller zu nutzen!
- Wir brauchen nicht ständig neue Produkte, Güter, sonstiges. Sparsamkeit und langwährender Gebrauch sind dringend geboten.
- Ja, Handwerker werden gebraucht! Aber die Flächen für entsprechendes Gewerbe sind einerseits vorhanden! Und andererseits besteht ein solcher Fachkräftemangel, der nicht durch neu ausgewiesene Gebiete behoben werden kann. Das Argument, diese würden neue Arbeitsplätze schaffen, stimmt schon seit langem nicht mehr! Arbeitskräfte sind nicht vorhanden und können diese angeblichen Plätze also auch gar nicht füllen!
- Und: Landwirte werden gebraucht! Dieses Gebiet wird noch landwirtschaftlich genutzt. Soll diese Nutzung sterben?
- Die aktuellen Entwicklungen haben gezeigt, dass jedes Land für sich mehr autark werden muss. Hier ist (bisher noch!) Fläche, um z.B. eigenes Getreide anzubauen.
- Ebenso gibt uns der Klimawandel klare Handlungsanweisungen:

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

- so z.B. keine weitere Flächenversiegelung! Private Einfamilienhäuser dürfen hier in manchen Kommunen keine Vorgärten mehr versiegeln. In dem betreffenden Gewerbegebiet würden 22 Hektar Fläche versiegelt.
- Der Klimawandel hat hier in den letzten zwei Jahren schon Wald sterben lassen. Die Besitzer haben schon wieder aufgeforstet, weil sie sich der Wichtigkeit bewusst sind: Wir brauchen nämlich Wald. Am besten noch viel mehr als zur Zeit vorhanden. Sollen statt dessen hier der zum Glück noch vorhandene und der wieder aufgeforstete Wald wirklich sterben?
- Der Wald, der nicht nur unsere Lunge sondern auch Lebensraum für viele Arten ist, und zwar Flora und Fauna!
- Zur Zeit wird hier Mais angebaut, und zwar als Nahrung für Nutztiere, die hier in unserer Umgebung im Sommer über sogar noch auf Weiden leben. Sollen unsere Landwirte sich zur Ernährung ihrer Tiere doch lieber abhängig von der Landwirtschaft in anderen Ländern machen? Deren Produktion kann es vlt auch bald nicht mehr geben oder deren Lieferungen bleiben wie zur Zeit plötzlich aus. Wir dürfen uns nicht noch abhängiger machen als wir sowieso schon sind und müssen im Gegensatz dazu besser auf gute eigene Versorgungsmöglichkeit achten!
- Wir Menschen in unserer heute schnelllebigen Zeit und Leistungsgesellschaft benötigen zudem dringend Erholung, und zwar Naherholung, die hier bisher noch gegeben ist. Nehmt sie uns nicht!
- Die Kinder können sich hier nach hinten raus noch frei bewegen. Nehmt Ihnen das nicht! Nach vorne raus befindet sich die Hauptstraße durch den Ort, die jetzt schon zu viel und schnell befahren ist. Der Verkehr wird mit Gewerbegebiet viel größer und gefährlicher, und zwar dann nach allen Seiten.
- In dem geplanten Gebiet liegt der einzige für Kinder geeignete Schlittenberg. Nehmt ihnen diesen nicht!
- Des Weiteren schließe ich mich der ganz anders gelagerten Stellungnahme meines Mannes [ANONYMISIERT] an.

Mit freundlichen Grüßen und der dringenden Bitte der Unterlassung,

[ANONYMISIERT]



AZ: Ö-O-824	
1001942	
1005167	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53894 Mechernich einen Ldw Betrieb im Vollerwerb. Nachweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt ca 4 ha Grünlandflächen und ca 5 ha Ackerland als Bereiche für den Schutz der Natur auszuweisen. Bei einer Ausweisung dieser Flächen befürchte ich dass hiermit Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen einhergehen. Ferne ist die Ausweitung des Wasserschutzgebietes um Eicks auf einem Plan (Blatt_10-11) ersichtlich Auch hierbei befürchten wir mit Einschränkungen der Bewirtschaftung auf ca. 40 ha unser Betriebsfläche. Ich bitte von einer Überplanung der Flächen abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-825	
1001794	
1007993	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich liege als Landwirt mit meinen bewirtschafteten Flächen in folgenden Gebieten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lucherberger See</li> <li>- Fronhoven</li> <li>- An der L238 (Aldenhoven)</li> </ul> <p>Unsere Flächen sollen im Gebiet zum "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" sowie der "regionalen Grünzüge" liegen. Dagegen legen wir Einspruch ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

AZ: Ö-O-826	
1002103	
1009053	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln /Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim-Fliesteden einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 10 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Erft Kreis, Eigentümer, Gemarkung Hüchelhoven, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erft Kreis, Eigentümer, Gemarkung Hüchelhoven, [ANONYMISIERT], Schutz der Natur</li> <li>• Rhein-Erft Kreis, Bewirtschafter, Gemarkung Hüchelhoven,, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erft Kreis, Bewirtschafter, Gemarkung Hüchelhoven, [ANONYMISIERT], Schutz der Natur</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-827	
1001777	
1005168	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In der Zeichnerischen Festlegung zur Neuausweisung des Regionalplans des Regierungsbezirkes Köln, werden Teile der Hofstelle meines Landwirtschaftlichen Betriebes inkl. Teile des umgebenden Grünlandes zu Wald bzw. auch zu einem Gebiet "Schutz der Natur" erklärt.</p> <p>Hier handelt es sich jedoch um einen offensichtlichen Fehler: Die Hofstelle wird aktiv im Haupterwerb von mir bewirtschaftet, ebenso wie das die Hofstelle umgebende Grünland als Mähweide von mir genutzt wird. Sowohl die Hofstelle mit allen Gebäuden als auch die betroffenen landwirtschaftlichen Flächen befinden sich in meinem Eigentum.</p> <p>Die Postadresse der Hofstelle lautet: [anonymisiert] 52076 Aachen</p> <p>Bei den landwirtschaftlichen Flächen handelt es sich um die direkt um die Hoffläche herumliegenden Grünlandfeldblöcke: [anonymisiert].</p> <p>Ich bitte daher höflichst darum das Gebiet der eingezeichneten Waldfläche und auch das zum "Schutz der Natur" korrekt in der Zeichnerischen Festlegung zur Neuaufstellung des Regionalplans einzuzeichnen und meine landwirtschaftlichen Nutzflächen und meine Hofstelle inkl. der Wohngebäude bei der Ausweisung außen vor zu lassen. Als Screenshots habe ich Abbildungen aus dem letzten ELAN-Flächenantrag [Anlage] beigefügt. Aus diesen geht der Status der Flächen als Grünlandfeldblock klar hervor. Auf den offiziellen Luftbildern der Landwirtschaftskammer NRW ist ebenfalls eindeutig zu erkennen, dass es sich hier nicht um eine Waldfläche und auch nicht um ein Gebiet "Schutz der Natur" handelt, sondern um landwirtschaftliche Nutzflächen. Auch der Geobasiskarte ist bereits zu entnehmen, dass es sich hier um eine bewirtschaftete Grünlandflächen bzw. Hofflächen und nicht um Wald handelt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.</p> <p>Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation z. B. künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel &lt; 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (&lt; 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN</p>

(Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-828	
1002082	
1005376	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betrifft Gemarkung Berg Flur 20 [anonymisiert] Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die geplante Neuaufstellung. 1. das Grünland des Hofes liegt neben einer, eigentlich erosionsgeschützten Fläche. Nicht nur im letzten Jahr der Flutkatastrophe, sondern regelmäßig wird das Land vom darüberliegenden Feld mit Dünger und Pestiziden überschwemmt. Fotos anbei. 2. Das komplette Land des Hofes in BSN zu überführen, kommt einem Berufsverbot gleich, weil die unternehmerische Freiheit über Gebühr eingeschränkt wird. Ich danke für Ihre Mühe und Ihr Verständnis. [Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-829

1002203

1002843

#### Inhalt

Es ist leider nicht möglich auf den öffentlich einsehbaren Karten zu erkennen ob ein bestimmtes Flurstück aus meinem Landwirtschaftlichen Betrieb betroffen ist. Weil die Karte nur in einem bestimmten Maßstab sichtbar ist. Deshalb lege ich Widerspruch ein bzw. bitte um Veröffentlichung genauerer Daten im Bereich Leverkusen Pattscheid.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d.h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z.B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2.3 LEP NRW). In bestehende Rechte wird nicht eingegriffen.

AZ: Ö-O-830	
1002068	
1008937	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer und Pächter mit betroffenen Flächen in der Gemeinde Titz, Ortsteil Müntz. Ich betreibe auf diesen Flächen Landwirtschaft. Die Ausweisungen zum Schutz der Natur bedeuten eine erhebliche Beeinträchtigung meiner beruflichen Tätigkeit als Landwirt und wird für mich finanzielle Einbußen zur Folge haben, die meine wirtschaftliche Existenz gefährden. Die bisherige Bewirtschaftung wird nicht mehr möglich sein und mein landwirtschaftlicher Betrieb wird nicht mehr wie bisher möglich sein. Das ist sicher nicht im Sinne der Allgemeinheit, weil es dringend notwendig ist, landwirtschaftliche Flächen zu behalten und die Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten, um genügend Lebensmittel zu produzieren. Gerade in der bei mir betroffenen Region sind die Böden sehr gut und es können dort hochwertige Nahrungsmittel produziert werden, die wir dringend benötigen, um die Bevölkerung zu ernähren ohne Abhängigkeit vom Ausland.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-832

1002000

1002854\_001

## Inhalt

zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen:

Ich bewirtschafte in Bornheim-Walberberg einen Intensiv-Gemüsebaubetrieb. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Anbau von Kohlarten, Rhabarber und Feldsalat. Der Einsatz von Beregnungsanlagen ist unverzichtbar. Wir sind im Jahr 2000 aus dem Zentrum von Walberberg ausgesiedelt, weil kein ausreichender Raum für die Betriebserweiterung zur Verfügung stand. Jetzt werden wir durch den Regionalplan erneut mit der Problematik konfrontiert, zumal unser Sohn den Betrieb weiterführen und regionales Gemüse produzieren möchte.

Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Städte Bornheim und Wesseling eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit verkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt

Schwer wiegt dies insbesondere, weil ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission und die Umsetzung in nationales Recht eine Einschränkung von Pflanzenschutzmittel auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht.

Vor allem in Hinblick auf die Welternährungslage sind Maßnahmen, die Landwirtschaft und Gemüsebau im Anbau beschränken nicht hinnehmbar.

Zudem sind wir in unserem Betrieb sowie drei weitere Betriebe von der geplanten Ausweitung von Wohngebieten gerade in unmittelbarer Umgebung betroffen.

Zum einen schränkt die heranrückende Wohnbebauung die Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebes ein. Zum anderen kommt es dadurch auch erfahrungsgemäß zu Konflikten mit der benachbarten Bevölkerung, weil z.B. Lärm- und Staubemmissionen bei der Ernte (auch am Wochenende) eventuell auch Geruchsbelästigung nicht hingenommen werden.

Angesichts meiner Ausführungen fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

(anonymisiert)

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-833	
1001806	
1009119	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim-Fliesteden einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Erft Kreis, Bewirtschafter, Gemarkung Pütz, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-834	
1001797	
1005169	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Regionalplan sieht eine Gewerbefläche in der Städteregion Aachen, nördliche der Ortschaft Kesternich, groß 27,3 ha vor.</p> <p>Das Gewerbegebiet würde eine der letzten zusammenhängenden Grünflächen der Gemeinde Simmerath zerstören. Dieses nur durch wenige Feldwege erschlossene Gebiet ist Lebensraum vieler Vogelarten. Ich habe dort zahlreiche Kibitze beobachtet, ein Rotmilanpaar ist in alten, hohen Buchenbäumen heimisch. Die Ausweisung immer neuer Gewerbe- und Siedlungsflächen "auf der grünen Wiese" fördert m.E. nicht die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Zersiedelung macht das Leben und Wohnen vielmehr zunehmend unattraktiv und erhöht das Verkehrsaufkommen. Vorzuziehen ist die Konzentration und wenn nötig Erweiterung bestehender Ansiedlungen. Immer neuer Flächenfrass in den noch verbliebenen intakten Naturarealen kann keine verantwortliche, zukunftsorientierte Politik sein. Ich bitte dringend, die Ausweisung des Gewerbegebietes zu unterlassen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der geplante GIBz ist gemäß dem städteregionalen Gewerbeflächenkonzept der zentral bedeutsame Standort für die Eifelgemeinden.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p>

AZ: Ö-O-835	
1001973	
1002886_001	
<p>Inhalt</p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln</b> <b>Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme hierzu wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Vollerwerb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung in 52388 Nörvenich-Frauwüllesheim. Laut Entwurf des neuen Regionalplans liegen ca. 29 ha der von mir bewirtschafteten Fläche im Gebiet, für das der Status ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? vorgesehen ist. Dabei handelt es sich sowohl um Eigentums- als auch um Pachtflächen, die in der beiliegenden Übersicht aufgeführt sind.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die Gefahr, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Deshalb beantrage ich, die betroffenen Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um so mittelfristig auch einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide und anderen Lebensmitteln extrem wichtig ist. Die geplante Ausweisung der Schutzflächen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen und zudem ? wie oben erwähnt ? die Existenz meines Betriebes gefährden.</p> <p>Auch möchte ich Sie auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW weit verbreitet sind und deren verstärkte Ausweisung mit dem neuen Regionalplan möglicherweise vorbereitet wird. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

Anlage: Auflistung der von mir bewirtschafteten, betroffenen Grundstücke

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage  
beigefügt]



AZ: Ö-O-837	
1002072	
1005170	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften im Naturschutzgebiet Oberes Ahrtal das gesamte Grünland zwischen [anonymisiert]. In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde, sind Hoffläche und angrenzende Flächen aus dem Programm herausgenommen worden. Ein Fortbestehen dieser Regelung für die Zukunft würden wir begrüßen. Bei einem Gespräch, mit einem eventuellen Ortstermin, wären wir bereit einen Teil der Flächen dauerhaft aus der Nutzung zu nehmen und ggf. mit einer entsprechenden Fläche tauschen. Tel.Nr. : [anonymisiert]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

AZ: Ö-O-838	
1002360	
1002897_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu der Neuaufstellung des Regionalplans verweise ich auf meine beigelegte Stellungnahme.(anonymisiert) zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans möchte ich im Folgenden gerne im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen.Ich bin Landwirt im Haupterwerb und führe mit meiner Frau und meinen Kindern einen Familienbetrieb in Swisttal im Rhein- Sieg-Kreis. Ich beziehe mich auf geplante Maßnahmen auf folgenden Grundstücken, die ich bewirtschafte, soweit eine Betroffenheit anhand der zeichnerischen Festlegung zu erkennen ist. Leider ist eine konkrete, flächenscharfe Betroffenheit anhand der zeichnerischen Festlegung nicht in jedem Fall genau zu erkennen. Ich sehe vor dem Hintergrund der vielfältigen Raumansprüche unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende grundsätzlich die Notwendigkeit der Neuaufstellung des Regionalplans. Habe jedoch folgende Einwände Ich bewirtschafte die o.g. Flurstücke seit Jahren ackerbaulich. Nach der Rekultivierung der Kiesgrube erfolgte für einige Jahre ein Humusaufbau durch Zwischenfrüchte und Gründüngung. Im Anschluss überführte ich die Flurstücke in eine reguläre ackerbauliche Nutzung. Diesen Prozess wiederholte ich mit fortschreitender Rekultivierung auf den neu verfüllten Flächen. Neben dem Anbau von Marktfrüchten habe ich auf diesen Flächen Blühstreifen und Blühflächen sowie weiterhin Zwischenfrüchte angelegt bzw. angebaut. Die Überplanung zum Schutz der Natur macht eine ackerbauliche Nutzung in Zukunft unmöglich. Mit den Maßnahmen, die ich seit Jahren betreibe, habe ich bereits zum Schutz der Natur gearbeitet und werde dies auch in Zukunft weiterbetreiben, dafür bedarf es keiner Überplanung. Ohne eine ackerbauliche Nutzung fehlen mir die Einnahmen, um die freiwilligen Maßnahmen zu finanzieren. Eine flächenscharfe Betroffenheit ist leider nicht zu erkennen. Dies kritisiere ich bei den möglichen Folgen einer Überplanung ausdrücklich. Zum Schutz des Oberflächengewässers habe ich seit Jahren freiwillig einen Uferrandstreifen entlang des Gewässers angelegt. Die übrigen Teile des Flurstücks bewirtschafte ich ackerbaulich. In dem aktuellen Regionalplan war dieses Flurstück Teil des ausgewiesenen Agrarbereichs mit spezialisierter Intensivnutzung. Eine Beeinträchtigung der ackerbaulichen Nutzung durch eine Überplanung lehne ich ab und gilt es auszuschließen. Die vorherige Ausweisung erfolgte ja nicht ohne Grund, so dass ein Wandel vom ausgewiesenen Agrarbereich hin zu Schutz der Natur, in dem keine ackerbauliche Nutzung mehr möglich ist, nicht nachzuvollziehen ist. Gerade in der aktuellen Ernährungssituation ist eine regionale Erzeugung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

ausschlaggebend für die Ernährungssicherheit. Eine flächenscharfe Betroffenheit ist leider nicht zu erkennen. Dies kritisiere ich bei den möglichen Folgen einer Überplanung ausdrücklich. Die Flurstücke bewirtschaftete ich ackerbaulich. Eine Beeinträchtigung der ackerbaulichen Nutzung durch eine Überplanung insbesondere zum Schutz der Natur lehne ich ab und gilt es auszuschließen, da eine ackerbauliche Nutzung dadurch in Zukunft ausgeschlossen wird. Eine flächenscharfe Betroffenheit ist leider nicht zu erkennen. Dies kritisiere ich bei den möglichen Folgen einer Überplanung ausdrücklich. Die Flurstücke bewirtschaftete ich ackerbaulich. Weiterhin haben ich dort freiwillig Blühstreifen und Blühflächen angelegt. Eine Beeinträchtigung der ackerbaulichen Nutzung durch eine Überplanung insbesondere zum Schutz der Natur lehne ich ab und gilt es auszuschließen, da eine ackerbauliche Nutzung dadurch in Zukunft ausgeschlossen wird. Durch die Anlage von Blühstreifen und Blühflächen laufen dort bereits Maßnahmen zum Schutz der Natur. Eine flächenscharfe Betroffenheit ist leider nicht zu erkennen. Dies kritisiere ich bei den möglichen Folgen einer Überplanung ausdrücklich. Die Flurstücke bewirtschaftete ich ackerbaulich. Weiterhin haben ich dort freiwillig Blühstreifen und Blühflächen angelegt. Eine Beeinträchtigung der ackerbaulichen Nutzung durch eine Überplanung insbesondere zum Schutz der Natur lehne ich ab und gilt es auszuschließen, da eine ackerbauliche Nutzung dadurch in Zukunft ausgeschlossen wird. Durch die Anlage von Blühstreifen und Blühflächen laufen dort bereits Maßnahmen zum Schutz der Natur. Die übrigen o.g. Flurstücke: Die Flurstücke bewirtschaftete ich ackerbaulich. Eine Beeinträchtigung der ackerbaulichen Nutzung durch eine Überplanung lehne ich ab und gilt es auszuschließen, da eine ackerbauliche Nutzung dadurch in Zukunft erschwert und ggf. ausgeschlossen wird. Schutz der Landschaft betreibt ein Landwirt im eigenen Interesse, da die Landschaft und der Boden die Grundlage für unsere Arbeit bilden. Diese Kulturlandschaft in der heutigen Form ist erst durch eine ackerbauliche Nutzung entstanden. Aktuell findet in dieser, wie auch den übrigen Regionen, eine ackerbauliche Nutzung statt, aber ebenso findet eine Nutzung zum Spazieren gehen, Fahrrad fahren, Sport treiben etc. statt. Bereits heute existieren Ackerbau und landschaftsnahe Erholung nebeneinander. Es besteht keine Notwendigkeit durch eine Überplanung und die daraus folgenden Einschränkungen die ackerbauliche Nutzung einzuschränken, zurückzudrängen und absehbar unmöglich zu machen. Zu allen im Vorstehenden genannten Flurstücken: Bei mir besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Fläche zum Teil erheblich beeinträchtigen wird bzw. völlig ausschließen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung geachtet werden sollte. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von

Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete bzw. Naturschutzgebieten mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit den neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich sehe die Möglichkeit der Weiterentwicklung und den Erhalt meiner Wettbewerbsfähigkeit in erheblichem Maße gefährdet. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen (anonymisiert)

AZ: Ö-O-839	
1002311	
1002899_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen: Ich bewirtschafte in Bornheim-Sechtem und Alter einen Intensiv-Gemüsebaubetrieb. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Anbau von frischen Kräutern. Der Einsatz von Beregnungsanlagen ist unverzichtbar. Der vorliegende Entwurf zur Neuauflistung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Stadt Bornheim eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit verkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt. Schwer wiegt dies insbesondere, weil ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission und die Umsetzung in nationales Recht eine Einschränkung von Pflanzenschutzmittel auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht. Vor allem in Hinblick auf die Welternährungslage sind Maßnahmen, die Landwirtschaft und Gemüsebau im Anbau beschränken nicht hinnehmbar. Angesichts meiner Ausführungen fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-840	
1002206	
1002901_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zeichnerische Festlegung von Blatt 12 - 13, Bonn/Rhein-Sieg-Kreis Als Bewirtschafter der landw. Flächen entlang des Arzdorfer Baches zwischen Wachtb.-Arzdorf/Klein-Villip und des Grimmersdorfer Hofes, sowie im Bereich der Kemper Mühle in Wachtb.-Adendorf stehe ich der Ausweisung dieser Flächen als Naturschutzflächen sehr kritisch gegenüber. Diese Flächen werden seit Jahrzehnten als Hauptfutterfläche für unseren Milchviehbetrieb benötigt. Gerade im Zeichen des Klimawandels und der damit verbundenen Futterknappheit würde jegliche Einschränkung der Bewirtschaftung zu noch drastischeren Problemen der Futterversorgung unserer Tiere führen. Für uns als Milchviehbetrieb ist eine ausreichend und gesicherte Futtergrundlage auf Basis von betriebseigenem Futter existenziell. Der Zukauf von Futtermittel bei Wegfall der angesprochenen Flächen aus entfernteren Regionen bzw. aus Übersee kann nicht im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes sein. Ich bitte daher, die hier vorgebrachten Argumente bei ihrer weiteren Planung zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-841	
1002201	
1008938	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich Stellung zur Ausweisung von Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung von Blatt 02 Kreis Düren_01 nehmen. Im Rahmen der Zukunftsplanung werden viele Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen beziehungsweise durch ?Schutzmaßnahmen? in ihrer Bewirtschaftung belastet. Dadurch steigt der Kostendruck auf die Betriebe, welcher die Lebensmittelproduktion nachhaltig beeinträchtigt. Im Bereich der Gemeinde Nörvenich zwischen Neffelbach und B477 werden Flächen die seit Generationen landwirtschaftlich genutzt sind und außerhalb der eigentlichen Neffelbachaue liegen, mit zusätzlichen Auflagen belastet. (rot markierte Gebiete auf beigefügter Karte) Betriebe die in diesen Bereichen leben und arbeiten, müssten die Bewirtschaftung verändern, was dazu führt, dass das Bild der Bördelandschaft zerstört wird und die Lebensmittelproduktion verringert wird. Flächen zur Lebensmittelproduktion sind nicht vermehrbar und sollten geschützt werden - aber so, dass man davon auch leben kann - ! Daher meine Bitte, nehmen Sie die Flächen zwischen Neffelbachaue und B477 nicht mit in die Planung als Schutzgebiet auf.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008938_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008938.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-842	
1002312	
1009130	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Brühl-Schwadorf einen Intensiv-Gemüsebaubetrieb. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Anbau von Kohllarten, Rhabarber und Feldsalat. Der Einsatz von Beregnungsanlagen ist unverzichtbar. Mein Betrieb hat bereits durch Planungsmaßnahmen in der Vergangenheit empfindliche Verluste von Ackerfläche erfahren.</p> <p>Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Stadt Brühl eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit erkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt.</p> <p>Schwer wiegt dies insbesondere, weil ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission und die Umsetzung in nationales Recht eine Einschränkung von Pflanzenschutzmittel auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht.</p> <p>Vor allem in Hinblick auf die Welternährungslage sind Maßnahmen, die Landwirtschaft und Gemüsebau im Anbau beschränken nicht hinnehmbar.</p> <p>Zudem sind wir in unserem Betrieb von der geplanten Ausweitung von Wohngebieten gerade im näheren Umkreis betroffen.</p> <p>Zum einen schränkt die heranrückende Wohnbebauung die Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebes ein. Zum anderen kommt es dadurch auch erfahrungsgemäß zu Konflikten mit der benachbarten Bevölkerung, weil z.B. Lärm- und Staubemmissionen bei der Ernte (auch am Wochenende) eventuell auch Geruchsbelästigung nicht hingenommen werden.</p> <p>Angesichts meiner Ausführungen fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1009130_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1009130.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-843	
1002260	
1011496	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum vorliegenden Entwurf des Regionalplans nehmen wir wie folgt Stellung.</p> <p>Wir vertreten unsere Mitglieder [ANONYMISIERT], 58339 Breckerfeld, die Eigentümer, bzw. Bewirtschafter von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken im Bereich Radevormwald sind.</p> <p>Auf uns lautende Vollmachten fügen wir als Anlagen bei.</p> <p>Wir wenden uns gegen die großflächige Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN).</p> <p>Bereich der Heilenbecke</p> <p>Die BSN entsprechen in etwa den Biotopverbundflächen VB K 4710-001 und sind damit um ein Vielfaches größer als die real kartierten Biotope.</p> <p>So umfasst dieser Bereich im Einzugsgebiet der Heilenbecke 79,08087 ha, während nur 4,92 ha Biotope kartiert sind.</p> <p>Damit vergrößert sich die geschützte Fläche um den Faktor 16.</p> <p>Betroffen sind insbesondere die Grundstücke Gemarkung Radevormwald, Flur 5, Flurstücke 20, 63 und 30, sowie Flur 6, Flurstück, 283, 16, 18, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 14</p> <p>Ähnlich verhält es sich im Bereich des Uelfetals mit den Biotopverbundflächen VB K 4709-001 mit 88,7954 ha und 4709-005 mit 172,7057 ha.</p> <p>Auch hier wir die komplette Biotopverbundfläche in den BSN übernommen.</p> <p>Hierdurch wird ohne die Möglichkeit einer rechtlichen Prüfung das spätere Landschaftsplanverfahren quasi vorweggenommen. Dies stellt einen massiven Eingriff in Eigentum und Bewirtschaftung unserer Mitglieder dar.</p> <p>Insbesondere, da aufgrund der zu erwartenden EU-Richtlinie mit massiven Bewirtschaftungseinschränkungen in Schutzgebieten zu rechnen ist, sollte von solchen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht.</p> <p>Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel für BSN (Z.20) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan</p>

umfangreichen Festsetzungen abgesehen werden.

Die massive Ausweisung des BSN ohne die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange ist unverhältnismäßig.

Auch wenn das private landwirtschaftliche Handeln als nicht raumbedeutsam angesehen wird, ist die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit nicht nur raumbedeutsam, sondern vor allem Teil der Daseinsvorsorge.

Aus diesem Grunde ist es angezeigt, zwischen den allumfassenden Ansprüchen der Naturschutzbehörden und den individuellen Belangen der landwirtschaftlichen Betriebe einen angemessenen Abwägungsprozess durchzuführen.

Die pauschale Übernahme aller Biotopverbundflächen überschreitet das Maß des Verhältnismäßigen.

Die BSN-Flächen sollten sich deshalb auf den unmittelbar an die geschützten Biotope angrenzenden Bereich beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW) im Kapitel.

AZ: Ö-O-844	
1001909	
1002915_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) Zu Ihrem ausgearbeiteten Entwurf für einen neuen Regionalplan darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen. Als interessierter Bürger der Bundesrepublik Deutschland aus der Gemeinde Swisttal fällt mir insbesondere auf, dass Sie vorhaben immer mehr Flächen, die in vorherigen Regionalplänen noch als Landwirtschaftliche Schwerpunktflächen oder als mindestens neutral deklarierte Flächen, in Flächen für den ?<i>Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?</i> umzuwandeln. Diese Vorhaben und deren eventuell nachfolgenden Bestimmungen lösen bei mir Bauchschmerzen aus. Vielmehr finde ich, dass Sie mehr Flächen zum ?Schutz der Landwirtschaft? ausweisen müssen. Die Begründung liefere ich Ihnen im folgenden Abschnitt. Ein möglicherweise nachfolgendes Verbot bzw. eine Einschränkung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, in diesen doch beträchtlichen Flächen, beeinträchtigt neben dem Qualitätsanspruch für die Erzeugung gesunder Lebensmittel in der Folge auch den Selbstversorgungsgrad unseres Landes. Natürliche Schaderreger wie zum Beispiel Pilze, giftige Beikräuter, sowie virusübertragende Schadinsekten können sich ungehindert breit machen und erschweren Maßnahmen der Landwirte und reduzieren die Erträge. Aus Punkt eins erfolgt der höhere Verbrauch an Energie und somit ein erhöhter Ausstoß von CO<sup>2</sup>, durch einen Mehraufwand an Bodenbearbeitungen. Diese Maßnahmen zerstören die Grundlage von Humusaufbau und den Lebensraum von Boden-lebewesen und Bodenbrütern. Wer von Uns möchte lieber Lebensmittel vom ?Rest der Welt?, statt regionale mit kurzen Wegen zu den Geschäften und Bürgern, sowie aufgrund der exzellenten Ausbildung unserer Landwirte hochwertig hergestellten Nahrungsmitteln. Ich lege mich fest ?Niemand?. Wir haben im Verhältnis zu anderen Ländern und Weltregionen besonders gute Böden, um die Versorgung von Menschen und Tieren auf der Welt sicher-zustellen. Packen Sie das Problem der drohenden weltweiten Unterversorgung hier auf unseren Gunststandorten an, bevor immer mehr Wälder (Amazonas) oder ähnliche wichtige CO2 bindende Regionen mit schlechteren Böden und Voraussetzungen für die Landwirtschaft genutzt werden müssen. Die Landwirtschaft, insbesondere die Bäuerliche Landwirtschaft, die ihre Regierung besonders fördern und erhalten möchte, benötigt Planungs-sicherheit. Dazu sollten die Flächen für die Landwirtschaft langfristig gesichert werden und ein Verbot bzw. eine Einschränkung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ausgeschlossen werden, um die Erzeugung hochwertiger und regionaler Lebensmittel in ausreichenden Mengen sicherzustellen. Ein Wertverlust der Flächen jedes Einzelnen Landwirtes kann so zudem verhindert werden. Angesichts meines Vortrages fordere ich Sie dazu auf, die Umwandlung der in der Einleitung beschriebenen Flächen zu</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen. Der zur Neuaufstellung des Regionalplans erarbeitet Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer bietet nicht die Grundlagen, um der Forderung nachzukommen. Auf der Basis der vorliegenden Standortwertekarte und der daraus abgeleiteten Agrarräume lassen sich weder eine fachlich sinnvolle und ausreichend belastbare Differenzierung in Vorbehaltsgebiete (AFAB / landwirtschaftliche Kernräume) noch eine entsprechende Abgrenzung von Vorranggebieten ableiten. Der zur Neuaufstellung des Regionalplans erarbeitete Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer bietet nicht die Grundlagen, um der Forderung nachzukommen. Auf der Basis der vorliegenden Standortwertekarte und der daraus abgeleiteten Agrarräume lassen sich weder eine fachlich sinnvolle und ausreichend belastbare Differenzierung in Vorbehaltsgebiete (AFAB / landwirtschaftliche Kernräume) noch eine entsprechende Abgrenzung von Vorranggebieten ableiten.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit</p>

unterlassen. Diese Stellungnahme kann für weitere Regionalpläne in Deutschland analog gelten und genutzt werden.(anonymisiert)

vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-845	
1001923	
1005970	
<p>Inhalt</p> <p><b>Hintergrundinformationen zur [ANONYMISIERT] in Köln</b></p> <p>[ANONYMISIERT] in Köln ist das größte Chemieunternehmen und der drittgrößte industrielle Arbeitgeber in Köln. Mit etwa 2.500 Beschäftigten sowie ca. 210 Auszubildenden in vier Geschäftsbereichen gehört [ANONYMISIERT] in Köln zu den größten Standorten der [ANONYMISIERT]-Gruppe.</p> <p>Als Petrochemiestandort ist [ANONYMISIERT] in Köln ein wichtiger Rohstofflieferant der chemischen Industrie. Ausgangsstoff ist in erster Linie das in Raffinerien bei der Erdölverarbeitung anfallende Leichtbenzin (Naphtha). Am Standort Köln entstehen daraus Rohstoffe, die der chemischen Industrie als Grundbausteine für die Herstellung von Kunststoffen, Kautschuk und Fasern dienen. Darüber hinaus finden sie Anwendung in Lösungs- und Waschmitteln, Lacken, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie in der Kosmetik und Pharmazie.</p> <p>[ANONYMISIERT] in Köln wurde 1957 als Joint Venture von [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT] als [ANONYMISIERT] gegründet. 2001 wurde das Werk ein 100-prozentiges [ANONYMISIERT]-Unternehmen. Seit 16. Dezember 2005 ist [ANONYMISIERT] Eigentümer von [ANONYMISIERT] in Köln.</p> <p>Unsere Produkte leisten bereits heute einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft, indem sie die nachhaltigsten Optionen für eine Vielzahl gesellschaftlicher Bedürfnisse sind: für den Bau von Windturbinen, für Sonnenkollektoren und andere erneuerbare Technologien, für den Bau leichter und treibstoffeffizienter Fahr- und Flugzeuge, für Geräte und Anwendungen in der Medizin, für die Konservierung von Lebensmitteln, für sauberes Wasser, für Kleidung und Ausrüstung sowie für Isolierungen und viele weitere Anwendungen im industriellen und privaten Bereich. Die [ANONYMISIERT]-Geschäftsbereiche haben Pläne entwickelt und Maßnahmen ergriffen, um in Deutschland bis spätestens 2045 den Übergang zu Netto-Null sicherzustellen und gleichzeitig profitabel zu bleiben, während wir der Entwicklung von Vorschriften und Gesetzen immer einen Schritt voraus sind. Im Rahmen dieser Strategie zur Verringerung der Treibhausgasemissionen ist es unser Ziel, zu einer Kreislaufwirtschaft zu gelangen, in der Materialien so oft wie möglich wiederverwendet werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

1005971

## Inhalt

### **Notwendige Ausweisung des Hafengebiets der INEOS und des CHEMPARK Dormagen als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) in Köln Worringen / Dormagen und Wasserstraße mit Güterumschlag**

Aus der Planunterlage des vorliegenden Regionalplanentwurf (E-RPK) mussten wir im Vergleich zum bisher gültigen Regionalplan im Bereich des zu INEOS gehörenden Hafengebiets in Köln Worringen und zum CHEMPARK-Standort Dormagen erkennen, dass die bisherige Darstellung als GIB in einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) umgewandelt wurde [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_1] [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_2]. Hierzu lässt sich weder ein Prüfbogen noch eine nachvollziehbare Begründung an anderer Stelle in den offengelegten Unterlagen finden. Große Teile des Hafens befinden sich in Nutzung der INEOS bzw. in Currenta-Eigentum.

In unserem Hafen befinden sich umfangreiche Verladeeinrichtungen, Tankerbrücken und Liegeplätze, die dem Umschlag von Rohstoffen und Produkten für den CHEMPARK und der INEOS dienen [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_3]. In diesem Industriehafen werden jährlich Güter von rund 3,5 Mio. t umgeschlagen die im Sinne des Landesentwicklungsplans (LEP) und der Erläuterungen des Regionalplans den Kriterien zur Einstufung als landesbedeutsamen Hafen rechtfertigen würden (> 2 Mio. t/a). Der dortige Flüssig-, Flüssiggas- und Feststoffumschlag lässt sich sinnvollerweise nicht durch alternative Verkehrsträger substituieren und stellt einen wesentlichen logistischen Faktor für den gesamten Industriestandort dar. Die jetzige Darstellung im E-RPK wird diesem u.E. raumplanerisch wichtigem Aspekt und insbesondere den Anforderungen des Landesentwicklungsplanes (LEP) nicht gerecht. Die Bedeutung des Hafens ist überregional und muss weiterhin durch eine geeignete Flächenausweisung bzw. planerische Ausprägung herausgestellt und gesichert werden. Hier ist klar eine Sicherung des Bestandes über den Regionalplan als Siedlungsraum, das heißt im konkreten eine Darstellung als GIB, zwingend erforderlich.

Im LEP wird der Hafenbereich bereits als Siedlungs- und nicht als Freiraum dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_4]. Gemäß § 13 Abs. 2 S. 1 ROG sind die Regionalpläne aus dem Raumordnungsplan für das Landesgebiet, hier der LEP, zu entwickeln. Diesem Entwicklungsgebot wird eine Festsetzung als AFAB nicht gerecht.

Die Bedeutung des Hafens ist überregional und muss weiterhin durch eine geeignete Flächenausweisung bzw. planerische Ausprägung herausgestellt und gesichert werden. Hier ist klar eine Sicherung des Bestandes über den Regionalplan als Siedlungsraum, das heißt im konkreten eine Darstellung als GIB (ggf. alternativ auch als GIBz mit Zweckbestimmung multimodaler Güterverkehr Wasser - Land), zwingend erforderlich.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1006034).

Die gesamte Fläche des Stromhafens ist großräumig als Hafengebiet festgesetzt und unterliegt dem Hafensicherheitsgesetz [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_5]. Die Darstellungsschwelle des Regionalplans von 10ha wird mit der festgelegten Abgrenzung deutlich überschritten. Bislang war die Darstellungsschwelle für die bisherige Ausweisung als GIB kein Hindernis. Darüber hinaus ist der Hafen ausschließlich im Zusammenhang mit dem westlich der B9 liegenden großen Chemie- und Industriepark (CHEMPARK und INEOS) mit einer Größe von rd. 560 ha zu betrachten. Eine Darstellung als GIB sehen wir daher weiterhin als folgerichtig an.

Ein AFAB liefert keine Planungsgrundlage für einen großen Industriehafen, um dessen Bestand und Weiterentwicklung und damit des dahinterliegenden Chemieparks zu sichern. Ein AFAB stellt ein konkurrierendes Vorbehaltsgebiet dar, welchem in einer Abwägung zu einer konkurrierenden Nutzung ein besonderes Gewicht beigemessen werden würde. Der Hafenbetrieb erfordert regelmäßig auch baurechtlich relevante Genehmigungsvorhaben im Bereich des Stromes sowie zur Anbindung der Verladeeinrichtungen an das Industriegebiet. Auf eventuell genehmigungsfähige Ausnahmen kann ein Industriestandort nicht zukunftsfähig aufgestellt werden. Dies gibt den Unternehmen keine ausreichende Planungs- und Investitionssicherheit.

Im Rahmen von Bauleitplanungen soll gemäß G. 19 Erl. 2 Textliche Festlegungen des E-RPK darauf hingewirkt werden, den Freiraum vor einer Inanspruchnahme zu schützen. Ein GIB als Vorranggebiet ist hingegen als Ziel der Raumordnung zu beachten und für bestimmte Nutzungen und Funktionen vorgesehen. Planungen und Maßnahmen, die mit dem Betrieb und der Nutzung nicht vereinbar sind oder erheblich einschränken, werden ausgeschlossen. Über den G. 18 Textl. Festsetzung Regionalplanentwurfs genießt ein GIB einen besonderen Schutz vor Heranrücken von schutzbedürftigen Nutzungen, die es in seiner Funktion und Nutzung beeinträchtigen können.

Zudem würde eine Festsetzung als AFAB gegen das Gebot der Berücksichtigung städtebaulicher Planungen verstoßen. Gemäß § 13 Abs. 2 S. 2 ROG sind die Flächennutzungspläne und die Ergebnisse der von Gemeinden beschlossenen sonstigen städtebaulichen Planungen entsprechend § 1 Abs. 3 ROG zu berücksichtigen. Der Flächennutzungsplan Köln (FNP) stellt in diesem Bereich Sondergebiet Hafen (SO Hafen) dar [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_6]. Die Darstellung als AFAB im E-RPK ist somit nicht nur ein Widerspruch zu den örtlichen Gegebenheiten, sondern auch zu den planerischen Festlegungen des FNP. Hier kann sich die Regionalplanung nicht ohne Weiteres über die städtebaulichen Planungen und tatsächlichen Gegebenheiten hinwegsetzen. Sollte unser Hafen weiterhin als AFAB dargestellt werden, steht zu befürchten, dass über die Anwendung des planerischen Grundprinzips das "Gegenstromprinzip" hier eine Anpassung des Flächennutzungsplans an den Regionalplan vorgenommen wird, denn die kommunale Bauleitplanung ist nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Eine Gefährdung des Bestandes und der zukünftigen

Entwicklungsfähigkeit des Hafens ist hier zu befürchten und kann nicht akzeptiert werden. Da jegliche Anpassungen der Hafenanlagen nur mit Ausnahmegenehmigungen zuzulassen wären. Bei diesbezüglichen Verhinderung von Genehmigungen könnte eine Schließung von Produktionsanlagen nur durch die Verlagerung von dem Verkehrsträger Schiff hin zu anderen Verkehrsträgern vermieden werden. Hierdurch würden pro Tonne Transportladung die Emissionen deutlich erhöhen und somit auch zu erheblicheren Beeinträchtigungen von Luft und Klima und somit der menschlichen Gesundheit im Vergleich zum Verkehrsträger Schiff führen.

In der jetzigen Darstellung im Regionalplanentwurf vermissen wir neben der fehlenden Darstellung als GIB jeglichen Hinweis auf den vorhandenen Stromhafen am INEOS- bzw. CHEMPARK-Standort. Über den Landesentwicklungsplan (LEP) sind Industriehäfen bzgl. des Umgebungsschutzes den landesbedeutsamen Häfen gleichgestellt. In ?zu 8.1-9 Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen" LEP NRW wird darauf verwiesen, dass auch Industriehäfen vor heranrückender Nutzung geschützt werden müssen: „Die Regionalplanung sollte dort, wo es erforderlich ist, auch weitere Häfen ... für NRW wichtigen Industriehäfen - vor heranrückenden Nutzungen schützen (s. dazu auch Grundsatz 6.3-2). Dieser Grundsatz richtet sich im Übrigen auch an die kommunale Bauleitplanung". Da momentan im Regionalplanentwurf nirgends erkennbar ist, dass es sich hier um einen (Industrie-)hafen handelt, besteht die Gefahr, dass diesem Grundsatz in der Bauleitplanung nicht gefolgt werden kann. Eine Sicherung unseres Industriehafens wie im LEP gefordert, wird im Regionalplan also derzeit nicht vorgenommen. Wir sehen daher die strikte Notwendigkeit, am Standort des Hafens das Symbol ?Wasserstraße unter Angabe der Güterumschlagshäfen" im RP Köln (wie es auch an anderen Industriestandorten im Regionalplan erfolgt ist) darzustellen [s. Anhang Abb. StnID 1005971\_7], um dessen Verfügbarkeit, Schutz und Entwicklungsfähigkeit zu sichern.

Wir bitten daher ausdrücklich darum, die bisherige Einstufung als GIB weiterhin bestehen zu lassen sowie eine Darstellung als "Wasserstraße unter Angabe der Güterumschlagshäfen" vorzunehmen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1005971\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1005971\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1005971\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1005971\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1005971\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1005971\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID1005971\\_7.pdf](#)



1005979	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b><u>Rücknahme der Darstellung Regionaler Grünzug (RG) und BSLE im Hafengebiet des CHEMPARK Dormagen und INEOS (Köln - Worringen)</u></b></p> <p>Für die Landfläche unseres Hafengebietes in Köln-Worringen wird abweichend von der bisherigen Darstellung nun auch ein Regionaler Grünzug im Regionalplanentwurf dargestellt. Auch hierdurch sehen wir eine Gefährdung des Bestandes und weiteren Entwicklung des Hafens. Regionale Grünzüge sind siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen. Dies ist hier nicht gegeben, denn der gesamte Bereich inkl. der Wasserfläche unterliegt dem Hafensicherheitsgesetz [s. Anhang Abb. StnID 1005979] und ist insoweit grundsätzlich nicht für Dritte zugänglich.</p> <p>Es finden wie bereits erläutert umfangreiche Verladeaktivitäten im Hafenbereich statt, die o.g. freiraumorientierte Nutzungsabsichten eines RG nicht zulassen. Wir begrüßen sehr, dass der Rhein mit Punkt 5.1.5. Infrastruktur Z.31 und Erl. 1 als Vorranggebiet Wasserstraße festgelegt wurde und damit die sichere und bedarfsgerechte Entwicklung sowohl für den Schiffsverkehr als auch für anliegende Häfen gewährleistet ist. Im Widerspruch dazu steht allerdings die Ausweisung des Rheins als RG im Bereich unserer Stromhäfen. Hier ist eine Gleichbehandlung mit anderen Häfen am Rhein anzustreben, in welchen ebenfalls keine RG dargestellt werden. Wir bitten daher dringend um Rücknahme der Darstellung des RG für unseren Hafenbereich.</p> <p>Alternativ bitten wir um eine explizite Aufnahme von (Strom-)Häfen (Land- und Wasserfläche) als zulässige Ausnahme in RG (siehe S.98 textliche Festlegung Nr.7).</p> <p>Die Wasserfläche unseres Hafens am Rhein wird im E-RPK als BSLE dargestellt. Unseres Erachtens muss auch hier eine Aussparung des BSLE analog anderer Häfen am Rhein erfolgen. Die Wasserflächen für Hafenanlagen hat Currenta für die entsprechende Hafennutzung gepachtet. Sie ist darüber hinaus verpflichtet den entsprechenden Schiffsbetrieb sicher zu stellen, dazu gehört die Verpflichtung und Notwendigkeit, die Flächen u.a. die Anlegestellen für den Schiffsverkehr gangbar zu machen / zu halten, indem z.B. entsprechende wasserbauliche Maßnahmen bzw. Instandhaltungsmaßnahmen an Anlageeinrichtungen durchgeführt werden.</p> <p>Unter 2.21 Erläuterung 2 der Textlichen Festlegungen wird darauf verwiesen, dass maßstabbedingt in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten sind, die von der Festlegung zu den BSLE unberührt bleiben.</p> <p>Wir bitten die Festlegung als BSLE für das Hafengebiet aufzuheben, hilfsweise zumindest hier die Industriehäfen des Rheins explizit von den Vorgaben der BSLE</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Referenz</b> 1006035</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die wasserseitige Hafennutzung wird durch die Freiraumfestlegungen (RG, BSLE) nicht eingeschränkt wird.</p> <p>Klarstellend werden die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z. 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" und Z.21 "BSLE fachplanerisch sichern" entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

auszunehmen (siehe nachfolgender Vorschlag), um deren Erhalt und Entwicklungsfähigkeit nicht zu gefährden:

?Maßstabsbedingt sind in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten, die von den Festlegungen zu den BSLE unberührt bleiben. Dabei handelt es sich u.a. um kleinere Ortslagen, gewerbliche Betriebe, bestehende Infrastruktur, Häfen oder sonstige bebaute Flächen im Freiraum. Die Festlegung als BSLE schließt in diesen Fällen eine Siedlungsentwicklung nicht aus. "

**Anhänge**

[Abb\\_ID1005979.pdf](#)

1005980	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><u>Entwicklung neuer ASB und GIB in Köln - Worringen - Gewerbelärmvorbelastung</u></p> <p>In der unmittelbaren Umgebung des INEOS - Standortes und des CHEMPARKs sollen laut Regionalplanentwurf neue ASB entstehen. In den dazugehörigen Prüfbögen lässt sich kein Hinweis auf eine Gewerbelärmvorbelastung finden. Wir bitten den Hinweis auf eine evtl. Gewerbelärmvorbelastung aus den umliegenden Gewerbe- und Industriegebieten in den Prüfbögen K_ASB_8, K_ASB_20, K_ASB_25 aufzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1005980]. Diese kann Auswirkungen auf die, in den nachfolgenden Planungsebenen auszuweisenden und ausweisbaren Nutzungsarten oder Nutzungen haben.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1005980.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Anregung geht über die Differenzierung der Umweltprüfung auf Regionalplanungsebene hinaus.</p>

1005982	
<p>Inhalt</p> <p><b>Entwicklung neuer ASB in Köln - Worringen - Angemessener Abstand - Seveso III</b></p> <p>In der Umgebung des INEOS-Standortes und des CHEMPARKs sollen laut Regionalplanentwurf eine Erweiterung des ASB K_ASB_8 vorgenommen werden [s. Anhang Abb. StnID 1005982], welches anteilig in den unter Seveso-III- Aspekten ermittelten angemessenen Abstand hineinragt. Wir bitten auf die geplante Erweiterung des ASB zu verzichten, mindestens aber diesen Aspekt in dem zugehörigen Prüfbogen K_ASB_8 zu berücksichtigen, da sich hieraus unweigerlich Beschränkungen ergeben müssen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1005982.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1002904).</p>

1005983	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><u>Darstellung Abfallbehandlungsanlage im GIB - Firmengelände INEOS</u></p> <p>In dem E-RPK ist auf den Firmengelände der INEOS eine singuläre zeichnerische Ausweisung einer Abfallbehandlungsanlage zu erkennen [s. Anhang Abb. StnID 1005983]. An der Position, an der die Abfallbehandlungsanlage ausgewiesen ist, befindet sich aktuell keine Abfallbehandlungsanlage und es ist nicht beabsichtigt dort eine derartige Anlage zu errichten, da sich hier Produktionsanlagen befinden, die auch langfristig weiterbetrieben werden sollen. Abfallbehandlungsanlagen befinden sich auf dem Firmengelände an anderen Stellen, die zeichnerisch jedoch nicht berücksichtigt wurden. Wir möchten daher anregen auf die zeichnerische Darstellung der Abfallbehandlungsanlage gänzlich zu verzichten, zumal auch andere der Legende zu entnehmende Nutzungsarten, die im Zusammenhang mit dem Betriebszweck der eigenen Produktionsanlagen stehen, in diesem GIB nicht in dem E-RPK zeichnerisch dargestellt wurden.</p> <p>Wir halten auch Festlegungen von diesbezüglichen Nutzungsarten im GIB für nicht notwendig, da z.B. die Abfallbehandlungseinrichtungen am Standort ausschließlich dem Betriebszweck für die eigenen Anlagen dienen. Eine Verlegung diesbezüglicher Einrichtungen an andere Örtlichkeiten auf dem Werksgelände (GIB) muss außerdem auch entsprechend der Betriebserfordernisse - vorbehaltlich der behördlichen Genehmigungen - möglich sein.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1005983.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Textliche Festlegung Z. 44 und deren Erläuterung sowie die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungssynopse und Änderungskarten).</p> <p>Die Plankonzeption wird insofern angepasst, dass raumbedeutsame Abfallbehandlungsanlagen nur dann zeichnerisch festgelegt werden, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Sie sind aus Gründen des Freiraumschutzes als zweckgebundene GIB festgelegt. Auf diese Weise wird eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke vermieden. Auf eine regionalplanerische Bestandssicherung von Abfallbehandlungsanlagen innerhalb von GIB (inkl. GIBmZ) wird aus Gründen der Flexibilisierung verzichtet.</p> <p>Neuplanungen oder wesentliche Erweiterungen von Abfallbehandlungslagen richten sich nach (Z. 45) Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträgliche steuern sowie den Vorgaben des LEP NRW und sind insofern innerhalb von GIB regionalplanerisch grundsätzlich zulässig.</p>

AZ: Ö-O-846	
1001930	
1002917_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen: Ich bewirtschafte in der Stadt Bornheim einen Intensiv-Gemüsebaubetrieb. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Anbau von Kohlarten, Salate, Rhabarber und Wuzelgemüse. Der Einsatz von Beregnungsanlagen ist unverzichtbar. Der vorliegende Entwurf zur Neuauaufstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Stadt Bornheim eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit verkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt. Schwer wiegt dies insbesondere, weil ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission und die Umsetzung in nationales Recht eine Einschränkung von Pflanzenschutzmittel auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht. Vor allem in Hinblick auf die Welternährungslage sind Maßnahmen, die Landwirtschaft und Gemüsebau im Anbau beschränken nicht hinnehmbar. Zudem sind wir in unserem Betrieb von der geplanten Ausweitung von Wohngebieten gerade betroffen (siehe Anlage). Beim Stand des derzeitigen Entwurfs würden 15 ha unserer Produktionsfläche wegfallen. Diese Flächen würden auch als beregnungsfähige Flächen wegfallen. Angesichts meiner Ausführungen fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-847	
1001810	
1005377	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 52076 Aachen einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb mit Schwerpunkt Grünlandbewirtschaftung und Milchproduktion.</p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen, ca. 10 Hektar Grünlandflächen die in meinem Eigentum stehen, als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünges und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem - zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen. Meine betroffenen Flächen liegen alle im Bereich Bechheimer Bach. Im einzelnen sind es die Flurstücke Stadt Aachen Gemarkung Walheim [anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-848	
1002076	
1002922_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich stimme der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln nicht zu, da er beinhaltet, dass eine meiner Parzellen am Swistbach in Meckenheim, als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden soll. Dies käme einer Enteignung gleich, da in derartigen Gebieten keinerlei Pflanzenschutz möglich ist. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-849	
1002202	
1002924_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Öff Neuaufstellung Regionalplan Konkret: Stellungnahme zum Vorschlag der Gemeinde Wachtberg, bei Verwerfung der von ihr vorgeschlagenen Flächen in Berkum, einen ASB Gimmersdorf-Oberbachem festzulegen Eine Ausweisung der Ortschaften Gimmersdorf/Oberbachem als ASB widerspricht den Zielen des LEP gleich in mehrfacher Hinsicht: Beide Ortschaften und Gimmersdorf im Besonderen weisen über eine nur sehr dürtige Infrastruktur auf. So existiert in Gimmersdorf weder ein Kindergarten, noch ein Geschäft, oder eine sonstige Einrichtung, die einen täglichen Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung gerecht wird. Gimmersdorf gehört somit zu den infrastrukturärmsten Ortschaften der Gemeinde Wachtberg. Oberbachem hat ausser einem Kindergarten und einer Arztpraxis ebenfalls keinerlei sonstige Infrastruktur zu bieten. Eine Neuansiedlung von Einwohnern soll zudem aber ausgerechnet in Gimmersdorf und nicht in Oberbachem erfolgen. Dieses Vorhaben widerspricht somit augenscheinlich den folgenden Zielen des aktuellen LEP NRW: Seite 15: 1.2 Demographischen Wandel gestalten: "....Insofern gewinnt auch die Ausrichtung der Siedlungsstruktur auf eine wohnortnahe Versorgung und die barrierefrei Erreichbarkeit von Dienstleistungen weiterhin an Bedeutung. [?] Die besonderen Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention finden somit Berücksichtigung" Hierzu ist anzumerken: Gimmersdorf ermöglicht aufgrund der Nichtexistenz jeglicher wohnortnaher Versorgungseinrichtung sowie der Topografie gerade in Bezug auf die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Einrichtungen (jeweils steil ansteigende Wegstrecken zum EKZ Berkum wie auch zu den Nahversorgungseinrichtungen in Niederbachem) keine barrierefreie Erreichbarkeit. Die geplante Umwidmung des Berkumer Weges (der direkten Verbindungsstraße nach Berkum) in eine Fahrradstraße verschärft diesen Konflikt sogar zusätzlich, da der ÖPNV, der bisher diese Strecke fährt, aufgrund der Umwidmung einen zusätzlichen Umweg über die Rathausstraße nehmen muss, mit bedeutend längeren Fahrzeiten. Seite 15: Zentrale Orte und Innenstädte stärken: "...muss die weitere Siedlungsentwicklung bereits jetzt auf Standorte konzentriert werden, an denen auch langfristig ein attraktives Angebot an öffentlichen und privaten Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen bereitgestellt werden kann" Hierzu ist anzumerken: Wenn bereits jetzt, trotz zusammen betrachtet knapp 2000 EW umfassend, der Ortsteilzusammenschluss Gimmersdorf/Oberbachem keinerlei Impulse für eine Weiterentwicklung der spärlichen Infrastruktur ergeben hat, so ist nicht ersichtlich, warum die Ausweisung von Wohnbauflächen in Gimmersdorf, die räumlich und topografisch weit entfernt befindlichen wenigen vorhandenen Infrastruktureinrichtungen in Oberbachem soweit stärken könnte, dass die in diesem Abschnitt formulierten Ziele erreicht werden könnten. Seite 16: Mobilität und</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Gemeinde Wachtberg hat angeregt Gimmersdorf und Oberbachem als ASB festzulegen (s. ID 1004846).</p> <p>Dies entspricht nicht den landesplanungsrechtlichen Vorgaben.</p> <p>Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?</i> möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p>

Erreichbarkeit gewährleisten: "....Zum einen wird sich das Mobilitätsverhalten einer alternden Gesellschaft verändern [?] Dies macht eine enge Verknüpfung der Siedlungen mit einem für alle Bevölkerungsgruppen nutzbaren Angebotes des öffentlichen Personennahverkehrs notwendig" Hierzu ist anzumerken: Durch die beschlossene Fahrradstraße Berkumer Weg verschlechtert sich die Anbindung des ÖPNV in Richtung des für die geplante Siedlungserweiterung nächstgelegenen Nahversorgungszentrums in Berkum. Die Fahrradstraße selbst kann keinen Beitrag zur Verbesserung der Anbindung für alternde oder beeinträchtigte Bevölkerungsteile leisten, da sich aufgrund der Topographie sowie des hierzu ungünstigen Verlaufes in Richtung der L123 keine Vorteile der Erreichbarkeit im Vergleich zu den bestehenden Feldwegen, die direkt zum Stumpeberg führen und somit den Weg zum EKZ auf direktere Weise ermöglichen, ergeben. Dass eine Festlegung von Gimmersdorf/Oberbachem als ASB am Bedarf der Menschen vorbeigeht, zeigt sich auch an der relativen Unattraktivität von Neubauvorhaben in Gimmersdorf in der aktuellen Zeit. Trotz derzeit unbestrittener hoher Wohnraumnachfrage für Wachtberg als Ganzes, mussten bereits Neubauvorhaben in Gimmersdorf mangels Nachfrage zurückgenommen werden. So musste z.B. der Investor, der die Baulücke/Bestandbauten Ecke Lindenstr./Kommunalweg neubeplant hat und hier 10DHH zwischen 360 000 Euro und 389 000 Euro vermarktete, diese Pläne nach rund 380 Tagen erfolgloser Vermarktung Ende 2018 einstellen. Erst im vergangenen Jahr wurde hier das letzte Gebäude fertiggestellt (von den ursprünglich geplanten Gebäuden wurde nur eines, also 2DHH errichtet) Derzeit sucht der Investor, der vor 2 Jahren das Haus Hermesgarten 2 (Flurstück 134) abreißen ließ und auf diesem Grundstück Reihenhäuser mit 6 WE errichten lies, für 2 WE immernoch Mieter (Anzeige nachweislich seit über 4 Wochen auf immobilien Scout24 aktiv) Der Verkauf eines Grundstückes des gerade kürzlich in Kraft getretenen Bebauungsplanes "Berkumer Weg", gestaltet sich ebenfalls schleppend, die Verkaufsanzeige ist ebenfalls seit mindestens 4 Wochen auf den gängigen Internetportalen geschaltet. Diese Vermarktungsschwierigkeiten, die in dieser Form nicht in den derzeit als ASB festgelegten Ortsteilen Wachtbergs zu beobachten sind, belegen nur zu gut, dass die weichen Standortfaktoren auch in angespannter Lage eine entscheidende Rolle für die Nachfrage darstellen. (So wie es auch im LEP angemerkt wird). Daher liefe eine Ausweisung von Neubauflächen für Neuansiedlungen in Gimmersdorf am Bedarf der Bau- und Ansiedlungswilligen Bevölkerung vorbei. Entsprechend gilt diese Betrachtungsweise auch für das weitere, im LEP formulierte Ziel 1.3. , Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen auf Seite 17 sowie dem Ziel weiche Standortfaktoren entwickeln, Seite 19:"Parallel hierzu wird sich ? verursacht durch den demographischen Wandel ? der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte verschärfen. Da Beschäftigte bei der Wahl ihres Arbeits- und Wohnortes neben rein beruflichen Angeboten verstärkt ?weiche Standortfaktoren? berücksichtigen, gewinnen die Verbesserung der Raumqualität, die ?Kulturlandschaftsentwicklung? sowie eine familienfreundliche und barrierefreie Infrastruktur im Standortwettbewerb an Bedeutung" Es sei hier nochmal ausdrücklich wiederholt, dass Gimmersdorf über absolut keinerlei solcher nachgefragten weichen Standortfaktoren verfügt und es auch

nicht realistisch ist anzunehmen, dass solche neuen Strukturen durch eine Ausweisung der angedachten Wohnbauflächen entstehen werden, denn dafür ist zum einen die mögliche Neubaufläche zu klein, um eine tragfähige, nachhaltige, nicht in Konkurrenz zur Auslastung bestehender Infrastrukturen in den benachbarten ASB bestehende Nachfrage zu realisieren. Und zum anderen fehlt schlicht der Platz sowie die grundsätzlichen Vorbedingungen für die Errichtung solcher Infrastrukturen. Das von der Gemeinde Wachtberg angestoßene Vorhaben, Gimmersdorf und Oberbachem zu einem ASB zu entwickeln verletzt auch Das Ziel 2-4 im LEP: Entwicklung der Ortsteile im Freiraum : "....Darüber hinaus ist die bedarfsgerechte Entwicklung eines solchen Ortsteils zu einem Allgemeinen Siedlungsbereich möglich, wenn ein hinreichend vielfältiges Infrastrukturangebot zur Grundversorgung sichergestellt wird" Wie bereits aufgeführt, ist dieses für Gimmersdorf und Oberbachem nicht der Fall. Jedoch trifft dieses perfekt auf den Ortsteil Adendorf zu, da dieser bezüglich der vorhandenen Infrastruktur den übrigen ASB in Wachtberg kaum nachsteht, diese sogar in Teilen übertrifft. Das betrifft sowohl die religiöse (Kirchengemeinde), schulische (Kindergarten, Grundschule), kulturelle ( Kulurkino, überregionale Veranstaltungen auf Burg Adendorf, Töpferort etc), medizinische (Hausarzt, Physiotherapiepraxis) Versorgung als auch die Versorgung mit Lebensmitteln für den täglichen und sogar nicht täglichen (Restaurant mit Michelinsterne) Bedarf und vieles mehr (KfZ Werkstatt, Tankstelle, Bank..). Hier bestünde zumindest mittel- und langfristig die Perspektive, nach (Teil)-Aufgabe der Tongrube südlich des Mühlenweges, eine südlich der Erhard Fischer Straße verlaufende Ortserweiterung mit rund 70 000qm Fläche festzulegen bzw. ggfs früher bereits ein Areal westlich der Erhard Fischer Str. in Richtung Meckenheim. Alternativ käme auch eine perspektivische Waldumwandlung in Frage, um Adendorf ein Wachstum in einer anderen Richtung (wie z.B. nördlich der Grundschule) zu ermöglichen. Potenzielle Ausgleichsflächen zur Kompensation sollten sich problemlos am Waldrand finden, da dieser an vielen Stellen direkt an intensiv genutzten Landwirtschaftsflächen angrenzt.

AZ: Ö-O-85	
1001297	
1000865	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich möchte keine weitere Bebauung und Naturzerstörung im Schutzgebiet.</p> <p>Auch Wild braucht noch Korridore.</p> <p>Es reicht hier an Bebauung.</p> <p>Die notwendige Infrastruktur ist dann auch wieder zu spät. Siehe Spielplatz für die nun großen Kinder.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-850	
1001811	
1005173	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum o.g. Regionalplan möchte ich für meinen landwirtschaftlichen Betrieb, den ich in seiner wirtschaftlichen Existenz, ökonomisch und ökologisch, nicht zuletzt in Bezug auf die erheblichen denkmalpflegerischen Aufwände vorausschauend und nachhaltig absichern muß, folgende Einwendungen als Einspruch erheben:</p> <p>a) Vorab rüge ich die fehlende Spezifizierung, Transparenz und Konkretisierung dessen, was planerisch wirklich verfolgt wird. Meine Selbstbetroffenheit sei gleichwohl unterstellt. Ich bitte aber um die gebotene Detailsubstantiierung.</p> <p>b) Aufgrund des durch Aushang mir vorliegenden (ungenauen!) Kartenmaterials sehe ich folgende Flur und Flurstücke tangiert:</p> <p>a. Gemarkung 054441, Flur 3, [anonymiert] b. Flur 8, [anonymisiert] c. Flur 9 [anonymisiert]</p> <p>c) Hier handelt es sich jeweils um betriebswichtige hochwertige Acker- und Grünlandflächen, die ohne Einschränkungen zu bewirtschaften sind, insbesondere da Äquivalente nicht vorhanden sind und auch eine entsprechende Gebietsprägung seit unvordenklicher Zeit besteht. Ich stütze mich zugleich auch Bestandsschutz und bitte dann, diesen Bestand auch als geschützt einzuzichnen.</p> <p>d) Gegen die geplante Ausweisung von BSN-Bereichen und Erweiterungen des Landschaftsschutzgebiets entlang des Gewässers sprechen die folgenden Argumente:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ein ökologischer Mehrwert ergibt sich auf den Ackerflächen nicht, vielmehr führte eine Nichtbewirtschaftung zu Erosionen und sonstigen Missständen, die der abrupte Abbruch einer Kultivierung mit sich brächte</li> <li>2. der Entwurf des Regionalplans Köln erhält eine Reihe formaler Mängel und Abwägungsdefizite (Maßstab; Abwägung der Belange verschiedener Gruppen; Gutachten zur ökologischen Wertigkeit)</li> <li>3. die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten werden unverhältnismäßig eingeschränkt (Vermögenswerte; Kreditaufnahme; bauliche Maßnahmen, Flächennachweis Tierhaltung usw.), solche Eingriffe in Art. 14 und 12 Grundgesetz sind nicht zu rechtfertigen</li> <li>4. die Entwicklung neuer Betriebszweige z.B. Tierhaltung oder Energie von landwirtschaftlicher Fläche ist weitgehend ausgeschlossen</li> <li>5. die Produktion regional vermarktbarer Produkte wird eingeschränkt</li> <li>6. durch den Unterhalt des denkmalgeschützten Ensembles [anonymisiert] besteht bereits eine hohe finanzielle Überlast und Sozialpflichtigkeit (keine PV-Nutzung der Dächer usw.) für den Betrieb</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

7. das landwirtschaftliche Fachrecht (Dünge-VO; Wasserhaushaltsgesetz; Pflanzen-Schutz-Anwendungs-VO usw.) gewährleistet bereits umfänglich den Schutz von Gewässern und begleitenden Saumbiotopen, insoweit liegt ein weiterer Grundrechtsverstoß wegen greifbarer Unverhältnismäßigkeit vor
8. die Bewirtschaftung (z. B. Einsatz organischer Dünger; Pflanzenschutzmittel) der Ackerflächen und damit die Wirtschaftlichkeit werden unverhältnismäßig stark eingeschränkt
9. Insgesamt werden durch die geplanten BSN- und Landschaftsschutzausweisungen die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten stark reduziert und die Zukunftsfähigkeit meines Betriebs sowie seine Fortexistenz in Frage gestellt.

Ich bitte höflich um Berücksichtigung meiner Argumente und sehe Ihrer Antwort entgegen.

AZ: Ö-O-852	
1002207	
1004853	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hier unser Vorschlag als Bürgerverein Merkenich zur Änderung des Regionalplanes für den Bereich der Stadt Köln; übersandt mit der Bitte um Berücksichtigung bzw. Übernahme ins Planwerk:</p> <p>Den Rheindörfern Fühlingen, Langel und Rheinkassel (und mit Einschränkung auch Merkenich) im linksrheinischen Kölner Norden wird durch die im Regionalplan-Entwurf vorgesehene Berücksichtigung des HQ500-Extremhochwassers jegliche Chance auf künftige Siedlungserweiterungen genommen. Diese Erweiterungen wären jedoch notwendig, um hier eine eigenständige Nahversorgung aufbauen zu können, die derzeit in den nördlichen Ortsteilen des Stadtteiles nur an einzelnen Tagen notdürftig durch einen fahrenden Händler sichergestellt werden kann.</p> <p>Insbesondere die Ortsteile Langel und Rheinkassel bilden mit Merkenich den Kölner Stadtteil ?601/Merkenich?. Dabei ist der letztgenannte Ortsteil das Zentrum für diese Rheindörfer. Dort ist noch ein Rest an Nahversorgung vorhanden; nicht jedoch in Langel und Rheinkassel. Unser Vorschlag hat zum Ziel, alle die aufgeführten Rheindörfer zu stärken, umso mindestens den bisher steten Rückgang der Nahversorgung in Ortsteil Merkenich zu stoppen und gleichzeitig die Chance zu bekommen, eine Nahversorgung auch in Langel oder Rheinkassel zu bewirken. Die Berechtigung für diese Forderung ergibt sich auch daraus, dass in einer Untersuchung zur Nahversorgung von Stadt und Land im Regierungsbezirk Köln genau diese Stadtteile genauso schlecht versorgt sind, wie sonst nur Randgebiete im Oberbergischen Kreis. Und wie kein anderer Teil der Millionenstadt Köln. Wir fordern daher die Darstellung dieser Dörfer im Regionalplan als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB), erweitert um zum Gewerbegebiet Feldkassel hin gelegene Optionsflächen für die künftige Siedlungsentwicklung, die wie die übrigen Siedlungsflächen in diesem Bereich bereits seit Jahren vor dem deutlich wahrscheinlicheren 200jährigen Hochwasser geschützt sind.</p> <p>Darüber hinaus fordern wir den ASB am nordwestlichen Ortsrand des Ortsteiles Merkenich um 200 m nach Norden zu erweitern. Dabei soll die westliche Flucht übernommen werden und im Osten begrenzt werden durch das gesetzlich festgesetzte Überschwemmungsgebiet bzw. den vorhandenen baulichen Hochwasserschutz. Diese Fläche befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Stadtbahnhaltestelle ?Merkenich?. Sie ist somit hervorragend an den ÖPNV angebunden, was wir als einen wichtigen Grund für die Ausweisung als ASB ansehen. Die vorgeschlagene Fläche grenzt zudem an die vorhandene, voll erschlossene Wohnbebauung an.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1002887, 1002871, 1002879, 1002891).</p> <p>Weitergehende Änderungen (nordwestlichen Ortsrand des Ortsteiles Merkenich) werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. im Bereich des maßstabsbedingten Interpretationsspielraums der regionalplanerischen Festlegungen liegen und die Detailierungsgrenze des Regionalplans überschreiten.</p>

Diese Forderung korrespondiert mit der Absicht der Stadt Köln zur Verlängerung der Stadtbahnlinie vom Ortsrand des Ortsteils Merkenich nach Norden bis Langel. Auch der betriebswirtschaftliche Aspekt einer solchen Stadtbahnlinie bedarf für die standardisierte Bewertung eines ausreichenden potentiellen Nutzerkreises. Dies würde gleichzeitig auch die gewünschte Stadtbahnanbindung des Gewerbegebietes Langel unterstützen.

Zur möglichen Abgrenzung dieser Flächen verweisen wir auf die Seiten 40-43 eines Dokuments aus der Beschlussvorlage 2887/2019 des Kölner Stadtrats, das unter der Adresse <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=738273&type=do> im Kölner Ratsinformationssystem abgerufen werden kann. Sowie auf die beigefügte Datei ?Regionalplan Köln-Flächen im Stadtteil Merkenich 8-2022.docx. [s. Anhang Abb. 1004853\_1]

[ANONYMSIERT]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1004853\\_1.pdf](#)



AZ: Ö-O-853

1002276

1002947\_001

## Inhalt

Vor drei Tagen (26.08.2022) habe ich den Darlehensvertrag über 500T? für meine zukünftige Immobilie in [ANONYMISIERT] unterschrieben. Die Auswahl fiel auf diese Immobilie, weil der Ausblick über die Felder so schön ist und weil es dort sehr ruhig und idyllisch ist. Es gibt dort viele Felder und Wiesen mit schönen Baumgruppen und es laufen hier und da sogar Pferde und Kühe herum. Sehr schön ländlich, wie ich mir das immer gewünscht habe. Mit meinen 44 Jahren und mit dem Plan noch eine Familie zu gründen, brauche ich diese Ruhe.

Auf der Webseite der Grünen in Erkelenz ( <https://gewerbegebiete.gruene-erkelenz.de/#> ) stellte ich dann gestern am 28.8.2022 mit Erschrecken fest, dass ein Gewerbegebiet auf der Karte eingetragen ist, welches genau unterhalb [ANONYMISIERT] verläuft und somit den schönen Blick über die Felder und die schöne Natur dort zunichtemachen und den Wert meiner Immobilie senken würde (siehe auch Anlage ?Screenshot Geplantes Gewerbegebiet Angabe der Grünen Erkelenz.jpg?). Das wäre für mich furchtbar. Nach einem Besuch im Gemeindeamt in Gangelt und einem Telefonat mit dem Bauamt für den Kreis Heinsberg und nach einem Telefonat mit einem freundlichen Herrn des Regierungsbezirks Köln hat man mir jedoch Entwarnung geben können. An der skizzierten Stelle ist wohl zum Glück doch kein Gewerbegebiet geplant. Ein Herr von den Grünen in Erkelenz, den ich ebenfalls angerufen habe sagte mir, dass das wohl ein Fehler in der Kartendarstellung ist. Er lässt den Vorgang prüfen und entschuldigte sich. Ich bitte Sie, das auch noch mal zu prüfen. Das wäre wirklich nett von Ihnen.

Dennoch möchte ich Sie herzlich bitten, die Felder südlich der Grundstücke der Häuser der [ANONYMISIERT] frei und natürlich zu belassen. Sie werden aktuell landwirtschaftlich genutzt, was mir recht ist. Wenn ich das Geld hätte, würde ich sie sogar kaufen, nur leider habe ich das Geld nicht. Ebenso bitte westlich davon, bis auf die schon genehmigten Flächen alles so schön naturbelassen erhalten. Wir haben schon ein Krankenhaus vor der Tür. Da brauchen wir zumindest hintenrum einen Ausgleich durch Natur und Ruhe und auch rechts und links unserer Häuser.

Zusätzlich möchte ich noch auf folgende Webseite des Kreises Heinsberg hinweisen ( <https://service.kreis-heinsberg.de/dienstleistungen-a-z/-/egov-bis-detail/dienstleistung/150461/show> ), auf dem das Gebiet unterhalb (südlich) der [ANONYMISIERT] als Landschaftsschutzgebiet eingezeichnet ist. Dies wäre noch mal ein zusätzlicher Aspekt, um dessen Berücksichtigung ich Sie bitten möchte. (Siehe

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht ? hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan ? sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis. die Gemeinde Gangelt verfügt hingegen über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

auch Anlage ?Screenshot\_Landschaftsschutzgebiet Angabe Kreis Heinsberg.jpg?)

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage  
beigefügt]

AZ: Ö-O-854	
1002207	
1004854	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hier unser Vorschlag als Bürgerverein Merkenich zur Änderung des Regionalplanes für den Bereich der Stadt Köln; übersandt mit der Bitte um Berücksichtigung bzw. Übernahme ins Planwerk:</p> <p>Für die jetzt stattfindende Überarbeitung des Regionalplanes ist eine teilweise Rücknahme des GIB im sogenannten Esso-Gelände vorgesehen. Und zwar betrifft das die unmittelbar südlich parallel zur Autobahn A1 verlaufende Grün- und Freifläche. Die Fläche am Nordrand des Stadtteiles Niehl wird im Westen begrenzt durch die Neusser Landstraße und im Osten durch die vorhandene Gewerbebebauung bzw. das Pumpwerk der Stadtentwässerungsbetriebe und im Süden durch die parallel zur A1 verlaufende Bernhard-Günther-Straße.</p> <p>Wir fordern, diese Rücknahme des GIB so auch tatsächlich in der Neuaufstellung des Regionalplans zu übernehmen und stattdessen Freiraum festzusetzen. Begründet wird dies hauptsächlich mit zwei wesentlichen Aspekten:</p> <p>Die oben genannte Fläche ist im Bebauungsplan der Stadt Köln für die Neuordnung des ehemaligen Raffineriegeländes (Plangebietgröße 2,5 Millionen m²; B-Plan ist aus 1995) als Ausgleichsfläche festgesetzt. Die Ausgleichsfläche ist für die zahlreichen vorgesehenen Versiegelungen rund um den Kern des ehemaligen Raffineriegeländes herum zwingend erforderlich. Mit dem Bebauungsplan werden nämlich rund 100 ha Flächen zur Bebauung freigegeben; dabei sind die meisten Flächen davon bislang immer unbebaut gewesen. Und haben seit alters her der Kaltluftentstehung und durch Lüftung der östlich angrenzenden Industriegebiete gedient.</p> <p>Diese Ausgleichsfläche und tatsächlich vorhandene Grünfläche südlich der Autobahn ist für den unmittelbar östlich angrenzenden Ortsteil Merkenich als Frischluftschneise sehr wichtig. Dies gilt umso mehr, als die sich jetzt mit dem Klimawandel immer deutlicher abzeichnende Überhitzung und Trockenheit den Erhalt von unbebauten Flächen zwingend erfordert. Insofern sollte ein Streifen parallel zur Autobahn aus der GIB-Festsetzung des noch gültigen Regionalplanes herausgenommen und dem Freiraum zugeschlagen werden.</p> <p>In der beigelegten Word Datei ist die fragliche Fläche als Ausschnitt aus dem aktuellen Regionalplan dargestellt;</p> <p>In der beigelegten Word Datei ist die fragliche Fläche als Ausschnitt aus dem aktuellen Regionalplan dargestellt; sie reicht entlang der Autobahn im Osten bis zu dem</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1002755).</p>

Schriftzug ?A1 E 37? [s. Anhang Abb. 1004854\_1]

[ANONYMISIERT]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1004854\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-O-855

1001911

1002949

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Ich lehne den Regional Entwurf ab, da die Verkehrslage völlig unklar ist und ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch den Verkehr an meinem Haus vorbei und auch rund um das Gewerbe und Industriegebiet zwischen Waldenrath und Birgden erheblich negativ beeinträchtigt wird und meine Gesundheit gefährdet. Da dies an das Wohngebiet grenzt, tragen auch Lärm und eventuelle Gerüche sowie Abgase von produktionen dazu bei.

Zudem aus dem Aspekt, dass eine Zersiedlung unserer Ländlichen Region dadurch voran getrieben wird, lehne Ich das GiB Regional sowie GiB Plus ausdrücklich ab.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-858	
1001974	
1009121	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen konventionellen Ackerbaubetrieb mit Standorten in Bedburg-Rath und Elsdorf-Heppendorf, in dem wir bereits heute aktiv verschiedene Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz umsetzen.</p> <p>Soweit ich es in der von Ihnen veröffentlichten zeichnerischen Festlegung für den Rhein-Erft-Kreis überblicken kann, liegen ca. 17 ha meiner bewirtschafteten Fläche im von Ihnen neu geplanten Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung". Dies bezieht sich auf Flächen in der Gemarkung Bedburg, [ANONYMISIERT], sowie auf Flächen in der Gemarkung Heppendorf [ANONYMISIERT].</p> <p>Ich habe die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung meiner Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere in Hinblick auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Gerade die aktuelle Situation zeigt uns deutlich, dass eine ausreichende Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen unabdingbar ist. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel aus meiner Sicht jedoch erheblich entgegenstehen. Daher beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen in der o.g. Gemarkung nicht mit dem geplanten Schutzstatus zu belegen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen. Als Landschaftsschutzgebiet ist bereits jetzt u.a. der komplette rekultivierte Bereich des ehemaligen Tagebau Fortuna-Garsdorf ausgewiesen, auf welchem ich als Umsiedlungsbetrieb ebenfalls Flächen bewirtschafte. Eine weitere Überplanung von Flächen mit einem Schutzstatus halte ich gerade im Bereich um Bedburg-Rath und Elsdorf-Heppendorf, wo bereits eine Vielzahl an Schutzgebieten vorhanden ist, bzw. angrenzt allgemein für nicht notwendig und für die zukünftige Bewirtschaftung meines Betriebs als existenzgefährdend.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-859	
1001956	
1005378	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53949 Dahlem einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchproduktion und Grünlandbewirtschaftung.</p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Kartierungen habe ich festgestellt, dass ca. 7 Hektar meiner Eigentums-Grünlandflächen als Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung der BSN-Bereiche als Naturschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Pflegeaufwand und geringerem - zur Ernährung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und die Landwirtschaft Vorrang zu gewähren. Meine Flächen die betroffen sind:</p> <p>Gemeinde Dahlem Gemarkung Berk [anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-86	
1001299	
1000866	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin dagegen, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln neue Baufenster geschaffen werden und die Bereiche Westliche Flehbachaue und südöstlich der Siedlung Kleinfeldchensweg bebaut wird. Die Grünflächen sollen komplett erhalten werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p>



AZ: Ö-O-860	
1002159	
1005174	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum zeichnerischen Teil des Planungsentwurfs des Regionalplans Köln möchte ich für meinen landwirtschaftlichen Betrieb [anonymisiert] 53919 Weilerswist, den ich in seiner wirtschaftlichen Existenz, ökonomisch und ökologisch, nicht zuletzt in Bezug auf die erheblichen denkmal-pflegerischen Aufwände vorausschauend und nachhaltig absichern muss, folgende Einwendung als Einspruch erheben: Vorab rüge ich die fehlende Spezifizierung, Transparenz und Konkretisierung dessen, was planerisch wirklich verfolgt wird. Meine Selbstbetroffenheit sei gleichwohl unterstellt. Ich bitte aber um die gebotene Detailsubstantiierung. Aufgrund des durch Aushang mir vorliegenden (ungenauen!) Kartenmaterials, sehe ich folgende Flur und Flurstücke tangiert: Kreis Euskirchen: Gemarkung Metternich [anonymisiert]. Da der Gesamtbetrieb [anonymisiert] über eine Eigentumsfläche von ca. 102 ha Acker- und Grünlandfläche verfügt, ist durch den neuen Regionalplan ca. 28 % der Ackerfläche vom geplanten Bereich BSN betroffen. Hier handelt es sich um betriebswichtige und hochwertige Acker- und Grünlandflächen, die zum jetzigen Zeitpunkt ohne Einschränkungen zu bewirtschaften sind. Die Gebietsprägung besteht seit langer Zeit. Ich stütze mich zugleich auf Bestandsschutz und bitte diesen Bestand auch weiterhin zu gewährleisten. Die betroffenen Flächen besitzen eine sehr hohe Ertragskraft und stellen einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Betriebsergebnis dar und dienen somit auch dem Erhalt der denkmalgeschützten Anlage [anonymisiert] -welche schon jetzt zu einer erheblichen finanziellen Überlast des Betriebes führt- und dem Fortbestand und der Zukunftsfähigkeit des bäuerlichen Familienbetriebes [anonymisiert]. Durch die geplante Ausweisung von BSN-Bereichen werden auch die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten unverhältnismäßig stark eingeschränkt. Kreditaufnahme, bauliche Maßnahmen im Außenbereich (Privilegierung der Landwirtschaft) sowie der Flächennachweis bei Nutztierhaltung sind erschwert bzw. unmöglich. Solche Eingriffe in Art. 14 und 12 Grundgesetz sind nicht zu rechtfertigen. Die Produktion regionaler Lebensmittel wird dadurch stark eingeschränkt. Das landwirtschaftliche Fachrecht wie Düngeverordnung, Wasserhaushaltsgesetz, Pflanzenschutzanwendungsverordnung usw. gewährleistet bereits jetzt einen umfänglichen Schutz von Gewässern und den begleitenden Saumbiotopen, insoweit liegt ein weiterer Grundrechtsverstoß wegen greifbarer Unverhältnismäßigkeit vor. Auf dem Betrieb besteht schon jetzt eine hohe Bereitschaft des kooperativen Vertragsnaturschutzes, so werden gemeinsam mit der Biologischen Station des Kreises Euskirchen und der Stiftung Deutsche Wildtier Stiftung mehrere Hektar Ackerflächen vorübergehend dem Naturschutz zur Verfügung gestellt. Die Bewirtschaftung (z.B. Einsatz organischer Dünger und Pflanzenschutzmittel) der Ackerflächen und damit die Wirtschaftlichkeit werden</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

unverhältnismäßig eingeschränkt. Die Grenzen des BSN sind nicht klar erkennbar, sollten sie auch die Burg Metternich und die Nebengebäude umfassen. Sollte diese Gebäude auch im BSN liegen merke ich an: durch den Unterhalt dieser denkmalgeschützten Gebäude besteht bereits jetzt eine hohe finanzielle Überlast und Sozialpflichtigkeit für den Betrieb. Diese Gebäude sind unbedingt und uneingeschränkt in der bisherigen Form weiter zu bewirtschaften um die Unterhaltung sicherzustellen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Argumente und sehe ihrer Antwort entgegen.

AZ: Ö-O-861	
1002083	
1008940	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte den letzten landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in Nideggen-Embken mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Schon seit Jahrhunderten ist die Burg Embken in Familienbesitz und wird seitdem landwirtschaftlich genutzt. Vor der Neuausweisung der Schutzgebiete lagen bereits über 15 % in NSG und Landschaftsschutzgebieten. Mit dem neuen Regionalplan erhöht sich das ganze auf 30% der Fläche. Hinzukommt, dass auch die gesamte Betriebsstätte neu ausgewiesen wurde. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, v.a. was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, meine Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands leisten zu können. In Ihren textlichen Festlegungen erwähnen Sie, dass die Existenz der Betriebe nicht gefährdet werden soll. Speziell für meinen Betrieb wäre es aber ein Berufsverbot und ich könnte im Vollerwerb nicht mehr meine Familie mit 4 kleinen Kindern versorgen. Zudem ist ihre Neuausweisung auch willkürlich angelegt worden, da Feldblöcke und Ackerschläge unterteilt werden, an Kreisgrenzen hören die Neuausweisungen sprunghaft auf und auch an Bachläufen haben die Schutzgebiete nicht nachvollziehbare Breiten. Wie stellen Sie sich eine Umsetzbarkeit in der Praxis vor? Warum sprechen Sie nicht mit uns Landwirten vor Ort? Weiterhin möchte ich auf den Verordnungsentwurf der Eu-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem Schutzstatus. Sie enteignen mich damit und schüren Ängste.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-862	
1002083	
1008941	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mein Name ist [ANONYMISIERT]. Ich wohne in Nideggen Embken, [ANONYMISIERT]. Ich bin Landbesitzerin und bin gegen die Neuauflage des Regionalplanes. Die Neuausweisung macht für die Pächter meiner Flächen einen Einsatz von Pflanzenschutz und Düngern in Zukunft nicht mehr möglich. Ich sehe dadurch einen massiven Wertverlust meiner Flächen. Ängste vor einer geplanten Enteignung kommen auf. Ich habe fruchtbare Böden, die sowohl als Acker- wie auch als Grünland genutzt werden. Durch den neuen Regionalplan wird vieles zunichte gemacht, was ich mir jahrelang aufgebaut habe und deshalb bin ich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-863	
1002083	
1008943	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellvertretend für den Kirchenvorstand [ANONYMISIERT] in Nideggen-Embken möchte ich ebenfalls Widerspruch einlegen. Die Kirche in Embken hat einige Acker- und Grünlandflächen in der Gemarkung Embken, Wollersheim und Füssenich. Durch die Neuausweisung besteht die große Sorge, dass die Nutzung des Kirchenlandes erheblich beeinträchtigt wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern angeht. Ängste kommen auf, dass das Kirchenland durch die Neuausweisung quasi enteignet wird. Wer kommt für den Wertverlust auf? Wir sind gegen eine Überplanung der Kirchenflächen. Wir sind enttäuscht, dass die Bezirksregierung weder die Kirchengemeinde Embken noch das Erzbistum in Köln über die Enteignung und den anstehenden Wertverlust hingewiesen hat.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-865	
1002273	
1005178	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit beziehe ich Stellung zu landwirtschaftlich genutzten Flächen der Gemeinde Simmerath im Ort Lammersdorf. Die Flächenbezeichnungen stammen aus Tim-Online.[anonymisiert] Hier soll das Naturschutzgebiet über landwirtschaftliche Flächen, die in normaler Bewirtschaftung sind, ausgeweitet werden. [anonymisiert] Hier soll das Naturschutzgebiet über landwirtschaftliche Flächen, die in normaler Bewirtschaftung sind, ausgeweitet werden. An mehreren weitere Stellen um Lammersdorf herum sollen die Naturschutzgebiete teilweise massiv ausgeweitet werden. Hier bin ich zwar derzeit nicht direkt betroffen, aber als Vorsitzender der Ortsbauernschaft Simmerath kann ich hierzu nur folgenden Apell an Sie richten. Lassen Sie uns einen Ortstermin vereinbaren, an dem wir die betroffenen Flächen in Augenschein nehmen und eine einvernehmliche Lösung finden. Denn in der aktuellen Situation ist ein solch großer Verlust an Produktionsflächen für die Landwirte wirtschaftlich kaum verkraftbar, was den Strukturwandel hin zu Großbetrieben weiter befeuert. Gesamtgesellschaftlich wäre eine Flächenverlust in diesem Ausmaß ebenfalls nicht vertretbar, da die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dadurch weiter gefährdet würde. Denn die mineralische Düngung wird immer teurer, wenn Sie denn in Zukunft überhaupt noch verfügbar ist. Das mag jetzt übertrieben klingen. Hier will ich aber darauf aufmerksam machen, dass der deutsche Düngemittelhersteller SKW derzeit überlegt die Produktion wegen zu hoher Gaspreise einzustellen. Auch einer Ausweisung als Schutzgebiet mit der Zulässigkeit der bisherigen Bewirtschaftung kann von Seiten der Landwirtschaft nicht akzeptiert werden. Denn wir erleben gerade, wie die EU dabei ist auf 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche jeglichen Pflanzenschutz verbieten will. Leider sind derartige Wortbrüche mittlerweile politischer Alltag. Die Landwirte können sich also auf keinerlei Zusagen seitens der Politik und Behörden mehr verlassen, dass eine Bewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis auch in Zukunft möglich sei. Wir sind aber guter Dinge, dass wir gemeinsam mit Verwaltung und Politik Lösungen der Koexistenz von Landwirtschaft und Natur finden werden, so wir es seit Generationen tun. Zusammenfassend muss ich einer Ausweitung der Naturschutzgebiete in dem vorgestellten Umfang für alle Flächen in und um Lammerdorf ausdrücklich widersprechen und bitte hiermit eindringlich um einen Ortstermin.[anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-866

1002263

1005177

#### Inhalt

Wir sind betroffene Besitzer von Flächen (Flurstücke [anonymisiert] Gemarkung Walheim Flur 5) im Bereich der Inde bei Friesenrath (Aachen), welche von der Neuauflistung des Regionalplans Köln betroffen sind. Dem vorliegenden Kartenmaterial entnehmen wir, dass Sie beabsichtigen den gesamten Bereich entlang der Inde als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Auf dem Flurstück [anonymisiert] befindet sich ein Wohnhaus mit den Hausnummern [anonymisiert] und einem dazugehörigen Garten, der sich auch über das Flurstück [anonymisiert] bis zur Inde erstreckt. Die gegenwärtige Nutzung als Wohnbebauung, Nutzgarten, Erholung- und Kinderspielfläche muss in ihrer Funktion als erhalten bleiben und darf nicht eingeschränkt werden. Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN), als auch zum Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitten diese aus der Kulisse zu entfernen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die bestehende Festlegung greift nicht in rechtmäßig bestehende Nutzungsrechte ein. Auf die Erläuterungen Nummer 4 zu Ziel Z.20 und Nummer 2 zu Ziel Z.21 wird verwiesen.

AZ: Ö-O-867

1002320

1011565

#### Inhalt

Als 2-facher Grundstückseigentümer in Herreshagen widerspreche ich hiermit der geplanten "Neuaufstellung Regionalplan Köln" für das geplante Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich Herreshagen, das direkt an unsere Grundstücke angrenzt und lege hiermit vorsorglich Einspruch dagegen ein.

Unsere Grundstücke [ANONYMISIERT] in Herreshagen (Gemarkung Gimborn Flur 46 [ANONYMISIERT]) sind für meine Frau und mich als Altersruhesitz im Ruhestand geplant und sollten dazu bebaut werden, gerade wegen der unberührten Natur und Landschaft in angenommener unverbaubarer Lage und gegenüber des Hauses unserer Familie (meine Schwester [ANONYMISIERT] mit Ehemann und Kindern). Dies sollte uns die Rückkehr nach NRW ermöglichen, da wir aus beruflichen Gründen lange Zeit in Baden-Württemberg leben mussten.

Den ausführlich dargelegten Argumenten der Dorfgemeinschaft Herreshagen schließe ich mich vollumfänglich an und verweise auch auf die parallel eingereichte Petition und den darin detailliert aufgeführten stichhaltigen Argumenten und bitte aus diesen Gründen um einen Verzicht auf die angesprochene Planung im Bereich Herreshagen. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir leider nicht mehr nach NRW zurückkommen können, was wir sehr, sehr bedauern würden.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-O-868

1002321

1011566

#### Inhalt

Als 2-fache Grundstückseigentümerin in Herreshagen widerspreche ich hiermit der geplanten "Neuaufstellung Regionalplan Köln" für das geplante Gewerbe- und Industriegebiet im Bereich Herreshagen, das direkt an unsere Grundstücke angrenzt und lege hiermit vorsorglich Einspruch dagegen ein.

Unsere Grundstücke [ANONYMISIERT] in Herreshagen (Gemarkung Gimborn Flur 46 [ANONYMISIERT]) sind für meinen Mann und mich als Altersruhesitz im Ruhestand geplant und sollten dazu bebaut werden, gerade wegen der unberührten Natur und Landschaft in angenommener unverbaubarer Lage und gegenüber des Hauses unserer Familie ([ANONYMISIERT] mit Ehemann und Kindern). Dies sollte uns die Rückkehr nach NRW ermöglichen, da wir aus beruflichen Gründen lange Zeit in Baden-Württemberg leben mussten.

Den ausführlich dargelegten Argumenten der Dorfgemeinschaft Herreshagen schließe ich mich vollumfänglich an und verweise auch auf die parallel eingereichte Petition und den darin detailliert aufgeführten stichhaltigen Argumenten und bitte aus diesen Gründen um einen Verzicht auf die angesprochene Planung im Bereich Herreshagen. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir leider nicht mehr nach NRW zurückkommen können, was wir sehr, sehr bedauern würden.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-869

1001803

1002964\_001

#### Inhalt

In ihrer Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans beantragt die Stadt Hückelhoven, gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022, dass zusätzliche Flächen als Gewerbe- und Industrieflächen ausgewiesen werden. Vorsorglich trage ich bereits jetzt meine Einwendungen gegen eine der beantragten Änderungen vor. Meine Einwendungen richten sich gegen die in der Anlage 7 ?Entwicklung Plangebiet A46? des vorgenannten Beschlusses aufgeführten Flächen als Gewerbe- und Industriebereiche (GIB). Die hier genannten Flächen von ca. 22 ha grenzen unmittelbar an die Wohnbebauung meines Heimat- und Wohnortes Houverath. Houverath ist ein ländlich geprägtes Dorf mit ca. 650 Einwohner\*innen. Bereits heute sind wir durch die BAB 46 und die L 227 erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt. Gemäß den Karten über Umgebungslärm in NRW liegen die für Houverath verzeichneten Werte nur geringfügig unter den als gesundheitsrelevant definierten Schwellenwerten. Der Lärm der vielbefahren L 227 ist in diese Kartierungen nicht eingeflossen, sodass die tatsächliche Lärmbelastung des Ortes die dort verzeichneten Werte bei Weitem übersteigt. Zudem hat die Fertigstellung der B 56n zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens auf der A 46 geführt. Eine realistische Ermittlung der tatsächlichen Verkehrslärmbelastung des Ortes ist somit auf den Werten der Verkehrszählung des Jahres 2015 nicht darstellbar. Bereits jetzt dürfte die Lärmbelastung in Houverath gesundheitsschädliche Ausmaße erreicht haben. Das von der Stadt Hückelhoven geplante Gewerbe- und Industriegebiet wird zwangsläufig eine Steigerung des Verkehrsaufkommens rund um Houverath zur Folge haben und zu einer weiteren **beträchtlichen Steigerung der Lärmemissionen** führen. Die gesamten durch das Gewerbe- und Industriegebiet verursachten Verkehre können nur über die L 227 führen und damit in einem Abstand von nur ca. 80 bis 230 Meter von der Wohnbebauung. Die bereits vorhandene Lärmbelastung unseres Dorfes wird sich nochmals enorm steigern und die **Lebens- und Wohnqualität im Ort wird wesentlich gemindert**. Die Lärmbelastung wird einen Umfang erreichen, der zweifelsfrei als **gesundheitsgefährdend** einzustufen ist. Die dann erforderlichen Lärmschutzwälle/-wände würden sich um das halbe Dorf erstrecken. Sie würden nicht nur die Grundstücke der direkt betroffenen Anwohner\*innen verschandelt und entwertet, sondern auch den **Charakter des gesamten Dorfes negativ verändern**. Neben der Lärmbelastung wird das vorgesehene Gewerbe- und Industriegebiet **die Luftqualität negativ** beeinflussen. Hier sind zunächst die Emissionen aus dem Verkehrsbereich zu nennen. Dazu kommen die Emissionen der anzusiedelnden Betriebe. Die Stadt Hückelhoven beantragt in ihrer Stellungnahme die Ausweisung des ?Plangebiets A46? als Gewerbe ? **und Industriebereich**. Da die Höchstgrenzen für Lärm, Luftschadstoffe, etc. in

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

Industriegebieten höher als in Gewerbegebieten sind, ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Hückelhoven die Ausweisung von Flächen für ein solches Gebiet in einer Entfernung von teilweise weniger als 100 Metern zur Wohnbebauung begehrt. Ich gehe davon aus, dass das Vorhaben der Stadt Hückelhoven, in einer so geringen Entfernung zu einem Wohngebiet einen Industriebereich auszuweisen, bereits **aufgrund der erforderlichen Abstandsflächen rechtswidrig** ist und die Bezirksregierung auf keinen Fall ein entsprechendes Gewerbe- und Industriegebiet in den neuen Regionalplan aufnehmen wird. Auch die **Frage der Entwässerung** der geplanten Flächen ist ungeklärt. Das gesamte Regenwasser aus Houverath wird über den Hückelhovener Bach, Richtung Doveren, entwässert. Bereits jetzt kommt es bei Starkregenereignissen zu Überschwemmungen im Bereich des Kreuzungsbereichs Heiderbusch/In Houverath und der anliegenden Wohnbebauung. Auch Regenwasser von der höher gelegenen L 227 läuft in diesen Bereich und verstärkt die Überflutungen im Dorf. Es steht zu befürchten, dass eine großflächige Versiegelung der Flächen zwischen der A 46 und der L 227 Überschwemmungen bei Starkregen in Houverath begünstigt bzw. verschärft. Das Gebiet zwischen der A 46 und unserem Dorf hat **keinerlei Anbindung an ein bestehendes Gewerbegebiet**. Nach derzeitiger Rechtslage sollen neue Gewerbegebiete nicht ?auf der grünen Wiese? entstehen. Es muss eine räumliche Verbindung zu einem bestehenden Gewerbe- und Industriegebiet vorhanden sein. Die Planungen der Stadt Hückelhoven sind somit rechtswidrig und eine Aufnahme in den Regionalplan ist unzulässig. Letztlich ist Boden ein endliches Gut. Die Bezirksregierung sollte mit der Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten und dem ungebremsten Flächenverbrauch Einhalt gebieten. **Ich lebe mit meiner Familie bewusst ?auf dem Land?.** Wir möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein, einen weiten Blick haben und nicht von Industriebauten und/oder Lärmschutzwällen eingeschlossen sein. Wir wollen die Vögel singen hören und nicht gezwungen sein, Fenster und Türen wegen des Verkehrslärms Tag und Nacht geschlossen zu halten. Dafür nehmen wir gerne auch Nachteile des Landlebens in Kauf. Aus diesen Gründen spreche ich mich - auch im Namen meiner ganzen Familie! - ausdrücklich gegen die Ausweisung des von der Stadt Hückelhoven begehrten Gewerbe- und Industriegebiets ?Plangebiet A46? aus. Sollten die von der Stadt Hückelhoven geforderten Flächen in den Regionalplan aufgenommen werden, werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen zur Wehr gesetzt werden.

AZ: Ö-O-87

1001298

1000867

#### Inhalt

Ich bin nicht damit einverstanden. Es gibt eine Menge Baufläche in Köln, die schon Bauland sind und mit unbewohnbaren Objekten bestückt sind. Diese Flächen sollten zuerst verwendet werden, bevor wichtige Grünflächen zum Opfer lassen. Im Park leben viele Tiere, die ihr Zuhause verlieren, der Mensch dringt immer weiter in die Natur ein. Köln braucht dringend die Grünfläche am Stadtrand zur Luftverbesserung und zum Erholungswert.

Durch die vielen Neubauten verliert Brück seine Individualität. Es verändert deutlich das " Stadtteilbild". Viele Familien haben sich den Ort ausgesucht, weil er einen dörflichen Charakter hat. Das soll so bleiben.

Für uns und für die Tier- und Pflanzenwelt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-O-870	
1001856	
1002965_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>im Rahmen der Offenlegung Ihrer Planvorlagen zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln soll eine unserer Flächen in den Status des Naturschutzes übergehen. Es handelt sich um die Fläche Gemarkung Oberhau, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert) Diesen Plänen widerspreche ich. Bei der bezeichneten Fläche handelt es sich um eine Eigentumsfläche. Die betroffene Fläche/ Grünland wird in unserem landwirtschaftlichen Betrieb als intensive Mähweide genutzt. Eine Einschränkung der Nutzung ist aufgrund der benötigten Futterflächen für unseren Betrieb nicht möglich. Weiterhin kann ich keinen Mehrwert für das Ökosystem erkennen, die Fläche wird bereits seit ein paar Jahren nach ökologischen Richtlinien bewirtschaftet. Ferner stellt eine Einstufung der Grünlandfläche als Naturschutzfläche eine Verminderung des Verkehrswertes dieses Flurstückes dar, der klar zu unserem Nachteil reicht. Unsere Betriebsdaten:(anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-871	
1001747	
1005379	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte unter der Anschrift Konradgasse 10 in 53902 Bad Münstereifel einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 40 Hektar in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie weitere rd. 60 Hektar Pachtflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für unsere Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb existentiell nicht tragbar. Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln unsererseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen. Anbei finden sie meine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Reionalplanes und auch eingezeichnet meine Betroffenen Flächen [anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Die Fraktion ?BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN? im Rat der Gemeinde Weilerswist hat beschlossen, ergänzend zur Stellungnahme der Gemeinde folgende Anregungen zusammenzutragen. Wir bitten, diese der Agenda hinzuzufügen. Hierbei handelt es sich um generelle Positionen, die im Einzelfall gerne an Beispielen erläutert werden können:

1. Siedlungsgebiet Die im Regionalplan ausgewiesenen Potentialflächen sind im Verhältnis zum rechnerischen Bedarf zu groß. Die dadurch geweckten Begehrlichkeiten sind angesichts immer weiter fortschreitendem Flächenverbrauch ein falsches, nicht mehr zeitgemäßes Signal.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.



1005180

**Inhalt**

Gewerbeflächen Entgegen der Mehrheitsmeinung im Rat und der Verwaltung [Gemeinde Weilerswist] erscheinen uns die ausgewiesenen Gewerbeflächen ausreichend ? insbesondere mit Blick auf die zukünftig voraussichtlich nutzbare anteilige LEP-Fläche.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

**Inhalt**

Naturschutzflächen Bezüglich der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Rohstoffe fällt auf, dass diese teilweise deckungsgleich mit Flächen zum Schutz der Natur sind. Dies erscheint widersprüchlich, wodurch Zielkonflikte vorprogrammiert sind. Zudem wäre es sinnvoll, die unterschiedlichen Naturschutzflächen spezifischer zu illustrieren. Es fehlt definitiv ein Ausweis von Biotopverbundflächen. Der Planentwurf lässt zu viel Interpretationsspielraum, stattdessen sollte ihm eine wegweisende Bedeutung in Richtung Naturschutz zukommen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe."

---

1005182

#### Inhalt

Verkehrsinfrastruktur Weilerswist liegt eingekeilt zwischen den Autobahnen A1 und A61. Das Verkehrsaufkommen ist allein deshalb schon enorm. Den Lückenschluss im Bereich der A1 lehnen wir deshalb ab, weil hierdurch der Verkehr noch dichter werden wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Bundesverkehrswegeplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

1005183	
<b>Inhalt</b> Erneuerbare Energien Im Regionalplan sollten mögliche Standorte zur Erzeugung erneuerbarer Energien ausgewiesen werden. Dabei sollten reine Photovoltaik-Anlagen in der Fläche auf Böden beschränkt werden, die unter 60 Bodenpunkte vorweisen, auf höherwertigen Flächen sollte Agrivoltaik zur Bedingung gemacht werden. Unter Berücksichtigung der Gebietskulisse sollten im Gegenzug aber auch Flächen außerhalb der Vorrangzonen entlang von Autobahnen oder Bahntrassen berücksichtigt werden können.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. <b>Erläuterung</b> Festlegungen zum Thema Erneuerbare Energien werden aus dem Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans ausgeklammert und erfolgen in einem separaten Teilplan. Auf die in Aufstellung befindlichen Ziele der Landesentwicklungsplanung (Änderung LEP NRW 2023) wird verwiesen.

1011576	
<b>Inhalt</b> <p>Im Regionalplan vermissen wir außerdem die Berücksichtigung des Ausbaus der A61: Sollte dieser stattfinden, werden die unmittelbaren Auswirkungen eines erhöhten Verkehrsaufkommens mit zusätzlichen Belastungen im mittelbaren Bereich (Oberflächenwasser, Emissionen etc.) einhergehen.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es werden generelle Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1011577

#### Inhalt

Ein Bau einer seit Jahren in Weilerswist geforderten Osttangente sollte zwar eingeplant, aber nicht mit einer Trassenführung versehen werden: Bei einer Neubewertung des Kiesabbaus dürfte die Tangente auf eine Funktion als Erschließungsstraße für ein Neubaugebiet Vernich-Ost bzw. eine dringend notwendige zweite Zufahrtstraße für den (Erweiterungs-)Bereich Weilerswist-Süd reduziert werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

AZ: Ö-O-873	
1001603	
1002969_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) zum Entwurf des Regionalplans Köln möchte ich für meinen landwirtschaftlichen Betrieb, den ich in seiner wirtschaftlichen Existenz, ökonomisch und ökologisch, nicht zuletzt in Bezug auf die erheblichen denkmalpflegerischen Aufwände vorausschauend und nachhaltig absichern muss, folgende Einwendung als Einspruch erheben: a) Vorab rüge ich die fehlende Spezifizierung, Transparenz und Konkretisierung dessen, was planerisch wirklich verfolgt wird. Meine Selbstbetroffenheit sei gleichwohl unterstellt. Ich bitte aber um die gebotene Detailsubstantiierung. Aufgrund des durch Aushang mir vorliegenden (ungenauen!) Kartenmaterials, sehe ich folgende Flur und Flurstücke tangiert: Kreis Euskirchen: Gemarkung Metternich Flur (anonymisiert), Gemarkung Metternich (anonymisiert), Gemarkung Metternich, Flur (anonymisiert), Gemarkung Metternich, Flur (anonymisiert) Gesamt Kreis Euskirchen: ca. 390.000 m², Rhein-Sieg-Kreis: Gemarkung Heimerzheim, Flur (anonymisiert), Gemarkung Heimerzheim, Flur (anonymisiert), Gemarkung Heimerzheim, Flur (anonymisiert), Gemarkung Heimerzheim, Flur (anonymisiert) Gesamt Rhein-Sieg-Kreis: ca. 185.000 m² Da der Gesamtbetrieb (anonymisiert) über eine Eigentumsfläche von ca. 146 ha Acker-, Grünland- und Waldfläche verfügt, ist durch den neuen Regionalplan ca. 40% der Fläche vom geplanten Bereich BSN betroffen. Hier handelt es sich um betriebswichtige und hochwertige Acker- Grünland- und Forstflächen, die zum jetzigen Zeitpunkt ohne Einschränkungen zu bewirtschaften sind und auch eine Gebietsprägung seit unvorordenklicher Zeit besteht. Ich stütze mich zugleich auch auf Bestandsschutz und bitte dann, diesen Bestand auch als geschützt einzuzichnen. Die betroffenen Flächen besitzen eine sehr hohe Ertragskraft und stellen damit einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Betriebsergebnis dar und dienen damit dem Erhalt der denkmalgeschützten Anlage (anonymisiert) (welches schon jetzt zu einer erheblichen finanziellen Überlast des Betriebes führt) und dem Fortbestand und der Zukunftsfähigkeit des bäuerlichen Familienbetriebes (anonymisiert). Durch die geplante Ausweisung von BSN-Bereichen werden auch die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten unverhältnismäßig stark eingeschränkt. Kreditaufnahme, bauliche Maßnahmen im Außenbereich (Privilegierung der Landwirtschaft) sowie der Flächennachweis bei Nutztierhaltung sind erschwert bzw. unmöglich. Solche Eingriffe in Art. 14 und 12 Grundgesetz sind nicht zu rechtfertigen. Die Produktion regionaler Lebensmittel wird stark eingeschränkt. Das landwirtschaftliche Fachrecht wie Düngeverordnung, Wasserhaushaltsgesetz, Pflanzenschutzanwendungsverordnung usw. gewährleistet bereits umfänglichen Schutz von Gewässern und den begleitenden Saumbiotopen, insoweit liegt ein weiterer Grundrechtsverstoß wegen greifbarer Unverhältnismäßigkeit vor. Auf dem Betrieb besteht schon jetzt eine hohe Bereitschaft</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



des kooperativen Vertragsnaturschutzes und so werden gemeinsam mit der Biologischen Station des Rhein-Sieg-Kreises und Kreis Euskirchen mehrere Hektar Acker- und Grünland dem Naturschutz zur Verfügung gestellt. Die Bewirtschaftung (z.B. Einsatz organischer Dünger und Pflanzenschutzmittel) der Ackerflächen und damit die Wirtschaftlichkeit werden unverhältnismäßig eingeschränkt. Der BSN umfasst auch ein vermietetes Mehrfamilien- und ein Einfamilienhaus sowie (anonymisiert) mit Nebengebäuden. Durch den Unterhalt dieser denkmalgeschützten Gebäude besteht bereits jetzt eine hohe finanzielle Überlast und Sozialpflichtigkeit für den Betrieb. Diese Gebäude sind unbedingt und uneingeschränkt in der bisherigen Form weiter zu bewirtschaften um die Unterhaltung sicherzustellen. Ich bitte höflich um Berücksichtigung meiner Argumente und sehe ihrer Antwort entgegen.(anonymisiert)

AZ: Ö-O-874	
1001857	
1002981_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Industriegebiet zwischen Waldenrath und Birgden</p> <p>mit Bestürzen musste ich durch Zufall und mit enormer Zeitverzögerung feststellen, dass sich eine fast böswillige Vertuschung stattfindet, was die Bezirksregierung und der eingesetzte Parteiapparat des Kreises/Stadt Heinsberg und Gangelt hinter verschlossenen Türen diskutieren und schnell, ohne das Wissen der Bürger beschließen wollen. Im Mai diesen Jahres fand noch eine Vorstellung des FNP statt. Bei dieser Vorstellung wurden GIB regional, oder auch GIB plus vollkommen verschwiegen und nur von einer eventuellen gewerblichen Nutzungsfläche zwischen Waldenrath und Birgden gesprochen, welche aber laut Vortragendem unwahrscheinlich sei.</p> <p>Das zeitgleich, hinter verschlossenen Türen bereits feste Absprachen, Abstimmungen und Beschlüsse verfasst wurden, welche den Bürgern ein Industriegebiet direkt vor die Haustüre setzt, ist so erschütternd und traurig, dass man nur mit Unverständnis reagieren kann. Ich als Anwohner von Waldenrath und bei geplanter anschließender Erweiterung des GIB zwischen Waldenrath und Birgden direkt betroffener kann nicht nachvollziehen, wie es akzeptiert wird, dass Lebensräume, Erholungsräume und Wasserschutzgebiete einfach ignoriert werden und auf einmal als Industriefläche zugebaut werden können. Wie kann es akzeptabel sein, dass man in seinem eigenen Erholungsort, in seinem Dorf, oder auch im angrenzenden Altenheim plötzlich nichts mehr Wert ist und für Industrie alle Grundsätze entweder schön gerechnet werden, oder schlichtweg ignoriert werden? Es ist sicherlich möglich, dass solch eine Fläche notwendig ist, vielleicht für Steuereinnahmen, oder sonstige Gründe, aber ist es auch notwendig, dass dies auf dem direkten Rücken der Anwohner von Orten ausgetragen werden muss? Für einen Ort und seine Anwohner, Bewohner des Altenheimes und den Fortbestand eines Ortes und einer Ortsgemeinschaft ist es tödlich, wenn die psychischen und physischen Grenzen ausgeschöpft und überschritten werden, wenn durch industrielle Anlagen mit hoher Emission dauerhafte Belästigungen und körperliche Belastungen stattfinden. Lärm, Geruchsbelästigung und andere emissionsale Strapazen sind nicht tragbar und es ist unverantwortlich, wenn der Staat es akzeptiert, wenn Geld vor Menschenwohl gestellt wird. Eigene aufgebaute Existenzen werden zerstört, Ausgleichsflächen, Wasserschutzgebiete und Erholungsmöglichkeiten genommen und Rückzugsorte und Erholungsmöglichkeiten in den eigenen Wohnungen und Häusern genommen, indem man direkt vor sein Grundstück versiegelte Flächen und industrielle Anlagen installiert bekommt. Die Verschandelung der Natur durch mehr als 100 WKA im direkten Umfeld, mit</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Schattenwurf und Lärmbelästigung werden von jedem Bürger bereits erwartet, aber wo bitte ist die Notwendigkeit gegeben, wenn dem Bürger bauliche Maßnahmen zugemutet werden, welche das Leben nicht mehr Lebenswert machen? Es gibt doch sicherlich alternative Flächen, welche nicht in unmittelbarer Nähe von Ortschaften möglich sind. Es kann nicht akzeptabel sein, wenn plötzlich auftretende Zuführung unwägbarer Stoffe aus der Industrie und dessen Folgeerscheinungen, welche vorher absehbar sind, akzeptiert werden und vorausgesetzt wird, dass Anwohner diese plötzlich akzeptieren und ertragen. Wenn zudem berücksichtigt wird, dass mindestens 350m Abstand zur nächsten Siedlungsbebauung eingehalten werden muss, aber heute bereits Ausnahmegenehmigungen formuliert sind, welche eine nähere Bebauung zulässig machen, blicke ich mit Erschütterung und großer Sorge dem Projekt entgegen. Ich empfinde schlichtweg Angst und fühle mich in meinen Grundgesetzen betrogen, wenn der Staat eigentlich die Unversehrtheit des Menschen beschützen soll und dann selbst eingreift und starke körperliche Belastungen ohne Möglichkeit der Erholung und unversehrtheit seiner Privatsphäre akzeptiert. Ich spreche mich ganz klar gegen ein Industrie- und/oder Gewerbegebiet zwischen Waldenrath und Birgden aus, sowie einer Erweiterung auf der Fläche zwischen Waldenrath und Birgden.

Dies gilt nicht nur für das GIB an der Zuführung zur B56, vom Kreisverkehr zwischen Waldenrath und Birgden in Richtung neuer Straße, sondern besonders für die Planfläche, welche vom Kreisverkehr in Richtung Biogasanlage ausgeschrieben/angedacht wurde. Die Zerstörung von wichtigen Acker- und Nutzflächen, Freiraum für viele Vögel, Greifvögel, Fledermäuse, Erdhamstern, Fasane, Füchse, Rehe und sonstigen Lebewesen, welche dort Leben ist nicht akzeptabel. Zudem dient diese Fläche als Erholungsbereich, Lebensraum für Mensch und Tier und erhält zusätzlich den dörflichen Charakter, welcher dem Dorf seine Lebensqualität erhält.

Die Versiegelung einer solchen Fläche tragen zur Verschärfung der weltweiten Nahrungs- und Getreideknappheit bei, der Erwärmung und der Luftverschmutzung und stören das sowieso schon stark angeschlagene Ökosystem dieser Welt. Eine Renaturisierung sollte immer der erste Gedanke sein, bevor weitere Naturflächen zugebaut werden.

AZ: Ö-O-875	
1001958	
1002983_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezug: Ausweisung ASB im Bereich Buchenweg / Höhenweg 1, 53721 Siegburg-Kaldauen Widerspruch gegen ASB Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchten wir als Anwohner der Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs im Höhenweg, 53721 Siegburg-Kaldauen widersprechen. Es gibt ein Gerichtsurteil (s.A.), das dem entgegenpricht. Es hätte eine Wohnbebauung im Landschaftsschutzgebiet zur Folge. Der inzwischen leider berühmt berüchtigte (anonymisiert) plant dort mit der Stadt Siegburg aktuell eine Wohnsiedlung mit 72 Wohneinheiten, die in den Kaldauer Wald gesetzt werden soll. Bei dem Hotel Grunge, das seit 2003 leer steht, handelt es um einen <b>Schwarzbau mitten im Natur- und Landschaftsschutzgebiet</b> (anonymisiert), <b>wie das beigefügte Urteil aus 1998 des OVG Münster belegt (s.A.)</b>. Nachdem die SPD die letzte Kommunalwahl 2020 für sich entschieden hat, geht (anonymisiert) jetzt mit seinem Immobilienfonds von einer <b>Nachnutzung mit sieben Wohnblöcken und rund 72 Wohneinheiten</b> aus. Das Gebiet ist <b>nach wie vor kein Bauland</b>, müsste umgewidmet werden (SO Touristisches Sondergebiet (s. A.), da dort eine Sommerrodelbahn ebenfalls ohne Genehmigung war und Landschafts- und Naturschutzgebiet ist), es gibt keinen zweiten Rettungsweg (hohe Waldbrandgefahr) und die verkehrstechnische Anbindung (inkl. Parkraum) für derart viele Bewohner ist auf dem verkehrsberuhigten Buchenweg überhaupt nicht gegeben. Dies wurde bereits im damaligen Urteil festgehalten, weil sich Busladungen aus Holland zum ehemaligen Hotel hochgequält hatten, bis die Anwohner geklagt haben (anonymisiert). <b>Der neue Zuschnitt im Regionalplan konterkariert das OVG-Urteil und ist nicht zulässig!</b> Die Natur hat sich in diesem Naherholungsgebiet in den vergangenen mehr als 20 Jahren insbesondere den rückwärtigen Bereich des Hotelgeländes wieder zurückerobert - Fledermäuse und Feuersalamander sind dort neben zahlreichen Vogelarten gesichtet worden. Man kann oben vom Hang gut Einblick in das Gelände nehmen. Die Anwohner des Höhenwegs werden durch die Pläne vollkommen abgeschnitten und befürchten, dass nicht einmal mehr Rettungs-, Müll- oder Lieferfahrzeuge zu ihnen durchkommen. Die Waldbrandgefahr würde mit heißen Autos auf/am Waldboden immens steigen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung! (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-O-876	
1001937	
1002985_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit nehmen wir Stellung und teilen Ihnen unsere Bedenken und Anregungen für den Regionalplan Köln (Troisdorf und Niederkassel) mit. Wir sind selbstständige konventionell wirtschaftende Landwirte im Vollerwerb in Troisdorf und Niederkassel. Wir bewirtschaften einen Ackerbaubetrieb mit circa 70 Hektar Betriebsfläche und bauen Gerste, Weizen, Zuckerrüben, Raps, Erbsen, Mais und spezialisiert ist unser Betrieb auf den Kartoffelanbau in der Direktvermarktung. Der Kartoffelanbau stellt die Existenz unseres Betriebes dar. Der Kartoffelanbau erfordert einen erhöhten Pflanzenschutz, da Kraut- und Knollenfäule zum Totalverlust der Ernte führen kann (2021 Ertragsverluste im Bioanbau bis zu 90%). Darüber hinaus ist die Beregnung für den erfolgreichen Kartoffelanbau ein entscheidender Baustein. Wir sehen unseren Fortbestand als selbstständigen landwirtschaftlichen Betrieb durch Verbote/Einschränkungen im Pflanzenschutz und Bewässerung bedroht. Gerade die Flächen in der Siegaue sind für den Kartoffelanbau bestens geeignet (Sandige milde Böden). Daher steht die Arbeit und die Investitionen(Brunnenbauten) der letzten 40 Jahre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb auf dem Spiel. Durch die Beschränkungen und Verbote in der gesamten Ackerbaulichen Nutzung ist darüber hinaus ein Wertverlust der betroffenen Flächen und der betrieblichen Investition zu erwarten. Des weiteren haben wir in der Vergangenheit herbe Verluste an Ackerflächen durch städtische Planungen hinnehmen müssen. Daher möchten wir Sie, eindringlich bitten im Regionalplan unseren Betrieblichen fortbestand nicht zu gefährden und Vermögensschäden zu vermeiden. Unser Betrieb in der Direktvermarktung sichert im übrigen auch die Regionale Versorgung der Bevölkerung. Sollten Sie detaillierte Informationen zum Betrieb oder einzelner Flächen benötigen, sprechen sie uns bitte an. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-877	
1002371	
1002995_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich erhebe Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplans im Bezirk Meckenheim. Ich bin (anonymisiert). ich bin mit folgenden Flächen an der Neuaufstellung betroffen: I. Altendorferbach: Gemarkung Altendorf , Flur (anonymisiert) Nr. (anonymisiert) II. Am Morsbach: Gemarkung Meckenheim, Flur (anonymisiert) Nr. (anonymisiert) Beide Felder sind für die Wirtschaftlichkeit meines Betriebes wichtig und ich bin daher auf die vollständigen Flächen angewiesen. Eine Einschränkung der Flächen um ca. 30 m in die Tiefe der Bachläufe wäre daher existenzbedrohend.(anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-878	
1001812	
1006217	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir fordern für den neuen Regionalplan, dass die Waldflächen entlang der A4 in Bergisch Gladbach (R27) im neuen Regionalplan als Waldfläche aufgenommen werden.</p> <p>Die Stadt Bergisch Gladbach möchte diese Fläche als potentielle Gewerbefläche in den neuen Regionalplan aufnehmen. Dies widerspricht allem, was die Ampelregierung aus Grünen, CDU und FDP den Wählern vor der Wahl versprochen. Die Wähler haben in GL die Grünen an die Macht gewählt, um unsere natürlichen Ressourcen langfristig zu erhalten.</p> <p>Der Wald an der A4 bildet einen unersetzlichen Schutzwall gegenüber dem Lärm und den Schadstoffen der A4. Er spendet Feuchtigkeit und Kühle in heißen Sommer und nimmt Regen bei Starkwetterereignissen auf. Daneben ist er ein Erholungsgebiet für viele Radfahrer und Spaziergänger. Der Wald grenzt direkt an das streng geschützte FFH Gebiet Königsforst.</p> <p>Wir fordern, dass sich die Regierenden an den groß angekündigten und unterschriebenen "Waldpakt" halten. Wenn dieser gesunde Mischwald mit altem Eichenbestand verschwindet, wäre das ein verheerendes Signal aus der Politik und insbesondere von den Grünen. Die Stadt Bergisch Gladbach hat ohnehin beschlossen, bereits 8.000 qm gesunden Wald in diesem Waldgebiet zu roden, da man seit 15 Jahren angeblich keine Fläche für die neue Feuerwache Süd finden kann.</p> <p>Wir fordern daher im Namen der "Petition Frankenwald" (4.300 Unterschriften auf open petition und eingebracht in den Petitionsausschuss des Landes NRW) den gesunden Wald an der A4 (R27) als Wald in den neuen Regionalplan aufzunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).</p>

AZ: Ö-O-879	
1002322	
1011569	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme</p> <p>Da kann man einmal wieder sehen, wie über die Köpfe der Bürger Planung aussieht!</p> <p>Ein Wohngebiet mit einem Gewerbegebiet einzuschließen ist schon ziemlich unüberlegt und Rücksichtslos.</p> <p>Man sollte doch bevor solch eine Planung zustande kommt und unnötig Steuergeld ausgegeben wird, mit den Bürgern reden.</p> <p>In dem betroffenen Gebiet ist mittlerweile eine Schöne Wander und Pferdestrecke entstanden.</p> <p>Die nicht nur Einheimische nutzen, sondern viele Menschen aus den umliegenden Dörfern auch.</p> <p>Es sind Obstbäume entlang der Wege gepflanzt worden, viele Tiere haben sich in dem Gebiet Einen Lebensraum geschaffen.</p> <p>Es gibt den Rotmilan, Fledermäuse, Schwalben, es kreisen immer wieder Greifvögel über das Gebiet. Für sie wurden extra Landeplätze aufgestellt. Im Winter, sollte es einmal wieder Schnee geben, wäre unser Rodelhang und die Loipe verloren, die auch vielen Fremden immer Freude gemacht haben.</p> <p>Es wäre das aus für den Landwirtschaftlichen Betrieb und des Reiterhofes , die auf die Äcker und Wiesen nicht verzichten können!</p> <p>Je nach Bebauung des Gewerbegebietes gäbe es auch keine Nachtruhe für die Bewohner mehr.</p> <p>Lichtverschmutzung ,Flächenversiegelung ,der Wertverlust unserer Grundstücke wäre enorm.</p> <p>Die vielen kleinen Kinder, die wir zum Glück wieder im Dorf haben, könnten nicht mehr durch den auf tretenden Verkehr, ohne Gefahr spielen.</p> <p>Ich habe mein ganzes Arbeitsleben für mein Häuschen hart gearbeitet , soll das wegen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



so einen Unsinn umsonst gewesen sein ?

Die Quelle ,die bei starken Regen vom Berg aufspringt und neben unseren Grundstücken auf die Hauptstraße geleitet wird, wo wird sie sich ihren Weg suchen ? Zu uns in die Keller?

Nein zum Gewerbegebiet Herreshagen!!

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-88

1001301

1000880

#### Inhalt

Ich bin dagegen , dass hier alles zugebaut wird. Es gibt jetzt schon weder genug Kindergarten - sowie Schulplätze etc . Bei einer solchen Bebauung wird das Problem nicht wachsen sondern unmöglich zu bewältigen sein .

Außerdem wirkt sich diese Bauten negativ auf die Bestehenden Immobilien aus und mindert deren Wert, was mehr als unfair ist.

Desweiteren besteht der Bebauungsplan aus maximal 1,5 Geschossen daran mussten sich bisher alle Eigentümer halten, sowas ist nicht nachträglich plötzlich dann für neue Bauten anders möglich, dagegen würde ich sogar klagen wenn es sein muss, da uns zb auch keine größere Bebauung genehmigt wurde!

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-O-880	
1002277	
1003006_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb in Hückelhoven in 3. Generation. Ihre Pläne zur Neuausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur und eventuell die Ausweisung eines neuen Naturschutzgebietes in diesem Bereich gefährdet die Existenz unseres Betriebes. Die damit verbunden Auflagen würden ein bearbeiten von 50% unserer Flächen unmöglich machen. Im Hinblick auf ein neues Industriegebiet im Bereich Brachelen Lindern geht der Landwirtschaft 250 ha Fläche verloren. Wohlgemerkt 250 ha reine Industriefläche, hinzu kommen noch etliche Hektar, die der Anbindung an die Autobahn weichen müssen. Ich bitte Sie deshalb die Bereiche zum Schutz der Natur an anderer Stelle auszuweisen oder von den Plänen Abstand zu nehmen, damit auch die nächste Generation noch auf unseren Flächen Landwirtschaft betreiben kann.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-881	
1002299	
1003008	
<b>Inhalt</b> <p>Eine Planungserweiterung des Baugebietes halte ich für schwierig in Hinblick auf den nach wie vor nicht ordnungsgemäßen aktuellen Bebauungsplan, die damit einhergehende versiegelung der "Luft-Atmungszone" und der zuvor notwendigen Klärung der Bebauung Sportpark Brück Oberer-Bruchweg-6 und den "Schwarzbau" aus dem Jahre 1935 direkt gegenüber. Ebenso gilt es noch die Renaturierung des bis dato genutzten alten Ascheplatzes umzusetzen. Ein weitere kritische Situation sind mind. zwei streng geschützte Tierarten, die massiv von etwaigen Baumaßnahmen betroffen wären. Ich halte das belassen von großzügigen "Luft-Lungen" in Form unbebaubaren Ackerflächen für zwingend notwendig, wenn die "Innenstadt" ab Kalk nicht noch schlechtere Luftwerte bekommen soll.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-882	
1001975	
1005184	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der Karten sollen ca 1,1821 ha (Gemarkung Vusse-Bergheim, Blatt 564, [anonymisiert] der in meinem Eigentum stehenden Grünflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN), lt. Nr. 4.3 Ihrer textlichen Festlegungen, ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweitung von Flächen innerhalb des BSN-Bereiches als Naturschutzgebiet würde für meine Grünflächen möglicherweise mit Nutzungsbeschränkungen und Auflagen einhergehen, was sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen könnte. Zudem wäre auch eine mögliche Reglementierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit einem erhöhten Pflegeaufwand des Grünlandes verbunden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung meiner Eigentumsflächen aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-883	
1001959	
1006221	
<b>Inhalt</b> <p>Unser Wald gegenüber dem Hummelsbroich dient uns als Lärmschutz zur A4. Des Weiteren natürlich als Schadstoff Filter. Unser Wald ist der Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen! Und bei diesen heißen Tagen als Frischluft Speicher. Viele Anwohner nutzen ihn als Naherholungsgebiet. Bitte erhalten Sie uns unseren Wald !</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-O-884

1002300

1008944

#### Inhalt

Aus der "Neuaufstellung Regionalplanung Köln" ist für mich zu erkennen, dass mein Grundstück betroffen ist. Der Teil meines Grundstückes wird als Nutzgarten und zur Tierhalten (Hühner) verwendet. Dazu haben wir damals extra ein Haus/ Grundstück zum Wald gekauft, damit wir in unserem Hang Hühner halten können, ohne das Nachbarn gestört werden. Eine Ausweichmöglichkeit für die Tiere besteht nicht. Bitte kontrollieren Sie die Angaben in der Zeichnung und schieben die Markierung von den Grundstücken [ANONYMISIERT] runter auf das angrenzende Waldstück. Des Weiteren betrifft das Thema meine komplette Nachbarschaft. Jeder nutzt sein abschüssiges Grundstück zum anschließenden Bach anders.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale

Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.



AZ: Ö-O-885	
1002237	
1003014	
<b>Inhalt</b> Waldgebiet R27 dient als: Überschwemmungsschutz, Schadstofffilter, Frischluftspeicher, Lärmschutz, Lebensraum, Naherholungsgebiet. Sollte also somit erhalten bleiben!	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004675).

AZ: Ö-O-886	
1002028	
1005185	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In der Ortschaft Baasem in der Gemeinde Dahlem, Kreis Euskirchen, bewirtschafte ich einen Landwirtschaftlichen Mischbetrieb mit dem Fokus der Milchwirtschaft. zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen ?sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen- als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Bei gepachteten Flächen sind die Pachtpreise anhand der aktuellen Ertragserwartungen der Flächen kalkuliert. Ertragseinbußen durch Bewirtschaftungsbeschränkungen führen für unseren Betrieb auch zu einer finanziellen Belastung. Grundsätzlich sind wir, auch durch die aktuelle klimatische Entwicklung, auf die Bewirtschaftung aller Flächen in der jetzigen Art angewiesen.</p> <p>Im Einzelnen betrifft dies folgende Flächen: [anonymisiert]. Die Fläche [anonymisiert] in der Gemarkung Kronenburg soll im neuen Regionalplan als Überschwemmungsbereich ausgewiesen werden. An dieser Fläche sehen wir aufgrund der Nähe zur direkten Wohnbebauung und einer erst vor wenigen Jahren errichteten landwirtschaftlichen Stallung, die ebenfalls in der zeichnerischen Darstellung in den Überschwemmungsbereich fallen würde keine Sinnhaftigkeit dieser Ausweisung. Eine Überschwemmung der Stallfläche würde einen direkten Eintrag von Gülle in das Gewässer bedeuten. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) und Überschwemmungsbereich Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers</p>

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-887	
1002235	
1011571	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Erweiterung Gewerbegebiet Gummersbach-Herreshage</p> <p>Jede Kommune benötigt für die Weiterentwicklung ihrer Gewerbeinfrastruktur neue Gewerbeflächen. Ohne diese könnten keine Wertschöpfungen und damit letztlich Einkommen für private Haushalte generiert werden. Dies ist absolut legitim und ist Pflicht einer jeden Kommune um Daseinsvorsorge für ihre Bürger sicher zu stellen.</p> <p>Zur Daseinsvorsorge gehört aber mindestens ebenso die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu zählen ganz bestimmt auch die gewachsenen Strukturen im landwirtschaftlichen Raum.</p> <p>In der Koalitionsvereinbarung NRW zwischen CDU und Grünen heißt es zum Thema Flächenverbrauch:</p> <p><i>Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein.</i></p> <p>Und weiter</p> <p><i>Landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.</i></p> <p>Bleibt zu hoffen, dass dies nicht nur wohlfeile Absichtserklärungen bleiben, sondern die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung gerade aufgrund der sichtbaren Klimaveränderung der letzten Jahre wie z.B. Austrocknung der Böden und Verlust des nahezu gesamten Fichtenbestands im Raum Herreshagen/Kotthausen, alles dafür Notwendige tun werden um die vorhandenen Flächen nicht in dem bislang vorgesehenen Ausmaß von fast 30 ha für gewerbliche Zwecke verbrauchen.</p> <p>[ANONYMISIERT], Herreshagen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-888

1002257

1003023

#### Inhalt

Stellungnahme Neuaufstellung Regionalplan Köln - Update

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hier ein Update meiner Stellungnahme vom 25.08.2022. Inhaltlich habe ich eine Ergänzung in >>Kapitel 4. Aussagen der Bezirksregierung Köln<< nach Umwelt-Informationsgesetz eingefügt. Bitte leiten sie diese Mail an das Dezernat 32 (Regionalplanung) und an das Dezernat 54 (Wasserwirtschaft) weiter. Inhaltlich geht es um meine Stellungnahme zur "Neuaufstellung des Regionalplanes Köln".

Herzliche Grüße  
Peter Inden

---

Peter Inden  
Pfarrer Robens Str.7  
51570 Windeck-Dattenfeld  
T: 02292/911899  
M: peter.inden@netcologne.de

---

#### Anhänge

[20220830\\_Regionalplan.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

AZ: Ö-O-889	
1001388	
1003025_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Einspruch gegen die Baumaßnahme - HÜH_GIBz_1</p> <p>das geplante Gewerbegebiet HÜH_GIBz_1 hat einen negativen Einfluss auf die umliegende Natur. Es ist für uns als Bewohner von Baal nicht akzeptable, daß wir hier die nächste Lärmbelastung und Umweltvermutzung in der Umgebung dulden. Das Gewerbegebiet HÜH_GIBz_1 von Seite 183 bitte nicht umsetzen, es gibt genug andere Flächen, die strategisch und verkehrsgünstiger liegen. Bitte suchen Sie neue Flächen für das Gewerbegebiet. Wir möchten in Baal weiterhin die ca. 27 Rehe pro Winter und das schützenswerte "Blaue Hasenglöckchen" behalten. Fazit: Nicht die Natur braucht uns Mensch/Tier, sondern der Mensch/das Tier braucht die Natur! In diesem Sinne, würde ich mich freuen, wenn das Gewerbegebiet - HÜH_GIBz_1 - nicht umgesetzt wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).</p>

AZ: Ö-O-89	
1001281	
1000899	
<b>Inhalt</b> <p>Ich frage mich, ob es wirklich sinnvoll ist weiteren Wohnraum in Köln Brück durch Neuerschliessung zu schaffen. Mobiles Arbeiten ist immer mehr an der Tagesordnung und viele Büroräume sind ungenutzt und Wohnraum könnte dort entstehen. Die Natur muss hier nicht weichen. Gerade der Bereich des Parks am Eiskaulenweg ist für viele Brücker ein Spaziergang wert und sollte nicht zugebaut werden.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-890	
1002358	
1005219	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 52076 Aachen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung und Grünlandbewirtschaftung. Anhand der vorliegenden Karten habe ich festgestellt, dass rd. 2 Hektar in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie weitere rd. 7 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) überplant werden sollen. Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für unsere Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb existentiell nicht tragbar. Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln unsererseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Außerdem soll mineralische und organische Düngung verboten werden, was zusätzliche erhebliche Ertragseinbußen bedeuten würde. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-892	
1001718	
1005220	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich schreibe Ihnen zur Neuaufstellung Regionalplan Köln, weil ich hier im Kreis Euskirchen und auch regional im Kölner Raum bis hin in den Aachener Raum und teilweise auch noch in Holland Eigentümer verschiedener Landstücke/Ackerflächen bin. Als Bewirtschafter und Verpächter stehe ich auf der Seite meiner Pächter. Hiermit lege ich einen Einspruch gegen die Neuaufstellung ein! Vorab, ich habe nichts gegen Naturschutz, wenn es sinnvoll ist. Auch gegen erneuerbare Energien bin ich nicht. Nur wie soll ein Pächter noch gute Erträge erzielen, davon leben können und auch noch die Pacht an mich zahlen, wenn er behördlich "Knüppel zwischen die Beine geworfen bekommt". Wir alle wissen, wie die Landwirtschaft zu kämpfen hat. Sei es um genügend Wasser auf den Feldern, um die Verteilung von Düngemitteln oder um die Natur zu schützen. Alles spielt zusammen eine Rolle und wir alle müssen dazu beitragen, das es funktioniert. Ein Ungleichgewicht der Verteilung erzeugt Ertragseinbußen bei den Pächtern, die Spirale läuft sodann immer schneller. Die Preise werden also explodieren, diese werden dann auch umgelegt auf die Bürger und die Teuerungsrate steigt unaufhaltbar weiter. Anbei erhalten Sie unsere Auflistung der Ländereien, dort sind einige der betroffenen Gebiete dabei [Anlage]. Für eine Markierung aller betroffenen Gebiete erscheint aus hiesiger Sicht der erforderliche Aufwand zu aufwendig. Sollte es dennoch nötig sein, bitten wir um Nachricht.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-893	
1002238	
1003082_001	
<p>Inhalt</p> <p>Beteiligungsverfahren zu Neuaufrstellung des Regionalplans Köln</p> <p><b>Stellungnahme zu den vom Regionalrat für den Regierungsbezirk Köln in seiner 5. Sitzung am 10. Dezember 2021 beschlossenen Planunterlagen zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen:</p> <p>Ich bewirtschafte in Vettweiß einen Intensiv-Gemüsebaubetrieb. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Anbau von Kräutern, Rhabarber und Feldsalat. Der Einsatz von Beregnungsanlagen ist unverzichtbar. Mein Betrieb hat bereits durch Planungsmaßnahmen in der Vergangenheit empfindliche Verluste von Ackerfläche erfahren.</p> <p>Der vorliegende Entwurf zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Gemein de Vettweiß eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE) vor. Damit verkennt der vorliegende Entwurf, dass es sich bei den betroffenen Freilandbereichen um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene, landwirtschaftlich Kulturlandschaft handelt.</p> <p>Schwer wiegt dies insbesondere, weil ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission und die Umsetzung in nationales Recht eine Einschränkung von Pflanzenschutzmittel auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht.</p> <p>Vor allem in Hinblick auf die Welternährungslage sind Maßnahmen, die Landwirtschaft und Gemüsebau im Anbau beschränken nicht hinnehmbar.</p> <p>Angesichts meiner Ausführungen fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

[ANONYMISIERT]	
----------------	--

AZ: Ö-O-894

1002326

1006222

#### Inhalt

*Wie ich über eine Petition erfahren habe, plant der Bergisch Gladbacher Bürgermeister Stein zusammen mit den Grünen, auf einer heutigen Sitzung zu beschließen, dass der GESAMTE Wald entlang der A4 in den Stadtteilen Frankenforst/ Lustheide im neuen Regionalplan den Status ?potentielles Gewerbegebiet? erhält. Sie würden damit also nicht nur 8.000 qm gesunden Wald für eine Feuerwache roden, sondern auch noch den restlichen Wald zur möglichen zukünftigen Umwandlung freigeben. Es wird zwar behauptet, es sei in dieser Wahlperiode keine Umwandlung des Waldes in Gewerbe geplant, allerdings würde mit dieser weitreichenden, auf Jahre gültigen Entscheidung allen kommenden Regierungen der Weg für eine weitere Waldvernichtung geebnet.*

*Im Hinblick auf die für alle sichtbaren drastischen Folgen der Waldvernichtung für Bergisch Gladbach ist dies eine dramatisch schlechte Entscheidung und nebenbei ein Verrat an der Wählerschaft, die in Bergisch Gladbach ganz klar eine ?grüne Wende? wollte. Der Wald an der A4 bildet einen wichtigen Lärm- und Schutzwall gegen die A4, spendet uns im Sommer Feuchtigkeit und Kühle und nimmt Wasser auf, wenn es wieder zu starken Regenfällen kommt.*

*Sie als Vertreterinnen der Bezirksregierung Köln können diese kurzsichtige und gerade in der aktuell verschärften Trockenperiode überhaupt nicht verstehbare Entscheidung aufhalten. Bitte nehmen Sie die Waldflächen an der A4 als Gewerbegebiet aus dem Regionalplan heraus und sichern Sie den KOMPLETTEN Wald langfristig für die Stadt Bergisch Gladbach und NRW.*

***Es mangelt nicht an Gewerbeflächen! Aber es mangelt längst dramatisch an intakten Waldflächen, die uns helfen können, zukünftig verstärkt auftretende Trockenereignisse zu überstehen! Dieser Erkenntnis kann sich bei ein bisschen gesundem Menschenverstand heutzutage doch niemand mehr verschließen.***

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme in Bezug auf die Festlegung eines Regionalen Grünzuges entlang der BAB 4 ist entsprochen (s. StnID 1004675).

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

**Inhalt**

In meiner öffentlichen Stellungnahme beziehe ich mich auf den Flächennutzungsplan Leverkusen 2015 und die vorausgehende Bürgeranhörung aus 2002. In der daraus hervorgegangenen Planwerkstatt wurden die Folgen für Klima und Ökosysteme sowie die sozio-ökonomischen Konsequenzen für den Bereich der Stadt Leverkusen umfänglich dargelegt.

Die in der "Neuaufstellung Regionalplan Köln" in der zeichnerischen Festlegung "Blatt05: Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer Kreis" geplante Ausweisung von Neubaugebieten am nördlichen Rand von Bergisch Neukirchen erstrecken sich in den kritischen Bereich, der schon in dem Planfeststellungsverfahren 2015 als wichtige Klimazone und ökologische Zone beurteilt wurde. Insbesondere in dem Straßendreieck <Am Plattenbusch / Tannenweg / Imbacher Weg> und im weiteren Verlauf die Fläche zwischen <Friedenstal und Knechtsgraben> sowie <Am Hang> verengen den klimatisch wichtigen Frischluftkanal in ost-westlicher Richtung. Wenn diese Bereiche zur Bebauung freigegeben werden, wird dieser Frischluftkanal weiter im Querschnitt verjüngt. Hier ist zu bedenken, dass die Halbierung des Querschnitts den Luftdurchfluss um mehr als 50 % reduziert. Mit dieser "Salamitaktik" der allmählich fortschreitenden Bebauung werden die verbleibenden Agrarflächen Flächen in der Zukunft vermutlich gänzlich bebaut. In der Folge wird der Charakter der ehemaligen von Agrarflächen durchsetzten Naturlandschaft vollständig verloren gehen. Zwangsläufig ist damit der Verlust von noch bestehenden kleinen Wäldern und Obstwiesen in diesem Bereich verknüpft, da diese nicht als Wald oder ökologisch wertvolle Flächen ausgewiesen sind und somit nicht als schutzbedürftig eingestuft und somit keinen Bestand haben werden. Dies hat jedoch unmittelbare Konsequenzen für das sog. Kleinklima. Wir befinden uns in der hochaktuellen Diskussion, wie die Landwirtschaft zukünftig gestaltet werden muss, dass der fortschreitende Artenverlust aufgehalten wird. Eine Bebauung und Flächenversiegelung muss daher mit größter Zurückhaltung sehr kritisch betrachtet werden.

Mit den bestehenden verkehrstechnischen Voraussetzungen ist die Anbindung der geplanten Wohnbebauung und eventueller kleinindustrieller Nutzung nicht zufriedenstellend möglich. Bereits heute steht man auf der B 232 aus der Richtung Burscheid kommend ca. 20 Minuten vor den Kreisverkehren in Opladen bzw. vor dem Autobahnanschluss.

Eine Zustimmung zu diesen Plänen würde mir leichter fallen, wenn es ein einsehbares Konzept gäbe, aus dem die finale Nutzung unter Berücksichtigung der Interessen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

hervorginge. Damit ist gemeint, dass die denkbar dichteste Aneinanderreihung von Wohngebäuden auf kleinsten Grundstücken unter Vermeidung jeglicher naturnah verbliebener Zwischenräume den bisherigen Charakter in dieser Region zerstört und die Attraktivität als Naherholungsgebiet drastisch mindert. Es müsste eine Wohnbebauung zumindest so verträglich erfolgen, dass noch bestehende Naturflächen (Wald, alter Baumbestand) erhalten und integriert werden.

Ich danke für die Kenntnisnahme und Evaluierung meiner Hinweise.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-896

1002374

1003097

#### Inhalt

Hallo es kann nicht sein das so viel Landwirtschaftliche Ackerflächen zugebaut werden.

Nahrungsmittel können nur mit Pflanzenschutz ausreichend geschützt werden um sichere Lebensmittel zu erzeugen und die gewünschten Qualitäten zu erzeugen

Mfg Michael Moll

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung

umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-O-897	
1002004	
1005221	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit legen wir, als Erbgemeinschaft und betroffene Anwohnerinnen, Einspruch gegen die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Simmerath, siehe Bebauungsplan Nr. 176a, ein. Mit einer Erweiterung des Gewerbegebietes würden die unmittelbar betroffenen Anwohner, zu welchen wir auch gehören, erheblich von Lärm durch die Betriebe, das erhöhte Verkehrsaufkommen, insbesondere Schwerlastverkehr und Emissionen von Abgasen, Schadstoffen, Feinstaub und Licht belastigt ggfs. sogar gesundheitlich geschädigt werden. Diese Emissionen belastigen jedoch nicht nur die Anwohner, sondern beeinträchtigen oder gar zerstören auch den Lebensraum von Tieren und Pflanzen. Letztlich schwindet die Wohn- und Lebensqualität von uns Anwohnern. Des Weiteren verlieren unsere Grundstücke und Immobilien an Wert. Darüberhinaus hat die Erweiterung des Gewerbegebietes Simmerath Auswirkungen auf unser Klima, was letztlich nicht nur die Anwohner, Tiere und Pflanzen, sondern die gesamte Gemeinde betrifft. Durch die Inanspruchnahme der Flächen, welche zurzeit in ihrer natürlichen Art belassen sind, zerstört man Lebensraum und fördert die Klimaerwärmung. Zudem würde der Örtlichkeit Kesternich noch mehr der Charakter eines schönen Dorfes, derzeit sogar Golddorf 2022, genommen werden. Anstatt das Gewerbegebiet auf Kosten des Dorfes Kesternich zu erweitern, sollte man sich ein Beispiel an den Insekten- und Bienenwiesen in der Ortschaft Rollesbroich nehmen. Dort entsteht sogar ein Dorfladen, in dem regionale Produkte angeboten werden, was eine Inspiration für alle Ortschaften sein und gefördert werden sollte. Dies ist jedoch nur möglich, wenn man die verbliebene Natur in den Dörfern nicht durch Gewerbegebiete und den damit einhergehenden Belastungen zerstört. Abschließend bleibt zu erwähnen, dass die Menschen in einem Dorf leben, weil sie die dortige Ruhe der Natur fernab von dem Lärm und Emissionen der Städte genießen möchten. Sie möchten nicht aus Bequemlichkeit und möglichem Profit aus ihren Dörfern Miniatur-Städte werden lassen. Mit Verständnis für die wirtschaftlichen Interessen der Gewerbetreibenden gibt es sicherlich alternative und ggfs. bessere Standorte. Als Anregung zur adäquaten Lösungsfindung schlagen wir einen ?runden Tisch? vor, an dem alle Interessenvertreter und Betroffene teilnehmen. Wir bitten darum unsere aufgeführten begründeten Einwände ernst zu nehmen. Des Weiteren bitten wir zu berücksichtigen, dass sie weitere Einsprüche erhalten hätten, wenn dies nicht in digitaler Form hätte erfolgen müssen, da die lebensälteren AnwohnerInnen mit Medien, wie Computer und Internet noch nicht so vertraut sind. Weshalb wir mit unserem Anschreiben nicht nur unsere Meinung, sondern auch die unserer lebensälteren Nachbarn vertreten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Gemäß dem städteregionalen Gewerbeflächenkonzept ist der geplante GIBz der zentral bedeutsame Standort für die Eifelgemeinden.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p>

AZ: Ö-O-898

1001971

1003104\_001

#### Inhalt

Auf Grund der zunehmenden Zersiedelung und städtebaulicher Defizite der Vergangenheit sehen wir es alle für erforderlich, ein vernünftiges planerisches Konzept für Birgden zu erstellen. Die Kirche ist nicht mehr Zentrum des Ortes und die Schule nicht mehr ?am Rande von Birgden erbaut?, wie es unser Schullied besingt. Die Infrastruktur schon jetzt in sämtlichen Bereichen nicht mehr tragfähig, die Belastung für die Bevölkerung in den verschiedensten Lebensbereichen enorm hoch.

Im Rahmen der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Gangelt erfuhren wir am 23.08.2022, dass im Rahmen des Verfahrens im Zeitraum vom 07.02.2022 bis 31.08.2022 eine öffentliche Auslegung der Stellungnahme und Planunterlagen hätte erfolgen können.

Leider wurden die Unterlagen, mit Datum des Planers vom 01.08.2022, erst am Mittwoch, den 10.8.2022 als Anlagen zur Sitzung des 23.08.2022 veröffentlicht, eine sehr knappe, unvollständige Information durch das Ingenieurbüro VDH erfolgte im Rahmen der Sitzung am 23.08.2022- für anwesende Bürgerinnen und Bürger sehr wenig informativ und sehr eingekürzt in der Darstellung und den Erläuterungen, eine Möglichkeit zur Fragestellung in der Sitzung an die Planer war den Besuchern nicht ermöglicht. Ein ?breit angelegtes Beteiligungsverfahren? im Rahmen des Ablaufes war hier nicht gegeben!

Eine Informationsveranstaltung für die Bürger im Vorfeld bzw. im Rahmen einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung oder Planungskoooperation fand nicht statt. Aus der Vergangenheit kennen wir die Verfahren einschließlich der aktiven Mitarbeit der Bürger, die z.B. im Rahmen einer Dorfwerkstatt generationenübergreifend, alters- und geschlechtsunabhängig, die für alle Menschen der Region möglich war. Im Jahr 2010 hatte das Planungsbüro Urgaz den Auftrag die ?Dorfentwicklung in der Leaderregion ?Der Selfkant? zu erstellen. Man berief sich auf die vorhandenen Basiskomponenten und erarbeitete in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ein Modell, dass das ?orthogonal entwickelte Straßennetz? berücksichtigte und schon damals auswies, dass das entwickelte Labyrinth von Sackgassen zur schwierigen Orientierung und nur geringen Belastbarkeit führt. Bei der Planung von Neubaugebieten war man bemüht, Regelmäßigkeiten und Straßenstrukturen beizubehalten und diese ins Ortsbild einzupassen.

Hat man das heute alles vergessen- wie werden die Schwerpunkte heute gesetzt?

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht und es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Bei Eintragung der Ortsgrenzen, erweitert um die neuen Baugebiete, entstehen mir keine Bedenken, eine Aufnahme des Ist Zustandes, abweichend von der bisher geplanten Regionalentwicklung ist unumgänglich. (Stellungnahme Regionalplan Gangelt, VDH, Seite 2 Abbildung 1, Linienführung 1,3).

Die Eintragung weiterer Flächen als Gewerbe und Industriegelände führen über die Orts- und Kommunengrenzen zu großem Widerstand. (Stellungnahme Regionalplan, VDH, Seite 2 Abbildung 1, Fläche 4) Die Abstände zur bestehenden Bebauung und Sport- und Freizeitflächen scheinen je nach Nutzung des Geländes nicht groß genug zu sein, die ausgewiesenen Flächen würden Industrieansiedlung zulassen und überschreiten damit die bisher tolerierte Belastung des Ortes durch die schon vorhandene Gewerbeansiedlung erheblich.

Größer nun noch die Angst vor der Erweiterung des Gebietes, von im Entwurf dargestellten 68 ha Fläche würden 24 ha genutzt für den angedachten kommunalübergreifenden GIB (Gemeinde Gangelt- Stadt Heinsberg), es bleiben 44 ha Gelände, die aller Voraussicht nach für einen größeren GIB plus verplant werden können. Eine Belastung aus der Ansiedlung von Großindustrie ist für die Region nicht tragbar. Das Verhältnis von Siedlungsbereich zu Gewerbe und Industriebereich gerät in ein Ungleichgewicht. Lebendige Traditionen und eine Dorfstruktur gehen verloren. (Rahmenplan für Gangelt Birgden, VDH, Seite 11 ?Siedlungsstruktur? ?Maßnahmen Neue Entwicklung?)

Den Entwurfsplänen des Rahmenplanes für Gangelt Birgden, der Planung der Fa. VDH, entnehmen wir nun die abstrakten Darstellungen großer Flächen mit nicht genau spezifizierter späterer Nutzungsdefinition, deren Ausmaß und Ausdehnung zur Befestigung, Besiedelung und Industrialisierung sich bedrohlich darstellt. Es sind Visionen, wie es der Bürgermeister der Gemeinde Gangelt nennt, die Möglichkeiten für die Entwicklung der Gemeinde bieten. Es werden Maßnahmen für neue Entwicklungen dargestellt, betreffend die Siedlungsstruktur, Gewerbe und Industrieflächen die die Gegend überfordern.

Ergänzende Zielsetzungen, so die Trassensicherungen für Verkehrswege, sind im Rahmen des Baubedarfes von Bedeutung, das Verkehrskonzept für den Ort muss eine Entlastung erfahren, schon jetzt ist das Straßennetz nicht leistungsfähig genug, der Bau von Ortsumfahrungen muss schon für das aktuelle Verkehrsaufkommen ohne Erweiterungen ermöglicht werden! Bevor weitere Siedlungsflächen erschlossen werden und Möglichkeiten dazu geschaffen sind, muss die Verkehrsproblematik nachhaltig gelöst sein. Im Moment soll ein neues Baugebiet (Anlage 4 Gestaltungsplan Jankerfeld IV, VDH, für EGG Entwicklungsgesellschaft) in Angriff genommen werden um die Finanzierung für einen Kreisverkehr und den Verkehrsabfluss aus dem Baugebiet Jankerfeld III zu gewährleisten- Im Rahmen der Planung und Genehmigungsverfahren wurden hier die Mängel nicht erkannt, entgegen der schon frühen Einreichungen der Bürgerinnen und Bürger. Diese wurde mit geringer Wichtigkeit abgewägt und fanden

keine Berücksichtigung. Nicht beachtet wird in der Ihnen vorgelegten Planung heute, dass die Bevölkerung in diesem kritischen Bereich wieder erhöht wird, mehr Menschen, mehr Verkehrsaufkommen und keine ansatzweise funktionierende Lösung der Ableitung des Verkehrs.

Aber die angezeigten Entwicklungsreserven nach Eintragung bestehender Baugebiete führen zu unverhältnismäßig großer Möglichkeit verschiedenster Bebauung und Flächenversiegelung in und um Birgden herum und damit weiter zunehmender Belastung der gesamten Infrastruktur. Die rot schraffierten Flächen weisen mehr als 60 ha neue Siedlungsflächen aus. (Rahmenplanung Gangelt Birgden, VDH, Seite 9 ?Siedlungsstruktur? ?Künftige Entwicklung?). Es ist fraglich, ob die Inanspruchnahme des Freiraumes in dieser Größenordnung erforderlich ist, eine ortsübliche Siedlungsstruktur wird nicht berücksichtigt, auf leistungsfähige Infrastruktur in verschiedenen Gebieten kann diese Entwicklung nicht ausgerichtet werden.

Eine ?nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumigen ausgewogenen Ordnung führt?, (Stellungnahme Regionalplanung) kann die folgenden Aspekte nicht unterordnen!

Als Angerort ist Birgden in der Stellungnahme der Planer bezeichnet und charakteristisch sind die Strahlenförmigen Zufahrtstrassen, die an zentraler Grünanlage, dem ?Großen Pley?, zusammentreffen. Besonders, die Alleen, die aus allen Richtungen in den Ort führen und auf Grund des alten Baumbestandes zwingend schützenswert sind.

Die dargestellten Maßnahmen zur neuen Entwicklung der Siedlungsstruktur sind nicht dem Dorfcharakter und der Dorfstruktur angepasst, sondern steht unter dem Motto ?Birgden muss rund werden?. ?Eine Verbindung zwischen historischem und neuem Siedlungsschwerpunkt besteht nur untergeordnet? ? ein Aspekt der zur übergreifenden Verträglichkeit des Regionalentwicklungsplanes nicht vereinbar ist.

Boden ist wertvoll, zu große Flächen Besiedeln ist rückläufig. Wir haben wertvolle Kulturlandschaften und fruchtbare Ackerböden. Bestehende Baulücken innerorts müssen geschlossen werden, an innerörtlichen Stellen ist der Geschosßwohnungsbau zu fördern. (Aktuell auch diese Diskussionen im Stadtgebiet Aachen zur Regionalentwicklungsplanung!)

?Die bestehende Verkehrsführung ist ? ungeklärt und wenig leistungsstark? seit Jahren müssen wir verfolgen, dass ein Ausbau nicht adäquat möglich zu sein scheint. Den Anschluss der K3 außer Ortes ist seit Jahren nicht ausgeführt, wurde aber bereits bei der Zulassung des Bebauungsplan Jankerfeld III als Basis zur Verkehrsableitung aufgeführt. Ortsumführende Straßenzüge, als Maßnahme zur innerörtlichen Entlastung, widersprechen dem Konzept, dass zentral in der Ortslage die Infrastruktur

Möglichkeiten des Einkaufes, medizinischer Versorgung, Kindergarten, Schule, Gastronomie, Grünfläche bietet. Menschen, die hier siedeln müssen und möchten am Leben im Zentrum des Ortes teilhaben und werden Wege durch den Ort suchen und nutzen (müssen). Schon jetzt kann man beobachten, dass die Anwohnerstraßen als Ausfahrtpisten genutzt werden müssen, um auf dem Weg zur Arbeit noch am Kindergarten, der Schule oder dem Bäcker entlang zu fahren. In der Rahmenplanung für Gangelt Birgden Seite 13 ?Verkehr? zeigt falsche Wegführungen im Bestand. Die roten Pfeile weisen in Sackgassen und Anwohnerstraßen, die mit Pollern verschlossen sind. So verteilt sich der Verkehr hier nicht! Die Hauptachse Gaterstraße (Orthografischer Fehler in den Planunterlagen!) und Bahnhofstrasse werden umfahren durch die neu ermöglichte Strecke Weberstrasse ? Philippenkuhle- Magdalenastrasse! Anwohner haben Ihre Bedenken geäußert, in diesen verkehrsberuhigten Straßen, Mischflächen, ausgeführt in Pflasterung mit nur geringer Belastbarkeit! Hier sind weitere Fahrzeuge zu erwarten mit dem Bezug des Baugebietes Jankerfeld III!

Siedlungspotenziale sollen angepasst sein, zu berücksichtigen die schon jetzt defizitäre lokale Situation in diversen Bereichen. Grünflächen und Ausgleichsflächen fehlen innerhalb der neuen Baugebieten, kleine Spielplätze werden mehr und mehr zurückgebaut, den Menschen fehlen kleine Nischen mit Grün und einer Bank an der man das soziale Miteinander leben kann. Die Infrastruktur ist komplett im Dorfkern geblieben, der Verkehr wird dadurch täglich verschärft.

Kulturhistorische Denkmäler werden verbaut, eingebaut und werden den Industrieflächen womöglich weichen müssen. Die für die gesamte Region als Tourismusmagnet bedeutende Selfkantbahn ist unter anderem in Mitleidenschaft gezogen, der Trassenverlauf wird mehr und mehr eingebaut.

Historische Wegekreuze müssen den Planungen weichen, unsere Geschichte und das Erbe der Vorfahren geht verloren.

Für junge Familien wird Wohnraum geschaffen, aber ist das attraktiv, wenn unzählige Kindergartenplätze schon jetzt fehlen und die Grundschule vor Ort bereits heute Bedenken äußert, dass der aktuelle Anbau den momentanen Bedarf schon nicht decken können wird. Familien die sich hier ansiedeln, versuchen im Übrigen die Stadt zu verlassen, den Kindern ein ländliches Aufwachsen zu ermöglichen, Schade, dass diese Zukunft genommen wird.

Das uns zur Verfügung gestellte Einkaufskonzept betrachtet die Gemeinde Gangelt mit all Ihren Ortsteilen und bestätigt, dass die Einkaufsmöglichkeiten in der Gemeinde Gangelt den Bedarf decken. Da die Bevölkerung unter heutigen Bedingungen Ihre Wohnorte verlassen muss, um außer Ortes Geschäfte aufzusuchen führt nur zu wieder erheblichem Verkehrsaufkommen, das Zeitmanagement junger Familien wird herausgefordert.

Das am Abend vorgestellte Abwasserbeseitigungskonzept 2023-2028 berücksichtigt die schon im Konzept des Jahres 2010 zu Grunde gelegte Situation der ?gewachsenen Kanäle? da seither keine Änderungen vorgenommen wurden. Die Netze sind grenzwertig belastbar, ein hydraulisches Konzept wird für Birgden noch erstellt. Der Anschluss weiterer Siedlungsflächen und die Belastung mit mehr Abwässern muss berücksichtigt werden. Der mögliche Abfluss der Abwässer aus der Gemeinde erfolgt in die Kläranlage Susteren (NL). Die Menge zusätzlicher möglicher zugeführter Abwassermengen muss hier geprüft werden. Ergebnisse aus dem abzuwartenden Abwasserbeseitigungskonzept sollten Berücksichtigung finden. Jeder einzelne Bürger muss damit rechnen, dass die Abwassergebührensätze erheblich steigen werden, wenn unsere Abwässer in erheblichem Maße ansteigen und sogar um Industrieabwässer ergänzt werden! Möglicherweise wird die Gemeinde Gangelte eigene Kläranlagen errichten müssen um der Entsorgung gerecht werden zu können! Wieder eine Mehrbelastung, die für die Haushalte nicht zu stemmen sein wird.

In seiner Eigenschaft als Landschaftsrahmenplan und als forstlicher Rahmenplan sollten regional bedeutende Naturgüter gewahrt werden. Der Ort ist traditionell von Streuobstwiesen umgeben, Grünflächen, Ackerland, Weiden, Waldgebiet, die schützenswert sind, heimischen Tieren unterschiedlicher Schutzklassen Rückzug bieten müssen erhalten bleiben und Ihre Aufgaben zur Verbesserung der Lebensqualität behalten. Heimische Flora und Fauna muss geschützt sein und für Ihren Erhalt ist Sorge zu tragen.

In einem öffentlichen Portal, in dem man z.B. Landschaftsschutzgebiete sehen kann (Quelle: <https://geodienste.bfn.de/schutzgebiete?lang=de>) stellt man fest, dass die Planung von VDH Landschaftsschutzgebiete gar nicht berücksichtigen, die nördlichen und westlichen Bereiche schützenswerter Gebiete wurden mit Wohngebieten überdeckt.

Um die Erarbeitung eines gemeinsamen ?Sport- und Freizeitkonzeptes? bat der örtliche Turn- und Spielverein im Sommer dieses Jahres, da der Bedarf der Bevölkerung an sportlichen und gesundheitsorientierten Angeboten schon jetzt bei Weitem nicht mehr zu decken ist. Gemäß §29 Abs.3 LEPro ist die Tragfähigkeit der angestrebten Siedlungsstruktur auszurichten- bis heute sind Lücken in der Grundausstattung sowie eine Erweiterung nicht erwähnt.

Die in Anlage 4 angefügten vorläufigen Entwurfsunterlagen ?Gestaltungsplan Jankerfeld IV? stoßen auf Ablehnung, da im Rahmen des Zieles 3 der ?Raumverträglichen und standortgerechten Flächenvorsorge? Streu- und Splittersiedlungen nicht erweitert werden dürfen. Letztlich muss in einem Konzept der Zersiedelung des Ortes Einhalt geboten werden und an Stellen an denen der Ort aus seine Grenzen wächst, ist ein Stopp für weiteres Bebauen geboten! Im Rahmen der Erschließung eines Baugebietes an dieser Stelle werden Landschaftsbereiche angegriffen, die schützenswert sind. Baumbestand sowie Feuchtgebiete werden

betroffen sein. Es ist zu prüfen ob dem Biotop- und Artenschutz gerecht werden kann. Kulturgut Selfkantbahn wird in Ihrer Trasse eingefasst und beeinträchtigt. Zur Umsetzung des Entwurfes würde die Änderung eines bestehenden rechtskräftigen Bebauungsplanes erforderlich, betroffene Bürger haben bereits Einspruch erhoben und Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Die Allgemeinheit darf nicht mit solchen Kosten belastet werden, die Planung ist unvernünftig und führt zu großem Unmut in der Bevölkerung.

Flächen sollte man nachhaltig und innovativ nutzen, Solarfelder anlegen, kombinierte Felder mit Solarenergiegewinnung und Landwirtschaftlicher Nutzung können angedacht werden. Effektive Nutzung und keine große Belastung, die Industrie und Gewerbe für die Orte mit sich bringen würde.

Für Industrie und Gewerbe stehen vielleicht geeignete, abgelegene Brachflächen zur Verfügung die beispielsweise aus dem Rückbau unserer Tagebaue entstehen.

Positiv und allgemeinverträglich sehe ich die Entwicklungsplanung in der Nachbargemeinde Waldfeucht. Auch hier werden Baugebiete neu erschlossen und Siedlungsflächen ermöglicht und genutzt, jedoch erfolgt eine Planung dort so, dass eine gleichmäßige Verteilung auf alle Ortsteile erfolgt und nicht eine Verdichtung in einer Ortslage!

Ich hoffe, dass Stellungnahmen im Rahmen des Verfahrens bei Ihnen in guten Händen sind und Beachtung finden werden.

Ich hoffe meine Bemühungen um Heimat und Zukunft meiner Kinder werden nicht abgewogen und beiseite gelegt- und vergessen.

Ich hoffe Entscheidungen werden im Sinne eines allgemeinen Wohles getroffen.

Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen und viel Erfolg bei den anstehenden Herausforderungen.

AZ: Ö-O-899

1002003

1003114\_001

## Inhalt

Schon jetzt ist die Belastung auf Grund der täglichen Diskussionen, Gespräche, Mitteilungen und Informationen für mich erheblich. Schon jetzt, bevor Pläne festgezurrut sind, schon jetzt, bevor für mich überhaupt realistisch ist, was hier passieren soll.

Ich erinnere mich an eine Geschichte aus meiner Kindheit- "Die Stadtmaus und die Landmaus". Kennen auch Sie die Fabel, die uns lehren sollte, dass das, was man hat gut und wichtig ist. Man soll nicht nach dem streben, was der andere hat und jeder profitiert von den unterschiedlichen Gegebenheiten.

Nun soll hier das Leben der Landmaus neu geordnet werden und an ein Leben der Stadtmäuse angepasst werden. Wir brauchen unsere grünen Flächen, wir leben und bewegen uns auf den ruhigen Strassen und lieben die Wege die uns in den Wald führen. Wir nutzen die Landwirtschaftswege um den Ort für unsere Freizeitgestaltung und fahren dort mit dem Rad, Skaten und laufen herum. Der Fußballplatz liegt da, wo demnächst ein Industriegebiet benachbart sein soll- gerade jetzt, wo wir eine neue Leichtathletik Gruppe mit dem Sportverein aufgebaut haben. Das sage ich Ihnen direkt- Sport neben der Industriehalle mit Abgasen und LKW Lärm, das wird keinen Spass mehr machen. Wo und wie sollen wir uns bewegen, entwickeln und entfalten?

Wir sind die Kinder und Enkelkinder, von denen immer gesprochen wird, wenn man es besonders gut meint. Hier werden uns zum Beispiel Arbeitsplätze versprochen. Aber schauen Sie sich doch einmal um. Arbeitsplätze im Gewerbe und in der Industrie gibt es genug und kaum jemand möchte heute noch eine handwerkliche Ausbildung machen, die Löhne in diesen Berufen sind viel zu gering, die Arbeit zu wenig wertgeschätzt. In unserem schon vorhandenen Gewerbegebiet, da werden immer wieder Mitarbeiter gesucht, auch in den Geschäften im Ort.

Für uns sollen die Baustellen hier alle neu entstehen, aber woher wissen denn die Planer, dass wir alle hier zu Hause bleiben können und warum gibt es dann immer wieder Investoren, die große Projekte herstellen, das sind nicht die Kinder von hier. Werden wir hier vorgeschoben? Als meine Cousine versuchte ein Baugrundstück zu bekommen gab es keines mehr, viele Menschen von weither haben schon einen Platz zum Bauen gefunden.

Ach ja und denkt Ihr, dass die Jungen Familien weiter aus der Stadt auf das Land umziehen möchten, wenn es hier gar kein ländliches Leben mehr ist? Raum und Bauen wird immer teurer, die Umwelt wird immer schrecklicher und es wird kein

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



familienfreundliches Leben im Dorf mehr sein.

Unsere Schulbusse sind jetzt schon voll- zu voll! Wenn so viele Menschen mehr hierher ziehen sollen und alle bringen eine Familie mit und Kinder, dann fehlen uns öffentliche Verkehrsmittel! Das ganz große Neubaugebiet hat nicht einmal eine Bushaltestelle dazu bekommen, ein zusätzlicher Bus fährt hier bestimmt nicht!

Wir brauchen die Felder und die Landwirte, die dort anbauen und für unsere Nahrung sorgen. Biomilch gibt es hier, frisch von den Wiesen um Birgden herum. Freilaufende Hühner mit mobilen Ställen sieht man um unser Dorf herum... damit ist Schluss, wenn Industrie und der zusätzliche Verkehr die Landwirtschaft verdrängt und die Luft verunreinigt. Haben die Zuständigen nicht mitbekommen, was passiert, wenn es wegen einer Krise dazu kommt, dass Getreide nicht mehr genug auf der Welt verteilt werden kann? Eigentlich müsste das doch jetzt jeder verstanden haben- Landwirtschaft ist für unser Überleben wichtig!

Viel zu viele Autos fahren schon heute hier durch die engen, zugeparkten Straßen. Es gibt zu wenig Parkplätze, die Autos stehen am Strassenrand und verstopfen die Strassen. Alle Autos müssen durch das Dorf fahren und man steht immer wieder lange Zeit im Stau! Wissen Sie, dass es häufig länger dauert nur durch Birgden durchzufahren, als die Strecke bis Heinsberg dann zu schaffen? Da stimmt doch wohl etwas nicht. Und hier sollen jetzt noch mehr Menschen rund herum "Siedlungsraum" bekommen und mit noch mehr Autos durch den Ort fahren.

Danke, dass Sie an uns Kinder und Enkelkinder denken und danke, dass sie sich dafür einsetzen, dass die Pläne für die Zukunft so sind, dass wir nicht unsere Heimat verlassen müssen weil uns das am Ende alles nicht mehr lebenswert erscheint.

AZ: Ö-O-9

1001068

1000680

#### Inhalt

Hiermit lege ich Widerspruch gegen die Regionalplanung "Bebauung an der Wilmersdorfer Straße, 51377 Leverkusen" ein. In dem Gebiet lebt der Eisvogel, welcher gemäß §7 Abs. 2 Nr. 7 und Nr. 14 BNatSchG zu den in Deutschland streng geschützten Arten gehört. Des Weiteren leben hier Rotmilane und Steinkäutze. Aus Naturschutzrechtlichen Gründen sollten ander Flächen vorgezogen werden und diese Fläche als Rückzugsgebiet geschützt werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

AZ: Ö-O-90	
1001302	
1000903_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Stadt Rösrath beabsichtigt eine Ergänzung zu diesem Regionalplan vorzuschlagen. Dieser beinhaltet eine Ausweisung des Höhenzuges Hofferhof als Gewerbegebiet (RÖ8 der zeichnerischen Festlegung).</p> <p>Mit dieser geplanten Änderung des Regionalplans bin ich aus folgenden Gründen nicht einverstanden:</p> <p>Gravierende Auswirkungen auf Natur und Landschaftsschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlust der wertvollen Böden für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion (Die Höhen haben die besten Bodenwerte im Raum Rösrath)</li> <li>- Dramatische Auswirkungen auf Natur und Umwelt, der Verlierer ist die Artenvielfalt. In NRW verschwinden TÄGLICH Felder (Größenordnung von 18 Fußballfeldern) zu Lasten der Natur und Landwirtschaft. Damit werden Lebensräume von Tieren und Pflanzen unwiederbringlich zerstört. Zerschneidung der Flächen verhindert den Austausch der Populationen und erschwert die Futtersuche (die heimische Tier- und Pflanzenwelt wird stark beeinträchtigt)</li> <li>- Zudem ist für den vermutlich steigenden Bedarf an regional produzierter Nahrung in der heutigen Krisenzeit (Krieg, Versorgungsengpässe) jeder Quadratmeter landwirtschaftliche Fläche extrem wichtig und darf nicht verlorengehen.</li> <li>- Erhaltung der bergischen Hochflächen als wichtigen Erholungsraum. Insbesondere die bergischen Höhen mit der unverbauten Landschaft und Rundumaussicht sind ursprüngliche historische Kulturlandschaften und ein wertvoller ökologischer Ausgleichsraum. Ausgewiesene Wanderwege werden zerstört (z.B. Bergischer Bauernhofweg)</li> </ul> <p>Massive Verkehrsprobleme</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stark erhöhtes Verkehrsaufkommen in Hoffnungsthal, Menzlingen und Oberschönrath auf Straßen, die für eine solche Auslastung nicht vorgesehen sind</li> <li>- Geplante Erhöhung der DB-Taktung, dadurch zusätzliche Verkehrsbelastung bis zum Verkehrskollaps in Hoffnungsthal</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung zur Fläche im Bereich Hofferhof hier RÖ8 bezieht sich auf einen Regionalen Grünzug im Entwurf des Regionalplans (StnID 1004588).</p> <p>Eine Zuordnung zu einer Anregung der Kommune zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung (RÖ8 als Gewerbegebiet) ist darüber hinaus nicht möglich. Der Stellungnahme zur Flächenanregung ist insofern entsprochen</p>

- Erhöhte Gefahr an den Bushaltestellen für die Schulkinder durch den entstehenden Last- und Berufsverkehr

#### Umweltschutz

- Die Versiegelung der ca. 13 ha großen Fläche hat irreparable Auswirkungen auf

? den Grundwasserspiegel (Regenwasser gelangt auf versiegelten Flächen nicht mehr ins Grundwasser) ein Hochwasser gab es bereits im letzten Jahr. Die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens wird hiermit erhöht

? das Mikroklima (bodennahe Luftschichten werden negativ verändert)

? den Klimawandel (Verlust der CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeiten der Böden)

? die Entstehung weiterer Flutkatastrophen und Überschwemmungen in Hoffnungsthal, den direkt anliegenden Ortschaften und der darunterliegenden Auenlandschaft Kupfersiefer Tal (Naturschutzgebiet) bis hin zum Gewerbegebiet Scharrenbroich

- Grün- und Freiflächen sind existenziell für die Kaltluftlieferungen (steigende Erderwärmung)

- In Anbetracht der heutigen klimatischen Verhältnisse muss eine Bebauung von schützenswerten Landschaften unbedingt vermieden werden.

Rösrath ist ein beliebtes Wohnziel für Familien vor den Toren Kölns. Bewusst haben wir uns vor 2 Jahren für dieses Landleben entschieden. Wir nutzen diese Bereiche um Sport zu treiben, sich unbeschwert mit Kindern zu bewegen. Unsere Kinder sollen mobil sein und auch den Weg am Hofferhof zur Schule nehmen. Sie können in diesen Bereichen noch gut Fahrrad fahren. Dies wird mit einem Gewerbegebiet und dem damit aufkommenden Verkehr nicht gehen. Wir sind ein Naherholungsgebiet, kein Gewerbegebiet.

Die Attraktivität Rösraths als Lebens- und Wohnraum wird abnehmen. Ebenfalls auch der touristische Teil. Wanderer, Radfahrer, Spaziergänger. Rösrath hat noch einen sehr guten Ruf. Die Stadt sollte sich entscheiden, wo die Zukunft der Stadt hingehen soll. Ein lebenswertes Rösrath oder eine Stadt wie alle anderen.

Ich bitte um Berücksichtigung meiner Stellungnahme im Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan im Namen meiner Familie.

AZ: Ö-O-900	
1001983	
1003116	
<p>Inhalt</p> <p>EINSPRUCH</p> <p>Ich lehne mit dieser Mail den Regionalplan in dieser Form ab.</p> <p>Bitte überarbeiten Sie diesen für die Gemeinde Selfkant.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-902

1001798

1003120\_001

## Inhalt

Wipperfürth, 30.08.2022

### **Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffene - Oberbergischer Kreis, Wipperfürth -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:

Wir sind in mehreren Regionen direkt betroffen und sehen unsere Existenz durch diesen Planentwurf bedroht. Mein Mann und ich bewirtschaften in der 8. Generation erfolgreich unseren landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Milchviehhaltung. Neben unseren 210 Mitarbeiterinnen haben wir 3 Angestellte und auch eine weitere Generation, unsere 4 Kinder, wächst heran. Unsere gesamte landwirtschaftliche genutzte Fläche beträgt 145ha. - Wipperfürth, Oberbergischer Kreis -

#### **Punkt 1: unsere Hofweide**

Ganz besonders wichtig sind die Flächen direkt am Hof, die in folgendem Bild grün umrandet sind, sie befindet sich südlich von Wipperfürth:

[s. Anhang Abb. StnID 1003120\_001]

Es handelt sich hier um unsere Hofweide, sprich die einzige Möglichkeit unseren Kühen Auslauf und Weide zu bieten. Wir arbeiten mit Melkrobotern, d.h. die Tiere müssen selbstständig, ohne Straßen queren zu müssen auf die Weide und zurück laufen können. In Ihrem Entwurf ist diese Hofweide allerdings als Bauland für Wohnzwecke und Gewerbegebiet markiert. Es handelt sich hier um die einzige Weide, die von unserem Stall für unsere Kühe frei zugänglich ist. Der LEH, die Verbraucher, alle fordern bessere Haltungsbedingungen mit Weidehaltung für Milchvieh, es gibt bereits Aussagen vom LEH, dass nur noch Milch von Kühen mit Auslauf oder Weidegang in die Regale genommen wird. In Kombination mit Ihrem Entwurf und dem entsprechender Bebauung, hieße dies das Ende unseres seit dem 15. Jahrhundert bestehenden Hofes. Vorschlag: Nutzen Sie Flächen von Nicht-Landwirten oder stillgelegten Betrieben zur Bebauung und zerstören Sie nicht die Betriebe die Nachfolger haben und aktuell noch für unsere ursprüngliche Lebensgrundlage sorgen, unsere Lebensmittelsicherheit. Wir

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### **Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

schützen vor Hunger!

Im Regionalplan auf Seite 105 unter G32 heißt es: "...bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als **wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden.**?

Und auf Seite 105 bei G34 heißt es: **?Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden...?**

Dementsprechend beantragen wir, unsere Hofweide nicht mit einem der Bebauungsmöglichkeit zu belegen sondern diese Fläche entsprechend der Formulierungen im Regionalplan in landwirtschaftlichen Nutzfläche zu ändern. Unsere Weide ist für uns existenziell!

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003120\\_001.pdf](#)

1003120_002	
<p>Inhalt</p> <p><b>Punkt 2: Mähwiese und Rinderweide</b></p> <p>Auch unsere grün umrandete Mähwiese und Rinderweide auch südlich von Wipperfürth wird als Gewerbegebiet und Wohnbebauung markiert.</p> <p>Die Mähwiese ist hofnah, d.h. kurze Fahrwege für die Ernte, die Rinder auf der Weide erhalten die Biodiversität, wir pflegen die Kulturlandschaft und machen aus Gras ein essentielle Lebensmittel, Milch und Fleisch, sowie etliche Nebenprodukte wie Felle, Leder, Seifen, Fette, natürlichen Dünger uvm.</p> <p>Auch für diese Fläche beantragen wir, dass Sie nicht als Bauland ausgewiesen wird, sondern als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt. Bitte nutzen Sie für Wohn- oder Gewerbebauten Flächen von Landwirten oder Nicht-Landwirten, die nicht mehr aktiv sind und ihre Flächen vielleicht gerne zu Bauzwecken abgeben!</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003120_002]</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1003120_002.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



## Inhalt

**Punkt 3: Landschaftsschutzgebiete Gefahren und neue Verordnungen**

Nach diesem neuen Regionalplan liegen alle Flächen, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BLSE). Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Auch dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur **Ernährungssicherheit Deutschlands** und Europas leisten zu können.

Für uns ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Dies sind oft genau die Betriebsformen, die dem Tierwohl zuträglich sind, es sind Familienbetriebe, wie der unsere, die noch jedes einzelne Tier auf dem Hof kennen, die die Führungen für Schulklassen organisieren und Ihre Rinder noch auf die Weiden bringen und sich auch dort um Futter und Wasser kümmern. Das sind die Betriebe, die unsere Landschaft überhaupt erst zur Kulturlandschaft formten und diese erhalten.

Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten um Prüfung und Berücksichtigung unserer 3 Einwendungspunkte und erhoffen uns, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Denken Sie doch bei Ihrer nächsten Mahlzeit, ihrem nächsten Milcheis an die vielen kleine familien Betriebe im Oberbergischen Kreis!

[ANONYMISIERT] vom Hof [ANONYMISIERT] in Wipperfürth im Oberbergischen Kreis

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

## Inhalt

anbei meine Stellungnahme zur Neuaufstellung Regionalplan Köln. Zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplan darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen. Seit 1995 bewirtschafte ich in Swisttal-Buschhoven in dritter Generation einen landwirtschaftlichen Ackerbaubetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung. Seit der Übernahme 1995 wird der Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen im Nebenerwerb geführt. Schwerpunkt des Betriebes bildet der Getreide- und Zuckerrübenanbau. Mein Betrieb liegt mit 55 ha (80 %) der Betriebsfläche im Freiraumbereich zwischen Gut Capellen und der B56 in 53913 Swisttal (siehe Entwurf RP21). Mein Betrieb hat in den vergangenen Jahren durch Kieswerkserweiterungen, dafür bestimmte Ausgleichsflächen und der Erschließung von Neubaugebieten (Swisttal-Buschhoven: Backhaus) erheblich an Ackerfläche verloren. Mein Betrieb liegt mit 55 Hektar (das entspricht ca. 80 % der Gesamtbetriebsfläche) im Freiraumbereich zwischen Gut Capellen und der B56 in Swisttal-Buschhoven bzw. Morenhovener Wald. Dieser Bereich ist zurzeit richtigerweise mit der Freiraumfunktion ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? betitelt. Dies entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten und ruft keinen Anlass hervor, diese Funktion in ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? pauschal umzuwidmen. **Ich habe sehr große Bedenken, dass die geplante Funktionsänderung mein Handeln und damit meine betriebliche Existenz massiv gefährden wird.** Nicht nur meine Existenz, sondern die der gesamten deutschen landwirtschaftlichen Sparte wird erheblich in Gefahr gebracht- und damit in direkter Folge das tägliche Brot jedes deutschen Bundesbürgers. Unsere regionale Landwirtschaft trägt dazu bei, dass wir bislang eine zuverlässige Lebensmittelproduktion- und versorgung (bzw. Futtermittelproduktion- und versorgung) gewährleisten konnten. Wir dürfen Swisttal, NRW und die Bundesrepublik Deutschland nicht in die Abhängigkeit Anderer bringen. Ich will durch mein effizientes, wirtschaftliches und nachhaltiges Handeln unseren Selbstversorgungsgrad sichern. Daher ist es mir nicht ersichtlich, warum genau das Gebiet Gut Capellen /B56 umgewidmet werden soll. Um noch effizienter und landschaftsverträglicher zu werden, ist das Erreichen eines Schutzziels mittels Vertragsschutz denkbar. Die genannten Punkte lassen sich durch integrierten Pflanzenschutz bis heute nachhaltig und effizient umsetzen. Nach fachlichen Überlegungen lässt sich schnell feststellen, dass ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten zu negativen Effekten führen wird. Als Beispiel sei hier erwähnt, dass Anstelle des einmaligen Einsatzes eines Totalherbizides die Fläche mindestens dreimal mechanisch bearbeitet werden muss. Daraus folgt, eine Zerstörung der Bodenstruktur (Folgen sind Erosionsschäden,

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

## Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

verminderte Wasserhaltekapazität des Bodens) und ein exponentiell ansteigender Dieselseverbrauch. Die Qualitäten meiner Ernteprodukte würden rapide sinken und damit als Lebensmittel unbrauchbar werden. Ist das Nachhaltigkeit und Landschaftsschutz??? NEIN Damit ich meinen Betrieb zukunftsorientiert weiter entwickeln kann, muss mir die Option offen bleiben, bauliche Erweiterungen vornehmen zu können. Dies ist in einem Landschaftsschutzgebiet denkbar schwierig und verhindert die Entwicklung unserer regionalen Landwirtschaft. Ist das Nachhaltigkeit und Landschaftsschutz??? NEIN Vor dem Hintergrund meiner Stellungnahme fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse (Gut Capellen/B56) abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwende und erwarte Ihre Rückäußerung mit großem Interesse.

AZ: Ö-O-904

1001943

1005396

#### Inhalt

Die Stadt Köln als Zentrum der Metropolregion ? wie auch ihr Umland - ist von dynamischem Wachstum geprägt. Die Stadtregion mit steigenden Zuwanderungszahlen, großen Pendlerströmen und zunehmendem Nutzungsdruck auf Siedlungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Freiflächen steht vor großen Herausforderungen. Das interkommunale Stadt Umland Netzwerk (S.U.N.) im Linksrheinischen stellt sich diesen Aufgaben partnerschaftlich, kooperativ und vorausschauend.

Im S.U.N. haben sich die Stadt Köln, der Rhein-Erft-Kreis (als Konsortialführer) und die Städte Bedburg, Bergheim, Brühl, Elsdorf, Erftstadt, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim, Wesseling und Dormagen sowie die Gemeinde Rommerskirchen zusammengeschlossen und arbeiten seit 2017 auf Grundlage einer Charta zusammen. Gemäß den Leitzielen der Charta sollen Mobilität und Siedlungs- sowie Gewerbeentwicklung und Infrastruktur zusammen betrachtet und im Einklang entwickelt werden. Dabei sollen auch der Freiraum geschützt und die Naherholung berücksichtigt werden.

Im Folgenden wird insbesondere zu den im Regionalplan getroffenen Aussagen zu den vier S.U.N.-Handlungsfeldern Siedlungsentwicklung und Wohnen, Wirtschaft und Gewerbeflächen, Mobilität und Freiraum gemeinschaftlich Stellung genommen. Hierbei handelt es sich um grundsätzliche Anregungen des Netzwerks an die Bezirksregierung Köln. Der Fokus wird auf gemeinsame Anliegen des Netzwerks gelegt und ist als fachliche Ergänzung zu den Stellungnahmen der beteiligten Kommunen (s.o.) zu betrachten.

Gemeinsam für einen maßgeblichen, funktional besonders bedeutsamen und dynamischen Teilraum im Regierungsbezirk nimmt das S.U.N zum vorliegenden Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans Köln Stellung.

#### Abwägung

#### Typ

#### Ausgleichsvorschlag

#### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung im Sinne der interkommunalen Zusammenarbeit vorgebracht.

1005400	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Zusammenarbeit klarer adressieren!</b> zu textlichen Festlegungen Kapitel 2.3 (S. 50)</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans Köln (RP) hebt grundsätzlich die besondere Bedeutung der ?Regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? als gesamträumlichen Aspekt hervor.</p> <p>Das S.U.N. regt an, in der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln den letzten Absatz ?Zu G.9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern? (s. S. 31) gleichlautend zu den textlichen Festlegungen wie folgt zu formulieren:</p> <p>?Diese Grundsätze (G.8 und G.9) gelten selbstverständlich auch für die Zusammenarbeit zwischen Kommunen benachbarter Regierungsbezirke, mit den angrenzenden Planungsregionen Düsseldorf und Arnsberg sowie dem Regionalverband Ruhr und dem Bundesland Rheinland-Pfalz.?</p> <p>In den textlichen Festlegungen sollte der Aspekt auch unter den Erläuterungen zu G.8 aufgenommen (und die Dopplung ?mit den angrenzenden? auf S. 51 korrigiert) werden. So werden die Bedeutung und das Erfordernis einer interkommunalen Zusammenarbeit über die Regierungsbezirksgrenzen hinaus noch stärker hervorgehoben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Textliche Festlegung wird in Teilen entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p> <p>Darüber hinaus werden keine Änderungen vorgenommen. Die Zusammenarbeit bezieht sich nicht ausschließlich auf die Interkommunale Kooperationen, sondern auf alle Ebenen und Akteure. Eine Klarstellung hinsichtlich der Bedeutung und dem Erfordernis einer interkommunalen Zusammenarbeit ist nicht erforderlich.</p>

1005416

## Inhalt

### **Pauschale Streichung von Siedlungsbereichen zurücknehmen ? Standortalternativen aufzeigen!**

zu textlichen Festlegungen Kapitel 3.1 (S. 54) und Kapitel 3.2 (S. 66) & Zeichnerischen Festlegungen

In der Sitzung des Regionalrates am 24.09.2021 wurde als Reaktion auf die Flutkatastrophe im Juli 2021 die Rücknahme von bislang planerisch nicht verfestigten Siedlungsbereichen (ASB & GIB), die von Extremhochwasser gefährdet sind, beschlossen. Dies führt dazu, dass in der S.U.N.-Region potenzielle Siedlungsbereiche in großem Umfang wegfallen.

Das Ziel, Siedlungsbereiche nicht in hochwassergefährdeten Lagen vorzusehen, wird entsprechend der gesetzlichen Vorgaben mit der Nichtfestlegung von Siedlungsbereichen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten auf Ebene des Regionalplans umgesetzt. Die nun vorgenommene pauschale Streichung von Siedlungsbereichen in sog. Lagen von HQextrem kann nur z.T. nachvollzogen werden, da diese nicht das standortspezifische Risikopotenzial betrachtet und die Möglichkeiten der nachfolgenden Planungsebenen zur standortadäquaten Nutzungskonzeption und Risikovorsorge ungeachtet lässt. Vor diesem Hintergrund regt das S.U.N. an, die entsprechenden Siedlungsbereiche differenziert zu betrachten und im Planentwurf festzulegen.

Des Weiteren wird angeregt, ggf. raumverträgliche Alternativstandorte seitens der Regionalplanungsbehörde in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen zu benennen.

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### **Erläuterung**

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln im Sinne des vorbeugenden regionalplanerischen Hochwasserschutzes am 24.09.2021 (RR 63/2021) beschlossen, keine neuen regionalplanerisch relevante Siedlungsraumpotentiale (soweit noch nicht bauleitplanerisch verfestigt) innerhalb von HQextrem-Bereichen vorzusehen und die betroffenen Bedarfe an raumverträglichen Standorten abzubilden. Damit traf der Regionalrat als Träger der Regionalplanung die Planungsentscheidung, gemäß Grundsatz 7.4-8 LEP NRW "Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren" und Grundsatz 4-2 LEP NRW "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" bei der Entwicklung des Raumes den vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz und die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen auf regionaler Ebene besonders zu berücksichtigen. Ziel ist die Risikovorsorge in potenziellen Überflutungsbereichen und die Minimierung künftiger Schadenspotentiale.

In Bezug auf die pauschale Beibehaltung zurückgenommener Siedlungsbereiche im HQextrem gilt: Im Rahmen der Beteiligung wurden seitens der Kommune keine Alternativflächen eingebracht und darüber hinaus kein Nachweis erbracht, der eine veränderte Sachlage hinsichtlich des vorsorgenden Hochwasserschutzes im betroffenen Bereich erkennen lässt. Bei bauleitplanerisch verfestigten Potentialflächen oder der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum gemäß Ziel 2-3 LEP NRW innerhalb von HQextrem-Bereichen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit dagegen bei den Kommunen.

Darüber hinaus gilt in Bezug auf die Benennung von Alternativstandorten:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler

Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen*. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt die Festlegung von weiteren ASB (s. Änderungskarte).

Der Stellungnahme ist insofern in Teilen entsprochen.

**Inhalt****Flächensparende Siedlungsentwicklung als Handlungsprämisse!**

zu textlichen Festlegungen Kapitel 3.1 (S. 54) und Kapitel 3.2 (S. 66)

Die alleinige Zielsetzung einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung im Regionalplanentwurf (Z.3) reicht nicht aus, um das Ziel einer flächensparenden Siedlungsentwicklung zu realisieren. Wesentliche Kriterien und Handlungsansätze einer flächensparenden Siedlungsentwicklung wie z.B. Innen- vor Außenentwicklung, kompakte Siedlungsstruktur und die Wiedernutzung von Brachflächen werden nicht systematisch angewandt. Eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung sollte zwingend die in G.12 erwähnten Kriterien beachten (gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte SPNV-/ÖPNV-Anbindung der Standorte an die Oberzentren, ausreichende Infrastrukturausstattung zur Versorgung neuer Einwohner und Eignung für eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte der Bebauung).

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW formuliert die Grundsätze 6.1-3 Leitbild ?dezentrale Konzentration?, 6.1-5 Leitbild ?nachhaltige europäische Stadt? in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse).

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.



1005418

#### Inhalt

##### **Siedlungsflächen an SPNV-Haltestunkten Vorrang geben!**

zu textlichen Festlegungen Kapitel 3.1 (S. 54) und Kapitel 3.2 (S. 66) & Zeichnerischen Festlegungen

Die Nichtberücksichtigung von Vorschlägen für Siedlungsbereichsfestlegungen entlang von geplanten bzw. in der Prüfung befindlichen SPNV-Haltestellen sowie SPNV-Trassen kann nicht nachvollzogen werden, da die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an einem leistungsfähigen SPNV-Netz besondere Priorität haben muss, wie es im Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der S-Bahn in der Gemeinde Rommerskirchen bereits vollzogen wurde. Das S.U.N. hält es für geboten, Siedlungsflächen zusätzlich entlang des zukünftigen SPNV-Netzes (Bsp. Stadtbahnverlängerung Köln ? Bergheim-Niederaußem) festzulegen.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### **Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur wurde bei der Plankonzeption soweit möglich berücksichtigt. Insbesondere im Rahmen der den Region+-Prozesse war das Kriterium gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte SPNV/ÖPNV-Anbindung von besonderer Bedeutung. Dieses Vorgehen entspricht dem Grundsatz 6.2-2 LEP NRW, demnach bestehende Haltestunkte des SPNV bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden sollen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven ? soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant ? einbezogen und berücksichtigt. Sofern kommunale Vorschläge für Siedlungsbereichsfestlegungen nicht berücksichtigt wurden, ist dies im Einzelfall begründet.

## Inhalt

### Interkommunale Gewerbegebiete festlegen!

zu textlichen Festlegungen Kapitel 3.3 (S. 72) & Zeichnerischen Festlegungen

Um dem deutlichen Mangel an GIB-Flächen insbesondere in der Stadt Köln entgegen zu wirken, sind Potenzialflächen für interkommunale Gewerbegebiete ? nicht zuletzt ausgehend vom formulierten regionalplanerischen Ziel Z.11 ?GIBinterkommunal sichern und umsetzen? ? im Kölner Umland festzulegen ohne diese auf den endogenen Bedarf der Standortkommune(n) anzurechnen. Die bestehenden Vorarbeiten sind hier zu berücksichtigen.

Auch die GIB-Festlegungen im gesamten Rheinischen Revier sind vor dem Hintergrund des zu erwartenden langen Transformationsprozesses nicht ausreichend, um die notwendigen Kompensationen zu gewährleisten, die der Strukturwandel verursacht. Der Prozess erfordert weitere interkommunale Gewerbeflächen, denen im Regionalplan Rechnung getragen werden muss (z.B. ?Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel?).

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Der Anregung ist insofern entsprochen.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBpl*

*us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret auch im Bereich des Kölner Umlandes.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zudem gilt, dass gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich sind.

Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Der Anregung in Bezug auf weitere GIB-Festlegungen im Rheinischen Revier ist insofern entsprochen.

1005420	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Regionalen Grünzug Kerpen ? Arnoldsweiler festlegen!</b> zu textlichen Festlegungen Kapitel 4.2 (S. 96) &amp; Zeichnerischen Festlegungen</p> <p>Das S.U.N. regt an, über die vorgenommenen Festlegungen Regionaler Grünzüge hinaus in sinnvollen Bereichen auch Regionale Grünzüge im definierten ländlichen Raum festzulegen.</p> <p>Das S.U.N. beabsichtigt, regionale Freiraumachsen und Grünzüge qualitativ weiterzuentwickeln und mit angrenzenden Landschaftsräumen zu vernetzen. Zur Sicherung großräumiger zusammenhängender Grünverbindungen bis zum Anschluss an den Kreis Düren wird deshalb konkret angeregt, den Regionalen Grünzug von den FFH-Gebieten in Kerpen (Dickbusch und Lörsfelder Busch, Steinheide) über das südliche Tagebauvorfeld bis zum Anschluss an den Regionalen Grünzug in Arnoldsweiler im Kreis Düren zu ziehen. Der vorgeschlagene Regionale Grünzug lässt sich aus dem Biotopverbundsystem des LANUV und aus der Teilstrategie Freiraum und Landschaft des Agglomerationskonzeptes des Region Köln/Bonn e.V. ableiten.</p> <p>Für den dauerhaften Erhalt, die Entwicklung der inselartigen Relikte der Waldgebiete Steinheide, Dickbusch und Lörsfelder Busch, die Verbindung untereinander sowie zu den Waldbereichen auf Dürener Kreisgebiet wäre die Darstellung als Regionaler Grünzug von großem Wert. Im Rahmen des Agglomerationskonzeptes wird ausgeführt, Waldgürtel aufgrund ihrer wichtigen Bedeutung für die regionale Landschaftsentwicklung zu schützen und weiterzuentwickeln. Neben der außerordentlich hohen Bedeutung des durch die Tagebautätigkeit stark zurückgedrängten Lebensraumtyps der Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwälder ist der Korridor sowohl als Biotopverbundsystem für geschützte Tierarten, als auch als Naturerfahrungs- und Erholungsraum langfristig zu erhalten und zu schützen, um die großräumigen Grünverbindungen zu sichern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.</p> <p>Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p>

1005421	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Standortoptionen für Solarenergieanlagen erweitern!</b> zu textlichen Festlegungen Kapitel 5.2 (S. 146)</p> <p>Vor dem Hintergrund der Absichten zum signifikanten Ausbau erneuerbarer Energien sowie zu den parallel verlaufenden regionalen und kommunalen Zielen zur Schaffung ausreichender Wohnbau- und Gewerbeflächen wird angeregt, das Kriterium ?Regionaler Grünzug? nicht als Ausschlusskriterium, sondern als Prüfkriterium für die bauleitplanerische Zulässigkeit von Agri-PV-Anlagen einzustufen (vgl. Z.38). So kann im Einzelfall die Zulässigkeit dieser Anlagen in weniger empfindlichen Grünzug-Bereichen im Rahmen nachgeordneter Planungen geprüft und ermöglicht werden und so ein Beitrag zu dieser bedeutsamen gesellschaftlichen Aufgabe geleistet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.</p> <p>Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.</p>

1005422	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Einen neuen Grundsatz zur regionalen Bedarfsplanung für alle Verkehrsträger aufnehmen!</b> zu textlichen Festlegungen Kapitel 5.1 (S. 130)</p> <p>Das S.U.N. regt an, folgenden Grundsatz im Regionalplan aufzunehmen:</p> <p>Grundsatz (neu): Verkehrsinfrastruktur und Mobilität auf regionaler Ebene entwickeln! ?Um die Zukunftsfähigkeit des wachsenden Regierungsbezirks Köln im Bereich der Mobilität mittel und langfristig sicherstellen zu können, bedarf es der Festschreibung von strategisch bedeutsamen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen auch auf der Ebene des Regionalplans (ergänzende regionale Bedarfsplanung für alle Verkehrsträger, welche über die Bedarfsplanung von Land und Bund hinaus geht und z.B. eine wichtige interkommunale Verbindungsfunktion hat).?</p> <p>Folgende Teilaspekte sollen dabei berücksichtigt werden:</p> <p>? die mit der dynamischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung einhergehenden wachsenden Ansprüche in Bezug auf Transport, Mobilität und Verkehr, ? die verkehrsinfrastrukturellen Herausforderungen auf Grund des Strukturwandels im Rheinischen Revier und ? die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen der Verkehrs-, Stadt- und Regionalplanung im Stadt-Umland-Kontext.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Feststellung eines Neu- und/oder Ausbaubedarfs von Verkehrsinfrastruktur ist der Fachplanung vorbehalten. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung einer umfassenden alternativen oder ergänzenden regionalen Bedarfsplanung.</p>

1005423	
<p>Inhalt</p> <p><b>Darstellung der Standorte von Mobilstationen aktualisieren!</b> zu textlichen Festlegungen Kapitel 5.1 (S. 130) &amp; Erläuterungskarte I3</p> <p>Grundlage für die Darstellung von Mobilstationen im Entwurf 2021 ist das verbandsweite Konzept des Nahverkehr Rheinland aus dem Jahr 2018. Zwischenzeitlich wurde ein Konzept zur Errichtung von Mobilstationen in der S.U.N.-Region erarbeitet. Es wird angeregt, die darin vorgesehenen Mobilstationen in die Erläuterungskarte I3 des Regionalplanes zu übernehmen. Das o.g. Konzept kann der Bezirksregierung gerne zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Erläuterungskarte I3 wird künftig entfallen. Siehe Erläuterungen zu StnID 1003063.</p>

1005424	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Weitere Schienenausbauplanungen als Bedarfsplanmaßnahmen aufnehmen!</b> zu textlichen Festlegungen Kapitel 5.1 (S. 130) &amp; Zeichnerische Festlegungen</p> <p>Das S.U.N. begrüßt die zeichnerische Aufnahme der Stadtbahnlinie Köln-Niederaußem als Verlängerung aus dem Kölner KVB-Netz.</p> <p>Im Zusammenhang mit einer möglichen Verlängerung der Linie 7 von Frechen-Benzelrath weiter in Richtung Kerpen wird derzeit vom Rhein-Erft-Kreis eine Vorstudie erstellt. Es wird angeregt, dieses Vorhaben vorsorglich als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung in den Regionalplan aufzunehmen.</p> <p>Im östlichen Bereich des Rheinischen Reviers gibt es vielfältige Überlegungen für die Erweiterung des bestehenden Schienennetzes, teilweise auch unter Inanspruchnahme bisheriger Werksbahntrassen aus dem Betrieb der Braunkohletagebaue und -kraftwerke. In diesem Rahmen hat die Zweckverbandsversammlung des Nahverkehr Rheinland die Durchführung einiger Machbarkeitsstudien beschlossen. Diese sollen zwischen 2022 und 2025 nach und nach beauftragt werden. Je nach Projektfortschritt wird es als sinnvoll erachtet, weitere Schienenverbindungen während des Regionalplanverfahrens aufzunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p> <p>Verwiesen wird im Übrigen auf Punkt 5 der Erläuterungen zu Grundsatz G55. <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen.</i></p>



1005425

## Inhalt

### **Radschnellverbindungen als wichtigen Baustein nachhaltiger Mobilität als Verkehrsinfrastruktur festlegen!**

zu textlichen Festlegungen Kapitel 5.1 (S. 130) & Zeichnerische Festlegungen & Erläuterungskarte I2

Neben den klassischen Infrastrukturmaßnahmen für den motorisierten Straßenverkehr und den Schienenverkehr sollten auch die regional bedeutsamen Radschnellverbindungen in der Regionalplanung stärker verankert werden. Der Regierungsbezirk Köln braucht einen systematischen und abgestimmten Ausbau von Radschnellverbindungen entlang der wichtigsten regionalen Achsen.

Wesentlicher Baustein der klimawandelgerechten Raumentwicklung ist die Förderung des Umweltverbundes. Vor diesem Hintergrund wird es für geboten gehalten, dass der Regionalplan nicht nur in der Erläuterungskarte I2, sondern auch im zeichnerischen Hauptplan Festlegungen zu Radschnellverbindungen trifft. Hier sollten analog zu den Verkehrselementen ?Straße? und ?Schiene? bereits vorhandene, aber auch geplante Radschnellverbindungen mit aufgenommen werden.

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### **Erläuterung**

Eine zeichnerische Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Auch liegt aktuell noch kein Bedarfsplan für Radschnellwege vor. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radschnellwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

1005426	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als wesentliche Maßnahme im Rahmen der Bewältigung des Strukturwandels wurde unter Federführung des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler ein regionales Radverkehrskonzept entwickelt, welches das Rheinische Revier fahrradfreundlich erschließt und mit den (Ober-) Zentren Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln und Krefeld sowie den Niederlanden und Belgien vernetzt. Der Aufsichtsrat der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH hat in seiner Sitzung vom 11.02.2022 den erarbeiteten Netzplan verabschiedet.</p> <p>Das S.U.N. regt daher an, den verabschiedeten Netzplan in die Erläuterungskarte I2 zu übernehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>

1005427

## Inhalt

### **Regelmäßige Aktualisierung der Erläuterungskarten!**

zu den textlichen Festlegungen im Anhang A (Übersicht S. 175)

Aufgrund der o.g. Ausführungen, regt das S.U.N. an, sämtliche regionalbedeutsame Verkehrswegeplanungen (des Bundes, des Landes NRW und der Kommunen) in jeweils separaten Erläuterungskarten darzustellen (Erweiterung Anhang A4 Infrastruktur) und diese regelmäßig zu aktualisieren. Auch die Erläuterungskarten zu Klima (K1), Siedlungsraum (S1) sowie Freiraum (F1-F10) sollten möglichst aktuell gehalten werden.

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### **Erläuterung**

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentliche Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

Eine Aktualisierung der Inhalte des Regionalplans bedingt stets ein Planerfordernis. Eine regelmäßige Aktualisierung ohne Planerfordernis widerspricht dem Regelungsbereich und dem Sicherungsauftrag der Raumordnung und ist nicht mit den Landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW und der LPIG DVO vereinbar.

AZ: Ö-O-905	
1001976	
1003123_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Frau und sind Eigentümer der Grundstücke in der Gemarkung Berghausen Flur (anonymisiert) Flurstücke (anonymisiert) und ich bin Eigentümer des Grundstückes in der Gemarkung Oberhau Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert). Unter dem Titel Blatt 12-13 , Bonn Rhein Sieg Kreis werden unter anderem Naturschutzgebiete ausgewiesen. Die Waldflächen in diesem Bereich befinden sich zu 99 % in Privatbesitz. Es ist eine kalte Enteignung, wenn diese Flächen über die Köpfe der Eigentümer hinweg unter Naturschutz gestellt werden sollen. Desweiteren werden die Flächen entwertet. Das Gebiet der Stadt Königswinter ist überfrachtet mit Naturschutz, FFH und Landschaftsschutzgebieten. Es werden durch die Ausweisung weiterer Flächen zum Naturschutz die Möglichkeiten zur freien wirtschaftlichen Nutzung von Eigentum genommen. Aus diesen Gründen <b>widerspreche</b> ich der Planung zur Ausweisung der o.g. Flächen als Naturschutzgebiet und erwarte das die Planung zurückgenommen wird. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-906	
1001972	
1003124_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezugnehmend auf die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beteiligungsverfahren Stellungnahme Neuaufstellung des Regionalplans Köln</li> <li>• 24. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Aachen ? Festlegung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches, Stadt Geilenkirchen</li> <li>• 76. FNP Änderung des Flächennutzungsplans und Vorentwurf des Bebauungsplans 118</li> <li>• den Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 118 - Niederheid ? Erweiterung des GIB Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches Niederheid "Püttstraße", im Stadtteil Niederheid der Stadt Geilenkirchen</li> </ul> <p>Ich bin als Anwohner von dem Planentwurf 24. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Aachen ? Festlegung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches, der Stadt Geilenkirchen unmittelbar betroffen. Im eigenen Namen und stellvertretend für weitere Anwohner der angrenzenden und durch die Folgen betroffenen Stadtteile Geilenkirchen, Bauchem, Niederheid, Gillrath, Hatterath und Nierstraß, nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Ich verkenne nicht, dass vor dem Hintergrund des Strukturwandels eine nachhaltige Stadtentwicklung die Ausweisung, eines geeigneten und zukunftsfähigen Gewerbeansiedlungsgebietes im Stadtgebiet zum Erhalt des Wohlstandes der Bürgerinnen und Bürger Geilenkirchens erfordern mag. Der nunmehr ins Auge gefasste und den Gegenstand des Regionalplanentwurfs bildende Standort GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße ist hierfür jedoch denkbar ungeeignet und zudem auch nicht alternativlos.</p> <p>In Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung Geilenkirchen, sowie mit Vertretern der Parteiverbände und Fraktionen und der Initiative STOP-GIB-Püttstraße hat sich der Sachverhalt ergeben, dass an die Bezirksregierung Köln nicht alle Alternativplangebiete vorgestellt wurden. Standorte die annähernd die Qualifikationen aufwiesen und geeignet waren wurden nicht mit der Vorschlagsliste der Alternativflächen untersucht und schriftlich kommuniziert. Es ist anzunehmen, dass auf diese Weise konkret auf den Standort der GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße mit momentan 23 Hektar Flächenverbrauch hingearbeitet wurde, obwohl die Stadt Geilenkirchen nur für die nächsten 15 Jahre bis zu 10 Hektar Gewerbefläche im Angebotsverfahren Gewerbeinteressenten anbieten und generieren wollte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Das aktuelle Bauleitverfahren GIB Püttstraße 23 ha weist nachstehende Bereiche aus

- bedarfsorientierte GIB Fläche für die Investoren LBBZ GmbH mit 7,3 ha
- angebotsorientierte GIB Fläche mit 7,8 ha für interessierte Bieter zur Deckung des Gewerbeangebotes bis in das Jahr 2035
- Missbrauchte öffentliche Grünflächen 2,6 ha für zukünftige Straßenführung zur Erschließung von GIB Gebietserweiterungen
- Verkehrswege und Versorgungs- und Entsorgungsanlagen 5,3 ha

Die Änderung des Regionalplans und Flächennutzungsplans wurde durch die Benennung des bedarfsorientierten Direkt-/Hauptinvestors LBBZ GmbH durch die Stadt Geilenkirchen bei der Bezirksregierung Köln eingeleitet und im bedarfsorientierten Bauleitplanungsverfahren parallel entwickelt, beschleunigt und begünstigt. Eine schriftliche Zusage des Unternehmens LBBZ GmbH diese bedarfsorientierte Fläche als Hauptinvestor zu erwerben und dort direkt zu investieren lag und liegt der Stadt Geilenkirchen zum Zeitpunkt der Regionalplansänderung und bis heute nicht vor.

Das gesamte Verfahren und die Antragstellung der Stadt Geilenkirchen bei der Bezirksregierung Köln basiert auf Fehlinformationen, Halbwahrheiten und Dehnung und Ausreizung der rechtlichen Möglichkeiten nur mit dem einen Ziel, die Festlegung des allgemeinen Siedlungsbereichs ASB, hier GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße an dieser Stelle zu positionieren und festzuschreiben.

Aus Ergebnissen der Bewertung zum Verfahrensverlauf 24. Regionalplanänderung, der Bauleitplanung und Gesprächen mit der Politik und der Bürgermeisterin Frau Ritzerfeld wird ersichtlich, dass es bereits Gespräche im Jahr 2017-2019 mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Heinsberg und der Bezirksregierung Köln, Dezernat 32 Frau Müller gab mit dem einen Ziel diese Flächen für ein GIB einzunehmen.

Die Stadt Geilenkirchen hat geschickt den Rat der Stadt und den Bauausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung der Stadt Geilenkirchen mit dem Beschluss zur Regionalplanänderung eine Woche vor Einleitung des Verfahrens kurzfristig informiert. Begründende Unterlagen hierzu lagen ebenso erst eine Woche vor Ratssitzung vor, der Beschluss der Sitzungsvorlage lautete, ?Erweiterung des Gewerbegebietes Geilenkirchen?. Die Öffentlichkeit wurde gezielt nicht unterrichtet, einbezogen und über die Pläne der Stadt Geilenkirchen informiert.

Bauleitplanungstechnisch hat die Stadt Geilenkirchen den Vorentwurf des Bebauungsplans 118 im öffentlichen Bekanntmachungsverfahren ausgewiesen. Aus dem Vorentwurf des Bebauungsplans 118 unter Benennung des Plangebiets als ?Gewerbegebiet? ergibt sich ein ausgewiesener Anteil von 25 Prozent Gewerbeflächen zu einem Anteil von 75 Prozent Industrieflächen. Zusätzlich ist aus dem vorliegenden Bauleitplanungsvorentwurf davon auszugehen, dass die weitere Erschließung und Entwicklung des GIB über den aktuellen Regionalplan, Flächennutzungsplan und

Bauleitplan in südlicher, westlicher sowie in nördlicher Richtung zu der Ortsbebauung Gillrath und Hatterath zukünftig weiterhin erfolgen soll, da Straßenanbindungen im Bauleitplanungsorentwurf hier eingeplant wurden. Die Gesamtfläche des GIB kann somit in Zukunft eine Fläche von bis zu 60 - 80 Hektar einnehmen. Diese Aussage wird noch durch den Beigeordneten Herrn Stefan Scholz in der Geilenkirchener Zeitung vom 28. Mai 2021 bestärkt, der gegenüber der Presse diese Möglichkeiten der Erweiterung eingeräumt hat. Das hat den Verdacht der Bevölkerung gestärkt, dass unter dem Deckmantel der Gewerbegebietserweiterung Niederheid ein Industriegebiet geplant und gebaut werden soll.

Auf Rücksprache mit der Stadt Geilenkirchen hat der Bauamtsleiter Herr Michael Jansen mitgeteilt, dass die Planung der 75 prozentigen Industriefläche und 25 prozentigen Gewerbefläche darauf beruht, dass durch den Beschluss des Regionalrates aus dem Jahr 2021 III. Quartal die Regionalplanänderung Geilenkirchen Niederheid Püttstraße im Wortlaut ein GIB darstelle und somit die Planung vorrangig als Industriegebiet geplant werde.

Dies entspricht nicht dem Ratsbeschluss der Stadt Geilenkirchen, welcher lautet ?Erweiterung des Gewerbegebietes Geilenkirchen?. Bauordnungsrechtlich wird zwischen Gewerbegebiet und Industriegebiet klar unterschieden. Dieser Unterschied ist aus der Antragstellung der Stadt Geilenkirchen zur 24. Regionalplanänderung bei der Bezirksregierung Köln nicht mehr ersichtlich, da es hier keine Abstufung und Unterscheidung mehr gibt und verschwimmt in deren Grenzen und Anwendungsmöglichkeiten zum GIB mit maximalen Industrieanteil. Es ist an dieser Stelle klar aus fachlicher Sicht eine Hinwegsetzung und Überinterpretation der Bauverwaltung der Stadt Geilenkirchen über den betreffenden Ratsbeschluss der Stadt Geilenkirchen hinweg zu erkennen. Die Bauverwaltung der Stadt Geilenkirchen hat sich an dieser Stelle eigenmächtig über den Ratsbeschluss der Stadt Geilenkirchen hinweggesetzt.

Das Bauleitverfahren der Stadt Geilenkirchen und die Darstellung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Heinsberg WFG, sowie der 24. Antrag zur Regionalplanänderung decken sich nicht mit dem Ratsbeschluss der Stadt Geilenkirchen aus dem Jahr 2019. Die Rahmenbedingung dieses Verfahrens zur Erweiterungen der GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße lässt eine gewisse Vorsätzlichkeit der fachlichen Beteiligten, die Grenzen auf die maximale Beispielbarkeit zum Ziele des neu zu schaffenden allgemeinen Siedlungsbereiches ASB, hier auf der Fläche des GIB Geilenkirchen Niederheid Püttstraße mit bis zu 60 - 80 ha erkennen.

Diese Flächenerweiterung 60-80 ha des GIBs Geilenkirchen Niederheid Püttstraße stellt keine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes Niederheid dar, sondern ist erster Meilenstein zur Festlegung eines neuen selbständigen Gewerbe- und Industriegebietes Geilenkirchen Niederheid II anzusehen.

Sollten jedoch der 24. Regionalplanbeschluss und die weiteren GIB Bauleitplanungen der Stadt Geilenkirchen unkorrigiert weiterbestehen, haben die Anwohner aufgrund der listigen Regieführung, sowie der überdimensionierten industriellen Bauleitplanung der Stadt Geilenkirchen mit erheblichen zukünftigen unkalkulierbaren Emissionen an den Grenzwerten zu rechnen.

Die Ausweisung eines Gewerbe- und Industriegebietes an dieser Stelle wird dazu führen, dass insbesondere die Ortschaften Geilenkirchen, Bauchem, Niederheid, Gillrath, Hatterath und Nierstraß bei der vorherrschenden sommerlichen Westwindlage und winterlichen Ostwindlage nicht beherrschbare, unzumutbaren Industrieemissionen ausgesetzt werden. Zudem werden die Aussagen des Amtsleiters Herr Michael Jansen sich dann ergeben, dass die entstehenden zukünftigen Emissionen sich an den industriebezogenen Grenzwerten der TA-Lärm und TA-Luft als maximale Grenzwerte orientieren und gelten werden. Der Anwohner befindet sich somit dem industriellen Verursacher mittels Gutachten in der Beweispflicht diese Emissionsüberschreitungen verursacht zu haben und muss diese, im Falle einer Belästigung fach- und sachgerecht nachweisen.

Ich weise nochmals darauf hin, dass die Formulierungen zum Ratsbeschluss ?Erweiterung Gewerbegebiet Geilenkirchen Püttstraße?, sowie die Vorlage zum Ratsbeschluss keinen Wortlaut des Industriegebietes aufweist, die Bezeichnung des Bauleitplanvorentwurfes 118 der Stadt Geilenkirchen mit der Formulierung ?Erweiterung Gewerbegebiet in Geilenkirchen, Bebauungsplan Vorentwurf 118? für den Leien, Bürger und Anwohner nicht direkt auf eine Industrieelle Nutzung schließen lässt. Nur eine genauer Plansatzdeutung lässt die Nutzungen als Industriegebiet konkret erkennen.

- Im 24/7 Betrieb eines Industriegebietes wird es zu jeder Tages- und Nachtzeit und an allen Sonn und Feiertagen zu Geräuschemissionen kommen, die durch den Betrieb, den erforderlichen Liefer- und Transportverkehr, sowie die An- und Abfahrt von Arbeitnehmerinnen im 3 Schichtbetrieb entstehen werden. Diese Emissionen, die sich in ihrer Art und Ausprägung deutlich von den aktuellen Geräuschen abheben werden, werden zudem auch in den ?stillen? Zeiten der Nachtstunden stattfinden. Der Westwind wird kaum gemindert den Anwohnern diese Emissionen zu tragen. Effektive Lärmschutzmaßnahmen, die dem entgegenwirken könnten, sind nicht ersichtlich. Dies bedeutet für die Anwohner, dass eine ungestörte Nutzung des Wohneigentums nicht länger möglich sein wird, weder die Nachtruhe bei offenem Fenster, noch die Nutzung des Gartens und der Freiräume im Erholungsbereich.
- Im gleichen oder sogar noch stärkeren Maße sind gerade bei der Ausweisung eines Industriegebietes schädliche Luftveränderungen durch Abgase-, Geruchs-, Staub- und Feinstaubentwicklung zu befürchten. Welche Industriebetriebe sich dort ansiedeln werden ist heute nicht absehbar und wird durch die Stadt Geilenkirchen nicht mitgeteilt. Durch planerische Maßnahmen mag eine



gewisse Steuerung möglich sein letztlich aber dient die Ausweisung eines Industriegebietes gerade der Ansiedlung von besonders störenden Betrieben, die in großem Umfang Emissionen erzeugen und in anderen Gebieten unzulässig sind. Diese Festlegung kann nicht durch Beschränkungen im Bebauungsplan unterlaufen werden. Das aber begründet die Gefahr, dass dort auch massiv imitierende Betriebe ansiedeln werden, deren Emissionen nicht beherrschbar sind. In der Folge wäre nicht nur die Nutzung des Wohneigentums massiv beeinträchtigt, sondern auch deren wirtschaftlicher Wert werden erheblichen Schaden nehmen.

- Der Verkehr und damit die Geräuschemissionen auf der B 221, B 56 und L 47 wird deutlich durch den Liefer- und Transportverkehr, Schwerlastverkehr, sowie die An- und Abfahrt der Mitarbeiterinnen zunehmen. Davon betroffen sind die Anwohner der oben genannten Stadtteile. Aktuelle Schallpegelmessungen Messungen und Schriftverkehr mit der Straßen NRW haben ergeben, dass diese Emissionen bereits heute für die direkten Anwohner am Grenzwert der TA Lärm liegen, dies liegt an den Einseitigen Hallenbauten die den Schall nicht absorbieren, sowie an fehlenden Schallschutzmaßnahmen. Schon heute ist die Verkehrssituation überlastet, zukünftig wird sich die Verkehrssituation im Allgemeinen noch deutlich verschlechtern. Es ist davon auszugehen, dass es auch zu steigenden Ortsdurchfahrten in den Ortschaften Gillrath, Hatterath und Niederheid mit schwerlastverkehr kommen wird
- die Höchsttemperaturverläufe für die Stadt Geilenkirchen hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Am 24.07.2019 hatte Geilenkirchen die höchste Temperatur in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnung zu verbuchen. Mit 40,5°C bundesweiter Spitzenreiter. Diese Temperaturen werden durch versiegelte Flächen begünstigt, durch Erweiterung der versiegelten Flächen wird die Lage der Temperaturhöchstwerte nicht gemindert, im Gegenteil diese wird hierdurch noch verstärkt. Es werden den Ortsteilen durch zusammenwachsen Freiluftzonen genommen, an denen Temperaturwerte abgebaut werden können. Wieviel versiegelte Fläche kann sich eine Stadt Geilenkirchen leisten?

240 ha Future Site InWest

23 ha GIB Niederheid Püttstraße (Prognose WFG Heinsberg 60 ha)

77 ha Neubaugebiet um Wohnflächen anzubieten

300 ha in der Summe, dies entspricht ca. 375 Fußballplätze, passt dies in unsere heutigen Klimaschutzziele?

- Wertvolles gewachsenes Ackerland, das zu den besten Böden in der Region zählt (Heinsbergerboden NABU) wird für immer vernichtet und der Freiraum für Tiere und Natur langfristig zerstört. Rebhuhnverbände, Feldlärche und der Kiebitz sind angesiedelte Tierarten deren Lebensraum zerstört wird. Einmal versiegelt, wird eine Renaturierung und Rückbau zu Ackerland nicht mehr stattfinden. Aktuelle Weltthemen zeigen aber auch, dass unsere Nahrungsmittel

zukünftig heimisch angebaut werden müssen. Wo soll dies geschehen bei immer größeren Versiegelungsmaßnahmen und Missernten durch Temperaturwandel. Bioethanol, Energieweizen und Mais wird zukünftig ein höheres Anbaupotential in der Landwirtschaft binden, um unsere Nahrungs- und Energieversorgung zu sichern.

Neben den vorstehenden Gründen möchte ich auch noch einen emotionalen und weiteren sachlichen Grund aufnehmen,

Emotional, sehen insbesondere die Bürger-innen bei den angrenzenden Gewerbe- und Industrieflächen eine inzwischen Opfer Obergrenze erreicht. Sie mussten mit Ansehen wie in der Vergangenheit Miswirtschaftlich die Gewerbe- und Industrieflächen im Bestandsgebiet Geilenkirchen Niederheid veräußert wurden und bis heute teilweise brach liegen. So haben sich Planungs-, Statik- und Steuerberatungsbüros, Rechtsanwaltskanzlei, Hundeschulen und Pferdehaltungen im Privatbesitz im Bestandsgewerbegebiet angesiedelt die keine Gewerbesteuer zahlen. Diverse Unternehmen haben eine überdurchschnittlichen hohen Flächenverbrauch. Unternehmen mit LKW Verkauf und Baumaschinen halten überdimensionierte Gewerbeflächen im Industrieansiedlungsbereich ungenutzt und unbebaut im Privatbesitz gebunden. Klassische Gewerbebetriebe haben industrielle Charakterzüge ausgebaut, somit wurde die Anzahl der Lösungsmittel und Kunststoffverarbeitenden Unternehmen mit hohen Abluftemissionen stetig erweitert. Stetige neue Abluftsysteme diverser stark emittierenden Industrielackierbetriebe in unmittelbarer Nähe zu der Wohnbebauung wurden zugelassen und weiter aufgerüstet. Wer schützt die Anwohner vor diesen Gefahren. Im Gegenteil dies haben die Anwohner klaglos getan und so den Wohlstand der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürger begründet. Für den Wohlstand der Stadt sorgen sie auch weiterhin, nicht nur durch die Leistung der städtischen Abgaben, Steuern und ihre lokalen Einkäufe, sondern durch ein vorbildhaftes ehrenamtliches Engagement, ohne dass die Stadt Geilenkirchen nicht wäre was sie heute ist. Gleichwohl sollen sie nun ein weiteres Opfer leisten, indem sie die Industrie, der sie bereits die alte Heimat geopfert haben, nun vor der direkten Haustür dulden sollen. Eine Industrieanlagenkomplex der durch die Erstinvestitionen die ersten Jahre keine oder nur geringe Gewerbesteuern zahlen wird und ggf. nach Wegfall der Subventionen den Standort in ein Niedrigschwellenland verlegt. Dies mahnt zur Nachhaltigkeit, zumal ausreichend Platz im Bestandsgewerbegebiet für die ursprünglichen 10 ha für regionale Gewerbetreibende für die nächsten 10 Jahre für die Zwecke der Erweiterung des Gewerbegebietes zur Verfügung stünden und so an einem wirklichen Bestandsgelände erweitert werden kann. Ein Fachkräftemangel existiert bereits jetzt in den Unternehmen, bedarf es da noch weiterer hochautomatisierter Industriebetriebe mit Arbeitskräften im Niedriglohnsektor? Der Leitsatz große Hallen wenige Arbeitsplätze ist hier nicht der richtige Ansatz.

Sachlich besteht, ohnehin überhaupt kein Anlass zur Ausweisung eines neuen GIBs an

der Stelle Geilenkirchen Niederheid Püttstraße, da die Stadt Geilenkirchen über eine deutlich größere Industriegewerbeplanung "Future Side InWest" im Stadtgebiet Geilenkirchen Lindern mit Schienenanbindung verfügt.	
--	--

AZ: Ö-O-907	
1001237	
1008952	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betr. KRE ASB 3: Stellungnahme zum Regionalplanentwurf; Umweltbericht, Anhang C, ASB-ASBz, Seite 521ff.</b></p> <p>Die bezeichnete Fläche im Reginalplanentwurf, Kreis Düren, Gemeinde Kreuzau, OT Stockheim, Fläche zwischen Panzerstrasse und Raiffeisenstrasse gehört zu einem Biotop Verbund (BK-5205-007). Diese Fläche hat eine wichtige Funktion im Zusammenhang mit dem Naturschutzgebiet Drover Heide. Diese Fläche hat BSLE Status und sollte unter Naturschutz gestellt werden. In diesem Bereich wurde letztes Jahr sogar eine Bechsteinfledermaus gefunden. Ein Baugebiet hat nicht nur Auswirkungen auf das Klima im Ortsteil Stockheim sondern erhebliche Auswirkungen auf die angrenzenden Waldflächen, Biotope und Baumalleen (Panzerstrasse und Rheindahlener Weg). Das Wahrzeichen von Stockheim (dicker Baum, 1000 jährige Eiche) befindet sich angrenzend an dieses Gebiet. Dieses Wahrzeichen ist eine Pilgerstätte und funktioniert mit ihrem Charme nur in dieser derzeitigen Konstellation. Es wäre eine Schande, diese Ruhe und Pufferzone zu zerstören. Ebenso wirkt diese Fläche als Wasserpuffer bei Starkregen. Eigentlich handelt es sich hier um ein Feuchtgebiet, welches nur durch die derzeitige Oberflächenentwässerung in den Regenwasserkanal der Raiffeisenstrasse trocken gelegt ist. Diese Entwässerung führt bei Starkregen sogar zur Überlastung des Regenwasserkanal der Raiffeisenstrasse. In naher Zukunft sollen Feuchtbiotope in Deutschland weitestgehend wieder hergestellt werden. Ich habe bereits den Versuch unternommen, diese Fläche in das Projekt aufnehmen zu lassen. Nur leider ist dieses Projekt noch in der Findungsphase und es können noch keine Flächen vorgeschlagen werden. Eine Bürgerinitiative hat sich der gesamten Herausforderung angenommen und hat sehr viel Unterstützung im OT Stockheim. Diese Fläche mit angrenzender Panzerstrasse und Rheindahlener Weg, sollte aus ökologischer und historischer Sicht für immer in dem jetzigen Stand erhalten bleiben und vor negativen Veränderungen geschützt werden. Für die weiteren Entscheidungen empfehle ich nicht nur vorhandenes Kartenmaterial auszuwerten, sondern sich persönlich Vorort von dem Flair der Marieneiche (dicke Boom) zu überzeugen. Sobald man es schafft, die Panzerstrasse und den Rheindahlener Weg gedanklich in eine befahrene Zuwegung ohne Baumallee und die Wiesenfläche zu bekommen, weiß man, dass sie erhalten bleiben muss.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurden für die Schutzgüter "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" und "Landschaft" die Betroffenheit gegenüber des sich im Umfeld befindlichen Naturschutzgebietes und der sich im Umfeld befindlichen Landschaftsbildeinheit mit nach Fachbeitrag herausragender Bedeutung und die Inanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotopes festgestellt. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige</p>

	<p>Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit den Schutzzwecken der Schutzgüter "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" und ?Landschaft? vereinbar ist.</p>
--	---

AZ: Ö-O-908

1002005

1003126\_001

#### Inhalt

In Ihrer Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplanes beantragt die Stadt Hückelhoven gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022, dass zusätzliche Flächen als Gewerbe- bzw. Industrieflächen (GIB) im Regionalplan Köln ausgewiesen werden.

Eine dieser von Seiten der Stadt Hückelhoven gewünschten GIB-Flächen ist die Fläche "Entwicklung Plangebiet A46", in folgender Abbildung dargestellt.

[s. Anhang Abb. StnID 1003126\_001\_1]

Wir wenden uns gegen die Aufnahme dieser GIB-Fläche in den Regionalplan Köln und treten hiermit stattdessen im östlichen Teil der in Abbildung 1 dargestellten Fläche auf ca. 8ha für die Entwicklung, den Bau und Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage (=Solarpark) ausfolgenden Gründen ein:

Zum einen fehlt für diese neue GIB-Fläche "Entwicklung Plangebiet A46" die fachliche Grundlage, nach unserer Kenntnis verhält es sich so, dass solche Gewerbegebiete in Nordrhein-Westfalen immer nur im räumlichen Zusammenhang von allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) geplant werden dürfen. Das "Gewerbegebiet an der A46" liegt zwar nahe an der Ortslage Houverath, Houverath hat aber regionalplanerisch unserer Wissen nicht den Status als ASB.

Außerdem hat die Stadt Hückelhoven in o.g. Stellungnahme gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 ihre zusätzlich gewünschten GIB-Flächen priorisiert und führt die hier in Rede stehende Fläche "Entwicklung Plangebiet A46" mit der geringsten Priorität auf.

Möglicherweise ist der GIB-Flächenbedarf durch die höher priorisierten Flächen 1,2 und 3 schon (mehr als) gedeckt, so dass die am niedrigsten priorisierte Fläche "Entwicklung Plangebiet A46" auch aus diesem Grund keinen Eingang in den Regionalplan finden muss.

Zum anderen eignet sich diese Fläche stattdessen perfekt für einen Solarpark. Diese Fläche befindet sich im vom Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) geförderten 200m Korridor. Das EEG steuert bewusst auf diese vorbelasteten Standorte an Autobahnen und Schienenwegen. Das Landschaftsbild ist bereits durch die Autobahn A 46, die 110 kV Freileitung sowie die sich im Hintergrund befindenen Windenergieanlagen vorbelastet. Eine Einspeisung des sauberen Solarstroms ist entweder direkt an der

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

Fläche oder aber im gut erreichbaren Umfeld des Solarparks möglich. Das Solarprojekt wird unter der regionalplanerisch bedeutsamen "10-ha-Schwelle" bleiben, so dass sie nicht als raumbedeutsam einzustufen ist und dafür keine Regionalplanänderung notwendig ist.

Schaut man sich das im Stadtgebiet Hückelhoven an, so stellt man fest, dass es kaum geeignetere Standorte für einen Solarpark gibt. Das EEG bzw. die Regionalplanung steuert diese Solarparks auf wenige dafür vorgesehene Flächentypen. Die anderen Flächentypen des EEG (Konversionsflächen, Flächen der BIMA,... ) sind im Stadtgebiet nach unserer Kenntnis nicht in solch einer Flächengröße vorhanden oder verfügbar. Es bleiben also lediglich die Flächen innerhalb des 200m Korridors entlang der A 46. Auch hier ist das Vorhandensein geeigneter Flächen im Stadtgebiet Hückelhoven rar, da im weiteren, westlichen Verlauf die A 46 zwischen den Ortslagen Millich und Schaufenberg auf der südlichen Seite der A 46 und Ratheim auf der nördlichen Seite der A 46 stark eingeengt ist.

[s. Anhang Abb. StnID 1003126\_001\_2]

Ein weiterer Aspekt ist, dass solche Solarparks zunächst für die Dauer von ca. 30 Jahren geplant sind. D.h. mit einer Solar-Zwischennutzung in o.g. Zeitraum hat man als Stadt Hückelhoven immer noch die Möglichkeit, an die Solarparknutzung anschließend eine Gewerbefläche dort auszuweisen, sofern das für die dann aktive Landeigentümergegeneration von Interesse ist. Man kann beispielsweise den Bebauungsplan für den Solarpark auf diese Zeitspanne zeitlich befristen. Damit erhält man sich langfristig alle Möglichkeiten auf dieser Fläche, auch sogar die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Nutzung, was bei Solarparks, die rückstandslos zurückgebaut werden, im Gegensatz zu Gewerbegebieten gut möglich ist.

Ein Solarpark auf dieser Fläche kann bis zu 10.000.000 kWh jährlich an sauberem Solarstrom erzeugen.

Im Übrigen weisen wir daraufhin, dass der Landeigentümer ([ANONYMISIERT], Unterzeichner dieser Stellungnahme) mit der [ANONYMISIERT] bereits langfristige Pachtverträge zur Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb eines Solarparks abgeschlossen hat, der östliche Teilbereich der Fläche "Entwicklung Plangebiet A 46" steht somit derzeit und längerfristig keiner Gewerbenutzung zur Verfügung. Der Landeigentümer mit seiner Familie wünscht sich an diesem Standort ausdrücklich kein Gewerbegebiet, sondern mit dem Solarpark ein zukunftsfähiges Projekt zur sauberen Solarstromgewinnung.

Zusammenfassung:

Die Verfasser und Unterzeichner dieser Stellungnahme im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln lehnen die in der Stellungnahme der Stadt Hückelhoven

gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 zusätzliche, aber schon von Seiten der Stadt selber am niedrigsten priorisierte Fläche "Gewerbegebiet an der A 46" ab und favorisieren an dieser Stelle einen Solarpark als sehr zeitgemäßes, zukunftsweisendes Projekt auf einem für eine solche Nutzung im Stadtgebiet Hückelhoven raren Standort.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003126\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003126\\_001\\_2.pdf](#)



AZ: Ö-O-909	
1001795	
1008273	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Ackerbau Betrieb in der Gemeinde Vettweiß im Kreis Düren mit ca. 120 ha Fläche. Von dem neuen Regionnalplan betroffen sind rund 60 % dieser Fläche. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landw. Nutzung der Flächen zum Teil erheblich einschränkt, bzw. beeinträchtigt wird. Insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit in Europa zu leisten. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung der Pflanzenschutzmittel hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als massgebliche Gebietskulisse für die Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich auch weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem neuen wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-910	
1002030	
1003128_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Lövenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung und Sonderkulturen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 25 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Sowie 15 in Wasserschutzgebieten. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p><b>Kreis</b> Heinsberg,Düren</p> <p><b>Bewirtschafter</b> [ANONYMISIERT]</p> <p><b>Eigentümer</b></p> <p><b>Flicknummer</b> [ANONYMISIERT], [ANONYMISIERT], [ANONYMISIERT]</p> <p><b>geplantes Gebiet</b> Hottorf,Lövenich; Granterath; Hottorf Lövenich</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Nach dieser Vorlage ist es nicht möglich meinen Betrieb Wirtschaftlich weiter zu Führen. Somit wird der Nachfolgenden Generation (zur Zeit 18 Jahre) die Möglichkeit genommen auf einem Hohertragsstandort nachhaltig sichere und wertvolle Nahrungsmittel zu Produzieren. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-911	
1002173	
1004859	
<p>Inhalt</p> <p>Wir möchten Sie eindringlich bitten, die ausgewiesenen Flächen nochmals zu überdenken, <b>nicht umzuwidmen und als Siedlungsflächen auszuweisen. Sondern speziell die Grün- und Ackerflächen mit besonderer ökologischer Funktion zu erhalten und nicht in den kommunalen Flächennutzungsplan zu übernehmen</b> und damit die Beschlussvorlage über die Flächenvorschläge in dieser Auswahl und diesem Ausmaß nicht im Rat der Stadt Köln zu beschließen.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-912	
1002160	
1007999	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Ackerbau Betrieb in der Gemeinde Vettweiß im Kreis Düren mit ca. 130 ha Fläche. Von dem neuen Regionalplan betroffen sind rund 70 % dieser Fläche. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landw. Nutzung der Flächen zum Teil erheblich einschränkt, bzw. beeinträchtigt wird. Insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit in Europa zu leisten. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung der Pflanzenschutzmittel hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als massgebliche Gebietskulisse für die Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich auch weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem neuen wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Äusserung mit großem Interesse entgegen. Ich bin gerne bereit Ihnen eine Flächenaufstellung zukommen zu lassen, wenn der Datenschutz gegeben ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-913	
1001977	
1008108	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Ackerbau Betrieb im Kreis Düren mit ca. 105 ha Fläche. Von dem neuen Regionnalplan betroffen sind rund 80% dieser Fläche. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landw. Nutzung der Flächen zum Teil erheblich einschränkt, bzw. beeinträchtigt wird. Insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährden. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit in Europa zu leisten. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung der Pflanzenschutzmittel hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als massgebliche Gebietskulisse für die Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich auch weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem neuen wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Äusserung mit großem Interesse entgegen. Ich bin gerne bereit Ihnen eine Flächenaufstellung zukommen zu lassen, wenn der Datenschutz gegeben ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-914	
1002029	
1003133_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir lehnen die Neu-Ausweisung des Gebietes Erkelenz-Ost (gelgen zwischen A 46 und den Dörfern Neuhaus, Terheeg, Venrath, Kaulhausen ab. Für diese Ablehnung gibt es mehrere Gründe, die wir in dem anhängenden Anschreiben erläutern.</p> <p>1. Bei einer Erweiterung von Erkelenz-Ost in Richtung Venrath/Kaulhausen wird die Lebensqualität in den Orten Terheeg, Wockerath, Neuhaus, Venrath, Kaulhausen und Etgenbusch massiv beeinträchtigt.</p> <p>Unsere Dörfer hier im Osten von Erkelenz sind aus anderen Gründen bereits sehr belastet. Der Tagebau Garzweiler II rückt näher und wird das Leben der Menschen in den nächsten Jahrzehnten massiv beeinträchtigen, auch wenn sich bei der Tagebaugestaltung noch Änderungen ergeben werden. Das gilt sowohl während der Abbauphase als auch in der anschließenden Zeit, die benötigt wird aus der Tagebaugrube eine Nachfolgelandschaft zu gestalten.</p> <p>Hinzu kommen weitere begleitende Maßnahmen rund um den Tagebau, wie neue Straßen, Brunnenbohrungen usw., die die Landschaft durchschneiden.</p> <p>Westlich unserer Orte sind in den kommenden Jahrzehnten keinerlei Impulse zu erwarten, die die Lebensqualität hier positiv beeinflussen werden.</p> <p>Mit jedem Hektar, der in Anspruch genommen wird, verlieren wir freie Feld-, Natur- und Ackerflächen. Das sind Räume und Regionen, die wir zur (Nah-)Erholung benötigen.</p> <p>Wenn der Regionalplan realisiert werden sollte, sind einige Dörfer eingekesselt von Tagebau und Gewerbegebiet. Wir halten dies für einen respektlosen Umgang mit der Bevölkerung, die dort ihr Leben gestalten wollen.</p> <p>2. Wie kann eine regionale, nachhaltige Lebensmittel-versorgung gelingen, wenn stetig Ackerflächen wegfallen?</p> <p>Die Erkelenzer Börde ist ein weithin bekanntes Gebiet mit sehr fruchtbaren Böden höchster Güte. Selbst in den zurückliegenden sehr trockenen Jahren konnten hier hochwertige Agrarerzeugnisse mit guten Erträgen angebaut werden, nicht zuletzt wegen der hohen Wasserspeicherkapazität der Lössböden.</p> <p>Neben der Ertragsfähigkeit der Böden spielt hier auch der Aspekt der regionalen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Lebensmittelversorgung eine große Rolle. Gerade in den letzten Jahren steht das Thema nachhaltige Landwirtschaft und regionale Lebensmittelversorgung von familiengeführten Bauernhöfen gesamtgesellschaftlich stark im Fokus.

Jede politische Partei nimmt dieses Thema für sich intensiv in Anspruch ? bundes- und landesweit ebenso wie auch auf der kommunalen Ebene. Es stellt sich die Frage, inwieweit dieser Standpunkt in dem zur Diskussion stehenden Gewerbeflächenkonzept im Regionalplan seinen Niederschlag findet.

Auf welchen Flächen sollen die Bauern die ?regional erzeugten? Lebensmittel produzieren, die von Verbrauchern und Politik gefordert werden?

3. Die Neuausweisung von Gewerbegebieten führt zu einem weiteren Flächenverbrauch, der in jedem Fall vermieden werden muss.

Der Tagebau und seine begleitenden Maßnahmen (Umsiedlungsorte, Ausgleichsflächen, Straßenbau usw.) zerstören große Teile der Erkelenzer Börde unwiederbringlich. Gleichzeitig sorgt die stetige Ausdehnung der Stadt Erkelenz, ob durch die Erschließung neuer Baugebiete (Oerather Mühlenfeld u.a.) oder der stetigen Erweiterung der Gewerbeflächen (insbesondere Gipco), für weiteren massiven Flächenverbrauch.

Natürlich liegt die Ursache nicht nur in der Erschließung einiger Hektar Gewerbeflächen in Erkelenz-Ost. Vielmehr muss die gesamte Konzeption (die auch Grundlage des Gewerbeflächenkonzeptes ist) überdacht werden. Im Gipco werden stetig neue Flächen erschlossen, am Autobahndreieck Jackerath soll ein großes interkommunales Gewerbegebiet entstehen. Auch in Nachbarkommunen strebt man im Rahmen des Strukturwandels neue Gewerbegebiete an.

An dieser Stelle muss angesetzt werden, wenn alle Beteuerungen und Zielvorgaben in Sachen Nachhaltigkeit auch wirklich Erfolge bringen sollen.

Wie nachhaltig ist die Anlage von einigen Blühwiesen, der stetige Ruf nach Insekten-, Arten- und Bodenschutz, wenn gleichzeitig alleine in NRW täglich rund 10 Hektar (Quelle LANUV) versiegelt werden?

Eine nachhaltige Politik für die Zukunft sieht anders aus. Statt immer weiter Ackerland und Naturflächen zu vernichten, sollte viel stärker als bisher auf Flächen zugegriffen werden, die brach liegen, bisher nicht oder untergenutzt sind.

4. Die vielen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sind bei stetigem Flächenverbrauch stark gefährdet.

Die Region um Erkelenz ist ländlich und landwirtschaftlich geprägt. Weitaus mehr



Menschen bestreiten ihren Lebensunterhalt von und in der Landwirtschaft als gemeinhin angenommen.

Einerseits sind da die Familienbetriebe, die zunehmend ihre wichtigste Grundlage, nämlich den Boden verlieren, den sie zum Anbau ihrer Früchte benötigen. Aber auch vor- und nachgelagerte Unternehmen sind betroffen.

Für die landwirtschaftlichen Unternehmen kommt hinzu, dass sich durch die Verknappung der Flächen die Pachtpreise massiv erhöhen und viele nicht mehr rentabel wirtschaften können.

Wir bitten Sie, diese Einwände zum Regionalplan, aber insbesondere zu den Planungen in Erkelenz-Ost zu berücksichtigen.

AZ: Ö-O-915	
1001978	
1003134_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich/ wir widersprechen der Planung, meine/unsere Flächen oder deren Teilbereiche, als Bereiche zum Schutze der Natur(BSN) oder Bereich zum Schutze von Landschaftselementen(BSLE) auszuweisen.Betroffene Flächen:Gemarkung Aegidienberg Flur (anonymisiert) Flurstücke:(anonymisiert) Begründung:Durch die ungenaue zeichnerische Festlegung Ihrer Vorhaben, ist meine/unsere Betroffenheit nicht eindeutig erkennbar. Durch die sehr umfangreiche und in Teilen verworrene textliche Festlegung Ihrer Vorhaben, ist nicht erkennbar, welche Nachteile mir/uns als Eigentümer, Pächter und Bewirtschafter durch den neuen Regionalplan entstehen.(anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Hiermit möchte ich stellvertretend für unseren Familien geführten Landwirtschaftlichen Ackerbaubetrieb aus dem Kreis Heinsberg Stellung nehmen zu dem von Ihnen ausgewiesenen Regionalplan. Die von Ihnen dargestellte Ausweisung von möglichen neuen Industrie-/Gewerbegebieten, Landschaftsschutzgebieten, Naturschutzgebieten, etc. ist in kleinster Weise tragbar oder in jeglicher Hinsicht nachvollziehbar. Durch eine Ausweitung dieser Gebiete in solcher Form ist unser Grund und Boden in höchstem Maße bedroht. Es gehen dadurch die qualitativ hochwertigsten Produktionsstandorte für Lebensmittel verloren. Zusätzlich findet dadurch eine drastische Wertminderung der Flächen statt und ich wage es deshalb zu behaupten, dass sich dieses Vorhaben hin zu einer Enteignung entwickelt. In Kombination mit dem Vorschlag der EU-Kommission zum anwenden von Pflanzenschutzmitteln in den oben genannten Gebieten wird die heimische Landwirtschaft und damit auch unser Familienbetrieb, sowie der vieler Kollegen, in ihrer Substanz und Existenz bedroht. Sollte die Ausweitung der Schutzgebiete so vollzogen werden ist die Zukunft der Landwirtschaft existenziell bedroht. Die Selbstversorgung in Deutschland wird ebenfalls drastisch heruntergesetzt und die Möglichkeit hochwertige Regionale Lebensmittel zu produzieren wird schlicht weg zerstört. Ich bitte darum dieses Vorhaben noch einmal drastisch zu überdenken da Sie sonst Teilhabe daran tragen die heimische deutsche Landwirtschaft abzuschaffen, welche zudem bereits nach den höchsten Standards in der EU arbeitet und Lebensmittel produziert.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-917	
1002280	
1003136_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich wünsche unverzichtbare Freiräume für Klima, Natur und Naherholung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-918

1002281

1003137\_001

## Inhalt

(anonymisiert) zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplans möchten wir im Folgenden gerne im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen:

Wir bewirtschaften in Swisttal einen landwirtschaftlichen Betrieb mit rund 7 ha Grünland, 65 ha Ackerland und 11 ha Wald. Flur und Flurstücke siehe Anhang: Nr. 1 Gemarkung Waldorf Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert) Nr. 2 Gemarkung Bornheim Brenig Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert) Nr. 3 Gemarkung Bornheim Brenig Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert) Nr. 4 Gemarkung Heimerzheim Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert) Nr. 5 teilt sich auf in zwei Flurstücke - Gemarkung Heimerzheim Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert) & Gemarkung Waldorf Flur (anonymisiert) Flurstück (anonymisiert) Unsere betrieblichen Schwerpunkte bilden hierbei, der intensive Ackerbau sowie eine Pensionspferdehaltung. Der Anbau im Ackerbaubetrieb umfasst folgende Kulturen: Kartoffeln, Buschbohnen, Erbsen, Erdbeeren, Zuckerrüben, Raps, und Getreide. Durch zwei zum Betrieb gehörenden Beregnungsbrunnen können in extrem trockenen Jahren gute Qualitäten gewährleistet werden. Die zwingende und existenzielle Bedeutung der Beregnungsmöglichkeit zeigt sich insbesondere bei den derzeitigen extremen Witterungsbedingungen. Die weitere Nutzungsmöglichkeit dieser Brunnen muss bestehen bleiben. So führen Sie selbst aus, dass der Klimawandel sich in einer aktuell nicht präzise zu prognostizierenden Art und Weise auf den regionalen Biotopverbund auswirkt (vgl. Textliche Festlegungen, S. 102 Rn. 3). Sollte die Ausweisung als Naturschutzgebiet die Brunnennutzung beeinträchtigen oder damit andere wasserrechtliche Konsequenzen einhergehen, widerspreche ich diesen hiermit entschieden. Zudem führt unser Betrieb noch eine Pensionspferdehaltung. Es handelt sich bei unserem Betrieb nicht um einen auslaufenden, vielmehr ist die Übernahme des Betriebes durch eine unserer Töchter sichergestellt. Ausweislich des nunmehr vorgelegten Regionalplanentwurfes sind rund 100 % unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche überplant worden und liegen nunmehr in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung und sogar 40 % als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist. Die Ausweisung scheint mitunter willkürlich erfolgt zu sein, zumindest lässt der Entwurf Verständlichkeit für berührte und unberührte Flächen vermissen. Bei Lektüre des Entwurfes scheint der ländliche Raum durch erhebliche Einschränkungen ökologisch für schwerwiegende Entwicklungen des urbanen Raumes haften zu müssen. An der Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass erzwungene Schutzmaßnahmen weder effizient sind, noch wirklich gewollt sein

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

können. Der Fokus sollte doch vielmehr auf vertragliche Nachschutzzmaßnahmen gelegt werden. Verbunden mit dieser Überplanung ist nun die große Sorge, dass die Ausweisung künftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft wird und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung unserer Betriebsflächen hervorruft. Dies gilt mit besonderem Blick auf den anstehenden Generationenwechsel. Auch eine bauliche Erweiterung der Hofstelle dürfte nur unter zusätzlichen Auflagen möglich sein. Unserer Tochter werden folglich bereits jetzt in erheblichem Maße die Möglichkeiten zur betrieblichen Weiterentwicklung genommen. Weiter erlauben wir uns den Hinweis auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Welternährungslage können weitere Stilllegungen von Ackerfläche oder Maßnahmen, die einer konventionellen Bewirtschaftung entgegenstehen nicht hingenommen werden. Auch hier sehen wir drastische Konsequenzen für die junge Generation, die heute in ihrem gesamten Maße noch nicht abschließend bewertet werden können. Dabei ist ausweislich der textlichen Festlegungen die Existenz der Betriebe dauerhaft zu gewährleisten?. Diesbezüglich möchten wir indes dafür plädieren, dass nicht die bloße Existenz eines landwirtschaftlichen Betriebes zu gewährleisten ist. Vielmehr muss die Entwicklungsmöglichkeit bereits bestehender Betriebe sichergestellt sein. Die reine Erhaltung des Status quo kann in einem derart dynamischen Umfeld und einer ungewissen Zeit planerisch nicht zukunftsweisend sein. Folglich fordern wir Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Ackerfläche in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen. (anonymisiert)

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-O-919	
1002283	
1005051	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir möchten hiermit die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung am Entwurf eines neuen Regionalplans Köln nutzen</p> <p>Meine Frau und bewirtschaften in Köln und in Elsdorf unsere landwirtschaftlichen Betriebe im Vollerwerb mit intensiven ackerbaulichen Nutzung. Wir sehen hier eine enorme Bedrohung unserer Existenz, wenn diese Gebiete mit einem Schutzstatus, "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" , bzw. "Schutz der Natur" ausgewiesen werden. Das hätte u.a. zur Folge, das insbesondere der Einsatz in Landschaftsschutzgebieten von Pflanzenschutzmitteln beeinträchtigt ist. Auf unseren hochartragreichen Böden, wäre das ein hoher finanzieller Verlust, was die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in Frage stellt, unsere Existenz vernichtet. Erträge gehen zurück, Eigentumsflächen verlieren an Wert, eine nicht mehr herrzuwerdenden Verunkrautung wird die Flächen unbrauchbar machen. Man versucht so die konventionelle Landwirtschaft in die Biobewirtschaftung zu drücken. Wie soll das funktionieren? Lebensmittel aus Drittländern importieren? CO2 neutral ?!! Lange Transportwege, unsoziale Arbeitsverhältnisse, usw. Wir produzieren hier hochwertige Lebensmittel vor unserer aller Haustür !! Wir haben die letzten Jahre in hochtechnologische Maschinen investiert, was den Einsatz von Betriebsmitteln auf ein Minimum nötiges ermöglicht und mit höchster Effizienz es möglich macht, umweltbewusst zu wirtschaften. Und was machen die Biobetriebe ? Beispiel mechanische Unkrautbekämpfung im Frühjahr Getreide: Ein Kollege vor Ort: 12 m Striegel, 15 km/h Vorfahrtgeschwindigkeit. Was machen da die Bodenbrüter auf dem Acker frage ich ( Kiebitze, Rebhühner, Fasane, die ersten Märzhasenhasen ??? Der Niederwildbesatz wird in Grund und Boden gefahren, und die Fläche steht nachher doch voll mit Windhalm und Ackerfuchsschwanz. Daher bitten wir Sie mit Fachlich, nicht ideologischen, richtigen Entscheidungen den richtigen Weg zu finden. Wir tragen zur Ernährungssicherheit unserer Bevölkerung bei, was gerade die aktuelle Situation deutlich macht. Man sollte mit der Landwirtschaft in den Dialog gehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Landwirte verstehen ihren Job und Natur.</p> <p>Desweiteren möchten wir zum Entwurf G0_ASB_k-Roggendorf Stellung nehmen:</p> <p>Wir lehnen eine Ausweitung der Bebauung nördlich, westlich und südlich von Roggendorf ab. Wir liegen mit unserem Betrieb an diesen Erweiterungsflächen. Eine Zuwegung zu unserem Hof, eines auch betroffenen ortsansässigen Kollegen, zu unseren Flächen ist dann kaum oder gar nicht mehr möglich. Hier sehen wir enormes Konfliktpotential und Gefährdung unseren Fortbestands den Betrieb aufrecht zu</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1002904).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit</p>



erhalten. In der Nachbarschaft wurden bereits Neubaugebiete erstellt, ein neuer Ortsteil Kreuzfeld kommt hinzu, weitere Umgehungsstrassen, Ausbau von Strassen sind geplant. Das sind enorme Belastungen für uns ansässigen Betriebe.

Die nächste Generation bereitet sich auf den Einstieg in unseren Betrieb, in die Landwirtschaft vor. Unser Hof steht unter Denkmalschutz und soll auch in der Zukunft aktiv Landwirtschaft betreiben. Es muss den Betrieben ein gewisser "Freiraum" gewährt werden und nicht jeden qm verbaut werden, was den ländlichen Charakter in unserem Ort prägt.

wir bitten Daher um Berücksichtigung

[ANONYMISIERT]

angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-920	
1002338	
1005222	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Eine Ausweitung des Landschaftsschutzgebietes sowie der Naturschutzgebiete bedroht die Existenz unseres landwirtschaftlichen Familienbetriebes. Wir wirtschaften freiwillig integrierend nach bestem wissenschaftlichen Kenntnisstand (Universitäre Agrar Ausbildung) und somit absolut nachhaltig. Durch eine Ausweisung solcher Gebiete und der in Folge entstehenden Einschränkungen im Pflanzenschutz sehe ich das Ende des Ackerbaus in unserer Region. Nur gesunde Pflanzen können zukünftig eine nachhaltige Ernährung der Bevölkerung sicherstellen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-921

1001736

1003140\_001

#### Inhalt

An die politisch Verantwortlichen der Bezirksregierung Köln für den Regionalplan NRW  
Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Erleichterung nehme ich den Entwurf des Regionalplans zur Kenntnis. Insbesondere der Verzicht auf eine Darstellung eines neuen **GIB im Süden Eitorf**, was zu einer Zersiedelung und der Entstehung einer Splittersiedlung weit außerhalb des Gemeindezentrums führen würde, begrüße ich von ganzem Herzen. Man kann über Sinnhaftigkeit einzelner Gesetze wohl unterschiedlicher Meinung sein. Einvernehmlichkeit sollte jedoch darüber bestehen, dass nicht gegen Gesetze verstoßen werden darf, um eigene Ziele durchzusetzen. Dies gilt für Privatpersonen, Behörden und Verwaltungen gleichermaßen. Das Raumordnungsgesetz und der daraus resultierende LEP (Landesentwicklungsplan) geben Richtung und Ziele vor, die sich auch im Regionalplan, bzw. diesem Entwurf wiederfinden. Insbesondere die Ziele, die nicht verhandelbar sind, sind überaus klar formuliert und lassen keine Ermessensspielräume auch bei noch so ausgefeilten Argumentationen zu. Bei der Bedarfsberechnung von neu auszuweisenden Gewerbegebieten liegt die Deutungshoheit bei dem Gesetzgeber und der zuständigen Behörde und kann nicht nach Gutdünken von der Gemeinde festgelegt werden. Chapeau vor diesem Entwurf und natürlich den dahinterstehenden Mitarbeitenden und Erstellern und Erstellerinnen. (anonymisiert)

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht. Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommune verwiesen (siehe Erläuterungen zu StnID 1006158).

AZ: Ö-O-922	
1002278	
1003142	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Neuaufstellung Regionalplan</p> <p>Regionalplan Köln Blatt 07 Oberbergischer Kreis_02, Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)</p> <p>Oberbergischer Kreis, Gemeinde Morsbach, Ortslagen Hülstert und Überasbach von Kreuzung L 324/ L 336 ca. 1km entlang der L 336 Richtung Denklingen (siehe Anlage)</p> <p>Der ausgewiesene Bereich zur gewerblichen und industriellen Nutzung (GIB), der vorrangig für produzierendes Gewerbe und Industrie vorgehalten werden soll, veräuft im oben angegebenen Bereich unmittelbar an der L 336 und damit in &lt;20 m Abstand zu mit ausschließlich Wohnbauten bebauten Flächen in den seit Jahrzehnten wohnlich genutzten Ortslagen Hülstert und Überasbach. Der bislang von offizieller Seite als Gewerbegebiet bezeichnete Bereich wird entlang der Straßen L 324 und L 336 von einem ca. 60.000 m2 großen Gewerbebau dominiert. Die Arbeitszeit des dort ansässigen Unternehmens beträgt 7 Tage 24 Stunden. Ungeachtet der Tatsache, dass die Geräuschemissionen von 65 dB -nicht nachgewiesener Weise- vom bestehenden Gewerbegebiet eingehalten werden, werden aktuell bereits die Anwohner nachts mehrfach von Aktivitäten dieser Gewerbegebiets geweckt (Kommunikatives Hupen der LKW, Toröffnungen, Behältertransporte, etc.). Zudem wird die Kreuzung L 324/ L 336 aktuell von mehreren hundert (300-500) 40t-LKW pro Tag befahren. Es ist zwar nicht zu glauben, dass eine Gemeinde mit 10.000 Einwohnern und ca. 4.000 Erwerbstätigen ohne Bundesstraße täglich eine Ressource von 12.000 t pro Tag zur Befriedigung der An- und Abtransporte ihrer industriellen Produktion benötigt. Es ist aber momentan so.</p> <p>Die Abstandsliste gemäß Abstandserlass, der Abstände zwischen Industrie- und Gewerbegebieten und Wohngebieten regelt (MBI.NW 1998, S. 744) sieht für in Zeile 197 für die Branche des derzeit größten Produzenten die Abstansklasse VII (Abstand 100 m) vor. Es wird daher beantragt, diesen Abstand für das genannte GIB bei Hülstert und Überasbach für produzierendes Gewerbe und Industrie im Bereich der L336 direkt einzuplanen und im Regionalplan Köln, Blatt 07 Oberbergischer Kreis_02 direkt auszuweisen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Screenshot 2022-08-30 at 17-07-38 blatt_06-07.pdf.png</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Für die Anregung zur Rücknahme der GIB Festlegung in Überasbach gilt, dass der Stellungnahme teilweise entsprochen ist (s. StnID ID 1002240).</p> <p>Für die Festlegung des übrigen GIB gilt, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht <i>? hier zudem teilweise durch die Darstellung im Flächennutzungsplan belegt</i> - sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.</p> <p>Eine weitergehende Konkretisierung und Ausgestaltung kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.z. B. eine Zonierung zwischen Nutzungen. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den</p>

nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-O-923	
1002339	
1008953	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Plan sieht vor in der Gemarkung Berzbuir-Kufferath die Flur [ANONYMISIERT] sowie in der Gemarkung Soller die Flur [ANONYMISIERT] unter Naturschutz zu stellen. Die genannten Flurstücke werden nach der guten fachlichen Praxis von mir und meinem Sohn konventionell bewirtschaftet. Die derzeitigen Planungen auf EU-Ebene sehen jedoch ein Pflanzenschutzanwendungs-Verbot in Naturschutzgebieten vor. Flächenmäßig betragen die genannten Flurstücke eine Größenordnung von 15% unseres Betriebes und würde uns damit wirtschaftlich vor einen Scherbenhaufen stellen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-924	
1002376	
1003144_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, anbei meine Stellungnahme.(anonymisiert). <b>Neuaufstellung Regionalplan Köln ? Stellungnahme als betroffene Bürgerin</b> Zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplan darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen. Als Bürgerin von Swisttal und zukünftige Eigentümerin landwirtschaftlicher Ackerflächen, nehme ich das Vorhaben im Rahmen der ?Neuaufstellung Regionalplan Köln? als sehr fragwürdig und undurchdacht auf. Das Vorhaben ackerbaulich genutzte Flächen in Swisttal, insbesondere zwischen Gut Capellen und der B56, in Flächen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? umzuwandeln, setzt die tatsächlich aktuelle und sinnvolle Nutzung dieser Flächen in den falschen Fokus. Unsere Landwirtschaft in Swisttal trägt dazu bei, dass wir bislang eine zuverlässige Lebensmittelproduktion- und versorgung haben. Wir dürfen Swisttal, NRW und die Bundesrepublik Deutschland nicht in die Abhängigkeit Anderer bringen. Was das für weitreichende Folgen haben kann, sehen wir an der aktuellen Energiekrise. Durch ihr Vorhaben bringen Sie die angesprochenen Punkte in Gefahr. Dies möchte ich im Folgenden begründen: Ein mögliches Verbot von Pflanzenschutzmitteln und weiter reduzierende Düngermengen je Hektar führt zu Ertrags- und Qualitätsminderung der angebauten Kulturen. Zur Folge haben wir eine ineffiziente und sich negativ auf die Umwelt auswirkende Bewirtschaftungsweise der Ackerflächen. Systeme, die über Jahrzehnte nachhaltig und im Einklang mit der Kulturlandschaft funktioniert haben (und nach fachlichem KnowHow immer wieder angepasst wurden) werden damit ins Ungleichgewicht gebracht und zerstört. Aus dem vorangegangenen Punkt folgt eine Erhöhung des Energiebedarfs und damit die CO2-Bilanz eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes, da z.B. die Bodenbearbeitung intensiver gestaltet werden muss. Zusätzlich wird die Bodenstruktur zerstört. Das ist aus landwirtschaftlicher Sicht sehr umweltschädlich und lässt sich durch die aktuelle Bewirtschaftungsweise verhindern. Bei einer neuen Deklaration der Ackerfläche ist eine Wertminderung der Ackerfläche hervorsehbar. Diese Wertminderung wird nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Bürgerinnen und Bürger der Dorfgemeinschaft, sowie Kirchen und Gemeinden treffen. Dieser Umstand kann nicht im öffentlichen Interesse sein. Swisttal liegt am Rade der Zülpicher Börde und verfügt über Deutschlands beste Böden. Im Vergleich zu europäischen Ländern haben wir überdurchschnittlich gute Böden, die naturgemäß, aber auch durch die fachlich hochwertige Bewirtschaftung erhalten bleiben. Lassen Sie die Landwirte vor Ort gut und regional produzieren, bevor weltweit noch mehr Waldflächen gerodet werden. Die Ackerflächen in Swisttal, wie in NRW sind CO2-bindende Flächen. Das muss so</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

bleiben!!! Die bäuerliche Landwirtschaft, die von der Bundesregierung gefördert werden soll, braucht Planungssicherheit. Dazu müssen die Ackerbauflächen langfristig erhaltenswert bleiben, um sichere Lebens- und Futtermittel produzieren zu können. Dazu sollten Gebiete ?zum Schutz der regionalen Landwirtschaft? errichtet werden. Nicht nur die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe in Swisttal, sondern die der gesamten deutschen landwirtschaftlichen Sparte wird erheblich in Gefahr gebracht- und damit in direkter Folge das tägliche Brot jedes deutschen Bundesbürgers. Vor dem Hintergrund meiner Stellungnahme fordere ich Sie dazu auf, von der Aufnahme der Ackerflächen in der geplante Flächenkulisse (Gut Capellen/B56) abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwende und erwarte Ihre Rückäußerung mit großem Interesse.(anonymisiert)



AZ: Ö-O-925	
1001788	
1011583	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Geplante Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes (GIB) westlich Kotthausen/ nord, nordöstlich von Herreshagen:</p> <p>Seit über 70 Jahren kenne ich den Stentenber/Warenkopf und genieße dort die Natur. Ich habe dieses Jahr 10 Milane (Greifvögel) beobachtet - ein bisher einmaliges Ereignis. Es ist nicht hinnehmbar, dass der ländliche Lebensraum zerstört wird. Die Ansiedlung des GIB's bedeutet den Verlust des heutigen ländlichen Dorfcharakters. Lärmbelästigung für Anwohner durch Bau und Betrieb sind unabdingbar. Der Verkehr nimmt zwangsläufig zu. Daher ein klares Nein zum GIB.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

?Öff Neuaufstellung Regionalplan? Als landwirtschaftlicher Betrieb und Verpächter landwirtschaftlich genutzten Flächen, sehe ich die extrem starke Erweiterung der Ausweisungen der Landschaft-, Wasser- oder Naturschutzgebiete als sehr problematisch. Welcher Landwirt wird derart eingeschränkte, zerstückelte Flächen pachten wollen? Niemand- aber er muss! Woher sonst die Flächen nehmen? Soll ein Landwirt noch weiter fahren müssen um die Grundversorgung seines Betriebes sicher zu stellen? Welche Einschränkungen in der Beackerung/Bewirtschaftung zieht das noch mit sich? Diese Einschränkung in die landwirtschaftliche Bewirtschaftung ist nicht zukunftsgerecht! Nicht wirtschaftlich! Wurden die Landwirte bei der Erstellung vergessen? Dazu stelle ich mir ebenfalls die Frage, wer denn dann die ausgewiesenen Flächen instand halten soll? Der Besitzer? Wovon soll das dann finanziert werden, wenn keine Verpachtung mehr möglich ist? Das alles muss doch mitbedacht werden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-927	
1001979	
1003147_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Regionalplanentwurf nehme ich hiermit Stellung und teile Ihnen mit, dass ich ihn in vollem Umfang ablehne. Dies sind die Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrere bestehende und geplante Gewerbegebiete grenzen an die Wohnbebauung meines Heimatortes Erkelenz-Hetzerath an und ich befürchte eine erhebliche Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität. Es geht konkret um die Gewerbegebiete <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Stadt Erkelenz Gipco, dessen im Bau befindlicher Teil bereits jetzt beeinträchtigt</li> <li>2. sowie um dessen weiteren Ausbau an der B 57 Richtung Granterath</li> <li>3. und um die drei von der Stadt Hückelhoven geplanten Gebiete entlang der B 57 Richtung Granterath,</li> <li>4. entlang der B 57 Richtung Hetzerath vor dem historischen ?Marienhof?</li> <li>5. sowie um das Gebiet im Norden meines Dorfes bei Houverath.</li> </ol> </li> <li>• Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört werden. Die Orte verlieren ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern, sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Viele Menschen sind hierher gezogen gerade wegen der Landschaft. Sie wollen nicht aus der Haustür raus unmittelbar in ein Gewerbegebiet fahren. Genau so wird es aber sein, wenn die geplanten Gebiete neben den jetzt schon bestehenden gebaut werden.</li> <li>• Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und die Lebensqualität und Gesundheit der Hetzerather, vor allem aber der Baaler und Granterather Bürger und Bürgerinnen bereits jetzt durch das bestehende Baaler Gewerbegebiet beeinträchtigt ist. Der Verkehrslärm und das Verkehrsaufkommen an Lastern ist zu hoch für ein Wohngebiet. Die von der Stadt Hückelhoven geplante Umlegung der B 57 ist keine Lösung, da dadurch dieselben Einschränkungen (Zerschneiden der Felder am Marienhof, Zerstörung fruchtbaren Ackerlandes, größere Beeinträchtigung der Hetzerather (Stadt Erkelenz)) wie durch den Bau eines Gewerbegebietes an selber Stelle hervorgerufen würden.</li> <li>• Deshalb muss für das bestehende Baaler Gewerbegebiet auch ohne seine Erweiterung entlang der B 57 eine Verkehrslösung gefunden werden. Mehrere Bürger wünschen sich die Verlagerung der Schwerlastverkehrs auf die am</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Referenz</b> 1006860_001</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß</p>

Gewerbegebiet ohnehin vorhandenen Schienen. Sie wünschen keine Verlegung der B 57, was zudem den Granterather Teil (Stadt Erkelenz) der B 57 nicht entlasten würde.

- Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil Scheid, Commerden und Genehen bereits jetzt durch das ständig wachsende Gipco-Gebiet komplett vereinnahmt sind. Im letzten Ausbau würden an der B57 entlang bis zum Kreisverkehr kurz vor Granterath Gewerbeflächen entstehen. Das nahe gelegene Wäldchen wäre spätestens dann kein Rückzugsort für Tiere mehr und die Feldwege würden endgültig als Straßen genutzt.
- Ich lehne die genannten Gewerbegebiete ab, weil die Frage, wo die für Gewerbegebietserweiterungen gesetzlich erforderlichen Ausgleichsflächen (Eingriffs-Ausgleichs-Regelung) in den Stadtgebieten Erkelenz und Hückelhoven hergenommen werden sollen, ungelöst ist. Es gibt keine Flächen, die zum Ausgleich renaturiert werden könnten.
- Ich lehne den gesamten Regionalplanentwurf ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar.
- Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt, sondern weitergemacht wie bisher?
- Ich lehne den gesamten Regionalplanentwurf ab, weil damit die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt werden. Strukturwandel scheint für unsere regionalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren. Alternativen zu neuen Gewerbegebieten:
  - 1. die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
    2. die Nutzung innerstädtischer Flächen,
    3. die Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,
    4. die Umnutzung alter Gebäude,
    5. die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,
    6. eine Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen

Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Hinblick auf die Festlegung

- eines GIBplus in Hückelhoven-Baal (s. Stellungnahme ID 1001804),
- eines GIB in Hückelhoven-Baal entlang der B57 (s. Stellungnahme ID 1001806) sowie
- eines GIB bei Erkelenz-Houverath (s. Stellungnahmen ID 1001810)

gilt, der Stellungnahme ist entsprochen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den

zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs. Am Beispiel der Erkelenzer Planungen:

- Im Fachgutachten des Kölner Stadtplanerbüros Jansen fällt auf, dass die Ermittlung des Flächenbedarfs auf Basis der historischen Entwicklung erfolgt und linear in die Zukunft projiziert wird. Entwicklungen beispielsweise durch die fortschreitende Digitalisierung, Home Office, Industrie 4.0 und Corona wurden gar nicht einbezogen.
- Dies bedeutet ein Weitermachen wie bisher ohne Konsequenzen und Umdenken auf der Grundlage von Statistik und Erfahrung aus den letzten Jahrzehnten.
- Auch ist auffallend, dass die Bevölkerungszahl in Erkelenz in den vergangenen Jahren eher stagniert bzw. leicht sinkt. Dennoch gab es stetigen Zuwachs bei der Gewerbeflächenansiedlung. Das heißt, Erkelenz wächst in Bezug auf Gewerbe quantitativ aber nicht qualitativ - und dies auf Kosten von wertvollen Ackerflächen.
- Ich lehne den gesamten Regionalplanentwurf ab, weil der maßlose Flächenfraß ein Ende haben muss. Es darf kein ?Weiter-so? mehr geben. Die Erweiterung bestehender Gewerbegebiete und die Schaffung neuer Gewerbegebiete ist gedanken- und maßlos, weil sie die Praxis der letzten Jahrzehnte sind. Sie sind aber keine Antworten auf unsere heutigen Probleme. Es muss ein Umdenken in der Regionalplanung geben hin zu Nachhaltigkeit und kluger städtischer Entwicklung. Flächenfraß darf keine Option der Stadtentwicklung mehr sein.

Ich bitte Sie, meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwendung.

Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen von Siedlungsfestlegungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren (insbesondere auch im Rahmen der Eingriffsregelung). Die potentiellen Umweltauswirkungen können hier vertiefend betrachtet und ggfs. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber

geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Kreis Heinsberg (B57) geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus.

AZ: Ö-O-928	
1001816	
1005223	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In und um Lammersdorf sollen die Naturschutzgebiete auch auf weitere Flächen ausgeweitet werden. Als [anonymisiert] des Kirchenvorstandes der kath. Kirchengemeinde Lammersdorf bitte ich Sie einen Ortstermin mit uns zu vereinbaren. Dabei sollten wir die betroffenen Flächen in Augenschein nehmen und eine einvernehmliche Lösung finden. Die Flächen sind verpachtet und werden landwirtschaftlich genutzt .In der aktuellen Situation ist ein Verlust an Produktionsflächen für die Landwirte wirtschaftlich kaum verkraftbar.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-929	
1001895	
1005224	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezugnehmend auf das Schreiben der Landwirtschaftskammer zur Neuauflistung des Regionalplanes vom 08.08.2022 habe ich versucht mir diesen näher anzusehen. Leider ist die Auflösung sehr schlecht und somit nicht richtig einseh- und nachvollziehbar. Anbei erhalten Sie einen Auszug Ihrer Karte (Kreis Euskirchen) mit von mir eventuell betroffenen Flächen, die möglicherweise mit der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" markiert sind [Anlage]. Hierbei geht es um folgende Flächen: Kreis Euskirchen-Gemeinde Hellenthal-Gemarkung Udenbreth-[anonymisiert]. Ich möchte hiermit ausdrücklich darauf hinweisen, dass dies nicht meiner Vorstellung entspricht und möchte Sie bitten eine genauere Karte zu erhalten. Sollten Sie dennoch an Ihrem Vorhaben diese Flächen zum Naturschutzgebiet zu erklären festhalten, bitte ich um Stellungnahme Ihrerseits.Meine Flächen sind in einem tadelosen und gepflegten Zustand. Es kann nicht sein, dass einfach auf der Karte Naturschutzflächen ausgewiesen werden, die in keinster Weise dem Aussehen einer solchen Fläche entsprechen. Durch Vernachlässigung benachbarter Flächen entsteht somit ein falsches Bild. Daher bitte ich um Besichtigung vor Ort, an der auch ich gerne teilnehmen würde. Weiterhin bitte ich um eine Erklärung, was die Einstufung "Grundwasser- und Gewässerschutz" für meine Flächen bedeutet. Hiervon betroffen sind folgende Flächen: Kreis Euskirchen-Gemeinde Hellenthal-Gemarkung Udenbreth [anonymisiert]. Ich bitte höflich um Rückmeldung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-930	
1002337	
1009146	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte in Pulheim-Sinthern Ingnendorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 110 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? im Gebiet ?Schutz der Natur??.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-931	
1002081	
1006079	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch gegen den Regionalplanentwurf der Bezirksregierung Köln vom Dezember 2021 ?Neuaufstellung Regionalplan? ein.</p> <p>Konkret bezieht sich mein Widerspruch auf das Gebiet: Potentielles interkommunales Gewerbegebiet Gangelt-Heinsberg</p> <p>Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Planungen zum Regionalplanentwurf nicht meinen Vorstellungen von flächensparender und nachhaltiger Siedlungsentwicklung entspricht. Statt flächen- und bodensparender Entwicklung wird in diesem Verfahren auf eine Entwicklung nach Maßstäben aus dem vergangenen Jahrtausend gesetzt. Solange der Grundsatz zum Schutz hochwertiger Böden nicht zum Ziel erklärt wird, beschleunigt dieser Regionalplanentwurf die Zersiedelung der Landschaft, die Versiegelung hochwertiger Flächen und verhindert die Sicherung der regionalen Versorgung. Verkehrsprobleme werden mit diesem Entwurf nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschlimmert. Anbindung der Flächen an das Schienennetz ist in den meisten Fällen nicht gesichert. Ich erwarte eine sorgsame und zukunftsorientierte Planung, die auch nachfolgenden Generationen ermöglicht im Kreis Heinsberg zu leben.</p> <p>Konkret aber geht es mir vor allem um folgendes:</p> <p><b>Trinkwasserschutz</b></p> <p>Die Trinkwasserreserven im Bereich des Kreiswasserwerks Heinsberg nehmen seit Jahren kontinuierlich ab.</p> <p>Die Pegelstände der Trinkwasserstockwerke erholen sich nicht mehr vollständig. Dies ist nach Ansicht der Fachleute zum einen Folge des Klimawandels und den damit einhergehenden Dürreperioden. Zum anderen ist es aber auch eine Folge der Grundwasserabsenkungen für die umliegenden Tagebaue.</p> <p>Die weitere großflächige Versiegelung von Böden im Kreis Heinsberg wird sich zunehmend negativ auf die Trinkwasserreservoir auswirken.</p> <p>Ich bin Eigentümerin von Grund und Boden in der betroffenen Fläche und will meine Äcker weiterhin an die Landwirte verpachten, damit diese auch in Zukunft die Felder landwirtschaftlich nutzen und Lebensmittel erzeugen können. Ich möchte nicht, dass</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

die Pächter in Existenznot geraten, wenn Ihnen das Pachtland nicht mehr zur Verfügung steht.  
Deshalb stelle ich das Land nicht für ein Gewerbegebiet zur Verfügung und daher lehne ich den Regionalplanentwurf der Bezirksregierung Köln ab.

Ich bitte um schriftliche Eingangsbestätigung.  
[ANONYMISIERT]

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Niederzier einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 86 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 39 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-936

1002161

1004858

#### Inhalt

Hiermit möchte ich meine Stellungnahme in Anspruch nehmen (Fall 1000661)

Stellen sie sich vor das ihre Kinder in 10,15 oder 20 Jahren gar keine Möglichkeit mehr haben in der Natur spazieren zu gehen!(egal wo sie wohnen) stellen sie sich vor das ihre Eltern oder sie selbst nicht mehr in die Natur raus gehen können in ihrer Nähe! Vielleicht auch aus Gesundheitlichen Gründen! Stellen sie sich einfach vor das sie/wir dafür jeden tag oder 2 bis 3 mal die Woche 20 bis 30 km mit dem Auto fahren würden (was für die Umwelt unbedenklich ist!) um spazieren zu gehen o. Einfach um sportliche Aktivitäten auszuüben,mit kleine Kinder o. Gar Babys spazieren zu gehen um ein wenig Frische Luft und Energie zu tanken!

Ich bitte sie hiermit darüber nachzudenken mehr nicht! Lassen sie sich kurz Zeit und versuchen sie alles auf die Waage zu legen!

Dies ist meine Stellungnahme. Ich bedanke mich ganz herzlich bei ihnen für ihre Zeit!

[ANONYMISIERT]

[s. Anhang Abb. StnID 1004858\_1]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1004858\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-937

1002163

1004857

#### Inhalt

Leider kann ich Ihrem Regionalplan nicht entnehmen, ob und wenn Ja in welcher Weise mein Grundstück in Leverkusen-Höfen,[ANONYMISIERT], von der Neuauflistung des Regionalplanes betroffen ist. Die im Internet einsehbare Darstellung ist in unserem Siedlungsbereich zu ungenau als dass ich erkennen könnte, ob mein Grundstück wie bisher im Außenbereich als Garten oder neu als Landschafts- oder gar Naturschutzgebiet eingestuft wird. Ich kann nicht einmal mein Haus auf Ihrem Plan wiederfinden.

Aus solch einer Neueinstufung würden sich gravierende Konsequenzen für die Nutzung unseres Gartens ergeben. Bepflanzung, Aufstellung von Spielgeräten, (größere) Feiern mit Freunden, Anlage von Sitzplätzen / Terrassen oder Gartengestaltung z. B. durch die Anlage von Bachläufen o.ä. wären ggf. betroffen. Evtl. wäre sogar die Nutzung des Gartens insgesamt eingeschränkt oder unmöglich. Zu den Einschränkungen der Nutzung kommt ein gravierender Wertverlust, der im Extremfall einer Enteignung nahe käme.

Daher lege ich vorsorglich Einspruch gegen die Neufassung des Regionalplanes ein, insbesondere für den Fall, dass mein Grundstück eine andere als die bisherige Zuordnung erhalten sollte.

[ANONYMISIERT]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1004857\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d.h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z.B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2.3 LEP NRW). In bestehende Rechte wird nicht eingegriffen.



AZ: Ö-O-938	
1001984	
1003158_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir, die (anonymisiert) GbR bewirtschaften in Meckenheim-Altendorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb sowohl mit ackerbaulicher Nutzung, als auch mit Viehhaltung. Gerne würde (anonymisiert) als Betriebsnachfolger, den Betrieb zukunftsfähig übernehmen. Unser Betrieb hat bereits durch Planungsmaßnahmen in der Vergangenheit empfindliche Verluste von guten Ackerflächen erfahren müssen. Gleichwertige Flächen sind in der Regel kaum zu erwerben bzw. werden nur zu überteuerten Preisen am Immobilienmarkt angeboten. Unsere, im Eigentum, betroffenen Flächen befinden sich sowohl in der Gemarkung Meckenheim Altendorf-Ersdorf (GIB regional für zweckgebundene Nutzung, Schutz der Natur, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung) als auch in Swisttal-Odendorf (ASB-Flex). Nähere Angaben hierzu können gerne angefordert werden. Wie soll in den geplanten Schutzgebieten Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten überhaupt noch eine landwirtschaftliche Nutzung möglich sein. Hierzu verweisen wir unter anderem auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission hinsichtlich der Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln in den Landschaftsschutzgebieten. Mit Blick auf die Welternährungslage sind diese Maßnahmen, die einer konventionellen Landwirtschaft entgegenstehen, nicht hinzunehmen. Zum heutigen Zeitpunkt wäre zum Beispiel eine Umstellung der Milchwirtschaft auf biologische Erzeugung betriebswirtschaftlich absolut unrentabel. Benötigte Flächen für eine 100 % deutsche Biolandwirtschaft wären gar nicht vorhanden. Die textlichen Festlegungen lassen Ungleichbehandlungen von konventioneller und biologischer Landwirtschaft vermuten. Dies können wir nicht hinnehmen, da auch wir als konventionell wirtschaftender Betrieb, unter anderem auch von der Bevölkerung gefordert, höchsten Qualitätsstandards unterliegen. Warum werden also immer mehr Flächen als GIB oder ASB ausgewiesen? Hierzu auch noch auf den ackerbaulich besten Flächen. Dann zählt plötzlich nicht mehr der Schutz der Natur? Wie sollen wir einem jungen Landwirt überhaupt noch einen zukunftsfähigen Betrieb übergeben können, wenn keine Planungssicherheit für diesen Berufszweig mehr vorhanden ist. Die geplante GIB Bebauung im Gebiet des Autobahnkreuzes Meckenheim würde die bereits vorhandene katastrophale Verkehrssituation in diesem Bereich noch sehr verschärfen. Dies würde unter anderem dazu führen mit den landwirtschaftlichen Geräten wieder durch den Ort fahren zu müssen. Dies wird von Seiten der ortsansässigen Bürger bestimmt nicht ohne weiteres akzeptiert. Hierzu hat sich bereits im Vorfeld eine Bürgerinitiative gegründet. Eins noch zum Schluß. Sollten wir nicht, als BRD, selbst für eine Lebensmittelversorgung durch unsere heimische sehr gute Landwirtschaft sorgen? Angesichts unserer Einwendungen fordere ich Sie dazu auf, von der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen</p>

<p>Aufnahme unserer Flächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Wir bitten hierzu um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.(anonymisiert)</p>	<p>abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
---	--

AZ: Ö-O-939	
1001988	
1003159	
<b>Inhalt</b> <p>Mit Änderungsnr. Wal-041 soll das Gebiet Colonius im Bereich zwischen Venloer Straße und Subbelrather Straße anstelle der bestehenden AFAB Festlegung im Sinne der Bestandsanpassung die Festlegung eines ASBs vorsehen. Forderung: das Gebiet zwischen Venloer und Subbelrather soll auch weiterhin SCHUTZGEBIET bleiben, als Erholungsraum und Frischluftschneiße.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt. <b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1002380).

AZ: Ö-O-940	
1001817	
1005225	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich widerspreche den im Regionalplan Köln geplanten Gebietsausweisungen. Dies betrifft vor allem Flächen bei Alsdorf in der Städteregion Aachen. Einige hofnahe Eigentumsfläche sind ganz oder teilweise in Naturschutzgebiete, wie zum Beispiel zwischen Bettendorf und Siersdorf, gelegt worden. Da sie jedoch für die betriebliche Zukunft essentiell sind, können sie nicht aufgegeben werden. Desweiteren sind die Grenzen der Schutzgebiete recht willkürlich angelegt, wodurch Parzellen derart ungleichmäßig geteilt werden, dass eine weitere <b>B</b>ewirtschaftung nur noch schwer oder gar nicht möglich wird. Ich bitte um eine Überarbeitung des Planes und lehne eine ersatzlose Enteignung bzw. Entwertung von Ackerflächen ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1005226

#### Inhalt

Ausserdem stellt der Bau der Umgehungsstraße B57n bei Gereonsweiler ein Problem dar. Nach Jahrzehntelanger Verhandlungen mit RWE wurden meiner Familie vor Kurzem Flächen auch bei Gereonsweiler zugeteilt, die nun von dem Bau dieser Straße bedroht sind. Ich bitte, das bei der Erstellung möglichst wenig Ackerfläche verloren geht. Im Allgemeinen ist ein geringer Verlust von Ackerfläche bzw. eine Vermeidung von Bewirtschaftungseinschränkungen für mich persönlich und Berufskollegen wünschenswert.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

AZ: Ö-O-942	
1001677	
1005227	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in 53894 Mechernich-Glehn einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung und der Bewirtschaftung von Dauergrünlandflächen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 125 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, sowohl im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? als auch im Gebiet ?Grundwasser und Gewässerschutz?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:[anonymisiert]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb zu 100% existenzgefährdend und für die Betriebsnachfolger ebenso, existenzgefährdend. Eine Landwirtschaftliche Nutzung zur Sicherung der Regionalen und auch überregionalen Bewölkerung kann so nicht mehr gewährleistet werden. Es kann nicht sein, dass die Hungersnot wissentlich in Kauf genommen wird. Auch kann es nicht im Interesse des Landes NRW sein, dass mit der der Ausweisung dieser Flächen wie oben aufgelistet, alle kleinen Landwirte ihre Betriebe aufgeben müssen. Durch die daraus entstehenden Versorgungsengpässe in der Ernährung der Bevölkerung, nimmt die Bezirksregierung wissenentlich ein Mehraufkommen an Importprodukten in Kauf und dies schadet ja wohl mehr der Umwelt, als das es helfen würde. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen. Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-943	
1002162	
1003163_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die Regionalplanung für das LEP Lindern ein. Meine Begründung: Ich finde solch ein Großprojekt mit 240 ha und noch viele ha für den benötigten Straßenbau für Zubringerstraßen unverantwortlich. Hier im Kreis Heinsberg besitzen wir wertvollen Ackerboden der gerade wie sich in den letzten Monaten verdeutlicht hat ein wichtiges und zu schützendes Gut ist. Gleichzeitig muss man an die gravierenden Folgen der naheliegenden Ortschaften denken, großes Verkehrsaufkomme, Lärm, Luftverschmutzung und..... Flächenversiegelung, Grundwasserprobleme, Zerstörung von Landschaftsschutzgebieten durch Zubringerstraßen usw. Man bedenke nur, dass bei einer industriellen Ansiedlung die Wahrscheinlichkeit eines 24/7 Tage betriebs groß ist dies wäre für die umliegenden Ortschaften eine unerträgliche Belastung. Schließlich hat es viele gute Gründe sich für den ländlichen Raum als seine Heimat zu entscheiden dazu gehört sicherlich nicht die Ansiedlung eines derartigen industriellen Großprojekts in der ländlichen Heimat diese sollte weiterhin ihrem Namen "LÄNDLICH = LANDWIRTSCHAFT" den Vorrang gegeben werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>



AZ: Ö-O-944	
1001907	
1011605	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Bezirksregierung Köln,</p> <p>hiermit beziehe ich Stellung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln und der darin enthaltenen Erweiterung des Industriegebietes Gummersbach, Ortsteil Herreshagen. Es handelt sich um eine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit à ?Öff Neuaufstellung Regionalplan?.</p> <p>Die geplante Erweiterung des Industriegebietes Herreshagen würde mich und meine Familie in direktester Weise beeinflussen, denn das Grundstück, auf dem ich lebe, liegt nur ca. 75 m (Luftlinie) vom besagten Gebiet entfernt.</p> <p>Laut <u>Abstandserlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Stand 19.08.2022)</u>, darf sich allein schon wegen des zu geringen Abstandes kaum eine gewerbe- oder sogar industriebetreibende Firma niederlassen.</p> <p>Neben dem starken Wertverlust aller anliegenden, umliegenden aber auch aller Grundstücke im gesamten Dorf käme eine enorme Lärmbelästigung für die Anwohner hinzu. Große Teile des beplanten Gebietes liegen weit über 20 m höher als die Siedlung. Schon jetzt sind Traktoren, Hunde und selbst Gespräche von Spaziergängern gut hörbar, da sie vom Berg ins Tal schallen. Sowohl die Bauphase, als auch der spätere Betrieb (Zweischichtbetrieb?) und Verkehr würden das Leben der Anwohner stark beeinträchtigen und ihnen den Schlaf rauben.</p> <p>Der zusätzliche Verkehr würde die Straßen unseres kleinen Dorfes verstopfen, die schon jetzt ausgelastet sind. Oft genug stecken LKWs im Dorfkern fest, da sie mal wieder falsch abgebogen sind und kaum noch wenden können.</p> <p>Bei fast allen Flächen, die für die Errichtung eines weiteren Gewerbegebietes vernichtet werden sollen, handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Flächen. Das Wegfallen dieser Flächen als Mähwiesen, Äcker, Ausbringungsflächen und Weiden würde die Existenz, der mittlerweile sowieso schon immer weniger werdenden Kleinbauern gefährden. Die Verringerung ihrer Flächen würde zwangsläufig zu überhöhten Ausbringungsmengen von Gülle führen, wodurch die Nitratbelastung des Grundwassers erhöht wird.</p> <p>Neben den landwirtschaftlichen Flächen würden aber auch Streuobstwiesen vernichtet, welche eindeutig laut <u>§30 Abs.7 des BNatSchG</u> als besondere Biotope ausgewiesen sind und damit als geschützt gelten. Außerdem dienen diese Flächen dem</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Biotopverbund und sind daher wie alle nach §30 geschützten Biotope laut §21 Abs.3 Nr.3 BNatSchG zu erhalten.

Im östlichen Bereich des geplanten Gewerbe-/Industriegebietes befindet sich ein aktiv genutzter Reiterhof. Viele Kinder unseres Dorfes haben dort das Reiten gelernt oder lernen es immer noch. Doch auch von außerhalb, teilweise von weit her, kommen Kinder und Interessierte, die ihr Hobby in Herreshagen ausüben wollen. Die Vernichtung des Reiterhofes würde das Leben vieler Menschen beeinträchtigen und das gesamte Dorf abwerten.

Herreshagen hat bereits zwei angrenzende Gewerbe-/Industriegebiete, wovon eines durch starke Lichtverschmutzung, Umweltverschmutzung und hin und wieder auch durch Brände auffällt. Nicht selten weht Müll durch die Straßen oder hängt in den Bäumen neben der in das Dorf führenden Hauptstraße. Wir brauchen kein weiteres Gebiet, welches Herreshagen derart belastet.

Das besagte Gebiet wird derzeit von vielen Wegen und einigen Straßen durchzogen. Bei gutem Wetter sind dort täglich dutzende Menschen zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs. Es kommen Menschen aus der Stadt um sich bei uns, an unseren Feldern und in unseren Wäldern zu erholen. Auf den Wiesen spielen Kinder, sie klettern auf Heuballen und streicheln Pferde. Viele Rentner drehen dort täglich ihre Runden, schauen von den Ruhebänken aus über das Dorf und oben auf der Kuppe lassen Eltern mit ihren Kindern Drachen steigen. Auch ich stand als Kind dort oben ließ meinen Drachen steigen. Doch auch im Winter sind die Flächen nicht ungenutzt, mehrere im Dorf berühmten Schlittenwiesen befindet sich auf der Fläche und würden vielen Kindern schmerzlich fehlen. In der heutigen Zeit, in der viele Kindern nur noch vor dem Handy oder dem PC sitzen, würden einige der besten Flächen, die das Dorf zu bieten hat vernichtet!

Die überplanten Flächen dienen also eindeutig der Erholung sehr vieler Menschen und sind klar durch §1 Abs. 4 Nr.3 BNatSchG zu schützen.

Doch nicht nur die Anwohner, die Landwirte und die Kinder werden beeinträchtigt. Auch auf die Pflanzen und Tiere kämen schwerwiegende Folgen zu. Neben den Nutztieren, die auf den Flächen weiden sind dutzende Vogelarten anzutreffen, viele Zugvögel machen auf ihrem Weg in den Süden oder von dort zurück, Halt auf den weitläufigen Feldern. Es gibt viele Greifvögel, wie den Rotmilan welcher auf der Roten Liste steht und sowohl durch die Vogelschutzrichtlinie Anhang I, als auch im Sinne des §7 Abs. 2 Nr13-14 BNatSchG zu den streng geschützten Vogelarten zählt.

Die Vernichtung der Felder und Wiesen, aber auch der wertvollen Säume und Bäume würde das Insektensterben nur noch weiter vorantreiben und dadurch zur Verringerung der Vogelpopulationen beitragen. Erst seit diesem Sommer sind wieder Glühwürmchen

in Herreshagen zu sehen gewesen, welche sich viele Jahre nicht gezeigt haben. Die mit dem Gewerbegebiet einhergehende Lichtverschmutzung würde neben dutzenden anderen Insekten auch besonders stark die Glühwürmchen beeinträchtigen, da diese durch das viele Licht in ihrem Paarungsverhalten gestört werden.

Abschließend lässt sich sagen, dass die geplante Gewerbegebietserweiterung Gummersbach, im Ortsteil Herreshagen sehr starke negative Folgen für die Menschen, die Nutztiere, die wild lebenden Tiere, die Landwirte, die Pflanzen und den Erholungswert des Dorfes haben wird!

Es besteht laut Stadtvertretern kein akuter Bedarf an noch mehr Gewerbe- und Industrieflächen und es gibt eindeutig bessere, abgelegenere Gebiete mit weniger wertvollen Flächen, die sich um einiges besser eignen würden. Die bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete sind noch nicht vollständig bebaut, und bieten ausreichend Potential, um Gummersbach über viele Jahrzehnte zu versorgen. Außerdem sind Flächen im Innenbereich laut §1 Abs. 5 BNatSchG für eine derartige Bebauung, den Flächen im Außenbereich, wie es in Herreshagen der Fall wäre klar vorzuziehen. Es würden zu viele ökologisch wertvolle, aber auch für den Menschen als Erholungsraum wertvolle Flächen zerstört. Nicht nur die Größe, sondern auch die exponierte Lage des Gebietes ist mehr als schlecht gewählt worden. Es werden Existenzen und geschützte Biotope vernichtet.

Daher bitte ich Sie die wunderschönen Flächen in und um Herreshagen nicht als Gewerbe- und Industrieflächen auszuweisen. Ich bitte Sie unser kleines Dorf nicht zu zerstören.

Mit Besten Grüßen,

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-945	
1001986	
1007997	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Es geht um ein Gebiet zum Schutz der Natur in der Gemeinde Kreuzau im Kreis Düren. Genauer um das Waldstück Langenbroicher Wald.</p> <p>In diesem Gebiet befinden sich schon Naturschutzgebiete, diesen wurden nun auf fast den kompletten Wald ausgeweitet, ich möchte Sie bitten dies zu Erklären, da ich dort die Notwendigkeit nicht sehe und weitere Dauergrünlandwiesen jetzt mit aufgenommen wurden und so die Bewirtschaftung erschwert wird. Ein besonders großes Problem für mich ist aber das auch ein Ackerschlag entlang der Gemeindegrenze einfach geteilt wird ( Der Teil der Gemeinde Kreuzau ist dort jetzt im Naturschutzgebiet, der Rest nicht). Die Teilung läuft Diagonal durch den Schlag, teilt diesen ungefähr in der Mitte und erschwert die Bearbeitung des Schlages ungemein. Ich möchte Sie bitten dies nochmal zu Überdenken und zumindest die Ackerfläche aus dem Naturschutzgebiet raus zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-946	
1001990	
1003166_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln, Öff Neuaufstellung Regionalplan</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir, die kath. Kirchengemeinde [ANONYMISIERT] sehen unsere Interessen als Eigentümer durch die großzügige Ausweisung von Freiraum-Flächen der Kategorie ?Bereich zum Schutz der Natur? über landwirtschaftlich genutztem Kulturland massiv beeinträchtigt. Unsere landwirtschaftlichen Liegenschaften stellen einen erheblichen Anteil unseres Vermögens dar und sie stellen einen wesentlichen Anteil unserer regelmäßigen Einnahmen dar, mit denen die Kirchengemeinde ihre drei Immobilien, Kirche, Kapelle und Pfarrheim unterhält.</p> <p>Durch eine Einstufung als Bereich zum Schutz der Natur und den damit erwartbaren künftigen Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung sehen wir uns mit absehbaren Wertverlusten und Einbußen bei unseren Pachteinnahmen konfrontiert. Nicht nachvollziehbar ist, dass Festlegungsgrenzen teilweise mitten durch landwirtschaftliche Flurstücke verlaufen. D.h. ein Flurstück ist teilweise als ?Bereich zum Schutz der Natur? ausgewiesen und teilweise als ?Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?. Was ist hier das Kriterium der Abgrenzung? Mit der letztgenannten Einstufung hätten wir auch kein Problem, da die Beschreibung und Funktion dieser Freiraumart der tatsächlichen Situation vor Ort recht nahekommt. Heimbach und unsere Region ist ein Naherholungsgebiet mit langer Tradition.</p> <p>Für uns ist ferner nicht nachvollziehbar, wie Freiräume bzw. Flächen gleichzeitig als ?Agrarstrukturell bedeutsame Flächen (Agrarräume)? und als ?Bereich zum Schutz der Natur eingestuft sein können. Agrarstrukturell bedeutsame Flächen sollen doch lt. Textlicher Festlegung erhalten bleiben. Dies können sie aber nur, wenn auch die Bewirtschaftung attraktiv bleibt.</p> <p>Die Bereiche in denen wir mit der Einstufung ?Bereich zum Schutz der Natur? nicht einverstanden sind, sind auf den folgenden Kartenausschnitten rot umrandet dargestellt:</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

[s. Anhang Abb. StnID\_1003166\_001 \_1]

[s. Anhang Abb. StnID\_1003166\_001 \_2]

[s. Anhang Abb. StnID\_1003166\_001 \_3]

[s. Anhang Abb. StnID\_1003166\_001 \_4]

Wir bitten um Änderung der rot umrandeten Bereiche auf Seite 2 und 3 in den Freiraumtyp ?Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?

Mit freundlichen Grüßen,  
[ANONYMISIERT]

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003166\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003166\\_001\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003166\\_001\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003166\\_001\\_4.pdf](#)

AZ: Ö-O-947	
1002164	
1005228	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Inhaberin landwirtschaftlich genutzter Flächen sehe ich mich in meinen Persönlichkeitsrechten eingeschränkt und bis auf Null reduziert. Durch die beabsichtigte Nutzungseinschränkung verbleibt mir keine Möglichkeit zur Anbau von Feldfrüchten, weder zur Fütterung meiner Tiere noch für den Eigenbedarf. Selbst ein maßvoller und naturverbundener Anbau von Obst, Garten und Feldfrüchten durch Bodenbearbeitung und Pflanzenpflege wäre mir verwehrt. Sofern eine Verpachtung oder gar Veräußerung der Flächen in Erwägung gezogen würde, wären die Einbußen existenziell vernichtend. Es ist nicht hinzunehmen, dass der ländliche Raum die Defizite urbaner Gestaltungswut alleinig auszubaden hat und Rechte und Möglichkeiten der ländlichen Bevölkerung derart beschnitten werden. Ich fordere daher auf, auch die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung zu berücksichtigen und ihre Rechte nicht einseitig vernichtend zu beschneiden. Meine folgend aufgeführten Flächen befinden sich in dem für die Neuaufstellung Regionalplan Köln ausgewiesenen Bereichen [anonymisiert]. Ich weise zudem darauf hin, dass meine Flächen in gravierender Weise durch angrenzende, nicht dem besonderen Schutz unterliegende Flächen beeinträchtigt werden, da dort in industrieller Bearbeitungsweise ohne Rücksicht auf Natur- und Artenschutz Flächenbearbeitung betrieben wird. Negative Erfahrungen durch Ausschwämmungen, bedingt durch nicht landschaftskonforme Anbauweisen, rufen insbesondere nach Starkregen jetzt schon große Schäden auf meinen Flächen hervor. Mit Blick auf die in Zukunft vermehrt zu erwartenden Beeinträchtigungen durch den Klimawandel, sind für meine Familie grade die ortsnahen Liegenschaften zur Sicherung des täglichen Bedarf von existenzieller Wichtigkeit! Ich bitte mein Anliegen wohlwollend zu prüfen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-949

1002377

1005656

#### Inhalt

Durch einen Post eines Nachbarn in den sozialen Medien erfuhr ich davon, dass der Rat der Stadt Rösrath plant bestimmte Randgebiete des Königsforstes zu allgemeinen Siedlungsbereichen zu machen. Aus den Protokollen der Ratssitzungen ist dies ersichtlich. Siehe: <https://ratsinfoservice.de/ris/roesrath/file/getfile/50855>. Mir geht es hierbei um den Punkt 6. Ortsteil Rösrath-Mitte: Festlegung von ASB-Flächen im Bereich Paffrather Hof.

Zum einen ist mir nicht klar, wieso ich diesen Punkt in den Unterlagen, die ich mir auf dieser Seite beschaffen kann, nicht finde. Verstehe ich das richtig, das der Stadtrat diese Maßnahme erst im März beschlossen hat und nun über den Weg der Stellungnahme weitere ASB Flächen in die Planung nehmen möchte? Wenn das so ist, würde ich erwarten, dass es eine weitere Möglichkeit gibt, hier eine Stellungnahme einzureichen. da sich die Pläne in einem wesentlichen Umfang geändert haben.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Die in der Anregung benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung der Kommune bezieht sich auf die Erweiterung eines ASB (s. StnID 1004586).

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung besteht für die Öffentlichkeit und Öffentliche Stellen die Möglichkeit, zu den Planunterlagen und beabsichtigten Planänderung Stellung zu nehmen. Sollte es durch die öffentliche Auslegung zu Änderungen der Planunterlagen kommen, sind die geänderten Planinhalte erneut öffentlich auszulegen.



AZ: Ö-O-950	
1002284	
1011607	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Leider habe ich erfahren, dass in Herreshagen die Entstehung eines Industrie- und Gewerbegebiet in Ihre Planung aufgenommen wurde.</p> <p>Durch dieses würde die wunderschöne Landschaft die wir hier haben zerstört werden und dem hier ansässigen Rotmilan, Fledermäusen und allen anderen ansässigen Tieren der Lebensraum genommen. Durch die Versiegelung weiterer Flächen kommt es bei starkem Regen zu Überschwemmungen.</p> <p>Zudem würde das Ortsbild gravierend geschädigt und wir müssten uns wohl auf eine steigende Lärm- und Geruchsbelastung durch den steigenden Verkehr einstellen. Ganz abgesehen von unseren maroden Straßen die sich dadurch nicht weiter verschlechtern würden.</p> <p>Wie kann es sein, dass ich als Bürger auf diesem Grundstück nicht bauen darf, aber das Land NRW ein Gewerbegebiet einrichten will?</p> <p>Wie sieht es mit dem zukünftigen Wert meines Hauses aus, wenn ich es später einmal verkaufen möchte? Wer kauft freiwillig ein Haus, wenn man weiß, dass in Zukunft dort Industrie oder Gewerbe entstehen soll? Niemand !</p> <p>Wir haben doch bereits im Umfeld einige Gewerbegebiete die bis jetzt noch nicht ausgelastet sind.</p> <p>Weiter würde es durch den steigenden Verkehr zu einer weiteren Gefährdung unserer Kinder kommen, die im übrigen genau diesen Hang im Winter als Schlittenbahn benutzen und nun in Zukunft darauf verzichten müssten.</p> <p>Der Reiterhof gehört schon immer zu Herreshagen und bietet ein tolles Freizeitangebot für unsere Kinder. Es wäre undenkbar ihn nicht mehr hier im Ort zu haben.</p> <p>Es bleibt nur zu hoffen, dass die von Ihnen überlegte Planung nicht zu stande kommt.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-O-951	
1001991	
1005229	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Inhaberin landwirtschaftlich genutzter Flächen sehe ich mich in meinen Persönlichkeitsrechten eingeschränkt und bis auf Null reduziert. Durch die beabsichtigte Nutzungseinschränkung verbleibt mir keine Möglichkeit zur Anbau von Feldfrüchten, weder zur Fütterung meiner Tiere noch für den Eigenbedarf. Selbst ein maßvoller und naturverbundener Anbau von Obst, Garten und Feldfrüchten durch Bodenbearbeitung und Pflanzenpflege wäre mir verwehrt. Sofern eine Verpachtung oder gar Veräußerung der Flächen in Erwägung gezogen würde, wären die Einbußen existenziell vernichtend. Es ist nicht hinzunehmen, dass der ländliche Raum die Defizite urbaner Gestaltungswut alleinig ausbaden hat und Rechte und Möglichkeiten der ländlichen Bevölkerung derart beschnitten werden. Ich fordere daher auf, auch die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung zu berücksichtigen und ihre Rechte nicht einseitig vernichtend zu beschneiden. Meine folgend aufgeführten Flächen befinden sich in dem für die Neuaufstellung Regionalplan Köln ausgewiesenen Bereichen [anonymisiert]. Ich weise zudem darauf hin, dass meine Flächen in gravierender Weise durch angrenzende, nicht dem besonderen Schutz unterliegende Flächen beeinträchtigt werden, da dort in industrieller Bearbeitungsweise ohne Rücksicht auf Natur- und Artenschutz Flächenbearbeitung betrieben wird. Negative Erfahrungen durch Ausschwämmungen, bedingt durch nicht landschaftskonforme Anbauweisen, rufen insbesondere nach Starkregen jetzt schon große Schäden auf meinen Flächen hervor. Mit Blick auf die in Zukunft vermehrt zu erwartenden Beeinträchtigungen durch den Klimawandel, sind für meine Familie gerade die ortsnahe Liegenschaften zur Sicherung des täglichen Bedarf von existenzieller Wichtigkeit! Ich bitte mein Anliegen wohlwollend zu prüfen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-952	
1001980	
1005381	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreffend Grundstück [anonymisiert] (Kreis Euskirchen). Wir sind Eigentümer des o.g. Grundstückes. Dieses umfasst sowohl die landwirtschaftliche Hofanlage [anonymisiert] mit Hof- und Gartenfläche sowie Weide- und Ackerflächen. Im Entwurf des Regionalplanes Köln ist für eine nicht unerhebliche Fläche des o.g. Flurstücks [anonymisiert] die ?Freiraumfunktion" „Schutz der Natur" (BSN) als auch ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) vorgesehen. Wir möchten gegen diese Klassifizierung Einspruch erheben aus folgenden Gründen: Der Regionalplan sieht vor, dass auch die Gebäude und insbesondere das Wohngebäude der [anonymisiert] unter die o.g. Freiraumfunktionen gestellt werden. Hierzu gehört auch der Hof sowie die direkt um die [anonymisiert] liegenden Flächen, wie der Garten, der Paddock oder der Reitplatz. Hier würde unmittelbar in die private Nutzung bzw auch wirtschaftliche Nutzung, die zur Unterhaltung der historischen Gebäude notwendig ist, eingegriffen. Die Wiesen und Weideflächen werden zur Pferdehaltung genutzt. Diese Nutzung ist wirtschaftlich für uns von elementarer Bedeutung um aus den Einnahmen die unter Denkmalschutz stehende historische Hofanlage instand halten zu können. Gleiches gilt für den Teil des Flurstückes [anonymisiert] der landwirtschaftlich mit Ackerflächen bewirtschaftet wird.Selbstverständlich achten wir auf eine naturnahe Bewirtschaftung und Haltung der Flächen. Insbesondere gilt dies auch für die Flächen entlang des Bachlaufes. Die Erfahrung der Vergangenheit bei vergleichswisen Verfahren hat gezeigt, dass bei einer Umsetzung der Richtlinie in der Folge auch eine Umwidmung der Flächen in ein Naturschutzgebiet erfolgt. Dies wäre aus den oben erwähnten Gründen eine nicht hinnehmbare Einschränkung für die Eigentümer.Aus diesen Gründen möchten wir hiermit Widerspruch gegen den Regionalplan für das o.g.Flurstück 121 einlegen und Sie bitten im Vorfeld von der Klassifizierung zur ?Freiraumfunktion" „Schutz der Natur" und ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung" abzusehen. Gerne stehen wir für Rückfragen bereit.[Hinweis: Der Stellugnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-953

1001992

1003173\_001

#### Inhalt

Über die Medien bin ich auf die Pläne eines möglichen Gewerbegebietes in meiner neuen Heimat aufmerksam geworden.

Ich bin 28 Jahre alt und komme gebürtig aus Kevelaer. Da wir im Februar 2023 ein Kind erwarten, steht der Umzug nach Pütt näher zur Familie an.

Die Entscheidung wegzuziehen aus meiner jetzigen Heimat und dem Ort wo ich aufgewachsen bin, ist mir nicht leicht gefallen. Ausschlaggebende Gründe für einen Umzug nach Pütt waren die nahezu unberührte Landschaft, die Ruhe und das gemeinsame Dorfleben. Denn genau so habe ich mir den Ort, wo meine Kinder aufwachsen, vorgestellt.

Durch das geplante Gewerbegebiet würde diese Vorstellung zerstört werden und der Wunsch, für meine Kinder nahe der Natur aufzuwachsen, würde dort nicht mehr möglich sein. Denn durch ein Gewerbegebiet würde nicht nur bezahlbarer Wohnraum genommen werden, es würde sich der Straßenverkehr deutlich erhöhen, was eine Gefahr für unsere Familien sowie für die Natur darstellt.

Hiermit spreche ich mich gegen ein Gewerbegebiet aus und bin für den Erhalt der Natur und der Landwirtschaft in dieser Region.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-954	
1002378	
1003174_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>anbei unsere Stellungnahme zur ÖFF Neuaufstellung Regionalplan Köln (anonymisiert) <b>Neuaufstellung Regionalplan Köln ? Stellungnahme als betroffener landwirtschaftlicher Betrieb</b> Zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplan darf ich im Folgenden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen. Seit 1995 bewirtschaften wir in Königswinter-Stieldorf in dritter Generation einen familiengeführten landwirtschaftlichen Ackerbaubetrieb mit Pferdeponen. Schwerpunkte des Betriebes bilden der Getreide- und Zuckerrübenanbau und die Pferdeponenhaltung. Unser Betrieb hat in den vergangenen Jahren durch Neubaugebiete erheblich an Ackerfläche verloren. Unser Betrieb liegt mit 55 Hektar (das entspricht ca. 80 % der Gesamtbetriebsfläche) im Freiraumbereich zwischen Gut Capellen und der B56 in Swisttal-Buschhoven bzw. Morenhovener Wald. Dieser Bereich ist zurzeit richtigerweise mit der Freiraumfunktion ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich? betitelt. Dies entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten und ruft keinen Anlass hervor, diese Funktion in ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? pauschal umzuwidmen. <b>Wir haben sehr große Bedenken, dass die geplante Funktionsänderung unser Handeln und damit unsere betriebliche Existenz massiv gefährden wird.</b> In den folgenden Punkten werden wir dies begründen: 1. Unsere regionale Landwirtschaft trägt dazu bei, dass wir bislang eine zuverlässige Lebensmittelproduktion- und versorgung (bzw. Futtermittelproduktion- und versorgung) gewährleisten konnten. Wir dürfen Königswinter, NRW und die Bundesrepublik Deutschland nicht in die Abhängigkeit Anderer bringen. Wir wollen durch unser effizientes, wirtschaftliches und nachhaltiges Handeln unseren Selbstversorgungsgrad sichern. Daher ist es uns nicht ersichtlich, warum genau das Gebiet Gut Capellen /B56 umgewidmet werden soll. Um noch effizienter und landschaftsverträglicher zu werden, ist das Erreichen eines Schutzziels mittels Vertragsschutz denkbar. 2. Durch integrierten Pflanzenschutz lassen sich Umweltziele bis heute nachhaltig und effizient umsetzen. Nach fachlichen Überlegungen lässt sich schnell feststellen, dass ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten zu negativen Effekten führen wird. Als Beispiel sei hier erwähnt, dass Anstelle des einmaligen Einsatzes eines Totalherbizides die Fläche mindestens dreimal mechanisch bearbeitet werden muss. Daraus folgt, eine Zerstörung der Bodenstruktur (Folgen sind Erosionsschäden, verminderte Wasserhaltekapazität des Bodens) und ein exponentiell ansteigender Dieselpverbrauch. Die Qualitäten meiner Ernteprodukte würden rapide sinken und damit als Lebensmittel unbrauchbar werden. Ist das Nachhaltigkeit und Landschaftsschutz??? NEIN 3. Damit wir unseren Betrieb zukunftsorientiert weiter entwickeln können, muss uns die Option offenbleiben, bauliche</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Erweiterungen vornehmen zu können. Dies ist in einem Landschaftsschutzgebiet denkbar schwierig und verhindert die Entwicklung unserer regionalen Landwirtschaft. Ist das Nachhaltigkeit und Landschaftsschutz??? NEIN 4. Bei einer neuen Deklaration der Ackerfläche ist eine Wertminderung der Ackerfläche hervorsehbar. Diese Wertminderung wird nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Bürgerinnen und Bürger der Dorfgemeinschaft, sowie Kirchen und Gemeinden treffen. Dieser Umstand kann nicht im öffentlichen Interesse sein. 5. Die bäuerliche Landwirtschaft, die von der Bundesregierung gefördert werden soll, braucht Planungssicherheit. Dazu müssen die Ackerbauflächen langfristig erhaltenswert bleiben, um sichere Lebens- und Futtermittel produzieren zu können. Dazu sollten Gebiete ?zum Schutz der regionalen Landwirtschaft? errichtet werden. Nicht nur unsere Existenz, sondern die der gesamten deutschen landwirtschaftlichen Sparte wird erheblich in Gefahr gebracht- und damit in direkter Folge das tägliche Brot jedes deutschen Bundesbürgers. Vor dem Hintergrund unserer Stellungnahme fordern wir Sie dazu auf, von der Aufnahme unserer Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse (Gut Capellen/B56) abzusehen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwende und erwarte Ihre Rückäußerung mit großem Interesse. (anonymisiert)

AZ: Ö-O-955

1001985

1008007

#### Inhalt

Auf dem Grundstück, das ich und meine Frau bewohne (und das uns gehört) mündet der Huschelsbach in die Kall. Laut ihrer Karte soll es in ein reines Naturschutzgebiet umgewandelt werden. Dem widersprechen wir entschieden! Es ist ein wichtiges Erholungsgebiet auf dem täglich viele Wanderer über ausgewiesene Wanderwege spazieren, die sogar teilweise über unser Grundstück verlaufen. Daher macht es gar keinen Sinn, daraus ein reines Naturschutzgebuet machen zu wollen!

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.



AZ: Ö-O-956

1001985

1008008

#### Inhalt

Unser Grundstück finden Sie in der beigegefügt Karte [ANONYMISIERT]. Laut Ihrem Neuaufstellungsplan wollen Sie unser Grundstück in ein reines Naturschutzgebiet umwandeln. Dem widersprechen meine [ANONYMISIERT] entschieden! Es macht keinen Sinn, da uns dort nicht nur unsere Familie häufig besuchen kommt, sondern es sich um ein wichtiges Naherholungsgebiet mit vielen Wanderern und Radfahrern handelt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-O-957	
1001819	
1003177_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln.1. Allgemein Es war für mich fast nicht möglich aus dem von Ihnen zur Verfügung gestellten Kartenmaterial meine Betroffenheit festzustellen. Nur aufgrund Hilfe Dritter wurde ich heute erst fündig. Ich befürchte, ich bin betroffen. (anonymisiert)</p> <p>2. Persönliche Betroffenheit</p> <p>Nach Sicht der Karten bin ich wie folgt betroffen:</p> <p>a. Gemarkung Ägidienberg, Flur 25, Flurstück 156</p> <p>b. Gemarkung Ägidienberf, Flur 25, Flurstück 164</p> <p>c. Gemarkung Oberhau, Flur 12, Flurstück 194</p> <p>d. Gemarkung Oberhau, Flur 12, Flurstück 225</p> <p>e. Gemarkung Oberhau, Flur 12, Flurstück 244</p> <p>f. Gemarkung Oberhau, Flur 12, Flurstück 247</p> <p>Diese Grundstücke stellen die Basis meines Landwirtschaftlichen Betriebes dar, den ich seit mehr als 20 Jahren als <b>einzigste Erwerbsquelle</b> nutze. Ich betreibe an diesem Ort eine Pensions und Ausbildungs Pferdehaltung mit exzelem Namen!</p> <p>Nun möchten Sie sämtliche meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen.</p> <p>Dieser Planung <b>widerspreche ich</b> und <b>erwarte</b>, dass diese Planung zurückgenommen wird!</p> <p>Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebes existenziell gefährden. Die Nutzung zur Pferdehaltung und die Möglichkeiten der Ausbildung meiner Zuchtprodukte (Pferde) würden zu Nichte gemacht, zumindest nicht mehr wirtschaftlicher Planung standhalten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzung ein (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Sie geben lediglich Vorgaben für die naturschutzfachliche Umsetzung (BSN Z 20). Damit ist also nicht zwingend eine Ausweisung als Naturschutzgebiet verbunden. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind .</p> <p>Die Festlegungen der BSN fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Den BSN liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die beschriebene landwirtschaftliche Nutzung kann auch weiterhin innerhalb eines BSN aufrecht erhalten werden.</p>

**Inhalt**

Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln.2. Persönliche Betroffenheit Nach Sicht der Karten bin ich wie folgt betroffen:a. Gemarkung Ägidienberg, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert) b. Gemarkung Ägidienberf, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert) c. Gemarkung Oberhau, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert) d. Gemarkung Oberhau, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert) e. Gemarkung Oberhau, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert) f. Gemarkung Oberhau, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert)

Diese Grundstücke stellen die Basis meines Landwirtschaftlichen Betriebes dar, den ich seit mehr als 20 Jahren als **einzigste Erwerbsquelle** nutze. Ich betreibe an diesem Ort eine Pensions und Ausbildungs Pferdehaltung mit exzelem Namen! Nun möchten Sie sämtliche meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen. Dieser Planung **widerspreche ich** und **erwarte**, dass diese Planung zurückgenommen wird! Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebes existenziell gefährden. Die Nutzung zur Pferdehaltung und die Möglichkeiten der Ausbildung meiner Zuchtprodukte (Pferde) würden zu Nichte gemacht, zumindest nicht mehr wirtschaftlicher Planung standhalten. Der Betrieb wurde bereits 1969 durch meine Eltern erworben und erbaut, bin darin selber ausgewachsen und habe seit dem Jahr 2000 hier meine Selbstständigkeit. Alle bisherigen Auflagen wurden auf genaueste Weise befolgt, sind genehmigt und es gab niemals deshalb Ärger.(anonymisiert)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-958

1002279

1011609

**Inhalt**

Das ist ein sehr ungünstiger Platz für ein Industriegebiet.

Die Straßen müssten neu gemacht werden, da hier kein Großverkehr fahren kann.

Das Gebiet liegt zwischen 2 ursprünglichen Dörfern mit Wohngebieten und Landwirtschaft.

Durch Bodenversiegelung kann es zu weiteren Bodenerosionen kommen. Die Wälder sind hier schon durch Trockenheit sehr geschädigt.

Tiere verlieren weiter ihre Lebensräume, das Wasser in den Bächen ist bisher sehr gut, was sich verändern würde.

Kinder verlieren ihre Spielflächen.

Naherholungsgebiet ginge verloren.

Umbauten Waren notwendig, die mit viel Schmutz und Lärm belastet würden.

Dringend benötigte Landwirtschaftsflächen gingen verloren.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-O-959	
1001952	
1009147	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin gegen die geplante Streckenführung durch die Helmholzstrasse in Brauweiler da dadurch die schöne Parkanlage, Wohnqualität, Ortscharakter, Verkehrsaufkommen und dadurch weiter entstehenden negativen Auswirkungen entstehen werden! Zudem ist die Anbindung nach Niederaussem und Köln via Bocklemünd keine Verbesserung der Anbindung!</p> <p>Weiden-West wäre in diesem Punkt viel Aktraktiver!</p> <p>Bitte bemühen sie sich um eine zweckdienlireche und Ortsehaltendere Streckenführung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

AZ: Ö-O-960	
1001993	
1008003	
<b>Inhalt</b> Zu der Neuaufstellung Regionalplan Köln erhebe ich hiermit Einspruch. Ich wirtschaftete als aktiver Landwirt in den Gemarkungen Koslar Barmen und Merzenhausen, wo ein Großteil meiner Flächen von dieser Neuaufstellung betroffen sind. Da zum heutigen Zeitpunkt hieraus resultierende Konsequenzen für mich nicht erkenntlich sind, widerspreche ich den geplanten Vorhaben.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

AZ: Ö-O-961	
1002118	
1003184_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) Beitrag: Einbringung eines Gliederungsraumes im Bereich Naturschutz, Hochwasserschutz und Retentionsraum zur gleichzeitigen Gewinnung von Grundwasser. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten sind auch noch denkbar. So soll die Nutzung der Flächen nicht der Landwirtschaft entzogen werden sondern durch eine Neuausrichtung der Ertragsgewinnung dem neuen Sachstand gerecht werden. Die Ausgestaltung im Freiraum zum Zwecke der Naherholung ist beabsichtigt und dringend erforderlich. Die Planungen zur Erweiterung der Wohnbebauung, hier speziell die Ortserweiterung von Odendorf durch die Projektierung -Bauen an der Schiene-. Die ?Flutrinne?. Basierend auf dem Biotopverbund / Landschaftsschutzgebiet. Objektkennung: LSG-5207-0007 Objektbezeichnung: LSG-Gewässersystem Swistbach Schutzgebietstyp (Designation Type): Nationaler Schutzgebietstyp (NationalDesignationType) Gebietstyp: Landschaftsschutzgebiet (DE07) Kurzbeschreibung der Projektierung. Die räumliche Ausdehnung ist auf den beiden beigefügten Plänen dargestellt. Das Raster ist in einer groben Skizzierung gewählt. Eine Feinjustierung ist durch eine detaillierte Planung erforderlich. Der Zweck ist in erster Linie gedacht, den Hochwasserschutz für die Ortslage Odendorf zu verbessern. Im Weiteren ergeben sich daraus Schutzfunktionen für die nachfolgenden Orte Ludendorf, Essig, Miel, sowie Niederdrees. Die Schutzfunktion ist durch ein Sperrbauwerk gedacht, welches den Durchfluss regulieren kann, um die maximale Wassermenge auf die innerörtliche Bachkapazität zu begrenzen. Die Lage dieses Bauwerks liegt auf Höhe der Monikastrasse um dem notwendigen Gefälle gerecht zu werden. Der Überschuss soll dann in die Fläche geleitet werden, um sich dort zu verteilen und nicht dem Bachlauf folgend wiedereinzutreten. Der Verlauf der Retentionsfläche folgt dem ursprünglichen Verlauf eines historischen Gewässerverlaufs. Die Wässer, diese münden hinter der Ortslage Niederdrees in den Wallbach unterqueren die A61 um dann etwa auf der Höhe von Morenhoven in die Swist zu münden. Die Ausgestaltung der Flutrinne ist im Detail auszuarbeiten. Verwendungszwecke sind angedacht als Nutzfläche für die Landwirtschaft. Wasserspeicherung zur Ergänzung / Wiederauffüllung der Grundwasserspeicher. Naherholung. Biotopverbund. Zum Biotopverbund ist noch der Hinweis, die ehemalige Ausführung des Landschaftsplanes ist durch den Bau der Bio-Energie Anlage Althausen unterbrochen worden. Mit der veränderten Streckenführung, die weiter südlich wieder den Anschluss an den Biotopverbund Orbach/Steinbach findet, ist der Zweck wiederhergestellt. Meine Ausführung zu dem Vorschlag sind teilweise geprüft und nachvollzogen worden. Wir haben hier vor Ort einige Diskussionen über den Hochwasserschutz und die Folgen des Klimawandels geführt. Daraus ergibt sich die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden Stehende Gewässer ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha sowie alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km<sup>2</sup> gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere, nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Die Festlegung umfasst neben dem jeweiligen Gewässer auch die Uferbereiche und orientiert sich an den bestehenden Gewässerflächen. Die vorgeschlagene Festlegung entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.</p>

<p>Notwendigkeit des Handelns. Um dem eine Vorschub zu geben und nicht weitere Zeit verstreichen zu lassen, möchte ich die Aufnahme in den Regionalplan erreichen. Sollten weitere Fragen entstehen, bitte ich um Rückmeldungen ihrerseits. (anonymisiert)</p>	
--	--



AZ: Ö-O-963	
1002356	
1009250	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bin Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen im Raum 50181 Bedburg und ein sogenannter ruhender landwirtschaftlicher Betrieb. Meine landwirtschaftlichen Flächen habe ich an Vollerwerbsbetriebe aus der Region mit intensiver ackerbaulicher Nutzung langfristig verpachtet. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6 ha der Fläche, die ich besitze und einer meiner Pächter bewirtschaftet, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung"</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Erftkreis, Bewirtschafter [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Lage: Gemarkung Titz, [ANONYMISIERT], Ackerland 23310 m², geplantes Gebiet: Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung</li> <li>• Rhein-Erftkreis, Bewirtschafter [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Lage: Gemarkung Titz, [ANONYMISIERT], Ackerland 37499 m², geplantes Gebiet: Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für mich sowie für meinen landwirtschaftlichen Pächter existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-964	
1001981	
1009259	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Öffg Neuaufstellung Regionalplan</b></p> <p>Zu der Planung für den Neubau bzw die Erweiterung der Straßenbahnverbindung duch Brauweiler hindurch entlang der Helmholzstraße:</p> <p>Folgende Punkte sind für mich ein Grund, diesem Vorhaben zu widersprechen:</p> <p>1 - die neue Linie würde an vielen Stellen den Schulweg kreuzen - das ist lebensgefährlich für Fußgänger und Fahrradfahrer, die diese Wege rege nutzen (die Umwelt und CO2 Bilanz bedankt sich dafür!) Schaut man sich die Unfallstatistiken an, passieren sehr viele Unfälle genau in der Verbindung Straßenbahn mit Fußgängern und Fahrradfahrern. Und da es dann auch Straßenkreuzungen betrifft, steigt die Unfallgefahr extrem! Besonders bei jungen Menschen, die schnell ablenkbar sind.</p> <p>2 - Der Grünstreifen entlang der Helmholzstraße, welcher dem Trassenneubau komplett weichen würde, ist nich nur ein viel genutztes Naherholungsgebiet zm Verweilen und für Spaziergänge sondern eben auch ein viel genutzer Schulweg. Es müßte alter Baumbestand abgeholzt werden - eine Katastrophe für die eh so gebeutelte Natur und die CO2 Bilanzen, es würde Bauweiler an sich doch stark abwerten.(siehe Punkt 3)</p> <p>3 - <b>Brauweiler ist bereits bestens an das ÖPNV angebunden!</b> Es bestehen mehrere Buslinien, die Brauweiler mit Pulheim, Frechen Königsdorf, Köln Weiden West, Frechen Zentrum etc verbinden. Mit diesen Buslinien lassen sich binnen 10-15 Minuten 3 Bahnhöfe erreichen (Frechen Königsdorf, Köln Weiden West und Pulheim), von wo man dann weiter nach Köln, Düren, Aachen, Mönchengladbach usw gelangen kann. Weiden West hat auch einen P+R Parkplatz sowie eine direkte Anbindung der Straßenbahn Richtung Köln Zentrum. Somit hat eine eigene Straßenbahnlinie in Brauweiler keinerlei Mehrwert, weder durch bessere Erreichbarkeit noch durch gestiegen Lebensqualität - im Gegenteil. Baumbestände und Parkanlagen werden zerstört, Schulwege werden deutlich gefährlicher gestaltet, gestiegene Lärmbelästigung durch Straßenbahnbremsen und Gleisgeklapper, chaotischerer Verkehr insgesamt entlang der Linie mindern die Wohnqualität der Anwohner.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

AZ: Ö-O-965	
1001201	
1003195_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir haben einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Milchkühen, Legehennen und Ackerbau in Wegberg Schwaam [ANONYMISIERT]. Wir möchten nicht das unsere bewirtschafteten Flächen als Flächen für Schutz der Natur, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung oder als Überschwemmungsbereiche ausgeschrieben werden. Wenn wir auf unseren Flächen nur noch eingeschränkt düngen und Pflanzenschutz betreiben können, seh ich unsere Existenz stark gefährdet. Wir bewirtschaften unseren Betrieb seit fast 4 Jahrhunderten und würden gerne weiter unseren Betrieb bewirtschaften. Daher bitte ich Sie diese Pläne noch mal stark zu überdenken.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers</p>

einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-966	
1001940	
1005230	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit der Neuaufstellung des Regionalplans schränken Sie unsere grundgesetzlich geschützten Eigentumsrechte ein. Wir sind Eigentümer der Flurstücke: Gemeinde Mechernich, Gemarkung Glehn, [anonymisiert]. Diese Flurstücke werden landwirtschaftlich genutzt. Sie überlagern diese Flächen mit einer BSLE Darstellung. Uns ist bekannt, dass Ihr Regionalplan keine direkte Wirkung auf uns als Bürger / Eigentümer hat, Ihre Planung wird aber der Auslöser für eine weiterhin geltende Unterschutzstellung durch die UNB des Kreises Euskirchen sein. Der von der Kommission der europäischen Union in den letzten Tagen vorgelegte Verordnungsentwurf zum Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelanwendungsstopp in Schutzgebieten träge uns über die Sozialpflichtigkeit hinausgehend. Wir fordern daher, dass Sie die BSLE - Darstellung für unsere Flächen aufheben. Selbst das Argument, dass auch bisher schon eine entsprechende Darstellung im Regionalplan vorhanden war, entlastet Sie nicht. Die sich bisher aus der BSLE-Darstellung (und in der Folge durch die Landschaftsschutzgebiete) abgeleiteten Einschränkungen waren für uns umsetzbar und betrafen nicht die landwirtschaftliche Nutzung. Der von der EU-Kommission eingebrachte Verordnungsentwurf erschließt eine völlig neue Belastungssituation, die von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht mehr gedeckt ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-967	
1001994	
1005232	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Landwirt und bewirtschafte Flächen im Stadtgebiet Mechernich. Rund die Hälfte meiner bewirtschafteten Flächen fallen in das ausgewiesene Gebiet .Durch die Ausweisung der roten Gebiete bin ich in meiner Bewirtschaftung schon stark eingeschränkt gegenüber meiner Berufskollegen die nicht in roten Gebieten arbeiten.Sollte dem Plan stattgegeben werden und damit verbunden weitere Einschränkungen sehe ich meine Zukunft bzw. die meines Sohnes zur Weiterbewirtschaftung meines Betriebs als gefährdet an.Die Flächen werden entwertet und durch mangelnde Düngung und Pflanzenschutzmittelverbote fallen die Erträge geringer aus bzw. ein Anbau von bestimmten Kulturen rentiert sich nicht.Mein Betrieb arbeitet somit nicht mehr Kostendeckend bzw. Gewinnorientiert. Folglich werde ich meinen Betrieb aufgeben müssen, da ich meine Familie nicht mehr ernähren kann. Ich bin somit gegen eine Neuaufrstellung und Ausweisung von Schutzgebieten .</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-968	
1001202	
1008106	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bzgl. der Neuaufstellung des Regionalplanes NRW für 2022 lege ich Einspruch ein. Ich bin Betriebsleiter des landwirtschaftlichen Betriebs [ANONYMISIERT] in der Landgemeinde Titz, Jülicher Börde.</p> <p>Begründung: 1. Die Ausweisung als "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" betrifft meine gesamte Betriebsfläche und wird mich massiv in der meiner agrarlandwirtschaftlichen Tätigkeiten behindern. Dies bedeutet eine sehr starke Existenzgefährdung für meinen Betrieb. 2. Bereits heute führen wir nachhaltig agrarwirtschaftliche Wertschöpfung durch, die Definition als BSLE erschließt sich mir nicht und wird zukünftige nachhaltige Agrarlandwirtschaft unmöglich machen. Ich behalte mir vor, einzeln oder gebündelt mit weiteren benachbarten Landwirtinnen und Landwirten rechtliche Schritte einzuleiten. Ich bitte um Ihr Verständnis.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-969	
1002008	
1005234	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Flächen meines landwirtschaftlichen Betriebs befinden sich im Gebiet der Stadt Schleiden (53937) in der Nähe der Ortschaften Dreiborn, Herhahn, Morsbach, Scheuren und Schönesseifen. Im Entwurf des Regionalplan Köln (Stand Dezember 2021) werden sämtliche Flächen, die durch den Betrieb bewirtschaftet werden, entweder als Gebiet zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Bewirtschaftung oder als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen. Ein Verbot der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln sowohl in Landschafts- als auch in Naturschutzgebieten würde daher nicht weniger als die Zwangsökologisierung unseres vollständigen konventionell bewirtschafteten Betriebs bedeuten. Die Kulturen müssen jedoch mit Fachwissen und unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Aspekte mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden, damit wir diese gesund erhalten können. Es erscheint uns unverantwortlich, diese ansonsten resultierenden enormen Ertrags- und Qualitätseinbußen für unseren Betrieb und die globale sowie europäische Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln zu akzeptieren. Die pauschale Reduktion von Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent bis 2030 und das Totalverbot der Ausbringung in Schutzgebieten, erscheint uns nicht wissenschaftlich fundiert sondern rein populistisch. Diese hätte für uns eine enorme Wertminderung des Eigenlandes sowie der Pachtverträge zur Folge, da auch ohne Ausgaben für Pflanzenschutzmittel der Ertrag pro Fläche deutlich zusammenschrumpfen würde, was einer Teilenteignung gleich käme. Wir fordern daher 1) die Landschaftsschutz- und die Naturschutzgebiete von dem Totalverbot auszunehmen, 2) die Ausweitung der Schutzgebiete nicht umzusetzen, 3) Investitionsförderungen für den effizienteren Pflanzenschutzinsatz auch für kleine Familienbetriebe, wie unseren, attraktiv zu gestalten, damit wir nicht auf der Strecke bleiben, 4) gleiche Regelungen im gesamten GAP-Gebiet, 5) Besteuerung von EU-Importen, um die wirtschaftlichen Nachteile für die in der EU tätigen Betriebe auszugleichen und 6) die Überdenkung der willkürlich erscheinenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-O-970	
1001202	
1010213	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ergänzend zum Einspruch vom 31.08.2022 9:52 finden Sie bitte anbei die konkreten betroffenen Gebiete - vgl. Anhang. Mein Betrieb ist von 4.3.2 / G30 BSLE S. 103 der textlichen existenzbedrohend betroffen. Text des Einspruchs folgend. bzgl. der Neuaufstellung des Regionalplanes NRW für 2022 lege ich Einspruch ein. Ich bin Betriebsleiter des landwirtschaftlichen Betriebs "ANONYMISIERT" in der Landgemeinde Titz, Jülicher Börde. Begründung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Ausweisung als "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" betrifft meine gesamte Betriebsfläche und wird mich massiv in der meiner agrarlandwirtschaftlichen Tätigkeiten behindern. Dies bedeutet eine sehr starke Existenzgefährdung für meinen Betrieb</li> <li>2. Bereits heute führen wir nachhaltig agrarwirtschaftliche Wertschöpfung durch, die Definition als BSLE erschließt sich mir nicht und wird zukünftige nachhaltige Agrarlandwirtschaft unmöglich machen</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-971	
1001913	
1005235	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Ortslandwirt der Gemeinde Hellenthal habe ich versucht mich mit dem Landschaftsplan vertraut zu machen soweit es für mich möglich war. Ich mußte feststellen,dass es sehr viele Flächen gibt die stark dunkelgrün schraffiert sind, d.h. "Schutz der Natur". Man muss hierbei bedenken,dass diese Flächen vielfach zur Beweidung genutzt werden was dem Erhalt dieser Flächen zugute kommt. Dieser Aspekt wird meiner Meinung nach zu wenig brücksichtigt, da eine leichte Beweidung und Naturschutz im Einklang stehen sollte dies unbedingt berücksichtigt werden, deshalb sollte unbedingt mit den Ortslanwirten und den betroffenen Landwirten Rücksprache gehalten werden um Spannungen und Bedenken im Vorfeld zu beseitigen. Ich stehe gerne für Rücksprachen und Klärungsgespräche zur Verfügung [anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-972

1002234

1003206\_001

## Inhalt

### Sachverhalt

Die Firma (anonymisiert) betreibt am Standort (anonymisiert) einen Recyclingpark zur Lagerung und Behandlung von Abfällen. Hierzu gehört u.a. auch eine LVP-Sortieranlage (Leichtverpackungen), eine Kunststoffrecyclinganlage trocken, eine Kunststoffrecyclinganlage nass als (anonymisiert) mit dem Kooperationspartner(anonymisiert), sowie Aufbereitungsanlagen zur Herstellung von hochwertigen Ersatzbrennstoffen und RC - Baustoffen. Im Rahmen der dynamischen Entwicklung erweitert das Unternehmen seine Betriebsstätte derzeit im Rahmen eines B-Planverfahrens Gewerbegebiet (anonymisiert) mit der 2. Änderung des B-Plans, anhängig bei der Gemeinde Swisttal und dem Rhein ? Sieg ? Kreis.Die Gesamtfläche inklusive der entstehenden Erweiterung für den Betrieb der (anonymisiert) beträgt ca. 103.352m², in Summe > 10ha.Durch die immer stärkeren äußeren Einflüsse soll zum Schutz von Ressourcen eine Fläche im Regionalplan vorgesehen werden, die darauf abzielt der geopolitischen Lage Rechenschaft zu tragen in Form vom Anbau und Kultivierung regenerativer Energien und Ausweitung von gewerblich industriell nutzbaren Flächen. Die Karte Bild 1 zeigt exemplarisch den aktuellen Standort der (anonymisiert) inkl. dem derzeit beim Rhein ? Sieg ? Kreis und der Gemeinde Swisttal anhängigem Bauleitverfahren. Auf der Karte Bild 2 und Bild 3 des Regionalplans sind exemplarisch alle Flächen dargestellt, welche zukünftig für eine biobasierte Energieernte und Recyclingprozesse zur Verfügung stehen sollen um so langfristig die geopolitischen Ziele unserer Gesellschaft als auch die Energieautarkie und Entsorgungsautarkie für Ollheim und NRW gemäß dem Abfallwirtschaftsplan NRW schaffen soll.Ein Synthesegasanlagenpark soll Brennstoff aus Biomassen und sonstigen energiereichen Materialien herstellen. Das erzeugte Synthesegas wird zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet werden.Der Strom selbst soll vor Ort für Recyclingprozesse gewonnen und verbraucht werden. Die Wärme soll zum Teil vor Ort für die Trocknung der Brennstoffe, welche dann wieder in der Synthesegasanlage eingesetzt werden können, zum anderen Teil kann die Wärme zum Heizen von Gebäuden, Hallen, oder innovativen landwirtschaftlichen Konzepten verwendet werden.Dadurch werden langfristig die Recyclingquoten erhöht, der Ressourcenverbrauch reduziert und der CO2-Ausstoß gesenkt.

[s. Anhang Abb. 1003206\_001\_1]

[s. Anhang Abb. 1003206\_001\_2]

## Abwägung

### **Typ**

Anregung/Bedenken

### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### **Erläuterung**

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).

Aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Swisttal ID 1005042 werden die angeregten GIB Darstellung teilweise in den Entwurf übernommen.

## Zusammenfassung

Die Firma (anonymisiert) sieht auf Grund der dynamischen Entwicklung die Notwendigkeit die umliegenden Flächen als gewerblich industrielles Gebiet zur Gewinnung nachhaltiger Energie- und Rohstoffträger und Recyclingprozessen zu erweitern.

Die Karte Bild 1 zeigt exemplarisch den aktuellen Standort der (anonymisiert) inklusive dem derzeit beim Rhein ? Sieg ? Kreis und der Gemeinde Swisttal anhängigem Bauleitverfahren, ca. 103.352m<sup>2</sup>, in Summe > 10ha. Auf der Karte Bild 2 und Bild 3 des Regionalplans sind exemplarisch alle Flächen dargestellt, welche zukünftig für eine biobasierte Energieernte und Recyclingprozesse zur Verfügung stehen sollen um so langfristig die geopolitischen Ziele unserer Gesellschaft als auch die Energieautarkie und Entsorgungsautarkie für Ollheim und NRW gemäß dem Abfallwirtschaftsplan NRW schaffen soll. Ein systemrelevanter Betrieb benötigt entsprechend Fläche auf Grund der politischen Diskussion und der Endlichkeit der Verfügbarkeit von Rohstoffen. Die (anonymisiert) hat durch innovative Verfahren im Rahmen von Förderprogrammen wie Ressource.NRW oder der KfW bewiesen, dass CO<sub>2</sub> ? Einsparungen möglich sind durch Reduzierung von Transportdienstleistungen und durch Erhöhung der recycelten Mengen, welche dadurch im Kreislauf gehalten werden können. Ein Synthesegasanlagenpark soll Brennstoff aus Biomassen und sonstigen energiereichen Materialien herstellen. Das erzeugte Synthesegas wird zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet werden. Der Strom selbst soll vor Ort für Recyclingprozesse gewonnen und verbraucht werden. Die Wärme soll zum Teil vor Ort für die Trocknung der Brennstoffe, welche dann wieder in der Synthesegasanlage eingesetzt werden können, zum anderen Teil kann die Wärme zum Heizen von Gebäuden, Hallen, oder innovativen landwirtschaftlichen Konzepten verwendet werden. Zielgerichtete Energiegewinnung und Kreislaufwirtschaft unter den Rahmenvorgaben des Green Deals der EU werden somit in regionalen Strukturen zur Einsparung vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß umgesetzt.

Die Karte Bild 1 zeigt exemplarisch den aktuellen Standort der (anonymisiert) inklusive dem derzeit beim Rhein ? Sieg ? Kreis und der Gemeinde Swisttal anhängigem Bauleitverfahren, ca. 103.352m<sup>2</sup>, in Summe > 10ha. Auf der Karte Bild 2 und Bild 3 des Regionalplans sind exemplarisch alle Flächen dargestellt, welche zukünftig für eine biobasierte Energieernte und Recyclingprozesse zur Verfügung stehen sollen um so langfristig die geopolitischen Ziele unserer Gesellschaft als auch die Energieautarkie und Entsorgungsautarkie für Ollheim und NRW gemäß dem Abfallwirtschaftsplan NRW schaffen soll. Ein systemrelevanter Betrieb benötigt entsprechend Fläche auf Grund der politischen Diskussion und der Endlichkeit der Verfügbarkeit von Rohstoffen. Die (anonymisiert) hat durch innovative Verfahren im Rahmen von Förderprogrammen wie Ressource.NRW oder der KfW bewiesen, dass CO<sub>2</sub> ? Einsparungen möglich sind durch Reduzierung von Transportdienstleistungen und durch Erhöhung der recycelten Mengen, welche dadurch im Kreislauf gehalten werden können. Ein Synthesegasanlagenpark soll Brennstoff aus Biomassen und sonstigen energiereichen

Materialien herstellen. Das erzeugte Synthesegas wird zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet werden. Der Strom selbst soll vor Ort für Recyclingprozesse gewonnen und verbraucht werden. Die Wärme soll zum Teil vor Ort für die Trocknung der Brennstoffe, welche dann wieder in der Synthesegasanlage eingesetzt werden können, zum anderen Teil kann die Wärme zum Heizen von Gebäuden, Hallen, oder innovativen landwirtschaftlichen Konzepten verwendet werden. Zielgerichtete Energiegewinnung und Kreislaufwirtschaft unter den Rahmenvorgaben des Green Deals der EU werden somit in regionalen Strukturen zur Einsparung vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß umgesetzt.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003206\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003206\\_001\\_2.pdf](#)

AZ: Ö-O-973	
1002166	
1005236	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Neuaufstellung Regionalplan: Mit dem Vorhaben "Umwandlung folgender landwirtschaftlichen Flächen in Landschaftsschutzgebiete" sind wir nicht einverstanden. Grundbuchbezirk Laurensberg [anonymisiert].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-974

1001793

1004856

#### Inhalt

Der Regionalplanung in der aktuellen Phase möchte ich für die Gebiete Eiskaulenweg, Flehbachau und auch südl. Kleinfeldchensweg in Köln-Brück wehemend widersprechen.

Der Eingriff in die seit mehreren Jahrzenten existierende Natur- und Biotop-Landschaft dient aktuell als Naherholungsgebiet für viele Tausend Menschen täglich, die hier spazieren gehen, mit dem Fahrrad fahren, ihren Sport ausüben oder vielleicht auch nur ihren Hund ausführen oder den öffentlichen Grillplatz benutzen. Der Alt-Baum- und Tierbestand ist von großer Bedeutung für die Natur und ebenso für das gesamte Klima in Brück, was man aktuell diesen Sommer wieder gut beobachten konnte.

Auch die Bäume auf der sog. BrückerBirnbäumAllee entlang des Eiskaulenwegs welche seit 2 Jaren durch die Bürgergemeinschaft Köln-Brück ehrenamtlich gepflegt und gehegt werden ist von großer Bedeutung für den Stadtteil Brück und die dortigen Menschen.

Weiterhin möchte ich anmerken, dass sich die Ihrerseits in der Planung befindlichen Flächen durch die Neu-Anwohner "rechts und links" der Astrid-Lindgreen-Allee (Neubaugebiet) als Grün-Ausgleichsfläche mit viel Geld bezahlt wurden. Alleine dieser Umstand macht eine Planung gemäß Ihrer Vorgehensweise undenkbar. Es handelt sich somit bereits um Grünausgleichsflächen.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

AZ: Ö-O-976	
1002240	
1009264	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Neuaufstellung Regionalplan Köln /Stellungnahme als Betroffener</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 220 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 110 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhein-Erftkreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Titz, [ANONYMISIERT], Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erftkreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Titz, [ANONYMISIERT], Bereiche für Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erftkreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Königshoven, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Rhein-Erftkreis, Bewirtschafter: [ANONYMISIERT], Eigentümer: [ANONYMISIERT], Gemarkung Königshoven, [ANONYMISIERT], Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> <li>• Gesamt also ca. 110 ha !!!!!</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

AZ: Ö-O-977	
1002120	
1003215	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Grünschneise muss zwingend erhalten werden. Die über 10.000 Einwohner nutzen dieses Gebiet zur Naherholung- ohne Autos zu benutzen also ohne Umweltschädigung.</p> <p>Es gibt sehr viele leerstehende Häuser. Hier sollten die Eigentümer motiviert werden, diese zu vermieten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-978	
1001843	
1005237	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer einer landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Gemarkung Zülpich-Rövenich. Wenn ich die Seitens der Bezirksregierung zur Verfügung gestellten zeichnerischen Festlegung im Maßstab 1:50 000 bzw. 1:200 000 richtig deute, liegen meine Fläche im geplanten neuen Trinkwasserschutzgebiet. Wie die aktuelle wirtschaftliche Lage zeigt, machen wir uns immer mehr abhängig von anderen Staaten. Die Fläche dient dem heimischen Anbau landwirtschaftlicher Produkte (Rüben, Getreide) für unser Land. Eine Veränderung des Regionalplanes in diesem Gebiet könnte die Dünger- und Spritzmittel-Anwendung einschränken, wenn nicht sogar verbieten. Die einhergehenden Ertragseinbussen stiegen ins Unermessliche, ebenso würde eine Neuverpachtung der Flächen beinahe unmöglich. Unserer Familie würden damit wesentliche Einkunftseinbußen entstehen. Eine einhergehende Verwilderung der Fläche kann auch nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen. Unserem Land ist nicht gedient damit, hiesige Flächen zu schützen, um dann ausländische Produkte (vermeintlich teuer bzw. günstiger) einzukaufen, deren Herkunft auf 'ungeschützten' Flächen erfolgte. Unsere Flächen verkommen mit der Zeit und ausländische Investoren ziehen den Ertrag ein. Mit der geplanten Änderung des Regionalplanes bin ich nicht einverstanden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Zülpich-Rövenich liegt im Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG). Die Abgrenzung basiert auf der Wasserschutzzone III A des wasserwirtschaftlich geplanten Wasserschutzgebiets Oberelvenich. Gemäß Anlage 3 zur LandesplanungsDVO in der Fassung vom 28.04.2022 legt der Regionalplan solche Zonen vorsorgend als BGG, Planzeichen 2g, fest. Damit sollen Nutzungen verhindert werden, die das wasserwirtschaftliche Festsetzungsverfahren gefährden. Die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung ist ein hohes Gut. Die konkreten Nutzungsbeschränkungen sind der geplanten Wasserschutzgebietsverordnung zu entnehmen.</p>

AZ: Ö-O-979	
1002009	
1009268	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit vorwiegend ackerbaulicher Nutzung (etwa 99 ha), aber auch mit Grünlandnutzung (etwa 16 ha) in Kerpen-Balkhausen. Meine Flächen liegen entlang der Erft zwischen Kerpen Brüggen und Kerpen.</p> <p>Wenn ich den Plan richtig verstehe liegen meine Flächen alle in Bereichen, die entweder dem "Schutz der Natur" oder dem "Schutz der Gewässer" zugeordnet sind.</p> <p>Ich bin in größter Sorge, dass es durch eventuelle Einschränkungen, besonders in Bezug auf Düngung und Pflanzenschutz, zu der Situation kommt, dass die Acker- und Grünlandflächen nicht mehr in einem Maße bewirtschaftet werden können, die eine Ernte qualitätssicher (Qualitäten von Brotweizen, u.a.) und ertragssicher, d.h. wirtschaftlich sinnvoll, machen.</p> <p>Die diversen Vorlagen der Kreisbauernschaft Köln/Rhein-Erft-Kreis, der Landwirtschaftskammer und der Zuckerfabriken, die Ihnen gewiss vorliegen stellen dies genau dar.</p> <p>Wir als Landwirte (Bauern) und ich als einzelner Bauer versuchen seit ich denken kann, im Einklang mit der Natur zu wirtschaften nach dem Motto: Die Natur kann ohne uns, wir aber nicht ohne sie. Dies wird uns in letzter Zeit, meinem Gefühl nach; kollektiv abgesprochen.</p> <p>Die Arbeit als Bauer auf dem Feld macht mir nach wie vor Freude, die seit Jahrzehnten immer größer werdenden behördlichen Auflagen und Dokumentationspflichten nehmen mir immer mehr diesen Ansporn. Meine Erzeugnisse und die meiner Berufskollegen kann und konnte ich guten Gewissens "in meine Nahrungskette aufnehmen". Ich muss aber zunehmend mit sogenannten Nahrungsmitteln, die aus anderen Bereichen der Welt importiert werden, auch wirtschaftlich konkurrieren, die unter Voraussetzungen hergestellt werden, die in Deutschland teilweise seit Jahrzehnten schlicht und ergreifend verboten sind.</p> <p>Durch weitere Einschränkungen auf unseren Flächen wird dies massiv verstärkt und eine Vergleichbarkeit konterkariert. Auch wird die Selbstversorgung (regionale Erzeugung) immer weiter eingeschränkt und die Versorgung mit "eigenen Nahrungsmitteln" ist dann fast nicht mehr möglich. Die momentane politische Situation zeigt dies mehr als deutlich.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Für meinen eigenen Betrieb sehe ich dies als existenzgefährdend an, wenn ich die Situation der vergangenen Jahre sehe, ist dies bereits latent so. Wir haben jetzt nicht nur mit dem Wetter, dem Weltmarkt und dem ungleichen europäischen Markt, sondern immer mehr mit den verstärkten Bemühungen der deutschen Einschränkungen zu tun. Dies macht mir immer mehr zu schaffen und auch Angst.

Die geplante Ausweisung würde dies verstärken und dem Ziel einer ausreichenden Selbstversorgung widersprechen.

Deshalb bin ich gegen eine Überplanung (mit der Betonung auf dem Über) der Ackerflächen und widerspreche der vorliegenden Planung.

Zusätzlich weise ich auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hin. Dabei sollen die Landschaftsschutzgebiete, die bei uns weit verbreitet sind und mit diesem Regionalplan weiter ausgeweitet werden, berücksichtigt werden.

Aus all diesen Gründen lehne ich eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie immer gearteten Schutzstatus (Vor was sollen die Flächen geschützt werden?) ab. Ich möchte die Flächen in zukünftigen Jahren nach wie vor bewirtschaften und dies den Nachbewirtschaftern auch ermöglichen. Dies habe ich mit einigen meiner Verpächter auch besprochen und bin da noch nie auf einen Dissens gestoßen.

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-O-980

1002121

1003222

#### Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bewirtschafte einen Milchviehbetrieb im oberbergischen Kreis und haben ca. 5 ha Fläche im Bereich Radevormwald Rädereichen die, wie in der Karte markiert ausgewiesen wird, GIB für Zweckgebundene Nutzung/GIB Regional, bebaut bzw. geändert werden soll.

Bei einer Grünlandbetriebsgröße von ca. 65 ha, wären hier fast 10 % meiner Fläche betroffen. Da wir über Jahre in die regionale Landwirtschaft investiert haben und unseren Betrieb exentiell an die Flächen gebunden sind, wäre ein Verlust dieser Flächen für uns nicht tragbar.

Aus diesem Grund möchten wir ganz klar Einspruch einlegen und Sie bitten Ihren Entschluss eindringlich zu überdenken.

Wir stehen im engen Austausch mit weiteren Landwirten und sind auch gewillt uns hier Rechtsbeistand einzuholen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-981	
1002379	
1003223_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Aufgrund der Neuaufstellung des Regionalplanes können durch Änderungen des Pflanzenschutzgesetzes <b>existenzbedrohliche</b> Gegebenheiten entstehen und Wertminderungen (Enteignung von Eigentumsflächen) der Landwirtschaftlichen Flächen. Dieses sollte auch für die zukünftige Nahrungsmittelsicherung berücksichtigt werden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-985	
1002071	
1004878	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Als Bewohnerin von Bergisch Neukirchen beziehe ich mich in meiner Stellungnahme ausschließlich auf diesen Ortsteil von Leverkusen, dargestellt auf "Blatt05: Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer Kreis". Hier insbesondere auf die neu als ASB ausgewiesenen Flächen im Bereich &lt;Am Plattenbusch / Tannenweg / Imbacher Weg&gt; und im weiteren Verlauf die Fläche zwischen &lt;Friedenstal und Knechtsgraben&gt; sowie &lt;Am Hang&gt; [s. Anhang Abb. 1004878_1]</p> <p>Bereits der in der Vergangenheit vorgestellte Flächennutzungsplan 2015 für Leverkusen hat heftige Bürgerproteste ausgelöst, sodass die Stadt Leverkusen eine Planwerkstatt unter der Führung des Planungsbüros Scheuevens, Wachten, Dortmund als Moderatoren und Organisatoren eingerichtet hat, an der sich etliche Bürger beteiligt haben. Die Ergebnisse der ?Planungswerkstätten zum neuen Flächennutzungsplan Leverkusen? wurden mit einer <i>Dokumentation der Werkstatt-Ergebnisse</i> zusammengefasst. Folgende Schwerpunkte wurden dabei untersucht:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Stadtbild und Identität</li> <li>2. Wohnen und Soziales</li> <li>3. Landschaft und Ökologie</li> <li>4. Verkehr und Mobilität</li> </ol> <p>Die erarbeiteten Ergebnisse sind nach wie vor aktuell und bekommen im Hinblick auf die brennenden Probleme wie Klimaschutz, Überhitzung, Überschwemmung, Eigenversorgung eine neue Wichtigkeit/Brisanz. Grob zusammengefasst lässt sich folgendes festhalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der bestehende Dorfcharakter muss mit seiner Qualität des Stadt- und Landschaftsbildes unbedingt erhalten bleiben. Wertvolle Freiräume dürfen nicht zerstört werden. Mit weiteren Flächenversiegelungen ist der Weg zur urbanen Bebauung nicht mehr weit: Überhitzung und Überschwemmung sind die Folgen.</li> <li>2. Ein weiterer Bevölkerungszuwachs wird in Frage gestellt. Wohnraumbedarf sollte durch Sanierung und Umnutzung von bestehenden, leerstehenden Gebäuden gedeckt werden. So könnte z.B. durch Schaffung von Alten-WG's Wohnraum für Familien frei werden. Erstrebenswert sind ebenso Mehrgenerationen-Häuser.</li> <li>3. <i>Zum Schutz der Landschaft, der ökologisch bedeutsamen Freiräume und der</i></li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



*Landwirtschaft sollte Bergisch Neukirchen in seiner baulichen Struktur so belassen werden, wie es heute ist. Dies schließt die großflächige Inanspruchnahme von Freiraum für Siedlungszwecke aus.* Landwirtschaftlich genutzte Flächen zu opfern ist weder nachhaltig noch zukunftsgerichtet. Felder und Wiesen in Stadtnähe sind nicht nur wichtig fürs Klima, sondern auch für die Selbstversorgung wie sich jetzt durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt. Im Gegenteil: Wiesen und Äcker sollten vermehrt werden, nicht zugepflastert. Bestehende Kaltluftschneisen sind gleichzeitig klimaaktive Flächen für Leverkusen. Felder, Täler und Wälder in Stadtnähe dürfen nicht zum Bauland werden.

4. Bergisch Neukirchen erleidet besonders zu den Stoßzeiten ein nur schwer verträgliches Verkehrschaos. Bereits heute ist die starke Belastung der B232 besonders problematisch. Eine zusätzliche Bebauung würde einen Verkehrsinfarkt nach sich ziehen. Eine Erweiterung der Burscheider Straße (B232) wird durch die örtlichen Gegebenheiten ausgeschlossen. Die Lebensqualität von Leverkusen hat in der Vergangenheit ständig abgenommen: Gesundheitliche Gefahren, ausgehend vom Chempark in Form von austretenden Gasen sowie Feinstaubbelastungen, versiegelte Flächen, in denen Giftmüll lagert, die neue Hochdruckgaspipeline, die weitere Gefahren birgt und in vielen Bereichen schon zur Umwälzung der Landschaft beigetragen hat, sowie neue zusätzliche CO<sup>2</sup>-Emissionen, verursacht durch die geplante Erweiterung der A3, bringen die Bewohner Leverkusens jetzt schon an die Grenzen zumutbarer Belastungen. Bestehende Naherholungsgebiete und noch vorhandene Natur dürfen nicht weiter reduziert werden!

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1004878\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-O-986	
1002031	
1008105	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit möchte ich meinen unmut gegen die Neuaufstellung des Regionalplans kund tun. Es ist nicht nachvollziehbar nach welchen Kriterien da entschieden worden ist. Es wird sich an keine Natürlichen Grenzen oder Abgrenzungen wie Wege gehalten, einfach quer durch. Als ob man die Hoffnung hat, dann wird er den rest auch noch stilllegen, womit die Fläche dann noch größer würde und bei der nächsten Planänderung dann noch dazu kommt. Ich selbst wäre Berieblisch auch mit ein mehrern ha Pachtfläche betroffen. Es kann aber nicht sein das über alles hinweg ein Plan entworfen wird ohne mit den Eigentümern gesprochen zu haben, das kämme einer kalten Enteignung gleich. Als aktiver Landwirt bin ich nicht gegen Natur- oder Umweltschutz im Gegenteil wir wollen alle unsere Kulturlandschaft erhalten. Naturschutz geht aber nur mit der Landwirtschaft wir sind diejenigen die mit den Maßnahmen nacher umgehen müssen. Sollte das land meinen, gewisse Flächen unter Naturschutz stellen zu müssen, sollen sie den Eigentümer auch dementsprechend entschädigen bzw. die Flächen rechtmäßig erwerben. Ich bin aber auch der Meinung das durch freiwillige Maßnahmen, die man im Rahmen verschiedener Programme zum Naturschutz oder Ecochems machen kann mehr erreicht. Ich jedenfalls werde für jede vorgeschriebene Maßnahme, egal ob das hier im Regionalplan ist oder die 4%Schwarzbrache auf EU-Ebene, eine freiwillige Maßnahme bei mir im Betrieb auslaufen lassen. Blühstreifen Vertragsnaturschutz etc. war für viele Interessant und wurde auch vergütet, aber es war freiwillig. Man konnte damit die Flächen so gestalten das sie bestmöglich zu ackern waren ohne zu viele Überlappungen etc. Bei der Willkür die in dem Regionalplan angewand wurde ist das auf vielen Teilschlägen kaum mehr möglich. Man muss bedenken das auch in der Eifel die moderne Technik einzug gehalten hat die es uns ermöglicht auch mit großem Gerät präzise zu arbeiten. Leider werden viele Schläge im Regionalplan aber nicht mehr mit großem Gerät befahrbar sein können. Ich appelliere deshalb an die Zuständigen das ganze nochmal gründlich zu überarbeiten und vorallem die Landwirte und Eigentümer mit ins Boot zu holen. Es bleibt auch zu bedenken ob die Landwirtschaft, die Landschaft und Natur nicht besser geschützt, wie eine sich selbst überlassene Fläche. Wir denken in Generationen und nicht nur bis zur Rente.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-987

1001820

1004984

#### Inhalt

Ich bin GEGEN der Bebauung des Grundstückes Nr. 8-809-010 in Neubrück. Die Grünfläche dient als Pfückfeld, grüne Oase und ist auch für Spaziergänge geeignet.

Eine oder mehrere Wohnimmobillien auf diesem Grundstück wird das Gebiet belasten und überfühlen. Die Infrastruktur wird auch dadurch leiden. Die einzige Buslinie, die durch den Viertel fährt, wird mit dem steigenden Reisenderanzahl nicht klarkommen. Die Bewohner, die mit dem Auto unterwegs sind, haben jetzt schon Probleme einen Parkplatz zu finden.

Außerdem, die zwei Grundschulen und alle Kindergärten aus Neubrück sind jedes Jahr überfüllt und sogar die Kinder, die momentan hier wohnen sind schon auf Grundschulen aus anderen Viertel hingewiesen.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-990	
1002169	
1003247	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Brücker Flehbachaue mit den darum liegenden Wiesen und Feldern sind ein wichtiges Naherholungsgebiet im sonst sehr zugebauten Stadtgebiet Kalk. Zahlreiche Menschen aus den umliegenden Stadtgebieten Merheim , Neubrück, Ostheim, Rath und und Brück nutzen dieses Gebiet für Freizeitaktivitäten und um die Natur zu genießen. Es ist ein wichtiger Ausgleich für die sehr enge Bebauung in Neubrück .Diese wunderschöne Landschaft sollte nicht zerstört und zugebaut werden.Jeden Tag sind hunderte Spaziergänger, Fahrradfahrer, Jogger hier unterwegs. Es bestehtüber die Felder auch eine wichtige Verbindung zum Königsforst. Desweiteren haben die Flehbachaue und die Felder wichtige Auswirkungen auf das Stadtklima. Durch diese Grünschnaisen wird eine zu starke Erwärmung der umliegenden Wohnorte entgegengewirkt. Eine weitere Bebauung darf es nicht geben!!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-O-991	
1001790	
1005382	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53881 Euskirchen-Schweinheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Milcherzeugung, Pferdepensionshaltung und Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich wie folgt Stellung: Ich habe anhand der zur Verfügung stehenden Karten festgestellt, dass der gesamte Bereich von Steinbach, Sürstbach und Orbach als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Von einer entsprechenden Ausweisung wären rund 50 Hektar der von meinem Betrieb bewirtschafteten Flächen, davon etwa 30 Hektar Ackerland, betroffen. Etwa 35 Hektar dieser BSN-Flächen stehen in meinem Eigentum.</p> <p>Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Düngeund Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden. Auf Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits heute mit einem Pflanzenschutzmittelverbot einhergehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich wäre. Die Bewirtschaftung des Grünlandes wäre dann nur noch mit großem Pflegeaufwand und mit geringem Ernteertrag möglich, so dass die Versorgung der Tiere mit Futter gefährdet würde. Weiterhin ersehe ich anhand der Karten, dass etwa 110 Hektar meiner Betriebsfläche, davon rund 75 Hektar Ackerland, als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Auch hier bin ich mit rund 30 Hektar als Eigentümer betroffen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würden jedoch die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden, da bei Ackerlandflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich ist und bei Grünlandflächen ein erheblicher und kaum zu leistender Pflegeaufwand entstehen würde. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen. [Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Informationen als Anlage beigefügt].	
--------------------------------------	--

AZ: Ö-O-992	
1001989	
1005244	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch gegen die Ausweitung eines Naturschutzgebietes auf unsere Flächen ein. Lage des Planungsgebietes: Kreis Euskirchen, Stadt Mechernich, Gemarkung Harzheim, [anonymisiert]. Dort befindet sich das Naturschutzgebiet 2.1-10 Kalkmagerrasenkomplex bei Weyer. Durch die Neuaufstellung des Regionalplanes soll dieses Naturschutzgebiet nach mehreren Richtungen auf landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgeweitet werden. Davon betroffen wären auch unsere Flurstücke [anonymisiert]. Wir planen bereits seit 1,5 Jahren auf beiden Flurstücken eine Freiflächen-Photovoltaikanlage, da sie an die Bundesautobahn A1 angrenzen und somit im förderfähigen Korridor (vormals 200 m, jetzt 500 m) nach dem EEG-Gesetz liegen. Eine Unbedenklichkeitserklärung zum Bau der PV-Anlage auf den Flächen durch die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Euskirchen liegt uns schon vor. Außerdem haben wir bereits eine Netzanschlusszusage durch den zuständigen Energieversorger erhalten. Daher lege ich Widerspruch gegen die Ausweitung des Naturschutzgebietes auf unsere Flächen Gem. Harzheim, Flur 2, [anonymisiert] ein. Aufgrund der Klima- und Energiekrise hat die Bundespolitik dem Ausbau der Erneuerbaren Energien höchste Priorität eingeräumt und den Ausbau als nationales Interesse bezeichnet und gewichtet. Deshalb möchte ich Sie bitten, die beiden o.g. Flurstücke aus der Ausweitung des Naturschutzgebietes herauszulassen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien bzw. unserer geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage nicht zu gefährden.</p> <p>Anlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Luftbild + Karte geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage</li> <li>- Netzanschlusszusage</li> <li>- Antwortmail UNB Kreis Euskirchen</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite &gt; 100 m) entspricht.</p> <p>Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.</p> <p>Die Fortführung von Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt/ wird hiervon nicht gehemmt.</p> <p>Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPIG überprüft werden bzw. wird im</p>

Zulassungsverfahren überprüft.
--------------------------------



AZ: Ö-O-993	
1002285	
1005383	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener</p> <p>wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden solien. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-995

1002170

1006026

#### Inhalt

##### **[ANONYMISIERT] als beteiligte Stelle**

Über 70 zum Teil international tätige Unternehmen aus Produktion, Forschung und Dienstleistung sind an unseren drei CHEMPARK-Standorten in Leverkusen, Dormagen und Krefeld vertreten und bilden Synergien. An den drei Standorten findet ein Drittel der nordrhein-westfälischen Chemieproduktion statt.

Der räumliche Geltungsbereich des Regionalplans Köln umfasst u.a. das Gebiet der Städte Köln und Leverkusen. Insofern ist der CHEMPARK-Standort Leverkusen inkl. des Entsorgungszentrums Bürrig vollumfänglich und der auf Kölner Stadtgebiet gelegene Teil des CHEMPARK-Standortes Dormagen inkl. des nahezu kompletten Hafenbereiches vom Regionalplan Köln räumlich betroffen.

[ANONYMISIERT] ist in ihrer Funktion als Betreiberin des CHEMPARK in dem betroffenen Gebiet u. a. Betreiberin von Klär- und Verbrennungsanlagen, Kraftwerken, Ver- und Entsorgungsnetzen, Häfen, Eisenbahninfrastrukturen, einer Deponie sowie von Transportfernleitungssystemen. Eine Sicherung des Bestandes und der Entwicklungsfähigkeit der Standorte durch entsprechende Festlegungen in den Regionalplänen ist eine absolute Notwendigkeit. In unserer Funktion als CHEMPARK-Betreiber nimmt [ANONYMISIERT] hier im konkreten die eigenen und die abgestimmten Interessen der ansässigen und vom Regionalplan Köln durch seine Festlegungen betroffenen CHEMPARK-Partner wahr.

Aufgrund der umfangreichen geschilderten Betroffenheit bitten wir Sie ausdrücklich, [ANONYMISIERT] im weiteren Verfahren zu beteiligen und in die Liste der Beteiligten zum Regionalplan Köln mit aufzunehmen.

#### Abwägung

##### **Typ**

Hinweis

##### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### **Erläuterung**

Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben.

**Inhalt****Umgebungsschutz für GIB deutlicher als Regulativ in angrenzende ASB aufnehmen**

Wie ausführlich in der Begründung dargelegt, erfolgte die Flächenfestlegung der GIB und ASB auf Grundlage entsprechender Flächenauswertungen und Bedarfsanalysen. Über die Bedarfsermittlung hinaus formuliert der LEP im Absatz 6.3.1 das Ziel, dass für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe ein geeignetes Flächenangebot zu sichern ist. Dazu wird insbesondere auf die Erweiterung, Auslagerung und Neuansiedlung von Betrieben abgestellt. Dieser Sicherungsanspruch hebt sich von den allgemeinen Zielen für Siedlungsräume aber besonders auch von den Zielen für Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) ab. Es wird ferner herausgestellt, dass Entwicklungsperspektiven für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe durch heranrückende Nutzungen eingeschränkt werden können. Dem soll gemäß Grundsatz 6.3-2 des LEP NRW entgegengewirkt werden. Dieser Grundsatz richtet sich ausdrücklich auch an die Regionalplanung. Er erstreckt sich unseres Erachtens auf andere Nutzungen und insbesondere in andere, an GIB angrenzende Bereiche.

Der aktuelle Entwurf des Regionalplans Köln (im Folgenden ?E-RPK?) prägt dieses Ziel der Sicherung und insbesondere auch die Besonderheit des Umgebungsschutz nicht deutlich in seinen Zielen und Grundsätzen aus, sondern ermöglicht es vielmehr in Ziffer Z.10, dass im GIB auch ?nicht-emittierende? Betriebe möglich sind, wenn dadurch der Abstand hergestellt werden kann. Der Grundsatz des LEP, aus dem gemäß § 13 Abs. 2 S. 1 ROG die Regionalpläne zu entwickeln sind, wird hier nicht konsequent berücksichtigt und auch nicht hinreichend einer Abwägung unterzogen, so dass mittelfristig die GIB nicht gesichert werden, sondern vielmehr für die Bauleitplanung ein Rahmen angeboten wird, innerhalb des GIB Abstände zum Schutz vor heranrückende schutzbedürftige Nutzungen zu schaffen. Demgegenüber ist eine ausdrückliche Einschränkung innerhalb der ASB oder auch der Umgebungsschutz als Grundsatz für die ASB mit G.18 nicht hinreichend prägnant adressiert, so dass z.B. nicht wie im LEP auf die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Betriebe eingegangen wird. Dies führt dazu, dass mittelfristig die vorhandenen GIB die Abstände selbst sicherstellen müssen und sich die ASB mit schutzbedürftigen Nutzungen ohne konkrete und schärfere Grundsatz(-einschränkung) an die GIB heranentwickeln können, soweit der Bestand dies zulässt.

Unseres Erachtens ist über den Grundsatz G.18 E-RPK hinaus daher ein stärkeres Regulativ (Beachtung auch der Entwicklungsfähigkeit der GIB) im Sinne des Umgebungsschutzes des LEP für die ASB zu formulieren. Des Weiteren sollte die Ausnahmeregelung in Z.10 E-RPK für GIB (Zulässigkeit nicht emittierende Betriebe in GIB) auf die Voraussetzung beschränkt werden, dass vorhandene schutzbedürftige

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden.

Die Regionalplanungsbehörde Köln hat zudem mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB/Pl us sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Zusätzlich werden gemäß § 38 Landesplanungsgesetz NRW für das Rheinische Revier weitere Gewerbe- und Industrieflächen festgelegt, um den erhöhten Bedarfen Rechnung zu tragen, die für die

Nutzungen eine Nutzung des GIB für emittierende Betriebe bereits im Bestand nicht zulassen.

Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifischen durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Der Regionalplan Köln sichert zudem durch ein verschiedenartiges Flächenangebot von GIB für die unterschiedlichen Formen der gewerblich.-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen um. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Kleinräumige Nutzungskonflikte verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese sachgerecht nur unter der weiter unten beispielhaft aufgeführten vorausschauenden Betrachtung gelöst werden können.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben soll die Festlegung der GIB u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen, zudem sind weitere Vorgaben z.B. Ziel 6.3-3 LEP NRW zu beachten. Auch bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum (s. Ziel 2-3 LEP NRW) unberührt. Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführte Zusatz ?insbesondere? ( Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet auch, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die kleinräumigen Konflikte kann die Regionalplanung den nachgeordneten Planungsebenen wie z. B. der Bauleitplanung überlassen. Ein pauschaler Ausschluss von Nutzungen in einem Ziel auf Ebene ist aufgrund der vielfältigen Einzelfälle im gesamten Planungsraum auf Ebene der Regionalplanung nicht umsetzbar. Dies schließt ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein. Zudem verweist der LEP auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit ?KAS 18? in der jeweils aktuellen Fassung.

Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bzw. der Fachplanung ist es u.a. im Sinne des Abstandgebotes erforderlich, unter Kenntnis der konkret vorhandenen Situation innerhalb der GIB bzw. innerhalb der ASB sowie im Falle ggf. heranrückender schutzbedürftiger Nutzungen oder der Erweiterung und Errichtung emittierender Nutzungen, einen möglichen Konflikt zu verhindern. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung schutzbedürftiger oder emittierender Nutzungen durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen. Da es sich hierbei um Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt, wird hierzu im Regionalplan Köln von einer regionalplanerischen Zielfestlegung innerhalb der ASB und GIB abgesehen. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet.

Die angesprochene Festlegung G.18 *GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen* so wie der weiteren Grundsätze zum Umgebungsschutz in G. 59 *Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen*, G. 68 *Entsorgungsinfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen. ( s.ID 1026462)

Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Begründung wird entsprechend angepasst und fortgeschrieben.

--	--

1006028	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Zulässigkeit von Kraftwerken, Abwasserbehandlungsanlagen, Abfallbehandlungsanlagen in GIB ohne Planzeichen</u></b></p> <p>Wir bitten um Klarstellung und textliche Formulierung, dass Abfallbehandlungsanlagen, Abwasserbehandlungsanlagen sowie Kraftwerke zur Strom- und Dampferzeugung auch ohne die zusätzliche Platzierung von Planzeichen in GIB zulässig sind. In großen GIB gibt es oft eine Vielzahl verschiedener Produktionsanlagen. Diese sind an zentrale oder dezentrale Ver- und Entsorgungseinrichtungen angeschlossen. Daher ist hier eine bedarfsorientierte Platzierung dieser Anlagen unter Beachtung der genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen erforderlich. Eine Fixierung der konkreten Standorte von Anlagen mit regionaler Bedeutung (hier z.B. Kraftwerke &gt; 200MW, siehe Erläuterung 1 zum Ziel 35) per (notwendigem) Planzeichen nimmt hier - auch im Hinblick auf den anstehenden Transformationsprozess - die Möglichkeit, infrastrukturelle Anlagen bedarfs- und zukunftsorientiert zu platzieren bzw. zieht ggf. einen (zeitaufwendigen) Planänderungsbedarf nach sich. Daher schlagen wir vor, auf ein entsprechendes Darstellungserfordernis innerhalb von größeren GIB gänzlich zu verzichten und eine Zulässigkeit solcher o.g. infrastruktureller Einrichtungen z.B. unter 3.3.1 Z.10 Erl. 3 zu formulieren bzw. klarzustellen, so dass mit hinreichender Planungssicherheit und -freiheit innerhalb des GIB ortsnahe entwickelt werden kann.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> In Bezug auf Kraftwerksstandorte ist der Stellungnahme entsprochen (s. StnID 1016918).</p> <p>In Bezug auf Abfallbehandlungsanlage ist der Stellungnahme entsprochen (s. StnID 1005983).</p> <p>Die Erläuterung zu der Textlichen Festlegung Z. 44 sowie die zeichnerischen Festlegungen werden angepasst (s. Änderungssynopse und Änderungskarten). Die Plankonzeption wird insofern angepasst, dass raumbedeutsame Abwasserbeahdlungsanalgen nur dann zeichnerisch festgelegt werden, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Auf eine regionalplanerische Bestandssicherung von Abwasserbeahdlungsanalgen innerhalb des Siedlungsraums wird aus Gründen der Flexibilisierung verzichtet. Neue Standorte für Abwasserbeahdlungsanalgen sind insofern innerhalb von GIB regionalplanerisch grundsätzlich zulässig.</p>

1006029

## Inhalt

### Keine Geltung des 300m Abstandes für Naturschutzgebiete

Im Umweltbericht (Anhang A) des E-RPK findet sich unter anderem auf S. 7 und 21 ein pauschaler Mindestabstand von Siedlungsbereichen zu FFH- und Vogelschutzgebieten, Naturschutzgebieten und planungsrelevanten Arten. Zur Begründung wird auf die VV Habitatschutz verwiesen.

Die Anwendung eines pauschalen Mindestabstandes von 300 m ist aus mehreren Gründen fehlerhaft. Zunächst ist eine analoge Anwendung der Regelungen der VV Habitatschutz bezüglich FFH- und Vogelschutzgebiete auf Naturschutzgebiete und planungsrelevante Arten unzulässig. Natura 2000-Gebiete genießen sowohl auf naturschutzrechtlicher als auch raumordnungs- und planungsrechtlicher Ebene einen höheren Schutz als Naturschutzgebiete und planungsrelevante Arten, vgl. nur § 7 Abs. 6 ROG, § 34 BNatSchG. Selbst wenn man aber eine Übertragbarkeit der Maßstäbe der VV Habitatschutz auf Naturschutzgebiete und planungsrelevante Arten unterstellen würde, kann ein pauschaler 300 m-Abstand keine Geltung entfalten. Zum einen beziehen sich die Regelungen der VV Habitatschutz zum 300 m-Abstand nicht auf die Ebene der Raumordnungsplanung (siehe entsprechend Ziffer 3.2 der VV Habitatschutz), sondern auf die der Bauleitplanung (siehe Ziffer 4.2.2 der VV Habitatschutz). Zum anderen handelt es sich auch nicht um eine pauschale, zwingende Vorgabe, sondern vielmehr einen Regelansatz. So heißt es in Ziffern 4.1.4.2 und 4.2.2 ?in der Regel?. Eine Umsetzung als strikter Mindestabstand mit einer pauschalen, undifferenzierten Anwendung wird dieser Vorgabe nicht gerecht. Nicht zuletzt entfalten verwaltungsinterne Abstandsvorgaben auch keine Verbindlichkeit, vgl. nur OVG NRW, Beschluss vom 20.07.2012 - 8 B 1401/11.

Im Umfeld der CHEMPARK-Standorte befinden sich einige Naturschutzgebiete; es ist nicht ausgeschlossen, dass zukünftig weitere Naturschutzgebiete in unmittelbarer Nähe ausgewiesen werden. Das Vorhandensein planungsrelevanter Arten im näheren Umfeld kann niemals ausgeschlossen werden. Aus unserer Sicht ist es wesentlich, dass auf raumordnungsrechtlicher Ebene das (zukünftige) Vorhandensein von Naturschutzgebieten oder planungsrelevanter Arten nicht dazu führen darf, dass (bereits ausgewiesene) Gewerbe- und Industrieflächen nicht mehr entwickelt werden dürfen. Potenzielle Konflikte zwischen baulichen / Industrievorhaben und Natur- und Artenschutz müssen vielmehr auf der Ebene der Zulassung bzw. ggf. der Ebene der Bauleitplanung im Einzelfall gelöst werden. Dieser Konfliktlösung darf nicht durch pauschale regionalplanerische Vorgaben vorgegriffen werden.

Wir fordern daher, die Anwendung des 300 m-Abstandes im Umweltbericht auf FFH- und Vogelschutzgebieten, Naturschutzgebieten und planungsrelevanten Arten

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Es handelt sich bei dem angesetzten 300m-Radius um NSG, für die bei einer Betroffenheit erhebliche Umweltauswirkungen prognostiziert werden, nicht um einen einzuhaltenden Mindestabstand, in dem keine Planungen möglich sind, sondern um ein Umfeld um NSG, in dem bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen ist rein fachlich vorzunehmen, der rechtliche Schutzstatus ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund geht es in den Natura 2000-Gebieten, den NSG sowie bei der Berücksichtigung der planungsrelevanten Arten um geschützte Arten und Lebensräume, die sich hinsichtlich ihrer Empfindlichkeit gegenüber vorhabenbedingten Wirkungen nicht unterscheiden. Dies zeigt sich auch dadurch, dass FFH-Gebiete in der Regel als NSG ausgewiesen sind.



vollständig zu streichen. Hilfsweise fordern wir eine Klarstellung im Regionalplan, dass die pauschal angenommenen Abstände keinerlei Bindungswirkung für die nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen entfalten.	
---	--

1006030	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Kartendarstellung zu Transportfernleitungen</u></b></p> <p>Wir stellen fest, dass sich in den Unterlagen zu G.62 keine Plandarstellung der Transportfernleitungen finden lässt. Wir bitten zu überprüfen, ob ohne zeichnerische Ausprägung entsprechender Transportleitungen der Grundsatz 8.2.-1 des LEP hinreichend Berücksichtigung finden kann, denn die vorrangige Nutzung vorhandener Bandstrukturen setzt auch voraus, dass für die vorhandenen Leitungen ein entsprechender Schutz bzw. ein notwendiges Ausbaupotential (Trassenbänder) sichergestellt wird. Wir unterstützen daher die Anforderung, dass es bei Planungen und Maßnahmen eine frühzeitige Einbindung der Fachträger geben soll und möchten ergänzend anregen, dass im Regionalplan ein Hinweis aufgenommen wird, dass bei Planungen anderer Raumnutzungen der ?notwendige? Abstand zu bestehenden Leitungen aber auch zu freien Trassenbändern Berücksichtigung findet. Hier ist in jedem Fall ergänzend ein Hinweis auf entsprechende Dokumentations- und Auskunftssysteme zu geben.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW (Stand: Aufstellungsbeschluss). Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor.</p> <p>Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.</p>

1006034	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Notwendige Ausweisung des Hafengebiets des CHEMPARK Dormagen und INEOS als GIB (Köln-Worringen) und Wasserstraße mit Güterumschlag</u></b></p> <p>Aus der Planunterlage des vorliegenden E-RPK mussten wir im Vergleich zum bisher gültigen Regionalplan im Bereich des zum CHEMPARK-Standort Dormagen und zu INEOS gehörenden Hafengebiets in Köln-Worringen erkennen, dass die bisherige Darstellung als GIB in einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) umgewandelt wurde [s. Anhang Abb. StnID 1006034_1] [s. Anhang Abb. StnID 1006034_2]. Hierzu lässt sich weder ein Prüfbogen noch eine nachvollziehbare Begründung an anderer Stelle in den offengelegten Unterlagen finden.</p> <p>Große Teile des Hafens befinden sich in Currenta-Eigentum. In unserem Hafen (rote Markierung in Abbildung 1) befinden sich umfangreiche Verladeeinrichtungen, Tankerbrücken und Liegeplätze, die dem Umschlag von Rohstoffen und Produkten für den rückwärtig gelegenen und sich anschließenden CHEMPARK und der INEOS dienen [s. Anhang Abb. StnID 1006034_3]. In diesem Industriehafen werden jährlich Güter von rund 3,5 Mio. t umgeschlagen, die im Sinne des Landesentwicklungsplans (LEP) und der Erläuterungen des E-RPKs den Kriterien einer Einstufung als landesbedeutsamen Hafen rechtfertigen würden (&gt; 2 Mio. t/a). Der dortige Flüssig- und Feststoffumschlag lässt sich durch alternative Verkehrsträger nicht ersetzen und stellt einen wesentlichen logistischen Faktor für den gesamten Industriestandort dar.</p> <p>Im LEP wird der Hafenbereich bereits als Siedlungs- und nicht als Freiraum dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1006034_4]. Gemäß § 13 Abs. 2 S. 1 ROG sind die Regionalpläne aus dem Raumordnungsplan für das Landesgebiet, hier der LEP, zu entwickeln. Diesem Entwicklungsgebot wird eine Festsetzung als AFAB nicht gerecht.</p> <p>Die Bedeutung des Hafens ist überregional und muss weiterhin durch eine geeignete Flächenausweisung bzw. planerische Ausprägung herausgestellt und gesichert werden. Hier ist klar eine Sicherung des Bestandes über den Regionalplan als Siedlungsraum, das heißt im konkreten eine Darstellung als GIB (ggf. alternativ auch als GIBz mit Zweckbestimmung multimodaler Güterverkehr Wasser ? Land), zwingend erforderlich.</p> <p>Die gesamte Fläche des Stromhafens ist großräumig als Hafengebiet festgesetzt und unterliegt dem Hafensicherheitsgesetz [s. Anhang Abb. StnID 1006034_5]. Die Darstellungsschwelle des E-RPKs von 10ha wird mit der festgelegten Abgrenzung deutlich überschritten. Bislang war die Darstellungsschwelle für die bisherige Ausweisung als GIB kein Hindernis. Darüber hinaus ist der Hafen ausschließlich im Zusammenhang mit dem westlich der B9 liegenden großen Chemie- und Industriepark (CHEMPARK und INEOS) mit einer Größe von rd. 560 ha zu betrachten. Eine</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische und Textliche Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten, Änderungssynopse).</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Bestandssituation bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist die Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.</p> <p>Die Plankonzeption Ziel ? <i>Wasserstraße sichern?</i> wird angepasst und der Hafen mit dem Planzeichen Wasserstraße unter Angabe der Güterumschlaghäfen festgelegt.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Darstellung als GIB sehen wir daher weiterhin als folgerichtig an.

Ein AFAB liefert dagegen keine Planungsgrundlage für einen großen Industriehafen, um dessen Bestand und Weiterentwicklung und damit des dahinterliegenden Chemieparks zu sichern. Ein AFAB stellt ein konkurrierendes Vorbehaltsgebiet dar, welchem in einer Abwägung zu einer konkurrierenden Nutzung ein besonderes Gewicht beigemessen werden würde. Der Hafenbetrieb erfordert regelmäßig auch baurechtlich relevante Genehmigungsvorhaben im Bereich des Stromes sowie zur Anbindung der Verladeeinrichtungen an das Industriegebiet. Auf eventuell genehmigungsfähige Ausnahmen kann ein Industriestandort nicht zukunftsfähig aufgestellt werden. Dies gibt den Unternehmen keine ausreichende Planungs- und Investitionssicherheit.

Im Rahmen von Bauleitplanungen soll gemäß G. 19 Erl. 2 Textliche Festlegungen des E-RPK darauf hingewirkt werden, den Freiraum (AFAB) vor einer Inanspruchnahme zu schützen.

Ein GIB als Vorranggebiet ist hingegen als Ziel der Raumordnung zu beachten und für bestimmte Nutzungen und Funktionen vorgesehen. Planungen und Maßnahmen, die mit dem Betrieb und der Nutzung nicht vereinbar sind oder erheblich einschränken, werden ausgeschlossen. Über den G. 18 Textl. Festsetzung E-RPK genießt ein GIB einen besonderen Schutz vor Heranrücken von schutzbedürftigen Nutzungen, die es in seiner Funktion und Nutzung beeinträchtigen können.

Zudem würde eine Festsetzung als AFAB gegen das Gebot der Berücksichtigung städtebaulicher Planungen verstoßen. Gemäß § 13 Abs. 2 S. 2 ROG sind die Flächennutzungspläne und die Ergebnisse der von Gemeinden beschlossenen sonstigen städtebaulichen Planungen entsprechend § 1 Abs. 3 ROG zu berücksichtigen. Der Flächennutzungsplan Köln (FNP) stellt in diesem Bereich Sondergebiet Hafen (SO Hafen) dar. Die Darstellung als AFAB im E-RPK ist somit nicht nur ein Widerspruch zu den örtlichen Gegebenheiten, sondern auch zu den planerischen Festlegungen des FNP. Hier kann sich die Regionalplanung nicht ohne Weiteres über die städtebaulichen Planungen und tatsächlichen Gegebenheiten hinwegsetzen. Sollte unser Hafen weiterhin als AFAB dargestellt werden, steht zu befürchten, dass über die Anwendung des planerischen Grundprinzips - das Gegenstromprinzip? - hier eine Anpassung des Flächennutzungsplans an den Regionalplan vorgenommen wird, denn die kommunale Bauleitplanung ist nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Eine Gefährdung des Bestandes und der zukünftigen Entwicklungsfähigkeit des Hafens ist hier zu befürchten und kann nicht akzeptiert werden.

In der jetzigen Darstellung im E-RPK vermissen wir neben der fehlenden Darstellung als GIB jeglichen Hinweis auf den vorhandenen Stromhafen am Rhein am CHEMPARK- und INEOS Standort Dormagen. Über den Landesentwicklungsplan (LEP) sind Industriehäfen bzgl. des Umgebungsschutzes den landesbedeutsamen

Häfen gleichgestellt. In ?zu 8.1-9 Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen? LEP NRW wird darauf verwiesen, dass auch Industriehäfen vor heranrückender Nutzung geschützt werden müssen: *?Die Regionalplanung sollte dort, wo es erforderlich ist, auch weitere Häfen ? für NRW wichtigen Industriehäfen ? vor heranrückenden Nutzungen schützen (s. dazu auch Grundsatz 6.3-2).*

*Dieser Grundsatz (hier Umgebungsschutz für Industriehäfen) richtet sich im Übrigen auch an die kommunale Bauleitplanung?.* Da momentan im E-RPK darüber hinaus nirgends erkennbar ist, dass es sich hier um einen wichtigen Güterumschlaghafen handelt, besteht die Gefahr, dass diesem Grundsatz in der Bauleitplanung nicht gefolgt werden kann. Eine Sicherung unseres Industriehafens wie im LEP gefordert, wird im E-RPK also derzeit nicht vorgenommen. Wir sehen daher die strikte Notwendigkeit, am Standort des Hafens das Planzeichen 3.c ?Wasserstraße unter Angabe der Güterumschlaghäfen?, welches als Vorranggebiet lt. LPIG DVO definiert ist, im RP Köln (wie es auch an anderen Industriestandorten im E-RPK erfolgt ist) dazustellen [s. Anhang Abb. StnID 1006034\_6], um dessen Verfügbarkeit, Schutz und Entwicklungsfähigkeit sowie die Anbindung an das internationale Bundeswasserstraßennetz gemäß Z31 Textl. Festsetzungen zu sichern.

Wir bitten daher zusammenfassend ausdrücklich darum, die bisherige Einstufung als GIB weiterhin bestehen zu lassen sowie eine Darstellung als ?Wasserstraße unter Angabe der Güterumschlaghäfen? vorzunehmen.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1006034\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1006034\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1006034\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1006034\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1006034\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID1006034\\_6.pdf](#)

1006035	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Rücknahme der Darstellung Regionaler Grünzug (RG) und BSLE im Hafengebiet des CHEMPARK-Standortes Dormagen und von INEOS (Köln - Worringen)</u></b></p> <p>Für die Landfläche unseres Hafengebietes in Köln-Worringen, welche im LEP als Siedlungsraum festgelegt ist, wird abweichend von der bisherigen Darstellung im E-RPK nun zusätzlich ein Regionaler Grünzug (RG) dargestellt. Die Darstellung eines Regionalen Grünzuges der Wasserfläche wird beibehalten. Durch die Darstellung der Land- und Wasserfläche als RG sehen wir eine Gefährdung des Bestandes und weiteren Entwicklung des Hafens. RG sind siedlungsnahe Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen. Dies ist hier nicht gegeben, denn der gesamte Bereich inkl. der Wasserfläche unterliegt dem Hafensicherheitsgesetz [s. Anhang Abb. StnID 1006035] und ist insoweit grundsätzlich nicht für Dritte zugänglich.</p> <p>Es finden wie bereits erläutert umfangreiche Verladeaktivitäten im Hafenbereich statt, die o.g. freiraumorientierte Nutzungsabsichten eines RG nicht zulassen. Wir begrüßen sehr, dass der Rhein mit Punkt 5.1.5. Infrastruktur Z.31 und Erl. 1 als Vorranggebiet Wasserstraße festgelegt wurde und damit die sichere und bedarfsgerechte Entwicklung sowohl für den Schiffsverkehr als auch für anliegende Häfen gewährleistet ist. Im Widerspruch dazu steht allerdings die Ausweisung des Rheins als RG im Bereich unserer Stromhäfen. Hier ist eine Gleichbehandlung mit anderen Häfen am Rhein anzustreben, in welchen ebenfalls keine RG dargestellt werden. Wir bitten daher dringend um Rücknahme der Darstellung des RG für unseren Hafenbereich.</p> <p>Alternativ bitten wir um eine explizite Aufnahme von (Strom-)Häfen (Land- und Wasserfläche) als zulässige Ausnahme in RG (siehe S. 98 textliche Festlegung Nr. 7).</p> <p>Die Wasserfläche unseres Hafens am Rhein wird im E-RPK als BSLE dargestellt. Unseres Erachtens muss auch hier eine Aussparung des BSLE analog anderer Häfen am Rhein erfolgen. Die Wasserflächen für Hafenanlagen hat Currenta für die entsprechende Hafennutzung gepachtet. Sie ist darüber hinaus verpflichtet den entsprechenden Schiffsbetrieb sicher zu stellen, dazu gehört die Verpflichtung und Notwendigkeit, die Flächen u.a. die Anlegestellen für den Schiffsverkehr gangbar zu machen / zu halten, indem z.B. entsprechende wasserbauliche Maßnahmen bzw. Instandhaltungsmaßnahmen an Anlageeinrichtungen durchgeführt werden.</p> <p>Unter Z.21 Erläuterung 2 der Textlichen Festlegungen wird darauf verwiesen, dass maßstabbedingt in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten sind, die von der Festlegung zu den BSLE unberührt bleiben.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die wasserseitige Hafennutzung wird durch die Freiraumfestlegungen (RG, BSLE) nicht eingeschränkt wird.</p> <p>Klarstellend werden die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z. 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" und Z.21 "BSLE fachplanerisch sichern" entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

Wir bitten die Festlegung als BSLE für das Hafengebiet aufzuheben, hilfsweise zumindest hier die Industriehäfen des Rheins explizit von den Vorgaben der BSLE auszunehmen (siehe nachfolgender Vorschlag), um deren Erhalt und Entwicklungsfähigkeit nicht zu gefährden:

*?Maßstabsbedingt sind in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten, die von den Festlegungen zu den BSLE unberührt bleiben. Dabei handelt es sich u.a. um kleinere Ortslagen, gewerbliche Betriebe, bestehende Infrastruktur, **Häfen** oder sonstige bebaute Flächen im Freiraum. Die Festlegung als BSLE schließt in diesen Fällen eine Siedlungsentwicklung nicht aus.?*

**Anhänge**

[Abb\\_ID1006035.pdf](#)

1006036	
<p><b>Inhalt</b></p> <p><b><u>Entwicklung neuer ASB und GIB in Köln ? Worringen - Gewerbelärmvorbelastung</u></b></p> <p>In der Umgebung des CHEMPARK und von INEOS sollen laut Regionalplanentwurf sowohl neue ASB als auch ein neues GIB entstehen. In den dazugehörigen Prüfbögen lässt sich kein Hinweis auf eine Gewerbelärmvorbelastung finden. Wir bitten den Hinweis auf eine evtl. Gewerbelärmvorbelastung aus den umliegenden Gewerbe- und Industriegebieten in den Prüfbögen K_ASB_8, K_ASB_20, K_ASB_25, K_GIB_5 aufzunehmen [s. Anhang Abb. StnID 1006036_1] [s. Anhang Abb. StnID 1006036_2] [s. Anhang Abb. StnID 1006036_3] [s. Anhang Abb. StnID 1006036_4]. Diese kann Auswirkungen auf die, in den nachfolgenden Planungsebenen auszuweisenden und ausweisbaren Nutzungsarten oder Nutzungen haben. Bzgl. des o.g. GIB wird unserer Einschätzung nach, eine Begrenzung der Gewerbelärmemission in der Nacht auf den nachfolgenden Planungsebenen erforderlich werden.</p> <p>Im Gegensatz zum gültigen Regionalplan Köln ist eine Erweiterung der ASB Fläche in Köln-Worringen (siehe Markierung in Abbildung 8) im Entwurf erkennbar [s. Anhang Abb. StnID 1006036_5]. Dies ist vermutlich analog zur Bebauungsplanerstellung ?Brombeergasse? mit dem Ziel einer Wohnbebauung zu betrachten. Hierzu gibt es keinen Prüfbogen. Wir bitten auch hier das Thema der einer evtl.Gewerbelärmvorbelastung aus den umliegenden Gewerbe- und Industriegebieten zu berücksichtigen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1006036_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006036_2.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006036_3.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006036_4.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006036_5.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Anregung geht über die Differenzierung der Umweltprüfung auf regionalplanerischer Ebene hinaus.</p>



1006037	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Notwendige Ausweisung des Hafengebiets des CHEMPARK Leverkusen als Wasserstraße mit Güterumschlag</u></b></p> <p>Im LEP NRW wird in der Erläuterung ?zu 8.1-9 Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen? darauf verwiesen, dass auch Industriehäfen vor heranrückender Nutzung geschützt werden müssen. Da auch die Umschlagsmenge in diesem CHEMPARK-Hafen den Anforderungen vergleichbar dem eines Landesbedeutsamen Hafen entsprechen, bitten wir daher dringend darum, auch am Standort des Hafens Leverkusen [s. Anhang Abb. StnID 1006037_1] das Planzeichen 3c ?Wasserstraße unter Angabe der Güterumschlaghäfen? im RP Köln dazustellen [s. Anhang Abb. StnID 1006037_2], um deren Verfügbarkeit, Schutz und Entwicklungsfähigkeit zu sichern. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter vorstehend Abschnitt 6 (s. StnID 1006034).</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1006037_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006037_2.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die zeichnerische Festlegung und die textliche Festlegung Z.31 Wasserstraßen sichern und deren Erläuterung werden entsprechend geändert (s. Änderungskarte und Änderungssynopse) (vgl. Erläuterung zu ID 1006636).</p> <p>Es wird ein neues Plansymbol eingeführt, welches gemäß § 35 Absatz 4 LPLG DVO vom 8. Juni 2010 das Planzeichen 3c der Anlage 3 weiterentwickelt, um alle regionalbedeutsamen Häfen entlang der Binnenwasserstraße zu sichern. Das weiterentwickelte Planzeichen umfasst neben der am Rhein gelegenen Güterumschlaghäfen auch die Liege- und Schutzhäfen. Die jeweilige Funktion ist den textlichen Festlegungen zu Z.31 Wasserstraße sichern zu entnehmen. Als Güterumschlaghäfen werden alle landesbedeutsamen sowie sonstige für den Güterverkehr bedeutsame öffentlich zugängliche Häfen und auch die für die Region wichtigen Industriehäfen festgelegt. Als wichtige Industriehäfen wird die Hafennutzung des Chemparks Leverkusen über die Festlegung mit dem weiter entwickelten Planzeichen gesichert.</p>

1006038	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Ausweisung des Rheins als BSLE und RG im Bereich Hafen CHEMPARK Leverkusen</u></b></p> <p>Wir begrüßen sehr, dass der Rhein mit Punkt 5.1.5. Infrastruktur ? Z.31 als Vorranggebiet Wasserstraße festgelegt wurde und damit die sichere und bedarfsgerechte Entwicklung sowohl für den Schiffsverkehr als auch für die Industriehäfen gewährleistet ist. Im Widerspruch dazu wird der Rhein auch im Bereich des Hafens Leverkusen als BSLE sowie RG dargestellt [s. Anhang Abb. StnID 1006038_1].</p> <p>Zunächst gibt es für diese Festlegung im Hafenbereich keine fachliche Grundlage. Insbesondere im naturschutzfachlichen Fachbeitrag des LANUV 2019 ist dieser Bereich des Rheins sichtbar ausgespart [s. Anhang Abb. StnID 1006038_2] und liefert daher keine inhaltliche Basis der Ausweisung als BSLE oder als RG. Die Verbundfläche VB-K-4907-111 (siehe Umweltdaten vor Ort, <a href="https://www.uvo.nrw.de/">https://www.uvo.nrw.de/</a>) zeigt diese Aussparung sehr deutlich.</p> <p>Darüber hinaus stünde eine solche Festsetzung im Konflikt mit den tatsächlichen Nutzungen und bereits vorhandenen Festsetzungen (u.a. als Hafengebiet gemäß Hafenverordnung (siehe Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln Nr. 45 vom 05.November 2001, 40m parallel zur Kaimauer)).</p> <p>Die Wasserflächen sind auch nicht als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen (siehe ebenfalls Umweltdaten vor Ort). Darüber hinaus sind die Wasserflächen für Hafenanlagen und den Hafenbetrieb durch Currenta vom Wasser- und Schifffahrtsamt bzw. vom Bund für die Hafennutzung gepachtet. Damit verbunden sind Verpflichtungen und die Notwendigkeit, die Flächen u.a. die Anlegestellen für den Schiffsverkehr gangbar zu machen / zu halten. Die Darstellung als BSLE und das Ziel Z.21 bzw. der Grundsatz G.30 des E-RPK sollten insoweit nicht die Grundlage für eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet gemäß fachgesetzlichen Regelungen werden. Unter Z.21 Erläuterung 2 wird darauf verwiesen, dass maßstabbedingt in den großräumig festgelegten BSLE auch Flächen enthalten sind, die von der Festlegung zu den BSLE unberührt bleiben.</p> <p>Die Festlegung als BSLE für das Hafengebiet ist daher aufzuheben, hilfsweise zumindest hier die Industriehäfen des Rheins explizit von den Vorgaben der BSLE auszunehmen, um deren Erhalt und Entwicklungsfähigkeit nicht zu gefährden. Zu Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter vorstehend Abschnitt 7 (s. StnID 1006035).</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die wasserseitige Hafennutzung wird durch die Freiraumfestlegungen (RG, BSLE) nicht eingeschränkt wird.</p> <p>Klarstellend werden die Erläuterung zu der Textliche Festlegung Z. 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" und Z.21 "BSLE fachplanerisch sichern" entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).</p>

**Anhänge**[Abb\\_ID1006038\\_1.pdf](#)[Abb\\_ID1006038\\_2.pdf](#)

1006039	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Darstellung Deponie Leverkusen-Bürrig als RG und BSLE</u></b></p> <p>Der E-RPK weist den Bereich der Deponie als RG und als BSLE aus [s. Anhang Abb. StnID 1006039_1] .</p> <p>Die Deponie wird vsl. noch mehr als 15 Jahre aktiv betrieben (Verschüttung). In der Umweltprüfung des E-RPK wird auf diese Deponie nicht gesondert eingegangen. Der Fachbeitrag LANUV 2019 identifiziert den Bereich der Deponie weder als Bestandteil des Biotopverbundes noch als Bereich besonderer bzw. herausragender Bedeutung [s. Anhang Abb. StnID 1006039_2].</p> <p>Darüber hinaus ist der Bereich der Deponie in der Beikarte F3 (Regionale Grünzüge) ebenfalls nicht als RG ausgewiesen [s. Anhang Abb. StnID 1006039_3]. Weiterhin ist in der Beikarte K1 dieser Bereich nicht besonders hervorgehoben.</p> <p>Eine Darstellung als RG ist für uns insoweit fachlich nicht nachvollziehbar. Es steht auch nicht zu erwarten, dass angesichts des andauernden Betriebes der Deponie, die mit der Festlegung als Vorranggebiet verbundene Zielsetzung der Sicherung (Zugangsbeschränkung, d.h. keine Erholung, klimaökologischer Ausgleich) nachgekommen werden könnte. Vor diesem Hintergrund ist die Darstellung der Deponie als RG in der zeichnerischen Darstellung herauszunehmen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1006039_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006039_2.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006039_3.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung ist im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.</p>

1006040

#### Inhalt

Wir möchten darauf hinweisen, dass eine Ausweisung von Deponien als RG negative Auswirkungen auf Ziele der Förderung Erneuerbarer Energien (EE) hat. Im Z.38 (Standorte für raumbedeutsame Anlagen der Solarenergie raumverträglich steuern) lässt der E-RPK die Möglichkeit der Nutzung von Deponien zur Errichtung von Solarenergieanlagen ausdrücklich zu, schließt aber gleichzeitig die Zulässigkeit dieser Anlagen im Bereich von RG aus. Darüber hinaus wird im E-RPK unter G.67 (Erläuterung 1) erläutert, dass Deponien als Standorte für Freiflächensolaranlagen in Betracht kommen, sofern die Schüttung auf diesen Flächen beendet ist. Diese Einschränkung bzgl. der Beendigung der Schüttung ist unseres Erachtens unnötig, da Deponien bereits während Ihrer Betriebszeit in rekultivierten Teilbereichen ein relevantes Flächenpotential für Solarenergieanlagen bieten könnten. Wir empfehlen hier entsprechende Einschränkungen aus dem E-RPK herauszunehmen bzw. deutlich zu reduzieren, um nicht anstehenden gesetzlichen Bestrebungen einer beschleunigten Umsetzung der EE mit planerischen Festsetzungen und Erläuterung entgegenzuwirken.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

1006041	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Darstellung Deponie Leverkusen-Bürrig als RG und BSLE</u></b></p> <p>Der E-RPK weist den Bereich der Deponie als RG und als BSLE aus [s. Anhang Abb. StnID 1006041].</p> <p>Bzgl. der Methodik der Ausweisung der BSLE wird auf die Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsausweisungen und auf den Fachbeitrag LANUV 2019 hingewiesen (siehe auch Begründung zum E-RPK, Seite 143). Der Landschaftsplan der Stadt Leverkusen befindet sich in Aufstellung. Im Bereich der Deponie ist derzeit kein Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen (siehe auch Umweltdaten vor Ort: <a href="https://www.uvo.nrw.de/">https://www.uvo.nrw.de/</a>). Darüber hinaus wäre auch die nachfolgende fachplanerische Sicherung der Fläche als Landschaftsschutzgebietes nicht zielführend, da weder wertvolle Flächen für Naturschutz erhalten werden müssen, noch eine naturverträgliche Erholungs-, Sport- oder Freizeitnutzung im Planungszeitraum des Regionalplanes absehbar verwirklicht werden könnte. Insoweit ist auch die Darstellung der Deponie als BSLE zurückzunehmen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1006041.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. Die regionalplanerischen Festlegungen ermöglichen einen breiten Umsetzungskorridor, sodass die Folgenutzung ist im Rahmen des abfallwirtschaftlichen Fachverfahrens unter Berücksichtigung der fachrechtlichen Anforderungen an die Sicherheit des Deponiekörpers zu konkretisieren ist.</p>

1006042	
<p>Inhalt</p> <p><b><u>Darstellung Flächen im Bereich der Verbrennungsanlage Leverkusen-Bürrig als Aufschüttungen und Ablagerungen</u></b></p> <p>Im E-RPK ist in der zeichnerischen Darstellung die Begrenzungslinie für Aufschüttungen und Ablagerungen geändert worden [s. Anhang Abb. StnID 1006042_1]. Nunmehr ist auch der Bereich der Verbrennungsanlage umgriffen worden. Diese Änderung ist u.E. nicht begründet und widerspricht auch der Darstellung des FNP der Stadt Leverkusen [s. Anhang Abb. StnID 1006042_2] sowie der bisherigen Darstellung im RP Köln [s. Anhang Abb. StnID 1006042_3]. Die Linie ist insoweit auf den alten Umgriff wieder zu ändern.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1006042_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006042_2.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1006042_3.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption wird der Standort als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit der Zweckbestimmung (GIBz) Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt. (s. Z.44 Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern)</p>

AZ: Ö-O-996	
1001197	
1011612	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>als direkt betroffene Familie aus Herreshagen möchten wir in unserer Stellungnahme zur geplanten Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebiets in Gummersbach nordöstlich von unserem Dorf Herreshagen auf die überwiegend negativen Aspekte des neuen Regionalplans aufmerksam machen.</p> <p>Für uns ist Herreshagen der optimale Ort zum Leben. Hier haben wir 2018 unser Haus gekauft, in einer sehr schönen ländlichen Umgebung, mit Blick auf grüne Wiesen und Wälder. Die Umgebung lädt zu ausgedehnten Spaziergängen, Wanderungen und Fahrradtouren, z.B. auf der alten Fernhandelsstraße, die durch unser Dorf führt, ein. Auch wir als Familie nutzen fast täglich diese Erholungsmöglichkeiten, das spiegelt sich auch in dem hochfrequentierten Wanderparkplatz am Ende der Westtangente wider.</p> <p>Es gibt einen Geflügel- und einen Reiterhof direkt im Dorf, außerdem einen Bauernhof der 700m entfernt liegt. Diese Höfe sind auf die Grünflächen angewiesen, ohne diese können sie nicht weiter bestehen.</p> <p>All das würde mit der Entscheidung zur Erweiterung der Gewerbe- und Industrieflächen zerstört werden. Den Menschen und Tieren, die dort und in der Umgebung leben, würde ein wichtiger Lebensraum genommen werden. Das Landschaftsbild des Höhenzuges ?Warenkopf? welches auch aus großer Entfernung zu sehen ist, würde völlig entstellt werden.</p> <p>Neben diesen Punkten möchte ich auch zu bedenken geben, dass eine Erweiterung des Gebietes nördlich der Straße L300 gar nicht nötig ist. Stattdessen ist es doch wesentlich wirtschaftlicher, wenn bereits erschlossene und festgelegte Gewerbe- und Industrieflächen voll ausgeschöpft werden. In Zukunft wird es immer wieder dazu kommen, dass vorhandene Flächen und Gebäude frei werden, die noch genutzt werden können.</p> <p>Für mich, meine Familie, alle Bewohner des Dorfes und der angrenzenden Ortschaften bedeutet ein Gewerbe- und Industriegebiet in unmittelbarer Nähe und mit dieser Höhenlage eine hohe Luftverschmutzung und Lärmbelästigung, ganz zu schweigen von der Lichtverschmutzung, die zwangsläufig entsteht. Diese Verschmutzungen und Belästigungen würden direkt mit der Erschließung des Gebietes beginnen und durch den erhöhten Verkehr, den Bau und Betrieb weiter anhalten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



Zu guter Letzt möchte ich für die Zukunft meiner Kinder eintreten. Sie sollen weiterhin das Dorf und Landleben kennenlernen und genießen dürfen, ungestört im Wald spielen können, auf den Wiesen Drachen steigen lassen oder Schlitten fahren können und auf den Feldwegen Fahrradfahren lernen. Schließlich sind das Gründe, die den Wert des Hauses widerspiegeln und weshalb wir uns für den Kauf entschieden haben.

Bitte zerstören sie nicht unser Dorf und die Zukunft meiner Kinder.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-O-997	
1002291	
1003261_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,als aktiver landwirtschaftlicher Betrieb, möchte ich meine Bedenken bezüglich des neuen Regionalplanentwurfs äußern. Teilweise liegen unsere landwirtschaftlichen Flächen in den Gebieten zum Schutz der Natur, wodurch die Bewirtschaftung nur noch unter Auflagen möglich sein wird. Ich bitte Sie, die Wichtigkeit meines Betriebs - grade im Hinblick auf die Lebensmittelknappheit - nicht außen vor zu lassen. Bei meinem Betrieb handelt es sich um einen expandierenden Betrieb, der auch in Zukunft auf die landwirtschaftlichen Flächen angewiesen ist. Ohne die Flächen ist unser Betrieb nicht mehr zukunftsfähig.Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-O-998	
1001864	
1005610	
<p>Inhalt</p> <p><b>Betr.: Änderung des Flächennutzungsplans von Overath</b></p> <p><b>[ANONYMISIERT].</b></p> <p>Im Rahmen der Erstellung eines gesamtgemeindlichen Konzepts zur künftigen angestrebten Siedlungsentwicklung der Stadt Overath, wurden die Planungsunterlagen der Ortsteilwerkstatt am 12.08.2022 übergeben und von der Stadt Overath mit Datum vom 15.08.2022 bestätigt.</p> <p>Wir bitten die entsprechenden Flurstücke in der Regionalplanung zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p>

AZ: Ö-O-999

1002286

1003263\_001

#### Inhalt

Für die Ortslagen Schlich, D?horn und Merode soll der Siedlungsbereich für die in Gelb (Abbildung 1) umrandete Fläche gelten. Die Tourismusbereiche (7 + 8) liegen außerhalb dieser Umrandung.

[s. Anhang Abb. 1003263\_001]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1003263\\_001.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. StnID 1001343).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen: Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein weiteres Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003263\_002

**Inhalt**

Fläche 1 soll als Mischgebiet ausgewiesen werden um hier rund um die Bahn P&R Parkplätze sowie auch unternehmerische Aktivitäten, wie z.B. Büros oder Gewerbe zuzulassen.

[s. Anhang Abb. 1003263\_002]

**Anhänge**

[Abb. ID 1003263\\_002.pdf](#)

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1003263\_003

#### Inhalt

Fläche 3 Die Trasse der Umgehungsstraße (blau) sollte im Regionalplan eingezeichnet werden.

[s. Anhang Abb. 1003263\_003]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1003263\\_003.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

**Inhalt**

Die Flächen 5, 6 und 9 (Abb. 2) entstammen den Vorschlägen der Dorfwerkstatt Merode. Diese Flächen sollten ebenfalls aufgenommen werden. Fläche 5 ist die Fortführung der Straße Am Brandweiher, wie ursprünglich geplant.

[s. Anhang Abb. 1003263\_004]

**Anhänge**

[Abb. ID 1003263\\_004.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

**Inhalt**

Fläche 7: Soll als Fläche für Tourismus gekennzeichnet werden. Hier befindet sich der Parkplatz am Schloß. Hier sollen auch z.B. Wohnmobilplätze und Ähnliches entstehen können. Der gesamte Schlosspark ist als Sondernutzungsfläche zu behandeln.

[s. Anhang Abb. 1003263\_005]

**Anhänge**

[Abb. ID 1003263\\_005.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Bei der Planung von überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen sind die landesplanerischen Vorgaben zu beachten (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Aus Sicht des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Köln bedarf es keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie beispielsweise Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlende Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.



**Inhalt**

Fläche 8: Soll als Fläche für Tourismus gekennzeichnet werden. Hier bietet sich Entwicklungspotenzial für eine touristische Entwicklung an: Gastronomie mit Ausblick in die Börde, direkt am Parkplatz, Nutzung des Waldes durch Baumhotels etc. Ideen sind noch zu entwickeln. Im Rahmen des Strukturwandels kann dies ein potenzieller Beitrag der Gemeinde zur touristischen Entwicklung zwischen Indesee und Eifel darstellen. Pendeltor zwischen Eifel und Indeland.

[s. Anhang Abb. 1003263\_006]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003263\\_006.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die Planung nicht baulich geprägter Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ist gemäß der textlichen Festlegungen in Kapitel 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum grundsätzlich im Freiraum möglich. Aus Sicht des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Köln und bedarf es keiner räumlichen Steuerung bzw. Begrenzung durch zeichnerische Festlegungen. Vor diesem Hintergrund wurde auf die gesonderte Festlegung von landschaftsorientierten Einrichtungen wie beispielsweise Wildgehege, Skisportgelände etc. verzichtet. Das fehlenden Festlegungserfordernis auf Regionalplan-Ebene eröffnet der kommunalen Ebene u.a. größere Spielräume für raumverträgliche Neuplanungen und Erweiterungen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1003263\_007

#### Inhalt

Fläche 9 (Abb. 2) ist ebenfalls die rückwärtige Gartenbebauung des Feldwegs westlich der D'horner Straße, beginnend am Schloßpark, endend am Übergang über den Meroder Bach bei D'horn. Hier soll eine beidseitige Bebauung des Feldwegs ermöglicht werden.

[s. Anhang Abb. 1003263\_007]

#### Anhänge

[Abb. ID\\_1003263\\_007.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1003263\_008

#### Inhalt

Die Fläche 10 bei D'horn sollte Bestandteil der Bebauung bleiben. Generell schlagen wir vor, keine Flächen aus dem Siedlungsgebiet zu nehmen.

[s. Anhang Abb. 1003263\_008]

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1003263\\_008.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. StnID 1001341).

AZ: Ö-P-100	
1001210	
1001045_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich beziehe mich hier auf die von der Rösrather Gemeindeverwaltung eingebrachte Änderung des Regionalplans im Bereich Hofferhof: auf den Feldern zwischenn den ?vVegen Nach Klein- und Großbliersbach entlang der Hofferhofer Stral3e will die Verwaltung ein Gewerbe- und Industriegebiet im Regionalplan festsetzen. Die Gemeinde bezeichnet den Bereich in ihrer Ratsvorlage ?Drucks. Nr. 321/2022? als ?Rö8?, nach meiner Schätzung ist er nicht viel weniger als 100 000 Quadratmeter groß. Aus der übergeordneten Perspektive sprechen mehrere Argumente gegen diese Festsetzung. Im Ubrigen wurde die Öffentlichkeit erst jetzt im Zuge der Regionalplanung im Gemeinderat informiert, es hat also für uns Bürger vorher keine Gelegenheit gegeben, mit der Politik über derart weitreichende Pläne zu sprechen:</p> <p>1. Die Frischluft: Felder auf den Höhen unmittelbar über meinem Wohnort Hoffnungsthal sind das wichtigste Kaltluftentstehungsgebiet nicht nur für unser Dorf, von dort fließt auch Kaltluft nachts nach Rösrath. Ich entnehme diese Information der Karte des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Lanuv) ? <a href="http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de?">www.klimaanpassung-karte.nrw.de?</a>. Ein Gewerbegebiet an diesem Ort würde die weitere nächtliche Aufheizung Hoffnungsthals und Rösraths und allgemein eine Verschlechterung der Luft bewirken. Und die Luft im Tal ist jetzt schon sehr stark überhitzt. was besonders Menschen in meinem Alter zu spüren bekommen.</p> <p>2. Der Verkehr auf der Hofferhofer Straße kann den zusätzlichen Verkehr nicht verkraften. Ein Gewerbegebiet in Hofferhof würde die Autoschlangen verstärken, die im Ortskern und vor allem auch an der Bahnschranke entstehen. Zu Beden ken aus übergeordneter Perspektive ist auch die Bahnline: An eine Erhöhung des Taktes auf der Strecke zwischen Hoffnungsthal und Overath wäre künftig nicht mehr zu denken, denn schon jetzt gibt es auf der Straße vorm geschlossenen Bahnübergang (Ecke Pflipsberg) regelmäßig sehr lange Staus. Schon in den vergangenen Jahren gab es einen erheblichen Zuwachs an Autos, Motorrädern und Lkw, die auf der Hofferhofer Straße fahren: Ich registriere schlechtere Luft und viel mehr Lärm gegenüber dem Verkehr noch vor wenigen Jahren. Ich wohne mit Blick auf die Hofferhofer Straße.</p> <p>3. Der Zerstörung von Lebensgrundlagen durch Versiegelung der Felder gilt mein dritter Einspruch: Die Felder auf den Höhen gehören zu den besten Böden der Umgebung, das weiß ich von einem ortsansässigen Landwirt. Die Feldersind begehrte ertragreiche Ackerflächen. Sie sind schutzwürdig es sind fruchtbare Parabraunerde-Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Regelungs- und Pufferfunktion mit natürlicher Bodenfruchtbarkeit. Man darf sie nicht für ein Gewerbegebiet opfern, sondern langfristig</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Beschlussvorschlag der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebracht.</p> <p>Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Diese Anregung zur Fläche im Bereich Hofferhof hier RÖ8 bezieht sich auf einen Regionalen Grünzug im Entwurf des Regionalplans (StnID 1004588).</p> <p>Eine Zuordnung zu einer Anregung der Kommune zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung (RÖ8 als Gewerbegebiet) ist darüber hinaus nicht möglich. Der Stellungnahme zur Flächenanregung ist insofern entsprochen</p>

für die Ernährung der Menschen in der Region erhalten. Es ist nach meiner Ansicht geradezu fahrlässig und alles andere als zukunftsgerichtet, dass immer noch landwirtschaftlich genutzte Flächen versiegelt werden. Auch meine Kriegserfahrungen sprechen dafür, dass es ein Ende mit dieser Praxis des ungehemmten Landverbrauchs haben muss, denn sie werden für die Ernährung nachfolgender Generationen in der Region benötigt.

Aus den genannten Gründen widerspreche ich der Festsetzung der Felder bei Hofferhof im neuen Regionalplan als Gewerbe- und Industriegebiet.

AZ: Ö-P-107

1001314

1001576

#### Inhalt

1)Stellungnahme zu Future Site InWest

Zu 1)

Ich bin ausdrücklich gegen die Umwidmung der bisherigen Ackerflächen, etwa 240 ha, zwischen Heinsberg-Randerath und Geilenkirchen-Lindern.

Begründung: In Geilenkirchen-Lindern soll ein Landverbrauch praktiziert werden, der m. E. regelrecht ?aus der Zeit gefallen ist?. Vor 30 ?40 Jahren stand ich noch selbst mit an der Spitze einer solchen ?Entwicklung? ? mittlerweile bin ich klüger. Nach dem für mich schweren Planungsfehler der Verwaltung und beteiligter Lokalpolitiker in den 1970er-Jahren (OD Lindern!), die den Ort heute in zwei Teile teilen ? keine Mutter lässt ihr Kind alleine die teils mit hoher Geschwindigkeit befahrene OD passieren ? soll der Ort Geilenkirchen-Lindern jetzt in 2022 erneut in seinem bisherigen Bestand massiv gefährdet werden. Ein Indikator ist zum Beispiel die bisher völlig vernachlässigte beziehungsweise gar nicht stattgefundene frühzeitige ?ortslagenfreie? Straßenplanung! Es gibt nur ?Versprechungen?, und wie belastbar die sind, zeigen tausende ?Zusagen? dieser Art in der Vergangenheit.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

1001577

## Inhalt

### 2) Allgemeines Siedlungsgebiet Geilenkirchen-Lindern

#### Zu 2)

Ich bin ausdrücklich gegen die bisher nur planerisch angedachte Fläche ?Allgemeiner Siedlungsbereich? (ASB) für den bisherigen Ort Geilenkirchen-Lindern.

#### Begründung:

Mit Blick auf die bisherige Lebensqualität des Ortsteils Geilenkirchen-Lindern den Ort planerisch auf der Karte in brauner Fläche ? als ?Allgemeines Siedlungsgebiet? auszuweisen, das ist schon krass! Im Prinzip sollen nicht nur die 240 ha landwirtschaftlicher Fläche geopfert werden, sondern der ganze Ort. Spätestens wenn diese Gedankenspiele Realität würden, bräuchten wir über den Ort Lindern nicht mehr zu sprechen: Dann hätte der dann frühere Ort Lindern nur noch den völlig austauschbaren und oft zu sehenden gesichtslosen ?Charme? vieler Industrie- und Gewerbegebiete, wie man sie jetzt in Deutschland zuhauf und teils auch als Investitionsruinen vorfindet.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich (s. Stellungnahme ID 1003678) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt****Neuaufstellung Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln**

Hier: Stadt Brühl, Gemarkung Kierberg betreffend: Gelände des Daberger Hanges zwischen Rodderweg (Süden), Willy- Brandt-Str. (Westen), Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Willy-Brand-Straße/Am Daberger Hof (Norden) und das Biotop des ehemaligen Daberger Hofes und dem heute bestehenden Siedlungsbereich (Osten).

Ende 2022 wurde vom Rat der Stadt Brühl der Bebauungsplan zur Erweiterung der o.a. Hochschule des Bundes aufgehoben. Viele Brühler Bürger haben sich mit ihren Unterschriften für den Erhalt dieser für Brühl so wichtigen Fläche als Kaltluftentstehungszone - verbunden mit dem genau so wichtigen Kaltluftabfluss für das Klima in der Innenstadt - eingesetzt (siehe Klimafunktions- und Planungshinweiskarte Stadt Brühl vom April 2018 Tabelle 4-3, Seite 23). In dieser Planungshinweiskarte wird der ?Daberger Hang? insgesamt als: ?Ausgleichsraum von hoher Bedeutung? klimaaktive Freifläche mit direktem Bezug zum Siedlungsraum, hohe Empfindlichkeit gegenüber nutzungsändernden Eingriffen? ausgewiesen.

Der Verlust dieser Fläche hätte enorme negative Auswirkungen auf die klimatischen Bedingungen der Brühler Innenstadt. Als nicht versiegelte Freifläche wirkt sie - wie bei dem Starkregen Ereignis im letzten Jahr - als Versickerungsfläche und bindet Regenmassen, die dann nicht über die Kanalisation abgeleitet werden müssen. Eine Bebauung dieses Geländes wäre das Gegenteil von dem, was der Anpassung an den Klimawandel und der Vorbeugung vor immer häufigeren extremen Wetterlagen dem Schutze der Brühler Bürger dienlich wäre. Um den Verlust der Freifläche nicht nur kurzfristig sondern dauerhaft vorzubeugen, muss daher auch in den planungsrechtlichen Instrumenten des Regionalplanes gesichert werden, dass diese Fläche nicht mehr als Bau- bzw. Siedlungsgebiet vorgehalten wird.

Das entspricht auch dem Masterplan Freiraum. Dies ist wörtlich und sinngemäß aus dem Beschlusstext zitiert, den der Ausschuss für Planungs- und Stadtentwicklung am 16.09.2021 gefasst hat.

Die Stellungnahme der Stadt Brühl im Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans ?Köln? - TO Punkt 2.2 der Sitzung am 02.06.2022 als ASB 1- gekennzeichnet wurde einstimmig beschlossen, d.h. ohne Gegenstimme oder Enthaltung.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003956).



---

AZ: Ö-P-11	
1001142	
1000762	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[ANONYMISIERT]. Die Burg Schwadorf ist sowohl als Baudenkmal (am 08.09.1986, lfd. Nr. 90, Einbeziehung des Grabens 1989, Einbeziehung der umgrenzenden Bachläufe 2021) als auch als Bodendenkmal (am 17.12.2004, lfd. Nr. 097-190, Bescheid der Stadt Brühl vom 20.01.2005 - Korrektur zum Bescheid vom 13.01.2005, Az. FB4O/3-61 11-03-So) in die Denkmalliste eingetragen.</p> <p>Wir beziehen uns auf die Bekanntmachung der Bezirksregierung Köln, derzufolge der Regionalrat für den Regierungsbezirk Köln in seiner Sitzung am 10.12.2021 auf der Grundlage der von der Regionalplanungsbehörde vorgelegten Planunterlagen beschlossen hat, das Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln einzuleiten.</p> <p>Bezirksregierung Köln, Bekanntmachung unter: <a href="https://url.nrwlibet.rpkundhttps://www.aiscloud.nrw.de/arcpislaDes/experiencebuilder/teplatL?id=a0e76e7cbf3346a2a62f5a786d53bdba&amp;oaenaaoe18">https://url.nrwlibet.rpkundhttps://www.aiscloud.nrw.de/arcpislaDes/experiencebuilder/teplatL?id=a0e76e7cbf3346a2a62f5a786d53bdba&amp;oaenaaoe18</a></p> <p>Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nehmen wir hiermit innerhalb der vom 07.02.2022 bis zum 31.08.2022 eingeräumten Auslegungsfrist: zu der beabsichtigten Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln im Namen unserer Mandanten wie folgt Stellung.</p> <p><b>I. Gegenstand der Kritik: Vorgesehene Ausweisung eines neuen Siedlungsbereichs im überkommenen, kulturlandschaftlich erhaltungs- und schutzwürdigen Freiraum nördlich der Schallenburg in Brühl-Schwadorf</b></p> <p>Nach den ausgelegten Planunterlagen ist vorgesehen, die nördlich der Schallenburg und südlich der Aurobahnstrecke der BAB 553 gelegene Fläche als Siedlungsbereich auszuweisen. Diese regionalplanerische Ausweisung stünde im Gegensatz zur vorhandenen Gebietsstruktur in Gestalt des Freiraums und des Grünzuges nördlich der Schallenburg sowie zum Charakter der schutzwürdigen Kulturlandschaft, die sich zwischen der Schallenburg und dem Brühler Stadtzentrum sowie dem Schlosspark des Brühler Schlosses Augustusburg erstreckt. Sie widerspräche auch den im Landesentwicklungsplan des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegten Zielen der Raumordnung. Insoweit verweisen wir auf die freiraumbezogenen Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans (dazu unten II.1.) sowie auf die kulturlandschaftlichen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. ID 1003976). Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist die Neuabgrenzung des ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Die Entwicklung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen und richtet sich nach den landes- und regionalplanerischen Vorgaben, insbesondere Ziel 2-3 LEP NRW. Die denkmalrechtlichen Belange sind in die Bauleitplanung einzustellen und die Grundsätze des Regionalplans zur <i>Erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung</i> sollen berücksichtigt werden.</p>

Zielvorgaben und Grundsätze des Landesentwicklungsplans (dazu unten 11.2.). Der bisher geltende Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Teilabschnitt Region Köln) enthält hingegen mit dem Landesentwicklungsplan in Einklang stehende Zielvorgaben hinsichtlich des Freiraumschutzes wie auch der Erhaltung des Kulturlandschaftsbereichs um die kurfürstlichen Schlösser in Brühl. Die vom bisher geltenden Regionalplan abweichende Ausweisung der bezeichneten, nördlich der Schallenburg gelegenen Fläche als Siedlungsbereich ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Sie sollte im weiteren Verlauf des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln aufgegeben werden. Es sollte dabei bleiben, dass diese Fläche als Freiraum und Grünzug sowie als unbebauter und nichtbebaubarer Teil der Kulturlandschaft um die Brühler Schlösser erhalten und raumplanerisch gesichert wird. In landschafts- und siedlungsstruktureller Hinsicht besteht der Wert des hier vorhandenen Freiraums und Grünzuges sowie des erhaltungs- und schutzwürdigen Kulturlandschaftsbereichs um das Brühler Schloss Augustsburg mit seinem Park, Schloss Falkenlust, dem Palmersdorfer Hof dem Falkenluster Hof und der Schallenburg mit dem dörflich geprägten Ortsteil Schwadorf unverändert fort. In rechtlicher Hinsicht stellen die diesbezüglichen, im Landesentwicklungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen festgelegten Ziele der Raumordnung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG auch gegenüber der Regionalplanung verbindliche und übergeordnete Vorgaben dar. Die von diesen landesweit geltenden Zielvorgaben abweichende, in dem gegenwärtig ausgelegten Regionalplanentwurf vorgesehene Ausweisung der bezeichneten Fläche als Siedlungsbereich würde den vorhandenen Freiraum zerstören. Durch eine dem Regionalplanentwurf entsprechende Bebauung des neu vorgesehenen Siedlungsbereichs würde eine wesentliche Teilfläche des erhaltungs- und schutzwürdigen Kulturlandschaftsbereichs verbaut und unwiederbringlich vernichtet. Dies ist nicht nur raumplanerisch verfehlt und kulturvergessen, sondern auch rechtswidrig.

## **II. Entgegenstehende Ziele der Raumordnung im Landesentwicklungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen**

Die der vorgesehenen Ausweisung eines neuen Siedlungsbereichs im überkommenen, kulturlandschaftlich erhaltungs- und schutzwürdigen Freiraum nördlich der Schallenburg entgegenstehenden Ziele der Raumordnung (im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 fLOG) ergeben sich aus rechtsverbindlichen, klar und bestimmt gefassten Regelungen des Landesentwicklungsplans für das Land Nordrhein-Westfalen (LEP NRW).

Der LEP NRW ist aufgrund von § 17 Abs. 1 Satz 4 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.05.2005 (GVBl. NRW S. 430) von der Landesregierung mit Zustimmung des Landtages als Rechtsverordnung vom 15.12.2016 (GVBl. NRW S. 122) beschlossen und aufgrund von § 17 Abs. 2 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016, GVBl. NRW S. 934) durch die

## **1. Freiraumbezogene Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans**

Der Landesentwicklungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen gibt Ziele der Raumordnung vor, die als Grundlage der im bisher geltenden Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln vorgenommenen Ausweisung regionaler Grundzüge fungieren. So gibt Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans die raumstrukturelle Unterscheidung von Siedlungsraum und Freiraum vor. Danach ist als Grundlage für eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung das Land in Gebiete zu unterteilen, die entweder vorrangig Siedlungsfunktionen oder vorrangig Freiraumfunktionen erfüllen oder erfüllen werden. Die Siedlungsentwicklung der Gemeinden muss sich hiernach grundsätzlich innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche vollziehen. In den im regionalplanerisch festzulegenden Freiraum gelegenen Ortsteilen ist nur ausnahmsweise und unter engen Voraussetzungen eine Siedlungsentwicklung möglich (Ziele 2-3 und 2-4 des Landesentwicklungsplans).

Insbesondere können im regionalplanerisch festzulegenden Freiraum Bauflächen und -gebiete ausnahmsweise nur dann dargestellt und festgesetzt werden, "wenn diese unmittelbar an den Siedlungsraum anschließen und die Festlegung des Siedlungsraums nicht auf einer deutlich erkennbaren Grenze beruht" (Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans).

In den Erläuterungen zu Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans heißt es im Hinblick auf die räumliche Struktur des Landes klarstellend, dass eine homogene Verteilung und Durchmischung von Siedlungs- und Freiraumnutzungen mit einer nachhaltigen Raumentwicklung unvereinbar ist. Bei der hohen Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen würde dies - wie in den Erläuterungen hervorgehoben - zu einer starken Zersiedlung der Landschaft führen, die weder den sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen an den Raum gerecht würde noch seine ökologischen Funktionen gewährleisten könnte."

In den weiteren Erläuterungen zu Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans ist ausgeführt (LEP NRW, Seite 12):

?Grundlegende Entscheidungen bezüglich der nachhaltigen Raumentwicklung erfolgen mit der raumordnerischen Aufteilung des Raumes in 'Siedlungsraum' und 'Freiraum'. Dabei ist die gewachsene Raumstruktur mit den Unterschieden von Verdichtungsgebieten und überwiegend ländlich strukturierten Gebieten zugrunde zu legen. ...

Die Siedlungsentwicklung der Gemeinden hat sich innerhalb des

Siedlungsraumes bedarfsgerecht, nachhaltig und umweltverträglich zu vollziehen. Der Freiraum ist grundsätzlich zu erhalten und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend zu sichern und funktionsgerecht zu entwickeln. Den textlichen Festsetzungen des LEP zur Weiterentwicklung von Siedlungsraum und Freiraum liegt die landesweit vorliegende regionalplanerische Abgrenzung von Siedlungsraum und Freiraum zugrunde. Deren Fortschreibung oder einzelfallbezogene Änderung - unter Beachtung relevanter Festlegungen des LEP - ist wiederum Aufgabe der Regionalplanung.?

Bezogen auf den Siedlungsraum gibt der Landesentwicklungsplan das raumordnerische Ziel der flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung vor (LEP NRW, Seite 26, Ziel 6.1-1):

"Die Siedlungsentwicklung ist flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.

Die Regionalplanung legt bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen fest."

Konkretisierend wird das Leitbild "flächensparende Siedlungsentwicklung" zu einem raumordnerischen Grundsatz erhoben (LEP NRW, Seite 26, Grundsatz 6.1-2):

"Die Regional- und Bauleitplanung soll die flächensparende Siedlungsentwicklung im Sinne des Leitbildes in Nordrhein-Westfalen das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf 'Netto-Null' zu reduzieren umsetzen."

Korrespondierend definiert der Landesentwicklungsplan den "Grundsatz Freiraumschutz" (LEP NRW, Seite 59, Grundsatz 7.1-1);

"Der Freiraum soll erhalten werden; seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Ausgleichsfunktion sollen gesichert und entwickelt werden.

Der Erhalt der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen."

Daraus leitet der Landesentwicklungsplan das rechtsverbindliche Ziel der Freiraumsicherung in der Regionalplanung ab (LEP NRW, Seite 59, Ziel 7.1-2):

?Die Regionalplanung hat den Freiraum insbesondere durch Festlegung von Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen, Waldbereichen und Oberflächengewässern zu sichern. Sie hat den Freiraum durch Festlegung spezifischer Freiraumfunktionen und -nutzungen zu ordnen und zu entwickeln und Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen im Freiraum zu treffen.?

In diesem Zusammenhang gibt der Landesentwicklungsplan das Ziel "Grünzüge" vor (LEP NRW, Seite 59, Ziel 7.1-5):

?Zur siedlungsräumlichen Gliederung sind in den Regionalplänen regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen.

Sie sind auch als

- siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen,
- Biotopverbindungen und
- in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen

zu erhalten und zu entwickeln.

Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen.?

Der raumordnungsrechtlich vorgegebene Freiraumschutz wird in den zugehörigen Erläuterungen des Landesentwicklungsplans unter Verweis auf die Regionalplanung präzisiert (LEP NRW, Seite 60, zu 7.1-1):

"Dieser Landesentwicklungsplan enthält deshalb in Ziel 2-3 eine Festlegung, dass sich die Siedlungsentwicklung der Gemeinden innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche vollziehen muss. Hierzu besteht eine präzise festgelegte Unberührtheit für die Siedlungsentwicklung in den Ortsteilen, die im regionalplanerisch ausgewiesenen Freiraum liegen, sowie abschließend bestimmte Ausnahmen für bestimmte Sonderbauflächen und -gebiete.?"

Demgemäß hebt der Landesentwicklungsplan die Freiraumsicherung mittels der Regionalplanung besonders hervor (LEP NRW, Seite 61, Erläuterungen zu Ziel 7.1-2).

Nach dem zusammenfassenden Grundsatz des Landesentwicklungsplans sollen Bereiche, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die naturverträgliche und landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung besonders eignen, für diese Nutzungen gesichert und weiterentwickelt werden (LEP NRW, Seite 60, Grundsatz 7.1-8). In den zugehörigen Erläuterungen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW, Seite 64, zu 7.1-8) findet sich der Appell, dass es in der Verantwortung der gemeindlichen Bauleitplanung sowie der Landschaftsplanung der Kreise und kreisfreien Städte liegt, Natur und Landschaft auch als attraktiven Raum für allgemein nutzbare, nichtkommerzielle Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen zu erhalten und zu entwickeln?.

Diesen Zielen, Grundsätzen und Erläuterungen des Landesentwicklungsplans widerspricht die im ausgelegten Regionalplanentwurf für den Regierungsbezirk Köln vorgesehene Ausweisung eines neuen Siedlungsbereichs im überkommenen, als Grünzug fungierenden Freiraum nördlich der Schallenburg.

## **2. Kulturlandschaftliche Zielvorgaben und Grundsätze des Landesentwicklungsplans**

Der im ausgelegten Entwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans vorgesehene neue Siedlungsbereich liegt überdies im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schlosser - Vorgebirge). Dieser Bereich ist als solcher im Landesentwicklungsplan ausgewiesen.

LEP NRW, Seiten 15 ff.: Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung mit Abbildung 2 (Auflistung und kartographische Darstellung von 32 Kulturlandschaften und 29 landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen).

Die Definition und die Ausweisung dieser Kulturlandschaften und der landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche gründen sich auf den von den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe und Rheinland herausgegebenen Fachbeitrag über die erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe/Landschaftsverband Rheinland (Hrsg.), Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Grundlagen und Empfehlungen für die Landesplanung (Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zur Landesplanung in Nordrhein-Westfalen/Fachgutachten zum Kulturellen Erbe in der Landesplanung),

Auf der Ebene der Regionalplanung hat der Fachbeitrag "Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln? die Kulturlandschaftsbereiche und die Ziele ihres Schutzes konkretisiert.

Landschaftsverband Rheinland (Hrsg.), Fachbeitrag zum Regionalplan Köln. Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung, 2016, Seite 171 (KLB 161 ? Brühl/Kurfürstliche Schlösser) und Seite 186 (KLE 201? Schwadorf/Brühl).

Die Bewertungen und Zielsetzungen der zitierten Fachbeiträge sind in die Landesplanung und bisher auch in die Regionalplanung eingegangen. Rechtliche Grundlage dieser Rezeption ist § 12 Abs. 2 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen. Danach sind vorliegende Fachbeiträge und Konzepte bei der Erarbeitung von Raumordnungsplänen zu berücksichtigen. Demzufolge gelten die in den Fachbeiträgen zu den Kulturlandschaftsbereichen ausgewiesenen Erhaltungsziele, sofern sie im Landesentwicklungs- oder Regionalplan als "Ziele" titulierte sind, als Ziele der Raumordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 POG und im übrigen als Grundsätze der Raumordnung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG. Als Ziele der Raumordnung binden sie alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen.

Nach den einschlägigen Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans für die erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung ist die Vielfalt der Kulturlandschaften und des raumbedeutsamen kulturellen Erbes im besiedelten und unbesiedelten Raum zu erhalten und im Zusammenhang mit anderen räumlichen Nutzungen und raumbedeutsamen Maßnahmen zu gestalten. Dabei ist die Gliederung des Landes in 32 historisch gewachsene Kulturlandschaften zugrunde zu legen (Ziel 3-1 Abs. 1 des LEP NRW i.V.m. der zugehörigen Abbildung 2). In den Regionalplänen sind für diese Kulturlandschaften jeweils kulturlandschaftliche Leitbilder zur Erhaltung und Entwicklung ihrer prägenden Merkmale festzulegen (Ziel 3-1 Abs. 2 des LEP NRW).

Nach der weiteren Vorgabe des Landesentwicklungsplans sollen die gekennzeichneten 29 "landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche" unter Wahrung ihres besonderen kulturlandschaftlichen Wertes entwickelt werden. Ihre wertgebenden Elemente und Strukturen sollen als Zeugnisse des nordrhein-westfälischen landschafts-, bau- und industriekulturellen Erbes erhalten werden (Grundsatz 3-2 des LEP NRW i.V.m. der zugehörigen Abbildung 2). Denkmäler und Denkmalbereiche einschließlich ihrer Umgebung und der kulturlandschaftlichen Raumbezüge sowie kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsteile, Landschaftselemente, Orts- und Landschaftsbilder sollen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Sinne der erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung berücksichtigt werden (Grundsatz 3-3 Abs. 2 des LEP



NRW).

Im dabei zugrunde gelegten Verständnis der Raumordnung umfassen Kulturlandschaften sowohl den Siedlungs- als auch den Freiraum (Erläuterung zu Ziel 3-1 des LEP NRW) innerhalb der großräumig definierten Kulturlandschaften sind die 29 "landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche" enger begrenzt und auf der Grundlage des vorbezeichneten Fachbeitrags der Landschaftsverbände bestimmt. Sie sollen bei regionalplanerischen Festlegungen und anderen nachgeordneten Planungen besonders berücksichtigt und aufgegriffen werden. Insbesondere sollen sie in den regionalplanerischen Leitbildern zur Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaften durch textliche Darstellungen gesichert werden (Erläuterung zu Grundsatz 3-2 des LEP NRW). Die raumordnungsrechtlich gebotene Erhaltung kulturhistorisch bedeutsamer Landschaftsteile, -strukturen und -elemente der Orts- und Landschaftsbilder mit ihren Kultur- und Naturdenkmalen umfasst auch die Sichtbeziehungen und Sichträume. Diese Wertmerkmale und Entwicklungschancen sollen bei raumwirksamen Entscheidungen berücksichtigt werden (so ausdrücklich die Erläuterung zu Grundsatz 3-3 des LEP NRW).

Die wiedergegebenen allgemeinen Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans haben in dessen Anhang 2 ihren Niederschlag gefunden, da dort die 29 landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche mit ihren wertgebenden Elementen und Strukturen aufgelistet sind. Der landesbedeutsame Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schlösser - Vorgebirge) umfasst hiernach nicht nur die barocken Schlösser Augustusburg und Falkenlust sowie die zugehörigen Gärten und Parks mit ihren Achsen und Sichtbezügen, sondern auch umliegende historische Plätze und Denkmäler im Vorgebirge sowie die in der Umgebung gelegenen mittelalterlichen Burgen, Ortschaften und Kloster.

### **3. Ergebnis: Zielwidrige Verbauung und Zerstörung des landesbedeutsamen Kulturbereichs 18 im Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf**

Der neue, in dem ausgelegten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vorgesehene Siedlungsbereich würde, den kulturlandschaftlichen Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans zuwiderlaufend, den Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf verbauen. Insbesondere wäre damit zu rechnen, dass mehrgeschossige Baukörper in diesem Siedlungsbereich zugelassen werden können und den Sichtbezug zwischen der Schlossallee des Brühler Schlossparks und dem historischen Ortskern von Schwadorf verstellen. Bei realistischer, an den Planungen der Stadt Brühl orientierter Prognose müsste auch damit gerechnet werden, dass die Oberkanten derartiger Gebäude von der Aussichtsterrasse des Schlossparks aus auch über die Trasse der Autobahn A553 hinaus sichtbar wären.

Als Beleg für diese Gelände- und Sichtverhältnisse fügen wir Kopien der folgenden Karten bei: Tranchot-Karte von 1807/1608 (**Anlage 2**), Preußische Urkarte von 1820 (**Anlage 3**) und moderne Karte mit Eintrag der Blickachse zwischen dem Schloss Augustusburg und der Schallenburg (WTMS-Karte, relevant für den Schutzstatus der Brühler Schlösser als Weltkulturerbe nach den Kriterien der UNESCO, **Anlage 4**).

Maßgeblich ist dabei nicht allein die durch die Hauptallee des Schlossparks definierte exakte Sichtachse, die von der Südterrasse des Brühler Schlosses den Blick auf die Türme der Schallenburg erlaubt. Vielmehr öffnet die Aussichtsterrasse am Ende der Hauptallee des Schlossparks den Blick in südöstlicher Richtung auf den Ort Schwadorf und das Vorgebirge, in südwestlicher Richtung auf die freie Feldflur auch südwestlich des Ortes Schwadorf und das Siebengebirge. Diese Sichträume und Sichtbeziehungen, die die genau definierte Sichtachse auf beiden Seiten auffächern, sind unerlässlicher Teil der landschaftsbezogenen barocken Parkgestaltung und gleichfalls ausdrücklich von den Vorgaben des Kulturlandschaftsschutzes geschützt.

Soweit bislang von bzw. oder für die Stadt Brühl im Zusammenhang mit dem Entwurf des Bebauungsplans 05.10 vorgetragen worden ist, dass die bedeutenden Sichtbeziehungen bei einer Bebauung nördlich der Schallenburg erhalten blieben, bezieht sich diese Behauptung alleine auf die eng definierte Sichtachse von der Südterrasse des Schlosses zu der Burg Schwadorf.

Begründung zu den Planungsabsichten zur erneuten Offenlage des Bebauungsplans 05.10 der Stadt Brühl, Stand: November 2020, Seite 20, Ziffer 3.11 (dazu unten III.).

Diese verkürzte Sichtweise lässt bereits - den kulturlandschaftlichen Zusammenhängen zuwider - die angrenzenden Sichträume außer Acht und offenbart ein unzureichendes Verständnis der kulturlandschaftlichen Vorgaben und Zusammenhänge. Durch den vorgesehenen Siedlungsbereich nördlich der Schallenburg wird nunmehr tatsächlich die gesamte Ansicht der Ortschaft Schwadorf einschließlich der eng definierten Sichtachse zwischen der Südterrasse des Schlosses und der Burg Schwadorf verstellt. Mit einer Umwandlung des bisher freien, nördlich der Schallenburg gelegenen Sichtraums in einen bebaubaren Siedlungsbereich würde die Regionalplanung in unverständlicher und unverantwortlicher Weise den von der UNESCO verliehenen Schutzstatus der Brühler Schlösser und ihrer kulturlandschaftlichen Umgebung als Weltkulturerbe aufs Spiel setzen.

Für den Ort Schwadorf als eigenständigen Teil der Kulturlandschaft steht die Ausweisung der bezeichneten, nördlich der Schallenburg gelegenen Fläche als

Siedlungsbereich sowie deren entsprechende Bebauung nicht nur in einem unversöhnlichen Gegensatz zu der historischen Bauweise des dörtlich geprägten Ortsteils. Vielmehr verstellt sie den Sichtraum vor dem historischen Ortsrand und namentlich vor der barocken Hofanlage des Strauchshofs mit seiner auf den Schlosspark ausgerichteten Fassade. Zugleich würde eine Bebauung in dem neu ausgewiesenen Siedlungsbereich nördlich der Schallenburg die Trennung der Ortschaft Schwadorf und der frei neben dem Ort stehenden Burganlage zunichte machen.

### **III. Hintergrund des drohenden Verstoßes gegen die landesseitigen Ziele der Raumordnung: Abwägungsfehlerhafte Bebauungsbestrebungen auf Gemeinde- und Investorenseite**

Die in den ausgelegten Planunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (Teilabschnitt Region Köln) auf dem Gebiet der Stadt Brühl vorgesehene Ausweisung eines neuen Siedlungsbereichs nördlich der Schallenburg in Brühl-Schwadorf hat einen Hintergrund, der nicht übersehen werden darf. Dieser Hintergrund vermag den drohenden Verstoß gegen die im Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) vorgegebenen Ziele der Raumordnung zu erklären, nicht aber zu rechtfertigen. Dieser Problemhintergrund besteht in offenbar intensiven und zunehmenden Bebauungsbestrebungen auf Gemeinde- und Investorenseite. Da die dahingehenden Bestrebungen seit längerer Zeit wirken und ihrerseits gegen die rechtsverbindlichen Ziele der Raumordnung jedenfalls des Landesentwicklungsplans und bisher auch des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln verstoßen, drängt sich der Eindruck auf, dass nunmehr auf der Ebene der Regionalplanung der Versuch unternommen werden soll, die freiraumbezogenen und kulturlandschaftlichen Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans beiseite zu schieben oder abzuschwächen. Dieser Versuch muss schon deshalb scheitern, weil auch die Regionalplanung - ebenso wie die gemeindliche Bauleitplanung - an die landesweit und vorrangig geltenden, im Landesentwicklungsplan geregelten Ziele der Raumordnung gebunden ist.

Im Hinblick auf die vorgenannten, auf Gemeinde- und Investorenseite vordringenden Bebauungsbestrebungen ist darauf hinzuweisen, dass das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen unter vergleichbaren Fallumständen den auf eine Bebauung überkommener Freiflächen gerichteten Bebauungsplan 01.16 (Teilbereich II.) der Stadt Brühl wegen der Unvereinbarkeit mit den einschlägigen Zielen der Raumordnung für rechtsfehlerhaft und unwirksam erklärt hat.

OVG NRW, Urteil vom 27.01.2021 - 7 D 9/18.NE, Beck RS 2021, 2356 = BauR 2021.793.

Mit Bezug auf die nördlich der Schallenburg in Brühl-Schwadorf gelegene Fläche weisen wir darauf hin, dass die Stadt Brühl ein anhängiges Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das in diesem Bereich liegende Gebiet Östlich Lindenstraße,

westlich An der Schallenburg sowie ein paralleles Verfahren zur 50. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brühl betreibt. Auch in diesem Verfahren geben die entgegenstehenden, primär im Landesentwicklungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen geregelten Ziele der Raumordnung Anlass zu Einwendungen des oben dargelegten Inhalts. Diese Einwendungen haben wir im Namen unserer Mandanten in dem bauplanungsrechtlichen Planaufstellungsverfahren vorgetragen. Dazu verweisen wir auf unser an die Stadt Brühl gerichtetes, in Kopie beigefügtes Schreiben vom 11.06.2021 (**Anlage 5**).

Die gegenüber der Bauleitplanung durchgreifenden, auf die entgegenstehenden Ziele der Raumordnung gestützten Einwendungen können nicht durch die vom bisherigen Regionalplan abweichende Ausweisung eines Siedlungsbereichs in einem neu aufzustellenden Regionalplan ausgeräumt werden. Entscheidend hierfür ist nicht allein der formelle Vorrang der landesweit und unverändert geltenden Zielvorgaben des Landesentwicklungsplans, sondern vor allem auch der materielle Rang dieser raumstrukturellen Vorgaben hinsichtlich der landschaftsprägenden Freiräume und Grünzüge sowie der erhaltungs- und schutzwürdigen Kulturlandschaftsbereiche.

Ökonomisch motivierte Bebauungsbestrebungen auf Gemeinde- und Investorenmenseite vermögen die Ausweisung eines neuen Siedlungsbereichs unter Preisgabe oder Amputation überkommener, raumstrukturell wichtiger Freiräume, Grünzüge und Kulturlandschaftsbereiche nicht zu rechtfertigen. Solchen Bebauungsbestrebungen nachzugeben, wäre vielmehr unter raumstrukturellen Rahmenbedingungen der hier vorliegenden Art abwägungsfehlerhaft. Hierin läge ? mit Blick auf das Abwägungsergebnis ? ein Verstoß gegen das gesetzliche, in § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG geregelte Abwägungsgebot.

Die im ausgelegten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (Teilabschnitt Region Köln) vorgesehene Ausweisung der nördlich der Schallenburg gelegenen Fläche als Siedlungsbereich kann deshalb nicht aufrechterhalten werden. Der Bezirksregierung Köln als staatlicher Regionalplanungsbehörde (§ 4 Abs. 1 LPLG NRW) obliegt es, im weiteren Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans dahin zu wirken, dass aufgrund der gebotenen Prüfung der raumordnungsrechtlichen Zielkonformität sowie der Gesetzeskonformität der planerischen Abwägung die zielwidrige und abwägungsfehlerhafte Ausweisung der bezeichneten Fläche als Siedlungsbereich aufgegeben und die bisherige regionalplanerische Ausweisung dieser Fläche als Freiraum und Grünzug aufrechterhalten wird.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1000762\\_1.pdf](#)

<a href="#">Abb_ID_1000762_2.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000762_3.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000762_4.pdf</a> <a href="#">Abb_ID_1000762_5.pdf</a>	
--	--

1000763

## Inhalt

### **IV. Gesamtplanerischer Abstimmungs- und Kooperationsbedarf unter Einbeziehung des mangelhaften Gewässerzustands, der notwendigen Anpassung der Überschwemmungsgebietsfestsetzung und des Hochwasserschutzes sowie notwendiger wasserwirtschaftlicher Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Bäche in Brühl-Schwadorf**

Bei der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (Teilabschnitt Region Köln) sollte auch der gesamtplanerische Abstimmungs- und Kooperationsbedarf in wasserwirtschaftlicher Hinsicht berücksichtigt werden. Dabei sollten der mangelhafte Gewässerzustand, die notwendige Anpassung der Überschwemmungsgebietsfestsetzung und des Hochwasserschutzes sowie notwendige wasserwirtschaftliche Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Bäche in Brühl-Schwadorf einbezogen werden.

Insoweit erlauben wir uns, auf unser heutiges Schreiben an das Dezernat 54 (Wasserwirtschaft) der Bezirksregierung Köln zu verweisen. Eine Kopie dieses Schreibens fügen wir bei (**Anlage 6** nebst den hierzu gehörigen Anlagen 3 bis 12). Wie dort dargelegt, haben wir das Dezernat 54 insbesondere auf den wasserrechtlichen Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsvorbehalt wegen der von der Stadt Brühl geplanten, als Gewässerausbau zu qualifizierender, Neutrassierung der Schwadorfer-Bäche (II.), auf die wasserwirtschaftlichen Besorgnisse im Hinblick auf die von der Stadt Brühl beabsichtigte Bauleitplanung und deren Ausführung (I. und III.), die Bestätigung und Vertiefung der wasserwirtschaftlichen Besorgnisse durch die Starkregen- und Hochwasserereignisse im Juli 2021 (IV.), den wasserwirtschaftlichen Anpassungsbedarf hinsichtlich der Einleitung des Straßenoberflächenwassers der Autobahn BAB 553 über Retentionsbecken in den Geildorfer Bach (V.), die gesetzlichen Pflichten zur Anpassung der Überschwemmungsgebietsfestsetzung an neue Erkenntnisse (VI.) und zur Berücksichtigung von Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten (VI.), und die **verfehlten regionalplanerischen Bestrebungen zur Ausweisung der nördlich der Schallenburg gelegene Fläche als Siedlungsbereich (VII.) hingewiesen.**

Zugleich haben wir den engen Sachzusammenhang zwischen den Aufgaben und Befugnissen der Oberen Wasserbehörde und der Regionalplanungsbehörde hervorgehoben (VIII.). Daran anknüpfend, haben wir gegenüber dem Dezernat 54 (Wasserwirtschaft) die sachnotwendige Abstimmung und Kooperation zwischen der Dezernaten 54 und 32 der Bezirksregierung Köln angemahnt. Auf den gesamtplanerischen Abstimmungs- und Kooperationsbedarf weisen wir hiermit auch gegenüber dem für die Regionalplanung und die Regionalentwicklung zuständigen Dezernat 32 hin. In der dargelegten Konfliktsituation ist das Dezernat 32 in besonderer

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für den qualitativen Gewässerzustand, die Überschwemmungsgebietsfestsetzungen und wasserwirtschaftlichen Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Bäche in Brühl-Schwadorf liegt die Zuständigkeit bei der wasserwirtschaftlichen Fachplanung.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Weise gefordert, da die sektorenübergreifende Gesamtplanung der staatlichen Regionalplanungsbehörde obliegt. In diesem Aufgabenkontext appellieren wir an die Bezirksregierung Köln als staatliche **Regionalplanungsbehörde, für die Erhaltung der überkommenen Freiraumstruktur und der Kulturlandschaft um die denkmalgeschützten Brühler Schlösser Sorge zu tragen und dahin zu wirken, dass deren von der UNESCO verliehener Schutzstatus als Weltkulturerbe nicht gefährdet wird, sondern dauerhaft gesichert bleibt.**

Nachrichtlich übersenden wir eine Kopie dieses Schreibens nebst den zugehörigen Anlagen auch dem Dezernat 35 der Bezirksregierung Köln mit Rücksicht auf dessen Zuständigkeit für Städtebau, Bauaufsicht und Bau-, Wohnung- und Denkmalangelegenheiten sowie -forderung.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Anhänge**

[Abb. ID 1000763\\_1.pdf](#)

**Inhalt**

wir möchten uns mit einem Anliegen hinsichtlich der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln an Sie wenden. Es handelt sich um die Freiraumfläche bzw. das Feld (anonymisiert) in Lohmar-Scheiderhöhe.

Hier wurde seitens der Politik angeregt, diese benannte Fläche als Wohnbauland zu entwickeln. Wir wohnen angrenzend an diesem Feld, welches zur Zeit von Bauern bewirtschaftet wird, und sprechen uns aus folgenden Gründen dagegen aus:

Eine derartige Wohnbebauung wäre weder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, noch im Sinne des Dorfes, noch der Natur und Tierwelt. In diesen Zeiten des an der enormen zunehmenden Bedeutung des Klima,- und

Umweltschutzes besteht jetzt mehr als denn je das öffentliche große Interesse, landschaftliche Naturflächen zu erhalten. Wir alle stehen jetzt vor großen Herausforderungen und müssen leider in Zukunft mit

weiteren Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Hochwasser, etc. rechnen. Hier in Scheiderhöhe ist der Boden so lehmhaftig, so dass ohnehin schon Überschwemmungen ? so wie auch wieder im vergangenen Sommer ? bereits

stattgefunden haben. Das Regenwasser kann durch diesen Lehm Boden bei Starkregen oder auch anhaltenden Regen kaum höheren Grundwasserstand führen. Weitere Versiegelungen durch mehr Bebauung würde die Situation noch verschärfen. Nachhaltiger Klimaschutz bedeutet, Freiräume und ?Grünflächen? zu erhalten um auch das ökologische Gleichgewicht zu erhalten.

Ökologisches Gleichgewicht im Rahmen des Umweltschutzes bedeutet auch, dass Tiere und Natur nicht verdrängt werden dürfen. Die Natur bzw. das Ökosystem braucht Lebensraum!

Tiere, die hier in Scheiderhöhe ihren Lebensraum haben sind z. B. Milane, Kraniche, Schwalben, Libellen, Hasen, Kröten, Füchse und Viele mehr.

Des Weiteren haben wir eine Nahrungsmittelkrise. Die Bauern sind diejenigen, die für unser Getreide/Nahrungsmittel sorgen. Die Getreidekrise verdeutlicht, wie wichtig der Anbau von Grundnahrungsmittel unabhängig sicherzustellen und andere Länder ggf. unterstützen zu können.

Das Gebiet hier ist umgeben von Wald, Wiesen und Feldern. Das bestehende Feld bildet außerdem ein naturgetreues Landschaftsbild ab, was den dörflichen Charakter und auch im Ganzen gesehen, die Stadt Lohmar als Standort im Grünen auszeichnet. Dies führt auch zu einem Erholungswert und der Steigerung der Lebensqualität insbesondere für die Menschen, die hier leben.

Demzufolge bitten wir, diese Freiraumfläche auch in Zukunft dringend zu erhalten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

In dem bezeichneten Ortsteil Scheiderhöhe der Stadt Lohmar legt der Regionalplan keinen Siedlungsbereich, sondern vielmehr Freiraum fest. Damit ist die OL Scheiderhöhe ein Ortsteil im Freiraum. Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist gemäß der Zielfestlegung ?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren? möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Der FNP der Stadt Lohmar stellt hier eine noch nicht baulich genutzte G Baufläche dar.



<b>Anhänge</b>	
----------------	--

<a href="#">Abb_ID1008739.pdf</a>	
-----------------------------------	--

AZ: Ö-P-1556	
1003526	
1007367	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bezugnehmend auf die Offenlegung der geplanten Neuausweisung von BSN Flächen legen wir als Waldbesitzer in der Gemarkung Bad Münstereifel Einspruch gegen eine möglicherweise geplante Neuausweisung von Teilen unseres Besitzes als BSN Flächen ein.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es sind keine abwägungsrelevanten Belange erkennbar.</p>

AZ: Ö-P-1557

1003529

1008165

**Inhalt**

**Öffentliche Auslegung und Neuauftellung des Regionalplanes Köln**

Hier: Stellungnahme als Eigentümer

hiermit erhebe ich Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke.

Laut der beiliegenden Karte sollen meine Flächen

[ANONYMISIERT]

als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.

Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

AZ: Ö-P-1558	
1003530	
1008632	
<b>Inhalt</b> <p>Hiermit erheben wir Einspruch gegen jede Änderung meiner Grundstücke Laut der beiliegenden Karte sollen folgende in unserem Eigentum befindliche Flächen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden:  Gemarkung Wichterich [anonamziert] Gegen diese Änderung erhebe ich Einspruch, und möchte sie bitten diese Flächen auszuklammern.[Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Anregung/Bedenken  <b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.  <b>Erläuterung</b> Die Anregung bezieht sich nicht auf die Ebene des Regionalplans sondern auf die fachplanerische Umsetzung.

AZ: Ö-P-1559	
1003535	
1007365	
<b>Inhalt</b> Der Jagdbezirk Blankenheim [anonymisiert] legt Widerspruch gegen die Ausweisung von neuen Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) im Bereich des Jagdbezirks Blankenheim [anonymisiert] ein. Bei einer Jagdverpachtung mit größeren BSN-Gebieten könnten finanzielle Nachteile für den Jagdbezirk Blankenheim [anonymisiert] entstehen.	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> Hinweis <b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. <b>Erläuterung</b> Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

AZ: Ö-P-156	
1001419	
1002312	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb im Bereich Bergheim-Thorr. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Bergheim-Thorr bzw. Quadrath-Ichendorf hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 50 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis 50 ha in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharken Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1560

1003542

1007260\_001

#### Inhalt

##### **Regionalplanentwurf L364n OU Hückelhoven, 1. BAA46-L117 und OU Hückelhoven, 2. BA L117-Rheinstraße**

Als Einwohner der Stadt Hückelhoven spreche ich mich ausdrücklich gegen den oben aufgeführten Regionalplanentwurf aus, da der Bau dieser Straße meine Lebensqualität nachhaltig negativ beeinträchtigen wird.

Ich gehe davon aus, dass es, in Verbindung mit bereits existierenden sowie neu geplanten Industriegebieten, zu weiteren Lärmbelästigungen, noch höherem LKW-Aufkommen und stark erhöhtem Schwerlastverkehr kommen wird.

Der Junkerwald, durch den die geplante Straße verlaufen soll, ist ein Naherholungsgebiet der Stadt Hückelhoven, welches von mir und vielen weiteren Mitbürgern für Spaziergänge und zur Erholung genutzt wird.

Im Stadtgebiet gibt es keine weitere nennenswerte zusammenhängende größere Waldfläche mehr. Hinzu kommt, dass auch hier immer mehr Felder in Bauland umgewandelt werden, um neue Wohnräume zu schaffen. Dies hat jedoch logischerweise zur Folge, dass den dort lebenden Tieren auch noch ihre letzten verbliebenen Verbreitungsgebiete genommen werden.

Zurzeit sind alle Länder und Gesellschaften der Welt in der Diskussion, die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Dabei hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generation unsere Erde verbrauchen dürfen.

Und eins soll uns immer in Erinnerung bleiben: Bauern sorgen für unser aller Essen. Gerade zur heutigen Zeit, in der wir umweltbewusster leben und Energieverbräuche verringern sollen, gehört eine Straße, wie Sie es planen, nicht mehr auf die Tagesordnung.

Daher bitte ich Sie, den Bau dieser Straße zu stoppen, und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

Bitte Übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwendung.

#### Abwägung

##### **Typ**

Anregung/Bedenken

##### **Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### **Erläuterung**

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

## 1. GIB Geilenkirchen-Lindern

[s. Anhang Abb. StnID 1007246\_001]

Zunächst ist festzuhalten, dass die Planung der in Rede stehenden Industriefläche aus den 1970iger Jahren stammt. Damals hatte die Bevölkerung ein anderes Verhältnis zur Natur, zur Ökologie und zum Klima als dies heute der Fall ist. Diese Aspekte traten hinter industrielle Vorhaben damals noch zurück. Das geplante Industriegebiet wurde dementsprechend auf einer Freifläche geplant, die damals wie heute der Landwirtschaft dient. Eine Anbindung an das Autobahnnetz bestand damals ebenso wenig wie heute. Wäre die Fläche nicht vor rund 50 Jahren, also einem halben Jahrhundert, in der freien Natur geplant worden, würde heute bei Zugrundelegung aktueller Maßstäbe niemand auf die Idee kommen, diesen Standort für die Entwicklung eines Industriegebietes in Betracht zu ziehen.

Damit korrespondiert, dass die neue Schwarz-Grüne Landesregierung sich zum Ziel gesetzt hat, die Versiegelung naturbelassener Flächen weitestgehend zurückzufahren und stattdessen bestehende Industrieflächen, welche heute brach liegen, vornehmlich für die Entwicklung von Industrie nutzen zu wollen. Diesem Leitgedanken ist grundsätzlich beizupflichten, weshalb ich die Entwicklung eines Industriegebietes in der freien Natur nicht befürworten kann. Nach den heutigen gesellschaftlichen Maßstäben und den Wertungen der aktuellen Landesregierung ist die GIB-Fläche in Geilenkirchen-Lindern nicht mehr zeitgemäß. Ich bitte zu prüfen, ob die GIB-Fläche in Geilenkirchen-Lindern nicht bereits aus diesem Grunde künftig nicht mehr als GIB-fläche ausgewiesen sein sollte, sondern vielmehr dem Freiraum zugeteilt werden sollte.

Es stellt sich auch neben den vorstehenden grundsätzlichen Bedenken gegen die weitere Ausweisung der GIB-Fläche die generelle Frage, ob das Gebiet flur landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben überhaupt geeignet ist. Zur Ausweisung des Gebietes wird im Entwurf des Regionalplanes in der textlichen Festsetzung ausschließlich auf den Landesentwicklungsplan Kapitel 6.4 verwiesen (vgl. S. 83 der textlichen Festsetzung). Dabei wurde es unterlassen zu prüfen, ob dieser Standort, der seit den 1970iger Jahren landesplanerisch ausgewiesen ist, auch heute noch die Voraussetzungen erfüllt, die seinerzeit der Grund für eine Ausweisung dieser

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.



Fläche war. Damals waren zwei Autobahnen geplant, welche den Kreis Heinsberg an das deutsche Autobahnnetz anschließen sollten. Deren Kreuzungspunkt war in unmittelbarer Nähe des Industriegebietes Lindern geplant.

Letztlich wurde aber nur die heutige A 46 in einem Abstand von 8km Luftlinien zum geplanten Industriegebiet Lindern gebaut. Damit haben sich die Rahmenbedingungen für das ausgewiesene Industriegebiet über die Jahre erheblich verändert. Gleichwohl wurde das Gebiet weiter als GIB-Fläche ausgewiesen, ohne die geänderten Rahmenbedingungen überhaupt zu berücksichtigen. Nach meiner Meinung ist die Geeignetheit des Gebietes für flächenintensive Großvorhaben damit entfallen. Auch aus diesem Grunde sollte die GIB-Fläche Geilenkirchen-Lindern entfallen und der Bereich dem Freiraum zugeordnet werden.

Wollte man entgegen der hier vertretenen Auffassung die GIB-Fläche Geilenkirchen-Lindern im Regionalplan weiter ausweisen, würde dies voraussetzen, dass in jedem Falle eine ortslagenfreie Anbindung des Industriegebietes an das Autobahnnetz erfolgt. In den textlichen Erläuterungen zum Landesentwicklungsplan zu Punkt 6.4-1 lediglich folgendes ausgeführt: ?Für die drei Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern gibt es bereits Entwicklungsinitiativen. Für diese Standorte wird eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt. Das schließt die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz (insbesondere Straße und Schiene) ein.?

Für den Standort Geilenkirchen-Lindern ist zurzeit diese ?mittelfristige? Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, hier die Autobahnen A 46 und A 44, nicht gegeben. Von daher müsste dringend vor einer weiteren (von mir aber abgelehnten) Ausweisung des Industriegebietes Geilenkirchen-Lindern durch die Landesregierung und ggf den Landtag in jedem Falle sichergestellt werden, dass die notwendigen Landstraßen L228 (Ortsumgehung Lindern) und L364 (Ortsumgehung Lindern, Leiffarth und Würm) im Landesstraßenbedarfsplan mit der höchsten Dringlichkeitsstufe ausgewiesen und zügig geplant werden. Gleichzeitig müsste für die Ortschaften Heinsberg-Randerath, Horst und Dremmen eine verkehrliche Lösung gefunden werden.

Der bisherige Vorschlag, die Anbindung über die L 364 an die Autobahnauffahrt Hückelhoven- Ost herzustellen, ist mittelfristig nicht zu realisieren, da die juristischen Widerstände gegen die Ortsumgehungen Hückelhoven und Hilfarth zu groß sind. Außerdem beträgt die Distanz über diesen Weg rund 10 km und stellt keinen unmittelbaren Autobahnanschluss dar. Schließlich wäre diese Anbindung auch nicht ortslagenfrei, da die L 364 auch im Falle des Neubaus der L364n durch Hückelhoven-Brachelen führt.

Letztlich bleibt festzuhalten, dass auch die neue Landesregierung den Neubau von Straßen stark einschränken möchte. Sollte die neue Landesregierung sich gegen den notwendigen Ausbau des Straßennetzes aus politischen Gründen aussprechen, dann muss sich die Landesplanung auch von der Ausweisung des Industriegebietes Geilenkirchen-Lindern verabschieden, diese GIB-Fläche aufgeben und als Freiraumfläche ausweisen.

Es ist nicht vorstellbar und den Bürgern in den Orten Geilenkirchen-Lindern, -Leiffarth, -Würm, Heinsberg-Randerath, -Horst und -Dremmen und Hückelhoven, -Hilfarth und -Brachelen nicht zuzumuten, die Ziel- und Quellverkehre, die das geplante Industriegebiet auslösen würde, durch die Orte zu führen. Schon die heutigen Verkehrsmengen führen in den Ortslagen zu gefährlichen Situationen. Auch städtebaulich würde dies zu chaotischen Verhältnissen führen.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass bei der letzten durch die Landesplanungsbehörde in Auftrag gegebenen Untersuchung, ob die Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben geeignet sind, die ILS für Geilenkirchen-Lindern folgendes festgestellt hat: ?Die Fläche hat nur eine ?Grenzeignung?. Begründung: Ländliche Lage für Großansiedlungen nur bedingt geeignet, verkehrliche Anbindung verbesserungsbedürftig (Ortsdurchfahrten) bzw. nicht optimal (Entfernung zu den Flughäfen). Ein großer Teil der Fläche ist allerdings im Landesbesitz.?

Insgesamt kommt die ILS zu dem Ergebnis: Nicht-integrierter Standort im Außenbereich zwischen dörflichen Ortsteilen.

Gleichwohl wird die Eignung für die Nutzung laut LEP noch für gegeben beurteilt, weil das Land schon über einen Großteil der Flächen verfügt.

Wenn allein diese Untersuchung aus dem Jahre 2001 die Ausweisung der Fläche begründen soll, so ist dies zurückzuweisen.

Die Flächenverfügbarkeit kann nicht allein entscheidend dafür sein, ob ein derart großer, in die Natur eingreifender Standort ausgewiesen wird. Eine solche Sicht entspricht weder dem Zeitgeist der Gesellschaft, noch den erklärten Zielen der aktuellen Landesregierung. Die Schaffung eines Industriegebietes auf landwirtschaftlich genutzter Fläche, also intakter Natur, widerspricht dem Natur-, Umwelt- und Klimaschutz in jeglicher Hinsicht. Führt man sich dann zusätzlich die Ungeeignetheit des Standortes vor Augen, muss die Landesplanung die Ausweisung der GIB-Fläche Geilenkirchen-Lindern aufgeben und die Fläche dem Freiraum zuordnen!

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1007246\\_001.pdf](#)

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

**II. Ausweisung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern**

Die Stadt Geilenkirchen erwägt derzeit zu empfehlen, neben den Orten Geilenkirchen-Teveren, Geilenkirchen-Gillrath auch den Ort Geilenkirchen-Lindern als ASB auszuweisen. Hierüber soll der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung vom 25.08.2022 entscheiden. Grundsätzlich ist verständlich, dass die Stadt auf diese Weise versucht, Siedlungsraum für die Zukunft sicherzustellen. Allerdings muss den Planungen für die Ausweisung von Geilenkirchen-Lindern als ASB entschieden entgegengetreten werden!

Die der Vorlage an den Ausschuss beigefügte Planung der Stadt Geilenkirchen sieht für Lindern folgende Darstellung vor:

[s. Anhang Abb. StnID 1007246\_002\_1]

Die Umsetzung dieser Planung hätte zur Folge, dass der Ort Lindern flächenmäßig doppelt so groß würde wie bisher. Hierdurch würde das traditionelle Ortsbild, welches schützenswert ist, perspektivisch nicht erhalten. Die Bevölkerungsstruktur würde sich vollkommen verändern. Schon von daher ist eine derartige Ausweisung von Lindern zum ASB abzulehnen.

Die textliche Festsetzung sieht unter 3.2.1. (vgl. S. 66) nicht ohne Grund vor, dass dem Grunde nach nur Ortschaften mit mehr als 2.000 Einwohnern ein ASB werden sollen. Lindern hat aber nur ca. 1.300 Einwohner. Grundsätzlich ist nach der Wertung der textlichen Festsetzung auch in Lindern dem Schutz des Freiraums Vorrang vor Siedlungsinteressen einzuräumen.

Hierfür sprechen auch ökologische Aspekte. Mit dem Industriegebiet werden künftig in unmittelbarer Nähe zu Lindern ca. 250 ha landwirtschaftliche Fläche verloren gehen. In Anlehnung an die sog. Klimakrise und einer drohenden Nahrungsmittelkrise bin ich der Meinung, dass dem Natur-, Umwelt- und Klimaschutz und der Erhaltung der landwirtschaftlichen Flächen gerade in den dörflich geprägten Regionen Vorrang gegenüber neuen Siedlungsinteressen eingeräumt werden sollte. Demgegenüber können ? und sollten ? Siedlungsinteressen in den bereits bestehenden größeren Siedlungsbereichen konzentriert werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (s. Stellungnahme ID 1003678) sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bezüglich der Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern gilt, dass der LEP NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich

Sowohl der ASB des Stadtgebietes Geilenkirchen, als auch die von der Stadt Geilenkirchen als ASB vorgesehenen Ortschaften Teveren und Gillrath haben bereits jetzt mehr als 2.000 Einwohner. Diese bisherigen Siedlungsbereiche können ausgeweitet werden, während in den dörflich geprägten Regionen der Freiraum aus ökologischen Gründen geschützt werden sollte. Die Stadt Geilenkirchen ist daher keineswegs darauf angewiesen, zur Sicherung von Siedlungsflächen den Ort Lindern als ASB ausweisen zu lassen. Es bestehen hinreichende Möglichkeiten, den Siedlungsinteressen im Stadtgebiet Geilenkirchen auch jetzt in den bestehenden Siedlungsbereichen mit mehr als 2.000 Einwohnern gerecht zu werden und gleichzeitig den Freiraum in und um Lindern - sowie den anderen kleineren Dörfern - zu schützen.

Eine überregionale Betrachtung führt zu dem gleichen Ergebnis. Denn die GIB-Fläche Geilenkirchen-Lindern ist nicht nur auf dem Gebiet der Stadt Geilenkirchen, sondern auch auf den Gebieten der Städte Heinsberg, Hückelhoven und Linnich von zahlreichen ASB umgeben. Daher bestehen ausreichende Siedlungsmöglichkeiten um die GIB-Fläche herum, ohne dass die dörflichen Regionen mit Orten unter 2.000 Einwohnern zu allgemeinen Siedlungsbereichen entwickelt werden müssten und der Freiraum Siedlungsinteressen weichen müsste. Außerdem sind die meisten der um die GIB-Fläche liegenden ASB über das Schienennetz an Lindern angebunden, sodass Arbeitnehmer das Industriegebiet auch problemlos aus den bisherigen ASB über den ÖPNV erreichen können.

[s. Anhang Abb. StnID 1007246\_002\_2]

Aus diesen Gründen sollte der Regionairat auch bezüglich Lindern unbedingt an der 2000-Einwohner-Grenze festhalten und Lindern nicht als ASB ausweisen! Nach meiner vorstehend bereits unter Ziffer I. dargelegten Auffassung sollte die GIB-Fläche ohnehin aufgegeben und dem Freiraum zugeordnet werden. Damit würde eine Ausweisung von Lindern als ASB ohnehin obsolet.

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1007246\\_002\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1007246\\_002\\_2.pdf](#)

konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

**Inhalt**

Über veröffentlichte Informationen bin ich auf die bevorstehende Umsetzung des geplanten Industriegebietes in Geilenkirchen/Lindern aufmerksam geworden. Ich bin hier in unserem Kreis Heinsberg geboren und aufgewachsen. Seit ich verstanden habe, welcher Eingriff in unserer ländlichen Umgebung dort geplant ist, fühle ich mich aufgefordert, hierzu Stellung zu beziehen.

**Größe des geplanten Gebietes**

Für mich ist es gänzlich unverständlich, welche Flächengröße am geplanten Standort für die angebliche ?Weiterentwicklung? unserer Region ausgewiesen ist. Wenn man sich die Größenverhältnisse zwischen der geplanten Industriefläche und der Größe der angrenzenden Ortschaften vor Augen führt, liegt der Gedanke nahe, dass die Größenordnungen in einem völligen Missverhältnis liegen.

In unserer Region gibt es beispielsweise das benachbarte Gewerbegebiet Hückelhoven/Baal (mein Heimatdorf), welches in seiner Fläche in etwa so groß ist wie die angrenzende Ortschaft Baal mit seinen ca. 3.900 Einwohnern. Das Gewerbegebiet Baal ist in seiner Flächenausdehnung aber nur etwa halb so groß wie das neue geplante Gebiet in Lindern mit seinen ca. 1.300 Einwohnern. Schon das Baaler Gebiet wirkt mit seinen die Baumkronen überragenden Gewerbebauten völlig deplatziert. Es ist in seiner Erscheinung ein tiefer Einschnitt in das Landschaftsbild und aus allen möglichen Himmelsrichtungen weithin erkennbar. Für das etwa doppelt so große, neue Gebiet, welches zwischen deutlich kleineren Ortschaften geplant wird, ist eine Einbindung in das Landschaftsbild nicht vorstellbar. Spielen solche Verhältnismäßigkeiten bei der Standortwahl keine Rolle?

**Verkehrstechnische Erschließung**

Um beim Beispiel des Baaler Gewerbegebietes zu bleiben: Als das Gebiet auf den Weg gebracht wurde, wurde den Menschen eine ortsunabhängige, verkehrstechnische Erschließung in ?naher Zukunft? versprochen. Diese ist bis heute nicht realisiert. Das Ergebnis ist eine unzumutbare Belästigung der Bewohner, weil täglich hunderte von LKWs von einem ansässigen Logistikunternehmen mitten durch die alten Dorf/Hauptstraßen fahren müssen, um das Gewerbegebiet zu erreichen. Für das geplante Gebiet in Lindern sind keine ortsunabhängigen Straßen vorhanden. Ohne neue Straßen, die von den Autobahnen das neue Gebiet ortsunabhängig erschließen, ginge die Erschließung des geplanten Gebietes zu Lasten der Menschen in den Dörfern. Wenn im Kreis Heinsberg weitere Industrie- und Gewerbeflächen entstehen sollen, warum greift man dann nicht auf Standorte zu, die verkehrstechnisch

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

bereits erschlossen sind? Oder plant diese Gebiete in der Nähe von Autobahnabfahrten?

#### Zeitgemäße Entscheidungsprozesse

Der Beginn der Planungen eines Industriegebietes in Lindern geht in die 1970er Jahre zurück. Diese Planungen stammen aus einer Zeit, als die Menschen und die Politik für die Probleme der heutigen Zeit noch wenig sensibilisiert waren. So erhielten Themen wie z.B. Vermeidung von Flächenversiegelungen, verträgliche Verkehrsführungen, Bekämpfung des Klimawandels usw. erst in den letzten Jahren immer mehr Aufmerksamkeit und wurden zu zentralen politischen Zielen. Insbesondere auch für die junge Generation haben diese Themen große Bedeutung. Sollten politische Entscheidungen nicht regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie noch in die Zeit passen? Und ob diese Entscheidungen auf aktuell verträglichen Grundlagen basieren? Über eine Rückmeldung mit einer angemessenen Berücksichtigung meiner Anmerkungen und zeitgemäßen Antworten auf meine Fragen würde ich mich sehr freuen.

AZ: Ö-P-1566

1003545

1007263\_001

#### Inhalt

Einspruch am Gewerbeflächenplan Erkelenz

Neuhaus Terheeg / Venrath

Wir wollen keine emissionsstarken Ansiedelungen (Industrie / Logistik)

Seit 42 Jahren wohnen mein Mann und ich in Terheeg. Die Nähe zum Rhein-Baggerloch brachte schon jetzt zunehmenden Verkehr auf die Umgehungsstraße, sowie Staub und Schmutz. Je nachdem, wie der Wind steht, erreicht uns der Lärm der Autobahn / Eisenbahn, verstärkt durch die seit ca. 5 Jahren stehenden 3 Getreide "Türme" jetzt schon.

Die Entwicklungsstrecke liegt an der Autobahn Anschlussstelle Erkelenz Ost.

Jetzt schon ist hier häufig ein Stau, so dass wir, wenn wir mit dem Rad die Straße überqueren wollen, Probleme haben. Damit sind wir nicht allein.

Kurz gesagt: Lärm, Umweltbelastung, größeres Verkehrsaufkommen, Schmutz, große Lichtquellen, die die natürlichen Tag-Nach Sequenzen auch der Tiere stören sind nur einige Gründe, warum wir gegen die Erschließung als Gewerbegebiet sind. Die Zerstörung der Anbauacker, die Versiegelung des Bodens ist für uns nicht zu akzeptieren.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Zunächst möchte ich meine Anerkennung für die gründliche und umfangreiche Ausarbeitung des Regionalplanentwurfes (2021) zum Ausdruck bringen. Erkennbar wird beim Studium der Unterlagen aber auch, dass die eine oder andere Kommune sich mit der Zuarbeit für die Planenden offensichtlich etwas schwer getan hat. Wo dies zu unnötiger Behinderung geführt hat, möge der Regionalrat solches ? durchaus für die Öffentlichkeit wahrnehmbar ? rügen.

Wesentliche Krisenereignisse, die inzwischen weltweit ihre mehr oder minder erfahrbaren Auswirkungen auf die jeweiligen Gebiete und die dort ansässigen Bevölkerungen haben, konnten nachvollziehbar unmöglich bei der Planung in ihrer Gesamtheit wie auch im Detail Berücksichtigung finden. Gemeint sind da die in forciertem Geschwindigkeit eintretenden Folgen des unbestreitbaren Klimawandels (s. Titelzeile des Kölner Stadt-Anzeigers vom 27./28. August 2022, Zitat: ?Minister: NRW trocknet aus? i.V.m. einem Interview des NRW-Umweltministers Krischer), zweitens der bis vor sechs Monaten nicht vorstellbare Krieg im Osten Europas, von dem die Bundesaußenministerin inzwischen annimmt, er könne unter Umständen noch Jahre dauern, drittens die (auch) damit zu verknüpfenden und kaum einzugrenzenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krisensituationen im gesamten europäischen Raum.

Die in vermeintlich sichere Länder (somit auch zu uns in NRW) geflüchteten Millionen von Menschen müssen mit Obdach und materiell versorgt werden und hinsichtlich der Selbsterhaltung durch eine die Würde achtende Arbeit eine Perspektive bekommen.

Das Alles konnte im Entwurf unmöglich erfasst werden, hat aber so einschneidende Bedeutung, dass er ganz sicher an vielen Stellen ? falls nach der fluiden Datenlage überhaupt möglich und sinnvoll ? gravierend verändert oder überarbeitet werden muss.

Eine Beschlussfassung zur Gesamtheit der vorgestellten Planungsunterlagen stellte sich mir deshalb augenblicklich als vollkommen realitätsfern dar. Die Bezirksregierung möge aus den genannten Gründen den Regionalrat von einer angemessenen, das heißt deutlichen Fristverlängerung für die in-Recht-Setzung überzeugen.

Denn es müssen unter anderem umfangreiche neue Planungen im Hinblick auf die gesamte Energieerzeugung und -bereitstellung vorgenommen werden können, welche nicht von vorne herein durch Regionalplanfestlegungen ausgeschlossen wären. Dazu bedarf es aktualisierter Rechtsgrundlagen und einer ausführlichen Diskussion

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben und darüber hinaus wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.



<p>kompetenter Fachleute und der Ergebniskommunikation in Richtung Öffentlichkeit. Es müssen des weiteren alle sich inzwischen als ökonomisch völlig unsinnig erweisende infrastrukturelle Planungen, wie z.B. für das sogenannte ?autonome Fahren im Kfz-Individualverkehr eingestellt werden. Die in vielen Fällen zu erteilende Genehmigung der Bebauung oder Versiegelung von Flächen durch sogenannte Ausgleichsflächen muss ein Ende haben.</p>	
---	--

1007735	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1) Dokument: Zeichnerische_Festlegungen_Regplan_Koeln_Blatt04_Rhein_Erft_Kreis.pdf</p> <p>2) Dokument: ?Stadt Brühl ? Flächennutzungsplan mit allen rechtskräftigen Änderungen? [2016-fnp-aenderungen-nur-rechtskraeftige-fnp-aenderungen-1 -10.000-png-zu-pdf-k.pdf]</p> <p>Bei der Betrachtung der beiden o.g. Unterlagen wurden nachfolgend bezeichnete Unterschiede festgestellt.</p> <p><u>Brühl - Heide, Flurstücke 2004 und 2003:</u></p> <p>Innerhalb von Abschnitten der Straßen Kloster Benden - Bergstraße - Knappschaftsstraße - Grubenstraße befindet sich eine mit Obstbäumen bepflanzte Weidefläche, die in der Regionalplanzeichnung [Nr. 1)] nicht als solcherart genutzte Grünfläche zu erkennen ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.</p> <p>Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1007737	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1) Dokument: Zeichnerische_Festlegungen_Regplan_Koeln_Blatt04_Rhein_Erft_Kreis.pdf</p> <p>2) Dokument: ?Stadt Brühl ? Flächennutzungsplan mit allen rechtskräftigen Änderungen? [2016-fnp-aenderungen-nur-rechtskraeftige-fnp-aenderungen-1 -10.000-png-zu-pdf-k.pdf]</p> <p>Bei der Betrachtung der beiden o.g. Unterlagen wurden nachfolgend bezeichnete Unterschiede festgestellt.</p> <p><u>Brühl - Kierberg, Flurstück 2735 und südlich darunter befindliche Flurstücke 2634 und 2633:</u></p> <p>Die landwirtschaftlich genutzten Grünflächen und Baum-/Strauch bestandene Grünflächen südlich der Straßenabschnitte Willy-Brandt-Straße - Am Daberger Hof sind im Regionalplan unzutreffend als ?Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)? ausgewiesen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003956).</p>

1007742

## Inhalt

1) Dokument:

Zeichnerische\_Festlegungen\_Regplan\_Koeln\_Blatt04\_Rhein\_Erft\_Kreis.pdf

2) Dokument: ?Stadt Brühl ? Flächennutzungsplan mit allen rechtskräftigen Änderungen?

[2016-fnp-aenderungen-nur-rechtskraeftige-fnp-aenderungen-1 -10.000-png-zu-pdf-k.pdf]

Bei der Betrachtung der beiden o.g. Unterlagen wurden nachfolgend bezeichnete Unterschiede festgestellt.

Brühl - Badorf, Flurstück 755 (incl. ?Ententeich?):

Die dreieckförmige Fläche zwischen Phantasialandstraße (L 194) und BAB 553 ist im Brühler FNP als Naturschutzgebiet markiert, in der Zeichnung zum Regionalplan hingegen als ?Ferieneinrichtung u. Freizeitanlage".

Laut Presseberichten besteht eine Vereinbarung aus 2021 zwischen der früheren NRW-Umweltministerin Heinen-Esser und der Firma Phantasialand im Hinblick auf die Genehmigung einer Erweiterung deren Betriebsgeländes unter Einbeziehung des o.g. Flurstückes.

Die Mehrheitsfraktionen im Rat der Stadt Brühl haben die dem entgegenstehende Absicht bekundet, die entsprechende Zustimmung zu verweigern.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1007743

## Inhalt

Dokument: Stellungnahme der Stadt Brühl im Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln an die Bezirksregierung Köln

(Quelle: Öffentliche Vorlage für den Rat der Stadt Brühl Nr. 259/2022 vom 16.05.2022, Anl. 1 und 2)

In dieser Stellungnahme äußern die Vertreter der Stadt auf Seite 7 von 8 wie folgt wörtlich:

### Freiraum

#### F\_1

*Die BSN Festlegung ist zur Sicherung der bestehenden Freizeitnutzungen entsprechend der Flächenabgrenzung zu F\_ 1 zurückzunehmen.*

- Der Bereich zum Schutz der Natur (BSN) wurde im Bereich des Heider Bergsees auch auf das nördliche Ufer ausgedehnt. An diesem Ufer befinden sich seit Jahrzehnten etablierte und beliebte Freizeitnutzungen (u.a. Segelsportverein und Wassersportfreunde Brühl-Heide), die bislang im Regionalplan durch die Ausweisung als [F] Freizeiteinrichtungen geschützt waren. Diese [F]-Signatur im neuen Regionalplan entfällt nun.

- Gleichzeitig zu der bereits bestehenden BSN-Ausweisung, welche das Gebiet des FFH-Gebietes umfasste, wurde nun die BSN-Fläche auf den Bereich der beiden Segel- und Wassersportvereine ausgedehnt. Hier besteht ein realer Nutzungskonflikt.

- Es ist auch ein Widerspruch zum Grundsatz G.26, Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum zu fördern. Die Stadt Brühl fordert, zur Sicherung der bestehenden Freizeitnutzungen die BSN-Flächen nicht auf das nördliche Ufer des Heider Bergsees auszudehnen, sondern seemittig zu belassen.

**Der Forderung der Stadt Brühl, welche hier im letzten Satz des Textes zum Ausdruck kommt, widerspreche ich in vollem Umfang. Das bedeutet, dass die durch die Regionalplanung beabsichtigte BSN-Flächenausdehnung nach meiner Auffassung unbedingt zu akzeptieren ist.**

Begründung: Seit Jahren finden bei den genannten Wassersportvereinen in mehr oder weniger großem Umfang hinsichtlich multifunktionaler Nutzung des Geländes und der darauf befindlichen Einrichtungen und Bauwerke Veränderungen statt, durch die unabweisbar die beabsichtigte Zielsetzung für die durch EU-Recht sanktionierten FFH-Gebiete konterkariert wird.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1004000).

<p>Es wurden unter anderem größere Grillfeuerstätten errichtet und holzbeplankte Liegeflächen für Sonnenbadende mit Leitereinstiegen in den See hinein, so dass eindeutig der Charakter einer privaten Badeanstalt zu erkennen ist.</p> <p>Es werden geräuschintensive Feiern (auch privater Natur, ohne direkten Anlassbezug zum betreffenden Sportverein) unter Einsatz von auf dem Uferweg unzulässig geparkter, u.U. Rettungsdienste behindernder Getränkekühl-Anhängerfahrzeuge durchgeführt Allerdings mit Duldung interessierter einflussreicher Personen. Daneben kommt es zum Einsatz elektrisch verstärkter Musikdarbietungen oder dem Abspielen von entsprechenden Tonträgern. Diese Geräusche sind weiträumig im Umfeld des Heider Bergsees bis jeweils tief in die Nacht zu vernehmen. Ganz sicher werden dadurch große Teile der BSN-Flächen beeinträchtigt.</p>	
--	--

AZ: Ö-P-1569	
1003553	
1007278_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>4.4 Landwirtschaft</p> <p>G. 32 Landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten</p> <p>Alle Flächen, die für das geplante Gewerbe- und Industriegebiet Rospe vorgesehen sind, sind zum heutigen Zeitpunkt und auch in der Zukunft von drei ansässigen Landwirten landwirtschaftlich genutzt. Diese Flächen sind essentiell für den Bestand und die Wirtschaftlichkeit der drei Betriebe. Die Flächen des Betriebes Dannenberg dienen der wesentlichen Produktionsgrundlage von Lebensmitteln. Es werden Eier von Freilandhühnern und auch Fleisch der Ammenkuhherde unter der Regionalmarke "bergisch pur" direkt vermarktet. Ein Leitgedanke der Marke ist, dass das Wirtschaftswachstum der Landwirte in der Region gefördert und gepflegt wird und somit die Landschaft in ihrem ursprünglichen Sinne erhalten bleibt. So sollten die Flächen laut G.32 unbedingt erhalten werden. In welchem Umfang und wofür der Betrieb Dannenberg die Flächen nutzt ist in dem Absatz Betriebsfaktoren zu sehen (s.u.)</p> <p>G. 34 Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten</p> <p>Der Betrieb Dannenberg ist im Prozess der Erweiterung, da in naher Zukunft eine Tochter mit in den Betrieb einsteigt, die den Betrieb auch als zukünftige Hofnachfolgerin betreiben wird.</p> <p>Der gesamte landwirtschaftliche Betrieb von Barbara Dannenberg sowie das Wohnhaus der Familie Dannenberg erhält in dem Regionalplan keine Beachtung. Beides wird zum Nutzen eines Gewerbe- und Industriegebietes vernichtet. Dabei wird außer Acht gelassen, dass Landwirtschaftliche Betriebe und deren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten bleiben sollen, wie dies bei Familie Dannenberg durch den Generationswechsel vorgesehen ist. Den genauen Bestand und die entsprechende zukünftigen Entwicklungen sind dem folgenden Abschnitt zu entnehmen.</p> <p>Bestandsaufnahme: Der Betrieb von Barbara Dannenberg besteht aus einem Wohnhaus, Stallungen und Scheune. Darin befindet sich u.a. ein Hofladen, eine Kühlzelle- und ein Zerlegeraum für die regionale Direktvermarktung. Zudem wird der Zerlegeraum auch als Zerwirkraum</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht</p>

für die ansässigen Jagdpächter genutzt. Des Weiteren besteht der Betrieb zurzeit aus 15 Pensions- und Eigentumspferden, einer Ammenkuherde (15 Kühe, 1 Bulle) und 300 Legehennen, die in Freilandhaltung gehalten werden. Eine Solaranlage befindet sich ebenfalls auf der Hofanlage.

In den letzten Jahren wurde in den Geschäftszweig der Regionalvermarktung investiert, um die eigenen Produkte umweltfreundlich zu vermarkten. Für die nahe Zukunft ist außerdem eine Umstellung auf biologische Direkt- und Regionalvermarktung gemeinsam mit den ebenfalls von der Regionalplanung betroffenen Betrieben Dittmann und Merten geplant. In diesem Rahmen gab es auch schon Vorgespräche im Biokreis zur gemeinsamen Planung Anfang Dezember 2021. Es besteht bereits die zuvor aufgezeigte notwendige Infrastruktur, wie z.B. ein Verkaufsraum und ein Zerlegeraum. Damit soll auch für Gummersbach und Umgebung ein größeres Spektrum an regionalen Produkten geboten werden.

Der Betrieb bewirtschaftet insgesamt 20 ha landwirtschaftliche Flächen. Die unmittelbar an den Hof, das Wohnhaus und die Stallungen gelegenen Flächen in der Größe von 9 ha werden, für die Pensionspferdehaltung, die Haltung der Ammenkühe und für die Legehennen genutzt. Diese Flächen würden durch das Gewerbe- und Industriegebiet Gummersbach-Rospe komplett versiegelt und damit aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausfallen. Außerdem würde das Wohnhaus und die Stallungen zerstört, welche Bestandsschutz haben, da diese in dem Jahr 1958 erbaut wurden.

Um den Hof zu vergrößern und weiterhin wirtschaftlich zu führen, hat der Betrieb bereits in die Pensionspferdehaltung investiert. So wurde mit der Baugenehmigung vom 06.01.2014 wurde ein Bewegungsplatz von 20x40m genehmigt. Des Weiteren wurde ein Stallanbau von 7 m genehmigt, um eine artgerechte Pferdegruppenhaltung mit direktem großzügigen Auslaufgelände zu erreichen.

Der Anbau befindet sich derzeit in der Bauphase. Somit werden den Pferden nicht nur das Mindestmaß der Pferdehaltung nach der ?Leitlinie zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten? vom 9. Juni 2009 vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geboten, sondern darüber hinaus einen abwechslungsreichen und großzügigen Stellplatz. Zudem werden die Flächen benötigt, um den Pferden in den Sommermonaten ausreichend Auslauf und Weidefläche zu bieten, um die Zerstörung der Grasnarbe in Regenzeiten zu verhindern. Die Flächen werden naturnah und extensiv bearbeitet, sodass keine Düngemittel zugekauft werden. Für die Zukunftsplanung des Hofes wurde am 16.05.2022 von der Landwirtschaftskammer NRW für den Betrieb Dannenberg ein Betriebskonzept und Wirtschaftlichkeitsberechnung aufgestellt. Der Betrieb soll in dem Bereich der Pensionspferdehaltung auf 25 Pferde aufgestellt werden. Die Neu- und Umbaumaßnahmen in Stall und Scheune sollen einen weiteren Pferdestall mit 2 weiteren Offenställen sowie weiteren Einzelboxen und Erweiterung der Sattelkammer, Überdachung des Bewegungsplatzes, Neubau von Auslaufflächen an die Offenställe, Neubau eines Mistlagers an die Güllegrube und Anlage von Parkplätzen beinhalten.

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.



Darüber hinaus wurden Bauanträge für den Verkaufsraum, den Zerlegraum und die Kühlzelle positiv beschieden und bereits baulich umgesetzt

#### 4.5.1 Walderhaltung und -vermehrung

#### Z.22 Waldbereiche erhalten und entwickeln

Auf der Fläche befinden sich 2 ha naturgewachsener alter Baumbestand u.a. mit zweihundertjährigen Eichen. Dieser Bereich ist als Vorranggebiet festgelegt. Dieses Waldstück dient vor allem dem Arten- und Biotopschutz, dem vor dem Hintergrund des Waldsterbens durch den Borkenkäferbefall besondere Beachtung gebührt. Zudem ist das Land NRW im Bundesdurchschnitt bei der vorhandenen Waldflächen unterdurchschnittlich aufgestellt und daher bemüht, jegliche Waldflächen aufrecht zu erhalten. Das muss auch regional Beachtung finden. In diesem naturbelassenen Gebiet haben vor allem heimische Wildtiere ihr zuhause. So beispielsweise der Feldhase, der als besonders schützenswert gilt, da dieser laut der roten Liste "gefährdet" ist. Auch das Eichhörnchen fällt nach der Bundesartenschutzverordnung als heimische Art zu den "besonders geschützten Arten".

Insofern ist zuvorderst darauf zu achten, dass auch die Regulationsfunktionen im Landschafts- und Naturhaushalt durch diese Waldstücke erhalten bleiben.

#### 4.7 Wasser

#### 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren

#### Z.24 Oberflächengewässer sichern

In dem entsprechenden Gebiet verlaufen zwei Fließgewässer, daher ist dies als Vorranggebiet und unbedingt als schützenswert anzusehen. Die umliegenden Flächen sind überwiegend Sumpf- bzw. Nassgebiete. Fließgewässer bieten einen vielfältigen Lebensraum, der schützenswert ist. Ein solches Gewässer muss in der Gesamtschau der Umgebung betrachtet werden, da diese immer im Wechselspiel zueinander stehen. Die Wasserqualität und die entsprechende Tier- und Pflanzenwelt sind abhängig von der umliegenden Nutzung des Gebietes. Ein Gewerbe- und Industriegebiet beeinflusst nicht nur den Lauf des Gewässers unnatürlich, sondern auch die Wasserqualität stark negativ beeinträchtigen.

Zudem führt eine Versiegelung der Fläche und der Gewässer zu einer deutlich stärkeren Beanspruchung der umliegenden Gewässer. Dies erhöht die Hochwassergefahr im Bereich des Rospebachs, der entlang von Wohngebieten verläuft. Bei Starkregenfällen kommt es bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu Überflutungen im unteren Teil der Hardtstraße.

#### 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum

##### G.26 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen

Sowohl Verkehrslärm als auch der Lärm von gewerblichen und industriellen Anlagen wird in der Gesellschaft als störend aufgefasst. Durch die Planung wird ein Gebiet, das von der Ruhe und Naherholung geprägt ist, gefährdet. Erholung in ruhiger Umgebung ist für den Menschen von besonderer Bedeutung. Die angrenzenden Wohngebiete Rospe und Hardt-Hanfgarten verlieren aufgrund des Lärms ebenfalls an Lebensqualität und Attraktivität. Auch das umliegende Waldgebiet mit seinen Lebensräumen wird von dem Lärm betroffen sein.

**Inhalt****Stellungnahme Umweltbericht**

Der folgende Text bezieht sich auf den Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln Entwurf 2021

**4.1 Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit****4.1.3 Erholen (lärmarme Erholungsräume)**

Wie im Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz) bei 1.04 aufgeführt, ist das Gebiet in dem bisherigen Regionalplan aufgeführt, als Fläche zum Schutz der Landschaft (BNS) und landschaftsorientierter Erholung (BSLE). Dies ist weiterhin gut begründet der Fall, da Gummersbach schon stark besiedelt ist und viele Familien schon jetzt in Ermangelung von Naturerholungsgebieten leben. Solche Gebiete sind überdies auch als lärmarme Räume von hohem Stellenwert für alle hier lebenden Menschen. Die Aufstellung unter Punkt 2.02 steht außerdem in direktem Widerspruch zu Punkt 1.04. Wie zudem unter Punkt 1.07 in derselben Anlage aufgeführt gibt es schon jetzt in unmittelbarer Umgebung viele vorbelastete Gebiete.

Die Attraktivität von Gummersbach-Rospe und Hardt-Hanfgarten besteht insbesondere aufgrund des bestehenden Erholungsgebietes und der allgemeinen Nähe zur Natur und Landwirtschaft. Viele der ansässigen Bürger würden sonst dort nicht leben.

**4.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt**

Durch die Bodenversiegelung werden wertvolle Lebensräume von Tieren zerstört. Doch nicht nur die betroffene Grünlandflächen sind für die bereits genannten Tiere schützenswert, sondern auch die angrenzenden Waldflächen werden, sobald ein Gewerbe- und Industriegebiet gebaut worden ist, aufgrund der Lärmhelästigung und erhöhten Luftverschmutzung nicht mehr als Lebensraum nutzbar sein. Darüber hinaus dienen diese Grünflächen und das entsprechende Waldstück als Wildtierkorridor, sodass ein sicherer und geschützter Wildwechsel stattfinden kann. Mit einem Gewerbe- und Industriegebiet wird den Tieren das genommen, sodass sie ihre natürlichen Wege und Lebensräume nicht mehr erreichen. Auch die dort befindlichen Pflanzen sorgen für ein weiterhin bestehendes Ökosystem.

**4.2.5 Planungsrelevante Pflanzen- und Tierarten****Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Regionalplan wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen für das Schutzgut Boden sowie das Schutzgut Klima/Luft ermittelt, beschrieben und bewertet.

Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Kompensationsmaßnahmen) die konkrete nachteiligen Umweltauswirkung gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes Boden sowie des

Folgende planungsrelevante (geschützte!) Arten aus der Auflistung ?FIS geschützte Arten in NRW? des LANUV sind in dem Bereich des geplanten Gewerbe- und Industriegebiet vorhanden, deswegen sollte von einer Zerstörung dieses vielfältigen Lebensraums unbedingt abgesehen werden.

- ? Graureiher (*Ardea cinerea*) ? Besonders geschützt
- ? Schwarzstorch (*Ciconia nigra*) ? Streng geschützt, siehe Anhang 1 Vogelschutz-Richtlinie
- ? Habicht (*Accipiter gentilis*) ? Streng geschützt
- ? Rotmilan (*Milvus milvus*) ? Streng geschützt, siehe Anhang 1 Vogelschutz-Richtlinie
- ? Turmfalke (*Falco tinnunculus*) ? Streng geschützt
- ? Schleiereule (*Tyto alba*) ? Streng geschützt
- ? Uhu (*Bubo bubo*) ? Streng geschützt, Anhang 1 Vogelschutz-Richtlinie
- ? Grünspecht (*Picus viridis*) ? Streng geschützt
- ? Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*) ? Besonders geschützt
- ? Fledermaus; genaue Art(en) unbekannt, muss geprüft werden!

Die Ansiedlung vieler geschützter / planungsrelevanter Arten ist auch darin begründet, dass der in der Fläche vorhandene Wald ein 200 Jahre alter naturbelassener Mischwald ist. Darüber hinaus stellt das umliegende Gebiet mit Biotopen, Fließgewässern, offenen Grünlandflächen (Nahrungssuche) und weiteren Waldgebieten einen optimalen Lebensraum dar.

In Bezug auf Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz), wurde unter Punkt 2.07 planungsrelevante Arten angegeben, dass sich weder im Plangebiet noch im Umfeld entsprechende Arten befinden, dies aber im starken Widerspruch zu obiger Aufzählung planungsrelevanter / geschützter Tierarten steht.

#### 4.2.8 Schutzwürdige Biotope

Unmittelbar angrenzend an das geplante Gewerbe- und Industriegebiet befindet sich ein schutzwürdiges Biotop (BK-4911-039 Grünland-Gehölz-Biotopkomplex östlich Hardt-Hanfgarten).

Die Biotope gelten als besonders gefährdet, da sie mittlerweile sehr selten geworden sind. Das Biotop bietet für gefährdete und seltene Tiere und Pflanzen einen Lebensraum. Ein Gewerbe- und Industriegebiet in solch direkter Nähe würde die Qualität eines Biotops stark verringern und für Tiere nicht mehr bewohnbar machen. Zudem wäre der Bestand des Biotopes fraglich, da der gesamte Wasserkreislauf des Gebietes zerstört werden würde.

Schutzguts Klima/Luft vereinbar ist.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Das Ergebnis der Umweltprüfung ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

#### 4.2.9 Biotopverbund

Punkt 2.10 im Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz) bedarf weiterer genauer Prüfung. Da die geplante Fläche versiegelt werden soll sind starke Auswirkungen auf den Biotopverbund wahrscheinlich, nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Wasserflächen.

#### 4.4 Boden

##### 4.4.2 Schutzwürdige Böden

In dem entsprechenden Gebiet befinden sich schutzwürdige Böden, da diese eine sehr hohe Funktionserfüllung haben.

1. Nassgley: Wie bereits erwähnt kommt es im unteren Bereich der Hardtstraße bei starkem Regenfall zu Überflutungen. Dadurch ist besonders in diesem Fall die Funktionsfähigkeit des Nassgleys von großer Bedeutung, da dieser einen hohen Grundwasseranteil beinhaltet und als Wasserspeicher dient. Würde eine so große Fläche versiegelt werden, würde der gesamte Wasserkreislauf zerstört, es könnte kein Wasser mehr versickern, so würden Menschen und ihre Existenz/ -Häuser in Gefahr gebracht.

2. Kolluvisol: Kolluvisol entsteht meist aus humosen Bodenmaterial, welches durch Abschwemmung verlagert wurde. Durch die Sedimentherkunft besteht der Boden aus besonders vielen Nährstoffen.

3. Braunerde: Braunerden erfüllen wichtige Funktionen im Naturhaushalt und sind vielfältig nutzbar.

In NRW sind Böden mit hoher Funktionserfüllung aufgrund der hohen Besiedlung und der bereits hohen Anzahl von versiegelten Böden leider schon in geringem Ausmaß vorhanden. Daher sollte darauf geachtet werden Flächen zu nutzen, die bereits versiegelt sind, anstatt einen so funktionsfähigen Boden, zu zerstören. Es werden Lebensräume und die Lebensgrundlage von Tieren und Pflanzen genommen. Wasser- und Nährstoffkreisläufe können nicht weiterbestehen.

##### 4.6.3 Klimarelevante Böden

Ein großes Thema der heutigen Zeit ist der Klimawandel, welchen es zu stoppen gilt. Auch in der Politik werden die Bemühungen immer größer eine Emissionsreduktion zu erreichen, die Landschaft und die Natur zu schützen. Das findet durch die Planung nicht die entsprechende Beachtung. Böden sind der zweitgrößte Kohlenstoffspeicher nach den Ozeanen. In den Böden wird wichtiges Wasser gespeichert, welches die

Pflanzen benötigen. Zudem wird das regionale Klima durch die Verdunstung der Vegetation stark beeinflusst. Böden sind wichtig, um eine Hitzestau zu vermindern.

Zudem kommt es durch den Klimawandel zu immer mehr Umweltkatastrophen wie Starkregen. Auch an dieser Stelle erlauben wir uns nochmal auf die Überflutungsgefahr in der Rospe hinzuweisen, wenn es keinen Boden mehr gibt, der den Regen speichert und aufnehmen kann. Vor allem der vorhandene Boden Nassgley und Kolluvisol haben einen besonders hohen Stellenwert. Wie auch im Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz) zu sehen ist, sollte diesen klimarelevanten Böden eine besondere Bedeutung zugesprochen werden. Die zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen steht hierbei im Widerspruch zu vorigen Prüfpunkten.

#### 4.5 Wasser

##### 4.5.6.1 Oberflächenwasserkörper

In Gemarkung Gummersbach, Flur 71, Flurstück 64 befindet sich eine Quelle, welche in Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB,GIBz) nicht aufgeführt ist. Im Folgenden verläuft das Gewässer ober- und unterirdisch, bis es im Rospebach mündet. Dieser fehlt ebenfalls im Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz) Punkt 2.16.

In Gemarkung Gummersbach, Flur 46, Flurstück 987 befindet sich eine weitere Quelle, welche im Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB,GIBz) nicht aufgeführt ist.

Beide Quellen sind unabdingbar für den Wasserkreislauf und die Artenvielfalt im Plangebiet.

Weitere Folgen sind starke Wechselwirkungen zwischen Gewässern die außerhalb des Plangebietes liegen und im Rahmen der Planung nicht beachtet wurden. Das beinhaltet eine Überbelastung von bestehenden Gewässern und einer voraussichtlichen Zerstörung des Biotops und der damit verbundenen Zerstörung von Artenvielfalt.

#### Fazit

Am 03.10.2018 wurde bereits ein Schreiben von allen Eigentümern der entsprechenden Flächen an das Bauamt Gummersbach z.Hd. Herrn Jürgen Hefner gesendet. In diesem Schreiben wird bestätigt, dass keine Flächen zum Verkauf stehen und dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird. Dabei handelt es sich um Höfe, die allesamt eine Zukunftsperspektive haben, da die Betriebe bereits von einem Hofnachfolger geführt

werden bzw. die Hofnachfolge kurz bevor steht. Dementsprechend wurden sowohl zahlreiche Investitionen und als auch Anstrengungen für die Zukunft getätigt sowie entsprechende Genehmigungen eingeholt. Zudem erlauben wir uns an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass es sich in diesem ausgewiesenen Bereich um drei landwirtschaftliche Betriebe handelt, die nicht nur die Existenzgrundlage für deren Familien bilden, sondern auch regionale Lebensmittel für die Umgebung produzieren. Wie abhängig die Gesellschaft von der Landwirtschaft ist, wird besonders in diesen Zeiten deutlich. Die Landwirtschaft dient der Ernährungssicherheit des Landes ohne sich von anderen Ländern und deren Exporten abhängig zu machen. So sollen Brachflächen von Landwirten genutzt werden, um mehr Fläche bewirtschaften zu können. Mit der aktuellen Planung wird dem entgegengewirkt und vorhandene Flächen und Betriebe sollen zerstört und Flächen versiegelt werden. Der Prozess der Versiegelung zerstört den Boden unwiederbringlich. Selbst nach einer Entsiegelung braucht der Boden Jahrtausende, um wieder ansatzweise funktionstüchtig zu werden. Es sollte dringend darauf geachtet werden Flächen zu nutzen, die bereits versiegelt sind. Unser Boden ist ein endliches Gut!

Wie bereits im Anhang E Prüfbögen der im Regionalplan Köln festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB, GIBz) aufgeführt, sind erhebliche Umweltauswirkungen mit dem Bau des Gewerbe- und Industriegewerbes mit Blick auf die schutzwürdigen und klimarelevanten Böden zu erwarten. Dieser Punkt wird jedoch nicht genug gewürdigt, geschweige denn die entsprechende Gewichtung zukommen gelassen.

Wie bereits erwähnt ist Boden ein Schutzwürdiges Gut, welches in Zeiten des Klimawandels besonders hoch anzusehen ist.

Hinzu kommt, dass bei der aktuellen Planung als Verbindungsstück von der Westtangente zu dem entsprechenden Gebiet die Straße komplett verbreitert werden müsste. Diese Fläche wird den dort ansässigen Anwohnern genommen, die dem Gewerbe- und Industriegebiet und nicht bereit sind, ihre Flächen zu verkaufen.

Der Regionalplanentwurf stellt finanzielle Interessen der Industrie und Städte vor unser Leben und das unserer Nachkommen. Die Erhaltung einer lebenswürdigen und -fähigen Welt sollten immer vor finanziellen Interessen stehen. Dieser Regionalplanentwurf, in dem Flächen versiegelt werden, die biologisch, nachhaltig und durchaus auch ökonomisch (in Bezug auf bestehende, wirtschaftlich funktionierende, nachhaltige Betriebe) von höchster Bedeutung sind, stehen im Widerspruch zu Nachhaltigkeitsperspektiven die u.a. in Deutschland angestrebt werden.

Anbei reichen wir die Petition ?Nein zum Gewerbe- und Industriegebiet Gummersbach-Rospe? ein, da von dem Vorhaben viele Bürger betroffen sind, denen etwas an ihrer Heimat und ihrem ländlichen Zuhause liegt.

Aus den vorgenannten Gründen, sehen wir die Planung nicht nur kritisch, sondern lehnen sie ab. Wir hoffen sehr, dass unsere Einwände ernsthaft Eingang in die weitere Planungsphase finden und dementsprechend berücksichtigt werden.



AZ: Ö-P-157	
1001403	
1002497	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in Bedburg. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Bedburg, Quadrath-Ichendorf und Kerpen-Sindorf hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 20 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Wenn im Ergebnis 20 ha in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1570

1003554

1007279\_001

#### Inhalt

Betr.: Regionalplan für das Gewerbe-Industrie Gebiet (GIB) Kreis Heinsberg  
Geilenkirchen - Hatterath/Gillrath Püttstr.

Ich lehne den Regionalplan ab, da die Verkehrsfrage noch nicht gelöst ist.

Das erhöhte Verkehrsaufkommen u. steigende Emissionswerte Schränken meine Lebensqualität ein.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentiale wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1571

1003555

1007280\_001

#### Inhalt

Öff Stellungnahme Regionalplan - Ablehnung neuer GIB, GIBPlus und ASB-Gebiete im Bereich der Städte Hückelhoven, Geilenkirchen und Erkelenz

Ich lehne den Regionalplanentwurf für die o.g. Gewerbegebiete - insbesondere für Hückelhoven-Baal ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes unbedingt erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen unwiederbringlich der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar.

Warum wird mit der Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher?

Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da die Verkehrsfrage völlig ungelöst ist und ich sicher weiß, daß die Lebensqualität durch den Verkehr rund um die Gewerbegebiete Hückelhoven-Baal weiterhin erheblich beeinträchtigt werden würde und meine Gesundheit weiter gefährdet wäre.

Das Gewerbegebiet Baal östlich der B57 würde mit einem viel zu geringen Abstand von 110 Metern an die nördliche Wohnbebauung meines Dorfes Baal angrenzen und stellt eine wesentliche Beeinträchtigung der Anwohner dar. Dasselbe gilt für die nördliche Grenze vor Erkelenz-Granterath.

Ebenso gilt diese Überlegung für die geplanten Flächen westlich der B57 - auch hier folgt die Wohnbebauung in geringem Abstand.

Ich lehne die Gewerbegebiete Hückelhoven-Baal ab, weil die Dorfstrukturen meines Dorfes und der umliegenden Dörfer zerstört würden. Die Orte verlören ihren Charakter. Die Regionalplanung denkt nicht an die Bevölkerung: Dorfbewohner leben freiwillig in ihren Dörfern und sind vielfach aus größeren Städten hierher gezogen sie möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Gerade deshalb sind sie - wie auch ich - aufs Land gezogen. Sie wollen nicht unmittelbar vor ihrer Haustüre ein Gewerbegebiet sehen.

Ich lehne die o.g. Gewerbegebiete ab, weil die betrieblichen Abwässer und das Niederschlagswasser unser Kanalnetz belasteten. Steigende Reinigungskosten werden

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).

unseren Abwasserhaushalt belasten und zu höheren Abwassergebühren führen.

Ich lehne diese Gewerbegebiete ab, weil damit die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt werden. Strukturwandel scheint für unsere lokalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren.

ALTERNATIVEN für neue Gewerbegebiete:

- die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
- die Nutzung innerstädtischer Flächen,
- die Aufstockung der bereits in bestehenden Gewerbegebieten vorhandenen Gebäude sowie Nutzung jahrelang brachliegender Gewerbeflächen (Baal, Rheinstr., Zechenring)
- die Umnutzung alter Gebäude,
- die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe von Autobahnen,
- eine Neu-Beurteilung und Neu-Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs - vor allem auch unter der Berücksichtigung, daß unsere Gesellschaft sich immer mehr zur einer Dienstleistungs-Gesellschaft entwickelt.

Ich lehne die o.g. Gewerbegebiete ab, weil der maßlose Flächenfraß ein Ende haben muss. Es darf kein ?Weiter-so? mehr geben !

Die Erweiterung bestehender Gewerbegebiete und die Schaffung neuer Gewerbegebiete scheint gedanken- und maßlos, weil sie die Praxis der letzten Jahrzehnte sind. Sie sind aber keine Antworten auf unsere heutigen Probleme - auch in Bezug auf die Selbstversorgung der eigenen Bevölkerung (Ukraine).

Es muss ein Umdenken in der Regionalplanung geben hin zu Nachhaltigkeit und kluger städtischer Entwicklung. Flächenfraß darf keine Option der Stadtentwicklung mehr sein.

AZ: Ö-P-1572	
1003556	
1007281_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin in Wasserfuhr geboren und durch meine Heirat lebe ich seit Anfang der 1950ziger Jahre in unserem Dorf Herreshagen. Hier habe ich mit meinem Mann unsere 5 Kinder geboren und großgezogen.</p> <p>Mein Leben lang habe ich mich an der Gestaltung des Dorfes und dem gemeinschaftlichen Lehen beteiligt. So war ich Mitgründer unsere Dorfgemeinschaft in den 1970ziger Jahren.</p> <p>Ich wohne im Tieftentaler Weg und nutze heute jede Gelegenheit, meinen Enkelkindern zu zeigen, wie wichtig und schön unsere Natur und unser Dorf ist. Während der Corona-Pandemie konnte ich insbesondere mit meinen Enkelkindern Kraft aus den Spaziergängen in der Natur direkt vor der Haustür schöpfen. Somit konnte ich die Einsamkeit besser ertragen.</p> <p>Unsere Dorfgemeinschaft ist sehr aktiv und wir verbringen viel Zeit miteinander mit Wanderungen und Spaziergängen in der Natur.</p> <p>Bei dem Gedanken, in der Zukunft gegen große Hallen eines Gewerbegebietes zu sehen, keine Wandermöglichkeiten da mehr zu haben, blutet mir das Herz. Ich bin tief betroffen über unseren Bürgermeister und den Rat der Stadt Gummersbach, dass sie ein solches Vorhaben in unserem Dorf mit gerade einmal 400 Einwohnern durchziehen sollen. Mein Haus ist meine Rentenvorsorge. Dieses Haus habe ich mit meinem verstorbenen Ehemann gebaut. Ein solches Vorhaben bedeutet für mich auch einen Wertverlust.</p> <p>Es gibt so viele andere Orte, wo schon jetzt Flächen leer stehen. Es sollten doch erst einmal solche Flächen genutzt werden. Ich habe wirklich Angst, dass unser beschauliches Dorf durch dieses Bauvorhaben vollkommen untergeht, dass meine Enkelkinder nicht mehr mit dem Fahrrad die Wanderwege entlang fahren können, dass im Winter unsere geliebte Rodelbahn nicht mehr existiert und uns der Lärm der Maschinen und der Verkehr krank machen.</p> <p>So viele junge Familien, wie auch mein Sohn, sind mit Ihren Kindern in unser Dorf gezogen. Wenn ich hier spazieren gehe, sehe ich die Kinder spielen. Bitte machen Sie das nicht kaputt.</p> <p>Ich bitte Sie, dieses Bauvorhaben nicht umzusetzen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

---

AZ: Ö-P-1574	
1003576	
1007368	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter forstwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der uns vorliegenden Karten ist beabsichtigt, etliche 100 ha Waldflächen in den Gemarkungen der Kommunen Mechernich, Zülpich, Bad Münstereifel, Weilerswist sowie Euskirchen, die unseren Mitgliedern gehören, als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</p> <p>Eine künftige Auseisung als Naturschutzgebiet würde die wirtschaftliche Bewirtschaftung der Waldflächen einschränken, sei es durch ein Einschlagsverbot, eine eingeschränkte Baumartenwahl, die Verhinderung des Baus von Wasserspeichern zur Löschwasserversorgung oder des Wegebau, um nur einige Einschränkungen aufzuzählen. Jede dieser Einschränkungen, noch schlimmer die ggfs. eintreffende Kumulierung dieser Maßnahmen, würde eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung des Waldes erschweren, wenn nicht ausschließen.</p> <p>Zudem besteht u.E. ein begründeter Verdacht, dass die für die entsprechenden Schutzstatus vorgesehenen Flächen überhaupt keinen weiteren Schutz bedürfen, befinden sie sich doch aktuell trotz oder vielleicht sogar aufgrund der momentanen Bewirtschaftung in hervorragenden biologischen Zustand. Warum soll man denn nun etwas ändern, zumal gerade im Klein- und Kleinstwaldbesitz jegliche Einschränkung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten mit einem starken Identifizierungsverlust einhergehen, von dem Vermögensverlust einmal ganz abgesehen.</p> <p>Wir sprechen uns vor dem Hintergrund der o.a. Gründe daher nachdrücklich gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitten, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1575

1003586

1007294\_001

#### Inhalt

Einspruch gegen den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln  
Planungsbereich LEP Lindern

Wir lehnen den obigen Regionalplan vehement ab.

Wir gehen in diesem Gebiet regelmäßig spazieren. Es dient für uns und unsere Kinder zur Erholung.

Unsere Wohnqualität wird sich durch die räumliche Nähe zum Industriegebiet wesentlich verschlechtern. (Lärmbelästigung, Luftqualität, etc.)

Es werden große Flächen versiegelt, wodurch das Oberflächenwasser aufgrund unserer tiefen Lage ungehindert auf unsere Straße fließt und mit erheblichen Beschädigungen zu rechnen ist. Wir gehen davon aus, dass diese Schäden dann durch Ihre Behörde abgesichert sind.

Die Verkehrsanbindung ist immer noch nicht geklärt. Die Zufahrt über die L364 führt direkt durch unseren Ort. Es besteht jetzt schon, am alten Steinweg, ein enormes Risiko für unsere Kinder, die an dieser Stelle die Straße queren müssen, um zur Schule bzw. in den Ort zu gelangen.

Durch ein noch stärkeres Verkehrsaufkommen (auch in Form von schwereren LKWs) wird die Gefährdung unserer Kinder wesentlich erhöht. Das ist von uns nicht zu akzeptieren.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.



**Inhalt**

hiermit bitte ich damm, dass das Gebiet in Villiprott Nordost (WAC ASB 5) im neuen Regionaipplan nicht als allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen wird. Zum einen wird das Gebiet, das im Wesentlichen aus Ackerflächen, Streuobstwiesen und Weidetflächen besteht, von den Wachtberger Bürgern als beliebtes Erholungsgebiet zum Spazieren und Radfahren genutzt. Zum anderen stellt die Fläche ein ökologisch wertvolles Biotop dar, das seltene Fledermausarten. Vögel, Amphibien und Insekten beheimatet. So hat auch das Landesamt flur Natur-, Umwelt und Verbraucherschutz im Juli 2022 das Gebiet als Biotop von besonderer Bedeutung bezeichnet. Außerdem entspricht die Ausweisung einer Siedlungsfläche an dieser Stelle nicht dem Willen der (überwiegenden) Bevölkerung von Villiprott. Wie die heftige Gegenwehr vor circa 10 Jahren gegen die Ausweisung dieses Gebiets als ASB im damaligen Flächennutzungsplan gezeigt hat, möchten die Bürger den dörflichen Charakter von Villiprott auf jeden Fall erhalten. Villiprott hat keine Infrastruktur und keine Schule. Sein Charme wird durch die Lage inmitten der schönen, ländlichen Umgebung geprägt. Dieser besondere Charme würde durch eine Bebauung an dieser Stelle unwiederbringlich zerstört. Eine Bebauung in diesem Bereich widerspräche auch den klimapolitischen Zielen der in der Wachtberger Regierung vertretenen Grünen Partei. Grundsätzlich wehren sich die Grünen gegen die Zerstörung von ökologisch wertvollen Flächen zugunsten einer klimaschädlichen Bebauung mit Ein- oder Zweifamilienhäusern (?Flächenfraß?). Umso erstaunlicher ist es, dass diese Partei, die zu Zeiten einer rotgrünen Regierung gegen eine Bebauung gestimmt hat, in der jetzigen schwarzgrünen Regierung bei der letzten Gemeinderatssitzung plötzlich g e g e n die Herausnahme des Gebiets als ASB votiert hat. Die Abstimmung führte interessanter Weise nach der ersten Zählung zu einer Herausnahme des Gebiets bei einer Stimmenthaltung eines grünen Ratsmitglieds. Nach mehrmaligem Wiederholen der Abzählung durch den Bürgermeister [ANONYMISIERTE] hat die Stimmenthaltung dem Druck nachgegeben und sich der regierenden Partei angeschlossen. Auf mich wirkte das Verhalten des Bürgermeisters unseriös. Dieser Eindruck verstärkte sich durch seine sinngemäße Aussage, dass dort sowieso nicht gebaut werden könne. Wenn selbst der Bürgermeister der Meinung ist, dass dort nicht gebaut werden kann, frage ich mich, warum dann das Gebiet wieder als ASB ausgewiesen werden soll. Früher stellte dieses Gebiet sogar ein Landschaftsschutzgebiet dar. Ich plädiere dafür, dass die Landschaftsschutzgrenze wieder in seine ursprüngliche Position zurückverlegt wird, um der Diskussion über die Frage der Bebauung die Grundlage zu entziehen. Zudem ließe sich das gegenwärtige Problem des Mangels an bezahlbarem Wohnraum mit dem Bau von teuren Ein- und Zweifamilienhäusern nicht lösen. Diese könnten sich nur

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der im Rahmen der Umweltprüfung durchgeführten FFH-Vorprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des angrenzenden FFH Gebietes Waldreservat Kottenforst durch das Plangebiet für die Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden.

Der Umweltbericht zeigt auf, dass voraussichtlich bei drei Kriterien - angrenzendes Naturschutzgebiet, schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden, Landschaftsbild - erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die nachfolgende Bauleit- und Genehmigungsplanung kann durch entsprechende Minimierungsmaßnahmen, dafür sorgen, die Umweltwirkungen deutlich zu verringern. Die Sicherung von Siedlungsbereichen in ausreichendem Umfang ist dagegen abzuwägen (s. auch Stn ID 1004320).

Die Darstellung eines ASB verpflichtet die Gemeinde nicht zu einer baulichen Nutzung der betroffenen Flächen. Diese Entscheidung unterliegt der kommunalen

wenige Privilegierte überhaupt leisten. Schließlich ist die Mehrheit der Grundstückseigentümer, deren Grundstücke als ASB ausgewiesen würden, nicht zum Verkauf bereit. Ein zusammenhängendes Neubaugebiet ließe sich somit nicht herstellen, sondern es käme nur ein Flickwerk zustande. Die vorgenannten Gründe führten schon vor 10 Jahren dazu, dass das Gebiet im Flächennutzungsplan schließlich nicht als Siedlungsbereich ausgewiesen wurde. Einige der Gründe (Klimaaspekt, Naturschutz, Erhalt von ökologisch wertvollen Flächen) sind sogar gegenwärtig noch bedeutender geworden. Insofern halte ich es für notwendig, das Gebiet WAC ASB 5 aus dem Regionalplan herauszunehmen.

Planungshoheit d.h. dafür muss auch unter Beteiligung der Bürger Bauleitplanung erarbeitet und beschlossen werden.

**Inhalt**

Mit dieser Stellungnahme beziehen wir uns auf die Stellungnahme der Stadt Mechernich vom 17.05.2022. Die Punkte der Stellungnahme wurden in diesem Schreiben rot markiert.

Grundsätzliches: Die Stadt Mechernich benennt in aller Regelmäßigkeit die Zielkonflikte ?mit Grund und Boden sparsam umzugehen? und ?Wohnraum zu schaffen.? Mit der gleichen

Regelmäßigkeit kommt sie aber immer zu dem gleichen Schluss: Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete zu schaffen ohne Rücksicht auf den Flächenverbrauch und Umwelt.

Dies wird in der Stellungnahme der Stadt Mechernich mehr als deutlich. Damit steht sie allerdings im Gegensatz zu den Zielen der Landesregierung, wie sie im Koalitionsvertrag

vereinbart wurden: ?Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zeitnah auf 5 Hektar pro Tag und perspektivisch auch weitergehend durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren. Dazu werden wir den 5ha-Grundsatz in den LEP aufnehmen. Dazu gehören flächenschonendes Bauen, die Nutzbarhaltung vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen, Flächenrecycling, die bessere finanzielle Ausstattung des Verbandes für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV), die Weiterführung der Initiativen aus dem ?Maßnahmenpaket intelligente Flächennutzung?. Unter Berücksichtigung der Klimafolgenanpassung wollen wir die Innenentwicklung flächensparend gestalten.? In den Punkten 1 - 3 ihrer Stellungnahme erläutert die Stadt Mechernich die mögliche zahlenmäßige Bevölkerungsentwicklung, verschweigt allerdings deren demografische Entwicklung [Abb.]. Es wird deutlich, dass ab 2032 die Bevölkerungsgruppe der 70+ jährigen die Größte im Stadtgebiet sein wird und die Abkehr von flächenintensiven Siedlungsschwerpunkten mit hunderten von Einfamilienhäusern das Gebot der Stunde ist. Mechernich ist eine Flächenkommune mit 44 Ortsteilen, die sich moderat alle entwickeln sollen. Im Hinblick auf die Demografie sollte unseres Erachtens der flächensparsame Bau von Wohnraum für Senioren in allen Ortsteilen im Vordergrund stehen. Finden Senioren solche Angebote in ihren angestammten Orten vor, sind sicher viele bereit ihr zu groß gewordenen Wohnhaus ihren Enkelkindern zu vermachen oder zu verkaufen, was schlussendlich jungen Familien ermöglichen würde zu preiswertem Wohneigentum zu gelangen. Die Stadt Mechernich gibt in ihrer Stellungnahme eine Liste von ca. 430 Interessenten an. Rechnet man die Herkunftsregionen zusammen ergibt sich allerdings eine Anzahl von 390. Im Schulentwicklungsplan 2021 (Seite 5 + 6) findet sich eine Zusammenstellung, welche Baugebiete sich in der Bauphase befinden

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung und in Bezug auf eine kommunale Stellungnahme vorgebracht.

und welche perspektivisch folgen werden. 774 Wohneinheiten sind demnach in einigen der Interessenten mehr als deutlich! Stadtteilen geplant. Dies übersteigt die Anzahl [Abb.] Ungeachtet dieser Zahlen treibt die Stadt die Entwicklung des sogenannten ?3 Siedlungsschwerpunktes Firmenich-Obergartzen? auf einer Fläche von ca. 35 ha voran. Hier sollen laut Schulentwicklungsplan (Seite 7) 600 - 750 Wohneinheiten entstehen. Derzeit hat Obergartzen 1.210 Einwohner und Firmenich 855 Einwohner (Stand:30.06.2020). Die Entwicklung dieses ?Siedlungsschwerpunktes? in der Größenordnung würde einer Verdopplung der beiden Orte gleichkommen. Dies lehnen wir entschieden ab. Dabei scheint Mechernich ja schon heute Probleme zu haben, zugezogene Familien zu integrieren (KStA vom 15.08.2022):. Unsicherheit bestehe aber, wie die rund 500 Familien integriert werden könnten, die nach Mechernich zögen.? Im Umweltbericht zum Regionalplan Köln (MEC\_AS2 & MEC\_AS3) kommt man für den ?3.Siedlungsschwerpunkt Firmenich-Obergartzen? zu dem Schluss, dass eine Reihe umweltrelevanter Schutzgüter erheblich in Anspruch genommen würden: ?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei vier Kriterien (Wohnen, Naturschutzgebiet Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.?

Unter Punkt 11.2 findet sich die geplante Bebauung ?An der Leichenraste?, die sich in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Klebsandgrube Rolf befindet. Hier drängen sich Parallelen zu der Bebauung in Erftstadt-Blessem nahe einer Grube geradezu auf. Die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 und die Folgen für Blessem sind allgegenwärtig und müssen an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Warum das Siedlungsflächenmonitoring ( ) keine objektiven Hinweise liefert, wird nur unzureichend bzw. nicht nachvollziehbar erläutert.

Die gleiche Strategie des ?Wir-nehmen-was-wir-bekommen-können? bei den ASB verfolgt die Stadt Mechernich ebenfalls bei den GIB. Aber auch hier gilt das Ziel der Landesregierung, wie bereits erwähnt, mit Flächen sparsam umzugehen. Darüber hinaus werden für GIB häufig wertvolle landwirtschaftliche Flächen und ökologischer Freiraum in Anspruch genommen, was abzulehnen ist und im Koalitionsvertrag deutlich wird: ?Gleichzeitig möchten wir den wertvollen Freiraum erhalten, aktiv fortentwickeln und vernetzen. Landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Daher werden wir für alle Regional- und Flächennutzungspläne ein Planzeichen Landwirtschaft einführen. Vorsorgenden Hochwasserschutz werden wir als Grundsatz in den LEP aufnehmen.? Schon heute stehen in den einzelnen Stadtteilen eine Reihe von Gewerbeflächen zur Verfügung, die noch nicht bebaut sind. In den GIB Obergartzen 1, 2 und 3 sind noch einige Flächen unbebaut. Bevor hier erweitert wird, sollte unbedingt verdichtet werden. Das GIB regional (ca. 26 ha) an der Autobahnausfahrt Wißkirchen möchte die Stadt Mechernich zusammen mit der Stadt Euskirchen entwickeln. Davon finden wir in der Stellungnahme der Stadt keinen Hinweis. Wohl aber unter Punkt 13 zum GIB für flächenintensive Großvorhaben in Euskirchen Großbüllesheim. Hierzu möchten wir folgenden Hinweis geben: ?Es gibt

eine Vereinbarung der Partner der LEP Fläche, dass wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt keine Verwertung für ein Großvorhaben möglich war, ein Teilbereich für ?normales? Gewerbe umgewandelt wird.? Im Regionalplanentwurf hat die Stadt Mechernich unter Punkt 12 zunächst eine 1. Erweiterung des Gewerbegebietes Obergartzem 3 um 22,5 ha vorgeschlagen, Eine 2. Erweiterung von 6,8 ha wird jetzt aktuell in der Stellungnahme der Stadt vorgeschlagen und eine 3. Erweiterung von ca. 28 ha bis zur Grube Karl bzw. KIO durch ?Rücknahme von BSN Flächen? soll ermöglicht werden. Bereits mit der 1. Erweiterung des GIB nimmt dieses die komplette Ortslage in der Länge von Obergartzem ein. Zusammen mit Obergartzem 1 und 2 im Nordosten und dem Siedlungsschwerpunkt Firmenich-Obergartzem? wäre der Ort komplett eingeschlossen. Im Umweltbericht zum Regionalplan Köln (MEC\_GIB\_1) kommt man für die 1. Erweiterung des GIB bereits zu dem Schluss, dass die Schutzgüter Klima/Luft sowie Landschaft erheblich in Anspruch genommen würden: ?Hinsichtlich der schutzgutübergreifenden Beurteilung sind voraussichtlich bei zwei Kriterien (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, landschaftsgebundene Erholung) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.? Es ist davon auszugehen, dass diese Sachverhalte auch für die 2. Erweiterung (6,8 ha) gelten. Mehr noch, denn in dieser Erweiterung befindet sich eine sehr große Feldhecke auf dem Gebiet der Stadt Zülpich und auch auf dem Gebiet der Stadt Mechernich. Der ökologische Wert dieser Hecke steht außer Frage und muss nicht weiter erläutert werden.

Auf einer Lichtung innerhalb dieser Hecke hat die Stadt Mechernich vor ca. 2 Jahren eine Ausgleichsmaßnahme mit der Neuanpflanzung von etwa 20 Bäumen durchgeführt. Eine Inanspruchnahme dieses Gebietes als Gewerbegebiet halten wir für vollkommen ausgeschlossen. Umweltberichte für die 2. und 3. Erweiterung des GIB sollten in Auftrag gegeben werden. Heute bereits nehmen die Gewerbegebiete Obergartzem 1 -3 eine Fläche von ca. 76 ha in Anspruch. Die 3 beschriebenen Erweiterungen des Gewerbegebietes Obergartzem 3 würden mit ca. 57 ha zu Buche schlagen. Würden die Pläne der Verwaltung umgesetzt, wäre der kleine Doppelort Firmenich-Obergartzem mit Gewerbe- und Industriegebieten auf einer Fläche von ca. 133 ha belastet. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].

**Inhalt**

Hiermit möchte ich zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln hinsichtlich des flächenintensiven Großvorhabens, Standort: Geilenkirchen, IG 6K-Lindern Stellung nehmen und Ihnen meine Bedenken wie folgt mitteilen:

**1. Klimawandel**

Bei der immensen Flächenversiegelung, alleine für das Industriegebiet 270 ha, bei der es ja nicht bleiben wird, da für den Straßen- und Wohnungsbau noch weitere, jetzt noch nicht einzuschätzende Flächenversiegelung dazu kommt, wird es in Zukunft zu schrecklichen Folgen des Klimawandels kommen.

Bei dem verheerenden Hochwasserereignis im Jahr 2021 kam es besonders in den Orten Randerath und Brachelen (liegt tiefer als Lindern) zu enormen Überflutungen. Nicht auszu denken, was passiert, wenn das Industriegebiet GK-Lindern mit einer Flächenversiegelung von 270 ha gebaut wird. Die Hochwasserproblematik wird durch die Versiegelung noch vergrößert.

Desweiteren stellen sich mir folgende Fragen:

1. Ist bei dem Projekt die Sicherung des Grundwassers gewährleistet?
2. Gibt es eine Aufstellung über die Auswirkungen des IG GK-Lindern auf das Klima?
3. Gebt es Klimaanpassungskonzepte auf Gemeinde- und Kreisebene?

Bei uns in Deutschland werden täglich 52 ha (= Verkaufsfläche von 29 Ikeamärkten) für Verkehr, Gewerbe + Wohnungen zubetoniert. Wann hört dieser Wahnsinn auf? Stattdessen sollte der Nahverkehr ausgebaut und bezahlbar (nicht nur 3 Monate lang) gemacht werden und der Radverkehr ausgebaut werden.

**2. Naturschutz**

Ich möchte erwähnen, dass im Kreis Heinsberg in den letzten Jahrzehnten intensiv in Natur und Landschaft eingegriffen wurde, im Besonderen

- durch überdurchschnittlich hohe Ausweisung von Baugebieten und Gewerbeflächen
- durch überproportional viele Gewinnungsstätten für Rohstoffe der Bauindustrie + Energiegewinnung

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

-der Bau von vielen Straßen

Dem gegenüber ist zu erwähnen, dass der Kreis Heinsberg arm an naturnahen Strukturen ist, der Waldanteil beträgt nur cc. 11 % und artenreiches Grünland ist ebenfalls unterrepräsentiert.

Nun soll auch noch für die Ortsumgehung L364n (Hilfarth) die Zerstörung des Junkerwaldes von den Bürgern in Kauf genommen werden.

Meiner Meinung nach wurde der Natur in unserer Heimat durch den Braunkohletagebau schon genug angetan, muss nun auch noch so ein sinnlos großes Industriegebiet gegen den Willen dem Großteil der Bürger zum Schaden von Menschen, Natur, Umwelt und Klima durchgesetzt werden?

Zusätzlich sollen zum IG GK-Lindern auch Ausgleichsflächen entstehen (70 ha). Woher sollen diese denn noch kommen? Dann bleibt ja noch weniger landwirtschaftliche Fläche. Wahrscheinlich wird dann der Ausgleich über Ökopunkte laufen, dadurch profitieren viele Menschen in Deutschland, die ein schönes Naturschutzgebiet bekommen, nur nicht wir betroffene Bürger.

### 3. Landwirtschaft

Bei den Böden des geplanten IG GK-Lindern handelt es sich um Böden mit einer überaus hohen Bodengüte, wovon es weltweit nur wenige andere Standorte gibt. Bundesweit sind die Böden Geifenkirchens in der Randlage zur Jülicher Börde fast einmalig in ihrer Qualität. Noch besonders zu erwähnen ist, dass sie über ein hohes Speichervermögen von Wasser verfügen.

Besonders seit dem Ukraine-Krieg sollte es uns sehr wichtig sein, dass eine stabile Versorgung mit heimischen Lebensmitteln gewährleistet ist. Aber dafür brauchen wir keine zusätzlichen Flächenversiegelungen sondern unsere wertvollen Böden, damit die Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln gesichert ist, um nicht von Importen aus dem Ausland abhängig zu sein.

Bedenken Sie: Landwirtschaftliche Fläche ist nicht vermehrbar und sollte geschützt werden, stattdessen sollte Flächenrecycling in z.B. bestehenden Industriegebieten bzw. Nutzung von Baulücken oder Nutzung von Leerständen in Betracht gezogen werden.

### 4. Verantwortung für nachfolgende Generationen

Dieser Punkt ist mir sehr wichtig. Wollen wir wirklich unsere Umwelt und Natur so derartig zerstören, dass für die nachfolgenden Generationen das Leben hier nicht mehr lebenswert ist? Wer vertritt denn unsere Kinder und Enkel? Leider gibt es hier in

Deutschland noch keinen Beauftragten bzw. Beauftragte, der/die sich, im Hinblick auch auf solche immensen Eingriffe in die Natur, für die Interessen der nachfolgenden Generationen einsetzt und auch bei der Bundesregierung Gehör findet.

Bisher einmalig gibt es dies nur in Wales. Dort ist Sophie Howe, die weltweit einzige Beauftragte für die junge Generation und für die, die noch gar nicht geboren sind. Seit Frau Howe im Amt ist, denkt das Land nachhaltig und langfristiger. Jede Entscheidung sollte auch für künftige Generationen passen.

Bei jeder Entscheidung sollte geprüft werden, ist diese Entscheidung gut für die Natur und wird sie die Artenvielfalt wiederherstellen? Wenn nicht, sollte diese Entscheidung nicht getroffen werden.

Das würde ich mir bei der Entscheidung für oder gegen das Industriegebiet auch wünschen. Leider denken wir hier in Deutschland immer nur bis zur nächsten Wahl, aber man muss langfristiger denken. Gerade junge Menschen müssen mitentscheiden dürfen, es betrifft ihr Leben am meisten. Es sollte ein Zukunftsgesetz geschaffen werden.

## 5. Verkehrsanbindung

### a. Straßen

Die Verkehrsanbindung zum IG GK-Lindern ist meines Erachtens nur mit Zerstörung von schützenswürdigen Flächen und somit weiterer zusätzlicher Versiegelung von Flächen auf Kosten von Mensch und Natur möglich.

Die L 364 soll von Lindern durch Brachelen und dann über die geplante Ortsumgehung Hilfarth + Hückelhoven an die A 46 angeschlossen werden. Somit fährt dann der gesamte Verkehr des IG GK-Lindern über diese Straße.

Dies bedeutet, dass dieser Schwerlastverkehr durch den Ortsteil Brachelen fahren wird. Das Erholungsgebiet Baggersee am Kapbusch (Freibad, Restaurant, Wald usw.) ist nicht mehr gefahrlos zu erreichen.

Meines Erachtens kann hier weder eine Ampelanlage noch eine andere Maßnahme für die Sicherheit der Brachelener Bevölkerung beitragen. Jetzt ist die Situation in diesem Bereich schon kritisch zu betrachten und bei Realisierung des IG GK-Lindern unzumutbar.

Außerdem wird durch diese geplante Ortsumgehung von Hilfarth+ Hückelhoven L364 n der Junkerwald bei Doveren zerstört.

Auch die anderen Verkehrsanbindungen des IG GK-Lindern an die A44 und A46 sind meiner Ansicht nach mit Natur-, Klima- und Umweltschutz nicht vereinbar und somit



nicht realisierbar.

b. Bahnausbau

Die Planer des IG GK-Lindern sprechen von einem geplanten Anteil von 50% des Gewerbeverkehrs über die Schiene. Das wäre ja an sich wunderbar, nur das der momentane Gleisanschluss in Lindern bei weitem noch nicht dafür ausgelegt ist.

Der Einbau eines Fahrstuhls im Bahnhof Lindern hat ja bereits ca. 5 Jahre gedauert. Wie lange soll denn dieses Großprojekt mitten im kleinen Ort Lindern dauern?

Zudem schafft es die deutsche Bahn heute noch nicht, den Personenverkehr ohne Probleme und Verspätungen auf der Strecke Aachen-Düsseldorf + Duisburg zu bedienen. Es halten in Lindern 4 Züge in der Stunde. Sollte in Zukunft auch der Güterverkehr über den Gleisanschluss gehen, kommt es zu noch größeren Problemen. Zudem fahren die Züge durch den Ort, bei zunehmendem Schienengüterverkehr kommt es besonders auch nachts zu einer erheblichen Lärmbelästigung der Anwohner.

Auch die Kosten sind für diesen Ausbau nicht überschaubar und die Dauer des Ausbaus der Bevölkerung nicht zumutbar.

Zurzeit überbieten sich die Gemeinden im Kreis Heinsberg in der Ausweisung von Gewerbegebieten, ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt zu nehmen. Mit der Ausweisung der riesigen Fläche in Lindern wird wertvoller Ackerboden einem wahnsinnigen Gigantismus geopfert. Wann hören wir endlich auf, unsere Umwelt und Naturschutz zu zerstören. Ich als 85jähriger Sorge mich sehr um die Zukunft meiner Kinder, Enkel und Urenkel und kann nur hoffen, dass Sie als genehmigende Behörde dieser riesigen Umweltzerstörung nicht zustimmen werden.

AZ: Ö-P-1580	
1003594	
1007298_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ablehnung neuer GIB, GibPlus + ASB-Gebiete im Bereich der Städte Hückelhoven, Erkelenz + Geilenkirchen</p> <p>Ich lehne ich jedwede Versiegelung wertvollen, unwiederbringbaren Ackerbodens für die o.g. Städte im Kreise Heinsberg ab.</p> <p>Ebenso jede Form von Vernichtung von Wald- und Baumflächen - alles greift vernichtend in Natur Artenvielfalt und Klima ein. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie in der aktuellen Situation ist es absolut unverantwortlich, inakzeptabel und rückwärtsgerichtet wie im Regionalplan vorgesehen ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig sind und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Im Hinblick auf die Darstellung</p>

- von GIB in Hückelhoven (s. Stellungnahmen 1001806, 1001808, ID 1001809, ID 1001810),
- eines GIBplus in Hückelhoven-Baal (s. Stellungnahme ID 1001804) sowie
- von ASB in Hückelhoven (s. Stellungnahmen ID 1001813, ID 1001814, ID 1001815, ID 1001817, ID 1001818, ID 1001819)

gilt, der Stellungnahme ist entsprochen.

Bezüglich der Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern gilt, dass der LEP NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufrichtung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene

entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

**Inhalt**

Der Stadtsportbund Köln ist die Dachorganisation der ca. 670 Sportvereine mit ihren ca. 320.000 Mitgliedern in Köln. Wir vertreten die Interessen unserer Vereine sowohl in fachlicher als auch sportpolitischer Hinsicht. Einer der Prioritäten, derer wir uns annehmen ist dabei die Erweiterung, Sanierung, Erstellung und Erhaltung von ungedeckten und gedeckten Sportstätten in Köln, Damit einhergehend gilt unser Augenmerk insbesondere neben den sportlichen auch den sozial-, bildungs-, gesundheits- und gesellschaftspolitischen Aspekten des Sports im aHgemeinen und der Arbeit unserer Vereine in den Kölner Veedeln im speziellen. Diese Aspekte zu vermitteln ist in Köln nicht immer einfach, obwohl doch so einsichtig. Das veranlasst uns auch, Stellung zu beziehen in der Situation in Rath-Heumar, in der auch über die Zukunft dreier wichtiger Sportvereine und somit des ?sozialen Kitts? in diesem Stadtteil entschieden wird.

Unbestritten sind im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Flächen für die Erweiterung und den Neubau von Sportanlagen vorzuhalten. Die Realisierung solcher Anlagen ist jedoch nur innerhalb der als ASB ausgewiesenen Flächen möglich. Somit stehen diese Sport- und Freizeitnutzungen leider immer in Konkurrenz zu Wohn- und Mischgebietsnutzungen. Auch für die Verlagerung von bestehenden Flächen, die entweder nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechen oder bei denen sich Konflikte mit z.B. benachbarter Wohnbebauung ergeben, werden neue Flächen benötigt. Es ist davon auszugehen, dass nach dem aktuell vorliegenden Flächenanmeldungen der Stadt Köln der Konkurrenzdruck unter den unterschiedlichen Nutzungen zunehmen wird, da das aktuell von der Stadt Köln angemeldete Flächenpotential nach unserem Dafürhalten deutlich hinter den Vorgaben der Bezirksregierung zurückbleibt.

Dies zeigt sich auch im Stadtteil Rath-Heumar. Die derzeit vor allem vom Fußballverein RSV Rath-Heumar 1920 e.V. sowie von den Tennisclubs Königstorst Grün-Weiß e.V. und TC Rath genutzten Sportanlagen an der Rather Burg entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen an moderne Sportstätten. Dadurch ist der insbesondere für Kinder und Jugendlichen so extrem wichtige Fußballverein sogar in seiner Existenz bedroht und den Tennisclubs fehlt jegliche Entwicklungsmöglichkeit. Ein Ersatzstandort innerhalb des heutigen ASB ist nicht vorhanden. Somit kann dieser Bedarf nur auf einer neu auszuweisenden Fläche befriedigt werden. Hierzu bietet sich die Fläche nördlich der Rösrather Straße (L286) zwischen Brück-Rather Steinweg im Westen und Rather Kirchweg im Osten an. Hier hat die Stadt Köln bereits eine zusätzliche ASB-Fläche im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans angemeldet.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist nicht entsprochen (s. StnID 1003224).

Teile dieser Flächen liegen innerhalb der Nachtschutzzone des Flughafens Köln-Bonn und sind daher für Wohnungsbau nicht geeignet. Wie wir wissen, wurde ein Konzept für die Verlagerung und Erweiterung der Fußball- und Tennisanlage in diesen Bereich in Abstimmung mit den Sportvereinen erarbeitet. Auf Grund der o.g. Einschränkungen sowie der erforderlichen Erschließung und der unmittelbaren Nähe zum vorhanden Wohnungsbestand, ist die Fläche allerdings nicht ausreichend dazu geeignet, ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept umzusetzen. Es ist daher aus Sicht des Stadtsportbundes Köln dringend erforderlich, weitere Flächen nördlich der bisher ausgewiesen Flächen in die Entwicklung einzubeziehen. Ein entsprechender Lageplan liegt Ihnen nach unserem Kenntnisstand vor.

Wir regen daher an und bitten im Namen der äußerst positiven Aspekte des Sports für Rath-Heumar, die damit zur Entfaltung kommen können, die zusätzliche Fläche entlang des Brück-Rather Steinwegs in den Regionalplan aufzunehmen.

AZ: Ö-P-1582

1003602

1007306\_001

#### Inhalt

Ich lehne das von der Stadt Geilenkirchen geplante Gewerbe, - und Industriegebiet GIB Püttstraße aus nachstehenden Gründen ab, und die bestehenden Nutzung muss erhalten bleiben.

- Landwirte versorgen uns mit dem was wir zum Leben brauchen, am besten hier vor Ort, ohne das durch weite Transporte das Klima weiter geschädigt wird.
- Die Pflanzen eines jeden Hektars Ackerboden verwandeln CO2 in Sauerstoff, und helfen unser Klima zu schützen.
- Die hier geplante Flächenversiegelung ist in der jetzigen Zeit nicht zu verantworten. Überschwemmungen werden zunehmen, und das Klima leidet immer mehr darunter.
- Der Lebensraum der Heimischen Tiere und Pflanzenwelt schwindet immer weiter.
- Für die ländliche Bevölkerung und Dörfer fängt Naherholung vor der Haustür an. Das geplante Gewerbe,- und Industriegebiet lässt eine derartige Erholung nicht mehr zu.
- Die ältere Dorfbevölkerung, wie auch Menschen mit Behinderung haben mit dem Fahrrad und dem Elektroscooter keine Möglichkeit durchs Feld über die Püttstraße nach Niederheid zum Einkaufen zu kommen. Weite Verkehrsgefährdende Umwege müssen in Zukunft bewerkstelligt werden.
- Das Dorf Hatterath verliert die junge Generation da allorts neue Baugebiete ausgewiesen werden nur nicht in unserem Dorf. Die Politik hat kein Interesse an unserm Dorf und opfert es der Industrie dieden Nachweis der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit noch beweisen muss.
- Die Immobilien verlieren an Wert.
- Lärm, Schadstoffe, und Emissionen werden zunehmen, und sind schlecht für Klima und Mensch.
- Da eklatanter Arbeitskräftemangel herrscht halte ich es für sehr ambitioniertausreichend Fachkräfte zu bekommen.

Ich finde es muss endlich ein Umdenken stattfinden und jeder Verantwortliche und Entscheidungsträger ist in die Pflicht genommen zum Wohle der Menschen und Umwelt zu entscheiden.

Ständige Flächenversiegelungen fördern schleichende Naturkatastrophen, und sind von Menschen gemacht.

Wo 16 Jahre Merkel Politik hingeführt hat zeigt uns die aktuelle Energiekriese.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1583

1003590

1007296\_001

#### Inhalt

Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans bezogen auf die Flurnummern 8-807-004, 8-807-005, 8-809-010 und 8-808-006.

Ich habe große Bedenken gegen die Bebauung der Flurstücke zwischen Brück, Neubrück und Rath. Die Infrastruktur in den Stadtteilen ist bereits jetzt schon überlastet (nachmittägliche Staus auf Olpener und Rösrather Straße) und müsste bei Umsetzung der Pläne großzügig ausgebaut werden - mit entsprechendem Flächenverbrauch und Oberflächenversiegelung.

In der heutigen Zeit, mit der stetigen Zunahme von langen Hitzewellen im Sommer, ist die Bebauung von großen Naturflächen nicht mehr zu verantworten. Der Naturraum trägt, zusammen mit Rather See ( Neubrücker Baggerloch ) und Rand des Königsforstes, zur Kühlung und Frischluftversorgung der umliegenden Stadtteile bei. Zudem hat das Gebiet einen hohen Freizeit- und Erholungswert für die Bevölkerung und dient als Rückzugsgebiet für viele Tierarten.

Bitte erhalten Sie den Naturschatz!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-P-1585

1003596

1007300\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Ich lehne das Gewerbegebiet/Industriegebiet Niederheid an der Püttstraße ab, da es zu nah an meinen Wohnort grenzen soll und damit meine Wohn und Lebensqualität beeinträchtigt wird.

Außerdem sind in Zeiten des Klimawandels vielleicht mal Verzicht zu empfehlen und nicht noch weitere Flächenversiegelungen durch Co2 emitierende Industriegebiete.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1587	
1003597	
1007301_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Stellungnahme Regionaiplan Ablehnung neuer GIB, Gib Plus + ASB-Gebiete im Bereich der Städte Hückelhoven, Erkelenz + Geilenkirchen</p> <p>Ich lehne ich jedwede Versiegelung wertvollen, unwiederbringbaren Ackerbodens für die o.g. Städte im Kreise Heinsberg ab. Ebenso jede Form von Vernichtung von Wald- und Baumflächen - <b>alles</b> greift vernichtend in Natur; Artenvielfalt und Klima ein. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie in der aktuellen Situation ist es absolut unverantwortlich, inakzeptabel und rückwärtsgerichtet, was im Regionalplan vorgesehen ist. Ich bitte um Beachtung!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig sind und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Im Hinblick auf die Darstellung</p>

- von GIB in Hückelhoven (s. Stellungnahmen 1001806, 1001808, ID 1001809, ID 1001810),
- eines GIBplus in Hückelhoven-Baal (s. Stellungnahme ID 1001804) sowie
- von ASB in Hückelhoven (s. Stellungnahmen ID 1001813, ID 1001814, ID 1001815, ID 1001817, ID 1001818, ID 1001819)

gilt, der Stellungnahme ist entsprochen.

Bezüglich der Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern gilt, dass der LEP NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufrstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene

entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

**Inhalt**

Allgemeiner Teil:

Wenn die Ausweisungen von neuen Bauflächen in den anderen Kommunen des Regierungsbezirks genauso großzügig vorgesehen ist, wie in Morsbach, so muss konstatiert werden, dass die längst gängige Erkenntnis, den Flächenverbrauch und damit die Flächenversiegelung drastisch zu reduzieren, in dem Entwurf des Regionalplans kaum seinen Niederschlag gefunden hat.

In der Wissenschaft gibt es dazu wegen des dramatischen Artenschwunds in der Natur und der negativen Auswirkungen auf das Klima mehr als deutliche diesbezügliche Handlungsempfehlungen.

In einigen politischen Programmen gibt es erfreuliche Ansätze dazu, allein es fehlt an der Umsetzung, wie man an den Festsetzungen im Entwurf unschwer erkennt.

Die zuständigen Gremien und die umsetzenden Verwaltungen sind aufgefordert, alle Neuausweisungen von Bauflächen in dem Entwurf des Regionalplans daraufhin zu überprüfen, ob sie unter den oben genannten Aspekten wirklich unvermeidbar sind oder sie nur dem Wunschdenken lokaler Politik Rechnung tragen, die oftmals auf längst überholten Wachstumserwartungen beruht und in großen Teilen auch auf Festsetzungen in uralten Flächennutzungsplänen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es in allen Kommunen zahlreiche Baulücken gibt, deren Bebauung (fast) keine öffentlichen Investitionen erfordert und daher vor Neuausweisungen die ?Verdichtung? in bereits erschlossenen Gebieten erfolgen sollte. Das ist erreichbar, indem man für eine Lückenbebauung Anreize schafft, aber auch von dem Instrument BAUGEBOT nach dem Baugesetzbuch § 176, Neufassung vom 23.06.2021, Gebrauch machen sollte.

Dieses zulässige Instrument ist meines Wissen in Deutschland kaum genutzt worden (ausgenommen in der Stadt Tübingen), wahrscheinlich wegen Ängsten von Kommunalpolitikern, die diese vermeintlich unzumutbaren Eingriffe in Eigentumsrechte fürchteten.

Zweiter Teil, Bereich der Gemeinde Morsbach

Zunächst sei bemerkt, dass die vorgesehenen Neuausweisungen unter den im allgemeinen Teil beschriebenen Aspekten nicht zeitgemäß sind und weitgehend

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen.

Es wird ein neuer Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* festgelegt (s. Änderungssynopse).

Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken

überdacht werden müssen. Es gibt in Morsbach bereits ein Baulückenkataster, das zwar bis dato der Information Bauwilliger zur Verfügung steht, aber keine Anreize für eine Bebauung schafft.

zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Weitergehende Vorgaben zur konkreten Umsetzung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Im Übrigen werden Hinweise für die und auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

1007305\_002

## Inhalt

### Wohngebiet Niederwarnsbach

Diese Erweiterung von Wohnbauflächen, wie es im FNP vorgesehen ist, muss weitgehend aufgegeben werden. Allenfalls könnte man den rot markierten Bereich mit Hilfe eines Bebauungsplans ins Auge fassen, aber mit neu zugeschnittenen kleineren Grundstücken, um eine akzeptable Verdichtung zu erreichen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.



1007305\_003

#### Inhalt

##### Wohngebiet Auf dem Alzer Berg

Diese Erweiterung von Wohnbauflächen, wie es im FNP vorgesehen ist, muss weitgehend aufgegeben werden. Der rot markierte Bereich (siehe Anlage) könnte unseres Erachtens bebaut werden. Der übrige Bereich wäre eine unerwünschte großflächige Entwicklung in die freie Landschaft.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

#### Abwägung

##### **Typ**

Hinweis

##### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### **Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1007305\_004

#### Inhalt

##### Wohngebiet Heider Berg

Diese Erweiterung lehnen wir aus den genannten Gründen fast vollständig ab. Allenfalls könne man einer Wohnbebauung auf der Nordseite der vorhandenen Erschließungsstraße zustimmen, weil die südlich der Straße gelegenen Grundstücke weitgehend bebaut sind.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

#### Abwägung

##### **Typ**

Hinweis

##### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### **Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

**Inhalt**Erweiterung Gewerbegebiet bei Schlechtingen

Hier bestehen wegen der Topographie (stark ansteigendes Gelände), aber auch wegen der botanischen und faunistischen Besonderheiten Bedenken. Wir fügen diesem Schreiben als Anlage eine Stellungnahme von [ANONYMISIERT] vom 23.11.2018 zu dem seltenen Biotopkomplex "Schlechtinger Berg? bei. Eine Auflistung der dort festgestellten seltenen Tier- und Pflanzenarten kann auf Wunsch gerne nachgereicht werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1007305\_006

## Inhalt

### Erweiterung Gewerbegebiet Lichtenberg

Falls es hier weiteren Bedarf durch ansässige Firmen gibt, sollte die jetzt ausgewiesene Baufläche Richtung Hülstert/Uberasbach die Grenze des Möglichen bilden. Die Einzelheiten und ökologischen Auswirkungen und deren Ausgleich müssen in einem entsprechenden BP-Verfahren geklärt werden. Zu den einzelnen Ausweisungen sind erläuternde Lagepläne beigelegt.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### **Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

**Inhalt**

Bergrücken und Hügel im Außenbereich frei halten von jeglicher Bebauung bzw. die Wiederbewaldung dort fördern

**Für das Freibalten der Bergrücken und Hügel im Außenbereich von jeglicher Bebauung und für deren Wiederbewaldung sprechen u.a. folgende Gründe des Klima-, Arten- und Hochwasserschutzes:**

**Important Bird Area (IBA)**

Das Mittelsiebergland, zu dem auch die Gemeinde Morsbach zählt, ist als bedeutendes Vogelschutzgebiet Deutschlands (Important Bird Area = kurz: IBA) ausgewiesen. Diese IBA Gebiete beherbergen Vogelarten, die in ihrem Bestand bedroht sind bzw. die in ihrer Verbreitung begrenzt sind, und für die bestimmte Länder oder Regionen eine besondere Verantwortung haben. IBA bilden das Rückgrat des gebietsbezogenen Vogelschutzes. Sie werden anhand einheitlicher, wissenschaftlich anerkannter Kriterien identifiziert. Im Verzeichnis der IBA ist unter ?RPO11? auch das Mittelsiebergland aufgeführt. Das Gebiet erstreckt sich zu 27.000 ha über rheinland-pfälzisches und zu 6.300 ha über nordrhein-westfälisches Gebiet beiderseits der gemeinsamen Landesgrenze im Bereich des Morsbacher Berglandes (siehe nachfolgenden Kartenausschnitt). Das IBA ?RPO1 1? ist mit den Kriterien C6, C7 ausgewiesen. Das Kriterium C6 steht für Top-5-Gebiete für Arten des Anhangs 1 zur Vogelschutz-Richtlinie (VSchRL). Darin sind u.a. auch Rotmilan und Schwarzstorch aufgeführt. Für den Schutz dieser und anderer FFH-Arten ist eine Wiederbewaldung der Bergrücken und Hügel unerlässlich.

[s. Anhang Abbildung 1007305\_007\_01] *Das ?Important Bird Area? (IBA) beiderseits der Landesgrenze von Rheinland-Pfalz (gelb) und Nordrhein- Westfalen im Bereich der Gemeinde Morsbach.*

**Schwerpunktorkommen von Schwarzstoreh und Rotmilan**

Wir stellen fest, dass es sich bei dem Morsbacher Bergland außerdem um ein Schwerpunkworkommen des Schwarzstorches und des Rotmilans sowie um ein Dichtezentrum (siehe auch weiter unten) des Rotmilans handelt. Belegt wird dies u.a. dadurch, dass das Landesamt flur Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) des Landes Nordrhein-Westfalen die Gemeinde Morsbach in ihrem ?Energieatlas? als Schwerpunkworkommen für den Rotmilan und den Schwarzstorch ausgewiesen hat. Nachfolgende Karten aus diesem digitalen Energieatlas NRW zeigen diese Schwerpunkworkommen: Rotmilan = rote Punkte, Schwarzstorch = gelbgrüne Punkte. *Quelle: [www.energieatlas.nrw.de/site/planungskartenlwind](http://www.energieatlas.nrw.de/site/planungskartenlwind) (Stand: 18.04.2022)* Die Karten aus dem Energieatlas NRW verdeutlichen zudem, dass der Bereich des

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können.

Morsbacher Berglandes zu den wichtigsten Rotmilan-Verbreitungsgebieten in Deutschland zählt und dem entsprechend diese Region eine große Verantwortung für den Fortbestand dieser Greifvogelart in Europa trägt. Für den Schutz dieser und anderer Arten spricht eine ausnahmslose Wiederbewaldung der Bergrücken und Hügel des Morsbacher Berglandes. Eine Bebauung jeglicher Art sollte ausgeschlossen werden.

[s. Anhang Abbildung 1007305\_007\_02] *Auszug aus dem Energieatlas des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) NRW mit dem rot markierten Schwerpunktorkommen des Rotmilans im Bereich der Gemeinde Morsbach.*

[s. Anhang Abbildung 1007305\_007\_03] *Auszug aus dem Energieatlas des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) NRW mit dem gelbgrün markierten Schwerpunktorkommen des Schwarzstörches im Bereich der Gemeinde Morsbach.*

#### **Rotmilan-Dichtezentrum**

Durch 6 Artenschutzgutachten wurde in den Jahren 2013 bis 2021 nachgewiesen, dass es sich bei dem Morsbacher Bergland um ein Rotmilan-Dichtezentrum handelt. Das Dichtezentrum wurde durch eine bundesweit anerkannte Formel ermittelt, die im einzelnen von dem Verfasser Christoph Buchen in den o.g. Gutachten erläutert wird. Ein Rotmilan-Dichtezentrum liegt vor, wenn die Siedlungsdichte von Rotmilanen im Umkreis eines beliebigen Punktes bei mehr als drei Revierpaaren auf einer Fläche von 34 Quadratkilometern liegt.

In den Dichtezentren sind, im Unterschied zu anderen Flächen, keine Ausnahmen des im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Tötungsverbotes möglich, da es sich hier nicht um einzelne Vögel handeln würde, sondern automatisch von negativen Folgen für den Erhaltungsbestand ausgegangen wird.

Dichtezentren sind Gebiete mit hoher Siedlungsdichte zum Schutz der Quellpopulationen des Rotmilans, also Bereiche, in denen vergleichsweise viele Rotmilane vorkommen. Die in den Dichtezentren lebenden Bestände des Rotmilans müssen dauerhaft ihre Funktion als Quellpopulation (Bereiche mit demographischem Überschuss) bewahren können. Die Möglichkeit der Abwanderung von Individuen aus dem demographischen Überschuss der Quellpopulation ist notwendig, um Verluste in anderen Regionen auszugleichen und somit eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der Population zu verhindern. Die Bestimmung der Dichtezentren des Rotmilans erfolgt gemäß den Bewertungshinweisen Vögel der LUBW.

(Quelle: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, LUBW).

**Da Rotmilane auf Horstbäume angewiesen sind, ist eine ausnahmslose Wiederbewaldung der Bergrücken und Hügel des Morsbacher Berglandes unerlässlich. Eine Bebauung jeglicher Art ist zu versagen.**

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Wir fordern die zuständigen Gremien auf, die Ausweisungen aus den genannten Gründen entsprechend unseren Vorschlägen zu begrenzen, um den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren.**

**Das stückweise, sporadische Vordringen mit geplanten Gewerbe- und Wohnbauflächen in den Außenbereich muss jetzt ein Ende haben, soll der Arten- und Landschaftsschutz nicht noch weiteren Schaden erleiden.**

**Soweit es den mehr als 35 Jahre alten Flächennutzungsplan der Gemeinde Morsbach betrifft, wird dringend angeregt, eine zeitgemäße Überarbeitung gemäß diesen Vorschlägen vorzunehmen.**

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1007305\\_007\\_01.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1007305\\_007\\_02.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1007305\\_007\\_03.pdf](#)

## Inhalt

### Vorbeugender Hochwasserschutz

Das wichtigste Kriterium für das Freihalten der Bergrücken und Hügel von jeglicher Bebauung und flur deren Wiederbewaldung ist der vorbeugende Hochwasserschutz in der Gemeinde Morsbach. Am 14.

Juli 2021 ereignete sich an Ahr und Erft und seinen Nebenflüssen, aber auch im Bergischen Land eine nie geahnte Flutkatastrophe mit vielen Toten, Verletzten und immensen Elementarschäden. Die gleiche Katastrophe könnte sich auch im Morsbacher Bergland, bzw. in den Tälern der Wissner und des Holper Baches und seinen Nebenbächen ereignen.

Im Wissnerbachtal liegen alle wichtigen Infrastruktureinrichtungen, wie zum Beispiel 5 Discount Märkte, 1 Getränkemarkt, 3 Tankstellen, Feuerwehrhaus, Rathaus, Baubetriebshof der Gemeinde, Außenstelle des Wohnverbundes St. Gertrud und Straßenkreuzungen sowie für Morsbach wichtige große Gewerbebetriebe in unmittelbarer Bachnähe. Bei einem Niederschlagsereignis, wie dieses vom 14. Juli 2021 an Ahr, Erft und im nördlichen Oberbergischen Kreis, würde Morsbach ebenfalls überflutet werden. Ähnliches könnte sich im Holpebachtal ereignen.

Um am Beispiel der Wissner und seinen Nebenbächen zu bleiben: Natürliche Rückhaltebereiche in den unbewohnten Arealen zwischen den Ortschaften sind nicht mehr vorhanden. Die Bäche wurden dagegen in den letzten Jahrzehnten immer mehr eingeeengt. Dadurch wurde einem ?Düseneffekt? Vorschub geleistet, der den Abfluss des Wassers beschleunigt. So wurde die Wissner im Bereich der Firma Montaplast in Schlechtingen/Niederwarnsbach in ein Beil gezwängt und fließt sogar teilweise unter den Gebäuden gleich eines Kanals, um dann wieder im Bereich der Alzener Landstraße ans Tageslicht zu treten. Bei einem Starkregenereignis, wie im Juli 2021, rauscht das Wasser durch diese verengten Stellen mit umso höherer Geschwindigkeit und Wucht ins Tal.

Dass es im Bereich der Gemeinde Morsbach bereits zu Überschwemmungen gekommen ist, zeigen die Archivfotos von Christoph Buchen weiter unten vom 7. Februar 1984.

**Daher unser Appell für die Bergrücken und Hügel im Auflenbereich: Keine Bebauung, aber Wiederbewaldung!** Hier fängt der Hochwasserschutz für das gesamte Wissner Tal und 1-Iolpebach Tal an.

Was könnte ein Wald auf den Kuppenlagen des Morsbacher Berglandes bewirken bzw. bei einem Starkregenereignis verhindern?

Der Wald, das Laub und der Waldboden speichern den Regen. Gleich eines Schwammes saugen sie das Regenwasser auf und geben es dosiert an die darunterliegenden Täler ab. Bäche treten dadurch weniger über die Ufer und transportieren den Regen langsamer talabwärts.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

### Erläuterung

Im Regionalplan werden unter anderem Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegt. Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preußischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) dar. Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung. Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. In festgesetzten und vorläufig gesicherten ÜB gelten entsprechende Restriktionen. Zur weiteren Erläuterung wird auf die Autorenkorrektur ID 1026247 verwiesen.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen. Dagegen verbleibt innerhalb von HQextrem in Bauflächen von Flächennutzungsplänen gemäß G.48 die



Durch die Schwerstmaschinen im Wald, die die abgestorbenen Fichten ?geerntet? haben und Spurrillen hinterlassen haben, sind die Flächen zudem so verdichtet worden, dass teilweise die Wasserspeicherfähigkeit erheblich zurückgegangen ist. Wir haben dadurch momentan große Wasserabflüsse von den Bergrücken.

Hier muss gegengesteuert werden! Hochwasser entsteht auf den Bergen und nicht im Tal. **Im Regionalplan sollte jetzt festgeschrieben werden, dass durch Nichtbebauung und Wiederbewaldung das Niederschlagswasser dort oben gehalten wird, soweit und solange es irgendwie geht, und die Bergrücken im Außenbereich nicht bebaut werden.**

Mit dem beschlossenen Waldkonzept hat die Gemeinde Morsbaeh 2021 bereits einen guten Anfang gemacht. Darin wird aufgeführt, wie intakte Wälder mit welchen Baumarten wieder entstehen können.

**Es ist konkreter vorbeugender Hochwasserschutz für die Gemeinde Morsbach für künftige Generationen, wenn sich die von Fichtcn abgeräumten Bergrücken der natürlichen Sukzession überlassen werden oder wenn sie wieder bewaldet werden und nicht mit Gewerbebetrieben oder weiteren Windindustrieanlagen bestückt werden.**

Nebenbei haben Wälder einen kühlenden Effekt und liefern Sauerstoff sowie Holz.

Nachfolgend Archivfotos von Überschwemmungsereignissen im Tal der Wisser:

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Wir fordern die zuständigen Gremien auf, die Ausweisungen aus den genannten Gründen entsprechend unseren Vorschlägen zu begrenzen, um den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren.**

**Das stückweise, sporadische Vordringen mit geplanten Gewerbe- und Wohnbauflächen in den Außenbereich muss jetzt ein Ende haben, soll der Arten- und Landschaftsschutz nicht noch weiteren Schaden erleiden.**

**Soweit es den mehr als 35 Jahre alten Flächennutzungsplan der Gemeinde Morsbach betrifft, wird dringend angeregt, eine zeitgemäße Überarbeitung gemäß diesen Vorschlägen vorzunehmen.**

Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Die besondere Bedeutung des vorbeugenden Hochwasserschutzes wird dabei dem Überflutungsrisiko mit einer zwar seltenen Ereigniswahrscheinlichkeit, aber immensen Schäden gerecht.

Detailplanungen die über den Maßstab der Regionalplanung hinaus gehen, sind Sache der nachgelagerten Fachplanung. Auch die Überarbeitung eines Flächennutzungsplanes ist nicht Aufgabe der Regionalplanung.

AZ: Ö-P-1589	
1003600	
1007302_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Hiermit möchte ich gerne Stellung zum geplanten interkommunalen Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt ? Birgden beziehen.</p> <p>Ich lehne, auch im Namen meiner Familie, den Entwurf des Regionalplans aus mehreren Gründen für diese Region ab.</p> <p>In erster Linie sieht der derzeitige Flächennutzungsplan für den Standort Waldenrath eine weitere Bauentwicklung im Bereich ?Am Strauch? vor, die mit einem Gewerbegebiet nicht zu vereinbaren ist ? Präsentation der Firma grünplan vom 17. Mai 2022.</p> <p>Die Orte Waldenrath und Birgden sind ohnehin schon durch ein hohes Verkehrsaufkommen stark belastet, was durch ein Gewerbegebiet in dieser Größenordnung noch weiter verstärkt werden würde. In unmittelbarer Nähe zur geplanten Gewerbegebietsfläche befinden sich zahlreiche Wohnhäuser sowie ein Altenheim, die durch die Lärm-, Geruchsbelästigung und Emissionen erheblich an Wohnqualität verlieren werden. Wir haben hier in der Regel Westwind, sodass Abgase und Emissionen direkt in die Orte Waldenrath und Pütt geleitet werden und eine erhebliche Verschlechterung der Luftqualität mit sich führen.</p> <p>In unserer Region arbeiten Landwirte noch aktiv und betreiben Ackerbau auf äußerst fruchtbaren Böden. Diese Ackerflächen sind von hoher klimaökologischer Bedeutung, wie Sie auch dem Umweltbericht der Firma Bosch und Partner auf den Seite 179ff. entnehmen können. Die Einschätzung der Firma Bosch und Partner kommt zu dem Entschluss, dass mit erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen sein wird!</p> <p>Die geplante GIB-Fläche bietet Lebensraum für viele verschiedene und zu schützende Wildtiere wie Zwergfledermaus, Rehe, Füchse, Fasane, Greifvögel und andere. Gerade in Zeiten von Nahrungsmittel- und Getreideknappheit sollte man diese Flächen für die Produktion von Lebensmitteln nutzen. In vielen Ländern droht eine Hungersnot und wir planen die Versiegelung der fruchtbarsten Ackerflächen weltweit? Wie ist das mit unserem festgelegten Klimazielen zu vereinbaren? Wir möchten uns von Rheinbraun verabschieden. Planen stattdessen aber eine Flut an Industriegebieten im ganzen Regierungsbezirk, die die Emissionswerte sicherlich nicht reduzieren werden. Wie soll die Strom- und Wasserversorgung für derartige Flächen sichergestellt werden?</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Täglich können wir in den Nachrichten Dokumentationen über Dürre, Wassernotstand und Hungersnöte verfolgen. Wir opfern fruchtbarste Ackerflächen für den Profit einzelner Kommunen?!

Wir leben hier in einer ländliche Region mit vielen Grünflächen. Die Feldwege zwischen Waldenrath/Pütt und Birdgen werden von Spaziergängern, Fahrradfahrer und Kindern genutzt und sind in das Radwegenetz der beiden Gemeinden integriert. Hier findet man noch ein Stück Natur und einen wertvollen Baumbestand, die Lindenallee zwischen den Orten Birdgen und Waldenrath ist ein zu schützendes ökologisches Gut. Ein Gewerbe- und Industriegebiet schränkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen aus der Umgebung sondern auch die Vielfalt und den Erhalt unserer Natur erheblich ein.

Die Liste der Gründe gegen ein Gewerbegebiet in dieser Region lässt sich noch endlos erweitern. Aber am allerdeutlichsten ist, dass ein Gewerbegebiet die Entwicklung von Waldenrath hemmt und nicht fördert und aus ökologischer Sicht in keinster Weise zu vertreten ist. Wir möchten, dass unsere Kinder auch in vielen Jahren noch in einer Region mit viel Natur und Grün leben können.

AZ: Ö-P-1590	
1003601	
1007304_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Meine / Unser "Bedenken"</p> <p>Die öffentliche Auslegung Neuaufstellung-Regionalplan erfolgte am 14.06.2022 um 19:00 von der Verwaltung Stadt Hückelhoven.</p> <p>Die Einspruchsfrist von 1. Feb. 2022 bis 31 August 2022 wurde nicht angesprochen.</p> <p>In keinem Amtsblatt (Aushang) habe Information gesehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurde am 24. Januar 2022 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln (202. Jahrgang) bekannt gemacht. Dem Bekanntmachungstext enntsprechend erfolgte die öffentliche Auslegung der Planunterlagen vom 07. Februar 2022 bis zum 31. August 2022 durch Veröffentlichung im Internet sowie zur Einsicht bei der Bezirksregierung Köln. Stellungnahmen konnten innerhalb der Auslegungsfrist zur Niederschrift bzw. per Post oder E-Mail vorgebracht werden.</p>

**Inhalt****2. Unser / Mein "Sorgen"**

IP-Rurtal - ehemaliger Mitarbeiterstellplatz (Anlage 6)

Innerhalb vom Mitarbeiterstellplatz verläuft der Mühlenbach.

Der Mühlenbach war für mehrere Überflutungen Altmyhl-Gendorf verantwortlich.

Lebensgefahr siehe Foto.

Der Mühlenbach sollte schon 2005 geändert werden. (von der Stadt Hückelhoven)

Ich / Wir möchten Sie Bitten, die Zustimmung zu überdenken.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird.

Im Regionalplan werden gemäß Ziel 24 Erläuterung 1 alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km<sup>2</sup> gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Sofern die Kriterien auf die genannten Fließgewässer zutreffen, werden diese im Regionalplan festgelegt.

Fachplanerisch festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100), im Freiraum gelegene potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) sind im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegt.

Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten ist Aufgabe der Fachplanung. Die zeichnerische Festlegung der ÜB (einschl. der RÜB und ZÜB) wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten aktualisiert. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den neuesten Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. Sollte die Fachplanung in Zukunft weitere auf regionaler Ebene darstellbare Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern oder festsetzen, so wäre zu prüfen, ob ein Änderungsverfahren des Regionalplans für diesen Sachverhalt in Betracht käme.

AZ: Ö-P-1591

1002463

1007370

#### Inhalt

Neuaufstellung Regionalplan Köln / TÖB Neuaufstellung Regionalplan Fernleitung 21, DN 150, PN 25, Wasserstoff (Air Liquide Deutschland GmbH) [Leitungen, anonymisiert] Der Geltungsbereich der Neuaufstellung des Regionalplan Köln tangiert unsere bzw. die durch uns betreuten oben genannten Fernleitungen Wir, die [anonymisiert] sind als Eigentümer der Fernleitungen bzw. von den jeweiligen Eigentümern mit der Betriebsführung der oben genannten Rohrfernleitungen beauftragt, im Zuge dessen nehmen wir wie folgt Stellung. Die oben genannten Fernleitungen [anonymisiert] verlaufen in einem jeweils 6 bis 10 m breiten, rechtlich gesicherten Schutzstreifen, in dem ohne vorherige Abstimmung ein absolutes Bau- und Einwirkungsverbot besteht. Alle Maßnahmen, die den Schutzstreifen der Fernleitungen tangieren oder geeignet sind Einflüsse in diesen einzutragen, sind detailliert mit uns abzustimmen und schriftlich von uns zu genehmigen. Zur Information erhalten Sie daher einen DIN A3 (Übersichtsplan, M 1:250.000 mit dem Verlauf der durch uns betreuten Fernleitungen für den Geltungsbereiches des Regionalplan Köln bzw. für den Regierungsbezirk Köln. Wir bitten die oben genannten Fernleitungen nebst Schutzstreifen im

Regionalplan Köln nachrichtlich zu erwähnen und entsprechend im Regionalplan auszuweisen und konkurrierende Ausweisungen wie z.B.Vorranggebiete für Windenergieanlagen, Verkehrsinfrastruktur, Entsorgungsinfrastruktur, Rohstoffversorgung, Überschwemmungsgebiete, Naturschutz- oder Siedlungs- bzw. Bebauungsflächen für die rechtlich gesicherten Schutzstreifen der Fernleitungen nicht zuzulassen. Bei Planung und Ausführung sind die Auflagen des ebenfalls beiliegenden Freistellungsvermerkes sowie unsere ?Schutzanweisung für Arbeiten im Bereich von Rohrfernleitungen im Betreuungsbereich der Evonik Operations GmbH? zu beachten, die beide Bestandteil dieser Stellungnahme sind.

Außerdem ist aufgrund der Vorschriften der TRFL und der Rohrfernleitungsverordnung sicherzustellen, dass im Bereich der Fernleitungstrassen jederzeit für Kontrolle und mit Tiefbau verbundener Wartung/Reparatur, mit PKW, LKW und Tief- und Rohrbaugerät gefahren und gearbeitet werden kann. Die Errichtung von Baulichkeiten und Anpflanzungen tiefwurzelnder Bäume und Sträucher im Schutzstreifen der Fernleitungen sind grundsätzlich nicht gestattet. Wir weisen zudem darauf hin, dass die Leitungsverläufe zur Erhaltung der Zugänglichkeit für Wartung und Kontrolle von dem entstandenen Bewuchs gesäubert werden und regelmäßig eine Streckenbegehung der Fernleitungstrassen erfolgt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1007371	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Im Übrigen regen wir an, sowohl für die erdgebundenen, als auch für die oberirdischen Leitungen zum Transport von Energie wie Strom und Gas, Öl und Produkte der chemischen Industrie Entwicklungskorridore auszuweisen in denen künftige Neubauprojekte vorzugsweise realisiert werden können. Solche Korridore, die dann bereits mit den Zielen der Landesplanung abgestimmt sind, würden erheblich zur Vereinfachung künftiger Trassierungen und den folgenden Genehmigungsverfahren beitragen. Für die weitere Abstimmung mit den von uns zu vertretenden Fernleitungsbelangen stehen wir zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor.</p> <p>Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.</p>

AZ: Ö-P-1592	
1003603	
1007307_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Im Kreis Heinsberg befinden sich die besten Böden Europas. Doch durch immer mehr Straßen, Wohn- und Gewerbegebiete werden die Böden für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Aktuell zeigen die Entwicklungen in der Ukraine, dass ein Umdenken langfristig zwingend erforderlich ist. Boden ist ein endliches Gut, und wir müssen es wieder schätzen lernen. Die Bezirksregierung sollte mit der Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten, dem ungebremsen Flächenverbrauch Einhalt gebieten und den schutzbedürftigen Böden ihren entsprechenden Stellenwert beimessen. Auch geht es, sich wandelnden Lieferketten Rechnung zu tragen.</p> <p>Entsprechend dem Koalitionsvertrag ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 ha täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Diese Begrenzung muss nun auch auf die Städte Hückelhoven und Erkelenz heruntergebrochen und die Flächen dementsprechend angepasst werden. Dies und weitere aktuelle Gesetzgebungsverfahren der neuen Landesregierung bitte ich, in der Regionalplanung zu berücksichtigen. Zur Begründung für neue Gewerbe- und Industriegebiete wird häufig das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen herangezogen. Beim derzeitigen und weiter absehbaren Mangel an Arbeitskräften in allen Bereichen - von Pflege, Verwaltung, Handel, Dienstleistung, Handwerk und Industrie - stellt sich die Frage, welche Arbeitskräfte die neuen Gewerbe- und Industriegebiete künftig füllen sollen. Und das bei einer zunehmenden Etablierung von Home Office in der Arbeitswelt.</p> <p>Der Strukturwandel, dem gerade auch der Kreis Heinsberg im besonderen Maße unterliegt, macht die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich - das steht außer Zweifel.</p> <p>Mit dem Wegfall alter Industrien, alter Arbeitsplätze fallen aber auch alte Produktionsstätten weg, die durchaus einer neuen Nutzung und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeführt werden können.</p> <p>Es macht keinen Sinn, alte Produktionsstätten verrotten zu lassen und gleichzeitig neue Gewerbe- und Industriegebiete aus dem Boden zu stampfen, nur weil die Erwerbskosten von Ackerflächen für die Kommunen niedriger sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Weiterhin erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbewertung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.</p> <p>Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse &gt; 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfsflächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche (Parkanlagen, z. B. Brühler Schloss) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen</p>



Ebenso wenig Sinn macht es, in bestehenden Gewerbegebieten bereits erschlossene Fläche jahrelang brachliegen zu lassen - so in Hückelhoven im Gewerbegebiet Baal, innerstädtisch an der Rheinstraße, Zechenring, Lehmkaul und Katschbruch.

Von der Bezirksregierung ausdrücklich erwünscht sind Interkommunale Gewerbegebiete. Im aktuellen Entwurf kommt das nicht ausreichend zum Tragen, d.h. der Kreis Heinsberg nutzt diese Möglichkeit nicht. Vielmehr agiert jede Kommune autark mit ihren Lokalfürsten, ohne einen ganzheitlichen Planungsblick auf Sicht des Kreises zu haben. Deswegen ist es erforderlich, dass die Kommunen zusammenarbeiten, um möglichst effektiv Gewerbegebiete zusammenzuführen.

Flächenversiegelung bedeutet auch Reduzierung des Regenwassereintrags in den Boden. Erkelenz und Hückelhoven liegen nördlich der Rur. Am Ende wird das Regenwasser aber in die Rur eingeleitet. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die letztjährige Flutkatastrophe an der Rur. Die Flächenversiegelungen würden bei einem Starkregenereignis die Rur weiter belasten. Diese Auswirkungen wurden im Umweltbericht nicht berücksichtigt.

Auch werden zu erwartende Verkehrs- und Infrastrukturprobleme durch die Flächenausweisungen nicht berücksichtigt. Die gesamte Fläche rund um Hetzerath und die umliegenden Dörfer ist ein Biotop-Verband, der im Regionalplan ebenfalls nicht berücksichtigt wird.

Im Umweltbericht der Regionalplanung zu Gibco V/Flex Fläche steht unter dem Schutzgut ?Wildgebiet? des Regionalplans, diese seien im Plangebiet nicht vorhanden, somit vernachlässigbar. Dabei gehen die Gutachter fehl. Vielmehr handelt es sich um ein seit langen Jahrzehnten bestehendes, weitreichendes Wildwechselgebiet - insbesondere auch über die B57; und die Kleinstwälder zwischen Scheidt + Helzerath, zwischen Baal + Granterath sowie Baal + Hetzerath sind ein Rückzugsort für Wild und andere Tiere.

Das von der Stadt Hückelhoven eingebrachte GIB Plus hat u.a. den großen Nachteil, dass die verkehrstechnische Anbindung wie das bereits bestehende Gewerbe- und Industriegebiet Hückelhoven-Baal mit einer Ausdehnung von 110 ha erneut über die B57 erfolgen soll. Damit hat Hückelhoven zum geplanten GIB Plus wieder mal keinen eigenen Autobahnanschluss. Auch hier wiederholen sich Planungsfehler aus der Vergangenheit bei der verkehrstechnischen Anbindung, obwohl Baal über einen eigenen Gleisanschluss an der Strecke Aachen-Mönchengladbach verfügt. Vielmehr wird den Einwohnern von Baal sowie der Nachbarstadt Erkelenz und den betroffenen Dörfern erneut zugemutet, dass der Verkehrsfluss über die B57 in Richtung A46, Autobahnabfahrt Erkelenz-Süd sowie weiterer Anschlussstraßen in der Region erfolgen soll.

sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Bezüglich der Festlegung eines GIB bzw. eines GIBflex in Erkelenz gilt, dass aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich ein Sicherungserfordernis besteht, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist (s. Stellungnahme ID 1000716). In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen

Schon heute sind die Bürger entlang der B57 zwischen Baal und Erkelenz die großen Verlierer bereits erfolgter Gewerbeflächenansiedlungen. Sie leiden bereits unter den zunehmenden Abgas- und Lärmemissionen und erwarten von den Städten Hückelhoven und Erkelenz Lösungen, die aber bisher nicht angeboten werden. Die Häuser/Gärten in Baal/Granterath/Scheidt/Commerden liegen z.T. nur wenige Meter von der B57 entfernt; und stationäre Geschwindigkeitskontrollen oder lärmsenkende Geschwindigkeitsbegrenzungen (30 km/h) bei Tag und Nacht bestehen nicht, obwohl seitens der betroffenen Bevölkerung seit längerem gefordert. Eine erneute Steigerung durch zusätzliche Industrieflächen ist nicht hinnehmbar. Oder soll entlang der B57 im betroffenen Bereich gänzlich mit Schallschutzwänden gearbeitet werden? Zudem stellt sich die unbeantwortete Frage, ob durch den zusätzlichen Verkehr die einzuhaltenden gesetzlichen Grenzwerte bzgl. der Emissionen nicht gänzlich überschritten werden. Ich bitte bei diesem Thema um zusätzliche Erhebungen und Einschätzungen.

Weiterhin wurden die bestehenden und geplanten Gewerbeflächen benachbarter Kommunen außer Acht gelassen. Zu nennen sind dabei insbesondere die Ansiedlungen großer Verteilzentren u.a. von Amazon und Reuters in MG-Rheindahlen, die längst für eine Überlastung der B57 zwischen der Gewerbefläche Hückelhoven-Baal als Standort mehrerer großer Logistikunternehmen sorgen. Laut einer Verkehrszählung in 2021 passieren Baal durchschnittlich täglich 10.900 Fahrzeuge - davon ein sehr großer Teil als Schwerlastverkehr.

Und wie kann es sein, dass Flächen im Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus seitens der Kommunen Hückelhoven und Erkelenz überplant werden, die nach Auskunft betroffener Landwirte gar nicht zur Verfügung stehen, da diese ihre Existenzgrundlage und die der Nachkommen bilden? In meinen Augen hätten die Kommunen Hückelhoven und Erkelenz diese Ausschlusskriterien schon zu Beginn der Regionalplanung verlässlich beachten müssen. So sind viele Ressourcen in Planungen geflossen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren, m.E. handelt es sich hier um reine Steuerverschwendung.

Aus den genannten Gründen erachte ich es als sachgerecht, dass der Entwurf der Regionalplanung in der jetzigen Form nicht zum Tragen kommt. Vielmehr ist eine umfassende Überarbeitung erforderlich, soweit die BürgerInnen tatsächlich auf Augenhöhe mitgenommen werden sollen. So bitte ich Sie, meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Gewerbe- oder Industrieflächen Gibco V/Flex Fläche sowie Baal GIB Plus und auch zusätzliche Gewerbeflächen zwischen Baal und Granterath westlich und östlich der B57 lehne ich wie dargestellt ab.

Detaillierungsgrad. Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen weiter zu konkretisieren. Hierzu zählen u.a. auch potentielle Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung von Siedlungsraum gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB bzw. GIBflex) erfolgte unter

Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und Bedenken im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1593

1003606

1007309\_001

#### Inhalt

Hiermit möchte ich meine Einwände gegen die Planung eines GIBregional (interkommunales Gewerbegebiet) zwischen den Orten Gangelt-Birgden und Heinsberg-Waldenrath kurz beschreiben:

Eine Versiegelung von guten, fruchtbaren Ackerland zugunsten eines Gewerbegebietes ist nicht tolerierbar. Die ohnehin schon durch den Straßenbau der B56n reduzierte Natur- und Ackerfläche würde ein noch größeres Sterben der Tier- und Pflanzenwelt nach sich ziehen.

Mit der Durchführung des Vorhabens würde eine gravierende Verkleinerung des Naherholungsraumes einhergehen sowie das heimatische Landschaftsbild zerstört werden.

Für das Alten- und Pflegeheim St. Josef, das sich in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten Gewerbegebiet befindet, wären ebenso negative Folgen absehbar. Hierbei sind vor allem die Lärm- und Geräuschemissionen und damit einhergehend eine Minderung der Lebensqualität zu nennen. Dies lässt sich mit dem Leitbild eines würdevollen Lebensabends nicht in Einklang bringen.

Aus den oben genannten Gründen möchte ich meine Ablehnung gegenüber dem Projekt zum Ausdruck bringen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1594

1003607

1007310\_001

#### Inhalt

Die Ausweisung und geplante Auslegung des genannten Gewerbegebietes lehnen wir unmissverständlich ab.

Das geplante Gewerbegebiet Waldenrath/Birgden grenzt an die Wohnbebauung unseres Heimatortes und wir befürchten trotz des Abstandes von 300 Metern eine hohe Beeinträchtigung unserer Wohn- und Lebensqualität.

Zudem befindet sich in unmittelbare Nähe in Waldenrath ein großes Altenheim mit angrenzenden Seniorenwohnungen. Die zurzeit angenehme Lebensqualität der Senioren würde erheblich negativ beeinträchtigt.

Da wir in diesem Bereich auch regelmäßig spazieren gehen/Fahrrad fahren, wird uns und unseren Kindern und Enkeln diese Erholung durch das Gewerbegebiet und der errichteten Gebäude genommen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1596	
1003618	
1007313_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Ausweisung und geplante Auslegung des genannten Gewerbegebietes lehnen wir unmissverständlich ab.</p> <p>Das geplante Gewerbegebiet Waldenrath/Birgden grenzt an die Wohnbebauung unseres Heimatortes und wir befürchte trotz des Abstandes von 300 Metern eine Beeinträchtigung unserer Wohn-und Lebensqualität. Da wir in diesem Bereich auch regelmäßig spazieren gehen, wird uns diese Erholung durch das Gewerbegebiet und der errichteten Gebäude genommen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-P-1598

1003621

1007318\_001

#### Inhalt

Hiermit spreche ich mich gegen das Gewerbegebiet im Bereich Walderath / Pütt-Birgden aus, da es unmittelbar an die Wohnbebauung ganz und die bauliche Weiterentwicklung insbesondere des Ortes Walderath gefährdet.

Das geplante Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath / Pütt-Birgden schadet unserer Umwelt und unserem Klima. Durch die Versiegelung wichtiger und fruchtbarer Ackerflächen zerstören wir nicht nur wichtige Lebensräume unserer Fauna und Flora, sondern tragen auch zur weltweiten Nahrungs- und Getreideknappheit bei.

In Zeiten des Krieges und weltweiter Hungersnöte ist dies nicht zu vertreten. Ich lehne daher den Regionalplan Entwurf ab.

Mit meiner Stellungnahme spreche ich mich gegen das geplante Gewerbegebiet aus. In unmittelbarer Nähe zur geplanten Gewerbegebietsfläche befinden sich zahlreiche Wohnhäuser sowie ein Altenheim, die durch den Lärm-, Geruchsbelästigung und Emission, erheblich an Wohn- und Lebensqualität verlieren werden.

Ich fordere den Erhalt des ländlichen Charakters und den Schutz der Natur.

Ich spreche mich gegen ein Gewerbegebiet aus.

Es geht hier um unsere Zukunft, den Erhalt eines Stückchens Natur und das Erreichen unserer Klimaziele.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1601

1003625

1007320\_001

#### Inhalt

Stellungnahme gegen ein Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath / Pütt-Birgden und seiner möglichen Erweiterung

Ich lehne den Regionalplan-Entwurf ab, aus folgenden Gründen

- das Gewerbe- und Industriegebiet soll in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung entstehen, was bei vorherrschender Westwindlage zu Belästigungen mit Schadstoffen, Lärm und Lichtverschmutzung führt.

- wervoller, ertragreicher Ackerboden wird für alle Zeiten versiegelt und unbrauchbar für die Erzeugung regionaler Lebensmittel.

- die Entsorgung der betrieblichen Abwässer des geplanten Gewerbe und Industriegebiets ist meines erachtens über die Kläranlage Kirchhoven nicht umsetzbar. Desweiteren sehe ich es nicht ein als Heinsberger Bürger für Gangelter Abwasser erhöhte Gebühren zu bezahlen.

- die Zerstörung der gewachsenen Kulturlandschaft zwischen den Ortschaften Waldenrath und Birgden ist für mich Umweltfrevel und daher nicht hinnehmbar.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-P-1602	
1003629	
1007364	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin von Grünlandflächen im Raum Udenbreth, der Gemeinde Hellenthal und habe feststellen müssen, dass meine Flächen zukünftig entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft oder landschaftlichen Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen [Abb., Gemarkung Udenbreth, Gemarkung Hollerath, anonymisiert]. Durch Beschränkungen in der Nutzung der Fläche, befürchte ich, dass der Wert meiner Flächen verringert wird und ich finanzielle Einbußen haben werde. Außerdem möchte ich selber Einfluss auf die Nutzung meines Eigentums haben. Ich spreche mich daher gegen eine Oberplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) und zum Schutz der Natur (BSN) aus. Ich bitte Sie meine Flächen aus der Kulisse zu entfernen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1603

1003627

1007373

#### Inhalt

Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 3 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Flächen, in ein Wasserschutzgebiet umzuwidmen. Eine Notwendigkeit zur Ausweisung als Wasserschutzgebiet ist mir nicht ersichtlich. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Wasserschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Wasserschutzgebiet abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) werden gemäß Ziel 26 Erläuterung 1 festgelegt. Die Grundlage bilden die von der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) geplanten und festgesetzten Wasserschutzgebiete. Diese sind von der Regionaplanung zu übernehmen. Die Wasserschutzzonen I bis III A werden dabei als BGG festgelegt. Die erweiterten Einzugsbereiche für die Trinkwassergewinnung entsprechen den wasserrechtlich festgesetzten und geplanten Wasserschutzzonen III B/III C und sind gemäß dem Grundsatz 46 Erläuterung 1 in der Erläuterungskarte F9 dargestellt. Für Wasserschutzgebiete werden von der Fachplanung Wasserschutzgebietsverordnungen festgelegt, in denen, soweit der Schutzzweck dies erfordert, bestimmte Handlungen verboten oder nur eingeschränkt möglich sind. Diese Festlegung liegt in der Zuständigkeit der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln).

AZ: Ö-P-1604

1003628

1007372

#### Inhalt

Ich besitze Flächen in der Gemarkung Glehn. Diese Flächen werden von [anonymisiert] unter der Anschrift [anonymisiert] in 53893 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau bewirtschaftet. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 35 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1605	
1003630	
1007327_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>I have lived in Hückelhoven for 3 years now.  I am appalled § shocked at these plans to eliminate farmland and forests. The products that German farmers produce are excellent but the government is slowly but surely putting them out of business.  I am now 71 years old. I was a native of Texas, Big Spring, Texas, which used to have underground springs, now has no water. They have to process sewage water. Dallas had massive flooding last week - there is only concrete everywhere. The Gulf of Mexico is now contaminated from oil and chemicals. All my life I lived with the consequences of expanding industrial growth without respect to the environment. If you think that it is hot now in Germany, think about what will happen when everything is concrete and all the forest in this area is gone.  Where does NRW intend to get water and electricity for these new industrial areas?  The situation now is already critical.</p> <p>---</p> <p>Vor 3 Jahren bin ich aus dem großstädtischen Bereich ins Heinsberger Land gezogen, um bewusst im ländlichen Raum zu leben. Seit einigen Jahren nehme ich eine zunehmende Verstädterung im Heinsberger Land wahr, die sowohl den ländlichen Charakter als auch seine Natur zerstört. Insbesondere die Städte Hückelhoven und Erkelenz haben ihre GIB-Flächen erheblich erweitert. Wald und Ackerflächen zwischen den zu den Kleinstädten gehörenden Dörfern verschwinden zusehends, wichtige Ackerflächen mit extrem wertvollem Ackerboden werden versiegelt und vernichtet. Straßen, die diese Flächen an die Infrastruktur anbinden sollen, werden wahllos durch die letzten noch bestehenden Waldgebiete geschlagen. Die zu Hückelhoven gehörenden GIB-Flächen sind weitab der A46 und können nur durch Ortschaften entlang der B 57 erreicht werden.</p> <p>Auch das neu bei Hückelhoven-Baal vorgeschlagene Gebiet entlang der B 57 soll mehr als 10 ha wertvollen Boden zerstören. Dies lehne ich ab. Ebenso lehne ich die Umwandlung des dazugehörigen Gebiets westlich der B57 und nördlich von Baal mit einer Fläche von über 30 ha, das bisher in ökologischer Landwirtschaft genutzt wurde und nach Vorschlag der BR Köln als GIB Plus-Fläche ausgewiesen werden soll, ab. Hierzu wurde auch von Rat und Verwaltung der Stadt Hückelhoven (Beschluss des Stadtrates vom 21.06.22) eine Ablehnung formuliert.</p> <p>Ich lehne ebenso einen Vorschlag des Stadtrates von Hückelhoven ab, eine</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsermittlung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese</p>

Ersatzfläche für Baal nun nördlich der A 46 und sich noch auf dem Hückelhovener Stadtgebiet (zwischen den Ortschaften Hückelhoven-Doveren und Erkelenz-Houverath) befindenden Ackerfläche als GIB-Fläche auszuweisen.

Ich wehre mich weiterhin gegen den Ausbau der L364n, da diese nicht als Ortsumgehung fungieren soll, sondern nach Aussage der Verwaltung der Stadt Hückelhoven als eine Anbindung des auf Geilenkirchener Stadtgebiet geplanten Industrieparks "Future Site Invest" nördlich des Ortsteils Lindern dienen soll. Durch den Ausbau der L364n werden eine der letzten Waldflächen in Hückelhoven, Lebensraum unzähliger Tiere und ein Naherholungsgebiet der Anwohner der Ortsteile Hückelhoven und Doveren zerstört. Zudem verläuft die weitere Planung durch weitere wertvolle Ackerflächen. Dies ist bei der aktuellen Klimalage nicht mehr zu verantworten. Die L364n soll über eine ca. 8 m hohe Trasse, die zu den Rurauen hin auf 6 m Höhe abfällt, gebaut werden. Dies führt dazu, dass so wie auch schon durch die A 46 im nördlicheren Teil der Stadt eine hochliegende Landstraße die Ortschaften quer durch das Stadtgebiet auch optisch zerteilt. Immissionsschutz (Lärm!) ist nicht vorgesehen. Dies lehne ich ab!

Auch die Überplanung des bereits erwähnten Industrieparks "Future Site Invest", die im erheblichen Maß Umwelt und Ackerflächen zerstören, den Wasserhaushalt des Wurm- und Rurtals erheblich beeinträchtigen und völlig ohne nachhaltige Anbindung über die Schiene geplant wird, lehne ich ab!

Der Regionalplan widerspricht den Vorgaben der aktuellen Bundesregierung, Flächenversiegelung erheblich zu verringern. Ich lehne es ab, dass dies unter dem Deckmantel des "Strukturwandels" nun auch noch mit Geldern der öffentlichen Hand finanziert werden soll.

Ich erwarte als Maßnahmen des Strukturwandels Investitionen in die Förderung nachhaltiger Energien. So sollte z.B. die A 46 durch den gesamten Kreis Heinsberg mit Photovoltaik überbaut und der weitere Ausbau von Windenergie forciert werden. Weiterhin sollten bereits versiegelte und z.B. durch RWE in Garzweiler II zerstörte Flächen für GIB-Flächen genutzt werden. Dies zu finanzieren ist Aufgabe z.B. von RWE, das erheblich von der Zerstörung des Erkelenzer Landes profitiert hat und weiterhin profitiert.

Innerstädtische Flächen, z.B. im Stadtgebiet Hückelhoven (entlang der Rheinstraße), die bereits versiegelt sind und brachliegen, sollten als GIB-Fläche weiterhin genutzt werden. Finanzielle Zuwendung aus Steuermitteln zum Strukturwandel sollten hier im Rahmen von Subventionen genutzt werden, da die Nutzung bereits zerstörter Flächen natürlich erheblich kostenintensiver ist.

Im Zusammenhang mit in Zukunft erheblichen Schwierigkeiten die Bevölkerung zu

wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. .

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der

ernähren, (Ukraine-Krieg, Preisanstieg von Lebensmitteln) ist es unverantwortlich Ackerflächen zu zerstören.  
Ebenso schadet die Bodenversiegelung in höchstem Maße unserem Klima und der Artenvielfalt.

regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausweisung eines GIB in Hückelhoven-Houwerath sowie eines GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001810 sowie Stellungnahme ID 1001804).

Bezüglich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern wird der Stellungnahme hingegen nicht gefolgt. Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan

Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Diese sind entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Im Hinblick auf die L228n wird auf die Erläuterungen zu StnID 1003681 verwiesen. Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den diesbezüglich vorgebrachten Anregungen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

## Inhalt

Wie ich Ihrem Regionalplanentwurf entnehme, haben Sie diese manipulierten Schutzflächen und Vorbehaltsgebiete weiterhin übernommen, wodurch ich davon ausgehe, dass weder die Kommune, noch der Kreis, Sie über die Klagen und tatsächlichen Gegebenheiten informiert hat. Das naive Vertrauen der Mitarbeiter, führt somit leider zur Fortführung der Manipulationen und stärkt den Rechtsbruch.

Sie schreiben hierzu: ?Die Entwicklungswünsche der Stadt Linnich wurden im Rahmen des Neuaufstellungsprozesses geprüft und sind, sofern keine rechtlichen Konflikte bestanden und unter Berücksichtigung andere Belange in den Regionalplanentwurf aufgenommen worden.? Durch diese offenbar wissentlich falsche Flächendarstellung werden dann sogar die Mitglieder vom Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landtag Nordrhein-Westfalen, bei der Erarbeitung eines Gesetzentwurfes zum Schutz der Natur in NRW, in die Irre geführt. Als Grundlage diene unter anderem der Regionalplan, worin Bördelandschaft als Vorbehaltsgebiet oder Schutzbereich dargestellt ist und nicht als Wohngebiet eines rechtskräftigen B-Plans. Damit aber nicht genug. Die Bezirksregierung selbst greift in ihrer arrogant überheblichen Art auf die falsche Flächendarstellung zu und begründet damit sogar ihre eigene, meines Erachtens rechtswidrige, Flächenvorgabe für den AFAB einer Ortschaft von ca. 1300 Einwohnern, mit dem Verweis auf den LEP NRW Ziel 6.1.-1 einer bedarfsgerechten Planung. Seit den Kommunalgesprächen am 07.09.2017 und dem Stadtratsbeschluss der Stadt Linnich vom 22.06.2022 liegen der Bezirksregierung allerdings städtebauliche Entwicklungspläne der Stadt Linnich für die bedarfsgerechte Planung der 1300 Einwohner Ortschaft, von ca. 200.000 m2 neuem Wohnbaugebiet vor. Was für ein Hohn! Für mich bildet allerdings den Höhepunkt, die Auswirkungen der offensichtlich falschen Flächendarstellungen, bei der z.Zt. laufenden Grundsteuerreform. Der Finanzverwaltung für Nordrhein-Westfalen wird, durch die falschen Angaben im Regionalplan, nicht kenntlich, dass es sich bei der Wohngebietsfläche nicht um ?Ackerland 1 Grünland? handelt, sondern um ?Baureifes Land?. Der zu bewertende Bodenrichtwert wäre 210,00 ? und nicht 4,50 ?. Im Gesamten sprechen wir hier über  $205,50 \times 50.000 \text{ m}^2 = 10.275.000,00?$  steuerliche Falschbewertung. ?Bei der Wertermittlung ist der Bodenrichtwert anzusetzen, der vom Gutachterausschuss auf den jeweiligen Hauptfeststellungszeitpunkt ermittelt wurde. Die durch die zuständigen Gutachterausschüsse ermittelten Bodenrichtwerte sind für die Beteiligten im Steuerrechtsverhältnis verbindlich und einer gerichtlichen Überprüfung regelmäßig nicht zugänglich. Die Übertragung der Ermittlung von Bodenrichtwerten auf eine außerhalb der Steuerverwaltung eingerichtete Stelle beruht

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

## Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (AFAB).

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung



darauf, dass den Gutachterausschüssen auf Grund ihrer besonderen Sach- und Fachkenntnis und ihrer größeren Ortsnähe sowie der in hohem Maße von Beurteilungs- und Ermessenserwägungen abhängigen Wertfindung eine vorgreifliche Kompetenz bei der Feststellung eines Bodenrichtwerts zu kommt. Die Bezirksregierung führt die Aufsicht über die Gutachterausschüsse innerhalb ihres Bezirks. Bei gemeinsamen Gutachterausschüssen nach § 4 Absatz 1 der Verordnung über die amtliche Grundstückswertermittlung Nordrhein-Westfalen ist die Bezirksregierung zuständig, in deren Bezirk dessen Geschäftsstelle liegt?. Durch die oberflächlich, mangelhafte Überprüfung der tatsächlichen Flächenerhebung, beeinflusst man die ?vorgreifliche Kompetenz? der Gutachterausschüsse, die unter Aufsicht der Bezirksregierung stehen. Hiermit verbreitet man somit falsche Bodenrichtwerte, die zu immensen steuerlichen Falschbewertungen führen. Kann man hier sogar über Beihilfe zur Steuerhinterziehung sprechen? Die hier aufgezeigten Fakten beziehen sich auf den ?IST- ZUSTAND? des manipulierten rechtskräftigen FNP der Kommune, des Landschaftsplans des Kreises und des gültigen Regionalplans sowie auf den neuen, weiterhin manipulierten Regionalplanentwurf. Die Bezirksregierung zielt in der Bearbeitung meiner Schreiben daraufhin ab, diese in der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans verschwinden zu lassen, damit ihre anscheinend unzureichende mangelhafte Überprüfung nicht öffentlich wird, wenn sie denn überhaupt eine gemacht hat. Aber auch im Regionalplanentwurf der Bezirksregierung setzt sich die Flächenmanipulation fort. Es besteht, wie die Bezirksregierung selbst schreibt, kein rechtlicher Konflikt. Zum Ende der Offenlegungszeit nutze ich daher die Gelegenheit, Ihnen persönlich die Flächenmanipulationen aus meiner Sicht darzustellen. Meines Erachtens verweisen alle Fakten, selbst für einen Laien wie mich erkennbar, auf einen klassischen Rechtsbruch hin, der durch die Bezirksregierung weder erkannt werden will, noch ihren Aufgaben entsprechend der Sachverhaltsprüfung rechtlicher Konflikte verhindert werden soll. Die Verweise der Bezirksregierung auf Zuständigkeiten und Planungshoheiten der Kommune und des Kreises entbindet sie nicht, von ihrer Pflicht der Überprüfung rechtlicher Konflikte. Was benötigt die Bezirksregierung noch, um rechtliche Konflikte zu erkennen? Möchten Sie sich wirklich in die Intrigen hineinziehen lassen? Zu Ihrer Information, die angesprochene Kommune, sowie der Kreis, stehen schon mitten in der Vertuschungsphase mit entsprechender Unterstützung durch die Bezirksregierung.

In den, mit der Bezirksregierung am 07.09.2017 geführten, sogenannten ?Kommunalgesprächen?, bezüglich des Regionalplanentwurfes, wurde der Datenbestand (ohne Prüfung einfach übernommen) aktualisiert und mit den FNP Flächendaten der Kommune abgestimmt. Die Bezirksregierung erhielt von der Kommune, für die weitere städtebauliche Entwicklung, textliche Festlegungen, zeichnerische Festlegungen, Erläuterungskarten sowie Anhänge zu den Erläuterungskarten. In etwa zeitgleich erhielt der Kreis die gleichen Angaben bezüglich der: Neuaufstellung des Landschaftsplanes 2 ?Rur- und Indeaeu?; Beteiligung gern. § 15 Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG) zum Vorentwurf des Planwerkes. Alle hier verbreiteten Angaben und Aktualisierungen wurden durch Stadtratsbeschluss der Stadt Linnich vorn 22.06.2022 bekräftigt und sind falsch, da weder im FNP der

des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Kommune, im Landschaftsplan des Kreises, noch im Regionalplan die rechtskräftige Wohngebietsfläche ausgewiesen wird. Stattdessen werden jedem Betrachter Vorbehaltsflächen oder Schutzgebiete vorgegaukelt, die zur Legitimierung eines an deren B-Plans benötigt wurden. Ad Absurdum führt darüber hinaus die Kommune ihre eigenen Lügen mit ihrer Dringlichkeitsentscheidung vom 05.10.2021 zur 4. Änderung des B-Plans, indem die, im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans, gemeldete städtebauliche Entwicklung der Ortschaft, an entgegengesetzter Stelle festgelegt wird und weder die Bezirksregierung informiert, noch der eigene FNP entsprechend korrigiert (geändert) wird. Urplötzlich gibt es die Wohngebietsfläche, die von der Bezirksregierung als Vorbehaltsfläche und Schutzgebiet ausgewiesen wird, wohl doch. Was sagt die Prüfung rechtlicher Konflikte hierzu? Mir persönlich wäre es mehr als peinlich erkennen zu müssen, dass ich seitens der Kommune und des Kreises gelinkt und über den Tisch gezogen wurde. Insbesondere dann, wenn ich weiß, dass eine verwaltungsgerichtliche Bewertung meiner, erwiesener Maßen, nicht durchgeführten Aufgaben, einer Überprüfung rechtlicher Konflikte, stattfindet. Des Weiteren ist nun mehr auch öffentlich, für jedermann erkennbar, wie die Bezirksregierung ihre Aufgaben erfüllt. Für mich gibt es hierfür nur ein Wort: FASZINIEREND!

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Die Bezirksregierung, die seit 1993 Kenntnis über diese Angelegenheit hat, genehmigt dann doch 1995, ohne weitere Prüfung, einen, meines Erachtens, rechtswidrigen FNP. Im Regionalplan stellt sie sogar für die nicht ausgewiesene Wohngebietsfläche, irriger Weise, Vorbehaltsgebiete und Schutzbereiche dar. 2017 in den kommunalen Abstimmungsgesprächen, bezüglich der Neuaufstellung des Regionalplans, erhalten Sie von der Kommune erneut die manipulierten Flächendarstellungen und über nehmen diese, wiederum ohne Überprüfung, in den Regionalplanentwurf. Mitte 2022, in der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Regionalplanentwurf, bekräftigt die Kommune dann wiederum ihre Manipulationen, obwohl sie mit Dringlichkeitsentscheid vom 05.10.2021 das Gegenteil dokumentiert hat und eine Rechtsexpertise dies bestätigt. Hierbei wurden von der Bezirksregierung erneut keine rechtlichen Konflikte erkannt. Wird die Bezirksregierung damit Ihrer Verantwortung der Überprüfung rechtlicher Konflikte überhaupt gerecht? Was versteht diese unter rechtlichen Konflikten, wenn sie meines Erachtens noch nicht einmal einen offensichtlichen Rechtsbruch erkennt? Alle beteiligten Behörden, Stadt Linnich, Kreis DN und Finanzverwaltung NRW, weisen nunmehr einhellig darauf hin, dass die Verantwortung dieser Flächenmanipulationen in der ?kompetenten?, besser inkompetenten Bearbeitung der Bezirksregierung Köln liegen. Wie unschwer an meiner Faktenaufzählung erkennbar ist, sind meine Erwartungen an eine, zumindest in Teilbereichen, desolat arbeitende und ihren Aufgaben nicht gerecht werdende Behörde, gering oder gar nicht vorhanden. Selbst kleinste Gepflogenheiten, wie die Beantwortung oder zumindest Eingangsbestätigung meines Einschreibens vom 31.05.2022 sind bis heute nicht erfolgt. Für mich ist es jedoch trotzdem wichtig, wie in einer Demokratie üblich, meine Meinung zu äußern, immer in der Hoffnung vielleicht doch den verantwortlichen Teilbereich Ihrer Behörde aus seinem Tiefschlaf wecken zu können.

**Inhalt**

Ihr Regionalplan und der in Neuaufstellung befindliche, weisen für 50.000 m<sup>2</sup> Wohngebietsfläche eines rechtskräftigen B-Plans, fälschlicherweise Vorbehaltsgebiete oder Schutzbereiche aus. Ein B-Plan, in der Planungshoheit der Kommune, ergibt sich aus dem FNP, welcher von der Bezirksregierung auf rechtliche Konflikte überprüft wird. Wenn jedoch die Kommune, in Verbindung mit dem Kreis, vorsätzlich und manipulativ, diese Wohngebietsfläche 1995 bei der Erstellung des heute noch rechtskräftigen FNP verleugnet, liegt es in Händen der Bezirksregierung, diesen Rechtsbruch zu korrigieren, zumal sie bereits 1993 Kenntnis von den Gegebenheiten bekommen hat. Anhängige verwaltungsgerichtliche Klagen überprüfen diesen Rechtsbruch der Nicht-Ausweisung von Wohngebietsfläche, eines vom Kreis und Kommune durch Rechtsexpertise bestätigten, genehmigten rechtskräftigen B-Plan.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (AFAB).

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den

Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

## Inhalt

Stellungnahme des CDU-Ortsverbandes Köln-Neubrück zur Regionalplanänderung Fläche 8-809-010 (sog. Gartengelände Madaus am Neubrücker Ring in 51109 Köln Neubrück)

Die CDU Neubrück lehnt die geplante Änderung der Fläche von jetzt Grünfläche in eine Fläche für Wohnbebauung ab und bittet, diese bei der Aufstellung herauszunehmen.

Bereits in 2020 hatte die Bezirksvertretung Köln-Kalk (8) mit großer Mehrheit die Meldung dieser Fläche abgelehnt. Gleichwohl wurden seinerzeit ja alle durch Anträge oder ähnliches in der Diskussion befindlichen Flächen seitens der Stadt Köln zunächst erst mal für den Regionalplan angemeldet. Die BV hat ihren die Fläche ablehnenden Beschluss aktuell in 2022 nochmals bekräftigt.

Ein positiver Beschluss zur Änderung dieser Fläche von Grünfläche in Wohnungsbau ist zu keiner Zeit in einem Ausschuss oder der BV erfolgt.

Stadtteil: Neubrück  
Flächen-Nr. : 8-809-010  
Bisherige Größe: 12,5 ha  
Flächenart: ASB  
Änderungsart: Ablehnung da

1. Bedeutung für Frisch- und Kaltluftschneise,
2. Einzelhandel an dieser Stelle das Zentrum schwächen würde,
3. den Bürgern bei Errichtung der Flüchtlingsunterkunft am Neubrücker Ring in 2015 ausdrücklich zugesichert wurde, dass dies nicht den Einstieg in eine künftige Wohnbebauung bedeuten würde,
4. es sich bei dieser Fläche bereits um die Ausgleichsfläche für die seinerzeit erfolgte Bebauung des Gebietes der Merheimer Gärten handelte (auch wenn die GAG bis heute nicht mit der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen begonnen hat)

Allen Bürgerinnen und Bürgern und auch der CDU ist bewusst, dass auch die Stadt Köln neue Flächen für Wohnungsbau ausweisen muss. Dem wurde im Stadtbezirk Kalk

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

auch Rechnung getragen und eine Vielzahl von Flächen sowohl bei Regionalplanentwurf als auch vorher schon beim Stadtentwicklungskonzept Wohnen der Stadt Köln vorgeschlagen und mitgetragen.

Aber gerade die hier genannte Fläche ist von überragender Bedeutung für die Frisch- und Kaltluftschneise aus dem Königstorst für die Siedlungsbereiche im rechtsrheinischen Köln. Der stark verdichtete Stadtteil Neubrück zählt schon jetzt trotz des angrenzenden Freiraums zwischen Brück, Neubrück und Rath/Heumar zu einem der Hitze-Hotspots. Jede Verschärfung der Situation wie z. B. der Versiegelung weiterer Flächen muss daher dringend vermieden werden. Auch eine angepasste Bebauung würde als Barriere fungieren.

Die GAG hatte das Gelände seinerzeit vor über 20 Jahren angeblich als Ausgleichsfläche für die Bebauung der sog. Merheimer Gärten erworben. Diese Ausgleichsmaßnahmen wurden gleichwohl bis heute nur in geringem Maßstab umgesetzt, da offensichtlich seitens des Unternehmens schon immer darauf gehofft wurde, auch diese Fläche für Wohnungsbau nutzen zu können. Sinnvoller wäre es, die gesamte Fläche tatsächlich für notwendige Ausgleichsmaßnahmen z.B. durch weitere Nachverdichtungen auch an anderer Stelle im Wohnungsbestandsband der GAG zu sichern.

Die CDU Neubrück bittet daher den Regionalrat, diese Fläche nicht für Wohnungsbau, also als ASB, freizugeben.

**Inhalt**

Schwerpunkt des Tätigkeitsfeldes und des Wirkungskreises des LSV ist das Stadtgebiet von Bornheim. Dementsprechend konzentriert sich die nachfolgende Stellungnahme auf

[Abbildung 1]

für die Regionalplanung relevante Aspekte, soweit diese in Bornheim verortet sind und den Aufgabenbereich des LSV betreffen. Ansonsten verweist der LSV auf die Stellungnahme des ?Landesbüros der Naturschverbände NRW?, Oberhausen (Träger: LNU NRW, NABU NRW, BUND) zur Neuauflstellung des Regionalplans Köln im Rahmen der Offenlage 2022. Den LSV drängt seit langem die Sorge, dass in der Raumplanung ? sei es in der Landes- und Regionalplanung, im Besonderen aber in der kommunalen Bauleitplanung ? dem Aspekt der Ausweitung von Flächeninanspruchnahme für neue Wohnsiedlungsbereiche sowie für die Ansiedlung neuer oder die Ausweitung bestehender Gewerbebetriebe immer wieder einseitig zu Lasten des der Landwirtschaft, der Erholung und dem Natur- und Artenschutz dienenden Freiraums der Vorzug eingeräumt wird. Dies betrifft in besonderem Maße gerade auch die Stadt Bornheim, die geprägt ist durch den Zusammenschluss ehemals rein ländlicher Ortschaften mit bis heute eigenen Subzentren (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuauflstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 2.2 Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung). Angesichts vermeintlicher Vorteile weiterer Flächeninanspruchnahmen durch immer mehr Wohn- und Gewerbegebiete, Straßenneubauten usw., die oftmals durch eine selektive Wahrnehmung der Vorteile eine positive Gesamtentwicklung suggerieren, werden die langfristigen, häufig deutlich schwerwiegenden Nachteile und Schäden für die Freiraumentwicklung vielfach nicht näher betrachtet und/oder unterbewertet (Bezug: Textliche Festlegungen zur Neuauflstellung des Regionalplans Köln: 4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und ?entwicklung) Diese Aspekte sollen im Folgenden hinsichtlich der Neuauflstellung des Regionalplans und im Hinblick auf die Situation in Bornheim näher beleuchtet werden.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1007332\\_001.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche , sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher

Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wicDer Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine



differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht.

Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

1. Kein weiterer Bedarf an Wohnbaufläche über die Ausweisungen im Flächennutzungsplan (FNP) hinaus. Bornheim hat in den letzten Jahrzehnten ein enormes Wachstum an Einwohnern zu verzeichnen. Während 1971 in den Ortschaften der Stadt 31.000 Menschen wohnten, betrug die Einwohnerzahl Ende 2021 knapp 50.000. Entsprechend umfänglich war und ist auch die Zahl der in Bornheim vor allem in den letzten Jahren geschaffenen und im Planungsprozess befindlichen Wohnbauflächen und der Umfang an neuem Wohnraum. Kaum eine andere vergleichbare Kommune im Rhein-Sieg Kreis hat einen so großen Zuwachs zu verzeichnen. Damit ist die gesetzte Zielvorgabe des Landes, Bornheim zu einem Mittelzentrum mit gut 50.000 Einwohnern zu entwickeln, erreicht. Der rechtskräftige FNP von Bornheim deckt mit derzeit noch ca. 126 ha Reserveflächen grundsätzlich den dafür erforderlichen Bedarf auch für die nächsten zwei Jahrzehnte voll ab. Gegen eine bedachtsame und moderate Weiterentwicklung im Rahmen des gültigen FNP ? bedarfsweise auch mit Flächentausch (Ersatz ungeeigneter Flächen im FNP durch geeignetere Bereiche des bisherigen Freiraums) - bestehen seitens des LSV keine Bedenken.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW **bedarfsgerecht festgelegt**. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

2. Zuzug weiterer Einwohner begrenzen. Die Stadt Bornheim hat in jüngster Vergangenheit an Hand der tatsächlich vorhandenen Wohneinheiten (WE) pro ha Bruttobaufläche (also Wohnbaufläche einschließlich innerörtlicher Straßen und Grünanteil) in den Ortsteilen eine Siedlungsdichte im Stadtgebiet von ca. 25 WE pro ha Bruttofläche errechnet. Demgegenüber rechnet der Landesentwicklungsplan NRW den Wohnflächenbedarf anhand sog. siedlungsstrukturtypischer Dichten. Dabei legt er z.B. bei einer Siedlungsdichte von über 2.000 Einwohnern/km<sup>2</sup> einen Bedarf an 40?60 WE/ha zugrunde. Diese Berechnungsmethode wird unverändert im Regionaiplanentwurf als Grundsatz übernommen. Da Bornheim eine Siedlungs- und Verkehrsdichte von ca. 2.420 Einwohnern/km<sup>2</sup> aufweist, würde sich bei dieser Berechnungsmethode eine Siedlungsdichte in Bornheim von brutto ca. 40 WE/ha errechnen. Damit würde man jedoch die vorhandene z.T. noch ländlich geprägte Struktur noch stärker suburban überformen. Gegen eine angemessene Verdichtung der Wohnungsstruktur und damit einhergehend auch gegen einen überschaubaren Zuwachs an Einwohnern bestehen keine Bedenken, wenn dadurch der historisch gewachsene Charakter der Bornheimer Ortschaften nicht vollends verloren geht. Die in allen Ortschaften der Stadt mehr oder weniger noch vorhandene ländliche Struktur kennzeichnet den Charakter und die Identität der Stadt, und das soll auch so bleiben. Legt man für das Bornheimer Stadtgebiet eine an den Richtwerten des LEP ausgerichtete Anzahl von 40 WE/ha zugrunde, würde zukünftig die Gesamterscheinung der Stadt grundlegend verändert. Der bisher ländliche Charakter ginge nahezu völlig verloren.

Raumplanung versteht sich jedoch nicht als starres Regelungswerk, sondern ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich geschützten Planungshoheit der Gemeinden u.a. gekennzeichnet durch das sog. Gegenstromprinzip (1 Abs. 3 ROG). Dieses verlangt, dass bei überörtlicher Planung alle Planungsträger in angemessener Weise beteiligt und berechnigte Interessen nachgeordneter Planungsträger, insbesondere von Kommunen, berücksichtigt werden. Dem trägt die Regelung im LEP Rechnung, wonach die Regionalplanungsbehörde in begründeten Fällen, z.B. auf der Grundlage empirischer Ermittlungen, von den genannten Richtwerten abweichen kann? (LEP NRW, S. 50). Diese Situation trifft für Bornheim zu. Der gewachsene Charakter der Stadt und ihre Identität als Kommune, welche die noch vorhandenen ländlichen Eigenschaften trotz der benachbarten Großstädte Bonn und Köln bewahrt hat und auch künftig bewahren sollte, begründen hier eine Abweichung von den Richtwerten des LEP hinsichtlich der Regelungen zur Schaffung bestimmter Siedlungsdichten. Die städtebaulich verträgliche Siedlungsdichte sollte für das Bornheimer Stadtgebiet des halb bei ca. 25 WE/ha liegen. Spätestens dann, wenn Bornheim die Reserven an Wohnbauflächen im FNP ausgeschöpft haben wird und die Siedlungsdichte von ca. 25 WE/ha nicht überschritten wird, führt dies zu einer zwangsläufigen Begrenzung des Zuzugs von Menschen nach Bornheim. Der LEP und auch der darauf aufbauende

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Rhein-Sieg-Kreis.

Entwurf des Regionalplans vermitteln jedoch den Eindruck, dass die maßgebliche Größe für die Siedlungsplanung und den zu deckenden Bedarf allein oder vorwiegend die Nachfrage aus der Bevölkerung und dem Gewerbe vor allem der benachbarten Großstädten sei. Dies kann aber nicht richtig sein. Es erscheint nachvollziehbar, dass es viele Menschen und auch das Gewerbe vorziehen, sich in dem Ballungsraum zwischen Köln und Bonn anzusiedeln, weil sich dort bessere Bedingungen für Wohnen und Arbeiten als in ländlichen Regionen bieten. Würde man allein diesen Vorstellungen und Wünschen entsprechen, wäre eine verantwortungsvolle Raumplanung und Steuerung der vielfältigen für die Raumordnung relevanten Belange kaum mehr möglich. Insbesondere wäre das Bestreben der Landesplanung, ?in allen Teiles des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern? (Grundsatz 2-2 LEP), praktisch nicht umzusetzen, wenn allein oder vorwiegend die Nachfrage aus benachbarten Großstädten der Maßstab für die Landes- und Raumplanung sein sollte. Ballungsräume würden suburban überfrachtet, ländliche Regionen veröden. Es muss deshalb von den angrenzenden Großstädten hingenommen werden, wenn auf Grund einer verantwortungsvollen Raumplanung die Möglichkeiten einer weiteren Ansiedlung von Menschen und Gewerbe ausgeschöpft sind und diesbezüglichen Nachfragen nicht (mehr) entsprochen werden kann. Für Bornheim ist diese Situation nach Einschätzung des LSV schon jetzt, jedenfalls aber in nächster Zukunft erreicht.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

3. Korrekturen bei der Ausweisung von Allgemeinen Siedlungsbereichen ? ASB (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuauftellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021:3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung, Erläuterungskarte S1):  
Nachfolgend werden beispielhaft einige in ihrer Ausdehnung durchaus bedeutsame Flächen näher betrachtet, die hinsichtlich des Kriteriums ASB nach Einschätzung des LSV andere Bewertungen erfordern, als diese bisher nach den zeichnerischen Festsetzungen im Entwurf des Regionalplans vorgesehen sind.

3.1 Ortschaft Bomheim-Roisdorf südöstlich der Schussgasse. Es war und ist das berechnigte Anliegen der Kommune, die hier angesprochene gesamte Freifläche, die sich vom Ortsrand von Roisdorf in Richtung Alfter erstreckt und schon rein optisch gesehen eine Einheit zu der sich südlich anschließenden großen Agrarfläche bildet, nicht als ASB auszuweisen. Völlig unverständlich erscheint, dass die Regionalplanungsbehörde die Hälfte dieser zu Roisdorf gehörenden Fläche bis hin zur Südstraße einerseits richtigerweise nicht als ASB ausweist, andererseits für den südöstlichen Teil der Fläche aber die Ausweisung als ASB weiter vorsieht. Die Ortschaft Roisdorf ist mit der vorhandenen Bebauung an der Brunnenstraße, der Schussgasse und der Südstraße klar abgegrenzt. Eine Bebauung der hier in Rede stehenden Freifläche würde die Grenze zur Nachbarkommune Alfter weiter verwischen. Eben dies sollte jedoch vermieden werden.  
Deshalb regt der LSV an, die gesamte Fläche nicht als ASS auszuweisen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, die sich in der Wohnbauflächendarstellung im FNP verdeutlicht, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

3.2 Ortschaft Bornheim-Roisdorf, als ASB 3 ausgewiesene Fläche. Auch hinsichtlich dieser Fläche hatte die Kommune die Herausnahme als ASB vor geschlagen. Der zuständige Ausschuss im Rat der Stadt Bornheim hat sich dann aber offenbar der Argumentation der Regionalplanungsbehörde angeschlossen, dass diese Fläche als Innenbereichsfläche und wegen zu geringer Größe nicht separat als Agrarfläche dargestellt werden könne. Diese Argumentation überzeugt nicht. Es handelt sich hier um eine am Hang gelegene Fläche von ca. 6 ha. Sie ist damit durchaus groß genug, um z.B. als Frischluftinsel für die Ortschaft Roisdorf zu dienen. Die Schaffung Klima relevanter Flächen ist ein nicht unwesentliches Ziel von Raumplanung überhaupt, also auch im Regionalplan. Das Vorhandensein von Freiflächen im ansonsten umbauten Innenbereich ist auch anderswo durchaus keine Seltenheit. Würde man solche Flächen schlichtweg als ASB ausweisen, obwohl dort ein ASS gar nicht gewollt ist, wäre dies eine Falschdarstellung. Einen rechtlichen Zwang, so zu verfahren, gibt es nicht. Für Bornheim überhaupt, insbesondere aber für die Ortschaft Roisdorf, besteht überhaupt keine Notwendigkeit, über die in ausreichendem Maße im Stadtgebiet vorhandenen ASS gerade hier noch einen nicht erforderlichen weiteren ASB auszuweisen. Dies muss umso mehr gelten, als der LSV gegen die von der Regionalplanungsbehörde vorgeschlagene Ausweisung der Flächen ASS 2 und ASS 4 keine Bedenken hat. Der LSV regt an, die als ASS 3 gekennzeichnete Fläche nicht als ASS einzustufen, sondern dem Freiraum zuzuordnen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Eine Zuordnung der Anregung zu der konkreten Festlegung/Fläche (hier ASB 3 bezeichnet) ist nicht möglich.

**Inhalt**

4. Korrekturen bei der Ausweisung von Bereichen für Gewerbe und Industrie ? GIB (Bezug: Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln: 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung, Erläuterungskarte S1): Mit der Ausweisung von GIB an geeigneten Standorten soll insbesondere eine sinnvolle, gleichwohl aber auch nachbarverträgliche Entwicklung von immissionsintensivem Gewerbe gesichert und gefördert werden. Für Bornheim sieht der LSV jedoch hinsichtlich der Ausweisung von GIB und entsprechender Ansiedlung von Unternehmen schon jetzt eine Sättigung und standortbezogen teilweise eine Überfrachtung erreicht.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der angesprochene GIB Standort zwischen Uedorfer Weg und Maarpfad hat die Zweckbindung eines Regionalen Standortes, d.h. hier sind Gewerbeflächenbedarfe verortet worden, die über den kommunalen (endogenen) Bedarf hinausgehen und sich aus dem gesamten Bedarf der Region ergeben (vgl. Ziel 12 Regionalplanentwurf). Dies ist aufgrund des ausdrücklichen Willens der Stadt Bornheim erfolgt. Demnach erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

(s.a. ID 1006583\_002)



## Inhalt

4.1 Ausweisung eines GIB zwischen Uedorfer Weg und Maarpfad. Im unmittelbaren Anschluss an die Bahnstrecke der DB, dem Uedorfer Weg und dem Maarpfad soll ein neuer großer GIB ausgewiesen werden. Die Kommune zeigt sich damit zwar einverstanden, möchte jedoch eine leichte Verschiebung in Richtung Uedorfer Weg, um so einen gewissen Abstand zur Wohnbebauung am Maarpfad zu sichern. Der LSV lehnt eine solche Planung an diesem Standort aus nachfolgenden Gründen generell ab. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde in nur wenigen hundert Metern Entfernung das Gewerbegebiet ?Bornheim Süd? mit einer Gesamtläche von ca. 54 ha geschaffen. Gegenwärtig wird ein weiteres sich daran unmittelbar anschließendes, interkommunales etwa gleich großes Gewerbegebiet ?Alfter Nord? geplant. Teilweise ist diese Planung schon realisiert. Nicht weit davon entfernt schließt sich das schon vorhandene Gewerbegebiet ?Bonn West? an. Zudem befinden sich auch im nahe gelegenen Bornheim-Hersel bereits jetzt große Gewerbegebiete, die ebenfalls noch ausgeweitet werden sollen. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, dass mit einer so umfänglichen Gewerbeansiedlung an der südöstlichen Grenze von Bornheim gleichsam ein Umzingelungsring durch Gewerbe entsteht, der lediglich durch einen Keil an Wohnbebauung von Roisdorf östlich der DB-Linie unterbrochen wird. Diese bedenkliche Wirkung einer Einkreisung wird auch nicht dadurch aufgehoben, wenn der geplante GIB zwischen Maarpfad und Uedorfer Weg leicht in Richtung Uedorfer Weg verschoben würde. Der Aspekt der »Umzingelung? ist durchaus vergleichbar mit dem bei der Planung von Vvindenergieanlagen von der Rechtsprechung als rechtlich relevant bewertetem Kriterium der optischen Bedrängung?. Beide Gesichtspunkte sind Ausdruck des Übermaßverbotes und Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Zu alledem gehen mit dem geplanten GIB große Flächen wertvollen Ackerlandes für immer verloren, und dies in einer Zeit, in der die Notwendigkeit besteht, sich auf allen möglichen Gebieten von zu großer ausländischer Abhängigkeit zu befreien. Dies gilt gerade auch für landwirtschaftliche Produkte. Es ist nicht erkennbar, dass für die Ausweisung eines GIB an dieser Stelle eine zwingende kommunale Notwendigkeit besteht. Vielmehr soll wohl eher der Nachfrage von Interessenten Rechnung getragen werden. Die Aussicht auf weitere Gewerbesteuererinnahmen ist sicherlich verlockend für jede Kommune. Dieser sollte aber nicht der ausschlagende Grund der Planung sein. Im Übrigen zieht neues Gewerbe wieder Menschen an, die hier arbeiten und wohnen wollen. Dies verlangt den weiteren Ausbau der Infrastruktur wie z.B. von Schulen, Kindergärten, Wasserver- und Abwasserentsorgung und Verkehrswegen. Die Folge: Bornheim wird immer städtischer überformt. Dagegen wendet sich der LSV mit aller Entschiedenheit. Der LSV regt an, den hier in Rede stehenden GIB ersatzlos zu streichen und einer weiteren Suburbanisierung Bornheims planungsrechtlich entgegen zu treten.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei dem angesprochenen GIB handelt es sich um ein GIBreg (regional) gem Ziel 12 des Regionalplanentwurfes, d.h. hier sind keine endogenen Bedarfe der Stadt Bornheim umgesetzt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuauflistung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret Rhein-Sieg Kreis.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Über eine entsprechende Nutzungsgliederung auf der Ebene der Bauleitplanung kann auch sichergestellt werden, dass GIB direkt an ASB angeordnet werden können und die immissionsschutzrechtliche Vorsorge nach § 50 BImSchG gewahrt bleiben kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

**Inhalt**

5. Anmerkungen zu den Regelungen zur Nutzung von Windenergie (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, 5.2.3 Erneuerbare Energien Erläuterungskarte K1):

Die Regelungen zur Planung und Steuerung von Windenergiegebieten haben für Bornheim deshalb eine besondere Bedeutung, weil die Stadt schon seit langem ein Bauleitverfahren zur Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans (TFNP) für die Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen (WEA) betreibt. Dieses Verfahren gestaltet sich als äußerst schwierig, weil die rechtssichere Umsetzung von in der Rechtsprechung entwickelten Vorgaben ? so vor allem das Kriterium der ?substantiellen Raurgebung? für die Energiegewinnung bei einer Konzentrationsflächenplanung für WEA ? mangels näherer Eckwerte nur schwer in der Planungspraxis umsetzbar erscheint. Zunächst ist festzustellen, dass der Bundestag am 07.07.2022 das ?Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von WEA an Land« als Artikelgesetz verabschiedet hat. Der Bundesrat hat nur einen Tag später beschlossen, keinen Gebrauch von der in Artikel 77 Abs.2 GG gegebenen Möglichkeit zu machen, den dort angesprochenen Ausschuss zur Überprüfung dieses Gesetzes einzuberufen. Deshalb ist davon auszugehen, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung unverändert bleibt und so Gesetz wird. Er enthält eine Vielzahl von Regelungen, welche die Probleme der bisherigen Planverfahren vereinfachen sollen. Mit diesem Artikelgesetz wird u.a. der Entwurf eines ?Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG)? vorgelegt. Der Regionalplan konnte diese erst jüngst geschaffenen bundesgesetzlichen Regelungen natürlich noch nicht aufgreifen. Mit der Neuaufstellung des Regionalplans sollte die Gelegenheit genutzt werden, den Kommunen zielführende Hilfestellung für ihre Windenergieflächenplanung zu geben und alle wesentlichen hierzu geschaffenen neuen gesetzlichen Regelungen in die Neuaufstellung des Regionalplans in geeigneter Weise zu transferieren. Der Entwurf des Regionalplans in seiner derzeitigen Fassung wird diesem Erfordernis nicht gerecht. Die neuen Regelungen selbst lassen allerdings einige wichtigen Fragen noch offen. So schreibt das WindBG erstmals verbindlich für jedes Bundesland die Ausweisung eines bestimmten prozentualen Anteils an Landesfläche für die Windenergie an Land aus. Für NRW beträgt dieser Anteil 1,8 Prozent der Landesfläche. Wie die Verteilung dieses Flächenanteils auf die einzelnen Regierungsbezirke und die einzelnen Kommunen erfolgen soll, erscheint jedoch unklar. Das WindBG sieht hierfür verschiedene Möglichkeiten vor, so u.a. auch, dass das Land die Verteilung der Windenergieflächen auf die kommunalen Bedarfsträger überträgt. Es ist jedoch nicht festgelegt, dass jede Kommune den jeweils selben Anteil an Windenergiefläche ausweisen muss. Dies wäre auch bei den Unterschiedlichkeiten in den Kommunen wenig sachgerecht. An welchem Maßstab aber sollen sich die Kommunen orientieren? Es wäre bedenklich, würde man den Kommunen abverlangen,

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt.

Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

in jedem Falle so viel Windenergiefläche auszuweisen wie nur möglich. Das könnte im Ergebnis dazu führen, dass der verbindlich für das Land festgelegte Prozentanteil in großem Maße überzogen würde und möglicherweise andere wichtige Schutzgüter ? man denke nur an das Landschaftsbild und/oder den Artenschutz - vernachlässigt würden. Andererseits wäre es nicht zielführend, wenn Kommunen hinsichtlich der Flächenausweisung darauf warten, dass andere, wie z.B. die Regionalplanungsbehörde ihr den für sie verbindlichen Flächenanteil vorgibt. Die Wirksamkeit von kommunalen Flächenkonzentrationsplanungen setzt bei alledem voraus, dass der kommunal ausgewiesene Flächenanteil mit dem vom Land auszuweisenden Prozentanteil im Einklang steht. Ansonsten wird nach den neuen gesetzlichen Regelungen keine rechtswirksame Konzentrationswirkung erreicht. Der LSV regt an, das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans mit der Maßgabe zeitlich zu strecken, die zu erwartenden neuen bundesgesetzlichen Regelungen in geeigneter Weise für regionalplanerische, insbesondere aber für kommunale Planverfahren für die Errichtung von WEA in den Regionalplan zu transferieren.

**Inhalt**

6. Verkehr (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuauflistung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 5.1 Verkehrsinfrastruktur 5.1.1 Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, 5.1.4 Straßennetz, 5.1.2 Radwegenetz, Erläuterungskarte 12): Das Bornheimer Straßennetz ist heute schon gekennzeichnet durch werktägliche Staus zu den Hauptverkehrszeiten auf der Autobahn A 555 und den Landstraßen L 118, L 182, L 192 und L 183. Ohne einen entsprechenden Ausbau droht z.B. auf der L 183 infolge des zusätzlichen Verkehrs aus rechtskräftigen, aber noch nicht umgesetzten sowie im Planverfahren befindlichen Baugebieten ohne Ausbau bis 2030 der Verkehrskollaps (Mobilitäts- u. Verkehrsausschuss des Bornheimer Rates, 16.08.2022 ? Vorlage 526/2021-7). Ein Verkehrsinfarkt droht ebenfalls anderen, Bornheim erschließenden Landstraßen, zumal wenn die im Bedarfsplan des Bundesverkehrsministeriums noch immer vorgesehene Autobahn-Querung des Rheins (Rheinspange A 553) als Verbindung der rechtsrheinischen A 59 mit der A 555 realisiert würde. Das Bornheimer Straßennetz müsste dann täglich 36.000 Kfz zusätzlich verkraften. Besonders betroffen wären die L 192 und die L 182, die als Abkürzungsstrecke zur A 61 genutzt würden, aber auch die L 183 als Verbindung zur A 553. Die Rheinspange ginge nicht nur zu Lasten des schrumpfenden Bornheimer Freiraums, sondern züge wegen der vermeintlich günstigeren Verkehrserschließung weitere Baugebiete nach sich, aus denen sich eine weitere Zersiedlung sowie zusätzliche Verkehrsbelastungen für das Bornheimer Stadtgebiet ergäben. Anregung des LSV: Der Regionalplan weist keine Vorranggebiete für die geplante Autobahnverbindung A 553 (Rheinspange) aus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Dies ist in der Begründung dargelegt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

**Inhalt**

7. Bodenschutz und Landwirtschaft (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.1.2, 4.4, Erläuterungskarten F2 u. F4): Besonders auf dem Vile-Rücken befinden sich weite Bereiche mit schützenswerten Böden, die eine hohe Funktion u.a. für den Biotop- und Klimaschutz sowie für die Wasserspeicherung haben. Böden mit besonders hoher Bodenfruchtbarkeit finden sich in Bornheim besonders im Bereich des Vorgebirges (Osthang der Vile) und der Rheinebene. Infolge der rasanten Ausdehnung von Baugebieten und wegen der Zerschneidung durch Verkehrsstrassen gingen diese Böden bereits in großem Maße unwiederbringlich verloren. Die noch existierenden landwirtschaftlichen Betriebe werden zunehmend durch den Verlust eigener und gepachteter Flächen in ihrer Existenz bedroht. Und diese für die Ernährungssicherheit so negative Entwicklung schreitet durch bereits im FNP Bornheim ausgewiesene und darüber hinausgehende Planungen weiter voran.

Im Entwurf der Neuauufstellung des Regionalplans Köln wird zwar gefordert: ?Bei Planungen und Maßnahmen soll darauf hingewirkt werden, den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit in einer möglichst günstigen Ausprägung zu erhalten, um dem anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegenzuwirken. Dies betrifft auch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen? (5. 106).

Die bisherigen Erfahrungen mit der Bornheimer Stadtplanung belegen allerdings, dass dem Bodenschutz und dem Erhalt hochwertiger landwirtschaftlicher Agrarflächen bei der Abwägung mit Bebauungs- und Straßenplanungen häufig nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wird.

Der LSV regt deshalb an: dem Bodenschutz und dem Erhalt landwirtschaftlicher Produktionstflächen in der Begründung des Regionalplans ein deutlich höheres Gewicht bei der Abwägung mit Bebauungs- und Straßenplanungen beizumessen.

> die im Entwurf des Regionalplans Köln ausgewiesenen, aber noch nicht rechtskräftigen Flächen von Bauleit- und Straßenplanungen darauf hin zu überprüfen, ob diese Vorhaben mit dem Schutz wichtiger und ertragreicher Böden kollidieren und Änderungen in den Darstellungen der ASB und der GIB des Regionalplans erfordern.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Sicherung der Freiräume erfolgt im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines [Auswahl: ASB/GIB] gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in

Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine

Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.



Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen.

**Inhalt**

8. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung: (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.1.3 Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum, 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Erläuterungskarte F6): Bereits 1980 wurde in einem vom Land NRW und von der Bezirksregierung Köln in Auftrag gegebenen Gutachten ein massives Defizit an Erholungsfläche mit einem rechnerischen Fehlbetrag von ca. 70 % Erholungsfläche im Ballungsraum Köln-Bonn festgestellt (Konrad Buchwald, Gutachten über die Nutzung und Nutzungsmöglichkeiten der natürlichen Ressourcen im Raum Kottenforst/Wille, Universität Hannover, 1980, S. 182). Dieses Defizit hat sich durch das rasante Einwohnerwachstum im Ballungsraum Köln-Bonn (Bornheim z.B. hat heute ca. 50.000 Einwohner) seitdem erheblich vergrößert. Hinsichtlich der Erholungsfunktion des Villerückens weist der LSV darauf hin, dass dieser Bereich des Naturparks Rheinland nicht nur der Naherholung, sondern auch der Regionalerholung dient. Der LSV unterstützt deshalb nachdrücklich, dass der Villerücken im vorliegenden Entwurf des Regionalplans als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE7 ausgewiesen wurde und diesem bei der Abwägung mit konkurrierenden Funktionen und Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen sei (Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 103).

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

**Inhalt**

9. Regionale Grünzüge, hier ?Grünes C? (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.2 Regionale Grünzüge, Erläuterungskarte F3): Die Bezirksregierung Köln führt zu den ?Regionalen Grünzügen? u.a. aus: ?Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der RG beeinträchtigen, sind ausgeschlossen. Von einer Beeinträchtigung ist in der Regel auszugehen, wenn die Durchgängigkeit des RG gemindert wird, eine Zerschneidung bestehender Freiraumverbindungen entsteht oder verstärkt wird, wenn räumliche Zusammenhänge oder ökologisch wirksame Verbindungen gestört werden ... oder die Nutzung und Erlebbarkeit der RG für die freiraumorientierte Erholungs- und Freizeitnutzung geschädigt wird? (Textliche Festlegungen, S. 97). Die Stadt Bornheim beschrieb 2018 die Funktion des auch für Bornheim bedeutsamen regionalen Grünzugs Grünes C: ?Sicherung des Freiraums ... vor weiterer baulicher Nutzung? ?durchgängige Ost-West-Verbindung ... für die Naherholung?.

Das Grüne C verbindet vom Vorgebirge bis über den Rhein hinweg die sechs Kommunen Bornheim, Alfter, Bonn, Niederkassel, Troisdorf und Sankt Augustin. Der Grünzug sollte langfristig die verbliebenen Freiräume in der Landschaft sichern, um einer weiteren Zersiedlung unserer Natur- und Kulturlandschaft entgegen zu wirken. Ziel ist u.a. die Förderung einer ruhigen und landschaftsbezogenen Nah- und Regionalerholung. In Bornheim verläuft das ?Grüne C? auf dem Villerücken oberhalb von Bornheim und Brenig sowie im südlichen Bereich der Rheinebene. Bedauerlicherweise konterkariert die Stadt Bornheim in einigen Bereichen die Ziele des Grünen C. So wird ein Teilstück zur Erschließung des Neubaugebietes Hersel He 31 genutzt, obwohl eine alternative Erschließung möglich gewesen wäre. Auf Teilen des Grünzugs bei Hersel finden Kiestransporte und Lkw-Verkehr aus dem dortigen Gewerbegebiet statt. Aus der Kommunalpolitik kommen Vorschläge, einen Bereich des Grünen C als Entlastungsstraße für die Bornheimer Ortschaft Hersel auszubauen. Der LSV regt deshalb an, im neuen Regionalplan textlich festzulegen, dass Funktionsbeeinträchtigungen der Ziele ?Regionaler Grünzüge? durch kommunale Planungen künftig einer Genehmigung durch die Bezirksregierung bedürfen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Regionalplan Köln trifft als Raumordnungsplan gemäß § 7 Raumordnungsgesetz (ROG) Festlegungen als Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Planungsraumes, welche zu beachten sind. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben. Zudem werden Grundsätze der Raumordnung festgelegt, die der nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidung unterliegen und zu berücksichtigen sind. Eine Rechtsgrundlage für die Festlegung einer separaten Genehmigungspflicht ist weder im ROG noch im Landesplanungsgesetz NRW (LPlG NRW) enthalten. Die Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dies bedeutet, dass diese Planungsebene besonders eng an die Vorgaben der Raumordnung gebunden ist. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung fragt die Gemeinde bei Beginn ihrer Arbeiten zur Aufstellung oder Änderung eines Bauleitplanes unter Vorlage der erforderlichen Planunterlagen bei der Regionalplanungsbehörde gemäß § 34 LPlG NRW an, welche Ziele der Raumordnung für den Planungsbereich bestehen.

**Inhalt**

10. Landschafts- und Naturschutz (Bezug: Bezirksregierung Köln, Dez. 32, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Dezember 2021: 4.3 Schutz der Natur und Landschaft, 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur, 4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Umweltbeacht, Erläuterungskarten F5 u. F6): Der Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln stellt fest: Nach den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift-Artenschutz in NRW ... ist es auch auf der Ebene des Regionalplans sinnvoll, die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung zu berücksichtigen. Landesweit und regional bedeutsame Vorkommen von FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten sollen demnach bei raumwirksamen Planungen besonders berücksichtigt und nach Möglichkeit erhalten werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei ?verfahrenskritische Vorkommen? von planungsrelevanten Arten, für die in den späteren Planungs- und Zulassungsverfahren - auch unter Berücksichtigung möglicher Vermeidungs- oder vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen - möglicherweise keine artenschutzrechtliche Ausnahme nach §45 Abs. 7 BNatSchG erteilt werden darf? (Bezirksregierung Köln [Herausgeber]: Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Bosch & Partner GmbH, Herne, Dezember2021, 5. 126).

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es werden Hinweise zum Umweltbericht gegeben darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

**Inhalt**

a) Zum Vorkommen planungsrelevanter Arten liegen neue Untersuchungen im Zusammenhang mit der Planung von Windenergie-Konzentrationszonen für den Bornheimer Ville-Rücken und die Rheinebene vor, die im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans noch keine Berücksichtigung finden konnten. Insbesondere auf dem Ville-Rücken wurde eine große Anzahl geschützter Vogel- und Fledermausarten nachgewiesen (vgl. LSV e.V.: Stellungnahme zum Teil flächennutzungs-plan Windenergie?, Bornheim, 30.08.2022, 5. 18ff, Dokumentation ?WEA-sensible, planungsrelevante Vogelarten auf dem Bornheimer Villa-Rücken unter besonderer Berücksichtigung des Rotmilans?, LSV e.V., Bornheim, 28.08.2021 und Dokumentation ?WEA-sensible Fledermausarten auf dem Bornheimer Ville-Rücken?, LSV e.V., Bornheim, 24.07.2021): siehe: <https://www.lsv-vorpebirge.de/projekte/windenergieanlagen/>

Anregungen des LSV: Der BSLE Ville-Rücken (F6) wird im Bereich der offenen Agrarlandschaft als BSLE mit ?besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft? dargestellt. > Der Ville-Rücken (Wald-Ville u. freie Landschaft) wird zwischen Römerhof und Bornheim-Merten als BSN (Bereich für den Schutz der Natur) ausgewiesen. Es wird geprüft, ob die im Bereich der Bornheimer Rheinebene nachgewiesenen planungsrelevanten Arten eine Modifikation der bisherigen Darstellungen im Entwurf des Regionalplans erforderlich machen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen

ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

**Inhalt**

b) Die Bomheimer Obstblütenlandschaft auf der Ville oberhalb der Bornheimer Ortschaften Roisdorf, Bomheim, Botzdorf, Brenig und dem Villa-Wald hat sich dank der langjährigen Pflege durch den BUND, den LSV und andere Vereine zu einem Hotspot der Artenvielfalt entwickelt. Dieser Bereich steht unter Landschaftsschutz und umfasst zusätzlich drei Naturschutzgebiete. Planungen des Rhein-Sieg-Kreises zu einer Erweiterung der unter Naturschutz stehenden Flächen haben zwar begonnen, sind aber durch die Corona-Pandemie ins Stocken geraten. Eine vom Kreis in Auftrag gegebene Kartierung Roisdorfer Hufebahn angrenzend an die Naturschutzgebiete ?An der Roisdorfer Hufebahn? und ?Quarzsandgrube?? bestätigte 2019 eindrucksvoll die hohe ökologische Wertigkeit des Gebietes: Die im Rahmen der Kartierung nachgewiesenen Vogel-, Reptilien- und Pflanzenarten sowie die edassten Biototypen belegen auf Grund ihrer Schutzwürdigkeit den hohen Wert des Untersuchungsgebietes. Für große Teile des Untersuchungsgebietes ist daher die Ausweisung als Naturschutzgebiet gerechtfertigt. Als Besonderheiten der Avifauna sind als Brutvögel Bluthänfling, Girlitz, Neuntöter, Wendehals und Steinkauz und als Durchzügler Baumpieper, Braunkehlohen und Steinschmätzer aufzuführen. Als sich möglicherweise etablierende Art ist die Zauneidechse als bemerkenswerte Reptilienart zu erwähnen. Als besonders bemerkenswerte, seltene Pflanzenarten sind die Kleine Sommerwurz, der Zottige Klappertopf und der Gewöhnliche Wasserschlauch zu nennen. Weitere Vorkommen seltener Ackewildkräuter sind durch Aussaat bedingt. Dazu kommen teilweise wärmeliebende Saumpflanzen an durch periodische Mahd erhaltenen grasig-krautigen Lößböschungen. Das Untersuchungsgebiet weist zahlreiche Flächen mit Lebensraumtypen des Anhangs 1 der FFH-Richtlinie sowie sonstige schutzwürdige Biototypen auf Teilweise sind es aber nur noch Restflächen einer vormals größeren Extensivgrünlandfläche. Somit besteht Sicherungs- und Entwicklungsbedarf? (Auftraggeber: Rhein-Sieg-Kreis - Amt für Umwelt- und Naturschutz, Räumliche Planung, Naturschutzprojekte, Gutachter: weluga umweltschutz, Bochum, Juni 2019, S. 72). Die Experten schlugen über die bereits in der Obstblütenlandschaft liegenden Naturschutzgebiete hinaus eine Ausweitung des Naturschutzes für das nebenstehend dargestellte Gebiet vor:

[Abbildung 1]

Anregung des 15V: Den Empfehlungen zur Abgrenzung des Gebietes Bomheimer Obstblütenlandschaft wird gefolgt und die Obstblütenlandschaft innerhalb dieser Abgrenzung unter Einschluss der drei bereits vorhandenen Naturschutzgebiete Roisdorfer Hufebahn, Quarzsandgrube Brenig und Kiesgrube am Blutpfad als zusammenhängendes Naturschutzgebiet ausgewiesen.

**Anhänge****Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.





**Inhalt****c) Freiraum des Bornheimer Südens:**

Im Freiraum zwischen dem Herseler See im Norden, dem Ortsrand von Bornheim Roisdorf im Süden und den östlich angrenzenden Gewerbegebieten lebt die größte in NRW noch existierende Population an Wechselkröten. Ebenfalls kommen hier Kreuzkröten, Zauneidechsen, Uferschwalben und das Rebhuhn vor. Die Steinkauz Population braucht den Verbund zum Steinkauzvorkommen in der Siegaue und im Ville-Bereich. Der LSV regt an, den gesamten Freiraum des Bornheimer Südens im Regionalplan als BSN darzustellen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen.

**Inhalt**

d) Rheininsel Herseler Werth und ?Rhein-Fischschuizzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?:

Der vom FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? umgebene Auenlebensraum Herseler Werth ist die einzige Rheininsel, die nur mit Ausnahmegenehmigung betreten werden darf. Auf der Insel konnten über 100 Vogelarten nachgewiesen werden, die dort brüten, Nahrung suchen oder während des Vogelzugs eine Zwischenrast einlegen. Hier brüten u.a. Schwarzmilan, Pirol und Nachtigall. Aufgrund dieses Vogelreichtums, der Insektenvielfalt und wegen des Vorkommens gefährdeter Pflanzenarten wurde die Insel 1993 unter Naturschutz gestellt. Die Insel weckt trotzdem immer wieder bei Erholungssuchenden und bei Bootsbesitzern, die im Rheinseitenarm zwischen Bomheim-Hersel und der Insel ihren Ankerplatz haben, Begehrlichkeiten. Deshalb rät der LSV davon ab, hier im Regionalplan ein BSLE auszuweisen. Die Uferzonen des Herseler Werth und des gegenüber liegenden Herseler Rheinufer gehören zwar zum Schutzbereich des FFH-Gebiets ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef?. Dies ist aber kaum bekannt. Anregungen des LSV:

> Das Herseler Werth wird im Regionaiplan nicht als BSLE, sondern nur als BSN ausgewiesen.

> Das FFH-Gebiet ?Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef? wird mit seinen Uferzonen im Regionalplan zusätzlich als BSN unter Schutz gestellt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.. in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

1007332\_018

#### Inhalt

Der Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans Köln weist in seiner Erläuterungskarte 12 die in Bornheim und in Bonn noch im Planungsstadium, in Alfter bereits im Ausbau befindliche RadPendlerRoute Bonn-Alfter-Bornheim als ?Radverbindung mit erhöhtem Ausbaustandard? aus. Diese Darstellung wird vom LSV unterstützt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

AZ: Ö-P-1610	
1003642	
1007359_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Warum wird über Ihre geplante Maßnahme nicht informiert? Weder in der Tageszeitung, noch im Amtsblatt Windeck wurde etwas zur Sache veröffentlicht. Ist das Absicht, damit sich nicht so viel Widerstand regt? Ich frage mich seit Jahren in immer kürzeren Etappen, welcher Frosch-, Fliegen- und Erbsenzähler schon wieder durch meinen Wald schleicht, um sich genau über meinen Wald Gedanken zu machen, die ihn, nach meiner Meinung, gar nichts angehen, da es sich eben um meinen Wald handelt! Diese Entwicklung darf nicht weitere Unterstützung erfahren. Weiterhin ist das über die Internetplattform von Ihnen bereitgestellte Kartenmaterial so schlecht in der Darstellung und besonders im Maßstab, dass auch damit eine weitere Information als Betroffener nicht möglich ist. Ich unterstelle Ihnen auch hier eine klare Absicht zur Desinformation.</p> <p>2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen: [ANONYMISIERT]</p> <p>Diese Grundstücke stellen meinen Forstbetrieb / landwirtschaftlichen Betrieb dar, den ich seit vielen Jahren führe, und dessen betroffene Flächen bereits seit mehreren Generationen in der Familie mühsam bewirtschaftet werden. Nun möchten Sie meinen Besitz als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Wer gibt Ihnen das Recht zu diesen Einschränkungen? Warum Informieren Sie nicht frühzeitig, klar und sachlich mit allen Betroffenen? Ist das Absicht? Dieser Planung widerspreche ich ausdrücklich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Ich sehe diese Maßnahme als eine weitere Scheibe Ihrer Salamtaktik zur kompletten Enteignung von Eigentum! Wir werden uns in Windeck zum Widerstand organisieren! Eine solche Planung wird die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf. Es kann nicht sein, dass es durch einzelne sogenannte Maßnahmen zu immer weiterer Fremdbestimmung auf dem eigenen Grund und Boden kommt. Eventuell sollen die Flächen auch noch ganz anderen Verwendungen zugeführt werden (Windenergie, Solarenergie, etc), was eine derartige Einstufung ihrerseits unmöglich machen würde.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

1. Allgemein: Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen. 2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen: Gemarkung Flur Flurstück Größe m<sup>2</sup> [ANONYMISIERTE]. Diese Grundstücke stellen meinen Forstbetrieb dar, den ich seit über 30 Jahren führe. Nun möchten Sie Teile meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen. Hinzu kommt das ich zum 31.12.2021 mit der Chance Natur des RSK Flächen getauscht habe aus dem NSG Musserheide in den Heistern Busch wo die Aussage des RSK war, das wird kein NSG. Bin sehr betroffen und enttäuscht. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird. Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

AZ: Ö-P-1612

1003647

1007363\_002

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Textliche Festsetzung ?4.5 ? Wald?: In den textlichen Festsetzungen zum Wald findet sich ? im Gegensatz zur Landwirtschaft ? kein einziger Hinweis darauf; dass in NRW mehr als die Hälfte des Waldes im privaten Eigentum liegen und Menschen mit dem Wald vollständig oder teilweise ihren Lebensunterhalt erwirtschaften, wie auch ich mit meinem kleinen Betrieb. Deswegen erwarte ich, dass der Grundsatz G42 ergänzt wird, z.B. wie folgt: ?Die Bewirtschaftung der Wälder soll den Wald als wesentliche Produktionsgrundlage für den nachhaltigen Rohstoff Holz dauerhaft erhalten und als Lebensgrundlage für eine nachhaltige Forstwirtschaft sichern. Weiter soll die Bewirtschaftung dem Klimaschutz dienen. Sie soll darauf abzielen..  
?Forstwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und unterstützt werden. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der forststrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden.? Entsprechend den vorgenannten Grundsätzen sind die Erläuterungen zu ergänzen. Der Wald ist nicht ausschließlich Spielball für Naturschutz und für die städtische Romantik. Wir müssen nachhaltig Holz erzeugen, um ökologisch völlig verrückte Importe zu verhindern.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß Grundsatz 7.3-2 LEP NRW soll die nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft ökologisch intakte, leistungsstarke Waldbestände erhalten, vermehren und entwickeln. Dabei soll darauf geachtet werden, die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig zu sichern. Die Funktionen sind grundsätzlich gleichrangig, es kann aber im Einzelfall erforderlich sein, mittels fachgesetzlicher Regelungen Prioritätensetzungen vorzunehmen. Der im Regionalplan festgelegte Grundsatz 43 dient dazu, die Bewirtschaftungssituation in den Wäldern zu verbessern, und damit gemäß Ziel 7.3-1 LEP NRW die Bedeutung des Waldes für die nachhaltige Holzproduktion weiter zu entwickeln. Zur Verbesserung können Organisationsformen (z. B. forstliche Zusammenschlüsse), die Optimierung der Besitzstruktur oder Erschließungsmaßnahmen beitragen. Der Grundsatz zielt auf die Umsetzung der Funktion des Regionalplans als forstlicher Rahmenplan. Er wird im Wesentlichen durch die Forstbehörden umgesetzt. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die genaue Ausgestaltung obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

**Inhalt**

Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen: a. Gemarkung Berghausen [ANONYMISIERT] Diese Grundstücke stellen meinen Forstbetrieb dar, den ich seit 10 Jahren führe. Nun möchten Sie Teile meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1613

1003645

1007361\_001

#### Inhalt

hiermit lege ich Einspruch flur meine unten aufgeföhrten Grundstücke ein, die in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln betroffen sind. [ANONYMISIERT] Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird. Ich möchte auch in Zukunft selbst entscheiden, was auf meinem Grund und Boden wachsen soll und wie ich die Flächen bewirtschafte. Ich kritisiere, dass ich keine Information über den Entwurf flur den Regional Plan Köln, von ihnen erhalten habe. Im Gespräch mit einem anderen Waldbesitzer bin ich darauf aufmerksam geworden. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener, mir meine Information zusammen suchen muss.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Der Regionalrat hat die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Region Köln gemäß § 19 Abs. 1 LPIG NRW am 10.12.2021 beschlossen und damit die Regionalplanungsbehörde beauftragt, das Aufstellungsverfahren auf Grundlage der vorliegenden Planunterlage durchzuführen.

Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen beröhrten öffentlichen Stellen wurden gemäß § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW beteiligt. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, innerhalb der Beteiligungungsfrist (07.02. - 31.08.2022) Stellung zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht zu nehmen. Alle relevanten Unterlagen wurden öffentlich ausgelegt.

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeföhrten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen föhren. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberöhr (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen ? z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur

Waldvermehrung oder Kompensation ? künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

AZ: Ö-P-1614	
1003646	
1007362_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf des Regionaiplanes im Regierungsbezirk Köln.</p> <p><b>Allgemein:</b></p> <p>Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen.</p> <p><b>Persönliche Betroffenheit:</b></p> <p>Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen:</p> <p>a. Gemarkung Aegidienberg, Flur 28, Flurstück [ANONYMISIERT] b. Gemarkung Aegidienberg, Flur 28, Flurstück [ANONYMISIERT]</p> <p>Diese Grundstücke stellen meinen privaten Waldbesitz dar, den ich persönlich seit 2007 besitze.</p> <p>Nun möchten Sie meine sämtlichen Flächen // 70% meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) // als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen.</p> <p>Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird!</p> <p>Eine solche Planung würde die Entwicklung meines kleinen Waldes gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

## Inhalt

In ihrer Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans beantragt die Stadt Hückelhoven, gemäß Beschluss des Rates der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022, dass zusätzliche Flächen als Gewerbe- und Industrieflächen ausgewiesen werden.

Vorsorglich tragen wir bereits jetzt unsere Einwendungen gegen eine der beantragten Änderungen vor.

Unsere Einwendungen richten sich gegen die in der Anlage 7 ?Entwicklung Plangebiet A46? des vorgenannten Beschlusses aufgeführten Flächen als Gewerbe- und Industriebereiche (GIB). Die hier genannten Flächen von ca. 22 ha grenzen unmittelbar an die Wohnbebauung von Houverath.

Houverath ist ein ländlich geprägtes Dorf mit ca. 650 Einwohner\*innen. Bereits heute sind wir durch die BAB 46 und die L 227 erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt. Gemäß den Karten über Umgebungslärm in NRW, die auf Werten der Straßenverkehrszählung des Jahres 2015 beruhen, liegen die für Houverath verzeichneten Werte nur geringfügig unter den als gesundheitsrelevant definierten Schwellenwerten. Der Lärm der vielbefahren L227 ist in diese Kartierungen nicht eingeflossen, sodass die tatsächliche Lärmbelastung des Ortes die dort verzeichneten Werte bei Weitem übersteigt.

Zudem hat die Fertigstellung der B 56n zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens auf der A 46 geführt. Eine realistische Ermittlung der tatsächlichen Verkehrslärmbelastung des Ortes ist somit auf den Werten der Verkehrszählung des Jahres 2015 nicht darstellbar. Bereits jetzt dürfte die Lärmbelastung in Houverath gesundheitsschädliche Ausmaße erreicht haben.

Das von der Stadt Hückelhoven geplante Gewerbe- und Industriegebiet wird zwangsläufig eine Steigerung des Verkehrsaufkommens rund um Houverath zur Folge haben und zu einer weiteren beträchtlichen Steigerung der Lärmemissionen führen. Die gesamten durch das Gewerbe- und Industriegebiet verursachten Verkehre können nur über die L 227 führen und damit in einem Abstand von nur ca. 80 bis 230 Meter von der Wohnbebauung der Straßen ?In Houverath? und ?Kleingladbacher Str.? Neben dem PKW-Verkehr der Mitarbeitenden werden die LKW-Verkehre eine entscheidende Rolle spielen. Insbesondere im Kreuzungsbereich der L 227 und der K 8 ist der Abstand zur Wohnbebauung mit ca. 80 bis 140 Meter sehr gering. Gerade hier ist durch abbremsende und anfahrende Fahrzeuge mit einer gesteigerten Geräuscentwicklung

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001810).

zu rechnen.

Hier wird sich kaum noch eine Anwohnerin/ein Anwohner in ihren/seinen Garten oder auf ihren/seinen Balkon setzen oder die Fenster in Richtung L 227 öffnen können.

Insgesamt wird die bereits vorhandene Larmbelastung der Einwohner\*innen unseres Dorfes enorm steigen und die Lebens- und Wohnqualität im Ort wird wesentlich gemindert.

Die Lärmbelastung wird einen Umfang erreichen, der zweifelsfrei als gesundheitsgefährdend einzustufen ist. Wie dann ein erforderlicher Lärmschutz hergestellt werden kann, ohne Lärmschutzwälle oder -wände unmittelbar in die Gärten der Anwohner\*innen zu platzieren, ist nicht ersichtlich. Da sich die erforderlichen Wälle/Wände um das halbe Dorf erstrecken müssten, würden nicht nur die Grundstücke der direkt betroffenen Anwohner\*innen verschandelt und entwertet, sondern auch der Charakter des gesamten Dorfes verändert.

Neben der Lärmbelastung wird das vorgesehene Gewerbe- und Industriegebiet die Luftqualität negativ beeinflussen. Hier sind zunächst die Emissionen aus dem Verkehrsbereich zu nennen. Dazu kommen die Emissionen der anzusiedelnden Betriebe.

Die Stadt Hückelhoven beantragt in ihrer Stellungnahme die Ausweisung des ?Plangebiets A46? als Gewerbe ? und Industriebereich.

Während Gewerbegebiete vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben dienen, dienen Industriegebiete der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die in anderen Baugebieten unzulässig sind.

?Vom Gewerbegebiet im eigentlichen Sinne unterscheidet sich ein Industriegebiet durch die Ansiedlung von Betrieben, die ein bestimmtes Maß an Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe, Staub und Gerüche erzeugen und darum insbesondere von Wohngebieten ferngehalten werden sollen.? (Wikipedia)

Da die Höchstgrenzen für Lärm, Luftschadstoffe, etc. in Industriegebieten höher als in Gewerbegebieten sind, ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Hückelhoven die Ausweisung von Flächen für ein solches Gebiet in einer Entfernung von teilweise weniger als 100 Metern zur Wohnbebauung begehrt. Es gibt Stimmen im Ort, die es besonders kritisch sehen, dass die Stadt Hückelhoven solche Beeinträchtigungen der Wohn- und Lebensqualität nicht den Einwohner\*innen der eigenen Kommune, sondern denen einer Nachbarkommune zumuten. Die Belastungen werden auf die Nachbarkommune abgeschoben, während die erhofften Steuereinnahmen ins eigene Stadtsäckel fließen.

Wir gehen davon aus, dass das Vorhaben der Stadt Hückelhoven, in einer Entfernung von teilweise weniger als 100 m zu einem Wohngebiet einen Industriebereich auszuweisen, bereits aufgrund der erforderlichen Abstandsflächen rechtswidrig ist und die Bezirksregierung auf keinen Fall ein entsprechendes Gewerbe- und Industriegebiet in den neuen Regionalplan aufnehmen wird.

Neben den vielfältigen Emissionen, die auch ein reines Gewerbegebiet auf die Wohn- und Lebensqualität der Bewohner\*innen unseres Dorfes hat, erheben wir folgende Einwendungen gegen die Planungen der Stadt Hückelhoven:

1. Die Frage der Entwässerung der geplanten Flächen ist ungeklärt. Das gesamte Regenwasser aus Houverath wird über den Hückelhovener Bach, Richtung Doveren, entwässert. Bereits jetzt kommt es bei Starkregenereignissen zu Überschwemmungen im Bereich des Kreuzungsbereiches Heiderbusch/In Houverath und der anliegenden Wohnbebauung. Auch Regenwasser von der höher gelegenen L 227 läuft in diesen Bereich und verstärkt die Überflutungen im Dorf. Wir befürchten, dass eine großflächige Versiegelung der Flächen zwischen der A46 und der L 227 Überschwemmungen bei Starkregen in Houverath begünstigt bzw. verschärft.

2. Das Gebiet zwischen der A 46 und unserem Dorf hat keinerlei Anbindung an ein bestehendes Gewerbegebiet. Unseres Wissens sollen nach derzeitiger Rechtslage neue Gewerbegebiete ?auf der grünen Wiese? nicht entstehen. Hierzu werden wir noch genauen fachlichen Rat einholen.

3. Die Ackerböden im Kreis Heinsberg gehören zu den besten Böden Deutschlands. Durch immer mehr Straßen, Wohn- und Gewerbegebiete werden sie für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Aktuell zeigen die Entwicklungen rund um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, dass ein Umdenken zwingend erforderlich ist. Boden ist ein endliches Gut. Die Bezirksregierung sollte mit der Neuaufstellung des Regionalplans eine Kehrtwende einleiten und dem ungebremsten Flächenverbrauch Einhalt gebieten.

4. Landwirtschaft gehört zu unserer Heimat. Die Landwirtschaft hat Houverath geprägt und so wünschen wir es uns auch für die Zukunft.

5. Auch aus Gründen des Klima- und des Artenschutzes lehnen wir die immer weiter voranschreitende Versiegelung von Flächen ab. Die Natur braucht ihren Platz. Anstatt immer neue Flächen auf der ?grünen Wiese? zu versiegeln, sollten alte Industrie- und Gewerbeflächen überplant und neuen Nutzungen zugeführt werden.

6. Zur Begründung für neue Gewerbe- und Industriegebiete wird häufig das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen herangezogen. Beim derzeitigen Mangel an Arbeitskräften in allen Bereichen -von Pflege, Verwaltung, Handel, Dienstleistung, Handwerk und Industrie - stellt sich die Frage, welche Arbeitskräfte die neuen

Gewerbe- und Industriegebiete künftig füllen sollen?

Der Strukturwandel, dem gerade auch der Kreis Heinsberg im besonderen Maße unterliegt, macht die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich, das steht auch für uns außer Zweifel. Mit dem Wegfall alter Industrien, alter Arbeitsplätze fallen aber auch alte Produktionsstätten weg, die durchaus einer neuen Nutzung und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugeführt werden können. Es macht keinen Sinn, alte Produktionsstätten verrotten zu lassen und gleichzeitig neue Gewerbe- und Industriegebiete aus dem Boden zu stampfen. Zudem hat die Coronapandemie gezeigt, dass mehr und mehr Beschäftigte im Homeoffice tätig sind und die Nachfrage nach Büroflächen rückläufig ist.

7. Wir leben bewusst ?auf dem Land?. Wir möchten auf Felder schauen, nah an der Natur sein und einen weiten Blick haben. Wir wollen die Vögel singen hören. Dafür nehmen wir gerne auch Nachteile des Landlebens in Kauf. Wir sind hier geboren und geblieben oder hierhergezogen, gerade wegen des Landes. Wir wollen nicht aus der Haustür hinaus unmittelbar in ein Gewerbegebiet gehen oder von Lärmschutzwällen im eigenen Garten eingeschlossen sein. Aus diesen Gründen sprechen wir uns ausdrücklich gegen die Ausweisung des von der Stadt Hückelhoven geplanten Gewerbe- und Industriegebiets ?Plangebiet A46? aus. Wir kündigen bereits jetzt an, dass wir das weitere Verfahren zur Ausweisung des Gebietes kritisch begleiten und uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzen werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-P-1616

1003664

1007415\_001

#### Inhalt

Betr. Gegen das Gewerbe u. Industriegebiet von der Bürgerinitiative aus Hatterath

Hiermit reichen wir die Fristgerecht ein

Alle reden von Klimaschutz wir nicht?

Wir sind gegen eine Erweiterung des Gewerbegebiets Niederheid jenseits der Umgehungsstraße B 221 beidseitig der Püttstraße.

Die Lärm-und Geruchsbelästigung durch B 221, AWACS und vorhandener Industrie ist für Gillrath und Hatterath jetzt schon groß genug. Von Wohnqualität kann da nicht die Rede sein

Es wird gute Ackerfläche versiegelt, bekommen wir demnächst unser Gemüse aus einem 3D Drucker? Wir wollen nicht unseren Nachkommen mit dieser Technik erklären, wie Natur aussah. Haben wir eine ?Reserve Erde? im Kofferraum?

[Unterschriftenliste]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-P-1617

1003666

1007424

#### Inhalt

Die Stadt Stolberg plant, in Abweichung vom bisherigen Plankonzept, ASB Flächen auf einem Streifen entlang der südlichen Gartenstr. in einer Grundstückstiefe. Diese Fläche war bisher nicht als mögliche Flächen zur Wohnbebauung ausgewiesen. Die Wohnbebauungsmöglichkeit endete bisher an der nördlichen Seite der Gartenstr. Diese Tatsache sollte unserer Meinung nach unbedingt begehalten werden. Der nunmehr beabsichtige ASB-Bereich befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft eines Landschafts/Naturschutzgebietes und ist Teil eines erhaltenswerten Grünzuges zwischen Mausbach und Gressenich.

Auf der Fläche befinden sich in unmittelbarer Nähe zwei Steinkauzhabitate. Der Steinkauz ist dort ansässig und wurde in zwei unabhängig voneinander liegenden Brutröhren im Frühjahr dieses Jahres mit Jungtieren angetroffen. (Nachweis: Biologische Station der Städteregion Aachen) Warum sich nun die zunächst ablehnende Haltung der Städteregion Aachen dahingehend geändert hat, dass nun doch ein Streifen dieses Gebietes bebaut werden kann, entzieht sich unserer Kenntnis und trifft bei uns auf völliges Unverständnis und kann nur von der Stadt Stolberg beantwortet werden. Bisherige Bestrebungen auf der südlichen Gartenstr. zu bauen wurden stets verworfen. Die Städteregion Aachen verweigerte ihre Zustimmung. Warum die Stadt Stolberg nunmehr ausgerechnet auf dieser Seite ASB-Gebiet plant ist unerklärlich. Im Plankonzept der Bezirksregierung sind umfangreiche ASB-Gebiete im Bereich

Franzosenkreuz vorgesehen. Hier handelt es sich um sehr große Flächen. Zusätzliche Flächen werden im Bereich Mausbach-West ausgewiesen. Es werden also umfangreiche Siedlungsmöglichkeiten für die nächsten Jahre entstehen. Es ist daher umso unverständlicher ausgerechnet den kleinen Streifen der südlichen Gartenstraße, der in unmittelbarer Nähe zum Landschaftsschutzgebiet liegt und zusätzlich zwei Steinkauzhabitate beinhaltet, in den ASB-Bereich einzubeziehen. Diese Fläche muss aus ökologischen Gründen naturbelassen bleiben. In diesen Zeiten von Klimawandel, Naturkatastrophen, Naturschutz, Dürren sollten wertvolle Landschaftsteile nicht unnötig versiegelt werden. Wir hoffen daher, mit unserem Schreiben auf die offensichtlich nicht berücksichtigten, wichtigen ökologischen Gegebenheiten an dieser Stelle aufmerksam gemacht zu haben und würden uns sehr darüber freuen von Ihnen zu hören. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

**Inhalt**

Stellungnahme zum geplanten interkommunalen Gewerbegebiet Burscheid/Leverkusen (GIBinterkommunal Heiligeneiche) Burscheid

Bei der geplanten Darstellung des GIBinterkommunal Burscheid/Leverkusen bestehen unsererseits erhebliche Bedenken.

1. Aus der Umweltprüfung des Planungsbüros Bosch & Partner (offenlage\_umweltpruefung/index.html, Anlage-E/BURGIB\_1), veröffentlicht durch die Bezirksregierung Köln im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans, geht hervor, dass voraussichtlich für die beiden Kriterien klimarelevante Böden (2.18) und Kulturlandschaft (2.22) schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind.
  2. Die Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen ist ökologisch nicht konstruktiv: ?Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, die Neuinanspruchnahme landwirtschaftlicher Produktionsflächen zu reduzieren, denn es gehen weiterhin im Durchschnitt 17 Hektar pro Tag an landwirtschaftlichen Flächen verloren. Dazu bedarf es wirksamer Maßnahmen dies zu begrenzen. Den Kommunen fällt hier die Schlüsselrolle zu, weil sie bei ihren Entwicklungsplanungen die wesentlichen flächenrelevanten Entscheidungen treffen.? (umwelt.nrw.de, Flächenverbrauch, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr). Alternativ bietet sich vor allem die Revitalisierung gewerblicher Bauflächen an, wie beispielsweise das stillgelegte Gelände der Firma Wuppermann in Leverkusen.
  3. Die Flächen des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes liegen im Bereich der Stadt Leverkusen im Landschaftsschutzgebiet. Auf dem Gebiet der Stadt Burscheid (offenlage\_zeichnerische\_festlegungen/index.html, Blatt 5) grenzen die Flächen unmittelbar an Gebiete zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung. Insgesamt befinden sich die Flächen in einem bedeutsamen regionalen Grünzug, der als Naherholungsgebiet große interkommunale Beliebtheit erfährt.
- [s. Anhang Abb. StnID1010304\_1]
4. Die Anbindung des GIBinterkommunal Burscheid/Leverkusen an das örtliche und überörtliche Straßennetz wird kritisch betrachtet. Die Planung eines unmittelbaren Anschlusses an die AI wurde bislang nicht kommuniziert. Der gewerbliche Verkehr müsste somit über kommunale Straßen, Wohnsiedlungsbereiche durchquerend in erheblicher Entfernung an die AI (Anschlussstelle 97 Burscheid) angebunden werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerische Festlegung wird aufgrund der aktuellen kommunalen Umsetzung des Gewerbegebietes Straßerhof entsprechend angepasst (s. Änderungskarten).

Die Textliche Festlegung Z.11 wird entsprechend geändert (s. Änderungssynopse).

Darüberhinaus gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

5. Eine sinnvolle interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzung wird im Entwurf des Regionalplans nicht beschrieben.

6. Der im aktuell wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Burscheid dargestellte und an das Stadtgebiet Leverkusen anschließende Bereich ist in erheblichen Flächenanteilen als Fläche für Aufschüttungen sowie als Abfall/Deponie gezeichnet. In diesem Gebiet sind die Böden mit erheblich umweltgefährdenden Stoffen belastet.

7. Einer tragfähigen interkommunale gewerbliche/industrielle Nutzung der Flächen steht im Wege, dass die westliche Teilfläche in Heiligeneiche (GiBinterkommunal) im Eigentum eines regionalen Großunternehmens ist und damit einer anderweitigen Entwicklung nicht zur Verfügung steht. Mit der in der Anlage beigefügten Unterschriftenliste unterstützen Bürgerinnen unsere Bedenken zum Entwurf des aufgestellten Regionalplans (zeichnerische Festlegung Blatt 05).

Aufgrund der o.a. beschriebenen Sachverhalte erheben wir hiermit erhebliche Bedenken gegen die geplante Darstellung des GiBinterkommunal Burscheid/Leverkusen. Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme im weiteren Planverfahren entsprechend zu berücksichtigen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1010304\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-P-1619

1003670

1011014

#### Inhalt

Bürger im Ortsteil Dierath haben in die Neuaufstellung der Regionalplanung Köln für den Bereich Leverkusen, Rheinisch Bergischer Kreis, zeichnerische Festlegungen Blatt 5, Einsicht genommen.

[s. Anhang Abb. StnID 1011014\_1]

Neuaufstellung des Regionalplans Köln 2022, Lev, RBK

[s. Anhang Abb. StnID 1011014\_2]

Bestehender Regionalplan Köln

In der Neuaufstellung des Regionalplans Köln 2022 wurde im Vergleich zum bestehenden Regionalplan Köln durch eine Neuausweisung der Ortsteil Dierath Nord von einem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich (AFB) in einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umgewandelt. Im Weiteren wird unterschieden zwischen dem Teilbereich Balkanradtrasse-1219 und dem Teilbereich Dierath-Balkanradtrasse-Burgweg, die klar voneinander abzugrenzen sind.

Teilbereich Balkanradtrasse-1219: Die Bürgerinitiative akzeptiert für den Teilbereich Balkanradtrasse-L219 die Umwandlung in ASB.

Teilbereich Dierath-Balkanradtrasse-Burgweg: Die Bürgerinitiative ist für den Bereich Dierath-Balkanradtrasse-Burgweg gegen eine Umwandlung in ASB. Die Bürgerinitiative wird im Folgenden darlegen, dass die multifunktionale Landschaft dieses Biotopverbundes mit Ölbach erhaltenswert war und bleiben muss.

[s. Anhang Abb. StnID 1011014\_3]

Bestehender Landschaftsplan Burscheid, Anlagekarte Stand 7/14 Legende

1. Laut Landschaftsplan Burscheid ist das Gebiet ein Biotopverbund mit herausragender Bedeutung. Der Biotopverbund umfasst zusätzlich zum Dierather Gebiet auch Gebiete der Ortschaft Romberg \* aus dem Leverkusener Bereich. Der Biotopverbund erschließt sich aus den Hangflächen mit erheblicher Senkenwirkung, der sich auf dem Quellgebiet des Ölbachs in Dierath aufbaut. Der Ölbach fließt über eine Auen-Sumpflandschaft in den Wiembach und in die Wupper ein.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist teilweise entsprochen (s. StnID 1003888).

\* und darüber hinaus das angrenzende Gebiet bis zu den Ortschaften Grund/Atzlenbach

[s. Anhang Abb. StnID 1011014\_4]

Quellbereichsverlauf des Ölbachs

2. Die Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und die Erhaltung des zu Punkt 1 genannten Biotopverbundsystems sind geltende und relevante Ziele des Umweltschutzes ( 6 WGH, §2 ROG, §20 und § 21 BNatSchG)

3. Beachtenswert ist, dass von der Stadtentwicklungsplanung der Stadt Leverkusen im Bereich des Romberger Gebiets etc. keine Umwandlung in ASB stattgefunden hat. Der Biotopverbund wurde als erhaltenswürdig belassen.

[s. Anhang Abb. StnID 1011014\_5]

Bestehender Flächennutzungsplan Burscheid

4. Wie im Flächennutzungsplan gut ersichtlich ist, erfüllt der Biotopverbund eine zusammenhängende wirkungsvolle Lärmschutzzone zwischen den Ortschaften Dierath, Romberg, Nagelsbaum und Neuenhaus und dient damit der Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft (1 BNatSchG, §13 LNatSchG NRW).

5. Durch das Landschaftsgebiet Ortsteil Dierath im Bereich Dierath-Balkanradtrasse-Burgweg führt der KIZ-Weg, ein auf öffentlichem Gelände befindlicher Naturwanderweg, der in Dierath Mitte beginnt, an der Balkanradtrasse entlangführt und in den Burgweg mündet. Der KIZ-Weg ist Teil des Dierather Rundweges, der durch die Wiesen des Landschaftsschutzgebiets und das Naherholungsgebiet auch zur Diepentaisperre führt. Der Rundweg wird nicht nur von Bürgern Dieraths, sondern auch von den Bürgern der umliegenden Ortschaften gerne bewandert und ist von unersetzlichem Wert auch der regelmäßig zahlreichen Wanderer. Zusätzlich ist der KIZ-Weg für die Grundschule und den Waldorfkindergarten Dieraths von erheblicher pädagogischer Bedeutung wegen des Einblicks in Nutzgärten, Obstbaumwiesen, natürliche Landschaften mit entsprechender Fauna und Nutztierhaltung. Darüber hinaus ist in direkter Nähe zur Balkanradtrasse der vom Verein Bolzplatz eV. betriebene Bolzplatz für die Jugendlichen Dieraths und Kuckenbergers gelegen, der einen besonderen Freizeitwert und sozialen Wert für die jugendlichen Akteure darstellt. Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungszwecke (hier Umwandlung von AFB in ASB) ist zu vermeiden (2 Abs.2 ROG), insbesondere durch die vorrangige Ausschöpfung von Wohnraumpotenzialen und der Wiedernutzbarkeit von Flächen, sowie Maßnahmen z.B. zur Nutzung von Baulücken in, Stadtgebiet in deren näherer Umgebung.

Fazit: Das Gebiet Dlerath-Balkanradtrasse-Burgweg ist eindeutig kein ASB-Gebiet, sondern seit mindestens 30 Jahren ein unangetastetes wertvolles Landschaftsschutzgebiet für den Ortsteil Dlerath und die umliegenden Ortschaften ein wichtiges Naherholungsgebiet, das auch in Zukunft als erhaltenswürdig einzustufen ist. Die Bürgerinitiative Dierath bittet in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln 2022 das Gebiet Dlerath-Balkanradtrasse-Burgweg als Freiraum + Agrarbereich zu belassen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1011014\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1011014\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1011014\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID1011014\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID1011014\\_5.pdf](#)

AZ: Ö-P-1620

1003673

1007425\_001

**Inhalt**

Betr.: Gewerbe- Industrie Gebiet (GIB) Kreis Heinsberg Geilenkirchen ?  
Hatterath/Gillrath

Durch weitere Versiegelungen von GIB werden die Klimaziele nicht erreicht.  
Das geht auf Kosten der nächsten Generation.  
Ich lehne das GIB Püttstraße ab

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1621

1003674

1007426\_001

#### Inhalt

Betr.: Gewerbe- Industrie Gebiet Kreis Heinsberg- Geilenkirchen - Püttstraße

Ich bin gegen das geplante GIB weil:

Das geplante ?GIB? bedeutet eine weitere Versiegelung von wertvollem Ackerboden, der

1. Anbaufläche für Nahrungsmittel
2. Versickerungsfläche bei Starkregen
3. für viele schutzwürdige Tierarten Rückzugsgebiet
4. keine zusätzliche Klimaerwärmung

bedeutet.

und dafür sollen wir auch noch zahlen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-P-1622

1003664

1007427\_001

#### Inhalt

Betr.: Gewerbe- Industrie Gebiet (GIB) Geilenkirchen ?Hatterath/Gillrath Püttstr.

Ich lehne das Gewerbegebiet Püttstraße ab,

weil es an der Bebauung meines Heimatortes grenzt und es trotz Abstand zu einer Beeinträchtigung meiner Wohn- und Lebensqualität kommt.

Durch noch mehr Emissionsbelastung und Erhöhung des Lärmpegels (Industriegebiet) werden Gesundheitliche Probleme entstehen.

Guter Ackerboden wird vernichtet.

Woher kommen unsere Lebensmittel? Aus dem Chemielabor? Na dann Guten Appetit

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1623

1003675

1007428\_001

#### Inhalt

Betr.: Gewerbe- Industrie Gebiet (GIB) Geilenkirchen ? Hatterath/Gillrath Püttstr.

Ich möchte das GIB nicht haben,

da meine Lebensqualität sich dann verschlechtert.

Ich gehe in diesem Gebiet viel spazieren.

Die Natur soll so erhalten bleiben.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1624

1003676

1007429\_001

**Inhalt**

Betr.: Gewerbe- Industrie Gebiet (GIB) Geilenkirchen ? Hatterath/Gillrath Püttstr.

Ich lehne das GIB Püttstraße ab,  
da meine Lebensqualität erheblich eingeschränkt wird durch steigende Emissionswerte,  
sowie Lärm und Flächenversiegelung.

Meine erholsamen Spaziergänge werden vernichtet.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1625

1003677

1007430\_001

#### Inhalt

Betr.: Gewerbe- Industrie Gebiet Kreis Heinsberg - Geilenkirchen - Püttstraße

Ich lehne das GIB Püttstraße ab, weil der maßlose Flächenfraß ein Ende haben muss.  
Es darf kein ?Weiter so? mehr geben.

Durch weitere Versiegelung wird der Klimawandel verstärkt.

Umweltkatastrophen wie Dürre, Hitze, Starkregen nehmen zu

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1626

1003738

1007443\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Hiermit spreche ich mich gegen das Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt/Birgden aus.

In unmittelbarer Nähe zur geplanten Gewerbegebietsfläche befinden sich zahlreiche Wohnhäuser, die durch die Lärm-, Geruchsbelästigung und Emissionen erheblich an Wohn- und Lebensqualität verlieren werden. Zudem ist mit einem noch höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen und die Feldwege, die in unserer Region sowieso schon erheblich eingeschränkt bzw. ?gekappt? wurden, dann nicht mehr in der bisherigen Form für Spaziergänger und Fahrradfahrer gefahrenlos nutzbar.

Ich fordere den Erhalt des ländlichen Charakters unseres Dorfes.

Stattdessen befürworte ich den Antrag der Stadt Heinsberg, im Bereich des Stadtteils Donselen in unmittelbarer Nähe der A46 ein Gewerbegebiet im Regionalplan Köln auszuweisen und sage ?NEIN!? zum geplanten Gewerbegebiet im Bereich Waldenrath/Pütt/Birgden!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1627	
1003739	
1007444_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Einspruch gegen das beabsichtigte Bauvorhaben auf Waldenrather (Heinsberg) sowie auf Birgdener (Gangelt) Seite in jeglicher gewerblicher und industrieller Form.</p> <p>Ich/Wir lehne/n den Regionalplan im oben genannten Bereich ab und lege/n fristgerecht folgenden Einspruch ein:</p> <p>Die Art der geplanten baulichen Nutzungsentwicklung von Gewerbeflächen zwischen den heute tatsächlich überwiegend wohnbaulich genutzten Grundstücken der Dörfer Pütt, Waldenrath und Birgden ist aus städtebaulicher Sicht nicht in Einklang zu bringen und steht der Wahrung des Sozialfriedens entgegen.</p> <p>Die Gründe hierfür sind insbesondere Lärm- und Geruchsbeeinträchtigungen bedingt durch die künftige mögliche Gewerbe- und Industrienutzung und den weiter zunehmenden Verkehr. Die Wohnnutzung ist bereits erheblich gestört durch die B56n und hier fehlender Lärmschutz.</p> <p>Das starke Verkehrsaufkommen auch durch niederländischen Fernverkehr dürfte hier unterschätzt worden sein.</p> <p>Aus städtebaulicher Sicht stellen die ausgewiesenen Gewerbe- bzw. Industrieflächen zwischen den Dörfern eine schlecht gestaltete, ungesunde Lösung dar.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-P-1628

1003742

1007445\_001

#### Inhalt

Einspruch gegen das beabsichtigte Bauvorhaben auf Waldenrather (Heinsberg) sowie auf Birgdener(Gangelt) Seite in jeglicher gewerblicher und industrieller Form.

Ich/Wir lehne/n den Regionalplan im oben genannten Bereich ab und lege/n fristgerecht folgenden Einspruch ein:

Die noch vorhandene und aktive Landwirtschaft in diesen Orten würde durch die fehlende Fläche weiter erheblich eingeschränkt und ein weiteres versiegeln der durchaus guten Bodenqualität ist nicht umweltverträglich.

Baugrund in Waldenrath ist knapp und eine Möglichkeit der Bebauung parallel der Straße Am Strauch und des Gibregional oder sogar Gibplus würde diese Möglichkeit zur Erweiterung unseres intakten Dorflebens zerstören.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1629

1003744

1007446\_001

#### Inhalt

Einspruch gegen das beabsichtigte Bauvorhaben auf Waldenrather (Heinsberg) sowie auf Birgdener (Gangelt) Seite in jeglicher gewerblicher und industrieller Form.

Ich/Wir lehne/n den Regionalplan im oben genannten Bereich ab und lege/n fristgerecht folgenden Einspruch ein:

Waldenrath/Pütt sind ländlich geprägte Dörfer und schon jetzt erheblichen Emissionen der B56n ausgesetzt.

Um weiteren gesundheitlichen Einschränkungen entgegenzuwirken, sprechen wir uns gegen die Realisierung des Regionalplans in jeglicher Form aus.

Die Lebensqualität würde erheblich eingeschränkt. Wir leben bewusst ?auf dem Land?!

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.



AZ: Ö-P-1630

1003750

1007450\_001

#### Inhalt

Ich lehne das GIB Püttstraße ab, weil fruchtbares Ackerland versiegelt wird.  
Die bäuerlichen Betriebe verlieren ihre Existenz.  
Auf versiegelte Flächen können keine Nahrungsmittel mehr angebaut werden.  
Wie sollen wir uns dann ernähren?

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1632

1003753

1007454\_001

**Inhalt**

Betr.: Gewerbe-Industrie Gebiet (GIB) Kreis Heinsberg Geilenkirchen - Hatterath/  
Gillrath

Durch die Versiegelungen von GIB machen wir und immer mehr abhängig von  
Nahrungsmittel aus anderen Ländern.

In anderen Ländern fehlt und der Einblick von Tierwohl und dem Einsatz von  
Spritzmittel

Ich lehne eine weitere Versiegelung von Ackerland ab.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale  
Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen  
abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend  
der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und  
Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige  
raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der  
Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche  
für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht  
vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen  
Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die  
Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig  
und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen  
voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist  
Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und  
Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1633

1003754

1007455\_001

**Inhalt**

Ich lehne das GIB Püttstraße ab,

da Emissionen zunehmen, sowie Lärm.

Meine Lebensqualität geht verloren. Gutes Ackerland wird versiegelt.  
Das Landschaftsbild wird verunstaltet.

**Abwägung**

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Transparenz der Siedlungsflächendarstellungen Für alle Mitgliedskommunen unserer Kooperation weist der Regionalplan eine Unterdeckung des Siedlungsflächenbedarfs aus. Dies bedeutet, dass die ermittelten Siedlungsflächenbedarfe an anderen Orten innerhalb des Regierungsbezirks ? zumeist in ländlichen und vom ÖPNV weniger erschlossenen Gebieten ? festgelegt werden. Dabei ist es für uns leider nicht nachvollziehbar, an welchen Standorten die Bedarfe unserer Mitgliedskommunen festgelegt werden; wir müssen von einer großen räumlichen Distanz zwischen Bedarfsquelle und tatsächlichem Flächenangebot ausgehen. Es wäre dem Verständnis des Plans und seiner fachlichen Diskussion in den politischen Gremien und der Öffentlichkeit sehr dienlich, wenn die hier getroffenen Festlegungen und planerischen Entscheidungen transparent gemacht, d.h.1 in geeigneter Form erläutert würden ? ob innerhalb oder außerhalb des Plans.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. eine gute Erreichbarkeit durch eine möglichst direkte ÖPNV-Anbindung der Standorte an die Oberzentren (Köln, Bonn, Aachen)) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen

Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen für die wirtschaftliche Entwicklung zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Der Anregung wird insofern entsprochen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Flächenvorschläge aus dem Prozess Region+ Wohnen werden im Regionalplan bewusst als "normale" ASB festgelegt. Von einem eigenen Planzeichen wird abgesehen, um den Kommunen bei der Umsetzung eine große Flexibilität zu ermöglichen. Die Umsetzung regionaler Bedarfe richtet sich nach dem Grundsatz Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen, indem die Kommune bei Inanspruchnahme regionaler Bedarfe die Erfüllung der im Prozess Region+Wohnen erarbeiteten Kriterien im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren nachvollziehbar darlegt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

**Inhalt**

Regionaler Blick bei der Festlegung von Siedlungsbereichen Aus unserer Kenntnis der Region möchten wir alle Beteiligten ermutigen, im Rahmen der anstehenden Planüberarbeitung mit regionalem Blick erneut zu prüfen, ob - im Sinne der Flächenvorsorge ? in den Kommunen mit ungedecktem Flächenbedarf nicht weitergehende Siedlungsflächendarstellungen möglich sind. Neben der kommunalen Perspektive, aus der Ihnen eine Vielzahl von Entwicklungsflächen vorgeschlagen und Nicht-Entwicklungsflächen benannt wurden (Flächenansatz), wünschen wir uns stärker als bislang ablesbar, Siedlungsbereichsfestlegungen aus einer regionalen Raumperspektive (Raumansatz). Wir verweisen insofern auf das von der Region Köln Bonn e.V. erstellte Agglomerationskonzept u.a. mit seinem integrierten Entwicklungsprinzip der dreifachen Innenentwicklung. Dieses zeigt Wege auf, wie Flächen in zentraleren Lagen erfolgreich einer Entwicklung zugeführt werden könnten, ohne dass Siedlungs- und Freiraumentwicklung konkurrieren. Der Regionalplan kann so ein nachhaltiges räumliches Zukunftsbild unabhängig von kommunalen Grenzen aufzeigen und der interkommunalen Kooperation als zielgerichtetes Planungsinstrument für die weitere Entwicklungsarbeit dienen. Gleichzeitig hat er das Potenzial, mit einer weiteren Stärkung/Förderung von Siedlungsentwicklung an ÖPNV-Standorten einen signifikanten Beitrag zur regionalen Mobilitätswende zu leisten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie den Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der

Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert ? unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit ?, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1007510

## Inhalt

Kompetenzen regionaler Netzwerke nutzen ? Dialog fortsetzen Als freiwillige interkommunale Kooperation arbeiten wir seit fast zehn Jahren zusammen und haben immer wieder feststellen dürfen, dass interkommunale Zusammenarbeit bei der Identifikation von Problemlagen hilft, die meist weder an Grenzen von Gemeinden oder Städten noch an solchen von Kreisen oder Regierungsbezirken enden. Nicht nur die Suche nach Lösungen wird bei grenzüberschreitender gemeinsamer Arbeit einfacher, auch deren Akzeptanz ist bei konsistentem Handeln aller Nachbarn deutlich größer. Lösungen derartiger Probleme liegen nur sehr selten in einer Hand. In den meisten Fällen können (für die Bevölkerung) spürbare Verbesserungen nur erreicht werden, wenn mehrere lokale und regionale Akteure vertrauensvoll und nachhaltig zusammenarbeiten. Dies gelingt entweder unmittelbar in unseren Netzwerken oder auf der Grundlage des dort gewachsenen Vertrauens und Wissens. Ein Beispiel sind die RadPendlerRouten ? als großer Beitrag zu einer qualitätsvollen, raum- und umweltverträglichen Mobilität. Diese positiven Erfahrungen unserer Zusammenarbeit leiten unser Handeln und wir bringen sie gerne in regionale Prozesse ein. Unser Ziel ist es, die regionale und interkommunale Zusammenarbeit zu stärken und als Instrument zur Entwicklung der Region und bei Bedarf auch über ihre Verwaltungsgrenzen hinaus aktiv zu nutzen. Viele Inhalte des Regionalplanentwurfs wurden, was von den Betroffenen durchgängig begrüßt wurde und wird, mit den einzelnen betroffenen Kommunen ausführlich erörtert und orientieren sich auch an deren Vorstellungen. Wir regen ? angesichts der drängenden und vielfach noch ungelösten Probleme unserer Region ? eine Fortführung des Austauschs im Zuge der Weiterbearbeitung an. Hierbei sollten stärker als bisher auch interkommunale Kooperationen, Netzwerke und Initiativen mit ihrer spezifischen Expertise eingebunden werden. Seit Januar 2019 hat sich die Kooperation Köln und rechtsrheinische Nachbarn intensiv in den Aufstellungsprozess des neuen Regionalplans eingebracht. Gerne tragen wir auch weiterhin dazu bei. Die Erkenntnisse aus dem interkommunalen Austausch sowie unsere Kompetenz zur Lösung interkommunaler Probleme bringen wir gerne in den weiteren Prozess der Erarbeitung des Regionalplans ein.

## Abwägung

### Typ

Hinweis

### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### Erläuterung

Der Hinweis auf die Vorteile und weitere Unterstützung der regionalen und interkommunalen Kooperation wird zur Kenntnis genommen.



**Inhalt**

Ich möchte Ihnen eine Unterschriftenliste gegen das GIB Püttstraße in 52511 Geilenkirchen zukommen lassen.

Wir bewohnen das Haus [ANONYMISIERTE] direkt an der B56 vor der Ortseinfahrt in Gillrath. Nur zur Information, aus welchem Grund wir gegen das geplante GIB sind möchte ich Ihnen folgende Informationen zukommen lassen.

Unsere Befürchtungen sind konkret wie bei allen anderen Anwohnern, dass die neu angesiedelten Gewerbe- und Industriebetriebe im neu geschaffenen »GIB« Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich

- 24h /365 Tage im Jahr durchgehend in Betrieb sind
- erhöhte Schall- und Lärmbelastigungen, insbesondere in den Nachtstunden bis 65 db(A) und darüber hinaus produzieren
- erhöhte Abgasemissionen aufgrund von Lackierbetriebe oder stahlverarbeitenden Industriebetriebe erzeugen und
- durch zusätzliche Abluftventilatoren 24h / 365 Tage im Jahr Emissionen ausstoßen

Zur Erhaltung der Lebensqualität und der Vermeidung von Wertminderungen bestehender Immobilien in Hatterath und Gillrath wenden wir entschieden gegen die Erweiterung des Gewerbegebietes und somit müssen deshalb für die angrenzende Bebauung Gillrath - Hatterath nachstehende Schutzmaßnahmen zwingend berücksichtigt werden,

- Zwingende Ausweisung des geplanten GIB Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichs als Gewerbegebiet (GE)
- kein Industriegebiet oder Industrieansiedlungsbereich (GI)
- keine zukünftigen Erweiterungsbauabschnitte über die jetzigen Grenzen hinaus
- Begrenzung der Betriebszeiten für produzierende Unternehmen auf max. 14 Stunden pro Werktag
- keine Genehmigung der Arbeitszeiten nach 20.00 Uhr, Nachtruhe zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr,
- keine Sondergenehmigungen, d.h. keine Nachtschichtarbeit
- keine Wochenendarbeit
- Einhaltung eines erhöhten Schall- und Emissionsschutzes, über die Auflagen eines Gewerbegebiets hinaus, insbesondere in den Nachtstunden kleiner 50

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

db(A)

- Ausweisung eines konkreten Maßnahmenplans in Bezug auf das Lärmschulzkonzept für die angrenzende Bebauung
- Zwingende Auflagen an die Gewerbetreibenden im Schutz der Erholungsräume
- eine Maximalbegrenzung von technischen Ablufventilatoren pro produzierendes Gewerbe, inkl. Abschaltung der Anlagentechnik nach 20.00 Uhr
- Zusätzliche Auflagen für die Einhaltung der zugelassenen Emissionsgrenzwerte, insbesondere für geruchsintensive Emissionsbetriebe (z.B. Lackierereien),
- Auflagen im Einsatz von zusätzlichen Luftwäschern und Filtrationsanlagen
- Planung eines natürlichen Sichtschutzes in Form eines Erdwalls mit dichtem Gehölzstreifen, von mind. 20 m Breite an allen Seiten des GIB und zur Bebauung Gillrath - Hatterath
- Herstellung einer bewaldeten Ausgleichsfläche an der neu versiegelten Gewerbefläche
- LKW Parkverbote, sodass keine LKW Ruhezeiten über 3 Stunden hinaus stattfinden, hier z B. Wochenendverweilung

Aktuell dient das zukünftig geplante Gebiet vielen Anwohnern als Erholungsgebiet. Viele Spaziergänger, Fahrradfahrer oder Hundhalter nutzen die Felder im Umkreis. Die Natur und die Tierwelt ist in Gefahr. Neben seltenen Tierarten, besonders Vögeln (Feldlerche und Kiebitz) besiedeln auch die "normalen" Wildtiere (Rehe, Fuchs, Fasane, Hasen) diese fruchtbaren Felder.

Bei der Versiegelung der Flächen, fürchten wir, den Verlust der Natur. Die aktuellen Entwicklungen durch die Veränderung des Klimas sollten doch nicht unberücksichtigt bleiben. Diese Entwicklung kann doch nicht an den Verantwortlichen vorbeigehen?

**Inhalt**

Meine Land ? und Forstwirtschaftlichen Flächen sind im Rahmen der BSN-Neuweisung GO BSN TAA-EU betroffen. Aufgrund bereits bestehender Einschränkungen in der Bewirtschaftung ist insbesondere der landwirtschaftliche Betrieb in der Wirtschaftlichkeit eingeschränkt worden. Hinzu kommen inzwischen immer schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse aufgrund der klimatischen Extreme, mit starken Ertragsverlusten durch Trockenheit ? aber auch Überflutungen. Die geplante Ausweisung wird die Wirtschaftlichkeit / Bewirtschaftbarkeit weiter reduzieren und den Betrieb in seiner Existenz gefährden. Von daher lehne ich die Ausweisung ab, bzw. lege hiermit Einspruch dagegen ein. als Mitglied der Erbgemeinschaft [anonymisiert] für die ich spreche, nehme ich hiermit Stellung zur Planunterlage Neuaufstellung Regionalplan Köln, konkret zum Abschnitt: Zeichnerische Festlegungen Regplan Köln Blatt 10?11 Kreis Euskirchen: Gemäß nachstehendem Ausschnitt sollen in der Ortslage Vernich die fett grün schraffierten Gebiete als ?Bereiche zum Schutz der Natur? ausgewiesen werden, Die Erbgemeinschaft [anonymisiert] ist Eigentümer von einem Flurstück, das innerhalb dieser Gebiete liegt. Dieses Flurstück ist seit vielen Jahren an einen ansässigen landwirtschaftlichen Betrieb verpachtet und Bestandteil größerer seit jeher landwirtschaftlich genutzter Flächen und wurden und werden auch regelmäßig landwirtschaftlich bewirtschaftet. Die geplante Ausweisung als ?Bereich zum Schutz der Natur? lässt erwarten, dass über kurz oder lang diese Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden sollen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Flächen zum Schutz der Natur wird ausdrücklich hier nicht in Frage gestellt, jedoch bezieht die Markierung in der Karte größere seit jeher landwirtschaftlich genutzte Flächen in die vermutlich beabsichtigte Schutzzone ein. Insofern widerspricht die Ausgestaltung der Markierung den im Abschnitt Textliche Festlegungen im Kapitel 4.4 (Seite 105ff) an verschiedenen Stellen formulierten Grundsätzen: dort wird zurecht u.a. gefordert, ?den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen zu vermeiden.? (Begründung 2 zu G32) und ?Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten?(G34). Neben dieser grundsätzlichen Auswirkung wird eine Umwidmung dieser relevanten Flächen einen Einkommensverlust des Pächters und einen Vermögensverlust unserer Erbgemeinschaft nach sich ziehen. Wir als Erbgemeinschaft behalten uns die Geltendmachung von Schadenersatz in diesem Falle ausdrücklich vor. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt].

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Kr. Euskirchen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 30ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [Abb., anonymisiert]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wir, die Erbgemeinschaft [anonymisiert] vertreten durch [anonymisiert] liegen mit unseren land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen und der landwirtschaftlich genutzten Außenhalle sehr wahrscheinlich im Bereich der eingezeichneten BSN im Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans. Da dieser Plan im Maßstab 1:50000 dargestellt wird und mit Filzstift eingegrenzt ist, ist dieser Plan nicht für einen konkreten Flächennutzungsplan nutzbar. Allein die Filzstiftumrandungen betragen in Natura 50 m Breite. Viele unserer Grünlandflächen liegen an den vorgegebenen Bachläufen, sind drainiert und im Bachverlauf durch Beton und Steinzeugrohre verbunden. Dadurch sind die Bachverläufe unpassierbar für Wasserlebewesen. Erschwerend ist im Moment die Tatsache, dass die Zubringer der Bäche, die Siefen und die Bäche selbst, völlig ausgetrocknet sind. Durch fehlende Niederschläge erleben unsere Grünland-, Ackerbau- und Forstflächen einen bedauerlichen Rückgang der Vegetation. Durch den Klimawandel vollzogene Veränderungen im gesamten Niederschlagsniveau (kein Regen oder zu viel Niederschlag durch Starkregen) ist der von Ihnen gewünschte BSN stark in Frage gestellt. Anstelle von großangelegten BSN Absichten sollten Sie lieber die verschwendeten Gelder in Klimaschutzziele investieren. Daher legen wir vorsorglich Widerspruch gegen Ihre BSN auf allen unseren Flächen ein. Unsere Flächen sind wie folgt: [anonymisiert].

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1642	
1003799	
1007499	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Katholische Kirchengemeinde St. Stephanus Auffindung hat umliegend um die Euskirchener Stadtteile Flammersheim und Schweinheim landwirtschaftlich genutzte Flächen (Ackerland und Grünland) in ihrem Eigentum. Diese Flächen sind an örtliche Landwirte verpachtet. Zu dem Entwurf des Regionalplanes Köln nimmt die Kirchengemeinde wie folgt Stellung: Wir haben anhand der zur Verfügung stehenden Karten festgestellt, dass großflächig Bereiche um Steinbach, Sürstbach, Orbach, Flammerbach und Ellerbach als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) und Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Von einer entsprechenden Ausweisung wären rund 7 Hektar unserer Eigentumsfläche betroffen. Wir befürchten, dass bei einer Ausweisung von BSN-Bereichen als Naturschutzgebiet auf die Pächter Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes zukommen werden. Auf Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits heute mit einem Pflanzenschutzmittelverbot einhergehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich wäre. Die Bewirtschaftung des Grünlandes wäre dann nur noch mit großem Pflegeaufwand und mit geringem Ernteertrag möglich, so dass bei den Pächtern die Versorgung der Tiere mit Futter gefährdet wäre. Aufgrund des Versorgungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln haben wir hinsichtlich möglicher BSLE-Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig ebenfalls die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln auf den hier in Rede stehenden Flächen würden die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ernsthaft gefährden, da bei Ackerlandflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich ist und bei Grünlandflächenein erheblicher und kaum zu leistender Pflegeaufwand entstehen würde. Wir bitten daher, von einer Überplanung der oben genannten Bereiche mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion, die letztlich der Lebensmittelsicherheit dient, Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1643	
1003802	
1007490	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum aktuell veröffentlichten Entwurf des Regionalplans nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener von landwirtschaftlichen Flächen wie folgt Stellung: Wir sind Eigentümer der folgenden Flächen, welche von unserem Pächter, Herrn [anonymisiert] 53919 Weilerswist landwirtschaftlich genutzt werden. [Abb., anonymisiert]. Anhand des vorliegenden Kartenmaterials haben wir festgestellt dass die o.a. Flächen als Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? (BSLE-Flächen) bzw. als ?Flächen zum Schutz der Natur? (BSN-Flächen) ausgewiesen werden sollen. Eine künftige Ausweisung von BSN-Flächen als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, sodass eine wirtschaftliche sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden wäre. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfs der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann mit der bereits oben beschriebenen Konsequenz. Die o.a. Ackerflächen stellen über 90 % unserer Gesamtflächen dar. Neben dem Tatbestand, dass uns die aufgeführten Beschränkungen in der Nutzung unserer Ackerflächen extrem hart treffen würden, ist die Planung, mit der wahrscheinlich schon vor Jahren begonnen wurde, aus heutiger Sicht nicht mehr zeitgemäß. In Anbetracht der vielfältigen Krisen und der Notwendigkeit zur Herstellung einer künftigen Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, halten wir die vorliegende Planung für kontraproduktiv bzw. dringend überarbeitungsbedürftig. Wir sprechen uns daher gegen eine überpianung unserer Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitten Sie, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1644	
1003803	
1007488	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Grünland/Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca 16 Hektar der von mir bewirtschafteten Ackerfläche/Grünlandflächen, sowie Waldflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Bei den Flächen handelt es sich um von mir bewirtschaftete Eigentumsflächen sowie an die [anonymisiert] 53909 Zülpich verpachtete Flächen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerschläge nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, sodass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und zudem zu einem deutlichen Flächenverlust führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überpianung der Flächen mit dem Status zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1645

1003805

1007498

#### Inhalt

Zum Entwurf des Regionaialplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ich wende mich dagegen, dass etwa 1 Hektar meiner verpachteten Weideflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Weideland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1646	
1003810	
1007881	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Wir wenden uns dagegen, dass etwa 7 Hektar unserer verpachteten Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Wir befürchten, dass sich naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und die Flächen daher nicht mehr zum jetzigen Preis zu verpachten sind und einen Wertverlust erleiden. Wir beantragen daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen,</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Im Regionalplan Köln ist mein o.g. Grundstück durch eine BSN- Neuausweisung betroffen. Bedauerlicherweise kann ich mich jetzt erst melden, da ich von meinem Pächter auch erst vor Kurzem über diese Planung einer tiefgreifenden Änderung erfuhr. Dieser Pächter wurde auch erst am 8.8.22 durch die Landwirtschaftskammer NRW darüber informiert. Einederartige Art der Kommunikation halte ich für äußerst bedenklich - mir erscheint es schon fast als Strategie. Bei solch wichtigen Eingriffen in die Eigentumsrechte sollten Sie die Eigentümer direkt informieren müssen und sich nicht einfach auf die öffentlichen Bekanntmachungen berufen können. Sie weisen mein Grundstück (siehe Anlage) als Fläche aus. welches zum .?Schutz der Natur? und zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? dienen soll. Dies mit einem einfachen Eddingstrich. Der Wert meines Grundstückes ist von seinen Nutzungsmöglichkeiten abhängig. Aufgrund der jetzt schon bestehender Einschränkungen in der Bewirtschaftung ist besonders eine landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Wirtschaftlichkeit sehr reglementiert und begrenzt. Hinzu kommen inzwischen immer schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse aufgrund klimatischer Extreme, mit starken Ertragsverlusten durch Trockenheit oder Überflutungen. Die geplante Ausweisung wird die Möglichkeit einer ertragsorientierten Bewirtschaftung weiter reduzieren und somit auch den Wert meines Grundstückes. Schon jetzt leisten die von Ihnen ?schraffierten? Grundstücke (besonders meines und die betroffenen angrenzenden Grundstücke) aufgrund ihrer besonderen Beschaffenheit und Lage einen sehr großen Teil an Pflege- und Umweltschutzmaßnahmen - mehr als andere Flächen. Also leisten unsere Grundstücke bereits jetzt beides; sie produzieren wichtige Lebensmittel und schützen schon jetzt die Natur und unsere Umwelt. Ich bin der Ansicht, dass es weitaus verbesserungsfähige Flächen gibt. Sollte der Regionalplan zum Ziel haben Ausgleichsflächen zum Umweltschutz auszuweisen, dann stehe ich Ihnen für eine Kaufverhandlung meines Grundstückes gerne zur Verfügung. Das, was durch diese Neuausweisung geplant ist, würde einer Enteignung ggleich kommen.Von daher lehne ich die Ausweisung vehement ab und lege hiermit Ein- und Widerspruch dagegen ein.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1648	
1003815	
1008111	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, die [anonymisiert] bewirtschaftet unter Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Ackerbau. Anhand der uns vorliegenden Karte haben wir festgestellt, dass etwa 9,5 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und 31,4 Hektar Ackerland als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Eine künftige Ausweisung von BSN-Flächen als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, sodass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden wäre. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann mit der bereits oben beschriebenen Konsequenz. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten flächenmäßigen Umfang der Betroffenheit die Existenzfähigkeit unseres landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden. Wir beantragen daher, von einer Ausweisung der Flächen Abstand zu nehmen. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt].</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zum aktuell veröffentlichten Entwurf des Regionalplans nehme ich im Betroffener von landwirtschaftlichen Flächen wie folgt Stellung: Rahmen der Beteiligung Ich bin Eigentümer der folgenden Flächen, welche von meinem Pächter, [anonymisiert] landwirtschaftlich genutzt werden: [Abb., anonymisiert]. Anhand des vorliegenden Kartenmaterials habe ich festgestellt, dass die o.a. Flächen als ?Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? (BSLE-Flächen) bzw. als ?Flächen zum Schutz der Natur? (BSN-Flächen) ausgewiesen werden sollen. Eine künftige Ausweisung von BSN-Flächen als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, sodass eine wirtschaftliche sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden wäre. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfs der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächeneingeschränkt oder gar untersagt werden kann mit der bereits oben beschriebenen Konsequenz. Die o.a. Ackerflächen stellen den Großteil meiner Gesamtflächen dar. Neben dem Tatbestand, dass mich die aufgeführten Beschränkungen in der Nutzung unserer Ackerflächen extrem hart treffen würde, ist die Planung, mit der wahrscheinlich schon vor Jahren begonnen wurde, aus heutiger Sicht nicht mehr zeitgemäß. In Anbetracht der vielfältigen Krisen und der Notwendigkeit zur Herstellung einer künftigen Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, halten wir die vorliegende Planung für kontraproduktiv bzw. dringend überarbeitungsbedürftig. Ich spreche mich daher gegen eine (Jberplanung meiner Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte Sie, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Die [anonymisiert] bewirtschaften unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb, Schwerpunkt Ackerbau, Grünlandbewirtschaftung und Mutterkuhhaltung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Wir haben festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Wir wenden uns hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da wir befürchten, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt].

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1651	
1003818	
1007505	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift Heerstr.16 einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Grünlandbewirtschaftung. Zum Entwurf des Regionaiplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafterin land- und forstwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca. 8 Hektar der von mir bewirtschafteten Acker/Grünlandfläche sowie Waldfläche als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Bei den Flächen handelt sich um Eigentumsflächen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerschläge nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, sodass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Acker sowie Grünlandflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und zudem zu einem deutlichen Flächenverlust führen. Es handelt sich dabei um die Flächen: [anonymisiert] Markiert als Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

ÖFF Neuaufstellung Regionalplan

Beteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Az. :32.0 1

Stellungnahme zur beabsichtigten Regionalplanänderung: Region Köln, hier :Stadt Brühl, Gemarkung Kierberg

das wie folgt beschrieben Gelände in Brühl, in der Gemarkung Kierberg sollte als ASB zurückgenommen und weiterhin als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche geführt werden: Gelände des Daberger Hanges, zwischen Rodderweg (im Süden), der Willy-Brandt- Straße (im Westen), der Hochschule des Bundes / Willy- Brandt- Straße! Am Daberger Hof (im Norden) und das Biotop des ehemaligen Daberger Hofes und den heute bestehenden Siedlungsbereich (im Osten), die Flurstücke [ANONYMISIERTE]. (vgl. Anhang: Ausschnitt aus dem Geoportal NRW)

Begründung: der Aufstellungsbeschluss zur Erweiterung der Hochschule des Bundes auf einem erheblichen Teil des vorstehend beschriebenen Daberger Hanges wurde Ende 2020 vom Rat der Stadt Brühl aufgehoben.

Dies geschah unter anderem aus dem Grund, dass es sich bei der besagten Fläche um die letzte und bedeutendste Fläche für die Kaltluftentstehung und den Kaltluftabfluss in Brühl handelt. So ist es auch in der Klimafunktions- und Planungshinweiskarte für die Stadt Brühl, April 2018 (Tabelle 4-3, Seite 23) ausgewiesen. Zudem wird in diesem Gutachten verdeutlicht, dass der Kaltluftabfluss vom Daberger Hang der einzige innerhalb des Brühler Stadtgebietes ist, der in Richtung Brühler Innenstadt fließt, wo die höchste Temperaturbelastung zu erwarten ist (siehe Abb. 4.16 bzw. 5.3 dieses Gutachtens). In der zugehörigen Planungshinweiskarte wird der Daberger Hang insgesamt explizit als ?Ausgleichsraum hoher Bedeutung: klimaaktive Freifläche mit direktem Bezug zum Siedlungsraum, hohe Empfindlichkeit gegenüber nutzungsändernden Eingriffen? ausgewiesen.

Diese Fläche muss dauerhaft gesichert werden. Ihr Verlust hätte enorme negative Auswirkungen auf die klimatischen Bedingungen der Brühler Innenstadt. Als nicht versiegelte Freifläche wirkt sie, insbesondere bei Starkregenereignissen, zudem als Versickerungsfläche und bindet Regenmassen, die dann nicht über die Kanalisation abgeleitet werden müssen. Eine Bebauung des Daberger Hanges wäre das Gegenteil von dem, was bezüglich der Anpassung an den Klimawandel und der Vorbeugung

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Erläuterung**

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stn ID 1003956).



gegenüber häufiger werdenden extremen Wetterlagen zum Schutze der Brühler Bevölkerung zu tun ist. Um den Verlust der Freifläche nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft vorzubeugen, muss daher auch in den planungsrechtlichen Instrumenten des Regionalplans gesichert werden, dass diese Fläche nicht mehr für eine Bebauung vorgehalten wird. Das Erfordernis zur Sicherung dieser Fläche geht auch aus dem Masterplan Freiraum hervor. Dies ist z.T. wörtlich und sinngemäß aus dem Beschlusstext zitiert, den der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung der Stadt Brühl am 16.09. 2021 gefasst hat.

Die Brühler Bürger sind sich dieses klimatisch bedeutsamen Freiraums bewusst und haben vorher eindrucksvoll gegen die Bebauung dieser Fläche votiert. Der Unterzeichnende u.a. waren an der Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung am 02.06.2022 als Besucher zugegen. Die ?Stellungnahme der Stadt Brühl im Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln? (Tagesordnungspunkt 2.2 der Sitzung, als ASBI gekennzeichnet) ist einstimmig d.h. ohne Gegenstimme oder Enthaltung beschlossen worden. Wir hegen die Hoffnung, dass auch der Regionalrat diese Notwendigkeit für die Stadt Brühl und ihre Bürgerschaft erkennt und respektiert.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-P-167	
1001392	
1001487_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zur geplanten Neuaufstellung des Regionaiplanes Köln möchten wir wie folgt Stellung nehmen:</p> <p>Wir sind Eigentümer von diversen landwirtschaftlich genutzten Grundstücken in Ihrem Planvorhaben. Alle unsere Flächen sind verpachtet an unseren Schwiegersohn Herrn [ANONYMISIERT]. Unser Schwiegersohn bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver ackerbaulicher Nutzung, die nächste Generation steht schon für eine Fortführung bereit.</p> <p>Sollten Ihre Planungen umgesetzt werden, erfahren wir als Eigentümer einen erheblichen, massiven Wertverlust unseres Eigentums bis hin zu einem möglichen Interessenverlust an der Bewirtschaftung einerseits und erheblichen Bewirtschaftungserschwernissen und Ertragseinbußen andererseits für unseren Schwiegersohn als Bewirtschafter.</p> <p>Die mit einer Ausweisung als Naturschutz- bzw. Landschaftsschutzgebiet einhergehenden Nachteile für intensiv bewirtschaftete Betriebe sind Ihnen bekannt und müssen hier nicht im Detail erörtert werden.</p> <p>Einschränkungen oder gar ein Verbot zum Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln und/oder entsprechende Düngemittel kann der in Rede stehende landwirtschaftliche Betrieb aufgrund der Vielzahl der betroffenen Flurstücke nicht verkraften. Immerhin geht es um eine Gesamtfläche von ca. 50 Hektar, die im Plangebiet liegen, dies würde für den Hof Valder zur absoluten Existenzgefährdung führen, wenn es zur Ausweisung geplanter BSN Gebieten/Bereiche zum Schutz der Natur, kommen würde.</p> <p>Aus vorgenannten Gründen sind wir daher gegen Ihr Planvorhaben im genannten Bereich, mindestens unserer Eigentumsflächen in Bergheim-Thorr, Heppendorf und Quadrath-Ichendorf und wollen gegen Ihr Vorhaben Beschwerde erheben.</p> <p>Wir bitten um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-168

1001413

1001524

#### Inhalt

Betr.: Neuaufstellung ?Regionalpian Köln? Langenbrück Blatt 0203, Flur 271

Ich stelle mich ganz klar gegen die Bebauung des Flurstückes Neubrück-Altbrück-Rath, eins der wenigen Naturflächen die landwirtschaftlich zum Anbau von Raps, Gerste und Zuckerrüben genutzt werden. An den Feldrändern wachsen Wildblumen, es gibt noch ein paar Feldhasen, Lerchen und ab und an noch Fasane. Dies gilt es zu erhalten. Es dient dazu, Menschen auch mental gesund zu erhalten und wäre eine Sünde, diese letzte Oase zu vernichten. Wir müssen dringend verhindern, dass weitere Böden durch Bebauung versiegelt werden, Frischluftzonen verschwinden und der Natur immer weniger Raum zur Verfügung steht. Die Folgen sind sonst Klimaerwärmung und Wetterkapriolen mit schlimmen Auswirkungen. Desweiteren ist die fehlende Infrastruktur zu überdenken. Wo sollen die Kinder zur Schule oder in Kindergärten gehen? Wo einkaufen? Nur wer die Situation nicht kennt, wäre zu so einer unüberlegten Entscheidung fähig.

[ANONYMISIERT]

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1684	
1004444	
1008656	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Düng- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1685	
1003814	
1008657	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen waren dann nur noch m höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und wurden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1686	
1004445	
1008658	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>als Vorsitzender des Wasser- und Bodenverbandes [anonymisiert] nehme ich zum Entwurf des Regionaiplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Der Vorstand des Wasser- und Bodenverbandes hat festgestellt, dass viele der im Verbandsgebiet gelegenen Flächen entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Namens und im Auftrage des Wasser- und Bodenverbandes wende ich mich hiermit gegen die Überplanung der verbandszugehörigen Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche. Da die im Verbandsgebiet gelegenen Flächen über zu Staunässe neigende Böden verfügen, wurde dort in der Vergangenheit ein umfangreiches Drainagesystem verlegt, um die Flächen in einen für eine ackerbauliche Nutzung erforderlichen Zustand zu versetzen. Um die Drainage in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten, bedarf es deren ständiger Pflege und Instandhaltung. Vor diesem Hintergrund können wir keine naturschutzbedingten Einschränkungen bei der Erhaltung der bestehenden Drainage hinnehmen. Auch würden Anpflanzungen in unserem Verbandsgebiet die Funktionsfähigkeit der Drainage beseitigen, da die Drainagestränge durch eindringendes Wurzelwerk zugesetzt und die anliegenden Flächen vernässen würden. Ich beantrage daher, die Flächen im Bereich des Wasser- und Bodenverbandes Vernich aus den BSN- oder BSLE-Kulissen herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1687	
1004446	
1008659	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung als Betroffener mit einem land- und forstwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchproduktion in Hellenthal- Ramscheid wie folgt Stellung: Nach ihrem Planentwurf werden ausnahmslos alle unsere Eigentumsflächen in Höhe von 138 ha sowie unsere Pachtflächen in Höhe von 9,5 ha als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen. Zusätzlich werden mehr als 20 ha unserer Eigentumsflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen. Bereits jetzt werden ca. 5ha unserer Eigentumsflächen im Landschaftsplan Hellenthal des Kreises Euskirchen als Naturschutzgebiet nach § 23 Bundesnaturschutzgesetz geführt. Unsere Flächen wurden im Jahr 2020 bei der Neuauufstellung des Landschaftsplanes Hellenthal des Kreis Euskirchen vor Ort eingehend auf die Schutzwürdigkeit nach §23 Bundesnaturschutzgesetz geprüft und dementsprechend eingeordnet. Alle anderen Eigentumsflächen außer den oben genannten 5 ha sind nicht Schutzwürdig, sondern intensiv genutztes Grünland sowie Wirtschaftswälder mit Fichtenmonokulturen. Eine Rechtsgrundlage zur Ausweisung weiterer Flächen unseres Betriebes als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) in der Neuauufstellung des Regionalplanes Köln nach §23 Bundesnaturschutzgesetz ist daher nicht erkennbar. Eine Ausweisung als BSN zieht Nutzungseinschränkungen unserer Flächen nach sich, die sich sowohl qualitativ als auch quantitativ negativ auf unsere Futterernte des Grünlands sowie die Holzernte in unseren Fichtenkulturen bemerkbar machen werden. Eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung durch Einbußen von mehreren Zehntausend Euro pro Jahr wäre die Folge, die Existenz unseres Betriebs wäre erheblich gefährdet. Weiterhin sinkt der Verkehrswert unserer Eigentumsflächen durch Ausweisung als BSN erheblich was zu einem erheblichen Wertverlust unseres Gesamtbetriebes führt. Dies ist für uns nicht hinnehmbar, daher sprechen wir uns gegen eine weiter Überplanung unserer Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) aus und fordern die Naturschutzgebiete des Landschaftsplanes Hellenthal des Kreises Euskirchen als Gebietsabgrenzung der Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) in der Neuauufstellung des Regionalplanes Köln zu nutzen. Im Anhang werden die von einer BSN-Überplanung betroffenen Flächen kartographisch dargestellt.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1008660

#### Inhalt

Zudem sprechen wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen nach Planzeichen 2. Freiraum ?Grundwasser- und Gewässerschutz? aus, die im Zuge der Planung Prether-/Platißbachtalsperre im Regionalplan Köln festgesetzt werden, da auch diese Oberplanung unserer Flächen Nutzungseinschränkungen mit daraus folgenden Einkommenseinbußen in Höhe von mehreren Zehntausend Euro pro Jahr sowie Wertverlust der gesamten Flächen des Betriebes in Millionenhöhe bedeuten würde. Wir sprechen uns auch gegen den ersatzlosen Wegfall der B265 im Bereich der Prether/Platißbachtalsperre aus, da uns damit der Hauptverkehrsweg zu unseren Flächen im Bereich Hellenthal wegfallen würde. Gleichzeitig stellen wir fest, dass bei der Erstellung der Umweltprüfung zur Talsperre Prether/Platißbach in den Vorbelastungen nur die B265 Erwähnung gefunden hat. Die gesamte Abwasserführung der Orte Udenbreth, Miescheid, Ramscheid und Hollerath verläuft im Wirtschaftsweg am Prether Bachtal, und somit direkt durch die geplante Talsperre. Diese Vorbelastung und deren Ersatz bei der Realisierung der Talsperre findet in der Umweltprüfung keinerlei Beachtung. Keine Beachtung findet auch, dass sich im Wassereinzugsgebiet der Talsperre im Bereich des Schwalenbachs, der in den Prether Bach mündet Bleierze abgebaut wurden, und der Abraum bis in die 1950er Jahre in den Wirtschaftswegen des gesamten Gebiets um Rescheid, Kamberg und Giescheid verbaut wurde. Die natürlichen Bleivorkommen reichen in diesen Bereichen bis an die Erdoberfläche, was durch eine Masterarbeit im Fach Biologie anhand von dort natürlich wachsenden Bleianzeigerpflanzen nachgewiesen worden ist. Für uns ist es daher mehr als Fraglich ob eine Talsperre mit dem Einzugsgebiet des Prether Bachs zur Trinkwassergewinnung sinnvoll ist.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zur Sicherung der Prether-Platißbachtalsperre erfolgen in Umsetzung der Vorgaben des LEP NRW. In Bezug auf die Sicherung des Talsperrenstandorts besteht kein Abwägungsspielraum. Die konkrete Umsetzung ist auf fachplanerischer Ebene näher zu konkretisieren.



AZ: Ö-P-1688	
1004447	
1010411	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Niederzier [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 50 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Den Betrieb soll mein Sohn bald übernehmen. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1689	
1004498	
1008661	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit nehme ich als direkt Betroffener Stellung zur derzeitigen Regionalplanung, bezogen auf meine nachfolgenden Flurstücke:</p> <p>Eigentümer  Stadt Mechernich Weyer [anonymisiert] Gern. Nettersheim Zingsheim [anonymisiert]  Pächter Stadt Mechernich Weyer [anonymisiert] Gem. Nettersheim Zingsheim  [anonymisiert] Spätestens seit dem 24. Februar 2022 (Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine) wissen wir, dass es sehr dringend einer Wende bei der Nahrungsmittelherstellung bedarf. Mit der geplanten Neuaufstellung des Regionalplans wird meinem land- und forstwirtschaftlichem Betrieb die komplette Existenzgrundlage entzogen. Eine weitere landwirtschaftliche Nutzung meiner eigenen, sowie den gepachteten Flächen, wäre mir nach Umsetzung dieser Planung nahezu nicht mehr möglich. Ziel der Bundesregierung muss es sein, die Nahrungsmittelherstellung in grossen Teilen im Inland zu belassen. Um dies zu erreichen, müssen die vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen in jedem Fall erhalten bleiben. Daher ist es für mich unbegreiflich, dass in dem aktuellen Regionalplan in den Kreisen Düren und Euskirchen eine so deutliche und massive Ausweitung von Naturschutzgebieten (BSN) zu finden sind. Es erschließt sich mir nicht, wieso meine Flurstücke annähernd komplett jetzt besonders zu schützende Naturflächen sein sollen. Selbst wenn es bei einer landwirtschaftlichen Nutzung bleiben wird, werden diese Flurstücke durch die Ausweisung als besonders schützenswerte Naturflächen eine deutliche Wert- bzw. Ertragsminderung erfahren. Daher widerspreche ich der geplanten Ausweitung als BSN-Flächen. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharken Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-169	
1001414	
1002530	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer von mehreren Hektar Ackerland die einer intensiven ackerbaulichen Nutzung unterliegen. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Bergheim-Ahe, Bergheim-Thorr bzw. Quadrath Ichendorf hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich als Eigentümer im Umfang von einigen ha Ackerland betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für viele landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis viele Hektar sehr gutes Ackerland in diese Planung hereinfallen würden. Für die Landeigentümer wäre es eine Wertminderung und eine Minderung des Einkommens bei gleichzeitiger Beibehaltung der Abgaben. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten</p>

AZ: Ö-P-1690	
1004499	
1008662	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Rinderaufzucht. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher flächen wie folgt Stellung: Anhand der Karte habe ich festgestellt, das rd. 7 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen, 15 Hektar gepachtete Ackerflächen und 2 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Zudem sollen in meinem Eigentum stehende 100 Hektar Grünland und 160 Hektar Ackerland einschließlich der Hofstelle als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann mit der bereits oben beschriebenen Konsequenz. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden. Hinzu kommt, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf dem Hof selbst oder den hofnahen Parzellen möglich ist. Ich befürchte daher, dass sich bei einer Einbeziehung der Hoffläche in die BSLE-Kulisse für eventuell notwendig werdende Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1691	
1004500	
1008663	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betroffene Flurstücke Stadt Mechernich, Gemarkung Weyer [anonymisiert]</p> <p>Hiermit nehmen wir als direkt Betroffene Ihrer Regionalplanung Stellung. Spätestens seit dem 24. Februar 2022 (Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine) wissen wir, dass es sehr dringend einer Energiewende und einer Wende bei der Nahrungsherstellung bedarf. Ziel der Bundesregierung ist es, den gesamten Energiebedarf der Bundesregierung (Strom, Wärme, Verkehr und Industrie) so schnell wie möglich klimaneutral zu erzeugen. Das ist ein hehres aber unabwendbares Ziel. Um dieses zu erreichen muss der Anteil regenerativer Stromerzeugung (Wind, Sonne) massiv erhöht werden. Das kann und wird größtenteils in den ländlichen Regionen erfolgen müssen. Daher ist es für uns unbegreiflich das in dem aktuellen Regionalplan in den Kreisen Düren und Euskirchen eine so deutliche und massive Ausweitung von Naturschutzgebieten (BSN) zu finden sind. Konkret geht es uns um unsere beiden in der Stadt Mechernich gelegenen und derzeit landwirtschaftlich genutzten Flurstücke: [anonymisiert] Es erschließt sich uns nicht, wieso diese beiden Flurstücke jetzt besonders zu schützende Naturflächen sein sollen. Beide Flurstücke liegen in unmittelbarer Nähe zur Bundesautobahn A1 und sind aus unserer Sicht geeignete Flächen zur Erzeugung von regenerativer Energie (Sonne oder Wind). Selbst wenn es bei einer landwirtschaftlichen Nutzung bleiben wird, werden diese Flurstücke, die derzeit an einen Landwirt verpachtet sind, durch die Ausweitung als besonders schützenswerte Naturflächen eine deutliche Wert- bzw. Ertragsminderung erfahren. Daher widersprechen wir der geplanten Ausweitung diese beider Flurstücke als BSN Flächen.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1692	
1004502	
1008664	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften unter der Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Grünland/Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca 0,25 Hektar Grünland, sowie ca 0,73 ha (Waldfläche) der von mir bewirtschafteten Flächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. ca 2,3 Hektar Grünland darunter fallen ca 600 m2 Bauland (für einen Altenteiler). Zu dem sind ca. 7200 m² als BSN sowie als BSLE Fläche ausgewiesen. der von uns bewirtschafteten Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN). Bei den Flächen handelt sich sowohl um Eigentumsflächen. Beiden Flächen handelt es sich um von mir bewirtschafteten Eigentumsflächen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerschläge nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und zudem zu einem deutlichen Flächenverlust führen. Es handelt sich dabei um die Flächen: [ABBILDUNG] Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bin Eigentümer von Grün- und Ackerflächen im Kreis Euskirchen (Satzvey-Firmenich) Diese sind an die [anonymisiert] verpachtet. Sie werden nach guter fachlicher bewirtschaftet. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer der Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, Grünland und Ackerfläche der von mir als Eigentümer verpachteten Flächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Bei den Flächen handelt um Eigentumsfläche. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerschläge nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. - Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und einen Vermögensverlust meines Privatvermögens nach sich ziehen. Ich spreche mich daher gegen eine Oberplanung der flächen mit dem Status zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1694	
1004505	
1008666	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand uns vorliegenden Karten haben wir festgestellt, dass viele unserer Parzellen - sowohl Acker- als auch Grünland - einschließlich der Hofstelle als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen sind. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung künftig in wirtschaftlich vertretbarer Weise nicht mehr ausgeübt werden kann. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden. Aber selbst ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Schließlich muss auch eine bauliche Entwicklung des Betriebes möglich bleiben, so dass auch die Hoffläche nicht in die entsprechenden Schutzbereiche einbezogen werden darf. Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1695	
1004506	
1008667	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Eigentümer und Verpächter von Ackerflächen im Bereich Zülpich-Nemmenich [anonymisiert] nehme ich zum Entwurf des Regionalplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der Kartierung sind ca. 3,74 ha meiner Eigentumsfläche als Bereich für den Schutz der Landschaft als landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmittel habe ich die Befürchtung, dass auf diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmittel eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ein wirtschaftlich sinnvoller Ackerbau kann auf dieser Fläche sodann nicht mehr betrieben werden und mein Eigentum verliert nachhaltig an Wert. Ich wende mich daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung. Bereits nach jetziger Rechtslage sind wir gegen die Ausweisung unserer verpachteten Acker-bzw. Weidefläche als Naturschutzgebiet (BSN). Die relevante Fläche befindet sich in der Ortslage Euskirchen-Kirchheim (PLZ 53881). [ABBILDUNG] Wir befürchten, dass bei einer späteren Ausweisung dieses BSN-Bereichs als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungseinschränkungen einschließlich des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf uns zukommen werden. Auf Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits heute mit einem Pflanzenschutzmittelverbot einhergehen, sodass eine ackerbauliche Nutzung praktisch nicht mehr möglich wäre. Im Hinblick auf dem damit einhergehenden massiven Wertverlust käme dies faktisch einer Enteignung gleich. Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte unter der oben angegebenen Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Mutterkuhhaltung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, rund 12 Hektar meiner betriebszugehörigen Ackerflächen, davon rund 8 Hektar Ackerland und 1 Hektar Grünland Eigentum, als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Weiterhin sollen rund 43 Hektar als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden, davon sind 33 Hektar Ackerland Eigentum sowie 5 Hektar Ackerland und 5 Hektar Grünland Zupachflächen. Insgesamt sind somit nahezu 80 % der Betriebsflächen als BSN- oder BSLE-Bereiche überplant. Käme es für die Ackerflächen zu einer Ausweisung als Naturschutzgebiet würde dies bereits jetzt nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich wäre. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich zudem die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, sodass auch hier eine wirtschaftliche ackerbauliche Nutzung künftig unmöglich wäre. Hierdurch wäre die Existenz meines Betriebes ernsthaft gefährdet, so dass ich beantrage, von einer Überplanung dieser Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und bitte, diese aus der Suchkulisse herauszunehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftl. Betrieb mit Milchviehhaltung und Ackerbau in Kall-Keldenich. Nach Einsicht in den neuen Regionalplan Köln, mußte ich feststellen, daß mein Betrieb (Hofstelle und umliegende Flächen) nach Ihren derzeitigen Planungen völlig aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausfallen. Somit ist eine Weiterentwicklung / Weiterführung des Betriebes gefährdet. Alleine die Veröffentlichung des Planungsentwurfes hat schon zu negativen Irritationen bei den Werten von landwirtschaftlichen Flächen geführt. Die ersten Banken ziehen Neubewertungen von Flächen in Betracht, falls diese als Sicherheiten für Kredite dienen. Sollte der Regionalplan in seiner aktuellen Fassung umgesetzt werden, hat dies einen extremen Strukturwandel zur Folge. Mein Betrieb ist in seiner Existenz gefährdet, hinzu kommen noch nicht absehbare Einbußen bei etwaigen Veräusserungen der Hofstelle und Flächen, da eine kostendeckende Bewirtschaftung ja nicht mehr möglich sein wird. Die neue Regionalplanung schießt in vielen Bereichen einfach über das Ziel hinaus. In Deutschland ist in absehbarer Zeit eine Versorgung mit qualitativ hochwertigen und regional erzeugten Lebensmitteln, aber auch Futtermitteln, gefährdet. Welchen Sinn macht es, in Deutschland mit allen Mitteln als Klimaretter zu agieren und im Gegenzug Lebensmittel und Futtermittel aus allen Herren Ländern per Schiff, Flugzeug etc. zu importieren. Hier kann von Nachhaltigkeit und Klimaschutz keine Rede sein, zumal die Produktionsbedingungen in den Herkunftsländern in vielen Fällen ausser Acht gelassen werden. Ich integriere in meinem Betrieb nachhaltige Bewirtschaftung wie vielfältige Fruchtfolge, Herbstbegrünung u.ä. Es wird nach guter fachlicher Praxis gearbeitet. Gerade in der aktuellen Situation sollten die langfristigen Folgen des derzeitigen Planungsentwurfes noch einmal grundlegend überdacht werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1699	
1004509	
1008671	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln berührt auch sich in meinem Eigentum befindliche Flächen in nicht unerheblicher Weise. Mit der Ausweisung von Flächen als BSN wird eine schwere und unerträgliche Belastung für den Grundstückseigentümer im landwirtschaftlichen Bereich wie auch im forstwirtschaftlichen Bereich geschaffen und führt zu einer über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehenden teilweisen Enteignung, die entschädigungslos nicht hinnehmbar ist. Das Mittel der Wahl sollte deshalb immer zunächst eine vertragliche Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer sein, die eine Unterschützstellung, welche in der Regel mit Nutzungsbeschränkungen einhergeht, finanziell oder durch Ausnahmeregelungen auszugleichen geeignet ist. Im gegebenen Fall sind Dauergrünland und Forstflächen durch die Regionalplanung berührt. Die Ausweisung von Dauergrünland als BSN führt z. 3. dazu, dass dort gemäß § 6 Abs. 1 Nr.:6 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen seit dem 01.01.2022 keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürfen. Hier wäre eine vertragliche Vereinbarung die eine Ausnahme für eine punktuelle Beseitigung giftiger, invasiver oder bei vermehrtem Auftreten für die Grünlandnutzung problematischen Pflanzenarten von vornherein zulässt sinnvoller und würde eine Entwertung der betroffenen Flächen verhindern. Die Stellung eines Antrages auf Ausnahmen wäre dann nicht mehr erforderlich. Die Ausweisung von Wald als BSN ist abzulehnen. Der hier bestehende Forstbetrieb betreibt eine naturnahe Waldwirtschaft bereits seit dem Jahre 1908 und wird seitdem in vierter Generation in dieser Tradition fortgeführt. Er zeichnet sich aus durch einen vielfältigen Baumbestand der verschiedensten Arten und besteht zu 2/3 aus Laubholz und zu 1/3 aus Nadelholz in den unterschiedlichsten Altersklassen mit einer reichhaltigen Auswahl verschiedenster Baumarten. Prägende Bäume werden als Naturdenkmale einer wirtschaftlichen Nutzung nicht zugeführt und verbleiben als ?Specht Bäume?, ?Tot Bäume? an ihrem Standort und prägen so das gegebene Waldbild schon seit Jahrzehnten. Der Forstbetrieb arbeitet seit vielen Jahren zertifiziert und die Entnahme von Holz hat sich ganz überwiegend auf Einzelhiebe beschränkt (Ausnahme Schwachholz in der Durchforstung und die Kalamitäten der letzten Jahre bedingt durch Sturm und Käferbefall). Hier soll auch weiter dran festgehalten werden. Nur wegen und durch die Bewirtschaftung in dieser Form ist in den vergangenen 114 Jahren diese Schutzwürdigkeit erst entstanden. Jede Bewirtschaftungseinschränkung verhindert, gerade in der gegebenen Situation, vor dem Hintergrund einer gewaltigen klimatischen Veränderung, ein rasches, aber notwendiges agieren, um den Wald zu retten oder Klima angepasst weiterzuentwickeln. Das Mittel der Wahl wäre auch hier eine vertragliche Regelung. Betroffen vom Regionaiplan sind folgende Bereiche: Stadt</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-170	
1001394	
1003470	
<p>Inhalt</p> <p><b>Anregungen und Bedenken zum Regionalplan Rhein-Erft-Kreis (Entwurf 2021) den nördlichen Siedlungsbereich Brühl ? Schwadorf.</b></p> <p>Es wird angeregt, bauliche Anlagen entlang der Bundesautobahn 553 in dem vorgenannten Siedlungsbereich bis 40 Meter an die Autobahn zuzulassen.</p> <p>Begründung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vergrößerung der Siedlungsfläche in dem geplanten, abgegrenzten Baugebiet zwischen Bonnstraße Bundesautobahn/ Bahnstrecke und vorhandener Bebauung (Nähe Kindergarten).</li> <li>2. Optimale Ausnutzung der Siedlungsfläche zur Errichtung von dringend benötigtem zusätzlichem Wohnraum, durch die Verringerung der Anbauverbotszone.</li> <li>3. Anpassung der Anbauverbotszone an die vorhandene Bebauung (gebaut vor ca. 25 Jahren) an der Bonnstraße in der Nähe der Autobahnbrücke, die den Mindestabstand von 40 Metern einhält.</li> <li>4. Die Festsetzung der 40 Meter Zone ist möglich? da die Topographie einen Höhenunterschied zwischen der Autobahn und dem Siedlungsgebiet aufweist.</li> <li>5. Der Lärmschutz wird durch die bestehende Lärmschutzwand gewährleistet.</li> <li>6. Durch eine Bebauung geringer Höhe werden keine bedeutenden Einflüsse auf das Klima erwartet.</li> <li>7. Bei der 100 Meter Abstandsregel wird die Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung uninteressant und es verbliebe eine Brachlandfläche.</li> </ol> <p>Angefügt ist die zeichnerische Darstellung des betreffenden Siedlungsbereichs.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001491_2]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001491_3]</p> <p>[s. Anhang Abb. 1001491_5]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID_1003470_1.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID_1003470_2.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID_1003470_3.pdf</a></p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Im Übrigen stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum raumordnerische Planungsdirektiven in Form der Festlegung Regionaler Grünzug entgegen. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG</p>



als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

**Inhalt**

Die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln berührt auch sich in meinem Eigentum befindliche Flächen in nicht unerheblicher Weise. Mit der Ausweisung von Flächen als BSN wird eine schwere und unerträgliche Belastung für den Grundstückseigentümer im landwirtschaftlichen Bereich wie auch im forstwirtschaftlichen Bereich geschaffen und führt zu einer über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehenden teilweisen Enteignung, die entschädigungslos nicht hinnehmbar ist. Das Mittel der Wahl sollte deshalb immer zunächst eine vertragliche Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer sein, die eine Unterschutzstellung, welche in der Regel mit Nutzungsbeschränkungen einhergeht, finanziell oder durch Ausnahmeregelungen auszugleichen geeignet ist. Im gegebenen Fall sind Dauergrünland und Forstflächen durch die Regionalplanung berührt. Die Ausweisung von Dauergrünland als BSN führt z. B. dazu, dass dort gemäß § 6 Abs. 1 Nr.: 6 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen seit dem 01.01.2022 keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürfen. Hier wäre eine vertragliche Vereinbarung die eine Ausnahme für eine punktuelle Beseitigung giftiger, invasiver oder bei vermehrtem Auftreten für die Grünlandnutzung problematischen Pflanzenarten von vornherein zulässt sinnvoller und würde eine Entwertung der betroffenen Flächen verhindern. Die Stellung eines Antrages auf Ausnahmen wäre dann nicht mehr erforderlich. Die Ausweisung von Wald als BSN ist abzulehnen. Der hier bestehende Forstbetrieb betreibt eine naturnahe Waldwirtschaft bereits seit dem Jahre 1908 und wird seitdem in vierter Generation in dieser Tradition fortgeführt. Er zeichnet sich aus durch einen vielfältigen Baumbestand der verschiedensten Arten und besteht zu 2/3 aus Laubholz und zu 1/3 aus Nadelholz in den unterschiedlichsten Altersklassen mit einer reichhaltigen Auswahl verschiedenster Baumarten. Prägende Bäume werden als Naturdenkmale einer wirtschaftlichen Nutzung nicht zugeführt und verbleiben als ?Specht Bäume? und ?TotBäume? an ihrem Standort und prägen so das gegebene Waldbild schon seit Jahrzehnten. Der Forstbetrieb arbeitet seit vielen Jahren zertifiziert und die Entnahme von Holz hat sich ganz überwiegend auf Einzelhiebe beschränkt (Ausnahme Schwachholz in der Durchforstung und die Kalamitäten der letzten Jahre bedingt durch Sturm und Käferbefall). Hier soll auch weiter dran festgehalten werden. Nur wegen und durch die Bewirtschaftung in dieser Farm ist in den vergangenen 114 Jahren diese Schutzwürdigkeit erst entstanden. Jede Bewirtschaftungseinschränkung verhindert, gerade in der gegebenen Situation, vor dem Hintergrund einer gewaltigen klimatischen Veränderung, ein rasches, aber notwendiges agieren, um den Wald zu retten oder Klima angepasst weiterzuentwickeln. Das Mittel der Wahl wäre auch hier eine vertragliche Regelung. Betroffen vom Regionalplan sind folgende Bereiche: Stadt

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1701	
1004512	
1008673	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Grünlandbewirtschaftung mit Mutterkuhviehhaltung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen, ca. 0,75 Hektar Grünlandflächen, die in meinem Eigentum stehen, als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) auszuweisen; außerdem liegen von mir zugepachtete 2,06 Hektar Grünlandflächen in dieser Kulisse. Sämtliche Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Ich befürchte, dass mit einer Ausweisung dieser Flächen als Naturschutzgebiet Einschränkungen in deren Nutzung einhergehen, die sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und mit einem zusätzlichen Pflege-Mehraufwand verbunden sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1702	
1004513	
1008674	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift Auf dem Fluss 12 in 53909 Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionaipplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegende Kartierungen sollen rd. 6 Hektar in meinem Eigentum stehende Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie 17 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen und 20 Hektar zugepachtete Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Ich wende mich hiermit gegen die geplanten Ausweisungen. Eine künftige Ausweisung von BSN-Flächen als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutz anwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden ist. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln besteht zudem die Befürchtung, dass bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden könnte. Bei entsprechender Ausweisung wäre somit auf großen Teilen meiner Betriebsfläche die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht oder nur noch eingeschränkt möglich mit der weiteren Folge, dass Ackeranbau dort wirtschaftlich sinnvoll nicht mehr betrieben werden könnte. Damit verbunden wären eine existentielle Gefährdung meines Betriebes sowie eine Entwertung des landwirtschaftlichen Eigentums. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte unter der o.a. einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Ackerbau und Milchwirtschaft. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Gemäß der mir vorliegenden Karte sollen rund 2 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen und auch die Hoffläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und die Flächen hierdurch einen erheblichen Wertverlust erleiden würden. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf den dem Hof selbst oder den hofnahen Parzellen möglich ist. Ich befürchte daher, dass sich bei einer Einbeziehung der Hoffläche in die BSN-Kulisse für eventuell notwendig werdende Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen und des Hofes als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit nutzen und hierzu, wie nachstehend aufgeführt, unsere Sicht zu dem Entwurf darlegen. Die Kirchengemeinde ist mit ihren ca. 35 ha zu 100 % von diesem Entwurf betroffen. Diese Flächen werden z.Zt. von 5 landw. Betrieben und 2 Nebenerwerbslandwirten bewirtschaftet. Aus unserer Sicht besteht für diese Flächen die große Sorge, dass die Ausweisung künftig die landwirtschaftliche Nutzung erheblich beeinträchtigen wird, hier insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmittel betrifft. Dies wäre nicht nur für die Pächter dieser Flächen sondern auch für uns als Verpächter existenzgefährdend. Die Pachteinahmen sind für unsere Kirchengemeinde die einzigen eigenen Einnahmen die wir dringend brauchen, um unseren Aufgaben für den Seelsorgebereich und den Erhalt der denkmalgeschützten Pfarrkirche [anonymisiert] nachzukommen. Die Pflanzenschutzanwendungsverordnung von 2021 betraf eigentlich den Bereich von Naturschutzgebieten. Doch diese Flächenausweisung hat sich nicht genau an den schützenswerten Kulissen ausgerichtet, sondern hat zur Abrundung auch landwirtschaftliche Nutzflächen mit einbezogen. Uns als Eigentümer dieses Flächen wurde suggeriert, dass die Ausweisung als Naturschutzgebiet keine Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung haben werde. Nach unserer Ansicht hatte diese Regelung jedoch massive Auswirkungen auf die betroffenen Flächen und damit auch auf die Bewirtschafter. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Verordnung über die Verwendung von Pflanzenschutzmittel vom 22. Juni 2022 ist noch weit über die bisherige Regelung hinausgegangen. Dieser Vorschlag der Kommission greift massiv in die Eigentumsverhältnisse der Flächeneigentümer ein und führt zu Flächenentwertung mit Begleiterscheinungen (Flächenentwertung, finanzielle Gründe). Da bekanntlich die Naturschutzgebiete in NRW weit verbreitet sind, werden diese durch den Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wir auch immer definierten Schutzstatus. Die Folge der unter Schutzstellung unserer Flächen würde bei der Kirchengemeinde zu erheblichen Mindereinnahmen führen, Die Folge davon wird sein, dass der Kirchenvorstand die denkmalgeschützten Bauwerke, Pfarrkirche und Kapelle, nur noch auf dem Weg zu Ruinen begleiten kann. Nach unserer Ansicht ist daher aufgrund des Kommissionsvorschlags ein gemeinsamer Weg mit den Eigentümern und den Bewirtschaftern nicht mehr denkbar. Sinnvoller wäre es, wenn die landwirtschaftlichen Flächen als schützenswert im Regionalplan ausgewiesen würden: da gerade die aktuelle Situation uns zeigt, wie notwendig eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide ist. Somit beantragen wir unsere Gesamtfläche nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Europas leisten zu können. Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäusserung mit Interesse entgegen. Flurstücksverzeichnis [anonymisiert]	
--	--



AZ: Ö-P-1705	
1004516	
1008677	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchproduktion. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Wir haben feststellen müssen, dass der Großteil unserer Betriebsflächen ? sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen, entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) sowie Grundwasser und Gewässerschutz ausgewiesen werden sollen. Wir befürchten, dass es nach erfolgter Ausweisung künftig zu Einschränkungen in der Nutzung der Flächen kommen wird und geben zu bedenken, dass wir zur Erzeugung des Futters für unsere Tiere angewiesen sind und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbar Mengen- und Qualitätsmäßig bemerkbar machen werden. Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer künftigen Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Beschränkungen in der Nutzung würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden. Wir sprechen uns daher gegen eine Überpianung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN), als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) sowie als Bereich für Grundwasser und Gewässerschutz aus und bitten diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass von meinen Eigentumsflächen etwa 15 Hektar Ackerland als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie 25 Hektar Ackerland als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden sollen. Weiterhin ist auch meine Hofstelle sowie 25 Hektar gepachtete Ackerflächen in der Kulisse enthalten. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei Ausweisung der Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Da eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches die ackerbauliche Nutzung der Flächen und da mit auch die Existenzfähigkeit meines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden würde, wende ich mich gegen diese Planung. Soweit die Hoffläche selbst in der BSLE-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass in Zukunft Bauvorhaben des Betriebes aufgrund der dann verschärften Abstands- und Immissionswerte nicht mehr realisiert werden können und eine betriebliche Entwicklung nicht mehr möglich ist. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bin Eigentümer landwirtschaftlicher Betriebe mit dem Schwerpunkt Ackerbau und Grünland, deren Erlöse aus der Verpachtung für mich den wesentlichen Teil meiner Allershezüge ausmachen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt rund 25 ha meiner in den Gemarkungen Zülpich Schwerfen und Sinzenich und Nideggen Wollershein, liegenden Ackerflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Dies ist ein erheblicher Teil meiner Gesamtfläche. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen entsprechend der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der FUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Die Beschränkungen der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen und die infolgedessen geringen Pachtzahlungen würden die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes und damit meine Altersversorgung gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisserie herauszunehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1708	
1004521	
1008680	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der Karte habe ich festgestellt, das rd. 20 Hektar der in meinem Eigentum stehen den Grünlandflächen, sowie eine 5 Hektar gepachtete Grünlandfläche nebst meiner Hofstelle als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen sind.</p> <p>Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünges und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem - zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Soweit die Hoffläche selbst in der BSN-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass die zukünftige Entwicklung des Betriebes hierdurch unmöglich wird, da sodann für eventuelle Bauvorhaben strengere und für einen viehhaltenden Betrieb kaum einzuhaltende Abstands- und Immissionswerte zu beachten sind. Ich bitte daher, von den beabsichtigten Ausweisungen abzusehen. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1709	
1004522	
1010196	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Erfstadt-Erp. Die Flächen soll laut Neuaufstellung des Regionalplans als Gebiet "Schutz der Natur? bzw. "Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerlandflächen, die ich an einen Landwirt verpachtet habe und von diesem bewirtschaftet werden.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Als Mitglied der Erbgemeinschaft [anonymisiert] - für die ich stellvertretend spreche - nehme ich hiermit als Privatperson Stellung zur Planunterlage Neuaufstellung Regionaipplan Köln, konkret zum Abschnitt Zeichnerische Festlegungen Regplan Koeln Blattlo-11 Kreis Euskirchen: Gemäß nachstehendem Ausschnitt sollen in der Ortslage Dürscheven die fett-grün schraffierten Gebiete links und rechts des Bleibachs als ?Bereiche zum Schutz der Natur? ausgewiesen werden. [ABBILDUNG] Die Erbgemeinschaft [anonymisiert] ist Eigentümerin bzw. Miteigentümerin von drei Flurstücken, die innerhalb dieser Gebiete liegen. Diese Flurstücke sind seit vielen Jahren an einen in Dürscheven ansässigen landwirtschaftlichen Betrieb verpachtet, sind Bestandteil größerer seit jeher landwirtschaftlich genutzter Flächen und wurden und werden aufgrund der laut Pächter sehr guten Bodenqualität auch regelmäßig landwirtschaftlich bewirtschaftet. Die geplante Ausweisung als ?Bereich zum Schutz der Natur? lässt erwarten, dass über kurz oder lang diese Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden sollen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Flächen zum Schutz der Natur wird ausdrücklich hier nicht in Frage gestellt, jedoch bezieht die Markierung in der Karte undifferenziert größere seit jeher zusammenhängende landwirtschaftlich genutzte Flächen in die vermutlich beabsichtigte Schutzzone links und rechts des Bleibachs ein. Insofern widerspricht die Ausgestaltung der Markierung den im Abschnitt Textliche Festlegungen im Kapitel 4.4 (Seite 105ff) an verschiedenen Stellen formulierten Grundsätzen: dort wird zu Recht u.a. gefordert,,,... den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden...? (Begründung 2 zu G.32) und ?Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten? (G.34). Neben dieser grundsätzlichen Auswirkung wird eine Umwidmung dieser relevanten Flächen einen Einkommensverlust des Pächters und einen Vermögensverlust unserer Erbgemeinschaft nach sich ziehen. Wir als Erbgemeinschaft behalten uns die Geltendmachung von Schadenersatz in diesem Falle ausdrücklich vor. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigelegt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.





**Inhalt**

Meine Land ? und Forstwirtschaftlichen Flächen sind im Rahmen der BSN-Neuausweisung GO BSN TAA-EU betroffen. Aufgrund bereits bestehender Einschränkungen in der Bewirtschaftung ist insbesondere der landwirtschaftliche Betrieb in der Wirtschaftlichkeit eingeschränkt worden.

Hinzu kommen inzwischen immer schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse aufgrund der klimatischen Extreme, mit starken Ertragsverlusten durch Trockenheit ? aber auch Überflutungen. Die geplante Ausweisung wird die Wirtschaftlichkeit / Bewirtschaftbarkeit weiter reduzieren und den Betrieb in seiner Existenz gefährden. Von daher lehne ich die Ausweisung ab, bzw. lege hiermit Einspruch dagegen ein.

Als Mitglied der Erbgemeinschaft [anonymisiert], für die ich spreche, nehme ich hiermit Stellung zur Planunterlage Neuaufstellung Regionalplan Köln, konkret zum Abschnitt: Zeichnerische Festlegungen Regplan Köln Blatt 10 ? 11 Kreis Euskirchen: Gemäß nachstehendem Ausschnitt sollen in der Ortslage Bad Münstereifel die fett grün schraffierten Gebiete als ?Bereiche zum Schutz der Natur? ausgewiesen werden. Die Erbgemeinschaft [anonymisiert] ist Eigentümer von drei Flurstücken, die innerhalb dieser Gebiete liegen. Diese Flurstücke sind seit vielen Jahren an einen ansässigen landwirtschaftlichen Betrieb verpachtet, sind Bestandteil größerer seit jeher landwirtschaftlich genutzter Flächen und wurden und werden auch regelmäßig landwirtschaftlich bewirtschaftet. Die geplante Ausweisung als ?Bereich zum Schutz der Natur? lässt erwarten dass über kurz oder lang diese Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden sollen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Flächen zum Schutz der Natur wird ausdrücklich hier nicht in Frage gestellt, jedoch bezieht die Markierung in der Karte größere seit jeher landwirtschaftlich genutzte Flächen in die vermutlich beabsichtigte Schutzzone ein. Insofern widerspricht die Ausgestaltung der Markierung den im Abschnitt Textliche Festlegungen im Kapitel 4.4 (Seite 105ff) an verschiedenen Stellen formulierten Grundsätzen: dort wird zurecht u.a. gefordert, ?den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen zu vermeiden.? (Begründung 2 zu G 32) und Agrarstruktureller Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten?(G34). Neben dieser grundsätzlichen Auswirkung wird eine Umwidmung dieser relevanten Flächen einen Einkommensverlust des Pächters und einen Vermögensverlust unserer Erbgemeinschaft nach sich ziehen. Wir als Erbgemeinschaft behalten uns die Geltendmachung von Schadenersatz in diesem Falle ausdrücklich vor. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 11 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Frechen-Bachem: Schutz der Landschaft  
Gemarkung Vettweiß-Kelz: Schutz der Landschaft

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 55 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 11 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Kerpen-Türnich: BSLE  
Gemarkung Hürth-Gleuel: BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.  
Dieses Schreiben ersetzt meine Stellungnahme vom 25.08.22.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1714	
1004526	
1010262	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans für Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb im Bereich Pulheim-Frechen. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Pulheim bzw. Frechen hochwertige Ackerlandflächen als künftige BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Vor dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 200 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Fläche zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis 200 ha in diese Planung fallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschland und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Fliesteden einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 4 ha im Gebiet "Schutz der Natur".

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Hüchelhoven: BSLE

Gemarkung Geyen: BSN; BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 90 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 33 ha im Gebiet "Schutz der Natur".

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Büsdorf, Ingendorf, Fliesteden, Manstedten: BSN, BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung diese Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in 50170 einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 101 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Kerpen, Bergheim, Erftstadt: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1718	
1004531	
1008684	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Vorsitzender des Wasser- und Bodenverbandes [anonymisiert] nehme ich zum Entwurf des Regionalplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Der Vorstand des Wasser- und Bodenverbandes hat festgestellt, dass viele der im Verbandsgebiet gelegenen Flächen entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Namens und im Auftrage des Wasser- und Bodenverbandes wende ich mich hiermit gegen die Überplanung der verbandszugehörigen Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche. Da die im Verbandsgebiet gelegenen Flächen über zu Staunässe neigende Böden verfügen, wurde dort in der Vergangenheit ein umfangreiches Drainagesystem verlegt, um die Flächen in einen für eine ackerbauliche Nutzung erforderlichen Zustand zu versetzen. Um die Drainage in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten! bedarf es deren ständiger Pflege und Instandhaltung. Vor diesem Hintergrund können wir keine naturschutzbedingten Einschränkungen bei der Erhaltung der bestehenden Drainage hinnehmen. Auch würden Anpflanzungen in unserem Verbandsgebiet die Funktionsfähigkeit der Drainage beseitigen, da die Drainagestränge durch eindringendes Wurzelwerk zugesetzt und die anliegenden Flächen vernässen würden. Ich beantrage daher, die Flächen im Bereich des Wasser- und Bodenverbandes [anonymisiert] aus den BSN- oder BSLE-Kulissen herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1719	
1002223	
1008685	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als betroffener Eigentümer Gemarkung Hellenthal Gemarkung Hollerath [anonymisiert]. Mein Land wird konventionell bewirtschaftet und ich befürchte, dass dann kein Pflanzenschutz mehr eingesetzt werden darf. Ich möchte aber, dass weiterhin auf meinem Eigentum hochwertige Lebensmittel erzeugt werden und dafür aus meiner Sicht der Einsatz von PSM und Dünger nach guter fachlicher Praxis notwendig ist, gerade in Zeiten von Nahrungsmittelknappheit durch Krieg und Naturkatastrophen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Der Unterzeichner bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Gemeinde Nörvenich.

Zum Betrieb gehören folgende Ackerlandparzellen: [ABBILDUNG]

Die Parzellen sind für den Fortbestand des Betriebs von existentieller Bedeutung. Daher legen wir hiermit Widerspruch gegen die Beplanung der Flächen für ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE Vorbehaltsgebiet) ein.

Begründung:

1) Grundsatz Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen: Landbewirtschaftung ist die Grundlage der menschlichen Ernährung (Existenzsicherung). sie bietet regionale Produkte und erzeugt zunehmend nachwachsende Rohstoffe. Die im Freiraum liegenden. von der Landwirtschaft genutzten Flächen sollen nach dem Grundsatz 7.5-2 als wesentliche Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden. Nach dem Verordnungsvorschlag der EU-Konunission vom 22Juni 2022 zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten verboten werden. Selbst wenn der Verordnungsvorschlag nicht umgesetzt werden sollte, können in der Zukunft staatliche Verordnungen oder gesetzliche Vorgaben für Landschaftsschutzgebiete eine rentable Bewirtschaftung der Flächen unmöglich machen.

2) Ein besonderer Schutzbedarf von Natur und Landschaft ist für die oben aufgeführten Parzellen nicht ersichtlich.

3) Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV ist zwar die naturschutzfachliche Grundlage für die Neuauftellung des Regionalplans Köln, er hat aber allein die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zum Gegenstand. Im Rahmen der vorliegenden Regionalplanung muss der Regionairat aber eine raumordnerische Abwägung vornehmen, da es sich ? anders als beispielsweise bei der Landschaftsplanung ? um eine räumliche Gesamtplanung handelt. Er muss also auch die abwägungserheblichen öffentlichen und privaten Belange in seine Entscheidung einstellen. Dazu gehören vorliegend die Belange der Landwirtschaft im Allgemeinen ebenso wie die einzelbetrieblichen Belange des Eigentümers/Bewirtschafters der betroffenen Flächen. Eine Regionalplanung, die sich allein von dem Fachbeitrag des LANUV leiten lässt, wäre abwägungsfehlerhaft.

4) Es handelt sich bei den betroffenen Betriebsflächen um überdurchschnittlich fruchtbares Ackerland mit Ackerzahlen zwischen 80 und 95 Punkten. Der Landesentwicklungsplan NRW weist auf die Erhaltungsbedürftigkeit von Böden mit hoher natürlicher Fruchtbarkeit hin (7.5-2 Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen). Nach

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den

dem LEP NRW gelten Böden ab einer Bodenwertzahl von über 55 Punkten als besonders fruchtbar.

5) Die vorgesehene Festlegung eines BSLE in dem betreffenden Bereich würde in Widerspruch treten zu dem Umstand, dass es sich um agrarstrukturell bedeutsame Flächen handelt (Anlage), die ihrerseits besonderen Schutz genießen (vgl. insbesondere Grundsatz G33, Seite 106 des Planentwurfs). Grundsatz G34 sieht zudem vor, dass landwirtschaftliche Betriebe in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden sollen. Bei Planungen und Maßnahmen sollen Beeinträchtigungen der agrarstrukturellen Voraussetzungen und der betrieblichen Belange vermieden werden. Genau eine solche Beeinträchtigung der agrarstrukturellen Voraussetzungen steht aber zu befürchten, wenn gerade auf agrarstrukturell bedeutsamen Flächen BSLE festgelegt werden, die ihrerseits durch geeignete Maßnahmen der Landschaftsplanung zu sichern sind (Ziel Z21). Um einen solchen Widerspruch zu vermeiden, sind agrarstrukturell bedeutsamen Flächen von einer Festlegung als BSLE auszunehmen. Zumindest aber ist in den Erläuterungen zum Ziel Z21 ergänzend aufzunehmen, dass die nachfolgende Fachplanung in den agrarstrukturell bedeutsamen Flächen auf die Belange der Landwirtschaft in besonderer Weise Rücksicht zu nehmen hat und keine Darstellungen oder Festsetzungen treffen darf, die zu Bewirtschaftungserschwernissen für die landwirtschaftliche Produktion führen können.

6) Erhalt landwirtschaftlicher Betriebsstandorte: Unsere Parzellen in der Gemarkung Kerpen liegen unmittelbar (ANONYMISIERT) und nahe (ANONYMISIERT) an unserer Hofstelle ANONYMISIERT. Nach Auskunft von Frau ANONYMISIERT (Landwirtschaftskammer NRW; Auskunft per E-Mail vom 18.08.2022) zählt ein Entwicklungsradius von 300 m um die Hofstelle als potentieller Hofstellenerweiterungsraum, der die Schwelle der Raumbedeutsamkeit überschreitet. Dieser Hofstellenerweiterungsraum sollte als Vorrang- bzw. als Vorbehaltsgebiet mit Zweckbindung ?Agrarbereich, Nahrungsmittelerzeugung? vor konkurrierenden Nutzungen gesichert und freigehalten werden.

7) Von meinem Ackerbaubetrieb wurden erst im Jahr 2014 im Zuge des von der Bezirksregierung Köln genehmigten Rahmenbetriebsplan zur Fortführung des Tagebaus Hambach 2020?2030 fruchtbare Ackerlandparzellen im Umfang von 10 ha für die Anlage von ökologischen Ausgleichsflächen abgegeben. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums wird überstrapaziert, wenn jetzt erneut Flächen von der Bezirksregierung als BSLE Vorbehaltsgebiet beplant werden.

8) Im Jahr 2017 wurden 3,9723 ha Betriebsfläche zu Naturschutzgebiet erklärt. Auch daher sind wir der Meinung, dass die Sozialpflichtigkeit des Eigentums durch eine fortgesetzte Beplanung unserer Betriebsflächen überstrapaziert wird.

9) Wir haben einen Betriebsnachfolger in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Die Beplanung der für unseren Betrieb wichtigen Flächen stellt die Überlebensfähigkeit des Betriebes für den Nachfolger in Frage. Kompensationsangebot:

Als Kompensation sind wir bereit, der Bezirksregierung in unserem Eigentum befindliche Flächen im Umfang von ca. 10 ha als Naturschutzgebiet anzubieten.

Die Flächen sind in Ihrem Regionalplan ohne besondere Widmung geblieben. Wir sind

gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche , sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei der überlagernden Festlegung des Freiraums wie BSLE kann nicht von einem Verlust oder einer Beeinträchtigung der Böden ausgegangen werden. Bei den Vorranggebieten Regionaler Grünzug oder Bereiche zum Schutz der Natur werden die Böden vor einer Inanspruchnahme anderweitiger Nutzungen geschützt. Die Notwendigkeit die Zielfestlegung 21 zu ergänzen wird nicht gesehen, da sie über die Regelungskompetenz der Regionalplanung und deren Maßstäblichkeit hinausgehen.

auch bereit, von unserer Betriebsfläche Flurstücke zu benennen, die wir als Ersatz für die oben aufgeführten drei beplanten Parzellen als BSLE Vorbehaltsgebiete anbieten können.

Um Stellungnahme wird gebeten.

[s. Anhang Abb.1008896\_1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008896\\_1.pdf](#)

**Inhalt**

Zudem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Hürth Kendenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen 90% der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und / oder ?Regionale Grünzüge?. Etwas genauer benannt, handelt es sich um folgende Gemarkungen und Flurnummern [ANONYMISIERT]:

Kendenich, Hermülheim, Fischenich, Stotzheim, Gleuel, Brühl, Badorf, Schwadorf, Walberberg, Meschenich, Berzdorf und Keldenich

Bei besagten Flurnummer handelt es sich um Flurstücke, welche sich überwiegend im Eigentum befinden oder zum Teil auch gepachtet sind.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

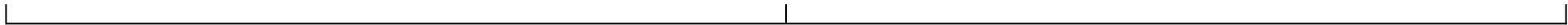
**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bedburg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 55 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kasterer Höhe: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
---	---



## Inhalt

Die [ANONYMISIERT] hat Ihre vormals durch den Rechtsvorgänger bewirtschafteten, landwirtschaftlichen Flächen an die [ANONYMISIERT] verpachtet, die auf diesen Flächen, im einzelnen Gemarkung Breinig, Flur 23 [ANONYMISIERT] sowie Gemarkung Breinig, Flur 26 [ANONYMISIERT] wie auch der Rechtsvorgänger seit Jahrzehnten intensive Landwirtschaft und insbesondere Futterbau für Ihre Milchviehhaltung betreibt.

Wir nehmen hiermit Bezug auf den vorliegenden Entwurf des Regionalplanes, die oben genannten Flächen betreffend und nehmen wie folgt Stellung.

Die beabsichtigte Ausweisung als Fläche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) würde den Wert unserer Flächen in Bezug auf Ihre seit Jahrzehnten durchgeführte Nutzung erheblich schmälern und uns die Möglichkeit rauben, in Zukunft unsere landwirtschaftlichen Aktivitäten erneut aufzunehmen und wie schon immer, intensive Landwirtschaft wieder selbst zu betreiben. Unseren Pächtern, die gemäß Pachtvertrag von einer intensiv zu nutzenden Fläche ausgehen müssen, würde im Falle der Einschränkung der Nutzung erheblicher Schaden entstehen.

Die Pachtgrundlage würde entfallen und die Versorgung unseres Rechtsvorgängers aber auch unser Geschäft wäre gefährdet.

Wir lehnen daher eine Überplanung unserer o.g. Flächen und Neudarstellung als BSN Flächen oder auch als BSLE Flächen ab und bitten um Streichung unserer Flächen aus der Planungskulisse bzw. Ausweisung unserer Flächen in Ihrer Planung als wie historisch bisher dagewesene intensiv landwirtschaftlich zu nutzende Flächen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wir sind ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb und bewirtschaften ca. 154 ha LN im Wesentlichen mit einer Feldentfernung von unter 4 km. Wir leben von der Rinderhaltung (Milchviehwirtschaft) mit der Besonderheit der Sommerweidehaltung. Folgende meiner Flächen, die ich Ihnen mit Feldblocknummer und Ortslage beschrieben habe, sind primär betroffen:

I. Radevormwald ? südlich der Neißestraße  
DE NWLI [ANONYMISIERT]

Teile der Ackerfläche, die derzeit mit Silomais bestellt ist, sind betroffen.

II. Radevormwald ? südwestlich der Ortschaft Wellringrade  
DE NWLI [ANONYMISIERT]

Hier wird eine Kleinsfläche (ca. 150 in2) inmitten meiner großen Fläche ohne erkennbaren Grund ausgewiesen.

III. Radevorinwald ? südwestlich der Ortschaft Milspe  
DE NWLI [ANONYMISIERT]

Teilbereiche dieser Fläche sind ausgewiesen. Die Fläche nutze ich als Sommerweide für mein Jungvieh.

Direkt hier angeschlossen (südlich) sind weitere ca. 10 ha, die wir ab Herbst 2023 in Bewirtschaftung nehmen. Auch hiervon liegt ca. die Hälfte im geplanten Naturschutzgebiet.

IV. Radevonnwald ? nördlich der Ortschaft Milspe  
DE NWLI [ANONYMISIERT]

Von dieser Fläche ist der tiefer gelegene Bereich im Gebiet. Die Fläche wird 2xjährlich gemäht und danach wird der Auswuchs vom Milchvieh abgeweidet.

V. Radevonnwald ? westlich der Lambecker Mühle  
DE NWLI [ANONYMISIERT]

Die Fläche wird von Mai bis November von Jungvieh bzw. trockenstelienden Kühen ganztags beweidet.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Vi. Radevonnwald ? Dauergrünland zwischen den Ortschaften Lambecker Mühle ?  
Feckinghausen ? Wönkhansen

DE NWLI [ANONYMISIERT]

DE NWLI [ANONYMISIERT]

DE NWLI [ANONYMISIERT]

Diese Flächen sind das Herzstück unseres Betriebes. Hier grasen unsere Milchkühe von Mai bis November jeden Tag von ca. 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr als Standweide - Sommerweidehaltung-.

VII. An die letztgenannte Fläche nach Osten angrenzend

DE NWLI [ANONYMISIERT]

Auch diese Fläche dient von Mai bis November als Ganztagswiese für unser Jungvieh.

VIII. Radevormwald ? nordöstlich der Ortschaft Feckinghausen

DE NWLI [ANONYMISIERT]

Auf der Fläche werden von Mai bis November ganztägig Jungvieh bzw. trockenstehende Kühe gehalten.

IX. Radevormwald ? Fläche zwischen Feckinghausen und Filde

DE NWLI [ANONYMISIERT]

Auch auf dieser Fläche grast von Mai bis November ganztags ein Teil unseres Jungviehs.

X. Radevormwald ? südlich der Ortschaft Feckinghausen

DE NWLI [ANONYMISIERT] und angrenzend

Die von dieser Fläche im überplanten Gebiet liegenden Flächenteile werden zum Teil von Mai bis November von trockenstehenden Milchkühen beweidet oder 2-3x jährlich geschnitten und danach von den Milchkühen mit abgegrast.

Die hier aufgeführten Flächen III-X liegen in unmittelbarer Nähe zum Hof und machen flächenmäßig ca. die halbe Dauergrünlandfläche und somit fast die gesamte Weidefläche unseres Betriebes aus.

Durch ein eventuell ausgewiesenes Naturschutzgebiet würde unser Betrieb durch Flächenverlust, aber auch durch Einschränkungen in der Bewirtschaftung, erheblichen Schaden nehmen bzw. stünde der Betrieb vor dem AUS. Unser Sohn als Betriebsnachfolger (22 Jahre alt, derzeit Besuch der Fachschule in Köln Auweiler) verliert seine berufliche Perspektive.

Die Umsetzung einer bereits geplanten und auch schon behördlich genehmigten Silolageranlage und einer großen Maschinenhalle (Baukosten etwa 1Mio. ?) wird durch die Androhung des Naturschutzgebietes (Flächenverlust) in Frage gestellt.

Ich bitte um Eingangsbestätigung dieses Widerspruchs und eine gemeinsame Ortsbegehung.

AZ: Ö-P-1725	
1004547	
1010408	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Der Kirchenvorstand [ANONYMISIERT] hat von einem unserer Pächter von Kirchenlandflächen erfahren, dass der Regionalplan Köln neu aufgestellt werden soll. Zu dem Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Unsere verpachteten landwirtschaftlichen Flächen befinden sich überwiegend in der Gemarkung Erp im Umkreis um die Ortslage Erftstadt-Erp. Ein Großteil davon liegt nach dem geplanten, neuen Regionalplan im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Erp: BSLE</p> <p>Aus Sicht unserer Pächter besteht die große Sorge, dass die Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird.</p> <p>Dies macht besonders der kürzlich bekannt gewordene Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln deutlich. Demnach ist es vorgesehen, dass zukünftig auch Landschaftsschutzgebiete als Gebietskulisse für die Einschränkung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Betracht kommen.</p> <p>Neben Beschränkungen in der Bewirtschaftung sehen wir als Verpächter auch die zukünftige Entwicklung unserer Flächen durch Einschränkungen gefährdet. Aus unserer Sicht hätte die Unterschutzstellung unserer verpachteten Flächen eine deutliche Wertminderung dieser Flächen zur Folge.</p> <p>Deshalb beantragen wir, unsere landwirtschaftlichen Flächen nicht mit dem Schutzstatus Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? zu belegen.</p> <p>Wir bitten Sie, unsere Einwendungen bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen und sehen Ihrer Antwort hierzu mit Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Für Fragen steht Ihnen der Leiter des Liegenschaftsausschusses des Kirchenvorstandes [ANONYMISIERT] zur Verfügung.	
---	--

AZ: Ö-P-1726	
1004548	
1010422	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir bewirtschaften in Ertstadt-Friesheim einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Friesheim, Borr, Erp: Schutz der Landschaft</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharken Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 101 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkungen Kerpen, Gymnich, Bergheim: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt-Gymnich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 22 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Türnich: BSN  
Gemarkung Gymnich: BSLE  
Gemarkung Gymnich: BSN

Aus meiner Sicht besteht Nutzung dieser Flächen die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Zeitgleich wird Ihnen per Post der Vordruck mit Originalunterschrift zugeschickt.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

--	--	--

AZ: Ö-P-1729	
1004551	
1008577_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50859 Köln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung - Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftorientierte Entwicklung" und ca. ...ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Ein Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Köln: Gemarkung-Lövenich, Flur 51, Flurstück [ANONYMISIERT] u.a. Pulheim: diverse</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Den Kirchengemeinden im Seelsorgebereich Kerpen Süd ? West (Kerpen ? Mannheim, Tünnich, Balkhausen, Brüggen, Buir, Blatzheim, Mödrath und Stadt Kerpen) gehören zahlreiche Parzellen im Umland von Kerpen, Hürth und Gymnich. Die verschiedenen Pächter:innen bewirtschaften landwirtschaftliche Nebenerwerb- und Vollerwerbsbetriebe mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung, teilweise auch als zertifizierte Biobetriebe. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha der Fläche, die diese bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 60 ha im Gebiet ?Schutz der Natur".

Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die landwirtschaftlichen Betriebe existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt uns, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1731

1004559

1010471

### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 15 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

südlich und westlich Erftstadt-Erp: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

### Abwägung

#### Typ

Anregung/Bedenken

#### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

#### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 35 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca .3 ha im Gebiet "Schutz der Natur".

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Kerpen, zwischen Boisdorfer See und Industriegebiet: Schutz der Landschaft  
 Kerpen, zwischen L 163 und Erft: Schutz der Landschaft  
 Kerpen, nahe Boisdorfer See: Naturschutz

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der FU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1733	
1004562	
1009971	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 67,2212 ha einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 15,89 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Pulheim: FFH-Gebiet geplant</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-P-1734

1004563

1009973

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 3 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 2 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Manheim-Neu: Naturschutz

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 43 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca.10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Erftstadt-Friesheim: BSLE  
 Erftstadt-Friesheim: BSN  
 Weilerswist-Vernich: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte Ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bedburg-Rath einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerhaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionlplan liegen rund 5,1 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca.5,1 ha im Gebiet Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Bedburg: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionaiplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Wir bewirtschaften in Bergheim-Fliesteden einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 30 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Im Einzelnen sind folgende von uns bewirtschaftete Stücke betroffen:

Gemarkung Hüchelhoven: BSLE

Gemarkung Geyen: BSLE

Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere diese Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zuberücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1739	
1004568	
1008957	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu den Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zw Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 42 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftg die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1740	
1004586	
1008961	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50259 Pulheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 97 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung: Geyen Gemarkung: Pulheim Gemarkung: Hüchelhoven</p> <p>Bei den genannten Flächen handelt es sich überwiegend um Ackerflächen mit Ackerzahlen zwischen 70 und 90 Punkten, also Hohertragsstandorte, welche aufgrund der tiefgründigen Lößböden auch in trockenen Jahren wie 2019, 2020 und 2022 noch gute bis sehr gute Erträge bei allen angebauten Kulturen erbringen und für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung von großer Bedeutung sind!</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-P-1741	
1004587	
1008968	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt Ahrem einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 35 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 25 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Ahrem/Lechenich: BSLE/BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bin Eigentümerin von landwirtschaftlichen Flächen in Elsdorf im Rhein-Erft-Kreis sowie in Titz im Kreis Düren, die ich an landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe mit intensiver ackerbaulicher Nutzung verpachtet habe. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfs liegen nunmehr rund 15 ha in den Gemarkungen Oberembt und Titz-Rödingen in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? ausgewiesen werden sollen.

Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass mit der Ausweisung dieser Flächen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? künftig weitere Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden, die sodann unmittelbare Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung der Betriebsflächen hervorrufen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.

Ich bin zudem der Auffassung, dass mit den im hiesigen Umfeld bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in geborenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf meinen Ackerflächen, lehne ich daher entschieden ab. Ich bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

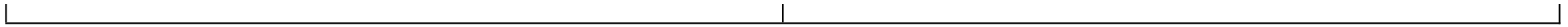
Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1743	
1004589	
1009012	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und, nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte als Angestellter in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 52 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 27 ha im Gebiet "Schutz der Natur". (90% der gesamten Betriebsfläche sind betroffen)</p> <p>Eim Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Talweg Kerpen: BSLE  Vinger Weg: BSLE  Marienfeld: BSN  Horrem: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1744	
1004590	
1009052	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Erfstadt. Die Flächen soll laut Neuaufstellung des Regionalplans als Gebiet "Schutz der Natur" bzw. "Schutz der Landschaft und Erholung" ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerlandflächen, die derzeit von meinem Pächter bewirtschaftet werden.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1745	
1004591	
1009054	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>In dem Entwurf Neuaufstellung zum Regionalplan Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen. Es sind Teile von meinen Flächen mit aufgeführt. Es handelt sich um den Bereich Frechen - Hüheln, [ANONYMISIERT]. Ich bin Eigentümer der Flurstücke:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Das betreffende Gebiet ist Teil des LSG 2.2-3 ?Buschbell - Baumannshof - Neuenhof". Ich bin mit der bisherigen Ausweisung als Ackerfläche einverstanden. Aber eine Überlagerung mit einer Ausweisung eines Bereichs für Landschaftsschutz und Naturschutz, wie es der Rhein-Erft-Kreis vorschlägt, werde ich nicht unterstützen, weil ich Befürchtungen habe, dass damit meine landwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt werden könnte.</p> <p>Ich bewirtschafte in dem oben genannten Bereich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 25,9542 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung"/ im Gebiet "Schutz der Natur?".</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-P-1746	
1004592	
1009055	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50129 Bergheim - Glessen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 45 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Hüchelhoven: Landschaftsschutz  Gemarkung Brauweiler: Landschaftsschutz  Gemarkung Oberaussem-Fortuna: Landschaftsschutz</p> <p>Bei den genannten Flächen handelt es sich überwiegend um Ackerflächen mit Ackerzahlen zwischen 70 und 90 Punkten, also Hohertragsstandorte, welche aufgrund der tiefgründigen Lößböden auch in trockenen Jahren wie 2019, 2020 und 2022 noch gute bis sehr gute Erträge bei alten angebauten Kulturen erbringen und für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung von großer Bedeutung sind!</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.



AZ: Ö-P-1747	
1004593	
1009058	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Ertstadt-Scheuren im Umfang von etwa 120 ha. 10 ha bewirtschafte ich noch selber, der Rest ist verpachtet. Die Flächen soll laut Neuaufstellung des Regionalplans zum Teil als Gebiet ?Schutz der Natur? bzw. ?Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch vollständig um hochwertige Ackerlandflächen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1748	
1004594	
1009103	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50171 Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 12,25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kerpen: Schutz der Landschaft</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Bezüglich des in Planung befindlichen Regionalplans / Landschaftsplans flur den Bereich Stolberg legen wir hiermit fristgerecht vordem 31.08.2022 Einspruch ein. Nach unserm bisherigen Kenntnisstand könnte unsere, an dem bisherigen Naturschutzgebiet angrenzende Reitanlage 52223 Stolberg, [anonymisiert] mit Pferdeoffenstall, Freiflächen, Reithalle Wiesen usw., sowie das Wohnhaus, in dem neu geplanten Naturschutzgebiet einbezogen werden. Dieser gesamte Bereich diene in den vergangenen Jahrzehnten immer zur Viehhaltung, zuerst Kühe, dann Kühe und Pferde und seit mehr als 30 Jahren und Pferde ( also insgesamt seit mindestens mehr als 40 Jahre Pferdehaltung). Durch das Einbeziehen unserer vorstehenden Flächen als Naturschutzgebiet in den neuen Regionalplan müssten wir dann in Zukunft ? mit u. U. teilerheblichen Einschränkungen für unser Objekt mit der Pferdenutzung rechnen, was zur Existenzgefährdung führen würde, wenn die Reitanlage mit dem Offenstall, Reithalle und allen Wiesen nicht wie bisher, sondern nur noch mit Einschränkungen weiter geführt werden dürfte. Das können wir daher, wir nehmen an auch flur Sie verständlicherweise, nicht akzeptieren und legen hiermit ausdrücklich Einspruch gegen den Einbezug unserervorstehenden Flächen in den neuen Regionalplan/Landschaftsplan ein. Uns liegt stets das Tierwohl der Pferde sehr am Herzen und daher führen wir den Pferdestall artgerecht mit 24 stündigem Wiesenzugang der Tiere! Des weiten möchten wir nochmals auf unser Schreiben v.17.08.2020 verweisen, in dem wir für unseren Reitstall für eine Ausnahmegenehmigung mit Aufnahme in den Landschaftsplan plädieren den Branderwald benutzen zu dürfen, um den Bundeswehrtruppenübungsplatzumreiten zu können, damit die Reiter dann über diese Strecke als einzige Möglichkeit, ausser über teilweise stark befahrene und somit für Reiter, Pferd auch Autoverkehr gefhrdet, über die gefährliche Autostraßen, das (einzige ) öffentliche Reitwegenetz ( der Städtereion) erreichen können. Im Branderwald war früher jahrzehntelang auch Reiten erlaubt!

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

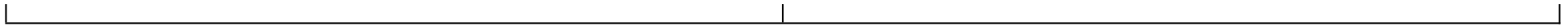
Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1751	
1004599	
1008832	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 52 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 27 ha im Gebiet "Schutz der Natur" (über 90% der Gesamtbetriebsfläche sind betroffen).</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vinger Weg: Landschaftsschutz</li> <li>• Horrem: Naturschutz</li> <li>• Marienfeld: Naturschutz</li> <li>• Talweg: Landschaftsschutz</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungserwurf der EU-Rommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulis für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bedburg-Kirchherten einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 27ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Hasselsweiler: BSN und BSLE

Gemarkung Pütz: BSLE

Gemarkung Oberembt: BSLE

Gemarkung Hüchelhoven: BSLE

Gemarkung Brauweiler: RG

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EV-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

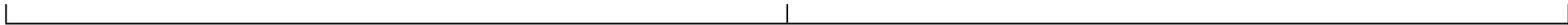
### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1753	
1004601	
1008856	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 2,5 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen steift sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kerpen, Erftaue: FFH/Gewässerschutz</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1754	
1004602	
1008871	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Pulheim-Stommeln einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 52 ha, d.h. die gesamte Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?bzw. im Gebiet ?Schutz der Natur?. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit derlandwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was denEinsatz von Pflanzenschutzmitteln betriffl. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betriebexistenzgefährdend. Folglich beantrage ich, die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen,um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zuberücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionaiplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bedburg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 95 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Bedburg-Rath, Neuland Fortuna Garsdorf: Landschaftsschutz

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EV-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kerpen-Bergerhausen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 120 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft undlandschaftsorientierter Erholung? und ca. 15 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Walberberg, Dickoppsbach u. Siebenbach, Colonia Straße: Schutz der Landschaft  
Brühl, Colonia Straße: Schutz der Landschaft  
Erftstadt, an Mellerhöfe: Schutz der Landschaft  
Kerpen Dorsfeld: Schutz der Landschaft, Schutz der Natur  
Kerpen, bei Buir: Schutz der Natur  
DN-Birgel: Schutz der Landschaft

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-P-1757	
1004605	
1008910	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich meine Bedenken zum Ausdruck bringen.</p> <p>Ich bin Eigentümer einer Ackerlandfläche in der Gemarkung Quadrath-Ichendorf. Diese Fläche habe ich an einen Landwirt verpachtet, der es ackerbaulich bewirtschaftet. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist die Fläche als künftige ?Bereiche zum Schutz der Natur? aus.</p> <p>Meiner Ansicht nach besteht die Sorge, dass die Möglichkeit zur Bewirtschaftung erschwert bzw. beeinträchtigt wird. Dies könnte dazu führen, dass die Ackerfläche für die Landwirtschaft unwirtschaftlich wird und eine Kündigung des Pachtverhältnisses zur Folge haben könnte. Die aktuelle Situation zeigt, dass eine gute Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen z.B. Getreide wichtiger wird und man sich nicht auf Importware verlassen sollte. Der ökologische Aspekt in Bezug auf den Kohlendioxid-Ausstoß ist in der Regionalität mit Importware nicht zu vergleichen. Die Ernährungssicherheit ist durch Eigenversorgung ebenfalls sicherzustellen und auch in diesem Punkt der Importware vorzuziehen.</p> <p>Ich bitte Sie meine Bedenken bei der Entscheidung zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1758	
1004606	
1008911	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Meine Firma bzw. mein Bruder als Privatperson sind Eigentümer von landwirtschaftlich genutzten Flächen im Bereich Bergheim-Thorr. ([ANONYMISIERT], insgesamt rund 50 ha) Diese sind seit vielen Jahren bzw. Jahrzehnten von uns bzw. unserer Familie verpachtet an den landwirtschaftlichen Betrieb von Herrn [ANONYMISIERT] bzw. dessen Vater und sind somit Teil eines Betriebes, der eine intensive ackerbauliche Nutzung im Vollerwerb betreibt.</p> <p>Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Bergheim-Thorr bzw. Quadrath-Ichendorf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>einen signifikanten Anteil unserer hochwertigen Ackerlandflächen entlang der großen Erft als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln betrifft. <ul style="list-style-type: none"> <li>Dies wäre nicht nur für den landwirtschaftlichen Betrieb unseres Pächters existenzgefährdend, sondern</li> <li>würde darüber hinaus zu einer Verringerung der Lebensmittelproduktion in der Nähe von Ballungszentren führen und damit einem ökologisch sinnvollen Beitrag zur Ernährungssicherheit im Köln-Bonner Raum im Wege stehen, die in der aktuellen Situation (Lebensmittelknappheit aufgrund Ukrainekrieg, explodierende Energie- und Transportkosten...) mehr denn je gesellschaftlich gewollt sein sollte</li> </ul> </li> </ul> <p>Deshalb beantragen wir diese Flächen - wie seit Jahrzehnten, wenn nicht sogar Jahrhunderten praktiziert - als Flächen für den regulären Ackerbau (inklusive der Entnahmemöglichkeit von Beregnungswasser) vorzusehen, wobei die Verbindung mit dem Landschaftsschutz und einer Überschwemmungsfläche (wie derzeit ausgewiesen) aus unserer Sicht an dieser Stelle unkritisch erscheint.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>einen weiteren Anteil aus einem derzeit ?allgemeinen Freiraum und Agrarbereich? künftig als ?Bereich mit speziellem Schutz der Landschaft und</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des</p>

landschaftsorientierten Erholung? d.h. einem Landschaftsschutzgebiet aus, ohne dass hierfür ein zwingender Grund ersichtlich ist:

- Unter den neu als ?Bereich mit speziellem Schutz der Landschaft undlandschaftsorientierten Erholung? ausgewiesenen Flächen ist ein signifikant starkes Kiesvorkommen, dessen künftige Erschließung durch die Umwidmung der Fläche zum Landschaftsschutzgebiet sicher deutlich erschwert würde.
- Auch liegt innerhalb des neu umgewidmeten Gebietes bereits eine Kiesgrube, die allerdings in der Karte - aus welchen Gründen auch immer - nicht verzeichnet ist. (In Erweiterung dieser Kiesgrube existiert nach unserer Kenntnis auch bereits ein weiterer BSAB)
- Durch die Einstellung der Braunkohleförderung fällt im Vorfeld des Tagebaus in der Region eine ?Auskiesungsvolumen? von jährlich mehr als 3 Mio. t jährlich weg. Sowohl aus ökologischen (Umweltverschmutzung durch lange Transportwege...) als aus ökonomischen Gründen (existierender Bedarf zum Straßen- und Wohnungsbau, existierende weiterverarbeitende Infrastruktur (Zementwerke, Betonproduktion ...)? Arbeitsplätze in der Region, regionale Selbstversorgung, erschwingliche Preise für von der Bauindustrie/Straßenbau... in der Region benötigte Materialien ...) erscheint es uns sinnvoll, dieses Volumen andernorts in der Region wieder anzusiedeln.
- Wo und wann genau die betroffenen Flächen sinnvoll erschlossen werden können und sollen, sollte flexibel vor Ort entschieden werden können. (Unter Einbeziehung der Interessenlage aller vor Ort lebenden Menschen vor dem Hintergrund sich ändernder, aber noch unklarer räumlicher Gegebenheiten. (Ende des Tagebaus, Entwässerung/Überflutungsschutz...))

Deshalb beantragen wir die derzeit als ?allgemeinen Freiraum und Agrarbereich? ausgewiesenen Flächen zwischen Widdendorf und Ahe auch weiterhin als solche in der Regionalplanung vorzusehen, um der Gemeinde vor Ort größere Entscheidungsfreiheit im Umgang mit denselben zu geben. (Ein bisschen erinnert die Diskussion rund um das Thema ?Kies/bodennahe Bodenschätze? an die Diskussion zum Thema ?Windenergie?: Jeder will und braucht sie; aber die Windräder/Überlandleitungen/Konverter... sollten bitte nicht bei uns, sondern ?wo auch immer? aufgestellt werden.)

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. Der Vorschlag entspricht nicht den v.g Kriterien.

Die regionalplanerische Steuerung für den Abbau nichtenergetischer Rohstoffe (Lockergesteine) ist nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Die räumliche Steuerungswirkung (sog. Konzentrationswirkung) der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Rohstoffe (BSAB, sog. Abgrabungsbereiche) für Lockergesteine im Regierungsbezirk Köln soll im gesonderten Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Teilplan NR) geregelt werden.

AZ: Ö-P-1759	
1004607	
1008918	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte Ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzt und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Erp einen landwvtschaftllchen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensivenackerbaulichen Nutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 60 ha, alles Ackerland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, Im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie im Gebiet ?Schutz der Natur".</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies gebt nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Rhein-Erft-Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1760	
1004608	
1008922	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt-Erp einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 100 ha, alles Ackerland. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 55 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Innerhalb dieser 55 ha liegen zudem 80% meiner Eigentumsflächen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Rhein-Erft-Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1761	
1004609	
1008924	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Fläche in Blatzheim, Flur 2, Nr. [ANONYMISIERT] wäre von Ihrer Planung betroffen.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, daß eine Ausweisung als Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung?, bzw als Gebiet ?Schutz der Natur? oder ?FFH-Gebiet? künftig die Möglichkeit der landw. Nutzung zukünftig erheblich beeinträchtigen könnte--siehe hierzu auch Vorschläge der FU-Kommission ab 2030 den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmittel in solchen ausgewiesenen Gebieten zu verbieten.</p> <p>Damit ist nicht nur eine wesentliche Wertminderung der Flächen verbunden, sondern es stellt sich auch die grundsätzliche Frage einer ausreichenden regionalen Eigenversorgung und des Verlust unseres Beitrags zur Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa.</p> <p>Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Antwort mit Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionaiplan liegen rund 36 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kerpen/Gymnich/Buir: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichendeEigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
---	---

AZ: Ö-P-1763	
1004611	
1008932	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich besitze auf dem [ANONYMISIERT] in 50171 Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 65 ha von ca. 90 ha der Fläche, die mein Sohn ackerbaulich bewirtschaftet, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 19 ha Wald im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Elsdorf/Kerpen/Blatzheim: BSLE Kerpen: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für den landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der FU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1764	
1004612	
1008687	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung als Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 95 Hektar der in meinem Eigentum stehenden sowie weitere rd. 18 Hektar zugepachtete Flächen und damit mehr als 45 % meiner Betriebsflächen - und zwar ausschließlich Ackerflächen - als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden sollen. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist zu befürchten, dass bei einer Ausweisung von in BSLE-Bereichen gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Da eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches die ackerbauliche Nutzung der Flächen und da mit auch die Existenzfähigkeit meines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden würde, wende ich mich gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1765	
1004613	
1008688	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert] bewirtschaftet unter Anschrift [anonymisiert] in 53909 Züllich einen biologisch-dynamischen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Milcherzeugung und Ackerbau, hierbei insbesondere Gemüseanbau. Als Biobetrieb sind wir darauf angewiesen, dass wir unsere Flächen in der bisherigen Weise weiter bewirtschaften dürfen und eine zukünftige Ausweisung von Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten nicht mit Bewirtschaftungsbeschränkungen verbunden wird. Insbesondere sollte angesichts der Lage unserer Flächen im Regenschatten der Eifel sowie an gesichts der immer heißer werdenden Sommermonate zukünftig auch die Beregnung der Flächen erlaubt bleiben.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1766	
1004615	
1008689	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bei der Neuaufstellung des Regionalplans habe ich einige Bedenken hinsichtlich meines landwirtschaftlichen Betriebes in 53902 Bad Münstereifel Nöthen. In dem neuen Plan werden Gebiete zum Schutz der Natur größer ausgewiesen, so dass damit auch einige meiner Ackerflächen, teilweise oder ganz, in diesem Gebiet sich befinden. Mit dieser Ausweisung geben Sie dem Kreis oder den Kommunen die Möglichkeit neue und größere Naturschutzflächen auszuweisen. Diese Naturschutzflächen können bei den Ackerflächen meines Betriebes zu größeren Einschränkungen führen. (Pflanzenschutz- und Düngemittel- Einschränkungen oder sogar Verbot). Die damit verbunden Ertragseinbußen oder sogar der Ausfall werden mir nicht ersetzt. Bei meinen Eigentumsflächen gehe ich sogar so weit zu sagen, dass die Neuaufstellung des Regionalplans eine Wertminderung meiner Flächen beim Verkauf bedeuten. Dieses wird mir ebenfalls nicht entschädigt. In der Hoffnung, dass man trotz meiner Bedenken zu einer Lösung kommt, warte ich auf eine baldige Antwort ihrerseits. Im Voraus bedanke ich mich für ihre Bemühungen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1767	
1004617	
1008690	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Adresse einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass etwa zehn Hektar des in meinem Eigentum stehenden Ackerlandes als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in die dargestellten Bereiche abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1768	
1004618	
1008691	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir sind Eigentümer und Verpächter einiger, vormals von uns genutzter, landwirtschaftlicher Nutzflächen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der uns vorliegenden Karten haben wir festgestellt, dass etwa 20 Hektar unserer Eigentumsflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Wir haben die Befürchtung, dass die vorgesehene Ausweisung - egal ob als BSN oder als BSLE - zu Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen führen wird. Insbesondere besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was bei Grünland mit einem erheblichen Mehraufwand bei der Pflege verbunden ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1769	
1004620	
1008692	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe erfahren, dass Sie verschiedene landwirtschaftliche Flächen von mir als ?Fläche zum Schutz der Landschaft und landwirtschaftsorientierter Erholung? ausweisen möchten. Auf einigen Flächen ist die Errichtung einer Windkraftanlage geplant und auf den anderen Flächen wäre ein wirtschaftlicher Anbau von Lebensmitteln vermutlich kaum noch durchführbar. Daher bin ich mit Ihrer neuen Ausweisung nicht einverstanden und erhebe Einspruch dagegen. Es handelt sich insbesondere um folgende Flächen: [anonymisiert]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1770	
1001802	
1008693	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert] bestehend aus den Gesellschaftern [anonmisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert] in 53909 Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der uns vorliegenden Kartierungen sind ca. 80 Hektar unserer Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant, 45 Hektar hiervon noch zusätzlich als Bereich zum Schutz der Natur (BSN). Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln; hinzu kommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Bei entsprechender Ausweisung wäre somit auf großen Teilen unserer Betriebsfläche die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht oder nur noch eingeschränkt möglich mit der weiteren Folge, dass Ackerbau dort wirtschaftlich sinnvoll nicht mehr betrieben werden könnte. Damit verbunden wären erhebliche Nachteile in der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sowie eine Entwertung des landwirtschaftlichen Eigentums. Wir wenden uns daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1771

1004621

1008694

#### Inhalt

Die [anonymisiert] bestehend aus den Gesellschaftern [anonymisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift Siedlung [anonymisiert] in 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Wir nehmen hiermit zu dem vorliegenden Entwurf des Regionaiplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der Planung sollen von unserer Eigentumsfläche ca. 12 Hektar als Fläche für Industrie und weitere ca. 5 Hektar als Fläche für Wohnbebauung ausgewiesen werden. Mit der entsprechenden Ausweisung sind wir nicht einverstanden, da hierdurch die Wirtschaftsgrundlage unseres Betriebes nachhaltig verkleinert wird. Dies gilt umso mehr als Ersatzflächen in unserer Region aufgrund der großen Inanspruchnahme von Flächen für nichtlandwirtschaftliche Zwecke generell nicht verfügbar sind. Zusätzlich weise ich, [anonymisiert], als Vorsitzender der Ortsbauernschaft [anonymisiert] darauf hin, dass den hier wirtschaftenden Betrieben mit der Erschließung von Wohn- und Industriegebieten weitere landwirtschaftliche Fläche aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen sowie den Straßenbaumaßnahmen entzogen wird.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen

1008695

#### Inhalt

Weiterhin wende ich mich gegen die großflächige Ausweisung unserer Region als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE). Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Befürchtung, dass bei einer Ausweisung von diesen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung der entsprechenden Flächen wäre hierdurch nicht mehr möglich, wodurch zugleich ein großer Wertverlust einherginge.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1772	
1004622	
1008696	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der o.a. Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der Karten sollen ca. 3,5 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie die restliche Betriebsfläche, darunter auch Ackerflächen, als Bereich für die Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweisung von Flächen innerhalb des Bereiches zum Schutz der Natur als Naturschutzgebiet würde für die Grünlandflächen möglicherweise mit Nutzungsbeschränkungen einhergehen. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung von Flächen im Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung meiner Eigentums- und Pachtflächen aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1773

1004623

1008698

**Inhalt**

Die Einstufung einer Teilfläche der Grube Nord [als BSN] ist schwer nachzuvollziehen, da diese zurzeit rekultiviert wird. Die Rekultivierung gemäß zugelassenem Abschlußbetriebsplan vom 07.06.2021 wird sich über einen Zeitraum mehrerer Jahre bis ca. 2030 erstrecken, sodass kein schützenswerter Status vorliegt.

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Festlegung als BSN entspricht der planerischen Konzeption. Auch bereits während der Rekultivierung bzw. während des Abbaus stellen Abgrabungen vielfach wertvolle Sekundärbiotope dar. Die regionalplanerische Festlegung basiert auf dem gesetzlich vorgesehenen Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zielt in erster Linie auf die anzustrebende Funktion nach Abschluss der Rekultivierung ab.

AZ: Ö-P-1774	
1004624	
1008699	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Auf meinen land- und forstwirtschaftlichen Flächen sind im Rahmen der BSN-Neuweisung GO BSN TAA-EU / Billiger Wald ca. 8 ha betroffen. Aufgrund bereits bestehender Einschränkungen in der Bewirtschaftung ist insbesondere der Landwirtschaftliche Betrieb in der Wirtschaftlichkeit eingeschränkt worden. Hinzu kommen inzwischen immer schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse aufgrund der klimatischen Extreme, mit starken Ertragsverlusten durch Trockenheit. aber auch Überflutungen. Die geplante Ausweisung wird die Wirtschaftlichkeit / Bewirtschaftbarkeit weiter reduzieren und den Betrieb in seiner Existenz gefährden. Von daher lege ich die Ausweisung ab. bzw. lege hiermit Einspruch dagegen ein. [Der Stellungnahme wurden weitere Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1775	
1004625	
1008700	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Besitzer von Flurstücken in der Gemarkung Houverath und Flamersheim, die zwischenzeitlich an Landwirte zur wirtschaftlichen Nutzung verpachtet sind. Da der im Internet veröffentlichten Karte nicht eindeutig zu entnehmen ist, wie viele meiner Grundstücke durch die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln in der Gemarkung Houverath mit den daraus sich ergebenden, naturschutzgebundenen Einschränkungen betroffen sind, erhebe ich generell Einspruch gegen die Neuaufstellung. Durch diesen Regionaiplan wäre die Nutzung meiner Grundstücke, soweit betroffen, deutlich eingeschränkt, eine Verpachtung der Flächen wäre dann möglicherweise nicht oder nur noch eingeschränkt möglich. Dies würde zu einer deutlichen Minderung der wirtschaftlichen Nutzung der Flächen und des Ertrages führen, Meines Erachtens ist dies eine teilweise Enteignung der Grundstücke. Ich erhebe deshalb schriftlich Einspruch gegen die aktuelle Ausführung des Regionalplans Köln. Ich bitte Sie weiterhin mir Karten zur Verfügung zu stellen, an denen ich eindeutig ersehen kann, wie viele und welche meiner Grundstücke erfasst sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte im Stadtgebiet Jülich [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um nachstehende Flächen [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. Als Beispiel für eine solche Entwicklung sei hier etwa die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die bereits eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten stark einschränkt bzw. sogar untersagt. Nicht nur für die aktuell intensive Bewirtschaftungsform meiner Ackerflächen hätte dies erhebliche nachteilige wirtschaftliche Veränderungen zur Folge. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen.

Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten. Ich bin daher der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf meinen Ackerflächen, lehne ich entschieden ab.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1777

1004627

1008702

#### Inhalt

Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53909 Zülrich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Sonderkulturen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca. 20 Hektar der von mir bewirtschafteten Ackerflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) sowie weitere etwa 180 Hektar der von mir bewirtschafteten Ackerflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Bei den Flächen handelt es sowohl um Eigentums- als auch um Pachtflächen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte den in 53937 Schleiden-Bronsfeld gelegenen [anonymisiert] im Vollerwerb mit den Schwerpunkten Milcherzeugung und Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung als Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der Karte habe ich festgestellt, dass rd. 5 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen sowie weitere 5 Hektar Pachtflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen; weiterhin sollen 42 Hektar meiner Eigentumsflächen und 74 Hektar Zupachtflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden, hiervon 2 Hektar Ackerland im Eigentum und 20 Hektar zugepachtetes Ackerland. Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung der BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem - zur Ernährung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Hinsichtlich der BSLE-Ausweisungen habe ich aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zudem die Besorgnis, dass bei als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würden nicht zuletzt aufgrund des großen Umfanges die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit meines landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden, dabei Ackerlandflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Verwertung nicht mehr möglich ist und bei Grünlandflächen ein erheblicher und kaum zu leistender Pflegeaufwand entstehen würde. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1779	
1004629	
1008704	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert], 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Mutterkuhhaltung. Der Betrieb umfasst eine Größe von 180ha. 100ha Eigentum haben wir, davon sind jetzt schon 25ha im BSN Gebiet sind. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karten haben wir festgestellt, dass 80% der Hof nahen Parzellen ? sowohl Acker- als auch Grünland ? als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen sind. Auch sind alle Betriebsflächen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) neu ausgewiesen worden. Der Betrieb selbst befindet sich nun in dieser Kulisse (BSN), Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Die Düngung in den BSN Gebieten würde dazu erschwerend, erheblich eingeschränkt werden. Auch auf den Grünlandflächen ist dann mit großen wirtschaftlichen Einschränkungen zu rechnen. Da der Hof selbst sich nun in der Kulisse Schutz der Natur (BSN) befindet, ist damit zu rechnen, dass die Tierhaltung in der Zukunft untersagt oder unwirtschaftlich gemacht werden könnte, durch bestimmte Emissions- und Rechtsauflagen in Verbindung mit dem Naturschutz. Auch jegliche Erweiterungsmöglichkeiten/Bauvorhaben von Stallungen oder Hallen würden schwer bis unmöglich gemacht. Folglich würde sich der landwirtschaftliche Betrieb nicht mehr rechnen und in Zukunft aufgeben müssen. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet, künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Auch ist bei den Eigentumsflächen ein hoher Wertverlust zu befürchten durch die wirtschaftlichen Einschränkungen. Beschränkungen in der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur(BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ( BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen. Es handelt sich um 36ha Eigentumsflächen die aus der Kulisse Schutz der Natur (BSN)herauszunehmen sind [ABBILDUNG] [anonymisiert] Die in der Tabelle aufgeführten Parzellen sind aus dem Gebiet Schutz der Natur (BSN) bitte zu entfernen. Besonders der Betrieb selbst ist aus der Kulisse</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

(BSN) und (BSLE) herauszunehmen. Auf der Karte können sie zeichnerisch entnehmen um welche Flächen es sich handelt.

AZ: Ö-P-178	
1001506	
1001525	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p><b>Betr.: Regionalplan Köln - Neuaufstellung</b></p> <p>Flur-Nummern: 8-809-010   8-807-005   8-808-006   8-807-004</p> <p>Ich bin gegen eine Bebauung der o.g. Bereiche.</p>	<p>Abwägung</p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. Stn ID 1003207 und Stn ID 1003211).</p> <p>Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den übrigen Teil der zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-P-1780

1004630

1008705

#### Inhalt

Ich bewirtschafte unter der oben angegebenen Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, ca. 20 Hektar der meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Ich habe die Befürchtung, dass auf diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt wird oder mit sonstigen Bewirtschaftungserschwernissen belegt werden. Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung der Flächen würden sich unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind in aller Regel nur mit einem Mehraufwand zu erfüllen und daher mit wirtschaftlichen Einbußen verbunden.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSE) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1781	
1004631	
1008706	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ich wende mich dagegen, dass etwa 3,5 Hektar meiner verpachteten Weideflächen { Gemarkung Vussem-Bergheim) als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgten Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als dringend notwendiges und immer knapper werdendes Weideland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in einen landwirtschaftlichen VollerwerJsbetrieb mit einer intensiver ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionaipplan liegen rund 28 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der FU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bin Eigentümerin von diversen landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen. Heute sind alle Flächen verpachtet, auf die jährliche Pachteinnahe bin ich angewiesen. Meine betroffenen Flächen befinden sich allesamt im Kreis Euskirchen in [ANONYMISIERT]

Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, erfahre ich als Eigentümerin<sup>1</sup> erhebliche, massive Wertverluste bis hin zum Interessenverlust der Pächter an einer weiteren Bewirtschaftung.

Die Auswirkungen Ihres Vorhabens bedeuten für mich als Betroffene in den Gebieten einen wirtschaftlichen Totalausfall, vergleichbar einer kalten Enteignung. Bei einem Verbot von chemischem Pflanzenschutz und Düngung auf den betroffenen Flächen, ist eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr gegeben, hieraus ergeben sich beispielhaft und hier nicht vollzählig anzuführende Nachteile für Mensch und Natur:

- Verlust von Produktionsflächen für Nahrungsmittel
- Verunkrautung der Landschaft
- Nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes aufgrund fehlender Pflegemaßnahmen
- Verödung und Versteppung von Landschaft und Natur
- Steigende Bevölkerungszahlen versus Hungersnöte in vielen Ländern der Erde

Aus vorgenannten Gründen, erhebe ich hiermit Beschwerde gegen Ihr Planvorhaben: Neuausweisung und Erweiterung von Landschaftsschutz- u. Naturschutzgebieten in den vorgenannt, aufgeführten Gebieten.

Ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1784	
1004720	
1009128	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin von diversen landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen. Heute sind alle Flächen verpachtet, auf die jährliche Pachteinriahme bin ich angewiesen. Meine betroffenen Flächen befinden sich allesamt im Kreis Euskirchen in den Gemarkungen: 53894 Mechernich-Holzheim:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, erfahre ich als Eigentümerin, erhebliche, massive Wertverluste bis hin zum Interessenverlust der Pächter an einer weiteren Bewirtschaftung.</p> <p>Die Auswirkungen Ihres Vorhabens bedeuten für mich als Betroffene in den Gebieten einen wirtschaftlichen Totalausfall, vergleichbar einer kalten Enteignung.</p> <p>Bei einem Verbot von chemischem Pflanzenschutz und Düngung auf den betroffenen Flächen, ist eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr gegeben, hieraus ergeben sich beispielhaft und hier nicht vollzählig anzuführende Nachteile für Mensch und Natur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Verlust von Produktionsflächen für Nahrungsmittel</li> <li>? Verunkrautung der Landschaft</li> <li>? Nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes aufgrund fehlender Pflegemaßnahmen</li> <li>? Verödung und Versteppung von Landschaft und Natur</li> <li>? Steigende Bevölkerungszahlen versus Hungersnöte in vielen Ländern der Erde</li> </ul> <p>Aus vorgenannten Gründen, erhebe ich hiermit Beschwerde gegen Ihr Planvorhaben: Neuausweisung und Erweiterung von Landschaftsschutz- u. Naturschutzgebieten in den vorgenannt, aufgeführten Gebieten.</p> <p>Ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1785

1003820

1009126

## Inhalt

wir die Zimmermann GbR vertreten durch die Gesellschafter  
[ANONYMISIERT]

bewirtschaften unter der Anschrift [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener

als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca. 18 Hektar (5,5 ha Eigentum) der von mir bewirtschafteten Ackerfläche, sowie 11 (5ha Eigentum) als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und weitere etwa 30 Hektar (5,5 ha Eigentum) der von mir bewirtschafteten Ackerflächen, sowie 11 ha Grünlandfläche (5,5 ha Eigentum) als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Bei den Flächen handelt es sich sowohl um Eigentums- als auch um Pachtflächen. Des Weiteren 2,8 ha Waldfläche als BSLE und 0,4 ha als BSN Bereiche ausgewiesen.

Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerschläge nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zurnachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden und zudem zu einem deutlichen Flächenverlust führen.

Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

## Anhänge

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

<a href="#">Abb_ID1009126_01.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_02.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_03.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_04.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_05.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_06.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_07.pdf</a> <a href="#">Abb_ID1009126_08.pdf</a>	
--	--

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in [ANONYMISIERT] einen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandbewirtschaftung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 4 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet „Bereich zum Schutz der Natur und „BSN-Neuausweisung“. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung durch Beweidung und Ernte dieser Flächen erheblich beeinträchtigt wird. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend und es käme zu einer Wertminderung meiner Flächen bei Verpachtung oder Verkauf. Alle meine genutzten Flächen werden schon seit Jahren extensiv bewirtschaftet und somit wird bereits eine naturbewusste Bearbeitung betrieben. Es werden nur die Düngemittel aufgebracht, die in meiner Landwirtschaft anfallen. (Mist und Jauche)

Folglich beantrage ich, die Grünflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas zu leisten.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückmeldung mir großem Interesse entgegen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1009240.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, alle Bachläufe als Bereiche zum Schutz der Natur auszuweisen bzw. die bislang vorhandene Kulisse auszuweiten. Hier durch würden auch viele hofnahe Flächen meines Betriebes einen Schutzstatus erhalten, die überwiegend als Grünland, z.T. aber auch als Ackerflächen bewirtschaftet werden.

Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder.

Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser sehr ebenen und mit meinen Maschinen gut zu bewirtschaftenden Flächen würden sich unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb existentiell nicht tragbar.

Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln besteht im Übrigen meinerseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde.

Zu einer künftigen Ausweisung als Naturschutzgebiet würde die bereits jetzt nach einer Pflanzenschutzanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen sein dürfte.

Ebenso sind die Flächen G0\_BSN\_TA-EU-30 (Karte anbei) aus betrieblicher Sicht äußerst wichtig, ertragreich, maschinell zu bearbeiten und für den Fortbestand des Betriebs notwendig.

Die "Zeichnerische Festlegung zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln" ist hier nicht vereinbar mit dem Punkt 1.1 aus der "Textlichen Festlegung zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln".

In denen es heißt: "Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten" und "Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen".

Ich beantrage daher gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem Status als Bereich zum Schutz der Natur aus un bitten, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Anhänge**

[Abb\\_ID1009237.pdf](#)

AZ: Ö-P-1788	
1004724	
1009242	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen- sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen- als Bereich zum Schutz der Natur bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landwirtschaftlichen Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete bei wirtschaftlichen Beschränkungen einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand, wenn überhaupt bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Mein Betrieb besitzt schon viel eigene, sowie Pachtflächen im Ahrprogramm und Nebenbäche. Diese Flächen sind schon als Naturschutzflächen und FFH Gebiet ausgezeichnet. Der Betrieb ist dadurch schon eingeschränkt. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1789

1004725

1009244

#### Inhalt

Anhand der Karte habe ich festgestellt, das 8,26 ha der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie eine 1,17 ha gepachtete Grünlandfläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und auch als Bereich für den Schutz der Landwirtschaft und landwirtschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.

Wir sind darauf angewiesen unsere Gesamte Fläche inklusive Pachtland optimal nutzen zu können, das heißt den Futteraufwuchs dann zu mähen, wenn das Futter die meisten Nährstoffe aufweist(15 Mai-15 Juni).

Zudem brauchen wir die Flächen für unsere Tiere zum uneingeschränkten weiden (nicht termingerechtes weiden und mähen). Hierzu kommt das wir unsere Flächen zum Ausbringen des hofeigenen Wirtschaftsdüngers (Mist und Jauche) dringend benötigen und durch den landwirtschaftlichen Extensivierungsvertrag auch nicht anders düngen dürfen. Wenn unsere Flächen in ihrer Planung aufgenommen würden (BSN und BSLE), wäre es für uns existenzgefährdend.

Daher lege ich Widerspruch gegen diese Maßnahme ein und zudem berufe ich mich in unserem Falle auf den Bestandsschutz.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1009244\\_01.pdf](#)

[Abb\\_ID1009244\\_02.pdf](#)

[Abb\\_ID1009244\\_03.pdf](#)

[Abb\\_ID1009244\\_04.pdf](#)

[Abb\\_ID1009244\\_05.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1790	
1004726	
1009251	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass Eigentumsfläche im Umfang von etwa 2,5 Hektar Ackerland und ca. 6 Hektar Grünland als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen; weitere 5 Hektar, davon die Hälfte Eigentumsflächen sind im Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) gelegen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Hinsichtlich der BSLE Ausweisungen habe ich aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zudem die Besorgnis, dass bei als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1009251.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1791	
1004727	
1008755	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass etwa 10 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Düngeund Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden. Auf Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits heute mit einem Pflanzenschutzmittelverbot einhergehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich wäre. Die Bewirtschaftung des Grünlandes wäre dann nur noch mit großem Pflegeaufwand und mit geringem Ernteertrag möglich.</p> <p>Weiterhin ersehe ich anhand der Karten, dass etwa 30 Hektar meiner Betriebsfläche, da von auch einige Parzellen Ackerland, als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ein geschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würden jedoch die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden, da bei Ackerlandflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich ist und bei Grünlandflächen ein erheblicher und kaum zu leistender Pflegeaufwand entstehen würde.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang ein zuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1792	
1004728	
1009253	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der uns vorliegenden Karte haben wir festgestellt, dass etwa 10 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen; weiterhin sollen 13 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Ackerflächen sowie 13 Hektar zugepachtete Ackerflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden.</p> <p>Wir befürchten, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Flächen wären damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würden erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln unsererseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung von in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich ist</p> <p>Wir bitten außerdem zu berücksichtigen, dass alle Flächen der Futtergewinnung für unsere Rinder dienen. Eventuelle Einschränkungen in der Nutzung oder Einschränkungen bei der Pflanzenschutzmittelanwendung würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb wirtschaftlich nichttragbar</p> <p>Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1009253.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1793	
1004729	
1009258	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass über 26 Hektar meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Betroffen sind demnach folgende Flurstücke:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Flächen wären damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würden erheblich an Wert verlieren. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1009258.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich habe festgestellt, dass nun bei, lieb gehende Flächen - so wild Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Obereinweisung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Düng- und Pflanzenschutzmittelgesetzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen den Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1795	
1004731	
1009261	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen, ca. 15 Hektar der Eigentumsflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen, darunter auch die Hofstelle. Weitere, von mir zugepachtete Flächen liegen ebenfalls in dieser Kulisse. Sämtliche Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Landschaftsschutzbedingte Einschränkungen in deren Nutzung würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb existentiell nicht tragbar.</p> <p>Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde.</p> <p>Zudem ist eine betriebliche Entwicklung mit eventuell erforderlich werdenden Gebäuden allein auf der Hoffläche oder den hofnahen Parzellen möglich! so dass der landwirtschaftlichen Nutzung hier Vorrang einzuräumen ist.</p> <p>Ich bitte daher, von der geplanten Ausweisung abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1796	
1004732	
1009265	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen sollen nunmehr mehrere meiner Eigentumsflächen - sowohl Acker- als auch Grünlandparzellen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden. Die Grünlandflächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder und naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb wirtschaftlich nicht tragbar. Hinsichtlich der in der Kulisse gelegenen Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits jetzt ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen und eine nachhaltig wirtschaftliche Ackernutzung nahezu unmöglich machen.</p> <p>Im Übrigen weisen ich darauf hin, dass bereits jetzt ein großer Teil meiner Eigentumsflächen und auch ein großer Teil unserer Pachtflächen im Rahmen früherer Ausweisungen von FFH-, Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten mit Bewirtschaftungsauflagen versehen sind. Weitere Ausweisungen mit Bewirtschaftungsauflagen gefährden den landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Existenz.</p> <p>Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass viele um die Ortschaft Lommersdorf gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen bereits für den beabsichtigten Weiterbau der Autobahn A1 - sei es als Flächen für die Trasse selbst oder als Ausgleichsfläche - verpiant sind und der Landwirtschaft entzogen werden. Im Hinblick hierauf sollte hier dem Interesse der Landwirtschaft an einem Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen Vorrang eingeräumt und auf weitere Ausweisungen verzichtet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Auf der Grundlage der mir vorliegenden Lagekarte stelle ich fest, dass auch mein oben näher bezeichnetes Grundstück zum Schutz der Natur (BSN) bzw. landwirtschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen und damit tangiert werden soll.

Bei einer Ausweisung als BSN oder BSLE befürchten sowohl mein Pächter als auch ich selbst Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung. Der Verordnungsentwurf der EU-Kommission lässt Einschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln oder sogar deren Untersagung zu. Ich sehe als Folge hierin einen erheblichen Mehraufwand sowie eine deutliche Nutzungseinschränkung und bitte Sie von einer Ausweisung abzusehen.

Darüber hinaus stehe ich gemeinsam mit den Eigentümern der Nachbarzellen 102 und 21 und einem größeren Hersteller von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Verbindung um eine solche Anlage auf diesen Parzellen erstellen zu lassen und somit einen bedeutenden energetischen Beitrag zur Förderung nachhaltiger Energien zu leisten. Bekanntlich wird der Herstellung von nachhaltigen Energieerzeugnissen, hier PV-Freiflächenanlage, eine ganz besondere Bedeutung zugemessen. Der Gesetzgeber hat hierfür eine besondere Priorität verordnet. Die Ersteinschätzung des Herstellers hat ergeben, dass diese Flächen für eine solche Nutzung in Frage kommen.

Wird auf die Ausweisung als BSN bzw. BSLE verzichtet, wird der Herstellung einer PV Freiflächenanlage priorisiert.  
Für ggfs. notwendige Rückfragen zu meinem Anliegen steht Ihnen mein Schwiegersohn [ANONYMISIERT] zur Verfügung. Er ist telefonisch erreichbar unter [ANONYMISIERT]. Eine Ausfertigung erhält auch das Bundeswirtschaftsministerium, 11019 Berlin. Kenntnisnahme.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Festlegung "BSN" bzw. "BSLE" ist hier, entsprechend der Plankonzeption/kommunaler Entwicklungsabsicht, ein Vorrang einzuräumen.

	<p>Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG überprüft werden bzw. wird im Zulassungsverfahren überprüft.</p>
--	--

AZ: Ö-P-1798	
1004734	
1009124	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Fkerz:me: und Verpächter eintger. in der Gemarkung [ANONYMISIERT] liegenden, landwirtschait*keh 2enutzten Flächen: ca.6 ha Ackerland una 4 ha Grüniand.Zu dem oben genann:en Einwurf nehme ich hiermit wie folgt Stellung: Ich habe bestges:elh. dass ein Teii meiner Eigemumsfläche als Bereich zum Schutz der Nar: (Si?J) bzw. 3ereiohe für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholu±u (BSLF) ausewiesen werden sollen.</p> <p>In Anbetracht der gegenwärtigen Situation in der die lanawuischaftlichen Betriebe durch Klimawandel, Dürre, dadruch bedingten Futterrnanget und weitere Umweltauftiagen sich seit mehrern Jahren in reriebhohen .So:ni g:enen befinden ?bin ich gegen alle weitere Auflagen und damit auch gegen die Ausweiseng weiterer Flächen ? egal ob BSN oder BSLE!</p> <p>Die Ernährungssicherheit im eigenen Land muss vorrangig behandelt werden. Ich bin gegen die Ausweisung meine: Fächen und oitte daher davon abzusehen!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich habe feststellen müssen, dass ein Teil meiner Betriebsflächen (-Pachtflächen die z.T. im Besitz meiner Eltern und Geschwister sind, von denen ich den Hof übernehme und Eigentumsflächen-) entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.

Ich befürchte, dass es nach erfolgter Ausweisung künftig zu Einschränkungen in der Nutzung der Flächen kommen wird und gebe zu bedenken, dass ich zur Erzeugung des Futters für meine Tiere angewiesen bin.

Die große politische Sorge über das "Höfe sterben" in unseren Regionen ist berechtigt, wenn die Existenzsicherung so unglaublich fragwürdig ist und Betrieben die nach einem nachhaltigen Konzept arbeiten übergeordnete Barrieren in den Weg gesetzt werden. Somit ist rund ein Drittel der bewirtschafteten Fläche unseres Betriebes jetzt schon Arbeit im Vertragsnaturschutz. Außerdem tragen wir als Biobetrieb mit Mutterkuhhaltung als ökologischer Fleisch-! und Nahrungsmittelerzeuger sowie Futtermittelhersteller der Nachhaltigkeit bei. Beschränkungen in der Nutzung der Flächen würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit meines Betriebes gefährden.

Ich spreche mich gegen eine Oberplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) sowie dem Bereich zum Schutz der Natur (BSN) aus. Ich bitte sie diese aus der Kulisse zu entfernen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-18	
1001149	
1000728	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da es bis auf weiteres nicht absehbar ist wann die wirtschaftlichen Probleme der Lebensmittelversorgung in der BRD wieder auf Normallevel sein werden. (Ukraine Krieg, Getreideversorgung, Gasversorgung etc.) Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung hat Vorrang, somit muss diese Fläche weiterhin der Bewirtschaftung von umliegenden Bauern möglich sein. Zumal die Bundesregierung brach liegende Ackerflächen wieder zur Bewirtschaftung freigibt! Die Getreideversorgung, und auch alle anderen Lebensmittel werden die nächsten Jahre zur Versorgungsknappheit führen, und auch weitere Preissteigerungen zur Folge haben. Aus diesem Grund kann zur Zeit diese Fläche nicht für Industrielle Maßnahmen eingesetzt werden ! Der Angriff dieser Maßnahme kann dann fortgeführt werden wenn sich die wirtschaftliche Situation als auch preisliche entspannt hat. Diese jetzige angespannte Situation wird aber die kommende Jahre laut WirtschaftsPrognose so bleiben. Des weiteren ist nicht nachvollziehbar, woher die Arbeitskräfte kommen sollen, die ja jetzt schon, andersorts fehlen ! Ein weiterer Punkt ist die neue Straßenführung um den Ort Lindern, hier ist die neue Straßenführung zu nah am Ort Lindern geplant, so dass die angrenzenden Wohngebiete mit erheblichem Lärm, wegfallenden Erholungsgebieten, erhöhten Emissionen und weiteren Belästigungen zu rechnen hat. So lange die Straßenplanung nicht Wohngebietsschonend ersichtlich ist, ist eine Planung vorerst zu stoppen. Gerne können sich die Bürger mit den entsprechenden Stellen hierzu austauschen. Hierzu schon vorab ein Vorschlag für die Straßenführung "Zukunft", meinerseits !</p> <p>[s. Anhang Abb. 1000728_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1000728_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p> <p>Darüber hinaus werden generelle Hinweise gegeben und teilweise Ablehnung gegenüber geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten im Bereich Geilenkirchen-Lindern geäußert. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.</p>

AZ: Ö-P-1800	
1004736	
1009154	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 3,5 Hektar meiner Ackerfläche als Bereich für den Schutz der Landwirtschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden soll.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU- Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer späteren Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung dieser Fläche wäre damit nicht mehr möglich und diese würde erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Fläche mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (bSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1801	
1004737	
1009159	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt, ca. 15 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackertflächen nebst rd 10 Hektar der von mir bewirtschafteten Pachtflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Hinzu kommt! dass etwa 80 Hektar meiner Eigentumsflächen sowie weitere Pachtflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überpianung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisie herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1802	
1004738	
1009267	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 1 Hektar meiner verpachteten Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1009267.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1803	
1004739	
1008801	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass ca. 6 ha der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen sowie ca. 20 ha gepachtete Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Zudem sollen 42 ha Grünland und 2 ha Ackerland meiner Eigentumsflächen nebst 38 ha gepachtete Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Auch meine Hoffläche selbst liegt in dieser Kulisse.</p> <p>Ich befürchte, dass es nach erfolgter Ausweisung künftig zu Einschränkungen in der Nutzung der Flächen kommen wird und gebe zu bedenken, dass ich zur Erzeugung des Futters für meine Tiere auf diese Flächen angewiesen bin und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbarmengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen. Beschränkungen in der Nutzung würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit (die gesamte Hoffläche ist betroffen!) die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen.</p> <p>Auch muss mir im Zuge des derzeit stattfindenden Klimawandels die Möglichkeit offen bleiben, den Betrieb in den nächsten Jahren eventuell umzustrukturieren oder auf andere Wirtschaftszweige umzustellen. Dies wäre bei Ausweisung als BSN oder BSLE nicht mehr möglich.</p> <p>Im Übrigen weise ich darauf hin, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf dem Hof selbst oder den hofnahen Parzellen möglich ist. Ich befürchte daher, dass sich bei einer Einbeziehung der Hofflächen in die BSLE-Kulisse für eventuell notwendig werdende Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1804	
1004740	
1008800	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen soll nun nochmals ein erheblicher Teil der Dränagenflächen und insbesondere die Ausläufe der Dränagen, als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden. Wir gehen davon aus, dass in den oben genannten Gebieten (BSN) eine Wartung und gegebenenfalls Reparatur der Dränagen und Ausläufe mit Maschinen nur bedingt zulässig sein wird. Dies wiederum führt zu Störungen und Funktion der Dränagen.</p> <p>In der Gemarkung Lommersdorf wirtschaften noch fünf Vollerwerbsbetriebe mit SchwerpunktMilchvieh, diese sind auf ein funktionsfähiges Dränagesystem angewiesen, da es sonst zu stärkeren Einschränkungen in der Nutzung der Flächen und infolge dessen eine qualitative und mengenmäßige Einschränkung bei der Futtergewinnung nach sich ziehen würde. Im Hinblick hierauf sollte im Interesse der Landwirtschaft und der Eigentümer, an einem Erhalt eines funktionierenden Dränagesystems Vorrang eingeräumt werden und auf weitere Ausweisungen verzichtet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1805	
1004741	
1008799	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 3 Hektar gepachtete Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie weitere 33 Hektar Ackerland, davon 16 Hektar Eigentum nebst Hoffläche, als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden sollen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist.</p> <p>Ich befürchte zudem, dass nach dem kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln bei einer bestehenden oder zukünftigen Ausweisung von in einer BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Dies würde auch bei diesen Flächen dazu führen, dass diese nicht mehr in wirtschaftlich sinnvoller Weise ackerbaulich genutzt werden können und einen großen Wertverlust erleiden würden.</p> <p>Soweit die Hoffläche selbst in der BSLE-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass in Zukunft Bauvorhaben des Betriebes aufgrund der dann verschärften Abstands- und Immissionswerte nicht mehr realisiert werden können und eine betriebliche Entwicklung nicht mehr möglich ist.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zutreffender Weise wird in der Beschreibung der Ausgangslage mit der Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln die Aufgabe verbunden, die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen (vgl. 1.1). Die angestrebten gleichwertigen Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes können nach diesseitigem Verständnis nur dann mit raumordnungsrecht hohen Vorgaben erreicht werden, wenn die Landwirtschaft und insbesondere der Schutz landwirtschaftlicher Fläche in angemessener Weise Berücksichtigung findet.

Landwirtschaftliche Nutzfläche bildet nicht nur die Existenzgrundlage der sie bewirtschaftenden Betriebe, sondern ist zudem die Grundlage für die Versorgung der in der Region lebenden Menschen mit Nahrungsmitteln. Hinzu kommt, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche auch prägenden Charakter für die Kulturlandschaft hat und nicht zuletzt zusammen mit den Waldstrukturen den Erholungsraum für die urbane Bevölkerung bildet.

Wir bedauern daher, dass dieser Bedeutung landwirtschaftlicher Flächen nicht durch Formulierung eines eigenen Kapitels mit eigenständiger Unterschutzstellung Rechnung getragen wurde. Landwirtschaftliche Flächen werden daher weiterhin - so die diesseitige Befürchtung - als Verfügungsmasse dem Zugriff für Siedlungs-, Gewerbe- oder Verkehrsfläche preisgegeben. Hinzu kommt dann noch, dass diese Eingriffstatbestände zu weiterem Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch die gesetzlich vorgeschriebenen Kompensationsmaßnahmen führen.

Der selbst gestellten Anforderung, den Freiraum als Standort landwirtschaftlicher Produktion nachhaltig zu sichern (vgl. S. 25), wird der Regionalplan daher nicht gerecht. Die als agrarstrukturell bedeutsam gekennzeichneten Bereiche sollen zwar bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt und der Verlust dieser Flächen vermieden werden, jedoch zeigen die Ausweisungen des Regionalplanes, dass diesen Absichten offensichtlich nur nachrangige Bedeutung beigemessen wird. Die Zahlen über den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktionsfläche in den letzten Jahren sprechen Bände - und der Politik fehlt es an Ernsthaftigkeit, den Flächenfraß zu unterbinden oder zumindest nachhaltig einzudämmen.

**Abwägung****Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Bereich Landwirtschaft erfolgen in einem eigenständigen Kapitel und in Umsetzung der geltenden landesplanerischen Vorgaben (LEP NRW).



## Inhalt

Um der Landwirtschaft dennoch angesichts einer ihre Interessen weitgehend nicht ernsthaft berücksichtigenden Regionalplanung Perspektiven zu bieten, werden folgende Anregungen und Bedenken geltend gemacht:

- Generell halten wir die Ausweisungen von allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für großzügig bemessen, in Einzelfällen im Siedlungsschwerpunkt Aachen und angrenzenden Kommunen sogar für deutlich überzogen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es in Regionen, in denen sowohl Wohn- als auch Gewerbegebiete ausgewiesen sind, den dort wirtschaftenden Betrieben die verbleibende landwirtschaftliche Nutzfläche in bedenklichem Ausmaß verknappt wird. Kommen dann noch großzügig ausgewiesenen Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) hinzu, wird den Betrieben bei späterer Realisierung der Planungen die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Daher wird gefordert, dass heranrückende Siedlungs- und Gewerbebereiche landwirtschaftliche Betriebe weder in ihrem Bestand noch in ihrer Entwicklung beeinträchtigen dürfen. Aus diesem Grunde sollten auch Hofstellen und hofnahe Flächen von jeglicher Planung freigehalten werden.
- Weiterhin sollten die Bereiche zum Schutz der Natur deutlich reduziert werden und es sollte sichergestellt sein, dass dort weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen uneingeschränkt fortgeführt werden kann.
- Zudem sollten Ackerflächen nicht als Bereiche zum Schutz der Natur ausgewiesen werden, da deren ackerbauliche Nutzung nicht dauerhaft sichergestellt werden kann. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten im Nachhinein verbietet und bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen künftig nicht mehr als solche genutzt werden können.
- Abschließend sei auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hingewiesen, der unter anderem vorsieht, auch Landschaftsschutzgebiete als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln mit einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund ist auch die großflächige Ausweisung von Flächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus landwirtschaftlicher Sicht abzulehnen, da für diese eine spätere Ausweisung als Landschaftsschutzgebiete vorgesehen ist.
- Eine Ausweisung mit einer einhergehenden Reglementierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes macht eine sinnvolle ackerbauliche Nutzung dieser Flächen unmöglich und sollte daher unterbleiben. Stattdessen sollte die

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

landwirtschaftliche Nutzung und damit einhergehend die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln Vorrang genießen.	
---	--

AZ: Ö-P-1807

1004744

1008785

#### Inhalt

Ausweislich der mir vorliegenden Kartierungen sollen rund 70 % meiner betriebszugehörigen Ackerflächen, sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen, als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden.

Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, sodass bei entsprechender Ausweisung eine ackerbauliche Nutzung und erst recht eine Nutzung als Gemüseanbaufläche unwirtschaftlich wäre. Zudem ist zu befürchten, dass bei einer Ausweisung von Flächen in der BSLE-Kulisse als Landschaftsschutzgebiet nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden könnte. Eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches würde daher die gesamte ackerbauliche Nutzung in Zukunft gefährden und bedeutet für meinen Betrieb angesichts des Umfanges der Betroffenheit die existentielle Vernichtung.

Ich wende mich daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1808	
1004745	
1008780	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 11,3 Hektar meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus gewiesen werden sollen.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer späteren Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung dieser flächen wäre damit nicht mehr möglich und diese würden erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überpfanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008780_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1809

1004749

1008778\_001

#### Inhalt

Hiermit lehne ich den Regionalplan im oben genannten Bereich ab und lege fristgerecht folgenden Einspruch ein:

Die noch vorhandene und aktive Landwirtschaft in diesen Orten würde durch die fehlende Fläche weiter erheblich eingeschränkt und ein weiteres Versiegeln der durchaus guten Bodenqualität ist nicht umweltverträglich.

Baugrund in Waldenrath ist knapp und eine Möglichkeit der Bebauung parallel der Straße "Am Strauch?" und des GiBregional oder sogar GiBplus würde diese Möglichkeit zur Erweiterung unseres intakten Dorflebens zerstören.

Da Waldenrath/Pütt ländlich geprägte Dörfer sind und schon jetzt erheblichen Emissionen der B56n ausgesetzt sind, möchte ich weiteren gesundheitlichen Einschränkungen entgegenwirken.

Deshalb spreche ich mich gegen die Realisierung des Regionalplan in jeglicher Form aus.

Die Lebensqualität würde erheblich eingeschränkt. Ich lebe bewusst "auf dem Land?!"

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1810	
1004750	
1008783	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der Karten sollen ca. 9 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünlandflächen, sowie 5 Hektar gepachtete Grünlandflächen weitere 8 Hektar eigene Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden.</p> <p>Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist zu befürchten, dass bei einer Ausweisung von in BSLE-Bereichen gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden, da bei Ackerlandflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich ist und bei Grünlandflächen ein erheblicher und kaum zu leistender Pflegeaufwand entstehen würde.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung meiner Eigentums- und Pachtflächen aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1811

1004751

1008949

#### Inhalt

Wir halten es vorab für unabdingbar, dass eine Planung und eine darauf basierende künftige Nutzung von Flächen nur in einem Konsens mit den betroffenen Grundeigentümern sowie der Land- und Forstwirtschaft erfolgen kann. Die Berücksichtigung der Anliegen muss sich daher auch in einem Regionalplan zwingend widerspiegeln. Insbesondere im Hinblick auf den geplanten Verkehrswegebau, hier, die eingezeichnete Ortsumgehung Arnoldsweiler, fordern wir daher auf die Umsetzung zu verzichten oder aber einen Ausbau zumindest auf das nötigste Maß zu beschränken. Eine Trassenführung sollte zudem immer auch in Abstimmung mit der Landwirtschaft vor Ort vorgenommen werden. Dies ist nicht nur wegen des möglicherweise geringeren Eingriffs in die Natur wichtig, sondern insbesondere um landwirtschaftliche Nutzflächen nachhaltig besser zu schützen. So muss zwingend verhindert werden, dass arrundierte landwirtschaftliche Nutzflächen durch neu angelegte Trassenführungen durchschnitten werden und dadurch die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe gehemmt, wenn nicht gar vereitelt werden. Ein vorschneller Verlust von weiteren Flächen aus der Nahrungsmittel- und Produktion nachwachsender Rohstoffe könnte so bereits mit einfachen Mitteln vermieden werden. Die landwirtschaftlichen Flächen im Kreis Düren sind allein wegen der Braunkohlenförderung im Rheinischen Revier und den damit verbundenen massiven Flächenverlusten einem zunehmenden Konkurrenzdruck ausgesetzt. Wir fordern daher beim Neu- und Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen auch weiterhin den grundsätzlichen Verzicht bzw. zumindest eine flächenneutrale Umsetzung der Naturschutzkompensation ohne die Inanspruchnahme weiterer landwirtschaftlicher Nutzflächen. Allein hierdurch könnte mit den betroffenen Grundeigentümern und wirtschaftenden Land- und Forstwirten bereits ein wichtiger Teil des von uns für zwingend erachteten Konsenses herbeigeführt werden. Zusammenfassend dürfen wir Sie daher vor dem Hintergrund unserer Ausführungen eindringlich darum bitten, die vorgelegten Planungen nochmals zu überdenken und den vorgetragenen Bedenken im Wege der weiteren Planentwicklung ausreichend Rechnung zu tragen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-P-1812

1004752

1010370

#### Inhalt

Bekanntlich bildet die Regionalplanung die Raumordnung auf der Ebene der Länder. Sie hat die Aufgabe, den Raum durch planerische Vorgaben (Ziele und Grundsätze), durch raumordnerische Zusammenarbeit und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählt mithin die Aufstellung des Regionalplans. Der Regionalplan legt die Ziele für die Raumentwicklung in den Planungsregionen fest und soll als Ergebnis eines umfangreichen und komplexen Beteiligungsverfahrens entwickelt werden. Darüber hinaus soll der Regionalplan dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Im Rahmen der Neuaufstellung sind schließlich weitere Herausforderungen wie der Klimaschutz und die Klimaanpassung, der demografische Wandel und der wirtschaftliche Strukturwandel in einem räumlichen Entwicklungsszenario zu vereinen, welches eine ausgewogene Bodennutzung unter Berücksichtigung der Belange vorsieht.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise und Informationen zur Regionalplanung gegeben.



**Inhalt**

Als landwirtschaftliche Berufsvertretung erkennen wir diese Ziele des Regionalplans grundsätzlich an und wissen zugleich ? angesichts der bevorstehenden Herausforderungen - um die Bedeutung eines verträglichen räumlichen Entwicklungsszenarios. Gleichwohl sehen wir in den vorgestellten Plänen die landwirtschaftlichen Interessen im Hinblick auf den dargestellten Flächenbedarf erneut nur unzureichend berücksichtigt. Im Kreis Düren als zentralem Bestandteil des Rheinischen Braunkohlenreviers sind bzw. werden tagesbaubedingt bereits tausende Hektar wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen zur Energieversorgung in Anspruch genommen. Wenn auch viele Tagebauflächen rekultiviert und damit einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung grundsätzlich wieder zugänglich gemacht werden, so gehen doch tausende Hektar an Flächen für die verbleibenden Restseen verloren. Dies gilt etwa für die Restseen Hambach und Inden, vor allem aber für den künftigen Restsee Hambach mit einer Fläche von allein über 4.000 ha. Gerade die Landwirtschaft im Kreis Düren bringt daher über den allgemeinen Flächenverlust für bereits beschlossene Infrastrukturmaßnahmen hinaus zusätzlich durch den Abbau der Braunkohle unter Hinterlassung eines riesigen Flächendefizites nach dessen Beendigung bereits bedeutende Opfer. Wir halten es daher vorab für unabdingbar, dass eine künftige Planung und Realisierung von Flächennutzungen nur in einem Konsens mit den betroffenen Grundeigentümern sowie der Land- und Forstwirtschaft erfolgen kann. Die Berücksichtigung der Anliegen muss sich daher auch im Regionalplan zwingend widerspiegeln. Landwirtschaftliche Nutzfläche bildet nicht nur die Existenzgrundlage der sie bewirtschaftenden Betriebe, sondern ist zudem die Grundlage für die Versorgung der in der Region lebenden Menschen mit Nahrungsmitteln. Hinzu kommt, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche auch prägenden Charakter für die Kulturlandschaft hat und nicht zuletzt zusammen mit den Waldstrukturen den Erholungsraum für die urbane Bevölkerung bildet. Wir bedauern daher zunächst, dass dieser Bedeutung landwirtschaftlicher Flächen nicht durch Formulierung eines eigenen Kapitels mit eigenständiger Unterschutzstellung Rechnung getragen wurde. Landwirtschaftliche Flächen werden daher weiterhin - so die diesseitige Befürchtung - als Verfügungsmasse dem Zugriff für Siedlungs-, Gewerbe- oder Verkehrsfläche preisgegeben. Hinzu kommt dann noch, dass diese Eingriffstatbestände zu weiterem Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch die gesetzlich vorgeschriebenen Kompensationsmaßnahmen führen. Der selbst gestellten Anforderung, den Freiraum als Standort landwirtschaftlicher Produktion nachhaltig zu sichern (vgl. S. 25), wird der Regionalplan daher nicht gerecht. Die als agrarstrukturell bedeutsam gekennzeichneten Bereiche sollen zwar bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt und der Verlust dieser Flächen vermieden werden, jedoch zeigen die Ausweisungen des Regionalplanes, dass diesen Absichten offensichtlich nur nachrangige Bedeutung beigemessen wird. Die Zahlen über den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktionsfläche in den letzten Jahren sind eindeutig - und der

**Abwägung****Typ****Ausgleichsvorschlag****Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Politik fehlt es an Ernsthaftigkeit, den ?Flächenfraß? zu unterbinden oder zumindest nachhaltig einzudämmen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB oder eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil der laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und dem Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffenen Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftlichen Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.]

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

**Inhalt**

Um der Landwirtschaft dennoch angesichts einer ihre Interessen weitgehend nicht ernsthaft berücksichtigenden Regionalplanung Perspektiven zu bieten, werden folgende Anregungen und Bedenken geltend gemacht: Generell halten wir die Ausweisungen von allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für zu großzügig bemessen, in Einzelfällen sogar für deutlich überzogen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es in Regionen, in denen sowohl Wohn- als auch Gewerbegebiete ausgewiesen sind, den dort wirtschaftenden Betrieben die verbleibende landwirtschaftliche Nutzfläche in bedenklichem Ausmaß verknappt wird. Kommen dann noch großzügig ausgewiesenen Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) hinzu, wird den Betrieben bei späterer Realisierung der Planungen die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Daher wird gefordert, dass heranrückende Siedlungs- und Gewerbebereiche landwirtschaftliche Betriebe weder in ihrem Bestand noch in ihrer Entwicklung beeinträchtigen dürfen. Aus diesem Grunde sollten auch Hofstellen und hofnahe Flächen von jeglicher Planung freigehalten werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß

der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Weiterhin sollten die Bereiche zum Schutz der Natur deutlich reduziert werden und es sollte sichergestellt sein, dass dort weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen uneingeschränkt fortgeführt werden kann. Gleiches gilt im Übrigen für die Gebietskulissen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Als Beispiel für die unmittelbaren Auswirkungen einer Unterschutzstellung sei hier etwa die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet, wodurch sogar bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen künftig nicht mehr als solche genutzt werden können. Abschließend sei auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hingewiesen, der unter anderem vorsieht, auch Landschaftsschutzgebiete als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln mit zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund sollte jegliche Ausweisung eines naturschutzorientierten Status für Ackerflächen unterbleiben, da für diese die landwirtschaftliche Nutzung und damit einhergehend die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln Vorrang haben sollte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

1010375

#### Inhalt

Im Hinblick auf den weiterhin geplanten Verkehrswegeausbau fordern wir ebenfalls auf die Umsetzung nicht notwendiger Projekte zu verzichten oder aber einen Ausbau auf das nötigste Maß zu beschränken. Zudem sollte eine Trassenführung immer auch in Abstimmung mit der Landwirtschaft vor Ort vorgenommen werden. Dies ist nicht nur wegen des möglicherweise geringeren Eingriffs in die Natur wichtig, sondern insbesondere um landwirtschaftliche Nutzflächen nachhaltig besser zu schützen. Es muss zwingend verhindert werden, dass arrundierte landwirtschaftliche Nutzflächen durch neu angelegte Trassenführungen durchschnitten werden und dadurch die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe gehemmt, wenn nicht sogar vereitelt werden. Ein vorschneller Verlust von weiteren Flächen aus der Nahrungsmittel- und Produktion nachwachsender Rohstoffe könnte so bereits mit einfachen Mitteln vermieden werden.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden Hinweise und Anregungen zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1010376

#### Inhalt

Die landwirtschaftlichen Flächen im Kreis Düren sind allein wegen der Braunkohlenförderung im Rheinischen Revier und den damit verbundenen massiven Flächenverlusten einem zunehmenden Konkurrenzdruck ausgesetzt. Wir fordern daher beim Neu- und Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen auch weiterhin den grundsätzlichen Verzicht bzw. zumindest eine flächenneutrale Umsetzung der Naturschutzkompensation ohne die Inanspruchnahme weiterer landwirtschaftlicher Nutzflächen. Allein hierdurch könnte mit den betroffenen Grundeigentümern und wirtschaftenden Land- und Forstwirten bereits ein wichtiger Teil des von uns für zwingend erachteten Konsenses herbeigeführt werden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Anregung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereichs der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

**Inhalt**

Vorab muß ich auf eine Qualitätsdefizit hinweisen, das sich in den pdf-Dateien zu den jeweiligen Karten als schlecht lesbar darstellt und m. E. ein ungeeignetes Instrument darstellt um großflächige Zusammenhänge zu erkennen.

Ein ganz wesentlicher Tatbestand bei der Über-Planung von Fläche&Gerade vor dem Hintergrund der linksrheinischen Kleinparzellierungen ist dies ein eklatantes Defizit! Beim Lesen der Planunterlagen entsteht unwillkürlich der Eindruck einer erneuten und riesigen Überregulierung.

Zur Aufgabe der im ländlichen Raum Tätigen, Eigentümer wie auch Bewirtschaftler, gehört seit Generationen die emissionsarme Versorgung der Menschen im Nahbereich und auch darüber hinaus. Vor dem Hintergrund einer aktuellen Landschaftsplanung (LP3) in der Gemeinde Alfter, drohen durch diesen Regionalplan zusätzlich neuerliche Einschränkungen.

Die Weichenstellung durch diesen Plan muß zu einem gesunden Ausgleich zwischen Landnutzung, bezahlbare Versorgungssicherheit und Umweltfreundlichkeit führen. Diesen Eindruck finde ich in dem vorliegenden Planungsvorhaben nicht ? lediglich Okologisierung.

Die drohende ?Erhöhung? der Schutzkategorie sowie die Ausweitung der Schutzkulissen führen zu Einschränkungen der individuellen Betriebsentwicklungsmöglichkeiten, schränken somit sogar die freie Berufswahl ein; sie beeinträchtigen die Auslastung von Angestellten und enden schließlich in deren Entlassung. Beides (,?Erhöhung und Ausweitung?) halte ich für fachlich unbegründet und nicht notwendig.

Jeder Betriebsinhaber muß im Rahmen des geltenden Rechts die unternehmerische Freiheit haben, die Hölzer und Früchte anzubauen, von denen er sich seinen Mehrwert verspricht und deren entsprechendes Risiko er trägt. Er verfügt über profundes Wissen und Erfahrung aus etlichen Generationen.

Hier muß der Regionalplan ansetzen und helfen Einschränkungen und Stilllegung führen zu Wettbewerbsverzerrungen, zur aktiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung gegenüber Produzenten anderer Regionen und Ländern.

In Zeiten des Klimawandels müssen die lokalen Betriebe gef?irdert werden und nicht durch restriktive Einschränkungen und Entrechtungen in den Ruin geführt werden. Eine Sicherung unserer natürlichen Ressourcen, von der Feldfrucht bis zum Brennholz, ist mit weiteren Einschränkungen nicht zu gewährleisten. Nutzungseinschränkungen und Stilllegungen sind hier der falsche Weg. Die klimatischen Veränderungen, der C02-

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Entwurf des Regionalplanes um eine Neuaufstellung handelt und nicht um eine Fortschreibung eines Regionalplanes. In diesem Sinne erfolgen keine Ausweitung gegenüber einem Regionalplan

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen



Auswurf etc. ist in den industriellen und städtischen Gebieten zu verorten. Warum müssen die Landbewirtschaftler dafür herhalten?

Auch der Aspekt, dass Waldbewirtschaftung dem ausschliesslichen Ziel des Klimaschutzes dienen soll, ist unzulänglich und in dieser Form weder tragbar, hinnehmbar und nicht zielführend. Er ist falsch und muß revidiert werden!

Waldwirtschaft ist ein Glied in dieser Kette, die anderen lauten: Optimierung der Emissionen und des Energieverbrauchs und zwar an den richtigen Stellen!

Die Bewirtschaftler unserer linksrheinischen Flächen, in ihrer Kleinstrukturierung und Streubesitzform, unsere Bauern und Forstbetriebe, werden in ihren ohnehin schon benachteiligenden Rahmenbedingungen, zusätzlich in ihrer Entwicklungsmöglichkeiten nachhaltig beschnitten und ihre Flächen entwertet.

Der Regionalplan muß hier zum Wohle der linksrheinischen Betriebe nachbessern, wenn er sich nicht dem Vorwurf der Ungleichbehandlung gegenüber großflächigen Betrieben andernorts aussetzen will.

Zur Planungssicherheit der Betriebe gehört ebenfalls, dass künftigen Erschwernisse, Beauftragungen (durch weitergehende Schutzausweisungen wie FFH, NSG, BSN, BSLE, VS etc.) ein Riegel vorgeschoben wird, da es sonst keine jüngere Generation geben wird, die die Aufgabe antritt und die Lebensader des ländlichen Raumes erhält.

Ich lehne die planerische Weichenstellung für und die weitere Beauftragung der privaten Flächen im Beirat der Gemeinde Alfter (mit all seinen Gemarkungen) entschieden ab. Die flächige Schutz-Stellung? (allein schon dieser Begriff ist eine grundsätzliche Anklage und ein Generalverdacht gegenüber allen Eigentümern und Bewirtschaftlern) im Gießkannensystem, ist nicht erforderlich, nicht notwendig und nicht geboten. Die bisherigen Ausweisungen und Verordnungen sind bewährt und vollkommen ausreichen. Weitergehende Einschränkungen möge der Plan bspw. dem Land NRW oder dem Bund zuteilen.

Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als die BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstraßen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den

	Freiraum.
--	-----------

AZ: Ö-P-1816	
1004756	
1008791_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>In 41836 Hückelhoven-Brachelen bin ich Verpächter einer Landwirtschaftlichen Fläche mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1,24 ha der Fläche, die ich besitze, im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Hückelhoven-Brachelen geplantes Gebiet: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die landwirtschaftlichen Betriebe in der Region existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte auch zu berücksichtigen, dass die Flächen mittlerweile meine Altersvorsorge sind und eine zukünftige Weiterverpachtung wegen der Auflagen wohl unmöglich erscheint und eine Änderung des Regionalplanes in dieser Art somit einer Wertminderung und Enteignung gleich kommt. Sisher lagen keine Flächen im Gebiet Schutz der Natur.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

--	--

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bin Eigentümer landwirtschaftlich genutzter Ackerflächen in Gangelt und abhängig von Pachteinnahmen aus intensiv genutzten ackerbaulichen Anbauflächen. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 3,1 ha der Fläche, die ich besitze, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Gangelt - Breberen Schümm  
geplantes Gebiet: BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies hätte für meine landwirtschaftlichen Flächen eine erhebliche Einnahmereduzierung von Pachteinnahmen zur Folge. Demnach beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich und auch meine Berufskollegen als Landwirte sichern der Bevölkerung Ihre Lebensmittel. Wir versorgen unsere Tiere, melken unsere Kühe woraus wir Butter, Milch und andere Produkte herstellen. Wir pflanzen Getreide an, woraus nachher Brot hergestellt wird. Unsere Hühner legen Eier und unsere Schweine und Bullen werden zu Fleisch verarbeitet. All das machen wir, weil es unser Beruf bzw. unsere Berufung ist. Viele Höfe gibt es schon seit Generationen. Auch ich habe 2 Jungs im Alter von 15 und 12 Jahre die sich der Landwirtschaft hingezogen fühlen, jedoch ich im Moment mir nicht vorstellen kann, Ihnen den Betrieb mit ruhigem Gewissen zu übergeben. Immer wieder kommen neue Verordnungen, Verbote, neue Tierlabel usw. Wer blickt da eigentlich noch durch?

Und dann kommt jetzt noch dass meine Flächen in Naturschutzflächen umgewandelt werden sollen! Hier bei uns im Kreis Heinsberg, in Karken in den Auen an der Rur. Wir als landwirtschaftliche Unternehmen sind jedoch auf die landwirtschaftlichen Eigentums- und Pachtflächen angewiesen. Verminderung der Betriebsflächen haben erhebliche Einschnitte in meine Betriebsabläufe zur Folge und können, wenn sie durchgesetzt wird, meine Existenz bedrohen.

Die Pachtpreise sind jetzt schon enorm hoch, wenn aber jetzt auch noch Flächen wegfallen, weiß ich nicht wie das weitergehen soll.

Immer wieder wird von regionaler Landwirtschaft gesprochen, aber wenn wir als Landwirte immer wieder Flächen verlieren, dann kann die regionale Landwirtschaft nicht mehr stattfinden. Die geplante Ausweisung der geplanten FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebiete auf Grund des geplanten Pflanzenschutzverbots der EU führen zu erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen und Existenzgefährdungen.

Ich bitte Sie daher eindringlichst, die beabsichtigten Planungen abzulehnen. Auch im Sinne unserer Kinder die einmal mit Freude den Beruf des Landwirts ausüben sollen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1819	
1004759	
1008898	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Linnich-Kofferen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 50 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ABBILDUNG]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Zudem liege ich mit meiner neuen Hofstelle [ANONYMISIERT] mitten im neuen Gebiet ?Schutz der Landschaft?, alle hofnahen Parzellen sind betroffen, gleichfalls werden Bewirtschaftungseinheiten durchtrennt.</p> <p>Unser Sohn [ANONYMISIERT] wird in 2023 sein landw. Studium beginnen. Nach dem Studium möchte er unseren landw. Ackerbaubetrieb als Existenzgrundlage in der 7 Generation weiter bewirtschaften.</p> <p>Durch eine Ausweisung der neuen Gebiete ?Schutz der Landschaft? kann es zu einer extremen Behinderung der Betriebsentwicklung führen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1008898_1]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

<b>Anhänge</b>	
----------------	--

<a href="#">Abb_ID1008898.pdf</a>	
-----------------------------------	--



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung fristgerecht nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Wassenberg-Ophoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen, sowie futterbaulichen Nutzung. Die gesamte Betriebsfläche beträgt etwa 55 ha, davon sind etwa 30 ha Ackerland, etwa 25 ha Grünland als Futtergrundlage für meinen Viehbestand.

Im Rahmen der geplanten Ausweisung ist eine von mir bewirtschaftete Fläche in Umfang von etwa 12 ha überplant mit dem Schutzstatus ?Schutz der Natur?. (Naturschutzgebiet)

Die Überplanungen betreffen im Kern Flächen, die süd-westlich von Effeld liegen. Hauptsächlich Ackerland in einem Gebiet, welches zum größten Teil ackerbaulich genutzt wird. Im Ergebnis wird durch die geplante Ausweisung das bereits vorhandene Naturschutzgebiet Wassenberger Riedelland deutlich vergrößert. Erst vor einigen Jahren ist ein neuer Landschaftsplan aufgestellt worden, bei dem das Naturschutzgebiet ?Wassenberger Riedelland? ausgewiesen wurde und diese Fläche als Naturschutzgebiet ausreichend war. In diesem bereits vorhandenen Gebiet bin ich schon mit ca. 10 Hektar Grünland betroffen, und muss dort jetzt schon entschädigungslos mit erheblichen Bewirtschaftungsbeschränkungen zurechtkommen. Daher ist nicht zu nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen (vielfach Ackerflächen) mit einem solchen zu belegen und insofern das bereits vorhandene Naturschutzgebiet deutlich auszuweiten. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig scheinbar entschädigungslos auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Kreis Heinsberg wirtschaftenden Betriebe.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig eine Zukunftsperspektive für meinen landwirtschaftlichen Betrieb zu haben, und einen verantwortungsvollen Beitrag zur

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf einer ausreichenden Eigenversorgung mit Getreide/Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-P-1821	
1004761	
1008796_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betroffen sind meine Grundstücke mit den Nummern:</p> <p>[ANONYMISIERT] Lage: Gangelt</p> <p>Die Grundstücke werden als Hofstelle, Grünland und Ackerland genutzt. Durch Ihre Planung werden die Grundstücke in der Nutzung eingeschränkt und im Wert gemindert. Damit bin ich nicht einverstanden. Da der Betrieb zum größten Teil verpachtet ist, entstehen für den Pächter unzumutbare Beeinträchtigungen. Auf die Pachteinahmen bin ich zwingend angewiesen? deshalb fordere ich Sie auf? meine Grundstücke nicht mit wertmindernden Auflagen zu belasten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu der obengenannten ausgelegten Planänderung übersenden wir eine Übersichtskarte mit Markierung unseres Grundstückes und nehmen wie folgt Stellung:

**A. Sachverhalt**

1. Wir sind Miteigentümerinnen des im Planbereich befindlichen Grundstücks Gemarkung Wassenberg, Flur 3, Flurstück [ANONYMISIERT], 3.144 m<sup>2</sup> groß. Das Grundstück ist eingetragen beim Amtsgericht Heinsberg, Grundbuch von Wassenberg, Blatt 0327 als ?Landwirtschaftsfläche, Unterm Blumental?.
2. Dieses Grundstück hatten unsere verstorbenen Eltern damals als Bauerwartungsland zu einem erheblich höheren Preis als dem Ackerlandpreis erworben.
3. Das Grundstück haben wir zurzeit langfristig an den Landwirt [ANONYMISIERT], 41849 Wassenberg verpachtet.
4. Die von Ihnen vorgesehene Änderung des Regionalplans Köln setzt in dem Bereich unseres Grundstücks ein Naturschutzgebiet fest. Der Bereich unseres Grundstücks stellt ersichtlich nur einen isolierten, und damit verzichtbaren Zipfel des Naturschutzgebietes dar.
5. Der Bereich des Grundstücks ist bisher als Baugebiet vorgesehen. Das ergibt sich aus zwei angelegten Zufahrten zu diesem Bereich von der Riedstraße und von einer weiteren Straße, die im rechten Winkel zur Riedstraße liegt.

**B. Rechtliche Auswirkungen**

1. Die Festsetzung eines Naturschutzgebietes im Bereich unseres Grundstücks führt nun zu einer erheblichen Entwertung, die einer Enteignung gleichkommt.
2. Wir sind in der wirtschaftlichen Nutzung unseres Grundstücks bei der beabsichtigten Feststellung stark eingeschränkt, da Bauvorhaben, wie auf benachbarten, von der Festsetzung eines Naturschutzgebietes nicht betroffenen Grundstücken, für uns nicht mehr möglich sind. Die damaligen Aufwendungen für das Bauerwartungsland werden durch die beabsichtigte Festsetzung für uns vergeblich.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

3. Auch die Nutzung als Pachtland wird uns dann nicht mehr möglich sein. Eine Vertragserfüllung gegenüber unserem Pächter ist uns dann rechtlich unmöglich, was unter Umständen zu Schadensersatzansprüchen gegen uns führen wird.

4. Weitere wirtschaftliche Nutzungen sind durch die Festsetzung des Naturschutzgebietes ebenfalls nicht mehr möglich.

#### C. Antrag

Aus diesem Grunde sind wir gegen die Ausweisung eines Naturschutzgebietes im Bereich unseres oben genannten Grundeigentums.

Wir stellen daher den ausdrücklichen Antrag, unser Grundstück Gemarkung Wassenberg, Flur 3, Flurstück [ANONYMISIERT] von der Festsetzung als Naturschutzgebiet im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln auszunehmen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

**Inhalt**

Wir nehmen zu der Planungsunterlage des Entwurfs Regionalplan wie folgt Stellung: um eine Wettbewerbfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu erreichen, muss die regionale Politik unsere landw. Betriebe stärken und nicht abbauen.

Aus diesem Grunde müssen ausreichend Ackerflächen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen. Ihr Planungsstand weist einen enorm hohen Flächenverbrauch zulasten der Landwirtschaft aus. Im Kreis Heinsberg sind das ca. 540 ha. Alleine für unseren landw. Betrieb beträgt die beanspruchte Fläche für Landschafts-, Natur- und Gewässerschutz die gesamte Betriebsfläche von über 38 ha wertvolles Ackerland mit hoher Fruchtbarkeit.

Unser Pächter ist dringend auf dieses Ackerland angewiesen, damit er wettbewerbsfähig bleibt und weiter konventionell die Flächen bewirtschaften kann. Ebenso verlieren diese Flächen (falls sie nicht konventionell bearbeitet werden können) deutlich an Wert und dies gleicht einer Enteignung. Wir als Eigentümer sind ebenfalls auf eine angemessene Pachtzahlung unseres Pächters angewiesen, um unseren Lebensunterhalt zu sichern.

Aus unserer Sicht müssen daher aus den vorgenannten Gründen die beabsichtigten Planungen abgelehnt werden.

Wir bitten um Berücksichtigung und Prüfung der vorstehenden Ausführungen im Rahmen weiterer Planungsphasen

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-1824	
1004764	
1008802_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>In 41836 Hückelhoven-Brachelen bin ich Verpächterin einer Landwirtschaftlichen Fläche mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1 ha der Fläche, die ich besitze, im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Hückelhoven-Brachelen geplantes Gebiet: BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die landwirtschaftlichen Betriebe in der Region existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte auch zu berücksichtigen, dass die Flächen mittlerweile meine Altersvorsorge sind und eine zukünftige Weiterverpachtung wegen der Auflagen wohl unmöglich erscheint und eine Änderung des Regionalplanes in dieser Art somit einer Wertminderung und Enteignung gleich kommt. Bisher lagen keine Flächen im Gebiet Schutz der Natur.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





**Inhalt**

Ich selbst betreibe aktiven Natur- und Landschaftsschutz und verstehe die Notwendigkeit, nach den riesigen Eingriffen durch den Taggebau den Naturschutz zu sichern voll. Aber die Umwidmung von Ackerflächen, die seit Jahrhunderten in bäuerlicher Nutzung sind, ist weder traditionswährend noch sinnvoll. Wir werden in diesem Winter eine schreckliche 1-lungernot erleben. Wir sollten jede (jede) mögliche Scholle, die produktiv nutzbar ist, nutzen und wir sollten jeden (jeden) Landwirt, der sich durch traditionellen Betrieb um die Ernährung unserer Menschen und die Pflege unserer Landschaftsräume kümmert, unterstützen und fördern. Nur durch individuelle bäuerliche Nutzung bleibt unser Boden gesund, unsere Landschaft gepflegt und unsere Ernährung gewährleistet.

Wovon wollen wir uns denn bitte noch abhängig machen? Von den Energieträgern hat die Politik unsere Unabhängigkeit aufgegeben. Und derzeit zahlen wir dafür einen hohen Preis. Folgen wir Ihren Planungen, werden bald auch Kartoffeln, Weizen und Raps zur Importware. Wollen wir das wirklich?

Ich will das nicht und bin deshalb gegen Ihren Entwurf.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1826	
1004766	
1008804_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Stellungnahme Regionalplan Kreis Heinsberg / Städteregion Aachen</p> <p>Hiermit möchte ich fristgerecht Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln einlegen.</p> <p>Als Landwirt aus Übach-Palenberg bewirtschafte ich Flächen in den oben genannten Kreisen, die nach der Neuaufstellung des Regionalplans als Flächen ?mit Schutz der Landschaft und landschaftlichen Erholung? (BSLE-Flächen) ausgewiesen werden. Da eine genaue Definition der Schutzfunktionen in diesen Bereichen nicht geklärt ist, bleibt zu befürchten, dass in diesen Bereichen durch ein missverständliche Interpretation es zukünftig zu Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung kommen kann.</p> <p>Ich bitte Sie deshalb in der Neuaufstellung Flächen, die auch zukünftig für die wichtige landwirtschaftlichen Primärproduktion erhalten bleiben sollen /müssen, auch eindeutig als solche auszuweisen. Durch den Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen ist gleichzeitig die Nah-Erholungsfunktion der Bevölkerung gesichert.</p> <p>Ich bitte um eine Stellungnahme zu meinen Einwand.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein</p>

	<p>Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).</p>
--	--

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Hückelhoven - Ratheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Im Jahre 2016 habe ich eine neue Betriebsstätte errichtet, welche am Ortsrand von Ratheim liegt da innerorts auf der alten Betriebsstätte die Platzgegebenheiten stark eingeschränkt waren. Nach meinem Kenntnisstand wäre meine Betriebsstätte nach dem neuen Regionalplan mitten im Naturschutzgebiet, die Grenze würde genau durch meine Betriebsstätte laufen und durch die 3,5 Hektar große Ackerfläche, die direkt am Hof liegt. Es liegt eine große Investition hinter mir, nach dem neuen Regionalplan würde dies schlichtweg den betrieblichen Ablauf massiv einschränken. Direkt am Hof werden Sonderkulturen ?sprich Erdbeeren angebaut, die nur in der Direktvermarktung regional seit 2004 vermarktet werden. Mir würde hier ein erheblicher Schaden entstehen, da ich durch Rotation an meiner Hofangrenzenden Fläche meinen Erdbeeranbau bestens betreiben kann, was in einem Naturschutzgebiet nicht möglich wäre.

Von dem neuen Regionalplan liegen rund 92 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere meinen Betriebsstandort und die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.  
Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Inhalt**

Von der Planungsunterlage des Entwurfs des Regionalplans habe ich Kenntnis genommen und dieser kann ich aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

Ich besitze Grundvermögen, das nach dem Planungsentwurf zum Naturschutzgebiet erklärt werden soll, und somit erheblich an Wert verliert. In Hückelhoven Brachelen gehört mir ein Stück Ackerland mit sehr guter Bodenqualität. Auf Grund dessen ist dies auch ein ertragreiches Ackerland. Für mich als Rentnerin bedeutet dieses Ackerland ein Stück meiner Existenz. Durch die gute Bodenqualität ist dieses Stück Land für dort ansässige Landwirte sehr lukrativ und wirtschaftlich lohnenswert zu pachten und zu bewirtschaften. Die mir so zufließenden Pachteinahmen, sind ein Teil meiner Lebensgrundlage. Als Landwirt in Rente erhält man keine oder nur eine geringe Altersrente der landwirtschaftlichen Alterskasse, von der alleine man nicht leben kann. Zusätzlich ist man noch von den Einnahmen der verpachteten Ländereien zum Leben angewiesen. Wenn diese Ländereien nun wertloses Naturschutzgebiet werden, nimmt man mir meine Lebensgrundlage, da kein Landwirt eine Ackerfläche, welche zum Naturschutzgebiet gehört, und damit erhebliche Einschränkungen in der Bewirtschaftungen mit sich bringen, pachten wird. Eine für mich wichtige Einnahmequelle bricht auf diese Art weg. Ich bin existenziell auf dieses Ackerland angewiesen.

Bei einem Verkauf des Grundstücks würde ich ebenfalls enorme Wertverluste erleiden. Angekauft habe ich dieses Grundstück als teures Ackerland, ein Verkauf wäre dann nur noch als wertloses Naturschutzgebiet mit großem Verlust möglich. Das grenzt schon an eine Enteignung, wenn diese Ackerfläche zum Naturschutzgebiet gemacht wird.

Zudem muss ich feststellen, dass zusätzlich wertvolle Ackerfläche mit ebenfalls bester Bodenqualität zu Industriegebieten umfunktioniert werden sollen. Bundesweit ist es in immer mehr Städten der Fall, dass alte Industriegebiete nicht mehr genutzt werden, leer stehen und schlicht weg vergammeln und zerfallen, aber an anderer Stelle wird wertvolles Ackerland geopfert, um ein neues Industriegebiet anzulegen. Der Landwirtschaft wird genommen wohingegen den Industrierelen gegeben wird.

Den Großen wird immer mehr gegeben und den Kleinen immer mehr genommen. Ist das wirklich das Prinzip eines Sozialstaates?

Des Weiteren stellt sich mir die Frage, ob man aus Corona und Ukraine-Krieg hier in

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen

<p>Deutschland gar nichts kapiert und gelernt hat. Was muss erst geschehen, damit wir in Deutschland kapieren, dass wir uns viel zu sehr von anderen Ländern abhängig gemacht haben. Woche für Woche stehe ich im Supermarkt vor leeren Regalen, obwohl es Produkte sind, die hier in Deutschland durchaus wachsen und angebaut werden könnten.</p> <p>Wir können es uns nicht erlauben, wertvolles Ackerland nutzlos zu machen, wenn hier in Deutschland immer noch Lebensmittel fehlen.</p> <p>Ich bin definitiv gegen die Vorhaben aus der Planungsunterlage des Entwurfs des Regionalplans.</p>	<p>abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>
---	--



AZ: Ö-P-1829	
1004769	
1009118	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu ihrer geplanten Neuaufstellung des Regionalplanes Köln nehme ich als Betroffener hiermit Stellung.</p> <p>Ich bin Eigentümer von diversen landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen. Heute sind alle Flächen verpachtet, auf die jährliche Pachteinahme bin ich als Ruheständler angewiesen.</p> <p>Meine betroffenen Flächen befinden sich allesamt im Kreis Bergheim in den Gemarkungen:</p> <p>50126 Bergheim: Quadrath-Ichendorf</p> <p>50126 Bergheim: Heppendorf</p> <p>50126 Bergheim: Ahe</p> <p>Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, erfahre ich als Eigentümer, erhebliche, massive Wertverluste bis hin zum Interessenverlust der Pächter an einer weiteren Bewirtschaftung.</p> <p>Die Auswirkungen Ihres Vorhabens bedeuten für uns als Betroffenen in den Gebieten einen wirtschaftlichen Totalausfall, vergleichbar einer kalten Enteignung.</p> <p>Bei einem Verbot von chemischem Pflanzenschutz und Düngung auf den betroffenen Flächen, ist eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr gegeben, hieraus ergeben sich beispielhaft und hier nicht vollzählig anzuführende Nachteile für Mensch und Natur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Verlust von Produktionsflächen für Nahrungsmittel</li> <li>? Verunkrautung der Landschaft</li> <li>? Nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes aufgrund fehlender Pflegemaßnahmen</li> <li>? Verödung und Versteppung von Landschaft und Natur</li> <li>? Steigende Bevölkerungszahlen versus Hungersnöte in vielen Ländern der Erde</li> </ul> <p>Aus vorgenannten Gründen, erhebe ich hiermit Beschwerde gegen Ihr Planvorhaben: Neuausweisung und Erweiterung von Landschaftsschutz- u. Naturschutzgebieten in den vorgenannt, aufgeführten Gebieten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.	
--	--

AZ: Ö-P-1830	
1001392	
1009961	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Nießbrauchberechtigter von diversen landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen, die ich als ehemaliger, hauptberuflicher Landwirt einmal selbst bewirtschaftet habe.</p> <p>Heute sind alle Flächen verpachtet, auf die jährliche Pachteinnahme bin ich als Ruheständler angewiesen.</p> <p>Meine betroffenen Flächen befinden sich allesamt im Kreis Euskirchen in der Gemarkung</p> <p>Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, erfahre ich als Nießbraucher, aber auch meine Tochter als Eigentümerin, erhebliche, massive Wertverluste bis hin zum Interessenverlust der Pächter an einer weiteren Bewirtschaftung.</p> <p>Die Auswirkungen Ihres Vorhabens bedeuten für uns als Betroffene in den Gebieten einen wirtschaftlichen Totalausfall, vergleichbar einer kalten Enteignung.</p> <p>Bei einem Verbot von chemischem Pflanzenschutz und Düngung auf den betroffenen Flächen, ist eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr gegeben, hieraus ergeben sich beispielhaft und hier nicht vollzählig anzuführende Nachteile für Mensch und Natur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Verlust von Produktionsflächen für Nahrungsmittel</li> <li>? Verunkrautung der Landschaft</li> <li>? Nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes aufgrund fehlender Pflegemaßnahmen</li> <li>? Verödung und Versteppung von Landschaft und Natur</li> <li>? Steigende Bevölkerungszahlen versus Hungersnöte in vielen Ländern der Erde</li> </ul> <p>Aus vorgenannten Gründen, erhebe ich hiermit Beschwerde gegen Ihr Planvorhaben: Neuausweisung und Erweiterung von Landschaftsschutz- u. Naturschutzgebieten in den vorgenannt, aufgeführten Gebieten.</p> <p>Ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1831	
1001392	
1009120	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu Ihrer geplanten Neuaufstellung des Regionalplanes Köln nehme ich als Betroffener hiermit Stellung.</p> <p>Ich bin Eigentümer von diversen landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen. Heute sind alle Flächen verpachtet, auf die jährliche Pachteinahme bin ich als Ruheständler angewiesen.</p> <p>Meine betroffenen Flächen befinden sich allesamt im Kreis Bergheim in den Gemarkungen:</p> <p>50126 Bergheim: Quadrath-Ichendorf</p> <p>50126 Bergheim: Thorr</p> <p>50126 Bergheim: Ahe</p> <p>Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, erfahre ich als Eigentümer, erhebliche, massive Wertverluste bis hin zum Interessenverlust der Pächter an einer weiteren Bewirtschaftung. Die Auswirkungen Ihres Vorhabens bedeuten für uns als Betroffenen in den Gebieten einen wirtschaftlichen Totalausfall, vergleichbar einer kalten Enteignung.</p> <p>Bei einem Verbot von chemischem Pflanzenschutz und Düngung auf den betroffenen Flächen, ist eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr gegeben, hieraus ergeben sich beispielhaft und hier nicht vollzählig anzuführende Nachteile für Mensch und Natur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Verlust von Produktionsflächen für Nahrungsmittel</li> <li>? Verunkrautung der Landschaft</li> <li>? Nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes aufgrund fehlender Pflegemaßnahmen</li> <li>? Verödung und Versteppung von Landschaft und Natur</li> <li>? Steigende Bevölkerungszahlen versus Hungersnöte in vielen Ländern der Erde</li> </ul> <p>Aus vorgenannten Gründen, erhebe ich hiermit Beschwerde gegen Ihr Planvorhaben: Neuausweisung und Erweiterung von Landschaftsschutz- u. Naturschutzgebieten in den vorgenannt, aufgeführten Gebieten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.	
--	--

AZ: Ö-P-1832	
1004772	
1008810_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 52511 Geilenkirchen, Hochheid einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 2,5 ha der Fläche (Gemarkung Geilenkirchen, Flur 46, Flurstücke [ANONYMISIERT]) ?die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmittel hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1833	
1004773	
1008947	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe ein Nießbrauchsrecht an etwa 55 ha hochwertigem Ackerland im Bereich von Tetz, Barmen, Eteren und Cereonsweiler. Die Flächen sind verpachtet und werden intensiv ackerbaulich genutzt. Nach dem neuen Regionalplan liegen diese Flächen im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie im Gebiet ?Schutz der Natur?. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig mit diesen Flächen einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Kreis Düren wirtschaftenden Betrieben. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung dieser Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1834	
1004774	
1008812_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich mit lege ich einen Widerspruch gegen den in dieser Form bestehenden dargestellten neuen Regionalplan vor.</p> <p>Als Eigentümer der Grundstücke</p> <p>Lage: Gangelt; Hückelhoven-Ratheim geplantes Gebiet: BSN; BSLE</p> <p>Aktuell handelt es sich hier um verpachtete Flächen die in einer landwirtschaftlichen Ackernutzung sind. Die geplanten Änderungen haben jedoch eine erhebliche Einschränkung in der Bewirtschaftung zur Folge.</p> <p>Somit stellen diese geplanten Änderungen einen deutlichen Wertverlust und Einnahmeverlust (durch geringere Pachteinkünfte) dar. Zudem verweise ich auf den Widerspruch meines Vaters [ANONYMISIERT] vom 22.08.2022 und bitte Sie auch diese betrieblichen Flächen nicht mit der geplanten Flächenänderung zu belasten. Da sonst der Fortbestand des Betriebes gefährdet ist und durch den Wegfall der Pachteinkünfte oder einer deutlichen Reduktion, er auf die finanzielle Unterstützung der Kinder angewiesen sein wird.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Heinsberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Vieh und ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1,5 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1,5 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Heinsberg

geplantes Gebiet: BSLE, BSN

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch l.andschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1836	
1004776	
1008814_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionaiplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Wegberg einen landwirtschaftlichen Voflerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. on dem neuen Regionalplan liegen rund 17,3 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca ...ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Wegberg-Tüschenbroich geplantes Gebiet: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EV-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1837	
1004779	
1008815_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich als Verpächter in 41836 Hückelhoven- Hilfarth. eines Landwirtschaftlichenbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 23,50 ha der Fläche, die ich besitze, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca.20,00 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Hückelhoven-Ratheim; Brachelen geplantes Gebiet: BSLE, BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getr&amp;de geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mitdem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte auch zu berücksichtigen, das die Flächen auch meine Altersvorsorge ist und eine zukünftige Weiterverpachtung wohl unmöglich erscheint wegen der Auflagen und somit einer Wertminderung und Enteignung gleich kommt. Bisher lagen keine Flächen im Gebiet Schutz der Natur.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

Interesse entgegen.	
---------------------	--

AZ: Ö-P-1838	
1001392	
1008825	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Nießbrauchberechtigter von diversen landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen, die ich als ehemaliger, hauptberuflicher Landwirt einmal selbst bewirtschaftet habe.</p> <p>Heute sind alle Flächen verpachtet, auf die jährliche Pachteinnahme bin ich als Ruheständler angewiesen.</p> <p>Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, erfahre ich als Nießbraucher, aber auch meine Tochter als Eigentümerin, erhebliche, massive Wertverluste bis hin zum Interessenverlust der Pächter an einer weiteren Bewirtschaftung. Die Auswirkungen Ihres Vorhabens bedeuten für uns als Betroffenen in den Gebieten einen wirtschaftlichen Totalausfall, vergleichbar einer kalten Enteignung.</p> <p>Bei einem Verbot von chemischem Pflanzenschutz und Düngung auf den betroffenen Flächen, ist eine auskömmliche Bewirtschaftung nicht mehr gegeben, hieraus ergeben sich beispielhaft und hier nicht vollzählig anzuführende Nachteile für Mensch und Natur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Verlust von Produktionsflächen für Nahrungsmittel</li> <li>? Verunkrautung der Landschaft</li> <li>? Nachteilige Veränderung des Landschaftsbildes aufgrund fehlender Pflegemaßnahmen</li> <li>? Verödung und Versteppung von Landschaft und Natur</li> <li>? Steigende Bevölkerungszahlen versus Hungersnöte in vielen Ländern der Erde</li> </ul> <p>Aus vorgenannten Gründen, erhebe ich hiermit Beschwerde gegen Ihr Planvorhaben: Neuausweisung und Erweiterung von Landschaftsschutz- u. Naturschutzgebieten in den vorgenannt, aufgeführten Gebieten.</p> <p>Ich bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1839	
1004780	
1009122	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich besitze ca. 0,7 ha Land bei Waldfeucht - Frillinghoven. Diese liegen in der Gemarkung Haaren [ANONYMISIERT] und sind zum Schutz der Landschaft vorgesehen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die oße Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen verpachteten landwirtschaftlichen Flächen nicht gut. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen Auch deshalb wende ich mich gegen eine Tiberplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Wir besitzen ca. 35 ha Land bei Dorsfeld. Davon werden ca. 13 ha, Gemarkung Blatzheim [ANONYMISIERT] zum Schutz der Natur vorgesehen. Weitere ca. 22 ha sind zum Schutz der Landschaft vorgesehen.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen verpachteten landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1841	
1004782	
1008819_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Geilenkirchen-Tripsrath (Königshof) einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 42 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Lage: Geilenkirchen geplantes Gebiet: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1842

1004783

1008820\_001

#### Inhalt

Über die Berichterstattung in der Presse bin ich auf die Pläne eines möglichen Gewerbegebiets in meiner Heimat aufmerksam geworden.  
Ich bin 81 Jahre alt und gebürtig aus Birgden, wohne aber schon seit fast 60 Jahren im Nachbarort Pütt.  
Als Landwirtin mit Herz und Seele habe ich über viele Jahre die Felder in dieser Region mit meinem Mann und meinen fünf Kindern bewirtschaftet. Ich kann nicht glauben, dass dieses fruchtbare Ackerland und das zuhause von mir, meinen Kindern und Enkeln nun einem Gewerbegebiet weichen soll.  
Ich spreche mich hiermit gegen ein Gewerbegebiet aus und bin für den Erhalt der Natur, der Landwirtschaft und eines grünen Fleckchens Erde.

Wahrscheinlich denken Sie jetzt ? das erlebt die alte Dame doch sowieso nicht mehr, aber ich kämpfe mit diesem Brief für meine Kinder, Enkel sowie fast 4 Urenkel und auch für das Dorfleben in den Orten Pütt, Waldenrath und Birgden.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1843	
1004784	
1009137	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Entwürfe des neuen Regionalplans Köln haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Der Plan ist großflächig, vielschichtig und visionär. Eine Weltstadt wie Köln braucht Freiräume um sich entsprechend wachsender Anforderungen bedarfsgerecht entwickeln zu können. Eine angemessene Beteiligung der Landwirte ist für das Gelingen der anstehenden Problematik unverzichtbar und notwendig. Die geplanten Maßnahmen befinden sich fast ausschließlich auf landwirtschaftlichen Flächen. Auch unsere 4 Unternehmen, deren Betroffenheit wir anzeigen, sind mit Bewirtschaftungsflächen von über 250 ha Pacht- und Eigentumsflächen annähernd zu 100% im Planungsgebiet betroffen.</p> <p>Unsere Betriebe bieten Arbeit und Einkommen für mindestens 130 Mitarbeitende sowie deren Familien. In der Saison arbeiten weitere ca. 50 Mitarbeitende auf unseren Feldern. Wir produzieren eine breite Palette landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Neben Getreide, Raps, Zuckerrüben, Zwiebeln, Feldgemüse, Spargel, Erdbeeren, Obst, Zwischenfrüchten, Eiern, Geflügel und Vertragsnaturschutz erzeugen wir auch Weihnachtsbäume, Schnittblumen, Zierpflanzen, Sauerkraut und andere weiter verarbeitete Erzeugnisse. Die Nachfrage unserer Bürger nach regional erzeugten Produkten, Erlebniseinkauf, aktiver Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, regionalem Speisen- und Getränkeangebot nebst Bewirtung, Bereitstellung ländlicher Eventräume für ungestörte Feiern jeglicher Art, Golf für Jedermann, Minigolf und vieles mehr, bedienen wir mit unseren Hofläden, Hofrestaurants, Selbsternteanlagen, Golf/Minigolfanlagen, Kinderspielflächen, Maislabyrinth etc. . Zusammenfassend vertreten wir die Auffassung, dass wir mit unseren Unternehmen für die Bürger der Region eine nicht unbedeutende- und daher schützenswerte Rolle übernommen haben.</p> <p>Im Zusammenhang mit dem neuen Regionalplan plagt uns die Sorge, dass die Ausweitung künftig unsere vorstehend beschriebenen Tätigkeiten erheblich beeinträchtigen könnte, bis hin zur Existenzgefährdung. Wir beantragen, insbesondere unsere wertvollen Flächen nicht Naturschutzlastig mit einem Schutzstatus zu belegen. Gerade die aktuelle Problematik im Zusammenhang mit Krisen- und Kriegereignissen hat gezeigt, dass wir auf regionale Angebote angewiesen sind. Dies bezieht sich nicht nur auf die Produktion von Lebensmitteln sondern zunehmend auch auf leicht erreichbare- und kostenlose- bzw. bezahlbare Erholungs- und Freizeitangebote. Diese Bedürfnisse in idealer Weise miteinander in Einklang zu bringen ist unser dringendes Anliegen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwände und sehen Ihrer Rückäußerung</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

mit Interesse entgegen.	
-------------------------	--

AZ: Ö-P-1844	
1004794	
1009158	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 50 Hektar der in meiner Bewirtschaftung stehenden Ackerflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Aufgrund des Verordnungseritwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1846

1004795

1009088

#### Inhalt

Ich bewirtschafte unter [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Betrieb. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 6,5 Hektar der in meiner Bewirtschaftung stehenden Ackerflächen in ein Wasserschutzgebiet umzuwidmen. Eine Notwendigkeit zur Ausweisung als Wasserschutzgebiet ist mir nicht ersichtlich. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Wasserschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren.

Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Wasserschutzgebiet abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-1847	
1004795	
1009086	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift Valderstraße 2a in 53893 Mechernich einen landwirtschaftlichen Betrieb.</p> <p>Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 21 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Flächen sowie rd. 8 Hektar gepachtete Fläche als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Bei Grünlandflächen würde zumindest ein erheblicher und kaum zu leistender Pflege-Mehraufwand entstehen.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1848	
1004796	
1009080	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift Siedlung Brüsselbach in 53893 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb.</p> <p>Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 35 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Flächen sowie rd. 40 Hektar gepachtete Fläche als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Bei Grünlandflächen würde zumindest ein erheblicher und kaum zu leistender Pflege-Mehraufwand entstehen.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1849

1004796

1009082

#### Inhalt

Ich bewirtschafte unter der Anschrift Siedlung Brüsselbach in 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. Hektar der in meiner Bewirtschaftung stehenden Ackerflächen, davon 30 ha Eigentum, in ein Wasserschutzgebiet umzuwidmen. Eine Notwendigkeit zur Ausweisung als Wasserschutzgebiet ist mir nicht ersichtlich.

Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Wasserschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren.

Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Wasserschutzgebiet abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.



AZ: Ö-P-1850	
1004797	
1009022	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd.4? Hektar der in meinem Eigentum stehenden Flächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Ich bitte daher! von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1851	
1003627	
1009021	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich besitze Flächen in der Gemarkung Glehn. Diese werden als Grünland bzw. Ackerflächen genutzt. Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 35,5 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen und Grünlandflächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1852

1004798

1009016

#### Inhalt

Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd.10 Hektar der in meiner Bewirtschaftung stehenden Ackerflächen, davon 8ha Eigentum, in ein Wasserschutzgebiet umzuwidmen. Eine Notwendigkeit zur Ausweisung als Wasserschutzgebiet ist mir nicht ersichtlich.

Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als

Wasserschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren.

Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Wasserschutzgebiet abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-1853

1004798

1009015

#### Inhalt

Ich bewirtschafte unter der Anschrift [ANONYMISIERT] Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb.

Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt rd. 55 Hektar der in meiner Bewirtschaftung stehenden Flächen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.

Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet dort künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.

Hiermit würde eine wirtschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen für den Ackerbau nicht mehr möglich sein und die Flächen würden erheblich an Wert verlieren. Bei Grünlandflächen würde zumindest ein erheblicher und kaum zu leistender Pflege-Mehraufwand entstehen.

Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1854	
1004799	
1009014	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 25 Hektar meiner verpachteten Weideflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Weideland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1855

1004800

1009013

#### Inhalt

Nach den mir vorliegenden Informationen sollen meine Hofstelle [ANONYMISIERT] sowie einige Eigentumsflächen [ANONYMISIERT] als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden.

Auf diesen Flächen werden Lebensmittel sowie Tierfutter produziert. Eventuelle Einschränkungen zum Schutz der Natur werden erhebliche negative quantitative als auch qualitative Auswirkungen haben.

Darüber hinaus besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommision zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für die betreffenden Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand, für evtl. betroffene Ackerflächen eine drastische Umstrukturierung nach sich ziehen würde.

Zudem befürchte ich, dass durch die Einbeziehung der Hofstelle in die Kulisse des BSN eine zukünftige bauliche Entwicklung des Betriebes nicht mehr möglich ist, da sich für eventuelle Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben. Für unsern Hofnachfolger könnte die existenzfähige Fortführung des Betriebes gefährdet sein.

Ich bitte daher von einer Einbeziehung der genannten Parzellen in den Bereich zum Schutz der Natur zu verzichten.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1856	
1004801	
1009010	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa ein Hektar meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1857	
1004802	
1009009	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass ein sehr großer Teil meiner bewirtschafteten Flächen, vor allem Hof nahe Flächen, als Bereich für den Schutz der Natur und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1858

1004803

1009003

#### Inhalt

Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 10 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen sowie weitere rd. 30 Hektar zugepachtete Ackerflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden sollen.

Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass für Flächen mit einer Ausweisung als Land

schaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auch auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.

Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen.

Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und diese aus der Kulissee herauszunehmen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

#### Anhänge

[Abb\\_ID1009003.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1859	
1004804	
1009000	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der Kartierungen sind ca. 35 Hektar der Eigentumsfläche und Pachtflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant.</p> <p>Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln haben wir die Befürchtung, dass auf diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Bei entsprechender Ausweisung könnte auf dieser Fläche ein wirtschaftlich sinnvoller Ackerbau nicht mehr betrieben werden mit der Folge, dass der landwirtschaftliche Betrieb existentiell gefährdet wäre und zudem die Flächen erheblich an Wert verlieren würden.</p> <p>Wir wenden uns daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1860	
1004805	
1009134	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 36 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Türnich: Schutz der Landschaft</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Iolglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Komrnission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Ciberplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1861	
1004806	
1008999	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa Hektar meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1862	
1004807	
1008983	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 30 Hektar meiner gepachteten Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1863	
1004808	
1008982	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen, von meinen Eigentumstflächen ca. 15,1 Hektar Grünland sowie 2 Hektar Waldflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) auszuweisen, weitere von mir zu gepachtete 22,5 Hektar Grünlandflächen liegen ebenfalls in dieser Kulisse.</p> <p>Einschränkungen in der Nutzung der Flächen bei einer späteren Ausweisung als Naturschutzgebiet würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitativ bemerkbar machen und sind für den Betrieb angesichts des möglichen Umfangs existenziell nicht tragbar.</p> <p>Ich beantrage daher, die Flächen aus der Kulisse als Bereich zum Schutz der Natur herauszunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008982.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich habe feststellen müssen, dass der Großteil meiner Betriebsflächen - sowohl Eigentumsals auch Pachtflächen entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass es nach erfolgter Ausweisung künftig zu Einschränkungen in der Nutzung der Flächen kommen wird und gebe zu bedenken, dass ich zur Erzeugung des Futters für meine Tiere angewiesen bin und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen.

Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer künftigen Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet oder gar bei bereits bestehender Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Beschränkungen in der Nutzung würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden.

Ich spreche mich daher gegen eine Oberplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.

Weiterhin weise ich darauf hin, dass ein großer Teil meiner Betriebsflächen zusätzlich noch als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz ausgewiesen sind. Auch hier würden Einschränkungen in der Bewirtschaftung dieser Flächen zu einer Existenzgefährdung meines Betriebes führen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008981.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Anhand der mir vorliegenden Kartierungen habe ich festgestellt, dass ein Teil meiner betriebszugehörigen Grünlandflächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - entweder als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.

Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung der BSN-Bereiche als Naturschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Pflegeaufwand und geringerem - zur Ernährung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich zudem die Besorgnis, dass auch auf den in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen, die bereits als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind oder künftig ausgewiesen werden, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln reglementiert werden könnte ? hier ebenfalls mit dem Effekt, dass der Pflegeaufwand sich erheblich steigern würde.

Derartige Effekte sind für meinen Betrieb wirtschaftlich nicht zu verkraften. Ich bin auf die weitere intensive Nutzung der Flächen angewiesen, d.h. ich muss auf den Flächen wirtschaftseigenen Düngemittel und Mineraldünger sowie zur Bekämpfung von Problemkräutern Pflanzenschutzmittel einsetzen dürfen und i.U. alle für eine ordnungsgemäße Grünlandbewirtschaftung erforderlichen Arbeiten auf den Flächen verrichten dürfen.

Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und die Landwirtschaft Vorrang zu gewähren.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1866	
1004811	
1008975	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ausweislich der mir vorliegende Kartierungen sollen ca. 27 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Acker- und Gemüseanbauflächen sowie 103 Hektar zugepachtete Acker- und Gemüseanbauflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) sowie meine Hoffläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die geplanten Ausweisungen. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln besteht die Befürchtung, dass bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden könnte.</p> <p>Bei entsprechender Ausweisung wäre somit auf großen Teilen meiner Setriebsfläche die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht oder nur noch eingeschränkt möglich mit der weiteren Folge, dass Acker- und Gemüseanbau dort wirtschaftlich sinnvoll nicht mehr betrieben werden könnte. Damit verbunden wären eine existentielle Gefährdung meines Betriebes sowie eine Entwertung des landwirtschaftlichen Eigentums.</p> <p>Soweit die Hoffläche selbst in der BSN-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass die zukünftige Entwicklung des Betriebes hierdurch unmöglich wird, da sodann bei Bauvorhaben strengere Abstands- und Immissionswerte zu beachten sind.</p> <p>Ich wende mich daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine Nutzung der flächen zum Acker- oder Gemüseanbau eingeschränkt werden könnte. Zudem ist eine betriebliche Entwicklung allein auf der Hoffläche möglich, so dass der landwirtschaftlichen Nutzung hier Vorrang einzuräumen ist.</p> <p>[s. Anhang Abbb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008975.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1867	
1004812	
1008861	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir haben festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Wir wenden uns hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da wir befürchten, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden</p> <p>Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1868	
1004813	
1008865	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa .... Hektar meiner verpachteten Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1869	
1004814	
1008863	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung. Bereits nach jetziger Rechtslage sind wir gegen eine Ausweisung unserer verpachteten Ackerflächen als Naturschutzgebiet (BSN). Diese sind in 53881 Euskirchen-Kirchheim</p> <p>Wir befürchten, dass bei einer späteren Ausweisung dieses BSN-Bereiches als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf uns zukommen werden. Auf Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits heute mit einem Pflanzenschutzmittelverbot einhergehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung praktisch nicht mehr möglich wäre und die Flächen hierdurch erheblich an Wert verlieren würden.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_2]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_3]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008863_2.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008863_3.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1870

1004815

1008933

#### Inhalt

Meine Familie besitzt seit Generationen einen landwirtschaftlichen Betrieb in Binsfeld bei Nörvenich. Die Flächen sind an meinen Bruder verpachtet; dieser bewirtschaftet den Betrieb im Vollerwerb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung (Kreis Düren, Stadt Nörvenich, Ort Binsfeld [ANONYMISIERT]) Der größte Teil meiner Ackerflächen von ca. 100 ha liegen in den verschiedenen mit Schutzstatus gekennzeichneten Gebieten im neuen Regionalplan. Für den Fall, dass diese Flächen mit einem besonderen Schutzstatus belegt und damit der Anbau bestimmter Feldfrüchte, das Ausbringen von Düngemitteln oder der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt werden sollte befürchte ich, dass damit auch die wirtschaftliche Nutzung der Flächen erheblich eingeschränkt wird. Dies wäre für den landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend und für mich mit erheblichen Einkommensverlusten verbunden. Weiterhin möchte ich Sie auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen. Diese sind in NRW ja bekanntlich weit verbreitet. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner ackerbaulich genutzten Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1871	
1004816	
1008868	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, ca. 25 Hektar der von meinem Betrieb bewirtschafteten Flächen, davon 12 Hektar in meinem Eigentum stehend, als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. 9 Hektar dieser Flächen werden derzeit als Ackerflächen bewirtschaftet.</p> <p>Ich habe die Befürchtung, dass auf diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt wird oder mit sonstigen Bewirtschaftungerschwernissen belegt werden.</p> <p>Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder.</p> <p>Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung der Flächen würden sich unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bei der Futtergewinnung bemerkbar machen und sind in aller Regel nur mit einem Mehraufwand zu erfüllen und mit wirtschaftlichen Einbußen verbunden.</p> <p>Im Übrigen weise ich darauf hin, dass bereits jetzt ein großer Teil meiner Eigentumsflächen und auch ein großer Teil der Pachtflächen im Rahmen früherer Ausweisungen von FFH-, Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten mit Bewirtschaftungsauflagen versehen sind. Weitere Ausweisungen mit Bewirtschaftungsauflagen gefährden den landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Existenz.</p> <p>Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass viele um die Ortslage Lommersdorf gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen bereits für den beabsichtigten Weiterbau der Autobahn A1 - sei es als Flächen für die Trasse selbst oder als Ausgleichsfläche - verplant sind und der Landwirtschaft entzogen werden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSE) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1872	
1004817	
1008973	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 7 Hektar gepachtete Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie weitere 75 Hektar Ackerland, davon 25 Hektar Eigentum, als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden sollen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist.</p> <p>Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass für Flächen mit einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auch auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, gerade im Hinblick auf den dargestellten Umfang würden die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden und zu dem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008973.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-P-1873	
1004818	
1008972	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der Karte habe ich festgestellt, dass rd. 29 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Eine künftige Ausweisung dieser in der BSN-Kuhse gelegenen flächen als Naturschutzgebiet würde bereits nach heutiger Rechtslage für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist und mit einem erheblichen Wertverlust verbunden ist. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden beim dargestellten Umfang der Betroffenheit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernstlich gefährden</p> <p>.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>Die folgenden Flächen sind betroffen:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>s. Anhang Abb. StnID_2]</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID1008972_01.pdf</a></p> <p><a href="#">Abb_ID1008972_02.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1874	
1004819	
1008872	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden (Coi ?&amp;?bte? 1?)</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich wende mich dagegen, dass meine verpachteten Acker und Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland und Grünland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren. Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1876	
1004821	
1008876	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass meine verpachteten Acker und Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer später tatsächlich erfolgenden Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungseinschränkungen oder ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einhergehen werden. Die Fläche wäre damit nicht mehr als Ackerland und Grünland nutzbar und würde erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Einbeziehung der Flächen in den Bereich zum Schutz der Natur abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1877	
1004822	
1008970	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mit vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 18 Hektar der in meinem Eigentum stehenden Grünflächen sowie 5 Hektar in unserem Eigentum stehende Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1878	
1004823	
1008881	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:  Anhand der uns vorliegenden Karte haben wir festgestellt, dass etwa 16 Hektar der in unserem Eigentum stehenden Grünflächen nebst Hofffläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.  Wir befürchten, dass mit einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünges und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes sodann nur noch mit großem Aufwand und geringem -  zur Versorgung unserer Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird.</p> <p>Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf der Hofparzelle selbst oder den hofnahen Parzellen möglich ist. Wir befürchten daher, dass sich bei einer Ausweisung der hofnahen Flächen als BSN-Kulisse für Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben.  Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_2]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008881_01.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008881_02.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





**Inhalt**

ich bewirtschafte unter der oben angegebenen Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Ackerbau und Grünlandbewirtschaftung mit Mutterkuh- und Mastviehhaltung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:

Ausweishch der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, von meiner Betriebsfläche  
? als Bereich zum Schutz der Natur (BSN)

?23,43 Hektar Grünland, davon 16,72 Hektar Eigentum  
- 623 Hektar Ackerland, davon 4,56 Hektar Eigentum

? als Bereich für den Schutz der Landschaft und landsehaftsorientierten Erholung  
(BSLE)

? 125,22 Hektar Grünland, davon 59,12 Hektar Eigentum  
- 136,06 Hektar Ackerland, davon 61,45 Hektar Eigentum

auszuweisen.

Käme es für die Ackerflächeri zu einer Ausweisung als Naturschutzgebiet würde dies bereits jetzt nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich wäre.

Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich zudem die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung der in der BSLE-Kulisse gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, so dass auch hier eine wirtschaftliche ackerbauliche Nutzung künftig unmöglich wäre. Auch für das Grünland würde ein Pflanzenschutzverbot einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen. Zudem befürchte ich, dass auch andere Nutzungsbeschränkungen die Wirtschaftlichkeit der Flächen erheblich einschränken würden

Im Übrigen ist auch meine Hofffläche in der BSLE-Kulisse gelegen, so dass ich

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

befürchten muss, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nicht oder nur noch erschwert möglich sein wird, da sich sodann Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben.

Allein durch den Umfang der Betroffenheit wäre bei den entsprechenden Ausweisung die Existenz meines Betriebes ernsthaft gefährdet, so dass ich beantrage, von einer Überplanung dieser Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE abzusehen.

[s. Anhang Abbb. StnID\_1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008969.pdf](#)

AZ: Ö-P-1880	
1004826	
1008967	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>wir sind Eigentümer von Flächen in Udenbreth, die wir bis vor drei Jahren in einem landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet haben. Diesen Betrieb hat zum 01.072019 unsere Tochter übernommen.</p> <p>wir haben feststellen müssen, dass unsere Flächen zukünftig entweder als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereiche für den Schutz der Landschaft oder landschaftlichen Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Durch Beschränkungen in der Nutzung der Fläche, befürchten wir, dass der Betrieb unserer Tochter Existenz gefährdet ist, da sie auf die Erzeugung des Futters für Ihre Tiere angewiesen ist. Außerdem befürchten wir finanzielle Einschränkungen, da bei einer eingeschränkteren Nutzungsart der Wert unserer Flächen und somit auch die Pachtpreise unserer Flächen sinken könnten. Wir sind Rentner und haben diese Einnahmen aus der Verpachtung unseres Betriebs fest eingeplant. EineNeuauslegung der Flächen bedroht somit auch unsere finanzielle Existenz.</p> <p>Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) und zum Schutz der Natur (BSN) aus. Wir bitten Sie unsere Flächen aus der Kulissee zu entfernen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008967.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1881	
1004827	
1008884	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>bei meinem landwirtschaftlichen Betrieb handelt es sich um einen Grünlandbetrieb mit 17,7960 ha Eigentum. Seit 01.01 .2021 ist mein Sohn Pächter und Bewirtschafter des Unternehmens.</p> <p>Soweit ich aus Ihrer bereitgestellten Karte entnehmen kann, sind 17,41 ha meiner Eigentumsfläche für den Bereich, für den Schutz der Natur vorgesehen. Meine Befürchtung ist, dass die damit verbundenen Einschränkungen und Auflagen ein fortbestehen bzw. Weiterentwicklung des Betriebes unverhältnismäßig erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.</p> <p>Daher bin ich gegen die Ausweisung meiner Flächen als Bereich Schutz der Natur (BSN) und bitte daher, von einer Ijberplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_3]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008884_03.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegende Kartierungen sollen ca. 10 Hektar meiner Acker- und Obstbauflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie weitere ca. 9 Hektar als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Diese Flächen stehen allesamt in meinem Eigentum.

Ich wende mich hiermit gegen die geplanten Ausweisungen. Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln; hinzukommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.

Bei entsprechender Ausweisung wäre somit auf großen Teilen meiner Betriebsfläche die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht oder nur noch eingeschränkt möglich mit der weiteren Folge, dass Acker- und Obstbau dort wirtschaftlich sinnvoll nicht mehr betrieben werden könnte. Damit verbunden wären eine ernsthafte existentielle Gefährdung meines Betriebes sowie eine Entwertung des landwirtschaftlichen Eigentums.

Ich wende mich daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine Nutzung der Flächen zum Acker- oder Obstbau eingeschränkt werden könnte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1883	
1004829	
1008908	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>wir legen als landwirtschaftlicher Betrieb Widerspruch gegen die Neuaufstellung der Regionalplanungen.</p> <p>Diese Flächen wurden von Ihnen neu zum ?Schutz der Natur? eingezeichnet. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar, daher erheben wir hiermit Widerspruch. Ein festgelegtes Naturschutzgebiet an diesen Stellen führt zu einer Wertminderung unserer Grundstücke. Es wäre eine Schlechterstellung der Flächen und somit eine Benachteiligung und finanzielle Einbuße unseres Betriebes.</p> <p>Wir bitten darum die Flächen wieder aus der Naturschutzgebietsplanung heraus zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1884	
1004830	
1008897	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unser Mandant ist diplomierter Agraringenieur und Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Familienbetriebes in der fünften Generation im Euskirchener Ortsteil Dom-Esch.</p> <p>Alle genannten Flächen sind in der Erläuterungskarte A 3, F 4 - Landwirtschaft als ?Agrarstrukturell bedeutsame Fläche? deklariert [s. Anhang Abb. StnID 1008897_04] [s. Anhang Abb. StnID 1008897_05]. Sämtliche vorgenannten Flächen zeichnen sich durch einen hohen Bodenwert, die Eignung zur Nutzung von Sonderkulturen und eine sehr gute Flächenstruktur aus. Daher besitzen die im Stadtgebiet Euskirchens gelegenen Flächen für die Nahrungsmittelproduktion eine sehr hohe Bedeutung. Mit Ausnahme der Parzelle Gemarkung Dom-Esch Flur 16, Nr. [ANONYMISIERT] handelt es sich bei sämtlich genannten Parzellen um Eigentumsflächen unseres Mandanten. Diese bilden die Existenzgrundlage dessen landwirtschaftlichen Familienbetriebes.</p> <p>In der Neuaufstellung des Regionalplans Köln werden nunmehr in der Erläuterungskarte A 3, F 5 ?Regionaler Biotopverbund? die oben genannten Flächen Nr. 1 ? 5 als ?Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE)? und in der Erläuterungskarte A3, F 6 als ?BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten? in der Planskizze ausgewiesen. Die Neubewertung, als Planskizze dargestellt auf den Erläuterungskarten A 3, F 5 und F 6, befindet sich in einem zusammenhängenden Gebiet im nordöstlichen Randgebiet der Kreisstadt Euskirchen [s. Anhang Abb. StnID 1008897_06] [s. Anhang Abb. StnID 1008897_07] [s. Anhang Abb. StnID 1008897_08]. Des Weiteren sind durch die Darstellung in der Planskizze die Parzellen Nr. 6 und 7 teilweise an den Feldrändern in der Eingrenzung zur ehemaligen Kiesgrube als BSN? (Erläuterungskarte A3, F 5) betroffen [s. Anhang Abb. StnID 1008897_09].</p> <p>Der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ist zu entnehmen, dass - planerisch gesehen - eine Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Produktion und Sicherung von Nahrungsmitteln einen grundsätzlichen Stellenwert besitzt. Solches beschreibt der Regionalplan in diesen Kapiteln:</p> <p>4.1.1, G.20 ?AFAB sichern und entwickeln (Leistungs- und Funktionsfähigkeit)?, Seite 89</p> <p>4.4, G.32 ?Landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten?, Seite 105-106</p> <p>4.4, G.33 ?Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen?, Seite 106</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



4.4, G.34 ?Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten?, Seite 106

Gegen die Neuausweisung der vorgenannten Ackerflächen, Parz. Nr. [ANONYMISIERT], unserer Mandantschaft als ?BSLE? erheben wir in dessen Namen ausdrücklich Einspruch. Bei diesen Parzellen handelt es sich um reine Ackerflächen. Diese weisen in ihrer Struktur und den natürlichen Gegebenheiten keine Merkmale auf, die fachlich eine Deklaration als Landschaftsschutzgebiet begründen können.

Die von unserer Mandantschaft kontinuierlich praktizierte konventionelle landwirtschaftliche Bewirtschaftungsweise wurde in den vergangenen 20 Jahren nachhaltig zum Schutz seiner Böden vorgenommen und nicht intensiviert. Seine Bewirtschaftung erfolgt bis jetzt durch eine ?gute fachliche Praxis? im Pflanzenschutz unter den Leitlinien des ?Integrierten Pflanzenschutzes?. Durch Anbau von Zwischenfrüchten, Zeiten der Bodenruhe und Vermeidung von Monokulturen, durch Fruchtartendiversifikation werden der Naturschutz und der Artenschutz bereits angemessen berücksichtigt. Den Schutz der durch diese Flächen gebildeten Landschaft haben seine Familie und unser Mandant über Generationen durch den Erhalt fruchtbarer Ackerböden sichergestellt.

Unserem Mandanten, der diese Flächen aufgrund seiner langjährigen und stetigen Bewirtschaftung sehr gut kennt, sind in den letzten beiden Jahrzehnten keine Veränderungen aufgefallen, welche eine veränderte Berücksichtigung im Rahmen des Regionalplanes rechtfertigen könnten. Unsere Mandantschaft sieht daher keine Notwendigkeit und fachliche Begründung, die o.g. Flächen im Biotopverbund des Regionalplans Köln als "BSLE? neu auszuweisen.

Die Struktur seines landwirtschaftlichen Betriebes ist des Weiteren durch die konventionelle Bewirtschaftungsweise auf die wohldosierte Verwendung von Pflanzenschutzmitteln angewiesen, die er strikt nach den Leitlinien des ?Integrierten Pflanzenschutzes? anwendet.

Die Erzeugung und Gesunderhaltung seiner Produkte und die Sicherheit einer Vermarktung über die regionalen Lebensmittelbetriebe machen einen von unserer Mandantschaft an der tatsächlichen Situation orientierten punktuell dosierten und gut überlegten Pflanzenschutzmittel-Einsatz erforderlich. Solches sichert seine betriebliche Existenz. Vor dem Hintergrund der geplanten Neuverordnung ?Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln? der Europäischen Kommission ist eine Einschränkung, wenn nicht sogar ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf denjenigen landwirtschaftlichen Flächen zu befürchten, die in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln durch die Einstufung ?BSLE? nun als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind bzw. ausgewiesen werden sollen.

Eine Neuausweisung seiner vorgenannten landwirtschaftlichen Ackerflächen als ?BSLE? würde somit eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauchs bedeuten, der die Existenzfähigkeit seines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden würde. Würden die oben genannten Ackerflächen Parzellennummern [ANONYMISIERT] Teil eines ?BSLE? - Biotopverbundes, wie es die Erläuterungskarten zurzeit wiedergeben, wäre er - wie bereits erläutert - zur Aufgabe seines landwirtschaftlichen Betriebes gezwungen. Die Existenzgrundlage seiner Familie und des Betriebes würde somit zerstört. Unser Mandant hat den nachvollziehbaren Wunsch, dass sein Betrieb auch zur Ernährung seiner 3 Kinder und deren Kinder existenzfähig bleiben soll, wenn diese in Zukunft die Hofnachfolge antreten werden.

Des Weiteren nehmen wir Stellung zu dem oben genannten Ackerflächen Nr. [ANONYMISIERT]:

Diese befinden sich am Rande einer Kiesgrube im nordöstlichen Euskirchener Stadtgebiet, die in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln auf Erläuterungskarte A 3, F 5 ?Regionaler Biotopverbund? als ?BSN? eingezeichnet ist. In der jetzigen Planskizze ist durch eine undeutliche Schraffur die Grenze des BSN-Gebietes? nicht eindeutig festgelegt. Es ist nicht klar zu erkennen, ob Teile der Ackerflächen unserer Mandantschaft, die an die Kiesgrube grenzen, sich im BSN-Gebiet der Kiesgrube befinden oder nicht. Wir weisen darauf hin, dass die Abgrenzung des "BSN? hinsichtlich des Gebietes der Kiesgrube deutlicher in der Planskizze vorgenommen werden muss. Insoweit ist eine Korrektur der Skizze geboten, die das ausgewiesene ?BSN-Gebiet? auf die Umrandung der Kiesgrube deutlicher und nachvollziehbar eingrenzt.

Die bereits benannten Gründe, welche die betriebliche Existenz des Betriebes unseres Mandanten gefährden, betreffen auch die vorgenannten Parzellen Nr. [ANONYMISIERT]. Eine Deklaration, wenn auch nur in Teilen, der Ackerfläche als ?BSN?, würde für unseren Mandanten die Einstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf diesen Flächen bedeuten,

Im Rahmen dieser Stellungnahme weisen wir auch deutlich auf die persönliche Betroffenheit unseres Mandanten hin. Mit über 50 ha Ackerfläche soll über 50 % seiner Eigentumsflächen, die für ihn die Existenzgrundlage seiner Familie bedeuten, als ?Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE)? überplant werden. Mit der Einstufung der Flächen als ?BSLE? ist auch eine Minderung des Verkehrswertes der Flächen zu erwarten. Zusätzlich ist mit deutlichen Ertragsrückgängen auf den Flächen zu rechnen, sollten weitere Bewirtschaftungsauflagen durch die Neuausweisung als ?BSLE? und eine veränderte Rechtslage aus europäischem Recht erfolgen. Insoweit stellt der Umfang dieser geplanten Neuausweisung für unseren Mandanten einen besonderen Härtefall dar, der bei einem Verbot von Pflanzenschutzmitteln oder ähnlichen einschränkenden

Maßnahmen einer Enteignung nahekommt. Insoweit müsste für einen solchen Fall geprüft werden, ob solche Veränderungen finanzielle Ausgleichsansprüche gegenüber der öffentlichen Seite begründen.

Vor diesem Hintergrund wird im Namen unseres Mandanten eindringlich gebeten, die oben genannten Ackerflächen aus den Neuausweisungen für den Regionalen Biotopverbund in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln herauszunehmen.

Wir bitten um Überprüfung und Berücksichtigung.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1008897\\_04.pdf](#)

[Abb\\_ID1008897\\_05.pdf](#)

[Abb\\_ID1008897\\_06.pdf](#)

[Abb\\_ID1008897\\_07.pdf](#)

[Abb\\_ID1008897\\_08.pdf](#)

[Abb\\_ID1008897\\_09.pdf](#)

**Inhalt**

Wir wenden uns hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da wir befürchten, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden

Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) Abstand zu nehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1886	
1004832	
1008894	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der Karte habe ich festgestellt, das rd. 13 Hektar in meinem Eigentum stehende Grünlandflächen sowie 42 Hektar gepachtete Grünlandflächen, dazu 11 Hektar in meinem Eigentum stehende Ackerlandflächen zusätzlich noch 25 gepachtete Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Bei einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiet wäre auf Ackerflächen bereits die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verboten und damit eine weitere wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen. Hinsichtlich der Grünlandflächen befürchte ich, dass Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen und auch die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem -zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_2]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_3]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_4]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_5]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008894_01.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008894_02.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008894_03.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008894_04.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1008894_05.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte auf dem [ANONYMISIERT] in 50171 Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 70 ha von ca. 100 ha der Fläche, die ich ackerbaulich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 19 ha Wald im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Elsdorf: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung  
 Kerpen: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung  
 Blatzheim: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung  
 Kerpen: Schutz der Natur

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zuberücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

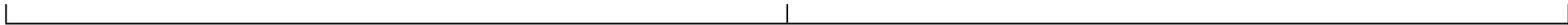
**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Wir vertreten im vorgenannten Verfahren die Interessen der [ANONYMISIERT], die dazugehörige Vollmacht ist als -Anlage 1 - beigefügt.

Unsere Mandantschaft bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb, der im sich im Höhengebiet der Stadt Bad Münstereifel befindet. Zu diesem gehören die flächen, welche sich aus dem anliegenden Flächenverzeichnis der Landwirtschaftskammer NRW aufgeführt sind - Anlage 2 -. Diese befinden sich zu großen Teilen im Eigentum unserer Mandantschaft. Für den anderen Teil der Flächen bestehen langfristige Pachtverträge.

Betrachtet man die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes Köln, Blatt 10-11 - für den Kreis Euskirchen, so ist festzustellen, dass die Freiraumfunktionen zum Schutz der Landschaft und andschaftsorientierter Erholung sowie der Naturschutz im Bereich der Eifel und insbesondere im Höhengebiet der Stadt Bad Münstereifel massiv ausgeweitet wurden, Solches kann bereits im Überblick aus diesem Kartenmaterial entnommen werden:

[Abb. anonymisiert]

Im gesamten Bewirtschaftungsbereich unserer Mandantschaft - insbesondere auch am Betriebssitz in Vollmert - sind keine Flächen zu finden, die - bei Umsetzung wie geplant - zu künftig nicht unter den Schutz des Regionaiplanes der nachfolgend dargestellten Freiraumfunktionen fallen.

[Abb. anonymisiert]

Im Rahmen der Ausgangslage unter 1.1. der textlichen Festlegungen zur Neuauflistung des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln ist aber die Aufgabe des Planungsverfahrens beschrieben worden. Sie soll die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen. Es wurde unter 1.2 in den textlichen Festlegungen explizit ausgeführt, dass südlich und südwestlich von Aachen, Düren und Euskirchen der Anteil von Landwirtschaftsflächen an der Gesamtfläche 43,3 % ausmacht. Unter dem Unterpunkt ?Verflechtungen? wird auf Seite 25 (1. Absatz) wird klargestellt, dass ? die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Grundlage der Ernährungswirtschaft in der Planungsregion? sind. Solches gilt nicht nur für Niederrheinische Bucht und das Tiefland, sondern auch für die Höhengebiete der Eifel. Die hier produzierten, hochwertigen Lebensmittel werden unter der Regionalmarke Eifel vermarktet und erfreuen sich auch in der Rheinschiene immer

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]



weiter steigender Beliebtheit (vgl. [www.regionalmarke-eifel.de](http://www.regionalmarke-eifel.de)).

Nach dem Verständnis der durchführenden Planungsbehörde können die angestrebten gleichwertigen Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes nur dann mit raumordnungsrechtlichen Vorgaben erreicht werden kann, wenn auch die Landwirtschaft und insbesondere der Schutz landwirtschaftlicher Flächen in angemessener Weise im Abwägungsprozess Berücksichtigung findet. Solches vermisst aber unsere Mandantschaft bei den neuen Planungen, da nunmehr alle ihre Flächen im Höhengebiet der Eifel als Natur- und Landschaftsschutzgebiete besondere Freiraumfunktionen wahrnehmen sollen!

Die massive Ausweitung von Flächen zugunsten von (zweifelloso notwendigem) Natur- und Landschaftsschutz wurde nicht in Relation zu den Bedürfnissen der Landwirtschaft gesetzt. Zudem wurde verkannt, dass unsere Kulturlandschaften gerade von unserer Landwirtschaft geschaffen wurden. Die weitere Existenz der Landwirtschaft in der Eifel ist somit auch für den Landschaftsschutz sowie die landschaftsorientierte Erholung von größter Bedeutung. Stellt unsere Landwirtschaft ihre Bewirtschaftung ein, werden sich auch unsere Kulturlandschaften nachhaltig nachteilig negativ verändern. Das gewohnte Landschaftsbild der Eifel wird sich dann nicht mehr existent sein. Solches kann nicht Ziel eines Regionalplanungsverfahrens sein.

Insbesondere wurde im Abwägungsprozess auch vernachlässigt, dass landwirtschaftliche Betriebe nur existieren können, wenn sie bei Bedarf auch zukünftig notwendige Betriebsgebäude für zur Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten, Maschinen und die Haltung von Vieh errichten können.

Vorstehendes erscheint aber angesichts der neuen Planungen und einer sich verändernden Gesetzesmaterie sowie Rechtsprechung zukünftig kaum noch möglich zu sein. So urteilte z.B. das VG des Saarlandes mit Urteil vom 30.07.2008 im Verfahren ? 5 K 673107 -? dass einem Bauvorhaben im Außenbereich schützenswerte öffentliche Belange i.S. des § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB entgegenstehen, wenn es sich in einem ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet befindet, in dem die Errichtung oder wesentliche Veränderung baulicher Anlagen aller Art verboten ist. Dieses gelte auch dann, wenn es sich um einen landwirtschaftlichen Betrieb dienendes und damit nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegiertes Vorhaben handele, da die Errichtung eines der Landwirtschaft dienlichen Gebäudes nicht zur ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung gehöre.

Vor diesem Hintergrund bleibt es zu befürchten, dass unsere Mandantschaft noch nicht einmal am eigenen Betriebssitz, der in das Landschaftsschutzgebiet voll integriert ist, die notwendigen Erweiterungsmaßnahmen vornehmen kann und schon alleine deswegen die Wettbewerbsfähigkeit in Konkurrenz zu benachbarten Betrieben der Börderegion aber auch in Rheinland-Pfalz oder Belgien verliert.

Hinzu kommt, dass unsere Mandantschaft seit Jahrzehnten eine kontinuierlich praktizierte konventionelle landwirtschaftliche Bewirtschaftungsweise zum Schutz der

Böden vorgenommen und diese nicht intensiviert hat. Sie erfolgte bis jetzt durch eine ?gute fachliche Praxis im Pflanzenschutz unter den Leitlinien des ?Integrierten Pflanzenschutzes.

Durch Anbau von Zwischenfrüchten, Zeiten der Bodenruhe und Vermeidung von Monokulturen, durch Fruchtartendiversifikation werden der Naturschutz und der Artenschutz bereits angemessen berücksichtigt. Den Schutz der durch diese Flächen gebildeten Landschaft hat die Familie unserer Mandantschaft über Generationen durch den Erhalt fruchtbarer Ackerböden und nahrungsreicher Grünflächen sichergestellt und somit die Kulturlandschaft in der Höhenregion der Eifel mitgeprägt. Unserer Mandantschaft, die diese Flächen aufgrund ihrer langjährigen und stetigen Bewirtschaftung sehr gut kennt, sind in den letzten Jahrzehnten keine Veränderungen aufgefallen, welche die nunmehr massive Ausweitung des Landschaftsschutzes im Rahmen des Regionaialplanes rechtfertigen könnten.

Unsere Mandantschaft sieht daher keine Notwendigkeit und fachliche Begründung, den Landschaftsschutz auf nahezu alle Flächen des Höhengebietes der Eifel auszuweiten. Die Struktur des landwirtschaftlichen Betriebes unserer Mandantschaft ist des Weiteren durch die konventionelle Bewirtschaftungsweise und damit auf die ?wohidosierte? Verwendung von Pflanzenschutzmitteln angewiesen, die er strikt nach den Leitlinien des Integrierten Pflanzenschutzes? anwendet. Die Erzeugung und Gesunderhaltung ihrer Produkte und die Sicherheit einer Vermarktung über die regionalen Lebensmittelbetriebe machen einen von unserer Mandantschaft an der tatsächlichen Situation orientierten punktuell dosierten und gut überlegten Pflanzenschutzmittel-Einsatz zwingend erforderlich. Solches sichert die betriebliche Existenz. Vor dem Hintergrund der geplanten Neuverordnung ?Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln? der Europäischen Kommission ist eine Einschränkung, wenn nicht sogar ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf diejenigen landwirtschaftlichen Flächen zu befürchten, die in der Neuaufstellung des Regionaialplans Köln nun als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind bzw. ausgewiesen werden sollen. Auch die Ausbringung von organischem und mineralischen Dünger ist für die Existenz des Betriebes von herausragender Bedeutung, welche möglicherweise zukünftig auch auf dieser Grundlage eingeschränkt werden könnte.

Eine Neuausweisung der vorgenannten landwirtschaftlichen Ackerflächen als Freiraumflächen -wie beschrieben - würde somit eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauchs bedeuten, der die Existenzfähigkeit des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden wird. Bei einer solchen massiven Ausweitung wäre unsere Mandantschaft langfristig zur Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes gezwungen. Die Existenzgrundlage der Familie und des Betriebes würde somit zerstört. Unsere Mandantschaft besitzt den nachvollziehbaren Wunsch, dass der Betrieb auch zur Ernährung ihrer Kinder und Enkel existenzfähig bleiben soll, wenn diese in Zukunft die Hofnachfolge antreten werden. Solches wird durch die jetzigen Planungen mehr als nur gefährdet.

Im Rahmen dieser Stellungnahme weisen wir auch noch einmal ausdrücklich und deutlich auf die persönliche Betroffenheit unserer Mandanten hin. Sie wären durch die weiträumige Festsetzung als ?Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung mehr als andere Landwirte in der Zülpicher Börderegion oder anderswo in der Rheinschiene betroffen. Mit einer solchen Einstufung ist auch eine deutliche Minderung des Verkehrswertes der Flächen zu erwarten. Zusätzlich wird mit deutlichen Ertragsrückgängen auf den Flächen zu rechnen sein, sollten weitere Bewirtschaftungsauflagen und eine veränderte Rechtslage aus europäischem Recht erfolgen.

Insoweit stellt der Umfang dieser geplanten Neuausweisung für unsere Mandanten einen besonderen Härtefall dar, der bei einem Verbot von Pflanzenschutzmitteln oder ähnlichen einschränkenden Maßnahmen einer Enteignung gleichkommt. Insoweit müsste für einen solchen Fall geprüft werden, ob solche Veränderungen finanzielle Ausgleichsansprüche gegenüber der öffentlichen Seite begründen.

Vor diesem Hintergrund wird im Namen unserer Mandanten eindringlich gebeten, die geplanten Neuausweisungen des Landschafts- und Naturschutzes deutlich zu reduzieren, damit sichergestellt ist, dass - auch im Sinne der vorhandenen Kulturlandschaft ? eine landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen weiterhin uneingeschränkt erfolgen kann.

Wir bitten um Überprüfung und Berücksichtigung.

**Inhalt**

Wir vertreten im vorgenannten Verfahren die Interessen [ANONYMISIERT] Bad Münstereifel, die dazugehörige Vollmacht ist als - Anlage 1 - beigelegt. Unser Mandant bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb, der im sich im Gebiet der Stadt Bad Münstereifel befindet. Zu diesem gehören die Flächen, welche sich aus dem anliegenden Flächenverzeichnis der Landwirtschaftskammer NRW aufgeführt sind - Anlage 2 -. Diese befinden sich zu großen Teilen im Eigentum unserer Mandantschaft. Für den anderen Teil der Flächen bestehen langfristige Pachtverträge.

Betrachtet man die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes Köln, Blatt 10-11 - für den Kreis Euskirchen, so ist festzustellen, dass die Freiraumfunktionen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung sowie der Naturschutz im Bereich der Eifel und insbesondere im Gebiet der Stadt Bad Münstereifel massiv ausgeweitet wurden. Solches kann bereits im Überblick aus diesem Kartenmaterial entnommen werden:

[s. Anhang Abb. StnID 1009065\_1]

Im gesamten Bewirtschaftungsbereich unserer Mandantschaft - insbesondere auch am Betriebssitz der Nöthener Mühle - sind keine Flächen zu finden, die -bei Umsetzung wie geplant - zukünftig nicht unter den Schutz des Regionalplanes der nachfolgend dargestellten Freiraumfunktionen fallen.

[s. Anhang Abb. StnID 1009065\_2]

Im Rahmen der Ausgangslage unter 1.1. der textlichen Festlegungen zur Neuauflage des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln ist aber die Aufgabe des Planungsverfahrens beschrieben worden. Sie soll die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen. Es wurde unter 1.2 in den textlichen Festlegungen explizit ausgeführt, dass südlich und südwestlich von Aachen, Düren und Euskirchen der Anteil von Landwirtschaftsflächen an der Gesamtfläche 43,3 % ausmacht. Unter dem Unterpunkt ?Verflechtungen? wird auf Seite 25 (1. Absatz) wird klargestellt, dass ?die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Grundlage der Ernährungswirtschaft in der Planungsregion? sind. Solches gilt nicht nur für Niederrheinische Bucht und das Tiefland, sondern auch für die Höhengebiete der Eifel. Die hier produzierten, hochwertigen Lebensmittel werden unter der Regionalmarke Eifel vermarktet und erfreuen sich auch in der Rheinschiene immer weiter steigender Beliebtheit (vgl. [www.regionalmarke-eifel.de](http://www.regionalmarke-eifel.de)).

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Nach dem Verständnis der durchführenden Planungsbehörde können die angestrebten gleichwertigen Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes nur dann mit raumordnungsrechtlichen Vorgaben erreicht werden kann, wenn auch die Landwirtschaft und insbesondere der Schutz landwirtschaftlicher Flächen in angemessener Weise im Abwägungsprozess Berücksichtigung findet. Solches vermisst aber unsere Mandantschaft bei den neuen Planungen, da nunmehr alle ihre Flächen im Höhegebiet der Eifel als Natur- und Landschaftsschutzgebiete besondere Freiraumfunktionen wahrnehmen sollen!

Die massive Ausweitung von Flächen zugunsten von (zweifelloso notwendigem) Natur- und Landschaftsschutz wurde nicht in Relation zu den Bedürfnissen der Landwirtschaft gesetzt. Zudem wurde verkannt, dass unsere Kulturlandschaften gerade von unserer Landwirtschaft geschaffen wurden. Die weitere Existenz der Landwirtschaft in der Eifel ist somit auch für den Landschaftsschutz sowie die landschaftsorientierte Erholung von größter Bedeutung. Stellt unsere Landwirtschaft ihre Bewirtschaftung ein, werden sich auch unsere Kulturlandschaften nachhaltig nachteilig negativ verändern. Das gewohnte Landschaftsbild der Eifel wird sich dann nicht mehr existent sein. Solches kann nicht Ziel eines Regionalplanungsverfahrens sein. Insbesondere wurde im Abwägungsprozess auch vernachlässigt, dass landwirtschaftliche Betriebe nur existieren können, wenn sie bei Bedarf auch zukünftig notwendige Betriebsgebäude für zur Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten, Maschinen und die Haltung von Vieh errichten können.

Vorstehendes erscheint aber angesichts der neuen Planungen und einer sich verändernden Gesetzesmaterie sowie Rechtsprechung zukünftig kaum noch möglich zu sein. So urteilte z.B. das VG des Saarlandes mit Urteil vom 30.07.2008 im Verfahren ?5K 673107 -? dass einem Bauvorhaben im Außenbereich schützenswerte öffentliche Belange i.S. des § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB entgegenstehen, wenn es sich in einem ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet befindet, in dem die Errichtung oder wesentliche Veränderung baulicher Anlagen aller Art verboten ist. Dieses gelte auch dann, wenn es sich um einen landwirtschaftlichen Betrieb dienendes und damit nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegiertes Vorhaben handele, da die Errichtung eines der Landwirtschaft dienlichen Gebäudes nicht zur ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung gehöre. Vor diesem Hintergrund bleibt es zu befürchten, dass unser Mandant noch nicht einmal am eigenen Betriebssitz, der in das Landschaftsschutzgebiet voll integriert ist, die notwendigen Erweiterungsmaßnahmen vornehmen kann und schon alleine deswegen die Wettbewerbsfähigkeit in Konkurrenz zu benachbarten Betrieben der Börderegion aber auch in Rheinland-Pfalz oder Belgien verliert. Hinzu kommt, dass unser Mandant seit Jahrzehnten eine kontinuierlich praktizierte konventionelle landwirtschaftliche Bewirtschaftungsweise zum Schutz der Böden vorgenommen und diese nicht intensiviert hat. Sie erfolgte bis jetzt durch eine ?gute fachliche Praxis? im Pflanzenschutz unter den Leitlinien des ?Integrierten Pflanzenschutzes?. Durch Anbau von Zwischenfrüchten, Zeiten der Bodenruhe und

Vermeidung von Monokulturen, durch Fruchtartendiversifikation werden der Naturschutz und der Artenschutz bereits angemessen berücksichtigt. Den Schutz der durch diese Flächen gebildeten Landschaft hat die Familie unserer Mandantschaft über Generationen durch den Erhalt fruchtbarer Ackerböden und nahrungsreicher Grünflächen sichergestellt und somit die Kulturlandschaft in der Höhenregion der Eifel mitgeprägt. Unser Mandant, der diese Flächen aufgrund seiner langjährigen und stetigen Bewirtschaftung sehr gut kennt, sind in den letzten Jahrzehnten keine Veränderungen aufgefallen, welche die nunmehr massive Ausweitung des Landschaftsschutzes im Rahmen des Regionalplanes rechtfertigen könnten. Unsere Mandantschaft sieht daher keine Notwendigkeit und fachliche Begründung, den Landschaftsschutz auf nahezu alle Flächen des Höhengebietes der Eifel auszuweiten. Die Struktur des landwirtschaftlichen Betriebes unseres Mandanten ist des Weiteren durch die konventionelle Bewirtschaftungsweise und damit auf die ?wohldosierte? Verwendung von Pflanzenschutzmitteln angewiesen, die er strikt nach den Leitlinien des Integrierten Pflanzenschutzes? anwendet. Die Erzeugung und Gesunderhaltung seiner Produkte und die Sicherheit einer Vermarktung über die regionalen Lebensmittelbetriebe machen einen von unserer Mandantschaft an der tatsächlichen Situation orientierten punktuell dosierten und gut überlegten Pflanzenschutzmittel-Einsatz zwingend erforderlich. Solches sichert die betriebliche Existenz. Vor dem Hintergrund der geplanten Neuverordnung Nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln? der Europäischen Kommission ist eine Einschränkung, wenn nicht sogar ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf diejenigen landwirtschaftlichen Flächen zu befürchten, die in der Neuaufstellung des Regionalplans Köln nun als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind bzw. ausgewiesen werden sollen. Auch die Ausbringung von organischem und mineralischen Dünger ist für die Existenz des Betriebes von herausragender Bedeutung, welche möglicherweise zukünftig auch auf dieser Grundlage eingeschränkt werden könnte.

Eine Neuausweisung der vorgenannten landwirtschaftlichen Ackerflächen als Freiraumflächen -wie beschrieben - würde somit eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauchs bedeuten, der die Existenzfähigkeit des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden wird. Bei einer solchen massiven Ausweitung wäre unsere Mandantschaft langfristig zur Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes gezwungen. Die Existenzgrundlage der Familie und des Betriebes würde somit zerstört. Unsere Mandantschaft besitzt den nachvollziehbaren Wunsch, dass der Betrieb auch zur Ernährung seiner Kinder und Enkel existenzfähig bleiben soll, wenn diese in Zukunft die Hofnachfolge antreten werden. Solches wird durch die jetzigen Planungen mehr als nur gefährdet. Im Rahmen dieser Stellungnahme weisen wir auch noch einmal ausdrücklich und deutlich auf die persönliche Betroffenheit unseres Mandanten hin. Er wäre durch die weiträumige Festsetzung als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung mehr als andere Landwirte in der Zülpicher Börderegion oder anderswo in der Rheinschiene betroffen. Mit einer solchen Einstufung ist auch eine deutliche Minderung

des Verkehrswertes der Flächen zu erwarten. Zusätzlich wird mit deutlichen Ertragsrückgängen auf den Flächen zu rechnen sein, sollten weitere Bewirtschaftungsauflagen und eine veränderte Rechtslage aus europäischem Recht erfolgen. Insoweit stellt der Umfang dieser geplanten Neuausweisung für unseren Mandanten einen besonderen Härtefall dar, der bei einem Verbot von Pflanzenschutzmitteln oder ähnlichen einschränkenden Maßnahmen einer Enteignung gleichkommt. Insoweit müsste für einen solchen Fall geprüft werden, ob solche Veränderungen finanzielle Ausgleichsansprüche gegenüber der öffentlichen Seite begründen.

Vor diesem Hintergrund wird im Namen unseres Mandanten eindringlich gebeten, die geplanten Neuausweisungen es Landschafts- und Naturschutzes deutlich zu reduzieren, damit sichergestellt ist, dass - auch im Sinne der vorhandenen Kulturlandschaft ? eine landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen weiterhin uneingeschränkt erfolgen kann.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1009065\\_01.pdf](#)

[Abb\\_ID1009065\\_02.pdf](#)

AZ: Ö-P-1890	
1004892	
1009663	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich besitze in der Gemarkung Elsdorf landwirtschaftlich Flächen mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 5 ha von ca. 11 ha der Fläche, die mein Sohn [ANONYMISIERT] ackerbaulich bewirtschaftet, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Elsdorf: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für den landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-P-1891

1004893

1009160

### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Brühl einen landwirtschaftlichen Volleijwerbsffieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalpian liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 60 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

um Schloß Falkenlust, Brühl: Schutz der Natur, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

### Abwägung

#### Typ

Anregung/Bedenken

#### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

#### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1892	
1004894	
1009257	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung;</p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in Kerpen. Die Flächen soll laut Neuaufstellung des Regionalplans zum Teil als Gebiet "Schutz der Natur" bzw. "Schutz der Landschaft und Erholung" ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerlandflächen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EV-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1893	
1004895	
1009067	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Bereits nach jetziger Rechtslage würde Ich wende mich dagegen, dass etwa 2,5 Hektar meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieses BSN-Bereiches als Naturschutzgebiet Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünges und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden. Auf Ackerflächen würde eine Ausweisung als Naturschutzgebiet bereits heute mit einem Pflanzenschutzmittelverbot einhergehen, so dass eine ackerbauliche Nutzung praktisch nicht mehr möglich wäre und die Flächen hierdurch erheblich an Wert verlieren würden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1894	
1004897	
1009262	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir sind Eigentümer von landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bergheim-Glessen. Von den geplanten Änderungen im neuen Regionalplan sind diese Flächen betroffen. Nach dem uns vorliegenden Plan sollen diese Flächen zukünftig den Status ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ?Regionale Grünzüge? bekommen.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Hüchelhoven: Landschaftsschutz, Regionale Grünzüge</p> <p>Bei den genannten Flächen handelt es sich überwiegend um Ackerflächen mit Ackerzahlen zwischen 70 und 90 Punkten, also Hohertragsstandorte, welche aufgrund der tiefgründigen Lößböden auch in trockenen Jahren wie 2019, 2020 und 2022 noch gute bis sehr gute Erträge bei allen angebauten Kulturen erbringen und für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung von großer Bedeutung sind!</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies würde zu erheblichen Mindererträgen beim Anbau der landw. Kulturen (Brotgetreide, Zuckerrüben und Kartoffeln) führen und wäre auch für den Pächter unserer landwirtschaftlichen Flächen existenzgefährdend!</p> <p>Folglich beantragen wir diese Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit mit diesen Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas geleistet werden kann. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

AZ: Ö-P-1895	
1004898	
1009263	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in ... einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionaiplan liegen rund ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 3,3 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Bergheim: Landschaftsschutz, Naturschutz</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere wasden Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackertflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1896	
1004899	
1009321	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50171 Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 13 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 3 ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Kerpen: BSLE, BSN</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Oberplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bedburg-Königshoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 43 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Kaster (Kasterer Höhe): BSLE

Gemarkung Kaster (Königshovener Höhe): BSLE

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1898	
1004901	
1009327	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 40 ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Blessem: Naturschutz  Ahrem: Naturschutz  Stommel: Naturschutz  Buschfeld: Naturschutz und Landschaftsschutz</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1899	
1004902	
1009341	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in K-Buir einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 70 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Buir: Schutz der Landschaft Gemarkung Merzenich: Schutz der Landschaft</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1900	
1004903	
1009345	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Buir einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionaiplan liegen rund 95 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 50 im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>geplantes Gebiet Buir-Merzenich: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>





AZ: Ö-P-1901	
1004904	
1009373	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in ... einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 160 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Bergheim "Wiedenfelder Höhe": BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 23 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca ... ha im Gebiet "Schutz der Natur".

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Erftstadt: Schutz der Landschaft

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auf Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim Thorr einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 11,8 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 12,6 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Am Wiebach, Thorr (zwischen Thorr und Ahe): Naturschutz Am Wiebach, Thorr (zwischen Thorr und Widdendorf): Landschaftsschutzgebiet</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesen, Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
---	---

AZ: Ö-P-1904

1004907

1009744

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung runen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Kerpen einen landwirtschaftlidien Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 5 ha der Fläche. die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca 25 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung: Hückelhoven  
Gemarkung: Manheim  
Gemarkung: Kerpen  
Gemarkung: Mödrath

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge. dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung vor Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 8 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 8 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Kaster: Schutz der Landschaft / Natur</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als magebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
---	---

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bergheim-Büsdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 48,4 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 189,9 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Gemarkung Hüchelhoven, Ober- und Niederaußem: BSN (189,92 ha)  
 Gemarkung Hüchelhoven, Ober- und Niederaußem: BSLE (48,37 ha)  
 Gemarkung Hüchelhoven, Ober- und Niederaußem: Ohne Auflage (54,28 ha)

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.	
---	--

**Inhalt**

Zu dem Entwurf des neuen Regionalplanes Köln möchten wir aus Sicht der Landwirtschaft im Gebiet der Stadt Köln sowie des Rhein-Erft-Kreises wie folgt Stellung nehmen:

**Allgemeines**

Zunächst einmal rügen wir die im Entwurf vorzufindende überzogene Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen sowie Flächen für den Siedlungsbereich.

In Verbindung mit den Gesetzesänderungen im Rahmen der Pflanzenschutzanwendungsverordnung auf nationaler Ebene, bei denen es Verbote von Insektiziden und Herbiziden in Naturschutzgebieten gibt, und in Erwartung der europäischen Neuausrichtung des Pflanzenschutzrechts, bei der darüber hinaus Pflanzenschutzanwendungsverbote im Bereich der gesamten NATURA 2000-Kulisse für alle Trinkwassergewinnungsgebiete wie auch für alle Landschaftsschutzgebiete diskutiert werden, kritisieren wir weiterhin die ebenfalls überzogenen Ausweisungen von Flächen mit besonderer Bedeutung für die Natur und den Biotopschutz (BSN/BSLE), insbesondere wenn hiervon hochwertige Ackerflächen betroffen sind. Erfahrungsgemäß geht die Landwirtschaft davon aus, dass in der nachgeordneten Landschaftsplanung diese Flächen in der Regel als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. In Verbindung mit den zuvor beschriebenen Erwartungen hinsichtlich der Änderung des EU-Pflanzenschutzrechts könnten in der Landwirtschaft damit erhebliche Flächen von den Einschränkungen betroffen sein, wenn diese Flächen in der nachgelagerten Landschaftsplanung als Naturschutzgebiete ausgewiesen würden.

**BSLE-Ausweisung**

Auch in dem Bereich der BSLE-Gebiete gibt es eine deutliche Ausweitung. Zwar sieht der Regionalplan in der textlichen Fassung vor, dass diese Bereiche nicht zwingend durch Landschaftsschutzgebiete zu sichern sind, sondern auch über Verträge absicherbar sind, dennoch zeigt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, dass in der Regel die Untere Naturschutzbehörden dazu neigen, entsprechende Flächen als Landschaftsschutzgebiete auszuweisen. Daraus leiten viele Landwirte die Gefahr ab, dass auch hier die Pflanzenschutzanwendung aufgrund der EU-rechtlichen Diskussion dauerhaft verboten werden könnte. Auch wenn kurzfristig die Bundesregierung verspricht, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Landschaftsschutzgebiete nicht unter der Kategorie der besonders schutzwürdigen Flächen fallen, die von Pflanzenschutzverboten betroffen sind, so gehen die Landwirte jedoch davon aus, dass mittelfristig hier Verbote drohen könnten, wenn diese Flächen

**Abwägung****Typ****Ausgleichsvorschlag****Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

entsprechend in den nächsten Planungsschritten ausgewiesen und nach Brüssel gemeldet werden

#### **Fazit**

Aus unserer Sicht müsste der Entwurf zum Regionalplan Köln unter Berücksichtigung folgender Aspekte überarbeitet werden:

- Die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen dient letztlich dem Arten- und Naturschutz, also sind die geplanten Ausweisungen dieser Flächen mit besonderer Bedeutung für die Natur und den Biotopschutz (BSN/BSLE) abzulehnen.
- Es ist dringender Änderungsbedarf an der textlichen Fassung des Regionalplans angezeigt. Insgesamt muss der vertraglichen Vereinbarung einen deutlich höheren Stellenwert eingeräumt und in die entsprechenden Schutzgebietsausweisungen eher abgeschwächt dargestellt werden.
- Dem Vernehmen nach soll mit dem Regionalplan Köln erstmals das von der Landesregierung im Koalitionsvereinbarung vereinbarte Planzeichen ?Landwirtschaft? eingeführt werden. Nach diesseitigem Dafürhalten wäre es sinnvoll zu prüfen, inwieweit anstatt der Ausweisung BSLE nicht einzig alleine der Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausreicht, um den entsprechenden Freiraum-Charakter der Landschaft zu erhalten und die Flächen entsprechend zu schützen.
- Abschließend ist nach diesseitigem Dafürhalten eine weitere Ausdehnung der Landschaftsschutzgebiete gar nicht mehr angezeigt, da zwischenzeitlich in vielen Rechtsbereichen - etwa dem Landesnaturschutzgesetz - entsprechend Streuobstwiesen und andere Landschaftselemente bereits gesetzlich geschützt sind. Diese wurden in der Vergangenheit in der Regel über die Landschaftspläne geschützt.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Stellungnahme, insbesondere der gemachten Vorschläge zur Überarbeitung des nun im Entwurf vorliegenden Regionalplans Köln.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

1009856	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Radwegenetz und Radschnellweg westlich von Köln (Vgl. Anhang A4 Erläuterungskarte 12 Radwege) / auf Seite 131 unter Ziffer 2 und 3 heißt es:</p> <p><i>?Im Rahmen von interkommunalen, kreisweiten und regionalen Radverkehrskonzepten sollen erforderliche überörtliche Radwegeverbindungen zur Ergänzung des regionalen Netzes vorgeschlagen und bestimmt werden.</i></p> <p><i>Bei allen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des regionalen Radverkehrs zu berücksichtigen.</i></p> <p><i>Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sollen bestehende und geplante Trassen für regionale Radwegeverbindungen freigehalten und vor Zerschneidung oder konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen gesichert werden.?</i></p> <p>Im Mai 2021 hat die Stadt Hürth ein Grün- und Freiraumkonzept vorgestellt, das möglicherweise bereits hierauf abgezielt hat. Bei einer gemeinsamen Videokonferenz mit Stadtplanung, Kammer, Landwirten und Kreisbauernschaft wurde deutlich, dass die Belange der Landwirtschaft nicht ausreichend berücksichtigt wurden.</p> <p>Es muss daher sichergestellt werden, dass über den Regionalplan nunmehr keine ?Umgehung? der Landwirtschaft für dieses Konzept stattfindet. Es sollte deshalb klarstellend formuliert werden, dass nicht nur Belange des Radverkehrs zu berücksichtigen sind, sondern auch die der Landwirtschaft. In der Seinerzeit für die Stadt Hürth formulierten Stellungnahme haben wir insoweit angebracht:</p> <p><i>"[...] dass der Rhein-Erft-Kreis durch seine besonders hochwertigen Böden geprägt ist, So auch im Bereich Hürth, in dem man überwiegend Böden mit sehr guten Qualitäten von 75 bis 100 Bodenpunkten findet.</i></p> <p><i>Im Umland von Köln und rund um die Stadt Hürth gehören landwirtschaftliche Flächen zu einem sehr knappen Gut. Die landwirtschaftlichen Flächen dienen dabei größten teils der Nahrungsmittelerzeugung und stellen für die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe einen existenziellen und sehr kostbaren Produktionsfaktor dar.</i></p> <p><i>Anhaltende Flächenverluste aufgrund von Wohnbebauung, Gewerbeansiedlungen oder Infrastrukturmaßnahmen stellen diese Betriebe zunehmend vor die Herausforderung unter dem Druck des Strukturwandels wirtschaftlich und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Landwirtschaft ist ein prägender Teil der Kulturlandschaft und des Naturraums im Gebiet der Stadt Hürth. Existenzfähige landwirtschaftliche Betriebe sind Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung. Demnach ist die Landwirtschaft als wichtiger wirtschaftlicher und soziokultureller Faktor zu erhalten und</i></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Anregungen vorgebracht die sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen richten.</p> <p>Die Erläuterungskarte I2 bietet lediglich eine Übersicht des bestehenden Radwegenetzes sowie der Planungen von Radschnellwegen und Radwegen mit erhöhtem Ausbaustandard im Regierungsbezirk Köln (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Die nachrichtliche Darstellung greift nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.</p> <p>Die Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft erfolgt im Regionalplan in G.32 <i>Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten</i>, G.33 <i>Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen</i> sowie G.34 <i>Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten</i>. Eine zusätzliche Ergänzung dieser Belange im Erläuterungstext zu G.52 Flächendeckende Radinfrastruktur entwickeln ist somit nicht erforderlich.</p>

weiterzuentwickeln.

Inanspruchnahmen sowie Eingriffe in die gewachsene Bodenstruktur sollten daher grundsätzlich auf das absolut notwendigste Maß reduziert sein.

[...]

Hierbei ist auch an niederbrütendes Wild zu denken, dessen Lebensraum durch freilaufende Hunde gestört wird.

In diesem Zusammenhang wird auch der geplante Weg entlang des Stotzheimer Baches südwestlich von Stotzheim sowohl aus landwirtschaftlicher und als auch aus jagdhcher Sicht kritisch gesehen. Aus jagdlicher Sicht gehen wichtige Rückzugsmöglichkeiten für das Niederwild verloren. Auch die geplante Wegeverbindung zwischen der Straße ?Am Schneeberg? und der ?Lindgenstraße? wird aus diesen Gründen kritisch gesehen; erstellt darüber hinaus auch eine Zerschneidung der dortigen Ackerfläche dar.

[...]

Wirtschaftswege sind zwar für viele Personen ein Ort der Erholung und werden zur Ausübung von Freizeitaktivitäten (Joggen, Radfahren, Skaten, Wandern etc.) genutzt; für Landwirte stellen sie jedoch eine Existenzgrundlage dar. Sie sind unverzichtbar für die Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und dienen als Verbindung von landwirtschaftlichen Betriebsstätten und Gehöften. Sie schaffen die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Einsatz der Landtechnik.

Auch an Sonn- und Feiertagen werden diese Wege betrieblich genutzt. Wenn viele Personen frei haben, müssen Landwirte mit ihren großen Traktoren und Erntemaschinen ebenfalls die Nutzflächen anfahren. Diese Fahrzeuge sind in der Regel schwer manövrierbar, sodass ein Ausweichen nicht ohne weiteres möglich ist. Im schlimmsten Fall kann ein Abkommen vom Weg auch zum Umkippen der Maschinen führen, welches nicht nur erhebliche Sach- sondern auch Personenschäden verursachen kann. Weitere Gefahren quellen für den Freizeitverkehr wie Verschmutzungen, Unebenheiten, Schlaglöcher und Steine sind auf Wirtschaftswegen ebenfalls unabdingbar und von den Nutzern zu beachten.

Durch das geplante Grün- und Freiraumkonzept ist mit einer verstärkten Nutzung der Wege durch Erholungssuchende zu rechnen ?mitunter als Folge des Ausbaus der Wegeverbindungen.

Aus diesen vielfachen Nutzungsansprüchen ergeben sich häufig Konfliktsituationen. Erholungssuchende fühlen sich durch landwirtschaftliche Aktivitäten beeinträchtigt und umgekehrt fühlt sich mancher Landwirt in seinem Betriebsablauf gestört.

Auch ohne zusätzliches Aufkommen von Freizeitverkehr, insbesondere Rennrad- und E-Bikefahrer, die oftmals mit hohen Geschwindigkeiten unterwegs sind, stehen Landwirte bereits jetzt täglich Konfliktsituationen gegenüber. Nicht zuletzt sind sie auch

*Beschimpfungen ausgesetzt.*

*An dieser Stelle muss betont werden, dass es sich um den Arbeitsplatz der Landwirte handelt und dieses Konfliktpotenzial eine psychische Belastung darstellen kann.?*

Sollte der geplante Radschnellweg zur Folge haben, dass man Rennrad- und E-Bike Fahrer von den ?normalen? Wirtschaftswegen bekommt und für diesen weder land wirtschaftliche Flächen zerschnitten noch eingezogen werden, wäre ein solcher zu begrüßen.

1009857

## Inhalt

Zukünftige Überschwemmungsbereiche / auf Seite 123 unter Z. 27 heißt es:

?Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Hochwasserschutz nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.

Ausnahmsweise ist eine Inanspruchnahme möglich, wenn wasserrechtliche Ausnahmen bestehen.?

Hier wäre eine Ergänzung hilfreich, wonach eine Weidehaltung mit der Funktion des Hochwasserschutzes ?als vereinbar? oder ?Ausnahme? gehandelt wird, da sich gerade im Bereich Erftstadt einige Pferdehalter befinden und wir im Bereich Pulheim bereits die Erfahrung gemacht haben, dass die Einfriedung von Pferden in einem Retentionsraum zurückgebaut werden musste, obgleich diese sockellos war und nur ein Teil der Weide als Retentionsraum gehandelt wurde; also nicht die gesamte Weidfläche geflutet werden sollte und sich die Pferde bequem in Bereiche hätten begeben könnten, die nicht geflutet würden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Prüfung, ob eine Weidehaltung mit der Funktion des Hochwasserschutzes als vereinbar oder als Ausnahme gehandelt werden kann, ist nicht Aufgabe der Regionalplanung und obliegt der zuständigen Wasserbehörde.

AZ: Ö-P-1908	
1004911	
1009153	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften einen Milchviehbetrieb mit 160 Milchkühen plus Nachzucht in [ANONYMISIERT], da wir hier stadtnah wirtschaften und die landwirtschaftlichen Flächen immer knapp waren ?haben wir schon über zwei Generationen Grönland in [ANONYMISIERT] erworben! Unser ganzes Jungvieh weidet in den Sommermonaten in [ANONYMISIERT] ?ausserdem wird dort ein großer Teil des Winterfutters geborgen</p> <p>Der Entwurf des neuen Regionaiplans sieht dort nahezu alle unsere Flächen von 25 ha zum Schutz der Natur vor, dadurch wird unser Betrieb für die Zukunft stark beeinträchtigt!</p> <p>Außerdem ist dieses Grönland Eigentum und das bedeutet eine große Wertminderung ?man könnte es fast schon Enteignung nennen!</p> <p>Wir haben einen Hofnachfolger ? unser Sohn möchte unseren Betrieb weiter führen und flächenmäßig ist dies für uns nur in [ANONYMISIERT] möglich</p> <p>Außerdem ist unser Betrieb auch [ANONYMISIERT] mit 7,5 ha Grönland vorn Regionalplan betroffen!</p> <p>Ich möchte Sie eindringlich bitten ?von der geplanten Vergrößerung der BSN ?Flächen in diesem Umfang wieder Abstand zu nehmen!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1909	
1004912	
1009966	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>unsere Familie bewirtschaftet seit mehreren Generationen einen landwirtschaftlichen Betrieb im Rolfebachtal. Dabei stand die Nachhaltigkeit des Bodens stets im Vordergrund. Aus diesem Grund empfinden wir den Entwurf des Regionalplans der Stadt Köln als ein Misstrauensbeweis gegenüber unserer Arbeit. Nicht nur das unsere gesamte Fläche im Landschafts- oder Naturschutzgebiet liegen würde, entfielen sogar ca. 80 % in ein Naturschutzgebiet. Ohne eine bedarfsgerechte Düngung, sei es organischer oder mineralischer Natur, sowie einer eingeschränkten Schnittnutzung beläuft sich unser Verlust an Futtermittel auf etwa 50%.</p> <p>Darüber hinaus ist ein Teil der bewirtschafteten Fläche Eigentum welches im Wert durch die geplante Umwandlung drastisch gemindert würde. Ich halte es nicht für Sinnvoll, derartig unverantwortlich Steuermittel für eventuell anfallende Ausgleichszahlungen einzusetzen.</p> <p>Ich sehe grundsätzlich Maßnahmen zum Umwelt- und Naturschutz positiv und bin gerne bereit auf freiwilliger Basis Maßnahmen umzusetzen, die den Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt sichert. Hierfür würde nur ein Bruchteil der finanziellen Aufwendungen bei gleicher Zielsetzung anfallen und zugleich das Überleben unseres landwirtschaftlichen Betriebs sichern.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1910	
1004913	
1009127	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß der mir vorliegenden Karte sollen rund 5 Hektar der in meinem Eigentum stehen den Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden. Ich befürchte, dass bei einer sodann später möglichen Ausweisung als Naturschutzgebiet Nutzungsbeschränkungen, etwa im Bereich der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu beachten sein werden.</p> <p>Zudem liegen große Teile meiner Betriebsfläche, z.T. auch Ackerflächen, im Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ? und sind bereits seit längerem als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Hinsichtlich dieser Flächen ist aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu befürchten, dass künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt wird.</p> <p>Hierdurch würde eine wirtschaftlich vertretbare Nutzung der Flächen nicht mehr möglich sein und es würde zu einem erheblichen Wertverlust kommen. Ich beantrage daher, von einer Überpianung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1009127_01.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID1009127_02.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1911	
1004914	
1009157	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Eschweiler einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Betroffen sind hiervon sowohl meine Flächen in der Städtereion Aachen -Gemarkung Eschweiler und Weisweiler- als auch Flächen im Kreis Düren -Gemarkung Langerwehe-.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.</p> <p>Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden sollte. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich sie noch auf den Verordnungsentwurf der FU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Eigentums- und Pachtflächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1912	
1004915	
1009967	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>hiermit lege ich [ANONYMISIERT] Einspruch gegen die genannten Flächen ein. Da durch die aufgeführten Flächen eine Wert- und Ertragsminderung entstehen kann. Und somit kann es zu einer Existenzgefährdung kommen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bin Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen in Eschweiler, welche an einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung seit vielen Jahren verpachtet sind. Von dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich besitze bzw. verwalte, in Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Betroffen sind hiervon Flächen in der Städteregion Aachen -[ANONYMISIERT].

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der land wirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies führt zum einen zu einer Existenzgefährdung für den landwirtschaftlichen Betrieb des Pächters und zum anderen zu einer Entwertung meiner Ackerflächen. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich gegen eine Überpianung meiner Eigentums- und Pachtflächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interessen entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1914	
1004917	
1009117	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mir vorliegenden Karten sollen 25 der in meinem Eigentum stehenden Parzellen, darunter auch die Hofparzelle sowie viele hofnahe Grünlandparzellen als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Ich habe die Besorgnis, dass es bei einer künftigen Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu Einschränkungen oder gar einem Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln oder anderen Nutzungsbeschränkungen kommen wird.</p> <p>Ich gebe zu bedenken, dass ich auch auf diesen Flächen Futter für meine Rinder produzieren muss und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen. Beschränkungen in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln machen sich zudem in einem erhöhten Pflegeaufwand bemerkbar.</p> <p>Schließlich sehe ich in einer Einbeziehung der Hoffläche in den Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) eine erhebliche Gefahr für eine mögliche zukünftige bauliche Entwicklung des Betriebes, da sich für Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben können.</p> <p>Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Anhand der Karte habe ich festgestellt, dass nahezu meine gesamte Betriebsfläche - sowohl Eigentums- als auch Pachflächen - mit Ausnahme einiger kleinerer hofnaher Weideflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für die Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser BSN-Bereiche als Naturschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Düngungs- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden und die Bewirtschaftung des Grünlandes nur noch mit großem Aufwand und geringem - zur Versorgung meiner Rinder nicht ausreichendem - Ernteertrag möglich sein wird. Zudem ist aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu befürchten, dass bei diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was einen Pflegemehraufwand nach sich ziehen würde.

Insgesamt sehe ich durch die Darstellungen im Regionalplan und den hierdurch später möglich werdenden Naturschutzgebiets- oder Landschaftsschutzgebietsausweisungen die Existenz meines Betriebes akut gefährdet; weiterhin dürfte mit den Ausweisungen der Flächen eine erhebliche Wertminderung verbunden sein.

Ich gebe insbesondere zu bedenken, dass mein Betrieb gerade erst vor 15 Jahren aufgrund der Planungen der Stadt Aachen vom alten Standort verdrängt wurde und auf den jetzigen Standort umgesiedelt werden musste.

Hinzu kommt, dass ich noch vor Kurzem rund 30 Hektar Fläche, die vom Natur- und Landschaftsschutz bislang nicht überplant waren, zur Zukunftssicherung meines Betriebes hinzugekauft habe. Einen Zugriff des Naturschutzes auf diese Flächen und den Betrieb insgesamt werde ich nicht hinnehmen.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1916	
1004919	
1009115	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Gemeindegebiet [ANONYMISIERTE]. Die in diesem Zusammenhang von mir bewirtschafteten Acker- und Grünlandflächen befinden sich zum großen Teil in unmittelbarer Nähe zu meiner Hofstelle und bilden mithin meine wesentliche Betriebsgrundlage. Der Entwurf zum neuen Regionalplan weist nunmehr BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) auf wesentlichen Teilen meiner Betriebsflächen, sogar bis unmittelbar angrenzend an meine Hofstelle, aus. Diese Ausweisung bedeutet für mich eine ausgesprochene Belastung) befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt zu werden.</p> <p>Ich sehe dabei sowohl mögliche Einschränkungen im Hinblick auf die zukünftige bauliche Entwicklung meines Betriebes auf mich zukommen als auch die Gefahr, dass ich meine aktuelle intensive Bewirtschaftung meiner Acker- und Grünlandflächen nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Beide Umstände bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Härte für meinen Betrieb und könnten schlimmstenfalls sogar eine Betriebsaufgabe zur Folge haben.</p> <p>Insgesamt löst die geplante Neuausweisung bereits in meinem Fall eine Betroffenheit ? sowohl als Eigentümer als auch als Pächter ? in einem Umfang von mehr als 61 Hektar aus. Insbesondere der Umstand, dass es sich hierbei um zentrale Flächen handelt, die ich bislang für meine weitere Betriebsentwicklung vorgehalten habe, machen eine Änderung des bisherigen Schutzstatus für mich nicht akzeptabel.</p> <p>Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der geplanten Erweiterung von BSN-Flächen im Gemeindegebiet Langerwehe unbedingt wieder Abstand zu nehmen und meine vorgebrachten Bedenken bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-1917	
1004920	
1009114	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>als Eigentümer des Steinbruchgeländes mit Wald und Wesen in [ANONYMISIERT] bin ich von der Neuauftellung des Regionalplans betroffen.</p> <p>Diese Flächen werden z.T. landwirtschaftlich zur Produktion von Futter und Weideflächen von verschiedenen Landwirten genut. Zur Verminderung von Gefahren müssen. außerdem die Waldflächen bearbeitet werden Teile des Geländes stehen bereits unter Naturschutz und Wasserschutz.</p> <p>Ich spreche mich gegen weitere Einschränkungen und Überplanung weiterer Flächen aus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1918	
1004921	
1009113	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erheben wir Einspruch gegen den Regionaipplan Aachen wegen Bestandsschutz unseres Landwirtschaftlichen Betriebes [ANONYMISIERT]. Die zu unserem Betrieb zugehörige Flächen, die im neuen Regionaipplan als Naturschutzgebiet geplant sind folgende: [ANONYMISIERT]</p> <p>Können in dieser Form aus folgenden Gründen nicht akzeptiert werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Unser Betrieb stützt und konzentriert sich auf Tierwohl, Nachhaltigkeit sowie regionale Erzeugung.</li> <li>2. Wir erzeugen Weidemilch, das heißt: unsere Kühe und Rinder können sowohl tagsüber als auch nachts auf die Weide und das mindestens 8 Monate im Jahr, dementsprechend sind wir auf unsere Hofnahen Flächen angewiesen.</li> <li>3. Außerdem wollen wir Sie darauf hinweisen, dass wir in Kornelimünster der letzte Milchviehhalter sind und wir uns in der glücklichen Lage befinden einen Hofnachfolger (Staatlich geprüfter Agrarbetriebswirt) zu haben.</li> <li>4. Zum Vergleich 1986 gab es noch 8 Milchviehhalter mit insgesamt 500 Kühen in Kornelimünster ?2022 gibt es nur noch einen mit 80 Kühen.</li> </ol>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1919	
1004922	
1009155	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>als Besitzerin von Flächen im Bereich der Inde bei Friesenrath [ANONYMISIERT], bin ich [ANONYMISIERT], von der Neuaufstellung des Regionalplans Köln,. betroffen. Diese Flächen sind zurzeit an die Jumpers GbR verpachtet. Den uns vorliegenden Karten entnehmen wir, dass Sie beabsichtigen, den gesamten Bereich entlang der Inde als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Diese Flächen werden zurzeit von unserem Pächter zur Produktion von Futter für dessen Rinderherde genutzt. Eventuelle Einschränkungen, die sich durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln ergeben, stellen die wirtschaftliche Nutzung der Flächen in Frage.</p> <p>Desweiteren plant unsere Tochter Julia in naher Zukunft (aktuell Studentin für Soziale Arbeit an der KatHO Aachen) auf diesen Flächen und in unserem Wohnhaus [ANONYMISIERT], eine tiergestützte Therapie für sozial benachteiligte Kinder mittels Abreitplatz, Unterstände und mobilen Bauwagen als Therapie-Räume. Eine solche Einrichtung, die sehr im Interesse der Allgemeinheit liegt, wäre durch die geplante Naturschutzstellung nicht möglich.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN), als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte Sie, diese aus dem Plan zu entfernen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1920	
1004956	
1009968	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 1 Hektar meiner verpachteten Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden. Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1921	
1004957	
1009970	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass von meinen Eigentumsflächen etwa 0,5 Hektar Acker und 5,5 Hektar Grünland sowie 7,2 Hektar gepachtete Grünlandflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) überplant werden sollen. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen. Zudem wären die Ackerflächen bei einer späteren Ausweisung als Naturschutzgebiet wegen des dann geltenden Pflanzenschutzmittelanwendungsverbotes nicht mehr ackerbaulich nutzbar und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Oberplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden.

Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschafts orientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

ich bin Eigentümer verschiedener landwirtschaftlich genutzter Grundstücke südlich der Ortslage [ANONYMISIERT]. Die Ackerlandgrundstücke liegen in der [ANONYMISIERT] der Gemarkung Eschweiler und in der [ANONYMISIERT] der Gemarkung Gressenich. Sie sind an einen Vollerwerbsbetrieb verpachtet und leisten einen Beitrag zu dessen betrieblicher Existenz.

Für mich ist der Grundbesitz Teil der Altersversorgung und zudem bin ich meinen Vorfahren gegenüber in der Pflicht, den Werterhalt des Grundbesitzes stets zu beachten. Bei den vorgesehenen Ausweisungen sind zukünftig Wertverluste zwangsläufig zu erwarten. Vor diesem Hintergrund nehme ich zum vorliegenden Entwurf ich wie folgt Stellung:

Es steht m.E. zu befürchten, dass die vorgenommenen Ausweisungen die landwirtschaftliche Nutzung zukünftig einschränken und beeinträchtigen. Somit widerspreche ich den o.g. Ausweisung und beantrage, die Grundstücke nicht mit einem Schutzstatus zu belegen und die derzeit geplanten Beschränkungen auf zuheben. Gerade die aktuelle Situation zeigt uns doch in aller Deutlichkeit auf, dass die Landwirtschaft auch Gestaltungsfreiraum benötigt, um für uns Bürger Ernährungssicherheit zu bezahlbaren Preisen zu gewährleisten.

Bei sachlicher Betrachtung, dass auch mit dem nötigen Fachwissen verknüpft ist, dürfte jedem bewusst werden, dass die Landwirtschaft aus eigener Motivation nachhaltig wirtschaftet. Der Erhalt ihrer Produktionsstätte Ackerland ist deren oberste, weil existenzielle Priorität und dementsprechend handeln sie auch.

Das man dem Schutz der Landschaft? auch noch die Beschränkung ?landschaftsorientierte Erholung? beifügt ist für mich absolut unverständlich, da hier doch die grundsätzliche Bedeutung des Ackerlandes entwertet wird. Ackerland muss zuallererst die Ernährung für uns Bürger sicherstellen und kann nicht gleichzeitig den tlw. überbordenden Ansprüchen der Freizeitgesellschaft gerecht werden. Zunehmend hat die Gesellschaft den Respekt für die landwirtschaftliche Nutzung verloren, da ja alle Nahrungsmittel im Überfluss zu tlw. Ramschpreisen beim Discounter gekauft werden können.

Nur zu verständlich ist für mich die Beschilderung von Wirtschaftswegen in Baden-Württemberg. Dort werden die Bürger mit großen Schildern auf die Priorität der Wirtschaftswege hingewiesen: Bitte nehmen sie Rücksicht auf den landwirtsch.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Verkeh(steht dort an jedem Wirtschaftsweg.

Ich beantrage daher, die Beschränkung ?landschaftsorientierte Erholung? überall ersatzlos zu streichen!

Mit den aktuellen Beschränkungen und den von ?der grünen Allianz? zu erwartenden zukünftigen Auflagen und Einschränkungen wird eine Kollektivbeschränkung aller Landwirte und deren landw. Nutzfläche herbeigeführt und damit die Ernährung der Bevölkerung gefährdet.



AZ: Ö-P-1924

1004961

1009990

#### Inhalt

Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, einen Großteil der von mir bewirtschafteten Betriebsfläche, davon rd. 17 Hektar Ackerland meiner Eigentumsflächen nebst Hoffläche als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.

Ich habe die Belürchtung, dass aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt wird. Bei Ausweisung der Ackerflächen als Landschaftsschutzgebiet dürften Pflanzenschutzmittel dort möglicherweise nicht mehr angewendet werden mit der Folge, dass die Flächen nicht mehr in wirtschaftlich sinnvoller Weise ackerbaulich genutzt werden können. Zugleich würde hiermit ein nicht unerheblicher Wertverlust einhergehen.

Soweit die Hoffläche selbst in der BSLE-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass in Zukunft Bauvorhaben des Betriebes aufgrund der dann verschärften Abstands- und Immissionswerte nicht mehr realisiert werden können.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1925	
1004963	
1009991	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, einen Großteil der von mir bewirtschafteten Betriebsfläche, davon auch rd. 22 Hektar Ackerland Pachtflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSLE) auszuweisen. Nach dem Verordnungsentwurf der ELJ-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist zu befürchten, dass bei einer Ausweisung von in BSLE-Bereichen gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches würde die ackerbauliche Nutzung der Flächen und damit auch die Existenzfähigkeit meines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden.</p> <p>Soweit Grünlandflächen in der BSLE-Kulisse liegen, kann eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet und damit einhergehender Reglementierung des Pflanzenschutzmittelgebrauchs zu einem erheblichen Pflege-Mehraufwand sowie Minderertrag beim Grasaufwuchs führen.</p> <p>Ich wende ich mich daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere Nutzung der von meinem Betrieb bewirtschafteten Acker- und Grünlandflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1926	
1004964	
1010077	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir wenden uns dagegen, dass etwa 20,43 Hektar der verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln haben wir hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden könnten.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Ackerflächen würden jedoch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung unmöglich machen.</p> <p>Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010077.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1927	
1004965	
1010078	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Nach der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen, hofnahe Eigentumsfläche als Bereich zum Schutz der Natur( BSN ) auszuweisen. Außerdem liegen von mir zugepachtete Flächen ebenfalls in dieser Kulisse. Sämtliche Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Kühe und der Nachzucht.</p> <p>Naturschutzbedingte Einschränkungen in deren Nutzung würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb nicht tragbar. Dann ist eine betriebliche Entwicklung mit eventuell erforderlich werdenden Gebäuden auf meiner eigenen Fläche in Frage gestellt. Hier sollte doch der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang eingeräumt werden</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Gemeindegebiet Simmerath, Ortsteil Eicherscheid.

Der Entwurf zum neuen Regionalplan unterwirft nun wesentliche Teile meiner Betriebsflächen.

Sollte die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang erfolgen, wäre ich von einer solchen Veränderung sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem erheblichen Umfang betroffen.

Aus meiner Sicht besteht nämlich die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur zukünftig mit erheblichen Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden. Dies hätte bereits unmittelbare Auswirkungen auf meinen Betrieb.

Weiterhin befürchte ich aber auch, durch neu entstehende Schutzgebiete, weitere baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits aktuell wissen wir, dass bauliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten nur unter erheblichen Auflagen überhaupt (noch) möglich sind. Vor dem Hintergrund dieser Betroffenheit fordere ich daher, die Gebietskulisse einer erneuten Überprüfung zuzuführen und zumindest sicherzustellen, dass künftige Betriebsentwicklungen an meinem Standort in alle Richtungen möglich bleiben. Es kann nicht sein, dass die landwirtschaftliche Nutzung durch die Zunahme von Schutzgebietsausweisungen immer weiter in Frage gestellt wird. Ich bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung daher mit Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Hiermit nehme ich Stellung und widerspreche der Neuaufstellung des Regionalplans. [ANONYMISIERT]. Der Hof (Gebäude und Ländereien) wurde mir von meinen Eltern, die den Hof landwirtschaftlich bewirtschaftet haben, bei Eintritt in den Ruhestand, übergeben. Meine Eltern [ANONYMISIERT] bewohnen gemeinsam mit mir und meiner Familie das Wohngebäude der Hofanlage. Unsere Hofanlage und die Ländereien befinden sich schon seit mehreren Generationen in Familienbesitz und liegen in 52355 Düren [ANONYMISIERT]. Unsere Ländereien (Weide- und Ackerland) befinden sich unmittelbar um unsere Hofanlage herum. Wichtig ist noch zu erwähnen, dass meine Eltern ein Nießbrauchsrecht auf ihren Wohnbereich, auf Hof Garten und Ländereien haben. Die Ländereien sind an einen Pächter verpachtet. Durch die Verpachtung der Ländereien und die daraus folgenden Einnahmen, sichern sich meine Eltern ihren Lebensunterhalten. Ihre Bauernrente alleine ist hierfür bei weitem nicht ausreichend. Zudem werden die Pachteinahmen zur Erhaltung der Hofanlage benötigt. Diese Hofanlage mit den Ländereien soll auch der nächsten Generation übergeben werden können. Hof und nicht verpachtete Ländereien werden von mir landwirtschaftlich betrieben. Das Wohnhaus der Hofanlage wird, wie bereits erwähnt, von mir und meiner Familie sowie meinen Eltern gemeinsam bewohnt.

Die Stallungen stehen seit der Rente meiner Eltern leer. Einige Gebäudeteile sind verpachtet, wie zum Beispiel eine Halle (an einen aktiven Landwirt zur Lagerung von Heu und Stroh). Die Ländereien sind an einen Landwirt verpachtet zur Nutzung als Weide- sowie Ackerland. Die Flächen werden gänzlich zur Futtergewinnung, wie Heu und Mais sowie zur Nahrungserzeugung von Weizen, Gerste, Hafer und Rüben genutzt. Unser Pächter, hat mir gegenüber bereits geäußert, dass er die Flächen nicht mehr weiter pachten wird, sollte eine Nutzung und Bewirtschaftung wie im bisherigen Umfang nicht mehr möglich sein. Unter diesen Umständen wird sich auch kein anderer Pächter finden lassen. Dies hat für mich, meine Familie und meine Eltern bedrohliche Folgen. Unser Lebensunterhalt ist dadurch maßgeblich bedroht. Alles was über Generationen in Familienbesitz ist ist stark gefährdet! Es liegt mir fern, mich gegen Umwelt- und Artenschutz auszusprechen. So plane ich zurzeit einige Dachflächen mit Solar bestücken zu lassen. Diesbezüglich bin ich gerade mit einigen Anbietern im Gespräch. Ich kann auch im Weiteren keinen Grund feststellen, weshalb man unsere Flächen zum Naturschutzgebiet erklären sollte. Wir haben einfache und konventionell bewirtschaftete Felder und Wiesen mit noch eher jungen Bäume. Hier leben auch keine besonderen wilden Tiere und die Tiere die hier leben, z.B. die üblichen Greifvögel, sind gerade wegen der konventionellen Bewirtschaftung bei uns. Selbst das benachbarte Naturschutzgebiet ist damals nur zum Naturschutzgebiet erklärt worden, weil man

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

verhindern wollte, dass das durch den Blei-Abbau verseuchte Bergwerksgelände, als Sondermülldeponie genutzt wird. Wird mir durch die Neuaufstellung des Regionalplans und neue Naturschutzgebiete die Selbstbestimmung über mein Land entzogen. Ich finde gerade in der momentanen Weltenlage sollte man doch die Landwirte stärken und bei ihrer Arbeit zur Herstellung von Nahrungsmitteln unterstützen und nicht durch neue Maßnahmen unsere Landwirte zur Aufgabe zwingen. Wer produziert sonst die für uns alle notwendigen Nahrungsmittel?

Ich hoffe sehr, dass meine Stellungnahme und mein Widerspruch dazu führen, dass von weiteren und / oder neuen Naturschutzgebieten auf meiner Fläche abgesehen wird. Bitte nehmen sie die unten aufgeführten Flächen aus der Ausweisung von Bereichen zum Schutz der Natur heraus. Ggf. bitte ich um Ersatzfläche bzw. Ausgleichsfläche im üblichen Umfang (1:3) bzw. eine angemessene Entschädigung, die unseren Verlust über Jahrzehnte ausgleicht. Ansonsten ist die Existenz meiner Familie nicht mehr geben.

AZ: Ö-P-193	
1001430	
1001559_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ablehnung neuer GIB, GIBPlus und ASB-Gebiete im Bereich der Städte Hückelhoven, Geilenkirchen und Erkelenz</p> <p>Ich lehne jegliche Versiegelung wertvollen Ackerbodens im Kreis Heinsberg ab. Ebenfalls bin ich gegen jede Form der Vernichtung von Wald und Naturflächen die zur Fortpflanzung der Artenvielfalt beitragen.</p> <p>Ich finde die bereits versiegelten und schon lange brachliegenden Flächen im Stadtgebiet Hückelhoven (Rheinstraße) sollten mal besser als GIB-Flächen genutzt werden anstelle wertvollen Ackerboden zu vernichten.</p> <p>Mit Blick auf die Zukunft sollte es zudem auch eine wichtige Aufgabe sein die Lebensqualität im Stadtgebiet zu erhalten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-P-1930

1001661

1009972

#### Inhalt

Die Neuaufstellung des Regionaipans beinhaltet für meine Region augenscheinlich die Übernahme des Landschaftsplans der Stadt Aachen (ebenfalls Neuaufstellung). Ende 2018 habe ich der Stadt Aachen schon meine Betroffenheit dargelegt. Durch das geplante Naturschutzgebiet N 25 (Indetal Hahn) ist die Existenz meines Betriebes massiv gefährdet.

Anbei übersende ich auch damalige mail mit genaueren Bezeichnungen, außerdem werde ich Ihnen weitere unterlagen (Kartenausschnitte) auf dem Postwege zusenden. Ich bitte hiermit um Prüfung und Berücksichtigung meiner Sorgen und denen meiner Familie, einschließlich Hofnachfolger.

Betreff: Neuer Landschaftsplan

Sehr geehrter Damen und Herren,  
als Inhaber und Betriebsleiter des landw Betriebes [ANONYMISIERT] in Komelimünster war ich am 21.11. zur Vorstellung des neuen Landschaftsplans im Bezirksamt in Kornelimünster. Mit großer Betroffenheit und Sorge musste ich feststellen, das über die Hälfte meiner ca. 20 ha Eigentumsfläche im künftigen Naturschutzgebiet N 25 liegen. Von 7 ha Pachtfläche liegen sogar 6 ha im geplanten Bereich N 25. Zur Betriebsübergabe vor über 25 Jahren konnte der Erhalt des Betriebes nur durch eine komplette Neuausrichtung vom Milchviehbetrieb zum Pferdepensionsbetrieb (mit erheblichen Investitionen) erreicht werden.

Als dienstleistungsorientierter Landwirt muss ich künftige Kundenwünsche aber auch geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Durch das geplante Naturschutzgebiet stehen mir somit keine Flächen für solche eventuell erforderlichen Maßnahmen (z.B.Springplatz, Führanlage, überdachte Mistplatte, Lagerhalle, usw.) zur Verfügung. Der Zugang zu Weideflächen wird unmöglich gemacht. Des weiteren sollen die unter Denkmalschutz stehenden Stallgebäude einen neuen Verwendungszweck (Ferienwohnung) erhalten und würden durch direkte Angrenzung am Naturschutzgebiet sicherlich einen ausreichenden Freiraum um das Gebäude benötigen.

Durch die Bewirtschaftungseinschränkungen und weitere Ge- und Verbote in den Naturschutzflächen sehe ich eine massive Bedrohung der Existenz für mich und meine Familie. Ganz zu schweigen für künftige Generationen.

Ich bitte um einen offenen Dialog und stehe daher zu konstruktiven Gesprächen zur Verfügung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1931

1004967

1010080

#### Inhalt

Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen, meine Hofstelle mit ca. 11 Hektar der hofnahen Eigentumsflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) auszuweisen; weitere, von mir zugepachtete Flächen liegen ebenfalls in dieser Kulisse. Sämtliche Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in deren Nutzung würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb existentiell nicht tragbar. Zudem ist eine betriebliche Entwicklung mit eventuell erforderlich werdenden Gebäuden allein auf der Hoffläche oder den hofnahen Parzellen möglich, so dass der landwirtschaftlichen Nutzung hier Vorrang einzuräumen ist.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wie ich anhand der (schlechten) Karte ersehen konnte, sollen insgesamt 70 % meiner Betriebsfläche, darunter auch 18 Hektar der für den Betrieb sehr wertvollen betriebsnahen arrondierten Weidefläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.

Ich wende mich gegen diese Ausweisung, da ich als zertifizierter Milcherzeuger mit der Haltungsstufe 4 meinen Rindern Zugang zur Weide bieten muss. Ich befürchte, dass es bei einer möglichen Ausweisung meiner hofnahen Flächen als Naturschutzgebiet nicht mehr möglich ist, die Tiere auf diesen Flächen weiden zu lassen.

Weiterhin befürchte ich, dass es bei allen BSN-Flächen zu einem Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln kommt, was bei Grünland einen enormen Pflegeaufwand verursachen würde. Aus meiner Sicht muss die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ebenso wie das Ausbringen von Düngemitteln weiterhin gewährleistet sein.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010081\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1010081\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID1010081\\_3.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1933	
1004969	
1010082	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, einen Großteil der von mir bewirtschafteten Betriebsfläche, davon 35 Hektar Grünland und 5 Hektar Ackerland Eigentumsflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie weitere rd. 25 Hektar als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.</p> <p>Ich habe die Befürchtung, dass aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt wird. Die Grünlandflächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung der Flächen würden sich unmittelbar mengenund qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind, insbesondere ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, nur mit einem nicht unerheblichen Mehraufwand zu erfüllen und würden aufgrund des Umfanges der Kulissee mit einer existentiellen Gefährdung des Betriebes einhergehen.</p> <p>Eine Ausweisung der Ackerflächen als Landschaftsschutzgebiet dürften Pflanzenschutzmittel dort möglicherweise nicht mehr angewendet werden mit der Folge, dass die Flächen nicht mehr in wirtschaftlich sinnvoller Weise ackerbaulich genutzt werden können.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1934	
1004970	
1010886	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Änderung des Regionalplans im Bereich der Stadt Burscheid/Rheinisch-Bergischer Kreis</p> <p>Die jetzt vorgesehenen Änderungen des Regionalplanes schnüren unseren Hof in der Ortslage [ANONYMISIERTE] an der B51 in Burscheid ein. Bei vollständiger Umsetzung der Bauflächen ist unser Hof (an der B51 liegend) auf allen Seiten von Gewerbe- und Baugebiet umschlossen.</p> <p>Unsere Sorgen gehen dahin, dass bei einer schrittweisen Realisierung evtl. Bauflächen keine der Änderungen für sich alleine eine Quasi-Enteignung darstellt, aber in der Summe eine wirtschaftlich erdrosselnde Wirkung entsteht. Wir bitten daher darum, im neuen Regionalplan einen Zusatz aufzunehmen, dass bei landwirtschaftlichen Betrieben wie dem unseren die Gesamtwirkung der baulichen Entwicklung zu berücksichtigen ist. Hier sei besonders darauf hingewiesen, dass umfangreiche Pachtflächen zur Erhaltung des Hofes notwendig sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da die Anregung über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinausgeht.</p> <p>Die Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche unterliegen auch der Darstellungsschwelle von 10 ha. Um die Steuerung und Einhaltung des vorgeschlagenen Grundsatzes gewährleisten zu können, wäre eine Zuordnung der jeweiligen Parzellen auf regionalplanerischer Ebene erforderlich. Eine parzellenscharfe Betrachtung liegt unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. im Bereich des maßstabsbedingten Interpretationsspielraums der regionalplanerischen Festlegungen.</p>

AZ: Ö-P-1935	
1004971	
1010083	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Den mir vorliegenden Karten entnehme ich, dass Sie beabsichtigen, den gesamten Bereich entlang der Inde als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Diese Flächen werden zurzeit von unserm Pächter zur Produktion von Futter für deren Rindherde genutzt. Eventuelle Einschränkungen die sich durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln ergeben, würden sich hinsichtlich dieser Nutzung unmittelbar sowohl auf die Qualität als auch auf die Quantität des hier erzeugten Futters auswirken und eine wirtschaftliche Nutzung der Flächen in Frage stellen. Diese Auswirkungen würden durch eine eventuelle weitere Verschärfung bzw. Einschränkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel verstärkt, da dies einen erheblichen arbeitstechnischen Mehraufwand erfordert.</p> <p>Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zur Schutz der Natur (BSN), als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitten, diese aus der Kulisse zu entfernen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt, die gesamte Betriebsfläche sowie die Hofstelle selbst als Bereich zum Schutz der Natur auszuweisen.  
Mehr als 20% meiner Betriebsflächen liegen zwischen Dorff und Kornelimünster im öffentlich ausgewiesenen Abbaugelände für Kalkstein (Rohstoffreservengebiet).

Bereits Anfang 2022 wurde ein Antrag auf Abbau von Kalkstein auch auf meinen Flächen von der Firma [ANONYMISIERT] bei der Bezirksregierung Arnsberg gestellt. Warum diese Flächen rund um Dorff zwischen Büsbach, Breinig, Kornelimünster und Krauthausen, als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden sollen, aber gleichzeitig seit Jahren geplant ist, auf den Flächen Rohstoffe abzubauen, verstehe ich nicht.

Der Fortbestand meines Betriebes wird nicht nur durch den Verlust von Flächen durch den geplanten Abbau von Rohstoffen, sondern nach erfolgter Ausweisung als Bereich zum Schutz der Natur auch durch Einschränkungen in der Nutzung der restlichen Flächen gefährdet. Sowohl mengen- als auch qualitätsmäßige Einschränkungen bei der Futterproduktion sind zu befürchten.

Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass selbst bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde.

Weiterhin sollte für die bauliche Entwicklung des Betriebes auf jedwede naturschutzbezogene Ausweisung der Hofparzelle verzichtet werden. Ich befürchte, dass sich bei eventuellen späteren Bauvorhaben Schwierigkeiten wegen der dann zu beachtenden Immissions- und Abstandswerte ergeben könnten.

Ich bitte daher, von den beabsichtigten Ausweisungen in der Umgebung meiner Hofflächen abzusehen. In Erwartung eines Antwortschreibens bedanke ich mich im Voraus für Ihre Bemühungen und verbleibe [ANONYMISIERT]

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.





**Inhalt**

Gemäß der mir vorliegenden Karte sollen nahezu meine sämtlichen Ackerflächen - und zwar sowohl die Eigentums- als auch die Zupachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden.

Bereits jetzt wäre bei einer Ausweisung von Naturschutzflächen in Bereichen zum Schutz der Natur eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verboten.

Zudem ist zu befürchten, dass aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auch auf Landschaftsschutzflächen in Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung eingeschränkt oder gar untersagt wird.

Hierdurch wurde eine wirtschaftlich vertretbare ackerbauliche Nutzung der Flächen nicht mehr möglich sein und es würde zu einem erheblichen Wertverlust kommen.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1010091\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID1010091\\_2.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1938	
1003641	
1010100	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>der neue Regionalplan weist in der Gemeinde Simmerath, Gemarkung Lammersdorf im Bereich ?Auf der Harth? und ?Auf dem Wollerscheid? fast alle landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen als Naturschutzgebiete aus. Dies geht weit über das hinaus, was bisher im Landschafts- und Flächennutzungsplan als Naturschutzgebiet festgesetzt ist.</p> <p>Als Eigentümer der Flurstücke: [s. Anhang Abb. StnID_1] bin ich massiv davon betroffen.</p> <p>Eine Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für mich einen großen Wert- und Einnahmeverlust bedeuten. Der Landwirt der diese Flächen gepachtet hat und bewirtschaftet, wird durch die hieraus resultierende starke Nutzungseinschränkung in seiner Existenz gefährdet.</p> <p>Die Naturschutzgebietsausweisung sollte auf die bisher im Landschafts- und Flächennutzungsplan festgelegte Ausdehnung reduziert werden. Diese ist auch aus Naturschutzgründen vollkommen ausreichend, was die Letzten 20 Jahre seit deren Ausweisung bereits gezeigt haben.</p> <p><b>Anhänge</b> <a href="#">Abb_ID1010100.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1939	
1004974	
1010106	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir als Eigentümer von ca. 35 ha Ackerland in der Gemarkung Merkstein und Herzogenrath in der Lage Schiffeld, 80 Morgen und Wefelen sind im Regionalplan Köln mit ca. 35ha in Natur- und Landschaftsschutz und Regionalen Grünzügen zu 100% betroffen.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngemitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, unsere Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas sichern zu können. Gerade sie aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel doch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der Eu-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse, für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln und wahrscheinlich auch Düngemitteln in Landschaftsschutzgebieten zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Die Naturschutzbindung mit ihren Auflagen, insbesondere Düngung und Pflanzenschutz, wird eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung unmöglich machen. Die Folge ist eine erhebliche Minderung des Verkehrswertes und unmögliche Verpachtung des Grundstückes.</p> <p>Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten</p>

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

## Inhalt

**Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln****Hier: Punkt 3.3.3 Standort für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben, Standort Geilenkirchen, GIB flächenintensive Großvorhaben Geilenkirchen-Lindern**

Die Interessengemeinschaft Industriegebiet Lindern ? IGL ? hat sich im September 2021 gegründet, nachdem am 26.08.2021 in der Presse ausführlich über die Gründung der Future Site InWest GmbH berichtet wurde. Die Gründung dieser GmbH, so der Tenor in dem Presseartikel, sei der Startschuss für die Realisierung der LEP-Fläche und der Beginn der operativen Planungen. Damit war für uns der Zeitpunkt gekommen uns zu positionieren und den Planungsprozess konstruktiv zu begleiten. Zurzeit haben wir 127 Mitglieder, die die Entwicklung des Industriegebietes alle aus unterschiedlichen Beweggründen betrachten.

Zunächst stellt sich für uns die generelle Frage, ob das Gebiet für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben überhaupt geeignet ist.

Zur Ausweisung des Gebietes im Entwurf des Regionalplanes wird Ihrerseits ausschließlich auf den Landesentwicklungsplan Punkt: 6.4 verwiesen. Dabei hätte es Ihre Aufgabe sein müssen zu prüfen, ob dieser Standort, der seit den 1970iger Jahren landesplanerisch ausgewiesen ist, auch heute noch die Voraussetzungen erfüllt, die seinerzeit der Grund für eine Ausweisung dieser Fläche war. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, waren zu Beginn der 1970iger Jahre 2 Autobahnen, die den Kreis Heinsberg an das deutsche Autobahnnetz anschließen sollten, geplant. Zum einen die sog. Selfkantstraße und zum anderen die Rurtalautobahn. Deren Kreuzungspunkt war in unmittelbarer Nähe des Industriegebietes Lindern geplant. Letztlich wurde nur die heutige A 46 in einem Abstand von 8 km Luftlinien zum geplanten Industriegebiet Lindern als Selfkantautobahn hergestellt. Die Planung der Rurtalautobahn wurde nicht weiterverfolgt und aufgegeben. Damit haben sich die Rahmenbedingungen für das ausgewiesene Industriegebiet über die Jahre erheblich verändert. Gleichwohl hat man das Gebiet weiter ausgewiesen, ohne die Anbindungen an die Autobahnen voranzubringen. Hierzu fehlt im Regionalplan jegliche Aussage!

Wie sollen die künftigen Verkehre die Autobahnen A 46 und A 44 erreichen?

In den textlichen Erläuterungen zum Landesentwicklungsplan wird in den Erläuterungen

## Abwägung

**Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Für diese Standorte wird eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt. Das schließt gemäß LEP NRW die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz (insbesondere Straße und Schiene) ein. Anregungen hierzu richten sich daher an die Ebene der Landesplanung und sind einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Diese sind entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Im Hinblick auf die L228n wird auf die Erläuterungen zu StnID 1003681 verwiesen. Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Es werden zudem Anregungen und Hinweise gegeben, die sich teilweise an vor- und nachgelagerte Fachplanungsverfahren richten. Festlegungen zur Dringlichkeit oder zur Umsetzung gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung

zu Punkt 6.4-1 lediglich folgendes ausgeführt:

?Für die drei Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern gibt es bereits Entwicklungsinitiativen. Für diese Standorte wird eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt. Das schließt die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz (insbesondere Straße und Schiene) ein.?

Für den Standort Geilenkirchen-Lindern ist zurzeit diese mittelfristige Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, hier die Autobahnen A 46 und A 44, nicht gegeben. Von daher muss dringend vor einer weiteren Ausweisung des Industriegebietes Geilenkirchen-Lindern durch die Landesregierung und ggf. den Landtag sichergestellt werden, dass die notwendigen Landstraßen L 228 (Ortsumgehung Lindern) und L 364 (Ortsumgehung Lindern, Leiffarth und Würm) im Landesstraßenbedarfsplan mit der höchsten Dringlichkeitsstufe ausgewiesen und zügig geplant werden. Gleichzeitig muss für die Ortslagen Heinsberg-Randerath, Horst und Dremmen eine verkehrliche Lösung gefunden werden. Wir unterstützen den Vorschlag der Stadt Heinsberg, über eine neue Autobahnauffahrt an der K 22 /A 46 eine ortslagenfreie Anbindung des Industriegebietes Lindern an die A 46 über die K 16 und die K 22 herzustellen. Der bisherige Vorschlag, die Anbindung über die L 364 an die Autobahnauffahrt Hückelhoven Ost herzustellen, halten wir mittelfristig nicht für realisierbar, da die juristischen Widerstände gegen die Ortsumgehungen Hückelhoven und Hilfarth zu groß sind. Die von uns vorgeschlagenen Umgehungsstraßen sind nachfolgend nochmals planerisch dargestellt:

[s. Anhang Abb. StnID 1001560\_001]

Sollte die neue Landesregierung sich gegen den notwendigen Ausbau der skizzierten Ortsumgehungen aus politischen Gründen aussprechen, dann muss sich die Landesplanung auch von der Ausweisung des Industriegebietes Geilenkirchen-Lindern verabschieden und das Gebiet als Freiraumfläche ausweisen. Es ist nicht vorstellbar und den Bürgern in den Orten Geilenkirchen-Lindern, -Leiffarth, -Würm, Heinsberg-Randerath, -Horst und -Dremmen und Hückelhoven, Hilfarth und Brachelen nicht zuzumuten, die Ziel- und Querverkehre, die das geplante Industriegebiet auslösen würde, durch die Orte zu führen. Schon die heutigen Verkehrsmengen führen in den Ortslagen zu gefährlichen Situationen. Auch städtebaulich würde dies zu chaotischen Verhältnissen führen.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass bei der letzten durch die Landesplanungsbehörde in Auftrag gegebenen Untersuchung, ob die Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben geeignet sind, die ILS für Geilenkirchen-Lindern folgendes festgestellt hat:

?Die Fläche hat nur eine ?Grenzeignung?. Begründung: Ländliche Lage für Großansiedlungen nur bedingt geeignet, verkehrliche Anbindung

hinaus. Sie sind der Fachplanung vorbehalten.

verbesserungsbedürftig (Ortsdurchfahrten) bzw. nicht optimal (Entfernung zu den Flughäfen). Ein großer Teil der Fläche ist allerdings im Landesbesitz.?

Insgesamt kommt die ILS zu dem Ergebnis: Nicht-integrierter Standort im Außenbereich zwischen dörflichen Ortsteilen. Gleichwohl wird die Eignung für die Nutzung laut LEP noch für gegeben beurteilt, weil das Land schon über einen Großteil der Flächen verfügt. Wenn allein diese Untersuchung aus dem Jahre 2001 die Ausweisung der Fläche begründen soll, so ist dies zurückzuweisen.

Die Flächenverfügbarkeit kann nicht allein entscheidend dafür sein, ob ein derart landesbedeutender Standort ausgewiesen wird. Wie bereits ausgeführt, muss sichergestellt sein, dass die Verkehrsanbindungen an die Autobahnen A 46 für die nördlichen Verkehre und A 44 für die südlichen Verkehre ortslagenfrei planerisch kurzfristig mit hoher Dringlichkeit geplant und verwirklicht werden. Nur dann könnte man bei Hintenanstellung aller sonstigen Hinderungsgründe von einer Geeignetheit des Gebietes sprechen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1001560\\_001.pdf](#)

**Inhalt**

Wenn man die aufgezeigten Voraussetzungen für die Ausweisung des Gebietes für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben sicherstellen sollte, hätte dies weitere Auswirkungen, zu dem im Entwurf des Regionalplans keine Angaben gemacht werden.

So stellt sich die Frage, wo die hier künftig Arbeitenden wohnen sollen.

Wenn wir die Debatte in den Städten Geilenkirchen, Heinsberg und Hückelhoven richtig verfolgt haben, werden die Städte die Entwicklung des Industriegebietes Lindern zum Anlass nehmen, weitere allgemeine Siedlungsbereiche ausweisen zu wollen. Dies ist verständlich.

Mit den in den entsprechenden Ratsgremien in Heinsberg und Hückelhoven beratenen vorgesehenen baulichen Erweiterungen der Ortschaften Brachelen und Randerath sehen wir keine Probleme, da diese durchaus harmonisch die Ortschaften abrunden und nur geringfügig erweitern.

Mit den Planungen der Stadt Geilenkirchen für den Stadtteil Lindern sind wir nicht einverstanden. In der Sitzung des zuständigen Ausschusses des Rates der Stadt Geilenkirchen am 02.06.2022 wurde von der Verwaltung vorgestellt, dass im Rahmen der Stellungnahme zum Regionalplan beantragt würde, Lindern als ASB (allgemeiner Siedlungsbereich) auszuweisen. Die der Vorlage beigegefügte Planung der Stadt Geilenkirchen sieht für Lindern folgende Darstellung vor:

[s. Anhang Abb. StnID 1001560\_002]

Die Umsetzung dieser Planung hätte zur Folge, dass der Ort Lindern flächenmäßig doppelt so groß würde wie bisher. Hierdurch würde das traditionelle Ortsbild, welches aus unserer Sicht schützenswert ist, perspektivisch nicht erhalten. Die Bevölkerungsstruktur würde sich vollkommen verändern. Von daher hat die Mitgliederversammlung der IGL eine derartige Ausweisung von Lindern zum ASB in ihrer Sitzung am 14.06.2022 abgelehnt.

Der Regionalplan sieht nicht ohne Grund vor, dass dem Grunde nach nur Ortschaften von mehr als 2.000 Einwohnern ein ASB werden sollen. Lindern hat aber nur ca. 1.300 Einwohner. Grundsätzlich ist nach der Wertung des Regionalplans auch in Lindern dem Schutz des Freiraums Vorrang vor Siedlungsinteressen einzuräumen. Dieser Wertung schließt sich die IGL an.

Hierfür sprechen aus unserer Sicht auch ökologische Aspekte. Mit dem Industriegebiet werden künftig in unmittelbarer Nähe zu Lindern ca. 250 ha landwirtschaftliche Fläche verloren gehen. In Anlehnung an die sog. Klimakrise und einer drohenden

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich (s. Stellungnahme ID 1003678) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung eines ASB in Geilenkirchen-Lindern im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und dessen Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1



Nahrungsmittelkrise sind wir der Meinung, dass dem Natur-, Umwelt- und Klimaschutz und der Erhaltung der landwirtschaftlichen Flächen gerade in den dörflich geprägten Regionen Vorrang gegenüber neuen Siedlungsinteressen eingeräumt werden sollte. Demgegenüber können ? und sollten ? Siedlungsinteressen in den bereits bestehenden größeren Siedlungsbereichen konzentriert werden.

Natürlich soll sich auch der Ort Lindern weiter entwickeln können. Dies muss jedoch harmonisch und in einer Größenordnung geschehen, die die Struktur des Ortes berücksichtigt. Entsprechende Bauflächen für bis zu 2-geschossige Bebauung könnte die Stadt Geilenkirchen rund um das alte Dorfzentrum der Kirche, an der Winkelstraße und den Pauweg, ggf. auch noch an der Brachelener Straße ausweisen. Dies dürfte auch ohne eine Ausweisung von Lindern als ASB möglich sein (sog. ?endogenes Wachstum?).

ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB wurde im Sinne einer planerischen Abwägung gegenüber einer Freiraumdarstellung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

---

**Inhalt**

Wir bewirtschaften von einer Hofstelle in Baesweiler einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die Ackergrundstücke liegen in folgenden Bereichen.

[s. Anhang Abb. StnID 1010134]

Diese genannten Flächen sind vom Regionalplan Köln erfasst  
Davon fallen in.

- Naturschutz ca 92 ha
- Landschaftsschutz und Gewässerschutz ca 170 ha
- Regionale Grünzüge 25 ha

Damit fallen ca. 297 ha als Landschaft- und Naturschutzflächen im Regionalplan Köln in die Auflagen. Es sind somit von ca. 376 ha 80% in Auflagen gebunden.

Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngemitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, unsere Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas sichern zu können Gerade sie aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel doch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der Eu-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse, für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln und wahrscheinlich auch Düngemitteln in Landschaftsschutzgebieten zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. In Kurzfassung werden die Beeinträchtigungen und Verbote in den Landschaftsschutz und Naturschutzgebieten noch einmal aufgeführt:

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

- erhebliche Wertminderung von Grund und Boden
- geringe Verpachtungsmöglichkeit und geminderter Pachtpreis
- Verlust von Anbauflächen
- beschränkte Nutzungsmöglichkeiten von Ackerkulturen und Grünland
- Behinderung einer Betriebsentwicklung
- eingeschränkte Düngung mit Mindererträgen
- eingeschränkte bzw. Verbote von Pflanzenschutzanwendungen mit nicht mehr beherrschbarer Kulturführung, Unwirtschaftlichkeit der Ackerkulturen und des Grünlandes
- Durchschneidung der Bewirtschaftungsflächen in Auflagen und Verbotszonen sowie Restflächen in ungehinderter Nutzung
- Veränderung von Verkehrsführungen mit Einschränkungen beim Wegebau und Erschließung
- Existenzgefährdung bis zur Betriebsaufgabe

Die Aufgabe unseres andwirtschaftlichen Betriebes in jahrhundertalter Tradition wäre die Folge.

Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1010134.pdf](#)

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-1941

1004977

1010138

#### Inhalt

hiermit Widerspreche ich der Ausweisung / Einstufung meiner unten aufgeführten Grünlandflächen als Naturschutzflächen ( Bereich zum Schutz der Natur). Durch Ausweisungen der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur sind erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung und die Entwicklung meines landwirtschaftlichen Betriebes, sowie ein erheblicher Wertverlust der Flächen, zu befürchten. Es sind gerade Familienbetriebe, wie mein Betrieb, die seit Generationen diese Flächen nachhaltig bewirtschaften und erhalten, denen man hier die Futter und Existenzgrundlage nimmt.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit Status - Bereich zum Schutz der Natur- abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.

Flächenaufstellung:

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

und alle weiteren meiner Flächen die in den ausgewiesenen Bereich fallen.

#### Anhänge

[Abb\\_ID1010138.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1942	
1004979	
1010137	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit legen wir Widerspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes ein, insoweit sie unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieb tangiert oder einschränkt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-P-1943

1004980

1010135

#### Inhalt

Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, einen Großteil der von mir bewirtschafteten Betriebstfläche, davon rd. »t? Hektar Ackerland Eigentumsflächen nebst Hofffläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSLE) auszuweisen. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist zu befürchten, dass bei einer Ausweisung von in BSLE-Bereichen gelegenen Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Da eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches die ackerbauliche Nutzung der Flächen und da mit auch die Existenzfähigkeit meines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden würde, wende ich mich gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.

Soweit die Hofffläche selbst in der BSLE-Kulisse gelegen ist, befürchte ich, dass in Zukunft Bauvorhaben des Betriebes aufgrund der dann verschärften Abstands- und Immissionswerte nicht mehr realisiert werden können.

Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen und des Hofes als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Nutzung Vorrang einzuräumen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1944	
1004981	
1009187_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mit großer Sorge sehen wir der Erweiterung der Umweltschutzgebiete auf den von uns bewirtschafteten Flächen der Gemarkung Neuhückeswagen Flur 6 mit den Flurstücken [ANONYMISIERT] entgegen.</p> <p>Eine zu erwartende Einschränkung der Nutzung oder Wegfall dieser Flächen gefährdet den Erhalt unseres Viehbestands und somit die wirtschaftliche Existenz unseres Hofes. Da mit unter Flächen betroffen sind, welche unmittelbar an die bestehenden Stallungen angrenzen, sehen wir uns in unserer landwirtschaftlichen Entwicklung, sowie dem landwirtschaftlichen Handeln stark eingeschränkt.</p> <p>Auch in Anbetracht für die nachkommende Generation. Aus diesem Grund erheben wir Einspruch gegen die geplante Erweiterung des Umweltschutzgebietes.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Hiermit melde ich meine Bedenken gegen die Festlegung der Flächen des Planungsbereiches Naturschutz im Gebiet der Stadt Radevormwald, II Ülf 3/ Neuenhof an und beantrage die von mir bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen insbesondere die Hofstelle II Ülf 3 und die unmittelbar angrenzenden hofnahen Weiden und Ackerflächen aus der Festlegung als Naturschutzbereich herauszunehmen.

Meine Hoffläche sowie die hofnahen Weiden würden nach der derzeitigen Planung zu einem überwiegenden Teil als Naturschutzbereich qualifiziert werden, so dass die von mir und meiner Tochter geplante im Betriebserweiterung nicht mehr möglich wäre ( z.B. Neubau eines modernen Stallgebäudes und einer Betriebshalle)

Meine Tochter [ANONYMISIERT] absolviert ab dem kommenden Semester ein Studium für Agrarmanagement - Schwerpunkt Milchviehzucht ? und plant nach Abschluss des Studiums meinen Betrieb fortzuführen und zu erweitern. Dieses ist unter tatsächlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur möglich, wenn eine Modernisierung und Erweiterung der Stallungen durchgeführt werden kann. Bei Einbezug der Hofflächen in den Bereich Naturschutz des geplanten Regionalplanes würde geplante Erweiterung des Betriebes unmöglich werden was aus meiner Sicht eine unbillige Härte für mich und dann auch meine Tochter darstellen würde.

Auch der Einbezug der Ackerfläche östlich der Hofstelle Richtung Neuenhof z.B. Feldblock -[ANONYMISIERT]- in den Naturschutz würde dazu führen, dass der Ackerbereich nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll bewirtschaftet werden kann etwa, weil kein ausreichender Pflanzenschutz mehr möglich sein würde. Dieser Bereich dient als Mais- bzw. Getreideanbaufläche um Futter für den eigenen Viehbestand zur Verfügung zu haben.

Aus meiner Sicht könnten die Flächen meiner Hofstelle sowie die östlich angrenzenden Ackerflächen ohne Beeinträchtigung der Belange des Naturschutzes im Bereich Ülfetal aus der Planung herausgenommen werden.

Der geplante unregelmäßige und kurvige Verlauf der Grenze des als Naturschutzbereich überplanten Fläche erscheint mir darüber hinaus nicht nachvollziehbar und willkürlich zumal dieser Bereich ebenfalls an das Gewerbe- und Industriegebiet Radevormwald angrenzt und der Bach "Ülf" in diesem Bereich durch das Industriegebiet verläuft.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

---

AZ: Ö-P-1946	
1004984	
1009191_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Mandanten sind von der Neuauftellung des Regionalplanes mit ihrem unter dem Namen [ANONYMISIERT] bekannten Grundbesitz betroffen.</p> <p>Meine Mandanten bewirtschaften das [ANONYMISIERT] in Leverkusen. Es handelt sich hierbei seit Generationen um einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb (Pensionspferdebetrieb) mit einer Gesamtgröße von 46 ha.</p> <p>Der Grundbesitz meiner Mandanten (teils Eigentum, teils Anpachtung), befindet sich namentlich mit den Hauptparzellen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemarkung Bürrig, Flur 1, [ANONYMISIERT]</li> <li>• Gemarkung Bürrig, Flur 1, [ANONYMISIERT]</li> <li>• Gemarkung Bürrig, Flur 5, [ANONYMISIERT]</li> <li>• Gemarkung Bürrig, Flur 2, [ANONYMISIERT]</li> <li>• Gemarkung Opladen, Flur 25, [ANONYMISIERT]</li> <li>• Gemarkung Bürrig, Flur 20, [ANONYMISIERT]</li> </ul> <p>innerhalb des Geltungsbereichs des neu aufzustellenden Regionalplans, für die gemäß Anlage 4 hinsichtlich der nördlich, nordwestlich und nordöstlich der Hofstelle gelegenen Flurstücke die folgenden zeichnerischen Festlegungen getroffen worden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutz der Natur in Kombination mit</li> <li>• regionalem Grünzug.</li> </ul> <p>Dabei wird nach den der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Unterlagen unterstellt, dass die die eigentliche Hofstelle meiner Mandanten ausmachenden Flurstücke gemäß den veröffentlichten zeichnerischen Darstellungen zukünftig nur - wie auch gegenwärtig - als Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung festgelegt werden sollen.</p> <p>Sollte dies nicht zutreffen, bezieht sich diese Stellungnahme auch auf die die Flurstücke der eigentlichen Hofstelle betreffenden Festlegungen in dem Entwurf des Regionalplans.</p> <p>Mit dieser fristgerechten Stellungnahme wird namens und im Auftrag meiner Mandanten im Ergebnis gegen die o.g. zeichnerischen Festlegungen eingewandt, dass</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1. die Inhalte des der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Regionalplans mit den o.g. zeichnerischen Festlegungen gegenüber meinen Mandanten insoweit rechtsfehlerhaft sind, weil sie die Interessen und die historisch gefestigten Besitzstände der Gesamtliegenschaft ?Gut Reuschenberg? nicht unter angemessener Abwägung der widerstreitenden Interessen berücksichtigen und
2. es deshalb und auch aus den nachfolgenden Erwägungen notwendig ist, nicht nur für die Hofstelle meiner Mandanten, sondern die weiteren von meinen Mandanten bewirtschafteten und nördlich, nordwestlich und nordöstlich der eigentlichen Hofstelle gelegenen Flächen - wie schon im Flächennutzungsplan der Stadt Leverkusen - weiterhin nur als
  - als öffentliche oder private Grünflächen sowie
  - als Flächen für die Landwirtschaft (Anlage 5)

darzustellen bzw. auch weiterhin nur

- als Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (Landschaftsschutzgebiet) (vgl. Anlagen 6 bis 8).

1. Es ist erklärter und einstimmig in der Bezirksvertretung II der Stadt Leverkusen dokumentierter politischer Wille, das Gut Reuschenberg langfristig zu erhalten. Dieser Entscheidung darf der Regionalplan nicht mit negativ präjudiziellen Festlegungen zu Lasten meiner Mandanten vorgreifen.
2. Dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der Hofstelle sowie dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der notwendigen Freiflächen, insbesondere zum Auslauf und als Futtergrundlage, ist im Rahmen der Abwägung ein hoher Stellenwert beizumessen, der aus den o.g. Erwägungen zur Stattgabe der Eingabe meiner Mandanten führt.

#### Begründung

I.

Gegenwärtig sind die Flächen in dem maßgeblichen Flächennutzungsplan der Stadt Leverkusen ausweislich der Anlage 5 nur

- als öffentliche oder private Grünflächen sowie
- als Flächen für die Landwirtschaft bzw. Wald

dargestellt bzw. über die Landschaftsinformationssammlung NRW (nachfolgend: LINFOS NRW nur als Landschaftsschutzgebiet (vgl. Anlagen 6 bis 8).

Bereits diese Darstellungen in dem Flächennutzungsplan der Stadt Leverkusen und über LINFOS NRW treffen die Festlegungen, die zum Natur- und Freiraumschutz nach wie vor ausreichend sind und deshalb nach wie vor auch dem Abwägungsgebot im Rahmen der nachstehend aufgezeigten Zielkonflikte entsprechen.

Die o.g. Festlegungen in dem Entwurf des Regionalplans dürfen den Landwirtschaftsstatus für das von meinen Mandanten bewirtschaftete [ANONYMISIERT] als landwirtschaftlichen Pensionspferdebetrieb nicht gefährden.

Ohne dies anzuerkennen, bin ich bei den nachstehenden Ausführungen davon ausgegangen, dass das [ANONYMISIERT] als solches im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB liegt und als landwirtschaftlicher Betrieb i.S.v. § 201 BauGB ist. Demzufolge bedarf der landwirtschaftliche Status der Feststellung, dass das für die Tierhaltung benötigte Futter zumindest überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden und genutzten Flächen erzeugt werden muss (Futtergrundlage). Dabei handelt es sich entweder um eigene Flächen oder rechtsicher angemietete Flächen. Der Futterbedarf eines Pferdes ist nach verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung mit 0,35 ha Grünland pro Pferd anzusetzen

*(vgl. VG Gelsenkirchen, U. v. 26.04.20 14 - 5K 2358/09 ?juris Rz. 35; Ziffer 3.1.1. des Außenbereichserlasses).*

Bei meinen nachfolgenden Ausführungen bin ich für meine Mandanten ferner davon ausgegangen, dass ständig ca. 100 Pferde auf [ANONYMISIERT] eingestellt sind. Das bedeutet pro Pferd den Erhalt einer Futtergrundlage von 0,35 ha: mithin als eine Futtergrundlage von 35 ha.

Die o.g. Festlegungen in dem Entwurf des Regionalplans dürfen deshalb nicht zum vollständigen bzw. auch nur teilweisen Wegfall der Futtergrundlage von 35 ha führen.

Denn eine Einstellung oder auch nur Beschränkung der Landwirtschaft und Pferdehaltung auf [ANONYMISIERT] würde weit über die wirtschaftliche Existenzvernichtung meiner Mandantinnen als Betreiberinnen hinausgehen und einen hohen sozialen Schaden anrichten.

Im Einzelnen dazu u.a.:

- Es sind regelmäßig ca. 70 Pferde von Dritten, die dort versorgt und geritten werden, eingestellt.
- Meine Mandanten halten dort 30 eigene Pferde so dass bei einer Einschränkung bzw. Aufgabe der Landwirtschaft aufgrund zukünftiger Festlegungen in dem Regionalplan etwa 100 Pferde anderweitig eingestellt werden müssen.
- 4 Personen des Pferdebetriebes und 5 Personen des landwirtschaftlichen

Betriebes würden alternativlos arbeitslos werden.

II.

a.

Zur Vermeidung von Wiederholungen nehme ich hinsichtlich der weiteren Begründung dieser Stellungnahme zunächst Bezug auf die von dem von meinen Mandanten im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gegen die Neuaufstellung des Landschaftsplanes gegenüber der Stadt Leverkusen mit anwaltlichem Schreiben vom 04.10.2012 (Anlage 9) vorgebrachten Einwände mit den Gliederungspunkten:

- Kurzbeschreibung der Grundstückssituation und des Betriebes
- Hofstelle (Abgrenzung)
- Ordnungsgemäße Landwirtschaft
- Textliche Festsetzungen für das Naturschutzgebiet 2.1-5
- Zusammenfassung.

Die Inhalte der Stellungnahme vom 04.10.2012 werden ergänzend zu den Ausführungen mit diesem Schriftsatz ausdrücklich auch zum Gegenstand der Einwendungen gegen die og. Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes erhoben.

Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass die rechtserheblichen Anlagen zu dem Schreiben vom 04.10.2012 ebenfalls der Anlage 9 beigelegt sind.

Mit der Neuaufstellung des Regionalplanes im Jahre 2022 wird anschaulich verdeutlicht, dass die mit diesem Schreiben bereits gegen die Neuaufstellung des Landschaftsplanes vorgebrachten Einwendungen innerhalb der letzten 10 Jahre (!) nicht an Aktualität verloren.

Es ist damit den o.g. Festlegungen im Regionalplan entgegenzuhalten, dass schon über den Regionalplan die Interessen ordnungsgemäßer Landwirtschaft zu berücksichtigen und zu sichern sind, weil gemäß § 5 Abs. 1 BNatSchG bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege gilt, dass die besondere Bedeutung einer natur- und landschaftverträglichen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für die Erhaltung der Kultur und Erholungslandwirtschaft zu berücksichtigen ist.

Die in § 5 Abs. 2 Nrn. 1 - 6 BNatSchG definierte gute fachliche Praxis wird von dem landwirtschaftlichen Betrieb meiner Mandanten gewährleistet. Aus diesem Grund ist die gute fachliche Praxis meiner Mandanten, die letztlich die Feststellung einer seit Jahrzehnten ordnungsgemäßen Landwirtschaft des [ANONYMISIERT] begründet, zu erhalten.

Sowohl der neu aufzustellende Regionalplan als auch der von der Stadt Leverkusen

neu aufzustellende Landschaftsplan haben deshalb keinen Anlass, die auf die speziellen Verhältnisse des Gutes Reuschenberg bereits seit 2008 unter objektiven Kriterien erarbeiteten und gemeinsam verbindlich gemachten Vereinbarungen zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb ?[ANONYMISIERT] meiner Mandanten, der Landwirtschaftskammer NRW und dem Umweltamt der Stadt Leverkusen in Frage zu stellen.

Ein Verstoß dagegen stellt schon auf der Ebene des Regionalplans einen erheblichen planungsrechtlichen Abwägungsfehler dar, der im Falle einer gerichtlichen Überprüfung durch ein Normenkontrollverfahren zugunsten meiner Mandanten zur Nichtigkeit der oben gerügten Festlegungen führen wird

*(vgl. OVG NRW Uv. 11.06.2021 ? 11 D 106. 19.NE ? openJur 2021, 31942 m.w.N. aus der Rspr. des BVerwG für den auch hier einschlägigen planungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB).*

II.  
b.

Die zeichnerischen Festlegungen hinsichtlich der o.g. Flächen

- Schutz der Natur in Kombination mit
- regionalem Grünzug

zu Lasten des im planungsrechtlichen Außenbereich ( § 35 BauGB) gelegenen Grundbesitzes meiner Mandanten würde die [ANONYMISIERT], die [ANONYMISIERT] und damit deren Gesellschafterinnen in ihren Rechten aus Art 14 GG (Eigentumsschutz) und Art. 12 GG (eingetragter und ausgeübter Beruf des Vollerwerbslandwirts) als Grundstücksbetreiber und Nutzer der Liegenschaften massiv beeinträchtigen.

Denn für den Außenbereich verleihen die Vorschriften des § 35 Abs. 3 Sätze 2 und 3 BauGB den Zielen der Raumordnung rechtliche Wirkungen auch gegenüber Privaten

*(QVG NRW Uv. 11.06.2021 ? II O 106. 19.NE ? openJur2021, 31942 unter Hinweis auf BVerwG, Urteil vom 20. November 2003 -4 CN 6.03 -? BVerwGE 119, 217 (224) =juris, Rn. 31).*

§ 35 Abs. 3 Satz 2 Halbs.1 BauGB, wonach raumbedeutsame Vorhaben Zielen der Raumordnung nicht widersprechen dürfen, hat sich zu einer echten Raumordnungsklausel entwickelt. Mit der Festsetzung eines Ziels der Raumordnung wird bewirkt, dass der Bau eines raumbedeutsamen Vorhabens, das im Widerspruch zu diesem Ziel steht, unzulässig ist. Eine nachvollziehende Abwägung scheidet aus. Die Festlegung eines Ziels der Raumordnung nach dem Raumordnungsgesetz beschränkt

damit für ein Grundstück im Außenbereich die generell mit ihm verbundenen Nutzungsbefugnisse und wirkt als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums

(Vgl. BVerwG, Urteil vom 16. April 2015 - 4 CN 6.14 -? BVerwGE 152, 49 =juris, Rn. 10ff).

Gerade bei Pferdepenalbetrieben ? wie im vorliegenden Fall - ist es zwingend notwendig, auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Einsteller und der Tiere in geeigneter Weise durch bauliche Veränderungen reagieren zu können.

Dies erscheint - wie auch schon im Jahre 2012 mit der Neuaufstellung des Landschaftsplanes durch die Stadt Leverkusen - mit den og. Darstellungen im Regionalplan nur unter unzumutbaren Bedingungen möglich, wenn nicht sogar unmöglich, wenn nunmehr über die beabsichtigten Festlegungen im Regionalplan die Etablierung eines Naturschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der nördlich, nordöstlich und nordwestlich der Hofstelle gelegenen Flächen: ermöglicht wird.

Bereits im Zuge dieses Einwendungsschreibens überreiche ich als Anlage 10 das erst am 29.08.2022 in der Kanzlei eingegangene Mitteilungsschreiben der Stadt Leverkusen, die beabsichtigt, das o.g. Flurstück [ANONYMISIERT] der Flur 1 Gemarkung Bürrig - und dies ohne vorherige Kontaktaufnahme mit meinen Mandanten gemäß Beschlusslage aus der Bezirksvertretung II (vgl.unten folgende Ausführungen) - unter Naturschutz zu stellen.

Namens und im Auftrag meiner Mandanten ist es deshalb und auch aus den nachfolgenden Erwägungen notwendig, nicht nur für die Hofstelle meiner Mandanten, sondern auch die weiteren von meinen Mandanten bewirtschafteten Flächen - wie schon im Flächennutzungsplan der Stadt Leverkusen - weiterhin nur

- als öffentliche oder private Grünflächen sowie
- als Flächen für die Landwirtschaft bzw. Wald

oder lediglich als

- Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung

schon im Regionalplan festzulegen.

Bereits diese Darstellungen in dem Flächennutzungsplan und der weiteren Rahmenplanung treffen Festlegungen! die zum Natur- und Freiraumschutz ausreichend sind und deshalb auch dem Abwägungsgebot im Rahmen der nachstehend aufgezeigten Zielkonflikte entsprechen. Dazu bedarf es angesichts der o.g. Ausführungen nicht den nunmehr beabsichtigten Festlegungen in dem Entwurf des



Regionalplanes, soweit es die von meinen Mandanten bewirtschafteten Flächen betrifft und dort eine Festlegung ?Fläche für Naturschutz? erfolgen kann.

II.

c.

Die von meinen Mandanten bewirtschafteten und o.g Flurstücke betreffenden Festlegungen in dem Entwurf des Regionalplanes, das sind

- Schutz der Natur in Kombination mit
- regionalem Grünzug,

führen wegen dieser Abwägungsmängel bereits auf der Ebene der Landesplanung zur Unwirksamkeit des Regionalplans.

Die Überplanung der von meinen Mandanten landwirtschaftlich genutzten Flächen mit den weitreichenden o.g. zeichnerischen Festlegungen führt bereits auf der Ebene der Regionalplanung insoweit zu unzumutbaren Eingriffen als das der Stadt Leverkusen hinsichtlich der Flächen meiner Mandanten die Ausweisung als Naturschutzschutzgebiet über den noch zu beschließenden Landschaftsplan ermöglicht bzw. vereinfacht wird.

Und dies zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Stadt Leverkusen seit ca. 10 Jahren (!) noch im Stadium der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit befindet.

Naturschutzgebiete (23 BNatSchG) dienen dem Schutz von Natur und Landschaft. Dies wird durch ein generelles Veränderungsverbot gesichert. Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.

Es wird insoweit gegen die og. zeichnerischen Festlegungen Folgendes eingewandt:

Selbst im Falle einer planungsrechtlichen Zulässigkeit nach § 35 Abs. 1 Satz 1 BauGB wäre durch die Festlegung eines Naturschutzgebietes mit dem dadurch bedingten Genehmigungsvorbehalt des § 17 Abs. 3 BNatSchG und einer möglicherweise zusätzlich noch notwendigen Befreiung über § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LandesnaturschutzG NRW für die Errichtung eines baulichen Vorhaben eine Erweiterungsmöglichkeit entweder gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen der o.g. Vorschriften möglich und dies auch für den Fall der Wiederrichtung der bereits bestehenden baulichen Anlagen nach einer Brandstiftung oder Zerstörung aus sonstigen Gründen.

Des Weiteren wird bereits jetzt hinsichtlich der Flächen meiner Mandanten insoweit

eingewandt, dass Bedenken gegen die Schutzwürdigkeit des Gebiets und die Erforderlichkeit der Unterschutzstellung bestehen, weil nur wenig naturnahe Elemente vorhanden sind.

Wird jedoch ein Grundstück - hier die Grundstücke meiner Mandanten - in ein Naturschutzgebiet einbezogen, obwohl es aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nicht erfüllt, so führt dies zur Unwirksamkeit der hier betreffenden zeichnerischen Darstellungen

(vgl. *Stüer in: Stüer/Probstfeld, Planfeststellung, § 23 BNatSchG. Rdnr. 488*).

### III.

Ergänzend verweise ich insoweit außerdem auch auf die Ausführungen in der als Anlage 11 extrahierten Stellungnahme des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes e.V. vom 30.08.2012 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes durch die Stadt Leverkusen, die jedoch auch dem anwaltlichen Schreiben vom 04.10.2012 als Anlage 5 beigelegt ist.

Denn nach wie vor liegen ein Großteil der als Weiden bzw. Mähfläche genutzten Flächen (Gemarkung Bürrig, Flur 1, Flurstück [ANONYMISIERTE] mit einer Größe von ca. 20 ha) auch nach der derzeitigen Planung über den Regionalplan im Naturschutzgebiet Untere Wupper.

Sollte die Stadt Leverkusen im Rahmen der Neuaufstellung des Landschaftsplanes auf der Grundlage des Regionalplanes an den bisherigen Planungen und den seinerzeitigen Verboten festhalten, würden meine Mandanten - wie vom Rheinischen Landwirtschafts-Verband e.V. schon im Jahre 2012 dargestellt - in einem solchen Ausmaß getroffen, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes stark gefährdet werde und unzumutbare wirtschaftliche Folgen für den Betrieb meiner Mandanten hätte.

Gleiches gilt nach dem gegenwärtigen Stand der Regionalplanung und der Stadt Leverkusen für die südlich der vorgenannten Fläche gelegenen Paddocks, die Teil eines Landschaftsschutzgebietes sind.

Auch für diese für meine Mandanten unverzichtbare Einrichtung werden - wie schon im Jahre 2012 von dem Rheinischen Landwirtschafts-Verband e.V. - Einwendungen erhoben, soweit der weitere Betrieb durch die zukünftigen Darstellungen unzumutbar verhindert oder eingeschränkt wird.

### IV.

Für den Pferdepensionsbetrieb sind von meinen Mandanten als Weidefläche und zur Erzeugung von Futter im Bereich des [ANONYMISIERTE] große Flächen von der Stadt Leverkusen angepachtet worden.

Nach einem auf langfristigen Erhalt des [ANONYMISIERT] als landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb und langfristige Fortsetzung der Pachtverträge mit der Stadt Leverkusen gerichteten Bürgerantrag meiner Mandanten nach § 24 GO NRW vom 22.02.2022 hat die dafür zuständige Bezirksvertretung II der Stadt Leverkusen am 22.03.2022 nach den Auskünften der Verwaltung der Stadt Leverkusen in nichtöffentlicher Sitzung einen ?Mehr-Punkte-Plan? beschlossen mit dem Ziel, das Gut Reuschenberg in seiner jetzigen Form und seinem jetzigen Tätigkeitsprofil langfristig zu erhalten und die strittigen Themen zusammen mit der Verwaltung zu lösen.

Dazu heißt es auszugsweise im Einzelnen:

Punkt 6 des Mehr-Punkte-Plans lautet:

Die Verwaltung prüft sehr zeitnah in enger Abstimmung mit der aktuellen Pächterin (noch vor den politischen Entscheidungen zur Neuaufstellung des Landschaftsp/ans im Jahre 2024), welche aktuell gepachteten Teil-Flächen ggfs. nicht wirklich für den Betrieb des Gutes zwingend notwendig sind und daher als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden könnten.

Punkt 7 des Mehr-Punkte-Plans lautet:

Die Verwaltung prüft sehr zeitnah die rechtlichen Möglichkeiten, ob auch in einem Landschaftsschutzgebiet oder Naturschutzgebiet Weidewirtschaft möglich ist. So gibt es beispielsweise Schottische Hochlandrinder im Naturschutzgebiet Rheinufer Monheim.

Diese von der zuständigen Bezirksvertretung II der Stadt Leverkusen als Träger der Planungshoheit und Träger öffentlicher Belange in nicht öffentlicher Sitzung getroffenen Entscheidungen dürfen nicht durch zeichnerische Festlegungen, insbesondere die hier streitigen und o.g. Festlegungen, im Regionalplan "unterlaufen" werden und dies zu einem Zeitpunkt, in dem eine Gesprächsaufnahme mit meinen Mandanten seitens der Stadt Leverkusen seit der o.g. Beschlussfassung noch nicht erfolgt ist.

Mit anderen Worten:

Die von der Bezirksvertretung II der Stadt Leverkusen beschlossenen Vorgaben sind auch im Rahmen der zeichnerischen Festlegungen ?Schutz der Natur in Kombination mit Regionaler Grünzug? bei der Neuaufstellung des Regionalplanes zwingend zugunsten meiner Mandanten im oben bezeichneten Sinn zu beachten.

Bei den Festlegungen hinsichtlich der Flächen des [ANONYMISIERT] dürfen sich aus den hier dargestellten Erwägungen, insbesondere verfassungsrechtlicher Art, weder im Rahmen des Regionalplanes noch bei der Umsetzung über den Landschaftsplan der Stadt Leverkusen negative Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen

Vollerwerbsbetrieb meiner Mandanten ergeben.

Eine Darstellung eines Naturschutzgebietes darf kein Ausschlusskriterium für die landwirtschaftliche Nutzung durch meine Mandanten sein. Auch eine Nutzung als Pferdeweide muss in einem Naturschutzgebiet gewährleistet werden können.

Dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der Hofstelle sowie dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der notwendigen Freiflächen, insbesondere zum Auslauf und als Futtergrundlage, ist im Rahmen der Abwägung ein hoher Stellenwert beizumessen, der aus den o.g. Erwägungen zur Stattgabe der Eingabe meiner Mandanten führt.

V.

Auf der Homepage der Stadt Leverkusen ist hinsichtlich der Neuaufstellung des Landschaftsplanes u.a. Folgendes zu lesen:

*?Aktuell wird der Landschaftsplan-Entwurf erarbeitet, der im weiteren Verfahren für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt wird. Während der öffentlichen Auslegung haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich in das Verfahren einzubringen und Stellung zum Landschaftsplan-Entwurf zu nehmen. Die zum Landschaftsplan Entwurf vorgebrachten Anregungen werden anschließend geprüft und es erfolgt eine Abwägung. Das Abwägungsergebnis wird von den politischen Gremien beschlossen und der Öffentlichkeit sowie den Trägern öffentlicher Belange mitgeteilt. Auf ein Miteinander von Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Bürgerinteressen wird auch nach Inkrafttreten des Planes ein besonderes Augenmerk gerichtet.?*

Soweit die Neuaufstellung des Landschaftsplanes in zeitlicher Hinsicht vorgreiflich der Regionalplanung sein sollte, wird auch insoweit auf Folgendes hingewiesen:

- Es ist erklärter und einstimmig in der Bezirksvertretung II der Stadt Leverkusen dokumentierter politischer Wille, das [ANONYMISIERTE] langfristig zu erhalten.
- Dieser Entscheidung darf die Landesplanung in dem Regionalplan nicht mit negativ präjudiziellen Festlegungen zu Lasten meiner Mandanten vorgreifen.

VI.

So hat das BVerwG bereits mit Urteil vom 30.01.2003 - 4 CN 14.01 - im Leitsatz 2 seines Urteils festgehalten:

Der Regionalplanung ist es verwehrt, im Gewande überörtlicher Gesamtplanung Regelungen einer Natur- oder Landschaftsschutzverordnung durch eigene Zielfestlegung zu ersetzen.

Zur Begründung führt das Bundesverwaltungsgericht unter der Textziffer 31 dazu Folgendes aus:

*"Der Regionalplanung ist es jedoch verwehrt, im Gewande überörtlicher Gesamtplanung auf der Grundlage des Naturschutzrechts zulässigerweise getroffene verbindliche fachliche Regelungen, wie sie Natur- und Landschaftschutzverordnungen enthalten, durch eigene (gleich lautende oder abweichende) Zielfestlegungen zu Überlagern oder zu ersetzen. Landschaftsschutzverordnungen konkretisieren und sichern mit ordnungsbehördlichen Mitteln den Vorrang des Landschaftsschutzes im Konflikt mit widerstreitenden Nutzungen.?"*

Weshalb die Landesplanung hier Wertungen, die dem verordnungsrechtlichen Schutzsystem zugrunde liegen, zur Erreichung spezifisch raumordnungsrechtlicher Schutzzwecke in den Regionalplan aufnimmt, erschließt sich auch aus der nur pauschalen Begründung sowie des Umweltberichtes nicht und führt zu einem beachtlichen Abwägungsdefizit.

Dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der Hofstelle sowie dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der notwendigen Freiflächen, insbesondere zum Auslauf und als Futtergrundlage, ist im Rahmen der Abwägung ein hoher Stellenwert beizumessen, der aus den og. Erwägungen zur Stattgabe der Eingabe meiner Mandanten führt.

VII.

Ungeachtet dessen stehen die im Entwurf des Regionalplans gewählten Festlegungen

- Schutz der Natur in Kombination
- mit regionalem Grünzug

in einem Konflikt mit den Zielen G.32 und G.33 des Regionalplanes und den Grundsätzen 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW.

Dazu heißt es in der Begründung zum Regionalplan im Einzelnen:

*"...Landwirtschaft*

*Vorgaben der Raumordnung*

*Der LEP NRW beinhaltet in Kapitel 7.5 Landwirtschaft zwei Grundsätze. Grundsatz 7.5-1 LEP NRW dient dazu, die räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft in allen Landesteilen zu sichern und deren Entwicklung zu ermöglichen. Der LEP NRW stellt hierbei die Bedeutung einer flächengebundenen multifunktionalen Landwirtschaft heraus. Grundsatz 7. 5-2 LEP NRW stellt auf den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und landwirtschaftlicher Betriebsstandorte ab. Landwirtschaftliche Flächen im Freiraum sollen als wesentliche Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden, wertvolle landwirtschaftliche Böden sollen für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden. Land*

wirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Bei der planerischen Umsetzung regional-, bauleitplanerischer und fachplanerischer Festlegungen sollen agrarstrukturelle Belange berücksichtigt werden.

#### G.32 Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten

Der Grundsatz ist die regionalplanerische Konkretisierung der Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW. Er stellt darauf ab, landwirtschaftliche Flächen im Freiraum als wesentliche Produktionsgrundlage für Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Damit sollen die Voraussetzungen gesichert werden, dass die Landwirtschaft als größter Flächennutzer im Regierungsbezirk Köln ihre ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen erfüllen kann. Neben den Regelungen im Kapitel Landwirtschaft tragen die Regelungen des Kapitels Siedlungsraum im LEP NRW. hier insbesondere die Festlegungen zu einerbedarfsgerechten und flächensparenden Entwicklung, wesentlich zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen bei.

#### G.33 Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen

Der Grundsatz bezieht sich auf die landwirtschaftlich genutzten Bereiche, in denen besonders günstige Voraussetzungen für diese Nutzung gegeben sind. Hier soll den agrarstrukturellen Belangen ein besonderes Gewicht in der Abwägung beigemessen werden. Nach Möglichkeit soll die Inanspruchnahme dieser Flächen vermieden werden.

Als Planungsgrundlage sind die von der Landwirtschaftskammer erarbeiteten Agrarräume von übergeordneter Bedeutung heranzuziehen. Die Agrarräume innerhalb des im Regionalplan Köln festgelegten Freiraums sind in Erläuterungskarte F4 abgebildet. Als maßgebliche Kriterien wurden dafür die Bodeneigenschaften (Schutzwürdigkeit, Bodenwert), der Umsatz, die Feldblockgröße, die Hangneigung und die Eignung für Sonderkulturen verwendet...?

Auch wenn die Bereiche für den Schutz der Natur nach § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG ein Ziel der Raumordnung darstellen, so darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die o.g. raumordnerischen Ziele zu einem Vorrang der Interessen meiner Mandanten führen.

Denn nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 Sätze 5 und 6 ROG ist - so wie es das LEP NRW gegenüber der Regionalplanung vorgibt - der hier betreffende ländliche Raum unter Berücksichtigung seiner unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln.

Soweit dazu auch die Umwelt- und Erholungsfunktion des hier betreffenden ländlichen Raumes gehört, sind aber insoweit prioritär die räumlichen Voraussetzungen für die

Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen.

Dies sind weitere Gründe, dem vollständigen und einschränkungslosen (Nuungs-) Erhalt der Hofstelle sowie dem vollständigen und einschränkungslosen (Nutzungs-) Erhalt der notwendigen Freiflächen, insbesondere zum Auslauf und als Futtergrundlage, im Rahmen der Abwägung einen hohen Stellenwert beizumessen, der aus den o.g. Erwägungen zur Stattgabe der Eingabe meiner Mandanten führt.

Es wird eine positive Berücksichtigung der mit diesem Schreiben geltend gemachten Einwendungen bei endgültiger Beschlussfassung im Regionalrat erwartet.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

AZ: Ö-P-1947

1004986

1009197\_001

## Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Leverkusen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 53 ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" (BLSE) sowie im "Gebiet Schutz der Natur" (BSN).

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Rheinisch Bergischen Kreis und Leverkusen wirtschaftenden Betriebe.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen.

Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.





AZ: Ö-P-1948

1004988

1009206\_001

## Inhalt

1. Allgemein: Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen. Es erschliesst sich mir als Laie nicht, welche Änderungen angedacht sind und die Legende zu der Karte verstehe ich auch nicht!

2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen: [ANONYMISIERT] Die obigen Grundstücke in meinem Eigentum (und einen erheblichen Teil noch zugepachteter Flächen) stellen meinen landwirtschaftlichen Betrieb dar, den ich seit 28 im Vollerwerb führe! Nun möchten Sie meine sämtlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass sie zurückgenommen wird!

Begründung: Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines landwirtschaftlichen Betriebes existenziell gefährden. Wie Sie in Ihrer Einleitung auf Seite 24 erklären, dient das Umland des Raumes Bonn/Rhein-Sieg der Bevölkerung aus den Verdichtungsräumen als Freiraum für Erholung und Naturerlebnisse. Was Sie aber auch ganz richtig erkennen, wird in diesem Umland auch Landwirtschaft betrieben und die Bevölkerung mit regional erzeugten und hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Leider wird oft vergessen, dass sich die Landwirtschaft einem massiven Strukturwandel ausgesetzt sieht und durch viele Auflagen und Gesetze schon enorm eingeschränkt ist. Um in Zukunft auf neue Märkte, den Klimawandel oder Einkommensalternativen zu reagieren, müssen Landwirte flexibel in ihrem Tun sein. Dies kann kein Landwirt, dessen Flächen durch Ihre Planungen derart eingeschränkt sind. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf. Es kann nicht sein, dass das Umland der Ballungsräume zu einem Spielball? zur Durchsetzung von Naturschutz, Verhinderung von Infrastrukturmaßnahmen, Befriedigung der Städter mit ländlicher Idylle und Folklore. Es handelt sich um eine über Jahrhunderte gewachsene Region, die hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Betrieben hervorgegangen ist, die seit jeher den ?Raum? in dem sie lebten geschützt haben. Ich stelle Ihnen eine Frage: Möchten Sie ?IHR? Eigentum derart eingeschränkt haben ??? Ein weiterer Aspekt lautet: Von Ihrer Offenlegung haben die meisten privaten Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen (Verpächter) nichts erfahren und diese Fläche werden durch Ihre Planung derart beeinträchtigt, dass das so nicht hinnehmbar ist.

Leider ist Ihre textliche Festsetzung und die Legende Ihrer Karten begrifflich nicht

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

kompatibel, so dass ich nicht erkennen kann, was den schraffierten Feldern ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung? in Text entspricht Eine direkte Ergänzung zu einem Grundsatz, kann ich somit nicht formulieren. Ich bitte jedoch darum, dass die oben erwähnten Ausführungen berücksichtigt werden.

herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1949	
1004989	
1009208_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit nehme ich Stellung zum geplanten Regionalplan im Oberbergischen Kreis. Die von Ihnen eingezeichneten Bereiche (siehe Karten) betreffen meinen Hof erheblich. Viele meiner Flächen könnte ich dann nicht mehr Beweiden, so dass ich meine Tierzahl noch weiter reduzieren müsste, was ein erheblicher Einkommensverlust zu Folge hätte.</p> <p>Da, nach Ihrer Karte, die Grenzen genau durch meine Hofstelle geht befürchte ich das ich einige meiner Gebäude auch nicht mehr entsprechen nutzen kann z.B. Stallungen; Maschinenhalle; Güllebehälter extra. Eine Erweiterung der Hofstelle sowie Umbauten wären dann nicht mehr möglich sowie die Benutzung meines Brauchwasserbrunnes.</p> <p>Auch liegen einige Waldflächen in diesen Bereich so das die Nutzung dieser sowie die Bekämpfung von Schädlingen (Borkenkäfer) und entsprechenden Aufforstungsmaßnahmen eingeschränkt wären.</p> <p>Ich bitte Sie diesen Plan nochmals zu überarbeiten und entsprechende Änderungen zu machen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

## Inhalt

Von 1963-2018 bewirtschaftete ich meinen landwirtschaftlichen Betrieb in [ANONYMISIERTE] 51643 Gummersbach im Vollerwerb. Seitdem ich den Hof zu Beginn der 1980er Jahre von meinem Vater übertragen bekam, pachtete und erwarb ich weitere Flächen hinzu. Bis heute trage ich mit meinen 75 Jahren in Gesundheit und harter Arbeit maßgeblich dazu bei, dass diese Flächen fachgerecht und nachhaltig bewirtschaftet, gepflegt und gehegt werden. Wozu die Extensivierung seit Anfang der 1990er Jahre kommt. Vor einigen Jahren übertrug ich die Bewirtschaftung des Hofes an meine Nachkommen.

Im zurzeit gültigen Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, sind die Flächen als Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt, die auch Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung einschließen.

Die aktuelle Planung zur Neuaufstellung des Regionalplans sieht vor, Teile dieser Flächen als Gewerbe- und Industriegebiet in Wert zu setzen. Dieser Plan ist keineswegs zielführend, da die bisher ermittelten Bedingungen lückenhaft sind und widersinnig bewertet wurden.

Zunächst sind die Flächen mit für das Bergische Land als Schutzgut eingestuft  
Böden bedeckt, die im Umweltbericht, Anhang E\_GIB\_GIBz unter anderem als  
?klimarelevant? benannt werden.

Diese befinden sich auf mittlerem bis starkem Relief (Höhenunterschied 65 m). Dieses Relief als Gewerbe- und Industriefläche zu terrassieren und auszugleichen erfordert massive Eingriffe in den gesamten Bodenkörper/ Landschaft, der im Umweltbericht, Anhang E\_GIB\_GIBz aktuell noch als intakter Grundwasserkörper benannt wird (?mengenmäßiger Zustand ?gut"; chemischer Zustand ?gut?).

Und der als Oberflächenwasserkörper für die Ortschaften Hardt-Hanfgarten und Rospe für den Bericht noch nicht bewertet wurde. Aus meiner langjährigen Beobachtung heraus aber äußerst relevant dafür ist. Insbesondere in Bezug auf sich häufende Starkregen-Ereignisse. (Die vor wenigen Jahren ausgebauten Rückhaltebecken in Rospetal/Vollmerhausen werden für eine künstlich erhöhte Wassermenge kaum ausreichen und müssten komplett überarbeitet werden).

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Zudem ist der Bereich im Industrie- und Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Oberbergischen Kreises als Suchraum für die Realisierung eines Gewerbe- und Industriegebietes vorgeschlagen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht

Hinzu kommen die in den 80er Jahren abgegrenzten Biotope (südsüdöstlich), deren Einzugsgebiet genau in diesen Flächen liegt und die bisher nicht näher überprüft wurden.

Täglich ist jedoch zu beobachten welche Artenvielfalt von und auf diesen extensivierten Flächen lebt und sie als authentischen oberbergischen Naturraum einzigartig macht: Schwarzstorch (*Ciconia nigra*), Grünspecht (*Picus viridis*), Rotmilan (*Milvus milvus*), Turmfalke (*Falco tinnunculus*), Graureiher (*Accipiter gentilis*), Kleines Mausohr (*Myotis blythii*) u.v.a.m..

Im fortschreitenden globalen Klimawandel erleben wir seit fünf Jahren immer wieder extreme Sommer, die Anpflanzungen von Schutzbäumen auf den Flächen erfordern, um den Grundwasserkörper auch als solchen über das Jahr zu erhalten, Tieren Schutz zu geben und das Mikroklima positiv zu beeinflussen. Keineswegs jedoch, um eine von Dürren betroffene Fläche komplett zu versiegeln und die allseits bekannten Folgen des Klimawandels zu verstärken.

Am 03.10.2018 bestätigten wir der Stadt Gummersbach schon schriftlich, dass der landwirtschaftliche Erwerbsbetrieb nicht eingestellt oder aufgegeben werden wird und dass keine Veräußerung ansteht. Dies haben meine Nachfolger und ich auch aktuell gegenüber den Stadtvätern von Gummersbach erklärt.

An dieser Stelle ersuche ich Ihre Aufmerksamkeit für die kommenden Generationen von diesem Vorhaben abzutreten und wertvolle Natur als solche zu schützen, den betroffenen Landwirten [ANONYMISIERTE] und ihren Familien die nachhaltige Bewirtschaftung und Versorgung des Umlands, die Erhaltung und den Schutz dieser Flächen weiterhin gewährleisten zu lassen und die Anwohner nicht unnötigem Lärm, verbreiteten Verkehrswegen, Minderung ihrer Immobilienwerte und gesundheitsbeeinträchtigenden Emissionen auszusetzen.

Weiterhin erbitte ich die Herausnahme dieser Flächen aus dem neu aufgestellten Regionalplan aus oben genannten Gründen.

Diese Zeit ist die Zeit des Schutzes, der Erhaltung und des Wiederaufbaus einer natürlichen Welt, die der Mensch stark ausbeutet und unbewohnbar macht. Bisher galt das Oberbergische als Erholungsraum dessen Funktion gerade in diesem Jahrtausend als Priorität erhalten bleiben sollte. Und dies kann nicht durch Absichten wie die zukünftig noch größeren Einnahmen von Gewerbesteuern einer Stadt, die genug Gewerbeflächen hat und andere Werte anbieten könnte, gerechtfertigt werden. Im Vertrauen auf Ihre verantwortungsvolle, nachhaltige Entscheidung.

vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie ?linienhafte? Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-P-1951	
1004991	
1009225_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Wipperfürth einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamtbetriebsfläche beträgt 180ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" (BLSE) sowie im Gebiet "Schutz der Natur" (BSN).</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen.</p> <p>Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberberg Kreis wirtschaftenden Betriebe.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Hückeswagen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven Grünlandnutzung. Die Gesamthetriebsfläche beträgt 120 ha Grünland. Nach dem neuen Regionalplan liegen fast alle Flächen, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BLSE) sowie im Gebiet ?Schutz der Natur? (BSN).

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Für mich ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffe mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1953	
1004994	
1010284	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden.</p> <p>Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1954	
1004995	
1010341	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Meine Betriebsstätte befindet sich in 52355 Düren. Mein Ackerland liegt laut der Karte zur Neuaufstellung des Regionalplans in einem möglichen Naturschutzgebiet (Birgel). Zusätzlich ist auch ein Teil meines Pachtlandes in den Gemarkungen Birgel, Gey, Bergstein, Obermaubach, Untermaubach davon betroffen. Mein Ackerbaubetrieb, der seit Generationen von unserer Familie geführt wird und auch noch weiteren Generationen übergeben werden soll, ist dadurch von der Existenz bedroht. Für meinen Betrieb würde wertvolle Anbaufläche auf besten Böden verloren gehen. Die Flächen dürfen nicht mehr mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden, welches eine Verunkrautung und kranke Pflanzen zur Folge hat. Ich möchte Sie daher bitten mein Land aus der Planung zum Naturschutzgebiet bzw. Landschaftsschutzgebiet zu entfernen, da Landwirtschaft dort unmöglich ist.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte Ich die Möglichkeit zur Steuergnalisierung bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bourheim einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 10 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 10 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

[s. Anhang Abb.StnID\_1]

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackertläche mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EV-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Anhänge**

[Abb\\_ID1009234.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb im Gemeindegebiet Hürtgenwald. Neben einer intensiven Grünlandbewirtschaftung werden im näheren Umfeld auch Ackerlandflächen bewirtschaftet, die der zusätzlichen Futtergewinnung für meine Tiere dienen. Der Entwurf zum neuen Regionalplan unterwirft nunmehr wesentliche Teile meiner Betriebsflächen einer Gebietskulisse, die als Neuausweisung sogenannter BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) dienen soll. Sollte die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang erfolgen, wäre ich mithin sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem erheblichen Umfang betroffen. Aus meiner Sicht besteht nämlich die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft und damit erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben werden. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle etwa nur die PflanzenschutzmittelanwendungsVO anführen, die in Naturschutzgebieten eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verbietet. Für meinen konventionell arbeitenden Betrieb hätte dies zur Folge, dass ich meine Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche nutzen könnte oder aber nur noch unter Inkaufnahme von erheblichen Ertragseinbußen. Das dadurch fehlende Futter für meine Tiere müsste ich letztlich zukaufen, was weitere nicht unerhebliche wirtschaftliche Folgen für mich bedeuten würden. Durch die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang befürchte ich zudem auch, in der weiteren baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind betriebliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten - wenn überhaupt - nur unter erheblichen Auflagen möglich. Im Hinblick darauf, dass die skizzierte Flächenkulisse nunmehr unmittelbar an meine Hofstelle angrenzen soll, käme dies sogar möglicherweise einer Existenzgefährdung für meinen Betrieb gleich. Ich fordere Sie daher auf, landwirtschaftliche Flächen in diesem Bereich generell nicht als BSN Flächen neu auszuweisen. Ich bin vielmehr der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1957	
1004998	
1010338	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Vorentwurf hinsichtlich des o.a. neuen Regionalplans für den Raum D-52399 Merzenich möchte ich wie folgt Stellung nehmen.</p> <p>Ich bin Eigentümer von verschiedenen landwirtschaftlichen Flächen in der Gemarkung Merzenich, welche vom -Neu-Entwurf des Regionaiplanes betroffen sind. Es handelt sich um die landwirtschaftlichen Flächen der Gemarkung Merzenich [ANONYMISIERT] gelegen. Derzeit sind diese Ackerflächen an [ANONYMISIERT] verpachtet. Dieser bearbeitet die Flächen als Vollerwerbslandwirt, wobei sein Betrieb vor allem durch eine intensive ackerbauliche Nutzung geprägt ist. Der Schwerpunkt seines Betriebes liegt in der Erzeugung von hochwertigen Sonderkulturen wie Spargel, Speisekartoffeln und Erdbeeren. Gemäß Planentwurf liegen die von [ANONYMISIERT] gepachteten Flächen innerhalb eines Gebiets, die nun als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Es besteht nun die berechtigte Sorge, dass die Ausweisung der betroffenen Flächen zum vorgenannten Zweck mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verbunden sein werden und damit erhebliche bzw. zusätzliche Beeinträchtigungen für die Nutzung dieser hochwertigen Ackerflächen begründet werden. Dies wiederum würde zweifelsfrei zu einer weiteren Verschärfung der Gesamtsituation im Hinblick auf Versorgung und Wirtschaftlichkeit von landwirtschaftlichen Betrieben wie diesen führen. Der Betrieb hat in der jüngeren Vergangenheit massive Investitionen in die Bewässerung der Flächen, in Gerätschaften und im Bau einer Verkaufshalle getätigt, um auch in Zukunft die Ertragsfähigkeit bzw. örtliche Absatzmärkte zu erhalten und auch Arbeitsplätze zu sichern. Ich bin mir sicher, dass weitere Auflagen, in welcher Art und Weise auch immer, erhebliche Nachteile für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung haben werden. Dies wiederum würde auch unweigerlich dazu führen, dass ein erheblicher Wertverlust bei den landwirtschaftlichen Flächen zu erwarten ist. Ich bin der Überzeugung, dass mit den bereits unter Schutz stehenden Flächen ausreichend vorgesorgt wurde, um den Bestrebungen des Umwelt- und Naturschutzes ausreichend Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung der Maßnahmen lehne ich daher in dieser Ortslage entschieden ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1958	
1004999	
1010214	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb im Gemeindegebiet Hürtgenwald, Ortsteil Raffelsbrand. Neben den dort von mir bewirtschafteten Grünlandflächen befinden sich die weiteren Betriebsflächen zum großen Teil (ca. 50%) im nahe gelegenen Orteil Eicherscheidt, Simmerath. Der Entwurf zum neuen Regionalplan stellt nunmehr eben dort nahezu sämtliche Flächen untereine Gebietskulisse zur Neuausweisung von BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur). Diese Ausweisung bedeutet für mich eine ausgesprochene Belastung, befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt zu werden. Ich habe große Sorge, dass ich, etwa durch die künftige Ausweisung von neuen Schutzgebieten, die Bewirtschaftung meiner Grünlandflächen in der aktuellen Form nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Dies würde für mich eine erhebliche wirtschaftliche Härte bedeuten und für meinen Betrieb schlimmstenfalls sogar das Aus bedeuten. Insbesondere der Umstand, dass es sich hierbei um ca. 50% meiner Betriebsflächen handelt, die ich zwingend sowohl als Schnittweiden zur Futtergewinnung als auch für die Weidehaltung meiner Tiere benötige, machen eine mögliche Änderung des bisherigen Schutzstatus für mich nicht akzeptabel. Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der geplanten Vergrößerung der BSN-Flächen unbedingt wieder Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1959

1005000

1010337

#### Inhalt

Ich bewirtschafte in Jülich [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 1 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca 1 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, ~~insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft~~. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1960	
1005001	
1010336	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Düren und Hürtgenwald einen landwirtschaftlichen Vollenwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 20 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan nochverstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Jülich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 9 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 4 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1962	
1005003	
1010218	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte im Ortsteil Stockheim des Gemeindegebiets Kreuzau einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich in den Gemarkungen Stockheim, Heppendorf, Morschenich, Echtz-Konzendorf, Merken und Drove bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur bzw. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur bzw. zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet wodurch etwa bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche genutzt werden können. Weiterhin möchte ich Sie auch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Ich bin daher der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf Ackerflächen, lehne ich entschieden ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1963	
1005004	
1010216	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in der Gemeinde Merzenich, Ortsteil Golzheim, einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Nach Durchsicht der Planunterlagen zum vorgelegten Regionaialplanentwurfes habe ich festgestellt, dass ich in einem nicht unerheblichen Umfang von nahezu einem Drittel meiner Betriebsflächen in einer Flächenkulisse liege, die als Neuausweisung von Gebieten zum Schutz der Natur vorgesehen sind. Dabei handelt es sich ausschließlich um Ackerflächen, die südlich und östlich der Kiesgrube nahe der Ortschaft Golzheim gelegen sind. Ich befürchte nunmehr, im Falle einer grundsätzlich auch vorstellbaren Unterschutzstellung dieser Flächen zukünftig Bewirtschaftungsauflagen unterworfen zu werden. Dies könnte sodann unmittelbare Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsfläche hervorrufen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln zukünftig sogar Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich bereits weit verbreitet sind. Zudem wurde kürzlich bereits die PflanzenschutzmittelanwendungsVO erlassen, die bereits eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten untersagt. Nicht nur für die aktuell intensive Bewirtschaftungsform meiner Ackerflächen hätte dies erhebliche nachteilige wirtschaftliche Veränderungen zur Folge. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Ich wende mich daher entschieden gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich fordere Sie auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen, um so letztlich auch weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1964

1005006

1010328

### Inhalt

Ich bewirtschafte in Linnich [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 30 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 0 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betriebexistenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Meine Hofstelle liegt mitten im neuen Gebiet ?Schutz der Landschaft?, alle hofnahen Parzellen sind betroffen, zudem werden Bewirtschaftungseinheiten durchtrennt. Die Ausweisung der neuen Gebiete ?Schutz der Landschaft? kann zu einer extremen Behinderung der Betriebsentwicklung führen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

### Abwägung

#### Typ

Anregung/Bedenken

#### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

#### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1965	
1005007	
1010327	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Jülich einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 6 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca 3 ha im Gebiet ?Schutz der Natur«. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1966	
1005008	
1010322	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Düren [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. In dem neuen Regionalplan liegen 21 ha der Fläche, die ich bewirtschafte. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmittel betrifft. Dies wäre für meinen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich insbesondere die Ackerflächen nicht mit dem Schutzstatus zu belegen, um auch weiterhin eine gesunde Landwirtschaft zu betreiben um die Bevölkerung zu ernähren.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1967	
1002108	
1010222	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Düren einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetdeb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalpian liegen rund 25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet »Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 25 ha im Gebiet »Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT] Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre fiyr meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu be4egen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EV-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, aß maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalpian noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1968

1005009

1010323

## Inhalt

Ich bewirtschafte im Gemeindegebiet Merzenich einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb im Vollerwerb. Mein Betrieb ist im Wesentlichen geprägt durch eine intensive ackerbauliche Nutzung meiner Flächen, wobei der Schwerpunkt hierbei in der Erzeugung und regionaler Vermarktung von hochwertigen Sonderkulturen liegt. Angebaut werden als Sanderkulturen Speisekartoffeln, Erdbeeren, Spargel, Erbsen, Strauchbohnen und dicken Bohnen. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl meiner Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Schließlich habe ich in jüngster Vergangenheit nicht unerhebliche Investitionen in die Beregnungsfähigkeit meiner Flächen getätigt, um trotz des anstehenden Klimawandels die dauerhafte Ertragsfähigkeit meiner Flächen zu erhalten. Denn insbesondere beim Anbau von Sonderkulturen gelten besondere Qualitätsanforderungen, deren Erreichung für eine wirtschaftliche Verwertung der Ernteprodukte unerlässlich sind. Somit würden selbst geringe Einschränkungen in Form von neuen Bewirtschaftungsauflagen für mich erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen haben. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb unter Umständen sogar existenzgefährdend. Ganz angesehen davon gehe ich davon aus, dass mit einer Einschränkung der Nutzbarkeit meiner Flächen zugleich ein maßgeblicher Wertverlust einhergeht, den ich ebenfalls nicht zu akzeptieren bereit bin. Ich bin der Auffassung, dass mit den bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse lehne ich daher entschieden ab.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1969	
1005010	
1010210	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Niederzier einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 60 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1970	
1005012	
1010320	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Niederzier einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 20 ha der Fläche, die ich bewirtschaftete, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. 150 ha im Gebiet "Schutz der Natur". Des Weiteren liegen 150 ha der in "Grundwasser- und Gewässerschutz", Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Aldenhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 45 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 6 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage Ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte Ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte im Gemeindegebiet Vettweiß einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb im Vollerwerb. Mein Betrieb ist im Wesentlichen geprägt durch eine intensive ackerbauliche Nutzung meiner Flächen, wobei der Schwerpunkt hierbei in der Erzeugung von hochwertigen Sonderkulturen, etwa Kartoffeln und Zwiebeln liegt. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl meiner Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Schließlich habe ich in jüngster Vergangenheit nicht unerhebliche Investitionen in die Beregnungsfähigkeit meiner Flächen getätigt, um trotz des anstehenden Klimawandels die dauerhafte Ertragsfähigkeit meiner Flächen zu erhalten. Denn insbesondere beim Anbau von Sonderkulturen gelten besondere Qualitätsanforderungen, deren Erreichung für eine wirtschaftliche Verwertung der Ernteprodukte unerlässlich sind. Somit würden selbst geringe Einschränkungen in Form von neuen Bewirtschaftungsauflagen für mich erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen haben. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb unter Umständen sogar existenzgefährdend. Ganz abgesehen davon gehe ich davon aus, dass mit einer Einschränkung der Nutzbarkeit meiner Flächen zugleich ein maßgeblicher Wertverlust einhergeht den ich ebenfalls nicht zu akzeptieren bereit bin. Ich bin der Auffassung dass mit den bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse lehne ich daher entschieden ab.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bin aktiver Landwirt in [ANONYMISIERT] Jülich [ANONYMSIERT]. Mit Schrecken musste ich feststellen, wie großzügig und großräumig Sie Landschaftsschutzgebiete in den Planunterlagen des neuen Regionalplans ausgewiesen haben. Waren in der Vergangenheit die Bewirtschaftungsauflagen in solchen Landschaftsschutzgebieten eher zu vernachlässigen, scheint mir, Ihnen sind die zukünftigen Auswirkungen für diese Gebiete in keinster Weise bewusst oder sogar schlichtweg egal. Nach Vorschlägen der EU Kommission soll zukünftig jeglicher chemische Pflanzenschutz in sämtlichen Schutzgebieten, so auch Landschaftsschutzgebieten, verboten werden. Ich habe den Eindruck, die Bezirksregierung hat nicht bedacht, welch riesige Ackerflächen durch Ihre Planungen beeinträchtigt, aus der Produktion genommen und letztlich entwertet werden. Und das ganze zu Zeiten, wo nicht nur weltweit, nicht mehr genug Nahrungsmittel verfügbar sind. Ich persönlich bin mit zahlreichen Eigentums- und Pachtflächen in einem geplantem Landschaftsschutzgebiet östlich von Jülich, zwischen den Ortschaften Jülich, Stetternich und Welldorf betroffen.

Sollten diese Planungen so umgesetzt werden, würde dies in Kombination mit den Planungen der EU Kommission für mich nicht nur ein regelrechtes Berufsverbot bedeuten. Die Nutzung meines Eigentums würde so massiv beeinträchtigt, dass es wohl fast einer Enteignung gleich käme. Ob dies mit Artikel 14 des Grundgesetzes und Artikel 17 des EU charter of fundamental rights vereinbar wäre, möchte ich stark bezweifeln. Und das ganze ohne jede Not! Denn mir war es nicht möglich, obwohl ich den ganzen Sonntagnachmittag mit dem Entwurf des Regionalplanes verbracht habe, herauszufinden, was überhaupt in dem von mir beschriebenen Bereich geschützt werden soll.

Umso unverständlicher ist mir das Ganze, als dass ich vor gerade einmal 5 Jahren 4,7 ha meiner Ackerfläche als Ausgleich für den Artenschutz im Rahmen der Fortführung des Tagebaus Hambach hergeben musste. Von daher handelt es sich beim hiesigen Gebiet schon um eine abwechslungsreiche, naturnahe Kulturlandschaft. Bei dieser Maßnahme musste ich allerdings auch feststellen, dass die Einsichtigkeit der Bezirksregierungen, damals zunächst die Bez.Reg.Arnsberg und dann die Bez.Reg. Köln im Rahmen eines zu Hilfe genommenen Flurbereinigungsverfahrens, sehr eingeschränkt ist. Erst nach eingereichten Klageverfahren beim Verwaltungsgericht Aachen (Bez.Reg.Arnsberg) und Oberverwaltungsgericht Münster (Bez.Reg.Köln), konnte man eine solche Einsicht erkennen.

Ich möchte Sie daher bitten, einmal über die Auswirkungen Ihrer Pläne nachzudenken, insbesondere über die Auswirkungen für die vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen, sowie der dortigen Grundeigentümer. Für meinen konkreten Fall bitte ich

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Sie, den betroffenen Bereich nicht als Schutzgebiet auszuweisen, möchte Sie aber vorsorglich darauf hinweisen, dass ich im weiteren Verlauf der Umsetzung Ihrer Pläne, auch diesmal nicht davor zurückschrecken werde, die Verwaltungsgerichte zu bemühen.

AZ: Ö-P-1974	
1005107	
1010225	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Titz-Jackerath einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionaiplan liegen rund 28,5ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. / ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



**Inhalt**

Ich bewirtschafte in der Gemeinde Titz einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Nach Durchsicht der Planunterlagen zum vorgelegten Regionalplanentwurfes habe ich festgestellt, dass Ich in einem nicht unerheblichen Umfang meiner Betriebsflächen in einer Flächenkulisse liege, die als Neuausweisung von Gebieten zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung vorgesehen sind. Ich befürchte nunmehr, durch eine solche Neuausweisung mit eben diesen Betriebsflächen zukünftig Bewirtschaftungsauflagen unterworfen zu werden. Dies könnte schließlich erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich bereits weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich fordere Sie daher dazu auf, von der Aufnahme meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen, um auch so letztlich weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb in [ANONYMISIERT] mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes unterliegen nunmehr nicht unwesentliche Teile meiner Betriebsflächen ? hier: [ANONYMISIERT] und weitere- einer Flächenkulisse für gewerbliche und industrielle Entwicklungen. Es handelt sich dabei insbesondere um Flächen, die durch mich aktuell ackerbaulich genutzt werden und die wir bereits seit ca. 40 Jahren in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung haben. Eine Umsetzung dieser Planfestsetzung wäre für mich mithin keinesfalls akzeptabel. Ich sehe im Falle einer Umsetzung einer industriellen Entwicklung vielmehr einen großen Einschnitt für meinen Betrieb. Mit der Realisierung dieses Vorhabens würde ich ca. 25% meiner Betriebsflächen verlieren, die ich nicht zuletzt aufgrund des immer größer werdenden Flächenschwundes in unserer Region nicht mehr kompensieren könnte. Ich bin zudem der Auffassung, dass mit den im hiesigen Umfeld bereits zur Verfügung stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen für eine gewerbliche Entwicklung Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere eine Ausdehnung auf wertvolle Ackertflächen, lehne ich daher entschieden ab. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, wie wichtig eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der zusätzlichen Ausweisung von Gewerbeflächen abzusehen und bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendungen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-1977	
1005110	
1010224	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe Ich [ANONYMISIERT] Einspruch gegen die geplante Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) .Da im meinem Betrieb dadurch erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung und Entwicklung zu befürchten sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Kreuzau-Boich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Der Schwerpunkt meines Betriebes liegt dabei im Anbau und der Vermehrung von Getreidesaatgut. Nicht zuletzt dieser betriebliche Wirtschaftsschwerpunkt machen eine langfristige Verfügbarkeit von Anbauflächen und einen diesbezüglichen Planungshorizont für meine Produktion unerlässlich. Von dem neuen Regionalplan liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur neu ausgewiesen werden sollen. Davon betroffen sind auch hofnahe Flächen, die zum Teil bereits mit landwirtschaftlichen Gebäuden bebaut sind. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Flächen, mit denen ich sowohl als Eigentümer als auch als Pächter unmittelbar betroffen bin: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass die neu geplante Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Die Saatguterzeugung und Aufbereitung ist zudem mit erheblichen Vorkosten und Vorplanungen belastet, so dass eine Änderung der Bewirtschaftungsauflagen auch auf Teilflächen bereits zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen führen könnte. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb letztlich existenzgefährdend. Weiterhin befürchte ich auch, dass die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang zumindest mittelfristig eine Ausweisung neuer Schutzgebiete zur Folge hat, was insbesondere auch eine weitere bauliche Entwicklung an meinem Betriebsstandort nicht nur erschweren würde, sondern möglicherweise sogar unmöglich macht. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen sowie auch meine hofnahen Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wir sind Eigentümer ?größerer? landwirtschaftlicher Flächen im Gemeindegebiet Merzenich und an der Ostseite der Stadt Düren. Die Nutzung unserer Flächen ist im Wesentlichen geprägt durch eine intensive ackerbauliche Nutzung, wobei der Schwerpunkt hierbei in der Erzeugung von hochwertigen Sonderkulturen, etwa Speisekartoffeln und Erdbeeren liegt. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl unserer Flächen in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Aus unserer Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen, (z. B. die Anlage neuer Grünzüge) verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung unserer Flächen haben. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf die bereits bestehenden Auflagen hinweisen, diemit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden können. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Unser Bewirtschafter/Pächter hat in jüngster Vergangenheit nicht unerhebliche Investitionen in die Beregnungsfähigkeit unserer Flächen getätigt, um trotz des anstehenden Klimawandels die dauerhafte Ertragsfähigkeit unserer Flächen zu erhalten. Denn insbesondere beim Anbau von Sonderkulturen gelten besondere Qualitätsanforderungen, deren Erreichung für eine wirtschaftliche Verwertung der Ernteprodukte unerlässlich sind. Somit würden selbst geringe Einschränkungen in Form von neuen Bewirtschaftungsauflagen für diesen erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen haben.

Ganz angesehen davon gehen wir davon aus, dass mit einer Einschränkung der Nutzbarkeit unserer Flächen zugleich ein maßgeblicher Wertverlust einhergeht, den wir ebenfalls nicht zu akzeptieren bereit sind. Zumal die Pachteinahmen ein Teil unserer Altersversorgung darstellen.

Wir sind der Auffassung, dass mit den bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenen Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse lehnen wir daher entschieden ab. Vor dem Hintergrund der weltweiten Nahrungsmittelknappheit, halten wir weitere Bewirtschaftungseinschränkungen für nicht nachvollziehbar.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1981	
1005113	
1010208	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Kreuzau-Thum einen landwirtschaftlichen Betrieb. Die Grundlage meines Betriebes bilden dabei sowohl eine intensive Nutzung von Flächen für den Ackerbau als auch eine Nutzung von Grünlandflächen. Nach Durchsicht der Planungsunterlagen zum neuen Regionalplan liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur und zum Grundwasser- und Gewässerschutz neu ausgewiesen werden sollen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Flächen, mit denen ich sowohl als Eigentümer als auch als Pächter unmittelbar betroffen bin [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Möglichkeit der landwirtschaftlichen Sorge, dass die neu geplante Ausweisung künftig die Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Eine solche Änderung der Bewirtschaftungsauflagen - auch auf Teilflächen ? führt zwangsläufig zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Ich bitte Sie daher eindringlich darum, meine Betriebsflächen grundsätzlich nicht in die Gebietskulisse für eine mögliche neue Schutzgebietsausweisung aufzunehmen. Ich fordere vielmehr, den landwirtschaftlichen Betrieben weiterhin die Möglichkeit zu geben, unseren Beitrag zur Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa zu leisten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1982	
1005114	
1010321	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich [ANONYMISIERT] bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Vollerwerb mit Schwerpunkt Grünlandbewirtschaftung mit Mutterkuh und Mastviehhaltung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen ist vorgesehen das der Großteil meiner Eigentums und Pachtflächen davon betroffen sind. Sämtliche Flächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder, Ziegen und Schafe. Naturschutzbedingte Einschränkungen in deren Nutzung würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar Mengen und Qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb existentiell nicht tragbar.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte im Gemeindegebiet Vettweil3 einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb im Vollerwerb. Mein Betrieb befindet sich im baulichen Außenbereich und ist im Wesentlichen geprägt durch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr nahezu sämtliche Flächen, die ich bewirtschafte - inklusive meiner Hofstelle - in einer Flächenkulisse, die als Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben. Als Beispiel für eine solche Entwicklung sei hier etwa die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die bereits eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten stark einschränkt bzw. sogar untersagt. Nicht nur für die aktuell intensive Bewirtschaftungsform meiner Ackerflächen hätte dies erhebliche nachteilige wirtschaftliche Veränderungen zur Folge. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



1010207

## Inhalt

Weiterhin befürchte ich aber auch, durch neu entstehende Schutzgebiete, in der weiteren baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits aktuell ist festzustellen, dass bauliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten nur unter erheblichen Auflagen überhaupt (noch) möglich sind. Sollte daher die skizzierte Flächenkulisse tatsächlich auch meine Hofstelle umfassen, käme dies nach meinem Verständnis einem taktischen Erweiterungsverbot gleich. Ich bin daher der Auffassung, dass mit den bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere bezogen auf meine Hofstelle und meine Ackerflächen, lehne ich entschieden ab.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1984	
1005116	
1010102	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Anhand der mir vorliegenden Karte habe ich festgestellt, dass etwa 50 Hektar des von mir bewirtschafteten Ackerlandes, davon 25 Hektar in meinem Eigentum stehend, als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant werden sohen.</p> <p>Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist zu befürchten, dass bei einer Ausweisung von in BSLE-Bereichen gelegenen flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Da eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches die ackerbauliche Nutzung der Flächen und damit auch die Existenzfähigkeit meines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes in Zukunft gefährden würde, wende ich mich gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte im Stadtgebiet Jülich [ANONYMISIERT] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionaiplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich in den Gemarkungen Jülich, Stetternich und Steinstraß bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen.

Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass mit der Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig weitere Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden, die sodann unmittelbare Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie insbesondere auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung für meine Eigentumsflächen auch einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten.

Ich bin zudem der Auffassung, dass mit den im hiesigen Umfeld bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf meinen Ackerflächen, lehne ich daher entschieden ab.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Gemeindegebiet Hürtgenwald, [ANONYMISIERT]. Neben der Bewirtschaftung von Grünlandflächen betreibe ich auf meiner Hofstelle vier Ferienwohnungen und ein Bauerhofcafe. Meinen Betrieb haben wir dabei über die Jahre stets weiterentwickelt.

Der Entwurf zum neuen Regionalplan unterwirft nun wesentliche Teile meiner Betriebsflächen und sogar meine Hofstelle [ANONYMISIERT] einer Gebietskulisse, die als Grundlage für die Neuausweisung sogenannter BSN Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) dienen soll. Sollte die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang erfolgen, wäre ich von einer solchen Veränderung sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem erheblichen Umfang betroffen.

Aus meiner Sicht besteht nämlich die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur zukünftig mit erheblichen Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden. Dies hätte bereits unmittelbare Auswirkungen auf meinen Betrieb.

Weiterhin befürchte ich aber auch, durch neu entstehende Schutzgebiete, in der weiteren baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits aktuell wissen wir, dass bauliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten nur unter erheblichen Auflagen überhaupt (noch) möglich sind. Sollte daher die skizzierte Flächenkulisse tatsächlich auch meine Hofstelle umfassen, käme dies nach meinem Verständnis einem faktischen Erweiterungsverbot gleich. Vor dem Hintergrund dieser Betroffenheit fordere ich daher, die Gebietskulisse einer erneuten Überprüfung zuzuführen und zumindest sicherzustellen, dass künftige Betriebsentwicklungen an meinem Standort in alle Richtungen möglich bleiben. Es kann nicht sein, dass die landwirtschaftliche Nutzung durch die Zunahme von Schutzgebietsausweisungen immer weiter in Frage gestellt wird.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bin staatlich geprüfter Landwirt und bewirtschafte einen Milchviehbetrieb mit Nachzucht in 52355 Düren-Birgel, [ANONYMISIERT] als Vollerwerbsbetrieb. Der Karte zur Neuaufstellung des Regionalplans ist zu entnehmen, dass meine arrondierten Weideflächen in der Gemarkung [ANONYMISIERT] stark betroffen sein werden. Dies hätte eine Wertminderung (Bewirtschaftung oder spätere Verpachtung) zur Konsequenz, wenn das komplette Gebiet als Naturschutzgebiet/Landschaftsschutzgebiet ernannt wird. Anwendung von Pflanzenschutz sowie Düngung eingeschränkt oder fraglich. Wie soll dann Jakobskreutzkraut noch bekämpft werden, welches für Wiederkäuer giftig ist. Desweiteren ist bekannt dass nur eine späte Mahd möglich ist. Die Milchkuh von heute hat ein anspruchsvolles Futter nötig, dass dann wieder zu Mehrkosten führt. Dies alles führt zu einer Ertragsminderung und damit zu einer Gewinnminderung. In einem Naturschutzgebiet müssen Luftstickstoffwerte eingehalten werden, dies hat eine Reduzierung der Milchkühe und Nachzucht zur Folge. Ich habe 2014 einen Milchviehstall unter Tierwohlgesichtspunkten wie Bodenbeschaffenheit und Tiefstreuboxen gebaut und somit langfristig geplant und investiert daher bitte ich sie, mein Land und die Hofstelle aus der Planung zum Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet rauszunehmen. Desweiteren sind die Flächen drainiert auch das Regenrückhaltebecken im Beythal (Hochwasserschutz). Sollten diese Dramen in ihrer Funktion eingeschränkt werden ist eine Bewirtschaftung nicht möglich und der Hochwasserschutz ist nicht mehr gewährleistet! Die Hofstelle [ANONYMISIERT] und das arrondierte Grünland werden durch meine Nachzucht bewirtschaftet. Diese liegen angrenzend an Horm, Gey und Straß. Ich bitte Sie daher, auch die Ländereien meines Onkels [ANONYMISIERT] aus der Planung zum Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet rauszunehmen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Wir bewirtschaften einen kleinen konventionellen Ackerbaubetrieb in [ANONYMISIERT] Niederzier, welcher im Vollerwerb geführt wird mit rund ca. 50 ha. Der neue Regionalplan hat für uns existenzbedrohende Auswirkungen, da unsere Flächen in der Gemeinde Niederzier zu 80% von den Einschränkungen betroffen sind. Die beabsichtigte Ausweisung von Schutzzonen und die Untersagung des Einsatzes von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ist unverhältnismäßig und zur Erreichung des beabsichtigten Schutzzwecks nicht geeignet. Zur mangelnden Eignung: Die Belastungen des Grundwassers mit Nitrat- und Pflanzenschutzmitteln sind nur zu einem Teil auf den landwirtschaftlichen Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln - und nur zu einem sehr geringen Anteil - auf den konventionellen Ackerbau zurückzuführen. Andere Verursachungsbeiträge werden bei einem Verbot des Einsatzes dieser Mittel außer Betracht gelassen. Seit Jahren erfolgt der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im konventionellen Anbau - wie bei unserem Betrieb - in kontrollierter und verantwortlicher Weise, so dass Auswirkungen für das Grundwasser vermieden werden. Im Übrigen sinkt bei unseren Flächen der Grundwasserstand seit Jahren kontinuierlich, so dass auch die Auswirkungen des Pflanzenschutz- und Düngemiteleinsatzes auf das Grundwasser rückläufig sind. Seit drei Jahren wurde in unserem Gebiet der Grundwasserstock nicht mehr durch Grundwasserneubildung aufgefüllt. Wir erwarten, dass der Grundwasserspiegel in den nächsten Jahren bedingt durch Sondereffekte wie den Tagebau und die geplanten Flutungen der ausgebaggerten Flächen sowie die intensive Nutzung durch Sonderkulturen weiter sinken wird. Dadurch werden die Auswirkungen des Pflanzenschutz- und Düngemiteleinsatzes auf das Grundwasser stark relativiert. Dies hat sich bereits durch die Düngemittelverordnung aus dem Jahre 2021 gezeigt. Der stark verringerte Stickstoff-Einsatz konnte bislang keine wesentlichen Verbesserungen für das Grundwasser bewirken. Daran zeigt sich, dass auch ein vollständiges Verbot des Düngemiteleinsatzes nicht die beabsichtigte Verbesserung der Grundwasserqualität bewirken kann. Die geplante Ausweisung berücksichtigt auch nicht den jeweiligen Grundwasserstand im Gebiet. So sind die Schutzzonen keinesfalls auf Flächen mit relativ hohem Grundwasserstand beschränkt. Zur Unverhältnismäßigkeit: Durch das Verbot des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes werden unsere angebauten Kulturen bis zu 50% weniger Ertrag bringen. Die seit 2021 geltende Düngeverordnung führt bereits jetzt dazu, dass der Bedarf der Pflanze nicht gedeckt wird. So hat der im Jahre 2022 geerntete Weizen flächendeckend einen zu niedrigen Eiweißgehalt, so dass dieser nur Futterweizenqualität hat. Dies ist nachweislich auf den zu geringen Stickstoff-Einsatz

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

zurückzuführen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie ein mit derart schwerwiegenden Einschränkungen verbundenes Verbot, dessen Wirksamkeit für die Verbesserung der Grundwasserqualität nicht erwiesen ist, weitgehend ohne weitere Differenzierung eingeführt werden soll. Eine Differenzierung nach Art der Flächen oder des Anbaus ist nicht vorgesehen. Gerade im konventionellen Ackerbau mit den traditionellen Fruchtwechseln wird besonders darauf geachtet, eine nachhaltige Bewirtschaftung und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit sicherzustellen. Es kann nicht im Interesse einer an Nachhaltigkeit orientierten Landwirtschaft liegen, kurzfristig nur noch Frucht-Anbauten zu ermöglichen, die intensive Bewässerung erfordern und die Bodenqualität erodieren lassen. Die geplante Neuaufstellung des Regionalplans führt dazu, dass das Höfesterben noch weiter vorangetrieben wird und insbesondere der konventionelle Ackerbau nicht mehr betrieben werden kann. Dies hat dann zur Folge, dass die Flächen entweder für den Ackerbau verloren gehen oder auf intensive Bewirtschaftungsmethoden umgestellt werden müssen mit den damit verbundenen nicht erwünschten ökologischen Folgen. Die Steigerung von Getreideimporten, die damit verbundene CO<sub>2</sub> Belastung und Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen ist weder ökologisch noch wirtschaftlich noch politisch sinnvoll. Es handelt sich um einen schwerwiegenden und verfassungsrechtlich unzulässigen Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb, die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit und das Eigentum (Art. 12 und Art. 14 Grundgesetz) mit nicht mehr korrigierbaren Folgen.

AZ: Ö-P-1989	
1005121	
1010035	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir bewirtschaften in Linnich-Boslar einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 16,5 ha der Fläche, die wir bewirtschaften, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierter Erholung? ca. 9,3 ha im Gebiet ?Schutz der Natur? und ca. 3 ha ? Bereiche für den Grundwasser und Gewässerschutz?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar [ANONYMISIERT]. Von den 16,5 ha ?Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierter Erholung? liegen ca. 3,55 ha am Hof. Um die Existenzsicherung zu gewährleisten wird der Erweiterungsbau des Kuhstalles, der Maschinenhalle, sowie Lagerflächen für Silagen und Mist in den nächsten Jahren geplant. Aus diesem oben genannten Grund bitten wir besonders um Berücksichtigung der Einwende.</p> <p>Aus unserer Sicht besteht große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich Beeinträchtigt wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide und Milch geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung wurde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchten wir Sie auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse flur die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>



Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-1990	
1005122	
1010039	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Niederzier einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 60 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 20 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1991	
1005123	
1010038	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Hürtgenwald, Kreis Düren, einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit intensiver Milchwirtschaft. Es handelt sich um einen Dauergrünlandbetrieb mit 74ha Fläche. Unsere Flächen liegen in den Gemeinden Hürtgenwald und Nideggen (Kreis Düren) sowie in der Gemeinde Simmerath (Städteregion Aachen). Der Entwurf zum neuen Regionalplan stellt nahezu sämtliche meiner Flächen unter eine Gebietskulisse zur Neuausweisung von BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur). Durch diese Ausweisung sehe ich meine zukünftige Betriebsentwicklung massiv beeinträchtigt, wenn nicht sogar gefährdet! Ich befürchte, dass ich durch die Ausweisung von neuen Schutzgebieten die Bewirtschaftung meiner Grünlandflächen in der aktuellen Form nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Dies würde für uns erhebliche wirtschaftliche Folgen haben, ggf auch das Endedes Betriebes bedeuten! Wir sind zwingend auf die intensive Nutzung unserer Betriebsflächen zur Futtergewinnung und als Weidefläche angewiesen! Eine Änderung des bisherigen Schutzstatus ist für uns nicht akzeptabel! Ich möchte eindringlich darum bitten, von der geplanten Vergrößerung der BSN Flächen in diesem Umfang Abstand zu nehmen!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-1992	
1005124	
1010325	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte in Kreuzau-Drove einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Steinobstanbau und Grünland. Von dem neuen Regionalplan liegen eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur und der Landschaft neu ausgewiesen werden sollen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Flächen, mit denen ich, bzw. meine Ehefrau, sowohl als Eigentümer als auch als Pächter unmittelbar betroffen sind [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass die neu geplante Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Insbesondere die Erzeugung von Steinobst ist ohne Dünge- und Pflanzenschutzmaßnahmen in der hiesigen Region nicht vermarktungsfähig. Unsere Plantagen sind langfristig angepflanzt. Die Ausweitung der Förderkulissen führt dazu, dass über 80% der heute vorhandenen Plantagen zukünftig im Naturschutzgebiet liegen. Damit wären sie nicht mehr nutzbar, was für meinen landwirtschaftlichen Betrieb letztlich existenzbedrohend ist. Ich bitte daher die aufgeführten Flächen nicht als Gebiet zum Schutz der Natur und der Landschaft auszuweisen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Wir besitzen in Kreuzau-Leversbach mehrere landwirtschaftliche Flächen. Von dem neuen Regionalplan liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur neu ausgewiesen werden sollen. Davon betroffen sind auch unsere Flächen. Es handelt es sich um folgende Flächen, von denen wir als Eigentümer unmittelbar betroffen sind: [ANONYMISIERT]. Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass die neu geplante Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Weiterhin befürchten wir auch, dass die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang zumindest mittelfristig eine Ausweisung neuer Schutzgebiete zur Folge hat, was insbesondere auch eine eventuelle bauliche Entwicklung nicht nur erschweren würde, sondern möglicherweise sogar unmöglich macht. Dies wäre ein erheblicher Nachteil unserer Flächen. Folglich beantragen wir, alle o.g. Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen. Wir bitten daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und erwarten Ihrer Rückantwort mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-1994	
1005126	
1010223	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich besitze in Kreuzau-Leversbach einen landwirtschaftlichen Betrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Da ich im Ruhestand bin habe ich diesen Betrieb verpachtet. Von dem neuen Regionalplan liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur neu ausgewiesen werden sollen. Davon betroffen sind auch Flächen in der Nähe meiner Hofstelle. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Flächen, mit denen ich als Eigentümer unmittelbar betroffen bin: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass die neu geplante Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln betrifft. Die Saatguterzeugung und Aufbereitung meines Pächters ist zudem mit erheblichen Vorkosten und Vorpianungen belastet, so dass eine Änderung der Bewirtschaftungsauflagen auch auf Teilflächen bereits zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen führen könnte. Weiterhin befürchte ich auch, dass die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang zumindest mittelfristig eine Ausweisung neuer Schutzgebiete zur Folge hat, was insbesondere auch eine weitere bauliche Entwicklung an meiner Hofstelle nicht nur erschweren würde, sondern möglicherweise sogar unmöglich macht. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Folglich beantrage ich, alle Flächen insbesondere auch meine hofnahen Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Konkret betroffene eigene Flächen umfassen in der Gemeinde Jülich Gemarkung Broich: [ANONYMISIERT]. Diese Flächen umfassen unsere Betriebsstätte, landwirtschaftlich genutzte Hofanhangflächen, sowie Ackerflächen. Des Weiteren sind wir auf die Pacht und Bewirtschaftung umliegender Flächen angewiesen. Sollte die auf diesen Flächen seit Generationen durchgeführte, konventionelle Bewirtschaftung eingeschränkt werden, so ist dies als stark existenzgefährdend einzustufen. Daher beantragen wir, für die hiesigen, seit Jahrzehnten landwirtschaftlich genutzten Flächen keinen weiteren Schutzstatus auszuweisen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bin Verpächter einer landwirtschaftlichen Fläche mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 3623m<sup>2</sup> der Fläche, die bewirtschaftet wird im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung und ca. 1 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftighin die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meine landwirtschaftliche Fläche existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



AZ: Ö-P-1997	
1005129	
1009847	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in DN-Binsfeld einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Binsfeld: BSLE, RG, L271n</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1009850	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50169 Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 70 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Türnich: BSLE, RG, Überschwemmungsbereich</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der</p>

Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß Ziel 2-3 LEP NRW.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-1998	
1005130	
1009832	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 70 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Gymnich: BSLE Gemarkung Kerpen: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

1009845	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Elsdorf Oberembt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 40 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>Gemarkung Oberembt: BSLE Gemarkung Kirchtroisdorf: BSLE</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

### 1. Teilstellungnahme als Betroffener [ANONYMISIERT]

Ich bewirtschafte in 52428 Jülich-Broich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb. In meinem Betrieb werden zu jeder Zeit die Grundsätze ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung angewandt, wie sie in den Grundsätzen zur deutschen und EU Agrarpolitik hinterlegt ist. Ebenso habe ich bereits diverse umwelt- und landwirtschaftsbezogene Prüfungen seitens der Landwirtschaftskammer gehabt. Von dem neuen Regionalplan liegen neben Wiesen, die bereits geschützt sind, große Flächen meines Betriebes, diverse Parzellen ? insgesamt ca. 30 ha ? 52 Flurstücke - allesamt Ackerflächen, die konventionell bewirtschaftet werden -? die ich bewirtschafte im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und Gebiet ?Schutz der Natur". Meine Flächen werden Minimum 60 Jahren konventionell ackerbaulich genutzt, viele deutlich länger. Auf allen diesen Flächen gibt es keinen Baum, keinen Strauch, kein Landschaftselement im Sinne der landwirtschaftlichen Förderung. Auf allen diesen Flächen ist nichts KONKRET schützbare im Sinne des Landschaftsschutzes identifiziert.

Trotzdem weisen Sie diese Flächen weiterhin als Gebiete zum Schutz der Natur aus. Ich frage mich, warum? Aus meiner Sicht liegt in §26 Naturschutzgesetz Nr.1-3 nichts Begründbares für diese Flächen vor, denn insbesondere liegt weder ein Biotopgebiet im Sinne des § 26 (1) Nr.1 vor; noch eines für Erholung im Sinne des § 26 (1) Nr.3. Es ist für diese Flächen aus meiner Sicht lediglich eine Fortschreibung alter Flächenausweise. Zu den folgenden Flächen möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Flächen neben dem Naturschutzgebiet es Kreise Düren im Bereich Jülich-Broich/Linnich-Tetz in der Nähe der Rur, die schon mehr als 80 Jahre rein konventionell als Ackerland genutzt werden, auf denen u.a. Möhren, Zwiebeln, Erdbeeren, Raps, Weizen, Gerste, Rüben gestanden haben: [ANONYMISIERT], insgesamt 7,76 ha. Diese Flächen liegen in einem engeren zusammenhängenden konventionell genutzten ackerbaulichen Bereich, der auch von anderen bewirtschaftet wird und sich vollständig von den übrigen Gebietskulisse sowohl landschaftlich, landwirtschaftlich wie von der Fauna und Flora etc. abhebt. Die Flächen liegen zwischen einem zusammenhängenden Naturschutzgebiet, das sich von Düren bis über Linnich an der Rur zieht und bereits 1500 ha betrifft und auf der anderen Seite einem zusammenhängenden Gründlandgürtel. Es besteht also kein konkreter Grund diese Flächen als zusammenhängende Landschaftsschutzflächen im Sinne von § 26

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Naturschutzgesetz auszuweisen. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft.

Insbesondere möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. In diesem Vorschlag sind Reduktionen von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten von mindestens 50% bis auf Null in strengen Schutzgebieten bis 2030 vorgesehen. Landwirte arbeiten bei der Applikation von Pflanzenschutzmitteln schon mit Minimengen und bringen nicht Mittel aus, die ökonomisch und ertraglich keine Wirkung haben. Dieser Vorschlag würde eine ackerbauliche Nutzung nicht mehr wirtschaftlich Sinn machen und einer Enteignung der Flächen durch die Hintertür gleichkommen, falls nach dem Schutzausweis der Region und des Kreises dieser Vorschlag in dieser oder etwas abgemilderter Form durchkommt. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Oberplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus, da es bisher nichts administrativ Schützenswertes auf meinen Flächen gibt. Ich stelle fest, dass nach Auskunft der Kreisverwaltung in Düren die Flächen aufgrund des Arbeitsumfangs nicht im Einzelnen geprüft worden sind bzw. geprüft werden können, sondern nebenliegende Flächen ohne konkrete Prüfung quasi zusammenhängend ausgewiesen worden sind und aus alten Vorlagen einfach übernommen worden sind. Es erfolgte keine Einzelprüfung, was wohl auch bei der potentiellen Beplanung durch die Regionalplanung möglicherweise der Fall sein dürfte, da es sich um eine Rahmenkulisse handelt. An der Rur gibt es jedoch genügend zusammenhängende und ausgedehnte Flächen für Naturschutz und Landschaftsschutz, so dass keine Notwendigkeit besteht, diese seit Jahrzehnten rein ackerbaulich genutzten Flächen einzubeziehen. Die ackerbaulich konventionell, genutzten Flächen liegen dort ebenfalls zusammen und bemessen alleine in der direkten Nachbarschaft mit den Parzellen der anderen Bewirtschaftern zusammen 25-30 ha. Ich habe verstanden, dass man keine Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet herausnimmt, obwohl möglicherweise die Relevanz dafür nicht gegeben sein könnte, vor allem, wenn eine genauere aktuelle Prüfung ein anderes Bild ergeben könnte als politisch erwünscht. Ich halte daher den Ausweis der gleichen Gebietskulisse an der Rur ? erhebliche Flächen als Landschaftsschutzgebiet - für diese Flächen analog der veralteten Grundsteuerbewertung -aktuell vor dem Hintergrund der EG Vorschläge für Pflanzenschutzmittel nicht mehr für zeitgemäß, angebracht, verhältnismäßig oder angemessen und erwäge daher auch weitere Schritte, damit dieser Ausweis unter Aktualitäts- und Gutachtergesichtspunkten neu zu überprüfen bzw. zu überarbeiten sind. Der Ausweis dieser Flächen bezieht sich auf eine Bewirtschaftungskulisse auf die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts und kann dementsprechend vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen angemessen

konventionellen Landwirtschaft in den Gebieten nicht mehr aktuell sein. Diese Parameter wären für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Auch der Schutz des Eigentums vor Enteignungen ist im Grundgesetz verankert, wenn ohne konkrete Veranlassung auf meinen Flächen die Weiternutzung dergestalt verboten wird, dass eine ackerbauliche Nutzung am Ende nicht mehr ökonomisch möglich ist. Dies wird in diesen Potentialflächen alle Grundstückseigentümer; aber auch Kirchen, Städte und Gemeinden treffen, wenn die entsprechende Pacht für diese Flächen nicht mehr erwirtschaftbar sind. Der Ausweis eines Schutzgebietes ist in jedem europäischen Land anders definiert. Der europäische Ansatz bei Pflanzenschutz geht aber explizit von Schutzgebieten aus. Weist man nun diese Flächen als schutzwürdig aus, kommt über die supranationale Gesetzgebung der EG, die vorrangig vor deutschem Verwaltungsrecht ist, ein Zwang zur Anwendung in Schutzgebieten in Deutschland auf den Tisch. Es darf daher kein Automatismus geben, der quasi durch die Hintertür für diese Flächen eine außerordentlich hohe, nicht zumutbare Beschränkung vorsieht. Somit darf der Ausweis mit Blick auf die aktuellen politischen Vorlagen in dieser Form nicht erfolgen, damit darauf basierend die Vorgaben einer supranationalen Gesetzgebung für Schutzgebiete mit ihren zusätzlichen agrarischen Einschränkungen für ein konventionell ackerbaulich geführte Flächen ins Leere läuft.

Ich möchte ferner explizit auf die konkreten Begründungszusammenhänge in den Begründungen für die Neuaufstellung des Regionalplans verweisen. Hier geht es unter 4.4 Landwirtschaft insbesondere um die folgenden Punkte, die aus meiner Sicht vor dem Hintergrund der aktuellen landwirtschaftlichen Entwicklung in der neuen Gebietskulisse nicht bzw. nicht ausreichend und entsprechend berücksichtigt werden bzw. worden sind. G32 ? landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten, hier u. a. Gerade dies würde dem Grundsatz der regionalplanerischen Konkretisierung der Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW nicht entsprechen. Er stellt darauf ab, landwirtschaftliche Flächen im Freiraum als wesentliche Produktionsgrundlage für Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. G34 ? agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten, hier u.a.

Neben der in den anderen Grundsätzen behandelten Vermeidung von Flächenverlusten landwirtschaftlicher Nutzflächen kommt dem Erhalt von Betriebsstandorten als Ausgangspunkt für die Bewirtschaftung und der Sicherung guter agrarstruktureller Bedingungen als Voraussetzung für eine dauerhaft tragfähige Nutzung eine wichtige Bedeutung zu. Für den Kreis Düren und das Gebiet der Gemarkung Broich und der Gemarkung Tetz ist es ferner so, dass die von der Regionalplanung ausgewiesenen Potentialflächen im Wesentlichen 1:1 in einen konkreten Landschaftsplan übertragen werden. Diese Auslage greift bereits im September; ohne die Auswertung der Stellungnahme der zu der Regionalplanung abzuwarten. Den Ausweis von Landschaftsschutzgebieten, der in der Hauptsache 1:1 mit der Regionalplanung im Gebiete der Gemarkung Braich und der Gemarkung Tetz identisch ist, halte ich für nicht sachgerecht und korrekt, da pauschal Flächen mit einem Strich auf der Karte zusammengeführt werden, deren landschaftlicher Nutzen ? ohne diesen Ausweis ? fraglich ist, jedoch weitreichende und einschneidende Konsequenzen für die



Bewirtschaftung haben wird. Ich bitte um einen sachgerechten Ausweis von Seiten der Regionalplanung von KONKRET schützenswürdigen Flächen, wozu diese Flächen nicht gehörten und gehören können, da sie ausschließlich konventionell ackerbaulich genutzt worden sind und genutzt werden. Der Ausweis meiner Ackerflächen im Landschaftsschutzgebiet verstößt in der Summe und nach Gesamtbeurteilung fundamental gegen die unter 4.4 selbst ausgewiesenen Begründungszusammenhänge für die Regionalplanung. Folglich beantrage ich, insbesondere die über Jahrzehnte konventionell geführten Ackerflächen, wozu meine Flächen ausnahmslos gehören, nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte im Gemeindegebiet Nörvenich [ANONYMISIERTE], einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um nachstehende Flächen [ANONYMISIERTE]. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. Als Beispiel für eine solche Entwicklung sei hier etwa die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVo genannt, die bereits eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten stark einschränkt bzw. sogar untersagt. Zudem wird auf europäischer Ebene ein weiterer Verordnungsentwurf zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln diskutiert. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich bereits weit verbreitet sind und die mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Nicht nur für die aktuell intensive Bewirtschaftungsform meiner Ackerflächen hätte dieser erhebliche nachteilige wirtschaftliche Veränderungen zur Folge. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit meines Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Schließlich würde eine solche Nutzungseinschränkung insbesondere für meine Eigentumsflächen einen maßgeblichen Wertverlust bedeuten. Ich fordere Sie daher dazu auf, von der Aufnahme insbesondere meiner Ackerflächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bin schließlich der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse lehne ich daher entschieden ab.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Niederzier einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 35 ha der Fläche die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca 7 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplai noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Stadtgebiet Düren, Ortsteil Birgel. Dieser umfasst die Nutzung von sowohl Grün- als auch Ackerlandflächen. Im Entwurf zum neuen Regionalplan unterliegen wesentliche Teile meiner Betriebsflächen südlich der Ostslage Birgel plötzlich einer Gebietskulisse für eine Neuausweisung sogenannter BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Sollte die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang erfolgen, wäre ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von ca. 30% meiner Gesamtbetriebsfläche betroffen. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft und damit erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen haben werden. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet wodurch etwa bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche genutzt werden können. Vor dem Hintergrund des dargestellten Umfangs meiner Betroffenheit käme dies einer Existenzgefährdung für meinen Betrieb gleich. Ich fordere Sie daher auf, landwirtschaftliche Flächen in diesem Bereich generell nicht als BSN Flächen neu auszuweisen. Ich bin vielmehr der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-2004	
1005140	
1010019	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Niederzier einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 30 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 40 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?. Des Weiteren liegen 100 ha der in ?Grundwasser-und Gewässerschutz?. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-2005	
1005141	
1010099	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>der neue Regionalplan weist in der Gemeinde Simmerath, Gemarkung Lammersdorf im Bereich ?Auf der Harth? und ?Auf dem Wollerscheid? fast alle landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen als Naturschutzgebiete aus. Dies geht weit über das hinaus, was bisher im Landschafts- und Flächennutzungsplan als Naturschutzgebiet festgesetzt ist.</p> <p>Als Eigentümer der Flurstücke:</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID_1]</p> <p>Eine Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für mich einen großen Wert- und Einnahmeverlust bedeuten. Der Landwirt der diese Flächen gepachtet hat und bewirtschaftet, wird durch die hieraus resultierende starke Nutzungseinschränkung in seiner Existenz gefährdet. Die Naturschutzgebietsausweisung sollte auf die bisher im Landschafts- und Flächennutzungsplan festgelegte Ausdehnung reduziert werden. Diese ist auch aus Naturschutzgründen vollkommen ausreichend, was die Letzten 20 Jahre seit deren Ausweisung bereits gezeigt haben.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1010099.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-2006	
1005142	
1010219	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unsere Parzellen liegen im Kreis Düren bzw. in der Gemeinde Niederzier. Durch die Neuaufstellung des Regionaisplans Köln würden unsere Parzellen im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Regionale Grünzüge sowie Überschwemmungsbereiche und Grund-/ Gewässerschutz liegen. Dem widerspreche ich ausdrücklich.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt ? von Ausnahmen abgesehen ? bei einer Größenordnung von 10 ha.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p>



Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer einschließlich der im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren. Entsprechend der Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis IIIa. Detaillierte Vorgaben welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Trinkwasserverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, die geplant und noch nicht durch Trinkwasserverordnungen reglementiert werden, erfolgt die vorsorgende regionalplanerische Festlegung, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. bauliche Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Die textlichen Regelungen des Kapitels 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.

Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und wurden einerseits auf Grundlage der Bemessung eines mindestens 100-jährlichen Hochwasserereignisse festgelegt, andererseits die auf der Grundlage von

Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. Für potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) erfolgt die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche um diese vor entgegenstehende Nutzungen (z.B. bauliche Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Aus Maßstabs- bzw. Generalisierungsgründen, wegen der fachplanerischen Neuermittlung von Überschwemmungsgebieten oder durch den Vollzug konstruktiver Hochwasserschutzmaßnahmen können die zeichnerisch festgelegten ÜB auch Flächen enthalten, die bei HQ100 nicht überflutet bzw. nicht mehr überflutet werden. Planungen und Maßnahmen in diesen Bereichen sind grundsätzlich zulässig, wenn der Vorhabenträger unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde nachweist, dass keine Beeinträchtigungen des Hochwasserschutzes zu erwarten sind (siehe hierzu Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz). Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß (G. 20), Waldbereichen gemäß (Z. 22) und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

**Inhalt**

Bei der Neuaufstellung des Regionalplanes für den Bereich Gemeinde Merzenich sind große Teile der landwirtschaftlich genutzten Flächen mit einem neuen Schutzstatus ausgewiesen worden. Als aktive Ackerbäuerin befürchte ich durch diese Änderung des Regionalplanes für die Zukunft erhebliche Einschränkungen für die Bewirtschaftung und die Entwicklung meines Betriebes. Im Einzelnen beziehe ich mich auf die Änderung der Fläche von ?Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich? in die Freiraumfunktionen ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" östlich der L 264 in Höhe der Ortschaft Merzenich. In diesem Bereich liegen ein Großteil meiner landwirtschaftlichen Flächen und insbesondere meine Hofstelle (s. Abb. anonymisiert). Auf Grundlage dieser Neuausweisung und des evtl. später daraus resultierenden geänderten Landschaftsplans der Kommune befürchte ich eine starke Einschränkung der baulichen Weiterentwicklung meiner Hofstelle und eine starke Beeinträchtigung bei der ackerbaulichen Nutzung meines Ackerlandes, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngung betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzbedrohend. Dabei gebe ich zu bedenken, dass Pflanzenschutz und Düngung kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument, um die geforderten Qualitäten und die notwendigen Quantitäten abzusichern. Als weiteren Anstoß für diese Empfehlung verweise ich auf ein Umweltgutachten der Firma BKR-Aachen über dieses Gebiet, welches aufgrund des Bebauungsplanes für Morschenich neu erstellt worden ist (siehe Gemeinde Merzenich, Bebauungsplan C 23, ?Umsiedlung Morschenich-neu?, Teil A, 5.2). Darin steht unter anderem: ?Das Plangebiet ist gekennzeichnet durch große intensiv genutzte Ackerflächen, die sich durch einen geringen Strukturreichtum auszeichnen und somit als Lebensraum für den Großteil heimischen Tier- und Pflanzenarten eine geringe Bedeutung besitzen. Das Plangebiet ist östlich der L 264 gekennzeichnet durch eine strukturarmer landwirtschaftliche Fläche auf ebenem Relief mit intensiver ackerbaulicher Nutzung und weiten Blickbeziehungen. Die Qualität des Landschaftsbildes ist insgesamt gering. Aus diesem Grund verfügt das Plangebiet nur über eine mäßige Erholungsseignung?. Des Weiteren geht aus diesem Gutachten hervor, dass die L 264 als Autobahnzubringer und das Gewerbegebiet ebenfalls negative Auswirkungen auf die angrenzenden Flächen hat (siehe Gemeinde Merzenich, Bebauungsplan C 23, ?Umsiedlung Morschenich-neu?, Teil A, 5. 3. und Teil 8, S. 13): ?Es bestehen Vorbelastungen durch Straßen- und Gewerbelärm. Die Verlegung der A 4 und der dadurch entstehende neue Autobahnanschluss Merzenich, sowie die allgemeine Verkehrsentwicklung werden zu einer deutlichen Verkehrszunahme auf der L264 führen. Es sind geringe lufthygienische Vorbelastungen durch den Straßenverkehr entlang der L264 anzunehmen, die zukünftig durch

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Verkehrszunahme ansteigen werden?. Aus diesem Gutachten geht eindeutig hervor, dass die Flächen in diesem Bereich intensiv landwirtschaftlich genutzt werden und durch ihre Struktur, Relief und Bodengüte eine sehr gute Eignung als Ackerland haben. Es handelt sich um einen Gunststandort zur Erzeugung hochwertiger Lebensmittel. Andererseits wird darauf hingewiesen, dass die Flächen nicht besonders schützenswert, in Hinblick auf Schutz von heimischer Flora und Fauna sind, und diese Flächen auch nur einen geringen Erholungswert bieten. In der Hoffnung, dass sie meinem Antrag entsprechen und das geplante Schutzgebiet in der Gebietskulisse östlich der L 264 in Höhe der Ortschaft Merzenich aus vorgenannten Gründen streichen und die Flächen weiterhin als ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ausweisen, verbleibe ich.

AZ: Ö-P-2008	
1005144	
1010017	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen in der Gemarkung Merzenich und Golzheim. Die Flächen sollen laut Neuaufstellung des Regionalplans als Gebiet ?Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um hochwertige Ackerlandflächen, die derzeit von meinem Pächter bewirtschaftet werden. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass durch diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigt wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für viele hiesige landwirtschaftliche Betriebe existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europa leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden sollte. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse flur die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Aachen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 100 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 10 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Wir haben festgestellt, dass zum Betrieb gehörende Flächen - sowohl Eigentums- als auch Pachtflächen - als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen.

Wir wenden uns hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da wir befürchten, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden.

Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Wir beantragen daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.	
---	--

**Inhalt**

ich möchte zum Entwurf des neuen Regionalplans im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eine Stellungnahme abgeben. Wir, die [ANONYMISIERT] sind Landwirte mit dem Sttz in Swisttal Straßfeld. Es handelt sich um einen Vollerwerbsbetrieb. Über viele Jahre haben wir den Betrieb zukunftsorientiert aufgebaut. Vier Betriebe haben wir in der Region übernehmen können, so dass wir heute 250 ha bewirtschaften können. Das ist nun eine Größenordnung, die ein Überleben sichern soll. Der Betrieb fährt eine hohe Intensität. Ein Schwerpunkt ist der Erdbeer- und Spargelanbau. Ein Weiterer der Kartoffel und Gemüseanbau. Alle diese Kulturen kann man nur erfolgreich anbauen, wenn sie bewässert werden. (Bei der Trockenheit dieses Jahres wird das besonders deutlich.) Sowohl unser Stammbetrieb, als auch die zugepachteten Betriebe sind voll bewässerungsfähig. Die Beregnungsanlagen laufen derzeit Tag und Nacht. Getreide hat in unserem Betrieb an Bedeutung verloren. Bei den hiesigen Pachtpreisen ist Getreide nur begrenzt konkurrenzfähig. Wir brauchen in Deutschland eine funktionierende und leistungsfähige Landwirtschaft. Nur so können wir einen hohen Selbstversorgungsgrad erhalten. Wir sehen derzeit bei der Energie, wie gefährlich Abhängigkeiten von anderen Staaten sind. In der Lebensmittelversorgung wären die Folgen noch weitaus gravierender. Bei den derzeitigen Planungen werden diese Gesichtspunkte vollkommen außer Acht gelassen. Im Konkreten sind wir an mehreren Stellen durch die Planungen betroffen. Im Bereich Straßfeld Nord und südlich der 1 182 befindet sich 25 ha der Straßfelder Flächen. Dort ist nun Landschaftsschutz geplant. Gerade in diesen hofnahen Flächen werden größtenteils Erdbeeren und Spargel angebaut. Bei der Festlegung Landschaftsschutz ist über kurz oder lang mit erheblichen Einschränkungen der Bewirtschaftung zu rechnen. Ich erinnere hier nur an die Planungen der [11. Ohne Pflanzenschutzmittel ist weder ein quantitativer noch qualitativer Anbau möglich. Der Anspruch der Verbraucher ist hoch. Über viele Jahre haben wir diesen Betriebszweig ausgebaut. Viel Geld ist in die Spezialmaschinen geflossen. Wir haben eine Halle für die Aufbereitung und die Kühlung gebaut. Derzeit wird eine 2. Halle errichtet. Das alles ist fremdfinanziert. Rückzahlungen und Zinsen wollen bedient werden. 60 Leute werden in diesem Betriebszweig beschäftigt. Sollen sie alle in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Im Bereich Heimerzheim Nord - Ost oberer Dützhof, wirtschaften wir auf 60 ha rechts und links der L182. Dort bauen wir Kartoffel, Gemüse und Erdbeeren an. Alle diese Flächen sind nun mit Landschaftsschutz und ein großer Teil sogar mit Naturschutz überpant. Bei der Festlegung ?Naturschutz? ist eine wirtschaftliche Nutzung nicht mehr möglich. Es ist auch nicht ersichtlich, warum Flächen, die seit Urzeiten in landwirtschaftlicher Kultur sind, nun mit einer einschneidenden Planung überzogen werden. Im Bereich Mömerzheim sind wir entlang des Schießbachs Süd und

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



Nord mit 5 Parzellen und 14 ha betroffen. Der dort geplante Naturschutz ragt zum Teil bis weit in die Parzellen hinein. Wie soll das funktionieren? In diesem Bereich hat es nie eine Flurbereinigung gegeben. Folglich sind die Schlaglängen sehr gering. Wenn man nun den Naturschutzbereich nicht mehr, oder nicht mehr in der derzeitigen Form bewirtschaften kann, ist die Restbewirtschaftung auch unwirtschaftlich. Es ist doch angebracht, diese Festlegung auf den Uferrandstreifen zu begrenzen. Im Bereich Odendorf liegen wir im Norden am Orbach und im Westen am Schießbach und sind mit Naturschutz betroffen. Auch hier gilt die selbe Argumentation. In diesem Bereich ist auch ein weitreichendes Wasserschutzgebiet geplant. Dort sind wir mit 22 ha betroffen. All diese Maßnahmen führen zu Einschränkungen oder gar zum Verlust von Flächen wegen Unwirtschaftlichkeit. Unwirtschaftlichkeit führt zu einem enormen Wertverlust. Das kommt einer kalten Enteignung gleich. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass bei wechselnden politischen Mehrheiten, die Begierlichkeiten grenzenlos sind. Zusagen sind nichts mehr wert und auf geplante Gebiete wird schnell etwas aufgesattelt. Es kann doch nicht sein, dass wir über viele Jahre einen Betrieb aufbauen, der nun durch diese Planungen wieder in seiner Existenz gefährdet wird. Das werden wir sicherlich nicht unwidersprochen hinnehmen können. Notfalls werden wir den Klageweg beschreiten. Wir bitten von der Überplanung unserer Ackerflächen Abstand zu nehmen.

**Inhalt**

1. Allgemein: Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen. 2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen: [ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]. Diese Grundstücke stellen meinen Forstbetrieb / landwirtschaftlichen Betrieb dar, den ich seit 18 Jahren führe. Nun möchten Sie meine sämtlichen Flächen!! Teile meiner Flächen II 70% meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN)!/ als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf. Da ich eine Holzvergaseranlage betreibe, bin ich auf mein Holz angewiesen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

**Inhalt**

Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es ist m.E. unzumutbar entscheidungsrelevante Informationen derart ermitteln zu müssen.

Im Konkreten sind meine Grundstücke

- Gemarkung Aegidienberg [ANONYMISIERT]

- Gemarkung Aegidienberg [ANONYMISIERT]

betroffen. Diese möchten Sie zukünftig teilweise 1 in Ganze (ist aus Ihren Unterlagen leider in keinsten Weise genauer zu bestimmen) als Flächen zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurück genommen wird, da ich auch zukünftig selbst entscheiden möchte wie ich meine Grundstücke bewirtschafte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

**Inhalt**

aktuell wird in den Medien, hier in der Samstagsausgabe des Generalanzeigers über den Entwurf eines neuen Regionalplans für die Region Köln berichtet und diskutiert. Hiermit möchte ich als Betroffener wie folgt Stellung nehmen: Ich bin Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet Bornheim die aktuell von landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben intensiv landwirtschaftlich/gärtnerisch genutzt werden. Diese Flächen liegen überwiegend im Planentwurf in ausgewiesenen Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? bzw. in Gebieten Schutz der Natur?. Ich habe daher die Befürchtung, dass diese Ausweisung aktuell und zukünftig tätigen landwirtschaftlichen Betrieben, gerade auch im Hinblick auf Düngen und Nutzung von Pflanzenschutzmitteln eine Existenzsicherung fast unmöglich macht. Dies gerade auch im Hinblick auf die aktuelle politische Lage mit den Schwierigkeiten der Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten bzw. Lebensmitteln. Da die geplante Ausweisung der Flächen dies zukünftig zusätzlich erschweren würde be antrage ich insbesondere die genutzten Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und danke Ihnen schon jetzt für Ihre Stellungnahme.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-2015	
1005158	
1009530_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>mit diesem Schreiben möchte ich gerne meine Gedanken und Einwände bzgl. des neu aufgestellten Regionaiplan Köln vorbringen. Seit Generationen betreibt meine Familie einen landwirtschaftlichen Betrieb im Rheinbacher Vorort Niederdreies. Nachdem wir 2019 die Mastschweinehaltung aufgrund fehlender Rentabilität und fehlender Perspektive eingesLellt haben ist unser Betriebsschwerpunkt ausschließlich auf den Ackerbau ausgerichtet. Da die Flächen überwiegend arrondiert um die Hofstelle liegen, sind große Teile des Betriebes von der Neuaufstellung des Landschaftsplanes betroffen. Einige Flächen liegen im Überschwemmungsbereiches des Wallbaches bzw. der Swist, nördlich von Niederdreies sind wir vomGrundwasser- und Gewässerschutz betroffen und die größten Flächen liegen im Bereich ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?. Ich habe Bedenken, dass mit den geplanten Auflagen die Bewirtschaftung so erschwert wird, dass eine nachhaltige und wirtschaftliche Besteflung der Flächen nicht mehr möglich ist. Gerade die Beschränkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln hätte gravierende Folgen für den Betrieb. Durch den Verordnungsentwurf der EU-Kornmission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln wäre ein Einsatz in Landschaftsschutzgebieten wohl kaum noch darstellbar. Deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen und beantrage diese nicht mit einem Schutzstatus zu belegen. In meinem Fall handelt es sich uni folgende Flächen:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>Es würde mich freuen, wenn Sie meine Einwände berücksichtigen würden und alle Beteiligten im Sinne der Umwelt, der Betriebe und der Ernährungssicherheit zu guten Lösungen kommen können.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Swisttal-Miel einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen ca. 67 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? sowie im Gebiet ?Schutz der Natur?, Überflutungsgebiet sowie Grundwasser und Gewässerschutz. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die Flächen befinden sich in der Gemarkung Miel und Niederdrees.

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



**Inhalt**

Hiermit nehme ich Stellung zum Entwurf des Regionalplanes im Regierungsbezirk Köln. Zuerst einmal beanstande ich, dass es mir kaum möglich war, aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen irgendetwas zu erkennen. Es kann nicht sein, dass man als Betroffener derart suchen muss, um an Informationen oder Ansprechpartner zu kommen. Nach einer ersten Sichtung der Karten ist unser Betrieb erheblich im Bereich der Sieg, nahe Windeck-Hoppengarten (ca. 25ha Ackerland, 15ha Grünland) und in Much im Bereich der Bröl (3ha Grünland, 5ha Wald) betroffen. Das sind ca. 25% unserer zu bewirtschaftenden Flächen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Ich bewirtschafte mit meiner Familie einen Vollerwerbsbetrieb in Much mit Milchvieh, Ackerbau und Schweinemast. Auf unseren Flächen erzeugen wir hauptsächlich das Futter für unsere Tiere (Getreide, Mais, Futtergras). Unser Betrieb hat bereits durch Planungsmaßnahmen zum Schutz der Natur in der Vergangenheit empfindliche Verluste von Acker-! Grünfläche erfahren. Auf Naturschutzflächen ist es uns nicht möglich energetisches und eiweißreiches Futter zu erzeugen, das wir für unsere Tiere benötigen. Der Anbau von Getreide für den Lebensmittelhandel wäre auf diesen Flächen nicht mehr möglich. Es kann nicht sein, dass auf Kosten der Landwirtschaft solch ein krasser Umweltschutz betrieben wird. Ich bin für eine nachhaltige Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen und Umweltschutz mit Köpfchen?. Eine solche ?Enteignung? muss verhindert werden!

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

**Inhalt**

Die Flächen Gemarkung Ludendorf [ANONYMISIERT] sollen als BSLE ausgewiesen werden. Dies lehne ich entschieden ab. Gleichwohl besteht aus meiner Sicht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Fläche erheblich beeinträchtigt, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung geachtet werden sollte. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse flur die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich sehe die Möglichkeit der Weiterentwicklung und den Erhalt meiner Wettbewerbsfähigkeit in erheblichem Maße gefährdet. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

[s. Anhang Abb. StnID\_1]

**Anhänge**

[Abb\\_ID1009994\\_1.pdf](#)

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich habe festgestellt, dass in meinem Eigentum stehende Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft oder landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Ich wende mich hiermit gegen die Überplanung der Flächen als BSN- oder BSLE-Bereiche, da ich befürchte, dass mit einer späteren Ausweisung dieser Bereiche als Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes einhergehen werden. Die Flächen wären dann nur noch mit höherem Aufwand bei geringerem Ertrag zu bewirtschaften und würden einen erheblichen Wertverlust erleiden. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) Abstand zu nehmen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Flächen:

1. Ackerfläche an 1 163, an der Erft, 2,25 ha

[ANONYMISIERT], Gemarkung Bliesheim

Überplant mit Naturschutz und Landschaftsschutz. Naturgemäß sind diese Auenböden aufgrund ihrer Bodengüte hoch ertragreich und deshalb würden mögliche Einschränkungen den Betrieb hart treffen. Mögliche Einschränkung in Fruchtfolge, Bewirtschaftung ?Düngung und Pflanzenschutz.

2. Ackerfläche, 2,3 ha

[ANONYMISIERT], Gemarkung Metternich

Komplett überplant mit Landschaftsschutz.

Mögliche Einschränkung in Fruchtfolge, Bewirtschaftung, Düngung und Pflanzenschutz.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in 53332 Bornheim-Walberberg einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 13.2 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 1.3 ha im allgemeinen Siedlungsbereich. In diesem Siedlungsbereich befindet sich meine landwirtschaftliche Hofstelle. Ich habe dort 1990 ausgesiedelt. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ABBILDUNG] [ANONYMISIERT] Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-2021	
1005165	
1009978	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich habe anhand der zur Verfügung stehenden Karten festgestellt, das ca. 18 hameines Betriebes in Bad Münstereifel /Scheuren und Houverath und ca. 15 ha in Euskirchen / Flammersheim als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Davon stehen 30 ha dieser BSN und BSLEFlächen in meinem Eigentum. Ich befürchte, dass bei einer späteren Ausweisung dieser BSN und BSLE Bereiche als Naturschutzgebiet und Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung Bewirtschaftungsbeschränkungen einschließlich Reglementierungen des Dünge- undPflanzenschutzmitteleinsatzes auf mich zukommen werden. Die Bewirtschaftung der flächen wäre dann nur noch mit großem Pflegeaufwand und geringem Ernteertrag möglich, so dass die Versorgung der Tiere mit Futter nicht mehr gewährleistet wäre.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Oberplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung abzusehen und der landwirtschaftlichenProduktion Vorrang einzuräumen um die Existenz des landwirtschaftlichenBetriebes nicht zu gefährden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

1. Allgemein: Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss um an zuverlässige Informationen zu kommen.

2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten (soweit es mir möglich war) bin ich wie folgt betroffen: [ABBILDUNG] [ANONYMISIERT] Diese Grundstücke sind Teil meines Landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebes der seit 4 Generationen bewirtschaftet wird. Nun möchten sie Teile meiner Flächen als Bereich zum Schutze der Natur (BSN) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese zurückgenommen wird. Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines Landwirtschaftlichen Familienbetriebes existenziell gefährden. Die Flächen meines Betriebes werden bereits sehr extensiv bewirtschaftet, d.h. sämtliches Grünland meines Betriebes sind entweder als Ausgleichsfläche für die ICE- Strecke Köln- Frankfurt vertraglich intensiviert oder freiwillig unter dem Förderprogramm ?Extensive Grünlandnutzung im Gesamtbetrieb?. So wird auf dem Grünland meines Betriebes eine extensive Mutterkuhhaltung mit geringem Viehbesatz auf den Flächen betrieben, Heuernte mit spätem Schnitzeitpunkt zum Schutz für Wildtiere und die Flächen ausschließlich mit Mist gedüngt, d.h. es wird weder Mineraldünger noch Gülle eingesetzt. Die Ackerflächen werden bereits seit Jahren nach den Leitlinien des Förderprogrammes ?Anbau vielfältiger Kulturen im Ackerbau? bewirtschaftet, Hier werden 5 verschiedene Ackerkulturen mcl. Körnerleguminosen angebaut um Düngung und Pflanzenschutz auf das Notwendigste zu reduzieren. Außerdem ist wegen der zunehmenden Trockenheit und Flächenverlust durch Baumaßnahmen die Futtersituation auf meinem Betrieb in den letzten Jahren sehr angespannt. Ein zusätzlicher Flächenverlust würde das noch verschärfen und meinen Betrieb in der Existenz gefährden. Mit diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht unnötig aus diesen Flächen, Flächen herauszunehmen oder komplett als ?Bereich zum Schutze der Natur? auszuweisen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--



AZ: Ö-P-2023	
1005167	
1009543_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Allgemein:          Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen.</p> <p>2. Persönliche Betroffenheit:          Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen:          Flurstückskennzeichen [ANONYMISIERT]          Dieses Grundstück stellt meinen landwirtschaftlichen Betrieb dar, den wir seit Generationen führen. Nun möchten Sie einen Teil meiner Fläche als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Eine solche Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B. auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>          Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>          Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>          Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die</p>

Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

AZ: Ö-P-2024	
1005169	
1009545_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>sollte der Entwurf des neuen Regionalplanes, hauptsächlich die Ausweisung von Flächen zu Landschaftsschutzzwecken, über den überwiegenden Teil meiner Ackerflächen incl. der Hoffläche, verwirklicht werden, würde die bisher intensive Bewirtschaftung der Flächen nicht mehr möglich sein. Die Eigentumsflächen befinden sich in der: [ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]</p> <p>2 betriebseigene Tiefbrunnen mit einem weit verzweigten Leitungsnetz: a) auf der Hoffläche, [ANONYMISIERT] b) auf der Fläche [ANONYMISIERT] ermöglichen einen Anbau von Sonderkulturen aller Art und machen die Flächen somit zu ertrags- und qualitätssicheren Anbauflächen. Zusätzlich möchte ich anmerken, dass bei der augenblicklichen Weltlage und wahrscheinlich auch in Zukunft auf den Erhalt von Hohertragsflächen größten Wert gelegt werden muss. Ich bitte daher, von der Aufnahme meiner Flächen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendungen und erwarte Ihre Rückäußerung.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-2025	
1005170	
1009547_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Allgemein:</p> <p>Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffener derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen.</p> <p>2. Persönliche Betroffenheit:</p> <p>Nach Sie Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen:</p> <p>[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT].</p> <p>Diese Grundstücke stellen meinen Forstbetrieb/landwirtschaftlichen Betrieb dar, den ich seit 30 Jahren führe. Nun möchten Sie meine sämtlichen Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) auseisen.</p> <p>Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird!</p> <p>Eine solche Planng würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines kleinen Betriebs existenziell gefährden. Ich will z.B.auch in Zukunft selbst entscheiden, welche Bäume auf meinem Grund und Boden wachsen sollen und wie ich meinen Grund und Boden bewirtschaften darf.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

<p><b>Inhalt</b></p> <p>1. Allgemein: Wir kritisieren, dass es für uns kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) unsere Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass wir als Betroffene derart suchen müssen, um an zuverlässige Informationen zu kommen.</p> <p>2. Persönliche Betroffenheit: Nach Sichtung der Karten sind wir vermutlich wie folgt betroffen:</p> <p>Diese Grundstücke stellen unter anderem unseren Forstbetrieb / landwirtschaftlichen Betrieb dar, den wir seit 37 Jahren führen und von unserem Sohn weitergeführt werden wird. Nun möchten Sie Teile unserer Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen. Dieser Planung widersprechen wir und erwarten, dass diese Planung zurückgenommen wird!</p> <p>Ihre derzeitige Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Betriebs existenziell gefährden. Wir wollen auf den noch nicht im Naturschutzgebiet befindlichen Flächen weiterhin selbst entscheiden, wie wir unsere Flächen bewirtschaften.</p> <p>Die sich in unserem Besitz befindende Fläche [ANONYMISIERT] ist mit landwirtschaftlichen Gebäuden sowie landwirtschaftlichen Anlagen bebaut. Diese dürfen nicht in Ihrer Nutzung eingeschränkt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
---	--

**Inhalt**

Ich gebe zu bedenken, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nicht sein, dass ich als Betroffene derart suchen muss, um an zuverlässige Informationen zu gelangen. Nach Sichtung der Karten bin ich wie folgt betroffen: Flurstück [ANONYMISIERT] ist zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet. Flurstück [ANONYMISIERT] wird selbst forstwirtschaftlich genutzt.

Nun möchten Sie Teile dieser Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich zum Schutze von Landschaftselementen (BSLE) ausweisen. Dieser Planung widerspreche ich hiermit!

Eine solche Planung würde die fachgerechte und nachhaltige Bewirtschaftung meiner Flurstücke erschweren, oder vielleicht sogar unzulässig machen.

Das verpachtete Flurstück ist wesentliche Betriebsgrundlage für einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, der bei Wegfall der Bewirtschaftungsmöglichkeit dieses Flurstücks deutlich in seiner Existenz reduziert würde.

Zudem würde eine Verpachtung an nachfolgende Pächter schwieriger, da die Pächter nicht mehr selbst entscheiden dürften, wie sie meinen Grund und Boden bewirtschaften. Das hätte für mich erhebliche Einbußen beim erzielbaren Pachtzins zur Folge.

Das forstwirtschaftlich selbstgenutzte Flurstück dient der Produktion des nachhaltigen Rohstoffs Holz, welches ich dort erzeuge, um es unter Klimaschutzaspekten ökologisch sinnvoll (kurze Wege) demnächst als Brennholz zur Beheizung von Teilen meines selbstbewohnten Hauses zu verwenden.

Eine Einschränkung der Bewirtschaftungsmöglichkeit dieses Flurstücks hätte für mich zur Folge, dass ich entsprechendes Heizmaterial ggfs. teuer zukaufen müsste, was mich angesichts meiner geringen Einkünfte vor erhebliche finanzielle Belastungen stellen würde.

Ich bitte Sie, diese Aspekte auch zu berücksichtigen und Ihre Planungen deswegen nicht weiter zu verfolgen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit

	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

**Inhalt****1. Allgemein:**

Ich kritisiere, dass es für mich kaum möglich war, aus den Ihrerseits zur Verfügung gestellten Unterlagen (Kartenmaterial) meine Betroffenheit festzustellen. Es kann nichtsein, dass ich als Betroffener derart suche muss, um an zuverlässige Informationen zu kommen.

**2. Persönliche Betroffenheit:**

Nach Sichtung der Karten bin ich vermutlich wie folgt betroffen: Diese Grundstücke [ANONYMISIERT] stellen unter anderem meinen Forstbetrieb / landwirtschaftlichen Betrieb dar, den ich seit 37 Jahren führe und von meinem Sohn weitergeführt werden wird. Nun möchten Sie Teile meiner Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausweisen.

Dieser Planung widerspreche ich und erwarte, dass diese Planung zurückgenommen wird! Der Großteil meiner land- & forstwirtschaftlichen Flächen befinden sich bereits im Naturschutzgebiet Siebengebirge (NSG SG). Ihre derzeitige Planung würde die Bewirtschaftung und Entwicklung meines Betriebs existenziell gefährden. Ich will auf den noch nicht im Naturschutzgebiet befindlichen Flächen weiterhin selbst entscheiden, wie ich meine Flächen bewirtschafte.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, ?linienhafte? Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit



	<p>herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>
--	--

**Inhalt**

Wir sind Besitzer folgender Flächen in der Gemeinde Swisttal, für die der vorliegende Entwurf zur Neuauflistung des Regionalplans Köln eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? (BSLE), ?Schutz der Natur? (SN), ?Grundwasser und Gewässerschutz? (FG) und ?Regionale Grünzüge? (RG) vorsieht:

[ABBILDUNG] [ANONYMISIERT]

Aus dieser Darstellung wird ersichtlich, in welchem hohem Ausmaß wir von den geplanten Änderungen in dem Regionalplan betroffen wären. Auf diesen Flächen, die derzeit an landwirtschaftliche Betriebe verpachtet sind, wurde und wird traditionell landwirtschaftliche Produkte, im speziellen Getreide, Raps und Zuckerrüben in konventioneller Landwirtschaft mit hohen Anforderungen an Umwelt- und Produktstandards angebaut. Bei Umsetzung der im Entwurf zum Regionalplan ausgewiesenen ?Schutzflächen? ist, insbesondere unter Einbeziehung des EU-Entwurfes ?Verordnung zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln - ?Sustainable Use Regulation?, diese traditionelle Bewirtschaftung nicht mehr betriebswirtschaftlich möglich. Sowohl die Möglichkeit zum Pflanzenschutzmitteleinsatz, als auch zum Düngemittleinsatz wird durch die Ausweisung der genannten Flächen als ?BSLE? oder ?RG?, aber insbesondere auch durch die Ausweisung als ?SN? und ?FG? entweder ganz verhindert oder doch deutlich reduziert. Dies führt in der konventionellen, aber auch in der biologischen Landwirtschaft zu massiven Ernteverlusten, die eine betriebswirtschaftliche landwirtschaftliche Nutzung der genannten Flächen so gut wie unmöglich macht. Dies hat zur Folge, dass wir als Flächenbesitzer einerseits mindestens eine Verringerung, wahrscheinlicher aber einen Totalverlust unserer Pachterträge zu erwarten hätten. Gleichzeitig geht damit ein Wertverlust der betroffenen Flächen einher, die dann kaum noch sinnvoll genutzt werden können. Dieser Ertrags- und Wertverlust ist bei unveränderter Planung so bedeutsam, der Eingriff so unverhältnismäßig, dass wir gezwungen wären, gegen den Regionalplan Klage zu erheben.

**Allgemeine Einschätzung**

Die Einteilung der verschiedenen Schutzbereiche im vorliegenden Entwurf verwundert sehr. Es ist nicht ersichtlich, warum sowohl die hier genannten, als auch benachbarte Flächen (im Raum Swisttal) allgemein als Schutzgebiete geplant werden. Es handelt sich hier um eine durch nachhaltige Bewirtschaftung entstandene landwirtschaftliche Kulturlandschaft. Diese zu ?schützen?, indem genau diese traditionell genutzte

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten

Bewirtschaftung faktisch unmöglich gemacht wird, ist zum Scheitern verurteilt. Gleichzeitig ist nicht zu erwarten, dass durch diese Einteilung und die sich daraus ergebenden Folgen ein Mehrwert sowohl im Hinblick auf Natur- und Landschaftsschutz als auch auf die genannte Erholung der Bevölkerung erreicht wird: Ein Feld voller Disteln dient weder Tier noch Mensch.

Will man diese Landschaft tatsächlich erhalten, wäre es sinnvoller mittels Vertragsschutz die Grundlagen, durch welche sie entstanden ist, zu sichern. Ein weiterer Aspekt, den der vorliegende Regionalplan außer Acht lässt, ist die gesamt- und weltpolitische Lage:

- Zunehmende Trockenheit
- Versorgungssengpässen durch den Krieg in der Ukraine
- Wirtschaftlichen Abhängigkeiten von politisch instabilen Ländern
- Preisinflation

All diese Rahmenbedingungen machen eine Sicherstellung der inländischen bzw. innereuropäischen Versorgung der Bevölkerung mit regionalen, nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln eine zwingende Aufgabe der deutschen wie europäischen Politik.

Die Landwirte in der Region Swisttal kommen dieser Aufgabe in professioneller Weise nach ? noch, da der vorliegende Regionalplan, der die genannten

Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt, sie davon künftig abhalten wird. Auch aus diesem Grund ist der Regionalplan abzulehnen.

Angesichts unseres Vortrages fordern wir Sie dazu auf, von der Aufnahme der genannten Ackerflächen im speziellen sowie der Gemeinde Swisttal im Allgemeinen in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-2030	
1005174	
1009561_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer von Flächen im Umfang von etwa 42 ha in Meckenheim Altendorf/Ersdorf, die alle verpachtet sind. Die Flächen soll laut Neuaufstellung des Regionalplans zum Teil als Gebiet ?Schutz der Natur? bzw. ?Schutz der Landschaft und Erholung? ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch zum Teil um hochwertige Ackerland- und Sonderkulturflächen. Auch ist der in meinem Eigentum stehende Forst sowie das Grünland überplant.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan nochverstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

hiermit möchte ich zu dem ausliegenden Entwurf eines neuen Regionalplan im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die Möglichkeit der Stellungnahme wahrnehmen. Ich bewirtschafte Inder Gemeinde Eitort Ortsteil Halft einen landwirtschaftlichen Vollerwerbbetrieb mit intensiver Viehhaltung. Der Schwerpunkt des Betriebes liegt auf der Milchviehhaltung mit Weidegang. Der Betrieb soll in ein paar Jahren von meiner Tochter übernommen werden. Im Regionalplan ist eine Wohnbebauung ca. 50 Meter von meinem Betrieb geplant, die Flurbezeichnung dieser Fläche ist ? ober der Kaule?. Diese Fläche wird von mir als Sommerweide intensiv für den Weidegang genutzt. Falls die Wohnbebauung an meinem Betrieb heranrückt. Sehe ich massive Probleme für die Bewirtschaftung und Weiterentwicklung meines Betriebes. Die ich in Folgendem auszählen möchte: ? Probleme beim Ausbringen von Gülle, ? Belästigung durch Fliegen und Bremsen beim Weidegang, ? Geruchsbelästigung durch Tiergeruch, ? Geruchsbelästigung durch Stallgeruch, ? Geruchsbelästigung durch Fütterung von Silage, ? Geruchsbelästigung durch Lagerung durch Silage, ? Geruchsbelästigung durch Mist und Cüllelagerung, ? Lärmbelästigung durch Kuhbiöcken, ? Lärmbelästigung durch Fütterung der Tiere mit Traktoren und Mischwagen jeden Tag, ? Lärmbelästigung durch Erntearbeiten und Gülleausbringen, ? Lärmbelastung an Sonn- und Feiertagen. Bei einigen dieser Autzählungen gab es leider schon öfter Probleme. Hiermit möchte ich noch anmerken das ein Heranrücken der Wohnbebauung meinem Nachbar [ANONYMISIERT], Vollerwerbbetrieb mit intensiver Milchviehhaltung 120 Milchkühe in Ganzjähriger Staithaltung genauso wie mich betreffen wird, mit denselben Problemen. Ferner möchte ich noch erwähnen das Ich meinen Bedenken gegen eine heranrückende Wohnbebauung auf einer Informationsveranstaltung für die Grundstückseigentümer, von der Gemeinde Eitort einberufen, vorgebracht habe. Diese wurde dort mit wohlwollen aufgenommen mit der Äußerung des damaligen Bürgermeisters: ?Es gibt ja zum Glück in der Gemeinde genügend bessere geeignete Flächen zur Wohnbebauung.?. In der Gemeinde Eitort gibt es mehrere großflächige zur Wohnbebauung geeignete Flächen, die zum Teil erschlossen, in der Planung und sogar vollerschlossen sind. Es wäre sinnvoll diese erst zu nutzen oder weiterzuentwickeln, bevor man 2 Landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben mit Zukunft und Hofnachfolgern ein Wohngebiet mit allen Problemen vor die Nase zu setzt! Angesicht meines Vortrages fordere ich Sie dazu auf von der Aufnahme der oben genannten Fläche in die geplante Flächenkulisse abzusehen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Einwendung und würde mich über eine Rückäußerung freuen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der hier angrenzende ASB ist bereits im aktuellen Regionalplan festgelegt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die tatsächliche bauliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung. Die Abgrenzungen der ASB sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke oder Nutzungen in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung, d.h. die Gemeinde Eitort muss nicht bis an den Rand des dargestellten ASB eine bauliche Nutzung vorsehen. Im Rahmen der Bauleitplanung sollen alle räumlichen Konflikte wie z.B. Wohnen und Landwirtschaft nach Möglichkeit ggf. durch geeignete Maßnahmen gelöst werden.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes,

	insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

**Inhalt****Betriebssituation:**

Meinen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb bewirtschaftete ich bis 2019 in der Gemeinde Swisttal. Mit Erreichen der Altersgrenze ging ich in den Ruhestand. Meine Eigentumsflächen habe ich an verschiedene Betriebe verpachtet. Im Einzelnen handelt es sich um Ackerbau mit Getreide, Raps, Erbsen, Zuckerrüben und Kartoffeln. Weitere Pächter haben Erdbeeren und Äpfel als Sonderkulturen im Anbau. Die Äpfel werden im biologischen Anbau geführt. Beide Kulturen sind auf Bewässerung angewiesen.

**Zum Regionalplan:**

Der vorliegende Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sieht insbesondere für die Gemeinde Swisttal eine großflächige Ausweisung bzw. Ausweitung von Bereichen zum ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? (BSLE) vor. Damit wird das Regel-Ausnahmeprinzip von Schutzgebietsausweisungen soweit umgekehrt, dass nun die ?Allgemeinen Freiraum-Agrarbereiche? und damit die Landwirtschaft, von der Regel zur Ausnahme werden. Bei den betroffenen Freilandbereichen, die durch nachhaltige Bewirtschaftung entstanden sind, handelt es sich um landwirtschaftliche Kulturlandschaften.

Die so entstandenen Bereiche, die nun als schützenswert eingestuft werden, dürfen nicht planerisch falsch zugeordnet und vereinnahmt werden. Deshalb meine Anregung, die Formulierung im alten Regionalplan zu erhalten.

Diese lautet: ?Bei der Umsetzung der Ziele für BSN in der Fachplanung muss diese den konkreten lokalen Bedingungen ? insbesondere gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ? Rechnung tragen? (siehe Regionalplan Seite 47, Ziel 3).

**Agrarstrukturelle Bedenken:**

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, Teilabschnitt Region Bonn/ Rhein-Sieg, 2. Auflage/Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) sind die Freiraumbereiche im Bereich Rheinbach-Peppenhoven mit der zweckgebundenen Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) gekennzeichnet. In diesem Bereich wird intensiver Ackerbau betrieben. Großflächige, intensiv geführte Apfelpflanzungen, mit einer notwendigen Möglichkeit zur Bewässerung, befinden sich in diesem Bereich.

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans ist die zweckgebundene Nutzung,

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Vorranggebiete für landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden

?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung? (Planzeichen A) für die Freiraumbereiche im Bereich Rheinbach-Peppenhoven, Gemarkung Ramershoven, Flur [ANONYMISIERT] entfallen.

Die bisherige zweckgebundene Nutzung ?Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung (Planzeichen A), ist für den genannten Bereich in den Entwurf des neuen Regionalplans zu übernehmen.

Begründung:

Sicherung des regionalen Obst- und Gemüseanbaus auf klimatisch und ackerbaulichen Grundstandorten;

Einsparung von CO<sub>2</sub> durch kurze Transportwege zum Verbraucher im Vergleich zu klimaschädlichen Importen;

Sicherung der vorhandenen Beregnungsinfrastruktur und betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten;

Werterhaltung der Flächen im Hinblick auf die Möglichkeit der Verpachtung zu angemessenen Preisen.

In dem besprochenen Gebiet ist mein Betrieb mit ca. fünf ha eigener Ackerfläche betroffen.

In dem derzeit gültigen Regionalplan des Regierungsbezirks Köln Stand 2009 (im Folgenden ?Aktueller RP?) sind die Freiraumbereiche östlich der A61, im Bereich Gemarkung Miel [ANONYMISIERT] als Freiraum und Agrarbereiche beschrieben. Der Bereich ist gekennzeichnet durch intensiven Ackerbau, angrenzende Reitbetriebe und einen Modellflugplatz.

Im Entwurf zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln aus Dezember 2021 ist der Freiraum östlich der A61 im Bereich Gemarkung Miel, mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? gekennzeichnet ohne, dass dort im Vergleich zum Zeitpunkt der Aufstellung des aktuellen RP im Jahr 2009 eine wesentliche Veränderung der Landnutzung oder eine ökologische Aufwertung vollzogen worden wäre.

Durch das Fehlen entsprechend aktueller Erhebungen des LANUV entbehrt diese großflächige Ausweisung als BSLE einer geeigneten Grundlage. Da die Belange der Landwirtschaft nicht abgewogen und berücksichtigt worden sind, ist die Ausweisung fehlerhaft. Die zu erwartenden nachgeordneten Ausweisungen im Rahmen der Landschaftspläne als Landschaftsschutzgebiet (LSG) bedeuten zudem eine unverhältnismäßige Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung. Hier verweise ich auf den Verordnungsentwurf der EU, der eine Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch in Landschaftsschutzgebieten vorsieht.

Die bisherige Freiraumfunktion ?Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche? ist für den genannten Bereich in dem Entwurf des neuen Regionalplans beizubehalten, da sie der

i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.



tatsächlichen Sachlage entspricht.

In dem besprochenen Gebiet ist mein Betrieb mit ca. 20 ha eigener Ackerfläche betroffen.

Flächenkulisse, die Gebiet zum Schutz der Natur ausweist.

Im Entwurf RP ist der Freiraumbereich südlich der B56, [ANONYMISIERT] mit der Freiraumfunktion ?Schutz der Natur? gekennzeichnet. Bei dieser Ausweisung handelt es sich um intensiv genutzte Ackerflächen, die zwischen der Bundesstraße 56 und dem Betriebsgelände der Golfbetreibergesellschaft Schloss Miel liegen. Die Flächen weisen keinerlei ökologisch wertvolle Landschaftselemente oder Biotop auf und sind durch ihre geringe Breite und die stark befahrene B 56 und den angrenzenden Bereich Golf, weder als Brut- noch Nahrungshabitat für Tiere des Offenlandes geeignet. Die bezeichneten Flächen sind in die Freiraumfunktion ?Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche? zurückzuführen.

In dem besprochenen Gebiet ist mein Betrieb mit ca. fünf ha Ackerfläche betroffen.

Begründung:

Der regionale Obst- und Gemüseanbau auf klimatisch und ackerbaulichen Grundstandorten muss gesichert werden. Dank regionaler Landwirtschaft haben wir kurze Transportwege zum Verbraucher. Diese gilt es zu erhalten, denn so werden CO<sub>2</sub>-intensive Importe vermieden. Ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise. Unsere landwirtschaftliche Kulturlandschaft, die durch nachhaltige Bewirtschaftung vieler Generationen entstanden ist muss erhalten bleiben. Mit unserem sorgfältigen, nachhaltigen Ackerbau, wird die regionale Erzeugung von preiswerten und gesunden Lebensmitteln gewährleistet. Die Abhängigkeit der BRD in anderen Wirtschaftsbereichen, die wir täglich vorgeführt bekommen, muss im Bereich der Lebensmittelversorgung verhindert werden. Im Hinblick auf die Möglichkeiten der Verpachtung zu angemessenen Preisen, muss die Werterhaltung der Flächen gewährleistet bleiben. In diesem Zusammenhang weise ich auf die besondere Situation in der Landwirtschaft hin; Bei einer sehr geringen landwirtschaftlichen Rente, trägt die Pachteinnahme zur grundlegenden Sicherung der Altersversorgung bei. Mit der Umsetzung des Regionalplans Köln, wird es in vielen Bereichen zu erheblichen Einschränkungen für die Landwirtschaft kommen, mit Wertverlusten bei Pacht und Grundstückspreisen. In der Konsequenz ist dieses einer kalten Enteignung gleichzusetzen.

Auch deshalb wende ich mich strikt gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich fordere Sie dazu auf, meine Einwendungen zu berücksichtigen und sehe Ihrer Antwort mit großem Interesse entgegen. Sie erreichen mich unter oben genannter

Adresse oder per Mail [ANONYMISIERT].

AZ: Ö-P-2033	
1005180	
1009840	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in 50171 Kerpen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 30 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. 30 ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-2034	
1002689	
1009988	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit widerspreche ich der Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Unsere Parzellen liegen im Kreis Düren bzw. in der Gemeinde Niederzier. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln würden unsere Parzellen im Gebiet Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Regionale Grünzüge sowie Überschwemmungsbereiche und Grund- und Gewässerschutz liegen. Dem widerspreche ich ausdrücklich.</p> <p>[s. Anhang Abb. 100998_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb. ID1009972_01.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.</p> <p>Die Überschwemmungsbereiche liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von ÜB und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden</p>

Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut

	<p>LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen).</p>
--	--

AZ: Ö-P-2094	
1005495	
1010837	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betreff: Stellungnahme Regionaiplan Kreis Heinsberg/Städteregion Aachen/Kreis Düren</p> <p>Als Landwirt aus Jülich bewirtschaftete ich Flächen in den oben genannten Kreisen, die nach der Neuaufstellung des Regionalplans als Flächen ? mit Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung? (BSLE-Flächen) ausgewiesen werden. Da eine genaue Definition der Schutzfunktionen in diesen Bereichen nicht geklärt ist, bleibt zu befürchten, dass in diesen Bereichen durch ein missverständliche Interpretation es zukünftig zu Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung kommen kann. Ich bitte Sie deshalb in der Neuaufstellung Flächen, die auch zukünftig für die wichtige landwirtschaftlichen Primärproduktion erhalten bleiben sollen /müssen, auch eindeutig als solche auszuweisen. Durch den Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen ist gleichzeitig die Naherholungsfunktion der Bevölkerung gesichert.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-2096	
1005497	
1011178	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 2,89 Hektar meiner verpachteten Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Natur und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden sollen. Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Beschränkungen in der Nutzung oder in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würden jedoch die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden, da bei Ackerlandflächen eine wirtschaftlich sinnvolle Bearbeitung nicht mehr möglich ist.</p> <p>Zudem ist auf den beträchtlichen Wertverlust der Fläche hinzuweisen.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-2097

1005497

1011526

**Inhalt**

Unsere Felder haben seit über 50 Jahren dieselbe Bedeutung für uns wie im Rechtsrheinischen der Stadtwald und sonstige Parks.

Wir brauchen sie zur Erholung und Köln braucht sie als Luftschneise

**Abwägung**

**Typ**

Hinweis

**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Erläuterung**

Sie enthält keine konkreten Anregungen oder Bedenken bezogen auf die vorgesehenen Planfestlegungen.

AZ: Ö-P-2098	
1005498	
1010846	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich wende mich dagegen, dass etwa 8 Hektar meiner Grünlandflächen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) / Wasserschutzgebiet ausgewiesen werden sollen. Dazu gehören unter anderm folgende Flächen: [ANONYMISIERT]</p> <p>Aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich hinsichtlich dieser Flächen die Besorgnis, dass bei deren Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Düngung, Befahr,- und Beweidung eingeschränkt oder gar untersagt werden kann.</p> <p>Desweiteren ist mit einer erheblichen Ertrags und Wertminderung zu rechnen. Ein Pflanzenschutzmittelanwendungsverbot auf Grünlandflächen wäre mit einem erheblichen und kaum zu leistenden Aufwand bei der Pflege der Flächen verbunden.</p> <p>Ich bitte daher, von einer Überplanung der Flächen mit dem Status Bereich für den Schutz der Natur (BSN) abzusehen und der landwirtschaftlichen Produktion Vorrang einzuräumen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz liegen überwiegend im Freiraum und dienen dem Schutz des Grundwassers, der Oberflächengewässer zur</p>

Trinkwassergewinnung und auch den im Regionalplan-Entwurf festgelegten Talsperren und zukünftiger Trinkwassergewinnung aus Vorsorgebereichen für Talsperren. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der BGG gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III a. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen bezogen auf eine landwirtschaftliche Nutzung vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Für Bereiche in BGG, denen geplante Wasserschutzgebietsverordnungen zugrunde liegen, erfolgt die regionalplanerische Festlegung, um diese vorsorgend vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Bei Überlagerungen von BGG und Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFAB) gemäß G. 20, Waldbereichen gemäß Z. 22 und sonstigen Freiraumfunktionen (vgl. Kapitel 4) wird davon ausgegangen, dass es nicht zu grundsätzlichen Ziel- bzw. Nutzungskonflikten kommt.

AZ: Ö-P-2099	
1005499	
1010840_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem neuen Regionalplan Köln und den Planunterlagen nehme ich als Bevollmächtigter der Erbgemeinschaft [ANONYMISIERT] wie folgt Stellung:</p> <p>Das sich in unserem Eigentum befindliche und landwirtschaftlich genutzte Grundstück, Gemarkung Orsbeck, Flur 2, [ANONYMISIERT] erlangte bereits durch den aktuellen Landschaftsplan 11/4 ?Wassenberger Riedelland? durch die Ausweisung zum Landschaftsschutzgebiet eine erste Abwertung und soll jetzt gem. den neuen Planungen zum Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Dies bedeutet eine erneute Wertminderung für das Grundstück, weil die Nutzungen für die Landwirtschaft noch weiter eingeschränkt werden.</p> <p>Auch bei einem Verkauf würde deshalb ein wesentlich niedrigerer Kaufpreis erzielt werden können. Dies kommt einer gewissen Enteignung schon sehr nahe. Gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen und vermutlich dauerhaft anhaltenden Verknappung heimischer Lebensmittel ist die Ausweisung und damit die erneute starke Einschränkung der Nutzung für die Landwirtschaft kontraproduktiv und wenig sinnvoll.</p> <p>Aus den vorgenannten Gründen lehnen wir die Planungen in der vorgelegten Form ab und bitten um Berücksichtigung und Prüfung der v.g. Aspekte die auch bei einer erforderlichen Abwägung der Bedenken schwerlich zu widerlegen sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-2100

1005500

1010843\_001

#### Inhalt

Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Ich bewirtschafte in Bocket einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 25 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung? und ca. ... ha im Gebiet ?Schutz der Natur?.

Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Lage: Geilenkirchen, Gemarkung Geilenkirchen, Flur 24 und Geilenkirchen, Gemarkung Teveren, Flur 11

Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.

Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-2101	
1005501	
1010845_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Erkelenz-Lövenich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 80% ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet ?Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung?.</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <p>geplantes Gebiet: Erkelenz-Lövenich, Erkelenz-Kleinbouslar, Linnich-Kofferen, Linnich-Hottorf</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überpianung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> ??????Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-2102	
1005502	
1010849_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln.</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Raum Erkelenz. Mit den im Regionalplan neu ausgewiesenen Flächen (Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie verbreitertern Feldrandflächen) gehen unserem Betrieb erhebliche Flächen verloren.</p> <p>Bei diesen Flächen handelt es sich um Lösböden mit 80-90 Bodenpunkten. Auf diesen Böden wirtschaften unsere Familien seit vielen Generationen (200 Jahre). Durch die Gesunderhaltung der Böden mit modernster Technik im Dünge- und Pflanzenschutzbereich, erreiche ich heute enorme Erträge im Getreide-, Zuckerrüben- und Maisanbau. Von diesen heutigen Erträgen, haben meine Vorfahren nur träumen können.</p> <p>Es ist doch nicht möglich, dass dieses gute Ackerland nicht mehr zur fachlich geführten Bewirtschaftung genutzt werden darf.</p> <p>Mit meinem Betrieb bin ich auf die Eigentums- und Pachtflächen angewiesen, um meine Familie und meine Eltern weiterhin zu ernähren. Eine Verminderung der Betriebsfläche hat erhebliche Einschnitte in die Betriebsabläufe zur Folge. Dabei kann es bei hohen Flächenverlusten zu einer Existenzbedrohung meines gesamten landwirtschaftlichen Betriebes führen.</p> <p>Bei anhaltendem Flächenverbrauch werden zudem die Pachtpreise weiter steigen, sodass ich heute schon fast nicht mehr kostendecken produzieren kann.</p> <p>Ich bin heute schon mit meinen Ackerflächen durch den Braunkohlentagebau Garzweiler und den umgesiedelten Dörfern stark betroffen.</p> <p>Außerdem ist der Rückgang der heimischen und regionalen Produktion auf den Ackerflächen die Konsequenz, dass irgendwann unsere hochwertigen Lebensmittel für den Lebensbedarf der Allgemeinheit nicht mehr ausreichen.</p> <p>Die Folge wären dann Importe aus Übersee (CO2 Fußabdruck???) Unter welchen Voraussetzungen werden diese Lebensmittel produziert und transportiert?</p> <p>In der Hoffnung, dass unsere bäuerliche Landwirtschaft überlebt, berücksichtigen Sie</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

meine Bedenken.



AZ: Ö-P-24

1001150

1000682

#### Inhalt

Betreff: Einspruch gegen die Bebauung der freien Flächen  
Bericht im Leverkusener Anzeiger

Ich bin gegen die Bebauung der ausgewiesenen Grundstücke. Man kann einfach nicht jedes noch so kleine Fleckchen Natur zubetonieren. Wie Sie sicherlich wissen, braucht eine Industriestadt wie Leverkusen ausreichend sog. Frischluftschneisen und, was auch sehr wichtig ist, ausreichend Flächen um Sickerwasser bei zunehmenden Starkregenfällen aufzunehmen.

Einige Nutznießer der Bebauungspläne sind allein die Investoren. Und die lachen sich ins Fäustchen. Innerhalb der Stadt Leverkusen gibt es ausreichend bebaubare Flächen um Wohnraum zu schaffen.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-P-25	
1001137	
1011197	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die Beteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans gem. Aufstellungsbeschluss soll in der Zeit vom 07.02.2022 bis zum 31.08.2022 erfolgen. Die Kommunen wurden bereits zu sogenannten "Kommunalgesprächen" im 2. Halbjahr 2017 gebeten, die der Sondierung und der Anmeldung von Interessen dienen sollten. Der von der Landesplanungsbehörde hierfür vorgelegte Datenbestand ist, zumindest in einer Kommune, seit mindestens 25 Jahren falsch. In den Kommunalgesprächen wurde, seitens der Kommune und auch der Landesplanung der Bezirksregierung, keine Korrektur durchgeführt. Träger öffentlicher Belange werden seither wissentlich von ihnen mit falschen Daten versorgt und in die Irre geführt. Dies geht soweit, dass selbst Gesetzentwürfe des Landtages durch ihre wissentlich falschen Datenangaben beeinflusst und verfälscht werden.</p> <p>Bitte beantworten sie mir doch deshalb folgende Fragen.</p> <p>1. Der Bebauungsplan Tetz Nr. 1, Bereich Sengelskamp wird auf Anweisung der Landesplanungsbehörde falsch ausgewiesen. 50.000 m2 Wohnbaufläche des rechtskräftigen Bebauungsplans werden von ihnen als Landschaftsschutzgebiet dargestellt. Jeder Kundige weiß, das Wohnbaugebiet kein Schutzgebiet sein kann. Die Stadt Linnich dokumentiert hierzu nach langen Gesprächen mit der Landesplanung: "Allerdings muss auf die Ausweisung der Wohnbaufläche im Bereich Sengelskamp verzichtet werden". Dies war erforderlich um den Bebauungsplan Tetz Nr.: 10 genehmigungsfähig zu machen und welcher von ihnen dann 1997 rechtswidrig genehmigt wurde. Nach welcher Rechtsgrundlage weisen sie eine "nicht Ausweisung" einer Wohngebietsfläche von 50.000 m2 eines rechtskräftigen Bebauungsplans an? Wo im Gesetz ist geregelt wie eine "nicht Ausweisung" durchzuführen ist? Nach den gesetzlichen Regelungen besteht meines Wissens, nur die Möglichkeit der Bebauungsplanänderung, die von ihnen kontrolliert und genehmigt werden muss.</p> <p>2. In den Kommunalgesprächen erhielten die Vertreter der Bezirksregierung eine Karte mit den Entwicklungsvorstellungen der Stadt Linnich. (s. Anlage 1: Regionalplan Köln; Grundlagenkarte Kommunalgespräch Linnich)</p> <p>Wie unschwer erkennbar ist fehlen, in ihrer Datenquelle, für die Ortschaft Linnich - Tetz, wie von ihnen angewiesen, die nicht auszuweisenden 50.000 m2 Wohnbaugebiet. Als Entwicklungsvorstellung werden ihnen jedoch durch die Stadt Linnich, als moderate Abrundung der Ortschaft neue 200.000 m2 Wohnbaugebiet aufgezeigt. Hierbei handelt es sich jetzt jedoch tatsächlich um Landschaftsschutzgebiet, welches dem "Flächenfrass" somit zum Opfer fällt. Durch ihre Anweisung zur "nicht Ausweisung", sind ihnen die tatsächlichen Gegebenheiten bekannt. Für eine Ortschaft von ca. 1300 Einwohner ein Irrsinn. Wieso arbeiten sie mit rechtswidrigen Datenquellen? Wer</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (AFAB).</p> <p>Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung "Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren" möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) den Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in  4 BSN und  2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p>

überprüft die tatsächlichen Gegebenheiten? Wurden sie von der Kommune hintergangen? Ist diese Vorgehensweise in der Landesplanungsbehörde gängige Praxis und wird nun durch die Stadt Linnich nur die Spitze des Eisbergs, der rechtswidrigen Darstellungen sichtbar?

3. Die Stadt Linnich befindet sich z.Zt. erneut in Abstimmungsgesprächen mit der Landesplanung bezüglich der Neuaufstellung ihres Flächennutzungsplans. Die Gespräche werden durch das Planungsbüro VDH durchgeführt. Als Grundlage dienen die Vorgaben der Landesplanung. In den von ihnen gemachten Vorgaben werden die 50.000 m2 Wohnbaugebiet nicht berücksichtigt. Würde dieses Wohnbaugebiet berücksichtigt, wäre zumindest in der Ortschaft Tetz, keine weitere Ausweisung von Wohnbaugebiet möglich. (s. Anlage 2: Zahlenmaterial der Landesplanung der Bezirksregierung. Verwendet vom Planungsbüro VDH)

Wieso wird von ihnen falsches Zahlenmaterial zur Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans verteilt? Wird erneut, auf der rechtswidrigen "nicht Ausweisung" von 50.000 m2 Wohnbaugebiet, ein neuer FNP für die Stadt Linnich genehmigt oder genehmigungsfähig gemacht? (s. Anlage 3: Tetz Gegenüberstellung der Planung. Planungsbüro VDH)

4. Im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landtag Nordrhein-Westfalen wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein - Westfalen" Teil der Begründung war der LEP und die damit verbundenen Regionalpläne. In ihrem Regionalplan wurden 50.000 m2 Wohnbaugebiet bewusst als Landschaftsschutzgebiet falsch ausgewiesen. Wieso verbreiten sie falsches Datenmaterial? Kontrollieren sie nicht was sie an Datenmaterial, Trägern öffentlicher Belange, für ihre Stellugnahmen, zur Verfügung stellen?

5. Die 50.000 m2 Wohnbaugebiet des Bebauungsplan Tetz Nr. 1, Bereich Sengelskamp wurden seitens der Stadt Linnich bisher weiterhin nicht ausgewiesen. Nachdem im November 2020 Bauvoranfragen bezüglich des Wohnbaugebietes gestellt wurden, bestätigte die Stadt Linnich nach nunmehr fast einem Jahr die Rechtmäßigkeit der Wohngebietsfläche wie folgt: "Die Prüfung durch die für die Stadt Linnich beauftragte Anwaltskanzlei ergab weiterhin, dass der Bebauungsplan Tetz Nr. 1 rechtskräftig ist und auch solange bleibt, bis er durch ein förmliches Verfahren wieder geändert oder aufgehoben wird." !!! Ein förmliches Verfahren und keine Nichtausweisung !!! Ich denke, dass ihnen die Dringlichkeitsentscheidungen zur 4. Änderung des Bebauungsplans Tetz Nr. 1, sowie die damit verbundene Veränderungssperre (besser: rechtswidrige Verhinderungssperre), bekannt sind. In der Begründung zur Veränderungssperre wird ihre, im Regionalplan rechtswidrige Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet herangezogen. Ein rechtskräftiges Wohnbaugebiet mit 50.000 m2 Bestandsfläche, wurde wegen der Nichtausweisung nicht genutzt und bis jetzt verleugnet. (schauen sie in ihren Regionalplan) Es werden dafür lieber 200.000 m2 ökologisch wertvolles Ackerland und gleichzeitig Landschaftsschutzgebiet für neues Bauland geplant und somit vernichtet, was ihnen seit 2017 bekannt ist. Meines Erachtens fördern sie hiermit den "Flächenfrass" zur Zerstörung der Natur und Umwelt. Sogar Gesetzentwürfe

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

werden dadurch im Vorfeld sabotiert. Trotz Prüfung durch eine Anwaltskanzlei und Bestätigung eines rechtskräftigen Bebauungsplans, erfolgten: Keine Änderung des rechtskräftigen FNP. Ebenfalls keine Änderung der Entwicklungspotenziale bezüglich der Neuaufstellung des Regionalplans. Sind diese rechtswidrigen Arbeitsweisen bei der Kommune, dem Kreis und bei der Landesplanung der Bezirksregierung gängige Praxis?

6. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sie ihre eigenen Vorgaben bei den „Grundsätzen der Siedlungspolitik“ ignorieren. (s. Anlage 4: Grundsätze der Siedlungsentwicklung) Hier sei nochmals erwähnt: 50.000 m<sup>2</sup> Bestandsfläche Wohnbaugebiet eines rechtskräftigen BP entgegen den 200.000 m<sup>2</sup> neu geplante Erweiterung und Zerstörung von Landschaftsschutzgebiet, als Wohnbaugebiet, für eine Ortschaft (Linnich -Tetz) mit 1300 Einwohnern. Meines Erachtens hat ihre augenscheinlich rechtswidrige Arbeitsweise schwerwiegende Folgen. Vom FNP über den Bebauungsplan und dem Gesetzentwurf bis hin zu massiven Eingriffen in die Landschaftsschutzgebiete wirkt sich ihre, an die Stadt Linnich gerichtete Aufforderung, der „nicht Ausweisung“ der Wohngebietsfläche eines rechtskräftigen Bebauungsplans aus. Im Zuge der anhängenden Klagen, findet sicherlich auch eine Prüfung, in wie weit die Landesplanung der Bezirksregierung auf die rechtswidrige Arbeitsweise Einfluss genommen oder sogar aktiv mitgewirkt hat, statt.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

[s. Anhang Abb. StnID\_1011197]

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID1011197\\_1.pdf](#)

AZ: Ö-P-26	
1001165	
1000749	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen vorgesehene Festsetzungen zum Regionalplan. Dies betrifft die angedachte Erweiterung des Wohnsiedlungsbereichs in Eikamp nördlich der Straße Oberscheid. Städtebaulich gesehen grenzt die Straße Oberscheid die Bebauung ab. So ist auch die bisherige Darstellung im bestehenden Regionalplan begründet. Eine Ausdehnung darüber hinaus ist ein vordringen in den unverplanten Außenbereich sowie in das ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet. Es gibt keinen erklärlichen Grund, dass hier der geschützte Freiraum in Anspruch genommen werden soll. Der Gedanke einer städtebaulichen Abrundung zieht hier ebenfalls nicht. Das auf der gegenüberliegenden Seite der Schalleicher Straße vorhandenen Feuerwehrgerätehaus gibt hier zudem keine Rechtfertigung. Eine Bebauung verändert den Charakter dieses Bereichs, künftige notwendige Agrarflächen gehen verloren. Ich bitte zum Erhalt und Schutz des Freiraums um Rücknahme der ausgewiesenen Siedlungsfläche, bzw. der vorgesehenen Erweiterung, bis zur Straße Oberscheid. Maßgeblich sollte hier die bestehende Darstellung des Wohnsiedlungsbereichs sein. Eine etwaige Aussage, dass der Regionalplan in seinem Maßstab sehr klein und grob sei kann nicht herangezogen werden, da in dem Plan die Straße zeichnerisch eindeutig erkennbar ist. Eine etwaige Aussage, dass eine konkrete Umsetzung erst durch die anschließende gemeindliche Planung mit den Beteiligungsverfahren konkretisiert werden kann wäre zudem nicht akzeptabel, da mit einer Darstellung im Regionalplan bereits der Fuß in der Tür ist. Zudem sind im gemeindlichen Flächennutzungsplan deutlich weit aus mehr ausgewiesene Bauflächen vorhanden als der vom Ministerium ermittelte künftige Bedarf. Ein nachvollziehbarer Grund für noch mehr künftige Baulandreserveflächen zu Lasten einer Reduzierung der Freiflächen ist auch deshalb nicht begründbar. Abschließend bitte ich nochmals eindringlich dem landesplanerischen Ziel zum Schutz des Freiraums an dieser Stelle die höhere Priorität einzuräumen und die dargestellte Siedlungsfläche, wie im beigefügten Plan gekennzeichnet, bis an die Straße Oberscheid zurückzunehmen.</p> <p>[s. Anhang Abb. 1000749_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1000749_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-P-32	
1001157	
1009104	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>ich bitten um Prüfung und Berücksichtigung der nachfolgenden Anmerkungen sowie deren Ergänzungen im Regionalplan, insbesondere in den entsprechenden Karten. Um Eingangsbestätigung und Antwort wird gebeten.</p> <p>Punkte:</p> <p>? Umgehungsstraße Knotenpunkt Hersel / Verbindungsstraße L300 mit L118</p> <p>Mit Bezug auf die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanplans Köln, Karte des Rhein-Sieg-Kreis, ist festzustellen, dass die geplante Verbindungsstraße der L300 mit der L118 / Umgehungsstraße (Südumgehung) Knotenpunkt Hersel, nicht eingezeichnet ist (vgl. Anlage 1). Der Rat der Stadt Bornheim hat mit den Vorlagen 312/2020 und 067/2020 die Realisierung einer Umgehungsstraße für den nicht zu optimierenden und völlig überlasteten Bahnübergang am Haltepunkt Hersel beschlossen. In der textlichen Festsetzung des Regionalplan heißt es, dass die bestehende Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig erhalten werden soll und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Durch die Sicherung und Weiterentwicklung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur sollen die räumlichen Voraussetzungen für die Mobilität von Personen und Gütern in der Region bewahrt werden. Die Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes soll sich an der bestehenden Raumstruktur und der zentralörtlichen Gliederung orientieren und die Wechselwirkungen der einzelnen Verkehrsträger untereinander berücksichtigen. Gerade diese regionalplanerisch bedeutsame Verbindung zweier Landesstraßen, die obendrein vom Rat der Stadt Bornheim beschlossen wurde, muss der Karte des Regionalplans hinzugefügt werden.</p> <p>Ich bitte eindringlich um Ergänzung in der grafischen Darstellung des Regionalplans.</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1009104_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.</p>

1009105	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>? Stadtbahntrasse Auerberg-Buschdorf-Hersel</p> <p>Auf Seite 169 ist in der textlichen Festsetzung zur Bezeichnung der sonstigen regionalbedeutsamen Schienenwege ohne räumliche Konkretisierung unter anderem eine Verlängerung der Stadtbahn von Auerberg nach Buschdorf Mitte/Ost beschrieben. Auf den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanplans Köln, Karte des Rhein-Sieg-Kreis / Bonn, ist festzustellen, dass diese geplante Verlängerung von Bonn-Auerberg auf die L300 führt, von dort weiter auf das derzeit stillgelegte Gütergleis in Richtung Hersel (vgl. Anlage 1). Im vorausgegangenen Regionalplan wurde dieses geplante Gleis noch gänzlich auf/entlang der L300 bis zum Haltepunkt Hersel fortgeführt. In der neuen Variante des Regionalplans scheint eine Verlängerung bis Hersel zielführend, da sich in Hersel bereits zwei Kopfbahngleise / Gleisenden befinden, die unter geringem Aufwand zu Endhaltestellen ausgebaut werden könnten. Gleichzeitig soll der Bereich des Haltepunktes Hersel in den kommenden Jahren im Rahmen des Baugebietes Hersel 09 (He 09) umgestaltet werden. Hier ließe sich sehr leicht ein entsprechender Ausbau des Endhaltepunktes integrieren. Gleichzeitig ist festzustellen, dass der alternativ eingezeichnete Gleisbogen vom Haltepunkt BonnBuschdorf kommend in Richtung Gütergleisstrecke Hersel-Buschdorf womöglich nicht mit der geplanten Umgehungsstraße/ Verbindung L300-LI18 zu vereinbaren ist.</p> <p>Es wird um Ergänzung von Hersel als möglichem Endhaltepunkt, anstelle von Buschdorf, der Verlängerung der Stadtbahn von Auerberg kommend gebeten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

1009106	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>? Lückenschluss Radweg entlang der L300</p> <p>Mit Bezug auf die Erläuterungskarte 12 Radwege ist festzustellen, dass der Radweg entlang der L300 nicht aufgeführt ist (vgl. Anlage 2). Hier fehlen nicht bloß die bereits ausgebauten Teile zwischen Bonn und Hersel (Richard-Piel-Str.) und ab Urfeld in Richtung Köln, sondern auch der geplante Lückenschluss zwischen diesen Abschnitten. Bei diesem Radweg handelt es sich um einen interkommunalen Radweg zwischen Bonn und Wesseling. Der Fernradweg Koblenz-Köln auf dem Leinpfad entlang führt im Gebiet der Stadt Bornheim durch Hangabrutschgefährdete Abschnitte. Ein Befahren ist auf eigene Gefahr zulässig und bei Hochwasser ist dieser Radweg nicht nutzbar. Deshalb ist der Radweg entlang der L300 umso wichtiger.</p> <p>Es wird um Ergänzung in der entsprechenden Karte gebeten.</p> <p><b>Anhänge</b></p> <p><a href="#">Abb_ID_1009106_1.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b></p> <p>Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b></p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Erläuterungskarte I2 wird der Darstellungssystematik entsprechend fortgeschrieben.</p>



1009107

## Inhalt

? Radwegeverbindung Ville-Rheinschiene entlang Bornheimer Straße und Uedorfer Weg in Bornheim

Mit Bezug auf die Erläuterungskarte 12 Radwege ist festzustellen, dass der von der Stadt Bornheim beschlossene Ausbau der Bornheimer Straße und des Uedorfer Wegs mit begleitendem Radweg als Verbindungsachse zwischen den Rheinorten und dem Radweg entlang der L300 sowie der Ville nicht aufgeführt ist (vgl. Anlage 2). Hier fehlt der geplante Radweg gänzlich. Gerade dieser Lückenschluss ermöglicht den schnellen und reibungslosen Verkehr zwischen dem Teilraum Ville und der Rheinschiene durch den Radverkehr und ist somit zwingender Bestandteil der flächendeckenden und lückenlosen Weiterentwicklung im Sinne der textlichen Festsetzung des Regionalplans.

Es wird um Ergänzung in der entsprechenden Karte gebeten.

## Anhänge

[Abb\\_ID\\_1009107\\_1.pdf](#)

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht der Darstellungssystematik der Erläuterungskarte 12 (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Dargestellt werden klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard sowie Radschnellwege des Landes. Dies ist bei der vorgebrachten kommunalen Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

1009108

#### Inhalt

? Stadtbahnverbindung Bonn-Wesseling-Flughafen Köln/Bonn

Im Rahmen des Stadtbahnprojektes Bonn-Niederkassel-Köln ist eine Rheinquerung (Stadtbahn + Fuß/Radweg) zwischen Lülsdorf und Langei auf der rechten Rheinseite und Godorf auf der linken Rheinseite geplant. In der Zeichnerischen Festlegung des Regionalplan, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist diese Stadtbahntrasse noch mit der Trasse der Rheinspange553 gebündelt (vgl. Anlage 3). Die aus Bonn kommende neue Stadtbahn soll linksrheinisch auf der Eisenbahntrasse der Linie 16 fortgeführt werden. Die entsprechende textliche Festsetzung findet sich auf Seite 168. Rechtsrheinisch ist ebenfalls eine Verlängerung der Trasse der Linie 7 von Zündorf bis Lülsdorf planerisch eingezeichnet. Bei diesen Planungen fehlt eine Verknüpfung/Lückenschluss zum Flughafen. Es muss von vorneherein sichergestellt werden, dass linksrheinische, aus Richtung Bonn kommende Stadtbahnen auf der Trasse der Linie 16 in der Lage sein werden, auf die zukünftige Stadtbahnrheinbrücke bei Godorf aufzufahren und diese zu nutzen. Eine neue Stadtbahntrasse als Lückenschluss vom Ausgangspunkt Lülsdorf oder Langei zum Flughafen KölnBonn muss planerisch ergänzt werden. Eine Stadtbahnverbindung vom Bonner Hauptbahnhof über Wesseling zum Flughafen muss, auch im Sinne der Verkehrswende, zwingend geplant werden.

Es wird um Prüfung, Berücksichtigung und Ergänzung gebeten.

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1009108\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

1009109

#### Inhalt

? DB/S-Bahnverbindung Bonn-Bornheim-Brühl-Wesseling-Flughafen Köln/Bonn  
Im Rahmen des Stadtbahnprojektes Bonn-Niederkassel-Köln ist eine Rheinquerung (Stadtbahn + Fuß/Radweg) zwischen Lülldorf und Langei auf der rechten Rheinseite und Godorf auf der linken Rheinseite geplant. In der Zeichnerischen Festlegung des Regionalplan, Karte des Rhein-Sieg-Kreises, ist diese Stadtbahntrasse noch mit der Trasse der Rheinspange553 gebündelt (vgl. Anlage 3). Die aus Bonn kommende neue Stadtbahn soll linksrheinisch auf der Eisenbahntrasse der Linie 16 fortgeführt werden. Rechtsrheinisch ist ebenfalls eine Verlängerung der Trasse der Linie 7 von Zündorf bis Lülldorf planerisch eingezeichnet. Bei diesen Planungen fehlt eine Verknüpfung/Lückenschluss zum Flughafen. Es sollte geprüft werden, ob es möglich wäre die Trasse der "Querbahn" zwischen Brühl und Wesseling auf die neue Stadtbahnbrücke zu führen, um so eine S-Bahnverbindung aus Ri. Koblenz mit möglichen Haltestellen: [ ... ] Mehlem -Bad Godesberg - UN-Campus - Bonn Hauptbahnhof - Roisdorf - Sechtern - Brühl - Wesseling Nord - Flughafen - weiter Ri. Köln, perspektivisch zu ermöglichen.

Es wird um Prüfung und Ergänzung gebeten.

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1009109\\_1.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

1009110

#### Inhalt

? Neue SPNV-Haltestelle Erftstraße Hersel

Nachdem mit dem Baugebiet He 31 in Bornheim Hersel ein neuer Ortsteil entsteht und der Sportplatz der Ortschaft Hersel bereits vom Rhein an die Erftstraße, wo sich ebenfalls der Friedhof befindet, verlegt wurde gilt es zu prüfen ob auf halben Weg zwischen den Haltestellen Hersel und Uedorf eine neue SPNVHaltestelle erstellt werden kann. Diese neue Haltestelle befände sich ca. 750 Meter entfernt der beiden Haltestellen Hersel und Uedorf.

Es wird um Prüfung und Ergänzung in Tabelle 18 der textlichen Festsetzung Regionalplan gebeten.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.

AZ: Ö-P-33	
1001148	
1000744	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen Lindern, da ich eine Gesundheitsgefährdung meinerseits durch das Industriegebiet sehe. Weder die Verkehrsfrage, noch das Ausmaß der Lärmbelästigung sowie die Auswirkungen auf Luft- und Grundwasser sind hinreichend geklärt. Als Anwohnerin Linderns sehe ich meine Wohn- und Lebensqualität sowie meine Gesundheit stark gefährdet. Zudem würden die Abwässer- und Niederschläge sich auf das Kanalnetz auswirken und zu steigenden Reinigungs- und Instandhaltungskosten führen und somit eine Gebührenerhöhung verursachen. Außerdem sehe ich die Bebauung und Versiegelung unserer letzten Grünflächen skeptisch, weil sie der Umwelt schaden und unser Wohnort hierdurch einen Großteil seiner Attraktivität verliert.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>

**Inhalt**

Ich lehne das Gewerbegebiet ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Darüber hinaus ist gerade in der aktuellen Lage des Weitgeschehens die landwirtschaftliche Bearbeitung der Böden von dringender Notwendigkeit, um die Lebensmittelversorgung gewährleisten zu können. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher? Deshalb bitte ich Sie die Einwendungen dringlichst zu berücksichtigen und den Regionalplanentwurf für Heinsberg und Umgebung entsprechend abzuändern.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Erläuterung**

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs-

und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereiche besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegungen in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig sind und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-45

1001231

1000718\_001

#### Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

**Betrifft:** Regionalplanentwurf L364n OU Hückelhoven, 1. BA A46-L 117 und OU Hückelhoven, 2. BA L 117-Rheinstraße

Ich bin Einwohner aus Hückelhoven, Stadtteil Doveren. Ich spreche mich eindringlich gegen diese Planung aus, ich bin damit nicht einverstanden, denn der Bau dieser Straße wird meine Lebensqualität nachhaltig beeinträchtigen.

Ich gehe davon aus, dass es in Verbindung mit existierenden und neu zu erschliessenden Industriegebieten zu Lärmbelästigung, erhöhtem LKW-Aufkommen und auch zu erhöhtem Schwerlastverkehr kommt.

Der Junkerwald, durch den die Strasse verlaufen soll, ist ein Naherholungsgebiet in der Stadt, welches täglich von mir und vielen anderen Mitbürgern genutzt wird. Im Stadtgebiet gibt es keine größere zusammenhängende Waldfläche mehr.

Dazu kommt, dass noch mehr Felder verkauft werden müssen, um Wohnraum zu schaffen. Das hat zur Folge, dass weitere Flächen kaputt gemacht werden und den dort lebenden Tieren ihr Verbreitungsgebiet genommen wird.

Zurzeit sind unsere Gesellschaft und auch die Gesellschaften der Welt in der Diskussion, die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Dabei hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generation unsere Erde verbrauchen dürfen.

Und eins soll uns Immer in Erinnerung bleiben: Bauern sorgen für unser aller Essen. Gerade zur heutigen Zeit, in der wir umweltbewusster leben und Energieverbräuche verringern sollten, gehört eine Strasse, wie Sie es planen, nicht mehr auf die Tagesordnung.

Daher bitte ich Sie, den Bau dieser Straße zu stoppen, und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwendung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).



AZ: Ö-P-47

1001233

1000850

#### Inhalt

Hiermit beantrage ich die Aufnahme der im beigefügten Plan dargestellten Fläche nördlich der Ortslage Odenthal ? Erberich als künftige Baufläche in den Regionalplan.

[s. Anhang Abb. StnID\_1000850\_1]

[s. Anhang Abb. StnID\_1000850\_2]

Die in Rede stehende Fläche fügt sich nördlich an den bebauten Ortsteil Erberich an. Städtebaulich führt die beantragte Erweiterungsfläche zu einer Arrondierung der Ortslage. Aufgrund der Topographie ist eine Bebauung ohne starke Eingriffe in die Geländestruktur herzustellen. Die Erschließung ist bereits im rechtskräftigen Bebauungsplan der Gemeinde berücksichtigt. Aufgrund der ausgebauten Straßen und vorhandenen Straßenbreiten ist die verkehrsmäßige Anbindung an das gemeindliche Straßennetz problemlos. Die öffentliche Kanalisation ist vorhanden und kann erweitert werden. Das Niederschlagwasser kann auf den Freiflächen verbleiben und dort versickert werden. Der Ortsteil Erberich ist zwischenzeitlich nahezu vollständig bebaut. Freie Flächen sind nicht mehr vorhanden. Um den Druck aus den umliegenden Ballungsräumen sowie dem Wunsch nach Bauland aus der eigenen Bevölkerung nachkommen zu können bedarf es weitere künftige Bauflächen. Zudem wird mit der Erweiterungsfläche der Erhalt der vorhandenen Infrastruktur, Grundschule und Kindergarten für die Zukunft gesichert. Die Gemeinde Odenthal hat über diese Fläche bereits mehrfach diskutiert. Im Vorfeld der Beratungen zum Regionalplan wurde der Bezirksregierung die genannte Erweiterungsfläche als gewünschte künftige Baulandreservefläche mitgeteilt. Ich bitte um Berücksichtigung der genannten Fläche im Regionalplan.

#### Anhänge

[Abb\\_ID\\_1000850\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1000850\\_2.pdf](#)

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind gemäß Anlage 3 raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in der Regel zeichnerisch festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO und somit um eine Ortslage im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *?Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren?* möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

AZ: Ö-P-51	
1001191	
1000755	
<b>Inhalt</b> <p>Kann leider (Gott sei Dank) nicht mit dem PC umgehen. Hatte dieser Tage ein Erlebnis, was ich kurz mitteilen möchte. Auf der Landstr. zwischen Bach + Hetzerath war eine Gruppe Wanderer unterwegs. Auf freiem Feld waren 3 Rehe durch die Störung aufgeschreckt und kamen in Richtung Str. gelaufen. Die Rehe setzten über Str. + Graben um im kl. Wald Richtung Granterath zu laufen. Sollen alle Tiere, die wir Gott sei Dank noch haben, nicht mehr wissen wohin und durch Menschenhand (Industrie + Gewerbegebiete) aussterben? Das ist eine Sünde! Außerdem gibt es genug Gewerbegebiete, wenigstens hier in der Gegend. Lassen wir Natur + Tier sicher leben.</p>	<b>Abwägung</b> <b>Typ</b> <b>Ausgleichsvorschlag</b> <b>Erläuterung</b> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Freiraum- und Siedlungsentwicklung vorgebracht.</p>

AZ: Ö-P-592	
1002148	
1002864	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bin Eigentümer einer Fläche im Kreis Euskirchen zwischen den Ortsteilen Kirchheim und Flamersheim am Flämmerbach (Gemarkung Flamersheim, Flur 1, [anonymisiert]). Die Fläche soll laut Neuaufstellung des Regionalplans als ein Gebiet "Schutz der Natur" ausgewiesen werden. Hierbei handelt es sich jedoch um eine hochwertige Ackerlandfläche, die derzeit von meinem Bruder [anonymisiert] bewirtschaftet wird. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für die Landwirtschaft existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, diese Flächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit diese Flächen auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter andere vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-593	
1001904	
1002866	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Milchviehbetrieb im Gemeindegebiet Hürtgenwald, Ortsteil Vossenack. Die in diesem Zusammenhang von mir bewirtschafteten Grünlandflächen befinden sich zum großen Teil in unmittelbarer Nähe zu meiner Hofstelle und bilden mithin meine wesentliche Betriebs-grundlage. Der Entwurf zum neuen Regionalplan weist nunmehr BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) unmittelbar angrenzend an meine Hofstelle aus. Diese Ausweisung bedeutet für mich eine ausgesprochene Belastung, befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung wesentlich beeinträchtigt zu werden. Ich sehe dabei sowohl mögliche Einschränkungen im Hinblick auf die zukünftige bauliche Entwicklung meines Betriebes auf mich zukommen als auch die Gefahr, dass ich meine aktuelle intensive Bewirtschaftung meiner Grünlandflächen nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Beide Umstände bedeuten eine erhebliche wirtschaftliche Härte für meinen Betrieb und könnten schlimmstenfalls sogar eine Betriebsaufgabe zur Folge haben. Insgesamt löst die geplante Neuausweisung bereits in meinem Fall eine Betroffenheit - sowohl als Eigentümer als auch als Pächter - in einem Umfang von mehr als 6 Hektar aus. Insbesondere der Umstand, dass es sich hierbei um zentrale Flächen handelt, die ich bislang für meine weitere Betriebsentwicklung vorgehalten habe, machen eine Änderung des bisherigen Schutzstatus für mich nicht akzeptabel. Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der geplanten Vergrößerung der BSN-Flächen unbedingt wieder Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-594	
1002113	
1002758_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wie folgt Stellung: Ich bin Vollerwerbslandwirt in Neunkirchen-Seelscheid und betreibe einen intensiven Milchviehbetrieb mit etwa 200 Milchkühen. In unmittelbarer Nähe meines landwirtschaftlichen Betriebes ist die Neuausweisung eines Baugebietes vorgesehen. Die geplante Ausweisung erstreckt sich über die gesamte Ortschaft Leienhof bis hin an meinen Stall. Hinsichtlich der heranrückenden Wohnbebauung weise ich auf die offenkundigen Disparitäten von räumlicher Nähe zu Wohngebieten und das daraus resultierende Konfliktpotential hin, namentlich Lärm-, Geruch- und Geräuschimmissionen. Vor dem Hintergrund der Verschiedenheit der Agglomerations- und landwirtschaftlichen Räume bestehen erhebliche Bedenken in Bezug auf deren dauerhafte Verträglichkeit. Zudem steht zu befürchten, dass ich angesichts heranrückender Wohnbebauung in meiner Entwicklungsmöglichkeit, etwa was die Erweiterung oder Neuerrichtung baulicher Anlagen anbelangt, erhebliche Beeinträchtigung erfahre. Angesichts der vielseitigen staatlichen Repressalien, mit denen sich die heimische Landwirtschaft konfrontiert sieht, muss ich die Wirtschaftsfähigkeit meines landwirtschaftlichen Betriebes auch dauerhaft sichergestellt wissen. Sie selbst formulieren im Begründungstext die "Bewahrung der Entwicklungsmöglichkeit landwirtschaftlicher Betriebe" - diese sehe ich als gefährdet an. Auch aus verkehrsrechtlicher Sicht befürchte ich durch die naturgemäß in neuen Wohngebieten vorzufindenden schmalen Spiel- und verkehrsberuhigten Straßen eine Beeinträchtigung meines Betriebes. Die weitere verkehrliche Erschließung meiner Felder und meiner Betriebsstätte muss gewährleistet sein. Die Abhängigkeit von europäischen Nachbarländern in anderen Wirtschaftszweigen und die Ungewissheit bezüglich der weiteren geopolitischen Situation macht eine stabile Nahrungsmittelversorgung im Inland zwingend erforderlich. Ich spreche mich deshalb entschieden gegen die Neuausweisung des vorbenannten Baugebietes aus und bitte meine Einwendungen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

**Inhalt**

(anonymisiert) zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wie folgt Stellung: Ich bin Vollerwerbslandwirt in Neunkirchen-Seelscheid und betreibe einen intensiven Milchviehbetrieb mit etwa 200 Milchkühen. In unmittelbarer Nähe meines landwirtschaftlichen Betriebes ist die Neuausweisung eines Baugebietes vorgesehen. Die geplante Ausweisung erstreckt sich über die gesamte Ortschaft Leienhof bis hin an meinen Stall.

Freilich sehe ich vor dem Hintergrund der vielfältigen Raumansprüche die Notwendigkeit der Neuaufstellung des Regionalplans. Auch begrüße ich die Zielsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Gleichwohl spreche ich mich ausdrücklich für die schonende Behandlung der Landwirtschaft im weiteren Planungsverfahren aus. Grundsätzlich sollte berücksichtigt werden, dass der ackerbaulichen Landwirtschaft in unserem Ballungsraum zunehmend zahlreiche Flächen mit guten Böden durch Bebauung etc. verloren gehen. Daher sollten auch keine weiteren Ackerflächen im Rahmen der Neuplanung als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.

Ich weise zudem auf den Verordnungsentwurf der EU Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hin. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW und insbesondere im Rhein-Sieg-Kreis bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Welternährungslage können weitere Stilllegungen von Ackerfläche oder Maßnahmen, die einer konventionellen Bewirtschaftung entgegenstehen nicht hingenommen werden. Angesichts der vielseitigen staatlichen Repressalien, mit denen sich die heimische Landwirtschaft konfrontiert sieht, muss ich die Wirtschaftsfähigkeit meines landwirtschaftlichen Betriebes auch dauerhaft sichergestellt wissen. Sie selbst formulieren im Begründungstext die "Bewahrung der Entwicklungsmöglichkeit landwirtschaftlicher Betriebe" - diese sehe ich als gefährdet an. Die Abhängigkeit von europäischen Nachbarländern in anderen Wirtschaftszweigen und die Ungewissheit bezüglich der weiteren geopolitischen Situation macht eine stabile Nahrungsmittelversorgung im Inland zwingend erforderlich.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-595	
1002361	
1008925	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Um die Herausforderungen im Strukturwandel im Kreis Düren hier insbesondere in Niederzier auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zu schaffen, benötigt es Unternehmen, die in der Region in die Zukunft investieren. Wir planen in Niederzier ein Zukunftsprojekt d.h. den Bau einer Filiale mit dem Konzept Eco2Next. Durch den Neubau der Filiale können wir nicht nur den Gesamtenergieverbrauch senken, alternative Mobilitätslösungen anbieten, sondern auch Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Region schaffen und langfristig sichern.</p> <p>Daher nehmen wir zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Bezug auf die zeichnerischen Festlegungen in Niederzier im Kreis Düren gerne wie folgt Stellung:</p> <p>1. Auf dem Grundstück Gemarkung [ANONYMISIERT] in Niederzier betreiben wir eine [ANONYMISIERT]-Filiale mit rd. [ANONYMISIERT] Verkaufsfläche. Uns liegt eine Baugenehmigung vom [ANONYMISIERT] des Kreises Düren [ANONYMISIERT] für den Neubau unseres Lebensmittelmarktes mit [ANONYMISIERT] Verkaufsfläche und [ANONYMISIERT] Stellplätzen vor. Für unser Grundstück gilt der Bebauungsplan Nr. C 25 "Gewerbegebiet Rurbenden" der Gemeinde Niederzier aus dem Jahr 2014. Dieser setzt aktuell ein Sondergebiet "Lebensmitteldiscounter" mit einer maximalen Gesamtverkaufsfläche von 1.050 m<sup>2</sup> fest. Auch für weitere Einzelhandelsnutzungen im Bereich der Straßen Rurbenden und Industriestraße setzt der Bebauungsplan entsprechende Sondergebiete für den großflächigen Einzelhandel fest. Im Übrigen setzt der Bebauungsplan überwiegend ein Gewerbegebiet (GE) fest. In diesem sind Einzelhandelsbetriebe mit zentren- oder nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten gemäß Niederzier Liste unzulässig.</p> <p>2. Seit einiger Zeit beabsichtigen wir, unsere Filiale innerhalb des Bebauungsplangebietes zu verlagern. Ziel ist eine Verlagerung in Richtung der Straße Rurbenden, um den Einzelhandel dort zu konzentrieren und unser bisheriges Grundstück im "Kernbereich" des Gewerbegebietes für gewerbliche Nutzungen freizumachen. Umgesetzt werden soll eine Filiale mit dem oben beschriebenen Konzept Eco2Next.</p> <p>In den letzten Jahren haben wir daher den Versuch unternommen, im Bereich der Straße Rurbenden eine Verlagerung unserer Filiale zu ermöglichen. Die dortigen Grundstückseigentümer waren bislang allerdings nicht bereit, ihre Flächen zu veräußern bzw. zu verpachten. Im Eckbereich zwischen Jülicher Straße, Industriestraße und Rurbenden hat sich nun die Möglichkeit eines Grundstückstausches ergeben. Der dortige Grundstückseigentümer sucht für seinen Gewerbebetrieb ein größeres Gewerbegrundstück in einem anderen Gewerbegebiet. Unsere Lidl-Filiale könnte in der Folge aus dem Kernbereich des</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. GIB dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Gewerbegebiets Rurbenden in den Bereich der sonstigen bestehenden Einzelhandelsnutzungen verlagert werden. Wir würden unser bisheriges Grundstück sodann einem Gewerbebetrieb zur Verfügung stellen. Dies hätte den Vorteil, dass die Einzelhandelsnutzungen einerseits und die gewerblichen Nutzungen andererseits konzentriert würden. Zudem könnten die Liefer- und Kundenverkehre unseres Marktes aus dem eigentlichen Gewerbegebiet herausgehalten werden.

3. Eine solche Verlagerung unseres Marktes setzt allerdings eine Änderung des Bebauungsplans C25 voraus, da dieser im Bereich des Tauschgrundstückes ein Gewerbegebiet (GE) mit dem Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben mit zentren- oder nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten festsetzt. Nach den uns vorliegenden Informationen hat die Gemeinde Niederzier bereits einen Aufstellungsbeschluss für ein Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplans C 25 gefasst. Der bislang bekannte Bebauungsplanentwurf setzt für unser Vorhabengrundstück allerdings weiterhin ein GE mit dem oben genannten Sortimentsausschluss fest. Erforderlich wäre die Ausweisung eines Sondergebietes für den großflächigen Einzelhandel. Im Gegenzug könnte die Sondergebietsfestsetzung für unser bisheriges Grundstück entfallen.

4. Eine solche Sondergebietsausweisung in dem Bereich zwischen Jülicher Straße, Industriestraße und Rurbenden setzt nach den Zielen der Raumordnung aus dem LEP NRW die Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) voraus. Zeichnerisch legt der Regionalplan für unser Vorhabengrundstück bislang einen Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) fest. Auch die im Entwurf vorliegenden zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans sehen dies weiterhin vor. Lediglich nordwestlich des Vorhabengrundstücks, nördlich und südlich der Bahnhofstraße in Niederzier, ist die Festlegung eines ASB vorgesehen. Dies dürfte lediglich das dortige Rewe-Center, den Aldi-Markt sowie den Intersport Drucks umfassen. Der übrige Bereich entlang der Straße Rurbenden soll in dem Regionalplan als GIB festgelegt werden. Mit Blick auf unser oben erläutertes Verlagerungsvorhaben bitten wir darum, dass der ASB Bereich jedenfalls um unsere potenzielle Tauschfläche (Bereich zwischen Jülicher Straße, Industriestraße und Rurbenden) erweitert wird. Aus unserer Sicht wäre es darüber hinaus sinnvoll, den ASB-Bereich insgesamt weiter südlich entlang der Straße Rurbenden zu erweitern, um den dortigen (großflächigen) Einzelhandelsbesatz auch zukünftig bauleitplanerisch absichern zu können. Wir bitten Sie insoweit zu berücksichtigen, dass unser Markt im Bestand bereits seit vielen Jahren eine wichtige Versorgungsfunktion übernimmt. An dem aktuellen Standort genießt unser Markt Bestandsschutz. Die Verlagerung unseres Marktes und damit die räumliche Konzentration der Einzelhandelsnutzungen entlang der Straße Rurbenden hätte den Vorteil, dass die Einzelhandelsnutzungen nicht mehr in den "Kernbereich" des Gewerbegebietes eindringen. Ziel ist es, unseren Standort zukunftssicher aufstellen zu können, um einen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels und zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Versorgung der Bevölkerung leisten zu können. Damit unsere Filiale entsprechend verlagert werden kann, bedarf es der



<p>Festsetzung eines Sondergebietes. Dies setzt voraus, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans unsere potenzielle Tauschfläche als ASB-Fläche festgelegt wird. Es wird daher abschließend nochmals darum gebeten, im Bereich zwischen Jülicher Straße, Industriestraße und Rurbenden eine ASB-Fläche festzulegen. Die Einzelheiten können wir gerne einmal in einem gemeinsamen Abstimmungstermin klären.</p>	
--	--

AZ: Ö-P-596	
1002221	
1002868	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Das [anonymisiert] ist Eigentümer von etwa 105 ha landwirtschaftlicher Flächen, welche überwiegend verpachtet sind und die finanzielle Existenz der Stiftung sichern. Im Entwurf des Regionalplanes Köln sind ca. 40 ha unserer Flächen als "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" ausgewiesen. Nach dem uns vorliegenden Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln haben wir die Befürchtung, dass auf diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Bei entsprechender Ausweisung könnte auf diesen Flächen ein wirtschaftlich sinnvoller Ackerbau nicht mehr betrieben werden und hätte zur Folge, dass die landwirtschaftlichen Betriebe unserer Pächter und somit die existentielle Grundlage der Pachtbetriebe und der Stiftung gefährdet wären. Zudem werden die Flächen erheblich an Wert verlieren. Wir wenden uns daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-597	
1002114	
1008928	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte im Ortsteil Kelz des Gemeindegebiets Vettweiß einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Ausweislich des vorgelegten Regionalplanentwurfes liegen nunmehr eine Vielzahl von Flächen, die ich bewirtschafte, in einer Flächenkulisse, die als Gebiet zum Schutz der Natur bzw. Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung neu ausgewiesen werden sollen. Aus meiner Sicht besteht nunmehr die große Sorge, dass die Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen zum Schutz der Natur bzw. zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zukünftig mit weiteren Bewirtschaftungsauflagen verknüpft werden und damit insgesamt erhebliche Auswirkung auf die landwirtschaftliche Nutzung meiner Betriebsflächen hervorrufen. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten verbietet, wodurch etwa bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche genutzt werden können. Gerade die aktuelle Situation zeigt aber doch, dass bereits jetzt eine ausreichende Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln für die Versorgungssicherheit in Deutschland elementar ist. Die geplante Umsetzung der in Aussicht gestellten Flächenkulisse mit all seinen Folgen würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Ich bin daher der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf Ackerflächen, lehne ich entschieden ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-598	
1002362	
1002870	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als aktiver, Haupterwerbslandwirt liegt meine Hofstelle in Zülpich - Schwerfen, sowie diverse Ackerflächen im geplanten Gebiet GO BSN TAA-EU-1. Durch die Neuaufstellung sehe ich eine erhebliche Beeinträchtigung, einerseits der Erweiterung meiner Hofstelle, sowie die Nutzung meiner Flächen. Es bedeutet für mich eine erhebliche Minderung des Betriebsvermögens, welches eine Existenzbedrohung zur Folge haben kann. Die von der Planung betroffene Flächen, in der Anlage 4 Katasterauszug beigefügt: Gemarkung Zülpich-Schwerfen Flur 27, [anonymisiert], Gemarkung Mechernich-Berg Flur 21, Flurstück [anonymisiert]. Ich bitte Sie mein Anliegen bei Ihrer weiteren Planung zu berücksichtigen. Andernfalls sehe ich mich gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-599	
1002222	
1002874	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin eines landwirtschaftlichen Betriebs mit dem Schwerpunkt, dessen Erlöse aus der Verpachtung für mich einen wesentlichen Teil meiner Altersbezüge ausmachen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung</p> <p>Betroffener als Eigentümer wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt rund 5 ha meiner in den</p> <p>Gemarkungen Mechernich Floisdorf sowie Züllich Büdernich liegenden Ackerflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Dieses entspricht fast 50% meiner</p> <p>Gesamtfläche. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen entsprechend der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, da~s</p> <p>auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Die Beschränkungen der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen und die infolgedessen</p> <p>geringen Pachtzahlungen würden die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes und damit meine Altersversorgung gefährden und zudem zu einem deutlichen We1verlust derFlächen führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisie herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte als Mitglied einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts einen landwirtschaftlichen Betrieb mit dem Schwerpunkt Ackerbau und Forstwirtschaft. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt

Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Katien ist beabsichtigt rund 21 ha meiner hofnahen, in den

Gemarkungen Lessenich/Rissdorf, Antweiler, Wachendorf sowie Iversheim liegenden Ackerflächen und darüber hinaus ca. 6 ha meiner hofnahen in den Gemarkungen Wachendorf sowie Lessenich/Rissdorf liegenden Waldflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)

bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen entsprechend der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nachjetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, das auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung

von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Analog zu den Ackerflächen würde auch im Wald eine Ausweisung als Naturschutzgebiet die Baumartenwahl und den Holzeinschlag insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels merklich einzuschränken, was eine sinnvolle wirtschaftliche Nutzung ausschließt. Die Beschränkungen der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen. Zur Information weise ich abschließend darauf hin, dass die nach meiner Kenntnis bereits in Planung befindliche Umgehungsstraße Kalkar, die durch den Bereich Kalkarer Moor/Grube Toni führen soll, zeichnerisch noch nicht dargestellt ist. Diese würde für die Landwirtschaft zu weiterem Flächenverlust sowohl auf der Eingriffs- als auch der Ausgleichsseite führen. Gleiches gilt für die aktuell noch nicht berücksichtigten Hochwasserschutzmaßnahmen, die wohl im Zuge des Hochwassers 2021 ergriffen werden.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

---

AZ: Ö-P-601	
1002223	
1002935	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb im Bereich Mechernich- Holzheim.</p> <p>In den Gemarkungen Holzheim, Flur 3,4,5,6,10, Harzheim, FlurS,6,7,8, Weiler am Berge, Flur 3,7 Lessenich, Flur 4, Mechernich, Flur 11, Mechernich- Bergheim, Flur 1, Pesch, Flur 1,2 und Nöthen, Flur 12. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich MechernichHolzheim sowie o.g. hochwertige Ackerflächen und Grünlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereich zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 160 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis 160 ha in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen und Grünlandflächen in diesem Bereich nicht als BSN- Fläche auszuweisen, um so auch langfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands un Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoc erheblich widersprechen. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendung und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-602	
1002186	
1002936	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Zum vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der vorliegenden Karten ist beabsichtigt, nahezu die gesamte Betriebsfläche von rd. 150 Hektar Größe, darunter auch alle hofnahen Flächen sowie die Hofstelle selbst als Bereich zum Schutz der Natur auszuweisen. Ich befürchte, dass es nach erfolgter Ausweisung künftig zu Einschränkungen in der Nutzung der Flächen kommen wird und gebe zu bedenken, dass ich zur Erzeugung des Futters für meine Tiere angewiesen bin und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen.</p> <p>Zudem besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass selbst bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Weiterhin sollte für die bauliche Entwicklung des Betriebes auf jedwede naturschutzbezogene Ausweisung der Hofparzelle verzichtet werden. Ich befürchte, dass sich bei eventuellen späteren Bauvorhaben Schwierigkeiten wegen der dann zu beachtenden Immissions- und Abstandswerte ergeben könnten. Ich bitte daher, von den beabsichtigten Ausweisungen abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-603	
1001887	
1002938	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin eines landwirtschaftlichen Betriebs mit dem Schwerpunkt Ackerbau und Grünland, dessen Erlöse aus der Verpachtung für mich einen wesentlichen Teil meiner Altersbezüge ausmachen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt rund 3 ha meiner in den Gemarkungen Zülpich-Schwerfen sowie Sinzenich und Bürvenich liegenden Ackerflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Das entspricht ca. 15 % meiner Gesamtackerfläche. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen entsprechend der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Die Beschränkungen der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen und die infolgedessen geringen Pachtzahlungen würden die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes und damit meine Altersversorgung gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-604	
1002224	
1002941	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümerin eines landwirtschaftlichen Betriebs mit dem Schwerpunkt Ackerbau und Grünland, dessen Erlöse aus der Verpachtung für mich einen wesentlichen Teil meiner Altersbezüge ausmachen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karten ist beabsichtigt rund 6,5 ha, was ca. 25 % meiner Gesamtfläche entspricht, in der Gemarkung Wachendorf liegenden Ackerflächen und Grünland als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen entsprechend der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EUKommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Die Beschränkungen der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen und die infolgedessen geringen Pachtzahlungen würden die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes und damit meine Altersversorgung gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>Zur Information weise ich abschließend darauf hin, dass die nach meiner Kenntnis bereits in Planung befindliche Umgehungsstraße Kalkar, die durch den Bereich Kalkarer Moor/Grube Toni führen soll, zeichnerisch noch nicht dargestellt ist. Diese würde für die Landwirtschaft zu weiterem Flächenverlust sowohl auf der Eingriffs- als auch der Ausgleichsseite führen. Gleiches gilt für die Überlegungen zum Thema Hochwasserschutz, die im Regionalplan aktuell noch nicht berücksichtigt sind.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-605	
1001888	
1002943	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert], bestehend aus den Gesellschaftern [anonymisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert] Zülrich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der Kartierungen ist unsere gesamte Betriebsfläche von ca. 110 Hektar Größe Ackerland einschließlich unserer Hofstelle als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant, weitere 29 Hektar noch zusätzlich als Bereich zum Schutz der Natur (BSN). Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln; hinzu kommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Bei entsprechender Ausweisung wäre somit auf unserer gesamten Betriebsfläche die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht oder nur noch eingeschränkt möglich mit der weiteren Folge, dass Ackerbau wirtschaftlich sinnvoll nicht mehr betrieben werden könnte. Hiermit wäre auch die Existenzgrundlage unseres Betriebes vernichtet und zugleich eine Entwertung des landwirtschaftlichen Eigentums verbunden. Wir wenden uns daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-606	
1001889	
1002771_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Ich bewirtschafte in Heinsberg-Karken einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchviehhaltung und zugleich auch einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die bewirtschaftete Fläche beträgt ca. 85 ha, davon etwa 20 ha Grünland und etwa 65 ha Ackerland. Von dem neuen Regionalplan sind gut die Hälfte meiner Flächen betroffen und sollen als Gebiet "Schutz der Natur" ausgewiesen werden.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-609	
1002226	
1002774_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Neuaufstellung Regionalplan in Bezug auf die Erweiterung der BSN Gebiete GO BSN TAA-EU-1.</p> <p>Als Eigentümerin und Verpächterin führen Sie mir mit Ihrer Neuaufstellung einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden zu. Bei Durchführung Ihres Planes werden meine Flächen zur weiteren Verpachtung nutzlos und für mich wertlos. Sie sind Teil meiner geplanten Altersvorsorge.</p> <p>Die von der Planung betroffene Flächen, in der Anlage 2 Kopien als Katasterauszug beigefügt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemarkung Mechernich-Berg, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert)</li> <li>• Gemarkung Mechernich-Floisdorf, Flur (anonymisiert), Flurstück (anonymisiert)</li> </ul> <p>Ich bitte Sie mein Anliegen bei Ihrer weiteren Planung zu berücksichtigen. Andernfalls sehe ich mich gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten. (anonymisiert)</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-611	
1002227	
1008927	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb im Bereich Bergheim Quadrath-Ichendorf, Fortuna, Oberaußern. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Bergheim bzw. Quadrath-Ichendorf hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 170 ha betroffen. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis 170 ha in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-614	
1001808	
1002973	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mein Name ist [anonymisiert], ich bin [anonymisiert] alt und lebe mit meiner Familie und meinen Eltern in der [anonymisiert] in Stolberg. Hier bewirtschaften wir einen landwirtschaftlichen Betrieb. Durch die Neuaufstellung des Regionalplanes und die damit zeichnerisch auf Blatt 08-09 ausgewiesenen Bereiche zum Schutz der Natur wären wir bei der Entstehung eines Naturschutzgebietes direkt negativ betroffen. Es geht dabei um die Flurstücke Gemarkung Stolberg [anonymisiert]. Sollten diese Flurstücke durch die Ausweisung in der Neuaufstellung des Regionalplanes später in ein Naturschutzgebiet eingegliedert werden, befürchte ich durch die damit verbundenen Auflagen existenzgefährdende Auswirkungen auf unseren Betrieb. Seit 1985 wurden auf unserem Hof Pferde gezüchtet, ausgebildet, gehalten und verkauft. Ich werde langfristig den Hof meiner Eltern weiterführen. Schon seit mehr als einem Jahrzehnt bin ich in Vollzeit auf dem Hof tätig, habe immer schon hier gelebt und bin seit [anonymisiert] Familienvater. Mein Vater ist Züchter und Mitglied im Züchterverband des Rheinischen Pferdestammbuches. Um die vorhandene Betriebsstruktur und die Flächen neben dem Zuchtgeschehen weiterhin dauerhaft und nachhaltig nutzen zu können, konzentriere ich mich auch auf die landwirtschaftliche Pensionspferdehaltung. Dafür habe ich im Juli 2021 die Baugenehmigung einer Reithalle (35 m x 15 m) erwirkt, die sich derzeit im Aufbau befindet. Wir sind Mitglied in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Die zum Betrieb gehörenden Flächen in der Bocksmühle belaufen sich auf insgesamt ca. 6,4 Hektar. Das Grünland bewirtschaften wir mit unseren eigenen Maschinen. Der Hof zeichnete sich schon immer und über viele Generationen hinweg durch die Landwirtschaft aus. In unserem Betrieb haben wir in der Vergangenheit etliche Investitionen in die Reitanlage gesteckt. Hier sind die Sanierung des Reitplatzes (20 m x 40 m) mit Lavaboden sowie neuer Drainage und Sand), die Erstellung einer Sandauslaufläche, die Aufstockung einer Scheune (Heulager) sowie der Bau zweier Futtersilos :für Hafer und Pellets zu nennen. Aktuell ist der Bau der Reithalle in Arbeit. Meine Sorge liegt nun in den Auflagen und Einschränkungen, die mit der Pferdehaltung in einem Naturschutzgebiet einhergehen würden. Die nachhaltige Entwicklung des Betriebes würde u.U. durch die Regularien in einem Naturschutzgebiet, z.B. bei der Pferdeanzahl pro Hektar Weidefläche, Düngeverbote, Grünlandpflege, der Einhaltung von Luftstickstoffwerten sowie Bauverbote enorm behindert. Diese Erschwerung der Wirtschaftsweise gekoppelt mit einer ggf. drastisch reduzierten Belegungsquote des Stalles, würde unseren Betrieb in eine existenzbedrohende Notlage bringen. Somit würden Einkünfte durch die Pferdehaltung, die ein lebenswichtiger und nachhaltiger Beitrag zur Grundversorgung unserer gesamten Familie darstellen, ggf. von heute auf morgen wegfallen. Die damit</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



verbundenen katastrophalen Auswirkungen auf meine junge Familie, auf meine Eltern und auf unser Leben in der Bocksmühle, wage ich mir nicht vorzustellen zumal wir uns gerade erst von den Schäden der Flutkatastrophe vom 14. auf den 15. Juli 2021 erholt haben. Sie wissen nun um die Bedeutung der Entstehung eines Naturschutzgebietes für unseren Familienbetrieb und ich bitte Sie hiermit, die oben aufgeführten Flurstücke aus den ausgewiesenen Flächen zum Schutz der Natur in der Neuaufstellung des Regionalplanes zu entfernen. Die Lage des Hofes [anonymisiert] grenzt unmittelbar an den bebauten Innenbereich der Ortsteile Münsterbusch, Liester und Büsbach und somit entstünde mit der Ausklammerung unserer Flächen keine Durchschneidung eines zusammenhängenden Naturschutzgebietes. In der Hoffnung, dass unsere Bedenken auf Verständnis stoßen und damit weitere Schritte in Form eines Widerspruches nicht notwendig werden, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen.

AZ: Ö-P-617	
1002251	
1009076	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb im Bereich Bergheim Quadrath- Ichendorf, Heppendorf. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Bergheim bzw. Quadrath-Ichendorf hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 100 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis 100 ha in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-618	
1002069	
1009135	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Entwurf des Regionalplans Köln 2021</p> <p>Stellungnahme aus der Öffentlichkeit</p> <p>Der Unterzeichner nimmt gemäß § 9 Abs. 2 ROG zu dem Entwurf des Regionalplans und zu dessen Begründung Stellung:</p> <p>Im Entwurf des Regionalplans (im Folgenden E. genannt) und seiner Begründung (im Folgenden B. genannt) sind die erkennbaren und bedeutsamen öffentlichen und privaten Belange nicht gegeneinander und untereinander abgewogen worden (§ 7 Abs. 2 Satz 1 ROG). Der E. führt daher nicht zu einer nachhaltigen Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt (§ 1 Abs. 2 ROG).</p> <p>Im E. wird die aktuelle Bedarfssituation einer Kommune für ihre kommunale Bauleitplanung aus der Bilanz von Flächenbedarf, erfolgter Inanspruchnahme und aktueller Reserve gemäß sfm prognostiziert (E. Seite 57).</p> <p><b>Die dieser Prognose zugrunde liegenden Sachverhalte wurden unzutreffend ermittelt. Es wird damit von falschen Sachverhalten ausgegangen. Der Prognose wurden zudem ungeeignete Methoden zugrunde gelegt. Die Prognose beruht teilweise auf "gegriffenen" Ansätzen, obwohl die Möglichkeit besserer Informationsgewinnung bestand. Damit liegen Abwägungsdefizite, Abwägungsfehleinschätzungen und Abwägungsdisproportionalitäten vor.</b></p> <p>A. Fehlerhafte Ermittlung des Wohnbauflächen- und weiteren Bedarfs (B. Seiten 39-43, 55-59 und E. Seiten 58-61)</p> <p>Aufgrund der Prognosefehler wird der Bedarf viel zu hoch eingeschätzt. Dies führt dazu, dass entgegen § 2 Abs. 2 Nr. 2 letzter Halbsatz ROG Freiflächeninanspruchnahmen nicht auf das erforderliche Maß reduziert werden; zudem wird entgegen § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 2 ROG das Naturgut "Freiraum" nicht sparsam und schonend in Anspruch genommen und die mögliche Verringerung der erstmaligen Inanspruchnahme von Freiflächen erfolgt entgegen § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 3 ROG nicht. Im Einzelnen gilt Folgendes:</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und "Reserven".</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden.</p> <p>Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde, so z.B. bei der Wohnbauflächenberechnung die Haushaltsprognose von IT.NRW (Stand 2018) sowie die Vorgaben zu Ersatz- und Fluktuationsbedarf. Ebenso benennt der LEP NRW siedlungstypische Dichten, anhand derer der ermittelte Bedarf an Wohneinheiten in Siedlungsflächenbedarf umgewandelt wird. Hier hat die Regionalplanungsbehörde von der Möglichkeit, begründet von den Werten abzuweichen, Gebrauch gemacht und die Werte auf Grundlage empirischer Daten angepasst. Mit der Einführung eines weiteren Siedlungsstrukturtypen Metropol wird den Erfordernissen einer differenzierten Siedlungsstruktur in der Planungsregion nachgekommen. Es handelt sich bei den Dichtewerten um Rechenwerte, die in der Gesamtschau eine Mischdichte angeben.</p> <p>Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge</p>

## 1. Neubedarfsermittlung ist zu hoch prognostiziert

Bereits die ermittelte Veränderung der Zahl der Haushalte ist fehlerhaft prognostiziert. Im Planungszeitraum werden große Teile der sog. Babyboomer-Generation versterben. Diese Todesfälle werden bei weitem nicht durch Geburten kompensiert werden können. Dafür sind sowohl die Zahl der gebärfähigen Frauen als auch deren Geburtenquote viel zu gering. Der angenommene Zuwachs der Haushalte kann somit allenfalls durch eine massive Einwanderung erreicht werden, deren Eintritt jedoch völlig ungewiss ist.

Es fehlt zunächst die Ermittlung der Haushaltsentwicklung ?vor Einwanderungsüberschuss?. Danach hätte aus der Vergangenheit eine Einwanderungsquote prognostiziert werden können. Und in einem dritten Schritt hätte daraus eine Haushaltsveränderung errechnet werden können. Die vorgenommene Prognose ist damit methodisch nicht vertretbar.

Zudem wurde missachtet, dass Einwanderungszuwächse in der Vergangenheit hauptsächlich bei den kreisfreien - größeren - Städten stattfanden. Im ländlichen Bereich, also bei den Kreisen und deren Kommunen, fand das prognostizierte Haushaltswachstum aufgrund einer Einwanderung nicht statt. Realistisch ist daher, von einer Schrumpfung, allenfalls von einer Stagnation der **ländlichen** Bevölkerung und deren Haushalten auszugehen.

Damit liegt keine sachgerechte und vertretbare Prognose vor, vielmehr ist das Wachstum größtenteils ?aus der Luft gegriffen?.

**Die Tatsache, dass der Planentwurf an verschiedenen Stellen - u.a. hier - die Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP) aufnimmt und für den LEP möglicherweise die Planerhaltungsregelungen des § 11 Abs. 5 ROG eingreifen, ist unbeachtlich. Denn der Regionalplanentwurf unterfällt gesamtumfänglich den Vorschriften des ROG.**

## 2. Prognosebasis zur Fortschreibung des Ersatzbedarfes ist nicht aktuell

Der für erforderlich gehaltene Ersatzbedarf von 0,2 % führt wegen seines jährlichen Ansatzes zu einem erheblichen Bedarf im Planungszeitraum. Als Gründe für den Ersatzbedarf werden genannt: Zusammenlegung von Wohnungen, Abriss oder gewerbliche Umnutzung (B. Seite 40). **Die Prognose wird insoweit auf nicht gegebene Sachverhalte gestützt.**

Bei der **Umnutzung** wird von einem zeitlich überholten und damit falschem Sachverhalt ausgegangen. In der älteren Vergangenheit mag die gewerbliche Umnutzung von Wohnraum den Ansatz eines Ersatzbedarfes gerechtfertigt haben. Eine derartige

sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW für den Regionalplan Köln Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können (vgl. LEP NRW).

Diese methodischen Vorgaben des LEP NRW bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung. In Bezug auf die Berechnungsmethode für den Gewerbeflächenbedarf wird darauf verwiesen, dass wie in der Begründung ausführlich erläutert, u.a. die Vorgaben des LEP NRW nicht erfüllt sind, da die dort als Ausgangslage vorausgesetzten zwei Monitoringperioden für eine Trendfortschreibung aufgrund von Systemumstellungen im Rahmen des sfm nachweislich nicht erfüllt sind.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesetzung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Diese umfassten insbesondere bei der Ermittlung der verfügbaren Regionalplanreserven bzw. zukünftigen Potentialflächen auch Entwicklungshemmnisse wie Erschließung/Topografie, z. B. topographische Hemmnisse > 15 % Steigungsverhältnis, oder auch langfristig entgegenstehende Nutzungen, hier z.B. baulich genutzte Grün- oder Gemeinbedarfslächen (Schwimmbad, Sportplatz, Regenrückhaltebecken, Feuerwehrstandort), genutzter Friedhof, Altlasten, die eine wirtschaftliche Nutzung verhindern, baulich nicht genutzte Grünfläche ( u.a. Parkanlagen) gemäß den Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan bzw. Kriterienkatalog sfm. Die Verfügbarkeit sowie eigentumsrechtliche Restriktionen sind keine regionalplanerischen Kriterien.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine

Umnutzung findet jedoch schon lange nicht mehr statt; vielmehr wird heute **umgekehrt Gewerberaum in Wohnraum umgewandelt**. Der Niedergang des stationären Einzelhandels aufgrund des rasanten Anstiegs des Onlinehandels hat dazu geführt, dass vielerorts in 1B Lagen Geschäftslokale leer stehen. Im Folgenden werden einige Beispiele aus der Region des Unterzeichners genannt. Dieselbe Situation findet sich jedoch in allen Bereichen des Regionalplangebietes.

In **Heinsberg** stehen in der oberen Hochstraße seit vielen Jahren die Geschäftslokale in den Häusern Hausnummern [ANONYMISIERT] leer. Auch in der Konrad-Adenauer-Straße in **Geilenkirchen** (Hausnummern: [ANONYMISIERT]) finden sich zahlreiche leerstehende Ladenlokale. In **Gangelt** existiert kaum noch ein Einzelhandel im Ortszentrum. Die wenigen verbliebenen Einzelhandelsgeschäfte z.B. in **Wassenberg** ermöglichen den Inhabern kein ausreichendes Einkommen, wenn angemessene Mieten gezahlt werden. Die schlechte Ertragslage der Einzelhandelsgeschäfte außerhalb der 1A Lagen und deren daher in Zukunft zu erwartende endgültige Schließung hätten bei der Planaufstellung leicht in Erfahrung gebracht und bei der Umwandlungsprognose berücksichtigt werden müssen.

Trotz aller Bemühungen - z.B. durch subventionierte Zwischenvermietungen - wird es nicht mehr gelingen, die Leerstände dauerhaft gewerblich zu nutzen. Vielmehr ist zu erkennen, dass mehr und mehr die einzig wirtschaftliche Nutzung - durch Umwandlung der Gewerbeflächen in Wohnraum - erfolgt. Im Planentwurf wird die digitale Umstrukturierung von Erwerbsarbeit und Funktionen der Daseinsvorsorge anerkannt (E. Seite 24). Trotzdem wird die Validität des angewandten Modells zur Ermittlung der angeblich nötigen Ersatzflächen aufgrund angeblicher Umwandlungen nicht überprüft.

Was den angeblichen Wegfall von Wohnung wegen der **Zusammenlegung** betrifft, wird ebenfalls von einem vergangenen, nicht mehr gültigen Sachverhalt ausgegangen. Heute kommt vielmehr die gegenläufige Entwicklung vor: Schaffung mehrerer neuer Wohnungen durch Teilung einer großen. Die kleiner werdenden Haushalte verlangen nach kleineren Wohnungen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren rasant fortsetzen. Die **jüngste Explosion der Energie- und insbesondere der Heizkosten** wird kurzfristig noch stärker dazu führen, dass der pro Person genutzte Wohnraum verkleinert wird, weil die Beheizung und Bewohnung großer Wohnungen zu teuer wird und diese daher geteilt werden, wodurch mehr Wohnungen zur Verfügung stehen.

Soweit der **Abriss** als Wegfall einer Wohnung genannt wird, wird unterstellt, dass an derselben Stelle kein neuer Wohnraum geschaffen wird. Diese Annahme ist falsch, denn der abbrechende Eigentümer denkt regelmäßig wirtschaftlich; er schafft keine ertragslose Brache. Vielmehr erfolgt der Abbruch in aller Regel wegen eines anschließenden Neubaus moderner Wohnungen.

Schließlich ist die angewandte Prognose auch deshalb falsch, weil sie einen weiteren

bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

Im Übrigen wird die Begründung entsprechend fortgeschrieben.

In Bezug auf die Festlegung von ASBflex/GIBflex gilt: Über die bedarfsgerechte Festlegung von ASB und GIB hinaus werden zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln. Diese können nur dann in Anspruch genommen werden, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern und diese nachweislich nicht in Anspruch genommen werden.

In Bezug auf die Inanspruchnahme von Freiraum gilt: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)

Sachverhalt nicht berücksichtigt: Bei der Wirtschaftsflächenbedarfsberechnung werden bei einer Unternehmensverlagerung zu erwartende Flächenfreisetzungen mit 25% vom Verlagerungsbedarf abgezogen (B. Seite 50). Was mit den übrigen 75% der freigesetzten Flächen geschieht, bleibt offen. Richtig wäre es, zumindest einen Teil dieser Flächen einer zukünftigen Wohnungsnutzung zuzuweisen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei der Ersatzbedarfsprognose von einer unrichtigen und unvollständigen Datenbasis ausgegangen wurde und Erfahrungssätze der Vergangenheit ungeprüft - und zu Unrecht - fortgeschrieben wurden.

### 3. Ermittlung der Fluktuationsreserve ist unplausibel

Die Fluktuationsreserve soll "ein ausreichendes Angebot für Um- bzw. Zuzugswillige gewährleisten" (B. Seite 40). Dieser Eventualbedarfszahl liegt im Gegensatz zu den Neubedarfszahlen und Ersatzbedarfszahlen keine nachvollziehbare Berechnungsgröße zugrunde. Sie scheint nur gewählt worden zu sein, um einen höheren Bedarf darstellen zu können. Bei der Ermittlung der Fluktuationsreserve wird zudem der gegebene Sachverhalt unvollständig beachtet. Es wird nämlich außer Acht gelassen, dass Zuzügen regelmäßig auch Wegzüge aus anderen Regionen gegenüberstehen, die - systemwidrig - vom dortigen Bedarf nicht abgesetzt werden.

### 4. Methode zur Umrechnung über den vorhandenen Dichtewert ist falsch

Der Bedarf je Kommune in Wohneinheiten wird "anhand der Siedlungsdichte der jeweiligen Kommune gemäß LEP NRW in Fläche umgerechnet" (B. Seite 40 f). Hierbei wird die jeweils vorhandene Siedlungsdichte zugrunde gelegt. Die Zugrundelegung der vorhandenen Siedlungsdichte ist jedoch falsch, denn sie steht im Widerspruch zu den Grundsätzen des § 2 Abs. 2 Nrn. 2 und 6 ROG. Nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen auszurichten. Nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG sind vorrangig die Potenziale für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden auszuschöpfen.

Werden diese Grundsätze beachtet, so werden neue Wohneinheiten zuvörderst in bereits verdichteten Räumen mit einem entsprechend geringeren Flächenbedarf gebaut. Daher darf nicht auf die insgesamt in einem Raum vorhandene Siedlungsstruktur abgestellt werden. Vielmehr ist der nächsthöherverdichtete Siedlungsstrukturtyp für die Berechnung des Flächenbedarfes heranzuziehen.

Dies sei am Beispiel des Kreises Heinsberg verdeutlicht: Bis auf die Stadt Hückelhoven unterfallen alle Kommunen der Siedlungsstruktur "verdichtet". Alle diese Kommunen haben jedoch Flächen mit "geringer Verdichtung" - nämlich dörfliche Regionen-, „Verdichtung" und "hoher Verdichtung" - nämlich Citylagen. Da im Rahmen der Nachverdichtung und Innenentwicklung zuvörderst die dortigen Flächen, nämlich die

nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Darüber hinaus werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung in Heinsberg vorgebracht.

Citylagen in Anspruch zu 5 nehmen sind, ist der Flächenbedarf nicht aus 30 Wohneinheiten/ha (verdichtet), sondern aus 40 WE/ha (hoch verdichtet) zu errechnen, was den Flächenbedarf reduziert.

Ein Beispiel für den geringeren Flächenverbrauch pro Wohneinheit bei der Nachverdichtung und Innenentwicklung liefert die Bautätigkeit im Zentrum der Stadt **Heinsberg** in den letzten 5 Jahren auf den Grundstücken der Poststraße Parzellen Nrn. [ANONYMISIERT].. Zur Errichtung von zwei großen viergeschossigen Wohnhäusern wurden bestehende Einfamilienhäuser, die jeweils über einen großen Garten verfügten, abgerissen. Das MFH Oberbrucher Straße [ANONYMISIERT] wurde erheblich erweitert und das MFH Valkenburger Straße [ANONYMISIERT] wurde auf einer Brachfläche gebaut.

5. Unzulässige Methode durch Planungszuschlag von 20 % auf Bedarfe für Siedlungsflächen.

Auf Seite 31 des Planentwurfs heißt es, dass "Spielräume im Sinne eines kommunalfreundlichen Handelns" aufgegriffen und angewendet werden mit Anwendung eines Planungszuschlages von 20 % auf Bedarfe für Siedlungsflächen. Dies führt aus mehreren Gründen zu einer **Abwägungsfehleinschätzung**: Die Ermittlung eines Flächenbedarfs aufgrund kommunalfreundlichen Handelns ist unzulässig, weil dieses in § 2 ROG unbeachtlich ist. Zudem ist der Prozentsatz des pauschalen Zuschlags mit 20 % sehr hoch. Die Höhe des Prozentsatzes ist auch nicht begründet, sondern wurde aus der Luft gegriffen. Warum wurden nicht 5 % oder 45 % zugeschlagen? Ein derart hoher pauschaler Zuschlag verstößt auch gegen die bereits mehrfach zitierten Grundsätze in § 2 Abs. 2 Nrn. 2 und 6 ROG. Bei diesem hohen pauschalen Zuschlag werden die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen gerade **nicht** von der planenden Behörde in Einklang gebracht, wie § 1 Abs. 2 ROG dies verlangt. Vielmehr wird diese Entscheidung den Kommunen überlassen.

6. Fehlende Validierung der Prognosen vor dem Hintergrund der erheblichen Reserveflächen

Vergleicht man die ausgewiesenen Wohnbauflächen in dem bestehenden Regionalplan mit den Ausweisungen im Planentwurf, so fällt auf, dass in vielen Kommunen **kaum nennenswerte Vergrößerungen erfolgen**. Wenn ein Regionalplan den Anspruch hat, für einige Jahrzehnte den Wohnflächenbedarf einer Kommune zur Verfügung zu stellen, ein bestimmter Bedarf bei Aufstellung des Regionalplanes prognostiziert wird, am Ende der Planperiode jedoch festgestellt wird, dass die möglichen Wohnbauflächen nur zu einem ganz geringen Anteil in Anspruch genommen wurden, steht fest, dass die Prognose falsch war. Denn sonst hätten die möglichen Wohnbauflächen im Wesentlichen in Anspruch genommen sein müssen und im neuen Regionalplan hätten in erheblichem Umfang neue Flächen ausgewiesen werden müssen.

Die Tatsache, dass im Planentwurf vielfach kaum nennenswerte Vergrößerungen der Wohnbauflächen nötig sind, zeigt somit, dass bei der Aufstellung des alten Regionalplanes fälschlich viel zu hohe Wohnflächenbedarfe prognostiziert worden sind. Die Tatsache dieser Fehlprognose wurde im Planentwurf nicht berücksichtigt. Insbesondere wurden die Gründe der früheren Fehlprognosen nicht mit dem Ziel hinterfragt, neue Fehlplanungen zu verhindern. Stattdessen wird die damalige Fehlprognose völlig ignoriert und mit Sachverhaltsermittlungen und Methoden weitergearbeitet, die sich als ungeeignet dargestellt haben.

#### 7. Zwischenergebnis:

Soweit Mängel im Abwägungsvorgang vorliegen, sind diese erheblich, weil sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind (§ 11 Abs. 3 Satz 2 ROG). Gemeinsam ist den Mängeln nämlich, dass jeder für sich zu einer erheblichen Erhöhung des angeblichen Bedarfes an Wohnungsbauflächen führt. Die Vielzahl dieser Mängel, die alle dieselbe Folge haben, lässt vermuten, dass versucht wurde, die erforderliche Wohnbaufläche größer darzustellen, als sie tatsächlich ist. Die beabsichtigte künstliche "Aufblähung" des Wohnbauflächenbedarfs verstößt gegen § 1 Abs 2, § 2 Abs. 2 und § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Wäre der Bedarf an Wohnbauflächen richtig prognostiziert worden, **könnten große Teile der ASB im Planentwurf zurückgenommen und in AFAB-Flächen umgestaltet werden**. Dies betrifft vor allem die im Entwurf als ASB bezeichneten bisherigen Freiflächen. Deren Inanspruchnahme wäre nicht mehr nötig, weil der Bedarf an Wohnbaufläche allein durch die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung und Innenentwicklung befriedigt werden kann.

Der zu groß ermittelte Bedarf an Wohnbauflächen wird dagegen dazu führen, dass in großem Umfang Freiflächen erstmalig in Anspruch genommen werden, ohne dass dafür eine Notwendigkeit besteht.

B. Fehlerhafte Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs (E. Seite 57-61, B. Seiten 44-51)

Auch hier wird aufgrund der **Prognosefehler der Flächenbedarf viel zu hoch** eingeschätzt mit den sich unter **A** dargestellten Rechtsfolgen.

1. Fehlerhafte Nichtberücksichtigung des Trendvorschreibungsverfahrens aus dem sfm.

Die Regionalplanungsbehörde sieht die Trendfortschreibung der Daten zu den durchschnittlichen jährlichen Flächeninanspruchnahmen aus dem Siedlungsflächenmonitoring (sfm) als das **geeignete Verfahren** zur Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs an (B. Seite 44 f). Dem ist zuzustimmen, da im Rahmen der Trendfortschreibung auch aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden und die



Fortschreibung daraufhin angepasst werden könnte. Die Regionalplanungsbehörde kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die im LEP benannten Vorgaben zur Trendfortschreibung nicht erfüllt seien. **Dies trifft nicht zu.** Denn zwischenzeitlich liegt mit dem sfm zum Stichtag 1.1.2020 von Mai 2022 ein zweiter Erfassungszeitraum vor. **Die Trendfortschreibung könnte daher nun vorgenommen werden.** Dazu ist die Regionalplanungsbehörde auch verpflichtet wie § 11 Abs. 3 ROG zeigt. Es ist daher nicht erforderlich, den GIFPRO-Ansatz heranzuziehen, der ersichtlich nur als **Ersatzmethode** gewählt wurde.

2. GIFPRO-Ansatz ist eine untaugliche Methode zur Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfes.

a. Angenommene Beziehung der gewerbeflächenbeanspruchenden Beschäftigten zur Flächennachfrage existiert bei Neuansiedlungen/ Unternehmensgründungen nicht.

Dies sei an folgendem Beispiel (GIP-Fläche) verdeutlicht:

In der Stadt A gibt es nur Baugewerbeunternehmen. Dort arbeiten 10.000 Beschäftigte (100 % -Wert). Der durchschnittliche Neuansiedlungsbedarf wird jährlich mit 0,3 % der gewichteten gewerbeflächenbeanspruchenden Beschäftigten prognostiziert. Daraus errechnete sich eine Neuansiedlung von 3 Unternehmen p.a.. Sind die 10.000 Beschäftigten dagegen ausschließlich im Bereich der übrigen Dienstleistungen tätig (10 %-Wert), werden nur 0,3 Unternehmensneuansiedlungen pro Jahr prognostiziert.

Da die bestehende Beschäftigtenstruktur in einer Kommune bei einer Neuansiedlung/ Unternehmensgründung im Gegensatz zur Unternehmensverlagerung ohne jede Bedeutung ist, weil keine Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass das neue Unternehmen aus einer bestimmten Branche kommt, führt die angenommene Beziehung **zu zufälligen Ergebnissen** und die gewählte Methode ist zur Prognose des Flächenbedarfs ungeeignet.

b. Angenommene Prozentsätze von 0,3 % für Neuansiedlungen und 0,7 % für Unternehmensverlagerungen sind nicht validiert.

Woher die angenommenen Prozentsätze stammen, wird weder im Planentwurf noch in dessen Begründung genannt. Jedenfalls wurde nicht geprüft, ob die angenommenen Prozentsätze in der Vergangenheit erreicht wurden. Erst recht fehlt eine Prüfung, ob Prozentsätze der Vergangenheit heute noch Gültigkeit haben können. Vielmehr wurden die vor Jahrzehnten **in der Wissenschaft erarbeiteten Prozentsätze ungeprüft fortgeschrieben.**

c. Ermittelte Flächenkennziffern werden nicht bewertet und sind unplausibel.

Hierzu wird in der Begründung auf Seite 49 ausgeführt: "Die Flächenkennziffer wurde

zur Bedarfsermittlung im Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln einmalig erhoben und fällt in den verdichteten Räumen des Regierungsbezirks Köln deutlich niedriger aus als in eher schwach verdichteten Räumen". Wie die Kennziffer ermittelt wurde, **wird nicht begründet**; zudem ist es methodisch **unzulässig**, auf eine **einmalige Ermittlung** eine Langzeitplanung aufzusetzen.

Bedeutsamer ist jedoch, dass der aus den Kennziffern hervorgehende unterschiedliche Flächenverbrauch akzeptiert und den weiteren Planungen zugrunde gelegt wird. Im GIB-Bereich in Siedlungsstrukturtyp "Gering verdichtet" wird mit 373 qm fast doppelt so viel Fläche verbraucht wie im Typ "Metropol" mit 189 qm. Es zeigt sich somit, dass eine Kommune auch mit erheblich weniger Fläche auskommen kann.

Die Akzeptanz der "Flächenverschwendung" im Siedlungsstrukturtyp "Gering verdichtet" verstößt gegen den Grundsatz der bedarfsgerechten Planung, der dem Planentwurf nach dem Anspruch des LEP zugrunde liegen soll (B. Seite 38). Er stellt zudem einen Verstoß gegen das ROG dar: Nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 letzter Halbsatz ROG ist die Flächeninanspruchnahme im Freiraum (auf das Notwendige) zu begrenzen und gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG ist die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungszwecke durch quantifizierte Vorgaben zu verringern. **Der Quantifizierung müssen korrekte Prognosezahlen zugrunde liegen.**

Für den Bereich der Wirtschaftsflächen im ASB ist der beschriebene Verstoß gegen das ROG noch gravierender. Dort wird in gering verdichteten Gebieten mit 330 qm eine 22fach höhere Flächenkennziffer ermittelt und akzeptiert als in Metropolregionen. **Diese Abweichung hätte die Regionalplanungsbehörde zudem dazu veranlassen müssen, die ermittelten Zahlen eingehend zu verplausibilisieren**, was jedoch nicht geschehen ist.

Bei einer derartigen Planung, die zu Unrecht einen weit höheren Flächenbedarf prognostiziert, ist es kein Wunder, dass die Bundesrepublik Deutschland das Ziel, den täglichen Flächenverbrauch auf 30 ha zu begrenzen (siehe dazu sfm zum 1.1.2020, Seite 19) nicht erreicht. Zwar hat sich das Land NRW kein Flächenverbrauchsziel gesetzt. Jedoch führt das o.g. sfm auf Seite 19 dazu aus: „Stattdessen werden qualitative Ziele zum sparsamen Umgang mit der Ressource Fläche über konkrete Programme und Initiativen wie beispielsweise das „Maßnahmenpaket intelligente Flächennutzung“ gefördert“. Der versprochene sparsame Umgang findet jedoch in NRW **bei der dargestellten Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs nicht statt.**

d. fehlende Validierung der Prognosen vor dem Hintergrund der erheblichen Reserveflächen

Im Vorwort des sfm zum 1.1.2020 heißt es: „Inhaltlich möchte ich die Bedeutung der immer noch vorhandenen großen Industrie- und Gewerbeflächenreserven für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen unterstreichen.“

Wenn im Jahre 2020, also unmittelbar vor Verabschiedung eines neuen Regionalplanes noch "große Industrie- und Gewerbeflächenreserven" vorhanden sind, deutet dies auf eine fehlerhafte Flächenbedarfsprognose der Vergangenheit hin, die bei der Methodenauswahl zur aktuellen Flächenprognose hätte Berücksichtigung finden müssen. Dies ist nicht geschehen. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die Ausführungen zu **A 6** verwiesen.

### 3. Zwischenergebnis:

Der zu groß ermittelte Bedarf an Wirtschaftsflächen führt dazu, dass die Kommunen mit ihren Wirtschaftsflächen nicht sparsam umgehen, sondern diese großzügig vergeben. Wirtschaftsflächen sind dazu da, Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Wirtschaftsflächen intensiv genutzt werden und dauerhaft die Basis möglichst vieler Arbeitsplätze darstellen.

Die Praxis sieht jedoch anders aus: Viele Gewerbegrundstücke sind überdimensioniert. Häufig werden Teile der Grundstücke gar nicht oder in Teilen z.B. als beinahe unbenutzte Parkflächen verwandt. Auch steht die Zahl der auf den Grundstücken zur Verfügung gestellten Arbeitsplätze häufig in keinem Verhältnis zur beanspruchten Fläche. Eine realistische Wirtschaftsflächenplanung würde die Kommunen dazu veranlassen, sicherzustellen, dass die beschriebenen Fehlentwicklungen vermieden werden. So könnte z.B. beim Grundstücksverkauf durch entsprechende Kaufvertragsbestimmungen ohne weiteres **sichergestellt werden, dass ein Gewerbegrundstück dauerhaft eine gewisse Zahl von Arbeitsplätzen bieten muss und die Kommune ein Rückerwerbsrecht hat, wenn dies nicht mehr der Fall ist.**

C. Fehlerhafte Ermittlung der aktuellen Siedlungsflächenreserve gemäß sfm (B. Seite 51- 55)

Die vorhandenen Reserveflächen, die entscheidend zum "Erfordernis für Neudarstellungen bzw. Neuabgrenzungen von Siedlungsbereichen bzw. Rücknahme im Regionalplan Köln" beitragen, **wurden im sfm zum 1.1.2020 falsch ermittelt.** In erheblichem Umfang blieben Reserveflächen nämlich unberücksichtigt. So heißt es auf Seite 7 des sfm: „Als Untergrenze für die landesweite Erhebung gilt eine Flächengröße von 0,2 ha“. Das sfm räumt ausdrücklich ein, dass Flächennutzungsplanreserven (s. S. 8 des sfm) bei den Reserveflächen unberücksichtigt bleiben.

Dass diese unberücksichtigten Reserveflächen eine erhebliche Bedeutung haben, sei an zwei Beispielen aus der Stadt Heinsberg verdeutlicht. Entsprechende Situationen werden sich jedoch in den fast allen Kommunen des Planungsgebietes finden.

In der oberen Hochstraße in Heinsberg - also im Zentrum der Stadt - stehen seit Jahrzehnten (teilweise seit über 50 Jahren) Gebäude leer; teilweise steht nur das ehemalige Ladenlokal leer. Es handelt sich um die Hausnummern: [ANONYMISIERTE].

Da es sich ausnahmslos um Grundstücke handelt, die kleiner als 2000 qm sind, sind diese Flächen als Reserveflächen unberücksichtigt geblieben.

In dem kleinen Dorf Schleiden in Heinsberg stehen u.a. in der ehemaligen Hauptsiedlungsstraße (Schleiden) zahlreiche ehemalige Häuser, teilweise alte Bauernhäuser leer. Es handelt sich um die Hausnummern [ANONYMISIERT] sowie Alte Landstraße Nr. [ANONYMISIERT]. Auch diese Flächen bleiben als Reserveflächen unberücksichtigt.

Diese erheblichen Flächenreserven hätten zumindest durch einen **prozentualen Zuschlag** zu den identifizierten Reserveflächen - ein derartiger Zuschlag erfolgte bei der Ermittlung der ASB und GIB- Flächenbedarfe i.H.v. jeweils 20% -, Berücksichtigung finden müssen und ohne weiteres können. Durch die völlige Nichtberücksichtigung dieser Reserveflächen werden in erheblichem Umfang die Flächen des ASB und des GIB zu groß ermittelt.

#### D. Unzulässige Festsetzung von ASBflex und GIBflex-Flächen (B. Seite 68 -73)

Der Planentwurf weist zusätzlich sog. ASBflex- und GIBflexgebiete in einer Größe von grds. 50% der ermittelten ASB- und GIBbedarfe aus. Die Zulässigkeit dieser Ausweisungen wird als mit dem LEP vereinbar bezeichnet. **Die Vereinbarkeit mit dem ROG wird nicht geprüft.**

Es heißt im Planentwurf zu diesen Gebieten: „Bei den ASBflex- und GIBflex handelt es sich um eine Angebotsplanung, die nicht darauf ausgelegt ist, **vollständig**“ - Hervorhebung durch den Verfasser- „umgesetzt zu werden“. Eine teilweise, möglicherweise auch weitgehende Planungsumsetzung ist damit möglich. Mit der zusätzlichen Ausweisung dieser Gebiete soll im Wesentlichen eine „Vielzahl von Regionalplanänderungen mit hohem Aufwand“ vermieden werden. Damit dient diese Flächenausweisung im Wesentlichen der Verwaltungsvereinfachung. Ein Bedarf für diese Flächen existiert zumindest derzeit nicht.

Das zusätzlich für die „Angebotsplanung“ genannte Argument der Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen zu anderen Bundesländern verfängt nicht, weil alle Bundesländer den Regelungen des ROG in gleicher Weise unterliegen.

Die ASBflex- und GIBflexgebiete sind nicht erforderlich, da der Bedarf an ASB- und GIBgebieten abschließend auf den Seiten 55-59 der B. ermittelt wurde. **Der Ausweis der zusätzlichen Gebiete, die teilweise „umgesetzt“ werden sollen, verstößt damit offensichtlich gegen §§ 7 Abs. 2 Satz 1, 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 ROG.**

#### E. Ergebnis

Der Planentwurf verstößt somit in mehrfacher Hinsicht gegen das ROG. Auffällig ist,

dass die **ASB- und GIB-Flächen aufgrund der zahlreichen Prognosemängel viel zu groß dargestellt** sind. **Bei einer korrekten Ermittlung müssten zahlreiche Rücknahmen im Regionalplan erfolgen.** Diese würde auch dazu führen, dass sich die Kommunen auf die Nachverdichtung und Innenentwicklung konzentrieren würden und nicht auf den für sie einfachsten Weg der Umwandlung von Ackerland in Bauland ausweichen würden. **Die Kommunen würden dann auch einen Anlass sehen, von dem Ihnen zur Verfügung stehenden Instrumentarium der §§ 136ff und 16Sff BauGB Gebrauch zu machen und der ungebremste Verbrauch von Freifläche könnte verhindert werden.** Die bereits heute bestehenden erheblichen ASB- und GIB-überhänge, die sich nach dem Planentwurf noch vergrößern würden, führen zu massiven Fehlentwicklungen und überflüssigen Inanspruchnahmen von Freiflächen. Dies wird abschließend an drei Beispielen aus der Stadt Heinsberg dargestellt. Der Unterzeichner geht davon aus, dass ähnliche Vorgänge in den meisten Gebieten des Planungsbereiches vorliegen dürften:

#### Beispiel 1

Unter **C.** wurde auf die seit Jahrzehnten vorhandenen Leerstände in der oberen Hochstraße in Heinsberg hingewiesen. Anstatt hier von den beschriebenen Möglichkeiten des BauGB Gebrauch zu machen und eine Innenverdichtung herbeizuführen, hat die Stadt in ihrer Öffentlichkeitsbeteiligung zum neuen Flächennutzungsplan eine Ackerfläche (Sittarder Straße, hinter dem Kindergarten) identifiziert, die etwa 300 Meter von den Leerständen entfernt liegt. **Diese Freifläche wird im Entwurf des Regionalplans erstmals als ASB bezeichnet.** Würden in dem Regionalplan u.a. für die Stadt Heinsberg die korrekten kleineren ASB-Flächenbedarfe zugrunde gelegt, **käme es nicht zum ASB-Ausweis bei der identifizierten Ackerfläche.** Die Stadt wäre dann gehalten, die mögliche Innenverdichtung vorzunehmen.

#### Beispiel 2

Unter **C.** wurde auch auf den Leerstand zahlreicher alter Häuser in Schleiden hingewiesen. **Wegen des Überschusses von ASB-Flächen** werden diese Häuser nicht revitalisiert bzw. abgerissen und die Grundstücke neu bebaut. Stattdessen wird entlang der ursprünglichen B 221 (Alte Landstraße) Freiflächen mit Einfamilienhäusern bebaut.

#### Beispiel 3

Im Heinsberger Ortsteil Oberbruch wurde vor vielen Jahren das ehemalige AKZO-Werk geschlossen. Auf den großen Grundstücksflächen stehen noch alte Industriegebäude, die nicht mehr nutzbar sind. **Bislang erfolgte weder der Abriss der Gebäude noch die Wiedernutzbarmachung der Grundstücke.** Stattdessen hat die Stadt etwa 200 Meter entfernt (Industrieparkstraße/Weißdornweg) auf einer Freifläche eine

Genehmigung zum Bau großer Hallen erteilt. Auch dieses Beispiel zeigt, dass die fehlerhafte Flächenermittlung und Flächendarstellung im Regionalplan zu gravierenden Fehlentwicklungen führen.

Der fehlerhafte Regionalplanentwurf verstößt damit nicht nur gegen das ROG. Seine Umsetzung wird auch **weitgehende, unumkehrbare und überflüssige Inanspruchnahmen von Freiflächen verursachen.**

AZ: Ö-P-619	
1002070	
1002976	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Festlegung des Schutzes der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung - In weiten Bereichen trifft der Entwurf die Festlegung des Schutzes der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung, der bis an die EVS-Strecken heranführt. Die EVS ist nach § 24 AEG verpflichtet, in einem Streifen von 50 Metern beidseits entlang der Gleise Verkehrssicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Dies gilt insbesondere auch für die Vermeidung von Gefahren durch Bäume und Äste, für die besondere Befugnisse bestehen (siehe § 24 a AEG). Die Erfüllung dieser Pflicht und die bestehenden Befugnisse dürfen durch den Regionalplan nicht erschwert bzw. eingeschränkt werden. Außerdem bitten wir zu berücksichtigen, dass wir unser Streckennetz elektrifizieren werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Hinweis</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Erläuterung</b> Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

**Inhalt**

Freiflächen Photovoltaikanlagen - Im Zuge dieses Vorhabens sollen teilweise entlang des Streckennetzes auf unserem für Eisenbahnzwecke gewidmeten Gelände Photovoltaikanlagen errichtet werden. Hierzu ist es erforderlich, dass nicht nur der Bereich des Schienenkörpers selbst als Schienenweg festgelegt wird, sondern auch die angrenzenden Bereiche. Dabei ist auch der gesetzgeberische Wille zu berücksichtigen, dass Solaranlagen im Bereich von Schienenwegen bis zu einem Abstand von 200 m besonders gefördert werden (vgl. § 37 Abs. 1 Nr. 2 und § 48 Abs. 1 Nr. 3 EEG). Zur Orientierung haben wir Auszüge des Regionalplans mit den Flächen beigefügt, die für die Errichtung von Photovoltaikanlagen untersucht werden.

#### 1. Langerwehe Uhlhaus [s. Anlage Abb. 1002978\_1]

In dem bestehenden Regionalplan ist das EVS-Gelände über dem Uhlhaus-Tunnel als allgemeiner Freiraum - und Agrarbereich - gekennzeichnet. Im vorliegenden Planentwurf ist eine Änderung zum allgemeinen Freiraum - und Agrarbereich mit regionalem Grünzug -vorgesehen. Dies steht den zuvor geschilderten planerischen Absichten der EVS entgegen.

#### 2. Bahnhof Merkstein [s. Anlage Abb. 1002978\_2]

Im bestehenden Regionalplan ist das EVS-Gelände Bahnhof Merkstein als allgemeiner Freiraum - und Agrarbereich mit regionalem Grünzug - gekennzeichnet. Im Entwurf des Regionalplanes wird das Attribut "Schutz der Natur" hinzugefügt. Auch dies steht den planerischen Absichten der EVS entgegen.

#### 3. St. Jöris [s. Anlage Abb. 1002978\_3]

Das EVS-Gelände im Bereich St. Jöris ist im aktuellen Regionalplan als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit regionalem Grünzug gekennzeichnet. Im Entwurf des Regionalplanes ist ebenfalls das Attribut "Schutz der Natur" hinzugefügt worden. Im Hinblick auf die planerischen Absichten der EVS bitten wir, hiervon abzusehen.

#### 4. Bahnhof Mariagrube [s. Anlage Abb. 1002978\_4].

Das EVS-Gelände Bahnhof Mariagrube ist im aktuellen Regionalplan als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit regionalem Grünzug gekennzeichnet. Im Entwurf des Regionalplanes ist ebenfalls das Attribut "Schutz der Natur" hinzugefügt worden. Im Hinblick auf die planerischen Absichten der EVS bitten wir, hiervon abzusehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Der Festlegungen Regionaler Grünzug und Schutz der Natur ist hier, entsprechend der Plankonzeption/kommunaler Entwicklungsabsicht, ein Vorrang einzuräumen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.



**Anhänge**[Abb\\_ID1002978\\_1 .pdf](#)[Abb\\_ID1002978\\_2 .pdf](#)[Abb\\_ID1002978\\_3 .pdf](#)[Abb\\_ID1002978\\_4 .pdf](#)

Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleiben hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien mit den Zielen der Raumordnung kann im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW überprüft werden.

1002979	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Berücksichtigung vorhandener und geplanter Strecken Es sind nicht alle vorhandenen und geplanten Strecken unseres Unternehmens in die Planung aufgenommen worden.</p> <p>EVS-Strecke 2571 - Die EVS-Strecke 2571 von Frenz nach Stolberg (Rheinl.) Hbf ist von Frenz bis zum Haltepunkt Eschweiler-Weisweiler in der zeichnerischen Festlegung nicht mehr als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr als Bestand, Bedarfsplanungsmaßnahme dargestellt. Diese Strecke ist bis zum Kraftwerk Weisweiler in Betrieb. Nach dem Entwurf der Begründung zum Regionalplan zu Z. 29 wird das bestehende Schienennetz im Regionalplan festgelegt. Dies gilt lediglich nicht für Schienenwege ohne regionale Bedeutung. Die Strecke hat auch in dem vorgenannten Bereich eine regionale Bedeutung. Dieser Streckenteil ist nach wie vor eisenbahnrechtlich gewidmet und auch betriebsbereit.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p>

1002980	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neubaustrecke von Siersdorf nach Baesweiler - Der geplante Streckenneubau von Siersdorf über Baesweiler bis zum Carl-Alexander-Park wird nicht berücksichtigt. Diese geplante Strecke ist im Entwurf des Regionalplanes nicht festgelegt. Wir bitten, auch diese Strecke festzulegen. Sie ist im Fachbeitrag 2019 des Nahverkehrs Rheinland enthalten. In der Begründung des Regionalplans ist zwar der geplante Haltepunkt "Baesweiler-Setterich" genannt, die geplante Strecke jedoch nicht zeichnerisch festgelegt (siehe Tabelle 18 der Begründung des Regionalplanes).</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die angeregte Änderung entspricht nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der vorgebrachten Neubaumaßnahme nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.</p> <p>Siehe auch Erläuterungen zu StnID 1003612_001.</p>

1002982

#### Inhalt

Euregio Railport - Der geplante Euregio Railport (Stolberg/Eschweiler) wird im Regionalplan nicht berücksichtigt. Es wird zwar die hierfür notwendige Verlegung der Landestraße L 238 n festgelegt, nicht jedoch der Euregio Railport selbst. Er soll für den Containerumschlag errichtet werden. An dem Projekt besteht ein hohes öffentliches Interesse. Ihm wurde am 08.04.2022 förderrechtlich im sog. Sterneverfahren der dritte Stern verliehen, so dass ein Förderantrag gestellt werden kann.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Die Planung ist im Regionalplanentwurf bereits berücksichtigt. Der GIB wurde nach Nordosten hin erweitert. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1011282

#### Inhalt

Der im Bereich Eschweiler Nothberg gelegene Überschwemmungsbereich wird vergrößert und über die EVS-Strecke 2571 geführt. Gründe hierfür sind nicht ersichtlich. Da im Hochwasserfall auch das Schienennetz zu schützen ist, wird für diese Festlegung keine Rechtfertigung gesehen.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen (vgl. Erläuterungen in Kapitel 5.1.3).

1011475

#### Inhalt

Betroffen ist die EVS-Strecke 2571 zudem, da der Haltepunkt Röhe entfallen ist. Es ist daher mit dem Nahverkehr Rheinland abzustimmen, ob eine planerische Berücksichtigung dieses Haltepunktes nicht mehr notwendig ist.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die angeregte Änderung entspricht nicht der Festlegungsmethodik des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). In den zu Grunde gelegten Zielnetzen des Nahverkehrsplans des Nahverkehr Rheinland ist der angeregte Haltepunkt nicht enthalten. Auch liegt noch keine Planfeststellung für den Haltepunkt vor, so dass entsprechend der Plankonzeption keine Festlegung des Haltepunktes erfolgt. Dies steht einer weiteren Planung in nachgelagerten Verfahren nicht entgegen.

AZ: Ö-P-621	
1002205	
1003426	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der angegebenen Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Wie ich festgestellt habe, fallen von mir bewirtschaftete Ackerlandparzellen in der Nähe des Kalkarer Moores als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden. Ich befürchte daher, dass diese Ausweisung die künftige Nutzung dieser Flächen erheblich beeinträchtigen wird. Insbesondere das drohende Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen würde dazu führen, dass dort eine ackerbauliche Nutzung nicht mehr möglich wäre. Ich beantrage daher, die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch dort mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Krisensituation zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-623	
1002062	
1003427	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die aus den Eheleuten [anonymisiert] sowie dem Sohn [anonymisiert] bestehende [anonymisiert] GbR bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen soll nunmehr mehrere Grünlandparzellen, darunter auch die unmittelbar am Stallgebäude unseres Betriebes gelegene Parzelle, die im Sommer die Hauptweidefläche der Milchkühe darstellt, als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden. Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für unsere Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb, insbesondere für die hofnahe Weideparzelle von fast 10 Hektar Größe, existentiell nicht tragbar. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln besteht im Übrigen unsererseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Zudem ist eine betriebliche Entwicklung mit eventuell erforderlich werdenden Gebäuden allein auf der hofnahen Parzelle möglich, so dass der landwirtschaftlichen Nutzung hier Vorrang einzuräumen ist. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass bereits jetzt rund 95 % unserer Eigentumsflächen und auch ein großer Teil unserer Pachtflächen im Rahmen früherer Ausweisungen von FFH-, Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten mit Bewirtschaftungsauflagen versehen sind. Weitere Ausweisungen mit Bewirtschaftungsauflagen gefährden unseren landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Existenz. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass viele um die Ortslage Lammersdorf gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen bereits für den beabsichtigten Weiterbau der Autobahn A 1 - sei es als Flächen für die Trasse selbst oder als Ausgleichsfläche - verplant sind und der Landwirtschaft entzogen werden. Im Hinblick hierauf sollte hier dem Interesse der Landwirtschaft an einem Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen Genüge getan und auf weitere Ausweisungen verzichtet werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-624	
1002252	
1009111	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht].</p> <p>Ich lehne den Regionalplanentwurf ab, da ich befürchte, dass meine Lebensqualität durch eine Bahntrasse und den damit verbundenen Lärm erheblich beeinträchtigt und meine Gesundheit dadurch gefährdet wird.</p> <p>Das betrifft die Planung K_PUL_BM_Schiene_01 insbesondere für Pulheim-Brauweiler, da ich in diesem Bereich (600 Meter langer Alleeweg entlang der Helmholtzstraße) regelmäßig spazieren gehe und mir durch die geplante Stadtbahn diese Erholung genommen wird. Daneben sehe ich durch die geplante Trassenführung durch ein Wohngebiet große Gefahren für Kinder auf dem Schulweg und beim Spielen im Park.</p> <p>Außerdem werden Grünflächen mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion zerstört. Dadurch wird meine Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Zudem widerspricht das oben genannte Vorhaben dem "Masterplan Stadtnatur" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.</p> <p>Grundsätzlich bin ich absolut dagegen, dass eine konkrete Trassenführung der geplanten Stadtbahn insbesondere durch die Helmholtzstraße in Brauweiler in die Regionalplanung aufgenommen wird. Aktuell ist noch nicht einmal die Machbarkeitsstudie beauftragt, in der unterschiedliche Trassenführungen für Brauweiler zu prüfen sind. Es gibt neben wirtschaftlichen Bedenken vor allem auch ökologische Bedenken, wie der von Ihnen beauftragte Umweltbericht aufzeigt, so dass die Realisierbarkeit des Vorhabens zunehmend unwahrscheinlicher wird.</p> <p>[...]</p> <p>Weitere Argumente für den Einspruch gegen die Regionalplanung</p> <p>Für mich ist es unverständlich, dass man in einem Naherholungsgebiet 100 Jahre alten Baumbestand fällen will, um einen Spazierweg zu einer Gleisanlage mit Oberleitung umzubauen. Dieses Naherholungsgebiet ist eine Oase für die hierlebenden Menschen. Andererseits ist es schizophren, für fast alles eine CO2 Abgabe zu verlangen, um alternativ irgendwo Bäume zu pflanzen.</p> <p>Ferner ist mir unverständlich, dass der Sportplatz am Abtei Gymnasium für die</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.</p> <p>Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

Straßenbahn entfernt werden soll. Die Schulkinder, sowie die erfolgreichen Sportvereine müssen dann weite Wege zu einer Alternative in Kauf nehmen.

Auch ist nicht einleuchtend, dass die Straßenbahn über die Helmholtz Straße geführt werden soll, wenn die Möglichkeit über die Bannstraße besteht ( es gibt ca. 200m nach der Kreuzung Donatusstraße/ Bannstraße eine ungenutzte Industrie Gleisanlage ). Das Argument, dass die Straßenbahn Bürgernah verlaufen soll, ist kein Argument, da sie ohnehin nicht durch den Ort fahren kann. Die potentiellen Kunden müssen ohnehin eine gewisse Strecke zur Bahn laufen, warum nicht bis zur Bannstraße.

Wenn die Straßenbahn am Abtei Gymnasium vorbeigeführt wird, sind die Kinder des Gymnasiums, der Gesamtschule und der Donatusschule in erheblichen Maße gefährdet, da die Bahn mehrfach Straßen kreuzen muss.

AZ: Ö-P-630	
1001908	
1002885_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>die Gemeinde Much wies und weist in den letzten Jahren 10 Neubaugebiete aus. Dieses obwohl die Einwohnerzahl der Gemeinde sinkt, wie dem nachstehenden Diagramm der Landesdatenbank NRW zu entnehmen ist.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Die Gemeinde Much wurde aufgefordert die zugrundeliegende Bedarfsanalyse offenzulegen. Nach ca. 2 ½ Monaten wurde uns das angefügte offizielle Schreiben der Gemeinde Much mit Datum vom 28.07.2022 zugesendet. Das Schreiben der Gemeinde Much vermittelt den "Flair" einer Verkaufsprognose, denn einer seriösen Bedarfsanalyse. Belastbare Daten, Fakten, Berechnungen scheinen der Gemeinde Much abzugehen. Zudem scheint die Gemeinde Much der Bezirksregierung zuvor kommen zu wollen, denn die Frist für eine frühzeitige Beteiligung der Bürger endet bereits am 19.08.2022 und damit noch vor Ihrem Regionalplan der Bezirksregierung Köln. Er vermittelt sich der Eindruck, dass die Gemeinde Much noch schnell Flächen für Neubaugebiete über Bedarf verbrauchen und so Fakten schaffen möchte, bevor dieses nach Ihrem neuen Regionalplan ggf. nicht mehr möglich ist. Die Gemeinde Much gibt einen Flächenbedarf von ca. 60 ha an, ohne dass Zahlen offengelegt wurden. Äußerst pikant wird diese Angelegenheit vor dem Hintergrund, dass diese Neubau- . gebiete in den Wasserschutzgebieten entstehen sollen. Die Wirkung des exzessiven Landschaftsverbrauch der Gemeinde MUCH enden nicht am Tellerrand (Gemeindegebiet Much). Das Wasser aus diesen Schutzgebieten geht dem Wahnbach zu und somit der Wahnachtalsperre, welcher die Gebiete Bonn, Alfter, Eitorf, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichteroth, Wachtberg, Windeck (teilweise), Siegburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Bornheim (teilweise), Hennef, Königswinter, Lohmar, Meckenheim, Niederkassel (teilweise), Remagen, Rheinbach, Sankt Augustin usw. mit Trinkwasser versorgt. Wenn das ökologische System durch den exzessiven Landschaftsverbrauch der Gemeinde MUCH teilweise oder ganz zerstört wird, sitzen wir alle bald auf dem Trockenen. Dann gibt es Wasserknappheit (Brände) noch mehr zerstörte Waldflächen und Überflutungen auch im Bergischem Land.</p> <p>(Anhang)</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID_1002885_001_1.pdf</a>  <a href="#">Abb_ID_1002885_001_2.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für</p>

die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).]

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größeordnung von 10 ha.

1002885\_002

#### Inhalt

Akteneinsicht in die Unterlagen für den Regionalplan wird beantragt.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Der Regionalrat hat die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Region Köln gemäß § 19 Abs. 1 LPIG NRW am 10.12.2021 beschlossen und damit die Regionalplanungsbehörde beauftragt, das Aufstellungsverfahren auf Grundlage der vorliegenden Planunterlage durchzuführen.

Die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen wurden gemäß § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW beteiligt. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, innerhalb der Beteiligungsfrist (07.02. - 31.08.2022) Stellung zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht zu nehmen. Alle relevanten Unterlagen wurden öffentlich ausgelegt.

AZ: Ö-P-634	
1002086	
1002896_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die geplante Änderung des 33.ten Regionalplanes Köln im-Bereich der Städte Hückelhoven, Erkelenz und Geilenkirchen lehne ich ab. Es bedeutet eine weitere Versiegelung wertvollen Ackerbodens sowie die Vernichtung weiterer Wald- und Wiesenflächen. Die bisherige Vorgehensweise entspricht nicht dem heutigen Verständnis für Umwelt und Naturschutz.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-P-638	
1002075	
1002912_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Öff Stellungnahme Regionalplan - Ablehnung neuer GIB, GIBPlus + ASB-Gebiete im Bereich von 41836 Hückelhoven-Baal</p> <p>Bereits als Volksschülerin habe ich gelernt, daß es die fruchtbarsten Ackerböden in der Erkelenzer + Jülicher Börde gibt: damals wußte ich noch nicht, wo genau diese Bereiche liegen. Inzwischen lebe ich in Hückelhoven-Baal im 36. Jahr und sehe mit großem Entsetzen, wie Hektar um Hektar des besten Ackerbodens unwiederbringlich dem Braunkohleabbau weichen muß; und nun sollen weitere wertvolle Ackerflächen vor den Toren unseres Dorfes als Gewerbegebiete ausgewiesen werden, obwohl es im innerstädtischen Gebiet von Hückelhoven bereits umgewandelte, jedoch brachliegende Flächen gibt - so entlang der Rheinstraße, am Zechenring, Lehmkaul + Katschbruch. Ich lehne die Zerstörung wertvollen, nicht ersetzbaren Ackerbodens ab ! Weiterhin lehne ich die Flächenversiegelung aus klimapolitischen Gründen ab : Bodenversiegelung schadet immer in höchstem Maße neben dem bereits bekannten Thema KLIMA der Artenvielfalt unserer heimischen Fauna. Der Regionalplan widerspricht den Vorgaben der aktuellen Bundesregierung, Flächenversiegelung erheblich zu verringern. Daß dies unter dem Deckmantel des "Strukturwandels" auch noch mit Geldern der öffentlichen Hand finanziert werden soll, ist untragbar ! Ebenso sozial-, gesundheits- und verkehrspolitischen Gründe sind für mich wesentlich: die vorgesehenen Bereiche östlich der B57 zwischen Hückelhoven-Baal + Erkelenz-Granterath sowie westlich der B57 zwischen Hückelhoven-Baal + Erkelenz-Hetzerath dienen seit vielen Jahrzehnten mit ihren Feld- + Wiesenwegen der Erholung der Anwohner - ob als Spaziergänger mit + ohne Hund, als Jogger, Walker oder Radfahrer, so daß Gesundheit + Arbeitskraft bestens erhalten werden können und Sozialsysteme angenehm entlastet sind. Die östlich der B57 verlaufende Planung würde zudem in einer Entfernung von 110 m (!!) an die nördliche Wohnbebauung Baals grenzen; die Grenze zur südlichen Wohnbebauung Granteraths umfaßt ebenfalls nur wenige hundert Meter. Für die Planung westlich der B57 sieht es nicht viel anders aus. Höchst bedenkenswert ist die einzige Begründung, die dem Bauausschuß der Stadt Hückelhoven zur Entscheidungsfindung für die Planung des GIB östlich der B57 genannt wurde: „es gibt eine gut ausgebaute Bundesstraße" (???),sodaß auch anschließend eine Annahme durch den Stadtrat erfolgte. Über diese "gut ausgebaute Bundesstraße" (B57) fließt ein täglicher Verkehr mit hohem Anteil von Schwerlastverkehr von insgesamt über 10.600 Fahrzeugen - in 2021 gemessen - und das alles durch ein DORF!!! Seit Jahren sind hier die Anwohner höchstgradig Lärm+ Emissionen ausgesetzt inkl. erhöhter Unfallgefahr, da Höchstgeschwindigkeitsgrenzen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).</p>

von ca. 70 % aller Fahrzeuge nicht eingehalten werden. Eine Entlastungsstraße zum bereits bestehenden Gewerbegebiet Baal - seit ca. 40 Jahren in Planung - ist immer noch nicht aus den unterschiedlichsten Gründen umgesetzt worden - und dann soll uns geplagten Anwohnern weiterer Verkehr, der übrigens auch das Erkelenzer Dorf Granterath durchläuft, bis die Autobahnauffahrt erreicht wird, zugemutet werden ?  
Aktuellen Aussagen von Straßen NRW ist der derzeitige Straßenbelag - in 2002 erneuert - viel zu dünn für den seit einigen Jahren stetig zunehmenden Schwerlastverkehr. Kann aber nicht erneuert werden, um nicht kilometerlange Sperrungen+ damit Staus zu verursachen!!! ??? Ich lehne weitere Planungen für Gewerbegebiete schon aus unzumutbaren, nicht durchdachten Verkehrssituationen ab ! Als letzten erheblichen Punkt sehe ich aktuelle Schwierigkeiten, die eigene Bevölkerung zu ernähren, so daß es an Unverantwortlichkeit grenzt + einem Regierungsauftrag in hohem Maße zuwiderläuft, weitere wertvolle Ackerflächen zu zerstören - auch dies ist für mich ein wesentlicher Grund für meine Ablehnung !



AZ: Ö-P-640

1002274

1003428

#### Inhalt

Mit den von Ihnen angestrebten Umwandlungen meines Grundstücks zu Landschaftsschutzgebieten bin ich nicht einverstanden. Es handelt sich bei dem Grundstück [anonymisiert] um eine Ackerfläche, die seit Jahrzehnten gute Erträge bringt und damit auch einen kleinen Teil zur Ernährung aller beiträgt. Nach einer Umwandlung in ein Naturschutzgebiet kann der Pächter das Land nicht mehr so nutzen wie bisher. Der erst vor wenigen Jahren verabschiedete Landschaftsplan sah eine solche Umwandlung nicht vor. Gerade in der aktuellen Situation erscheint mir Ihr Handeln nicht verantwortbar. Sollten Sie aber auf eine Umwandlung bestehen, möchte ich Sie bitten, mir zum Ausgleich eine andere Ackerfläche zum Tausch anzubieten.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

##### Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-642	
1001910	
1008939	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb im Gemeindegebiet Hürtgenwald. Den Schwerpunkt unseres Betriebes bildet dabei die Milchviehhaltung und Grünlandbewirtschaftung. In den vergangenen Jahren haben wir uns als Betrieb stetig weiterentwickelt, sodass wir zwischenzeitlich die Viehhaltung sogar auf zwei Betriebsstandorte aufgeteilt haben. Die gesamte Jungviehhaltung findet demnach etwa auf der Betriebsstätte [ANONYMISIERT] in Hürtgenwald statt. Im vorgestellten Entwurf zum neuen Regionalplan wird nunmehr eine Gebietskulisse für eine Neuausweisung sogenannter BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) ausgewiesen. Diese Ausweisung trifft unseren Betrieb insbesondere am soeben benannten Standort an der [ANONYMISIERT]. Dort grenzt die Neuausweisung nahezu unmittelbar an unsere Betriebsstätte an, wodurch wir eine erhebliche Betroffenheit befürchten. Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei unserem Betrieb um ein Familienunternehmen. Ein Hofnachfolger steht schon bereit. Es ist daher für uns existenziell, dass ihm und uns die Möglichkeit verbleibt, den Betrieb auch weiterhin an den bestehenden Standorten möglichst uneingeschränkt weiterentwickeln zu können. Durch die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang befürchten wir nämlich zumindest mittelfristig eine Ausweisung neuer Schutzgebiete, die insbesondere eine weitere bauliche Entwicklung an den Standorten nicht nur erschweren würden, sondern möglicherweise sogar unmöglich machen. Im Hinblick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unseres Betriebes wäre dies ein erheblicher Nachteil mit heute noch nicht absehbaren Folgen. Weiterhin bereitet uns die Neuausweisung von BSN-Flächen auch große Sorgen in Bezug auf die zukünftige Nutzung der betroffenen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Auch hiervon wären wir sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter unmittelbar betroffen. Aktuell werden unsere Flächen im Rahmen der guten fachlichen Praxis bewirtschaftet. Sollten uns auch hier künftig Einschränkungen, etwa durch die Vorgabe einer extensiveren Nutzung, drohen, hätte auch dieser Umstand für uns unmittelbare und erhebliche wirtschaftliche Folgen. Folglich beantrage ich, die vorgesehenen Flächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Lebensmitteln achten sollten. Lassen Sie uns als Landwirte unseren Teil dazu beitragen. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch zumindest in großen Teilen widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-643	
1001801	
1003714	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Unser Betrieb hat seinen Standort in III Uelfe [ANONYMISIERT], Radevormwald. Wir bewirtschaften 66 ha Grünland und 14 ha Ackerfläche. Unser Betrieb ist, wie für die Region üblich, ein Milchviehbetrieb. Der familiäre Betrieb wird als GbR (Vater und Sohn) geführt. Um eine vernünftige Bewirtschaftung weiterführen zu können, gehört u.a. die Gewährleistung das ausreichend landwirtschaftliche Flächen zur Verfügung stehen. Auch und insbesondere im Hinblick auf den künftigen Hofnachfolger, der als 26-jähriger Agrarbetriebswirt perspektivisch an die Weiterführung herangehen muss. Bislang planen wir den Bau eines Jungviehstall und eine Siloanlage. Der derzeitige Stand der Regionalplanung weist jedoch enorme Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sowie Bereiche für den Schutz der Landwirtschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus. Zwar sind bei der Planung die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) berücksichtigt, jedoch ist davon auszugehen, dass mit den BSN und den BSLE gravierende Einschränkungen/Auflagen auf uns als Bewirtschafter zukommen werden, die einer vernünftigen langfristigen Betriebsplanung geradezu entgegenstehen. Die Ausweisungen der BSN und BSLE wird im lichte des geplanten Pflanzenschutzverbotes der EU zudem zu weiteren erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen, möglicherweise gar zu einer Existenzgefährdung führen. Aus den vorgenannten Gründen können wir der Planung nur ablehnend gegenüberstehen und hoffen, dass unsere Einwendungen in den weiteren Planphasen hinreichend berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-647	
1001802	
1003429	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert] Zülpich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffene wie folgt Stellung: Ausweislich der uns vorliegenden Kartierungen sind ca. 30 Hektar unserer Ackerflächen als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant, 15 Hektar hiervon noch zusätzlich als Bereich zum Schutz der Natur (BSN). Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln; hinzu kommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Bei entsprechender Ausweisung wäre somit auf großen Teilen unserer Betriebsfläche die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nicht oder nur noch eingeschränkt möglich mit der weiteren Folge, dass Ackerbau dort wirtschaftlich sinnvoll nicht mehr betrieben werden könnte. Damit verbunden wären erhebliche Nachteile in der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sowie eine Entwertung des landwirtschaftlichen Eigentums. Wir wenden uns daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-648	
1002316	
1003454	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] 53909 Züllich-Sinzenich einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Kartierungen sollen rund 90 % meiner betriebszugehörigen Ackerflächen, sowohl die Eigentums- als auch die Pachtflächen, als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) überplant werden. Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Zu beachten ist jedoch, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Da eine über die gute fachliche Praxis hinausgehende Reglementierung und Einschränkung des Pflanzenschutzmittelgebrauches die gesamte ackerbauliche Nutzung in Zukunft gefährden würde, wende ich mich gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-651	
1002317	
1002937_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) Hier: Stellungnahme als Betroffener Sehr geehrte Damen und Herren, ich bewirtschafte unter der Anschrift (anonymisiert) einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Die von mir bewirtschafteten Flächen befinden sich im Kreis Euskirchen, im Rhein-Sieg-Kreis und im RheinErft-Kreis. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der Kartierungen sind rund 290 Hektar Ackerfläche meiner rund 297 Hektar umfassenden Betriebsfläche, davon ca. 100 Hektar Eigentumsfläche, als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) überplant. Bereits jetzt besteht in Naturschutzgebieten nach der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln; hinzu kommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Befürchtung gegeben ist, dass auch bei einer Ausweisung von Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Aus diesem Grunde wende ich mich gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-652	
1002318	
1003455	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert] bestehend aus den Gesellschaftern [anonymisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert] in 53894 Mechetrnich-Wachendorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Wir, die Gesellschafter nehmen hiermit zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Wie wir aus den Karten ersehen können, sollen ca. 9 Hektar Acker und 1 Hektar Grünland unserer Eigentumsfläche sowie weitere ca. 30 Hektar gepachtete Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass selbst bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der Ackerflächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur aus und bitten, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-653	
1002087	
1002940_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ablehnung neuer GIB, GibPlus + ASB-Gebiete im Bereich der Städte Hückelhoven, Erkelenz+ Geilenkirchen</p> <p>Für die o.g. Städte im Kreise Heinsberg lehne ich jedwede Versiegelung wertvollen, unwiederbringbaren Ackerbodens ab. Ebenso jede Form von Vernichtung von Wald- und Baumflächen - alles greift vernichtend in Natur, Artenvielfalt und Klima ein.</p> <p>Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie in der aktuellen Situation ist es nicht nur unverantwortlich, sondern nicht mehr zeitgemäß und daher auch völlig inakzeptabel was im Regionalplan vorgesehen ist. Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung!</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>



AZ: Ö-P-654	
1002088	
1002942_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Als Landwirt und Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Gemarkungen Selfkant-Wehr und Geilenkirchen-Tripsrath bin ich gemäß Regionalplan BSLE-Flächen betroffen. Aus meiner Sicht ist eine Statusänderung nicht hilfreich und somit nicht erwünscht. Deswegen bitte ich um eindeutige Deklaration und Ausweisung der Ackerflächen unter dem Planzeichen: „landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker)“</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Vorranggebiete für</p>

	<p>landwirtschaftliche Nutzungen vor. Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden, werden in der Regel als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiet) festgelegt. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).</p>
--	---

AZ: Ö-P-655	
1002319	
1002944_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln / Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Wassenberg-Orsbeck einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die gesamte Betriebsfläche beträgt etwa 180 ha, davon sind etwa 174 ha Ackerland, etwa 6 ha Grünland. Im Rahmen der geplanten Ausweisung ist eine von mir bewirtschaftete Fläche in Umfang von etwa 36 ha überplant mit dem Schutzstatus "Schutz der Natur". Komplett mit überplant ist auch meine landwirtschaftliche Hofstelle, an die unmittelbar etwa 1,5 bis 2 Hektar Ackerland angrenzt. Im Detail sind folgende Flächen von mir betroffen: 1. ca . 1,4 ha Ackerland am östl. Ortsrand von Wassenberg, 2. meine Hofstelle mit ca . 1,5-2 ha Ackerland, 3. ca . 1,9 ha Ackerland südwestl. von Ohe, Fläche ist teilweise betroffen, Gebiet überwiegend Ackerland, 4. 1 ha Ackerland westl. Forster Baggersee, 5. 1,1 ha Ackerland östl. von Ophoven, Gebiet ist ausschließlich Ackerland, 6. Ca. 8 ha Ackerland nordwestlich von Karken, sind mehrere Einzelparzellen, das Gebiet ist überwiegend Ackerland, 7. 2 ha Ackerland Rurseite Unterbruch, 8. 4,2 ha Ackerland südwestl. Von Luchtenberg/Garsqeck, 9. 1 ha Ackerland an der westl. der A46 an der Kaphofstraße, Gebiet ist ausschließlich Ackerland, 10. 1,5 ha Ackerland südwestl. Hückelhoven-Doverack am Ortsrand, Gebiet überwiegend Ackerland, 11. 1 ha Ackerland südwest. Hilfarth, ausschließlich Ackerland, 12. 3 ha Ackerland östl. von Hilfarth am Ortsrand, 13. Ca. 6 ha Ackerland in der Feldflur zwischen Hilfarth und Brachelen, teilweise betroffen, Gebiet ist ausschließlich Ackerland, 14. 2,3 ha Ackerland östl. Baggersee Brachelen. Die Überplanungen betreffen im Kern Flächen in der Nähe des Rurtals, aber auch in der freien Feldflur. Im Ergebnis wird durch die geplante Ausweisung das bereits vorhandene Naturschutzgebiet Wassenberger Riedelland deutlich vergrößert. Erst vor einigen Jahren ist ein neuer Landschaftsplan aufgestellt worden, bei dem das Naturschutzgebiet? Wassenberger Riedelland" ausgewiesen wurde und diese Fläche als Naturschutzgebiet ausreichend war. In diesem bereits vorhandenen Gebiet liege ich schon mit circa 8 Hektar Ackerland und 4 Hektar Grünland und muss dort schon mit erheblichen Bewirtschaftungsbeschränkungen leben. Daher ist nicht zu nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen (vielfach Ackerflächen) mit einem solchen zu belegen und insofern das bereits vorhandene Naturschutzgebiet deutlich auszuweiten. Dies geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Kreis Heinsberg wirtschaftenden Betriebe. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig eine Zukunftsperspektive für meinen ca. 200 Jahre alten landwirtschaftlichen Betrieb zu haben, und einen verantwortungsvollen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf einer ausreichenden Eigenversorgung mit Getreide/Lebensmitteln geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin beantrage ich, meine Hofstelle komplett aus der Planung herauszunehmen. Ansonsten besteht aus meiner Sicht die Gefahr, dass bei notwendigen baulichen Erweiterungen zur Fortentwicklung des Betriebes diese erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht werden könnten. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigelegt]

AZ: Ö-P-667	
1001805	
1003457	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in Kall [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung und Erzeugung regenerativer Energien mittels einer Biogasanlage. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, nahezu alle hofnahen Flächen als Bereiche zum Schutz der Natur auszuweisen bzw. die bislang vorhandene Kulisse auszuweiten. Ich gebe zu bedenken, dass ich auch auf diesen Flächen Futter für meine Rinder produzieren muss und Einschränkungen in der Nutzung sich unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen. Weiterhin besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Zudem kann eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf den in unserem Eigentum stehenden hofnahen Parzellen erfolgen. Ich befürchte, dass bei einer Ausweisung der hofnahen Flächen eine erhebliche Gefahr für eine mögliche zukünftige bauliche Entwicklung des Betriebes besteht, da sich für Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben. Unter Hinweis auf die dargelegten Gründe wende ich mich gegen eine Überplanung der hofnahen Flächen mit einem Status als Bereich zum Schutz der Natur aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-669	
1001831	
1003040_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) zu der Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln werden folgende Anregungen und Bedenken vorgebracht: Sachstand: Vier verschiedene Grundstücksbereiche meines Waldbesitzes in der Ortslage St. Augustin Birlinghoven sollen laut textlicher und zeichnerischer Festlegungen des Vorentwurfes als Naturschutzgebiete (BSN) neu ausgewiesen werden. 1. Am Lauterbach(anonymisiert) Nutzung Unland, Grünland, Wald Unland: Die Grundstücke liegen arrondiert und werden über eine extensive Weidetierhaltung als Grünland sowie Wald genutzt. Laubmischwald und Wildsträucher sind hier vorherrschend. Die Waldflächen dienen als Vogelschutzgebiet, die extensive Weidetierhaltung sollte zur Sicherung des Auenbereiches weiterhin uneingeschränkt möglich sein.</p> <p>2. Hähnchensiefen, Birlinghoven (anonymisiert) Nutzung, Wald, Wald, Acker-, Grünland,Wald, Wald, Wald, Acker-, Grünland, Wald, Wald, Wald, Wald, Wald, Wald: Mein Forsteinrichtungswerk vom 0 1.01.2020 weist für die betroffenen Grundstücke folgende Hauptbaumarten aus: (anonymisiert) Pappel, Esche 74 Jahre, Nr.(anonymisiert) Fichte (90 J.), Esche (74 J.), Bergahorn (45 J.), Lärche (50 J.), Nr. (anonymisiert) Bergahorn (51 J.), Roterle (51 J.), Nr. 286, 471, 475, 477 Bergahorn (45 J.), Esche (45 J.), Eiche (130 J.), Buche (110 J.) Größtenteils reichen die Bestände aufgrund der Bodenbeschaffenheit und des Geländeprofiles bis an die Bachläufe heran. Am Zusammenfluss der beiden Bachläufe im Hähnchensiefen befindet sich ein größeres Feuchtbiotop mit Roterlen. Die für Feuchtbiotope typische Vegetation befindet sich nur an einigen wenigen Stellen der Siefen, vorherrschend ist das Indische Springkraut. Das geplante Naturschutzgebiet verläuft entlang der Bachläufe, es hat scheinbar eine Breite von 30 bis ca. 60 m, so dass in der Regel mit Wirtschaftswald genutzte Hangbereiche hinzuzählen. Die in der Karte markierten Grenzen sind in der Örtlichkeit nicht nachzuvollziehen. 3. Graben am Morsbusch, Hangelar Flur (anonymisiert), Niederpleis Flur (anonymisiert) mit den Grundstücken Nr.(anonymisiert) Nutzung Wald, Wald, Wald, Wald Die genannten Grundstücke sind alle ganz oder teilweise von der geplanten Unterschutzstellung betroffen. Mein Forsteinrichtungswerk vom 01.01.2020 weist für die Grundstücke folgende Hauptbaumarten aus: Nr. 1(anonymisiert) Birke (75 J.), Nr. (anonymisiert) Kiefer, Birke (91, 110 J.), Nr. (anonymisiert) Rotbuche, Douglasie(10 J.). Als Naturschutzgebiet ist hier anscheinend ein Graben (meistens trocken) in einer Breite von ca. 30 m vorgesehen. Die genannten Baumbestände reichen bis in den Graben. Mit Ausnahme einer feuchten Teilfläche von ca. 1500 m2 im nordwestlichen Bereich des Grundstücks Nr.(anonymisiert) entspricht die Bodenvegetation dieser Flächen aufgrund des sehr trockenen, sandigen Bodens nicht dem Schutzzweck eines Auen- oder Sumpfwaldes.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

4. Bachlauf Stöcken, Niederpleis Flur (anonymisiert) mit den Grundstücken Nr. (anonymisiert) Nutzung Wald, Wald, Beide Grundstücke sind von der geplanten Unterschutzstellung teilweise betroffen. Mein Forsteinrichtungswerk vom 01.01.2020 weist für die Grundstücke folgende Hauptbaumarten aus: Nr. (anonymisiert) Eiche (22 J.), Roterle (74 J.), Nr. (anonymisiert) Lärche (8 J.), Douglasie (16 J.), Buche (30 J.) und Bergahorn (15 J.). Das geplante Naturschutzgebiet soll anscheinend entlang eines Baches verlaufen, der nur zu Regenzeiten etwas Wasser führt, die meiste Zeit des Jahres jedoch trocken liegt. Da es sich größtenteils um sehr jungen Wirtschaftswald handelt, wird eine Umwandlung in Auen- oder Sumpfwald nicht sobald erfolgen können. Fazit: Ich halte die Ausweisung meiner Grundstücke im Bereich des Hähnchensiefen, des Graben am Morsbusch und am Bachlauf Stöcken als Naturschutzgebiete aus folgenden Gründen für unangemessen: Die Abgrenzung der Naturschutzgebiete ist in der Örtlichkeit nicht sicher zu bestimmen. Die zeichnerische Festlegung des Vorentwurfes läßt keinen Rückschluß auf die Größe der geplanten BSN-Flächen zu, was bei mir als Betroffenen Unsicherheit hervorruft. Der Anteil tatsächlich vorhandener Feuchtbiotope mit ihrer typischen Vegetation ist sehr begrenzt. Trotzdem sollen sich auf den sehr kleinen Naturschutzgebieten wohl "Feucht-, Nass-, Bruch-, Sumpf- und Auenwald" befinden bzw. entwickeln. Eine Unterschutzstellung wird die Verbreitung des Indischen Springkrautes und anderer Neophyten wie Japanischer Staudenknöterich oder der Kaukasische RiesenBärenklau weiter fördern. Die Einordnung der Siefen bzw. des Grabens oder der Bachläufe mit den Hangbereichen in einer Breite bis zu 60 m als Auen- und Sumpfwald ist unsachgemäß. Wie das Forsteinrichtungswerk von 2020 bescheinigt, handelt es sich bei den Flächen um Wirtschaftswald, teilweise sehr jungen Wald, der bis an die Bachläufe heranreicht. Aufgrund des möglichen Nutzungsverbotes liegt für mich als Privatwaldbesitzer ein enteignungsgleicher Eingriff vor, der einen erheblichen wirtschaftlichen Ausfall bewirkt und Entschädigungsansprüche meinerseits generiert.

- Mögliche Verbote der Wiederbewaldung mit Nadelbäumen führen indirekt zum Ausschluss der Naturverjüngung, einer wichtigen Bewirtschaftungsmaßnahme meiner naturnahen Dauerwaldbewirtschaftung.
- Die geplanten Naturschutzgebiete durchschneiden zusammenhängende Bewirtschaftungseinheiten, was zu einem höheren Bewirtschaftungsaufwand führt. Die bleibenden Festkosten der überplanten Flächen wie z. B. die sehr hohen Berufsgenossenschaftsbeiträge, Mitgliedsbeiträge für die Forstbetriebsgemeinschaft oder Versicherungsbeiträge (Haftpflicht, Waldbrand) müssen von mir weiterhin getragen werden.
- Mein Waldbestand in Birlinghoven ist zu 70 v. H. Laubmischwald, im Aufbau mehrschichtig und sehr fein strukturiert, die durchschnittliche Bestandesfläche beträgt 0,8 ha. Laut Forsteinrichtungswerk werden von den 40 vorhandenen Baumarten 22 forstwirtschaftlich bewirtschaftet. Mehrere Sukzessionsflächen sowie größere stehende Gewässer verteilen sich über die Waldfläche und dienen dem Biotopverbund. Durch den abwechslungsreichen Waldbestand und die dauerwaldartige Bewirtschaftung ist jetzt schon ein hoher Grad an Biodiversität erreicht und ist gesichert. (anonymisiert)

AZ: Ö-P-67

1001278

1000918

#### Inhalt

Ich lehne das Gewerbegebiet GIP Plus zwischen Hetzerath-Baal-Doveren ab, weil damit die Chancen des notwendigen Strukturwandels nicht genutzt werden und es zu einer Mehrbelastung der Anwohner kommt. Strukturwandel scheint für unsere lokalen Politiker vor allem zu bedeuten, die verbleibende Landschaft mit Gewerbegebieten zu verbauen. Und die Einnahmen von Gewerbesteuern scheinen ihnen wichtiger als zukunftsfähige Konzepte. Ohne ökologisches Denken wird unsere Wirtschaft in Zukunft nicht mehr funktionieren.

Alternativen zum neuen Gewerbegebiet:

- die Nutzung bereits versiegelter Flächen und alten Bestandes,
- die Nutzung innerstädtischer Flächen,
- die Aufstockung der bereits im bestehenden Gewerbegebiet vorhandenen Gebäude,
- die Umnutzung alter Gebäude,
- die Nutzung weitaus kleinerer Flächen etwa nahe der Autobahnen,
- eine Neu-Beurteilung und Berechnung des tatsächlichen zukünftigen Gewerbeflächenbedarfs.

Ich lehne das Gewerbegebiet GIP Plus zwischen Hetzerath-Baal-Doveren ab, weil die Ackerböden des Heinsberger Landes erhaltenswert sind. Sie gehören zu den besten Böden Deutschlands und werden im großen Stil durch zahlreiche Gewerbegebietserweiterungen für immer der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Derzeit versiegelt unser gesamtes Land täglich 56 Hektar Fläche; das Ziel der Bundesregierung für 2030 ist ein täglicher Flächenverbrauch von unter 30 Hektar. Warum wird mit unserer Regionalplanung dennoch kein innovatives Gegenkonzept entwickelt und weitergemacht wie bisher? Wir, als Anwohner des Dorfes Hetzerath, werden eh schon mehr und mehr zugebaut. Die Windkraftträder nördlich des Dorfes und das Gewerbegebiet aus Erkelenz kommend. Sind wir aufs Dorf gezogen, um von Schwerindustrieanlagen umzingelt zu werden?? Ich bitte Sie meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern. Bitte übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwendung.

#### Abwägung

##### Typ

Anregung/Bedenken

##### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

##### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804). Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)



AZ: Ö-P-671	
1001962	
1003459	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der oben angegebenen Anschrift einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Legehennenhaltung und Wildvermarktung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, meine Hofstelle sowie das hieran angrenzende, zum Betrieb gehörende Wildgehege mit einer Größe von ca. 3 Hektar als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) auszuweisen. Dies macht aus naturschutzfachlicher Sicht keinen Sinn, da weder eine mit Gebäuden bebaute Hofstelle noch eine intensiv genutzte Wildgehege-Fläche eine besondere ökologische Wertigkeit besitzt. Unabhängig davon würde eine bauliche Entwicklung meines Betriebes nur auf der Wildgehege-Parzelle möglich sein, so dass ich beantrage, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSE) abzusehen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Ich bewirtschafte in Hückelhoven einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die gesamte Betriebsfläche beträgt etwa 48 ha und besteht ausschließlich aus Ackerland. Etwa 75 % der Flächen sind von mir angepachtet. Im Rahmen der geplanten Ausweisung ist eine von mir bewirtschaftete Eigentumsfläche im Umfang von etwa 1,5 ha, überplant mit dem Schutzstatus "Schutz der Natur". Die Überplanung betrifft im Kern den Bereich Hilfarther Senden bzw. Flächen, die mehrere 100 m entfernt von der Rur liegen. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum diese Fläche überhaupt überplant werden, weil diese bereits sehr weit entfernt von der Rur liegen und schon lange Jahre intensiv ackerbaulich genutzt werden. (+ ca. 6 ha Pachtflächen). Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre eine vollständige Entwertung meines Eigentums, denn ohne Pflanzenschutzmittel kann man keinen wirtschaftlichen Ackerbau betreiben. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf einer ausreichenden Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwendungen und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-P-679	
1002094	
1003465	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53894 Mechernich einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Färsenaufzucht. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe anhand der Karten festgestellt, dass mehr als 50 % meiner Betriebsflächen, davon nahezu alle von meinem Betrieb bewirtschafteten Ackerflächen in den Gemarkungen Iversheim, Kalkar, Antweiler und Arloff als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen sind. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass selbst bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Ackerflächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

## Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Den Regionalplanentwurf zum Gewerbe- und Industriepark zwischen Hückelhoven-Baal und Erkelenz-Hetzerath lehne ich aus den nachfolgenden Gründen ab:

- **Sehr guter Lössboden mit hervorragender Bodenqualität (siehe Umweltbundesamt Auszeichnung 2021) wird dauerhaft durch Bebauung zerstört**
- **Nahrung soll regional erzeugt werden -->Klima schonend - mehr als 60 % aller Nahrungsmittel werden in Deutschland importiert (= teuer, CO2-/ und Stickoxid Belastung, erhöhte Abhängigkeit)**
- Landwirtschaftliche Flächen mit qualitativ hochwertigen Böden sichern die Nahrungsgrundlagen --> weniger Abhängigkeit von anderen Ländern
- Bodenqualität wird auf Dauer zerstört (fehlender Sauerstoff 4 fehlende mineralisierende Mikroorganismen) durch Versiegelung von Flächen
- Versiegelung von Flächen - steigende Gefahr der Überflutung bei Starkregen (bereits in Hückelhoven Mitte 2021 Realität; aufgrund des Klimawandels mit steigender Häufigkeit zu rechnen)
- Und --> wegen Abhang zum Doverhahner Wäldchen evtl. zu starke Befeuchtung der sehr seltenen Hasenglöckchen (--> Naturschutzgebiet!!) + deren Ausdehnung in Wald Richtung Baal (--> geplante B57n)
- **Bestehende Gewerbegebiete z.B. GIPCO verfügen über leerstehende Gebäude --> Firmen ziehen nach Ende der Steuervergünstigungen in andere Städte weiter und hinterlassen Ruinen = ohne Nutzen --> Zerstörung der Umwelt und der Natur für kurzfristigen Nutzen --> Generationenschaden**
- ?Strukturwandel? wegen Garzweiler II --> Versiegelung! Zerstörung von Flächen wird ein paar Kilometer weiter verschoben
- VORSCHLAG: GIP+ in das Gebiet von Garzweiler II verlegen, Jort bereits weflig besiedelt mit A44 aber eine schnelle Autobahnanbindung und der Boden ist bereits zerstört und damit auch das Ökosystem = keine weiteren Flächen würden zerstört ? Zuschüsse des Bundes bleiben im Kreis HS
- Neue Regierung beinhaltet die Grünen --> junge Wähler befürworten besonders deren Programm zum Schutz der Natur, Ressourcen und gegen weitere Flächenzerstörung
- **Biolandwirt verliert seine Existenzgrundlage**

## Abwägung

## Typ

Anregung/Bedenken

## Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

## Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal entsprochen (s. StnID 1001804).

Zudem gilt hinsichtlich der Anregung zur Flächensicherung im Strukturwandel, die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, zusätzlich Rechnung tragen soll (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden im Regionalplan Köln Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt).

- Unser Grundstück verliert an Wert wg. erhöhter Emissionen durch das geplante Gewerbegebiet (Geräusche, Luftqualität, Verkehrsaufkommen)
- Ggf. Wolkenbildung durch austretende Gase
- Wir haben uns bewusst für das Landleben entschieden
- Klimavorgaben müssen auch kommunal gelebt werden und nicht nur Lippenbekenntnisse der Politiker sein, wenn Einnahmen durch Gewerbesteuer profitabel erscheinen

Ich bitte Sie meinen Einwendungen zu folgen und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

Bitte Übersenden Sie mir eine Empfangsbestätigung meiner Einwendung, sowie Ihre Stellungnahme zu den aufgeführten Punkten.

AZ: Ö-P-680	
1001965	
1003074_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>(anonymisiert) als Eigentümer und Verpächter von Ackerflächen im Bereich Zülpich-Rövenich (anonymisiert)) nehme ich zum Entwurf des Regionalplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der Kartierungen sind ca. 22 Hektar meiner Eigentumsfläche als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) überplant. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich die Befürchtung, dass auf diesen Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ein wirtschaftlich sinnvoller Ackerbau kann auf dieser Fläche sodann nicht mehr betrieben werden und mein Eigentum verliert nachhaltig an Wert. Ich wende mich daher gegen jegliche Planung, mittels derer eine spätere ackerbauliche Nutzung der Ackerflächen eingeschränkt werden könnte. (anonymisiert)</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-683	
1002096	
1009136	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte in Erftstadt einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 55 ha der Fläche, die ich bewirtschafte, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" und ca. - ha im Gebiet "Schutz der Natur".</p> <p>Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Rhein-Erft-Kreis, Bewirtschafter s.o., Eigentümer s.o., Östlich von Mellerhöfe, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung</li> </ul> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p> <p>Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-684	
1002095	
1003467	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] in 53945 Blankenheim [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milchproduktion. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Anhand der mir vorliegenden Karten habe ich festgestellt, dass viele meiner hofnahen Parzellen - sowohl Acker- als auch Grünland - als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen sind. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung, insbesondere der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisie herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-686	
1001967	
1009139	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln / Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb in Bergheim. Schwerpunkt des Betriebes ist auch eine intensive ackerbauliche Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich meines Hofes hochwertige Ackerlandflächen als künftige sogenannte BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) aus. Von dieser geplanten BSN-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von etwa 34 ha betroffen.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend, wenn im Ergebnis 34 ha in diese Planung hereinfallen würden. Folglich beantrage ich, Ackerflächen in diesem Bereich nicht als BSN-Flächen auszuweisen, um so auch mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass wir auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide achten sollten. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-687	
1001968	
1003468	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der oben angegebenen Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit den Schwerpunkten Ackerbau und Milcherzeugung. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Gemäß der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, ca. 2,5 Hektar der meinem Eigentum stehenden Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) sowie weitere rd. 25 Hektar als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Bei den Flächen handelt es sich sowohl um Grünland- als auch um Ackerflächen. Ich habe die Befürchtung, dass aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt wird. Die Grünlandflächen dienen der Erzeugung des Futters für meine Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung der Flächen würden sich unmittelbar mengen und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind in aller Regel nur mit einem Mehraufwand zu erfüllen und daher mit wirtschaftlichen Einbußen verbunden. Eine Ausweisung der Ackerflächen als Naturschutzgebiet hätte bereits heute ein Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln zur Folge; auch bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet dürften Pflanzenschutzmittel dort möglicherweise nicht mehr angewendet werden mit der Folge, dass die Flächen nicht mehr in wirtschaftlich sinnvoller Weise ackerbaulich genutzt werden können. Ich beantrage daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSE) oder als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen.</p> <p>Neue Teil-Stellungnahme</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-690

1001837

1009145

## Inhalt

### EINSPRUCH GEGEN DIE REGIONALPLANUNG:

- K\_PUL\_BM\_SCHIENE\_ 01
- PUL\_ASB\_2

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich die o.g. Regionalpläne ablehne.  
Als Eigentümer der Immobilie Kaiserin-Theophanu-Str. [ANONYMISIERT] in 50259 Pulheim-Brauweiler bin ich von dem Vorhaben eines Straßenbahnbaus direkt betroffen. Lt. erster Planung wird diese Bahn weniger als 3 mtr. meinem Grundstück vorbeiführen, was für mich einen erheblichen persönlichen als auch finanziellen Einfluss hat. Des Weiteren ist der Park, und dieser ist lt. Flächenbebauungsplan der Stadt Pulheim auch als solcher gekennzeichnet, für viele Menschen ein Ort der Ruhe und Begegnung. Genauso dient er als sicherer Schulweg.

Warum man sich unbedingt in den Kopf gesetzt hat, dieses Stück wertvolle Grün mit seinem 30 Jahre alten Baumbestand zu opfern, will mir einfach nicht in den Kopf! Alle Welt redet über Klimawandel, Hitzezonen, Starkregen etc. und trotzdem möchte die Politik eine Bahn

nicht auf vorhandene Straßen (Bonnstraße, Ehrenfriedstraße), sondern durch einen frequentierten Park legen.

Um jedoch überhaupt auf einen positiven Nenner zu kommen, muss lt. Vorstudie größere Bebauung entlang der geplanten Strecke realisiert werden. Also weitere Versiegelung, Verdichtung, Aufheizung, Verlust von wertvollen Ackerböden .....

All diese Überlegungen stehen im krassen Widerspruch zu dem, von Ihnen beauftragen, Umweltbericht.

Daher bin ich strikt gegen eine Trassenführung über die Helmholtzstraße und gleichzeitig gegen die Verschiebung der Freiraumfunktion in Richtung Bonnstraße.

Ich werde mich weiter für den Erhalt der vorhandenen Naturflächen einsetzen und würde auch vor einer Klage notfalls nicht zurückschrecken.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu *G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und

berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-692	
1002328	
1003469	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bin Eigentümer eines unter der Anschrift [anonymisiert] 53894 Mechernich-Wachendorf gelegenen landwirtschaftlichen Betriebes, mein Sohn [anonymisiert] ist Pächter des Betriebes. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener als Eigentümer und Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen wie folgt Stellung: Ausweislich der Karten sollen rund 8 Hektar der meinem Eigentum stehenden Ackerflächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen werden. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass eine wirtschaftlich sinnvolle ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des kürzlich veröffentlichten Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass für Flächen mit einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auch auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen, würden die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes gefährden und zudem zu einem deutlichen Wertverlust der Flächen führen. Wir bitten daher, von einer Überplanung der Flächen als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) abzusehen und diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfe Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-693	
1002329	
1008951	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Gemeindegebiet Kreuzau, Ortsteil Boich. Nach Durchsicht des Entwurfes zum neuen Regionalplan betreffen die darin vorgesehenen Neuausweisungen sogenannter BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur) meinen Betrieb unmittelbar. Zahlreiche meiner Betriebsflächen liegen in Gebietskulissen, die sowohl für Flächen zum Schutz der Natur als auch für Flächen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung vorgesehenen werden sollen. Die Neuausweisung berühren meine Interessen dabei sowohl als Eigentümer dieser Flächen wie auch als Pächter. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass die Ausweisung dieser Flächen als Flächen zum Schutz der Natur bzw. zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung dazu beitragen, dass ich zukünftig in der Bewirtschaftung meiner Flächen stark eingeschränkt werde. In der Vergangenheit dienten diese Kulissen doch regelmäßig bereits als Grundlage für die anschließende Ausweisung neuer Schutzgebiete, mit denen zugleich erhebliche Bewirtschaftungsauflagen verknüpft wurden. Diese Gefahr und eine damit einhergehende Existenzgefährdung für meinen Betrieb spiegelt sich auch in den aktuellen Diskussionen um die Verabschiedung einer europäischen PflanzenschutzmittelanwendungsVO wider. Diese sieht etwa in Naturschutzgebieten sogar ein totales Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vor. Für meinen konventionell arbeitenden Betrieb hätte dies zur Folge, dass ich meine Ackerflächen faktisch nicht mehr als solche nutzen könnte oder aber nur noch unter Inkaufnahme von erheblichen Ertragseinbußen, die die Wirtschaftlichkeit meines Betriebes insgesamt gefährden. Durch die Neuausweisung in dem dargestellten Umfang befürchte ich zudem auch, in der weiteren baulichen Entwicklung meiner Betriebsstätte eingeschränkt zu werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind betriebliche Erweiterungen in Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten - wenn überhaupt - nur unter erheblichen Auflagen möglich. Ich bin schließlich der Auffassung, dass mit den hier bereits unter Schutz stehenden Flächen eine ausreichende Gebietskulisse besteht, den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in gebotenem Umfang Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung dieser Kulisse, insbesondere auf Ackerflächen, lehne ich daher entschieden ab.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-694	
1002097	
1003471	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Mutterkuhbetrieb im Gemeindegebiet Simmerath/Eicherscheid im Nebenerwerb. Die hierfür bewirtschafteten Grünlandflächen befinden sich alle im gelegenen Ortsteil Eicherscheid. Der Entwurf zum neuen Regionalplan stellt nunmehr eben dort nahezu alle Flächen unter eine Gebietskulisse zur Neuausweisung von BSN-Flächen (Bereiche zum Schutz der Natur). Diese Ausweisung bedeutet für mich eine ausgesprochene Belastung, befürchte ich doch, dadurch in meiner zukünftigen Betriebsentwicklung stark beeinträchtigt zu werden. Ich habe Sorge, dass ich, etwa durch die künftige Ausweisung von neuen Schutzgebieten, die Bewirtschaftung meiner Grünlandflächen in der aktuellen Form nicht oder nur noch eingeschränkt fortsetzen kann. Dies würde für mich eine erhebliche wirtschaftliche Härte bedeuten und für meinen Betrieb schlimmstenfalls sogar das Aus bedeuten. Insbesondere der Umstand, dass es sich hierbei um ca. 100 % meiner Betriebsflächen handelt, die ich zwingend sowohl als Schnittweiden zur Futtergewinnung als auch für die Weidehaltung meiner Tiere benötige, machen eine mögliche Änderung des bisherigen Schutz-Status für mich nicht akzeptabel. Ich fordere Sie daher auf, von der geplanten Vergrößerung der BSN-Flächen wieder Abstand zu nehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-700	
1001644	
1003102_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Einspruch gegen Neuaufstellung des Regionalplanes hier: Industriegebiet LEP Lindern (Geilenkirchen, Kreis Heinsberg)</p> <p>Hiermit erheben wir fristgemäß Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des o.a. Industriegebietes bei Lindern . Unsere Argumente sind wie folgt: Jeden Tag gehen in Deutschland ca. 56 ha. landwirtschaftliche Flächen verloren. Das entspricht ca. 80 Fußballfeldern. Die Größenordnung des Industriegebietes Lindern -FUTURE SITE IN WEST ist erschreckend. Hier allein sollen in den nächsten Jahren 240 ha bestes Ackerland für industrielle Großvorhaben versiegelt werden. Hinzu kommt ein hoher Verbrauch an Flächen für die erforderlichen Verkehrsanbindungen an das überörtliche Verkehrsnetz. Insgesamt ist ein Emissionsanstieg durch die Gewerbe selbst aber auch durch den verstärkten Werks- und Personenverkehr , der zu einem Teil durch die gewachsenen Außenorte Geilenkirchens verlaufen wird, zu erwarten. Diese Flächen aber auch die Flächen für die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen gehen der Landwirtschaft unwiederbringlich verloren. 199 ha werden bei der Maßnahme versiegelt, weitere 39 ha werden für die Umrandung um das Industriegebiet benötigt. Weiterhin nehmen erforderliche Straßenbaumaßnahmen und erforderliche Flächen für Hausbaumaßnahmen hochwertige Böden in Anspruch. Seit Jahren weist die Stadt Geilenkirchen Neubaugebiete und Gewerbegebiete aus. Die Zerstörung von hochwertigen Böden für die Landwirtschaft nimmt besorgniserregende Dimensionen an. Auf Beton kann man keine Lebensmittel anbauen. Durch die Versiegelung der 240 ha werden wahrscheinlich 5-10 Landwirte ihre Lebensgrundlage verlieren. Es müssen ca. 70 ha an Ausgleichsflächen entstehen. Wo sollen diese Maßnahmen entstehen, wenn es kaum noch Land zu kaufen gibt? Allein für die Planung muss Geilenkirchen mit jährlichen Kosten von 300.000? rechnen. Das sind unsere Steuergelder. Die vollständige Erschließung der Fläche wird nach aktuellem Stand bis zu 100 Millionen ? kosten, hinzu kommt der Neubau oder eine Erweiterung der Kläranlage. Die Kosten haben sich mittlerweile auf ca. 120 Millionen ? erhöht. Die wahren Kosten werden wir erst in vielen Jahren kennen. Wir wollen in Lindern keine 2. Elbphilharmonie Hamburg oder keinen 2. Flughafen BER erleben. Wie Jedem bekannt ist , produzieren Industrieanlagen ein Verkehrsaufkommen durch den kontinuierlichen An- und Abtransport von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Fertig- und Halbfertigwaren. Hinzu kommen An- und Abfahrt der Beleg- und Kundschaft, was durch eventuelle Schichtarbeitszeiten am frühen Morgen, zur Mittagszeit und spätabends zu Verkehrsspitzen führen kann. Außerdem werden die Baumaßnahmen viele Jahre in Anspruch nehmen, so dass der Baustellenverkehr im erheblichen Maße das nächste</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>



Jahrzehnt mitbestimmen wird. Diesem beschriebenen Verkehrsaufkommen soll durch den Bau von Umgehungsstraßen entsprochen werden. In Hückelhoven führt der eventuelle Bau einer Umgehung bereits zu Protesten, auch in Lindern wird der Bau einer Umgehung nicht widerspruchsfrei hingenommen. Denn auch die Verkehrsflächenversiegelung ist Zerstörung von Boden. Das wird dazu führen, dass auch die Schwerlastverkehre durch die anliegenden Ortschaften z.B. Lindern, Randerath, Würm, Bracheten und Hilfarth geführt werden .. Der Bauboom in der Niedrigzinsphase führte in den letzten Jahren zur Ausweisung verschiedener Neubaugebiete im Bereich Geilenkirchen z.B. Lindern , Teveren oder Hünshoven. Auch wenn lokale Ansiedlungseffekte der Belegschaften und ihrer Angehörigen bei der Schaffung neuer Industriegebiete in den Zeiten der Automobilität nicht mehr nachzuweisen sind, werden sie nach wie vor von Wachstumsverfechtern als solche propagiert, so dass ein weiterer Druck auf die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete entsteht. Wir geben zu bedenken, dass die Bevölkerung älter und weniger wird und der Zuzug aus den Städten nicht anhalten wird. In den kommenden Jahren wird sich der Leerstand in den gewachsenen Siedlungsbereichen dramatisch erhöhen. Im schlimmsten Fall wird man verödete Dörfer und Siedlungskerne gegenüber Neubaugebieten vorfinden, die die ökonomische aber auch ästhetische Attraktivität Geilenkirchens beeinträchtigen. Der angekündigte Bahnanschluss für den Güterverkehr wird die jetzt schon langen Wartezeiten an den beiden Bahnübergängen erheblich verlängern. Es müssen zusätzliche Parkflächen geschaffen werden, diese verknappen in den anliegenden Ortschaften die jetzt schon zu geringen Parkmöglichkeiten für die Einwohnerschaft. Das erhöhte Verkehrsaufkommen bedeutet einen erheblichen Ausstoß von Abgasen und entsprechend mehr Lärm. Gerade in Rückstausituationen in engen Durchfahrtsstraßen wie in Würm oder Randerath kann dies eine zusätzliche Belastung für die direkten Anlieger sein. Je nach Industrie oder Gewerbe entsteht ein zusätzlicher, erheblicher Wasserbedarf, welcher die Wasserversorgung der Landwirte oder Privatpersonen einschränken könnte. Dies trifft uns in einer jetzt bereits angespannten Wasserversorgungslage mit jetzt schon belastetem Grundwasser, welche durch die trockenen Jahre sicherlich nicht besser wird. Der Kreis Heinsberg hatte im 1. Quartal 2021 eine Arbeitslosenquote von 5,6%. Richtig ist, dass für diese Menschen ein gutes Arbeitsplatzangebot geschaffen werden sollte. Nur handelt es sich hier zu einem guten Teil um Menschen, die nur ein geringes bis kein berufliches Qualifikationsprofil aufweisen. Zusammenfassend hoffen wir, dass der Regionalrat aus der Ukraine-Krise gelernt hat, wie anfällig die deutsche Industrie ist, und den Regionalplan von Fachleuten, z.B. Verkehrsingenieuren und Mitarbeitern aus der Wirtschaft, überarbeiten lässt. Eine Umsetzung des jetzt vorliegenden Regionalplanes ist eine Missachtung der gewesenen Naturkatastrophen und ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

AZ: Ö-P-708	
1002330	
1003487	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] Mechernich einen Landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau. Zum Entwurf des Regionalplans Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe anhand der Karten festgestellt, dass mehr als 95 % meiner Betriebsflächen, davon alle von meinem Betrieb bewirtschafteten Ackerflächen in den Gemarkungen Antweiler, Lessenich-Rißdorf und Weiler am Berg zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen sind. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass selbst bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Beschränkungen in der Nutzung der Ackerflächen würden die Wirtschaftlichkeit und damit die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft gefährden. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung der Ackerflächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-711	
1002334	
1003115_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Stellungnahme zur öffentlichen Auslegung der 33. Änderung des Regionalplans Köln - Ablehnung neuer GIB, GIBPlus und ASB-Gebiete im Bereich der Städte Hückelhoven, Geilenkirchen und Erkelenz</p> <p>Ich lehne jedwede Versiegelung wertvollen Ackerbodens im Kreis Heinsberg ab. Ebenfalls jede Form von Vernichtung von Wald und Baumflächen. ALLES greift vernichtend in Natur, Artenvielfalt und Klima ein. In der aktuellen Situation und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ist es absolut inakzeptabel und rückwärtsgerichtet, was der Regionalplan in Aussicht stellt.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-P-715	
1001860	
1003194_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzw. zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Ich bewirtschafte in Wegberg-Watern einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Die gesamte Betriebsfläche beträgt etwa 62 ha, davon sind etwa 61 ha Ackerland, etwa 1 ha (direkt an der Hofstelle) Grünland. Im Rahmen der geplanten Ausweisung ist eine von mir bewirtschaftete Fläche in Umfang von etwa 14,5 ha überplant mit dem Schutzstatus "Schutz der Natur". Komplette mit überplant ist auch meine landwirtschaftliche Hofstelle, die mit circa 3 Hektar betroffen ist. Die Überplanung betrifft im Kern den Bereich der Schwalm und deren Zuflüsse, in deren Bereich ich wirtschaftete. Hier wird mit der neuen Regionalplanung ein weiterer Bereich überplant, der bis zu 150 Meter entfernt von den Gewässern liegt. Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für meinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantrage ich, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuelle Situation zeigt doch, dass auf einer ausreichenden Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden soll. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Weiterhin beantrage ich, meine Hofstelle komplett aus der Planung herauszunehmen. Ansonsten besteht aus meiner Sicht die Gefahr, dass bei notwendigen baulichen Erweiterungen zur Fortentwicklung des Betriebes diese erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht werden könnten. Weiterhin möchte ich Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulis für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weitverbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wende ich mich gegen eine Überplanung meiner Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus. Ich bitte daher um Berücksichtigung meiner Einwände und sehe Ihrer Rückäußerung mit großem Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-716	
1001995	
1008901	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Wir verpachten in Bereich Rövenich und im Bereich Flamersheim jeweils eine landwirtschaftlich genutzte Fläche mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Von dem neuen Regionalplan liegen rund 11,6 ha der Fläche, die wir verpachten, im Gebiet "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung". Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar: [ANONYMISIERT]</p> <p>Aus Sicht unseres Pächters besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Dies wäre für unseren Pächter ein finanzieller Verlust. Außerdem fällt der Wert unserer verpachteten Flächen durch diese Einschränkungen erheblich. Dazu kommt, dass die Fläche in Rövenich Erwartungsbereich für eine Windkraftanlage und eine Photovoltaikfläche ist. Auch diese Bauvorhaben wären für die Betreiberfirmen vermutlich nicht mehr machbar, wenn der Landschaftsschutz vor die Stromproduktion gestellt wird. Gerade in der jetzigen Gasversorgungs-Krise ist eine stabile Energieversorgung doch wichtiger denn je und außerdem klimafreundlich. Für uns kommt ein solches Gebahren, die Eigentümer nicht vorher schriftlich zu informieren, einer teilweisen "Enteignung" gleich. Hätte unser Pächter uns nicht informiert, wären wir von der Bezirksregierung Köln regelrecht hintergangen worden.</p> <p>Deshalb beantragen wir, insbesondere die Ackerflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, damit unsere Bauern so mittelfristig einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europas leisten zu können. Gerade die aktuellen Aussagen unseres Landwirtschaftsministers Özdemir stützen uns doch in dieser Auffassung. Die Mangel an Mehl aus den letzten Wochen zeigt, dass auf eine ausreichende Eigenversorgung mit Getreide geachtet werden muss. Die geplante Ausweisung würde diesem Ziel jedoch erheblich widersprechen. Wir bitten Sie daher um Berücksichtigung unserer Einwendungen und erwarten eine Stellungnahme Ihrerseits.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1008901_1]</p> <p><b>Anhänge</b>  <a href="#">Abb_ID1008901.pdf</a></p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

**Inhalt**

Wir Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Simmerath lehnen die Anmeldung von Gewerbegebietsflächen von der Verwaltung der Gemeinde Simmerath vollumfänglich für den Bereich GIBz im neuen Regionalplan ab! Wie bereits auf der Planungssitzung der Gemeinde Simmerath vom 02.06.2022 wurde diese Beantragung von uns Grünen Simmerath einstimmig abgelehnt! Wir möchten ihnen wie folgt unsere Beweggründe erläutern. Die Gemeinde Simmerath hat bereits genügend Gewerbegebiete sowie Gewerbegebietsfläche in den Ortschaften Rollesbroich, Simmerath-Ortskern sowie in Kesternich. In den bereits laufenden Planungen wird nun schon ein weiteres Gewerbegebiet in Kesternich erschlossen, was auf alten Planungen basiert. Nun soll zu dem ersten Gewerbegebiet sowie dem zweiten Gewerbegebiet ein drittes mit 27,3ha großes Gewerbegebiet von Simmerath über Kesternich bis hin zur B 266 im Regionalplan beantragt werden. Hier sind Maß und Mitte bei der Inanspruchnahme von Fläche eindeutig nicht mehr gegeben seitens der Gemeinde Simmerath. Auch wird hier die Ortschaft Kesternich nicht für sich allein betrachtet, sondern es wird sozusagen als Simmerath-Kesternich beantragt, da Kesternich für sich alleine keine 2000 Einwohner hat, um die Planungen so überhaupt zu ermöglichen bzw. einzubringen! Die im Entwurf beantragte Fläche ist sehr schützenswert aus verschiedenen Aspekten. Diese Fläche ist in der Gemeinde Simmerath die einzige Fläche, die den geschlossenen Zusammenhang zum Rurtal erhält und gewährleistet. Hier können die Flora und Fauna zusammenhängend sich ausbreiten. Weiter zeichnet sich die Fläche durch einzigartigen Heckenbestand aus, der vielen Vögeln und Tieren einen geschützten Rückzugsraum bietet. Gerade diese Heckenlandschaft zeichnet aber auch die Eifel in Kesternich aus. Dies wurde durch die Kommission der Städteregion Unser Dorf hat Zukunft expliziert herausgestellt. Auf den 27,3ha werden aus landwirtschaftlicher Sicht Getreide, Mais sowie Wiesen für Heu aktuell bewirtschaftet. Im Hinblick auf die Nahrungsmittelkrise wäre es nicht erklärbar und vertretbar diese bedeutenden Flächen einem Gewerbegebiet zu opfern. Die Braunerde hier hat eine Funktionserfüllung mit Schutzbedarf. Weitere Lebensmittelflächen im Rückgang können wir uns hier nicht leisten. Doch nicht nur die Flächen für die Landwirtschaft und die Sicherstellung der Bevölkerung mit angebauten Lebensmitteln spielen hier eine Rolle, sondern auch die Relevanz als Klimaboden. Die 27,3ha Fläche speichert gerade bezogen auf die nun vorherrschenden Klimawandel auch die Hitze. Die Umgebung heizt sich weniger stark auf, was auch den Menschen, Anwohnern sowie der Tier- und Insektenwelt zugutekommt. Würde man die Fläche als Gewerbegebiet versiegeln, heizt sich die Umgebung auf und für alle Beteiligten wäre dies gravierend negativ in der Gesundheit und Lebensqualität. Das gesamte Gebiet dient auch der Naherholung der Bevölkerung.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Der Standort GIBz in Simmerath ist ausweislich des städteregionalen Gewerbeflächenkonzepts der zentral bedeutsame Standort für die Eifelgemeinden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsräumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Viele Einwohner sowie Touristen nutzen die Feldwege als naturnahen Radweg und können hier sich entspannen sowie den Blick Kilometerweit in die Ferne schweifen lassen. All dies würde mit der Flächenversiegelung als Gewerbegebiet wegfallen. Die Sowjetische Kriegsgräberstätte Rurberg die im Plangebiet wäre auch nachträglich hiervon gestört. Wir Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Simmerath appellieren an sie, die beantragte Fläche 27,3,ha von der Gemeinde Simmerath als Gewerbegebiet nicht zu entsprechen im neuen Regionalplan. Hochachtungsvoll, Der Vorstand Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Simmerath

AZ: Ö-P-719	
1002122	
1003475	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Mir wurde am 8.8.2022 mitgeteilt, dass sie bei der Neuaufstellung des Regionalplans, entsprechende Ausweisungen zum Schutz der Natur auf meine landwirtschaftlichen Flächen planen. Weiterhin ist unklar, welches besondere schwerwiegende dringende öffentliche Inetresse, dass zum wohle der Allgemeinheit dient, zur Entscheidungsgrundlage dieser Ausweisung, auf meinen landwirtschaftlichen Flächen dieser Ausweisung herangezogen wurde. Soweit bisher die Tragweite ihrem Vorgehen der Ausweisung zu entnehmen ist, stellt es einen zukünftigen Eingriff in den Schutzbereich des Art.12 abs. 1 GG sowie Art.14 abs. 2 GG zu meiner Tätigkeit als Landwirt dar. Ich bitte aufgrund ihrem zukünftigen Vorhaben, zeitgemäß Stellung zu nehmen, und Art und Umfang ihrer Ermessensentscheidung der Maßnahme detailliert zu begründen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>



AZ: Ö-P-723	
1002011	
1003477	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der oben angegebenen Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau und Rinderaufzucht. Mein Sohn [anonymisiert] hat eine landwirtschaftliche Lehre absolviert und wird in einigen Jahren den Betrieb übernehmen. Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der mir vorliegenden Karte ist beabsichtigt, rund 10 Hektar meiner betriebsnahen Flächen einschließlich der Hofweide, davon 9 Hektar Ackerland, als Bereich zum Schutz der Natur auszuweisen. Käme es zu einer Ausweisung als Naturschutzgebiet für diese Flächen würde dies bereits jetzt nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln habe ich zudem die Besorgnis, dass auch bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Im Hinblick darauf, dass eine ackerbauliche Nutzung der Flächen sowohl durch eine Ausweisung als Landschaftsschutz- als auch als Naturschutzgebiet nicht mehr möglich wäre, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit des gesamten Betriebes hätte, beantrage ich, von einer Überplanung dieser Flächen als Bereich zum Schutz der Natur abzusehen und bitte, diese aus der Suchkulisse herauszunehmen. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass eine bauliche Entwicklung des Betriebes nur auf den hofnahen Parzellen einschließlich der Hofparzelle möglich ist. Ich befürchte daher, dass sich bei einer Ausweisung der hofnahen Flächen für Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben und beantrage auch unter diesem Gesichtspunkt, auf eine Ausweisung dieser Flächen als BSN zu verzichten.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-724	
1002012	
1003238_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003238_001_1]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003238_001_2]</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003238_001_3]</p> <p>1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG</p> <p>1.1 Anlass und Gegenstand der Anregung</p> <p>Die Firma [ANONYMISIERT] regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie in Fortsetzung der Böschung einer vorhandenen in Schüttung befindlichen bestehenden Bergehalde (etwa 10 ha) sowie daran nach Osten anschließenden Ackerflächen (etwa 20 ha) darzustellen.</p> <p>[s. Anhang Abb. StnID 1003238_001_4]</p> <p>Auf dem vorliegend beschriebenen Standort ist die Errichtung und der Betrieb einer Mineralstoffdeponie vorgesehen. Es sollen Bodenaushub und unverwertbare mineralische Reststoffe (z.B. Bauschutt, Gießereialtsande, Schlacken) umweltvertraglich abgelagert werden. Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll, organischen Stoffen (Bio-Abfälle) oder Sondermüll soll nicht erfolgen.</p> <p>Der betrachtete Standort befindet sich im Kreis Heinsberg, auf Stadtgebiet Hückelhoven, Gemarkung Hückelhoven-Ratheim, Flur [ANONYMISIERT]. Die Fläche umfasst in der dargestellten Form insgesamt etwa 30 ha. Sie setzt sich zusammen aus der vorhandenen in Schüttung befindlichen Böschung einer bestehenden Bergehalde (etwa 10 ha) sowie daran nach Osten anschließenden Ackerflächen (etwa 20 ha).</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten).</p> <p>Der Standort wird als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt.</p> <p>Als wesentlichen Beitrag für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln benennt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) die raumbedeutsamen und für die Entsorgung von Abfällen erforderlichen Deponiestandorte i.S.d. LEP NRW (Kapitel 8.3 Entsorgung). Darüber hinaus wird empfohlen, über die im Fachbeitrag aufgeführten Deponiestandorte hinaus, Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen.</p> <p>Am Standort bestehen Planungen für die Errichtung bzw. Erweiterung einer raumbedeutsamen Deponie. Der Standort entspricht den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW (s. Kapitel 8.3 LEP NRW) und ist mit den im Regionalplan festgelegten Schutz- und Nutzungsfunktionen vereinbar. Von Seiten der zuständigen Abfallwirtschaftsplanung wurde ein grundsätzlicher abfallwirtschaftlicher Bedarf bestätigt, sodass ein Sicherungserfordernis besteht.</p> <p>Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Alle Flächen werden oder wurden bereits für Abgrabungen und Ablagerungen genutzt. Bei der Böschung der bestehenden Bergehalde handelt es sich um die östliche Flanke der bestehenden Bergehalde Sophia-Jacoba der [ANONYMISIERT], Herzogenrath. Bei den Ackerflächen handelt es sich um ehemals abgegrabene und wiederverfüllte Flächen. Da in den früheren Zeiten des aktiven Steinkohlenbergbaus die Weiterschüttung der Bergehalde auf diesen Flächen geplant war, wurde die Verfüllung bereits so vorgenommen, dass die Standsicherheit des Untergrundes gewährleistet ist.

Die geplante Mineralstoffdeponie soll an die bestehende Böschung der Bergehalde (nach deren Entlassung aus der Bergaufsicht, voraussichtlich im Jahr 2024) angelehnt und mit entsprechenden Abdichtungssystemen als Erweiterung des Haldenkörpers nach Osten entwickelt werden. Alle deponietechnischen Einrichtungen können an der Geländeoberfläche errichtet werden.

Alle Flächen stehen vollumfänglich in einem Eigentum.

Die Firma [ANONYMISIERT] beabsichtigt, den derzeit unter Bergrecht betriebenen Verfüll-/Deponiestandort langfristig zu sichern und auszubauen. Zu diesem Zweck sollen die östliche Böschung der bestehenden Bergehalde sowie die östlich an die Bergehalde angrenzenden ehemaligen Abgrabungsflächen, die bereits abgegraben und verfüllt sind, im Regionalplan zeichnerisch für diese beabsichtigte Nutzung abgebildet werden. Die derzeitige Darstellung im Entwurf des Regionalplans (Fassung von März 2020) als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)" soll durch die überlagernde zweckgebundene Darstellung "Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie" ergänzt werden.

## 1.2 Erfordernis der Anregung

Die langfristig geplante Weiterführung der Deponierung von Mineralstoffen bedarf der Planfeststellung nach § 35 Absatz 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt als Ziel fest, dass raumbedeutsame und für die Entsorgung von Abfällen erforderliche Deponien zu sichern sind. Der Regionalplan konkretisiert dieses Ziel indem festgelegt wird, dass regional bedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb der im Regionalplan dargestellten Standortbereiche zulässig sind. Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des

Landes NRW vom 11.03.2011 soll eine landesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen erreicht werden. Demnach sollen Deponien der DK III, II und I zeichnerisch dargestellt werden, da diese in der Regel einen Flächenbedarf von mehr als 10 ha aufweisen und somit als raumbedeutsam im Sinne des § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG gelten. Eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie ist aufgrund des begrenzten Einzugsgebietes und eines Flächenbedarfs von weniger als 10 ha in der Regel nicht erforderlich. Dennoch kann im begründeten Einzelfall eine zeichnerische Darstellung einer DK 0-Deponie aufgrund ihrer Raumbedeutsamkeit geboten sein.

Vorhabensgegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden.

Grundlage für die Bewertung der Erforderlichkeit weiterer gewerblicher DK 1- Deponien auf Ebene der Regionalplanung ist der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) im Auftrag Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft (MULNV) zum Regionalplan Köln für den Regierungsbezirk Köln (Juli 2018). Demnach ist für die mittel- und langfristige Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für ablagerungsbedürftige Abfälle in der Planungsregion Köln die Errichtung weiterer Standorte notwendig. Es handelt sich demnach um einen abfallwirtschaftlich erforderlichen Standort. Ein ebenso geeigneter Alternativstandort, durch den das Planungsziel erreicht werden kann, ist in der Region nicht vorhanden.

### 1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel verfolgt die Firma [ANONYMISIERT] eine regionalplanerische Darstellung für eine Weiterführung der Schüttung in Ergänzung der bestehenden Bergehalde, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen.

Die am Standort Hückelhoven-Ratheim bereits bestehende Infrastruktur (vor allem zur Erschließungen) soll genutzt werden. Hückelhoven-Ratheim ist ein bereits etablierter Standort für die Verfüllung von Bodenmaterial, der gesamte Standort ist durch die derzeitige Tätigkeit vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort der Bergehalde zu binden. Andere Standorte innerhalb der Stadt Hückelhoven, des Kreises Heinsberg und der Region Köln bieten eine solche Standortgunst nicht. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen.

Vorhabensgegenstand ist eine gewerbliche, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben

werden, und auf Werksdeponien bzw. Kraftwerksreststoffdeponien für industrielle Massenabfälle. Somit fällt die Deponie nicht unter das Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle), den das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW aufgestellt hat (Bekanntmachung am 26.04.2016, MBl. 2016, Seite 239).

Im Umfeld des Standorts stehen keine anderen Entsorgungseinrichtungen von Deponien (DK0, DK1 oder II) zur Verfügung. Im Sinne der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgesehenen entstehungsortnahen Entsorgung und in Übereinstimmung mit dem gleich lautenden landesplanerischen Grundsatz (Plansatz 8.3-4 im neuen Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019; im Folgenden: LEP NRW 2019) sollten keine im weiteren Umkreis liegenden Orte betrachtet werden.

Zudem bietet sich nur am Standort selbst eine gute Kombination mit den im Rahmen von Errichtung, Betrieb, Stilllegung und Nachsorge der Deponie ohnehin erforderlichen technischen Anlagen und Prozessen an. Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Hückelhoven-Ratheim etablierten Infrastruktur und der guten Verkehrsanbindung führt zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Es entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung der vorhandenen Anlagen.

Ein Flächenverbrauch durch einen komplett neuen Abfallwirtschaftsbetrieb einschließlich der - parallel zu den am Standort der Bergehalde ohnehin vorgehaltenen - zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann nicht planerisches Ziel sein. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3-1 "Ziel Standorte für Deponien" LEP NRW 2019. Danach muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW 2019). Vorliegend kann dies auch für die "Aufstockung" von verfüllten Abgrabungen gelten. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Hückelhoven-Ratheim offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen der Bergehalde und der verfüllten Altgrabung steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den bereits bestehenden Entsorgungsstandort zu sichern und aufzuwerten.

Bei den im näheren Umfeld liegenden Deponien sind der Vorhabenträgerin derzeit keine Erweiterungsabsichten bekannt.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass zurzeit keine vergleichbaren Standorte in der Region um Hückelhoven-Ratheim verfügbar sind, welche die oben genannten Bedingungen erfüllen.

## 2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Im Textteil und in den Erläuterungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf Stand Dezember 2021, werden in Kapitel 5.3.2, Deponien, Aussagen über neue Deponiestandorte (Standortkriterien) gemacht. Demnach sind bei Standortplanungen Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen.

Den Erläuterungen zu Ziel Z.42 sind die Kriterien für künftige Standorte zu entnehmen, die in der planerischen Abwägung des Regionalplanverfahrens bedeutsam sind.

In Ziff. 1 wird ab einer Flächengröße von 10 ha eine regionale Bedeutung festgelegt.

- Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 30 ha deutlich darüber.

In Ziff. 2 wird die Notwendigkeit beschrieben, die Deckung des Bedarfs darzulegen.

- Dass das Vorhaben zur Deckung des Bedarfs notwendig ist, ergibt sich einerseits aus der konkreten Nutzung der vorhandenen Bergehalde durch Verfüllung mit Boden, andererseits aus der im Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (LANUV 2018) beschriebenen Empfehlung, über die Standorte der vorhandenen Deponien hinaus Flächen, die potenziell als Deponiestandorte geeignet wären, darzustellen, um mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit für Abfälle zu schaffen, die für Deponien der Deponieklasse I vorgesehen sind. Im Kreis Heinsberg gibt es bisher keine andere bestehende oder geplante Deponie der Deponieklassen 0 oder I.

In Ziff. 3 wird dargelegt, dass neben den abfalltechnischen Anforderungen potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt.

- Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Hückelhoven-Ratheim äußerst gering ist und es

werden Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung verbleibender Konflikte beschrieben. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem die Anforderungen der Landschaftsentwicklung realisiert werden können.

In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen.

- Mit dem Vorhaben wird ein Mindestabstand von 300 m von der nächstgelegenen Wohnbebauung eingehalten, so dass die Anforderungen des Abstandserlasses erfüllt sind. Von im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereichen wird ein noch deutlich grösserer Abstand eingehalten.

Insgesamt wird deutlich, dass die Standorteignung für eine Mineralstoffdeponie am Standort Hückelhoven-Ratheim hervorragend ist. Dies betrifft sowohl die Anforderungen aus dem Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan, als auch die Kriterien der Regionalplanung selbst und die örtlichen Nutzungs- und Schutzansprüche. Der Grundsatz G.69 - vorrangige Nutzung bestehender Abfalldeponien und bereits (z.B. durch Rohstoffgewinnung oder Verfüllungen) vorbelasteter Flächen - kommt vollumfänglich zum Tragen. Ein ebenso geeigneter Alternativstandort, durch den die unterschiedlichen Planungsziele erreicht werden können, ist im Kreis Heinsberg nicht vorhanden.

### 3. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

<sup>1</sup>Der Flächennutzungsplan der Stadt Hückelhoven stellt den westlichen Teil des Vorhabensgebietes, die vorhandene Halde sowie einen Teil der Ackerfläche, als "Fläche für Aufschüttungen" dar. Mit der Darstellung ist auch bereits etwa die Hälfte der hier angeregten Mineralstoffdeponie umfasst. Die östliche Hälfte der angeregten Mineralstoffdeponie wird als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt.

Ein Großteil des Untersuchungsraums wird ebenfalls als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt. Nördlich angrenzend liegen "Flächen für Wald". Die Ortsrandlagen kennzeichnen "Wohnbauflächen" (Farbe rosa) und "Gemischte Bauflächen" (Farbe hell-olivgrün) sowie "Grünflächen" mit einem Sportplatz.

Der Abstand des Vorhabensgebiets zu den nächstgelegenen gemischten Bauflächen beträgt mindestens 300 m.

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_5]

### 4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

#### 4.1 Bergehalde

Die Einrichtung der Mineralstoffverfüllung nach DeponieVO erfordert zuvor eine Teil-Entlassung der Bergehalde (östliche Flanke) aus der Bergaufsicht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponietechnischen Einrichtungen (u.a. Basisabdichtung, Sickerwassererfassung, Oberflächenabdichtung und Oberflächenentwässerung).

Für die Bergehalde aus der Zeit des Steinkohlebergbaus besteht ein Abschlußbetriebsplan, der eine konkrete Ausdehnung u.a. auch der Schütthöhe vorsieht. Die Schütthöhe ist noch nicht erreicht. Da nach Stilllegung der Zeche kein Bergematerial mehr zugeliefert wird, wird derzeit die Schüttung mittels Fremdzufuhr von Bodenmaterial vorgenommen. Die Schütthöhe, so wie im Abschlußbetriebsplan vorgesehen, wird voraussichtlich in 4 Jahren erreicht sein. Danach kann die Bergehalde aus der Bergaufsicht entlassen werden.

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_6]

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_7]

Ursprünglich sollte die Bergehalde eine weit größere Ausdehnung erhalten und sich weiter nach Nordosten erstrecken. In der Zwischenzeit fanden dort Abgrabungen von Sand und Kies mit anschließender Wiederverfüllung statt, sie sind vollständig abgeschlossen. Im Hinblick auf die spätere Überschüttung mit Bergematerial muss die Verfüllung der Abgrabungen so vorgenommen werden, dass das fertige Planum den Anforderungen an die spätere Auflast durch die Bergehalde genügt.

#### 4.2 Erschliessung

Die heute bereits zur Errichtung der Bergehalde vorhandene Zufahrt kann weiterhin genutzt werden. Insgesamt erfolgt die Erschließung ohne jegliche Belastung von Wohngebieten. Von der Autobahn A46 aus wird unmittelbar auf die L 117neu aufgefahren. Die L 117neu verläuft, wie im Regionalplan dargestellt, auf der ehemaligen Bahntrasse. Die L 117neu wird derzeit gebaut und in naher Zukunft dem Verkehr übergeben. Von der L 117 aus wird ein bestehendes Gewerbegebiet durchquert bis zur Auffahrt auf die Halde.

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_8]

#### 4.3 Verfüllmenge

Ausgehend von der zur Zeit im Abschlussbetriebsplan zugelassenen Haldenhöhe (mindestens 50 m) sowie unter Berücksichtigung einer landschaftsangepassten Gestaltung ergibt sich ein Ablagerungsvolumen von etwa 6 Mio. m<sup>3</sup>.



#### 4.4 Belastungen von Wohngebieten

Die nächstgelegene Wohnbebauung (Ortsrand von Kleingladbach) liegt im Osten in einer Entfernung von mindestens 300 m vom Böschungsfuß der geplanten Mineralstoffdeponie. Es ist vorgesehen, am östlichen Rand des Vorhabensgebiets durch vorgezogene Schüttung und Bepflanzung eines Hügels sowie linearer Bepflanzungen am Flurweg, vorab eine durchgehende Eingrünung und Abschirmung zu schaffen.

#### 4.5 Rekultivierung

Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung im Zusammenhang mit der Wiedernutzbarmachung der Bergehalde nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen.

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_9]

Die Gestaltung führt das Konzept der für die bestehende Deponie genehmigten Rekultivierungsplanung im Prinzip fort. Dabei sollen in den entstehenden Deponiekörpern die technischen Böschungen durch Modellierungen innerhalb der Rekultivierungsschicht aufgelöst werden, vor allem in den unteren Böschungsbereichen.

Ziel der Rekultivierung ist die Schaffung eines strukturreichen halboffenen Biotopkomplexes aus Magerwiesen mit eingestreuten Hecken und Feldgehölzen. Tümpel und Feuchtlebensräume können im Rahmen der Oberflächenentwässerung am Böschungsfuß angelegt werden.

Nach Beendigung der Ablagerung und Errichtung der Oberflächenabdichtung werden die neuen Flanken als halboffene weich auslaufende Hügellandschaft gestaltet. Zum Schutz der Abdichtung ist eine Anpflanzung mit Gehölzen nur eingeschränkt möglich. Stattdessen bietet sich die Möglichkeit für verschiedene Folgenutzungen. Die Bereitstellung großer Flächen - gerade auch im Zusammenhang mit der Bergehalde - bietet die Möglichkeit, Naherholung, Biotopentwicklung und auch die Gewinnung regenerativer Energien in funktional getrennten Bereichen zu entwickeln. In Bezug auf die Biotopentwicklung steht die Entwicklung von blütenreichen Offenland- und Halboffenlandbiotopen im Vordergrund. Dies ergibt sich sowohl aus den deponietechnischen Erfordernissen also auch aus der bereits heute durch Kartierungen dokumentierten Lebensraumbedeutung für den Artenschutz.

Im Vorfeld wurden bereits intensive Überlegungen zur Geländegestaltung und zur Folgenutzung angestellt. Der Einfluss des Vorhabens auf das Landschaftsbild und die

Ortslage Kleingladbach sowie wirksame vorgezogene Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen wurden mittels Fotodokumentation und Modellierung ermittelt und dargestellt.

Durch die Rekultivierung erfährt das Plangebiet, vor allem die derzeitigen Ackerflächen, eine zusätzliche ökologische Aufwertung. Durch die Wiederherstellung von großen offenen Flächen als Grünland/Krautsaum sowie die Anreicherung mit Gehölzinseln und Saumstrukturen wird der vorhandene Lebensraum der Bergehalde erhalten und verbessert, und um die Fläche des derzeitigen Ackerlandes erweitert. Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_10]

1. Bergehalde, heutiger Zustand

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_11]

2. Sichtschutzwand und Baumpflanzung entlang Flurweg

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_12]

3. Arbeitsphase Mineralstoffschüttung

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_13]

4. Rekultivierung

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_14]

## 5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

### 5.1 Standortvoraussetzungen

Mit dem Vorhaben können erhebliche Umweltauswirkungen verbunden sein. Grundvoraussetzung für die Errichtung einer Deponie ist, dass die in Anhang I der DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte der DK I (vgl. DepV 2009 Anhang 1) erfüllt sind:

*"Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 10 Absatz 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:*

1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließ/ich eines permanent zu gewährleistenden Abstandes der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,
2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heiquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,
3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,
4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,
5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."

Diese Anforderungen sind am Standort Hückelhoven-Ratheim grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum grundsätzlich positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist aus folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Es sind - mit Ausnahme des Landschaftsschutzes - keine geschützten oder schützenswerten Flächen betroffen.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist gewährleistet.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und entsorgt werden.

Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verkehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort herausragende Eigenschaften.

5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden.

Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht betroffen:

kein Wasserschutzgebiet  
kein FFH-Gebiet  
kein EU-Vogelschutzgebiet  
kein Naturschutzgebiet  
keine Naturdenkmäler  
keine geschützten Landschaftsbestandteile  
keine gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile  
keine Alleen  
keine Elemente des Biotopkatasters  
keine schutzwürdigen Böden  
keine Bau- und/oder Bodendenkmäler

### 5.3 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche

Im Untersuchungsraum treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Landschaftsschutzgebiet (auch Teile des Vorhabensgebietes)
- Gesetzlich geschützte Biotope
- Biotopkataster
- Biotopverbund (auch Teile des Vorhabensgebietes)

#### 5.3.1 Landschaftsschutzgebiet<sup>2</sup>

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_15]

#### 5.3.2 Gesetzlich Geschützte Biotope

<sup>3</sup>Im Vorhabensgebiet liegt kein gesetzlich geschütztes Biotop.

Im nördlichen Untersuchungsraum ist das gesetzlich geschützte Biotop mit der Objektnummer GB-4903-319 und dem bestehenden Schutzstatus "bestehendes Landschaftsschutzgebiet" ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um die Biotoptypen Auwälder und Fließgewässerbereiche (natürlich oder naturnah, unverbaut).

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_16]

#### 5.3.3 Biotopkataster

<sup>4</sup>Das Vorhabensgebiet liegt nicht innerhalb einer Fläche des Biotopkatasters.

Im nördlichen und westlichen Untersuchungsraum befinden sich die folgenden Flächen,

die vom Biotopkataster erfasst sind:

BK-4903-022, Wald zwischen Ratheim und Gerderath

BK-4903-026, Wald südlich Gerderath

BK-4903-0035, Grünland und Erlenbestand südlich Altmyhl

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_17]

#### 5.3.4 Biotopverbund

<sup>5</sup>Ein Teil des Vorhabensgebiets sowie Teile des Untersuchungsraums liegen innerhalb von Biotopverbundflächen. Betroffen ist die Biotopverbundfläche "Waldflächen nördlich Busch-Schaufenberg und nordöstlich Hückelhoven".

VB-K-4902-002

"Waldflächen nördl. Busch-Schaufenberg und nordöstl. Hückelhoven"

Bewertung:

- Besondere Bedeutung

Schutzziel:

- Erhalt der Bachtäler (inkl. Hangbereiche) mit Feuchtwaldrelikten, struktureichem (Feucht-)Grünland, Teichen und naturnahen Hangwäldern sowie Erhalt aller übrigen Restwaldflächen und Feldgehölze in der insgesamt waldarmen Börde

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_18]

Entwicklungsziel:

- Optimierung der Restwaldflächen durch Entwicklung von naturnahen Wäldern (Umwandlung der Pappel- und Nadelholzbestände in einheimischen, bodenständigen Gehölzbestand)
- Aufforstung von Ackerflächen mit heimischen, bodenstaendigen Arten zur Vernetzung der Restwaldflächen sowie Optimierung der Bachtäler durch Wiederherstellung eines möglichst naturnahen Zustandes der Fließgewässer
- Entwicklung von extensiv genutztem Grünland in den Niederungen (Extensivierung der Grünlandnutzung und Rückführung umgebrochener Flächen zu Grünland) und naturnahe Gestaltung der Stillgewässer

#### 5.3.5 Landschaftsplan

Für das Vorhabensgebiet und den Untersuchungsraum besteht der rechtskräftige Landschaftsplan 111/8 "Baaler Riedelland und obere Rurniederung".<sup>6</sup>

Hierin werden folgende Aussagen getroffen.

#### Landschaftsschutzgebiet L2.2-1 "Baaler Riedelland"

- zur Erhaltung der Landschaft für die ruhige, landschaftsgebundene Erholung
- zur Erhaltung der naturnahen Laubwaldbestände mit bodenständiger Bestockung als Relikt der potentiell natürlichen Vegetation und als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten
- zur Erhaltung des Reliefs und der geomorphologisch kennzeichnenden Hänge und Hangkanten (Anm. der Verf.: zur Rur hin)
- als Pufferbereich, insbesondere zur Verhinderung schädlicher Einflüsse auf die angrenzenden Naturschutzgebiete Mühlenbach/ Millicher Bach und Doverner Bruch
- zur Erhaltung und Optimierung der vorhandenen Strukturelemente als Vernetzungselement des Biotopverbundes
- zur Erhaltung, Optimierung und Bewirtschaftung der feuchtegeprägten Biotope wie Tümpel, Feuchtwälder und Feuchtgrünland
- zur Erhaltung der naturnahen Laubwaldparzellen, insbesondere der mit Gehölzen der potentiellen natürlichen Vegetation bodenständig bestockten Waldbereiche und Feldgehölze
- zur Erhaltung und Optimierung der kleinbäuerlich geprägten Kulturlandschaft mit ihren charakteristischen Elementen wie Kleingehölze, Hohlweg Feuchtgrünland, Kopfbäume, Obstbäume, Hecken, Einzelbäume, Kleingehölze
- zur Erhaltung der Sekundärbiotope als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten

#### Landschaftsschutzgebiet L2.2-3 "Halden zwischen Ratheim und Hückelhoven"

- zur Förderung und Entwicklung von Sonder- und Extremstandorten als Lebensraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten wie insbesondere Reptilien, Heuschrecken und Schmetterlinge
- zur Entwicklung und Erhaltung der Lebensräume gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, insbesondere Uhu und Graureiher
- zur Erhaltung und Entwicklung der Feuchtstandorte und Tümpel als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten
- zur Entwicklung eines Biotopverbundes und zur Vernetzung der Haldenflächen nördlich von Hückelhoven
- zur Entwicklung von Bereichen für die ruhige, natur- und landschaftsbezogene Erholung
- zur Entwicklung und Förderung einer landschaftsverträglichen

Erholungsnutzung, insbesondere in den Bereichen mit einer Darstellung des entsprechenden Entwicklungszieles.

#### Entwicklungsziele

Der Landschaftsplan sieht für das Vorhabensgebiet die folgenden großräumigen Entwicklungsziele vor:

##### Entwicklungsziel 2:

Anreicherung der Landschaft mit naturnahen Lebensräumen und mit gliedernden und belebenden Elementen

##### Entwicklungsziel 3:

Wiederherstellung einer in ihrem Wirkungsgefüge, ihrem Erscheinungsbild oder ihrer Oberflächenstruktur geschädigten oder stark vernachlässigten Landschaft

Für den Bereich des Untersuchungsraumes ist ein weiteres Entwicklungsziel inbegriffen:

##### Entwicklungsziel 1:

Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen oder sonstigen natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft

[s. Anhang Abb. StnID 1003238\_001\_19]

<sup>1</sup> Stadt Hückelhoven, Flächennutzungsplan, Karte Nord, i.d.F. der 9. Änderung

<sup>2</sup> Kreis Heinsberg, Landschaftsplan 111/8 Baaler Riedelland und obere Rurniederung des Kreises Heinsberg, Entwicklungs- und Festsetzungskarte (Blatt West), 2016, rechtskräftig

LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

(Hrsg.): Online im Internet:

<http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/de/karten/bk>. Stand 21.02.2019

<sup>3</sup> LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Online im Internet:

<http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/de/karten/bk>. Stand Untersuchungsraum 21.07.2022

<sup>4</sup> LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Online im Internet:

<http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/de/karten/bk>. Stand Untersuchungsraum 21.07.2022

<sup>5</sup> LANUV - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

(Hrsg.): Online im Internet:

<http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/de/karten/bk>. Stand 21.07.2022

<sup>6</sup> Kreis Heinsberg, Landschaftsplan 111/8 Baaler Riedelland und obere Rurniederung des Kreises Heinsberg, Entwicklungs- und Festsetzungskarte (Blatt West), 2016, rechtskräftig

#### **Anhänge**

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_1.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_10.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_11.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_12.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_13.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_14.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_15.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_16.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_17.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_18.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_19.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_2.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_3.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_4.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_5.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_6.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_7.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_8.pdf](#)

[Abb\\_ID\\_1003238\\_001\\_9.pdf](#)



AZ: Ö-P-725	
1002341	
1009269	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Betr.: Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener</p> <p>Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Ackerbaubetrieb im Vollerwerb. Der im Entwurf vorliegende Regionalplan weist in seiner kartenmässigen Darstellung im Bereich Bergheim/Thor und Quadrath-Ichendorf hochwertige Ackerflächen als zukünftige BSN-Flächen aus. Von dieser Ausweisung bin ich mit Pachtflächen betroffen.</p> <p>Da aus meiner Sicht die landwirtschaftliche Nutzung mit Umsetzung der BSN - Flächen erheblich beeinträchtigt wird und somit zum Nachteil durch die wirtschaftliche Bearbeitung / eingeschränkte Nutzung und finanzielle Einbußen führen wird, beantrage ich diese Flächen nicht in die Planung einzubeziehen um weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherheit Deutschlands und Europa leisten zu können. Die geplante Ausweisung widerspricht der Ernährungssicherheit und gefährdet mich in meiner Existenz.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-726	
1002342	
1003240_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln/ Stellungnahme als Betroffener,</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem Entwurf eines neuen Regionalplans Köln möchte ich wie folgt Stellung nehmen:  Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb in Titz, mit meiner Hofstelle und meinem Wohnhaus liege ich dort im baulichen Außenbereich der südlichen Ortslage Titz, unmittelbar angrenzend an eine bereits im Betrieb befindliche Kiesgrube. Bereits zum aktuellen Zeitpunkt bedeutet diese Lage für mich eine erhebliche persönliche Betroffenheit im Alltag, nicht zuletzt im Hinblick auf die schon heute von der angrenzenden Anlage ausgehenden Lärm- und Staubemissionen insbesondere in Bezug auf meine Photovoltaikanlage, die ich wöchentlich reinigen lassen müsste.</p> <p>Ausweislich des vorgelegten Regiotialplanentwurfes unterliegt dieser Bereich nicht nur weiterhin einer Flächenkulisse für Aufschüttungen und Abgrabungen. Vielmehr scheint man diese Lage zukünftig sogar für den Betrieb einer Abfalldeponie vorzuhalten.</p> <p>Eine Umsetzung dieser Planfestsetzung wär für mich keinesfalls akzeptabel. Ich sehe im Falle einer Realisierung einer solchen Deponie vielmehr eine völlige Entwertung meines angrenzenden Eigentums. Meine unmittelbar angrenzende Hofstelle, die nicht nur meinen wirtschaftlichen, sondern zugleich auch meinen Lebensmittelpunkt darstellt, wäre mit einer solchen Anlage in der Nachbarschaft kaum mehr zu betreiben.</p> <p>Ich befürchte letztlich Lärm- und Geruchsemissionen, die die aktuelle Situation noch bei weitem übertreffen. Die Einlagerung landwirtschaftlicher Produkte auf der Hofstelle oder der von mir geplante Betrieb eines Hofladens würden faktisch unmöglich gemacht.</p> <p>Ich fordere Sie daher eindringlich auf, von der zusätzlichen Ausweisung einer Abfalldeponie im südlichen Bereich der Ortslage Titz abzusehen und bitte Sie um Berücksichtigung meiner Einwendungen. Ihre Rückäußerung sehe ich mit großem Interesse entgegen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b>  Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b>  Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b>  Entsprechend der Plankonzeption und zur Umsetzung des Ziels 8.3-1 LEP NRW sind gemäß der landesweit einheitlichen Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen (Erlass vom 11. März 2011 Stk-AZ:30.08.50.03/MKULNV-AZ: IV-3/IV-2840.02) als raumbedeutsam eingestuft Deponien unabhängig von der Art des Betreibers und der Zugänglichkeit bis zum Abschluss der Stilllegungsphase in Regionalplänen zeichnerisch festzulegen. Innerhalb des regionalplanerisch gesicherten Deponiestandort befinden sich die bereits bestehende, planfestgestellte Deponien Inertstoffdeponie Polder 3 (E35839V11) und Deponie Noah (E35838501), die sich derzeit in der Ablagerungs- bzw. Stilllegungsphase, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung folgerichtig ist.</p>

AZ: Ö-P-727	
1001824	
1003478	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Ich bewirtschafte unter der Anschrift [anonymisiert] einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Mutterkuhhaltung. Zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der vorliegenden Karten soll meine Hofstelle mitsamt einiger hofnaher Eigentums- und Pachtflächen als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen werden - weitere nicht hofnahe Flächen sollen ebenfalls als BSN ausgewiesen werden, so dass insgesamt ca. 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Betriebes betroffen wären. Ich weise darauf hin, dass auf den Grünlandflächen Futter für unsere Rinder produziert werden müssen und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbar mengen und qualitätsmäßig bemerkbar machen. Weiterhin besteht nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Zudem befürchte ich, dass durch die Einbeziehung der Hofstelle in die Kulisse des BSN eine zukünftige bauliche Entwicklung des Betriebes nicht mehr möglich ist, da sich für eventuelle Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben. Für unseren Hofnachfolger könnte die existenzfähige Fortführung des Betriebes gefährdet sein. Ich bitte daher von einer Einbeziehung der genannten Parzellen in den Bereich zum Schutz der Natur zu verzichten. Mit freundlichen Grüßen</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-728	
1001865	
1003479	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Die [anonymisiert], bestehend aus den Gesellschaftern [anonymisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert] in 52076 Aachen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung. Wir nehmen hiermit zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ausweislich der uns vorliegenden Karten ist beabsichtigt, den gesamten Bereich entlang der Inde als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) bzw. als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen. Wir geben zu bedenken, dass wir auf diesen Flächen Futter für unsere Rinder produzieren müssen und sich eventuelle Einschränkungen in der Nutzung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen. In dem von uns festgestellten Umfang von rd. 85 Hektar würde dieses nicht unerhebliche wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Hinzu kommt, dass nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis besteht, dass bei einer Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde. Wir sprechen uns daher gegen eine Überplanung der genannten Flächen sowohl als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) als auch als Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitten, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p> <p>Neue Teil-Stellungnahme</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschaffen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-733	
1002176	
1003534	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zum Entwurf des Regionalplanes Köln nehme ich als Eigentümer und Verpächter landwirtschaftlicher Flächen im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: Ich habe anhand der Karten festgestellt, dass einige der in meinem Eigentum stehenden Acker- und Grünlandflächen als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) bzw. Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) ausgewiesen sind. Eine künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet würde für die Ackerflächen nach der Pflanzenschutzanwendungsverordnung bereits nach jetziger Rechtslage ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, so dass praktisch eine ackerbauliche Nutzung ausgeschlossen ist. Zudem besteht aufgrund des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die Besorgnis, dass selbst bei einer Ausweisung dieser Flächen als Landschaftsschutzgebiet künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen eingeschränkt oder gar untersagt werden kann. Ich spreche mich daher gegen eine Überplanung meiner Flächen mit dem Status als Bereich zum Schutz der Natur oder Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) aus und bitte, diese aus der Kulisse herauszunehmen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-734	
1001869	
1003485	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir, [anonymisiert] als Komplementäre der [anonymisiert] im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt Stellung: · Die [anonymisiert] bewirtschaftet unter der Anschrift [anonymisiert]in 53925 Kall [anonymisiert] einen von zwei Familien getragenen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Bio-Milcherzeugung. Wir haben anhand der zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan festgestellt, dass der von der Sistiger Heide bis nach Urft reichende Auenbereich des Kuttentbaches als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen ist. Hierdurch werden sämtliche betriebsnahen Weideflächen von dieser Ausweisung erfasst. Mit dieser Ausweisung der hofnahen Flächen als Bereich zum Schutz der Natur sind wir als Betriebsinhaber nicht einverstanden und bitten um deren Herausnahme aus der Kulisse, da wir auf lange Sicht Einschränkungen sowohl in der Nutzung der Flächen als in der Entwicklung des Betriebes befürchten. Der Betrieb ist auf die Flächen als Futterfläche für die Rinder dringend angewiesen. Es muss jedoch zusätzlich für den Betrieb gewährleistet sein, dass bei betrieblicher Notwendigkeit auch eine Intensivierung der Nutzung vorgenommen werden darf und in diesem Zusammenhang dann erforderlichenfalls auch Pflanzenschutzmittel angewendet werden dürfen. Schließlich sehen wir in einer Ausweisung der hofnahen Flächen als Bereich zum Schutz der Natur eine erhebliche Gefahr für eine mögliche zukünftige bauliche Entwicklung des Betriebes, da sich für Bauvorhaben nachteilige Änderungen bei den zu beachtenden Immissions- und Abstandswerten ergeben. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Einwendungen und sehen Ihrer Rückäußerung mit Interesse entgegen.</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b></p> <p>Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenschärfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.</p>

AZ: Ö-P-737	
1001870	
1003300_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Heinsberg zur Neuauflistung des Regionalplans für den Bezirk Köln</p> <p>Generelle Bewertung: Wie in der Vorbemerkung des Regionalplanentwurfs angeführt, stehen der Regierungsbezirk Köln und seine 99 angeschlossenen Kommunen vor großen Herausforderungen. Der Regionalplan soll hier helfen, diese Herausforderungen in planerischer und organisatorischer Hinsicht zu bewältigen. Dabei ist jedoch festzustellen, dass der Entwurf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• einem unkritischen Wachstumsprinzip von Flächen für Siedlung, Gewerbe und Verkehr als Basis von Wohlstand im Kreis Heinsberg folgt, statt konsequent auf die Beschränkung und Umnutzung vorhandener Flächen zu setzen;</li> <li>• Flächenausweisungen inmitten hochwertiger landwirtschaftlicher Böden erteilt, ohne Rücksicht auf die Belange regionaler Versorgung zu nehmen;</li> <li>• den Ausgleich der Entwicklung von Natur, Landschaft und wirtschaftlicher Entwicklung zu Lasten des Naturraums regelt;</li> <li>• überholte Bedarfsermittlungsmethoden als Grundlage für weitere Flächenversiegelungen verwendet;</li> <li>• basierend auf den Versiegelungen der Vergangenheit diese Entwicklung in die Zukunft potenziert;</li> <li>• die aktuellen Erfordernisse des Klimawandels und der u. a. damit verbundenen Sicherung des Grundwassers auf Grund der bereits seit 2015 angelaufenen Planungen nur sehr unzureichend berücksichtigt;</li> <li>• den Strukturwandel als Argument für zusätzliche Lebensrauminanspruchnahmen verwendet, anstatt auf die Chance der Umwidmung von freiwerdenden Flächen der Braunkohleindustrie zu setzen;</li> <li>• zu erwartende Verkehrs- und Infrastrukturprobleme durch die Flächenausweisungen nicht berücksichtigt;</li> <li>• das Prinzip der interkommunalen Zusammenarbeit zum Schutz der wertvollen Ressource Boden und der sinnvoller Erschließung nicht erfolgreich umsetzt;</li> <li>• den Kreis Heinsberg durch die Flächenausweisungen nicht besser strukturiert, sondern vielmehr durch eine Vielzahl von Flächenausweisungen weiter zersstückelt.</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bezug auf die zeichnerische Festlegung eines GIBplus in Hückelhoven Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001804).</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Wir fordern daher generell und insbesondere für das Gebiet des Kreises Heinsberg:

1. Vorhandene Gewerbeflächen, insbesondere solche, die aufgrund des Strukturwandels nicht mehr benötigt werden, sollen umgeplant und flächeneffektiver genutzt werden. Dies gilt im Übrigen auch für nicht genutzte einzelne Gewerbeobjekte außerhalb der klassischen Gewerbegebiete.
2. Dazu gehört eine kreisweite Erfassung dieser Flächen und eine entsprechende Klassifizierung zur erneuten Nutzung. Hierfür soll ein Brachflächenkataster aufgestellt werden.
3. Ein weiterer Anspruch an neue Gewerbeflächen ist der Erhalt zusammenhängender, hochwertiger Ackerlandflächen. Diese Ackerlandflächen - im Kreis Heinsberg gibt es Böden mit den höchsten Bodenwertzahlen in Europa - gelten als das eigentliche "Juwel" unserer Region. Es muss vorrangiges Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein, diese Flächen zu erhalten. Wir fordern daher ein Ackerflächenkataster, das diese Böden kleinteilig bewertet und Schutzzonen für Ackerland einrichtet.
4. Interkommunale Gewerbegebiete werden durch Landesprogramme besonders gefördert. Im Kreis Heinsberg wird davon jedoch kaum Gebrauch gemacht. Auch hier fordern wir im Sinne einer flächensparenden Gewerbeflächenentwicklung eine Zusammenarbeit aller Kommunen, um möglichst effektiv Gewerbegebiete auf den Flächen zusammen zu führen und zwar möglichst auf bereits genutzten Flächen.
5. Die Ansiedlung von Betriebsformen der fossilen Vergangenheit wie mit fossilem LKW-Brennstoff betriebene Logistikzentren werden nicht mehr gefördert.
6. Neue Projekte für Wohnen, Gewerbe oder Industrie müssen an das Qualitätskriterium geknüpft werden, dass hierfür ein Konzept für eine vollständige dezentrale klimaneutrale Energieversorgung einschließlich notwendiger Speicherkapazitäten umgesetzt wird.
7. Klimaneutralität und Ressourcenschutz lassen sich nur verwirklichen, wenn eine möglichst vollständige Recyclingwirtschaft realisiert wird. Die umfassende Trennung, Aufarbeitung und Wiederverwertung der Abfall- und Reststoffe "Cradle to Cradle" führt zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen gerade im mittelständischen Bereich.
8. Grundsätzlich ist aus ökologischer Sicht der Güterverkehr auf der Schiene zu transportieren. Hierzu sind entsprechende Anschlussmöglichkeiten und ggf. ein Gleisausbau zu realisieren.

Im Gebiet des Kreises Heinsberg werden im neuen Entwurf des Regionalplans folgende Siedlungsgebiete vorgeschlagen:

- Erkelenz 129 (129/0) 51 GIB-Regional Standorte: 24 ha GIB-Plus Standort: 40 ha
- Gangelt 37 (37/0) 14



- Geilenkirchen 77 (77/0) 30
- Heinsberg 133 (133/0) 59
- Hückelhoven 64 (64/0) 32
- Selfkant 24 (24/0) 6
- Übach-Palenberg 59 (39/20) 37
- Waldfeucht 20 (20/0) 7
- Wassenberg 47 (47/0) 13
- Wegberg 67 (67/0) 24
- Kreis Heinsberg 657 (637 /20) 272

Zusätzlich soll die Inanspruchnahme von 240 ha hochwertiger Ackerfläche für das LEP Projekt Future Site InWest realisiert werden. Weiterhin werden auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz Flächen in zweistelliger Quadrat kilometerzahl für den Tagebau Garzweiler II in Anspruch genommen, wobei hier weder die Tagebaugrenzen noch die endgültige Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler II durch die noch anstehende notwendige neue Leitentscheidung definiert wurden. Selbst ohne die Tagebaufäche beträgt der Flächenverbrauch für Siedlungsraum für den Kreis Heinsberg somit 929/20 plus 240 ha. Entsprechend dem Koalitionsvertrag Landtag NRW ist der Flächenverbrauch auf maximal 5 ha täglich und weniger in NRW zu begrenzen. Diese Begrenzung muss nun auf den Kreis Heinsberg und seiner angehörigen Kommunen heruntergebrochen werden und die Siedlungsflächen dementsprechend angepasst werden.

Das Konzept eines dauernd wachsenden Steueraufkommens durch Bodenverbrauch ist weder nachhaltig noch klimaverträglich. Es muss durch ein nachhaltiges Konzept ökologisch vertretbarer Inanspruchnahme bereits genutzter Ressourcen ersetzt werden. Wachstum in Beschäftigung und Wertschöpfung müssen künftig durch Qualität statt Quantität gesichert werden. Jeder Quadratmeter produktiver, gesunder Boden dient dem Klimaschutz, der Natur und den Menschen nicht nur im Kreis Heinsberg. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang:

- die Prüfung der Entwicklung von Konversionsflächen auf dem bisherigen Tagebaugebiet;
- der Zwang zu Mehrstöckigkeit bei Bauvorhaben sowie die Anforderung des Aufstockens von Gebäuden;
- Parkhäuser statt Parkflächen soweit notwendig;
- Rückgewinnung alter Industrie und Gewerbeflächen;
- Ausschluss der Gewerbe- und Siedlungsgebiete, die in den "Prüfbögen" negativ bewertet wurden;
- eine Nutzungsverpflichtung erworbener Gewerbeflächen mit einer entsprechenden Rückkaufverpflichtung für nicht genutzte Gewerbeflächen zur Verhinderung von Landspekulation;
- Anlage grüner Fassaden und Dächer dort, wo keine Photovoltaikanlagen möglich sind zur Verbesserung des Mikroklimas.

--	--

AZ: Ö-P-92	
1001206	
1001037_001	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Vor 25 Jahren bin ich aus dem großstädtischen Bereich ins Heinsberger Land gezogen, um bewusst im ländlichen Raum zu leben. Seit einigen Jahren nehme ich eine zunehmende Verstädterung im Heinsberger Land wahr, die sowohl den ländlichen Charakter als auch seine Natur zerstört. Insbesondere die Städte Hückelhoven und Erkelenz haben ihre GIB-Flächen erheblich erweitert. Wald- und Ackerflächen zwischen den zu den Kleinstädten gehörenden Dörfern verschwinden zusehends, wichtige Ackerflächen mit extrem wertvollem Ackerboden werden versiegelt und vernichtet. Straßen, die diese Flächen an die Infrastruktur anbinden sollen, werden wahllos durch die letzten noch bestehenden Waldgebiete geschlagen. Die zu Hückelhoven gehörenden GIB-Flächen sind weitab der A46 und können nur durch Ortschaften entlang der B 57 erreicht werden.</p> <p>Auch das neu bei Hückelhoven-Baal vorgeschlagene Gebiet entlang der B 57 soll mehr als 10 ha wertvollen Boden zerstören. Dies lehne ich ab. Ebenso lehne ich die Umwandlung des dazugehörigen Gebiets westlich der B 57 und nördlich von Baal mit einer Fläche von über 30 ha, das bisher in ökologischer Landwirtschaft genutzt wurde und nach Vorschlag der BR Köln als GIB Plus-Fläche ausgewiesen werden soll, ab. Hierzu wurde auch von Rat und Verwaltung der Stadt Hückelhoven (Beschluss des Stadtrates vom 21.06.22) eine Ablehnung formuliert.</p> <p>Ich lehne ebenso einen Vorschlag des Stadtrates von Hückelhoven ab, eine Ersatzfläche für Baal nun nördlich der A 46 und sich noch auf dem Hückelhovener Stadtgebiet (zwischen den Ortschaften Hückelhoven-Doveren und Erkelenz-Houverath) befindenden Ackerfläche als GIB-Fläche auszuweisen.</p> <p>Ich wehre mich weiterhin gegen den Ausbau der L 364n, da diese nicht als Ortsumgehung fungieren soll, sondern nach Aussage der Verwaltung der Stadt Hückelhoven als eine Anbindung des auf Geilenkirchener Stadtgebiet geplanten Industrieparks ?Future Site Invest? nördlich des Ortsteils Lindern dienen soll. Durch den Ausbau der L364n werden eine der letzten Waldflächen in Hückelhoven, Lebensraum unzähliger Tiere und ein Naherholungsgebiet der Anwohner der Ortsteile Hückelhoven und Doveren zerstört. Zudem verläuft die weitere Planung durch weitere wertvolle Ackerflächen. Dies ist bei der aktuellen Klimalage nicht mehr zu verantworten. Die L364n soll über eine ca. 8 m hohe Trasse, die zu den Rurauen hin auf 6 m Höhe</p>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und ?reserven.</p> <p>Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>.</p> <p>Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen gemäß LEP NRW auch Brachflächen. Diese</p>

abfällt, gebaut werden. Dies führt dazu, dass so wie auch schon durch die A 46 im nördlicheren Teil der Stadt eine hochliegende Landstraße die Ortschaften quer durch das Stadtgebiet auch optisch zerteilt. Immissionschutz (Lärm!) ist nicht vorgesehen. Dies lehne ich ab!

Auch die Überplanung des bereits erwähnten Industrieparks ?Future Site Invest?, die im erheblichen Maß Umwelt und Ackerflächen zerstören, den Wasserhaushalt des Wurm- und Rurtals erheblich beeinträchtigen und völlig ohne nachhaltige Anbindung über die Schiene geplant wird, lehne ich ab!

Der Regionalplan widerspricht den Vorgaben der aktuellen Bundesregierung, Flächenversiegelung erheblich zu verringern. Ich lehne es ab, dass dies unter dem Deckmantel des ?Strukturwandels? nun auch noch mit Geldern der öffentlichen Hand finanziert werden soll.

Ich erwarte als Maßnahmen des Strukturwandels Investitionen in die Förderung nachhaltiger Energien. So sollte z.B. die A 46 durch den gesamten Kreis Heinsberg mit Photovoltaik überbaut und der weitere Ausbau von Windenergie forciert werden. Weiterhin sollten bereits versiegelte und z.B. durch RWE in Garzweiler II zerstörte Flächen für GIB-Flächen genutzt werden. Dies zu finanzieren ist Aufgabe z.B. von RWE, das erheblich von der Zerstörung des Erkelenzer Landes profitiert hat und weiterhin profitiert.

Innerstädtische Flächen, z.B. im Stadtgebiet Hückelhoven (entlang der Rheinstraße), die bereits versiegelt sind und brachliegen, sollten als GIB-Fläche weiterhin genutzt werden. Finanzielle Zuwendung aus Steuermitteln zum Strukturwandel sollten hier im Rahmen von Subventionen genutzt werden, da die Nutzung bereits zerstörter Flächen natürlich erheblich kostenintensiver ist.

Im Zusammenhang mit in Zukunft erheblichen Schwierigkeiten die Bevölkerung zu ernähren, (Ukraine-Krieg, Preisanstieg von Lebensmitteln) ist es unverantwortlich Ackerflächen zu zerstören. Ebenso schadet die Bodenversiegelung in höchstem Maße unserem Klima und der Artenvielfalt.

wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der

regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsbereiches gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung mitunter Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und ? falls möglich ? durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken gegen die Ausweisung eines GIB in Hückelhoven-Houwerath sowie eines GIBplus in Hückelhoven-Baal gilt, der Stellungnahme ist entsprochen (s. Stellungnahme ID 1001810 sowie Stellungnahme ID 1001804).

Bezüglich der vorgebrachten Bedenken gegen die Darstellung eines GIB in Geilenkirchen-Lindern wird der Stellungnahme hingegen nicht gefolgt. Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan

Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Diese sind entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen. Im Hinblick auf die L228n wird auf die Erläuterungen zu StnID 1003681 verwiesen. Die zeichnerische Festlegung wird entsprechend geändert (s. Änderungskarten). Die Festlegung entspricht der Darstellungssystematik der Plankonzeption (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den diesbezüglich vorgebrachten Anregungen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: Ö-P-93

1001241

1002747

#### Inhalt

In privater Initiative und auch namens meiner Familie und insbesondere meiner Kinder und Enkel formuliere ich nachfolgend meine Einwendungen gegen Ihre Raumordnungsbestrebungen für den hiesigen, vorbezeichneten Sprengel und ersuche höflich, meinen Einwendungen Gehör zu schenken und den Regionalplanentwurf entsprechend abzuändern.

1.

Zunächst mache ich mir Ablehnungsaspekte der Partei ?Bündnis 90/ Die Grünen? insofern zu eigen, als mit der aktuellen Entwurfsplanung der ungehinderte Flächenfraß in unserer (noch) schönen Region Vorschub geleistet wird. Da es der Landesentwicklungsplan (LEP) zeichnerisch nicht vorsieht, gibt es auch keine Möglichkeit besonders schutzwürdige Ackerböden und / oder Waldflächen als das höherwertige Schutzgut im Vergleich zu ASB ? oder GIB ? Flächen darzustellen. Das stellt einen Planungsmangel dar, der mitunter justiziabel sein könnte. Alternativerwägungen zu etwa denkbaren, auch interkommunalen Verbünden in Nutzung von Brachflächen mit vorhandener Verkehrswegeanbindung finden ersichtlich leider keine Berücksichtigung.

#### Abwägung

##### Typ

Hinweis

##### Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

##### Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung vorgebracht.

1002748

## Inhalt

2.

Stattdessen werden mitunter willkürlich oder auch auf Wunsch und Bestreben interessierter Kommunen Freiflächen von bester Bodenqualität ohne Verkehrsanbindung und damit ohne vorhandene Infrastruktur aufgegriffen und ausgewiesen. Ich verweise konkret auf die Festsetzungen zur Frage der ?Umweltauswirkungen? am Beispiel des Plangebietes Hückelhoven zur GIB-Plus-Fläche zwischen den Stadtteilen Doveren und Baal, wo zwar entwurfsplanerisch erkannt ist, dass eine Flächeninanspruchnahme von Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung droht, die zusammenfassende Einschätzung zur Erheblichkeit der Umweltauswirkungen wird aber wie folgt schlichtweg abgetan: ?Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei einem Kriterium (schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, sodass die Umweltauswirkungen aufgrund der geringeren Gewichtung des Kriteriums schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt werden.? Das ist leider schlichtweg ignorant. Insofern war es aus hiesiger Sicht erheblich, wichtig und geboten, durch öffentliche Proteste und Maßnahmen diese Planung; siehe Presse und auch neuer Standpunkt der Stadt Hückelhoven ? wohl erfolgreich zu verhindern; wir erwarten die Streichung dieser Flächeninanspruchnahme; vgl. auch meine gesonderte Eingabe vom 10.01.2022 in diesem Sachzusammenhang.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

### Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1001804).



**Inhalt**

3.

Hier werden im Übrigen kreisweit Flächen planerisch ausgewiesen, die regelmäßig sich, da im Kreis Heinsberg belegen, ökologisch und landwirtschaftlich wertvolle Böden darstellen, die wir zukünftig in landwirtschaftlicher Bearbeitung dringend benötigen werden, um unsere eigene bundesdeutsche Versorgung mit Nahrung sicherzustellen. Die weltweite Entwicklung bestätigt dies. Hinzu kommt für das Kreisgebiet Heinsberg insbesondere am Beispiel des sogenannten Entwicklungsbereichs ?FUTURE SITE inWest? in der Gemeinde Geilenkirchen-Lindern, dass dort für dort voraussichtlich 250 Hektar besten Ackerboden, der noch überwiegend im Privateigentum steht, keinerlei Infrastruktur besteht und lediglich anhand von Hochglanzpapier beworben wird, um so Erträge und Profite vermittelt Industrie- und / oder Gewerbeansiedlung zu erzielen. Damit einhergehende weitere Flächenversiegelung durch mitunter notwendige ASB Bauleitplanung und insbesondere millionenschwere Herstellung weiterer und neuer Infrastruktur verbietet sich im Abgleich zu Standorten, wo Industriebrache oder sonstiges Brachgelände mit bereits vorhandener Infrastruktur besteht. Gerade letzteres soll und muss maßgebliches Argument sein, da wie folgt gilt: ?Jede neue Straße bringt lediglich neuen Verkehr.? Entlastungen stellen sich regelmäßig nicht ein. Im Gegenteil: Die auch für den größten Ignoranten mittlerweile offenkundige Klimaveränderung verbietet weitere Flächenversiegelung ? insbesondere im ländlichen Bereich. Hierauf ist unbedingt geschultes Augenmerk zu legen. Von etwa ?hundertjährigem Niederschlag? ist denklogisch nicht mehr auszugehen.

**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

**Ausgleichsvorschlag**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Erläuterung**

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte

	<p>Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>
--	---

1002750

## Inhalt

Im Übrigen gilt zukünftig im Interesse unserer Kinder und Enkel: Sanierung geht vor Neuerstellung. Innovative Gegenkonzepte zur Planungsmentalität aus ?Babyboomer-Jahren? sind geboten. All dies lässt die bisherige Entwurfsplanung vollständig vermissen. Die Wirtschaftswunderjahre sind leider vorbei. Altvorderes Denken sollte sich daher erledigt haben. Flächenversiegelung von guten Böden, geschweige denn Vernichtung von Wäldern und Baumbestand, wie im Stadtgebiet Hückelhoven im Hinblick auf eine gerichtsbehaftete Planung zur L364n vorgesehen, gehören vom Tisch.

## Abwägung

### Typ

Anregung/Bedenken

### Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

### Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-P-94	
1001242	
1002752	
<p><b>Inhalt</b></p> <p>Hiermit erheben wir Einspruch gegen die Planung und Aufstellung des 240 ha großen Industriegebietes Geilenkirchen-Lindern, weil</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? es eine erhebliche Flächenversiegelung darstellt</li> <li>? beste und fruchtbarste landwirtschaftliche Flächen gehen für immer verloren</li> <li>? durch das Vorhaben hochwertige landwirtschaftliche Produkte wegfallen</li> <li>? der ländliche Charakter unweigerlich entfällt</li> <li>? die Lebensqualität durch den Straßenverkehr vermindert wird und</li> <li>? die Verkehrsfrage ungelöst ist und der Personen- und Güterverkehr die Straßen verstopft</li> <li>? Parkplätze Mangelware werden und verstopft sind</li> <li>? Der Lärm für Anwohner erheblich sein wird und durch Straßenverkehr die Luftqualität stark beeinträchtigt wird</li> <li>? Es noch keine Interessenten gibt und schon jetzt sollen Millionen Euro investiert werden</li> <li>? Erholbare Spaziergänge entfallen</li> <li>? Das Gebiet an Wohnbebauung angrenzt</li> </ul>	<p><b>Abwägung</b></p> <p><b>Typ</b> Anregung/Bedenken</p> <p><b>Ausgleichsvorschlag</b> Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p><b>Erläuterung</b> Der LEP NRW sieht die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.</p>